



WERTPAPIERPROSPEKT

**ZUSAMMENFASSUNG
WERTPAPIERBESCHREIBUNG
REGISTRIERUNGSFORMULAR**

**COMMERZBANK Aktiengesellschaft
Frankfurt am Main**

14. Mai 2013

ZUSAMMENFASSUNG

gemäß §§ 5 Absatz 2, 12 Absatz 1 Satz 5 Wertpapierprospektgesetz
für das öffentliche Angebot

sowie

für die Zulassung zu den regulierten Märkten an den Wertpapierbörsen zu Frankfurt am Main,
Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart sowie für die gleichzeitige
Zulassung zum Teilbereich des regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime
Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse

von

555.555.556 neuen, auf den Inhaber lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien)

aus der am 19. April 2013 von der ordentlichen Hauptversammlung beschlossenen
Kapitalerhöhung mit Bezugsrecht (mit Ausnahme eines Spitzenbetrags)
– jeweils mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00 je Stückaktie und
mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2013 –

der

**COMMERZBANK Aktiengesellschaft
Frankfurt am Main**

– International Securities Identification Number (ISIN): DE000CBK1001 –
– Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN): CBK100 –

– Common Code: 091829665 –

COMMERZBANK

Deutsche Bank

Globale Koordinatoren und Joint Bookrunner

Citi

HSBC

Joint Bookrunner

BNP PARIBAS

Mediobanca

UniCredit Bank AG

Co-Lead-Manager

ABN AMRO

BBVA

Danske Bank A/S

Erste Group

NATIXIS

Co-Manager

14. Mai 2013

(Diese Seite bleibt absichtlich frei.)

INHALTSVERZEICHNIS

Abschnitt A – Einleitung und Warnhinweise	1
Abschnitt B – Emittent	2
Abschnitt C – Wertpapiere	18
Abschnitt D – Risiken	19
Abschnitt E – Angebot	27
Unterschriften	U-1

(Diese Seite bleibt absichtlich frei.)

Zusammenfassungen bestehen aus geforderten Angaben, die als „**Punkte**“ bezeichnet sind. Diese Punkte sind in den Abschnitten A – E (A.1 – E.7) fortlaufend nummeriert. Diese Zusammenfassung enthält alle Punkte, die für die vorliegende Art von Wertpapieren und den Emittenten in eine Zusammenfassung aufzunehmen sind. Da einige Punkte nicht behandelt werden müssen, können in der Nummerierungsreihenfolge Lücken auftreten. Selbst wenn ein Punkt wegen der Art der Wertpapiere und des Emittenten in die Zusammenfassung aufgenommen werden muss, ist es möglich, dass in Bezug auf diesen Punkt keine relevanten Informationen gegeben werden können. In diesem Fall enthält die Zusammenfassung eine kurze Beschreibung des Punkts mit dem Hinweis „Entfällt“.

Abschnitt A – Einleitung und Warnhinweise

A.1 Warnhinweise

Diese Zusammenfassung sollte als Einleitung zu dem Prospekt – bestehend aus dieser Zusammenfassung, dem Registrierungsformular vom 14. Mai 2013 (einschließlich etwaiger künftiger Nachträge) und der Wertpapierbeschreibung vom 14. Mai 2013 (im Folgenden gemeinsam als „**Prospekt**“ bezeichnet) – verstanden werden. Bei jeder Anlageentscheidung sollte sich der Anleger auf die Prüfung des gesamten Prospekts stützen.

Für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche auf Grund der in dem Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, könnte der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung des Prospekts zu tragen haben.

COMMERZBANK Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, Deutschland (nachfolgend auch „**COMMERZBANK**“ oder „**Gesellschaft**“ und, zusammen mit ihren Tochtergesellschaften, an denen die COMMERZBANK direkt oder indirekt mehr als 50% der Stimmrechte hält oder auf die sie einen beherrschenden Einfluss ausübt, sowie den nach IAS 27 und SIC 12 zu konsolidierenden Zweckgesellschaften und Fonds der „**COMMERZBANK-Konzern**“ oder „**Konzern**“) sowie Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, Deutschland („**Deutsche Bank**“; zusammen mit der COMMERZBANK die „**Globalen Koordinatoren**“) sowie Citigroup Global Markets Limited, London, Großbritannien und HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf, Deutschland (zusammen mit den Globalen Koordinatoren die „**Joint Bookrunner**“) sowie BNP PARIBAS, Paris, Frankreich, Mediobanca – Banca di Credito Finanziario S.p.A., Mailand, Italien und UniCredit Bank AG, München, Deutschland, (zusammen die „**Co-Lead-Manager**“) sowie ABN AMRO Bank N.V., Amsterdam, Niederlande, Banco Bilbao Vizcaya Argentaria, S.A., Madrid, Spanien, Danske Bank A/S, Kopenhagen, Dänemark, Erste Group Bank AG, Wien, Österreich und NATIXIS, Paris, Frankreich, (zusammen die „**Co-Manager**“; die Joint Bookrunner, die Co-Lead-Manager und die Co-Manager – ohne die COMMERZBANK – zusammen die „**Konsortialbanken**“) übernehmen gemäß § 5 Absatz 2b Nr. 4 Wertpapierprospektgesetz die Verantwortung für diese Zusammenfassung. Diejenigen Personen, die für die Zusammenfassung die Verantwortung übernommen haben, oder von denen der Erlass ausgeht, können haftbar gemacht werden, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird, oder sie, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird, nicht alle erforderlichen Schlüsselinformationen vermittelt.

A.2 Verwendung des Prospekts durch Finanzintermediäre

Entfällt. Eine Zustimmung zur Verwendung des Prospekts für eine spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung von Wertpapieren durch Finanzintermediäre ist nicht erteilt worden.

Abschnitt B – Emittent

B.1 Juristische und kommerzielle Bezeichnung

Die Gesellschaft führt die Firma COMMERZBANK Aktiengesellschaft. Im Geschäftsverkehr tritt die Gesellschaft unter COMMERZBANK auf.

B.2 Sitz und Rechtsform des Emittenten, geltendes Recht, Land der Gründung

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Frankfurt am Main, Kaiserstraße 16 (Kaiserplatz), 60311 Frankfurt am Main, Deutschland. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter der Nummer HRB 32000 eingetragen. Die Gesellschaft ist ein Kreditinstitut und eine Aktiengesellschaft, die in Deutschland gegründet wurde und deutschem Recht unterliegt.

B.3 Derzeitige Geschäfts- und Haupttätigkeit des Emittenten sowie die Hauptmärkte, auf denen der Emittent vertreten ist

Der COMMERZBANK-Konzern ist gemessen an der Bilanzsumme zum 31. März 2013 nach eigener Einschätzung das zweitgrößte Kreditinstitut in Deutschland und verfügt mit derzeit rund 1.200 Filialen über eines der dichtesten Bankfilialnetze aller deutschen Privatbanken, über das alle Kundengruppen betreut werden. Der Schwerpunkt der Tätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns liegt auf der Erbringung einer breiten Palette von Finanzdienstleistungen an private, mittelständische sowie institutionelle Kunden in Deutschland, wie z.B. Kontoführung, Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Kredite, Spar- und Geldanlageformen, Wertpapierdienstleistungen sowie Kapitalmarkt- und Investment Banking-Produkte und -Dienstleistungen. Ferner werden im Rahmen der Allfinanz- Strategie des Konzerns Finanzdienstleistungen mit Kooperationspartnern angeboten, vor allem das Bauspar-, das Asset Management- und das Versicherungsgeschäft. Weiterhin baut der Konzern seine Position als einer der wichtigsten deutschen Exportfinanzierer aus. Neben seinem Geschäft in Deutschland ist der Konzern unter anderem über seine Tochtergesellschaften, Filialen und Beteiligungen insbesondere in Europa tätig. Der Schwerpunkt der internationalen Tätigkeiten liegt dabei in Polen sowie auf dem Ziel, deutsche mittelständische Kunden umfassend in Westeuropa, Zentral- und Osteuropa und Asien zu betreuen. Zum 31. März 2013 beschäftigte der COMMERZBANK-Konzern insgesamt 54.068 Mitarbeiter, davon 42.101 im Inland und 11.967 im Ausland.

Nach Ansicht der COMMERZBANK zeichnet sich der Konzern durch folgende Wettbewerbsstärken aus:

- Starke Verankerung in der deutschen Wirtschaft;
- Führende Position im Mittelstandsgeschäft;
- Führende Bank für Privatkunden;
- Bewährte Kundenfokussierung im Investment Banking;

- Starke Positionierung in Polen;
- Breit diversifizierte Refinanzierungsbasis;
- Auftritt unter bekannter Marke mit langer Tradition und positivem Image.

Die Gesamtstrategie des COMMERZBANK-Konzerns basiert auf den folgenden wesentlichen Punkten:

- Als Universalbank bietet die COMMERZBANK ihren Kunden ein umfassendes Angebot an klassischen Bankprodukten, Serviceleistungen und Kapitalmarktprodukten. Privatkunden erhalten auch eine unabhängige Beratung zu ausgewählten Produkten von Drittanbietern. Das eigene Kapitalmarktgeschäft der COMMERZBANK ist die Voraussetzung für die Bedienung der Bedürfnisse ihrer Privat- und Firmenkunden.
- Die COMMERZBANK hat eine klare Fokussierung auf Deutschland. Mit der Tochter BRE Bank verfügt die COMMERZBANK in Polen über ein weiteres wichtiges Standbein. Die BRE Bank leistet dabei einen signifikanten Beitrag zum Ergebnis der Kernbank.
- Weltweit ist die COMMERZBANK in den wichtigsten Wirtschafts- und Finanzzentren direkt vertreten, um ihre Firmenkunden nicht nur in Deutschland, sondern auch international begleiten zu können.

Die COMMERZBANK plant, ihr Geschäftsmodell in den kommenden Jahren weiter an die veränderten Rahmenbedingungen in der Finanzbranche anzupassen, und verfolgt dazu im Rahmen ihrer strategischen Agenda 2016 die folgenden Ziele: Die COMMERZBANK beabsichtigt, bis 2016 mehr als EUR 2,0 Mrd. in die Ertragskraft ihres Kerngeschäfts der Segmente Privatkunden, Mittelstandsbank, Corporates & Markets und Central & Eastern Europe zu investieren. Außerdem sollen durch zusätzliche Effizienzmaßnahmen die Kosten stabil gehalten und die Kapitalausstattung weiter verbessert werden. Im Jahr 2016 soll in der Kernbank so eine Eigenkapitalrendite nach Steuern (RoE) von mehr als 10% erreicht und die Aufwandsquote (CIR) auf rund 60% reduziert werden. Die COMMERZBANK strebt an, bereits Ende 2014 eine Common-Equity-Tier-1-Quote von 9% unter vollständiger Anwendung der voraussichtlich erst ab 2019 geltenden Basel III-Regeln zu erreichen. Schließlich sollen die Portfolios im Segment Non-Core Assets (NCA) im Wesentlichen ohne Verkäufe und wertschonend von EUR 151 Mrd. (Exposure at Default – EaD) zum 31. Dezember 2012 um rund 40% auf EUR 93 Mrd. (EaD) bis zum 31. Dezember 2016 verringert werden.

Der COMMERZBANK-Konzern ist in fünf operative Segmente sowie den Bereich Sonstige und Konsolidierung untergliedert. Die Segmente Privatkunden, Mittelstandsbank, Central & Eastern Europe, Corporates & Markets sowie der Bereich Sonstige und

Konsolidierung bilden die Kernbank des COMMERZBANK-Konzerns. Die im Segment NCA zusammengefassten Konzernbereiche Commercial Real Estate Inland, Commercial Real Estate Ausland, Public Finance und Deutsche Schiffsbank sollen vollständig über die Zeit abgebaut werden.

Privatkunden

Das Segment Privatkunden wurde im Laufe des Geschäftsjahres 2012 neu aufgestellt. Es umfasst die Konzernbereiche Private Kunden, Direct Banking sowie Commerz Real. Der Konzernbereich Private Kunden umfasst das inländische Filialgeschäft der COMMERZBANK für Privat- und Geschäftskunden sowie das Wealth Management. Der Konzernbereich Direct Banking bündelt die Aktivitäten der comdirect-Gruppe, die aus der comdirect bank Aktiengesellschaft und der European Bank for Fund Services GmbH besteht. Ein Schwerpunkt des Konzernbereichs Commerz Real liegt auf dem Angebot von Anlageprodukten für private Investoren, insbesondere dem offenen Immobilienfonds hausInvest. Außerdem ist der Konzernbereich über die Commerz Real AG und deren Tochtergesellschaft Commerz Real Mobilienleasing GmbH das Kompetenzzentrum für Mobilienleasing im COMMERZBANK-Konzern.

Mittelstandsbank

Das Segment Mittelstandsbank gliedert sich in die drei Konzernbereiche Mittelstand Inland, Großkunden & International sowie Financial Institutions. Im Konzernbereich Mittelstand Inland ist das Geschäft mit mittelständischen Kunden, dem öffentlichen Sektor und den institutionellen Kunden in Deutschland gebündelt. Der Konzernbereich Großkunden & International konzentriert sich auf die Betreuung von Firmenkundenkonzernen mit einem Umsatzvolumen von mehr als EUR 500 Mio., sofern sie nicht als Multinational Corporates im Rahmen des Client Relationship Management im Segment Corporates & Markets betreut werden. Kleinere Konzerne mit hoher Kapitalmarktaffinität sowie solche mit wesentlichen ausländischen Aktivitäten werden hier ebenfalls betreut. Der Konzernbereich Financial Institutions verantwortet die Beziehungen des Konzerns zu in- und ausländischen Banken und Zentralbanken.

Central & Eastern Europe

Nachdem die COMMERZBANK im Juni 2012 ihre Anteile an der russischen Promsvyazbank an deren Mehrheitsaktionärin, die Promsvyaz Capital B.V. veräußerte, und anschließend im Oktober 2012 der Verkauf der ukrainischen Bank Forum an die ukrainische Smart Group vollzogen wurde, besteht das Segment Central & Eastern Europe im Wesentlichen aus der BRE Bank mit Sitz in Polen. Der geografische Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt dabei in Polen, Tschechien und der Slowakei. Kunden des

Segments Central & Eastern Europe sind Privat- und Unternehmenskunden der BRE Bank in Polen. Darüber hinaus werden Direct-Banking-Kunden der BRE Bank in Tschechien und der Slowakei über die Marke mBank betreut.

Corporates & Markets

Im Segment Corporates & Markets stehen die Investment Banking-Aktivitäten des COMMERZBANK-Konzerns und die Betreuung der kapitalmarktaffinen Kunden im Mittelpunkt. Das Segment besteht aus den Konzernbereichen Equity Markets & Commodities, Fixed Income & Currencies, Corporate Finance, Credit Portfolio Management und Client Relationship Management. Der Konzernbereich Equity Markets & Commodities bietet eine breit gefächerte Produktpalette an Aktien und Rohstoffen sowie Derivateprodukte auf Aktien und Rohstoffe für die institutionellen Kunden sowie Firmen- und Privatkunden des Konzerns an. Der Konzernbereich Fixed Income & Currencies bietet Lösungen für Firmenkunden, aber auch institutionelle Investoren und Privatkunden in den Assetklassen Zins, Währung und Kredit an. Der Konzernbereich Corporate Finance bietet Firmenkunden eine umfassende Palette von Finanzierungsleistungen und Beratungsleistungen für Eigen- und Fremdkapitalinstrumente an. Schwerpunkte der Aktivitäten des Konzernbereichs Credit Portfolio Management liegen in der Steuerung des Kreditportfolios von Corporates & Markets und dessen Risiken, der Integration und dem weiteren Ausbau des Kontrahentenrisikomanagements, dem Management ausgewählter Konzentrationsrisiken der Mittelstandsbank sowie dem weiteren Abbau der verbliebenen und zum 1. Juli 2012 in diesen Bereich integrierten Portfolien der ehemaligen Portfolio Restructuring Unit (PRU). Der Konzernbereich Client Relationship Management betreut deutsche multinationale DAX- und MDAX-Unternehmen, ausgewählte deutsche Familienunternehmen, deutsche und internationale Versicherungsunternehmen, führende Private-Equity-Investoren sowie Sovereign Wealth Funds und die öffentliche Hand.

Non-Core Assets (NCA)

Zum 1. Juli 2012 wurde das Segment NCA geschaffen, das an die Stelle des früheren Segments Asset Based Finance trat. Im Segment NCA sind als einzelne Konzernbereiche das Portfolio in der gewerblichen Immobilienfinanzierung im In- und Ausland (Commercial Real Estate Inland und Commercial Real Estate Ausland), das Staatsfinanzierungsportfolio (Public Finance) und das gesamte Schiffsfinanzierungsportfolio (Deutsche Schiffsbank) gebündelt. Die Aufgabe des Segments NCA besteht in der systematischen, wertschonenden und risikoreduzierenden Abwicklung der einzelnen Segmentportfolien und der Verbesserung der damit verbundenen Refinanzierung. Das Portfolio der Konzernbereiche Commercial Real Estate Inland und Commercial Real Estate Ausland wird überwiegend in der Hypothekenbank Frankfurt AG (vormals Eurohypo AG)

weitergeführt. Die größten Anteile entfallen auf die Teilportfolios Büro, Handel und Wohnimmobilien. Das Public Finance-Geschäft umfasst die Finanzierung von Staaten, Bundesländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften sowie supranationalen Institutionen. Es setzt sich aus dem Public Finance-Portfolio der Hypothekenbank Frankfurt AG einschließlich deren Tochtergesellschaft Hypothekenbank Frankfurt International S.A. in Luxemburg und der Commerzbank-Tochter Erste Europäische Pfandbrief- und Kommunalkreditbank (EPEK) Aktiengesellschaft in Luxemburg S.A. (EPEK) sowie dem Private-Finance-Initiative-Portfolio (PFI) der COMMERZBANK in London zusammen. Die Deutsche Schiffsbank AG wurde im Mai 2012 auf die Commerzbank AG verschmolzen. Das bisherige Geschäftsfeld Ship Finance wurde in diesem Zusammenhang in Deutsche Schiffsbank umbenannt. Das Portfolio an Schiffsfinanzierungen verteilt sich überwiegend auf die drei Standardschiffstypen Containerschiffe, Tanker und Massengutfrachter. Das restliche Portfolio beinhaltet unterschiedliche Spezialtonnagen mit hoher Diversifikation über die verschiedenen Schiffsegmente.

Sonstige und Konsolidierung

Im Bereich Sonstige und Konsolidierung werden Erträge und Aufwendungen des COMMERZBANK-Konzerns eingestellt, die nicht in die Verantwortungsbereiche der operativen Segmente fallen.

B.4a Wichtigste jüngste Trends, die sich auf den Emittenten und die Branchen, in denen er tätig ist, auswirken

Die Geschäftsentwicklung sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des COMMERZBANK-Konzerns werden in hohem Maße von der konjunkturellen Lage sowie der Situation an den Finanz- und Kapitalmärkten in den für den Konzern relevanten Regionen beeinflusst. In geografischer Hinsicht ist für den Konzern in erster Linie die wirtschaftliche Lage in Deutschland sowie im übrigen Europa (einschließlich Mittel- und Osteuropa, insbesondere Polen), wo der Konzern den Großteil seiner Erträge erzielt, von Bedeutung, wobei Deutschland das mit Abstand wichtigste Land ist. Im ersten Quartal 2013 erzielte der Konzern 65,1% seiner Erträge vor Risikovorsorge in Deutschland; auf das übrige Europa entfielen 31,1% (Geschäftsjahr 2012: Deutschland 70,3%, übriges Europa 26,0%; Geschäftsjahr 2011: Deutschland 68,9%, übriges Europa 26,4%; Geschäftsjahr 2010: Deutschland 63,4%, übriges Europa 31,7%). In Anbetracht der starken Exportorientierung der deutschen Wirtschaft und insbesondere der starken Position des Konzerns bei der finanziellen Abwicklung des Außenhandels sowie der globalen Natur der Finanzmärkte sind jedoch auch die wirtschaftlichen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten von Amerika und in geringerem Umfang in Asien (insbesondere in China) für den Konzern von Bedeutung.

Die Branchen, in denen der Konzern tätig ist, waren in den Geschäftsjahren 2010 bis 2012 sowie im ersten Quartal 2013 im Wesentlichen von den Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise geprägt, welche im Jahr 2007 als sogenannte „Subprime-Krise“ begann und ihren Ursprung im Zusammenbruch des US-amerikanischen Marktes für Subprime-Hypothekendarlehen hatte. In der Folgezeit weitete sich die Krise zu einer weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise aus, was unter anderem zu einem weit verbreiteten Vertrauensverlust sowohl an den Finanzmärkten als auch in der Realwirtschaft sowie zu Einbrüchen der gesamtwirtschaftlichen Produktion in vielen Ländern führte. Zur Stützung des Finanzsystems reagierten Zentralbanken und Regierungen mit Maßnahmen bis hin zur Verstaatlichung von Banken. Wenngleich sich die wirtschaftliche Lage im Jahr 2010 verbesserte, wirkte sich die Staatsschuldenkrise seit dem zweiten Halbjahr 2011 nachteilig auf die wirtschaftliche Lage sowie das Wachstum in vielen europäischen Staaten innerhalb und außerhalb der Eurozone aus.

Im ersten Halbjahr 2012 hat sich die europäische Staatsschuldenkrise weiter zugespitzt und erreichte mit den Anspannungen auf den Anleihemärkten in Spanien und Italien im Sommer 2012 einen neuen Höhepunkt. Parallel verlor auch die Weltkonjunktur weiter an Fahrt. Im zweiten Halbjahr 2012 hat sich das Eskalationsrisiko der Krise in der Wahrnehmung der Märkte durch ungewöhnlich weitreichende geldpolitische Schritte deutlich reduziert. Mit dem Rettungsschirm „Europäischer Stabilitätsmechanismus“, dem Outright-Monetary-Transactions-Programm der Europäischen Zentralbank (EZB) und den Sondermaßnahmen des Eurosystems zur Liquiditätssteuerung wurden Eckpfeiler geschaffen, die Extremszenarien wie ein Auseinanderbrechen des Euroraums verhindern sollen. Als Folge hat sich die Situation an den Finanzmärkten deutlich verbessert.

Ein wichtiger Trend, der sich auf die Bankenbranche auswirkt, ist die sich kontinuierlich verschärfende Aufsicht und Regulierung. So haben die nationalen und internationalen Vorgaben diverser Gesetzgeber, Aufsichtsbehörden und Gremien zur Setzung von Standards in den letzten Jahren die aufsichtsrechtlichen Eigenkapital- und Liquiditätsstandards sowie die Prozess- und Reporting-Anforderungen für Finanzinstitute ständig verschärft. Auch für die Zukunft ist davon auszugehen, dass solche Maßnahmen erfolgen werden.

Ein weiterer Trend, der sich auf die Bankenbranche auswirkt, ist der zunehmende Wettbewerb, der verschiedene Aspekte des Bankgeschäfts betrifft. Namentlich gab und gibt es einen Wettbewerb der Banken um Einlagen als Refinanzierungsquelle, der nach Einschätzung der Gesellschaft auch künftig bestehen bleiben wird. Der für den COMMERZBANK-Konzern wichtige deutsche Markt ist aufgrund der gegenwärtig nur mittelbaren Betroffenheit von der europäischen Staatsschuldenkrise für viele Banken attraktiv, was die Wettbewerbsintensität erhöht.

B.5 Konzern des Emittenten und Stellung des Emittenten innerhalb dieses Konzerns

Die COMMERZBANK Aktiengesellschaft ist die Muttergesellschaft im COMMERZBANK-Konzern.

B.6 Personen, die eine meldepflichtige direkte oder indirekte Beteiligung am Eigenkapital des Emittenten halten, sowie Beherrschungsverhältnisse

Auf Grundlage der Mitteilungen der Aktionäre gemäß §§ 21 f. Wertpapierhandelsgesetz, die die Gesellschaft erhalten hat, halten folgende Aktionäre gemäß den Mitteilungen mehr als 3% der Stammaktien der Gesellschaft:

<u>Aktionär</u>	<u>Stimmrechtsanteil¹⁾</u>		
	<u>Direkt²⁾</u>	<u>Zurechnung²⁾</u> (in %)	<u>Gesamt</u>
Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin)/Bundesrepublik Deutschland	25,00	0	25,00
BlackRock, Inc.	0	3,07 ³⁾	3,07

- ¹⁾ Die prozentualen Angaben sind kaufmännisch gerundet.
- ²⁾ Auf Basis der jeweils letzten Stimmrechtsmeldung vom 10. Mai 2013 (SoFFin) bzw. 19. April 2011 (BlackRock). Mit der Meldung vom 10. Mai 2013 teilte der SoFFin mit, dass sein Stimmrechtsanteil die Schwelle von 25% unterschritten hat und zu diesem Datum 24,99999996% betrug.
- ³⁾ Davon 3,004% zugerechnet über die Tochterunternehmen BlackRock Holdco 2, Inc. und BlackRock Financial Management, Inc.

Die COMMERZBANK hat die Leitung ihres Unternehmens keinem anderen Unternehmen bzw. keiner anderen Person unterstellt, etwa auf Basis eines Beherrschungsvertrages, und wird auch nicht von einem anderen Unternehmen bzw. einer anderen Person kontrolliert im Sinne des deutschen Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes.

Jede Aktie der Gesellschaft gewährt in der Hauptversammlung der Gesellschaft eine Stimme. Beschränkungen des Stimmrechts bestehen nicht. Es gibt keine unterschiedlichen Stimmrechte für bestimmte Aktionäre der Gesellschaft.

Stimmrechte

B.7 Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen

Die nachfolgenden Tabellen fassen ausgewählte konsolidierte Finanzangaben für die Geschäftsjahre 2010, 2011 und 2012 und die zum 31. März 2012 bzw. zum 31. März 2013 endenden ersten Quartale zusammen. Die ausgewählten konsolidierten Finanzangaben für die Geschäftsjahre 2010, 2011 und 2012 wurden den von PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft („**PwC**“) geprüften Konzernabschlüssen der Gesellschaft für die Geschäftsjahre 2011 und 2012 entnommen. Die geprüften Konzernabschlüsse der Gesellschaft für die Geschäftsjahre 2010, 2011 und 2012 wurden auf der Grundlage der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 Handelsgesetzbuch („**HGB**“) anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellt. Die ausgewählten konsolidierten Finanzangaben für die ersten Quartale zum 31. März 2012 bzw. zum 31. März 2013 wurden dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der Gesellschaft zum 31. März 2013 entnommen, der von PwC einer prüferischen Durchsicht unterzogen wurde. Der Begriff „prüferische Durchsicht“ bezieht sich auf ausgewählte Untersuchungshandlungen, die unter Beachtung von IDW PS 900 für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen durchgeführt wurden und die nicht einer Abschlussprüfung entsprechen. Der verkürzte Konzernzwischenabschluss zum 31. März 2013 wurde auf der Grundlage der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellt. Dabei fanden insbesondere auch die Anforderungen des IAS 34 an die Zwischenberichterstattung Berücksichtigung.

Aufgrund von Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze in dem Geschäftsjahr 2013 wurden die in dem Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK für das erste Quartal 2013 enthaltenen Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 und zum 31. Dezember 2012 angepasst und stimmen nicht immer mit den Zahlen in den originär für das erste Quartal bzw. zum 31. Dezember 2012 veröffentlichten Abschlüssen überein. Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr 2011 Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze durchgeführt, so dass die in dem Konzernabschluss der COMMERZBANK für das Geschäftsjahr 2011 enthaltenen Vergleichszahlen für das Geschäftsjahr 2010, die an die Änderungen angepasst wurden, nicht immer mit den Zahlen in dem originär für das Geschäftsjahr 2010 veröffentlichten Konzernabschluss identisch sind.

Einzelne Zahlenangaben (darunter auch Prozentangaben) wurden kaufmännisch gerundet. In den Tabellen addieren sich solche kaufmännisch gerundeten Zahlenangaben unter Umständen nicht genau zu den in der Tabelle gegebenenfalls enthaltenen Gesamtsummen.

Soweit nachfolgend Zahlen als „ungeprüft“ bezeichnet werden, sind diese (soweit nicht anders angegeben) dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Ein Strich („—“) bedeutet in den nachfolgenden Tabellen, dass die betreffende Position nicht anwendbar ist bzw. dass die jeweilige Position zu dem jeweiligen Zeitpunkt ohne Wert oder auf 0 gerundet ist.

Die in den nachfolgenden Tabellen enthaltenen ausgewählten konsolidierten Finanzangaben sollten in Verbindung mit den geprüften Konzernabschlüssen für die Geschäftsjahre 2010, 2011 und 2012 sowie in Verbindung mit dem verkürzten Konzernzwischenabschluss zum 31. März 2013 gelesen werden.

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember			Erstes Quartal zum 31. März	
	2010 ⁽¹⁾	2011 ⁽²⁾	2012 ⁽²⁾	2012 ⁽³⁾	2013 ⁽³⁾
	(geprüft)			(prüferisch durchgesehen, soweit nicht anders angegeben)	
	(in Mio. EUR, außer je Aktie angegebene Werte)				
Zinserträge	18.306	17.343	14.559	4.403	3.292
Zinsaufwendungen	11.252	10.619	9.020	2.709	1.936
Zinsüberschuss	7.054	6.724	5.539	1.694	1.356
Risikovorsorge im Kreditgeschäft.	(2.499)	(1.390)	(1.660)	(212)	(267)
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	4.555	5.334	3.879	1.482	1.089
Provisionserträge	4.237	4.055	3.711	984	984
Provisionsaufwendungen	590	560	520	120	137
Provisionsüberschuss	3.647	3.495	3.191	864	847
Handelsergebnis und Ergebnis aus					
Sicherungszusammenhängen	1.958	1.986	1.121	164	317
Ergebnis aus Finanzanlagen	108	(3.611)	81	(176)	(6)
Laufendes Ergebnis aus at-Equity- bewerteten					
Unternehmen	35	42	46	11	8
Sonstiges Ergebnis	(131)	1.253	(77)	21	(62)
Verwaltungsaufwendungen	8.786	7.992	7.025	1.790	1.724
Operatives Ergebnis⁽⁴⁾	1.386	507	1.216	576	469
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte					
sowie Markennamen	—	—	—	—	—
Restrukturierungsaufwendungen	33	—	43	34	493
Ergebnis aus dem Verkauf von Veräußerungsgruppen	—	—	(268)	—	—
Ergebnis vor Steuern	1.353	507	905	542	(24)
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(136)	(240)	796	159	45
Konzernergebnis	1.489	747	109	383	(69)
den Minderheitenanteilen zurechenbares					
Konzernergebnis	59	109	103	28	25
den COMMERZBANK-Aktionären zurechenbares					
Konzernergebnis	1.430	638	6	355	(94)
Ergebnis je Aktie (in EUR) ⁽⁵⁾	1,21	0,18	(0,04)	0,06	(0,02)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen.

³⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen. Ab dem Geschäftsjahr 2013 werden Umgliederungen innerhalb der Gewinn-und-Verlust-Rechnung und Bilanzierungsänderungen durchgeführt. Die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 wurden entsprechend angepasst und weichen daher von den Zahlen im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2012 ab.

⁴⁾ Das Operative Ergebnis im COMMERZBANK-Konzern ist definiert als die Summe aus Zinsüberschuss nach Risikovorsorge, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus Finanzanlagen, Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen und Sonstigem Ergebnis abzüglich der Verwaltungsaufwendungen.

⁵⁾ Das Ergebnis je Aktie errechnet sich als Quotient aus dem den COMMERZBANK-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnis und der durchschnittlichen Anzahl ausgegebener Stammaktien. Dabei ist eine Ausschüttung auf die stillen Einlagen vorab vom Konzernergebnis abgezogen, soweit (im Falle des Ergebnisses je Aktie für ein Quartal) eine solche Ausschüttung voraussichtlich erfolgen wird bzw. (im Falle des Ergebnisses je Aktie für ein Geschäftsjahr) tatsächlich erfolgt ist.

Konzern-Bilanz

	31. Dezember			31. Dezember	31. März
	2010 ⁽¹⁾	2011 ⁽²⁾	2012 ⁽²⁾	2012 ⁽³⁾	2013 ⁽³⁾
	(geprüft)			angepasst (prüferisch durchgesehen)	
	(in Mio. EUR)				
Aktiva					
Barreserve	8.053	6.075	15.755	15.755	11.051
Forderungen an Kreditinstitute	110.616	87.790	88.028	88.028	102.622
Forderungen an Kunden	327.755	296.586	278.546	278.546	280.136
Wertanpassung aus Portfolio Fair Value					
Hedges	113	147	202	202	182
Positive Marktwerte aus derivativen					
Sicherungsinstrumenten	4.961	5.132	6.057	6.057	5.222
Handelsaktiva	167.825	155.700	144.144	144.144	144.091
Finanzanlagen	115.708	94.523	89.142	89.142	89.133
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen ...	737	694	744	744	738
Immaterielle Anlagewerte	3.101	3.038	3.051	3.051	3.054
Sachanlagen	1.590	1.399	1.372	1.372	1.737
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	1.192	808	637	637	727
Zur Veräußerung gehaltene langfristige					
Vermögenswerte und Vermögenswerte aus					
Veräußerungsgruppen	1.082	1.759	757	757	793
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	650	716	790	790	810
Latente Ertragsteueransprüche	3.567	4.154	3.015	3.216	3.304
Sonstige Aktiva	7.349	3.242	3.638	3.571	3.700
Gesamt	754.299	661.763	635.878	636.012	647.300
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	137.626	98.481	110.242	110.242	128.547
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	262.827	255.344	265.842	265.842	272.946
Verbriefte Verbindlichkeiten	131.356	105.673	79.332	79.332	72.994
Wertanpassung aus Portfolio Fair Value					
Hedges	121	938	1.467	1.467	1.188
Negative Marktwerte aus derivativen					
Sicherungsinstrumenten	9.369	11.427	11.739	11.739	10.580
Handelspassiva	152.393	137.847	116.111	116.111	110.001
Rückstellungen	4.778	3.761	3.259	4.099	4.250
Tatsächliche Ertragsteuerschulden	1.072	680	324	324	286
Latente Ertragsteuerschulden	222	189	90	91	248
Verbindlichkeiten von zur Veräußerung					
gehaltenen Veräußerungsgruppen	650	592	2	2	2
Sonstige Passiva	8.136	6.568	6.523	6.523	6.385
Nachrangkapital	12.910	13.285	12.316	12.316	11.814
Hybridkapital	4.181	2.175	1.597	1.597	1.610
Eigenkapital	28.658	24.803	27.034	26.327	26.449
Gezeichnetes Kapital	3.047	5.113	5.828	5.828	5.827
Kapitalrücklage	1.507	11.158	11.681	8.730	8.732
Gewinnrücklagen	9.140	8.822	8.614	10.860	10.854
Stille Einlagen	17.178	2.687	2.376	2.376	2.376
Andere Rücklagen	(2.999)	(3.676)	(2.353)	(2.353)	(2.225)
Gesamt vor Minderheitenanteilen	27.873	24.104	26.146	25.441	25.564
Minderheitenanteile	785	699	888	886	885
Gesamt	754.299	661.763	635.878	636.012	647.300

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen; die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2010 wurden im Hinblick auf die Änderung des Ausweises eigener Aktien im Geschäftsjahr 2011 angepasst. Diese Änderung hatte Auswirkungen auf die Posten Kapitalrücklage und Gewinnrücklagen. Im Konzernabschluss der COMMERZBANK für das Geschäftsjahr 2010 war für die Kapitalrücklage noch ein Wert von EUR 1.302 Mio. (31. Dezember 2010) und für die Gewinnrücklagen ein Wert von EUR 9.345 Mio. (31. Dezember 2010) ausgewiesen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen.

³⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen. Ab dem Geschäftsjahr 2013 werden Umgliederungen innerhalb der Gewinn- und Verlust-Rechnung und Bilanzierungsänderungen durchgeführt. Die Zahlen zum 31. Dezember 2012 wurden entsprechend angepasst.

Ausgewählte Posten der Konzern-Kapitalflussrechnung

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember			Erstes Quartal zum 31. März	
	2010 ⁽¹⁾	2011 ⁽²⁾	2012 ⁽²⁾	2012 ⁽³⁾	2013 ⁽³⁾
	(geprüft, soweit nicht anders angegeben)			(prüferisch durchgesehen, soweit nicht anders angegeben)	
	(in Mio. EUR)				
Zahlungsmittelbestand zum					
Endeder Vorperiode	10.329	8.053	6.075	6.075	15.755
Cash Flow aus operativer					
Geschäftstätigkeit	(14.166)	(14.781)	5.497	(3.066)	(3.407)
Cash Flow aus					
Investitionstätigkeit	14.763	17.309	4.952	2.648	(902)
Cash Flow aus					
Finanzierungstätigkeit	(2.930)	(4.464)	(626)	86	(488)
Cash Flow insgesamt	(2.333)⁽⁴⁾	(1.936)⁽⁴⁾	9.823⁽⁴⁾	(332)	(4.797)
Effekte aus					
Wechselkursänderungen	116	67	(40)	(71)	118
Effekte aus					
Minderheitenanteilen	(59)	(109)	(103)	(29)	(25)
Zahlungsmittelbestand zum					
Endeder Periode	8.053	6.075	15.755	5.643	11.051

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen.

³⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen. Ab dem Geschäftsjahr 2013 werden Umgliederungen innerhalb der Gewinn-und-Verlust-Rechnung und Bilanzierungsänderungen durchgeführt. Die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 wurden entsprechend angepasst und weichen daher von den Zahlen im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2012 ab.

⁴⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Geografische Märkte – Erträge und Ergebnis

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember			Erstes Quartal zum 31. März	
	2010 ⁽¹⁾	2011 ⁽²⁾	2012 ⁽²⁾	2012 ⁽³⁾	2013 ⁽³⁾
	(geprüft)			(prüferisch durchgesehen)	
	(in Mio. EUR)				
Deutschland					
Erträge nach Risikovorsorge	7.161	6.197	6.059	1.560	1.377
Operatives Ergebnis	150	(39)	599	173	14
Europa ohne Deutschland					
Erträge nach Risikovorsorge	2.709	1.652	1.810	717	709
Operatives Ergebnis	1.244	170	483	378	404
Amerika					
Erträge nach Risikovorsorge	155	485	240	80	61
Operatives Ergebnis	(46)	320	108	42	29
Asien					
Erträge nach Risikovorsorge	146	165	132	9	46
Operatives Ergebnis	37	56	26	(17)	22
Sonstige					
Erträge nach Risikovorsorge	1	—	—	—	—
Operatives Ergebnis	1	—	—	—	—
Gesamt					
Erträge nach Risikovorsorge	10.172	8.499	8.241	2.366	2.193
Operatives Ergebnis	1.386	507	1.216	576	469

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen.

³⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen. Ab dem Geschäftsjahr 2013 werden Umgliederungen innerhalb der Gewinn-und-Verlust-Rechnung und Bilanzierungsänderungen durchgeführt. Die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 wurden entsprechend angepasst und weichen daher von den Zahlen im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2012 ab.

Betriebliche Kennzahlen des Konzerns

	31. Dezember			31. März
	2010 ⁽¹⁾	2011 ⁽²⁾	2012 ⁽²⁾	2013 ⁽³⁾
	(geprüft, soweit nicht anders angegeben)			(prüferisch durchgesehen, soweit nicht angegeben)
Durchschnittliches Eigenkapital (in Mio. EUR)	30.981	30.234	29.444	28.674
Operative Eigenkapitalrendite ⁽⁴⁾ (in %)	4,5	1,7	4,1	6,5
Aufwandsquote im operativen Geschäft ⁽⁵⁾ (in %)	69,3	80,8	71,0	70,1
Eigenkapitalrendite des Ergebnisses vor Steuern ⁽⁶⁾ (in %)	4,4	1,7	3,1	(0,3)
Eigenkapitalrendite auf das den COMMERZBANK- Aktionären zurechenbare Konzernergebnis ⁽⁷⁾ (in %)	4,7 ⁽⁸⁾	2,2 ⁽⁹⁾	0,0 ⁽¹⁰⁾	(1,4) ⁽¹¹⁾
Risikogewichtete Aktiva ⁽¹²⁾ (in Mrd. EUR)	267,5	236,6	208,1	209,8
Bilanzielles Eigenkapital (in Mrd. EUR)	28,7	24,8	27,0 ⁽¹³⁾	26,4
Bilanzielle Eigenmittel ⁽¹⁴⁾ (in Mrd. EUR)	45,7 ⁽⁸⁾	40,3 ⁽⁹⁾	40,9 ⁽¹⁰⁾⁽¹³⁾	39,9 ⁽¹¹⁾
Kernkapitalquote (in %)	11,9	11,1	13,1	12,6
Gesamtkapitalquote (in %)	15,3	15,5	17,8	17,2

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind, soweit nicht anders angegeben, dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind, soweit nicht anders angegeben, dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen.

³⁾ Die dargestellten Zahlen sind, soweit nicht anders angegeben, dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen.

⁴⁾ Die operative Eigenkapitalrendite ist der Quotient aus dem Operativen Ergebnis und dem durchschnittlichen Eigenkapital. Das durchschnittliche Eigenkapital wird auf Basis der Monatswerte der relevanten Konzerneigenkapitalposten berechnet.

⁵⁾ Die Aufwandsquote im operativen Geschäft errechnet sich aus dem Verhältnis des Verwaltungsaufwands zu den Erträgen vor Risikovorsorge. Die Erträge vor Risikovorsorge setzen sich zusammen aus dem Zinsüberschuss, dem Provisionsüberschuss, dem Handelsergebnis einschließlich Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, dem Ergebnis aus Finanzanlagen, dem Laufenden Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen und dem Sonstigen Ergebnis.

⁶⁾ Die Eigenkapitalrendite des Ergebnisses vor Steuern ist der Quotient aus dem Ergebnis vor Steuern und dem durchschnittlichen Eigenkapital.

⁷⁾ Die Eigenkapitalrendite auf das Konzernergebnis ist der Quotient aus dem Konzernergebnis (exkl. Minderheiten) und dem durchschnittlichen Eigenkapital (exkl. Minderheiten) ohne Berücksichtigung der durchschnittlichen Neubewertungsrücklage und der Rücklagen aus Cash Flow Hedges.

⁸⁾ Die Zahl ist dem Geschäftsbericht des COMMERZBANK-Konzerns für das Geschäftsjahr 2010, dort den Angaben zu den „Kennzahlen“, entnommen und ist ungeprüft.

⁹⁾ Die Zahl ist dem Geschäftsbericht des COMMERZBANK-Konzerns für das Geschäftsjahr 2011, dort den Angaben zu den „Kennzahlen“, entnommen und ist ungeprüft.

¹⁰⁾ Die Zahl ist dem Geschäftsbericht des COMMERZBANK-Konzerns für das Geschäftsjahr 2012, dort den Angaben zu den „Kennzahlen“, entnommen und ist ungeprüft.

¹¹⁾ Die Zahl ist dem Zwischenbericht des COMMERZBANK-Konzerns zum 31. März 2013, dort den Angaben zu den „Kennzahlen“, entnommen und ist ungeprüft.

¹²⁾ Die risikogewichteten Aktiva errechnen sich aus dem Betrag der Eigenmittelanforderungen multipliziert mit 12,5.

¹³⁾ Im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 wird auf der Basis der angepassten Zahlen zum 31. Dezember 2012 ein bilanzielles Eigenkapital von EUR 26,3 Mrd. und bilanzielle Eigenmittel von EUR 40,2 Mrd. zum 31. Dezember 2012 ausgewiesen. Im Übrigen wurden die betrieblichen Kennzahlen nicht angepasst

¹⁴⁾ Die bilanziellen Eigenmittel setzen sich zusammen aus dem bilanziellen Eigenkapital zuzüglich Nachrang- und Hybridkapital.

Wesentliche Änderungen der Finanzlage und des Betriebsergebnisses

Aktuelle Entwicklung

Seit dem 31. März 2013 sind keine wesentlichen Änderungen der Finanzlage oder des Betriebsergebnisses des COMMERZBANK-Konzerns eingetreten.

Dreimonatszeitraum zum 31. März 2013 und 2012

Das Operative Ergebnis des COMMERZBANK-Konzerns im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 sank um EUR 107 Mio. gegenüber EUR 576 Mio. im ersten Quartal 2012 auf EUR 469 Mio. Zu dem Rückgang trug im Wesentlichen der um 20% rückläufige Zinsüberschuss bei, welcher von EUR 1.694 Mio. im ersten Quartal 2012 auf EUR 1.356 Mio. im ersten Quartal 2013 fiel. Grund hierfür war das weiterhin niedrige Marktzinsniveau, die Reduzierung der zinstragenden Aktiva und Passiva sowie das rückläufige Zinsergebnis aus Handelsbeständen und derivativen Finanzinstrumenten. Darüber hinaus belasteten Zuführungen zu Rückstellungen, die im Wesentlichen auf Änderungen der Verlusteinschätzung im Zusammenhang mit Prozessrisiken beruhten, das Sonstige Ergebnis, welches um EUR 83 Mio. zurückging, von EUR 21 Mio. im ersten Quartal 2012 auf EUR -62 Mio. im ersten Quartal 2013. Zudem wirkte ein Anstieg der Risikovorsorge um 25,9% auf EUR 267 Mio. negativ auf das Operative Ergebnis. Grund für den Anstieg im Vergleich zum ersten Quartal 2012 war eine Parameteraktualisierung, die im ersten Quartal 2012 zu einer Risikovorsorgeauflösung in der Kernbank geführt hatte. Im ersten Quartal 2013 wurden hingegen keine Effekte aus der turnusmäßigen Parameteraktualisierung gebucht, da diese bereits im Dezember 2012 berücksichtigt worden waren.

Demgegenüber gab es im ersten Quartal 2013 eine Reihe positiver Faktoren, die allerdings die vorgenannte negative Entwicklung nicht ausgleichen konnten. Positiv entwickelte sich insbesondere das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, dieses stieg um 93,3% von EUR 164 Mio. im ersten Quartal 2012 auf EUR 317 Mio. im ersten Quartal 2013. Der Anstieg resultierte insbesondere aus der Anpassung der zum Fair Value bewerteten eigenen Verbindlichkeiten („Own Credit Spreads“), welche sich von negativen EUR 158 Mio. im ersten Quartal 2012 auf positive EUR 25 Mio. im ersten Quartal 2013 verbesserten. Dieser Effekt entfiel fast ausschließlich auf das Segment Corporates & Markets. Des Weiteren verbesserte sich das Ergebnis aus Finanzanlagen um 96,6% auf EUR -6 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 gegenüber EUR -176 Mio. im ersten Quartal 2012. Im ersten Quartal 2012 war das Ergebnis aus zinstragendem Geschäft zudem noch durch ein negatives Realisierungsergebnis im Zusammenhang mit dem Verkauf griechischer Anleihen sowie Veräußerungsverluste aus dem Abbau des Staatsportfolios belastet. Der Verwaltungsaufwand konnte gegenüber dem ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 ebenfalls verringert werden (um 3,7%), was im Wesentlichen auf rückläufige Aufwendungen für Raum- und Arbeitsplatzkosten, rückläufige leistungsbezogene Vergütungsbestandteile und geringere Aufwendungen für Altersvorsorge zurückzuführen war.

Das Konzernergebnis reduzierte sich im ersten Quartal 2013 um EUR 452 Mio. auf EUR –69 Mio. nach EUR 383 Mio. im ersten Quartal 2012. Neben den oben dargestellten negativen Effekten belasteten Restrukturierungsaufwendungen im Zusammenhang mit den geplanten Personalmaßnahmen im Rahmen der „Strategie 2016 (Strategische Agenda)“ in Höhe von EUR 493 Mio. das Konzernergebnis deutlich. Zudem belastete ein Steueraufwand von EUR 45 Mio. das Konzernergebnis im ersten Quartal 2013.

Geschäftsjahre 2012 und 2011

Das Operative Ergebnis des COMMERZBANK-Konzerns im Geschäftsjahr 2012 stieg um EUR 709 Mio. auf EUR 1.216 Mio., verglichen mit EUR 507 Mio. im Geschäftsjahr 2011. Diese Steigerung war maßgeblich dadurch bedingt, dass die im Zusammenhang mit der europäischen Staatsschuldenkrise vorgenommenen Wertminderungen weit aus geringer ausfielen als im Geschäftsjahr 2011. Darüber hinaus konnte der Verwaltungsaufwand um 12,1% auf EUR 7.025 Mio. im Geschäftsjahr 2012 gesenkt werden, was auf das strikte Kostenmanagement und auf realisierte Kostensynergien zurückzuführen war.

Demgegenüber wirkte sich eine Reihe von Faktoren belastend auf das Operative Ergebnis im Geschäftsjahr 2012 aus. Zum einen ging der Zinsüberschuss um 17,6% auf EUR 5.539 Mio. im Geschäftsjahr 2012 zurück. Neben der Reduzierung von zinstragenden Aktiva und Passiva aufgrund gezielter Abbaumaßnahmen im Segment Non-Core Assets wirkte sich das gesunkene Marktzinsniveau negativ auf die Einlagenmarge aus. Daneben wirkte sich der um 8,7% auf EUR 3.191 Mio. im Geschäftsjahr 2012 gesunkene Provisionsüberschuss negativ auf die Ertragslage des Konzerns aus. Diese Entwicklung war im Wesentlichen bedingt durch das schwache Wertpapiergeschäft im Segment Privatkunden und rückläufige Erträge aus Kreditsyndizierungen im Segment Mittelstandsbank. Ebenfalls negativ entwickelte sich die Risikovorsorge im Kreditgeschäft, welche im Geschäftsjahr 2012 um 19,4% auf EUR 1.660 Mio. anstieg, im Wesentlichen bedingt durch den gestiegenen Vorsorgebedarf im Konzernbereich Deutsche Schiffsbank. Auch das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen entwickelte sich negativ und ging um 43,6% auf EUR 1.121 Mio. zurück. Maßgeblich für den Rückgang waren insbesondere Anpassungen der zum Fair Value bewerteten eigenen Verbindlichkeiten („Own Credit Spreads“) – hier war im Geschäftsjahr 2011 noch ein Ertrag erzielt worden –, Bewertungsverluste von Derivaten sowie ein Ertrag im Geschäftsjahr 2011 aus der beschlossenen Veräußerung des Anteils an der russischen Promsvyazbank, der im Geschäftsjahr 2012 in diesem Umfang nicht erzielt wurde. Schließlich wurde die Entwicklung des Operativen Ergebnisses im Vergleich der Geschäftsjahre dadurch belastet, dass im Geschäftsjahr 2011 im Sonstigen Ergebnis Erträge aus Maßnahmen zur Optimierung der Kapitalstruktur in Höhe von EUR 1.064 Mio. erzielt wurden, welche sich im Geschäftsjahr 2012 nicht wiederholten.

Das Konzernergebnis reduzierte sich von EUR 747 Mio. im Geschäftsjahr 2011 um 85,4% auf EUR 109 Mio. im Geschäftsjahr 2012. Grund hierfür waren zum einen die Bildung von Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von EUR 43 Mio. im Zusammenhang mit der Abwicklung der Hypothekenbank Frankfurt AG sowie das negative Ergebnis aus dem Verkauf von Veräußerungsgruppen, welches sich aus dem Verkauf der Bank Forum ergab. Zum anderen resultierte insbesondere aus der Wertberichtigung latenter Steueransprüche, welche im Wesentlichen auf die zukünftigen reduzierten Ertragsziele zurückzuführen ist, ein Steueraufwand in Höhe von EUR 796 Mio., der das Konzernergebnis belastete.

Geschäftsjahre 2011 und 2010

Das Operative Ergebnis des COMMERZBANK-Konzerns im Geschäftsjahr 2011 reduzierte sich um 63,4% auf EUR 507 Mio. nach EUR 1.386 Mio. im Geschäftsjahr 2010. Das Operative Ergebnis war im Geschäftsjahr 2011 in hohem Maße von der europäischen Staatsschuldenkrise und den in diesem Zusammenhang gebildeten negativen Wertkorrekturen auf griechische Staatsanleihen beeinflusst, die das Ergebnis aus Finanzanlagen um EUR 2.226 Mio. reduzierten. Belastend wirkte zudem eine Reduzierung des Zinsüberschusses um 4,7% auf EUR 6.724 Mio., resultierend aus gezielten Abbaumaßnahmen und Verkäufen von nicht-strategischen Bankbeteiligungen im Geschäftsjahr 2010. Der Provisionsüberschuss reduzierte sich um 4,2% auf EUR 3.495 Mio. im Geschäftsjahr 2011, insbesondere aufgrund des schwachen Wertpapiergeschäfts, welches auf die unsichere Marktlage im zweiten Halbjahr 2011 zurückging. Darüber hinaus wirkte der Verkauf von Tochtergesellschaften im Geschäftsjahr 2010 sich auch hier negativ aus.

Demgegenüber gab es im Geschäftsjahr 2011 eine Reihe positiver Faktoren, die aber insgesamt die vorgenannte negative Entwicklung nicht ausgleichen konnten. Positiv entwickelte sich namentlich die gegenüber dem Geschäftsjahr 2010 um 44,4% auf EUR 1.390 Mio. gesunkene Risikovorsorge, die von der konjunkturellen Erholung der Kernmärkte in allen Segmenten profitierte. Auch der oben genannte Effekt aus der beschlossenen Veräußerung des Anteils an der russischen Promsvyazbank wirkte sich positiv aus, ebenso wie die oben genannten Maßnahmen zur Optimierung der Kapitalstruktur. Der Verwaltungsaufwand reduzierte sich um 9,0% auf EUR 7.992 Mio. insbesondere aufgrund realisierter Kostensynergien.

Das Konzernergebnis reduzierte sich um 49,8% auf EUR 747 Mio. Neben den oben dargestellten Effekten beeinflusste ein Steuertrag von EUR 240 Mio. das Konzernergebnis positiv. Dieser Ertrag setzt sich aus einer Reihe – zum Teil gegenläufiger – Faktoren zusammen, unter anderem aus der Nachaktivierung latenter Steueransprüche auf steuerliche Verlustvorträge der Filialen London und New York. Restrukturierungsaufwendungen fielen (nach EUR 33 Mio. im Geschäftsjahr 2010 im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Commerz Real AG) für das Geschäftsjahr 2011 nicht an.

B.8	Ausgewählte wesentliche Pro-forma-Finanzinformationen	Entfällt. Die Gesellschaft hat keine Pro-forma-Finanzinformationen erstellt.
B.9	Gewinnprognosen oder -schätzungen	Entfällt. Es liegen keine Gewinnprognosen oder -schätzungen vor.
B.10	Beschränkungen im Bestätigungsvermerk	Entfällt. Die in dem Prospekt enthaltenen geprüften historischen Abschlüsse wurden mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehen.
B.11	Nicht ausreichendes Geschäftskapital	Entfällt. Die Gesellschaft ist der Auffassung, dass der COMMERZBANK-Konzern aus heutiger Sicht in der Lage ist, mindestens in den nächsten zwölf Monaten seinen fälligen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Abschnitt C – Wertpapiere

C.1	Art und Gattung der Wertpapiere, Wertpapierkennung	<p>Auf den Inhaber lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien), jeweils mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00 je Stückaktie und mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2013.</p> <p>Für die alten und Neuen Aktien (wie unter E.3 definiert):</p> <p>International Securities Identification Number (ISIN) ... DE000CBK1001</p> <p>Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN) CBK100</p> <p>Common Code 091829665</p> <p>Börsenkürzel CBK</p> <p>Für die Bezugsrechte:</p> <p>International Securities Identification Number (ISIN) ... DE000CBKBZR5</p> <p>Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN) CBKBZR</p>
C.2	Währung der Wertpapieremission	Euro.
C.3	Zahl der ausgegebenen und voll eingezahlten Aktien	Das Grundkapital der COMMERZBANK beträgt zum Datum dieser Zusammenfassung EUR 582.951.385,00 und ist eingeteilt in 582.951.385 Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien).
	Nennwert pro Aktie bzw. Angabe, dass die Aktien keinen Nennwert haben.	Als Stückaktien mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00 je Stückaktie lauten die Aktien der Gesellschaft auf keinen Nennbetrag.
C.4	Mit den Wertpapieren verbundene Rechte	Jede Aktie der Gesellschaft gewährt in der Hauptversammlung der Gesellschaft eine Stimme. Beschränkungen des Stimmrechts bestehen nicht. Jede Aktie der Gesellschaft ist ab dem 1. Januar 2013 gewinnanteilberechtigt.
C.5	Beschränkungen für die freie Übertragbarkeit der Wertpapiere	Entfällt. Die angebotenen Aktien der Gesellschaft sind ohne Beschränkungen frei übertragbar.
C.6	Börsenzulassung	Die bestehenden Aktien der COMMERZBANK sind zum Handel im regulierten Markt an den Wertpapierbörsen Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart sowie zum Teilbereich des regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen. Darüber hinaus sind sie an der London Stock Exchange und an der SIX Swiss Exchange, Zürich, zugelassen.

Die Zulassung der Neuen Aktien zu den regulierten Märkten an den Wertpapierbörsen zu Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart mit gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse wird voraussichtlich am 14. Mai 2013 beantragt werden. Der Zulassungsbeschluss wird für den 28. Mai 2013 erwartet. Die Neuen Aktien werden voraussichtlich am 29. Mai 2013 in die bestehende Notierung für die Aktien der Gesellschaft einbezogen. Zusätzlich soll zeitnah ein Antrag auf Zulassung und Einbeziehung der Neuen Aktien an der London Stock Exchange und der SIX Swiss Exchange, Zürich, gestellt werden.

C.7 Dividendenpolitik

Die COMMERZBANK beabsichtigt, im Rahmen der Realisierung ihrer Gesamtstrategie zukünftig grundsätzlich wieder Dividenden an ihre Aktionäre zu zahlen, sofern der Gesellschaft nach den Bilanzierungsgrundsätzen des HGB ein ausschüttungsfähiger Bilanzgewinn zur Verfügung steht. Dabei hat die Gesellschaft auch gesetzliche Ausschüttungssperren zu beachten. So ist aufgrund der vorgenommenen Ausübung von bestimmten Aktivierungswahlrechten eine Ausschüttungssperre in Höhe von EUR 0,8 Mrd. (Stand: 31. Dezember 2012) zu berücksichtigen. Der Vorstand der COMMERZBANK erwartet derzeit nicht, dass die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2013 eine Dividende zahlen wird.

Abschnitt D – Risiken

D.1 Zentrale Risiken des Emittenten oder seiner Branche

Markt- und unternehmensbezogene Risiken

- Das seit einiger Zeit vorherrschende makroökonomische Umfeld beeinträchtigt die Ergebnisse des Konzerns, und die starke Abhängigkeit des Konzerns vom wirtschaftlichen Umfeld, insbesondere in Deutschland, kann bei einem möglichen erneuten wirtschaftlichen Abschwung weitere erhebliche Belastungen zur Folge haben.
- Die globale Finanzmarktkrise sowie die Staatsschuldenkrise, insbesondere im Euroraum, haben die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in der Vergangenheit ganz erheblich belastet, und es ist nicht auszuschließen, dass sich auch in Zukunft erheblich negative Folgen für den Konzern, insbesondere bei einer erneuten Verschärfung der Krise, ergeben können. Eine weitere Verschärfung der Krise innerhalb der Europäischen Währungsunion kann erheblich negative, unter Umständen sogar existenzbedrohende, Folgen für den Konzern haben.
- Der Konzern hält Staatsanleihen in erheblichem Umfang. Wertminderungen und niedrigere beizulegende Zeitwerte solcher Staatsanleihen haben die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in der Vergangenheit ganz erheblich belastet, und weitere zukünftige Belastungen sind nicht auszuschließen.

- Die vom Konzern erworbenen Credit Default Swaps (CDS) auf Staatsanleihen könnten ihren Absicherungszweck nicht erfüllen. Darüber hinaus hat der Konzern Credit Default Swaps auf Staatsanleihen begeben und dadurch das Ausfallrisiko aus Staatsanleihen Dritter übernommen. Das Risiko aus begebenen CDS kann sich realisieren, obwohl gleichzeitig die erworbenen CDS ihren Absicherungszweck nicht erfüllen.
- Es besteht das Risiko, dass der Konzern seine strategischen Pläne nicht, nicht vollständig oder nur zu höheren Kosten als geplant umsetzen kann oder dass die Umsetzung geplanter Maßnahmen nicht zur Verwirklichung der angestrebten strategischen Ziele führt.
- Die Ergebnisse des Konzerns sind sehr stark schwankend und werden stark bestimmt von volatilen Einzelkomponenten und Sondereffekten mit der Folge, dass von Periodenergebnissen nur in bedingtem Maße auf die Ergebnisse von Folgezeiträumen geschlossen werden kann.
- Der Konzern unterliegt Adressenausfallrisiken (Kreditrisiken), auch in Bezug auf große Einzelengagements, Großkredite und Engagements, die in einzelnen Sektoren konzentriert sind, so genannte Klumpenrisiken, sowie aus Forderungen gegenüber Schuldern, die von der Staatsschuldenkrise besonders betroffen sein können.
- Der Abbau des Schiffsfinanzierungsportfolios unterliegt erheblichen Risiken im Hinblick auf die aktuell schwierige Marktlage und die Volatilität der Schiffspreise, davon beeinflusste Adressenausfallrisiken (Kreditrisiken) sowie den Risiken von erheblichen Veränderungen der Werte bei Sicherheiten an Schiffen.
- Der Abbau des gewerblichen Immobilienfinanzierungsportfolios unterliegt besonderen Risiken im Hinblick auf die aktuell schwierige Marktlage und die Volatilität der Immobilienpreise, davon beeinflusste Adressenausfallrisiken (Kreditrisiken) sowie den Risiken von erheblichen Veränderungen der Werte bei an privaten oder gewerblichen Immobilien bestellten Immobiliarsicherheiten.
- Der Konzern verfügt über erhebliche Positionen in seinem Portfolio notleidender Kredite und diese Ausfälle könnten nur unzureichend durch Sicherheiten und bisher erfolgte Wertberichtigungen und gebildete Rückstellungen abgedeckt sein.
- Der Konzern hält weiterhin ein erhebliches Portfolio an Wertpapieren, die durch geringe Liquidität, niedrige, volatile oder fehlende Marktpreise und Unsicherheit über ihre Werthaltigkeit gekennzeichnet sind und die der Konzern abbauen möchte. Es ist möglich, dass der Konzern auf solche Wertpapiere in Zukunft weitere erhebliche Wertminderungen vornehmen muss bzw. beim Abbau derartiger Portfolien weitere erhebliche Verluste erleidet.

- Der Konzern unterliegt dem Risiko von Veränderungen des beizulegenden Zeitwertes der von ihm gehaltenen Finanzinstrumente.
- Änderungen der Klassifizierung von Vermögensgegenständen, der relevanten Rechnungslegungsstandards, der regulatorischen Rahmenbedingungen oder des Ratings durch Ratingagenturen können zu einer Änderung der Bewertung von Vermögenswerten des Konzerns führen und sich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns auswirken.
- Verträge mit Anleihe- und Kreditversicherern, insbesondere Monoline-Versicherern, unterliegen wegen der drohenden Insolvenz dieser Versicherungsgesellschaften einem signifikanten Ausfallrisiko.
- Der Konzern unterliegt Kreditrisiken im Hinblick auf Wertminderungen bestellter Mobiliarsicherheiten, insbesondere bei Wertpapieren.
- Der Konzern ist außerhalb seines klassischen Kreditgeschäfts Kreditrisiken ausgesetzt, die erheblich über die Risiken aus dem klassischen Bankkreditgeschäft hinausgehen.
- Der Konzern unterliegt Marktpreisrisiken in Bezug auf die Bewertung von Aktien und Fondsanteilen.
- Der Konzern unterliegt Marktpreisrisiken in Form von Zinsrisiken.
- Der Konzern unterliegt Marktpreisrisiken in Form von Credit-Spread-Risiken.
- Der Konzern unterliegt Währungsrisiken.
- Der Konzern unterliegt Marktpreisrisiken in Form von Volatilitäts- und Korrelationsrisiken.
- Der Konzern unterliegt Marktpreisrisiken in Form von Rohstoffpreisrisiken.
- Die Hedging-Strategien des Konzerns können sich als ineffektiv erweisen, verursachen Kosten und sind ihrerseits mit Risiken verbunden.
- Es ist möglich, dass die Einnahmen bzw. Ergebnisse des Konzerns aus seinem Brokerage-Geschäft und anderen kommissions- oder gebührenabhängigen Geschäften weiter absinken.
- Der Konzern könnte seine Kundenbasis falsch einschätzen, und seine Planungen und Risikoeinschätzungen könnten daher auf unzutreffenden Annahmen basieren.
- Es besteht das Risiko, dass sich vom Konzern entwickelte Produkte nicht im Markt platzieren lassen, platzierte Produkte sich nicht so entwickeln wie erwartet und Vorleistungen sich deshalb als überflüssig erweisen oder daraus Haftungsrisiken oder Finanzierungsverpflichtungen entstehen.

- Die Vertriebspartnerschaft zwischen der Allianz (wie unter E.4 definiert) und dem Konzern in Bezug auf Asset Management- und Versicherungsprodukte führt möglicherweise nicht zu den erhofften Vorteilen und kann finanzielle Belastungen zur Folge haben.
- Die Märkte, in denen der Konzern tätig ist, insbesondere der deutsche Markt (und dort vor allem die Tätigkeiten im Geschäft mit Privat- und Firmenkunden sowie im Investment Banking) sowie der polnische Markt, sind von starkem Preis- und Konditionenwettbewerb gekennzeichnet, woraus ein erheblicher Margendruck resultiert.
- Maßnahmen von Regierungen und Zentralbanken zur Bekämpfung der Finanzmarktkrise und der Staatsschuldenkrise wirken sich erheblich auf das Wettbewerbsumfeld aus.
- Der Konzern ist auf die regelmäßige Versorgung mit Liquidität angewiesen, und ein marktweiter oder unternehmensspezifischer Liquiditätsengpass kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns erheblich negativ beeinflussen. Derzeit ist die Liquiditätsversorgung von Banken und anderen Akteuren an den Finanzmärkten stark von weitreichenden Maßnahmen der Zentralbanken abhängig.
- Die Möglichkeiten des Konzerns zur längerfristigen Refinanzierung über die Pfandbriefmärkte, die bisher durch die Hypothekenbank Frankfurt erfolgte, ist durch deren schwierige Situation und bevorstehende Abwicklung beeinträchtigt und kann durch eine Beeinträchtigung der Liquidität der Pfandbriefmärkte weiter erschwert werden.
- Eine Herabstufung des Ratings der COMMERZBANK und ihrer Tochtergesellschaften kann die Refinanzierung erschweren bzw. verteuern sowie Vertragspartnern das Recht geben, Derivategeschäfte zu beenden oder zusätzliche Sicherheiten zu fordern.
- Der Konzern unterliegt einer Vielzahl von operationellen Risiken einschließlich des Risikos, dass Mitarbeiter exzessive Risiken für den Konzern eingehen oder gegen Compliance-relevante Vorschriften im Zusammenhang mit der Ausübung der Geschäftstätigkeit verstoßen und dadurch plötzlich auftretende Schäden in erheblicher Größenordnung verursachen, die mittelbar auch zu einer Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen führen können.
- Der Konzern hängt in hohem Maße von komplexen IT-Systemen ab, deren Funktionsfähigkeit durch interne und externe Umstände beeinträchtigt werden kann.
- Der Konzern hat einen erheblichen Investitionsbedarf, um kurz- und mittelfristig eine wettbewerbsfähige IT-Landschaft sicherzustellen. Es kann nicht gewährleistet werden, dass neue IT-Systeme ordnungsgemäß funktionieren und dass durch die Investitionen die erstrebte Wettbewerbsfähigkeit der IT-Landschaft auch erreicht werden kann.

- Die wachsende Bedeutung von elektronischen Handelsplattformen und neuen Technologien kann sich negativ auf die Geschäftstätigkeit des Konzerns auswirken.
- In Bezug auf Beteiligungen an börsennotierten und nicht börsennotierten Gesellschaften ist die COMMERZBANK besonderen Risiken im Hinblick auf die Werthaltigkeit dieser Beteiligungen und ihre Steuerungsmöglichkeit ausgesetzt.
- Es ist möglich, dass die in der Konzernbilanz ausgewiesenen Geschäfts- und Firmenwerte sowie Markennamen als Folge von Impairment-Tests ganz oder teilweise abgeschrieben werden müssen.
- Die COMMERZBANK unterliegt Risiken aus einer möglichen Inanspruchnahme durch sie begebener Patronatserklärungen.
- Der Konzern ist auf Grund mittelbarer und unmittelbarer Pensionsverpflichtungen Risiken ausgesetzt.
- Eine weitere Erhöhung der Beiträge zum deutschen Pensionssicherungsverein würde zu einer erheblichen Belastung der Finanz- und Ertragslage des Konzerns führen.
- Es ist nicht sicher, ob es dem Konzern auch zukünftig gelingen wird, qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten.
- Der Konzern ist verschiedenen Reputationsrisiken ausgesetzt.
- Der Konzern kann Risiken ausgesetzt sein, die vom bestehenden Risikomanagement nicht erkannt oder von diesem unzutreffend eingeschätzt werden.

Risiken aus bankspezifischer Regulierung

- Die sich ständig verschärfenden aufsichtsrechtlichen Eigenkapital- und Liquiditätsstandards sowie Prozess- und Reporting-Anforderungen könnten das Geschäftsmodell für verschiedene Aktivitäten des Konzerns in Frage stellen, die Wettbewerbsposition des Konzerns negativ beeinflussen oder die Aufnahme zusätzlichen Eigenkapitals notwendig machen.
- Sonstige aufsichtsrechtliche Reformvorschläge infolge der Finanzmarktkrise, z.B. Belastungen wie die Bankenabgabe, eine mögliche Finanztransaktionssteuer, die Trennung des Eigenhandels vom Einlagengeschäft oder verschärfte Offenlegungs- und Organisationspflichten, können das Geschäftsmodell und das Wettbewerbsumfeld des Konzerns wesentlich beeinflussen.
- Die Qualifizierung der COMMERZBANK als „national systemrelevantes Kreditinstitut“ könnte die Geschäftstätigkeit beeinträchtigen oder Konsequenzen für die Struktur des Konzerns haben.
- Die COMMERZBANK unterliegt Stresstests, deren Ergebnisse bei ihrer Veröffentlichung negative Auswirkungen auf den Konzern haben könnten.

- Das aufsichtsrechtliche Eigenkapital besteht auch aus Instrumenten, deren Qualifizierung als aufsichtsrechtliches Eigenkapital sich ändern kann, wodurch die Geschäftstätigkeit eingeschränkt werden könnte.
- Aus dem Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen können aufsichtsrechtliche Konsequenzen resultieren, welche die Geschäftstätigkeit der COMMERZBANK einschränken und zu höheren Refinanzierungskosten führen könnten.
- Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Konzern die von der Europäischen Kommission im Hinblick auf die in Anspruch genommenen staatlichen Stabilisierungsmaßnahmen erteilten Auflagen nicht fristgemäß oder nur unzureichend erfüllen kann oder ihm wirtschaftliche Nachteile im Zusammenhang mit der Erfüllung der Auflagen entstehen.
- Die regulatorischen und bankaufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen für den Konzern in den Jurisdiktionen, in denen er außerhalb Deutschlands tätig ist, können sich jederzeit ändern, und die Nichteinhaltung dortiger aufsichtsrechtlicher Vorschriften kann zur Verhängung von Strafen und zu anderen Nachteilen bis hin zum Verlust behördlicher Genehmigungen führen.
- Es besteht das Risiko, dass der Konzern vom Einlagensicherungsfonds mit erhöhten Umlagen belastet wird oder er unabhängig vom Einlagensicherungsfonds zu Beiträgen zur Rettung von in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen Banken herangezogen wird. Die geplante Reform der EU-Einlagensicherungs-Richtlinie würde zu Belastungen durch erhebliche Beitragszahlungen für den Konzern führen, die voraussichtlich nicht an den Markt weiter gegeben werden können.

Rechtliche Risiken

- Im Zusammenhang mit seinen Geschäftsaktivitäten können für den COMMERZBANK-Konzern Rechtsstreitigkeiten entstehen, deren Ausgang ungewiss ist und die mit Risiken für den Konzern verbunden sind. So haben beispielsweise Schadensersatzansprüche wegen fehlerhafter Anlageberatung zu erheblichen Belastungen des Konzerns geführt und können auch in Zukunft zu weiteren erheblichen Belastungen des Konzerns führen.
- Gegen die COMMERZBANK und ihre Tochtergesellschaften werden im Zusammenhang mit begebenen Genussscheinen und so genannten Trust Preferred Securities Zahlungs- und Wiederauffüllungsansprüche – zum Teil auch gerichtlich – geltend gemacht. Der Ausgang dieser Verfahren kann erhebliche über die jeweils geltend gemachten Ansprüche hinausgehende negative Auswirkungen auf den Konzern haben.

- Klagen gegen Konzernunternehmen wegen nicht oder nicht im angeblich zugesagten Umfang gezahlter variabler Vergütungen für das Geschäftsjahr 2008 können negative Auswirkungen auf den Konzern haben.
- Regulatorische, aufsichtsrechtliche und staatsanwaltschaftliche Verfahren können erhebliche nachteilige Auswirkungen auf den Konzern haben.
- Aus Desinvestitionen können sich noch Zahlungsverpflichtungen und Reputationsschäden ergeben.
- Die Maßnahmen, die der Konzern zum Datenschutz und zur Sicherung der Vertraulichkeit von Daten ergriffen hat, könnten sich als unzureichend erweisen und Reputations- und sonstige Schäden verursachen.
- Die Rechtsbeziehungen zwischen dem Konzern und seinen Kunden beruhen auf standardisierten, für eine Vielzahl von Geschäftsvorgängen konzipierten Verträgen und Formularen; einzelne Anwendungsprobleme oder Fehler in dieser Dokumentation können daher eine Vielzahl von Kundenbeziehungen betreffen.
- Der Ausgang von Rechtsstreitigkeiten, an denen der Konzern nicht beteiligt ist, kann aus verschiedenen Gründen, etwa wegen der angegriffenen, branchenweit verwendeten Praxis oder Klauseln, negative Auswirkungen auf den Konzern haben.
- Der Konzern unterliegt Risiken bzgl. der steuerlichen Betriebsprüfung; Änderungen der steuerlichen Gesetzgebung oder Rechtsprechung können sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns auswirken. Änderungen in der Planung zukünftig erwarteter Erträge können zu erheblichen Schwankungen der aktiven latenten Steuern führen.
- Die EU-Kommission ermittelt gegen mehrere Unternehmen des Finanzsektors im Rahmen eines kartellrechtliches Prüfverfahren bezüglich des Marktes für Finanzinformationen über Credit Default Swaps.

D.3 Zentrale Risiken der Wertpapiere

Aktienbezogene Risiken

- Die von der Gesellschaft ausgegebenen eigenkapitalähnlichen Instrumente können die Interessen der bestehenden Aktionäre beeinträchtigen.
- Der SoFFin kann auf Grund seiner Beteiligung an der Gesellschaft beträchtlichen Einfluss auf die Gesellschaft ausüben. Die Interessen des SoFFin müssen sich nicht zwingend mit den Interessen anderer Aktionäre decken.
- Zukünftige Kapitalmaßnahmen der Gesellschaft können zu einer erheblichen Verwässerung der Rechte der Aktionäre führen.

- Sollte der SoFFin eine beträchtliche Anzahl von Aktien der Gesellschaft veräußern, kann sich dies nachteilig auf den Kurs der COMMERZBANK-Aktie auswirken.
- Der Aktienkurs der COMMERZBANK-Aktie kann starken Schwankungen unterliegen oder sinken. Falls der Aktienkurs der Aktien der COMMERZBANK während der Bezugsfrist sinkt, verringert sich der Wert der Bezugsrechte für die neuen Aktien oder die Bezugsrechte können wertlos werden. Es ist möglich, dass Anleger die neuen Aktien im Rahmen des Angebots zu einem höheren Preis als dem Marktpreis nach Abschluss des Angebots erwerben.
- Es gibt keine Gewähr dafür, dass sich ein Bezugsrechtshandel entwickeln wird, oder dass, sofern sich ein Handel entwickelt, der Kurs der Bezugsrechte nicht stärkeren Schwankungen unterliegen wird als der Kurs der Aktien der COMMERZBANK.
- Die Beteiligung der Aktionäre, die nicht oder nur teilweise an diesem Angebot teilnehmen, am Grundkapital der Gesellschaft wird verwässert werden.
- Die Beteiligung der Aktionäre könnte bei zukünftigen Kapitalmaßnahmen verwässert werden.
- Die dieses Angebot begleitenden Konsortialbanken sind unter bestimmten Voraussetzungen berechtigt, vom Aktien-Übernahmevertrag zurückzutreten. Wird das Angebot auf Grund eines solchen Rücktritts nicht durchgeführt, verfallen die Bezugsrechte wertlos.
- Bestimmte Aktionäre im Ausland können auf Grund ausländischer Rechtsbestimmungen gehindert sein, an diesem Angebot teilzunehmen.
- Sollten die Konsortialbanken nicht in der Lage sein, die neuen Aktien im Rahmen des Angebots zu platzieren, kann dies den Kurs der Aktien der Gesellschaft unter Druck setzen. Gleiches gilt, falls es nicht gelingen sollte, die im Rahmen der SoFFin-Platzierung angebotenen Aktien aus dem Bestand des SoFFin vollständig zu platzieren.
- Die diesem Angebot vorausgegangenen Kapitalherabsetzungsbeschlüsse sowie der diesem Angebot zugrundeliegende Kapitalerhöhungsbeschluss können angefochten werden, was zu Schadenersatzansprüchen gegen die Gesellschaft und sinkenden Kursen der COMMERZBANK-Aktie führen könnte.
- Die Risiken aus der beträchtlichen Beteiligung des SoFFin an der Gesellschaft – Einfluss des SoFFin auf die Gesellschaft bei möglicher Interessendivergenz zu anderen Aktionären, Veräußerung einer beträchtlichen Anzahl von Aktien durch den SoFFin – bestehen auch nach Durchführung von Kapitalerhöhung und SoFFin-Platzierung fort.

- Die voraussichtliche Verwässerung der Beteiligung des SoFFin nach Abschluss der Transaktion kann zu einer Herabstufung des Ratings der COMMERZBANK führen und damit die Refinanzierung des Konzerns erschweren und/oder verteuern sowie Vertragspartnern das Recht geben, Derivategeschäfte zu beenden oder zusätzliche Sicherheiten zu fordern.
- Werden die stillen Einlagen des SoFFin und der Allianz vorzeitig zurückgeführt, wie dies im Zuge der Kapitalerhöhung geplant ist, kann die vorzeitige Rückführung der stillen Einlagen dazu führen, dass gewisse Hybridinstrumente, deren Bedingungen entsprechende Regelungen auf Gleichbehandlung enthalten, nach Maßgabe der Bedingungen bedient werden müssten, selbst wenn im Jahr der vorzeitigen Rückführung mangels Bilanzgewinns der COMMERZBANK Zinsausschüttungen auf bestimmte Hybridinstrumente der COMMERZBANK grundsätzlich entfallen würden.

Abschnitt E – Angebot

E.1 Gesamtnettoerlöse und geschätzte Gesamtkosten des Angebots, einschließlich der geschätzten Kosten, die dem Anleger vom Emittenten oder Anbieter in Rechnung gestellt werden

Die Gesellschaft erhält im Rahmen des Angebots den Bruttoemissionserlös aus dem Angebot der Neuen Aktien, welcher sich unter der Annahme des Bezugs bzw. der Platzierung sämtlicher 555.555.556 Neuen Aktien zum Bezugspreis auf EUR 2,5 Mrd. belieft. Hierin enthalten ist der Teil des Emissionserlöses, der auf die teilweise Einbringung der stillen Einlagen des SoFFin in Höhe von ca. EUR 625 Mio. entfällt. Vom Bruttoemissionserlös aus dem Verkauf der gegen Bareinlage bezogenen Neuen Aktien sind die von der Gesellschaft zu tragenden Übernahme- und Platzierungsprovisionen der Konsortialbanken in Höhe von maximal EUR 68,8 Mio. (inkl. einer möglichen Erfolgsvergütung) und die ebenfalls von der Gesellschaft zu tragenden sonstigen Kosten in Höhe von rund EUR 10 Mio. abzuziehen. Unter der Annahme des Bezugs bzw. der Platzierung sämtlicher 555.555.556 Neuen Aktien zum Bezugspreis erhalte die Gesellschaft damit einen Nettoemissionserlös in Höhe von rund EUR 2,4 Mrd. Kosten des Angebots werden den Anlegern von der Gesellschaft oder den Konsortialbanken nicht in Rechnung gestellt.

E.2a Gründe für das Angebot, Zweckbestimmung der Erlöse, geschätzte Nettoerlöse

Grund für das Angebot ist die Erzielung des Emissionserlöses, den die Gesellschaft dafür verwenden will, die stillen Einlagen des SoFFin (Stand 31. März 2013: EUR 1,63 Mrd.) und der Allianz (Stand 31. März 2013: EUR 750 Mio.) vollständig und vorzeitig zurückzuführen. Außerdem will die Gesellschaft den Emissionserlös dafür verwenden, einen Teilbetrag der im Zusammenhang mit der vorzeitigen Rückführung der stillen Einlagen vereinbarten einmaligen Ausgleichszahlungen an den SoFFin und an die Allianz zu zahlen (siehe dazu E.4).

E.3 Angebotskonditionen

Durch die vollständige vorzeitige Rückführung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz wird sich die Kapitalstruktur der COMMERZBANK weiter verbessern. Durch die geplante Transaktion würde die Common-Equity-Tier-1-Quote des COMMERZBANK-Konzerns bei angenommener vollständiger Anwendung von Basel III von 7,5% per 31. März 2013 auf 8,4% steigen (per 31. März 2013, unter der Annahme der Durchführung der geplanten Kapitalerhöhung und der vollständigen Rückzahlung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz).

Gegenstand des Angebots sind 555.555.556 neue, auf den Inhaber lautende Stammaktien ohne Nennbetrag der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von jeweils EUR 1,00 und voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2013 (die „**Neuen Aktien**“).

Bezugsangebot

Die Neuen Aktien stammen aus der am 19. April 2013 von der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft beschlossenen gemischten Bar-/Sachkapitalerhöhung. Mit Ausnahme des SoFFin, der an der Kapitalerhöhung durch teilweise Einbringung seiner stillen Einlagen unmittelbar teilnimmt, wird sämtlichen Aktionären ein mittelbares Bezugsrecht gewährt. Am 14. Mai 2013 hat der Vorstand der Gesellschaft nach Maßgabe des Kapitalerhebungsbeschlusses der Hauptversammlung vom 19. April 2013 und mit Zustimmung des Aufsichtsrats der Gesellschaft vom 14. Mai 2013 den Bezugspreis, die Gesamtzahl der Neuen Aktien, das Bezugsverhältnis und die Bezugsfrist festgesetzt.

Bezugspreis

Der Bezugspreis beträgt EUR 4,50.

Bezugsverhältnis

Die Neuen Aktien werden den Aktionären im Verhältnis 21 : 20 angeboten, das heißt 21 alte Aktien berechtigen zum Bezug von 20 Neuen Aktien.

Bezugsfrist

Die Bezugsfrist wird vom 15. Mai 2013 bis voraussichtlich zum 28. Mai 2013 (jeweils einschließlich) laufen.

Ausübung des Bezugsrechts

Die Bezugsrechte (ISIN: DE000CBKBZR5 /WKN: CBKBZR), die auf die bestehenden Aktien der Gesellschaft (ISIN: DE000CBK1001 / WKN: CBK100) entfallen, werden am 15. Mai 2013 per Stand vom 14. Mai 2013 (abends) durch die Clearstream Banking Aktiengesellschaft, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn, den Depotbanken automatisch zugebucht. Die Aktionäre werden durch Veröffentlichung des Bezugsangebots – im Bundesanzeiger voraussichtlich am 14. Mai 2013 und in der Frankfurter Allgemeine Zeitung voraussichtlich am 15. Mai 2013 – aufgefordert, ihr Bezugsrecht auf die Neuen Aktien zur Vermeidung des Ausschlusses von der Ausübung ihres Bezugsrechts in der Zeit vom 15. Mai 2013 bis 28. Mai 2013 (jeweils einschließlich) über ihre Depotbank bei einer der Bezugsstellen während der üblichen Schalterstunden auszuüben. Ein Ausgleich für nicht ausgeübte Bezugsrechte erfolgt nicht. Nach Ablauf der Bezugsfrist verfallen die nicht ausgeübten Bezugsrechte wertlos.

	<p>Bezugsrechtshandel</p> <p>Verbriefung und Lieferung</p> <p>Verwertung nicht bezogener Aktien/ Privatplatzierungen</p>	<p>Die Bezugsrechte (ISIN: DE000CBKBZR5 / WKN: CBKBZR) bzw. Bruchteile von Bezugsrechten für die Neuen Aktien werden in der Zeit vom 15. Mai 2013 bis 24. Mai 2013 (jeweils einschließlich) im regulierten Markt (Xetra und Xetra Frankfurt Spezialist) an der Frankfurter Wertpapierbörse gehandelt. Die Aufnahme des Handels in den Bezugsrechten an einer anderen Börse wird nicht beantragt.</p> <p>Die Lieferung der im Rahmen des Bezugsangebots bezogenen Neuen Aktien erfolgt voraussichtlich am 31. Mai 2013 durch Girosammelgutschrift, es sei denn, die Bezugsfrist wird verlängert.</p> <p>Die vom Bezugsrecht der Aktionäre ausgenommene Aktienspitze sowie etwaige auf Grund des Bezugsangebots nicht bezogene Neue Aktien sollen im Rahmen einer internationalen Privatplatzierung qualifizierten Anlegern in der Bundesrepublik Deutschland und in ausgewählten anderen Ländern (mit Ausnahme Japans) nach Maßgabe der Regulation S unter dem U.S. Securities Act von 1933 in der jeweils geltenden Fassung („Securities Act“) sowie in den Vereinigten Staaten von Amerika an Qualified Institutional Buyers gemäß Rule 144A unter dem Securities Act mindestens zum Bezugspreis angeboten werden.</p>
<p>E.4</p>	<p>Wesentliche Interessen an dem Angebot, einschließlich potenzieller Interessenkonflikte</p>	<p>Die Konsortialbanken stehen im Zusammenhang mit dem Angebot in einem vertraglichen Verhältnis mit der Gesellschaft. Bei erfolgreicher Durchführung dieses Angebots erhalten die Konsortialbanken eine Provision von der Gesellschaft.</p> <p>Einige Konsortialbanken und ihre verbundenen Unternehmen, die in Geschäftsbeziehung mit der COMMERZBANK stehen, haben in der Vergangenheit Beratungs- oder andere Dienstleistungen für die COMMERZBANK gegen marktübliche Provisionen und Entgelte erbracht und werden dies wahrscheinlich auch in Zukunft tun. Außerdem hat auch die Gesellschaft für einige Konsortialbanken und ihre verbundenen Unternehmen Beratungs- oder andere Dienstleistungen gegen marktübliche Provisionen und Entgelte erbracht und wird dies wahrscheinlich auch in Zukunft tun. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die Konsortialbanken ein Interesse an einer erfolgreichen Durchführung dieses Angebots haben.</p> <p>Der SoFFin unterstützt die diesem Angebot zugrundeliegende Kapitalerhöhung, indem er seine Bezugsrechte voll ausüben und einen Teil seiner stillen Einlage in der Gesellschaft, und zwar in Höhe von ca. EUR 625 Mio., im Wege einer Sacheinlage in die Gesellschaft einbringen wird. Hierzu hat sich der SoFFin mit Vertrag vom 12. März 2013 gegenüber der Gesellschaft verpflichtet.</p>

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Citigroup Global Markets Limited sowie HSBC Trinkaus & Burkhardt AG beabsichtigen zudem, zu Beginn der Bezugsfrist des Angebots Aktien der Gesellschaft aus dem Bestand des SoFFin zu übernehmen und in dessen Auftrag gemeinsam mit der COMMERZBANK bei Investoren zu platzieren (die „**SoFFin-Platzierung**“). Dabei soll der Verkaufserlös des SoFFin aus der SoFFin-Platzierung dem Volumen der für die Ausübung der Bezugsrechte verwendeten stillen Einlage des SoFFin entsprechen, also ca. EUR 625 Mio. Im Ergebnis wird damit der SoFFin an der Kapitalerhöhung teilnehmen, ohne neue Barmittel zu investieren. Die Gesellschaft hat sich gegenüber dem SoFFin dazu verpflichtet, nach Maßgabe einer bis zum 12. Juni 2013 abzuschließenden Rückführungs- und Beendigungsvereinbarung den Restbetrag der stillen Einlage des SoFFin aus dem Emissionserlös der gegen Bareinlage bezogenen Neuen Aktien vorzeitig an den SoFFin zurückzuzahlen. Im Zusammenhang mit der vorzeitigen Rückführung der stillen Einlage erhält der SoFFin aus dem Emissionserlös außerdem einen Teilbetrag der in Höhe von ca. EUR 61 Mio. vereinbarten einmaligen Ausgleichszahlung von der Gesellschaft. Die Gesellschaft geht davon aus, dass der SoFFin ein Interesse an der erfolgreichen Durchführung sowohl der SoFFin-Platzierung als auch der Kapitalerhöhung hat.

Die Gesellschaft hat sich gegenüber der AZ-Arges Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, einer Tochtergesellschaft der Allianz SE (die Allianz SE zusammen mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften „**Allianz**“), dazu verpflichtet, die stille Einlage der Allianz aus dem Emissionserlös der gegen Bareinlage bezogenen Neuen Aktien an die Allianz zurückzuzahlen. Außerdem erhält die Allianz im Zusammenhang mit der vorzeitigen Rückführung der stillen Einlage aus dem Emissionserlös einen Teilbetrag der in Höhe von ca. EUR 28 Mio. vereinbarten einmaligen Ausgleichszahlung von der Gesellschaft. Die Gesellschaft geht davon aus, dass auch die Allianz ein Interesse an der erfolgreichen Durchführung der Kapitalerhöhung hat.

Mehrere Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft sind Inhaber von Aktien oder Aktienoptionen der COMMERZBANK und haben daher ein eigenes Interesse an der Entwicklung des Kurses der COMMERZBANK-Aktie. Mehrere Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat haben der Gesellschaft mitgeteilt, dass sie an dem Angebot durch Ausübung ihrer Bezugsrechte teilnehmen werden.

Daraus, dass die oben beschriebenen beteiligten Personen und Unternehmen jeweils auch eigene Interessen im Hinblick auf die Durchführung des Angebots haben, können sich grundsätzlich potenzielle Interessenkonflikte zwischen den Beteiligten untereinander oder zwischen Beteiligten und der Gesellschaft ergeben.

E.5 Personen, die die Wertpapiere zum Kauf anbieten

Die Neuen Aktien werden von den Konsortialbanken (wie oben unter A.1 definiert) zum Bezug angeboten.

Lock-up Vereinbarung

Die Gesellschaft hat sich in dem am 14. Mai 2013 abgeschlossenen Aktien-Übernahmevertrag verpflichtet, im Rahmen des rechtlich Zulässigen ohne Zustimmung der Joint Bookrunner (mit Ausnahme der Gesellschaft), die nach dem ersten Handelstag der Neuen Aktien möglich ist und nicht unbillig verweigert oder verzögert werden darf, innerhalb eines Zeitraums, der sechs Monate nach dem ersten Handelstag der Neuen Aktien endet:

- (i) weder direkt noch indirekt Aktien der Gesellschaft auszugeben, zu verkaufen, anzubieten, sich zu ihrem Verkauf zu verpflichten oder anderweitig darüber zu verfügen;
- (ii) keine Kapitalerhöhung aus genehmigtem oder bedingtem Kapital öffentlich anzukündigen oder durchzuführen;
- (iii) der Hauptversammlung keine Kapitalerhöhung vorzuschlagen;
- (iv) die Ausgabe von Finanzinstrumenten, die mit Options- oder Wandlungsrechten auf Aktien der Gesellschaft ausgestattet sind, oder wirtschaftlich vergleichbare Geschäfte weder öffentlich anzukündigen, vorzuschlagen noch durchzuführen (einschließlich Transaktionen im Hinblick auf Derivate).

Ausgenommen davon sind

- (i) die Durchführung dieses Angebots;
- (ii) die Ausgabe bzw. der Verkauf von Aktien oder Optionen auf Aktien an Mitarbeiter (einschließlich der Mitglieder der Exekutivorgane) der Gesellschaft oder mit ihr verbundener Unternehmen im Rahmen von Aktienoptionsplänen; und
- (iii) die Vornahme von gesellschaftsrechtlichen Handlungen im Zusammenhang mit einer Akquisition oder einem Joint-Venture, sofern sich die Vertragsparteien der Akquisition oder des Joint-Ventures gegenüber den Joint Bookrunnern (mit Ausnahme der Gesellschaft) den für die Gesellschaft geltenden Veräußerungsbeschränkungen unterwerfen.

E.6 Betrag und Prozentsatz der aus dem Angebot resultierenden unmittelbaren Verwässerung

Der Buchwert des bilanziellen Eigenkapitals des COMMERZBANK-Konzerns (ohne Minderheitsbeteiligungen und stille Einlagen) nach IFRS belief sich per 31. März 2013 auf EUR 23.188 Mio. und damit auf EUR 39,78 pro Aktie (basierend auf der zum Datum dieser Zusammenfassung bestehenden Anzahl ausgegebener Stammaktien von 582.951.385). Hiervon ausgehend hätte das angepasste Eigenkapital der Gesellschaft nach IFRS nach Übernahme der 555.555.556 Neuen Aktien durch die Konsortialbanken und Bezug durch den SoFFin und nach Abzug der geschätzten Gesamtkosten des Angebots zum 31. März 2013 EUR 22,49 pro Aktie betragen (berechnet unter der Annahme, dass nach Durchführung der Kapitalerhöhung 1.138.506.941 Aktien der Gesellschaft ausstehend sind). Dies entspricht einer Verringerung des Eigenkapitals der Gesellschaft um EUR 17,28 bzw. 43,5% pro

Betrag und Prozentsatz der unmittelbaren Verwässerung, für den Fall, dass die Aktionäre ihre Bezugsrechte nicht ausüben

E.7 Schätzung der Ausgaben, die dem Anleger vom Emittenten oder Anbieter in Rechnung gestellt werden

Aktie für die bisherigen Aktionäre und führt für die Erwerber der Neuen Aktien zu einem unmittelbaren Wertzuwachs von EUR 17,99 bzw. 400% pro Aktie, da das angepasste Eigenkapital der Gesellschaft pro Aktie den Bezugspreis von EUR 4,50 um diesen Betrag bzw. Prozentsatz übersteigt.

Bei Nichtausübung des Bezugsrechts verwässert der prozentuale Anteil eines Aktionärs am Gesamtkapital der Gesellschaft um 48,8% pro Aktie.

Entfällt. Anlegern werden keine Ausgaben von der Gesellschaft oder den Konsortialbanken in Rechnung gestellt. Anleger müssen jedoch solche Gebühren selbst tragen, die ihnen ihre eigene depotführende Bank für den Kauf und das Halten von Wertpapieren in Rechnung stellt.

Unterschriften

Frankfurt am Main, im Mai 2013

COMMERZBANK Aktiengesellschaft

gez. Karl-Heinz Raschtuttis

gez. Günter Hugger

Deutsche Bank Aktiengesellschaft

gez. Josef Ritter

gez. Markus Rausch

Citigroup Global Markets Limited

gez. Sara Hennicken

gez. Dr. Foruhar Madjllesi

HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

gez. Dr. Achim Schäcker

gez. Cord Kunze

BNP PARIBAS

gez. Heiko Leopold

gez. Malte Hopp

Mediobanca - Banca di Credito Finanziario S.p.A.

gez. Heiko Leopold

gez. Malte Hopp

UniCredit Bank AG

gez. Heiko Leopold

gez. Malte Hopp

ABN AMRO Bank N.V.

gez. Dr. Ulrich Brandt

gez. Michael Kintz

Banco Bilbao Vizcaya Argentaria, S.A.

gez. Dr. Ulrich Brandt

gez. Michael Kintz

Danske Bank A/S

gez. Dr. Ulrich Brandt

gez. Michael Kintz

Erste Group Bank AG

gez. Dr. Ulrich Brandt

gez. Michael Kintz

NATIXIS

gez. Dr. Ulrich Brandt

gez. Michael Kintz

(Diese Seite bleibt absichtlich frei.)

WERTPAPIERBESCHREIBUNG

gemäß §§ 5, 12 Absatz 1 Satz 4 Wertpapierprospektgesetz
für das öffentliche Angebot

sowie

für die Zulassung zu den regulierten Märkten an den Wertpapierbörsen zu Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart sowie für die gleichzeitige Zulassung zum Teilbereich des regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse

von

555.555.556 neuen, auf den Inhaber lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien)

aus der am 19. April 2013 von der ordentlichen Hauptversammlung beschlossenen Kapitalerhöhung mit Bezugsrecht (mit Ausnahme eines Spitzenbetrags)
– jeweils mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00 je Stückaktie und mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2013 –

der

COMMERZBANK Aktiengesellschaft Frankfurt am Main

- International Securities Identification Number (ISIN): DE000CBK1001 –
- Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN): CBK100 –
- Common Code: 091829665 –

COMMERZBANK

Deutsche Bank

Globale Koordinatoren und Joint Bookrunner

Citi

HSBC

Joint Bookrunner

BNP PARIBAS

Mediobanca

UniCredit Bank AG

Co-Lead-Manager

ABN AMRO

BBVA

Danske Bank A/S

Erste Group

NATIXIS

Co-Manager

14. Mai 2013

(Diese Seite bleibt absichtlich frei.)

INHALTSVERZEICHNIS

RISIKOFAKTOREN	1
VERANTWORTLICHE PERSONEN UND ALLGEMEINE INFORMATIONEN	5
Verantwortliche Personen	5
Gegenstand der Wertpapierbeschreibung und des Prospekts	5
Wichtige Hinweise zur Billigung und Veröffentlichung des Prospekts	5
Zukunftsgerichtete Aussagen	6
DAS ANGEBOT	7
Gegenstand des Angebots	7
Voraussichtlicher Zeitplan für das Angebot und die Börsenzulassung der Neuen Aktien	8
Bezugsangebot	9
Verwertung der Bezugsrechte	12
Nicht ausgeübte Bezugsrechte	12
Marktschutzvereinbarung	12
Verkaufsbeschränkungen	13
Allgemeine und besondere Angaben über die Aktien	13
Aktien-Übernahmevertrag	15
INTERESSEN BETEILIGTER PERSONEN AN DEM ANGEBOT	17
GRÜNDE FÜR DAS ANGEBOT, VERWENDUNG DES EMISSIONSERLÖSES UND KOSTEN DES ANGEBOTS	18
Emissionserlös und Kosten des Angebots	18
Gründe für das Angebot und Verwendung des Emissionserlöses	18
VERWÄSSERUNG	19
KAPITALAUSSTATTUNG UND VERSCHULDUNG; ERKLÄRUNG ZUM GESCHÄFTSKAPITAL; KAPITALISIERUNG	20
Kapitalausstattung und Verschuldung	20
Erklärung zum Geschäftskapital	22
Erwartete Auswirkungen des Angebots und der Rückzahlung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz auf Kerngrößen zur Kapitalausstattung und Kapitalqualität des COMMERZBANK-Konzerns ...	22
BESTEuerung IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	24
Besteuerung der Gesellschaft	24
Besteuerung der Aktionäre	25
UNTERSCHRIFTEN	U-1

(Diese Seite bleibt absichtlich frei.)

RISIKOFAKTOREN

Potenzielle Anleger sollten die nachfolgend beschriebenen spezifischen Risikofaktoren, die für das Angebot der Aktien von wesentlicher Bedeutung sind, und die übrigen in dem Prospekt – bestehend aus dieser Wertpapierbeschreibung (die „**Wertpapierbeschreibung**“), dem Registrierungsformular vom 14. Mai 2013 (einschließlich etwaiger künftiger Nachträge das „**Registrierungsformular**“) sowie der Zusammenfassung vom 14. Mai 2013 (die „**Zusammenfassung**“) (zusammen der „**Prospekt**“) –enthaltenen Risikofaktoren und weiteren Informationen sorgfältig lesen und berücksichtigen, bevor sie eine Entscheidung über den Erwerb von Aktien der COMMERZBANK Aktiengesellschaft, Kaiserstraße 16 (Kaiserplatz), 60311 Frankfurt am Main, Deutschland (nachfolgend auch „**COMMERZBANK**“ oder „**Gesellschaft**“ und, zusammen mit ihren Tochtergesellschaften, an denen die COMMERZBANK direkt oder indirekt mehr als 50% der Stimmrechte hält oder auf die sie einen beherrschenden Einfluss ausübt, sowie den nach IAS 27 oder SIC 12 zu konsolidierenden Zweckgesellschaften und Fonds, der „**COMMERZBANK-Konzern**“ oder „**Konzern**“) treffen. Der Eintritt eines oder mehrerer dieser im Prospekt aufgeführten Risiken kann einzeln oder zusammen mit anderen Umständen die Geschäftstätigkeit des Konzerns wesentlich beeinträchtigen und erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben. Der Börsenkurs der Aktien der COMMERZBANK könnte auf Grund jedes dieser Risiken fallen und Anleger könnten ihr investiertes Kapital ganz oder teilweise verlieren. Die beschriebenen Risiken sind möglicherweise nicht die einzigen Risiken, denen der Konzern ausgesetzt ist. Weitere Risiken, die der Gesellschaft gegenwärtig nicht bekannt sind oder die derzeit für unwesentlich erachtet werden, können ebenfalls den Geschäftsbetrieb des Konzerns beeinträchtigen und wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben. Die gewählte Reihenfolge stellt weder eine Aussage über die Realisierungswahrscheinlichkeit noch das Ausmaß der wirtschaftlichen Auswirkungen oder der Bedeutung der nachfolgend genannten Risikofaktoren dar.

Der Aktienkurs der COMMERZBANK-Aktie kann starken Schwankungen unterliegen oder sinken. Falls der Aktienkurs der Aktien der COMMERZBANK während der Bezugsfrist sinkt, verringert sich der Wert der Bezugsrechte für die neuen Aktien oder die Bezugsrechte können wertlos werden. Es ist möglich, dass Anleger die neuen Aktien im Rahmen des Angebots zu einem höheren Preis als dem Marktpreis nach Abschluss des Angebots erwerben.

Der Aktienkurs der COMMERZBANK-Aktie ist und war in der Vergangenheit volatil. Diese Schwankungen waren teilweise auf die hohe Volatilität an den Wertpapiermärkten im Allgemeinen und, beispielsweise, auf die Entwicklungen, welche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der COMMERZBANK beeinflusst haben, zurückzuführen. Auch im Anschluss an die Ankündigung des Angebots und die von der Hauptversammlung der Gesellschaft im April 2013 beschlossene Aktienzusammenlegung und der damit verbundenen Umstellung der Börsennotierung der Aktie der COMMERZBANK zum 24. April 2013 kam es zu Schwankungen des Börsenkurses der Aktien der COMMERZBANK. Der Aktienkurs kann auch zukünftig von einer Reihe von Faktoren wie beispielsweise Erwartungen und Einschätzungen des Marktes über die Wertentwicklung oder aber auch durch Faktoren, die unabhängig von der tatsächlichen oder erwarteten Geschäftsentwicklung des COMMERZBANK-Konzerns sind, beeinflusst werden, wodurch der Aktienkurs der COMMERZBANK-Aktie auch zukünftig stark schwanken und sinken kann. Über die bereits bestehende Volatilität der Aktien der COMMERZBANK hinaus kann sich durch das Volumen der Kapitalerhöhung, die Gegenstand dieses Angebots ist, und der SoFFin-Platzierung (wie im Folgenden definiert) die Volatilität nochmals erhöhen und können sich damit auch negative Kursentwicklungen verstärken. Auch die von der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Citigroup Global Markets Limited sowie HSBC Trinkaus & Burkhardt AG (zusammen die „**Platzierungsbanken**“) gemeinsam mit der COMMERZBANK zu Beginn der Bezugsfrist geplante Platzierung von Aktien der Gesellschaft aus dem Bestand des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung („**SoFFin**“) bei institutionellen Investoren (die „**SoFFin-Platzierung**“) kann die Volatilität der Aktien der COMMERZBANK weiter erhöhen oder andere negative Auswirkungen auf den Börsenkurs der Aktien der COMMERZBANK haben. Falls der Börsenkurs der Aktien der COMMERZBANK während der Bezugsfrist sinkt, verringert sich der Wert der Bezugsrechte für die neuen Aktien oder die Bezugsrechte können wertlos werden. Es ist möglich, dass Anleger die neuen Aktien im Rahmen des Angebots zu einem höheren Preis als dem Marktpreis nach Abschluss des Angebots erwerben.

Es gibt keine Gewähr dafür, dass sich ein Bezugsrechtshandel entwickeln wird, oder dass, sofern sich ein Handel entwickelt, der Kurs der Bezugsrechte nicht stärkeren Schwankungen unterliegen wird als der Kurs der Aktien der COMMERZBANK.

Die COMMERZBANK beabsichtigt, die Bezugsrechte bzw. Bruchteile von Bezugsrechten für neue Aktien in der Zeit vom 15. Mai 2013 bis zum 24. Mai 2013 (jeweils einschließlich) an der Frankfurter Wertpapierbörse im regulierten Markt (Xetra und Xetra Frankfurt Spezialist) handeln zu lassen. Es soll kein Antrag auf Bezugsrechtshandel an einer anderen Börse gestellt werden. Es kann nicht sichergestellt werden, dass sich

in dem genannten Zeitraum ein aktiver börslicher Bezugsrechtshandel entwickeln wird. Zudem hängt der Börsenkurs der Bezugsrechte unter anderem von der Kursentwicklung der Aktien der COMMERZBANK ab, es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass der Börsenkurs der Bezugsrechte stärkeren Schwankungen unterliegt als der Börsenkurs der Aktien der COMMERZBANK.

Die Beteiligung der Aktionäre, die nicht oder nur teilweise an diesem Angebot teilnehmen, am Grundkapital der Gesellschaft wird verwässert werden.

Bei der Kapitalerhöhung handelt es sich um eine Bezugsrechtskapitalerhöhung. Soweit Aktionäre die ihnen aufgrund ihrer Aktionärsstellung eingeräumten Bezugsrechte nicht ausüben, wird die Beteiligungsquote und das Stimmrecht dieser Aktionäre verwässert. Dadurch werden diejenigen Aktionäre, die ihr Bezugsrecht nicht oder nicht vollständig ausüben, nach Durchführung der Kapitalerhöhung mit einem geringeren prozentualen Anteil an der Gesellschaft beteiligt sein. Bezugsrechte, die nicht bis zum 28. Mai 2013 ausgeübt werden, verfallen wertlos. Die prozentuale Beteiligung am erhöhten Grundkapital der Gesellschaft wird entsprechend dem Anteil, zu dem das Grundkapital erhöht wird und der Aktionär nicht an der Kapitalerhöhung teilnimmt, verwässert.

Die Beteiligung der Aktionäre könnte bei zukünftigen Kapitalmaßnahmen verwässert werden.

Zur Deckung ihres Kapitalbedarfs könnte die Gesellschaft in der Zukunft Aktien sowie Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen emittieren, etwa zur Finanzierung der Geschäftstätigkeit. Die zukünftige Ausgabe von Aktien beziehungsweise die Ausübung von Wandlungs- oder Optionsrechten auf Aktien der Gesellschaft, die durch zukünftig ausgegebene Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen gewährt werden, könnte den Anteil der bisherigen Aktionäre am Grundkapital der Gesellschaft und an den Stimmrechten verwässern, wenn die Ausgabe ohne die Einräumung von Bezugsrechten oder sonstigen Zeichnungsrechten erfolgt oder wenn derartige Rechte nicht ausgeübt werden.

Die dieses Angebot begleitenden Konsortialbanken sind unter bestimmten Voraussetzungen berechtigt, vom Aktien-Übernahmevertrag zurückzutreten. Wird das Angebot auf Grund eines solchen Rücktritts nicht durchgeführt, verfallen die Bezugsrechte wertlos.

Die Gesellschaft und die Konsortialbanken haben einen Aktien-Übernahmevertrag („**Aktien-Übernahmevertrag**“) abgeschlossen, wonach die Konsortialbanken verpflichtet sind, die neuen Aktien zu übernehmen und den Aktionären der Gesellschaft (mit Ausnahme des SoFFin) zum Bezug anzubieten. Gemäß den Regelungen des Aktien-Übernahmevertrages sind die Konsortialbanken unter bestimmten Umständen berechtigt, vorzeitig von der Verpflichtung zur Zeichnung der neuen Aktien zurückzutreten bzw. das Angebot nicht durchzuführen. Zu diesen Umständen zählen insbesondere wesentliche nachteilige Veränderungen in der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des COMMERZBANK-Konzerns, soweit diese nicht in dem Prospekt dargelegt sind, wesentliche Einschränkungen des Börsenhandels oder des Bankgeschäfts, der Ausbruch oder die Eskalation von Feindseligkeiten, die Erklärung eines nationalen Notstands durch die Bundesrepublik Deutschland, das Vereinigte Königreich oder die Vereinigten Staaten oder andere Katastrophen oder Krisen, die wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Finanzmärkte zur Folge haben oder erwarten lassen. Sollten die Konsortialbanken vor Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister von dem Aktien-Übernahmevertrag zurücktreten, wird das Angebot nicht durchgeführt und die Bezugsrechte verfallen wertlos. Ein Anspruch der Anleger auf Lieferung von Aktien der Gesellschaft besteht in diesem Fall nicht. Sollten Anleger sogenannte Leerverkäufe vorgenommen haben, so tragen sie das Risiko, diese Verpflichtung nicht durch Lieferung neuer Aktien erfüllen zu können. Eine Rückabwicklung von Bezugsrechtshandelsgeschäften durch die Bezugsrechtsgeschäfte vermittelnden Stellen findet in einem solchen Fall ebenfalls nicht statt. Anleger, die Bezugsrechte über die Wertpapierbörse erworben haben, erleiden einen entsprechenden Verlust, da börslich die Geschäfte mit Bezugsrechten bei einem Erlöschen des Angebots nicht rückabgewickelt werden können.

Bestimmte Aktionäre im Ausland können auf Grund ausländischer Rechtsbestimmungen gehindert sein, an diesem Angebot teilzunehmen.

Die neuen Aktien und die Bezugsrechte sind und werden weder nach den Vorschriften des United States Securities Act of 1933 („**Securities Act**“) in der jeweils gültigen Fassung noch bei den Wertpapieraufsichtsbehörden von Bundesstaaten der USA oder in anderen Ländern außerhalb der Bundesrepublik Deutschland registriert. Die neuen Aktien werden zudem nur in der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere nicht in den USA öffentlich angeboten. Es ist daher nicht gewährleistet, dass die Annahme dieses Angebots in anderen Staaten als der Bundesrepublik Deutschland mit der jeweils entsprechenden anderen Rechtsordnung vereinbar ist. Aktionäre im Ausland können daher daran gehindert sein, an diesem Angebot teilzunehmen.

Sollten die Konsortialbanken nicht in der Lage sein, die neuen Aktien im Rahmen des Angebots zu platzieren, kann dies den Kurs der Aktien der Gesellschaft unter Druck setzen. Gleiches gilt, falls es nicht gelingen sollte, die im Rahmen der SoFFin-Platzierung angebotenen Aktien aus dem Bestand des SoFFin vollständig zu platzieren.

Die Konsortialbanken haben sich unter verschiedenen Bedingungen verpflichtet, die neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung (mit Ausnahme der Aktien, die vom SoFFin gegen Einbringung eines Teils seiner stillen Einlage bezogen werden) zu übernehmen und den Aktionären zum Bezug anzubieten. Die Platzierungsbanken haben sich gegenüber dem SoFFin verpflichtet, zu Beginn der Bezugsfrist für die geplante Kapitalerhöhung Aktien der Gesellschaft aus dem Altbestand des SoFFin im Rahmen der SoFFin-Platzierung zu übernehmen und gemeinsam mit der COMMERZBANK bei institutionellen Investoren zu platzieren. Sollten die angebotenen neuen Aktien nicht vollständig von den derzeitigen Aktionären bezogen werden oder nicht bezogene neue Aktien nicht an andere interessierte Anleger veräußert werden können oder die aus dem Altbestand des SoFFin stammenden Aktien der COMMERZBANK nicht vollständig bei institutionellen Investoren platziert werden können, ist davon auszugehen, dass die Konsortialbanken bzw. Platzierungsbanken versuchen werden, die dann bei ihnen verbliebenen Aktien der Gesellschaft möglichst zügig zu veräußern. Eine solche Veräußerung, oder die Erwartung, dass eine solche Veräußerung erfolgen könnte, kann sich negativ auf den Börsenkurs der Aktien der Gesellschaft auswirken. Da davon auszugehen ist, dass Aktien aus der Kapitalerhöhung bzw. der SoFFin-Platzierung vor allem dann nicht vollständig bezogen werden oder von interessierten Anlegern erworben werden, wenn der Börsenkurs der Aktien der Gesellschaft nahe am oder bereits unterhalb des Bezugspreises liegt, kann eine solche Veräußerung der Aktien der COMMERZBANK die bereits ungünstige Entwicklung des Börsenkurses der Aktien der Gesellschaft noch verstärken.

Die diesem Angebot vorausgegangenem Kapitalherabsetzungsbeschlüsse sowie der diesem Angebot zugrundeliegende Kapitalerhöhungsbeschluss können angefochten werden, was zu Schadenersatzansprüchen gegen die Gesellschaft und sinkenden Kursen der COMMERZBANK-Aktie führen könnte.

In Vorbereitung der diesem Angebot zugrundeliegenden Kapitalerhöhung hat die Hauptversammlung der Gesellschaft am 19. April 2013 in einem ersten Schritt beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft im Wege der Einziehung von sieben Stückaktien zunächst auf EUR 5.829.513.850 herabzusetzen, um es anschließend auf EUR 582.951.385 in der Weise herabzusetzen, dass je zehn Stückaktien der Gesellschaft zu einer Stückaktie zusammengelegt werden. Anschließend hat die Hauptversammlung in einem zweiten Schritt die diesem Angebot zugrundeliegende Kapitalerhöhung beschlossen. Jeder dieser Beschlüsse, die am 22. April 2013 in das Handelsregister eingetragen wurden, kann angefochten werden. Zwar hindert eine solche Anfechtungsklage nicht die Durchführung des jeweiligen Beschlusses sowie dessen Eintragung. Jedoch wäre die Gesellschaft, erwiese sich die Klage als begründet, dem jeweiligen klagenden Aktionär gegenüber verpflichtet, ihm den Schaden in Geld zu ersetzen, der ihm aus der Eintragung des angefochtenen Hauptversammlungsbeschlusses entstanden ist. Außerdem könnte durch die Erhebung einer solchen Anfechtungsklage der Aktienkurs der COMMERZBANK-Aktie negativ beeinflusst werden.

Die Risiken aus der beträchtlichen Beteiligung des SoFFin an der Gesellschaft – Einfluss des SoFFin auf die Gesellschaft bei möglicher Interessendivergenz zu anderen Aktionären, Veräußerung einer beträchtlichen Anzahl von Aktien durch den SoFFin – bestehen auch nach Durchführung von Kapitalerhöhung und SoFFin-Platzierung fort.

Auch nach der Durchführung der Kapitalerhöhung, die Gegenstand dieser Wertpapierbeschreibung ist, und der SoFFin-Platzierung wird der SoFFin noch wesentlich am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt bleiben. Seine Beteiligung wird allerdings voraussichtlich unter 20% sinken. In Abhängigkeit von der Höhe des auf der Hauptversammlung der COMMERZBANK vertretenen Grundkapitals kann diese Beteiligung dem SoFFin jedoch weiterhin eine Sperrminorität bei allen wesentlichen von der Hauptversammlung zu fassenden Beschlüssen vermitteln bzw. hat der SoFFin aufgrund der ihm durch seine Beteiligung vermittelten Stimmrechte die Möglichkeit, signifikanten Einfluss auf die von der Hauptversammlung zu fassenden Beschlüsse zu nehmen. Es besteht keine Gewähr, dass sich die Interessenlage des SoFFin in allen Fällen mit den Interessen der übrigen Aktionäre deckt.

Der SoFFin hat erklärt, den schrittweisen Ausstieg aus seiner Beteiligung an der Gesellschaft marktschonend gestalten zu wollen. Im Zusammenhang mit der geplanten SoFFin-Platzierung verpflichtet sich der SoFFin gegenüber den Platzierungsbanken und der COMMERZBANK, in einem Zeitraum von sechs Monaten nach dem ersten Handelstag der neuen, aus der geplanten Kapitalerhöhung stammenden Aktien der Gesellschaft keine Aktien der COMMERZBANK zu veräußern. Die Veräußerung einer beträchtlichen Anzahl von Aktien der COMMERZBANK durch den SoFFin oder auch die Vorstellung, dass es zu solch einer Veräußerung, insbesondere nach Ablauf der genannten Sechsenmonatsfrist, kommen könnte, kann sich nachteilig auf den Aktienkurs der Gesellschaft auswirken.

Die voraussichtliche Verwässerung der Beteiligung des SoFFin nach Abschluss der Transaktion kann zu einer Herabstufung des Ratings der COMMERZBANK führen und damit die Refinanzierung des Konzerns erschweren und/oder verteuern sowie Vertragspartnern das Recht geben, Derivategeschäfte zu beenden oder zusätzliche Sicherheiten zu fordern.

Die Ratingagentur Moody's Investors Service, Inc. („**Moody's**“) kündigte im Februar 2013 an, dass eine etwaige zukünftige Verwässerung der Beteiligung des SoFFin an der Gesellschaft in Höhe von 25%, die Moody's als Ausdruck der systemischen Unterstützung („systemic support“) der Gesellschaft als wichtig für ihr Rating der COMMERZBANK ansehe, zu einer Herabstufung ihrer Ratings der COMMERZBANK führen könnte. Nach der Durchführung der Kapitalerhöhung, die Gegenstand dieser Wertpapierbeschreibung ist, und der SoFFin-Platzierung wird die Beteiligung des SoFFin an der Gesellschaft voraussichtlich unter 20% sinken. Am 23. April 2013 stufte Moody's das Langfrist-Rating der COMMERZBANK von „A3“ auf „Baa1“ herab. Als Begründung für die Herabstufung nannte Moody's das anhaltend herausfordernde Umfeld im deutschen Privatkundenmarkt und die aus Sicht von Moody's weiterhin hohen Risiken der COMMERZBANK in Bezug auf Commercial Real Estate, die Schiffsfinanzierung sowie Staatsanleihen südeuropäischer Peripherieländer. Außerdem wies Moody's darauf hin, dass die ihrem Rating zugrundeliegenden Annahmen im Hinblick auf die systemische Unterstützung der COMMERZBANK unverändert fortgelten würden.

Eine weitere Herabstufung des Ratings der COMMERZBANK durch Moody's oder eine Rating-Herabstufung durch eine andere Ratingagentur hätte nachteilige Auswirkungen auf die Kosten des Konzerns für die Eigen- und Fremdkapitalbeschaffung und könnte zum Entstehen neuer oder zur Fälligkeit bestehender Verbindlichkeiten führen, die von der Aufrechterhaltung eines bestimmten Ratings abhängen. Das Rating der COMMERZBANK ist zudem ein wichtiges komparatives Element im Wettbewerb mit anderen Banken. Es hat insbesondere auch einen bedeutenden Einfluss auf die Ratings der wesentlichen Tochtergesellschaften der COMMERZBANK. Eine Herabstufung oder die bloße Möglichkeit der Herabstufung des Ratings der COMMERZBANK oder einer ihrer Tochtergesellschaften kann nachteilige Auswirkungen auf das Verhältnis zu den Kunden und für den Vertrieb von Produkten und Dienstleistungen der entsprechenden Gesellschaft haben. Eine Herabstufung kann auch die Verfügbarkeit und die Kosten von Refinanzierungsmöglichkeiten der COMMERZBANK negativ beeinflussen.

Daneben könnte der Fall eintreten, dass der Konzern nach einer Rating-Herabstufung im Zusammenhang mit ratingabhängigen Sicherheitenvereinbarungen für Derivategeschäfte zusätzliche Sicherheiten stellen müsste oder nicht mehr als Counterparty für Derivategeschäfte in Frage kommen würde. Sollte das Rating der COMMERZBANK oder einer ihrer Tochtergesellschaften aus dem Bereich der vier höchsten Bewertungsstufen (Investment Grade-Rating) herausfallen, kann das operative Geschäft der COMMERZBANK oder der betroffenen Tochtergesellschaft und damit auch die Refinanzierungskosten aller Konzerngesellschaften erheblich beeinträchtigt werden.

Jedes der vorgenannten Risiken kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

Werden die stillen Einlagen des SoFFin und der Allianz vorzeitig zurückgeführt, wie dies im Zuge der Kapitalerhöhung geplant ist, kann die vorzeitige Rückführung der stillen Einlagen dazu führen, dass gewisse Hybridinstrumente, deren Bedingungen entsprechende Regelungen auf Gleichbehandlung enthalten, nach Maßgabe der Bedingungen bedient werden müssten, selbst wenn im Jahr der vorzeitigen Rückführung mangels Bilanzgewinns der COMMERZBANK Zinsausschüttungen auf bestimmte Hybridinstrumente der COMMERZBANK grundsätzlich entfallen würden.

Die COMMERZBANK, ihre Tochtergesellschaften, insbesondere die Hypothekbank Frankfurt AG (frühere Eurohypo Aktiengesellschaft) und deren Rechtsvorgänger, und die Dresdner Bank Aktiengesellschaft und ihre Tochtergesellschaften haben unter anderem Genussscheine und andere hybride Finanzinstrumente, insbesondere auch so genannte Trust Preferred Securities begeben. Diese Instrumente sind in der Regel so ausgestaltet, dass eine Zinszahlungsverpflichtung von einem Bilanzgewinn abhängig ist oder voraussetzt, dass sie nicht zu einem Bilanzverlust führt. Andererseits enthalten die Bedingungen der Trust Preferred Securities so genannte Gleichstellungsklauseln, nach denen bei Zinszahlungen auf andere vergleichbare Instrumente auch für diese Trust Preferred Securities eine Zinszahlungspflicht besteht. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese Gleichstellungsklauseln auch dahingehend ausgelegt werden, dass sie eine Zinszahlungsverpflichtung auch für den Fall begründen, dass andere hybride Finanzinstrumente, wie etwa stille Einlagen, vorzeitig zurückgezahlt werden. Deshalb kann nicht ausgeschlossen werden, dass die vorzeitige vollständige Rückführung der stillen Einlagen des SoFFin und der AZ-Arges Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, einer Tochtergesellschaft der Allianz SE (die Allianz SE zusammen mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften „**Allianz**“), die mit Mitteln aus der Kapitalerhöhung geplant ist, auch dazu führt, dass Zinszahlungen auf Trust Preferred Securities geleistet werden müssen, selbst dann, wenn im Jahr der vorzeitigen Rückführung mangels Bilanzgewinns der COMMERZBANK Zinsausschüttungen auf solche Hybridinstrumente der COMMERZBANK grundsätzlich entfallen würden.

VERANTWORTLICHE PERSONEN UND ALLGEMEINE INFORMATIONEN

Verantwortliche Personen

Diese Wertpapierbeschreibung bildet zusammen mit dem Registrierungsformular der COMMERZBANK Aktiengesellschaft vom 14. Mai 2013 (einschließlich etwaiger künftiger Nachträge) und der Zusammenfassung vom 14. Mai 2013 einen Prospekt (der „**Prospekt**“) gemäß § 12 Absatz 1 Satz 2 des Wertpapierprospektgesetzes („**WpPG**“).

Die COMMERZBANK und Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, Deutschland („**Deutsche Bank**“; zusammen mit der COMMERZBANK die „**Globalen Koordinatoren**“) sowie Citigroup Global Markets Limited, London, Großbritannien („**Citi**“) und HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf, Deutschland („**HSBC**“; zusammen mit Citi und den Globalen Koordinatoren die „**Joint Bookrunner**“) sowie BNP PARIBAS, Paris, Frankreich, Mediobanca – Banca di Credito Finanziario S.p.A., Mailand, Italien und UniCredit Bank AG, München, Deutschland, (zusammen die „**Co-Lead-Manager**“) sowie ABN AMRO Bank N.V., Amsterdam, Niederlande, Banco Bilbao Vizcaya Argentaria, S.A., Madrid, Spanien, Danske Bank A/S, Kopenhagen, Dänemark, Erste Group Bank AG, Wien, Österreich und NATIXIS, Paris, Frankreich, (zusammen die „**Co-Manager**“; die Joint Bookrunner, die Co-Lead-Manager und die Co-Manager – ohne die COMMERZBANK – zusammen die „**Konsortialbanken**“) übernehmen gemäß § 5 Absatz 4 des WpPG die Verantwortung für den Inhalt des Prospekts, einschließlich dieser Wertpapierbeschreibung, und erklären, dass ihres Wissens die Angaben in diesem Prospekt, einschließlich dieser Wertpapierbeschreibung, richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind sowie, dass sie die erforderliche Sorgfalt haben walten lassen, um sicherzustellen, dass die in diesem Prospekt, einschließlich dieser Wertpapierbeschreibung, gemachten Angaben ihres Wissens nach richtig und keine Tatsachen ausgelassen sind, die die Aussagen des Prospekts, einschließlich dieser Wertpapierbeschreibung, wahrscheinlich verändern können. Unbeschadet einer eventuellen Nachtragspflicht nach § 16 WpPG sind weder die Gesellschaft noch die Konsortialbanken verpflichtet, den Prospekt oder diese Wertpapierbeschreibung zu aktualisieren.

Sofern in diesem Prospekt auf die COMMERZBANK oder die Gesellschaft Bezug genommen wird und sich aus dem Zusammenhang nichts anderes ergibt, beziehen sich diese Begriffe für die Zeit vor dem 11. Mai 2009 auf die Gesellschaft ohne Einschluss der Dresdner Bank und für die Zeit danach auf die Gesellschaft unter Einschluss des Geschäfts der zu diesem Datum auf sie verschmolzenen Dresdner Bank. Hingegen beziehen sich die Begriffe COMMERZBANK-Konzern und Konzern, sofern sich aus dem Zusammenhang nichts anders ergibt, für die Zeit vor dem 12. Januar 2009 auf den Konzern ohne Einschluss der Dresdner Bank und für die Zeit danach auf den Konzern unter Einschluss der zu diesem Datum erworbenen Dresdner Bank, einschließlich ihrer Tochtergesellschaften und Beteiligungen. Soweit nachfolgend auf die Dresdner Bank oder den Dresdner Bank-Konzern Bezug genommen wird, ist damit die Dresdner Bank bzw. der Dresdner Bank-Konzern in der Form gemeint, wie sie vor Rechtswirksamkeit der Verschmelzung bestanden haben.

Gegenstand der Wertpapierbeschreibung und des Prospekts

Gegenstand dieser Wertpapierbeschreibung und des Prospekts sind für Zwecke des öffentlichen Angebots und für Zwecke der Zulassung zum regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse mit gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des regulierten Markts mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse und den regulierten Märkten an den Wertpapierbörsen zu Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart 555.555.556 neue, auf den Inhaber lautende Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00 je Stückaktie und mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2013 (zusammen die „**Neuen Aktien**“) aus der am 19. April 2013 von der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft beschlossenen Kapitalerhöhung mit Bezugsrecht für die Aktionäre (mit Ausnahme eines Spitzenbetrags).

Wichtige Hinweise zur Billigung und Veröffentlichung des Prospekts

Die Zusammenfassung vom 14. Mai 2013, das Registrierungsformular der Gesellschaft vom 14. Mai 2013 und diese Wertpapierbeschreibung wurden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („**BaFin**“) nach Abschluss einer Vollständigkeitsprüfung des Prospekts einschließlich einer Prüfung der Kohärenz und Verständlichkeit der vorgelegten Informationen gebilligt. Zusammenfassung, Registrierungsformular und Wertpapierbeschreibung sind auf der Internetseite der Gesellschaft (www.commerzbank.de) veröffentlicht. Gedruckte Exemplare von Zusammenfassung, Registrierungsformular und Wertpapierbeschreibung werden außerdem bei der COMMERZBANK Aktiengesellschaft, Kaiserstraße 16 (Kaiserplatz), 60311 Frankfurt am Main, Deutschland, zur kostenlosen Ausgabe während der üblichen Geschäftszeiten bereit gehalten.

Diese Wertpapierbeschreibung sollte im Zusammenhang mit dem Registrierungsformular und der Zusammenfassung gelesen werden. Jede Entscheidung hinsichtlich eines Erwerbs Neuer Aktien sollte auf Grundlage des gesamten Prospekts getroffen werden.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Der Prospekt, einschließlich dieser Wertpapierbeschreibung, enthält zukunftsgerichtete Aussagen. In die Zukunft gerichtete Aussagen sind alle Aussagen, die sich nicht auf historische Tatsachen oder Ereignisse beziehen und solche in die Zukunft gerichtete Formulierungen wie „glaubt“, „schätzt“, „geht davon aus“, „erwartet“, „nimmt an“, „prognostiziert“, „beabsichtigt“ oder „könnte“, oder Formulierungen ähnlicher Art enthalten. Dies gilt insbesondere für Aussagen in dieser Wertpapierbeschreibung über Absichten, Überzeugungen, Pläne und Erwartungen der Gesellschaft in Bezug auf die zukünftigen Erträge des Konzerns, das Geschäft und Management des Konzerns, über Wachstum, Profitabilität, Liquidität, Aussichten und Strategie des Konzerns und der Gesellschaft, die allgemeinen und branchenspezifischen Marktentwicklungen und technologische Entwicklungen sowie wirtschaftliche und regulatorische Rahmenbedingungen und andere Faktoren, denen der Konzern ausgesetzt ist.

Die in dem Prospekt, einschließlich dieser Wertpapierbeschreibung, enthaltenen in die Zukunft gerichteten Aussagen beruhen auf gegenwärtigen, nach bestem Wissen vorgenommenen Einschätzungen und Annahmen der Gesellschaft. Solche in die Zukunft gerichteten Aussagen unterliegen jedoch Risiken und Ungewissheiten, da sie sich auf Ereignisse beziehen und auf Annahmen basieren, die gegebenenfalls in der Zukunft nicht eintreten werden. Die Gesellschaft weist darauf hin, dass solche zukunftsgerichteten Aussagen keine Garantie für die Zukunft darstellen; die tatsächlichen Ergebnisse, einschließlich der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sowie die Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, können wesentlich von denjenigen abweichen, insbesondere negativer ausfallen, als diejenigen, die in diesen Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen oder beschrieben werden. Die Geschäftstätigkeit des Konzerns unterliegt einer Reihe von Risiken und Unsicherheiten, die auch dazu führen können, dass eine zukunftsgerichtete Aussage, Einschätzung oder Vorhersage unzutreffend wird. Deshalb sollten Anleger unbedingt die Kapitel „Risikofaktoren“, „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage“, und „Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns“ im Registrierungsformular vom 14. Mai 2013 lesen, die eine ausführlichere Darstellung derjenigen Faktoren enthalten, die Einfluss auf die Geschäftsentwicklung des Konzerns und den Markt, in dem der Konzern tätig ist, haben. Selbst wenn die tatsächlichen Ergebnisse der Gesellschaft bzw. des COMMERZBANK-Konzerns, einschließlich der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, sowie die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen mit den zukunftsgerichteten Aussagen in dieser Wertpapierbeschreibung übereinstimmen sollten, kann nicht gewährleistet werden, dass dies auch weiterhin in der Zukunft der Fall sein wird.

Weder die Gesellschaft noch die Konsortialbanken übernehmen die Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben und an zukünftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen, soweit sie hierzu nicht gesetzlich verpflichtet sind. Die Verpflichtung nach § 16 Abs. 1 WpPG, im Falle des Eintritts eines wichtigen neuen Umstands, der die Beurteilung der Neuen Aktien beeinflussen könnte, einen Nachtrag zum Prospekt zu veröffentlichen, bleibt unberührt.

In Anbetracht der Risiken, Ungewissheiten und Annahmen können die im Prospekt erwähnten zukünftigen Ereignisse auch ausbleiben. Darüber hinaus können sich die im Registrierungsformular wiedergegebenen zukunftsgerichteten Einschätzungen und Prognosen aus Studien Dritter (siehe auch „Allgemeine Angaben—Informationen von Seiten Dritter, statistische Daten, Hinweise zu Quellen der Marktdaten und Schätzungen“ im Registrierungsformular vom 14. Mai 2013) als unzutreffend herausstellen. Die Gesellschaft und ihr Vorstand können daher nicht für die zukünftige Richtigkeit der in dieser Wertpapierbeschreibung dargestellten Meinungen oder den tatsächlichen Eintritt der prognostizierten Entwicklungen eintreten.

DAS ANGEBOT

Gegenstand des Angebots

Gegenstand des Angebots sind 555.555.556 neue, auf den Inhaber lautende Stammaktien ohne Nennbetrag der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von jeweils EUR 1,00 und voller Gewinnanteilsberechtigung ab dem 1. Januar 2013 (die „**Neuen Aktien**“).

Die Neuen Aktien stammen aus der am 19. April 2013 von der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft beschlossenen gemischten Bar-/Sachkapitalerhöhung. Mit Ausnahme des SoFFin, der an der Kapitalerhöhung durch teilweise Einbringung seiner stillen Einlagen unmittelbar teilnimmt, wird sämtlichen Aktionären ein mittelbares Bezugsrecht gewährt. Der Kapitalerhöhungsbeschluss der Hauptversammlung wurde am 22. April 2013 in das Handelsregister eingetragen und hatte den folgenden wesentlichen Inhalt:

Das Grundkapital der Gesellschaft wird gemäß § 7 Finanzmarktstabilisierungsbeschleunigungsgesetz („**FMStBG**“) gegen Bareinlagen und die teilweise Einbringung der stillen Einlage des SoFFin um bis zu EUR 2.272.727.272 durch Ausgabe von bis zu 2.272.727.272 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00 je Stückaktie auf bis zu EUR 2.855.678.657 erhöht. Die Neuen Aktien werden zum geringsten Ausgabebetrag von EUR 1,00 je Stückaktie ausgegeben und sind für die Zeit ab dem 1. Januar 2013 gewinnanteilsberechtig.

Die endgültige Anzahl der neu auszugebenden Stückaktien aus dieser Kapitalerhöhung ist auf diejenige Höchstanzahl beschränkt, die sich aus der Division des angestrebten Bruttoemissionserlöses in Höhe von EUR 2,5 Mrd. durch den vom Vorstand und Aufsichtsrat endgültig festzusetzenden Bezugspreis ergibt. Das nominelle Kapitalerhöhungsvolumen ergibt sich aus der Multiplikation der so ermittelten Anzahl von Aktien mit EUR 1,00. Dabei kann zwecks Darstellung eines praktikablen Bezugsverhältnisses der sich ergebende Bruttoemissionserlös auf einen Betrag in Euro mit bis zu zwei Dezimalstellen lauten. Das Ergebnis ist jeweils auf einen vollen Eurocentbetrag bzw. eine volle Aktienzahl aufzurunden. § 182 Absatz 1 S. 5 Aktiengesetz ist zu beachten.

Das gesetzliche Bezugsrecht wird den Aktionären mit Ausnahme des SoFFin in der Weise eingeräumt, dass die Neuen Aktien von einem oder mehreren Kreditinstitut(en) zum geringsten Ausgabebetrag gezeichnet und mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären der Gesellschaft zu einem noch festzusetzenden Bezugspreis zum Bezug anzubieten und einen etwaigen Mehrerlös – unter Abzug einer angemessenen Provision, der Kosten und Auslagen – an die Gesellschaft abzuführen (mittelbares Bezugsrecht). Der Bezug ist den Aktionären in einem Bezugsverhältnis (alte zu neue Aktien) anzubieten, welches dem Verhältnis der am Tag vor Veröffentlichung des Bezugsangebots im Bundesanzeiger ausgegebenen Anzahl von Aktien zu der Anzahl der im Rahmen der Kapitalerhöhung nach Maßgabe des vorstehenden Absatzes neu auszugebenden Aktien entspricht. Das Bezugsverhältnis ist auf zwei Dezimalstellen aufzurunden. Ein etwaiger Spitzenbetrag ist vom Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen.

Dem SoFFin wird ein unmittelbares Bezugsrecht eingeräumt. Er erhält hierbei das Recht, bei Ausübung seiner Bezugsrechte für jede bezogene Aktie an Stelle einer Bareinlage gemäß § 7 Absatz 4 Satz 2 FMStBG i.V.m. § 194 Absatz 1 Satz 2 Aktiengesetz den entsprechenden Teil seiner stillen Einlagen aus der vom SoFFin eingegangenen stillen Gesellschaft vom 19. Dezember 2008 in der Fassung vom 29. Juni 2012 einzubringen. Dabei entspricht der pro Aktie eingebrachte Teil der stillen Einlage der Höhe nach dem Bezugspreis für die Aktie.

Am 14. Mai 2013 hat der Vorstand der Gesellschaft nach Maßgabe des Kapitalerhöhungsbeschlusses der Hauptversammlung vom 19. April 2013 und mit Zustimmung des Aufsichtsrats der Gesellschaft vom 14. Mai 2013 den Bezugspreis, die Gesamtzahl der Neuen Aktien, das Bezugsverhältnis und die Bezugsfrist festgesetzt. Der Bezugspreis beträgt EUR 4,50, die Gesamtzahl der Neuen Aktien beträgt 555.555.556. Die Neuen Aktien werden den Aktionären im Verhältnis 21 : 20 angeboten, das heißt 21 alte Aktien berechtigen zum Bezug von 20 Neuen Aktien. Der Bezug einer einzelnen Neuen Aktie oder eines ganzzahligen Vielfachen hiervon ist möglich. Hinsichtlich einer Aktienspitze von 363.761 Neuen Aktien ist das Bezugsrecht ausgeschlossen. Die Bezugsfrist wird vom 15. Mai 2013 bis voraussichtlich zum 28. Mai 2013 (jeweils einschließlich) laufen. Das Bezugsangebot kann bei Vorliegen bestimmter Umstände abgebrochen werden (siehe „—*Bezugsangebot*—*Wichtige Hinweise*“ und „—*Aktien-Übernahmevertrag*“).

Am 14. Mai 2013 haben sich die Konsortialbanken in einem zwischen der Gesellschaft und den Konsortialbanken geschlossenen Aktien-Übernahmevertrag verpflichtet, 416.757.608 Neue Aktien zu übernehmen und, soweit nicht das Bezugsrecht der Aktionäre für die Aktienspitze ausgenommen ist, den Aktionären mit Ausnahme des SoFFin im Rahmen eines mittelbaren Bezugsrechts während der Bezugsfrist entsprechend dem Bezugsverhältnis zum Bezugspreis je Neuer Aktie zum Bezug anzubieten. Dem SoFFin wird ein unmittelbares Bezugsrecht eingeräumt. Die Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister wird voraussichtlich am 28. Mai 2013 erfolgen.

Die Neuen Aktien und die Bezugsrechte auf die Neuen Aktien sind nicht und werden nicht nach dem U.S. Securities Act von 1933 in der jeweils geltenden Fassung („**Securities Act**“) registriert und dürfen innerhalb der USA weder direkt noch indirekt angeboten oder verkauft werden, außer nach Registrierung oder in Anwendung einer Befreiung von den Registrierungserfordernissen des Securities Act.

Die vom Bezugsrecht der Aktionäre ausgenommene Aktienspitze (363.761 Neue Aktien) sowie nicht bezogene Neue Aktien sollen nach Ablauf der Bezugsfrist qualifizierten Anlegern im Wege einer Privatplatzierung in der Bundesrepublik Deutschland und in ausgewählten anderen Ländern (mit Ausnahme von Japan) nach Maßgabe der Regulation S des Securities Act („**Regulation S**“) sowie in den USA an Qualified Institutional Buyers gemäß Rule 144A unter dem Securities Act mindestens zum Bezugspreis angeboten werden (die „**Privatplatzierungen**“, zusammen mit dem Bezugsangebot das „**Angebot**“).

Nach Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister wird das Grundkapital der Gesellschaft EUR 1.138.506.941,00 betragen und in 1.138.506.941 auf den Inhaber lautende Stückaktien eingeteilt sein.

Voraussichtlicher Zeitplan für das Angebot und die Börsenzulassung der Neuen Aktien

Für das Angebot und die Börsenzulassung der Neuen Aktien ist folgender voraussichtlicher Zeitplan vorgesehen:

14. Mai 2013	Billigung des Prospekts Veröffentlichung des Prospekts auf der Internetseite der Gesellschaft Veröffentlichung des Bezugsangebots im Bundesanzeiger Antrag auf Zulassung der Neuen Aktien zu den regulierten Märkten an den Wertpapierbörsen zu Frankfurt am Main (Prime Standard), Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart
15. Mai 2013	Einbuchung der Bezugsrechte der Aktionäre der Gesellschaft nach dem Stand vom 14. Mai 2013 (abends) Veröffentlichung des Bezugsangebots in der Frankfurter Allgemeine Zeitung Beginn der Bezugsfrist und des Bezugsrechtshandels Notierung der Aktien der COMMERZBANK Aktiengesellschaft „ex Bezugsrecht“
24. Mai 2013	Ende des Bezugsrechtshandels
28. Mai 2013	Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main Zulassung der Neuen Aktien zu den regulierten Märkten an den Wertpapierbörsen zu Frankfurt am Main (Prime Standard), Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart Ende der Bezugsfrist; spätestester Zeitpunkt für die Zahlung des Bezugspreises
29. Mai 2013	Bekanntgabe der Ergebnisse des Bezugsangebots Platzierung der Aktienspitze und nicht bezogener Neuer Aktien (Privatplatzierungen) Einbeziehung der Neuen Aktien in die bestehende Notierung an den Wertpapierbörsen zu Frankfurt am Main (Prime Standard), Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart
31. Mai 2013	Buchmäßige Lieferung der im Rahmen des Bezugsangebots und der vom SoFFin während der Bezugsfrist bezogenen Neuen Aktien Buchmäßige Lieferung der nicht während der Bezugsfrist bezogenen, im Rahmen von Privatplatzierungen platzierten Neuen Aktien

Bezugsangebot

Nachfolgend wird das voraussichtlich am 14. Mai 2013 im Bundesanzeiger und voraussichtlich am 15. Mai 2013 in der Frankfurter Allgemeine Zeitung zu veröffentlichende Bezugsangebot wiedergegeben:

„COMMERZBANK Aktiengesellschaft
Frankfurt am Main
(ISIN: DE000CBK1001 / WKN: CBK100)

Bezugsangebot

Die ordentliche Hauptversammlung der COMMERZBANK Aktiengesellschaft („**Gesellschaft**“) hat am 19. April 2013 beschlossen, das Grundkapital um bis zu EUR 2.272.727.272,00 durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Aktien mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00 („**Neue Aktien**“) gegen Bareinlagen und die teilweise Einbringung der stillen Einlagen des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung („**SoFFin**“) mit Bezugsrecht zu erhöhen. Der Kapitalerhöhungsbeschluss wurde am 22. April 2013 in das Handelsregister eingetragen. Die Neuen Aktien werden zum geringsten Ausgabebetrag von EUR 1,00 je Neue Aktie ausgegeben und sind ab dem 1. Januar 2013 voll gewinnanteilberechtigt. Der Vorstand wurde ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung, insbesondere die weiteren Bedingungen für die Ausgabe der Neuen Aktien und den Bezugspreis, festzusetzen.

Auf Grundlage dieser Ermächtigung hat der Vorstand am 14. Mai 2013 mit taggleicher Zustimmung des Aufsichtsrats den Bezugspreis, die Gesamtzahl der Neuen Aktien, das Bezugsverhältnis und die Bezugsfrist festgesetzt. Der Bezugspreis beträgt EUR 4,50 („**Bezugspreis**“), die Gesamtzahl der Neuen Aktien beträgt 555.555.556. Die Neuen Aktien werden den Aktionären im Verhältnis 21:20 zum Bezug angeboten, das heißt 21 alte Aktien berechtigen zum Bezug von 20 Neuen Aktien („**Bezugsverhältnis**“). Der Bezug einer einzelnen Neuen Aktie oder eines ganzzahligen Vielfachen hiervon ist möglich. Hinsichtlich einer Aktienspitze von 363.761 Neuen Aktien ist das Bezugsrecht ausgeschlossen. Die Bezugsfrist wird vom 15. Mai 2013 bis voraussichtlich zum 28. Mai 2013 (jeweils einschließlich) laufen („**Bezugsfrist**“).

Dem SoFFin wurde das Recht eingeräumt, bei Ausübung seiner Bezugsrechte für jede bezogene Neue Aktie an Stelle einer Bareinlage gemäß § 7 Absatz 4 Satz 2 FMStBG i.V.m. § 194 Absatz 1 Satz 2 Aktiengesetz den entsprechenden Teil seiner stillen Einlagen einzubringen. Dabei entspricht der pro Aktie eingebrachte Teil der stillen Einlage der Höhe nach dem Bezugspreis für eine Neue Aktie. Insofern ist der SoFFin unmittelbar gegenüber der Gesellschaft bezugsberechtigt.

Am 14. Mai 2013 hat sich ein Konsortium von 11 Finanzinstituten (die „**Konsortialbanken**“) in einem zwischen der Gesellschaft und den Konsortialbanken geschlossenen Übernahmevertrag („**Aktien-Übernahmevertrag**“) verpflichtet, die Neuen Aktien, ausgenommen die auf den unmittelbaren Bezug des SoFFin entfallenden Aktien, zu übernehmen und sie den Aktionären mit Ausnahme des SoFFin im Rahmen eines mittelbaren Bezugsrechts während der Bezugsfrist entsprechend dem Bezugsverhältnis zum Bezugspreis je Neuer Aktie zum Bezug anzubieten („**Bezugsangebot**“). Die Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister wird voraussichtlich am 28. Mai 2013 erfolgen.

Die Bezugsrechte (ISIN: DE000CBKBZR5 / WKN: CBKBZR), die auf die bestehenden Aktien der Gesellschaft (ISIN: DE000CBK1001 / WKN: CBK100) entfallen, werden am 15. Mai 2013 per Stand vom 14. Mai 2013 (abends) durch die Clearstream Banking AG, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn („**Clearstream Banking AG**“), den Depotbanken automatisch zugebucht.

Wir bitten unsere Aktionäre, ihre Bezugsrechte auf die Neuen Aktien in der Zeit

vom 15. Mai 2013 bis 28. Mai 2013
(jeweils einschließlich)

während der üblichen Schalterstunden über ihre Depotbank bei einer der unten genannten Bezugsstellen auszuüben. Nicht fristgemäß ausgeübte Bezugsrechte verfallen wertlos. Ein Ausgleich für nicht ausgeübte Bezugsrechte erfolgt nicht.

Bezugsstellen sind die deutschen Niederlassungen der COMMERZBANK Aktiengesellschaft und der Deutsche Bank Aktiengesellschaft.

Entsprechend dem Bezugsverhältnis von 21:20 können für jeweils 21 alte Aktien 20 Neue Aktien zum Bezugspreis bezogen werden. Die Zahl der bezugsberechtigten auf den Inhaber lautenden Stückaktien (einschließlich der vom SoFFin gehaltenen Aktien) lautet 582.951.385. Die Ausübung der Bezugsrechte steht unter dem Vorbehalt der Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister und unterliegt den weiteren im Abschnitt „Wichtige Hinweise“ dargestellten Beschränkungen.

Bezugspreis

Der Bezugspreis je bezogener Neuer Aktie beträgt EUR 4,50. Der Bezugspreis ist bei Ausübung des Bezugsrechts, spätestens jedoch am 28. Mai 2013 zu entrichten.

Bezugsrechtshandel

Die Bezugsrechte (ISIN: DE000CBKBZR5 / WKN: CBKBZR) bzw. Bruchteile von Bezugsrechten für die Neuen Aktien werden in der Zeit vom 15. Mai 2013 bis 24. Mai 2013 (jeweils einschließlich) im regulierten Markt (Xetra und Xetra Frankfurt Spezialist) an der Frankfurter Wertpapierbörse gehandelt. Die Aufnahme des Handels in den Bezugsrechten an einer anderen Börse wird nicht beantragt. Ein Ausgleich für nicht ausgeübte Bezugsrechte erfolgt nicht. Nach Ablauf der Bezugsfrist verfallen die nicht ausgeübten Bezugsrechte wertlos.

Vom 15. Mai 2013 an werden die bestehenden Aktien der Gesellschaft in den regulierten Märkten der Wertpapierbörsen zu Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart „ex Bezugsrecht“ notiert.

Die Deutsche Bank kann geeignete Maßnahmen ergreifen, um für einen geordneten Bezugsrechtshandel Liquidität zur Verfügung zu stellen, wie den Kauf und Verkauf von Bezugsrechten bzw. von Bruchteilen von Bezugsrechten auf Neue Aktien. Dabei behält sich die Deutsche Bank vor, Absicherungsgeschäfte in Aktien der Gesellschaft oder entsprechenden Derivaten vorzunehmen. Solche Absicherungsgeschäfte können den Börsenkurs bzw. Marktpreis der Bezugsrechte und der Aktien der Gesellschaft beeinflussen. Es ist jedoch nicht gesichert, dass sich ein aktiver Bezugsrechtshandel an der Frankfurter Wertpapierbörse entwickeln und während des Zeitraums des Bezugsrechtshandels genügend Liquidität vorhanden sein wird.

Form und Verbriefung der Neuen Aktien

Die Neuen Aktien (ISIN: DE000CBK1001 / WKN: CBK100) werden nach der derzeit gültigen Satzung der Gesellschaft als auf den Inhaber lautende Stückaktien ausgegeben. Die Neuen Aktien werden in einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG zur Girosammelverwahrung hinterlegt wird.

Der Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihres Anteils ist nach der Satzung der Gesellschaft ausgeschlossen, sofern nicht eine Verbriefung nach den Regeln erforderlich ist, die an einer Börse gelten, an der die Aktie zugelassen ist. Die Neuen Aktien sind mit den gleichen Rechten ausgestattet wie alle anderen Aktien der Gesellschaft und vermitteln keine darüber hinausgehenden Rechte oder Vorteile.

Platzierung von Aktien des SoFFin zu Beginn der Bezugsfrist

Im Zusammenhang mit der Kapitalerhöhung der Gesellschaft wird der SoFFin Aktien der Gesellschaft ohne Bezugsrechte aus seinem Bestand über ein Bankenkonsortium im Rahmen eines sogenannten Accelerated Bookbuilt Offering platzieren (die „**SoFFin-Platzierung**“). Die SoFFin-Platzierung richtet sich ausschließlich an institutionelle Investoren und stellt kein öffentliches Angebot dar. Sie ist nicht Bestandteil dieses Bezugsangebots. Die erwarteten Erlöse für den SoFFin aus der SoFFin-Platzierung betragen ca. EUR 625 Mio. Dieser Betrag des Erlöses aus der SoFFin-Platzierung korrespondiert mit dem Betrag von ca. EUR 625 Mio., für den der SoFFin durch volle Ausübung seiner Bezugsrechte aus der Kapitalerhöhung im Wege der Sacheinlage einen Teil seiner stillen Einlage in die Gesellschaft einbringen wird. Im Ergebnis nimmt damit der SoFFin an der Kapitalerhöhung mittels der Einbringung als Sacheinlage und der SoFFin-Platzierung teil, ohne Barmittel zu investieren. Es wird erwartet, dass die SoFFin-Platzierung zu Beginn der Bezugsfrist abgeschlossen wird.

Lieferung und Abrechnung der auf Grund des Bezugsangebots bezogenen sowie der im Rahmen der Privatplatzierung erworbenen Neuen Aktien

Die Lieferung der im Rahmen des Bezugsangebots bezogenen Neuen Aktien sowie der im Rahmen der Privatplatzierung (siehe „*Verwertung nicht bezogener Neuer Aktien*“) erworbenen Neuen Aktien erfolgt voraussichtlich am 31. Mai 2013 durch Girosammelgutschrift, es sei denn, die Bezugsfrist wird verlängert.

Provision von Depotbanken

Für den Bezug von Neuen Aktien wird von den Depotbanken die bankübliche Effektenprovision berechnet.

Börsenzulassung und Notierungseinbeziehung der Neuen Aktien

Die Zulassung der Neuen Aktien zu den regulierten Märkten an den Wertpapierbörsen zu Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart mit gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der

Frankfurter Wertpapierbörse wird voraussichtlich am 14. Mai 2013 beantragt werden. Der Zulassungsbeschluss wird für den 28. Mai 2013 erwartet. Die Neuen Aktien werden voraussichtlich am 29. Mai 2013 in die bestehende Notierung für die Aktien der Gesellschaft einbezogen. Zusätzlich soll zeitnah ein Antrag auf Zulassung und Einbeziehung der Neuen Aktien an der London Stock Exchange und der SIX Swiss Exchange, Zürich, gestellt werden.

Verwertung nicht bezogener Neuer Aktien

Die vom Bezugsrecht der Aktionäre ausgenommene Aktienspitze sowie etwaige auf Grund des Bezugsangebots nicht bezogene Neue Aktien sollen im Rahmen einer internationalen Privatplatzierung qualifizierten Anlegern in der Bundesrepublik Deutschland und in ausgewählten anderen Ländern (mit Ausnahme Japan) nach Maßgabe der Regulation S unter dem U.S. Securities Act von 1933 in der jeweils geltenden Fassung („**Securities Act**“) sowie in den Vereinigten Staaten von Amerika an Qualified Institutional Buyers gemäß Rule 144A unter dem Securities Act mindestens zum Bezugspreis angeboten werden.

Wichtige Hinweise

Aktionären und Anlegern wird empfohlen, vor der Entscheidung über die Ausübung, den Erwerb oder die Veräußerung von Bezugsrechten den Prospekt bestehend aus dem Registrierungsformular vom 14. Mai 2013 (einschließlich etwaiger künftiger Nachträge), der Wertpapierbeschreibung vom 14. Mai 2013 sowie der Zusammenfassung vom 14. Mai 2013 aufmerksam zu lesen und insbesondere die jeweils unter „Risikofaktoren“ beschriebenen Risiken bei ihrer Entscheidung zu berücksichtigen. In Anbetracht der Volatilität der Aktienkurse und des Marktumfelds sollten sich Aktionäre über den aktuellen Börsenkurs der Gesellschaft informieren, bevor sie ihre Bezugsrechte zum Bezugspreis ausüben. Auch die zu Beginn der Bezugsfrist geplante SoFFin-Platzierung kann die Volatilität der Aktien der Gesellschaft weiter erhöhen oder anderweitig negative Auswirkungen auf den Börsenkurs der Aktien der Gesellschaft haben.

Die Konsortialbanken sind berechtigt, unter bestimmten Umständen vom Übernahmevertrag zurückzutreten. Zu diesen Umständen zählen insbesondere wesentliche nachteilige Veränderungen in der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des COMMERZBANK-Konzerns, soweit diese nicht in dem Prospekt dargelegt sind, wesentliche Einschränkungen des Börsenhandels oder des Bankgeschäfts, der Ausbruch oder die Eskalation von Feindseligkeiten, die Erklärung eines nationalen Notstands durch die Bundesrepublik Deutschland, das Vereinigte Königreich oder die Vereinigten Staaten oder andere Katastrophen oder Krisen, die wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Finanzmärkte zur Folge haben oder erwarten lassen.

Im Falle des Rücktritts vom Aktien-Übernahmevertrag vor Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister entfällt das Bezugsrecht der Aktionäre. Eine Rückabwicklung von Bezugsrechtshandelsgeschäften durch die die Bezugsrechtsgeschäfte vermittelnden Stellen findet in einem solchen Fall nicht statt. Anleger, die Bezugsrechte über eine Börse erworben haben, würden dementsprechend in diesem Fall einen Verlust erleiden. Sofern die Konsortialbanken nach Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister vom Aktien-Übernahmevertrag zurücktreten, können die Aktionäre, die ihr Bezugsrecht ausgeübt haben, die Neuen Aktien zum Bezugspreis erwerben.

Verkaufsbeschränkungen

Weder die Bezugsrechte noch die Neuen Aktien sind oder werden nach dem Securities Act oder bei den Wertpapieraufsichtsbehörden von Einzelstaaten oder anderer Hoheitsgebiete der Vereinigten Staaten von Amerika registriert. Die Bezugsrechte und die Neuen Aktien dürfen zu keiner Zeit in die oder innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika direkt oder indirekt angeboten, verkauft, ausgeübt, verpfändet, übertragen oder geliefert werden, sofern nicht ein Befreiungstatbestand von den Registrierungsanforderungen des Securities Act vorliegt oder sofern eine solche Transaktion nicht darunter fällt und sofern kein Verstoß gegen anwendbare Wertpapiergesetze der Einzelstaaten der Vereinigten Staaten von Amerika vorliegt.

Stabilisierung

Im Zusammenhang mit dem Angebot der Neuen Aktien handelt die Deutsche Bank als Stabilisierungsmanager und kann, auch durch mit ihr verbundene Unternehmen, Maßnahmen ergreifen, die auf die Stützung des Börsen- oder Marktpreises der alten und/oder der Neuen Aktien der Gesellschaft abzielen, um einen bestehenden Verkaufsdruck auszugleichen („**Stabilisierungsmaßnahmen**“).

Es besteht keine Verpflichtung des Stabilisierungsmanagers, Stabilisierungsmaßnahmen zu ergreifen. Daher wird nicht garantiert, dass Stabilisierungsmaßnahmen überhaupt durchgeführt werden. Sofern

Stabilisierungsmaßnahmen ergriffen werden, können diese jederzeit ohne vorherige Bekanntgabe beendet werden. Solche Stabilisierungsmaßnahmen können ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung des Bezugspreises vorgenommen werden und müssen spätestens am 30. Kalendertag nach Ablauf der Bezugsfrist, das heißt voraussichtlich spätestens am 27. Juni 2013, beendet sein („**Stabilisierungszeitraum**“).

Stabilisierungsmaßnahmen können zu einem höheren Börsenkurs bzw. Marktpreis der Aktien der Gesellschaft oder der Bezugsrechte führen, als es ohne diese Maßnahmen der Fall wäre. Darüber hinaus kann sich vorübergehend ein Börsenkurs bzw. Marktpreis auf einem Niveau ergeben, das nicht dauerhaft ist. In keinem Fall werden Maßnahmen zur Stabilisierung des Börsen- bzw. Marktpreises der Aktien der Gesellschaft oberhalb des Bezugspreises vorgenommen werden.

Nach Ende des Stabilisierungszeitraums wird innerhalb einer Woche bekannt gegeben, ob eine Stabilisierungsmaßnahme durchgeführt wurde oder nicht, zu welchem Termin mit der Kursstabilisierung begonnen wurde, zu welchem Termin die letzte Kursstabilisierungsmaßnahme erfolgte sowie innerhalb welcher Kursspanne die jeweilige Stabilisierungsmaßnahme erfolgte, und zwar für jeden Termin, zu dem eine Kursstabilisierungsmaßnahme durchgeführt wurde.

Erhältlichkeit des Wertpapierprospekts

Das Bezugsangebot erfolgt auf Grundlage eines von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nach Abschluss einer Vollständigkeitsprüfung des Prospekts einschließlich einer Prüfung der Kohärenz und Verständlichkeit der Informationen gebilligten Prospekts der Gesellschaft bestehend aus dem Registrierungsformular vom 14. Mai 2013, der Wertpapierbeschreibung vom 14. Mai 2013 sowie der Zusammenfassung vom 14. Mai 2013. Das Registrierungsformular, die Wertpapierbeschreibung und die Zusammenfassung wurden jeweils am 14. Mai 2013 auf der Internetseite der Gesellschaft unter www.commerzbank.de veröffentlicht. Etwaige künftige Nachträge zum Prospekt oder zum Registrierungsformular werden ebenfalls dort veröffentlicht. Der Prospekt und etwaige künftige Nachträge zum Prospekt oder zum Registrierungsformular sind außerdem während der üblichen Geschäftszeiten bei der Gesellschaft, COMMERZBANK Aktiengesellschaft, Kaiserstraße 16 (Kaiserplatz), 60311 Frankfurt am Main, Deutschland (Fax-Nr. 069/136-85719) in gedruckter Form kostenlos erhältlich.

Frankfurt am Main, am 14. Mai 2013

COMMERZBANK Aktiengesellschaft
Der Vorstand“

Verwertung der Bezugsrechte

Die Bezugsrechte sind frei übertragbar. Sofern die Bedingungen der Depotbanken es vorsehen, werden diese versuchen, die Bezugsrechte bestmöglich zu verwerten, sofern der Bezugsberechtigte keine andere Weisung zur Ausübung des Bezugsrechts erteilt.

Nicht ausgeübte Bezugsrechte

Nicht fristgemäß ausgeübte Bezugsrechte verfallen wertlos.

Marktschutzvereinbarung

Die Gesellschaft hat sich in dem am 14. Mai 2013 abgeschlossenen Aktien-Übernahmevertrag verpflichtet, im Rahmen des rechtlich Zulässigen ohne Zustimmung der Joint Bookrunner (mit Ausnahme der Gesellschaft), die nach dem ersten Handelstag der Neuen Aktien möglich ist und nicht unbillig verweigert oder verzögert werden darf, innerhalb eines Zeitraums, der sechs Monate nach dem ersten Handelstag der Neuen Aktien endet:

- (i) weder direkt noch indirekt Aktien der Gesellschaft auszugeben, zu verkaufen, anzubieten, sich zu ihrem Verkauf zu verpflichten oder anderweitig darüber zu verfügen;
- (ii) keine Kapitalerhöhung aus genehmigtem oder bedingtem Kapital öffentlich anzukündigen oder durchzuführen;
- (iii) der Hauptversammlung keine Kapitalerhöhung vorzuschlagen;
- (iv) die Ausgabe von Finanzinstrumenten, die mit Options- oder Wandlungsrechten auf Aktien der Gesellschaft ausgestattet sind, oder wirtschaftlich vergleichbare Geschäfte weder öffentlich anzukündigen, vorzuschlagen noch durchzuführen (einschließlich Transaktionen im Hinblick auf Derivate).

Ausgenommen davon sind

- (i) die Durchführung dieses Angebots;

- (ii) die Ausgabe bzw. der Verkauf von Aktien oder Optionen auf Aktien an Mitarbeiter (einschließlich der Mitglieder der Exekutivorgane) der Gesellschaft oder mit ihr verbundener Unternehmen im Rahmen von Aktienoptionsplänen; und
- (iii) die Vornahme von gesellschaftsrechtlichen Handlungen im Zusammenhang mit einer Akquisition oder einem Joint-Venture, sofern sich die Vertragsparteien der Akquisition oder des Joint-Ventures gegenüber den Joint Bookrunnern (mit Ausnahme der Gesellschaft) den für die Gesellschaft geltenden Veräußerungsbeschränkungen unterwerfen.

Verkaufsbeschränkungen

Die Neuen Aktien und die Bezugsrechte auf Neue Aktien sind und werden weder nach den Vorschriften des Securities Act noch bei den Wertpapieraufsichtsbehörden von Einzelstaaten der USA registriert. Die Neuen Aktien und die Bezugsrechte auf Neue Aktien dürfen in den USA weder angeboten noch verkauft oder direkt oder indirekt dorthin geliefert werden, sofern nicht ein Befreiungstatbestand von den Registrierungs- und Mitteilungspflichten des US-amerikanischen Wertpapier- und Börsenrechts erfüllt ist und nicht alle weiteren anwendbaren US-amerikanischen Rechtsvorschriften eingehalten werden. Die Konsortialbanken sind daher nach dem Aktien-Übernahmevertrag dazu verpflichtet, dass sie die Neuen Aktien und Bezugsrechte auf Neue Aktien der Gesellschaft innerhalb der USA nur Personen, die sie vernünftigerweise für Qualified Institutional Buyers im Sinne von Rule 144A unter dem Securities Act halten, und außerhalb der USA nur gemäß Rule 903 der Regulation S zum Securities Act sowie im Einklang mit weiteren US-amerikanischen Rechtsvorschriften anbieten oder verkaufen und weder sie noch ein in ihrem Namen handelnder Dritter bezüglich der Neuen Aktien und Bezugsrechte auf Neue Aktien in den USA (i) Directed Selling Efforts im Sinne von Regulation S zum Securities Act oder (ii) General Advertising oder General Solicitation, jeweils im Sinne von Regulation D zum Securities Act durchgeführt haben oder durchführen werden.

Die Gesellschaft hat nicht die Absicht, das Angebot oder einen Teil davon in den USA zu registrieren oder ein öffentliches Aktien- oder Bezugsrechtsangebot in den USA durchzuführen. Die Neuen Aktien und die Bezugsrechte auf Neue Aktien sind und werden weder nach den Vorschriften des Securities Act noch bei den Wertpapieraufsichtsbehörden von Einzelstaaten der USA registriert. Die Neuen Aktien und die Bezugsrechte auf Neue Aktien dürfen in den USA weder angeboten noch verkauft oder direkt oder indirekt dorthin geliefert werden, sofern nicht ein Befreiungstatbestand von den Registrierungs- und Mitteilungspflichten des US-amerikanischen Wertpapier- und Börsenrechts erfüllt ist und nicht alle weiteren anwendbaren US-amerikanischen Rechtsvorschriften eingehalten werden.

Der Verkauf im Vereinigten Königreich unterliegt ebenfalls Beschränkungen. Die Konsortialbanken haben sich jeweils gegenüber der Gesellschaft verpflichtet, dass (i) sie im Zusammenhang mit dem Angebot oder dem Verkauf der Neuen Aktien zu Investmentaktivitäten im Sinne von § 21 des Financial Services and Markets Act 2000 („**FSMA**“) nur einladen oder einladen werden bzw. solche Investmentaktivitäten nur veranlassen oder veranlassen werden, soweit § 21 (1) FSMA auf die Gesellschaft keine Anwendung findet; und (ii) sie alle anwendbaren Bestimmungen des FSMA eingehalten haben und einhalten werden, und zwar in Bezug auf alle Tätigkeiten, die von ihnen im Zusammenhang mit den Neuen Aktien im Vereinigten Königreich oder vom Vereinigten Königreich aus oder in sonstiger Weise das Vereinigte Königreich betreffend ausgeführt wurden bzw. werden.

Die Konsortialbanken haben des Weiteren in dem Aktien-Übernahmevertrag gewährleistet, dass sie, mit Ausnahme von Deutschland, in allen Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums („**EWR**“), welche die Richtlinie 2003/71/EG („**Prospektrichtlinie**“) umgesetzt haben (jeweils ein „**Relevanter Mitgliedsstaat**“), die Neuen Aktien weder öffentlich angeboten haben noch anbieten werden. Ausgenommen hiervon sind öffentliche Angebote der Neuen Aktien unter den folgenden Ausnahmen der Prospektrichtlinie in den Relevanten Mitgliedsstaaten, die diese Ausnahmen umgesetzt haben: (i) Angebote an qualifizierte Anleger, (ii) Angebote an weniger als 100 (oder, falls der Relevante Mitgliedsstaat die Geänderte Prospektrichtlinie (wie im Folgenden definiert) umgesetzt hat, 150) natürliche oder juristische Personen (mit Ausnahme von qualifizierten Anlegern) und mit vorheriger Zustimmung der Konsortialbanken für ein solches Angebot, oder (iii) Angebote unter allen anderen Umständen, die unter Art. 3 Abs. 2 der Prospektrichtlinie fallen, soweit ein solches Angebot der Neuen Aktien keinen Prospekt nach Art. 3 der Prospektrichtlinie erfordert. Sofern ein Relevanter Mitgliedsstaat die Änderungsrichtlinie zur Prospektrichtlinie (die „**Geänderte Prospektrichtlinie**“) umgesetzt hat, ist die Bezugnahme auf die Prospektrichtlinie als Bezugnahme auf die Geänderte Prospektrichtlinie zu lesen.

Allgemeine und besondere Angaben über die Aktien

Die Neuen Aktien der Gesellschaft werden nach deutschem Recht geschaffen und sind mit den gleichen Rechten ausgestattet wie alle anderen Aktien der Gesellschaft und vermitteln keine darüber hinausgehenden Rechte oder Vorteile.

Stimmrecht

Jede Aktie der Gesellschaft gewährt in der Hauptversammlung der Gesellschaft eine Stimme. Beschränkungen des Stimmrechts bestehen außer in bestimmten gesetzlich geregelten Fällen nicht. Es gibt keine unterschiedlichen Stimmrechte für bestimmte Aktionäre der Gesellschaft.

Gewinnanteilberechtigung, Anteil am Liquidationserlös

Die Neuen Aktien sind mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2013 ausgestattet.

Die Beschlussfassung über die Ausschüttung von Dividenden auf Aktien der Gesellschaft für ein Geschäftsjahr obliegt der ordentlichen Hauptversammlung des darauf folgenden Geschäftsjahres, die auf Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat entscheidet. Nach der Satzung kann die Hauptversammlung bei Kapitalerhöhungen eine von § 60 AktG abweichende Gewinnbeteiligung neuer Aktien bestimmen.

Nach deutschem Recht kann eine Beschlussfassung über eine Dividende sowie deren Ausschüttung nur auf Grund eines im Jahresabschluss der Gesellschaft ausgewiesenen Bilanzgewinns erfolgen. Bei der Ermittlung des zur Ausschüttung zur Verfügung stehenden Bilanzgewinns ist das Periodenergebnis um Gewinn-/Verlustvorträge des Vorjahres sowie um Entnahmen bzw. Einstellungen in Rücklagen zu korrigieren. Bestimmte Rücklagen sind kraft Gesetzes zu bilden und müssen bei der Berechnung des zur Ausschüttung verfügbaren Bilanzgewinns abgezogen werden.

Nach deutschem Recht können Vorstand und Aufsichtsrat bei der Feststellung des Jahresabschlusses den Jahresüberschuss, der nach Abzug der in die gesetzliche Rücklage einzustellenden Beträge und gegebenenfalls eines Verlustvortrags verbleibt, bis zur Hälfte des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einstellen. Die Hauptversammlung kann im Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns weitere Beträge in Gewinnrücklagen einstellen oder als Gewinn vortragen.

Auf der Hauptversammlung beschlossene Dividenden sind am ersten Geschäftstag nach der Jahreshauptversammlung zahlbar, sofern der Dividendenbeschluss nichts anderes vorsieht. Der Dividendenanspruch unterliegt der regelmäßigen Verjährung von drei Jahren. Im Fall der Verjährung der Dividendenberechtigung ist die Gesellschaft die Begünstigte. Da sämtliche Aktien als globalverbriefte Inhaberaktien ausgegeben sind, werden Dividenden über die Zahlstelle der Gesellschaft auf die Konten der Aktionäre bei der jeweiligen Depotbank überwiesen. Einzelheiten zu den Dividenden werden im Bundesanzeiger veröffentlicht.

An einem etwaigen Liquidationserlös nehmen die Neuen Aktien entsprechend ihrem rechnerischen Anteil am Grundkapital teil.

Form, Verbriefung und Lieferung der Aktien

Alle Aktien der Gesellschaft sind auf den Inhaber lautende Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00 je Aktie. Die Neuen Aktien werden in einer Globalurkunde verbrieft und bei der Clearstream Banking AG, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn, hinterlegt. Der Anspruch des Aktionärs auf Verbriefung seines Anteils ist in der Satzung der Gesellschaft ausgeschlossen, soweit nicht eine Verbriefung nach den Regeln erforderlich ist, die an einer Börse gelten, an der die Aktie zugelassen ist.

Die Lieferung der Neuen Aktien erfolgt durch Girodepotsammelgutschrift. Die im Rahmen des Bezugsangebots bezogenen Neuen Aktien (einschließlich der vom SoFFin bezogenen Neuen Aktien) werden voraussichtlich am 31. Mai 2013, und die im Rahmen von Privatplatzierungen erworbenen Neuen Aktien werden nach Abschluss der Privatplatzierung, voraussichtlich ebenfalls am 31. Mai 2013, zur Verfügung gestellt, jeweils sofern die Bezugsfrist nicht verlängert wird.

Börsenzulassung und Notierungseinbeziehung der Neuen Aktien

Die Zulassung der Neuen Aktien zu den regulierten Märkten an den Wertpapierbörsen zu Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart mit gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse wird voraussichtlich am 14. Mai 2013 beantragt werden. Der Zulassungsbeschluss wird für den 28. Mai 2013 erwartet. Die Neuen Aktien werden voraussichtlich am 29. Mai 2013 in die bestehende Notierung für die Aktien der Gesellschaft einbezogen. Zusätzlich soll zeitnah ein Antrag auf Zulassung und Einbeziehung der Neuen Aktien an der London Stock Exchange und der SIX Swiss Exchange, Zürich, gestellt werden.

ISIN, WKN, Common Code, Börsenkürzel

Für die alten und Neuen Aktien:

International Securities Identification Number (ISIN)	DE000CBK1001
Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN)	CBK100
Common Code	091829665
Börsenkürzel	CBK

Für die Bezugsrechte:

International Securities Identification Number (ISIN)	DE000CBKBZR5
Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN)	CBKBZR

Übertragbarkeit

Die Neuen Aktien sind frei übertragbar. Mit Ausnahme der im Bezugsangebot dargestellten Einschränkungen bestehen keine Veräußerungsverbote oder Einschränkungen im Hinblick auf die Übertragbarkeit der Aktien der Gesellschaft.

Bekanntmachungen, Zahl- und Anmeldestellen

Die Aktien der Gesellschaft betreffende Mitteilungen werden im Bundesanzeiger veröffentlicht. Die börsenrechtlichen Veröffentlichungen erfolgen ebenfalls im Bundesanzeiger.

Zahl- und Anmeldestelle ist die COMMERZBANK Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main.

Aktien-Übernahmevertrag

Die das Angebot begleitenden Konsortialbanken sind die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Citigroup Global Markets Limited, HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, BNP PARIBAS, Mediobanca – Banca di Credito Finanziario S.p.A., UniCredit Bank AG, ABN AMRO Bank N.V., Banco Bilbao Vizcaya Argentaria, S.A., Danske Bank A/S, Erste Group Bank AG und NATIXIS. Die Gesellschaft und die Konsortialbanken haben am 14. Mai 2013 einen Aktien-Übernahmevertrag abgeschlossen. Im Aktien-Übernahmevertrag haben sich die Konsortialbanken vorbehaltlich der Erfüllung bestimmter Bedingungen verpflichtet, 416.757.608 Neue Aktien zu übernehmen und, soweit nicht das Bezugsrecht der Aktionäre für die Aktienspitze ausgenommen ist, den Aktionären der Gesellschaft mit Ausnahme des SoFFin zum Bezug anzubieten.

Nach dem Aktien-Übernahmevertrag ist die COMMERZBANK verpflichtet, eine Übernahme- und Platzierungsprovision für die Begleitung der Bezugsrechtskapitalerhöhung in Höhe von insgesamt ca. EUR 63,8 Mio. an die Konsortialbanken zu zahlen. Darüber hinaus zahlt die Gesellschaft eine in ihrem freien Ermessen stehende Erfolgsvergütung von bis zu ca. EUR 5,0 Mio., über deren Zahlung die Gesellschaft am Ende der Bezugsfrist entscheidet, an die Konsortialbanken. Die Übernahme- und Platzierungsprovision wird zum Zeitpunkt der Lieferung der bezogenen Neuen Aktien gezahlt. Im Aktien-Übernahmevertrag hat sich die COMMERZBANK zudem verpflichtet, die Konsortialbanken von bestimmten Haftungsverbindlichkeiten freizustellen.

Die nachfolgende Tabelle listet die Quote an den insgesamt 416.757.608 übernommenen Neuen Aktien auf, zu deren Übernahme sich die jeweilige Konsortialbank im Aktien-Übernahmevertrag verpflichtet hat:

Konsortialbank	Übernahmequote (gerundet)
Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Große Gallusstraße 10 - 14, 60311 Frankfurt am Main, Deutschland	23,33%
Citigroup Global Markets Limited, Citigroup Centre, Canada Square, London E14 5LB, Großbritannien	23,33%
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Königsallee 21/23, 40212 Düsseldorf, Deutschland ...	23,33%
BNP PARIBAS, 16, boulevard des Italiens, 75009 Paris, Frankreich	5,00%
Mediobanca – Banca di Credito Finanziario S.p.A., Piazzetta Enrico Cuccia, 1, 20121 Mailand, Italien	5,00%
UniCredit Bank AG, Kardinal-Faulhaber-Str. 1, 80333 München, Deutschland	5,00%
ABN AMRO Bank N.V., Gustav Mahlerlaan 10, 1082PP, Amsterdam, Niederlande	3,00%
Banco Bilbao Vizcaya Argentaria, S.A., Plaza de San Nicolás 4, Bilbao, Spanien	3,00%
Danske Bank A/S, 2 – 12 Holmens Kanal, 1092 Kopenhagen, Dänemark	3,00%
Erste Group Bank AG, Graben 21, 1010 Wien, Österreich	3,00%
NATIXIS, 47 quai d’Austerlitz, 75013 Paris, Frankreich	3,00%
	100,00%

Die vom Bezugsrecht der Aktionäre ausgenommene Aktienspitze sowie etwaige auf Grund des Bezugsangebots nicht bezogene Neue Aktien werden im Rahmen von Privatplatzierungen qualifizierten Anlegern in Deutschland und anderen Ländern (mit Ausnahme von Japan) sowie in den USA an Qualified Institutional Buyers gemäß Rule 144A unter dem Securities Act zum Erwerb angeboten.

Die Konsortialbanken sind berechtigt, unter bestimmten Umständen vom Aktien-Übernahmevertrag zurückzutreten. Sofern die Konsortialbanken nach Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister vom Aktien-Übernahmevertrag zurücktreten, können die Aktionäre, die ihr Bezugsrecht ausgeübt haben, die Neuen Aktien zum Bezugspreis dennoch erwerben. Sollte der Aktien-Übernahmevertrag nach buchmäßiger Lieferung der im Rahmen des Bezugsangebots bezogenen Neuen Aktien, die voraussichtlich am 31. Mai 2013 erfolgt, durch die Konsortialbanken gekündigt werden, würde sich diese Kündigung nur auf nicht bezogene Neue Aktien und die vom Bezugsrecht der Aktionäre ausgenommene Aktienspitze beziehen. Aktienkaufverträge über diese Aktien stehen daher unter Vorbehalt. Für weitere Angaben zur Möglichkeit des Rücktritts der Konsortialbanken vom Aktien-Übernahmevertrag siehe Abschnitt „—Bezugsangebot—Wichtige Hinweise“.

INTERESSEN BETEILIGTER PERSONEN AN DEM ANGEBOT

Die Konsortialbanken stehen im Zusammenhang mit dem Angebot in einem vertraglichen Verhältnis mit der Gesellschaft. Die Deutsche Bank wurde von der Gesellschaft als Globaler Koordinator und Joint Bookrunner, und Citi und HSBC wurden als weitere Joint Bookrunner für das Angebot mandatiert. Bei erfolgreicher Durchführung dieses Angebots erhalten die Konsortialbanken eine Provision von der Gesellschaft.

Einige Konsortialbanken und ihre verbundenen Unternehmen, die in Geschäftsbeziehung mit der COMMERZBANK stehen, haben in der Vergangenheit Beratungs- oder andere Dienstleistungen für die COMMERZBANK gegen marktübliche Provisionen und Entgelte erbracht und werden dies wahrscheinlich auch in Zukunft tun. Außerdem hat auch die Gesellschaft für einige Konsortialbanken und ihre verbundenen Unternehmen Beratungs- oder andere Dienstleistungen gegen marktübliche Provisionen und Entgelte erbracht und wird dies wahrscheinlich auch in Zukunft tun. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die Konsortialbanken auch vor diesem Hintergrund ein Interesse an einer erfolgreichen Durchführung dieses Angebots haben.

Sofern Konsortialbanken und ihre verbundenen Unternehmen, die als Anleger für eigene Rechnung handeln, Aktionäre der Gesellschaft sind, können sie im Zusammenhang mit dem Bezugsangebot Bezugsrechte erhalten und durch Ausübung dieser Bezugsrechte Aktien erwerben. Zudem können sie etwaige nicht im Bezugsangebot erworbene Aktien erwerben und in dieser Funktion Bezugsrechte, Aktien oder andere Wertpapiere der Gesellschaft für eigene Rechnung halten, kaufen oder verkaufen. Sie können solche Wertpapiere auch anderweitig als im Zusammenhang mit dem Angebot anbieten und/oder verkaufen. Die Konsortialbanken beabsichtigen nicht, den Umfang solcher Investitionen oder Transaktionen offenzulegen, soweit sie hierzu nicht aus rechtlichen oder regulatorischen Gründen verpflichtet sind. Die Konsortialbanken können verpflichtet sein, für ihre Kunden Transaktionen in Bezugsrechten oder Aktien der Gesellschaft durchzuführen. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die Konsortialbanken auch vor diesem Hintergrund ein Interesse an einer erfolgreichen Durchführung dieses Angebots haben.

Der SoFFin unterstützt die diesem Angebot zugrundeliegende Kapitalerhöhung, indem er seine Bezugsrechte voll ausüben und einen Teil seiner stillen Einlage in der Gesellschaft, und zwar in Höhe von ca. EUR 625 Mio., im Wege einer Sacheinlage in die Gesellschaft einbringen wird. Hierzu hat sich der SoFFin mit Vertrag vom 12. März 2013 (die „**Einzelfallgenehmigung**“) gegenüber der Gesellschaft verpflichtet (siehe Abschnitt „*Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns—Wesentliche Verträge—Inanspruchnahme von Stabilisierungsmaßnahmen des SoFFin durch die COMMERZBANK—Einzelfallgenehmigung vom 12. März 2013*“ im Registrierungsformular der Gesellschaft vom 14. Mai 2013).

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Citigroup Global Markets Limited sowie HSBC Trinkaus & Burkhardt AG beabsichtigen zudem, zu Beginn der Bezugsfrist des Angebots Aktien der Gesellschaft aus dem Bestand des SoFFin zu übernehmen und in dessen Auftrag gemeinsam mit der COMMERZBANK bei Investoren zu platzieren (die „**SoFFin-Platzierung**“). Dabei soll der Verkaufserlös des SoFFin aus der SoFFin-Platzierung dem Volumen der für die Ausübung der Bezugsrechte verwendeten stillen Einlage des SoFFin entsprechen, also ca. EUR 625 Mio. Im Ergebnis wird damit der SoFFin an der Kapitalerhöhung teilnehmen, ohne neue Barmittel zu investieren. Die Gesellschaft hat sich in der Einzelfallgenehmigung gegenüber dem SoFFin dazu verpflichtet, nach Maßgabe einer bis zum 12. Juni 2013 abzuschließenden Rückführungs- und Beendigungsvereinbarung, den Restbetrag der stillen Einlage des SoFFin aus dem Emissionserlös der gegen Bareinlage ausgegebenen Neuen Aktien an den SoFFin zurückzuzahlen. Im Zusammenhang mit der vorzeitigen Rückführung der stillen Einlage erhält der SoFFin aus dem Emissionserlös außerdem einen Teilbetrag der in Höhe von ca. EUR 61 Mio. vereinbarten einmaligen Ausgleichszahlung von der Gesellschaft. Die Gesellschaft geht davon aus, dass der SoFFin ein Interesse an der erfolgreichen Durchführung sowohl der SoFFin-Platzierung als auch der Kapitalerhöhung hat.

Die Gesellschaft hat sich mit Vertrag vom 12. März 2013 gegenüber der Allianz dazu verpflichtet, die stille Einlage der Allianz aus dem Emissionserlös der gegen Bareinlage ausgegebenen Neuen Aktien an die Allianz zurückzuzahlen. Außerdem erhält die Allianz im Zusammenhang mit der vorzeitigen Rückführung der stillen Einlage aus dem Emissionserlös einen Teilbetrag der in Höhe von ca. EUR 28 Mio. vereinbarten einmaligen Ausgleichszahlung von der Gesellschaft. (siehe Abschnitt „*Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns—Wesentliche Verträge—Verträge mit der Allianz—Rückführungs- und Beendigungsvereinbarung der stillen Gesellschaft zwischen der Allianz und der COMMERZBANK*“ im Registrierungsformular der Gesellschaft vom 14. Mai 2013). Die Gesellschaft geht davon aus, dass auch die Allianz ein Interesse an der erfolgreichen Durchführung der Kapitalerhöhung hat.

Mehrere Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft sind Inhaber von Aktien der COMMERZBANK und haben daher ein eigenes Interesse an der Entwicklung des Kurses der COMMERZBANK-Aktie. Mehrere Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat haben der Gesellschaft mitgeteilt, dass sie an dem Angebot durch Ausübung ihrer Bezugsrechte teilnehmen werden.

Daraus, dass die oben beschriebenen beteiligten Personen und Unternehmen jeweils auch eigene Interessen im Hinblick auf die Durchführung des Angebots haben, können sich grundsätzlich potenzielle Interessenkonflikte zwischen den Beteiligten untereinander oder zwischen Beteiligten und der Gesellschaft ergeben.

GRÜNDE FÜR DAS ANGEBOT, VERWENDUNG DES EMISSIONSERLÖSES UND KOSTEN DES ANGEBOTS

Emissionserlös und Kosten des Angebots

Die Gesellschaft erhält im Rahmen des Angebots den Bruttoemissionserlös aus dem Angebot der Neuen Aktien, welcher sich unter der Annahme des Bezugs bzw. der Platzierung sämtlicher 555.555.556 Neuen Aktien zum Bezugspreis auf EUR 2,5 Mrd. beläuft. Hierin enthalten ist der Teil des Emissionserlöses, der auf die teilweise Einbringung der stillen Einlagen des SoFFin in Höhe von ca. EUR 625 Mio. entfällt. Vom Bruttoemissionserlös aus dem Verkauf der gegen Bareinlage bezogenen Neuen Aktien ist die von der Gesellschaft zu tragende Übernahme- und Platzierungsprovision der Konsortialbanken in Höhe von maximal EUR 68,8 Mio. (inkl. einer möglichen Erfolgsvergütung) und die ebenfalls von der Gesellschaft zu tragenden sonstigen Kosten in Höhe von rund EUR 10 Mio. abzuziehen. Unter der Annahme des Bezugs bzw. der Platzierung sämtlicher 555.555.556 Neuen Aktien zum Bezugspreis erhielt die Gesellschaft damit einen Nettoemissionserlös in Höhe von rund EUR 2,4 Mrd.

Gründe für das Angebot und Verwendung des Emissionserlöses

Grund für das Angebot ist die Erzielung des Emissionserlöses, den die Gesellschaft dafür verwenden will, die stillen Einlagen des SoFFin (Stand 31. März 2013: EUR 1,63 Mrd.) und der Allianz (Stand 31. März 2013: EUR 750 Mio.) vollständig zurückzuführen. Außerdem will die Gesellschaft den Emissionserlös dafür verwenden, einen Teilbetrag der im Zusammenhang mit der vorzeitigen Rückführung der stillen Einlagen vereinbarten einmaligen Ausgleichszahlungen (SoFFin: EUR 61 Mio.; Allianz: EUR 28 Mio.) an den SoFFin und an die Allianz zu zahlen.

Durch die vollständige und vorzeitige Rückführung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz wird sich die Kapitalstruktur der COMMERZBANK weiter verbessern. Durch die geplante Transaktion würde die Common-Equity-Tier-1-Quote des COMMERZBANK-Konzerns bei angenommener vollständiger Anwendung von Basel III von 7,5% per 31. März 2013 auf 8,4% steigen (per 31. März 2013, unter der Annahme der Durchführung der geplanten Kapitalerhöhung und der vollständigen Rückzahlung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz).

VERWÄSSERUNG

Das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung gewährleistet, dass jeder Aktionär, sofern er sein Bezugsrecht ausübt, mit seinem ursprünglichen prozentualen Anteil am Gesamtkapital der Gesellschaft beteiligt bleibt. Bei Nichtausübung des Bezugsrechts verwässert der prozentuale Anteil eines Aktionärs am Gesamtkapital der Gesellschaft um 48,8%.

Der Buchwert des bilanziellen Eigenkapitals des COMMERZBANK-Konzerns (ohne Minderheitsbeteiligungen und stille Einlagen) nach IFRS belief sich per 31. März 2013 auf EUR 23.188 Mio. und damit auf EUR 39,78 pro Aktie (basierend auf der zum Datum dieser Wertpapierbeschreibung bestehenden Anzahl ausgegebener Stammaktien von 582.951.385). Hiervon ausgehend hätte das angepasste Eigenkapital der Gesellschaft nach IFRS nach Übernahme der 555.555.556 Neuen Aktien durch die Konsortialbanken und Bezug durch den SoFFin und nach Abzug der geschätzten Gesamtkosten des Angebots zum 31. März 2013 EUR 22,49 pro Aktie betragen (berechnet unter der Annahme, dass nach Durchführung der Kapitalerhöhung 1.138.506.941 Aktien der Gesellschaft ausstehend sind). Dies entspricht einer Verringerung des Eigenkapitals der Gesellschaft um EUR 17,28 bzw. 43,5% pro Aktie für die bisherigen Aktionäre und führt für die Erwerber der Neuen Aktien zu einem unmittelbaren Wertzuwachs von EUR 17,99 bzw. 400% pro Aktie, da das angepasste Eigenkapital der Gesellschaft pro Aktie den Bezugspreis von EUR 4,50 um diesen Betrag bzw. Prozentsatz übersteigt.

KAPITALAUSSTATTUNG UND VERSCHULDUNG; ERKLÄRUNG ZUM GESCHÄFTSKAPITAL; KAPITALISIERUNG

Kapitalausstattung und Verschuldung

Die nachfolgenden Tabellen zeigen einen Überblick über die konsolidierte Kapitalausstattung sowie die Nettofinanzschulden des Konzerns zum 31. März 2013 ohne und mit Durchführung der diesem Angebot zugrundeliegenden Kapitalerhöhung und der Verwendung des Nettoemissionserlöses zur vollständigen Rückführung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz (einschließlich einmaliger Ausgleichszahlungen).

Die in der rechten Spalte enthaltenen Angaben beruhen auf der Annahme, dass der SoFFin einen Teil seiner stillen Einlage in Höhe von ca. EUR 625 Mio. im Wege der Sacheinlage in die Gesellschaft einbringt und der Gesellschaft aus dem Verkauf der gegen Bareinlage bezogenen Neuen Aktien ein Nettobetrag (Nettoemissionserlös aus dem Verkauf von 416.757.608 Neuen Aktien zum Bezugspreis von EUR 4,50 abzüglich Kosten und Bankenprovisionen in Höhe von EUR 78,8 Mio.) in Höhe von EUR 1.796 Mio. zufließt und dieser Nettozufluss zur vollständigen Rückzahlung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz (einschließlich einmaliger Ausgleichszahlungen) verwendet wird. Näheres zu den Erlösen aus dem Angebot und die beabsichtigte Verwendung siehe „Gründe für das Angebot, Verwendung des Emissionserlöses und Kosten des Angebots—Gründe für das Angebot und Verwendung des Emissionserlöses“.

Die nachfolgenden Tabellen sollten im Zusammenhang mit dem Konzernzwischenabschluss der Gesellschaft zum 31. März 2013 (siehe „Finanzteil—Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK Aktiengesellschaft zum 31. März 2013“ im Registrierungsformular vom 14. Mai 2013) und den Kapiteln „Ausgewählte Finanzangaben und Geschäftsinformationen des COMMERZBANK-Konzerns“ und „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage“ im Registrierungsformular vom 14. Mai 2013 gelesen werden. Die jeweilig vorgenommenen Änderungen sind in Fußnoten der einzelnen Positionen erläutert.

Kapitalisierung und Verschuldung

	31. März 2013 (in Mio. EUR)	
	vor Durchführung des Angebots (prüferisch durchgesehen, soweit nicht anders angegeben)	nach Kapitalerhöhung und vollständiger Rückzahlung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz (ungeprüft)
Verbindlichkeiten⁽¹⁾		
Langfristig ⁽²⁾	126.429 ⁽⁴⁾	126.429
davon besichert ⁽¹⁰⁾	19.258 ⁽⁴⁾	19.258
davon unbesichert	107.171 ⁽⁴⁾	107.171
davon garantiert	— ⁽⁴⁾	—
davon nicht garantiert	126.429 ⁽⁴⁾	126.429
Kurzfristig ⁽³⁾	469.827 ⁽⁴⁾	469.827
davon besichert ⁽¹⁰⁾	78.777 ⁽⁴⁾	78.777
davon unbesichert	391.050 ⁽⁴⁾	391.050
davon garantiert	— ⁽⁴⁾	—
davon nicht garantiert	469.827 ⁽⁴⁾	469.827
Summe	596.256	596.256
Nachrangkapital		
Nachrangige Verbindlichkeiten	10.801	10.801
Genussrechtskapital	865	865
Zinsabgrenzungen inklusive Disagien	(260)	(260)
Bewertungseffekte	408	408
Summe	11.814	11.814
Hybridkapital		
Hybridkapital	2.079	2.079
Zinsabgrenzungen inklusive Disagien	(943)	(943)
Bewertungseffekte	474	474
Summe	1.610	1.610

	31. März 2013 (in Mio. EUR)	
	<u>vor Durchführung des Angebots</u> (prüferisch durchgesehen, soweit nicht anders angegeben)	<u>nach Kapitalerhöhung und vollständiger Rückzahlung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz</u> (ungeprüft)
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	5.827 ⁽⁵⁾	1.138 ⁽⁶⁾
Kapitalrücklage	8.732	15.921 ⁽⁷⁾
Gewinnrücklagen	10.854	10.687 ⁽⁸⁾
<i>davon Periodenergebnis</i>	(94)	(94)
Stille Einlagen	2.376	— ⁽⁹⁾
Andere Rücklagen	(2.225)	(2.225)
<i>Neubewertungsrücklage</i>	(1.584)	(1.584)
<i>Bewertungsergebnis aus Cash Flow</i>		
<i>Hedges</i>	(564)	(564)
<i>Rücklage aus der</i>		
<i>Währungsumrechnung</i>	(77)	(77)
Anteile in Fremdbesitz	885	885
Summe	26.449	26.406
Summe der Verbindlichkeiten, des Nachrangkapitals, des Hybridkapitals und des Eigenkapitals	636.129	636.086

¹⁾ Außerdem hatte der Konzern zum 31. März 2013 Eventualverbindlichkeiten in Höhe von EUR 35.565 Mio. Die Eventualverbindlichkeiten sind in der Tabelle nicht enthalten. Sie bestehen im Wesentlichen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen zum Nominalwert. Als Bürgschaften werden Sachverhalte ausgewiesen, bei denen die betreffende Gesellschaft als Bürge gegenüber dem Gläubiger eines Dritten für die Erfüllung der Verbindlichkeit des Dritten einsteht. Unter Gewährleistungen fallen vertragliche Verpflichtungen, die das Entstehen der betreffenden Gesellschaft für einen bestimmten Erfolg oder eine bestimmte Leistung beinhalten. Darüber hinaus hatte der Konzern per 31. März 2013 weitere EUR 50.669 Mio. unwiderrufliche Kreditzusagen.

²⁾ Die langfristigen Verbindlichkeiten setzen sich aus den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, den verbrieften Verbindlichkeiten und den Zertifikaten und anderen Emissionen der Handelspassiva, jeweils mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr, zusammen.

³⁾ Die kurzfristigen Verbindlichkeiten setzen sich aus den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, den verbrieften Verbindlichkeiten und den Zertifikaten und anderen eigenen Emissionen der Handelspassiva, jeweils mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr, sowie den passivischen Anpassungen aus Portfolio Fair Value Hedges, den negativen Marktwerten aus derivativen Sicherungsinstrumenten und den übrigen Handelspassiva (außer Zertifikaten und anderen eigenen Emissionen) zusammen.

⁴⁾ Die dargestellten Zahlen entstammen dem Rechnungswesen des Konzerns und sind nicht Teil des prüferisch durchgesehenen Konzernzwischenabschlusses zum 31. März 2013.

⁵⁾ Der Bestand der eigenen Aktien von 2.256.263 Stück zum 31. März 2013 mindert das gezeichnete Kapital um EUR 2,3 Mio. Die eigenen Aktien haben insgesamt einen rechnerischen Buchwert von EUR 0,8 Mio, dieser Buchwert ergibt sich aus einer Saldierung der Anschaffungskosten für die erworbenen Aktien und der vereinbarten Preise für die Aktienverkäufe.

⁶⁾ Die dargestellte Änderung des gezeichneten Kapitals ergibt sich aufgrund der durch die Hauptversammlung der Gesellschaft am 19. April 2013 beschlossenen Aktienzusammenlegung und Aktieneinziehung sowie der beschlossenen Kapitalerhöhung zur vollständigen Rückzahlung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz. Durch die Ausgabe neuer Aktien erhöht sich das gezeichnete Kapital um EUR 556 Mio.

⁷⁾ Durch die von der Hauptversammlung der Gesellschaft am 19. April 2013 beschlossene Kapitalerhöhung, d.h. die Ausgabe neuer Aktien gegen Bareinlage und Einlage von Teilen der Stillen Einlage II durch den SoFFin, wird sich die Kapitalrücklage um etwa EUR 1.944 Mio. erhöhen. Darüber hinaus hat sich die Kapitalrücklage aufgrund der durch die Hauptversammlung der Gesellschaft am 19. April 2013 beschlossenen Aktienzusammenlegung um EUR 5.244 Mio. erhöht.

⁸⁾ Die dargestellte Reduzierung der Position Gewinnrücklage ergibt sich aus dem Abzug der Ausgleichszahlung, die nach Steuern EUR 88 Mio. beträgt, und der Berücksichtigung der Bankenprovisionen und anderer angebotsbezogener Kosten, jeweils nach Steuern, die in Summe EUR 79 Mio. betragen (wobei diese Angaben jeweils unter Anwendung eines Steuersatzes von 0% ermittelt wurden).

⁹⁾ Die dargestellte Reduzierung der Position stille Einlagen um EUR 2.376 Mio. ergibt sich aus der vollständigen Rückzahlung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz.

¹⁰⁾ Der Besicherung liegen Wertpapiere und Forderungen gegenüber Kunden zugrunde.

Nettofinanzverbindlichkeiten

	31. März 2013 (ungeprüft, in Mio. EUR)	
	vor Durchführung des Angebots	nach Kapitalerhöhung und vollständiger Rückzahlung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz
Liquide Mittel		
Barreserve	11.051 ⁽⁶⁾	11.008 ⁽⁷⁾
Wertpapiere des Handelsbestandes	46.513	46.513
Summe	57.564	57.521
Kurzfristige Finanzforderungen⁽¹⁾	352.976	352.976
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten⁽²⁾		
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	104.134	104.134
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten gegenüber Kunden	229.555	229.555
Sonstige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	136.138	136.138
Summe	469.827	469.827
Kurzfristige Nettofinanzverbindlichkeiten⁽³⁾	59.287	59.287
Langfristige Finanzverbindlichkeiten⁽⁴⁾		
Langfristige Finanzverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	24.413	24.413
Langfristige Finanzverbindlichkeiten gegenüber Kunden	43.391	43.391
Sonstige langfristige Finanzverbindlichkeiten	58.625	58.625
Summe	126.429	126.429
Nettofinanzverschuldung⁽⁵⁾	185.716	185.759

¹⁾ Die kurzfristigen Finanzforderungen setzen sich aus den Forderungen gegenüber Kreditinstituten und den Forderungen gegenüber Kunden, jeweils vor Abzug der Risikovorsorge und mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr, sowie den aktivischen Anpassungen aus Portfolio Fair Value Hedges, den positiven Marktwerten aus Sicherungsinstrumenten, den Handelsaktiva (Forderungen Handelsaktiva, positive Marktwerte aus derivativen Instrumenten, sonstige Handelsaktiva), den Finanzanlagen der Kategorie „Available for Sale“ und „at Fair Value through Profit or Loss“ sowie Anteilen an at-Equity-bewertete Unternehmen zusammen.

²⁾ Die kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten setzen sich aus den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, den verbrieften Verbindlichkeiten und den Zertifikaten und anderen eigenen Emissionen der Handelsspassiva, jeweils mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr, sowie den passivischen Anpassungen aus Portfolio Fair Value Hedges, den negativen Marktwerten aus derivativen Sicherungsinstrumenten und den übrigen Handelsspassiva (außer Zertifikaten und anderen eigenen Emissionen) zusammen.

³⁾ Die kurzfristigen Nettofinanzverbindlichkeiten setzen sich aus den kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten abzüglich der kurzfristigen Finanzforderungen und abzüglich der liquiden Mittel zusammen.

⁴⁾ Die langfristigen Finanzverbindlichkeiten setzen sich aus den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, den verbrieften Verbindlichkeiten und den Zertifikaten und anderen Emissionen der Handelsspassiva, jeweils mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr, zusammen.

⁵⁾ Die Nettofinanzverschuldung ist die Summe aus den kurzfristigen Nettofinanzverbindlichkeiten und den langfristigen Finanzverbindlichkeiten.

⁶⁾ Die dargestellte Zahl ist prüferisch durchgesehen.

⁷⁾ Die Reduzierung der Barreserve reflektiert die Bankenprovisionen und andere angebotsbezogene Kosten, die in Summe EUR 79 Mio. betragen, die Rückzahlung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz in Höhe von EUR 1.751 Mio., die Ausgleichszahlungen an SoFFin und Allianz in Höhe von insgesamt EUR 88 Mio. sowie den Bruttozufluss in Höhe von EUR 1.875 Mio. durch die Ausgabe neuer Aktien.

Erklärung zum Geschäftskapital

Die Gesellschaft ist der Auffassung, dass der COMMERZBANK-Konzern aus heutiger Sicht in der Lage ist, mindestens in den nächsten zwölf Monaten seinen fälligen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Erwartete Auswirkungen des Angebots und der Rückzahlung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz auf Kerngrößen zur Kapitalausstattung und Kapitalqualität des COMMERZBANK-Konzerns

Die nachfolgende Tabelle zeigt, ausgehend vom Stand 31. März 2013, die Auswirkungen des Angebots und der Rückzahlung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz, unter Beachtung der erwarteten Kosten und zu leistenden Ausgleichszahlungen, auf die dort genannten Kerngrößen zum 31. März 2013, die wesentliche aufsichtsrechtlich zu beachtende bzw. regelmäßig bei der Bewertung der Kapitalausstattung und -qualität herangezogene Größen darstellen.

Ausgangspunkt ist dabei die Darstellung zum 31. März 2013 in der linken Spalte, „Ausgangslage (31. März 2013)“. Die rechte Spalte beschreibt die Auswirkungen der Durchführung der Kapitalerhöhung im Zusammenhang mit dem Angebot und der vollständigen Rückzahlung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz (inklusive einmaliger Ausgleichszahlungen).

Erwartete Auswirkungen des Angebots und der Rückzahlung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz auf Kerngrößen zur Kapitalausstattung und Kapitalqualität des COMMERZBANK-Konzerns

	31. März 2013	
	(ungeprüft)	
	(in Mrd. EUR, außer Prozentangaben)	
	Ausgangslage (31. März 2013)	nach Kapitalerhöhung und vollständiger Rückzahlung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz⁽¹⁾
Risikotragende Aktiva	209,8⁽²⁾	209,8
Hartes Kernkapital (Core Tier 1)	24,2	24,9
Harte Kernkapitalquote (Core Tier 1-Quote) ⁽³⁾	11,5%	11,9%
Kernkapital (Tier 1)	26,5⁽⁴⁾	26,4
Kernkapitalquote (Tier 1 Quote) ⁽⁵⁾	12,6% ⁽⁴⁾	12,6%
Eigenmittel	36,1⁽⁴⁾	36,1
Gesamtkapitalquote ⁽⁶⁾	17,2% ⁽⁴⁾	17,2%

¹⁾ In den Kapitalangaben und Quoten sind Steuereffekte berücksichtigt. Dabei wird auf den Einzelfall abgestellt. Insgesamt hängt die Steuerposition von der allgemeinen steuerlichen Ergebnissituation des COMMERZBANK-Konzerns ab und kann daher auch erst in einem späteren Geschäftsjahr eintreten. Hierbei gilt generell eine Steuerquote von 31,2%, wobei für die Ausgleichszahlung eine reduzierte Steuerquote von 27,4% auf Grund der nicht vollen Abzugsfähigkeit der Gewerbesteuer zur Anwendung kommt. Für das Geschäftsjahr 2013 wird eine Steuerquote von 0% (auch für die Ausgleichszahlung) angenommen.

²⁾ Prüferisch durchgesehen. Die dargestellte Zahl ist dem Konzernzwischenlagebericht der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen.

³⁾ Die „Harte Kernkapitalquote“ berechnet sich als Quotient aus dem „Harten Kernkapital“ und der „Risikotragenden Aktiva“.

⁴⁾ Prüferisch durchgesehen. Die dargestellten Zahlen sind dem verkürzten Konzernzwischenabschluss zum 31. März 2013 entnommen.

⁵⁾ Die „Kernkapitalquote“ berechnet sich als Quotient aus dem „Kernkapital“ und der „Risikotragenden Aktiva“.

⁶⁾ Die „Gesamtkapitalquote“ berechnet sich als Quotient aus den „Eigenmitteln“ und der „Risikotragenden Aktiva“.

Durch die geplante Transaktion würde die Common-Equity-Tier-1-Quote des COMMERZBANK-Konzerns bei angenommener vollständiger Anwendung von Basel III von 7,5% per 31. März 2013 auf 8,4% steigen (per 31. März 2013, unter der Annahme der Durchführung der geplanten Kapitalerhöhung und der vollständigen Rückzahlung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz).

BESTEuerung IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Dieser Abschnitt enthält eine Darstellung einiger wichtiger deutscher Besteuerungsgrundsätze, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten und der Übertragung von Aktien und Bezugsrechten (oder deren Ausübung) sowohl für einen Aktionär (eine natürliche Person, Personengesellschaft oder Körperschaft), der in Deutschland steuerlich ansässig ist (das heißt dessen Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Satzungssitz oder Ort der Geschäftsleitung sich in Deutschland befindet), als auch für einen Aktionär, der außerhalb Deutschlands steuerlich ansässig ist, typischerweise von Bedeutung sind oder sein können. Die Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und enthält keine abschließende Erläuterung aller denkbaren steuerlichen Aspekte, die für Aktionäre relevant sein können. Grundlage der Darstellung sind die zum Datum dieser Wertpapierbeschreibung geltenden Steuervorschriften (und deren Auslegung durch Verwaltungsanweisungen und Gerichte) in Deutschland sowie Bestimmungen von Doppelbesteuerungsabkommen, wie sie Deutschland derzeit typischerweise mit anderen Staaten abgeschlossen hat. Steuerrechtliche Vorschriften können sich – unter Umständen auch rückwirkend – ändern. Es kann ferner nicht ausgeschlossen werden, dass die Finanzverwaltung oder Gerichte eine andere Beurteilung für zutreffend erachten, als die, die in diesem Kapitel beschrieben ist.

Dieser Abschnitt kann nicht die individuelle steuerliche Beratung des einzelnen Aktionärs ersetzen. Aktionären wird daher empfohlen, wegen der Steuerfolgen des Erwerbs, des Haltens und der Übertragung von Aktien und Bezugsrechten sowie wegen des bei einer möglichen Erstattung deutscher Quellensteuer (Kapitalertragsteuer) einzuhaltenden Verfahrens ihre steuerlichen Berater zu konsultieren. Nur diese sind in der Lage, auch die besonderen steuerlichen Verhältnisse des einzelnen Aktionärs angemessen zu berücksichtigen.

Besteuerung der Gesellschaft

Deutsche Kapitalgesellschaften unterliegen mit ihrem zu versteuernden Einkommen grundsätzlich der Körperschaftsteuer. Der Körperschaftsteuersatz beträgt einheitlich 15% für ausgeschüttete und einbehaltene Gewinne zuzüglich eines Solidaritätszuschlages in Höhe von 5,5% auf die Körperschaftsteuerschuld (insgesamt also 15,825%).

Dividenden oder andere Gewinnanteile, die die Gesellschaft von inländischen oder ausländischen Kapitalgesellschaften bezieht, sind grundsätzlich zu 95% von der Körperschaftsteuer befreit. 5% der jeweiligen Einnahmen gelten allerdings pauschal als nicht abziehbare Betriebsausgaben und unterliegen deshalb der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag). Gleiches gilt für Gewinne der Gesellschaft aus der Veräußerung von Anteilen an einer inländischen oder ausländischen Kapitalgesellschaft. Etwas anderes gilt für Dividenden, wenn die Beteiligung an der Kapitalgesellschaft zu Beginn des Kalenderjahres unmittelbar weniger als 10% des Grundkapitals beträgt. In diesem Fall sind Dividenden, die nach dem 28. Februar 2013 zufließen, bei der Ermittlung des körperschaftsteuerpflichtigen Einkommens in voller Höhe zu berücksichtigen. Der Erwerb einer Beteiligung von mindestens 10% gilt als zu Beginn des Kalenderjahrs als erfolgt.

Zusätzlich unterliegen deutsche Kapitalgesellschaften mit ihrem in inländischen Betriebsstätten erzielten Gewerbeertrag grundsätzlich der Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer beträgt je nach Hebesatz der jeweiligen Gemeinde in der Regel 7% bis 17% des Gewerbeertrags. Die Gewerbesteuer darf bei der Ermittlung des körperschaftsteuerpflichtigen Einkommens der Kapitalgesellschaft nicht als Betriebsausgabe abgezogen werden. Für Zwecke der Gewerbesteuer werden von inländischen und ausländischen Kapitalgesellschaften bezogene Gewinnanteile sowie Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an einer anderen Kapitalgesellschaft grundsätzlich in gleicher Weise behandelt wie für Zwecke der Körperschaftsteuer. Allerdings sind von inländischen und ausländischen Kapitalgesellschaften bezogene Gewinnanteile grundsätzlich nur dann effektiv zu 95% von der Gewerbesteuer befreit, wenn die Gesellschaft zu Beginn bzw. – im Fall von ausländischen Kapitalgesellschaften – seit Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraumes zu mindestens 15% am Grundkapital der ausschüttenden Gesellschaft beteiligt war (gewerbesteuerliches Schachtelprivileg). Falls die Beteiligung an einer ausländischen Kapitalgesellschaft i. S. d. Art. 2 der Richtlinie 2011/96/EU vom 30. November 2011 (die „**Mutter-Tochter-Richtlinie**“) mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union besteht, greift das gewerbesteuerliche Schachtelprivileg schon bei einer Beteiligung von 10% am Grundkapital der ausländischen Kapitalgesellschaft zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums ein. Für Gewinnanteile, die von ausländischen Kapitalgesellschaften stammen und für die nicht die Mutter-Tochter-Richtlinie anwendbar ist, gelten zusätzliche Einschränkungen.

Für Dividenden und Veräußerungsgewinne, die von Unternehmen des Finanz- und Versicherungssektors oder von Pensionsfonds erzielt werden, gelten Sonderregelungen, die weiter unten beschrieben sind (siehe unter „—Besteuerung der Aktionäre—Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds“).

Zinsaufwendungen sind nach den Regelungen der so genannten Zinsschranke gegebenenfalls nur beschränkt abziehbar. Danach sind die Zinsaufwendungen abzüglich der Zinserträge (so genannter Nettozinsaufwand) grundsätzlich in Höhe von 30% des steuerlichen EBITDA im jeweiligen Wirtschaftsjahr abzugsfähig, wobei Ausnahmen von dieser Regelung bestehen. Nicht abzugsfähiger Zinsaufwand und nicht ausgeschöpftes EBITDA-Volumen können unter bestimmten Voraussetzungen in die Folgejahre vorgetragen werden. Für Zwecke der Gewerbesteuer werden 25% der nach Anwendung der Zinsschranke an sich abzugsfähigen Zinsaufwendungen entsprechend der gewerbesteuerrechtlichen Regelung wieder hinzugerechnet, so dass insoweit nur eine Abzugsfähigkeit in Höhe von 75% gegeben ist.

Nicht ausgeglichene negative Einkünfte der Gesellschaft können unter bestimmten Voraussetzungen in andere Veranlagungszeiträume zurück- bzw. vorgetragen werden. Ein Verlustrücktrag ist nur bis zur Höhe von EUR 1,0 Mio. in den unmittelbar vorangegangenen Veranlagungszeitraum und allein für Zwecke der Körperschaftsteuer möglich. Für Zwecke der Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer können nicht ausgeglichene negative Einkünfte, die nicht zurückgetragen worden sind, in den folgenden Veranlagungszeiträumen nur bis zur Höhe von EUR 1,0 Mio. zum vollen Ausgleich positiver körperschaftsteuerpflichtiger Einkünfte bzw. Gewerbeerträge herangezogen werden (Verlustvortrag). Übersteigen die Einkünfte bzw. Gewerbeerträge diesen Betrag, ist der Verlustausgleich auf 60% des übersteigenden Betrags begrenzt. Die verbleibenden 40% müssen versteuert werden (Mindestbesteuerung). Nicht genutzte steuerliche Verluste können grundsätzlich ohne zeitliche Beschränkung vorgetragen und im Rahmen der dargestellten Regelung von zukünftigen steuerpflichtigen Einkünften bzw. Gewerbeerträgen abgezogen werden.

Werden allerdings innerhalb von fünf Jahren mittelbar oder unmittelbar mehr als 25% bzw. mehr als 50% des gezeichneten Grundkapitals oder der Stimmrechte an der Gesellschaft an einen Erwerber oder Erwerberkreis übertragen oder liegt ein vergleichbarer Sachverhalt vor (schädlicher Beteiligungserwerb), können bis zum schädlichen Beteiligungserwerb nicht genutzte Verlustvorträge der Gesellschaft und Zinsvorträge (u.U. auch der EBITDA-Vortrag) sowie bis zur Übertragung aufgelaufene Verluste des laufenden Geschäftsjahres grundsätzlich anteilig bzw. vollständig untergehen bzw. nicht mit späteren Gewinnen verrechenbar sein.

Besteuerung der Aktionäre

Aktionäre der Gesellschaft unterliegen der Besteuerung im Zusammenhang mit dem Halten der Aktien („Besteuerung von Dividenden“), der Veräußerung von Aktien oder Bezugsrechten („Besteuerung von Veräußerungsgewinnen“) und der unentgeltlichen Übertragung von Aktien oder Bezugsrechten („Erb- und Schenkungsteuer“).

Ertragsteuerliche Folgen des Erwerbs, des Haltens und der Veräußerung von Aktien oder Bezugsrechten

Besteuerung von Dividenden

Kapitalertragsteuer

Ausgeschüttete Dividenden unterliegen grundsätzlich einer Quellensteuer (Kapitalertragsteuer) in Höhe von 25% und einem auf die Kapitalertragsteuer erhobenen Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5% (insgesamt also 26,375%).

Da die Aktien der Gesellschaft zur Sammelverwahrung durch eine Wertpapierbank zugelassen sind und dieser zur Sammelverwahrung im Inland anvertraut wurden, ist nicht die Gesellschaft für den Kapitalertragsteuereinbehalt verantwortlich, sondern dieser ist auf Rechnung des Aktionärs durch eine der folgenden inländischen für den Kapitalertragsteuerabzug verantwortlichen Stellen vorzunehmen und an das zuständige Finanzamt abzuführen: (i) das inländische Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut, das inländische Wertpapierhandelsunternehmen oder die inländische Wertpapierhandelsbank (einschließlich inländischer Zweigstellen ausländischer Institute), welche die Anteile verwahrt oder verwaltet und die Kapitalerträge dem Aktionär auszahlt oder gutschreibt oder die Kapitalerträge an eine ausländische Stelle auszahlt, oder (ii) die Wertpapiersammelbank, der die Anteile zur Sammelverwahrung anvertraut wurden, wenn sie die Kapitalerträge an eine ausländische Stelle auszahlt.

Bemessungsgrundlage für die Kapitalertragsteuer ist die von der Hauptversammlung beschlossene Dividende. Die Kapitalertragsteuer ist grundsätzlich unabhängig davon einzubehalten, ob und in welchem Umfang die Dividende auf Ebene des Aktionärs von der Steuer befreit ist und ob es sich um einen im Inland oder im Ausland ansässigen Aktionär handelt.

Bei Dividenden, die an eine in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ansässige Gesellschaft im Sinne des Art. 2 der Mutter-Tochter-Richtlinie ausgeschüttet werden, wird auf Antrag und bei Vorliegen

weiterer Voraussetzungen vom Einbehalt der Kapitalertragsteuer abgesehen (Freistellung im Steuerabzugsverfahren). Das gilt auch für Dividenden, die an eine in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union gelegene Betriebsstätte einer solchen Muttergesellschaft oder einer in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen Muttergesellschaft ausgeschüttet werden, sofern die Beteiligung an der Gesellschaft tatsächlich zum Betriebsvermögen dieser Betriebsstätte gehört. Wesentliche Voraussetzung für die Freistellung nach der Mutter-Tochter-Richtlinie ist, dass der Aktionär seit einem Jahr zu mindestens 10% unmittelbar am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt ist. Eine Freistellung im Steuerabzugsverfahren kann auf Antrag erfolgen, wenn die deutsche Finanzverwaltung (Bundeszentralamt für Steuern, Hauptdienstsz Bonn-Beuel, An der Kuppe 1, D-53225 Bonn) dem Gläubiger auf Grund eines von ihm nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck gestellten Antrags bescheinigt, dass die Voraussetzungen für die Freistellung vorliegen. In bestimmten weiteren Fällen kann eine in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder des europäischen Wirtschaftsraumes ansässige Gesellschaft auch bei Nichterfüllung der Mindestbeteiligungsvoraussetzung der Mutter-Tochter-Richtlinie zur Erstattung der Kapitalertragsteuer berechtigt sein.

Für Ausschüttungen an sonstige im Ausland steuerlich ansässige Aktionäre wird der Kapitalertragsteuersatz, wenn Deutschland mit dem Ansässigkeitsstaat des Aktionärs ein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen hat und wenn die Aktien weder zum Vermögen einer Betriebsstätte oder festen Einrichtung in Deutschland noch zu einem Betriebsvermögen, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, gehören, nach Maßgabe des Doppelbesteuerungsabkommens ermäßigt. Die Kapitalertragsteuerermäßigung wird grundsätzlich in der Weise gewährt, dass die Differenz zwischen dem einbehaltenen Gesamtbetrag einschließlich des Solidaritätszuschlages und der nach dem einschlägigen Doppelbesteuerungsabkommen tatsächlich geschuldeten Kapitalertragsteuer (in der Regel 15%) auf Antrag durch das Bundeszentralamt für Steuern erstattet wird. Eine Freistellung im Steuerabzugsverfahren kann auf Antrag und bei Vorliegen weiterer Voraussetzungen erfolgen, wenn der antragstellende körperschaftssteuerpflichtige Aktionär zu mindestens 10% unmittelbar an der Gesellschaft beteiligt ist.

Fließen beschränkt steuerpflichtigen Körperschaften, d.h. Körperschaften ohne Sitz und Geschäftsleitung in Deutschland, Dividenden zu, können grundsätzlich zwei Fünftel der einbehaltenen und abgeführten Kapitalertragsteuer erstattet werden, ohne dass sämtliche Voraussetzungen erfüllt werden müssen, unter denen eine Erstattung auf Grund der Mutter-Tochter-Richtlinie oder auf Grund von Doppelbesteuerungsabkommen verlangt werden kann.

Bei Vorliegen der Voraussetzung für eine (teilweise) Freistellung aufgrund der Mutter-Tochter-Richtlinie, eines Doppelbesteuerungsabkommens oder der besonderen Erstattungsmöglichkeit für beschränkt steuerpflichtige Körperschaften wird die einbehaltene und abgeführte Kapitalertragsteuer auf Antrag durch das Bundeszentralamt für Steuern erstattet, wenn der Gläubiger die entsprechenden Formulare nebst einer Kapitalertragssteuerbescheinigung einreicht. Formulare für das Erstattungs- und Freistellungsverfahren sind beim Bundeszentralamt für Steuern (<http://www.bzst.bund.de>) sowie bei den deutschen Botschaften und Konsulaten erhältlich.

Die Freistellung vom Kapitalertragsteuerabzug nach der Mutter-Tochter-Richtlinie sowie die vorgenannten Möglichkeiten zur Erstattung der Kapitalertragsteuer hängen davon ab, dass bestimmte weitere Bedingungen (insbesondere sog. Substanzerfordernisse) erfüllt werden.

Besteuerung von Dividenden bei in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären

Aktien im Privatvermögen

Dividenden, die ein in Deutschland steuerlich ansässiger Aktionär, dessen Aktien Privatvermögen sind, bezieht, gehören bei ihm zu den steuerpflichtigen Einkünften aus Kapitalvermögen. Diese unterliegen einem besonderen, einheitlichen Einkommensteuersatz von 25% zuzüglich eines Solidaritätszuschlages von 5,5% (insgesamt also 26,375%). Die Einkommensteuer für diese Einkünfte aus den Dividenden wird grundsätzlich mit dem Kapitalertragsteuerabzug durch die Gesellschaft abgegolten (Abgeltungsteuer). Der Aktionär kann aber beantragen, dass seine Einkünfte aus Kapitalvermögen (einschließlich der Dividenden) zusammen mit seinen sonstigen Einkünften statt dem einheitlichen Steuersatz für Kapitaleinkünfte dem Satz der tariflichen, progressiven Einkommensteuer unterworfen werden, wenn dies für ihn zu einer niedrigeren Steuerbelastung führt. In diesem Fall wird die Kapitalertragsteuer auf die tarifliche Einkommensteuer angerechnet und ein sich etwa ergebender Überhang erstattet. Werbungskosten können in beiden Fällen nicht von Einkünften aus Kapitalvermögen abgezogen werden. Der Aktionär kann jedoch einen Sparer-Pauschbetrag in Höhe von EUR 801 (EUR 1.602 bei zusammen veranlagten Ehegatten) geltend machen.

Ausnahmen von der Abgeltungsteuer bestehen auf Antrag bei Aktionären, die an der Gesellschaft zu mindestens 25% beteiligt sind und bei Aktionären, die zu mindestens 1% an der Gesellschaft beteiligt und für sie beruflich tätig sind.

Voraussichtlich bis einschließlich 2013 wird auf Antrag eines kirchensteuerpflichtigen Aktionärs, dessen Aktien Privatvermögen sind, und im Rahmen der anwendbaren Landeskirchensteuergesetze die Kirchensteuer auf die Dividende durch die inländische Stelle, welche die Auszahlung eines Kapitalertrags vornimmt, einbehalten und abgeführt. Voraussichtlich ab 2014 muss der zur Vornahme des Kapitalertragsteuerabzugs Verpflichtete die Kirchensteuer bei kirchensteuerpflichtigen Aktionären im Rahmen des Steuerabzugs einbehalten, wenn der Aktionär nicht schriftlich gegenüber dem Bundeszentralamt für Steuern der Weitergabe seiner Daten bezüglich der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft widerspricht. Wird Kirchensteuer im Rahmen des Kapitalertragsteuerabzugs einbehalten und abgeführt, gilt auch die Kirchensteuer für die Dividenden mit dem Steuerabzug als abgegolten. Ein Abzug der einbehaltenen Kirchensteuer als Sonderausgabe bei der Veranlagung ist nicht möglich, allerdings vermindert sich die einbehaltene Kapitalertragsteuer (einschließlich des Solidaritätszuschlages) um 26,375% der auf die Dividenden einzubehaltenden Kirchensteuer. Wird keine Kirchensteuer im Rahmen des Kapitalertragsteuerabzugs einbehalten, ist ein kirchensteuerpflichtiger Aktionär verpflichtet, die Dividenden in seiner Einkommensteuererklärung anzugeben. Die Kirchensteuer auf die Dividenden wird dann im Wege der Veranlagung erhoben.

Aktien im Betriebsvermögen

Für Dividenden aus Aktien im Betriebsvermögen eines in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionärs gilt die Abgeltungsteuer nicht. Die Besteuerung richtet sich danach, ob der Aktionär eine Körperschaft, ein Einzelunternehmer oder eine Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft) ist. Die durch die Gesellschaft einbehaltene und abgeführte Kapitalertragsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) wird auf die jeweilige Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld des Aktionärs angerechnet bzw. in Höhe eines etwaigen Überhangs erstattet.

Körperschaften

Ist der Aktionär eine in Deutschland steuerlich ansässige Körperschaft, sind die Dividenden – vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen für Unternehmen des Finanz- und Versicherungssektors und Pensionsfonds (vgl. den Abschnitt „—Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds“) – grundsätzlich zu effektiv 95% von der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag befreit. Eine Mindesthaltezeit ist nicht zu beachten. 5% der Dividenden gelten pauschal als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben und unterliegen daher der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) mit einem Gesamtsteuersatz von insgesamt ca. 15,825%.

Etwas anderes gilt für Dividenden, wenn die Beteiligung an der Gesellschaft zu Beginn des Kalenderjahres unmittelbar weniger als 10% des Grundkapitals beträgt (Streubesitzdividenden). In diesem Fall sind Dividenden, die nach dem 28. Februar 2013 zufließen, bei der Ermittlung des körperschaftsteuerpflichtigen Einkommens in voller Höhe zu berücksichtigen. Der Erwerb einer Beteiligung von mindestens 10% gilt als zu Beginn des Kalenderjahrs als erfolgt.

Tatsächlich anfallende Betriebsausgaben, die mit den Dividenden in unmittelbarem Zusammenhang stehen, können in voller Höhe abgezogen werden.

Die Dividenden unterliegen (nach Abzug der mit ihnen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben) in voller Höhe der Gewerbesteuer, es sei denn, die Körperschaft ist zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 15% am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt (gewerbesteuerrechtliches Schachtelprivileg). Im letztgenannten Fall unterliegen die Dividenden nicht der Gewerbesteuer; auf den als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben geltenden Betrag (in Höhe von 5% der Dividende) fällt allerdings Gewerbesteuer an. Die Gewerbesteuer beträgt je nach Hebesatz der Gemeinde 7% bis 17% des Gewerbeertrags.

Einzelunternehmer

Gehören die Aktien zum Betriebsvermögen eines in Deutschland steuerlich ansässigen Einzelunternehmers, unterliegen nur 60% der Dividenden der tariflichen, progressiven Einkommensteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) mit einem Steuersatz von insgesamt bis zu rund 47,5% und gegebenenfalls der Kirchensteuer (Teileinkünfteverfahren). Betriebsausgaben, die mit den Dividenden in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, sind lediglich zu 60% steuerlich abzugsfähig. Gehören die Aktien zu einer deutschen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebs des Aktionärs, so unterliegen die Dividendeneinkünfte (nach Abzug der mit ihnen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben) zusätzlich zur Einkommensteuer in voller Höhe der Gewerbesteuer, es sei denn, der Aktionär war zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 15% am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt. Im letzteren Fall ist der Nettobetrag der Dividenden, das heißt abzüglich damit in unmittelbarem Zusammenhang stehender Aufwendungen, von der Gewerbesteuer ausgenommen. Die Gewerbesteuer ist

grundsätzlich im Wege eines pauschalierten Anrechnungsverfahrens – abhängig von der Höhe des kommunalen Hebesatzes und den persönlichen Besteuerungsverhältnissen – vollständig oder teilweise auf die persönliche Einkommensteuer des Aktionärs anrechenbar.

Personengesellschaft

Ist der Aktionär eine in Deutschland steuerlich ansässige gewerblich tätige oder gewerblich geprägte Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft), wird die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer nicht auf der Ebene der Personengesellschaft, sondern auf der Ebene des jeweiligen Gesellschafters erhoben. Die Besteuerung eines jeden Gesellschafters hängt davon ab, ob der Gesellschafter eine Körperschaft oder eine natürliche Person ist.

Ist der Gesellschafter eine Körperschaft, so werden die im Gewinnanteil des Gesellschafters enthaltenen Dividenden entsprechend den auf Körperschaften anwendbaren Grundsätzen besteuert. Das heißt, Dividenden sind grundsätzlich zu effektiv 95% steuerfrei; Dividenden aus einer unmittelbaren Beteiligung von weniger als 10% des Grundkapitals unterliegen hingegen in voller Höhe der Besteuerung (vgl. oben unter „Körperschaften“). Beteiligungen über eine Personengesellschaft sind dem Gesellschafter anteilig zuzurechnen und gelten als unmittelbare Beteiligungen.

Ist der Gesellschafter eine natürliche Person, entspricht die Besteuerung den für den Einzelunternehmer dargestellten Grundsätzen, das heißt für die im Gewinnanteil des Gesellschafters enthaltenen Dividenden gilt das Teileinkünfteverfahren (vgl. oben unter „Einzelunternehmer“). Auf Antrag und unter weiteren Voraussetzungen kann eine natürliche Person als Gesellschafterin für aus der Personengesellschaft nicht entnommene Gewinne eine Reduzierung des persönlichen Einkommensteuersatzes erzielen.

Zusätzlich unterliegen die Dividenden bei Zurechnung der Aktien zu einer deutschen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebs der Personengesellschaft auf Ebene der Personengesellschaft der Gewerbesteuer, und zwar grundsätzlich in voller Höhe. Ist der Gesellschafter der Personengesellschaft eine natürliche Person, wird die von der Personengesellschaft gezahlte, auf seinen Gewinnanteil entfallende Gewerbesteuer grundsätzlich nach einem pauschalierten Verfahren – abhängig von der Höhe des kommunalen Hebesatzes und den persönlichen Besteuerungsverhältnissen – vollständig oder teilweise auf seine persönliche Einkommensteuer angerechnet. War die Personengesellschaft zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 15% am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt, unterliegen die Dividenden nach Abzug der mit ihnen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben nicht der Gewerbesteuer. Allerdings fällt in diesem Fall Gewerbesteuer auf 5% der Dividenden an, die zum Gewinnanteil einer Körperschaft aus der Personengesellschaft gehören und als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben gelten.

Besteuerung von Dividenden bei im Ausland steuerlich ansässigen Aktionären

Im Ausland steuerlich ansässige Aktionäre, deren Aktien zu einer inländischen Betriebsstätte oder festen Einrichtung oder zu einem Betriebsvermögen, für das im Inland ein ständiger Vertreter bestellt ist, gehören, werden mit ihren Dividendeneinkünften in Deutschland steuerlich veranlagt. Insoweit gilt das oben in Bezug auf in Deutschland steuerlich ansässige Aktionäre, deren Aktien Betriebsvermögen sind, Dargestellte entsprechend („—Besteuerung von Dividenden bei in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären— Aktien im Betriebsvermögen“). Die einbehaltene und abgeführte Kapitalertragsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) wird bei ihnen auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld angerechnet bzw. in Höhe eines etwaigen Überhangs erstattet.

In allen sonstigen Fällen ist eine etwaige deutsche Steuerschuld für die Dividenden mit Einbehalt der Kapitalertragsteuer durch die Gesellschaft abgegolten. Die Kapitalertragsteuer wird nur in den oben unter „Kapitalertragsteuer“ beschriebenen Fällen erstattet.

Besteuerung von Veräußerungsgewinnen

Besteuerung von Veräußerungsgewinnen von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären

Aktien und Bezugsrechte im Privatvermögen

Gewinne aus der Veräußerung von Aktien, die ein in Deutschland steuerlich ansässiger Aktionär nach dem 31. Dezember 2008 erworben hat und die Privatvermögen sind, unterliegen in Deutschland – unabhängig von der Haltedauer – als Einkünfte aus Kapitalvermögen grundsätzlich der Einkommensteuer mit einem besonderen, einheitlichen Steuersatz für Einkünfte aus Kapitalvermögen von 25% (zuzüglich eines Solidaritätszuschlages von 5,5%, also insgesamt 26,375%). Das Gleiche gilt für Gewinne aus der Veräußerung von Bezugsrechten, die für solche Aktien gewährt werden. Gewinne aus der Veräußerung von Aktien, die der Aktionär vor dem 1. Januar 2009 angeschafft hat, und Gewinne aus der Veräußerung von Bezugsrechten, die für solche Aktien gewährt werden, sind hingegen nicht mehr steuerbar, da die

Jahresfrist des § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EStG abgelaufen ist. Hat der Aktionär sowohl vor dem 1. Januar 2009 als auch nach dem oder am 1. Januar 2009 Aktien erworben und befinden sich diese Aktien in dem gleichen Depot, wird unterstellt, dass die zuerst angeschafften Aktien zuerst veräußert werden.

Der steuerbare Veräußerungsgewinn ergibt sich aus der Differenz zwischen (a) dem Veräußerungserlös nach Abzug der Aufwendungen, die im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang mit der Veräußerung stehen, und (b) den Anschaffungskosten der Aktien oder Bezugsrechte. Die Anschaffungskosten von durch die Gesellschaft originär gewährten Bezugsrechten werden bei der Berechnung mit EUR 0 angesetzt.

Nach Ansicht der Finanzverwaltung ist die Ausübung der Bezugsrechte nicht der Veräußerung gleichgestellt. Vielmehr gelten die durch Ausübung der Bezugsrechte erlangten Aktien als zum Bezugspreis im Zeitpunkt der Ausübung des Bezugsrechts angeschafft.

Von den gesamten Einkünften aus Kapitalvermögen ist lediglich der Abzug eines jährlichen Sparer-Pauschbetrags in Höhe von EUR 801 (EUR 1.602 bei zusammen veranlagten Ehegatten) möglich. Ein Abzug von Werbungskosten im Zusammenhang mit Veräußerungsgewinnen ist nicht zulässig. Veräußerungsverluste aus Aktien dürfen nur mit Gewinnen, die aus der Veräußerung von Aktien entstehen, ausgeglichen werden. Verluste aus der Veräußerung von Bezugsrechten sind nur mit positiven Einkünften aus Kapitalvermögen verrechenbar.

Werden die Aktien oder die Bezugsrechte von einem inländischen Kreditinstitut oder Finanzdienstleistungsinstitut, einem inländischen Wertpapierhandelsunternehmen oder einer inländischen Wertpapierhandelsbank veräußert und die Kapitalerträge ausgezahlt oder gutgeschrieben, wird die Steuer auf den Veräußerungsgewinn grundsätzlich damit abgegolten, dass die die Kapitalerträge auszahlende inländische Stelle eine Kapitalertragsteuer in Höhe von 26,375% (einschließlich Solidaritätszuschlag) auf den Veräußerungsgewinn von dem Veräußerungserlös einbehält und an das Finanzamt abführt (Abgeltungsteuer).

Voraussichtlich bis einschließlich 2013 wird auf Antrag eines kirchensteuerpflichtigen Aktionärs, dessen Aktien Privatvermögen sind, und im Rahmen der anwendbaren Landeskirchensteuergesetze die Kirchensteuer auf den Veräußerungsgewinn durch die Stelle, welche die Auszahlung eines Kapitalertrags an den Aktionär vornimmt, einbehalten und abgeführt. Voraussichtlich ab 2014 muss der zur Vornahme des Kapitalertragsteuerabzugs Verpflichtete die Kirchensteuer bei kirchensteuerpflichtigen Aktionären im Rahmen des Steuerabzugs einbehalten, wenn der Aktionär nicht schriftlich gegenüber dem Bundeszentralamt für Steuern der Weitergabe seiner Daten bezüglich der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft widerspricht. Wird Kirchensteuer im Rahmen des Kapitalertragsteuerabzugs einbehalten und abgeführt, gilt auch die Kirchensteuer auf den Veräußerungsgewinn mit dem Steuerabzug als abgegolten. Ein Abzug der einbehaltenen Kirchensteuer als Sonderausgabe bei der Veranlagung ist nicht möglich, allerdings vermindert sich die einbehaltene Kapitalertragsteuer (einschließlich des Solidaritätszuschlages) um 26,375% der auf den Veräußerungsgewinn einzubehaltenden Kirchensteuer.

Wurde die Kapitalertragsteuer oder gegebenenfalls die Kirchensteuer auf den Veräußerungsgewinn nicht im Rahmen des Kapitalertragsteuerabzugs einbehalten, ist der Aktionär verpflichtet, den Veräußerungsgewinn in seiner Einkommensteuererklärung anzugeben. Die Einkommensteuer und gegebenenfalls die Kirchensteuer auf den Veräußerungsgewinn werden dann im Rahmen der Veranlagung festgesetzt.

Der Aktionär kann beantragen, dass seine gesamten Einkünfte aus Kapitalvermögen zusammen mit seinen sonstigen steuerpflichtigen Einkünften statt dem einheitlichen Steuersatz für Kapitaleinkünfte dem Satz der tariflichen, progressiven Einkommensteuer unterworfen werden, wenn dies für ihn zu einer niedrigeren Steuerbelastung führt. In diesem Fall wird die Kapitalertragsteuer auf die tarifliche Einkommensteuer angerechnet und ein sich etwa ergebender Überhang erstattet. Das Verbot des Abzugs von Werbungskosten und die Verlustverrechnungsbeschränkungen gelten aber auch bei der Veranlagung mit dem tariflichen Einkommensteuersatz.

Unabhängig von der Haltedauer und dem Erwerbszeitpunkt unterliegt ein Gewinn aus der Veräußerung von Aktien und Bezugsrechten nicht der Abgeltungsteuer, sondern der tariflichen, progressiven Einkommensteuer, wenn ein in Deutschland ansässiger Aktionär oder im Falle eines unentgeltlichen Erwerbs sein Rechtsvorgänger oder, wenn die Aktien mehrmals nacheinander unentgeltlich übertragen worden sind, einer seiner Rechtsvorgänger zu irgendeinem Zeitpunkt während der der Veräußerung vorangegangenen fünf Jahre zu mindestens 1% unmittelbar oder mittelbar am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt war (eine „**Qualifizierte Beteiligung**“). In diesem Fall gilt für Gewinne aus der Veräußerung von Aktien das Teileinkünfteverfahren, das heißt nur 60% des Veräußerungsgewinns sind steuerpflichtig und nur 60% eines Veräußerungsverlusts und mit solchen Veräußerungen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehende Aufwendungen sind steuerlich abzugsfähig. Im Fall einer Qualifizierten Beteiligung sollte für Veräußerungsgewinne oder -verluste aus Bezugsrechten das Teileinkünfteverfahren entsprechend gelten. Bei einer Qualifizierten Beteiligung gilt zur Ermittlung der

Anschaffungskosten der Bezugsrechte die Gesamtwertmethode, die auf dem Gedanken beruht, dass der Erwerb der Bezugsrechte bereits im Erwerb der Altaktien angelegt war. Dementsprechend führt die Gewährung von Bezugsrechten zu einer Abspaltung eines Teils der ursprünglichen Anschaffungskosten für die Altaktien, d.h. die bisherigen Anschaffungskosten der Altaktien vermindern sich um den Teil, der durch die Abspaltung auf die Bezugsrechte entfällt. Die Ausübung von Bezugsrechten sollte auch bei einer Qualifizierten Beteiligung nicht der Veräußerung gleichgestellt sein. Ein Kapitalertragsteuerabzug wird auch im Fall einer Qualifizierten Beteiligung vorgenommen, hat aber keine abgeltende Wirkung. Der Aktionär ist daher verpflichtet, den Veräußerungsgewinn in seiner Einkommensteuererklärung anzugeben. Die einbehaltene und abgeführte Kapitalertragsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) wird bei der Veranlagung des Aktionärs auf die Einkommensteuer angerechnet bzw. in Höhe eines etwaigen Überhangs erstattet.

Aktien und Bezugsrechte im Betriebsvermögen

Für Gewinne aus der Veräußerung von Aktien oder Bezugsrechten im Betriebsvermögen eines in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionärs gilt die Abgeltungsteuer nicht. Die Besteuerung der Veräußerungsgewinne richtet sich danach, ob der Aktionär eine Körperschaft, ein Einzelunternehmer oder eine Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft) ist. Für Veräußerungsgewinne, die von Unternehmen des Finanz- und Versicherungssektors oder von Pensionsfonds erzielt werden, gelten Sonderregelungen, die weiter unten beschrieben sind (vgl. den Abschnitt „—*Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds*“).

Bei Aktien im Betriebsvermögen gilt zur Ermittlung der Anschaffungskosten der Bezugsrechte die Gesamtwertmethode, wonach die Gewährung von Bezugsrechten zu einer Abspaltung eines Teils der ursprünglichen Anschaffungskosten für die Altaktien führt, d.h. die bisherigen Anschaffungskosten der Altaktien vermindern sich um den Teil, der durch die Abspaltung auf die Bezugsrechte entfällt. Die Ausübung von Bezugsrechten im Betriebsvermögen sollte nicht als Veräußerung der Bezugsrechte zu behandeln sein.

Körperschaften

Ist der Aktionär eine in Deutschland steuerlich ansässige Körperschaft, sind Gewinne aus der Veräußerung von Aktien grundsätzlich unabhängig von der Beteiligungshöhe und der Haltedauer zu 95% von der Körperschaftsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) und der Gewerbesteuer befreit. 5% der Gewinne gelten pauschal als nicht abziehbare Betriebsausgaben und unterliegen deshalb der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) mit einem Steuersatz von insgesamt 15,825% sowie der Gewerbesteuer (je nach Gewerbesteuersatz der Gemeinde im Allgemeinen zwischen 7% und 17%). Veräußerungsverluste und andere Gewinnminderungen, die im Zusammenhang mit den veräußerten Aktien stehen, dürfen grundsätzlich nicht als Betriebsausgaben abgezogen werden.

Abweichend davon unterliegt der gesamte Gewinn aus der Veräußerung von Bezugsrechten der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) und der Gewerbesteuer. Veräußerungsverluste und andere Gewinnminderungen im Zusammenhang mit den Bezugsrechten sind im Rahmen allgemeiner Beschränkungen als Betriebsausgaben abzugsfähig.

Einzelunternehmer

Gehören die Aktien zum Betriebsvermögen eines in Deutschland steuerlich ansässigen Einzelunternehmers, so unterliegen nur 60% der Gewinne aus der Veräußerung der Aktien der tariflichen, progressiven Einkommensteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) mit einem Steuersatz von insgesamt bis zu rund 47,5% und gegebenenfalls der Kirchensteuer (Teileinkünfteverfahren). Veräußerungsverluste und mit solchen Veräußerungen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehende Aufwendungen sind lediglich zu 60% steuerlich abzugsfähig. Gehören die Aktien zu einer inländischen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebes des Einzelunternehmers, so unterliegen 60% der Gewinne aus der Veräußerung der Aktien zusätzlich der Gewerbesteuer.

Das Teileinkünfteverfahren findet möglicherweise auch auf Gewinne oder Verluste aus der Veräußerung von Bezugsrechten, die Betriebsvermögen des Einzelunternehmers sind, Anwendung. Sofern das Teileinkünfteverfahren hingegen nicht anwendbar sein sollte, würde der gesamte Veräußerungsgewinn der Einkommensteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag sowie gegebenenfalls Kirchensteuer) und im Falle einer inländischen Betriebsstätte auch der Gewerbesteuer unterliegen; Veräußerungsverluste und sonstige Gewinnminderungen im Zusammenhang mit den Bezugsrechten wären im Rahmen der generellen Beschränkungen abzugsfähig.

Die Gewerbesteuer ist im Wege eines pauschalierten Anrechnungsverfahrens – abhängig von der Höhe des kommunalen Hebesatzes und den persönlichen Besteuerungsverhältnissen – vollständig oder teilweise auf die persönliche Einkommensteuer des Aktionärs anrechenbar.

Personengesellschaft

Ist der Aktionär eine in Deutschland steuerlich ansässige gewerblich tätige oder gewerblich geprägte Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft), so wird die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer nicht auf der Ebene der Personengesellschaft, sondern auf Ebene des jeweiligen Gesellschafters erhoben. Die Besteuerung richtet sich dabei danach, ob der jeweilige Gesellschafter eine Körperschaft oder eine natürliche Person ist. Ist der Gesellschafter eine Körperschaft, so werden die im Gewinnanteil des Gesellschafters enthaltenen Veräußerungsgewinne aus Aktien und Bezugsrechten entsprechend den auf Körperschaften anwendbaren Grundsätzen besteuert (vgl. oben unter „Körperschaften“). Für Veräußerungsgewinne im Gewinnanteil eines Gesellschafters, der eine natürliche Person ist, finden die für den Einzelunternehmer dargestellten Grundsätze entsprechende Anwendung (Teileinkünfteverfahren, siehe oben unter „Einzelunternehmer“). Auf Antrag und unter weiteren Voraussetzungen kann eine natürliche Person als Gesellschafterin für aus der Personengesellschaft nicht entnommene Gewinne eine Reduzierung des persönlichen Einkommensteuersatzes erzielen.

Zusätzlich unterliegen die Gewinne aus der Veräußerung von Aktien bei Zurechnung zu einer inländischen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebs der Personengesellschaft der Gewerbesteuer auf der Ebene der Personengesellschaft, und zwar grundsätzlich zu 60%, soweit sie auf den Gewinnanteil einer natürlichen Person als Gesellschafter der Personengesellschaft entfallen, und grundsätzlich zu 5%, soweit sie auf den Gewinnanteil einer Körperschaft als Gesellschafter der Personengesellschaft entfallen. Veräußerungsverluste und andere Gewinnminderungen, die im Zusammenhang mit den veräußerten Aktien stehen, bleiben für Zwecke der Gewerbesteuer unberücksichtigt, wenn sie auf den Gewinnanteil einer Körperschaft entfallen, und werden im Rahmen allgemeiner Beschränkungen zu 60% berücksichtigt, wenn sie auf den Gewinnanteil einer natürlichen Person entfallen.

Bei der Veräußerung von Bezugsrechten wird für die Zwecke der Gewerbesteuer der Gewinn oder Verlust aus der Veräußerung im Rahmen allgemeiner Beschränkungen voll berücksichtigt, soweit er auf den Gewinnanteil einer Körperschaft entfällt (vgl. oben unter „Körperschaften“). Soweit der Veräußerungsgewinn aus Bezugsrechten auf den Gewinnanteil einer natürlichen Person als Gesellschafter entfällt, unterliegt er möglicherweise nur zu 60% der Gewerbesteuer; Verluste und Gewinnminderungen im Zusammenhang mit der Veräußerung der Bezugsrechte sollten in diesem Fall entsprechend im Rahmen allgemeiner Beschränkungen nur zu 60% abzugsfähig sein (vgl. oben unter „Einzelunternehmer“).

Wenn der Gesellschafter der Personengesellschaft eine natürliche Person ist, wird die von der Personengesellschaft gezahlte, auf seinen Gewinnanteil entfallende Gewerbesteuer grundsätzlich nach einem pauschalierten Verfahren – abhängig von der Höhe des kommunalen Hebesatzes und den persönlichen Besteuerungsverhältnissen – vollständig oder teilweise auf seine persönliche Einkommensteuer angerechnet.

Kapitalertragsteuer

Falls ein inländisches Kreditinstitut, inländisches Finanzdienstleistungsinstitut, inländisches Wertpapierhandelsunternehmen oder eine inländische Wertpapierhandelsbank (einschließlich inländischer Zweigstellen ausländischer Institute) die Aktien oder die Bezugsrechte verwahrt oder verwaltet oder deren Veräußerung durchführt und den Veräußerungserlös auszahlt oder gutschreibt, unterliegen Gewinne aus der Veräußerung von Aktien oder Bezugsrechten im Betriebsvermögen grundsätzlich in gleicher Weise der Kapitalertragsteuer wie bei einem Aktionär, dessen Aktien oder Bezugsrechte zum Privatvermögen gehören (vgl. den Abschnitt „—Aktien und Bezugsrechte im Privatvermögen“). Vom Kapitalertragsteuerabzug ist Abstand zu nehmen, wenn (i) der Aktionär eine in Deutschland steuerlich ansässige Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse ist, oder (ii) die Aktien oder Bezugsrechte zu einem inländischen Betriebsvermögen des Aktionärs gehören, der Aktionär dies gegenüber der zum Kapitalertragsteuerabzug verpflichteten Stelle nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck erklärt und bestimmte weitere Voraussetzungen erfüllt werden. Wird dennoch Kapitalertragsteuer einbehalten, wird die einbehaltene und abgeführte Kapitalertragsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld angerechnet bzw. in Höhe eines etwaigen Überhangs erstattet.

Besteuerung von Veräußerungsgewinnen von im Ausland steuerlich ansässigen Aktionären

Veräußerungsgewinne, die nicht von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären erzielt werden, unterliegen der deutschen Steuer nur, wenn der veräußernde Aktionär eine Qualifizierte Beteiligung an der Gesellschaft hält oder die Aktien oder Bezugsrechte zu einer inländischen Betriebsstätte oder festen Einrichtung oder zu einem Betriebsvermögen, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, gehören.

Im Fall einer Qualifizierten Beteiligung (wie im Abschnitt „—Besteuerung von Veräußerungsgewinnen von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären—Aktien und Bezugsrechte im Privatvermögen“ definiert)

unterliegen grundsätzlich 5% des Gewinns aus der Veräußerung von Aktien und der gesamte Gewinn aus der Veräußerung von Bezugsrechten der Körperschaftsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag, wenn der Aktionär eine Körperschaft ist. Wenn der Aktionär eine natürliche Person ist, unterliegen nur 60% des Gewinns aus der Veräußerung von Aktien der tariflichen, progressiven Einkommensteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag (Teileinkünfteverfahren). Das Teileinkünfteverfahren sollte auch für Gewinne aus der Veräußerung von Bezugsrechten durch eine natürliche Person Anwendung finden. Die meisten Doppelbesteuerungsabkommen sehen allerdings eine Befreiung des Gewinns aus der Veräußerung einer Qualifizierten Beteiligung von der deutschen Besteuerung vor und weisen das Besteuerungsrecht dem Ansässigkeitsstaat des Aktionärs zu. Nach Auffassung der Finanzverwaltung besteht im Fall einer Qualifizierten Beteiligung keine Pflicht zum Einbehalt von Kapitalertragsteuer.

Für Gewinne oder Verluste aus der Veräußerung von Aktien oder Bezugsrechten, die zu einer inländischen Betriebsstätte oder festen Einrichtung oder zu einem Betriebsvermögen, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, gehören, gilt das oben für in Deutschland steuerlich ansässige Aktionäre, deren Aktien Betriebsvermögen sind, Dargestellte entsprechend (vgl. den Abschnitt „*Aktien und Bezugsrechte im Betriebsvermögen*“). Eine Abstandnahme vom Kapitalertragsteuerabzug setzt voraus, dass der Aktionär auf amtlich vorgeschriebenen Vordruck gegenüber der zum Kapitalertragsteuerabzug verpflichteten Stelle erklärt, dass die Aktien zu einem inländischen Betriebsvermögen gehören und bestimmte weitere Voraussetzungen erfüllt werden.

Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds

Soweit Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute Aktien halten oder veräußern, die nach § 1a des Gesetzes über das Kreditwesen dem Handelsbuch zuzurechnen sind, gelten weder für Dividenden noch für Veräußerungsgewinne das Teileinkünfteverfahren bzw. die effektiv 95%-ige Befreiung von der Körperschaftsteuer (d.h., Dividendeneinnahmen und Veräußerungsgewinne unterliegen grundsätzlich in vollem Umfang der Besteuerung). Das Vorstehende gilt auch für Aktien, die von Finanzunternehmen im Sinne des Gesetzes über das Kreditwesen mit dem Ziel der kurzfristigen Erzielung eines Eigenhandelserfolges erworben werden, sowie für Aktien, die von Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des EWR-Abkommens gehalten werden. Auch das Teileinkünfteverfahren für Veräußerungsgewinne aus Bezugsrechten kann in den vorgenannten Fällen keine Anwendung finden.

Eine Gewerbesteuerpflicht besteht in den vorgenannten Fällen nach den generellen Regelungen nur, wenn die Anteile oder Bezugsrechte in einer inländischen Betriebsstätte gehalten werden. Dividenden sind von der Gewerbesteuer (teilweise) befreit, wenn zu Beginn des jeweiligen Erhebungszeitraums mindestens 15% am Grundkapital der Gesellschaft gehalten werden (gewerbesteuerliches Schachtelprivileg).

Für Aktien, die bei Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen den Kapitalanlagen zuzurechnen sind oder die von Pensionsfonds gehalten werden, gilt das Vorstehende bezüglich der Körperschaftsteuer entsprechend. Das gewerbesteuerrechtliche Schachtelprivileg ist in diesen Fällen nicht anwendbar.

Erbschaft- und Schenkungsteuer

Der Übergang der Aktien oder Bezugsrechte auf eine andere Person von Todes wegen oder durch Schenkung unterliegt grundsätzlich der deutschen Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer, wenn:

- (i) der Erblasser, der Schenker, der Erbe, der Beschenkte oder der sonstige Erwerber zur Zeit des Vermögensüberganges seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt, seine Geschäftsleitung oder seinen Sitz in Deutschland hatte oder sich als deutscher Staatsangehöriger nicht länger als fünf Jahre dauernd im Ausland aufgehalten hat, ohne im Inland einen Wohnsitz zu haben, oder
- (ii) die Aktien oder Bezugsrechte beim Erblasser oder Schenker zu einem Betriebsvermögen gehörten, für das in Deutschland eine Betriebsstätte unterhalten wurde oder ein ständiger Vertreter bestellt war, oder
- (iii) der Erblasser oder der Schenker zum Zeitpunkt des Erbfalls oder der Schenkung entweder allein oder zusammen mit anderen ihm nahestehenden Personen zu mindestens 10% am Grundkapital der Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar beteiligt war.

Die wenigen gegenwärtig in Kraft befindlichen deutschen Doppelbesteuerungsabkommen zur Erbschaft- und Schenkungsteuer sehen üblicherweise vor, dass deutsche Erbschaft- oder Schenkungsteuer nur in der Fallgruppe (i) und mit gewissen Einschränkungen auch in der Fallgruppe (ii) erhoben werden kann. Sonderregelungen gelten für bestimmte außerhalb Deutschlands lebende deutsche Staatsangehörige und ehemalige deutsche Staatsangehörige.

Sonstige Steuern

Bei dem Erwerb, der Veräußerung oder anderen Formen der Übertragung der Aktien oder Bezugsrechte fallen keine deutsche Kapitalverkehrsteuer, Umsatzsteuer, Stempelsteuer oder ähnliche Steuern an. Ein Unternehmer kann jedoch zur Umsatzsteuerpflicht der grundsätzlich umsatzsteuerbefreiten Umsätze im Geschäft mit Wertpapieren optieren, wenn der Umsatz an einen anderen Unternehmer für dessen Unternehmen ausgeführt wird. Vermögensteuer wird in Deutschland gegenwärtig nicht erhoben.

Die Europäische Kommission hat am 14. Februar 2013 auf Vorschlag von elf Mitgliedsstaaten (Belgien, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien und Spanien) einen Richtlinienentwurf zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorgeschlagen, welche ab dem 1. Januar 2014 für die Übertragung von Anteilen und voraussichtlich auch von Bezugsrechten Anwendung finden soll. Aktionären wird empfohlen, sich bezüglich des Gesetzgebungsprozesses und den Auswirkung auf die persönliche Besteuerung an ihren Steuerberater zu wenden.

(Diese Seite bleibt absichtlich frei.)

UNTERSCHRIFTEN

Frankfurt am Main, im Mai 2013

COMMERZBANK Aktiengesellschaft

gez. Karl-Heinz Raschtuttis

gez. Günter Hugger

Deutsche Bank Aktiengesellschaft

gez. Josef Ritter

gez. Markus Rausch

Citigroup Global Markets Limited

gez. Sara Hennicken

gez. Dr. Foruhar Madjlessi

HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

gez. Dr. Achim Schäcker

gez. Cord Kunze

BNP PARIBAS

gez. Heiko Leopold

gez. Malte Hopp

Mediobanca - Banca di Credito Finanziario S.p.A.

gez. Heiko Leopold

gez. Malte Hopp

UniCredit Bank AG

gez. Heiko Leopold

gez. Malte Hopp

ABN AMRO Bank N.V.

gez. Dr. Ulrich Brandt

gez. Michael Kintz

Banco Bilbao Vizcaya Argentaria, S.A.

gez. Dr. Ulrich Brandt

gez. Michael Kintz

Danske Bank A/S

gez. Dr. Ulrich Brandt

gez. Michael Kintz

Erste Group Bank AG

gez. Dr. Ulrich Brandt

gez. Michael Kintz

NATIXIS

gez. Dr. Ulrich Brandt

gez. Michael Kintz

(Diese Seite bleibt absichtlich frei.)



Registrierungsformular

gemäß §§ 5, 12 Absatz 1 Satz 3 Wertpapierprospektgesetz

der COMMERZBANK Aktiengesellschaft

vom

14. Mai 2013

(Diese Seite bleibt absichtlich frei.)

INHALTSVERZEICHNIS

RISIKOFAKTOREN	1
Markt- und unternehmensbezogene Risiken	1
Risiken aus bankspezifischer Regulierung	29
Rechtliche Risiken	36
Aktienbezogene Risiken	40
VERANTWORTLICHE PERSONEN	42
BILLIGUNG, VERÖFFENTLICHUNG UND GÜLTIGKEIT DES REGISTRIERUNGSFORMULARS	43
ALLGEMEINE ANGABEN	44
Zukunftsgerichtete Aussagen	44
Informationen von Seiten Dritter, statistische Daten, Hinweise zu Quellen der Marktdaten und Schätzungen	45
Einsichtnahme in Dokumente	46
Hinweis zu Währungs- und Finanzangaben	46
Hinweis zu Zahlenangaben und Fachbegriffen	46
ALLGEMEINE INFORMATIONEN ÜBER DIE COMMERZBANK UND DEN COMMERZBANK-KONZERN	47
Firma, Sitz, Gegenstand und Geschäftsjahr	47
Unternehmensgeschichte	47
Abschlussprüfer	48
Konzernstruktur und Beteiligungen	48
Bekanntmachungen, Zahl- und Anmeldestellen	49
Rating	49
ANTEILIGES ERGEBNIS UND DIVIDENDENPOLITIK	51
BESCHREIBUNG DER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT DES COMMERZBANK-KONZERNES	54
Einleitung	54
Wettbewerbsstärken	57
Strategie	58
Segmente	60
Investitionen	69
Sachanlagen und Grundbesitz	70
Immateriälgüterrechte	71
Mitarbeiter	71
Vergütung	72
Betriebliche Altersversorgung	73
Wesentliche Verträge	74
Versicherungen	82
Rechtsstreitigkeiten	83
Jüngste Entwicklung und Ausblick	88
AUSGEWÄHLTE FINANZANGABEN UND GESCHÄFTSINFORMATIONEN DES COMMERZBANK-KONZERNES	91
Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung	92
Konzern-Bilanz	93
Ausgewählte Posten der Konzern-Kapitalflussrechnung	94
Geografische Märkte – Erträge und Ergebnis	94
Betriebliche Kennzahlen des Konzerns	95
DARSTELLUNG UND ANALYSE DER VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE	96
Einleitung	96
Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren	97
Segmente des COMMERZBANK-Konzerns	115
Darstellung der Ertragslage des COMMERZBANK-Konzerns für die Geschäftsjahre 2010, 2011 und 2012 und für das am 31. März 2012 beziehungsweise am 31. März 2013 endende erste Quartal	119
Vermögenslage	178
Kapitalflussrechnung	187
Kreditrisikoexposition gegenüber ausgewählten europäischen Staaten	189

Structured-Credit-Legacy und PFI-Portfolios (ehemalige PRU-Portfolios)	191
Zusätzliche Informationen aus dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 nach HGB	192
Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	192
RISIKOMANAGEMENT	201
Grundsätze und Strategie des Risikomanagements	201
Definition der wesentlichen Risikoarten	202
Organisation des Risikomanagements	203
Risikotragfähigkeit, Ökonomischer Kapitalbedarf und Stresstesting	204
Wesentliche Entwicklungen im Gesamtjahr 2012 und im ersten Quartal 2013	207
Adressenausfallrisiko	207
Marktrisiko	243
Liquiditätsrisiko	251
Operationelles Risiko	255
Geschäftsrisiko	258
Sonstige Risiken	258
Hinweis	260
AUSGEWÄHLTE BANKSTATISTISCHE UND SONSTIGE DATEN	261
Information zu Werten und Zinssätzen	261
Veränderungen der Zinserträge / Zinsaufwendungen – Analyse auf Grundlage des Volumens und der Zinssätze	266
Forderungen und Kredite	270
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	278
Einlagen	279
Eigenkapitalrendite	280
REGULATORISCHES UMFELD	282
Einführung	282
Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften	282
Bankaufsicht in Deutschland	282
Regulierung und Aufsicht in anderen Ländern	301
WESENTLICHE AKTIONÄRE	302
GESCHÄFTE UND RECHTSBEZIEHUNGEN MIT NAHESTEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN	303
ANGABEN ÜBER DAS KAPITAL DER COMMERZBANK UND ANWENDBARE VORSCHRIFTEN ...	304
Grundkapital und Aktien	304
Entwicklung des Grundkapitals seit dem 1. Januar 2010	304
Genehmigtes Kapital	307
Bedingtes Kapital	309
Genussrechtskapital	311
Ermächtigung zur Ausgabe von Wandel-, Optionsschuldverschreibungen und/oder Genussrechten	311
Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien	314
Allgemeine Regelungen zur Gewinnverwendung und zu Dividendenzahlungen	314
Allgemeine Bestimmungen zu einer Liquidation der Gesellschaft	315
Allgemeine Bestimmungen zu einer Veränderung des Grundkapitals	315
Allgemeine Bestimmungen zu Bezugsrechten	315
Ausschluss von Minderheitsaktionären	316
Melde- und Anzeigepflichten für Anteilsbesitz	317
Mitteilungspflicht beim Halten von Finanzinstrumenten und sonstigen Instrumenten	317
Mitteilung von Geschäften von Personen mit Führungsaufgaben	317
Mitteilungspflichten für Inhaber wesentlicher Beteiligungen	318
Veröffentlichung der Kontrollerlangung und Pflichtangebot	318
EU-Leerverkaufsverordnung (Verbot ungedeckter Leerverkäufe)	318
Erwerbsbeschränkungen nach dem Außenwirtschaftsgesetz	318
ANGABEN ÜBER DIE ORGANE DER COMMERZBANK	320
Allgemeine Angaben	320
Vorstand	321
Aufsichtsrat	333
Weitere Informationen über Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat	344

Hauptversammlung	347
Corporate Governance	348
FINANZTEIL	F-1
GLOSSAR	G-1
UNTERSCHRIFTEN	U-1

(Diese Seite bleibt absichtlich frei.)

RISIKOFAKTOREN

Potenzielle Anleger sollten die nachfolgend beschriebenen Risikofaktoren und die übrigen in diesem Registrierungsformular (das „**Registrierungsformular**“) enthaltenen Informationen sorgfältig lesen und berücksichtigen, bevor sie eine Entscheidung über den Erwerb von Wertpapieren der COMMERZBANK Aktiengesellschaft, Kaiserstraße 16 (Kaiserplatz), 60311 Frankfurt am Main, Deutschland (nachfolgend auch „**COMMERZBANK**“ oder „**Gesellschaft**“ und, zusammen mit ihren Tochtergesellschaften, an denen die COMMERZBANK direkt oder indirekt mehr als 50% der Stimmrechte hält oder auf die sie einen beherrschenden Einfluss ausübt, sowie den nach IAS 27 und SIC 12 zu konsolidierenden Zweckgesellschaften und Fonds der „**COMMERZBANK-Konzern**“ oder „**Konzern**“) treffen. Der Eintritt eines oder mehrerer dieser Risiken kann einzeln oder zusammen mit anderen Umständen die Geschäftstätigkeit des Konzerns wesentlich beeinträchtigen und erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns oder auch auf den Preis der Wertpapiere der COMMERZBANK haben. Die Wertpapierbeschreibung für die jeweiligen Wertpapiere kann weitere, insbesondere auf diese Wertpapiere bezogene Risikofaktoren enthalten. Die nachstehend beschriebenen Risiken sind möglicherweise nicht die einzigen Risiken, denen der Konzern ausgesetzt ist. Weitere Risiken, die der Gesellschaft gegenwärtig nicht bekannt sind oder die derzeit für unwesentlich erachtet werden, könnten ebenfalls den Geschäftsbetrieb des Konzerns beeinträchtigen und wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben. Die gewählte Reihenfolge stellt weder eine Aussage über die Realisierungswahrscheinlichkeit noch das Ausmaß der wirtschaftlichen Auswirkungen oder der Bedeutung der nachfolgend genannten Risikofaktoren dar.

Markt- und unternehmensbezogene Risiken

1. Das seit einiger Zeit vorherrschende makroökonomische Umfeld beeinträchtigt die Ergebnisse des Konzerns, und die starke Abhängigkeit des Konzerns vom wirtschaftlichen Umfeld, insbesondere in Deutschland, kann bei einem möglichen erneuten wirtschaftlichen Abschwung weitere erhebliche Belastungen zur Folge haben.

Derzeit werden die Ergebnisse des Konzerns erheblich durch das seit Ausbruch der Finanzmarktkrise vorherrschende makroökonomische Umfeld beeinträchtigt, das geprägt wird von niedrigen Zinsen, einer hohen Volatilität an den Kapitalmärkten und hoher Verunsicherung sowohl an den Kapitalmärkten als auch in der Realwirtschaft. Anfang 2012 hat sich die weltweite Wirtschaftsentwicklung und insbesondere die Lage an den Finanzmärkten zwar wieder etwas verbessert, im Euroraum belastet aber nach wie vor die Staatsschuldenkrise die Konjunktur, das Vertrauen der Finanzmarktteilnehmer und den Umfang der Kundenaktivitäten im Bankgeschäft. Belastend wirken die restriktive Fiskalpolitik und die insgesamt hohe Arbeitslosigkeit in der Eurozone. Der eingeleitete Entschuldungsprozess in vielen Staaten und Haushalten wird zu einer zunächst noch rückläufigen Kreditnachfrage führen und den Druck im Einlagengeschäft erhöhen. In 2013 dürften die unternehmerischen Investitionen und damit auch die Kreditnachfrage noch schwach bleiben.

Die verstärkte Konzentration des Konzerns auf sein kundenorientiertes Geschäft in der Kernbank (siehe Risikofaktor 5 „*Es besteht das Risiko, dass der Konzern seine strategischen Pläne nicht, nicht vollständig oder nur zu höheren Kosten als geplant umsetzen kann oder dass die Umsetzung geplanter Maßnahmen nicht zur Verwirklichung der angestrebten strategischen Ziele führt.*“) unterstreicht die Rolle, die der Bedarf an Kredit-, Anlage- und Bankprodukten und das allgemeine Zinsumfeld als Schlüsselfaktoren bei der Festlegung der Einkommensquellen des Konzerns spielen. Das weiterhin historisch niedrige Zinsniveau führt zu niedrigen Margen insbesondere im Einlagengeschäft des Konzerns im Segment Privatkunden und im Segment Mittelstandsbank. Ein Anstieg des Zinsniveaus ist derzeit nicht absehbar. Die Unsicherheiten an den Finanzmärkten führen zu einer Zurückhaltung der Kunden und damit zu einem Rückgang der Erträge aus dem umsatzabhängigen Wertpapiergeschäft. Unter anderem aufgrund der negativen Entwicklungen vieler Volkswirtschaften und der eher verhaltenen bis negativen Erwartungen kann die Kreditnachfrage im Segment Mittelstandsbank hinter den Erwartungen zurückbleiben. Außerdem hat die Entspannung der Staatsschuldenkrise im Jahr 2012 zwar zu einer weitgehenden Wiederherstellung der Liquidität auf den Märkten geführt, doch hatte dies auch zur Folge, dass einige Konzernkunden, insbesondere Kunden der Mittelstandsbank, zunehmend die Möglichkeit haben, sich direkt über die Kapitalmärkte selbst zu finanzieren (sofern sie überhaupt einen Finanzierungsbedarf haben), was zu einem weiteren Rückgang der Nachfrage nach Bankkrediten führen kann. Eine im Verhältnis zur Höhe der Einlagen der COMMERZBANK zu niedrige Kreditnachfrage in einem ungünstigen Zinsumfeld könnte negative Auswirkungen auf das Zinsergebnis des Konzerns haben. Auch im Segment Privatkunden führen die Unsicherheiten an den Finanzmärkten zu einer erheblichen Zurückhaltung gegenüber risikoreicheren oder auch langfristigen Kapitalanlagen. Daraus resultiert ein Ausweichen der Kunden auf risikoärmere Anlageformen, mit deren Vertrieb in der Regel nur

geringere Provisionen erwirtschaftet werden können. Ebenso kann im Segment Corporates & Markets eine verbreitete Verunsicherung an den Kapitalmärkten zu einem deutlichen Rückgang der Kundenaktivitäten führen, wodurch das operative Ergebnis des Segments belastet werden kann.

Das Welthandelsvolumen wurde von der Finanzmarktkrise signifikant negativ beeinflusst. Das Gesamtvolumen hat im Jahr 2010 zwar wieder das Vorkrisenniveau von 2007 erreicht, jedoch ist das Handelswachstum seither abgeflacht und gemäß den Schätzungen der Welthandelsorganisation ist für das Jahr 2013 von einem moderaten Wachstum von 4,5% auszugehen (Quelle: Welthandelsorganisation, Pressemitteilung vom 21. September 2012). Als ein exportorientiertes Land ist Deutschland in hohem Maße vom Welthandel abhängig. Ein anhaltend schwaches Wachstum, eine Stagnation oder ein Einbruch des Welthandelsvolumens könnte sich nachteilig auf die COMMERZBANK auswirken. Dies trifft insbesondere auf ihr Mittelstandsgeschäft zu, das stark vom deutschen Exportmarkt abhängig ist. Außerdem könnte eine solche Entwicklung des Welthandels die bereits jetzt schon schwierige Lage in der Schifffahrtsbranche verschärfen, was wiederum erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die COMMERZBANK und ihr Schiffsfinanzierungsportfolio haben könnte (siehe Risikofaktor 8 *„Der Abbau des Schiffsfinanzierungsportfolios unterliegt erheblichen Risiken im Hinblick auf die aktuell schwierige Marktlage und die Volatilität der Schiffspreise, davon beeinflusste Adressenausfallrisiken (Kreditrisiken) sowie den Risiken von erheblichen Veränderungen der Werte bei Sicherheiten an Schiffen sowie bei Schiffen im eigenen Bestand.“*).

Die weitere Entwicklung dieser und anderer makroökonomischer Rahmenbedingungen ist mit erheblichen Unsicherheiten belastet. Eine erneute Rezession, insbesondere in den USA, wo die zum 1. März 2013 wirksam gewordenen automatischen Haushaltskürzungen (Sequester) die sich dort abzeichnende wirtschaftliche Erholung beeinträchtigen kann, oder ein deutlicher Wachstumsrückgang in China, verbunden mit einem Rückgang des Welthandels (etwa auch aufgrund protektionistischer Tendenzen), würde exportstarke Länder, wie insbesondere Deutschland, überproportional treffen, was wiederum erheblich negative Auswirkungen auf die COMMERZBANK und insbesondere ihr Mittelstandsgeschäft hätte. Gleichzeitig könnte eine Rezession wiederum zur Verschärfung der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise beitragen und so deren Auswirkungen verstärken.

Infolge der massiven Liquiditätsversorgung der Volkswirtschaften durch die Zentralbanken, insbesondere zum Ende des Jahres 2011 und im ersten Quartal 2012, die der Stabilisierung des Finanzsystems vor dem Hintergrund der Staatsschuldenkrise diente (siehe Risikofaktor 2 *„Die globale Finanzmarktkrise sowie die Staatsschuldenkrise, insbesondere im Euroraum, haben die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in der Vergangenheit ganz erheblich belastet, und es ist nicht auszuschließen, dass sich auch in Zukunft erheblich negative Folgen für den Konzern, insbesondere bei einer erneuten Verschärfung der Krise, ergeben können. Eine weitere Verschärfung der Krise innerhalb der Europäischen Währungsunion kann erheblich negative, unter Umständen sogar existenzbedrohende, Folgen für den Konzern haben.“*), kann es zu einem Anstieg der Inflation kommen. Das kann erheblich negative Auswirkungen auf die Konjunktur haben, nicht zuletzt dadurch, dass die Zentralbanken zur Bekämpfung der Inflation die Liquiditätsversorgung einschränken und Maßnahmen zur Erhöhung des Zinsniveaus ergreifen und dadurch die Konjunktur bremsen könnten.

Eine negative Entwicklung des makroökonomischen Umfelds kann insbesondere dazu führen, dass die Risikovorsorge erhöht werden muss und Verluste aus dem Ausfall von Krediten entstehen, da Unternehmensinsolvenzen und damit der Ausfall von Krediten wahrscheinlicher werden und Zins- und Tilgungszahlungen in einigen Fällen länger ausbleiben können. Dadurch kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns deutlich beeinträchtigt werden. Der Konzern geht davon aus, dass angesichts der konjunkturellen Entwicklung die Risikovorsorge im Geschäftsjahr 2013 ansteigen wird (siehe auch Risikofaktor 7 *„Der Konzern unterliegt Adressenausfallrisiken (Kreditrisiken), auch in Bezug auf große Einzelengagements, Großkredite und Engagements, die in einzelnen Sektoren konzentriert sind, so genannte Klumpenrisiken, sowie aus Forderungen gegenüber Schuldner, die von der Staatsschuldenkrise besonders betroffen sein können.“*). Weiterhin kann neben einem niedrigen Zinsniveau auch geringes oder negatives Wirtschaftswachstum (insbesondere in Deutschland und Polen) die Erträge und die Profitabilität des Konzerns belasten, weil die Nachfrage nach seinen Produkten, etwa nach Krediten der Mittelstandsbank oder der polnischen BRE Bank SA (**„BRE Bank“**) oder Produkten des Segments Corporates & Markets und nach Vermögensanlageprodukten im Segment Privatkunden, zurückgehen kann.

Für das Jahr 2013 erwartet die COMMERZBANK, bedingt durch die europäische Staatsschuldenkrise, ein weiterhin gedämpftes Wirtschaftswachstum in der Region Mittel- und Osteuropa. Es ist davon auszugehen, dass nachlassende Infrastrukturinvestitionen und ein schwacher Privatkonsum die polnische Wirtschaft 2013 weiter schwächen werden. In Polen begann der Rat für Geldpolitik bereits 2012 mit der Lockerung der Geldpolitik und er hat diese Politik Anfang 2013 fortgesetzt. Die polnische Nationalbank hat derzeit eine Zinspause eingelegt. Weitere Zinssenkungen in 2013 erwartet die Gesellschaft aufgrund der weiterhin anhaltenden Abkühlung der Wirtschaft spätestens im Sommer. Das wirtschaftliche Umfeld kann zu einem

Druck auf die Ergebnisentwicklung des lokalen Bankensektors führen. All dies könnte die Geschäftstätigkeit der BRE Bank in Polen beeinträchtigen und damit die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des COMMERZBANK-Konzerns belasten.

Eine Rezession in Deutschland hätte auf Grund des hohen Anteils dieses Marktes an der Geschäftstätigkeit der COMMERZBANK erhebliche negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns, die im Falle einer tiefen, mehrere Jahre dauernden Rezession sogar existenzbedrohend für den Konzern sein können. Da zudem die polnische Wirtschaft wesentlich von der Wirtschaftslage in Deutschland beeinflusst wird, könnte eine solche Rezession auch erhebliche negative Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der BRE Bank in Polen haben, was zu weiteren erheblichen Belastungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns führen könnte.

2. Die globale Finanzmarktkrise sowie die Staatsschuldenkrise, insbesondere im Euroraum, haben die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in der Vergangenheit ganz erheblich belastet, und es ist nicht auszuschließen, dass sich auch in Zukunft erheblich negative Folgen für den Konzern, insbesondere bei einer erneuten Verschärfung der Krise, ergeben können. Eine weitere Verschärfung der Krise innerhalb der Europäischen Währungsunion kann erheblich negative, unter Umständen sogar existenzbedrohende, Folgen für den Konzern haben.

Seit Mitte 2007 leiden die internationalen Finanzmärkte und Finanzinstitute unter den erheblichen Belastungen aus der globalen Finanzmarktkrise. Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns wurde durch die Finanzmarktkrise erheblich belastet, so dass die COMMERZBANK – wie viele ihrer internationalen Wettbewerber – Ende 2008 staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen musste. Nachdem im Jahr 2010 und zu Anfang des Jahres 2011 eine deutliche Stabilisierung der Lage an den Finanzmärkten eingetreten war, sind die Märkte seit Mitte 2011 durch eine Verschlechterung der Beurteilung der Kreditwürdigkeit einiger Länder (insbesondere im Euroraum) erheblich belastet worden. Diese negativen Entwicklungen weckten erhebliche Zweifel an der Fähigkeit dieser Volkswirtschaften, die Schulden der öffentlichen Haushalte zu decken („**Staatsschuldenkrise**“).

Diese Entwicklung wurde begleitet von einer Reihe von zum Teil erheblichen Herabstufungen der Ratings der betroffenen Länder durch Standard & Poor's Financial Services LLC („**Standard & Poor's**“), Moody's Investors Service, Inc. („**Moody's**“) und Fitch Ratings, Inc. („**Fitch**“). Die Ratings wurden bis Ende April 2013 gegenüber den noch Anfang 2010 bestehenden sehr guten Bewertungen um bis zu sechs Stufen im Falle Italiens und um bis zu neun Stufen im Falle Spaniens herabgestuft. Auch Staatsanleihen, deren Bewertung durch den Markt bisher nicht oder nur in geringerem Umfang zurückgegangen war, waren von Ratingherabstufungen betroffen. Herabstufungen können neben anderen Faktoren eine zusätzliche Ausweitung der Spreads bzw. ein Absinken der Marktpreise ausstehender Anleihen öffentlicher Körperschaften („**Staatsanleihen**“) und damit eine zusätzliche Verteuerung der Finanzierung bestimmter Staaten begünstigen, weil bestimmte Investoren Finanzinstrumente verkaufen müssen (teilweise aufgrund geltenden Rechts oder interner Regeln), wenn ein bestimmtes Rating-Niveau unterschritten wird.

Griechenland, Portugal und Irland war es bereits 2010 teilweise nicht mehr möglich, fällig werdende Staatsanleihen und den laufenden Finanzbedarf an den Kapitalmärkten zu refinanzieren, so dass sie durch die Europäische Union, andere Staaten des Euroraumes sowie den Internationalen Währungsfonds gestützt werden mussten. Zu diesem Zweck richteten die Staaten der Europäischen Union, teilweise zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds, so genannte Rettungsschirme ein, d.h. Strukturen, mit denen betroffene Staaten durch die Gewährung von Darlehen unterstützt werden können. Die Rettungsschirme konnten jedoch bislang die Zweifel an der Stabilität der betroffenen Staaten nicht nachhaltig ausräumen, da trotz sukzessiver Aufstockung weiterhin befürchtet wird, dass ihr Volumen nicht ausreichen würde, falls die Krise auf weitere größere europäische Staaten (insbesondere Italien und Spanien) übergreift. Dies gilt insbesondere deshalb, da unter den europäischen Regierungen teilweise Uneinigkeit darüber besteht, welche Konsequenzen aus der Staatsschuldenkrise für die wirtschafts- und finanzpolitische Ordnung Europas und des Euroraumes zu ziehen sind, und entsprechende Zweifel bestehen, dass die Politik bei einer erneuten Verschärfung der Krise entschlossen genug reagiert.

Die Staatsschuldenkrise hat somit dazu geführt, dass bestehende Anleihen der betroffenen Staaten erhebliche Wertverluste erlitten haben. Am stärksten betroffen waren die Anleihen von Griechenland, deren Marktwert im Laufe des Jahres 2011 unter 30% ihres Nominalwerts fiel und die im März 2012 durch private Gläubiger (unter anderem die COMMERZBANK) in neue Anleihen mit deutlich reduziertem Nennwert, verlängerter Laufzeit und reduzierter Verzinsung getauscht wurden bzw. getauscht werden mussten. Aber auch die Marktwerte von Anleihen einiger anderer Staaten der Eurozone, insbesondere Italiens, Spaniens, Portugals und Irlands, sind in den Jahren 2010 und 2011 erheblich zurückgegangen. Auch Länder außerhalb der Eurozone, insbesondere in Osteuropa (und dort besonders Ungarn) sind betroffen. Gleichzeitig verringerte sich die Liquidität des Handels mit allen betroffenen Staatsanleihen teilweise erheblich. Trotz der Umschuldung Griechenlands im März 2012 und einer Entspannung nach der Stabilisierung der Bewertungen der Staatsanleihen Italiens und Spaniens, insbesondere aufgrund der

verbalen Intervention der Europäischen Zentralbank („EZB“) im Sommer 2012, besteht weiterhin das erhebliche Risiko, dass sich die Krise verschärft und auf weitere Staaten übergreift. Öffentliche Demonstrationen, Wahlergebnisse und sich daraus ergebende Regierungswechsel in einigen Ländern könnten die Bereitschaft dieser Staaten, in Sparmaßnahmen und an Rettungspakete gebundene Reformen einzuwilligen, beeinflussen, wodurch sich die Wahrscheinlichkeit einer erneuten Eskalation der Staatsschuldenkrise erhöht. Außerdem hat die andauernde Verunsicherung durch positive Entwicklungen, gefolgt von wiederholten Rückschlägen, zu einer allgemeinen Risikoaversion bei vielen Marktteilnehmern geführt, so dass die Volumina in vielen Geschäftsbereichen, in denen die COMMERZBANK tätig ist, unter das Niveau der Zeit vor der Krise gefallen sind und beständig dort bleiben.

Durch die Wertminderungen auf griechische Staatsanleihen sowie im Zuge der Umschuldung erlitten insbesondere europäische Banken einschließlich der COMMERZBANK erhebliche Verluste (siehe auch Risikofaktor 3 „*Der Konzern hält Staatsanleihen in erheblichem Umfang. Wertminderungen und niedrigere beizulegende Zeitwerte solcher Staatsanleihen haben die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in der Vergangenheit ganz erheblich belastet, und weitere zukünftige Belastungen sind nicht auszuschließen.*“), was zu einer Schwächung ihrer Kapitalbasis führte. Aufgrund der Risiken, weitere Verluste aus Staatsanleihen auch anderer Staaten zu erleiden, entstanden Zweifel an der Stabilität einiger Banken, die erhebliche Bestände an solchen Staatsanleihen halten. Dadurch kam es ähnlich wie in der Finanzmarktkrise zu erheblichen Belastungen des Interbankenmarktes und einem weitreichenden Vertrauensverlust, wodurch die Refinanzierung der Banken erschwert und verteuert wurde. Die begrenzten Möglichkeiten, die Verluste durch Volumengeschäfte in traditionell weniger volatilen Bereichen des Bankgeschäfts auszugleichen, hat diese Situation verstärkt.

Die Effekte der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise und das darauf folgende verschlechterte Geschäftsumfeld haben die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in der Vergangenheit ganz erheblich belastet. Zu den wichtigsten negativen Auswirkungen gehörten erhöhter Risikovorsorgebedarf und Wertkorrekturen im Finanzanlageergebnis, Verluste im Handelsergebnis und Verteuierung der Refinanzierung sowie sinkende Erträge. Es ist anzunehmen, dass sich, insbesondere bei einer erneuten Verschärfung der Krise, auch in Zukunft erheblich negative Folgen für den Konzern ergeben können. Gleichzeitig ist es dem Konzern teilweise nicht oder nur schwer möglich, sich gegen Risiken im Zusammenhang mit der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise abzusichern (siehe auch Risikofaktor 23 „*Die Hedging-Strategien des Konzerns können sich als ineffektiv erweisen, verursachen Kosten und sind ihrerseits mit Risiken verbunden.*“).

Die Risiken der Staatsschuldenkrise würden in einem noch viel größeren, unter Umständen sogar in einem für den Konzern existenzbedrohenden, Umfang eintreten, wenn weitere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union („EU“) in Zahlungsschwierigkeiten geraten oder sogar insolvent würden. Der Austritt einzelner Länder aus der Europäischen Währungsunion, insbesondere der Austritt einer der großen Wirtschaftsnationen wie Deutschland, Italien, Spanien oder Frankreich, oder der komplette Zerfall der Europäischen Währungsunion hätten äußerst weitreichende Auswirkungen auf die Finanzmärkte und die Realwirtschaft. Ferner könnten in diesem Fall mögliche Finanzierungsrestriktionen seitens lokaler Notenbanken zu Finanzierungslücken führen und zusätzliche Fremdwährungsrisiken entstehen (siehe auch Risikofaktor 20 „*Der Konzern unterliegt Währungsrisiken.*“). Es ist davon auszugehen, dass ein solches Szenario ganz erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben würde, die unter Umständen sogar existenzbedrohend für den Konzern sein können.

3. Der Konzern hält Staatsanleihen in erheblichem Umfang. Wertminderungen und niedrigere beizulegende Zeitwerte solcher Staatsanleihen haben die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in der Vergangenheit ganz erheblich belastet, und weitere zukünftige Belastungen sind nicht auszuschließen.

Der Konzern hält – im Wesentlichen über seine Tochtergesellschaft Hypothekbank Frankfurt AG („**Hypothekbank Frankfurt**“), vormals Eurohypo AG – Staatsanleihen, also Anleihen, die von einem Staat oder anderen öffentlichen Körperschaften begeben wurden, in erheblichem Umfang, darunter auch solche aus Italien, Spanien und Portugal und bis zum ersten Halbjahr 2012 auch aus Griechenland. Auf Grund der negativen Entwicklung hat der Konzern im Laufe der Geschäftsjahre 2010, 2011 und 2012 seinen Bestand an solchen Staatsanleihen reduziert und dabei auch Verluste in Kauf genommen. Zum 31. März 2013 betrug der Exposure at Default („**EaD**“) des Konzerns gegenüber öffentlichen Körperschaften EUR 48 Mrd. Davon entfielen auf Italien EUR 9,2 Mrd., Spanien EUR 2,5 Mrd. und Portugal EUR 0,9 Mrd., zusammen also EUR 12,6 Mrd. Bei Wertpapieren des Public Finance-Bestands wird als EaD der Nominalwert ausgewiesen. Bei den angegebenen EaD-Werten sind Absicherungen durch vom Konzern erworbene Credit Default Swaps („**CDS**“) berücksichtigt, d.h. die EaD-Werte sind um den abgesicherten Betrag reduzierte Werte. Da nicht in jedem Fall gewährleistet ist, dass CDS die Risiken aus Staatsanleihen effektiv absichern (siehe Risikofaktor 4 „*Die vom Konzern erworbenen Credit Default Swaps (CDS) auf Staatsanleihen könnten ihren Absicherungszweck nicht erfüllen. Darüber hinaus hat der Konzern Credit*“).

Default Swaps auf Staatsanleihen begeben und dadurch das Ausfallrisiko aus Staatsanleihen Dritter übernommen. Das Risiko aus begebenen CDS kann sich realisieren, obwohl gleichzeitig die erworbenen CDS ihren Absicherungszweck nicht erfüllen.“), kann das Risiko für den Konzern aus Staatsanleihen höher sein, als durch die EaD-Werte angegeben.

Die Staatsanleihen werden innerhalb des COMMERZBANK-Konzerns, unter anderem abhängig von dem Vorliegen liquider Märkte, in zwei unterschiedlichen Kategorien gebucht. Ein großer Teil der Staatsanleihen (Nominal zum 31. März 2013: EUR 20,3 Mrd.) wird in der Kategorie Loans and Receivables („**LaR**“) gebucht. Der andere Teil (Nominal zum 31. März 2013: EUR 16,9 Mrd.) wird in der Kategorie Available for Sale („**AfS**“) gebucht. Die Staatsanleihen werden in der Bilanz in Abhängigkeit von den IAS 39-Kategorien bewertet. Der in den Jahren 2008 und 2009 illiquide gewordene Teil wird in der Kategorie LaR zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen; hier werden ab der Feststellung der Illiquidität die bisher entstandenen Zeitwertveränderungen eingefroren bzw. bis zur Endfälligkeit aufgelöst. Auch wenn der Markt zwischenzeitlich wieder liquide geworden ist, darf bei Anleihen der Kategorie LaR keine Anpassung an den beizulegenden Zeitwert (Fair Value) vorgenommen werden; eine (ergebniswirksame) Wertkorrektur erfolgt nur bei Vorliegen bestimmter objektiver Umstände. Für in der Kategorie AfS gebuchte Wertpapiere erfolgt eine Anpassung der Buchwerte an den beizulegenden Zeitwert (Fair Value) durch eine Ausgleichsbuchung (die, im Fall des Anstiegs der beizulegenden Zeitwerte, positiv oder, im Fall eines Absinkens der Zeitwerte, negativ sein kann) auf der Aktivseite der Bilanz und die Einstellung dieses Betrags in die Neubewertungsrücklage, die das bilanziell ausgewiesene Eigenkapital entsprechend ändert; ergebniswirksam ist die Anpassung der in der Kategorie AfS gebuchten Wertpapiere grundsätzlich nicht. Ergebniswirksam sind jedoch – sowohl unter LaR wie auch bei unter AfS gebuchten Staatsanleihen – dauerhafte Wertminderungen (sogenannte Impairments), die gebucht werden, wenn der objektive Nachweis einer Wertminderung infolge von Verlustereignissen vorliegt, die sich auf die aus den Staatsanleihen zu erwartenden Zahlungsströme auswirken. Zusätzlich hat der Konzern die Staatsanleihen großteils gegen Zins- und Inflationsrisiken durch derivative Instrumente abgesichert. Reduziert sich der Wert der Staatsanleihen, kann dies einen entsprechend negativen Effekt auf den Wert dieser Absicherungsinstrumente haben, was zu weiteren erheblichen Ergebnisbelastungen führt (siehe Risikofaktor 23 „*Die Hedging-Strategien des Konzerns können sich als ineffektiv erweisen, verursachen Kosten und sind ihrerseits mit Risiken verbunden.*“).

Außer auf griechische Staatsanleihen wurden bislang keine Wertminderungen (Impairments) vorgenommen, da nach Einschätzung der COMMERZBANK die Voraussetzungen, die bei den griechischen Staatsanleihen eine Wertminderung notwendig machten, nämlich objektive Hinweise auf eine Minderung der aus den Staatsanleihen zu erwartenden Zahlungsströme bei Staatsanleihen anderer Länder bis zum 31. März 2013 nicht vorlagen. Die Neubewertungsrücklage im Hinblick auf Staatsanleihen, also der Unterschiedsbetrag zwischen den AfS gehaltenen Staatsanleihen und dem beizulegenden Zeitwert, beläuft sich zum 31. März 2013 auf EUR 1,0 Mrd. Der Unterschiedsbetrag zwischen den LaR gehaltenen Staatsanleihen und deren beizulegendem Zeitwert – soweit dieser unter dem jeweiligen Buchwert lag – betrug zum 31. März 2013 EUR 3,2 Mrd. (sogenannte stille Lasten).

Wie aus der hohen negativen Neubewertungsrücklage und den hohen stillen Lasten in Bezug auf die Staatsanleihen zum 31. März 2013 ersichtlich ist, schätzen die Marktteilnehmer verschiedene Staatsanleihen, insbesondere von Italien, Spanien und Portugal, aber auch von einer Reihe von Gebietskörperschaften in den USA, als nicht mehr voll werthaltig ein, ohne dass dies in den Finanzkennzahlen des COMMERZBANK-Konzerns vollständig reflektiert wäre. Sollte sich die Sichtweise der Marktteilnehmer bestätigen, wären erhebliche Wertminderungen auf von dem COMMERZBANK-Konzern gehaltene Staatsanleihen vorzunehmen und weitere negative Bewertungseffekte auf die Zins- und Inflationsabsicherungsinstrumente ergebniswirksam zu buchen. Dies hätte erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

Der Konzern ist auf der anderen Seite nur begrenzt oder nur unter Inkaufnahme erheblicher Verluste in der Lage, Risiken aus den gehaltenen Staatsanleihen durch Veräußerung oder andere Maßnahmen zu verringern, da die Marktwerte in einigen Fällen ganz erheblich unter den Buchwerten liegen, die Aufnahmebereitschaft und -bereitschaft des Marktes nur begrenzt ist und andererseits aber viele Marktteilnehmer, insbesondere Banken, versuchen, diese Anleihen zu veräußern. Die dadurch erzeugte Abwärtsspirale kann zu weiteren erheblich negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns führen.

4. Die vom Konzern erworbenen Credit Default Swaps (CDS) auf Staatsanleihen könnten ihren Absicherungszweck nicht erfüllen. Darüber hinaus hat der Konzern Credit Default Swaps auf Staatsanleihen begeben und dadurch das Ausfallrisiko aus Staatsanleihen Dritter übernommen. Das Risiko aus begebenen CDS kann sich realisieren, obwohl gleichzeitig die erworbenen CDS ihren Absicherungszweck nicht erfüllen.

Zum 31. März 2013 hatte der Konzern Credit Default Swaps (CDS) für Staatsanleihen Italiens, Spaniens und Portugals im Umfang von insgesamt EUR 1,7 Mrd. sowie für Staatsanleihen anderer Staaten im Volumen von insgesamt EUR 1,2 Mrd. erworben. Hiervon entfielen auf Italien EUR 1,1 Mrd., auf Spanien EUR 0,4 Mrd. und auf Portugal EUR 0,2 Mrd. Zum gleichen Zeitpunkt hatte der Konzern CDS für Staatsanleihen Italiens, Spaniens und Portugals im Volumen von insgesamt EUR 1,7 Mrd. begeben (neben CDS auf Staatsanleihen anderer Staaten im Volumen von insgesamt EUR 1,2 Mrd.) und damit gegenüber seinen Vertragspartnern in diesem Umfang das Kreditrisiko für die abgesicherten Staatsanleihen übernommen. Hiervon entfielen auf Italien EUR 1,2 Mrd., auf Spanien EUR 0,3 Mrd. und auf Portugal EUR 0,2 Mrd.

Die Werthaltigkeit der erworbenen CDS hängt jedoch von der Zahlungsfähigkeit der jeweiligen Vertragspartner ab. Diese Zahlungsfähigkeit kann beeinträchtigt sein, weil die Vertragspartner ihre eigenen Risikopositionen nicht effektiv abgesichert haben oder, gerade im Fall einer Staatsinsolvenz, teilweise auch anderweitig erheblichen Risiken aus Staatsanleihen ausgesetzt sind. Zusätzlich kann der Fall eintreten, dass die vertraglichen Bedingungen des Sicherungsinstruments den konkreten Auslöser für die ausbleibende Zahlung des Schuldners nicht erfassen. In anderen Fällen kann es jedoch dazu kommen, dass Absicherungen aus CDS ihren Zweck nicht erfüllen und der Konzern deshalb Risiken unterliegt, die er als abgesichert betrachtete.

Außerdem sind Volumen und Vertragsausgestaltung (z.B. bzgl. Währungen und Laufzeiten) der vom Konzern begebenen CDS und der vom Konzern erworbenen CDS bei einigen Staaten nicht deckungsgleich, so dass die erworbenen CDS, selbst bei vollständiger Leistung der Gegenpartei auf die CDS, das Risiko aus den begebenen CDS nicht vollständig kompensieren (siehe auch Risikofaktor 23 „Die Hedging-Strategien des Konzerns können sich als ineffektiv erweisen, verursachen Kosten und sind ihrerseits mit Risiken verbunden.“).

Ein Zahlungsausfall auch nur eines der Staaten, auf deren Staatsschulden der Konzern CDS begeben hat oder für den der Konzern Risiken aus Staatsschuldenpositionen mit CDS abgesichert hat, kann damit erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben, und zwar zusätzlich zu den negativen Auswirkungen auf Grund der vom Konzern selbst gehaltenen Staatsanleihen dieses Staates.

5. Es besteht das Risiko, dass der Konzern seine strategischen Pläne nicht, nicht vollständig oder nur zu höheren Kosten als geplant umsetzen kann oder dass die Umsetzung geplanter Maßnahmen nicht zur Verwirklichung der angestrebten strategischen Ziele führt.

Die COMMERZBANK plant, ihr Geschäftsmodell in den kommenden Jahren weiter an die veränderten Rahmenbedingungen in der Finanzbranche anzupassen, und verfolgt dazu im Rahmen ihrer strategischen Agenda 2016 unter anderem die folgenden Ziele: Die COMMERZBANK beabsichtigt, bis 2016 mehr als EUR 2,0 Mrd. in die Ertragskraft ihres Kerngeschäfts (die Kernbank) der Segmente Privatkunden, Mittelstandsbank, Corporates & Markets und Central & Eastern Europe zu investieren. Die COMMERZBANK plant im Segment Privatkunden bis 2016 etwa EUR 1,0 Mrd. in die Plattformen, das Produkt- und Serviceangebot, den Beratungsprozess und die Qualifizierung der Mitarbeiter zu investieren. Damit soll der Ertrag pro Kunde gesteigert und die Anzahl der Kunden um eine Million erhöht werden. Außerdem sollen durch zusätzliche Effizienzmaßnahmen die Kosten stabil gehalten und die Kapitalausstattung weiter verbessert werden. Im Jahr 2016 soll in der Kernbank somit eine Eigenkapitalrendite nach Steuern (RoE) von mehr als 10% erreicht und die Aufwandsquote (CIR) auf rund 60% reduziert werden. Die COMMERZBANK strebt an, bereits Ende 2014 eine Common-Equity-Tier-1-Quote von 9% unter vollständiger Anwendung der voraussichtlich erst ab 2019 geltenden Basel III-Regeln zu erreichen. Schließlich sollen die im Segment Non-Core Assets („NCA“) gebündelten Portfolien Public Finance, gewerbliche Immobilienfinanzierung (CRE) und Schiffsfinanzierung im Wesentlichen ohne Verkäufe und wertschonend von EUR 151 Mrd. (EaD) zum 31. Dezember 2012 um rund 40% auf EUR 93 Mrd. (EaD) bis zum 31. Dezember 2016 verringert werden.

Um die Kostenbasis anzupassen, wurden unter anderem interne Strukturen zur Steuerung der Kostenprogramme implementiert und die Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen in allen Einheiten gestartet. Die COMMERZBANK geht derzeit im Konzern von einem Stellenabbau in einer Größenordnung von 4.000 bis 6.000 Vollzeitkapazitäten bis zum Jahr 2016 aus. Nachdem im Januar 2013 eine Erstinformation des Gesamtbetriebsrats über die Pläne zur Umsetzung der strategischen Agenda bis 2016 stattfand und in der Folge die geplanten Maßnahmen den Arbeitnehmervertretern konkreter vorgestellt

wurden, begannen im April 2013 die Verhandlungen zur Reduktion der Personalkosten. In diesem Zusammenhang hat die COMMERZBANK im Februar 2013 eine Grundsatzerklärung zum geplanten Stellenabbau beschlossen, wonach im Filialgeschäft bis Ende 2015 1.800 Vollzeitstellen abgebaut werden soll. Im ersten Quartal 2013 wurden für diese Personalmaßnahmen Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von EUR 493 Mio. gebucht. Im Wesentlichen werden diese Aufwendungen für das Segment Privatkunden sowie für die Service- und Konzernsteuerungseinheiten anfallen.

Das Auftreten verschiedener makroökonomischer Risiken, wie z. B. weiterhin niedrige Zinsen, eine anhaltende Zurückhaltung der Kunden, in Wertpapiere zu investieren oder Kredite aufzunehmen, eine hohe Volatilität und allgemeine Verunsicherung an den Märkten, eine Verringerung des weltweiten Wirtschaftswachstums (insbesondere in Deutschland und Polen) und eine erneute Eskalation der Finanzmarkt- bzw. Staatsschuldenkrise, könnte dazu führen, dass die COMMERZBANK die Ziele ihres strategischen Plans nur teilweise oder gar nicht erreichen kann. Siehe auch Risikofaktor 1 *„Das seit einiger Zeit vorherrschende makroökonomische Umfeld beeinträchtigt die Ergebnisse des Konzerns, und die starke Abhängigkeit des Konzerns vom wirtschaftlichen Umfeld, insbesondere in Deutschland, kann bei einem möglichen erneuten wirtschaftlichen Abschwung weitere erhebliche Belastungen zur Folge haben.“* und Risikofaktor 2 *„Die globale Finanzmarktkrise sowie die Staatsschuldenkrise, insbesondere im Euroraum, haben die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in der Vergangenheit ganz erheblich belastet, und es ist nicht auszuschließen, dass sich auch in Zukunft erheblich negative Folgen für den Konzern, insbesondere bei einer erneuten Verschärfung der Krise, ergeben können. Eine weitere Verschärfung der Krise innerhalb der Europäischen Währungsunion kann erheblich negative, unter Umständen sogar existenzbedrohende, Folgen für den Konzern haben.“*, sowie Risikofaktor 24 *„Es ist möglich, dass die Einnahmen bzw. Ergebnisse des Konzerns aus seinem Brokerage-Geschäft und anderen kommissions- oder gebührenabhängigen Geschäften weiter absinken.“*

Darüber hinaus ist der Konzern dem Risiko ausgesetzt, dass wesentliche Annahmen, die dem Erfolg des strategischen Plans zugrunde liegen, sich ganz oder teilweise als unzutreffend erweisen und die Ziele deshalb ganz oder teilweise nicht erreicht werden. So ist es möglich, dass in den Segmenten Privatkunden, Mittelstandsbank oder Central & Eastern Europe der angestrebte Kundenzuwachs und das angestrebte Geschäftsvolumen insbesondere aufgrund des starken Wettbewerbs nicht erzielt wird (siehe Risikofaktor 28 *„Die Märkte, in denen der Konzern tätig ist, insbesondere der deutsche Markt (und dort vor allem die Tätigkeiten im Geschäft mit Privat- und Firmenkunden sowie im Investment Banking) sowie der polnische Markt, sind von starkem Preis- und Konditionenwettbewerb gekennzeichnet, woraus ein erheblicher Margendruck resultiert.“*). Ohne eine Steigerung des Kundenbestands und des Geschäftsvolumens wäre es für die COMMERZBANK sehr schwierig, ihre strategischen Ziele zu erreichen.

Außerdem ist der Konzern dem Risiko ausgesetzt, dass die geplanten Investitionen von mehr als EUR 2,0 Mrd. nicht erfolgreich umgesetzt werden können oder im Falle der Umsetzung nicht zu der Verwirklichung der angestrebten strategischen Ziele führen. Es ist z.B. möglich, dass die neuen Produkte und Dienstleistungen, in die die COMMERZBANK investiert, keinen Anklang bei den Kunden finden oder dass die Kunden grundsätzlich bei der Inanspruchnahme von Bankprodukten und -dienstleistungen zurückhaltend bleiben und die erwarteten höheren Erträge deshalb ausbleiben. Es ist außerdem möglich, dass die COMMERZBANK trotz der zusätzlich getätigten Investitionen nicht in der Lage ist, die für ihre Wachstumsbereiche benötigten Mitarbeiter zu gewinnen, die die gewünschte Qualifikation vorweisen können (siehe auch Risikofaktor 42 *„Es ist nicht sicher, ob es dem Konzern auch zukünftig gelingen wird, qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten.“*).

Für den Konzern besteht auch das Risiko, dass die für die Umsetzung des strategischen Plans zugewiesenen finanziellen bzw. zeitlichen Mittel nicht ausreichen oder dass die Ziele trotz einer erfolgreichen Umsetzung der geplanten Maßnahmen nicht erreicht werden können. So könnte sich herausstellen, dass die mehr als EUR 2,0 Mrd., die für die Durchführung des strategischen Plans bereitgestellt sind, nicht ausreichen, um den Plan zu verwirklichen. Die Umsetzung des strategischen Plans könnte auch mehr Zeit in Anspruch nehmen als angenommen, so dass die Ziele möglicherweise erst nach 2016 oder überhaupt nicht erreicht werden. Zum Beispiel sollen die in das Segment NCA übertragenen Nicht-Kernaktivitäten im Wesentlichen ohne Verkäufe und wertschonend über die Zeit vollständig abgebaut werden. Gemäß ihrer Gesamtabbaustrategie zieht die Gesellschaft jedoch – bei einer erwarteten Kapitalentlastung infolge der konkreten Transaktion (trotz Verlusts in der Gewinn- und Verlustrechnung) oder zwecks Vermeidung einer absehbaren Verschlechterung der Risikosituation in Bezug auf die betreffenden Teilportfolien oder Einzelfinanzierungen – auch Verkäufe von Teilportfolien oder Einzelfinanzierungen unter Realisierung von – in Einzelfällen nicht unwesentlichen – Verlusten in Betracht. So führt der Konzern derzeit intensive Gespräche über den Verkauf des größten Teils seines insgesamt rund EUR 5,7 Mrd. (EaD inklusive Schwarzbuch, Stand: 31. März 2013) betragenden gewerblichen Immobilienfinanzierungsportfolios im Vereinigten Königreich. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass beabsichtigte Portfolioverkäufe sowie die Umsetzung des Abbaus des NCA-Portfolios nicht, nicht vollständig oder erst später als geplant gelingen.

Der Konzern ist ferner dem Risiko ausgesetzt, dass bestimmte Faktoren, die den Erfolg des strategischen Plans beeinträchtigen könnten, unterschätzt wurden oder dass unerwartete Umstände verhindern könnten, dass der Konzern seine Zielvorgaben erreicht. Im Zusammenhang mit der Umsetzung des strategischen Plans könnten operationelle Risiken auftreten, die zu einem Scheitern des Plans aus Gründen, die in keinerlei Zusammenhang mit den ihm zugrunde liegenden ursprünglichen Annahmen stehen, führen. Darüber hinaus ist es möglich, dass die künftigen Ergebnisse des Konzerns von einmaligen oder speziellen Ereignissen oder Entwicklungen beeinträchtigt werden, die die positiven Auswirkungen des strategischen Plans aufheben. So können für bestimmte Vermögenswerte im NCA-Portfolio in der Zukunft erhebliche Abschreibungen erforderlich werden, die so nicht im Planungsprozess vorgesehen waren.

Der Konzern ist zudem dem Risiko ausgesetzt, dass die Maßnahmen zur Kosteneinsparung nicht erreicht werden können. So ist es beispielsweise möglich, dass es bei dem geplanten Abbau von 4.000 bis 6.000 Vollzeitarbeitsplätzen aufgrund der Verhandlungen mit den zuständigen Gremien zu erheblichen Verzögerungen bei der Umsetzung und/oder zu sehr viel höheren Kosten kommen kann als ursprünglich geplant. Wenn die geplanten Maßnahmen zur Kosteneinsparung nicht umgesetzt werden können, werden die Ziele des strategischen Plans möglicherweise nicht erreicht werden.

Auch aufsichtsrechtliche Anforderungen (sowohl bereits existierende als auch zukünftige), insbesondere an die Eigenmittelausstattung, können das Erreichen der strategischen Ziele erschweren oder vereiteln (siehe auch Risikofaktor 45 *„Die sich ständig verschärfenden aufsichtsrechtlichen Eigenkapital- und Liquiditätsstandards sowie Prozess- und Reporting-Anforderungen könnten das Geschäftsmodell für verschiedene Aktivitäten des Konzerns in Frage stellen, die Wettbewerbsposition des Konzerns negativ beeinflussen oder die Aufnahme zusätzlichen Eigenkapitals notwendig machen.“*).

Die Umsetzung des strategischen Plans wird auch durch Einschränkungen aufgrund von Auflagen im Zusammenhang mit den dem Konzern vom Sonderfonds zur Finanzmarktstabilisierung („SoFFin“) gewährten Stabilisierungsmaßnahmen erschwert (siehe Risikofaktor 51 *„Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Konzern die von der Europäischen Kommission im Hinblick auf die in Anspruch genommenen staatlichen Stabilisierungsmaßnahmen erteilten Auflagen nicht fristgemäß oder nur unzureichend erfüllen kann oder ihm wirtschaftliche Nachteile im Zusammenhang mit der Erfüllung der Auflagen entstehen.“*). Durch diese Auflagen können die strategischen Pläne und Ziele des Konzerns, insbesondere das geplante mittelfristige Wachstum im Bereich der Kernbank, beeinträchtigt werden.

Sollte es dem Konzern nicht oder nicht vollständig gelingen, seine strategischen Pläne umzusetzen, oder sollten die mit der Umsetzung dieser Pläne verbundenen Kosten die Erwartungen der Gesellschaft übersteigen, oder sollte die Umsetzung geplanter Maßnahmen nicht zur Verwirklichung der angestrebten Ziele führen, kann dies erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

6. Die Ergebnisse des Konzerns sind sehr stark schwankend und werden stark bestimmt von volatilen Einzelkomponenten und Sondereffekten mit der Folge, dass von Periodenergebnissen nur in bedingtem Maße auf die Ergebnisse von Folgezeiträumen geschlossen werden kann.

Die Ergebnisse des Konzerns sind sehr stark schwankend und von Sondereffekten beeinflusst. Haupttreiber des Ergebnisses waren in der jüngeren Vergangenheit die Risikovorsorge, das Ergebnis aus Finanzanlagen, insbesondere Abschreibungen auf und Verkäufe von Anleihen öffentlicher Körperschaften (siehe auch Risikofaktor 3 *„Der Konzern hält Staatsanleihen in erheblichem Umfang. Wertminderungen und niedrigere beizulegende Zeitwerte solcher Staatsanleihen haben die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in der Vergangenheit ganz erheblich belastet, und weitere zukünftige Belastungen sind nicht auszuschließen.“*), das Handelsergebnis (z.B. Structured Finance-Transaktionen, Bewertung des eigenen Kreditrisikos) und der Steueraufwand (z.B. aus Abschreibungen / Zuschreibungen von latenten Steuern).

Insbesondere sind für die Vergangenheit auch folgende Sondereffekte zu nennen:

- Restrukturierungsaufwendungen und Umsetzungsaufwendungen entstehen im Wesentlichen durch Strategiewechsel und organisatorische Veränderungen, wobei die Restrukturierungsaufwendungen eher einmalige Aufwendungen sind in der Periode, in der die Restrukturierungen kommuniziert werden. Umsetzungsaufwendungen (z.B. erhöhte Abschreibungen, Abschluss von Altersteilzeitverträgen, Werbung, Investition in die neue Strategie) während der Umstrukturierungszeit anfallen und über mehrere Perioden als Aufwand gebucht werden. So hat die COMMERZBANK beispielsweise im ersten Quartal 2013 für ihre aktuelle Strategie Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von EUR 493 Mio. ausgewiesen.
- Die Bewertung des eigenen Kreditrisikos entsteht durch die Marktbewertung der eigenen Verbindlichkeiten, die sich in der Fair Value Option (zur Vermeidung oder signifikanten Verringerung von Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen) befinden und zum 31. Dezember 2012 einen Buchwert von insgesamt EUR 5,4 Mrd. (davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten EUR 0,2 Mrd., Verbindlichkeiten gegenüber Kunden EUR 1,8 Mrd. und Verbriefte Verbindlichkeiten EUR 3,4 Mrd.)

aufwiesen. Durch externe Markteinflüsse ist die Bewertung des eigenen Kreditrisikos (sog. Own Credit Spread) erheblichen Schwankungen ausgesetzt, welche sich direkt im Handelsergebnis widerspiegeln. So musste hieraus in 2012 ein Aufwand im Handelsergebnis in Höhe von EUR 332 Mio. ausgewiesen werden, während in 2011 noch ein Ertrag von EUR 293 Mio. entstanden war.

- Wertminderungen auf latente Steueransprüche entstehen im Wesentlichen durch Reduzierungen der zukünftigen steuerlichen Ergebnisse, welche wiederum durch die Planungsrechnungen determiniert werden. So musste im COMMERZBANK-Konzern in 2012 eine Wertminderung von EUR 673 Mio. gebucht werden, während in 2011 und 2010 noch Zuschreibungen von EUR 500 Mio. bzw. EUR 244 Mio. vorgenommen werden konnten.

Aufgrund der Volatilität kann auch das in einzelnen Quartalen erzielte Ergebnis nicht auf das Gesamtjahr hochgerechnet werden. Eine Vielzahl externer, auch makroökonomischer Faktoren, wie die Entwicklung der Welt- und der Volkswirtschaft und des Bruttoinlandsprodukts, die Entwicklung der Leitzinsen und die Entwicklung der Aktien- und sonstiger Wertpapiermärkte, d.h. Faktoren, die vom Konzern zum Teil nur in geringem Umfang, zum Teil gar nicht beeinflusst werden können, wirken sich auf die Ergebnisse des COMMERZBANK-Konzerns aus. Negative Entwicklungen dieser Faktoren können erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

7. Der Konzern unterliegt Adressenausfallrisiken (Kreditrisiken), auch in Bezug auf große Einzelengagements, Großkredite und Engagements, die in einzelnen Sektoren konzentriert sind, so genannte Klumpenrisiken, sowie aus Forderungen gegenüber Schuldern, die von der Staatsschuldenkrise besonders betroffen sein können.

Der Konzern unterliegt Adressenausfallrisiken (Kreditrisiken) aus dem Kreditgeschäft mit Kunden und Kreditinstituten (im Wesentlichen aus Krediten an Privat- und Firmenkunden, Immobilienfinanzierungen, Schiffsfinanzierungen sowie Forderungen gegenüber Banken, Versicherungen, Finanzdienstleistern sowie Staaten und öffentlichen Körperschaften), dem Kreditersatzgeschäft (d.h. dem Geschäft mit strukturierten Kreditprodukten), den Finanzinstrumenten des Investmentportfolios (z.B. Anleihen von Industrieunternehmen, Banken, Versicherungen und Staaten), sonstigen Finanzinstrumenten, aus Derivategeschäften und Geschäften mit zentralen Kontrahenten. Kreditrisiken definiert der Konzern als Risiken aus möglichen Wertverlusten, die durch Bonitätsveränderungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (z.B. durch Insolvenz) verursacht werden können. Unterarten von Kreditrisiken sind neben den Bonitäts- und Ausfallrisiken auch Abwicklungsrisiken, Kontrahentenrisiken und Länderrisiken. Eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation von Kreditnehmern, Zahlungsausfälle und Wertminderungen der bestellten Sicherheiten können dazu führen, dass die Risikovorsorge zur Abdeckung der akuten und latenten Kreditausfallrisiken erhöht werden muss bzw. durch erhöhte risikogewichtete Aktiva die Kapitalbelastung des Konzerns steigt. Zwar sank die Risikovorsorge von EUR 2,50 Mrd. im Geschäftsjahr 2010 auf EUR 1,39 Mrd. im Geschäftsjahr 2011; jedoch ist im Geschäftsjahr 2012 wieder eine Erhöhung der Risikovorsorge – vor allem bei konjunktursensitiven Teilportfolien – auf EUR 1,66 Mrd. vorgenommen worden.

Das Kreditportfolio des Konzerns weist eine Risikokonzentration in bestimmten Sektoren auf. Auch zum 31. März 2013 betrug der EaD des Konzernbereichs Public Finance – nach Vornahme der erheblichen Abschreibungen in diesem Portfolio im Geschäftsjahr 2011, den Umtausch- bzw. Veräußerungsverlusten im ersten Halbjahr 2012 und einem deutlichen Exposure-Abbau im Gesamtjahr 2012 – noch 16% des Kreditportfolios des Konzerns. Davon entfielen 31% auf Financial Institutions und 65% auf Staaten, die restlichen 4% entfielen auf das Private-Finance-Initiative Portfolio. Das Public-Finance-Portfolio untergliederte sich zum 31. März 2013 wie folgt (jeweils EaD): Deutschland EUR 24 Mrd., restliches Westeuropa EUR 33 Mrd. (davon Italien, Spanien, Portugal und Irland insgesamt EUR 17 Mrd.), Mittel- und Osteuropa EUR 2 Mrd., Nordamerika EUR 12 Mrd. und Sonstige EUR 2 Mrd. Zu den speziellen Risiken bei Engagements mit öffentlichen Körperschaften siehe auch Risikofaktor 3 „Der Konzern hält Staatsanleihen in erheblichem Umfang. Wertminderungen und niedrigere beizulegende Zeitwerte solcher Staatsanleihen haben die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in der Vergangenheit ganz erheblich belastet, und weitere zukünftige Belastungen sind nicht auszuschließen.“. Zusätzlich zu den oben genannten Positionen gegenüber Financial Institutions im Bereich Public Finance gibt es weitere Positionen überwiegend in den Segmenten Mittelstandsbank und Corporates & Markets sowie im Treasury. Zum 31. März 2013 machte das gesamte Financial Institutions Portfolio 16% des Kreditportfolios des Konzerns aus.

Die gewerbliche Immobilienfinanzierung machte zum 31. März 2013 10% des gesamten Kreditportfolios aus, wobei der Anteil der Länder Spanien, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten am Commercial Real Estate-Portfolio zusammengenommen 22% betrug. 3% des gesamten Kreditportfolios entfielen zum 31. März 2013 auf den Konzernbereich Deutsche Schiffsbank, wobei die zehn größten Kreditnehmer hier rund 18% des Portfolios auf sich vereinigten. Angesichts der weiterhin unsicheren Situation an den Finanzmärkten sowie der zunehmenden regulatorischen Belastungen hat die COMMERZBANK im Juni 2012 beschlossen, den bereits eingeschlagenen Weg der Fokussierung auf kundengetriebenes und

profitables Kerngeschäft, der Verringerung von Risiken und der Reduzierung von Komplexität beschleunigt fortzusetzen und die Konzernbereiche Commercial Real Estate, Deutsche Schiffsbank und Public Finance über die Zeit vollständig abzubauen. Diese Konzernbereiche wurden deshalb komplett in das Segment NCA übertragen. Zu den speziellen Risiken beim Schiffsfinanzierungsportfolio siehe auch Risikofaktor 8 *„Der Abbau des Schiffsfinanzierungsportfolios unterliegt erheblichen Risiken im Hinblick auf die aktuell schwierige Marktlage und die Volatilität der Schiffspreise, davon beeinflusste Adressenausfallrisiken (Kreditrisiken) sowie den Risiken von erheblichen Veränderungen der Werte bei Sicherheiten an Schiffen sowie bei Schiffen im eigenen Bestand.“*. Zu den speziellen Risiken bei Engagements im Bereich der Immobilienfinanzierung siehe auch Risikofaktor 9 *„Der Abbau des gewerblichen Immobilienfinanzierungsportfolios unterliegt besonderen Risiken im Hinblick auf die aktuell schwierige Marktlage und die Volatilität der Immobilienpreise, davon beeinflusste Adressenausfallrisiken (Kreditrisiken) sowie den Risiken von erheblichen Veränderungen der Werte eigener Immobilien sowie bei an privaten oder gewerblichen Immobilien bestellten Immobiliarsicherheiten.“*.

Die vorstehend beschriebenen Risiken werden durch Risikokonzentrationen auf einzelne große Kreditnehmer bzw. Kontrahenten noch verschärft. Diese Risikokonzentration lässt sich zum einen an den nach gesetzlichen Vorgaben bestimmten so genannten Großkrediten (§ 13b Kreditwesengesetz, „KWG“) festmachen, zum anderen an den nach konzerninternen Regeln bestimmten so genannten folgenden Klumpenrisiken:

Der Konzern hat in nicht unerheblichem Umfang Großkredite im Sinne des § 13b KWG vergeben. Nach dem KWG besteht ein Gesamtbuch-Großkredit, wenn die Gesamtheit der Kredite an eine Kreditnehmereinheit 10% der Eigenmittel erreicht oder überschreitet. Die Anzahl der Großkredite in diesem Sinne lag zum Stichtag 31. Dezember 2011 bei vier und zum 31. Dezember 2012 bei drei. Der größte anzurechnende Betrag dieser Kredite betrug zum 31. Dezember 2011 EUR 5,2 Mrd. und zum 31. Dezember 2012 EUR 4,8 Mrd. was 20% des Kernkapitals zum 31. Dezember 2011 bzw. 17,5% des Kernkapitals zum 31. Dezember 2012 entspricht. Kumuliert betragen die auf die Großkreditgrenze anzurechnenden Beträge dieser Großkredite zum 31. Dezember 2011 EUR 10,3 Mrd. und zum 31. Dezember 2012 EUR 5,6 Mrd., was 39,3% des Kernkapitals zum 31. Dezember 2011 bzw. 20,7% des Kernkapitals zum 31. Dezember 2012 entspricht. Realisiert sich das Adressenausfallrisiko (Kreditrisiko) bei einem solchen Großkredit, hätte dies erheblich negative Auswirkungen auf die Kernkapital- und Eigenmittelquote sowie auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

Seit Anfang 2011 werden Klumpenrisiken durch eine einheitliche Definition auf Basis des „All-In“-Begriffs überwacht. Der „All-In“-Begriff umfasst alle innerhalb der Bank genehmigten Kreditlinien eines Kunden in voller Höhe – unabhängig von der aktuell bestehenden Kreditinanspruchnahme. Die Definition ist ferner unabhängig von statistisch modellierten Größen und bildet damit das maximale Verlustpotenzial aus Kreditrisiken im Hinblick auf den jeweiligen Kunden besser ab als die bisherigen Kriterien. Zu berücksichtigen ist aber, dass Settlement-Risiken analog der Anrechnung im EaD nicht enthalten sind und Reverse Repos, Derivate etc. nur nach entsprechender Verrechnung in das „All-In“ einfließen.

Die „All-In“-Eintrittsschwelle (Konzern) für Klumpenrisiken wurde auf einen Betrag von EUR 1 Mrd. festgelegt und gilt segment-, produkt- und bilanzkategorieübergreifend, wobei sogenannte Ausnahmeschuldner von dieser Steuerung ausgenommen sind. Auf Basis dieser Definition beläuft sich der EaD der Klumpenrisiken per 31. März 2013 auf EUR 79 Mrd. bzw. 17% des gesamten EaD des Konzerns. Der Aufbau bzw. die Prolongation einer Position oberhalb der Klumpenrisikogrenze bedarf der Genehmigung durch den Gesamtvorstand. Die Schwerpunkte der Klumpenrisiken lagen per 31. März 2013 in den Bereichen Financial Institutions (ca. 44% des Klumpen-Exposures) und Public Finance (ca. 30% des Klumpen-Exposures). Zwei sehr große Engagements bzw. 5% des Klumpenexposures per 31. März 2013 sind dem industriellen Bereich und hier speziell dem Automobilsektor zuzuordnen. Sollten sich Ausfallrisiken bei einem oder mehreren der Kreditnehmer, Emittenten bzw. Kontrahenten von großvolumigen Finanzinstrumenten realisieren, kann dies erheblich negative Auswirkungen auf den Konzern haben.

Der Konzern unterliegt schließlich Kreditrisiken im Verhältnis zu Finanzinstituten und Unternehmen, die von der Finanzmarkt- bzw. Staatsschuldenkrise besonders betroffen sind, z.B. weil sie ihren Sitz oder wesentliche Schwerpunkte ihrer wirtschaftlichen Betätigung in hoch verschuldeten Staaten wie Griechenland, Italien, Spanien, Portugal oder Irland haben, ein hohes Kreditengagement gegenüber hoch verschuldeten Staaten aufweisen oder CDS auf Staatsanleihen dieser Staaten in erheblichem Umfang begeben haben (siehe Risikofaktor 2 *„Die globale Finanzmarktkrise sowie die Staatsschuldenkrise, insbesondere im Euroraum, haben die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in der Vergangenheit ganz erheblich belastet, und es ist nicht auszuschließen, dass sich auch in Zukunft erheblich negative Folgen für den Konzern, insbesondere bei einer erneuten Verschärfung der Krise, ergeben können. Eine weitere Verschärfung der Krise innerhalb der Europäischen Währungsunion kann erheblich negative, unter Umständen sogar existenzbedrohende, Folgen für den Konzern haben.“*).

Insbesondere bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder einer Verschärfung der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise kann der wirtschaftliche Fortbestand verschiedener dieser Kontrahenten in Frage gestellt sein. Besonders Finanzinstitute können von einer möglichen Verschlechterung stark betroffen sein, weil sie von höheren Kreditausfällen oder Wertminderungen von Wertpapieren betroffen sind oder weil im Falle einer erheblichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erheblicher Wertberichtigungsbedarf bei Immobilienkreditportfolien entsteht oder Kundeneinlagen in erheblichem Umfang abgezogen werden. Falls, insbesondere aufgrund dieser Faktoren, das Vertrauen in die Kreditwürdigkeit dieser Banken sinkt, kann die Möglichkeit dieser Banken, sich am Markt zu refinanzieren, beeinträchtigt und damit ihre ausreichende Liquiditätsversorgung bedroht sein. Betroffene Banken wären damit in stärkerem Maße von Refinanzierungslinien oder anderen unterstützenden geldpolitischen Instrumenten der Zentralbank abhängig oder müssten durch stabilitätspolitische Maßnahmen auf nationaler oder europäischer Ebene gestützt werden. Sollten diese Maßnahmen nicht umsetzbar sein oder sich als nicht ausreichend wirkungsvoll erweisen, könnte dies zum Zusammenbruch dieser Banken und damit mittelbar zu einem wirtschaftlichen Schaden für die COMMERZBANK führen.

Der Eintritt eines oder mehrerer der vorstehenden Risiken kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

8. Der Abbau des Schiffsfinanzierungsportfolios unterliegt erheblichen Risiken im Hinblick auf die aktuell schwierige Marktlage und die Volatilität der Schiffspreise, davon beeinflusste Adressenausfallrisiken (Kreditrisiken) sowie den Risiken von erheblichen Veränderungen der Werte bei Sicherheiten an Schiffen sowie bei Schiffen im eigenen Bestand.

Der Konzernbereich Deutsche Schiffsbank umfasst die Kreditportfolien und Schiffsfinanzierungsaktivitäten der COMMERZBANK, der ehemaligen Dresdner Bank AG und der ehemaligen Deutsche Schiffsbank AG und wird (zusammen mit den Konzernbereichen Commercial Real Estate und Public Finance) im Segment NCA betrieben. Die Zielsetzung für den Konzernbereich Deutsche Schiffsbank, wie für alle Konzernbereiche des Segments NCA, ist der wertschonende Abbau der Segment-Assets, unabhängig vom derzeitigen Risikogehalt der einzelnen Finanzierungen. Das Exposure bei Schiffsfinanzierungen im Konzernbereich Deutsche Schiffsbank wurde von EUR 21 Mrd. zum 31. Dezember 2011 auf EUR 19 Mrd. per 31. Dezember 2012 und auf EUR 18 Mrd. zum 31. März 2013 reduziert (EaD inklusive Schwarzbuch).

Die Schiffe, die dem Konzern im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit bei der Schiffsfinanzierung als Sicherheit gestellt werden, sowie Schiffe im eigenen Bestand unterliegen strukturellen Wertschwankungen. Der Wert der Schiffe wird einerseits von deren Beschaffenheit (Typ, Alter, Technik, Größe) und andererseits ganz entscheidend von deren Auslastung und den erzielten Charraten beeinflusst. Auslastung und Charraten sind wiederum von der Entwicklung des Welthandels sowie der damit in Zusammenhang stehenden Angebots- und Nachfragesituation in Bezug auf Transportkapazitäten abhängig (siehe auch Risikofaktor 1 „Das seit einiger Zeit vorherrschende makroökonomische Umfeld beeinträchtigt die Ergebnisse des Konzerns, und die starke Abhängigkeit des Konzerns vom wirtschaftlichen Umfeld, insbesondere in Deutschland, kann bei einem möglichen erneuten wirtschaftlichen Abschwung weitere erhebliche Belastungen zur Folge haben.“). Der durch erheblichen Wettbewerbsdruck auf der Angebotsseite (gestiegene Transportkapazitäten) entstandene deutliche Rückgang der Charraten sowie deutlich höhere Bunkerkosten hatten im Ergebnis 2011 zu Verlusten und erheblichen Liquiditätsabflüssen der Linienreedereien geführt. Im Jahr 2011 überstieg der Anstieg der Kapazitäten deutlich den Anstieg des Welthandels, welcher sich insbesondere aufgrund der sich eintrübenden Konjunktur ab dem zweiten Halbjahr 2011 und auch im Jahr 2012 deutlich abschwächte. Die Marktentwicklung im Jahr 2012 war geprägt von einer weiteren Verschärfung der Schifffahrtskrise. Dies äußerte sich in einem weiteren, deutlichen Rückgang der Charraten. Daraus resultierten signifikant negative Auswirkungen auf den Wert von Schiffen, der teilweise, abhängig von dem Schiffssegment, unter den Nominalbetrag des dafür ausgereichten Darlehens gefallen ist. Selbst bei einer zukünftigen Verbesserung der Lage im Schifffahrtsmarkt werden möglicherweise bestimmte Schiffstypen (wie kleinere Containerschiffe) nicht davon profitieren. Die 2012 beobachteten steigenden Insolvenzzraten werden wegen des erwarteten anhaltend niedrigen Charratenniveaus auch weiterhin zu verzeichnen sein. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Schifffahrtskrise und der damit verbundenen Auswirkungen auf das Schiffsfinanzierungsgeschäft legte die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) im November 2012 einen Prüfungsschwerpunkt gemäß § 30 KWG für die Abschlussprüfung verschiedener deutscher Banken, darunter auch der COMMERZBANK, fest. Der Prüfungsschwerpunkt bezog sich auf die Prüfung der Werthaltigkeit von Forderungen und Sicherheiten im Schiffs-kreditportfolio. Die Gesellschaft kann derzeit nicht absehen, ob die BaFin aus den ihr vorzulegenden Ergebnissen weitere regulatorische Schritte in Betracht ziehen wird. Eine Verschärfung der Staatsschuldenkrise bzw. der Finanzmarktkrise und eine damit einhergehende negative wirtschaftliche Entwicklung hätten zusätzlich erhebliche negative Auswirkungen auf Charraten, Auslastungen und damit auf die Schiffswerte. Siehe auch Risikofaktor 2 „Die globale Finanzmarktkrise sowie die Staatsschuldenkrise, insbesondere im Euroraum, haben die

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in der Vergangenheit ganz erheblich belastet, und es ist nicht auszuschließen, dass sich auch in Zukunft erheblich negative Folgen für den Konzern, insbesondere bei einer erneuten Verschärfung der Krise, ergeben können. Eine weitere Verschärfung der Krise innerhalb der Europäischen Währungsunion kann erheblich negative, unter Umständen sogar existenzbedrohende, Folgen für den Konzern haben.“

Eine negative Veränderung der Schiffswerte kann zu einer Abwertung der im Bestand des Konzerns gehaltenen Schiffe führen. Dieses Risiko gilt auch für Schiffe, die der Konzern künftig auf einer eigens gebildeten Restrukturierungsplattform vorübergehend mit Partnern zu betreiben beabsichtigt. Im Hinblick auf Schiffe in seinem eigenen Bestand unterliegt der Konzern darüber hinaus weiteren Risiken, insbesondere Haftungsrisiken, etwa in Bezug auf etwaige Schadensfälle. Jedes dieser Risiken kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

Die anhaltende Schifffahrtskrise hat in 2012 zu einer deutlichen Erhöhung der Risikovorsorge und des Default-Portfolios (sogenanntes „Schwarzbuch“) im Schiffsfinanzierungsgeschäft der COMMERZBANK geführt. Die Risikovorsorge im Schiffsfinanzierungsgeschäft für das Geschäftsjahr 2012 betrug EUR 741 Mio., nach EUR 232 Mio. im Geschäftsjahr 2011. Dies beruht teilweise auf dem starken Anstieg der Portfoliowertberichtigungen infolge der Überprüfung und Aktualisierung von Parametern für die Risikovorsorgeberechnung. Es ist möglich, dass weitere Parameteranpassungen in der Zukunft erforderlich werden, die zu einer Erhöhung der Risikovorsorge im Schiffsfinanzierungsgeschäft der COMMERZBANK führen. Zusätzlich können ein weiterer Anstieg von Liquidationen oder auch einzelne Liquidationen mit erheblichem Volumen zu einer signifikant höheren Risikovorsorge führen. Diese höheren Verluste können sich wiederum negativ auf die Parameter für die Risikovorsorge- und Kapitalberechnung auswirken. Siehe auch Risikofaktor 44 *„Der Konzern kann Risiken ausgesetzt sein, die vom bestehenden Risikomanagement nicht erkannt oder von diesem unzutreffend eingeschätzt werden.“*. Außerdem ist damit zu rechnen, dass die Risikovorsorge bei unveränderter konjunktureller Lage auf hohem Niveau verbleiben wird.

Aus den beschriebenen wirtschaftlichen Gründen unterliegen insbesondere die für die Kreditportfolien des Schiffsfinanzierungsgeschäfts gewährten Sicherheiten erheblichen Wertschwankungen. Wertminderungen bei Sicherheiten können zum einen dazu führen, dass die Risikovorsorge zur Abdeckung der akuten und latenten Kreditausfallrisiken erhöht werden muss. Sie können aber auch dazu führen, dass die Sicherheit nicht mehr ausreicht, um bei einer Verwertung das ausstehende Kreditvolumen abzudecken. In diesem Fall sind Wertberichtigungen erforderlich. All dies kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

9. Der Abbau des gewerblichen Immobilienfinanzierungsportfolios unterliegt besonderen Risiken im Hinblick auf die aktuell schwierige Marktlage und die Volatilität der Immobilienpreise, davon beeinflusste Adressenausfallrisiken (Kreditrisiken) sowie den Risiken von erheblichen Veränderungen der Werte eigener Immobilien sowie bei an privaten oder gewerblichen Immobilien bestellten Immobiliarsicherheiten.

Der Erfolg des Abbaus des gewerblichen Immobilienfinanzierungsportfolios des Konzerns ist in hohem Umfang von den Entwicklungen auf den Immobilienmärkten abhängig, die in den letzten Jahren von erheblichen Unsicherheiten geprägt waren. Bei Immobilienfinanzierungen hängt das Kreditrisiko neben diesen Risiken, der Ertragskraft der Immobilie und der Preisentwicklung im betreffenden Segment der Immobilienbranche auch von der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung ab. In Folge der Finanzmarktkrise und des konjunkturellen Einbruchs unterliegen die Verkehrswerte vieler Immobilien seit einiger Zeit erheblichen Schwankungen und sind teilweise stark gesunken, was sich entsprechend negativ auf die Geschäftstätigkeit des Konzerns ausgewirkt hat. Die Immobilienpreise in wichtigen Märkten, insbesondere in Spanien, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten, entwickelten sich von 2007 an bis 2010 deutlich negativ. Im Laufe des Geschäftsjahres 2011 haben sich zwar die meisten Immobilienmärkte (ausgenommen die südeuropäischen EU-Länder) weitgehend stabilisiert und vereinzelt sogar eine leichte Erholungstendenz gezeigt; eine merkliche Erholung der Immobilienmärkte ist jedoch insbesondere aufgrund der Staatsschuldenkrise, der Korrekturen der Wohnungsmärkte und der Konsolidierung im Bankensektor ausgeblieben. Die mit der Staatsschuldenkrise einhergehenden Unsicherheiten haben in 2012 zwar weiter nachgelassen, jedoch belastet die anhaltende Rezession im Euroraum unverändert auch die Immobilienmärkte – vor allem in den südlichen Peripherieländern. Insbesondere in diesen Ländern bleibt die Entwicklung der Marktwerte der Immobilien nach wie vor deutlich negativ, zumal sich die Vermietungsmärkte weiterhin im Abschwung befinden. Die solide Nachfrage nach hochwertigen Immobilien stützt das Preisniveau, wovon aber nur liquide Märkte profitieren können. Weniger hochwertige Objekte sind demgegenüber deutlich schwieriger am Markt zu platzieren. Faktoren, die einen nachhaltigen Einfluss auf den Immobilienmarkt haben können, sind insbesondere das Verhältnis des Angebots von gewerblichen Immobilien und der Nachfrage, die Zahlungsfähigkeit bzw. Verfügbarkeit von Mietern, das Investitionsverhalten von Anlegern, Refinanzierungsmöglichkeiten und allgemeine zyklische Schwankungen am Immobilienmarkt.

Aus den beschriebenen wirtschaftlichen Gründen unterliegen die Werte eigener Immobilien sowie die für die Kreditportfolien des gewerblichen Immobilienfinanzierungsgeschäfts gewährten Sicherheiten erheblichen Wertschwankungen. Wertminderungen bei Sicherheiten können zum einen dazu führen, dass die Risikovorsorge zur Abdeckung der akuten und latenten Kreditausfallrisiken erhöht werden muss. Sie können aber auch im Fall einer Verwertung dazu führen, dass die Sicherheit nicht mehr ausreicht, das ausstehende Kreditvolumen abzudecken. In diesem Fall sind weitere Wertberichtigungen erforderlich. Siehe auch Risikofaktor 5 „*Es besteht das Risiko, dass der Konzern seine strategischen Pläne nicht, nicht vollständig oder nur zu höheren Kosten als geplant umsetzen kann oder dass die Umsetzung geplanter Maßnahmen nicht zur Verwirklichung der angestrebten strategischen Ziele führt.*“. All dies kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns erheblich nachteilig beeinflussen.

10. Der Konzern verfügt über erhebliche Positionen in seinem Portfolio notleidender Kredite und diese Ausfälle könnten nur unzureichend durch Sicherheiten und bisher erfolgte Wertberichtigungen und gebildete Rückstellungen abgedeckt sein.

Der Konzern verfügt per 31. März 2013 über ein Gesamtportfolio auf Basis EaD von EUR 18,1 Mrd. an offenen Kreditforderungen, die dem Kreditausfallportfolio (Default Portfolio) zuzurechnen sind. Davon entfallen EUR 2,6 Mrd. auf das Segment Mittelstandsbank, EUR 1,5 Mrd. auf das Segment Corporates & Markets, EUR 1,1 Mrd. auf das Segment Central & Eastern Europe und EUR 1,1 Mrd. auf das Segment Privatkunden. Auf das Segment NCA entfielen EUR 11,8 Mrd. (Public Finance: EUR 0,0 Mrd., Commercial Real Estate: EUR 7,3 Mrd. und Deutsche Schiffsbank: EUR 4,6 Mrd.). Diese Forderungen sind konzernweit im Schnitt zu 49% durch nach Realisierungsgesichtspunkten bewertete Sicherheiten und zu weiteren 43% durch Wertberichtigungen im Rahmen der Risikovorsorge (inklusive generelle Kreditausfallvorsorge oder General Loan Loss Provisions) abgedeckt. Für das insoweit nicht abgedeckte Forderungsvolumen (im Wesentlichen im Segment Corporates & Markets) geht der Konzern davon aus, noch weitere Einnahmen aus den Positionen des Ausfallportfolios generieren zu können, z.B. weil noch eine erfolgreiche Umschuldung oder Restrukturierung durchgeführt werden kann oder weil einige gestellte und werthaltige Sicherheiten nach Grundsätzen von Basel II bzw. Basel III nicht als Sicherheiten berücksichtigt werden konnten. Die dabei getroffenen Annahmen könnten sich im Nachhinein als unzutreffend oder für die künftige Entwicklung nicht mehr sachgerecht herausstellen, so dass die Qualität der Sicherheiten nicht den derzeitigen Einschätzungen entspricht. Dies könnte z.B. dann der Fall sein, wenn sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung weiter eintrübt und Restrukturierungen scheitern sollten. In einem solchen Fall drohen dem Konzern weitere hohe Verluste aus dem Kreditausfallportfolio, die erheblich nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben können.

11. Der Konzern hält weiterhin ein erhebliches Portfolio an Wertpapieren, die durch geringe Liquidität, niedrige, volatile oder fehlende Marktpreise und Unsicherheit über ihre Werthaltigkeit gekennzeichnet sind und die der Konzern abbauen möchte. Es ist möglich, dass der Konzern auf solche Wertpapiere in Zukunft weitere erhebliche Wertminderungen vornehmen muss bzw. beim Abbau derartiger Portfolien weitere erhebliche Verluste erleidet.

Der Konzern hält Portfolien von teilweise sehr komplexen, strukturierten Finanzinstrumenten, die im Zuge der Finanzmarktkrise ab dem zweiten Halbjahr 2007 (und verstärkt in 2008) erheblich an Wert verloren haben und mit denen seitdem nur noch in eingeschränktem Umfang bzw. phasenweise liquider Handel stattfindet.

In den vergangenen Jahren sind bei diesen Wertpapieren sowohl Ergebnisbelastungen (im Sinne von Impairments und/oder Risikovorsorge sowie Verlusten im Handelsergebnis) als auch zusätzliche Belastungen der Neubewertungsrücklage für den Konzern eingetreten. Im Wesentlichen waren diese Produkte bis Juni 2012 im Segment Portfolio Restructuring Unit („PRU“) verbucht, dessen Aufgabe die aktive und transparente Steuerung und Reduktion solcher Portfolien und Positionen war. Zum 1. Juli 2012 wurde das Segment PRU als eigenständiges Segment aufgelöst und das noch verbleibende Portfolio (Nominalvolumen EUR 16,5 Mrd. und Bilanzsumme EUR 9,1 Mrd.) in das Segment Corporates & Markets eingegliedert. Ausgenommen davon ist das Teilportfolio der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen (Nominalvolumen EUR 4,1 Mrd. und Bilanzsumme EUR 1,5 Mrd.), das nun dem Segment NCA zugeordnet wird.

Das Nominalvolumen derartiger Finanzinstrumente betrug per 31. Dezember 2011 im damaligen Segment PRU EUR 23,5 Mrd. und die Bilanzsumme EUR 9,6 Mrd. Per 31. März 2013 betrug das Nominalvolumen EUR 10,5 Mrd. und die Bilanzsumme EUR 6,0 Mrd. (jeweils im Segment Corporates & Markets). Darüber hinaus hält die COMMERZBANK einen weiteren geringen Bestand derartiger Finanzinstrumente in anderen Segmenten.

Soweit strukturierten Finanzinstrumenten durch Grundpfandrechte besicherte Darlehen zugrunde liegen, ist das Risiko von Leistungsstörungen unter anderem dadurch erhöht, dass die Immobilienpreise in einigen

Märkten in den letzten Jahren stark gesunken sind und eine dauerhafte Verbesserung der Lage an den Immobilienmärkten noch nicht in Sicht ist (siehe Risikofaktor 9 *„Der Abbau des gewerblichen Immobilienfinanzierungsportfolios unterliegt besonderen Risiken im Hinblick auf die aktuell schwierige Marktlage und die Volatilität der Immobilienpreise, davon beeinflusste Adressenausfallrisiken (Kreditrisiken) sowie den Risiken von erheblichen Veränderungen der Werte eigener Immobilien sowie bei an privaten oder gewerblichen Immobilien bestellten Immobiliarsicherheiten.“*). Dies könnte dazu führen, dass Darlehensnehmer nicht in der Lage sind, die durch Grundpfandrechte besicherten Darlehen bei Fälligkeit vollständig oder auch nur teilweise zu refinanzieren. In der Folge könnten Darlehen, die strukturierten Finanzinstrumenten zugrunde liegen, notleidend werden. Diese Situation könnte sich dadurch verschärfen, dass eine große Zahl von mit Grundpfandrechten besicherten Darlehen in den kommenden Jahren fällig wird.

Der Konzern unterliegt dem Risiko von weiteren Abwertungen und Verlusten in Bezug auf die genannten Finanzinstrumente. Dieses Risiko besteht trotz einiger Phasen, in denen eine Markterholung stattgefunden hat, fort. Eine weitere Erhöhung der Risiken ist möglich, insbesondere im Falle einer erneuten Verschärfung der Finanz- und Staatsschuldenkrise sowie auch deshalb, weil nach dem in der Vergangenheit erfolgten Abbau hauptsächlich solche Finanzinstrumente verbleiben, die schwerer oder nur mit größeren Verlusten veräußert werden können, als die bereits abgebauten Positionen. Gleichzeitig versuchen immer mehr Marktteilnehmer, insbesondere andere Banken, ebenfalls entsprechende Finanzinstrumente zu veräußern. Der Konzern berücksichtigt seit dem vierten Quartal 2011 beim Abbau der Positionen neben Risiken und Wertentwicklung der jeweiligen Instrumente über deren gesamte Laufzeit auch die durch sie verursachte Kapitalbindung, so dass Veräußerungsverluste in Kauf genommen werden, wenn Kapital freigesetzt wird.

Weitere Wertverluste der vom Konzern gehaltenen strukturierten Finanzinstrumente können erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

12. Der Konzern unterliegt dem Risiko von Veränderungen des beizulegenden Zeitwertes der von ihm gehaltenen Finanzinstrumente.

Ein beträchtlicher Teil der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Konzerns besteht aus Finanzinstrumenten, die in der Konzernbilanz der Gesellschaft mit dem beizulegenden Zeitwert anzusetzen sind. Dazu gehören auch US-Subprime-behaftete und sonstige strukturierte Finanzinstrumente (siehe dazu Risikofaktor 11 *„Der Konzern hält weiterhin ein erhebliches Portfolio an Wertpapieren, die durch geringe Liquidität, niedrige, volatile oder fehlende Marktpreise und Unsicherheit über ihre Werthaltigkeit gekennzeichnet sind und die der Konzern abbauen möchte. Es ist möglich, dass der Konzern auf solche Wertpapiere in Zukunft weitere erhebliche Wertminderungen vornehmen muss bzw. beim Abbau derartiger Portfolios weitere erhebliche Verluste erleidet.“*). Für einige der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente gibt es keine objektiven Marktpreise. In diesen Fällen wird der beizulegende Zeitwert auf der Basis von für das entsprechende Instrument geeigneten Bewertungsmethoden ermittelt.

Der Bilanzwert der vom Konzern gehaltenen Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert auf Basis von Faktoren ermittelt wird, die nicht auf beobachtbaren Marktdaten basieren (Level 3 Assets gemäß IFRS 7.27A(c)), betrug zum 31. März 2013 EUR 3,2 Mrd. Der Bilanzwert der vom Konzern gehaltenen Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert auf Basis von Faktoren ermittelt wird, die sich direkt oder indirekt beobachten lassen (Level 2 Assets gemäß IFRS 7.27A(b)), betrug zum 31. März 2013 EUR 196,1 Mrd.

Die Anwendung von Bewertungsmethoden mit nicht beobachtbaren Marktdaten zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes erfordert Annahmen und Schätzungen, die unter anderem von den Charakteristika des betreffenden Instruments und der Komplexität und Liquidität des zugrunde liegenden Marktes abhängen. Notwendige Entscheidungen betreffen z.B. die Auswahl des Modellierungsverfahrens und der Modellparameter. Falls sich einzelne Annahmen oder Schätzungen infolge negativer Marktentwicklungen oder aus anderen Gründen ändern, können Neubewertungen des betreffenden Instruments zu signifikanten Änderungen des beizulegenden Zeitwertes führen, was sich in beträchtlichen Verlusten niederschlagen könnte.

Dies umfasst auch das Risiko, dass die bereits vorgenommenen Abschreibungen nicht ausreichen, um den späteren Ausfall von Tilgungen und Zinszahlungen zu decken. Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes betroffener Finanzinstrumente auf der Basis von zukünftig etwaig verfügbaren tatsächlichen Marktpreisen oder indikativen Kursen könnten sich, sofern sich die Marktpreise erheblich unter dem Niveau der Modellpreise bilden sollten, in Zukunft erheblich niedrigere beizulegende Zeitwerte ergeben, was zu einem entsprechenden Verlust und zu einer Belastung der Neubewertungsrücklage führen würde. Zu einer Preisbildung auf sehr niedrigem Niveau könnten auch Verkäufe von Portfolios strukturierter Produkte mit einem sehr hohen Abschlag auf die Marktwerte führen.

Darüber hinaus ist zu beachten, dass ein etwaiger Verlust im Zusammenhang mit Anpassungen des beizulegenden Zeitwertes eines Vermögenswerts bzw. einer Verbindlichkeit mit etwaigen Gewinnen aus

damit zusammenhängenden Risikosicherungsgeschäften saldiert wird. Solche Gewinne sind jedoch bis zur Erfüllung des Geschäfts noch nicht realisiert, und es könnte sein, dass es in zukünftigen Perioden, z.B. auf Grund von Verschlechterungen der Bonität des Vertragspartners, zu Verlusten kommt, die die ausgewiesenen Gewinne ganz oder teilweise ausgleichen. Auch wenn diese Verluste nicht notwendigerweise aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des zugrunde liegenden Vermögenswerts resultieren, können sich daraus erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ergeben.

Der Eintritt eines oder mehrerer der vorstehenden Risiken kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

13. Änderungen der Klassifizierung von Vermögensgegenständen, der relevanten Rechnungslegungsstandards, der regulatorischen Rahmenbedingungen oder des Ratings durch Ratingagenturen können zu einer Änderung der Bewertung von Vermögenswerten des Konzerns führen und sich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns auswirken.

Vermögensgegenstände werden je nach ihrer Klassifizierung nach unterschiedlichen Kriterien bewertet, so z.B. Finanzinstrumente, die, je nach der Kategorie, der sie zugeordnet werden, entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten oder zum jeweils beizulegenden Zeitwert (Fair Value) in der Bilanz anzusetzen sind. Veränderungen in der Kategorisierung oder Umklassifizierungen der Vermögenswerte können somit zu einer veränderten Bewertung und damit u.U. auch zu einer Wertberichtigung wie auch zu einer Bewertung nach Anschaffungskosten führen. Eine solche Umklassifizierung kann auch durch eine Veränderung der relevanten Rechnungslegungsstandards veranlasst werden. Auch regulatorische Änderungen können eine Neubewertung erforderlich machen, wie z.B. die Anforderungen der European Banking Authority („EBA“) zur Vorhaltung eines Kapitalpuffers für Staatsanleihen deutlich gemacht haben. Sollten sich die relevanten Rechnungslegungsstandards, regulatorischen Rahmenbedingungen oder Kriterien der Ratingagenturen oder deren Interpretation ändern, könnte dies dazu führen, dass der Konzern die Bewertung von Vermögensgegenständen oder die Modelle zur Ermittlung von Vermögensgegenständen umstellen muss. Beispielsweise könnte der Konzern seine bestehenden Modelle zur Bewertung US-Subprime-behafteter, sonstiger strukturierter Finanzinstrumente und sonstiger Finanzanlagen sowie die Bilanzierung von Finanzinstrumenten in inaktiven Märkten ändern müssen und sich dadurch auch die beizulegenden Zeitwerte ändern. Negative Veränderungen der Werte der vorgenannten Vermögensgegenstände können sich entscheidend auf die Profitabilität einzelner Geschäftsbereiche des Konzerns auswirken und damit erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

14. Verträge mit Anleihe- und Kreditversicherern, insbesondere Monoline-Versicherern, unterliegen wegen der drohenden Insolvenz dieser Versicherungsgesellschaften einem signifikanten Ausfallrisiko.

Der Konzern unterliegt im Zusammenhang mit OTC-Derivaten (Derivate, die nicht an einer Börse, sondern direkt „über den Schalter“ gehandelt werden und nicht standardisiert sind) Ausfallrisiken gegenüber Anleihe- und Kreditversicherern, einschließlich sog. Monoline-Versicherer und Credit Derivative Product Companies („CDPCs“). Ein Teil dieser OTC-Derivate sind CDS. Diese werden in der Bilanz mit dem beizulegenden Zeitwert angesetzt. Der beizulegende Zeitwert eines CDS hängt unter anderem vom erwarteten Ausfallrisiko des den Absicherungsgrund darstellenden Finanzinstruments wie auch derjenigen Partei ab, die die CDS begeben hat (siehe auch Risikofaktor 4 „Die vom Konzern erworbenen Credit Default Swaps (CDS) auf Staatsanleihen könnten ihren Absicherungszweck nicht erfüllen. Darüber hinaus hat der Konzern Credit Default Swaps auf Staatsanleihen begeben und dadurch das Ausfallrisiko aus Staatsanleihen Dritter übernommen. Das Risiko aus begebenen CDS kann sich realisieren, obwohl gleichzeitig die erworbenen CDS ihren Absicherungszweck nicht erfüllen.“).

Die Finanzmarktkrise hat sich negativ auf die Risikotragfähigkeit der Monoline-Versicherer und der in diesem Segment ebenfalls tätigen CDPCs ausgewirkt. Dies hat der Konzern zum Anlass genommen, seine mit Monoline-Versicherern und CDPCs geschlossenen CDS sowie Forderungen aus ähnlichen Geschäften neu zu bewerten. Die Lage der Monoline-Versicherer und CDPCs ist auf Grund von Rating-Herabstufungen, der Notwendigkeit, frisches Kapital am Markt aufzunehmen, und möglicher rechtlicher und regulatorischer Veränderungen weiterhin als kritisch einzustufen. Sollte sich die finanzielle Lage der Anleihe- und Kreditversicherer im Allgemeinen und jene der Monoline-Versicherer und CDPCs im Besonderen weiter verschlechtern, könnte der Konzern gezwungen sein, weitere Wertanpassungen auf die mit diesen Unternehmen geschlossenen CDS und Forderungen aus ähnlichen Geschäften vorzunehmen, was erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben kann.

Darüber hinaus kann, wie dies mit einem besonders kritisch beurteilten Monoline-Versicherer in der Vergangenheit bereits geschehen ist, auch das gesamte Sicherungsgeschäft wertberichtigt und beendet werden, mit der Folge, dass der Konzern neben dem Wertverlust aus der Abschreibung ohne Absicherung

durch Dritte voll den Risiken der zugrunde liegenden Geschäfte ausgesetzt ist, was erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben kann.

15. Der Konzern unterliegt Kreditrisiken im Hinblick auf Wertminderungen bestellter Mobiliarsicherheiten, insbesondere bei Wertpapieren.

Der Konzern betreibt im wesentlichen Umfang das Repo- und Derivategeschäft, schwerpunktmäßig mit Finanzinstitutionen. Der Wert der in diesem Zusammenhang bestellten Sicherheiten könnte unerwartet schwanken und – bei gleichzeitigem Ausfall des Kreditnehmers – zu unerwarteten Verlusten führen, insbesondere dann, wenn die Bewertung der den Geschäften zu Grunde liegenden Wertpapiere mit der Bonität des Kreditnehmers korrelieren sollte. Ein solcher Verlust kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

Allgemein unterliegen die dem Konzern zur Absicherung gegen Kreditrisiken u.U. gewährten Sicherheiten Wertschwankungen. Das gilt bei Mobiliarsicherheiten, hier insbesondere bei Wertpapieren, deren Wert in volatilen Märkten erheblichen Schwankungen unterworfen ist. Wertminderungen bei bestellten Sicherheiten können dazu führen, dass die Risikovorsorge zur Abdeckung der akuten und latenten Kreditausfallrisiken erhöht werden muss bzw. durch erhöhte risikogewichtete Aktiva die Kapitalbelastung des Konzerns steigt, was erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben kann.

16. Der Konzern ist außerhalb seines klassischen Kreditgeschäfts Kreditrisiken ausgesetzt, die erheblich über die Risiken aus dem klassischen Bankkreditgeschäft hinausgehen.

Der Konzern ist bei seinen Geschäften dem Risiko ausgesetzt, dass Dritte, die Gesellschaften des COMMERZBANK-Konzerns Geld, Wertpapiere oder sonstige Vermögenswerte schulden, ihre Verpflichtungen nicht erfüllen. Zudem ist der Konzern in vielen Geschäftsfeldern außerhalb der klassischen Bankgeschäfte (Einlagen- und Kreditgeschäft) ebenfalls Kreditrisiken ausgesetzt.

Insbesondere umfassen viele der Konzernbereiche, in denen der Konzern mit dem Segment Corporates & Markets aktiv ist, Kreditgeschäfte, die oft ergänzend zu anderen Transaktionen eingegangen werden. Kreditrisiken außerhalb des klassischen Kreditgeschäfts können zum Beispiel aus dem Halten von Wertpapieren für Dritte oder dem Eingehen von Swap-Vereinbarungen oder anderen Derivate-Geschäften, bei denen Kontrahenten gegenüber dem Konzern Zahlungsverpflichtungen haben, entstehen. Ein weiteres Beispiel ist die Ausführung von Termin-, Währungs- und Rohstoffhandelsgeschäften, die auf Grund einer Nichtleistung des Kontrahenten oder auf Grund der Verwirklichung eines Abwicklungsrisikos (Settlement-Risikos), also etwa auf Grund von Systemstörungen auf Seiten eines Clearing-Agenten, von Börsen, von Clearing-Häusern oder anderen Finanzintermediären, nicht zum vereinbarten Zeitpunkt abgewickelt werden, ferner das Ausreichen von Krediten im Rahmen von anderen Vereinbarungen.

Die Parteien dieser Vereinbarungen, wie Kontrahenten von Handelsgeschäften, können mit ihren Verpflichtungen gegenüber dem Konzern auf Grund von Insolvenz, politischen und wirtschaftlichen Ereignissen, Mangel an Liquidität, operationellen Fehlern oder aus anderen Gründen ausfallen. Dies kann sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns auswirken.

Kreditrisiken außerhalb des klassischen Bankgeschäfts bestehen für den Konzern ferner im Bereich der Derivate-Transaktionen. Viele Derivate-Transaktionen des Konzerns sind individuell verhandelt und nicht standardisiert. Dies kann die Auflösung, Übertragung oder Abwicklung der daraus resultierenden Positionen erschweren. Bestimmte Kreditderivate erfordern, dass der Konzern das zugrundeliegende Wertpapier, Darlehen oder eine andere Verpflichtung an den Kontrahenten liefert, um Zahlungen zu erhalten. In einigen Fällen hält der Konzern diesen Basiswert nicht und kann ihn möglicherweise nicht beschaffen. Das kann dazu führen, dass der Konzern die ihm geschuldeten Zahlungen nicht erhält oder dass zumindest Verzögerungen in der Abwicklung der Transaktion eintreten. Dies kann sich negativ auf die Reputation des Konzerns auswirken und seine Fähigkeit beeinträchtigen, künftige Geschäfte zu tätigen. Zudem können daraus auch erhöhte Kosten für den Konzern resultieren. Auch dies kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

17. Der Konzern unterliegt Marktpreisrisiken in Bezug auf die Bewertung von Aktien und Fondsanteilen.

Trotz der verbesserten Marktlage nach der zeitweisen Beruhigung der Staatsschuldenkrise in 2012 besteht weiterhin ein hohes Risiko eines erneuten Aufflammens der Krise mit entsprechend negativen Entwicklungen an den Finanzmärkten. Aktienkurse und Preise von Fondsanteilen können hiervon ebenfalls stark beeinflusst werden, was zu einer Abwertung der im Finanzanlage- bzw. Handelsbestand des Konzerns gehaltenen Aktien und Fondsanteile führen und erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben könnte.

18. Der Konzern unterliegt Marktpreisrisiken in Form von Zinsrisiken.

Der Konzern unterliegt insofern einem Zinsänderungsrisiko, als sich Aktiv- und Passivpositionen in den einzelnen Laufzeitbändern weder dem Betrag noch der Art der Verzinsung (fix/variabel) nach entsprechen und damit offene aktivische und passivische Zinspositionen entstehen. Bei offenen passivischen Festzinspositionen führen fallende Marktzinsen zu einem Rückgang des Marktwerts der Passivpositionen und gegebenenfalls zu einem Rückgang der Zinsspanne. Bei offenen aktivischen Festzinspositionen führen steigende Marktzinsen zu einem Rückgang der Marktwerte der Aktivpositionen und gegebenenfalls zu einem Rückgang der Zinsspanne durch die mögliche Verteuerung der Refinanzierung auf der Passivseite. Bei Produkten mit variabler Verzinsung besteht kein Marktwertisiko aus Zinsänderungen; veränderte Marktzinsen führen aber zu einer Änderung des Zinsaufwands bzw. des -ertrags. Zudem entstehen Risiken, wenn sich in Laufzeitbändern fix und variabel verzinsten Positionen gegenüberstehen, da dies offene aktivische bzw. passivische Zinspositionen zur Folge haben kann. Sollte es dem Konzern nicht gelingen, seine offene Zinsposition entsprechend den Marktentwicklungen und den vorgegebenen Limiten effizient zu steuern, kann dies erhebliche negative Auswirkungen auf die Profitabilität des Konzerns, seine Risikotragfähigkeit sowie seine Kernkapital- und Eigenmittelquote haben. Neben dem eigentlichen Zinsrisiko unterliegt der Konzern auch Modellrisiken aus den für die Zinsrisikosteuerung intern zugrunde gelegten Bodensatzmodellen für das Einlagengeschäft. Dabei wird modelliert, in welchem Umfang dem Konzern Kundeneinlagen über die vertragliche Laufzeit hinaus zur Verfügung stehen. Das Modellrisiko besteht darin, dass es in größerem Umfang als erwartet zum Abzug von Einlagen kommt.

Änderungen der Marktzinsen können zu einer flachen oder sogar inversen Zinsstrukturkurve führen. Dadurch kann generell für eine Bank die Möglichkeit beeinträchtigt werden, aus der Refinanzierung längerfristiger Aktiva mittels kürzerfristiger Passiva einen positiven Zinsüberschuss aus Fristentransformation (so genannter Strukturbeitrag) zu erzielen. Ob und inwieweit sich dieses Risiko realisiert, hängt von der tatsächlichen Fristentransformationsposition der jeweiligen Bank ab. Insbesondere über einen längeren Zeitraum kann eine flache oder inverse Zinsstrukturkurve die Zinsmarge und die Profitabilität des Konzerns erheblich beeinträchtigen. Der Konzern unterliegt zudem Basisrisiken, die sich aus unterschiedlichen Festlegungszeitpunkten bzw. -frequenzen von variablen Zinssätzen in einer Währung ergeben (Tenor Basis Risk). Der Eintritt eines oder mehrerer der vorgenannten Risiken kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

19. Der Konzern unterliegt Marktpreisrisiken in Form von Credit-Spread-Risiken.

Die durch die Finanzmarktkrise in 2008 ausgelöste und durch die Verschärfung der Staatsschuldenkrise im zweiten Halbjahr 2011 erneut beförderte Unsicherheit auf den Finanzmärkten und die Verknappung der Liquidität haben zu einer starken Ausweitung der Spreads, also der Renditeabstände zu als risikolos angesehenen Anlagen, geführt. Insbesondere mit der erfolgreichen Umsetzung der Schuldenrestrukturierung Griechenlands und den zwei dreijährigen Refinanzierungsoperationen (3 year Longer Term Refinancing Operations, „**3y-LTRO**“) der EZB haben sich die Spreads seit Anfang 2012 wieder eingeengt. Es besteht allerdings weiterhin das Risiko eines Ausfalls der Staatsanleihen eines oder mehrerer Länder der Euro-Zone, insbesondere in Südeuropa (siehe jeweils auch Risikofaktor 2 „*Die globale Finanzmarktkrise sowie die Staatsschuldenkrise, insbesondere im Euroraum, haben die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in der Vergangenheit ganz erheblich belastet, und es ist nicht auszuschließen, dass sich auch in Zukunft erheblich negative Folgen für den Konzern, insbesondere bei einer erneuten Verschärfung der Krise, ergeben können. Eine weitere Verschärfung der Krise innerhalb der Europäischen Währungsunion kann erheblich negative, unter Umständen sogar existenzbedrohende, Folgen für den Konzern haben.*“). Staatsanleihen können grundsätzlich nicht als risikofrei betrachtet werden.

Sollte es wieder zu einer Ausweitung der Spreads bei Staatsanleihen oder anderen Anlagen kommen, würde dies zu einem erneuten Rückgang der Marktwerte und damit, im Falle einer Veräußerung, zu einem Barwertverlust ausstehender Anleihen und einer entsprechenden weiteren Ergebnisbelastung führen. Des Weiteren können auch negative Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung durch Marktbewertung der im Handelsbestand gehaltenen Papiere sowie Bilanzeffekte durch Marktbewertung zum Verkauf gehaltener Wertpapiere (AfS) mittels der Neubewertungsrücklage und Effekte durch Abschreibungen auf als Loans and Receivables (LaR) gehaltene Wertpapiere wie auch als zum Verkauf gehaltene Wertpapiere (AfS) auftreten. Zu den im Geschäftsjahr 2012 für Staatsanleihen und Anleihen öffentlicher Körperschaften insoweit bereits eingetretenen Effekten siehe Risikofaktor 3 „*Der Konzern hält Staatsanleihen in erheblichem Umfang. Wertminderungen und niedrigere beizulegende Zeitwerte solcher Staatsanleihen haben die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in der Vergangenheit ganz erheblich belastet, und weitere zukünftige Belastungen sind nicht auszuschließen.*“. All dies kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

20. Der Konzern unterliegt Währungsrisiken.

Außerhalb der Eurozone ansässige Tochtergesellschaften des Konzerns stellen ihre Einzelabschlüsse in Fremdwährung auf. Währungsschwankungen zwischen dem Euro und den betreffenden lokalen Währungen (insbesondere zu US-Dollar (USD), britischem Pfund (GBP), polnischen Zloty (PLN) und russischen Rubeln (RUB)) können dazu führen, dass bei der Umrechnung von nicht auf Euro lautenden Positionen der Einzelabschlüsse für die Konsolidierung im Konzernabschluss andere Währungskurse als in vorausgegangenen Berichtsperioden verwendet werden. Diese Umrechnungsdifferenzen können über die Gewinn- und Verlustrechnung und über die Rücklage aus Währungsumrechnung das Eigenkapital des Konzerns belasten. Ferner schließen die Gesellschaft und andere in der Eurozone ansässige Konzerngesellschaften Transaktionen in anderen Währungen als dem Euro ab, so z.B. Schiffsfinanzierungen, die i.d.R. auf USD lauten. Ein relativer Wertzuwachs oder Wertverlust der betreffenden Fremdwährung gegenüber dem Euro kann in entsprechend höheren Aufwendungen bzw. niedrigeren Erträgen aus diesen Fremdwährungstransaktionen resultieren. Soweit dieses Risiko nicht abgesichert ist, können sich daraus erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ergeben. Außerdem kann der Anstieg von Währungen, in denen der Konzern Risikopositionen hält, zu einem Anstieg der risikogewichteten Aktiva („**RWA**“) und damit des regulatorischen Kapitalbedarfs führen.

Verbraucher in manchen mittel- und osteuropäischen Ländern haben in erheblichem Umfang Darlehen in ausländischen Währungen, insbesondere Schweizer Franken, aufgenommen. Auch der Konzern hat solche Darlehen vergeben. Auf Grund des relativen Verfalls der Währungen dieser Länder sind einige dieser Darlehen notleidend geworden oder drohen, notleidend zu werden. Diese Situation kann sich bei einem weiteren Verfall dieser Währungen verschärfen.

Entsprechende Währungsschwankungen können insbesondere im Falle einer Verschärfung der Staatsschuldenkrise entstehen (siehe Risikofaktor 2 *„Die globale Finanzmarktkrise sowie die Staatsschuldenkrise, insbesondere im Euroraum, haben die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in der Vergangenheit ganz erheblich belastet, und es ist nicht auszuschließen, dass sich auch in Zukunft erheblich negative Folgen für den Konzern, insbesondere bei einer erneuten Verschärfung der Krise, ergeben können. Eine weitere Verschärfung der Krise innerhalb der Europäischen Währungsunion kann erheblich negative, unter Umständen sogar existenzbedrohende, Folgen für den Konzern haben.“*).

Der Eintritt eines oder mehrerer der vorstehenden Risiken kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

21. Der Konzern unterliegt Marktpreisrisiken in Form von Volatilitäts- und Korrelationsrisiken.

Der Konzern ist in der Strukturierung von und dem Handel mit Finanzderivaten tätig. Derivate unterliegen Preisschwankungen auf Grund von Volatilitätsänderungen der Preise der zugrunde liegenden Basiswerte (z.B. Aktien, Währungen, Zinsen und Rohstoffe). Soweit Derivaten zwei Basiswerte oder ein Portfolio von Basiswerten zugrunde liegen (z.B. zwei Währungen oder ein Aktienportfolio), unterliegen die Preise dieser Derivate darüber hinaus sog. Korrelationsschwankungen. Die Korrelation ist ein statistisches Maß für die lineare Wechselwirkung zweier Basiswerte – je höher der Korrelationskoeffizient, desto stärker bewegen sich die zwei Werte im Gleichklang. Soweit Derivatepositionen nicht gegen Volatilitätsänderungen oder Korrelationsschwankungen abgesichert sind oder (wie z.B. beim PRDC-Portfolio auf Grund der langen Laufzeit) nicht abgesichert werden können, kann es zu Verlusten kommen, die sich erheblich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns auswirken können. Solche Verluste sind in der Vergangenheit u.a. im PRDC-Portfolio aufgetreten. Während das Portfolio im Jahr 2012 einen Verlust unter Vorjahreswert verursachte, könnten in Zukunft auch höhere Verluste auftreten, falls sich die Kurse des US-Dollar und des Australischen Dollar jeweils gegenüber dem Japanischen Yen nicht nachhaltig verbessern oder wieder verschlechtern.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden die Bewertungsmodelle für Zinssicherungsgeschäfte verfeinert, was zu einer höheren Volatilität der Bewertung von Zins- und Cross-Currency- und ähnlichen Sicherungsderivaten führt

Jeder dieser Effekte kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

22. Der Konzern unterliegt Marktpreisrisiken in Form von Rohstoffpreisrisiken.

Der Konzern ist in seinem operativen Geschäft Marktpreisrisiken in Bezug auf den Handel mit auf Rohstoffe bezogenen Derivaten, Zertifikaten und Spot-Geschäften ausgesetzt. Bei den zugrunde liegenden Rohstoffen handelt es sich im Wesentlichen um Edelmetalle, Industriemetalle, Energie und Agrarprodukte. Die Preise dieser Finanztitel können auf Grund zahlreicher Faktoren steigen oder fallen, so z.B. auf Grund der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, Marktentwicklung, Wechselkursentwicklung und Änderungen in den

rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen. Soweit Positionen nicht vollständig gegen diese Risiken abgesichert sind, kann es zu Verlusten kommen, die erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben können.

23. Die Hedging-Strategien des Konzerns können sich als ineffektiv erweisen, verursachen Kosten und sind ihrerseits mit Risiken verbunden.

Der Konzern verwendet eine Reihe von Instrumenten und Strategien, um Risiken abzusichern. Sollten sich diese Instrumente und Strategien als nicht oder als nur teilweise wirksam erweisen, ist es möglich, dass der Konzern Verluste erleidet, gegen die eigentlich Absicherung bestehen sollte. Zusätzlich verursachen die Hedging Strategien Kosten und können zusätzliche Risiken verursachen.

Unvorhergesehene Marktentwicklungen, wie die Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise, können die Effektivität der Maßnahmen, die der Konzern zur Risikoabsicherung ergreift, signifikant beeinträchtigen. Gewinne und Verluste aus ineffektiven Risikoabsicherungsmaßnahmen können die Volatilität des vom Konzern erzielten Ergebnisses erhöhen und somit erhebliche negative Auswirkungen auf seine Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben.

Es kann der Fall eintreten, dass die Bedingungen eines Sicherungsinstruments den konkreten Auslöser für die Verwirklichung des Risikos nicht erfassen. Außerdem besteht das Risiko, dass die Gegenpartei des Sicherungsgeschäfts insolvent oder sonst nicht in der Lage ist, fällig werdende Zahlungen zu leisten. In diesen Fällen erfüllen die Absicherungen nicht ihren Zweck und der Konzern ist Risiken ausgesetzt, von deren Absicherung er ausging. Derartige Risiken für den Konzern bestehen insbesondere aus Instrumenten, mit denen Risiken aus den vom Konzern gehaltenen Staatsanleihen abgesichert werden sollen (siehe auch Risikofaktor 3 *„Der Konzern hält Staatsanleihen in erheblichem Umfang. Wertminderungen und niedrigere beizulegende Zeitwerte solcher Staatsanleihen haben die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in der Vergangenheit ganz erheblich belastet, und weitere zukünftige Belastungen sind nicht auszuschließen.“* sowie Risikofaktor 4 *„Die vom Konzern erworbenen Credit Default Swaps (CDS) auf Staatsanleihen könnten ihren Absicherungszweck nicht erfüllen. Darüber hinaus hat der Konzern Credit Default Swaps auf Staatsanleihen begeben und dadurch das Ausfallrisiko aus Staatsanleihen Dritter übernommen. Das Risiko aus begebenen CDS kann sich realisieren, obwohl gleichzeitig die erworbenen CDS ihren Absicherungszweck nicht erfüllen.“*).

Instrumente, die zur Absicherung gegen Zins-, Währungs- und Inflationsrisiken dienen, können zu Verlusten führen, wenn die zugrundeliegenden Finanzinstrumente veräußert werden oder wenn Wertberichtigungen auf Grund von Zweifeln an der Bonität des Schuldners vorgenommen werden müssen. Stehen die Absicherungsgeschäfte in einer dokumentierten Hedge-Beziehung zu den Finanzinstrumenten (Hedge Accounting), muss analog zu den Wertberichtigungen im Grundgeschäft auch eine Wertberichtigung im Hedge Accounting durchgeführt werden.

Zu Ergebnisbelastungen kann es auch dadurch kommen, dass bei positiver Bonitätsentwicklung eines Schuldners von Finanzinstrumenten die resultierende Wertsteigerung dieser Finanzinstrumente lediglich in der Neubewertungsrücklage verbucht wird, während der korrespondierende Wertverlust von Zinshedges einen ergebniswirksamen Verlust verursacht.

Schließlich kann sich der Konzern teilweise nur schwer oder nicht angemessen gegen Risiken im Zusammenhang mit der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise absichern. Die Auswirkungen der Krise auf verschiedene Kontrahenten und die Beurteilung der Kontrahenten durch die Märkte hängen auch von psychologischen Faktoren ab. Diese Beurteilungen können sich teilweise in kurzer Zeit stark ändern und dadurch zu Schwankungen der Marktwerte, der Liquidität von Instrumenten und der Risiken führen. Dies kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

24. Es ist möglich, dass die Einnahmen bzw. Ergebnisse des Konzerns aus seinem Brokerage-Geschäft und anderen kommissions- oder gebührenabhängigen Geschäften weiter absinken.

Auf Grund der Entwicklungen der letzten Jahre ist es möglich, dass die Einnahmen bzw. Ergebnisse des Konzerns aus seinem Brokerage-Geschäft und anderen kommissions- oder gebührenabhängigen Geschäften weiter absinken. Die anhaltende Unsicherheit über den Fortgang der Finanzmarktkrise, der Staatsschuldenkrise und der abgeschwächten volkswirtschaftlichen Wachstumsperspektiven führt zum Rückgang von Zahl und Volumen der Transaktionen, die der Konzern für seine Kunden durchführt. Daher sind die zinsunabhängigen Einnahmen zurückgegangen. Die Gebühren, die der Konzern für die Verwaltung von Wertpapierbeständen erzielt, hängen überwiegend von dem Wert und der Wertentwicklung der zu verwaltenden Bestände ab. Die Marktlage sowie ein verändertes Anlageverhalten können den Wert dieser Wertpapierbestände verringern. Dies kann zu einem Rückgang der Einnahmen aus dem Wertpapiergeschäft im Privatkundengeschäft führen. Darüber hinaus kann eine negative oder schwache Wertentwicklung der Investmentfonds des Konzerns zu geringeren Einnahmen aus dem Wertpapiergeschäft führen.

Zugleich sind vor allem im Privatkundengeschäft die rechtlichen Anforderungen an die Anlageberatung gestiegen. Wie etwa bei der Pflicht zur Erstellung eines Beratungsprotokolls ergeben sich daraus sowohl ein teils erheblicher Zusatzaufwand als auch erhöhte Compliance-Risiken. Möglicherweise gelingt es dem Konzern nicht nachhaltig, die damit verbundenen Kosten weiterzugeben oder durch sonstige Mehreinnahmen im Brokerage-Bereich auszugleichen. Es ist auch denkbar, dass der Konzern im Brokerage-Bereich wettbewerbsbedingt zukünftig ein so genanntes Flat Fee-Modell einführt, bei dem keine transaktionsorientierten Kosten anfallen, sondern das sich nur am Umfang der gehaltenen Depotpositionen orientiert. Alternativ könnte auch auf Honorarberatung umgestellt werden. Jede dieser potenziellen Umstellungen kann das Ergebnis aus dieser Tätigkeit nachhaltig belasten und damit erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

25. Der Konzern könnte seine Kundenbasis falsch einschätzen, und seine Planungen und Risikoeinschätzungen könnten daher auf unzutreffenden Annahmen basieren.

Der Konzern verfügt gegenwärtig noch nicht für alle Konzernteile über eine Informationstechnologie („IT“)-Infrastruktur, die es ihm ermöglicht, Kundenzahlen konzernweit konsolidiert zu erfassen und dadurch Doppelzählungen zu vermeiden. Insbesondere besteht für den Kundenbestand der comdirect bank Aktiengesellschaft („comdirect bank“) keine Möglichkeit, die dortigen Kundenbestände mit dem Kundenbestand der COMMERZBANK elektronisch fehlerfrei abzugleichen. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass die bisherigen Schätzungen der Kundenzahlen infolge von Doppelzählungen unzutreffend sind. Die Planungen des Konzerns könnten daher von falschen Annahmen ausgehen und die wirtschaftlichen Ziele sich als unrealistisch herausstellen. Zudem kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Konzern Verbindungen zwischen Kunden bzw. Interdependenzen zwischen Kunden oder Risikoclustern nicht erkennt oder unzutreffend einschätzt. Beides kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

26. Es besteht das Risiko, dass sich vom Konzern entwickelte Produkte nicht im Markt platzieren lassen, platzierte Produkte sich nicht so entwickeln wie erwartet und Vorleistungen sich deshalb als überflüssig erweisen oder daraus Haftungsrisiken oder Finanzierungsverpflichtungen entstehen.

Der Konzern entwickelt verschiedene Produkte, z.B. Fonds und Zertifikate. Die Entwicklung solcher Produkte ist mit Kosten verbunden, teilweise werden auch im Vorgriff auf die aufzulegenden Produkte bereits erhebliche Aufwendungen getätigt, um z.B. Vermögenswerte, die in einem Fonds gebündelt werden sollen, zu erwerben. Lässt sich dann das Produkt nicht platzieren, z.B. auf Grund geänderter Marktbedingungen, können sich diese Aufwendungen als vergeblich erweisen. Dies könnte zur Folge haben, dass die Vermögenswerte nur zu einem geringeren Preis verwertet werden können bzw. abgeschrieben werden müssen.

In anderen Fällen kann sich das selbst oder von Dritten entwickelte, aber vom Konzern vertriebene und auch platzierte Produkt im weiteren Verlauf anders entwickeln als erwartet. Wurde nicht das gesamte Produkt im Markt platziert, so bestehen für den Konzern entsprechende Risiken aus den bei ihm verbliebenen Teilen. Hinsichtlich der platzierten Teile kann eine negative Entwicklung des Produkts zu Ansprüchen der Investoren gegen den Konzern führen. Die negative Entwicklung des Produkts kann auch dazu führen, dass der Konzern im Hinblick auf die für dieses Produkt eingegangenen Verpflichtungen (z.B. Kapital- oder Liquiditätsgarantien) in Anspruch genommen wird.

Die Realisierung jedes der vorgenannten Risiken kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

27. Die Vertriebspartnerschaft zwischen der Allianz und dem Konzern in Bezug auf Asset Management- und Versicherungsprodukte führt möglicherweise nicht zu den erhofften Vorteilen und kann finanzielle Belastungen zur Folge haben.

Im Zuge der Übernahme der Dresdner Bank von der Allianz SE (zusammen mit ihren konsolidierten Tochterunternehmen „Allianz“) sowie der Veräußerung der cominvest Asset Management GmbH, der cominvest Asset Management S.A., der Münchener Kapitalanlage Aktiengesellschaft und der MK LUXINVEST S.A. (zusammen die „cominvest-Gruppe“) an die Allianz-Gruppe wurde zwischen dem Konzern und der Allianz eine langjährige Vertriebspartnerschaft in Bezug auf den Vertrieb von Asset Management- und Versicherungsprodukten geschlossen. Strukturelle Veränderungen im Nachfrageverhalten der Kunden und regulatorische und steuerrechtliche Änderungen, welche die relative Attraktivität von Anlage- und Vorsorgeprodukten verändern, können sich negativ auf den Vertrieb der Asset Management- und Versicherungsprodukte auswirken, so dass die tatsächliche Geschäftsentwicklung und die erzielten Provisionserträge hinter der Planung zurückbleiben. Bei der Verfehlung bestimmter vertraglich festgelegter Zielvorgaben könnte die Gesellschaft außerdem gegenüber der Allianz zur Leistung von Ausgleichszahlungen verpflichtet sein. Die Realisierung jedes dieser Risiken kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

28. Die Märkte, in denen der Konzern tätig ist, insbesondere der deutsche Markt (und dort vor allem die Tätigkeiten im Geschäft mit Privat- und Firmenkunden sowie im Investment Banking) sowie der polnische Markt, sind von starkem Preis- und Konditionenwettbewerb gekennzeichnet, woraus ein erheblicher Margendruck resultiert.

Der deutsche Bankensektor ist durch einen intensiven Wettbewerb gekennzeichnet, der auch deutlich intensiver ist als z.B. in den anderen Mitgliedstaaten der EU. Oft wird er über Konditionen geführt, so dass Margen entstehen, die wirtschaftlich nicht attraktiv oder nicht risikoadäquat sind.

Im Geschäft mit Privatkunden ist die Ertragssituation am Markt angespannt. Dies kann sich in Zukunft noch verschärfen, da sich viele Wettbewerber infolge der Finanzmarktkrise stärker auf das Retail-Banking als ihr Kerngeschäft fokussieren. Außerdem wollen die Banken ihre Abhängigkeit vom Interbankenmarkt reduzieren, indem sie sich stärker über Einlagen von Privatkunden refinanzieren. Auch dies kann die Intensität des Wettbewerbs weiter erhöhen. Insbesondere werden Neukunden von Wettbewerbern zunehmend mit besonders günstigen Konditionen (insbesondere hohen Einlagezinsen) für befristete Einstiegszeiträume geworben. Bedingt durch Gewöhnungseffekte bei den Kunden kann aber auch der Konditionenwettbewerb bei Bestandskunden hierdurch weiter verschärft werden.

Im Geschäft mit Firmenkunden und auch im Bereich des Investment Banking, konkurrieren deutsche Banken mit einer Reihe von ausländischen Anbietern, die in den vergangenen Jahren ihre Präsenz im deutschen Markt zum Teil erheblich ausgebaut haben. Daher besteht die Gefahr, dass sich die Wettbewerbsintensität weiter verschärfen wird. Manche Mitbewerber berücksichtigen nach Einschätzung des Konzerns das mit der Kreditvergabe verbundene Ausfallrisiko (risikoadjustierte Preisgestaltung) nicht immer angemessen. In Folge dieses intensiven Wettbewerbs sind in einzelnen Segmenten oder Teilbereichen des Marktes attraktive Margen und Provisionen nur schwer durchsetzbar.

Auch in Polen ist der Bankensektor durch intensiven Wettbewerb und daraus resultierenden Margendruck gekennzeichnet. Da zudem die polnische Wirtschaft wesentlich von der Wirtschaftslage in Deutschland beeinflusst wird, könnte ein wirtschaftlicher Abschwung in Deutschland erhebliche negative Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der BRE Bank in Polen haben, was die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns belasten könnte.

Im Falle eines neuerlichen wirtschaftlichen Abschwungs kann sich der Wettbewerbsdruck noch erhöhen, z.B. durch gesteigerten Preisdruck und ein geringeres Geschäftsvolumen. Siehe Risikofaktor 5 „*Es besteht das Risiko, dass der Konzern seine strategischen Pläne nicht, nicht vollständig oder nur zu höheren Kosten als geplant umsetzen kann oder dass die Umsetzung geplanter Maßnahmen nicht zur Verwirklichung der angestrebten strategischen Ziele führt.*“.

Sollte es dem Konzern nicht gelingen, seine Produkte und Dienstleistungen zu wettbewerbsfähigen Konditionen anzubieten und damit Margen zu erzielen, welche die mit seiner Geschäftstätigkeit verbundenen Kosten und Risiken zumindest ausgleichen, kann dies erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

29. Maßnahmen von Regierungen und Zentralbanken zur Bekämpfung der Finanzmarktkrise und der Staatsschuldenkrise wirken sich erheblich auf das Wettbewerbsumfeld aus.

Als Reaktion auf die Finanzmarktkrise und die Staatsschuldenkrise haben Regierungen und Zentralbanken in erheblichem Umfang in die Finanzwirtschaft eingegriffen. Zu den dabei ergriffenen Maßnahmen zählen die Übernahme unmittelbarer Beteiligungen an einzelnen Finanzinstituten, insbesondere in Deutschland, den USA, Großbritannien, den Niederlanden, Belgien und der Schweiz, die Zuführung anderer Formen von Eigenkapital, ferner die Übernahme von Garantien für Verbindlichkeiten oder der Erwerb notleidender Aktiva von Finanzinstituten sowie die langfristige Zurverfügungstellung von Liquidität zu sehr günstigen Konditionen. Teilweise wurden einzelne Finanzinstitute verstaatlicht. Solche Maßnahmen beeinflussen das Wettbewerbsumfeld. Unabhängig davon, dass die COMMERZBANK selbst ebenfalls staatliche Stabilisierungsmaßnahmen erhalten hat, können staatliche Stabilisierungsmaßnahmen für Wettbewerber des Konzerns dazu führen, dass der Konzern in verschiedenen Geschäftsbereichen und -regionen mit Finanzdienstleistern konkurrieren muss, die unter Umständen auch auf Grund staatlicher Stabilisierungsmaßnahmen größer und besser kapitalisiert sind als der Konzern. Soweit es dem Konzern in diesen Bereichen nicht gelingt, Produkte und Dienstleistungen zu wettbewerbsfähigen Konditionen anzubieten und dabei profitable Margen zu erzielen, kann dies erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

30. Der Konzern ist auf die regelmäßige Versorgung mit Liquidität angewiesen, und ein marktweiter oder unternehmensspezifischer Liquiditätsengpass kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns erheblich negativ beeinflussen. Derzeit ist die Liquiditätsversorgung von Banken und anderen Akteuren an den Finanzmärkten stark von weitreichenden Maßnahmen der Zentralbanken abhängig.

Der Konzern benötigt regelmäßig Liquidität, um seine Geschäftstätigkeit zu refinanzieren und unterliegt daher grundsätzlich einem Liquiditätsrisiko, d.h. dem Risiko, dass er seinen gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht fristgerecht nachkommen kann, oder aber, dass er sich nur zu übermäßig hohen Kosten refinanzieren kann.

Als im Euroraum ansässige Geschäftsbank nimmt die COMMERZBANK mittel- und langfristige Refinanzierungsmittel überwiegend auf dem Euro-Kapitalmarkt auf. Etwa erforderliche Refinanzierungsmittel in anderen Währungen werden direkt durch Inanspruchnahme des jeweiligen Währungs-Geldmarkts oder indirekt durch Inanspruchnahme des Euro-Kapitalmarkts und anschließender Konvertierung über geeignete Währungsderivate (z.B. cross currency swaps) beschafft.

Das Liquiditätsrisiko kann in unterschiedlichen Ausprägungen auftreten. So kann z.B. der Fall eintreten, dass der Konzern an einem bestimmten Tag seinen Zahlungsverpflichtungen aus eigenen liquiden Mitteln nicht nachkommen kann und am Markt kurzfristig Liquidität zu teuren Konditionen nachfragen muss oder sogar keine Liquidität erhält. Auch Einlagen können abgezogen oder Kreditzusagen unerwartet in Anspruch genommen werden. Ein marktweiter oder unternehmensspezifischer Liquiditätsengpass kann die Geschäftsaktivitäten des Konzerns und damit die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns erheblich negativ beeinflussen.

Ein Wiederaufleben der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise kann zu einem Abwärtsdruck auf die Aktienkurse und die Kreditwürdigkeit von Kreditinstituten, oftmals ohne Rücksicht auf ihre Finanzkraft, und anderer Kapitalmarktteilnehmer führen und ihre Fähigkeit beeinträchtigen, sich zu günstigen Konditionen kurz-, mittel- und langfristig am Kapitalmarkt zu refinanzieren. Noch immer nutzen die Banken des Euroraumes in erheblichem Maße Liquidität über die von der EZB in 2011 und 2012 begebenen langfristigen Refinanzierungsgeschäfte (Longer-Term Refinancing Operations, LTRO).

So wurde im Rahmen der 3y-LTRO den europäischen Banken Liquidität in großem Umfang zur Verfügung gestellt. Dabei konnten die teilnehmenden Banken Sicherheiten mit geringerer Qualität stellen als bei Refinanzierungsoperationen in der Vergangenheit. Hierdurch kann bei einer Verschärfung der Staatsschuldenkrise das Risiko entstehen, dass die EZB Verluste aus ihren 3y-LTRO-Positionen erleidet oder sich gezwungen sieht, weitere Maßnahmen zur Stützung der Banken durchzuführen, um eigene Verluste zu vermeiden. Dies kann sich wiederum negativ auf das Wettbewerbsumfeld auswirken (siehe Risikofaktor 29 „Maßnahmen von Regierungen und Zentralbanken zur Bekämpfung der Finanzmarktkrise und der Staatsschuldenkrise wirken sich erheblich auf das Wettbewerbsumfeld aus.“).

Der COMMERZBANK-Konzern hat die Mittel aus dem 3y-LTRO mittlerweile vollständig zurückgeführt.

Darüber hinaus generieren Banken und andere Finanzmarktteilnehmer derzeit in erheblichem Umfang Liquidität, indem im Rahmen von Repo-Geschäften dieselben Vermögensgegenstände, u.a. auch Staatsanleihen, von mehreren Marktteilnehmern in mehreren Stufen als Sicherheit verwendet werden (Re-Hypothecation). Werden als Folge möglicher Wertverluste dieser Vermögensgegenstände diese Sicherheitenketten aufgelöst, so kann dadurch auf mehreren Stufen gleichzeitig Liquidität verloren gehen. Sollte die Liquiditätsversorgung nicht anderweitig, insbesondere durch Zentralbanken, sichergestellt werden können, könnten dadurch Teilnehmer dieser Sicherheitenketten in ihrer Existenz bedroht sein. Der Eintritt dieses Risikos kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

Bei Refinanzierungsschwierigkeiten könnte der Konzern gezwungen sein, von ihm gehaltene Vermögenswerte unterhalb ihres Buchwertes zu veräußern und sein Geschäft einzuschränken. Derartige Maßnahmen können erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

31. Die Möglichkeiten des Konzerns zur längerfristigen Refinanzierung über die Pfandbriefmärkte, die bisher durch die Hypothekenbank Frankfurt erfolgte, ist durch deren schwierige Situation und bevorstehende Abwicklung beeinträchtigt und kann durch eine Beeinträchtigung der Liquidität der Pfandbriefmärkte weiter erschwert werden.

Die Emission von Pfandbriefen bildet ein wichtiges Element bei der mittel- und langfristigen Refinanzierung des Konzerns. Zum 31. März 2013 betrug das Gesamtvolumen der vom Konzern begebenen Pfandbriefe insgesamt EUR 42,5 Mrd. Davon entfallen 91,1% auf die Hypothekenbank Frankfurt. Die Auflage der Europäischen Kommission („EU-Kommission“), die Hypothekenbank Frankfurt mit Ausnahme eines

volumenmäßig begrenzten Kerngeschäfts im Bereich Commercial Real Estate abzuwickeln, die anschließende strategische Entscheidung der COMMERZBANK, die gewerbliche Immobilienfinanzierung und Schiffsfinanzierung wertschonend über die Zeit komplett abzubauen, und die erheblichen Risiken, denen die Hypothekbank Frankfurt unter anderem wegen ihres umfangreichen Staatsanleihenportfolios unterliegt (siehe auch Risikofaktor 3 *„Der Konzern hält Staatsanleihen in erheblichem Umfang. Wertminderungen und niedrigere beizulegende Zeitwerte solcher Staatsanleihen haben die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in der Vergangenheit ganz erheblich belastet, und weitere zukünftige Belastungen sind nicht auszuschließen.“*), können die Fähigkeit der Hypothekbank Frankfurt belasten, Pfandbriefe zu angemessenen Konditionen zu emittieren. Die COMMERZBANK verfügt derzeit nur über die Möglichkeit zur Begebung von Schiffspfandbriefen und Öffentlichen Pfandbriefen auf Basis der im Zuge der Verschmelzung der Deutschen Schiffsbank auf die COMMERZBANK übernommenen Deckungsstöcke. Die COMMERZBANK schafft derzeit die Voraussetzungen zur Begebung von Hypothekpfandbriefen und strebt eine erste Emission noch in 2013 an. Gegenwärtig sind die Möglichkeiten des Konzerns zur Refinanzierung über die Pfandbriefmärkte aber noch eingeschränkt.

Darüber hinaus kann eine Beeinträchtigung der Liquidität des Pfandbriefmarktes, z.B. im Sinne einer Begrenzung des zur Verfügung stehenden Refinanzierungsvolumens oder eine Konditionenverschlechterung des Pfandbriefmarktes oder weiter steigende Überdeckungsanforderungen der Ratingagenturen, die Begebung von Pfandbriefen weiter beeinträchtigen. Sofern dadurch die Geschäftsaktivitäten des Konzerns beschränkt werden, könnte dies erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

32. Eine Herabstufung des Ratings der COMMERZBANK und ihrer Tochtergesellschaften kann die Refinanzierung erschweren bzw. verteuern sowie Vertragspartnern das Recht geben, Derivategeschäfte zu beenden oder zusätzliche Sicherheiten zu fordern.

Die Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch bewerten mit Hilfe einer Bonitätsbeurteilung, ob ein potenzieller Kreditnehmer zukünftig in der Lage sein wird, seinen Kreditverpflichtungen vereinbarungsgemäß nachzukommen. Ein wesentlicher Baustein für die Bonitätseinstufung (= Rating) ist die Bewertung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kreditnehmers. Eine Herabstufung des Ratings der COMMERZBANK hätte nachteilige Auswirkungen auf die Kosten des Konzerns für die Eigen- und Fremdkapitalbeschaffung und könnte zum Entstehen neuer oder zur Fälligkeit bestehender Verbindlichkeiten führen, die von der Aufrechterhaltung eines bestimmten Ratings abhängen. Das Rating der COMMERZBANK ist zudem ein wichtiges komparatives Element im Wettbewerb mit anderen Banken. Es hat insbesondere auch einen bedeutenden Einfluss auf die Ratings der wesentlichen Tochtergesellschaften der COMMERZBANK. Eine Herabstufung oder die bloße Möglichkeit der Herabstufung des Ratings der COMMERZBANK oder einer ihrer Tochtergesellschaften kann nachteilige Auswirkungen auf das Verhältnis zu den Kunden und für den Vertrieb von Produkten und Dienstleistungen der jeweiligen Gesellschaft haben. Eine Herabstufung kann auch die Verfügbarkeit und die Kosten von Refinanzierungen der COMMERZBANK negativ beeinflussen.

Die Einschätzungen der Ratingagenturen sind von einer Reihe von Faktoren abhängig, die insbesondere vom Franchise value (Ertragspotential), der Kapitalausstattung, der Risikopositionierung, der Profitabilität und von den Refinanzierungsmöglichkeiten bzw. der Liquidität getrieben werden. Verschiedene Ratingagenturen gehen auch angesichts der bestehenden Staatsbeteiligung und der nationalen Systemrelevanz der COMMERZBANK gegenwärtig zugunsten der COMMERZBANK von einer erhöhten Rettungsbereitschaft des deutschen Staats im Krisenfall aus. Ohne die Berücksichtigung dieses Gesichtspunkts fiel das Rating der COMMERZBANK schlechter aus. Unabhängig von einer Rückführung der stillen Einlagen des SoFFin oder eines Weiterbestehens der Staatsbeteiligung ist es möglich, dass zukünftig die staatliche Unterstützung bei einem Rating nicht mehr in einem so hohen Ausmaß berücksichtigt wird, was sich im Falle der COMMERZBANK negativ auf das Rating auswirken würde. Auch eine Verwässerung des Anteils des SoFFin am Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von derzeit 25% könnte zu einer Herabstufung des Ratings der COMMERZBANK führen.

Standard & Poor's hat das Rating der COMMERZBANK am 7. Februar 2013 unter Beobachtung gestellt („CreditWatch with negative implications“). Daraus kann sich eine Herabstufung des Ratings der COMMERZBANK durch Standard & Poor's ergeben.

Am 23. April 2013 stufte Moody's das Langfrist-Rating der COMMERZBANK von „A3“ auf „Baa1“ herab. Als Begründung nannte Moody's das anhaltend herausfordernde Umfeld im deutschen Privatkundenmarkt und die aus Sicht von Moody's weiterhin hohen Risiken der COMMERZBANK in Bezug auf Commercial Real Estate, die Schiffsfinanzierung sowie Staatsanleihen südeuropäischer Peripherieländer.

Daneben könnte der Fall eintreten, dass der Konzern nach einer Rating-Herabstufung im Zusammenhang mit ratingabhängigen Sicherheitenvereinbarungen für Derivategeschäfte zusätzliche Sicherheiten stellen müsste oder nicht mehr als Counterparty für Derivategeschäfte in Frage kommen würde. Sollte das Rating

der COMMERZBANK oder einer ihrer Tochtergesellschaften aus dem Bereich der vier höchsten Bewertungsstufen (Investment Grade-Rating) herausfallen, kann das operative Geschäft der COMMERZBANK oder der betroffenen Tochtergesellschaft und damit auch die Refinanzierungskosten aller Konzerngesellschaften erheblich beeinträchtigt werden (siehe Risikofaktor 30 *„Der Konzern ist auf die regelmäßige Versorgung mit Liquidität angewiesen, und ein marktweiter oder unternehmensspezifischer Liquiditätsengpass kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns erheblich negativ beeinflussen. Derzeit ist die Liquiditätsversorgung von Banken und anderen Akteuren an den Finanzmärkten stark von weitreichenden Maßnahmen der Zentralbanken abhängig.“* und Risikofaktor 31 *„Die Möglichkeiten des Konzerns zur längerfristigen Refinanzierung über die Pfandbriefmärkte, die bisher durch die Hypothekenbank Frankfurt erfolgte, ist durch deren schwierige Situation und bevorstehende Abwicklung beeinträchtigt und kann durch eine Beeinträchtigung der Liquidität der Pfandbriefmärkte weiter erschwert werden.“*).

Jedes der vorgenannten Risiken kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

33. Der Konzern unterliegt einer Vielzahl von operationellen Risiken einschließlich des Risikos, dass Mitarbeiter exzessive Risiken für den Konzern eingehen oder gegen Compliance-relevante Vorschriften im Zusammenhang mit der Ausübung der Geschäftstätigkeit verstoßen und dadurch plötzlich auftretende Schäden in erheblicher Größenordnung verursachen, die mittelbar auch zu einer Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen führen können.

Der Konzern führt im Rahmen seiner gewöhnlichen Geschäftstätigkeit eine große Zahl komplexer Transaktionen in einer Vielzahl von Jurisdiktionen durch und unterliegt in diesem Zusammenhang einer Reihe operationeller Risiken. Diese Risiken betreffen insbesondere die Möglichkeit inadäquater oder fehlerhafter interner und externer Arbeitsabläufe und Systeme, regulatorische Probleme, Verstöße gegen Compliance-relevante Vorschriften und Bestimmungen im Zusammenhang mit der Ausübung der Geschäftstätigkeit, menschliches Versagen sowie bewusste Rechtsverletzungen wie z.B. Betrug. Zu den Compliance-relevanten Vorschriften und Bestimmungen zählen unter anderem Verhaltens-, Organisations- und Transparenzpflichten bei Wertpapierdienstleistungen. Verstöße hiergegen können zu Untersuchungen von Aufsichtsbehörden und entsprechenden Sanktionen führen. Des Weiteren zählen hierzu auch die Vorschriften zur Verhinderung von Geldwäsche und von Terrorismusfinanzierung in verschiedenen Ländern. Angebliche Verstöße gegen solche Vorschriften können auch zu staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen und in der Folge zu Strafzahlungen führen.

Derzeit untersuchen die New Yorker Staatsanwaltschaft, das US-Justizministerium und weitere Behörden, ob es zu Verstößen des Konzerns und anderer Banken gegen US-Embargobestimmungen (insbesondere gegenüber dem Iran) und im Zusammenhang damit zu falscher oder unvollständiger Dokumentation und Verbuchung gekommen ist (siehe auch Risikofaktor 57 *„Regulatorische, aufsichtsrechtliche und staatsanwaltschaftliche Verfahren können erhebliche nachteilige Auswirkungen auf den Konzern haben.“*). Die EU-Kommission hat gegen die COMMERZBANK ein kartellrechtliches Prüfverfahren eingeleitet (siehe auch Risikofaktor 63 *„Die EU-Kommission ermittelt gegen mehrere Unternehmen des Finanzsektors im Rahmen eines kartellrechtlichen Prüfverfahrens bezüglich des Marktes für Finanzinformationen über Credit Default Swaps.“*).

Wie einige spektakuläre Fälle bei Wettbewerbern gezeigt haben, können Banken plötzlich Verluste in erheblicher Größenordnung erleiden, wenn Mitarbeiter in bewusster Schädigungsabsicht oder unter Umgehung von internen Regeln und Kontrollen exzessive Risiken eingehen und sich diese Risiken realisieren. Derartige Risiken und Schäden können mitunter erst mit einer zeitlichen Verzögerung von mehreren Jahren erkannt werden. Es ist nicht auszuschließen, dass auch der Konzern von derartigen Risiken und Schäden betroffen wird. Interne Regelungen sowie Kontroll- und Sicherungsmechanismen zur Vermeidung solcher Fälle können sich insofern als unzureichend erweisen oder bewusst umgangen werden. In jüngerer Zeit haben zudem Fälle von Manipulationsverdächtigungen in Bezug auf die Festlegung von Referenzzinssätzen wie LIBOR oder EURIBOR zu behördlichen Untersuchungen und bei Wettbewerbern zu teilweise erheblichen finanziellen Belastungen und Reputationsschäden geführt. Die COMMERZBANK ist eine der rund 40 Panel-Banken, die an der Festlegung des EURIBOR beteiligt sind. Mitarbeiter der COMMERZBANK sind nach deren Kenntnis derzeit nicht Gegenstand konkreter Manipulationsverdächtigungen im Zusammenhang mit der Festlegung des EURIBOR. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass laufende oder künftige Untersuchungen zu Manipulationsverdächtigungen im Hinblick auf Referenzzinssätze gegen Mitarbeiter der COMMERZBANK führen oder derartige Verdächtigungen bestätigen könnten, was insbesondere auch zu erheblichen Reputationsschäden für den Konzern führen könnte.

Darüber hinaus ist denkbar, dass externe Ereignisse, wie Naturkatastrophen, terroristische Angriffe, Kriege, Pandemien oder andere Ausnahmestände das Umfeld, in dem der Konzern tätig ist, und damit indirekt die internen Prozesse des Konzerns massiv beeinträchtigen. Derartige Ereignisse können sich in

erheblichen Verlusten sowie Reputationsschäden für den Konzern niederschlagen. Darüber hinaus kann der Konzern gezwungen sein, Arbeitnehmern zu kündigen, was sich nachteilig auf das Geschäft des Konzerns auswirken könnte. Der Konzern versucht, operationelle Risiken durch die Implementierung geeigneter, auf sein Geschäft und das Markt- und regulatorische Umfeld, in dem er tätig ist, zugeschnittener Kontrollprozesse abzusichern. Dennoch ist es möglich, dass sich diese Maßnahmen in Bezug auf bestimmte oder alle operationellen Risiken, denen der Konzern ausgesetzt ist, als nicht wirksam erweisen. Zwar versucht der Konzern, sich gegen die wichtigsten operationellen Risiken zu versichern, jedoch ist es nicht möglich, am Markt für alle operationellen Risiken Versicherungsschutz zu ökonomisch akzeptablen Bedingungen zu erhalten.

Zur Modellierung des „fat tail“ der Verlustverteilung – also des finanziellen Risikos aus seltenen Großschäden – werden zusätzlich zu den internen Daten externe Verlustdaten der Operational Riskdata eXchange Association, Zürich (ORX), einem Datenkonsortium internationaler Banken, verwendet. Hieraus kann sich insbesondere auch durch einzelne Großschäden bei anderen teilnehmenden Banken eine Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen aus operationellen Risiken der COMMERZBANK ergeben.

Sollten einzelne oder alle der vorgenannten Risiken eintreten, kann dies erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

34. Der Konzern hängt in hohem Maße von komplexen IT-Systemen ab, deren Funktionsfähigkeit durch interne und externe Umstände beeinträchtigt werden kann.

Das umfangreiche institutionelle Bankgeschäft des Konzerns ist in hohem Maße Gefahren und Risiken, wie z.B. Computerviren, Schäden, anderen externen Bedrohungen, Fehlern im Betrieb sowie Soft- oder Hardwarefehlern, ausgesetzt. Darüber hinaus sind für sämtliche IT-Systeme regelmäßige Erweiterungen erforderlich, um den Anforderungen sich ständig ändernder Geschäfts- und aufsichtsrechtlicher Erfordernisse gerecht zu werden. Insbesondere die Einhaltung der Basel II-Vorschriften hat erhebliche Anforderungen an die Funktionalität der IT-Systeme des Konzerns gestellt und wird dies auch weiterhin tun, ebenso wie auch Basel III nach Einschätzung der COMMERZBANK die Anforderungen an die IT-Systeme nochmals erhöhen wird. Eine Verwirklichung jedes dieser Risiken kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns erheblich negativ beeinflussen.

35. Der Konzern hat einen erheblichen Investitionsbedarf, um kurz- und mittelfristig eine wettbewerbsfähige IT-Landschaft sicherzustellen. Es kann nicht gewährleistet werden, dass neue IT-Systeme ordnungsgemäß funktionieren und dass durch die Investitionen die erstrebte Wettbewerbsfähigkeit der IT-Landschaft auch erreicht werden kann.

Nicht zuletzt aufgrund der Fokussierung der IT-Kapazitäten auf die Integration der Dresdner Bank und deren IT-Systeme besteht in verschiedenen Segmenten des Konzerns ein nicht unerheblicher Nachholbedarf, um kurz- und mittelfristig eine wettbewerbsfähige IT-Landschaft sicherzustellen. Dies gilt z.B. für das Segment Privatkunden beim Online-Banking, in der Mittelstandsbank im Bereich Transaction-Banking und im Segment Corporates & Markets bei einzelnen elektronischen Handelsplattformen. Allein dieser Investitionsbedarf kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben.

Werden neue oder aktualisierte IT-Systeme implementiert, ist nicht in jedem Fall gewährleistet, dass diese immer ordnungsgemäß funktionieren. Ebenso kann nicht gewährleistet werden, dass diese neuen oder aktualisierten IT-Systeme die spezifischen Anforderungen erfüllen und damit die erstrebte Wettbewerbsfähigkeit der IT-Systeme erreicht werden kann.

Jedes der vorgenannten Risiken kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

36. Die wachsende Bedeutung von elektronischen Handelsplattformen und neuen Technologien kann sich negativ auf die Geschäftstätigkeit des Konzerns auswirken.

Der Einsatz moderner Technologien hat für den Bankensektor und das Geschäft des Konzerns eine zentrale Bedeutung. Das kontinuierliche Wachstum des elektronischen Handels und die Einführung damit zusammenhängender Technologien verändern die Art und Weise, wie das Bankgeschäft betrieben wird und führen zu neuen Herausforderungen. Wertpapier-, Termin- und Optionsgeschäfte werden zunehmend elektronisch abgewickelt. Einige dieser elektronischen Handelsplattformen, über die diese Geschäfte abgewickelt werden, stehen im Wettbewerb zu den vom Konzern gegenwärtig verwendeten Systemen, und es ist absehbar, dass das zu erwartende weitere Vordringen elektronischer Handelsplattformen diesen Wettbewerb in Zukunft weiter verschärfen wird. Darüber hinaus könnte es auf Grund des Umstands, dass die Kunden des Konzerns zunehmend preisgünstige elektronische Handelsplattformen nutzen, die ihnen einen direkten Zugang zu den Handelsmärkten bieten, zu einer Reduktion der vom Konzern erzielten Maklerprovisionen und Margen kommen, was erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben kann.

37. In Bezug auf Beteiligungen an börsennotierten und nicht börsennotierten Gesellschaften ist die COMMERZBANK besonderen Risiken im Hinblick auf die Werthaltigkeit dieser Beteiligungen und ihre Steuerungsmöglichkeit ausgesetzt.

Der Konzern hält diverse Beteiligungen an börsennotierten und nicht börsennotierten Gesellschaften. Die effiziente Steuerung eines aus börsennotierten und nicht börsennotierten Gesellschaften bestehenden Portfolios geht mit entsprechenden Refinanzierungskosten einher, die möglicherweise durch die erzielbaren Dividenden der Investments nicht oder nicht vollständig kompensiert werden können. Soweit der Konzern nur Minderheitsbeteiligungen hält, kann eine zeitnahe Beschaffung von Informationen, die notwendig sind, um etwaigen Fehlentwicklungen rechtzeitig entgegenzuwirken, auf Grund dieser bloßen Minderheitsposition erschwert sein. Auch soweit der Konzern Mehrheitsbeteiligungen hält, können Minderheitsgesellschafter unter Umständen wichtige Entscheidungen blockieren. Es ist nicht auszuschließen, dass künftig weiterer Wertberichtigungsbedarf auf das Beteiligungsportfolio des Konzerns entsteht. Darüber hinaus ist die COMMERZBANK weiterhin bestrebt, nicht-strategische Investments zu veräußern. Auch hier ist nicht auszuschließen, dass es dem Konzern nicht gelingt, seine Beteiligungen über die Börse oder außerbörslich zu angemessenen Preisen zu veräußern. Verluste und Risiken bei den Beteiligungen sowie ungünstige Geschäfts- oder Marktbedingungen – insbesondere geringe Liquidität – könnten es erschweren, beim Verkauf dieser Vermögenswerte adäquate Preise zu erzielen. Sie können einen solchen Verkauf auch insgesamt verhindern.

Auch kann die Beteiligung an einem anderen Unternehmen sich als nicht werthaltig erweisen, unter Umständen kann nicht die erwartete Rendite erzielt werden, oder die Beteiligung zwingt zu weiteren Investitionen, deren wirtschaftlicher Erfolg nicht vorhergesagt werden kann, oder aber die Beteiligung bindet in erheblichem Umfang Managementkapazitäten.

Jedes dieser Risiken kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

38. Es ist möglich, dass die in der Konzernbilanz ausgewiesenen Geschäfts- und Firmenwerte sowie Markennamen als Folge von Impairment-Tests ganz oder teilweise abgeschrieben werden müssen.

Zum 31. Dezember 2012 beliefen sich die in der Konzernbilanz ausgewiesenen Geschäfts- und Firmenwerte auf EUR 2,1 Mrd., wovon EUR 1,7 Mrd. auf den Geschäfts- und Firmenwert aus dem Erwerb der Dresdner Bank entfielen. Diese Vermögenswerte werden mindestens an jedem Bilanzstichtag auf ihren künftigen wirtschaftlichen Nutzen auf Basis der zugrunde liegenden zahlungsmittelgenerierenden Einheiten überprüft. Dabei wird der Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (einschließlich eines zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerts) mit deren erzielbarem Betrag verglichen. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus Nutzungswert und Nettoveräußerungswert und basiert auf den erwarteten Mittelzuflüssen der Einheit gemäß Geschäftsplan, diskontiert mit einem risikoadäquaten Zinssatz. Sofern objektive Hinweise dafür vorliegen, dass der ursprünglich erkennbare Nutzen nicht mehr erzielt werden kann, ist eine Wertminderung vorzunehmen. Die Marke „Dresdner Bank“ wurde bis zum Ende des zweiten Quartals 2010 linear vollständig abgeschrieben. Darüber hinaus ergab sich in den Geschäftsjahren 2010, 2011 und 2012 für Geschäfts- und Firmenwerte und in den Geschäftsjahren 2010 und 2011 für Markennamen kein Wertminderungsbedarf. Im Zusammenhang mit der Veräußerung der Public Joint Stock Company „Bank Forum“, Kiew, Ukraine („**Bank Forum**“), ergab sich in 2012 eine Wertminderung für den Markennamen in Höhe von EUR 9 Mio. Sollte es zu einem zukünftigen Bilanzstichtag im Rahmen einer Werthaltigkeitsprüfung zu einer signifikanten Wertminderung der in der Bilanz ausgewiesenen Geschäfts- und Firmenwerte oder Markenrechte kommen, kann dies erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

39. Die COMMERZBANK unterliegt Risiken aus einer möglichen Inanspruchnahme durch sie begebener Patronatserklärungen.

Die COMMERZBANK hat für eine Reihe von Tochtergesellschaften Patronatserklärungen abgegeben. Daraus ergeben sich, je nach Formulierung der Patronatserklärung, Ansprüche von Gläubigern dieser Tochtergesellschaften u.U. auch unmittelbar gegen die COMMERZBANK. Sollten Gläubiger von Tochtergesellschaften solche Ansprüche geltend machen, kann dies erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der COMMERZBANK haben.

40. Der Konzern ist auf Grund mittelbarer und unmittelbarer Pensionsverpflichtungen Risiken ausgesetzt.

Die COMMERZBANK und ihre Tochtergesellschaften haben verschiedene mittelbare und unmittelbare Pensionsverpflichtungen gegenüber ihren derzeitigen und ehemaligen Mitarbeitern. Diese Verpflichtungen stellen handelsrechtlich ungewisse Verbindlichkeiten dar, da der genaue Zeitpunkt und die Dauer der

Inanspruchnahme nicht feststehen. Mit diesen Verpflichtungen sind daher verschiedene Risiken verbunden. Mit der Erteilung einer Zusage auf die Gewährung von unmittelbaren Pensionsleistungen übernimmt der Konzern ähnliche Risiken wie ein Lebensversicherungsunternehmen (z.B. Schwankungsrisiken, bilanzielle Bewertungsrisiken, Langlebighkeitsrisiken, administrative Risiken, Inflationsrisiko). Die zur Erfüllung der späteren Pensionsleistungen separierten Vermögenswerte (sog. Planvermögen) unterliegen den typischen mit einer Kapitalanlage verbundenen Risiken. Das Ausmaß der bestehenden Pensionsrückstellungen kann sich durch Rechtsprechung und Gesetzgebung erhöhen (z.B. im Hinblick auf die Faktoren Gleichbehandlung, Anpassung, Unverfallbarkeit und Pensionsalter). Aber auch auf Grund von Änderungen in der Rechnungslegung sowie bei den Diskontierungszinssätzen können sich Bilanzierungsrisiken ergeben. So führte z.B. die Änderung der Bilanzierungsregelungen nach dem deutschen Handelsgesetzbuch („HGB“) für Pensionsrückstellungen zu einer erheblichen Erhöhung der im HGB-Abschluss der COMMERZBANK auszuweisenden Pensionsverpflichtung im Geschäftsjahr 2010. Im Geschäftsjahr 2012 kam es zu einer Entlastung der „nicht erfassten versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste“ im Konzernabschluss aufgrund der Amortisation in Höhe von EUR 5 Mio. Pensionsähnliche Verpflichtungen (z.B. Verpflichtungen in Bezug auf Vorruhestand, Altersteilzeit und Jubiläum) weisen entsprechende Risiken auf. Jedes dieser Risiken kann sich erheblich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns auswirken.

Zum 31. Dezember 2012 bestanden im Konzernabschluss der COMMERZBANK Pensionsverpflichtungen in Höhe von EUR 7,27 Mrd. und Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von EUR 210 Mio. Den Pensionsverpflichtungen steht ein Planvermögen (liquide Mittel, Aktien, festverzinsliche Wertpapiere, Fondsanteile und sonstiges Vermögen) mit einem Zeitwert (Fair Value) von EUR 6,49 Mrd. zum 31. Dezember 2012 gegenüber.

Die ab dem 1. Januar 2013 anzuwendenden geänderten Regeln (IAS 19), die zu einer Abschaffung des Korridors in der Bewertung der Pensionsverpflichtungen und zur direkten Verrechnung mit dem (auch regulatorischen) Eigenkapital zwingen, führen zu einer Reduktion und in der Folge zu einer erhöhten Volatilität des (auch regulatorischen) Eigenkapitals, im Wesentlichen geprägt durch den Rechnungszinssatz der Pensionsverpflichtungen und die Marktwertveränderung des Planvermögens. Zu Risiken in Bezug auf nicht ausreichendes regulatorisches Eigenkapital siehe Risikofaktor 45 *„Die sich ständig verschärfenden aufsichtsrechtlichen Eigenkapital- und Liquiditätsstandards sowie Prozess- und Reporting-Anforderungen könnten das Geschäftsmodell für verschiedene Aktivitäten des Konzerns in Frage stellen, die Wettbewerbsposition des Konzerns negativ beeinflussen oder die Aufnahme zusätzlichen Eigenkapitals notwendig machen.“*

Die Wertänderungen der Pensionsverpflichtungen und des Planvermögens sowie die geänderten Bilanzierungsregelungen können erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

41. Eine weitere Erhöhung der Beiträge zum deutschen Pensionssicherungsverein würde zu einer erheblichen Belastung der Finanz- und Ertragslage des Konzerns führen.

Der deutsche Pensionssicherungsverein übernimmt im Insolvenzfall eines Unternehmens unter bestimmten Voraussetzungen die Verpflichtungen aus bestehenden Betriebsrenten. Er wird durch jährliche Beiträge finanziert, die sich am Schadensvolumen aus Insolvenzfällen des jeweiligen Jahres orientieren. Eine steigende Zahl von Unternehmensinsolvenzen in Deutschland hat in jüngster Vergangenheit zu einer erheblichen Erhöhung der Beiträge geführt. Eine weiter steigende Anzahl von Unternehmensinsolvenzen könnte insbesondere für große Unternehmen zu weiteren erheblichen Erhöhungen der Beiträge führen. Auch die COMMERZBANK und ihre deutschen Tochtergesellschaften wären von einer solchen Erhöhung in ganz erheblichem Umfang nachteilig betroffen. Die daraus resultierenden Belastungen können erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

42. Es ist nicht sicher, ob es dem Konzern auch zukünftig gelingen wird, qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten.

Der Konzern ist in allen Geschäftsbereichen darauf angewiesen, hoch qualifizierte Mitarbeiter an sich zu binden und langfristig zu halten. Der Konzern versucht, dem Risiko eines Know-how-Verlusts infolge des Ausscheidens wichtiger Mitarbeiter durch verschiedene Maßnahmen, insbesondere durch Talent-, Management- und Career-Development-Maßnahmen zu begegnen. Trotz dieser Maßnahmen kann nicht ausgeschlossen werden, dass es dem Konzern nicht gelingt, auch zukünftig hoch qualifizierte Mitarbeiter an sich zu binden und zu halten. Durch den derzeitigen Plan des Konzerns, seine Belegschaft zu reduzieren, wird dieses Risiko weiter erhöht (siehe Risikofaktor 5 *„Es besteht das Risiko, dass der Konzern seine strategischen Pläne nicht, nicht vollständig oder nur zu höheren Kosten als geplant umsetzen kann oder dass die Umsetzung geplanter Maßnahmen nicht zur Verwirklichung der angestrebten strategischen Ziele führt.“*). Darüber hinaus besteht auf EU-Ebene die Absicht, die Höhe der variablen Vergütung von Mitarbeitern europäischer Banken künftig gesetzlich zu begrenzen. Danach soll der Anteil der variablen

Vergütung die Höhe des Festgehalts nicht übersteigen dürfen, es sei denn die Hauptversammlung der Bank stimmt ausdrücklich einem höheren Anteil der variablen Vergütung zu. Auch wenn die zu erwartende künftige Begrenzung der variablen Vergütung die gesamte Bankbranche in der EU betrifft, ist nicht auszuschließen, dass sie im Ergebnis das Risiko des Konzerns, hoch qualifizierte Mitarbeiter nicht an sich binden bzw. halten zu können, erhöhen kann.

Das Risiko, Mitarbeiter nicht halten zu können, gilt insbesondere auch im Hinblick auf Mitarbeiter im Segment NCA. Da das Segment NCA im Begriff ist, die dort angesiedelten Portfolien abzubauen, ohne Neugeschäft zu betreiben, besteht die Möglichkeit, dass der Konzern Schwierigkeiten haben könnte, qualifizierte Mitarbeiter in diesem Segment zu halten, da talentierte Mitarbeiter ihre Aufstiegschancen im COMMERZBANK-Konzern durch die Aufgabe ihres Geschäftsbereichs möglicherweise als sehr begrenzt ansehen.

Sollten die Bemühungen des Konzerns, Mitarbeiter an sich zu binden bzw. sie zu halten, fehlschlagen, kann dies erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

43. Der Konzern ist verschiedenen Reputationsrisiken ausgesetzt.

Die Finanzkrise, die Staatsschuldenkrise und die derzeit vorherrschende politische und öffentliche Meinung zu Finanzinstituten im allgemeinen und zur COMMERZBANK, der Kursentwicklung der COMMERZBANK-Aktie, dem Refinanzierungsbedarf und einer möglichen Notwendigkeit weiterer staatlicher Unterstützung im besonderen haben in erheblichem Umfang zu negativer Berichterstattung in den Medien und zu negativen Äußerungen durch Aufsichtsbehörden und Politiker geführt.

Diese negative Berichterstattung und sonstigen öffentlichen Äußerungen können Kunden, Kreditgeber und Anleger verunsichern und können die Moral und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter der COMMERZBANK beeinträchtigen. Zudem könnte sich durch den Plan des Konzerns, die Belegschaft weiter zu reduzieren, dieses Risiko verschärfen (siehe Risikofaktor 5 „*Es besteht das Risiko, dass der Konzern seine strategischen Pläne nicht, nicht vollständig oder nur zu höheren Kosten als geplant umsetzen kann oder dass die Umsetzung geplanter Maßnahmen nicht zur Verwirklichung der angestrebten strategischen Ziele führt.*“). Jede dieser Auswirkungen kann negative Folgen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

Negative Berichterstattung und andere öffentliche Äußerungen, die Rechtsverletzungen irgendeiner Art unterstellen, führen oftmals ungeachtet der tatsächlichen Grundlage dieser Behauptungen zu Untersuchungen durch Aufsichtsbehörden oder gar zu gerichtlichen Verfahren. Die Verteidigung und Reaktion auf derartige Untersuchungen und Verfahren ist, unabhängig vom Ausgang dieser Verfahren, zeitaufwändig und kostspielig und kann insbesondere Zeit und Engagement der Geschäftsführung der COMMERZBANK in Anspruch nehmen und diese von ihren eigentlichen Aufgaben abhalten. Negative Medienberichterstattung sowie Untersuchungs- und Gerichtsverfahren können den Ruf der COMMERZBANK sowie die Moral und Leistung der Mitarbeiter des Konzerns negativ beeinflussen, was wiederum negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns zur Folge haben kann.

Darüber hinaus bestehen Reputationsrisiken im Hinblick auf sämtliche Geschäftsvorfälle, die das Vertrauen in den Konzern in der Öffentlichkeit, bei Kunden, Geschäftspartnern, Anlegern oder Ratingagenturen mindern (siehe auch Risikofaktor 33 „*Der Konzern unterliegt einer Vielzahl von operationellen Risiken einschließlich des Risikos, dass Mitarbeiter exzessive Risiken für den Konzern eingehen oder gegen Compliance-relevante Vorschriften im Zusammenhang mit der Ausübung der Geschäftstätigkeit verstoßen und dadurch plötzlich auftretende Schäden in erheblicher Größenordnung verursachen, die mittelbar auch zu einer Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen führen können.*“). Grundsätzlich bestehen im Zusammenhang mit jedem der oben beschriebenen Risiken Reputationsrisiken. Der Konzern hat aus diesem Grund, wie bei anderen nicht-quantifizierbaren Risiken auch, Prozesse und Verantwortlichkeiten definiert, die es ermöglichen sollen, Reputationsrisiken frühzeitig zu erkennen und darauf zu reagieren. Dennoch können sich diese Verfahren als ineffektiv erweisen. Sollte dies zur Folge haben, dass sich die Risiken verwirklichen, können sich erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ergeben.

44. Der Konzern kann Risiken ausgesetzt sein, die vom bestehenden Risikomanagement nicht erkannt oder von diesem unzutreffend eingeschätzt werden.

Der Konzern hat Grundsätze, Verfahren und Bewertungsmethoden zur Überwachung und Erkennung von Risiken entwickelt und eingesetzt. Dennoch kann durch Einrichtung dieser Überwachungssysteme nicht vollständig verhindert werden, dass der Konzern Risiken verschiedenster Art ausgesetzt ist, die nicht erkannt oder vorhergesehen wurden. Einigen der quantitativen Messmethoden und -größen im Risikomanagement liegen Erfahrungswerte der COMMERZBANK über historische Marktentwicklungen zugrunde. So werden statistische und andere Methoden auf diese Erfahrungswerte angewandt, um die

Risiken zu quantifizieren, denen der Konzern ausgesetzt ist. Im volatilen Marktumfeld von Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise konnten diese Messmethoden und -größen einige der eingetretenen Verluste nicht vorherbestimmen, wobei es insbesondere durch nicht ausreichende Datenqualität zu Fehleinschätzungen kommen kann. Dies kann auch in Bezug auf wesentliche künftige Risiken der Fall sein. Zudem berücksichtigt das quantitative Risikomanagementmodell nicht alle Risiken und trifft zahlreiche Annahmen im Hinblick auf das Marktumfeld, die nicht auf konkrete Ereignisse gestützt sind. Durch den Einsatz von Modellen außerhalb ihres definierten Anwendungsbereichs kann es dabei zu Fehlbewertungen kommen. Daher haben sich Risiken aus Faktoren ergeben, die durch die angewandten statistischen Modelle nicht vorhergesehen oder nicht zutreffend bewertet wurden, und diese Risiken könnten sich auch weiterhin ergeben. Dies hat die Fähigkeit der COMMERZBANK zur Risikoüberwachung beeinträchtigt und kann auch weiter zu Beeinträchtigungen führen. Die eingetretenen Verluste waren daher deutlich höher und können auch künftig deutlich höher sein, als dies historische Daten andeuten.

Im Risikomanagement der COMMERZBANK finden zur Messung von Risiken, aber auch zur Risikotragfähigkeitsrechnung umfassend Modelle Verwendung. Diese Modelle könnten sich im Rückblick als fehlerhaft erweisen und sie könnten Risiken nennenswert über- oder unterschätzen. Dies betrifft beispielsweise das Liquiditätsrisiko. So könnten sich Modellannahmen betreffend der Zinssensitivität von Einlegern oder bezüglich deren Einlageverhalten als unzutreffend erweisen.

Daneben kann sich auch der eher qualitative Ansatz der COMMERZBANK zum Management solcher Risiken, die durch quantitative Methoden nicht berücksichtigt werden, als unzureichend erweisen. Daraus können sich erhebliche unvorhergesehene Verluste ergeben. Falls gegenwärtige oder künftige Kunden oder Geschäftspartner das Risikomanagement der COMMERZBANK für nicht angemessen halten sollten, besteht die Möglichkeit, dass Geschäft zu anderen Instituten abwandert oder Transaktionen eingeschränkt werden. Dies kann sowohl die Reputation der COMMERZBANK als auch ihre Einnahmen und ihren Gewinn beeinträchtigen.

Im Zusammenhang mit der Steuerung von Risiken ist die COMMERZBANK auch einem sogenannten „Tail Risk“ ausgesetzt. „Tail Risk“ beschreibt beispielsweise die Form von Marktrisiko, die dann entsteht, wenn die Wahrscheinlichkeit des Abweichens eines Portfolios von Vermögenswerten um mehr als drei Standardabweichungen vom Mittelwert größer ist, als es der Normalverteilung entspricht. Sollte die COMMERZBANK das „Tail Risk“ in ihren Portfolien unterschätzen, wäre sie höheren Verlusten ausgesetzt, als dies in ihren Portfolio-Modellen vorhergesagt wird.

Jedes dieser Risiken kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

Risiken aus bankspezifischer Regulierung

45. Die sich ständig verschärfenden aufsichtsrechtlichen Eigenkapital- und Liquiditätsstandards sowie Prozess- und Reporting-Anforderungen könnten das Geschäftsmodell für verschiedene Aktivitäten des Konzerns in Frage stellen, die Wettbewerbsposition des Konzerns negativ beeinflussen oder die Aufnahme zusätzlichen Eigenkapitals notwendig machen.

Die nationalen und internationalen Vorgaben diverser Gesetzgeber, Aufsichtsbehörden, Gremien zur Setzung von Standards (z.B. EU-Kommission, deutscher Gesetzgeber, BaFin, Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht, EBA) haben in den letzten Jahren die aufsichtsrechtlichen Eigenkapital- und Liquiditätsstandards sowie die Prozess- und Reporting-Anforderungen für Finanzinstitute ständig verschärft. Dies geschah in einigen Fällen in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Instituten und entsprechend langen Anpassungsphasen, in anderen Fällen ohne Konsultation und mit sehr kurzen Anpassungsfristen. Auch für die Zukunft ist davon auszugehen, dass solche Maßnahmen mit mehr oder weniger langen Anpassungsfristen erfolgen werden.

Das Geschäftsvolumen und die Geschäftstätigkeit der verschiedenen Geschäftsbereiche des Konzerns werden durch die regulatorischen Eigenkapitalstandards, die auf das Verhältnis bestimmter Kapitalkomponenten zu den risikogewichteten Aktiva (eine Maßgröße für regulatorisch relevante Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelle Risiken, die mit Eigenmitteln zu unterlegen sind) abstellen, erheblich beeinflusst. Entsprechendes gilt für Regelungen zum Liquiditätsmanagement mit Vorgaben zu Liquiditätspuffern.

Neben den kurzfristigen Anforderungen der EBA vom Dezember 2011 befinden sich verschiedene Regelungen, die die Eigenkapital- und Liquiditätsstandards verschärfen, in der Diskussion oder bereits in Umsetzung. Dies gilt insbesondere für das „Basel III“-Regelwerk, das durch das so genannte „CRD IV“-Regelwerk auf europäischer Ebene umgesetzt werden soll und über das sich das Europäische Parlament, die EU-Kommission und der Rat der Europäischen Union am 27. Februar 2013 politisch geeinigt haben. Das CRD IV-Regelwerk besteht aus einer Richtlinie und einer direkt anwendbaren Verordnung und soll unter anderem die bisher geltenden Eigenkapital- und Bankenrichtlinien ersetzen. Die Verordnung wird für die Institute in der EU unmittelbar anwendbar sein und muss nicht mehr in nationales Recht umgesetzt

werden. Sie soll insbesondere detaillierte Regelungen zum Eigenkapital, verschärfte Liquiditätsstandards, die Einführung einer nicht risikobasierten Verschuldungsquote (Leverage Ratio), verschärfte Kapitalanforderungen für das Gegenparteiausfallrisiko und geänderte Großkreditvorschriften beinhalten. Dabei ist vorgesehen, dass Banken ab dem 1. Januar 2015 6,0% statt bisher 4,0% ihrer RWA als Kernkapital (Tier 1 Capital) vorhalten. 4,5% statt bisher 2% der RWA sollen dabei als so genanntes hartes Kernkapital (Common Equity Tier 1) ausgestaltet sein. Für das Jahr 2014 sieht das CRD IV-Regelwerk bestimmte Übergangsregelungen vor. Die bisher gültige Mindesteigenmittelquote von 8% der RWA bleibt unberührt. Drittrangmittel sollen allerdings nicht mehr anrechnungsfähig sein. Zusätzlich werden hybride Kapitalbestandteile nicht mehr bzw. nur noch übergangsweise als Kernkapital angerechnet. Darüber hinaus sind weitere Anpassungen des regulatorischen Kapitals wie z. B. der Abzug von bestimmten aktiven latenten Steuern oder einer negativen Neubewertungsrücklage vorgesehen. Gleichzeitig werden verschärfte Risikogewichtungsvorschriften zu einer Erhöhung der RWA führen. In der Richtlinie geregelt und daher in nationales Recht umzusetzen ist die Einführung von zusätzlichen Kapitalpuffern in Form von hartem Kernkapital. Solange eine Bank ihre Verpflichtung zur Vorhaltung solcher Kapitalpuffer nicht vollumfänglich erfüllt, sollen Dividendenausschüttungen und Aktienrückkäufe, freiwillige Zahlungen auf andere Kernkapitalinstrumente sowie freiwillige Bonuszahlungen an Mitarbeiter der Bank nicht oder nur in beschränktem Umfang zulässig sein. Ein „Kapitalerhaltungspuffer“ in Höhe von 2,5% der risikogewichteten Aktiva ist zukünftig als permanenter Kapitalpuffer über den Mindestanforderungen vorzuhalten. Zusätzlich kann jeder Mitgliedsstaat einen „antizyklischen Puffer“ von bis zu 2,5% der risikogewichteten Aktiva festsetzen, um konjunkturelle Überhitzungen und eine übermäßige Kreditvergabe zu verhindern. Mitgliedsstaaten können für ihre Banken weiterhin einen „systemischen Puffer“ von 1% bis 3% ihrer risikogewichteten Aktiva (bzw. bis zu 5% der risikogewichteten Aktiva im Hinblick auf inländische Engagements und Engagements in Drittstaaten) festsetzen, um nichtzyklischen oder systemischen Risiken für das Finanzsystem und die Realwirtschaft entgegenzuwirken. Weitere Kapitalpuffer können für Banken mit globaler Systemrelevanz oder sonstige systemrelevante Banken festgelegt werden (siehe auch Risikofaktor 47 *„Die Qualifizierung der COMMERZBANK als „national systemrelevantes Kreditinstitut“ könnte die Geschäftstätigkeit beeinträchtigen oder Konsequenzen für die Struktur des Konzerns haben.“*).

Unter bestimmten Voraussetzungen können Mitgliedstaaten nach dem CRD IV-Regelwerk für bis zu zwei Jahre auch strengere aufsichtsrechtliche Anforderungen an die von ihnen beaufsichtigten Banken festsetzen, um erhöhten Risiken für die Stabilität des Finanzsystems entgegenzuwirken. Diese strengeren Anforderungen können sich insbesondere auf die vorzuhaltenden Eigenmittel, die Liquiditätsanforderungen, die Großkreditgrenzen, den Kapitalerhaltungspuffer und die Offenlegungspflichten von Banken beziehen.

Aufgrund von aufsichtsrechtlichen Neuregelungen könnte es zu stärkeren Abzügen vom regulatorischen Kapital kommen als derzeit geplant. Diesbezüglich sind für die COMMERZBANK insbesondere Kapitalabzüge aus Verbriefungspositionen, negativer Neubewertungsrücklage und aktiven latenten Steuern relevant.

Da verschiedene einschlägige Regelungen derzeit nur als Entwurf vorliegen, kann es im laufenden Gesetzgebungsverfahren zu Änderungen kommen, so dass die COMMERZBANK derzeit keine abschließenden Aussagen hinsichtlich des zusätzlichen Eigenkapitalbedarfs treffen kann. Nach vorläufigen Schätzungen geht die COMMERZBANK aber davon aus, dass selbst unter Berücksichtigung von geeigneten Gegenmaßnahmen aufgrund regulatorischer Neuregelungen zusätzliche risikogewichtete Aktiva in Höhe von EUR 25 bis 30 Mrd. auf Konzernebene entstehen werden. Dieser Anstieg erhöht den Kapitalbetrag, der zur Erfüllung der verschärften regulatorischen Anforderungen an den Umfang und die Zusammensetzung des Eigenkapitals erforderlich ist.

Da die verschiedenen Geschäftstätigkeiten der COMMERZBANK in unterschiedlichem Maße Risikoaktiva generieren und Eigenkapital bzw. Liquidität binden, könnte die COMMERZBANK aufgrund verschärfter Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen gezwungen sein, potenziell ertragsstarke Geschäftstätigkeiten, die überproportional Kapital binden, einzustellen und in potenziell weniger rentable Bereiche auszuweichen. Nicht ausgeschlossen ist, dass aufgrund von Neuregelungen das Geschäftsvolumen insgesamt reduziert werden muss. Zusätzlich zu den regulatorischen Vorgaben könnte der Markt Finanzinstitute wie die COMMERZBANK dazu anhalten, Kapital über das aus regulatorischer Sicht erforderliche Minimum vorzuhalten, was die oben beschriebenen Auswirkungen auf die COMMERZBANK verschärfen könnte oder, falls die COMMERZBANK ihr Kapital nicht auf das geforderte Niveau erhöht, zu der Wahrnehmung im Markt führen könnte, dass sie im Verhältnis zu ihren Wettbewerbern grundsätzlich unterkapitalisiert ist. Sofern es der COMMERZBANK nicht gelingt, verschärfte regulatorische Anforderungen innerhalb möglicherweise nur knapp bemessener Übergangsfristen durch Herstellung einer ausreichenden Eigenkapitalrelation umzusetzen, könnte sie über ihre derzeitigen Planungen hinaus gezwungen sein, von ihr gehaltene Risikoaktiva abzubauen. Dadurch könnte sich die Ertragslage des Konzerns verschlechtern. Außerdem könnten die Vorgaben zur Erhöhung der Eigenkapitalquoten die COMMERZBANK zu einer Strategie zwingen, die sich auf die Kapitalerhaltung und -beschaffung konzentriert und nicht auf Umsatzgenerierung und Gewinnwachstum, und die mit einer weiteren Reduzierung der profitablen risikogewichteten Aktiva verbunden ist.

Die COMMERZBANK könnte auch gezwungen sein, zusätzliches Eigenkapital bzw. Kernkapital im Rahmen von Kapitalmaßnahmen aufzunehmen. Dadurch kann es zu einer Verwässerung der Anteile von Aktionären kommen. Zudem kann die Bereitschaft des Marktes, sich an der Durchführung solcher Kapitalmaßnahmen zu beteiligen, begrenzt sein, etwa weil Wettbewerber der COMMERZBANK zur selben Zeit vergleichbare Kapitalmaßnahmen durchführen, um die verschärften Eigenkapitalanforderungen einzuhalten, oder weil die COMMERZBANK in der Vergangenheit bereits mehrmals Kapitalmaßnahmen durchführte. Sollte es der COMMERZBANK nicht gelingen, ihre Kapitalquoten durch die Aufnahme neuen Kapitals oder auf sonstige Weise zu verbessern, könnten dies Auswirkungen auf das Geschäftsmodell bzw. die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

Weitere Regelungsvorhaben beziehen sich auf das Liquiditätsmanagement und Vorgaben zu erforderlichen Liquiditätspuffern von Banken. Die COMMERZBANK könnte gezwungen sein, ihre Finanzierungsstruktur und ihr Geschäftsmodell anzupassen, um diesbezüglich geänderten Vorgaben gerecht zu werden. Das Vorhalten zusätzlicher Liquidität dürfte dabei mit erhöhten Finanzierungskosten verbunden sein.

Die Verwirklichung eines oder mehrerer der vorstehenden Risiken kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

46. Sonstige aufsichtsrechtliche Reformvorschläge infolge der Finanzmarktkrise, z.B. Belastungen wie die Bankenabgabe, eine mögliche Finanztransaktionssteuer, die Trennung des Eigenhandels vom Einlagengeschäft oder verschärfte Offenlegungs- und Organisationspflichten, können das Geschäftsmodell und das Wettbewerbsumfeld des Konzerns wesentlich beeinflussen.

Infolge der Finanzmarktkrise haben in- und ausländische Regierungen, Aufsichtsbehörden und andere Stellen eine Vielzahl von Reformen für den aufsichtsrechtlichen Rahmen der Finanzbranche vorgeschlagen. Einige dieser Vorschläge gehen über verschärfte aufsichtsrechtliche Eigenkapital- und Liquiditätserfordernisse hinaus, um die Widerstandsfähigkeit der Finanzbranche gegenüber künftigen Krisen zu verbessern. Die Bandbreite der weiteren Vorschläge umfasst neben Beschränkungen hinsichtlich der Vergütungspraxis, Beschränkungen des Eigenhandels (wie zum Beispiel dessen Trennung vom Einlagengeschäft gemäß dem Entwurf eines Gesetzes zur Abschirmung von Risiken und zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen, den die deutsche Bundesregierung am 6. Februar 2013 veröffentlicht hat), Registrierungspflichten sowie operative Anforderungen, Offenlegungs- und Clearingpflichten im Derivategeschäft, Ausweitung der Befugnisse der Aufsichtsbehörden, Untersagung des Einlagengeschäfts für bestimmte Geschäftsbereiche auch sehr weitreichende Eingriffe wie eine Finanztransaktionssteuer, die gesetzliche Trennung des klassischen Bankgeschäfts vom Investment Banking, um so das traditionelle Kredit- und Einlagengeschäft vom Investment Banking unabhängig zu machen, oder eine Zerschlagung von Finanzinstituten, die von den Aufsichtsbehörden als zu groß angesehen werden, um das Risiko ihres Zusammenbruchs zu verringern, oder gar eine Verstaatlichung von Banken.

In den USA ist im Juli 2010 der Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act („**Dodd-Frank-Act**“) in Kraft getreten, der zahlreiche Vorschriften enthält, die nach den Umsetzungsvorschlägen der US-Behörden stark extraterritorial ausstrahlen würde. Zu den extraterritorialen Auswirkungen ist der beträchtliche Compliance-Aufwand zu rechnen, den auch Nicht-US-Banken womöglich auch außerhalb der USA betreiben müssen, um nachzuweisen, dass sie die sog. „Volcker Rule“ befolgen. In der EU ist am 16. August 2012 die Verordnung über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (EMIR) in Kraft getreten. Auch wenn im Einzelnen noch nicht absehbar ist, wie sich die Gesetzesänderungen durch den Dodd-Frank-Act und EMIR auswirken werden, können viele Elemente des neuen Rechts zu Änderungen führen, welche die Profitabilität der geschäftlichen Aktivitäten des Konzerns beeinflussen, Anpassungen ihrer Geschäftspraktiken erfordern oder ihre Kosten (einschließlich der Compliance-Kosten) erhöhen. Dies gilt auch für die verschärften Offenlegungs- und Organisationspflichten des U.S. Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) zur Vermeidung von Steuerhinterziehungen durch Bankkunden. Die Implementierung notwendiger Änderungen kann zudem die Aufmerksamkeit und Ressourcen des Managements in erheblichem Maße binden.

Die EU-Kommission hat am 14. Februar 2013 auf Vorschlag von elf Mitgliedsstaaten (Belgien, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien und Spanien) einen Richtlinienentwurf zu Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorgeschlagen, welche ab dem 1. Januar 2014 Anwendung finden soll. Angesichts der Tatsache, dass sich die Richtlinie noch im Entwurfsstadium befindet, ist der konkrete Anwendungsbereich und Umfang der geplanten Finanztransaktionssteuer noch ungewiss. Abhängig von den endgültigen Regelungen könnte die geplante Finanztransaktionssteuer sich insbesondere im Hinblick auf die Implementierungskosten und mögliche Reaktionen der Marktes erheblich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns auswirken.

Andere, insbesondere weitergehende Reformvorschläge werden noch auf politischer Ebene diskutiert wobei in vielen Fällen derzeit noch unklar ist, welche der im Raum stehenden Vorschläge gesetzlich umgesetzt werden, und falls dies erfolgt, in welchem Umfang und zu welchen Bedingungen. Die Auswirkungen der aufsichtsrechtlichen Veränderungen oder neuen Belastungen mit Abgaben oder Steuern auf die COMMERZBANK können sich auf zusätzlichen Verwaltungsaufwand oder die Umsetzung und Beachtung neuer Regeln beschränken, aber auch die Profitabilität des COMMERZBANK-Konzerns beeinträchtigen, zu höheren Finanzierungs- oder Kapitalkosten oder gar zu Einschränkungen hinsichtlich der Geschäfte, welche die COMMERZBANK tätigen darf, führen.

Sollten Vorschläge angenommen werden, in deren Folge die COMMERZBANK ihr Geschäftsmodell wesentlich ändern müsste, können die sich daraus ergebenden Veränderungen das Geschäft des Konzerns beeinträchtigen und damit erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

In verschiedenen Ländern wurden erste Maßnahmen bereits umgesetzt, so z.B. in Deutschland das Restrukturierungsgesetz mit neuen Möglichkeiten der Bankenrestrukturierung. Das Restrukturierungsgesetz sieht auch die finanzielle Ausstattung des Restrukturierungsfonds durch eine Bankenabgabe in Form von jährlichen Beitragsverpflichtungen vor, die zu einer nicht unerheblichen finanziellen Belastung für die COMMERZBANK führen kann.

47. Die Qualifizierung der COMMERZBANK als „national systemrelevantes Kreditinstitut“ könnte die Geschäftstätigkeit beeinträchtigen oder Konsequenzen für die Struktur des Konzerns haben.

Das Financial Stability Board hat am 4. November 2011 Banken, darunter die COMMERZBANK, benannt, die als global systemrelevant klassifiziert werden. Am 1. November 2012 hat das Financial Stability Board die Liste dieser global systemrelevanten Banken aktualisiert. Nach der aktuellen Liste gilt die COMMERZBANK nicht mehr als global systemrelevant. Das Financial Stability Board wird diese Liste im November 2013 wieder aktualisieren. Die COMMERZBANK wird jedoch auf nationaler Ebene als systemrelevante Bank eingestuft.

Das CRD IV-Regelwerk wird im Hinblick auf systemrelevante Banken zwischen Banken mit globaler Systemrelevanz (sogenannte „G-SIIs“) und sonstigen systemrelevanten Banken (sogenannte „O-SIIs“, die etwa für die Europäische Union oder einzelne Mitgliedstaaten systemrelevant sind) unterscheiden. G-SIIs müssen einen Kapitalpuffer vorhalten, der zwischen 1% und 3,5% der risikogewichteten Aktiva beträgt. Die konkrete Höhe dieses Kapitalpuffers soll für eine Bank aufgrund eines Scoring-Systems zur Feststellung ihrer Systemrelevanz ermittelt werden. Für O-SIIs können Mitgliedstaaten Kapitalpuffer bis zu 2% der risikogewichteten Aktiva vorsehen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die COMMERZBANK einen weiteren Kapitalpuffer aufbauen muss, weil sie auf nationaler Ebene als systemrelevant eingestuft wird. Dies gilt erst recht, falls das Financial Stability Board die COMMERZBANK im Rahmen ihrer jährlichen Aktualisierung der Liste global systemrelevanter Banken als G-SII einstufen sollte.

National systemrelevante Kreditinstitute könnten weiteren aufsichtsrechtlichen Maßnahmen unterworfen werden, die insbesondere das Krisenmanagement und die Abwicklung dieser Kreditinstitute in der Krise betreffen.

So hat beispielsweise die BaFin die COMMERZBANK aufgefordert, bis zum Jahresende 2013 einen Sanierungsplan für den Konzern zu erstellen und zu implementieren. Derzeit sind die europäischen und nationalen Gesetzgebungsvorhaben zur Regelung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten noch nicht abgeschlossen. Anfang Juni 2012 hat die EU-Kommission den Vorschlag für eine Richtlinie zur Festlegung des Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen vorgelegt (siehe auch Risikofaktor 50 *„Aus dem Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen können aufsichtsrechtliche Konsequenzen resultieren, welche die Geschäftstätigkeit der COMMERZBANK einschränken und zu höheren Refinanzierungskosten führen könnten.“*). Weiterhin hat die Bundesregierung am 6. Februar 2013 den Entwurf eines Gesetzes zur Abschirmung von Risiken und zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen veröffentlicht. Aus diesem Gesetzentwurf ergeben sich neben der Pflicht zur Aufstellung von Sanierungsplänen durch die COMMERZBANK und Abwicklungsplänen durch die BaFin zusätzliche Befugnisse der BaFin, die Geschäftstätigkeit der COMMERZBANK unter bestimmten Voraussetzungen beschränken zu können. Solche Beschränkungen können sich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der COMMERZBANK auswirken.

In Abhängigkeit vom Ausmaß der zukünftigen Regelungen zu national systemrelevanten Kreditinstituten sowie zum Krisenmanagement und zur Bankenabwicklung ist es möglich, dass diese Regelungen Konsequenzen für die Geschäftstätigkeit oder die Struktur des Konzerns haben werden, die zu erheblich negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns führen könnten.

48. Die COMMERZBANK unterliegt Stresstests, deren Ergebnisse bei ihrer Veröffentlichung negative Auswirkungen auf den Konzern haben könnten.

Stresstests zur Analyse der Widerstandsfähigkeit des Bankensektors werden regelmäßig von nationalen und supranationalen Aufsichtsbehörden (wie z.B. der EBA) durchgeführt und veröffentlicht. Ankündigungen einer Aufsichtsbehörde, einen Stresstest durchzuführen, können die Unsicherheit im Bankensektor erhöhen und zu einem Vertrauensverlust in Bezug auf einzelne Institute oder auf den Bankensektor führen.

Die COMMERZBANK wird zukünftigen Stresstests unterworfen sein, bei denen die Neuregelungen, die etwa nach der Umsetzung von Basel III Anwendung finden, die Grundlage bilden werden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass zukünftige Stresstests ergeben können, dass die COMMERZBANK weitere oder höhere Kapitalpuffer bilden muss. Derartige Erfordernisse können dazu führen, dass sich die Ertragslage der COMMERZBANK verschlechtern kann.

Die EBA hat angekündigt, voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2013 erneut einen EU-weiten Stresstest durchzuführen.

Die Veröffentlichung der Ergebnisse aufsichtsrechtlicher Stresstests, deren Bewertung durch Finanzmarktteilnehmer sowie die generelle Markteinschätzung, dass ein Stresstest nicht streng genug ist, können einen negativen Effekt auf die externe Bewertung der Kapitalposition, die Refinanzierungskosten und damit auch die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der teilnehmenden Institute (wie der COMMERZBANK) haben. Insbesondere ist nicht auszuschließen, dass die Kosten der Liquiditätsbeschaffung für die COMMERZBANK aufgrund eines Stresstests steigen. Auch können die Anforderungen an die Kapitalausstattung steigen, was zu einem höheren Kapitalbedarf oder zu einem stärkeren Abbau der RWA führen würde, wodurch sich negative Auswirkungen auf die langfristige Profitabilität des COMMERZBANK-Konzerns ergeben können.

Der Eintritt eines oder mehrerer der vorstehenden Risiken kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

49. Das aufsichtsrechtliche Eigenkapital besteht auch aus Instrumenten, deren Qualifizierung als aufsichtsrechtliches Eigenkapital sich ändern kann, wodurch die Geschäftstätigkeit eingeschränkt werden könnte.

Die Qualifizierung von bestimmten Instrumenten als aufsichtsrechtliches Eigenkapital kann sich auf Grund von Änderungen der regulatorischen Regelungen, aber auch von Maßnahmen des Konzerns ändern. Nach dem CRD IV-Regelwerk soll die Anerkennung von Eigenkapitalinstrumenten, die nicht mehr zum Kernkapital bzw. zum Ergänzungskapital zählen werden, wie z.B. Trust Preferred Securities, Genussscheine und stille Einlagen, welche die neuen Anforderungen an das regulatorische Kapital nicht erfüllen, voraussichtlich ab dem 1. Januar 2014 über einen Zeitraum von 10 Jahren schrittweise auslaufen. Ab 2014 soll der anerkennungsfähige Betrag dieser Eigenkapitalinstrumente, nachdem dieser einmal ermittelt und festgelegt wurde, jährlich um jeweils 10% gemindert werden.

Es besteht das Risiko, dass die von den Eurohypo Capital Funding Trusts begebenen Trust Preferred Securities nicht mehr als hybrides Kernkapital anrechenbar sind, weil trotz Verlustes der Hypothekenbank Frankfurt im Jahr 2009 für das Geschäftsjahr 2008 Zinsen bezahlt wurden. Sollte sich dieses Risiko realisieren, würde dies zu einer Reduktion des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals des Konzerns um EUR 0,3 Mrd. führen, so dass sich die Gesamtkapitalquote von 17,8% auf 17,7% (gemessen per 31. Dezember 2012) reduzieren würde.

Sollte der Konzern verpflichtet werden, auf die von Tochtergesellschaften der COMMERZBANK begebenen Trust Preferred Securities entgegen der Rechtsauffassung des Konzerns Zinsen zu zahlen (siehe auch Risikofaktor 55 „Gegen die COMMERZBANK und ihre Tochtergesellschaften werden im Zusammenhang mit begebenen Genussscheinen und so genannten Trust Preferred Securities Zahlungs- und Wiederauffüllungsansprüche – zum Teil auch gerichtlich – geltend gemacht. Der Ausgang dieser Verfahren kann erhebliche über die jeweils geltend gemachten Ansprüche hinausgehende negative Auswirkungen auf den Konzern haben.“), besteht das Risiko, dass auch diese Trust Preferred Securities nicht mehr als hybrides Kernkapital anrechenbar sind. Dies würde, zusammen mit dem im vorstehenden Absatz beschriebenen Risiko zu einer Reduktion des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals des Konzerns um EUR 1,2 Mrd. und damit zu einer Reduktion der Gesamtkapitalquote von 17,8% auf 17,3% (gemessen per 31. Dezember 2012) führen. Siehe hierzu auch Risikofaktor 45 „Die sich ständig verschärfenden aufsichtsrechtlichen Eigenkapital- und Liquiditätsstandards sowie Prozess- und Reporting-Anforderungen könnten das Geschäftsmodell für verschiedene Aktivitäten des Konzerns in Frage stellen, die Wettbewerbsposition des Konzerns negativ beeinflussen oder die Aufnahme zusätzlichen Eigenkapitals notwendig machen.“. Der Eintritt eines oder mehrerer der vorstehenden Risiken kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

50. Aus dem Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen können aufsichtsrechtliche Konsequenzen resultieren, welche die Geschäftstätigkeit der COMMERZBANK einschränken und zu höheren Refinanzierungskosten führen könnten.

Auf der Grundlage der Mitteilung vom 20. Oktober 2010 über einen neuen Rahmen für das Krisenmanagement im Finanzsektor (IP/10/1353) hat die EU-Kommission am 6. Januar 2011 ein Konsultationspapier mit technischen Details zu möglichen Regelungen vorgelegt und Anfang April ein weiteres Diskussionspapier veröffentlicht. Anfang Juni 2012 hat die EU-Kommission den Vorschlag für eine Richtlinie zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen vorgelegt.

Mit dem auf nationaler Ebene bis Ende 2014 in das nationale Recht umzusetzenden Rechtsrahmen soll entsprechend den vom Financial Stability Board vorgelegten und von der G20 gebilligten „Key Attributes of Effective Resolution Regimes for Financial Institutions“ EU-weit sichergestellt werden, dass künftig Kreditinstitute, Wertpapierfirmen, Finanzholdinggesellschaften sowie Zweigstellen von Instituten mit Sitz außerhalb der EU ohne Risiken für die Finanzmarktstabilität saniert und gegebenenfalls auch abgewickelt werden können.

Der Richtlinienvorschlag enthält hierzu Regelungen für zusätzliche Kompetenzen und Befugnisse der Aufsichtsbehörden, zusätzliche Organisations- und Informationspflichten für Kreditinstitute, möglichen Verlustbeteiligungen von Anleihegläubigern sowie Überlegungen zur Finanzierung eines Bankenrestrukturierungsfonds. Als Konsequenz könnte die COMMERZBANK z.B. verpflichtet werden, von der Aufsichtsbehörde vorgegebene Stresstests durchzuführen, deren Ergebnis die Geschäftstätigkeit der COMMERZBANK beschränken und sich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken kann. Ferner enthält der Richtlinienvorschlag Regelungen, wonach die Institute über einen ausreichenden Betrag aufgrund von Emissionen von Schuldinstrumenten verfügen müssen, die eine Verlustbeteiligung von nicht besicherten Fremdkapitalgläubigern und die Umwandlung in Eigenkapital vorsehen (sog. „bail in“). Mit diesem „Bail-in“-Instrument sollen die Abwicklungsbehörden die Befugnis erhalten, die Forderungen von nicht besicherten Gläubigern eines ausfallenden Instituts abzuschreiben und Forderungen in Eigenkapital umzuwandeln. Für die Bestimmungen zum „Bail-in“-Instrument soll nach dem Richtlinienvorschlag eine längere Umsetzungsfrist gelten; sie sollen ab dem 1. Januar 2018 angewandt werden. Sofern sich für die COMMERZBANK hieraus die Verpflichtung zur Emission von Schuldinstrumenten mit Verlustbeteiligung ergeben sollte, ist mit ansteigenden Refinanzierungskosten zu rechnen, welche die Rentabilität des Konzerns negativ beeinflussen könnten. Der Umfang der ggf. steigenden Refinanzierungskosten ist zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht abzuschätzen. Des Weiteren ist derzeit noch nicht abzusehen, ob und in welcher Form sich ein liquider Markt für derartige Schuldinstrumente entwickeln wird bzw. ob die Kapazität des Marktes ausreichend ist, um ggf. sowohl Bail in-Instrumente als auch Formen von Contingent Capital (d.h. zwangsweise in Eigenkapital umwandelbare Schuldverschreibungen) aufzunehmen, dessen Emission ggf. unter den Basel III-Regelungen verpflichtend sein wird.

Der Richtlinienvorschlag enthält auch Regelungen über ein europäisches System von Finanzierungsmechanismen, die auch die Inanspruchnahme von Einlagensicherungssystemen im Rahmen einer Abwicklung vorsehen. Inwiefern sich aus einem europäischen System von Finanzierungsmechanismen für die COMMERZBANK veränderte Beitragspflichten für das Einlagensicherungssystem oder den Bankenrestrukturierungsfonds ergeben könnten, ist derzeit nicht abzusehen. Siehe auch Risikofaktor 53 *„Es besteht das Risiko, dass der Konzern vom Einlagensicherungsfonds mit erhöhten Umlagen belastet wird oder er unabhängig vom Einlagensicherungsfonds zu Beiträgen zur Rettung von in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen Banken herangezogen wird. Die geplante Reform der EU-Einlagensicherungs-Richtlinie würde zu Belastungen durch erhebliche Beitragszahlungen für den Konzern führen, die voraussichtlich nicht an den Markt weiter gegeben werden können.“*.

Sollten die vorstehend dargestellten Entwicklungen zu für den Konzern negativen Auswirkungen und Belastungen führen, kann dies erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

51. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Konzern die von der Europäischen Kommission im Hinblick auf die in Anspruch genommenen staatlichen Stabilisierungsmaßnahmen erteilten Auflagen nicht fristgemäß oder nur unzureichend erfüllen kann oder ihm wirtschaftliche Nachteile im Zusammenhang mit der Erfüllung der Auflagen entstehen.

Am 7. Mai 2009 erklärte die EU-Kommission die vom Konzern in Anspruch genommenen Stabilisierungsmaßnahmen als mit den Beihilfavorschriften des EG-Vertrags für grundsätzlich vereinbar. Aus wettbewerbsrechtlichen Gründen verpflichtete sich die Bundesrepublik Deutschland sicherzustellen, dass die COMMERZBANK eine Reihe von Auflagen einhält, zu deren Einhaltung sich die COMMERZBANK

vertraglich gegenüber dem SoFFin und der Bundesregierung verpflichtet hat. Einzelne dieser Auflagen wurden später durch Ergänzungsvereinbarung mit dem SoFFin modifiziert. Am 30. März 2012 hat die EU-Kommission auf Antrag der Bundesregierung entschieden, die von der COMMERZBANK einzuhaltende Auflage, die Hypothekenbank Frankfurt bis spätestens Ende 2014 zu verkaufen, in eine Abwicklungsauflage umzuwandeln. Im Gegenzug verpflichtete sich die Bundesrepublik Deutschland sicherzustellen, dass die COMMERZBANK die in den Beihilfeentscheidungen festgelegten Auflagen einhält.

Gegenwärtig beinhalten die – von der EU-Kommission am 30. März 2012 teilweise geänderten – Auflagen insbesondere (1) die Reduzierung der gewerblichen Immobilienfinanzierungsportfolien auf bestimmte Zielkunden und Zielprodukte in den Zielmärkten Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Polen, die Begrenzung dieses Portfoliovolumens auf EUR 25 Mrd. bis zum 31. Dezember 2013 und Beibehaltung dieser sachlichen, örtlichen und betragsmäßigen Beschränkung (einschließlich des begrenzt zulässigen Neugeschäfts) bis zum 31. Dezember 2015, (2) die Fortführung der Abbaustrategie für den Konzernbereich Public Finance und den Abbau jenes Teils des gewerblichen Immobilienfinanzierungsgeschäfts der Hypothekenbank Frankfurt, der zu den Nicht-Kernaktivitäten zählt, (3) eine Höchstgrenze für die Bilanzsumme des Konzerns von EUR 600 Mrd. bis zum 31. Dezember 2014 (wobei Nicht-Kernaktivitäten der Hypothekenbank Frankfurt, die aus dem Public-Finance-Portfolio und einem Großteil der gewerblichen Immobilienfinanzierungsportfolien bestehen, nicht auf die Höchstgrenze angerechnet werden), (4) das bis zum 31. März 2014 geltende Verbot, andere Unternehmen zu übernehmen, und (5) die Verpflichtung, dem deutschen Mittelstand zu marktüblichen Konditionen Kredite im Umfang, der mindestens dem Stand der RWA zum Ende des Jahrs 2007 entspricht, anzubieten.

Nach den geänderten Auflagen der EU-Kommission sollen die Nicht-Kernaktivitäten der Hypothekenbank Frankfurt organisatorisch getrennt und schließlich abgewickelt werden. Ende Juni 2012 hat die COMMERZBANK entschieden, zusätzlich zu diesen Nicht-Kernaktivitäten auch die gewerbliche Immobilien- und Schiffsfinanzierung vollständig abzubauen und dafür in das Segment NCA zu überführen. Diese Entscheidung wurde zum 9. August 2012 wirksam. Rechtlich blieben dabei sowohl das Portfolio der gewerblichen Immobilienfinanzierung als auch das Public-Finance-Portfolio wie geplant in der Hypothekenbank Frankfurt.

Mit Wirkung zum 31. August 2012 wurde die ehemalige Eurohypo Aktiengesellschaft in „Hypothekenbank Frankfurt AG“ umbenannt. Damit erfüllte die COMMERZBANK eine Auflage der EU-Kommission aus der Abwicklungsauflage für die Hypothekenbank Frankfurt. Der Konzernbereich Commerz Real (ohne Warehouse) und das Kerngeschäft der Hypothekenbank Frankfurt mit Privatkunden (private Baufinanzierung) wurden innerhalb der Kernbank in das Segment Privatkunden integriert. Damit erfüllte die COMMERZBANK eine andere Auflage der EU-Kommission, die Kernaktivitäten und Nicht-Kernaktivitäten innerhalb der Hypothekenbank Frankfurt organisatorisch und transparent abzugrenzen.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Konzern die noch nicht umgesetzten Auflagen der EU-Kommission nicht fristgemäß oder nur unzureichend erfüllen kann. Insbesondere besteht ein Risiko, dass der fortschreitende strategische Umbau einzelner Geschäftsfelder von der EU-Kommission oder von anderen Stellen entgegen der Einschätzung der COMMERZBANK im Lichte der Beihilfeentscheidung als unzulässig eingestuft wird. Verstöße gegen die betreffenden Auflagen sind zum Teil durch Vertragsstrafen sanktioniert. Auch besteht das Risiko, dass dem Konzern in sonstiger Weise wirtschaftliche Nachteile aus der Erfüllung der Auflagen entstehen. Im Falle eines Verstoßes gegen die Auflagen der EU-Kommission könnte der Konzern zu einer zumindest teilweisen Rückführung der in Anspruch genommenen staatlichen Mittel verpflichtet werden oder vertraglichen Ansprüchen des SoFFin, beispielsweise Regressforderungen im Hinblick auf Strafzahlungen und Bußgelder der EU, ausgesetzt sein.

Jedes dieser Risiken kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

52. Die regulatorischen und bankaufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen für den Konzern in den Jurisdiktionen, in denen er außerhalb Deutschlands tätig ist, können sich jederzeit ändern, und die Nichteinhaltung dortiger aufsichtsrechtlicher Vorschriften kann zur Verhängung von Strafen und zu anderen Nachteilen bis hin zum Verlust behördlicher Genehmigungen führen.

Die Geschäftstätigkeit des Konzerns außerhalb Deutschlands wird von den Zentralbanken und Aufsichtsbehörden der Länder, in denen er tätig ist, reguliert und beaufsichtigt. In jedem dieser Länder ist für die COMMERZBANK, ihre Tochtergesellschaften, mitunter auch ihre Filialen und in manchen Fällen den Konzern in seiner Gesamtheit eine Banklizenz oder zumindest eine Anzeige an die nationalen Aufsichtsbehörden erforderlich. Im Falle von Änderungen der aufsichtsrechtlichen Vorschriften in einem oder mehreren Ländern, die jederzeit erfolgen können, können den regulierten Einheiten zusätzliche Anforderungen auferlegt werden, die ihre Möglichkeit, in bestimmten Geschäftsbereichen tätig zu werden, erschweren oder ein solches Tätigwerden sogar gänzlich ausschließen. Zudem können auch Verstöße gegen Vorschriften, die nicht unmittelbar dem Bankaufsichtsrecht zuzurechnen sind, aufsichtsrechtliche

Konsequenzen haben (siehe auch Risikofaktor 57 „Regulatorische, aufsichtsrechtliche und staatsanwaltschaftliche Verfahren können erhebliche nachteilige Auswirkungen auf den Konzern haben.“). Die Befolgung geänderter aufsichtsrechtlicher Anforderungen kann zudem zu einem erheblichen Anstieg des Verwaltungsaufwands des Konzerns führen. Jedes dieser Risiken kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

53. Es besteht das Risiko, dass der Konzern vom Einlagensicherungsfonds mit erhöhten Umlagen belastet wird oder er unabhängig vom Einlagensicherungsfonds zu Beiträgen zur Rettung von in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen Banken herangezogen wird. Die geplante Reform der EU-Einlagensicherungs-Richtlinie würde zu Belastungen durch erhebliche Beitragszahlungen für den Konzern führen, die voraussichtlich nicht an den Markt weiter gegeben werden können.

Der Einlagensicherungsfonds wird durch eine jährliche Umlage der teilnehmenden Kreditinstitute finanziert. Reichen die Mittel des Einlagensicherungsfonds nicht aus oder ist dies sonst zur Durchführung der Aufgaben des Einlagensicherungsfonds erforderlich, kann der Vorstand des Bundesverbands deutscher Banken e.V. einen Zuschlag in Höhe der Hälfte der Jahresumlage oder die Erhebung einer Sonderumlage bis zur Höhe der Hälfte der Jahresumlage je Geschäftsjahr beschließen. Eine solche Erhöhung hätte erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

Darüber hinaus besteht das Risiko, dass der Konzern zu Beiträgen, gegebenenfalls auch in der Form von Ausfallsicherheiten und ähnlichen Leistungen, zur Rettung von Banken, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind, herangezogen wird. Dies kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

Die verschiedenen Vorschläge der EU-Kommission, des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments zur Reform der EU-Einlagensicherungs-Richtlinie könnten zu einer erheblichen Erhöhung der für die Einlagensicherung aufzuwendenden Beiträge des Konzerns führen. Die auf den Konzern entfallenden Mehrbelastungen könnten bei dem bestehenden Preiswettbewerb möglicherweise nicht an den Markt weitergegeben werden. Die Umsetzung der Reformvorschläge in den derzeit vorliegenden Fassungen hätte erhebliche negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Darüber hinaus kann es durch die auf europäischer Ebene erörterte langfristige Einführung eines europäischen Einlagensicherungssystem im Rahmen einer europäischen Bankenunion zu weiter erhöhten Beiträgen zur gesetzlichen Einlagensicherung kommen. Auch dies kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

Rechtliche Risiken

54. Im Zusammenhang mit seinen Geschäftsaktivitäten können für den COMMERZBANK-Konzern Rechtsstreitigkeiten entstehen, deren Ausgang ungewiss ist und die mit Risiken für den Konzern verbunden sind. So haben beispielsweise Schadensersatzansprüche wegen fehlerhafter Anlageberatung zu erheblichen Belastungen des Konzerns geführt und können auch in Zukunft zu weiteren erheblichen Belastungen des Konzerns führen.

Der COMMERZBANK-Konzern ist insbesondere im Segment Privatkunden in der Anlageberatung zu Finanzinstrumenten (Wertpapiere, Investmentfonds, Derivate und unternehmerische Beteiligungen) tätig. Die an eine objekt- und anlegergerechte Beratung vom Gesetzgeber und von der Rechtsprechung gestellten Anforderungen haben sich in den letzten Jahren, auch nachträglich, erheblich verschärft. Die COMMERZBANK und ihre Tochtergesellschaften waren und sind daher in eine ganze Reihe von, auch gerichtlichen, Auseinandersetzungen involviert, in denen Anleger eine angeblich fehlerhafte Anlageberatung geltend machen und Schadensersatz verlangen. Dies hat in der jüngeren Vergangenheit bereits zu erheblich negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns geführt. Auch in Zukunft können sich aus solchen Klagen entsprechende Auswirkungen ergeben.

Darüber hinaus hat der Bundesgerichtshof („BGH“) 2006 und 2009 festgestellt, dass Banken, somit auch die COMMERZBANK, ihre Kunden über Vertriebsprovisionen, die sie für die Vermittlung von Beteiligungen an geschlossenen Fonds und Investmentfonds erhalten, aufklären müssen. Fehlt dieser Hinweis, auch bei einer ansonsten ordnungsgemäßen Beratung, kann der Kunde grundsätzlich die Rückabwicklung seiner Anlage zum Ursprungspreis verlangen und sein Anlageobjekt, z. B. seine Beteiligung, auf die Bank übertragen. Daneben kann er den Ersatz weiterer wirtschaftlicher und steuerlicher Schäden verlangen. In einem im Juli 2011 vom BGH entschiedenen Fall musste die COMMERZBANK mangels einer solchen Aufklärung Schadensersatz leisten. Der Begriff „Vertriebsprovisionen“ wird dabei vom BGH sehr weit gefasst. Über den entschiedenen Fall hinaus hat der Beschluss des BGH für eine Vielzahl weiterer – zum Teil bereits anhängiger – Verfahren Bedeutung. Dabei handelt es sich einerseits um Verfahren, die sich auf solche geschlossene Fonds beziehen, die Gegenstand des Rechtsstreits vor dem BGH waren, andererseits um Verfahren, die sich auf eine Vielzahl anderer Kapitalanlagen, insbesondere geschlossene Fonds, beziehen, die ebenfalls von der COMMERZBANK oder ihren Vorgängerinstituten vermittelt wurden. Für die

Fonds, die Gegenstand des Rechtsstreits vor dem BGH waren, wurde im Geschäftsjahr 2011 über die bereits bestehenden Rückstellungen hinaus eine, die neue Situation berücksichtigende Rückstellung gebildet. Ebenso wurden und werden für Ansprüche, die in Klageverfahren geltend gemacht werden, Rückstellungen gebildet. Sollte der Konzern verpflichtet werden, bei einem gewichtigen Teil der von ihm vertriebenen Finanzinstrumente Schadensersatz zu leisten oder diese im Wege der Rückabwicklung zu übernehmen, besteht das Risiko erheblich negativer Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

Über die vorgenannte Problematik hinaus sind die COMMERZBANK und ihre Tochtergesellschaften regelmäßig Parteien in diversen Gerichts- und Schiedsverfahren in Deutschland und einer Reihe anderer Jurisdiktionen, insbesondere in Schadensersatz-, Gewährleistungs- und Rückabwicklungsprozessen. Derartige Verfahren sind von einer Vielzahl von Unsicherheiten gekennzeichnet, und ihr Ergebnis kann nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden, weshalb die mit derartigen Verfahren verbundenen Risiken teilweise nur schwer oder gar nicht quantifizierbar sind. Deshalb ist es möglich, dass die aus anhängigen oder drohenden Verfahren resultierenden Verluste die dafür gebildeten Rückstellungen überschreiten, was erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben kann.

55. Gegen die COMMERZBANK und ihre Tochtergesellschaften werden im Zusammenhang mit begebenen Genussscheinen und so genannten Trust Preferred Securities Zahlungs- und Wiederauffüllungsansprüche – zum Teil auch gerichtlich – geltend gemacht. Der Ausgang dieser Verfahren kann erhebliche über die jeweils geltend gemachten Ansprüche hinausgehende negative Auswirkungen auf den Konzern haben.

Die COMMERZBANK, ihre Tochtergesellschaften, insbesondere die Hypothekenbank Frankfurt und deren Rechtsvorgänger, sowie die Dresdner Bank und ihre Tochtergesellschaften haben Genussscheine und andere hybride Finanzinstrumente, insbesondere auch so genannte Trust Preferred Securities begeben. Diese Instrumente sind in der Regel so ausgestaltet, dass sie aufsichtsrechtlich als Eigenkapital anerkannt werden. Hierzu gehört teilweise, dass eine Zinszahlungsverpflichtung nur dann besteht, wenn ein Bilanzgewinn erwirtschaftet wurde bzw. nur insoweit besteht, als die Zinszahlung nicht zu einem Bilanzverlust führt, und dass bei Verlusten der Rückzahlungsbetrag der Instrumente vermindert werden kann (Verlustteilnahme).

Auf Grund der für die Geschäftsjahre 2009, 2010, 2011 und 2012 ermittelten Verluste wurden auf die von der Hypothekenbank Frankfurt, ihren Rechtsvorgängern bzw. ihren Tochtergesellschaften begebenen Genussscheine und Trust Preferred Securities für die Geschäftsjahre 2009, 2010 und 2011 keine Zinsen gezahlt bzw. werden für das Geschäftsjahr 2012 keine Zinsen gezahlt werden. Zudem wurden auf Grund der Verlustteilnahme der Genussscheine die Rückzahlungsansprüche jeweils gemindert. Gegen die Herabschreibung der Rückzahlungsansprüche und die Nichtbedienung der Genussscheine sind von verschiedenen Anlegern in Deutschland Klagen erhoben oder angekündigt worden. Anleger von Trust Preferred Securities, die von dem Eurohypo Capital Funding Trust I oder dem Eurohypo Capital Funding Trust II emittiert wurden, haben wegen der Nichtbedienung der Trust Preferred Securities in Deutschland Klage erhoben und auch Klage in den USA wegen der Nichtbedienung der Trust Preferred Securities erhoben oder diese angekündigt. Die in den USA gegen die Hypothekenbank Frankfurt erhobene Klage wegen Nichtbedienung der Trust Preferred Securities der Hypothekenbank Frankfurt ist zwischenzeitlich zurückgenommen worden. Es kann dennoch nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Ansprüche geltend gemacht oder Klagen erhoben werden. In Deutschland liegen wegen der Nichtbedienung und der Herabschreibung der Rückzahlungsansprüche der von der Hypothekenbank Frankfurt emittierten Genussscheine erste, nicht rechtskräftige erstinstanzliche Entscheidungen mit unterschiedlichen Ergebnissen und zwei nicht rechtskräftige Berufungsentscheidungen zugunsten der Kläger vor. Gegen letztere hat die Hypothekenbank Frankfurt jeweils das zugelassene Rechtsmittel der Revision zum BGH eingelegt.

Für einige von Tochtergesellschaften der COMMERZBANK begebene Trust Preferred Securities wurden auf Grund der wirtschaftlichen Situation in den Geschäftsjahren 2009, 2010 und 2011 für diese Geschäftsjahre keine Zinsen gezahlt. Die Bedingungen der Trust Preferred Securities enthalten sogenannte Gleichstellungsklauseln, nach denen im Falle von Zinszahlungen auf andere, vergleichbare Instrumente auch für diese Trust Preferred Securities eine Zinszahlungspflicht besteht. Gestützt u.a. auf diese Gleichstellungsklausel haben Anleger auch hier, zum Teil auch gerichtlich in den USA, die ausgefallenen Zinszahlungsansprüche geltend gemacht.

Sollten die Klagen für die Kläger erfolgreich beendet werden, hätte dies zwar nur im Verhältnis zu den obsiegenden Klägern bindende Wirkung. Die COMMERZBANK schließt jedoch nicht aus, dass in einem solchen Fall alle berechtigten gleich gelagerten Forderungen aus den Genussscheinen und den Trust Preferred Securities entsprechend befriedigt würden oder befriedigt werden müssten, was hinsichtlich Zinsnachzahlungen auf die Genussscheine und die Trust Preferred Securities und

Heraufschreibung der Rückzahlungsansprüche der Genussscheine für die Geschäftsjahre 2009 bis 2012 und das erste Quartal 2013 zu einer Belastung auf Konzernebene von insgesamt ca. EUR 200 Mio. führen könnte (nach dem Stand zum 31. März 2013).

Im Weiteren können Zahlungen oder Leistungen auf hybride Finanzinstrumente, z.B. auch eine vorzeitige Rückzahlung von stillen Einlagen oder damit im Zusammenhang stehende Leistungen oder Rückkäufe von hybriden Finanzinstrumenten, dazu führen, dass Anleger, die in anderen Genussscheinen oder anderen hybriden Finanzinstrumenten investiert sind, Ansprüche auf Zinszahlungen, die nicht geleistet worden sind, oder auf Wiederauffüllung der Rückzahlungsansprüche erheben. Sollten in solchen Fällen derartige, nach Ansicht der COMMERZBANK nicht bestehende, Ansprüche erhoben und Zahlungen erforderlich werden, können Belastungen auf Konzernebene nicht ausgeschlossen werden (siehe zu weiteren Auswirkungen auch Risikofaktor 49 „*Das aufsichtsrechtliche Eigenkapital besteht auch aus Instrumenten, deren Qualifizierung als aufsichtsrechtliches Eigenkapital sich ändern kann, wodurch die Geschäftstätigkeit eingeschränkt werden könnte.*“).

Jedes dieser Risiken kann erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

56. Klagen gegen Konzernunternehmen wegen nicht oder nicht im angeblich zugesagten Umfang gezahlter variabler Vergütungen für das Geschäftsjahr 2008 können negative Auswirkungen auf den Konzern haben.

Eine ganze Reihe ehemaliger Mitarbeiter des ehemaligen Dresdner Bank-Konzerns haben in Deutschland und an verschiedenen Standorten im Ausland Klagen gegen Konzernunternehmen wegen nicht oder nicht im angeblich zugesagten Umfang gezahlter variabler Vergütungen für das Geschäftsjahr 2008 erhoben. Im Mai 2012 hat ein erstinstanzliches Gericht in London der Klage von ehemaligen Mitarbeitern der Dresdner Kleinwort Investmentbank („DKIB“) stattgegeben und die COMMERZBANK zur Zahlung geltend gemachter Bonusansprüche verurteilt. Die erstinstanzliche Entscheidung wurde im Berufungsverfahren durch den High Court am 26. April 2013 bestätigt. Die Ansprüche aufgrund des Urteils belaufen sich auf rund GBP 75 Mio. Die Forderungen aus dem Urteil sind durch Rückstellungen bereits berücksichtigt. Auch in Deutschland sind eine Reihe solcher Verfahren anhängig. In einigen Fällen liegen bereits, auch letztinstanzliche Entscheidungen gegen, aber auch zugunsten der COMMERZBANK vor. Der Ausgang der noch nicht abschließend entschiedenen Verfahren lässt sich nicht vorhersagen. Schließlich kann nicht ausgeschlossen werden, dass noch weitere Klagen erhoben werden. Deshalb ist es möglich, dass die aus anhängigen oder drohenden Verfahren resultierenden Verluste die dafür gebildeten Rückstellungen überschreiten, was erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben kann.

57. Regulatorische, aufsichtsrechtliche und staatsanwaltschaftliche Verfahren können erhebliche nachteilige Auswirkungen auf den Konzern haben.

Die COMMERZBANK und ihre Tochtergesellschaften sind in einer Vielzahl von Jurisdiktionen mit zum Teil unterschiedlichen rechtlichen und regulatorischen Anforderungen tätig. In der Vergangenheit wurden in einzelnen Fällen Verstöße gegen rechtliche und regulatorische Bestimmungen festgestellt und von staatlichen Behörden und Institutionen verfolgt. Der Konzern ist auch derzeit in eine Reihe solcher Verfahren verwickelt. Derzeit untersuchen die New Yorker Staatsanwaltschaft, das US-Justizministerium und weitere Behörden, ob seitens des Konzerns gegen US-Embargobestimmungen insbesondere gegenüber dem Iran, Sudan, Nordkorea, Myanmar und Kuba verstoßen worden ist. In diesem Zusammenhang hat die Filiale New York der COMMERZBANK auch strafbewehrte rechtliche Anordnungen (Subpoenas) dieser US-Behörden erhalten und daraufhin umfangreiche Unterlagen und interne Untersuchungsergebnisse zur Verfügung gestellt. Der Ausgang dieser Verfahren ist derzeit noch nicht absehbar. Die US-Behörden können gegen die COMMERZBANK zivil- und strafrechtliche Sanktionen einschließlich erheblicher Strafzahlungen verhängen. In ähnlichen Verfahren bei anderen Banken kam es zu Vergleichen, in deren Zuge teilweise erhebliche Strafzahlungen zu leisten waren. Der Ausgang dieser Verfahren kann nicht vorhergesagt werden. Der Konzern wird solche Verfahren möglicherweise auch im Wege eines Vergleichs beenden.

Außerdem hat der Konzern gegenüber dem U.S. Office of Foreign Assets Control freiwillig bestimmte eingehende und ausgehende Zahlungen an beziehungsweise von Kunden der COMMERZBANK und von Tochtergesellschaften der COMMERZBANK, einschließlich Zahlungen über die Filiale New York, offengelegt. Diese Zahlungen betreffen Transaktionen, in die Zahler oder Zahlungsempfänger in einer Anzahl von Staaten involviert gewesen sein könnten, die US-Sanktionen unterliegen. Der Ausgang dieser Verfahren ist derzeit noch nicht absehbar.

Die finanziellen Auswirkungen solcher Verfahren und ihrer Beendigung lassen sich nicht vorhersagen und können dafür gegebenenfalls gebildete Rückstellungen überschreiten, was erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben kann.

58. Aus Desinvestitionen können sich noch Zahlungsverpflichtungen und Reputationsschäden ergeben.

Der Konzern hat in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Tochterunternehmen und anderen Beteiligungen im In- und Ausland veräußert. Außerdem wurden mehrere vormals im Eigentum des COMMERZBANK-Konzerns stehende größere Immobilien verkauft. Die jeweiligen Veräußerungs- und Verkaufsverträge enthalten Gewährleistungen oder auch Finanzierungsverpflichtungen. In einigen Fällen wurden angebliche Verstöße gegen solche Gewährleistungen angezeigt, die teilweise im Zusammenhang mit der von den verkauften Tochterunternehmen gebildeten Risikoversorge oder mit Verstößen der verkauften Tochterunternehmen gegen Compliance-Bestimmungen stehen und auch zu Ermittlungen staatlicher Stellen gegen die verkauften Tochterunternehmen geführt haben. Sollten hieraus erfolgreich Ansprüche gegen die COMMERZBANK geltend gemacht werden und die in dieser Hinsicht gegebenenfalls gebildeten Rückstellungen nicht ausreichen oder sollte die Reputation des Konzerns beeinträchtigt werden, kann dies erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

59. Die Maßnahmen, die der Konzern zum Datenschutz und zur Sicherung der Vertraulichkeit von Daten ergriffen hat, könnten sich als unzureichend erweisen und Reputations- und sonstige Schäden verursachen.

Die vom Konzern im Zusammenhang mit seiner Geschäftstätigkeit verwendeten Daten unterliegen dem Datenschutz und der Informationssicherheit. Der Konzern hat eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit verarbeiteten und verwalteten Daten vor Missbrauch zu schützen. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich diese Maßnahmen als unzureichend erweisen und beispielsweise die Vertraulichkeit von Kundendaten durch Mitarbeiter des Konzerns oder Dritte, die die Sicherheitssysteme des Konzerns überwinden und sich unbefugt Zugang zu diesen Daten verschaffen, verletzt wird. Dies kann Schadensersatzpflichten des Konzerns auslösen oder sich negativ auf die Reputation des Konzerns auswirken, was jeweils erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben kann.

60. Die Rechtsbeziehungen zwischen dem Konzern und seinen Kunden beruhen auf standardisierten, für eine Vielzahl von Geschäftsvorgängen konzipierten Verträgen und Formularen; einzelne Anwendungsprobleme oder Fehler in dieser Dokumentation können daher eine Vielzahl von Kundenbeziehungen betreffen.

Der Konzern unterhält Vertragsbeziehungen mit einer Vielzahl von Kunden. In allen Geschäftsfeldern bzw. Konzernbereichen erfordert die Verwaltung einer derart großen Zahl von Rechtsbeziehungen den Einsatz von Allgemeinen Geschäftsbedingungen, Musterverträgen und Formularen. Die damit einhergehende Standardisierung führt dazu, dass Unklarheiten oder Fehler bei der Formulierung oder der Anwendung einzelner Geschäftsbedingungen, Musterverträge oder Formulare auf Grund der vielfachen Verwendung ein erhebliches Risiko bergen. Angesichts der sich fortwährend durch neue Gesetze und Rechtsprechung ändernden Rahmenbedingungen sowie des zunehmend stärker werdenden Einflusses des europäischen Rechts auf das nationale Recht ist es denkbar, dass nicht alle Allgemeinen Geschäftsbedingungen, Musterverträge und Formulare des Konzerns zu jeder Zeit uneingeschränkt der jeweils geltenden Rechtslage entsprechen. Treten Anwendungsprobleme oder Fehler auf oder sind einzelne Vertragsbestimmungen oder ganze Verträge unwirksam, kann dies eine Vielzahl von Kundenbeziehungen betreffen und zu erheblichen Schadensersatzforderungen oder sonstigen für den Konzern negativen rechtlichen Konsequenzen führen und somit erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

61. Der Ausgang von Rechtsstreitigkeiten, an denen der Konzern nicht beteiligt ist, kann aus verschiedenen Gründen, etwa wegen der angegriffenen, branchenweit verwendeten Praxis oder Klauseln, negative Auswirkungen auf den Konzern haben.

Gerichtliche oder aufsichtsrechtliche Entscheidungen, die gegen andere Kreditinstitute ergehen, können auch Auswirkungen auf den Konzern haben, auch wenn dieser an dem Verfahren nicht selbst beteiligt ist. Dies kann etwa dann der Fall sein, wenn eine branchenweit verwendete Vertragsklausel angegriffen und für unrechtmäßig erklärt wird. Beispiele hierfür sind Entscheidungen gegen einzelne Klauseln in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen, die Tilgungsverrechnung bei Annuitätendarlehen, bestimmte Anlageprodukte (z.B. bestimmte Swap-Geschäfte) oder die Beratungspraxis bei so genannten Kick-back-Vereinbarungen. Dies kann sogar dann der Fall sein, wenn die Entscheidung auf den besonderen Umständen des Einzelfalles beruht, von Kunden des Konzerns das Ergebnis dann aber gegen den Konzern verwendet wird und der Konzern sich, etwa zur Vermeidung von Reputationsschäden, zur Änderung seiner Praxis oder zu Ersatzleistungen gezwungen sieht. Solche Entscheidungen können dann auch erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

62. Der Konzern unterliegt Risiken bzgl. der steuerlichen Betriebsprüfung; Änderungen der steuerlichen Gesetzgebung oder Rechtsprechung können sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns auswirken. Änderungen in der Planung zukünftig erwarteter Erträge können zu erheblichen Schwankungen der aktiven latenten Steuern führen.

Die geschäftlichen Vorgänge der COMMERZBANK werden auf der Basis der aktuellen Steuergesetzgebung und unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung steuerlich beurteilt. Bestehen steuerrechtlich Unsicherheiten hinsichtlich der Frage, wie solche Geschäftsvorfälle zu beurteilen sind, vertritt die COMMERZBANK in der Regel eine risikoaverse Position. Sollten trotzdem wesentliche Steuernachforderungen festgesetzt werden, können sich erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ergeben.

Der Konzern unterliegt im In- und Ausland regelmäßigen Prüfungen durch die Finanzbehörden. In Deutschland werden gegenwärtig bei der COMMERZBANK die Veranlagungszeiträume 2002 bis 2011 geprüft. Diese Betriebsprüfungen können dazu führen, dass die Veranlagungen der COMMERZBANK und ihrer Tochtergesellschaften zu ändern sind und es zu Steuernachforderungen kommt. Auf Grund des langen Zeitraums der noch nicht abgeschlossenen Betriebsprüfungen besteht ein erhöhtes Risiko, dass Steuern nachgefordert werden. Für steuerliche Risiken, die im Verlauf oder bis zur Durchführung von Betriebsprüfungen erkennbar werden, wird seitens der COMMERZBANK eine entsprechende Risikovorsorge getroffen. Sollten die zukünftig festgesetzten Steuernachforderungen die in den Bilanzen der betroffenen Gesellschaften gebildeten oder noch zu bildenden Rückstellungen dennoch wesentlich übersteigen, können sich erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ergeben.

Ändert sich die Auffassung der Finanzverwaltung, die steuerliche Gesetzgebung oder die steuerliche Rechtsprechung, kann dies ebenfalls erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

Die COMMERZBANK verfügte zum 31. März 2013 über steuerliche Verlustvorträge in Höhe von EUR 5,2 Mrd. Im Zusammenhang damit waren im Konzernabschluss aktive latente Steuern in Höhe von EUR 1,7 Mrd. aktiviert. Der Umfang der aktivierbaren latenten Steuern richtet sich nach den (in der Mehrjahresplanung dokumentierten) zukünftig erwarteten Ergebnissen des Konzerns. Verringern sich die geplanten Erträge, etwa aufgrund einer Verschlechterung externer Faktoren wie dem konjunkturellen Umfeld, über mehrere Planungsperioden (5 Jahres-Bemessungszeitraum), so reduziert sich der Umfang der aktivierbaren steuerlichen Verlustvorträge. Dies hat eine entsprechende Reduzierung des bilanziellen Eigenkapitals zur Folge. Sollte es nicht gelingen, die strategische Planung einzuhalten, so kann es zu weiteren Wertminderungen der latenten Steueransprüche kommen. Dies könnte erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

63. Die EU-Kommission ermittelt gegen mehrere Unternehmen des Finanzsektors im Rahmen eines kartellrechtlichen Prüfverfahrens bezüglich des Marktes für Finanzinformationen über Credit Default Swaps.

Die EU-Kommission leitete 2011 gegen 17 Unternehmen des Finanzsektors, darunter auch die COMMERZBANK, ein kartellrechtliches Prüfverfahren ein, in dessen Rahmen sie deren Verhalten bei der Weitergabe von Handelsdaten über Geschäfte mit CDS an Anbieter von Finanzinformationen untersucht hat. Die EU-Kommission geht dabei der Frage nach, ob es bei dieser Datenweitergabe zu Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne der Art. 101 bzw. 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union („AEUV“) gekommen ist. Schuldhaftige Verstöße gegen Art. 101 bzw. 102 AEUV können mit Geldbußen geahndet werden. Die Geldbuße für jedes an einer Zuwiderhandlung beteiligte Unternehmen darf 10% seines im vorausgegangenen Geschäftsjahr erzielten Gesamtumsatzes nicht übersteigen. Am 21. Februar 2013 nahm die COMMERZBANK an einer sogenannten State-of-Play-Besprechung (Treffen zum Verfahrensstand) bei der EU-Kommission teil. Im Rahmen dieser Besprechung teilte die EU-Kommission der COMMERZBANK mit, dass sie bis auf weiteres gegen die COMMERZBANK nicht weiter ermitteln werde. Sollten sich bei den Ermittlungen gegen andere Unternehmen des Finanzsektors allerdings die COMMERZBANK belastende Umstände ergeben, können die Ermittlungen der EU-Kommission gegen die COMMERZBANK wieder aufgenommen werden. Sollte gegen die COMMERZBANK eine Geldbuße festgesetzt werden, kann dies erheblich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

Aktienbezogene Risiken

64. Die von der Gesellschaft ausgegebenen eigenkapitalähnlichen Instrumente können die Interessen der bestehenden Aktionäre beeinträchtigen.

Die Gesellschaft hat verschiedene Eigenmittelinstrumente wie stille Einlagen, Hybridkapital und Genussscheine ausgegeben, die ihren Inhabern einen Anspruch auf Gewinnbeteiligung geben. Teilweise sehen die den Instrumenten zugrunde liegenden Bedingungen eine Herabsetzung des Buchwerts der Instrumente für den Fall vor, dass die Gesellschaft in einem Geschäftsjahr einen Verlust erleidet. Eine

Wiederhochschreibung des Buchwerts erfolgt aus etwaigen Bilanzgewinnen nachfolgender Geschäftsjahre. Zudem sehen die Bedingungen der Instrumente teilweise vor, dass in Gewinnperioden Zahlungen nachgeholt werden, die in der Vergangenheit mangels Bilanzgewinns nicht erfolgt sind. Auf Grund der Verlustsituation der Gesellschaft sind in der Vergangenheit solche Herabsetzungen des Buchwerts und Nichtzahlungen auf Eigenmittelinstrumente erfolgt. Soweit dementsprechend Wiederhochschreibungen von Buchwerten erforderlich sind bzw. Ansprüche auf Nachholung von Zahlungen und Gewinnbeteiligung bestehen, verringern sie den für die Ausschüttung von Dividenden zur Verfügung stehenden Bilanzgewinn.

Auch die der Gesellschaft seitens der Allianz und des SoFFin gewährten stillen Einlagen sind mit einem Anspruch auf Beteiligung an dem im Jahresabschluss der COMMERZBANK nach HGB ausgewiesenen Gewinn ausgestattet, der den für die Ausschüttung von Dividenden zur Verfügung stehenden Bilanzgewinn im Umfang der Gewinnbeteiligung reduziert. Allerdings kündigte die COMMERZBANK im März 2013 an, die stillen Einlagen des SoFFin und der Allianz durch eine gemischte Bar-/Sachkapitalerhöhung vorzeitig komplett zurückführen zu wollen. Darauf beschloss im April 2013 die ordentliche Hauptversammlung der COMMERZBANK eine entsprechende Bezugsrechtskapitalerhöhung. Das Bezugsangebot soll voraussichtlich vom 15. Mai 2013 bis zum 28. Mai 2013 durchgeführt werden.

65. Der SoFFin kann auf Grund seiner Beteiligung an der Gesellschaft beträchtlichen Einfluss auf die Gesellschaft ausüben. Die Interessen des SoFFin müssen sich nicht zwingend mit den Interessen anderer Aktionäre decken.

Der Anteil des SoFFin am Grundkapital der Gesellschaft beläuft sich derzeit auf rund 25%. Der Umfang dieser Beteiligung vermittelt dem SoFFin praktisch eine Sperrminorität bei wesentlichen von der Hauptversammlung zu treffenden Entscheidungen. Daneben hat der SoFFin, in Abhängigkeit von der Höhe des auf einer Hauptversammlung vertretenen Grundkapitals, auf Grund der ihm durch seine Beteiligung vermittelten Stimmrechte ggf. die Möglichkeit, signifikanten Einfluss auf die von der Hauptversammlung zu fassenden Beschlüsse zu nehmen. Es besteht jedoch keine Gewähr, dass sich die Interessenlage des SoFFin in allen Fällen mit den Interessen der übrigen Aktionäre deckt. Die Möglichkeit, dass der SoFFin Einfluss auf die Geschäfte des Konzerns nehmen könnte, kann sich auch abschreckend auf die Bereitschaft potenzieller Anleger auswirken, etwaige für die Aktionäre vorteilhafte Übernahmeangebote abzugeben.

Im März 2013 kündigte die COMMERZBANK an, die stillen Einlagen des SoFFin und der Allianz durch eine gemischte Bar-/Sachkapitalerhöhung vorzeitig komplett zurückführen zu wollen. Darauf beschloss im April 2013 die ordentliche Hauptversammlung der COMMERZBANK eine entsprechende Bezugsrechtskapitalerhöhung. Das Bezugsangebot soll voraussichtlich vom 15. Mai 2013 bis zum 28. Mai 2013 durchgeführt werden. Nach Durchführung dieser Kapitalerhöhung und damit in Zusammenhang stehender weiterer Transaktionsschritte wird der Anteil des SoFFin an der COMMERZBANK voraussichtlich unter 20% sinken. Abhängig von der Präsenz der Aktionäre in der Hauptversammlung der COMMERZBANK kann auch eine Beteiligung in dieser Höhe dem SoFFin eine Sperrminorität bei wesentlichen von der Hauptversammlung zu treffenden Entscheidungen vermitteln oder ihm ermöglichen, signifikanten Einfluss auf von der Hauptversammlung zu fassende Beschlüsse zu nehmen.

66. Zukünftige Kapitalmaßnahmen der Gesellschaft können zu einer erheblichen Verwässerung der Rechte der Aktionäre führen.

Nach deutschem Aktienrecht haben Aktionäre im Falle einer Kapitalerhöhung oder der Ausgabe von Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen durch die Gesellschaft ihrem Aktienbestand entsprechend Bezugsrechte auf die neuen Aktien oder die neuen Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen. Allerdings können diese Bezugsrechte unter bestimmten Voraussetzungen ausgeschlossen werden. In diesem Fall kann die Ausgabe von neuen Aktien durch die Gesellschaft oder die Ausübung von Wandlungs- oder Optionsrechten aus den neu ausgegebenen Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen zu einer Verwässerung der Beteiligung der Aktionäre an der Gesellschaft sowie zu einer wirtschaftlichen Verwässerung der Aktionäre führen. Ein Bezugsrechtsausschluss kommt insbesondere bei einer Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen in Betracht, die beispielsweise zum Erwerb anderer Unternehmen durch die Gesellschaft oder zur Beteiligung an Unternehmen im Austausch gegen Aktien durchgeführt werden kann.

67. Sollte der SoFFin eine beträchtliche Anzahl von Aktien der Gesellschaft veräußern, kann sich dies nachteilig auf den Kurs der COMMERZBANK-Aktie auswirken.

Es ist denkbar, dass der SoFFin in Zukunft sämtliche oder einen Teil der von ihm gehaltenen Aktien veräußern wird. Der SoFFin unterliegt derzeit keiner Veräußerungsbeschränkung bezüglich der von ihm gehaltenen Aktien. Im Rahmen der von der COMMERZBANK beabsichtigten vorzeitigen Ablösung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz und der damit in Zusammenhang stehenden Kapitalerhöhung und weiteren Transaktionsschritten verpflichtet der SoFFin sich jedoch, für einen Zeitraum von sechs Monaten nach dem ersten Handelstag der neuen Aktien keine Aktien der COMMERZBANK zu veräußern. Die Veräußerung einer beträchtlichen Anzahl von Aktien durch den SoFFin kann sich nachteilig auf den Aktienkurs auswirken.

VERANTWORTLICHE PERSONEN

Die COMMERZBANK Aktiengesellschaft, Kaiserstraße 16 (Kaiserplatz), 60311 Frankfurt am Main, Deutschland, übernimmt gemäß § 5 Absatz 4 des Wertpapierprospektgesetzes („**WpPG**“) die Verantwortung für den Inhalt dieses Registrierungsformulars und erklärt, dass ihres Wissens die Angaben in diesem Registrierungsformular richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind, sowie dass sie die erforderliche Sorgfalt hat walten lassen, um sicherzustellen, dass die in diesem Registrierungsformular gemachten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage des Registrierungsformulars wahrscheinlich verändern können.

Für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche auf Grund der in diesem Registrierungsformular enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, könnte der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung einzelstaatlicher Rechtsvorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung des Registrierungsformulars vor Prozessbeginn zu tragen haben.

Sofern in diesem Registrierungsformular auf die COMMERZBANK oder die Gesellschaft Bezug genommen wird und sich aus dem Zusammenhang nichts anderes ergibt, beziehen sich diese Begriffe für die Zeit vor dem 11. Mai 2009 auf die Gesellschaft ohne Einschluss der Dresdner Bank und für die Zeit danach auf die Gesellschaft unter Einschluss des Geschäfts der zu diesem Datum auf sie verschmolzenen Dresdner Bank. Hingegen beziehen sich die Begriffe COMMERZBANK-Konzern und Konzern, sofern sich aus dem Zusammenhang nichts anders ergibt, für die Zeit vor dem 12. Januar 2009 auf den Konzern ohne Einschluss der Dresdner Bank und für die Zeit danach auf den Konzern unter Einschluss der zu diesem Datum erworbenen Dresdner Bank, einschließlich ihrer Tochtergesellschaften und Beteiligungen. Soweit nachfolgend auf die Dresdner Bank oder den Dresdner Bank-Konzern Bezug genommen wird, ist damit die Dresdner Bank bzw. der Dresdner Bank-Konzern in der Form gemeint, wie sie vor Rechtswirksamkeit der Verschmelzung bestanden haben.

BILLIGUNG, VERÖFFENTLICHUNG UND GÜLTIGKEIT DES REGISTRIERUNGSFORMULARS

Dieses Registrierungsformular ist von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („**BaFin**“) nach Abschluss einer Vollständigkeitsprüfung einschließlich einer Prüfung der Kohärenz und Verständlichkeit der vorgelegten Informationen gemäß § 13 Absatz 1 WpPG am 14. Mai 2013 gebilligt worden. Es wird unverzüglich nach Billigung durch die BaFin auf der Internetseite (www.commerzbank.de) der COMMERZBANK veröffentlicht.

Gedruckte Exemplare des Registrierungsformulars werden ab diesem Zeitpunkt während der üblichen Geschäftszeiten bei der COMMERZBANK Aktiengesellschaft, Kaiserstraße 16 (Kaiserplatz), 60311 Frankfurt am Main, Deutschland, zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten. Sobald erstmals auf Grundlage des Registrierungsformulars Wertpapiere öffentlich angeboten oder zum Handel an einem organisierten Markt zugelassen werden sollen und eine Wertpapierbeschreibung und eine Zusammenfassung, die gemäß § 12 Absatz 1 Satz 1 WpPG zusammen mit dem Registrierungsformular einen vollständigen Prospekt bilden, von der BaFin gebilligt worden sind, werden diese anderen Einzeldokumente in der gleichen Form erhältlich sein.

Das Registrierungsformular ist für einen Zeitraum von zwölf Monaten ab dem Tag der Billigung gültig und stellt ausschließlich den Stand zum Zeitpunkt seiner Billigung dar. Dieses Registrierungsformular entspricht sowohl den Anforderungen eines Registrierungsformulars für Aktien (Art. 4 Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 809/2004) als auch eines Registrierungsformulars für Banken (Art. 14 Anhang XI der Verordnung (EG) Nr. 809/2004). Es kann daher sowohl für Aktien und andere in Art. 4 der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 genannte Wertpapiere als auch für Schuldtitel, derivative Wertpapiere und sonstige nicht unter Art. 4 der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 fallende Wertpapiere verwendet werden.

Das Registrierungsformular stellt weder ein Angebot noch eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zur Zeichnung oder zum Kauf von Wertpapieren der COMMERZBANK dar. Es ist nicht als Empfehlung zu verstehen, dass Empfänger dieses Registrierungsformulars Wertpapiere der COMMERZBANK zeichnen oder kaufen sollen. Niemand ist von der COMMERZBANK autorisiert worden, über die in diesem Dokument enthaltenen Informationen oder Bestätigungen hinaus Informationen oder Bestätigungen abzugeben. Wenn solche Informationen oder Bestätigungen dennoch abgegeben werden, darf auf diese nicht in der Weise vertraut werden, als ob die COMMERZBANK diese autorisiert hätte.

ALLGEMEINE ANGABEN

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieses Registrierungsformular enthält zukunftsgerichtete Aussagen. In die Zukunft gerichtete Aussagen sind alle Aussagen, die sich nicht auf Tatsachen und Ereignisse zum Datum dieses Registrierungsformulars oder historische Tatsachen oder Ereignisse beziehen und solche Formulierungen wie „glaubt“, „schätzt“, „geht davon aus“, „erwartet“, „nimmt an“, „prognostiziert“, „beabsichtigt“, „könnte“ oder „plant“, oder Formulierungen ähnlicher Art enthalten. Dies gilt insbesondere für Aussagen in diesem Registrierungsformular über Absichten, Überzeugungen, Pläne und Erwartungen der Gesellschaft in Bezug auf die zukünftigen Erträge des Konzerns, das Geschäft und Management des Konzerns, über Wachstum, Profitabilität, Liquidität, Aussichten und Strategie des Konzerns und der Gesellschaft, die allgemeinen und branchenspezifischen Marktentwicklungen und technologische Entwicklungen sowie wirtschaftliche und regulatorische Rahmenbedingungen und andere Faktoren, denen der Konzern ausgesetzt ist.

Die in diesem Registrierungsformular enthaltenen in die Zukunft gerichteten Aussagen beruhen auf gegenwärtigen, nach bestem Wissen vorgenommenen Einschätzungen und Annahmen der Gesellschaft. Solche in die Zukunft gerichteten Aussagen unterliegen jedoch Risiken und Ungewissheiten, da sie sich auf Ereignisse beziehen und auf Annahmen basieren, die gegebenenfalls in der Zukunft nicht eintreten werden. Die Gesellschaft weist darauf hin, dass solche zukunftsgerichteten Aussagen keine Garantie für die Zukunft darstellen; die tatsächlichen Ergebnisse, einschließlich der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sowie die Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, können wesentlich von denjenigen abweichen, insbesondere negativer ausfallen, als diejenigen, die in diesen Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen oder beschrieben werden. Die Geschäftstätigkeit des Konzerns unterliegt einer Reihe von Risiken und Unsicherheiten, die auch dazu führen können, dass eine zukunftsgerichtete Aussage, Einschätzung oder Vorhersage unzutreffend wird. Deshalb sollten Anleger unbedingt die Kapitel „Risikofaktoren“, „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage“ und „Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns“ einschließlich des Abschnitts „Jüngste Entwicklung und Ausblick“ lesen, die eine ausführlichere Darstellung derjenigen Faktoren enthalten, die Einfluss auf die Geschäftsentwicklung des Konzerns und den Markt, in dem der Konzern tätig ist, haben. Selbst wenn die tatsächlichen Ergebnisse der Gesellschaft bzw. des COMMERZBANK-Konzerns, einschließlich der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, sowie die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen mit den zukunftsgerichteten Aussagen in diesem Registrierungsformular übereinstimmen sollten, kann nicht gewährleistet werden, dass dies auch weiterhin in der Zukunft der Fall sein wird.

Die Gesellschaft übernimmt keine Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben und an zukünftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen, soweit sie hierzu nicht gesetzlich verpflichtet ist. Allerdings sind gemäß § 12 Absatz 3 Satz 1 WpPG in eine Wertpapierbeschreibung, die zusammen mit diesem Registrierungsformular und einer Zusammenfassung einen dreiteiligen Prospekt bildet, in Fällen von erheblichen Veränderungen oder neuen Entwicklungen, die sich auf die Beurteilung durch das Publikum auswirken könnten, aktualisierende Angaben aufzunehmen, es sei denn, dass das Registrierungsformular wegen dieser neuen Umstände bereits nach § 16 WpPG aktualisiert worden ist. Die weitergehende Verpflichtung, jeden wichtigen neuen Umstand oder jede wesentliche Unrichtigkeit in Bezug auf die im Prospekt enthaltenen Angaben, die die Beurteilung der Wertpapiere beeinflussen könnten und die nach der Billigung des Prospekts und vor dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots oder, falls diese später erfolgt, der Einführung in den Handel an einem organisierten Markt auftreten oder festgestellt werden, gemäß § 16 Absatz 1 Satz 1 WpPG in einem Nachtrag zum Prospekt zu nennen, bleibt unberührt.

In Anbetracht der Risiken, Ungewissheiten und Annahmen können die in diesem Registrierungsformular erwähnten zukünftigen Ereignisse auch ausbleiben. Darüber hinaus können sich die in diesem Registrierungsformular wiedergegebenen zukunftsgerichteten Einschätzungen und Prognosen aus Studien Dritter (siehe auch „—Informationen von Seiten Dritter, statistische Daten, Hinweise zu Quellen der Marktdaten und Schätzungen“) als unzutreffend herausstellen. Die Gesellschaft und ihr Vorstand können daher nicht für die zukünftige Richtigkeit der in diesem Registrierungsformular dargestellten Meinungen oder den tatsächlichen Eintritt der prognostizierten Entwicklungen einstehen.

Informationen von Seiten Dritter, statistische Daten, Hinweise zu Quellen der Marktdaten und Schätzungen

Die Angaben in diesem Registrierungsformular zu Marktumfeld, Marktentwicklungen, Wachstumsraten, Markttrends und zur Wettbewerbssituation in den Märkten und Branchen, in denen die Gesellschaft und der COMMERZBANK-Konzern tätig sind, basieren – soweit nicht anders vermerkt – auf Daten, statistischen Informationen, Branchenberichten und Studien Dritter sowie Einschätzungen der Gesellschaft. Die folgenden Studien bzw. Quellen werden zitiert:

- Bankenstatistik, Statistisches Beiheft 1 zum Monatsbericht Februar 2013 der Deutschen Bundesbank (abrufbar unter: http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Statistische_Beihefte_1/2013/2013_02_bankenstatistik.pdf?__blob=publicationFile) („**Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Februar 2013**“);
- Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook Januar 2013 (abrufbar unter: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2013/update/01/index.htm>) („**IMF World Economic Outlook Update, Januar 2013**“);
- ESMA, Pressemitteilung vom 31. Oktober 2011 (ESMA/2011/360) („**ESMA, Pressemitteilung vom 31. Oktober 2011**“);
- The Largest banks in Poland by Total Assets, Stand 5. Januar 2013 (abrufbar unter: <http://www.moneystockstycoons.com/bank-lists/poland-banks/>) („**The Largest Banks in Poland by Total Assets**“);
- US-Bureau of Economic Analysis, Gross Domestic Product: Fourth Quarter and Annual 2012, Pressemitteilung vom 28. Februar 2013 (abrufbar unter: http://www.bea.gov/newsreleases/national/gdp/2013/pdf/gdp4q12_2nd.pdf) („**US-Bureau of Economic Analysis, Gross Domestic Product: Fourth Quarter and Annual 2012**“);
- Eurostat, Pressemitteilung vom 14. Februar 2013 (abrufbar unter: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/2-14022013-AP/DE/2-14022013-AP-DE.PDF) („**Eurostat, Pressemitteilung vom 14. Februar 2013**“);
- Eurostat, Pressemitteilung vom 15. Februar 2012 (abrufbar unter: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/2-15022012-AP/DE/2-15022012-AP-DE.PDF) („**Eurostat, Pressemitteilung vom 15. Februar 2012**“);
- Eurostat, Pressemitteilung vom 15. Februar 2011 (abrufbar unter: <http://www.eds-destatis.de/de/press/download/2011/023-2011-02-15.pdf>) („**Eurostat, Pressemitteilung vom 15. Februar 2011**“);
- Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung vom 22. Februar 2013 (abrufbar unter: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/Inlandsprodukt/InlandsproduktsberechnungVjPDF_2180120.pdf?__blob=publicationFile) („**Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung**“);
- Welthandelsorganisation, Pressemitteilung vom 21. September 2012 (abrufbar unter: http://www.wto.org/english/news_e/pres12_e/pr676_e.htm) („**Welthandelsorganisation, Pressemitteilung vom 21. September 2012**“).

Soweit Angaben von Seiten Dritter in diesem Registrierungsformular übernommen wurden, bestätigt die Gesellschaft, dass diese Angaben korrekt wiedergegeben wurden und dass – soweit es der Gesellschaft bekannt ist und sie es aus den veröffentlichten Informationen ableiten konnte – in dem Registrierungsformular keine Tatsachen unterschlagen wurden, welche die wiedergegebenen Informationen unrichtig oder irreführend gestalten würden. Anleger sollten diese Informationen dennoch sorgfältig abwägen. Marktstudien basieren häufig auf Informationen und Annahmen, die möglicherweise weder exakt noch sachgerecht sind, und ihre Methodik ist von Natur aus vorausschauend und spekulativ. Die Gesellschaft hat die externen Daten und die Zahlenangaben, Marktdaten und sonstigen Informationen, die Dritte ihren Studien zugrunde gelegt haben, nicht überprüft und übernimmt daher keine Verantwortung oder Garantie für die Richtigkeit der in diesem Registrierungsformular enthaltenen externen Daten und Angaben aus Studien Dritter.

Das Registrierungsformular enthält darüber hinaus Schätzungen der Gesellschaft und Auswertungen von Fachinformationen durch die Gesellschaft. Die Gesellschaft ist der Auffassung, dass sie diese Schätzungen und Auswertungen sorgfältig erstellt hat und die Schätzungen und Auswertungen die jeweiligen externen Informationen neutral wiedergeben. Obwohl die Gesellschaft von der Verlässlichkeit ihrer Schätzungen und Auswertungen ausgeht, wurden diese nicht von einer externen Quelle überprüft oder verifiziert. Die Gesellschaft übernimmt darüber hinaus keine Gewähr für die Richtigkeit der von ihr ausgewerteten

Informationen Dritter. Ferner wird darauf hingewiesen, dass die von der Gesellschaft vorgenommenen Schätzungen und Auswertungen von Informationen Dritter von den Einschätzungen ihrer Wettbewerber sowie von zukünftigen Erhebungen anderer, unabhängiger Quellen abweichen können.

Einsichtnahme in Dokumente

Während der Gültigkeitsdauer des Registrierungsformulars können die folgenden Dokumente in Papierform während der üblichen Geschäftszeiten bei der COMMERZBANK Aktiengesellschaft, Kaiserstraße 16 (Kaiserplatz), 60311 Frankfurt am Main, Deutschland, eingesehen werden:

- Satzung der Gesellschaft;
- der ungeprüfte Konzernzwischenabschluss der Gesellschaft nach IFRS (International Financial Reporting Standards, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind – „**IFRS**“) für das am 31. März 2013 endende Quartal;
- die geprüften Konzernabschlüsse der Gesellschaft nach IFRS für die jeweils am 31. Dezember 2010, 2011 und 2012 endenden Geschäftsjahre;
- der geprüfte Jahresabschluss der Gesellschaft nach Handelsgesetzbuch („**HGB**“) für das am 31. Dezember 2012 endende Geschäftsjahr.

Künftige Geschäftsberichte sowie Quartals- und Zwischenberichte der Gesellschaft werden auf der Internetseite der Gesellschaft unter www.commerzbank.de bereitgestellt, sind beim Bundesanzeiger (www.bundesanzeiger.de) öffentlich zugänglich und bei der Gesellschaft in Papierform erhältlich.

Hinweis zu Währungs- und Finanzangaben

Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die Finanzangaben der COMMERZBANK in diesem Registrierungsformular auf die zum jeweiligen Zeitpunkt (Stichtag des jeweiligen Konzernabschlusses) geltenden Rechnungslegungsvorschriften nach IFRS. Die in diesem Registrierungsformular enthaltenen Finanzangaben entstammen überwiegend den geprüften Konzernabschlüssen nach IFRS der Gesellschaft für die Geschäftsjahre 2010, 2011 und 2012 sowie dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der Gesellschaft nach IFRS zum 31. März 2013, der einer prüferischen Durchsicht unterzogen wurde. Der Begriff „prüferische Durchsicht“ bezieht sich auf ausgewählte Untersuchungshandlungen, die unter Beachtung von IDW PS 900 für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen durchgeführt wurden und die nicht einer Abschlussprüfung entsprechen. Soweit Finanzangaben angegeben werden, die aus dem Jahresabschluss nach HGB der Gesellschaft für 2012 stammen, sind diese Angaben entsprechend gekennzeichnet.

Alle Währungsangaben in diesem Registrierungsformular beziehen sich auf Euro. Sofern Zahlenangaben in einer anderen Währung aufgeführt sind, ist dies ausdrücklich bei der betreffenden Zahl bzw. den betreffenden Zahlen durch die Bezeichnung der entsprechenden Währung oder des Währungssymbols vermerkt.

Hinweis zu Zahlenangaben und Fachbegriffen

Einzelne Zahlenangaben (darunter auch Prozentangaben) in diesem Registrierungsformular wurden kaufmännisch gerundet. In den Tabellen addieren sich solche kaufmännisch gerundeten Zahlenangaben unter Umständen nicht genau zu den in der Tabelle gegebenenfalls gleichfalls enthaltenen Gesamtsummen. Für die Berechnung der im Text verwendeten Prozentangaben wurde nicht von im Text teilweise verwendeten Angaben in Mio. EUR, sondern Angaben in TEUR ausgegangen. Daher kann es in einigen Fällen dazu kommen, dass Prozentzahlen im Text von Prozentsätzen abweichen, die sich auf der Basis von Angaben in Mio. EUR ergeben.

Sofern in dem Abschnitt „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage“ in Tabellen die prozentualen Veränderungen von negativen Werten im Vergleich der jeweils dargestellten Finanzperioden ausgewiesen werden, wird dort im Falle einer Erhöhung (also Verschlechterung) negativer Werte die Prozentangabe als negativer Wert, im Falle einer Verringerung (also Verbesserung) negativer Werte die Prozentangabe als positiver Wert ausgewiesen. Diese Darstellung kann von der Darstellung der entsprechenden Prozentangaben im Finanzteil abweichen.

In den Abschnitten „Ausgewählte Finanzangaben und Geschäftsinformationen des COMMERZBANK-Konzerns“, „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage“ und „Ausgewählte Bankstatistische und Sonstige Daten“ werden in Tabellen negative Werte in runden Klammern dargestellt. Diese Darstellung weicht von der Darstellung der entsprechenden Werte im Finanzteil ab, wo sie mit Minuszeichen ausgewiesen werden.

Ein Glossar mit den verwendeten Fachbegriffen und Abkürzungen befindet sich im hinteren Teil des Registrierungsformulars (siehe „*Glossar*“).

ALLGEMEINE INFORMATIONEN ÜBER DIE COMMERZBANK UND DEN COMMERZBANK-KONZERN

Firma, Sitz, Gegenstand und Geschäftsjahr

Die COMMERZBANK wurde 1870 als Commerz- und Disconto-Bank in Hamburg gegründet. Nach vorübergehender Dezentralisierung ist die COMMERZBANK am 1. Juli 1958 aus dem Wiederzusammenschluss der im Zuge einer Nachkriegsentflechtung 1952 geschaffenen Nachfolgeinstitute hervorgegangen. Sitz der COMMERZBANK ist Frankfurt am Main. Sie ist unter der Nummer HRB 32000 im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main eingetragen. Die Gesellschaft führt die Firma COMMERZBANK Aktiengesellschaft und ist nach deutschem Recht auf unbestimmte Zeit errichtet worden. Im Geschäftsverkehr tritt die Gesellschaft unter COMMERZBANK auf. Die Geschäftsadresse lautet Kaiserstraße 16 (Kaiserplatz), 60311 Frankfurt am Main, Deutschland, Tel. +49-69-136-20.

Gegenstand der COMMERZBANK ist gemäß § 2 der Satzung der Betrieb von Bankgeschäften und Finanzdienstleistungen aller Art und von sonstigen Dienstleistungen und Geschäften, die damit zusammenhängen, einschließlich des Erwerbs, des Haltens und der Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Die Gesellschaft darf den Unternehmensgegenstand selbst, durch verbundene Unternehmen und Beteiligungsunternehmen oder durch den Abschluss von Unternehmens- und Kooperationsverträgen mit Dritten verwirklichen. Sie ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, den Geschäftszweck zu fördern, insbesondere zur Errichtung von Zweigniederlassungen im In- und Ausland und zum Erwerb, zur Verwaltung und zur Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Das Geschäftsjahr der COMMERZBANK entspricht dem Kalenderjahr.

Unternehmensgeschichte

Die COMMERZBANK wurde am 26. Februar 1870 von hanseatischen Kaufleuten und Privatbankiers – unter Beteiligung von Firmen in Berlin, Frankfurt am Main und New York – als „Commerz- und Disconto-Bank in Hamburg“ gegründet. Im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit standen von Beginn an Kredite, vornehmlich an mittelständische Kunden, die Finanzierung des Außenhandels sowie die Platzierung von Aktien und Anleihen. Zur Abwicklung von Überseegeschäften beteiligte sich die Commerz- und Disconto-Bank darüber hinaus im Jahr 1873 mit einem Kapitalanteil von ca. 50% an der Entstehung der London and Hanseatic Bank in London.

Nach Filialgründungen in Berlin und Frankfurt am Main verzichtete die COMMERZBANK 1898 auf den Zusatz „in Hamburg“. In den folgenden Jahren entwickelte sie sich zu einer der führenden deutschen Großbanken. Der geschäftliche Schwerpunkt verlagerte sich zunehmend von Hamburg nach Berlin, dabei blieb aber die Niederlassung Hamburg ein wichtiger Standort.

Ein Meilenstein war die 1920 durchgeführte Fusion mit der Mitteldeutschen Privat-Bank aus Magdeburg, einer bedeutenden Regionalbank mit zahlreichen Filialen in den Ländern Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. Daher erfolgte 1920 auch eine Umbenennung in Commerz- und Privat-Bank. Ein weiterer wichtiger Expansionsschritt war der Zusammenschluss mit der Mitteldeutschen Creditbank, Frankfurt am Main, im Jahr 1929, wodurch das Filialnetz um neue Standorte in Hessen und Thüringen erweitert wurde. Die im Jahr 1932 folgende Fusion mit dem Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Co. aus Düsseldorf stärkte die geschäftliche Basis im westdeutschen Raum. Im Jahr 1940 wurde der kürzere Name „COMMERZBANK Aktiengesellschaft“ angenommen.

Durch die Teilung Deutschlands nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs verlor die COMMERZBANK ca. 45% ihres Geschäftsstellennetzes. Die von den alliierten Militärregierungen in den drei Westzonen betriebene Dezentralisierung der Großbanken führte zur Aufsplitterung der COMMERZBANK in neun regionale Filialgruppen. Das 1952 verabschiedete „Gesetz über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten“ führte zur Ausgründung von drei Nachfolgeinstituten mit juristischen Sitzen in Hamburg, Düsseldorf und Frankfurt am Main. Nachdem 1956 das „Gesetz zur Aufhebung der Beschränkung des Niederlassungsbereiches von Kreditinstituten“ verabschiedet worden war, schlossen sich die Nachfolgeinstitute mit Wirkung vom 1. Juli 1958 zur COMMERZBANK Aktiengesellschaft zusammen. Einen Sonderfall stellte Berlin dar. Hier entstand 1949 mit der Berliner Commerzbank eine Tochtergesellschaft. Die deutsche Wiedervereinigung ermöglichte die zum 1. Oktober 1992 durchgeführte Verschmelzung mit der Muttergesellschaft.

In den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts intensivierte die COMMERZBANK das Geschäft mit privaten Kunden und baute ein flächendeckendes Filialnetz auf. Etwa zeitgleich entwickelte sie sich zu einem internationalen Konzern, der vielfältige Finanzdienstleistungen unter einem Dach anbietet. Im Geschäftsjahr 1969 entstand in Luxemburg die erste ausländische Tochtergesellschaft. Die 1971 eröffnete Filiale in New York war die erste operative Einheit einer deutschen Bank in den USA.

Seit 1967 legt die COMMERZBANK einen Konzernabschluss vor. Um 1970 begann die COMMERZBANK ferner, ihre Hauptverwaltung in Frankfurt am Main zu zentralisieren. Der juristische Sitz der COMMERZBANK, der sich seit 1958 in Düsseldorf befand, wurde 1990 nach Frankfurt am Main verlegt.

Eine besondere Herausforderung für den Bankensektor stellte die deutsche Wiedervereinigung dar. Die COMMERZBANK knüpfte an ihre frühere starke Position in Mittel- und Ostdeutschland mit dem Aufbau eines eigenen Filialnetzes an. In den neunziger Jahren fokussierte die COMMERZBANK ihre Tätigkeit erfolgreich auf die Unternehmensbereiche Privat- und Geschäftskunden, Corporate, Investment Banking und Commercial Real Estate. Als einzige große Bank in Deutschland verfügt die COMMERZBANK über eine Mittelstandsbank als eigenes operatives Segment. Darüber hinaus hält sie zum Datum des Registrierungsformulars eine Mehrheitsbeteiligung an der comdirect bank Aktiengesellschaft („**comdirect bank**“), einer nach Ansicht der Gesellschaft in Deutschland führenden Direktbank.

Mit der Übernahme und Verschmelzung der Dresdner Bank im Jahr 2009 wurde die COMMERZBANK nach eigener Einschätzung gemessen an der Bilanzsumme zur zweitgrößten deutschen Bank. Die Integration der Dresdner Bank ist weitgehend abgeschlossen.

Die 2008 einsetzende, weltweite Finanzmarktkrise machte Stützungsmaßnahmen in Deutschland sowie in anderen Ländern erforderlich. Die Bundesrepublik Deutschland beteiligte sich Ende 2008 bzw. Mitte 2009 mit 25% plus einer Aktie und stillen Einlagen in Höhe von insgesamt EUR 16,4 Mrd. an der COMMERZBANK (siehe auch „*Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns—Wesentliche Verträge—Inanspruchnahme von Stabilisierungsmaßnahmen des SoFFin durch die COMMERZBANK*“ mit den Details dieser Inanspruchnahme).

Im Jahr 2011 hat die COMMERZBANK die stillen Einlagen des SoFFin weitgehend zurückgeführt. Im Rahmen zweier im ersten Halbjahr 2012 durchgeführter, weiterer kleinerer Kapitalmaßnahmen wurden die stillen Einlagen des SoFFin weiter reduziert. Die Bundesrepublik Deutschland ist zum Datum des Registrierungsformulars mit 25% der Aktien und stillen Einlagen in Höhe von EUR 1,63 Mrd. an der COMMERZBANK beteiligt.

In Polen, ihrem zweiten Kernmarkt, hat die COMMERZBANK insbesondere über ihr Tochterunternehmen BRE Bank weiterhin ein wichtiges Standbein. Ihre Beteiligungen an der russischen Promsvyazbank und der ukrainischen Bank Forum veräußerte die COMMERZBANK dagegen im Jahr 2012.

Abschlussprüfer

Der Abschlussprüfer der Gesellschaft ist die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft („**PwC**“), Friedrich-Ebert-Anlage 35-37, 60327 Frankfurt am Main, Deutschland. PwC hat die in Übereinstimmung mit den IFRS und den ergänzend nach § 315a Absatz 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellten Konzernabschlüsse für die Geschäftsjahre 2010, 2011 und 2012 sowie den in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften erstellten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2012 geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der verkürzte Konzernzwischenabschluss der Gesellschaft nach IFRS zum 31. März 2013 wurde von PwC einer prüferischen Durchsicht unterzogen und mit einer Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht versehen. PwC ist Mitglied der deutschen Wirtschaftsprüferkammer.

Konzernstruktur und Beteiligungen

Die Gesellschaft hält – direkt oder indirekt – Kapitalbeteiligungen an einer Reihe von Unternehmen.

In den Konzernabschluss 2012 wurden neben der COMMERZBANK 247 direkt oder indirekt gehaltene Tochtergesellschaften, 46 Zweckgesellschaften, 10 Fonds, 19 at-Equity bewertete Unternehmen und vier at-Equity bewertete Gemeinschaftsunternehmen einbezogen. Für Informationen über die zum 31. Dezember 2012 von der Gesellschaft gehaltenen Tochtergesellschaften und direkt at-Equity gehaltenen Unternehmen siehe Note 3 des Anhangs zum Konzernabschluss der COMMERZBANK für das Geschäftsjahr 2012, der im „*Finanzteil*“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist; eine vollständige Auflistung des Anteilsbesitzes des COMMERZBANK-Konzerns ist der Note 102 des Anhangs zum Konzernabschluss der COMMERZBANK für das Geschäftsjahr 2012 zu entnehmen.

Die nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht über die zum Zeitpunkt dieses Registrierungsformulars wesentlichen von der Gesellschaft direkt und indirekt gehaltenen Tochtergesellschaften (Angaben zu Eigenkapital und Jahresergebnis gemäß Anteilsbesitzliste 2012):

Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Kapital-anteil (in %)	Stimm-anteil (in %)	Währung	Eigenkapital (in Tausend)	Jahresergebnis 2012
Atlas-Vermögensverwaltungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung ...	Frankfurt am Main	100,0	100,0	EUR	243.239	— ¹⁾
comdirect bank Aktiengesellschaft	Quickborn	81,1	81,1	EUR	467.641	71.053
Commerz Real AG	Eschborn	100,0	100,0	EUR	408.394	— ¹⁾
Hypothekbank Frankfurt AG ²⁾	Eschborn	100,0	100,0	EUR	5.661.992	— ¹⁾
BRE Bank SA	Warschau	69,7	69,7	PLN	9.163.858	1.199.485
Commerzbank Holdings (UK) Limited ³⁾ ...	London	100,0	100,0	GBP	502.383	18.426
Commerz Markets LLC ⁴⁾	Wilmington/Delaware	100,0	100,0	USD	429.625	5.518
Commerzbank (Eurasija) SAO	Moskau	100,0	100,0	RUB	12.165.512	1.165.019
Commerz Europe (Ireland)	Dublin	100,0	100,0	EUR	347.903	−9.071
Commerzbank International S.A.	Luxemburg	100,0	100,0	EUR	558.321	96.187
Commerzbank Zrt	Budapest	100,0	100,0	HUF	24.941.022	792.495
Erste Europäische Pfandbrief- und Kommunalkreditbank Aktiengesellschaft in Luxemburg	Luxemburg	100,0	100,0	EUR	445.132	77.900

¹⁾ Infolge Ergebnisabführungsvertrags.

²⁾ Vormalig Eurohypo AG.

³⁾ Vormalig Dresdner Kleinwort Group Limited.

⁴⁾ Vormalig Dresdner Kleinwort Securities LLC.

Bekanntmachungen, Zahl- und Anmeldestellen

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen satzungsgemäß im Bundesanzeiger, soweit nicht das Gesetz etwas anderes bestimmt. Die Veröffentlichung des Registrierungsformulars oder von Nachträgen zu diesem Registrierungsformular oder zu Prospekten, die sich aus diesem Registrierungsformular und weiteren Einzeldokumenten zusammensetzen, erfolgt durch Veröffentlichung unter der Internetadresse der COMMERZBANK (www.commerzbank.de) und Verfügbarkeit einer Papierversion bei der Gesellschaft.

Die Aktien der Gesellschaft betreffende Mitteilungen werden im Bundesanzeiger veröffentlicht. Die börsenrechtlichen Veröffentlichungen erfolgen ebenfalls im Bundesanzeiger.

Zahl- und Anmeldestelle ist die COMMERZBANK Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main.

Rating

Die folgende Tabelle zeigt die lang- und kurzfristigen Ratings der COMMERZBANK zum Datum des Registrierungsformulars:

Ratingagentur	Langfrist-Rating	Kurzfrist-Rating
Moody's Investors Service, Inc. („ Moody's ")	Baa1 ¹⁾	P-2 ²⁾
Standard & Poor's Financial Services LLC („ Standard & Poor's ")	A ³⁾	A-1 ⁴⁾
Fitch Ratings, Inc. („ Fitch ")	A+ ⁵⁾	F1+ ⁶⁾

¹⁾ Die mit „Baa“ bewerteten Verbindlichkeiten bergen nach der Einstufung von Moody's ein moderates Kreditrisiko und gelten als Verbindlichkeiten von mittlerer Qualität und weisen als solche mitunter gewisse spekulative Elemente auf. Moody's fügt jeder allgemeinen Ratingsklassifizierung von „Aa“ bis „Caa“ die numerischen Modifikatoren „1“, „2“ und „3“ hinzu. Der Modifikator „1“ indiziert dabei eine Einordnung innerhalb des oberen Drittels der allgemeinen Ratingklassifizierung.

²⁾ Emittenten (oder sie unterstützende Dritte) mit einer Bewertung „Prime-2“ verfügen laut Moody's in hohem Maße über die Fähigkeit, ihre kurzfristigen Schuldverschreibungen zurückzuzahlen.

³⁾ Emittenten mit dem Rating „A“ verfügen nach Standard & Poor's über eine starke Leistungsfähigkeit, um finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, sind aber etwas anfälliger für negative wirtschaftliche Bedingungen und Änderungen der Rahmenverhältnisse.

⁴⁾ Ein Kurzfrist-Rating von „A-1“ steht laut Standard & Poor's für höchste kurzfristige Bonität.

⁵⁾ „A“-Ratings bedeuten laut Fitch, dass ein niedriges Ausfallrisiko erwartet wird. Es wird von einer guten Zahlungsfähigkeit bezüglich der finanziellen Verpflichtungen ausgegangen. Diese Fähigkeit kann jedoch, im Vergleich zu höheren Ratings, für negative geschäfts- oder wirtschaftliche Rahmenbedingungen besonders anfällig sein. Die Zusätze „+“ oder „-“ stehen für die relative Stellung innerhalb der großen Rating-Kategorien.

⁶⁾ Ein Rating von „F1“ steht laut Fitch für höchste kurzfristige Bonität und repräsentiert die stärkste intrinsische Fähigkeit zur rechtzeitigen Zahlung der finanziellen Verpflichtungen. Ein zusätzliches „+“ weist auf eine außergewöhnlich hohe Bonität hin.

Die Ratings wurden von Tochtergesellschaften dieser Ratingagenturen erstellt. Diese Tochtergesellschaften, die Standard & Poor's Credit Market Services Europe Ltd. (Niederlassung Deutschland) mit Sitz in Frankfurt am Main, die Moody's Deutschland GmbH mit Sitz in Frankfurt am Main sowie die FitchRatings Ltd. mit Sitz in London, Großbritannien, sind von der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (European Securities and Markets Authority – ESMA) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 registriert worden (Quelle: ESMA, Pressemitteilung vom 31. Oktober 2011).

Jede Bewertung einer Ratingagentur reflektiert die Ansicht dieser speziellen Ratingagentur zu dem jeweils genannten Zeitpunkt. Anleger sollten jede Bewertung separat betrachten und für weitere Erklärungen und nähere Bedeutung des jeweiligen Credit Rating Informationen der jeweiligen Ratingagentur einholen. Ratingagenturen können ihre Bewertungen zu jedem Zeitpunkt ändern, sofern sie der Ansicht sind, dass gewisse Umstände diese Änderung notwendig machen. Anleger sollten die Langzeitbewertungen nicht als Empfehlung zum Kauf, Halten oder Verkauf von Wertpapieren verwenden.

Standard & Poor's hat das Rating der COMMERZBANK am 7. Februar 2013 für die kommenden drei Monate unter Beobachtung gestellt („*CreditWatch with negative implications*“). Daraus kann sich eine Herabstufung des Ratings der COMMERZBANK durch Standard & Poor's ergeben.

Am 23. April 2013 stufte Moody's das Langfrist-Rating der COMMERZBANK von „A3“ auf „Baa1“ herab. Als Begründung nannte Moody's das anhaltend herausfordernde Umfeld im deutschen Privatkundenmarkt und die aus Sicht von Moody's weiterhin hohen Risiken der COMMERZBANK in Bezug auf Commercial Real Estate, die Schiffsfinanzierung sowie Staatsanleihen südeuropäischer Peripherieländer.

Zu Risiken im Zusammenhang mit dem Rating der COMMERZBANK siehe auch „*Risikofaktoren—Markt- und unternehmensbezogene Risiken—32. Eine Herabstufung des Ratings der COMMERZBANK und ihrer Tochtergesellschaften kann die Refinanzierung erschweren bzw. verteuern sowie Vertragspartnern das Recht geben, Derivategeschäfte zu beenden oder zusätzliche Sicherheiten zu fordern.*“.

ANTEILIGES ERGEBNIS UND DIVIDENDENPOLITIK

Die Beschlussfassung über die Ausschüttung von Dividenden der COMMERZBANK für ein Geschäftsjahr auf die Aktien der Gesellschaft obliegt der ordentlichen Hauptversammlung des darauf folgenden Geschäftsjahres, die auf Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft entscheidet. Nach deutschem Recht kann eine Beschlussfassung über eine Dividende sowie deren Ausschüttung nur auf Grund eines im Jahresabschluss der Gesellschaft ausgewiesenen Bilanzgewinns erfolgen. Der Jahresabschluss wird im Gegensatz zu dem nach den IFRS aufgestellten Konzernabschluss nach den Bilanzierungsgrundsätzen des HGB aufgestellt. Bei der Ermittlung des für die Ausschüttung zur Verfügung stehenden Bilanzgewinns ist der Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag um Gewinn-/Verlustvorträge des Vorjahrs sowie um Entnahmen bzw. Einstellungen in Rücklagen zu korrigieren. Bestimmte Rücklagen sind kraft Gesetzes zu bilden und müssen bei der Berechnung des zur Ausschüttung verfügbaren Bilanzgewinns abgezogen werden. Außerdem sind gesetzlich bestimmte Ausschüttungssperren zu beachten. So ist nach gesetzlichen Vorgaben bei der Ermittlung des ausschüttungsfähigen Betrags die durch die COMMERZBANK erfolgte Ausübung von bestimmten Aktivierungswahlrechten dergestalt zu berücksichtigen, dass eine Ausschüttung erst dann und nur insoweit möglich ist, als Bilanzgewinn und Gewinnrücklagen, unter Berücksichtigung bestimmter Korrekturposten, den infolge der Ausübung der genannten Wahlrechte aktivierten Betrag erreichen („**Ausschüttungssperre**“). Aufgrund der Aktivierung von relevanten Vermögenswerten in Höhe von EUR 0,8 Mrd. (zum 31. Dezember 2012) könnten – unter Berücksichtigung gegenläufiger Posten – ein Bilanzgewinn und Gewinnrücklagen bei der COMMERZBANK erst dann und insoweit ausgeschüttet werden, als diese für Gewinnperioden ab dem Geschäftsjahr 2013 EUR 0,8 Mrd. insgesamt übersteigen würden. Die Hauptversammlung kann im Rahmen bestimmter im Aktiengesetz („**AktG**“) vorgesehener Beschränkungen im Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns weitere Beträge in Gewinnrücklagen einstellen oder als Gewinn vortragen. Stellen Vorstand und Aufsichtsrat den Jahresabschluss fest, so können sie einen Teil des Jahresüberschusses, der nach Abzug der in die gesetzliche Rücklage einzustellenden Beträge und eines Verlustvortrags verbleibt, höchstens jedoch die Hälfte, in andere Gewinnrücklagen einstellen. Gleiches gilt in bestimmten Grenzen im Falle von Wertaufholungen bei Vermögensgegenständen des Anlage- und Umlaufvermögens.

Auf der Hauptversammlung beschlossene Dividenden sind am ersten Geschäftstag nach der Jahreshauptversammlung zahlbar, sofern der Dividendenbeschluss nichts anderes vorsieht. Aktionäre müssen ihre Aktien unmittelbar vor der Dividendenzahlung halten, um dividendenberechtigt zu sein; wenn Aktien erst zum oder nach dem „Ex-Dividenden-Tag“ erworben werden, sind diese Aktien erst für das dann laufende Geschäftsjahr der Gesellschaft dividendenberechtigt. Der Dividendenanspruch unterliegt der regelmäßigen Verjährung von drei Jahren. Im Fall der Verjährung der Dividendenberechtigung ist die Gesellschaft die Begünstigte. Da sämtliche Aktien als globalverbriefte Inhaberaktien ausgegeben sind, werden Dividenden über die Zahlstelle der Gesellschaft auf die Konten der Aktionäre bei der jeweiligen Depotbank überwiesen. Einzelheiten zu den Dividenden werden im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die Gesellschaft hat verschiedene Eigenmittelinstrumente wie stille Einlagen, Hybridkapital und Genussscheine ausgegeben, die ihren Inhabern einen Anspruch auf Gewinnbeteiligung geben. Soweit derartige Ansprüche bestehen, verringern sie den für die Ausschüttung von Dividenden zur Verfügung stehenden Bilanzgewinn (siehe auch „*Risikofaktoren—Aktienbezogene Risiken—64. Die von der Gesellschaft ausgegebenen eigenkapitalähnlichen Instrumente können die Interessen der bestehenden Aktionäre beeinträchtigen.*“ sowie die nachfolgende Darstellung).

Die nachfolgende Tabelle zeigt die zum 31. Dezember 2012 bestehenden Eigenmittelinstrumente der COMMERZBANK, deren Bedienung die Erfüllung der festgelegten Auszahlungsvoraussetzungen (wie zum Beispiel ein ausreichender bzw. ausschüttungsfähiger Bilanzgewinn oder Jahresüberschuss der COMMERZBANK) erfordert, sowie die entsprechend der für diese Instrumente jährlich zu leistenden Zahlungen und den sonstigen hierauf bezogenen Aufwand:

Instrument	Nennbetrag (in Mio.)	Verzinsung vor Steuern (p.a.)	Herabgesetzter Buchwert HGB (in Mio. EUR)	Laufzeit (bis)
Stille Einlagen				
SoFFin-stille Einlage 1	EUR 1.626	9% zzgl. dividendenabhängiger Erhöhung ¹⁾²⁾	— ³⁾⁵⁾	unbefristet
Allianz-stille Einlage	EUR 750	9% zzgl. dividendenabhängiger Erhöhung ¹⁾²⁾	— ³⁾⁵⁾	unbefristet
Stille Einlage gehalten von der HT1 Funding GmbH	EUR 416	5,386% ⁴⁾¹²⁾	— ³⁾⁵⁾	unbefristet
Stille Einlagen gehalten von Institutionellen Investoren (aus der Fusion mit der Deutsche Schiffsbank AG)	EUR 76	zwischen 5,1% und 6,1% ¹²⁾	— ³⁾⁵⁾	zwischen 31.12.2015 und unbefristet
Hybridkapital				
COMMERZBANK Capital Funding Trust I	EUR 148	5,012% ¹⁾⁶⁾⁷⁾	—	unbefristet
COMMERZBANK Capital Funding Trust II	GBP 93	5,905% ¹⁾⁷⁾⁸⁾	—	unbefristet
COMMERZBANK Capital Funding Trust III	EUR 186	2,524% p.a. ¹⁾⁷⁾	—	unbefristet
Dresdner Capital LLC I	USD 1.000	8,151% p.a. Zinsperiode (31.12., 30.6) ⁷⁾¹¹⁾	—	30.6.2031
Genussscheine				
Genussschein gehalten von der UT2 Funding p.l.c.	EUR 662	5,386% ¹⁾	— ³⁾⁵⁾⁹⁾	31.12.2015
WKN 422785	EUR 50	7,53% ¹⁾¹⁰⁾	— ³⁾⁵⁾⁹⁾	31.12.2014
WKN 422720	EUR 25	7,56% ¹⁾¹⁰⁾	— ³⁾⁵⁾⁹⁾	31.12.2014
WKN A0D4TQ9	EUR 50	4,70% ¹⁾¹⁰⁾	— ³⁾⁵⁾⁹⁾	31.12.2020
WKN A0HGNA3	EUR 30	4,70% ¹⁾¹⁰⁾	— ³⁾⁵⁾⁹⁾	31.12.2020
Namensgenussscheine gehalten von Institutionellen Investoren (aus der Fusion mit der Deutschen Schiffsbank AG)	EUR 25	zwischen 5,37% und 5,38% ¹⁾¹⁰⁾	— ³⁾⁵⁾⁹⁾	31.12.2017

¹⁾ Soweit hierdurch kein Bilanzverlust entsteht oder erhöht würde.

²⁾ Die dividendenabhängige Erhöhung beträgt 0,01 Prozentpunkte p.a. auf den Einlagennennbetrag für jede volle EUR 5.906.764 Dividendensumme.

³⁾ Nach einer Herabsetzung wird der Buchwert in jedem der Herabsetzung nachfolgenden Geschäftsjahr gemäß den zu Grunde liegenden Emissionsbedingungen bis zur vollständigen Höhe des Einlagennennbetrages wieder hochgeschrieben, soweit hierdurch kein Bilanzverlust entsteht oder erhöht würde.

⁴⁾ Bis 30. Juni 2017; danach 12-Monats EURIBOR + 2,58% p.a.; jeweils zzgl. Ausgleichszahlung von 0,108%, begrenzt durch vorhandenen Jahresüberschuss.

⁵⁾ Während der Laufzeit sind zuerst die Rückzahlungsansprüche bei Herabsetzungen bis zum Nennbetrag zu erhöhen, bevor eine Ausschüttung oder eine Gewinnverwendung vorgenommen wird.

⁶⁾ Bis 12. April 2016; danach 3-Monats-EURIBOR + 2,15% p.a.

⁷⁾ Auf Ebene des COMMERZBANK-Konzerns Anrechnung und Klassifizierung als hybrides Kernkapital. Auf Ebene der COMMERZBANK Anrechnung und Klassifizierung als vorrangige oder nachrangige Verbindlichkeit.

⁸⁾ Bis 12. April 2018; danach 3-Monats-GBP-LIBOR + 2,16% p.a.

⁹⁾ Bei Verminderungen oder Ausfall der Ausschüttung ist der fehlende Betrag in den folgenden Geschäftsjahren gemäß den Emissionsbedingungen nachzuzahlen. Ein Nachzahlungsanspruch besteht nur während der Laufzeit der Genussscheine.

¹⁰⁾ Vom Laufzeitende bis zum Rückzahlungszeitpunkt erfolgt eine gewinnunabhängige Verzinsung (gilt nicht für die von der UT2 Funding p.l.c. gehaltenen Kumulativen Genussscheine).

¹¹⁾ Voraussetzung einer Ausschüttung ist u.a., dass zum Zinszahlungszeitpunkt die regulatorischen Mindesteigenkapitalquoten nicht unterschritten sind.

¹²⁾ Neben den individuellen Vertragsbedingungen sind für stille Einlagen, die Teilgewinnabführungsverträge i.S.d. Aktiengesetzes sind, die Regelung über die Gewinnabführungssperre des § 301 S. 1 AktG i.V.m. § 268 Abs. 8 HGB zu beachten.

Zum 31. März 2013 blieben die vorstehenden Werte unverändert.

Die der Gesellschaft seitens der Allianz und des SoFFin gewährten stillen Einlagen sind mit einem Anspruch auf Beteiligung an dem im Jahresabschluss der COMMERZBANK nach HGB ausgewiesenen Bilanzgewinn ausgestattet, der den für die Ausschüttung von Dividenden zur Verfügung stehenden Bilanzgewinn im Umfang der Gewinnbeteiligung reduziert. Die Gewinnbeteiligung der stillen Einlagen besteht neben der Festverzinsung aus einer dividendenabhängigen Zusatzvergütung in Höhe von 0,01% p.a. für jede volle EUR 5.906.764 Dividendensumme.

Auch die Zahlungen auf andere Eigenmittelinstrumente, hier sowohl die Zinszahlungen als auch bei einigen Eigenmittelinstrumente, die auf Grund eingetretener Verluste herabgeschrieben wurden, die vorrangigen Ansprüche auf Wiederauffüllung, verringern einen für die Ausschüttung von Dividenden zur Verfügung stehenden Bilanzgewinn. Die nachfolgende Übersicht stellt das (auf zwei Dezimalstellen gerundete) konsolidierte Ergebnis je Aktie des Konzerns für 2010, 2011 und 2012 sowie die je Aktie ausgeschüttete Jahresdividende für diese Geschäftsjahre dar:

	<u>2010</u>	<u>2011</u>	<u>2012</u>
	(geprüft, soweit nicht anders angegeben)		
	(in EUR)		
Gewinn je Aktie (nach IFRS)	1,21	0,18	- 0,04
Gewinn je Aktie (nach HGB) ¹⁾	- 0,98	- 1,05	0,02
Dividende je Aktie	0	0	0

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Dividendenzahlungen erfolgen typischerweise in Abhängigkeit von der Ertragslage, der finanziellen Lage, dem Barmittelbedarf, der allgemeinen Geschäftslage der Märkte, in denen die Gesellschaft tätig ist, sowie den rechtlichen, steuerlichen und sonstigen Rahmenbedingungen, bei der COMMERZBANK insbesondere unter Berücksichtigung der vorstehend dargestellten Ausschüttungen und Ansprüche der verschiedenen Eigenmittelinstrumente, u.a. vorrangige Ansprüche auf Wiederauffüllung herabgesetzter Eigenmittelinstrumente. Die Gesellschaft kann keine Aussage zur Höhe künftiger Bilanzgewinne bzw. dazu treffen, ob überhaupt künftig Bilanzgewinne erzielt werden. Ferner sind in der Vergangenheit ausgeschüttete Dividenden bzw. historische Ausschüttungsquoten kein geeigneter Maßstab, um auf die Höhe künftiger Dividendenzahlungen zu schließen.

Für die Geschäftsjahre 2010 und 2011 wurde basierend auf den hierfür relevanten Bilanzgewinn nach HGB der COMMERZBANK keine Dividende gezahlt. Auch Vergütungen auf Eigenmittelinstrumente wie stille Einlagen, Hybridkapital oder Genussscheine, die vom Vorliegen eines im Jahresabschluss der COMMERZBANK nach HGB ausgewiesenen positiven bzw. eines ausschüttungsfähigen Bilanzgewinns abhängig sind, wurden für die Geschäftsjahre 2010 und 2011 weder von der COMMERZBANK noch von Tochtergesellschaften geleistet. Auch für das Geschäftsjahr 2012 wurde keine Dividende gezahlt. Vergütungen auf Eigenmittelinstrumente wie stille Einlagen, Hybridkapital oder Genussscheine, die vom Vorliegen eines im Jahresabschluss der COMMERZBANK nach HGB ausgewiesenen Bilanzgewinns abhängig sind, wurden an den bereits in der Vergangenheit liegenden Zahlungsterminen im Kalenderjahr 2013 für das Geschäftsjahr 2012 gezahlt und es ist vorgesehen, diese Vergütungen an den noch in der Zukunft liegenden Zahlungsterminen im Kalenderjahr 2013 zu zahlen. Hingegen werden Vergütungen auf stille Einlagen, welche von einem abführbaren Gewinn im Sinne des §301 AktG abhängig sind, also stille Einlagen, die rechtlich als Teilgewinnabführungsverträge zu bewerten sind (im Wesentlichen stille Einlage HT1 und stille Einlagen der ehemaligen Deutsche Schiffsbank AG), für das Geschäftsjahr 2012 nicht gezahlt.

Die COMMERZBANK beabsichtigt, im Rahmen der Realisierung ihrer Gesamtstrategie zukünftig grundsätzlich wieder Dividenden an ihre Aktionäre zu zahlen, sofern der Gesellschaft nach den Bilanzierungsgrundsätzen des HGB ein ausschüttungsfähiger Bilanzgewinn zur Verfügung steht. Dabei hat die Gesellschaft auch die gesetzlichen Ausschüttungssperren zu beachten. So ist aufgrund der vorgenommenen Ausübung von bestimmten Aktivierungswahlrechten eine Ausschüttungssperre in Höhe von EUR 0,8 Mrd. (Stand: 31. Dezember 2012) zu berücksichtigen. Zudem verfolgt die COMMERZBANK das strategische Ziel, bereits Ende 2014 eine Common-Equity-Tier-1-Quote von 9% unter vollständiger Anwendung der voraussichtlich erst ab 2019 geltenden Basel III-Regelungen zu erreichen. Der Vorstand der COMMERZBANK erwartet daher derzeit nicht, dass die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2013 eine Dividende zahlen wird.

BESCHREIBUNG DER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT DES COMMERZBANK-KONZERNS

Einleitung

Überblick

Der COMMERZBANK-Konzern ist gemessen an der Bilanzsumme zum 31. März 2013 nach eigener Einschätzung das zweitgrößte Kreditinstitut in Deutschland und verfügt mit derzeit rund 1.200 Filialen über eines der dichtesten Bankfilialnetze aller deutschen Privatbanken, über das alle Kundengruppen betreut werden. Der Schwerpunkt der Tätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns liegt auf der Erbringung einer breiten Palette von Finanzdienstleistungen an private, mittelständische sowie institutionelle Kunden in Deutschland, wie z.B. Kontoführung, Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Kredite, Spar- und Geldanlageformen, Wertpapierdienstleistungen sowie Kapitalmarkt- und Investment Banking-Produkte und -Dienstleistungen. Ferner werden im Rahmen der Allfinanz-Strategie des Konzerns Finanzdienstleistungen mit Kooperationspartnern angeboten, vor allem das Bauspar-, das Asset Management- und das Versicherungsgeschäft. Weiterhin baut der Konzern seine Position als einer der wichtigsten deutschen Exportfinanzierer aus. Neben seinem Geschäft in Deutschland ist der Konzern unter anderem über seine Tochtergesellschaften, Filialen und Beteiligungen insbesondere in Europa tätig. Im Ausland ist der COMMERZBANK-Konzern ferner per 31. März 2013 mit 23 operativen Auslandsniederlassungen, 35 Repräsentanzen und 7 wesentlichen Tochtergesellschaften in 53 Ländern vertreten. Der Schwerpunkt der internationalen Tätigkeiten liegt dabei in Polen sowie auf dem Ziel, deutsche mittelständische Kunden umfassend in Westeuropa, Zentral- und Osteuropa und Asien zu betreuen. Seit dem im Jahr 2009 abgeschlossenen Erwerb der Dresdner Bank hat die COMMERZBANK ihre Geschäftsbereiche mit den Geschäftsbereichen der Dresdner Bank zusammengeführt. Das bankweite Integrationsprojekt ist weitgehend abgeschlossen. Zum 31. März 2013 beschäftigte der COMMERZBANK-Konzern insgesamt 54.068 Mitarbeiter, davon 42.101 im Inland und 11.967 im Ausland.

Der COMMERZBANK-Konzern ist in fünf operative Segmente – Privatkunden, Mittelstandsbank, Central & Eastern Europe, Corporates & Markets und Non-Core Assets (NCA) – sowie den Bereich Sonstige und Konsolidierung untergliedert. Die Segmente Privatkunden, Mittelstandsbank, Central & Eastern Europe und Corporates & Markets sowie der Bereich Sonstige und Konsolidierung bilden die Kernbank des COMMERZBANK-Konzerns. Die im Segment NCA zusammengefassten Konzernbereiche sollen vollständig über die Zeit abgebaut werden.

Im Geschäftsjahr 2012 erzielte der COMMERZBANK-Konzern bei einer Bilanzsumme zum 31. Dezember 2012 von EUR 635,9 Mrd. (Vorjahr: EUR 661,8 Mrd.) Erträge vor Risikovorsorge in Höhe von EUR 9,9 Mrd. (Vorjahr: EUR 9,9 Mrd.), ein operatives Ergebnis von EUR 1.216 Mio. (Vorjahr: EUR 507 Mio.) und ein den COMMERZBANK-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis in Höhe von EUR 6 Mio. (nach EUR 638 Mio. im Geschäftsjahr 2011). Die Kernbank erwirtschaftete Erträge vor Risikovorsorge im Geschäftsjahr 2012 in Höhe von EUR 9,5 Mrd. (2011: EUR 12,6 Mrd.), das operative Ergebnis betrug EUR 2,6 Mrd. (2011: EUR 4,7 Mrd.) und das Ergebnis vor Steuern EUR 2,3 Mrd. (2011: EUR 4,7 Mrd.). Im Segment NCA betragen die Erträge vor Risikovorsorge im Geschäftsjahr 2012 EUR 225 Mio. (2011: EUR –2,7 Mrd.), das operative Ergebnis betrug EUR –1,5 Mrd. (2011: EUR –4,0 Mrd.) und das Ergebnis vor Steuern EUR –1,6 Mrd. (2011: EUR –4,0 Mrd.). In dem zum 1. Juli 2012 aufgelösten früheren Segment Portfolio Restructuring Unit (PRU), für das im Konzernabschluss 2012 per Jahresende das im ersten Halbjahr 2012 erzielte Ergebnis weiterhin berichtet wurde, betragen die Erträge vor Risikovorsorge in 2012 EUR 216 Mio. (2011: EUR –62 Mio.), das operative Ergebnis betrug EUR 184 Mio. (2011: EUR –130 Mio.) und das Ergebnis vor Steuern EUR 184 Mio. (2011: EUR –130 Mio.).

In dem am 31. März 2013 endenden Dreimonatszeitraum erzielte der COMMERZBANK-Konzern bei einer Bilanzsumme zum 31. März 2013 von EUR 647,3 Mrd. ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von EUR –24 Mio., damit EUR 566 Mio. weniger als in der entsprechenden Vorjahresperiode.

Als Reaktion auf die Finanzmarktkrise brachte der SoFFin im Dezember 2008 und Juni 2009 insgesamt stille Einlagen in Höhe von ursprünglich EUR 16,4 Mrd. in die COMMERZBANK ein und erwarb im Mai 2009 einen Anteil von 25% plus eine Aktie an der COMMERZBANK (siehe „—Wesentliche Verträge—Inanspruchnahme von Stabilisierungsmaßnahmen des SoFFin durch die COMMERZBANK“). Im Zuge der im zweiten Quartal 2011, im März 2012 und im Juni 2012 durchgeführten Kapitalmaßnahmen der COMMERZBANK wurden die stillen Einlagen weitgehend direkt zurückgeführt und zu einem kleineren Teil in Aktien der COMMERZBANK getauscht. Am 13. März 2013 kündigte die COMMERZBANK an, die stillen Einlagen des SoFFin (Stand 31. März 2013: EUR 1,63 Mrd.) und der Allianz (Stand 31. März 2013: EUR 750 Mio.) durch eine gemischte Bar-/Sachkapitalerhöhung vorzeitig komplett zurückzuführen zu wollen. Daraufhin beschloss am 19. April 2013 die ordentliche Hauptversammlung der COMMERZBANK eine entsprechende Bezugsrechtskapitalerhöhung. Das entsprechende Bezugsangebot wird voraussichtlich vom

15. Mai 2013 bis 28. Mai 2013 durchgeführt. Nach Durchführung der Transaktion wird der Anteil des SoFFin an der COMMERZBANK voraussichtlich unter 20% sinken. Für weitere Einzelheiten, siehe „—Jüngste Entwicklung und Ausblick—Jüngste Entwicklung.“

Wettbewerbsumfeld

Der COMMERZBANK-Konzern steht national und international im Wettbewerb um Kunden, Investoren und Mitarbeiter; in Europa im Wesentlichen mit den europäischen Universalbanken mit führender Position im jeweiligen Heimatmarkt. Hierzu gehören im Wesentlichen die Banken ABN Amro, Barclays, BBVA, BNP Paribas, Credit Agricole, Deutsche Bank (einschließlich der Postbank), Erste Bank, ING, Intesa Sanpaolo, KBC, Lloyds, Nordea, RBS, Santander, SEB, Société Générale und UniCredit/HVB. Im deutschen Privat- und Firmenkundengeschäft sind zudem die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken sowie deren Spitzeninstitute Wettbewerber der COMMERZBANK. Der deutsche Markt ist insgesamt durch eine hohe Fragmentierung gekennzeichnet. An dieser fragmentierten Marktstruktur wird sich nach Auffassung der COMMERZBANK auf absehbare Zeit nichts wesentlich ändern. Laut Bankenstatistik der Deutschen Bundesbank (Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Februar 2013) waren in Deutschland im Dezember 2012 433 Landesbanken und Sparkassen, 1.104 Genossenschaftliche Zentralbanken und Kreditgenossenschaften und 162 Regionalbanken und sonstige Kreditbanken am Markt tätig. Insgesamt spricht die Deutsche Bundesbank von 1.870 Kreditinstituten in Deutschland (inklusive Zweigstellen ausländischer Banken).

Die europäische Staatsschuldenkrise hat noch immer starken Einfluss auf die Geschäftsaktivitäten der Banken. Die Mehrheit der Banken hat ihre Risikopositionen stark reduziert, wobei die Vorgaben der Europäischen Bankaufsichtsbehörde (European Banking Authority – EBA) hier noch einmal zu einer Beschleunigung dieser Aktivitäten geführt haben. Des Weiteren haben zahlreiche Institute aufgrund von Kapital- und Liquiditätsrestriktionen angekündigt, sich aus Märkten im Ausland und/oder Produktbereichen, insbesondere im Kapitalmarktgeschäft, zurückzuziehen und nur selektiv zu wachsen. Darüber hinaus sind als Reaktion auf diese Herausforderungen Effizienzsteigerungsprogramme gestartet bzw. weitergeführt worden. Überwiegend handelt es sich hierbei um Kosteneinsparprogramme, mit denen eine spürbare Reduktion der Mitarbeiterzahl einhergeht.

Trotz der derzeitigen Fokussierung vieler Banken auf ihre Heimatmärkte ist davon auszugehen, dass das Wettbewerbsumfeld für die COMMERZBANK zukünftig nicht weniger anspruchsvoll sein wird. Der Wettbewerb um Einlagen als Refinanzierungsquelle wird bestehen bleiben, und der deutsche Markt ist aufgrund der gegenwärtig nur mittelbaren Betroffenheit von der europäischen Staatsschuldenkrise attraktiv.

Für die einzelnen operativen Segmente der Kernbank stellt sich das Wettbewerbsumfeld aus Sicht der COMMERZBANK wie folgt dar:

- *Privatkunden:* Das Marktumfeld für das Segment Privatkunden ist durch intensiven Wettbewerb gekennzeichnet. Preis- und Margendruck geht vor allem von den überregionalen Direktanbietern, Discountern und Produktspezialisten aus, die auf Grund einer tendenziell günstigen Kostenstruktur in manchen Bereichen Kostenvorteile haben, die sie beispielsweise im Bereich der Spar- und Sichteinlagen in Form einer über dem Marktdurchschnitt liegenden Verzinsung an ihre Kunden weiterreichen. Zu den Hauptwettbewerbern der COMMERZBANK zählen im Filialgeschäft die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken sowie die Deutsche Bank-Gruppe. Zu den Wettbewerbern der comdirect bank zählen unter den Direktbanken im klassischen Bankgeschäft die DKB sowie im Brokerage-Geschäft Cortal Consors, die DAB bank und flatex. Darüber hinaus ist die ING-Diba aufgrund ihrer Größe im Privatkundengeschäft sowohl für die COMMERZBANK als auch für die comdirect bank ein bedeutsamer Wettbewerber. Zu den Wettbewerbern der European Bank for Fund Services GmbH („**ebase**“) zählen unter den Fondsplattformen die Frankfurter Fondsbank, die Fondsdepot Bank sowie unter den B2B-Direktbanken die DAB bank und die Augsburger Aktienbank.
- *Mittelstandsbank:* Die Mittelstandsbank muss sich in Deutschland einem intensiven Wettbewerb stellen, wobei die Wettbewerber je nach Konzernbereich (Mittelstand Inland, Großkunden & International und Financial Institutions) variieren. Sparkassen und Volksbanken fokussieren vor allem das kleinere Firmenkundensegment in Deutschland und sorgen bei der Konditionsstellung auf der Aktivseite für Wettbewerb. UniCredit/HVB und Deutsche Bank decken daneben auch den gehobenen Mittelstand ab, auf den sich ebenfalls Landesbanken und einige regionale Banken konzentrieren. Die stärksten nationalen Wettbewerber im Großkundensegment sind in Deutschland die UniCredit/HVB und die Deutsche Bank sowie die Landesbanken. In jüngerer Zeit hat sich der Wettbewerb insbesondere um deutsche Mittelstandskunden weiter verschärft. So kündigte etwa die Deutsche Bank im März 2013 eine strategische Initiative mit dem Ziel an, ihr Mittelstandsgeschäft durch die Bündelung in einem erweiterten Unternehmensbereich auszubauen. Des Weiteren agieren auch ausländische Wettbewerber (z.B. HSBC, BNP Paribas, SEB) am Markt. Darüber hinaus erwartet die Gesellschaft, dass der deutsche Markt mittelfristig auch für ausländische Investmentbanken zunehmend attraktiv werden wird. Denn die

Gesellschaft erwartet eine zunehmende Disintermediation im Kreditbereich, d.h. einen Bedeutungsverlust kreditgebender Banken aufgrund der Finanzierung von Unternehmen über den Kapitalmarkt, unter anderem vor dem Hintergrund der Basel III-Anforderungen, die die Kapitalanforderungen des traditionellen Kreditgeschäfts erhöhen. International steht die Mittelstandsbank mit allen starken internationalen Großbanken, vor allem aber mit der Deutschen Bank sowie lokalen Banken mit führender Position im jeweiligen lokalen Markt, im Wettbewerb. Das Wettbewerbsumfeld im Konzernbereich Financial Institutions wird im Zahlungsverkehr vor allem von anderen Banken aus der Eurozone geprägt, im Trade Services-Geschäft daneben auch von internationalen Großbanken mit entsprechendem Fokus wie Citi, JPMorgan, Wells Fargo, Barclays, HSBC, Standard Chartered und Bank of New York Mellon.

- *Central & Eastern Europe:* Die COMMERZBANK ist nach eigener Auffassung mit ihrer Beteiligung an der BRE Bank gemessen an deren Marktanteil die führende deutsche Bank in Polen. Die BRE Bank ist gemessen an ihrer Bilanzsumme die viertgrößte Bank in Polen (Quelle: The Largest Banks in Poland by Total Assets). Zu den größten lokalen und internationalen Wettbewerbern der BRE Bank und der mBank, ihrer Marke im Direktbankgeschäft, zählen insbesondere die PKO Bank Polski SA (Staat Polen), Bank Pekao SA (UniCredit), Bank Zachodni WBK SA (Banco Santander), ING Bank Śląski SA (ING), Bank Millennium SA (Banco Comercial Português) und Bank Handlowy SA (Citibank).
- *Corporates & Markets:* Einem regulatorisch und marktseitig herausfordernd bleibenden Geschäftsumfeld passen sich auch die Wettbewerber von Corporates & Markets kontinuierlich an. Im Vordergrund steht dabei die Anpassung der Geschäftsmodelle an die sich verändernden regulatorischen Anforderungen, Effizienzsteigerung durch neue Priorisierung und teilweise Schließung einzelner Geschäftsfelder. Hauptwettbewerber von Corporates & Markets sind sowohl global agierende Banken als auch regional fokussierte Häuser und Produktspezialisten. Die Deutsche Bank ist ein bedeutender Konkurrent im Wettbewerb um deutsche Großunternehmen, mittelständische Unternehmen, Finanzinstitute und bei Produkten für Privatkunden. Die Deutsche Bank konkurriert dabei in sämtlichen Geschäftsfeldern mit Corporates & Markets. Auslandsbanken wie z.B. UniCredit, BNP Paribas, Société Générale, Credit Agricole, RBS, Nordea und Santander verfügen über eine lokale Präsenz in Deutschland und stehen damit in Konkurrenz zu Corporates & Markets, insbesondere im Konsortialkredit- und Anleihenmarkt, bei ETFs (*Exchange Traded Funds*) und anderen Retailprodukten sowie im LBO-, High Yield- und M&A-Geschäft. Die Landesbanken, Sparkassen und Volksbanken haben bedeutende Marktanteile im Retail- und Unternehmensgeschäft in Deutschland und nutzen ihren Zugang zu Firmenkunden zunehmend auch zur Generierung von Erträgen aus Investment Banking-Produkten. Globale Investmentbanken (wie z.B. Goldman Sachs, Bank of America Merrill Lynch, Credit Suisse, Barclays und UBS) verbinden ihre Sektoren-Teams mit einer weltweiten Reichweite im M&A- und ECM-Geschäft (*Equity Capital Markets*). Weitere Wettbewerber, wie Asset Manager (z.B. BlackRock) konkurrieren mit Corporates & Markets mit ihrem ETF-Angebot (*Exchange Traded Funds*) in den Hauptmärkten der COMMERZBANK.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft ist im Jahr 2012 mit nur etwas mehr als 3% (2010: 5,1%; 2011: 3,8%) deutlich schwächer als in den Vorjahren gewachsen (Quelle: IMF World Economic Outlook Update, Januar 2013). Von diesem Trend konnten sich nur wenige Regionen abkoppeln. Die prominenteste Ausnahme waren die USA, wo die Wirtschaft im Jahr 2012 mit 2,2% (2010: 2,4%, 2011: 1,8%) sogar rund einen halben Prozentpunkt stärker wuchs als im Jahr zuvor (Quelle: US-Bureau of Economic Analysis, Gross Domestic Product: Fourth Quarter and Annual 2012).

Am stärksten hat sich die Konjunktur im Euroraum abgeschwächt, wo die Wirtschaft im Jahr 2012 um 0,5% geschrumpft ist, nach einem Wachstum von knapp 1,5% im Jahr 2011 und 1,7% in 2010 (Quelle: Eurostat, Pressemitteilungen vom 14. Februar 2013, 15. Februar 2012 und 15. Februar 2011). Die Staatsschuldenkrise hat die Wirtschaft in 2012 noch stärker belastet als im Vorjahr.

Mit einem leichten Wachstum von 0,7% im Jahr 2012 hat sich die deutsche Wirtschaft erneut wesentlich besser entwickelt als der Durchschnitt des Euroraums. Allerdings hat auch hier die Staatsschuldenkrise deutliche Spuren hinterlassen. Für die schwächere Konjunktur war weniger ein Rückgang der Exporte ausschlaggebend. Die geringere Nachfrage aus den Ländern der Euro-Peripherie wurde durch die weiterhin kräftig zunehmende Nachfrage aus Ländern außerhalb des Euroraums mehr als ausgeglichen. Entscheidend war, dass die deutschen Unternehmen wegen der großen Planungsunsicherheit insgesamt sehr zögerlich bei Investitionen waren. Diese sind 2012 trotz der sehr niedrigen Finanzierungskosten und einer weiter lebhaften Auslandsnachfrage deutlich gefallen (Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung).

Im Jahr 2012 hat sich auch die Wirtschaftsentwicklung in Polen verlangsamt, was in erster Linie auf geringere Infrastrukturinvestitionen und nicht mehr so stark zulegende private Konsumausgaben

zurückzuführen ist. Zudem hat auch die schwächere Nachfrage im Euroraum die Konjunktur in Polen belastet, so dass die Wirtschaft 2012 mit 2% nur noch weniger als halb so stark wuchs wie im Vorjahr (2011: 4,3%) (Quelle: Bloomberg).

In den Emerging Markets Südostasien, Lateinamerika und Mittel- und Osteuropa war das Wachstumstempo zwar immer noch deutlich höher als in den Industrieländern, mit gut 5% lag die durchschnittliche Zuwachsrate im Jahr 2012 aber mehr als einen Prozentpunkt unter dem Wert des Vorjahres (Quelle: IMF World Economic Outlook Update, Januar 2013). Ausschlaggebend hierfür war neben einer schwächeren Auslandsnachfrage die deutliche Anhebung der Zinsen im Jahr 2011 durch die Notenbanken.

Auch wenn gerade im Euroraum und in Deutschland sich die Konjunktur in 2012 zunächst merklich abschwächte, hat sich die Stimmung an den Finanzmärkten in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2012 deutlich verbessert. Ausschlaggebend hierfür war wohl, dass die EZB im Sommer 2012 ihre Bereitschaft signalisierte, bei Bedarf unter bestimmten Bedingungen unbegrenzt Staatsanleihen der Krisenländer zu kaufen und so den Zusammenhalt der Europäischen Währungsunion zu garantieren. Danach legten die Aktienkurse zu und die Risikoaufschläge bei den Renditen von Staatsanleihen der Peripherieländer gegenüber deutschen Staatsanleihen gingen zurück. Der Euro-Wechselkurs stieg im Verhältnis zum US-Dollar wieder an. Auch wenn ein neuerliches Aufflammen der Staatsschuldenkrise nicht ausgeschlossen werden kann, besteht derzeit die Hoffnung, dass sich das Abebben der Staatsschuldenkrise als nachhaltig erweisen wird. Denn seit dem Sommer 2012 fließt per saldo kein Kapital mehr aus den Ländern der Euro-Peripherie ab, sondern es kehrt zunehmend zurück (Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Angaben der nationalen Statistikbehörden und des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB)).

Zu den Einflüssen des wirtschaftlichen Umfelds auf die Geschäftsentwicklung des COMMERZBANK-Konzerns seit 2010, siehe auch „—Jüngste Entwicklung und Ausblick“ und „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Wirtschaftliches Umfeld“.

Wettbewerbsstärken

Nach Ansicht der COMMERZBANK zeichnet sich der Konzern durch folgende Wettbewerbsstärken aus:

- *Starke Verankerung in der deutschen Wirtschaft.* Die COMMERZBANK erwirtschaftete im ersten Quartal 2013 65,1% ihrer Erträge vor Risikovorsorge in Deutschland. Als größte Volkswirtschaft in Europa und eines der derzeit stabilsten Länder im Euroraum ist der Heimatmarkt Deutschland eine solide Grundlage für die Kernaktivitäten der COMMERZBANK. Die starke Verankerung des Konzerns in Deutschland ermöglicht ihm langfristig die Partizipation am erwarteten Wachstum der exportorientierten deutschen Unternehmen über die Landesgrenzen hinaus.
- *Führende Position im Mittelstandsgeschäft.* Die COMMERZBANK verfügt im deutschen Mittelstandsgeschäft über eine starke Marktposition. Durch die Übernahme der Dresdner Bank konnte der Konzern seine Position in diesem Marktsegment stärken und ausbauen. Der Konzern profitiert im Mittelstandsgeschäft von den langjährigen Beziehungen zu vielen Unternehmen sowie von Kontinuität und Qualität der persönlichen Betreuung mittelständischer Kunden.
- *Führende Bank für Privatkunden.* Im Privatkundengeschäft nimmt der Konzern durch Zusammenführung von COMMERZBANK und Dresdner Bank mit rund 11 Mio. Privat- und Geschäftskunden und einem der dichtesten Filial- und Beraternetzwerke (rund 1.200 Filialen) unter den deutschen Privatbanken eine führende Rolle ein. Des Weiteren nimmt die comdirect bank-Gruppe eine führende Stellung im Direktbank- sowie im Online-Wertpapiergeschäft ein.
- *Bewährte Kundenfokussierung im Investment Banking.* Corporates & Markets obliegt die Verantwortung für das Angebot von Investment Banking-Dienstleistungen für die Kunden des Konzerns sowie die direkte Betreuung von kapitalmarktaffinen Unternehmen aus DAX und MDAX sowie internationalen Versicherungen, Finanzinvestoren, dem Bund und den Bundesländern. Das Segment ist eng mit den anderen Konzernsegmenten verzahnt und kann insbesondere auf die starke Marktposition und den Status der COMMERZBANK als Hausbank vieler deutscher und internationaler Unternehmen aufbauen. Aufgrund des breit diversifizierten Produkt- und Vertriebsportfolios und der Schließung von dezidierten Eigenhandelsaktivitäten seit 2004 sieht die COMMERZBANK das Segment als Vorreiter des kundenfokussierten Investment Bankings.
- *Starke Positionierung in Polen.* Das Geschäft in Polen als zweitem Kernmarkt ist neben dem Deutschlandgeschäft ein weiteres wichtiges Standbein des Konzerns. Über ihr Tochterunternehmen BRE Bank und deren Marke im Direktbankgeschäft mBank hat die COMMERZBANK eine bedeutende Marktposition in Polen, einem von der COMMERZBANK nach wie vor als attraktiv eingeschätzten Markt mit im Vergleich zu Deutschland überproportionalen Wachstumschancen, erreicht. Der Konzern nutzt hier sein Know-how insbesondere im Firmen- und Privatkundengeschäft, um systematisch Wettbewerbsvorteile zu generieren.

- *Breit diversifizierte Refinanzierungsbasis.* Die COMMERZBANK kann sich im Rahmen ihrer Refinanzierung auf eine breite Diversifikation hinsichtlich Produkten, Laufzeiten, Anlegergruppen, Regionen und Währungen stützen. Der Konzern profitiert darüber hinaus von einer stabilen Einlagenbasis aus dem Privat- und Firmenkundengeschäft.
- *Auftritt unter bekannter Marke mit langer Tradition und positivem Image.* Mit der Marke „COMMERZBANK“ verfügt der Konzern über eine traditionsreiche Marke mit hohem Bekanntheitsgrad und positivem Image.

Strategie

Die COMMERZBANK ist eine internationale Geschäftsbank für Unternehmen, institutionelle Kunden, die öffentliche Hand und Privatkunden mit Schwerpunkt in den Kernmärkten Deutschland und Polen.

- Als Universalbank bietet die COMMERZBANK ihren Kunden ein umfassendes Angebot an klassischen Bankprodukten, Serviceleistungen und Kapitalmarktprodukten. Privatkunden erhalten auch eine unabhängige Beratung zu ausgewählten Produkten von Drittanbietern. Das eigene Kapitalmarktgeschäft der COMMERZBANK ist die Voraussetzung für die Bedienung sämtlicher Bedürfnisse von Privat- und Firmenkunden. Darüber hinaus ist die COMMERZBANK als Universalbank weniger anfällig gegenüber zyklischen Schwankungen des Geschäfts und nutzt Vorteile aus der gemeinsamen Refinanzierung der Segmente.
- Die COMMERZBANK hat eine klare Fokussierung auf Deutschland. Mit der Tochter BRE Bank verfügt die COMMERZBANK in Polen über ein weiteres wichtiges Standbein. Die BRE Bank leistet dabei einen signifikanten Beitrag zum Ergebnis der Kernbank.
- Weltweit ist die COMMERZBANK in den wichtigsten Wirtschafts- und Finanzzentren direkt vertreten, um ihre Firmenkunden nicht nur in Deutschland, sondern auch international begleiten zu können.

Für die COMMERZBANK steht Qualität gegenüber dem Kunden im Vordergrund. Der Fokus liegt dabei auf einer hohen Individualisierung und Anpassung der Produkte und Dienstleistungen an die Bedürfnisse der Kunden. Die COMMERZBANK strebt darüber hinaus eine effiziente Leistungserbringung an.

Die COMMERZBANK plant, ihr Geschäftsmodell in den kommenden Jahren weiter an die veränderten Rahmenbedingungen in der Finanzbranche anzupassen, und verfolgt dazu im Rahmen ihrer strategischen Agenda 2016 die folgenden Ziele: Die COMMERZBANK beabsichtigt, bis 2016 mehr als EUR 2,0 Mrd. in die Ertragskraft ihres Kerngeschäfts der Segmente Privatkunden, Mittelstandsbank, Corporates & Markets und Central & Eastern Europe zu investieren. Außerdem sollen durch zusätzliche Effizienzmaßnahmen die Kosten stabil gehalten und die Kapitalausstattung weiter verbessert werden. Im Jahr 2016 soll in der Kernbank so eine Eigenkapitalrendite nach Steuern (RoE) von mehr als 10% erreicht und die Aufwandsquote (CIR) auf rund 60% reduziert werden. Die COMMERZBANK strebt an, bereits Ende 2014 eine Common-Equity-Tier-1-Quote von 9% unter vollständiger Anwendung der voraussichtlich erst ab 2019 geltenden Basel III-Regeln zu erreichen. Schließlich sollen die Portfolios im Segment NCA im Wesentlichen ohne Verkäufe und wertschonend von EUR 151 Mrd. (Exposure at Default – EaD) zum 31. Dezember 2012 um rund 40% auf EUR 93 Mrd. (EaD) bis zum 31. Dezember 2016 verringert werden. Für weitere Einzelheiten zu Risiken im Zusammenhang mit der Strategie der COMMERZBANK bis 2016, siehe *„Risikofaktoren—Markt- und unternehmensbezogene Risiken—5. Es besteht das Risiko, dass der Konzern seine strategischen Pläne nicht, nicht vollständig oder nur zu höheren Kosten als geplant umsetzen kann oder dass die Umsetzung geplanter Maßnahmen nicht zur Verwirklichung der angestrebten strategischen Ziele führt.“*

Als Folge ihrer strategischen Neuausrichtung und der Definition des Nicht-Kerngeschäft im Segment NCA verfügt die COMMERZBANK nach ihrer Auffassung über eine gute Positionierung im klassischen Bankgeschäft und ein zukunftsfähiges Geschäftsmodell.

Für die einzelnen Segmente ergibt sich dabei folgende strategische Ausrichtung:

- *Privatkunden:* Die COMMERZBANK beabsichtigt, das Privatkundengeschäft strategisch neu auszurichten und dazu bis 2016 etwa EUR 1,0 Mrd. in das Produkt- und Serviceangebot, die Modernisierung der Plattformen, den Beratungsprozess und die Qualifizierung der Mitarbeiter sowie in den Außenaustritt und das Marketing zu investieren. Ziel dieser strategischen Neuausrichtung ist eine Bank, die moderne Technologien mit traditionellen Werten wie Fairness, Vertrauen und Kompetenz verbindet. Dies bedeutet den Ausbau zur Multikanalbank mit starkem Filialnetz und leistungsfähigem Online-Banking. Als ersten Schritt im Rahmen der strategischen Neuausrichtung hat die COMMERZBANK ihre Vertriebssteuerung neu ausgerichtet. Die Leistungsmessung der Vertriebsmitarbeiter orientiert sich nun unter anderem an der Kundenzufriedenheit, die kontinuierlich bundesweit mittels telefonischer Kundenbefragungen gemessen wird. Die COMMERZBANK setzt in ihrem Privatkundengeschäft weiterhin auf ein umfassendes Filialnetz. So verfügt sie derzeit mit rund

1.200 Filialen unter den deutschen Privatbanken über die höchste Filialanzahl unter einer Marke. Die Filialen sind der wichtigste Kanal für die Beratung und den Vertrieb von komplexen und margenstarken Produkten, außerdem ist dieses dichte Netz an Kontaktpunkten für die COMMERZBANK ein wichtiges Instrument zur Neukundengewinnung. Auch wenn die Bedeutung von Online- und Mobile-Banking weiter zunehmen wird, geht die COMMERZBANK auch für die Zukunft von einem nachhaltigen Bedarf für persönliche Beratung in der Filiale aus. Die Struktur und das Angebot der Filialen soll sich in den nächsten Jahren allerdings stark verändern. So sind gegenwärtig im Einzelnen die vier folgenden Filialtypen geplant: Die Flagship-Filiale soll in Metropolen an Standorten mit viel Laufkundschaft angesiedelt werden, die komplette Spezialistenberatung anbieten und ein Ort für Kundenveranstaltungen sein. In der Spezialistenfiliale sollen neben dem persönlichen Berater des Kunden auch Spezialisten die Kunden direkt vor Ort beraten. In der klassischen Filiale soll der persönliche Berater vor Ort sein, Spezialisten werden dagegen nach Bedarf hinzugezogen. Schwerpunkte der Servicefiliale sollen schließlich Serviceleistungen und einfache Bankgeschäfte wie z.B. die Kontoeröffnung sein. Die COMMERZBANK beabsichtigt, die Anzahl der Kunden des Segments bis zum Jahr 2016 um 1 Mio. zu erhöhen und gleichzeitig den Ertrag pro Kunde um 10% zu steigern. Das durchschnittliche Kundengeschäftsvolumen im Segment Privatkunden soll im Jahr 2016 mindestens EUR 300 Mrd. betragen. Außerdem strebt sie an, im Jahr 2016 in diesem Segment ein Operatives Ergebnis in Höhe von rund EUR 500 Mio. zu erwirtschaften. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern (RoE) soll im Jahr 2016 bei über 12% und die Aufwandsquote bei unter 80% liegen.

- *Mittelstandsbank*: Die Mittelstandsbank beabsichtigt, mittelfristig ihre Marktpositionierung weiter zu stärken. Dies soll sowohl durch eine konsequentere Ausrichtung am Bedarf der Realwirtschaft sowie der Finanzwirtschaft (als Intermediär der Realwirtschaft) als auch durch eine stärkere Verankerung des nachhaltigen Handelns in der Kultur der Mittelstandsbank erreicht werden. Die Mittelstandsbank steht ihren Kunden als strategischer Partner in der Unternehmensfinanzierung, im Cash-Management und Zahlungsverkehr, im internationalen Geschäft und im Anlage- und Risikomanagement mit Lösungen zur Verfügung, die sie bestrebt ist, am Kundenbedarf auszurichten. Die COMMERZBANK beabsichtigt, im Mittelstand über dem Marktdurchschnitt zu wachsen, einerseits durch Neukundengewinnung, insbesondere im kleineren Mittelstand. Im größeren Mittelstand soll das Wachstum durch Verdrängung bzw. Ausbau der relativen Ertragsanteile bei Bestandskunden erreicht werden. Die internationalen Aktivitäten sollen ausgebaut werden. Zielsetzung ist es, die deutschen Kunden bei ihren Internationalisierungsaktivitäten in den jeweiligen Zielmärkten noch intensiver zu begleiten. Dazu will die COMMERZBANK ihr Angebot im Zahlungsverkehr, Cash-Pooling und Treasury-Management sowie in Trade Finance weiter ausbauen. Die COMMERZBANK beabsichtigt, im Jahr 2016 in diesem Segment eine Eigenkapitalrendite vor Steuern (RoE) von über 20% zu erreichen, die Aufwandsquote im operativen Geschäft soll dabei auf einem Niveau von unter 45% bleiben. Die COMMERZBANK strebt an, bis ins Jahr 2016 die Erträge des Segments jährlich um 4% zu steigern. Die internationalen Erträge sollen dabei stärker, und zwar jährlich um 8%, steigen. Außerdem beabsichtigt die COMMERZBANK, bis zum Jahr 2016 mehr als 15% Neukunden im Segment Mittelstandsbank zu gewinnen.
- *Central & Eastern Europe*: Die COMMERZBANK plant, mit der BRE Bank ihre Aktivitäten im Universalbankgeschäft in Polen und durch die mBank im Direktbankgeschäft in Polen, Tschechien und der Slowakei weiter auszubauen. Mitte des Jahres 2012 hat die BRE Bank ihre neue Mittelfriststrategie beschlossen. Diese wird von der „One Bank“-Philosophie getragen, die eine noch stärkere Verzahnung sämtlicher Bereiche auf Banken- und Gruppenebene vorsieht, wodurch die Kunden einen breiteren Zugang zu Produkt- und Beratungsangeboten erhalten sollen. Mit dem Namen „mBank“ soll der Marktauftritt aller Aktivitäten der BRE Bank bis zum Jahr 2016 vereinheitlicht werden. Weiterhin soll die bereits bestehende starke Fokussierung auf Direct-Banking-Angebote im Privatkundengeschäft weiter ausgebaut und mit Mobile-Banking-Angeboten ergänzt sowie stärker mit sozialen Netzwerken verknüpft werden. Das bestehende, integrierte Filialnetz soll künftig für alle Kundengruppen zugänglich sein und somit das Beratungsangebot für Internet-Kunden weiter verbessert werden. Für das Privatkundengeschäft soll im Rahmen des Projekts „New mBank“ ein neues interaktives Geschäftsmodell konzipiert werden. Dieses basiert auf einer neu entwickelten Online-Plattform, die auf die veränderten Bedürfnisse der Kunden abzielt und auf deren zunehmend stärkere Nutzung neuer Medien und Technologien ausgerichtet ist. Außerdem ist geplant, die Position der BRE Bank im Geschäft mit mittelgroßen Unternehmen weiter auszubauen. So soll die BRE Bank von dem hohen Cross Selling-Potenzial margenstarker Produkte profitieren, beispielsweise über integrierte Lösungen in der Finanzierung, in der Beratung oder im Transaktionsgeschäft. Das strategische Ziel für das Segment Central & Eastern Europe ist, einen stabil wachsenden Wertbeitrag im COMMERZBANK-Konzern zu leisten und im Jahr 2016 eine Eigenkapitalrendite vor Steuern (RoE) von mehr als 15% sowie eine Aufwandsquote im operativen Geschäft von weniger als 55% zu erzielen. Außerdem soll sich im Jahr 2016 das Kredit-Einlagen-Verhältnis auf 115% belaufen. Ziel der COMMERZBANK ist es weiterhin, dass die Erträge des Segments bis ins Jahr 2016 jährlich um 5% wachsen.

- *Corporates & Markets*: Corporates & Markets beabsichtigt, seine Position als ein international führender Nischenanbieter weiter auszubauen und dafür auch weiterhin die enge Verzahnung mit dem Privat- und Firmenkundengeschäft der COMMERZBANK zu nutzen. Dabei soll das bereits 2004 eingeführte, risikokontrollierte Geschäftsmodell konsequent fortgeführt werden. Corporates & Markets beabsichtigt, seine Position in der Kapitalmarktfinanzierung und der Risikoabsicherung im Anleihen- und Kreditbereich weiter auszubauen und seine Marktposition bei Anlageprodukten im Aktien- und Rohstoffbereich durch ausgewählte Asset-Management-Produkte zu stärken. Auch das Geschäft mit institutionellen Kunden soll weiter intensiviert werden. Ein besonderer Fokus soll zudem auf einer erhöhten Kostendisziplin liegen. So strebt die COMMERZBANK an, bis 2016 die Gesamtkosten im Segment Corporates & Markets im Vergleich zu den budgetierten Kosten für das Geschäftsjahr 2012 um EUR 150 Mio. zu reduzieren. Die COMMERZBANK beabsichtigt, im Jahr 2016 im Investment Banking eine Eigenkapitalrendite vor Steuern (RoE) von mehr als 15% zu erwirtschaften und ihre Aufwandsquote im operativen Geschäft auf unter 65% abzusenken. Außerdem sollen die Erträge des Segments bis ins Jahr 2016 jährlich um 4% wachsen.
- *Non-Core Assets (NCA)*: Die COMMERZBANK beabsichtigt, den Abbau des NCA-Portfolios in den nächsten Jahren fortzuführen. Die Staatsschuldenkrise in Europa und die anhaltende Volatilität an den Märkten sowie die seitens der Europäischen Bankenaufsicht erheblich verschärften regulatorischen Eigenkapitalanforderungen und Liquiditätsvorschriften haben die COMMERZBANK in der Entscheidung bestärkt, die im Segment NCA gebündelten nicht-strategischen Portfolios in den nächsten Jahren abzubauen. Der Abbau des Gesamtportfolios soll dabei im Wesentlichen ohne Verkäufe und wertschonend erfolgen. Das schließt nicht aus, dass Teilportfolien oder Einzelfinanzierungen im Rahmen der Gesamtabbaustrategie mit Verlust verkauft werden, da die Transaktion (trotz Verlusts in der Gewinn- und Verlustrechnung) kapitalentlastend wirkt oder eine Verschlechterung der Risikosituation in Bezug auf diese Teilportfolien oder Einzelfinanzierungen erwartet wird. Beispielsweise führt der Konzern derzeit intensive Gespräche über den Verkauf des größten Teils seines insgesamt rund EUR 5,7 Mrd. (EaD inklusive Schwarzbuch, Stand: 31. März 2013) betragenden gewerblichen Immobilienfinanzierungsportfolios im Vereinigten Königreich. Die COMMERZBANK strebt an, das gesamte NCA-Portfolio von EUR 151 Mrd. (EaD, Stand: 31. Dezember 2012) bis Ende des Jahres 2016 um rund 40% auf EUR 93 Mrd. (EaD) zu reduzieren. Im Zuge des Portfolioabbaus erwartet die COMMERZBANK für die Jahre 2013 bis 2016 kumulierte Verluste im operativen Ergebnis des Segments Non-Core Assets in Höhe von insgesamt rund EUR 2,3 Mrd. Die COMMERZBANK strebt dabei an, von Ende 2012 bis Ende 2016 die risikogewichteten Aktiva (RWA) um insgesamt EUR 30 Mrd. zu reduzieren. Die COMMERZBANK beabsichtigt, das durch den Abbau freigesetzte Kapital renditestärkeren und risikoärmeren Geschäftseinheiten innerhalb des Konzerns zur Verfügung zu stellen und so der COMMERZBANK neue Wachstumsperspektiven zu eröffnen. Neben dem Asset-Abbau steht die Verbesserung der Refinanzierungsstruktur im Vordergrund. Dabei liegt der Schwerpunkt auf besicherten Refinanzierungsinstrumenten, wie Pfandbriefen und Repo-Geschäften. Der Bedarf an unbesicherten Refinanzierungsmitteln soll weiter verringert werden.

Segmente

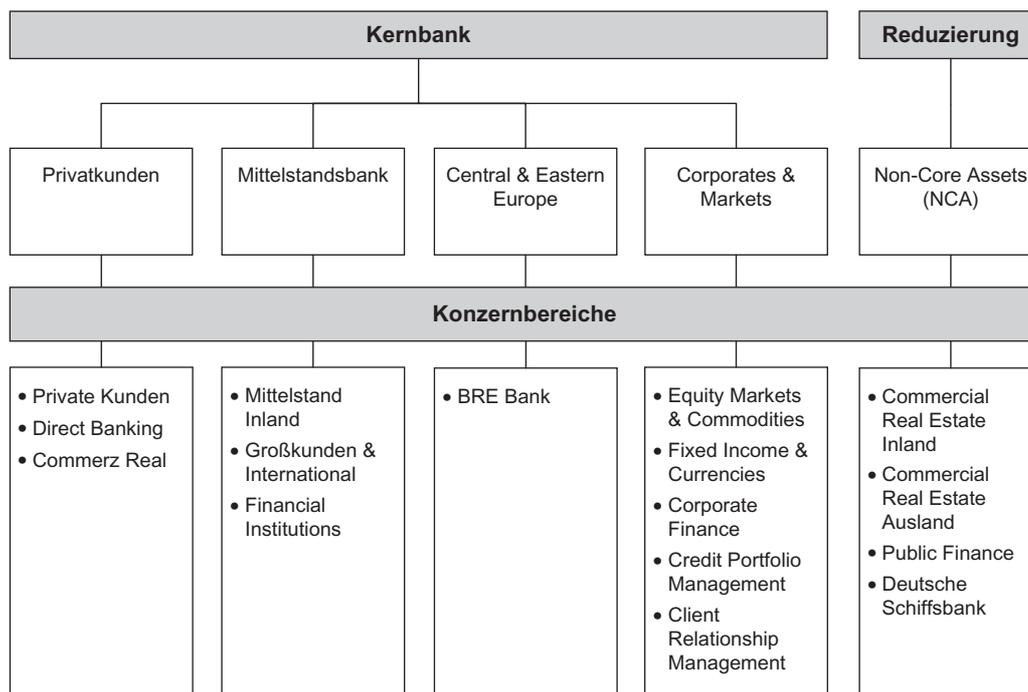
Überblick

Der COMMERZBANK-Konzern ist in fünf operative Segmente – Privatkunden, Mittelstandsbank, Central & Eastern Europe, Corporates & Markets und Non-Core Assets (NCA) – sowie in den Bereich Sonstige und Konsolidierung untergliedert.

Die Segmente Privatkunden, Mittelstandsbank, Central & Eastern Europe und Corporates & Markets sowie der Bereich Sonstige und Konsolidierung bilden die Kernbank des COMMERZBANK-Konzerns.

Das Segment NCA stellt das Abbausegment im COMMERZBANK-Konzern dar und wurde im Zusammenhang mit der zum 1. Juli 2012 geänderten neuen Segmentstruktur geschaffen. Dieses Segment umfasst insbesondere das Portfolio in der gewerblichen Immobilienfinanzierung (Commercial Real Estate, CRE) im In- und Ausland, das Staatsfinanzierungsportfolio (Public Finance, PF) und das gesamte Schiffsfinanzierungsportfolio (Deutsche Schiffsbank, DSB). Die im Segment NCA enthaltenen Konzernbereiche sollen vollständig über die Zeit abgebaut werden. Im Zuge der Änderung der Segmentstruktur zum 1. Juli 2012 wurde gleichzeitig das Segment Portfolio Restructuring Unit (PRU) als eigenständiges Segment aufgelöst. Zu den Einzelheiten der Änderung der Segmentstruktur im COMMERZBANK-Konzern im Geschäftsjahr 2012 siehe auch „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage—Segmente des COMMERZBANK-Konzerns“.

Die derzeitige Segmentstruktur des COMMERZBANK-Konzerns, wie sie auch der Segmentberichterstattung zum 31. Dezember 2012 und zum 31. März 2013 zugrunde liegt (ohne den Bereich Sonstige und Konsolidierung), stellt sich damit wie folgt dar:



Segment Privatkunden

Überblick

Das Segment Privatkunden wurde im Laufe des Geschäftsjahres 2012 neu aufgestellt. Es umfasst die Konzernbereiche Private Kunden, Direct Banking sowie Commerz Real (ehemals Asset Management und Leasing). Der frühere Konzernbereich Kredit wurde zum Teil in den Konzernbereich Private Kunden und zum Teil in die Zuständigkeit der Funktionseinheit Group Services im Bereich Sonstige und Konsolidierung verlagert. Diese Verlagerung dient zur weiteren Zusammenführung der Service-Einheiten im Backoffice als eigenständige Einheit im Bereich Group Banking Operations der Funktionseinheit Group Services. Im Zuge der Änderung der Segmentstruktur zum 1. Juli 2012 wurde der Konzernbereich Commerz Real in das Segment Privatkunden integriert. Ferner zählt das Teilportfolio „Private Immobilien“ des Privatkunden-Portfolios der Hypothekbank Frankfurt AG (ehemals Eurohypo AG) zum Konzernbereich Private Kunden.

In dem am 31. März 2013 endenden Dreimonatszeitraum beliefen sich die Erträge des Segments Privatkunden vor Risikovorsorge auf EUR 858 Mio., das operative Ergebnis auf EUR 70 Mio. und das Ergebnis vor Steuern auf EUR 70 Mio. Durchschnittlich beschäftigte das Segment in diesem Zeitraum 16.846 Mitarbeiter. Im Geschäftsjahr 2012 beliefen sich die Erträge des Segments vor Risikovorsorge auf EUR 3.350 Mio., das operative Ergebnis auf EUR 245 Mio. und das Ergebnis vor Steuern ebenfalls auf EUR 245 Mio. Durchschnittlich beschäftigte das Segment in diesem Zeitraum 17.597 Mitarbeiter.

Konzernbereich Private Kunden

Der Konzernbereich Private Kunden umfasst das inländische Filialgeschäft der COMMERZBANK für Privat- und Geschäftskunden sowie das Wealth Management.

Der Konzernbereich Private Kunden entwickelt mit seinen Bereichen Produkte für Privat- und Geschäftskunden und ist für die zentrale Steuerung des Vertriebs verantwortlich. Im Konzernbereich Private Kunden ist das klassische Filialgeschäft mit Privat- und Geschäftskunden gebündelt. Das Angebot für Kunden besteht unter anderem aus verschiedenen Girokonto-Modellen mit umfassenden Zahlungsverkehrsdienstleistungen sowie einem differenzierten Angebot an Einlagen- und Kreditprodukten. Im Anlagegeschäft liegt der Schwerpunkt auf der individuellen Wertpapierberatung unter Berücksichtigung von Risiko- und Renditeaspekten und auf professionellen Vermögensmanagement- und Vermögensverwaltungsprodukten. Neben rund 1.200 Filialen verfügt die Commerzbank über 43 Beratungsstandorte für Wealth Management-Kunden sowie 65 Geschäftskunden-Beratungszentren. Im Konzernbereich Private Kunden finden sich außerdem die Callcenter-Dienstleistungen der Commerz Direktservice GmbH, einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft der COMMERZBANK, für das inländische Filialnetz. Die Commerz Direktservice GmbH bietet den Kunden des Konzernbereichs ein Leistungsspektrum, in dessen Rahmen Callcenter-Aktivitäten, Telefonbanking, die technische Hotline sowie

Leistungen für das Qualitätsmanagement erbracht werden. Außerdem wird das Joint Venture „Commerz Finanz“ (insbesondere Vertrieb von Ratenkrediten) aus dem Konzernbereich Private Kunden heraus zentral gesteuert.

Die COMMERZBANK bietet ihren Kunden eine breite Palette von Finanz- und Bankdienstleistungen in den Bereichen Vermögensanlage und Wertpapiere, Immobilienfinanzierung und Kredite, Vorsorge, Liquiditätsmanagement und Einlagen sowie Konto und Zahlungsverkehr an. Im Kreditgeschäft wurde im August 2012 die offene Architektur für Immobilienfinanzierungen eingeführt, d.h. in den Filialen der COMMERZBANK können seitdem über die Immobilienfinanzierungsplattform „CobaHyp“ (Vertriebskooperation mit dem Internethypothekenkreditvermittler Interhyp) auch Baufinanzierungsprodukte rund 250 anderer Finanzdienstleister abgeschlossen werden. Auch im Anlagegeschäft wird eine offene Architektur für Kunden angeboten. Außerdem vermittelt die COMMERZBANK ihren Kunden Produkte der Allianz SE, der Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH („AGI“) sowie der Wüstenrot Bausparkasse. Hierbei handelt es sich um Fonds sowie Versicherungs- und Bausparprodukte, die die eigene Produktpalette ergänzen. Produkte weiterer strategischer Partner – insbesondere bei Fonds und Zertifikaten – runden das Angebot ab.

Die veränderten Bedürfnisse der Kunden durch die anhaltenden Unsicherheiten an den internationalen Finanzmärkten sowie die Folgen der weltweiten Finanzkrise sind weiterhin eines der Hauptthemen im Anlagegeschäft. Den hieraus resultierenden Beratungsbedarf begleitet die COMMERZBANK mit einem strukturierten Beratungsprozess. Seit dem Sommer 2012 nutzen die Berater dabei im Kundengespräch den IT-gestützten „KundenKompass“ zur Gewährleistung eines einheitlichen und strukturierten Beratungsablaufs.

Die Anlageprodukte unterliegen einem umfassenden, zentralen Research- und Analyseprozess. Absatzschwerpunkt bilden dabei Vermögensmanagementprodukte, die mit ihren verschiedenen Anlagevarianten das passende Investment für Kunden ermöglichen sollen.

Als Vertriebskanal wird vorrangig das konzernerneigene Filialnetz mit derzeit rund 1.200 Filialen genutzt. Als weiterer Vertriebskanal dient der Internetauftritt der COMMERZBANK sowie entsprechende Smartphone- und Tablet-Applikationen mit denen die Bankdienstleistungen des täglichen Bedarfs durchgeführt werden können.

Im Wealth Management werden vermögende Privatkunden mit einem liquiden Vermögen ab EUR 1 Mio. betreut bzw. Kunden, bei denen spezifische Lösungen auf Grund der Komplexität der Vermögensstruktur erforderlich sind. Den Kunden wird eine spezialisierte Beratung und ein breites Portfolio an Produkten und Dienstleistungen angeboten. Die Palette reicht hierbei vom einfachen Wertpapierdepot bis zum Management von komplexen Vermögensstrukturen. Den Kunden werden außerdem zahlreiche Serviceleistungen (u. a. in den Bereichen Wertpapier-, Immobilien- und Kreditmanagement, Vermögensverwaltung, Family Office-Lösungen oder Nachlass- und Stiftungsmanagement) sowie individuell auf ihre Vermögenssituation zugeschnittene innovative Produkte angeboten. Durch die Zusammenarbeit mit dem Segment Mittelstandsbank ist die COMMERZBANK zudem in der Lage, individuelle Angebote für Unternehmer anzubieten, die gleichermaßen private und unternehmerische Vermögensfragen beinhalten. Neben einem Relationship-Manager, der als individueller, dauerhafter Ansprechpartner des Kunden fungiert, stehen den Kunden in den Kompetenzzentren Spezialisten für Wertpapiere, Immobilien und Kredite zur Verfügung. Darüber hinaus verfügt die COMMERZBANK über in der Zentrale ansässige Spezialisten, die die Kunden zur Vermögensverwaltung und zum Nachlass- sowie Stiftungsmanagement beraten. Außerhalb Deutschlands liegt der Fokus auf der Commerzbank International S.A. in Luxemburg, die als Drehscheibe für das internationale Geschäft im Wealth Management dient.

Konzernbereich Direct Banking

Der Konzernbereich Direct Banking bündelt die Aktivitäten der comdirect-Gruppe, die aus der comdirect bank und der ebase besteht.

Mit einer Kundenzahl von rund 2,8 Mio. sowie 1,7 Mio. geführten Wertpapierdepots und 18 Mio. ausgeführten Wertpapiertransaktionen in 2012 ist die comdirect-Gruppe nach Ansicht der COMMERZBANK Marktführer im Online-Wertpapiergeschäft sowie eine der führenden Direktbanken in Deutschland. Die comdirect bank ist eine Vollbank mit den drei Kompetenzfeldern Brokerage, Banking und Beratung. Die comdirect bank bietet ihren Kunden kostengünstigen Wertpapierhandel sowie Produkte für kurz-, mittel- und langfristige Investments. Mit den Banking-Produkten der comdirect bank lassen sich tägliche Geldgeschäfte schnell und einfach erledigen.

Im Kompetenzfeld Banking konzentriert sich die comdirect bank mit „Anlageberatung PLUS“ und „Baufinanzierung PLUS“ auf direktbankfähige Beratungsmodelle. Als Direktbank bietet die comdirect bank ihre Produkte und Dienstleistungen primär über das Internet sowie über das Telefon an.

Die ebase hat sich nach Ansicht der COMMERZBANK zu einer der führenden B2B-Direktbanken entwickelt. Finanzvertriebe, Versicherungen, Banken, Vermögensverwalter und Unternehmen nutzen für ihre Kunden die mandantenfähigen Lösungen der ebase (d.h. IT-Systeme, die die Bedienung mehrerer Kunden gewährleisten, ohne dass diese gegenseitig Einblicke in die Daten haben) für die Investmentdepotführung und das Angebot von Produkten der Vermögensbildung, Altersvorsorge und Geldanlage. Die Tochter der comdirect bank AG ist eine Vollbank.

Konzernbereich Commerz Real

Ein Schwerpunkt des Konzernbereichs Commerz Real liegt auf dem Angebot von Anlageprodukten für private Investoren, insbesondere dem offenen Immobilienfonds hausInvest. Das Portfoliovermögen ist geografisch breit gestreut. Der Schwerpunkt der Investments liegt auf den Sektoren Büro, Handel und Logistik.

Außerdem ist der Konzernbereich Commerz Real über die Commerz Real AG und deren Tochtergesellschaft Commerz Real Mobilienleasing GmbH das Kompetenzzentrum für Mobilienleasing im COMMERZBANK-Konzern und bietet damit vor allem für den Mittelstand eine Alternative zur klassischen Finanzierung.

Der Bereich Structured Investments des Konzernbereichs, in dem die Aktivitäten Immobilienleasing, Großmobilenleasing (z.B. Anlagen, Kraftwerke und Leitungsnetze) und strukturierte Finanzierungen zusammengefasst sind, hat zum 1. Oktober 2012 die Neugeschäftsakquisition eingestellt. Seitdem erfolgt eine Konzentration auf die vertragsgemäße Abwicklung des vorhandenen Portfolios.

Je nach Bereich bedient sich der Konzernbereich Commerz Real unterschiedlicher Vertriebswege. Primär erfolgt der Vertrieb über die COMMERZBANK und dort über die Segmente Privatkunden und Mittelstandsbank, daneben aber auch über Drittvertriebe für Fondsprodukte deren Zielgruppe Privatkunden sind.

Segment Mittelstandsbank

Überblick

Das Segment Mittelstandsbank gliedert sich in die drei Konzernbereiche Mittelstand Inland, Großkunden & International sowie Financial Institutions.

In dem am 31. März 2013 endenden Dreimonatszeitraum beliefen sich im Segment Mittelstandsbank die Erträge vor Risikovorsorge auf EUR 728 Mio., das operative Ergebnis auf EUR 325 Mio. und das Ergebnis vor Steuern auf EUR 325 Mio. Durchschnittlich beschäftigte das Segment in diesem Zeitraum 5.417 Mitarbeiter. Im Geschäftsjahr 2012 beliefen sich die Erträge vor Risikovorsorge auf EUR 3.016 Mio., das operative Ergebnis auf EUR 1.649 Mio. und das Ergebnis vor Steuern auf ebenfalls EUR 1.649 Mio. Durchschnittlich beschäftigte das Segment in diesem Zeitraum 5.836 Mitarbeiter.

Konzernbereiche Mittelstand Inland und Großkunden & International

Im Konzernbereich Mittelstand Inland ist das Geschäft mit mittelständischen Kunden, dem öffentlichen Sektor und den institutionellen Kunden in Deutschland gebündelt.

Der Konzernbereich Großkunden & International konzentriert sich auf die Betreuung von Firmenkundenkonzernen mit einem Umsatzvolumen von mehr als EUR 500 Mio., sofern sie nicht als Multinational Corporates im Rahmen des Client Relationship Management im Segment Corporates & Markets betreut werden. Kleinere Konzerne mit hoher Kapitalmarktaffinität sowie solche mit wesentlichen ausländischen Aktivitäten werden hier ebenfalls betreut. Außerdem ist das Kompetenzzentrum für Kunden aus dem Sektor „Erneuerbare Energien“ im Konzernbereich Großkunden & International angesiedelt. Durch die ausländischen Niederlassungen soll der Konzernbereich Großkunden & International für seine Kunden ein strategischer Partner sein – sowohl für die internationalen Aktivitäten deutscher und polnischer Firmenkunden als auch für internationale Unternehmen mit Tochtergesellschaften im deutschen und polnischen Markt.

Die mittelständischen Kunden einerseits (Konzernbereich Mittelstand Inland) und Großkunden andererseits (Konzernbereich Großkunden & International) werden von der COMMERZBANK nach Umsatz und Kundenbedürfnissen folgendermaßen unterteilt und voneinander abgegrenzt:

- *Kleiner Mittelstand:* Im Handelsregister eingetragene Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz zwischen EUR 2,5 Mio. und EUR 12,5 Mio.
- *Gehobener Mittelstand:* Im Handelsregister eingetragene Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz zwischen EUR 12,5 Mio. und EUR 250 Mio. sowie Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz zwischen

EUR 250 Mio. und EUR 500 Mio., die sich nicht am Kapitalmarkt betätigen (bei Kapitalmarktaffinität oder wesentlichen ausländischen Aktivitäten erfolgt die Betreuung ab einem Umsatz von EUR 250 Mio. durch den Konzernbereich Großkunden & International).

- *Großkunden*: Im Handelsregister eingetragene Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz ab EUR 500 Mio. (sofern sie nicht als Multinational Corporates im Rahmen des Client Relationship Management im Segment Corporates & Markets betreut werden) bzw. Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz ab EUR 250 Mio., sofern sie Kapitalmarktprodukte nutzen oder wesentliche ausländische Aktivitäten verfolgen.

Zu den Kunden des öffentlichen Sektors zählen Kommunen, deren Eigengesellschaften und kommunalnahe Institutionen. Die wichtigsten institutionellen Kunden sind Sozialversicherungen, Pensionskassen und -fonds, berufsständische Versorgungswerke, Kirchen und Stiftungen sowie Unternehmensverbände.

Die Angebotspalette der Konzernbereiche Mittelstand Inland und Großkunden & International umfasst das Risikomanagement, die Anlageberatung, Finanzierungen, das Transaktionsmanagement, die Unterstützung bei Außenhandelsgeschäften sowie Investment Banking-Aktivitäten für Großkunden. Im Bereich Risikomanagement bieten die Konzernbereiche Absicherungsgeschäfte gegen Rohstoffpreis-, Zins- und Währungsschwankungen an. Im Bereich Anlageberatung umfasst das Leistungsspektrum sowohl Geldmarkt-, Publikums- und Spezialfonds als auch Produkte des Geld- und Kapitalmarkts, wie variable und terminierte Anlagen, Aktien, Renten, strukturierte Produkte und Wertpapierleihen sowie die Beratung zur betrieblichen Altersvorsorge und zu Zeitwertkonten. Im Bereich Finanzierung ist es das Ziel der COMMERZBANK die benötigten Mittel unter Berücksichtigung der Gesamtsituation des Kunden sowie von dessen Plänen und Anforderungen bereitzustellen. Ferner werden über das mit GE Capital Bank AG betriebene Gemeinschaftsunternehmen CommerzFactoring GmbH umfassende und in das Bankgeschäft integrierte Dienstleistungen im Bereich der Forderungsfinanzierungen angeboten. Das Spektrum der Unterstützungsleistungen im Bereich Transaktionsmanagement reicht von einer bedarfsgerechten Bargeldversorgung über mehrmals täglich aktualisierte Kontoinformationen bis hin zu automatischen Cash-Management-Systemen für Unternehmen mit zahlreichen Filialen oder Niederlassungen, die jeweils eigene Konten vor Ort brauchen. Zur Unterstützung des Außenhandels werden exportorientierten Kunden die Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland und die Produkte der Exportfinanzierung mit eingehender Beratung angeboten. Hierbei werden die Kunden beim Ausbau ihrer Marktposition und bei der Erschließung neuer Märkte begleitet. Ferner wird ihnen Unterstützung bei der Beurteilung neuer Entwicklungen im Ausland angeboten. Für Großkunden wird das Produktportfolio durch ein umfassendes Beratungsangebot im Bereich Investment Banking ergänzt.

Das Leistungsspektrum für Kunden des öffentlichen Sektors umfasst neben dem breiten Finanzierungsspektrum vom Kommunalkredit über Unternehmensfinanzierungen, Entgeltforfaitierungen bis zu Projektfinanzierungen das Anlage- und Derivategeschäft sowie Schuldenmanagement- und Zahlungsverkehrslösungen.

Zum 1. Januar 2012 wurden die Commerzbank (Eurasija) SAO in Russland, die ungarische Commerzbank Zrt. und die COMMERZBANK-Filialen in Tschechien und der Slowakei innerhalb des COMMERZBANK-Konzerns vom Segment Central & Eastern Europe an das Segment Mittelstandsbank übertragen. Ziel dieser Maßnahmen war, diese Standorte so zu positionieren, dass sie noch stärker vom wachsenden Geschäftspotenzial deutscher und polnischer Unternehmen im grenzüberschreitenden Geschäft und dem Geschäftsmodell der Mittelstandsbank im internationalen Geschäft profitieren können.

Ziel der Mittelstandsbank ist es, ein Vertriebsmodell zu haben, das an den Bedürfnissen ihrer Kunden ausgerichtet ist. Die Kundenbetreuer sind auf die Kernkundensegmente der Konzernbereiche spezialisiert. Bei Bedarf werden die Kundenbetreuer durch zusätzliche Produktspezialisten für Corporate Banking-Produkte bzw. Investment Banking-Produkte aus dem Segment Corporates & Markets unterstützt.

Konzernbereich Financial Institutions

Der Konzernbereich Financial Institutions verantwortet die Beziehungen des Konzerns zu in- und ausländischen Banken und Zentralbanken. Der Konzernbereich bietet den genannten Kunden eine umfassende Betreuung und Beratung an, wobei eine bevorzugte Einschaltung in die Abwicklung des Außenhandels strategischer Schwerpunkt ist. Zusätzlich fördert der Konzernbereich durch ein weltweites Netzwerk von Korrespondenzbanken sowie Geschäftsverbindungen mit Schwellenländern die Kompetenz der weltweiten Außenhandelsaktivitäten des Konzerns und unterstützt andere Konzernbereiche in deren internationalen Aktivitäten.

Der Konzernbereich verfolgt einen globalen Betreuungsansatz, bei dem eine zentral am Sitz der COMMERZBANK ansässige Kundenbetreuung mit einem weltweiten Vertriebsnetz von Repräsentanzen und lokalen Financial Institutions-Einheiten zusammenarbeitet.

Segment Central & Eastern Europe

Überblick

Nachdem die COMMERZBANK im Juni 2012 ihre Anteile an der russischen Promsvyazbank an deren Mehrheitsaktionärin, die Promsvyaz Capital B.V, veräußerte, und anschließend im Oktober 2012 der Verkauf der ukrainischen Bank Forum an die ukrainische Smart Group vollzogen wurde, besteht das Segment Central & Eastern Europe im Wesentlichen aus der BRE Bank, einer Tochtergesellschaft der COMMERZBANK mit Sitz in Polen. Der geografische Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt dabei in Polen, Tschechien und der Slowakei.

In dem am 31. März 2013 endenden Dreimonatszeitraum beliefen sich im Segment Central & Eastern Europe die Erträge vor Risikovorsorge auf EUR 185 Mio., das operative Ergebnis auf EUR 75 Mio. und das Ergebnis vor Steuern auf EUR 75 Mio. Durchschnittlich beschäftigte das Segment in diesem Zeitraum 7.727 Mitarbeiter. Im Geschäftsjahr 2012 beliefen sich die Erträge vor Risikovorsorge auf EUR 818 Mio., das operative Ergebnis auf EUR 240 Mio. und das Ergebnis vor Steuern auf EUR –28 Mio., wesentlich bedingt durch einen Einmaleffekt im Zuge des Verkaufs der ukrainischen Bank Forum. Durchschnittlich beschäftigte das Segment in diesem Zeitraum 8.444 Mitarbeiter.

Kunden des Segments Central & Eastern Europe sind Privat- und Unternehmenskunden der BRE Bank in Polen. Darüber hinaus werden Direct-Banking-Kunden der BRE Bank in Tschechien und der Slowakei über die Marke mBank betreut.

Ziel der BRE Bank ist es, ihren Kunden als Universalbank maßgeschneiderte Produkte und Dienstleistungen anbieten zu können. Im Firmenkundengeschäft liegt dabei der Schwerpunkt bei mittelständischen Unternehmen und großen Firmenkunden. Darüber hinaus konzentriert sich die BRE Bank auf die individuellen Bedürfnisse von Existenzgründern und kleinen Unternehmen. Für Privatkunden hält die BRE Bank mit den Marken mBank und MultiBank ein umfangreiches Produkt- und Leistungsspektrum bereit. Während sich die MultiBank in erster Linie auf Privatkunden fokussiert, die eine Beratung wünschen, richtet sich die mBank primär über ihre Direct Banking-Plattform an Internet-Banking-Nutzer in Polen, Tschechien und der Slowakei.

Der Vertrieb des Segments Central & Eastern Europe erfolgt im Wesentlichen über das Internet sowie über die Filialen der BRE Bank. Im Firmenkundengeschäft ist die BRE Bank in den bedeutenden Wirtschaftsregionen Polens mit insgesamt 48 Standorten vertreten. Über die Marke mBank bietet die BRE Bank im Privatkundengeschäft ihre Produkte vor allem über das Internet sowie über insgesamt 129 Standorte in Polen, Tschechien und der Slowakei an. Der Vertrieb über die Marke MultiBank erfolgt vornehmlich über 132 Financial Service Center und Partner Outlets in Polen (Stand jeweils zum 31. Dezember 2012).

Segment Corporates & Markets

Überblick

Im Segment Corporates & Markets stehen die Investment Banking-Aktivitäten des COMMERZBANK-Konzerns und die Betreuung der kapitalmarktaffinen Kunden im Mittelpunkt. Das Segment besteht aus den Konzernbereichen Equity Markets & Commodities, Fixed Income & Currencies, Corporate Finance, Credit Portfolio Management und Client Relationship Management. Darüber hinaus gehören zu diesem Segment die Research-Aktivitäten sowie die Niederlassungen New York und London. Über Handelszentren in Frankfurt, London, New York, Hongkong und Singapur steht Corporates & Markets für seine Kunden „rund um die Uhr“ für Absicherungs- und Anlagegeschäfte in allen Asset-Klassen zur Verfügung. Wesentliche Teile des noch verbleibenden Portfolios des ehemaligen Segments Portfolio Restructuring Unit (PRU), das als eigenständiges Segment aufgelöst wurde, wurden zum 1. Juli 2012 in ein separates Geschäftsfeld des Konzernbereichs Credit Portfolio Management – Structured Credit Legacy – umgegliedert. Im Jahr 2009 waren die strukturierten Kreditportfolios in das frühere Segment PRU übertragen worden, um sukzessive abgebaut zu werden. Risiken aus nicht strukturierten Kreditportfolios wurden weiterhin durch das Segment Corporates & Markets betreut. Zu weiteren Angaben zum ehemaligen PRU-Portfolio, siehe „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage—Structured-Credit-Legacy und PFI-Portfolios (ehemalige PRU-Portfolios)“.

Die Investment Banking-Aktivitäten des COMMERZBANK-Konzerns nutzen in allen Kundengruppen eine Vielzahl von Vertriebswegen, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Konzerns. Die Betreuung von Firmenkunden erfolgt über das konzerneigene Filialnetz im In- und Ausland, über die Vertriebsspezialisten für Großkunden in der Fläche und in der Zentrale sowie über die Mitarbeiter des Konzernbereichs Client Relationship Management. Institutionelle Kunden werden im Wesentlichen über Vertriebsteams in Frankfurt am Main und London, aber auch in New York, Singapur und Hong Kong betreut. Die Betreuung von Privatkunden erfolgt durch das konzerneigene inländische Filialnetz. Darüber hinaus sind ein breites

Netz von internationalen Privatbanken, die Vertriebsnetze von Universalbanken (Finanzintermediäre), inländischen und europäischen Börsen (*Public Distribution*) sowie elektronische Handelsplattformen wesentliche Absatzkanäle für dieses Segment.

In dem am 31. März 2013 endenden Dreimonatszeitraum beliefen sich im Segment Corporates & Markets die Erträge vor Risikovorsorge auf EUR 583 Mio., das operative Ergebnis auf EUR 271 Mio. und das Ergebnis vor Steuern auf EUR 271 Mio. Durchschnittlich beschäftigte das Segment in diesem Zeitraum 1.871 Mitarbeiter. Im Geschäftsjahr 2012 beliefen sich die Erträge vor Risikovorsorge auf EUR 1.596 Mio., das operative Ergebnis auf EUR 197 Mio. und das Ergebnis vor Steuern auf ebenfalls EUR 197 Mio. Durchschnittlich beschäftigte das Segment in diesem Zeitraum 2.017 Mitarbeiter.

Konzernbereich Equity Markets & Commodities

Der Konzernbereich Equity Markets & Commodities bietet eine breit gefächerte Produktpalette an Aktien und Rohstoffen sowie Derivateprodukte auf Aktien und Rohstoffe in Form von Risikomanagementlösungen und als Anlageprodukte für die institutionellen Kunden sowie Firmen- und Privatkunden des Konzerns an.

Konzernbereich Fixed Income & Currencies

Der Konzernbereich Fixed Income & Currencies bietet Lösungen für Firmenkunden, aber auch institutionelle Investoren und Privatkunden in den Assetklassen Zins, Währung und Kredit an. Die Produktpalette ist umfassend und reicht von Standardtransaktionen bis hin zu maßgeschneiderten strukturierten Lösungen. Im Devisen- und Anleihehandel können die Kunden alle gängigen Devisen- und Devisenoptionsgeschäfte über eine elektronische Plattform abschließen. Über die konzernweiten Vertriebskanäle stehen die Produkte auch den Kunden der Segmente Privatkunden und Mittelstandsbank zur Verfügung.

Konzernbereich Corporate Finance

Der Konzernbereich Corporate Finance bietet Firmenkunden eine umfassende Palette von Finanzierungslösungen und Beratungsleistungen für Eigen- und Fremdkapitalinstrumente an. Wesentliche Produkte sind Aktienemissionen, syndizierte Unternehmensanleihen und Kredite, Anleihen- und Pfandbriefemissionen, Leveraged-Buy-Out- sowie Projektfinanzierungen. Darüber hinaus bietet der Bereich Beratung bei Fusionen und Übernahmen (Mergers & Acquisitions) an.

Konzernbereich Credit Portfolio Management

Der Konzernbereich Credit Portfolio Management wurde zum 1. April 2012 aus dem Konzernbereich Corporate Finance herausgelöst und als eigenständiger Konzernbereich etabliert. Schwerpunkte der Aktivitäten des Bereichs liegen in der Steuerung des Kreditportfolios von Corporates & Markets und dessen Risiken, der Integration und dem weiteren Ausbau des Kontrahentenrisikomanagements, dem Management ausgewählter Konzentrationsrisiken der Mittelstandsbank sowie dem weiteren Abbau der verbliebenen und zum 1. Juli 2012 in diesen Bereich integrierten, Portfolien der ehemaligen Portfolio Restructuring Unit (PRU).

Konzernbereich Client Relationship Management

Der Konzernbereich Client Relationship Management betreut deutsche multinationale DAX- und MDAX-Unternehmen, ausgewählte deutsche Familienunternehmen in allen wichtigen Industriezweigen, deutsche und internationale Versicherungsunternehmen, führende Private-Equity-Investoren sowie Sovereign Wealth Funds und die öffentliche Hand. Die Angebotspalette umfasst alle Commercial-Banking- und Investment Banking-Produkte des Konzerns. Dabei arbeitet der Konzernbereich, um dem Kunden maßgeschneiderte Lösungen anbieten zu können, Hand in Hand mit den jeweiligen Produktspezialisten, z.B. aus den Konzernbereichen Corporate Finance, Fixed Income & Currencies sowie Equity Markets & Commodities.

Segment Non-Core Assets (NCA)

Überblick

Zum 1. Juli 2012 wurde das Segment NCA geschaffen, das an die Stelle des früheren Segments Asset Based Finance trat. Im Segment NCA sind als einzelne Konzernbereiche das Portfolio in der gewerblichen Immobilienfinanzierung im In- und Ausland (Commercial Real Estate Inland und Commercial Real Estate Ausland), das Staatsfinanzierungsportfolio (Public Finance) und das gesamte Schiffsfinanzierungsportfolio (Deutsche Schiffsbank) gebündelt. Die Non-Core-Teile des Retail Banking der Hypothekenbank Frankfurt sowie Assets und Beteiligungen ohne aktuelle Platzierungsmöglichkeiten der Commerz Real sind ebenfalls im Segment NCA enthalten, zudem weitere Infrastrukturportfolios aus dem ehemaligen Segment Portfolio Restructuring Unit (PRU) der COMMERZBANK.

Die Aufgabe des Segments NCA besteht in der systematischen, wertschonenden und risikoreduzierenden Abwicklung der einzelnen Segmentportfolien und der Verbesserung der damit verbundenen Refinanzierung. Die COMMERZBANK beabsichtigt, das durch den Abbau freigesetzte Kapital renditestärkeren und risikoärmeren Geschäftseinheiten innerhalb des Konzerns zur Verfügung zu stellen und sich so neue Wachstumsperspektiven zu eröffnen.

Die einzelnen Konzernbereiche des Segments NCA betreiben – mit Ausnahme von Prolongationen (d.h. der Anpassungen von Konditionen bei Krediten, insbesondere der Zinskonditionen) – kein Neugeschäft.

In dem am 31. März 2013 endenden Dreimonatszeitraum beliefen sich im Segment NCA die Erträge vor Risikovorsorge auf EUR 171 Mio., das operative Ergebnis auf EUR –87 Mio. und das Ergebnis vor Steuern auf EUR –87 Mio. Durchschnittlich beschäftigte das Segment in diesem Zeitraum 667 Mitarbeiter. Im Geschäftsjahr 2012 beliefen sich die Erträge vor Risikovorsorge auf EUR 225 Mio., das operative Ergebnis auf EUR –1.525 Mio. und das Ergebnis vor Steuern auf EUR –1.568 Mio. Durchschnittlich beschäftigte das Segment in diesem Zeitraum 760 Mitarbeiter.

Konzernbereiche Commercial Real Estate Inland und Commercial Real Estate Ausland

Das CRE-Portfolio wird überwiegend in der Hypothekbank Frankfurt AG weitergeführt. Zum 31. Dezember 2012 betrug der Bilanzwert des CRE-Portfolios EUR 55,7 Mrd. (31. Dezember 2011: EUR 67,6 Mrd.). Im Geschäftsjahr 2012 konnten die Bestände der gewerblichen Immobilienfinanzierung im In- und Ausland von EaD (inklusive Schwarzbuch) EUR 68 Mrd. auf EUR 55 Mrd. reduziert werden. Von dem Volumen der Reduzierung in Höhe von EUR 13 Mrd. entfiel rund die Hälfte auf Deutschland und die übrige Reduzierung auf das Ausland. Die Portfolioreduktion wurde im Wesentlichen durch ein restriktives Prolongationsmanagement sowie pro-aktive Unterstützung der Kunden bei der Refinanzierung erreicht. Hinsichtlich der Portfoliozusammensetzung wird nach Nutzungsarten differenziert. Die größten Anteile entfallen auf die Teilportfolios Büro, Handel und Wohnimmobilien. Im Inland konnte das Portfolio nicht zuletzt dank der konjunkturellen Entwicklung weitgehend verlustfrei reduziert werden, während in einigen Auslandsmärkten der Abbau nach wie vor unter makroökonomisch erschwerten Bedingungen stattfindet.

Konzernbereich Public Finance

Das Public Finance-Geschäft umfasst die Finanzierung von Staaten, Bundesländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften sowie supranationalen Institutionen. Es setzt sich aus dem Public Finance-Portfolio der Hypothekbank Frankfurt AG einschließlich deren Tochtergesellschaft Hypothekbank Frankfurt International S.A. in Luxemburg und der Commerzbank-Tochter Erste Europäische Pfandbrief- und Kommunalkreditbank (EEPK) Aktiengesellschaft in Luxemburg S.A. (EEPK) sowie dem Private-Finance-Initiative-Portfolio (PFI) der COMMERZBANK in London zusammen.

Bereits seit dem Herbst 2010 ist Public Finance strategisch auf einen Auslauf des Bestands ausgerichtet. Seitdem sind jegliche Neugeschäftsaktivitäten eingestellt. Diese Abbaustrategie wurde in den Geschäftsjahren 2011 und 2012 und im ersten Quartal 2013 fortgesetzt und der Bestand durch Fälligkeiten und aktive Verkäufe von Assets weiter reduziert. Der im Geschäftsjahr 2009 von der EU-Kommission vorgegebene Zielwert, der einen Bilanzwert von weniger als EUR 100 Mrd. bis Ende 2012 für den Konzernbereich Public Finance vorsah, wurde bereits Ende 2011 unterschritten. Zum 31. Dezember 2012 betrug der Bilanzwert des Public Finance-Portfolios EUR 95,3 Mrd. (31. Dezember 2011: EUR 99,4 Mrd.). Im Geschäftsjahr 2012 konnte das Portfolio im Konzernbereich Public Finance von EaD (*Exposure at Default*) EUR 89 Mrd. auf EUR 77 Mrd. reduziert werden.

Das überwiegende Engagement im Staatsfinanzierungsbereich liegt in Deutschland und Westeuropa. Der größte Teil des Bankenportfolios besteht aus Wertpapieren und Darlehen, die zu einem hohen Anteil mit Bestandsschutzerklärungen (sog. *Grandfathering*), Gewährträgerhaftungen/Anstaltslasten oder anderen Haftungserklärungen der öffentlichen Hand ausgestattet sind oder in Form von Covered Bonds emittiert wurden. Der Bestand an griechischen Anleihen wurde nach dem Anleihentausch Griechenlands im Rahmen des *Private-Sector-Involvement*, d.h. der Beteiligung von privaten Gläubigern wie z.B. Banken an der Rettung Griechenlands, im Jahr 2012 vollständig veräußert. Angesichts des unverändert volatilen Marktumfelds in der Staatsfinanzierung ist der Assetabbau durch den Verkauf ausgewählter Assets unter Berücksichtigung der vor diesem Hintergrund jeweils erzielbaren Erlöse zur weiteren Risikoreduzierung nur eingeschränkt ohne Verlustnahme möglich, daher fokussiert sich die Abbauplanung primär auf Fälligkeiten.

Konzernbereich Deutsche Schiffsbank

Die Deutsche Schiffsbank AG, seit November 2011 eine hundertprozentige Tochter der COMMERZBANK AG, wurde im Mai 2012 auf die COMMERZBANK AG verschmolzen. Das bisherige Geschäftsfeld Ship Finance wurde in diesem Zusammenhang in Deutsche Schiffsbank umbenannt.

Das Portfolio an Schiffsfinanzierungen verteilt sich überwiegend auf die drei Standardschiffstypen Containerschiffe, Tanker und Massengutfrachter. Das restliche Portfolio beinhaltet unterschiedliche

Spezialtonnagen mit hoher Diversifikation über die verschiedenen Schiffssegmente. In der Schiffsfinanzierung differenziert die Abbaustrategie nach Schiffstyp, Schiffsgröße, Jahr der Auslieferung und sonstigen Merkmalen. Die europäische Staatsschuldenkrise, die unsichere wirtschaftliche Lage in den USA und die kritische Entwicklung in diversen europäischen Ländern sowie die Bemühungen Chinas, der Inflation entgegenzuwirken, wirkten sich seit dem Jahr 2011 negativ auf die Schifffahrtsmärkte aus und hatten im Geschäftsjahr 2012 erheblich negative Auswirkungen. Überkapazitäten in Verbindung mit steigendem Flottenwachstum führten zu sinkenden Fracht- und Charraten, und teilweise auch zu erheblichen Rückgängen bei den Schiffswerten.

Zum 31. Dezember 2012 betrug der Bilanzwert des Portfolios im Konzernbereich Deutsche Schiffsbank EUR 18,1 Mrd. (31. Dezember 2011: EUR 23,6 Mrd.). Im Geschäftsjahr 2012 konnte das Portfolio der Schiffsfinanzierungen im Konzernbereich Deutsche Schiffsbank von EUR 21 Mrd. auf EUR 19 Mrd. (EaD inklusive Schwarzbuch) reduziert werden.

Bereich Sonstige und Konsolidierung

Im Bereich Sonstige und Konsolidierung werden Erträge und Aufwendungen des COMMERZBANK-Konzerns eingestellt, die nicht in die Verantwortungsbereiche der operativen Segmente fallen.

In dem am 31. März 2013 endenden Dreimonatszeitraum beliefen sich im Bereich Sonstige und Konsolidierung die Erträge vor Risikovorsorge auf EUR –65 Mio., das operative Ergebnis auf EUR –185 Mio. und das Ergebnis vor Steuern auf EUR –678 Mio. Durchschnittlich beschäftigte der Bereich in diesem Zeitraum 17.984 Mitarbeiter. Im Geschäftsjahr 2012 beliefen sich die Erträge vor Risikovorsorge auf EUR 680 Mio., das operative Ergebnis auf EUR 226 Mio. und das Ergebnis vor Steuern auf ebenfalls EUR 226 Mio. Durchschnittlich beschäftigte der Bereich in diesem Zeitraum 19.119 Mitarbeiter.

Unter „Sonstige“ wird über Beteiligungen, die nicht den operativen Segmenten zugeordnet sind, berichtet. Ferner sind hier die Kosten sämtlicher Unterstützungsfunktionen abgebildet (d.h. Information Technology, Organisation, Banking Operations, Markets Operations, Security sowie Support und Group Services Commerzbank Exzellenz). Die Unterstützungsfunktionen sind in der Funktionseinheit Group Services gebündelt. Die Kosten der Group Services-Einheiten werden – mit Ausnahme der Integrations- und Restrukturierungskosten – vollständig auf die operativen Segmente verrechnet. Die Zuteilung der Kosten der Group Services-Einheiten erfolgt – mit Ausnahme der Integrations- und Restrukturierungskosten, die unter Sonstige verbleiben – über den Cost Allocation Process.

Unter „Konsolidierung“ fallen im Wesentlichen Aufwendungen und Erträge, die von den in der Segmentberichterstattung dargestellten Ergebnisgrößen der internen Managementberichterstattung auf den Konzernabschluss nach IFRS überleiten. Hier sind zudem die Kosten sämtlicher Stabs- und Steuerungsfunktionen abgebildet (d.h. Development & Strategy, Communications, Legal, Finance, Investor Relations, Finance Architecture, Compliance, Audit, Human Resources, Integration und Group Management Exzellenz sowie Group Risk Management). Die Stabs- und Steuerungsfunktionen sind in der Funktionseinheit Group Management zusammengefasst. Die Kosten der Group Management-Einheiten werden – mit Ausnahme der Integrations- und Restrukturierungskosten, die unter Sonstige gezeigt werden – ebenfalls vollständig auf die operativen Segmente verrechnet.

Ferner sind im Bereich Sonstige und Konsolidierung die Integrations- und Restrukturierungskosten der geschäftsunterstützenden Service-Einheiten abgebildet.

Group Treasury, die der Funktionseinheit Group Management angegliedert ist, verantwortet die Steuerung des Liquiditäts- und Zinsänderungsrisikos, das Kapitalmanagement und die Steuerung der Bilanzstruktur des Konzerns (zu Einzelheiten siehe „Risikomanagement—Liquiditätsrisiko—Liquiditätsrisikostrategie und Organisation“). Group Treasury ist an allen wesentlichen Standorten des Konzerns im In- und Ausland vertreten.

Investitionen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Investitionen des Konzerns für die Geschäftsjahre 2010, 2011 und 2012:

Art der Investition ¹⁾	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		
	2010 ²⁾	2011 ³⁾ (geprüft) (in Mio. EUR)	2012 ⁴⁾
Sachanlagen	195	154	274
Immaterielle Anlagewerte	276	199	221
Beteiligungen	39	163	23
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen	425	125	69
Gesamt	935	641	587

¹⁾ Die Investitionen entsprechen den Zugängen in den Bilanzpositionen im jeweiligen Geschäftsjahr.

²⁾ Dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2010 entnommen.

³⁾ Dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen.

⁴⁾ Dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen.

Die Investitionen des Konzerns in Sachanlagen, Immaterielle Anlagewerte, Beteiligungen und in Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen beliefen sich im Geschäftsjahr 2010 auf EUR 935 Mio., im Geschäftsjahr 2011 auf EUR 641 Mio. und im Geschäftsjahr 2012 auf EUR 587 Mio.

Die Investitionen in Sachanlagen betrafen überwiegend Betriebs- und Geschäftsausstattung, welche sich im Geschäftsjahr 2010 auf EUR 170 Mio., im Geschäftsjahr 2011 auf EUR 125 Mio. und im Geschäftsjahr 2012 auf EUR 118 Mio. beliefen. Im Geschäftsjahr 2012 waren zudem Immobilienzukäufe zu verzeichnen, so dass sich die Investitionen in Grundstücke und Gebäude auf EUR 156 Mio. beliefen.

Investitionen in Sachanlagen betrafen im Geschäftsjahr 2011 rund zur Hälfte die Sanierung des Hochhauses „Silberturm“, welches zusammen mit dem Vorstandsgebäude der ehemaligen Dresdner Bank an ein Investorenkonsortium verkauft wurde. Da die Erfüllung des Vertrags nicht im Geschäftsjahr 2011, sondern erst im Geschäftsjahr 2012 vorgesehen war, erfolgte der Ausweis der Investition unter der Bilanzposition „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen“.

Die Immateriellen Anlagewerte enthalten Geschäfts- oder Firmenwerte, selbsterstellte Software und erworbene Software sowie Markenrechte und Kundenbeziehungen. In den Geschäftsjahren 2010, 2011 und 2012 waren keine Investitionen in Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markenrechte und Kundenbeziehungen zu verzeichnen.

Im Geschäftsjahr 2011 erfolgte der Erwerb des rund achtprozentigen Minderheitsanteils an der Deutschen Schiffsbank AG von der UniCredit Bank AG. Im Geschäftsjahr 2012 wurde die Deutsche Schiffsbank AG auf die COMMERZBANK verschmolzen. Da es sich zum Ende des Geschäftsjahres 2011 um ein voll konsolidiertes Tochterunternehmen handelte, wurden die zusätzlich erworbenen Aktien der Deutschen Schiffsbank AG nicht unter den Zugängen erfasst. Stattdessen waren die Vermögenswerte und Schulden der Deutschen Schiffsbank AG bereits vor dem Erwerb des Minderheitsanteils vollständig in der Konzernbilanz erfasst.

Die Investitionen in erworbene Software betragen im Geschäftsjahr 2010 EUR 276 Mio., im Geschäftsjahr 2011 EUR 199 Mio. und im Geschäftsjahr 2012 EUR 221 Mio. Der Anstieg im Geschäftsjahr 2010 stand noch im Zusammenhang mit der Integration der Dresdner Bank und betraf vor allem die Migration der IT-Infrastruktur, die Kundensysteme im Filialgeschäft und die Verbesserung der Vertriebsstruktur sowie einen einheitlichen Markenauftritt. In den Geschäftsjahren 2010, 2011 und 2012 wurde darüber hinaus in das Programm Group Finance Architecture (GFA) zur Neugestaltung der Prozess- und Systemarchitektur der Finanzfunktion im COMMERZBANK-Konzern sowie in das Projekt Abgeltungsteuer zur Umsetzung neuer Vorgaben im Rahmen des Unternehmenssteuergesetzes investiert. Das Geschäftsjahr 2012 war zudem geprägt von Investitionen im Konzernbereich Deutsche Schiffsbank zur Bündelung der Aktivitäten der Schiffsfiananzierung in der COMMERZBANK im Rahmen der Integration der Deutschen Schiffsbank sowie Investitionen in die Personen- und Verbundsysteme der COMMERZBANK.

Die Investitionen in Beteiligungen betragen im Geschäftsjahr 2010 EUR 39 Mio., im Geschäftsjahr 2011 EUR 163 Mio. und im Geschäftsjahr 2012 EUR 23 Mio. Die Investitionen im Geschäftsjahr 2011 betrafen insbesondere den Kauf von Anteilen am Stromnetzbetreiber Amprion von RWE durch die Commerz Real. Die Anteile wurden an verschiedene Investoren weiterplatziert.

Die Investitionen in Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen betragen im Geschäftsjahr 2010 EUR 425 Mio., im Geschäftsjahr 2011 EUR 125 Mio. und im Geschäftsjahr 2012 EUR 69 Mio. Die Investitionen im Geschäftsjahr 2010 entfielen im Wesentlichen auf die Wandlung von Schuldtiteln im Zusammenhang mit der Restrukturierung des Kreditengagements Inmobiliaria Colonial S.A., Barcelona. In

diesem Kontext hatte die COMMERZBANK Aktien der Kreditnehmerin erhalten. Die Investitionen in den Geschäftsjahr 2011 und 2012 betrafen vor allem die Wachstumsfinanzierung der Commerz Finanz GmbH und der Kaiserkarrée S.a.r.L. In 2011 war darüber hinaus der Erwerb der DTE Energy Center LLC zu verzeichnen.

Im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 2013 betrafen die Investitionen überwiegend die Betriebs- und Geschäftsausstattung, selbsterstellte und erworbene Software sowie Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen.

Zu den wesentlichen laufenden und bereits verbindlich beschlossenen künftigen Investitionen der COMMERZBANK zählen das Programm Group Finance Architecture (GFA) sowie die Projekte Kundensteuern, CORE und SEPA. Zur Neugestaltung der Prozess- und Systemarchitektur der Finanzfunktion im COMMERZBANK-Konzern sollen in 2013 nach aktueller Planung rund EUR 53 Mio. für das Projekt GFA investiert werden. Des Weiteren erfordert die Fortführung des Projektes Kundensteuern zur Umsetzung neuer steuerrechtlicher Vorgaben (u.a. BMF-Schreiben zur Steuerbescheinigung, Beitreibungsrichtlinien-Umsetzungsgesetz sowie neue elektronische Meldeverfahren in Richtung Finanzverwaltung) im Geschäftsjahr 2013 nach aktueller Planung Investitionen in Höhe von voraussichtlich rund EUR 24 Mio. Zur Erfüllung regulatorischer Anforderungen sind für das Projekt CORE, welches die Umgestaltung der Personen- und Verbundsysteme zum Gegenstand hat, rund EUR 24 Mio. an Investitionen geplant. Mit dem Projekt SEPA werden die regulatorischen Anforderungen aus der EU-Migrationsverordnung umgesetzt, die Anpassungen der Zahlungsverkehrssysteme von Kunden und Banken nach sich zieht. Hierfür sollen im Geschäftsjahr 2013 nach aktueller Planung rund EUR 21 Mio. investiert.

Des Weiteren plant die COMMERZBANK Investitionen für die Jahre 2013 bis 2015 von insgesamt etwa EUR 51 Mio. für die Immobilie Lateral Towers in Frankfurt.

Die wesentlichen laufenden und bereits verbindlich beschlossenen künftigen Investitionen der COMMERZBANK werden überwiegend im Inland vorgenommen.

Die Finanzierung der wesentlichen laufenden und bereits verbindlich beschlossenen künftigen Investitionen erfolgt vorwiegend aus dem frei verfügbaren Mittelzufluss der COMMERZBANK.

Sachanlagen und Grundbesitz

Die COMMERZBANK unterhielt per 31. Dezember 2012 im Inland rund 1.200 Filialen im Privatkundengeschäft und war im Ausland mit sieben wesentlichen Tochtergesellschaften, 23 operativen Auslandsniederlassungen und 35 Repräsentanzen in 53 Ländern tätig. Ein wesentlicher Teil der Büroräume und Filialen der COMMERZBANK wird auf der Grundlage langfristiger Verträge angemietet.

Nachstehend sind die zum Zeitpunkt des Registrierungsformulars wichtigsten von der COMMERZBANK genutzten Immobilien aufgeführt:

Adresse	Größe (qm)	Art der Nutzung	Besitzstand
Lange Str. 31-35a, Berlin	51.609	Bürogebäude	Eigentum
Neue Börsenstraße 1, Frankfurt	46.139	Bürogebäude	Eigentum
Gallusanlage 7, Frankfurt	37.652	Bürogebäude	Eigentum
Helfmann Park 4, Eschborn	35.612	Bürogebäude	Eigentum
Neß 7-9, Hamburg	23.134	Bürogebäude/Filiale	Eigentum
Dittrich Ring 5-9, Leipzig	20.730	Bürogebäude	Eigentum
Mainzer Landstraße 155, Frankfurt	17.579	Bürogebäude	Eigentum
Rue Eduard Steichen 26, Luxemburg	15.259	Bürogebäude/Filiale	Eigentum
Krolewska 14, Warschau	14.509	Bürogebäude/Filiale	Eigentum
Mainzer Landstraße 151-153, Frankfurt	83.251	Bürogebäude/ Handelsraum	Miete
Kaiserstraße 16, Frankfurt	78.109	Bürogebäude/Filiale	Miete
Theodor-Heuss-Allee 44 und 50, Frankfurt	62.606	Bürogebäude	Miete
Königsallee 37, Düsseldorf	35.114	Bürogebäude/Filiale	Miete
30 Gresham Street, London	33.324	Bürogebäude/ Handelsraum	Miete
Senatorska 18/18a, Warschau	27.769	Bürogebäude/Filiale	Miete
Platz der Einheit 1, Frankfurt	21.867	Bürogebäude	Miete
225 Liberty Street, New York	14.476	Bürogebäude/ Handelsraum	Miete

Zum 31. März 2013 hatte die COMMERZBANK Sachanlagen mit einem Bilanzwert von insgesamt EUR 1.737 Mio. Dazu zählten eigengenutzte Immobilien mit einem Bilanzwert von EUR 1.135 Mio.

Der Verkauf des Gebäudes der ehemaligen Dresdner Bank „Galileo“ ist für das Geschäftsjahr 2013 geplant. Infolgedessen erfolgte der Ausweis unter der Bilanzposition „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen“.

Immateriälgüterrechte

Die COMMERZBANK ist Inhaberin verschiedener nationaler Marken, Gemeinschaftsmarken und internationaler Registrierungen. Insbesondere die Wortmarke „COMMERZBANK“ ist in Deutschland sowie in zahlreichen anderen Ländern unter anderem für Finanzdienstleistungen und damit verwandte Waren und Dienstleistungen geschützt.

Die COMMERZBANK hat die Internet-Domains, die aus ihrer Sicht für die Geschäftstätigkeit in Deutschland sowie im Ausland wesentlich sind, für sich registrieren lassen. Geschützt sind insbesondere die Domains „commerzbank.de“ und „commerzbank.com“.

Mitarbeiter

Die nachfolgende Tabelle gibt die Anzahl der Mitarbeiter (Voll- und Teilzeitkräfte inkl. Trainees und Auszubildende, jedoch exklusive Mitarbeiterinnen im Mutterschutz) des Konzerns zum 31. Dezember 2010, 2011 und 2012 sowie zum 31. März 2013, gegliedert nach geografischen Regionen, wieder.

	zum 31. Dezember			zum
	2010	2011	2012	31. März 2013
In Deutschland	45.301	44.474	42.857	42.101
Außerhalb Deutschlands	13.800	13.686	10.744	11.967
Gesamt	59.101	58.160	53.601	54.068

Die nachfolgende Tabelle gibt die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter (Voll- und Teilzeitkräfte inkl. Trainees, jedoch exklusive Mitarbeiterinnen im Mutterschutz und Mitarbeiter in Ausbildung) des Konzerns für die Geschäftsjahre 2010, 2011 und 2012 sowie für das erste Quartal des Geschäftsjahres 2013 gegliedert nach Segmenten, wieder.

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember			Erstes
	2010 ¹⁾	2011 ¹⁾	2012 ¹⁾	Quartal zum 31. März 2013 ²⁾
Privatkunden	20.007	18.957	17.597	17.271
Mittelstandsbank	5.367	5.498	5.836	5.721
Central & Eastern Europe	9.733	9.608	8.444	7.752
Corporates & Markets	1.991	1.989	2.017	1.999
Non-Core Assets (NCA) ³⁾	—	—	760	670
Asset Based Finance ³⁾	1.875	1.717	—	—
Portfolio Restructuring Unit ³⁾	52	32	25	—
Sonstige und Konsolidierung	18.651	18.116	19.119	18.508
Gesamt	57.676	55.917	53.798	51.921

¹⁾ Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter wurde für die Geschäftsjahre 2010 und 2011 dem Konzernabschluss der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2011, und für das Geschäftsjahr 2012 dem Konzernabschluss der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2012 entnommen.

²⁾ Angaben zur durchschnittlichen Mitarbeiterzahl im ersten Quartal 2013 weichen von den Angaben im Konzernzwischenabschluss zum 31. März 2013 ab, da im Konzernzwischenabschluss, anders als in dieser Tabelle, nur die jeweiligen Voll- und Teilzeitkräfte Stammpersonal ausgewiesen sind.

³⁾ Aufgrund der zum 1. Juli 2012 geänderten Segmentierung (siehe „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage—Segmente des COMMERZBANK-Konzerns“), werden für die ehemaligen Segmente Asset Based Finance und Portfolio Restructuring Unit keine Angaben für das Geschäftsjahr 2012 und das erste Quartal 2013 bzw. für das neue Segment Non-Core Assets (NCA) keine Angaben für die Geschäftsjahre 2010 und 2011 gezeigt.

Zur Umsetzung der strategischen Agenda bis 2016 (zu den im November 2012 veröffentlichten strategischen und finanziellen Zielen der COMMERZBANK bis 2016 siehe „—Strategie“) hat der Vorstand der COMMERZBANK im Februar 2013 eine Grundsatzklärung zum geplanten Stellenabbau beschlossen und veröffentlicht. Danach sollen im Filialgeschäft der COMMERZBANK bis Ende 2015 1.800 Vollzeitstellen abgebaut werden. Betriebsbedingte Beendigungskündigungen sollen dabei weitestgehend vermieden werden. Das Management der COMMERZBANK beabsichtigt, sich Ende 2014 gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretern zusammzusetzen, um auf der Grundlage der bis zu diesem Zeitpunkt erreichten strategischen Wachstumsziele über gegebenenfalls notwendige weitergehende Maßnahmen Gespräche aufzunehmen. Die COMMERZBANK hatte im Januar 2013 angekündigt, insgesamt im Konzern bis Ende 2015 zwischen 4.000 und 6.000 Vollzeitstellen abzubauen.

Zum 31. März 2013 beschäftigte der Konzern 54.068 Mitarbeiter. Zwischen dem 31. März 2013 und dem Datum des Registrierungsformulars hat sich die Zahl der vom Konzern beschäftigten Mitarbeiter nicht wesentlich verändert.

Vergütung

Der Konzern verfügt über ein variables, leistungsorientiertes Vergütungssystem. Die Gesamtvergütung der Mitarbeiter besteht aus einem Festgehalt und einem variablen Vergütungsanteil, die Bemessung der variablen Vergütung richtet sich dabei nach der Erreichung individueller Ziele, dem Erfolg der jeweiligen Segmente, Stäbe und Servicebereiche sowie dem Erfolg des gesamten Konzerns. Die Gesamtvergütung – Festgehalt und variable Vergütung – orientiert sich an Marktgehältern. Diese werden über einen gruppenweit gesteuerten Prozess durch Beteiligung an Benchmarkstudien erhoben.

Der Anteil der variablen Vergütung gestaltet sich je nach Region/Land und je nach Verantwortungsumfang unterschiedlich. Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die in den Jahren 2010, 2011 und 2012 gezahlten Vergütungen an die Mitarbeiter.

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		
	2010	2011 (geprüft) (in Mio. EUR)	2012
Löhne und Gehälter ¹⁾	4.101	3.797	3.729
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	317	381	227
Gesamt	4.418	4.178	3.956

¹⁾ Einschließlich variabler Vergütung.

Im Geschäftsjahr 2011 hat die COMMERZBANK auf Basis der Instituts-Vergütungsverordnung („**InstitutsVergV**“) ihre im Jahr 2010 eingeführten Modelle weiter überarbeitet. In dem neuen Vergütungssystem wurden langfristige, variable Komponenten verankert, mit denen drei Zielsetzungen verfolgt werden: angemessener Umgang mit Risiken, Nachhaltigkeit und Transparenz. Darüber hinaus sollen auch zukünftig weiterhin die Ziele Leistungsorientierung und Differenzierung Berücksichtigung finden. Zur Stärkung des regulatorischen Eigenkapitals wurde die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2011 für die außertariflich beschäftigten Mitarbeiter im Juli 2012 zum Teil in Aktien der COMMERZBANK ausgezahlt.

Kern der Vergütungssystematik sind drei auf verschiedene Mitarbeitergruppen zugeschnittene Modelle: Management-Modell, AT-Modell und Investment Banking-Modell.

Das Management-Modell gilt für die erste und zweite Führungsebene der COMMERZBANK (ohne Corporates & Markets und Group Treasury). Das Volumen für die variable Vergütung ist von der Konzernperformance abhängig und wird leistungsorientiert auf die Mitarbeiter verteilt.

Das AT-Modell gilt für alle anderen außertariflich bezahlten Mitarbeiter der COMMERZBANK (ohne Corporates & Markets und Group Treasury). Die Höhe der variablen Vergütung hängt sowohl von der individuellen Leistung (60%) als auch von der Konzernperformance (40%) ab. Hierbei besteht die variable Vergütung der AT-Mitarbeiter aus einer individuellen leistungsorientierten Bezahlung und einem Konzernzuschlag. Der als Konzernzuschlag leistungsorientiert zu verteilende Betrag hängt vom Konzernergebnis ab.

Das Investment Banking-Modell umfasst sämtliche außertariflich bezahlten Mitarbeiter inklusive aller Führungsebenen aus den Segmenten Corporates & Markets und der Group Treasury. Das Volumen für die variable Vergütung wird sowohl durch positive als auch negative Konzern- und Segmentperformances determiniert und leistungsorientiert auf die Mitarbeiter verteilt.

Als zusätzliche Nachhaltigkeitskomponente wird für die Mitarbeiter mit einem wesentlichen Einfluss auf das Risikoprofil der COMMERZBANK (Risk Taker) sowie für Mitarbeiter mit einer variablen Vergütung von über EUR 100.000 ein Teil der Vergütung in COMMERZBANK-Aktien umgewandelt, die mit einer Verzögerung von bis zu dreieinhalb Jahren ausbezahlt werden.

Für Führungskräfte und ausgewählte weitere Mitarbeiter hat der Konzern in der Vergangenheit jährlich Long-Term Performance-Pläne („**LTP**“) aufgelegt. Diese werden bis auf weiteres nicht mehr angeboten. Die Teilnahme an den LTP ist mit einer Eigenbeteiligung der Berechtigten an COMMERZBANK-Aktien verbunden. Die Höhe der Eigenbeteiligung für Mitarbeiter außerhalb des Vorstands ist abhängig von der Funktionsgruppe des Teilnehmers (mögliche Beteiligung: zwischen 100 und 1.200 Aktien). Voraussetzung für Zahlungen aus dem LTP ist das Erreichen bestimmter Ausübungshürden. Der Berechtigte erhält maximal EUR 100 pro Aktie, die bar ausgezahlt werden. Die Auszahlung der LTP ist an die Bedingung geknüpft, dass die COMMERZBANK eine Dividende im Geschäftsjahr der Auszahlung ausschüttet. In den

Geschäftsjahren 2010, 2011 und 2012 wurden keine LTP vergütet. Bei der letztmaligen Überprüfung der Performance-Kriterien des LTP Plans 2008 (Laufzeit maximal fünf Jahre, abhängig vom Erreichen der Ergebnishürden) wurden im 1. Quartal 2013 die Ausübungskriterien nicht erreicht. Somit kommt der LTP Plan 2008 nicht zur Auszahlung und wird damit geschlossen.

Darüber hinaus wurde bei zwei weiteren konsolidierten Tochtergesellschaften für ausgewählte Mitarbeiter die Möglichkeit geschaffen, im Rahmen von Beteiligungsmodellen an der Wertentwicklung der jeweiligen Gesellschaft zu partizipieren.

Comdirect bank: Bis zum Jahr 2010 hat die comdirect bank für ihre Vorstandsmitglieder und ausgewählte Mitarbeiter (in der Regel Mitarbeiter, die an den Vorstand der comdirect bank berichten) einen aktienbasierten Vergütungsplan aufgelegt, durch den die Berechtigten an der Wertentwicklung der comdirect-Aktie partizipieren können. Die Laufzeit des Programms betrug jeweils drei Jahre. Für die Folgejahre wurde kein neuer Plan ausgegeben.

BRE Bank: Im März 2008 hat die BRE Bank für ihre Vorstandsmitglieder und ausgewählte Mitarbeiter (insgesamt maximal bis zu 6% der Belegschaft) einen aktienbasierten Vergütungsplan aufgelegt, durch den die Berechtigten an der Wertentwicklung der BRE Bank-Aktie partizipieren können. Dieses Incentive-Programm wurde in 2010 erstmalig durchgeführt. Die Laufzeit des Programms beträgt drei Jahre. Im Jahr 2011 wurde dieser Plan fortgeführt. Im Rahmen der Überprüfung der Vergütungsmodelle wurde in 2012 die Neuvergabe des Incentive-Programms gestoppt; verbleibende Tranchen laufen regulär aus. Mit Beschluss der Hauptversammlung der BRE Bank in 2013 wird das Programm im Rahmen der geltenden Vergütungsordnung in Polen dergestalt geändert, dass es im Rahmen der Risk-Taker-Vergütung genutzt werden kann.

Für die bei der Dresdner Bank vorhandenen aktienbasierten Pläne traten nach Bekanntgabe der Übernahme durch die COMMERZBANK die „Change-of-Control“-Klauseln in Kraft. Die Restricted Stock Units („RSU“) wurden zum Übernahmestichtag (12. Januar 2009) vollständig ausgeübt. Mit Ausnahme weniger Sonderregelungen ist der wesentliche Teil der Stock Appreciation Rights („SAR“) gemäß den für diese Programme geltenden Bedingungen verfallen, da die Ausübungsvoraussetzungen nicht erfüllt waren. Die verbliebenen 105.540 SAR (verbleibende Gesamtstückzahl SAR für aktienbasierte Pläne der Jahre 2005 bis 2008, jeweils mit einer Laufzeit von 7 Jahren) sind, sofern die Ausübungsvoraussetzungen erfüllt sind, in den entsprechenden Laufzeiten ausübbar, längstens bis zum 1. Quartal 2015 für den Plan des Jahres 2008.

Im Zuge der Umsetzung der InstitutsVergV hat die COMMERZBANK auch die eigene Compensation-Governance-Struktur angepasst. Um die regulatorischen Anforderungen gemäß § 6 InstitutsVergV zu erfüllen, wurden die Aufgaben des bestehenden Compensation Committees geändert. Das Compensation Committee ist ein beratendes Gremium, welches die Angemessenheit der Vergütungssysteme der COMMERZBANK überwacht. Das Compensation Committee setzt sich u.a. aus den Bereichsvorständen von Human Resources, Finance, Market Risk, Compliance, Revision, Risk sowie aus den entsprechenden Marktteilungen zusammen. Weiterhin wurde das Performance Evaluation Committee („PEC“) gegründet. Hauptaufgabe des PEC ist es, Vergütungsentscheidungen des Vorstandes vorzubereiten. Die ständigen Mitglieder des PEC sind der Vorsitzende des Vorstands, der Personalvorstand, der Finanzvorstand und der Risikovorstand ergänzt um den Bereichsvorstand Human Resources.

Betriebliche Altersversorgung

Die betriebliche Altersversorgung für Organe und Mitarbeiter des Konzerns stellt sich wie folgt dar:

Vorstandsmitgliedern und ehemaligen Mitgliedern des Vorstands oder deren Hinterbliebenen gewährt der Konzern unter bestimmten Voraussetzungen eine Altersversorgung (nähere Angaben siehe *„Angaben über die Organe der COMMERZBANK—Vorstand—Vergütung der Vorstandsmitglieder—Altersversorgung“*).

Die betriebliche Altersversorgung für die aktiven und ehemaligen Mitarbeiter der COMMERZBANK und einiger ihrer inländischen Tochtergesellschaften sowie deren Hinterbliebenen richtet sich nach verschiedenen Versorgungssystemen (beitrags- und leistungsorientierte Pläne).

Zum einen erwerben die Mitarbeiter eine Anwartschaft auf Versorgungsansprüche auf Grund einer mittelbaren Versorgungszusage (Defined Contribution Plan). Zur Finanzierung leistet der Konzern unter Beteiligung der aktiven Mitarbeiter einen festgelegten Beitrag an externe Versorgungsträger (z.B. Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. (BVV), Berlin, Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin). Die Höhe der gegenwärtigen und künftigen Pensionsleistungen wird durch die gezahlten Beiträge und die damit verbundenen Vermögenserträge bestimmt.

Zum anderen bestehen Verpflichtungen aus Versorgungsanwartschaften und laufenden Leistungen auf Grund einer unmittelbaren Versorgungszusage der COMMERZBANK, bei der die Höhe der Versorgungsleistung festgelegt und von Faktoren wie Alter, Vergütung und Betriebszugehörigkeit abhängig ist (Defined Benefit Plan). Für versorgungsberechtigte Mitarbeiter, die bis zum 31. Dezember 2004 in die

COMMERZBANK eingetreten sind, richten sich die unmittelbaren Versorgungsansprüche nach den Regelungen im COMMERZBANK-Bausteinplan zur Altersvorsorge („**CBA**“). Die Leistungen nach dem CBA setzen sich der Höhe nach aus einem Initialbaustein für die Zeit bis zum 31. Dezember 2004 und aus einem Versorgungsbaustein, gegebenenfalls zusätzlich eines Dynamikbausteins, für jedes beitragsfähige Kalenderjahr ab dem Jahr 2005 zusammen. Seit dem 1. Januar 2005 eingetretene Mitarbeiter erhalten eine Zusage nach dem COMMERZBANK-Kapitalplan zur betrieblichen Altersvorsorge („**CKA**“). Der CKA sieht eine garantierte Mindestleistung nach dem Bausteinprinzip vor, eröffnet aber zusätzlich Chancen auf höhere Versorgungsleistungen aus der Anlage von Vermögenswerten in Investmentfonds. Darüber hinaus bestehen beitrags- und leistungsorientierte Versorgungspläne bei ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen, vornehmlich in Großbritannien und den USA. Die unmittelbare betriebliche Altersvorsorge für die Mitarbeiter der ehemaligen Dresdner Bank Aktiengesellschaft wird seit dem 1. Januar 2010 ebenfalls nach den Regelungen des Commerzbank-Bausteinplans zur betrieblichen Altersvorsorge („**CBA**“) durchgeführt. Zur Erfüllung der unmittelbaren Versorgungsverpflichtungen in Deutschland wurden Deckungsmittel an einen rechtlich unabhängigen Treuhänder, den COMMERZBANK Pension-Trust e.V. („**CPT**“), übertragen.

Für die Mitarbeiter der COMMERZBANK besteht zudem die Möglichkeit zur Teilnahme an Entgeltumwandlungsmodellen, welche zum Teil über externe Versorgungsträger und Dienstleister durchgeführt werden (z.B. BVV, Allianz Lebensversicherungs-AG).

Zum 31. März 2013 bestanden im COMMERZBANK-Konzern Pensionsverpflichtungen in Höhe von EUR 7.116 Mio. (31. Dezember 2012: EUR 7.273 Mio., 31. Dezember 2011: EUR 6.242 Mio.; 31. Dezember 2010: EUR 6.073 Mio.). Den Pensionsverpflichtungen steht ein Planvermögen (liquide Mittel, Aktien, festverzinsliche Wertpapiere, Fondsanteile und sonstiges Vermögen) mit einem Zeitwert (Fair Value) von EUR 6.577 Mio. zum 31. März 2013 gegenüber. Der entsprechende Wert zum 31. Dezember 2012 betrug EUR 6.489 Mio., der zum 31. Dezember 2011 betrug EUR 5.730 Mio., der zum 31. Dezember 2010 betrug EUR 5.194 Mio. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beliefen sich zum 31. März 2013 auf EUR 810 Mio. (31. Dezember 2012: EUR 210 Mio.; 31. Dezember 2011: EUR 437 Mio.; 31. Dezember 2010: EUR 539 Mio.).

Wesentliche Verträge

Die nachfolgende Darstellung der wesentlichen Verträge erfolgt nicht in einer Reihenfolge, die die Wesentlichkeit reflektiert, sondern geordnet nach den Komplexen (i) Verträge mit der Allianz, (ii) Inanspruchnahme von Stabilisierungsmaßnahmen des SoFFin durch die COMMERZBANK und (iii) sonstige wesentliche Verträge.

Verträge mit der Allianz

Errichtung einer stillen Gesellschaft zwischen der Allianz und der COMMERZBANK am 4. Juni 2009

Am 4. Juni 2009 schlossen die COMMERZBANK und die AZ-Arges Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH („**AZ-Arges**“), ein Unternehmen der Allianz, einen Vertrag über die Errichtung einer stillen Gesellschaft in Höhe von EUR 750 Mio. (der „**Allianz-Beteiligungsvertrag**“). Der Allianz-Beteiligungsvertrag wurde im Rahmen der unter „—Inanspruchnahme von Stabilisierungsmaßnahmen des SoFFin durch die COMMERZBANK“ beschriebenen SoFFin-Stabilisierungsmaßnahmen geschlossen. Abgesehen von einem Umtauschrecht, das dem SoFFin eingeräumt wurde, wurde eine grundsätzliche Gleichbehandlung der Allianz gegenüber dem SoFFin in Bezug auf dessen stille Einlagen (insbesondere in Bezug auf laufende Zahlungen aus der Gewinnbeteiligung und etwaigen Rückführungen der stillen Einlage) vereinbart. Insbesondere wurde somit als Gegenleistung für die Erbringung der stillen Einlage eine Gewinnbeteiligung der Allianz in Form einer Festzinskomponente in Höhe von 9% des Einlagenennbetrags sowie einer dividendenabhängigen Zusatzvergütung in Höhe von 0,01% p.a. für jede volle EUR 5.906.764 Dividendensumme vereinbart.

Rückführungs- und Beendigungsvereinbarung der stillen Gesellschaft zwischen der Allianz und der COMMERZBANK

Am 12. März 2013 schlossen die AZ-Arges und die COMMERZBANK im Zusammenhang mit der geplanten vollständigen Rückführung der stillen Einlage der Allianz (siehe dazu „—Jüngste Entwicklung und Ausblick—Jüngste Entwicklung“) eine Vereinbarung über die vollständige Beendigung der stillen Gesellschaft mit der COMMERZBANK und die einvernehmliche Aufhebung des Allianz-Beteiligungsvertrags vom 4. Juni 2009. Die Gesellschaft hat sich in dieser Vereinbarung dazu verpflichtet, die stille Einlage der Allianz aus dem Emissionserlös der geplanten Kapitalerhöhung an die Allianz zurückzuzahlen. Außerdem erhält die Allianz im Zusammenhang mit der Rückführung der stillen Einlage eine einmalige Ausgleichszahlung in Höhe von ca. EUR 28 Mio. von der Gesellschaft.

Rahmenvertrag über die Zusammenarbeit im Vertrieb zwischen der Allianz Beratungs- und Vertriebs-AG, der COMMERZBANK und der Dresdner Bank vom 31. August 2008

Am 31. August 2008 schlossen die Allianz Beratungs- und Vertriebs-AG (die „**Allianz BVAG**“), die COMMERZBANK und die Dresdner Bank in Umsetzung der Transaktionsvereinbarung in den Bereichen Bankassurance und Assurbanking einen Rahmenvertrag über die Zusammenarbeit in Bezug auf den Vertrieb von Versicherungs-, Anlage- und Bankprodukten sowie Bausparprodukten (der „**Rahmenvertrag Vertrieb**“).

Der Vertrag sieht vor, dass (1) die COMMERZBANK und die Dresdner Bank das Versicherungsgeschäft ausschließlich an die Allianz BVAG als Handelsvertreter im Nebenberuf gemäß § 92b HGB vermitteln; (2) die ausgewählten Ausschließlichkeitsvertreter der Allianz BVAG Finanzinstrumente gemäß § 2 Absatz 10 KWG im Rahmen des Vertriebsvertrages Assurbanking ausschließlich für Rechnung und unter Haftung der Dresdner Bank vermitteln und (3) die Allianz und ihre Ausschließlichkeitsvertreter die zum Vertrieb von der Allianz Dresdner Bauspar AG bereitgestellten Bausparverträge ausschließlich für den COMMERZBANK-Konzern vermitteln.

Für ihre Vermittlungstätigkeit erhalten die COMMERZBANK und die Dresdner Bank Provisionen und Bonuszahlungen bei Zielerreichung. Die Allianz BVAG erhält für Ihre Vermittlungstätigkeit und die Bereitstellung von Vermittlungskapazitäten ebenfalls Provisionen und Bonifikationen bei Zielerreichung.

Der Rahmenvertrag Vertrieb und die auf seiner Grundlage geschlossenen Vertriebsverträge wurden auf unbestimmte Zeit geschlossen und können unabhängig von einander mit einer Frist von zwölf Monaten zum Ende eines Kalenderjahres, erstmalig zum 31. Dezember 2023, gekündigt werden.

Der am 31. August 2008 zwischen der Allianz BVAG und der Dresdner Bank geschlossene Vertrag über die Vermittlung von bestimmten Finanzinstrumenten und Bankprodukten wurde anlässlich der Übertragung des Bereichs Allianz Banking von der Dresdner Bank auf die Oldenburgische Landesbank AG zum 31. Mai 2009 beendet. Der Rahmenvertrag Vertrieb wurde in diesem Zusammenhang teilweise geändert. Die zunächst noch fortgesetzte Zusammenarbeit im Vertrieb von Bausparprodukten unter dem Rahmenvertrag Vertrieb wurde am 9. Juli 2010 mit dem Abschluss des Verkaufs der Allianz Dresdner Bauspar AG beendet. Der Rahmenvertrag Vertrieb wurde an die Beendigung der Zusammenarbeit in diesem Bereich entsprechend angepasst.

Vertrag über die Vermittlung von Versicherungsprodukten zwischen der Allianz BVAG, der COMMERZBANK, der Dresdner Bank und der Reuschel & Co. Kommanditgesellschaft vom 31. August 2008

Am 31. August 2008 schlossen die Allianz BVAG, die COMMERZBANK, die Dresdner Bank und die Reuschel & Co. Kommanditgesellschaft („**Reuschel**“), eine damalige Tochtergesellschaft der COMMERZBANK, einen Vertrag über die Vermittlung von Versicherungsprodukten, der den Rahmenvertrag Vertrieb für den Bereich der Vermittlung von Sach-, Lebens-, Renten- und Krankenversicherungen sowie Kredit- und Vertrauensschadensversicherungen (Bankassurance) für die Allianz BVAG in Deutschland umsetzt. Auf Grund des Verkaufs von Reuschel wurde am 30. Oktober 2009 in einem 1. Nachtrag zu dem Vertrag vereinbart, dass Reuschel als Partei ausscheidet und der Vertrag im Verhältnis zu Reuschel beendet wird.

Die COMMERZBANK vermittelt Schadens- und Unfallversicherungen, einschließlich Kredit-, Lebens- und Krankenversicherungen, jeweils als Handelsvertreter im Nebenberuf gemäß § 92b HGB ausschließlich für die Allianz BVAG und vertreibt diese Versicherungsverträge durch angestellte Bankmitarbeiter aller ihrer inländischen Filialen, Teams und sonstigen Vertriebseinheiten im Privat- und Firmenkundengeschäft.

Die COMMERZBANK erhält für die Vermittlung der Versicherungsverträge eine vertraglich festgelegte Gesamtvergütung, die sich aus Provisionen, Bestandsvergütungen/Folgeprovisionen, Pflegegeldern und Bonuszahlungen zusammensetzt.

Vertriebsvertrag zwischen der Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH, der COMMERZBANK und der Dresdner Bank vom 31. August 2008

Am 31. August 2008 schlossen die Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH („**AGI**“), die COMMERZBANK und die Dresdner Bank einen Vertriebsvertrag über den Vertrieb von Investmentprodukten der AGI und mit ihr verbundener Investmentgesellschaften.

Gemäß dem Vertrag wird die COMMERZBANK Anteile an Fonds der AGI auch über ihre mit dem Vertrieb von Finanzinstrumenten betrauten inländischen und ausländischen Tochtergesellschaften vertreiben. Die COMMERZBANK kann neben den Produkten nach diesem Vertriebsvertrag auch Produkte anderer Kapitalanlagegesellschaften vertreiben.

Die AGI zahlt einen Anteil der fixen, tatsächlich vereinnahmten laufenden Verwaltungsvergütung als laufende Vertriebsprovision auf die bei den Vertriebsgesellschaften unterhaltenen Bestände an Fonds der AGI.

Für den Vertrieb von Publikums- und Spezialfonds sowie Asset Management-Lösungen und für die Vermögensverwaltung im Privat- und Firmenkundengeschäft über das Filialnetz der COMMERZBANK im Inland und im Privatkundengeschäft in Luxemburg haben die COMMERZBANK und AGI eine präferierte Partnerschaft vereinbart.

Inanspruchnahme von Stabilisierungsmaßnahmen des SoFFin durch die COMMERZBANK

Am 2. November 2008 und am 7. Januar 2009 stellte die Gesellschaft beim SoFFin je einen Antrag auf Stabilisierungsmaßnahmen nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz („**FMSStG**“). In dem zwischen der Gesellschaft und dem SoFFin geschlossenen Rahmenvertrag vom 19. Dezember 2008 und der Ergänzungsvereinbarung vom 14. Mai 2009 wurden die Rahmenbedingungen für diese Maßnahmen näher festgelegt.

Am 7. Mai 2009 erklärte die Europäische Kommission die von der Gesellschaft in Anspruch genommenen Stabilisierungsmaßnahmen als mit den Beihilfavorschriften des EG-Vertrags für grundsätzlich vereinbar. Aus wettbewerbsrechtlichen Gründen verpflichtete sich die Bundesrepublik Deutschland sicherzustellen, dass die COMMERZBANK eine Reihe von Auflagen einhält. Diese Auflagen beinhalteten ursprünglich insbesondere:

- Reduzierung der Bilanzsumme des Konzerns auf EUR 900 Mrd. bis zum 31. Dezember 2012 und nach dem Verkauf der Eurohypo Aktiengesellschaft (jetzige Hypothekenbank Frankfurt) auf rund EUR 600 Mrd. (einschließlich gesonderter Vorgaben zum Abbau der Bilanzsumme im Investment Banking), der Filialanzahl im Konzernbereich Privat- und Geschäftskunden, der risikogewichteten Aktiva des Westeuropa-Geschäfts bis zum 31. Dezember 2012 um 25%, der Marktpräsenz im Investment Banking, des Portfoliovolumens im Konzernbereich Commercial Real Estate auf EUR 60 Mrd. bis zum 31. Dezember 2012 und ausgewählter Länderportfolien im Segment Central & Eastern Europe;
- den Abbau der Bilanzsumme des Konzernbereichs Public Finance um EUR 60 Mrd. auf EUR 100 Mrd. bis zum 31. Dezember 2012 (wobei Neugeschäft auf das für den Deckungsstock erforderliche Maß reduziert wird);
- Stabilisierung des Geschäftsmodells sowohl durch eine umfassende Rückführung von Risikopositionen (De-Risking) verbunden mit einer Fokussierung auf das jeweilige Kundengeschäft als auch durch Deleveraging, insbesondere die Reduzierung des Volumens des Commercial Real Estate-Portfolios und der Kapitalbindung im Segment Corporates & Markets (ohne Public Finance) nach damaligem Zuschnitt um jeweils ein Fünftel gegenüber den aggregierten Werten des COMMERZBANK-Konzerns und des Dresdner Bank-Konzerns;
- Verkauf der Eurohypo Aktiengesellschaft (jetzige Hypothekenbank Frankfurt) bis zum Jahr 2014 sowie der Kleinwort Benson Channel Islands Holdings Ltd., der Kleinwort Benson Private Bank Ltd., der Dresdner Van Moer Courtens S.A., der Dresdner VPV NV, der Privatinvest Bank AG, der Reuschel und der Allianz Dresdner Bauspar AG bis zum Jahr 2011;
- keine Zahlung von Dividenden für die Geschäftsjahre 2008 und 2009 sowie Zahlung von Kupons auf Eigenmittelinstrumente für die Geschäftsjahre 2009 und 2010 nur dann, sofern hierfür eine zwingende rechtliche Verpflichtung besteht, und Verbot, Rücklagen aufzulösen, um solche Zahlungen zu ermöglichen;
- das bis einschließlich April 2012 geltende grundsätzliche Verbot, Finanzunternehmen oder andere mit der COMMERZBANK in potenziellem Wettbewerb stehende Unternehmen zu erwerben; und
- die längstens bis zum 31. Dezember 2012 dauernde Verpflichtung der COMMERZBANK, für ihre Produkte und Dienstleistungen (insbesondere im Privat- und Firmenkundengeschäft) keine günstigeren Preise als die drei günstigsten Wettbewerber anzubieten, solange die COMMERZBANK in dem betreffenden Produktmarkt nach Marktanteilen eine nicht nur untergeordnete Marktstellung (weniger als 5%) inne hat.

Die Auflagen wurden im Einzelnen in den Rahmenvertrag zur Gewährung von Stabilisierungsmaßnahmen zwischen dem SoFFin und der COMMERZBANK als Verpflichtungen der COMMERZBANK aufgenommen (vgl. Beschreibung im nachfolgenden Abschnitt) und von der COMMERZBANK zum Teil bereits erfüllt sowie teilweise durch einen weiteren Vertrag modifiziert. Die Anteile an Reuschel wurden im November 2009 an die Conrad Hinrich Donner Bank AG verkauft. Die Anteile an der Kleinwort Benson Channel Islands Holdings Ltd. und der Kleinwort Benson Private Bank Ltd. wurden im Juli 2010 an RHJ International SA verkauft. Im Februar 2010 wurden die Anteile an der Privatinvest Bank AG an die Zürcher Kantonalbank und an der Dresdner VPV im Wege eines Management Buy-out verkauft. Im März 2010 wurden die Anteile an der Dresdner Van Moer Courtens S.A. im Wege eines Management Buy-out verkauft. Die Anteile an der Allianz Dresdner Bauspar wurden im Juli 2010 an die Wüstenrot Bauspar AG verkauft.

Hinsichtlich der Auflage zum Verkauf der Eurohypo Aktiengesellschaft (jetzige Hypothekbank Frankfurt) bis zum 31. Dezember 2014 kamen die Bundesregierung und die COMMERZBANK übereinstimmend zu der Auffassung, dass ein Verkauf an einen privaten Investor oder über die Börse weder im seinerzeitigen Marktumfeld noch wegen der strukturellen Veränderungen in den Refinanzierungsmärkten und in der Bankenregulierung bis Ende 2014 realistisch erschien. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesrepublik Deutschland auf Bitte der COMMERZBANK bei der EU-Kommission beantragt, die Veräußerungsaufgabe für die Eurohypo Aktiengesellschaft (jetzige Hypothekbank Frankfurt) unter Ersatzaufgaben abzuändern. Die EU-Kommission hat diesem Antrag mit Entscheidung vom 30. März 2012 stattgegeben. Die Ersatzaufgaben beinhalten insbesondere:

- Verlängerung des ursprünglich bis April 2012 geltenden grundsätzlichen Verbots, Finanzunternehmen oder andere mit der COMMERZBANK in potenziellem Wettbewerb stehende Unternehmen zu erwerben, bis zum 31. März 2014 sowie dessen Ausweitung auf alle Unternehmen unabhängig von ihrer Branchenzugehörigkeit (mit Ausnahme von Unternehmen, an denen die COMMERZBANK bereits mehr als 50% hält und mit Ausnahme von Debt-to-Equity Swaps);
- Organisatorische und transparente Abgrenzung der Kernaktivitäten und Nicht-Kernaktivitäten innerhalb der Eurohypo Aktiengesellschaft (jetzige Hypothekbank Frankfurt). Bei den Nicht-Kernaktivitäten handelt es sich um den Konzernbereich Public Finance und alle Bereiche der Immobilienfinanzierung der Eurohypo Aktiengesellschaft (jetzige Hypothekbank Frankfurt), die nicht zu den Kernaktivitäten gehören. Die Kernaktivitäten sind über Zielmärkte, Zielkunden und Zielobjekte definiert.
- Einhaltung der vereinbarten Reduzierung der Bilanzsumme des Konzerns auf rund EUR 600 Mrd. bis Ende 2014, wobei die zu den vorstehend beschriebenen Nicht-Kernaktivitäten zählenden Portfolios in die Berechnung der Bilanzsumme nicht einfließen;
- Reduzierung des konzernweiten Commercial Real Estate-Portfolios mit definierten Kunden und Produkten in den Zielmärkten Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Polen (Kernaktivitäten) auf insgesamt EUR 25 Mrd. bis Ende 2013 und Beschränkung dieses Commercial Real Estate-Kernportfolios einschließlich Netto-Neugeschäft auf dieses Portfoliovolumen bis Ende 2015;
- Beschränkung des konzernweiten Netto-Neugeschäftsvolumens im Bereich Commercial Real Estate auf maximal EUR 5 Mrd. jährlich bis Ende 2015;
- Fortführung der Abbaustrategie im Public Finance-Portfolio und Abbau des zu den Nicht-Kernaktivitäten zählenden Teil des Commercial Real Estate-Geschäfts; und
- Aufgabe der Marke „Eurohypo“.

Die übrigen geschäftsbezogenen Auflagen, die von diesen Ersatzaufgaben nicht betroffenen sind, laufen fort.

Rahmenvertrag zur Gewährung von Stabilisierungsmaßnahmen zwischen dem SoFFin und der COMMERZBANK vom 19. Dezember 2008 und Ergänzungsvereinbarung vom 14. Mai 2009

In Umsetzung der Eckpunktevereinbarung vom 3. November 2008 schlossen der SoFFin, vertreten durch die Finanzmarktstabilisierungsanstalt („**FMSA**“), und die COMMERZBANK am 19. Dezember 2008 einen Rahmenvertrag zur Gewährung von Stabilisierungsmaßnahmen, der im Hinblick auf die Gewährung weiterer Eigenkapitalhilfen durch eine Ergänzungsvereinbarung vom 14. Mai 2009 geändert und neu gefasst wurde (der „**Rahmenvertrag**“). In diesem Rahmenvertrag vereinbarten die Parteien die Rahmenbedingungen für die der Gesellschaft vom SoFFin gewährten Stabilisierungsmaßnahmen sowie die Bedingungen und Auflagen für ihre Inanspruchnahme.

Im Einzelnen gewährte der SoFFin der Gesellschaft durch den Beteiligungsvertrag 1, den Beteiligungsvertrag 2, den Garantievertrag sowie den Aktienübernahmevertrag (jeweils wie unten definiert) die folgenden Stabilisierungsmaßnahmen:

- Erste stille Einlage des SoFFin in Höhe von ursprünglich EUR 8,2 Mrd.;
- Zweite stille Einlage des SoFFin in Höhe von ursprünglich EUR 8,2 Mrd.;
- Garantiekreditrahmen in Höhe von EUR 15 Mrd.; und
- Kapitalbeteiligung des SoFFin am Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von 25% plus eine Aktie (das entsprach ursprünglich 295.338.233 neuen Stammaktien aus der von der ordentlichen Hauptversammlung vom 16. Mai 2009 beschlossenen Kapitalerhöhung, die aufgrund des Beteiligungsvertrags vom 3. Juni 2009 gegen Bareinlage zu einem Ausgabebetrag von EUR 6,00 je Aktie ausgegeben wurden).

Im Gegenzug verpflichtete sich die Gesellschaft, eine angemessene Eigenmittelausstattung sicherzustellen sowie durch De-Risking (Rückführung von Risikopositionen), Deleveraging (Reduzierung des Fremdkapitaleinsatzes im Verhältnis zum Eigenkapital durch Bilanzabbau) und Reduzierung des Commercial

Real Estate Portfolios eine umsichtige, solide und am Prinzip der Nachhaltigkeit ausgerichtete Geschäftspolitik zu betreiben. Dabei verpflichtete sich die COMMERZBANK, wobei einige der nachfolgend geschilderten Punkte aufgrund der im vorstehenden Abschnitt dargestellten Ersatzaufgaben modifiziert wurden, insbesondere zur Reduzierung der Bilanzsumme des Konzerns auf EUR 900 Mrd. bis zum 31. Dezember 2012 und nach dem Verkauf der Eurohypo Aktiengesellschaft (jetzige Hypothekenbank Frankfurt) auf rund EUR 600 Mrd. (nach den Ersatzaufgaben darf die Bilanzsumme von Ende 2012 bis Ende 2014 mit Ausnahme der Nicht-Kernaktivitäten ein Volumen in Höhe von EUR 600 Mrd. nicht überschreiten), zum Abbau der Bilanzsumme im Investment Banking bis 31. Dezember 2012 um EUR 200 Mrd. und im Konzernbereich Public Finance um EUR 60 Mrd. (nach den Ersatzaufgaben ist das Public Finance-Portfolio als Nicht-Kernaktivität vollständig abzuwickeln), zur Reduktion der Filialanzahl im Konzernbereich Privat- und Geschäftskunden, der risikogewichteten Aktiva des Westeuropa-Geschäfts bis zum 31. Dezember 2012 um 25%, der Marktpräsenz im Konzernbereich Investment Banking, des Portfoliovolumens im Konzernbereich Commercial Real Estate auf EUR 60 Mrd. bis zum 31. Dezember 2012 (nach den Ersatzaufgaben sind näher bestimmte Nicht-Kernaktivitäten des Commercial Real Estate-Geschäfts vollständig abzuwickeln und das Portfoliovolumen einschließlich des auf maximal EUR 5 Mrd. begrenzten Neugeschäfts bis zum 31. Dezember 2013 auf maximal EUR 25 Mrd. abzubauen und diesen Betrag bis zum 31. Dezember 2015 nicht zu überschreiten) und ausgewählter Länderportfolien im Segment Central & Eastern Europe.

Die Stabilisierungsmaßnahmen sind darüber hinaus insbesondere an die besonderen Bedingungen und Auflagen gebunden, dass die Gesellschaft

- dem deutschen Mittelstand zu marktüblichen Konditionen Kredite im Umfang, der mindestens EUR 40 Mrd. RWA entspricht, anbietet, soweit entsprechende Kreditnachfrage besteht und die Anwendung der Bonitätskriterien der Gesellschaft und ihr haftendes Eigenkapital dies zulassen,
- einen Sonderplafonds (Sonderkreditprogramm) für Kredite an den inländischen Mittelstand mit einem Neugeschäftsvolumen von EUR 2,5 Mrd. errichtet,
- ihre Vergütungssysteme für Führungskräfte und Organmitglieder an einer langfristigen und nachhaltig positiven Geschäfts- und Ertragsentwicklung des Konzerns ausrichtet,
- sicherstellt, dass die monetäre Vergütung der Organmitglieder für die Geschäftsjahre 2008 und 2009 EUR 500.000 brutto pro Jahr und Organmitglied im Hinblick auf die Tätigkeit im Konzern nicht übersteigt,
- die Vergütungssysteme für Organmitglieder so anpasst bzw. ausgestaltet, dass sie für den Fall der vorzeitigen Beendigung von im Zeitpunkt des Abschlusses des Rahmenvertrages bestehenden Dienstverträgen keine Abfindungen vorsehen, soweit diese nicht vertraglich oder sonst rechtlich geboten sind, bzw. im Fall von nach Abschluss des Rahmenvertrages geschlossenen Dienstverträgen keine Regelungen zu Abfindungen im Fall der vorzeitigen Beendigung oder im Fall des Kontrollwechsels enthalten,
- in den Geschäftsjahren 2009 und 2010 für das jeweils vorangegangene Geschäftsjahr keine Dividenden zahlt,
- außer zu Sanierungszwecken ihr Kapital nicht herabsetzt und keine Aktien oder sonstigen Bestandteile der haftenden Eigenmittel zurückkauft,
- für die Geschäftsjahre 2009 und 2010 Zinsen und Gewinnbeteiligungen auf gewinnabhängige Eigenmittelinstrumente wie stille Einlagen, Hybridkapital oder Genussscheine nur dann leistet, sofern sie dazu auch ohne Auflösung von Rücklagen oder Sonderposten nach § 340g HGB verpflichtet ist; entsprechendes gilt grundsätzlich auch für ihre Tochtergesellschaften; soweit erforderlich und rechtlich nach § 150 AktG zulässig, wird die Gesellschaft in den Geschäftsjahren 2009 und 2010 Rücklagen auflösen, um die Herabsetzung des Buchwerts ihrer Eigenkapitalinstrumente zu vermeiden; entsprechendes gilt für Sonderposten nach § 340g HGB,
- rechtlich nicht gebotene Rückzahlungen oder Rückkäufe von sonstigen Eigenmittelinstrumenten unterlässt, solange die stillen Einlagen noch nicht vollständig zurückgeführt sind und/oder der Buchwert der stillen Einlagen und sonstigen Eigenmittelinstrumente herabgesetzt ist und/oder nachzahlbare Gewinnausschüttungen oder Zinsen auf solche Instrumente nicht vollständig gezahlt sind, zulässig ist jedoch die Kündigung oder Rückzahlung von sonstigen Eigenmittelinstrumenten wegen Auslaufs der Anerkennung des betreffenden Instruments als Bestandteil der Kategorie der Eigenmittel der COMMERZBANK, für die es geschaffen wurde, und der Austausch eines bestehenden sonstigen Eigenmittelinstruments durch ein neues Instrument mindestens derselben Eigenmittelkategorie, Höhe und Laufzeit,
- im Rahmen des rechtlich Möglichen alle erforderlichen Maßnahmen ergreift, dass zwei von der FMSA benannte Personen zu Mitgliedern des Aufsichtsrats der Gesellschaft bestellt werden und dass

mindestens ein von der FMSA vorgeschlagenes Mitglied des Aufsichtsrats jeweils im Präsidial-, Prüfungs- und im Nominierungsausschuss des Aufsichtsrats (und bei Errichtung weiterer Ausschüsse in jedem weiteren Ausschuss) vertreten ist, und

- vereinbarte Überprüfungs-, Berichts- und Informationspflichten gegenüber dem SoFFin erfüllt.

Im Fall eines Verstoßes gegen diese Verpflichtungen und Bedingungen muss die Gesellschaft eine Vertragsstrafe zahlen.

Der SoFFin ist berechtigt, den Rahmenvertrag für die Zukunft, d.h. ohne dass bereits zugeführte Eigenmittel oder bereits gewährte Garantien berührt werden, (1) jederzeit mit einer angemessenen Frist zu kündigen, sofern die EU-Kommission ihre beihilferechtliche Genehmigung der nach dem FMStG vorgesehenen Stabilisierungsmaßnahmen aufhebt oder in einer Weise abändert, die den Bund daran hindert, die auf Grund des Rahmenvertrags gewährten Stabilisierungsmaßnahmen weiterhin zu gewähren, und (2) jederzeit fristlos zu kündigen, falls die Gesellschaft gegen einzelne der im Rahmenvertrag festgelegten Bestimmungen verstößt oder ein wichtiger Grund vorliegt.

Die Einhaltung der Vorschriften des Rahmenvertrags wird entsprechend vertraglich vorgesehener Regelungen halbjährlich durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft, zuletzt zum 31. Dezember 2012. In dem Bericht wurde festgestellt, dass vor dem Hintergrund der durch die Gesellschaft geplanten und eingeleiteten Maßnahmen die Auflagen des Rahmenvertrages in 2012 eingehalten wurden.

Vertrag über die Errichtung einer stillen Gesellschaft zwischen dem SoFFin und der COMMERZBANK vom 19. Dezember 2008 / 3. Juni 2009 / 22. Juni 2010 / 9. Juni 2011 / 7. März 2012 in der Fassung nach Abgabe der Umtauscherklärung vom 29. Juni 2012

Am 19. Dezember 2008 schlossen der SoFFin und die COMMERZBANK einen Vertrag über die Errichtung einer stillen Gesellschaft in Höhe von EUR 8,2 Mrd. (der „**Beteiligungsvertrag 1**“). Der Vertrag wurde mehrfach geändert, zuletzt durch den Vertrag über die teilweise Umwandlung der Stillen Einlage I in Aktienkapital vom 29. Juni 2012. Der Einlagennennbetrag beträgt in Folge der im zweiten Quartal 2011 durchgeführten Maßnahmen der COMMERZBANK zur teilweisen Rückführung der stillen Einlagen sowie infolge der Umtauscherklärungen des SoFFin vom März 2012 und Juni 2012 noch EUR 1,63 Mrd. Als Gegenleistung für die stille Einlage gewährte die Gesellschaft dem SoFFin eine Gewinnbeteiligung in Form einer Festzinskomponente in Höhe von 9% p.a. des Einlagennennbetrages sowie eine dividendenabhängige Zusatzvergütung in Höhe von 0,01% p.a. des Einlagennennbetrags für jede volle EUR 5.906.764 Dividendensumme. Soweit der Beteiligungsvertrag 1 während des Laufes eines Geschäftsjahres ganz oder teilweise beendet wird, steht dem SoFFin bis zum Beendigungszeitpunkt eine zeitanteilige Verzinsung zu. Eine Gewinnbeteiligung, bestehend aus einer Festzinskomponente sowie einer dividendenabhängigen Zusatzvergütung, für eine Gewinnperiode ist ausgeschlossen, (1) wenn und soweit die Zahlung einer solchen Gewinnbeteiligung zu einem Bilanzverlust der Gesellschaft für das jeweilige Geschäftsjahr führen oder diesen erhöhen würde, (2) falls der Buchwert der stillen Einlage auf Grund von Verlusten der Gesellschaft in Vorjahren unter den Einlagennennbetrag herabgesetzt und noch nicht vollständig durch in Folgejahren angefallene Gewinne wieder aufgefüllt wurde, (3) falls vor Fälligkeit der Gewinnbeteiligungszahlung ein Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Gesellschaft gestellt wurde, oder (4) falls die Gesamtkennziffer nach § 2 Absatz 6 SolvV der Gesellschaft auf Gruppenbasis unter 9% liegt. Eine etwaige Reduzierung der Gewinnbeteiligung erfolgt pro-ratarisch im Verhältnis der nicht reduzierten Gewinnbeteiligung zur Summe aus (1) allen nicht reduzierten Vergütungen für die Überlassung von Kapital an die Gesellschaft, deren Bedienung durch das Nichtvorliegen eines Bilanzverlusts in der jeweils maßgeblichen Gewinnperiode bedingt ist, und (2) allen nicht reduzierten Gewinnbeteiligungen aus der stillen Gesellschaft mit der HT1 Funding GmbH, die jeweils in Bezug auf die maßgebliche Gewinnperiode bestehen. Sind Instrumente des Kern- oder Ergänzungskapitals der Gesellschaft auf Grund der Beteiligung an Verlusten der Gesellschaft herabgesetzt und entstünde durch die vollständige Wiederhochschreibung dieser Instrumente und die vollständige Zahlung von Gewinnbeteiligungen auf Instrumente des Kern- und Ergänzungskapitals in einer Gewinnperiode ein Bilanzverlust, wird der für Hinaufschreibungen und Gewinnbeteiligungszahlungen zur Verfügung stehende Betrag von der Gesellschaft grundsätzlich vorrangig zur Wiederhochschreibung der herabgesetzten Instrumente des Kern- und Ergänzungskapitals nach Maßgabe der für diese Instrumente jeweils geltenden Bestimmungen verwendet. Entfallende Gewinnbeteiligungen werden gemäß Beteiligungsvertrag 1 nicht nachgezahlt.

An einem Bilanzverlust nimmt der SoFFin im Verhältnis des Buchwerts der stillen Einlage zum Gesamtbuchwert aller am Bilanzverlust teilnehmenden Haftkapitalanteile (§ 10 Absatz 2a, 4 und 5 KWG) der Gesellschaft teil. Nach einer Herabsetzung wird die stille Einlage in den der Herabsetzung folgenden Geschäftsjahren bis zur vollständigen Höhe des Einlagennennbetrags wieder hochgeschrieben, soweit hierdurch kein Bilanzverlust entstehen oder erhöht würde.

Der Beteiligungsvertrag 1 räumt dem SoFFin unter bestimmten Voraussetzungen das Recht ein, die stille Einlage in Aktien der Gesellschaft umzutauschen. Im Einzelnen ist der SoFFin im Falle einer Verwässerung seiner Beteiligung am Grundkapital der Gesellschaft infolge einer Kapitalmaßnahme der Gesellschaft berechtigt, von dieser die Ausgabe von Stammaktien gegen vollständige oder teilweise Einbringung der stillen Einlage nach Maßgabe einer der folgenden Varianten zu verlangen:

- durch vollständige oder teilweise Beendigung der stillen Beteiligung mit Zustimmung der BaFin und Einbringung seines aus der Aufhebung resultierenden Rückzahlungsanspruchs gegen die Gesellschaft als Sacheinlage im Wege einer Sachkapitalerhöhung der Gesellschaft (unter dem Vorbehalt eines Bezugsrechts der Aktionäre der Gesellschaft, sofern die COMMERZBANK nicht zum Ausschluss des Bezugsrechts berechtigt ist);
- durch vollständige oder teilweise Einbringung der stillen Beteiligung als Sacheinlage im Wege einer Sachkapitalerhöhung der Gesellschaft (unter dem Vorbehalt eines Bezugsrechts der Aktionäre der Gesellschaft, sofern die COMMERZBANK nicht zum Ausschluss des Bezugsrechts berechtigt ist); oder
- durch vollständigen oder teilweisen Umtausch der stillen Beteiligung in Aktien, die aus einem nach § 7a FMStBG geschaffenen bedingten Kapital der Gesellschaft ausgegeben werden.

Dabei ergibt sich die Anzahl der im Fall eines Umwandlungsverlangens des SoFFin auszugebenden Aktien aus der Division des Einlagennennbetrages, für den die Wandlung verlangt wird, durch den volumengewichteten Kurs der Aktien der Gesellschaft auf dem Xetra-Handelssystem der Frankfurter Wertpapierbörse an den zehn Börsengeschäftstagen in Frankfurt am Main, die der Abgabe des Umtauschverlangens vorausgehen.

Mit Umtauscherklärung vom 29. Juni 2012 machte der SoFFin von seinem Umtauschrecht Gebrauch, um seine Beteiligung nach der im Juni 2012 durchgeführten Kapitalerhöhung wieder auf den vorherigen Anteil in Höhe von 25% plus eine Aktie aufzustocken. Daraufhin wurden am 29. Juni 2012 58.851.212 neue auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00 je Aktie gegen teilweise Umwandlung der Stillen Einlage I in Höhe von EUR 80.114.154,90 an den SoFFin ausgegeben und anschließend auf Antrag der Gesellschaft zum Handel an der Börse zugelassen. Durch Ausgabe dieser neuen Aktien erhöhte sich das Grundkapital der Gesellschaft von EUR 5.770.662.645,00 auf EUR 5.829.513.857,00.

Der SoFFin kann den Beteiligungsvertrag 1 nicht kündigen. Die Gesellschaft kann den Beteiligungsvertrag 1 mit Zustimmung der BaFin mit einer Kündigungsfrist von mindestens 30 Tagen zum Ende eines Geschäftsjahres, erstmalig zum 31. Dezember 2013, unter bestimmten Bedingungen ordentlich (ganz oder teilweise) und außerordentlich kündigen.

Beendigungsvereinbarung vom 5. Juni 2011 zu dem Vertrag über die Errichtung einer stillen Gesellschaft zwischen dem SoFFin und der COMMERZBANK vom 3. Juni 2009

Im Zuge der im zweiten Quartal 2011 durchgeführten Maßnahmen der COMMERZBANK zur teilweisen Rückführung der stillen Einlagen wurde die aufgrund des Vertrages vom 3. Juni 2009 zwischen dem SoFFin und der COMMERZBANK („**Beteiligungsvertrag 2**“) ursprünglich in Höhe von EUR 8,2 Mrd. gewährte stille Einlage vollständig zurückgeführt. Mit Beendigungsvereinbarung vom 5. Juni 2011 wurde der Beteiligungsvertrag 2 daraufhin beendet.

Vertrag über die Übernahme von Garantien zwischen dem SoFFin und der COMMERZBANK vom 30. Dezember 2008

Am 30. Dezember 2008 schlossen der SoFFin als Garantgeber und die COMMERZBANK als Garantiennehmerin einen Vertrag über die Übernahme von Garantien für bestimmte Inhaberschuldverschreibungen mit einem Garantiekreditrahmen in Höhe von EUR 15 Mrd. (der „**Garantievertrag**“).

In Höhe von EUR 10 Mrd. wurde der Garantierahmen zum 13. August 2009 und zum 17. September 2009 in zwei Tranchen zu jeweils EUR 5 Mrd. ungenutzt an den SoFFin zurückgegeben. Eine vom SoFFin garantierte Anleihe vom 8. Januar 2009 wurde im Januar 2012 planmäßig zurückgezahlt. Der Garantierahmen kann wegen Zeitablaufs nicht mehr neu in Anspruch genommen werden.

Einzelfallgenehmigung vom 6. April 2011 und Ausführungsvereinbarungen

Am 6. April 2011 schlossen der SoFFin und die COMMERZBANK zur Umsetzung der im zweiten Quartal 2011 durchgeführten Maßnahmen der COMMERZBANK zur teilweisen Rückführung der stillen Einlagen eine „Vereinbarung über den Verzicht auf Einhaltung bestimmter Vorgaben des Rahmenvertrags zur Gewährung von Stabilisierungsmaßnahmen“ („**Einzelfallgenehmigung**“), in welcher der SoFFin unter verschiedenen Bedingungen auf einzelne Vorgaben des Rahmenvertrages, unter anderem auf das Verbot

für die COMMERZBANK, ihr Kapital außer zu Sanierungszwecken herabzusetzen, verzichtete. Außerdem verpflichteten sich der SoFFin und die COMMERZBANK zum Abschluss verschiedener Verträge zum Zwecke der technischen Umsetzung der teilweisen Rückführung der stillen Einlagen und der Sicherstellung, dass die Beteiligung des SoFFin am Grundkapital der COMMERZBANK in Höhe von 25% plus einer Aktie auch nach Durchführung der Gesamttransaktion aufrechterhalten bleibt. Die COMMERZBANK erklärte sich bereit, für die Rückführung der stillen Einlagen zusätzlich zu den Maßnahmen der Gesamttransaktion (teilweise Wandlung in Aktien und Rückzahlung aus den Emissionserlösen) einen Betrag in Höhe von EUR 3,27 Mrd. aus freiem regulatorischen Kapital einzusetzen. Die vorzeitig zurückgezahlten stillen Einlagen haben nach den vertraglichen Regelungen bereits für das Jahr 2011 keinen Anspruch mehr auf eine Bedienung. Vor diesem Hintergrund haben die Gesellschaft und der SoFFin im Zusammenhang mit der Gesamttransaktion eine einmalige Ausgleichszahlung in Höhe von EUR 1,03 Mrd. vereinbart, die Anfang Juni 2011 an den SoFFin gezahlt wurde. Auf Grund der transaktionsbedingten teilweisen Wandlung der stillen Einlagen in Aktien und der teilweisen Rückführung der stillen Einlagen aus den Emissionserlösen der damaligen Transaktion sowie des freien regulatorischen Kapitals in Höhe von EUR 3,27 Mrd. wurden am 5. Juni 2011 eine einvernehmliche vollständige vorzeitige Beendigung des Beteiligungsvertrages 2 und am 9. Juni 2011 eine teilweise vorzeitige Beendigung des Beteiligungsvertrages 1 vereinbart.

Einzelfallgenehmigung vom 12. März 2013

Am 12. März 2013 schlossen der SoFFin und die COMMERZBANK im Zusammenhang mit der geplanten vollständigen Rückführung der stillen Einlage des SoFFin (siehe dazu „—Jüngste Entwicklung und Ausblick —Jüngste Entwicklung“) eine Vereinbarung über den Verzicht auf die Einhaltung bestimmter Vorgaben des Rahmenvertrags zur Gewährung von Stabilisierungsmaßnahmen (die „**Einzelfallgenehmigung**“). Der SoFFin verzichtete in der Einzelfallgenehmigung unter verschiedenen Bedingungen auf die Vorgabe im Rahmenvertrag, die es der COMMERZBANK verbietet, ihr Kapital außer zu Sanierungszwecken herabzusetzen. Von der Einzelfallgenehmigung unberührt bleiben dagegen die übrigen Regelungen des Rahmenvertrags, zum Beispiel, dass die COMMERZBANK im Rahmen des rechtlich Möglichen sicherstellen muss, dass zwei von der FMSA benannte Personen zu Mitgliedern des Aufsichtsrats der Gesellschaft bestellt werden. Außerdem hat er sich dazu verpflichtet, seine Bezugsrechte voll auszuüben und einen Teil seiner stillen Einlage in der Gesellschaft, und zwar in Höhe von ca. EUR 625 Mio., im Wege einer Sacheinlage nach Maßgabe eines unmittelbar nach Ausübung der Bezugsrechte des SoFFin abzuschließenden Einbringungsvertrags in die Gesellschaft einzubringen. Die Gesellschaft hat sich in der Einzelfallgenehmigung gegenüber dem SoFFin dazu verpflichtet, nach Maßgabe einer abzuschließenden Rückführungs- und Beendigungsvereinbarung den Restbetrag der stillen Einlage des SoFFin aus dem Emissionserlös der geplanten Kapitalerhöhung an den SoFFin zurückzuzahlen. Im Zusammenhang mit der Rückführung der stillen Einlage erhält der SoFFin aus dem Emissionserlös außerdem gemäß der Einzelfallvereinbarung eine einmalige Ausgleichszahlung in Höhe von ca. EUR 61 Mio. von der Gesellschaft.

Sonstige wesentliche Verträge

Kooperationsvertrag zwischen COMMERZBANK, Wüstenrot Bausparkasse AG und Allianz Dresdner Bauspar AG vom 21. April 2010

Am 21. April 2010 schlossen die COMMERZBANK, die Wüstenrot Bausparkasse AG und die Allianz Dresdner Bauspar AG einen Kooperationsvertrag über die Vermittlung von Bauspar- und Baufinanzierungsprodukten durch die COMMERZBANK. Der Vertrag sieht vor, dass die COMMERZBANK als Handelsvertreter im Sinne der §§ 84, 92 HGB an ihre Kunden in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich die Produkte der Wüstenrot Bausparkasse AG und der Allianz Dresdner Bauspar AG anbietet und vermittelt.

Für die Vermittlung von Bauspar- und Baufinanzierungsprodukten erhält die COMMERZBANK Provisionen bei Zielerreichung sowie sonstige Vergütungen.

Der Kooperationsvertrag wurde auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann mit einer Frist von zwölf Monaten, erstmalig zum 31. Dezember 2020 und hiernach stets zum Ablauf von drei weiteren Jahren, gekündigt werden.

Stille Beteiligung der HT1 Funding GmbH

Mit Wirksamkeit der Verschmelzung der Dresdner Bank auf die COMMERZBANK ist die seit dem 20. Juli 2006 bestehende stille Beteiligung der HT1 Funding GmbH an der Dresdner Bank in Höhe von ursprünglich EUR 1 Mrd. auf die COMMERZBANK übergegangen. Die COMMERZBANK hat gegenüber der HT1 Funding GmbH eine Verpflichtung zur Zahlung einer Beteiligung an dem im Jahresabschluss der COMMERZBANK nach HGB ausgewiesenen Gewinn in Höhe von 6,932% p.a. des überlassenen Kapitals für vor dem oder am 31. Dezember 2016 endende Gewinnperioden und in Höhe des 12-Monats-EURIBOR

zuzüglich 2,580% p.a. des überlassenen Kapitals für alle nach dem 31. Dezember 2016 endenden Gewinnperioden. Die Zahlungsverpflichtung ist nachrangig gegenüber den Forderungen aller gegenwärtigen und zukünftigen Gläubiger der COMMERZBANK, anderen Kapitalmitteln des Ergänzungskapitals und sonstigen nachrangigen Verbindlichkeiten. Eine Gewinnbeteiligung ist ausgeschlossen, (1) falls und soweit für die Zahlung einer solchen Beteiligung kein ausreichender ausschüttungsfähiger Gewinn in dem maßgeblichen Geschäftsjahr zur Verfügung steht, (2) wenn eine Herabsetzung erfolgt ist und die stille Einlage noch nicht wieder vollständig gutgeschrieben wurde, (3) wenn ein Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der COMMERZBANK gestellt wurde oder die BaFin die ihr zustehenden Befugnisse nach §§ 45, 46, 46a, 47 KWG ausgeübt hat oder (4) falls die Gesamtkapitalkennziffer der COMMERZBANK auf Instituts- oder Gruppenbasis unter 9% liegt und die Zahlung zu einem Jahresfehlbetrag führen würde.

Die stille Beteiligung ist auf unbestimmte Zeit gewährt. Eine Kündigung durch die HT1 Funding GmbH ist nicht möglich. Die COMMERZBANK kann den zugrundeliegenden Beteiligungsvertrag unter bestimmten Bedingungen ordentlich mit einer Frist von 2 Jahren kündigen, jedoch nicht vor dem 31. Dezember 2016. Auf Grund einer Änderungsvereinbarung vom 15. April 2009 ist die COMMERZBANK ferner gegen Leistung einer Ausgleichszahlung berechtigt, den Nennbetrag der Einlage herabzusetzen durch Übertragung von bestimmten Wertpapieren auf die HT1 Funding GmbH, die diese im Jahr 2006 zur Refinanzierung der Einlage in Höhe eines Gesamtnennbetrags von EUR 1 Mrd. ausgegeben hatte. Die HT1 Funding GmbH ist in diesem Fall gemäß der Änderungsvereinbarung zur Einziehung der vorgenannten Wertpapiere verpflichtet.

Unter Inanspruchnahme dieser Möglichkeit hat die COMMERZBANK, auf Basis des zwischen der COMMERZBANK und der HT1 Funding GmbH am 22. Februar 2012 geschlossenen Agreement on the Partial Unwinding of Tier 1 Funding Structure im zweiten Quartal 2012 insgesamt 584.115 Wertpapiere mit einem Nominalwert von EUR 1.000,00 pro Stück auf die HT1 Funding GmbH übertragen. Diese Wertpapiere hatte die COMMERZBANK im Rahmen einer im ersten Quartal 2012 durchgeführten Maßnahme zur Stärkung des regulatorischen Eigenkapitals erworben. Als Folge der Übertragung beläuft sich der Nominalwert der stillen Beteiligung nunmehr auf EUR 415.885.000,00.

Verschmelzung der Deutschen Schiffsbank auf die COMMERZBANK

Die COMMERZBANK und die Deutsche Schiffsbank Aktiengesellschaft („**Deutsche Schiffsbank**“) haben durch Vertrag vom 5. April 2012 (der „**Verschmelzungsvertrag**“) die Übertragung des Vermögens der Deutschen Schiffsbank als Ganzes auf die COMMERZBANK vereinbart (Verschmelzung durch Aufnahme). Die Übernahme des Vermögens der Deutschen Schiffsbank erfolgt nach dem Verschmelzungsvertrag rückwirkend zum 1. Januar 2012. Eine Gegenleistung wurde nicht vereinbart. Die Verschmelzung wurde durch Eintragung im Handelsregister der COMMERZBANK am 22. Mai 2012 wirksam. Die COMMERZBANK hat sich in dem Verschmelzungsvertrag insbesondere verpflichtet, den Genussrechtsinhabern der Deutschen Schiffsbank mit dem Übergang der Genussrechte durch Wirksamwerden der Verschmelzung gleichwertige Genussrechte in der COMMERZBANK zu gewähren. Weiterhin hat sie sich verpflichtet, stillen Gesellschaftern der Deutschen Schiffsbank mit dem Übergang der stillen Beteiligung durch Wirksamwerden der Verschmelzung eine gleichwertige stille Beteiligung mit einer entsprechenden Zahlungsverpflichtung bei der COMMERZBANK zu gewähren.

Versicherungen

Der Konzern verfügt über verschiedene Sachversicherungen, wie z.B. Elektronik-, Sach-(Inhalt und Gebäude), Feuerausfallversicherung sowie eine Betriebshaftpflichtversicherung. Außerdem bestehen Unfallversicherungen, Rechtsschutzversicherungen sowie eine Versicherung gegen bestimmte Vermögensschäden.

Für die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder besteht eine pauschale Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (die „**D&O-Versicherung**“). Die Prämien für die D&O-Versicherung trägt die COMMERZBANK. Gemäß § 93 Abs. 2 Satz 3 AktG und in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Corporate Governance Kodex (der „**Kodex**“) ist eine Selbstbehaltsregelung mit Wirkung ab dem 1. Januar 2010 vereinbart, nach der für Vorstandsmitglieder, soweit das deutsche Aktiengesetz auf die jeweilige Konzerngesellschaft Anwendung findet, ein Selbstbehalt in Höhe von 10% des Schadens für alle Versicherungsfälle in einem Jahr, höchstens jedoch bis zur Höhe des Eineinhalbfachen des festen Jahresgrundgehalts gilt. Eine entsprechende Regelung enthält die D&O-Versicherung für Aufsichtsratsmitglieder, soweit der Kodex auf die jeweilige Konzerngesellschaft Anwendung findet. Für Pflichtverletzungen, die vor dem 1. Januar 2010 lagen, ist im Sinne der früheren Regelungen des Kodex für die Vorstandsmitglieder der COMMERZBANK ein Selbstbehalt in Höhe von 25% einer Jahresfestvergütung vereinbart, für die Aufsichtsratsmitglieder der COMMERZBANK ein Selbstbehalt in Höhe von 100% einer Jahresfestvergütung.

Es entspricht der Geschäftspraxis des Konzerns, den Umfang aller Versicherungen regelmäßig zu überprüfen. Nach Ansicht der Gesellschaft verfügt die Gruppe über ausreichenden Versicherungsschutz, für den sie angemessene Prämien bezahlt. Gleichwohl kann nicht ausgeschlossen werden, dass bei einer Gesellschaft des Konzerns Schäden entstehen, für die kein Versicherungsschutz besteht oder die eine nach dem Versicherungsvertrag bestehende Deckungshöhe überschreiten.

Rechtsstreitigkeiten

Die Gesellschaften des Konzerns sind sowohl in Deutschland als auch in anderen Ländern (einschließlich den USA) an gerichts-, schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren als Beklagte, Kläger oder in anderer Weise beteiligt. Ferner gibt es Rechtsstreitigkeiten, an denen die Gesellschaft oder ihre Tochtergesellschaften zwar nicht unmittelbar beteiligt sind, die aber wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung für die Kreditwirtschaft auch Auswirkungen auf den Konzern haben können. Für potenzielle Verluste aus ungewissen Verbindlichkeiten bildet der Konzern gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften Rückstellungen, wenn der potenzielle Verlust wahrscheinlich und schätzbar ist. Die Rückstellungen für gerichts-, schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren werden bei einem Streitwert unter EUR 0,5 Mio. in der Regel pauschal in Höhe von 50% des Streitwertes gebildet, bei einem Streitwert von über EUR 0,5 Mio. auf der Basis des jeweiligen Einzelfalles festgelegt und basieren auf der Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der jeweiligen Verfahren, der Erfahrungen des Konzerns und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Gutachten von Rechtsanwälten und anderer Faktoren. Zusätzlich werden für Rechtsstreitigkeiten im Inland die gesamten voraussichtlichen Verfahrenskosten zurückgestellt. Bei Auslandsprozessen werden nur die voraussichtlichen eigenen Verfahrenskosten und die in der jeweiligen Jurisdiktion erstattungsfähigen Kosten zurückgestellt. Die endgültigen tatsächlichen Verbindlichkeiten des Konzerns können jedoch von den gebildeten Rückstellungen abweichen, da für Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten aus solchen rechtlichen Verfahren in großem Umfang eine Bewertung und Einschätzung erforderlich ist, die sich im weiteren Verlauf des jeweiligen Verfahrens als nicht zutreffend erweisen kann.

Außer den nachfolgend dargestellten Verfahren sind der Gesellschaft derzeit keine staatlichen Interventionen oder Untersuchungen oder Gerichts- oder Schiedsverfahren bekannt, an denen die Gesellschaft oder eine ihrer Tochtergesellschaften als Beklagte oder auf andere Weise beteiligt sind, die in den vergangenen 12 Monaten bestanden und/oder abgeschlossen wurden (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis der Gesellschaft noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten) und die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Gesellschaft und/oder des Konzerns auswirken bzw. in jüngster Zeit ausgewirkt haben bzw. sich nach derzeitiger Einschätzung der Gesellschaft in der Zukunft auswirken könnten. Hinsichtlich eines jeden der nachstehend dargestellten Verfahren, von denen einige mehrere Streitgegenstände umfassen, sind nach Einschätzung des Konzerns die voraussichtlich möglichen Verluste, welche die Rückstellungen übersteigen, entweder nicht wesentlich oder nicht schätzbar.

Fehlerhafte Anlageberatung

Die COMMERZBANK und ihre Tochtergesellschaften sind insbesondere im Segment Privatkunden in der Anlageberatung zu Finanzinstrumenten (Wertpapiere, Investmentfonds, Derivate und unternehmerische Beteiligungen) tätig. Die an eine objekt- und anlegergerechte Beratung vom Gesetzgeber und von der Rechtsprechung gestellten Anforderungen haben sich in den letzten Jahren, auch nachträglich, erheblich verschärft. Die COMMERZBANK und ihre Tochtergesellschaften waren und sind daher in eine Reihe von, auch gerichtlichen, Auseinandersetzungen involviert, in denen Anleger eine angeblich fehlerhafte Anlageberatung geltend machen und Schadensersatz verlangen. Dies hat in der jüngeren Vergangenheit bereits zu erheblich negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns geführt. Auch in Zukunft können sich aus solchen Klagen entsprechende Auswirkungen ergeben.

Darüber hinaus hat der Bundesgerichtshof („**BGH**“) 2006 und 2009 festgestellt, dass Banken, somit auch die COMMERZBANK, ihre Kunden über Vertriebsprovisionen, die sie für die Vermittlung von Beteiligungen an geschlossenen Fonds und Investmentfonds erhalten, aufklären müssen. Fehlt dieser Hinweis, auch bei einer ansonsten ordnungsgemäßen Beratung, kann der Kunde grundsätzlich die Rückabwicklung seiner Anlage zum Ursprungspreis verlangen und sein Anlageobjekt, z. B. seine Beteiligung, auf die Bank übertragen. Daneben kann er den Ersatz weiterer wirtschaftlicher und steuerlicher Schäden verlangen. In einem im Juli 2011 vom BGH entschiedenen Fall musste die COMMERZBANK mangels einer solchen Aufklärung Schadensersatz leisten. Der Begriff „Vertriebsprovisionen“ wird dabei vom BGH sehr weit gefasst. Über den entschiedenen Fall hinaus hat der Beschluss des BGH für eine Vielzahl weiterer – zum Teil bereits anhängiger – Verfahren Bedeutung. Dabei handelt es sich einerseits um Verfahren, die sich auf solche geschlossene Fonds beziehen, die Gegenstand des Rechtsstreits vor dem BGH waren, andererseits um Verfahren, die sich auf eine Vielzahl anderer Kapitalanlagen, insbesondere geschlossene Fonds,

beziehen, die ebenfalls von der COMMERZBANK oder ihren Vorgängerinstituten vermittelt wurden. Für die Fonds, die Gegenstand des Rechtsstreits vor dem BGH waren, wurde im Geschäftsjahr 2011 über die bereits bestehenden Rückstellungen hinaus eine, die neue Situation berücksichtigende Rückstellung gebildet. Ebenso wurden und werden für Ansprüche, die in Klageverfahren geltend gemacht werden Rückstellungen gebildet.

Die Anzahl der Fälle und der Umfang des gegen den Konzern geltend gemachten Schadensersatzes verändern sich laufend auf Grund einerseits neuer Klagen und andererseits Erledigung bereits erhobener Klagen.

Sollte der COMMERZBANK-Konzern verpflichtet werden, bei einem gewichtigen Teil der von ihm vertriebenen Finanzinstrumente Schadensersatz zu leisten oder diese im Wege der Rückabwicklung zu übernehmen, besteht das Risiko von erheblichen negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

Lehman-Anlegerklagen

Nach der Insolvenz von Lehman Brothers forderte eine Vielzahl von Kunden des Konzerns Schadensersatz im Zusammenhang mit dem Vertrieb von durch Lehman Brothers ausgegebene Zertifikate durch die Dresdner Bank. Die Kunden stützten sich dabei insbesondere auf den Vorwurf fehlerhafter Anlageberatung. Gerichtsentscheidungen in diesen Verfahren sind in einigen Fällen zugunsten des Konzerns, in anderen aber auch zu seinen Lasten ausgefallen. Der BGH hat mit Urteilen vom 27. September 2011 erstmals Lehman-Fälle einer anderen Bank entschieden. In diesem Zusammenhang hat der BGH eine grundsätzliche Aufklärung über das sog. allgemeine Emittentenrisiko verlangt, d.h. über die generelle Abhängigkeit der Rückzahlung des angelegten Betrages von der Bonität der Emittentin bzw. Garantin. Mit Urteilen vom 26. Juni 2012 und danach hat der BGH dann eine Reihe von Lehman-Revisionen der COMMERZBANK entschieden und dabei die klagestattgebenden Urteile der Vorinstanzen zugunsten der COMMERZBANK aufgehoben. Inhaltlich weichen diese Urteile nicht von den Grundsätzen der Urteile im September 2011 ab. Daher hängen die Erfolgsaussichten der einzelnen Klagen gegen den Konzern maßgeblich davon ab, ob im Einzelfall eine Aufklärung gemäß den vom BGH aufgestellten Anforderungen stattgefunden hat und dies nachgewiesen werden kann. Aufgrund der größtenteils bereits abgelaufenen Verjährungsfrist geht die COMMERZBANK davon aus, dass kein nennenswerter weiterer Klageeingang zu erwarten ist. Gleichwohl kann in Einzelfällen die Anzahl der Klagen noch in geringem Umfang zunehmen, da verjährungshemmende Verfahren durchgeführt wurden.

Von verschiedenen Rechtsstreitigkeiten, die im Ausland gegen eine Tochtergesellschaft der COMMERZBANK anhängig waren, welche als begleitende Emissionsbank für Schuldverschreibungen von Lehman Brothers aufgetreten war, ist aktuell nur noch eine anhängig. Die hierzu ehemals anhängigen Sammelklagen wurden durch gerichtlich bestätigten Vergleich beendet. Weitere Klagen von am Vergleich nicht beteiligten Klägern wurden abgewiesen; hinsichtlich des verbleibenden Verfahrens ist das Risiko für die COMMERZBANK aufgrund des frühen Verfahrensstands derzeit nicht abschätzbar.

Zahlungs- und Wiederauffüllungsansprüche im Zusammenhang mit begebenen Genussscheinen und so genannten Trust Preferred Securities

Die COMMERZBANK, ihre Tochtergesellschaften, insbesondere die Hypothekenbank Frankfurt und deren Rechtsvorgänger, sowie die Dresdner Bank und ihre Tochtergesellschaften haben Genussscheine und andere hybride Finanzinstrumente, insbesondere auch so genannte Trust Preferred Securities begeben. Diese Instrumente sind in der Regel so ausgestaltet, dass sie aufsichtsrechtlich als Eigenkapital anerkannt werden. Hierzu gehört teilweise, dass eine Zinszahlungsverpflichtung nur dann besteht, wenn ein Bilanzgewinn erwirtschaftet wurde bzw. nur insoweit besteht, als die Zinszahlung nicht zu einem Bilanzverlust führt, und dass bei Verlusten der Rückzahlungsbetrag der Instrumente vermindert werden kann (Verlustteilnahme).

Auf Grund der in den Geschäftsjahren 2009, 2010, 2011 und 2012 eingetretenen Verluste wurden auf die von der Hypothekenbank Frankfurt, ihren Rechtsvorgängern bzw. ihren Tochtergesellschaften begebenen Genussscheine und Trust Preferred Securities für die Geschäftsjahre 2009, 2010 und 2011 keine Zinsen gezahlt bzw. werden keine Zinsen für das Geschäftsjahr 2012 gezahlt. Zudem wurde auf Grund der Verlustteilnahme der Genussscheine die Rückzahlungsansprüche jeweils gemindert. Gegen die Herabschreibung der Rückzahlungsansprüche und die Nichtbedienung der Genussscheine sind von verschiedenen Anlegern in Deutschland Klagen erhoben oder angekündigt worden. Anleger von Trust Preferred Securities, die von dem Eurohypo Capital Funding Trust I oder dem Eurohypo Capital Funding Trust II emittiert wurden, haben wegen der Nichtbedienung der Trust Preferred Securities in Deutschland Klage erhoben und auch Klageerhebung in den USA wegen der Nichtbedienung der Trust Preferred Securities angekündigt. Die in den USA gegen die Hypothekenbank Frankfurt bereits erhobene Klage

wegen Nichtbedienung der Trust Preferred Securities ist zwischenzeitlich zurückgenommen worden. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Ansprüche geltend gemacht oder Klagen erhoben werden.

In Deutschland liegen wegen der Nichtbedienung und der Herabschreibung der Rückzahlungsansprüche der von der Hypothekenbank Frankfurt emittierten Genussscheine erste, nicht rechtskräftige erstinstanzliche Entscheidungen mit unterschiedlichen Ergebnissen und zwei nicht rechtskräftige Berufungsentscheidungen zugunsten der Kläger vor. Gegen letztere hat die Hypothekenbank Frankfurt jeweils das zugelassene Rechtsmittel der Revision zum BGH eingelegt. Zur Begründung der Klageansprüche wird zum einen auf den bei der Hypothekenbank Frankfurt bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag verwiesen: Der danach von der Commerzbank Inlandsbankenholding GmbH zu leistende Verlustausgleich verhindere, dass bei der Hypothekenbank Frankfurt ein Bilanzverlust entstehe, so dass die Voraussetzungen für einen Ausfall bzw. eine Aufschiebung der Zinszahlung auf die Genussscheine und eine Reduktion des Rückzahlungsanspruchs der Genussscheine fehlen würden. Der BGH hat Termin zur mündlichen Verhandlung der beiden Revisionsverfahren auf den 28. Mai 2013 anberaunt.

Für einige von Tochtergesellschaften der COMMERZBANK begebene Trust Preferred Securities wurden auf Grund der wirtschaftlichen Situation in den Geschäftsjahren 2009, 2010 und 2011 für diese Geschäftsjahre keine Zinsen gezahlt. Die Bedingungen dieser Trust Preferred Securities enthalten sogenannte Gleichstellungsklauseln, nach denen im Falle von Zinszahlungen auf andere, vergleichbare Instrumente auch für diese Trust Preferred Securities eine Zinszahlungspflicht besteht. Gestützt auf diese Gleichstellungsklauseln haben Anleger auch hier, zum Teil auch gerichtlich in den USA, die ausgefallenen Zinszahlungsansprüche geltend gemacht und gefordert, dass diese Trust Preferred Securities für den Insolvenzfall zu einem Nachranginstrument umgestaltet werden. In einem der beiden in Delaware anhängigen Verfahren hat der Delaware Supreme Court eine Opinion erlassen. Danach wird das zuvor zugunsten der Bank ergangene erstinstanzliche Urteil aufgehoben und die Rechtssache zur finalen Entscheidung an das erstinstanzliche Gericht zurückgewiesen. In der Opinion weist der Supreme Court zudem an, dass das erstinstanzliche Gericht seine Entscheidung nach Maßgabe der Aussagen der Opinion trifft. Der Supreme Court ist zusammengefasst folgender Auffassung: Ausgefallene Zinszahlungen sind nachzuholen, da Zahlungen auf andere, vergleichbare Instrumente in den relevanten Jahren geleistet wurden; zudem bestehe die Verpflichtung, diese, den Streitgegenstand bildenden Trust Preferred Securities für den Insolvenzfall zu Nachranginstrumenten umzugestalten. Demzufolge ist davon auszugehen, dass demnächst ein der Opinion entsprechendes Endurteil erlassen werden wird. Das andere in Delaware anhängige gerichtliche Verfahren wegen der Nichtbedienung von Trust Preferred Securities, die von einer anderen Tochtergesellschaft der COMMERZBANK begeben wurden, ist derzeit weiterhin ausgesetzt, bis eine endgültige Entscheidung im Parallelverfahren vorliegt.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere ähnliche Ansprüche geltend gemacht oder Klagen erhoben werden. Sollten die Klagen für die Kläger erfolgreich beendet werden, hätte dies zwar nur im Verhältnis zu den obsiegenden Klägern bindende Wirkung. Die COMMERZBANK schließt jedoch nicht aus, dass sie in einem solchen Fall alle berechtigten gleich gelagerten Forderungen aus den Genussscheinen und den Trust Preferred Securities entsprechend befriedigen würde oder müsste, was hinsichtlich Zinsnachzahlungen auf die Genussscheine und die Trust Preferred Securities und Heraufschreibung der Rückzahlungsansprüche der Genussscheine für die Geschäftsjahre 2009 bis 2012 und das erste Quartal 2013 zu einer Belastung auf Konzernebene von insgesamt ca. EUR 200 Mio. führen könnte (nach dem Stand zum 31. März 2013).

Im Weiteren können Zahlungen oder Leistungen auf hybride Finanzinstrumente, z.B. auch eine vorzeitige Rückzahlung von stillen Einlagen oder damit im Zusammenhang stehende Leistungen oder Rückkäufe von hybriden Finanzinstrumenten, dazu führen, dass Anleger, die in andere Genussscheine oder andere hybriden Finanzinstrumente investiert haben, Ansprüche auf Zinszahlungen, die nicht geleistet worden sind, oder auf Wiederauffüllung der Rückzahlungsansprüche erheben. Sollten in solchen Fällen derartige, nach Ansicht der COMMERZBANK nicht bestehende Ansprüche erhoben und Zahlungen erforderlich werden, würden entsprechende Belastungen auf Konzernebene entstehen.

Variable Vergütungen 2008

Einige Mitarbeiter des ehemaligen Dresdner Bank-Konzerns haben in Deutschland und an verschiedenen Standorten im Ausland Klagen gegen Konzernunternehmen wegen nicht oder nicht im angeblich zugesagten Umfang gezahlter variabler Vergütungen für das Geschäftsjahr 2008 erhoben.

In Deutschland hat das Bundesarbeitsgericht Ansprüche von außertariflichen Mitarbeitern sowie von Mitarbeitern der Investment Banking-Sparte DKIB der ehemaligen Dresdner Bank verneint. Klagen von Tarifmitarbeitern waren hingegen erfolgreich, woraufhin die COMMERZBANK im Juli 2012 Tarifmitarbeitern, die zum 31. Dezember 2008 bei der Dresdner Bank in Deutschland und im Juli 2012 im COMMERZBANK-Konzern beschäftigt waren, eine Ausgleichszahlung für die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2008 gezahlt hat. Zusätzlich ist aus Gleichbehandlungsgründen eine entsprechende

Ausgleichszahlung auch an Tarifmitarbeiter gezahlt worden, die im Geschäftsjahr 2008 bei der COMMERZBANK AG und im Juli 2012 im COMMERZBANK-Konzern beschäftigt waren. Der daraus entstandene Aufwand wurde im Abschluss zum 31. Dezember 2011 vollumfänglich berücksichtigt. Noch nicht geltend gemachte Ansprüche von Tarifmitarbeitern sind grundsätzlich mit Ablauf des Jahres 2012 verjährt, so dass diese Ansprüche insoweit nicht mehr erfüllt werden.

Am Standort London hatte das Gericht der ersten Instanz die COMMERZBANK am 1. Mai 2012 zur Zahlung geltend gemachter Bonusansprüche verurteilt. Die erstinstanzliche Entscheidung wurde im Berufungsverfahren durch den High Court am 26. April 2013 bestätigt. Die Ansprüche aufgrund des Urteils belaufen sich auf rund GBP 75 Mio. Die Forderungen aus dem Urteil sind durch Rückstellungen bereits berücksichtigt. An den Standorten Mailand und Tokio wurden entsprechende Klagen hingegen abgewiesen. Darüber hinaus sind noch weitere Verfahren von Mitarbeitern weltweit anhängig, deren Forderungen sich derzeit auf insgesamt rund EUR 10 Mio. belaufen.

Der zu erwartende Ausgang der Verfahren ist unterschiedlich und hängt von den jeweiligen Umständen des Einzelfalls ab. Außerdem kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Klagen erhoben werden.

Klagen gegen eine Tochtergesellschaft der COMMERZBANK u. a. im Zusammenhang mit früheren Beteiligungen an südamerikanischen Banken

Eine Tochtergesellschaft der COMMERZBANK war an zwei südamerikanischen Banken beteiligt, die zwischenzeitlich in Konkurs gegangen sind. Eine Reihe von Anlegern bzw. Gläubigern dieser Banken haben in verschiedenen Verfahren in Uruguay und Argentinien die Tochtergesellschaft und in einem Teil der Fälle auch die COMMERZBANK wegen angeblicher Haftung als Gesellschafter sowie angeblicher Pflichtverletzungen der von der Tochtergesellschaft für den Aufsichtsrat der Banken nominierten Personen verklagt. Zudem war die Tochtergesellschaft an zwei Fonds beteiligt, die Gelder einwarben und von Bernhard L. Madoff verwalten ließen. Die Liquidatoren dieser Fonds verlangen in einem Gerichtsverfahren in den USA Zahlungen zurück, die die Tochtergesellschaft von den Fonds erhalten hat.

Klage im Zusammenhang mit der Insolvenz der australischen Bell Group

Die COMMERZBANK wurde als Rechtsnachfolgerin der ehemaligen Dresdner Bank AG gemeinsam mit 18 weiteren Banken vom Insolvenzverwalter der australischen Bell Group auf Schadenersatz wegen angeblich rechtswidriger Sicherheitenbestellung und -verwertung sowie Zahlung von Verzugszinsen seit 1990 verklagt. Der Kläger behauptet, dass die beklagten Banken die drohende Insolvenz der Bell Group hätten erkennen müssen und durch die Sicherheitenverwertung der Insolvenzmasse erhebliche Vermögenswerte entzogen worden seien. Erstinstanzlich wurden die beklagten Banken im Jahr 2008 verurteilt, die im Rahmen der Sicherheitenverwertung verlangten Beträge an den Insolvenzverwalter zu zahlen. Zusätzlich entschied das erstinstanzliche Gericht, dass diese Beträge seit 1990 mit einem Zinssatz von 1% unter dem Westpac Indikator für Darlehensgeschäfte zu verzinsen seien. Bezogen auf den Anteil der COMMERZBANK an dem Bankenkonsortium in Höhe von 4,15% entsprach dieses Urteil einer Belastung für die COMMERZBANK in Höhe von rund EUR 62 Mio. Gegen die erstinstanzliche Entscheidung legten sowohl der Kläger als auch die beklagten Banken aufgrund einer im Bankenkonsortium mehrheitlich getroffenen Entscheidung Berufung ein. Das Berufungsgericht bestätigte im August 2012 das erstinstanzliche Urteil in der Hauptsache und entschied darüber hinaus, dass seitens der beklagten Banken ein Zinssatz in Höhe von 1% über dem Westpac Indikator für Darlehensgeschäfte zu zahlen ist. Im Hinblick auf die Erhöhung der Verzinsung um 2 Prozentpunkte seit 1990 ergibt sich eine zusätzliche finanzielle Belastung für die COMMERZBANK in Höhe von rund EUR 30 Mio. Die Banken haben im Oktober 2012 beim Australischen High Court einen Antrag auf Zulassung eines weiteren Rechtsmittels gestellt, das gegen Teilaspekte der Berufungsentscheidung gerichtet ist. Im März 2013 hat das Gericht diesem Zulassungsantrag stattgegeben. Zum Datum dieses Registrierungsformulars steht ein Termin für die Verhandlung des Rechtsmittels vor dem Australischen High Court noch nicht fest. Im Hinblick auf die Aspekte der Berufungsentscheidung, die nicht Gegenstand des Antrags auf Zulassung eines weiteren Rechtsmittels sind, hat die COMMERZBANK im Dezember 2012 einen Betrag von umgerechnet rund EUR 24 Mio. an die Klägerseite gezahlt.

Prospekthaftungsklage

Gegen die COMMERZBANK wird von einem Investor wegen eines angeblich fehlerhaften Prospekts im Zusammenhang mit dem Börsengang eines Unternehmens Schadenersatz geltend gemacht. Außerdem macht der Insolvenzverwalter des Unternehmens gegen die Gesellschaft Regressforderungen aus Gesamtschuldnerausgleich und aus anderen Rechtsgründen geltend. Für den Fall des Unterliegens geht die COMMERZBANK aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen davon aus, dass Regressansprüche gegen andere Mitglieder des Konsortiums sowie gegen Dritte bestehen.

US Department of Justice

2006 und 2007 erhielt der Konzern in den USA strafbewehrte Anordnungen („**Subpoena**“), in denen er aufgefordert wurde gegenüber dem Department of Justice der USA bestimmte Dokumente und Informationen über Kunden, die im Bereich des Online-Glücksspiels tätig waren, offenzulegen. Grund hierfür war, dass die Dresdner Kleinwort Benson – die Investment Bank der Dresdner Bank – beschuldigt wurde, Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Finanzierung von Unternehmen erbracht zu haben, die unter Verstoß gegen das Recht der USA US-Bürgern die Teilnahme an Online-Glücksspielen ermöglicht haben. Im weiteren Verlauf der Verfahren wurde der COMMERZBANK vom Department of Justice der USA der Vorschlag für den Abschluss eines sogenannten „non-prosecution agreement“ unterbreitet, also einer Vereinbarung, die die Beendigung der Verfahren gegen Zahlung eines Bußgeldes vorsieht. Ein Entwurf dieses „non-prosecution agreements“ wurde vom Department of Justice der USA im Dezember 2009 erstellt, es wurden Kommentare hierzu ausgetauscht. Der Ausgang der Verfahren ist derzeit noch nicht vorhersehbar. Es besteht die Aussicht, diese mit einem niedrigen zweistelligen Millionenbetrag zu vergleichen; eine entsprechende Rückstellung wurde gebildet.

Behauptete Verstöße gegen Embargos

Anfang März 2010 wurde der Vorstand der COMMERZBANK von der Staatsanwaltschaft New York aufgefordert, wegen angeblicher Verstöße des Konzerns gegen US-Embargobestimmungen eine interne Untersuchung durchzuführen und dabei eng mit den US-Behörden zusammenzuarbeiten. Derzeit findet eine umfangreiche Prüfung der Staatsanwaltschaft New York, des U.S. Justizministeriums und weiterer Behörden statt, ob seitens des Konzerns gegen US-Embargobestimmungen insbesondere gegenüber dem Iran, Sudan, Nordkorea, Myanmar und Kuba verstoßen worden ist. In diesem Zusammenhang hat die Filiale New York der COMMERZBANK strafbewehrte rechtliche Anordnungen im Beweiserhebungsverfahren (Subpoenas) von diesen Behörden erhalten und daraufhin umfangreiche Unterlagen und interne Untersuchungsergebnisse zur Verfügung gestellt. Der Ausgang dieser Verfahren ist derzeit noch nicht absehbar. Die U.S. Behörden können gegen die COMMERZBANK zivil- und strafrechtliche Sanktionen einschließlich erheblicher Strafzahlungen verhängen. In ähnlichen Verfahren bei anderen Banken kam es zu Vergleichen, in deren Zuge teilweise erhebliche zivil- und strafrechtliche Strafen verhängt wurden. Unter Berücksichtigung dieser Verfahren kann nicht ausgeschlossen werden, dass die COMMERZBANK sich hier gegen Zahlung eines nicht unerheblichen Geldbetrages vergleichen wird.

Außerdem hat der Konzern gegenüber dem U.S. Office of Foreign Assets Control freiwillig bestimmte eingehende und ausgehende Zahlungen an beziehungsweise von Kunden der COMMERZBANK und von Tochtergesellschaften der COMMERZBANK, einschließlich Zahlungen über die Filiale New York, offengelegt. Diese Zahlungen betreffen Transaktionen, in die Zahler oder Zahlungsempfänger in einer Anzahl von Staaten involviert gewesen sein könnten, die US-Sanktionen unterliegen. Der Ausgang dieser Verfahren ist derzeit noch nicht absehbar.

Anfechtungsklage gegen Hauptversammlungsbeschlüsse über Kapitalmaßnahmen zur weitgehenden Rückführung der stillen Einlagen des SoFFin

Eine Aktionärin hat gegen die Beschlüsse der Hauptversammlung der COMMERZBANK vom 6. Mai 2011 über Kapitalmaßnahmen zur weitgehenden Rückführung der stillen Einlagen des SoFFin sowie gegen den Beschluss derselben Hauptversammlung, die Mitglieder des Vorstands zu entlasten, Anfechtungs- und Nichtigkeitsklage erhoben. Zudem hat die Klägerin Zwischenfeststellungsklage erhoben mit dem Antrag festzustellen, dass die Beschlüsse des Vorstands und des Aufsichtsrats vom 6. April 2011 über die Begebung der CoMEN (unverzinsliche bedingte Pflichtumtauschleihen, die mit der Verpflichtung ausgestattet waren, sie beim Eintritt bestimmter Bedingungen in Stückaktien der COMMERZBANK umzutauschen) rechtswidrig sind, weil ein Zustimmungsbeschluss der Hauptversammlung nicht eingeholt worden sei. Das Landgericht Frankfurt hat die Klage in erster Instanz vollumfänglich abgewiesen. Gegen dieses Urteil hat die Klägerin Berufung vor dem Oberlandesgericht Frankfurt eingelegt. Die Berufung wurde zurückgewiesen. Das Oberlandesgericht hat die Revision nicht zugelassen. Die Klägerin hat Nichtzulassungsbeschwerde beim Bundesgerichtshof eingelegt.

Sollte die Nichtzulassungsbeschwerde und auch die Anfechtungs- und Nichtigkeitsklage entgegen der Erwartung der COMMERZBANK Erfolg haben, hätte dies keine Auswirkungen auf die Wirksamkeit der in das Handelsregister eingetragenen Kapitalmaßnahmen. Aktionäre könnten jedoch Schadensersatzforderungen gegen die COMMERZBANK nach Maßgabe der §§ 7c S. 4 FMStBG, 246a Abs. 4 AktG erheben. Die Existenz und Höhe des Schadens wäre von der Klägerin darzulegen und zu beweisen. Auch ein Erfolg der Zwischenfeststellungsklage hätte keine Auswirkungen auf die Wirksamkeit der von der Hauptversammlung der COMMERZBANK vom 6. Mai 2011 beschlossenen Kapitalmaßnahmen. Nicht auszuschließen ist jedoch, dass ein stattgebendes Urteil Grundlage einer Schadensersatzforderung gegen die COMMERZBANK sein könnte. Auch hier träfe die Klägerin die Darlegungs- und Beweislast für die Existenz und Höhe des Schadens.

Kartellrechtliches Prüfverfahren der EU-Kommission

Die EU-Kommission leitete im Jahr 2011 gegen 17 Unternehmen des Finanzsektors, darunter auch die COMMERZBANK, ein kartellrechtliches Prüfverfahren ein, in welchem sie deren Verhalten bei der Weitergabe von Handelsdaten über Geschäfte mit CDS an Anbieter von Finanzinformationen untersucht hat. Die Kommission geht dabei der Frage nach, ob es bei dieser Datenweitergabe zu Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne der Art. 101 bzw. 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union („**AEUV**“) gekommen ist. Am 21. Februar 2013 nahm die COMMERZBANK an einer sogenannten State-of-Play-Besprechung (Treffen zum Verfahrensstand) bei der EU-Kommission teil. Im Rahmen dieser Besprechung teilte die EU-Kommission der COMMERZBANK mit, dass sie bis auf weiteres gegen die COMMERZBANK nicht weiterermitteln werde. Sollten sich bei den Ermittlungen gegen andere Unternehmen des Finanzsektors allerdings die COMMERZBANK belastende Umstände ergeben, können die Ermittlungen der EU-Kommission gegen die COMMERZBANK wieder aufgenommen werden.

Veräußerung der Bank Forum

Im Zusammenhang mit der im Jahr 2012 erfolgten Veräußerung der Beteiligung an der ukrainischen Bank Forum hat die COMMERZBANK Ende April 2013 eine sogenannte „Claim Notice“ des Käufers erhalten, wonach dieser Ansprüche unter dem Veräußerungsvertrag in Bezug auf die von der Bank Forum gebildete Risikovorsorge geltend macht, die die von der COMMERZBANK für eine eventuelle Gewährleistungshaftung gebildeten Rückstellungen deutlich übersteigen. Da die Claim Notice der COMMERZBANK erst kürzlich zugegangen ist, ist der COMMERZBANK eine abschließende Bewertung in Bezug auf diese Ansprüche zum Zeitpunkt dieses Registrierungsformulars nicht möglich. Entsprechend der Schiedsklausel im Veräußerungsvertrag wäre ein Schiedsverfahren gegebenenfalls in Frankfurt am Main zu führen.

Jüngste Entwicklung und Ausblick

Jüngste Entwicklung

Die Weltwirtschaft hat sich im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 2013 weiter leicht erholt. Nach wie vor ist aber ein großflächiger und kräftiger Aufschwung nicht zu erkennen. Die stärksten Zuwachsraten verzeichnen weiterhin die Emerging Markets, wo sich die Lockerung der Geldpolitik zunehmend positiv bemerkbar macht. Allerdings liegen die Wachstumsraten noch unter den vor ein oder zwei Jahren erreichten Werten. In China hat sich die Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahr im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 2013 wie erwartet leicht abgeschwächt. Weiter an Fahrt gewonnen hat – trotz der zum Jahresanfang in Kraft getretenen Abgabenerhöhungen – die US-Wirtschaft. Auch wenn das sich für das erste Quartal 2013 abzeichnende Plus von rund 2,5% die zugrunde liegende Tendenz überzeichnen dürfte, mehrten sich nach Ansicht der COMMERZBANK die Zeichen, dass die US-Wirtschaft die Nachwirkungen der Übertreibungen der Vergangenheit – Blase am Immobilienmarkt, hohe Verschuldung der privaten Haushalte – mehr und mehr überwindet.

Die Wirtschaft im Euroraum dürfte in den ersten Monaten des Jahres 2013 hingegen bestenfalls stagniert haben. Die Wirtschaft in den südeuropäischen Ländern der Währungsunion ist weiter geschrumpft. Insbesondere in den Peripherieländern wurde die Konjunktur in 2013 bislang weiterhin von der Staatsschuldenkrise belastet. Hieran hat auch nichts geändert, dass sich die Lage an den Finanzmärkten seit Jahresbeginn in der Tendenz weiter beruhigt hat. So deuten die Salden der länderübergreifenden Zentralbanküberweisungen (TARGET-2-Salden) der einzelnen Euroländer darauf, dass trotz der zwischenzeitlichen Unruhe wegen der unsicheren politischen Lage in Italien und den Entwicklungen um das Rettungsprogramm für Zypern bis zuletzt wieder Kapital in die Peripherieländer geflossen ist.

Das operative Ergebnis des COMMERZBANK-Konzerns betrug im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 EUR 469 Mio. gegenüber EUR 576 Mio. im ersten Quartal 2012, was einem Ergebnissrückgang um EUR 107 Mio. bzw. 18,6% entspricht. Im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 wurden im COMMERZBANK-Konzern Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von EUR 493 Mio. ausgewiesen. Diese sind überwiegend für geplante Personalmaßnahmen im Rahmen der strategischen Agenda 2016 vorgesehen und werden im Wesentlichen für das Segment Privatkunden sowie für die Service- und Konzernsteuerungseinheiten anfallen. Seit dem 31. März 2013 sind keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage oder der Handelsposition des COMMERZBANK-Konzerns eingetreten.

Im Hinblick auf die im Rahmen ihrer strategischen Agenda 2016 kommunizierten Ziele hat die COMMERZBANK erste Fortschritte erreicht.

Am 13. März 2013 kündigte die Gesellschaft eine Bezugsrechtskapitalerhöhung in Höhe von EUR 2,5 Mrd. zur vollständigen Rückführung der stillen Einlagen des SoFFin und der Allianz an. Die ordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft beschloss am 19. April 2013 die angekündigte Kapitalerhöhung. Nach Beschluss des Vorstands der Gesellschaft vom 14. Mai 2013 mit Zustimmung des Aufsichtsrats der

Gesellschaft vom selben Tag sollen die neuen Aktien den Aktionären der Gesellschaft vom 15. bis 28. Mai 2013 zum Bezug angeboten werden. Der SoFFin unterstützt diese Kapitalerhöhung, indem er seine Bezugsrechte voll ausüben und einen Teil seiner stillen Einlage in der Gesellschaft, und zwar in Höhe von ca. EUR 625 Mio., im Wege einer Sacheinlage in die Gesellschaft einbringen wird. Zu Beginn der Bezugsfrist des Angebots sollen zudem Aktien der Gesellschaft aus dem Bestand des SoFFin im Rahmen einer Privatplatzierung bei Investoren platziert werden (die „**SoFFin-Platzierung**“). Dabei soll der Verkaufserlös des SoFFin aus der SoFFin-Platzierung dem Volumen der für die Ausübung der Bezugsrechte verwendeten stillen Einlage des SoFFin entsprechen. Im Ergebnis nimmt damit der SoFFin an der Kapitalerhöhung teil, ohne neue Barmittel zu investieren. Die Gesellschaft hat sich gegenüber dem SoFFin dazu verpflichtet, den Restbetrag der stillen Einlage des SoFFin aus dem Emissionserlös der geplanten Kapitalerhöhung an den SoFFin zurückzuzahlen. Außerdem hat sich die Gesellschaft gegenüber der Allianz dazu verpflichtet, die stille Einlage der Allianz aus dem Emissionserlös der geplanten Kapitalerhöhung vollständig zurückzuzahlen.

Durch die geplante Transaktion würde die Common-Equity-Tier-1-Quote des COMMERZBANK-Konzerns bei angenommener vollständiger Anwendung von Basel III von 7,5% per 31. März 2013 auf 8,4% steigen (per 31. März 2013, unter der Annahme der Durchführung der geplanten Kapitalerhöhung und der vollständigen Rückzahlung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz).

Am 23. April 2013 stufte Moody's das Langfrist-Rating der COMMERZBANK von „A3“ auf „Baa1“ herab. Als Begründung nannte Moody's insbesondere das anhaltend herausfordernde Umfeld im deutschen Privatkundenmarkt und die aus Sicht von Moody's weiterhin hohen Risiken der COMMERZBANK in Bezug auf Commercial Real Estate, die Schiffsfinanzierung sowie Staatsanleihen südeuropäischer Peripherieländer.

Ausblick

Der Ausblick für die Weltwirtschaft für das laufende Geschäftsjahr 2013 hängt in großem Maße von der weiteren Entwicklung der Staatsschuldenkrise im Euroraum ab. Sollte sich die seit dem vergangenen Sommer zu beobachtende Beruhigung der Krise als nachhaltig erweisen – wofür die in den vergangenen Monaten zu beobachtende zunehmende Rückkehr von Kapital in die Europeripherie spricht – geht die COMMERZBANK von einer wieder etwas stärker wachsenden Weltwirtschaft aus. Wegen der weltweit überwiegend expansiven Geldpolitik dürfte die Wirtschaft nach Einschätzung der Gesellschaft insbesondere in den Emerging Markets, aber auch in den USA, in den Jahren 2013 und 2014 wieder schneller wachsen. Auch im Euroraum besteht nach Ansicht der Gesellschaft bei einem weiteren Abebben der Staatsschuldenkrise die Chance auf eine etwas bessere Konjunktur, auch wenn die zuletzt wieder schwächeren Frühindikatoren die Hoffnung auf eine schnelle Wende gedämpft haben und zu Abwärtsrevisionen der aktuellen Prognosen führen könnten. Zudem werden die Unterschiede zwischen den einzelnen Euroländern nach Einschätzung der COMMERZBANK weiterhin sehr groß sein. Während in Deutschland und seinen kleineren Nachbarländern die Wirtschaft in den kommenden Quartalen wohl wieder wachsen wird, werden sich die Peripherieländer nur allmählich aus der Rezession lösen können. Denn dort wird die Wirtschaft noch einige Zeit von einer sehr restriktiven Finanzpolitik gebremst werden.

Für den weiteren Verlauf des Jahres 2013 rechnet die COMMERZBANK mit einem nach wie vor herausfordernden Konjunktur- und Kapitalmarktumfeld. Eine verlässliche Aussage zur Ergebnisentwicklung für das laufende Jahr 2013 gestaltet sich deshalb schwierig. Die COMMERZBANK geht aber davon aus, dass die die Ertragslage belastenden Faktoren, insbesondere das Niedrigzinsumfeld, aber auch die immer noch in großen Teilen vorherrschende Kundenzurückhaltung im Kapitalmarkt- und Kreditgeschäft noch für einige Zeit die Erfolge der im letzten Jahr gestarteten strategischen Neuausrichtung und Weiterentwicklung des Geschäftsmodells des Konzerns überdecken werden. Beim Zinsüberschuss geht die COMMERZBANK im Jahr 2013 von einer leichten Abschwächung aus. Dieser bleibt durch die spürbar geringe Kreditnachfrage der Firmenkunden sowie das anhaltend niedrige Marktzinsniveau mit dem daraus resultierenden Druck auf die Einlagenmargen belastet. Für das Gesamtjahr 2013 erwartet die COMMERZBANK gegenüber 2012 im Konzern insgesamt einen leichten Anstieg der Risikovorsorge. Sie geht unverändert davon aus, dass die Risikovorsorge der Kernbank im Jahr 2013 auf höherem Niveau als im Vorjahr liegen wird, da die für das sehr gute Risikovorsorgeergebnis 2012 maßgeblichen hohen Auflösungen sich nicht fortsetzen werden. Insgesamt geht die COMMERZBANK für das Gesamtjahr 2013 davon aus, dass im Vergleich zum Vorjahr der anhaltende Ertragsdruck, die steigende Risikovorsorge sowie der investitionsbedingte Kostenanstieg das operative Ergebnis beeinflussen werden. Das Vorsteuerergebnis des Konzerns für das Geschäftsjahr 2013 wird durch den im ersten Quartal 2013 ausgewiesenen Restrukturierungsaufwand im Zusammenhang mit den beschlossenen Effizienzsteigerungsmaßnahmen belastet werden.

Für das Geschäftsjahr 2013 rechnet die COMMERZBANK im Segment Privatkunden mit nicht mehr als einem ausgeglichenen Ergebnis. Sie erwartet aber, dass die Initiativen zur Rentabilitätssteigerung ab dem Geschäftsjahr 2014 eine zunehmend spürbare Wirkung entfalten werden. Die COMMERZBANK erwartet

für das Jahr 2013 geringere Auflösungen von Kreditwertberichtigungen und eine gedämpfte Kreditnachfrage des Unternehmenssektors. Für das laufende Jahr 2013 rechnet sie im Segment Mittelstandsbank damit, dass das Niveau des operativen Ergebnisses des Vorjahres nicht erreicht wird. Für das Segment Central & Eastern Europe erwartet die COMMERZBANK für das Geschäftsjahr 2013 ein Ergebnis etwas unterhalb des im Geschäftsjahr 2012 erzielten Niveaus. Unter der Annahme zunehmender Stabilisierung der Märkte und wieder steigender Kundenaktivitäten an den Primär- und Sekundärmärkten geht die COMMERZBANK im Segment Corporates & Markets vor dem Hintergrund des im laufenden und im nächsten Geschäftsjahr zu erwartenden moderaten Anstiegs der Erträge – bei Annahme gleichzeitig sinkender Kosten und stabil bleibender Risikovorsorge – von einem sich weiter verbessernden operativen Ergebnis aus. Im Segment NCA geht die COMMERZBANK davon aus, dass der Saldo aus dem durch Bestandsabbau freigesetzten Kapital einerseits sowie dem Kapitalverzehr aufgrund des erwarteten Verlustausweises andererseits im Geschäftsjahr 2013 negativ ausfallen wird. Außerdem erwartet die COMMERZBANK für das Segment NCA aufgrund der anhaltenden Krise am Schiffsmarkt eine weiterhin erhöhte Belastung aus der Risikovorsorge.

Zum Datum dieses Registrierungsformulars führt der Konzern intensive Gespräche über den Verkauf des größten Teils seines insgesamt rund EUR 5,7 Mrd. (EaD inklusive Schwarzbuch, Stand: 31. März 2013) betragenden gewerblichen Immobilienfinanzierungsportfolios im Vereinigten Königreich. Entsprechend seiner NCA-Abbaustrategie schließt der Konzern im Falle des Verkaufs die Realisierung eines wesentlichen Verlusts auf das Portfolio nicht aus, dem jedoch eine erwartete Kapitalentlastung sowie die Vermeidung einer zukünftigen Verschlechterung der Risikosituation in Bezug auf das betreffende Teilportfolio gegenüberstünden. Die Gesellschaft strebt an, noch in 2013 einen bindenden Veräußerungsvertrag abzuschließen. Die COMMERZBANK plant zudem, über ihre 100-prozentige Tochtergesellschaft Hanseatic Ship Asset Management GmbH mit Sitz in Hamburg, die als eigenständige interne Restrukturierungsplattform dienen soll, Schiffe aus bestehenden Kreditbeziehungen zu erwerben, vorübergehend mit Partnern zu betreiben und sie mittelfristig bei einer Erholung des Schifffahrtsmarktes wieder zu veräußern. Es sollen nur solche Schiffe übernommen werden, die der Konzern für zukunftsfähig hält. Zu den Risiken im Hinblick auf den beabsichtigten Abbau des Schiffsfinanzierungsportfolios und der im eigenen Bestand gehaltenen Schiffe siehe Risikofaktor 8. *„Der Abbau des Schiffsfinanzierungsportfolios unterliegt erheblichen Risiken im Hinblick auf die aktuell schwierige Marktlage und die Volatilität der Schiffspreise, davon beeinflusste Adressenausfallrisiken (Kreditrisiken) sowie den Risiken von erheblichen Veränderungen der Werte bei Sicherheiten an Schiffen sowie bei Schiffen im eigenen Bestand.“*

AUSGEWÄHLTE FINANZANGABEN UND GESCHÄFTSINFORMATIONEN DES COMMERZBANK-KONZERNS

Die nachfolgenden Tabellen fassen ausgewählte konsolidierte Finanzangaben für die Geschäftsjahre 2010, 2011 und 2012 und die zum 31. März 2012 beziehungsweise zum 31. März 2013 endenden ersten Quartale zusammen. Die ausgewählten konsolidierten Finanzangaben für die Geschäftsjahre 2010, 2011 und 2012 wurden den von PwC geprüften Konzernabschlüssen der Gesellschaft für die Geschäftsjahre 2011 und 2012 entnommen. Die geprüften Konzernabschlüsse der Gesellschaft für die Geschäftsjahre 2010, 2011 und 2012 wurden auf der Grundlage der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellt. Die ausgewählten konsolidierten Finanzangaben für die ersten Quartale zum 31. März 2012 beziehungsweise zum 31. März 2013 wurden dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der Gesellschaft zum 31. März 2013 entnommen, der von PwC einer prüferischen Durchsicht unterzogen wurde. Der Begriff „prüferische Durchsicht“ bezieht sich auf ausgewählte Untersuchungshandlungen, die unter Beachtung von IDW PS 900 für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen durchgeführt wurden und die nicht einer Abschlussprüfung entsprechen. Der verkürzte Konzernzwischenabschluss zum 31. März 2013 wurde auf der Grundlage der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellt. Dabei fanden insbesondere auch die Anforderungen des IAS 34 an die Zwischenberichterstattung Berücksichtigung.

Aufgrund von Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze in dem Geschäftsjahr 2013 wurden die in dem Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK für das erste Quartal 2013 enthaltenen Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 und zum 31. Dezember 2012 angepasst und stimmen nicht immer mit den Zahlen in den originär für das erste Quartal 2012 beziehungsweise zum 31. Dezember 2012 veröffentlichten Abschlüssen überein. Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr 2011 Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze durchgeführt, so dass die in dem Konzernabschluss der COMMERZBANK für das Geschäftsjahr 2011 enthaltenen Vergleichszahlen für das Geschäftsjahr 2010, die an die Änderungen angepasst wurden, nicht immer mit den Zahlen in dem originär für das Geschäftsjahr 2010 veröffentlichten Konzernabschluss identisch sind.

Einzelne Zahlenangaben (darunter auch Prozentangaben) wurden kaufmännisch gerundet. In den Tabellen addieren sich solche kaufmännisch gerundeten Zahlenangaben unter Umständen nicht genau zu den in der Tabelle gegebenenfalls enthaltenen Gesamtsummen.

Soweit nachfolgend Zahlen als „ungeprüft“ bezeichnet werden, sind diese (soweit nicht anders angegeben) dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Ein Strich („—“) bedeutet in den nachfolgenden Tabellen, dass die betreffende Position nicht anwendbar ist beziehungsweise dass die jeweilige Position zu dem jeweiligen Zeitpunkt ohne Wert oder auf 0 gerundet ist.

Die in den nachfolgenden Tabellen enthaltenen ausgewählten konsolidierten Finanzangaben sollten in Verbindung mit den im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckten geprüften Konzernabschlüssen für die Geschäftsjahre 2010, 2011 und 2012 sowie in Verbindung mit dem im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckten verkürzten Konzernzwischenabschluss zum 31. März 2013 gelesen werden.

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember			Erstes Quartal zum 31. März	
	2010 ¹⁾	2011 ²⁾	2012 ²⁾	2012 ³⁾	2013 ³⁾
	(geprüft)			(prüferisch durchgesehen, soweit nicht anders angegeben)	
	(in Mio. EUR, außer je Aktie angegebene Werte)				
Zinserträge	18.306	17.343	14.559	4.403	3.292
Zinsaufwendungen	11.252	10.619	9.020	2.709	1.936
Zinsüberschuss	7.054	6.724	5.539	1.694	1.356
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(2.499)	(1.390)	(1.660)	(212)	(267)
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	4.555	5.334	3.879	1.482	1.089
Provisionserträge	4.237	4.055	3.711	984	984
Provisionsaufwendungen	590	560	520	120	137
Provisionsüberschuss	3.647	3.495	3.191	864	847
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	1.958	1.986	1.121	164	317
Ergebnis aus Finanzanlagen	108	(3.611)	81	(176)	(6)
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	35	42	46	11	8
Sonstiges Ergebnis	(131)	1.253	(77)	21	(62)
Verwaltungsaufwendungen	8.786	7.992	7.025	1.790	1.724
Operatives Ergebnis⁴⁾	1.386	507	1.216	576	469
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen	—	—	—	—	—
Restrukturierungsaufwendungen	33	—	43	34	493
Ergebnis aus dem Verkauf von Veräußerungsgruppen	—	—	(268)	—	—
Ergebnis vor Steuern	1.353	507	905	542	(24)
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(136)	(240)	796	159	45
Konzernergebnis	1.489	747	109	383	(69)
den Minderheitenanteilen zurechenbares Konzernergebnis	59	109	103	28	25
den COMMERZBANK-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	1.430	638	6	355	(94)
Ergebnis je Aktie (in EUR) ⁵⁾	1,21	0,18	(0,04)	0,06	(0,02)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen.

³⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen. Ab dem Geschäftsjahr 2013 werden Umgliederungen innerhalb der Gewinn-und-Verlust-Rechnung und Bilanzierungsänderungen durchgeführt. Die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 wurden entsprechend angepasst und weichen daher von den Zahlen im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2012 ab. Siehe hierzu „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013“.

⁴⁾ Das Operative Ergebnis im COMMERZBANK-Konzern ist definiert als die Summe aus Zinsüberschuss nach Risikovorsorge, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus Finanzanlagen, Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen und Sonstigem Ergebnis abzüglich der Verwaltungsaufwendungen.

⁵⁾ Das Ergebnis je Aktie errechnet sich als Quotient aus dem den COMMERZBANK-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnis und der durchschnittlichen Anzahl ausgegebener Stammaktien. Dabei ist eine Ausschüttung auf die stillen Einlagen vorab vom Konzernergebnis abgezogen, soweit (im Falle des Ergebnisses je Aktie für ein Quartal) eine solche Ausschüttung voraussichtlich erfolgen wird beziehungsweise (im Falle des Ergebnisses je Aktie für ein Geschäftsjahr) tatsächlich erfolgt ist.

Konzern-Bilanz

	31. Dezember			31. Dezember	31. März
	2010 ¹⁾	2011 ²⁾	2012 ²⁾	2012 ³⁾	2013 ³⁾
	(geprüft)			angepasst	(prüferisch durchgesehen)
	(in Mio. EUR)				
Aktiva					
Barreserve	8.053	6.075	15.755	15.755	11.051
Forderungen an Kreditinstitute	110.616	87.790	88.028	88.028	102.622
Forderungen an Kunden	327.755	296.586	278.546	278.546	280.136
Wertanpassung aus Portfolio Fair Value					
Hedges	113	147	202	202	182
Positive Marktwerte aus derivativen					
Sicherungsinstrumenten	4.961	5.132	6.057	6.057	5.222
Handelsaktiva	167.825	155.700	144.144	144.144	144.091
Finanzanlagen	115.708	94.523	89.142	89.142	89.133
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen ...	737	694	744	744	738
Immaterielle Anlagewerte	3.101	3.038	3.051	3.051	3.054
Sachanlagen	1.590	1.399	1.372	1.372	1.737
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	1.192	808	637	637	727
Zur Veräußerung gehaltene langfristige					
Vermögenswerte und Vermögenswerte aus					
Veräußerungsgruppen	1.082	1.759	757	757	793
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	650	716	790	790	810
Latente Ertragsteueransprüche	3.567	4.154	3.015	3.216	3.304
Sonstige Aktiva	7.349	3.242	3.638	3.571	3.700
Gesamt	754.299	661.763	635.878	636.012	647.300
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	137.626	98.481	110.242	110.242	128.547
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	262.827	255.344	265.842	265.842	272.946
Verbriefte Verbindlichkeiten	131.356	105.673	79.332	79.332	72.994
Wertanpassung aus Portfolio Fair Value					
Hedges	121	938	1.467	1.467	1.188
Negative Marktwerte aus derivativen					
Sicherungsinstrumenten	9.369	11.427	11.739	11.739	10.580
Handelspassiva	152.393	137.847	116.111	116.111	110.001
Rückstellungen	4.778	3.761	3.259	4.099	4.250
Tatsächliche Ertragsteuerschulden	1.072	680	324	324	286
Latente Ertragsteuerschulden	222	189	90	91	248
Verbindlichkeiten von zur Veräußerung					
gehaltenen Veräußerungsgruppen	650	592	2	2	2
Sonstige Passiva	8.136	6.568	6.523	6.523	6.385
Nachrangkapital	12.910	13.285	12.316	12.316	11.814
Hybridkapital	4.181	2.175	1.597	1.597	1.610
Eigenkapital	28.658	24.803	27.034	26.327	26.449
Gezeichnetes Kapital	3.047	5.113	5.828	5.828	5.827
Kapitalrücklage	1.507	11.158	11.681	8.730	8.732
Gewinnrücklagen	9.140	8.822	8.614	10.860	10.854
Stille Einlagen	17.178	2.687	2.376	2.376	2.376
Andere Rücklagen	(2.999)	(3.676)	(2.353)	(2.353)	(2.225)
Gesamt vor Minderheitenanteilen	27.873	24.104	26.146	25.441	25.564
Minderheitenanteile	785	699	888	886	885
Gesamt	754.299	661.763	635.878	636.012	647.300

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen; die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2010 wurden im Hinblick auf die Änderung des Ausweises eigener Aktien im Geschäftsjahr 2011 angepasst. Zu den Einzelheiten siehe „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im Geschäftsjahr 2011“. Diese Änderung hatte Auswirkungen auf die Posten Kapitalrücklage und Gewinnrücklagen. Im Konzernabschluss der COMMERZBANK für das Geschäftsjahr 2010 war für die Kapitalrücklage noch ein Wert von EUR 1.302 Mio. (31. Dezember 2010) und für die Gewinnrücklagen ein Wert von EUR 9.345 Mio. (31. Dezember 2010) ausgewiesen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen.

³⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen. Ab dem Geschäftsjahr 2013 werden Umgliederungen innerhalb der Gewinn- und Verlust-Rechnung und Bilanzierungsänderungen durchgeführt. Siehe hierzu „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013“. Die Zahlen zum 31. Dezember 2012 wurden entsprechend angepasst.

Ausgewählte Posten der Konzern-Kapitalflussrechnung

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember			Erstes Quartal zum 31. März	
	2010 ¹⁾	2011 ²⁾	2012 ²⁾	2012 ³⁾	2013 ³⁾
	(geprüft, soweit nicht anders angegeben)			(prüferisch durchgesehen, soweit nicht anders angegeben)	
	(in Mio. EUR)				
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	10.329	8.053	6.075	6.075	15.755
Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit ...	(14.166)	(14.781)	5.497	(3.066)	(3.407)
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	14.763	17.309	4.952	2.648	(902)
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	(2.930)	(4.464)	(626)	86	(488)
Cash Flow insgesamt	(2.333)⁴⁾	(1.936)⁴⁾	9.823⁴⁾	(332)	(4.797)
Effekte aus Wechselkursänderungen	116	67	(40)	(71)	118
Effekte aus Minderheitenanteilen	(59)	(109)	(103)	(29)	(25)
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	8.053	6.075	15.755	5.643	11.051

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen.

³⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen. Ab dem Geschäftsjahr 2013 werden Umgliederungen innerhalb der Gewinn-und-Verlust-Rechnung und Bilanzierungsänderungen durchgeführt. Die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 wurden entsprechend angepasst und weichen daher von den Zahlen im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2012 ab. Siehe hierzu „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013“.

⁴⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Geografische Märkte – Erträge und Ergebnis

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember			Erstes Quartal zum 31. März	
	2010 ¹⁾	2011 ²⁾	2012 ²⁾	2012 ³⁾	2013 ³⁾
	(geprüft)			(prüferisch durchgesehen)	
	(in Mio. EUR)				
Deutschland					
Erträge nach Risikovorsorge	7.161	6.197	6.059	1.560	1.377
Operatives Ergebnis	150	(39)	599	173	14
Europa ohne Deutschland					
Erträge nach Risikovorsorge	2.709	1.652	1.810	717	709
Operatives Ergebnis	1.244	170	483	378	404
Amerika					
Erträge nach Risikovorsorge	155	485	240	80	61
Operatives Ergebnis	(46)	320	108	42	29
Asien					
Erträge nach Risikovorsorge	146	165	132	9	46
Operatives Ergebnis	37	56	26	(17)	22
Sonstige					
Erträge nach Risikovorsorge	1	—	—	—	—
Operatives Ergebnis	1	—	—	—	—
Gesamt					
Erträge nach Risikovorsorge	10.172	8.499	8.241	2.366	2.193
Operatives Ergebnis	1.386	507	1.216	576	469

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen.

³⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen. Ab dem Geschäftsjahr 2013 werden Umgliederungen innerhalb der Gewinn-und-Verlust-Rechnung und Bilanzierungsänderungen durchgeführt. Die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 wurden entsprechend angepasst und weichen daher von den Zahlen im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2012 ab. Siehe hierzu „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013“.

Betriebliche Kennzahlen des Konzerns

	31. Dezember			31. März
	2010 ¹⁾	2011 ²⁾	2012 ²⁾	2013 ³⁾
	(geprüft, soweit nicht anders angegeben)			(prüferisch durchgesehen, soweit nicht anders angegeben)
Durchschnittliches Eigenkapital (in Mio. EUR)	30.981	30.234	29.444	28.674
Operative Eigenkapitalrendite ⁴⁾ (in %)	4,5	1,7	4,1	6,5
Aufwandsquote im operativen Geschäft ⁵⁾ (in %)	69,3	80,8	71,0	70,1
Eigenkapitalrendite des Ergebnisses vor Steuern ⁶⁾ (in %) ...	4,4	1,7	3,1	(0,3)
Eigenkapitalrendite auf das den COMMERZBANK-Aktionären zurechenbare Konzernergebnis ⁷⁾ (in %)	4,7 ⁸⁾	2,2 ⁹⁾	0,0 ¹⁰⁾	(1,4) ¹¹⁾
Risikogewichtete Aktiva ¹²⁾ (in Mrd. EUR)	267,5	236,6	208,1	209,8
Bilanzielles Eigenkapital (in Mrd. EUR)	28,7	24,8	27,0 ¹³⁾	26,4
Bilanzielle Eigenmittel ¹⁴⁾ (in Mrd. EUR)	45,7 ⁸⁾	40,3 ⁹⁾	40,9 ¹⁰⁾¹³⁾	39,9 ¹¹⁾
Kernkapitalquote (in %)	11,9	11,1	13,1	12,6
Gesamtkapitalquote (in %)	15,3	15,5	17,8	17,2

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind, soweit nicht anders angegeben, dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind, soweit nicht anders angegeben, dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen.

³⁾ Die dargestellten Zahlen sind, soweit nicht anders angegeben, dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen.

⁴⁾ Die operative Eigenkapitalrendite ist der Quotient aus dem Operativen Ergebnis und dem durchschnittlichen Eigenkapital. Das durchschnittliche Eigenkapital wird auf Basis der Monatswerte der relevanten Konzerneigenkapitalposten berechnet.

⁵⁾ Die Aufwandsquote im operativen Geschäft errechnet sich aus dem Verhältnis des Verwaltungsaufwands zu den Erträgen vor Risikovorsorge. Die Erträge vor Risikovorsorge setzen sich zusammen aus dem Zinsüberschuss, dem Provisionsüberschuss, dem Handelsergebnis einschließlich Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, dem Ergebnis aus Finanzanlagen, dem Laufenden Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen und dem Sonstigen Ergebnis.

⁶⁾ Die Eigenkapitalrendite des Ergebnisses vor Steuern ist der Quotient aus dem Ergebnis vor Steuern und dem durchschnittlichen Eigenkapital.

⁷⁾ Die Eigenkapitalrendite auf den Konzernüberschuss/-fehlbetrag ist der Quotient aus dem Konzernergebnis (exkl. Minderheiten) und dem durchschnittlichen Eigenkapital (exkl. Minderheiten) ohne Berücksichtigung der durchschnittlichen Neubewertungsrücklage und der Rücklagen aus Cash Flow Hedges.

⁸⁾ Die Zahl ist dem Geschäftsbericht des COMMERZBANK-Konzerns für das Geschäftsjahr 2010, dort den Angaben zu den „Kennzahlen“, entnommen und ist ungeprüft.

⁹⁾ Die Zahl ist dem Geschäftsbericht des COMMERZBANK-Konzerns für das Geschäftsjahr 2011, dort den Angaben zu den „Kennzahlen“, entnommen und ist ungeprüft.

¹⁰⁾ Die Zahl ist dem Geschäftsbericht des COMMERZBANK-Konzerns für das Geschäftsjahr 2012, dort den Angaben zu den „Kennzahlen“, entnommen und ist ungeprüft.

¹¹⁾ Die Zahl ist dem Zwischenbericht des COMMERZBANK-Konzerns zum 31. März 2013, dort den Angaben zu den „Kennzahlen“, entnommen und ist ungeprüft.

¹²⁾ Die risikogewichteten Aktiva errechnen sich aus dem Betrag der Eigenmittelanforderungen multipliziert mit 12,5.

¹³⁾ Im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 wird auf der Basis der angepassten Zahlen zum 31. Dezember 2012 (siehe „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013“) ein bilanzielles Eigenkapital von EUR 26,3 Mrd. und bilanzielle Eigenmittel von EUR 40,2 Mrd. zum 31. Dezember 2012 ausgewiesen. Im Übrigen wurden die betrieblichen Kennzahlen nicht angepasst

¹⁴⁾ Die bilanziellen Eigenmittel setzen sich zusammen aus dem bilanziellen Eigenkapital zuzüglich Nachrang- und Hybridkapital.

DARSTELLUNG UND ANALYSE DER VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Die folgende Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des COMMERZBANK-Konzerns sollte in Verbindung mit den Konzernabschlüssen für die Geschäftsjahre 2010, 2011 und 2012 beziehungsweise dem verkürzten Konzernzwischenabschluss zum 31. März 2013, welche auf den Seiten F-2 ff. in diesem Registrierungsformular abgedruckt sind, gelesen werden. Die von PwC geprüften Konzernabschlüsse wurden auf der Grundlage der IFRS, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften von der Gesellschaft erstellt. Der verkürzte Konzernzwischenabschluss zum 31. März 2013 wurde auf der Grundlage der IFRS, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften von der Gesellschaft erstellt, von PwC einer prüferischen Durchsicht unterzogen und mit einer Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht versehen. Dabei fanden insbesondere auch die Anforderungen des IAS 34 an die Zwischenberichterstattung Berücksichtigung. Der Begriff „prüferische Durchsicht“ bezieht sich auf ausgewählte Untersuchungshandlungen, die unter Beachtung von IDW PS 900 für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen durchgeführt wurden und die nicht einer Abschlussprüfung entsprechen.

Die folgende Darstellung enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die auf Annahmen bezüglich der zukünftigen Geschäftsentwicklung beruhen. Durch den Einfluss zahlreicher Faktoren, unter anderem der im Abschnitt „Risikofaktoren“ und an anderen Stellen dieses Registrierungsformulars beschriebenen Risiken, können die tatsächlichen Ergebnisse des Konzerns wesentlich von den laut diesen zukunftsgerichteten Aussagen erwarteten Ergebnissen abweichen, siehe „Allgemeine Angaben—Zukunftsgerichtete Aussagen“.

Soweit nachfolgend Zahlen als „ungeprüft“ bezeichnet werden, sind diese (soweit nicht anders angegeben) dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen. Angaben zu den risikogewichteten Aktiva (RWA) der Segmente werden von verschiedenen Stellen (insbesondere der Risikofunktion) an das Rechnungswesen gemeldet und dort zusammengeführt. Ein Strich („—“) bedeutet in den nachfolgenden Tabellen, dass die betreffende Position nicht anwendbar ist beziehungsweise dass die jeweilige Position zu dem jeweiligen Zeitpunkt ohne Wert oder auf 0 gerundet ist. Sofern in diesem Abschnitt „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage“ in Tabellen die prozentualen Veränderungen von negativen Werten im Vergleich der jeweils dargestellten Finanzperioden ausgewiesen werden, wird dort im Falle einer Erhöhung (also Verschlechterung) negativer Werte die Prozentangabe als negativer Wert, im Falle einer Verringerung (also Verbesserung) negativer Werte die Prozentangabe als positiver Wert ausgewiesen. Diese Darstellung kann von der Darstellung der entsprechenden Prozentangaben im Finanzteil abweichen.

Einleitung

Der COMMERZBANK-Konzern ist gemessen an der Bilanzsumme zum 31. März 2013 nach eigener Einschätzung das zweitgrößte Kreditinstitut in Deutschland und verfügt mit rund 1.200 Filialen über eines der dichtesten Bankfilialnetze aller deutschen Privatbanken, über das alle Kundengruppen betreut werden. Der Schwerpunkt der Tätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns liegt auf der Erbringung einer breiten Palette von Finanzdienstleistungen an private, mittelständische sowie institutionelle Kunden in Deutschland, wie z.B. Kontoführung, Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Kredite, Spar- und Geldanlageformen, Wertpapierdienstleistungen sowie Kapitalmarkt- und Investment-Banking-Produkte und -Dienstleistungen. Darüber hinaus ist der Konzern auf Spezialgebieten wie z.B. dem Leasing tätig. Ferner bietet der Konzern Finanzdienstleistungen mit Kooperationspartnern an, vor allem das Bauspar-, das Asset-Management- und das Versicherungsgeschäft. Weiterhin baut der Konzern seine Position als einer der wichtigsten deutschen Exportfinanzierer aus. Neben seinem Geschäft in Deutschland hat der Konzern über seine Tochtergesellschaft BRE Bank in Polen eine etablierte Marktposition. Im Ausland ist der COMMERZBANK-Konzern ferner zum 31. März 2013 mit 23 operativen Auslandsniederlassungen, 35 Repräsentanzen und 7 wesentlichen Tochtergesellschaften in 53 Ländern vertreten. Der Schwerpunkt der internationalen Tätigkeiten liegt dabei auf Europa.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des COMMERZBANK-Konzerns wird nach wie vor von den Nachwirkungen der andauernden Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sowie der Staatsschuldenkrise geprägt. Operativ ist der Konzern wieder in der Gewinnzone (seit dem Geschäftsjahr 2010 im Konzernabschluss nach den Vorschriften der IFRS und seit dem Geschäftsjahr 2012 auch im Einzelabschluss nach den nationalen Rechnungslegungsvorschriften nach HGB). Zudem wurden zwischenzeitlich die dem Konzern in Folge der Finanzmarktkrise in Form von stillen Einlagen gewährten staatlichen Stützungsmaßnahmen weitgehend zurückgezahlt beziehungsweise durch den Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) in Aktien umgewandelt. Zum 31. März 2013 bestanden die staatlichen stillen Einlagen noch in Höhe von EUR 1,63 Mrd.

Vor dem Hintergrund der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat sich der COMMERZBANK-Konzern neu aufgestellt und fokussiert sich nunmehr in der Kernbank (das heißt in den operativen Segmenten Privatkunden, Mittelstandsbank, Central & Eastern Europe, Corporates & Markets sowie in dem Bereich Sonstige und Konsolidierung) auf das kundenorientierte Kerngeschäft. Diejenigen Aktivitäten, die nicht fortgeführt, sondern kontinuierlich abgebaut werden sollen, sind in dem im Geschäftsjahr 2012 neu geschaffenen Segment Non-Core Assets (NCA) gebündelt. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um das Geschäft mit der gewerblichen Immobilienfinanzierung (Commercial Real Estate), das Staatsfinanzierungsgeschäft (Public Finance) und das Schiffsfinanzierungsgeschäft (Deutsche Schiffsbank, davor Ship Finance) sowie ein Teilportfolio von Vermögensgegenständen aus dem ehemaligen Segment Portfolio Restructuring Unit (PRU).

Nachdem die COMMERZBANK nach einer Kapitalerhöhung sowie dem Erwerb der restlichen Anteile von der UniCredit Bank Aktiengesellschaft insgesamt 100% der Anteile an der Deutschen Schiffsbank erworben hatte, wurde die Deutsche Schiffsbank am 22. Mai 2012 rückwirkend zum 1. Januar 2012 auf die COMMERZBANK Aktiengesellschaft verschmolzen. Siehe auch „*Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns—Wesentliche Verträge—Sonstige wesentliche Verträge—Verschmelzung der Deutschen Schiffsbank auf die COMMERZBANK*“.

Seit dem Geschäftsjahr 2009 hat die COMMERZBANK den Bilanzvolumensabbau vorangetrieben, um bilanzielle Risiken zu reduzieren. Im vierten Quartal des Geschäftsjahres 2011 hat die COMMERZBANK im Zusammenhang mit den neuen regulatorischen Kapitalanforderungen sowie der europäischen Staatsschuldenkrise Maßnahmen eingeleitet, um den Volumens- und Risikoabbau noch weiter zu forcieren. Dies erfolgte unter anderem durch die vorübergehende Einstellung des Kreditneugeschäfts ohne Bezug zu Deutschland und Polen (wobei diese Einstellung bei den Nicht-Kernbereichen mittlerweile dauerhaft ist) sowie durch den beschleunigten Abbau beziehungsweise Verkauf nicht-strategischer Aktiva, welcher auch im Geschäftsjahr 2012 sowie im laufenden Geschäftsjahr fortgesetzt wurde. Im November 2012 hat die COMMERZBANK ihre strategischen und finanziellen Ziele bis 2016 veröffentlicht. Demnach plant die COMMERZBANK, ihr Geschäftsmodell in den kommenden Jahren an die veränderten Rahmenbedingungen in der Finanzbranche anzupassen. Im Rahmen ihrer strategischen Agenda bis 2016 beabsichtigt die COMMERZBANK, mehr als EUR 2 Mrd. in die Ertragskraft ihres Kerngeschäfts in den Segmenten Privatkunden, Mittelstandsbank, Corporates & Markets und Central & Eastern Europe zu investieren. Außerdem sollen durch zusätzliche Effizienzmaßnahmen die Kosten stabil gehalten und die Kapitalausstattung weiter verbessert werden. Siehe auch „*Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns—Strategie*“.

Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren

Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von Periode zu Periode unterliegt nach Auffassung der Gesellschaft einer Vielzahl von Einflüssen, die wiederum von verschiedenen Faktoren abhängen. Zu diesen Einflüssen zählen insbesondere die nachfolgend aufgeführten:

Wirtschaftliches Umfeld

Die Geschäftsentwicklung sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des COMMERZBANK-Konzerns werden in hohem Maße von der konjunkturellen Lage sowie der Situation an den Finanz- und Kapitalmärkten in den für den Konzern relevanten Regionen beeinflusst. In geografischer Hinsicht ist für den Konzern in erster Linie die wirtschaftliche Lage in Deutschland sowie im übrigen Europa (einschließlich Mittel- und Osteuropa, insbesondere Polen), wo der Konzern den Großteil seiner Erträge erzielt, von Bedeutung, wobei Deutschland das mit Abstand wichtigste Land ist. Im ersten Quartal 2013 erzielte der Konzern 65,1% seiner Erträge vor Risikovorsorge in Deutschland; auf das übrige Europa entfielen 31,1% (Geschäftsjahr 2012: Deutschland 70,3%, übriges Europa 26,0%; Geschäftsjahr 2011: Deutschland 68,9%, übriges Europa 26,4%; Geschäftsjahr 2010: Deutschland 63,4%, übriges Europa 31,7%). In Anbetracht der starken Exportorientierung der deutschen Wirtschaft und insbesondere der starken Position des Konzerns bei der finanziellen Abwicklung des Außenhandels (siehe dazu auch „*Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns—Segmente—Segment Mittelstandsbank*“) sowie der globalen Natur der Finanzmärkte sind jedoch auch die wirtschaftlichen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten von Amerika und in geringerem Umfang in Asien (insbesondere in China) für den Konzern von Bedeutung.

Die für den Konzern relevanten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren in den Geschäftsjahren 2010 bis 2012 sowie im ersten Quartal 2013 im Wesentlichen von den Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise geprägt, welche im Jahr 2007 als sogenannte „Subprime-Krise“ begann und ihren Ursprung im Zusammenbruch des US-amerikanischen Marktes für Subprime-Hypothekendarlehen hatte. In der Folgezeit weitete sich die Krise zu einer weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise aus, was unter anderem zu einem weit verbreiteten Vertrauensverlust sowohl an den Finanzmärkten als auch in der Realwirtschaft sowie zu Einbrüchen der gesamtwirtschaftlichen Produktion in vielen Ländern führte. Zur Stützung des Finanzsystems reagierten Zentralbanken und Regierungen mit Maßnahmen bis hin zur

Verstaatlichung von Banken. Wenngleich sich die wirtschaftliche Lage im Jahr 2010 verbesserte, wirkte sich die im Geschäftsjahr 2011 aufkommende Staatsschuldenkrise seit dem zweiten Halbjahr 2011 nachteilig auf die wirtschaftliche Lage sowie das Wachstum in vielen europäischen Staaten innerhalb und außerhalb der Eurozone aus.

Im ersten Halbjahr 2012 hat sich die europäische Staatsschuldenkrise weiter zugespitzt und erreichte mit den Anspannungen auf den Anleihemärkten in Spanien und Italien im Sommer 2012 einen neuen Höhepunkt. Parallel verlor auch die Weltkonjunktur weiter an Fahrt. Im zweiten Halbjahr 2012 hat sich das Eskalationsrisiko der Krise in der Wahrnehmung der Märkte durch ungewöhnlich weitreichende geldpolitische Schritte deutlich reduziert. Mit dem Rettungsschirm „Europäischer Stabilitätsmechanismus“, dem Outright-Monetary-Transactions-Programm der Europäischen Zentralbank (EZB) und den Sondermaßnahmen des Eurosystems zur Liquiditätssteuerung wurden Eckpfeiler geschaffen, die Extremszenarien wie ein Auseinanderbrechen des Euroraums verhindern sollen. Als Folge hat sich die Situation an den Finanzmärkten deutlich verbessert.

Im Folgenden werden einige wichtige Einflüsse der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf die Geschäftsentwicklung des COMMERZBANK-Konzerns näher erläutert. Zu weiteren Auswirkungen des wirtschaftlichen Umfelds siehe auch. „—*Staatsschuldenkrise/Staatsfinanzierungsgeschäft (Public Finance)*“ sowie „—*Einflüsse auf den Zinsüberschuss*“.

Einflüsse auf die Risikovorsorge:

- Ungünstige Entwicklungen auf den Finanz- und Kapitalmärkten und ein damit einhergehender wirtschaftlicher Abschwung oder strukturelle Krisen (z.B. aktuell am Schiffsmarkt) führen bei Kreditnehmern des COMMERZBANK-Konzerns generell über alle Segmente hinweg zu vermehrten Kreditausfällen und damit zu Direktabschreibungen beziehungsweise zu erhöhten Risikovorsorgeaufwendungen. Gehen die Kreditausfälle in einem verbesserten wirtschaftlichen Umfeld zurück, reduziert sich auch die Risikovorsorge, wobei sich Änderungen des wirtschaftlichen Umfeldes unter Umständen erst zeitverzögert auf die Entwicklung der Risikovorsorge auswirken. In einem gegenüber der Finanzmarktkrise 2008/2009 verbesserten wirtschaftlichen Umfeld im Geschäftsjahr 2010 belief sich die Risikovorsorge des Konzerns auf EUR 2.499 Mio. und sank im Geschäftsjahr 2011 infolge der zeitweiligen Erholung im ersten Halbjahr 2011 auf EUR 1.390 Mio. Im Geschäftsjahr 2012 stieg die Risikovorsorge auf EUR 1.660 Mio. an. Der Anstieg resultierte unter anderem aus der negativen Entwicklung an den Schiffsmärkten sowie der unverändert kritischen Situation im Bereich der Finanzierungen von gewerblichen Objekten, die zu hohem Risikovorsorgeneubedarf und -nachbildungen führte (siehe nachstehende Ausführungen). Die Entwicklung in den Retail- und Corporate-Portfolios der Kernbank war im Geschäftsjahr 2012 dagegen positiv, und die für diese Portfolios aufgestellte Risikovorsorge konnte gegenüber den Vorjahren deutlich reduziert werden. Im ersten Quartal 2013 lag die Konzern-Risikovorsorge insbesondere infolge der unverändert stabilen ökonomischen Umfeldbedingungen in den Kernmärkten der COMMERZBANK mit EUR 267 Mio. auf einem relativ niedrigen Niveau. Siehe auch „*Risikofaktoren—Markt- und unternehmensbezogene Risiken—7. Der Konzern unterliegt Adressenausfallrisiken (Kreditrisiken), auch in Bezug auf große Einzelengagements, Großkredite und Engagements, die in einzelnen Sektoren konzentriert sind, so genannte Klumpenrisiken, sowie aus Forderungen gegenüber Schuldern, die von der Staatsschuldenkrise besonders betroffen sein können.*“
- Im Commercial-Real-Estate-Geschäft des Segments Non-Core Assets spielt das Marktumfeld auf den Immobilienmärkten im Inland und Ausland eine wichtige Rolle für die wertorientierte Portfoliosteuerung und wirkt sich zudem auf die Höhe der Risikovorsorge aus. Im Falle der COMMERZBANK sind hier insbesondere die Immobilienmärkte in Deutschland, in anderen europäischen Ländern sowie in den Vereinigten Staaten von Amerika von Bedeutung. Wenn es – wie etwa auf Grund der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise – zu einem Einbruch dieser Märkte kommt, wenn also die Mieten sinken und die Leerstände steigen, sind Wertkorrekturen bei den finanzierten Objekten erforderlich, was zu einem Anstieg der Risikovorsorge führt. Wenn sich die Märkte erholen, kann die Risikovorsorge wieder reduziert werden. Nachdem in den Jahren 2008 und 2009 die Vermietungs- und Investmentmärkte vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Spanien, aber auch in anderen Ländern erheblich eingebrochen waren, gingen diese Märkte seit dem Jahr 2010 in eine Phase der Bodenbildung über, wobei die Entwicklung nach wie vor instabil blieb und sich insbesondere in Spanien keine nachhaltig positive Trendwende zeigte. Die stärksten Belastungsfaktoren waren im Geschäftsjahr 2012 unverändert die Staatsschuldenkrise und die mit ihr einhergehenden Unsicherheiten. Diese hatten im Geschäftsjahr 2012 zwar weiter nachgelassen, jedoch belastete die anhaltende Rezession im Euroraum unverändert auch die Immobilienmärkte – vor allem in den südlichen Peripherieländern. Insbesondere in diesen Ländern blieb die Entwicklung der Marktwerte der Immobilien nach wie vor deutlich negativ, zumal sich die Vermietungsmärkte weiterhin im Abschwung befanden. Die negativen Folgen der Marktentwicklungen für das Immobilienfinanzierungsgeschäft des COMMERZBANK-

Konzerns spiegelten sich unverändert in hohen Risikovorsorgeaufwendungen für dieses Teilportfolio wider. Im ersten Quartal 2013 hatte sich das wirtschaftliche Umfeld für das Commercial-Real-Estate-Geschäft weiterhin nicht verbessert. Die meisten internationalen gewerblichen Immobilienmärkte verzeichneten im ersten Quartal 2013 eine relativ stabile Entwicklung, wenn auch mit anhaltender Schwächetendenz in einigen Märkten wie zum Beispiel Spanien. Die Risikovorsorge im Commercial-Real-Estate-Geschäft sank gegenüber dem Vorjahresquartal von EUR 57 Mio. um EUR 19 Mio. auf EUR 38 Mio., dies beruhte maßgeblich auf Risikovorsorgeauflösungen aus Restrukturierungserfolgen. Siehe auch *„Risikofaktoren—Markt- und unternehmensbezogene Risiken—9. Der Abbau des gewerblichen Immobilienfinanzierungsportfolios unterliegt besonderen Risiken im Hinblick auf die aktuell schwierige Marktlage und die Volatilität der Immobilienpreise, davon beeinflusste Adressenausfallrisiken (Kreditrisiken) sowie den Risiken von erheblichen Veränderungen der Werte eigener Immobilien sowie bei an privaten oder gewerblichen Immobilien bestellten Immobiliarsicherheiten.“*

- Im Konzernbereich Deutsche Schiffsbank des Segments Non-Core Assets führte die schlechte Weltwirtschaftslage in den Vorjahren zu sinkender Transportnachfrage, was den Druck auf Fracht- und Charterraten erhöhte. Verschärft wurde diese Entwicklung durch ein Flottenwachstum, welches auf vor der Finanzmarktkrise erfolgten Schiffsbestellungen beruhte und zu Wertverlusten vor allem bei Container-Frachtschiffen führte und noch immer führt. Für die Schiffsfinanzierung bedeutete dies in erster Linie deutliche Rückgänge beim Neugeschäft und die Notwendigkeit von Wertberichtigungen auf existierende Engagements. Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung im Geschäftsjahr 2010 war bei einigen Schiffstypen wieder ein Anstieg der Nachfrage nach Transportkapazitäten und damit einhergehend auch ein Anstieg der Fracht- und Charterraten zu beobachten, was bei den betroffenen bestehenden Engagements zu einer Entspannung im Konzernbereich Deutsche Schiffsbank führte. Diese Basis konnte auch im Geschäftsjahr 2011 zunächst gehalten werden, welches aber im weiteren Verlauf durch die Staatsschuldenkrise, die wirtschaftliche Lage in den Vereinigten Staaten von Amerika und in diversen europäischen Ländern sowie die unsichere konjunkturelle Entwicklung Chinas geprägt war. Überkapazitäten in Verbindung mit steigendem Flottenwachstum führten dann zu wieder sinkenden Fracht- und Charterraten, teilweise auch zu Rückgängen bei Schiffswerten. Die Entwicklung im Geschäftsjahr 2012 war geprägt von einem weiteren teilweise drastischen Charterratenrückgang und damit einhergehenden steigenden Insolvenzzahlen, was zu einem signifikanten Anstieg der Risikovorsorge im Geschäftsjahr 2012 führte. Die Staatsschuldenkrise, die unsichere wirtschaftliche Lage in diversen europäischen Ländern sowie die Bemühungen Chinas der Inflation entgegenzuarbeiten, wirkten sich auch im Geschäftsjahr 2012 weiterhin negativ auf die Schifffahrtmärkte aus. Wegen der wenig dynamischen globalen Konjunkturentwicklung und entsprechend verhaltenen Handelsvolumina bei gleichzeitig hohen Flotten-Überkapazitäten zeigten sich die Schiffsmärkte im ersten Quartal 2013 weiterhin angespannt. Die Risikovorsorge im Konzernbereich Deutsche Schiffsbank belief sich auf EUR 138 Mio., dies entsprach einem Anstieg um EUR 24 Mio. gegenüber dem Vorjahresquartal (EUR 114 Mio.). Siehe auch *„Risikofaktoren—Markt- und unternehmensbezogene Risiken—8. Der Abbau des Schiffsfinanzierungsportfolios unterliegt erheblichen Risiken im Hinblick auf die aktuell schwierige Marktlage und die Volatilität der Schiffspreise, davon beeinflusste Adressenausfallrisiken (Kreditrisiken) sowie den Risiken von erheblichen Veränderungen der Werte bei Sicherheiten an Schiffen sowie bei Schiffen im eigenen Bestand.“*

Zu den Auswirkungen des wirtschaftlichen Umfelds im Konzernbereich Public Finance des Segments Non-Core Assets siehe *„—Staatsschuldenkrise/Staatsfinanzierungsgeschäft (Public Finance)“*.

Einflüsse des Anlegerverhaltens:

- Aufgrund der durch die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ausgelösten Volatilitäten in den Märkten und den damit verbundenen Unsicherheiten war und ist vor allem bei privaten Kunden neben einer breiten Zurückhaltung bei Neuanlagen im Wertpapiergeschäft auch eine schwerpunktmäßig konservativere Anlagestrategie zu beobachten. Gerade risikoärmere Anlageformen, mit denen in der Regel nur geringere Provisionen erwirtschaftet werden, standen und stehen bis heute im Fokus des Anlegerinteresses. Zwischenzeitliche Erholungen an den Aktienmärkten wirkten sich nicht unmittelbar positiv auf das Anlageverhalten aus, da das Vertrauen von Privatanlegern in die Märkte nach heftigen Markteinbrüchen generell nur langsam zurückgewonnen werden kann. Trotz etwas nachlassender Verunsicherung der Kunden im ersten Quartal 2013 kann insofern nicht von einer nachhaltigen Trendumkehr gesprochen werden. Vielmehr wird die weitere Entwicklung der Kundenaktivitäten stark von der Entwicklung der Kapitalmärkte in den nächsten Monaten abhängen. Diese Faktoren hatten in den vergangenen Jahren erhebliche nachteilige Auswirkungen vor allem auf das Provisionsergebnis im Segment Privatkunden. Aber auch andere Geschäftsbereiche des Konzerns hatten Ertragseinbußen zu erleiden, so etwa das Flow-Geschäft (hier vor allem aktienbasierte derivative Produkte) im Segment Corporates & Markets, welches in erheblichem Umfang von dem Anlageverhalten privater Investoren abhängt.

Staatsschuldenkrise/Staatsfinanzierungsgeschäft (Public Finance)

Die Entwicklung des Staatsfinanzierungsgeschäfts (Public Finance) des COMMERZBANK-Konzerns hat seit dem Geschäftsjahr 2008, insbesondere aber im Geschäftsjahr 2011, erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens- und Ertragslage des Konzerns gehabt, und zwar vor allem durch die Ausweitung der Credit Spreads und den dadurch bedingten Rückgang der Marktwerte der jeweiligen Wertpapiere sowie durch Wertminderungen (im Wesentlichen im Geschäftsjahr 2011) auf griechische Staatsanleihen.

Das Staatsfinanzierungsgeschäft wird im COMMERZBANK-Konzern im Konzernbereich Public Finance des Segments Non-Core Assets (Asset Based Finance bis 30. Juni 2012) überwiegend durch die Hypothekenbank Frankfurt AG (vormals Eurohypo AG) und zu einem kleinen Teil durch die Erste Europäische Pfandbrief- und Kommunalkreditbank Aktiengesellschaft in Luxemburg abgedeckt.

Zum 31. März 2013 betrug der Bilanzwert inklusive Hedge Adjustments des Public-Finance-Portfolios insgesamt EUR 81,6 Mrd. (nach EUR 85,3 Mrd. zum 31. Dezember 2012, EUR 99,4 Mrd. zum 31. Dezember 2011 beziehungsweise EUR 116,1 Mrd. zum 31. Dezember 2010). Die entsprechenden Nominalwerte des Public-Finance-Portfolios (ohne Hedges) waren EUR 70,0 Mrd. (31. März 2013), EUR 72,8 Mrd. (31. Dezember 2012), EUR 89,5 Mrd. (31. Dezember 2011) und EUR 107,6 Mrd. (31. Dezember 2010). Neugeschäft wurde im Konzernbereich Public Finance seit Ende 2008 grundsätzlich nur noch zum Zweck der Deckungsstockpflege generiert. In den Geschäftsjahren 2011 und 2012 entsprach dies einem Nominalbetrag von EUR 6 Mrd. (4% der Aktiva des Konzernbereichs Public Finance). Der Abbau des Public-Finance-Portfolios durch Verkäufe oder Fälligkeiten ist ein strategisches Ziel des COMMERZBANK-Konzerns.

Staatsanleihen (also Anleihen, die von einem Staat oder anderen öffentlichen Körperschaften begeben wurden) werden innerhalb des COMMERZBANK-Konzerns, unter anderem abhängig von dem Vorliegen liquider Märkte, in zwei unterschiedlichen Kategorien gebucht. Ein großer Teil der Staatsanleihen wird in der Kategorie Loans and Receivables (LaR) und der andere in der Kategorie Available-for-Sale (AfS) ausgewiesen. Grundsätzlich werden die Staatsanleihen in Abhängigkeit von den IAS-39-Kategorien in der Bilanz bewertet. Der in 2008 und 2009 illiquide gewordene Teil wird in der Kategorie LaR zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen; hier werden ab der Feststellung der Illiquidität die bisher entstandenen Zeitwertveränderungen eingefroren beziehungsweise bis zur Endfälligkeit aufgelöst. Siehe hierzu Abschnitt „—Umklassifizierungen gemäß IAS 39“. Auch wenn der Markt zwischenzeitlich wieder liquide geworden ist, darf bei Anleihen der Kategorie LaR keine Anpassung an den beizulegenden Zeitwert (Fair Value) vorgenommen werden; eine (ergebniswirksame) Wertkorrektur erfolgt nur bei Vorliegen bestimmter objektiver Umstände (siehe unten). Für in der Kategorie AfS gebuchte Wertpapiere erfolgt eine Anpassung der Buchwerte an den beizulegenden Zeitwert (Fair Value) durch eine Ausgleichsbuchung (die, im Fall des Anstiegs der beizulegenden Zeitwerte, positiv oder, im Fall eines Absinkens der Zeitwerte, negativ sein kann) auf der Aktivseite der Bilanz und die Einstellung dieses Betrags in die Neubewertungsrücklage, die das bilanziell ausgewiesene Eigenkapital entsprechend ändert; ergebniswirksam ist die Anpassung der in der Kategorie AfS gebuchten Wertpapiere nicht. Ergebniswirksam sind jedoch – sowohl unter LaR wie auch bei unter AfS gebuchten Staatsanleihen – dauerhafte Wertminderungen (Impairments), welche gebucht werden, wenn bestimmte objektive Hinweise auf einen Verlust vorliegen, welcher zu einer Minderung der aus den Staatsanleihen zu erwartenden Zahlungsströme führt. Zusätzlich hat der Konzern die Staatsanleihen größtenteils mittels derivativer Instrumente gegen Zins- und Inflationsrisiken abgesichert. Reduziert sich der Wert der Staatsanleihen, hat dies einen entsprechend negativen Effekt auf den Wert dieser Absicherungsinstrumente, was zu weiteren erheblichen Ergebnisbelastungen führt.

Hinsichtlich der Auswirkungen, die die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise und die Staatsschuldenkrise auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns insbesondere in den Geschäftsjahren 2010 und 2011, aber auch noch im Geschäftsjahr 2012 hatte, ist zwischen griechischen Anleihen einerseits und den Anleihen sonstiger Staaten andererseits zu unterscheiden. Aus griechischen Staatsanleihen und zugehörigen Zins- und Inflationssicherungsinstrumenten hat der COMMERZBANK-Konzern in den Jahren 2011 und 2012 insgesamt einen Verlust von EUR 3,3 Mrd. im Konzernbereich Public Finance gebucht.

Der Verlust, welcher auf griechische Staatsanleihen zurückzuführen ist, belief sich im Geschäftsjahr 2011 auf EUR 2.226 Mio. und im Geschäftsjahr 2012 auf EUR 69 Mio., letztere wurden ausschliesslich im ersten Quartal erfasst. Darüber hinaus fielen Verluste im Geschäftsjahr 2011 von EUR 962 Mio. auf Transaktionen an, die zur Absicherung von Zinsrisiken sowie zum Ausgleich von Inflationsschwankungen abgeschlossen wurden.

Auch Anleihen verschiedener anderer Länder neben Griechenland, unter anderem diejenigen von Irland, Italien, Portugal und Spanien sowie einiger Staaten Osteuropas und von Nordamerika, waren in jüngerer Zeit erheblichen Marktpreisschwankungen unterworfen. So unterlagen insbesondere italienische Staatsanleihen in den Geschäftsjahren 2010, 2011 und 2012 erheblichen Marktpreisverlusten, erholten sich aber zum Teil im vierten Quartal 2012 von den Verlusten der Vorjahre. Der COMMERZBANK-Konzern hat demgemäß für italienische Staatsanleihen, die in der Kategorie Available-for-Sale gehalten werden, zum

31. März 2013 eine Belastung von EUR 1,6 Mrd. – damit eine leichte Verbesserung von EUR 14 Mio. gegenüber Jahresende 2012 –, zum 31. Dezember 2012 eine Belastung von EUR 1,6 Mrd., zum 31. Dezember 2011 eine Belastung von EUR 2,3 Mrd. und zum 31. Dezember 2010 eine Belastung von EUR 1,2 Mrd. in der Neubewertungsrücklage vor latenten Steuern im Konzernbereich Public Finance gebucht. Spanische Staatsanleihen unterlagen hingegen vor allem im Geschäftsjahr 2012 einer hohen Volatilität und lagen zum Ende des Geschäftsjahres wieder auf dem Niveau des Jahresendes 2011. Erfolgswirksame Wertminderungen sind allerdings auf Anleihen anderer Länder als Griechenland bislang nicht vorgenommen worden, da nach Einschätzung der COMMERZBANK die Voraussetzungen, die bei den griechischen Staatsanleihen eine Wertminderung notwendig machten, nämlich objektive Hinweise auf eine Minderung der aus den Staatsanleihen zu erwartenden Zahlungsströmen, bei Staatsanleihen anderer Länder nicht vorlagen.

Auf Grund dieser negativen Entwicklung von Staatsanleihen hat der COMMERZBANK-Konzern zudem in den Geschäftsjahren 2010 bis 2012 seinen Bestand im Public-Finance-Portfolio in erheblichem Umfang reduziert und dabei Verluste in Höhe von EUR 278 Mio. (Geschäftsjahr 2012), EUR 3.530 Mio. (Geschäftsjahr 2011) beziehungsweise EUR 231 Mio. (Geschäftsjahr 2010) im Ergebnis aus Finanzanlagen in Kauf genommen; in diesen Zahlen sind die Verluste aus der Veräußerung beziehungsweise Abschreibungen griechischer Anleihen aus den Jahren 2011 und 2012 enthalten. Seit Mitte des zweiten Quartals 2012 verfolgt die COMMERZBANK nicht mehr den aktiven Abbau von Staatsanleihen unter Hinnahme von signifikanten Verlusten im Bereich Public Finance, vielmehr werden im Wesentlichen noch Marktchancen sowie Endfälligkeiten zum Abbau genutzt. So wurden im ersten Quartal 2013 keine Verluste aus Verkäufen realisiert.

Zum 31. März 2013 hielt der COMMERZBANK-Konzern im Public-Finance-Portfolio noch Anleihen der Staaten Irland, Italien, Portugal und Spanien in Höhe von insgesamt EUR 19,8 Mrd. (31. Dezember 2012: EUR 20,1 Mrd., 31. Dezember 2011: EUR 20,3 Mrd., 31. Dezember 2010: EUR 23,5 Mrd. – einschließlich Griechenland-Anleihen bis Anfang des Geschäftsjahres 2012. Zum 31. März 2013 bestand für diese Anleihen eine Neubewertungsrücklage vor latenten Steuern von EUR –2,0 Mrd. (31. Dezember 2012: EUR –2,0 Mrd., 31. Dezember 2011: EUR –2,5 Mrd., 31. Dezember 2010: EUR –1,8 Mrd.).

Siehe auch „Risikomanagement“ sowie „Risikofaktoren“, dort insbesondere „—Markt- und unternehmensbezogene Risiken—2. Die globale Finanzmarktkrise sowie die Staatsschuldenkrise, insbesondere im Euroraum, haben die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in der Vergangenheit ganz erheblich belastet, und es ist nicht auszuschließen, dass sich auch in Zukunft erheblich negative Folgen für den Konzern, insbesondere bei einer erneuten Verschärfung der Krise, ergeben können. Eine weitere Verschärfung der Krise innerhalb der Europäischen Währungsunion kann erheblich negative, unter Umständen sogar existenzbedrohende, Folgen für den Konzern haben.“ sowie „—Markt- und unternehmensbezogene Risiken—3. Der Konzern hält Staatsanleihen in erheblichem Umfang. Wertminderungen und niedrigere beizulegende Zeitwerte solcher Staatsanleihen haben die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in der Vergangenheit ganz erheblich belastet, und weitere zukünftige Belastungen sind nicht auszuschließen.“

Einflüsse auf den Zinsüberschuss

Einflüsse auf den Zinsüberschuss des COMMERZBANK-Konzerns:

- Der Zinsüberschuss des COMMERZBANK-Konzerns hängt unter anderem von der Höhe der im Kundengeschäft erzielten Einlage- beziehungsweise Kreditmargen ab (sogenannter Konditionsbeitrag). Die Einlagemarge ist definiert als Unterschied zwischen dem Zinssatz, den der Konzern im Durchschnitt auf die Kundeneinlagen zahlt, und dem Zinssatz, zu dem er Mittel zu vergleichbarer Fristigkeit am Geld- und Kapitalmarkt anlegen könnte. Die Kreditmarge ist definiert als Unterschied zwischen dem Zinssatz, zu dem der Konzern im Durchschnitt Kredite vergibt, und dem Zinssatz, zu dem er Mittel zu vergleichbarer Fristigkeit am Geld- und Kapitalmarkt aufnehmen kann.

Niedrige Marktzinsen führen im Allgemeinen zu einer niedrigeren Einlagemarge (Margenkompression). Da das relevante Marktzinzniveau in den vergangenen Jahren – auch bedingt durch die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise – generell niedrig war (siehe dazu noch nachstehend „—Marktumfeld“) kam es vermehrt zu nachteiligen Auswirkungen auf die Einlagemarge und damit auf den Zinsüberschuss, insbesondere in den Segmenten Privatkunden und Mittelstandsbank. Für die Kreditmarge gilt eine entsprechende Abhängigkeit von Marktzinsen, wenn überhaupt, nur in deutlich schwächerem Maße. Die Kreditmarge wird von einer Reihe weiterer Faktoren weitaus stärker bestimmt, vor allem von der Bonität des Kunden, der Struktur des Kredits (Rückzahlungsmodalitäten etc.), der Art und Güte von Sicherheiten, sowie der Wettbewerbsintensität.

- Der Zinsüberschuss des COMMERZBANK-Konzerns hängt darüber hinaus auch von der Entwicklung des Volumens der zinstragenden Bilanzposten ab. Eine Reduzierung des Bestandsgeschäfts, also der bereits

bilanzierten Positionen, hat nachteilige Auswirkungen auf die absolute Höhe des Zinsüberschusses. Maßgeblichen Einfluss hat hier insbesondere der vom Konzern in einigen Bereichen (vor allem im Segment Non-Core Assets, aber auch in den Segmenten Mittelstandsbank und Corporates & Markets) durchgeführte Abbau nicht-strategischer zinstragender Vermögensgegenstände.

Wesentlichen Einfluss auf das Volumen der zinstragenden Bilanzpositionen hat zudem die Entwicklung der Nachfrage nach den entsprechenden Produkten des Konzerns, insbesondere Krediten. Hier waren in den vergangenen Jahren verschiedene Entwicklungen zu beobachten. So war im Geschäftsjahr 2010 insbesondere in den Segmenten Mittelstandsbank, Central & Eastern Europe und Corporates & Markets eine generelle Zurückhaltung bei der Kreditaufnahme zu beobachten, da die Unternehmen Investitionen weitgehend aus ihrem auf Grund der wirtschaftlichen Erholung angestiegenen Cashflow finanzieren konnten. Im Geschäftsjahr 2011 erhöhte sich die Nachfrage nach strukturierten Finanzierungen insbesondere im Segment Mittelstandsbank; die Nachfrage im traditionellen Kreditbereich blieb aber auch im Geschäftsjahr 2011 im Gesamtmarkt verhalten. Im Geschäftsjahr 2012 vollzog die Nachfrage nach Unternehmenskrediten im Gesamtmarkt eine eher volatile in der Tendenz nach wie vor verhaltene Entwicklung. Zu Beginn des Geschäftsjahres 2013 war hier ein leichter Anstieg der Kreditnachfrage in Deutschland feststellbar, woran das Segment Mittelstandsbank erst gegen Ende des ersten Quartals 2013 teilhaben konnte. Die Länder Mittel- und Osteuropas partizipierten im Geschäftsjahr 2011 von der verbesserten konjunkturellen Entwicklung, welche sich im Segment Central & Eastern Europe in einem profitablen Kreditwachstum vorrangig im Firmenkunden- und Konsumentenkreditgeschäft niederschlug. Erste Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise sind seit dem Geschäftsjahr 2011 auch in dieser Region durch anhaltende Unsicherheiten spürbar. Im Geschäftsjahr 2012 verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum in Polen, was sich negativ auf die Kreditnachfrage auswirkte. Dieser Trend setzte sich auch im ersten Quartal 2013 insbesondere im Geschäft mit Firmenkunden fort. Seit dem Ausbruch der Finanzmarktkrise kann zudem eine zunehmende Disintermediation im Kreditbereich beobachtet werden, das heisst einen Bedeutungsverlust kreditgebender Banken aufgrund der Finanzierung von Unternehmen direkt über den Kapitalmarkt, unter anderem vor dem Hintergrund der Basel III-Anforderungen, die die Kapitalanforderungen des traditionellen Kreditgeschäfts erhöhen. Demgemäß war im Segment Corporates & Markets insbesondere in den Konzernbereichen Corporate Finance und Credit Portfolio Management eine generelle Zurückhaltung bei der Kreditaufnahme zu beobachten. Andererseits kam es – vor allem im Geschäftsjahr 2012 und im ersten Quartal 2013 – bedingt unter anderem durch das niedrige Zinsniveau zu einem deutlichen Volumensanstieg bei Baufinanzierungen im Segment Privatkunden.

- Der Zinsüberschuss des COMMERZBANK-Konzerns wird zudem durch die Höhe der Refinanzierungskosten beeinflusst. Ein Anstieg der Kosten, der nicht an Kunden weitergegeben werden kann, wirkt sich nachteilig auf den Zinsüberschuss aus.
- Der Zinsüberschuss des COMMERZBANK-Konzerns in den Geschäftsjahren 2010 und 2011 wurde auch dadurch beeinflusst, dass gewinnabhängige Eigenmittelinstrumente aufgrund des relevanten Einzelabschlusses der emittierenden Konzerngesellschaften für das jeweilige Geschäftsjahr nicht bedient wurden. Die hierdurch hervorgerufene Minderung des Zinsaufwands (gegenüber einer Vollbedienung bei ausreichendem Bilanzgewinn) betrug im Geschäftsjahr 2010 EUR 345 Mio. und im Geschäftsjahr 2011 EUR 137 Mio. Aufgrund verschiedener Maßnahmen zur Optimierung der Kapitalstruktur (Liability Management) in den Geschäftsjahren 2011 und 2012 wurde der Zinsaufwand aus gewinnabhängigen Eigenmittelinstrumenten zudem nachhaltig gemindert. Für das Geschäftsjahr 2012 wurden nahezu alle verbleibenden Instrumente mit Ausnahme im Wesentlichen der stillen Einlagen der ehemaligen Deutschen Schiffsbank sowie der HT1 Funding GmbH bedient. Die Nichtbedienung der stillen Einlagen der ehemaligen Deutschen Schiffsbank, der HT1 Funding GmbH sowie weiterer Nachrang- bzw. Hybrid-Instrumente führte zu einer Minderung des Zinsaufwands um EUR 56 Mio. in 2012 und EUR 15 Mio. im ersten Quartal 2013. Wegen der rechtlichen Risiken im Zusammenhang mit der Nichtbedienung einiger gewinnabhängiger Eigenmittelinstrumente wird auf den Abschnitt *„Risikofaktoren—Rechtliche Risiken—55. Gegen die COMMERZBANK und ihre Tochtergesellschaften werden im Zusammenhang mit begebenen Genussscheinen und so genannten Trust Preferred Securities Zahlungs- und Wiederauffüllungsansprüche – zum Teil auch gerichtlich – geltend gemacht. Der Ausgang dieser Verfahren kann erhebliche über die jeweils geltend gemachten Ansprüche hinausgehende negative Auswirkungen auf den Konzern haben.“* verwiesen.

Einflüsse auf den Zinsüberschuss einzelner Segmente:

- Der Zinsüberschuss einzelner Segmente wird auch durch die kalkulatorische Zurechnung von Zinserträgen und Zinsaufwendungen innerhalb des COMMERZBANK-Konzerns beeinflusst. Die kalkulatorische Zurechnung wird von der Bank auf Basis intern definierter und möglichst verursachungsgerechter Allokationsregeln vorgenommen. Veränderungen dieser Regeln haben keinen direkten Einfluss auf den Zinsüberschuss des Konzerns, verändern aber innerhalb der Bank dessen Aufteilung auf die Segmente.

- Im Zinsüberschuss einzelner Segmente sind auch die Allokation der Liquiditätskosten enthalten. Hierbei werden nicht-liquide Aktiva der Segmente mit Liquiditätskosten belegt, wohingegen Passiva, die stabile Liquidität darstellen (z.B. stabile Einlagen), eine entsprechende Liquiditätsvergütung erhalten. Für Segmente mit einem Überhang an nicht-liquiden Aktiva resultierte dies in der Vergangenheit in der Regel in einer Belastung im Zinsergebnis (z.B. Non-Core Assets und Corporates & Markets), wohingegen Segmente mit einem Überhang an stabilen Passiva in Summe in der Regel einen Zinsertrag erzielten (z.B. Mittelstandsbank und Privatkunden). Die Methodik zur Allokation der Liquiditätskosten war im Geschäftsjahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr unverändert.
- Der Zinsüberschuss eines einzelnen Segments enthält unter anderem den Anlagenutzen des aktuellen anlagefähigen Eigenkapitals im Konzern. Dieses wird in einem rollierenden Modell, dessen Zinsbindung mit der des Aktivgeschäftes konsistent ist, in die Zinssteuerung integriert und so ein gleichförmiger Zinsüberschuss erzielt. Dieser wird abzüglich der kapitalrelevanten Kosten des sonstigen Kernkapitals (stille Einlagen, Hybride) und des Ergänzungskapitals (Nachranginstrumente) an die Segmente als „Capital Benefit“ ausgeschüttet. Die Ausschüttung erfolgt entsprechend der durchschnittlichen regulatorischen Eigenkapitalbindung der Segmente über das Geschäftsjahr. Ab dem Geschäftsjahr 2013 erfolgt die Verrechnung der Kosten des sonstigen Kapitals und des Ergänzungskapitals auf Basis der ökonomischen Kapitalbindung der Segmente, die Ausschüttung des Anlagenutzens wird wie bisher auf Basis der durchschnittlichen regulatorischen Eigenkapitalbindung vorgenommen.

Marktumfeld:

- Das seit Beginn der Finanzmarktkrise im Jahr 2008 bestehende Misstrauen prägt bis heute den Interbankenhandel. Nennenswerte Liquidität besteht im Geldmarkt nur für Laufzeiten unter einem Jahr. Finanzinstitute legen überschüssige Liquidität zumeist bei der Europäischen Zentralbank (EZB) an. Im Mai 2009 senkte die EZB auf Grund der sich verschärfenden Finanzmarktkrise den Leitzins auf 1,0% und damit auf das bis dahin niedrigste Niveau seit der Einführung des Euros im Jahr 1999. Nach zwischenzeitlich leichten Erhöhungen und erneuter Absenkungen des Leitzinses im Dezember 2011 wurde dieser von der Europäischen Zentralbank im Juli 2012 auf 0,75%, den niedrigsten Stand seit Einführung des Euros gesenkt. Aufgrund der nicht abflauenden Staatsschuldenkrise kündigte die Europäische Zentralbank im Herbst 2012 ihren Entschluss an, bei Bedarf und unter bestimmten Bedingungen europäische Staatsanleihen in unbegrenztem Umfang zu erwerben; dies trug zu einer Beruhigung der Märkte wesentlich bei. Sowohl der Overnight-Referenzzinssatz EONIA als auch der 3-Monatssatz EURIBOR fielen im Laufe des Jahres 2012 und verharrten auf diesen deutlich niedrigeren Niveaus. Nach den Höchstständen im Sommer 2012 fielen die Risikoaufschläge für Italien und Spanien im weiteren Verlauf des Jahres 2012 deutlich.
- Die Europäische Zentralbank hat im Zuge der Verschärfung der Staatsschuldenkrise dem Markt in Form 3-jähriger Longer-Term Refinancing Operations (LTRO) Liquidität in großem Umfang zur Verfügung gestellt (LTRO I am 22. Dezember 2011: insgesamt EUR 489 Mrd.; LTRO II am 1. März 2012: insgesamt EUR 530 Mrd.). Die Konditionen dieser langfristigen Geschäfte sind an den Satz der Hauptrefinanzierungsgeschäfte gekoppelt.
- Aufgrund ihrer konservativen Refinanzierungsstrategie ist die COMMERZBANK grundsätzlich nicht auf die Inanspruchnahme von Liquiditätsfazilitäten der Zentralbanken angewiesen. Gleichwohl nahmen Einheiten des COMMERZBANK-Konzerns an beiden LTRO der EZB teil, insbesondere um den Bedarf an konzerninterner Refinanzierung durch die Zentrale zu reduzieren.
- Aufgrund der stabilisierenden Maßnahmen der Europäischen Zentralbank sowie des laufenden Abbaus der Portfolios im Segment Non-Core Assets (NCA) hat der COMMERZBANK-Konzern die Mittel aus dem ersten LTRO im Januar 2013 und aus dem zweiten LTRO im Februar 2013 und damit jeweils zwei Jahre vor Ablauf der Fälligkeit zurückgezahlt.
- Die COMMERZBANK hat und hatte in den Jahren 2010 bis 2012 sowie im ersten Quartal 2013 generell einen breit differenzierten Zugang zu den Refinanzierungsquellen im Geld-, Interbanken- und Kapitalmarkt; außerdem profitiert sie von einer stabilen Einlagenbasis des Privat- und Firmenkundengeschäfts. Die relativ zinsgünstigen Kundeneinlagen des Privat- und Firmenkundengeschäfts gehören, gemessen an ihrem Volumen, zu den wichtigsten Refinanzierungsmitteln des Konzerns, während der Interbankenmarkt grundsätzlich nur opportunistisch in Anspruch genommen wird. So betrug der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden zum 31. März 2013 42% der gesamten Passiva (31. Dezember 2012: 42%, 31. Dezember 2011 39%, 31. Dezember 2010: 35%).

Maßnahmen der European Banking Authority (EBA)

EBA-Empfehlung und eingereichter EBA-Kapitalplan

Aufgrund von Entscheidungen der EBA ergab sich gegen Ende des Geschäftsjahres 2011 ein zusätzlicher Kapitalbedarf für den COMMERZBANK-Konzern. Die EU-Kommission beschloss zusammen mit den

Finanzministern und Regierungschefs Ende Oktober 2011 ein Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte. Neben der Erweiterung der European Financial Stability Facility (EFSF) und einer Vereinbarung zur Umschuldung von Griechenland wurde dabei auf Vorschlag der EBA auch ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der Kapitalausstattung europäischer Banken entwickelt. Im Anschluss daran hat die EBA im Rahmen der „EBA Recommendation on the Creation and Supervisory Oversight of Temporary Capital Buffers to Restore Market Confidence“ für die COMMERZBANK gemäß den Ergebnissen der EU-weiten Banken-Rekapitalisierungsumfrage vom 8. Dezember 2011 den bis zum 30. Juni 2012 zu deckenden Kapitalbedarf auf EUR 5,3 Mrd. (ausgehend von dem Konzernzwischenabschluss zum 30. September 2011) festgesetzt („**EBA-Empfehlung**“). Der Treiber beim Kapitalbedarf war mit Abstand der Kapitalpuffer für Staatspapiere im europäischen Wirtschaftsraum (Sovereign capital buffer for exposures in European Economic Area) mit EUR 4,9 Mrd.

Bei der Erstellung der EBA-Empfehlung hat die EBA die Core-Tier-I-Quote per 30. September 2011 zunächst pro forma um die Effekte der CRD III (Capital Requirements Directive) ergänzt, das heißt die gesetzlich eigentlich erst zum Jahresende 2011 vorgesehenen Effekte waren in der EBA-Empfehlung sowie dem auf dieser Basis abgeleiteten „**EBA-Kapitalbedarf**“ bereits berücksichtigt. Das im veröffentlichten Konzernzwischenabschluss der Banken zum 30. September 2011 ausgewiesene Core-Tier-I-Kapital wurde bei der Ermittlung des EBA-Kapitalbedarfs um den Kapitalpuffer für Staatspapiere (Sovereign Capital Buffer) reduziert, der im Wesentlichen die Markt-/Buchwertdifferenz aller EWR-Staatsanleihen, die der jeweilige Konzern zum 30. September 2011 im Bestand hatte, abgebildet hat. Die Reduzierung erfolgte unabhängig davon, ob diese Papiere in der Kategorie Available-for-Sale (AfS) oder in der Kategorie Held-to-Maturity (in der COMMERZBANK nicht vorhanden) beziehungsweise als Loans and Receivables (LaR) gehalten wurden. De facto wurde damit eine weitere Umschuldung eines Eurolandes zu den auf den 30. September 2011 eingefrorenen Marktpreisen der Anleihen, das heißt ein Teilausfall europäischer Staatsanleihen simuliert. Zusätzlich wurde die erforderliche Mindestkapitalquote (Core Tier I), die gemäß den Vorgaben von Basel III bis zum 1. Januar 2019 stufenweise auf 7% angehoben wird, zum 30. Juni 2012 auf 9% festgesetzt.

Zur Erfüllung dieser Anforderungen hatte die COMMERZBANK im Juli 2011 erste Maßnahmen initiiert und im November 2011 ein umfassendes Programm aufgesetzt. Die COMMERZBANK hatte in diesem Programm den nationalen Umsetzungsbestimmungen der EBA-Empfehlung Rechnung getragen und daher im Januar 2012 einen Kapitalplan aufgestellt und diesen am 25. Januar 2012 über die nationalen Aufsichtsbehörden bei der EBA eingereicht.

Auf Basis dieser identifizierten beziehungsweise umgesetzten Maßnahmen hatte die COMMERZBANK bis zum 30. Juni 2012 den EBA-Kapitalbedarfs von EUR 5,3 Mrd. nicht nur erreicht, sondern um EUR 2,8 Mrd. übertroffen.

Die Maßnahmen zum RWA-Management und zum Management der Kapitalabzüge haben das Ergebnis bis zum 30. Juni 2012 mit EUR 214 Mio. belastet und werden das Ergebnis nach Einschätzung des Managements über die kommenden Jahre kumuliert voraussichtlich mit weiteren rund EUR 200 Mio. belasten.

Integrations- und Restrukturierungskosten

Seit dem Geschäftsjahr 2009 hat der Konzern erhebliche Beträge für Integrations- und Restrukturierungsmaßnahmen aufgewendet. Gemäß IAS 37.70 werden als Restrukturierungsaufwendungen solche Aufwendungen definiert, für die keine Gegenleistung an den Konzern erbracht wird (wie z.B. Abfindungen bei Reduzierung des Personalbestands). In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung werden Restrukturierungsrückstellungen auf Basis IAS 1.85 gesondert ausgewiesen. Erhält demgegenüber der Konzern für durch die Restrukturierung bedingten Aufwand eine Gegenleistung (wie z.B. im Falle integrationsbedingten IT-Schulungen von Personal), sind diese Aufwendungen als Integrationskosten beziehungsweise laufender Umsetzungsaufwand in dem Verwaltungsaufwand enthalten. Im Einzelnen beruhten diese Aufwendungen auf folgenden Projekten:

- Die COMMERZBANK hatte mit der Übernahme der Dresdner Bank (Projekt ZusammenWachsen) das Ziel, umfangreiche Kosteneinsparungen zu realisieren. Die für die Umsetzung dieses Integrationsprogramms erforderlichen Maßnahmen beinhalten in erster Linie einen Personalabbau von umgerechnet rund 9.000 Vollzeitstellen, die Zusammenführung der IT-Systeme sowie Zusammenführungen, Schließungen und Umbauten von Standorten. Von dem geplanten Mitarbeiterabbau in Höhe von 9.000 Vollzeitkräften wurden zum 31. März 2013 bereits über 8.100 umgesetzt. Mit weiteren rund 460 Mitarbeitern wurde der anstehende Ausstieg bereits vertraglich vereinbart. Das Projekt ZusammenWachsen hatte bis zum 31. März 2013 insgesamt Integrations- und Restrukturierungskosten in Höhe von EUR 2,4 Mrd. (2009: EUR 1.865 Mio., 2010: EUR 410 Mio., 2011: EUR 117 Mio., 2012: EUR 49 Mio., erstes Quartal 2013: EUR 0 Mio.) verursacht. Der Konzern erwartet nicht, dass aufgrund dieses Projekts weitere Integrations- und Restrukturierungskosten anfallen. In den Restrukturierungsaufwendungen enthalten sind beispielsweise Aufwendungen für Personalmaßnahmen

(Abfindungen, Altersteilzeit, Vorruhestand etc.), Umzugs-, Abbau-, Rückbau- sowie Raumverdichtungsaufwendungen, Aufwendungen für die Abschaltung der nicht weiter genutzten IT-Systeme sowie für vorzeitige Vertragsauflösungen. In den Integrationsaufwendungen enthalten sind überwiegend Aufwendungen für die IT-technische Integration der Dresdner Bank in die COMMERZBANK, aber auch die Aufwendungen für die Markenmigration und Personalschulungen. Siehe auch „Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns—Einleitung—Überblick“.

Aus dem Projekt ZusammenWachsen wurde bis zum 31. März 2013 bereits erhebliche Kosteneinsparungen (Synergieeffekte) erzielt, zum größten Teil Personalkostensynergien auf Grund von Reduzierungen des Personalbestands aber auch andere Kosteneinsparungen, beispielsweise in den Bereichen IT, Einkauf sowie Standort- und Flächenoptimierung. Die Synergien finden im Verwaltungsaufwand ihren Niederschlag, wurden aber bislang in den einzelnen Geschäftsjahren durch gegenläufige Effekte (zum Beispiel laufender Umsetzungsaufwand für das Projekt ZusammenWachsen, Anpassungen von Gehältern und höhere Kosten für den Einlagensicherungsfonds) zum Teil ausgeglichen. Verglichen mit dem angesetzten Niveau des Verwaltungsaufwands im Geschäftsjahr 2008 (wobei der Verwaltungsaufwand der COMMERZBANK und der Dresdner Bank addiert wurden) hat der COMMERZBANK-Konzern bis 31. März 2013 bereits Kostensynergien (annualisiert) in Höhe von rund EUR 2,3 Mrd. erzielt, davon entfiel der größte Teil auf Personalkosten. Weitere rund EUR 0,2 Mrd. sind vertraglich fixiert.

- Darüber hinaus hatte die COMMERZBANK im Geschäftsjahr 2009 auf Grund der unbefriedigenden Ertragslage des Konzernbereichs Commercial Real Estate bei der Hypothekenbank Frankfurt AG (vormals Eurohypo AG) das Projekt Fokus zur strategischen Neuausrichtung dieses Konzernbereichs eingeleitet, welches unter anderem die klare Fokussierung auf Zielkunden und -märkte und den damit verbundenen Abbau des Darlehensbestands außerhalb des definierten Zielkunden und -markts beinhaltete. Dies betraf die Auslandsmärkte, die nicht mehr zu den Zielmärkten zählten, aber auch inländisches und ausländisches Nicht-Kerngeschäft („Non-Core“). Die damit verbundenen Restrukturierungsaufwendungen beinhalteten Personalabfindungen und Aufwendungen für Standortreduktionen. Diese rückstellungsfähigen Kosten in Höhe von EUR 73 Mio. wurden im Geschäftsjahr 2009 in dem Posten Restrukturierungsaufwendungen berücksichtigt und als Restrukturierungsrückstellung gebildet. Das Projekt ist in den Geschäftsjahren 2009 bis 2011 umgesetzt worden und wurde zum 31. Dezember 2011 offiziell abgeschlossen.
- Im Geschäftsjahr 2010 hatte die COMMERZBANK im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Commerz Real AG das Projekt Correlation mit dem Ziel initiiert, das Geschäftsmodell weiterzuentwickeln und damit die Voraussetzung für eine Stärkung der Marktposition in einem herausfordernden Umfeld zu schaffen. In diesem Kontext fielen Personalabfindungen (als Folge von Personalabbaumaßnahmen) sowie Mietleerstands aufwendungen an. Die rückstellungsfähigen Projektkosten in Höhe von EUR 33 Mio. wurden im Geschäftsjahr 2010 in dem Posten Restrukturierungsaufwendungen berücksichtigt und als Restrukturierungsrückstellung gebildet. Das Projekt wurde zum 31. Dezember 2011 offiziell abgeschlossen.
- Im Zusammenhang mit der „EU Ersatzaufgabe vom 30. März 2012 für den Verkauf der Eurohypo bis 2014“ (siehe „—SoFFin-Stabilisierungsmaßnahmen“) musste im ersten Quartal 2012 im Hinblick auf die durch diese Auflage erforderlichen Konzentrations- und Abbaumaßnahmen eine Restrukturierungsrückstellung gebildet werden, und zwar für zukünftige Personalabbaumaßnahmen und Sachkosten (im Wesentlichen Kosten für Abmietungen). Demgemäß bildete die Hypothekenbank Frankfurt AG (vormals Eurohypo AG) im ersten Quartal 2012 eine Restrukturierungsrückstellung von EUR 34 Mio. Des Weiteren wurden im ersten Quartal 2012 für dieses Projekt Mittel aus der Auflösung aus dem Projekt Fokus in Höhe von EUR 25 Mio. umgewidmet. Im vierten Quartal 2012 wurden schließlich weitere EUR 7 Mio. gebildet, so dass sich in Summe im Geschäftsjahr 2012 eine Gesamtrestrukturierungsrückstellung in Höhe von EUR 66 Mio. ergibt.
- Darüber hinaus hat die COMMERZBANK im dritten Quartal des Geschäftsjahres 2012 die beschleunigte Fokussierung auf ihr Kerngeschäft beschlossen. Dazu wurde die gewerbliche Immobilienfinanzierung und Schiffsfinanzierung in das Abbausegment Non-Core Assets (NCA) übertragen mit dem Ziel, diese im Wesentlichen ohne Verkäufe und wertschonend über die Zeit vollständig abzubauen. Siehe auch „Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns—Strategie“. Das ursprünglich geplante neue Kernbanksegment Real Estate and Ship Finance (RES) wurde mit diesem Schritt aufgegeben. Im Zusammenhang mit den aufgeführten Übertragungen wurde eine Restrukturierungsrückstellung in Höhe von EUR 2,4 Mio. gebildet, und zwar im Wesentlichen für zukünftige Personalabbaumaßnahmen.

Im Geschäftsjahr 2012 beliefen sich die Restrukturierungsaufwendungen damit insgesamt auf EUR 43 Mio.

- Des Weiteren wird die COMMERZBANK ab dem Geschäftsjahr 2013 im Rahmen der „Strategie 2016 (Strategische Agenda)“ in den kommenden vier Jahren mehr als EUR 2 Mrd. in ihr Geschäftsmodell investieren und Maßnahmen treffen, um ihre Kostenbasis bis 2016 anzupassen. Um dies zu erreichen, muss die COMMERZBANK auf der einen Seite ihre Erträge steigern und auf der anderen Seite weiter Kosten senken. Dafür wurden unter anderem interne Strukturen zur Steuerung der Kostenprogramme implementiert und die Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen in allen Einheiten gestartet. Die Bank geht derzeit im Konzern von einem Stellenabbau in einer Größenordnung von 4.000 bis 6.000 Vollzeitkapazitäten bis zum Jahr 2016 aus. Siehe hierzu (insbesondere auch zum Stand der Verhandlungen mit den zuständigen Gremien zur Reduktion der Personalkosten) *„Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns—Strategie“* und *„Risikofaktoren—Markt- und unternehmensbezogene Risiken—5. Es besteht das Risiko, dass der Konzern seine strategischen Pläne nicht, nicht vollständig oder nur zu höheren Kosten als geplant umsetzen kann oder dass die Umsetzung geplanter Maßnahmen nicht zur Verwirklichung der angestrebten strategischen Ziele führt.“*

In diesem Zusammenhang wurden im ersten Quartal 2013 für die geplanten Personalmaßnahmen Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von EUR 493 Mio. gebucht. Im Wesentlichen werden diese Aufwendungen für das Segment Privatkunden sowie für die Service- und Konzernsteuerungseinheiten anfallen.

SoFFin-Stabilisierungsmaßnahmen

Die COMMERZBANK und der SoFFin schlossen am 19. Dezember 2008 und am 3. Juni 2009 jeweils einen Vertrag über die Errichtung einer stillen Gesellschaft, auf dessen Basis der SoFFin zwei stille Einlagen in Höhe von ursprünglich je EUR 8,2 Mrd. in die COMMERZBANK einbrachte. Die stillen Einlagen sind mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet, die zum einen aus einer auf den jeweiligen Einlagennennbetrag bezogenen Festzinskomponente in Höhe von 9% p.a. und zum anderen aus einer dividendenabhängigen Zusatzvergütung in Höhe von 0,01% p.a. für jede volle EUR 5.906.764 Dividendensumme besteht. Eine Gewinnbeteiligung ist an das Vorliegen eines Bilanzgewinns nach dem HGB-Einzelabschluss der COMMERZBANK Aktiengesellschaft für das jeweilige Geschäftsjahr geknüpft. Da in den Geschäftsjahren 2010 und 2011 kein entsprechender Bilanzgewinn erzielt wurde, war für die Geschäftsjahre 2010 und 2011 keine Gewinnbeteiligung zu zahlen. Die nicht ausbezahlten Gewinnbeteiligungen sind in späteren Perioden gemäß Vertrag nicht nachzuzahlen. Für das Geschäftsjahr 2012 wurde ein Bilanzgewinn nach HGB erzielt, so dass vorgesehen ist im Jahr 2013 Zinsen auf die vom SoFFin gehaltene stille Einlage zum Zinszahlungstermin zu leisten. Darüber hinaus erhielt der SoFFin im Rahmen einer Kapitalerhöhung im Jahr 2009 einen Anteil von 25% plus 1 Aktie an der Gesellschaft und übernahm Garantien gegenüber der COMMERZBANK als Kreditnehmerin. Durch verschiedene Kapitalmaßnahmen in den Jahren 2011 und 2012 (vor allem durch eine zweistufige Kapitalerhöhung im April/Mai 2011) wurden zwischenzeitlich die staatlichen stillen Einlagen, die ursprünglich in Höhe von EUR 16,4 Mrd. bestanden, weitgehend zurückgezahlt beziehungsweise durch den SoFFin in Aktien umgewandelt. Die staatlichen stillen Einlagen bestanden zum 31. März 2013 noch in Höhe von EUR 1,63 Mrd. Die übernommenen Garantien liefen Anfang 2012 aus.

Die COMMERZBANK hat unter anderem im Juni 2011 an den SoFFin eine Ausgleichszahlung in Höhe von EUR 1,03 Mrd. (vor Steuern) geleistet. Diese Zahlung, welche nach IFRS aus den Gewinnrücklagen entnommen wurde, ist eine einmalige Ausgleichszahlung, die für den Verzicht des SoFFin auf einzelne Bestimmungen des zwischen der Gesellschaft und dem SoFFin geschlossenen Rahmenvertrages und für die vorzeitige Rückführung der stillen Einlage im Rahmen der im zweiten Quartal 2011 durchgeführten Kapitalmaßnahme vereinbart wurde. Zu Einzelheiten siehe *„Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns—Wesentliche Verträge—Inanspruchnahme von Stabilisierungsmaßnahmen des SoFFin durch die COMMERZBANK“*.

Aus wettbewerbsrechtlichen Gründen wurde im Jahr 2009 die Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit der stillen Einlage von der Europäischen Kommission verpflichtet sicherzustellen, dass die COMMERZBANK unter anderem folgende Auflagen einhält:

- die Reduzierung der Konzernbilanzsumme auf EUR 900 Mrd. bis zum 31. Dezember 2012 und nach dem Verkauf der Hypothekenbank Frankfurt AG (vormals Eurohypo AG) auf EUR 600 Mrd. (einschließlich gesonderter Vorgaben zum Abbau der Bilanzsumme im Investment Banking), der Filialanzahl im Konzernbereich Privat- und Geschäftskunden jeweils mit Auslaufen der Mietverträge von 1.540 auf 1.200, der risikogewichteten Aktiva des Westeuropa-Geschäfts im Segment Mittelstandsbank bis zum 31. Dezember 2012 um 25%, der Marktpräsenz im Investment Banking, des Portfoliovolumens im damaligen Segment Commercial Real Estate um rund EUR 20 Mrd. auf EUR 60 Mrd. bis zum 31. Dezember 2012 und ausgewählter Länderportfolios im Segment Central & Eastern Europe; am 30. März 2012 wurde festgelegt, dass das Abbauportfolio der Hypothekenbank Frankfurt AG (vormals Eurohypo AG) nicht auf die EUR 600 Mrd. angerechnet wird (siehe unten);

- den Abbau der Bilanzsumme des Konzernbereichs Public Finance um EUR 60 Mrd. auf rund EUR 100 Mrd. bis zum 31. Dezember 2012 (wobei das Neugeschäft auf das für den Deckungsstock erforderliche Maß reduziert wird);
- die Stabilisierung des Geschäftsmodells sowohl durch eine umfassende Rückführung von Risikopositionen (De-Risking) verbunden mit einer Fokussierung auf das jeweilige Kundengeschäft als auch durch Deleveraging (das heißt der Reduzierung des Fremdkapitaleinsatzes im Verhältnis zum Eigenkapital durch Bilanzabbau), insbesondere die Reduzierung des Volumens des Commercial-Real-Estate-Portfolios und der Kapitalbindung im Segment Corporates & Markets (ohne Public Finance) nach damaligem Zuschnitt um jeweils ein Fünftel gegenüber den aggregierten Werten des Dresdner-Bank-Konzerns und des COMMERZBANK-Konzerns zum 30. Juni 2008 innerhalb von fünf Jahren;
- den Verkauf der Kleinwort Benson Channel Islands Holdings Ltd., der Kleinwort Benson Private Bank Ltd., der Dresdner Van Moer Courtens S.A., der Dresdner VPV NV, der Privatinvest Bank AG, der Reuschel & Co. Kommanditgesellschaft und der Allianz Dresdner Bauspar AG bis spätestens zum 31. Dezember 2011; diese Veräußerungen wurden fristgerecht durchgeführt.
- den Verkauf der Hypothekenbank Frankfurt AG (vormals Eurohypo AG) bis zum Jahr 2014; diese Auflage wurde am 30. März 2012 durch folgende Ersatzaufgaben ersetzt:
 - Verlängerung des ursprünglich bis April 2012 geltenden grundsätzlichen Verbots, Finanzunternehmen oder andere mit der COMMERZBANK in potenziellem Wettbewerb stehende Unternehmen zu erwerben, bis zum 31. März 2014, und Ausweitung dieses Verbots auf alle Unternehmen;
 - Reduzierung des Commercial-Real-Estate(CRE)-Portfolios auf genau definierte Kunden und Produkte in den Zielmärkten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Polen und Abwicklung des übrigen CRE-Portfolios;
 - Einhaltung der vereinbarten Reduzierung der Bilanzsumme des Konzerns auf rund EUR 600 Mrd. bis Ende 2014, wobei die in der gegründeten Abbaueinheit Non-Core Assets (NCA) (zur Gründung der Non-Core Assets beziehungsweise zur Aufspaltung des Segments Asset Based Finance siehe auch „Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns—Strategie“) enthaltenen Portfolios (CRE-Nicht-Kernportfolio, Public Finance) in die Berechnung der Bilanzsumme nicht einfließen;
 - Anpassung des konzernweiten CRE-Portfolios in den Zielmärkten Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Polen auf insgesamt EUR 25 Mrd. bis Ende 2013 und Beschränkung dieses CRE-Portfolios auf dieses Portfoliovolumen bis Ende 2015 (inkl. Netto-Neugeschäft);
 - Beschränkung des konzernweiten Netto-Neugeschäftsvolumens im Bereich CRE auf maximal EUR 5 Mrd. jährlich bis Ende 2015;
 - Fortführung der beschleunigten Abbaustrategie im Public-Finance-Portfolio; und
 - Aufgabe der Marke Eurohypo (Umfirmierung zum 31. August 2012 in Hypothekenbank Frankfurt AG erfolgt).

Die übrigen geschäftsbezogenen Auflagen, die von diesen Ersatzaufgaben nicht betroffen sind, laufen fort.

Für eine detaillierte Beschreibung der seitens des SoFFin ergriffenen Stabilisierungsmaßnahmen sowie weiterer Auflagen (insbesondere auch zur Zahlung von Dividenden beziehungsweise Kupons auf Eigenmittelinstrumente), siehe „Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns—Wesentliche Verträge—Inanspruchnahme von Stabilisierungsmaßnahmen des SoFFin durch die COMMERZBANK“.

Die COMMERZBANK und die AZ-Arges schlossen am 4. Juni 2009 einen Vertrag über die Errichtung einer stillen Gesellschaft, auf dessen Basis die AZ-Arges im Rahmen der oben beschriebenen SoFFin-Stabilisierungsmaßnahmen eine stille Einlage in Höhe von EUR 750 Mio. in die COMMERZBANK einbrachte. In dem Vertrag wurde unter anderem eine grundsätzliche Gleichbehandlung der Allianz gegenüber dem SoFFin in Bezug auf dessen stille Einlagen (insbesondere in Bezug auf laufende Zahlungen aus der Gewinnbeteiligung und etwaigen Rückführungen der stillen Einlage) vereinbart. Die stille Einlage ist mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet, die zum einen aus einer auf den Einlagennennbetrag bezogenen Festverzinsung in Höhe von 9% p.a. und zum anderen aus einer dividendenabhängigen Zusatzvergütung in Höhe von 0,01% p.a. für jede volle EUR 5.906.764 Dividendensumme besteht. Da auch die Bedienung dieser Gewinnbeteiligung (wie die Gewinnbeteiligungen der von dem SoFFin gewährten stillen Beteiligungen) unter anderem an das Erzielen eines Bilanzgewinns nach HGB geknüpft ist, war für die Geschäftsjahre 2010 und 2011 auch auf diese stille Einlage keine Gewinnbeteiligung zu zahlen. Die Gewinnbeteiligung ist nicht nachzahlbar. Da für das Geschäftsjahr 2012 ein Bilanzgewinn nach HGB erzielt wurde, ist vorgesehen im Jahr 2013 Zinsen auf die von der Allianz gehaltene stille Einlage zum Zinszahlungstermin zu leisten. Siehe auch „Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns—Wesentliche Verträge—Verträge mit der Allianz“.

Auswirkungen der Kapitalmaßnahmen in den Geschäftsjahren 2011 und 2012 auf die Gewinn- und Verlust-Rechnung

Die COMMERZBANK hat im Januar 2011 ihr Grundkapital um 10% minus 1 Aktie aus Genehmigtem Kapital unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre gegen Sacheinlage erhöht. Die neuen Aktien wurden vollständig gegen Einbringung von hybriden Eigenkapitalinstrumenten (Trust Preferred Securities) gezeichnet, die von Gesellschaften des COMMERZBANK-Konzerns begeben wurden. Der Nominalbetrag des zurückgegebenen Hybridkapitals belief sich auf EUR 0,9 Mrd. und wirkte sich einmalig mit einem Ertrag von EUR 329 Mio. auf das Ergebnis vor Steuern im Konzern aus. Der SoFFin hat in der Folge einen Teil seiner stillen Einlagen in Aktien gewandelt, um seine Beteiligungsquote an der COMMERZBANK aufrechtzuerhalten.

Die am 6. Mai 2011 von der Hauptversammlung der COMMERZBANK Aktiengesellschaft genehmigten Kapitalmaßnahmen wurden wie folgt durchgeführt:

- Vom 6. bis 13. April 2011 wurden im Wege eines Bookbuilding-Verfahrens bedingte Pflichtumtauschanleihen (CoMEN) platziert. Alle angebotenen CoMEN wurden mit einem Erwerbspreis von je EUR 4,25 im Gesamtvolumen von EUR 4,3 Mrd. erfolgreich platziert und am 12. Mai 2011 automatisch in COMMERZBANK-Aktien umgetauscht. Der SoFFin hat in der Folge zur Aufrechterhaltung seiner Beteiligungsquote an der COMMERZBANK stille Einlagen mit einem Volumen von EUR 1,4 Mrd. in Aktien gewandelt.
- Im Juni 2011 wurde eine Kapitalerhöhung mit Bezugsrecht durchgeführt und Aktien aus Genehmigtem Kapital zu einem Kurs von je EUR 2,18 ausgegeben, wobei die aus dem vorstehenden ersten Schritt durch den Umtausch entstandenen Aktien bezugsberechtigt waren. Das Gesamtvolumen dieser Kapitalerhöhung betrug EUR 4,0 Mrd. Zur Aufrechterhaltung seiner Beteiligungsquote an der COMMERZBANK wandelte der SoFFin einen weiteren Teil der stillen Einlagen von EUR 1,3 Mrd. in Aktien.

Die mit dem SoFFin vereinbarte Ausgleichszahlung für die mit diesen Maßnahmen verbundene vorzeitige Rückführung der stillen Einlagen von EUR 1,03 Mrd. wurde erfolgsneutral nach Abzug der sich daraus ergebenden Steuereffekte von EUR 157 Mio. als Entnahme aus den Gewinnrücklagen ausgewiesen. Ergebnisauswirkungen ergaben sich nicht.

Im Dezember 2011 hat die COMMERZBANK schliesslich Trust Preferred Securities (TruPS) im Nominalvolumen von EUR 1,3 Mrd. zurückgekauft. Hieraus resultierte im Sonstigen Ergebnis im Konzern ein Ertrag in Höhe von EUR 735 Mio.

Im Januar 2012 hat die COMMERZBANK ein Maßnahmenpaket zur Erfüllung der erhöhten Eigenkapitalanforderungen der European Banking Authority (EBA) zum 30. Juni 2012 beschlossen, das unter anderem die Erfüllung der individuellen variablen Vergütungsansprüche außertariflicher Mitarbeiter für das Jahr 2011 durch Begebung von COMMERZBANK-Aktien vorsah. Im Juni 2012 erfolgte die Vergütung durch die Ausgabe von Aktien aus Genehmigtem Kapital. Der SoFFin hat in der Folge einen Teil seiner stillen Einlagen in Aktien gewandelt, um seine Beteiligungsquote an der COMMERZBANK aufrechtzuerhalten. Damit wurden stille Einlagen im Nominalbetrag von EUR 80 Mio. in Aktien aus dem Bedingten Kapital gewandelt. Aus dieser Kapitalmaßnahme resultierte keine Ergebnisauswirkung.

Im März 2012 hat die COMMERZBANK ihr Grundkapital durch Ausgabe von Aktien aus Genehmigtem Kapital gegen Sacheinlagen unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre um 7% erhöht. Die neuen Aktien wurden vollständig gegen Einbringung von hybriden, nachrangigen und anderen Finanzinstrumenten gezeichnet, die von der COMMERZBANK Aktiengesellschaft und von Gesellschaften des COMMERZBANK-Konzerns begeben wurden. Der Nominalbetrag der eingebrachten Finanzinstrumente belief sich auf EUR 1,0 Mrd. und wirkte sich einmalig mit einem Ertrag von EUR 84 Mio. auf das Ergebnis nach Steuern im Konzern aus. Der SoFFin hat in der Folge einen Teil seiner stillen Einlagen in Aktien gewandelt, um seine Beteiligungsquote an der COMMERZBANK aufrechtzuerhalten.

Auswirkungen der eigenen kreditrisikobedingten Änderung der beizulegenden Zeitwerte (Own Credit Spread)

Im COMMERZBANK-Konzern wird die Fair Value Option im Wesentlichen zur Vermeidung oder signifikanten Verringerung von Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen (Accounting Mismatch) aus Wertpapieren und Krediten, die mit Zins-/Kreditderivaten gesichert sind beziehungsweise für Finanzinstrumente mit eingebetteten Derivaten, angewendet. Das gilt gleichermaßen bei begebenen strukturierten Schuldverschreibungen, die mit Zins- und Fremdwährungsderivaten gesichert sind. Für Verbindlichkeiten, auf die die Fair Value Option angewendet wurde, ist unter anderem das eigene Kreditrisiko (Own Credit Spread („OCS“)) zu bewerten. Diese Bewertung muss gemäß IAS 39 in der Gewinn- und Verlust-Rechnung im Handelsergebnis abgebildet werden, jedoch steht diesem eigenen Kreditrisiko keine aktivische Bewertung gegenüber. Diese Bewertung ist in den aktuellen Krisenzeiten sehr volatil und hatte im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 einen positiven

Effekt in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung aus beizulegenden Zeitwerten von EUR 25 Mio. (gegenüber einem negativen Effekt von EUR 332 Mio. im Geschäftsjahr 2012, einem positiven Effekt von EUR 293 Mio. im Geschäftsjahr 2011 und einem negativen Effekt in Höhe von EUR 89 Mio. im Geschäftsjahr 2010). Der Rückzahlungsbetrag für die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten betrug zum 31. Dezember 2012 EUR 5.593 Mio. (31. Dezember 2011: EUR 4.501 Mio. und 31. Dezember 2010: EUR 8.625 Mio.). Darüber hinaus wird die Fair Value Option für Finanzinstrumente genutzt, deren Management und Performancemessung auf Fair-Value-Basis erfolgt. Zu weiteren Informationen siehe „Finanzteil—Konzernabschluss der COMMERZBANK Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2012—Anhang (Notes)—Note 83 (Angaben zu finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten, für die die Fair Value Option angewendet wurde)“.

Auswirkungen der Aktivierung / Passivierung von latenten Steuern

Latente Steuern sind zukünftige Steuerbelastungen oder Steuerentlastungen, die aus temporären Differenzen beziehungsweise aus zukünftigen Steuerentlastungen aus noch nicht genutzten steuerlichen Verlusten/Steuerüberschüssen resultieren. Diese temporären Differenzen ergeben sich aus unterschiedlichen Wertansätzen von Vermögenswerten und Schulden zwischen der Handels- oder IFRS-Bilanz und der Steuerbilanz (Liability-Methode), die sich in späteren Wirtschaftsjahren ausgleichen und aus denen tatsächliche Steuerwirkungen resultieren. Abzugsfähige temporäre Differenzen sowie noch nicht genutzte steuerliche Verluste beziehungsweise Steuerüberschüsse führen zu latenten Steueransprüchen; hingegen führen steuerpflichtige temporäre Differenzen zu latenten Steuerschulden. Latente Steueransprüche/Steuerschulden sind getrennt von den tatsächlichen Steueransprüchen/Steuerschulden auszuweisen. In wirtschaftlich unsicheren Zeiten kann es bei latenten Steuern auf Verlustvorträge zu erheblichen Wertberichtigungen oder Nachaktivierungen kommen, da die Aktivierung der latenten Steueransprüche die steuerlichen Planungsrechnungen der Bank der nächsten fünf Jahre widerspiegelt. So kam es im Abschluss 2012 im Steueraufwand zu einer Wertberichtigung von EUR 673 Mio. auf zuvor gebildete latente Steuern, was im Wesentlichen auf die zukünftigen reduzierten Ertragsziele zurückzuführen war. In den Jahren 2011 und 2010 konnte die COMMERZBANK Zuschreibungen in Höhe von EUR 500 Mio. beziehungsweise EUR 244 Mio. vornehmen. Aufgrund der zur Zeit unveränderten Planungsrechnung ergaben sich für das erste Quartal 2013 keine wesentliche Effekte.

Wichtige Beteiligungsveräußerungen

Im Vergleichszeitraum hat die COMMERZBANK folgende Veräußerungen von wesentlichen Beteiligungen vorgenommen:

<u>Veräußerte Tochtergesellschaft¹⁾</u>	<u>Sitz</u>	<u>Verkaufte Anteilsquote (in %)</u>	<u>Segment/Bereich</u>	<u>Datum des Anteilsübergangs</u>
2010				
Privatinvest Bank AG	Salzburg	74	Privatkunden	Februar 2010
Dresdner VPV N.V.	Gouda	100	Privatkunden	Februar 2010
Dresdner Van Moer Courtens S.A.	Luxemburg	100	Privatkunden	März 2010
Kleinwort Benson Private Bank Limited	London	100	Privatkunden	Juli 2010
Kleinwort Bension Channel Islands Holding Limited	St. Peter Port	100	Privatkunden	Juli 2010
Allianz Dresdner Bauspar AG	Bad Vilbel	100	Privatkunden	Juli 2010
Dresdner Bank Monaco S.A.M.	Monaco	100	Privatkunden	September 2010
montrada GmbH	Bad Vilbel	100	Group Services	Oktober 2010
Commerzbank International Trust (Singapore) Ltd	Singapur	100	Sonstige und Konsolidierung	November 2010
2011				
Intermarket Bank AG	Wien	56,2	Central & Eastern Europe	Juli 2011
Dresdner Bank Brasil S.A. Banco Multiplo	Sao Paulo	100	Sonstige und Konsolidierung	September 2011
2012				
Open Joint Stock Company Promsvyazbank	Moskau	14,4	Central & Eastern Europe	Juni 2012
PUBLIC JOINT STOCK COMPANY „BANK FORUM“	Kiew	96,1	Central & Eastern Europe	Oktober 2012
Bank Forum SPE's (8 Gesellschaften)	Kiew	100	Central & Eastern Europe	Oktober 2012

¹⁾ Nicht erfasst sind Veräußerungen von Minderheitsbeteiligungen an Industrieunternehmen und Unternehmen des Finanzsektors, wie zum Beispiel Société Foncière Lyonnaise, MAN SE, Conergy AG, Mediobanca sowie Dedalus GmbH & Co. KGaA (EADS) und weitere Veräußerungen, insbesondere zwei maßgebliche Veräußerungen von Minderheitsbeteiligungen im Geschäftsjahr 2012.

Diese Transaktionen wirkten sich auf die Ertragslage des Konzerns in Form von ergebniswirksamen Veräußerungsgewinnen beziehungsweise -verlusten aus. Außerdem hatten die Veräußerungen Auswirkungen auf die Erträge und Aufwendungen im jeweiligen Segment, dem die veräußerte Gesellschaft angehörte; zum Teil erfolgte auch eine Zuordnung von Aufwendungen und Erträgen zu mehr als einem Segment, wenn die entsprechende Gesellschaft buchhalterisch zu mehreren Segmenten gehörte. Im vierten Quartal des Geschäftsjahres 2012 wurde der Verkauf der Bank Forum an die ukrainische Smart Group abgeschlossen. Im Zusammenhang mit der Veräußerung der Bank Forum fiel für das Geschäftsjahr 2012 ein negatives Ergebnis aus dem Verkauf von Veräußerungsgruppen in Höhe von EUR 268 Mio. an, davon entfiel ein Betrag von EUR 206 Mio. auf die Währungsrücklage, der das Eigenkapital der COMMERZBANK nicht zusätzlich belastet hat. Für Einzelheiten, siehe „—Darstellung der Ertragslage des COMMERZBANK-Konzerns für die Geschäftsjahre 2010, 2011 und 2012 und für das am 31. März 2012 beziehungsweise am 31. März 2013 endende erste Quartal—Vergleich der Geschäftsjahre 2011 und 2012“ und „—Darstellung der Ertragslage des COMMERZBANK-Konzerns für die Geschäftsjahre 2010, 2011 und 2012 und für das am 31. März 2012 beziehungsweise am 31. März 2013 endende erste Quartal—Vergleich der Geschäftsjahre 2010 und 2011“. Im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 erfolgten keine Veräußerungen von wesentlichen Beteiligungen.

Auswirkungen von Währungsschwankungen

Der COMMERZBANK-Konzern erwirtschaftet einen nicht unwesentlichen Teil seiner Erträge außerhalb der Eurozone, unter anderem in den mittel- und osteuropäischen Ländern, in denen der Konzern tätig ist, sowie in Großbritannien, wo auch ein nicht unbedeutender Teil seiner Aufwendungen entsteht. Darüber hinaus tätigt der Konzern Transaktionen, die auf US-Dollar lauten. Die Posten in der Bilanz und Gewinn-und-Verlust-Rechnung von Konzerngesellschaften, die ihre Jahresabschlüsse in einer anderen Währung als dem Euro

erstellen, sowie die Aktiva, Passiva, Erträge und Aufwendungen der COMMERZBANK und der anderen Gesellschaften des COMMERZBANK-Konzerns in der Eurozone, die auf eine andere Währung als Euro lauten, müssen am Ende jedes Bilanzstichtags in Euro umgerechnet werden. Dabei werden monetäre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten und schwebende Fremdwährungskassageschäfte zum Kassakurs und Devisentermingeschäfte zum Terminkurs des Bilanzstichtags umgerechnet. Aufwendungen und Erträge werden grundsätzlich zu Periodendurchschnittskursen umgerechnet. Zu weiteren Einzelheiten siehe „Finanzteil—Konzernabschluss der COMMERZBANK Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2012—Anhang (Notes)“. Insoweit der COMMERZBANK-Konzern Geschäfte im In- oder Ausland in Fremdwährungen tätigt, haben Schwankungen dieser Währungen gegenüber dem Euro Auswirkungen auf das Ergebnis des COMMERZBANK-Konzerns.

In dem Umfang, in dem die Nettoergebnisbeiträge (nach Steuern) in handelbaren Fremdwährungen verlässlich prognostizierbar und ihrer Höhe nach materiell sind, wurden diese bis einschließlich des Geschäftsjahres 2011 jeweils zu Jahresbeginn abgesichert. Die Kurssicherungsgeschäfte wurden im Jahresverlauf überwacht und gegebenenfalls an veränderte Ergebniserwartungen angepasst. Für das Geschäftsjahr 2012 wurde von der COMMERZBANK entschieden, die Absicherung zunächst nicht durchzuführen. Ab dem Geschäftsjahr 2013 werden, um diese Auswirkungen möglichst gering zu halten, die aufgelaufenen Beiträge in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung in Fremdwährung, sofern materiell, monatlich im Devisenmarkt gegen Euro getauscht und damit das Risiko regelmäßig eliminiert.

Umklassifizierungen gemäß IAS 39

In seiner Mitteilung vom 13. Oktober 2008 hat das International Accounting Standards Board („IASB“) eine ergänzende Regelung zur Umkategorisierung von Finanzinstrumenten verabschiedet. Danach hat der COMMERZBANK-Konzern in vier Schritten im dritten und vierten Quartal 2008 sowie im ersten und zweiten Quartal 2009 Wertpapiere des Public-Finance-Bestands mit einem Buchwert von insgesamt EUR 81 Mrd., die keinen aktiven Markt mehr aufwiesen, aus der IAS-39-Kategorie Available-for-Sale (AfS) in die IAS-39-Kategorie Loans and Receivables (LaR) umkategorisiert, mit der Folge, dass die diesen Wertpapieren zugeordnete Neubewertungsrücklage von EUR –1,3 Mrd. über die Restlaufzeit der Wertpapiere aufgelöst wird. Dies geht einher mit einer gleich hohen Zuschreibung zu den Wertpapieren; eine Belastung der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ist also grundsätzlich nicht gegeben. Die Fair Values zu den Umkategorisierungszeitpunkten wurden als neuer Buchwert der Wertpapierbestände angesetzt. Durch die mit der Umkategorisierung in die Kategorie Loans and Receivables einhergehende Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten bleibt die Neubewertungsrücklage durch die Folgebewertung dieser Bestände unbeeinflusst. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Wertpapiere öffentlicher Schuldner (unter anderem europäische und US-amerikanische Gebietskörperschaften, öffentlich garantierte Asset-backed Securities) sowie von Financial Institutions. Für den umkategorisierten Bestand besteht die Absicht und die Fähigkeit, die Wertpapiere für die vorhersehbare Zukunft beziehungsweise bis zur Fälligkeit zu halten, woraus sich aus Sicht des Managements der COMMERZBANK Wertaufholungspotenzial durch die Rückzahlung der Wertpapiere zum Nominalwert ergeben könnte. Bislang sind umkategorisierte Wertpapiere nur in geringem Umfang mit Verlust veräußert worden. Der Handelsbestand (Investment-Banking-Geschäft) blieb von dieser Maßnahme unberührt. Durch die Bildung einer General Loan Loss Provision (GLLP) auf den umkategorisierten Bestand ergaben sich negative ergebniswirksame Effekte von EUR 1 Mio. im Geschäftsjahr 2010, EUR 40 Mio. im Geschäftsjahr 2011, EUR 58 Mio. im Geschäftsjahr 2012 und ein positiver ergebniswirksamer Effekt von EUR 2 Mio. im ersten Quartal 2013; kumuliert belief sich der GLLP-Bestand auf EUR 147 Mio. zum 31. März 2013, weitere negative Auswirkungen aus der Umkategorisierung auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung ergaben sich nicht.

Übersicht der Umkategorisierungen:

Umkategorisierungszeitpunkt	Nominalvolumen ¹⁾ (geprüft)	Fair Value ²⁾ (geprüft)	Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern ²⁾ (geprüft)
	(in Mrd. EUR)		
30. September 2008	44,8	44,1	(0,7)
30. November 2008	32,7	33,6	(0,4)
30. Januar 2009	2,6	2,5	(0,2)
30. Mai 2009	0,8	0,9	—

¹⁾ Zum Umkategorisierungszeitpunkt.

²⁾ Zum Umkategorisierungszeitpunkt (einschließlich mark-to-market-Wertberichtigungen bis zu diesem Zeitpunkt).

Hinsichtlich der Anhangsangaben zur Fair Value Bestimmung wird auf den Abschnitt „—Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze“ verwiesen.

Zum 31. März 2013 belief sich der Fair Value der umkategorisierten Bestände auf insgesamt EUR 44,4 Mrd., die diesbezügliche Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern betrug EUR –0,7 Mrd.

Ohne die durchgeführten Umkategorisierungen hätte die Neubewertungsrücklage des Konzerns nach latenten Steuern zum 31. März 2013 EUR –3,6 Mrd. betragen (im Vergleich zu EUR –4,2 Mrd. zum 31. Dezember 2012).

Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im Geschäftsjahr 2011

- Gemäß IAS 32.33 sind eigene Anteile (COMMERZBANK-Aktien) im Bestand ohne Ergebnisauswirkung vom Eigenkapital zu kürzen. Bis zum 30. September 2011 wurden Effekte aus Käufen und Verkäufen von eigenen Aktien daher in Höhe des rechnerischen Wertes mit dem Gezeichneten Kapital und in Höhe des Differenzbetrages zum Kurswert der Aktie mit der Kapitalrücklage verrechnet. Zur Ermöglichung einer differenzierten Darstellung der Eigenkapitaleffekte aus dem Erwerb und der Wiederveräußerung eigener Anteile, die sich insbesondere aus dem Handelsgeschäft ergeben, wurde im Geschäftsjahr 2011 die Bilanzierungsmethode für eigene Anteile angepasst. Beim Erwerb eigener Anteile wird der rechnerische Wert vom Gezeichneten Kapital abgesetzt und der Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem rechnerischen Wert wird mit den Gewinnrücklagen verrechnet. Eine Wiederveräußerung eigener Anteile ist faktisch eine Kapitalerhöhung und die Abbildung erfolgt spiegelbildlich zum Erwerb eigener Anteile. Wird bei der Wiederveräußerung eigener Anteile ein Erlös erzielt, der über den ursprünglichen Anschaffungskosten dieser Anteile liegt, wird der Unterschiedsbetrag in der Kapitalrücklage ausgewiesen.
- Zur weiteren Erhöhung der Transparenz werden seit dem 31. Dezember 2011 die Provisionen aus dem Vermittlungsgeschäft, die bislang in den übrigen Provisionserträgen und -aufwendungen enthalten waren, separat ausgewiesen. Die Vergleichszahlen des Vorjahres wurden entsprechend angepasst.
- Zudem wurde eine Ausweisänderung in der Note zum Handelsergebnis zur Erhöhung der Darstellungsklarheit vorgenommen. Das Handelsergebnis wird seit dem 31. Dezember 2011 nunmehr in Ergebnis aus dem Handel, Zinsergebnis und Ergebnis aus der Anwendung der Fair Value Option unterschieden. Zu weiteren Änderungen beim Handelsergebnis siehe noch nachfolgend "*Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013*".

Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im Geschäftsjahr 2012

Siehe hierzu „*Finanzteil—Konzernabschluss der COMMERZBANK Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2012—Anhang (Notes)—Note 2 (Anpassung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden)*“.

Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013

Seit dem 1. Januar 2013 wurden die neuen prospektiv anzuwendenden Standards IFRS 10, 11, und 12 erstmalig freiwillig, der neue prospektiv anzuwendende Standard IFRS 13 und die Änderungen der bestehenden Standards IAS 1, 19, 27 und 28 sowie IFRS 7 verpflichtend angewendet.

- Der neue Standard IFRS 10 (Konzernabschlüsse) enthält Vorschriften für die Konsolidierung von Unternehmen und löst den bisherigen Standard IAS 27 und die Interpretation SIC 12 ab. Die wesentlichste Änderung resultiert aus der neuen Definition des Mutter-Tochter-Verhältnisses. Nach IFRS 10 beherrscht ein Unternehmen ein anderes Unternehmen, wenn es
 - die Entscheidungsmacht besitzt, die Aktivitäten des anderen Unternehmens zu steuern,
 - ein Anrecht auf oder die Verfügungsgewalt über die variablen Rückflüsse hat, und
 - die Fähigkeit hat, seine Entscheidungsmacht zu nutzen, um die Höhe der variablen Rückflüsse zu beeinflussen.

Dieser Grundsatz ist ebenfalls auf Zweckgesellschaften anzuwenden. Aus der erstmaligen Anwendung dieses Standards resultierten 10 Erst- und 9 Entkonsolidierungen, die insgesamt zu einem Anstieg der Bilanzsumme um EUR 0,2 Mrd. führten. Der Effekt auf die Gewinnrücklagen betrug EUR –69 Mio. Im Hinblick auf die prospektive Anwendung des Standards war eine Anpassung der Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2012 nicht erforderlich.

- Der neue Standard IFRS 11 (Bilanzierung von Joint Arrangements) regelt die Bilanzierung von Gemeinschaftsunternehmen oder gemeinschaftlichen Tätigkeiten, wenn mindestens zwei Unternehmen die gemeinschaftliche Führung ausüben. Der bisherige Standard IAS 31 und die Interpretation SIC 13 werden somit ersetzt. Aufgrund der durch IFRS 11 geänderten Definitionen gibt es nunmehr zwei Arten gemeinschaftlicher Vereinbarungen:
 - Gemeinschaftsunternehmen und
 - gemeinschaftliche Tätigkeiten.

Die wesentlichste Änderung resultiert aus dem Wegfall der Quotenkonsolidierung. Partnerunternehmen eines Gemeinschaftsunternehmens haben verpflichtend die At-Equity-Bewertung anzuwenden. Unternehmen, die an gemeinschaftlichen Tätigkeiten beteiligt sind, unterliegen Regelungen, die mit den bisher geltenden Bilanzierungsvorschriften für gemeinschaftliche Vermögenswerte oder gemeinschaftliche Tätigkeiten vergleichbar sind (anteilige Einbeziehung der Vermögenswerte, Schulden, Aufwendungen und Erträge). Aus der erstmaligen Anwendung des Standards ergab sich kein Anpassungsbedarf für den Kreis der at-Equity-bewerteten Unternehmen.

- Der neue Standard IFRS 12 (Angaben zu Beteiligungen an anderen Unternehmen) umfasst die Offenlegungspflichten für IFRS 10 und IFRS 11, die vollumfänglich erst zum 31. Dezember 2013 anzuwenden sind.
- Durch den neuen, prospektiv anzuwendenden Standard IFRS 13 wurden die Regelungen zur Bemessung der beizulegenden Zeitwerte vereinheitlicht, die bislang in verschiedenen Standards zu finden waren. Zudem wurden die entsprechenden Anhangangaben harmonisiert und erweitert. Der beizulegende Zeitwert ist nunmehr definiert als Veräußerungspreis; dabei handelt es sich um den Preis für ein Finanzinstrument, den Marktteilnehmer im Rahmen einer gewöhnlichen Geschäftsabwicklung beim Verkauf erhalten beziehungsweise bei der Übertragung einer Schuld zahlen würden. Für die Bewertung ist wie bisher auch die dreistufige Fair-Value-Hierarchie nach IFRS 7 anzuwenden. Für die Bewertung von Schulden sind zudem die Berücksichtigung des Ausfallrisikos sowie die Anwendung eines abgestuften Bewertungsverfahrens verpflichtend vorgeschrieben. Wenn die Bewertung einer Schuld anhand von notierten Marktpreisen nicht möglich ist, kann für die Bewertung stattdessen auf ein identisches Instrument, welches von einem Dritten als Vermögenswert gehalten wird, zurückgegriffen werden. Sollte auch dies nicht möglich sein, ist eine geeignete Bewertungsmethode zu verwenden. Daneben wird unter bestimmten Voraussetzungen eine Gruppenbewertung für finanzielle Vermögenswerte und Schulden ermöglicht, die hinsichtlich des Markt- und Kreditrisikos auf Nettobasis gesteuert werden. Aus der erstmaligen Anwendung des Standards ergaben sich im Vergleich zu den bisherigen Regelungen (siehe auch „*Finanzteil—Konzernabschluss der COMMERZBANK Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2012—Anhang (Notes)—Note 81 (Marktwert (Fair Value) von Finanzinstrumenten)*“ keine nennenswerten Effekte auf die Gesamtergebnisrechnung und die Bilanz.
- Die Anwendung des geänderten IAS 19 (Leistungen an Arbeitnehmer) führt insbesondere zur geänderten Behandlung von versicherungsmathematischen Gewinnen oder Verlusten. Wie bisher auch sind Pensionsverpflichtungen auf der Basis verschiedener Parameter (unter anderem Pensionierungsalter, Lebenserwartung, Fluktuation) zu bewerten. Der Unterschied aufgrund der Neubewertung der Verpflichtung zum Bilanzstichtag im Vergleich zu dem am Jahresanfang prognostizierten Wert wird als versicherungsmathematischer Gewinn oder Verlust bezeichnet. Die bisher im COMMERZBANK-Konzern genutzte Option der Korridormethode für die Bilanzierung der versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste entfällt. Stattdessen sind diese sofort im Eigenkapital in den Gewinnrücklagen zu erfassen. Daneben ist ein nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand aufgrund von rückwirkenden Planänderungen sofort und vollständig erfolgswirksam zu erfassen. Bislang konnte dieser bis zum Eintritt der Unverfallbarkeit der Ansprüche linear verteilt werden. Zudem werden Altersteilzeitaufstockungszahlungen linear bis zum Ende der Aktivphase angesammelt statt wie bisher zum Zusagezeitpunkt in voller Höhe erfasst. Die Saldierung von Pensionsverpflichtungen und Planvermögen führt unter Berücksichtigung der Erfassung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste zur Bilanzierung der tatsächlichen Nettopensionsverpflichtung. Zudem sind nach dem geänderten IAS 19 im Fall der Finanzierung der Pensionsverpflichtungen durch Planvermögen Nettozinskosten zu ermitteln. Hierbei handelt es sich um eine Verzinsung der Nettoschuld beziehungsweise des Nettovermögens (leistungsorientierte Verpflichtung abzüglich beizulegendem Zeitwert des Planvermögens) unter Nutzung eines einheitlichen Zinssatzes. Im bisherigen Standard wichen die Vorschriften für die Ermittlung des Zinssatzes zur Diskontierung der Verpflichtung und für die Ermittlung des erwarteten Ertrags aus dem Planvermögen ab. Mit vorstehend beschriebenen Änderungen sind bestimmte Vorgaben für den Ausweis in der Gesamtergebnisrechnung verbunden. Der nachzuerrechnende Dienstzeitaufwand und die Nettozinsen sind zwingend erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlust-Rechnung zu erfassen. Dagegen ist der Effekt aus der Neubewertung (versicherungsmathematischer Gewinn oder Verlust) zwingend erfolgsneutral im sonstigen Periodenergebnis auszuweisen. Die retrospektiven Anpassungen aufgrund der Erstanwendung des geänderten IAS 19 betrafen im ersten Quartal 2012 die Zinsaufwendungen mit EUR 5 Mio., die Verwaltungsaufwendungen mit EUR 3 Mio. sowie die Steuern von Einkommen und Ertrag mit EUR 6 Mio. und führten zu einer Reduzierung des Konzernüberschusses zum 31. März 2012 um EUR 14 Mio. auf EUR 355 Mio. Für das Geschäftsjahr 2012 ergab sich nunmehr ein Ergebnis je Aktie von EUR -0,05 gegenüber dem im Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 ausgewiesenen Ergebnis je Aktie von EUR -0,04. Das Ergebnis je Aktie für das erste Quartal 2012 musste nicht angepasst werden. Die Gewinnrücklagen verminderten sich um EUR 271 Mio. zum 1. Januar 2012 und um EUR 705 Mio. zum 31. Dezember 2012. Die Rückstellungen für Pensionen und

ähnliche Verpflichtungen erhöhten sich um EUR 346 Mio. zum 1. Januar 2012 und um EUR 840 Mio. zum 31. Dezember 2012. Daneben haben sich zum 31. Dezember 2012 die Sonstige Aktiva um EUR 67 Mio. und die Minderheitenanteile um EUR 2 Mio. vermindert. Die Latenten Ertragsteueransprüche haben sich um EUR 201 Mio. (EUR 75 Mio. zum 1. Januar 2012) und die Latenten Ertragsteuerschulden um EUR 1 Mio. zum 31. Dezember 2012 erhöht. Im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 wurden die Zahlen zum 31. Dezember 2012 beziehungsweise die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 entsprechend angepasst.

- Aus den Ergänzungen des Standard IFRS 7 ergeben sich zusätzliche Anhangangaben zur Saldierung von Finanzinstrumenten für das Geschäftsjahr 2013 und für das Vorjahr. Anzugeben sind Brutto- und Nettobeträge für finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus der Verrechnung sowie Beträge für bestehende Saldierungsrechte, welche nicht den bilanziellen Saldierungskriterien genügen. Hierdurch wird eine erhöhte Vergleichbarkeit bei der Saldierung von Finanzinstrumenten gegenüber US-GAAP-Anwendern hergestellt.

Daneben wurden einige Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden vorgenommen:

- In den IFRS gibt es weder spezielle Vorschriften für die Gliederung des Eigenkapitals noch eine eindeutige Bestimmung für die Zuordnung bestimmter Sachverhalte. Zu diesen Sachverhalten zählen die Berücksichtigung von Transaktionskosten im Rahmen von Kapitalmaßnahmen, die Bilanzierung aktienbasierter Vergütungstransaktionen mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente sowie Entnahmen aus den Kapitalrücklagen zum Ausgleich des Jahresfehlbetrags im Einzelabschluss der COMMERZBANK Aktiengesellschaft nach den deutschen Rechnungslegungsvorschriften. Für die Gliederung des Eigenkapitals im COMMERZBANK-Konzern wurde eine im deutschen Rechtskreis übliche Gliederung gewählt. Für die Kapitalbestandteile mit gesellschaftsrechtlicher Haftungsfunktion (Gezeichnetes Kapital und Kapitalrücklage) verwendet der Konzern nun analog zum Einzelabschluss nach HGB die Definition gemäß § 272 Abs. 1 und 2 HGB. Die Transaktionskosten im Zusammenhang mit Kapitalmaßnahmen, die gemäß IAS 32.35 als Abzug vom Eigenkapital zu bilanzieren sind, werden seit dem 1. Januar 2013 von den Gewinnrücklagen statt wie bisher von der Kapitalrücklage gekürzt. Gemäß IFRS 2.10 sind die beizulegenden Zeitwerte von aktienbasierten Vergütungstransaktionen mit Ausgleich in Eigenkapitalinstrumenten ab dem Zusagezeitpunkt im Eigenkapital zu berücksichtigen. Auch diese Instrumente werden seit dem 1. Januar 2013 in den Gewinnrücklagen statt wie bisher in der Kapitalrücklage bilanziert. Die Berücksichtigung im Gezeichneten Kapital und in der Kapitalrücklage erfolgt erst, wie auch nach HGB, mit der endgültigen Inanspruchnahme durch die Berechtigten. Sofern nach den deutschen Rechnungslegungsvorschriften ein Jahresfehlbetrag entstanden ist und dieser teilweise oder in voller Höhe aus der Kapitalrücklage entnommen wird, erfolgt eine Entnahme des entsprechenden Betrags auch aus der Kapitalrücklage im Konzernabschluss (IFRS) und eine spiegelbildliche Zuführung in den Gewinnrücklagen des Konzerns. Damit stehen Gezeichnetes Kapital und Kapitalrücklage im Einklang mit der Definition des deutschen Aktien- und Handelsgesetzes und erhöhen die Transparenz. Im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 wurden die Zahlen zum 31. Dezember 2012 entsprechend angepasst. Durch die Anpassungen ergaben sich keine Auswirkungen auf das Konzernergebnis und auf das Ergebnis je Aktie.
- Im Geschäftsjahr 2013 wurde die Bildung von ratingbasierten Counterparty Default Adjustments (CDA), die den Fair Value insbesondere bei OTC-Derivaten um Risiken aus einem möglichen Ausfall des Kontrahenten berücksichtigen, verfeinert. Seit dem 1. Januar 2013 wird das Ausfallrisiko der Kontrahenten durch Bildung von marktdatenbasierten Credit Valuation Adjustments (CVA) für positive zukünftige Exposures aus im Wesentlichen Derivaten beziehungsweise Debit Value Adjustments (DVA) für negative zukünftige Exposures aus im Wesentlichen Derivaten berücksichtigt. Aus dieser Umstellung resultierte im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 ein Ertrag von EUR 41 Mio. im Handelsergebnis.
- IAS 1.82 fordert den gesonderten Ausweis von Finanzierungsaufwendungen. Bis zum 31. Dezember 2012 wurden diese Aufwendungen im Zinsüberschuss beziehungsweise im Handelsergebnis als Zinsaufwendungen erfasst. Ab dem ersten Quartal 2013 werden Zinsen aus Handelsaktivitäten dagegen marktüblich als Bestandteil des Zinsüberschusses gezeigt. Um Zinseffekte im COMMERZBANK-Konzern einheitlich darzustellen, wurde entschieden, sowohl Zinsen des Bankbuchs wie auch des Handelsbuchs ab dem 1. Januar 2013 im Zinsüberschuss auszuweisen. Dabei werden nur solche laufenden Erträge und Aufwendungen aus Handelsgeschäften den Zinserträgen und -aufwendungen zugeordnet, die zweifelsfrei Zinscharakter haben und nicht in das Bewertungsergebnis des Instrumentes eingehen. Dies betrifft auch Zinseffekte aus dem Kauf oder Verkauf von Finanzinstrumenten der Handelsgeschäfte, die im weiteren Sinne in Zusammenhang mit der Kapitalüberlassung stehen. Die Bewertungs- und Realisierungsergebnisse aus Handelsgeschäften werden weiterhin im Handelsergebnis ausgewiesen. Für die einheitliche Darstellung von Zinserträgen und -aufwendungen wurde daneben entschieden, auch die Zinskomponenten des IAS 19 (Nettozins) ab dem 1. Januar 2013 im Zinsüberschuss statt wie bisher in den Verwaltungsaufwendungen auszuweisen. Um im Handelsergebnis nur noch Bewertungs- und Realisierungsergebnisse aus Handelsgeschäften auszuweisen, wurde zudem beschlossen, auch im

Handelsergebnis erfasste Provisionserträge aus dem Syndizierungsgeschäft in den Provisionsüberschuss umzugliedern. Im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 wurden die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 entsprechend angepasst. Durch die Anpassungen ergaben sich keine Auswirkungen auf das Konzernergebnis, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung und auf das Ergebnis je Aktie.

- Des Weiteren werden seit dem 1. Januar 2013 Provisionserträge aus Electronic Banking in den Provisionen für Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft statt wie bisher in den übrigen Provisionen ausgewiesen. Zudem werden Provisionen aus Syndizierungen und ähnlichen Transaktionen seit dem 1. Januar 2013 konzerneinheitlich im Provisionsergebnis aus Syndizierungen ausgewiesen. Im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 wurden die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 entsprechend angepasst. Durch die Anpassungen ergaben sich keine Auswirkungen auf das Konzernergebnis.

Segmente des COMMERZBANK-Konzerns

In der Segmentberichterstattung spiegeln sich die Resultate der im COMMERZBANK-Konzern eingebundenen operativen Geschäftssegmente wider. Als Grundlage für die Segmentinformationen dient IFRS 8 Operating Segments, der dem sogenannten Managementansatz folgt: Die Segmentinformationen werden auf Basis des internen Berichtswesens bestimmt, das dem Chief Operating Decision Maker dazu dient, die Leistung der Segmente zu beurteilen und Entscheidungen über die Allokation von Ressourcen auf die Segmente zu treffen.

Der Erfolg jedes einzelnen Segments wird anhand des Operativen Ergebnisses und des Ergebnisses vor Steuern sowie der Kennziffern Eigenkapitalrendite und Aufwandsquote gemessen. Durch den Ausweis von Vorsteuerergebnissen sind sowohl im Ergebnis als auch im durchschnittlich gebundenen Eigenkapital die Anteile Dritter enthalten. Alle Erträge, für die ein Segment verantwortlich ist, sind somit im Ergebnis vor Steuern berücksichtigt.

Erträge und Aufwendungen werden verursachungsgerecht zu Marktpreisen und im Zinsbereich nach der Marktzinsmethode bei den Segmenten ausgewiesen. Im Zinsüberschuss werden die tatsächlichen Refinanzierungsaufwendungen für die den jeweiligen Segmenten zugeordneten geschäftsspezifischen Beteiligungen gezeigt. Der im Konzern erwirtschaftete Anlagenutzen aus dem Eigenkapital wird im Verhältnis des durchschnittlich gebundenen Eigenkapitals dem Zinsüberschuss der jeweiligen Segmente zugeordnet. Der Zinssatz entspricht dem Zinssatz einer risikofreien Anlage auf dem langfristigen Kapitalmarkt. Die Ermittlung des durchschnittlich gebundenen Eigenkapitals erfolgt nach Basel-II-Systematik auf Basis der ermittelten durchschnittlichen Risikoaktiva und der Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen (Risikoaktiva-Äquivalente). Auf Konzernebene wird das Investorenkapital gezeigt, das der Berechnung der Eigenkapitalrendite dient. Aufgrund der erhöhten Anforderungen an das harte Kernkapital im Zuge der EBA-Anforderungen wurde für die Segmentberichterstattung der Faktor zur Kapitalunterlegung der Risikoaktiva von 7% bis Ende 2011 auf 9% ab 2012 erhöht. Hierdurch kam es zu Veränderungen beim durchschnittlich gebundenen Eigenkapital der Segmente. Die Vergleichszahlen für das Geschäftsjahr 2011 wurden entsprechend angepasst. Auf die Ertragslage und die Risikostruktur der Segmente hatte diese Änderung keine Auswirkungen. Die durch die EBA geforderte Kapitalunterlegung von Risiken aus EU-Staatsanleihen wird im Segment Non-Core Assets abgebildet.

Die Segmentberichterstattung des COMMERZBANK-Konzerns zeigt die Vorsteuerergebnisse der Segmente. Um den betriebswirtschaftlichen Ergebniseffekt aus spezifischen steuerlich induzierten Transaktionen des Segments Corporates & Markets in dieser Berichterstattung abzubilden, enthält der Zinsüberschuss des Segments Corporates & Markets deshalb ein dem Nachsteuerergebnis dieser Transaktionen entsprechendes Vorsteueräquivalent. Bei der Überleitung der Segmentberichterstattung auf die Zahlen der externen Rechnungslegung wird dieses Vorsteueräquivalent im Bereich Sonstige und Konsolidierung eliminiert.

Der im Operativen Ergebnis ausgewiesene Verwaltungsaufwand beinhaltet den Personalaufwand, den Sachaufwand sowie die Abschreibungen auf Sachanlagen und sonstige immaterielle Anlagewerte. Restrukturierungsaufwendungen und Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen werden unterhalb des Operativen Ergebnisses im Ergebnis vor Steuern ausgewiesen. Die Zuordnung des Verwaltungsaufwands zu den einzelnen Segmenten erfolgt nach dem Verursachungsprinzip. Die sich aus den internen Leistungen ergebenden indirekten Aufwendungen werden dem Leistungsempfänger in Rechnung gestellt beziehungsweise führen beim Leistungserbringer zu einer entsprechenden Entlastung. Die Bewertung dieser internen Leistungsbeziehungen erfolgt zu Marktpreisen oder Vollkosten.

Im Geschäftsjahr 2011 hat der COMMERZBANK-Konzern die Segmentierung der Risikoaktiva verfeinert, außerdem kam es zu geringfügigen Kundenmigrationen zwischen den Segmenten. Vor dem Hintergrund

der Anforderungen des IFRS 8 wurden die Finanzangaben der Segmente für das Geschäftsjahr 2010 in dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entsprechend angepasst; diese weichen damit geringfügig von den in dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2010 für das Geschäftsjahr 2010 enthaltenen Finanzangaben der Segmente ab. Siehe auch „Finanzteil—Konzernabschluss der COMMERZBANK Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2011—Anhang (Notes)—Note 44 (Segmentberichterstattung)“.

In der Segmentberichterstattung berichtet der COMMERZBANK-Konzern über fünf operative Segmente sowie über den Bereich Sonstige und Konsolidierung. Der COMMERZBANK-Konzern hat sich zum 1. Juli 2012 in einigen Segmenten neu ausgerichtet. Das bis einschließlich 30. Juni 2012 bestehende Segment Portfolio Restructuring Unit wurde zum 1. Juli 2012 aufgelöst, und seine Aktivitäten wurden auf die Segmente Corporates & Markets sowie Non-Core Assets übertragen. Im Hinblick auf die unten näher beschriebenen Maßnahmen zum 1. Juli 2012 wurden die Vergleichszahlen der betroffenen Segmente für das Geschäftsjahr 2011 gemäß den Anforderungen von IFRS 8 im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2012 jeweils entsprechend angepasst (mit Ausnahme der Übertragung der Restaktivitäten des eingestellten Segments Portfolio Restructuring Unit an Corporates & Markets und Non-Core Assets); diese weichen damit geringfügig von den in dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 für das Geschäftsjahr 2011 enthaltenen Finanzangaben der Segmente ab. Siehe auch „Finanzteil—Konzernabschluss der COMMERZBANK Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2012—Anhang (Notes)—Note 45 (Segmentberichterstattung)“.

Im ersten Quartal 2013 wurde die Segmentierung der Aktiva weiter verfeinert. Geringfügige Anpassungen der Geschäftsmodelle der Segmente führten zu kleineren Änderungen der Geschäftsverantwortlichkeiten. Die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 wurden im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 jeweils entsprechend angepasst. Siehe auch „Finanzteil—Zwischenabschluss der COMMERZBANK Aktiengesellschaft zum 31. März 2013—Anhang (Notes)—Note 10“. Zum ersten Quartal 2013 wurden im COMMERZBANK-Konzern zudem verschiedene neue IFRS-Anforderungen umgesetzt, deren Wirkungen sich auch in der Segmentberichterstattung widerspiegeln. Siehe auch „Finanzteil—Zwischenabschluss der COMMERZBANK Aktiengesellschaft zum 31. März 2013—Anhang (Notes)—Anpassung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“.

Im Folgenden werden die Segmente des Konzerns und ihre Konzernbereiche kurz dargestellt. Für eine detaillierte Beschreibung siehe „Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns—Segmente“. Die Segmente Privatkunden, Mittelstandsbank, Central & Eastern Europe und Corporates & Markets sowie der Bereich Sonstige und Konsolidierung bilden die Kernbank des COMMERZBANK-Konzerns.

- Das Segment Privatkunden (PC) wurde im dritten Quartal 2012 in einigen Bereichen neu ausgerichtet. Es umfasst die Aktivitäten der Konzernbereiche Private Kunden, Direct Banking sowie Commerz Real (ehemals Konzernbereich Asset Management & Leasing). Der ehemalige Konzernbereich Kredit wurde zum Teil in den Konzernbereich Private Kunden und zum Teil in die Zuständigkeit der Funktionseinheit Group Services im Bereich Sonstige und Konsolidierung verlagert. Die Kosten werden im Rahmen der Kostenallokation dem Segment Privatkunden wieder belastet. Im Konzernbereich Private Kunden ist das klassische Filialgeschäft mit Privat-, Private-Banking- und Geschäftskunden sowie das Wealth Management gebündelt. Basierend auf einer flächendeckenden Filialpräsenz vor Ort umfasst das Leistungsspektrum ein Vollbankangebot aus Kredit-, Einlagen-, Wertpapier-, Zahlungsverkehrs- sowie Vorsorgeprodukten. Im Wealth Management werden vermögende Kunden im In- und Ausland betreut, ebenso ist hier die Vermögensverwaltung angesiedelt. Angebote wie Wertpapiermanagement/ Vermögensverwaltung, Kreditmanagement und Finanzierungen sowie Immobilienmanagement stehen hier im Vordergrund. Hinzu kommen die Betreuung in Stiftungs- und Nachlassangelegenheiten sowie die Beratung bei unternehmerischen Beteiligungen. Dem Konzernbereich Private Kunden ist ferner die Commerz Direktservice GmbH zugeordnet, welche Callcenterleistungen für COMMERZBANK-Kunden erbringt. Das Joint Venture Commerz Finanz (das insbesondere den Vertrieb von Ratenkrediten betreibt) wird aus dem Konzernbereich Private Kunden heraus zentral gesteuert und dort ergebnismäßig abgebildet. Seit 1. Juli 2012 zählt das Teilportfolio „Private Immobilien“ des Privatkunden-Portfolios der Hypothekenbank Frankfurt AG (vormals Eurohypo AG), welches bis zum 30. Juni 2012 dem ehemaligen Segment Asset Based Finance zugeordnet war, ebenfalls zum Konzernbereich Private Kunden. Der Konzernbereich Direct Banking umfasst die Aktivitäten der comdirect-bank-Gruppe. Das dort konzentrierte B2B- (ebase) beziehungsweise B2C-Business (comdirect) ist charakterisiert durch standardisierte, primär über das Internet verfügbare Beratungs- und Serviceangebote für die Kunden. Commerz Real ist seit Juli 2012 als Konzernbereich in das Segment Privatkunden integriert (mit Ausnahme des Leistungsbereichs Warehouse). Die Produktpalette umfasst offene Immobilienfonds (hausinvest) und Structured Investments sowie Mobilienleasing. Der Bereich Structured Investments hat zum 1. Oktober 2012 die Neugeschäftsakquisition eingestellt und konzentriert sich seitdem auf die vertragsgemäße Abwicklung des vorhandenen Portfolios.

- Das Segment Mittelstandsbank (MSB) gliedert sich in die drei Konzernbereiche Mittelstand Inland, Großkunden & International und Financial Institutions. Im Konzernbereich Mittelstand Inland ist das Geschäft mit mittelständischen Kunden, dem öffentlichen Sektor und institutionellen Kunden in Deutschland gebündelt. Der Konzernbereich Großkunden & International konzentriert sich auf die Betreuung von Firmenkundenkonzernen mit einem Umsatzvolumen von mehr als EUR 500 Mio. (sofern sie nicht als Multinational Corporate im Rahmen des Client Relationship Management im Segment Corporates & Markets betreut werden). Kleinere Konzerne mit hoher Kapitalmarktaffinität sowie solche mit wesentlichen ausländischen Aktivitäten werden hier ebenfalls betreut. Für seine Kunden fungiert der Konzernbereich Großkunden & International durch seine ausländischen Niederlassungen als strategischer Partner – sowohl für internationale Aktivitäten deutscher Firmenkunden als auch für internationale Unternehmen mit Geschäftsaktivitäten in Deutschland. Des Weiteren ist das Kompetenzzentrum für Kunden aus dem Sektor Erneuerbare Energien in diesem Konzernbereich angesiedelt. Zum 1. Januar 2012 wurde das Firmenkundengeschäft der Filialen Tschechien und Slowakei, die COMMERZBANK (Eurasija) SAO in Russland sowie die ungarische COMMERZBANK Zrt. vom Segment Central & Eastern Europe in den Konzernbereich Großkunden & International übergeleitet. Die Vergleichszahlen des Vorjahres wurden entsprechend angepasst. Der Konzernbereich Financial Institutions verantwortet die Beziehung zu in- und ausländischen Banken und Finanzinstituten sowie Zentralbanken. Der strategische Schwerpunkt liegt dabei auf der bevorzugten Einschaltung der COMMERZBANK in die finanzielle Abwicklung des Außenhandels. Durch ein weltweites Korrespondenzbankennetzwerk sowie Geschäftsverbindungen mit Schwellenländern fördert Financial Institutions die Finanzierung und Abwicklung der weltweiten Außenhandelsaktivitäten aller Kunden des COMMERZBANK-Konzerns und unterstützt damit auch andere Konzernbereiche in deren internationalen Strategien. Von den in- und ausländischen Niederlassungen in Westeuropa und Asien werden den Kunden der Konzernbereiche umfassende Leistungen und Produkte in den Bereichen Zahlungsverkehr, Cash Management, Finanzierungslösungen, Zins- und Währungsmanagement, Anlageberatung und Investment Banking angeboten.
- Das Segment Central & Eastern Europe (CEE) umfasst die Aktivitäten im Universalbankgeschäft und im Direct Banking in Polen, Tschechien und in der Slowakei. Hierzu gehört insbesondere die polnische Tochter BRE Bank. Diese bietet einerseits Bankprodukte für Firmenkunden und andererseits unter den Marken mBank und MultiBank Finanzdienstleistungen für Privatkunden in Polen, in Tschechien und in der Slowakei an. Ab dem 1. Januar 2012 wurden die Filialen in Tschechien und der Slowakei, die COMMERZBANK (Eurasija) SAO in Russland sowie die ungarische COMMERZBANK Zrt., die bis dahin dem Segment Central & Eastern Europe zugeordnet waren, auf das Segment Mittelstandsbank übergeleitet, da diese Einheiten fast ausschließlich Geschäft mit Firmenkunden umfassen und somit nicht mehr im Fokus des neuen Geschäftsmodells für Central & Eastern Europe sind. Die Vergleichszahlen des Vorjahres wurden entsprechend angepasst. Zum Segment CEE gehörten zudem Beteiligungen an Mikrofinanzbanken, deren Veräußerung im Geschäftsjahr 2012 mit Ausnahme einer Beteiligung bereits erfolgt ist. Zugleich wurde der Verkauf der Bank Forum an die ukrainische Smart Group im vierten Quartal des Geschäftsjahres 2012 abgeschlossen. Siehe hierzu „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Wichtige Beteiligungsveräußerungen“. Eine Anpassung der Vergleichszahlen des Vorjahres ist im Hinblick auf diese Veräußerungen nicht erfolgt.
- Corporates & Markets (C&M) umfasst fünf Konzernbereiche: Equity Markets & Commodities bietet eine breit gefächerte Produktpalette an Aktien und Rohstoffen sowie Derivateprodukte auf Aktien und Rohstoffe an. Fixed Income & Currencies umfasst die Handels- und Vertriebsaktivitäten von Zins-, Kredit- und Währungsinstrumenten. Corporate Finance erstreckt sich auf Arrangierungs- und Beratungsleistungen mit Blick auf Eigenkapital-, Hybridkapital- und Fremdkapitalinstrumente, Verbriefungslösungen sowie Fusionen und Übernahmen. Das Credit-Portfolio-Management, welches seit dem 1. Juli 2012 als eigenständiger Konzernbereich besteht, verantwortet die global einheitliche Steuerung und das aktive Management des Kreditrisikos für Corporates & Markets. Hier sollen auch die aus dem Segment Portfolio Restructuring Unit übertragenen Bestände wertschonend abgebaut werden. Zusätzlich gehört das Client Relationship Management zu Corporates & Markets, dessen Aufgabe in der Betreuung deutscher multinationaler DAX- und MDAX-Unternehmen, deutscher und internationaler Versicherungsunternehmen, Finanzinvestoren (Private-Equity-Investoren), Sovereign Wealth Funds und der öffentlichen Hand besteht – sowie flankierend der Bereich Research (Wertpapier- und Unternehmensanalyse).
- Das Abbausegment Non-Core Assets (NCA) wurde zum 1. Juli 2012 im Rahmen der beschlossenen Maßnahmen zur Restrukturierung der Eurohypo AG, die seit dem 31. August 2012 unter dem Namen Hypothekenbank Frankfurt AG firmiert, implementiert und ersetzt das bisherige Segment Asset Based Finance. Im Segment Non-Core Assets ist die gewerbliche Immobilienfinanzierung nach wie vor in den Konzernbereichen Commercial Real Estate Inland und Commercial Real Estate Ausland gebündelt. Außerdem betreut das Segment das Staatsfinanzierungsportfolio (Konzernbereich Public Finance) und

das gesamte Schiffsfinanzierungsportfolio (Konzernbereich Deutsche Schiffsbank, bisher Ship Finance). Die Commercial-Real-Estate-Portfolios werden überwiegend in der Hypothekenbank Frankfurt AG weitergeführt. Das Public-Finance-Portfolio entfällt auf die Hypothekenbank Frankfurt AG, ihre Tochtergesellschaft Hypothekenbank Frankfurt International S.A. in Luxemburg und die COMMERZBANK-Tochtergesellschaft Erste Europäische Pfandbrief- und Kommunalkreditbank Aktiengesellschaft in Luxemburg S.A. Die nicht dem Kerngeschäft zugeordneten Teile des Retailbankings der Hypothekenbank Frankfurt AG sowie Assets und Beteiligungen ohne aktuelle Platzierungsmöglichkeiten der Commerz Real (das sogenannte Warehouse-Portfolio) sind ebenfalls im Segment Non-Core Assets enthalten; im Übrigen wurden das Teilportfolio „Private Immobilien“ des Privatkunden-Portfolios der Hypothekenbank Frankfurt sowie Commerz Real zum 1. Juli 2012 auf das Segment Privatkunden übertragen. Zudem wurden zum 1. Juli 2012 Infrastrukturportfolios aus dem ehemaligen Segment Portfolio Restructuring Unit in das Segment Non-Core Assets, Konzernbereich Public Finance übertragen; eine Anpassung der Vergleichszahlen des Vorjahres ist insoweit nicht erfolgt. Das Segment Non-Core Assets soll die von ihm verantworteten Portfolios im Wesentlichen ohne Verkäufe und wertschonend über die Zeit vollständig abbauen. Siehe auch „*Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns—Strategie*“.

- Das Segment Portfolio Restructuring Unit wurde zum 1. Juli 2012 aufgelöst. Die verbleibenden Bestände wurden in das Segment Corporates & Markets beziehungsweise in das Segment Non-Core Assets übertragen. Bis zum Ende des Geschäftsjahres 2012 wurde das im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres 2012 erzielte Ergebnis weiterhin berichtet, siehe „*Finanzteil—Konzernabschluss der COMMERZBANK Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2012—Anhang (Notes)—Note 45 (Segmentberichterstattung)*“. Das Segment Portfolio Restructuring Unit war verantwortlich für die Rückführung von Aktiva, die im Zusammenhang mit den im Geschäftsjahr 2009 eingestellten Eigenhandels- und Investmentaktivitäten standen und nicht mehr in die kundenorientierte Strategie der COMMERZBANK passten. Die Zielsetzung des Segments bestand in der kapitaloptimierenden Rückführung der Portfolios. Die Positionen, die durch dieses Segment verwaltet wurden, beinhalteten zu Beginn nicht staatlich gesicherte Asset-backed Securities (ABS), weitere strukturierte Kreditprodukte, Eigenhandelspositionen in Firmen- und Finanzanleihen sowie exotische Kreditderivate.
- Im Bereich Sonstige und Konsolidierung (SuK) werden Erträge und Aufwendungen eingestellt, die nicht in die Verantwortungsbereiche der operativen Geschäftssegmente fallen. Unter Sonstige werden unter anderem Beteiligungen, die nicht den operativen Segmenten zugeordnet sind, und die Group Treasury ausgewiesen. Ferner sind hier die Kosten der Serviceeinheiten abgebildet, die – mit Ausnahme der Integrations- und Restrukturierungskosten – vollständig auf die Segmente verrechnet werden. Die Restrukturierungsaufwendungen für die Umsetzung der strategischen Agenda bis 2016 werden unter Sonstige berichtet. Die Zuteilung der Kosten der Group-Services-Einheiten erfolgt – mit Ausnahme der Integrations- und Restrukturierungskosten, die unter Sonstige verbleiben – über den Kostenallokationsprozess. Hierbei geben die einzelnen Group-Services-Einheiten an, wie viel Prozent ihrer Arbeitsleistung sie für welches Segment erbringen. Entsprechend werden dann – nach Abstimmung mit den Segmenten – die Kosten der Group-Services-Einheiten an die Segmente verrechnet. Schwankungen der direkten Kosten der Group-Services-Einheiten, beispielsweise durch Personalabbau in den Group-Services-Einheiten, haben somit über die Kostenverrechnung auch Auswirkungen auf die Ergebnisse der Segmente. Unter Konsolidierung fallen Aufwendungen und Erträge, die von den in der Segmentberichterstattung dargestellten Ergebnisgrößen der internen Managementberichterstattung auf den Konzernabschluss nach IFRS überleiten. Ferner sind hier die Kosten der Konzernsteuerungseinheiten abgebildet, die – mit Ausnahme der Integrations- und Restrukturierungskosten – ebenfalls vollständig auf die Segmente verrechnet werden.

Darstellung der Ertragslage des COMMERZBANK-Konzerns für die Geschäftsjahre 2010, 2011 und 2012 und für das am 31. März 2012 beziehungsweise am 31. März 2013 endende erste Quartal

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ertragslage des Konzerns für die Geschäftsjahre 2010, 2011 und 2012 sowie für das am 31. März 2012 beziehungsweise am 31. März 2013 endende erste Quartal:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember			Erstes Quartal zum 31. März	
	2010 ¹⁾	2011 ²⁾	2012 ²⁾	2012 ³⁾	2013 ³⁾
	(geprüft)			(prüferisch durchgesehen, soweit nicht anders angegeben)	
	(in Mio. EUR, außer je Aktie angegebene Werte)				
Zinserträge	18.306	17.343	14.559	4.403	3.292
Zinsaufwendungen	11.252	10.619	9.020	2.709	1.936
Zinsüberschuss	7.054	6.724	5.539	1.694	1.356
Risikovorsorge im Kreditgeschäft.	(2.499)	(1.390)	(1.660)	(212)	(267)
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	4.555	5.334	3.879	1.482	1.089
Provisionserträge	4.237	4.055	3.711	984	984
Provisionsaufwendungen	590	560	520	120	137
Provisionsüberschuss	3.647	3.495	3.191	864	847
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	1.958	1.986	1.121	164	317
Ergebnis aus Finanzanlagen	108	(3.611)	81	(176)	(6)
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	35	42	46	11	8
Sonstiges Ergebnis	(131)	1.253	(77)	21	(62)
Verwaltungsaufwendungen	8.786	7.992	7.025	1.790	1.724
Operatives Ergebnis⁴⁾	1.386	507	1.216	576	469
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen	—	—	—	—	—
Restrukturierungsaufwendungen	33	—	43	34	493
Ergebnis aus dem Verkauf von Veräußerungsgruppen	—	—	(268)	—	—
Ergebnis vor Steuern	1.353	507	905	542	(24)
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(136)	(240)	796	159	45
Konzernergebnis	1.489	747	109	383	(69)
den Minderheitenanteilen zurechenbares Konzernergebnis	59	109	103	28	25
den COMMERZBANK-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	1.430	638	6	355	(94)
Ergebnis je Aktie (in EUR) ⁵⁾	1,21	0,18	(0,04)	0,06	(0,02)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen.

³⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen. Ab dem Geschäftsjahr 2013 werden Umgliederungen innerhalb der Gewinn- und Verlust-Rechnung und Bilanzierungsänderungen durchgeführt. Die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 wurden entsprechend angepasst und weichen daher von den Zahlen im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2012 ab. Siehe hierzu „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013“.

⁴⁾ Das Operative Ergebnis im COMMERZBANK-Konzern ist definiert als die Summe aus Zinsüberschuss nach Risikovorsorge, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus Finanzanlagen, Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen und sonstigem Ergebnis abzüglich der Verwaltungsaufwendungen.

⁵⁾ Das Ergebnis je Aktie errechnet sich als Quotient aus dem den COMMERZBANK-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnis und der durchschnittlichen Anzahl ausgegebener Stammaktien. Dabei ist eine Ausschüttung auf die stillen Einlagen vorab vom Konzernergebnis abzuziehen, soweit (im Falle des Ergebnisses je Aktie für ein Quartal) eine solche Ausschüttung voraussichtlich erfolgen wird beziehungsweise (im Falle des Ergebnisses je Aktie für ein Geschäftsjahr) tatsächlich erfolgt ist.

Vergleich der ersten Quartale zum 31. März 2012 und zum 31. März 2013

Ertragslage des Konzerns

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ertragslage des Konzerns in den ersten Quartalen zum 31. März 2012 und zum 31. März 2013:

	Erstes Quartal zum 31. März		Veränderung	
	2012 ¹⁾	2013 ¹⁾	(ungeprüft) ²⁾	(prüferisch durchgesehen) ¹⁾
	(prüferisch durchgesehen)	(prüferisch durchgesehen)		(in %)
	(in Mio. EUR)			
Zinsüberschuss	1.694	1.356	(338)	(20,0)
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(212)	(267)	(55)	(25,9)
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.482	1.089	(393)	(26,5)
Provisionsüberschuss	864	847	(17)	(2,0)
Handelsergebnis und Ergebnis aus				
Sicherungszusammenhängen	164	317	153	93,3
Ergebnis aus Finanzanlagen	(176)	(6)	170	96,6
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-				
bewerteten Unternehmen	11	8	(3)	(27,3)
Sonstiges Ergebnis	21	(62)	(83)	—
Verwaltungsaufwand	1.790	1.724	(66)	(3,7)
Operatives Ergebnis	576	469	(107)	(18,6)
Wertminderungen auf Geschäfts- oder				
Firmenwert sowie Markennamen	—	—	—	—
Restrukturierungsaufwendungen	34	493	459	>100,0
Ergebnis vor Steuern	542	(24)	(566)	—
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	159	45	(114)	(71,7)
Konzernergebnis	383	(69)	(452)	—
den Minderheitenanteilen zurechenbares				
Konzernergebnis	28	25	(3)	(10,7)
den COMMERZBANK-Aktionären				
zurechenbares Konzernergebnis	355	(94)	(449)	—

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen. Ab dem Geschäftsjahr 2013 werden Umgliederungen innerhalb der Gewinn- und Verlust-Rechnung und Bilanzierungsänderungen durchgeführt. Die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 wurden entsprechend angepasst und weichen daher von den Zahlen im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2012 ab. Siehe hierzu „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013“.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Zinsüberschuss. Der Zinsüberschuss umfasst Zinserträge insbesondere aus dem Kredit- und Geldmarktgeschäft sowie aus dem Wertpapierbestand. Darüber hinaus sind laufende Erträge aus Beteiligungen sowie aus zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten und Schulden enthalten. Die Zinsaufwendungen umfassen im Wesentlichen den Zinsaufwand für Nachrang- und Hybridkapital sowie verbrieft und sonstige Verbindlichkeiten. Darüber hinaus sind laufende Aufwendungen aus zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten und Schulden enthalten. Die COMMERZBANK weist im Zinsüberschuss Zinsströme aus Zinsswaps und Zinsen aus derivativen Finanzinstrumenten, die nicht dem Handelsbuch zugehören, aus. Demgegenüber werden etwaige Zahlungen von Gewinnbeteiligungen auf die stillen Einlagen des SoFFin und der Allianz SE nicht im Zinsüberschuss, sondern in der Gewinnverwendung erfasst.

Seit dem Geschäftsjahr 2013 werden darüber hinaus Zinserträge/-aufwendungen aus Handelsbeständen und derivativen Finanzinstrumenten aus dem Handelsbuch, die zuvor im Handelsergebnis ausgewiesen wurden, im Zinsüberschuss berichtet. Zudem werden ab dem 1. Januar 2013 die aktuarischen Zinserträge auf das Planvermögen und die Zinsaufwendungen aus Pensionen ebenfalls im Zinsüberschuss ausgewiesen. Zuvor waren sie Bestandteil des Verwaltungsaufwands. Die Vergleichszahlen der Vorjahresperiode wurden entsprechend angepasst. Siehe hierzu „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013“.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über Zinsaufwendungen und -erträge des Konzerns in den ersten Quartalen zum 31. März 2012 und zum 31. März 2013:

	Erstes Quartal zum 31. März		Veränderung¹⁾
	2012¹⁾	2013¹⁾	
	(prüferisch durchgesehen, soweit nicht anders angegeben)		
	(in Mio. EUR)		(in %)
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus dem Wertpapierbestand (Available for Sale)	261	255	(2,3)
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus dem Wertpapierbestand (Loans and Receivables)	3.537	2.689	(24,0)
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus dem Wertpapierbestand (aus der Anwendung der Fair Value Option)	208	67	(67,8)
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie Wertpapierbestand (zu Handelszwecken gehalten)	23	120	>100,0
Vorfälligkeitsentschädigungen	26	33	26,9
Gewinne aus der Veräußerung von Forderungen und Krediten sowie aus dem Rückkauf von Verbindlichkeiten	59	70	18,6
Dividenden aus Wertpapieren	18	9	(50,0)
Laufendes Ergebnis aus Beteiligungen und nicht konsolidierten Tochterunternehmen	3	8	>100,0
Laufende Erträge aus zur Veräußerung und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	20	16	(20,0)
Sonstige Zinserträge	248	25	(89,9)
<i>Zinserträge</i>	4.403	3.292	(25,2)
Zinsaufwendungen für Nachrang und Hybridkapital ²⁾	230	205	(10,9)
Zinsaufwendungen für verbrieftete Verbindlichkeiten ²⁾	711	579	(18,6)
Zinsaufwendungen für sonstige Verbindlichkeiten ²⁾	1.521	979	(35,6)
Zinsaufwendungen aus der Anwendung der Fair Value Option	176	100	(43,2)
Zinsaufwendungen für zu Handelszwecken gehaltene verbrieftete Verbindlichkeiten	27	26	(3,7)
Verluste aus der Veräußerung von Forderungen und Krediten sowie aus dem Rückkauf Verbindlichkeiten	17	15	(11,8)
Laufende Aufwendungen aus zur Veräußerung und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	12	14	16,7
Sonstige Zinsaufwendungen	15	18	20,0
<i>Zinsaufwendungen</i>	2.709	1.936	(28,5)
Gesamt	1.694	1.356	(20,0)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen. Ab dem Geschäftsjahr 2013 werden Umgliederungen innerhalb der Gewinn-und-Verlust-Rechnung und Bilanzierungsänderungen durchgeführt. Die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 wurden entsprechend angepasst und weichen daher von den Zahlen im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2012 ab. Siehe hierzu „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013“.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Der Zinsüberschuss ging von EUR 1.694 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 um EUR 338 Mio. (20,0%) auf EUR 1.356 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 zurück. Dabei gingen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sowohl die Zinserträge (um 25,2%) als auch die Zinsaufwendungen (um 28,5%) zurück. Maßgeblicher Grund für den Rückgang der Zinserträge und -aufwendungen auf Konzernebene war das gesunkene Marktzinsniveau, die Reduzierung der zinstragenden Aktiva und Passiva sowie das rückläufige Zinsergebnis aus Handelsbeständen und derivativen Finanzinstrumenten aus dem Handelsbuch. Im Vergleich zum ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 generierte das Einlagengeschäft vor allem margenbedingt einen geringeren Beitrag. Diese Entwicklung konnte durch erhöhte Beiträge des Kreditgeschäfts in einigen Segmenten bei weitem nicht kompensiert werden.

Der Zinsüberschuss ging in allen Segmenten zurück. Insbesondere in den Segmenten Corporates & Markets und Mittelstandsbank war ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Das Zinsergebnis im Segment Corporates & Markets war vor allem durch das stark rückläufige Zinsergebnis aus Handelsbeständen und

derivativen Finanzinstrumenten aus dem Handelsbuch belastet. Das Zinsergebnis im Segment Mittelstandsbank wurde vor allem durch eine weitere erhebliche Verminderung der Einlagenmarge negativ beeinflusst. Dieser Effekt konnte auch durch ein deutlich gesteigertes durchschnittliches Einlagevolumen nicht ausgeglichen werden. Im Segment Non-Core Assets ging der Rückgang in erster Linie auf den Abbau des Portfoliovolumens zurück. Im Segment Privatkunden war die negative Entwicklung im Wesentlichen durch das margenbedingt rückläufige Einlagengeschäft begründet. Im Segment Central & Eastern Europe war das Zinsergebnis durch die Referenzzinssenkungen der polnischen Nationalbank und den Verkauf der Bank Forum belastet. Der Rückgang im Bereich Sonstige und Konsolidierung beruhte hauptsächlich auf der Entwicklung des Zinsergebnisses der Group Treasury. Hier konnten im Vergleich zum Vorjahresquartal insbesondere die Erträge aus der kurzfristigen Refinanzierung nicht erreicht werden. Mit den strukturierten Vermögenswerten, die bis zum 30. Juni 2012 im Segment Portfolio Restructuring Unit gebündelt waren, konnte im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 ein Zinsüberschuss in Höhe von EUR 36 Mio. erzielt werden. Im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 ging der mit diesen Vermögenswerten erzielte Zinsüberschuss deutlich zurück.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Den Adressenausfallrisiken im Kreditbereich trägt der COMMERZBANK-Konzern durch die Bildung von Einzel- und Portfoliowertberichtigungen Rechnung. Für die bei Forderungen gegenüber Kunden und Banken vorhandenen Bonitätsrisiken sind nach konzerneinheitlichen Maßstäben Einzelwertberichtigungen zu bilden. Die Wertberichtigung eines Kredits ist notwendig, wenn es aufgrund beobachtbarer Kriterien wahrscheinlich ist, dass nicht alle Zins- und Tilgungspflichten vertragsgemäß geleistet werden können. Die Höhe der Wertberichtigung entspricht der Differenz zwischen dem Buchwert des Kredits abzüglich des Barwerts der erwarteten Rückflüsse. Weiterhin trägt der COMMERZBANK-Konzern Kreditrisiken in Form von Portfoliowertberichtigungen Rechnung. Die Höhe der zu bildenden Portfoliowertberichtigungen wird unter Verwendung von aus der Basel-II-Systematik abgeleiteten Parametern ermittelt. Soweit nicht anders angegeben, wird in diesem Abschnitt „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage“ der Posten „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ als Saldo aus erfolgswirksamen Zuführungen und Auflösungen in Bezug auf Wertberichtigungen und Rückstellungen unter Berücksichtigung von Direktabschreibungen, Zuschreibungen und Eingängen auf abgeschriebene Forderungen dargestellt. Siehe auch „Risikomanagement—Adressenausfallrisiko—Intensive Care/ Ertragsbelastungen aus Impairments (Risikovorsorge)“. Soweit nicht anders angegeben, bezeichnet der Begriff „Risikovorsorge“ im folgenden Text dieses Abschnitts „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage“ außerhalb der Tabellen Netto-Zuführungen zur Risikovorsorge.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft betrug im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 EUR 267 Mio. und lag damit um EUR 55 Mio. (25,9%) über dem Wert des Vorjahreszeitraums (EUR 212 Mio.). Im ersten Quartal 2013 führte die unverändert stabile ökonomische Entwicklung in den Kernmärkten der COMMERZBANK zu einer weiterhin niedrigen Risikovorsorgebelastung insbesondere in der Kernbank. Allerdings wurden – anders als im ersten Quartal 2012 – im ersten Quartal 2013 keine positiven Effekte aus der turnusmäßigen jährlichen Parameteraktualisierung gebucht, da diese bereits im Dezember 2012 berücksichtigt worden waren. Die Erhöhung gegenüber dem ersten Quartal 2012 resultierte daher im Wesentlichen aus den Effekten der im ersten Quartal 2012 durchgeführten Parameteraktualisierung, die zu einer Risikovorsorgeauflösung von EUR 91 Mio. im ersten Quartal 2012 im Konzern geführt hatte. Die Risikovorsorge im Segment Non-Core Assets war im ersten Quartal 2013 im Vergleich zum Vorjahresquartal im Wesentlichen stabil. Dabei konnte die Risikovorsorge im Commercial-Real-Estate-Geschäft infolge erfolgreicher Restrukturierungen reduziert werden, während die Schiffsmärkte weiterhin angespannt blieben, was zu gegenüber dem ersten Quartal 2012 erhöhten Ausfällen mit entsprechendem Risikovorsorgebedarf führte.

Provisionsüberschuss. Der Provisionsüberschuss enthält im Wesentlichen Provisionserträge und -aufwendungen aus dem Wertpapiergeschäft und der Vermögensverwaltung, dem Zahlungsverkehr und dem Auslandsgeschäft, dem Immobilienkreditgeschäft und aus Bürgschaften sowie aus Syndizierungen und dem Vermittlungsgeschäft. Seit dem Geschäftsjahr 2013 werden Provisionserträge aus dem Syndizierungsgeschäft, die zuvor im Handelsergebnis ausgewiesen wurden, im Provisionsüberschuss berichtet.

Die folgende Tabelle zeigt die Provisionserträge und -aufwendungen des Konzerns in den ersten Quartalen zum 31. März 2012 und zum 31. März 2013:

	Erstes Quartal zum 31. März		Veränderung¹⁾
	2012¹⁾	2013¹⁾	
	(prüferisch durchgesehen, soweit nicht anders angegeben)		
	(in Mio. EUR)		(in %)
Wertpapiergeschäft ²⁾	271	302	11,4
Vermögensverwaltung ²⁾	48	57	18,8
Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft ²⁾	357	341	(4,5)
Immobilienkreditgeschäft ²⁾	43	31	(27,9)
Bürgschaften ²⁾	59	65	10,2
Ergebnis aus Syndizierungen ²⁾	73	68	(6,8)
Vermittlungsgeschäft	72	60	(16,7)
Treuhandgeschäfte ²⁾	2	2	—
Übrige Erträge ²⁾	59	58	(1,7)
Provisionserträge²⁾	984	984	—
Wertpapiergeschäft ²⁾	43	42	(2,3)
Vermögensverwaltung ²⁾	8	9	12,5
Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft ²⁾	29	33	13,8
Immobilienkreditgeschäft ²⁾	7	10	42,9
Bürgschaften ²⁾	15	18	20,0
Ergebnis aus Syndizierungen ²⁾	—	—	—
Vermittlungsgeschäft	14	16	14,3
Treuhandgeschäfte ²⁾	1	1	—
Übrige Aufwendungen ²⁾	3	8	>100,0
Provisionsaufwendungen	120	137	14,2
Provisionsüberschuss			
Wertpapiergeschäft	228	260	14,0
Vermögensverwaltung	40	48	20,0
Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft	328	308	(6,1)
Immobilienkreditgeschäft	36	21	(41,7)
Bürgschaften	44	47	6,8
Ergebnis aus Syndizierungen	73	68	(6,8)
Vermittlungsgeschäft	58	44	(24,1)
Treuhandgeschäfte	1	1	—
Übrige	56	50	(10,7)
Gesamt	864	847	(2,0)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind, soweit sie nicht als „ungeprüft“ bezeichnet sind, dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen. Ab dem Geschäftsjahr 2013 werden Umgliederungen innerhalb der Gewinn- und Verlust-Rechnung und Bilanzierungsänderungen durchgeführt. Die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 wurden entsprechend angepasst und weichen daher von den Zahlen im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2012 ab. Siehe hierzu „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013“.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Der Provisionsüberschuss ging von EUR 864 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 um EUR 17 Mio. (2,0%) auf EUR 847 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 zurück. Dabei sanken vor allem die Überschüsse im Segment Corporates & Markets, was überwiegend eine Folge der rückläufigen Neuemissionen von Anleihen sowie rückläufiger Geschäftsaktivitäten bei syndizierten Krediten, Aktienemissionen und M&A-Transaktionen war. Auch im Segment Non-Core Assets ging der Provisionsüberschuss zurück, und zwar aufgrund der Einstellung des Neugeschäfts. Demgegenüber konnten die Segmente Mittelstandsbank und Privatkunden steigende Provisionserträge erzielen. Die nachlassende Unsicherheit an den Finanzmärkten bedingte eine leichte Erholung der Kundenaktivitäten und eine erhöhte Nachfrage nach Kapitalmarktprodukten. Insbesondere im Segment Privatkunden stiegen als Folge dessen die Erträge aus dem Wertpapiergeschäft, was sowohl das umsatzabhängige als auch das bestandsabhängige Wertpapiergeschäft betraf. Dagegen entwickelten sich die Kreditvermittlungsprovisionen in diesem Segment rückläufig. Positiv wirkte sich zudem die Entwicklung des Dokumentengeschäfts vor dem Hintergrund des nach wie vor starken deutschen Außenhandels im Segment Mittelstandsbank aus.

Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen. Das Handelsergebnis umfasst zwei Komponenten:

- Ergebnis aus dem Handel mit Wertpapieren, Schuldscheindarlehen, Edelmetallen und derivativen Instrumenten (einschließlich Ergebnis aus der Bewertung derivativer Finanzinstrumente, die sich nicht für das Hedge Accounting qualifizieren);
- Ergebnis aus der Anwendung der Fair Value Option.

Alle Finanzinstrumente des Handelsbestands werden mit dem beizulegenden Zeitwert (*Fair Value*) bewertet. Für die Bewertung kommen sowohl Börsenkurse als auch interne Preismodelle (insbesondere Barwert- und Optionspreismodelle) zum Einsatz. Die Bewertung von Zins- und Zinswährungsderivaten erfolgt gemäß den Marktusancen unter Berücksichtigung der jeweiligen Fixing-Frequenz für variable Zahlungen.

Seit dem Geschäftsjahr 2013 werden Zinserträge/-aufwendungen aus Handelsbeständen und derivativen Finanzinstrumenten aus dem Handelsbuch, die zuvor im Handelsergebnis ausgewiesen wurden, im Zinsüberschuss berichtet. Zudem werden Provisionserträge aus Syndizierungsgeschäft, die zuvor im Handelsergebnis ausgewiesen wurden, im Provisionsüberschuss berichtet. Die Vergleichszahlen der Vorjahresperiode wurden entsprechend angepasst. Siehe hierzu „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013“.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Zusammensetzung des Handelsergebnisses des Konzerns in den ersten Quartalen zum 31. März 2012 und zum 31. März 2013:

	Erstes Quartal zum 31. März		Veränderung¹⁾
	2012¹⁾	2013¹⁾	
	(prüferisch durchgesehen)		
	(in Mio. EUR)		(in %)
Ergebnis aus dem Handel	262	247	(5,7)
Ergebnis aus der Anwendung der Fair Value Option	(91)	29	—
Gesamt	171	276	61,4

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen. Ab dem Geschäftsjahr 2013 werden Umgliederungen innerhalb der Gewinn- und Verlust-Rechnung und Bilanzierungsänderungen durchgeführt. Die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 wurden entsprechend angepasst und weichen daher von den Zahlen im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2012 ab. Siehe hierzu „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013“.

Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen beinhaltet zum einen die Bewertungsergebnisse aus effektiven Sicherungszusammenhängen im Rahmen des Hedge Accountings (Fair Value Hedge). Zum anderen enthält das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen den ineffektiven Teil aus Cash Flow Hedges.

Die folgende Tabelle zeigt das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen des Konzerns in den ersten Quartalen zum 31. März 2012 und zum 31. März 2013:

	Erstes Quartal zum 31. März		Veränderung¹⁾
	2012¹⁾	2013¹⁾	
	(ungeprüft, soweit nicht anders angegeben)		
	(in Mio. EUR)		(in %)
Fair-Value-Änderungen aus Sicherungsgeschäften	608	86	(85,9)
Fair-Value-Änderungen aus Grundgeschäften	(615)	(45)	92,7
<i>Ergebnis aus Fair Value Hedges</i>	(7)	41	—
<i>Ergebnis aus effektiv gesicherten Cash Flow Hedges (nur ineffektiver Teil)</i>	—	—	—
Gesamt²⁾	(7)	41	—

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen und prüferisch durchgesehen.

Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen betrug im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 EUR 317 Mio. und lag damit um EUR 153 Mio. (93,3%) über dem Wert von EUR 164

Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012. Zu dem Anstieg trugen insbesondere die Anpassungen der zum Fair Value bewerteten eigenen Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 183 Mio. im Vergleich der Quartale bei, welche fast ausschließlich das Segment Corporates & Markets betrafen. Bei den betroffenen Positionen handelte es sich im Wesentlichen um verbrieftete Verbindlichkeiten, welche aufgrund der Anwendung der IFRS-Fair-Value-Option zum Marktwert zu bilanzieren sind. Diese Marktwertbilanzierung erfordert die Berücksichtigung des eigenen (im ersten Quartal 2013 gestiegenen) Kreditrisikos. Da der am Markt gehandelte Spread der COMMERZBANK im Verlauf des ersten Quartals 2013 gestiegen war, führte dieser Bewertungsparameter zu einem Rückgang des Marktwerts der betroffenen Verbindlichkeiten und damit zu einem positiven Ergebnisbeitrag.

In den einzelnen Segmenten kam es zu gegenläufigen Entwicklungen. Im Segment Corporates & Markets war ein ausgeprägter Anstieg um EUR 309 Mio. auf EUR 307 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 zu verzeichnen; in diesem Segment wurde der weitaus größte Teil des Handelsergebnisses und Ergebnisses aus Sicherungszusammenhängen im Konzern erzielt. Neben den Anpassungen der zum Fair Value bewerteten eigenen Verbindlichkeiten trugen Gewinne des Loan Portfolio Managements im Konzernbereich Credit Portfolio Management sowie ein verbessertes Ergebnis des Konzernbereichs Equity Markets & Commodities zu dem Anstieg bei. Im Segment Non-Core Assets betrug das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 EUR –43 Mio. und war damit weiterhin negativ, fiel aber im Vorjahresvergleich ebenfalls besser aus (um EUR 172 Mio.). Dies beruhte unter anderem auf geringeren Bewertungsverlusten von Derivaten, die als Sicherungsinstrumente abgeschlossen wurden. Demgegenüber war im Bereich Sonstige und Konsolidierung ein deutlicher Rückgang (um EUR 192 Mio.) zu verzeichnen, was im Wesentlichen auf dem sehr starken Beitrag der Group Treasury im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 aufgrund der Cross Currency Hedges und der Basisspreadentwicklung beruhte, welcher in diesem Umfang im ersten Quartal 2013 nicht erzielt werden konnte. Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen aus strukturierten Vermögenswerten, die bis zum 30. Juni 2012 im Segment Portfolio Restructuring Unit gebündelt waren, betrug im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 EUR 138 Mio. Von dem durch diese Vermögenswerte erzielten insgesamt ausgeglichenen Ergebnisbeitrag im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 entfielen EUR 48 Mio. auf das Segment Corporates & Markets – dort im Konzernbereich Credit Portfolio Management – und EUR –48 Mio. auf das Segment Non-Core Assets. Das Segment Central & Eastern Europe erwirtschaftete im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 einen Ertrag von EUR 23 Mio. nach EUR 34 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012. Der Rückgang um EUR 11 Mio. resultierte vor allem aus dem positiven Ergebnisbeitrag im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 aus der Absicherung von Wechselkursrisiken der beschlossenen Veräußerung des Anteils an der russischen Promsvyazbank.

Ergebnis aus Finanzanlagen. Im Ergebnis aus Finanzanlagen sind (jeweils getrennt nach zinstragendem Geschäft und Eigenkapitalinstrumenten) Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus dem zur Veräußerung verfügbaren (Available for Sale) sowie dem zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten (Loans and Receivables) Wertpapierbestand, Beteiligungen, Anteilen an Investmentfonds, Anteilen an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen ausgewiesen.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen belief sich auf EUR –6 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 nach EUR –176 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012, was einem Anstieg von EUR 170 Mio. entsprach.

Das Ergebnis aus zinstragendem Geschäft betrug im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 EUR –6 Mio. und fiel damit leicht negativ aus, wobei Bewertungsverluste zum Teil durch Veräußerungsgewinne kompensiert werden konnten. Dem stand im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 mit EUR –160 Mio. ein deutlich schlechteres Ergebnis aus zinstragendem Geschäft gegenüber, welches durch das negative Realisierungsergebnis im Zusammenhang mit dem Verkauf von griechischen Staatsanleihen sowie Veräußerungsverluste aus dem gezielten Abbau des Staatsfinanzierungsportfolios, insbesondere des Abbaus spanischer und ungarischer Staatsanleihen, belastet war. Beides schlug sich im Segment Non-Core Assets nieder.

Das Ergebnis aus Eigenkapitalinstrumenten war im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 ausgeglichen und beinhaltete verschiedene gegenläufige Effekte. Dem positiven Realisierungsergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in Höhe von EUR 24 Mio. standen Belastungen in Höhe von EUR 23 Mio. aus at-Equity-bewerteten Unternehmen, vor allem aus dem Bewertungsergebnis, gegenüber. Im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 betrug das Ergebnis aus Eigenkapitalinstrumenten EUR –16 Mio. und enthielt überwiegend Belastungen aus dem Veräußerungs- und Bewertungsergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen.

Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen

Das laufende Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen betrug im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 EUR 8 Mio. nach EUR 11 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012.

Sonstiges Ergebnis. Das Sonstige Ergebnis stellt den Saldo der sonstigen Erträge und Aufwendungen dar. Im Sonstigen Ergebnis sind vor allem Zuführungen und Auflösungen von Rückstellungen (unter anderem Prozesse, Regresse und Drohverlustrückstellungen) sowie Erträge und Aufwendungen aus Operating-Leasing-Verträgen enthalten. Aufwendungen und Erträge aus Bau- und Architektengebühren fallen im Rahmen des Baumanagements des Teilkonzerns Commerz Real an. Das Sonstige Ergebnis enthält ferner Wechselkursänderungen (Währungsumrechnungsdifferenzen, die aus der Umrechnung von Forderungen/ Verbindlichkeiten von Fremdwährungstöchtern, also Tochtergesellschaften, die in ausländischer Währung bilanzieren, resultieren), das Bewertungsergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und die sonstigen Steuern.

Das Sonstige Ergebnis belief sich im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 auf EUR –62 Mio. nach EUR 21 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012, was einem Rückgang von EUR 83 Mio. entspricht. Das negative Ergebnis im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 resultierte vor allem aus dem Anstieg der Zuführungen zu Rückstellungen und entfiel zum Großteil auf Änderungen in der Verlusteinschätzung im Zusammenhang mit Prozessrisiken.

Verwaltungsaufwand. Der Verwaltungsaufwand beinhaltet den Personalaufwand, den Sachaufwand sowie die Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien und sonstige immaterielle Anlagewerte. Im Personalaufwand sind Aufwendungen für soziale Abgaben enthalten. In der Darstellung der Segmente sind die Kosten der Service- und Konzernsteuerungseinheiten verursachungsgerecht auf die einzelnen operativen Segmente verrechnet – mit Ausnahme der Integrations- und Restrukturierungskosten dieser Service- und Konzernsteuerungseinheiten, die im Bereich Sonstige und Konsolidierung verbleiben. Ab dem 1. Januar 2013 werden die aktuarischen Zinserträge auf das Planvermögen und die Zinsaufwendungen aus Pensionen im Zinsüberschuss ausgewiesen. Zuvor waren sie Bestandteil des Verwaltungsaufwands. Die Vergleichszahlen der Vorjahresperiode wurden entsprechend angepasst. Siehe hierzu „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013“.

Die folgende Tabelle enthält eine Darstellung der Posten, aus denen sich der Verwaltungsaufwand zusammensetzt:

	Erstes Quartal zum 31. März		Veränderung¹⁾
	2012¹⁾	2013¹⁾	
	(prüferisch durchgesehen)		
	(in Mio. EUR)		(in %)
Personalaufwand	1.046	1.022	(2,3)
Sachaufwand	646	611	(5,4)
Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien und Sonstige immaterielle Anlagewerte	98	91	(7,1)
Gesamt	1.790	1.724	(3,7)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen. Ab dem Geschäftsjahr 2013 werden Umgliederungen innerhalb der Gewinn- und Verlust-Rechnung und Bilanzierungsänderungen durchgeführt. Die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 wurden entsprechend angepasst und weichen daher von den Zahlen im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2012 ab. Siehe hierzu „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013“.

Der Verwaltungsaufwand sank von EUR 1.790 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 um EUR 66 Mio. (3,7%) auf EUR 1.724 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013. Zu dem Rückgang trugen Reduzierungen des Sachaufwands mit EUR 35 Mio., des Personalaufwands mit EUR 24 Mio. und der Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien und Sonstige immaterielle Anlagewerte mit EUR 7 Mio. bei. Der Rückgang im Sachaufwand war im Wesentlichen auf rückläufige Aufwendungen für Raum- und Arbeitsplatzkosten zurückzuführen. Der Rückgang im Personalaufwand war größtenteils bedingt durch rückläufige leistungsbezogene Vergütungsbestandteile sowie durch geringere Aufwendungen für die Altersversorgung.

Operatives Ergebnis. Als Resultat der beschriebenen Entwicklungen erwirtschaftete der COMMERZBANK-Konzern im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 ein operatives Ergebnis von EUR 469 Mio. nach EUR 576 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012, was einem Ergebnisrückgang um EUR 107 Mio. beziehungsweise 18,6% entspricht. Hauptgründe dafür waren der stark rückläufige Zinsüberschuss, Belastungen aus Prozessrisiken sowie die gestiegene Risikoversorge im Kreditgeschäft. Diese Entwicklung konnte durch den Wegfall von im Vorjahreszeitraum angefallenen Belastungen, insbesondere im

Zusammenhang mit Staatsfinanzierungsportfolios und Anpassungen der zum Fair Value bewerteten eigenen Verbindlichkeiten, sowie durch den Rückgang der Verwaltungsaufwendungen nur zum Teil kompensiert werden.

Restrukturierungsaufwendungen. Die Restrukturierungsaufwendungen im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 beliefen sich auf EUR 493 Mio. Diese sind überwiegend für geplante Personalmaßnahmen im Rahmen der „Strategie 2016 (Strategische Agenda)“ vorgesehen und werden im Wesentlichen für das Segment Privatkunden und für die Service- und Konzernsteuerungseinheiten anfallen. Siehe hierzu „Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns—Strategie“ und „Risikofaktoren—Markt- und unternehmensbezogene Risiken—5. Es besteht das Risiko, dass der Konzern seine strategischen Pläne nicht, nicht vollständig oder nur zu höheren Kosten als geplant umsetzen kann oder dass die Umsetzung geplanter Maßnahmen nicht zur Verwirklichung der angestrebten strategischen Ziele führt.“. Im Vorjahreszeitraum beliefen sich die Restrukturierungsaufwendungen auf EUR 34 Mio. und resultierten aus der „EU-Ersatzaufgabe vom 30. März 2012“ mit dem Ziel der Abwicklung der Hypothekenbank Frankfurt AG (vormals Eurohypo AG). Siehe auch „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Integrations- und Restrukturierungskosten“.

Ergebnis vor Steuern. Die vorstehend beschriebenen Entwicklungen führten zu einem Konzernergebnis vor Steuern in Höhe von EUR –24 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013. Dies bedeutet einen Rückgang von EUR 566 Mio. gegenüber dem ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012, in welchem der Konzern einen Vorsteuergewinn in Höhe von EUR 542 Mio. erzielt hatte.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag. Im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 wurde ein Steueraufwand in Höhe von EUR 45 Mio. (Steuerquote –188%) gebucht, während im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 ein Steueraufwand in Höhe von EUR 159 Mio. (Steuerquote 29%) anfiel. Die im ersten Quartal 2013 negative Steuerquote resultiert aus dem Umstand, dass in einzelnen Gesellschaften Gewinne zu Steueraufwand führten (unter anderem Filiale Luxembourg, BRE Bank), wohingegen in anderen Gesellschaften Verluste anfielen, auf welche kein zusätzliches Deferred Tax Assets (latente Steuerforderungen) gebildet werden konnten. Insbesondere kam es nicht zu einer Entlastung der Steuerquote durch die Verluste in der COMMERZBANK AG Inland.

Konzernergebnis. Im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 erwirtschaftete der COMMERZBANK-Konzern einen Verlust in Höhe von EUR 69 Mio. nach einem Gewinn in Höhe von EUR 383 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012. Damit ging das Konzernergebnis gegenüber dem Vorjahr um EUR 452 Mio. zurück.

Ertragslage der Segmente

Privatkunden

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ertragslage des Segments Privatkunden in den ersten Quartalen zum 31. März 2012 und zum 31. März 2013:

	Erstes Quartal zum 31. März		Veränderung ²⁾	
	2012 ¹⁾	2013 ¹⁾		
	(prüferisch durchgesehen)		(ungeprüft)	
	(in Mio. EUR)		(in %)	
Zinsüberschuss	471	431	(40)	(8,5)
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(8)	(35)	(27)	(>100,0)
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	463	396	(67)	(14,5)
Provisionsüberschuss	416	427	11	2,6
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	1	1	—	—
Ergebnis aus Finanzanlagen	2	5	3	>100,0
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	7	9	2	28,6
Sonstiges Ergebnis	8	(15)	(23)	—
Verwaltungsaufwand	760	753	(7)	(0,9)
Operatives Ergebnis	137	70	(67)	(48,9)
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	137	70	(67)	(48,9)
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital	3.976	4.002	26	0,7
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%)	84,0	87,8	3,8	—
RWA (zum 31. März) ²⁾	28.149	28.807	658	2,3

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2013 hat der COMMERZBANK-Konzern Umgliederungen innerhalb der Gewinn- und Verlust-Rechnung und Bilanzierungsänderungen durchgeführt, siehe dazu „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013“. Zudem wurden Umstrukturierungen zwischen den Segmenten vorgenommen, siehe „—Segmente des COMMERZBANK-Konzerns“. Die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 wurden entsprechend angepasst und weichen daher von den Zahlen im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2012 ab.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 waren die Erträge vor Risikovorsorge im Segment Privatkunden im Vergleich zum ersten Quartal 2012 um EUR 47 Mio. rückläufig. Dieser Rückgang entfiel fast ausschließlich auf den größten Konzernbereich (Private Kunden) und beruht vor allem auf der negativen Entwicklung des Zinsüberschusses und des Sonstigen Ergebnisses. Demgegenüber blieben die Erträge vor Risikovorsorge in den Konzernbereichen Direct Banking und Commerz Real im Quartalsvergleich nahezu unverändert.

Zinsüberschuss. Der Zinsüberschuss im Segment Privatkunden verringerte sich im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 gegenüber dem ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 um EUR 40 Mio. beziehungsweise 8,5% von EUR 471 Mio. im ersten Quartal 2012 auf EUR 431 Mio. im ersten Quartal 2013. Negativ entwickelte sich der Zinsüberschuss im Wesentlichen im Einlagengeschäft, wo ein Rückgang von EUR 34 Mio. zu verzeichnen war. Hier führten im Jahresverlauf 2012 weiter verringerte Marktzinsen im kurzfristigen Bereich zu fortgesetztem Druck auf die Einlagenmarge, was einen Rückgang des Zinsüberschusses im ersten Quartal 2013 gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahresquartals zur Folge hatte. Dieser Effekt auf die Entwicklung der Einlagenerträge konnte auch durch das im ersten Quartal 2013 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um einen niedrigen einstelligen Euro-Milliardenbetrag höhere durchschnittliche Einlagevolumen nicht kompensiert werden. Der Anstieg beruhte in erster Linie auf der erfolgreichen Vermarktung des Produkts „Festzinssparen“ von Januar bis Mitte März 2012. Das Kreditgeschäft dagegen verzeichnete einen leichten Anstieg. Positiv wirkte die geringere Belastung aus sogenannten Marktwertausgleichen, also Nachteilen im Zusammenhang mit vorzeitig zurückgezahlten Krediten, sowie verbesserte Margen im Baufinanzierungs- und Individualkreditgeschäft. Gegenläufig wirkten die geringeren Erträge aus dem geplanten Abschmelzen des Konsumentenkreditportfolios und des Retail-Banking-Core-Portfolios der Hypothekenbank Frankfurt. Insgesamt konnte das gegenüber dem ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 angestiegene Neugeschäftsvolumen insbesondere bei Baufinanzierungen, in dem eine positive Entwicklung der Kreditnachfrage zum Ausdruck kam, das

Abschmelzen des Bestandsportfolios nicht vollständig kompensieren. Des Weiteren belastete der im Vorjahresvergleich rückläufige Beitrag aus der internen Liquiditätskostenverrechnung im Konzern das Zinsergebnis.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stieg im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 von EUR 8 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 um EUR 27 Mio. auf EUR 35 Mio. Ohne Berücksichtigung der Auflösung aus der turnusmäßigen jährlichen Parameteraktualisierung im ersten Quartal 2012 lag die Risikovorsorge im ersten Quartal 2013 leicht unter dem Wert des Vorjahreszeitraums. Die unverändert stabilen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland im ersten Quartal 2013 trugen positiv zu dieser Entwicklung bei. Für das Geschäftsjahr 2013 wurden die Risikovorsorgeveränderungen aus der turnusmäßigen jährlichen Parameteraktualisierung bereits im Jahresabschluss 2012 berücksichtigt, so dass die Risikovorsorge im ersten Quartal 2013 keine Effekte aus der Rekalibrierung enthält.

Provisionsüberschuss. Der im Segment Privatkunden erwirtschaftete Provisionsüberschuss hat sich von EUR 416 Mio. im ersten Quartal 2012 um EUR 11 Mio. beziehungsweise 2,6% auf EUR 427 Mio. im ersten Quartal 2013 erhöht. Vor allem eine Verbesserung der Wertpapiererträge sowohl aus dem umsatzabhängigen wie auch aus dem bestandsabhängigen Wertpapiergeschäft führte zu diesem Anstieg. Die Erholung der Kundenaktivität spiegelt dabei wider, dass die Unsicherheit an den Kapitalmärkten gegenüber dem abgelaufenen Geschäftsjahr etwas nachgelassen hat. Gegenläufig war die Entwicklung bei den Kreditvermittlungsprovisionen, insbesondere durch geringere Erträge aus der Vermittlung von Konsumentenkrediten an die Commerz Finanz, sowie beim Zahlungsverkehr.

Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus Finanzanlagen, laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen, Sonstiges Ergebnis. Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, das Ergebnis aus Finanzanlagen sowie das laufende Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen blieben im ersten Quartal 2013 gegenüber dem Vorjahresquartal im Wesentlichen unverändert. Das Sonstige Ergebnis verringerte sich im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 gegenüber dem ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 um EUR 23 Mio. von EUR 8 Mio. auf EUR – 15 Mio., im Wesentlichen bedingt durch die Auflösung von Rückstellungen im Vorjahresquartal sowie der Zuführung zu Rückstellungen im ersten Quartal 2013.

Verwaltungsaufwand. Der Verwaltungsaufwand ging leicht von EUR 760 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 um EUR 7 Mio. beziehungsweise 0,9% auf EUR 753 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 zurück. Dabei verringerte sich der Personalaufwand im ersten Quartal 2013 geringfügig gegenüber dem ersten Quartal 2012. Ein höherer Ansatz der variablen Vergütung im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 sowie die synergiebedingt gesunkene Mitarbeiteranzahl im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 wirkten sich im Quartalsvergleich positiv aus. Der Sachaufwand blieb unverändert. Höhere Werbeaufwendungen für die neue Werbekampagne sowie Rückstellungen für Gerichts- und Anwaltskosten konnten im Wesentlichen durch geringere Raumkosten im ersten Quartal 2013 kompensiert werden. Insgesamt spiegelte der Verwaltungsaufwand ein kontinuierliches und aktives Kostenmanagement wider.

Operatives Ergebnis. Insgesamt erzielte das Segment Privatkunden im ersten Quartal 2013 ein Operatives Ergebnis in Höhe von EUR 70 Mio. gegenüber EUR 137 Mio. im ersten Quartal 2012, was einer Verschlechterung von EUR 67 Mio. beziehungsweise 48,9 % entspricht. Dies ist das Resultat der oben genannten Effekte, das heißt im Wesentlichen des verschlechterten Ergebnisses aus dem Zinsgeschäft, der gestiegenen Risikovorsorge sowie des geringeren Sonstigen Ergebnisses; diese negativen Effekte konnten durch einen verbesserten Provisionsüberschuss nur teilweise kompensiert werden.

Ergebnis vor Steuern. Im Segment Privatkunden fiel weder im ersten Quartal 2012 noch im ersten Quartal 2013 Restrukturierungsaufwendungen an. Dementsprechend war das Ergebnis vor Steuern mit dem Operativen Ergebnis jeweils identisch.

Mittelstandsbank

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ertragslage des Segments Mittelstandsbank in den ersten Quartalen zum 31. März 2012 und zum 31. März 2013:

	Erstes Quartal zum 31. März		Veränderung ²⁾	
	2012 ¹⁾	2013 ¹⁾		
	(prüferisch durchgesehen)		(ungeprüft)	
	(in Mio. EUR)		(in %)	
Zinsüberschuss	542	457	(85)	(15,7)
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	35	(78)	113	—
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	577	379	(198)	(34,3)
Provisionsüberschuss	270	280	10	3,7
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	(12)	1	13	—
Ergebnis aus Finanzanlagen	(1)	(12)	(11)	(>100)
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	—	—	—	—
Sonstiges Ergebnis	(9)	2	11	—
Verwaltungsaufwand	339	325	(14)	(4,1)
Operatives Ergebnis	486	325	(161)	(33,1)
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	486	325	(161)	(33,1)
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital	5.974	5.829	(145)	(2,4)
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%)	42,9	44,6	1,7	—
RWA (zum 31. März) ²⁾	53.971	55.364	1.394	2,6

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2013 hat der COMMERZBANK-Konzern Umgliederungen innerhalb der Gewinn- und Verlust-Rechnung und Bilanzierungsänderungen durchgeführt, siehe dazu „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013“. Zudem wurden Umstrukturierungen zwischen den Segmenten vorgenommen, siehe „—Segmente des COMMERZBANK-Konzerns“. Die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 wurden entsprechend angepasst und weichen daher von den Zahlen im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2012 ab.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 beliefen sich die Erträge vor Risikovorsorge im Segment Mittelstandsbank auf EUR 728 Mio., dies entsprach im Vergleich zum Vorjahresquartal einem Rückgang um EUR 62 Mio. oder 7,8%. Von diesem Rückgang waren alle Konzernbereiche betroffen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Am stärksten war die Minderung der Erträge vor Risikovorsorge im Konzernbereich Großkunden & International ausgeprägt, gefolgt vom Konzernbereich Mittelstand Inland, der absolut den größten Ertragsbeitrag im Segment erzielte. Der Konzernbereich Financial Institutions, dessen Erträge sich nur leicht rückläufig gegenüber Vorjahresquartal entwickelten, lieferte im Vergleich zu den beiden anderen Konzernbereichen absolut gesehen einen deutlich niedrigeren Beitrag.

Zinsüberschuss. Der Zinsüberschuss im Segment Mittelstandsbank, der im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 EUR 457 Mio. betrug, verminderte sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um EUR 85 Mio. oder 15,7%. Im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 belief sich der Zinsüberschuss auf EUR 542 Mio. Ursächlich für diesen deutlichen Rückgang im Zinsergebnis war vorrangig das anhaltend niedrige Marktzinsniveau im ersten Quartal 2013, welches sich massiv im Beitrag aus dem Einlagengeschäft negativ niederschlug. Dieser Effekt war durch einen gegenüber dem Vorjahresquartal verbesserten Kreditertrag nicht zu kompensieren. Das spürbar rückläufige Zinsergebnis aus dem Einlagengeschäft im ersten Quartal 2013 war auf den marktzensbedingten deutlichen Rückgang der Marge zurückzuführen. Das im ersten Quartal 2012 im langjährigen Vergleich bereits niedrige Marktzinsniveau im kurzfristigen Bereich hat sich Mitte des Geschäftsjahres 2012 nochmals sprunghaft in deutlichem Maße verringert, was eine weitere, erhebliche Verminderung der Einlagenmarge des Segments im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 zur Folge hatte. Dieser Effekt konnte auch durch ein deutlich – um einen niedrigen zweistelligen Euro-Milliardenbetrag – gesteigertes durchschnittliches Einlagevolumen nicht ausgeglichen werden. Dabei war in allen drei Konzernbereichen der Mittelstandsbank ein deutliches Einlagenwachstum zu verzeichnen. Im Kreditgeschäft konnte der Ergebnisbeitrag im ersten Quartal 2013 gegenüber Vorjahreszeitraum durch eine weitere Ausweitung der Margen im Kundengeschäft gesteigert werden. Das durchschnittliche Kreditvolumen hingegen verminderte sich im Quartalsvergleich um einen mittleren einstelligen Euro-Milliardenbetrag. Gründe hierfür waren neben dem fortgeführten Abbau nicht-strategischer Kreditengagements eine im Verlauf des ersten Quartals 2013 insgesamt weiterhin verhaltene

Kundennachfrage in wesentlichen Bereichen des Geschäfts. Dies machte sich insbesondere im Konzernbereich Großkunden & International bemerkbar, wo im Betrachtungszeitraum ein deutlicher Rückgang des durchschnittlichen Kreditvolumens zu verzeichnen war. Auch im Konzernbereich Financial Institutions war die Entwicklung des durchschnittlichen Kreditvolumens von einem – wenn auch leichteren – Rückgang geprägt. Der gezielte Abbau von Bankenrisiken im Zuge eines aktiven Kapitalmanagements mit Blick auf den Halbjahresultimo 2012 wirkte sich auch im weiteren Jahresverlauf bis hin zum ersten Quartal dämpfend auf das Kreditgeschäft aus. Im Konzernbereich Mittelstand Inland hingegen, im Kreditgeschäft das Rückgrat des Segments, nahm die Volumensentwicklung einen sehr robusten Verlauf, hier konnte im ersten Quartal 2013 das durchschnittliche Kreditvolumen des Vorjahresquartals geringfügig übertroffen werden. Der sonstige Zinsüberschuss war im ersten Quartal 2013 gegenüber dem Vorjahresquartal 2012 leicht rückläufig. Wesentliche Komponenten der konzerninternen Liquiditätsverrechnung, die bislang Teil des sonstigen Zinsüberschusses waren, werden seit Anfang des Jahres 2013 unter dem Kredit- bzw. Einlagengeschäft ausgewiesen.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um EUR 113 Mio. Während im ersten Quartal 2012 noch ein Nettoertrag von EUR 35 Mio. erzielt wurde, lag die Risikovorsorge im ersten Quartal 2013 bei einer Nettobelastung von EUR 78 Mio. und damit insgesamt auf einem höheren Niveau. Treiber für den Anstieg der Risikovorsorge waren Risikovorsorgeneubildungen für mehrere Einzelengagements. Zudem wurden die Risikovorsorgeveränderungen für das Jahr 2013 aus der turnusmäßigen jährlichen Parameteraktualisierung bereits im Jahresabschluss 2012 berücksichtigt, so dass die Risikovorsorge im ersten Quartal 2013 keine Effekte aus der Rekalibrierung enthielt. Im Geschäftsjahr 2012 lag die Risikovorsorge des Segments Mittelstandsbank insgesamt auf einem historisch niedrigen Niveau. Die geringe Risikovorsorge im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 war maßgeblich auf Auflösungen und Restrukturierungserfolge bei Einzelfällen sowie die positiven Effekte aus der turnusmäßigen jährlichen Parameteraktualisierung zurückzuführen.

Provisionsüberschuss. Das Segment Mittelstandsbank erwirtschaftete im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 einen Provisionsüberschuss von EUR 280 Mio. Gegenüber dem ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012, in dem der Provisionsüberschuss bei EUR 270 Mio. lag, stellte dies eine Steigerung um EUR 10 Mio. oder 3,7% dar. Wie auch in im Geschäftsjahr 2012 setzte der nach wie vor starke deutsche Außenhandel zu Beginn des Geschäftsjahres 2013 wichtige Impulse für das Geschäft des Segments Mittelstandsbank mit außenhandelsbezogenen Produkten, welches mit einem Anteil von etwa der Hälfte entscheidend zum gesamten Provisionsüberschuss des Segments beitrug. Insbesondere im Geschäft mit Auslandszahlungsverkehrsdienstleistungen und im Dokumentengeschäft konnte das hohe Ergebnisniveau des ersten Quartals 2012 im Vergleichszeitraum 2013 gehalten beziehungsweise leicht übertroffen werden. Auch beim Inlandszahlungsverkehr erzielte das Segment Mittelstandsbank im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 einen Ergebnisbeitrag, der dem des Vorjahresquartals 2012 entsprach. Aufgrund einer im ersten Quartal 2013 etwas besseren Nachfrage der Kunden nach Kapitalmarktprodukten konnte der Beitrag aus dieser Produktgruppe leicht gesteigert werden. Ein weiterer positiver Effekt auf den Provisionsüberschuss im Quartalsvergleich resultierte aus einer geringeren konzerninternen Belastung, welche die Vergütung für andere Konzernsegmente für deren Mitwirkung an gemeinsamen Aktivitäten in diesem Bereich reflektierte.

Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen. Im Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen wurde im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 ein Gewinn in Höhe von EUR 1 Mio. ausgewiesen. Dem stand im Vorjahresquartal 2012 ein Verlust von EUR 12 Mio. gegenüber. Die Ergebnisverbesserung um EUR 13 Mio. war zu einem wesentlichen Teil auf die Umstellung des Hedgingprozederes zu Beginn des zweiten Halbjahres 2012 zurückzuführen. Danach werden künftig die zur Kreditabsicherung erforderlichen Transaktionen durch das Segment Corporates & Markets kontrahiert, der hiermit in Verbindung stehende Aufwand wird seit diesem Zeitpunkt in Form einer Versicherungsprämie zwischen den Segmenten als Bestandteil des Provisionsüberschusses verrechnet. Im ersten Quartal 2012 erfolgte der Ausweis des negativen Bewertungseffektes aus Kreditsicherungsgeschäften noch unter dem Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen im Segment Mittelstandsbank. Daneben waren beide Quartale durch negative Bewertungseffekte aus umstrukturierten Krediten belastet.

Ergebnis aus Finanzanlagen, laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen, Sonstiges Ergebnis. Das Ergebnis aus Finanzanlagen war im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 durch einen Bewertungseffekt aus Anteilsbesitz, dem ein Ertrag im Zinsüberschuss in gleicher Höhe gegenüberstand, belastet und belief sich auf einen Verlust in Höhe von EUR 12 Mio. Im Vorjahresquartal wurde mit EUR –1 Mio. ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis ausgewiesen. Ein laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen wurde in keinem der beiden Quartale ausgewiesen. Das Sonstige Ergebnis war im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 wesentlich durch eine Sonderbelastung aus umstrukturierten Krediten geprägt, was zu einem Verlustausweis von EUR 9 Mio. führte. Im ersten Quartal 2013 wurde ein Gewinn von EUR 2 Mio. ausgewiesen.

Verwaltungsaufwand. Der Verwaltungsaufwand verminderte sich von EUR 339 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 leicht um EUR 14 Mio. beziehungsweise 4,1% auf EUR 325 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013. Bei nahezu unverändertem Sachaufwand reduzierten sich die Personalaufwendungen, hervorgerufen durch einen geringeren Aufwand für leistungsabhängige Vergütungsbestandteile im ersten Quartal 2013, im Vergleich der beiden Quartale geringfügig. Daneben trug ein leichter Rückgang des indirekten Verwaltungsaufwands zu dem im Quartalsvergleich gesunkenen Verwaltungsaufwand bei.

Operatives Ergebnis. Insgesamt erzielte das Segment Mittelstandsbank im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 ein Operatives Ergebnis in Höhe von EUR 325 Mio. Der im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahres mit EUR 161 Mio. bzw. 33,1% erhebliche Ergebnisrückgang ist im Wesentlichen durch zwei Faktoren determiniert: Der Ergebnisbeitrag aus Risikovorsorge im Segment Mittelstandsbank, der im ersten Quartal 2012 noch aufgrund einer Parameteraktualisierung durch eine erhebliche Auflösung geprägt war, wurde im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 wesentlich durch Neubildungen für mehrere Einzelengagements belastet. Daneben wirkte sich das anhaltend niedrige Marktzinsniveau negativ auf den Zinsüberschuss im ersten Quartal 2013 aus, wodurch ebenfalls eine deutliche Ergebnisunterschreitung gegenüber dem Vorjahresquartal zu verzeichnen war. Dieser signifikante Ergebnisrückgang konnte durch die positive Entwicklung anderer Positionen, insbesondere des Provisionsüberschusses und des Verwaltungsaufwands, nur in geringem Umfang kompensiert werden.

Ergebnis vor Steuern. Da weder im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 noch im Vorjahresquartal Restrukturierungsaufwendungen anfielen, war das Ergebnis vor Steuern mit dem operativen Ergebnis identisch.

Central & Eastern Europe

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ertragslage des Segments Central & Eastern Europe in den ersten Quartalen zum 31. März 2012 und zum 31. März 2013:

	Erstes Quartal zum 31. März		Veränderung²⁾	
	2012¹⁾	2013¹⁾		
	(prüferisch durchgesehen)		(ungeprüft)	
	(in Mio. EUR)		(in %)	
Zinsüberschuss	124	103	(21)	(16,9)
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(18)	(6)	12	66,7
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	106	97	(9)	(8,5)
Provisionsüberschuss	50	47	(3)	(6,0)
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	34	23	(11)	(32,4)
Ergebnis aus Finanzanlagen	1	—	(1)	—
Laufendes Ergebnis aus at-Equity bewerteten Unternehmen	—	—	—	—
Sonstiges Ergebnis	11	12	1	9,1
Verwaltungsaufwand	115	104	(11)	(9,6)
Operatives Ergebnis	87	75	(12)	(13,8)
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	87	75	(12)	(13,8)
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital	1.893	1.717	(176)	(9,3)
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%)	52,3	56,2	3,9	—
RWA (zum 31. März) ²⁾	16.711	14.548	(2.163)	(12,9)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2013 hat der COMMERZBANK-Konzern Umgliederungen innerhalb der Gewinn- und Verlust-Rechnung und Bilanzierungsänderungen durchgeführt, siehe dazu „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013“. Zudem wurden Umstrukturierungen zwischen den Segmenten vorgenommen, siehe „—Segmente des COMMERZBANK-Konzerns“. Die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 wurden entsprechend angepasst und weichen daher von den Zahlen im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2012 ab.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Zinsüberschuss. Der Zinsüberschuss im Segment Central & Eastern Europe ging im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 um EUR 21 Mio. beziehungsweise 16,9% zurück und lag bei EUR 103 Mio., nach EUR 124 Mio. im ersten Quartal 2012. Die polnische Nationalbank hat bis Ende März 2013 den Referenzzinssatz auf 3,25% gesenkt. Dieser Zinssatz hatte zum Ende des Vorjahresquartals noch bei 4,50% gelegen. Aufgrund des niedrigeren Zinsniveaus in Polen verzeichnete die BRE Bank einen Rückgang im Zinsüberschuss im Vergleich zum Vorjahresquartal, obwohl – bei eingetrübter Kreditnachfrage – ein Anstieg der Kredit- und Einlagevolumina zu verzeichnen war. Zudem war im ersten Quartal 2012 die im vierten Quartal 2012 veräußerte Bank Forum noch im Segment enthalten, was sich ebenfalls negativ auf den Zinsüberschuss ausgewirkt hat.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ging im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres von EUR 18 Mio. um EUR 12 Mio. auf EUR 6 Mio. zurück. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf erfolgreiche Restrukturierungen mit entsprechender Risikovorsorgeauflösung in der BRE Bank im ersten Quartal 2013 zurückzuführen. Im ersten Quartal 2012 verzeichnete die BRE Bank dagegen einige größere Zuführungen. Im ersten Quartal 2012 trug die Bank Forum noch mit einer Entlastung zum Risikovorsorgeergebnis des Segments bei.

Provisionsüberschuss. Der Provisionsüberschuss im Segment Central & Eastern Europe blieb trotz geringfügiger negativer Effekte aus der Veräußerung der Bank Forum und der gesetzlichen Neuregelung zur Verringerung der Gebühren im Kreditkartengeschäft in Polen ab dem Geschäftsjahr 2013 im Quartalsvergleich nahezu unverändert.

Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen. Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen ging im ersten Quartal 2013 um EUR 11 Mio. beziehungsweise 32,4% gegenüber dem ersten Quartal 2012 zurück und lag bei EUR 23 Mio. Der Grund für den Rückgang waren wechselkursbedingte Bewertungseffekte im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 in Höhe von EUR 15 Mio., welche sich im ersten Quartal 2013 nicht wiederholten. Hierbei handelte es sich um einen Ertrag aus der Marktbewertung der Verkaufsoption der Promsvyazbank, die in Rubel abgeschlossen wurde. Dieser Effekt schlug sich in der Central & Eastern-Europe-Holding nieder. Das Handelsergebnis der BRE Bank lag leicht über Vorjahresniveau.

Ergebnis aus Finanzanlagen, Sonstiges Ergebnis. Das Ergebnis aus Finanzanlagen sowie das sonstige Ergebnis zeigten sich im Quartalsvergleich nahezu unverändert.

Verwaltungsaufwand. Der Verwaltungsaufwand sank im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 um EUR 11 Mio. beziehungsweise 9,6% gegenüber dem Vorjahresquartal und lag bei EUR 104 Mio., gegenüber EUR 115 Mio. im ersten Quartal 2012. Der Rückgang resultierte maßgeblich aus der Veräußerung der Bank Forum, die im ersten Quartal 2012 noch im Segmentergebnis enthalten war. Gegenläufig wirkte ein moderater Anstieg der Kosten bei der BRE Bank, teilweise durch die Vollkonsolidierung von Tochtergesellschaften getrieben.

Operatives Ergebnis. Das Operative Ergebnis im Segment Central & Eastern Europe ging im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 um EUR 12 Mio. beziehungsweise 13,8% gegenüber dem ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 zurück und lag bei EUR 75 Mio., gegenüber EUR 87 Mio. im ersten Quartal 2012. Dabei erzielte die BRE Bank im ersten Quartal 2013 einen leicht höheren Ergebnisbeitrag. Gegenläufig wirkte sich aber aus, dass im ersten Quartal 2012 ein Ertrag aus der Marktbewertung der Verkaufsoption der Promsvyazbank erzielt wurde, der sich im ersten Quartal 2013 nicht wiederholte. Dieser Effekt, der sich negativ auswirkte, überstieg den Ergebnisanstieg bei der BRE Bank. Die Bank Forum hat im ersten Quartal 2012 keinen wesentlichen Beitrag zum Operativen Ergebnis geleistet. Währungseffekte wirkten sich beim Vergleich der ersten Quartale der Geschäftsjahre 2012 und 2013 im Segment Central & Eastern Europe nicht materiell aus.

Ergebnis vor Steuern. Es waren weder im ersten Quartal 2013 noch im ersten Quartal 2012 Restrukturierungsaufwendungen beziehungsweise ein Ergebnis aus dem Verkauf von Veräußerungsgruppen angefallen. Daher war das Ergebnis vor Steuern mit dem Operativen Ergebnis identisch.

Corporates & Markets

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ertragslage des Segments Corporates & Markets in den ersten Quartalen zum 31. März 2012 und zum 31. März 2013:

	Erstes Quartal zum 31. März		Veränderung²⁾	
	2012¹⁾	2013¹⁾		
	(prüferisch durchgesehen)		(ungeprüft)	
	(in Mio. EUR)		(in %)	
Zinsüberschuss	295	196	(99)	(33,6)
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(27)	26	53	—
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	268	222	(46)	(17,2)
Provisionsüberschuss	104	82	(22)	(21,2)
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	(2)	307	309	—
Ergebnis aus Finanzanlagen	3	(6)	(9)	—
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	6	2	(4)	(66,7)
Sonstiges Ergebnis	(8)	2	10	—
Verwaltungsaufwand	341	338	(3)	(0,9)
Operatives Ergebnis	30	271	241	>100,0
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	30	271	241	>100,0
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital	3.244	3.254	10	0,3
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%)	85,7	58,0	(27,7)	—
RWA (zum 31. März) ²⁾	32.310	33.908	1.589	(6,2)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2013 hat der COMMERZBANK-Konzern Umgliederungen innerhalb der Gewinn- und Verlust-Rechnung und Bilanzierungsänderungen durchgeführt, siehe dazu „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013“. Die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 wurden entsprechend angepasst und weichen daher von den Zahlen im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2012 ab.

Die Zahlen für das erste Quartal 2013 beinhalten darüber hinaus die Abbaupositionen des ehemaligen Segments Portfolio Restructuring Unit. Hierfür wurden die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 nicht angepasst.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Im Vergleich der ersten Quartale 2012 und 2013 entwickelten sich die Erträge vor Risikovorsorge in den einzelnen Konzernbereichen unterschiedlich. Im Konzernbereich Corporate Finance kam es zu einem deutlichen Rückgang, was in erster Linie an den aufgrund rückläufiger Kundenaktivität gesunkenen Erträgen im Bereich Structured Capital Markets lag. Auch im Konzernbereich Fixed Income & Currencies kam es trotz Ertragsverbesserungen im Interest Rate Trading insgesamt zu einem deutlichen Rückgang der Erträge, im Wesentlichen wegen gesunkener Erträge im Währungshandel (FX Trading) und im Handel mit Kreditprodukten (Credit Trading). Demgegenüber kam es im Konzernbereich Equity Markets & Commodities zu einem Anstieg, vor allem aufgrund der gestiegenen Nachfrage nach Aktien- und Derivateprodukten. Der Konzernbereich Credit Portfolio Management konnte im Quartalsvergleich seine Erträge mehr als verdoppeln, wobei diese Erträge absolut gesehen deutlich niedriger lagen als in den vorgenannten Konzernbereichen. Maßgeblicher Treiber war unter anderem die Eingliederung der strukturierten Vermögenswerte in diesen Konzernbereich, welche bis zum 30. Juni 2012 noch unter dem Segment Portfolio Restructuring Unit gebündelt waren.

Zinsüberschuss. Der Zinsüberschuss ging von EUR 295 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 um EUR 99 Mio. (33,6%) auf EUR 196 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 zurück. Die aufgrund der Gesamtbankstrategie reduzierten Bilanzvolumina ließen das Zinsergebnis aus dem Kreditportfolio mit internationalen Kunden weiter sinken. Im Konzernbereich Corporate Finance waren die Erträge aus dem Vertrieb von Liquiditätssteuerungsprodukten bedingt durch das anhaltend niedrige Zinsniveau rückläufig. Weiterhin verminderte sich innerhalb dieses Konzernbereichs der Zinsüberschuss insbesondere im Produktbereich Structured Capital Markets, bei dem sich eine verminderte Geschäftsaktivität im ersten Quartal 2013 bei den für diesen Produktbereich üblichen, größeren Einzeltransaktionen deutlich negativ bemerkbar machte. Ein weiterer negativer Effekt ergab sich aus den im ersten Quartal 2013 vorgenommenen Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze: Aufgrund der Umgliederung von bislang im Handelsergebnis ausgewiesenen Zinserträgen/-aufwendungen (Zinsergebnis aus Wertpapieren, Verbriefungen und Derivaten sowie der Refinanzierung der Handelsaktivitäten) kommt es im Ausweis auf Segmentebene zu einer erheblichen Ertragsverschiebung

vom Handels- zum Zinsergebnis. Diese Anpassung des Zinsüberschusses war im ersten Quartal 2013 gegenüber dem ersten Quartal 2012 um EUR 41 Mio. deutlich niedriger ausgefallen. Hintergrund waren Zahlungen als Teil einer Wertpapierleihetransaktion im ersten Quartal 2013, die zu einer gegenläufigen Verschiebung führten.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Die Risikovorsorge sank von EUR 27 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 um EUR 53 Mio., so dass im ersten Quartal 2013 ein Nettoertrag von EUR 26 Mio. vereinnahmt werden konnte. Die Risikovorsorge im Segment ist grundsätzlich stark von der Entwicklung einzelner großer Engagements geprägt. So war die Reduzierung im ersten Quartal 2013 im Wesentlichen getrieben durch den Restrukturierungserfolg eines Einzelengagements, während im ersten Quartal 2012 insbesondere ein Einzelengagement mit materieller Risikovorsorgebelastung zum Tragen kam. Die im ersten Quartal 2012 vereinnahmte Entlastung aus der turnusmäßigen jährlichen Parameteraktualisierung hat sich im Quartalsvergleich nicht wesentlich ausgewirkt.

Provisionsüberschuss. Der Provisionsüberschuss ist im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 um EUR 22 Mio. (21,2%) von EUR 104 Mio. auf EUR 82 Mio. zurückgegangen. Ursächlich dafür war insbesondere der verminderte Provisionsüberschuss im Konzernbereich Corporate Finance aufgrund rückläufiger Neuemissionen von Anleihen sowie rückläufiger Geschäftsaktivitäten bei syndizierten Krediten, Aktienemissionen und Mergers & Acquisitions-Transaktionen. Darüber hinaus wurde der Provisionsüberschuss durch ein rückläufiges Ergebnis im Devisenbereich im Konzernbereich Fixed Income & Currencies belastet.

Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen. Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen verbesserte sich deutlich von EUR -2 Mio. auf EUR 307 Mio. Stärkster Faktor für die Erhöhung des Handelsergebnisses waren die Anpassungen (OCS) der zum Fair Value bewerteten eigenen Verbindlichkeiten, die im ersten Quartal 2012 zu einem Verlust von EUR 157 Mio. führten, im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 hingegen einen Ertrag von EUR 25 Mio. erzielten. Bei den betroffenen Positionen handelte es sich im Wesentlichen um verbrieftete Verbindlichkeiten, welche aufgrund der Anwendung der IFRS-Fair-Value-Option zum Marktwert zu bilanzieren sind. Diese Marktwertbilanzierung erfordert die Berücksichtigung des eigenen (im ersten Quartal 2013 gestiegenen) Kreditrisikos. Da der am Markt gehandelte Spread der COMMERZBANK im Verlauf des ersten Quartals 2013 gestiegen war, führte dieser Bewertungsparameter zu einem Rückgang des Marktwerts der betroffenen Verbindlichkeiten und damit zu einem positiven Ergebnisbeitrag. Im ersten Quartal 2013 fiel die Umgliederung vom Handelsergebnis in den Zinsüberschuss im Vergleich zum ersten Quartal 2012 um EUR 41 Mio. niedriger aus, so dass sich hierdurch eine Verbesserung des Handelsergebnisses ergab, siehe auch oben „—Zinsüberschuss“. Der Konzernbereich Credit Portfolio Management, seit Juli 2012 ein eigenständiger Konzernbereich im Segment Corporates & Markets, hat im ersten Quartal 2013 signifikant zum positiven Ergebnis beigetragen. Möglich wurde dies durch die Einbeziehung der Handelserträge in Höhe von EUR 48 Mio., welche mit den vormals im Segment Portfolio Restructuring Unit ausgewiesenen Positionen erzielt wurden, sowie durch die Handelserträge im Loan Portfolio Management, wo im ersten Quartal 2012 noch Verluste - verursacht durch das Auseinanderlaufen der Spreads bei verschiedenen Absicherungsinstrumenten - anfielen, hingegen im ersten Quartal 2013 ein Gewinn ausgewiesen werden konnte. Ohne Berücksichtigung des vorgenannten OCS-Effekts erhöhte sich im Quartalsvergleich das Handelsergebnis in den Konzernbereichen Corporate Finance und Equity Markets & Commodities vor allem aufgrund erhöhter Kundennachfrage im Aktien- und Derivategeschäft, wohingegen es bei Fixed Income & Currencies trotz Ertragsverbesserungen bei Interest Trading zu einem Rückgang im Wesentlichen wegen gesunkener Erträge im Währungshandel und im Handel mit Kreditprodukten kam.

Ergebnis aus Finanzanlagen, laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen, Sonstiges Ergebnis. Nachdem im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 im Ergebnis aus Finanzanlagen noch ein Ertrag in Höhe von EUR 3 Mio. erzielt werden konnte, fiel im ersten Quartal 2013 ein Verlust von EUR 6 Mio. an. Dies ist maßgeblich auf die im ersten Quartal 2013 unter Structured Credit Legacy verbuchten Verluste aus dem Ergebnis aus Finanzanlagen auf Available-for-Sale-Bestände sowie auf dauerhafte Wertminderungen auf andere dort ausgewiesenen Positionen zurückzuführen. Das laufende Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen verringerte sich im Quartalsvergleich von EUR 6 Mio. auf EUR 2 Mio., und das Sonstige Ergebnis verbesserte sich von EUR -8 Mio. auf EUR 2 Mio., letzteres im Wesentlichen auf Grund von im ersten Quartal 2012 angefallenen Aufwendungen aus der Syndizierung von Krediten.

Verwaltungsaufwand. Der Verwaltungsaufwand sank im Quartalsvergleich nur leicht von EUR 341 Mio. im ersten Quartal 2012 auf EUR 338 Mio. im ersten Quartal 2013. Dabei sind die durch andere Konzerneinheiten an das Segment Corporates & Markets verrechneten (indirekten) Kosten zurückgegangen. Dem stand jedoch ein Anstieg bei den Sachaufwendungen gegenüber. Dieser Anstieg ist auf die Bankenabgabe und höhere Kosten für den Einlagensicherungsfonds zurückzuführen sowie auf die erfolgte Eingliederung von Structured Credit Legacy (ehemals Portfolio Restructuring Unit) in das Segment Corporates & Markets. Die Personalkosten blieben im Wesentlichen auf dem Niveau des Vergleichs quartals aus dem Vorjahr.

Operatives Ergebnis. Das Operative Ergebnis stieg in erster Linie aufgrund der unterschiedlichen OCS-Auswirkung im Quartalsvergleich von EUR 30 Mio. auf EUR 271 Mio.

Ergebnis vor Steuern. Da keine Restrukturierungsaufwendungen anfielen, entsprach das Ergebnis vor Steuern dem Operativen Ergebnis.

Non-Core Assets

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ertragslage des Segments Non-Core Assets in den ersten Quartalen zum 31. März 2012 und zum 31. März 2013:

	Erstes Quartal zum 31. März		Veränderung ²⁾	
	2012 ¹⁾	2013 ¹⁾		
	(prüferisch durchgesehen)		(ungeprüft)	
	(in Mio. EUR)		(in %)	
Zinsüberschuss	185	169	(16)	(8,6)
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(178)	(175)	3	1,7
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	7	(6)	(13)	—
Provisionsüberschuss	30	19	(11)	(36,7)
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	(215)	(43)	172	80,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	(203)	8	211	—
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	(1)	(2)	(1)	(100,0)
Sonstiges Ergebnis	26	20	(6)	(23,1)
Verwaltungsaufwand	98	83	(15)	(15,3)
Operatives Ergebnis	(454)	(87)	367	80,8
Restrukturierungsaufwendungen	34	0	(34)	(100,0)
Ergebnis vor Steuern	(488)	(87)	401	82,2
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital	10.226	10.058	(168)	(1,6)
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%)	—	48,5	—	—
RWA (zum 31. März) ²⁾	66.543	65.135	(1.408)	(2,1)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2013 hat der COMMERZBANK-Konzern Umgliederungen innerhalb der Gewinn- und Verlust-Rechnung und Bilanzierungsänderungen durchgeführt, siehe dazu „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013“. Zudem wurden Umstrukturierungen zwischen den Segmenten vorgenommen, siehe „—Segmente des COMMERZBANK-Konzerns“. Die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 wurden entsprechend angepasst und weichen daher von den Zahlen im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2012 ab.

Die Zahlen für das erste Quartal 2013 beinhalten darüber hinaus die Abbaupositionen des ehemaligen Segments Portfolio Restructuring Unit. Hierfür wurden die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 nicht angepasst.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Zinsüberschuss. Der Zinsüberschuss ging von EUR 185 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 um EUR 16 Mio. (8,6%) auf EUR 169 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 zurück. Der Zinsüberschuss sank in erster Linie aufgrund der Portfolioreduktion im ersten Quartal 2013. Der Rückgang verlangsamte sich jedoch aufgrund deutlicher Konditionsanpassungen in Fällen, bei denen an Zinsanpassungsterminen aus ökonomischen Gründen eine Kreditverlängerung gewährt wurde.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft lag im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 mit EUR 175 Mio. auf dem Niveau des Vergleichs quartals des Vorjahres (EUR 178 Mio.) Im Commercial-Real-Estate-Geschäft sank die Risikovorsorge von EUR 57 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 um EUR 19 Mio. auf EUR 38 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013. Dabei sank im ersten Quartal 2013 die Risikovorsorge sowohl im Konzernbereich Commercial Real Estate Inland als auch im USA-Portfolio gegenüber dem Vorjahresquartal und profitierte im Wesentlichen von Auflösungen aus Restrukturierungserfolgen, was die im ersten Quartal 2013 zu beobachtende Tendenz zur Stabilisierung in diesen Märkten widerspiegelt. Der gewerbliche Immobilienmarkt in Spanien ist unverändert angespannt, eine Erholung ist nicht zu verzeichnen, was sich auch im Anstieg der Risikovorsorge für dieses Teilportfolio widerspiegelt. Im Konzernbereich Deutsche Schiffsbank dagegen stieg die Risikovorsorge von EUR 114 Mio. im ersten Quartal in 2012 um EUR 24 Mio. auf EUR 138 Mio. im ersten Quartal 2013 an. Wegen der wenig dynamischen globalen Konjunktorentwicklung und entsprechend verhaltenen Handelsvolumina bei gleichzeitig hohen Flotten-Überkapazitäten zeigten sich die Schiffsmärkte im ersten Quartal 2013 weiterhin angespannt. Die Risikovorsorge im Konzernbereich Public Finance ging

um EUR 9 Mio. zurück, so dass im ersten Quartal 2013 ein Nettoertrag von EUR 2 Mio. vereinnahmt werden konnte. Die Entwicklung resultierte ausschließlich aus einem Rückgang der Pauschalrisikoversorge.

Provisionsüberschuss. Mit EUR 19 Mio. zeigte sich der Provisionsüberschuss im ersten Quartal 2013 gegenüber dem Vorjahreszeitraum (EUR 30 Mio.) aufgrund des eingestellten Neugeschäftes erwartungsgemäß rückläufig, was sich im Wesentlichen im Commercial-Real-Estate-Geschäft auswirkte.

Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen. In der deutlichen Verbesserung des Handelsergebnisses und Ergebnisses aus Sicherungszusammenhängen von EUR –215 Mio. im ersten Quartal 2012 um EUR 172 Mio. beziehungsweise 80,0% auf EUR –43 Mio. im ersten Quartal 2013 spiegeln sich in erster Linie geringere Bewertungsverluste aus Derivaten, die als Sicherungsinstrumente abgeschlossen wurden, in den Konzernbereichen Public Finance und Deutsche Schiffsbank wider. Hinzu kommen im Konzernbereich Commercial Real Estate Ausland positive Effekte aus Bewertungserfordernissen auf Sicherungsderivate. Gegenläufig wirkte im ersten Quartal 2013 eine Ergebnisbelastung aus dem Infrastrukturportfolio, welches zum 1. Juli 2012 aus dem ehemaligen Segment Portfolio Restructuring Unit in den Konzernbereich Public Finance umgegliedert wurde.

Ergebnis aus Finanzanlagen. Das Ergebnis aus Finanzanlagen verbesserte sich im ersten Quartal 2013 deutlich um EUR 211 Mio. auf EUR 8 Mio. gegenüber EUR –203 Mio. im ersten Quartal 2012. Das erste Quartal 2012 war unter anderem geprägt durch Veräußerungsverluste im Konzernbereich Public Finance infolge der vorgenommenen Risikoreduzierung im Staatsfinanzierungsportfolio (insbesondere aufgrund der Veräußerung von Anleihen verschiedener Staaten, einschließlich Spanien und Ungarn) und Verlusten aus dem Umtausch und Verkauf von Griechenland-Anleihen im Rahmen des sogenannten Private-Sector-Involvements. Auch im Konzernbereich Deutsche Schiffsbank und im Commercial-Real-Estate-Geschäft kam es im ersten Quartal 2012 zu deutlichen Verlusten. Im ersten Quartal 2013 waren im Konzernbereich Commercial Real Estate Ausland neben Realisierungsgewinnen aus einer Transaktion in Großbritannien auch Bewertungseffekte in geringerem Umfang zu verzeichnen.

Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen, Sonstiges Ergebnis. Mit EUR –2 Mio. zeigte sich das Laufende Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen im ersten Quartal 2013 auf dem Niveau des Vorjahresquartals (EUR –1 Mio.). Der Gewinn aus dem Sonstigen Ergebnis in Höhe von EUR 20 Mio. war gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreswert (EUR 26 Mio.) rückläufig und resultierte aus einer Reihe unterschiedlicher, zum Teil gegenläufiger Faktoren, namentlich Währungseffekten im Warehouse-Portfolio.

Verwaltungsaufwand. Der Verwaltungsaufwand sank im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 im Vergleich zum ersten Quartal 2012 von EUR 98 Mio. um EUR 15 Mio. auf EUR 83 Mio. Der Rückgang konnte in nahezu allen Konzernbereichen erreicht werden und resultierte aus dem anhaltenden Kostenmanagement im Sachkostenbereich sowie bei den indirekten Kosten. Die gesunkenen Personalkosten spiegeln den erreichten Mitarbeiterabbau gegenüber dem ersten Quartal 2012 wider.

Operatives Ergebnis. Das Operative Ergebnis verbesserte sich um EUR 367 Mio. von EUR –454 Mio. im ersten Quartal 2012 auf EUR –87 Mio. im ersten Quartal 2013. Dies basierte im Wesentlichen auf den dargestellten Entwicklungen des Ergebnisses aus Finanzanlagen sowie des Handelsergebnisses.

Ergebnis vor Steuern. Da im ersten Quartal 2013 keine Restrukturierungsaufwendungen anfielen, war das Ergebnis vor Steuern mit EUR –87 Mio. identisch mit dem Operativen Ergebnis. Im ersten Quartal 2012 fielen aufgrund der „EU-Ersatzaufgabe vom 30. März 2012“ für die Hypothekenbank Frankfurt AG (vormals Eurohypo AG) und der damit verbundenen Entscheidung des gesamten Abbaus des Nicht-Kerngeschäftes Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von EUR 34 Mio. an. Siehe „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Integrations- und Restrukturierungskosten“. Das Ergebnis vor Steuern betrug im ersten Quartal 2012 EUR –488 Mio.

Sonstige und Konsolidierung

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ertragslage des Bereichs Sonstige und Konsolidierung in den ersten Quartalen zum 31. März 2012 und zum 31. März 2013:

	Erstes Quartal zum 31. März		Veränderung²⁾	
	2012¹⁾	2013¹⁾		
	(prüferisch durchgesehen)		(ungeprüft)	
	(in Mio. EUR)		(in %)	
Zinsüberschuss	41	0	(41)	(100,0)
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	—	1	1	—
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	41	1	(40)	(97,6)
Provisionsüberschuss	(6)	(8)	(2)	(33,3)
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	220	28	(192)	(87,3)
Ergebnis aus Finanzanlagen	5	(1)	(6)	—
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	(1)	(1)	—	—
Sonstiges Ergebnis	(8)	(83)	(75)	(>100,0)
Verwaltungsaufwand	125	121	(4)	(3,2)
Operatives Ergebnis	126	(185)	(311)	—
Restrukturierungsaufwendungen	—	493	493	—
Ergebnis vor Steuern	126	(678)	(804)	—
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital	1.236	3.815	2.579	>100,0
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%)	—	—	—	—
RWA (zum 31. März) ²⁾	15.753	12.033	(3.720)	(23,6)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2013 hat der COMMERZBANK-Konzern Umgliederungen innerhalb der Gewinn- und Verlust-Rechnung und Bilanzierungsänderungen durchgeführt, siehe dazu „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013“. Die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 wurden entsprechend angepasst und weichen daher von den Zahlen im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2012 ab.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Zinsüberschuss. Der Zinsüberschuss ging im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 gegenüber dem Vorjahresquartal von EUR 41 Mio. um EUR 41 Mio. zurück. Maßgeblich hierfür war im Wesentlichen die deutlich negative Entwicklung in der Group Treasury: Im Quartalsvergleich positive Effekte aus dem Zinsrisikomanagement von Krediten und Einlagen wurden dabei überkompensiert durch negative Effekte aus niedrigeren Handelszinsen, niedrigeren Erträgen aus der kurzfristigen Refinanzierung sowie einer höheren Ausschüttung von Eigenkapitalmodellerträgen an die Segmente.

Provisionsüberschuss. Der Provisionsüberschuss sank von EUR –6 Mio. im ersten Quartal 2012 um EUR 2 Mio. auf EUR –8 Mio. im ersten Quartal 2013. Maßgeblich für diesen Rückgang war eine Reihe verschiedenartiger, kleinerer und teils gegenläufiger Einzeleffekte, die sich insgesamt reduzierend auf den Provisionsüberschuss auswirkten.

Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen. Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen sank im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahres von EUR 220 Mio. um EUR 192 Mio. auf EUR 28 Mio. Maßgeblich hierfür war im Wesentlichen der erhebliche Rückgang des Handelsergebnisses der Group Treasury. Das sehr gute Ergebnis des Vorjahresquartals aus einem starken Anstieg von Cross Currency Spreads und einem dadurch bedingten hohen positiven Bewertungseffekt auf bestehenden Cross Currency Swaps zur Sicherung von Fremdwährungsliquidität sowie das sehr gute Ergebnis aus Tenor-Basis-Spread-Effekten auf Bankbuchderivate konnten nicht wiederholt werden. Im ersten Quartal 2013 entstandene Verluste aus dem Verkauf von Bund-Futures zur Absicherung des Liquiditätsportfolios konnten demgegenüber durch das positive Ergebnis aus dem Zinsrisikomanagement aufgeholt werden.

Ergebnis aus Finanzanlagen. Das Ergebnis aus Finanzanlagen ging im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 gegenüber dem Vorjahresquartal von EUR 5 Mio. um EUR 6 Mio. auf EUR –1 Mio. zurück. Maßgeblich für diesen Rückgang war eine Reihe verschiedenartiger, kleinerer und teils gegenläufiger Einzeleffekte, die sich insgesamt reduzierend auf das Ergebnis aus Finanzanlagen auswirkten.

Sonstiges Ergebnis. Der Rückgang des Sonstigen Ergebnisses, welches gegenüber dem ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 von EUR –8 Mio. um EUR 75 Mio. auf EUR –83 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 sank, resultierte in erster Linie aus einer Nettozuführung zu den Rechtsrückstellungen im ersten Quartal 2013.

Verwaltungsaufwand. Der Verwaltungsaufwand sank im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 leicht gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahres von EUR 125 Mio. um EUR 4 Mio. auf EUR 121 Mio. Maßgeblich für diese Entwicklung war ein Rückgang der Sachkosten, der durch einen Anstieg der indirekten Kosten weitgehend kompensiert wurde.

Operatives Ergebnis. Das Operative Ergebnis lag im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 mit EUR –185 Mio. wesentlich (um EUR 311 Mio.) unter dem Operativen Ergebnis im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 von EUR 126 Mio. Maßgeblich hierfür war der erhebliche Ergebnisrückgang der Group Treasury.

Restrukturierungsaufwendungen. Im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 fielen Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von EUR 493 Mio. an. Im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 sind dagegen keine Restrukturierungsaufwendungen angefallen. Siehe auch *“—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Integrations- und Restrukturierungskosten”*.

Ergebnis vor Steuern Das Ergebnis vor Steuern lag im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 mit EUR –678 Mio. wesentlich (um EUR 804 Mio.) unter dem Ergebnis vor Steuern im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 von EUR 126 Mio. Maßgeblich hierfür waren insbesondere der erhebliche Ergebnisrückgang der Group Treasury sowie die im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 angefallenen Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von EUR 493 Mio.

Vergleich der Geschäftsjahre 2011 und 2012

Ertragslage des Konzerns

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ertragslage des Konzerns für die Geschäftsjahre 2011 und 2012:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung	
	2011 ¹⁾ (geprüft)	2012 ¹⁾ (geprüft) (in Mio. EUR)	(ungeprüft) ²⁾	(geprüft) ¹⁾ (in %)
Zinsüberschuss	6.724	5.539	(1.185)	(17,6)
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(1.390)	(1.660)	(270)	(19,4)
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	5.334	3.879	(1.455)	(27,3)
Provisionsüberschuss	3.495	3.191	(304)	(8,7)
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	1.986	1.121	(865)	(43,6)
Ergebnis aus Finanzanlagen	(3.611)	81	3.692	—
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	42	46	4	9,5
Sonstiges Ergebnis	1.253	(77)	(1.330)	—
Verwaltungsaufwand	7.992	7.025	(967)	(12,1)
Operatives Ergebnis	507	1.216	709	>100,0
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert sowie Markennamen	—	—	—	—
Restrukturierungsaufwendungen	—	43	43	—
Ergebnis aus dem Verkauf von Veräußerungsgruppen	—	(268)	(268)	—
Ergebnis vor Steuern	507	905	398	78,5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(240)	796	1.036	—
Konzernergebnis	747	109	(638)	(85,4)
den Minderheitenanteilen zurechenbares Konzernergebnis	109	103	(6)	(5,5)
den COMMERZBANK-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	638	6	(632)	(99,1)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Zinsüberschuss. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über Zinsaufwendungen und -erträge des Konzerns für die Geschäftsjahre 2011 und 2012:

	Geschäftsjahr zum 1. Dezember		Veränderung¹⁾
	2011¹⁾	2012¹⁾	
	(geprüft, soweit nicht anders angegeben)		
	(in Mio. EUR)		(in %)
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus dem Wertpapierbestand (Available-for-Sale)	1.232	876	(28,9)
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus dem Wertpapierbestand (Loans and Receivables)	15.456	12.856	(16,8)
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus dem Wertpapierbestand (aus der Anwendung der Fair Value Option)	119	101	(15,1)
Vorfälligkeitsentschädigungen	87	139	59,8
Gewinne aus der Veräußerung von Forderungen und Krediten sowie aus dem Rückkauf von Verbindlichkeiten ...	166	264	59,0
Dividenden aus Wertpapieren	115	221	92,2
Laufendes Ergebnis aus Beteiligungen und nicht konsolidierten Tochterunternehmen	41	21	(48,8)
Laufende Erträge aus zur Veräußerung und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	127	69	(45,7)
Sonstige Zinserträge	—	12	—
Zinserträge	17.343	14.559	(16,1)
Zinsaufwendungen für Nachrang- und Hybridkapital sowie Verbriefte und sonstige Verbindlichkeiten ²⁾	9.780	8.546	(12,6)
<i>Davon</i>			
Zinsaufwendungen für Nachrang und Hybridkapital	940	891	(5,2)
Zinsaufwendungen für Verbriefte Verbindlichkeiten	3.584	2.733	(23,7)
Zinsaufwendungen für sonstige Verbindlichkeiten	5.256	4.922	(6,4)
Zinsaufwendungen aus der Anwendung der Fair Value Option	36	50	38,9
Verluste aus der Veräußerung von Forderungen und Krediten sowie aus dem Rückkauf von Verbindlichkeiten	73	103	41,1
Laufende Aufwendungen aus zur Veräußerung und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	78	54	(30,8)
Sonstige Zinsaufwendungen	652	267	(59,0)
Zinsaufwendungen	10.619	9.020	(15,1)
Gesamt	6.724	5.539	(17,6)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind, soweit nicht anders angegeben, dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Der Zinsüberschuss ging von EUR 6.724 Mio. im Geschäftsjahr 2011 um EUR 1.185 Mio. (17,6%) auf EUR 5.539 Mio. im Geschäftsjahr 2012 zurück. Dabei gingen im Vergleich zum Geschäftsjahr 2011 sowohl die Zinserträge (um 16,1%) als auch die Zinsaufwendungen (um 15,1%) zurück. Maßgeblicher Grund für den Rückgang der Zinserträge und -aufwendungen auf Konzernebene war die Reduzierung der zinstragenden Aktiva und Passiva, unter anderem aufgrund gezielter Abbaumaßnahmen im Segment Non-Core Assets. Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2011 generierte das Einlagengeschäft vor allem margenbedingt einen geringeren Beitrag, was auf das gesunkene Marktzinsniveau zurückgeht, während der Rückgang im Kreditgeschäft im Wesentlichen auf den Abbau des Volumens zurückzuführen war. Neben positiven Einmalserträgen im Geschäftsjahr 2011 hat die liquiditätsaffine Ausrichtung zu dem rückläufigen Zinsüberschuss beigetragen, das heißt, dass die aus dem bestehenden Passivüberhang vorhandene Überschussliquidität in höher liquide Papiere investiert wurde, die einen niedrigeren Ertrag generierten.

Während in den Segmenten Privatkunden, Mittelstandsbank, Corporates & Markets, Central & Eastern Europe und Non-Core Assets (NCA) zum Teil ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen war, stieg der Zinsüberschuss im Bereich Sonstige und Konsolidierung leicht an. Das Zinsergebnis im Segment Mittelstandsbank war durch eine deutlich niedrigere Einlagenmarge negativ beeinflusst, während der kreditinduzierte Zinsüberschuss leicht über dem des Geschäftsjahres 2011 lag. Das im Jahresdurchschnitt 2012 deutlich gesteigerte Einlagenvolumen konnte das marktzinsbedingt deutliche Abschmelzen der Einlagenmarge gegenüber dem Geschäftsjahr 2011 in der Ertragswirkung nicht kompensieren. Zudem wurde der Zinsüberschuss dadurch negativ beeinflusst, dass im Geschäftsjahr 2011 ein Sonderertrag aus

Kreditrestrukturierungen enthalten war. Auch im Segment Corporates & Markets wirkten sich Einmalerträge aus Kreditrestrukturierungen im Geschäftsjahr 2011 negativ auf den Vergleich der Geschäftsjahre aus. In diesem Segment war der Rückgang der Zinserträge im Geschäftsjahr 2012 im Wesentlichen durch das rückläufige Kreditvolumen beeinflusst. Dagegen erhöhte die Einbeziehung von bis zum 30. Juni 2012 unter dem Segment Portfolio Restructuring Unit ausgewiesenen Positionen das Zinsergebnis im Geschäftsjahr 2012. Einen weiteren positiven Effekt hatte die Verschiebung von Erträgen vom Handelsergebnis zum Zinsüberschuss im Structured-Capital-Markets-Geschäft des Konzernbereichs Corporate Finance. Im Segment Privatkunden war die negative Entwicklung durch das margenbedingt reduzierte Ergebnis des Einlagengeschäfts getragen. Der Rückgang im Segment Central & Eastern Europe war geprägt durch die gestiegenen Liquiditätskosten sowie den Verkauf der Bank Forum. Im Segment Non-Core Assets war der Abbau des Portfoliovolumens maßgeblicher Grund für den Rückgang. Auch der Sonderertrag aus dem Verkauf einer Forderung gegenüber Lehman Brothers im Geschäftsjahr 2011 trug zu diesem Rückgang bei. Der Anstieg im Bereich Sonstige und Konsolidierung beruhte hauptsächlich auf der positiven Entwicklung im Zinsergebnis von Group Treasury. Hier konnte durch aktives Zinsrisikomanagement eine Steigerung des Zinsüberschusses im Vergleich zum Vorjahr erzielt werden. Nahezu unverändert war im Vergleich der beiden Geschäftsjahre 2011 und 2012 der Zinsüberschuss, welcher mit den strukturierten Vermögenswerten, die bis zum 30. Juni 2012 im Segment Portfolio Restructuring Unit gebündelt waren, erzielt wurde.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft betrug im Geschäftsjahr 2012 EUR 1.660 Mio. und lag damit um EUR 270 Mio. (19,4%) über dem Vorjahreswert (EUR 1.390 Mio.). Darin enthalten war eine konzernweite Nettobelastung aus Parametereffekten von EUR 69 Mio., die aus der turnusmäßigen jährlichen Parameteraktualisierung im Geschäftsjahr 2012 resultierte.

Der Anstieg der Risikovorsorge resultierte insbesondere aus hohen Belastungen in den als nicht-strategisch definierten Portfolios im Segment Non-Core Assets. In diesem Segment erhöhte sich die Risikovorsorge um EUR 471 Mio. (52,2%) auf EUR 1.374 Mio. Wesentlicher Treiber für den Anstieg im Vergleich zum Vorjahr war der Konzernbereich Deutsche Schiffsbank infolge des anhaltend schwierigen Umfelds am Schiffsmarkt, das zu drastischen Rückgängen der Charratzen sowie damit einhergehenden steigenden Insolvenzzahlen und als Folge davon zu höherem Risikovorsorgebedarf führte. In der Risikovorsorge für das Geschäftsjahr 2012 im Segment Non-Core Assets ist eine Nettobelastung aus Parametereffekten von EUR 138 Mio. enthalten. Diese resultierte aus der turnusmäßigen jährlichen Parameteraktualisierung im Weißbuch, aus einmaligen Parameteranpassungen im Schwarzbuch sowie aus der vorschriftsmäßigen Überprüfung und Anpassung der LIP (Loss Identification Period)-Faktoren in dem Konzernbereich Deutsche Schiffsbank. Die Reduktion der LIP-Faktoren spiegelte die nach strategischer Neuausrichtung angepassten und damit effizienteren Prozesse im Risikomanagement wider. Im Geschäftsjahr 2011 wurde aus der Anpassung von LIP-Faktoren noch ein Ertrag von EUR 199 Mio. vereinnahmt. Siehe auch „*Risikomanagement—Adressenausfallrisiko—Risikoquantifizierung*“ und „*Risikomanagement—Adressenausfallrisiko—Intensive Care/Ertragsbelastungen aus Impairments (Risikovorsorge)*“.

In den Segmenten der Kernbank reduzierte sich die Risikovorsorge um EUR 199 Mio. (41,3%) auf EUR 283 Mio. Dies resultierte vor allem aus der stabilen konjunkturellen Entwicklung des Kernmarktes Deutschland sowie Restrukturierungserfolgen größerer Einzelfälle und der daraus resultierenden Auflösungen. Speziell in den Segmenten Mittelstandsbank und Corporates & Markets lag die Risikovorsorge im Geschäftsjahr 2012 um EUR 160 Mio. (84,2%) beziehungsweise um EUR 94 Mio. (64,4%) jeweils deutlich unter dem Wert des Vorjahres. Positiv wirkte sich die gute Portfolioqualität sowie die turnusmäßige jährliche Parameteraktualisierung in der Kernbank aus. Die Parameteraktualisierung führte zu einer Netto-Risikovorsorgeauflösung von EUR 69 Mio., was etwa dem Vorjahreswert entsprach. Die vorausgegangene gute ökonomische Entwicklung führte hier zu überwiegend verbesserten statistischen Eingangsdaten.

Provisionsüberschuss. Die folgende Tabelle zeigt die Provisionserträge und -aufwendungen des Konzerns für die Geschäftsjahre 2011 und 2012:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung ¹⁾
	2011 ¹⁾	2012 ¹⁾	
	(geprüft)		(in %)
	(in Mio. EUR)		
Wertpapiergeschäft	1.221	1.019	(16,5)
Vermögensverwaltung	161	176	9,3
Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft	1.303	1.365	4,8
Immobilienkreditgeschäft	193	152	(21,2)
Bürgschaften	230	238	3,5
Ergebnis aus Syndizierungen	272	152	(44,1)
Vermittlungsgeschäft	325	303	(6,8)
Treuhandgeschäfte	8	8	0,0
Übrige Erträge	342	298	(12,9)
Provisionserträge	4.055	3.711	(8,5)
Wertpapiergeschäft	181	170	(6,1)
Vermögensverwaltung	22	34	54,5
Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft	131	131	0,0
Immobilienkreditgeschäft	36	37	2,8
Bürgschaften	86	69	(19,8)
Ergebnis aus Syndizierungen	4	1	(75,0)
Vermittlungsgeschäft	67	67	0,0
Treuhandgeschäfte	3	3	0,0
Übrige Aufwendungen	30	8	(73,3)
Provisionsaufwendungen	560	520	(7,1)
Provisionsüberschuss			
Wertpapiergeschäft	1.040	849	(18,4)
Vermögensverwaltung	139	142	2,2
Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft	1.172	1.234	5,3
Immobilienkreditgeschäft	157	115	(26,8)
Bürgschaften	144	169	17,4
Ergebnis aus Syndizierungen	268	151	(43,7)
Vermittlungsgeschäft	258	236	(8,5)
Treuhandgeschäfte	5	5	0,0
Übrige	312	290	(7,1)
Gesamt	3.495	3.191	(8,7)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen.

Der Provisionsüberschuss sank von EUR 3.495 Mio. im Geschäftsjahr 2011 um EUR 304 Mio. (8,7%) auf EUR 3.191 Mio. im Geschäftsjahr 2012. Maßgeblicher Grund für den Rückgang war das schwache Wertpapiergeschäft, insbesondere im Segment Privatkunden, was auf die weiterhin anhaltende Zurückhaltung der Kunden, bedingt durch die unsichere Situation an den Finanzmärkten, zurückzuführen war. Im Segment Mittelstandsbank war ein Rückgang vor allem bei den Erträgen aus Kreditsyndizierungen zu verzeichnen. Die Veränderung des Provisionsüberschusses in diesem Segment wurde zudem dadurch negativ beeinflusst, dass im Geschäftsjahr 2011 ein positiver Bewertungseffekt aus restrukturierten Krediten enthalten war. Der Rückgang im Segment Non-Core Assets beruhte vor allem auf der Einstellung des Neugeschäfts. Positiv wirkte sich demgegenüber der nach wie vor spürbar zunehmende Außenhandel im Segment Mittelstandsbank aus.

Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Zusammensetzung des Handelsergebnisses des Konzerns für die Geschäftsjahre 2011 und 2012:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung¹⁾
	2011¹⁾	2012¹⁾	
	(geprüft, soweit nicht anders angegeben)		
	(in Mio. EUR)		(in %)
Ergebnis aus dem Handel	703	473	(32,7)
Zinsergebnis	1.114	974	(12,6)
Ergebnis aus der Anwendung der Fair Value Option	292	(334)	—
Gesamt	2.109	1.113	(47,2)

1) Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen.

Die folgende Tabelle zeigt das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen des Konzerns in den Geschäftsjahren 2011 und 2012:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung¹⁾
	2011¹⁾	2012¹⁾	
	(geprüft, soweit nicht anders angegeben)		
	(in Mio. EUR)		(in %)
Fair-Value-Änderungen aus Sicherungsgeschäften	(3.215)	(155)	95,2
Fair-Value-Änderungen aus Grundgeschäften	3.092	163	(94,7)
<i>Ergebnis aus Fair Value Hedges²⁾</i>	<i>(123)</i>	<i>8</i>	—
<i>Ergebnis aus effektiv gesicherten Cash Flow Hedges (ineffektiver Teil)</i>	—	—	—
Gesamt	(123)	8	—

1) Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen.

2) Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen betrug im Geschäftsjahr 2012 EUR 1.121 Mio. und lag damit um EUR 865 Mio. (43,6%) unter dem Wert von EUR 1.986 Mio. im Geschäftsjahr 2011. Belastend wirkte die Weiterentwicklung der Bewertungsverfahren für besicherte Derivate im Einklang mit den veränderten Marktansätzen zur Diskontierung; hieraus ergab sich im Geschäftsjahr 2012 ein Aufwand im Handelsergebnis von EUR 119 Mio. In den einzelnen Segmenten kam es zu gegenläufigen Entwicklungen. Im Segment Corporates & Markets war ein ausgeprägter Rückgang von EUR 1.069 Mio. im Geschäftsjahr 2011 um EUR 535 Mio. auf EUR 534 Mio. im Geschäftsjahr 2012 zu verzeichnen. Negativ wirkten sich insbesondere die Anpassungen der zum Fair Value bewerteten eigenen Verbindlichkeiten aus. Während in diesem Segment im Geschäftsjahr 2011 ein Ergebnisbeitrag aus der Bewertung der eigenen Credit Spreads in Höhe von EUR 288 Mio. erzielt wurde, führte die Einengung der eigenen Credit Spreads der COMMERZBANK im Geschäftsjahr 2012 zu einer Belastung in Höhe von EUR 315 Mio. Im Segment Non-Core Assets fiel das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen ebenfalls deutlich schlechter aus (von EUR 123 Mio. im Geschäftsjahr 2011 um EUR 367 Mio. auf EUR –244 Mio. im Geschäftsjahr 2012), was vor allem auf der Bewertung aufgrund von Marktschwankungen von überwiegend als Sicherungsinstrumente gehaltenen Derivaten gemäß IAS 39 beruhte. Darüber hinaus war im Segment Central & Eastern Europe ein Rückgang um EUR 144 Mio. auf EUR 103 Mio. zu verzeichnen, der insbesondere auf dem im Geschäftsjahr 2011 enthaltenen Sonderertrag aus der beschlossenen Veräußerung des Anteils an der russischen Promsvyazbank beruhte (siehe auch „Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK Konzerns—Segmente—Segment Central & Eastern Europe“). Auch im Bereich Sonstige und Konsolidierung war ein Rückgang um EUR 93 Mio. zu verzeichnen, wobei die Veränderung in diesem Bereich dadurch negativ beeinflusst wurde, dass im Geschäftsjahr 2011 noch ein Sonderertrag aus der Verfeinerung der Bewertungsmodelle für Zinnsicherungsgeschäfte in Höhe von EUR 316 Mio. enthalten war. Demgegenüber war im Segment Mittelstandsbank ein leichter Anstieg zu verzeichnen, der maßgeblich auf verminderte Kosten für Kreditsicherungsgeschäfte zurückzuführen war. Zudem waren im Geschäftsjahr 2011, ausgelöst durch den Ausfall eines Kontrahenten, Abschreibungen auf Derivatepositionen vorzunehmen, die sich im Geschäftsjahr 2012 nicht wiederholten. Das Handelsergebnis und das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen aus strukturierten Produkten, die bis zum 30. Juni 2012 im Segment Portfolio Restructuring Unit gebündelt waren, fiel im Vergleich der Geschäftsjahre 2011 und 2012 deutlich besser aus. Zum 30. Juni 2012 betrug das Handelsergebnis und das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen des aufgelösten Segments Portfolio Restructuring Unit noch EUR 146 Mio. nach EUR –108 Mio. im Geschäftsjahr 2011. Dies beruhte auf Wertaufholungen aufgrund verbesserter Marktbedingungen und -liquidität, während das Geschäftsjahr 2011 durch das schwierige Marktumfeld im Kontext der

europäischen Staatsschuldenkrise belastet war. Von dem positiven Ergebnisbeitrag im zweiten Halbjahr des Geschäftsjahres 2012 entfielen EUR 60 Mio. auf das Segment Corporates & Markets und EUR 37 Mio. auf das Segment Non-Core Assets.

Ergebnis aus Finanzanlagen. Das Ergebnis aus Finanzanlagen belief sich auf EUR 81 Mio. im Geschäftsjahr 2012, nach EUR –3.611 Mio. im Geschäftsjahr 2011, was einem Anstieg von EUR 3.692 Mio. entspricht. Der signifikante Anstieg ergab sich im Wesentlichen aus den aufgrund der Entwicklung im Rahmen der europäischen Staatsschuldenkrise im Geschäftsjahr 2011 vorzunehmenden Wertminderungen, welche sich in diesem Umfang im Geschäftsjahr 2012 nicht wiederholten.

Das Ergebnis aus zinstragendem Geschäft fiel im Geschäftsjahr 2012 mit EUR –150 Mio. negativ aus, wobei Erträgen aus der Bewertung restrukturierter Kredite Veräußerungsverluste aus der gezielten Rückführung von Risikoportfolios – insbesondere aus dem Abbau des Staatsfinanzierungsportfolios im Segment Non-Core Assets – gegenüberstanden. Daneben leisteten auch Bewertungsgewinne auf ABS-Bestände, die bis zum 30. Juni 2012 im Segment Portfolio Restructuring Unit gebündelt waren, im Vergleich der Geschäftsjahre 2011 und 2012 einen positiven Beitrag zum Ergebnis aus Finanzanlagen. Dem stand im Geschäftsjahr 2011 mit EUR –3.520 Mio. ein deutlich negatives Ergebnis aus zinstragendem Geschäft gegenüber, welches insbesondere eine negative Wertkorrektur von EUR 2.226 Mio. auf griechische Staatsanleihen enthielt. Diese beinhaltete sowohl den Bestand der IAS-39-Kategorie Loans and Receivables, mit der negativen Wertkorrektur in Höhe von EUR 1.938 Mio. (unabhängig von der Laufzeit), was einer Wertminderung auf 27% des Nominalwerts entspricht, als auch den Bestand Available-for-Sale, der auf aktuelle Marktwerte mit einem Aufwand in Höhe von EUR 288 Mio. wertkorrigiert wurde. Darüber hinaus wurden im Zusammenhang mit dem Public-Finance-Portfolio Transaktionen zur Absicherung gegen Zinsrisiken und Inflationsschwankungen vorgenommen. Die negativen Bewertungseffekte gemäß IAS 39.85ff. aus diesen Instrumenten betragen EUR 962 Mio.

Das Ergebnis aus Eigenkapitalinstrumenten belief sich im Geschäftsjahr 2012 auf EUR 231 Mio., wobei im Wesentlichen das Veräußerungsergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren Beteiligungen in Höhe von EUR 298 Mio. (unter anderem aus dem Verkauf der Beteiligung an der Dedalus GmbH & Co. KGaA, die Anteile an EADS hielt, sowie zwei weiterer Minderheitsbeteiligungen) positiv dazu beitrug. Gegenläufig wirkte das Veräußerungs- und Bewertungsergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen in Höhe von EUR –40 Mio. und das Bewertungsergebnis aus zur Veräußerung bestimmter Vermögenswerte in Höhe von EUR –27 Mio. Die im Geschäftsjahr 2012 veräußerten Available-for-Sale-Finanzanlagen wiesen seit Anfang des Geschäftsjahres 2012 bis zum Abgang eine positive Marktwertveränderung in Höhe von EUR 229 Mio. auf.

Im Geschäftsjahr 2011 betrug das Ergebnis aus Eigenkapitalinstrumenten EUR –91 Mio. und enthielt Effekte aus dem Veräußerungs- und Bewertungsergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen in Höhe von EUR –155 Mio. sowie aus dem Bewertungsergebnis aus zur Veräußerung verfügbarer Vermögenswerte in Höhe von EUR –77 Mio. Dagegen wirkte sich das Veräußerungsergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren Beteiligungen in Höhe von EUR 141 Mio. (unter anderem aus dem Verkauf von MAN-Aktien und der Banco Multiplo) positiv aus.

Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen. Das laufende Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen belief sich im Geschäftsjahr 2012 auf EUR 46 Mio. nach EUR 42 Mio. im Geschäftsjahr 2011, was einem Anstieg von EUR 4 Mio. entspricht.

Sonstiges Ergebnis. Das Sonstige Ergebnis belief sich im Geschäftsjahr 2012 auf EUR –77 Mio. nach EUR 1.253 Mio. im Geschäftsjahr 2011, was einem Rückgang von EUR 1.330 Mio. entspricht. Der Rückgang beruhte darauf, dass das Sonstige Ergebnis im Geschäftsjahr 2011 stark positiv ausfiel, was im Zusammenhang mit den im Januar und Dezember 2011 durchgeführten Maßnahmen zur Optimierung der Kapitalstruktur, das heißt der Rücknahme von hybriden Instrumenten, die deutlich unter dem Nennwert gehandelt wurden, stand. Siehe hierzu „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Auswirkungen der Kapitalmaßnahmen in den Geschäftsjahren 2011 und 2012 auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung“. Der daraus resultierende Ergebniseffekt betrug im Geschäftsjahr 2011 EUR 1.064 Mio. (EUR 329 Mio. im Januar 2011 und EUR 735 Mio. im Dezember 2011) und wurde in den Bereich Sonstige und Konsolidierung eingestellt. Das Sonstige Ergebnis war zudem im Geschäftsjahr 2012 durch Änderungen der Verlusteinschätzungen im Zusammenhang mit Prozess- und Regressrisiken negativ beeinflusst. Darüber hinaus gab es im Sonstigen Ergebnis unter dem Posten „Übrige sonstige Erträge und Aufwendungen (saldiert)“ eine Vielzahl verschiedenartiger Effekte, von denen keiner für sich genommen einen maßgeblichen Einfluss auf das Sonstige Ergebnis hatte.

Verwaltungsaufwand. Die folgende Tabelle enthält eine Darstellung der Posten, aus denen sich der Verwaltungsaufwand zusammensetzt:

	Geschäftsjahr um 1. Dezember		Veränderung¹⁾
	2011¹⁾	2012¹⁾	
	(geprüft)		
	(in Mio. EUR)		(in %)
Personalaufwand	4.178	3.956	(5,3)
Sachaufwand	3.340	2.664	(20,2)
Abschreibungen auf Sachanlagen und sonstige immaterielle Anlagewerte	474	405	(14,6)
Gesamt	7.992	7.025	(12,1)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen.

Der Verwaltungsaufwand sank von EUR 7.992 Mio. im Geschäftsjahr 2011 um EUR 967 Mio. (12,1%) auf EUR 7.025 Mio. im Geschäftsjahr 2012. Zu dem Rückgang trugen der Sachaufwand mit EUR 676 Mio., der Personalaufwand mit EUR 222 Mio. und die Abschreibungen auf Sachanlagen und sonstige immaterielle Anlagewerte mit EUR 69 Mio. bei. Der Rückgang im Sachaufwand beruhte weiterhin auf den realisierten Kostensynergien nach Abschluss der Integration der Dresdner Bank. Siehe dazu auch „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Integrations- und Restrukturierungskosten“. Zudem kam das strikte Kostenmanagement, um dem Ertragsrückgang entgegenzuwirken, zum Tragen. Dadurch konnte auch ein Großteil der übrigen Sachkostenarten deutlich zurückgeführt werden. Der Rückgang im Personalaufwand war größtenteils auf geringere Aufwendungen für Altersvorsorge, im Wesentlichen aufgrund der Amortisation von versicherungsmathematischen Verlusten, im Geschäftsjahr 2011 zurückzuführen. Zudem waren die Abgrenzungen für leistungsabhängige Vergütungsbestandteile rückläufig. Trotz der Tarifierhöhung waren die laufenden Gehaltszahlungen leicht rückläufig, was im Wesentlichen durch die Reduzierung der Mitarbeiterzahl bedingt war. Die Abschreibungen auf Sachanlagen und sonstige immaterielle Anlagewerte nahmen von EUR 474 Mio. im Geschäftsjahr 2011 auf EUR 405 Mio. im Geschäftsjahr 2012 ab, was überwiegend auf entfallenen beziehungsweise geringeren Bewertungsbedarf auf erworbene und selbsterstellte Software zurückzuführen war.

Operatives Ergebnis. Aus den zuvor beschriebenen Entwicklungen erwirtschaftete der COMMERZBANK-Konzern im Geschäftsjahr 2012 ein Operatives Ergebnis von EUR 1.216 Mio. nach EUR 507 Mio. im Geschäftsjahr 2011, was einem Anstieg des Ergebnisses um EUR 709 Mio. entspricht. Der Anstieg war vor allem darauf zurückzuführen, dass die im Geschäftsjahr 2012 im Zusammenhang mit der europäischen Staatsschuldenkrise vorgenommenen Wertminderungen weitaus geringer ausfielen als im Geschäftsjahr 2011. Negativ wirkten sich im Geschäftsjahr 2012 insbesondere die Anpassungen der zum Fair Value bewerteten eigenen Verbindlichkeiten sowie die gestiegene Risikovorsorge aus. Weiterhin belasteten als indirekte Folge andere Faktoren die Erträge, wie das niedrige Zinsniveau und die allgemeine Kundenzurückhaltung bei Geschäftsaktivitäten. Demgegenüber trug der Rückgang der Verwaltungsaufwendungen zum Anstieg des Operativen Ergebnisses bei.

Sowohl im Geschäftsjahr 2011 als auch im Geschäftsjahr 2012 wurde das Operative Ergebnis von einer Reihe von Faktoren beeinflusst, die die COMMERZBANK als wesentliche Sondereffekte ansieht und die daher die Vergleichbarkeit erschweren. Im Geschäftsjahr 2011 sind hier die durchgeführten Maßnahmen zur Optimierung der Kapitalstruktur sowie die im Rahmen der europäischen Staatsschuldenkrise vorgenommenen Wertminderungen (auf griechische Staatsanleihen im Konzernbereich Public Finance) zu nennen. In beiden Geschäftsjahren wirkten sich darüber hinaus die Anpassungen der zum Fair Value bewerteten eigenen Verbindlichkeiten und der Ergebnisbeitrag aus der Veräußerung des Anteils an der russischen Promsvyazbank jeweils auf das Operative Ergebnis aus. Schließlich stellte der im Zusammenhang mit dem Verkauf der Bank Forum angefallene Veräußerungsverlust eine außerordentliche Belastung im Geschäftsjahr 2012 dar. Eliminiert man diese Effekte in beiden Geschäftsjahren, so beträgt das Operative Ergebnis der Kernbank für das Geschäftsjahr 2012 EUR 2.845 Mio. und für das Geschäftsjahr 2011 EUR 3.140 Mio. Ohne die Bereinigungen beträgt das Ergebnis für die Kernbank im Geschäftsjahr 2012 EUR 2.557 Mio. beziehungsweise EUR 4.655 Mio. im Geschäftsjahr 2011.

Restrukturierungsaufwendungen. Die Restrukturierungsaufwendungen im Geschäftsjahr 2012 beliefen sich auf EUR 43 Mio. und resultierten im Wesentlichen aus der „EU-Ersatzaufgabe vom 30. März 2012“ mit dem Ziel der Abwicklung der Hypothekenbank Frankfurt AG (vormals Eurohypo AG) sowie der Entscheidung, die gesamten gewerblichen Immobilienfinanzierungs- und Schiffsfinanzierungsaktivitäten vollständig abzubauen.

Ergebnis aus dem Verkauf von Veräußerungsgruppen. Im Zusammenhang mit dem Verkauf der Bank Forum an die ukrainische Smart Group fiel für das Geschäftsjahr 2012 eine außerordentliche Belastung an,

die in Höhe von EUR 268 Mio. dem Ergebnis aus dem Verkauf von Veräußerungsgruppen zuzuordnen war. Ein Großteil des Veräußerungsergebnisses entfiel auf kumulativ angefallene Währungseffekte, welche bereits in der Vergangenheit in der Rücklage aus der Währungsumrechnung eigenkapitalmindernd berücksichtigt waren.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag. Im Geschäftsjahr 2012 ergab sich ein Steueraufwand in Höhe von EUR 796 Mio. (Steuerquote 88%), während im Geschäftsjahr 2011 ein Steuerertrag in Höhe von EUR 240 Mio. (Steuerquote –47%) anfiel. Die hohe Steuerquote des Geschäftsjahres 2012 resultierte im Wesentlichen aus der Wertberichtigung latenter Steueransprüche (EUR 673 Mio. – bedingt durch geringere erwartete steuerliche Erträge in der Zukunft auf Basis der aktuellen Planungsrechnung der COMMERZBANK – unter anderem bei der COMMERZBANK Aktiengesellschaft Deutschland sowie den Filialen New York und London). Dagegen stand der Verbrauch von Verlustvorträgen, für die in Vorjahren keine latenten Steueransprüche gebildet wurden (EUR –130 Mio.) und periodenfremde tatsächliche Steuern (EUR –40 Mio.), was sich positiv auf die Konzernsteuerquote ausgewirkt hat.

Im Geschäftsjahr 2011 resultierte die negative Steuerquote im Wesentlichen aus der Verrechnung von Gewinnen mit steuerlichen Verlustvorträgen, auf die bis dahin keine latenten Ertragsteueransprüche angesetzt wurden sowie aus der Nachaktivierung von latenten Steueransprüchen in den Filialen London sowie New York der COMMERZBANK.

Konzernergebnis. Im Geschäftsjahr 2012 erwirtschaftete der COMMERZBANK-Konzern einen Gewinn in Höhe von EUR 109 Mio. nach EUR 747 Mio. im Geschäftsjahr 2011. Damit ging das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr um EUR 638 Mio. beziehungsweise 85,4% zurück. Aus der Kapitalmaßnahme im März 2012 resultierte im Geschäftsjahr 2012 ein positiver Ergebniseffekt von EUR 84 Mio., welcher im Wesentlichen aus einer Auflösung passiver latenter Steuern herrührte.

Ertragslage der Segmente

Privatkunden

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ertragslage des Segments Privatkunden in den Geschäftsjahren 2011 und 2012:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung ²⁾	
	2011 ¹⁾	2012 ¹⁾		
	(geprüft)		(ungeprüft)	
	(in Mio. EUR)		(in %)	
Zinsüberschuss	2.107	1.835	(272)	(12,9)
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(61)	(95)	(34)	(55,7)
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	2.046	1.740	(306)	(15,0)
Provisionsüberschuss	1.880	1.546	(334)	(17,8)
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	—	3	3	—
Ergebnis aus Finanzanlagen	(5)	(4)	1	20,0
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	20	27	7	35,0
Sonstiges Ergebnis	63	(57)	(120)	—
Verwaltungsaufwand	3.528	3.010	(518)	(14,7)
Operatives Ergebnis	476	245	(231)	(48,5)
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	476	245	(231)	(48,5)
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital ²⁾	4.155	3.919	(236)	(5,7)
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%)	86,8	89,9	3,1	—
RWA (zum 31. Dezember) ³⁾	29.468	29.047	(421)	(1,4)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen; die Vergleichszahlen für das Geschäftsjahr 2011 wurden im Hinblick auf Umstrukturierungen angepasst, siehe „—*Segmente des COMMERZBANK-Konzerns*“.

²⁾ Aufgrund geänderter Kapitalunterlegungsanforderungen wurden die Vergleichszahlen für das Geschäftsjahr 2011 angepasst.

³⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Zinsüberschuss. Der Zinsüberschuss im Segment Privatkunden verringerte sich im Geschäftsjahr 2012 um EUR 272 Mio. beziehungsweise 12,9% von EUR 2.107 Mio. im Geschäftsjahr 2011 auf EUR 1.835 Mio. im Geschäftsjahr 2012. Im Einlagengeschäft verringerten sich die Margen aufgrund des konstanten Rückgangs der Marktzinssätze. Dies führte zu einem Ertragsrückgang von EUR 267 Mio. Eine deutliche Ausweitung

des durchschnittlichen Einlagenvolumens konnte den Rückgang nicht kompensieren. Auch im Kreditgeschäft kam es zu einem rückläufigen Zinsüberschuss. Bei stabilen Margen waren trotz Zuwächsen im Neugeschäft insgesamt rückläufige Kreditvolumina zu verzeichnen, unter anderem bedingt durch das planmäßige Abschmelzen des Ablaufportfolios Hypothekbank Frankfurt Retail Core sowie dem Auslaufen des alten COMMERCIALBANK-Ratenkreditbuchs. Gegenläufig wirkte das gegenüber dem Geschäftsjahr 2011 deutlich gestiegene Neugeschäft bei Baufinanzierungen und Individualkrediten. Positiv wurde der Zinsüberschuss durch die höhere Liquiditätsvergütung beeinflusst.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stieg im Vergleich zum Geschäftsjahr 2011 von EUR 61 Mio. um EUR 34 Mio. (55,7%) auf EUR 95 Mio. im Geschäftsjahr 2012. Die Differenz zwischen 2011 und 2012 entspricht im Wesentlichen dem Nettoeffekt aus den in den Geschäftsjahren 2011 und 2012 durchgeführten Parameteraktualisierungen, welche maßgeblich durch die Reduzierung des LIP-Faktors und die damit verbundene Risikovorsorgeauflösung im Geschäftsjahr 2011 beeinflusst wurden; diese wiederholte sich in dieser Größenordnung im Geschäftsjahr 2012 nicht. Bereits im Geschäftsjahr 2011 war die Risikovorsorge jedoch geprägt von einer stabilen operativen Entwicklung vor allem aufgrund geringerer Neufälle. Im Geschäftsjahr 2012 waren die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland weiterhin stabil. Private Haushalte profitierten dabei von einem Rückgang der Arbeitslosigkeit und einer verbesserten Lohnentwicklung, was zu einer leicht positiven Risikovorsorgeentwicklung (operativ, also ohne Berücksichtigung der Effekte aus den vorgenannten Parameteraktualisierungen) beitrug.

Provisionsüberschuss. Der im Segment Privatkunden erwirtschaftete Provisionsüberschuss hat sich von EUR 1.880 Mio. im Geschäftsjahr 2011 auf EUR 1.546 Mio. im Geschäftsjahr 2012 verringert, was einen Rückgang von EUR 334 Mio. beziehungsweise 17,8% bedeutete. Der Hauptgrund war ein geringerer Ertrag in Höhe von EUR 177 Mio. aus dem umsatzabhängigen Wertpapiergeschäft, da provisionsschwächere Produkte sowie gesunkenes Umsatzvolumen zu einer geringeren umsatzabhängigen Wertpapiermarge führten. Hier macht sich weiterhin die Zurückhaltung der Kunden, bedingt durch die anhaltend unsichere Situation an den Finanzmärkten, bemerkbar. Im bestandsabhängigen Wertpapiergeschäft war ein Ertragsrückgang in Höhe von EUR 98 Mio. bei ebenfalls rückläufiger Wertpapiermarge sowie leicht gesunkenem Depotvolumen zu verzeichnen. Des Weiteren war ein Rückgang bei den Erträgen aus Vorsorgeprodukten und Kreditvermittlung festzustellen.

Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen. Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen blieb im Geschäftsjahr 2012 gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen unverändert. Vorjahreseffekten unter anderem aus dem Verkauf der zurückgenommenen Lehman-Anteile sowie aus der Konsolidierung des Premium-Management-Immobilien-Anlagen(PMIA)-Fonds stehen in 2012 im Wesentlichen Handelserträge bei der Commerzbank International S.A. gegenüber.

Ergebnis aus Finanzanlagen, laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen, Sonstiges Ergebnis. Das Ergebnis aus Finanzanlagen blieb im Geschäftsjahr 2012 gegenüber dem Geschäftsjahr 2011 nahezu unverändert. Das laufende Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen verbesserte sich von EUR 20 Mio. im Geschäftsjahr 2011 um EUR 7 Mio. auf EUR 27 Mio. im Geschäftsjahr 2012. Das Sonstige Ergebnis verringerte sich von EUR 63 Mio. im Geschäftsjahr 2011 um EUR 120 Mio. auf EUR -57 Mio. im Geschäftsjahr 2012. Im Geschäftsjahr 2011 profitierte das Sonstige Ergebnis im Wesentlichen von dem Verkauf des Zentralen Inkassobüros der ehemaligen Dresdner Bank und der Anpassung der Rückstellungen für PMIA. Das Geschäftsjahr 2012 war vor allem durch höheren Aufwand für Rechtsrückstellungen insbesondere in Zusammenhang mit geschlossenen Fonds aufgrund von Anlegerklagen geprägt.

Verwaltungsaufwand. Der Verwaltungsaufwand sank von EUR 3.528 Mio. im Geschäftsjahr 2011 um EUR 518 Mio. beziehungsweise 14,7% auf EUR 3.010 Mio. im Geschäftsjahr 2012. Die Hebung von Kostensynergien sowie striktes Kostenmanagement führten zu diesem Rückgang. Der Personalaufwand verringerte sich im Geschäftsjahr 2012 um EUR 115 Mio. beziehungsweise 8,7%. Dies ist zum einen durch geringere leistungsabhängige Vergütungsbestandteile sowie geringere Personalkapazitäten aufgrund der Integration der Dresdner Bank im Geschäftsjahr 2012, zum anderen durch im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringere Aufwendungen für Pensionsrückstellungen (im Wesentlichen aufgrund der Amortisation von versicherungsmathematischen Verlusten im Geschäftsjahr 2011) bedingt. Der Sachaufwand verringerte sich im gleichen Zeitraum um EUR 81 Mio. (9,3%). Hier wirkte sich eine entsprechende Kostendisziplin im Geschäftsjahr 2012 positiv aus. Die indirekten Aufwendungen waren gegenüber dem Geschäftsjahr 2011 um EUR 322 Mio. (24,1%) rückläufig. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die Hebung von Kostensynergien sowie der Wegfall von Integrationsaufwendungen für das Projekt „ZusammenWachsen“ zurückzuführen.

Operatives Ergebnis. Insgesamt erzielte das Segment Privatkunden im Geschäftsjahr 2012 ein Operatives Ergebnis in Höhe von EUR 245 Mio. gegenüber EUR 476 Mio. im Vorjahr, was einem Rückgang von EUR 231 Mio. entspricht. Deutlich gesunkener Verwaltungsaufwand konnte die rückläufigen Ergebnisse des Einlagengeschäfts, des Wertpapiergeschäfts und den Rückgang im Sonstigen Ergebnis nicht kompensieren.

Ergebnis vor Steuern. Im Segment Privatkunden fiel weder im Geschäftsjahr 2011 noch im Geschäftsjahr 2012 Restrukturierungsaufwand an. Dementsprechend ist das Ergebnis vor Steuern mit dem Operativen Ergebnis jeweils identisch.

Mittelstandsbank

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ertragslage des Segments Mittelstandsbank in den Geschäftsjahren 2011 und 2012:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung²⁾	
	2011¹⁾	2012¹⁾		
	(geprüft)		(ungeprüft)	
	(in Mio. EUR)		(in %)	
Zinsüberschuss	2.254	1.954	(300)	(13,3)
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(190)	(30)	160	84,2
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	2.064	1.924	(140)	(6,8)
Provisionsüberschuss	1.116	1.061	(55)	(4,9)
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	(39)	(22)	17	43,6
Ergebnis aus Finanzanlagen	(45)	31	76	—
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	11	6	(5)	(45,5)
Sonstiges Ergebnis	(4)	(14)	(10)	(>100,0)
Verwaltungsaufwand	1.515	1.337	(178)	(11,7)
Operatives Ergebnis	1.588	1.649	61	3,8
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	1.588	1.649	61	3,8
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital ²⁾	6.958	5.771	(1.186)	(17,1)
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%)	46,0	44,3	(1,7)	—
RWA (zum 31. Dezember) ³⁾	60.339	53.814	(6.525)	(10,8)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen; die Vergleichszahlen für das Geschäftsjahr 2011 wurden im Hinblick auf Umstrukturierungen angepasst, siehe „—*Segmente des COMMERZBANK-Konzerns*“.

²⁾ Aufgrund geänderter Kapitalunterlegungsanforderungen wurden die Vergleichszahlen für das Geschäftsjahr 2011 angepasst.

³⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Zinsüberschuss. Der Zinsüberschuss im Segment Mittelstandsbank belief sich im Geschäftsjahr 2012 auf EUR 1.954 Mio. gegenüber EUR 2.254 Mio. im Geschäftsjahr 2011. Somit ergab sich im Jahresvergleich eine Verminderung um EUR 300 Mio. oder 13,3%. Das Zinsergebnis im Geschäftsjahr 2012 war im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen durch einen deutlich rückläufigen Beitrag des Einlagengeschäfts geprägt; daneben schlug sich operativ auch ein verminderter Ergebniseffekt aus restrukturierten Krediten nieder. Die rückläufige Entwicklung der Marktzinsen verbunden mit dem anhaltend niedrigen Marktzinsniveau insbesondere am kurzen Laufzeitende der Zinsstrukturkurve im Geschäftsjahr 2012 wirkte sich nachteilig auf das Einlagengeschäft des Segments aus. Selbst das im Jahresdurchschnitt 2012 deutlich gesteigerte Einlagenvolumen konnte das marktzinsbedingt deutliche Abschmelzen der Einlagenmarge gegenüber dem Geschäftsjahr 2011 in der Ertragswirkung nicht kompensieren. Sowohl der Konzernbereich Financial Institutions als auch die Konzernbereiche Großkunden & International und Mittelstand Inland zusammengefasst (ein detaillierter Vergleich ist aufgrund von Kundenüberleitungen zu Beginn des Jahres 2012 nicht möglich) verzeichneten eine Volumenssteigerung.

Der Ertragsanstieg aus dem Kreditgeschäft konnte diese Faktoren nicht kompensieren. Der Ergebnisbeitrag aus dem Kreditgeschäft konnte trotz eines Rückgangs des durchschnittlichen Kreditvolumens um einen niedrigen einstelligen Euro-Milliardenbetrag durch eine spürbare Margenausweitung gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Der Volumensrückgang schlug sich im Wesentlichen Umfang im Konzernbereich Großkunden & International nieder und war, neben einer weiterhin verhaltenen Kreditnachfrage, dem Abbau nicht-strategischer Engagements geschuldet. Im Konzernbereich Mittelstand Inland hingegen nahm das Kreditgeschäft trotz eines sehr volatilen Gesamtmarkts im Jahresverlauf 2012 einen sehr robusten Verlauf, im Geschäft mit deutschen Mittelstandskunden ist im Vorjahresvergleich eine leichte Zunahme des durchschnittlichen Kreditvolumens zu verzeichnen. Dagegen kam im Konzernbereich Financial Institutions der gezielte Abbau von Bankenrisiken im Zuge der aktiven Kapitalsteuerung des Segments im Geschäftsjahr 2012 zum Tragen, der zu einem geringfügigen Rückgang des durchschnittlichen Kreditvolumens gegenüber dem Vorjahr führte.

Verstärkt durch ein rückläufiges Ergebnis aus restrukturierten Krediten, welches im Vorjahr 2011 wesentlich höher ausfiel, bewegte sich der sonstige Zinsüberschuss im Geschäftsjahr 2012 deutlich unter dem Niveau des Vorjahres.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft sank im Geschäftsjahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr deutlich von EUR 190 Mio. um EUR 160 Mio. (84,2%) auf EUR 30 Mio. Unterstützt durch die weiterhin stabilen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen lagen die Erträge aus der Auflösung von bestehender Risikovorsorge aufgrund von Restrukturierungserfolgen im Geschäftsjahr 2012 auf ähnlich hohem Niveau wie im Vorjahr. Insbesondere reduzierte sich die Risikovorsorge für Neufälle im Vergleich zum Vorjahr deutlich und war damit ein Treiber für die positive Entwicklung im Geschäftsjahr 2012. Außerdem profitierte die Mittelstandsbank davon, dass sich die statistischen Eingangsdaten im Jahresverlauf 2011 aufgrund der überwiegend positiven Unternehmensentwicklungen stark verbesserten. Die regelmäßig stattfindende Aktualisierung der Parameter im Januar 2012 führte dabei zu positiven Effekten in der Portfoliorisikovorsorge, welche von der Größenordnung her mit den entsprechenden Effekten im Geschäftsjahr 2011 vergleichbar war.

Provisionsüberschuss. Im Geschäftsjahr 2012 erwirtschaftete das Segment Mittelstandsbank einen Provisionsüberschuss von EUR 1.061 Mio. Gegenüber dem Vorjahr 2011, in dem sich der Provisionsüberschuss auf EUR 1.116 Mio. belief, bedeutete dies ein Rückgang um EUR 55 Mio. beziehungsweise 4,9%. Wie schon im Vorjahr setzte auch im Geschäftsjahr 2012 der starke deutsche Außenhandel einen spürbaren Impuls bei der Nachfrage von Unternehmen nach außenhandelsbezogenen Produkten wie Akkreditiven oder Auslandszahlungsverkehrsdienstleistungen. Die Erträge aus diesen Produktkategorien, die das Rückgrat des Provisionsgeschäfts im Segment darstellen, konnten von einem hohen Niveau im Geschäftsjahr 2011 kommend im Jahr 2012 erneut deutlich gesteigert werden. Das ebenfalls hohe Niveau im Geschäft mit Kapitalmarktprodukten im Geschäftsjahr 2011 konnte aufgrund verhaltener Kundennachfrage im Jahr 2012 jedoch nicht gehalten werden. Insgesamt führten die rückläufigen Aktivitäten insbesondere im Geschäft mit Kreditsyndizierungen, aber auch im Geschäft mit Garantien sowie der Wegfall eines im Vorjahr positiven Bewertungseffekts aus restrukturierten Krediten im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 zu einem gegenüber dem Vorjahr 2011 verminderten Provisionsüberschuss.

Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen. Im Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen wurde für das abgelaufene Geschäftsjahr 2012 ein Verlust in Höhe von EUR 22 Mio. ausgewiesen. Gegenüber dem Geschäftsjahr 2011, in dem der ausgewiesene Verlust EUR 39 Mio. betrug, bedeutet dies eine Ergebnisverbesserung um EUR 17 Mio., die maßgeblich auf verminderte Kreditsicherungskosten zurückzuführen war. Wesentliche Faktoren für den Verlustausweis im Geschäftsjahr 2012 waren zum einen negative Bewertungseffekte aus Counterparty Default Adjustments (CDAs), die dem Adressenausfallrisiko von Derivatekontrahenten Rechnung tragen. Daneben fielen Kosten für Kreditsicherungsgeschäfte an, die bis zur Umstellung des Hedgingprozedere zu Beginn des zweiten Halbjahres 2012 im Handelsergebnis auszuweisen waren. Dabei wurde in einer segmentübergreifenden Vereinbarung geregelt, dass die im Rahmen der Kreditabsicherung erforderlichen Transaktionen künftig durch das Segment Corporates & Markets kontrahiert werden, der hieraus entstehende Aufwand wurde ab dem 1. Juli 2012 in Form einer Versicherungsprämie zwischen den Segmenten als Bestandteil des Provisionsüberschusses verrechnet.

Ergebnis aus Finanzanlagen, laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen, Sonstiges Ergebnis. Im Ergebnis aus Finanzanlagen wurde im Geschäftsjahr 2012 ein Gewinn in Höhe von EUR 31 Mio. erzielt, dem stand im Vorjahr ein Verlust von EUR 45 Mio. gegenüber. Während das Ergebnis des Geschäftsjahres 2011 maßgeblich durch Bewertungseffekte im Anteilsbesitz belastet war, schlugen im Geschäftsjahr 2012 beträchtliche Bewertungseffekte aus restrukturierten Krediten positiv zu Buche. Das laufende Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen betrug im Geschäftsjahr 2012 EUR 6 Mio. gegenüber EUR 11 Mio. im Vorjahreszeitraum. Von einem geringfügigen Rückgang des Ergebnisbeitrags der AKA Ausfuhrkreditgesellschaft mbH im Geschäftsjahr 2012 abgesehen sind hierzu keine nennenswerten Ergebniseffekte aufgetreten. Das Sonstige Ergebnis, im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 durch Kosten einer außerordentlichen Syndizierungstransaktion belastet, verschlechterte sich von EUR -4 Mio. im Vorjahr 2011 auf EUR -14 Mio. im Geschäftsjahr 2012.

Verwaltungsaufwand. Im Vergleich der beiden Geschäftsjahre reduzierte sich der Verwaltungsaufwand im Segment Mittelstandsbank deutlich. Ausgehend von EUR 1.515 Mio. im Geschäftsjahr 2011 ermäßigten sich die Verwaltungsaufwendungen im Jahr 2012 auf EUR 1.337 Mio., was einem Rückgang um EUR 178 Mio. beziehungsweise 11,7% entspricht. Hierin drückte sich zum einen der Wegfall integrationsbedingter Mehraufwendungen aus, die im Geschäftsjahr 2011 das Ergebnis noch belasteten, zum anderen wurde die zunehmende Auswirkung der aus der erfolgreichen Integration resultierenden Kostensynergien deutlich. Diese beiden Effekte schlugen sich vorwiegend im indirekten Verwaltungsaufwand nieder.

Operatives Ergebnis. Insgesamt erzielte das Segment Mittelstandsbank im Geschäftsjahr 2012 ein Operatives Ergebnis in Höhe von EUR 1.649 Mio. gegenüber EUR 1.588 Mio. im Vorjahr und übertraf damit das bereits hohe Ergebnisniveau des Vorjahres um EUR 61 Mio. oder 3,8%. Vor dem Hintergrund eines stabilen konjunkturellen Marktumfeldes in Deutschland konnte das Segment im Geschäftsjahr 2012 von einer gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich reduzierten Neubildung von Risikovorsorge profitieren. Der wesentlich durch das rückläufige Marktzinsniveau induzierte Rückgang des Zinsüberschusses konnte dadurch allerdings nicht kompensiert werden. Die anhaltend starke Auslandsnachfrage im Geschäftsjahr 2012 stützte aufgrund der guten Positionierung der COMMERZBANK in der Abwicklung von Außenhandelsgeschäften das Provisionsergebnis des Segments, das sich im abgelaufenen Geschäftsjahr knapp unterhalb des Vorjahres bewegte. Die gegenüber dem Geschäftsjahr 2011 realisierte signifikante Kostenreduzierung führte trotz rückläufiger Gesamterträge zu einem Anstieg des Operativen Ergebnisses im Geschäftsjahr 2012.

Ergebnis vor Steuern. Da weder im Geschäftsjahr 2012 noch im Geschäftsjahr 2011 Restrukturierungsaufwendungen anfielen, ist das Ergebnis vor Steuern mit dem Operativen Ergebnis identisch.

Central & Eastern Europe

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ertragslage des Segments Central & Eastern Europe in den Geschäftsjahren 2011 und 2012:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung²⁾	
	2011¹⁾	2012¹⁾		
	(geprüft)		(ungeprüft)	
	(in Mio. EUR)		(in %)	
Zinsüberschuss	573	482	(91)	(15,9)
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(86)	(105)	(19)	(22,1)
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	487	377	(110)	(22,6)
Provisionsüberschuss	187	188	1	0,5
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	247	103	(144)	(58,3)
Ergebnis aus Finanzanlagen	1	9	8	>100,0
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	—	—	—	—
Sonstiges Ergebnis	36	36	—	—
Verwaltungsaufwand	531	473	(58)	(10,9)
Operatives Ergebnis	427	240	(187)	(43,8)
Ergebnis aus dem Verkauf von Veräußerungsgruppen	—	(268)	(268)	—
Ergebnis vor Steuern	427	(28)	(455)	—
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital ²⁾	1.812	1.763	(49)	(2,7)
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%)	50,9	57,8	6,9	—
RWA (zum 31. Dezember) ³⁾	17.004	15.279	(1.725)	(10,1)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen; die Vergleichszahlen für das Geschäftsjahr 2011 wurden im Hinblick auf Umstrukturierungen angepasst, siehe „—Segmente des COMMERZBANK-Konzerns“.

²⁾ Aufgrund geänderter Kapitalunterlegungsanforderungen wurden die Vergleichszahlen für das Geschäftsjahr 2011 angepasst.

³⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Zinsüberschuss. Der Zinsüberschuss im Segment Central & Eastern Europe ging im Geschäftsjahr 2012 um EUR 91 Mio. (15,9%) gegenüber dem Vorjahr zurück und lag bei EUR 482 Mio., gegenüber EUR 573 Mio. im Geschäftsjahr 2011. Einen geringeren Beitrag zum Zinsüberschuss leistete die Bank Forum vor dem Abschluss der Veräußerung, da die Erträge durch Restrukturierungen unter dem Vorjahrsniveau lagen. Zudem lag der Zeitpunkt der Veräußerung im Oktober 2012, so dass für den Rest des Jahres 2012 kein Zinsertrag aus der Bank Forum mehr vereinnahmt wurde. Auf den Zinsüberschuss der BRE Bank wirkte zum einen die wirtschaftliche Abschwächung in Polen sowie die Zinssenkungen der polnischen Nationalbank ab Mitte des Jahres, zum anderen auch das gezielte Bilanzmanagement mit dem Ziel, eine ausgewogene Bilanzstruktur zu erreichen. Im Geschäftsjahr 2012 wurden im Zusammenhang mit dem Bilanzmanagement insbesondere die Einlagenvolumina deutlich gesteigert. Positiv wirkte sich im Retailbanking der Fokus auf „Non Mortgage Loans“ – also insbesondere Konsumentenkredite – aus. Insgesamt stieg der Beitrag des Kreditgeschäfts zum Zinsüberschuss durch höhere Volumina bei nahezu stabiler Marge im Segment an. Höhere Liquiditätskosten haben im Jahr 2012 den Zinsüberschuss des Segments belastet.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stieg im Geschäftsjahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um EUR 19 Mio. (22,1%) auf EUR 105 Mio. Der Anstieg war maßgeblich auf die BRE Bank zurückzuführen. Dabei war das Geschäftsjahr 2011 von zwei Effekten beeinflusst, zum einem dem einmaligen Sonderertrag aus dem Verkauf eines Problemkreditportfolios im Retailbereich und zum anderen aus der Überprüfung und Aktualisierung von Parametern, die zur Ermittlung der Portfoliorisikovorsorge für nicht ausgefallene Kredite herangezogen werden (LIP-Faktor). Die Risikovorsorge der Bank Forum lag bis zum Verkauf deutlich unter dem Vorjahresniveau.

Provisionsüberschuss. Der Provisionsüberschuss im Segment Central & Eastern Europe lag im Geschäftsjahr 2012 mit EUR 188 Mio. auf dem Niveau des Vorjahres (EUR 187 Mio.). Innerhalb des Segments war in der BRE Bank nur ein geringer Anstieg im Vergleich der Geschäftsjahre zu verzeichnen. Dies war im Wesentlichen der sich im Geschäftsjahr 2012 eintrübenden Konjunktur in Polen geschuldet. Der Provisionsüberschuss der Bank Forum bewegte sich bis zum Abschluss der Veräußerung an die ukrainische Smart Group im Oktober 2012 auf Vorjahresniveau.

Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen. Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen sank von EUR 247 Mio. im Geschäftsjahr 2011 um EUR 144 Mio. auf EUR 103 Mio. im Geschäftsjahr 2012. Das Ergebnis im Vorjahr wurde im Wesentlichen bestimmt durch bereits zu vereinnahmende Erträge in der CEE-Holding in Höhe von EUR 154 Mio. aus der beschlossenen Veräußerung des Anteils der COMMERZBANK an der russischen Promsvyazbank auf Basis der Marktbewertung der Verkaufsoption im Dezember 2011. Im Geschäftsjahr 2012 fielen aus diesem Verkauf noch Erträge in Höhe von insgesamt EUR 22 Mio. an. Außerdem fiel bei der CEE Holding das Ergebnis aus der Absicherung des Fremdwährungsergebnisses der BRE Bank im Geschäftsjahr 2012 negativ aus, nach einem positiven Ergebnis im Jahre 2011. Das Handelsergebnis der BRE Bank blieb im Geschäftsjahr 2012 gegenüber dem Vorjahr stabil.

Ergebnis aus Finanzanlagen, Sonstiges Ergebnis. Das Ergebnis aus Finanzanlagen erhöhte sich im Geschäftsjahr 2012 um EUR 8 Mio. auf EUR 9 Mio., nach EUR 1 Mio. im Geschäftsjahr 2011. Positiv wirkte in der CEE-Holding der Verkauf von Beteiligungen an ProCredit Banken in Albanien, Bosnien, Serbien, Kosovo und Bulgarien. In der BRE Bank stieg das Ergebnis aus Finanzanlagen im Wesentlichen durch den Verkauf von Bonds im Geschäftsjahr 2012. Das Sonstige Ergebnis, auf das eine Reihe unterschiedlicher Faktoren einwirkte, betrug in den Geschäftsjahren 2011 und 2012 jeweils EUR 36 Mio.

Verwaltungsaufwand. Der Verwaltungsaufwand sank im Geschäftsjahr 2012 im Vergleich zum Geschäftsjahr 2011 um EUR 58 Mio. (10,9%) von EUR 531 Mio. auf EUR 473 Mio. Der Rückgang resultierte einerseits aus einem strikten Kostenmanagement im Personal- und Sachaufwand im gesamten Segment Central & Eastern Europe. Andererseits wirkte die Veräußerung der Bank Forum im Oktober 2012 kostensenkend.

Operatives Ergebnis. Insgesamt konnte das Ergebnis des Segments Central & Eastern Europe vom Vorjahr (EUR 427 Mio.) im Geschäftsjahr 2012 mit EUR 240 Mio. nicht wieder erreicht werden. Der Beitrag der BRE Bank zum Operativen Ergebnis des Segments betrug im Geschäftsjahr 2012 EUR 283 Mio. Die Ergebnisentwicklung der BRE Bank im Geschäftsjahr 2011 wurde im Wesentlichen durch positive Einzeleffekte in der Risikovorsorge verursacht. In der CEE-Holding wirkte sich der Verkauf der russischen Promsvyazbank maßgeblich auf das Operative Ergebnis beider Geschäftsjahre aus. Das Ergebnis der Bank Forum im Geschäftsjahr 2012 wurde nur anteilig (bis zur Veräußerung im Oktober 2012) in das Ergebnis des Segments für das Gesamtjahr einbezogen. Der Vergleich der Geschäftsjahre 2011 und 2012 im Segment Central & Eastern Europe wurde nicht nachhaltig durch Währungseffekte der relevanten Währungen beeinträchtigt.

Ergebnis aus dem Verkauf von Veräußerungsgruppen. Im Zusammenhang mit der Veräußerung der ukrainischen Bank Forum fiel für das Geschäftsjahr 2012 ein negatives Ergebnis aus dem Verkauf von Veräußerungsgruppen in Höhe von EUR 268 Mio. an, davon entfiel ein Betrag von EUR 206 Mio. auf die Währungsrücklage, der das Eigenkapital der COMMERZBANK nicht zusätzlich belastet hat, da dieser Betrag bereits in den Vorperioden kapitalwirksam berücksichtigt worden war.

Ergebnis vor Steuern. Das Ergebnis vor Steuern lag im Geschäftsjahr 2012 bei EUR –28 Mio. nach EUR 427 Mio. im Geschäftsjahr 2011, da das Operative Ergebnis im Geschäftsjahr 2012 auf EUR 240 Mio. fiel und aus der Veräußerung der Bank Forum ein negatives Ergebnis aus dem Verkauf von Veräußerungsgruppen in Höhe von EUR 268 Mio. angefallen ist.

Corporates & Markets

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ertragslage des Segments Corporates & Markets in den Geschäftsjahren 2011 und 2012:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung ²⁾	
	2011 ¹⁾	2012 ¹⁾		
	(geprüft)		(ungeprüft)	
	(in Mio. EUR)		(in %)	
Zinsüberschuss	832	546	(286)	(34,4)
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(146)	(52)	94	64,4
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	686	494	(192)	(28,0)
Provisionsüberschuss	300	319	19	6,3
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	1.069	534	(535)	(50,0)
Ergebnis aus Finanzanlagen	30	208	178	>100,0
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	15	12	(3)	(20,0)
Sonstiges Ergebnis	(12)	(23)	(11)	(91,7)
Verwaltungsaufwand	1.505	1.347	(158)	(10,5)
Operatives Ergebnis	583	197	(386)	(66,2)
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	583	197	(386)	(66,2)
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital ²⁾	3.807	3.211	(596)	(15,7)
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%) ...	67,4	84,4	17,0	—
RWA (zum 31. Dezember) ³⁾	35.564	29.776	(5.787)	(16,3)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen. Die Zahlen für das Geschäftsjahr 2012 beinhalten ab dem 1. Juli 2012 Abbaupositionen des ehemaligen Segments Portfolio Restructuring Unit. Hierfür wurden die Vergleichszahlen für das Geschäftsjahr 2011 nicht angepasst.

²⁾ Aufgrund geänderter Kapitalunterlegungsanforderungen wurden die Vergleichszahlen für das Geschäftsjahr 2011 angepasst.

³⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Zinsüberschuss. Der Zinsüberschuss ging von EUR 832 Mio. um EUR 286 Mio. auf EUR 546 Mio. deutlich zurück. Die von Seiten der COMMERZBANK angestrebte Verringerung des Bilanzvolumens und damit auch der Risikoaktiva ließ die Zinserträge aus syndizierten Krediten („Debt Capital Markets Loans“) und dem Kreditportfolio mit multinationalen Unternehmen schrumpfen. Verstärkt wurde dieser Effekt durch tendenziell sinkende Kreditmargen in einem Niedrigzinsumfeld und den Trend hin zur Refinanzierung der Unternehmenskunden am Kapitalmarkt; dies machte sich vor allem im Konzernbereich Corporate Finance negativ bemerkbar. Das Zinsumfeld war auch die Ursache der sinkenden Erträge aus dem Vertrieb von Liquiditätssteuerungs- und Außenhandelsprodukten („Commercial Banking Products“) an multinationale Unternehmen. Zinsmindernd wirkte sich ferner aus, dass Erträge aus Restrukturierungen von Kreditportfolios im Geschäftsjahr 2011 angefallen sind, die sich in dieser Form nicht wiederholten. Schließlich ließ der weitere Abbau von unter Leveraged Finance ausgewiesenen Positionen, die nicht mehr zu den Kernaktivitäten gehören (hochverzinsliche Anleihen, „HYDD“), die Zinserträge fallen. Erschwerend kam hinzu, dass geänderte aufsichtsrechtliche Bestimmungen die Aufwendungen für Liquiditätskosten im Jahresvergleich deutlich ansteigen ließen. Dagegen erhöhte die Einbeziehung von bis zum 30. Juni 2012 unter dem Segment Portfolio Restructuring Unit ausgewiesenen Positionen das Zinsergebnis im Geschäftsjahr 2012. Einen weiteren positiven Effekt hatte die Verschiebung von Erträgen vom Handelsergebnis zum Zinsüberschuss beim Structured-Capital-Markets-Geschäft des Konzernbereichs Corporate Finance, das wie auch im Vorjahr positiv zum Ergebnis beitrug.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft sank im Geschäftsjahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr deutlich um EUR 94 Mio. (64,4%) auf EUR 52 Mio. Die Risikovorsorge ist grundsätzlich stark von der Entwicklung einzelner großer Engagements geprägt. So war die Reduzierung in 2012 im Wesentlichen getrieben durch hohe Auflösungen bei zwei Einzelfällen. Ein Fall betraf die aus dem Segment Portfolio Restructuring Unit umgegliederten Aktiva. Aus Parameteraktualisierungen ergaben sich im Geschäftsjahr 2012 keine wesentlichen Effekte auf die Risikovorsorge.

Provisionsüberschuss. Mit EUR 319 Mio. zeigte sich der Provisionsüberschuss gegenüber dem Vorjahr (EUR 300 Mio.) nur wenig verändert. Dabei gingen die Provisionserträge im Konzernbereich Corporate Finance deutlich zurück. Zwar ergaben sich erhöhte Provisionserträge aus dem Anleiheemissionsgeschäft (Debt Capital Markets Bonds), das von der Tendenz hin zur direkten Refinanzierung der Firmenkunden am Kapitalmarkt profitieren konnte. Als Konsequenz des vorgenannten Anstiegs des Anleiheemissionsgeschäfts kam es aber im Gegenzug zu einer deutlichen Verringerung der Geschäftsaktivitäten bei syndizierten Krediten, was insoweit zu einer Ertragsbelastung führte. Ebenfalls belastend wirkte sich in den Produktbereichen Equity Capital Markets (ECM) und Mergers & Acquisitions (M&A) das ungünstige Klima für

Aktienemissionen und Unternehmenszusammenschlüsse aus, welches ebenfalls zu einem Rückgang der diesbezüglichen Geschäftsaktivitäten führte. Angestiegen ist dagegen der Provisionsüberschuss im Konzernbereich Fixed Income & Currencies, da hier Ertragsbestandteile aus Devisengeschäften der Kunden, die in der Vergangenheit im Handelsergebnis ausgewiesen wurden, nunmehr als Provisionsüberschuss verbucht werden.

Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen. Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen reduzierte sich um die Hälfte von EUR 1.069 Mio. auf EUR 534 Mio. Das Handelsergebnis im Konzernbereich Corporate Finance ging stark zurück, hier kam es bei Structured Capital Markets zu einer Verschiebung vom Handels- zum Zinsergebnis. Zudem reduzierte sich das Handelsergebnis im Konzernbereich Fixed Income & Currencies stark. Besonders belastend wirkte sich hier der starke Ertragsverlust bei Interest Rate Trading aus, als Folge der anhaltenden Niedrigzinsphase und des damit verbundenen reduzierten Anlegerinteresses an Zinsabsicherungsgeschäften. Nur teilweise konnte dieser Rückgang durch den Anstieg des Handelsergebnisses für Credit Trading, das von einer erweiterten Produktpalette und höherer Marktdurchdringung profitieren konnte, kompensiert werden. Stärkster Einflussfaktor für den Rückgang des Handelsergebnisses waren aber die Anpassungen der zum Fair Value bewerteten eigenen Verbindlichkeiten (OCS), die im Geschäftsjahr 2011 noch einen positiven Beitrag von EUR 288 Mio. leisteten, im Geschäftsjahr 2012 dagegen einen Verlust von EUR 315 Mio. lieferten. Bei den betroffenen Positionen handelt es sich im Wesentlichen um verbrieftete Verbindlichkeiten, welche aufgrund der Anwendung der IFRS Fair Value Option zum Marktwert zu bilanzieren sind. Diese Marktwertbilanzierung erfordert die Berücksichtigung des eigenen Ausfall-/Kreditrisikos. Da der am Markt gehandelte Spread der COMMERZBANK (gemessen an Renditeaufschlägen für COMMERZBANK-Anleihen über SWAP) im Verlauf des Geschäftsjahres 2012 signifikant gefallen ist, führte dieser Bewertungsparameter zu einem Anstieg des Marktwertes der betroffenen Verbindlichkeiten und damit zu einem signifikant negativen Ergebnisbeitrag. Dagegen verbesserte sich das Handelsergebnis im Konzernbereich Equity Markets & Commodities deutlich, hier waren im Geschäftsjahr 2011 unter anderem erhebliche Verluste aus der Neubewertung eines Portfolios an US-Lebensversicherungen (Life Settlement Funds) sowie bezüglich eines Vorsorgeprodukts für den österreichischen Versicherungsmarkt („Altersvorsorge“) angefallen. Die Handelserträge aus Commodities-Aktivitäten waren stabil. Erträge aus dem EMC-Flow-Geschäft, in erster Linie Vertrieb von Derivaten an Privatkunden, konnten sich trotz schwieriger Marktbedingungen und der Risikoaversion der potentiellen Kunden behaupten. Das seit 1. Juli 2012 als eigenständiger Konzernbereich existierende Credit-Portfolio-Management profitierte von den Handelserträgen aus Positionen, die bis zum 30. Juni 2012 unter dem Segment Portfolio Restructuring Unit ausgewiesen waren, seit dem 1. Juli 2012 dagegen in das Handelsergebnis im Segment Corporates & Markets eingeflossen sind; dies leistete im zweiten Halbjahr 2012 einen positiven Beitrag in Höhe von EUR 60 Mio.

Ergebnis aus Finanzanlagen, Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen, Sonstiges Ergebnis: Nach EUR 30 Mio. im Geschäftsjahr 2011 wurden im Ergebnis aus Finanzanlagen im Geschäftsjahr 2012 EUR 208 Mio. ausgewiesen. Ursache dafür waren Erlöse insbesondere aus zwei Veräußerungen von Minderheitsbeteiligungen sowie Erträge aus der Restrukturierung von Kreditengagements. Mit EUR 12 Mio. war das Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen – hier ist die größte Komponente eine Minderheitsbeteiligung im Konzernbereich Equity Markets & Commodities – gegenüber den im Geschäftsjahr 2011 ausgewiesenen EUR 15 Mio. nicht wesentlich verändert. Der Verlust aus dem Sonstigen Ergebnis mit EUR 23 Mio. war höher als im Geschäftsjahr 2011, da hier negative Positionen in Verbindung mit Kapitalmarkttransaktionen im Geschäftsjahr 2012 ausgewiesen wurden.

Verwaltungsaufwand. Der Verwaltungsaufwand verminderte sich von EUR 1.505 Mio. um 10,5% auf EUR 1.347 Mio. Bei den direkten Kosten verminderten sich vor allem die Personalaufwendungen durch reduzierte Rückstellungen für die variable Vergütung. Stark gingen die indirekten Kosten zurück, in Folge anhaltender Maßnahmen zur Kostensenkung unter anderem im IT-Bereich.

Operatives Ergebnis. Das Segment Corporates & Markets erzielte im Jahr 2012 ein Operatives Ergebnis in Höhe von EUR 197 Mio. nach EUR 583 Mio. im Vorjahr. Darin enthalten waren Bewertungseffekte eigener Verbindlichkeiten, die das Ergebnis im Berichtsjahr mit EUR 315 Mio. belasteten und das Vorjahresergebnis 2011 um EUR 288 Mio. erhöhten. Hierbei konnte der Konzernbereich Fixed Income & Currencies trotz einer weiteren Reduzierung der Risikoaktiva das Ergebnis des Vorjahres ohne Berücksichtigung der Bewertung eigener Verbindlichkeiten übertreffen. Der Konzernbereich Equity Markets & Commodities steuerte einen stabilen Ergebnisbeitrag zum Segmentergebnis bei. Der Konzernbereich Corporate Finance hatte in einem herausfordernden Marktumfeld im Geschäftsjahr 2012 eine stabile Ertragsentwicklung zu verzeichnen. Dem Konzernbereich Credit Portfolio Management gelang es, durch gezielte Steuerung des Kapitaleinsatzes einen wesentlichen Beitrag zum positiven Ergebnis des Segments zu leisten.

Ergebnis nach Steuern. Es sind weder im Geschäftsjahr 2011 noch im Geschäftsjahr 2012 Restrukturierungsaufwendungen angefallen. Daher ist das Ergebnis vor Steuern jeweils mit dem Operativen Ergebnis identisch.

Non-Core Assets

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ertragslage des Segments Non-Core Assets in den Geschäftsjahren 2011 und 2012:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung²⁾	
	2011¹⁾	2012¹⁾		
	(geprüft)		(ungeprüft)	
	(in Mio. EUR)		(in %)	
Zinsüberschuss	941	689	(252)	(26,8)
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(903)	(1.374)	(471)	(52,2)
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	38	(685)	(723)	—
Provisionsüberschuss	134	104	(30)	(22,4)
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	123	(244)	(367)	—
Ergebnis aus Finanzanlagen	(3.796)	(323)	3.473	91,5
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	(9)	(2)	7	77,8
Sonstiges Ergebnis	(70)	1	71	—
Verwaltungsaufwand	438	376	(62)	(14,2)
Operatives Ergebnis	(4.018)	(1.525)	2.493	62,0
Restrukturierungsaufwendungen	—	43	43	—
Ergebnis vor Steuern	(4.018)	(1.568)	2.450	61,0
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital ²⁾	7.641	10.003	2.362	30,9
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%)	—	167,1	183,5	—
RWA (zum 31. Dezember) ³⁾	68.493	67.782	(711)	(1,0)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen; die Vergleichszahlen für das Geschäftsjahr 2011 wurden im Hinblick auf Umstrukturierungen angepasst, siehe „—*Segmente des COMMERZBANK-Konzerns*“. Die Zahlen für das Geschäftsjahr 2012 beinhalten ab dem 1. Juli 2012 Teile des ehemaligen Segments Portfolio Restructuring Unit. Hierfür wurden die Vergleichszahlen für 2011 nicht angepasst.

²⁾ Aufgrund geänderter Kapitalunterlegungsanforderungen wurden die Vergleichszahlen für das Geschäftsjahr 2011 angepasst.

³⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Zinsüberschuss. Der Zinsüberschuss im Segment Non-Core Assets lag im Geschäftsjahr 2012 mit EUR 689 Mio. um EUR 252 Mio. (26,8%) unter dem Vorjahreswert von EUR 941 Mio. Der Zinsüberschuss sank dabei in allen Konzernbereichen aufgrund des Abbau des Exposure at Default (EaD) um EUR 31 Mrd. beziehungsweise um 17% gegenüber dem Jahresende 2011. Im Commercial-Real-Estate-Geschäft spiegelt der Rückgang von EUR 713 Mio. im Geschäftsjahr 2011 auf EUR 591 Mio. im Geschäftsjahr 2012 die Portfolio-Reduktion bei gleichzeitigem Margenanstieg wider. Im Konzernbereich Deutsche Schiffsbank führten neben der Bestandsrückführung auch deutlich gestiegene Liquiditätskosten zu einem gesunkenen Zinsüberschuss, um EUR 62 Mio. auf EUR 169 Mio. im Geschäftsjahr 2012. Im Konzernbereich Public Finance war der gesunkene Zinsüberschuss von EUR –3 Mio. im Geschäftsjahr 2011 auf EUR –71 Mio. im Geschäftsjahr 2012 durch steigende Liquiditätskosten im Geschäftsjahr 2012 sowie einem Ertrag aus dem Verkauf einer Forderung gegen Lehman Brothers im Geschäftsjahr 2011, der sich im Geschäftsjahr 2012 nicht wiederholte, bedingt. Kompensierend wirkte der Verkauf von Schuldscheindarlehen im vierten Quartal.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stieg gegenüber dem Vorjahr im Geschäftsjahr 2012 deutlich um EUR 471 Mio. (52,2%) auf EUR 1.374 Mio. an. Die Erhöhung entfiel maßgeblich auf den Konzernbereich Deutsche Schiffsbank, in dem die Risikovorsorge von EUR 232 Mio. im Geschäftsjahr 2011 um EUR 509 Mio. auf EUR 741 Mio. im Geschäftsjahr 2012 stieg. Wesentliche Treiber im Konzernbereich Deutsche Schiffsbank waren die deutlich gesunkenen Charraten und die damit einhergehenden steigenden Insolvenzzahlen. In der Risikovorsorge des Geschäftsjahres 2012 für den Konzernbereich Deutsche Schiffsbank waren zudem Belastungen aus Parametereffekten von EUR 145 Mio. enthalten. Diese resultierten aus der turnusmäßigen jährlichen Parameteraktualisierung im Weißbuch und einer einmaligen Parameteranpassung im Schwarzbuch sowie aus der vorschriftsmäßigen Überprüfung und Anpassung der LIP-Faktoren in dem Konzernbereich Deutsche Schiffsbank. Die Reduktion der LIP-Faktoren spiegelt die nach strategischer Neuausrichtung angepassten und damit effizienteren Prozesse im Risikomanagement wider. Die Risikovorsorgeentwicklung für das Commercial-Real-Estate-Geschäft konnte im Geschäftsjahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um EUR 72 Mio. (10,4%) auf EUR 625 Mio. reduziert werden. Im Geschäftsjahr 2011 profitierte das Commercial-Real-Estate-Geschäft von einer einmaligen Sonderauflösung aus der Überprüfung und Aktualisierung von Parametern zur Ermittlung der Portfoliorisikovorsorge für nicht ausgefallene Kredite. Im Geschäftsjahr 2012 waren die Parametereffekte nicht materiell. Während im Konzernbereich Commercial Real Estate Inland ein deutlicher Rückgang der

Risikovorsorge von EUR 371 Mio. im Vorjahr um EUR 257 Mio. auf EUR 114 Mio. im Geschäftsjahr 2012 zu verzeichnen war, erhöhte sich die Risikovorsorge im Konzernbereich Commercial Real Estate Ausland von EUR 327 Mio. um EUR 184 Mio. auf EUR 511 Mio. Haupttreiber für den Anstieg der Risikovorsorge im Geschäftsjahr 2012 im internationalen Konzernbereich Commercial Real Estate Ausland waren dabei die Märkte in Spanien und Großbritannien. Die Risikovorsorge in Spanien ging um 11,6% zwar leicht zurück, lag aber aufgrund anhaltend schwierigen Marktumfelds mit EUR 219 Mio. auf weiterhin hohem Niveau. Der Anstieg der Risikovorsorge in Großbritannien war durch Einzelengagements in Sekundärlagen getrieben und lag damit deutlich über dem Vorjahresniveau.

Die Risikovorsorge im Konzernbereich Public Finance war gegenüber dem Vorjahr um EUR 34 Mio. auf EUR 8 Mio. angestiegen. Dem maßgeblich aus einem Einzelfall resultierenden Nettoertrag von EUR 26 Mio. im Geschäftsjahr 2011 standen im Geschäftsjahr 2012 im Wesentlichen Belastungen aus Portfoliowertberichtigungen gegenüber.

Provisionsüberschuss. Der rückläufige Provisionsüberschuss basierte auf der strategischen Entscheidung, sämtliche Neugeschäftsaktivitäten im Segment Non-Core Assets einzustellen. Im Vorjahresvergleich war damit ein Rückgang um 22,4% auf EUR 104 Mio. zu verzeichnen. Diese Entscheidung wirkte sich vor allem im Commercial-Real-Estate-Geschäft aus, da die fehlenden Abschlussprovisionen aufgrund des eingestellten Neugeschäfts zu einem spürbar sinkenden Provisionsüberschuss führten. In den restlichen Konzernbereichen lag der Provisionsüberschuss nahezu auf dem Niveau des Vorjahres.

Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen. Im Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen wurde im Geschäftsjahr 2012 ein negatives Ergebnis von EUR 244 Mio. nach einem positiven Ergebnis von EUR 123 Mio. im Vorjahr ausgewiesen. Im Konzernbereich Public Finance resultierte der Rückgang um EUR 170 Mio. auf EUR –58 Mio. insbesondere aus der Bewertung aufgrund von Marktschwankungen von überwiegend als Sicherungsinstrumente gehaltenen Derivaten gemäß IAS 39. Hierin war auch ein zwar deutlich rückläufiges aber positives Ergebnis bei der Ersten Europäische Pfandbrief- und Kommunalkreditbank enthalten. Ein positiver Effekt resultierte aus dem Ergebnis des Infrastrukturportfolios aus dem ehemaligen Segment Portfolio Restructuring Unit, welches im zweiten Halbjahr des Geschäftsjahres 2012 erstmalig im Segment Non-Core Assets im Konzernbereich Public Finance abgebildet wurde. Im Konzernbereich Deutsche Schiffsbank verschlechterte sich das Ergebnis deutlich um EUR 155 Mio. von EUR 60 Mio. im Geschäftsjahr 2011 auf EUR –95 Mio. im Geschäftsjahr 2012. Diese Veränderung war ebenfalls insbesondere auf negative Bewertungseffekte aus den als Sicherungsinstrumenten gehaltenen Zins- und Währungsderivaten im Konzernbereich Deutsche Schiffsbank zurückzuführen. Der Rückgang im Commercial-Real-Estate-Geschäft von EUR –49 Mio. auf EUR –90 Mio. war auf das Auslandsgeschäft zurückzuführen.

Ergebnis aus Finanzanlagen. Das Ergebnis aus Finanzanlagen belief sich auf EUR –323 Mio. und resultierte unter anderem aus realisierten Veräußerungsverlusten infolge der überwiegend im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres 2012 vorgenommenen Risikoreduzierung im Staatsfinanzierungsportfolio Italien und Spanien. Zusätzlich wurde der Bestand an griechischen Anleihen im Staatsfinanzierungsportfolio nach dem Anleihentausch Griechenlands im Rahmen des Private-Sector-Involvement im Geschäftsjahr 2012 vollständig veräußert. Darüber hinaus erfolgte der Bestandsabbau im Geschäftsjahr 2012 vor allem in den Ländern Deutschland, USA und der Schweiz. Im negativen Vorjahreswert von EUR 3.796 Mio. waren insbesondere im Konzernbereich Public Finance Bewertungsverluste auf den Bestand griechischer Staatsanleihen in Höhe von EUR 2.155 Mio. sowie EUR 957 Mio. negative Wertanpassungen bei Derivaten aufgrund von Auflösungen von Hedge-Beziehungen enthalten.

Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen, Sonstiges Ergebnis. Das laufende Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen betrug im Geschäftsjahr 2012 EUR –2 Mio. (Vorjahr EUR –9 Mio.). Das Sonstige Ergebnis lag bei EUR 1 Mio. gegenüber dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2011 mit EUR –70 Mio. Der Anstieg erfolgte im Wesentlichen im Konzernbereich Deutsche Schiffsbank und hier im Warehouse-Portfolio durch Währungseffekte, dem Ergebnis aus Schiffskommanditgesellschaften sowie gegenüber dem Vorjahr geringeren Belastungen aus Bewertungseffekten.

Verwaltungsaufwand. Der Verwaltungsaufwand reduzierte sich um EUR 62 Mio., beziehungsweise 14,2% auf EUR 376 Mio. im Geschäftsjahr 2012. Die direkten Kosten waren im Personalaufwand hauptsächlich aufgrund einer niedrigeren Mitarbeiterzahl sowie einer geringeren variablen Vergütung rückläufig. Im reduzierten Sachaufwand spiegelten sich die Kostensenkungsmaßnahmen wider, während steigende Abschreibungen gegenläufig wirkten. Die Reduzierung der indirekten Kosten war vor allem auf niedrigere Belastungen für IT-Leistungen sowie für zentrale Supporteinheiten zurückzuführen.

Operatives Ergebnis. Insgesamt verbesserte sich das Segment Non-Core Assets im Geschäftsjahr 2012 im Wesentlichen aufgrund des Wegfalls der substantiellen Wertkorrekturen von EUR 2.226 Mio. auf das griechische Staatsanleiheportfolio im Vorjahr auf ein Operatives Ergebnis in Höhe von EUR –1.525 Mio. nach einem Operativen Ergebnis des Geschäftsjahres 2011 von EUR –4.018 Mio.

Ergebnis vor Steuern. Im Geschäftsjahr 2012 fielen aufgrund der „EU-Ersatzaufgabe vom 30. März 2012“ für die Hypothekenbank Frankfurt AG (vormals Eurohypo AG) sowie aufgrund der Entscheidung, das gesamte gewerbliche Immobilienfinanzierungs- und Schiffsfinanzierungsportfolio vollständig abzubauen, Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von EUR 43 Mio. an. Das Ergebnis vor Steuern belief sich im Geschäftsjahr 2012 auf EUR –1.568 Mio. Das Ergebnis vor Steuern im Geschäftsjahr 2011 betrug EUR –4.018 Mio.

Sonstige und Konsolidierung

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ertragslage des Bereichs Sonstige und Konsolidierung in den Geschäftsjahren 2011 und 2012:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung ²⁾	
	2011 ¹⁾	2012 ¹⁾		
	(geprüft)		(ungeprüft)	
	(in Mio. EUR)			(in %)
Zinsüberschuss	(32)	(9)	23	71,9
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1	(1)	(2)	—
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	(31)	(10)	21	67,7
Provisionsüberschuss	(122)	(27)	95	77,9
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	694	601	(93)	(13,4)
Ergebnis aus Finanzanlagen	200	132	(68)	(34,0)
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	5	3	(2)	(40,0)
Sonstiges Ergebnis	1.247	(20)	(1.267)	—
Verwaltungsaufwand	412	453	41	10,0
Operatives Ergebnis	1.581	226	(1.355)	(85,7)
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	1.581	226	(1.355)	(85,7)
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital ²⁾	4.661	3.399	(1.262)	(27,1)
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%)	—	—	—	—
RWA (zum 31. Dezember) ³⁾	14.954	12.436	(2.518)	(16,8)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen; die Vergleichszahlen für das Geschäftsjahr 2011 im Hinblick auf neue Rundungen angepasst, welche aufgrund der Anpassung der Zahlen anderer Segmente für das Geschäftsjahr 2011 notwendig wurde.

²⁾ Aufgrund geänderter Kapitalunterlegungsanforderungen wurden die Vergleichszahlen für das Geschäftsjahr 2011 angepasst.

³⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Zinsüberschuss. Der Zinsüberschuss stieg gegenüber dem Geschäftsjahr 2011 um EUR 23 Mio. auf EUR –9 Mio. im Geschäftsjahr 2012. Maßgeblich hierfür war eine Reihe unterschiedlicher, zum Teil gegenläufiger Effekte. Positiv wirkte im Geschäftsjahr 2012 hauptsächlich die Entwicklung im Zinsrisikomanagement von Group Treasury (Anstieg gegenüber dem Geschäftsjahr 2011 um EUR 84 Mio.). Darüber hinaus resultierte ein weiterer positiver Effekt in Höhe von EUR 55 Mio. gegenüber dem Geschäftsjahr 2011 aus einer geringeren Belastung durch Bewertungseffekte im Rahmen der Kaufpreisallokation aus dem Erwerb der Dresdner Bank. Gegenläufig wirkte sich unter anderem die Entwicklung von Effekten aus gewinnabhängigen Eigenmittelinstrumenten (Hybridanleihen wie zum Beispiel Trust Preferred Securities, stille Einlagen und Genussscheine) aus. Im Geschäftsjahr 2011 enthielt der Zinsüberschuss einen positiven Effekt aus der Nichtbedienung gewinnabhängiger Eigenmittelinstrumente in Höhe von EUR 137 Mio., während der Ergebniseffekt aus der Nichtbedienung gewinnabhängiger Eigenmittelinstrumente im Geschäftsjahr 2012 EUR 27 Mio. betrug.

Provisionsüberschuss. Der Provisionsüberschuss stieg gegenüber dem Geschäftsjahr 2011 um EUR 95 Mio. auf EUR –27 Mio. (77,9%). Maßgeblich für diesen Anstieg war der Umstand, dass im Geschäftsjahr 2011 noch Aufwendungen im Zusammenhang mit den vom SoFFin gewährten Garantien angefallen waren, sowie die ebenfalls im Geschäftsjahr 2011 vorgenommenen internen Vergütungen an den Konzernbereich Equity Capital Markets (Segment Corporates & Markets) für erbrachte Leistungen im Rahmen der Maßnahmen zur Optimierung der Kapitalstruktur der COMMERZBANK sowie einer Transaktion zur Optimierung der Steuerposition des Konzerns im Zusammenhang mit der Integration der Deutschen Schiffsbank (siehe „—Vergleich der Geschäftsjahre 2010 und 2011—Ertragslage der Segmente—Corporates & Markets—Provisionsüberschuss“).

Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen. Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen ging gegenüber dem Geschäftsjahr 2011 um EUR 93 Mio. zurück auf EUR 601 Mio. im Geschäftsjahr 2012. Maßgeblich hierfür war im Wesentlichen die deutlich negative

Entwicklung des Handelsergebnisses von Group Treasury. Ein wesentlicher Treiber dieses Rückgangs war ein Ertrag im Geschäftsjahr 2011 in Höhe von EUR 316 Mio. aus einer Verfeinerung der Bewertungsmodelle für Zinssicherungsgeschäfte, welcher sich im Geschäftsjahr 2012 nicht wiederholte. Positive gegenläufige Effekte ergaben sich insbesondere aus dem globalen Liquiditäts- und Risikomanagement. Hier konnten positive Ergebnisbeiträge aus der Beschaffung von Fremdwährungsliquidität über Cross-Currency-Swaps sowie aus dem Zinsrisikomanagement erzielt werden. Das positive Handelsergebnis für das Geschäftsjahr 2011 aus freien Zins- und Cross-Currency-Derivaten in der Hypothekenbank Frankfurt AG konnte im Geschäftsjahr 2012 nicht wieder erzielt werden. Beim IAS-39-Ergebnis in der COMMERZBANK handelt es sich um Bewertungseffekte aus freien Derivaten sowie Ineffektivitäten im Hedge Accounting der Bank, welche im Geschäftsjahr 2012 zu einem positiven Ergebnisbeitrag geführt haben, im Geschäftsjahr 2011 jedoch leicht negativ waren.

Ergebnis aus Finanzanlagen. Das Ergebnis aus Finanzanlagen reduzierte sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2011 um EUR 68 Mio. auf EUR 132 Mio. Im Geschäftsjahr 2011 enthielt das Ergebnis aus Finanzanlagen Erträge aus dem Verkauf von Anleihen (hauptsächlich Bundesanleihen) in Höhe von EUR 141 Mio., eine Abschreibung auf Mediobanca (EUR –17 Mio.) sowie Effekte aus dem Verkauf von Beteiligungen (Teilverkauf MAN-Aktien EUR 38 Mio., Verkauf Banco Multiplo EUR 37 Mio). Im Geschäftsjahr 2012 waren unter anderem Erträge aus dem Verkauf von Anleihen in Höhe von EUR 35 Mio. sowie Effekte aus dem Verkauf der Dedalus-Beteiligung (über die die COMMERZBANK indirekt EADS-Anteile hielt) in Höhe von EUR 113 Mio. enthalten.

Sonstiges Ergebnis. Die stark rückläufige Entwicklung des Sonstigen Ergebnisses, welches gegenüber dem Geschäftsjahr 2011 einen Rückgang um EUR 1.267 Mio. auf EUR –20 Mio. im Geschäftsjahr 2012 zeigte, resultierte vor allem aus positiven Effekten, die im Zusammenhang mit den Kapitalmaßnahmen zur Optimierung der Kapitalstruktur im ersten Quartal 2011 (EUR 329 Mio.) und im vierten Quartal 2011 (EUR 735 Mio.) anfielen. Weitere größere Einzelposten im Sonstigen Ergebnis des Geschäftsjahres 2011 waren Ergebniseffekte aus der Verkaufstransaktion „Silvertower“ (EUR 46 Mio.), ein positiver Effekt im Zusammenhang mit der Erfüllung der SoFFin-Auflagen (EUR 13 Mio.) sowie Auflösungen von im Zusammenhang mit dem Projekt ZusammenWachsen gebildeten Rückstellungen in Höhe von EUR 83 Mio. Im Geschäftsjahr 2012 enthielt das Sonstige Ergebnis unter anderem Belastungen aus der Bildung von Rechtsrückstellungen sowie einen positiven Effekt aus der Hochschreibung eines Gebäudes in Singapur.

Verwaltungsaufwand. Der Verwaltungsaufwand stieg gegenüber dem Geschäftsjahr 2011 leicht um EUR 41 Mio. auf EUR 453 Mio. im Geschäftsjahr 2012. Einem signifikanten Rückgang der Integrationsaufwendungen der Service- und Steuerungseinheiten im Rahmen des Projekts ZusammenWachsen stand eine Reihe verschiedenartiger, teils gegenläufiger Einzeleffekte gegenüber, die sich insgesamt erhöhend auf den Verwaltungsaufwand auswirkten.

Operatives Ergebnis. Das Operative Ergebnis lag im Geschäftsjahr 2012 mit EUR 226 Mio. wesentlich (um EUR 1.355 Mio.) unter dem Operativen Ergebnis im Geschäftsjahr 2011 von EUR 1.581 Mio. Maßgeblich für diesen Rückgang waren insbesondere die positiven Sondereffekte von insgesamt EUR 1.064 Mio. aus den Kapitalmaßnahmen zur Optimierung der Kapitalstruktur im Geschäftsjahr 2011.

Ergebnis vor Steuern. Im Geschäftsjahr 2012 sind wie im Geschäftsjahr 2011 keine Restrukturierungsaufwendungen angefallen, so dass das Ergebnis vor Steuern jeweils dem Operativen Ergebnis entspricht.

Vergleich der Geschäftsjahre 2010 und 2011

Ertragslage des Konzerns

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ertragslage des Konzerns für die Geschäftsjahre 2010 und 2011:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung	
	2010 ¹⁾ (geprüft)	2011 ¹⁾ (geprüft) (in Mio. EUR)	(ungeprüft) ²⁾	(geprüft) ¹⁾ (in %)
Zinsüberschuss	7.054	6.724	(330)	(4,7)
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(2.499)	(1.390)	1.109	44,4
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	4.555	5.334	779	17,1
Provisionsüberschuss	3.647	3.495	(152)	(4,2)
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	1.958	1.986	28	1,4
Ergebnis aus Finanzanlagen	108	(3.611)	(3.719)	—
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	35	42	7	20,0
Sonstiges Ergebnis	(131)	1.253	1.384	—
Verwaltungsaufwand	8.786	7.992	(794)	(9,0)
Operatives Ergebnis	1.386	507	(879)	(63,4)
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert sowie Markennamen	—	—	—	—
Restrukturierungsaufwendungen	33	—	(33)	(100,0)
Ergebnis vor Steuern	1.353	507	(846)	(62,5)
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(136)	(240)	(104)	(76,5)
Konzernergebnis	1.489	747	(742)	(49,8)
den Minderheitenanteilen zurechenbares Konzernergebnis	59	109	50	84,7
den COMMERZBANK-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	1.430	638	(792)	(55,4)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Zinsüberschuss. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über Zinsaufwendungen und -erträge des Konzerns für die Geschäftsjahre 2010 und 2011:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung¹⁾
	2010¹⁾	2011¹⁾	
	(geprüft, soweit nicht anders angegeben)		
	(in Mio. EUR)		(in %)
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus dem Wertpapierbestand (Available-for-Sale)	1.225	1.232	0,6
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus dem Wertpapierbestand (Loans and Receivables) ..	15.949	15.456	(3,1)
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus dem Wertpapierbestand (aus der Anwendung der Fair Value Option)	130	119	(8,5)
Vorfälligkeitsentschädigungen	132	87	(34,1)
Gewinne aus der Veräußerung von Forderungen und Krediten sowie aus dem Rückkauf von Verbindlichkeiten	26	166	>100,0 ⁽²⁾
Dividenden aus Wertpapieren	53	115	>100,0 ⁽²⁾
Laufendes Ergebnis aus Beteiligungen und nicht konsolidierten Tochterunternehmen	77	41	(46,8)
Laufende Erträge aus zur Veräußerung und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	106	127	19,8
Sonstige Zinserträge	608	—	(100,0)
Zinserträge	18.306	17.343	(5,3)
Zinsaufwendungen für Nachrang- und Hybridkapital sowie Verbriefte und sonstige Verbindlichkeiten ²⁾	10.579	9.780	(7,6)
<i>Davon</i>			
Zinsaufwendungen für Nachrang und Hybridkapital ...	1.030	940	(8,7)
Zinsaufwendungen für Verbriefte Verbindlichkeiten ...	4.494	3.584	(20,2)
Zinsaufwendungen für sonstige Verbindlichkeiten ...	5.055	5.256	4,0
Zinsaufwendungen aus der Anwendung der Fair Value Option	94	36	(61,7)
Verluste aus der Veräußerung von Forderungen und Krediten sowie aus dem Rückkauf von Verbindlichkeiten	102	73	(28,4)
Laufende Aufwendungen aus zur Veräußerung und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	85	78	(8,2)
Sonstige Zinsaufwendungen	392	652	66,3
Zinsaufwendungen	11.252	10.619	(5,6)
Gesamt	7.054	6.724	(4,7)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind, soweit nicht anders angegeben, dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Der Zinsüberschuss ging von EUR 7.054 Mio. im Geschäftsjahr 2010 um EUR 330 Mio. (4,7%) auf EUR 6.724 Mio. im Geschäftsjahr 2011 zurück. Dabei gingen im Vergleich zum Geschäftsjahr 2010 sowohl die Zinserträge (um 5,3%) als auch die Zinsaufwendungen (um 5,6%) zurück. Maßgeblicher Grund für den Rückgang der Zinserträge und -aufwendungen auf Konzernebene war die Reduzierung der zinstragenden Aktiva und Passiva, unter anderem aufgrund gezielter Abbaumaßnahmen im Segment Asset Based Finance sowie aufgrund des Verkaufs nicht-strategischer Bankbeteiligungen im Geschäftsjahr 2010. Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2010 generierte das Einlagengeschäft margenbedingt einen höheren Beitrag, was vor allem auf das gestiegene Marktzinsniveau zurückging, während sich das Kreditgeschäft tendenziell rückläufig entwickelte. Negativ wirkte sich zudem der Beitrag der Group Treasury zum Zinsergebnis aus, welcher trotz eines Sonderertrags aus der Maßnahme zur Optimierung der Nachrangkapitalstruktur (EUR 29 Mio.) gegenüber dem sehr hohen Niveau des Geschäftsjahres 2010 deutlich rückläufig war. Hierzu hat insbesondere beigetragen, dass die aus dem bestehenden Passivüberhang vorhandene Überschussliquidität in höher liquide Papiere investiert wurde, die einen niedrigeren Ertrag generierten. Die Veränderung des Zinsüberschusses des COMMERZBANK-Konzerns wurde zudem dadurch negativ beeinflusst, dass im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2010 ein Sonderertrag aus der Auflösung von Zinsabgrenzungen für gewinnabhängige Eigenmittelinstrumente in Höhe von EUR 75 Mio. enthalten war, die im Geschäftsjahr 2009 gebildet worden waren.

Während in den Segmenten Privatkunden, Mittelstandsbank und Corporates & Markets ein leichter Anstieg zu verzeichnen war, ging der Zinsüberschuss im Segment Asset Based Finance und im Bereich Sonstige und Konsolidierung jeweils deutlich zurück. In den Segmenten Central & Eastern Europe und Portfolio Restructuring Unit war der Zinsüberschuss leicht rückläufig. Das Zinsergebnis im Segment Mittelstandsbank war neben einer deutlich erhöhten Einlagenmarge durch einen Sonderertrag aus restrukturierten Krediten positiv beeinflusst, während der kreditinduzierte Zinsüberschuss geringfügig unter dem des Geschäftsjahres 2010 lag. Auch im Segment Corporates & Markets war die positive Entwicklung durch Einmalerträge aus restrukturierten Krediten geprägt. Zudem trugen Zinserträge aus strukturierten Finanzierungen zu dem Anstieg bei. Im Segment Privatkunden war die positive Entwicklung durch das verbesserte Ergebnis des Einlagengeschäfts getragen. Im Segment Asset Based Finance wurden höhere Erträge im Konzernbereich Asset Management and Leasing und der Sonderertrag aus dem Verkauf einer Forderung gegenüber Lehman im Konzernbereich Public Finance durch den Abbau des Portfoliovolumens sowie durch geringere Repo-Erträge deutlich überkompensiert. Im Segment Portfolio Restructuring Unit ging der Rückgang in erster Linie auf den planmäßigen Abbau von Beständen zurück, während im Segment Central & Eastern Europe die hohen Erträge im Einlagengeschäft der BRE Bank durch ein rückläufiges Kreditgeschäft und gestiegene Liquiditätskosten überkompensiert wurden.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft betrug im Geschäftsjahr 2011 EUR 1.390 Mio. und lag damit um EUR 1.109 Mio. (44,4%) unter dem Vorjahreswert (EUR 2.499 Mio.). In dem vor allem im ersten Halbjahr von einer konjunkturellen Erholung der Kernmärkte geprägten Jahr reduzierte sich die Risikovorsorge im Vergleich zum Vorjahr in nahezu allen Segmenten. Positiv wirkte sich dabei auch die im Januar erfolgte regelmäßig stattfindende Parameteraktualisierung aus. Die vorausgegangene gute ökonomische Entwicklung führte hier zu überwiegend verbesserten statistischen Eingangsdaten. Deren Berücksichtigung bei der Rekalibrierung der Ratingverfahren führte in der Nettobetrachtung zu einer einmaligen Sonderauflösung von etwa EUR 70 Mio., von denen ein wesentlicher Anteil auf das Segment Mittelstandsbank entfiel. Darüber hinaus wurde im vierten Quartal des Geschäftsjahres 2011 eine einmalige Auflösung von EUR 199 Mio. vereinnahmt, die aus der vorschriftsmäßigen Überprüfung und Aktualisierung von Parametern resultierte, die zur Ermittlung der Portfoliorisikovorsorge für nicht ausgefallene Kredite herangezogen werden (LIP-Faktoren). In der Aktualisierung wurden die Parameter entlang der in der Bank etablierten Kreditprozesse und Teilportfolien stärker differenziert. Dabei wurde überwiegend eine Reduzierung vorgenommen, für einzelne Teilportfolios wurden die Parameter aber auch erhöht. Der größte Teil des Rückgangs der Risikovorsorge gegenüber dem Geschäftsjahr 2010 entfiel auf das Segment Asset Based Finance. Die Reduzierung im Vergleich zum Vorjahr lag hier bei EUR 677 Mio. (42,7%). Wesentlicher Treiber war der Konzernbereich Commercial Real Estate Ausland, in dem im Geschäftsjahr 2011 eine Stabilisierung erreicht wurde; hier reduzierte sich die Risikovorsorge gegenüber dem Vorjahr erheblich, vor allem aufgrund eines Rückgangs für das USA-Portfolio. Auch in den Segmenten Central & Eastern Europe und Privatkunden lag die Risikovorsorge im Geschäftsjahr 2011 um EUR 272 Mio. (75,3%) beziehungsweise um EUR 189 Mio. (76,8%) jeweils deutlich unter dem Wert des Vergleichsjahres. Im Segment Corporates & Markets stieg die Risikovorsorge gegenüber dem Geschäftsjahr 2010, in dem ein Nettoertrag vereinnahmt worden war, auf EUR 146 Mio. an. Maßgeblich für die Entwicklung der Risikovorsorge war der individuelle Engagementverlauf größerer Einzelfälle. Die im Jahresverlauf 2011 beginnende konjunkturelle Abkühlung wirkte sich im Geschäftsjahr 2011 insgesamt noch nicht maßgebend auf die Risikovorsorge im Kreditgeschäft aus, da sich negative Effekte hier häufig erst mit einer – vom jeweiligen Teilportfolio abhängigen – zeitlichen Verzögerung materialisieren.

Provisionsüberschuss. Die folgende Tabelle zeigt die Provisionserträge und -aufwendungen des Konzerns für die Geschäftsjahre 2010 und 2011:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung¹⁾
	2010¹⁾	2011¹⁾	
	(geprüft)		
	(in Mio. EUR)		(in %)
Wertpapiergeschäft	1.403	1.221	(13,0)
Vermögensverwaltung	175	161	(8,0)
Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft	1.290	1.303	1,0
Immobilienkreditgeschäft	226	193	(14,6)
Bürgschaften	238	230	(3,4)
Ergebnis aus Syndizierungen	241	272	12,9
Vermittlungsgeschäft ²⁾	330	325	(1,5)
Treuhandgeschäfte	8	8	—
Übrige Erträge ²⁾	326	342	4,9
Provisionserträge	4.237	4.055	(4,3)
Wertpapiergeschäft	182	181	(0,5)
Vermögensverwaltung	17	22	29,4
Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft	158	131	(17,1)
Immobilienkreditgeschäft	40	36	(10,0)
Bürgschaften	80	86	7,5
Ergebnis aus Syndizierungen	2	4	100,0
Vermittlungsgeschäft ²⁾	72	67	(6,9)
Treuhandgeschäfte	4	3	(25,0)
Übrige Aufwendungen ²⁾	35	30	(14,3)
Provisionsaufwendungen	590	560	(5,1)
Provisionsüberschuss			
Wertpapiergeschäft	1.221	1.040	(14,8)
Vermögensverwaltung	158	139	(12,0)
Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft	1.132	1.172	3,5
Immobilienkreditgeschäft	186	157	(15,6)
Bürgschaften	158	144	(8,9)
Ergebnis aus Syndizierungen	239	268	12,1
Vermittlungsgeschäft ²⁾	258	258	—
Treuhandgeschäfte	4	5	25,0
Übrige ²⁾	291	312	7,2
Gesamt	3.647	3.495	(4,2)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen.

²⁾ Ab dem Geschäftsjahr 2011 werden die Provisionen aus Vermittlungsgeschäft separat dargestellt. Im vorherigen Geschäftsjahr wurden die Provisionen aus Vermittlungsgeschäft innerhalb der Übrigen ausgewiesen. Die Vorjahreszahlen wurden angepasst. Siehe auch "—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im Geschäftsjahr 2011".

Der Provisionsüberschuss sank von EUR 3.647 Mio. im Geschäftsjahr 2010 um EUR 152 Mio. (4,2%) auf EUR 3.495 Mio. im Geschäftsjahr 2011. Maßgeblicher Grund für den Rückgang war das schwache Wertpapiergeschäft, insbesondere im Segment Privatkunden, wo vor allem in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres 2011 die Kundenaktivitäten aufgrund der unsicheren Marktlage zurückgingen. Im Segment Privatkunden wirkten sich zudem die im Geschäftsjahr 2010 vollzogenen Verkäufe von Tochtergesellschaften belastend aus. Aber auch integrationsbedingte Belastungen machten sich hier bemerkbar. Demgegenüber waren höhere Erträge bei Syndizierungen sowie im Zahlungsverkehr zu verzeichnen. Positiv wirkten sich insbesondere ein Sonderertrag aus restrukturierten Krediten im Segment Mittelstandsbank, der nach wie vor spürbar zunehmende Außenhandel und die gute Entwicklung der BRE Bank im Segment Central & Eastern Europe aus.

Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Zusammensetzung des Handelsergebnisses des Konzerns für die Geschäftsjahre 2010 und 2011:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung¹⁾
	2010¹⁾	2011¹⁾	
	(geprüft, soweit nicht anders angegeben)		
	(in Mio. EUR)		(in %)
Ergebnis aus dem Handel	1.504	703	(53,3)
Zinsergebnis	417	1.114	>100,0 ²⁾
Ergebnis aus der Anwendung der Fair Value Option	131	292	>100,0 ²⁾
Gesamt	2.052	2.109	2,8

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen. Im Geschäftsjahr 2011 wurde eine Anpassung der Struktur des Handelsergebnisses vorgenommen. Das „Ergebnis aus dem Handel“ wird ab dem Geschäftsjahr 2011 inkl. „Ergebnis aus der Bewertung derivativer Instrumente“ und das „Zinsergebnis“ separat ausgewiesen inkl. Anpassung der Vorjahreszahlen. Siehe auch „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im Geschäftsjahr 2011“.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Die folgende Tabelle zeigt das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen des Konzerns in den Geschäftsjahren 2010 und 2011:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung¹⁾
	2010¹⁾	2011¹⁾	
	(geprüft, soweit nicht anders angegeben)		
	(in Mio. EUR)		(in %)
Fair-Value-Änderungen aus Sicherungsgeschäften	(1.363)	(3.215)	(>100,0) ²⁾
Fair-Value-Änderungen aus Grundgeschäften	1.269	3.092	>100,0 ²⁾
<i>Ergebnis aus Fair Value Hedges²⁾</i>	<i>(94)</i>	<i>(123)</i>	<i>(30,9)</i>
<i>Ergebnis aus effektiv gesicherten Cash Flow Hedges (ineffektiver Teil)</i>	—	—	—
Gesamt	(94)	(123)	(30,9)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen betrug im Geschäftsjahr 2011 EUR 1.986 Mio. und lag damit um EUR 28 Mio. (1,4%) über dem Wert von EUR 1.958 Mio. im Geschäftsjahr 2010. Dabei kam es allerdings zu gegenläufigen Entwicklungen. Im Segment Portfolio Restructuring Unit war ein ausgeprägter Rückgang von EUR 787 Mio. im Geschäftsjahr 2010 um EUR 895 Mio. auf EUR –108 Mio. im Geschäftsjahr 2011 zu verzeichnen. Dies beruhte auf Wertaufholungen bei strukturierten Produkten in einem sehr positiven Marktumfeld im Geschäftsjahr 2010, wogegen das Handelsergebnis und das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen im Geschäftsjahr 2011 durch das schwierige Marktumfeld im Kontext der europäischen Staatsschuldenkrise belastet war, welche einerseits keine weiteren Wertaufholungen zuließ, andererseits aber zu weiteren Belastungen führte. Das Segment Corporates & Markets erreichte – trotz eines im zweiten Halbjahr des Geschäftsjahres 2011 sehr schwierigen Marktumfelds – ein Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen in Höhe von EUR 1.069 Mio., was einem Rückgang von EUR 91 Mio. entsprach. Positiv wirkten sich insbesondere die Anpassungen der zum Fair Value bewerteten eigenen Verbindlichkeiten aus, die im Geschäftsjahr 2011 einen Ergebnisbeitrag in Höhe von EUR 283 Mio. beisteuerten (adjustiert im Geschäftsjahr 2012 um EUR –5 Mio. aufgrund einer Korrektur des Own-Credit-Spreads im Konzernbereich Equity Markets & Commodities). In diesem Segment wurde der weitaus größte Teil des Handelsergebnisses und Ergebnisses aus Sicherungszusammenhängen im Konzern erzielt. Darüber hinaus war im Segment Mittelstandsbank ein Rückgang um EUR 66 Mio. auf EUR –42 Mio. zu verzeichnen, was im Wesentlichen auf gestiegene Kosten für Kreditsicherungsgeschäfte zurückzuführen war, die nicht mehr durch laufende Bewertungsgewinne aus Sicherungspositionen kompensiert werden konnten. Zudem schlugen im Geschäftsjahr 2011, ausgelöst durch den Ausfall eines Kontrahenten, Abschreibungen auf Derivatepositionen negativ zu Buche. Im Segment Asset Based Finance fiel das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen dagegen deutlich besser aus (um EUR 201 Mio.), was vor allem auf positiven Bewertungsergebnissen aus freien Derivaten einschließlich Fremdwährungsswaps und Credit Default Swaps beruhte. Auch im Segment Central & Eastern Europe war ein Anstieg zu verzeichnen (um EUR 178 Mio.), der auf dem Sonderertrag aus der beschlossenen Veräußerung des Anteils an der russischen Promsvyazbank in Höhe von EUR 154 Mio. beruhte (siehe auch „Beschreibung der

Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK Konzerns—Segmente—Segment Central & Eastern Europe“). Im Bereich Sonstige und Konsolidierung war ein signifikanter Anstieg um EUR 702 Mio. zu verzeichnen, der in Höhe von EUR 316 Mio. aus der Verfeinerung der Bewertungsmodelle für Zinssicherungsgeschäfte resultierte.

Ergebnis aus Finanzanlagen. Das Ergebnis aus Finanzanlagen war aufgrund der Entwicklung im Rahmen der europäischen Staatsschuldenkrise stark belastet. Es belief sich auf EUR –3.611 Mio. im Geschäftsjahr 2011, nach EUR 108 Mio. im Geschäftsjahr 2010, was einem Rückgang von EUR 3.719 Mio. entsprach.

Das Ergebnis aus zinstragendem Geschäft betrug im Geschäftsjahr 2011 EUR –3.520 Mio. und enthielt insbesondere eine signifikante negative Wertkorrektur von EUR 2.226 Mio. auf griechische Staatsanleihen. Dies beinhaltet sowohl den Bestand der IAS-39-Kategorie Loans and Receivables, der – unabhängig von der Laufzeit – auf 27% des Nominalwerts (negative Wertkorrektur in Höhe von EUR 1.938 Mio.) wertkorrigiert wurde, als auch den Bestand Available-for-Sale, der auf aktuelle Marktwerte mit einem Aufwand in Höhe von EUR 288 Mio. wertkorrigiert wurde. Darüber hinaus wurden im Zusammenhang mit dem Public-Finance-Portfolio Transaktionen zur Absicherung gegen Zinsrisiken und Inflationsschwankungen vorgenommen. Die negativen Bewertungseffekte gemäß IAS 39.85ff. aus diesen Instrumenten betrugen EUR 962 Mio.

Dem stand im Geschäftsjahr 2010 ein leicht positives Ergebnis aus zinstragendem Geschäft in Höhe von EUR 67 Mio. gegenüber, wobei Erträgen aus der Bewertung restrukturierter Kredite Veräußerungsverluste aus der gezielten Rückführung von Risikoportfolios – insbesondere aus dem Abbau des Staatsfinanzierungsportfolios im Segment Asset Based Finance – gegenüberstanden. Daneben waren auch Wertminderungen auf ABS-Bestände im Segment Portfolio Restructuring Unit zu verzeichnen.

Das Ergebnis aus Eigenkapitalinstrumenten belief sich im Geschäftsjahr 2011 auf EUR –91 Mio. und enthielt Effekte aus dem Veräußerungs- und Bewertungsergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen in Höhe von EUR –155 Mio. sowie aus dem Bewertungsergebnis aus zur Veräußerung bestimmter Vermögenswerte in Höhe von EUR –77 Mio. Dagegen wirkte sich das Veräußerungsergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren Beteiligungen in Höhe von EUR 141 Mio. (unter anderem aus dem Verkauf von MAN-Aktien und der Banco Multipló) positiv aus. Die im Geschäftsjahr 2011 veräußerten Available-for-Sale-Finanzanlagen wiesen seit dem Anfang des Geschäftsjahres 2011 bis zum Abgang eine positive Marktwertveränderung in Höhe von EUR 88 Mio. auf. Im Geschäftsjahr 2010 fiel das Ergebnis aus Eigenkapitalinstrumenten mit EUR 41 Mio. positiv aus. Dies beinhaltete überwiegend Veräußerungsgewinne aus Beteiligungen (unter anderem Verkauf von Generali-Anteilen und den Kleinwort-Benson-Aktivitäten).

Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen. Das laufende Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen belief sich im Geschäftsjahr 2011 auf EUR 42 Mio. nach EUR 35 Mio. im Geschäftsjahr 2010, was einem Anstieg von EUR 7 Mio. entspricht.

Sonstiges Ergebnis. Das Sonstige Ergebnis belief sich im Geschäftsjahr 2011 auf EUR 1.253 Mio. nach EUR –131 Mio. im Geschäftsjahr 2010, was einem Anstieg von EUR 1.384 Mio. entspricht. Der Anstieg stand im Zusammenhang mit den im Januar und Dezember 2011 durchgeführten Maßnahmen zur Optimierung der Kapitalstruktur, d.h. der Rücknahme von hybriden Instrumenten, die deutlich unter dem Nennwert gehandelt wurden. Der daraus resultierende Ergebniseffekt betrug EUR 1.064 Mio. und wurde in den Bereich Sonstige und Konsolidierung eingestellt. Darüber hinaus gab es im Sonstigen Ergebnis unter dem Posten „Übrige sonstige Erträge und Aufwendungen (saldiert)“ eine Vielzahl verschiedenartiger Effekte, einschließlich der Auflösung von und der Zuführung zu Rückstellungen, von denen keiner für sich genommen einen maßgeblichen Einfluss auf das Sonstige Ergebnis hatte.

Verwaltungsaufwand. Die folgende Tabelle enthält eine Darstellung der Posten, aus denen sich der Verwaltungsaufwand zusammensetzt:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung¹⁾
	2010¹⁾	2011¹⁾	
	(geprüft)		
	(in Mio. EUR)		(in %)
Personalaufwand	4.418	4.178	(5,4)
Sachaufwand	3.768	3.340	(11,4)
Abschreibungen auf Sachanlagen und sonstige immaterielle Anlagewerte	600	474	(21,0)
Gesamt	8.786	7.992	(9,0)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen.

Der Verwaltungsaufwand sank von EUR 8.786 Mio. im Geschäftsjahr 2010 um EUR 794 Mio. (9,0%) auf EUR 7.992 Mio. im Geschäftsjahr 2011. Zu dem Rückgang trugen der Sachaufwand mit EUR 428 Mio., der Personalaufwand mit EUR 240 Mio. und die Abschreibungen auf Sachanlagen und sonstige immaterielle Anlagewerte mit EUR 126 Mio. bei. Der Rückgang im Sachaufwand beruhte überwiegend auf dem erheblich reduzierten laufenden Umsetzungsaufwand für die Integration der Dresdner Bank (größtenteils IT-Kosten). Diese Integrationskosten betragen EUR 205 Mio. im Geschäftsjahr 2011 nach EUR 468 Mio. im Geschäftsjahr 2010. Daneben sank auch der Aufwand für Beratungsdienstleistungen. Der Rückgang im Personalaufwand war größtenteils auf niedrigere laufende Gehaltszahlungen zurückzuführen, im Wesentlichen bedingt durch die Reduzierung der Mitarbeiterzahl insbesondere als Folge der mit der fortschreitenden Integration der Dresdner Bank verbundenen Kostensynergien (Projekt ZusammenWachsen). Zudem waren die Abgrenzungen für leistungsabhängige Vergütungsbestandteile rückläufig. Demgegenüber war ein Anstieg der Aufwendungen für Pensionsrückstellungen zu verzeichnen, im Wesentlichen aufgrund der Amortisation von versicherungsmathematischen Verlusten. Die Abschreibungen auf Sachanlagen und sonstige immaterielle Anlagewerte nahmen von EUR 600 Mio. im Geschäftsjahr 2010 auf EUR 474 Mio. im Geschäftsjahr 2011 ab, was überwiegend auf die planmäßige Abschreibung des Markennamens sowie notwendigen Bewertungsbedarf auf immaterielle Anlagewerte der ehemaligen Dresdner Bank im Geschäftsjahr 2010 sowie auf geringere Sonderabschreibungen auf Immobilien zurückzuführen war.

Operatives Ergebnis. Aus den zuvor beschriebenen Entwicklungen erwirtschaftete der COMMERZBANK-Konzern im Geschäftsjahr 2011 ein Operatives Ergebnis von EUR 507 Mio. nach EUR 1.386 Mio. im Geschäftsjahr 2010, was einem Ergebnismrückgang um EUR 879 Mio. beziehungsweise 63,4% entspricht. Dabei war das Ergebnis in hohem Maße von der europäischen Staatsschuldenkrise beeinflusst. Insofern konnte auch die Reduzierung der Verwaltungsaufwendungen und der Risikovorsorge im Kreditgeschäft sowie die im Rahmen von Optimierungsmaßnahmen zur Kapitalstruktur erzielten Sondererträge den Ergebnismrückgang nicht kompensieren.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag. Im Geschäftsjahr 2011 ergab sich ein Steuerertrag in Höhe von EUR 240 Mio. (Steuerquote –47,3%), während im Geschäftsjahr 2010 ein Steuerertrag in Höhe von EUR 136 Mio. (Steuerquote –10,1%) anfiel. Der Steuerertrag des Geschäftsjahres 2011 resultierte im Wesentlichen aus der Nachaktivierung latenter Steueransprüche auf steuerliche Verlustvorträge der Filiale London und der Filiale New York (EUR –368 Mio.). Zusätzlich hat sich der Verbrauch von Verlustvorträgen, für die in Vorjahren keine latenten Steueransprüche gebildet wurden (EUR –254 Mio.) und periodenfremde tatsächliche Steuern (EUR –267 Mio.) positiv auf die Konzernsteuerquote ausgewirkt. Hingegen konnte die COMMERZBANK bei einigen Gesellschaften keine latenten Ertragsteueransprüche auf neu entstandene steuerliche Verluste bilanzieren beziehungsweise musste eine Wertberichtigung auf bereits bilanzierte latente Ertragsteueransprüche bilden (EUR 683 Mio.).

Im Geschäftsjahr 2010 wurden auch Gewinne mit steuerlichen Verlustvorträgen verrechnet, auf die bis dahin keine latenten Ertragsteueransprüche angesetzt wurden. Die negative Steuerquote des Geschäftsjahres 2010 resultierte aus der Nachaktivierung von latenten Steueransprüchen in der COMMERZBANK Aktiengesellschaft London sowie britischer Tochtergesellschaften der COMMERZBANK.

Konzernergebnis. Im Geschäftsjahr 2011 erwirtschaftete der COMMERZBANK-Konzern einen Gewinn in Höhe von EUR 747 Mio. nach EUR 1.489 Mio. im Geschäftsjahr 2010. Damit ging das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr um EUR 742 Mio. beziehungsweise 49,8% zurück.

Ertragslage der Segmente

Privatkunden

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ertragslage des Segments Privatkunden in den Geschäftsjahren 2010 und 2011:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung ²⁾	
	2010 ¹⁾	2011 ¹⁾		
	(geprüft)		(ungeprüft)	
	(in Mio. EUR)		(in %)	
Zinsüberschuss	1.982	2.027	45	2,3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(246)	(57)	189	76,8
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.736	1.970	234	13,5
Provisionsüberschuss	1.941	1.754	(187)	(9,6)
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	1	—	(1)	(100,0)
Ergebnis aus Finanzanlagen	31	(2)	(33)	—
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	10	19	9	90,0
Sonstiges Ergebnis	(120)	22	142	—
Verwaltungsaufwand	3.552	3.388	(164)	(4,6)
Operatives Ergebnis	47	375	328	>100,0
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	47	375	328	>100,0
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital	3.494	3.375	(119)	(3,4)
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%)	92,4	88,7	(3,7)	—
RWA (zum 31. Dezember) ²⁾	29.995	27.369	(2.627)	(8,8)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen; die Vergleichszahlen für das Geschäftsjahr 2010 wurden angepasst, siehe „—Segmente des COMMERZBANK-Konzerns“.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Zinsüberschuss. Der Zinsüberschuss im Segment Privatkunden erhöhte sich im Geschäftsjahr 2011 um EUR 45 Mio. beziehungsweise 2,3% von EUR 1.982 Mio. im Geschäftsjahr 2010 auf EUR 2.027 Mio. Negativ wirkte im Jahresvergleich die im Verlauf des Geschäftsjahres 2010 erfolgte Veräußerung nicht-strategischer Bankbeteiligungen (insbesondere der Allianz Dresdner Bauspar Aktiengesellschaft und der Kleinwort-Benson-Gruppe). Im Geschäftsjahr 2010 trugen diese Beteiligungen noch mit EUR 46 Mio. zum Zinsüberschuss bei. Ohne Berücksichtigung der veräußerten Gesellschaften im Geschäftsjahr 2010 wäre somit der Zinsüberschuss um EUR 91 Mio. beziehungsweise 4,7% angestiegen. Positiv wurde der Zinsüberschuss durch das verbesserte Ergebnis des Einlagengeschäfts beeinflusst. Hier konnten die Margen vor allem aufgrund des gestiegenen Marktzinsniveaus deutlich verbessert werden und die Effekte aus leicht rückläufigem Volumen (auch ohne Berücksichtigung der oben genannten Veräußerungen) deutlich überkompensieren. Im Kreditgeschäft hingegen waren rückläufige Volumen sowie leicht rückläufige Margen zu beobachten.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ging im Vergleich zum Geschäftsjahr 2010 deutlich um EUR 189 Mio. (76,8%) auf EUR 57 Mio. im Geschäftsjahr 2011 zurück. Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren im Jahr 2011 in Deutschland insgesamt noch positiv. Private Haushalte profitierten dabei von einem Rückgang der Arbeitslosigkeit und einer verbesserten Lohnentwicklung. Mehr als die Hälfte des Rückgangs von EUR 189 Mio. im Geschäftsjahr 2011 entfiel daher auf die Verbesserung der operativen Risikovorsorge, vor allem aufgrund geringerer Neufälle. Hinzu kamen außerdem positive Auswirkungen aus der im Januar 2011 durchgeführten regelmäßig stattfindenden Parameteraktualisierung und (im vierten Quartal 2011) ein positiver Einmaleffekt aus einer Überprüfung und Aktualisierung der Parameter zur Ermittlung der Portfoliorisikovorsorge für nicht ausgefallene Kredite (siehe „—Ertragslage des Konzerns—Risikovorsorge im Kreditgeschäft“); für das Segment Privatkunden ergab sich daraus eine Auflösung von Portfoliorisikovorsorge.

Provisionsüberschuss. Der im Segment Privatkunden erwirtschaftete Provisionsüberschuss hat sich von EUR 1.941 Mio. im Geschäftsjahr 2010 auf EUR 1.754 Mio. im Geschäftsjahr 2011 verringert, was einen Rückgang von EUR 187 Mio. beziehungsweise 9,6% bedeutet. Negativ wirkte im Jahresvergleich die im Verlauf des Geschäftsjahres 2010 erfolgte Veräußerung der vorstehend genannten nicht-strategischen Bankbeteiligungen, die im Geschäftsjahr 2010 noch mit einem Provisionsüberschuss von insgesamt EUR 29 Mio. beigetragen hatten. Ohne Berücksichtigung der veräußerten Gesellschaften wäre somit der Provisionsüberschuss um EUR 158 Mio. beziehungsweise 8,3% zurückgegangen. Der Hauptgrund war ein

geringerer Ertrag aus dem umsatzabhängigen Wertpapiergeschäft (EUR 99 Mio.), welcher vor allem das zweite Halbjahr 2011 betraf und im Wesentlichen auf einem Rückgang der Kundenaktivitäten aufgrund der unsicheren Marktlage beruhte. Auch im Zahlungsverkehr war ein Rückgang zu verzeichnen (EUR 68 Mio.). Ertragsbelastend wirkten sich hier regulatorische Änderungen (niedrigeres Entgelt für Geldautomatenabhebung, Wegfall bepreister Zwangskontoauszüge) sowie die Harmonisierung von Kontomodellen im Zahlungsverkehr aus, welche im Rahmen der Integration im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres 2011 umgesetzt wurden. Negativ wirkte sich außerdem weiterhin die Belastung der Vertriebsmitarbeiter durch die Integration aus.

Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen. Das Handelsergebnis und das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen verschlechterte sich von EUR 1 Mio. im Geschäftsjahr 2010 auf EUR 0 Mio. im Geschäftsjahr 2011. Positive Effekte aus dem Verkauf der zurückgenommenen Lehman-Anteile (EUR 10 Mio.) standen im Geschäftsjahr 2011 negativen Effekten aus der Konsolidierung des PMIA-Fonds gegenüber (EUR 12 Mio.).

Ergebnis aus Finanzanlagen, laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen, Sonstiges Ergebnis. Das Ergebnis aus Finanzanlagen sank von EUR 31 Mio. im Geschäftsjahr 2010 um EUR 33 Mio. auf EUR -2 Mio. im Geschäftsjahr 2011. Hauptgrund für den Rückgang war primär die Realisierung eines Veräußerungsgewinns durch den Verkauf der Einheit Montrada (EUR 17 Mio.) im Geschäftsjahr 2010. Das laufende Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen verbesserte sich von EUR 10 Mio. im Geschäftsjahr 2010 auf EUR 19 Mio. im Geschäftsjahr 2011. Das Sonstige Ergebnis verbesserte sich ebenfalls, und zwar von EUR -120 Mio. im Geschäftsjahr 2010 um EUR 142 Mio. auf EUR 22 Mio. im Geschäftsjahr 2011. Die Verbesserung gegenüber dem Geschäftsjahr 2010 beruhte vor allem auf der geringeren Bildung von Rückstellungen für mögliche Schadensersatzleistungen sowie auf Auflösungen von Rückstellungen (PMIA) und auf dem Verkauf des Zentralen Inkassobüros (EUR 35 Mio.) im Geschäftsjahr 2011.

Verwaltungsaufwand. Der Verwaltungsaufwand sank von EUR 3.552 Mio. im Geschäftsjahr 2010 um EUR 164 Mio. beziehungsweise 4,6% auf EUR 3.388 Mio. im Geschäftsjahr 2011; zu diesem Rückgang trug die oben genannte Veräußerung nicht-strategischer Bankbeteiligungen im Geschäftsjahr 2010 mit EUR 79 Mio. bei. Bereinigt um diesen Effekt sank der Verwaltungsaufwand um EUR 85 Mio. (2,5%) im Geschäftsjahr 2011. Dabei verringerte sich der Sachaufwand im Geschäftsjahr 2011 um EUR 125 Mio. (12,7%) gegenüber dem Geschäftsjahr 2010. Hier wirkten sich niedrigere laufende Aufwendungen für die Integration der Dresdner Bank, geringere Abschreibungen aufgrund der Markenmigration sowie eine entsprechende Kostendisziplin im Geschäftsjahr 2011 positiv aus. Der Personalaufwand hingegen erhöhte sich im gleichen Zeitraum um EUR 36 Mio. beziehungsweise 2,7%. Dies ist zum einen durch erhöhte leistungsabhängige Vergütungsbestandteile, zum anderen durch gestiegene Aufwendungen für Pensionsrückstellungen (im Wesentlichen aufgrund der Amortisation von versicherungsmathematischen Verlusten) bedingt. Die indirekten Aufwendungen stiegen gegenüber dem Geschäftsjahr 2010 nur leicht um 0,4%.

Operatives Ergebnis. Insgesamt erzielte das Segment Privatkunden im Geschäftsjahr 2011 ein Operatives Ergebnis in Höhe von EUR 375 Mio. gegenüber EUR 47 Mio. im Vorjahr, was einer Verbesserung von EUR 328 Mio. entspricht. Dies ist das Resultat der oben genannten Effekte, die im Kerngeschäft (ohne die im Geschäftsjahr 2010 veräußerten Beteiligungen) im Wesentlichen auf das verbesserte Ergebnis des Einlagengeschäfts sowie der gesunkenen Risikovorsorge, der geringeren Bildung und der Auflösung von Rückstellungen und dem geringeren Verwaltungsaufwand zurückzuführen sind.

Ergebnis vor Steuern. Im Segment Privatkunden fielen weder im Geschäftsjahr 2010 noch im Geschäftsjahr 2011 Restrukturierungsaufwendungen an. Dementsprechend ist das Ergebnis vor Steuern mit dem Operativen Ergebnis jeweils identisch.

Mittelstandsbank

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ertragslage des Segments Mittelstandsbank in den Geschäftsjahren 2010 und 2011:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung ²⁾	
	2010 ¹⁾	2011 ¹⁾		
	(geprüft)	(in Mio. EUR)	(ungeprüft)	(in %)
Zinsüberschuss	2.081	2.174	93	4,5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(279)	(188)	91	32,6
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.802	1.986	184	10,2
Provisionsüberschuss	983	1.086	103	10,5
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	24	(42)	(66)	—
Ergebnis aus Finanzanlagen	188	(51)	(239)	—
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	30	11	(19)	(63,3)
Sonstiges Ergebnis	13	(2)	(15)	—
Verwaltungsaufwand	1.442	1.461	19	1,3
Operatives Ergebnis	1.598	1.527	(71)	(4,4)
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	1.598	1.527	(71)	(4,4)
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital	5.545	5.378	(167)	(3,0)
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%)	43,4	46,0	2,6	—
RWA (zum 31. Dezember) ²⁾	69.515	57.755	(11.760)	(16,9)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen; die Vergleichszahlen für das Geschäftsjahr 2010 wurden angepasst, siehe „—Segmente des COMMERZBANK-Konzerns“.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Zinsüberschuss. Der Zinsüberschuss im Segment Mittelstandsbank, der im Geschäftsjahr 2011 EUR 2.174 Mio. betrug, erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 93 Mio. oder 4,5%. Im Geschäftsjahr 2010 wurden EUR 2.081 Mio. erzielt. Das Zinsergebnis im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 war im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen durch den deutlich verbesserten Beitrag des Einlagengeschäfts geprägt.

Das Kreditgeschäft entwickelte sich trotz der eher verhaltenen Kreditnachfrage im Jahresverlauf 2011 nahezu stabil. Die im Vergleich mit dem Geschäftsjahr 2010 (um rund EUR 2 Mrd. oder 3,2%) rückläufige Entwicklung des durchschnittlichen Kreditvolumens in den Konzernbereichen Mittelstand Inland und Großkunden & International (diese waren bis Ende 2010 noch im Konzernbereich Corporate Banking zusammengefasst, ein detaillierter Vergleich ist aufgrund fehlender Einzelwerte für 2010 nicht durchführbar) war im Wesentlichen bedingt durch den im Verlauf des Geschäftsjahres 2010 voranschreitenden Abbau von nicht-strategischen Kreditengagements im Ausland, gleichzeitig entwickelte sich die Kreditnachfrage im Inland auch im Jahr 2011 unverändert verhalten. Gegenläufig wirkte die seit Mai 2011 eintretende Belegung der Kreditnachfrage im Konzernbereich Financial Institutions, die den vorerwähnten Rückgang nahezu vollständig kompensierte. Ergebnisstabilisierend wirkte die im Segment nach wie vor robuste Kreditmarge, die im Geschäftsjahr 2011 nahezu auf Vorjahresniveau gehalten werden konnte. Insgesamt lag der kreditinduzierte Zinsüberschuss im Geschäftsjahr 2011 damit nur geringfügig unter dem des Geschäftsjahres 2010. Deutlich besser als das Kreditgeschäft entwickelte sich das Einlagengeschäft. Hier machte sich der Anstieg der Marktzinsen im kurzfristigen Bereich bemerkbar. Aufgrund der dadurch gegenüber dem Geschäftsjahr 2010 gestiegenen Einlagenmarge und unterstützt von einem leicht gesteigerten durchschnittlichen Einlagevolumen im Segment, konnte der Zinsüberschuss aus Einlagen im Geschäftsjahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr signifikant gesteigert werden. Ein geringfügiger Volumensrückgang, der in den Konzernbereichen Mittelstand Inland und Großkunden & International insgesamt zu beobachten war, wurde durch eine Steigerung der Einlagen im Konzernbereich Financial Institutions kompensiert. Einschließlich positiver Bewertungseffekte aus restrukturierten Krediten bewegte sich der sonstige Zinsüberschuss im Geschäftsjahr 2011 leicht über dem Niveau des Vorjahres.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft sank im Geschäftsjahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr um EUR 91 Mio. (32,6%) auf EUR 188 Mio. Unter guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, vor allem im ersten Halbjahr 2011, wurden um EUR 55 Mio. höhere Erträge aus der Auflösung von bestehender Risikovorsorge aufgrund von Restrukturierungserfolgen erzielt als im Geschäftsjahr 2010. Auch die Risikovorsorge für neue Ausfälle ging im Vergleich zum Vorjahr insgesamt

zurück, wobei hier im vierten Quartal 2011 ein deutlicher Anstieg gegenüber den Vorquartalen zu verzeichnen war. Außerdem profitierte die Mittelstandsbank davon, dass sich die statistischen Eingangsdaten im Jahresverlauf 2010 aufgrund der überwiegend positiven Unternehmensentwicklungen stark verbesserten. Die regelmäßig stattfindende Aktualisierung der Parameter im Januar 2011 führte dabei zu positiven Effekten in der Portfoliorisikoversorge.

Provisionsüberschuss. Im Geschäftsjahr 2011 erwirtschaftete das Segment Mittelstandsbank mit einem Provisionsüberschuss von EUR 1.086 Mio. eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Im Geschäftsjahr 2010 belief sich der Provisionsüberschuss auf EUR 983 Mio., der Anstieg im Geschäftsjahr 2011 betrug damit EUR 103 Mio. beziehungsweise 10,5%. Vor dem Hintergrund des im Geschäftsjahr 2011 insgesamt soliden Wirtschaftswachstums in Deutschland führte der starke Außenhandel, wie schon im Vorjahr, auch im Geschäftsjahr 2011 im Segment Mittelstandsbank zu einer anhaltend hohen Nachfrage nach außenhandelsbezogenen Produkten. Bei Exportakkreditiven und Auslandszahlungsverkehrsdienstleistungen konnten deutliche Ertragszuwächse gegenüber dem Geschäftsjahr 2010 erzielt werden. Zudem trugen Corporate-Finance-Transaktionen sowie ein positiver Bewertungseffekt aus restrukturierten Krediten im Geschäftsjahr 2011 zum Provisionswachstum gegenüber dem Vorjahr bei.

Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen. Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen belief sich im Geschäftsjahr 2010 auf EUR 24 Mio., während für das abgelaufene Geschäftsjahr 2011 ein Verlustausweis in Höhe von EUR 42 Mio. erfolgte. Ursächlich für diesen Verlust waren folgende Faktoren: Im Geschäftsjahr 2011 schlugen, ausgelöst durch den Ausfall eines Kontrahenten, Abschreibungen auf Derivatepositionen negativ zu Buche. Der im Jahresvergleich signifikante Ergebnisrückgang war außerdem bedingt durch im Vorjahr enthaltene positive Bewertungseffekte aus Counterparty Default Adjustments (CDAs), die dem Adressenausfallrisiko von Derivatekontrahenten Rechnung tragen. Infolge der Spreadausweitungen, einhergehend mit erhöhter Volatilität an den Märkten ab Mitte des Jahres 2011, stiegen die Kosten für Kreditsicherungsgeschäfte, die im weiteren Jahresverlauf nicht mehr durch laufende Bewertungsgewinne aus den Sicherungspositionen kompensiert werden konnten.

Ergebnis aus Finanzanlagen, laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen, Sonstiges Ergebnis. Im Ergebnis aus Finanzanlagen wurde im Geschäftsjahr 2011 ein Verlust in Höhe von EUR 51 Mio. ausgewiesen. Dem stand im Vorjahr ein Gewinn von EUR 188 Mio. gegenüber. Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2011 ist insbesondere durch Bewertungseffekte im Anteilsbesitz belastet. Das Ergebnis des Vorjahres hingegen war durch einen positiven Bewertungseffekt aus restrukturierten Krediten in signifikanter Höhe geprägt, welcher im Geschäftsjahr 2011 in dieser Höhe nicht erzielt werden konnte. Das laufende Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen betrug im Geschäftsjahr 2011 EUR 11 Mio. gegenüber EUR 30 Mio. im Vorjahreszeitraum. Dieses steht im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Beteiligung an der AKA Ausfuhrkreditgesellschaft mbH, die erstmals zum Jahresende 2010 at-Equity bewertet wurde. Das Sonstige Ergebnis, das im Geschäftsjahr 2010 mit EUR 13 Mio. durch einen Sonderertrag aus einer Kundentransaktion geprägt war, fiel im Geschäftsjahr 2011 mit EUR -2 Mio. geringfügig negativ aus.

Verwaltungsaufwand. Der Verwaltungsaufwand stieg von EUR 1.442 Mio. im Geschäftsjahr 2010 auf EUR 1.461 Mio. im Geschäftsjahr 2011, was einer Erhöhung um EUR 19 Mio. oder 1,3% entsprach. Der Personalaufwand erhöhte sich in diesem Zeitraum um 2,7% gegenüber dem Vorjahr. Dies ist weitestgehend durch gestiegene Aufwendungen für Pensionsrückstellungen, welche im Wesentlichen auf die Amortisation von versicherungsmathematischen Verlusten zurückzuführen ist, bedingt. Während der Sachaufwand im Geschäftsjahr 2011 wegen der im zweiten Quartal des Geschäftsjahres 2010 letztmalig durchgeführten Abschreibung auf die Marke Dresdner Bank unter dem Niveau des Vergleichszeitraums des Vorjahres lag, stiegen die indirekten Aufwendungen im gleichen Zeitraum an.

Operatives Ergebnis. Im Geschäftsjahr 2011 erzielte das Segment Mittelstandsbank ein Operatives Ergebnis in Höhe von EUR 1.527 Mio. gegenüber EUR 1.598 Mio. im Geschäftsjahr 2010, was einem Rückgang um EUR 71 Mio. oder 4,4% entsprach. Die guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben im Geschäftsjahr 2011 eine gegenüber dem Geschäftsjahr 2010 deutlich verminderte Neubildung von Risikoversorge nach sich gezogen und darüber hinaus auch zu einer positiven Entwicklung des Provisionsgeschäfts beigetragen. Daneben machte sich im Zinsbereich als wesentlicher Faktor der aufgrund des Marktzinsanstiegs verbesserte Beitrag des Einlagengeschäfts positiv bemerkbar. Diese Effekte wurden jedoch im Wesentlichen dadurch aufgezehrt, dass das im Geschäftsjahr 2010 sehr starke Ergebnis aus Finanzanlagen in dieser Höhe im Geschäftsjahr 2011 nicht wiederholt werden konnte, so dass insgesamt ein geringfügiger Ergebnisrückgang gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen war.

Ergebnis vor Steuern. Da weder im Geschäftsjahr 2011 noch im Geschäftsjahr 2010 Restrukturierungsaufwendungen angefallen sind, ist das Ergebnis vor Steuern mit dem Operativen Ergebnis identisch.

Central & Eastern Europe

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ertragslage des Segments Central & Eastern Europe in den Geschäftsjahren 2010 und 2011:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung ²⁾	
	2010 ¹⁾	2011 ¹⁾		
	(geprüft)		(ungeprüft)	
	(in Mio. EUR)		(in %)	
Zinsüberschuss	674	648	(26)	(3,9)
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(361)	(89)	272	75,3
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	313	559	246	78,6
Provisionsüberschuss	208	217	9	4,3
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	73	251	178	>100,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	(4)	7	11	—
Laufendes Ergebnis aus at-Equity- bewerteten Unternehmen	—	—	—	—
Sonstiges Ergebnis	28	34	6	21,4
Verwaltungsaufwand	565	585	20	3,5
Operatives Ergebnis	53	483	430	>100,0
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	53	483	430	>100,0
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital	1.628	1.723	95	5,8
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%)	57,7	50,6	(7,1)	—
RWA (zum 31. Dezember) ²⁾	19.107	19.595	487	2,6

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Zinsüberschuss. Der Zinsüberschuss im Segment Central & Eastern Europe ging im Geschäftsjahr 2011 um EUR 26 Mio. beziehungsweise 3,9% gegenüber dem Vorjahr zurück und lag bei EUR 648 Mio., gegenüber EUR 674 Mio. im Geschäftsjahr 2010. Diese Entwicklung basierte auf gegenläufigen Effekten. Positiv entwickelte sich der Zinsüberschuss der BRE Bank, der um insgesamt EUR 32 Mio. gegenüber dem Geschäftsjahr 2010 stieg. Haupttreiber war das Einlagengeschäft insbesondere aufgrund von höheren Margen. Zusätzlich verzeichnete der Zinsüberschuss im Kreditgeschäft einen leichten Anstieg aufgrund des Wachstums des Kreditvolumens. Negativ wirkte sich hingegen ein Methodenwechsel in Bezug auf den Ausweis von Fremdwährungsswaps im Zinsüberschuss aus (Rückgang im Zinsüberschuss, Anstieg im Handelsergebnis, daher ergebnisneutral). Dagegen konnte bei der COMMERZBANK Eurasija der Zinsüberschuss gegenüber dem Geschäftsjahr 2010 aufgrund sinkender Kreditvolumina und -margen nicht gehalten werden (Rückgang um EUR 30 Mio.). Bei der Bank Forum lag der Zinsüberschuss auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2010. Niedrigere Refinanzierungskosten infolge der Kapitalerhöhung „Debt to Equity Swap“ wurden in der Bank Forum durch eine niedrigere Marge im Kreditportfolio wegen fortdauernder Restrukturierung des Kreditportfolios kompensiert. Auf Ebene der Central & Eastern Europe Holding wirkten die aufgrund von höheren Volumina der Refinanzierung gestiegenen Liquiditätskosten belastend.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ging im Geschäftsjahr 2011 gegenüber dem Vorjahr um EUR 272 Mio. (75,3%) auf EUR 89 Mio. zurück, was in erster Linie auf die im Geschäftsjahr 2011 insgesamt guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zurückzuführen war. Der größte Teil des Rückgangs entfiel dabei auf die Bank Forum, bei der die Risikovorsorge von EUR 161 Mio. im Geschäftsjahr 2010 um EUR 134 Mio. (83,2%) deutlich auf EUR 27 Mio. im Geschäftsjahr 2011 fiel, da sich die hohen Belastungen aus den Vorjahren im Geschäftsjahr 2011 nicht wiederholten. Auch die BRE Bank reduzierte ihre Risikovorsorge im Vergleich zum Vorjahr deutlich von EUR 156 Mio. um EUR 96 Mio. (61,5%) auf EUR 60 Mio. Treiber war hier neben der guten operativen Entwicklung auch ein einmaliger Sonderertrag in Höhe von EUR 20 Mio. aus dem Verkauf eines Problemkreditportfolios im Retailbereich im zweiten Quartal des Geschäftsjahres 2011. Darüber hinaus vereinnahmte die BRE Bank im vierten Quartal 2011 ebenfalls einen Sonderertrag aus der Überprüfung und Aktualisierung von Parametern, die zur Ermittlung der Portfoliorisikovorsorge für nicht ausgefallene Kredite herangezogen wurden (siehe „—Ertragslage des Konzerns—Risikovorsorge im Kreditgeschäft“). In den sonstigen Einheiten war im Geschäftsjahr 2011 Risikovorsorge in Höhe von lediglich EUR 2 Mio. erforderlich, während im Vorjahr noch EUR 45 Mio. angefallen waren.

Provisionsüberschuss. Der Provisionsüberschuss im Segment Central & Eastern Europe stieg im Geschäftsjahr 2011 um EUR 9 Mio. beziehungsweise 4,3% gegenüber dem Vorjahr und betrug EUR 217 Mio., gegenüber EUR 208 Mio. im Geschäftsjahr 2010. Der Ertragsanstieg resultierte aus der guten Entwicklung vieler Produktgruppen der BRE Bank im Geschäft mit Privat- und Firmenkunden (insbesondere aus bargeldlosen Zahlungsmitteln und Vertrieb von Versicherungen). Diese positive Entwicklung wurde durch einen leicht niedrigeren Provisionsüberschuss sowohl bei der Bank Forum als auch bei der COMMERZBANK Eurasija teilweise kompensiert.

Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen. Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen stieg von EUR 73 Mio. im Geschäftsjahr 2010 um EUR 178 Mio. auf EUR 251 Mio. im Geschäftsjahr 2011 und wurde im Geschäftsjahr 2011 im Wesentlichen bestimmt durch bereits zu vereinnahmende Erträge aus der beschlossenen Veräußerung des Anteils der COMMERZBANK an der russischen Promsvyazbank von EUR 154 Mio. auf Basis der Marktbewertung der Verkaufsoption. Bereinigt um diesen Sondereffekt stieg das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen im Geschäftsjahr 2011 um EUR 24 Mio. Dieser Anstieg ging vor allem auf den Devisenbereich der BRE Bank sowie einen Methodenwechsel in Bezug auf den Ausweis von Fremdwährungsswaps (siehe „— Zinsüberschuss“) zurück.

Ergebnis aus Finanzanlagen, Sonstiges Ergebnis. Das Ergebnis aus Finanzanlagen erhöhte sich im Geschäftsjahr 2011 um EUR 11 Mio. auf EUR 7 Mio., nach EUR –4 Mio. im Geschäftsjahr 2010. Der Verkauf von Anleihen der Filiale Prag wirkte sich positiv aus, während es bei der BRE Bank im Geschäftsjahr 2010 einen positiven Effekt aus der Veräußerung eines Aktienpakets gab, welcher sich im Geschäftsjahr 2011 nicht wiederholte. Der Anstieg des Sonstigen Ergebnisses um EUR 6 Mio. gegenüber dem Geschäftsjahr 2010 auf EUR 34 Mio. ist auf eine Summe kleinerer Effekte zurückzuführen. Bei der BRE Bank stieg das Sonstige Ergebnis um EUR 5 Mio. unter anderem aufgrund des Versicherungsgeschäfts.

Verwaltungsaufwand. Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich im Geschäftsjahr 2011 im Vergleich zum Geschäftsjahr 2010 um EUR 20 Mio. (3,5%) von EUR 565 Mio. auf EUR 585 Mio. Der Anstieg resultierte einerseits aus wachstumsbedingt höheren Personalaufwendungen durch den Anstieg der Mitarbeiterzahl bei der BRE Bank. Hinzu kamen bei der BRE Bank höhere Aufwendungen für die variable Vergütung aufgrund der positiven Ergebnisentwicklung im Geschäftsjahr 2011. Der Anstieg des Sachaufwands resultiert im Wesentlichen aus der BRE Bank, maßgeblich aufgrund gestiegener Kosten für Einlagensicherung. In den übrigen Einheiten blieb der Verwaltungsaufwand weitgehend stabil.

Operatives Ergebnis. Insgesamt konnte das Operative Ergebnis des Segments Central & Eastern Europe, das im Geschäftsjahr 2011 EUR 483 Mio. betrug, deutlich gesteigert werden, nach EUR 53 Mio. im Geschäftsjahr 2010. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum bedeutete dies einen Anstieg von EUR 430 Mio. Bereinigt um die vereinnahmten Erträge aus der beschlossenen Veräußerung des Anteils der COMMERZBANK an der Promsvyazbank stieg das Operative Ergebnis um EUR 276 Mio. und basierte im Wesentlichen auf dem guten Ergebnis der BRE Bank (welche ihr Operatives Ergebnis um 73% auf EUR 329 Mio. steigern konnte) und der Bank Forum (Steigerung überwiegend aufgrund von Restrukturierung sowie der Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation in der Ukraine). Dies machte sich bei der Bank Forum mit einem deutlichen Rückgang der Risikovorsorge bemerkbar. Der Vergleich der Geschäftsjahre 2010 und 2011 im Segment Central & Eastern Europe ist nicht nachhaltig durch Währungseffekte der relevanten Währungen beeinträchtigt.

Ergebnis vor Steuern. Es sind weder im Geschäftsjahr 2011 noch im Geschäftsjahr 2010 Restrukturierungsaufwendungen angefallen. Daher ist das Ergebnis vor Steuern jeweils mit dem Operativen Ergebnis identisch.

Corporates & Markets

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ertragslage des Segments Corporates & Markets in den Geschäftsjahren 2010 und 2011:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung ²⁾	
	2010 ¹⁾	2011 ¹⁾		
	(geprüft)		(ungeprüft)	
	(in Mio. EUR)		(in %)	
Zinsüberschuss	767	832	65	8,5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	27	(146)	(173)	—
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	794	686	(108)	(13,6)
Provisionsüberschuss	254	300	46	18,1
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	1.160	1.069	(91)	(7,8)
Ergebnis aus Finanzanlagen	220	30	(190)	(86,3)
Laufendes Ergebnis aus at-Equity- bewerteten Unternehmen	11	15	4	36,4
Sonstiges Ergebnis	(20)	(12)	8	40,0
Verwaltungsaufwand	1.633	1.505	(128)	(7,8)
Operatives Ergebnis	786	583	(203)	(25,8)
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	786	583	(203)	(25,8)
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital	3.854	3.026	(828)	(21,5)
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%)	68,3	67,4	(0,9)	—
RWA (zum 31. Dezember) ²⁾	45.887	35.564	(10.323)	(22,5)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Zinsüberschuss. Der Zinsüberschuss im Segment Corporates & Markets stieg von EUR 767 Mio. im Geschäftsjahr 2010 um EUR 65 Mio. beziehungsweise 8,5% auf EUR 832 Mio. im Geschäftsjahr 2011. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf die positive Entwicklung des Zinsergebnisses aus strukturierten Finanzierungen, der Auflösung von zu Lasten des Zinsergebnisses gebildeten Rückstellungen für Structured-Finance-Transaktionen in London (nach erfolgter Betriebsprüfung) sowie auf Einmalserträge aus Kreditrestrukturierungen zurückzuführen. Negativ wirkten sich die rückläufigen Margen im Credit-Portfolio-Management und bei Conduit-Finance-Strukturen (Silvertower) sowie geringere Zinserträge aus dem Leveraged-Finance-Geschäft aus.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Im Geschäftsjahr 2011 lag die Risikovorsorge des Segments bei EUR 146 Mio., nachdem im Geschäftsjahr 2010 noch ein Nettoertrag von EUR 27 Mio. erzielt werden konnte. Da das Portfolio in dem Segment nicht homogen ist, ist die Risikovorsorge grundsätzlich stark von der Entwicklung einzelner großer Engagements geprägt. So entfielen im Geschäftsjahr 2011 EUR 118 Mio. der Risikovorsorgebelastung auf die drei größten Einzelfälle. Im Geschäftsjahr 2010 waren die Einzelrisikovorsorgebelastungen außerdem von hohen Auflösungen bei der Portfoliorisikovorsorge mehr als kompensiert worden. Diese waren zum einen durch den planmäßigen Portfolioabbau und die Neuordnung der Kundenzuständigkeiten im Rahmen der Integration verursacht worden, zum anderen hatten sich auch hier die aufgrund der verbesserten Geschäftszahlen sinkenden Ausfallwahrscheinlichkeiten positiv auf die Portfoliorisikovorsorge ausgewirkt. Auch im Geschäftsjahr 2011 führten der weitere planmäßige Portfolioabbau und eine anhaltend positive Portfolioentwicklung zu weiteren Auflösungen bei der Portfoliorisikovorsorge, unter anderem im Rahmen der turnusmäßigen jährlichen Parameteraktualisierung, diese erreichten jedoch bei weitem nicht das Niveau des Geschäftsjahres 2010.

Provisionsüberschuss. Im Segment Corporates & Markets konnte der Provisionsüberschuss von EUR 254 Mio. im Geschäftsjahr 2010 um EUR 46 Mio. (18,1%) auf EUR 300 Mio. im Geschäftsjahr 2011 gesteigert werden. Positiv beeinflusst wurde der Provisionsüberschuss im Geschäftsjahr 2011 durch Erträge im Bereich Debt Capital Markets Loans, durch Erträge im Bereich Leveraged Finance sowie durch Erträge im Bereich Equity Capital Markets aufgrund der Kapitalerhöhung der COMMERZBANK in Höhe von EUR 23 Mio. sowie aufgrund einer für die Deutsche Schiffsbank durchgeführten Transaktion (EUR 18 Mio.). Die Erträge aus der Kapitalerhöhung der COMMERZBANK sowie aus einer Transaktion zur Optimierung der Steuerposition des Konzerns im Zusammenhang mit der Integration der Deutschen Schiffsbank wurden im Bereich Sonstige und Konsolidierung eliminiert, da es sich um interne Erträge handelte. Im Gegenzug führten höhere Umsatzvolumina in Equity-Markets-&-Commodities-Flow-Produkten zu erhöhten Aufwendungen aus

Brokerage, die das Provisionsergebnis negativ beeinflussten. Des Weiteren profitierte das Provisionsergebnis von dem erstmaligen Ausweis der Margen aus Kundengeschäft mit Fremdwährungs-Kasse- und Forward-Produkten, welche im Vorjahr noch als Handelsergebnis ausgewiesen wurden.

Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen. Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, welches im Geschäftsjahr 2010 EUR 1.160 Mio. betrug, verzeichnete im Geschäftsjahr 2011 einen Rückgang um EUR 91 Mio. (7,8%) auf EUR 1.069 Mio. Die negative Entwicklung des Handelsergebnisses ist auf die Staatsschuldenkrise in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres 2011 und damit einhergehend auf ein signifikant niedrigeres Kerngeschäft zurückzuführen. Losgelöst von der generellen Marktentwicklung führte der erstmalige Ausweis von Margen aus Kundengeschäft mit Fremdwährungs-Kasse- und Forward-Produkten im Provisionsergebnis in 2011 zu einem reduzierten Handelsergebnis. Trotz eines starken ersten Halbjahres sind die Erträge im Konzernbereich Equity Markets & Commodities im Geschäftsjahr 2011 im Vergleich zum Geschäftsjahr 2010 um EUR 92 Mio. zurückgegangen, was im Wesentlichen auf den Produktbereich Exotics, Vanilla & Fund Trading zurückzuführen ist, wobei neben einer zurückhaltenden Kundenaktivität auch die Neubewertung eines Portfolios an US-Lebensversicherungen (Life Settlement Funds) sowie bezüglich eines Vorsorgeprodukts für den österreichischen Versicherungsmarkt („Altersvorsorge“) ausschlaggebend waren. Das Handelsergebnis im Konzernbereich Fixed Income & Currencies ist im Vergleich zum Geschäftsjahr 2010 um EUR 117 Mio. zurückgegangen, primär aufgrund eines signifikanten Rückgangs des Handelsergebnisses bei Foreign-Exchange-Produkten und Zinsderivaten. Das Handelsergebnis im Konzernbereich Corporate Finance fiel um EUR 69 Mio., allerdings sind hier gegenläufige positive Effekte im Zinsergebnis zu berücksichtigen, so dass dieser Konzernbereich sich insgesamt positiv entwickelt hat. Positiv wirkten sich auch die Anpassungen der zum Fair Value bewerteten eigenen Verbindlichkeiten im Geschäftsjahr 2011 aus, die einen Ergebnisbeitrag in Höhe von EUR 283 Mio. beisteuerten (adjustiert im Geschäftsjahr 2012 um EUR –5 Mio. aufgrund einer Korrektur des Own-Credit-Spreads im Konzernbereich Equity Markets & Commodities). Bei den betroffenen Positionen handelt es sich im Wesentlichen um verbrieftete Verbindlichkeiten, welche aufgrund der Anwendung der IFRS Fair Value Option zum Marktwert zu bilanzieren sind. Diese Marktwertbilanzierung erfordert die Berücksichtigung des eigenen Ausfall-/Kreditrisikos. Da der am Markt gehandelte Credit Spread der COMMERZBANK (gemessen in Renditeaufschlägen für COMMERZBANK-Anleihen über Swap) im Verlauf des Jahres 2011 signifikant angestiegen ist, führte dieser Bewertungsparameter zu einem Rückgang des Marktwertes der betroffenen Verbindlichkeiten und somit zu einem signifikant positiven ergebniswirksamen Effekt.

Ergebnis aus Finanzanlagen, laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen, Sonstiges Ergebnis. Das Ergebnis aus Finanzanlagen ist mit EUR 30 Mio. im Geschäftsjahr 2011 signifikant (um EUR 190 Mio.) unter dem Ergebnis von EUR 220 Mio. im Geschäftsjahr 2010 geblieben, bedingt durch nicht wiederkehrende Erträge aufgrund von Bewertungseffekten aus restrukturierten Krediten im Geschäftsjahr 2010. Das laufende Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen betrug im Geschäftsjahr 2011 EUR 15 Mio., was maßgeblich auf einen positiven Effekt aus der erstmaligen Konsolidierung einer Minderheitsbeteiligung im Konzernbereich Equity Markets & Commodities zurückzuführen ist. Das Sonstige Ergebnis konnte von EUR –20 Mio. im Geschäftsjahr 2010 um EUR 8 Mio. auf EUR –12 Mio. im Geschäftsjahr 2011 verbessert werden. Maßgeblich war hier, dass die Effekte aus dem Conduit-Geschäft des Bereichs Debt Capital Markets Bonds ab dem Geschäftsjahr 2011 im Handelsergebnis gezeigt werden.

Verwaltungsaufwand. Der Verwaltungsaufwand konnte von EUR 1.633 Mio. im Geschäftsjahr 2010 um EUR 128 Mio. beziehungsweise 7,8% auf EUR 1.505 Mio. im Geschäftsjahr 2011 reduziert werden. Der Rückgang des Verwaltungsaufwands war im Wesentlichen getrieben durch niedrigere Belastungen aus Kostenverrechnungen seitens der Steuerungsfunktionen und Support-Einheiten und durch die Auflösung von Bonusrückstellungen im zweiten Halbjahr 2011 im Vergleich zum Geschäftsjahr 2010. Der Rückgang der Supportallokationen ist eine Folge der abgeschlossenen Integration des Dresdner-Bank-Handelsgeschäfts in die COMMERZBANK-Handelsplattform und der Hebung von Kostensynergien bei der Abwicklung und des Controllings des Handelsgeschäfts.

Operatives Ergebnis. Insgesamt erzielte das Segment Corporates & Markets im Geschäftsjahr 2011 trotz des schwierigen Marktumfeldes (Staatsschuldenkrise) im zweiten Halbjahr des Jahres 2011 ein Operatives Ergebnis in Höhe von EUR 583 Mio. gegenüber EUR 786 Mio. im Geschäftsjahr 2010, was einem Rückgang von EUR 203 Mio. beziehungsweise 25,8% entspricht.

Ergebnis vor Steuern. Es sind weder im Geschäftsjahr 2011 noch im Geschäftsjahr 2010 Restrukturierungsaufwendungen angefallen. Daher ist das Ergebnis vor Steuern jeweils mit dem Operativen Ergebnis identisch.

Asset Based Finance

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ertragslage des Segments Asset Based Finance in den Geschäftsjahren 2010 und 2011:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung ²⁾	
	2010 ¹⁾	2011 ¹⁾		
	(geprüft)		(ungeprüft)	
	(in Mio. EUR)		(in %)	
Zinsüberschuss	1.162	1.021	(141)	(12,1)
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(1.584)	(907)	677	42,7
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	(422)	114	536	—
Provisionsüberschuss	327	260	(67)	(20,5)
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	(78)	123	201	—
Ergebnis aus Finanzanlagen	(352)	(3.799)	(3.447)	(>100,0)
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	(20)	(8)	12	60,0
Sonstiges Ergebnis	(114)	(29)	85	74,6
Verwaltungsaufwand	609	572	(37)	(6,1)
Operatives Ergebnis	(1.268)	(3.911)	(2.643)	(>100,0)
Restrukturierungsaufwendungen	33	—	(33)	(100,0)
Ergebnis vor Steuern	(1.301)	(3.911)	(2.610)	(>100,0)
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital	6.276	5.398	(878)	(14,0)
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%)	65,8	—	(65,8)	—
RWA (zum 31. Dezember) ²⁾	78.824	70.592	(8.231)	(10,4)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Zinsüberschuss. Der Zinsüberschuss im Segment Asset Based Finance belief sich im Geschäftsjahr 2011 auf EUR 1.021 Mio. und lag damit um EUR 141 Mio. beziehungsweise 12,1% unter dem Zinsüberschuss des Geschäftsjahres 2010 von EUR 1.162 Mio. Dabei entwickelten sich die einzelnen Konzernbereiche unterschiedlich. Im Commercial-Real-Estate-Geschäft insgesamt sank der Zinsüberschuss deutlich von EUR 765 Mio. auf EUR 675 Mio. Wesentliche Ursache war der aktive Abbau des Kreditportfolios um 14,6%. Im Retailbanking verringerte sich der Zinsüberschuss im Wesentlichen im Rahmen des Portfoliorückgangs von EUR 103 Mio. im Geschäftsjahr 2010 auf EUR 80 Mio. im Geschäftsjahr 2011. Im Konzernbereich Asset Management and Leasing stieg der Zinsüberschuss hingegen von EUR 60 Mio. auf EUR 81 Mio. an. Dieser Anstieg resultierte unter anderem aus laufenden Erträgen aus sogenannten Warehouse-Beständen. Der Zinsüberschuss im Konzernbereich Ship Finance ging hauptsächlich aufgrund höherer Refinanzierungskosten sowie reduzierter Kreditvolumina von EUR 236 Mio. auf EUR 189 Mio. zurück. Im Konzernbereich Public Finance blieb der Zinsüberschuss mit EUR –3 Mio. nahezu auf dem Vorjahresniveau von EUR –1 Mio. Trotz eines positiven Sondereffektes aus dem Verkauf einer Forderung gegenüber Lehman Brothers in Höhe von EUR 43 Mio. veränderte sich das Zinsergebnis unter anderem durch geringere Repo-Erträge gegenüber dem Vorjahr.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ging gegenüber dem Vorjahr im Geschäftsjahr 2011 deutlich um EUR 677 Mio. (42,7%) auf EUR 907 Mio. zurück. Der Rückgang entfiel maßgeblich auf das Commercial-Real-Estate-Geschäft, in dem die Risikovorsorge von EUR 1.308 Mio. im Geschäftsjahr 2010 um EUR 697 Mio. (53,3%) auf EUR 611 Mio. im Geschäftsjahr 2011 sank. Wesentlicher Treiber für den Rückgang war hier die Risikovorsorge im Konzernbereich Commercial Real Estate Ausland, die gegenüber dem Geschäftsjahr 2010 von EUR 955 Mio. auf EUR 327 Mio. zurückging, von denen mit EUR 247 Mio. ein erheblicher Anteil auf Exposures in Spanien entfiel. Maßgeblich für die Reduzierung war die stark gesunkene Risikovorsorge für das USA-Portfolio, in dem die hohen Belastungen des Geschäftsjahres 2010 sich im Geschäftsjahr 2011 nicht wiederholten. Im Konzernbereich Commercial Real Estate Inland ging die Risikovorsorge im Geschäftsjahr 2011, obwohl eine Belastung aus einem großen Einzelfall hingenommen werden musste, insgesamt um EUR 59 Mio. auf EUR 284 Mio. zurück. Das Commercial-Real-Estate-Geschäft profitierte außerdem von einer einmaligen Sonderauflösung aus der Überprüfung und Aktualisierung von Parametern zur Ermittlung der Portfoliorisikovorsorge für nicht ausgefallene Kredite im vierten Quartal des Geschäftsjahres 2011. Im Konzernbereich Public Finance, in dem im Vorjahr ein Nettoertrag von EUR 8 Mio. erzielt worden war, wurde darüber hinaus im Geschäftsjahr 2011 ein Nettoertrag von EUR 26 Mio. vereinnahmt, der im Wesentlichen auf die Risikovorsorgeauflösung im Zusammenhang mit dem oben beschriebenen Verkauf einer Forderung gegen Lehman Brothers resultierte. Im Konzernbereich Ship Finance stieg die Risikovorsorge gegenüber dem Vorjahr von

EUR 189 Mio. um EUR 41 Mio. (21,9%) auf EUR 230 Mio. Treiber für den Anstieg waren im Wesentlichen Einzelfälle und außerdem eine einmalige Belastung aus der Überprüfung und Aktualisierung von Parametern zur Ermittlung der Portfoliorisikovorsorge für nicht ausgefallenen Kredite im vierten Quartal (siehe „—Ertragslage des Konzerns—Risikovorsorge im Kreditgeschäft“). Die Risikovorsorge für das Retailbanking lag mit EUR 82 Mio. um EUR 6 Mio. unter dem Vorjahreswert von EUR 88 Mio. Im Konzernbereich Asset Management and Leasing stieg die Risikovorsorge von EUR 7 Mio. im Vergleichszeitraum des Vorjahres auf EUR 10 Mio. im Geschäftsjahr 2011 an.

Provisionsüberschuss. Der Provisionsüberschuss im Segment Asset Based Finance reduzierte sich im Geschäftsjahr 2011 gegenüber dem Vorjahr um EUR 67 Mio. auf EUR 260 Mio. Im Konzernbereich Asset Management and Leasing blieb der Provisionsüberschuss mit EUR 124 Mio. trotz zusätzlicher Provisionsaufwendungen im Rahmen einer Vertriebsinitiative für den Immobilienfonds „hausInvest“ auf dem Vorjahresniveau von EUR 123 Mio. Hingegen ging im Commercial-Real-Estate-Geschäft der Provisionsüberschuss im Wesentlichen aufgrund des deutlich reduzierten Neugeschäfts um EUR 57 Mio. von EUR 191 Mio. im Geschäftsjahr 2010 auf EUR 134 Mio. im Geschäftsjahr 2011 zurück. Das Provisionsergebnis wurde im Geschäftsjahr 2011 insbesondere aus Prämienzahlungen bei Fälligkeit von Darlehen (Back-End Fees) und Restrukturierungen geprägt. In den anderen Konzernbereichen lagen die Provisionen nahezu auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2010.

Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen. Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, welches im Geschäftsjahr 2010 noch EUR -78 Mio. betrug, konnte im Geschäftsjahr 2011 deutlich um EUR 201 Mio. auf EUR 123 Mio. gesteigert werden. Im Konzernbereich Public Finance konnte dabei das Ergebnis um EUR 78 Mio. auf EUR 112 Mio. im Geschäftsjahr 2011 verbessert werden (Vorjahr EUR 34 Mio.). Hauptursache waren positive Bewertungsergebnisse aus den freien Derivaten einschließlich Fremdwährungsswaps und Credit Default Swaps gemäß IAS 39 in der Eurohypo in Höhe von EUR 196 Mio., welche es in dieser Höhe im Vorjahr nicht gegeben hatte. Dem standen Verluste in Höhe von EUR 136 Mio. aus der Abwicklung der zur Absicherung genutzten Derivate für Griechenland-Wertpapiere gegenüber. Außerdem ist im Konzernbereich Public Finance im Geschäftsjahr 2011 ein positives Ergebnis in Höhe von EUR 36 Mio. aus der Ersten Europäischen Pfandbrief- und Kommunalkreditbank enthalten. Im Konzernbereich Ship Finance konnte das Ergebnis deutlich von EUR -6 Mio. im Geschäftsjahr 2010 auf EUR 62 Mio. im Geschäftsjahr 2011 gesteigert werden. Diese Verbesserung ist ebenfalls auf positive Bewertungseffekte aus den freien Derivaten in der Deutschen Schiffsbank in Höhe von EUR 79 Mio. zurückzuführen (Vorjahr: EUR -3 Mio.).

Ergebnis aus Finanzanlagen Das Ergebnis aus Finanzanlagen fiel von EUR -352 Mio. im Geschäftsjahr 2010 signifikant um EUR 3.447 Mio. auf EUR -3.799 Mio. im Geschäftsjahr 2011. Das Ergebnis aus Finanzanlagen wurde im Geschäftsjahr 2011 vor allem durch Bewertungsverluste aus Griechenland-Bonds in Höhe von EUR 2.155 Mio. im Konzernbereich Public Finance belastet. Zusätzlich wurden dort Hedge-Beziehungen aufgelöst und auf diese Derivate negative Wertanpassungen von EUR 957 Mio. vorgenommen. Siehe auch „—Ertragslage des Konzerns—Ergebnis aus Finanzanlagen“. Weiterhin fielen im Konzernbereich Public Finance Verluste in Höhe von EUR 418 Mio. aus der Veräußerung von Anleihen (insbesondere von Italien, Belgien und diversen anderen Staaten) an. Diese Verkäufe trugen zu dem von der Eurohypo vorangetriebenen beschleunigten Abbau von Risikopositionen bei, konnten aber nur mit Verlusten durchgeführt werden. Im Geschäftsjahr 2010 fielen durch den Abbau von Risikopositionen (insbesondere Anleihen der Staaten Griechenland, Portugal und Spanien) Verluste in Höhe von EUR 184 Mio. an. Außerdem waren im Geschäftsjahr 2011 im Konzernbereich Public Finance Portfoliowertberichtigungen auf als Loans and Receivables klassifizierte Wertpapiere in Höhe von EUR -48 Mio. notwendig. Im Commercial-Real-Estate-Geschäft ist im Geschäftsjahr 2011 durch Wertanpassungen eines Aktienpakets ein Verlust von EUR 139 Mio. angefallen. Im Konzernbereich Ship Finance belief sich der Verlust im Geschäftsjahr 2011 auf EUR 81 Mio. (Vorjahr EUR -3 Mio.). Dieser ist auf Wertkorrekturen auf Griechenland-Wertpapiere sowie aus dem aktiven Wertpapierabbau in der Deutschen Schiffsbank zurückzuführen.

Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen, Sonstiges Ergebnis. Das laufende Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen betrug im Geschäftsjahr 2011 EUR -8 Mio. (Vorjahr EUR -20 Mio.). Das Sonstige Ergebnis lag mit EUR -29 Mio. deutlich über dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2010 mit EUR -114 Mio., was im Wesentlichen auf deutlich geringere Bewertungsverluste aus übernommenen Assets zurückzuführen ist. Im Geschäftsjahr 2011 sind diese Wertanpassungen überwiegend im Geschäftsfeld Asset Management and Leasing angefallen. Im Vorjahr fielen diese Bewertungsverluste überwiegend im Geschäftsfeld Commercial Real Estate an.

Verwaltungsaufwand. Der Verwaltungsaufwand lag im Geschäftsjahr 2011 mit EUR 572 Mio. um 6,1% (EUR 37 Mio.) unter dem Niveau des Geschäftsjahres 2010 mit EUR 609 Mio. Dabei reduzierten sich infolge des Mitarbeiterrückgangs sowohl die direkten Aufwendungen als auch die indirekten Aufwendungen.

Operatives Ergebnis. Insgesamt erzielte das Segment Asset Based Finance im Geschäftsjahr 2011 einen operativen Verlust in Höhe von EUR 3.911 Mio., der nochmals deutlich unter dem bereits negativen Operativen Ergebnis des Geschäftsjahres 2010 von EUR 1.268 Mio. lag. Dabei konnten die vorstehend geschilderten negativen Entwicklungen im Ergebnis aus Finanzanlagen – insbesondere die Wertkorrekturen auf Griechenland-Bonds – durch eine niedrigere Risikovorsorge nicht ausgeglichen werden.

Ergebnis vor Steuern. Im Geschäftsjahres 2011 fielen keine Restrukturierungsaufwendungen an, so dass das Ergebnis vor Steuern im Geschäftsjahr 2011 dem Operativen Ergebnis in Höhe von EUR –3.911 Mio. entsprach. Das Ergebnis vor Steuern im Geschäftsjahr 2010 betrug EUR –1.301 Mio. In diesem Zeitraum wurden EUR 33 Mio. Restrukturierungsrückstellungen für den Konzernbereich Asset Management and Leasing im Rahmen des Strategieprojektes „Correlation“ der Commerz Real AG gebildet.

Portfolio Restructuring Unit

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ertragslage des Segments Portfolio Restructuring Unit (PRU) in den Geschäftsjahren 2010 und 2011. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die COMMERZBANK bedingt durch die europäische Staatsschuldenkrise die Strategie für das Segment PRU von „wertmaximierend“ auf „eigenkapitaloptimierend“ angepasst hat. Dies führte im vierten Quartal des Geschäftsjahres 2011 zu einem verstärkten Portfolioabbau, in dessen Folge zum Teil auch Preisabschläge gegenüber den bisherigen Buchwerten in Kauf genommen wurden, unter der Voraussetzung, dass mit dieser Maßnahme zu einer spürbaren Kapitalfreisetzung beigetragen wurde:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung ²⁾	
	2010 ¹⁾	2011 ¹⁾		
	(geprüft)		(ungeprüft)	(in %)
	(in Mio. EUR)			
Zinsüberschuss	82	49	(33)	(40,2)
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(62)	(5)	57	91,9
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	20	44	24	>100,0
Provisionsüberschuss	—	—	—	—
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	787	(108)	(895)	—
Ergebnis aus Finanzanlagen	(29)	4	33	—
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	—	—	—	—
Sonstiges Ergebnis	3	(7)	(10)	—
Verwaltungsaufwand	106	63	(43)	(40,6)
Operatives Ergebnis	675	(130)	(805)	—
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	675	(130)	(805)	—
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital	1.212	1.002	(210)	(17,3)
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%)	—	—	—	—
RWA (zum 31. Dezember) ²⁾	9.886	10.772	886	8,9

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Zinsüberschuss. Der Zinsüberschuss im Segment Portfolio Restructuring Unit fiel von EUR 82 Mio. im Geschäftsjahr 2010 um EUR 33 Mio. (40,2%) auf EUR 49 Mio. im Geschäftsjahr 2011, was in erster Linie auf den planmäßigen Abbau von Beständen zurückzuführen ist sowie der daraus resultierenden rückläufigen Vereinnahmung von Capital Benefit (aufgrund geringerer Eigenkapitalbindung). Einhergehend mit dem Abbau der Bestände gingen die Kosten der längerfristigen Refinanzierung zurück.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft betrug im Geschäftsjahr 2011 EUR 5 Mio. Gegenüber dem Vorjahr, in dem noch EUR 62 Mio. Risikovorsorge angefallen waren, war sie somit um EUR 57 Mio. (91,9%) rückläufig. Die Risikovorsorge des Segments ist generell von der Entwicklung weniger Einzelfälle geprägt. Im Geschäftsjahr 2010 war es hier noch zu einem höheren Nettoaufwand gekommen, während im Geschäftsjahr 2011 im dritten Quartal aufgrund eines Zahlungseingangs auch ein signifikanter Ertrag von EUR 18 Mio. vereinnahmt wurde. Die Belastungen aus der Bildung von Risikovorsorge bei anderen Fällen wurden dadurch teilweise kompensiert.

Provisionsüberschuss. In den Geschäftsjahren 2010 und 2011 ist aufgrund fehlenden Neugeschäfts kein Provisionsüberschuss angefallen.

Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen. Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen verringerte sich von EUR 787 Mio. im Geschäftsjahr 2010 um EUR 895 Mio. auf EUR -108 Mio. im Geschäftsjahr 2011. Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen im Geschäftsjahr 2010 war im Rahmen eines sehr positiven Marktumfeldes für strukturierte Kreditprodukte unter anderem getrieben von Bewertungsanpassungen für Collateralized Debt Obligations (forderungsbesicherte Wertpapiere basierend auf einem Portfolio festverzinslicher Wertpapiere), Sondererträgen aus der Umstrukturierung gegenüber dem Monoline-Versicherer AMBAC in Höhe von EUR 173 Mio. und durch das sogenannte ex-K2-Portfolio sowie einer positiven Entwicklung im US-Residential-Mortgage-Backed-Securities(RMBS)-Markt. Demgegenüber war das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen im Geschäftsjahr 2011 (insbesondere im zweiten Halbjahr) belastet durch das schwierige Marktumfeld im Kontext der europäischen Staatsschuldenkrise, welche keine weiteren Wertaufholungen zuließ. Insbesondere belastend für das Ergebnis des Geschäftsjahres 2011 waren die notwendigen Wertanpassungen auf das sogenannte PFI-Portfolio (Public Finance & Infrastructure), primär bedingt durch den Anstieg der Credit Spreads für US-Monoline-Versicherer, auf das Exposure der COMMERZBANK aufgrund einer Vielzahl von kleineren Wertanpassungen. Allerdings konnte das Segment im Geschäftsjahr 2011 aus der Bewertung von AMBAC-Besserungsscheinen, welche zum Jahresende 2010 ohne Wert angesetzt worden waren, einen Ertrag von EUR 47 Mio. verbuchen. Bei der negativen Entwicklung des Handelsergebnisses ist die im Geschäftsjahr 2011 erfolgte Strategieänderung von „wertmaximierend“ auf „eigenkapitaloptimierend“ bedingt durch die europäische Staatsschuldenkrise zu berücksichtigen, d.h. man hat bei der Auflösung von Positionen auch Handelsverluste in Kauf genommen, sofern mit dem Verkauf Eigenkapital freigesetzt werden konnte. Hierdurch kam es bereits im Geschäftsjahr 2011 zu ersten entsprechenden Ergebnisauswirkungen.

Ergebnis aus Finanzanlagen, Sonstiges Ergebnis. Das Ergebnis aus Finanzanlagen stieg von EUR -29 Mio. im Geschäftsjahr 2010 um EUR 33 Mio. auf EUR 4 Mio. im Geschäftsjahr 2011. Im Gegensatz zum Geschäftsjahr 2010 waren im Geschäftsjahr 2011 nur in geringem Umfang weitere Impairments auf Available-for-Sale-Bestände notwendig. Zusätzlich konnten im Rahmen der CDO-/CLO-Portfolioreduktion ergebniswirksame Effekte erzielt werden. Des Weiteren ergaben sich keine weiteren negativen Effekte aus Wertpapieren aus den Portfolios der Funds Cominvest und ABS-Invest wie im Geschäftsjahr 2010. Das Sonstige Ergebnis fiel von EUR 3 Mio. im Geschäftsjahr 2010 auf EUR -7 Mio. im Geschäftsjahr 2011. Die positiven Ergebnisbeiträge aus den Bereichen Credit Flow und Exotic Trading konnten im Geschäftsjahr 2011 nicht wiederholt werden, da die Bestände in 2010 vollständig abgebaut wurden.

Verwaltungsaufwand. Der Verwaltungsaufwand konnte um EUR 43 Mio. (40,6%) von EUR 106 Mio. im Geschäftsjahr 2010 auf EUR 63 Mio. im Geschäftsjahr 2011 reduziert werden. Der Abbau der Direktkostenbasis und der indirekten Kosten konnte entsprechend dem Portfolioabbau weiter kontinuierlich durchgeführt werden.

Operatives Ergebnis. Im Geschäftsjahr 2011 betrug das Operative Ergebnis des Segments Portfolio Restructuring Unit, das durch ein schwierigeres Marktumfeld (insbesondere im zweiten Halbjahr) belastet wurde, nur EUR -130 Mio. und lag damit um EUR 805 Mio. unter dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2010 (EUR 675 Mio.).

Ergebnis vor Steuern. Im Geschäftsjahr 2011 sind wie im Geschäftsjahr 2010 keine Restrukturierungsaufwendungen angefallen, so dass das Ergebnis vor Steuern jeweils dem Operativen Ergebnis entspricht.

Sonstige und Konsolidierung

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ertragslage des Bereichs Sonstige und Konsolidierung in den Geschäftsjahren 2010 und 2011:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung ²⁾	
	2010 ¹⁾	2011 ¹⁾		
	(geprüft)		(ungeprüft)	
	(in Mio. EUR)		(in %)	
Zinsüberschuss	306	(27)	(333)	—
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	6	2	(4)	(66,7)
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	312	(25)	(337)	—
Provisionsüberschuss	(66)	(122)	(56)	(84,8)
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	(9)	693	702	—
Ergebnis aus Finanzanlagen	54	200	146	>100,0
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	4	5	1	25,0
Sonstiges Ergebnis	79	1.247	1.168	>100,0
Verwaltungsaufwand	879	418	(461)	(52,4)
Operatives Ergebnis	(505)	1.580	2.085	—
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	(505)	1.580	2.085	—
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital	8.972	10.332	1.360	15,2
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%)	—	—	—	—
RWA (zum 31. Dezember) ²⁾	14.294	14.947	653	4,6

1) Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen; die Vergleichszahlen für das Geschäftsjahr 2010 wurden angepasst, siehe „—Segmente des COMMERZBANK-Konzerns“.

2) Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Zinsüberschuss. Der Zinsüberschuss ging gegenüber dem Geschäftsjahr 2010 um EUR 333 Mio. auf EUR –27 Mio. im Geschäftsjahr 2011 zurück. Dieser Rückgang beruht unter anderem auf der Entwicklung von Effekten aus gewinnabhängigen Eigenmittelinstrumenten (Hybridanleihen wie zum Beispiel Trust Preferred Securities, stille Einlagen und Genusscheine): Im Geschäftsjahr 2010 enthielt der Zinsüberschuss einen positiven Effekt aus der Nichtbedienung gewinnabhängiger Eigenmittelinstrumente in Höhe von EUR 345 Mio. (darin enthalten war ein Sonderertrag aus der Auflösung von Zinsabgrenzungen in Höhe von EUR 75 Mio. im ersten Quartal 2010, die im Geschäftsjahr 2009 gebildet worden waren), während der Effekt aus der Nichtbedienung gewinnabhängiger Eigenmittelinstrumente im Geschäftsjahr 2011 EUR 137 Mio. betrug. Zudem konnte der Zinsüberschuss von Group Treasury und aus treasurybezogenen Sachverhalten (hierzu zählt unter anderem die Ausschüttung von Erträgen aus der Eigenmittelanlage an die operativen Segmente) das sehr hohe Niveau des Geschäftsjahres 2010 nicht wieder erreichen und reduzierte sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2010 per Saldo um EUR 170 Mio. (wobei der Zinsüberschuss im Geschäftsjahr 2011 durch einen Sondereffekt aus der Kapitalmaßnahme zur Optimierung der Kapitalstruktur in Höhe von EUR 29 Mio. positiv beeinflusst war). Dieser Rückgang gegenüber dem Geschäftsjahr 2010 resultierte in erster Linie aus dem Liquiditäts-Management.

Provisionsüberschuss. Der Provisionsüberschuss ging gegenüber dem Geschäftsjahr 2010 um EUR 56 Mio. auf EUR –122 Mio. zurück (84,8%). Maßgeblich für diesen Rückgang waren die im Geschäftsjahr 2011 vorgenommenen internen Vergütungen an den Konzernbereich Equity Capital Markets im Segment Corporates & Markets für von diesem erbrachte Leistungen im Rahmen der Maßnahmen zur Optimierung der Kapitalstruktur der COMMERZBANK sowie einer Transaktion zur Optimierung der Steuerposition des Konzerns im Zusammenhang mit der Integration der Deutschen Schiffsbank (siehe „—Corporates & Markets—Provisionsüberschuss“).

Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen. Das Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen stieg gegenüber dem Geschäftsjahr 2010 um EUR 702 Mio. auf EUR 693 Mio. Maßgeblich hierfür war im Wesentlichen die Entwicklung des Handelsergebnisses von Group Treasury, das einen Anstieg um EUR 691 Mio. auf EUR 718 Mio. verzeichnete. Darin enthalten waren ein positiver Einmalertrag in Höhe von EUR 316 Mio. aus einer Verfeinerung der Bewertungsmodelle für Zinssicherungsgeschäfte sowie EUR 200 Mio. aus dem Hedging des bestehenden Passivüberhangs. Mit den verfeinerten Bewertungsmodellen wurde die Bewertung so angepasst, dass den veränderten Marktgegebenheiten mit einer Differenzierung der Zinskurven für verschiedenartige Geschäfte Rechnung getragen wird. Daneben resultierten deutliche Zuwächse vor allem aus der Bewertung von Derivaten der Eurohypo.

Ergebnis aus Finanzanlagen. Das Ergebnis aus Finanzanlagen erhöhte sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2010 um EUR 146 Mio. auf EUR 200 Mio. Im Geschäftsjahr 2010 enthielt das Ergebnis aus Finanzanlagen Effekte aus dem Verkauf nicht-strategischer Beteiligungen im Zusammenhang mit der Erfüllung der SoFFin-Auflagen (Kleinwort Benson Group EUR 25 Mio., Dresdner Bauspar EUR –68 Mio.) sowie aus dem Verkauf sonstiger Beteiligungen (Generali EUR 67 Mio., Monrada EUR 21 Mio., Teilverkauf MAN EUR 14 Mio.). Hinzu kam ein Verlust aus der Veräußerung europäischer Staatsanleihen und Anleihen von Finanzinstituten, der per Saldo EUR 15 Mio. betrug. Dem standen im Geschäftsjahr 2011 Erträge aus dem Verkauf von Anleihen (hauptsächlich Bundesanleihen) in Höhe von EUR 141 Mio., eine Abschreibung auf Mediobanca (EUR –17 Mio.) sowie Effekte aus dem Verkauf von Beteiligungen (Teilverkauf MAN EUR 38 Mio., Verkauf Banco Multiplo EUR 37 Mio.) gegenüber.

Sonstiges Ergebnis. Die stark positive Entwicklung des Sonstigen Ergebnisses, welches gegenüber dem Geschäftsjahr 2010 einen Anstieg um EUR 1.168 Mio. auf EUR 1.247 Mio. im Geschäftsjahr 2011 zeigte, resultierte vor allem aus positiven Effekten im Zusammenhang mit den Kapitalmaßnahmen zur Optimierung der Kapitalstruktur im ersten Quartal 2011 (EUR 329 Mio.) und im vierten Quartal 2011 (EUR 735 Mio.). Weitere größere Einzelposten im Sonstigen Ergebnis des Geschäftsjahres 2011 waren Ergebniseffekte aus der Verkaufstransaktion „Silvertower“ (EUR 46 Mio.), ein positiver Effekt im Zusammenhang mit der Erfüllung der SoFFin-Auflagen (EUR 13 Mio.) sowie Auflösungen von im Zusammenhang mit dem Projekt ZusammenWachsen gebildeten Rückstellungen in Höhe von EUR 83 Mio. Im Geschäftsjahr 2010 enthielt das Sonstige Ergebnis unter anderem einen Sondereffekt aus der Veräußerung von Gebäuden in Moskau, Singapur und Luxemburg in Höhe von insgesamt EUR 19 Mio., einen Ertrag aus nachträglich zugesprochenen Daimler-Aktien aus dem AEG-Konkurs (nachträgliche Dividendengutschriften, realisierte Gewinne aus Verkäufen von Beständen) in Höhe von EUR 19 Mio. sowie einen Posten aus der Auflösung von für das Projekt ZusammenWachsen gebildeten Rückstellungen in Höhe von EUR 61 Mio.

Verwaltungsaufwand. Der deutliche Rückgang des Verwaltungsaufwands um EUR 461 Mio. auf EUR 418 Mio. im Geschäftsjahr 2011 beruhte maßgeblich auf gegenüber dem Geschäftsjahr 2010 erheblich reduzierten Integrationsaufwendungen der Service- und Steuerungseinheiten im Rahmen des Projekts ZusammenWachsen. Zudem wirkten sich eine Reihe verschiedenartiger, teils gegenläufiger Einzeleffekte insgesamt reduzierend auf den Verwaltungsaufwand aus.

Operatives Ergebnis. Das Operative Ergebnis lag im Geschäftsjahr 2011 mit EUR 1.580 Mio. wesentlich (um EUR 2.085 Mio.) über dem Operativen Ergebnis im Geschäftsjahr 2010 von EUR –505 Mio. Maßgeblich für diesen Anstieg waren insbesondere die positiven Ergebniseffekte von insgesamt EUR 1.064 Mio. aus den Kapitalmaßnahmen zur Optimierung der Kapitalstruktur im Geschäftsjahr 2011.

Ergebnis vor Steuern. Im Geschäftsjahr 2011 sind wie im Geschäftsjahr 2010 keine Restrukturierungsaufwendungen angefallen, so dass das Ergebnis vor Steuern jeweils dem Operativen Ergebnis entspricht.

Vermögenslage

Eine nähere Beschreibung der Finanzierungs- und damit zusammenhängenden Risikomanagementpolitik des Konzerns befindet sich im Abschnitt „Risikomanagement“.

Eigenkapital, Hybridkapital und Nachrangkapital

Die nachstehende Tabelle enthält eine Übersicht über das bilanzielle Eigenkapital sowie das Hybrid- und Nachrangkapital des Konzerns zu den angegebenen Stichtagen:

	31. Dezember				31. März
	2010 ¹⁾	2011 ²⁾	2012 ²⁾	2012 ³⁾	2013 ³⁾
	(geprüft, soweit nicht anders angegeben)		angepasst (prüferisch durchgesehen)		(prüferisch durchgesehen)
(in Mio. EUR)					
Eigenkapital					
Gezeichnetes Kapital	3.047	5.113	5.828	5.828	5.827
Kapitalrücklage	1.507	11.158	11.681	8.730	8.732 ⁴⁾
Gewinnrücklagen	9.140	8.822	8.614	10.860	10.854
Stille Einlage	17.178	2.687	2.376	2.376	2.376
<i>Andere Rücklagen:</i>	<i>(2.999)</i>	<i>(3.676)</i>	<i>(2.353)</i>	<i>(2.353)</i>	<i>(2.225)</i>
Neubewertungsrücklage	(1.731)	(2.511)	(1.699)	(1.699)	(1.584)
Bewertungsergebnis aus Cash Flow Hedges	(1.005)	(810)	(616)	(616)	(564)
Rücklage aus der Währungsumrechnung	(263)	(355)	(38)	(38)	(77)
Anteile in Fremdbesitz	785	699	888	886	885
Summe	28.658	24.803	27.034	26.327	26.449
Hybridkapital	4.181	2.175	1.597	1.597	1.610
Nachrangkapital	12.910	13.285	12.316	12.316	11.814
Gesamt	45.749	40.263	40.947	40.240	39.873

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen; die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2010 wurden im Hinblick auf die Änderung des Ausweises eigener Aktien im Geschäftsjahr 2011 angepasst. Zu den Einzelheiten siehe „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im Geschäftsjahr 2011“. Diese Änderung hatte Auswirkungen auf die Posten Kapitalrücklage und Gewinnrücklage. Im Konzernabschluss der COMMERZBANK für das Geschäftsjahr 2010 war für die Kapitalrücklage noch ein Wert von EUR 1.302 Mio. (31. Dezember 2010) und für die Gewinnrücklagen ein Wert von EUR 9.345 Mio. (31. Dezember 2010) ausgewiesen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen.

³⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen. Ab dem Geschäftsjahr 2013 werden Umgliederungen innerhalb der Gewinn- und Verlust-Rechnung und Bilanzierungsänderungen durchgeführt. Siehe hierzu „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013.“ Die Zahlen zum 31. Dezember 2012 wurden entsprechend angepasst

⁴⁾ Nach dem 31. März 2013 wurde eine Aktienzusammenlegung im Verhältnis 10:1 durchgeführt. Siehe hierzu: „Angaben über das Kapital der Commerzbank und anwendbare Vorschriften—Entwicklung des Grundkapitals seit dem 1. Januar 2010—Beschlüsse der ordentlichen Hauptversammlung vom 19. April 2013 im Zusammenhang mit der geplanten vollständigen Rückführung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz“.

Die nachfolgende Tabelle enthält eine Übersicht über die Entwicklung der Neubewertungseffekte im Hinblick auf Available-for-Sale-Wertpapiere und umkategorisierte Wertpapiere der Kategorie Loans and Receivables, die in der Neubewertungsrücklage berücksichtigt sind:

	31. Dezember			31. März
	2010	2011	2012	2013
	(geprüft, soweit nicht anders angegeben)			(prüferisch durchgesehen, soweit nicht anders angegeben)
(in Mio. EUR)				
Neubewertungsrücklage¹⁾	(1.731)	(2.511)	(1.699)	(1.584)
Zinstragende Instrumente ²⁾	(2.037)	(2.636)	(1.736)	(1.621)
Aktien/Beteiligungen und andere nicht zinsbezogene Instrumente ²⁾	306	125	37	37

¹⁾ Die dargestellte Zahl für das Geschäftsjahr 2010 ist dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen. Die dargestellten Zahlen für die Geschäftsjahre 2011 und 2012 sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen. Die dargestellte Zahl für das erste Quartal des Geschäftsjahres 2013 ist dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des COMMERZBANK-Konzerns entnommen.

Vergleich 31. Dezember 2012 und 31. März 2013

Ab dem Geschäftsjahr 2013 hat die COMMERZBANK Umgliederungen innerhalb der Gewinn-und-Verlust-Rechnung und Bilanzierungsänderungen durchgeführt. Siehe hierzu „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013.“ Die Zahlen zum 31. Dezember 2012 wurden in dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entsprechend angepasst. Soweit in diesem Unterabschnitt „Vergleich 31. Dezember 2012 und 31. März 2013“ auf die Zahlen zum 31. Dezember 2012 Bezug genommen wird, handelt es sich um die angepassten Zahlen.

Das Eigenkapital vor Anteilen im Fremdbesitz zum 31. März 2013 stieg gegenüber dem Jahresende 2012 um EUR 123 Mio. (0,5 %) auf EUR 25.564 Mio.

Das gezeichnete Kapital (EUR 5.827 Mio.) und die Kapitalrücklage (EUR 8.732 Mio.) zum 31. März 2013 blieben im Vergleich zum 31. Dezember 2012 nahezu unverändert.

Die Gewinnrücklagen sanken leicht im Vergleich zum 31. Dezember 2012 um EUR 6 Mio. (0,1 %) auf EUR 10.854 Mio. Das den COMMERZBANK Aktionären zustehende negative Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres belastete die Gewinnrücklagen mit EUR 94 Mio. Infolge der freiwilligen Anwendung des neuen Standards IFRS 10 veränderte sich zum 1. Januar 2013 der Konsolidierungskreis des COMMERZBANK-Konzerns. Durch die Erst- und Entkonsolidierungen entstand eine Belastung der Gewinnrücklagen von EUR 69 Mio. Rechnungszinsbedingte Verminderung der versicherungsmathematischen Verluste von EUR 677 Mio. zum 31. Dezember 2012 um EUR 150 Mio. (22,2 %) auf EUR 527 Mio. kompensierte im Wesentlichen die genannten Rückgänge.

Der negative Wert der Neubewertungsrücklage reduzierte sich von EUR 1.699 Mio. um EUR 115 Mio. (6,7%) auf EUR 1.584 Mio. insbesondere aufgrund der positiven Marktwertentwicklung der zinstragenden Finanzanlagen. Die Rücklage aus Cash Flow Hedges verbesserte sich um EUR 52 Mio. (8,4%) auf EUR -564 Mio. Die Rücklage aus der Währungsumrechnung sank im Vergleich zum 31. Dezember 2012 um EUR 39 Mio. auf EUR -77 Mio. Das Nachrangkapital reduzierte sich von EUR 12,3 Mrd. zum 31. Dezember 2012 um EUR 0,5 Mrd. (4,1%) auf EUR 11,8 Mrd. zum 31. März 2013. Das Hybridkapital lag mit EUR 1,6 Mrd. auf dem Niveau des Jahresresultimos 2012.

Vergleich 31. Dezember 2011 und 31. Dezember 2012

Das Eigenkapital vor Anteilen im Fremdbesitz zum 31. Dezember 2012 stieg gegenüber dem Jahresende 2011 um EUR 2.231 Mio. (9,0%) auf EUR 27.034 Mio. Der Anstieg beruhte insbesondere auf den im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres 2012 durchgeführten Kapitalmaßnahmen. Im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 wurden bei der ersten Maßnahme zur Optimierung der Kapitalstruktur hybride, nachrangige und andere Finanzinstrumente als Sacheinlage gegen neue Aktien in die COMMERZBANK eingebracht. Zusätzlich erfolgte im zweiten Quartal 2012 die Sachkapitalerhöhung zur Erfüllung der individuellen variablen Vergütungsansprüche außertariflicher Mitarbeiter für das Jahr 2011 in Aktien der COMMERZBANK. Bei beiden Maßnahmen hat der Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) einen Teil seiner stillen Einlage in Aktien gewandelt, um seine Beteiligungsquote an der COMMERZBANK aufrechtzuerhalten.

Das gezeichnete Kapital stieg um EUR 715 Mio. (14,0%) auf EUR 5.828 Mio. im Wesentlichen aufgrund der durchgeführten Kapitalmaßnahmen (EUR 537 Mio.) und der anschließenden Wandlung durch den SoFFin (EUR 179 Mio.). Die Kapitalrücklage erhöhte sich um EUR 523 Mio. (4,7%) auf EUR 11.681 Mio. Der Anstieg resultierte zum einen aus den durchgeführten Kapitalmaßnahmen (EUR 366 Mio.) sowie der Wandlung der stillen Einlagen durch den SoFFin (EUR 132 Mio.). Zum anderen erhöhte sich die Kapitalrücklage aufgrund der Veränderung des Bestands an eigenen Aktien und der Zuführung aufgrund von aktienbasierten Vergütungen (Ausgleich in Eigenkapitalinstrumenten) um EUR 28 Mio.

Die Gewinnrücklagen sanken um EUR 208 Mio. (2,4%) auf EUR 8.614 Mio., insbesondere aufgrund der erfolgsneutralen Bedienung der stillen Einlagen (EUR 221 Mio.).

Die stille Einlage des SoFFin reduzierte sich nach den im ersten Halbjahr durchgeführten Wandlungen um EUR 311 Mio. (16,1%) auf EUR 1,63 Mrd. im Vergleich zum Vorjahresende. Zusammen mit der stillen Einlage der Allianz von EUR 750 Mio. beliefen sich die stillen Einlagen zum 31. Dezember 2012 somit auf insgesamt EUR 2.376 Mio.

Der negative Wert der Neubewertungsrücklage hat sich von EUR 2.511 Mio. um EUR 812 Mio. (32,3%) auf EUR 1.699 Mio. verbessert. Dabei wirkte sich der Anstieg von Marktwerten bei italienischen Staatsanleihen positiv auf die Neubewertungsrücklage aus. Die zinstragenden Finanzanlagen haben zum 31. Dezember 2012 die Neubewertungsrücklage mit einem Wert von EUR 1.736 Mio. belastet. Darin enthalten sind auch die in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 gemäß Mitteilung des IASB vom 13. Oktober 2008

umkategorisierten Wertpapiere mit einer Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern in Höhe von EUR –0,7 Mrd. Ohne die durchgeführten Umkategorisierungen hätte sich für diese Bestände eine Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern von EUR –4,2 Mrd. zum 31. Dezember 2012 ergeben. In der Kategorie Loans and Receivables gehaltene Finanzanlagen wiesen eine negative Differenz zwischen den jeweiligen Buch- und Marktwerten von EUR 4,8 Mrd. zum 31. Dezember 2012 auf, wobei die oben genannten Umkategorisierungen hier enthalten waren.

Die Rücklage aus Cash Flow Hedges verbesserte sich um EUR 194 Mio. (24,0%) auf EUR –616 Mio. In dieser Rücklage sind die zur Absicherung von Cashflows ermittelten Bewertungsergebnisse aus dem effektiven Teil der Absicherungen nach Berücksichtigung latenter Steuern ausgewiesen.

Die Rücklage aus Währungsumrechnung verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahresende (EUR –355 Mio.) um EUR 317 Mio. (89,3%) auf EUR –38 Mio., unter anderem aufgrund der Umbuchung der Währungseffekte in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Zusammenhang mit dem Verkauf der Bank Forum.

Das Nachrangkapital sank von EUR 13,3 Mrd. zum 31. Dezember 2011 um EUR 1,0 Mrd. (7,3%) auf EUR 12,3 Mrd. zum 31. Dezember 2012. Im Geschäftsjahr 2012 wurden Neuemissionen für die Nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 0,3 Mrd. begeben. Dagegen belief sich das Nominalvolumen der fälligen Nachrangigen Verbindlichkeiten auf EUR 1,1 Mrd., insbesondere Fälligkeiten in der Hypothekenbank Frankfurt AG (EUR 0,9 Mrd.) und der Rückzahlungen auf EUR 0,1 Mrd. Das Hybridkapital reduzierte sich um EUR 0,6 Mrd. (26,6%) von EUR 2,2 Mrd. zum 31. Dezember 2011 auf EUR 1,6 Mrd. zum 31. Dezember 2012. Im Geschäftsjahr 2012 wurden Teile der Trust Preferred Securities (TruPS) der Commerzbank Capital Funding Trust I und II und der Eurohypo Capital Funding Trust I zurückerworben. Im März 2012 erfolgte eine Einbringung der TruPS im Nominalvolumen von EUR 1,0 Mrd. als Sacheinlage gegen Vergütung in Aktien.

Vergleich 31. Dezember 2010 und 31. Dezember 2011

Im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres 2011 führte die COMMERZBANK verschiedene Kapitalmaßnahmen durch. Dabei wurden im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2011 zur Optimierung der Kapitalstruktur hybride Eigenmittel als Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage eingebracht. Im zweiten Quartal des Geschäftsjahres 2011 wurde eine Kapitalerhöhung in zwei Schritten in Höhe von EUR 11,0 Mrd. durchgeführt. Neben einem Betrag von EUR 3,3 Mrd. aus freiem regulatorischen Kapital wurden sämtliche Erlöse aus den Kapitalmaßnahmen im zweiten Quartal des Geschäftsjahres 2011 dazu verwendet, die stille Einlage des SoFFin um insgesamt EUR 14,3 Mrd. zurückzuführen. Zusätzlich wurde in diesem Zusammenhang eine Einmalzahlung in Höhe von EUR 1,03 Mrd. geleistet, die mit den Kosten der Kapitalmaßnahme von EUR 0,2 Mrd. nach Steuern ergebnisneutral im Eigenkapital verrechnet wurden. Eine weitere Kapitalmaßnahme war der Rückkauf hybrider Eigenkapitalinstrumente von Investoren im vierten Quartal 2011. Das Eigenkapital sank insbesondere durch die mit der Kapitalerhöhung verbundene Rückzahlung eines wesentlichen Teils der stillen Einlage des SoFFin zum 31. Dezember 2011 um 13,5% auf EUR 24.803 Mio. gegenüber EUR 28.658 Mio. zum 31. Dezember 2010.

Durch die Kapitalmaßnahmen kam es zu deutlichen Verschiebungen innerhalb des Eigenkapitals. Das gezeichnete Kapital stieg um 67,8% auf EUR 5.113 Mio. Dieser Anstieg resultierte zum einen aus der am 21. Januar 2011 beschlossenen Sachkapitalerhöhung (EUR 409 Mio.), zum anderen aus den am 6. Mai 2011 von der Hauptversammlung genehmigten Kapitalmaßnahmen (EUR 1.633 Mio.). Zudem reduzierte sich der Bestand an eigenen Aktien um EUR 23 Mio. Die Kapitalrücklage stieg um EUR 9.651 Mio. auf EUR 11.158 Mio. bedingt durch die Sachkapitalerhöhung (EUR 423 Mio.) im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2011 sowie durch die Kapitalerhöhungen (EUR 9.189 Mio.) im zweiten Quartal des Geschäftsjahres 2011. Darüber hinaus erhöhte sich die Kapitalrücklage aufgrund der Veränderung des Bestands an eigenen Aktien und Derivate auf eigene Aktien um EUR 39 Mio. Die Gewinnrücklagen sanken – trotz des den COMMERZBANK-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses in Höhe von EUR 638 Mio. – insbesondere durch die erfolgsneutrale Ausgleichszahlung an den SoFFin (EUR 1,03 Mrd.) – um 3,5% auf EUR 8.822 Mio. Die stille Einlage des SoFFin reduzierte sich durch die Teilrückführung signifikant um EUR 14.491 Mio. auf EUR 1.937 Mio. im Vergleich zum Vorjahresende. Zusammen mit der stillen Einlage der Allianz von EUR 750 Mio. beliefen sich die stillen Einlagen zum 31. Dezember 2011 somit auf insgesamt EUR 2.687 Mio.

Der negative Wert der Neubewertungsrücklage hat sich von EUR 1.731 Mio. um EUR 780 Mio. (45,1%) auf EUR 2.511 Mio. verschlechtert. Dabei wirkte sich der deutliche Rückgang von Marktwerten bei italienischen Staatsanleihen negativ auf die Neubewertungsrücklage aus. Umkategorisierungen gemäß der Mitteilung des IASB vom 13. Oktober 2008 erfolgten im Geschäftsjahr 2011 nicht. Die zinstragenden Finanzanlagen haben zum 31. Dezember 2011 die Neubewertungsrücklage mit einem Wert von EUR 2.636 Mio. belastet. Darin enthalten sind auch die in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 gemäß Mitteilung des IASB vom 13. Oktober 2008 umkategorisierten Wertpapiere mit einer Neubewertungsrücklage nach

latentem Steuern in Höhe von EUR –0,8 Mrd. Ohne die durchgeführten Umkategorisierungen hätte sich für diese Bestände eine Neubewertungsrücklage nach latentem Steuern von EUR –4,3 Mrd. zum 31. Dezember 2011 ergeben. In der Kategorie Loans and Receivables gehaltene Finanzanlagen wiesen eine negative Differenz zwischen den jeweiligen Buch- und Marktwerten von EUR 5,1 Mrd. zum 31. Dezember 2011 auf, wobei die oben genannten Umkategorisierungen hier enthalten waren.

Die Rücklage aus Cash Flow Hedges verbesserte sich um EUR 195 Mio. (19,4%) auf EUR –810 Mio. In dieser Rücklage sind die zur Absicherung von Cashflows ermittelten Bewertungsergebnisse aus dem effektiven Teil der Absicherungen nach Berücksichtigung latenter Steuern ausgewiesen. Die Rücklage aus Währungsumrechnung reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahresende um EUR 92 Mio. auf EUR –355 Mio. Das Nachrangkapital erhöhte sich von EUR 12,9 Mrd. zum 31. Dezember 2010 um EUR 0,4 Mrd. (2,9%) auf EUR 13,3 Mrd. zum 31. Dezember 2011. Im Geschäftsjahr 2011 wurden Neuemissionen für die Nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 3,1 Mrd. begeben, darin insbesondere die Emission einer 10-jährigen Benchmark-Nachrangianleihe im Volumen von EUR 1.250 Mio. am 9. März 2011. Dagegen belief sich das Volumen der fälligen Nachrangigen Verbindlichkeiten auf EUR 0,9 Mrd. und der Rückzahlungen auf EUR 1,3 Mrd. Das Hybridkapital reduzierte sich um EUR 2,0 Mrd. (48%) von EUR 4,2 Mrd. zum 31. Dezember 2010 auf EUR 2,2 Mrd. zum 31. Dezember 2011. Im Geschäftsjahr 2011 wurden Teile der Trust Preferred Securities (TruPS) der Commerzbank Capital Funding Trust I bis III und der Eurohypo Capital Funding Trust I bis II zurück erworben. Im Januar 2011 erfolgte eine Einbringung der TruPS im Nominalvolumen von EUR 0,9 Mrd. als Sacheinlagen gegen Vergütung in Aktien. Im Dezember 2011 wurden TruPS im Nominalvolumen von EUR 1,3 Mrd. zurückgekauft.

Eigenmittel gemäß KWG/Solvabilitätskennzahlen

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen werden gemäß den Berechnungs- und Meldepflichten nach dem KWG berechnet und überwacht, siehe dazu „Regulatorisches Umfeld“.

Die folgende Tabelle zeigt die Bestandteile der Eigenmittel auf konsolidierter Basis, berechnet nach den Vorgaben des KWG. Die Angaben basieren auf den Jahres- beziehungsweise Periodenabschlüssen der in der Gruppenmeldung nach KWG enthaltenen Gesellschaften. Grundlage der in diesem Registrierungsformular dargestellten Daten ist die nationale Umsetzung der Basel-II-Vorschriften in Form der aktuell gültigen Solvabilitätsverordnung. Siehe auch „Regulatorisches Umfeld“.

	31. Dezember			31. März 2013 ⁴⁾ (prüferisch durchgesehen, soweit nicht anders angegeben)
	2010 ¹⁾	2011 ²⁾	2012 ³⁾	
	(geprüft, soweit nicht anders angegeben)			
	(in Mio. EUR)			
Eigenmittelanforderungen Kreditrisiko	18.595	15.182	13.967	14.052
Eigenmittelanforderungen Marktrisiko	1.059	1.640	880	924
Eigenmittelanforderungen operationelles Risiko	1.746	2.106	1.804	1.807
Eigenmittelanforderungen gesamt	21.400	18.928	16.651	16.783
Kernkapital (Tier I)				
davon gezeichnetes Kapital	3.047	5.113	5.828	5.827
davon Rücklage, Fremdanteile, eigene Aktien	8.276	17.430	18.188	17.339 ⁷⁾
davon Stille Einlage	16.428	1.937	1.626	1.626 ⁷⁾
davon Hybridkapital	4.999	2.746	2.259	2.284 ⁷⁾
Sonstiges	(1.023)	(1.037)	(656)	(626) ⁷⁾
Gesamt	31.727	26.189	27.245	26.450
Ergänzungskapital (Tier II)				
davon Ergänzungskapital gemäß § 10 Abs. 5 KWG	674	726	731	675 ⁷⁾
davon Reserven in Wertpapieren (Ansatz 45%)	148	61	25	24 ⁷⁾
davon nachrangige Verbindlichkeiten	9.328	10.533	9.777	9.580 ⁷⁾
davon übrige Bestandteile und Abzugspositionen	(1.020)	(949)	(655)	(622) ⁷⁾
Gesamt	9.130	10.371	9.878	9.657
Anrechenbare Eigenmittel	40.857	36.560	37.123	36.107
Kernkapitalquote (in %)⁵⁾	11,9	11,1	13,1	12,6
Gesamtkapitalquote (in%)⁶⁾	15,3	15,5	17,8	17,2
Anteil Stille Einlage SoFFin am Kernkapital (in%)⁷⁾	51,8	7,4	6,0	6,1

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2010 entnommen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen.

³⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen und bleiben daher von den im Geschäftsjahr 2013 durchgeführten Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze unberührt.

⁴⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen. Ab dem Geschäftsjahr 2013 werden Umgliederungen innerhalb der Gewinn- und Verlust-Rechnung und Bilanzierungsänderungen durchgeführt. Siehe hierzu „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013.“

⁵⁾ Die Kernkapitalquote berechnet sich als Quotient aus dem Kernkapital und der Eigenmittelanforderungen gesamt.

⁶⁾ Die Gesamtkapitalquote berechnet sich als Quotient aus den anrechenbaren Eigenmitteln und der Eigenmittelanforderungen gesamt.

⁷⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Vergleich 31. Dezember 2012 und 31. März 2013

Im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 stiegen die risikogewichteten Aktiva um EUR 1,7 Mrd. von EUR 208,1 Mrd. zum 31. Dezember 2012 auf EUR 209,8 Mrd. zum 31. März 2013. Dieser Anstieg beruhte auf einer leichten Erhöhung der risikogewichteten Aktiva durch Neugeschäft in der Kernbank sowie den Anstieg von Risikogewichten durch Ratingverschlechterungen und gestiegenen Eigenmittelanforderungen für Marktpreisrisiken.

Zum 31. März 2013 haben sich die anrechenbaren Eigenmittel mit EUR 36.107 Mio. gegenüber dem 31. Dezember 2012 in Höhe von EUR 37.123 Mio. reduziert. Dabei sank das Kernkapital (Tier I) um EUR 795 Mio. beziehungsweise 2,9%, von EUR 27.245 Mio. zum 31. Dezember 2012 auf EUR 26.450 Mio. zum 31. März 2013. Dies beruhte insbesondere auf der erstmaligen Anwendung des geänderten IAS 19 und des neuen IFRS 10 und der damit verbundenen Verminderung der Gewinnrücklagen (siehe „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze“), dem negativen Konzernergebnis zum 31.03.2013 sowie einer Reduzierung der Rücklage aus der Währungsumrechnung.

Das Ergänzungskapital (Tier II) sank im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 um EUR 221 Mio. (2,2%) von EUR 9.878 Mio. zum 31. Dezember 2012 auf EUR 9.657 Mio. zum 31. März 2013. Der Rückgang ergab sich vor allem aus der planmäßigen Fälligkeit nachrangiger Anleihen.

Durch den Anstieg der gewichteten Risikoaktiva und der Reduzierung des Kernkapitals sank die Kernkapitalquote von 13,1% zum 31. Dezember 2012 auf 12,6% zum 31. März 2013. Die Eigenmittelquote sank auf Grund der zusätzlichen Reduzierung des Ergänzungskapitals und den gestiegenen Risikoaktiva ebenfalls von 17,8% zum 31. Dezember 2012 auf 17,2% zum 31. März 2013.

Vergleich 31. Dezember 2011 und 31. Dezember 2012

Im Geschäftsjahr 2012 reduzierten sich die risikogewichteten Aktiva um EUR 28,5 Mrd. beziehungsweise 12,0% von EUR 236,6 Mrd. zum 31. Dezember 2011 auf EUR 208,1 Mrd. zum 31. Dezember 2012. Dieser Rückgang beruhte unter anderem auf dem fortgesetzten Bilanzsummenabbau aus nicht-strategischem Geschäft, insbesondere bei der Tochter Hypothekenbank Frankfurt AG (vormals Euroypho AG), dem Rückgang der Marktwerte aus Derivaten, dem Verkauf der Bank Forum, Verbriefungen, Sicherheitenmanagement sowie der Zertifizierung des integrierten OpRisk-Modells durch die Aufsichtsbehörden. Darüber hinaus haben sich die Eigenmittelanforderungen für Marktpreisrisiken und das operationelle Risiko im Geschäftsjahr 2012 deutlich reduziert.

Zum 31. Dezember 2012 haben sich die anrechenbaren Eigenmittel mit EUR 37.123 Mio. gegenüber dem Stand vom 31. Dezember 2011 in Höhe von EUR 36.560 Mio. leicht erhöht. Dabei stieg das Kernkapital (Tier I) um EUR 1.056 Mio. beziehungsweise 4,0% von EUR 26.189 Mio. zum 31. Dezember 2011 auf EUR 27.245 Mio. zum 31. Dezember 2012. Dies beruhte insbesondere auf einer deutlichen Reduzierung der regulatorischen Kapitalabzüge durch den Verkauf von Verbriefungspositionen, der Maßnahme zur Optimierung der Kapitalstruktur, bei der hybride, nachrangige und andere Finanzinstrumente als Sacheinlage gegen neue Aktien eingebracht wurden und der Sachkapitalerhöhung zur Erfüllung der variablen Vergütungsansprüche außertariflicher Mitarbeiter für das Jahr 2011. Die stillen Einlagen des SoFFin reduzierten sich durch Wandlung in Aktien um EUR 311 Mio. auf EUR 1.626 Mio. zum 31. Dezember 2012.

Das Ergänzungskapital (Tier II) reduzierte sich im Geschäftsjahr 2012 um EUR 493 Mio. von EUR 10.371 Mio. zum 31. Dezember 2011 auf EUR 9.878 Mio. zum 31. Dezember 2012 an. Der Rückgang ergab sich vor allem aus der Fälligkeit nachrangiger Anleihen.

Die Kernkapitalquote stieg von 11,1% zum 31. Dezember 2011 auf 13,1% zum 31. Dezember 2012. Der Anstieg ergab sich aus der Stärkung des Kernkapitals und dem deutlichen Rückgang der risikogewichteten Aktiva. Die Gesamtkapitalquote stieg aufgrund der Reduzierung der risikogewichteten Aktiva von 15,5% zum 31. Dezember 2011 auf 17,8% zum 31. Dezember 2012 deutlich an.

Siehe auch „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren— Maßnahmen der European Banking Authority (EBA)“.

Vergleich 31. Dezember 2010 und 31. Dezember 2011

Im Geschäftsjahr 2011 reduzierten sich die risikogewichteten Aktiva um EUR 30,9 Mrd. beziehungsweise 11,6% von EUR 267,5 Mrd. zum 31. Dezember 2010 auf EUR 236,6 Mrd. zum 31. Dezember 2011. Dieser Rückgang beruhte unter anderem auf der Volumensreduzierung durch den Rückgang der Marktwerte aus Derivaten und dem planmäßigen Abbau von Bilanzaktiva aus nicht-strategischem Geschäft, der Veränderung von IRBA-Parametern (Internal Rating Based Approach) und der IRBA-Zertifizierung weiterer Teilportfolios. Der Rückgang bei den risikogewichteten Aktiva aus Kreditrisiken um EUR 42.669 Mio. wurde teilweise durch den Anstieg der risikogewichteten Aktiva aus Marktpreisrisiken um EUR 7.262 Mio. (insbesondere aufgrund der Umsetzung der regulatorischen Anforderungen aus der CRD III zum Jahresende 2011) und durch den Anstieg der risikogewichteten Aktiva aus dem operationellen Risiko um EUR 4.500 Mio. kompensiert.

Zum 31. Dezember 2011 haben sich die anrechenbaren Eigenmittel mit EUR 36.560 Mio. gegenüber dem Stand vom 31. Dezember 2010 in Höhe von EUR 40.857 Mio. reduziert. Dabei ging das Kernkapital (Tier I) um EUR 5.538 Mio. beziehungsweise 17,5% von EUR 31.727 Mio. zum 31. Dezember 2010 auf EUR 26.189 Mio. zum 31. Dezember 2011 zurück. Dies beruhte in erster Linie auf der Kapitalmaßnahme und der weitgehenden Rückführung der stillen Einlagen des SoFFin sowie der Reduzierung der hybriden Eigenkapitalbestandteile im Rahmen der Maßnahmen zur Verbesserung der Kernkapitalstruktur im Geschäftsjahr 2011. Die stillen Einlagen des SoFFin wurden in 2011 um EUR 14.491 Mio. auf EUR 1.937 Mio. zum 31. Dezember 2011 reduziert. Die Rückführung erfolgte aus den Erlösen aus den Kapitalerhöhungen und mit EUR 3,27 Mrd. aus freiem regulatorischem Kapital. Darüber hinaus erhielt der

SoFFin im Zusammenhang mit der Rückführung der stillen Einlagen eine Einmalzahlung in Höhe von EUR 1,03 Mrd. Das hybride Eigenkapital reduzierte sich um EUR 2.253 Mio. auf EUR 2.746 Mio. zum 31. Dezember 2011.

Demgegenüber stieg das Ergänzungskapital (Tier II) im Geschäftsjahr 2011 um EUR 1.241 Mio. von EUR 9.130 Mio. zum 31. Dezember 2010 auf EUR 10.371 Mio. zum 31. Dezember 2011 an. Der Anstieg ergab sich vor allem aus der Emission einer neuen Nachranganleihe im Volumen von EUR 1.250 Mio. am 9. März 2011.

Die Kernkapitalquote verringerte sich von 11,9% zum 31. Dezember 2010 auf 11,1% zum 31. Dezember 2011. Die Reduzierung des Kernkapitals wurde durch einen Rückgang der risikogewichteten Aktiva teilweise kompensiert. Die Gesamtkapitalquote stieg aufgrund der Erhöhung des Ergänzungskapitals und der Reduzierung der risikogewichteten Aktiva von 15,3% zum 31. Dezember 2010 auf 15,5% zum 31. Dezember 2011 leicht an.

Siehe auch „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Maßnahmen der European Banking Authority (EBA)“.

Aktiva und Passiva

Vergleich 31. Dezember 2012 und 31. März 2013

Ab dem Geschäftsjahr 2013 hat die COMMERZBANK Umgliederungen innerhalb der Gewinn-und-Verlust-Rechnung und Bilanzierungsänderungen durchgeführt. Siehe hierzu „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013.“ Die Zahlen zum 31. Dezember 2012 wurden in dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entsprechend angepasst. Soweit in diesem Unterabschnitt „Vergleich 31. Dezember 2012 und 31. März 2013“ auf die Zahlen zum 31. Dezember 2012 Bezug genommen wird, handelt es sich um die angepassten Zahlen.

Die Bilanzsumme des COMMERZBANK-Konzerns zum 31. März 2013 stieg gegenüber dem 31. Dezember 2012 um EUR 11,3 Mrd. (1,8%) auf EUR 647,3 Mrd. an. Dieser Anstieg basierte auf der Ausweitung des Geschäftsvolumens mit besicherten Geldmarktgeschäften. Dagegen wurden Refinanzierungsmittel der EZB vorzeitig zurückgeführt.

Auf der Aktivseite stiegen insbesondere die Forderungen an Kreditinstitute nach Risikovorsorge um EUR 14,6 Mrd. (16,6%) auf EUR 102,6 Mrd. deutlich an. Dies war fast ausschließlich durch Bestandserhöhungen der besicherten Geldmarktgeschäfte um EUR 12,5 Mrd. bestimmt. Die Entwicklung der besicherten Geldmarktgeschäfte ist überwiegend auf Kundenaktivität zurückzuführen und liegt im Rahmen der üblichen, stichtagsbedingten Schwankungen. Die übrigen Forderungen an Kreditinstitute nahmen um EUR 2,1 Mrd. auf EUR 34,4 Mrd. zu. Die Forderungen an Kunden nach Risikovorsorge stiegen dagegen nur leicht um EUR 1,6 Mrd. (0,6%) auf EUR 280,1 Mrd. an, da das erhöhte Volumen an besicherten Geldmarktgeschäften (um EUR 9,1 Mrd.) das rückläufige Kreditvolumen (um EUR 7,3 Mrd.) überkompensierte. Die Barreserve sank deutlich um EUR 4,7 Mrd. (29,9%) auf EUR 11,1 Mrd., da die Guthaben bei Zentralbanken signifikant um EUR 5,2 Mrd. auf EUR 8,5 Mrd. reduziert wurden. Die Handelsaktiva blieben gegenüber dem Jahresultimio nahezu unverändert, da die um EUR 9,1 Mrd. verringerten positiven Marktwerte der Derivate durch die Anstiege bei Aktien und Investmentfonds (um EUR 7,0 Mrd.) sowie bei Schuldverschreibungen und anderen zinsbezogenen Wertpapieren (um EUR 1,8 Mrd.) ausgeglichen wurden. Der Rückgang bei den positiven Marktwerten der Derivate entfiel im Wesentlichen auf zinsbezogene Derivate. Der Bestand an Finanzanlagen blieb mit EUR 89,1 Mrd. gegenüber dem Jahresende 2012 unverändert.

Auf der Passivseite stiegen insbesondere die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um EUR 18,3 Mrd. (16,6%) auf EUR 128,5 Mrd. Dies war im Wesentlichen auf ein erhöhtes Volumen von besicherten Geldmarktgeschäften zurückzuführen, die sich um EUR 23,5 Mrd. auf EUR 47,3 Mrd. nahezu verdoppelten. Dagegen waren die Verbindlichkeiten gegenüber Zentralbanken deutlich um EUR 12,4 Mrd. auf EUR 14,5 Mrd. rückläufig, da EZB-Tender mit einem Volumen von EUR 10 Mrd. und rund EUR 6 Mrd. vorzeitig zurückgeführt wurden. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (insbesondere im kurzfristigen Bereich) stiegen um EUR 7,1 Mrd. (2,7%) auf EUR 272,9 Mrd. aufgrund der Ausweitung des Geschäftsvolumens von besicherten Geldmarktgeschäften um EUR 8,0 Mrd. auf EUR 40,0 Mrd. Die Verbrieften Verbindlichkeiten sanken—überwiegend durch Fälligkeiten der Hypotheken- und öffentlichen Pfandbriefen der Hypothekenbank Frankfurt AG—um EUR 6,3 Mrd. (8,0%) auf EUR 73,0 Mrd. im Einklang mit dem aktivischen Bestandsabbau. Die Handelspassiva reduzierten sich um EUR 6,1 Mrd. (5,3%) auf EUR 110,0 Mrd. aufgrund der rückläufigen negativen Marktwerte der Derivate, die um EUR 7,9 Mrd. auf EUR 97,2 Mrd. zurückgingen. Dieser Rückgang bei den negativen Marktwerten der Derivate entfiel im Wesentlichen auf Zinsinstrumente. Dagegen stiegen die Bestände an Wertpapierleerverkäufen um EUR 2,7 Mrd. auf EUR 7,2 Mrd.

Vergleich 31. Dezember 2011 und 31. Dezember 2012

Die Bilanzsumme des COMMERZBANK-Konzerns zum 31. Dezember 2012 nahm gegenüber dem 31. Dezember 2011 um EUR 25,9 Mrd. (3,9%) auf EUR 635,9 Mrd. ab. Dieser Rückgang resultierte aus dem Abbau von bilanziellem Volumen und risikogewichteten Aktiva, der durch den Anstieg besicherter Geldmarktgeschäfte sowie die Anlage freier Liquidität bei Zentralnotenbanken zum Teil kompensiert wurde.

Auf der Aktivseite waren von dem Rückgang vornehmlich Forderungen an Kunden und die Handelsaktiva betroffen. Die Barreserve erhöhte sich gegenüber dem 31. Dezember 2011 deutlich um EUR 9,7 Mrd. auf EUR 15,8 Mrd. aufgrund der stichtagsbedingt gestiegenen Guthaben gegenüber Zentralnotenbanken. Die Forderungen an Kreditinstitute nach Risikovorsorge lagen mit EUR 88,0 Mrd. geringfügig über dem Vorjahresniveau von EUR 87,8 Mrd. Dabei wurde der Anstieg der besicherten Geldmarktgeschäfte (um EUR 4,3 Mrd.) durch den Rückgang der Schuldscheindarlehen (um EUR 1,9 Mrd.) und der übrigen Forderungen (um EUR 2,5 Mrd.) kompensiert. Die Forderungen an Kunden nach Risikovorsorge nahmen im Vergleich zum Vorjahresresultat um EUR 18,0 Mrd. (6,1%) auf EUR 278,5 Mrd. ab. Während die Kundenforderungen um EUR 26,2 Mrd., davon insbesondere Grund- und Hypothekendarlehen um EUR 17,1 Mrd., zurückgingen, stiegen die Reverse Repos sowie die Cash Collaterals um EUR 7,9 Mrd. an. Das Kreditvolumen an Kunden und Kreditinstitute betrug zum 31. Dezember 2012 insgesamt EUR 272,8 Mrd. und lag damit um EUR 31,1 Mrd. (10,2%) niedriger als zum 31. Dezember 2011. Dies resultierte neben einer insgesamt verhaltenen Kreditnachfrage in der Kernbank insbesondere aus dem Abbau im Segment Non-Core Assets. Das Volumen der Handelsaktiva sank von EUR 155,7 Mrd. zum 31. Dezember 2011 um EUR 11,6 Mrd. (7,4%) auf EUR 144,1 Mrd. zum 31. Dezember 2012. Während die Schuldverschreibungen und anderen zinsbezogenen Wertpapiere um EUR 2,5 Mrd. und die positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten – im Wesentlichen bei zins- und währungsbezogenen Derivaten – um EUR 17,2 Mrd. zurückgingen, stiegen die Bestände an Aktien, anderen eigenkapitalbezogenen Wertpapieren und Anteile an Investmentfonds kräftig um EUR 8,1 Mrd. Die Finanzanlagen beliefen sich zum 31. Dezember 2012 auf EUR 89,1 Mrd. und lagen damit um EUR 5,4 Mrd. (5,7%) unter dem Niveau des 31. Dezember 2011 von EUR 94,5 Mrd. Die Schuldverschreibungen und anderen zinsbezogenen Wertpapiere gingen dabei um EUR 5,0 Mrd. auf EUR 87,5 Mrd. zurück. Der Bestandsabbau des Public-Finance-Portfolios der Hypothekbank Frankfurt AG (im Wesentlichen Anleihen von Deutschland, USA, Kanada und Spanien) trug mit EUR 7,8 Mrd. zu dem Rückgang durch Fälligkeiten und Veräußerungen bei, darin enthalten waren Veräußerungen der Griechenland-Anleihen in Höhe von EUR 0,8 Mrd. im ersten Quartal 2012. Die Bestände an Aktien, anderen eigenkapitalbezogenen Wertpapieren und Anteilen an Investmentfonds verringerten sich um EUR 0,2 Mrd. auf EUR 1,3 Mrd. zum 31. Dezember 2012.

Auf der Passivseite stand einem Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ein deutlicher Rückgang bei den Verbrieften Verbindlichkeiten und den Handelspassiva gegenüber. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stiegen deutlich um EUR 11,8 Mrd. (11,9%) auf EUR 110,2 Mrd. Hier war sowohl ein starker Anstieg bei Cash Collaterals um EUR 4,9 Mrd. als auch bei den weiteren Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um EUR 6,9 Mrd. — insbesondere aus dem Geldhandel mit Zentralnotenbanken — zu verzeichnen. Dem Volumensanstieg gegenüber Kreditinstituten im Ausland stand ein leichter Rückgang bei inländischen Bankeneinlagen gegenüber. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verzeichneten einen leichten Anstieg von EUR 255,3 Mrd. zum 31. Dezember 2011 um EUR 10,5 Mrd. (4,1%) auf EUR 265,8 Mrd. zum 31. Dezember 2012. Die Spareinlagen inländischer Privatkunden stiegen um EUR 5,2 Mrd.; die täglich fälligen Gelder ausländischer Kunden erhöhten sich um EUR 6,8 Mrd. Die Verbrieften Verbindlichkeiten lagen mit einem Volumen von EUR 79,3 Mrd. um EUR 26,3 Mrd. (24,9%) unter dem Vorjahresniveau von EUR 105,7 Mrd. Dabei fielen die Schuldverschreibungen um EUR 21,5 Mrd. auf EUR 78,9 Mrd. Dies resultierte im Wesentlichen aus dem starken Rückgang von Hypotheken- und öffentlichen Pfandbriefen um EUR 15,1 Mrd., im Wesentlichen aufgrund von Fälligkeiten bei der Hypothekbank Frankfurt AG. Die Geldmarktpapiere fielen um EUR 4,8 Mrd. auf EUR 0,5 Mrd. Die Handelspassiva reduzierten sich deutlich von EUR 137,8 Mrd. zum 31. Dezember 2011 um EUR 21,7 Mrd. beziehungsweise 15,8% auf EUR 116,1 Mrd. zum 31. Dezember 2012. Dies resultierte hauptsächlich aus dem Rückgang der negativen Marktwerte derivativer Zins- und Währungsinstrumente.

Vergleich 31. Dezember 2010 und 31. Dezember 2011

Die Bilanzsumme des COMMERZBANK-Konzerns zum 31. Dezember 2011 nahm gegenüber dem 31. Dezember 2010 um EUR 92,5 Mrd. (12,3%) auf EUR 661,8 Mrd. ab. In dem Rückgang spiegelte sich auch der planmäßige Abbau von Volumina und Risiken wider.

Auf der Aktivseite waren von dem Rückgang vornehmlich die Forderungen an Kunden und an Kreditinstituten sowie die Handelsaktiva und die Finanzanlagen betroffen. Die Forderungen an Kreditinstitute nach Risikovorsorge sanken von EUR 110,6 Mrd. um 20,6% auf EUR 87,8 Mrd., insbesondere aufgrund des Abbaus von besicherten Geldmarktgeschäften in Form von Reverse Repos und Cash Collaterals um EUR 17,1 Mrd. sowie von Geldhandelsforderungen um EUR 4,0 Mrd. und

Schuldscheindarlehen um EUR 1,4 Mrd. Die Forderungen an Kunden nach Abzug der Risikovorsorge haben sich im Vergleich zum Vorjahresende um EUR 31,2 Mrd. beziehungsweise 9,5% von EUR 327,8 Mrd. auf EUR 296,6 Mrd. reduziert, was auf einem deutlich geringeren Kreditvolumen beruhte. Das Kreditvolumen an Kunden und Kreditinstitute lag zum 31. Dezember 2011 bei EUR 303,9 Mrd. und wies damit gegenüber dem Stand zum 31. Dezember 2010 (EUR 330,3 Mrd.) einen Rückgang um EUR 26,4 Mrd. beziehungsweise 8,0% auf. Während die Kredite an Kreditinstitute mit EUR 26,1 Mrd. um 11,4% über dem Vorjahresbestand lagen, war das Kundenkreditgeschäft mit EUR 277,8 Mrd. um 9,5% rückläufig. Dies resultierte überwiegend aus der Rückführung des Portfolios im Rahmen der Fokussierung auf das strategische Kerngeschäft der COMMERZBANK. Das Volumen der Handelsaktiva sank von EUR 167,8 Mrd. zum 31. Dezember 2010 um EUR 12,1 Mrd. (7,2%) auf EUR 155,7 Mrd. zum 31. Dezember 2011. Von dem Rückgang entfielen EUR 9,4 Mrd. auf Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Wertpapiere, insbesondere aus Veräußerungen. Die Finanzanlagen beliefen sich zum 31. Dezember 2011 auf EUR 94,5 Mrd. und lagen damit um 18,3% unter dem Niveau des 31. Dezember 2010 von EUR 115,7 Mrd. Die Bestandsreduktion der Finanzanlagen vollzog sich überwiegend (um EUR 21,0 Mrd.) bei zinstragenden Finanzanlagen. Der Bestandsabbau des Public-Finance-Portfolios der Eurohypo (im Wesentlichen Anleihen von Deutschland, USA, Kanada, Spanien und Italien) trug mit EUR 11,5 Mrd. zu dem Rückgang bei, darin enthalten waren Wertberichtigungen auf Griechenland-Anleihen in Höhe von EUR 2.226 Mio. Die Bestände an Aktien, anderen eigenkapitalbezogenen Wertpapieren und Anteilen an Investmentfonds erhöhten sich dagegen leicht um EUR 0,2 Mrd. auf EUR 1,5 Mrd.

Auf der Passivseite zeigte sich der Rückgang insbesondere bei Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbrieften Verbindlichkeiten sowie Handelspassiva. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich von EUR 137,6 Mrd. zum 31. Dezember 2010 um EUR 39,1 Mrd. (28,4%) auf EUR 98,5 Mrd. zum 31. Dezember 2011. Dabei wurden besicherte Geldmarktgeschäfte wie Repos und Cash Collaterals um EUR 25,0 Mrd. sowie das Geldhandelsvolumen um EUR 9,9 Mrd. reduziert. Der Volumensrückgang stammte nahezu vollständig aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Ausland. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verzeichneten einen leichten Rückgang von EUR 262,8 Mrd. zum 31. Dezember 2010 um EUR 7,5 Mrd. (2,8%) auf EUR 255,3 Mrd. zum 31. Dezember 2011. Dabei wurde der Rückgang bei Sicht- und Termineinlagen um EUR 16,2 Mrd. durch ein um EUR 6,6 Mrd. höheres Repovolumen teilweise kompensiert. Dem Volumensrückgang gegenüber ausländischen Kunden um EUR 14,6 Mrd. stand ein Anstieg bei Einlagen im Inland um EUR 7,2 Mrd. gegenüber. Die Verbrieften Verbindlichkeiten lagen mit einem Volumen von EUR 105,7 Mrd. um EUR 25,7 Mrd. (19,6%) unter dem Vorjahresniveau von EUR 131,4 Mrd. Dabei fielen die Schuldverschreibungen um EUR 16,0 Mrd. auf EUR 100,3 Mrd. Die Reduzierung resultierte im Wesentlichen aus einem Volumensabbau an öffentlichen Pfandbriefen bei der Eurohypo AG um EUR 13,5 Mrd. insbesondere durch Fälligkeiten. Die Geldmarktpapiere fielen um EUR 9,8 Mrd. Die Handelspassiva reduzierten sich deutlich von EUR 152,4 Mrd. zum 31. Dezember 2010 um EUR 14,5 Mrd. beziehungsweise 9,5% auf EUR 137,8 Mrd. zum 31. Dezember 2011. Dies resultierte aus niedrigeren Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen sowie aus dem Rückgang der negativen Marktwerte für Zinsderivate.

Kapitalflussrechnung

Vergleich der ersten Quartale der Geschäftsjahre 2012 und 2013

Die folgende Tabelle zeigt ausgewählte Angaben aus der Konzern-Kapitalflussrechnung der COMMERZBANK für die zum 31. März 2012 und zum 31. März 2013 endenden Dreimonatszeiträume:

	Erstes Quartal zum 31. März	
	2012 ¹⁾	2013 ¹⁾
	(prüferisch durchgesehen) (in Mio. EUR)	
Zahlungsmittelbestand zum 1.1	6.075	15.755
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	(3.066)	(3.407)
Cashflow aus Investitionstätigkeit	2.648	(902)
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	86	(488)
Cashflow insgesamt (ungeprüft)	(332)	(4.797)
Effekte aus Wechselkursänderungen	(71)	118
Effekte aus Minderheitenanteilen	(29)	(25)
Zahlungsmittelbestand zum 31.3	5.643	11.051

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen. Ab dem Geschäftsjahr 2013 werden Umgliederungen innerhalb der Gewinn-und-Verlust-Rechnung und Bilanzierungsänderungen durchgeführt. Die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2012 wurden entsprechend angepasst. Siehe hierzu „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013“.

Der Zahlungsmittelbestand sank von EUR 15.755 Mio. zum 1. Januar 2013 auf EUR 11.051 Mio. zum 31. März 2013. Grund hierfür war ein negativer Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit von EUR 3.407 Mio. gegenüber einem negativen Cashflow von EUR 3.066 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012. Darüber hinaus fiel der Cashflow aus Investitionstätigkeiten im ersten Quartal 2013 deutlich negativ aus, mit EUR 902 Mio., nach einem positiven Cashflow im ersten Quartal 2012 in Höhe von EUR 2.648 Mio. Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit fiel im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 ebenfalls negativ aus, mit EUR 488 Mio., gegenüber einem positiven Cashflow von EUR 86 Mio. im ersten Quartal 2012.

Vergleich der Geschäftsjahre 2011 und 2012

Die folgende Tabelle zeigt ausgewählte Angaben aus der Konzern-Kapitalflussrechnung der COMMERZBANK für die zum 31. Dezember 2011 und zum 31. Dezember 2012 endenden Zeiträume:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember	
	2011 ¹⁾	2012 ¹⁾
	(geprüft, soweit nicht anders angegeben) (in Mio. EUR)	
Zahlungsmittelbestand zum 1.1	8.053	6.075
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	(14.781)	5.497
Cashflow aus Investitionstätigkeit	17.309	4.952
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	(4.464)	(626)
Cashflow insgesamt²⁾	(1.936)	9.823
Effekte aus Wechselkursänderungen	67	(40)
Effekte aus Minderheitenanteilen	(109)	(103)
Zahlungsmittelbestand zum 31.12	6.075	15.755

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 entnommen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Der Zahlungsmittelbestand stieg im Geschäftsjahr 2012 von EUR 6.075 Mio. zum 1. Januar 2012 auf EUR 15.755 Mio. zum 31. Dezember 2012. Im Geschäftsjahr 2012 ergab sich aus der operativen Geschäftstätigkeit ein positiver Cashflow von EUR 5.497 Mio. gegenüber einem negativen Cashflow von EUR 14.781 Mio. im Geschäftsjahr 2011. Der Cashflow aus Investitionstätigkeit fiel im Geschäftsjahr 2012 mit EUR 4.952 Mio. deutlich weniger positiv aus, gegenüber einem ebenfalls positiven Cashflow aus Investitionstätigkeit von EUR 17.309 Mio. im Geschäftsjahr 2011. Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit fiel im Geschäftsjahr 2012 mit EUR 626 Mio. negativ aus, gegenüber einem negativen Cashflow von EUR 4.464 Mio. im Geschäftsjahr 2011.

Vergleich der Geschäftsjahre 2010 und 2011

Die folgende Tabelle zeigt ausgewählte Angaben aus der Konzern-Kapitalflussrechnung der COMMERZBANK für die zum 31. Dezember 2010 und zum 31. Dezember 2011 endenden Zeiträume:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember	
	2010 ¹⁾	2011 ¹⁾
	(geprüft, soweit nicht anders angegeben) (in Mio. EUR)	
Zahlungsmittelbestand zum 1.1	10.329	8.053
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	(14.166)	(14.781)
Cashflow aus Investitionstätigkeit	14.763	17.309
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	(2.930)	(4.464)
Cashflow insgesamt²⁾	(2.333)	(1.936)
Effekte aus Wechselkursänderungen	116	67
Effekte aus Minderheitenanteilen	(59)	(109)
Zahlungsmittelbestand zum 31.12	8.053	6.075

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernabschluss der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2011 entnommen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Der Zahlungsmittelbestand sank im Geschäftsjahr 2011 von EUR 8.053 Mio. zum 1. Januar 2011 auf EUR 6.075 Mio. zum 31. Dezember 2011. Im Geschäftsjahr 2011 ergab sich aus der operativen

Geschäftstätigkeit ein negativer Cashflow von EUR 14.781 Mio. gegenüber einem negativen Cashflow von EUR 14.166 Mio. im Geschäftsjahr 2010. Der Cashflow aus Investitionstätigkeit fiel im Geschäftsjahr 2011 mit EUR 17.309 Mio. positiv aus, gegenüber einem ebenfalls positiven Cashflow aus Investitionstätigkeit von EUR 14.763 Mio. im Geschäftsjahr 2010. Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit fiel im Geschäftsjahr 2011 mit EUR 4.464 Mio. negativ aus, gegenüber einem negativen Cashflow von EUR 2.930 Mio. im Geschäftsjahr 2010.

Kreditrisikoexposition gegenüber ausgewählten europäischen Staaten

Anleihen öffentlicher Körperschaften waren in jüngerer Zeit erheblichen Marktpreisschwankungen unterworfen. Unter anderem waren hiervon einige Staaten der Eurozone, insbesondere Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien – die so genannten GIIPS-Staaten – sowie verschiedene weitere Länder, insbesondere Ungarn betroffen. Im Folgenden wird das Exposure gegenüber den oben genannten Staaten aufgefächert.

Die Risikosteuerung des Portfolios erfolgt im Konzern auf Basis des Exposure at Default (EaD). Der EaD in den Ländern Griechenland, Italien, Irland, Portugal und Spanien wurde seit Ende 2010 um EUR 13 Mrd. reduziert und belief sich zum 31. März 2013 auf insgesamt EUR 31,5 Mrd. In Ungarn wurde das Sovereign-Exposure im gleichen Zeitraum von EUR 1,2 Mrd. auf EUR 0,5 Mrd. zurückgeführt.

Die folgende Tabelle zeigt den EaD für Anleihen und Kredite in den Ländern Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien auf Basis des Sitzlandes beziehungsweise für Commercial-Real-Estate-Positionen des Objektsitzes. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass bei den angegebenen EaD-Werten Absicherungsgeschäfte (beispielsweise durch Credit Default Swaps) bereits risikomindernd sowie offene Linien risikoerhöhend berücksichtigt sind.

31. März 2013 in Mrd. EUR¹⁾	Sovereign²⁾	Banken²⁾	Commercial Real Estate²⁾	Corporates/ Sonstige²⁾	Gesamt²⁾
Griechenland	0,0	0,0	0,2	0,1	0,3
Irland	0,0	0,6	0,1	1,1	1,8
Italien	9,2	0,7	2,0	2,3	14,3
Portugal	0,9	0,3	1,5	0,3	2,9
Spanien	2,5	3,7	3,5	2,5	12,2
Summe³⁾	12,6	5,3	7,3	6,3	31,5

¹⁾ Enthält keine EaD aus Schiffsfinauzierungen.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind dem Konzernzwischenrisikobericht der COMMERZBANK zum 31. März 2013 entnommen.

³⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

Nach IAS 39-Kategorien (AfS – Available-for-Sale und LaR – Loans and Receivables) und Kundenkategorien stellt sich das Exposure (Anleihen) gegenüber diesen Staaten, gemäß Sitzland des Emittenten, zum 31. März 2013 wie folgt dar:

<u>Emittentenland</u>	<u>IFRS Kategorie</u>	<u>Emittenten-Kategorie</u>	<u>Nominalwert in Mio. EUR²⁾</u>	<u>Bilanzwert in Mio. EUR (inkl. GLLP)^{1) 2) 4)}</u>	<u>Stille Lasten (-) /Reserven (+) in Mio. EUR (inkl. GLLP)^{1) 2)}</u>	<u>Neubewertungsrücklage (netto) in Mio. EUR^{2) 3)}</u>
Irland	AfS	Banks	105	110	0	2
		Corporates	3	3	0	0
		Other financial institutions	226	168	0	(25)
	FVO	Other financial institutions	3	0	0	0
	LaR	Banks	257	255	(6)	(2)
		Other financial institutions	511	495	(35)	(3)
Irland Summe			1.105	1.030	(42)	(28)
Italien	AfS	Banks	0	0	0	0
		Other financial institutions	64	56	0	(8)
		Public	3.330	3.804	0	(1.098)
	FVO	Other financial institutions	59	16	0	0
	LaR	Banks	383	376	(15)	(1)
		Corporates	0	0	0	0
		Other financial institutions	7	6	(2)	0
		Public	5.419	6.933	(1.989)	(188)
Italien Summe			9.263	11.192	(2.007)	(1.295)
Portugal	AfS	Banks	10	10	0	0
		Other financial institutions	47	37	0	(10)
	LaR	Banks	207	203	(19)	(1)
		Corporates	80	106	(32)	(3)
		Public	790	964	(356)	(40)
Portugal Summe			1.134	1.320	(407)	(54)
Spanien	AfS	Banks	568	577	0	(1)
		Corporates	185	186	0	(3)
		Other financial institutions	145	127	0	(18)
		Public	75	65	0	(14)
	LaR	Banks	2.793	3.144	(385)	(17)
		Other financial institutions	782	804	(65)	(3)
		Public	1.918	2.165	(372)	(16)
Spanien Summe			6.466	7.068	(822)	(73)
Ungarn	LaR	Banks	100	106	(7)	0
		Public	442	501	(74)	(12)
Ungarn Summe			542	607	(81)	(12)
Gesamtsumme			18.510	21.216	(3.358)	(1.462)

¹⁾ General Loan Loss Provision.

²⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

³⁾ Nach Berücksichtigung latenter Steuern.

⁴⁾ Inklusive Hedge-Adjustments, die dazu führen können, dass der Bilanzwert über dem Nominalwert liegt.

Die folgende Tabelle stellt für die oben genannten Länder das Volumen der verkauften oder gekauften Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps, CDS) zum 31. März 2013, in Mio. EUR dar:

31. März 2013 in Mio. EUR	Nominale Verkauf¹⁾	Nominale Kauf¹⁾	Saldo Verkauf/ Kauf¹⁾	Marktwert (Fair Value)^{1) 2)}
Italien	1.225,0	1.090,2	134,8	(34,4)
Irland	74,6	86,3	(11,7)	(0,5)
Portugal	163,1	243,0	(80,0)	12,4
Spanien	294,1	392,0	(98,0)	2,7
Ungarn	856,4	871,8	(15,3)	(11,2)
Zypern	7,8	7,8	—	—
Summe	2.620,9	2.691,1	(70,2)	(30,9)

¹⁾ Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Risikodatenhaushalt des Konzerns entnommen

²⁾ Die dargestellten Zahlen wurden für jedes der genannten Länder wie folgt errechnet: Zunächst wurden für jeden Kontrahenten die Marktwerte sämtlicher hier einbezogener verkaufter beziehungsweise gekaufter CDS saldiert. Die saldierten Marktwerte wurden sodann je Land addiert. Ergibt sich hieraus ein positiver Marktwert der verkauften CDS, so wird der Saldo als positiver Wert dargestellt, im umgekehrten Fall als negativer Wert (in Klammern). Die dargestellten Zahlen sind ungeprüft und dem Risikodatenhaushalt des Konzerns entnommen.

Wie allgemein branchenüblich, setzt der COMMERZBANK-Konzern Credit Default Swaps (CDS) als wesentliches Instrument zur Risikominderung ein. CDS-Verträge werden nach dem Standard ISDA (International Swaps and Derivatives Association) abgeschlossen, der allgemeine Schlüsselereignisse („trigger events“) definiert, die zu Ausgleichszahlungen führen. Beispiele für diese Ereignisse sind Insolvenz des Vertragspartners, Zahlungsverzug des Vertragspartners (zum Beispiel Zinsen oder Tilgung) und Umschuldung des Vertragspartners. Diese Ereignisse gelten auch bei verkauften Kreditsicherungsgeschäften. Die vom COMMERZBANK-Konzern gekauften Kreditsicherungsgeschäfte dienen der Risikominimierung und werden überwiegend von gut bewerteten Kreditinstituten und mit Sicherheitsverträgen herausgegeben. Volumen und Vertragsausgestaltung (z.B. bezüglich Währungen und Laufzeiten) der vom Konzern begebenen CDS und der vom Konzern erworbenen CDS sind bei einigen Staaten nicht deckungsgleich, so dass die erworbenen CDS, selbst bei vollständiger Leistung der Gegenpartei auf die CDS, das Risiko aus den begebenen CDS möglicherweise nicht vollständig kompensieren könnten (siehe auch „Risikofaktoren—Markt- und unternehmensbezogene Risiken—4. Die vom Konzern erworbenen Credit Default Swaps (CDS) auf Staatsanleihen könnten ihren Absicherungszweck nicht erfüllen. Darüber hinaus hat der Konzern Credit Default Swaps auf Staatsanleihen begeben und dadurch das Ausfallrisiko aus Staatsanleihen Dritter übernommen. Das Risiko aus begebenen CDS kann sich realisieren, obwohl gleichzeitig die erworbenen CDS ihren Absicherungszweck nicht erfüllen.“).

Structured-Credit-Legacy und PFI-Portfolios (ehemalige PRU-Portfolios)

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung des PRU-Portfolios nach Nominalwerten und IFRS-Buchwerten sowie die Entwicklung der Neubewertungsrücklage jeweils zum 31. Dezember 2012 und zum 31. März 2013 und die Entwicklung des Beitrags zum Operativen Ergebnis zum 31. Dezember 2012 und zum 31. März 2013. Die Zahlen belegen den weiterhin signifikanten Abbau der PRU-Positionen.

Bezeichnung	Nominal Mrd. EUR *)		IFRS-Buchwerte Mrd. EUR. *) ¹⁾		Beitrag zu operativen Erträgen Mio. EUR *)		Neubewertungsrücklage (delta) Mio. EUR *)	
	31. Dezember 2012	31. März 2013	31. Dezember 2012	31. März 2013	31. Dezember 2012	31. März 2013	31. Dezember 2012	31. März 2013
	(ungeprüft)	(ungeprüft)	(ungeprüft)	(ungeprüft)	(ungeprüft)	(ungeprüft)	(ungeprüft)	(ungeprüft)
Structured Credit								
RMBS	1,6	1,6	0,6	0,6	55	4	(41)	(35)
CMBS	0,2	0,2	0,1	0,1	44	3	(18)	(16)
CDO	4,5	4,3	1,8	1,8	228	32	(57)	(42)
Sonstige ABS ²⁾	1,3	1,2	0,8	0,7	36	4	—	—
PFI/Infra ³⁾	3,7	3,6	2,1	2,1	2	(47)	—	—
Full Recourse Financing ⁴⁾	3,2	3,2	3,0	3,1	—	—	—	—
Sonstige Hedges	—	—	0,3	0,3	(18)	—	—	—
Structured Credit gesamt	14,5	14,1	8,7	8,7	346	(2)	(116)	(93)

^{*)} Die dargestellten Zahlen sind dem Rechnungswesen des Konzerns entnommen.

¹⁾ Die IFRS-Buchwerte enthalten sowohl „Buy“ als auch „Sell“ Credit Derivate; alle sind auf „mark-to-market“-Basis dargestellt.

²⁾ Enthält in geringem Umfang PFI-Bestände, die in das Segment Corporates & Markets übertragen wurden.

³⁾ = Private Finance Initiatives /Infrastructure, siehe „Risikomanagement—Adressenausfallrisiko“.

⁴⁾ = Finanzierung mit vollem Rückgriff auf den Kontrahenten.

Zusätzliche Informationen aus dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 nach HGB

Der Jahresabschluss der COMMERZBANK für das Geschäftsjahr 2012 wurde nach den Vorschriften des HGB in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) unter Beachtung der ergänzenden Regeln des AktG aufgestellt. Durch die Verschmelzung der Deutschen Schiffsbank Aktiengesellschaft mit der COMMERZBANK Aktiengesellschaft rückwirkend zum 1. Januar 2012 wurden erstmals zum 31. Dezember 2012 die Angaben gemäß Pfandbriefgesetz (PfandBG) berücksichtigt.

Das Eigenkapital der COMMERZBANK stieg von EUR 16,9 Mrd. zum 31. Dezember 2011 um 3,4% auf EUR 17,4 Mrd. zum 31. Dezember 2012. Sowohl das gezeichnete Kapital erhöhte sich von EUR 8,6 Mrd. zum 31. Dezember 2011 auf EUR 8,7 Mrd. zum 31. Dezember 2012 wie auch die Kapitalrücklage stieg von EUR 8,2 Mrd. zum 31. Dezember 2011 auf EUR 8,7 Mrd. zum 31. Dezember 2012 an. Von dem Anstieg des Eigenkapitals wurden EUR 1,2 Mrd. durch die Kapitalmaßnahmen im März und Juni 2012 verursacht. Gegenläufig wirkten sich im Wesentlichen die damit verbundene Umwandlung von stillen Einlagen des SoFFin von EUR 0,3 Mrd. sowie die Rückzahlung von stillen Einlagen der HT1 Funding GmbH von EUR 0,5 Mrd. aus.

Die Forderungen an Kreditinstitute fielen gegenüber dem Vorjahr um EUR 13,2 Mrd. auf EUR 120,5 Mrd. aufgrund des Rückgangs von Geldhandelsgeschäften, Schuldscheindarlehen und Wertpapierleihgeschäften. Die Forderungen an Kunden dagegen erhöhten sich um EUR 15,1 Mrd. auf EUR 181,3 Mrd. vor allem verursacht durch die Migration der Deutschen Schiffsbank sowie erhöhten echten Pensionsgeschäften. Die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere stiegen um EUR 2,1 Mrd. auf EUR 34,1 Mrd. Der Posten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sank um EUR 0,5 Mrd. auf EUR 0,8 Mrd. Die Handelsaktiva reduzierten sich um EUR 9,8 Mrd. auf EUR 159,4 Mrd. Der Posten Beteiligungen reduzierte sich um EUR 181 Mio. auf EUR 435 Mio. Die Anteile an verbundenen Unternehmen nahmen um EUR 1,3 Mrd. auf EUR 10,3 Mrd. ab. Die Sonstigen Vermögensgegenstände erhöhten sich um EUR 1,0 Mrd. auf EUR 4,2 Mrd.

Auf der Passivseite zeigte sich bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ein Anstieg um EUR 14,5 Mrd. auf EUR 108,5 Mrd. hauptsächlich bedingt durch gestiegenes Geschäft mit Zentralnotenbanken. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich ebenfalls um EUR 24,0 Mrd. auf EUR 218,6 Mrd. Ursächlich hierfür war ein Anstieg bei echten Pensionsgeschäften und Spareinlagen sowie die Migration der Deutschen Schiffsbank. Die Verbrieften Verbindlichkeiten gingen gegenläufig um EUR 10,0 Mrd. auf EUR 34,2 Mrd. zurück. Die Handelspassiva fielen um EUR 22,0 Mrd. auf EUR 118,5 Mrd. Die Sonstigen Verbindlichkeiten reduzierten sich um EUR 5,6 Mrd. auf EUR 14,3 Mrd. Die Nachrangigen Verbindlichkeiten fielen um EUR 1,6 Mrd. auf EUR 10,6 Mrd., unter anderem aufgrund der Kapitalmaßnahme im März 2012.

Für das Geschäftsjahr 2012 betrug der Jahresüberschuss der COMMERZBANK EUR 102 Mio. Das Ergebnis 2012 war geprägt durch Erträge aus Gewinnabführungen von Tochtergesellschaften, welche gegenüber dem Geschäftsjahr 2011 im Wesentlichen durch die konzerninterne Anpassung der Holdingstruktur um EUR 1.321 Mio. anstiegen, sowie gegenläufig durch höhere Steuern vom Einkommen und Ertrag aufgrund des Verzichts zur Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Absatz 1 Satz 2 HGB im Geschäftsjahr 2012. Für weitere Informationen bezüglich des Jahresabschlusses der COMMERZBANK wird auf den Anhang zum Jahresabschluss der COMMERZBANK für das Geschäftsjahr 2012 verwiesen, der unter „Finanzteil— Jahresabschluss der COMMERZBANK Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2012“ in diesem Registrierungsformular abgedruckt ist.

Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Bei der Erstellung der Konzernabschlüsse der COMMERZBANK wendet der Konzern bestimmte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden an, die nach Ansicht des Vorstands für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns bedeutsam sind, sowie Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, die infolge der Notwendigkeit von Schätzungen und Annahmen über Sachverhalte, die naturgemäß ungewiss sind, vom Vorstand schwierige, subjektive oder komplexe Beurteilungen erfordern. Die verwendeten Schätzungen und Annahmen basieren auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren wie Planungen und – nach heutigem Ermessen – wahrscheinlichen Erwartungen und Prognosen zukünftiger Ereignisse. Die Schätzungen und Annahmen können sich nachträglich als unzutreffend erweisen und damit auch zu einer Änderung der betroffenen Finanzinformationen führen.

Schätzungen und Annahmen beziehen sich insbesondere auf die Bewertung bestimmter Finanzinstrumente, die Risikovorsorge im Kreditgeschäft, die Bewertung von aktiven latenten Steuern sowie die Ermittlung von Pensionsverpflichtungen und des Geschäfts- oder Firmenwerts.

Die nachstehenden Abschnitte beschreiben wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, die nach Auffassung des Vorstands für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns

bedeutsam sind, darunter auch Grundsätze, die subjektive oder komplexe Beurteilungen erfordern. Eine nähere Beschreibung der diesen wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen zugrunde liegenden Rechnungslegungsgrundsätze findet sich in den jeweiligen Erläuterungen (Notes) zu den Konzernabschlüssen der COMMERZBANK für die Geschäftsjahre 2012, 2011 und 2010 sowie zu dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013.

Bewertung von Finanzinstrumenten

Der vom COMMERZBANK-Konzern für die Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten verwendete Bilanzierungsgrundsatz wird im verkürzten Konzernzwischenabschluss der COMMERZBANK zum 31. März 2013 in Note 31 beschrieben. Mit Anwendung des neuen, prospektiv anzuwendenden Standard IFRS 13 seit dem 1. Januar 2013 wurden die Regelungen zur Bemessung der beizulegenden Zeitwerte vereinheitlicht, die bislang in verschiedenen Standards zu finden waren. Die bis zum 31. Dezember 2012 geltenden Bilanzierungsgrundsätze für die Ermittlung der Fair Values sind in Note 5 (Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung (IAS 39)), Note 13 (Handelsaktiva), Note 14 (Finanzanlagen) und Note 81 (Marktwert (Fair Value) von Finanzinstrumenten) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012 beschrieben.

Der beizulegende Zeitwert ist seit dem 1. Januar 2013 definiert als Veräußerungspreis; dabei handelt es sich um den Preis für ein Finanzinstrument, den Marktteilnehmer im Rahmen einer gewöhnlichen Geschäftsabwicklung beim Verkauf erhalten beziehungsweise bei der Übertragung einer Schuld zahlen würden. Für die Bewertung von Schulden sind zudem die Berücksichtigung des Ausfallrisikos sowie die Anwendung eines abgestuften Bewertungsverfahrens verpflichtend vorgeschrieben. Der am besten geeignete Maßstab für den Fair Value ist der notierte Marktpreis für ein identisches Instrument an einem aktiven Markt. Dabei unterliegt es der Beurteilung durch das Management festzustellen, ob für ein bestimmtes Finanzinstrument ein aktiver Markt existiert. Ein aktiver Markt liegt vor, wenn notierte Preise an einer Börse, von einem Händler, Broker, einer Branchengruppe, einem Pricingservice oder einer Aufsichtsbehörde leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen. Wenn keine notierten Preise für Vermögenswerte verfügbar sind, erfolgt die Bewertung anhand von notierten Preisen ähnlicher Instrumente (vergleichbar im Hinblick auf Währung, Laufzeit, Art des Zinssatzes und sonstige Faktoren) an aktiven Märkten. Wenn die Bewertung einer Schuld anhand von notierten Marktpreisen nicht möglich ist, kann für die Bewertung stattdessen auf ein identisches Instrument, welches von einem Dritten als Vermögenswert gehalten wird, zurückgegriffen werden. Bei einer Bewertung von Finanzinstrumenten anhand vergleichbarer Instrumente berücksichtigt das Management die Laufzeit, die Struktur und das Rating des Instruments, mit dem das gehaltene Instrument verglichen wird. Um den Preis wiederzugeben, zu dem ein Vermögenswert getauscht oder eine Verbindlichkeit beglichen werden könnte, werden Vermögenswerte zum Geldkurs und Verbindlichkeiten zum Briefkurs bewertet.

Sind keine notierten Preise für identische oder ähnliche Finanzinstrumente verfügbar, wird der Fair Value unter Anwendung eines geeigneten Bewertungsmodells ermittelt, bei dem die einfließenden Daten soweit möglich aus überprüfbaren Marktquellen stammen. Für Schulden wird daneben unter bestimmten Voraussetzungen eine Gruppenbewertung für finanzielle Vermögenswerte und Schulden ermöglicht, die hinsichtlich des Markt- und Kreditrisikos auf Nettobasis gesteuert werden. Die Auswahl und Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken bedürfen einer Beurteilung durch das Management. Während sich die meisten Bewertungsmethoden auf Daten aus überprüfbaren Marktquellen stützen, werden bestimmte Finanzinstrumente unter Einsatz von Bewertungsmodellen bewertet, die andere Eingangswerte heranziehen, für die nicht ausreichend aktuelle überprüfbare Marktdaten vorhanden sind. Diese Bewertungen unterliegen naturgemäß in höherem Maße den Einschätzungen des Managements. Diese nicht beobachtbaren Eingangswerte können Daten enthalten, die extrapoliert oder interpoliert oder in Form von Näherungswerten aus korrelierten oder historischen Daten ermittelt werden. In die Bewertung einfließende Daten, die nicht auf überprüfbaren Daten beruhen, sind naturgemäß ungewiss, da nur wenige oder keine aktuellen Marktdaten verfügbar sind, anhand deren sich ermitteln lässt, wann eine solche unabhängige Transaktion unter normalen Geschäftsbedingungen stattfinden würde. Allerdings werden hierbei in größtmöglichem Umfang Marktdaten oder Daten Dritter und so wenig wie möglich unternehmensspezifische Eingangswerte herangezogen. Führen unterschiedliche Bewertungsmodelle zu einer Bandbreite von verschiedenen potenziellen Fair Values für ein Finanzinstrument, muss das Management entscheiden, welcher dieser Schätzwerte innerhalb der Bandbreite den Fair Value am besten widerspiegelt. Ferner können bestimmte Wertanpassungen Einschätzungen des Managements erfordern, um die Ermittlung des Fair Value sicherzustellen.

Zu den wichtigsten Annahmen und Einschätzungen, welche das Management bei der Anwendung eines Bewertungsmodells berücksichtigt, zählen:

- die Wahrscheinlichkeit und der erwartete Zeitpunkt künftiger Zahlungsströme im Zusammenhang mit dem Instrument. Diese Zahlungsströme unterliegen in der Regel den Bedingungen des Instruments. Dennoch kann die Einschätzung des Managements erforderlich werden, wenn die Fähigkeit des

Geschäftspartners, das Instrument gemäß seinen vertraglichen Bedingungen zu bedienen, in Frage steht. Zukünftige Zahlungsströme können Marktpreisschwankungen unterliegen;

- die Auswahl eines geeigneten Diskontierungszinssatzes für das Instrument. Bei der Ermittlung dieses Zinssatzes stützt sich das Management auf seine Beurteilung dessen, was ein Marktteilnehmer als geeignete Spanne des Zinssatzes für das Instrument über dem geeigneten risikofreien Satz ansehen würde; und
- das Urteilsvermögen bei der Festlegung des zur Ermittlung des Fair Value anzuwendenden Modells in Bereichen, in denen die Wahl der Bewertungsmethode besonders subjektiv ist, beispielsweise bei der Bewertung komplexer derivativer Produkte.

Anhangangaben zur Fair-Value-Bestimmung

Nach den IFRS müssen die zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen unterteilt nach der für die Bestimmung des Fair Values verwendeten Bewertungsmethode offengelegt werden. Insbesondere ist zwischen solchen zu unterscheiden, die anhand von notierten Preisen in einem aktiven Markt (Level I), Bewertungsmethoden, die auf beobachtbaren Parametern basieren (z.B. Vergleiche mit notierten Preisen ähnlicher Finanzinstrumente an aktiven Märkten) (Level II), sowie Bewertungsmethoden, die signifikante nicht beobachtbare Parameter verwenden (Level III), bestimmt werden. Diese Angaben finden sich in Note 82 (Angaben zu den Bewertungshierarchien von Finanzinstrumenten) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012. Im Falle von Level-I-Bewertungen muss das Management beurteilen, ob für ein bestimmtes Finanzinstrument ein aktiver Markt existiert. Im Falle von Level-II-Bewertungen muss das Management beurteilen, ob ein Finanzinstrument im vorstehenden Sinne „ähnlich“ ist. Soweit Level-II- und Level-III-Bewertungen jeweils auf Bewertungsmethoden beruhen, unterliegen sie der Einschätzung des Managements, wobei Level-III-Bewertungsmethoden naturgemäß in höherem Maße den Einschätzungen des Managements unterliegen.

Für die Bestimmung der Kategorie, der bestimmte Finanzinstrumente zuzuordnen sind, ist eine Beurteilung seitens des Managements erforderlich. Eine Beurteilung wird insbesondere dann vorgenommen, wenn die Bewertung durch eine Reihe von Parametern bestimmt wird, von denen einige beobachtbar und andere nicht beobachtbar sind. Ferner kann sich die Klassifizierung eines Finanzinstruments im Laufe der Zeit ändern (siehe „— Umkategorisierung von finanziellen Vermögenswerten“), um Änderungen der Marktliquidität und damit der Preistransparenz zu reflektieren.

Finanzielle Vermögenswerte, deren Fair Value unter Einsatz von Level-II- und Level-III-Bewertungsmethoden ermittelt wird, betragen zum 31. März 2013 EUR 199,3 Mrd. oder 72,2% der gesamten zum Fair Value ausgewiesenen finanziellen Vermögenswerte (Level II: EUR 196,1 Mrd. / 71,0%; Level III: EUR 3,2 Mrd. / 1,2%), im Vergleich zu EUR 185,0 Mrd. oder 73,2% der gesamten zum Fair Value ausgewiesenen finanziellen Vermögenswerte zum 31. Dezember 2012 (Level II: EUR 181,8 Mrd. / 72,0%; Level III: EUR 3,2 Mrd. / 1,3%) beziehungsweise zu EUR 181,9 Mrd. oder 75,0% der gesamten zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente zum 31. Dezember 2011 (Level II: EUR 176,5 Mrd. / 72,8%; Level III: EUR 5,4 Mrd. / 2,2%). Finanzielle Verbindlichkeiten, deren Fair Value unter Einsatz von Level-II- und Level-III-Bewertungsmethoden ermittelt wird, betragen zum 31. März 2013 EUR 200,7 Mrd. oder 92,7% der gesamten zum Fair Value ausgewiesenen finanziellen Verbindlichkeiten (Level II: EUR 199,8 Mrd. / 92,3%; Level III: EUR 0,9 Mrd. / 0,4%) im Vergleich zu EUR 174,2 Mrd. oder 92,5% der gesamten zum Fair Value ausgewiesenen finanziellen Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2012 (Level II: EUR 173,4 Mrd. / 92,0%; Level III: EUR 0,8 Mrd. / 0,4%), im Vergleich zu EUR 180,9 Mrd. oder 91,7% der gesamten zum Fair Value ausgewiesenen finanziellen Verbindlichkeiten am 31. Dezember 2011 (Level II: EUR 179,5 Mrd. / 91,0%; Level III: EUR 1,4 Mrd. / 0,7%). Weitere Informationen, darunter Veränderungen der Finanzinstrumente der Kategorie „Level III“, können Note 82 (Angaben zu den Bewertungshierarchien von Finanzinstrumenten) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012 sowie Note 81 (Marktwert (Fair Value) von Finanzinstrumenten – Hierarchie der Fair Values) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2011 entnommen werden.

Basiert der Wert von Finanzinstrumenten auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern, kann der genaue Wert dieser Parameter zum Bilanzstichtag aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen abgeleitet werden. Bei der Bestimmung der angemessenen möglichen Alternativen sind signifikante Einschätzungen durch das Management erforderlich. Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses werden Sensitivitätsanalysen durchgeführt und für die nicht beobachtbaren Eingangsparameter angemessene Werte ausgewählt, die den herrschenden Marktgegebenheiten und dem Bewertungskontrollansatz des Konzerns entsprechen. Bei der Bestimmung dieser angemessenen Werte sind Einschätzungen durch das Management erforderlich. Weitere Informationen zu den Ergebnissen der Sensitivitätsanalyse können Note 82 (Angaben zu den Bewertungshierarchien von Finanzinstrumenten) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012 entnommen werden.

Umkategorisierung von finanziellen Vermögenswerten

In seiner Mitteilung vom 13. Oktober 2008 hat das IASB ein Amendment verabschiedet, das die Umkategorisierung bestimmter Finanzinstrumente vorsieht, die zuvor gemäß IFRS zum Fair Value ausgewiesen wurden. Danach ist es erlaubt, bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Kategorien zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in die Kategorie Kredite und Forderungen umzukategorisieren. Für die umzuklassifizierenden Vermögenswerte muss sich seit deren erstmaligem Ansatz die vom Management festgelegte Zweckbestimmung deutlich geändert haben, wobei diese Änderung darin besteht, diese Vermögenswerte in absehbarer Zukunft zu halten, und der finanzielle Vermögenswert muss am Umkategorisierungsstichtag die Definition der Kategorie Kredite und Forderungen erfüllen. Außerdem muss am Umkategorisierungsstichtag die Möglichkeit bestehen, den Vermögenswert auf absehbare Zeit zu halten. Es ist nicht möglich, den finanziellen Vermögenswert zu einem späteren Zeitpunkt in die Handelsaktiva oder in die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte zurückzuklassifizieren. Weitere Informationen zu Art und Höhe der vom Konzern umkategorisierten Vermögenswerte können Note 54 (Finanzanlagen) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012 entnommen werden.

Grundsätzlich werden Vermögenswerte, die umkategorisiert werden dürfen, nur insoweit umkategorisiert, wie die erwarteten zukünftigen Zahlungsströme deren geschätzte Fair Values übersteigen. Um solche Vermögenswerte zu identifizieren, sind wesentliche Einschätzungen seitens des Managements sowie das Treffen von Annahmen, die auch wesentlichen Einschätzungen des Managements unterliegen, erforderlich. Das Gleiche gilt, um den Fair Value der identifizierten Vermögenswerte am Umkategorisierungsstichtag zu bestimmen (wie im Abschnitt „—Bewertung von Finanzinstrumenten“ beschrieben). Die Frage, ob tatsächlich eine Änderung der Absicht vorliegt, den Vermögenswert auf absehbare Zeit zu halten, erfordert ebenfalls wesentliche Beurteilungen durch das Management.

Zum 30. September 2008 und zum 30. November 2008 kategorisierte der COMMERZBANK-Konzern Wertpapiere des Public-Finance-Portfolios aus der Kategorie Available-for-Sale in die Kategorie Loans and Receivables um. Zu den Umkategorisierungszeitpunkten betrug der Nennwert des ausgewählten Bestands EUR 45 Mrd. beziehungsweise EUR 32 Mrd. und der Fair Value EUR 44 Mrd. beziehungsweise EUR 34 Mrd.

Zum 31. Januar 2009 und zum 31. Mai 2009 kategorisierte der COMMERZBANK-Konzern erneut Wertpapiere des Public-Finance-Portfolios aus der Kategorie Available-for-Sale in die Kategorie Loans and Receivables um. Zu den Umkategorisierungszeitpunkten betrug der Nennwert des ausgewählten Bestands EUR 2,6 Mrd. beziehungsweise EUR 0,8 Mrd. und der Fair Value EUR 2,5 Mrd. beziehungsweise EUR 0,9 Mrd.

Die Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern belief sich zum 31. März 2013 für alle umkategorisierten Wertpapiere der Geschäftsjahre 2008 und 2009 auf EUR –0,7 Mrd. Ohne die durchgeführten Umkategorisierungen hätte sich für diese Bestände zum 31. März 2013 eine Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern als Teil des Eigenkapitals von EUR –3,6 Mrd. ergeben. Das Eigenkapital wäre also um den Unterschiedsbetrag der beiden vorgenannten Zahlen reduziert. Siehe „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Faktoren—Umklassifizierungen gemäß IAS 39“. Weitere Informationen können Note 54 (Finanzanlagen) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2010, Note 53 (Finanzanlagen) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2011, Note 54 (Finanzanlagen) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012 sowie Note 16 (Finanzanlagen) zum verkürzten Konzernzwischenabschluss zum 31. März 2013 entnommen werden.

Wertminderung von finanziellen Vermögenswerte der Kategorie Kredite und Forderungen (Kredite sowie Wertpapiere öffentlicher und anderer Emittenten)

Der vom COMMERZBANK-Konzern für Verluste aus der Wertminderung von Kundenkrediten verwendete Bilanzierungsgrundsatz wird in Note 9 (Risikovorsorge im Kreditgeschäft) und Note 50 (Risikovorsorge im Kreditgeschäft) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012 beschrieben. Wertminderungen im Kreditgeschäft (Wertberichtigungen) stellen beste Einschätzungen der im Kreditportfolio zum Bilanzstichtag erwarteten Verluste durch das Management dar. Für Wertpapiere öffentlicher und anderer Emittenten der Kategorie Kredite und Forderungen wird eine Wertminderung nach analogen Maßstäben wie für das Kreditgeschäft gebildet.

Die Bestimmung der notwendigen Wertberichtigungen für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, erfordert oftmals umfangreiche Einschätzungen durch das Management hinsichtlich zahlreicher verschiedener Einflussfaktoren, wie z.B. lokaler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, der finanziellen Performance des Kreditnehmers sowie des Wertes gehaltener Sicherheiten, für die es keinen leicht zugänglichen Markt gibt. In bestimmten Fällen wird zur Beurteilung der Wertminderung der Unternehmenswert des Kreditnehmers ermittelt. Dies erfordert umfangreiche Einschätzungen durch das

Management im Hinblick auf den Verkaufszeitpunkt und den Marktwert des kreditnehmenden Unternehmens. Die tatsächlichen Cash Flows können sowohl bezüglich der Höhe als auch des Zeitpunkts des Geldeingangs von den vom Management zugrunde gelegten Schätzungen erheblich abweichen und folglich dazu führen, dass die tatsächlichen Verluste von den berichteten Wertminderungen ebenfalls abweichen. Solche Fehleinschätzungen können somit erhebliche Auswirkungen auf die Höhe der Risikovorsorge und somit auf das Konzernergebnis sowie die Finanzlage des COMMERZBANK-Konzerns haben.

Kleinere, gleichartige Kredite mit ähnlichen Risikomerkmale, wie beispielsweise Kredite an Privatpersonen und kleine Unternehmen im Privatkunden- und Retailgeschäft, werden zu Portfolios zusammengefasst, für die mit Hilfe von statistischen Modellen der erforderliche Wertberichtigungsbedarf auf Portfolioebene ermittelt wird. Die Datenbasis ist vergangenheitsbasiert und bildet zukünftige Entwicklungen daher unter Umständen nicht ab. Durch zu geringe Datenmengen oder eine eingeschränkte Datenqualität kann es ebenfalls zu erheblichen Abweichungen zwischen der ermittelten Wertberichtigung und den tatsächlichen Verlusten kommen. Änderungen des für die Schätzung der Wertberichtigungen dieser Portfolios verwendeten Modells können erhebliche Auswirkungen auf die Höhe der Risikovorsorge und somit auf das Konzernergebnis sowie die Finanzlage des COMMERZBANK-Konzerns haben.

Ferner wird die Verwendung statistisch unterlegter historischer Informationen durch wesentliche Einschätzungen seitens des Managements ergänzt, nämlich um zu beurteilen, ob sich aus den derzeitigen Wirtschafts- und Kreditbedingungen möglicherweise ergibt, dass der tatsächliche Wert inhärenter Verluste voraussichtlich höher oder niedriger ausfallen wird, als gemäß den historischen Daten anzunehmen ist. Unter normalen Umständen liefern historische Daten die objektivsten und relevantesten Informationen zur Beurteilung des inhärenten Verlusts eines Portfolios. Unter bestimmten Umständen liefern die historischen Verluste weniger relevante Informationen über den inhärenten Verlust in einem bestimmten Portfolio zum Bilanzstichtag, beispielsweise bei Veränderungen im wirtschaftlichen oder aufsichtsrechtlichen Umfeld oder im Verhalten, was dazu führt, dass die jüngsten Trends der Portfolio-Risikofaktoren in den statistischen Modellen nicht vollständig reflektiert werden. Unter diesen Umständen können diese Risikofaktoren bei der Ermittlung des angemessenen Wertes für die Wertberichtigung durch Anpassung der ausschließlich aus den historischen Verlusten abgeleiteten Wertberichtigung berücksichtigt werden, wenngleich sich auch hier Unsicherheiten bei Ausübung des Ermessensspielraums durch das Management ergeben können.

Dieser wichtige Bereich, in dem Einschätzungen zum Tragen kommen, unterliegt Ungewissheiten und wird in hohem Maße von verschiedenen Faktoren beeinflusst, wie etwa Wachstum des Kreditportfolios, Produktmix, Entwicklung der Zahl der Insolvenzen, geografischen Konzentrationen, Merkmale der Kreditprodukte, wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (wie nationale und lokale Trends auf dem Wohnungsmarkt und Arbeitslosenquote), Höhe der Zinssätze, bisheriger Laufzeit des Portfolios, Grundsätzen und Verfahren der Kundenbetreuung, Änderungen von Gesetzen und Verordnungen und anderen Faktoren, die sich auf die Zahlungswilligkeit- und fähigkeit der Kunden auswirken können. In verschiedenen Regionen und Ländern werden unterschiedliche Faktoren angewendet, um die unterschiedlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Gesetze und Verordnungen widerzuspiegeln. Die diesen Einschätzungen zugrunde liegenden Annahmen sind in hohem Maße subjektiv. Die COMMERZBANK überprüft in regelmäßigen Abständen die von ihr zur Ermittlung der Verluste durch Wertminderungen verwendeten Methoden und Annahmen vor dem Hintergrund der Unterschiede zwischen Verlusteinschätzungen und tatsächlich eingetretenen Verlusten. Beispielsweise erfolgt im Rahmen der jährlichen Überprüfung der Ratingverfahren die Neukalibrierung der Ausfallwahrscheinlichkeiten.

Der Gesamtbetrag der Wertberichtigungen des Konzerns auf gleichartige Darlehensgruppen ist naturgemäß ungewiss, da er in hohem Maße auf Veränderungen im Wirtschafts- und Kreditumfeld in zahlreichen geografischen Gebieten reagiert. Das Wirtschafts- und Kreditumfeld in geografischen Gebieten wird von vielen Faktoren beeinflusst, die sich in hohem Maße wechselseitig bedingen, so dass es keinen einzelnen Faktor gibt, auf den die Wertberichtigung im Kreditgeschäft des Konzerns als Ganzes reagiert.

Die erfolgswirksamen Zuführungen und Auflösungen führten unter Berücksichtigung von Direktabschreibungen, Zuschreibungen und Eingängen auf abgeschriebene Forderungen zu einem Risikovorsorgeaufwand von EUR 267 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 im Vergleich zu EUR 212 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012. Im Geschäftsjahr 2012 betrug der Risikovorsorgeaufwand EUR 1.660 Mio., im Vergleich zu EUR 1.390 Mio. im Geschäftsjahr 2011 und EUR 2.499 Mio. im Geschäftsjahr 2010. Das Bewertungsergebnis (Saldo aus Wertminderungen und Zuschreibungen) für Wertpapiere der Kategorie Kredite und Forderungen betrug EUR 0 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 im Vergleich zu EUR –2 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012. Im Geschäftsjahr 2012 betrug dieses Bewertungsergebnis EUR –60 Mio. im Vergleich zu EUR –2.897 Mio. im Geschäftsjahr 2011 und EUR –4 Mio. im Geschäftsjahr 2010. Weitere Informationen können Note 5 (Ergebnis aus Finanzanlagen) und Note 2 (Risikovorsorge im Kreditgeschäft) zum verkürzten Konzernzwischenabschluss der Gesellschaft zum 31. März 2013, Note 36 (Ergebnis auf Finanzanlagen) und

Note 50 (Risikovorsorge im Kreditgeschäft) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012, Note 36 (Ergebnis auf Finanzanlagen) und Note 49 (Risikovorsorge im Kreditgeschäft) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2011 und Note 36 (Ergebnis auf Finanzanlagen) und Note 50 (Risikovorsorge im Kreditgeschäft) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2010 entnommen werden.

Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (Available-for-Sale)

Der Bilanzierungsgrundsatz des COMMERZBANK-Konzerns für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Schuldverschreibungen und andere verzinsliche Wertpapiere öffentlicher und anderer Emittenten, Aktien und andere eigenkapitalbezogene Wertpapiere sowie Beteiligungen und Anteile an Tochterunternehmen) wird in Note 5 (Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung (IAS 39)) und Note 14 (Finanzanlagen) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012 beschrieben.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden zum Fair Value bewertet. Bewertungsergebnisse werden bei Beständen der Kategorie Available-for-Sale – nach Berücksichtigung latenter Steuern – innerhalb des Eigenkapitals in die Neubewertungsrücklage eingestellt. Eine erfolgswirksame Realisierung von Gewinnen oder Verlusten findet erst bei Verkauf oder im Falle einer Wertminderung im Ergebnis aus Finanzanlagen statt. Eine Wertminderung wird gebucht, wenn der objektive Nachweis einer Wertminderung infolge von Verlustereignissen vorliegt, die sich auf die geschätzten zukünftigen Zahlungsströme des finanziellen Vermögenswerts, die zuverlässig geschätzt werden können, auswirken. Ein weiterer Rückgang des Fair Values eines Schuldtitels der Kategorie Available-for-Sale nach einer ersten Wertminderung wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns gebucht, wenn ein objektiver Nachweis für eine weitere Wertminderung vorliegt.

Bei der Feststellung, ob ein objektiver Nachweis für den Eintritt einer Wertminderung vorliegt, ist die Einschätzung des Managements erforderlich. Sobald eine Wertminderung identifiziert wurde, wird die Höhe der Wertminderung in Bezug auf den Fair Value des Vermögenswertes bewertet. Weitere Informationen über Annahmen und Einschätzungen, die die Beurteilung durch das Management in Bezug auf die Ermittlung der Fair Values von Finanzinstrumenten erfordern, können dem Abschnitt „—Bewertung von Finanzinstrumenten“ entnommen werden.

Der für die Feststellung, ob ein Schuldtitel der Kategorie Available-for-Sale nicht ordnungsgemäß bedient ist, erforderliche objektive Nachweis umfasst den Nachweis über den Eintritt eines Verlustereignisses und den Nachweis, dass das Verlustereignis zu einer Verminderung der geschätzten zukünftigen Zahlungsströme führt. Können die Zahlungsströme leicht bestimmt werden, sind weniger Annahmen erforderlich. Erfordert die Feststellung geschätzter zukünftiger Zahlungsströme die Berücksichtigung einer Reihe von Variablen, von denen einige im aktuellen Marktumfeld möglicherweise nicht beobachtbar sind, sind mehr Beurteilungen erforderlich.

Die wesentlichsten Beurteilungen betreffen komplexere Instrumente, wie Asset-backed Securities, bei denen Faktoren wie die geschätzten zukünftigen Zahlungsströme auf die zugrunde liegenden Sicherheitenpools berücksichtigt werden müssen, darunter gegebenenfalls vorzeitige Tilgungen und Tilgungsraten, Umfang und Nachhaltigkeit von Rückgängen der Marktpreise und Änderungen des Kreditratings. Die Überprüfung geschätzter zukünftiger Zahlungsströme auf zugrunde liegende Sicherheiten unterliegt Ungewissheiten, wenn die Bewertung auf historischen Daten zu Pools von Vermögenswerten basiert. Zur Feststellung, ob die historische Performance für das Wirtschafts- und Kreditumfeld repräsentativ bleibt, sind Einschätzungen erforderlich.

Auf Grund der Palette unterschiedlicher Wertpapierarten, der Breite geografischer Gebiete, in denen diese Wertpapiere gehalten werden, und der großen Bandbreite an Faktoren, die den Eintritt eines Verlustereignisses und die Zahlungsströme der Wertpapiere beeinträchtigen können, unter anderem unterschiedliche Kategorien von Sicherheiten, gibt es keinen einzelnen Faktor, auf den der Wertminderungsaufwand des Konzerns für Schuldtitel der Kategorie Available-for-Sale besonders empfindlich reagiert.

Das Bewertungsergebnis aus zinstragendem Geschäft der Kategorie Available-for-Sale betrug im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 EUR –8 Mio. im Vergleich zu EUR 2 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 sowie im Geschäftsjahr 2012 EUR –3 Mio. im Vergleich zu EUR –322 Mio. im Geschäftsjahr 2011 und EUR 323 Mio. im Geschäftsjahr 2010. Das Bewertungsergebnis aus Eigenkapitalinstrumenten der Kategorie Available-for-Sale betrug im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013 EUR –1 Mio. im Vergleich zu EUR 0 Mio. im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 sowie im Geschäftsjahr 2012 EUR –27 Mio. im Vergleich zu EUR –77 Mio. im Geschäftsjahr 2011 und EUR –39 Mio. im Geschäftsjahr 2010.

Wertminderungen von Geschäfts- oder Firmenwerten (Goodwill) sowie Markennamen

Die Bilanzierungsgrundsätze des COMMERZBANK-Konzerns für Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen sind in Note 15 (Immaterielle Anlagewerte) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012 beschrieben.

Der Vorgang der Identifizierung und Bewertung der Wertminderung auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen ist naturgemäß ungewiss, da bei einer Reihe von Schätzungen, deren Ergebnisse in hohem Maße von den verwendeten Annahmen abhängen, wesentliche Einschätzungen durch das Management erforderlich sind. Die Bestimmung des erzielbaren Betrags im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung erfordert Schätzungen auf Basis von Börsenkursen, Preisen vergleichbarer Geschäfte, Barwert- oder sonstigen Bewertungsverfahren oder einer Kombination hieraus. Insbesondere stellen die Überprüfung der Wertminderung auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen die besten Einschätzungen der nachstehenden Faktoren durch das Management dar:

- Die zukünftigen Zahlungsströme der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (Cash Generating Units, CGU) sind bedingt durch die prognostizierten Zahlungsströme für die Zeiträume, für die ausführliche Prognosen vorliegen, und danach durch Annahmen bezüglich langfristiger Muster nachhaltiger Zahlungsströme. Prognosen werden mit der tatsächlichen Performance und überprüfbareren wirtschaftlichen Daten in künftigen Jahren verglichen. Notwendigerweise und richtigerweise spiegeln die prognostizierten Zahlungsströme jedoch die Ansicht des Managements bezüglich künftiger Geschäftsaussichten zum Zeitpunkt der Beurteilung wider; und
- der zur Abzinsung der künftig erwarteten Zahlungsströme verwendete Satz basiert auf den einzelnen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugewiesenen Kapitalkosten und kann erhebliche Auswirkungen auf die Bewertung der zahlungsmittelgenerierenden Einheit haben. Der Kapitalkostensatz wird im Allgemeinen von einem Capital Asset Pricing Model (CAPM) abgeleitet, das Faktoren berücksichtigt, welche eine Reihe finanzieller und wirtschaftlicher Variablen reflektieren, darunter den risikofreien Zinssatz im betroffenen Land und einen Aufschlag für das inhärente Risiko des beurteilten Unternehmens. Diese Variablen unterliegen den Schwankungen externer Marktpreise und Wirtschaftsbedingungen, auf die das Management keinen Einfluss hat, und werden daher auf der Grundlage wesentlicher Einschätzungen seitens des Managements festgestellt und unterliegen Unwägbarkeiten.

Wenn diese Bewertung zeigt, dass die erwarteten Zahlungsströme einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit gesunken sind und/oder dass ihre Kapitalkosten gestiegen sind, so führt dies zu einer Herabsetzung des geschätzten erzielbaren Betrags der zahlungsmittelgenerierenden Einheit. Wenn sie niedriger als der Bilanzwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit ist, wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns für das betroffene Jahr eine Wertminderung von Geschäfts- oder Firmenwert sowie Markennamen ausgewiesen.

Die Richtigkeit der prognostizierten Zahlungsströme unterliegt in hohem Maße Unsicherheiten, dies gilt insbesondere bei schwankenden Marktbedingungen. Bei derartigen Marktbedingungen überprüft das Management die Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen häufiger als einmal im Jahr, um sicherzustellen, dass die Annahmen, auf denen die Prognosen für die Zahlungsströme basieren, weiterhin derzeitige Marktbedingungen und die beste Einschätzung zukünftiger Geschäftsaussichten seitens des Managements widerspiegeln.

Für die Geschäftsjahre 2010, 2011 und 2012 sowie das erste Quartal des Geschäftsjahres 2013 wurden keine Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte ausgewiesen. Weitere Informationen können Note 56 (Immaterielle Anlagewerte) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012 entnommen werden.

Für die Geschäftsjahre 2010, 2011 und 2012 sowie für das erste Quartal des Geschäftsjahres 2013 wurden keine Wertminderungen auf Markennamen ausgewiesen.

Latente Steuern

Der Bilanzierungsgrundsatz des COMMERZBANK-Konzerns für die Bildung von latenten Steuern wird in Note 26 (Ertragsteuern) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012 beschrieben.

Latente Ertragsteueransprüche und -schulden reflektieren die künftigen steuerlichen Folgen, die sich einerseits aus den steuerlich relevanten unterschiedlichen Wertansätzen eines Vermögenswertes oder einer Verpflichtung der jeweiligen Einheit des COMMERZBANK-Konzerns zwischen Handelsbilanz und Steuerbilanz zum Bilanzstichtag ergeben und andererseits die steuerentlastenden Effekte, die aus der Nutzung von bestehenden steuerlichen Verlustvorträgen und noch nicht verbrauchten Steuergutschriften resultieren.

Der COMMERZBANK-Konzern ist verpflichtet, die sich aus den oben dargestellten Sachverhalten ergebenden latenten Steuern (wie auch im Falle von tatsächlichen Steuern) als Ertrag beziehungsweise Aufwand auszuweisen und sie in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung der betreffenden Periode zu erfassen. Beziehen sich jedoch tatsächliche oder latente Ertragsteuern auf Posten, die außerhalb der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst wurden, so sind auch die darauf entfallenden Steuern erfolgsneutral zu erfassen (IAS 12.61A). Latente Ertragsteueransprüche und -schulden werden in der Bilanz getrennt von den tatsächlichen Ertragsteuern ausgewiesen. Aktive latente Steuern werden bilanziert, soweit es nach der Einschätzung der jeweiligen Einheit des COMMERZBANK-Konzerns auf der Grundlage der von der COMMERZBANK entwickelten Kriterien und Richtlinien wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen wird, gegen das die abzugsfähigen temporären Differenzen, die steuerlichen Verlustvorträge oder die noch nicht genutzten Steuergutschriften im Steuerplanungszeitraum verwendet werden können. Sollte eine Einheit des COMMERZBANK-Konzerns feststellen, dass ihre aktiven latenten Steuern in Zukunft ganz oder teilweise nicht mehr genutzt werden können, ist auf die latenten Ertragsteueransprüche eine Wertberichtigung zu bilden, die grundsätzlich zu einem latenten Steueraufwand in der Periode führen würde. In den Fällen des IAS 12.61A (erfolgsneutral gebildete latente Steuern) hat die Wertberichtigung keinen Effekt auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung.

Die latenten Ertragssteueransprüche des COMMERZBANK-Konzerns beliefen sich zum 31. März 2013 auf EUR 3.304 Mio., nachdem sie zum 31. Dezember 2012 EUR 3.015 Mio. (nach Anpassung aus der Erstanwendung des geänderten Standards IAS 19: EUR 3.216 Mio.), zum 31. Dezember 2011 EUR 4.154 Mio. sowie zum 31. Dezember 2010 EUR 3.567 Mio. betragen hatten. Die latenten Ertragssteuerschulden des COMMERZBANK-Konzerns beliefen sich zum 31. März 2013 auf EUR 248 Mio., nachdem sie zum 31. Dezember 2012 EUR 90 Mio. (nach Anpassung aus der Erstanwendung des geänderten Standards IAS 19: EUR 91 Mio.), zum 31. Dezember 2011 EUR 189 Mio. sowie zum 31. Dezember 2010 EUR 222 Mio. betragen hatten. Die steuerlichen Verlustvorträge, auf die keine aktiven latenten Steuern gebildet wurden, beliefen sich zum 31. März 2013 auf EUR 11.417 Mio. (Körperschaftsteuer) und EUR 5.244 Mio. (Gewerbsteuer), nachdem sie zum 31. Dezember 2012 EUR 11.485 Mio. (Körperschaftsteuer) und EUR 4.929 Mio. (Gewerbsteuer), zum 31. Dezember 2011 EUR 11.680 Mio. (Körperschaftsteuer) und EUR 4.628 Mio. (Gewerbsteuer) sowie zum 31. Dezember 2010 EUR 10.620 Mio. (Körperschaftsteuer) und EUR 4.029 Mio. (Gewerbsteuer) betragen hatten. Weitere Informationen können Note 58 (Ertragsteueransprüche) und Note 69 (Ertragsteuerschulden) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012, Note 57 (Ertragsteueransprüche) und Note 68 (Ertragsteuerschulden) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2011, sowie Note 58 (Ertragsteueransprüche) und Note 69 (Ertragsteuerschulden) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2010 entnommen werden.

Rückstellungen für Pensionen

Der Bilanzierungsgrundsatz des COMMERZBANK-Konzerns für Rückstellungen für Pensionen bis zum 31. Dezember 2012 ist in Note 24 (Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012 beschrieben. Ab dem 1. Januar 2013 kommen die Bestimmungen des geänderten IAS 19 zur Anwendung.

Der Konzern verwendet versicherungsmathematische Methoden (das Anwartschaftsbarwertverfahren nach IAS 19) zur Ermittlung der Rückstellungen für seine Verpflichtungen aus seinen Leistungszusagen und ähnlichen Verpflichtungen. Folglich werden der Aufwand und gegebenenfalls die Erträge betreffend diese Verpflichtungen durch Änderungen der Annahmen, die der Konzern der Bestimmung der endgültigen Höhe ihrer Pensionsverpflichtungen zugrunde legt, insbesondere auch des zur Berechnung des Barwerts seiner Pensionsverpflichtungen verwendeten Rechnungszinsfußes und der Vermutungen über die Lebenserwartung seiner im Ruhestand befindlichen Mitarbeiter, beeinflusst. Die Anwendung eines niedrigeren Rechnungszinsfußes oder einer höheren Lebenserwartung in einem bestimmten Jahr kann die Pensionsaufwendungen des Konzerns erhöhen. Zudem beeinflusst eine Änderung des allgemeinen Zinsniveaus die Ermittlung des Wertes der Pensionsverpflichtungen des Konzerns.

Bis zum 31. Dezember 2011 führten die unrealisierten versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste, die eine bestimmte Schwelle überstiegen, zu einer Anpassung der Pensionsrückstellungen des Konzerns. Die COMMERZBANK hatte sich dafür entschieden, noch nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne oder Verluste schneller als die Regelmortisation in IAS 19 zu erfassen. Dazu wurden ab einer Signifikanzgrenze von 75% des 10%-Korridors 20% der innerhalb des Korridors liegenden Gewinne oder Verluste amortisiert. Die Auswirkungen einer solchen Anpassung auf das Konzernergebnis konnten positiv oder negativ sein.

Mit der Anwendung des geänderten IAS 19 für Geschäftsjahre, die ab dem 1. Januar 2013 beginnen, entfällt die Korridormethode. Versicherungsmathematische Gewinne oder Verluste werden dann sofort und in voller Höhe gemäß IAS 19.93A unmittelbar erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Die zum Erstanwendungszeitpunkt bislang nicht erfassten versicherungsmathematischen Verluste wurden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst (siehe „—Wesentliche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

beeinflussende Faktoren—Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze—*Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2013*“). Die ab dem 1. Januar 2013 erforderliche sofortige Erfassung der versicherungsmathematische Gewinne oder Verluste wird zu einer höheren Eigenkapitalvolatilität führen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betragen zum 31. März 2013 EUR 810 Mio. im Vergleich zu EUR 210 Mio. zum 31. Dezember 2012 (nach Anpassung aus der Erstanwendung des geänderten Standards IAS 19: EUR 1.050 Mio.), zu EUR 437 Mio. zum 31. Dezember 2011 und zu EUR 539 Mio. zum 31. Dezember 2010. Weitere Informationen können Note 68 (Rückstellungen) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012, Note 67 (Rückstellungen) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2011 und Note 68 (Rückstellungen) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2010 entnommen werden.

Ungewisse Verpflichtungen aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren sowie Steuerrisiken

Der Konzern übt seine Geschäftsaktivitäten in zahlreichen verschiedenen rechtlichen, aufsichtsrechtlichen und steuerlichen Rechtsordnungen aus. Daraus können sich rechtliche Ansprüche, aufsichtsbehördliche Verfahren und Rückstellungen für ungewisse Steuerpositionen ergeben.

Die Verwendung von Schätzwerten ist bei der Ermittlung des Rückstellungsbedarfs für potenzielle Verluste aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren und ungewissen Steuerpositionen wichtig. Der Konzern bemisst solche potenziellen Verluste, soweit sie wahrscheinlich und schätzbar sind, nach Maßgabe von IAS 37, „Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets“, sowie IAS 12, „Income Taxes“. Die Bezifferung von Rückstellungen erfordert Einschätzungen in großem Umfang. Die endgültigen Verbindlichkeiten können hiervon letztlich erheblich abweichen.

Der Rückstellungsbedarf in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegt zahlreichen Unsicherheiten; das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeiten und die Bezifferung der wahrscheinlichen Inanspruchnahme erfordert in großem Umfang Schätzungen. Zu der Frage, wie der Konzern den Rückstellungsbedarf beziffert, siehe im Einzelnen „*Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns—Rechtsstreitigkeiten*“. Den Ausgang der Rechtsstreitigkeiten des Konzerns zu prognostizieren ist naturgemäß schwierig, insbesondere in Fällen, in denen die Anspruchsteller erhebliche oder unbezifferte Schadensersatzansprüche geltend machen.

Rückstellungen für Prozesse und Regresse betragen zum 31. März 2013 EUR 1.076 Mio. im Vergleich zu EUR 982 Mio. zum 31. Dezember 2012, zu EUR 822 Mio. zum 31. Dezember 2011 und EUR 808 Mio. zum 31. Dezember 2010. Weitere Informationen können Note 68c (Rückstellungen—Sonstige Rückstellungen) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012, Note 67c (Rückstellungen—Sonstige Rückstellungen) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2011 und Note 67c (Rückstellungen—Sonstige Rückstellungen) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2010 entnommen werden.

RISIKOMANAGEMENT

Grundsätze und Strategie des Risikomanagements

Die Risikosteuerung ist ein elementarer Bestandteil aller Geschäftsprozesse des COMMERZBANK-Konzerns und darauf ausgerichtet, die Unternehmenssteuerung zu unterstützen. Risiken werden identifiziert, gemessen und entsprechend der Risikoneigung der COMMERZBANK gesteuert und überwacht. Trotz sorgfältiger Modellentwicklung und regelmäßiger Kontrolle können Modelle nicht alle in der Realität wirksamen Einflussfaktoren vollständig erfassen und deren komplexes Verhalten einschließlich Wechselwirkungen abbilden. Diese Grenzen der Risikomodellierung gelten insbesondere für Extremsituationen. Ergänzende Stresstests und Szenarioanalysen können nur beispielhaft zeigen, welchen Risiken ein Portfolio unter extremen Marktsituationen unterliegen kann, eine Untersuchung aller denkbaren Szenarien ist jedoch auch bei Stresstests nicht möglich.

Als Risiko bezeichnet die COMMERZBANK die Gefahr möglicher Verluste oder entgangener Gewinne auf Grund interner oder externer Faktoren. Die Risikosteuerung unterscheidet grundsätzlich zwischen quantifizierbaren – also üblicherweise im Jahresabschluss oder in der Kapitalbindung bewertbaren – und nicht quantifizierbaren Risikoarten, wie zum Beispiel Reputations- und Compliancerisiken.

In der Gesamtrisikostrategie werden, Hand in Hand mit der Geschäftsstrategie, die risikostrategischen Leitplanken für die Entwicklung des Investitionsportfolios der COMMERZBANK definiert. Außerdem wird der Risikoappetit als maximales Risiko festgelegt, das die COMMERZBANK bei dem Verfolgen ihrer Geschäftsziele einzugehen bereit und in der Lage ist. Leitgedanke ist die Sicherstellung einer angemessenen Liquiditäts- und Kapitalausstattung des Konzerns. Aus diesen Anforderungen werden Limite für die dem Konzern zur Verfügung stehenden Risikoressourcen Kapital und Liquiditätsreserve abgeleitet.

Aus der Kernfunktion einer Bank als Liquiditäts- und Risikotransformator resultieren unvermeidliche Bedrohungen, die im Extremfall den Fortbestand des Instituts gefährden können. Zu diesen inhärenten existenziellen Bedrohungen zählen für die COMMERZBANK aufgrund ihres Geschäftsmodells beispielsweise der Ausfall von Deutschland, Polen, einem der anderen großen EU-Länder (Frankreich, Italien, Spanien oder Großbritannien) oder der USA, eine tiefe, mehrere Jahre anhaltende Rezession mit schweren Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft oder der Wegfall einer wichtigen Zentralbank (insbesondere die EZB oder die U.S. Federal Reserve Bank), eines funktionsfähigen Repo-Marktes oder der Ausfall eines systemrelevanten Clearing-Hauses. Diese Risiken werden bei der Verfolgung des Geschäftszieles in Kauf genommen und liegen außerhalb der im Rahmen der Risikostrategie festgelegten Steuerung.

Die COMMERZBANK strebt an, sicherzustellen, dass die Gesamtrisikostrategie alle wesentlichen Risiken abdeckt, denen die COMMERZBANK ausgesetzt ist. Sie wird in Form von Teilrisikostrategien für die wesentlichen Risikoarten weiter detailliert und über Policies, Regularien und Arbeitsanweisungen/Richtlinien konkretisiert und operationalisiert. Im jährlich durchzuführenden Prozess der Risikoinventur soll sichergestellt werden, dass alle erkennbaren, für den Konzern wesentlichen Risiken identifiziert werden. Die Einschätzung der Wesentlichkeit richtet sich hierbei nach der Frage, ob das Eintreten des Risikos mittel- oder untermittelbar einen maßgeblichen negativen Einfluss auf die Risikotragfähigkeit des Konzerns haben könnte.

Im Rahmen des Planungsprozesses entscheidet der Vorstand, in welchem Umfang das Risikodeckungspotenzial des Konzerns ausgeschöpft werden soll. Auf dieser Basis werden in einem zweiten Schritt die einzelnen Risikoarten limitiert. Als Ergebnis der Planung wird den steuerungrelevanten Einheiten ein Kapitalrahmen zugewiesen. Im Rahmen des unterjährigen Monitorings wird die Einhaltung der Limite und Leitplanken überprüft und bei Bedarf werden Steuerungsimpulse gesetzt.

Das Vermeiden von Risikokonzentrationen ist eine der originären Aufgaben des Risikomanagements. Risikokonzentrationen können sowohl durch den Gleichlauf von Risikopositionen innerhalb einer Risikoart („Intra-Risikokonzentrationen“) als auch durch den Gleichlauf von Risikopositionen über verschiedene Risikoarten hinweg (durch gemeinsame Risikotreiber oder durch Interaktionen verschiedener Risikotreiber unterschiedlicher Risikoarten – „Inter-Risikokonzentrationen“) entstehen.

Durch eine angemessene Einrichtung von Risikosteuerungs- und Controllingprozessen, die dazu geeignet sein sollten, eine Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation der wesentlichen Risiken und damit verbundener Risikokonzentrationen zu gewährleisten, soll sichergestellt werden, dass alle COMMERZBANK-spezifischen Risikokonzentrationen entsprechend berücksichtigt werden. Ein wesentliches Ziel ist dabei, frühzeitig Transparenz über Risikokonzentrationen zu schaffen und potenzielle Verlustgefahren zu reduzieren. Zum Management und zur Steuerung von COMMERZBANK-spezifischen Inter-Risikokonzentrationen verwendet die COMMERZBANK eine Kombination von Portfolio- und Szenarioanalysen. Mithilfe von Stresstests werden die Analysen von Risikokonzentrationen vertieft und gegebenenfalls neue Treiber für Risikokonzentrationen identifiziert. Das Management wird regelmäßig über die Ergebnisse der Analysen informiert.

Gemäß dem Prinzip „Three Lines of Defense“ ist die Abwehr unerwünschter Risiken nicht auf die Bearbeitung durch die Risikofunktion beschränkt. Die Marktseite stellt die erste Verteidigungslinie dar und hat bei Geschäftsentscheidungen Risikoaspekte zu berücksichtigen. Zweite Verteidigungslinie ist die Risikofunktion, deren ureigenste Aufgabe in der Steuerung, Beschränkung und Überwachung von Risiken liegt. Die dritte Verteidigungslinie bilden interne und externe Kontrollinstanzen (interne Revision, Aufsichtsrat, Wirtschaftsprüfer, Aufsichtsbehörden).

Mitarbeiter, die einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil der COMMERZBANK haben (sogenannte Risk Taker), werden zudem im Rahmen der Regelungen zu den Vergütungsprozessen identifiziert. Aufgrund ihrer besonderen Bedeutung für das Gesamtergebnis der COMMERZBANK gelten für diese Mitarbeiter gesonderte Regelungen in Bezug auf die Messung ihrer Performance und die Bemessung ihrer variablen Vergütung. Hierbei spielen insbesondere die Einhaltung von Regeln und Anweisungen (Code of Conduct), die Nachhaltigkeit der zugrunde liegenden Performance und das Risikoverhalten des Risk Takers eine Rolle. Aber auch kollektive Kriterien aus den Bereichen Konzernernfolg und Liquiditätsrisiko können dazu führen, dass Ansprüche auf langfristig auszahlbare Gehaltskomponenten nicht oder nicht in vollem Umfang entstehen.

Darüber hinaus hat die COMMERZBANK spezielle Leitlinien für die Risikofunktion (sogenannte „RiskWerte“) aufgestellt. Dabei werden nicht nur quantifizierbare Methoden und Modelle, sondern auch Portfolioexpertise mit dem Ziel eingesetzt, die Analyse und Steuerung aller Teilportfolios und quantifizierbaren Risikoarten mit Fokus unter anderem auf Konzentrationsrisiken, Portfolioreagibilität und Kapitalallokation zu ermöglichen. Recovery-Erfolge leisten einen Beitrag zur Reduzierung der Risikokosten. In Verbindung mit konsistenten Risikostrategien, Policies und Prozessen sind dies die Eckpfeiler für eine ergebnisorientierte Risikosteuerung.

Definition der wesentlichen Risikoarten

- **Adressenausfallrisiken** (beziehungswise Kreditrisiken) umfassen das Risiko von Verlusten auf Grund von Ausfällen von Geschäftspartnern sowie die Veränderung dieses Risikos. Unter Adressenausfallrisiken subsumiert die COMMERZBANK neben den Kreditausfall- und Drittschuldnerisiken auch das Kontrahenten- und Emittentenrisiko sowie das Länder- bzw. Transferrisiko.
- **Marktpreisrisiken** drücken die Gefahr möglicher ökonomischer Wertverluste aus, die durch die Veränderung von Marktpreisen (Zinsen, Rohwaren, Credit Spreads, Devisen- und Aktienkurse) oder sonstiger preisbeeinflussender Parameter (Volatilitäten, Korrelationen) entstehen. Die Wertverluste können unmittelbar erfolgswirksam werden, zum Beispiel bei Handelsbuchpositionen, oder im Fall von Anlagebuchpositionen in der Neubewertungsrücklage beziehungsweise in den stillen Lasten/Reserven Berücksichtigung finden. Zusätzlich betrachtet die COMMERZBANK das Marktliquiditätsrisiko, das Fälle abdeckt, in denen es aufgrund unzureichender Marktliquidität nicht möglich ist, risikobehaftete Positionen zeitgerecht im gewünschten Umfang und zu vertretbaren Konditionen zu liquidieren oder abzusichern.
- Unter **Liquiditätsrisiko** versteht die COMMERZBANK im engeren Sinne das Risiko, dass der Konzern seinen tagesaktuellen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen kann. Im weiteren Sinne beschreibt das Liquiditätsrisiko, dass zukünftige Zahlungen nicht termingerecht, nicht in vollem Umfang, nicht in der richtigen Währung oder nicht zu marktüblichen Konditionen finanziert werden können.
- Das **operationelle Risiko** („OpRisk“) ist in der COMMERZBANK in Anlehnung an die Solvabilitätsverordnung („SolvV“)¹ definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition beinhaltet Rechtsrisiken; Reputations- und strategische Risiken sind in dieser Definition nicht enthalten.
- Unter **Geschäftsrisiko** versteht die COMMERZBANK einen potenziellen Verlust, der aus Abweichungen der tatsächlichen Erträge (negative Abweichung) und Aufwendungen (positive Abweichung) von den jeweiligen Planzahlen resultiert. Die Modellierung des Geschäftsrisikos erfolgt basierend auf empirischen Abweichungen zwischen Plan- und Isterträgen beziehungsweise Plan- und Istaufwendungen.

Zusätzlich bestehen weitere, überwiegend nicht-quantifizierbare Risiken, die gesondert unter „—Sonstige Risiken“ dargestellt sind.

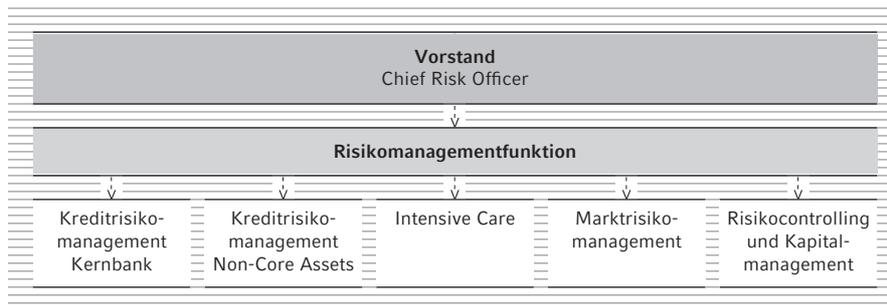
¹ Umsetzung der „ersten“ und „dritten“ Säule von Basel II in deutsches Recht.

Organisation des Risikomanagements

Aufstellung der Risikofunktion

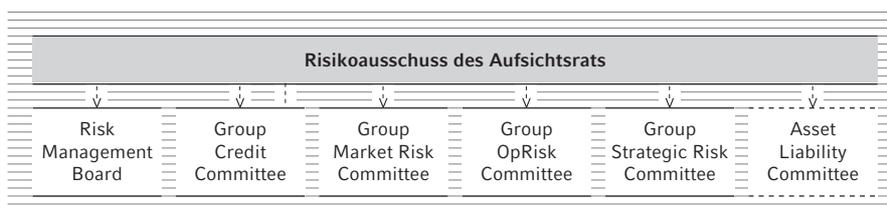
Der Chief Risk Officer („**CRO**“) ist für die Umsetzung der vom Gesamtvorstand für die quantifizierbaren Risiken festgelegten risikopolitischen Leitlinien im Konzern verantwortlich. Der CRO berichtet im Gesamtvorstand und dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats regelmäßig über die Gesamtrisikolage des Konzerns.

Nachdem die Risikomanagementaktivitäten bislang auf die Bereiche Kreditrisikomanagement, Marktrisikomanagement, Intensive Care sowie Risikocontrolling und Kapitalmanagement verteilt waren, hat der Gesamtvorstand der COMMERZBANK im Oktober 2012 die Anpassung der Organisationsstruktur des Risikomanagements an den Bedarf des Abbausegments Non-Core Assets (NCA) beschlossen. Dazu trennte die Risikofunktion die Marktfolge des NCA-Portfolios von der Marktfolge für die Kernbank. Das Kreditrisikomanagement für das Segment NCA ist hiermit organisatorisch über alle Ratingstufen hinweg in einer Einheit zusammengeführt. Alle Bereiche haben eine konzernweite Ausrichtung und eine direkte Berichtslinie an den CRO. Gemeinsam mit den fünf Bereichsvorständen bildet der CRO innerhalb der Konzernsteuerung das Risk Management Board.



Komitees

Grundlegende strategische Entscheidungen trifft ausschließlich der Gesamtvorstand. Das operative Risikomanagement hat der Vorstand an Komitees delegiert. Im Rahmen der jeweiligen Geschäftsordnungen sind dies das Group Credit Committee, das Group Market Risk Committee, das Group OpRisk Committee sowie das Group Strategic Risk Committee als risikoartenübergreifendes Entscheidungsgremium. In allen vorgenannten Komitees hat der CRO den Vorsitz und ein Vetorecht. Zusätzlich ist der CRO Mitglied des Asset Liability Committee.



Der **Risikoausschuss des Aufsichtsrats** besteht aus dem Aufsichtsratsvorsitzenden und drei weiteren Aufsichtsratsmitgliedern. Zum Aufgabengebiet des Risikoausschusses gehören die Überwachung des Risikomanagementsystems und die Behandlung aller Risiken, insbesondere von Markt-, Kredit- und operationellen Risiken sowie Reputationsrisiken. Das **Risk Management Board** behandelt als Diskussions- und Entscheidungsgremium innerhalb der Risikofunktion bedeutende aktuelle Risikothemen. Es entscheidet insbesondere über die strategische und organisatorische Weiterentwicklung der Risikofunktion und verantwortet die Schaffung und Einhaltung einer einheitlichen Risikokultur.

Das **Group Credit Committee** ist das Entscheidungsgremium des operativen Kreditrisikomanagements unterhalb des Gesamtvorstands. Das Group Credit Committee agiert auf Basis der Kreditrisikostrategie und trifft Entscheidungen im Rahmen der ihm vom Gesamtvorstand übertragenen Kompetenzen. Das **Group Market Risk Committee** ist das Gremium, das die Marktrisiken konzernweit überwacht und durch die Vorgabe von Limiten unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit steuert. Hierbei werden alle Marktrisiken aus Handels- und Anlagebuch mit dem Ziel der Risikofrüherkennung sowie der aktiven Risikosteuerung betrachtet. Fokus ist neben der Risikominimierung beziehungsweise Verlustvermeidung die Optimierung des Rendite-Risiko-Profiles auf aggregierter Ebene.

Das **Group OpRisk Committee** (OpRiskCo) befasst sich mit der Steuerung der operationellen Risiken im Konzern und definiert bei Bedarf abzuleitende Maßnahmen beziehungsweise Handlungsempfehlungen. Die

Standards zur Governance sowie Erhebung der Funktionsfähigkeit des Internen Kontrollsystems (IKS) in der COMMERZBANK sind eng mit dem OpRisk-Management verbunden. Vor diesem Hintergrund fungiert das OpRiskCo auch bezüglich dieser Standards als höchstes Eskalations- und Entscheidungsgremium unterhalb des Gesamtvorstands.

Das **Group Strategic Risk Committee** dient als risikoartenübergreifendes Diskussions- und Entscheidungsgremium mit dem Hauptziel der Überwachung und Steuerung von Risiken auf Portfolioebene. Dies betrifft Themen der Risikomessung, der Risikotransparenz sowie der Risikosteuerung.

Das zentrale **Asset Liability Committee** (ALCO) überwacht unter anderem die Risikotragfähigkeit im Konzern. Es ist aufgrund der Zuständigkeiten für die konzernübergreifende Steuerung der Portfoliozusammensetzung sowie der Kapitalallokation und der RWA-Entwicklung wichtiger Ausgangspunkt des Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) der COMMERZBANK. Die Überwachung der Risiken der geschäftsstrategischen Ausrichtung und der Reputationsrisiken liegt im Verantwortungsbereich des Vorstandsvorsitzenden (CEO). Für das Controlling der Compliancerisiken, insbesondere im Hinblick auf Anlegerschutz, Insiderrichtlinien und Geldwäsche, zeichnet sich der Finanzvorstand (CFO) verantwortlich.

Angewandte Methoden zur Risikosteuerung

Maßgebliche Voraussetzungen für die Begrenzung und Steuerung der Risiken sind die Identifikation aller wesentlichen Risiken und Risikotreiber, die unabhängige Messung und Bewertung dieser Risiken bei sich verändernden makroökonomischen, portfoliospezifischen aber auch bankaufsichtsrechtlichen Bedingungen sowie eine hierauf aufbauende risiko-/ertragsorientierte Steuerung im Rahmen einer zukunftsorientierten Risikostrategie. Zur Überwachung und Steuerung von Risiken verwendet die COMMERZBANK ein umfassendes Instrumentarium quantitativer Kenngrößen und Messinstrumente. Manche dieser Instrumente sind auf mehrere Risikoarten anwendbar, andere auf die besonderen Merkmale bestimmter Risikokategorien zugeschnitten. Nachstehend sind die wichtigsten übergreifenden quantitativen Kenngrößen und Messinstrumente aufgeführt, die die COMMERZBANK derzeit zur Messung, Steuerung und Berichterstattung der Risiken verwendet.

Das **ökonomisch erforderliche Kapital** oder Economically required Capital (ErC) ist der Betrag, der zur Abdeckung unerwarteter Verluste aus risikobehafteten Positionen mit einem hohen Maß an Sicherheit (in der COMMERZBANK zurzeit 99,91%) ausreicht. Die **Risikotragfähigkeitsquote** (RTF-Quote) zeigt die Überdeckung des ökonomisch erforderlichen Kapitals durch das Risikodeckungspotenzial. Der Mindestanspruch an die Risikotragfähigkeit gilt als erfüllt, sofern die RTF-Quote über 100% liegt.

Der **Exposure at Default** (EaD) ist der erwartete Forderungsbetrag unter Berücksichtigung einer potenziellen (Teil-)Ziehung von offenen Linien und Eventualverbindlichkeiten, der die Risikotragfähigkeit bei Ausfall belasten wird. Bei Wertpapieren des Public-Finance-Bestandes wird als EaD das Nominal ausgewiesen. **Expected Loss** (EL) oder Erwarteter Verlust ist die Messgröße für den potenziellen Verlust eines Kreditportfolios, der innerhalb eines Jahres aufgrund von historischen Verlustdaten zu erwarten ist. Die **Risikodichte** errechnet sich als Quotient aus Expected Loss zu Exposure at Default und stellt damit den relativen Risikogehalt eines Engagements oder Portfolios dar. Der **Loss at Default** (LaD) ist der Betrag, der beim Eintritt eines Ausfalls als wahrscheinlicher Verlust von der Bank voraussichtlich wertberichtigt werden muss. Er errechnet sich als Anteil des EaD.

Value at Risk (VaR) bezeichnet eine Methodik zur Quantifizierung von Risiken. Hierzu werden eine Haltedauer (zum Beispiel 1 Tag) und ein Konfidenzniveau (zum Beispiel 97,5%) festgelegt. Der VaR-Wert bezeichnet dann diejenige Verlustobergrenze, die innerhalb der Haltedauer mit einer Wahrscheinlichkeit entsprechend dem Konfidenzniveau nicht überschritten wird. Der **Credit Value at Risk** (CVaR) ist der ökonomische Kapitalbedarf für Kreditrisiken mit einem Konfidenzniveau von 99,91%. Der Begriff resultiert aus der Anwendung des Value-at-Risk-Konzepts auf die Kreditrisikomessung. Inhaltlich stellt der Credit VaR eine Abschätzung dar, um welchen Betrag die Verluste aus Kreditrisiken den Erwarteten Verlust (Expected Loss) innerhalb eines Jahres potenziell übersteigen könnten; daher auch: Unerwarteter Verlust (Unexpected Loss). Diesem Ansatz liegt die Idee zugrunde, dass der Erwartete Verlust lediglich den langfristigen Mittelwert der Kreditverluste darstellt, dieser jedoch von den tatsächlichen Kreditausfällen des laufenden Geschäftsjahres (positiv oder negativ) abweichen kann.

Der „**All-in**“-Begriff umfasst im Zusammenhang mit Klumpenrisiken alle innerhalb der COMMERZBANK genehmigten Kreditlinien eines Kunden in voller Höhe – unabhängig von der aktuell bestehenden Kreditinanspruchnahme. Er ist unabhängig von statistisch modellierten Größen und umfasst sowohl interne als auch externe Kreditlinien.

Risikotragfähigkeit, Ökonomischer Kapitalbedarf und Stresstesting

Die Risikotragfähigkeitsanalyse ist ein wesentlicher Bestandteil der Gesamtbanksteuerung und des ICAAP der COMMERZBANK. Ziel ist es sicherzustellen, dass die COMMERZBANK jederzeit über eine ihrem Risikoprofil angemessene Kapitalausstattung verfügt.

Die Risikotragfähigkeit überwacht die COMMERZBANK auf Basis eines sogenannten Gone-Concern-Ansatzes, dessen grundlegendes Sicherungsziel der Schutz der erstrangigen Fremdkapitalgeber ist. Das Erreichen dieses Ziels soll auch im Fall außerordentlich hoher Verluste aus einem unwahrscheinlichen Extremereignis gewährleistet bleiben. Das Konzept unterstellt dabei einen Gone-Concern-Verlauf (sukzessive Abwicklung des Konzerns).

Bei der Ermittlung des ökonomisch erforderlichen Kapitals werden mögliche unerwartete Wertschwankungen berücksichtigt. Derartige – über den Erwartungen liegende – Wertschwankungen müssen durch das verfügbare ökonomische Kapital zur Deckung unerwarteter Verluste (Risikodeckungspotenzial) aufgefangen werden. Die Bemessung des Risikodeckungspotenzials basiert auf einer differenzierten Betrachtung der buchhalterischen Wertansätze der Aktiva und Passiva und berücksichtigt ökonomische Bewertungen bestimmter bilanzieller Posten.

Die Quantifizierung des aus den eingegangenen Risiken resultierenden Kapitalbedarfs erfolgt auf Basis des internen ökonomischen Kapitalmodells mit einem Risikohorizont von einem Jahr. Bei der Festlegung des ökonomischen Kapitalbedarfs werden alle im Rahmen der jährlichen Risikoinventur als wesentlich eingestuften Risikoarten des COMMERZBANK-Konzerns berücksichtigt. Die ökonomische Risikobetrachtung beinhaltet daher auch Risikoarten, welche in den regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung von Banken nicht enthalten sind und reflektiert überdies portfoliospezifische Wechselwirkungen. Der Konfidenzanspruch des ökonomischen Kapitalmodells von 99,91% korrespondiert mit den zugrunde liegenden Gone-Concern-Annahmen und soll ein in sich konsistentes ökonomisches Risikotragfähigkeitskonzept gewährleisten.

Zum Jahresanfang 2012 wurden die Ergebnisse der jährlichen Validierung des Risikotragfähigkeitskonzeptes umgesetzt. Dies beinhaltete unter anderem die Einführung eines weiterentwickelten Modells zur Messung und Abbildung des Geschäftsrisikos im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse. Es erfolgten methodische Adjustierungen zur Abgrenzung und Erhöhung der Stabilität dieses Risikomaßes. Damit verbunden wird das Geschäftsrisiko seither nicht mehr im ökonomisch erforderlichen Kapital, sondern als potenzielle Abzugsposition im Risikodeckungspotenzial berücksichtigt. Das sogenannte Reserverisiko, also das Risiko, dass aus dem Bestand bereits ausgefallener Forderungen zusätzliche Belastungen aufgrund von Risikovorsorge-Nachbildungen anfallen, wird im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung mittels eines Risikopuffers berücksichtigt. Zudem erfolgt der Ergebnisausweis der Risikotragfähigkeitsanalyse seit Jahresanfang 2012 anhand einer Risikotragfähigkeitsquote (**RTF-Quote**), die die Überdeckung des ökonomischen Kapitalbedarfs durch das Risikodeckungspotenzial anzeigt.

Auch zum Jahresanfang 2013 wurden die Ergebnisse der jährlichen Aktualisierung des Risikotragfähigkeitskonzeptes umgesetzt. Dies beinhaltete unter anderem die Berücksichtigung von Objektwertänderungsrisiken im ökonomisch erforderlichen Kapital. Unter dem Objektwertänderungsrisiko wird das Risiko verstanden, dass sich die Marktwerte von Objekten (insbesondere Immobilien) des Konzerns verschlechtern. Das Objektwertänderungsrisiko umfasst auch das Immobilienrisiko, das bis Ende 2012 im Marktrisiko enthalten war.

Der Mindestanspruch an die Risikotragfähigkeit gilt als erfüllt, sofern die RTF-Quote über 100% liegt.

Die Überwachung und Steuerung der Risikotragfähigkeit erfolgt monatlich auf Ebene des COMMERZBANK-Konzerns. Im Jahr 2012 und im ersten Quartal 2013 lag die RTF-Quote stets über 100% und betrug 152% per 31. März 2013 (161% per 31. Dezember 2012). Die im Jahresverlauf 2012 angestiegene RTF-Quote reflektiert im Wesentlichen die Beruhigung der europäischen Staatsschuldenkrise im zweiten Halbjahr 2012, die auch zu einer deutlichen Reduzierung des ökonomisch erforderlichen Kapitals für das Marktrisiko geführt hat.

Risikotragfähigkeit COMMERZBANK-Konzern (in Mrd. EUR)	31.12.2011¹⁾	31.12.2012²⁾	31.03.2013²⁾
Ökonomisches Risikodeckungspotenzial	27	29	28
Ökonomisch erforderliches Kapital	22	17	18
davon für Kreditrisiko	13	13	13
davon für Marktrisiko	8	4	5
davon für OpRisk	2	2	2
davon für Objektwertänderungsrisiko ³⁾	—	—	0
davon für Geschäftsrisiko ⁴⁾	2	—	—
davon Diversifikationseffekte	-4	-2	-2
Risikotragfähigkeitsquote (in %)⁵⁾	123%	161%	152%

1) Zahlen per 2011 auf Basis Methodik per 31. Dezember 2011; nur eingeschränkt vergleichbar mit Werten für 2012.

2) Auf Basis aktueller Methodik ab Januar 2012; aufgrund der oben beschriebenen Veränderungen nur eingeschränkt vergleichbar mit Werten für 2011.

3) Per 31.12.2011 und 31.12.2012 als Immobilienrisiko im Marktrisiko enthalten; einschließlich Risiko nicht börsennotierter Beteiligungen.

4) Die Berücksichtigung des Geschäftsrisikos erfolgt seit 2012 als Abzugsposten im Risikodeckungspotenzial.

5) Risikotragfähigkeitsquote = Risikodeckungspotenzial/ökonomisch erforderliches Kapital inklusive Risikopuffer.

Zur Überprüfung der Risikotragfähigkeit bei unterstellten adversen Veränderungen des volkswirtschaftlichen Umfelds werden makroökonomische Stresstests genutzt. Die zugrunde liegenden Szenarien, die quartalsweise aktualisiert und vom Asset und Liability Committee verabschiedet werden, beschreiben eine außergewöhnliche, aber plausible negative Entwicklung der Volkswirtschaft und werden risikoartenübergreifend angewendet. In den Szenariorechnungen werden folglich die Inputparameter der ökonomischen Kapitalbedarfsberechnung für alle wesentlichen Risikoarten in Abhängigkeit von der erwarteten makroökonomischen Entwicklung simuliert. Zusätzlich zum Kapitalbedarf wird auf Basis der makroökonomischen Szenarien auch die Gewinn-und-Verlust-Rechnung gestresst und darauf aufbauend die Entwicklung des Risikodeckungspotenzials simuliert. Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit wird die Einhaltung des Limits für die gestresste RTF-Quote, das in der Gesamtrisikostrategie festgelegt ist, laufend überwacht und ist Bestandteil des internen Berichtswesens. Die RTF-Quote im Stressfall lag im gesamten Jahr 2012 und im ersten Quartal 2013 stets über 100%.

Ergänzend zu den regulären Stresstests wurden regelmäßig sogenannte „Reverse Stresstests“ auf Konzernebene durchgeführt. Im Gegensatz zu regulären Stresstests ist hierbei das Ergebnis der Simulationen vorbestimmt: die nachhaltige Gefährdung der COMMERZBANK. Ziel des Analyseprozesses im reversen Stresstest ist es, durch Identifikation und Bewertung von Extremszenarien und -ereignissen eine Erhöhung der Transparenz über bankspezifische Gefährdungspotenziale und Risikozusammenhänge zu bewirken. Im Wesentlichen ergab der Reverse Stresstest 2012 eine Bestätigung der aus Konzernsicht im Risikomanagement bereits adressierten Kern-Risikotreiber des Geschäftsmodells und eine initiale, expertenbasierte Einstufung der Eintrittswahrscheinlichkeit aller zu Grunde gelegten Reverse-Stresstest-Szenarien. Ein Handlungsbedarf im Rahmen der Steuerungslogik ergab sich dadurch nicht.

Nachstehende Tabelle gibt eine Übersicht über die Verteilung der aus den Geschäftsaktivitäten der COMMERZBANK resultierenden Risikoaktiva, aufgeteilt nach Segmenten und Risikoarten:

Risikoaktiva COMMERZBANK-Konzern per 31.12.2012 (in Mrd. EUR)	Adressen- ausfallrisiko	Marktrisiko	Operationelles Risiko	Gesamt
Kernbank	108	11	22	140
Privatkunden	20	0	9	29
Mittelstandsbank	49	0	4	54
Central & Eastern Europe	14	0	1	15
Corporates & Markets	20	6	4	30
Sonstige & Konsolidierung	5	5	3	12
Non-Core Assets	67	0	1	68
Commercial Real Estate	30	0	1	31
Deutsche Schiffsbank	20	0	0	20
Public Finance	16	0	0	16
Konzern	175	11	23	208

Regulatorisches Umfeld

Mitte Januar 2012 hat die COMMERZBANK ein umfangreiches Maßnahmenpaket präsentiert, um die Anforderung der European Banking Authority (EBA), das harte Kernkapital um EUR 5,3 Mrd. zu stärken, aus

eigener Kraft zu erfüllen. Zur Erfüllung der durch die EBA vorgegebenen Core-Tier-I-Quote von 9% (bei Simulation eines Teilausfalls europäischer Staatsanleihen) hatte die COMMERZBANK bereits zum Ende des Jahres 2011 umfassende Maßnahmen eingeleitet. Im ersten Quartal 2012 konnte insbesondere durch das konsequent fortgesetzte RWA-Management sowie unter Berücksichtigung des Zwischengewinns das EBA-Kapitalziel bereits übererfüllt werden. Durch die zusätzlich kapitalerhöhend wirkenden Effekte aus der Maßnahme zur Optimierung der Kapitalstruktur vom Februar 2012 hat die COMMERZBANK ihre Kapitalausstattung weiter gestärkt.

Am 14. Dezember 2012 hat die BaFin die vierte Novelle der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) veröffentlicht. Diese sind zum 1. Januar 2013 in Kraft getreten. Neue Anforderungen sind grundsätzlich bis zum 31. Dezember 2013 umzusetzen. Die COMMERZBANK hat bereits mit der Veröffentlichung des ersten Entwurfs zur MaRisk-Novelle begonnen, den Anpassungsbedarf in den betroffenen Bereichen zu analysieren und plant, die neuen Anforderungen im vorgegebenen Zeitrahmen umzusetzen.

Wesentliche Entwicklungen im Gesamtjahr 2012 und im ersten Quartal 2013

Das Geschäftsjahr 2012 und das erste Quartal 2013 standen aus Risikosicht ganz im Zeichen der Neuausrichtung der COMMERZBANK mit der Aufteilung in eine Kernbank und ein Abbausegment Non-Core Assets. So wurde die Organisationsstruktur des Risikomanagements an den Bedarf des Abbausegments angepasst und der Abbau der Portfolios in den Teilssegmenten von Non-Core Assets weiter aktiv vorangetrieben.

- Die Kapitalausstattung der COMMERZBANK wurde in 2012 gestärkt und die Risikotragfähigkeit verbessert. Die Kapitalanforderungen der European Banking Authority wurden über die geforderten EUR 5,3 Mrd. hinaus erfüllt. Die Core-Tier-I-Quote lag per Jahresende 2012 bei 12,0% und zum 31. März 2013 bei 11,5%. Die Ökonomische Risikotragfähigkeit hat sich mit einer Risikotragfähigkeitsquote von 161% per 31. Dezember 2012 bzw. 152% zum 31. März 2013 im Vergleich zum 31. Dezember 2011 (123%) deutlich erhöht.
- Der EaD wurde im Jahr 2012 und im ersten Quartal 2013 vor allem im Bereich Non-Core Assets signifikant abgebaut. Im Fokus der Portfolioreduzierung lagen dabei die Bereiche Commercial Real Estate (-23%), Public Finance (-17%) und Schiffsfinanzierungen (-22%), wobei der EL für Schiffsfinanzierungen in dieser Zeit um 175% angestiegen ist. In der Kernbank stieg der EaD leicht auf EUR 322 Mrd. an. Die Portfolioqualität konnte mit einer Risikodichte von 28 Basispunkten (Ende 2011: 31 Basispunkte) weiter verbessert werden.
- Die Risikovorsorge für die Gesamtbank lag zum Ende des Jahres 2012 wie erwartet auf einem Niveau von EUR 1,7 Mrd. Dabei blieb die Risikovorsorge der Kernbank aufgrund von Auflösungen mit insgesamt EUR 0,3 Mrd. auf sehr niedrigem Niveau. In NCA belasteten vor allem die Portfolios der Deutschen Schiffsbank mit EUR 0,7 Mrd. Die Risikovorsorge für CRE lag mit EUR 0,6 Mrd. zwar weiterhin auf hohem Niveau, war aber im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Im ersten Quartal 2013 wurde eine Risikovorsorge von EUR 267 Mio. verbucht, davon entfielen EUR 92 Mio. auf die Kernbank und EUR 175 Mio. auf NCA, im Wesentlichen auf Schiffsfinanzierungen.
- Die Marktrisiken im Handelsbuch wurden im Jahr 2012 nochmals deutlich reduziert. Der VaR im Handelsbuch wurde seit Anfang 2009 um zwei Drittel signifikant reduziert und betrug zum Jahresende 2012 EUR 28 Mio. im Vergleich zu EUR 59 Mio. per Ende 2011. Zum 31. März 2013 lag der VaR im Handelsbuch bei EUR 26 Mio.
- Die Operationellen Risiken bewegten sich insgesamt im Rahmen der Erwartungen. Die Gesamtbelastung aus OpRisk-Ereignissen in Höhe von EUR 310 Mio. im Jahr 2012 und EUR 89 Mio. im ersten Quartal 2013 waren hauptsächlich geprägt von produktbezogenen Schäden aus Beraterhaftung. Das ökonomisch erforderliche Kapital für OpRisk wurde im Jahresverlauf 2012 um EUR 0,4 Mrd. auf EUR 1,9 Mrd. reduziert und blieb im ersten Quartal 2013 unverändert.

Adressenausfallrisiko

Der Konzern unterliegt Adressenausfallrisiken (Kreditrisiken) aus dem Kreditgeschäft mit Kunden und Kreditinstituten (im Wesentlichen aus Krediten an Privat- und Firmenkunden, Immobilien- und Schiffsfinanzierungen sowie Forderungen gegenüber Banken, Versicherungen, Finanzdienstleistern sowie Staaten und öffentlich-rechtlichen Körperschaften), dem Kreditersatzgeschäft (d.h. dem Geschäft mit strukturierten Kreditprodukten), den Finanzinstrumenten des Investmentportfolios (z.B. Anleihen von Industrieunternehmen, Banken, Versicherungen und Staaten und öffentlich-rechtlichen Körperschaften), sonstigen Finanzinstrumenten und Derivategeschäften. Kreditrisiken definiert der Konzern als Risiko von Verlusten auf Grund von Ausfällen von Geschäftspartnern sowie die Veränderung dieses Risikos. Unter Adressenausfallrisiken subsumiert die COMMERZBANK neben den Kreditausfall- und Drittschuldnerisiken auch das Kontrahenten- und Emittentenrisiko sowie das Länder- bzw. Transferrisiko.

Kreditrisikostategie und Organisation

Die Kreditrisikostategie ist die Teilrisikostategie für Adressenausfallrisiken und aus der Gesamtrisikostategie abgeleitet. Sie ist in den ICAAP-Prozess der COMMERZBANK eingebettet und leistet so einen Beitrag zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit. Als Bindeglied zwischen der risikoartenübergreifenden Gesamtbankrisikosteuerung und der Operationalisierung der Steuerung von Adressenausfallrisiken bedient sich die Kreditrisikostategie quantitativer und qualitativer Steuerungsinstrumente, die jeweils den spezifischen Anforderungen von Kernbank- und Abbauportfolios Rechnung tragen.

Die quantitative Steuerung erfolgt dabei über fest definierte (ökonomische und regulatorische) Kennzahlen auf Konzern- und Segment- bzw. Konzernbereichsebene mit dem Ziel, neben der Risikotragfähigkeit auch eine angemessene Portfolioqualität und -granularität sicherzustellen. Qualitative Steuerungsleitplanken in Form von Credit Policies definieren das Zielgeschäft der COMMERZBANK und regeln für die Einzeltransaktion, mit welcher Art von Geschäften die zur Verfügung gestellten Risikoressourcen ausgenutzt werden sollen. Die Credit Policies sind fest im Kreditprozess verankert: Geschäfte, die nicht den Anforderungen entsprechen, werden über eine festgelegte Kompetenzordnung eskaliert.

Die Kreditrisikostategie beschreibt die risikostrategischen Handlungsfelder und gibt einen Überblick über die wesentlichen Steuerungskonzepte im Kreditrisikomanagement – insbesondere zur Steuerung der wichtigsten Risikokonzentrationen (Verbünde, Länder, Branchen). Das Kreditrisikomanagement in der Kernbank unterscheidet sich organisatorisch vom Risikomanagement im Segment NCA. In der Kernbank sind, basierend auf der Trennung der Zuständigkeit nach Weißbereich einerseits und Intensive Care andererseits, eigenständige Marktfolgeeinheiten für das operative Kreditrisikomanagement auf Portfolio- und Einzelfallbasis verantwortlich. Alle Kreditentscheidungen im Weißbereich sind Risk-Return-Entscheidungen. Markt und Marktfolge nehmen eine gemeinsame Verantwortung für Risiko und Ertrag eines Engagements wahr, wobei die Primärverantwortung der Marktfolgeseite für das Risiko, die der Marktseite für den Ertrag besteht. Entsprechend kann im Kreditprozess keine Seite in ihrer Primärverantwortung überstimmt werden.

Risikoauffällige Kunden werden durch spezialisierte Intensive Care-Bereiche bearbeitet. Die Überleitung in diese Bereiche erfolgt umgehend, wenn definierte Übergabekriterien erfüllt sind. Neben anlassbezogenen Kriterien wie Rating, Insolvenz, Zwangsmaßnahmen Dritter oder Kreditbetrug sind Kriterien in Anhängigkeit von Überziehungstagen die wichtigsten Gründe für die Überleitung in den Intensive Care-Bereich. Hierdurch wird sichergestellt, dass Kunden, die ihre Darlehen nicht bedienen, zeitnah von Spezialisten in fest definierten, einheitlichen Prozessen weiter betreut werden können. Im Rahmen der operativen Bearbeitung der Engagements in den Intensive Care-Bereichen kommen verschiedene Strategien zur Restrukturierung/Sanierung zum Einsatz. In Abhängigkeit von der spezifischen Problemstellung werden geeignete Maßnahmen eingeleitet. Die Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen (planmäßige Rückführung/laufende Tilgung) erfolgt insoweit möglich durch enge Engagement-Begleitung. Ziel ist die Gesundung des Kunden und Rückgabe an den Weißbereich.

Maßnahmen im Rahmen von Stundungen und Restrukturierungen/Sanierungen der Kunden umfassen beispielsweise:

- Tolerierung zeitlich befristeter Überziehungen, sofern der Grund für die Überziehung sowie Art und Zeitpunkt des Ausgleiches nachvollziehbar bzw. absehbar sind.
- Rückführungsvereinbarungen: nicht gezahlte Darlehensraten, die zu einer Überziehung des Kontokorrentkontos führen, werden als Betrag separiert und im Rahmen einer Rückführungsvereinbarung in monatlichen Raten zurückgeführt.
- Restrukturierung bestehender Kredite/Darlehen: Kredite/Darlehen des Kunden werden – mit dem Ziel der Reduzierung der laufenden Belastung für den Kunden – umfinanziert. Dies kann u.a. mit einer Änderung der Tilgungsmodalitäten und/oder der Darlehensstruktur/Kreditlaufzeit einhergehen.
- Sanierung/Neukreditvergabe: Finanzielle Begleitung des Sanierungsprozesses eines in der Krise befindlichen Unternehmens mit dem Ziel der nachhaltigen Gesundung. Dies bedeutet i.d.R. einen tief greifenden Eingriff in die Finanzierungsstrukturen und Haftungsverhältnisse und kann auch zum Aussprechen eines Kapitalverzichts, zur Veränderung der Sicherheitenpositionen oder zur Vergabe eines Sanierungszinses führen, der unter den marktüblichen Konditionen liegt.

Im Segment NCA dagegen sind die Zuständigkeiten nach Weißbereich und Intensive Care nicht getrennt, sondern das Kreditrisikomanagement ist über alle Ratingstufen hinweg in einer Einheit zusammengefasst, um auf die Anforderungen des Portfolioabbaus beziehungsweise von Restrukturierungen flexibler reagieren zu können.

Kreditkompetenzen und Kreditbearbeitung

Die Kompetenzordnung zur Gewährung von Krediten ist eng mit Kreditpolitik und Kreditrisikostategie verzahnt. Die Credit Policies sind als qualitative Leitplanken zur Einzeltransaktionsentscheidung wesentlicher Bestandteil der Kreditrisikostategie und grenzen das Zielgeschäft vom Nicht-Zielgeschäft (Out of Policy) ab. Dies beinhaltet auch die Aufstellung eindeutiger Eskalationsregeln bei Abweichungen von der Kreditpolitik. Die Kompetenzhöhe ist an das Probability of Default- („PD“, Ausfallwahrscheinlichkeit)-Rating gekoppelt, wodurch eine zeitnahe Reaktion auf Veränderungen der Kundenbonität ermöglicht wird. Für definierte Spezialfinanzierungen wird das Transaktionsrating (Expected Loss („EL“-Rating) zugrunde gelegt.

Für die Einzelfallentscheidung unterscheidet das Kreditkompetenzmodell nach Gremienkompetenzen und Kompetenzen im 2- und 4-Augen-Prinzip, sowie nach Weißbuch¹ und Intensive Care. Die Ermittlung der Kompetenzstufe erfolgt sowohl in Abhängigkeit von Rating und Gesamtexposure als auch nach der Risikokonzentration (Klumpen) der Engagements. Die qualitativen Steuerungsleitlinien der Kreditrisikostategie (Credit Policies) sind im Hinblick auf eine strikte Operationalisierung mit der Kompetenzordnung verknüpft. Die Kompetenzen für Zielgeschäft sind risiko-/relevanzadäquat so gestaffelt, dass kleinteiliges Geschäft im 2-Augen-Prinzip (Markt plus Rating) und sonstiges Geschäft im 4-Augen-Prinzip (Markt und Marktfolge²) entschieden werden kann. Die Gremien konzentrieren sich auf Engagements mit hohem Risikobeitrag. Nicht-Zielgeschäft unterliegt festen Kompetenzeskalationen gemäß Kompetenzordnung.

Für die Art der Kreditbearbeitung steht zunächst die Frage im Vordergrund, welche Geschäfte für den Konzern nicht-wesentliche Risiken darstellen und welche Geschäfte signifikante Risiken bergen. In Abhängigkeit von Art und Risikovolumen der Geschäfte sind entweder stark standardisierte Prozesse (Retail-Kunden, kleinteiliges Firmenkundengeschäft) möglich oder bei Überschreiten einer Signifikanzgrenze Individualprozesse nötig.

Im Hinblick auf eine effiziente Kreditbearbeitung und -entscheidung wird somit kleinteiliges/Massen-Geschäft grundsätzlich im Rahmen von standardisierten Verfahren/Prozessen geratet bzw. gescort und bearbeitet. Für Kreditnehmer-Verbünde mit mehreren Kreditnehmern, die für sich allein unterhalb der Signifikanzgrenze liegen, als Gesamtheit diese jedoch überschreiten, erfolgt ebenfalls eine Bearbeitung mit Standard-Prozessen, jedoch wird eine zusammengeführte Betrachtung auf Ebene der Kreditnehmereinheit durch die Marktfolge durchgeführt. Engagements mit erhöhten Risiken werden dem Bereich Group Intensive Care zugeführt.

Den besonderen Kreditrisiken aus Handelsgeschäften wird u.a. mit einer Issuer Risk Policy Rechnung getragen.

Risikosteuerung

Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken bedient sich die COMMERZBANK eines umfassenden Risikomanagementsystems bestehend aus Aufbauorganisation, Methoden und Modellen, Risikostrategie mit quantitativen und qualitativen Steuerungsinstrumenten sowie Regularien und Prozessen. Das Risikomanagementsystem fördert top-down eine konsistente und durchgängige Steuerung des Gesamtkreditportfolios und der Teilportfolios bis hinunter auf die Einzelengagementebene.

¹ Kreditengagements, die aufgrund der Risikoeinschätzung und damit verbundener Abgrenzungskriterien nicht Group Intensive Care, also der Intensivbetreuung oder der Problemkreditbehandlung zuzuordnen sind.

² Gemäß Mindestanforderungen an das Risikomanagement wird unterschieden nach dem Bereich, der Kreditgeschäfte initiiert und bei den Kreditentscheidungen über ein Votum verfügt (Markt) und einem hiervon unabhängigen Bereich, der bei den Kreditentscheidungen über ein weiteres Votum verfügt (Marktfolge).

Folgendes Schaubild zeigt exemplarisch die Steuerungselemente für die Adressenausfallrisiken:



Die für die operative Risikosteuerung notwendigen Kennzahlen und Impulse leiten sich aus den übergeordneten Konzernzielen ab und werden auf nachgelagerten Ebenen um Teilportfolio-beziehungswise Produktspezifika ergänzt. Eine risikoorientierte Kreditkompetenzordnung lenkt den Managementfokus der höchsten Entscheidungsgremien auf beispielsweise Konzentrationsrisiken beziehungsweise Abweichungen von der Risikostrategie. Das Management der Risikokonzentrationen innerhalb des Adressenausfallrisikos umfasst sowohl engagementbezogene Kreditrisikokonzentrationen (Klumpenrisiken) als auch Länder- und Branchen- sowie Sicherheitenkonzentrationen.

Die Steuerung im operativen Kreditrisikomanagement zielt weiterhin auf den Erhalt einer angemessenen Portfolioqualität ab. Neben dem weiteren De-Risking bei Konzentrationsrisiken, dem Management der

Auswirkungen aus der Euro- und Staatsschuldenkrise, sowie der Reduktion von Risiken im Non-Investment-Grade-Bereich steht ebenso die Strukturierung und Genehmigung attraktiven Neugeschäfts in den Wachstumssegmenten im Fokus. Darüber hinaus werden die Kreditprozesse kontinuierlich auf Optimierungsmöglichkeiten überprüft.

Grundlage der Messung der Adressenausfallrisiken sind die Rating- und Scoring-Verfahren der COMMERZBANK, die für alle wesentlichen Kreditportfolios im Einsatz sind. Sowohl die Kalibrierung der Ausfallwahrscheinlichkeiten, die den einzelnen Adressen oder Finanzierungen zugewiesen werden als auch die Ermittlung von Verlustquoten beruhen dabei auf der Analyse historischer Daten aus dem COMMERZBANK-Portfolio. Die Erfahrungen des laufenden Jahres sind die Basis für die jährliche Rekalibrierung der Verfahren. Die Länderrisikosteuerung basiert auf der Festlegung von Risikolimiten sowie auf der Definition von länderspezifischen Strategien zum Erreichen eines gewünschten Zielportfolios.

Die Marktfolge im inländischen Firmenkundengeschäft ist nach Branchen aufgestellt und fokussiert auf die Risikosteuerung schwächerer Ratings. Dadurch ist es möglich, Auffälligkeiten auf Gesamt- und Teilportfolioebenen unmittelbar nachzugehen und diese direkt auf Ebene der Einzelkredite zu übertragen, zu identifizieren und Maßnahmen einzuleiten.

Krisenhafte Entwicklungen sowie sich ständig verändernde regulatorische Bestimmungen verstärken die Notwendigkeit eines reagiblen Kreditportfolios. Die Sicherstellung einer hohen Portfolioreagibilität war und bleibt daher eines der wesentlichen risikostrategischen Handlungsfelder im Kreditrisikomanagement.

Risikoquantifizierung

Die Quantifizierung von Adressenausfallrisiken erfolgt durch ein konzernweit eingesetztes Kreditportfoliomodell in Verbindung mit intern entwickelten Ratingsystemen. Für jede Kreditrisikoposition werden die Risikoparameter Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default – PD), Forderungsbetrag bei Ausfall (Exposure at Default – EaD) und Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default – LGD) ermittelt. Damit lässt sich der entsprechende erwartete Verlust für eine Einzelposition berechnen. Der erwartete Verlust misst den potenziellen Verlust eines Kreditportfolios, der innerhalb eines Jahres auf Grund von historischen Verlustdaten zu erwarten ist. Das Kreditportfoliomodell ermöglicht darüber hinaus Wahrscheinlichkeitsaussagen über Verluste aus Kreditausfällen und Veränderungen des Ratings auf Portfolioebene, insbesondere eine Quantifizierung des unerwarteten Verlusts auf einem Risikohorizont von einem Jahr. Dieser unerwartete Verlust (Credit Value at Risk – CVaR) misst das über den erwarteten Verlust hinausgehende Ausmaß möglicher Kreditrisikoverluste und ist mit Eigenkapital zu unterlegen.

Kreditportfoliomodell

Der Einsatz eines Kreditportfoliomodells erlaubt es, Wahrscheinlichkeitsaussagen über mögliche Verluste im Kreditgeschäft zu treffen und somit zentrale Kennziffern zur Kreditrisikosteuerung und -überwachung bereitzustellen. Das Kreditportfoliomodell der COMMERZBANK ist eine Eigenentwicklung, die ähnlich dem CreditMetrics- beziehungsweise Moody's KMV-Modell auf dem sogenannten Asset-Value-Ansatz basiert. Dabei werden in einer Monte-Carlo-Simulation mögliche Realisierungen der Vermögenswerte der Kreditnehmer sowie deren Ratingveränderungen und Ausfälle simuliert. Hieraus werden die bilanziellen Verluste auf Portfolioebene ermittelt und statistisch analysiert. Das Kreditportfoliomodell benötigt dazu zum Einen die Geschäfts- und Kundendaten: Höhe des Engagements, Bonität, erwartete Verlustquote, Länder- und Branchenzugehörigkeit. Darüber hinaus werden koinzidente Ausfallereignisse durch ca. 60 systematische Risikofaktoren modelliert. Spezifische Modellparameter (Korrelationen) bemessen die Anbindung der einzelnen Kreditnehmer an diese Systemfaktoren sowie die Synchronität der Systemfaktoren untereinander. Sie quantifizieren damit potenzielle Diversifikationseffekte zwischen verschiedenen Branchen und Ländern, aber auch die erhöhten Ausfallkorrelationen in gleichen Branchen und Ländern. Änderungen der Portfoliozusammensetzung oder neue empirische Datenpunkte können dazu führen, dass das Modell angepasst werden muss. Alle Parameter des Kreditrisikomodells werden deshalb einer mindestens jährlichen, detaillierten Validierung unterzogen, die auch der Bankenaufsicht vorgelegt werden muss.

Ratingarchitektur

Zentraler Bestandteil der Ratingarchitektur der COMMERZBANK ist der Einsatz von „single point of methodology“-Ratingverfahren durch Aufruf einer zentralen Rechenkern-Bibliothek. Diese einheitliche Verfahrensarchitektur erleichtert nicht nur die Risikosteuerung und das Monitoring, sondern senkt auch das Risiko von Ratingarbitrage innerhalb des Konzerns. Die Ratingverfahren sind wiederum in Ratingsysteme eingebettet, welche – über die originäre Methodenanwendung zur Bonitäts- und Risikobewertung hinausgehend – sämtliche Prozesse der Datenbereitstellung, der Ratingdurchführung sowie der Überwachungs- und Steuerungsmaßnahmen umfassen.

Die Verwendung von Ratingverfahren ist unabhängig von regulatorischen Gegebenheiten unerlässlicher Bestandteil der Risikobewertung im COMMERZBANK-Konzern. Die resultierenden Ratings finden Eingang in die Kreditentscheidungsprozesse von Markt und Marktfolge, in den internen Steuerungsprozessen zur Ermittlung der Risikovorsorge nach IFRS sowie in der internen Bemessung des CVaR beziehungsweise der Risikotragfähigkeit. Im Jahr 2012 wurden auch bereits zugelassene Ratingverfahren weiter überarbeitet und verbessert. Zentraler Punkt dieser Weiterentwicklungen waren dabei die genauere Risikoprognose und verbesserte Steuerungsimpulse.

Die Baseler Rahmenvereinbarung über die internationale Konvergenz der Kapitalmessung und Eigenkapitalanforderungen (Basel II) unterscheidet bei Ratingverfahren nach dem sogenannten Kreditrisiko Standard-Ansatz („**KSA**“) und dem internen ratingbasierten Ansatz (Internal Rating Based Approach, „**IRBA**“). Hauptvorteil von IRBA-Ratingverfahren ist, dass Risiken wesentlich genauer erfasst und quantifiziert werden können. Nachdem die Zulassung weiterer Teile des Portfolios zum IRBA abgeschlossen ist, wurden in 2012 auch bereits zugelassene Ratingverfahren auf Basis der Erfahrungen aus der Finanzmarktkrise weiter überarbeitet und verbessert. Zentraler Punkt dieser Weiterentwicklungen waren dabei die genauere Risikoprognose und verbesserte Steuerungsimpulse. Nachstehende Übersicht zeigte die per 31. Dezember 2012 im IRBA verwendeten Ratingverfahren mit ihren Anwendungsbereichen und den jeweiligen Kernkomponenten.

IRBA-Ratingverfahren

<u>Forderungsklasse</u>	<u>Anwendungsbereich</u>	<u>Hardfacts</u>	<u>Softfacts</u>	<u>Overruling</u>
Financial Institutions	Banken	■	■	■
Sovereigns	Länder	■	■	■
Sovereigns	Kommunen/Bundesstaaten	■		■
Corporate	Firmenkunden	■	■	■
Corporate	Finanzinstitute (Nichtbanken)	■	■	■
Retail	Private Kunden	■		
Spec. Lending	Commercial Real Estate	■ ¹⁾	■	■
Spec. Lending	Structured Finance	■	■	■
Spec. Lending	Renewable Energies	■	■	■
Spec. Lending	Schiffsfinanzierungen	■	■	■
Spec. Lending	ABS-Transaktionen (Sponsoren)	■	■	

¹⁾ Adjustierungsmöglichkeit der möglichen Kennzahlen durch den Analysten.

Als Hardfacts werden die Faktoren bezeichnet, die systembasiert in die Ratingverfahren einfließen und als Information keinen Interpretationsspielraum besitzen, z.B. Daten des Jahresabschlusses von Unternehmen, Einkommensverhältnisse von Privatpersonen oder Alter von vorliegenden Unterlagen.

Unter Softfacts werden strukturierte Analysebereiche verstanden, die eine Einschätzung durch den Ratinganalysten erfordern und bei denen somit ein situativer Ermessensspielraum besteht, zum Beispiel Fragen zur Einschätzung des Managements oder der Produktqualität des zu bewertenden Kunden. Overruling ist ein nachgelagerter Analysebereich, in dem eine zusätzliche Möglichkeit besteht, Sachverhalte nach jeweiliger Einschätzung des Analysten gesondert zu bewerten. Hierbei kann das ermittelte Systemergebnis durch Auf- oder Abwertungen gezielt modifiziert und die relevante Entscheidungsgrundlage dokumentiert werden. Das Overruling ist insbesondere dann anzuwenden, wenn bei stark schwankenden Entwicklungen (z.B. Marktveränderungen) eine angemessene Abbildung der Unternehmenssituation durch eine Bewertung von statistischen Informationen (z.B. Jahresabschluss) für die Ableitung einer zukunftsorientierten Ausfallwahrscheinlichkeit nicht ausreichend ist. Auf Grund der hiermit verbundenen Freiheitsgrade im Ratingverfahren unterliegt das Overruling strengen Maßstäben sowie einem regelmäßigen Monitoring.

Zum 31. Dezember 2012 hatte der Konzern mehr als 90% seines Kreditportfolios auf Basis EaD im IRBA-Verfahren angemeldet und die entsprechende Zulassung von den Aufsichtsbehörden erhalten. Das bedeutet, dass für diese Kredite/Forderungen das interne Bonitätsrating sowie die interne Einschätzung der Sicherheitenerlöse die regulatorische Eigenmittelanforderung bestimmen. Für Kredite/Forderungen, die nicht durch IRBA-Verfahren abgedeckt werden, gilt der KSA, bei dem feste Risikogewichte primär in Abhängigkeit der externen Bonitätseinschätzung des Schuldners zu verwenden sind. Die COMMERZBANK hat für den sukzessiven Übergang des KSA-Portfolios in den IRBA einen Hochlaufplan definiert, der die Vorgaben gemäß § 56 SolV sowie die diesbezüglichen Abdeckungsgrade in den einzelnen Portfolios berücksichtigt. Die folgende Tabelle zeigt den Umsetzungsstand per Ende 2012.

EaD/RWA-Abdeckung durch IRBA

EaD-/RWA-Abdeckung durch IRBA (in %)	<u>EaD-Abdeckung</u>	<u>RWA-Abdeckung</u>
31.12.2009	80	72
31.12.2010	84	75
31.12.2011	84	73
31.12.2012	92	88

Die Erhöhung des IRBA-Abdeckungsgrades wurde nach Abschluss der Dresdner Bank-Integration wieder aufgenommen. Die IRBA-Abdeckungsquoten betragen zum Ende des Jahres 2012 92% auf Basis EaD bzw. 88% auf Basis RWA und liegen damit 8 bzw. 15 Prozentpunkte höher als im Vorjahr. Ein aktualisierter Umsetzungsplan wurde der BaFin zur Genehmigung vorgelegt. Darin plant die Bank, die 92% IRBA-Austrittsschwelle für die COMMERZBANK auf Basis RWA bis Ende 2013 zu erreichen. Die wichtigsten Maßnahmen sind dabei die Zertifizierung des restlichen Privatkundenportfolios sowie die zweite Welle der Zulassungsprüfung in der BRE Bank.

Das Ratingverfahren der COMMERZBANK umfasst 25 Ratingstufen für nicht ausgefallene Kredite (1,0 bis 5,8) und fünf Default-Klassen (6,1 bis 6,5). Um die Vergleichbarkeit der Ratings über die verschiedenen Ratingverfahren sicherzustellen, verwendet die COMMERZBANK eine Masterskala, die jeder Ratingklasse genau eine zeitstabile, überlappungsfreie Spannweite von Ausfallwahrscheinlichkeiten zuweist. Die Ratingverfahren unterliegen einer jährlich durchzuführenden Validierung und Rekalibrierung, so dass sie vor dem Hintergrund aller tatsächlich beobachteten Ausfälle die jeweils aktuelle Einschätzung widerspiegeln. Entsprechend dem Ansatz der Masterskala bleiben zum Zwecke der Vergleichbarkeit bei der COMMERZBANK-Masterskala die den Ratings zugeordneten Ausfallbänder unverändert (zeit- und portfoliostabil). Zur Orientierung sind den internen Ratings indikativ die Bandbreiten externer Ratings gegenübergestellt. Da bei externen Ratings für verschiedene Portfolios auch unterschiedliche, von Jahr zu Jahr schwankende Ausfallraten beobachtet werden, ist eine direkte Überleitung nicht möglich.

Aus der Masterskala ist sowohl das Rating eines Kreditnehmers, basierend auf dessen prozentualer Ausfallwahrscheinlichkeit (PD- bzw. Kundenrating) als auch das Rating eines bestimmten Kreditengagements, basierend auf der Risikodichte (EL- bzw. Kreditrating) abzulesen.

Rating COMMERZBANK	PD- und EL-Midpoint in % des EaD	PD- und EL-Bereich in % des EaD	S&P	
1.0	0,00	0	AAA	
1.2	0,01	0 – 0,02	AAA	
1.4	0,02	0,02 – 0,03	AA+	
1.6	0,04	0,03 – 0,05	AA, AA-	
1.8	0,07	0,05 – 0,08	A+, A	Investment Grade
2.0	0,11	0,08 – 0,13	A-	
2.2	0,17	0,13 – 0,21	BBB+	
2.4	0,26	0,21 – 0,31	BBB	
2.6	0,39	0,31 – 0,47	BBB	
2.8	0,57	0,47 – 0,68	BBB-	
3.0	0,81	0,68 – 0,96	BB+	
3.2	1,14	0,96 – 1,34	BB	
3.4	1,56	1,34 – 1,81	BB	
3.6	2,10	1,81 – 2,40	BB-	
3.8	2,74	2,40 – 3,10	B+	
4.0	3,50	3,10 – 3,90	B+	Non- Investment- Grade
4.2	4,35	3,90 – 4,86	B	
4.4	5,42	4,86 – 6,04	B	
4.6	6,74	6,04 – 7,52	B	
4.8	8,39	7,52 – 9,35	B-	
5.0	10,43	9,35 – 11,64	B-	
5.2	12,98	11,64 – 14,48	CCC+	
5.4	16,15	14,48 – 18,01	CCC+	
5.6	20,09	18,01 – 22,41	CCC bis CC-	
5.8	47,34	22,41 – 99,99	CCC bis CC-	
6.1	100,00	Überziehung >90 Tage		
6.2	100,00	Drohende Zahlungsunfähigkeit		
6.3	100,00	Sanierung mit Sanierungsbeiträgen	C, D-I, D-II	Default
6.4	100,00	Kündigung ohne Insolvenz		
6.5	100,00	Insolvenz		

Die Kreditkompetenzen einzelner Mitarbeiter wie auch die Kompetenzen der Komitees (Gesamtvorstand, Kreditkomitee, Subkreditkomitees) sind nach Engagementgrößen sowie Ratingklassen gestaffelt. Wichtigste Steuerungsgröße für das Adressenausfallrisiko sind die aus den Ratings abgeleiteten erwarteten Verluste (EL). Die Kreditrisikostategie gibt Zielwerte für einzelne Portfolioteile vor. Dadurch wird dem Ziel Rechnung getragen, dass die zu erwartende Risikovorsorge im Einklang mit der strategischen Ausrichtung der COMMERZBANK, wie zum Beispiel dem Zielrating der Ratingagenturen oder der angestrebten Portfolioqualität und -zusammensetzung, gehalten wird.

Risikoparameter

Neben der Einstufung des Ausfallrisikos im Rahmen der verwendeten Ratingverfahren ist die richtige Einschätzung der Verlustschwere der Kern einer tragfähigen gesamthaften Risikobewertung. Die Verlustschwere wird zum einen durch den Forderungsbetrag bei Ausfall (EaD) und zum anderen durch die Verlustquote bei Ausfall (LGD) determiniert. Bei der Prognose des EaD werden offene Linien und sonstige Eventualverbindlichkeiten über Credit Conversion Factors (**CCF**) angerechnet. Die CCF beschreiben in Abhängigkeit des Geschäfts und des Kunden die Ziehungswahrscheinlichkeit im Falle eines Ausfalls innerhalb der nächsten zwölf Monate.

Der LGD wird maßgeblich durch die erwarteten Erlöse aus Sicherheiten und aus unbesicherten Kreditteilen determiniert. Die Modellierung der Erlöse aus Sicherheiten erfolgt über Erlösquoten als Abschlag auf den zuvor festgelegten Marktwert. Die Höhe der Erlösquoten hängt von den Eigenschaften der Sicherheit ab, beispielsweise wird in der Modellierung für Immobilien nach Objekttyp und Standort unterschieden. Zur Bestimmung der Erlöse auf unbesicherte Kreditteile stehen vor allem Eigenschaften des Kunden und des Geschäfts im Vordergrund. Die statistische Schätzung der CCF- und LGD-Modelle erfolgt auf Basis empirischer bankinterner Verlustdaten.

Die COMMERZBANK greift hierbei auf eine Historie von internen Kreditausfällen seit dem Jahr 1997 zurück. Neue Ausfälle werden im Rahmen der Permanenterfassung fortlaufend protokolliert und mit

Abschluss der Bearbeitung statistischen Analysen zugänglich gemacht. Der Prozess der Datenerfassung wird begleitet von zahlreichen manuellen Kontrollen und maschinellen Prüfverfahren zur Sicherstellung der Qualität der Eingaben. Bei der Entwicklung statistischer Schätzmodelle für EaD und LGD wurden sowohl interne als auch regulatorische Anforderungen der SolvV beachtet. Eine wichtige Rolle spielt die Diskussion mit Experten aus den Marktfolge- und Workout-Abteilungen, um relevante Faktoren zu identifizieren und Ergebnisse zu plausibilisieren. In Bereichen mit einer nur geringen Zahl historischer Default-beziehungsweise Verwertungsfällen werden die empirischen Analysen durch Expertenschätzungen ergänzt. Alle Modelle werden regelmäßig validiert und auf Basis der neuen Erkenntnisse rekali­briert. Empirisch fundierte LGD- und EaD-Parameter finden in alle wichtigen internen Prozesse der COMMERZBANK Eingang. Im Rahmen der Zulassungsprüfung für den fortgeschrittenen IRBA wurde die Eignung der Modelle durch Bundesbank und BaFin geprüft.

Letztendlich ergibt sich aus Kombination der oben genannten Komponenten die Einschätzung des Erwarteten Verlustes ($EL = EaD \cdot PD \cdot LGD$) sowie als Relation von EL zu EaD die Risikodichte (EL in Basispunkten des EaD). Über die interne Masterskala werden zusätzlich zur PD eines Kreditnehmers (Kundenrating) auch der Risikodichte eines Kreditengagements (Kreditrating) Ratingstufen zugeordnet.

Validierung

Alle Schätzverfahren zur Risikoklassifizierung unterliegen gemäß §§ 147 ff. SolvV der regelmäßigen Validierung und Parameterkalibrierung. Die Erstellung der jeweiligen Validierungsberichte erfolgt durch die von den Markteinheiten unabhängige Risikosteuerungsabteilung. Besondere Auffälligkeiten und Anpassungsbedarf werden dem Strategic Risk Committee vorgestellt und von diesem abgenommen. Das regelmäßige Verfahrensmonitoring stellt ein weiteres Element der Systemkontrolle dar. Die bankinterne Revision überzeugt sich regelmäßig von der Güte der verwendeten Ratingverfahren durch Überprüfung der Validierungs- und Monitoringmaßnahmen sowie durch Prüfung der angewendeten Methoden und Prozesse.

Bei den Validierungsmaßnahmen wird unterschieden zwischen der quantitativen und der qualitativen Überprüfung der Ratingverfahren. Grundlage der Untersuchungen ist ein einheitliches Validierungskonzept, das bestimmte Standardanalysen für alle Ratingverfahren verbindlich vorschreibt und verfahrensspezifisch zusätzliche Pflichtanalysen definiert. Für die Validierungsmaßnahmen werden interne Datenhistorien verwendet, die bei Bedarf durch Datenzukaufe von externen Anbietern angereichert werden (zum Beispiel bei der Analyse von Shadow-Rating-Verfahren). Diese Datenbasis ermöglicht eine nachhaltige Bewertung der Modellstabilität und der Verfahrensgüte im Zeitverlauf, für die beispielsweise die Trennschärfe und die Prognosegüte eines Verfahrens wichtige Indikatoren darstellen.

Bei der quantitativen Validierung werden für die in den Ratingverfahren ermittelten Risikoparametern über den Betrachtungszeitraum Prognose und Wirklichkeit verglichen. Dabei wird die Qualität der Prognose anhand mathematisch-statistischer Verfahren überprüft. Für die Überprüfung der Kalibrierung werden verschiedenste statistische Tests durchgeführt. Alle Analyseergebnisse werden mithilfe einer Ampellogik zusammengefasst und bewertet. Sollten die im Validierungskonzept definierten Standards und Grenzwerte unterschritten werden, sind nach einer detaillierten Ursachenklärung konkrete Handlungsmaßnahmen mit Zeitplan festzulegen, wie zum Beispiel Aktivitäten zur Verbesserung der Datenqualität oder die Überarbeitung des untersuchten Verfahrens.

Die qualitative Validierung erfolgt in Zusammenarbeit mit den Anwendern der Risikomodelle und konzentriert sich auf prozessuale Aspekte. Zusätzlich analysieren die in der Marktfolge etablierten Asset-Quality-Reviews regelmäßig die Datenqualität und die prozessstreu Anwendung der Modelle. So dient beispielsweise das monatliche Reporting der Ratingabdeckung an den Vorstand dem Ziel, die Portfolios jeweils mit aktuellen und gültigen Ratinganalysen zu bewerten. Jedes zugelassene IRBA-Ratingverfahren der COMMERZBANK wird gemäß der internen Vorgaben sowie der Anforderungen der SolvV mindestens einmal jährlich validiert. Gegenstand der Validierung sind eine quantitative Überprüfung von Kalibrierung und Vorhersagekraft der Ratingverfahren sowie eine qualitative Bewertung der Risikoeinschätzung.

Die im Jahr 2012 durchgeführten Validierungen ergaben Anpassungsbedarf vor allem bei dem Ratingverfahren für Schiffsfinanzierungen. Der Effekt der Rekalibrierung wurde bereits per Jahresultimo 2012 berücksichtigt. Die Parameter zur Prognose von EaD sowie LGD wurden aufgrund einer verbreiterten historischen Datenbasis im Jahr 2012 ebenfalls teilweise aktualisiert. Dies führte zu Anpassungen der entsprechenden Prognosewerte für Banken, Firmenkunden und Public Finance-Adressen. Weitere Effekte werden sich teilweise erst im Laufe des Jahres 2013 realisieren. Insgesamt wird aus allen Maßnahmen ein RWA-Anstieg im einstelligen Milliardenbereich erwartet. Darüber hinaus ergab das Backtesting keine signifikanten Auffälligkeiten.

Steuerung der ökonomischen Kapitalbindung

Mit dem Ziel einer angemessenen Kapitalausstattung der COMMERZBANK werden für das ökonomische Risikokapital (Economically required Capital, ErC) alle Risikoarten in der Gesamtrisikostrategie konzernübergreifend mit Limiten versehen, insbesondere wird ein CVaR-Limit festgelegt. Aufgrund der

systematisch eingeschränkten Möglichkeiten zur kurzfristigen Reduktion des Ausfallrisikos ist es zur Steuerung der Limiteinhaltung wichtig, die erwartete Entwicklung des Kreditrisikos (mittel- und langfristig) zu berücksichtigen. Aus diesem Grund spielen Plan-/Forecastwerte der Kapitalkenngrößen sowie der Abgleich mit der beobachteten Ist-Entwicklung in der laufenden Steuerung eine wichtige Rolle. Dabei ist sicherzustellen, dass aus der Plan-/Forecasteinhaltung die Limiteinhaltung folgt. Auf ein kaskadiertes Limitkonzept für das Kreditrisiko unterhalb der Konzernebene, das heißt auf eine Allokation des Kreditkonzernlimits auf Segmente/Geschäftsfelder, wird verzichtet. Bei der Operationalisierung der Kapitalsteuerung für das Adressenausfallrisiko spielt der Expected Loss (EL) eine maßgebliche Rolle, da er wesentliche Inputfaktoren des CVaR zu einer aussagekräftigen Kennzahl verdichtet, deren Einsatz in der Risikosteuerung seit Langem etabliert ist.

Management von Klumpen- und Konzentrationsrisiken

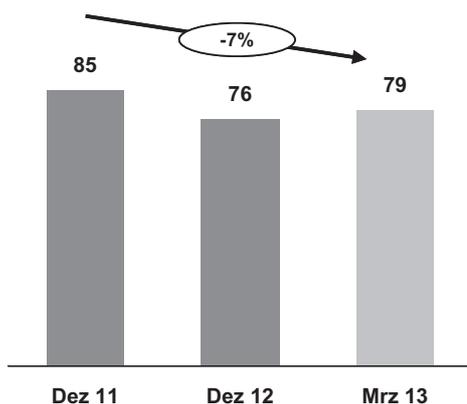
Die Finanzmarktkrise hat gezeigt, dass Ausfälle einzelner großer Marktteilnehmer erhebliche Risiken für die Stabilität des Finanzsystems bergen können. Um diese Risiken frühzeitig zu erkennen und zu begrenzen, werden Risikokonzentrationen bei einzelnen Großkunden (Klumpen) sowie in Ländern, Kundengruppen und Produkten durch eine aktive Steuerung unter Berücksichtigung segmentspezifischer Besonderheiten gesteuert.

Anfang 2011 wurde die bisherige Kategorisierung der Klumpenrisiken auf Basis von statistisch modellierten Größen (EaD, LaD und CVaR) durch eine einheitliche Definition auf Basis des „All-in“ abgelöst. Der „All-in“-Begriff umfasst alle innerhalb der COMMERZBANK genehmigten Kreditlinien eines Kunden in voller Höhe – unabhängig von der aktuell bestehenden Kreditinanspruchnahme. Zu berücksichtigen ist aber, dass Settlement-Risiken analog der Anrechnung im EaD nicht enthalten sind und Reverse Repos nur nach Netting in das „All-in“ einfließen.

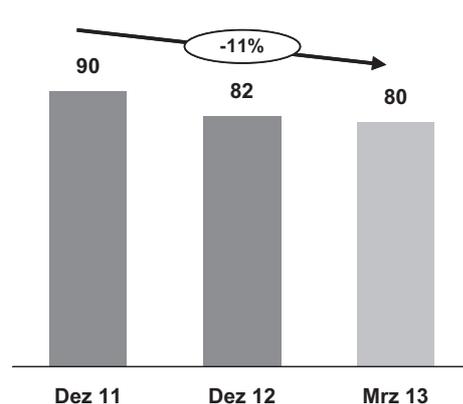
Klumpen oberhalb einer fest definierten Ausschlussschwelle sind dauerhaft nicht gewollt und werden konsequent reduziert. Das Management der Risikokonzentrationen innerhalb des Adressenausfallrisikos umfasst neben engagementbezogenen Kreditrisikokonzentrationen (Klumpenrisiken) auch Länder- und Branchenkonzentrationen. Das Management und der Risikoausschuss des Aufsichtsrats werden turnusgemäß über die Ergebnisse der Analysen informiert.

Die „All-In“-Eintrittsschwelle für Klumpenrisiken wurde auf einen Betrag von EUR 1 Mrd. festgelegt und gilt segment-, produkt- und bilanzkategorieübergreifend, wobei sogenannte Ausnahmeschuldner von dieser Steuerung ausgenommen sind. Der Aufbau bzw. die Prolongation einer Position oberhalb der Klumpenrisikogrenze bedarf der Genehmigung durch den Gesamtvorstand. Auf Basis dieser Definition belief sich der EaD der Klumpenrisiken per 31. Dezember 2012 auf EUR 76 Mrd. bzw. 17% des gesamten EaD des Konzerns (31. Dezember 2011 EUR 85 Mrd. bzw. 17%). Zum 31. März 2013 betrug der EaD EUR 79 Mrd. bzw. 17% des gesamten EaDs des Konzerns. Demnach hat sich das Klumpenrisiko sowohl nach EaD als auch nach Anzahl deutlich vermindert.

Exposure at Default der Klumpen
in Mrd. EUR



Anzahl der Klumpen



Risikominderung

In der COMMERZBANK findet Kreditrisikominderung in Form von Gewährleistungen, Sicherheiten und Aufrechnungsverfahren (Netting) Anwendung. Im Rahmen der IRBA-Prüfungen wurden Verfahren für die Anrechnung der Sicherungsinstrumente anerkannt, insbesondere zählen hierzu finanzielle Sicherheiten, Garantien, Kreditderivate, Lebensversicherungen, Registerpfandrechte und sonstige Sachsicherheiten. Kreditrisikominderungseffekte aus der Hereinnahme anerkannter fähiger Gewährleistungen (Garantien/Bürgschaften, Credit Default Swaps, vergleichbare Ansprüche gegenüber Dritten) berücksichtigt die

COMMERZBANK im IRBA durch Verwendung der Risikoparameter (PD und LGD) des Gewährleistungsgebers, beziehungsweise im KSA durch die Verwendung der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Risikogewichte. Grundsätzlich unterliegen alle Garantiegeber im Rahmen der Bewertung ihrer Haftungserklärung einer Bonitätsprüfung und Ratingfeststellung gemäß ihrer Branchen- und Geschäftszugehörigkeit. Ziel der Bonitätsprüfung ist dabei die Feststellung der maximalen Zahlungsfähigkeit des Garanten.

Entsprechend der SolV wird die Qualität der anerkannten Besicherung streng überprüft und laufend überwacht. Dies umfasst insbesondere die Prüfung der rechtlichen Durchsetzbarkeit, die regelmäßige Bewertung sowie die Verwaltung der Sicherheiten. Im Rahmen der Kreditweiterverarbeitung wird während der Kreditlaufzeit die Werthaltigkeit der Sicherungsinstrumente ab einer festgelegten Grenze überprüft. Dies erfolgt in Abhängigkeit von der Sicherheitenart in angemessenen Abständen, in der Regel jährlich, anlassbezogen auch in kürzeren Abständen. Positive Korrelationen zwischen der Bonität des Schuldners und dem Wert der Sicherheit oder Garantie werden im Kreditbearbeitungsprozess festgestellt. Betroffene Sicherungsinstrumente finden keine Anrechnung.

Die Sicherheitenbearbeitung für Private Kunden erfolgt bei Engagements unter EUR 750.000, mit niedrigem Risiko und definierten Standardsicherheiten im Wesentlichen durch spezialisierte Einheiten im Vertrieb, in allen anderen Fällen durch spezialisierte Einheiten der Marktfolge. Die Sicherheitenbearbeitung für Firmenkunden erfolgt ausschließlich durch das Sicherheitenmanagement der Risikofunktion.

Neben der Aufstellung von Besicherungsgrundsätzen wird die Bewertung und Verwaltung (Bearbeitung) von Sicherheiten durch allgemeingültige Standards sowie sicherheitenartenspezifische Anweisungen (Richtlinien, Kompendien, Prozessbeschreibungen, EDV-Anweisungen, rechtlich geprüfte Standardverträge und Muster) geregelt. Die zur Absicherung oder Risikominderung von Krediten aufgestellten Standards, die auch die regulatorischen Anforderungen der SolV berücksichtigen, beinhalten unter anderem:

- rechtliche und operationelle Standards für Dokumentation und Datenerfassung sowie Bewertungsstandards (mindestens jährliche Engagementanalyse);
- Einheitlichkeit und Aktualität der Sicherheitenbewertung durch die Festlegung von Bewertungsprozessen, die Vorgabe einheitlicher Bewertungsmethoden, Parameter und definierter Sicherheitsabschläge, die klare Festlegung von Zuständigkeiten und Verantwortung für den Bearbeitungs- und Bewertungsprozess sowie die Vorgabe regelmäßiger Neubewertungsfrequenzen;
- sonstige Standards zur Berücksichtigung bestimmter Risiken, z.B. operationelle Risiken, Korrelations- und Konzentrationsrisiken, Termin- beziehungsweise Befristungsrisiken, Marktpreisänderungsrisiken (z.B. bei Währungsschwankungen), Länderrisiken, Rechts- und Rechtsänderungsrisiken, Umweltrisiken sowie Risiken eines unzureichenden Versicherungsschutzes.

Die im Rahmen des Risikomanagements berücksichtigten Sicherheiten liegen überwiegend in der COMMERZBANK sowie der Hypothekbank Frankfurt und belaufen sich per 31. Dezember 2012 auf rund EUR 113 Mrd. für die Positionen im Weiß- und Graubuch sowie auf gut EUR 9 Mrd. im Defaultportfolio. Bei den Sicherheiten handelt es sich dabei im Segment Privatkunden überwiegend um Grundschulden auf eigen- und fremdgenutztes Wohneigentum. In der Mittelstandsbank ist die Besicherung auf diverse Sicherheitenarten verteilt. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Grundpfandrechte auf gewerbliche Objekte sowie Garantien und Ausfallbürgschaften. Für das Mittel- und Osteuropaportfolio im Segment Central & Eastern Europe dienen sowohl im gewerblichen als auch im Retailbereich vorwiegend Grundpfandrechte als Sicherheit. Die Besicherung des Corporates-&Markets-Portfolios setzt sich überwiegend aus Sicherungsübereignungen sowie aus Verpfändungen zusammen. Im Segment None-Core Assets entfallen die Sicherheitenwerte im Bereich Commercial Real Estate überwiegend auf gewerbliche Grundschulden und Grundschulden bei eigen- und fremdgenutztem Wohneigentum, für das Schiffsportfolio haften vor allem Sicherheiten in Form von Schiffshypotheken.

Portfolioüberblick Weiß- und Graubuch

Das Kreditvolumen setzt sich aus Krediten an Kreditinstituten (nur Kredite, für die eine Kreditvereinbarung besteht – z.B. kein Geldhandel zwischen Banken) und Kredite an Kunden (Forderungen an Kunden ohne Reverse Repos und Cash Collaterals) sowie Wechselverbindlichkeiten (Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralbank zugelassen sind – on-balance – und Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen, abgerechneten Wechseln – off-balance) zusammen.

Zusätzlich zu diesen Positionen enthält der EaD weitere On Balance- und Off Balance-Positionen. So wird beispielsweise der offene Anteil einer extern zugesagten Linie zu einem gewissen Prozentsatz im EaD berücksichtigt. Dieser Prozentsatz reflektiert die Wahrscheinlichkeit dafür, dass die offene Linie bis zu einem eventuellen Ausfall des Schuldners in Anspruch genommen wird. Analog werden auch andere Eventualverbindlichkeiten wie Avale und Akkreditive anteilig im EaD berücksichtigt. Weiterhin wird im EaD auch das kreditäquivalente Exposure aus Kontrahenten- und Emittentenrisiken berücksichtigt (Derivate und Reverse Repos nach Netting).

Zur Steuerung und Limitierung der Adressenausfallrisiken nutzt die COMMERZBANK die Risikokennzahlen EaD, LaD, EL, CVaR (ökonomischer Kapitalverbrauch mit einem Konfidenzniveau von 99,91% und einer Haltedauer von einem Jahr), Risikoaktiva, Risikodichte sowie für Klumpenrisiken der „All-in“. Die Adressenausfallrisiken verteilen sich im Weiß-/Graubuch (PD-Rating 1,0-5,8) wie aus den nachstehenden Tabellen ersichtlich auf die Segmente des COMMERZBANK Konzerns. Details zum Schwarzbuch (PD-Rating 6,1-6,5) sind im Abschnitt „—Intensive Care/Ertragsbelastungen aus Impairments (Risikovorsorge)—Default-Portfolio (Schwarzbuch)“ zu finden:

Kreditrisikozahlen nach Segmenten	Exposure at Default (in Mrd. EUR)			Expected Loss (in Mio. EUR)			Risikodichte (in bp)		
	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013
Privatkunden¹⁾	65	76	77	218	206	205	34	27	27
Private Baufinanzierung	36	46	46	93	92	95	26	20	20
Renditeobjekte	6	5	5	14	11	12	24	21	22
Individualkredite	12	12	12	58	46	46	51	40	40
Verfügungskredite/ Ratenkredite/ Kreditkarten	9	10	9	48	41	39	52	43	41
Inländische Tochtergesellschaften	1	3	3	4	7	7	28	28	27
Ausländische Tochtergesellschaften und Sonstige	1	1	1	1	8	6	7	73	52
Mittelstandsbank²⁾	115	111	113	357	313	325	31	28	29
Financial Institutions	20	18	22	87	52	64	43	30	29
Corporates Inland	81	78	76	230	214	218	28	27	29
Corporates Ausland	14	15	15	40	46	42	28	31	29
Central & Eastern Europe	26	25	25	192	150	150	73	59	59
BRE Group	23	25	25	152	143	143	68	57	57
COMMERZBANK Eurasija ²⁾	2	—	—	16	—	—	97	—	—
Bank Forum ²⁾	<1	—	—	15	—	—	606	—	—
Sonstige ²⁾	2	<1	<1	9	7	7	49	234	260
Corporates & Markets³⁾	61	68	66	133	139	144	22	20	22
Deutschland	24	23	23	38	45	50	16	20	22
Westeuropa	19	27	26	55	54	62	29	20	23
Mittel- und Osteuropa	2	2	2	4	4	5	19	25	27
Nordamerika	11	9	9	26	26	23	25	28	24
Sonstige	6	7	6	10	10	4	17	15	7
Sonstige und Konsolidierung⁴⁾	31	41	40	51	61	61	16	15	15
Asset Based Finance/ Non-Core Assets	181	139	132	646	912	949	36	66	72
Commercial Real Estate ¹⁾	57	47	44	290	277	272	51	59	62
Eurohypo Retail ¹⁾	14	—	—	17	—	—	12	—	—
Ship Finance/ Deutsche Schiffsbank ⁴⁾	21	14	14	165	435	451	77	302	329
<i>Davon Schiffsfinauzierungen</i> ...	18	14	14	164	430	451	90	302	329
Public Finance ⁵⁾⁶⁾	89	77	74	175	206	226	20	27	30
PRU³⁾⁵⁾	12	—	—	83	—	—	70	—	—
Gesamt⁶⁾⁷⁾	492	460	453	1.680	1.781	1.834	34	39	40

¹⁾ In 2012 Umgliederung des Core-Anteils von Eurohypo Retail in das Segment Privatkunden (Private Baufinanzierung), der Commerz Real in das Segment Privatkunden (Inländische Tochtergesellschaften) sowie des Non-Core-Anteils von Eurohypo Retail in das Segment Non-Core Assets (Commercial Real Estate).

²⁾ In 2012 Umgliederung der Commerzbank Eurasija, der Filialen in Tschechien und der Slowakei sowie die Commerzbank Zrt. in Ungarn in die Mittelstandsbank sowie Verkauf der Bank Forum.

³⁾ In 2012 Eingliederung des Segments PRU (ohne Private Finance Initiatives-Portfolio) in das Segment Corporates & Markets.

⁴⁾ In 2012 Umgliederung des Anteils der Kommunalfinanzierungen der Deutschen Schiffsbank von Ship Finance zu Sonstige & Konsolidierung.

⁵⁾ In 2012 Umgliederung des Private Finance Initiatives-Portfolios (für Details zum Portfolio, siehe „—Non-Core Assets—Public Finance“) zu Public Finance (Non-Core Assets).

⁶⁾ Per 31.12.2011 inklusive nicht wertkorrigiertem Anteil der in LaR und AfS gebuchten griechischen Anleihen.

⁷⁾ Per 31.12.2011 ohne inflationsinduzierte Wertansätze von überwiegend in LaR gebuchten Wertpapierbeständen (etwa EUR 0,4 Mrd).

CVaR in Mio. EUR⁶⁾	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013
Privatkunden ¹⁾	789	815	820
Mittelstandsbank ²⁾	3.361	2.986	2.968
Central & Eastern Europe ²⁾	664	539	550
Corporates & Markets ³⁾	1.600	2.094	1.954
Sonstige und Konsolidierung ⁴⁾	655	1.137	1.051
Asset Based Finance/Non-Core Assets ¹⁾⁴⁾⁵⁾	4.823	5.626	5.824
PRU ³⁾⁵⁾	1.039	—	—
Konzern	13.052	13.198	13.167

- ¹⁾ In 2012 Umgliederung des Core-Anteils von EH Retail sowie der Commerz Real in das Segment Privatkunden sowie des Non-Core-Anteils zu Commercial Real Estate.
- ²⁾ In 2012 Umgliederung der Commerzbank Eurasija, der Filialen in Tschechien und der Slowakei sowie die Commerzbank Zrt. in Ungarn in die Mittelstandsbank sowie Verkauf der Bank Forum.
- ³⁾ In 2012 Eingliederung des Segments PRU (ohne Private Finance Initiatives-Portfolio) in das Segment Corporates & Markets.
- ⁴⁾ In 2012 Umgliederung des Anteils der Kommunalfinanzierungen der Deutschen Schiffsbank von Ship Finance zu Sonstige & Konsolidierung.
- ⁵⁾ In 2012 Umgliederung des Private Finance Initiatives-Portfolios zu Public Finance (Non-Core Assets).
- ⁶⁾ Angaben auf Grundlage eines Konfidenzniveaus von 99,91%.

COMMERZBANK-Konzern

Angesichts der weiterhin unsicheren Situation an den Finanzmärkten sowie der zunehmenden regulatorischen Erfordernisse hat die COMMERZBANK im Juni 2012 beschlossen, den bereits eingeschlagenen Weg der Fokussierung auf kundengetriebenes und profitables Kerngeschäft, der Minimierung von Risiken und der Reduzierung von Komplexität beschleunigt fortzusetzen und die Konzernbereiche Commercial Real Estate, Deutsche Schiffsbank und Public Finance über die Zeit vollständig abzubauen. Diese Konzernbereiche wurden deshalb komplett in das Abbausegment Non-Core Assets (NCA) übertragen. In der Kernbank verbleiben somit die Segmente Privatkunden, Mittelstandsbank, Corporates & Markets sowie Central & Eastern Europe.

Die folgenden Aussagen beziehen sich auf die Struktur des Konzerns zum 31. März 2013.

Die Kreditrisikokennzahlen in der COMMERZBANK verteilen sich in den Ratingstufen 1.0 – 5.8 wie folgt auf Kernbank und Non-Core Assets:

	Exposure at Default (in Mrd. EUR)			Expected Loss (in Mrd. EUR)			Risikodichte (in bp)			Credit Value at Risk (in Mrd. EUR)		
	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013
Kernbank ...	310	321	322	965	869	884	31	27	28	7.190	7.571	7.343
NCA	170	139	132	632	912	949	37	66	72	4.823	5.626	5.824
PRU ¹⁾	12	—	—	83	—	—	70	—	—	1.039	—	—
Konzern	492	460	453	1.680	1.781	1.834	34	39	40	13.052	13.198	13.167

- ¹⁾ In 2012 Eingliederung des Segments PRU (ohne Private Finance Initiatives-Portfolio) in das Segment Corporates & Markets (Kernbank). Im dritten Quartal 2012 wurde das vorher in der PRU angesiedelte Private Finance Initiatives-Portfolio mit einem EaD von EUR 3,0 Mrd. in das Segment NCA übertragen.

Kernbank

Die Kernbank setzt sich aus den Segmenten Privatkunden, Mittelstandsbank, Central & Eastern Europe, Corporates & Markets sowie Sonstige und Konsolidierung zusammen. Der EaD ist, vor allem aufgrund der Integration eines Großteils der Portfolio Restructuring Unit, per 31. Dezember 2012 auf EUR 321 Mrd. angestiegen. Per 31. März 2013 stieg er leicht auf EUR 322 Mrd. Die Portfolioqualität auf Basis der Risikodichte konnte trotz dieser Integration auf 27 Basispunkte per 31. Dezember 2012 beziehungsweise 28 Basispunkte per 31. März 2013 (31. Dezember 2011: 31 Basispunkte) weiter verbessert werden.

Segment Privatkunden

Das Segment Privatkunden umfasst die Aktivitäten des Konzernbereichs Private Kunden, unter dem das inländische Filialgeschäft für Privat- und Geschäftskunden sowie das Wealth Management zusammengefasst sind, den Konzernbereich Direct Banking und die seit dem vierten Quartal 2012 zur Kernbank gehörenden Geschäfte des Konzernbereichs Commerz Real.

Die Risiken im Privatkundengeschäft sind im Wesentlichen abhängig vom wirtschaftlichen Umfeld, der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Immobilienpreise. Die Steuerung der Risiken erfolgt unter anderem über definierte Kreditstandards, ein aktives Neugeschäftscontrolling, eine intensive Beobachtung

des Immobilienmarktes und ein EDV-gestütztes Überziehungsmanagement. Darüber hinaus werden auffällige Kredite über ausgewählte Trigger identifiziert und im Bereich Risikofrüherkennung spezialisiert bearbeitet.

Der Finanzierungsbedarf der Kunden wird über eine breite und moderne Produktpalette abgedeckt. Der Schwerpunkt des Portfolios liegt auf der klassischen Eigenheimfinanzierung und der Finanzierung von Immobilienkapitalanlagen (Private Baufinanzierung und Renditeobjekte mit einem EaD von EUR 52 Mrd. 31. März 2013 (per 31. Dezember 2012 EUR 51 Mrd.)). Weitere Hauptaktivität ist die Sicherstellung der Kreditversorgung der Geschäftskunden (Individualkredite per 31. März 2013 EUR 12 Mrd. (31. Dezember 2012 EUR 12 Mrd.)). Daneben wird der alltägliche Kreditbedarf der Kunden durch Konsumentenkredite abgedeckt (Verfügungskredite, Ratenkredite, Kreditkarten per 31. März 2013 insgesamt EUR 9 Mrd. (31. Dezember 2012 EUR 10 Mrd.)).

Der Portfolioanstieg um EUR 11 Mrd. auf EUR 76 Mrd. in 2012 ist überwiegend auf die Integration der Commerz Real und von Teilen des Baufinanzierungsgeschäftes der Hypothekenbank Frankfurt (ehemals Eurohypo) in das Segment Privatkunden zurückzuführen. Das im Jahr 2012 weiter verbesserte Risikomanagement, insbesondere die Umsetzung konsequenter Steuerungsmaßnahmen in schwächeren Bonitätsklassen und der Ausbau der Risikofrüherkennung, haben ebenso zu einer Absenkung der Risikodichte auf 27 Basispunkte zum 31. Dezember 2012 und 31. März 2013 (per 31. Dezember 2011: 34 Basispunkte) geführt wie der inzwischen höhere Anteil risikoärmerer privater Baufinanzierungen (Risikodichte per 31. März 2013: 20 Basispunkte) und die positive Marktentwicklung.

Segment Mittelstandsbank

In diesem Segment bündelt der Konzern in den Konzernbereichen Mittelstand Inland und Großkunden International das Geschäft mit schwerpunktmäßig mittelständischen Firmenkunden (sofern sie nicht anderen Segmenten zugeordnet sind), dem öffentlichen Sektor und institutionellen Kunden. Darüber hinaus verantwortet das Segment im Konzernbereich Financial Institutions die Beziehungen des Konzerns zu in- und ausländischen Banken und Finanzinstituten sowie Zentralbanken. Aus dem Segment Central & Eastern Europe wurden mit Wirkung vom 1. Januar 2012 die Commerzbank (Eurasija) SAO in Russland, die Filialen in Tschechien und der Slowakei sowie die Commerzbank Zrt. in Ungarn in das Segment Mittelstandsbank transferiert. Das maximale Risiko, das der Konzern im Segment Mittelstandsbank einzugehen bereit ist, orientiert sich zum einen an der Einschätzung der jeweiligen Branche, zum anderen aber auch an den Umfeldbedingungen für die Unternehmen in den Hauptländern ihrer Tätigkeit. Unabhängig von diesen Umfeldbedingungen unterliegt jedes Engagement der Einzelanalyse im Hinblick auf Bonität und Zukunftsfähigkeit des Geschäftsmodells des Kunden.

Die derzeitige positive konjunkturelle Situation in Deutschland drückt sich im Teilportfolio Corporates Inland durch eine Verbesserung der Risikokennziffern im Vergleich zum Jahresende 2011 aus. Die Risikodichte in diesem Bereich liegt per 31. März 2013 auf einem vergleichsweise niedrigen Wert von 29 Basispunkten (31. Dezember 2011: 28 Basispunkte). Im Bereich Corporates Ausland belief sich der EaD per 31. März 2013 auf EUR 15 Mrd. (31. Dezember 2011: EUR 14 Mrd.). Die Risikodichte lag hier bei 29 Basispunkten (31. Dezember 2011: 28 Basispunkte). Trotz einer geringen Kreditnachfrage aufgrund der guten konjunkturellen Lage blieb der EaD der Mittelstandsbank im Gesamtjahr 2012 und im ersten Quartal 2013 insgesamt mit EUR 113 Mrd. (31. Dezember 2011: EUR 115 Mrd.), bei einer leicht verbesserten Risikodichte, relativ konstant. Für Details zur Entwicklung des Bereiches Financial Institutions siehe Abschnitt „—Segmentübergreifende Darstellungen und Portfolioanalysen—Financial Institutions und Non-Bank Financial Institutions-Portfolio“.

Segment Central & Eastern Europe (CEE)

Nachdem die COMMERZBANK im Juni 2012 ihre Anteile an der russischen Promsvyazbank veräußerte, und anschließend im Oktober 2012 der Verkauf der ukrainischen Bank Forum vollzogen wurde, besteht das Segment Central & Eastern Europe im Wesentlichen aus der BRE Bank mit Sitz in Polen. Der geografische Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt dabei in Polen, Tschechien und der Slowakei. Kunden des Segments Central & Eastern Europe sind Privat- und Unternehmenskunden der BRE Bank in Polen. Darüber hinaus werden Direct-Banking-Kunden der BRE Bank in Tschechien und der Slowakei über die Marke mBank betreut. Im Firmenkundengeschäft liegt der Schwerpunkt bei mittelständischen Unternehmen und großen Firmenkunden. Die COMMERZBANK plant, mit der BRE Bank ihre Aktivitäten im Universalbankgeschäft in Polen und im Direct Banking in Polen, Tschechien und der Slowakei weiter auszubauen.

Mit einem gegenüber Dezember 2012 unveränderten EaD von rund EUR 25 Mrd. per 31. März 2013 (31. Dezember 2011: EUR 23 Mrd.) bestimmt die BRE Bank das Segment CEE fast vollständig. Die Risikodichte verbesserte sich auf 57 Basispunkte per 31. Dezember 2012 und 31. März 2013 (31. Dezember 2011: 68 Basispunkte).

Nach mehreren Jahren eines überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums verlor die Konjunktur in Polen im Jahr 2012 zwar an Dynamik. Seit Mitte des Jahres 2012 beobachtet die COMMERZBANK zugleich eine sinkende Kreditnachfrage sowohl bei privaten Haushalten als auch bei Unternehmen. Trotz der wirtschaftlichen Abkühlung erwartet die COMMERZBANK aber für 2013 weiterhin ein positives Wirtschaftswachstum in Polen. Vor diesem Hintergrund konnte die Risikodichte im Jahr 2012 weiter reduziert werden. Für das Jahr 2013 wird – unter der Berücksichtigung des konjunkturellen Umfelds – eine leichte Verschlechterung der Portfolioqualität erwartet.

Segment Corporates & Markets

Im Segment Corporates & Markets stehen die Investment Banking-Aktivitäten des COMMERZBANK-Konzerns und die Betreuung der kapitalmarktaffinen Kunden im Mittelpunkt. Das Segment besteht aus den Konzernbereichen Equity Markets & Commodities, Fixed Income & Currencies, Corporate Finance, Credit Portfolio Management und Client-Relationship Management. Zum 1. Juli 2012 hat die COMMERZBANK das bislang nicht zur Kernbank gehörende Segment Portfolio Restructuring Unit (PRU) aufgelöst und das noch verbleibende Portfolio in das operative Geschäft des Segments Corporates & Markets integriert. Die Private Finance Initiatives/Infrastruktur-Finanzierungen waren davon ausgenommen und wurden vom Segment NCA übernommen. Die Integration des PRU-Portfolios spiegelte sich per 31. Dezember 2012 im Vergleich zum Vorjahr in einem höheren EaD von EUR 68 Mrd. (31. Dezember 2011: EUR 61 Mrd.) für Corporates & Markets wider. Per 31. März 2013 betrug der EaD EUR 66 Mrd.

Der regionale Schwerpunkt des Segments Corporates & Markets liegt in Deutschland und Westeuropa, wo sich per 31. März 2013 circa drei Viertel des EaD befinden; der Anteil von Nordamerika lag zum 31. März 2013 bei rund EUR 9 Mrd.

Corporates & Markets ist unter anderem darauf fokussiert, seine Kunden langfristig in allen Finanzierungsangelegenheiten (zum Beispiel Equity, Bonds, Syndicated Loans) mit Hilfe seiner Serviceleistungen bezüglich Underwriting und Marktbegebung aktiv zu begleiten. Die erforderliche Begrenzung des Underwriting-Risikos für alle Produktarten erfolgt durch stringente Richtlinien und definierte Limite. Die Positionen, die aufgrund der Aktivität als Lead Arranger beziehungsweise Marketmaker auf den eigenen Büchern verbleiben, werden unter Markt- und Kreditrisikogesichtspunkten sowohl auf Kontrahenten- als auch Portfolioebene streng überwacht. Ein Augenmerk liegt auch auf dem gezielten Abbau von Klumpenrisiken, insbesondere bei Banken. Das Risikomanagement bezüglich Börsen und Clearinghäusern ist aufgrund der geänderten regulatorischen Anforderungen für Derivate ebenfalls stärker in den Fokus gerückt.

Teilportfolio Structured Credit

Das Teilportfolio Structured Credit besteht aus dem der Kernbank zugeordneten Teil des ehemaligen Segments Portfolio Restructuring Unit (PRU). Von Anfang 2012 bis zum 31. März 2013 wurden das Nominalvolumen um EUR 8,8 Mrd. auf EUR 10,5 Mrd. und die Risikowerte um EUR 4,7 Mrd. auf EUR 5,2 Mrd. (jeweils inklusive Default-Portfolio) nahezu halbiert. Die folgende Tabelle verdeutlicht die Zusammensetzung und Entwicklung des Structured-Credit-Portfolios von Corporates & Markets:

Structured Credit Portfolio von C&M ³⁾	31.12.2011			31.12.2012			31.03.2013		
	Nominalwerte	Risikowerte ¹⁾	Mark Down Ratio ²⁾	Nominalwerte	Risikowerte ¹⁾	Mark Down Ratio ²⁾	Nominalwerte	Risikowerte ¹⁾	Mark Down Ratio ²⁾
	(in Mrd. EUR)	(in Mrd. EUR)	(in %)	(in Mrd. EUR)	(in Mrd. EUR)	(in %)	(in Mrd. EUR)	(in Mrd. EUR)	(in %)
RMBS	3,2	1,9	40	1,6	1,1	30	1,6	1,1	28
CMBS	0,6	0,3	43	0,2	0,1	51	0,2	0,1	50
CDO	9,8	5,9	40	4,5	3,1	30	4,3	3,0	30
Sonstige ABS	2,1	1,7	19	1,3	1,1	20	1,2	1,0	22
Andere Structured Credit-Positionen	3,6	0,1	—	3,2	0,0	—	3,2	0,0	—
Gesamt	19,3	9,9	49	10,8	5,4	50	10,5	5,2	50

¹⁾ Der Risikowert stellt den Bilanzwert von Cashinstrumenten dar, bei Long CDS-Positionen setzt er sich aus dem Nominalwert des Referenzinstruments abzüglich des Barwerts des Kreditderivats zusammen.

²⁾ Mark Down Ratio = 1- Risikowerte/Nominalwerte.

³⁾ Siehe auch „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage—Darstellung der Ertragslage des COMMERZBANK-Konzerns für die Geschäftsjahre 2010, 2011 und 2012 und für das am 31. März 2012 beziehungsweise am 31. März 2013 endende erste Quartal—Vergleich der ersten Quartale zum 31. März 2012 und zum 31. März 2013—Ertragslage der Segmente—Corporates & Markets“.

Bei Residential Mortgage-backed Securities (RMBS) handelt es sich um Verbriefungen von privaten überwiegend europäischen Immobilienkrediten. Der zwischenzeitlich lange Zeitraum seit Emission der Strukturen bildet eine zunehmend verlässliche Basis für die Prognose der künftigen Portfolio-Performance. Zudem verläuft die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den für den Konzern maßgeblichen Volkswirtschaften im Rahmen der Risikoeinschätzung der COMMERZBANK.

Der größte Teil des Portfolios entfällt auf Collateralised Debt Obligations (CDO). In diesem Subsegment befinden sich alle Positionen, deren Zins- und Kapitalanspruch durch Unternehmenskredite und/oder -anleihen sowie andere ABS besichert oder an deren realen Verlauf vertraglich gekoppelt ist.

Risikowerte CDO (in Mrd. EUR)	31.12.2011	31.12.2012
US CLO	1,7	1,0
EU CLO	1,2	0,8
US ABS	2,6	1,2
EU ABS	0,0	0,0
CRE	0,3	0,2
Gesamt	5,9	3,1

Insgesamt hat sich der EaD der CDO-Portfolien per 31. Dezember 2012 auf EUR 3,1 Mrd. deutlich verringert (31. Dezember 2011: EUR 5,9 Mrd.). Ein großer Anteil hiervon entfällt mit 58% des Risikowertes auf CLOs, denen überwiegend Unternehmenskredite für Corporates in den USA und in Europa zugrunde liegen. CLOs profitieren unverändert sowohl von der sich stabilisierenden beziehungsweise positiven Entwicklung der wichtigsten Volkswirtschaften, als auch von weiter sinkenden Ausfall- bzw. gestiegenen Recovery-Erwartungen im Unternehmenssektor. Verbesserungen in der Portfolioqualität und wieder wachsende Investorennachfrage, insbesondere für Senior-Tranchen von CLOs, haben in diesem Sektor zu positiveren fundamentalen Bewertungen geführt. Allerdings hat auch dieses Segment unter der Spreadausweitung und erhöhter Volatilität und damit einhergehend reduzierter Marktbewertung gelitten. Die Mark Down-Ratio zum 31. Dezember 2012 lag bei 9%.

Weitere 39% des Risikowertes entfallen auf US ABS mit einem Mark Down-Ratio von 50%, obgleich die von der COMMERZBANK gehaltenen Verbriefungen zum überwiegenden Teil aus den höchstrangigen Tranchen solcher Papiere bestehen.

Ratingverteilung CDO (in Mrd. EUR)	31.12.2011	31.12.2012
AAA	0,3	0,3
AA	1,5	0,8
A	0,9	0,6
BBB	1,9	1,2
<BBB	1,4	0,4
Gesamt	5,9	3,1

Weiterhin gibt es Asset-backed Exposures in der Hypothekbank Frankfurt im Bereich Public Finance (überwiegend staatsgarantierte ABS-Papiere) und der Commerz Europe (Irland). Hierzu siehe auch „—Segmentübergreifende Darstellungen und Portfolioanalysen—Conduit Exposure und sonstige Asset-backed Exposures“.

Teilportfolio Leveraged Acquisition Finance (LAF)

Der EaD des Portfolios liegt per Ende 2012 bei EUR 3,1 Mrd. und hat sich somit gegenüber dem Vorjahreswert von EUR 3,2 Mrd leicht reduziert. Dabei wurden Rückführungen von Bestandsfinanzierungen – insbesondere durch Weiterverkauf der Gesellschaft oder Refinanzierungen über High Yield Bonds – durch Neugeschäft auf selektiver Basis teilweise kompensiert. Das schwierige konjunkturelle Umfeld in Europa hat in 2012 zu einzelnen Belastungen des Portfolios geführt. Insgesamt besteht jedoch eine zufriedenstellende Portfolioqualität mit unverändert geografischem Schwerpunkt in Europa (97%) und besonderem Fokus auf Deutschland (43%). Die unmittelbare Abhängigkeit der Portfoliounternehmen von den schwächeren Ländern der Eurozone ist gering. Das Portfolio ist unverändert breit diversifiziert nach Branchen und Regionen. Auf die Beibehaltung dieser diversifizierten Portfoliostruktur sowie die angemessene Größenstruktur des Kreditbuchs wird weiterhin Wert gelegt.

Non-Core Assets

Die Konzernbereiche Gewerbliche Immobilienfinanzierung, Deutsche Schiffsbank und Public Finance wurden im Jahr 2012 im Abbausegment Non-Core Assets gebündelt. Alle Portfolios in diesen Bereichen

sollen über die Zeit vollständig abgebaut werden. Das Exposure at Default des Segments beläuft sich per 31. März 2013 auf EUR 132 Mrd. (Ende 2012 auf EUR 139 Mrd.) und damit EUR 49 Mrd. unter dem Vergleichswert für das NCA-Portfolio per Ende 2011.

Die Europäische Kommission hat am 30. März 2012 die Auflage aus dem Jahr 2009 zur Veräußerung der Eurohypo durch die COMMERZBANK in eine Abwicklungsaufgabe geändert. Nach den geänderten Auflagen der Europäischen Kommission sollten die Nicht-Kernaktivitäten der Eurohypo organisatorisch getrennt und schließlich abgewickelt werden. Als Nicht-Kernaktivitäten gelten dabei unter anderem (1) das Commercial Real Estate Geschäft außerhalb der Märkte Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Polen sowie (2) bestimmte Commercial Real Estate-Aktivitäten in den Märkten Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Polen, die eine geringe Deckungsquote oder höheres Risiko aufweisen (siehe auch „Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns—Wesentliche Verträge—Inanspruchnahme von Stabilisierungsmaßnahmen des SoFFin durch die COMMERZBANK“). Infolge der EU-Auflagen hat die COMMERZBANK die CRE-Portfolios zum 1. Juli 2012 in die Non Core Assets (NCA) überführt.

Commercial Real Estate

Im Jahr 2012 und im ersten Quartal 2013 wurden die Bestände, in erster Linie in der Hypothekbank Frankfurt, strategiekonform reduziert. Seit Ende 2011 konnte der EaD im Weißbuch um EUR 13 Mrd. auf EUR 47 Mrd. zum 31. Dezember 2012 und um weitere EUR 3 Mrd. zum 31. März 2013 verringert werden. Die Portfoliozusammensetzung nach Nutzungsarten ist unverändert. Per 31. März 2013 entfallen die größten Anteile des Exposures auf die Teilportfolios Büro (EUR 16 Mrd.), Handel (EUR 14 Mrd.) und Wohnimmobilien (EUR 7 Mrd.). Die Reduktion des Exposures ist im Wesentlichen auf Rückzahlungen von Darlehen, Wechselkursschwankungen sowie Überleitungen in das Default-Portfolio zurückzuführen.

Die mit der Staatsschuldenkrise einhergehenden Unsicherheiten haben in der zweiten Jahreshälfte 2012 weiter (zumindest vorübergehend) deutlich nachgelassen, jedoch belastet die anhaltende Rezession im Euroraum unverändert die Immobilienmärkte – vor allem in den südlichen Peripherieländern. Dort bleibt die Entwicklung der CRE-Marktwerte deutlich negativ, zumal sich die Vermietungsmärkte weiterhin im Abschwung befinden. Die solide Nachfrage nach hochwertigen Immobilien stützt das Preisniveau, wovon die liquiden Investmentmärkte wie London, Deutschland und auch die USA nach wie vor profitieren. Weniger hochwertige Objekte sind demgegenüber deutlich schwieriger am Markt zu platzieren.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum bleibt insgesamt bislang hinter den Erwartungen zurück. Damit ist auch an den CRE-Vermietungsmärkten eine zumeist verhaltene Aktivität zu konstatieren. Bei den CRE-Investmentmärkten verzeichnet neben den USA aber insbesondere Deutschland einen guten Jahresstart, entsprechend der risikoorientierten Fokussierung der Investoren auf etablierte und liquide Märkte. Zudem wird aufgrund des dort knappen Angebots an hochwertigen Objekten der Anlagehorizont allmählich breiter. CRE-Marktwerte bleiben zwar in den meisten Ländern stabil, in den südlichen Krisenländern geben sie jedoch weiter nach.

Portfolio Commercial Real Estate nach Regionen	Exposure at Default (in Mrd. EUR)			Expected Loss (in Mio. EUR)			Risikodichte (in bp)		
	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013
Deutschland	26	22	21	116	78	70	40	35	33
Westeuropa	21	18	16	90	111	115	42	62	71
davon: UK	6	5	4	29	19	17	46	37	39
davon: Spanien	4	4	4	15	23	31	37	63	87
Mittel- und Osteuropa	5	4	4	25	28	31	53	71	79
USA	3	2	2	29	20	22	85	114	140
Sonstige	2	1	1	26	34	35	168	242	299
Gesamt	57	47	44	290	272	272	51	58	62

Portfolio Commercial Real Estate nach Objekttypen (in Mrd. EUR)	Exposure at Default		
	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013
Büro	21	17	16
Handel	18	15	14
Wohnimmobilien	6	8	7
Hotel	3	2	2
Sonstige	7	5	5
Gesamt	57	47	44

Die durch Grundschulden besicherten Finanzierungen der Hypothekenbank Frankfurt zeigen weiterhin vertretbare Beleihungsausläufe (oder „**Loan to Value**“), zum 31. März 2013 wiesen insgesamt 2% des geschichteten Finanzierungsvolumens einen Loan to Value von mehr als 100% auf.

Loan to Value – UK¹ geschichtete Darstellung		EaD UK gesamt 4 Mrd. €
>100%	■ 2% (2%)	
80% – 100%	■ 3% (3%)	
60% – 80%	■ 8% (10%)	
40% – 60%	■ 22% (22%)	
20% – 40%	■ 32% (31%)	
<20%	■ 33% (32%)	

Loan to Value – Spanien¹ geschichtete Darstellung		EaD Spanien gesamt 4 Mrd. €
>100%	■ 1% (1%)	
80% – 100%	■ 3% (1%)	
60% – 80%	■ 13% (14%)	
40% – 60%	■ 23% (24%)	
20% – 40%	■ 29% (29%)	
<20%	■ 31% (31%)	

Loan to Value – USA¹ geschichtete Darstellung		EaD USA gesamt 2 Mrd. €
>100%	■ 1% (2%)	
80% – 100%	■ 3% (4%)	
60% – 80%	■ 14% (13%)	
40% – 60%	■ 24% (24%)	
20% – 40%	■ 29% (28%)	
<20%	■ 29% (29%)	

Loan to Value – CRE gesamt¹ geschichtete Darstellung		EaD CRE gesamt 44 Mrd. €
>100%	■ 2% (2%)	
80% – 100%	■ 2% (3%)	
60% – 80%	■ 10% (13%)	
40% – 60%	■ 23% (24%)	
20% – 40%	■ 30% (28%)	
<20%	■ 33% (30%)	

¹⁾ Auslaufschichtung auf Basis Marktwerte; exklusive Margelinien und Corporate Loans; ohne Berücksichtigung von Zusatzsicherheiten. Alle Darstellungen beziehen sich auf grundpfandrechlich besichertes Geschäft. Werte in Klammern: Dezember 2011.

Neben den im Abschnitt „Risikoquantifizierung“ (siehe „—Adressenausfallrisiko—Risikoquantifizierung“) dargestellten Methoden zur Risikoquantifizierung, nimmt die COMMERZBANK auf Basis von internen Expertenschätzungen unter Berücksichtigung von aktuellen Ausfällen und Markteinschätzungen sowie Erwartungen für die zukünftige Marktentwicklung eine Einstufung des CRE Portfolios im Weiß- und Graubuch nach Ländern in drei Risikocluster (höheres Risiko, mittleres Risiko und geringeres Risiko) vor. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass das Risiko einzelner Exposures vom Beleihungsauslauf (LtVs), den Mietverträgen und der Kreditwürdigkeit der Mieter abhängt. Zum 31. März 2013 verteilten sich die verschiedenen Länder wie folgt auf die Risikocluster:

Commerzbank Real Estate (EaD in Mrd. EUR)		31. März 2013
Höheres Risiko	UK	4,4
	Spanien	3,6
	Ungarn	0,3
	Sonstige	1,0
	Gesamt	9,2
Mittleres Risiko	Italien	2,0
	Portugal	1,8
	USA	1,5
	Sonstige	2,5
	Gesamt	7,8
Geringeres Risiko	Deutschland	20,7
	Frankreich	3,1
	Polen	1,3
	Sonstige	1,5
	Gesamt	26,6
Gesamt^{*)}	44	

^{*)} Inkl. des nicht dem Kerngeschäft zugeordneten Teils des Retailbankings der Hypothekenbank Frankfurt AG.

Deutsche Schiffsbank

Die Deutsche Schiffsbank AG wurde im Mai 2012 auf die COMMERZBANK verschmolzen. Das Ship-Finance-Exposure (unter Einbeziehung der Deutschen Schiffsbank) wurde im Jahr 2012 von EUR 18 Mrd. auf EUR 14 Mrd. per 31. Dezember 2012 reduziert. Per 31. März 2013 betrug der EaD des Portfolios ebenfalls EUR 14 Mrd. Die zehn größten Exposures machten dabei zum 31. März 2013 etwa 21% (per 31. Dezember 2012: 21%) des gesamten EaDs der Schiffsfinauzierungen aus. Der Schwerpunkt des Portfolios liegt unverändert auf den drei Standardschiffstypen Containerschiffe (EaD per 31. März 2013: EUR 5 Mrd.), Tanker (EaD per 31. März 2013: EUR 3 Mrd.) und Massengutfrachter (EaD per 31. März 2013: EUR 3 Mrd.). Das restliche Portfolio beinhaltet unterschiedliche Spezialtonnagen mit hoher Diversifikation über die verschiedenen Schiffsegmente.

Portfolio	Exposure at Default (in Mrd. EUR)			Expected Loss (in Mio. EUR)			Risikodichte (in bp)		
	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013
Schiffsfinauzierung									
Containerschiffe	6	5	5	81	219	230	131	456	474
Tanker	4	4	3	29	103	112	66	289	331
Massengutfrachter	4	3	3	24	57	61	59	188	216
Diverse									
Spezialtonnagen	4	3	3	30	56	47	87	178	182
Gesamt	18	14	14	164	435	451	90	302	329

Die Marktentwicklung war im Jahr 2012 und im ersten Quartal 2013 geprägt von weiteren, teilweise drastischen Charratenerückgängen und damit einhergehenden steigenden Insolvenzzahlen. Die weitere konsequente Reduzierung des EaDs im Bestandsgeschäft steht im Rahmen der definierten wertschonenden Abbaustrategie auch im Jahr 2013 im Fokus der Aktivitäten. Eine Erholung an den Schifffahrtmärkten ist für das Jahr 2013 nicht abzusehen.

Der EL stieg vom 31. Dezember 2011 bis zum 31. Dezember 2012 von EUR 164 Mio. auf EUR 435 Mio. und im ersten Quartal 2013 weiter auf EUR 451 Mio. Besonders betroffen von der oben beschriebenen Marktentwicklung waren die Schiffstypen Containerschiffe und Tanker. Die Risikodichte stieg im ersten Quartal 2013 entsprechend weiter von 302 Basispunkten auf 329 Basispunkte an.

Nachfolgende Darstellung zeigt die Beleihungsausläufe (Loan-to-Value) im Schiffsportfolio per 31. März 2013:

Loan to Value – Massengutfrachter geschichtete Darstellung	EaD Massengutfrachter gesamt 3 Mrd. €
>100%	12% (11%)
80% – 100%	11% (9%)
60% – 80%	16% (15%)
40% – 60%	19% (19%)
20% – 40%	20% (22%)
<20%	22% (24%)

Loan to Value – Tanker geschichtete Darstellung	EaD Tanker gesamt 3 Mrd. €
>100%	5% (3%)
80% – 100%	8% (6%)
60% – 80%	15% (13%)
40% – 60%	21% (21%)
20% – 40%	24% (28%)
<20%	27% (30%)

Loan to Value – Container geschichtete Darstellung	EaD Container gesamt 5 Mrd. €
>100%	23% (15%)
80% – 100%	12% (10%)
60% – 80%	14% (15%)
40% – 60%	16% (17%)
20% – 40%	17% (20%)
<20%	19% (23%)

Loan to Value – Schiffe gesamt ¹⁾ geschichtete Darstellung	EaD Schiffe gesamt 14 Mrd. €
>100%	13% (9%)
80% – 100%	9% (8%)
60% – 80%	14% (13%)
40% – 60%	18% (19%)
20% – 40%	21% (24%)
<20%	25% (28%)

¹⁾ Inkl. Coporate-Finanzierungen.
Werte in Klammern: Dezember 2011.

Insgesamt lagen per 31. März 2013 rund 13% des Portfolios in der Loan-to-Value-Schichtung bei einem Beleihungsauslauf von über 100%. Von diesen 13% wiesen zum 31. März 2013 die Hälfte eine Debt Service Coverage Ratio (DSCR) von mehr als 100% auf. Der EaD des Konzernbereichs konzentrierte sich

ganz überwiegend auf Europa (79%) und hier mehrheitlich auf Deutschland (38%) und Griechenland (21%). Auf Asien entfielen lediglich 8% des EaD aus Schiffsfinauzierungen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Aufteilung auf Basis des juristischen Sitzes des Kreditnehmers erfolgt. Da die Schiffe weltweit mobil sind und gegebenenfalls auch von ausländischen Chartergesellschaften genutzt werden, liegt das wirtschaftliche Risiko jedoch nicht unbedingt im juristischen Sitzland des Kreditnehmers. Die finanzpolitischen Herausforderungen Europas deuten auf eine weiterhin unsichere Marktentwicklung, insbesondere in der Containerschiffahrt, hin.

Neben den im Abschnitt „Risikoquantifizierung“ (siehe „—Adressenausfallrisiko—Risikoquantifizierung“) dargestellten Methoden zur Risikoquantifizierung nimmt die COMMERZBANK auf Basis von internen Expertenschätzungen unter Berücksichtigung von aktuellen Ausfällen und Markteinschätzungen sowie Erwartungen für die zukünftige Marktentwicklung eine Einstufung des Schiffsportfolios im Weiß- und Graubuch nach Schiffstypen in drei Risikocluster (höheres Risiko, mittleres Risiko und geringeres Risiko) vor. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass das Risiko einzelner Exposures vom Beleihungsauslauf (LtVs), den Charter-Konditionen und der Kreditwürdigkeit der Charterer abhängt. Zum 31. März 2013 verteilten sich die verschiedenen Schiffstypen wie folgt auf die Risikocluster:

Deutsche Schiffsbank (EaD in Mrd. EUR)		31. März 2013
	Bulk Carrier (Capesize/VLOC)	1,1
	Container < 2.000 TEU ^{*)}	0,5
Höheres Risiko	Container 2.000 – 4.000 TEU ^{*)}	0,8
	Product-/Chemical Tanker	1,3
	Gesamt	3,6
	Bulk Carrier (Handysize/-max)	1,2
	Bulk Carrier – Paramax	0,5
Mittleres Risiko	Container 4.000 – 8.000 TEU ^{*)}	1,7
	Crude Oil Tanker	1,4
	Gesamt	4,8
	Container > 8.000 TEU ^{*)}	1,7
	Gas Tanker	0,7
Geringeres Risiko	Yards	<0,1
	Sonstige (Cruise, Car Carrier, Offshore, Andere)	2,6
	Gesamt	5,1
Gesamt**)	14	

^{*)} Twenty-foot Equivalent Unit (TEU) ist eine international standardisierte Einheit zur Zählung von ISO-Containern verschiedener Größen und zur Beschreibung der Ladekapazität von Schiffen.

^{**)} Inkl. Assets und Beteiligungen ohne aktuelle Platzierungsmöglichkeiten der Commerz Real (das sogenannte Warehouse Portfolio) – EUR 0,1 Mrd.

Public Finance

Im Bereich Public Finance bündelt der Konzern einen Großteil der Positionen im Staatsfinanzierungsgeschäft (weitere Positionen entfallen auf die Treasury sowie die Segmente Corporates & Markets und Mittelstandsbank) sowie die als Ersatzdeckung für Pfandbriefemissionen vorgehaltenen besicherten und unbesicherten Bankenanleihen/Darlehen.

Das Public Finance-Portfolio setzt sich aus Forderungen und Wertpapieren mit überwiegend langen Laufzeiten zusammen, die teilweise in der Kategorie Available for Sale (AfS), zum größten Teil aber unter Loans and Receivables (LaR) durch Hypothekenbank Frankfurt und die Erste Europäische Pfandbrief- und Kommunalkreditbank Aktiengesellschaft gehalten werden. Im dritten Quartal 2012 wurde das vorher in der Portfolio Restructuring Unit angesiedelte Private-Finance-Initiative-(PFI-)Portfolio (EUR 3 Mrd. EaD) in das Segment NCA übertragen. Es umfasst die langfristige Finanzierung von öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen, beispielsweise von Krankenhäusern oder Wasserversorgungsbetrieben in Großbritannien. Das PFI-Portfolio ist weitgehend besichert und soll über die Zeit wertschonend abgebaut werden.

Die folgende Tabelle zeigt die regionale Aufteilung des Public Finance-Portfolios, wobei in den Zahlen per 2012 erstmals das PFI-Portfolio enthalten (EaD EUR 3 Mrd.) und der weit überwiegende Anteil des Kreditvolumens Großbritannien zuzuordnen ist:

Portfolio Public Finance nach Regionen	Exposure at Default (in Mrd. EUR)			Expected Loss (in Mio. EUR)			Risikodichte (in bp)		
	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013
Deutschland	34	26	24	6	4	2	2	2	1
Westeuropa	36	34	33	157	176	195	44	51	58
Mittel- und Osteuropa	3	2	2	4	4	5	13	18	20
Nordamerika	13	12	12	7	16	19	5	14	16
Sonstige	3	3	2	2	5	5	6	20	21
Gesamt	89	77	74	175	206	226	20	27	30

Schuldner im Staatsfinanzierungsgeschäft von NCA sind mit einem EaD von EUR 48 Mrd. per 31. März 2013 hauptsächlich Staaten, Bundesländer, Regionen, Städte und Gemeinden sowie supranationale Institutionen. Das Hauptexposure liegt in Deutschland und Westeuropa. Das restliche Portfolio entfällt auf Banken (EUR 23 Mrd. EaD per 31. März 2013), wobei der Schwerpunkt ebenfalls in Deutschland und Westeuropa (circa 93% per 31. März 2013) liegt. Der überwiegende Teil des Bankenportfolios besteht aus Wertpapieren/ Darlehen, die zu einem hohen Anteil mit Grandfathering, Gewährträgerhaftungen/ Anstaltslasten oder anderen Haftungserklärungen der öffentlichen Hand ausgestattet sind oder in Form von Covered Bonds emittiert wurden.

Der Public-Finance-EaD, der bereits in den Jahren 2010 bis 2012 überwiegend durch die Nutzung von Fälligkeiten, aber auch durch aktive Portfolioerduzierung um EUR 40 Mrd. auf EUR 89 Mrd. abgebaut werden konnte, wurde im Jahr 2012 weiter reduziert und betrug zum 31. Dezember 2012 noch EUR 77 Mrd. Zum 31. März 2013 wurde das Portfolio weiter auf EUR 74 Mrd. abgebaut. Es ist geplant, das Portfolio bis Ende 2016 auf rund EUR 55 Mrd. zu reduzieren. Der Bestand an griechischen Anleihen war bereits im zweiten Quartal 2012 nach dem Anleihtausch Griechenlands im Rahmen des Private Sector Involvement (PSI) vollständig veräußert worden. Das gesamte Sovereign-Exposure des COMMERZBANK-Konzerns in den Ländern Griechenland, Irland, Italien, Spanien und Portugal stieg leicht von EUR 12,3 Mrd. zum 31. Dezember 2011 auf EUR 12,6 Mrd. zum 31. März 2013. Siehe „—Segmentübergreifende Darstellungen und Portfolioanalysen—Länderklassifizierung und Steuerung“.

Segmentübergreifende Darstellungen und Portfolioanalysen

Bei den im Folgenden dargestellten Positionen ist zu beachten, dass diese bereits vollständig in den Konzern- und Segmentdarstellungen enthalten sind.

Branchenklassifizierung Corporates

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Verteilung des Corporates Exposures nach Branchen unabhängig von der bestehenden Segmentzugehörigkeit.

Teilportfolio Corporates nach Branchen per 31.12.2011	Exposure at Default (in Mrd. EUR)	Expected Loss (in Mio. EUR)	Risikodichte (in bp)
Grundstoffe/Energie/Metall	25	96	38
Konsum	21	82	40
Automobil	11	26	25
Transport/Tourismus	10	38	38
Technologie/Elektronik	10	23	23
Chemie/Verpackung/Healthcare	11	33	29
Dienstleistungen/Medien	9	50	53
Maschinen	8	25	32
Bau	4	17	41
Sonstige	17	58	34
Gesamt	126	447	36

Teilportfolio Corporates nach Branchen per 31.12.2012	Exposure at Default (in Mrd. EUR)	Expected Loss (in Mio. EUR)	Risikodichte (in bp)
Grundstoffe/Energie/Metall	25	130	51
Konsum	22	85	39
Chemie/Verpackung/Healthcare	11	48	43
Transport/Tourismus	11	22	20
Technologie/Elektronik	9	25	27
Automobil	9	21	23
Dienstleistungen/Medien	8	29	35
Maschinen	8	20	26
Bau	4	17	39
Sonstige	15	34	23
Gesamt	122	430	35

Teilportfolio Corporates nach Branchen per 31.03.2013	Exposure at Default (in Mrd. EUR)	Expected Loss (in Mio. EUR)	Risikodichte (in bp)
Grundstoffe/Energie/Metall	25	117	47
Konsum	21	88	41
Chemie/Verpackung/Healthcare	11	49	44
Transport/Tourismus	11	25	23
Automobil	9	24	27
Dienstleistungen/Medien	8	27	33
Technologie/Elektronik	8	23	29
Maschinen	8	18	23
Bau	4	20	46
Sonstige	13	27	21
Gesamt	119	419	35

Financial Institutions und Non-Bank Financial Institutions-Portfolio

Die folgenden Positionen werden mehrheitlich in den Segmenten Non-Core Assets (dort im Konzernbereich Public Finance), Mittelstandsbank und Corporates & Markets gehalten, weitere Exposures entfallen auf Treasury und in geringem Umfang auf Mittel- und Osteuropa.

Financial Institutions

Der Fokus der Risikostrategie für das Teilportfolio Financial Institutions lag im Jahr 2012 unverändert auf proaktiver Risikoreduzierung vor allem im Public-Finance-Geschäft sowie auf selektivem Neugeschäft mit Adressen von guter Bonität. Letzteres kam entweder durch Trade-Finance-Aktivitäten im Interesse der Firmenkunden in der Mittelstandsbank oder durch Kapitalmarktaktivitäten aus Corporates & Markets zustande. Hierbei spielte die Berücksichtigung von Länderrisiken eine große Rolle. Klumpenrisiken im Portfolio konnten weiter reduziert werden. Trotz der leichten Entspannung an den Märkten wird die Risikoentwicklung des Portfolios unverändert durch den weiteren Verlauf der Euro- und Staatsschuldenkrise beeinflusst werden. In der Darstellung des Konzernportfolios im Abschnitt „— Portfolioüberblick Weiß- und Graubuch“ sind diese Exposures unverändert vollumfänglich enthalten. Der EL-Rückgang im Jahr 2012 resultiert im Wesentlichen aus Ratingverbesserungen europäischer Banken.

Auch im ersten Quartal 2013 lag der Fokus unverändert auf einer kritischen Beobachtung des Euroraums, der risikogetriebenen Würdigung von Länderrisiken und Berücksichtigung dieser Risiken im Rahmen der Geschäftsstrategie. Neugeschäft aus dem Bereich Trade Finance der Mittelstandsbank sowie Kapitalmarktaktivitäten aus Corporates & Markets führten dabei zu einem entsprechenden Anstieg des EL bzw. EaD. Demgegenüber konnten die Klumpenrisiken im Teilportfolio weiter reduziert werden.

FI-Portfolio nach Regionen¹⁾	Exposure at Default (in Mrd. EUR)			Expected Loss (in Mio. EUR)			Risikodichte (in bp)		
	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013
Deutschland	17	14	15	10	8	9	6	6	6
Westeuropa	28	28	29	81	49	49	29	18	17
Mittel- und Osteuropa	8	9	9	52	22	24	62	25	27
Nordamerika	3	1	2	1	<1	1	6	3	4
Sonstige	16	13	17	41	41	52	26	31	31
Gesamt	72	65	72	185	121	135	26	19	19

¹⁾ Ohne Ausnahmeschuldner.

Non-Bank Financial Institutions-Portfolio

Im Non-Bank-Financial-Institutions-(NBFI)-Portfolio standen im gesamten Berichtszeitraum sowohl attraktives Neugeschäft mit Adressen guter Bonität als auch die weitere Portfoliooptimierung im Fokus. Die Bonität der Teilbranche Versicherungen profitierte von einer im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringeren Großschadensbelastung aus Naturkatastrophen. Trotz überwiegend positiver Ergebnisse im operativen Geschäft der Kunden erachtet die COMMERZBANK die Unsicherheiten aus der in Europa weiterhin bestehenden Staatsschuldenkrise als Belastungsfaktor für die Branche.

NBFI-Portfolio nach Regionen	Exposure at Default (in Mrd. EUR)			Expected Loss (in Mio. EUR)			Risikodichte (in bp)		
	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013
Deutschland	10	11	10	22	24	18	22	22	18
Westeuropa	13	18	17	22	41	45	18	23	27
Mittel- und Osteuropa	1	1	1	6	4	4	43	27	31
Nordamerika	5	8	8	42	22	19	92	29	24
Sonstige	3	2	2	3	4	4	11	23	23
Gesamt	32	40	38	95	96	91	30	24	24

Verbriefungen: Prozess, Bewertung und Bilanzierung

Verbriefungsprozess

Die COMMERZBANK fungiert im Rahmen ihres Verbriefungsgeschäfts in den aufsichtsrechtlich definierten Rollen als Originator, Sponsor und Investor.

- **Originator:** Teile des bankeigenen Kreditportfolios werden im Rahmen von Verbriefungstransaktionen gezielt am Kapitalmarkt platziert. Überwiegend aus Gründen des Kapitalmanagements haben COMMERZBANK und Hypothekbank Frankfurt im Laufe der letzten Jahre Forderungsverbriefungen von Kreditforderungen gegenüber Kunden der COMMERZBANK mit einem Volumen von EUR 7,4 Mrd. per 31. März 2013 (EUR 7,5 Mrd. per 31. Dezember 2012) vorgenommen. Dazu zählen auch zwei im Jahr 2012 platzierte Verbriefungen von Mittelstandskrediten in Höhe von jeweils EUR 2,0 Mrd. Ebenfalls im Jahr 2012 wurden zwei Verbriefungen von Mittelstandskrediten in Höhe von EUR 2,0 Mrd. und EUR 1,5 Mrd. zurückgezahlt. Darüber hinaus wurden vier CMBS-Transaktionen der Hypothekbank Frankfurt AG in Höhe von insgesamt EUR 1,5 Mrd. zurückgezahlt. Zum Stichtag 31. März 2013 wurden Risikopositionen in Höhe von EUR 5,0 Mrd. zurückbehalten, der weitaus größte Teil aller Positionen entfiel mit EUR 4,8 Mrd. auf Senior-Tranchen, die nahezu vollständig gut bis sehr gut geratet sind.

Im Zusammenhang mit Originator-Verbriefungstransaktionen (synthetisch und True-Sale) wurde regelmäßig mit den Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch zusammengearbeitet. Es handelt sich bei den durch die COMMERZBANK verbrieften Aktiva um bankeigene Forderungen aus dem mittelständischen Kreditgeschäft beziehungsweise Großkundengeschäft sowie um private Wohnungsbaukredite. Bei den Originator-Transaktionen der Hypothekbank Frankfurt AG sind die zugrundeliegenden verbrieften Forderungen gewerbliche Immobilienkredite sowie private Wohnungsbaukredite. Im Rahmen der Banksteuerung überprüft die COMMERZBANK fortlaufend etwaige Möglichkeiten bankeigene Forderungen zu verbiefen. Dieser Prozess wird maßgeblich durch die aktuellen Marktgegebenheiten beeinflusst (siehe auch „Risikofaktoren—Markt- und unternehmensbezogene Risiken—31. Die Möglichkeiten des Konzerns zur längerfristigen Refinanzierung über die Pfandbriefmärkte, die bisher durch die Hypothekbank Frankfurt erfolgte, ist durch deren schwierige Situation und bevorstehende Abwicklung beeinträchtigt und kann durch eine Beeinträchtigung der Liquidität der Pfandbriefmärkte weiter erschwert werden.“).

Verbriefungspool per 31.12.2011 (in Mrd. EUR)	Fälligkeit	Gesamt- Volumen ¹⁾	Volumen COMMERZBANK ¹⁾		
			Senior	Mezzanine	First Loss Piece
Corporates	2013-2027	4,5	4,1	0,2	<0,1
MezzCap ²⁾	2036	0,2	<0,1	<0,1	<0,1
RMBS ³⁾	2048	0,2	<0,1	<0,1	<0,1
CMBS ⁴⁾	2012-2084	4,0	0,6	<0,1	<0,1
Gesamt		8,9	4,7	0,3	0,1

¹⁾ Tranchen/Rückbehalte (nominal): Bank- und Handelsbuch.

²⁾ Commerzbank-eigene Verbriefung von Genussrechtskapital.

³⁾ Wertpapiere, die Kreditrisiken aus einem Portfolio von Wohnimmobilienfinanzierungen verbiefen (Residential Mortgage Backed Securities).

⁴⁾ Wertpapiere, die Kreditrisiken aus einem Portfolio von gewerblichen Immobilienfinanzierungen verbiefen (Commercial Mortgage Backed Securities).

Verbriefungspool per 31.12.2012 (in Mrd. EUR)	Fälligkeit	Gesamt- Volumen ¹⁾	Volumen COMMERZBANK ¹⁾		
			Senior	Mezzanine	First Loss Piece
Corporates	2020-2022	5,0	4,5	0,1	<0,1
MezzCap ²⁾	2036	0,1	<0,1	<0,1	<0,1
RMBS ³⁾	2048	0,1	<0,1	<0,1	<0,1
CMBS ⁴⁾	2013-2084	2,3	0,4	<0,1	<0,1
Gesamt		7,5	4,9	0,1	0,1

1) Tranchen/Rückbehalte (nominal): Bank- und Handelsbuch.

2) Commerzbank-eigene Verbriefung von Genussrechtskapital.

3) Wertpapiere, die Kreditrisiken aus einem Portfolio von Wohnimmobilienfinanzierungen verbiefen (Residential Mortgage Backed Securities).

4) Wertpapiere, die Kreditrisiken aus einem Portfolio von gewerblichen Immobilienfinanzierungen verbiefen (Commercial Mortgage Backed Securities).

Verbriefungspool per 31.03.2013 (in Mrd. EUR)	Fälligkeit	Gesamt- Volumen ¹⁾	Volumen COMMERZBANK ¹⁾		
			Senior	Mezzanine	First Loss Piece
Corporates	2020-2022	5,0	4,5	0,1	<0,1
MezzCap ²⁾	2036	0,1	<0,1	<0,1	<0,1
RMBS ³⁾	2048	0,1	<0,1	<0,1	<0,1
CMBS ⁴⁾	2013-2084	2,2	0,3	<0,1	<0,1
Gesamt		7,4	4,8	0,1	0,1

1) Tranchen/Rückbehalte (nominal): Bank- und Handelsbuch.

2) Commerzbank-eigene Verbriefung von Genussrechtskapital.

3) Wertpapiere, die Kreditrisiken aus einem Portfolio von Wohnimmobilienfinanzierungen verbiefen (Residential Mortgage Backed Securities).

4) Wertpapiere, die Kreditrisiken aus einem Portfolio von gewerblichen Immobilienfinanzierungen verbiefen (Commercial Mortgage Backed Securities).

- Sponsor:** Die Strukturierung, Arrangierung und Verbriefung von Forderungsportfolios von Kunden der COMMERZBANK, insbesondere der Segmente Mittelstandsbank und Corporates & Markets, ist ein wichtiger Bestandteil der Produktpalette für strukturierte Finanzierungen. Für Kunden der COMMERZBANK besteht die Möglichkeit, über die Verbriefung von Forderungsportfolios, das heißt den regresslosen Forderungsverkauf, alternative Finanzierungsquellen am Kapitalmarkt zu erschließen. Typischerweise werden zum Zweck des Forderungsmanagements Zweckgesellschaften gegründet (Ankaufsgesellschaften). Die Refinanzierung der Ankäufe erfolgt hierbei primär durch die Emission von kurzfristigen Kapitalmarktpapieren (Commercial Paper, CPs) unter dem von der COMMERZBANK administrierten Asset Backed Commercial Paper (ABCP)-Programms „Silver Tower“ (Conduit). Die emittierten Commercial Paper werden durch die Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch geratet. Die COMMERZBANK übernimmt als Sponsor in der Regel zusätzlich zur Strukturierung das Ankaufs- und Refinanzierungsmanagement der Transaktionen. Gegenüber den Zweckgesellschaften hält die COMMERZBANK Liquiditätsfazilitäten zur kurzfristigen Bereitstellung von Liquidität. Sämtliche Liquiditätslinien sind in voller Höhe bei der Ermittlung der risikogewichteten Positionswerte berücksichtigt. Die stark diversifizierten Forderungsportfolios entstammen grundsätzlich dem operativen Forderungsbestand des Umlaufvermögens der Kunden wie zum Beispiel Handelsforderungen, Auto-, Maschinen- und Anlageleasing. Die Forderungsportfolios spiegeln damit die unterschiedliche Geschäftsausrichtung der jeweiligen Forderungsverkäufer wider.

Im Jahr 2011 wurden die beiden von der COMMERZBANK gesponserten Conduits „Kaiserplatz“ und „Silver Tower“ zusammengeführt. Sämtliche Transaktionen sind seither dem Conduit „Silver Tower“ zugehörig. Die aus dem Conduit „Silver Tower“ resultierenden Verbriefungspositionen bestehen überwiegend aus Liquiditätsfazilitäten/Back-up-Linien. Neben dem Geschäft der Finanzierung von Kunden der Mittelstandsbank sowie Corporates & Markets existiert noch Non-Core-Geschäft aus dem ABCP Conduit „Beethoven“, das dem Abbauauftrag der bankeigenen Abwicklungseinheit (Structured Credit Legacy) unterliegt. Aufgrund des erfolgreichen Portfolioabbaus besteht per 31. März 2013 lediglich noch ein Volumen von EUR 187 Mio. an Verbriefungspositionen gegenüber dem Conduit „Beethoven“.

- Investor:** Die COMMERZBANK hat in der Vergangenheit sowohl im Rahmen des regulatorischen Handels- als auch Anlagebuchs in Verbriefungspositionen investiert. Im Vergleich zum Vorjahr konnten vorhandene Positionen in großem Umfang durch die Abwicklungseinheit Structured Credit Legacy restrukturiert und abgebaut werden. Die bankinterne Kreditrisikostategie erlaubt in begrenztem Umfang das Eingehen von neuen Verbriefungspositionen mit Kernkunden der Bank. Voraussetzung ist jedoch

eine differenzierte Analyse und Dokumentation des Risikoprofils jeder Verbriefungsposition unter Berücksichtigung der Transaktionsrisikotreiber, die mittelbar oder unmittelbar Einfluss auf den Risikogehalt der Verbriefungsposition haben können. Im Berichtsjahr 2012 wurde gemäß der internen Kreditrisikostategie ein Volumen von EUR 75 Mio. in eine Verbriefungstransaktion investiert, der Autoleasingforderungen an Geschäftskunden zugrunde liegen.

Verfahren zur risikogewichteten Positionswertbestimmung

Die COMMERZBANK verwendete im Jahr 2012 im aufsichtsrechtlichen Meldewesen grundsätzlich die Regelungen des IRBA. Entsprechend dem für Verbriefungen in der SolvV vorgegebenen Akzessoritätsprinzip kommen, unabhängig von der Art der jeweiligen Verbriefungsposition, die aufsichtsrechtlichen Regelungen für IRBA-Verbriefungspositionen zur Anwendung. Für zurückbehaltene extern geratete Verbriefungspositionen aus eigenen Verbriefungstransaktionen der COMMERZBANK wird der ratingbasierte Ansatz verwendet. Für platzierte synthetische Verbriefungstranchen erfolgt zudem eine Kapitalunterlegung entsprechend dem Risikogewicht des Sicherheitengebers. Für den überwiegenden Teil der Transaktionen kommt der aufsichtsrechtliche Formelansatz zur Anwendung, für weitere einzelne Verbriefungspositionen erfolgt aufgrund fehlender externer Ratings ein Kapitalabzug. Die Vorgaben des § 262 SolvV zur Ermittlung bestimmter IRBA-Positionswerte in Verbriefungstransaktionen kommen aufgrund der strukturellen Ausgestaltung der Transaktionen der COMMERZBANK nicht zur Anwendung.

Für die von der COMMERZBANK gesponsorten Conduits „Silver Tower“ und „Beethoven“ werden im Rahmen des internen Einstufungsverfahrens überwiegend bankaufsichtsrechtlich zertifizierte ABS-Ratingsysteme verwendet. Darüber hinaus ist die COMMERZBANK bei einigen weiteren Transaktionen als Sponsor tätig. Lediglich in Einzelfällen kommt der aufsichtliche Formelansatz (Supervisory Formula Approach) zur Anwendung beziehungsweise erfolgt ein Kapitalabzug aufgrund fehlender verwendungsfähiger externer Ratings. Die Ratingsysteme werden gemäß MaRisk unabhängig von der Marktseite durch den Methodenbereich der Risikofunktion der COMMERZBANK weiterentwickelt. Entsprechend den Vorgaben der SolvV folgt die Methodik den Ratingagenturen Standard & Poor's, Fitch und Moody's. Die Verfahren wurden initial durch die BaFin und die Deutsche Bundesbank zertifiziert und unterliegen einer regelmäßigen Nachschauprüfung durch die Aufsicht. Die internen Einstufungsverfahren sind darüber hinaus Gegenstand einer jährlichen Validierung durch die Risikofunktion der COMMERZBANK. Zudem erfolgt eine regelmäßige Prüfung durch die interne Revision.

Die unterschiedlichen internen Einstufungsverfahren berücksichtigen alle von den Ratingagenturen als wesentliche Risikotreiber identifizierten Eigenschaften des verbrieften Forderungsportfolios sowie die besonderen Strukturierungseigenschaften der Verbriefungsposition. Zusätzlich werden weitere quantitative und qualitative Risikokomponenten berücksichtigt, die von der COMMERZBANK als wesentlich erachtet werden. Hierzu zählen insbesondere Verkäuferrisiken und qualitative Risikotreiber, die über strukturierte qualitative Fragebögen beurteilt werden. Das Resultat des Ratingprozesses ist ein aus dem quantitativen und qualitativen Ergebnis des Einstufungsverfahrens abgeleitetes tranchenspezifisches Rating, welches, je nach Einstufungsverfahren, auf der PD oder dem EL der Tranche basiert. Für die mittels interner Einstufungsverfahren beurteilten Verbriefungspositionen existieren keine externen Ratings von den benannten Ratingagenturen. Neben der Verwendung der Ergebnisse der internen Einstufungsverfahren für die aufsichtliche Kapitalbedarfsermittlung erfolgt eine Verwendung innerhalb des internen Kapitalmodells, des Portfoliomonitorings und der Limitierung (ICAAP-Prozesse).

Für Investorenpositionen sind grundsätzlich externe Ratings vorhanden, die zur Anwendung des ratingbasierten Ansatzes (RBA) führen. Die COMMERZBANK berücksichtigt hierbei unabhängig von der Art der verbrieften Forderungen und der Art der Verbriefungspositionen alle verfügbaren externen Ratings von Verbriefungspositionen der von der COMMERZBANK benannten Ratingagenturen Moody's, Standard & Poor's sowie Fitch. Für einen Teil der Investorenpositionen der Hypothekenbank Frankfurt International SA besteht eine bilaterale, selbstschuldnerische und unwiderrufliche Garantie des EIF (European Investment Fund). Lediglich in Einzelfällen erfolgt ein Kapitalabzug auf Grund fehlender verwendungsfähiger Ratings.

Die Ermittlung der Kapitalanforderungen für Verbriefungspositionen im Handelsbuch ergibt sich aus der Anwendung der für die Verbriefungspositionen relevanten Vorgaben der § 303 i.V.m. 255 SolvV.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Im Rahmen von True-Sale- oder synthetischen Verbriefungstransaktionen über Zweckgesellschaften erfolgt seitens der IFRS-Bilanzierung eine Prüfung, inwiefern eine Konsolidierung der verbrieften Zweckgesellschaften vorzunehmen ist. Dieser Prüfungsprozess ist im COMMERZBANK-Konzern im Rechnungswesen zentralisiert. Die zentrale Stelle wird vor der Initiierung und bei Umstrukturierungen einer Zweckgesellschaft informiert und prüft auf Grund der eingereichten Informationen, ob die Zweckgesellschaft konsolidiert werden muss.

- Originatorenpositionen:** Sofern die Zweckgesellschaft zum Konsolidierungskreis des COMMERZBANK-Konzerns gehört, ist keine weitere Abgangsprüfung nach IAS 39 vorzunehmen, eine Ausbuchung der Vermögenswerte erfolgt dann nicht. Sofern die Zweckgesellschaft nicht zu konsolidieren ist, wird im Rahmen von True-Sale-Verbriefungen eine mögliche Ausbuchung der verbrieften Forderungen aus der Bilanz nach dem Risk and Rewards Approach als primäres und dem Control-Konzept als subsidiäres Ausbuchungskonzept (IAS 39.15 ff.) geprüft und gegebenenfalls ein (Teil-)Abgang (Continuing Involvement) vorgenommen. Bei synthetischen Verbriefungen verbleiben die zu Grunde liegenden Forderungen grundsätzlich auf der Bilanz und werden, analog zu verbrieften Forderungen bei True-Sale-Verbriefungen, ohne Bilanzabgang in der ursprünglichen IFRS-Kategorie ausgewiesen. Die Bilanzierung und Bewertung dieser Forderungen erfolgt weiterhin nach den Regeln dieser IFRS-Kategorie. Bei einem Bilanzabgang der verbrieften Forderungen anfallende Gewinne oder Verluste werden erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Gegebenenfalls führt der Bilanzabgang der Forderungen darüber hinaus zum erstmaligen Ansatz von neuen Positionen, wie z.B. von Zweckgesellschaften emittierten Anleihen. Nach IFRS werden diese Positionen je nach der mit den erworbenen Wertpapieren verfolgten Absicht und der Ausgestaltung der Wertpapiere nach den Regelungen des IAS 39 kategorisiert (Held for Trading, Loans and Receivables und Available for Sale). Hinsichtlich einer ausführlichen Darstellung der Regelungen zur Kategorisierung und der damit verbundenen Bewertung wird auf den IFRS-Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012, Note 5 (siehe „Finanzteil—Konzernabschluss der COMMERZBANK Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2012—Anhang (Notes)“) verwiesen. Im Jahr 2012 und im ersten Quartal 2013 sind keine Verbriefungstransaktionen durchgeführt worden, die zu einem Forderungsabgang geführt hätten. Daher kam es auch weder im Geschäftsjahr 2012 noch im ersten Quartal 2013 zur Realisierung von Gewinnen oder Verlusten aus dem Verkauf von Forderungen im Zusammenhang mit Verbriefungsaktivitäten.
- Sponsorenpositionen:** Unter IFRS wird die Refinanzierungsgesellschaft „Beethoven Funding Corporation“ konsolidiert. Im Fall von „Silver Tower“ werden die Refinanzierungsgesellschaften „Silver Tower Funding Ltd“ und „Silver Tower US Funding LLC“ nicht konsolidiert, in Einzelfällen jedoch einige Ankaufsgesellschaften. Für regulatorische Zwecke werden dagegen weder Ankaufs- noch Refinanzierungsgesellschaften der Programme „Beethoven“ und „Silver Tower“ konsolidiert. Sofern die begünstigte Zweckgesellschaft nicht nach IFRS konsolidiert ist, wird die Liquiditätslinie mit ihrem vollen, nicht in Anspruch genommenen Volumen als Eventualverbindlichkeit im „Finanzteil“ vermerkt. In Höhe der Inanspruchnahme kommt es zur Bilanzierung einer Forderung in der IFRS-Kategorie „Kredite und Forderungen“.
- Investorenpositionen:** Nach IFRS werden Investorenpositionen, je nach der mit den erworbenen Wertpapieren verfolgten Absicht und der Ausgestaltung der Wertpapiere, nach den Regelungen des IAS 39 kategorisiert (Held for Trading, Loans and Receivables und Available for Sale). Hinsichtlich einer ausführlichen Darstellung der Regelungen zur Kategorisierung und der damit verbundenen Bewertung wird auf den Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012, Note 5 (siehe „Finanzteil—Konzernabschluss der COMMERZBANK Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2012—Anhang (Notes)“) verwiesen. Werden die Verbriefungspositionen auf liquiden und beobachtbaren Märkten gehandelt, erfolgt ihre Bewertung anhand von unabhängigen Marktpreisen. Ist eine direkte Bewertung zu Marktpreisen nicht möglich, wird der Wert der Verbriefungsposition mit Hilfe von Bewertungsmodellen bestimmt. Dies beinhaltet die Anwendung eines Discounted Cashflow-Ansatzes, wobei sich sowohl die Cashflows als auch die weiteren relevanten verwendeten Parameter auf am Markt beobachtbare Daten stützen. Des Weiteren erfolgt eine Kalibrierung des Ansatzes für ähnliche Verbriefungsstrukturen mit Marktdaten. Es ergaben sich im Jahr 2012 und im ersten Quartal 2013 keine signifikanten Änderungen bei den Methoden zur Bewertung von Verbriefungspositionen.

Conduit Exposure und sonstige Asset-backed Exposures

Im Folgenden wird auf Conduit Exposure aus dem strategischen Kundengeschäft und sonstige Asset-backed Exposures eingegangen, die zusätzlich zu den Positionen in Corporates & Markets im Konzern bestehen.

Conduit und sonstige Asset-backed Exposures (in Mrd. EUR)	31.12.2011		31.12.2012		31.03.2013	
	Nominalwerte	Risikowerte	Nominalwerte	Risikowerte	Nominalwerte	Risikowerte
Conduit Exposure	3,3	3,3	3,1	3,1	3,1	3,1
Sonstige Asset-backed Exposures	6,1	5,8	5,5	5,4	5,5	5,4
Gesamt	9,4	9,1	8,6	8,5	8,7	8,5

Die COMMERZBANK ist Sponsor des Multiseller Asset-backed Commercial Paper Conduits „Silver Tower“ und arrangiert darüber die Verbriefung von Forderungen von Kunden der Segmente Mittelstandsbank und

Corporates & Markets, im Wesentlichen Handels- und Leasingforderungen. Die Geschäfte werden entweder durch die Emission von Asset-backed Commercial Paper (ABCP) oder – wenn kein ABCP platziert wird - durch die Inanspruchnahme von Kreditlinien (Liquiditätslinien) finanziert.

Bei den sonstigen Asset-backed Exposures handelt es sich um ABS-Positionen mit einem Risikowert von EUR 5,4 Mrd. per 31. Dezember 2012 und 31. März 2013 (31. Dezember 2011: EUR 5,8 Mrd.). Diese werden per 31. März 2013 überwiegend von der Frankfurter Hypothekenbank im Bereich Public Finance (EUR 4,8 Mrd.) und der CB Europe (Irland) (EUR 0,6 Mrd.) gehalten. Es handelt sich dabei vor allem um staatsgarantierte Papiere (EUR 4,7 Mrd.), wovon rund EUR 3,8 Mrd. auf US-Government Guaranteed Student Loans entfallen. Weitere EUR 0,5 Mrd. des sonstigen Asset Backed Exposures verteilen sich auf Non-US-RMBS, CMBS sowie sonstige überwiegend europäische ABS-Papiere.

Länderklassifizierung und Steuerung

Im Rahmen der Länderrisikoermittlung des Konzerns werden sowohl die Transferrisiken als auch die regionalspezifischen, von Politik und Konjunktur bestimmten Eventrisiken erfasst, die auf die einzelnen Wirtschaftsobjekte des Landes wirken. Die Länderrisikosteuerung umfasst dabei Entscheidungen, Maßnahmen und Prozesse, die die Beeinflussung der Länderportfoliostruktur zur Erreichung der Geschäfts-, Risiko- und Renditeziele bezwecken. Die Steuerung und Limitierung der Länderrisiken erfolgt seit 2012 auf Basis des Loss at Default auf Länderebene. Länderexposures, die aufgrund ihrer Größe für die COMMERZBANK bedeutend sind sowie Exposures in Ländern, in denen die COMMERZBANK im Verhältnis zum jeweiligen BIP bedeutend investiert ist, werden gesondert im Strategic Risk Committee behandelt.

Die regionale Verteilung des Exposures entspricht der strategischen Ausrichtung der COMMERZBANK und spiegelt die Schwerpunkte der globalen Geschäftstätigkeit der COMMERZBANK wider. Zum 31. März 2013 entfallen 50% des Engagements auf Deutschland, 34% auf andere Länder in West-, Mittel- und Osteuropa und 7% auf Nordamerika. Der Rest ist breit diversifiziert und verteilt sich auf eine große Anzahl Länder, in denen insbesondere deutsche Exporteure begleitet werden beziehungsweise die COMMERZBANK mit lokalen Einheiten vor Ort präsent ist. Der Anstieg des EL im Jahr 2012 im Bereich Sonstige ist im Wesentlichen auf Schiffsfinanzierungen zurückzuführen. Die Anstiege der ELs im ersten Quartal 2013 in Westeuropa und in Sonstige war vor allem auf Neugeschäft aus dem Bereich Trade Finance der Mittelstandsbank sowie Kapitalmarktaktivitäten aus Corporates & Markets zurückzuführen.

Gesamtportfolio nach Regionen per 31.12.2011	Exposure at Default (in Mrd. EUR)	Expected Loss (in Mio EUR)	Risikodichte (in bp)
Deutschland	250	649	26
Westeuropa	115	443	38
Mittel- und Osteuropa	42	269	65
Nordamerika	40	111	28
Sonstige	46	208	46
Gesamt	492	1.680	34
Gesamtportfolio nach Regionen per 31.12.2012	Exposure at Default (in Mrd. EUR)	Expected Loss (in Mio EUR)	Risikodichte (in bp)
Deutschland	231	564	24
Westeuropa	113	446	39
Mittel- und Osteuropa	41	207	51
Nordamerika	33	69	21
Sonstige	42	496	119
Gesamt	460	1.781	39
Gesamtportfolio nach Regionen per 31.03.2013	Exposure at Default (in Mrd. EUR)	Expected Loss (in Mio EUR)	Risikodichte (in bp)
Deutschland	228	560	25
Westeuropa	111	475	43
Mittel- und Osteuropa	41	211	52
Nordamerika	30	69	23
Sonstige	44	519	117
Gesamt	453	1.834	40

Der EaD in den Ländern Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien wurde im Jahresverlauf 2012 um EUR 3,3 Mrd. reduziert und belief sich zum 31. Dezember 2012 auf insgesamt EUR 31,8 Mrd. Zum 31. März 2013 belief sich der EaD in den Ländern Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien auf insgesamt EUR 31,5 Mrd. Das Exposure in Zypern beläuft sich zum 31. März 2013 auf EUR 0,3 Mrd., wobei nur ein geringer Anteil auf Sovereigns und Banken entfällt. Die folgende Tabelle zeigt den EaD in den Ländern Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien auf Basis des Sitzlandes beziehungsweise des Objektsitzes.

EaD per 31.12.2011¹⁾ (in Mrd. EUR)	Sovereign²⁾	Banken	CRE	Corporates/ Sonstige	Gesamt
Griechenland.....	0,8	0,1	0,2	0,1	1,1
Irland	0,0	0,9	0,1	0,9	2,0
Italien	7,9	1,1	2,4	2,7	14,0
Portugal	0,8	0,5	1,7	0,3	3,4
Spanien	2,8	4,6	4,1	3,2	14,6
Gesamt	12,3	7,2	8,5	7,2	35,1

¹⁾ Enthält nicht EaD aus Schiffsfinanzierungen.

²⁾ Inkl. Subsovereigns.

EaD per 31.12.2012¹⁾ (in Mrd. EUR)	Sovereign²⁾	Banken	CRE	Corporates/ Sonstige	Gesamt
Griechenland.....	0,0	0,0	0,2	0,1	0,2
Irland	0,0	0,6	0,1	0,9	1,6
Italien	8,8	0,9	2,2	2,3	14,2
Portugal	0,9	0,3	1,6	0,3	3,0
Spanien	2,6	3,7	3,6	2,9	12,8
Gesamt	12,3	5,5	7,7	6,5	31,8

¹⁾ Enthält nicht EaD aus Schiffsfinanzierungen.

²⁾ Inkl. Subsovereigns.

EaD per 31.03.2013¹⁾ (in Mrd. EUR)	Sovereign²⁾	Banken	CRE	Corporates/ Sonstige	Gesamt
Griechenland.....	0,0	0,0	0,2	0,1	0,3
Irland	0,0	0,6	0,1	1,1	1,8
Italien	9,2	0,7	2,0	2,3	14,3
Portugal	0,9	0,3	1,5	0,3	2,9
Spanien	2,5	3,7	3,5	2,5	12,2
Gesamt	12,6	5,3	7,3	6,3	31,5

¹⁾ Enthält nicht EaD aus Schiffsfinanzierungen.

²⁾ Inkl. Subsovereigns.

Für die vom Staat Griechenland emittierten und garantierten Anleihen wurden im Jahr 2011 GuV-wirksame Wertkorrekturen in Höhe von insgesamt EUR 2,2 Mrd. vorgenommen, so dass dieses Portfolio zum 31. Dezember 2011 nur noch mit 26% des Nominalwerts bewertet war. Für weitere Einzelheiten zu den Wertkorrekturen wird auf den Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012, Note 54 (siehe „Finanzteil—Konzernabschluss der COMMERZBANK Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2012—Anhang (Notes)“) und den Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2011, Note 53 (siehe „Finanzteil—Konzernabschluss der COMMERZBANK Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2011—Anhang (Notes)“) verwiesen. Im März 2012 wurden die von privaten Gläubigern gehaltenen Staatsanleihen in neue Anleihen getauscht. Die COMMERZBANK hat das Sovereign-EaD in Griechenland nach dem Umtausch der Papiere nahezu vollständig abgebaut. Siehe auch „Risikofaktoren—Markt- und unternehmensbezogene Risiken—3. Der Konzern hält Staatsanleihen in erheblichem Umfang. Wertminderungen und niedrigere beizulegende Zeitwerte solcher Staatsanleihen haben die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in der Vergangenheit ganz erheblich belastet, und weitere zukünftige Belastungen sind nicht auszuschließen.“. In Italien gab es im Jahr 2012 einen Anstieg um EUR 0,9 Mrd. durch die Auflösung von CDS-Hedges.

Ratingklassifizierung

Das Gesamtportfolio des Konzerns verteilt sich auf Basis von PD- bzw. Kundenratings (ausgenommen Commercial Real Estate, wo die Ratingverteilung auf Engagementratings basiert) anteilig wie folgt auf die internen Ratingklassifizierungen (siehe auch Ratingskala der COMMERZBANK im Abschnitt Ratingarchitektur):

Ratingverteilung per 31.12.2011 auf Basis EaD (in %)	1,0-1,8	2,0-2,8	3,0-3,8	4,0-4,8	5,0-5,8
Privatkunden	27	46	19	5	3
Mittelstandsbank	13	59	22	4	2
Central & Eastern Europe	21	41	31	5	3
Corporates & Markets	44	39	13	2	1
Asset Based Finance, darin	30	41	20	6	3
<i>Commercial Real Estate</i>	29	54	13	3	1
<i>Schiffsfinanzierung</i>	10	31	31	16	11
<i>Public Finance</i>	57	25	15	2	1
Konzern¹⁾	30	44	19	4	2

¹⁾ Inkl. PRU und Sonstige und Konsolidierung.

Ratingverteilung per 31.12.2012 auf Basis EaD (in %)	1,0-1,8	2,0-2,8	3,0-3,8	4,0-4,8	5,0-5,8
Privatkunden	28	49	17	4	2
Mittelstandsbank	13	60	20	4	2
Central & Eastern Europe	26	38	24	9	3
Corporates & Markets	46	40	12	1	1
NCA, darin	31	36	20	8	6
<i>Commercial Real Estate</i>	35	43	17	4	1
<i>Schiffsfinanzierung</i>	7	21	23	24	24
<i>Public Finance</i>	52	25	17	3	3
Konzern¹⁾	31	44	17	5	3

¹⁾ Inkl. PRU und Sonstige und Konsolidierung.

Ratingverteilung per 31.03.2013 auf Basis EaD (in %)	1,0-1,8	2,0-2,8	3,0-3,8	4,0-4,8	5,0-5,8
Privatkunden	28	49	17	4	2
Mittelstandsbank	12	61	20	5	2
Central & Eastern Europe	27	40	22	9	3
Corporates & Markets	45	41	10	2	1
NCA, darin	31	35	20	8	6
<i>Commercial Real Estate</i>	33	43	19	4	1
<i>Schiffsfinanzierung</i>	6	20	23	25	27
<i>Public Finance</i>	52	25	17	3	3
Konzern¹⁾	31	44	17	5	3

¹⁾ Inkl. PRU und Sonstige und Konsolidierung.

Die Kalibrierung der Ratings erfolgt auf der Basis von historischen Daten. Es kann daher auf Grund von Nachlaufeffekten z.B. selbst dann noch zu Ratingverschlechterungen kommen, wenn das wirtschaftliche Umfeld bereits Erholungstendenzen zeigt.

Derivative Geschäfte

Bei einem Derivat handelt es sich um ein Finanzinstrument, dessen Wert von einem so genannten Basiswert abhängt. Dieser Basiswert kann beispielsweise ein Zinssatz, ein Warenpreis, ein Aktien-, Währungs- oder Anleihenkurs sein. Dabei erfordert das Finanzinstrument keine oder, im Vergleich zu anderen Vertragsformen mit ähnlicher Reaktion auf Marktbedingungsänderungen, nur geringe Anschaffungskosten. Der Ausgleich erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Zur Minimierung (Reduzierung) des Kreditrisikos aus diesen Instrumenten schließt die COMMERZBANK Rahmenverträge (zweiseitige Aufrechnungsvereinbarungen) mit ihren Geschäftspartnern ab. Durch den

Abschluss derartiger zweiseitiger Aufrechnungsvereinbarungen können die positiven und negativen Marktwerte der unter einem Rahmenvertrag einbezogenen derivativen Kontrakte miteinander verrechnet sowie die regulatorischen Zuschläge für zukünftige Risiken (Add-ons) dieser Produkte verringert werden. Im Rahmen dieses Nettingprozesses reduziert sich das Kreditrisiko auf eine einzige Nettoforderung gegenüber dem Vertragspartner (Close-out-Netting).

Um die sich nach Netting ergebende Nettoforderung/-verbindlichkeit abzusichern, werden auch Sicherheitenvereinbarungen getroffen.

Der Nominalbetrag gibt in der Bilanz das vom Konzern gehandelte Geschäftsvolumen an. Die in den Tabellen aufgeführten positiven beziehungsweise negativen Marktwerte sind dagegen die Aufwendungen, die dem Konzern beziehungsweise der Gegenpartei für den Ersatz der ursprünglich geschlossenen Kontrakte durch wirtschaftlich gleichwertige Geschäfte entstehen würden. Ein positiver Marktwert gibt damit aus Sicht des Konzerns das maximale potenzielle kontrahentenbezogene Adressenausfallrisiko an, das am Bilanzstichtag aus derivativen Geschäften bestanden hat. Die aufgeführte Fristengliederung der Geschäfte beruht auf den Restlaufzeiten, wobei auf die Kontraktlaufzeit und nicht auf die Laufzeit des Underlyings abgestellt wird.

Im Geschäftsjahr 2013 wurde die Bildung von Counterparty Default Adjustments (CDA), die den erwarteten Verlust aus einem möglichen Ausfall des Kontrahenten insbesondere bei OTC-Derivaten berücksichtigen, verfeinert. Während der bisherige CDA-Prozess auf internen Ratings beruhte (Ausnahme: Exposure gegenüber Monolines), wird das Ausfallrisiko der Kontrahenten seit dem 1. Januar 2013 auf Basis externer Ratings durch Bildung von Credit Valuation Adjustments (CVA) für positive Derivatepositionen beziehungsweise Debit Value Adjustments (DVA) für negative Derivatepositionen berücksichtigt.

Aus dem Derivatgeschäft (Anlage- und Handelsbuch) ergaben sich folgende Nominalbeträge und Marktwerte:

31.12.2011 (in Mio. EUR)	Nominalbetrag nach Restlaufzeiten				Marktwerte	
	bis ein Jahr	über ein bis fünf Jahre	über fünf Jahre	Summe	positiv	negativ
Fremdwährungsabhängige Termingeschäfte	560.609	169.593	104.667	834.869	17.891	20.805
Zinsabhängige Termingeschäfte	2.704.223	2.807.512	2.410.803	7.922.538	296.597	302.788
Sonstige Termingeschäfte	127.865	181.131	21.356	330.352	7.812	8.518
Bruttoausweis	3.392.697	3.158.236	2.536.826	9.087.759	322.300	332.111
<i>darunter: börsengehandelt</i>	<i>93.331</i>	<i>21.634</i>	<i>4.134</i>	<i>119.099</i>	—	—
Nettoausweis in der Bilanz					128.739	137.358

31.12.2012 (in Mio. EUR)	Nominalbetrag nach Restlaufzeiten				Marktwerte	
	bis ein Jahr	über ein bis fünf Jahre	über fünf Jahre	Summe	positiv	negativ
Fremdwährungsabhängige Termingeschäfte	442.466	170.519	118.569	731.554	13.592	14.119
Zinsabhängige Termingeschäfte	2.617.713	2.024.487	1.739.143	6.381.343	253.072	259.183
Sonstige Termingeschäfte	122.429	129.138	17.155	268.722	4.354	5.704
Bruttoausweis	3.182.608	2.324.144	1.874.867	7.381.619	271.018	279.006
<i>darunter: börsengehandelt</i>	<i>142.811</i>	<i>22.591</i>	<i>11.174</i>	<i>176.576</i>	—	—
Nettoausweis in der Bilanz					112.457	116.873

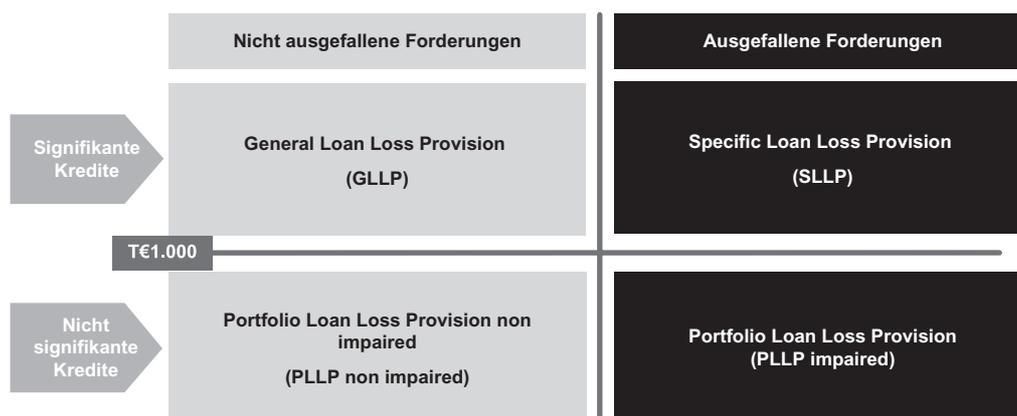
31.03.2013 (in Mio. EUR)	Nominalbetrag nach Restlaufzeiten				Marktwerte	
	bis ein Jahr	über ein bis fünf Jahre	über fünf Jahre	Summe	positiv	negativ
Fremdwährungsabhängige Termingeschäfte	464.818	177.785	121.059	763.662	12.833	14.393
Zinsabhängige Termingeschäfte ...	2.865.895	1.994.932	1.681.248	6.542.075	221.300	227.348
Sonstige Termingeschäfte	136.211	132.542	22.603	291.356	4.939	6.187
Bruttoausweis	3.466.924	2.305.259	1.824.910	7.597.093	239.072	247.928
<i>darunter: börsengehandelt</i>	<i>105.745</i>	<i>25.397</i>	<i>12.229</i>	<i>143.371</i>	—	—
Nettoausweis in der Bilanz					102.555	107.791

Hinsichtlich einer ausführlichen Darstellung der derivativen Geschäfte per 31. Dezember 2012 wird auf den Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012, Note 78 (siehe „Finanzteil—Konzernabschluss der COMMERZBANK Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2012—Anhang (Notes)“) verwiesen.

Intensive Care/Ertragsbelastungen aus Impairments (Risikovorsorge)

Grundsätze der Risikovorsorge

Den Risiken im Kreditgeschäft, die unter der IFRS-Kategorie LaR dargestellt werden, wird durch Bildung von Specific Loan Loss Provisions (SLLP), Portfolio Loan Loss Provisions (PLLP) und General Loan Loss Provisions (GLLP) für bilanzielle und außerbilanzielle Forderungen im Kreditgeschäft auf Basis der Vorschriften nach IAS 37 und 39 Rechnung getragen. Bei der Ermittlung der Risikovorsorge wird grundsätzlich nach ausgefallenen und nicht ausgefallenen Forderungen beziehungsweise nach nicht signifikanten (Volumen bis EUR 1 Mio.) und signifikanten Forderungen (Volumen größer EUR 1 Mio.) unterschieden. Die Ermittlung der Risikovorsorge richtet sich nach der Zuordnung einer Forderung in das jeweilige Teilportfolio, die Fallunterscheidungen verdeutlicht die folgende Grafik:



Als ausgefallen beziehungsweise notleidend werden alle Forderungen definiert, die gemäß Basel II-Regularien als Ausfall (Default) identifiziert wurden. Folgende Ereignisse (Events) sind ausschlaggebend für den Ausfall (Default) eines Kunden:

- drohende Zahlungsunfähigkeit / Überziehung größer 90 Tage;
- die COMMERZBANK begleitet die Sanierung/Restrukturierung des Kunden mit und ohne Sanierungsbeiträge;
- die COMMERZBANK kündigt die Forderung;
- der Kunde ist in Insolvenz.

Für nicht signifikante ausgefallene Forderungen wird auf der Grundlage von internen Parametern eine pauschalierte Einzelwertberichtigung beziehungsweise Rückstellung (PLLP impaired) gebildet. Für signifikante ausgefallene Forderungen erfolgt die Berechnung sowohl der Einzelrisikovorsorge als auch der Rückstellungen (SLLP) auf Basis des Barwertes der zukünftig erwarteten Zahlungsströme (Cashflows). In den Cashflows werden sowohl erwartete Zahlungen als auch Erlöse aus Sicherheitenverwertungen und sonstige erzielbare Cashflows berücksichtigt. Die Risikovorsorge entspricht der Differenz zwischen dem Forderungsbetrag und dem Barwert der gesamten erwarteten Cashflows.

Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung (GLLP und PLLP non impaired) für das bilanzielle und außerbilanzielle Geschäft erfolgt auf Einzelgeschäftsebene ebenfalls unter Heranziehung interner Ausfallparameter (PD, LGD) und unter Berücksichtigung des LIP-Faktors (LIP = Loss Identification Period). Dabei dient der LIP-Faktor zur Transformation des 1-Jahres-EL in den nach IFRS geforderten Incurred Loss. Der LIP ist definiert als durchschnittliche Zeitspanne zwischen Verlustereignis und Identifizierung durch die Bank. Länderrisiken werden nach IFRS nicht separat berücksichtigt, sondern sind für die SLLP-Berechnung über die individuellen Cashflow-Schätzungen mit berücksichtigt beziehungsweise bei der Berechnung der Pauschalwertberichtigung pauschaliert in den LGD-Parametern enthalten.

Auch für die als Available for Sale (AfS) und Loans and Receivables (LaR) klassifizierten Wertpapiere werden Impairmenttests vorgenommen, wenn der Fair Value bonitätsbedingt unterhalb der fortgeschriebenen Anschaffungskosten liegt. Hierzu wird zu jedem Bilanzstichtag geprüft, ob ein objektiver Hinweis (Trigger Event) für eine Wertminderung vorliegt und dieser „Schadenfall“ Auswirkung auf die erwarteten Cashflows hat. Die Trigger-Event-Prüfung erfolgt anhand der Bonität des Schuldners/Emittenten oder des Emissionsratings (zum Beispiel bei Pfandbriefen, ABS-Transaktionen). Trigger Events können dabei sein:

- Verzug/Ausfall von Zins- oder Tilgungsleistungen seitens des Emittenten/Schuldners;

- Restrukturierung des Debt Instruments auf Grund erheblicher finanzieller Schwierigkeiten des Emittenten (eines Wertpapiers) oder des Schuldners (eines Kredits);
- erhöhte Wahrscheinlichkeit eines Sanierungsverfahrens;
- erhöhte Wahrscheinlichkeit einer Insolvenz.

Die Trigger Events werden durch eine Kombination aus Rating und Fair Value-Veränderung operationalisiert. Hierbei werden die einzelnen Wertpapiere in drei Gruppen (börsennotierte und nicht-börsennotierte Eigenkapitalinstrumente sowie Fremdkapitalinstrumente) unterteilt, die Grundlage für die weitere individuelle Impairmentprüfung sind. Liegen Trigger Events vor, so wird eine erfolgswirksame Wertminderung vorgenommen und die entsprechende Forderung als notleidend angesehen. Sollte kein Trigger Event vorliegen, der Fair Value jedoch unterhalb der fortgeschriebenen Anschaffungskosten liegen, wird bei AfS-Positionen die Neubewertungsrücklage belastet. Bei LaR-Positionen ergibt sich – soweit kein Impairment vorliegt – keine Belastung der GuV bis auf eine mittelbare Belastung über die Bildung von GLLP. Im Falle einer Wertminderung ermittelt sich deren Höhe aus der Differenz von fortgeschriebenen Anschaffungskosten und Fair Value.

Der Gesamtbetrag der Risikovorsorge wird, sofern er sich auf bilanzielle Forderungen bezieht, in der Bilanz von den entsprechenden Aktivposten gekürzt. Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte (Avale, Indossamentsverbindlichkeiten, Kreditzusagen) wird hingegen als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft gezeigt.

Wertgeminderte Positionen werden gemäß Konzern-Abschreibungspolicy grundsätzlich zwei Jahre nach Kündigung unter Verbrauch von bestehenden Wertberichtigungen (SLLP/PLLP impaired) auf den Barwert der Forderung abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Als in Verzug werden alle Kredite definiert, die mindestens einen Tag bis maximal 90 Tage überzogen und unter Berücksichtigung der Bagatellgrenze (2,5% des Limits, beziehungsweise 100 Euro) nicht als ausgefallen definiert sind.

Die Bearbeitung der notleidenden Engagements erfolgt für die Kernbank durch die Einheit Group Risk Management Intensive Care (GRM IC) und für das Segment Non Core Assets (NCA) durch die neu etablierte Einheit Group Risk Management – Credit Risk NCA (GRM CRN). Diese bündeln jeweils das spezifische Experten-Know-how, das für eine Begleitung der Kunden in Restrukturierungsphasen sowie für eine erfolgreiche Abwicklung von Default-Engagements inklusive Sicherheitenverwertung notwendig ist.

Risikovorsorge nach Segmenten

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft des Konzerns belief sich im Geschäftsjahr 2012 auf EUR 1.660 Mio. In diesem Betrag ist ein Effekt aus der Überprüfung und Aktualisierung von Parametern in Höhe von netto EUR 69 Mio. enthalten. Insgesamt lag die Risikovorsorge im Geschäftsjahr 2012 um EUR 270 Mio. über dem Vorjahreswert. Im ersten Quartal 2013 betrug die Risikovorsorge EUR 267 Mio. und lag somit um EUR 55 Mio. über dem entsprechenden Vorjahresquartal. Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der Nettorisikovorsorge auf die Segmente:

Risikovorsorge ¹⁾ (in Mio. EUR)	Geschäftsjahr 2011					Geschäftsjahr 2012					2013
	Q1 2011	Q2 2011	Q3 2011	Q4 2011	2011 Gesamt	Q1 2012	Q2 2012	Q3 2012	Q4 2012	2012 Gesamt	Q1 2013
Kernbank	83	50	175	174	482	18	116	47	102	283	92
Privatkunden	45	38	33	-55	61	8	26	45	16	95	35
Mittelstandsbank	11	-28	58	149	190	-35	32	-9	42	30	78
Central & Eastern Europe	27	9	26	24	86	18	35	28	24	105	6
Corporates & Markets	0	31	59	56	146	27	23	-17	19	52	-26
Sonstige & Konsolidierung	0	0	-1	0	-1	0	0	0	1	1	-1
Non-Core Assets	236	231	255	181	903	178	301	383	512	1.374	175
Commercial Real Estate	190	246	189	72	697	57	131	213	224	625	38
Deutsche Schiffsbank	71	-15	63	112	232	114	170	160	296	741	138
Public Finance	-25	0	3	-4	-26	7	0	10	-9	8	-2
Gesamt²⁾	318	278	413	381	1.390	212	404	430	614	1.660	267

¹⁾ In dieser Tabelle werden Risikovorsorgeauflösungen mit einem negativen Vorzeichen gezeigt, Risikovorsorgeneubildungen werden ohne Vorzeichen, also positiv, dargestellt. Diese Darstellung kann von der Darstellung in den Tabellen in anderen Abschnitten dieses Wertpapierprospekts, insbesondere in den Abschnitten „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage“, „Ausgewählte Finanzangaben und Geschäftsinformationen des COMMERZBANK-Konzerns“ sowie „Finanzteil“ des Registrierungsformulars, abweichen.

²⁾ Inklusive Risikovorsorge der PRU in Höhe von insgesamt EUR 3 Mio. in 2012 und EUR 5 Mio. in 2011.

Im Geschäftsjahr 2012 belief sich die Risikovorsorge der Kernbank auf EUR 283 Mio. Gegenüber dem Vorjahr war die Belastung somit um EUR 199 Mio. bzw. 41% stark rückläufig. Die Kernbank profitierte insbesondere von Auflösungen aufgrund erfolgreicher Restrukturierungen und eines weiterhin sehr guten wirtschaftlichen Umfeldes in Deutschland.

Im ersten Quartal 2013 belief sich die Risikovorsorge der Kernbank auf EUR 92 Mio. Gegenüber dem Vorjahresvergleichsquartal ist das ein Anstieg von EUR 74 Mio., der hauptsächlich daraus resultiert, dass die Risikovorsorge im ersten Quartal 2012 durch Auflösung von Pauschalwertberichtigungen in den Segmenten Privatkunden und Mittelstandsbank (unter anderem aufgrund der Parameteraktualisierungen) außergewöhnlich niedrig war. Im ersten Quartal 2013 gab es keine Effekte aus Parameteraktualisierungen, da diese bereits im vierten Quartal 2012 berücksichtigt wurden. Die Kernbank war im ersten Quartal 2013 geprägt durch Risikovorsorgezuführungen für Einzelfälle, jedoch auch durch erfolgreiche Restrukturierungen.

Die Risikovorsorge im Privatkundengeschäft stieg im Geschäftsjahr 2012 im Vergleich zum Geschäftsjahr 2011 um EUR 34 Mio. auf EUR 95 Mio. Die Differenz zwischen 2011 und 2012 entspricht im Wesentlichen dem positiven Sondereffekt aus der Reduzierung des LIP-Faktors und der damit verbundenen Risikovorsorge-Auflösung in 2011. Die Risikovorsorge im ersten Quartal 2013 lag bei EUR 35 Mio. und ist im Vergleich zum Vorjahresvergleichsquartal um EUR 27 Mio. angestiegen. Bereinigt um die Effekte aus der Parameteraktualisierung im ersten Quartal 2012 liegt die operative Risikovorsorge insgesamt leicht unter dem Niveau des Vorjahres.

Die Risikovorsorge der Mittelstandsbank bewegte sich 2012 auf einem historisch niedrigen Niveau. Im Vergleich zum Vorjahr wurden EUR 160 Mio. weniger Risikovorsorge gebildet. Haupttreiber sind erfolgreiche Restrukturierungen und rückläufige Pauschalwertberichtigungen infolge sehr guter Portfolioqualität. Die Risikovorsorge im ersten Quartal 2013 beläuft sich auf EUR 78 Mio. und liegt damit um EUR 113 Mio. über dem ersten Quartal 2012. Das erste Quartal 2013 war getrieben durch Risikovorsorgezuführungen bei Einzelfällen, wohingegen das erste Quartal 2012 von einer positiven Entwicklung der Pauschalwertberichtigungen infolge guter Portfolioqualität sowie von Parameteraktualisierungen geprägt war.

Im Jahr 2012 stieg die Risikovorsorge für das Segment Central & Eastern Europe um EUR 19 Mio. auf EUR 105 Mio. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, dass im Vorjahr eine Auflösung aus einem Portfolioverkauf der BRE Bank sowie eine einmalige Auflösung wegen Parametereffekten in der Risikovorsorge vereinnahmt wurden. Im ersten Quartal 2013 belief sich die Risikovorsorge auf EUR 6 Mio. und reduzierte sich damit um EUR 12 Mio. gegenüber dem Vorjahresquartal.

Im Segment Corporates & Markets sank die Risikovorsorge im Geschäftsjahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr deutlich um EUR 94 Mio. auf EUR 52 Mio. Die Risikovorsorge ist grundsätzlich stark von der Entwicklung einzelner großer Engagements geprägt. So war die Reduzierung in 2012 im Wesentlichen getrieben durch hohe Auflösungen bei zwei Einzelfällen. Ein Fall betrifft die aus dem Segment Portfolio Restructuring Unit umgegliederten Aktiva. Für das erste Quartal 2013 wurde bei der Risikovorsorge eine Nettoauflösung von EUR 26 Mio. ausgewiesen, die maßgeblich aus der Restrukturierung eines großen Einzelfalles resultiert. Gegenüber dem Vorjahresquartal liegt die Risikovorsorge damit deutlich niedriger.

Im Segment Non-Core Assets waren im Jahresverlauf 2012 weiterhin erhebliche Belastungen zu verzeichnen. Insgesamt stieg die Risikovorsorge im Jahr 2012 um EUR 471 Mio. Maßgeblich zurückzuführen ist dies auf eine deutlich gestiegene Risikovorsorge im Konzernbereich Deutsche Schiffsbank infolge der anhaltend schwierigen Umfeldbedingungen am Schiffsmarkt. Dies setzte sich auch im ersten Quartal 2013 entsprechend fort, sodass hier eine Risikovorsorge von EUR 175 Mio. anfiel.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Risikovorsorge im Jahr 2012 für Commercial Real Estate um EUR 72 Mio. leicht reduziert werden, liegt jedoch mit EUR 625 Mio. weiterhin auf hohem Niveau. Im Vergleich zum Vorjahresquartal konnte die Risikovorsorge im ersten Quartal 2013 um EUR 19 Mio. reduziert werden, und liegt damit bei EUR 38 Mio.

Die Nettorisikovorsorge im Jahr 2012 im Geschäftsbereich Deutsche Schiffsbank ist im Vergleich zum Vorjahr signifikant um EUR 509 Mio. angestiegen. Darin enthalten ist ein Effekt aus der Überprüfung der Parameter für die Risikovorsorgeberechnung von EUR 145 Mio. im vierten Quartal. Im ersten Quartal 2013 lag die Risikovorsorge mit EUR 138 Mio. leicht über dem Niveau des Vorjahresquartals mit EUR 114 Mio. Weitere Ausfälle mit entsprechender Risikovorsorge werden für die Folge quartale aufgrund der anhaltend schwierigen Umfeldbedingungen erwartet.

Die Risikovorsorge im Geschäftsbereich Public Finance ist im Geschäftsjahr 2012 gegenüber dem Vorjahr von EUR -26 Mio. auf EUR 8 Mio. angestiegen. Der maßgeblich auf einen Einzelfall zurückzuführenden Risikovorsorgeauflösung in 2011 stehen im Jahr 2012 im Wesentlichen Belastungen aus Pauschalwertberichtigungen gegenüber. Die Risikovorsorge im ersten Quartal 2013 ist ausschließlich getrieben durch Pauschalwertberichtigungen. Mit einer Nettoauflösung von EUR 2 Mio. lag die Risikovorsorge um EUR 9 Mio. unter dem Vorjahreswert.

Für 2013 wird im Konzern ein leichter Anstieg der Risikovorsorge erwartet. Die COMMERZBANK geht davon aus, dass die Risikovorsorge der Kernbank in 2013 auf höherem Niveau als im Vorjahr liegen wird, da die für das sehr gute Risikovorsorgeergebnis 2012 maßgeblichen hohen Auflösungen sich nicht fortsetzen werden. Für NCA wird aufgrund der anhaltenden Krise am Schiffsmarkt eine weiterhin hohe Belastung aus der Risikovorsorge erwartet. Die Risiken für die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind weiterhin hoch. Sollte es durch Auswirkungen der anhaltenden Staatsschuldenkrise auf die Realwirtschaft zu einem massiven Konjunkturreinbruch oder zu Ausfällen von Finanzadressen kommen, kann unter Umständen eine deutliche höhere Risikovorsorge erforderlich werden.

Default-Portfolio (Schwarzbuch)

Das Default-Portfolio des Konzerns (PD-Rating 6,1–6,5) war 2012 gegenüber 2011 rückläufig. Es belief sich zum 31. Dezember 2012 auf EUR 18,9 Mrd. (Dezember 2011: EUR 19,7 Mrd.) und reduzierte sich zum 31. März 2013 weiter auf EUR 18,1 Mrd. In dem Volumen sind Forderungen der Kategorie LaR Kredit enthalten, wertgeminderte Wertpapiere sind in der Darstellung nicht enthalten. Details zum Weiß-/Graubuch (PD-Rating 1,0-5,8) sind im Abschnitt „—Portfolioüberblick Weiß- und Graubuch“ zu finden. Die Struktur des Schwarzbuchs im Detail kann den folgenden Tabellen entnommen werden:

Default Portfolio per 31.12.2011 (in Mio. EUR)

	Konzern ¹⁾	PK	MSB	CEE
Default-Volumen	19.703	1.444	2.935	2.019
Risikovorsorgebestand	7.657	493	1.638	1.049
Sicherheiten	9.278	669	590	1.016
General Loan Loss Provisions (GLLP)	948	164	285	85
Coverage	17.844	1.326	2.512	2.150
Coverage ratio inkl. GLLP in %	91	92	86	107
Coverage ratio exkl. GLLP in %	86	80	76	102
NPL-Ratio ²⁾ (%)	3,8	1,9	2,6	7,2

¹⁾ Einschließlich Sonstige und Konsolidierung.

²⁾ NPL-Ratio: Default-Volumen (Non-Performing Loans – NPL) im Verhältnis zu Gesamtexposure (EaD inklusive NPL).

Default Portfolio per 31.12.2011 (in Mio. EUR)

	C&M	ABF	CRE	Ship	Retail	PF	PRU
Default-Volumen	2.116	10.536	6.960	2.945	618	13	652
Risikovorsorgebestand	772	3.362	2.359	722	269	12	333
Sicherheiten	60	6.773	4.544	1.885	344	0	170
General Loan Loss Provisions (GLLP)	78	332	175	135	14	8	3
Coverage	910	10.468	7.078	2.743	627	20	506
Coverage ratio inkl. GLLP in %	43	99	102	93	102	153	78
Coverage ratio exkl. GLLP in %	39	96	99	89	99	93	77
NPL-Ratio ¹⁾ (%)	3,3	5,5	11,2	12,1	4,2	0,0	5,2

¹⁾ NPL-Ratio: Default-Volumen (Non-Performing Loans – NPL) im Verhältnis zu Gesamtexposure (EaD inklusive NPL).

Default Portfolio per 31.12.2012 (in Mio. EUR)

	Konzern ¹⁾	Kernbank ¹⁾	PK	MSB	CEE	C&M
Default-Volumen	18.926	6.799	1.135	2.632	1.069	1.961
Risikovorsorgebestand	7.148	3.264	392	1.439	579	853
Sicherheiten	9.296	1.451	527	482	383	59
General Loan Loss Provisions (GLLP)	887	470	128	232	54	54
Coverage	17.331	5.185	1.047	2.153	1.016	966
Coverage ratio inkl. GLLP in %	92	76	92	82	95	49
Coverage ratio exkl. GLLP in %	87	69	81	73	90	47
NPL-Ratio ²⁾ (%)	4,0	2,1	1,5	2,3	4,0	2,8

¹⁾ Einschließlich Sonstige und Konsolidierung.

²⁾ NPL-Ratio: Default-Volumen (Non-Performing Loans – NPL) im Verhältnis zu Gesamtexposure (EaD inklusive NPL).

**Default Portfolio per 31.12.2012
(in Mio. EUR)**

	NCA	CRE	Ship	PF
Default-Volumen	12.128	7.643	4.482	2
Risikovorsorgebestand	3.884	2.672	1.211	1
Sicherheiten	7.845	5.056	2.789	0
General Loan Loss Provisions (GLLP)	417	130	272	15
Coverage	12.146	7.858	4.272	16
Coverage ratio inkl. GLLP in %	100	103	95	911
Coverage ratio exkl. GLLP in %	97	101	89	45
NPL-Ratio ¹⁾ (%)	8,1	14,0	23,7	0,0

¹⁾ NPL-Ratio: Default-Volumen (Non-Performing Loans – NPL) im Verhältnis zu Gesamtexposure (EaD inklusive NPL).

**Default Portfolio per 31.03.2013
(in Mio. EUR)**

	Konzern¹⁾	Kernbank¹⁾	PK	MSB	CEE	C&M
Default-Volumen	18.077	6.242	1.075	2.609	1.050	1.507
Risikovorsorgebestand	6.962	3.219	419	1.422	552	826
Sicherheiten	8.858	1.302	506	429	357	10
General Loan Loss Provisions (GLLP)	880	470	134	234	51	51
Coverage	16.700	4.991	1.059	2.085	960	886
Coverage ratio inkl. GLLP in %	92	80	98	80	91	59
Coverage ratio exkl. GLLP in %	88	72	86	71	87	55
NPL-Ratio ¹⁾ (%)	3,8	1,9	1,4	2,3	4,0	2,2

¹⁾ Einschließlich Sonstige und Konsolidierung.

²⁾ NPL-Ratio: Default-Volumen (Non-Performing Loans – NPL) im Verhältnis zu Gesamtexposure (EaD inklusive NPL).

**Default Portfolio per 31.03.2013
(in Mio. EUR)**

	NCA	CRE	Ship	PF
Default-Volumen	11.836	7.253	4.580	3
Risikovorsorgebestand	3.744	2.390	1.353	1
Sicherheiten	7.556	4.841	2.715	0
General Loan Loss Provisions (GLLP)	409	141	255	14
Coverage	11.709	7.372	4.323	15
Coverage ratio inkl. GLLP in %	99	102	94	571
Coverage ratio exkl. GLLP in %	95	100	89	31
NPL-Ratio ¹⁾ (%)	8,3	14,2	25,1	0,0

¹⁾ NPL-Ratio: Default-Volumen (Non-Performing Loans – NPL) im Verhältnis zu Gesamtexposure (EaD inklusive NPL).

Das Default-Portfolio der Kernbank profitierte sowohl im Jahr 2012 als auch im ersten Quartal 2013 von hohen Outflows durch erfolgreiche Restrukturierungen und Rückzahlungen. Hier spiegelt sich die positive Risikovorsorgesituation auch in der Entwicklung des Default-Portfolios wider. Der Abbau im Privatkundengeschäft war mit über 21% bzw. mehr als EUR 309 Mio. in 2012 sehr deutlich. Auch im ersten Quartal 2013 ging es in diesem Segment um EUR 60 Mio. zurück. Das Default-Portfolio der Mittelstandsbank reduzierte sich im Einklang mit der Risikovorsorgeentwicklung um EUR 556 Mio. im Jahr 2012 und um weitere EUR 23 Mio. im ersten Quartal 2013. Im Segment Central & Eastern Europe ist das Default-Volumen im Vergleich zum Jahresende 2011 um EUR 697 Mio. gesunken. Dies ist im Wesentlichen auf den Verkauf der Beteiligung der Bank Forum zurückzuführen. Das Default-Portfolio des Segments Corporates & Markets konnte im Jahr 2012 um EUR 155 Mio. und im ersten Quartal 2013 insbesondere aufgrund der Restrukturierung eines großen Einzelfalls um weitere EUR 454 Mio. abgebaut werden.

Das Default-Volumen für Non-Core Assets ist im Jahresverlauf 2012 um EUR 1,6 Mrd. angestiegen, maßgeblich getrieben durch Ausfälle im Schiffsportfolio. Im ersten Quartal 2013 sank das Default-Volumen wieder leicht um EUR 292 Mio. Im Konzernbereich Commercial Real Estate gab es im Vergleich zu Ende 2011 einen leichten Anstieg. Neuen Inflows standen Rückführungen von Darlehen sowie Wechselkursschwankungen gegenüber. Der positive Trend auf dem deutschen Markt ist weiterhin erkennbar. Das Default-Portfolio der Deutschen Schiffsbank ist im Jahr 2012 und im ersten Quartal 2013, bedingt durch die unsichere wirtschaftliche Lage auf den Schifffahrtsmärkten, von EUR 2,9 Mrd. auf EUR 4,6 Mrd. deutlich angestiegen. Hingegen gab es bei Public Finance einen Rückgang um EUR 11 Mio. auf EUR 3 Mio.

Die Entwicklung des Default Volumens ist nicht zwangsläufig deckungsgleich zur Risikovorsorgeentwicklung. Einerseits wird die Risikovorsorge nicht nur durch Neufälle verursacht, die als Volumensanstieg im Default Portfolio sichtbar werden, sondern ist auch von Nachbildungen bzw. Auflösungen für bereits ausgefallene Engagements und von Direktabschreibungen beeinflusst. Andererseits hängt auch die Entwicklung des Default Volumens nicht ausschließlich von Neufällen ab,

sondern wird auch vom Rücktransfer von erfolgreich restrukturierten Engagements in die normale Kreditbearbeitung und von der Ausbuchung abgeschlossener Abwicklungsfälle geprägt. Default Volumen und Risikovorsorge können sich somit gegenläufig entwickeln, so dass Trends nur über mehrere Berichtsperioden und gegebenenfalls zeitversetzt nachvollzogen werden können.

Das Default-Portfolio wird abhängig von der Art des Defaults in fünf Klassen unterteilt:

- Ratingstufe 6.1: Drohende Zahlungsunfähigkeit / Überziehung größer 90 Tage.
- Ratingstufen 6.2/6.3: Die COMMERZBANK begleitet die Sanierung/Restrukturierung des Kunden mit oder ohne Sanierungsbeiträge.
- Ratingstufen 6.4/6.5: Die COMMERZBANK kündigt die Forderung beziehungsweise der Kunde ist in Insolvenz.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Verteilung des Default-Portfolios auf die fünf Ausfallklassen:

Default-Klassen		Dezember 2011		Dezember 2012	
90 dpd (6,1)	Default Volumen (in Mio. EUR/Anteil in %)	2.201	11	1.311	7
	Sicherheiten (in Mio. EUR/Anteil in %)	1.786	19	1.043	11
	Risikovorsorgebestand (in Mio. EUR/Anteil in %)	176	2	98	1
	Coverage inkl. Sicherheiten	89%		87%	
	Quote exkl. Sicherheiten	8%		7%	
Sanierung/ Restrukturierung (6,2 – 6,3)	Default Volumen (in Mio. EUR/Anteil in %)	11.591	59	11.723	62
	Sicherheiten (in Mio. EUR/Anteil in %)	5.172	56	6.142	66
	Risikovorsorgebestand (in Mio. EUR/Anteil in %)	4.126	54	3.711	52
	Coverage inkl. Sicherheiten	80%		84%	
	Quote exkl. Sicherheiten	36%		32%	
Kündigung/Insolvenz (6,4 – 6,5)	Default Volumen (in Mio. EUR/Anteil in %)	5.912	30	5.892	31
	Sicherheiten (in Mio. EUR/Anteil in %)	2.320	25	2.111	23
	Risikovorsorgebestand (in Mio. EUR/Anteil in %)	3.355	44	3.339	47
	Coverage inkl. Sicherheiten	96%		92%	
	Quote exkl. Sicherheiten	57%		57%	
Konzern¹⁾	Default Volumen (in Mio. EUR/Anteil in %)	19.703	100	18.926	100
	Sicherheiten (in Mio. EUR/Anteil in %)	9.278	100	9.296	100
	Risikovorsorgebestand (in Mio. EUR/Anteil in %)	7.657	100	7.148	100
	Coverage inkl. Sicherheiten	86%		87%	
	Quote exkl. Sicherheiten	39%		38%	

¹⁾ Einschließlich Sonstige und Konsolidierung.

Die Forderungen im Default Portfolio sind per 31. Dezember 2012 konzernweit zu 87% durch Sicherheiten und Wertberichtigungen (92% inkl. GLLP) abgedeckt (sog. Coverage Ratio).

Zur Vermeidung eines Anstiegs des Default-Portfolios werden Überziehungen in der COMMERZBANK eng überwacht. Zusätzlich zum Default-Kriterium „> 90 Tage überfällig“ gibt es schon im Vorfeld ab dem ersten Überziehungstag ein maschinell unterstütztes Überziehungsmanagement. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Überziehungen außerhalb des Default-Portfolios basierend auf dem EaD (Mio. EUR) per Ende Dezember 2012:

Segment	>0≤30 Tage	>30≤60 Tage	>60≤90 Tage	>90 Tage	Gesamt
Kernbank	2.434	292	112	90	2.927
Privatkunden	575	81	44	16	715
Mittelstandsbank	1.508	139	35	9	1.691
Central & Eastern Europe	243	60	23	66	391
Corporates & Markets	106	12	10	0	127
Non-Core Assets	609	164	165	53	991
Konzern¹⁾	3.043	456	277	143	3.918

¹⁾ Inklusive Sonstige und Konsolidierung.

Für das nicht abgedeckte Forderungsvolumen geht der Konzern aufgrund historischer Daten davon aus, noch weitere Einnahmen aus den Positionen des Ausfallportfolios generieren zu können, z.B. weil noch eine erfolgreiche Umschuldung oder Restrukturierung durchgeführt werden kann (Cash Flow Erwartung,

siehe hierzu „*Risikofaktoren—Markt- und unternehmensbezogene Risiken—10. Der Konzern verfügt über erhebliche Positionen in seinem Portfolio notleidender Kredite und diese Ausfälle könnten nur unzureichend durch Sicherheiten und bisher erfolgte Wertberichtigungen und gebildete Rückstellungen abgedeckt sein.*“). Die Coverage Ratios sind innerhalb der einzelnen Segmente unterschiedlich, da eine Abhängigkeit vom jeweiligen Geschäftsmodell besteht. So ist die Ratio beispielsweise in NCA eher hoch, da das langfristig ausgerichtete Commercial Real Estate Geschäft üblicherweise von der Besicherung durch Grundpfandrechte etc. geprägt wird. Im Segment Corporates & Markets hingegen werden überwiegend kurz- bis mittelfristige Geschäfte getätigt, die stärker von der Kundenbonität und den erwarteten Cash Flows abhängen und daher häufig geringere Besicherungsquoten aufweisen. Im Default Portfolio des Segments Corporates & Markets befinden sich darüber hinaus die meisten Engagements im Stadium der Sanierung und nicht in der reinen Abwicklung, was entsprechend höhere Cash Flow-Erwartungen und damit einen geringeren Risikovorsorgebedarf nach sich zieht.

Marktrisiko

Marktrisikostrategie und Organisation

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Finanzmarktkrise wurden mit der Marktrisikostrategie umfassende Leitlinien zur Steuerung und Überwachung der Marktpreisrisiken verankert. Die Marktrisikostrategie leitet sich aus der Gesamtrisikostrategie und den Geschäftsstrategien der einzelnen Segmente ab und legt die Ziele des Marktrisikomanagements im Hinblick auf die wesentlichen Geschäftsaktivitäten der COMMERZBANK fest. Die Kernaufgaben des Marktrisikomanagements sind die Identifikation aller wesentlichen Marktrisiken und -risikotreiber des Konzerns, die unabhängige Messung und Bewertung dieser Risiken sowie die auf diesen Ergebnissen und Einschätzungen aufbauende risiko- und ertragsorientierte Steuerung für den COMMERZBANK-Konzern.

Der Vorstand der COMMERZBANK ist für ein effektives Management von Marktpreisrisiken für den gesamten COMMERZBANK-Konzern verantwortlich. Bestimmte Kompetenzen und Verantwortlichkeiten hinsichtlich Marktrisikosteuerung wurden an die zuständigen Marktrisikokomitees übertragen. In der COMMERZBANK sind verschiedene Marktrisikokomitees etabliert, in denen Vertreter der Geschäftsfelder mit der Risikofunktion und dem Finanzbereich aktuelle Fragen der Risikopositionierung diskutieren und Steuerungsmaßnahmen beschließen.

Das monatlich einberufene Group Marktrisikokomitee beschäftigt sich unter Vorsitz der Risikofunktion mit der Marktrisikoposition in der COMMERZBANK. Basis der Diskussion im Group Marktrisikokomitee ist der monatliche Marktrisikobericht, der auch im Gesamtvorstand vorgestellt und diskutiert wird. Der Bericht fasst die aktuellen Entwicklungen an den Finanzmärkten, die Positionierung der COMMERZBANK sowie die daraus abgeleiteten Risikokennzahlen zusammen. Die aggregierte Sicht auf die Marktrisikopositionen bildet gleichsam die Grundlage für die weitergehende, risikoartenübergreifende Steuerung aller relevanten Risiken der COMMERZBANK. Das Segment Marktrisikokomitee mit dem Fokus auf handelsintensive Segmente (Corporates & Markets und Treasury) tagt in wöchentlichem Turnus. Darüber hinaus wurde im November 2012 ein separates Marktrisikokomitee mit monatlichem Turnus zur Steuerung der Marktrisiken im Segment Non-Core Assets eingerichtet.

Der Risikomanagementprozess (Risikoidentifikation, Risikomessung, Steuerung, Monitoring und Reporting) liegt funktional in der Verantwortung des handelsunabhängigen Marktrisikomanagements. Das zentrale Marktrisikomanagement wird durch dezentrale Marktrisikomanagementeinheiten auf Segmentebene sowie die regionalen Einheiten beziehungsweise Tochtergesellschaften ergänzt. Durch die enge Verzahnung von zentralem und lokalem Risikomanagement mit den Geschäftseinheiten beginnt der Risikomanagementprozess bereits in den Handelsbereichen. Die Handelseinheiten sind insbesondere für ein aktives Management der Marktrisikopositionen, zum Beispiel Abbaumaßnahmen oder Hedging, verantwortlich.

Risikosteuerung

Zur Steuerung und Überwachung der Marktpreisrisiken nutzt die COMMERZBANK ein vielfältiges quantitatives und qualitatives Instrumentarium. Quantitative Vorgaben für Sensitivitäten, Value-at-Risk-(VaR-)Kennzahlen, Stresstests und Szenarioanalysen sowie Kennziffern zum ökonomischen Kapital limitieren das Marktrisiko. Vorgaben zur Portfoliostruktur, zu neuen Produkten, Laufzeitbegrenzungen oder Mindestratings zielen auf die Sicherstellung der Qualität der Marktrisikopositionen ab. Um der unterschiedlichen Bedeutung der verschiedenen Faktoren für die Steuerung der Segmente abgestimmt auf die Geschäftsstrategie Rechnung zu tragen, wird im Rahmen der Marktrisikostrategie je Segment die Gewichtung der Kennzahlen hinsichtlich ihrer Relevanz festgelegt.

Die interne Steuerung der Marktrisiken erfolgt auf Konzernebene, Segmentebene und den darunter liegenden Einheiten. Dabei werden alle marktrisikorelevanten Positionen abgedeckt sowie Handelsbuch- und Anlagebuchpositionen gemeinsam gesteuert. Ein umfassendes internes Limitsystem bis auf Portfolioebene ist implementiert und ein Kernpunkt der internen Marktrisikosteuerung.

Die das Marktpreisrisiko begrenzenden quantitativen und qualitativen Faktoren werden von den Marktrisikokomitees festgelegt. Die Auslastung der Limite wird zusammen mit den relevanten Ergebniszahlen täglich an den Vorstand und die zuständigen Leiter der Konzernbereiche berichtet. Aufbauend auf qualitativen Analysen und quantitativen Kennzahlen identifiziert die Marktrisikofunktion potenzielle zukünftige Risiken, antizipiert in Zusammenarbeit mit der Finanzfunktion mögliche ökonomische Wertverluste und erarbeitet Maßnahmenvorschläge, die mit den Markteinheiten besprochen werden. Die Votierung der vorgeschlagenen Maßnahmen beziehungsweise Risikopositionen erfolgt in den oben genannten Marktrisikokomitees und wird anschließend dem Gesamtvorstand zur Entscheidung vorgelegt.

Risikokonzentrationen werden durch spezifische Limite direkt begrenzt beziehungsweise werden auf indirekte Weise (zum Beispiel durch Stresstestlimite) reduziert. Darüber hinaus soll die Kombination verschiedener klassischer Risikomaße (zum Beispiel VaR, Sensitivitäten) ein wirkungsvolles Risikomanagement von Konzentrationen sicherstellen. Zusätzlich werden regelmäßig Risikotreiber analysiert, um Konzentrationen zu identifizieren. Das Risikomanagement bestehender Konzentrationen wird dabei auch durch situationsgetriebene Analysen überprüft und gegebenenfalls durch gezielte Maßnahmen, zum Beispiel Limite und spezifische Prozesse, ergänzt.

Risikoquantifizierung

Value at Risk

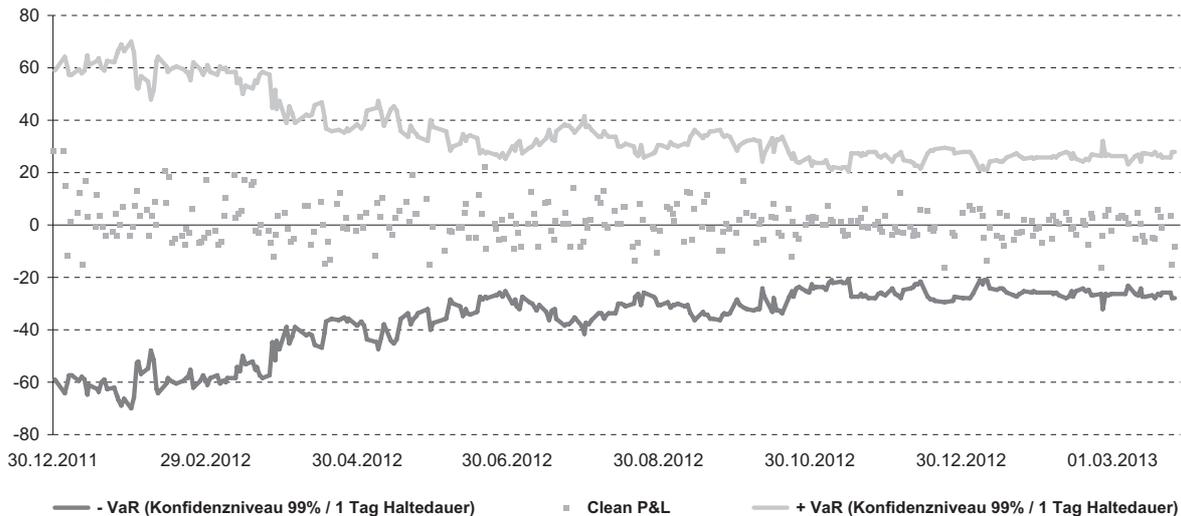
Zur internen Steuerung des Marktrisikos wird ein einheitliches Value-at-Risk-Marktrisikomodell verwendet, in das alle Positionen einfließen. Der Value at Risk (VaR) quantifiziert den möglichen Verlust aus Finanzinstrumenten infolge veränderter Marktbedingungen während eines vorgegebenen Zeithorizonts und mit einer festgelegten Wahrscheinlichkeit. Das in der COMMERZBANK verwendete VaR-Marktrisikomodell basiert auf einer historischen Simulation mit einem 1-Jahres-Intervall historischer Marktdaten. Die historische Simulation bestimmt die Gewinn- und Verlustverteilung der aktuellen Positionierung mittels historischer Veränderungen von Marktsätzen, Preisen und Volatilitäten, die zur Bewertung des Portfolios angewendet werden. Hierzu werden unabhängige, täglich qualitätsgesicherte Marktdaten verwendet, die zu einem einheitlich definierten Zeitpunkt in einer zentralen Marktdatenbank abgelegt werden. Für alle relevanten Positionen in den Anlageklassen Zinsen, Credit Spreads, Aktien, Devisen und Rohwaren werden Marktdaten bereitgestellt. Bei den verwendeten Marktdaten handelt es sich um direkt am Markt quotierte Preise oder um – auf Basis interner Methoden – abgeleitete Marktdaten (z.B. Zins- und Credit-Spread Kurven). Können für einzelne Positionen keine Marktdaten bereitgestellt werden, kommt ein Proxy-Konzept (Ableitung von Preisen über vergleichbare Instrumente) zum Tragen.

Das Modell legt für die interne Steuerung ein Konfidenzniveau von 97,5% und eine unterstellte Haltedauer von einem Tag zugrunde. Im Dezember 2011 hat die BaFin der COMMERZBANK die Genehmigung erteilt, das VaR-Marktrisikomodell für die Ermittlung des regulatorischen Eigenkapitalbedarfs zu nutzen. Für die regulatorische Eigenmittelunterlegung werden ein Konfidenzniveau von 99% und eine Haltedauer von 10 Tagen unterstellt. Diese Annahmen erfüllen die Anforderungen des Baseler Ausschusses und weiterer internationaler Standards an die Steuerung von Marktrisiken. Für gewisse Zwecke (z.B. Backtesting, Offenlegung) wird der VaR auf Basis einer Ein-Tages-Halteperiode berechnet. Der VaR ist für alle Risikoklassen mit verlässlichem historischem Datenmaterial anwendbar. Das Value-at-Risk-Konzept erlaubt den Vergleich der Risiken in verschiedenen Geschäftsbereichen und ermöglicht die Aggregation einer Vielzahl von Positionen unter Berücksichtigung von Korrelationen und Kompensationen zwischen verschiedenen Vermögenswerten. Damit ist zu jedem Zeitpunkt eine einheitliche Sicht auf das Marktrisiko sichergestellt. Ein umfassendes internes Limitsystem bis auf Portfolioebene ist implementiert und ein wesentlicher Kernpunkt der internen Marktrisikosteuerung.

Die Verlässlichkeit des internen VaR-Modells wird auf täglicher Basis anhand eines Backtesting-Verfahrens überprüft. Dem ermittelten VaR werden die sich aufgrund der am Markt tatsächlich eingetretenen Preisänderungen ergebenden Gewinne und Verluste gegenübergestellt. Dies liefert die Basis zur Bewertung der internen Risikomodelle durch die Aufsichtsbehörden. Man spricht von einem so genannten negativen Backtest-Ausreißer, wenn der sich tatsächlich ergebende Verlust den auf Basis des VaR-Modells prognostizierten Verlustbetrag überschreitet. Im umgekehrten Fall spricht man von einem positiven Backtest-Ausreißer, wenn der sich ergebende Gewinn den prognostizierten Ertrag überschreitet.

Die Analyse der Backtesting-Ergebnisse liefert wichtige Anhaltspunkte zur Verbesserung des Marktrisikomodells sowie zur Überprüfung von Parametern und dient auch den Aufsichtsbehörden als Basis zur Beurteilung der Qualität des internen Risikomodells. Alle negativen Ausreißer werden im Rahmen eines von der Aufsicht vorgegebenen Ampelansatzes klassifiziert und auf Konzernebene unter Angabe von Ausmaß und Ursache an die Aufsichtsbehörden gemeldet. Im Verlauf des Jahres 2012 sowie im ersten Quartal 2013 wurden keine negativen Backtest-Ausreißer beobachtet.

Backtesting-Grafik Jahresverlauf 2012 und erstes Quartal 2013 (in Mio. EUR)



Darüber hinaus werden die einzelnen Komponenten des internen Modells regelmäßig hinsichtlich ihrer Angemessenheit für die Risikomessung validiert. Dazu gehören unter anderem die zugrundeliegenden Modellannahmen und -parameter sowie die verwendeten Proxies. Alle durchgeführten Validierungen werden vierteljährlich an das Segment Marktrisikokomitee und an den Vorstand berichtet. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Identifikation und Behebung von Modellschwächen. Diese werden anhand ihrer Auswirkung auf den VaR klassifiziert und mittels spezifischer Szenariomaße überwacht. Im Jahr 2012 wurden vor diesem Hintergrund weitere Modellanpassungen implementiert, die die Genauigkeit der Risikomessung weiter verbessert haben.

Das Value at Risk-Modell erfasst folgende Marktrisikofaktoren: Zinssätze, Credit Spreads, Aktienkurse, Wechselkurse und Rohwarenpreise sowie deren Volatilitäten. Das Modell berücksichtigt sowohl lineare als auch, insbesondere für Derivate, nicht lineare Einflüsse der Risikofaktoren auf den Wert eines Portfolios. Basisrisiken, die sich z.B. aus unterschiedlichen Festlegungszeitpunkten bzw. -frequenzen von variablen Zinssätzen in einer Währung (Tenor Basis Risk) oder aus unterschiedlichen Instrumenten für Risikoübernahme und Absicherung (Cash/Derivative Basis Risk) ergeben, werden in geeigneter Weise gemessen und quantifiziert. Im Rahmen des regelmäßigen Prozesses zur Modellvalidierung werden unter anderem alle erkannten Modellschwächen systematisch erfasst. Basierend auf der Einwertung der Wichtigkeit der Modellschwächen erfolgt die Berichterstattung bis an den Vorstand und die Ergreifung geeigneter Maßnahmen zur Abstellung der Schwächen.

Der VaR ermöglicht einen Vergleich von Risiken in verschiedenen Geschäftsfeldern sowie die Aggregation und die Verrechnung (Netting) von Positionen in einem Portfolio. Durch die gleichzeitige Berücksichtigung der Marktrisikofaktoren werden Beziehungen zwischen verschiedenen Vermögensklassen berücksichtigt. Mithilfe des Value at Risk-Ansatzes kann die COMMERZBANK ein einheitliches Risikomaß auf sämtliche Handelsgeschäfte und Produkte anwenden. Mittels VaR kann das Marktrisiko der COMMERZBANK über einen festen Zeitraum hinweg dargestellt werden, aber auch zu Zwecken der Steuerung und Validierung den täglichen Handelsergebnissen gegenübergestellt werden.

Wie jedes Modell, werden auch beim Value at Risk-Modell zentrale Modellannahmen getroffen, weshalb mögliche Handelsverluste mit dem Value at Risk-Modell nicht vollständig prognostiziert werden können. Diese Modellannahmen sind zu validieren. Zu diesen Modellannahmen zählen unter anderem:

- Historische Daten müssen nicht zwingend dazu geeignet sein, zukünftige Ereignisse vorherzusehen. Diese auf die Vergangenheit bezogene Betrachtungsweise kann im VaR zu einer Unterbewertung (wie beispielsweise in der Finanzmarktkrise), als auch zu einer Überbewertung der tatsächlichen Risiken führen. Eine der wesentlichen Validierungshandlungen in diesem Zusammenhang ist das Backtesting. Dabei hat die COMMERZBANK in 2012 keine negativen Ausreißer beobachtet. Wie bereits erläutert, basieren in dem Value at Risk-Modell der COMMERZBANK die Schätzungen der künftigen Volatilität auf Marktbeobachtungen des vorangegangenen Jahres. Die Schätzungen für 2012 enthielten demnach auch die gestiegene Marktvolatilität, die vor allem durch die andauernde Europäische Staatsschuldenkrise verursacht wurde.
- Die Haltedauer von einem Tag führt bei hochliquiden oder potentiell weniger liquiden Produkten zu möglichen Unter- oder Überschätzungen des Marktrisikos. Um diesem Risiko Rechnung zu tragen, wird im Marktrisiko zur Messung der ökonomischen Risikotragfähigkeit ein liquiditätsadjustiertes VaR-Maß verwendet.
- Das Intradayrisiko wird nicht erfasst.

Obwohl die COMMERZBANK der Meinung ist, dass die wesentlichen Risiken im Value at Risk-Modell berücksichtigt sind, und das Modell fortlaufend weiterentwickelt wird, können dennoch aktuell im VaR nicht einbezogene Risiken potentiell größere Bedeutung erlangen.

Siehe auch „*Risikofaktoren—Markt- und unternehmensbezogene Risiken—44. Der Konzern kann Risiken ausgesetzt sein, die vom bestehenden Risikomanagement nicht erkannt oder von diesem unzutreffend eingeschätzt werden.*“.

Stresstests

Da das VaR-Konzept eine Vorhersage möglicher Verluste unter der Annahme „normaler“ Marktverhältnisse liefert, wird es durch sogenannte Stresstests ergänzt. Mit Hilfe von Stresstests wird das Risiko gemessen, dem die COMMERZBANK aufgrund außergewöhnlicher, aber dennoch plausibler Ereignisse ausgesetzt ist. Solche Ereignisse können mittels extremer Bewegungen auf den verschiedenen Finanzmärkten simuliert werden. Die wichtigsten Szenarien beziehen sich auf wesentliche Veränderungen von Credit Spreads, Zinssätzen und Zinskurven, Devisenkursen sowie Aktienkursen und Rohwarenpreisen. Beispiele für Stresstests sind Kursverluste aller Aktien um 10% oder eine Parallelverschiebung der Zinskurve um 50 Basispunkte. Im Jahr 2012 ist das Ergebnis für den konzernweiten (globalen) Marktrisikostresstest um 11% zurückgegangen.

Im Rahmen der Risikoüberwachung werden umfangreiche konzernweite Stresstests und Szenarioanalysen durchgeführt. Die bankweite Stresstestberechnung beruht auf einer Kombination von kurzfristigen Stresstest-Szenarien und Szenarien, die auf makroökonomischen Vorgaben basieren. Der Stresstestrahmen wird durch portfoliospezifische Stresstests und Ad-hoc-Szenarioanalysen komplettiert. Die Zielsetzung besteht darin, die Wirkung von Krisen und extremen Marktsituationen auf die Marktrisikoposition der COMMERZBANK insgesamt zu simulieren. Hierbei werden jeweils auch die Auswirkungen auf die entsprechenden Bestandteile von Kapital sowie Gewinn und Verlustrechnung quantifiziert. Zur Steuerung und Risikoüberwachung werden die kurzfristigen Szenarien täglich berechnet, gegen die festgelegten Limite gestellt und an den Vorstand berichtet. Die längerfristigen Szenarien werden in monatlichem Rhythmus berechnet und in den zuständigen Gremien besprochen.

Im Jahr 2012 wurden die VaR- und Stresstest-Modelle regelmäßig validiert. Es wurden Modellanpassungen implementiert, die die Genauigkeit der Risikomessung weiter verbessert haben.

Marktentwicklung

Das Jahr 2012 war weiterhin von der Europäischen Staatsschuldenkrise geprägt. Die Marktentwicklung wurde maßgeblich durch die angespannte Lage in den Peripheriestaaten sowie von den Maßnahmen der Notenbanken (EZB, FED) zur Eindämmung der Krise geprägt. Deren energisches Eingreifen führte im zweiten Halbjahr zu einer Beruhigung der Märkte. Während die Aktienmärkte im ersten Halbjahr noch von hoher Unsicherheit und Volatilität geprägt waren, entwickelte sich in dem ruhigeren Marktumfeld des zweiten Halbjahres 2012 ein deutlicher Aufwärtstrend.

Auf den Anleihemärkten hält das strukturelle Niedrigzinsumfeld an. Mit der Niedrigzinspolitik der EZB müssen Investoren auf längere Laufzeiten oder geringere Bonitäten ausweichen um negative reale Renditen zu vermeiden. An den Peripheriemärkten hat die Ankündigung des unlimitierten Ankaufsprogramms der EZB im zweiten Halbjahr 2012 zu einem Rückgang der Risikoaufschläge geführt. Die Risikoaufschläge dürften jedoch strukturell hoch und volatil bleiben. Nachdem der Euro im ersten Halbjahr bedingt durch die Unsicherheit um die Europäische Verschuldungskrise abwertete, kam es im zweiten Halbjahr 2012 zu einer Aufwertung des Euros gegenüber den meisten internationalen Währungen. Die Märkte für Rohwaren waren auch im Jahr 2012 von starken Preisschwankungen geprägt.

Marktrisiken im Handelsbuch

Der Value at Risk im Handelsbuch ging im Geschäftsjahr 2012 sowie im ersten Quartal 2013 deutlich zurück. Maßgebliche Ursache ist ein weiterer Abbau nicht-strategischer Risikopositionen. Darüber hinaus war im Jahr 2012 eine geringere Volatilität der Märkte im Vergleich zum Vorjahr zu beobachten, was zu einem weiteren Rückgang des VaR führte. Dieser Rückgang war vor allem nach dem Herausfallen der Krisenszenarien des Jahres 2011 aus der Zeitreihe für die historische Simulation zu beobachten.

In der folgenden Tabelle ist das konzernweite regulatorische Marktrisiko des Handelsbestands inklusive der FX-Risiken des Anlagebuches dargestellt, so wie es auch im Rahmen der Berechnungen zur Eigenkapitalunterlegung Verwendung findet. Als VaR werden Verlustpotenziale ausgewiesen, die mit einem Wahrscheinlichkeitsgrad von 99% bei einer Haltedauer von einem Tag nicht überschritten werden:

VaR der Portfolios im Handelsbuch¹⁾
(in Mio. EUR)

	2011	2012	Q1 2013
Minimum	38	21	21
Median	66	39	26
Maximum	102	70	32
Jahresendziffer	59	28	26

¹⁾ 99% Konfidenzniveau, 1 Tag Haltedauer, 254 Tage Historie.

Der VaR im Handelsbuch verringerte sich zum Jahresende 2012 deutlich von EUR 59 Mio. auf EUR 28 Mio. und sank zum 31. März 2013 weiter auf EUR 26 Mio. Maßgebliche Ursache ist ein weiterer Abbau nicht-strategischer Risikopositionen. Darüber hinaus war im Jahr 2012 eine geringere Volatilität der Märkte im Vergleich zum Vorjahr zu beobachten, was zu einem weiteren Rückgang des VaR führte. Das Marktrisikoportfolio ist über alle Risikoklassen diversifiziert. Dabei sind Zins- und Credit-Spread-Risiken trotz deutlichen Rückgangs mit EUR 11 Mio. beziehungsweise EUR 8 Mio. nach wie vor die dominierenden Anlageklassen. In der Risikoart Zinsen sind auch Basis- und Inflationsrisiken enthalten. Basisrisiken entstehen beispielsweise, wenn Positionen durch Absicherungsgeschäfte mit einer anderen Art der Preisstellung als das Grundgeschäft geschlossen werden.

VaR-Beitrag nach Risikoarten im Handelsbuch¹⁾
(in Mio. EUR)

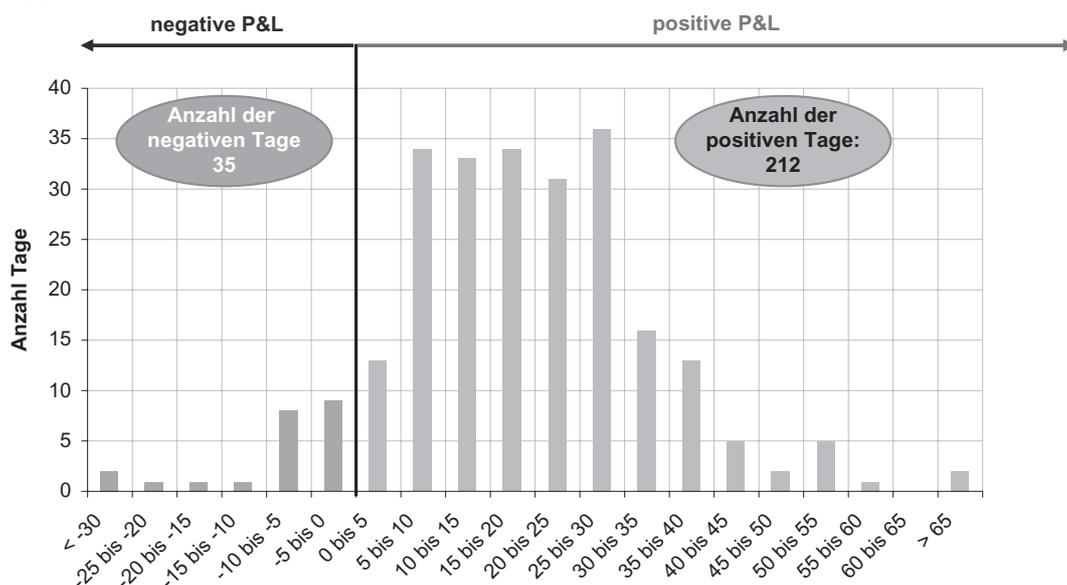
	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013
Credit Spread	18	7	8
Zinsen	31	15	11
Aktien	4	2	2
FX	4	3	4
Rohwaren	3	1	1
Gesamt	59	28	26

¹⁾ 99% Konfidenzniveau, 1 Tag Haltedauer, gleichgewichtete Marktdaten, 254 Tage Historie.

Das folgende Balkendiagramm zeigt die Verteilung der tatsächlichen täglichen Erträge von Corporates & Markets und Treasury in 2012. Die Balkenhöhe gibt die Anzahl der Handelstage an, an denen der auf der horizontalen Achse angegebene Handelsertrag in Mio. EUR erzielt wurde.

Tägliche P&L Verteilung C&M & Treasury – 2012

in Mio. EUR



Für die regulatorische Kapitalunterlegung werden weitere Risikokennziffern gemäß den Anforderungen des Baseler Ausschusses berechnet. Hierzu zählt insbesondere die Ermittlung des „Stressed VaR“, bei der das

Risiko aus der aktuellen Positionierung im Handelsbuch mit Marktbewegungen einer für das Portfolio der COMMERZBANK spezifischen Krisenperiode bewertet wird. Der Stressed VaR ging im Jahresvergleich um EUR 17 Mio. auf EUR 35 Mio. per 31. Dezember 2012 zurück, stieg aber im ersten Quartal 2013 wieder leicht auf EUR 39 Mio. (99% Konfidenzniveau, Haltedauer 1 Tag). Zur Berechnung der regulatorischen Kapitalunterlegung wird der Stressed VaR auf eine Haltedauer von 10 Tagen skaliert. Der bei der Ermittlung des Stressed VaR angesetzte Krisenbeobachtungszeitraum wird im Rahmen der Modellvalidierungs- und Genehmigungsprozesse regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst. Die COMMERZBANK legt für die Berechnung des Stressed VaR die Marktbewegungen aus 2011 zugrunde und berücksichtigt so die starken Marktschwankungen auf dem Höhepunkt der Eurokrise in ihrer Risikomessung. Darüber hinaus wird mit den Kennziffern „Incremental Risk Charge“ und „Equity Event VaR“ das Risiko von Bonitätsverschlechterungen und Event-Risiken bei Handelsbuchpositionen quantifiziert. Event-Risiken sind Bestandteil der regulatorischen VaR-Kalkulation und in den Werten der nachstehenden Tabelle berücksichtigt.

Stressed VaR der Portfolios im Handelsbestand (in Mio. EUR)	31.12.2011¹⁾	31.12.2012
Minimum	49	24
Median	58	35
Maximum	72	52
Jahresendziffer	52	35

¹⁾ Basis ist das vierte Quartal 2011.

Die beiden folgenden Tabellen zeigen die Incremental Risk Charge zum Stichtag 31. Dezember 2012 ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten.

Incremental Risk Charge Kapitalanforderung (in Mio. EUR)	31.12.2011¹⁾	31.12.2012
Minimum	222	121
Median	277	171
Maximum	322	309
Jahresendziffer	254	150

¹⁾ Basis ist das vierte Quartal 2011.

Incremental Risk Charge nach Teilportfolios	Incremental Risk Charge (in Mio. EUR)	Durchschnittlicher Umschichtungshorizont (Monate)
Corporates & Markets	149	5,7
Treasury	47	12,0

Die Incremental Risk Charge sank im Jahresverlauf 2012 um EUR 104 Mio. auf EUR 150 Mio. Ursache für den Rückgang beider Kennzahlen ist der weitere Abbau von nicht-strategischen Risikopositionen. Darüber hinaus wurden Geschäfte, basierend auf den gültigen Zuordnungskriterien, vom Handelsbuch in das regulatorische Anlagebuch umgewidmet.

Marktrisiken im Anlagebuch

Die wesentlichen Treiber des Marktrisikos im Anlagebuch sind die Credit-Spread-Risiken des Konzernbereichs Public Finance mit den Positionen der Tochtergesellschaften Hypothekenbank Frankfurt und Erste Europäische Pfandbrief- und Kommunalkreditbank (EPEK). Dieser Bereich wurde im Jahr 2012 dem Segment Non-Core Assets zugeordnet und wird systematisch weiter abgebaut. Darüber hinaus beeinflussen insbesondere die Portfolios der Treasury mit ihren Credit-Spread-, Zins- und Basisrisiken das Marktrisiko im Anlagebuch.

Credit-Spread-Sensitivitäten

Downshift 1 Bp. | Mio. €

Dezember 2010	82
Dezember 2011	66
Dezember 2012	58
März 2013	57

Das voranstehende Diagramm dokumentiert die Entwicklung der Credit-Spread-Sensitivitäten aller Wertpapier- und Derivatepositionen (ohne Kredite) der COMMERZBANK. Die Reduzierung des Public-Finance-Portfolios im Rahmen der De-Risking-Strategie sowie verringerte Marktwerte des Staatsanleihenportfolios haben zu einer rückläufigen Entwicklung mit einer Gesamtposition per 31. März 2013 von EUR 57 Mio. geführt. Knapp 80% der Credit-Spread-Sensitivitäten entfallen auf Wertpapierpositionen, die als Loans and Receivables (LaR) klassifiziert sind. Credit-Spread-Änderungen haben für diese Portfolios keinen Einfluss auf Neubewertungsrücklage und Gewinn-und-Verlust-Rechnung. Darüber hinaus bestanden im Jahr 2012 Aktienrisiken im Anlagebuch, die durch größere Beteiligungspositionen hervorgerufen wurden. Diese wurden zum Jahresende weitestgehend abgebaut, so dass das Aktienrisiko im Bankbuch am Jahresende 2012 nur noch eine untergeordnete Rolle spielt.

Zudem wird monatlich nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch bestimmt. Hierzu zählt insbesondere das Risiko von Wertveränderungen als Resultat von Zinsänderungen im Zeitablauf. Auch die Laufzeit von Zinspositionen sowie ihre Refinanzierungsstruktur sind elementarer Betrachtungsgegenstand bei der Steuerung von Zinsrisiken. Die Modellierung enthält Annahmen zu vorzeitigen Rückzahlungen und zum Verhalten von Anlegern bei unbefristeten Einlagen. Darüber hinaus wird das Risiko einer flacheren oder steileren Zinskurve über das Steuerungsinstrumentarium abgedeckt. Die Zinskurve bildet das Zinsniveau über unterschiedliche Laufzeiten ab. Weiterhin können Zinsänderungsrisiken entstehen, wenn Positionen durch Absicherungsgeschäfte mit einer anderen Art der Preisstellung als das Grundgeschäft geschlossen werden (Basisrisiken). Zinsänderungsrisiken betreffen das Bankbuch und das Handelsbuch der COMMERZBANK. Aus der gemeinsamen Position beider Bücher ergibt sich das gesamte Zinsänderungsrisiko der COMMERZBANK.

Das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch der COMMERZBANK resultiert in erster Linie aus dem kommerziellen Geschäft des Konzerns. Zinsrisiken im kommerziellen Geschäft entstehen, wenn Zinspositionen aus dem Kundengeschäft nicht oder nur teilweise abgesichert werden. Ferner resultieren Zinsrisiken aus den Anlagemodellen in Verantwortung des zentralen ALCO (Asset Liability Committee), die insbesondere die Anlage und/oder Refinanzierung von Produkten ohne vertragliche Zinsbindung umfassen (zum Beispiel bei Eigenkapital, Spar- und Sichteinlagen).

In der COMMERZBANK liegt das Zinsänderungsrisiko des Anlagebuchs im Rahmen der Geschäftsstrategie in der Verantwortung von Group Treasury. Neben den Positionen der zentralen Group Treasury werden auch die Treasury-Aktivitäten von Filialen und sämtlichen Tochtergesellschaften in die Betrachtung einbezogen. Wesentliche Aufgaben der Treasury sind das Bilanzstruktur- und Liquiditätsrisikomanagement. Ziel ist die Erwirtschaftung einer positiven Zinsmarge aus Zinsertrag und Refinanzierungsaufwand. Hierbei entstehen Zinsrisiken, wenn Positionen nicht fristen- oder währungskongruent refinanziert sind.

Die COMMERZBANK steuert das Zinsänderungsrisiko aus dem Handels- und Anlagebuch übergreifend. Die Messung des Zinsänderungsrisikos beider Bücher ist vollständig in die tägliche Risikomessung und -überwachung der COMMERZBANK integriert. Analog zur Messung der Handelsbuchrisiken erfolgt auch im Anlagebuch die Risikoquantifizierung über den Value at Risk. Zusätzlich werden auf täglicher und monatlicher Basis Stresstests und Szenarioanalysen berechnet. Dabei wird auf die bereits zuvor beschriebenen Stresstestberechnungen zurückgegriffen. Die einheitliche Vorgehensweise soll umfassende Transparenz der Zinsrisiken sowohl im Handels- als auch im Anlagebuch gewährleisten.

Eine weitere Steuerungsgröße für Zinsrisiken im Anlagebuch sind Zinssensitivitäten. Diese geben an, wie sich die Zinserträge bei einer Änderung des Zinsniveaus um z.B. einen Basispunkt (bp) verändern. Zinssensitivitäten werden ebenfalls auf täglicher und monatlicher Basis überwacht. Die Überwachung erfolgt sowohl auf Portfolio- bzw. Segmentebene wie auch für den COMMERZBANK-Konzern. Zur Steuerung werden Zinssensitivitäten sowohl auf Konzernebene wie auch auf Segmentebene auf den unterschiedlichen Laufzeitbändern limitiert. Der Fokus liegt hier insbesondere auf Zinssensitivitäten in den langen Laufzeiten.

Aus regulatorischer Sicht wird monatlich der Einfluss eines Zins-Schocks auf den ökonomischen Wert des Anlagebuchs des Konzerns simuliert. Entsprechend der Bankenrichtlinie hat die BaFin zwei für alle Institute einheitliche, plötzliche und unerwartete Zinsänderungen vorgegeben und lässt sich über die Ergebnisse vierteljährlich unterrichten. Die anzuwendende Zinsänderung hat die BaFin auf +200 Basispunkte und -200 Basispunkte festgelegt. Per 31. März 2013 wurde als Ergebnis des Szenarios +200 Basispunkte ein potenzieller Verlust von EUR 1.581 Mio. und im Szenario -200 Basispunkte ein potenzieller Gewinn von EUR 283 Mio. ermittelt. Die potenziellen Gewinne beziehungsweise Verluste sind überwiegend durch Bewegungen der Euro- sowie der US-Dollar Zinskurve verursacht. In geringerem Umfang sind Änderungen der Britischen-, Japanischen- sowie Schweizer Zinskurven von Bedeutung. In diesen Zahlen sind die Positionen der COMMERZBANK sowie der wesentlichen Konzerngesellschaften enthalten. Der definierte Grenzwert für einen potenziellen Rückgang des haftenden Eigenkapitals (20% für sogenannte Ausreißerbanken) wurde deutlich unterschritten. Bei der Beurteilung der Simulations-Ergebnisse ist zu

berücksichtigen, dass die COMMERZBANK ihre Zinsänderungsrisiken auf Basis der Gesamtbank-Position (inklusive Handelsbuch) steuert und somit eine reine Bankbuchbetrachtung ökonomisch nur eine eingeschränkte Aussagekraft hat.

(in Mio. EUR)	31.12.2011		31.12.2012		31.03.2013	
	-200 bp ¹⁾	+200 bp ¹⁾	-200 bp ¹⁾	+200 bp ¹⁾	-200 bp ¹⁾	+200 bp ¹⁾
Gesamt	1.829	-2.052	118	-1.621	283	-1.581

¹⁾ Zinsschock.

Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch nach Währungen (in Mio. EUR)	2012	
	-200 bp ¹⁾	+200 bp ¹⁾
EUR	-667	-1.129
USD	662	-573
GBP	296	-165
JPY	-18	17
CHF	-112	191
Sonstige	-44	37
Gesamt	118	-1.621

¹⁾ Zinsschock.

Weiterhin ist das Risiko aus Pensionsfonds Teil des Marktrisikos im Anlagebuch. Das Pensionsfonds-Portfolio besteht aus einem gut diversifizierten Anlageteil und dem Teil der versicherungstechnischen Verbindlichkeiten. Aufgrund der extrem langen Duration der Verbindlichkeiten (Modellierung der Cash-Outflows über fast 90 Jahre) befindet sich der Hauptteil der Barwertrisiken des Gesamtportfolios in Laufzeiten von 15 und mehr Jahren. Hauptrisikotreiber stellen langfristige Euro-Zinsen, Credit Spreads sowie aufgrund antizipierter Rentendynamik auch die erwartete Euro-Inflation dar. Daneben sind Aktien-, Volatilitäts- und Währungsrisiken zu berücksichtigen. Diversifikationseffekte zwischen den Einzelrisiken führen zu einem verminderten Gesamtrisiko, speziell Zins- und Inflationsrisiken kompensieren sich teilweise. Die extrem langen Laufzeiten der Verbindlichkeiten stellen die größte Herausforderung speziell bei der Absicherung der Credit-Spread-Risiken dar. Dies liegt in der nicht ausreichenden Marktliquidität entsprechender Absicherungsprodukte begründet.

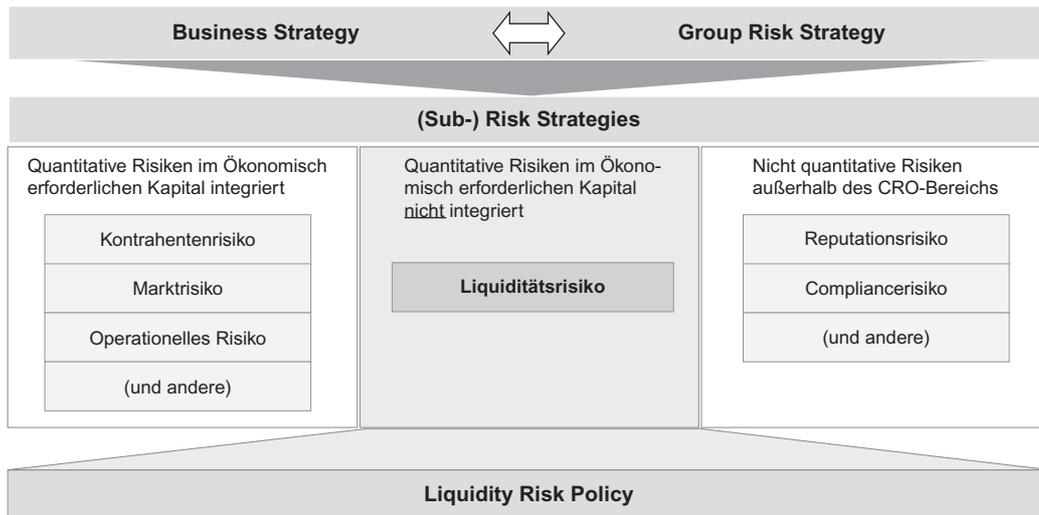
Marktliquiditätsrisiko

Das Marktliquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass es aufgrund unzureichender Marktliquidität nicht möglich ist, risikobehaftete Positionen zeitgerecht, im gewünschten Umfang und zu vertretbaren Konditionen zu liquidieren oder abzusichern. Das Marktliquiditätsrisiko wird gemessen, indem für jedes Portfolio ein Abbauprofil erstellt wird, sodass eine Klassifikation der Portfolios hinsichtlich ihrer Liquidierbarkeit über einen Marktliquiditätsfaktor vorgenommen werden kann. Zur Berechnung des Marktliquiditätsrisikos wird das Marktrisiko auf Jahressicht mit dem Marktliquiditätsfaktor bewertet. Wie zum Jahresende 2012 setzte die COMMERZBANK auch zum 31. März 2013 EUR 0,2 Mrd. ökonomisches Kapital zur Abdeckung des Marktliquiditätsrisikos im Handels- und Bankbuch an (31. Dezember 2011: EUR 0,7 Mrd.). Bei Wertpapieren, die in höherem Maße dem Marktliquiditätsrisiko unterliegen, handelt es sich insbesondere um Asset-backed Securities und andere Abbauportfolios.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisikostategie und Organisation

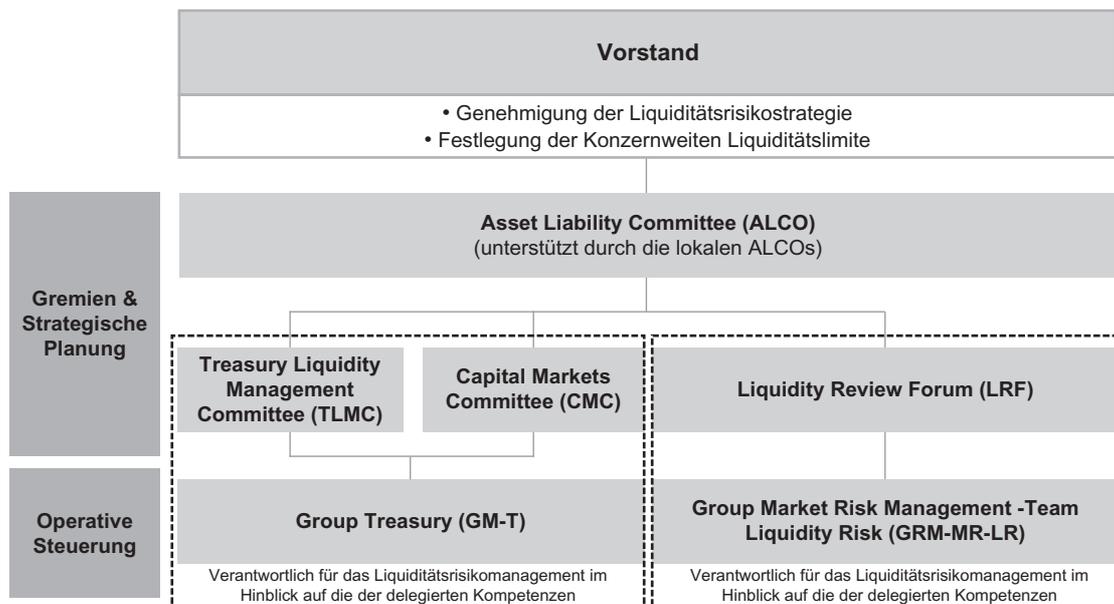
Den globalen Rahmen für das Handeln des Liquiditätsrisikomanagements bildet die aus der Geschäfts- und Risikostrategie der COMMERZBANK abgeleitete Liquiditätsrisikostategie. Diese vom Vorstand der COMMERZBANK beschlossene Strategie, in der die Richtlinien für das Liquiditätsrisikomanagement inklusive der Risikotoleranz definiert sind, berücksichtigt zudem die zunehmenden regulatorischen Anforderungen bezüglich des Liquiditätsrisikomanagements. Da die jederzeitige Zahlungsfähigkeit eine existentielle Voraussetzung darstellt, zielt das Liquiditätsmanagement auf eine Kombination von Liquiditätsvorsorge und Risikolimitierung. Auf den Vorgaben der Liquiditätsrisikostategie setzen die Regelwerke wie die Liquidity Risk Policy, die Model Validation Policy, die Model Change Policy sowie die Limit Policy auf.



Die operative Steuerung der Liquiditätsrisiken obliegt der Group Treasury der COMMERZBANK. Die Überwachung der unterjährigen Liquiditätsrisiken erfolgt auf Basis eines bankinternen Liquiditätsrisikomodells durch die unabhängige Risikofunktion. Wesentliche Entscheidungen zur Liquiditätsrisikosteuerung und -überwachung werden durch das zentrale Asset Liability-Committee (ALCO) beschlossen. Dies umfasst unter anderem die Festlegung von Liquiditätsrisikolimiten und die Definition der Liquiditätsreserve.

Im Rahmen der Notfallplanung kann das ALCO verschiedene Maßnahmen zur Liquiditätsabsicherung beschließen. Die Notfallplanung beruht auf einem integrierten Prozess, der sich aus dem Liquidity Risk Contingency Plan (Notfallplan) und den ergänzenden Liquidity Contingency Measures (Maßnahmenplan) der Treasury zusammensetzt. Dieses Konzept erlaubt eine eindeutige Zuordnung der Verantwortung für den Prozessablauf im Notfall nebst hinreichender Konkretisierung der gegebenenfalls einzuleitenden Maßnahmen.

Die folgende Abbildung beschreibt die Organisation der Liquiditätsrisikoüberwachung und -steuerung:



Risikosteuerung

Zur Steuerung und Überwachung der Liquiditätsrisiken nutzt die COMMERZBANK ein vielfältiges quantitatives und qualitatives Instrumentarium auf Basis eines bankinternen Liquiditätsrisikomodells. Wesentliche Entscheidungen zur Liquiditätsrisikosteuerung und -überwachung trifft das zentrale Asset Liability Committee mit anschließender Bestätigung durch den Gesamtvorstand. Auf operativer Ebene gibt es weitere Sub-Komitees, die Liquiditätsrisikofragen auf lokaler Ebene sowie methodische Fragen zur Quantifizierung und Limitierung von Liquiditätsrisiken mit geringerer Bedeutung für den Konzern behandeln.

Das bestehende Limitkonzept soll gewährleisten, dass ein sich abzeichnender Liquiditätsengpass möglichst frühzeitig erkannt wird und entsprechende Maßnahmen zu dessen Beseitigung rechtzeitig ergriffen werden können. Im Rahmen des Limitkonzepts werden die Liquiditätsrisikolimits des COMMERZBANK Konzerns aus der Risikotoleranz abgeleitet, die in der Liquiditätsrisikostategie definiert wurde. Diese Konzernlimits werden dann auf die einzelnen Konzerneinheiten heruntergebrochen, sowohl für die einzelnen Währungen als auch über alle Währungen hinweg. Neben den Liquiditätslimits für den Zeithorizont bis zu einem Jahr hat die COMMERZBANK einen Zielkorridor für die strukturellen längerfristigen Liquiditätsrisiken definiert.

Risikoquantifizierung

Die Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit des COMMERZBANK-Konzerns wird – in Analogie zu den zukünftigen Basel III-Kennziffern – auf Basis von zwei ineinandergreifenden Konzepten quantifiziert und überwacht:

- Zeitraum bis zu einem Jahr: Available Net Liquidity („ANL“-Konzept);
- Zeitraum größer als ein Jahr: Stable Funding-Konzept.

Available Net Liquidity-Konzept

Grundlage der Liquiditätssteuerung und der Berichterstattung an den Vorstand bildet das bankinterne Liquiditätsrisikomodell. Bezogen auf einen Stichtag ermittelt dieses Risikomessverfahren die verfügbare Nettoliquidität (ANL – Available Net Liquidity) für die nächsten zwölf Monate auf Grundlage verschiedener Szenarien. Die verfügbare Nettoliquidität der COMMERZBANK wird für verschiedene Stressszenarien aus folgenden drei Bestandteilen ermittelt: deterministische, das heißt vertraglich vereinbarte Zahlungsströme (Forward Cash Exposure – FCE), statistisch erwartete ökonomische Cashflows für das jeweilige Szenario (Dynamic Trade Strategy – DTS) und die im jeweiligen Szenario liquidierbaren Vermögenswerte (Balance Sheet Liquidity – BSL).

Das Liquiditätsrisikomanagement findet zentral im Rahmen der bestehenden Liquiditätsrisikolimitstruktur und unter Berücksichtigung der Liquiditätsrisikotoleranz statt. Das der Modellierung zugrunde liegende steuerungsrelevante Stressszenario berücksichtigt bei der Berechnung der Liquidität und in der Limitierung sowohl die Auswirkungen eines institutsspezifischen Stressfalls als auch einer marktweiten Krise. Die Parametrisierung des Stressszenarios leitet sich aus der Risikotoleranz ab, die im Einklang mit der Gesamtrisikostategie festgelegt wurde. Dazu gehört auch die Definition von Szenarien, die nicht von der

Risikotoleranz abgedeckt sind. Auf Grundlage des Stressszenarios ist eine detaillierte Notfallplanung etabliert. Die Stressszenarien werden täglich berechnet und an das Management berichtet. Die ihnen zugrunde liegenden Annahmen werden regelmäßig überprüft und gegebenenfalls den veränderten Marktgegebenheiten angepasst.

Im Rahmen der Liquiditätsrisikomessung wird im täglichen Liquiditätsrisikoreport zudem der Liquiditätsüberschuss (Liquiditätsreserve) ausgewiesen, ferner deren Zusammensetzung, die freie Verfügbarkeit (Encumbrance) der liquiden Aktiva sowie deren Höhe. Bei den regelmäßigen Analysen (Wochen- und Monatsreports) gilt besonderes Augenmerk dabei der Qualität der enthaltenen Assets und einer angemessenen Diversifikation. Um die Zahlungsfähigkeit in jeder Währung sicher zu stellen, umfasst das Limitsystem des internen Liquiditätsrisikomodells auch währungsspezifische Limite. Aufgrund der zeitnahen und regelmäßigen Information des Vorstands sowie der Einbeziehung des ALCO können mögliche Liquiditätslücken frühzeitig erkannt und durch gezielte Maßnahmen abgewehrt werden.

Risikokonzentrationen können, insbesondere im Falle einer Stresssituation, zu erhöhten Liquiditätsabflüssen führen und damit zu einem erhöhten Liquiditätsrisiko. Risikokonzentrationen können im Umfeld der Liquiditätsrisikosteuerung in vielfältiger Form auftreten, zum Beispiel hinsichtlich Laufzeiten, großen Einzelgläubigern oder Währungen. Das Liquiditätsrisikomanagement findet zentral im Rahmen der bestehenden Liquiditätsrisikolimitstruktur und unter Berücksichtigung der Liquiditätsrisikotoleranz statt. Unterstützt durch eine kontinuierliche Überwachung und Berichterstattung können hierdurch Risikokonzentrationen in der Refinanzierung bereits zeitnah erkannt und können in großen Teilen vermieden werden.

Weitere Bestandteile des Liquiditätsrisikomanagements sind eine „Survival-Period“-Berechnung im Sinne der MaRisk sowie die Analyse zusätzlicher inverser Stressszenarien. In diesem Zusammenhang wird insbesondere ein signifikanter Ausfall der kurzfristigen Refinanzierungsmärkte unterstellt. Ein möglicher weiterer Liquiditätsbedarf, resultierend aus einem Rating-Downgrade, findet dabei ebenso Berücksichtigung, wie eine erhöhte Inanspruchnahme zugesagter Kredit- bzw. Liquiditätslinien. Zugleich werden statistische Modelle zur Herleitung von im Krisenfall als stabil erwarteten Bodensatzvolumina für bestimmte (Kunden-)Einlagen angewendet. Im Hinblick auf die Liquidierung von Reserven differenziert das Modell verschiedene Klassen von Aktiva. In diesem Zusammenhang werden primär zentralbankfähige Aktiva als jederzeit liquidierbar und damit als kurzfristige Zahlungseingänge im ANL-Modell angerechnet. Generelle Veräußerungseinschränkungen werden in Form marktspezifischer Abschläge (Haircuts) berücksichtigt.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass das konservative ANL-Modell bzw. die darauf basierende, kontinuierliche wie nachhaltige Steuerung auf den jederzeitigen Erhalt der Zahlungsfähigkeit auch unter verschärften Krisengegebenheiten abzielt.

Die Steuerungswirkung der ANL wird dabei durch eine Limitierung auf Konzernebene unterstützt. Die Limitvergabe obliegt der Risikofunktion und wird mit der zentralen Liquiditätssteuerung der Treasury koordiniert. Durch die Vergabe von ANL- sowie Währungslimiten soll eine ausreichende Liquiditätsversorgung über einen Zeitraum bis zu mindestens einem Jahr auch unter der Annahme von Stressereignissen erhalten werden. Ausgehend von der Limitierung auf Konzernebene wird die Limitstruktur auf die wichtigen Tochterunternehmen sowie Geschäftseinheiten heruntergebrochen. Im Rahmen der ANL-Limitierung sind ebenfalls Währungslimiten auf Konzern- und Lokationsebene einzuhalten, um das Refinanzierungsrisiko in Fremdwährung zu begrenzen.

Auch mit Hilfe eines konservativen ANL-Konzepts ist es nicht möglich, den Konzern gegen alle potenziell denkbaren Liquiditätsrisiken bereits ex-ante vollständig abzusichern. Es verbleibt daher ein Restrisiko, dass trotz der vorgehaltenen Liquiditätsreserven, Notfallpläne und Maßnahmen zur Risikobegrenzung der COMMERZBANK-Konzern insbesondere in unerwarteten, länger andauernden Extremsituationen nicht zahlungsfähig sein könnte.

Die beschriebenen Stressszenarien bilden die Grundlage für eine detaillierte Notfallplanung, im Rahmen derer das Group ALCO verschiedene Maßnahmen zur Liquiditätsabsicherung beschließen kann. Diese Notfallplanung beruht auf einem integrierten Prozess, der sich aus dem Liquidity-Contingency-Plan und den ergänzenden Maßnahmenplan der Treasury zusammensetzt. Dieses Konzept erlaubt eine eindeutige Zuordnung der Verantwortung für den Prozessablauf im Notfall nebst hinreichender Konkretisierung der gegebenenfalls einzuleitenden Maßnahmen. Siehe auch *„Risikofaktoren—Markt- und unternehmensbezogene Risiken—30. Der Konzern ist auf die regelmäßige Versorgung mit Liquidität angewiesen, und ein marktweiter oder unternehmensspezifischer Liquiditätsengpass kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns erheblich negativ beeinflussen. Derzeit ist die Liquiditätsversorgung von Banken und anderen Akteuren an den Finanzmärkten stark von weitreichenden Maßnahmen der Zentralbanken abhängig.“*

Stable Funding-Konzept

Die kurz- und mittelfristige Refinanzierung der COMMERZBANK stützt sich auf eine angemessen breite Diversifikation hinsichtlich Anlegergruppen, Regionen und Produkten. Das Liquiditätsmanagement führt regelmäßig Strukturanalysen der diversen Refinanzierungsquellen der Passiva durch, um auf dieser Basis das Refinanzierungsprofil aktiv zu steuern. Die langfristige Refinanzierung wird im Wesentlichen durch strukturierte und nicht strukturierte Kapitalmarktprodukte auf besicherter oder unbesicherter Basis sowie durch Kundeneinlagen sichergestellt.

Im Rahmen des Stable Funding-Konzepts wird der strukturelle Liquiditätsbedarf für das Kern-Aktivgeschäft des Konzerns und die nicht innerhalb eines Jahres liquidierbaren Aktiva ermittelt, und den noch mindestens ein Jahr für den Konzern verfügbaren Passivmitteln („**Stabiles Funding**“) gegenübergestellt. Das Konzept stützt sich weitestgehend auf bilanzielle Volumensgrößen. Als Stabiles Funding werden zunächst solche Passivmittel angesetzt, die dem Konzern aufgrund ihrer juristischen Restlaufzeit noch für mindestens ein Jahr zur Verfügung stehen (z.B. Eigenkapital, Hybrid- und Nachrangkapital mit Restlaufzeit > 1 Jahr, Verbriefte Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit > 1 Jahr, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten > 1 Jahr, etc). Daneben werden als Stabiles Funding aber auch solche Passivmittel (insbesondere Kundeneinlagen) angesetzt, bei denen trotz juristisch kurzer oder unbestimmter Laufzeit davon ausgegangen werden kann, dass mindestens ein gewisser Teil (der sogenannte Bodensatz) aus ökonomischer Sicht dem Konzern längerfristig zur Verfügung steht. Die Ermittlung des als Stabiles Funding anrechenbaren Bodensatzes erfolgt auf Basis statistischer Modelle, welche die in der Vergangenheit beobachteten Einlagebestände in Hinblick auf statistisch mögliche Abflüsse analysieren. Dennoch verbleibt daraus für den Konzern ein Restrisiko, dass die tatsächlichen Einlageabflüsse in der Zukunft wider Erwarten stärker ausfallen als die statistisch modellierten Einlageabflüsse (sogenanntes Modellrisiko). Siehe auch „*Risikofaktoren—Markt- und unternehmensbezogene Risiken—44. Der Konzern kann Risiken ausgesetzt sein, die vom bestehenden Risikomanagement nicht erkannt oder von diesem unzutreffend eingeschätzt werden.*“.

Das Verhältnis von verfügbarem Stabilen Funding zu strukturellem Refinanzierungsbedarf wird als Stable Funding-Quote bezeichnet. Bei einer Stable Funding-Quote von 100% entspricht der bankintern definierte Bestand überjähriger Refinanzierungsmittel exakt dem bankintern definierten überjährigen Refinanzierungsbedarf. Die Stable Funding-Quote wird grundsätzlich monatlich ermittelt. Steuerungsziel des Konzerns ist es, die Stable Funding-Quote in einem bankintern festgelegten Zielkorridor um 100% herum zu halten und damit die strukturelle Liquidität des Konzerns zu sichern. Im Verlauf der letzten zwei Jahre hat sich die Stable Funding-Quote stets oberhalb von 100% bewegt. Die Stable Funding-Quote wird monatlich durch das Zentrale ALCO überprüft; bei sich abzeichnender Über- bzw. Unterschreitung des Zielkorridors entscheidet das ALCO über geeignete Maßnahmen, welche darauf abzielen, die Quote in den Zielkorridor zurückzuführen. Neben anderen Einflussfaktoren wie Marktumfeld und Marktzugang stellt die Stable Funding-Quote eine wesentliche Grundlage für den Emissionsplan der COMMERZBANK dar. Die Emissionsplanung erfolgt dabei in der Weise, dass die Stable Funding-Quote perspektivisch die untere Grenze des Zielkorridors nicht unterschreitet.

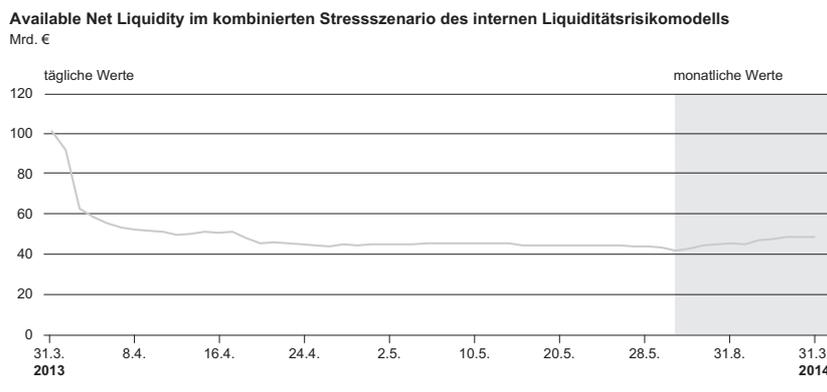
Stresstests

Um eine ausreichende Grundlage zur Prävention potenzieller Liquiditätsengpässe auch unter schwierigen Marktparametern zu gewährleisten, führt die COMMERZBANK fortwährend Stresstests durch. Unterschieden wird insbesondere zwischen bankspezifischen, allgemeinen Stressszenarien sowie Szenariokombinationen, die alle relevanten Prognosezeiträume abbilden. Neben den Stresstests auf Basis des ANL-Konzepts führt die COMMERZBANK separate Survival-Period-Stress-Berechnungen im Sinne der MaRisk durch. Ergänzt werden diese steuerungsrelevanten Stress-Szenarien durch zusätzliche inverse und adverse Szenarioanalysen, die über die definierte Risikotoleranz hinausgehen. Diese Szenarien betrachten unter anderem einen unerwarteten Abzug von Kundeneinlagen oder der US-Dollar-Refinanzierung.

Zur Deckung des Liquiditätsbedarfs in einem Stressszenario stehen zentralbankfähige Wertpapiere zur Verfügung, die als Balance Sheet Liquidity in die Berechnung der verfügbaren Nettoliquidität (ANL) einfließen. Zur besonderen Absicherung von plötzlichen, unerwarteten Zahlungsverpflichtungen, beispielsweise aus der Ziehung von Liquiditätslinien, hält die Treasury ein Portfolio an frei verfügbaren hochliquiden und zentralbankfähigen Wertpapieren, die bei der Zentralbank hinterlegt sind.

Entwicklung der Liquiditätsrisiken

Die nachfolgende Darstellung der ANL zeigt, dass im berechneten steuerungsrelevanten Stressszenario per 31. März 2013 über den gesamten Betrachtungszeitraum ausreichende Liquiditätsüberhänge bestanden.



Die zunehmende Überschussliquidität im Geldmarkt spiegelte sich im Jahr 2012 auch in den internen Liquiditätskennzahlen der COMMERZBANK wider: die ermittelten Liquiditätsüberhänge in den steuerungsrelevanten internen Stressszenarien bewegten sich für das gesamte Geschäftsjahr 2012 sowie für das erste Quartal 2013 stets deutlich oberhalb der vom Vorstand festgelegten Limite. Gleiches gilt für die Erfüllung der externen regulatorischen Liquiditätsverordnung sowie der von den MaRisk vorgegebenen Survival-Period-Berechnung. Die Zahlungsfähigkeit der COMMERZBANK war somit nicht nur gemäß der externen regulatorischen Liquiditätsverordnung (Kennzahl per 31. Dezember 2012: 1,38 (31. Dezember 2011: 1,17) bei einer regulatorischen Mindestanforderung von 1,00), sondern auch im Sinne der internen Limitvorgaben jederzeit gewährleistet.

Die COMMERZBANK profitierte hierbei weiterhin von den Kerngeschäftsaktivitäten im Privat- und Firmenkundenbereich sowie von den hinsichtlich Produkten, Regionen und Investoren breit diversifizierten Refinanzierungsquellen am Geld- und Kapitalmarkt. Zur Absicherung von kurzfristigen Liquiditätsengpässen verfügt die COMMERZBANK über einen Liquiditätspuffer an zentralbankfähigen Aktiva und Cash-Reserven, deren Zusammensetzung, freie Verfügbarkeit sowie Höhe täglich überprüft und berichtet werden. Bei den regelmäßigen Analysen liegt besonderes Augenmerk auf der Qualität der enthaltenen Aktiva und einer angemessenen Diversifikation.

Zum 31. März 2013 betrug das Volumen der frei verfügbaren zentralbankfähigen Aktiva nach Haircut, die in die ANL-Modellierung einfließen, inklusive Zentralbankguthaben EUR 97,3 Mrd. (per 31. Dezember 2012: EUR 83,4 Mrd.). Darüber hinaus hat die COMMERZBANK Maßnahmen getroffen, um auf einen potenziell möglichen Euro-Breakup zu reagieren und die damit verbundenen Liquiditätseffekte zu mitigieren.

Weiterentwicklung des Liquiditätsrisikomanagements und Basel III

Die COMMERZBANK beschäftigt sich eingehend mit den zentralen Fragestellungen aus Basel III, der Liquiditätskostenverrechnung und der Steuerung der Liquiditätsrisiken im Rahmen des internen Liquiditätsrisikomodells. Die Weiterentwicklung des Steuerungsinstrumentariums wird im Rahmen eines strategischen Projektes konsequent betrieben. In diesem Rahmen erweitert die COMMERZBANK die vorhandenen Analysemöglichkeiten im Liquiditätsrisikoberichtswesen durch die fortlaufende Weiterentwicklung der hierfür genutzten Infrastruktur.

Operationelles Risiko

Die COMMERZBANK misst und steuert das Operationelle Risiko (OpRisk) aktiv auf Basis eines konzernweit konsistenten Rahmenwerks mit dem Ziel, OpRisk-Profil und Risikokonzentrationen systematisch zu identifizieren und Maßnahmen zur Risikomitigierung zu definieren und priorisieren. Dabei wird das Operationelle Risiko in Anlehnung an die SolvV definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition beinhaltet Rechtsrisiken; Reputations- und Strategische Risiken sind in dieser Definition nicht enthalten.

In der COMMERZBANK sind die Themenstellungen OpRisk und Governance des Internen Kontrollsystems (IKS) aufbauorganisatorisch und methodisch eng miteinander verbunden. Diese Verzahnung erfolgt vor dem Hintergrund, dass in zahlreichen OpRisk-Fällen die Ursachen im Zusammenhang mit dem Versagen der Kontrollmechanismen stehen. Damit trägt ein wirksames IKS dazu bei, Operationelle Risiken zu reduzieren bzw. zu vermeiden. Umgekehrt bieten die Systematiken für Operationelle Risiken die Möglichkeit, das IKS risikoorientiert und konsistent zum OpRisk-Management auszurichten.

OpRisk-Strategie

Die Operational Risk-Strategie der COMMERZBANK wird jährlich vom Vorstand der COMMERZBANK nach Diskussion und Votierung im Konzern-OpRisk Committee verabschiedet. Sie beschreibt Risikoprofil, Eckpunkte der angestrebten Risikokultur (inklusive Risikolimit), Steuerungsframework und Maßnahmen der COMMERZBANK im Hinblick auf Operationelle Risiken. Durch die konzernweite Umsetzung der OpRisk-Strategie verfolgt die COMMERZBANK folgende Ziele:

- die weitgehende Vermeidung hoher OpRisk-Schadensfälle (vor deren Eintreten), u.a. durch proaktive Maßnahmen, und damit den Schutz des Konzerns vor bedeutenden negativen Auswirkungen;
- Aufzeigen von potenziellen Problembereichen in der Ablauforganisation und damit von Ansatzpunkten zur Optimierung.

Die Operational Risk-Organisation der COMMERZBANK mit einer klaren Zuordnung von Verantwortlichkeiten und Aufgaben schafft die aufbauorganisatorischen Grundvoraussetzungen und die Strukturen für ein zielgerichtetes und wirkungsvolles Operational Risk Controlling und Management. Die OpRisk-Überwachung/-Steuerung basiert dabei auf drei hintereinander geschalteten Ebenen („Three Lines of Defence“), deren zielgerichtetes Zusammenspiel zum Erreichen der vorgegebenen strategischen Ziele maßgeblich ist:

- Die Segmente bzw. Group Services-, Group Management- und Group Risk Management-Einheiten stellen die „First Line of Defence“ dar. Sie übernehmen die direkte Verantwortung für die Identifizierung und das Management der Operationellen Risiken in ihren Verantwortungsbereichen und sorgen für eine effektive und zeitnahe Segment-Risikosteuerung.
- Der Bereich OpRisk & IKS stellt den Einheiten der COMMERZBANK in seiner Funktion als „Second Line of Defence“ einheitliche und verbindliche Methoden und Systeme zur Identifikation, Bewertung und Überwachung der operationellen Risiken zur Verfügung. Diese werden von den Einheiten der COMMERZBANK konzernweit angewandt, durch Instrumente und Regelwerke der weiteren Überwachungsfunktionen ergänzt und zwecks Mitigierung der operationellen Risiken eingesetzt.
- Die „Third Line of Defence“ bilden interne und externe Kontrollinstanzen, wie zum Beispiel die interne Revision. Ihre Aufgabe ist die unabhängige Überprüfung der OpRisk-Methodik und -Umsetzung in der COMMERZBANK.

Das Group OpRisk Committee tagt vierteljährlich unter Vorsitz des CRO und befasst sich mit der Steuerung der operationellen Risiken im Konzern. Zudem fungiert das OpRiskCo als Eskalations- und Entscheidungsgremium für bedeutende bereichsübergreifende OpRisk-Themen. Die Segment OpRisk Committees befassen sich mit der Steuerung der operationellen Risiken in den jeweiligen Einheiten, der strukturierten Analyse der Einheit betreffender OpRisk-Themenstellungen (zum Beispiel Verlustereignisse) sowie der Definition abzuleitender Maßnahmen beziehungsweise Handlungsempfehlungen.

Risikoquantifizierung

Die COMMERZBANK misst das regulatorische und ökonomische Kapital für operationellen Risiken konzernweit grundsätzlich mittels des fortgeschrittenen Messansatzes (Advanced Measurement Approach – „**AMA**“) nach § 278 SolvV. Grundlagen bilden quantitative und qualitative Methoden. In Umsetzung der Vorgaben der SolvV wird der auf Basis quantitativer Methoden ermittelte Anrechnungsbetrag durch die Einbeziehung qualitativer Komponenten ergänzt. Der AMA ist nach erfolgreicher Zertifizierung 2012 durch die deutsche Bankenaufsicht konzernweit in Anwendung. Für nicht in den AMA eingebundene Tochtergesellschaften wird das Kapital mittels Basisindikatoransatz (BIA) oder als Fremd-AMA ermittelt.

Vor der Zertifizierung des integrierten AMA-Modells, das ab dem zweiten Quartal 2012 eingesetzt wurde, hatte die COMMERZBANK im Zuge der Integration der Dresdner Bank ein gemeinsames OpRisk-Modell zur Berechnung des Kapitalbedarfs entwickelt, welches auf die Anforderungen der neuen COMMERZBANK angepasst war. Der Kapitalbedarf für beide Institute wurde für die regulatorische Meldung und das interne Reporting getrennt berechnet und als Summe gemeldet. In Abstimmung mit der Aufsicht wurde zudem zur Abdeckung etwaiger Restunsicherheiten aus der getrennten Modellrechnung ein Aufschlag auf diese Summen angerechnet.

Quantitative Komponenten

Zu den quantitativen Komponenten des AMA-Modells zählen die internen und externen OpRisk-Verlustdaten und die mathematisch-statistische Modellierung.

- Die Basel II/SolvV-konforme konzernweite Sammlung von Verlustdaten erfolgt ab einem Grenzwert von EUR 5.000 mittels einer konzernweiten Verlustdatenbank.

- Zur Modellierung des „fat tail“ der Verlustverteilung – also des finanziellen Risikos aus seltenen Großschäden – werden zusätzlich zu den internen Daten externe Verlustdaten der Operational Riskdata eXchange Association, Zürich (ORX), einem Datenkonsortium internationaler Banken, verwendet. Hieraus können weitere Impulse für die Steuerung operationeller Risiken abgeleitet werden.
- Für die stochastische Modellierung werden die Daten nach Kombinationen von Business Lines, Ereignistypen und Regionen gruppiert, wobei die Schadensfrequenzen auf Basis der internen Schadensdaten, die Schadenshöhenverteilung auf Basis der internen und externen Verlustdaten modelliert werden. Die Modellierung von Versicherungen und alternativen OpRisk-Risikotransfers wird derzeit nicht durchgeführt.

Qualitative Komponenten

Die qualitativen Methoden ergänzen die Informationen aus den quantitativen Modellkomponenten und zielen auf die Etablierung einer konzernweit einheitlichen Beurteilung der der Geschäftsumfeld- und internen Kontrollfaktoren ab:

- Das Risk Scenario Assessment stellt eine ex-ante Risikobetrachtung Operationeller Risiken dar. Die auf Expertenmeinungen basierende Risikoszenarien werden in Anlehnung an die Anforderungen der MaRisk im Hinblick auf außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Risikoereignisse mit existenzgefährdenden oder stark ergebnisbeeinträchtigenden Auswirkungen formuliert und in der Modellierung berücksichtigt.
- Die Methode des Bonus-Malus-Werts (BMW) liefert – über die Wirkung auf das OpRisk-Kapital der relevanten Konzerneinheiten Steuerungsanreize zur Reduzierung der Operationellen Risiken und zur Verbesserung des Risikomanagements. Damit werden die Geschäftsumfeld- und internen Kontrollfaktoren im OpRisk-Modell abgebildet. Das BMW berücksichtigt die folgenden qualitativen OpRisk-Elemente, die nicht direkt in das mathematisch-statistische Modell einbezogen werden:
 - Business Environment Assessment (BEA): Mit diesem BMW-Element werden Qualitätsschwächen in den Geschäftsumfeld- und internen Kontrollfaktoren sowie Kontrollversagen identifiziert, auf deren Basis Ursachen für OpRisk abgeleitet werden können. Das BEA bezieht seit Ende 2012 die jährliche IKS-Bewertung und die Ergebnisse des Personalrisikoreports mit ein. Darüber hinaus werden mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens Informationen zu Externen Ereignissen und zur Informationstechnologie erhoben.
 - Bewertung OpRisk-Management: Die Bewertung des aktiven OpRisk-Managements wird mit Hilfe eines einheitlichen Kriterienkataloges ermittelt.
 - Key Risk Indicators (KRI): Als Bestandteil des BMW wird die Methodik KRI als Frühwarnsystem zur rechtzeitigen Erkennung bedrohlicher Trends und Entwicklungen verwendet.
 - Weitere BMW-Elemente: Darüber hinaus werden Informationen zur Abarbeitung von High Risk Audit Issues und die Bewertung der Notfallplanung in das BMW einbezogen.
 - Top Level Adjustments: Dieses BMW-Element wird nur in begründeten Ausnahmefällen angewendet, um einen Risikopuffer für außerordentliche Veränderungen im OpRisk-Umfeld zu bilden und diesen kurzfristig in die OpRisk-Kapitalermittlung einzubeziehen.

Neben der regulatorischen Eigenkapitalbindung wird auch eine ökonomische Eigenkapitalbelastung ermittelt. Beide Größen stammen aus im Wesentlichen identischen mathematischen Modellen und berücksichtigen größtenteils dieselben Daten. Der wesentliche Unterschied besteht in der Höhe des Konfidenzniveaus. Während gemäß SolvV ein Konfidenzniveau von 99,9% zu berücksichtigen ist, legt die COMMERZBANK seit Ende 2011 für die interne Risikobetrachtung das konservativere Maß von 99,91% zugrunde.

Risikosteuerung

Die Steuerung und Limitierung der Operationellen Risiken unterscheiden sich systematisch von der Begrenzung der Kredit- und Marktrisiken, da weder einzelne Kunden noch Positionen, sondern interne Prozesse die relevanten Steuerungseinheiten bilden. Der Fokus liegt in dieser Risikoart auf einer antizipativen Steuerung durch die Segmente und Querschnittseinheiten auf Basis einer übergreifenden Risikostrategie für operationelle Risiken und deren spezifische Ausprägungen.

Die Steuerung der OpRisk-Kennzahlen auf Konzernebene erfolgt über die Kenngrößen Ökonomisches (ErC) und Regulatorisches Kapital (RWA). Für die Risikotragfähigkeitsrechnung werden zudem Stresstests in Form von makroökonomischen Szenariostresstests ermittelt. Darüber hinaus werden Stresstests auf Basis historischer Szenarien und Reverse Stresstests durchgeführt.

Zur OpRisk-Steuerung verwendet die COMMERZBANK verschiedene Methoden, darunter:

- Kontinuierliche Analyse der OpRisk-Schadensfälle

- Durchführung von Lessons-Learned-Aktivitäten bei Schadensfällen, die EUR 1 Mio. oder größer sind
- Systematische Auswertung externer OpRisk-Ereignisse von Wettbewerbern
- Jährliche Bewertung des IKS der COMMERZBANK und Durchführung von Risk Scenario Assessments

Durch ein strukturiertes, zentrales und dezentrales Berichtswesen werden das Management des Konzerns und der Segmente, die Mitglieder des OpRisk Committees sowie die Aufsichtsorgane regelmäßig, zeitnah und umfassend über operationelle Risiken unterrichtet. OpRisk-Berichte werden sowohl monats- als auch quartalsbezogen erstellt und sind Teil der Risikoberichterstattung an den Gesamtvorstand. Sie beinhalten eine Darstellung der aktuellen Risikoeinschätzung der Segmente, deren wesentliche Verlustereignisse, aktuelle Risikoanalysen, die Entwicklung des Kapitalbedarfs sowie den Status eingeleiteter Maßnahmen.

Rechtsrisiken sind ebenfalls in der Modellierung des operationellen Risikos enthalten. Die weltweite Steuerung der Rechtsrisiken im COMMERZBANK-Konzern wird durch Group Legal wahrgenommen. Die zentrale Aufgabe des Bereiches besteht darin, mögliche Verluste aus rechtlichen Risiken in einem frühen Stadium zu erkennen und Lösungsmöglichkeiten zu deren Minimierung, Begrenzung oder Vermeidung aufzuzeigen sowie die erforderlichen Rückstellungen zu bilden. Im Bereich der Rechtsrisiken führte die zunehmende Produktkomplexität zu einem Anstieg des Schadenspotenzials.

Entwicklung der Operationellen Risiken

Aus OpRisk-Ereignissen (eingetretene Verluste und Rückstellungen, abzüglich OpRisk-basierter Erträge und Rückzahlungen) ergab sich im ersten Quartal 2013 eine Gesamtbelastung für die COMMERZBANK in Höhe von EUR 89 Mio. (Gesamtjahr 2012: EUR 310 Mio., Gesamtjahr 2011: EUR 250 Mio.). Wie auch in den Vorjahren waren die Ereignisse im Wesentlichen geprägt durch „produktbezogene Schäden“ (Beratungshaftung). Die folgende Tabelle zeigt die OpRisk-Ereignisse nach Ereigniskategorien:

OpRisk-Ereignisse nach Ereigniskategorien (in Mio. EUR)

	31.12.2011	31.12.2012	31.03.2013
Interner Betrug	3	-1	0
Externer Betrug	9	7	5
Sachschäden und Systemausfälle	1	-4	0
Produktbezogene Schäden	231	214	86
Prozessuale Fehler	7	19	3
Das Arbeitsverhältnis betreffende Fälle	1	75	-5
Gesamt	250	310	89

Die Risikoaktiva (RWA) aus operationellen Risiken betragen zum Ende des ersten Quartals 2013 auf Basis des internen AMA-Modells wie bereits zum 31. Dezember 2012 EUR 22,6 Mrd. (31. Dezember 2011: EUR 26,3 Mrd.). Davon entfallen rund 96% auf die Kernbank. Der im Jahresendwert 2011 enthaltene und mit der Aufsicht abgestimmte Sicherheitsaufschlag zur Abdeckung etwaiger Restunsicherheiten aus der getrennten Modellrechnung ist seit der Zertifizierung des neuen Modells im zweiten Quartal 2012 nicht mehr in Anwendung gebracht worden. Das integrierte AMA-Modell ermöglicht die Steuerung des ökonomischen und regulatorischen Kapitals für operationelle Risiken aus einem Modellansatz.

Geschäftsrisiko

Unter Geschäftsrisiko versteht die COMMERZBANK einen potenziellen Verlust, der aus Abweichungen der tatsächlichen Erträge (negative Abweichung) und Aufwendungen (positive Abweichung) von den jeweiligen Planzahlen resultiert. Die Modellierung des Geschäftsrisikos erfolgt basierend auf empirischen Abweichungen zwischen Plan- und Istenerträgen beziehungsweise Plan- und Istaufwendungen. Dieses Risiko wird wesentlich durch die Geschäftsstrategie und die bankinterne Budgetplanung sowie durch sich verändernde Rahmenbedingungen bei Geschäftsvolumina, technischen Prozessen und der Wettbewerbssituation des Konzerns und seiner Mitbewerber um den Kunden determiniert. Zum Jahresanfang 2012 wurden die Ergebnisse der jährlichen Validierung des Risikotragfähigkeitskonzeptes umgesetzt. Dies beinhaltete unter anderem die Einführung eines weiterentwickelten Modells zur Messung und Abbildung des Geschäftsrisikos im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse. Es erfolgten methodische Adjustierungen zur Abgrenzung und Erhöhung der Stabilität dieses Risikomaßes. Damit verbunden wird das Geschäftsrisiko seither nicht mehr im ökonomisch erforderlichen Kapital, sondern als potenzielle Abzugsposition im Risikodeckungspotenzial berücksichtigt.

Sonstige Risiken

Zur Erfüllung der Säule 2 des Baseler Rahmenwerkes fordern die MaRisk eine ganzheitliche Risikobetrachtung und damit auch die Berücksichtigung von nicht quantifizierbaren Risikokategorien. Diese unterliegen in der COMMERZBANK einem qualitativen Steuerungs- und Controllingprozess. Außerhalb der Zuständigkeit des CRO liegen nachfolgend aufgeführte Risiken.

Personalrisiken

Personalrisiken fallen unter die Definition von Operational Risk gemäß § 269 Absatz 1 SolV. Im Sinne einer internen, steuerungsorientierten Ausgestaltung dieser Definition subsumiert die COMMERZBANK unter Personalrisiken folgende Elemente:

- *Anpassungsrisiko*: Durch ausgewählte interne sowie externe Aus-, Weiterbildungs- und Changemaßnahmen verfolgt der Konzern das Ziel, dass das Qualifikationsniveau ihrer Mitarbeiter dem aktuellen Stand der Entwicklungen entspricht, strukturelle Veränderungen entsprechend begleitet werden und die Mitarbeiter ihren Aufgaben und Verantwortlichkeiten gerecht werden.
- *Motivationsrisiko*: Über Mitarbeiterbefragungen versucht der Konzern, auf mögliche Veränderungen in der Unternehmensverbundenheit seiner Mitarbeiter frühzeitig zu reagieren und adäquate Steuerungsmaßnahmen zu initiieren.
- *Austrittsrisiko*: Der Konzern versucht mit großer Sorgfalt zu gewährleisten, dass die Abwesenheit oder das Ausscheiden von Mitarbeitern nicht zu nachhaltigen Störungen der Betriebsabläufe führen kann. Zudem wird regelmäßig die Fluktuation sowohl quantitativ als auch qualitativ überwacht.
- *Engpassrisiko*: Die quantitative und qualitative Personalausstattung zielt darauf ab, die betriebsinternen Erfordernisse, die Geschäftsaktivitäten und die Strategie der COMMERZBANK umsetzbar zu machen.

Personal stellt für die COMMERZBANK eine zentrale Ressource dar. Der Erfolg der COMMERZBANK gründet auf dem fachlichen Wissen, den Kompetenzen und Fähigkeiten sowie der Motivation der Mitarbeiter. Durch ein systematisches Personalrisikomanagement, gesteuert durch Group Human Resources, verfolgt die COMMERZBANK das Ziel, Risiken so früh wie möglich zu identifizieren, zu beurteilen und zu steuern, beispielsweise durch den Einsatz ausgewählter personalwirtschaftlicher Instrumente. Der Gesamtvorstand wird über die Personalrisiken regelmäßig informiert.

Geschäftsstrategische Risiken

Das geschäftsstrategische Risiko besteht in der mittel- bis langfristigen Gefahr negativer Einflüsse auf das Erreichen der strategischen Ziele der COMMERZBANK, zum Beispiel aus Veränderungen der Umfeldbedingungen oder unzureichender Umsetzung der Konzernstrategie resultierend.

Die Weiterentwicklung der Konzernstrategie erfolgt im Rahmen eines strukturierten Strategieprozesses. Basierend auf den Ergebnissen dieses Strategieprozesses wird eine nachhaltige Geschäftsstrategie festgelegt, in der die wesentlichen Geschäftsaktivitäten und die Maßnahmen zur Zielerreichung dargestellt werden. Um die sachgerechte Umsetzung der Konzernstrategie zur Erreichung der Geschäftsziele sicherzustellen, erfolgt das strategische Controlling durch regelmäßiges Monitoring von quantitativen und qualitativen Zielen im Konzern und in den Segmenten.

Die Verantwortung für die strategische Unternehmenssteuerung liegt beim Gesamtvorstand. Bestimmte geschäftspolitische Entscheidungen (Beteiligungserwerb und Verkauf in Größe von 1% oder mehr des Eigenkapitals) bedürfen zudem der Zustimmung des Risikoausschusses des Aufsichtsrats. Alle größeren Investitionen unterliegen einer sorgfältigen Prüfung durch das Investment and Resources Allocation Committee.

Reputationsrisiken

Als Reputationsrisiko bezeichnet die COMMERZBANK die Gefahr eines Vertrauens- oder Ansehensverlustes der COMMERZBANK bei ihren Anspruchsgruppen aufgrund von negativen Ereignissen im Rahmen der Geschäftstätigkeit. Zu diesen Anspruchsgruppen zählen insbesondere Öffentlichkeit und Medien, Mitarbeiter und Kunden, Ratingagenturen, Anteilseigner und Geschäftspartner. Daher gehen Reputationsrisiken unmittelbar mit Kommunikationsrisiken einher.

Die operativen Unternehmensbereiche, Filialen und Tochtergesellschaften tragen im Rahmen ihrer Geschäftsaktivitäten unmittelbare Verantwortung für Reputationsrisiken, die aus ihrer jeweiligen Geschäftstätigkeit entstehen. Reputationsrisiken können auch aus anderen Risikoarten resultieren und diese verstärken. Innerhalb von Group Communications ist eine spezielle Abteilung für die Steuerung des Reputationsrisiko-Managements im Sinne der Gesamtbank zuständig. Zu ihren Aufgaben zählt unter anderem das frühzeitige Beobachten, Erkennen und Adressieren interner und externer Reputationsrisiken (Frühwarnfunktion).

Vor diesem Hintergrund unterliegen relevante geschäftspolitische Maßnahmen und Aktivitäten einer sorgfältigen Prüfung. Insbesondere versucht die COMMERZBANK solche geschäftspolitischen Maßnahmen und Geschäfte zu vermeiden, die beträchtliche steuerliche oder rechtliche Risiken sowie ethische, ökologische oder soziale Risiken bergen. Alle entsprechenden Kreditentscheidungen werden einzeln bezüglich einhergehender Reputationsrisiken votiert. Diese Voten können zur Ablehnung von Geschäften führen.

Compliancerisiken

Die Basis der Geschäftstätigkeit ist das Vertrauen der Kunden, Aktionäre und Geschäftspartner in das ordnungsgemäße und gesetzestreue Handeln der COMMERZBANK. Dieses Vertrauen basiert insbesondere auf der Einhaltung der jeweiligen Vorschriften sowie der Beachtung marktüblicher Standards und Verhaltensregeln (Compliance). Die Nichteinhaltung von gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und sonstigen Vorschriften, denen die COMMERZBANK bei der Ausübung ihrer geschäftlichen Tätigkeiten unterliegt, führt zu Compliancerisiken.

Diese umfassen insbesondere:

- Vorschriften zur Verhinderung der Geldwäsche und Terrorfinanzierung
- Einhaltung verhängter Sanktionen
- Verhaltensregelungen bei der Erbringung von Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebenleistungen
- Betrugs- und Korruptionsbekämpfung.

Siehe auch *„Risikofaktoren—Markt- und unternehmensbezogene Risiken—33. Der Konzern unterliegt einer Vielzahl von operationellen Risiken einschließlich des Risikos, dass Mitarbeiter exzessive Risiken für den Konzern eingehen oder gegen Compliance-relevante Vorschriften im Zusammenhang mit der Ausübung der Geschäftstätigkeit verstoßen und dadurch plötzlich auftretende Schäden in erheblicher Größenordnung verursachen, die mittelbar auch zu einer Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen führen können.“*.

Sofern Compliancerisiken quantifizierbar sind, werden sie zusammen mit dem Rechts-, Personal- und IT-Risiko unter dem Operationellen Risiko erfasst. Sämtliche hieraus entstehenden Risiken werden mit dem Ziel gesteuert, das Vertrauen in die Integrität des Konzerns weiter zu stärken. Der stetig wachsenden Komplexität der nationalen wie internationalen Gesetze, Regelungen und Marktstandards wird durch eine ständige Weiterentwicklung der Steuerung der Compliancerisiken und durch Anpassung an aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen Rechnung getragen.

Hinweis

Die in der COMMERZBANK eingesetzten Methoden und Modelle zur internen Risikomessung, die die Grundlage für die Berechnung der dargestellten Zahlen bilden, entsprechen dem aktuellen Erkenntnisstand und orientieren sich an der Praxis der Bankenbranche. Die mit den Risikomodellen ermittelten Ergebnisse sind zur Steuerung des Konzerns geeignet. Die Messkonzepte unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung durch das Risikocontrolling sowie durch die Interne Revision, durch externe Wirtschaftsprüfer und die deutschen Aufsichtsbehörden. Trotz sorgfältiger Modellentwicklung und regelmäßiger Kontrolle können Modelle nicht alle in der Realität wirksamen Einflussfaktoren vollständig erfassen und deren komplexes Verhalten einschließlich Wechselwirkungen abbilden. Diese Grenzen der Risikomodellierung gelten insbesondere für Extremsituationen. Ergänzende Stresstests und Szenarioanalysen können nur beispielhaft zeigen, welchen Risiken ein Portfolio unter extremen Marktsituationen unterliegen kann (siehe *„Risikofaktoren—Risiken aus bankspezifischer Regulierung—48. Die COMMERZBANK unterliegt Stresstests, deren Ergebnisse bei ihrer Veröffentlichung negative Auswirkungen auf den Konzern haben könnten.“*); eine Untersuchung aller denkbaren Szenarien ist jedoch auch bei Stresstests nicht möglich. Sie können dabei keine endgültige Einschätzung des maximalen Verlusts im Falle eines Extremereignisses geben. Siehe *„Risikofaktoren—Markt- und unternehmensbezogene Risiken—44. Der Konzern kann Risiken ausgesetzt sein, die vom bestehenden Risikomanagement nicht erkannt oder von diesem unzutreffend eingeschätzt werden.“*.

AUSGEWÄHLTE BANKSTATISTISCHE UND SONSTIGE DATEN

Die folgenden Tabellen bilden ausgewählte statistische Informationen des COMMERZBANK-Konzerns ab. Die Informationen sind den geprüften Konzernabschlüssen der COMMERZBANK (entsprechend IFRS) entnommen, soweit nicht anders angegeben. Ungeprüfte Angaben stammen aus dem Rechnungswesen der COMMERZBANK. Alle Zahlen reflektieren die Anpassungen in den Folgeperioden (sofern nichts anders gekennzeichnet).

Information zu Werten und Zinssätzen

Periodenendwerte

Die nachstehende Tabelle zeigt die Aktiva und Passiva des COMMERZBANK-Konzerns zum 31. Dezember 2010, 2011 und 2012.

	<u>2010</u>	<u>2011</u>	<u>2012</u>
	(ungeprüft, soweit nicht anders angegeben) (in Mio. EUR)		
Aktiva			
Barreserve:			
<i>Inland</i>	2.380	2.642	7.445
<i>Ausland</i>	5.673	3.433	8.310
Gesamt ¹⁾	8.053	6.075	15.755
Forderungen an Kreditinstitute ²⁾ :			
<i>Inland</i>	101.374	80.511	80.496
<i>Ausland</i>	9.242	7.279	7.532
Gesamt ¹⁾	110.616	87.790	88.028
Forderungen an Kunden ³⁾ :			
<i>Inland</i>	273.213	243.967	234.830
<i>Ausland</i>	54.542	52.619	43.716
Gesamt ¹⁾	327.755	296.586	278.546
Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedge:			
<i>Inland</i>	113	147	201
<i>Ausland</i>	—	—	1
Gesamt ¹⁾	113	147	202
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten:			
<i>Inland</i>	3.775	4.030	4.868
<i>Ausland</i>	1.186	1.102	1.189
Gesamt ¹⁾	4.961	5.132	6.057
Handelsaktiva:			
<i>Inland</i>	151.078	140.937	133.846
<i>Ausland</i>	16.747	14.763	10.298
Gesamt ¹⁾	167.825	155.700	144.144
Finanzanlagen:			
<i>Inland</i>	98.669	79.221	75.460
<i>Ausland</i>	17.039	15.302	13.682
Gesamt ¹⁾	115.708	94.523	89.142
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen:			
<i>Inland</i>	710	606	651
<i>Ausland</i>	27	88	93
Gesamt ¹⁾	737	694	744
Immaterielle Anlagewerte:			
<i>Inland</i>	2.666	2.611	2.837
<i>Ausland</i>	435	427	214
Gesamt ¹⁾	3.101	3.038	3.051
Sachanlagen:			
<i>Inland</i>	1.290	1.143	1.179
<i>Ausland</i>	300	256	193
Gesamt ¹⁾	1.590	1.399	1.372

	<u>2010</u>	<u>2011</u>	<u>2012</u>
	(ungeprüft, soweit nicht anders angegeben) (in Mio. EUR)		
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien:			
<i>Inland</i>	1.192	793	637
<i>Ausland</i>	—	15	0
Gesamt ¹⁾	1.192	808	637
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen:			
<i>Inland</i>	846	1.599	545
<i>Ausland</i>	236	160	212
Gesamt ¹⁾	1.082	1.759	757
Tatsächliche Ertragsteueransprüche:			
<i>Inland</i>	532	620	741
<i>Ausland</i>	118	96	49
Gesamt ¹⁾	650	716	790
Latente Ertragsteueransprüche:			
<i>Inland</i>	2.946	3.170	2.479
<i>Ausland</i>	621	984	536
Gesamt ¹⁾	3.567	4.154	3.015
Sonstige Aktiva:			
<i>Inland</i>	5.788	1.559	2.118
<i>Ausland</i>	1.561	1.683	1.520
Gesamt ¹⁾	7.349	3.242	3.638
Aktiva Gesamt:			
<i>Inland</i>	646.571	563.556	548.333
<i>Ausland</i>	107.728	98.207	87.545
Aktiva Gesamt¹⁾	754.299	661.763	635.878
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:			
<i>Inland</i>	116.942	88.026	97.892
<i>Ausland</i>	20.684	10.455	12.350
Gesamt ¹⁾	137.626	98.481	110.242
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden:			
<i>Inland</i>	209.119	213.300	228.895
<i>Ausland</i>	53.708	42.044	36.947
Gesamt ¹⁾	262.827	255.344	265.842
Verbriefte Verbindlichkeiten:			
<i>Inland</i>	115.416	99.897	74.229
<i>Ausland</i>	15.940	5.776	5.103
Gesamt ¹⁾	131.356	105.673	79.332
Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedge:			
<i>Inland</i>	121	938	1.467
<i>Ausland</i>	—	—	—
Gesamt ¹⁾	121	938	1.467
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten:			
<i>Inland</i>	8.668	10.320	10.637
<i>Ausland</i>	701	1.107	1.102
Gesamt ¹⁾	9.369	11.427	11.739
Handelspassiva:			
<i>Inland</i>	148.613	132.990	112.243
<i>Ausland</i>	3.780	4.857	3.868
Gesamt ¹⁾	152.393	137.847	116.111
Rückstellungen:			
<i>Inland</i>	3.782	3.049	2.621
<i>Ausland</i>	996	712	638
Gesamt ¹⁾	4.778	3.761	3.259

	<u>2010</u>	<u>2011</u>	<u>2012</u>
	(ungeprüft, soweit nicht anders angegeben) (in Mio. EUR)		
Tatsächliche Ertragsteuerschulden:			
<i>Inland</i>	951	443	162
<i>Ausland</i>	<u>121</u>	<u>237</u>	<u>162</u>
Gesamt ¹⁾	1.072	680	324
Latente Ertragsteuerschulden:			
<i>Inland</i>	139	142	30
<i>Ausland</i>	<u>83</u>	<u>47</u>	<u>60</u>
Gesamt ¹⁾	222	189	90
Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen:			
<i>Inland</i>	519	592	2
<i>Ausland</i>	<u>131</u>	<u>—</u>	<u>—</u>
Gesamt ¹⁾	650	592	2
Sonstige Passiva:			
<i>Inland</i>	5.207	3.255	3.585
<i>Ausland</i>	<u>2.929</u>	<u>3.313</u>	<u>2.938</u>
Gesamt ¹⁾	8.136	6.568	6.523
Nachrangkapital:			
<i>Inland</i>	12.002	12.424	11.536
<i>Ausland</i>	<u>908</u>	<u>861</u>	<u>780</u>
Gesamt ¹⁾	12.910	13.285	12.316
Hybridkapital :			
<i>Inland</i>	1.511	1.096	596
<i>Ausland</i>	<u>2.670</u>	<u>1.079</u>	<u>1.001</u>
Gesamt ¹⁾	4.181	2.175	1.597
Eigenkapital:			
<i>Inland</i>	27.410	21.968	22.802
<i>Ausland</i>	<u>1.248</u>	<u>2.835</u>	<u>4.232</u>
Gesamt ¹⁾	28.658	24.803	27.034
Gezeichnetes Kapital:			
<i>Inland</i>	3.047	5.113	5.828
<i>Ausland</i>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—</u>
Gesamt ¹⁾	3.047	5.113	5.828
Kapitalrücklage:			
<i>Inland</i>	1.507	11.156	11.676
<i>Ausland</i>	<u>—</u>	<u>2</u>	<u>5</u>
Gesamt ¹⁾	1.507	11.158	11.681
Gewinnrücklagen:			
<i>Inland</i>	7.851	5.901	4.931
<i>Ausland</i>	<u>1.289</u>	<u>2.921</u>	<u>3.683</u>
Gesamt ¹⁾	9.140	8.822	8.614
Stille Einlagen:			
<i>Inland</i>	17.178	2.687	2.376
<i>Ausland</i>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>—</u>
Gesamt ¹⁾	17.178	2.687	2.376
Andere Rücklagen:			
<i>Inland</i>	(2.426)	(3.061)	(2.180)
<i>Ausland</i>	<u>(573)</u>	<u>(615)</u>	<u>(173)</u>
Gesamt ¹⁾	(2.999)	(3.676)	(2.353)
Gesamt vor Minderheitenanteilen:			
<i>Inland</i>	27.157	21.795	22.632
<i>Ausland</i>	<u>716</u>	<u>2.309</u>	<u>3.514</u>
Gesamt ¹⁾	<u>27.873</u>	<u>24.104</u>	<u>26.146</u>

	<u>2010</u>	<u>2011</u>	<u>2012</u>
	(ungeprüft, soweit nicht anders angegeben) (in Mio. EUR)		
Minderheitenanteilen:			
<i>Inland</i>	253	173	171
<i>Ausland</i>	<u>532</u>	<u>526</u>	<u>717</u>
Gesamt ¹⁾	785	699	888
Passiva Gesamt:			
<i>Inland</i>	650.399	588.440	566.697
<i>Ausland</i>	<u>103.900</u>	<u>73.323</u>	<u>69.181</u>
Passiva Gesamt¹⁾	<u>754.299</u>	<u>661.763</u>	<u>635.878</u>
Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen			
<i>Inland</i>	60.164	54.300	52.738
<i>Ausland</i>	<u>38.498</u>	<u>36.828</u>	<u>32.846</u>
Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen Gesamt¹⁾	<u>98.662</u>	<u>91.128</u>	<u>85.584</u>

¹⁾ Geprüft.

²⁾ Der Ausweis der Forderungen an Kreditinstitute erfolgt in der Tabelle nach Abzug der „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“: 2010: EUR 340 Mio., 2011: EUR 242 Mio., 2012: EUR 106 Mio. Siehe Note 50 im Konzernabschluss 2010, Note 49 im Konzernabschluss 2011 und Note 50 im Konzernabschluss 2012.

³⁾ Der Ausweis der Forderungen an Kunden erfolgt in der Tabelle nach Abzug der „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“: 2010: EUR 9.117 Mio., 2011: EUR 7.913 Mio., 2012: EUR 7.654 Mio. Siehe Note 50 im Konzernabschluss 2010, Note 49 im Konzernabschluss 2011 und Note 50 im Konzernabschluss 2012.

Durchschnittliche Werte

Die nachfolgende Tabelle zeigt die durchschnittlichen Werte für die aufgeführten Arten der Aktiva und Passiva des COMMERZBANK-Konzerns, berechnet für die Geschäftsjahre 2010, 2011 und 2012. Die durchschnittlichen Werte basieren auf monatlichen Endwerten (beginnend mit sowie einschließlich der Werte zum 31. Dezember des Vorjahres und endend mit den Werten zum 31. Dezember des angegebenen Jahres). Durchschnittsbilanzinformationen zu den in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Kategorien von Aktiva und Passiva stehen nicht zur Verfügung. Ebenso wenig stehen Durchschnittsbilanzinformationen auf deutscher/ausländischer Grundlage zur Verfügung.

	Durchschnittliche Werte		
	2010	2011	2012
	(ungeprüft) (in Mio. EUR)		
Aktiva			
Barreserve	10.927	12.633	11.671
Forderungen an Kreditinstitute ¹⁾	119.849	99.107	113.881
Forderungen an Kunden ²⁾	351.546	328.837	304.026
davon Privatkunden	88.426	82.099	76.322
davon Firmenkunden	222.480	208.116	194.811
davon Öffentliche Haushalte	40.640	38.622	32.893
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(9.884)	(8.900)	(7.884)
Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges	222	82	182
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	5.882	4.381	5.625
Handelsaktiva	236.847	159.287	153.114
Finanzanlagen	126.691	105.290	90.978
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen	619	706	707
Immaterielle Anlagewerte	3.178	3.037	3.006
Sachanlagen	1.720	1.511	1.369
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	1.246	1.044	704
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen	3.203	1.199	935
Sonstige Aktiva	10.097	9.929	8.464
Aktiva Gesamt	862.143	718.143	686.778
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	142.113	125.172	129.620
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	271.288	261.309	265.829
davon Privatkunden	75.658	77.086	84.576
davon Firmenkunden	180.424	170.157	164.814
davon Öffentliche Haushalte	15.206	14.066	16.439
Verbriefte Verbindlichkeiten	159.408	120.033	90.390
Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedge	324	286	1.263
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	11.120	8.913	11.538
Handelspassiva	213.212	144.215	135.466
Rückstellungen	5.075	4.264	3.495
Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen	2.984	586	335
Sonstige Passiva	9.453	9.114	7.354
Nachrangkapital	15.012	13.466	12.927
Hybridkapital	4.197	3.303	1.755
Gezeichnetes Kapital	3.066	4.246	5.609
Kapitalrücklagen	1.331	7.137	11.307
Gewinnrücklagen	9.012	9.626	9.531
Stille Einlagen	17.178	8.784	2.466
Andere Rücklagen	(3.301)	(3.095)	(2.908)
Minderheitenanteile	671	784	801
Passiva Gesamt	862.143	718.143	686.778
Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen	97.750	75.198	65.978
Durchschnittliches Eigenkapital der Aktionäre (ohne Dividende der COMMERZBANK)	27.957	27.483	26.807

¹⁾ Der Ausweis der Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute erfolgt in der Tabelle im separaten Posten „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“.

²⁾ Der Ausweis der Risikovorsorge für Forderungen an Kunden erfolgt in der Tabelle im separaten Posten „—Risikovorsorge im Kreditgeschäft“.

Veränderungen der Zinserträge / Zinsaufwendungen – Analyse auf Grundlage des Volumens und der Zinssätze

Die zwei nachstehenden Tabellen zeigen Information der durchschnittlichen Werte, der Zinserträge und -aufwendungen sowie der Zinssätze und geben das Ausmaß der Veränderungen bei Zinserträgen und -aufwendungen infolge von Änderungen des Durchschnittsvolumens der jeweiligen Arten von verzinslichen Aktiva und Passiva sowie von Schwankungen der durchschnittlichen Zinssätze an. Die Berechnung des Volumens und der Zinssätze basiert auf den durchschnittlichen Werten und Zinssätzen für die Kategorien von verzinslichen Aktiva und Passiva, dargestellt in der ersten der beiden Tabellen, die Kategorien von verzinslichen Aktiva und Passiva angibt, für die Volumen und Zinssatz berechenbar sind. Änderungen der Zinserträge und Zinsaufwendungen auf Grund von Schwankungen im Umfang der verzinslichen Aktiva und Passiva sind auf Grundlage von Veränderungen des Volumens im Vergleich zum Vorjahr multipliziert mit dem durchschnittlichen Zinssatz des Vorjahres berechnet. Änderungen der Zinserträge und Zinsaufwendungen wegen Abweichungen des Zinssatzes liegen Berechnungen auf Grundlage der Änderung des Zinssatzes im Vergleich zum Vorjahr multipliziert mit dem durchschnittlichen Wert an Aktiva und Passiva für das laufende Jahr zugrunde. Die durchschnittlichen Volumina haben ihre Grundlage in den monatlichen Endwerten (beginnend mit und einschließlich der Werte zum 31. Dezember des Vorjahres und endend mit den Werten zum 31. Dezember des angegebenen Jahres).

	Zinserträge / Zinsaufwendungen								
	2010			2011			2012		
	Durchschnittsvolumen	Zinserträge / -aufwendungen	Durchschnittlicher Zinssatz	Durchschnittsvolumen	Zinserträge / -aufwendungen	Durchschnittlicher Zinssatz	Durchschnittsvolumen	Zinserträge / -aufwendungen	Durchschnittlicher Zinssatz
Zinstragende Aktiva¹⁾									
(ungeprüft, soweit nicht anders angegeben) (in Mio. EUR, außer %)									
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, Anleihen und Schuldverschreibungen und andere zinstragende Instrumente in den Finanzanlagen sowie zur Veräußerung und als Finanzinvestition gehaltene Vermögenswerte	589.676	17.269	2,93%	524.363	16.811	3,21%	500.719	14.016	2,80%
Dividende aus Wertpapieren	1.926	53 ⁴⁾	2,75%	1.410	115 ⁴⁾	8,15%	1.439	221 ⁴⁾	15,36%
Laufendes Ergebnis aus Beteiligungen und Anteilen an nicht konsolidierten Unternehmen	1.049	77 ⁴⁾	7,34%	804	41 ⁴⁾	5,10%	482	21 ⁴⁾	4,36%
Summe zinstragende Aktiva	592.651	17.399	2,94%	526.578	16.967	3,22%	502.639	14.258	2,84%
Zinstragende Passiva²⁾									
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden und Verbindlichkeiten aus zur Veräußerungen gehaltenen Veräußerungsgruppen	416.384	5.392	1,29%	387.068	5.365	1,39%	395.785	5.074	1,28%
Nachrang- und Hybridkapital	19.209	1.030 ⁴⁾	5,36%	16.768	939 ⁴⁾	5,60%	14.682	892 ⁴⁾	6,08%
Verbriefte Verbindlichkeiten	159.408	4.494 ⁴⁾	2,82%	120.033	3.585 ⁴⁾	2,99%	90.390	2.733 ⁴⁾	3,02%
Summe zinstragende Passiva ...	595.001	10.916	1,83%	523.869	9.889	1,89%	500.857	8.699	1,74%
Veränderung des Nettozinsertages auf Grund ausgewählter zinstragenden Aktiven und Passiven	6.483			7.078			5.559		
Überleitungspositionen auf den Zinsüberschuss									
Zinsen aus Derivaten im Bankbuch und Effekte aus Hedge Accounting ³⁾	571			(354)			(20)		
Zinsüberschuss	7.054⁴⁾			6.724⁴⁾			5.539⁴⁾		

¹⁾ Ohne Derivate und Sonstige Aktiva.

²⁾ Ohne Derivate und Sonstige Passiva.

³⁾ Amortisationseffekte, die aus der Beendigung von Cash Flow Hedge Accounting in 2009 resultieren.

⁴⁾ Geprüft.

Analyse des Volumens und Zinssatzes						
2010/2011			2011/2012			
2011 im Vergleich zu 2010 Zunahme / (Abnahme) auf Grund von Veränderung des			2012 im Vergleich zu 2011 Zunahme / (Abnahme) auf Grund von Veränderung des			
Netto- verän- derung	Durch- schnitt- lichen Volumens	Durch- schnitt- lichen Zins- satzes	Netto- verän- derung	Durch- schnitt- lichen Volumens	Durch- schnitt- lichen Zins- satzes	
			(ungeprüft) (in Mio. EUR)			
Zinstragende Aktiva¹⁾						
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, Anleihen und Schuldverschreibungen und andere zinstragende Instrumente in den Finanzanlagen sowie zur Veräußerung und als Finanzinvestition gehaltene Vermögenswerte						
	(458)	(1.913)	1.455	(2.795)	(758)	(2.037)
Dividende aus Wertpapieren						
	62	(14)	76	106	2	104
Laufendes Ergebnis aus Anteilen an nicht konsolidierten Unternehmen						
	(36)	(18)	(18)	(20)	(16)	(4)
Summe zinstragende Aktiva	(432)	(1.945)	1.513	(2.709)	(772)	(1.937)
Zinstragende Passiva²⁾						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden und Verbindlichkeiten aus zur Veräußerungen gehaltenen Veräußerungsgruppen						
	(27)	(378)	351	(290)	121	(411)
Nachrang- und Hybridkapital						
	(91)	(131)	40	(48)	(117)	69
Verbriefte Verbindlichkeiten						
	(909)	(1.110)	201	(852)	(886)	34
Summe zinstragende Passiva	(1.027)	(1.619)	592	(1.190)	(882)	(308)
Veränderung des Nettozinsertages auf Grund ausgewählter zinstragenden Aktiven und Passiven						
	595	(326)	921	(1.519)	110	(1.629)

¹⁾ Ohne Derivate und Sonstige Aktiva.

²⁾ Ohne Derivate und Sonstige Passiva.

Rendite, Spread und Zins-Marge

Die nachfolgende Tabelle zeigt ausgewählte Informationen zu Rendite, Spread und Zins-Marge, die für die angegebenen Jahre für die COMMERZBANK maßgeblich sind. Die Beträge sind den durchschnittlichen Werten der vorstehenden Tabelle entnommen.

	Rendite, Spread und Zins-Marge zum 31. Dezember		
	2010	2011	2012
	(ungeprüft)		
Bruttorendite auf zinstragende Aktiva ¹⁾	2,94%	3,22%	2,84%
Spread ²⁾ (Nettorendite)	1,11%	1,33%	1,10%
Netto Zins-Marge ³⁾	1,19%	1,28%	1,10%

¹⁾ „Bruttorendite“ ist der Durchschnittzinssatz, der mit dem Durchschnittsvolumen der zinstragenden Aktiva erzielt wird.

²⁾ „Spread“ ist die Differenz zwischen dem Durchschnittzinssatz, der mit dem Durchschnittsvolumen der zinstragenden Aktiva erzielt wird und dem Durchschnittzinssatz, der mit dem Durchschnittsvolumen der zinstragenden Verbindlichkeiten bezahlt wird.

³⁾ „Netto Zins-Marge“ ist der Zinsüberschuss ohne Zinsen auf Derivate und sonstige Aktiva/Passiva als Prozentsatz der Durchschnittsvolumen der zinstragenden Aktiva.

Investment Portfolio

In den nachstehenden Tabellen ist der Buchwert der Finanzinstrumente im Handelsbestand sowie Finanzanlagen einschließlich deren Laufzeitstruktur dargestellt.

	Buchwert Wertpapiere und anderen Finanzinstrumente zum 31. Dezember		
	2010	2011	2012
	(geprüft, soweit nicht anders angegeben) (in Mio. EUR)		
Handelsaktiva			
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Papiere öffentlicher Emittenten	14.136 ¹⁾	8.941 ¹⁾	7.498 ¹⁾
<i>davon ausländischen Emittenten</i>	8.085 ¹⁾	4.615 ¹⁾	4.307 ¹⁾
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Papiere anderer Emittenten	16.169 ¹⁾	11.962 ¹⁾	10.883 ¹⁾
<i>davon ausländischen Emittenten</i>	12.874 ¹⁾	8.598 ¹⁾	8.729 ¹⁾
Schuldscheindarlehen	1.810	1.063	1.366
<i>davon ausländischen Emittenten</i>	1.480 ¹⁾	178 ¹⁾	1.158 ¹⁾
Aktien, andere eigenkapitalbezogene Wertpapiere und Anteile an Investmentfonds	11.704	9.703	17.759
Sonstige Handelsaktiva	263	424	238
Derivate (positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten)	<u>123.743</u>	<u>123.607</u>	<u>106.400</u>
Gesamt	<u>167.825</u>	<u>155.700</u>	<u>144.144</u>
Finanzanlagen			
Schuldverschreibungen, Anleihen und andere zinsbezogene Wertpapiere	113.493	92.526	87.548
Geldmarktpapiere	5.036	2.084	2.504
von öffentlichen Kreditnehmern emittiert	2.874	364	479
<i>davon ausländische Emittenten</i>	140 ¹⁾	113 ¹⁾	479 ¹⁾
von anderen Kreditnehmern emittiert	2.162	1.720	2.025
<i>davon ausländische Emittenten</i>	2.162 ¹⁾	1.720 ¹⁾	2.025 ¹⁾
Schuldverschreibungen und Anleihen	108.457	90.442	85.044
von öffentlichen Kreditnehmern emittiert	53.148	42.831	43.061
<i>davon ausländische Emittenten</i>	39.316 ¹⁾	34.050 ¹⁾	33.083 ¹⁾
von anderen Kreditnehmern emittiert	55.309	47.611	41.983
<i>davon ausländische Emittenten</i>	38.298 ¹⁾	33.163 ¹⁾	30.320 ¹⁾
Aktien, andere eigenkapitalbezogene Wertpapiere und Anteile an Investmentfonds	1.284	1.506	1.299
Beteiligungen	807	347	138
<i>darunter an Kreditinstituten</i>	410	64	29
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	124	144	157
<i>darunter an Kreditinstituten</i>	—	—	—
Gesamt	<u>115.708</u>	<u>94.523</u>	<u>89.142</u>
Derivate (positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten)	4.961	5.132	6.057
Gesamt inklusive Derivate	<u>120.669¹⁾</u>	<u>99.655¹⁾</u>	<u>95.199¹⁾</u>

¹⁾ Ungeprüft.

**Laufzeiten Wertpapiere und andere
Finanzinstrumente
zum 31. Dezember 2012**

	Innerhalb 1 Jahres	1-5 Jahre	Über 5 Jahre	Gesamt
	(geprüft, soweit nicht anders angegeben) (in Mio. EUR)			
Handelsaktiva				
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Papiere öffentlicher Emittenten	3.407 ³⁾	2.334 ³⁾	1.757 ³⁾	7.498 ³⁾
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Papiere anderer Emittenten	2.284 ³⁾	3.621 ³⁾	4.978 ³⁾	10.883 ³⁾
Schuldscheindarlehen	952 ³⁾	357 ³⁾	57 ³⁾	1.366
Aktien, andere eigenkapitalbezogene Wertpapiere und Anteile an Investmentfonds ¹⁾	—	—	—	17.759
Sonstige Handelsaktiva ¹⁾	—	—	—	238
Derivate (positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten) ²⁾	—	—	—	106.400
Gesamt				<u>144.144</u>
Finanzanlagen				
Schuldverschreibungen, Anleihen und andere zinsbezogene Wertpapiere				
Geldmarktpapiere	2.504 ³⁾	—	—	2.504
von öffentlichen Kreditnehmern emittiert	479 ³⁾	—	—	479
von anderen Kreditnehmern emittiert	2.025 ³⁾	—	—	2.025
Schuldverschreibungen und Anleihen	7.236 ³⁾	33.576	44.232	85.044
von öffentlichen Kreditnehmern emittiert	3.196 ³⁾	10.578 ³⁾	29.287 ³⁾	43.061
von anderen Kreditnehmern emittiert	4.040 ³⁾	22.998 ³⁾	14.945 ³⁾	41.983
Aktien, andere eigenkapitalbezogene Wertpapiere und Anteile an Investmentfonds ¹⁾	—	—	—	1.299
Beteiligungen ¹⁾	—	—	—	138
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen ¹⁾	—	—	—	157
Derivate (positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten) ²⁾	—	—	—	6.057
Gesamt				<u>95.199³⁾</u>

¹⁾ Es handelt sich um Finanzinstrumente ohne Fälligkeit bzw. sind Information zu den Laufzeiten dieser Instrumente in den Handelsaktiva bzw. Finanzanlagen nicht verfügbar.

²⁾ Restlaufzeiten der Nominalbeträge von Derivaten können Note 78 (Derivative Geschäfte) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012 entnommen werden.

³⁾ Ungeprüft.

Forderungen und Kredite

Forderungen

Die nachstehende Tabelle bildet Details der Kundenforderungen anhand des Sitzes des Kunden zum jeweiligen Zeitpunkt ab. Kredite grenzt der COMMERZBANK-Konzern gegenüber den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden dahingehend ab, dass als Kredite nur solche Forderungen gezeigt werden, für die besondere Kreditvereinbarungen mit den Kreditnehmern geschlossen wurden. Damit werden z.B. Geldhandelsgeschäfte mit Banken und Repo-Geschäfte nicht als Kredite ausgewiesen. In den Krediten an Kunden sind auch Wechselkredite enthalten.

	Forderungen zum 31. Dezember				
	2008	2009	2010	2011	2012
(geprüft, soweit nicht anders angegeben) (in Mio. EUR)					
Die Forderungen gliedern sich in folgende wesentliche Arten					
Forderungen an Kreditinstitute¹⁾					
Inland	29.504	32.331	33.403	26.721	25.685
Ausland	33.731	74.878	77.553	61.311	62.449
Forderungen an Kreditinstitute Gesamt	63.235	107.209	110.956	88.032	88.134
Forderungen an Kunden²⁾					
<i>Öffentliche Haushalte Inland</i>	45.917	37.256	35.574	25.707	23.795
<i>Inländische Firmenkunden</i>					
Hypotheken- und dinglich besicherte Forderungen	32.034 ³⁾	34.696 ³⁾	32.509 ³⁾	28.199 ³⁾	23.236 ³⁾
Andere Forderungen	41.886 ³⁾	63.454 ³⁾	64.808 ³⁾	70.677 ³⁾	64.296 ³⁾
<i>Inländische Privatkunden</i>					
Hypotheken- und dinglich besicherte Forderungen	41.820 ³⁾	52.173 ³⁾	46.056 ³⁾	39.060 ³⁾	32.845 ³⁾
Andere Forderungen	18.464 ³⁾	30.408 ³⁾	28.743 ³⁾	29.002 ³⁾	31.062 ³⁾
<i>Inländische Forderungen Gesamt</i>	<i>180.121</i>	<i>217.987</i>	<i>207.690</i>	<i>192.645</i>	<i>175.234</i>
<i>Öffentliche Haushalte Ausland</i>	11.596	8.679	8.897	8.795	7.976
<i>Ausländische Firmenkunden</i>					
Hypotheken- und dinglich besicherte Forderungen	39.828 ³⁾	47.919 ³⁾	49.076 ³⁾	43.955 ³⁾	37.234 ³⁾
Andere Forderungen	50.660 ³⁾	77.498 ³⁾	60.788 ³⁾	48.624 ³⁾	55.024 ³⁾
<i>Ausländische Privatkunden</i>					
Hypotheken- und dinglich besicherte Forderungen	3.353 ³⁾	5.116 ³⁾	6.674 ³⁾	6.733 ³⁾	7.119 ³⁾
Andere Forderungen	4.590 ³⁾	4.284 ³⁾	3.747 ³⁾	3.747 ³⁾	3.613 ³⁾
<i>Ausländische Forderungen Gesamt</i>	<i>110.027</i>	<i>143.496</i>	<i>129.182</i>	<i>111.854</i>	<i>110.966</i>
Forderungen an Kunden Gesamt	290.148	361.483	336.872	304.499	286.200
Forderungen Gesamt (brutto)	353.383³⁾	468.692³⁾	447.828³⁾	392.531³⁾	374.334³⁾
Inländische und ausländische Forderungen setzen sich wie folgt zusammen					
Inländische Forderungen					
Forderungen an Kreditinstitute	29.504	32.331	33.403	26.721	25.685
Öffentliche Haushalte	45.917	37.256	35.574	25.707	23.795
Hypotheken- und dinglich besicherte Forderungen	73.854 ³⁾	86.869 ³⁾	78.565 ³⁾	67.259 ³⁾	56.081 ³⁾
Andere Forderungen	60.350 ³⁾	93.862 ³⁾	93.551 ³⁾	99.679 ³⁾	95.358 ³⁾
Inländische Forderungen Gesamt	209.625³⁾	250.318³⁾	241.093³⁾	219.366³⁾	200.919³⁾
Ausländische Forderungen					
Forderungen an Kreditinstituten	33.731	74.878	77.553	61.311	62.449
Öffentliche Haushalte	11.596	8.679	8.897	8.795	7.976
Hypotheken- und dinglich besicherte Forderungen	43.181 ³⁾	53.035 ³⁾	55.750 ³⁾	50.688 ³⁾	44.353 ³⁾
Andere Forderungen	55.250 ³⁾	81.782 ³⁾	64.535 ³⁾	52.371 ³⁾	58.637 ³⁾
Ausländische Forderungen Gesamt	143.758³⁾	218.374³⁾	206.735³⁾	173.165³⁾	173.415³⁾
Forderungen (brutto) Gesamt	353.383³⁾	468.692³⁾	447.828³⁾	392.531³⁾	374.334³⁾

¹⁾ Der Ausweis der Forderungen an Kreditinstitute erfolgt in der Tabelle vor Abzug der „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“. Siehe Note 47 im Konzernabschluss 2010, Note 46 im Konzernabschluss 2011 und Note 47 im Konzernabschluss 2012.

²⁾ Der Ausweis der Forderungen an Kunden erfolgt in der Tabelle vor Abzug der „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“. Siehe Note 48 im Konzernabschluss 2010, Note 47 im Konzernabschluss 2011 und Note 48 im Konzernabschluss 2012.

³⁾ Ungeprüft.

In der folgenden Tabelle sind die Forderungen beruhend auf dem Sitz und Hauptgeschäftstätigkeit des Kunden abgebildet.

	Forderungen an Kunden¹⁾ zum 31. Dezember				
	2008	2009	2010 (geprüft) (in Mio. EUR)	2011	2012
Forderungen nach Kundengruppen gliedert sich wie folgt					
Kunden in Deutschland					
Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen ...	73.920	98.150	97.316	98.876	87.532
<i>davon Verarbeitendes Gewerbe</i>	14.778	26.674	22.291	20.833	24.037
<i>davon Baugewerbe</i>	2.203	4.146	2.489	2.264	1.165
<i>davon Handel</i>	6.003	8.738	8.845	8.706	7.745
<i>davon Dienstleistungen einschließlich freier Berufe und</i> <i>Übrige</i>	50.936	58.592	63.691	67.073	54.585
Öffentliche Haushalte	45.917	37.256	35.574	25.707	23.795
Übrige Privatkunden	60.284	82.581	74.800	68.062	63.907
Kunden in Deutschland Gesamt	180.121	217.987	207.690	192.645	175.234
Kunden außerhalb Deutschlands					
Firmenkunden und Privatkunden	98.431	134.817	120.285	103.059	102.990
Öffentliche Haushalte	11.596	8.679	8.897	8.795	7.976
Kunden außerhalb Deutschlands Gesamt	110.027	143.496	129.182	111.854	110.966
Kunden Gesamt	290.148	361.483	336.872	304.499	286.200

¹⁾ Ohne Berücksichtigung der Risikovorsorge für Forderungen an Kunden.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Restlaufzeiten der Forderungen zum 31. Dezember 2012 nach Arten der Forderungen sowie nach inländischen und ausländischen Forderungen aufgeschlüsselt. Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und der vertraglichen Fälligkeit der Finanzinstrumente angesehen. Die Fälligkeit bemisst sich nach dem Kündigungsrecht des Kunden, üblicherweise dem Auslaufen der Zinsbindung. Bei Finanzinstrumenten, die in Teilbeträgen gezahlt werden, ist die Restlaufzeit für jeden einzelnen Teilbetrag angesetzt worden.

	Fälligkeit Forderungen¹⁾ zum 31. Dezember 2012			
	Innerhalb 1 Jahres	1-5 Jahre	Über 5 Jahre	Gesamt
	(ungeprüft, soweit nicht anders angegeben) (in Mio. EUR)			
Forderungen nach Arten				
Öffentliche Haushalte	9.610	4.655	17.506	31.771
Forderungen gegenüber Kreditinstituten	79.269	8.125 ²⁾	740 ²⁾	88.134 ²⁾
Hypotheken- und dinglich besicherte Forderungen	25.632	42.435	32.367	100.435
Andere Forderungen	76.970	37.823	39.202	153.994
Gesamt	191.481	93.038	89.815	374.334
Forderungen nach Inland oder Ausland				
Inländische Forderungen				
Öffentliche Haushalte	8.124	3.621	12.050	23.795
Forderungen an Kreditinstitute	21.020	4.081	583	25.685 ²⁾
Hypotheken- und dinglich besicherte Forderungen	12.219	21.217	22.645	56.082
Andere Forderungen	42.564	23.520	29.275	95.357
Inländische Forderungen Gesamt	83.927	52.439	64.553	200.920
Ausländische Forderungen				
Öffentliche Haushalte	1.486	1.034	5.456	7.976
Forderungen an Kreditinstitute	58.249	4.043	157	62.449 ²⁾
Hypotheken- und dinglich besicherte Forderungen	13.413	21.219	9.722	44.354
Andere Forderungen	34.405	14.303	9.928	58.636
Ausländische Forderungen Gesamt	107.553	40.599	25.263	173.414
Gesamt	191.481	93.038	89.815	374.334

¹⁾ Ohne Berücksichtigung der Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstituten oder Forderungen an Kunden.

²⁾ Geprüft.

Die nachstehende Tabelle stellt nach Buchwert die Kreditrisiken im Bereich der Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen sowie die Aufteilung nach Sitz und Hauptgeschäftstätigkeit des Kunden dar.

	Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen zum 31. Dezember		
	2010	2011	2012
	(geprüft) (in Mio. EUR)		
Eventualverbindlichkeiten			
aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	3	1	5
aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	38.087	37.160	35.783
<i>Kreditbürgschaften</i>	3.632	3.085	2.148
<i>Sonstige Bürgschaften</i>	27.256	26.368	25.169
<i>Akkreditive</i>	6.939	7.274	8.051
<i>Sonstige Gewährleistungen</i>	260	433	415
Sonstige Verpflichtungen	6	56	49
Eventualverbindlichkeiten Gesamt	<u>38.096</u>	<u>37.217</u>	<u>35.837</u>
Unwiderrufliche Kreditzusagen			
Buchkredite an Kreditinstitute	1.442	1.332	1.369
Buchkredite an Kunden	56.058	51.121	47.119
Avalkredite	3.016	1.429	1.025
Akkreditive	50	29	234
Unwiderrufliche Kreditzusagen Gesamt	<u>60.566</u>	<u>53.911</u>	<u>49.747</u>
Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen Gesamt	<u>98.662</u>	<u>91.128</u>	<u>85.584</u>
Kunden und Kreditinstitute in Deutschland			
Kreditinstitute	1.374	749	459
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	42.811	39.769	34.981
<i>Verarbeitendes Gewerbe</i>	15.082	10.939	21.365
<i>Baugewerbe</i>	1.769	1.091	1.796
<i>Handel</i>	3.239	4.217	4.509
<i>Dienstleistungen einschl. freie Berufe und Übrige</i>	22.721	23.522	7.311
Öffentliche Haushalte	379	67	79
Übrige Privatkunden	1.860	2.703	3.879
Kunden und Kreditinstitute in Deutschland Gesamt	<u>46.424</u>	<u>43.288</u>	<u>39.398</u>
Kunden und Kreditinstitute außerhalb Deutschlands			
Kreditinstitute	9.102	9.906	10.873
Firmen- und Privatkunden	43.051	37.691	35.370
Öffentliche Haushalte	641	694	231
Kunden und Kreditinstitute außerhalb Deutschlands Gesamt	<u>52.794</u>	<u>48.291</u>	<u>46.474</u>
abzüglich Rückstellungen	(556)	(451)	(288)
Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen Gesamt	<u>98.662</u>	<u>91.128</u>	<u>85.584</u>

Risk Elements

Die nachfolgenden sechs Tabellen in den Abschnitten „—Adressenausfallrisiken“ und „—Adressenausfallrisiken aus derivativen Positionen“ sind dem Offenlegungsbericht 2012 der COMMERZBANK („**Offenlegungsbericht**“) entnommen worden, durch den die COMMERZBANK gemäß § 10a Abs. 1 Satz 1 KWG die aufsichtsrechtlichen Offenlegungsanforderungen nach § 26a Abs. 1 KWG in Verbindung mit §§ 319 bis 337 SolvV zum Stichtag 31. Dezember 2012 umgesetzt hat.

Die Darstellungen in den genannten Abschnitten beziehen sich somit auf den aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis. Dieser umfasst nur die Gruppenunternehmen, die Bank- und andere Finanzgeschäfte tätigen. Er setzt sich gemäß § 10a KWG aus einem Institut im Inland (übergeordnetes Unternehmen) und

dessen nachgeordneten Unternehmen (gruppenangehörige Unternehmen) zusammen. Durch die aufsichtsrechtliche Konsolidierung soll sichergestellt werden, dass eine Mehrfachnutzung von faktisch nur einmal vorhandenen Eigenmitteln durch Tochterunternehmen der Finanzbranche verhindert wird. Im Gegensatz dazu setzt sich der IFRS-Konsolidierungskreis aus allen beherrschten Unternehmen zusammen. Ferner wurden in Übereinstimmung mit dem in § 26a Abs. 2 KWG i.V.m. § 320 Abs. 1 SolvV genannten Wesentlichkeitsgrundsatz nur die größten Einheiten innerhalb der COMMERZBANK-Gruppe einbezogen, in diesem Fall die folgenden sechs Gesellschaften, durch die insgesamt über 95% der gesamten Eigenmittelanforderungen der COMMERZBANK-Gruppe abgedeckt sind:

- COMMERZBANK AG,
- BRE Bank SA,
- comdirect bank AG,
- Commerz Real AG,
- Erste Europäische Pfandbrief- und Kommunalkreditbank AG in Luxemburg und
- Hypothekenbank Frankfurt AG.

Sämtliche Angaben in den nachfolgenden sechs Tabellen beziehen sich also auf die genannten sechs Gruppeneinheiten und das Jahr 2012. Für ausgewählte quantitative Angaben werden zusätzlich Vergleichswerte für 2011 angegeben.

Adressenausfallrisiken

Im Folgenden wird ein Überblick über das gesamte, mit Adressenausfallrisiken behaftete Portfolio mit einer Bemessungsgrundlage in Höhe von EUR 537 Mrd. gegeben. Bei den bilanziellen Positionen wird zwischen dem Kreditgeschäft und Wertpapieren unterschieden. Außerbilanzielle Positionen, zum Beispiel Kreditzusagen oder gestellte Gewährleistungen, andere, nicht derivative außerbilanzielle Aktiva und derivative Instrumente werden gesondert ausgewiesen.

Dargestellt wird die Summe der KSA- und IRBA-Positionen mit ihrer Bemessungsgrundlage gemäß §§ 49 und 100 SolvV. Die IRBA-Bemessungsgrundlage stellt bei Krediten die Inanspruchnahme des Kunden dar. Falls auf die Position gegenüber dem Kunden Wertberichtigungen gebildet wurden, sind diese – im Gegensatz zu dem nach handelsrechtlichen Bestimmungen gemäß IFRS ermittelten Forderungsvolumen – nicht abgesetzt. Bei außerbilanziellen Positionen ist es der dem Kunden zugesagte, jedoch noch nicht in Anspruch genommene Betrag. Eine Gewichtung mit dem Konversionsfaktor erfolgt nicht. Bei Wertpapieren ermittelt sich die IRBA-Bemessungsgrundlage aus dem höheren Wert der Anschaffungskosten oder der Summe aus Buchwert und adressrisikobezogenen Abschreibungen. Bei derivativen Positionen wird der Kreditäquivalenzbetrag gemäß § 17 in Verbindung mit §§ 18 ff. SolvV angesetzt. Die KSA-Bemessungsgrundlage ermittelt sich aus dem IFRS-Buchwert der Positionen unter Berücksichtigung der Wertberichtigungen aus dem letzten festgestellten Jahresabschluss. Die Bemessungsgrundlage beinhaltet alle mit Kreditrisiken behafteten Positionen, unabhängig davon, ob die Positionen im Anlage- oder Handelsbuch geführt werden.

Effektiv verbriefte Positionen sind in den folgenden Tabellen nicht enthalten. Als effektiv verbrieft gelten, in Einklang mit § 232 SolvV Positionen, bei denen ein effektiver und wirksamer Risikotransfer stattgefunden hat. Dies gilt unabhängig davon, ob es sich um traditionell oder synthetisch verbrieft Positionen handelt. Es werden auch keine Verbriefungspositionen aus der Investoren- oder Sponsorenfunktion der in die Offenlegung einbezogenen Gruppengesellschaften dargestellt, diese werden aufgrund ihrer besonderen Bedeutung im gesonderten Kapitel Verbriefungen ausgewiesen.

Sonstige kreditunabhängige Aktiva bzw. sonstige Positionen werden nur ausgewiesen, wenn sie Forderungscharakter haben. Dies beinhaltet im Wesentlichen in Einzug befindliche Werte und aktive Rechnungsabgrenzungsposten. Die zum größten Teil aus Sachanlagen bestehenden weiteren sonstigen kreditunabhängigen Aktiva bzw. sonstigen Positionen ohne Forderungscharakter sind in den nachfolgenden Tabellen nicht aufgeführt. Es werden ausschließlich mit Kreditrisiken behaftete Positionen ausgewiesen.

Bemessungsgrundlage nach Forderungsklassen (ungeprüft) (in Mio. EUR)	Bilanzielle Geschäfte		Außerbilanzielle Geschäfte			Gesamt 2012	Gesamt 2011
	Kredite	Wertpapiere	Zusagen	Derivate	Avale u. Sonstige		
KSA							
Zentralregierungen	14.228	14.455	224	2.557	5	31.470	25.980
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	18.915	10.252	1.318	1.539	29	32.053	35.530
Sonstige öffentliche Stellen	8.752	3.244	325	2.723	4	15.048	10.839
Multilaterale							
Entwicklungsbanken	10	109	10	0	0	129	40
Internationale Organisationen (i.S.d. SolvV)	25	70	0	0	0	95	169
Institute	4.254	1.365	118	2.001	17	7.756	15.655
Von Kreditinstituten gedeckte Schuldverschreibungen	0	130	0	0	0	130	314
Unternehmen	10.864	4.481	1.822	775	1.722	19.664	41.238
Mengengeschäft	8.074	0	17.552	60	324	26.010	29.040
Durch Immobilien besicherte Positionen	6.398	0	69	29	29	6.525	10.660
Investmentanteile	318	4.203	0	0	0	4.522	3.359
Sonstige Positionen	1.132	114	1	0	0	1.248	2.470
Überfällige Positionen	1.981	0	18	1	25	2.026	4.074
Gesamt KSA	<u>74.952</u>	<u>38.424</u>	<u>21.460</u>	<u>9.686</u>	<u>2.155</u>	<u>146.677</u>	<u>179.369</u>
IRBA							
Zentralregierungen	13.249	7.700	238	667	676	22.529	19.842
Institute	27.388	24.289	1.885	9.199	9.502	72.263	81.682
Mengengeschäft: Unterklasse grundpf. besicherte IRBA- Positionen	50.148	0	1.116	0	0	51.264	45.962
Mengengeschäft: Unterklasse sonstige IRBA-Positionen	11.125	0	6.692	97	665	18.578	20.248
Mengengeschäft: Unterklasse qualifizierte revolvingende IRBA- Positionen	0	0	0	0	0	1	1
Unternehmen	123.446	1.840	60.915	12.023	25.744	223.968	239.568
Sonstige kreditunabhängige Aktiva	1.719	272	0	0	0	1.991	894
Gesamt IRBA	<u>227.075</u>	<u>34.100</u>	<u>70.846</u>	<u>21.986</u>	<u>36.587</u>	<u>390.594</u>	<u>408.196</u>
Gesamt 2012	<u>302.026</u>	<u>72.524</u>	<u>92.306</u>	<u>31.672</u>	<u>38.742</u>	<u>537.270</u>	
Gesamt 2011	<u>330.892</u>	<u>76.889</u>	<u>102.378</u>	<u>37.530</u>	<u>39.875</u>		<u>587.565</u>

Die gewählten Ländercluster entsprechen der für interne Zwecke genutzten Aufteilung der Bemessungsgrundlage auf geografische Gebiete.

Bemessungsgrundlage nach Ländercluster unabhängig von der Segmentzuordnung (ungeprüft) (in Mio. EUR)	Bilanzielle Geschäfte		Außerbilanzielle Geschäfte			Gesamt 2012	Gesamt 2011
	Kredite	Wert- papiere	Zusagen	Derivate	Avale u. Sonstige		
Deutschland	172.895	24.935	62.416	11.004	18.323	289.574	310.238
Westeuropa (ohne Deutschland)	54.241	33.928	17.646	16.545	9.382	131.741	146.478
Mittel- und Osteuropa	36.470	2.434	4.454	527	2.077	45.961	51.640
<i>davon Polen</i>	26.208	807	3.385	238	522	31.160	29.718
Nord- und Südamerika	22.760	6.071	5.202	2.063	2.420	38.517	45.326
<i>davon USA</i>	13.816	3.283	4.530	1.751	1.167	24.547	28.566
Asien	10.330	2.011	2.032	893	5.006	20.272	24.149
Sonstige	5.330	3.146	557	640	1.533	11.206	9.734
Gesamt 2012	302.026	72.524	92.306	31.672	38.742	537.270	
Gesamt 2011	330.892	76.889	102.378	37.530	39.875		587.565

Die Branchengliederung basiert auf einer intern genutzten Systematik der Bundesbank. Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit wurde die Bemessungsgrundlage auf die Branchen verdichtet, deren Volumen mehr als EUR 10 Mrd. beträgt. Branchen mit einem unter diesem Schwellenwert liegenden Volumen werden zu der Position „Sonstige“ zusammengefasst.

Bemessungsgrundlage nach Branchen (ungeprüft) (in Mio. EUR)	Bilanzielle Geschäfte		Außerbilanzielle Geschäfte			Gesamt 2012	Gesamt 2011
	Kredite	Wert- papiere	Zusagen	Derivate	Avale u. Sonstige		
Kredit- und Versicherungsgewerbe ...	51.362	33.610	6.996	17.579	14.757	124.303	140.259
<i>davon Banken</i>	40.968	25.995	1.396	11.554	10.073	89.985	
<i>davon Versicherungen</i>	1.286	25	1.965	1.627	2.233	7.136	
<i>davon sonstige Institute der Finanzbranche</i>	9.107	7.590	3.636	4.398	2.451	27.182	
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	42.433	35.516	1.804	4.499	22	84.272	83.445
Verarbeitendes Gewerbe	30.609	323	33.719	2.344	12.831	79.826	87.270
Private Haushalte	56.680	0	17.893	77	140	74.790	79.631
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung wirtschaftlicher Dienstleistungen	56.586	55	5.694	3.409	1.465	67.209	81.070
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	24.303	800	4.872	1.398	1.169	32.542	36.885
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	12.173	0	10.075	549	2.790	25.586	25.143
Energie- und Wasserversorgung	7.563	1.149	4.451	1.007	2.761	16.931	18.069
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	7.919	22	1.497	276	483	10.197	10.204
Sonstige	12.399	1.049	5.307	535	2.324	21.615	25.589
Gesamt 2012	302.026	72.524	92.306	31.672	38.742	537.270	
Gesamt 2011	330.892	76.889	102.378	37.530	39.875		587.565

Die Gliederung nach Restlaufzeiten erfolgt nach der Fristigkeit und verdeutlicht den Schwerpunkt auf eher langfristigen Finanzierungen sowie täglich fälligen Forderungen. Täglich fällige Forderungen umfassen B.a.w.-Geschäfte, Overnight-Geschäfte und jederzeit kündbare Kreditlinien.

Bemessungsgrundlage nach Restlaufzeiten (ungeprüft) (in Mio. EUR)	Bilanzielle Geschäfte		Außerbilanzielle Geschäfte			Gesamt 2012	Gesamt 2011
	Kredite	Wert-papiere	Zusagen	Derivate	Avale u. Sonstige		
täglich fällig	42.265	683	53.070	1.286	15.944	113.249	109.286
> 1 Tag bis 3 Monate	27.437	2.179	2.031	3.148	6.135	40.930	45.285
> 3 Monate bis 1 Jahr	30.377	3.658	9.228	3.066	6.738	53.068	58.721
> 1 Jahr bis 5 Jahre	72.207	29.949	26.322	8.305	5.382	142.166	164.419
über 5 Jahre	129.740	36.056	1.654	15.867	4.542	187.859	209.853
Gesamt 2012	302.026	72.524	92.306	31.672	38.742	537.270	
Gesamt 2011	330.892	76.889	102.378	37.530	39.875		587.565

Adressenausfallrisiken aus derivativen Positionen

Aus derivativen Positionen entstehen neben Marktrisiken auch Adressenausfallrisiken, wenn eine Forderung gegenüber dem Kontrahenten in Form von positiven Marktwerten entsteht. Zudem betrachtet die COMMERZBANK das sogenannte „Wrong Way Risk“. Dieses tritt auf, wenn das Exposure eines Kontrahenten negativ mit der Kreditqualität des Kontrahenten korreliert ist; damit ist Wrong Way Risk eine zusätzliche Risikoquelle, da das Exposure traditionell unabhängig von der Kreditwürdigkeit des Kontrahenten gemessen wird. Die in den folgenden Tabellen dargestellten derivativen Positionen enthalten keine Verbriefungspositionen im Sinne der SolV, da diese im Kapitel Verbriefungen dargestellt werden. Dies bedeutet insbesondere, dass mit Verbriefungs-Zweckgesellschaften abgeschlossene Zins- und Währungsswaps oder Kreditderivate nicht einbezogen sind.

Positive Wiederbeschaffungswerte nach Risikoart vor/nach Aufrechnung/Sicherheiten (ungeprüft) (in Mio. EUR)

	2011	2012
Zinsrisiko	304.758	255.137
Währungsrisiko	17.751	13.519
Aktienrisiko	2.333	1.642
Edelmetall	92	59
Rohwarenrisiko	273	244
Kreditderivate	3.962	1.972
Gestellte Sicherheiten	24.808	21.619
Wiederbeschaffungswerte vor Aufrechnung/Sicherheiten	353.977	294.193
Aufrechnungsmöglichkeiten	315.909	261.324
Anrechenbare Sicherheiten	10.382	14.318
Wiederbeschaffungswerte nach Aufrechnung/Sicherheiten	27.686	18.552

Die in der Tabelle aufgeführten positiven Marktwerte sind die Aufwendungen, die der COMMERZBANK für den Ersatz der ursprünglich geschlossenen Kontrakte durch wirtschaftlich gleichwertige Geschäfte entstehen würden. Ein positiver Marktwert gibt damit aus Sicht der Bank das maximale, potenzielle kontrahentenbezogene Adressenausfallrisiko an. Der positive Marktwert wird im aufsichtsrechtlichen Sinne als Wiedereindeckungsaufwand verstanden. Die in der Tabelle dargestellten Beträge stellen die positiven Wiederbeschaffungswerte vor der Berücksichtigung von anrechenbaren Sicherheiten und der Ausübung von Aufrechnungsvereinbarungen dar. Die Wiederbeschaffungswerte sind nach Risikoarten der vorhandenen Kontrakte gegliedert. Die für derivative Positionen gestellten Sicherheiten werden als separate Risikoart dargestellt, da sie nicht einzelnen anderen Risikoarten zuzuordnen sind.

Aufteilung des Kreditderivategeschäfts

Art der Kreditderivate Nominalwert (ungeprüft) (in Mio. EUR)	Anlagebuch		Handelsbuch	
	Kaufposition	Verkaufsposition	Kaufposition	Verkaufsposition
Credit Default Swap	4.849	4.408	59.781	59.315
Total Return Swap	0	0	3.264	0
Gesamt 2012	4.849	4.408	63.045	59.315
Gesamt 2011	10.424	2.984	76.329	78.953

Informationen zu Kreditausfällen

Die nachstehende Tabelle bildet die Risikovorsorge im Kreditgeschäft des COMMERZBANK-Konzerns im Zeitraum der fünf Jahre vor dem 31. Dezember 2012 ab. Im Gegensatz zu den vorangehenden sechs Tabellen beruhen die Beträge in der nachstehenden Tabelle auf der bilanziellen Risikovorsorge nach IFRS. Die Höhe der Wertberichtigung entspricht der Differenz zwischen dem (bilanziellen) Buchwert des Kredites abzüglich des Barwerts erwarteter Rückflüsse.

	Risikovorsorge				
	2008	2009	2010	2011	2012
	(geprüft, soweit nicht anders angegeben) (in Mio. EUR)				
Stand zum 1. Januar	6.407	6.045	10.451	10.072	8.663
Zuführung	2.839	5.305	4.440	3.467	3.133
Abgänge	3.130 ¹⁾	3.459 ¹⁾	4.845 ¹⁾	4.625 ¹⁾	3.188 ¹⁾
<i>Verbrauch</i>	1.550	2.144	2.638	2.136	1.479
<i>Auflösung</i>	1.580	1.315	2.207	2.489	1.709
Veränderungen im Konsolidierungskreis	31	2.703	—	(54)	(406)
Wechselkursänderungen /Umbuchung	(102)	(143)	26	(197)	(110)
Stand zum 31. Dezember	6.045	10.451	10.072	8.663	8.092

¹⁾ Ungeprüft.

Die Risikovorsorge für Adressenrisiken nach Kundengruppe gliedert sich wie folgt. Die Beträge beruhen auf der bilanziellen Risikovorsorge nach IFRS.

	Einzelwert- berichtigungen und Rückstellungen für das Kreditgeschäft		Kreditausfälle¹⁾		Nettozuführung²⁾ zu den Wert- berichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft	
	2011	2012	2011	2012	2011	2012
	(geprüft) (in Mio. EUR)		(geprüft) (in Mio. EUR)		(geprüft) (in Mio. EUR)	
Kunden in Deutschland	3.613	3.285	1.652	1.092	667	616
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	2.733	2.638	889	605	523	495
<i>Verarbeitendes Gewerbe</i>	844	781	239	184	109	(17)
<i>Baugewerbe</i>	48	48	75	12	(6)	7
<i>Handel</i>	245	205	101	75	74	19
<i>Dienstleistungen einschl. freier Berufe und Übrige</i>	1.596	1.604	474	334	346	486
Übrige Privatkunden	880	647	763	487	144	121
Kunden außerhalb Deutschlands	4.033	3.851	1.011	744	832	935
Firmenkunden und Privatkunden	4.019	3.849	1.011	744	831	933
Öffentliche Haushalte	14	2	—	0	1	2
Risikovorsorge Kunden Gesamt	7.646	7.136	2.663	1.836	1.499	1.551
Kreditinstitute in Deutschland	(37)	0	—	0	(126)	(58)
Kreditinstitute außerhalb Deutschlands	106	69	60	99	(24)	(11)
Risikovorsorge Kreditinstitute Gesamt ..	69	69	60	99	(150)	(69)
Gesamt	7.715	7.205	2.723	1.935	1.349	1.482

¹⁾ Direktabschreibungen, Verbrauch von Wertberichtigungen und Verbrauch von Rückstellungen im Kreditgeschäft.

²⁾ Zuführung abzüglich Auflösung.

	Kennziffern zur Kreditrisikovorsorge				
	2008	2009	2010 (geprüft) (in %)	2011	2012
Zuführungsquote ¹⁾	0,59	1,13	0,71	0,44	0,57
Ausfallquote ²⁾	0,68	0,63	0,82	0,81	0,59
Bestandsquote ³⁾	1,92	2,80	2,85	2,74	2,79

¹⁾ Nettorisikovorsorge (Neubildung abzüglich Auflösung von Wertberichtigungen und Rückstellungen für im Kreditgeschäft zuzüglich des Saldos aus Direktabschreibungen, Zuschreibungen und Eingängen auf bereits abgeschriebene Forderungen) in Relation zum Kreditvolumen.

²⁾ Kreditausfälle (Verbrauch von Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft zuzüglich des Saldos aus Direktabschreibungen, Zuschreibungen und Eingängen auf bereits abgeschriebene Forderungen) in Relation zum Kreditvolumen.

³⁾ Risikovorsorgebestand (Bestand an Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft) in Relation zum Kreditvolumen).

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Höhe der Risikovorsorge im Kreditgeschäft nach Kategorien.

	Zum 31. Dezember				
	2008	2009	2010	2011	2012
	(geprüft, soweit nicht anders angegeben) (in Mio. EUR)				
<i>Risikovorsorge für bilanzielle Forderungen:</i>					
Forderungen an Kreditinstitute	266	520	340	242	106
Forderungen an Kunden	5.333	9.289	9.117	7.913	7.654
<i>Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte:</i>					
Avale, Indossamentsverbindlichkeiten, Kreditzusagen	446	642	615	508	332
Gesamt	6.045	10.451	10.072	8.663	8.092
Kunden/Kreditinstitute in Deutschland¹⁾					
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige					
Privatpersonen	3.023	3.620	2.889	2.733	2.638
Verarbeitendes Gewerbe	682	1.052	901	844	781
Baugewerbe	250	241	113	48	48
Handel	264	318	249	245	205
Dienstleistungen einschließlich freier Berufe und Übrige	1.827	2.009	1.626	1.596	1.604
Übrige Privatkunden	627	832	1.305	880	647
Kreditinstitute	14	14	82	(37)	—
Kunden/Kreditinstitute in Deutschland Gesamt	3.664²⁾	4.466²⁾	4.276²⁾	3.576²⁾	3.285²⁾
Kunden/Kreditinstitute außerhalb Deutschlands¹⁾					
Firmenkunden und Privatkunden	1.128	3.776	4.235	4.019	3.849
Öffentliche Haushalte	—	—	8	14	2
Kreditinstitute	219	467	226	106	69
Kunden/Kreditinstitute außerhalb Deutschlands Gesamt	1.347²⁾	4.243²⁾	4.469²⁾	4.139²⁾	3.920²⁾
Gesamt¹⁾	5.011	8.709	8.745	7.715	7.205
Portfoliowertberichtigungen	—	—	1.327	948	887
Risikovorsorge Gesamt	—	—	10.072	8.663	8.092

¹⁾ Ausschließlich Wertberichtigungen und Rückstellungen für Einzelrisiken.

²⁾ Ungeprüft.

Die nachfolgende Tabelle zeigt Risikovorsorge im Kreditgeschäft als Prozentsatz der Summe von Forderungen und Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen.

	<u>2010</u>	<u>2011</u>	<u>2012</u>
	(ungeprüft)		
	(in %)		
Kunden			
Kunden in Deutschland¹⁾			
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	2,1	2,0	2,2
Verarbeitendes Gewerbe	2,4	2,7	1,7
Baugewerbe	2,7	1,4	1,6
Handel	2,1	1,9	1,7
Dienstleistungen einschließlich freier Berufe und Übrige	1,9	1,8	2,6
Übrige Privatkunden	1,7	1,2	1,0
Öffentliche Haushalte	0,0	0,0	0,0
Durchschnitt Kunden in Deutschland	1,7	1,5	1,5
Kunden außerhalb Deutschlands¹⁾			
Firmenkunden und Privatkunden	2,6	2,9	2,8
Öffentliche Haushalte	0,1	0,1	0,0
Durchschnitt Kunden außerhalb Deutschlands	2,5	2,7	2,6
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden Gesamt	2,0	2,0	2,0
Kreditinstitute¹⁾			
Kreditinstitute in Deutschland	0,2	(0,1)	0,0
Kreditinstitute außerhalb Deutschlands	0,3	0,1	0,1
Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute Gesamt	0,3	0,1	0,1
Gesamt¹⁾	1,6	1,6	1,6

¹⁾ Ausschließlich Wertberichtigungen und Rückstellungen für Einzelrisiken.

Einlagen

Die folgende Tabelle zeigt die (monatlich) durchschnittlichen Beträge der Verbindlichkeiten (Einlagen) anhand bestimmter Kategorien von Einlagen, die mehr als 10% der monatlich durchschnittlichen Gesamteinlagen betragen.

	Durchschnittliche Beträge		
	<u>2010</u>	<u>2011</u>	<u>2012</u>
	(ungeprüft)		
	(in Mio. EUR)		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
Sichteinlagen	51.961	47.117	43.574
Termineinlagen	37.885	31.106	47.948
Sonstige Einlagen	52.267	46.949	38.098
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten Gesamt	142.113	125.172	129.620
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
Sichteinlagen	124.959	127.366	123.946
Spareinlagen	6.881	6.874	11.044
Termineinlagen	45.800	41.915	47.292
Sonstige Einlagen	93.648	85.154	83.374
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden Gesamt	271.288	261.309	265.656
Gesamt	413.401	386.481	395.276

In der nachfolgenden Tabelle sind die Laufzeiten der Verbindlichkeiten des COMMERZBANK-Konzerns zum 31. Dezember 2012 gegenüber Kreditinstituten und Kunden abgebildet. Die Gesamteinlagen zum 31. Dezember 2012 in dieser Tabelle ist der Ist-Betrag zum Bilanzstichtag, im Vergleich zur vorangegangenen Tabelle, die auf durchschnittlichen Werten basiert.

	Fälligkeiten Einlagen			
	Inner- halb 1 Jahres	1-5 Jahre	Über 5 Jahre	Gesamt
	(ungeprüft, soweit nicht anders angegeben) (in Mio. EUR)			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
Sichteinlagen	43.089	—	—	43.089 ¹⁾
Termineinlagen	15.794	21.035	2.300	39.129
Sonstige Einlagen	11.257	6.362	10.405	28.024
Gesamt (Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten)	70.140	27.397	12.705	110.242¹⁾
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
Sichteinlagen	142.377	—	—	142.377 ¹⁾
Spareinlagen	12.809	80	71	12.960 ¹⁾
Termineinlagen	38.912	4.346	467	43.725
Sonstige Einlagen	26.253	11.703	28.824	66.780
Gesamt (Verbindlichkeiten gegenüber Kunden)	220.351	16.129	29.362	265.842¹⁾
Gesamt	290.491	43.526	42.067	376.084

¹⁾ Geprüft.

Eigenkapitalrendite

Die nachstehende Tabelle zeigt Informationen über die Eigenkapitalrendite des COMMERZBANK-Konzerns.

	Eigenkapitalrendite zum 31. Dezember		
	2010	2011	2012
	(ungeprüft, soweit nicht anders angegeben)		
Eigenkapitalrendite basierend auf der durchschnittlichen Bilanzsumme¹⁾			
vor Steuern	0,16%	0,07%	0,13%
nach Steuern	0,17%	0,10%	0,02%
Eigenkapitalrendite basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital²⁾			
vor Steuern	4,84%	1,85%	3,38%
nach Steuern	5,33%	2,72%	0,41%
Kapitalquoten³⁾			
Kernkapitalquote	11,90% ⁵⁾	11,10% ⁵⁾	13,10% ⁵⁾
Gesamtkapitalquote	15,30% ⁵⁾	15,50% ⁵⁾	17,80% ⁵⁾
Durchschnittliches Eigenkapital / durchschnittliche Bilanzsumme	3,24%	3,83%	3,90%
Dividende je Aktie	EUR 0	EUR 0	EUR 0
Dividende in % des unverwässerten Ergebnisses je Aktie⁴⁾	0,00%	0,00%	0,00%

¹⁾ Konzernergebnis geteilt durch durchschnittliche Bilanzsumme.

²⁾ Konzernergebnis geteilt durch durchschnittliches bilanzielles Eigenkapital.

³⁾ Regulatorisches Kapital geteilt durch risikotragende Aktiva.

⁴⁾ Angekündigte Dividende geteilt durch Konzernergebnis.

⁵⁾ Geprüft.

Echte Pensionsgeschäfte (Repo- und Reverse-Repos-Geschäfte), Wertpapierleihgeschäfte sowie erhaltene und gezahlte Sicherheitsleistungen und Geldmarktpapiere

Im Rahmen echter Pensionsgeschäfte verkauft beziehungsweise kauft der COMMERZBANK-Konzern Wertpapiere mit einer Rücknahmeverpflichtung beziehungsweise Rückgabeverpflichtung. Die erhaltenen Gegenwerte aus Pensionsgeschäften, bei denen der COMMERZBANK-Konzern Pensionsgeber ist

(Rücknahmeverpflichtung der Wertpapiere), werden als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder Kunden bilanziert.

Im Rahmen von Wertpapierleihgeschäften kann das Bonitätsrisiko des Kontrahenten durch die Stellung von Sicherheiten unter anderem in Form von Liquidität vermieden werden. Die Stellung von Sicherheiten für ein Leihgeschäft wird als „Cash Collateral Out“ (gezahlte Sicherheitsleistung) und der Erhalt von Sicherheiten als „Cash Collateral In“ (erhaltene Sicherheitsleistungen) bezeichnet. Darüber hinaus werden „Cash Collateral Out“ im Zusammenhang mit Derivategeschäften als Sicherheiten hinterlegt.

Die begebenen Geldmarktpapiere wurden in dem Geschäftsjahren 2011 nominell zu Zinssätzen zwischen 0,002% bis 6,55% sowie in dem Geschäftsjahren 2010 nominell zu Zinssätzen zwischen 0,02% bis 5,45% verzinst. Für das Geschäftsjahr 2012 wurden diese Angaben wegen Unwesentlichkeit nicht mehr erhoben.

Eine Analyse der Werte ist im Folgenden dargestellt.

	Echte Pensionsgeschäfte, Wertpapierleihegeschäft und Geldmarktpapiere zum 31. Dezember		
	2010	2011	2012
	(geprüft, soweit nicht anders angegeben) (in Mio. EUR, außer %)		
Bei Repogeschäften in Pension gegebene Wertpapiere			
<i>Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsgeber (Repo-Agreements)</i>			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	28.481	9.164	9.147
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13.923	20.529	27.715
<i>Erhaltene Sicherheitsleistungen</i>			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15.535	9.821	14.703
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.183	7.680	4.282
Gesamt	62.122	47.194	55.847
Maximaler Wert zum Monatsende	99.580 ¹⁾	87.049 ¹⁾	83.238 ¹⁾
Durchschnittlicher ausstehender Wert im Jahr	70.969 ¹⁾	71.155 ¹⁾	68.687 ¹⁾
Begebene Geldmarktpapiere	15.024	5.224	466
Maximaler Wert zum Monatsende	26.000 ¹⁾	15.771 ¹⁾	6.273 ¹⁾
Durchschnittlicher ausstehender Wert im Jahr	21.930 ¹⁾	12.655 ¹⁾	3.103 ¹⁾
<i>Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsnehmer (Reverse-Repo-Agreements)</i>			
Forderungen an Kreditinstitute	40.528	24.082	31.956
Forderungen an Kunden	25.148	17.922	25.929
<i>Gezahlte Sicherheitsleistungen</i>			
Forderungen an Kreditinstitute	28.159	27.524	23.905
Forderungen an Kunden	4.815	8.120	7.995
Gesamt	98.650	77.648	89.785
Maximaler Monatsendbestand	130.684 ¹⁾	111.378 ¹⁾	113.541 ¹⁾
Durchschnittlicher ausstehender Wert im Jahr	104.541 ¹⁾	96.201 ¹⁾	101.016 ¹⁾

¹⁾ Ungeprüft.

REGULATORISCHES UMFELD

Einführung

Rechtsgrundlage für die staatliche Aufsicht über die Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns bzw. der zugehörigen Institute und Kapitalanlagegesellschaften in Deutschland sind insbesondere das KWG, das Zahlungsdienstenaufsichtsgesetz („**ZAG**“), das WpHG, das Pfandbriefgesetz, das Investmentgesetz („**InvG**“) und die auf Grundlage dieser Gesetze erlassenen Verordnungen. Das KWG enthält die wesentlichen Grundlagen für die allgemeine Aufsicht über Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (zusammen, „**Institute**“) in Deutschland. Das KWG sowie die zugehörigen Verordnungen, Richtlinien, Rundschreiben und Verlautbarungen setzen u. a. bestimmte auf Kreditinstitute anzuwendende europäische Richtlinien um. Das KWG und das ZAG unterwerfen das Betreiben von Bankgeschäften und die Erbringung von Finanzdienstleistungen und Zahlungsdiensten einer Erlaubnispflicht und regeln, welche aufsichtsrechtlichen Anforderungen Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute und Zahlungsdienstleister beim Betreiben dieser Geschäfte einhalten müssen. Des Weiteren regelt es die Kontrolle von Inhabern bedeutender Beteiligungen an einem Institut mit Sitz in Deutschland. Ergänzend zu den Bestimmungen des KWG findet auf das Pfandbriefgeschäft das Pfandbriefgesetz Anwendung, das die besonderen aufsichtsrechtlichen Anforderungen an das Pfandbriefgeschäft regelt. Ferner enthält das InvG aufsichtsrechtliche und privatrechtliche Vorschriften für Kapitalanlagegesellschaften, die das Investmentgeschäft betreiben. In den nachfolgenden Abschnitten werden ausgewählte Regelungskomplexe des KWG, des Pfandbriefgesetzes sowie des InvG dargestellt.

Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften

Die COMMERZBANK und ihre in Deutschland ansässigen Tochtergesellschaften comdirect bank, Hypothekenbank Frankfurt und ebase besitzen eine Erlaubnis zum Betrieb von Bankgeschäften und zur Erbringung von Finanzdienstleistungen nach dem KWG sowie zur Erbringung von Zahlungsdiensten nach dem ZAG. Die Hypothekenbank Frankfurt besitzt darüber hinaus die Erlaubnis zum Betrieb des Pfandbriefgeschäfts nach dem Pfandbriefgesetz. Die COMMERZBANK besitzt die Erlaubnis zum Betrieb des Pfandbriefgeschäfts in Bezug auf Öffentliche Pfandbriefe und Schiffspfandbriefe nach dem Pfandbriefgesetz.

Die im Folgenden genannten in Deutschland ansässigen Tochtergesellschaften der COMMERZBANK besitzen eine Erlaubnis zur Erbringung von Finanzdienstleistungen nach dem KWG: Commerz Real, Commerz Real Asset Verwaltungsgesellschaft mbH, Commerz Real Mietkauf GmbH, Commerz Real Mobilienleasing GmbH, Commerz Real Autoleasing GmbH, Commerz Real IT-Leasing GmbH, Commerz Real LeasingService GmbH & Co. KG, Commerz Immobilien Vermietungsgesellschaft mbH, ATERNA Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH, BONITAS Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Neustadt Schwaig KG, Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Waltersdorf mbH, MOLMOSA Vermietungsgesellschaft mbH, CommerzFactoring GmbH und WST Broker GmbH.

Darüber hinaus besitzen die beiden Kapitalanlagegesellschaften Commerz Real Investmentgesellschaft mbH und Commerz Real Spezialfondsgesellschaft mbH eine Erlaubnis zum Betrieb des Investmentgeschäfts nach dem InvG.

Bankaufsicht in Deutschland

Überblick

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ist sowohl auf unkonsolidierter Basis (Beaufsichtigung der Institute und Kapitalanlagegesellschaften des COMMERZBANK-Konzerns) als auch auf konsolidierter Basis die zentrale Aufsichtsbehörde für den COMMERZBANK-Konzern. Die BaFin ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, die unter der Rechts- und Fachaufsicht des Bundesministeriums der Finanzen (das „**BMF**“) steht. Sie ist befugt, für in Deutschland tätige Institute Verordnungen sowie Verfügungen für den Einzelfall zu erlassen.

Die BaFin nimmt ihre Funktion als Aufsichtsbehörde in enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank wahr. Eine der wichtigsten Aufgaben der Deutschen Bundesbank ist die sog. laufende Überwachung von Instituten in Deutschland. Diese Überwachung umfasst insbesondere die Erhebung und Analyse von Statistiken und anderen Meldungen von in Deutschland tätigen Instituten sowie die Durchführung und Analyse von aufsichtsrechtlichen Prüfungen im Bereich der Eigenkapitalausstattung und Risikosteuerung.

Im Rahmen ihrer Aufsicht verlangen die BaFin und die Deutsche Bundesbank von Instituten in Deutschland die Übermittlung von umfassenden Informationen, um die Einhaltung der anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen überwachen zu können.

Inhaberkontrollverfahren

Nach dem KWG hat derjenige, der beabsichtigt, allein oder im Zusammenwirken mit anderen Personen oder Unternehmen eine bedeutende Beteiligung an einem Institut zu erwerben (interessierter Erwerber), dies der BaFin und der Deutschen Bundesbank unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Eine bedeutende Beteiligung in diesem Sinne liegt dann vor, wenn unmittelbar oder mittelbar über ein oder mehrere Tochterunternehmen oder ein gleichartiges Verhältnis oder im Zusammenwirken mit anderen Personen oder Unternehmen mindestens 10% des Kapitals oder der Stimmrechte eines Unternehmens im Eigen- oder Fremdinteresse gehalten werden oder wenn auf die Geschäftsführung eines anderen Unternehmens ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann. Eine Anzeigepflicht besteht darüber hinaus auch für denjenigen, der beabsichtigt, allein oder im Zusammenwirken mit anderen Personen oder Unternehmen den Betrag der bedeutenden Beteiligung so zu erhöhen, dass die Schwellen von 20%, 30% oder 50% der Stimmrechte oder des Kapitals erreicht oder überschritten werden oder das Institut unter seine Kontrolle kommt. Eine solche Anzeigepflicht besteht ferner entsprechend für den umgekehrten Fall der Aufgabe der bedeutenden Beteiligung bzw. des Unterschreitens der vorstehend genannten Schwellen.

In der Anzeige hat der interessierte Erwerber insbesondere die für die Höhe der Beteiligung und die für die Begründung des maßgeblichen Einflusses, die Beurteilung seiner Zuverlässigkeit und seiner notwendigen finanziellen Solidität wesentlichen Tatsachen und Unterlagen sowie die Personen oder Unternehmen anzugeben, von denen die entsprechenden Anteile erworben werden sollen. Detaillierte Regelungen hinsichtlich des Inhalts der Anzeige, wie etwa Angaben zur Herkunft der für die Finanzierung des Erwerbs der Beteiligung eingesetzten Mittel und im Falle des Kontrollerwerbs auch zu den mit der Beteiligung verfolgten Zielen und Absichten, sowie des Anzeigeverfahrens finden sich außer im KWG in der Inhaberkontrollverordnung. Die BaFin hat die vom interessierten Erwerber eingereichte Anzeige innerhalb von 60 Arbeitstagen ab dem Datum des Schreibens, mit dem sie den Eingang der vollständigen Anzeige schriftlich bestätigt hat, zu beurteilen (Beurteilungszeitraum). Weitere Informationen können von der BaFin nur in engen sachlichen und zeitlichen Grenzen angefordert werden. Der Beurteilungszeitraum kann u. a. durch die Nachforderungen von Informationen durch die BaFin gehemmt werden. Im Falle einer Hemmung kann der Beurteilungszeitraum auf höchstens 90 Arbeitstage ausgedehnt werden.

Die BaFin kann innerhalb des Beurteilungszeitraums den beabsichtigten Erwerb der bedeutenden Beteiligung oder ihre Erhöhung untersagen. Eine Untersagung darf jedoch nur im Hinblick auf die im KWG abschließend aufgeführten Gründe erfolgen. Auch darf die BaFin weder Vorbedingungen an die Höhe der zu erwerbenden Beteiligung oder der beabsichtigten Erhöhung der Beteiligung stellen noch bei ihrer Prüfung auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Marktes abstellen. Potenzielle Untersagungsgründe umfassen insbesondere die mangelnde Zuverlässigkeit des Anzeigepflichtigen bzw. dessen Managements oder die Nichtgewährleistung einer soliden und umsichtigen Führung des Instituts aus anderen Gründen, die Nichteinhaltung EU-regulatorischer Aufsichtsanforderungen des Instituts, die Nichtgewährleistung einer effektiven Aufsicht über das Institut im Zuge des beabsichtigten Erwerbs, die mangelnde finanzielle Solidität des Anzeigepflichtigen (gemessen an den aufsichtsrechtlichen Eigenmittel- und Liquiditätsanforderungen für Institute), die Unzuverlässigkeit oder mangelnde fachliche Eignung der künftigen Geschäftsleiter des Instituts und die Unvollständigkeit der erforderlichen Informationen und Nachweise.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen an eine angemessene Eigenmittelausstattung

Regulatorische Bedeutung der Eigenmittelausstattung

Aus bankaufsichtsrechtlicher Sicht dienen die Eigenmittel als Bemessungsgrundlage für eine Reihe von Beschränkungen. Nach dem KWG müssen in Deutschland ansässige Institute bzw. Instituts- und Finanzholding-Gruppen für ihren laufenden Geschäftsbetrieb im Interesse der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern, insbesondere zur Sicherheit der ihnen anvertrauten Vermögenswerte, angemessene Eigenmittel haben. Die Eigenmittel dienen der Vorsorge zur Abdeckung von Adressrisiken (insbesondere der Insolvenz von Schuldnern), des operationellen Risikos und der Marktrisiken (bestehend insbesondere aus Fremdwährungsrisiken, Rohwarenrisiken und Positionsrisiken des Handelsbuches). Daneben knüpfen zahlreiche weitere aufsichtsrechtliche Bestimmungen – wie etwa die Voraussetzungen für den Entzug der Betriebserlaubnis, die Begrenzung von Großkrediten und Maßnahmen bei Gefahr – an die Eigenmittelausstattung an.

Angemessene Eigenmittelausstattung

Die Berechnung der angemessenen Eigenmittelausstattung richtet sich grundsätzlich nach den Bestimmungen des KWG, das zusammen mit den darunter ergangenen Verordnungen u. a. bestimmte europäische Richtlinien umsetzt. Hierzu zählen insbesondere die Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG (Capital Requirements Directives – „**CRD**“), die Richtlinien 2009/111/EG, 2009/83/EG und 2009/27/EG

(zusammen „**CRD II**“) und die Richtlinie 2010/76/EU („**CRD III**“). Diese Richtlinien reflektieren u. a. bestimmte Regelwerke des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht, wie etwa das „Basel II“ Regelwerk der Jahre 2006 und 2007 und die nachfolgend veröffentlichten Regelwerke, die als „Basel II.5“ bezeichnet werden. Zur geplanten Umsetzung des „Basel III“ Regelwerks siehe unten „—Aktuelle Reformbestrebungen—Basel III und CRD IV“.

Übersicht

Ein Institut bzw. eine Institutsgruppe verfügt gemäß der Solvabilitätsverordnung („SolvV“) über angemessene Eigenmittel, wenn das Institut bzw. die Institutsgruppe täglich zum Geschäftsschluss sowohl die Eigenkapitalanforderungen für Adressrisiken und das operationelle Risiko als auch die Eigenmittelanforderungen für Marktrisiken erfüllt. Institute in diesem Sinne sind Kreditinstitute, wie die COMMERZBANK, sowie bestimmte Finanzdienstleistungsinstitute.

Die Eigenkapitalanforderungen für Adressrisiken und das operationelle Risiko werden erfüllt, wenn der Gesamtanrechnungsbetrag für Adressrisiken und der Anrechnungsbetrag für das operationelle Risiko insgesamt das modifizierte verfügbare Eigenkapital nicht überschreiten. Die Eigenmittelanforderungen für Marktrisiken werden erfüllt, wenn die Summe der Anrechnungsbeträge für die Marktrisikopositionen (und gegebenenfalls der Anrechnungsbeträge für die Optionsgeschäfte des Instituts) die Summe aus dem um die Eigenkapitalanforderungen für Adressrisiken und das operationelle Risiko verringerten modifizierten verfügbaren Eigenkapital des Instituts bzw. der Institutsgruppe und den verfügbaren Drittrangmitteln täglich bei Geschäftsschluss nicht überschreiten.

Unter bestimmten Voraussetzungen kann die BaFin anordnen, dass ein Institut bzw. eine Institutsgruppe Eigenmittelanforderungen einhalten muss, die über die allgemeinen Anforderungen des KWG und der SolvV hinausgehen. Eine solche Anordnung kann insbesondere ergehen, (i) um Risiken zu berücksichtigen, die nicht Gegenstand der SolvV sind, (ii) wenn die Risikotragfähigkeit nicht gewährleistet ist, (iii) um den Aufbau eines zusätzlichen Eigenmittelpuffers für Perioden wirtschaftlichen Abschwungs sicherzustellen, (iv) um einer besonderen Geschäftssituation des Instituts bzw. der Institutsgruppe, etwa bei Aufnahme der Geschäftstätigkeit, Rechnung zu tragen, oder (v) wenn eine Kapitalstärkung erforderlich ist, um einer drohenden Störung der Funktionsfähigkeit des Finanzmarktes oder einer Gefahr für die Finanzmarktstabilität entgegenzuwirken und um erhebliche negative Auswirkungen auf andere Unternehmen des Finanzsektors sowie auf das allgemeine Vertrauen der Anleger und anderer Marktteilnehmer in ein funktionsfähiges Finanzsystem zu vermeiden.

Eigenmittelbestandteile

Eigenmittel bestehen aus dem haftenden Eigenkapital und den Drittrangmitteln. Das haftende Eigenkapital ist – unter Berücksichtigung bestimmter Abzugspositionen – die Summe aus dem Kernkapital und dem Ergänzungskapital. Bei der Berechnung des haftenden Eigenkapitals kann Ergänzungskapital nur bis zur Höhe des Kernkapitals berücksichtigt werden. Für die Berechnung der Angemessenheit der Eigenmittel nach der SolvV werden das haftende Eigenkapital und die Drittrangmittel unter Berücksichtigung bestimmter weiterer Abzugspositionen ermittelt („modifiziertes verfügbares Eigenkapital“ und „verfügbare Drittrangmittel“).

Für ein Kreditinstitut in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft bestehen die Eigenmittel hauptsächlich aus den nachstehend aufgeführten Positionen:

Kernkapital

- *Eingezahltes Grundkapital* ohne die Aktien, die mit einem nachzuzahlenden Vorzug bei der Verteilung des Gewinns ausgestattet sind (kumulative Vorzugsaktien).
- *Kapitalrücklage*.
- *Gewinnrücklagen und der Bilanzgewinn, soweit seine Zuweisung zu den Rücklagen beschlossen ist*.
- *Sonderposten „Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB)“*. Eine Bank kann diesen Sonderposten auf der Passivseite ihrer Bilanz im Hinblick auf die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute bilden. Die Festsetzung muss nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung der Bank notwendig sein.
- *Anderes Kapital, das unbefristet überlassen ist, als bilanzielles Eigenkapital gilt, im Falle des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Instituts oder der Liquidation des Instituts keinen Vorrang vor dem stimmberechtigten Geschäftskapital vermittelt und ansonsten gleichrangig mit dem stimmberechtigten Geschäftskapital am Verlust teilnimmt*.

- Sonstiges Kapital kann dem Kernkapital zugerechnet werden, wenn es bestimmte Anforderungen erfüllt. Die wesentlichen Anforderungen sind die laufende Verlustteilnahme, die nachrangige Rückzahlung im Falle der Insolvenz oder der Liquidation des Instituts, dass es unbefristet oder für mindestens 30 Jahre zur Verfügung steht und die Kündigung nur mit Zustimmung der BaFin erfolgen darf.

Mit der Einführung der beiden letztgenannten Kapitalkomponenten wurden im KWG Regelungen der CRD II zur aufsichtsrechtlichen Anerkennung von Hybridkapital umgesetzt. In Abhängigkeit von der Ausgestaltung des Hybridkapitals ist dessen Anrechnungsfähigkeit auf max. 50%, 35% oder 15% des Kernkapitals begrenzt. Für hybride Kapitalbestandteile, die vor Umsetzung der CRD II emittiert wurden, gelten bestimmte Übergangs- und Bestandschutzregelungen.

Bei der Berechnung des Kernkapitals werden vor allem folgende Positionen abgezogen: der Bilanzverlust, bestimmte immaterielle Vermögensgegenstände, bestimmte Gesellschafterkredite, die zu nicht marktgerechten Bedingungen gewährt wurden, außerdem teilweise Beteiligungen, die vorgegebene Grenzen überschreiten, sowie Groß- und Organkredite. Des Weiteren kann die BaFin weitere Abzüge von dem Kernkapital des Kreditinstituts verlangen, vor allem im Hinblick auf nicht realisierte Verluste eines Kreditinstituts (die „**Korrekturposten**“).

Ausgehend von dem im Dezember 2010 veröffentlichten „Basel III“ Regelwerk und seiner zum 1. Januar 2014 geplanten Umsetzung auf europäischer Ebene und in Deutschland sind zukünftige Änderungen bei der Anerkennung von bestimmten Instrumenten als Kernkapital, insbesondere als so genanntes hartes Kernkapital, abzusehen. Siehe hierzu unten „—Aktuelle Reformbestrebungen—Basel III und CRD IV“.

Ergänzungskapital (begrenzt auf die Höhe des Kernkapitals)

- *Ungebundene Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken (§ 340f HGB)*. Ein Kreditinstitut kann in seiner Bilanz bestimmte Vermögensgegenstände mit einem niedrigeren Wert als dem für Unternehmen außerhalb des Bankensektors zulässigen Wert ansetzen, um sich gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute abzusichern. Die Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken dürfen 4% des Buchwerts der ausgewiesenen Forderungen und Wertpapiere nicht überschreiten.
- *Kumulative Vorzugsaktien*. Als Ergänzungskapital gelten Aktien, die mit einem nachzuzahlenden Vorzug bei der Verteilung des Gewinns ausgestattet sind.
- *Rücklagen, die den steuerlichen Gewinn mindern (§ 6b Einkommensteuergesetz – „EStG“)*. Rücklagen nach § 6b EStG in Höhe von 45%, soweit diese durch die Einstellung von Gewinnen aus der Veräußerung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Gebäuden entstanden sind.
- *Kapital im Sinne des § 10 Absatz 5 KWG*. Hierzu zählen insbesondere Genussrechtsverbindlichkeiten. Die Anerkennung unterliegt bestimmten Anforderungen, wie etwa Mindestlaufzeit von fünf Jahren, Teilnahme am Verlust des Kreditinstituts bis zur vollen Höhe, die Möglichkeit, Zinszahlungen aufzuschieben, und die Nachrangigkeit gegenüber den Rechten aller nicht nachrangigen Gläubiger im Falle einer Insolvenz oder Liquidation des Kreditinstituts.
- *Längerfristige nachrangige Verbindlichkeiten (§ 10 Absatz 5a KWG; begrenzt auf 50% des Kernkapitals)*. Diese Verbindlichkeiten müssen bestimmte Kriterien erfüllen, wie etwa Mindestlaufzeit von fünf Jahren und Nachrangigkeit gegenüber den Ansprüchen aller nicht nachrangigen Gläubiger im Falle einer Insolvenz oder Liquidation des Kreditinstituts.
- *Bestimmte nicht realisierte Reserven (§ 10 Absatz 4a bis 4c KWG)*. Hierbei handelt es sich um Neubewertungsreserven, die sich aus der Differenz zwischen dem Buchwert eines Aktivums und seinem aktuellen Marktwert ergeben, die unter bestimmten Voraussetzungen und bis zu bestimmten Höchstgrenzen als Ergänzungskapital anerkannt werden.
- Ein Wertberichtigungsüberschuss, der sich aus der Differenz zwischen Wertberichtigungen und Rückstellungen für bestimmte IRBA-Positionen einerseits und den erwarteten Verlustbeiträgen für diese IRBA-Positionen andererseits ergibt, kann bis zu bestimmten Höchstgrenzen als Ergänzungskapital anerkannt werden.

Die BaFin kann auch bezogen auf das Ergänzungskapital des Kreditinstituts Korrekturposten festsetzen. Wie im Fall des Kernkapitals handelt es sich hierbei insbesondere um Abzüge im Hinblick auf nicht realisierte Verluste eines Kreditinstituts. Daneben existieren weitere Abzugspositionen, die sich jeweils hälftig auf das Kern- und das Ergänzungskapital beziehen.

Dritrangmittel

Dritrangmittel bestehen im Wesentlichen aus den nachstehend aufgeführten Positionen:

- *Nettogewinn*. Der Nettogewinn ist der anteilige Gewinn eines Kreditinstituts, der bei einer Glattstellung aller Handelsbuchpositionen entstünde, abzüglich aller vorhersehbaren Aufwendungen und Ausschüttungen sowie der bei einer Liquidation des Kreditinstituts voraussichtlich entstehenden Verluste aus dem Anlagebuch, es sei denn, solche Verluste sind auf Verlangen der BaFin vom Kernkapital als Korrekturposten abzuziehen.
- *Kurzfristige nachrangige Verbindlichkeiten (§ 10 Absatz 7 KWG)*. Diese Verbindlichkeiten haben bestimmte Anforderungen zu erfüllen, wie etwa Mindestlaufzeit von zwei Jahren, Nachrangigkeit gegenüber den Ansprüchen aller nicht nachrangigen Gläubiger im Falle einer Insolvenz oder Liquidation des Instituts, und Aussetzung von Zins- und Tilgungszahlungen, wenn diese zur Folge hätten, dass die Eigenmittel des Instituts die gesetzlichen Anforderungen nicht mehr erfüllen.
- *Gekapptes Ergänzungskapital*. Hierbei handelt es sich um Positionen, die allein wegen der Begrenzung des Ergänzungskapitals auf die Höhe des Kernkapitals bzw. der Begrenzung der längerfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten auf 50% des Kernkapitals nicht als Ergänzungskapital berücksichtigt werden können.

Die Summe der Dritrangmittel und des Ergänzungskapitals, das nicht zur Unterlegung der Adressenausfallrisiken und des operationellen Risikos (freies Ergänzungskapital) benötigt wird, wird nur bis zu einer Grenze von 250% des Kernkapitals, das nicht zur Unterlegung der Adressenausfallrisiken und des operationellen Risikos benötigt wird (freies Kernkapital), angerechnet.

Adressrisiken und operationelles Risiko

Gemäß der SolvV wird der Gesamtanrechnungsbetrag für Adressrisiken im Wesentlichen aus der Gesamtheit der Adressenausfallrisikopositionen ermittelt, die entweder nach dem Kreditrisiko-Standardansatz („**KSA**“) oder dem auf internen Ratings basierenden Ansatz („**IRBA**“) berücksichtigt werden.

Der KSA knüpft grundsätzlich an externe Ratings aufsichtsrechtlich anerkannter Ratingagenturen an. Für ungeratete Positionen (also solche Positionen, für die kein gesondertes Rating erteilt wurde) und bestimmte andere Positionen gilt hingegen die feste Zuordnung eines einheitlichen Risikogewichts.

Mit dem IRBA können Kreditinstitute zur Ermittlung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung von Kreditrisiken einen risikosensitiveren Ansatz wählen, der auf institutseigenen Ratingverfahren basiert und bei dem die Bonitätsbewertungen über schuldnbezogene Risikoparameter bestimmt werden. Es stehen dabei ein Basisansatz und ein fortgeschrittener Ansatz zur Wahl. Die Verwendung eines IRBA erfordert dessen Zulassung durch die BaFin. Der COMMERZBANK-Konzern nutzt derzeit neben einem fortgeschrittenen IRBA für bestimmte Arten von Risikopositionen, wie etwa für Beteiligungen, für Portfolien, die unter der Anwendung des dauerhaften „Partial Use“ zeitlich unbeschränkt von der Anwendung des IRBA gem. § 70 S. 1 Nr. 1 und 4 SolvV ausgenommen sind, sowie für Portfolien von nicht zertifizierten Tochtergesellschaften, auch den KSA.

Der Gesamtanrechnungsbetrag für Adressrisiken ist die mit dem Faktor 0,08 multiplizierte Summe der risikogewichteten KSA-, IRBA- und Verbriefungspositionswerte, die jeweils im Einklang mit dem gewählten Ansatz zu bestimmen sind, erhöht um den Gesamtanrechnungsbetrag für Abwicklungsrisiken.

Das operationelle Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Dies schließt Rechtsrisiken ein. Zur Ermittlung des Anrechnungsbetrages für das operationelle Risiko darf ein Institut einen Basisindikatoransatz, einen Standardansatz oder einen fortgeschrittenen Messansatz verwenden. Für Institutsgruppen und Finanzholding-Gruppen gilt dies im Grundsatz entsprechend. Der für die Ermittlung des Anrechnungsbetrages für das operationelle Risiko gewählte Ansatz soll in Bezug auf den Umfang und die Komplexität der Geschäftstätigkeiten angemessen sein.

Marktrisiken

Marktrisikopositionen werden u. a. gebildet aus Fremdwährungsrisikopositionen, Rohwarenrisikopositionen und Handelsbuch-Risikopositionen. Handelsbuch-Risikopositionen bestehen insbesondere aus Finanzinstrumenten, die das Institut zum Zweck des kurzfristigen Wiederverkaufs im Eigenbestand hält. Die Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen und bestimmte Optionsgeschäfte sind im Einklang mit den in der SolvV niedergelegten Regeln zu bestimmen. Hierbei können Banken zwischen Standardmethoden und, sofern die erforderliche Zustimmung der BaFin vorliegt, eigenen Risikomodellen wählen.

Konsolidierte Regulierung und Aufsicht hinsichtlich Eigenmittelanforderungen

Institutgruppen müssen die Eigenmittelanforderungen auch auf konsolidierter Basis erfüllen. Eine Institutgruppe besteht aus einem Kreditinstitut oder Finanzdienstleistungsinstitut mit Sitz im Inland als übergeordnetes Unternehmen und allen Tochterunternehmen des Kreditinstituts, die selbst Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, E-Geld-Institute, Zahlungsinstitute, Kapitalanlagegesellschaften, Finanzunternehmen oder Anbieter von bankbezogenen Nebendienstleistungen sind. Nachgeordnete Institute mit Sitz im Inland, die Mutterunternehmen mindestens eines Instituts, einer Vermögensverwaltungsgesellschaft oder eines Finanzunternehmens mit Sitz außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums sind, sind darüber hinaus zur Unterkonsolidierung ihrer Tochterunternehmen verpflichtet. Dies betrifft im COMMERZBANK-Konzern die Hypothekenbank Frankfurt und ihre Tochterunternehmen.

Die COMMERZBANK berechnet die konsolidierten Risikopositionen und Eigenmittel für die Institutgruppe auf Basis ihrer IFRS-Konzernbilanz. Dabei finden die Vorgaben des KWG für die Definition von Eigenmitteln auch auf deren Ermittlung auf Basis der IFRS-Konzernbilanz Anwendung. Positionen, die in der IFRS-Konzernbilanz als Eigenkapital ausgewiesen werden, nach der Konzeption des KWG aber keine Bestandteile des Kernkapitals sind, müssen daher neutralisiert bzw. in Ergänzungskapital umklassifiziert werden. Umgekehrt sind Positionen, die in der IFRS-Konzernbilanz als Verbindlichkeiten auszuweisen sind, jedoch die aufsichtsrechtlichen Voraussetzungen für Eigenmittelbestandteile erfüllen, als Eigenmittel auszuweisen. Weitere Abweichungen gegenüber der IFRS-Konzernbilanz resultieren aus dem aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis und aufsichtsrechtlich vorgegebenen Anpassungen (Prudential Filter) nach Maßgabe der Konzernabschlussüberleitungsverordnung (KonÜV).

Ausnahme von den Anforderungen auf Institutsebene

Die COMMERZBANK, die Hypothekenbank Frankfurt und die comdirect bank sind Teil einer Institutgruppe und machen von dem Wahlrecht nach § 2a KWG (sog. Waiver-Regelung) Gebrauch, das es erlaubt, von einer Anwendung der §§ 10, 13 und 13a KWG (Mindesteigenkapitalanforderungen und Großkreditgrenzen) sowie des § 25a Absatz 1 Satz 3 Nr. 1 KWG (Anforderungen zum Risikomanagement und Risikotragfähigkeit) auf Ebene des Einzelinstituts abzusehen. Die entsprechenden Anforderungen sind damit von der COMMERZBANK nur auf konsolidierter Ebene für die Institutgruppe und von der Hypothekenbank Frankfurt für ihren Unterkonsolidierungskreis einzuhalten.

Liquiditätsanforderungen

Das KWG verlangt weiter, dass deutsche Institute ihre Mittel so anlegen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft (Liquidität) gewährleistet ist. Die Liquiditätsanforderungen werden näher durch die Verordnung über die Liquidität der Kreditinstitute („**Liquiditätsverordnung**“) bestimmt und finden grundsätzlich nur auf unkonsolidierter Basis Anwendung.

Nach der Liquiditätsverordnung gilt die Liquidität eines Kreditinstituts als ausreichend, wenn die zu ermittelnde Liquiditätskennzahl den Wert 1 nicht unterschreitet. Die Liquiditätskennzahl gibt das Verhältnis zwischen den im Laufzeitband 1 verfügbaren Zahlungsmitteln und den während dieses Zeitraumes abrufbaren Zahlungsverpflichtungen an. Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen sind jeweils einem der folgenden Laufzeitbänder zuzuordnen: fällig täglich oder in bis zu einem Monat (Laufzeitband 1), in über einem Monat bis zu drei Monaten (Laufzeitband 2), in über drei Monaten bis zu sechs Monaten (Laufzeitband 3), in über sechs Monaten bis zu zwölf Monaten (Laufzeitband 4). Das Kreditinstitut hat Beobachtungskennzahlen zu berechnen, die das Verhältnis zwischen den jeweiligen Zahlungsmitteln und den Zahlungsverpflichtungen in den Laufzeitbändern 2 bis 4 angeben. Die Ermittlung der Beobachtungskennzahlen erfolgt entsprechend der Berechnung der Liquiditätskennzahl. Überschreiten die in einem Laufzeitband vorhandenen Zahlungsmittel die abrufbaren Zahlungsverpflichtungen, ist der Unterschiedsbetrag als zusätzliches Zahlungsmittel bei der Ermittlung der Beobachtungskennzahl in dem nächst höheren Laufzeitband zu berücksichtigen. Die Liquiditätskennzahl und die Beobachtungskennzahlen sind nach dem Stand zum Meldestichtag Ende des Monats bei der Deutschen Bundesbank grundsätzlich jeweils bis zum 15. Geschäftstag des auf den Meldestichtag folgenden Monats einzureichen. Die Deutsche Bundesbank leitet die Meldungen an die BaFin weiter. Die COMMERZBANK erstellt die Meldungen nach dem oben beschriebenen Verfahren.

Zur Beurteilung der ausreichenden Liquidität darf das Kreditinstitut nach dauerhafter Wahl mit Zustimmung der BaFin anstelle des vorstehend skizzierten Verfahrens ein eigenes Liquiditätsrisikomess- und -steuerungsverfahren verwenden, wenn die verschiedenen Voraussetzungen erfüllt werden und die BaFin dessen Eignung für die Zwecke der Liquiditätsverordnung auf Antrag des Kreditinstituts schriftlich bestätigt hat.

Ausgehend von dem im Dezember 2010 veröffentlichten „Basel III“ Regelwerk und seiner zum 1. Januar 2014 geplanten Umsetzung auf europäischer Ebene und in Deutschland sind zukünftige Änderungen bei den aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen abzusehen. Siehe hierzu unten „—Aktuelle Reformbestrebungen—Basel III und CRD IV“.

Großkreditgrenzen – Millionenkredite

Das KWG und die Großkredit- und Millionenkreditverordnung beschränken die Konzentration von Kreditrisiken eines Kreditinstituts auf unkonsolidierter und konsolidierter Basis durch Grenzen bei der Vergabe von Großkrediten.

Anlagebuch-Großkredite sind Kredite, die dem Anlagebuch zuzurechnen sind und einem einzelnen Kunden (und mit ihm verbundenen Unternehmen – kreditnehmerbezogene Gesamtposition) zugeordnet werden können und 10% des haftenden Eigenkapitals eines Kreditinstituts oder einer Gruppe erreichen oder überschreiten. Ein Anlagebuch-Großkredit darf 25% des haftenden Eigenkapitals des Kreditinstituts oder der Gruppe nicht überschreiten.

Gesamtbuch-Großkredite liegen vor, wenn die Summe der Kredite (Anlagebuch und Handelsbuch) im Rahmen einer kreditnehmerbezogenen Gesamtposition 10% der Eigenmittel des Kreditinstituts oder der Gruppe erreichen oder überschreiten. Ein Gesamtbuch-Großkredit darf 25% der Eigenmittel eines Kreditinstituts oder einer Gruppe nicht übersteigen.

Ein Kreditinstitut oder eine Gruppe darf diese Obergrenzen nur mit vorheriger Zustimmung der BaFin überschreiten. In diesem Fall muss das Kreditinstitut oder die Gruppe den die Obergrenze überschreitenden Betrag des Großkredits vollständig mit haftendem Eigenkapital (im Falle von Obergrenzen, die im Hinblick auf das haftende Eigenkapital berechnet werden) oder mit Eigenmitteln (im Falle von Obergrenzen, die im Hinblick auf die Eigenmittel berechnet werden) unterlegen.

Außerdem darf die kreditnehmerbezogene Handelsbuch-Gesamtposition das Fünffache derjenigen Eigenmittel des Kreditinstituts oder der Gruppe nicht übersteigen, die nicht für die Eigenkapitalunterlegung des Anlagenbuchs und der Adressrisiken des Handelsbuchs sowie des operationellen Risikos benötigt werden. Eine Gesamtposition von Handelsbuch-Krediten an einen einzelnen Kunden (und mit ihm verbundene Unternehmen), die über die vorgenannte Grenze hinausgeht, ist mit Eigenmitteln zu unterlegen.

Darüber hinaus dürfen alle kreditnehmerbezogenen Gesamtpositionen, welche die Obergrenze von 25% der Eigenmittel länger als zehn Tage überschreiten, nach Abzug der Beträge, die diese Obergrenze nicht überschreiten, zusammen nicht das Sechsfache der Eigenmittel, die nicht zur Unterlegung von Risiken des Anlagebuchs und der Adressrisiken des Handelsbuchs sowie des operationellen Risikos benötigt werden, übersteigen.

Kredite mit einem Volumen ab EUR 1,5 Mio. (Millionenkredite) müssen der Deutschen Bundesbank vierteljährlich angezeigt werden. Diese Vorschrift soll die Feststellung ermöglichen, ob ein Kreditnehmer beträchtliche Verschuldensvolumina aufbaut, ohne Großkreditnehmer bei einer einzelnen Bank zu sein.

Begrenzungen von qualifizierten Beteiligungen

Grundsätzlich darf ein Einlagenkreditinstitut an einem Unternehmen, das weder Institut, Kapitalanlagegesellschaft, Finanzunternehmen, Erstversicherungsunternehmen oder Rückversicherungsunternehmen noch Anbieter von bankbezogenen Nebendienstleistungen ist, keine qualifizierte Beteiligung halten, deren Anteil am Nennkapital dem Betrage nach 15% des haftenden Eigenkapitals des Einlagenkreditinstituts übersteigt, und darf an solchen Unternehmen keine qualifizierten Beteiligungen halten, deren Anteil am Nennkapital dem Betrage nach zusammen 60% des haftenden Eigenkapitals des Einlagenkreditinstituts übersteigt. Eine qualifizierte Beteiligung im Sinne dieses Gesetzes besteht, wenn eine Person oder ein Unternehmen an einem anderen Unternehmen unmittelbar oder mittelbar über ein oder mehrere Tochterunternehmen oder ein gleichartiges Verhältnis mindestens 10% des Kapitals oder der Stimmrechte hält oder auf die Geschäftsführung des anderen Unternehmens einen maßgeblichen Einfluss ausüben kann. Diese Regelung ist auch auf konsolidierter Ebene anzuwenden.

Anforderungen an das Risikomanagement

Nach § 25a KWG müssen Kreditinstitute und Institutgruppen über ein angemessenes und wirksames Risikomanagement verfügen; dies beinhaltet die Festlegung von Strategien, Prozessen, Verfahren, Funktionen und Konzepten im Hinblick auf die Geschäfts- und Risikostrategie, die Risikotragfähigkeit, interne Kontrollen und eine interne Revision, die personelle und technisch-organisatorische Ausstattung und Notfallkonzepte und -tests. Die BaFin hat Mindestanforderungen an das Risikomanagement („**MaRisk**“) erlassen, die die Vorgaben des § 25a KWG näher konkretisieren. Die MaRisk zielen insofern vor allem auf die Einrichtung angemessener institutsinterner Leitungs-, Steuerungs- und Kontrollprozesse ab. Insbesondere muss jedes in Deutschland ansässige Kreditinstitut über eine effiziente interne Revisionsabteilung verfügen.

Für Investmentgesellschaften hat die BaFin auf Grundlage von § 9a InvG ebenfalls Mindestanforderungen an das Risikomanagement („**InvMaRisk**“) erlassen. Die InvMaRisk konkretisieren die Anforderungen an das

Risikomanagement für Investmentgesellschaften und Sondervermögen und stellen erweiterte Anforderungen an die Aufbau- und Ablauforganisation. Unterschieden wird dabei zwischen den Risiken der Gesellschaft, den Risiken der Investmentvermögen und dem Gesamtrisikoprofil von Gesellschaft und Investmentvermögen.

Durchsetzung der bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften; Auskünfte und Prüfungen

Auskünfte und Prüfungen

Die BaFin führt Prüfungen bei Instituten im Rahmen von Stichproben oder aus besonderem Anlass durch. Um die Einhaltung des KWG und der auf Grund des KWG ergangenen Vorschriften sicherzustellen, kann sie Informationen oder Dokumente von einem Institut anfordern. Darüber hinaus kann die BaFin in Einzelfällen die Deutsche Bundesbank mit der Durchführung der Prüfung beauftragen.

Prüfungen können auch bei einem ausländischen Tochterunternehmen, das zur Institutsgruppe bzw. Finanzholding-Gruppe gehört, durchgeführt werden, wenn dies für aufsichtsrechtliche Zwecke erforderlich ist. Prüfungen bei ausländischen Tochterunternehmen können jedoch nur im Rahmen der geltenden lokalen Gesetze durchgeführt werden.

Die BaFin kann außerdem an Sitzungen des Aufsichtsrats eines Kreditinstituts oder an Hauptversammlungen teilnehmen. Darüber hinaus kann sie verlangen, dass Sitzungen oder Versammlungen dieser Gremien einberufen werden. Vertreter der BaFin nehmen regelmäßig an Aufsichtsratssitzungen der COMMERZBANK wie auch allen sonstigen großen deutschen Kreditinstitute teil.

Maßnahmen in besonderen Fällen

Stellt die BaFin Unregelmäßigkeiten fest, verfügt sie über ein breites Spektrum von Maßnahmen. Sie kann Geschäftsleiter unter bestimmten Voraussetzungen abberufen oder ihnen die weitere Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen. Wenn die Eigenmittel eines Kreditinstituts unzureichend sind oder die Liquiditätsanforderungen nicht erfüllt werden und das Kreditinstitut die Mängel nicht innerhalb einer gesetzten Frist behebt, kann die BaFin die Ausschüttung von Gewinnen oder die Gewährung von Krediten untersagen oder beschränken. Ferner kann die BaFin anordnen, dass das Kreditinstitut Maßnahmen zur Reduzierung von Risiken ergreift. Diese Anordnungen können namentlich auch gegenüber dem übergeordneten Unternehmen einer Institutsgruppe ergehen, wenn die Eigenmittel der gruppenangehörigen Unternehmen auf konsolidierter Basis nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Ferner kann die BaFin – statt die Gewährung von Krediten zu untersagen oder zu beschränken – die für die Gruppe geltenden Großkreditobergrenzen herabsetzen.

Besteht Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen eines Kreditinstituts gegenüber seinen Gläubigern, insbesondere für die Sicherheit der ihm anvertrauten Vermögenswerte, oder besteht der begründete Verdacht, dass eine wirksame Aufsicht über das Kreditinstitut nicht möglich ist, kann die BaFin zur Abwendung dieser Gefahren einstweilige Maßnahmen treffen. Diese umfassen insbesondere:

- Anweisungen für die Geschäftsführung des Instituts;
- Untersagung der Annahme von Einlagen, Geldern oder Wertpapieren von Kunden und der Gewährung von Krediten;
- Untersagung oder Beschränkung der Tätigkeiten der Geschäftsleiter und der Inhaber des Instituts; und
- Bestellung von Sonderbeauftragten.

Um die Insolvenz eines Kreditinstituts zu verhindern, kann die BaFin ein Veräußerungs- und Zahlungsverbot erlassen, das Kreditinstitut für den Kundenverkehr schließen und die Entgegennahme von Zahlungen, die nicht zur Tilgung von Schulden gegenüber dem Kreditinstitut bestimmt sind, verbieten. Nur die BaFin kann die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über ein Kreditinstitut beantragen.

Falls diese Maßnahmen nicht ausreichen, kann die BaFin dem Kreditinstitut die Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften und zum Erbringen von Finanzdienstleistungen entziehen und, falls erforderlich, die Schließung des Instituts anordnen.

Weiterhin kann die Bundesregierung durch Rechtsverordnung einen Aufschub für die Erfüllung der Verbindlichkeiten eines oder mehrerer Kreditinstitute oder die Schließung der Kreditinstitute anordnen, wenn wirtschaftliche Schwierigkeiten bei Kreditinstituten zu befürchten sind, die schwerwiegende Gefahren für die Gesamtwirtschaft, insbesondere den geordneten Ablauf des allgemeinen Zahlungsverkehrs erwarten lassen.

Bei Kreditinstituten, die in ihrem Bestand gefährdet sind und dadurch die Stabilität des Finanzsystems gefährden (Systemgefährdung), kann die BaFin das Vermögen des Institutes einschließlich seiner

Verbindlichkeiten ganz oder teilweise auf einen anderen Rechtsträger übertragen. Die Anordnung der Übertragung ist ausgeschlossen, wenn die Systemgefährdung auf anderem Wege in gleich sicherer Weise beseitigt werden kann (näher zur Übertragungsanordnung siehe „—Sanierungs- und Restrukturierungsverfahren sowie Übertragungsanordnung“).

Bei Verstößen gegen bestimmte Bestimmungen des KWG können Strafen oder Geldbußen verhängt werden.

Einlagensicherung

Als Einlagenkreditinstitute unterliegen die COMMERZBANK, die comdirect bank, die Hypothekenbank Frankfurt und ebase den gesetzlichen Regelungen zur Einlagensicherung. Sie gehören der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an. Ein Gläubiger hat im Entschädigungsfall einen direkten Anspruch gegen die Entschädigungseinrichtung, allerdings begrenzt auf (i) den Gegenwert von 100.000 Euro der Einlagen sowie (ii) 90% der Verbindlichkeiten aus Wertpapiergeschäften und den Gegenwert von 20.000 Euro.

Die COMMERZBANK, die comdirect bank, die Hypothekenbank Frankfurt und ebase gehören darüber hinaus dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. an, einer freiwilligen Sicherungseinrichtung der teilnehmenden Kreditinstitute, die die staatlich vorgeschriebene Einlagensicherung ergänzt. Der Einlagensicherungsfonds sichert alle Verbindlichkeiten eines teilnehmenden Instituts gegenüber Nicht-Kreditinstituten (insbesondere Privatpersonen, Wirtschaftsunternehmen und öffentlichen Stellen), die in der Bilanzposition „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ auszuweisen sind, bis zu einer Sicherungsgrenze von 30% des für die Einlagensicherung maßgeblichen haftenden Eigenkapitals des Kreditinstituts. Die Sicherungsgrenze sinkt zum 1. Januar 2015 auf 20%, zum 1. Januar 2020 auf 15% und zum 1. Januar 2025 auf 8,75%.

Der Einlagensicherungsfonds wird durch eine jährliche Umlage der teilnehmenden Kreditinstitute finanziert. Die Umlage kann je nach Klassifizierung des teilnehmenden Instituts erhöht oder ermäßigt werden. Reichen die Mittel des Einlagensicherungsfonds nicht aus oder ist es sonst zur Durchführung der Aufgaben des Einlagensicherungsfonds erforderlich, so kann der Vorstand des Bundesverbands deutscher Banken e.V. eine Erhöhung der Jahresumlage oder die Erhebung einer Sonderumlage bis zur Höhe der Hälfte der Jahresumlage je Geschäftsjahr beschließen.

Gemäß dem Statut des Einlagensicherungsfonds muss ein Kreditinstitut, sobald ihm die Mehrheit der Anteile an einem anderen, dem Einlagensicherungsfonds angehörenden Kreditinstitut gehört oder es auf dieses einen beherrschenden Einfluss ausüben kann, gegenüber dem Einlagensicherungsfonds eine Freistellungserklärung abgeben für den Fall, dass diesem durch eine Hilfeleistung zugunsten des jeweiligen Kreditinstituts ein Verlust entsteht. Die COMMERZBANK hat eine solche Freistellungserklärung betreffend die comdirect bank, die Hypothekenbank Frankfurt und ebase abgegeben.

Am 12. Juli 2010 hat die europäische Kommission einen Vorschlag für eine Überarbeitung der Richtlinie über Einlagensicherungssysteme verabschiedet, durch den insbesondere eine Vereinheitlichung der Deckungsgrenze, die schnellere und unbürokratische Auszahlung der Entschädigungsmittel sowie eine solide Finanzierung der Sicherungssysteme erreicht werden soll.

Aufsicht auf Grund des Pfandbriefgesetzes

Das Pfandbriefgesetz regelt u. a. die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an das Betreiben des Pfandbriefgeschäfts durch Pfandbriefbanken. Pfandbriefbanken sind Kreditinstitute, deren Geschäftsbetrieb das Pfandbriefgeschäft mit umfasst. Die folgende Darstellung beschreibt ausgewählte Regelungen des Pfandbriefgesetzes.

Pfandbriefgeschäft

Das Pfandbriefgeschäft besteht im Wesentlichen darin, grundpfandrechlich besicherte Darlehen („**Hypothekendarlehen**“) zu gewähren, deren Gewährung durch die Ausgabe von Hypothekendarlehen refinanziert wird, sowie Darlehen an bestimmte öffentlich-rechtliche Rechtsträger oder gegen Übernahme der vollen Gewährleistung durch solche Rechtsträger zu gewähren („**Kommunaldarlehen**“), deren Gewährung durch die Ausgabe von Öffentlichen Pfandbriefen, die auch als Kommunalschuldverschreibungen oder Kommunalobligationen bezeichnet werden dürfen, refinanziert wird. Die Belegenheit der beleihbaren Grundstücke sowie der Kreis der öffentlich-rechtlichen Stellen sind im Pfandbriefgesetz geografisch beschränkt, nämlich im Fall der beleihbaren Grundstücke auf Grundstücke in den Mitgliedstaaten der EU, anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (die „**EWR-Staaten**“), den USA, Kanada, Japan und der Schweiz, und im Fall der öffentlich-rechtlichen Rechtsträger auf bestimmte solcher Stellen in Mitgliedstaaten der EU, anderen EWR-Staaten und, unter bestimmten Voraussetzungen, den USA, Kanada, Japan und der Schweiz.

Die von den Pfandbriefbanken zur Refinanzierung der Hypotheken- und Kommunaldarlehen emittierten Hypothekendarlehenpfandbriefe und Öffentlichen Pfandbriefe sind Schuldverschreibungen von hoher Sicherheit, die durch das Pfandbriefgesetz auf zweifache Weise gewährleistet werden soll: (a) durch Vorschriften über die Deckung dieser Pfandbriefe durch bestimmte Vermögenswerte und deren Bewertung sowie (b) durch die gesonderte Behandlung der Pfandbriefgläubiger in der Insolvenz der Pfandbriefbank.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen an das Betreiben des Pfandbriefgeschäfts

Das Pfandbriefgeschäft darf von Kreditinstituten betrieben werden, die dieses Geschäft regelmäßig und nachhaltig zu betreiben beabsichtigen und die bestimmte weitere gesetzliche Mindestanforderungen erfüllen, u. a. ein Kernkapital von mindestens EUR 25 Mio. aufweisen, über ein geeignetes Risikomanagementsystem verfügen und die entsprechende Erlaubnis der BaFin erhalten.

Pfandbriefdeckung

Hypothekendarlehenpfandbriefe und Öffentliche Pfandbriefe sind mit bestimmten Vermögenswerten („**Deckungsmasse**“) gedeckt, wobei die Deckungsmassen für Hypothekendarlehenpfandbriefe sowie Öffentliche Pfandbriefe voneinander getrennt sind. Die betreffenden Vermögenswerte werden jeweils in getrennte Register eingetragen, wodurch diese Vermögenswerte grundsätzlich zugunsten der jeweiligen Pfandbriefgläubiger reserviert und vor dem Zugriff anderer Gläubiger der Pfandbriefbank in der Zwangsvollstreckung und der Insolvenz geschützt werden. Der Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Hypothekendarlehenpfandbriefe bzw. Öffentlichen Pfandbriefe muss in Höhe des jeweiligen Nennwertes jederzeit durch Vermögenswerte von mindestens gleicher Höhe gedeckt sein. Zusätzlich muss die jederzeitige Deckung der Pfandbriefe nach dem Barwert (unter Einbeziehung der Zins- und Tilgungsverpflichtungen) sichergestellt sein, wobei der Barwert der eingetragenen Deckungswerte den Barwert der zu deckenden Verbindlichkeiten um mindestens 2% übersteigen muss.

Die Deckung für Hypothekendarlehenpfandbriefe muss im Wesentlichen aus erstrangigen Grundpfandrechten bestehen, die ein Grundstück zu höchstens 60% des Beleihungswertes beleihen. Der Beleihungswert wird nach den Vorschriften des Pfandbriefgesetzes durch die Pfandbriefbank auf Basis einer Wertermittlung bestimmt. Der Gesamtbetrag der Beleihungen in Staaten, die nicht der EU angehören und bei denen nicht sichergestellt ist, dass sich das Vorrecht der Pfandbriefgläubiger in der Insolvenz der Pfandbriefbank (die in den Deckungsregistern eingetragenen Werte fallen nicht in die Insolvenzmasse der Pfandbriefbank) auf die Forderungen der Pfandbriefbank aus diesen Beleihungen erstreckt, darf 10% des Gesamtbetrages der Beleihungen, bei denen dieses Vorrecht sichergestellt ist, nicht übersteigen.

Weiter darf die Deckung von Hypothekendarlehenpfandbriefen grundsätzlich – innerhalb gewisser Grenzen – aus bestimmten weiteren Werten bestehen, namentlich bis zu 10% des Gesamtbetrages der umlaufenden Hypothekendarlehenpfandbriefe in Einlagen bei bestimmten Kreditinstituten und in bestimmten Staatspapieren.

Entsprechende Vorschriften bestehen hinsichtlich der Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen. Bei Öffentlichen Pfandbriefen besteht die Deckung im Wesentlichen aus bestimmten Forderungen gegen die öffentliche Hand. Der Gesamtbetrag der Forderungen gegen Schuldner in Staaten, die nicht der EU angehören und bei denen nicht sichergestellt ist, dass sich das Vorrecht der Pfandbriefgläubiger in der Insolvenz der Pfandbriefbank auf die Forderungen der Pfandbriefbank aus diesen Forderungen erstreckt, darf 10% des Gesamtbetrages der Forderungen, bei denen ein solches Vorrecht sichergestellt ist, nicht übersteigen. Weiter darf die Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen grundsätzlich – innerhalb gewisser Grenzen – in weiteren bestimmten Werten erfolgen, namentlich bis zu 10% in Einlagen bei bestimmten Kreditinstituten.

Bei jeder Pfandbriefbank ist von der BaFin ein Treuhänder zu bestellen. Dieser hat u. a. die Aufgabe zu überwachen, dass die nach dem Pfandbriefgesetz erforderliche Deckung jederzeit vorhanden ist und die betreffenden Vermögenswerte in das jeweilige Register eingetragen werden. Ferner bedarf die Löschung von eingetragenen Werten aus dem jeweiligen Register der Zustimmung des Treuhänders. Pfandbriefe sind vor ihrer Emission vom Treuhänder mit einer Bescheinigung zu versehen, dass die vorschriftsmäßige Deckung vorhanden ist.

Insolvenz

Schließlich wird die Sicherheit von Hypothekendarlehenpfandbriefen und Öffentlichen Pfandbriefen dadurch gewährleistet, dass die in das jeweilige Deckungsregister eingetragenen Werte im Fall der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Pfandbriefbank grundsätzlich nicht in die Insolvenzmasse der Pfandbriefbank fallen. Nur soweit die eingetragenen Werte nicht zur Befriedigung der Pfandbriefgläubiger notwendig sind, können sie vom Insolvenzverwalter zur Insolvenzmasse gezogen werden. Ist eine der beiden Deckungsmassen zahlungsunfähig oder überschuldet, so findet auf Antrag der BaFin über sie ein gesondertes Insolvenzverfahren statt. Entsteht einem Pfandbriefgläubiger in diesem Verfahren ein Ausfall,

so ist er berechtigt, diesen Ausfall in dem Insolvenzverfahren über das sonstige Vermögen der Pfandbriefbank geltend zu machen. Im Fall der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Pfandbriefbank wird ein Sachwalter bestellt, der das Verwaltungs- und Verfügungsrecht über die in dem Deckungsregister eingetragenen Werte erhält und u. a. mit Zustimmung der BaFin die Deckungsmasse und die Verbindlichkeiten aus den betroffenen Pfandbriefen ganz oder teilweise auf eine andere Pfandbriefbank übertragen kann.

Regulierung und Aufsicht über den Wertpapierhandel

Nach dem WpHG reguliert und beaufsichtigt die BaFin den Wertpapierhandel in Deutschland. Das WpHG verbietet u. a. Insidergeschäfte mit Wertpapieren und anderen Finanzinstrumenten, die an einer inländischen Börse zum Handel zugelassen oder in den regulierten Markt oder Freiverkehr einbezogen sind oder in einem anderen Land, das ein Mitgliedstaat der EU oder ein anderer Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, zum Handel an einem organisierten Markt zugelassen sind. Das WpHG enthält auch ein Verbot der Kurs- und Marktpreismanipulation bei Wertpapieren und anderen Finanzinstrumenten und gibt der BaFin weit reichende Überwachungsbefugnisse zur Durchsetzung dieses Verbotes.

Damit die BaFin ihre Aufgaben im Rahmen der Wertpapierhandelsaufsicht ausüben kann, unterliegen Banken umfassenden Meldepflichten im Hinblick auf Geschäfte in Wertpapieren und Derivaten. Die Meldepflichten finden auch auf Kundengeschäfte Anwendung. Darüber hinaus enthält das WpHG Verhaltensregeln. Diese Verhaltensregeln finden auf sämtliche Banken und andere Wertpapierdienstleistungsunternehmen Anwendung, auch im Rahmen des Eigenhandels. Wertpapierdienstleistungen umfassen insbesondere den Kauf und Verkauf von Wertpapieren oder Derivaten für Dritte und die Vermittlung von Geschäften in Wertpapieren oder Derivaten.

Die BaFin verfügt über weitgehende Befugnisse zur Prüfung von Banken und anderen Wertpapierdienstleistungsunternehmen, um die Einhaltung der Verhaltensregeln und der Meldepflichten zu überwachen. Des Weiteren verlangt das WpHG, dass ein unabhängiger Prüfer eine jährliche Prüfung im Hinblick auf die Einhaltung der Verpflichtungen aus dem WpHG durch das Wertpapierdienstleistungsunternehmen durchführt.

Am 16. August 2012 ist die EU-Verordnung über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister („EMIR“) in Kraft getreten, die insbesondere Clearing- und Meldepflichten für bestimmte Arten von Geschäften in Derivaten enthält. Die neuen Vorschriften werden frühestens ab Frühjahr 2013 Anwendung finden.

Ausgehend von aktuellen Reformvorhaben auf Ebene der Europäischen Union sind weitere Änderungen im Hinblick auf die Regulierung und Aufsicht über den Wertpapierhandel abzusehen. Insbesondere soll die Richtlinie über Insidergeschäfte und Marktmanipulationen durch eine EU-Verordnung und eine EU-Richtlinie ersetzt werden (so genannte „MAD 2“ Vorschläge). Die „MAD 2“ Vorschläge erweitern unter anderem den Anwendungsbereich der bestehenden Vorschriften auf neue Handelsmärkte und Produkte. Gleichzeitig arbeitet die Europäische Union an einer Verordnung und einer Richtlinie zur Ersetzung und Überarbeitung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (so genannte „MiFID 2“ Vorschläge). Die „MiFID 2“ Vorschläge sehen ebenfalls eine Erweiterung des Anwendungsbereiches um neue Handelsmärkte sowie neue und erweiterte Meldepflichten auch für bislang nicht erfasste Geschäfte vor. Sowohl die „MAD 2“ als auch die „MiFID 2“ Vorschläge wurden am 20. Oktober 2011 von der Europäischen Kommission veröffentlicht. Mit einer politischen Einigung wird für das Jahr 2013 und dem Inkrafttreten ab Mitte 2014 gerechnet.

Finanzmarktstabilisierungsgesetze

Der deutsche Gesetzgeber hat seit 2008 umfangreiche Maßnahmen zur Stabilisierung des deutschen Finanzmarkts durch eine Überwindung von Liquiditätsengpässen und eine Stärkung der Eigenkapitalbasis von Unternehmen des Finanzsektors beschlossen. Hierzu zählen insbesondere:

- das Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Jahres 2008,
- das Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz des Jahres 2009,
- das Gesetz zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung des Jahres 2009,
- das Gesetz zur Restrukturierung und geordneten Abwicklung von Kreditinstituten, zur Errichtung eines Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute und zur Verlängerung der Verjährungsfrist der aktienrechtlichen Organhaftung des Jahres 2010,
- das Zweite Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Jahres 2012 und
- das Dritte Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Jahres 2012.

Eine zentrale Funktion übernimmt hierbei der SoFFin als nicht rechtsfähiges Sondervermögen des Bundes, dessen Verwaltung auf die FMSA, eine bundesunmittelbare, rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich des BMF, übertragen ist. Die FMSA entscheidet, ob und inwieweit der SoFFin Unternehmen des Finanzsektors durch Stabilisierungsmaßnahmen unterstützt, wobei Unternehmen des Finanzsektors in diesem Sinne seit dem 1. Januar 2013 nur noch Kreditinstitute sind. Vor ihrer Entscheidung über Stabilisierungsmaßnahmen hat die FMSA die BaFin anzuhören. Ein Rechtsanspruch auf Leistungen des SoFFin besteht grundsätzlich nicht. Das BMF kann der FMSA Weisungen erteilen oder Entscheidungen selbst treffen. Soweit es sich um Grundsatzfragen und Angelegenheiten von besonderer Bedeutung handelt, entscheidet ein interministerieller Lenkungsausschuss auf Vorschlag der FMSA. Der SoFFin kann Stabilisierungsmaßnahmen grundsätzlich bis zum 31. Dezember 2014 vornehmen. Auch nach diesem Datum kann sich der SoFFin an Unternehmen des Finanzsektors beteiligen, an denen er auf Grund früherer Stabilisierungsmaßnahmen bereits beteiligt ist, soweit dies erforderlich ist, um den Anteil seiner Kapitalbeteiligung an dem Unternehmen aufrechtzuerhalten oder gewährte Stabilisierungsmaßnahmen abzusichern.

Der SoFFin kann bis zum 31. Dezember 2014 Anteile an einem Unternehmen des Finanzsektors erwerben, Garantien für begebene Schuldtitel und begründete Verbindlichkeiten von Unternehmen des Finanzsektors übernehmen und sich an der Rekapitalisierung von Unternehmen des Finanzsektors beteiligen. Des Weiteren kann der SoFFin von Unternehmen des Finanzsektors erworbene Risikopositionen (insbesondere Forderungen, Wertpapiere, Derivate sowie Rechte und Pflichten aus Kreditzusagen oder Gewährleistungen und Beteiligungen, jeweils nebst zugehöriger Sicherheiten) erwerben oder auf andere Weise absichern. Ferner kann der SoFFin durch die Stellung von Garantien die Übertragung von Risikopositionen ermöglichen. Unternehmen können auf diese Weise ihre so genannten toxischen strukturierten Wertpapiere an Zweckgesellschaften (so genannte „Bad Banks“) auslagern oder – darüber hinausgehend – Risikopositionen und nicht-strategische Geschäftsfelder auf Anstalten des öffentlichen Rechts übertragen. Darüber hinaus gelten für Unternehmen des Finanzsektors Sondervorschriften, die eine beschleunigte Kapitalaufnahme ermöglichen und den allgemeinen (insbesondere gesellschaftsrechtlichen) Vorschriften vorgehen. Diese Sondervorschriften finden auch Anwendung, wenn die Kapitalaufnahme einer Änderung oder Umstrukturierung bestehender Beteiligungen des SoFFin dient.

Stabilisierungsmaßnahmen

Die FMSA entscheidet über die Gewährung von Stabilisierungsmaßnahmen unter Berücksichtigung der Bedeutung des jeweils betroffenen Unternehmens des Finanzsektors für die Finanzmarktstabilität, der Dringlichkeit und des Grundsatzes des effektiven und wirtschaftlichen Einsatzes der Mittel des SoFFin. Entscheidend sind damit die Auswirkungen einer möglichen Insolvenz des betroffenen Unternehmens auf andere Unternehmen des Finanzsektors und die Gesamtwirtschaft und nicht die Folgen für Anteilseigner und Gläubiger. Die wesentlichen Voraussetzungen für ein Tätigwerden richten sich nach der jeweiligen Stabilisierungsmaßnahme.

Anteilswerb

Bis zum 31. Dezember 2014 kann der SoFFin im Zusammenhang mit der Stabilisierung eines Unternehmens des Finanzsektors Anteile an dem betroffenen Unternehmen von diesem oder von Dritten erwerben. Ein solcher Anteilswerb soll nur erfolgen, wenn ein wichtiges Interesse des Bundes vorliegt und der vom Bund angestrebte Zweck sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen lässt.

Übernahme von Garantien

Bis zum 31. Dezember 2014 kann der SoFFin insgesamt bis zur Höhe von EUR 400 Mrd. für ab dem 18. Oktober 2008 und bis zum 31. Dezember 2014 begebene Schuldtitel und begründete Verbindlichkeiten von Unternehmen des Finanzsektors Garantien übernehmen, um Liquiditätsengpässe zu beheben und die Refinanzierung am Kapitalmarkt zu unterstützen. Die Laufzeit der abzusichernden Verbindlichkeiten darf 84 Monate für gedeckte Schuldverschreibungen im Sinne des § 20a KWG und 60 Monate für andere Verbindlichkeiten nicht übersteigen.

Der SoFFin erhält eine marktgerechte Vergütung für die Übernahme einer Garantie. Grundsätzlich besteht die Vergütung aus einem das Ausfallrisiko abbildenden individuellen Prozentsatz des Höchstbetrags der zur Verfügung gestellten Garantie nebst einer Marge. Die Übernahme einer Garantie setzt dabei grundsätzlich eine im Einzelfall angemessene Eigenmittelausstattung der begünstigten Unternehmen voraus, die auch als Orientierung für die Obergrenze einer Garantie dient.

Der SoFFin räumte der COMMERZBANK am 30. Dezember 2008 einen Garantiekreditrahmen für bestimmte Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von EUR 15 Mrd. ein. Für weitere Einzelheiten, siehe

„Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns—Wesentliche Verträge—Inanspruchnahme von Stabilisierungsmaßnahmen des SoFFin durch die COMMERZBANK“. Daraufhin hat die COMMERZBANK am 8. Januar 2009 eine dreijährige vom SoFFin garantierte Anleihe, fällig zum 13. Januar 2012, über EUR 5 Mrd. mit 2,75% p.a. Verzinsung begeben. Die Anleihe wurde bei Fälligkeit planmäßig zurückgezahlt. Das darüber hinausgehende Garantievolumen von EUR 10 Mrd. hat die COMMERZBANK ungenutzt zurückgegeben.

Rekapitalisierung

Der SoFFin kann sich bis zum 31. Dezember 2014 an der Rekapitalisierung von Unternehmen des Finanzsektors beteiligen, insbesondere gegen Leistung einer Einlage Anteile oder stille Beteiligungen erwerben und sonstige Bestandteile der Eigenmittel dieser Unternehmen übernehmen. Die Rekapitalisierung erfolgt vorrangig durch Stärkung des Kernkapitals. Der SoFFin erhält für die Rekapitalisierung eine marktgerechte Vergütung und soll anstreben, dass die Vergütung den Gewinnbeteiligungsrechten der übrigen Gesellschafter des begünstigten Unternehmens vorgeht, insbesondere in Form eines Gewinnvorzuges oder einer Verzinsung.

Kapitalerhöhung und Kapitalherabsetzung mit Hauptversammlungsbeschluss

In Abweichung vom AktG, das eine Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals verlangt, können eine Kapitalerhöhung gegen Einlagen, eine bedingte Kapitalerhöhung oder ein genehmigtes Kapital mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen in der Hauptversammlung beschlossen werden, wenn diese im Zusammenhang mit einer Rekapitalisierung unter Beteiligung des SoFFin stehen. Abweichende Satzungsbestimmungen sind unbeachtlich. Für den Fall einer Kapitalerhöhung durch Hauptversammlungsbeschluss gilt eine verkürzte Einberufungsfrist von 21 Tagen.

Im Rahmen von Kapitalerhöhungen gegen Einlagen und der Schaffung eines genehmigten Kapitals ist ein Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zugunsten des SoFFin in jedem Fall zulässig und angemessen. Der Ausschluss des Bezugsrechts bedarf einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen oder des vertretenen Grundkapitals. Die einfache Mehrheit ist ausreichend, sofern die Hälfte des Grundkapitals vertreten ist („**reduziertes Mehrheitserfordernis**“). Ferner ist bei der Schaffung eines bedingten oder genehmigten Kapitals nicht die im Aktiengesetz jeweils vorgesehene Obergrenze von 50% des zur Zeit der Beschlussfassung bzw. der Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals zu beachten.

Die aktienrechtliche Differenzierung zwischen Bar- und Sacheinlage gilt in abgewandelter Form: Bei einer Kapitalerhöhung gegen Einlagen kann eine vorherige Leistung durch den SoFFin in das Vermögen der Gesellschaft der Einlagepflicht zugeordnet werden und den SoFFin von seiner Einlagepflicht befreien. Weiterhin kann im Rahmen aller genannten Kapitalerhöhungsarten eine bestehende stille Einlage eingebracht werden, ohne dass die Vorschriften über Sacheinlagen anzuwenden sind.

Zudem gelten Besonderheiten für eine Kapitalherabsetzung im Zusammenhang mit einer Rekapitalisierung. Eine diesbezügliche Beschlussfassung ist mit der Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen oder des vertretenen Grundkapitals möglich. Die einfache Mehrheit genügt, wenn die Hälfte des Grundkapitals vertreten ist. Auf eine aktienrechtlich bei einer Kapitalherabsetzung gegebenenfalls erforderliche Sicherheitsleistung wird verzichtet, wenn im Umfang der Kapitalherabsetzung gleichzeitig eine Kapitalerhöhung erfolgt.

Aktionäre, die eine für den Fortbestand der jeweiligen Gesellschaft erforderliche Kapitalmaßnahme, insbesondere durch die Stimmrechtsausübung oder die Einlegung unbegründeter Rechtsmittel, verzögern oder vereiteln, sind der Gesellschaft zum Schadensersatz verpflichtet. Dabei kann nicht geltend gemacht werden, dass die jeweilige Stimmrechtsausübung für das Beschlussergebnis nicht ursächlich war, da auch andere Aktionäre ihr Stimmrecht in gleicher Weise ausgeübt haben.

Die vorstehend beschriebenen Regelungen gelten neben der erstmaligen Beteiligung des SoFFin gegen Einlagen auch für solche Beschlüsse der Hauptversammlung, die dazu dienen sollen, eine von dem SoFFin im Rahmen einer Rekapitalisierungsmaßnahme erworbene Beteiligung zu übertragen oder zu veräußern, die Bedingungen der Beteiligung zu ändern, die Beteiligung als Einlage in das Unternehmen einzubringen oder in vergleichbarer Weise umzustrukturieren oder dem SoFFin erstmalige oder zusätzliche Umtausch- oder Bezugsrechte einzuräumen. Dasselbe gilt für die Beschlussfassung zu Kapitalmaßnahmen, bei denen der Emissionserlös explizit überwiegend für eine Rückzahlung des dem Unternehmen durch den SoFFin zur Verfügung gestellten Kapitals verwendet werden soll. Darüber hinaus gelten die beschriebenen Regelungen für Kapitalerhöhungen gegen Einlagen zur Einhaltung von erhöhten Eigenmittelanforderungen, die die BaFin anordnet, um einer drohenden Störung der Funktionsfähigkeit des Finanzmarktes oder einer Gefahr für die Finanzmarktstabilität entgegenzuwirken und um erhebliche negative Auswirkungen auf andere Unternehmen des Finanzsektors sowie auf das allgemeine Vertrauen der Anleger und anderer Marktteilnehmer in ein funktionsfähiges Finanzsystem zu vermeiden.

Weiterhin kann eine bedingte Kapitalerhöhung über die im AktG genannten Fälle hinaus auch im Zusammenhang mit einer Rekapitalisierung zur Gewährung von Umtausch- oder Bezugsrechten an den SoFFin als stillem Gesellschafter beschlossen werden.

Stille Gesellschaft

Der SoFFin kann sich bis zum 31. Dezember 2014 zur Rekapitalisierung eines Unternehmens als stiller Gesellschafter beteiligen. Für diese Fälle und für die Fälle der nachträglichen Änderung, Ergänzung oder Aufhebung einer Vereinbarung über eine stille Beteiligung des SoFFin stellt das FMStBG klar, dass eine Vereinbarung über die Leistung einer Vermögenseinlage durch den SoFFin als stiller Gesellschafter kein Unternehmensvertrag ist und insbesondere nicht der Zustimmung der Hauptversammlung oder der Eintragung in das Handelsregister bedarf. Dies gilt auch dann, wenn sich an einer Rekapitalisierung neben dem SoFFin auch Dritte beteiligen oder eine stille Beteiligung des SoFFin nach Gewährung der Einlage ganz oder teilweise an Dritte übertragen wird. Ferner ist die vorzeitige Rückgewähr einer stillen Beteiligung nicht als Rückgewähr von Einlagen im Sinne des § 57 AktG zu werten.

In der Vereinbarung über die Leistung einer stillen Einlage kann mit Zustimmung der Hauptversammlung, die nur dem reduzierten Mehrheitserfordernis zu genügen hat, dem SoFFin auch ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf Aktien eingeräumt werden, wobei das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen ist. Gleiches gilt für den Fall, dass ein solches Umtausch- oder Bezugsrecht dem SoFFin erst nachträglich eingeräumt werden soll.

Am 19. Dezember 2008 schlossen die COMMERZBANK und der SoFFin einen Vertrag über die Errichtung einer stillen Gesellschaft, auf dessen Basis der SoFFin sich mit einer stillen Einlage in Höhe von EUR 8,2 Mrd. an der COMMERZBANK beteiligte. Darüber hinaus übernahm der SoFFin auf Grundlage eines am 3. Juni 2009 geschlossenen Vertrags über die Errichtung einer weiteren stillen Gesellschaft eine zweite stille Einlage in Höhe von ursprünglich EUR 8,2 Mrd. an der COMMERZBANK. Beide stillen Einlagen sind mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet, die zum einen aus einer auf den jeweiligen Einlagennennbetrag bezogenen Festverzinsung in Höhe von 9% p.a. und zum anderen aus einer dividendenabhängigen Zusatzvergütung in Höhe von 0,01% p.a. für jede volle EUR 5.906.764 Dividendensumme besteht. Eine Gewinnbeteiligung ist unter anderem an das Vorliegen eines Bilanzgewinns nach dem HGB-Einzelabschluss der COMMERZBANK für das jeweilige Geschäftsjahr geknüpft.

Die den jeweiligen stillen Einlagen zugrunde liegenden Verträge räumen dem SoFFin im Falle einer Verwässerung seiner Beteiligung am Grundkapital der Gesellschaft in Folge einer Kapitalmaßnahme der COMMERZBANK unter bestimmten Voraussetzungen ferner das Recht ein, die stille Einlage in Aktien umzutauschen. Im Zuge der im zweiten Quartal 2011, im März 2012 und im Juni 2012 durchgeführten Kapitalmaßnahmen der COMMERZBANK wurden die stillen Einlagen weitgehend zurückgeführt und teilweise in Aktien der COMMERZBANK getauscht. Die mit Vertrag vom 3. Juni 2009 begründete stille Einlage wurde vollständig zurückgeführt und beendet. Der Nennbetrag der verbliebenen stillen Einlage des SoFFin, die mit Vertrag vom 19. Dezember 2008 begründet wurde, beträgt in der Fassung des Vertrages vom 29. Juni 2012 zum Datum dieses Registrierungsformulars EUR 1,63 Mrd. Für weitere Einzelheiten siehe *„Angaben über das Kapital der Commerzbank und anwendbare Vorschriften—Entwicklung des Grundkapitals seit dem 1. Januar 2010“*. Für weitere Einzelheiten zur geplanten vollständigen Rückführung der stillen Einlage des SoFFin siehe *„Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns—Jüngste Entwicklung und Ausblick—Jüngste Entwicklung.“*

Risikoübernahme

Der SoFFin kann bis zum 31. Dezember 2014 von Unternehmen des Finanzsektors vor dem 1. Oktober 2012 erworbene Risikopositionen – insbesondere Forderungen, Wertpapiere, Derivate und Rechte und Pflichten aus Kreditzusagen oder Gewährleistungen und Beteiligungen, jeweils nebst zugehöriger Sicherheiten – erwerben oder diese auf andere Weise absichern. Als Gegenleistung überträgt der SoFFin dem Unternehmen Schuldtitel der Bundesrepublik Deutschland, die typischerweise die Refinanzierung des Kreditinstituts erleichtern.

Die Risikoübernahme erfolgt zu dem vom Verkäufer im letzten Zwischenbericht oder Jahresabschluss bilanzierten oder einem geringeren Wert der Risikopositionen. Der SoFFin soll sicherstellen, dass er insgesamt eine dem Risiko angemessene Verzinsung erzielt, die mindestens die Refinanzierungskosten des SoFFin deckt. Der SoFFin kann ein Vor- oder Rückkaufsrecht zugunsten und eine Rückkaufverpflichtung zu Lasten des begünstigten Unternehmens vereinbaren. Ferner setzt die Inanspruchnahme einer Risikoübernahme grundsätzlich eine angemessene Eigenmittelausstattung des begünstigten Unternehmens voraus.

Auslagerung von Risikopositionen

Kreditinstitute, Finanzholding-Gesellschaften oder deren in- und ausländische Tochterunternehmen („**übertragende Unternehmen**“) können bis zum 31. Dezember 2014 Risikopositionen, die sie bis zum 30. September 2012 erworben haben, auf Zweckgesellschaften oder bundes- oder landesrechtliche Anstalten (so genannte „Bad Banks“) auslagern und dadurch die Bilanz entlasten und verkürzen. Dem übertragenden Unternehmen soll damit ermöglicht werden, das freigesetzte Eigenkapital in Form von Krediten der Wirtschaft wieder zur Verfügung zu stellen.

Auflagen für Stabilisierungsmaßnahmen, Vergütungsbeschränkungen

Das BMF hat einen nicht abschließenden Katalog von Bedingungen für und Anforderungen an durch Stabilisierungsmaßnahmen begünstigte Unternehmen des Finanzsektors festgelegt, um eine solide und umsichtige Geschäftspolitik zu gewährleisten. Weitere mögliche Auflagen ergeben sich direkt aus den Finanzmarktstabilisierungsgesetzen. Hierzu gehören u. a. Auflagen an die geschäftspolitische Ausrichtung (insbesondere die Versorgung kleiner und mittlerer Unternehmen mit Krediten) und die Nachhaltigkeit des verfolgten Geschäftsmodells, die Verwendung der aufgenommenen Mittel, die Vergütung der Organe und Angestellten, die Eigenmittelausstattung, die Ausschüttung von Dividenden und sonstige, vertraglich oder gesetzlich nicht geschuldete Gewinnausschüttungen an andere Gesellschafter als den SoFFin, Maßnahmen zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen sowie eine von dem vertretungsberechtigten Organ abzugebende und zu veröffentlichende Verpflichtungserklärung zur Einhaltung der Bedingungen und Anforderungen. Beschlüsse der Hauptversammlung, die dieser Verpflichtungserklärung, insbesondere im Hinblick auf die Dividendenpolitik, zuwiderlaufen, können aus diesem Grund von Aktionären (einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, soweit eine Beteiligung des SoFFin besteht), deren Anteile zusammen 5% des Grundkapitals oder den anteiligen Betrag von EUR 500.000 erreichen, angefochten werden.

Die COMMERZBANK hat sich im Gegenzug zur Gewährung der staatlichen Stabilisierungsmaßnahmen u. a. dazu verpflichtet, für 2008 und 2009 keine Dividende auszuschütten und einen Sonderplafonds (Sonderkreditprogramm) mit einem Neugeschäftsvolumen in Höhe von EUR 2,5 Mrd. für Kredite dem Mittelstand zur Verfügung zu stellen. Für eine Übersicht über die sonstigen von der COMMERZBANK im Zusammenhang mit den Stabilisierungsmaßnahmen übernommenen Verpflichtungen, siehe „*Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns—Wesentliche Verträge—Inanspruchnahme von Stabilisierungsmaßnahmen des SoFFin durch die COMMERZBANK*“.

Ferner bestehen für Unternehmen, die Stabilisierungsmaßnahmen des SoFFin in Anspruch genommen haben, Beschränkungen hinsichtlich der Vergütung ihrer Organmitglieder und Mitarbeiter. So darf die monetäre Vergütung der Organmitglieder und Angestellten eines Unternehmens des Finanzsektors, das Stabilisierungsmaßnahmen in Anspruch genommen hat und an dem der SoFFin unmittelbar oder mittelbar mindestens 75% der Anteile hält, jeweils TEUR 500 pro Jahr nicht übersteigen. Variable Vergütungen sind in diesem Fall unzulässig. Liegt die Beteiligung des SoFFin unterhalb der Schwelle von 75%, darf die monetäre Vergütung der Organmitglieder und Angestellten grundsätzlich ebenfalls nicht mehr als TEUR 500 pro Jahr betragen. Variable Vergütungen sind hingegen zulässig, soweit die Summe aus fixer und variabler Vergütung TEUR 500 nicht überschreitet. Die TEUR 500 Obergrenze darf überschritten werden, wenn das Unternehmen mindestens die Hälfte der geleisteten Rekapitalisierungen zurückgezahlt hat oder die geleistete Kapitalzuführung voll verzinst wird. Die Beschränkungen sind bei Neuabschlüssen und Vertragsänderungen (einschließlich Vertragsverlängerungen) zu berücksichtigen. Für Organmitglieder und Mitarbeiter der COMMERZBANK galt die TEUR 500 Obergrenze für das Geschäftsjahr 2012 nicht, da die COMMERZBANK mehr als die Hälfte der Rekapitalisierung (stille Einlage) zurückgezahlt hat.

Sicherung der Effektivität von Stabilisierungsmaßnahmen

Zur Sicherstellung der Effektivität von Stabilisierungsmaßnahmen gelten insbesondere für Maßnahmen der Rekapitalisierung wesentliche Einschränkungen gesetzlicher Regelungen des Aktionärs- und Gläubigerschutzes sowie vertraglicher Kündigungsrechte. Ein Zusammenhang mit einer Rekapitalisierungsmaßnahme ist dabei auch bei solchen Beschlüssen der Hauptversammlung gegeben, die dazu dienen sollen, eine von dem SoFFin im Rahmen einer Rekapitalisierungsmaßnahme erworbene Beteiligung zu übertragen oder zu veräußern, die Bedingungen der Beteiligung zu ändern, die Beteiligung als Einlage in das Unternehmen einzubringen oder in vergleichbarer Weise umzustrukturieren oder dem SoFFin erstmalige oder zusätzliche Umtausch- oder Bezugsrechte einzuräumen. Dasselbe gilt für die Beschlussfassung zu Kapitalmaßnahmen, bei denen der Emissionserlös explizit überwiegend für eine Rückzahlung des dem Unternehmen durch den SoFFin zur Verfügung gestellten Kapitals verwendet werden soll. Darüber hinaus gelten die beschriebenen Regelungen für Kapitalerhöhungen gegen Einlagen zur Einhaltung von erhöhten Eigenmittelanforderungen, die die BaFin anordnet, um einer drohenden Störung der Funktionsfähigkeit des Finanzmarktes oder einer Gefahr für die Finanzmarktstabilität entgegenzuwirken

und um erhebliche negative Auswirkungen auf andere Unternehmen des Finanzsektors sowie auf das allgemeine Vertrauen der Anleger und anderer Marktteilnehmer in ein funktionsfähiges Finanzsystem zu vermeiden.

Beschränkungen des gesetzlichen Aktionärsschutzes

Die durch das Risikobegrenzungs-gesetz geschaffene und am 31. Mai 2009 in Kraft getretene Mitteilungspflicht für Inhaber wesentlicher Beteiligungen (Erreichen oder Überschreiten von 10% oder höherer wertpapierhandelsrechtlicher Schwellenwerte) über die mit dem Erwerb der Stimmrechte verfolgten Ziele und die für den Erwerb verwendeten Mittel nach dem WpHG findet auf den Erwerb von Anteilen durch den SoFFin keine Anwendung. Ferner befreit die BaFin im Falle des Erreichens oder Überschreitens eines Stimmrechtsanteils in Höhe von 30% des stimmberechtigten Grundkapitals einer Gesellschaft den Bund, den SoFFin und ihre jeweiligen Tochtergesellschaften von der Verpflichtung zur Abgabe und Veröffentlichung eines Pflichtangebots nach dem Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz („WpÜG“). Darüber hinaus finden die Bestimmungen des WpÜG über die Zurechnung von Stimmrechten bei abgestimmter Stimmrechtsausübung oder sonstigem abgestimmtem Verhalten keine Anwendung auf das im Zusammenhang mit Stabilisierungsmaßnahmen abgestimmte Verhalten Dritter mit dem SoFFin, dem Bund oder mit deren jeweiligen Tochterunternehmen. Ferner sind bestimmte verfahrensmäßige Erleichterungen im Rahmen der Abgabe eines Angebots im Sinne des WpÜG vorgesehen.

Weiterhin kann ein erleichtertes „Squeeze-Out-Verfahren“ durchgeführt werden. Der Anteil am stimmberechtigten Grundkapital einer Gesellschaft, den der SoFFin benötigt, um nach den Vorschriften der §§ 327a ff. AktG bzw. §§ 39a und 39b des WpÜG einen Antrag auf Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung zu stellen, beträgt in Abweichung von den genannten gesetzlichen Bestimmungen nicht 95%, sondern lediglich 90%.

Beschränkungen des gesetzlichen Gläubigerschutzes

Rechtshandlungen in Zusammenhang mit Stabilisierungsmaßnahmen können nicht zu Lasten des SoFFin, des Bundes, der von ihnen errichteten Einheiten und der ihnen nahe stehenden Personen nach den Vorschriften der Insolvenzordnung oder des Anfechtungsgesetzes angefochten werden.

Des Weiteren ist die Übertragung von Risikopositionen und Sicherheiten auf den SoFFin insolvenzrechtlich nicht anfechtbar. Zivilrechtliche Abtretungs- und Übertragungshindernisse, einschließlich des Erfordernisses einer Zustimmung Dritter, sind hinsichtlich der Übertragung von Risikopositionen ebenfalls nicht anwendbar.

Beschränkung vertraglicher Kündigungsrechte

Die Übernahme einer Beteiligung des SoFFin an einem Unternehmen des Finanzsektors stellt keinen wichtigen Grund zur Kündigung eines Schuldverhältnisses dar und führt auch nicht zu einer automatischen Beendigung von Schuldverhältnissen. Entgegenstehende vertragliche Bestimmungen sind unwirksam. Weiterhin stellt die Übertragung einer Forderung oder eines Vertragsverhältnisses auf den SoFFin keinen wichtigen Grund zur Kündigung eines Dauerschuldverhältnisses und keine Vertragsverletzung dar.

Auf Grund der vorstehenden Regelungen werden die wesentlichen Verträge der COMMERZBANK nicht von der Beteiligung des SoFFin berührt (siehe „*Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns—Wesentliche Verträge*“).

Umfang der Maßnahmen

Das BMF ist ermächtigt, für den SoFFin zur Deckung von Maßnahmen des Anteilerwerbs, der Rekapitalisierung und Risikoübernahme sowie bestimmter weiterer Maßnahmen Kredite bis zur Höhe von EUR 70 Mrd. aufzunehmen. Die Kreditermächtigung ist in Höhe von EUR 30 Mrd. gesperrt; die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. Mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages kann der Ermächtigungsrahmen um bis zu EUR 10 Mrd. überschritten werden. Um Verluste aus der Inanspruchnahme aus begebenen Garantien auszugleichen, ist das BMF zudem ermächtigt, für den SoFFin weitere Kredite in Höhe von bis zu EUR 20 Mrd. aufzunehmen. Der durch den SoFFin gewährte Garantierahmen beläuft sich nach Angaben der FMSA zum 31. Dezember 2012 auf EUR 3,7 Mrd., für Kapitalmaßnahmen sind insgesamt EUR 18,8 Mrd. aufgewendet worden.

Sanierungs- und Restrukturierungsverfahren sowie Übertragungsanordnung

Am 1. Januar 2011 trat das Kreditinstitute-Reorganisationsgesetz in Kraft, das mit dem Sanierungs- und dem Reorganisationsverfahren zwei Verfahren zur Bewältigung von finanziellen Krisen von Kreditinstituten

vorsieht. Beide Verfahren werden nur auf Initiative des betroffenen Kreditinstitutes eingeleitet. Im Sanierungsverfahren soll das Kreditinstitut durch Eigenmaßnahmen im Rahmen eines Sanierungsplanes unter Aufsicht eines Sanierungsberaters saniert werden. Der Sanierungsplan kann nicht in Rechte Dritter eingreifen. Möglich sind demnach lediglich solche Maßnahmen, die das Kreditinstitut allein (z.B. die Veräußerung von Geschäftsbereichen, Herunterfahren des Neugeschäfts, u. U. Personalabbau) oder im Zusammenwirken mit Dritten (z.B. Kapitalerhöhung oder andere Formen der Kapitalaufnahme) ergreifen kann. Das Reorganisationsverfahren erlaubt dagegen über einen Reorganisationsplan Eingriffe in Rechte Dritte, namentlich der Anteilhaber oder Gläubiger des Kreditinstitutes (z. B. durch einen Schuldenschnitt oder eine Umwandlung von Schulden in Gesellschaftsanteile). Der Reorganisationsplan ist in seinen Voraussetzungen und Wirkungen einem Insolvenzplan ähnlich und bedarf der Zustimmung der Gläubiger und Anteilhaber des Kreditinstitutes (durch im Einzelnen näher geregelte Mehrheitsentscheidungen), die jedoch unter bestimmten Umständen entbehrlich sein kann. Darüber hinaus setzt die Durchführung eines Reorganisationsverfahren unter anderem voraus, dass das Kreditinstitut in seinem Bestand gefährdet ist und diese Bestandsgefährdung die Stabilität des Finanzsystems gefährdet. Bestandsgefährdung bedeutet, dass der insolvenzbedingte Zusammenbruch des Kreditinstitutes droht. Systemgefährdung liegt vor, wenn zu besorgen ist, dass sich die Bestandsgefährdung des Kreditinstitutes in erheblicher Weise negativ auf andere Unternehmen des Finanzsektors, auf die Finanzmärkte oder auf das allgemeine Vertrauen der Einleger und anderen Marktteilnehmer in die Funktionsfähigkeit des Finanzsystems auswirkt.

Ergreift ein bestandsgefährdetes Kreditinstitut, von dem eine Systemgefährdung ausgeht, nicht die Initiative zu seiner Sanierung oder Reorganisation durch ein Sanierungs- oder Reorganisationsverfahren, oder ist ein solches Verfahren aussichtslos, kann die BaFin unter bestimmten Umständen anordnen, dass das Vermögen des Kreditinstitutes einschließlich seiner Verbindlichkeiten ganz oder teilweise auf ein anderes Kreditinstitut einschließlich eines so genannten neu gegründeten Brückeninstitutes übertragen wird. Diese Übertragung soll ermöglichen, die systemrelevanten Geschäftsbereiche des Kreditinstitutes fortzuführen und die nicht systemrelevanten Geschäftsbereiche abzuwickeln. Zweck der Übertragungsanordnung ist damit die Abwehr von Gefahren für das Finanzsystem, nicht aber die Rettung des betroffenen Kreditinstitutes. Zur Finanzierung von Restrukturierungs- und Abwicklungsmaßnahmen ist der Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute eingerichtet worden. Der Restrukturierungsfonds ist ein von der FMSA verwaltetes nicht rechtsfähiges Sondervermögen des Bundes, dessen Mittel der Finanzierung künftiger Restrukturierungs- und Abwicklungsmaßnahmen im Rahmen von Übertragungsanordnungen dienen. Maßnahmen des Restrukturierungsfonds umfassen die Gründung so genannter Brückeninstitute sowie Anteilserwerbe, die Gewährung von Garantien und die Durchführung von Rekapitalisierungen des übernehmenden Rechtsträgers. Daneben hat der Restrukturierungsfonds unter bestimmten Bedingungen Verluste des SoFFin aus Finanzmarktstabilisierungsmaßnahmen zu tragen. Das Garantievolumen des Restrukturierungsfonds darf das 20fache der angesammelten Mittel, maximal jedoch EUR 100 Mrd., nicht übersteigen; ferner ist das BMF ermächtigt zur Sicherung von Maßnahmen des Restrukturierungsfonds Kredite bis zu einer Höhe von EUR 20 Mrd. aufzunehmen. Der Restrukturierungsfonds wird durch jährliche Beiträge sowie ggf. Zusatzbeiträge aller deutschen Kreditinstitute finanziert, wobei sich die Höhe der Beiträge am Geschäftsvolumen, der Größe und der Vernetzung des Kreditinstitutes im Finanzmarkt orientiert.

Aktuelle Reformbestrebungen

Basel III und CRD IV

Am 16. Dezember 2010 hat der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht angesichts der jüngsten Erfahrungen aus der Finanzmarktkrise Vorschläge für eine umfassende Verschärfung der Eigenmittelanforderungen von Banken veröffentlicht, die in der Folgezeit durch weitere Veröffentlichungen des Ausschusses geändert und ergänzt wurden (so genanntes „Basel III“ Regelwerk). Das „Basel III“-Regelwerk wurde durch die Regierungen der G-20-Staaten bestätigt und sollte nach ursprünglicher Planung zum 1. Januar 2013 verbindlich umgesetzt werden. Dieser Zeitplan wurde nicht eingehalten. Auf Ebene der Europäischen Union wird derzeit unter dem Arbeitstitel „CRD IV“ unter anderem an einer Reform der regulatorischen Eigenmittelvorschriften gearbeitet, die vornehmlich auf eine Übernahme der verschärften Anforderungen des „Basel III“ Regelwerks abzielt. Am 20. Juli 2011 hat die Europäische Kommission diesbezügliche Vorschläge für eine überarbeitete Bankenrichtlinie und eine Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (*Regulation on prudential supervision for credit institutions and investment firms*) vorgelegt. Am 27. Februar 2013 wurde zwischen dem Rat der Europäischen Union, dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission eine politische Einigung über die Inhalte der CRD IV erzielt, so dass die betreffenden Regeln in der Europäischen Union voraussichtlich zum 1. Januar 2014 in Kraft treten werden. Soweit eine Umsetzung der CRD IV durch nationale Gesetzgeber erforderlich ist, liegen für Deutschland ein weit fortgeschrittener Gesetzentwurf (so genanntes „CRD IV-Umsetzungsgesetz“) sowie mehrere Verordnungsentwürfe vor, so dass mit einer pünktlichen Umsetzung durch Deutschland gerechnet werden kann.

Nach dem CRD IV-Regelwerk sollen Banken ab dem 1. Januar 2015 6,0% statt bisher 4,0% ihrer risikogewichteten Aktiva als Kernkapital (Tier 1 Capital) vorhalten. 4,5% statt bisher 2% der risikogewichteten Aktiva sollen dabei als so genanntes hartes Kernkapital (Common Equity Tier 1) ausgestaltet sein, das bei Aktiengesellschaften im Wesentlichen nur noch Stammaktien und Gewinnrücklagen umfasst. Für das Jahr 2014 sieht die CRD IV bestimmte Übergangsregelungen vor. Die bisher gültige Mindesteigenmittelquote von 8% der risikogewichteten Aktiva bleibt unberührt. Drittrangmittel sollen allerdings nicht mehr anrechnungsfähig sein.

Für stille Einlagen, die zukünftig nicht mehr als hartes Kernkapital anerkannt werden, gelten Übergangsfristen. Wurden die stillen Einlagen im Rahmen von staatlichen Unterstützungsmaßnahmen eingebracht, bleibt eine Anrechnung als hartes Kernkapital bis zum 31. Dezember 2017 möglich. Die Anerkennung der übrigen stillen Einlagen und des Hybridkapitals als Kernkapital wird ab Inkrafttreten der CRD IV jährlich um voraussichtlich 10% vermindert.

Zusätzlich zu den vorgenannten Kapitalanforderungen sollen Banken verschiedene Kapitalpuffer in Form von hartem Kernkapital vorhalten. Solange eine Bank ihre Verpflichtung zur Vorhaltung solcher Puffer nicht vollumfänglich erfüllt, sollen Dividendenausschüttungen und Aktienrückkäufe, freiwillige Zahlungen auf andere Kernkapitalinstrumente sowie freiwillige Bonuszahlungen an Mitarbeiter der Bank nicht oder nur in beschränktem Umfang zulässig sein. Die CRD IV wird nach der politischen Einigung vom 27. Februar 2013 folgende Kapitalpuffer für Banken in der Europäischen Union vorsehen:

- Alle Banken müssen stufenweise ab dem 1. Januar 2016 einen „Kapitalerhaltungspuffer“ zur Vermeidung der schnellen Aufzehrung von Kapitalreserven in Krisenzeiten aufbauen. Der „Kapitalerhaltungspuffer“ soll zum 1. Januar 2019 2,5% der risikogewichteten Aktiva erreichen.
- Zusätzlich kann jeder Mitgliedsstaat für Engagements in- und ausländischer Banken im Gebiet des betreffenden Mitgliedsstaats einen „antizyklischen Puffer“ von bis zu 2,5% der risikogewichteten Aktiva festsetzen, um konjunkturelle Überhitzungen und eine übermäßige Kreditvergabe zu verhindern. Der institutsspezifische „antizyklische Puffer“ für eine Bank ergibt sich aus dem gewichteten Durchschnittswert der „antizyklischen Puffer“ aller Mitgliedsstaaten, in denen die Bank wesentliche Engagements unterhält.
- Mitgliedsstaaten können weiterhin für die von ihnen beaufsichtigten Banken einen „systemischen Puffer“ von 1% bis 3% der risikogewichteten Aktiva (bzw. bis zu 5% der risikogewichteten Aktiva im Hinblick auf inländische Engagements und Engagements in Drittstaaten) festsetzen, um langfristigen nichtzyklischen oder systemischen Risiken für das Finanzsystem und die Realwirtschaft entgegenzuwirken. Mit Zustimmung der Europäischen Kommission können Mitgliedstaaten auch höhere „systemische Puffer“ festsetzen.
- Im Hinblick auf systemrelevante Banken wird zwischen Banken mit globaler Systemrelevanz (sogenannte „**G-SIIs**“) und sonstigen systemrelevanten Banken (sogenannte „**O-SIIs**“, die etwa für die Europäische Union oder einzelne Mitgliedstaaten systemrelevant sind) unterschieden. G-SIIs müssen einen Kapitalpuffer vorhalten, der zwischen 1% und 3,5% der risikogewichteten Aktiva beträgt. Die konkrete Höhe dieses Kapitalpuffers soll für eine Bank aufgrund eines Scoring-Systems zur Feststellung ihrer Systemrelevanz ermittelt werden. Für O-SIIs können Mitgliedstaaten Kapitalpuffer bis zu 2% der risikogewichteten Aktiva vorsehen. Kapitalpuffer für systemrelevante Banken und „systemische Puffer“ finden grundsätzlich keine kumulative Anwendung, sondern sind – vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen – aufeinander anzurechnen. Die COMMERZBANK gehört derzeit nicht zu den 28 vom Financial Stability Board („**FSB**“) identifizierten Banken mit globaler Systemrelevanz. Das FSB wird die Liste dieser Banken im November 2013 aktualisieren. Die COMMERZBANK geht davon aus, dass sie – vorbehaltlich dieser Aktualisierung – zumindest als O-SII im Sinne der CRD IV eingestuft werden wird.

Ferner sieht das CRD IV-Regelwerk die Einhaltung einer nicht-risikobasierten maximalen Verschuldungsquote vor (Leverage Ratio). Die Einzelheiten der Verschuldungsquote sollen nach einer bis zum 31. Dezember 2016 laufenden Beobachtungsphase festgelegt und ab dem 1. Januar 2018 in Form einer verbindlichen Mindestanforderung angewendet werden. Ein weiteres Element der CRD IV ist die schrittweise Einführung einer einheitlichen kurzfristigen Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio) ab dem 1. Januar 2015. Bis zum 31. Dezember 2016 soll die Europäische Kommission zudem einen Gesetzgebungsvorschlag zur Einführung einer mittelfristigen strukturellen Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio) zur Begrenzung von Fristenkongruenzen im Aktiv- und Passivgeschäft vorlegen.

Unter bestimmten Voraussetzungen können Mitgliedstaaten nach dem CRD IV-Regelwerk für bis zu zwei Jahre auch strengere aufsichtsrechtliche Anforderungen an die von ihnen beaufsichtigten Banken festsetzen, um erhöhten Risiken für die Stabilität des Finanzsystems entgegenzuwirken. Diese strengeren Anforderungen können sich insbesondere auf die vorzuhaltenden Eigenmittel, die Liquiditätsanforderungen, die Großkreditgrenzen, den Kapitalerhaltungspuffer und die Offenlegungspflichten von Banken beziehen.

Die CRD IV wird außerdem Vorgaben für die Vergütungssysteme von Banken vorsehen. Insbesondere soll künftig die Höhe der variablen Vergütung für Mitarbeiter, deren Tätigkeit das Gesamtrisikoprofil einer Bank wesentlich beeinflusst, die Höhe des fixen Grundgehalts nicht übersteigen. Die Hauptversammlung soll mit qualifizierter Mehrheit beschließen können, dass die variable Vergütung bis auf das Doppelte des fixen Grundgehalts erhöht wird. Zudem soll es die Möglichkeit geben, variable Vergütungselemente, die in Form von langfristigen Finanzinstrumenten ausgezahlt werden, bis zu einer bestimmten Grenze zu diskontieren. Zur Ausgestaltung dieser Vorgaben soll die European Banking Authority konkretisierende Regelungen entwickeln.

Bericht der Liikanen-Gruppe, Entwurf eines Gesetzes zur Abschirmung von Risiken und zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen

Am 2. Oktober 2012 veröffentlichte eine von der Europäischen Kommission eingesetzte Expertengruppe unter dem Vorsitz des finnischen Notenbankpräsidenten Erkki Liikanen Vorschläge für Strukturreformen des Bankensektors in der Europäischen Union (so genannter „Liikanen-Report“). Der Liikanen-Report empfiehlt unter anderem, den Eigenhandel mit Wertpapieren und Derivaten sowie Kredite an Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften vom übrigen Kundengeschäft einer Universalbank zu trennen, sofern der Handelsbestand bzw. die zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerte 15-25% der Bilanzsumme der betroffenen Bank bzw. Gruppe ausmachen oder einen Umfang von mindestens EUR 100 Mrd. haben. Die Trennung soll durch Überführung der zu trennenden Aktivitäten in eine rechtlich selbständige Einheit erfolgen, aber nur, wenn sie einen im Vergleich zur Bilanzsumme wesentlichen Umfang haben. Durch die Trennung soll verhindert werden, dass Privatkunden mit ihren Einlagen für Verluste aus den genannten Geschäften eintreten müssen. Ob und inwieweit der Liikanen-Report in die europäische Gesetzgebung einfließt, ist derzeit offen.

In Deutschland haben die Vorschläge der Liikanen Gruppe bereits Eingang in den Entwurf eines Gesetzes zur Abschirmung von Risiken und zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen („**Trennbankengesetz**“) gefunden, der unter anderem sog. CRR-Kreditinstitute, die (wie die COMMERZBANK) das Einlagengeschäft betreiben, verpflichtet, besonders riskante bzw. spekulative Geschäfte (wie etwa bestimmte Formen des Handels in Wertpapieren für eigene Rechnung und die Gewährung von Krediten an Hedgefonds) in ein rechtlich und wirtschaftlich selbständiges Finanzhandelsinstitut zu überführen. Die Pflicht zur Trennung dieser Geschäfte besteht, wenn (i) die Bilanzsumme des Einlagenkreditinstituts oder der Institutsgruppe zum Ende drei aufeinanderfolgender Geschäftsjahre mindestens EUR 90 Mrd. erreicht und der Handelsbestand bzw. die zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerte 20% der Bilanzsumme des betroffenen Kreditinstituts oder der Institutsgruppe ausmachen oder (ii) der Handelsbestand bzw. die zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerte zum letzten Bilanzstichtag einen Umfang von mindestens EUR 100 Mrd. haben. Dass die zu trennenden Geschäfte einen im Vergleich zur Bilanzsumme wesentlichen Umfang haben, ist im Gegensatz zum Liikanen-Report nicht erforderlich. Das Finanzhandelsinstitut ist selbständig zu finanzieren (d. h. insbesondere ohne Rückgriff auf Kundeneinlagen). Es kann derzeit nicht völlig ausgeschlossen werden, dass die COMMERZBANK aufgrund des Umfangs ihrer Handelsaktivitäten zur Abtrennung der im Gesetzentwurf genannten Geschäfte verpflichtet wäre, wenn dieser Gesetzentwurf unverändert in Kraft träte.

Weiterhin sieht der Entwurf des Trennbankengesetzes vor, dass für so genannte systemrelevante Kreditinstitute Sanierungs- und Abwicklungspläne zu entwerfen sind (siehe hierzu „—Aktuelle Reformbestrebungen—Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten“). Gleichzeitig verschärft der Entwurf die Anforderungen an das Risikomanagement von Instituten unter gleichzeitiger Strafandrohung für die Geschäftsleiter, sollten Pflichtverletzungen im Risikomanagement den Bestand eines Instituts oder der Institutsgruppe gefährden.

Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten

Sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene gibt es verschiedene Bestrebungen, die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten neu zu regeln. So hat die Europäische Kommission am 6. Juni 2012 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Festlegung des Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen veröffentlicht. In Deutschland hat die Bundesregierung am 6. Februar 2013 den Entwurf des Trennbankengesetzes beschlossen. Anders als das Kreditinstitute-Reorganisationsgesetz sieht das Trennbankengesetz die potentielle Verpflichtung zur Aufstellung eines Sanierungsplans vor. All diese Bestrebungen gehen zurück auf die vom FSB im Oktober 2011 veröffentlichten Standards für die geordnete Abwicklung von Finanzunternehmen, zu deren Umsetzung sich die Staats- und Regierungschefs der G 20 Staaten verpflichtet haben. Bestandteil der verschiedenen Vorschläge sind unter anderem die Erstellung von Sanierungs- und Abwicklungsplänen, die Überwachung der Abwicklungsfähigkeit von Kreditinstituten und der Beseitigung von Hindernissen der Abwicklungsfähigkeit sowie die Anordnung und Durchführung der Abwicklung. Die dabei diskutierten

Abwicklungsinstrumente umfassen auch Eingriffe in Rechte Dritter, namentlich der Anteilseigner und der Gläubiger (so genannter bail-in) von Kreditinstituten, etwa im Wege der Anteilsübertragung, Kapital- und Schuldenschnitten sowie Umwandlungen von Schulden in Kapitalanteile. Ausgehend von diesen aktuellen Reformvorhaben, namentlich den entsprechenden Gesetzgebungsvorhaben in Deutschland und der EU, sind zukünftige Änderungen hinsichtlich der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten abzusehen.

Das Europäische Finanzaufsichtssystem

Zum 1. Januar 2011 hat die Europäische Bankaufsichtsbehörde (European Banking Authority – EBA) mit Sitz in London ihre Arbeit aufgenommen. Die EBA ist neben der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (European Securities and Markets Authority – ESMA), der Europäischen Versicherungsaufsichtsbehörde (European Insurance and Occupational Pensions Authority – EIOPA), der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Europäischen Ausschuss für Systemische Risiken (European Systemic Risk Board) Bestandteil des Europäischen Finanzaufsichtssystems. Die Hauptaufgabe der EBA besteht in der Koordination der nationalen Bankaufsichtsbehörden in der Europäischen Union und darüber hinaus in der Gewährleistung eines einheitlichen Aufsichtsnieaus und der Sicherheit des Finanzsystems einschließlich der Überwachung systemisch wichtiger Institute. Unter dem Dach der EBA arbeiten die 27 nationalen Aufsichtsbehörden der Europäischen Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung dieser Ziele eng zusammen. Zudem ist die BaFin zur Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, der EBA und dem Europäischen Bankenausschuss verpflichtet.

Am 13. Dezember 2012 einigte sich der Rat der Europäischen Union auf die Einführung eines einheitlichen Aufsichtsmechanismus für die Beaufsichtigung von Kreditinstituten. Bestandteil des einheitlichen Aufsichtsmechanismus, dessen Einführung noch den Gesetzgebungsprozess durchlaufen muss, ist insbesondere die Übertragung bestimmter Aufsichtsaufgaben von den nationalen Aufsichtsbehörden auf die EZB. Am 19. März 2013 haben sich das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission über einen Kompromiss bei der künftigen Ausgestaltung der Europäischen Bankenaufsicht geeinigt. Danach soll die EZB zukünftig Institute der am Single Supervisory Mechanism (SSM) teilnehmenden Mitgliedsstaaten beaufsichtigen, die anhand bestimmter Größenkriterien als systemisch signifikant gelten. Ausgehend von diesen aktuellen Reformvorhaben sind zukünftige Änderungen hinsichtlich des europäischen Finanzaufsichtssystems und der Beaufsichtigung von Kreditinstituten in Deutschland abzusehen.

Regulierung und Aufsicht in anderen Ländern

Die Geschäftstätigkeit der COMMERZBANK in anderen Ländern unterliegt der Regulierung und Kontrolle durch die lokalen Aufsichtsbehörden, einschließlich lokaler Zentralbanken und Devisenbehörden, welche die in Deutschland von der BaFin ausgeübte Aufsicht ergänzen.

Wie die einer öffentlich-rechtlichen Aufsicht unterworfenen Unternehmen in vielen Rechtsordnungen unterliegen die Gesellschaft und ihre Tochtergesellschaften Lizenz-, Genehmigungs- und anderen Anforderungen sowohl innerhalb als auch außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums. Z. B. kann der Erwerb von Aktien der Gesellschaft, sofern dieser bestimmte Schwellenwerte überschreitet, zusätzlich zu den Mitteilungspflichten, die im Hinblick auf Deutschland unter *„Angaben über das Kapital der COMMERZBANK und Anwendbare Vorschriften—Melde- und Anzeigepflichten für Anteilsbesitz“* beschrieben werden, auch Mitteilungs- oder andere Pflichten in Rechtsordnungen begründen, in denen aufsichtspflichtige Tochtergesellschaften der Gesellschaft geschäftsansässig sind.

Ein solcher Erwerb kann auch weitere Pflichten bezüglich der Lizenzen, Genehmigungen oder sonstigen Anforderungen begründen, die ein Aktionär oder die COMMERZBANK zu beachten hat. Potenzielle Anleger sollten hinsichtlich der möglichen Folgen des Erwerbs einer größeren Anzahl von Aktien der Gesellschaft ihre Rechtsberater konsultieren.

WESENTLICHE AKTIONÄRE

Das Grundkapital der COMMERZBANK ist zum Datum dieses Registrierungsformulars in 582.951.385 Stückaktien eingeteilt. Auf Grundlage der Mitteilungen der Aktionäre gemäß §§ 21 f. WpHG, die die Gesellschaft erhalten hat, halten folgende Aktionäre gemäß den Mitteilungen mehr als 3% der Stammaktien der Gesellschaft:

<u>Aktionär</u>	<u>Stimmrechtsanteil¹⁾</u>		
	<u>Direkt²⁾</u>	<u>Zurechnung²⁾</u> (in %)	<u>Gesamt</u>
Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin)/Bundesrepublik Deutschland	25,00	0	25,00
BlackRock, Inc.	0	3,07 ³⁾	3,07

¹⁾ Die prozentualen Angaben sind kaufmännisch gerundet.

²⁾ Auf Basis der jeweils letzten Stimmrechtsmeldung vom 10. Mai 2013 (SoFFin) bzw. 19. April 2011 (BlackRock). Mit der Meldung vom 10. Mai 2013 teilte der SoFFin mit, dass sein Stimmrechtsanteil die Schwelle von 25% unterschritten hat und zu diesem Datum 24,99999996% betrug.

³⁾ Davon 3,004% zugerechnet über die Tochterunternehmen BlackRock Holdco 2, Inc. und BlackRock Financial Management, Inc.

Jede Aktie der COMMERZBANK gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Hauptaktionäre der Gesellschaft haben keine unterschiedlichen Stimmrechte.

Die COMMERZBANK hat die Leitung ihres Unternehmens keinem anderen Unternehmen bzw. keiner anderen Person unterstellt, etwa auf Basis eines Beherrschungsvertrages, und wird auch nicht von einem anderen Unternehmen bzw. einer anderen Person kontrolliert im Sinne des deutschen Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes.

GESCHÄFTE UND RECHTSBEZIEHUNGEN MIT NAHESTEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Zu den der COMMERZBANK nahestehenden Unternehmen zählen nach IAS 24 diejenigen Unternehmen, mit denen die COMMERZBANK einen Konzernverbund bildet oder an denen sie einen Anteil besitzt, der ihr einen maßgeblichen Einfluss auf das Unternehmen ermöglicht. Hierzu gehören beherrschte, aber aus Gründen der Wesentlichkeit nicht konsolidierte Gesellschaften, assoziierte Unternehmen, unternehmensexterne Versorgungsträger zur betrieblichen Altersversorgung der Mitarbeiter der COMMERZBANK.

Zu den der COMMERZBANK nahestehenden Personen zählen nach IAS 24 die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats, einschließlich deren nahe Familienangehörige, sowie diejenigen Unternehmen, auf die Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaft bzw. deren nahe Familienangehörige einen beherrschenden Einfluss ausüben können.

Zum Datum des Registrierungsformulars hält die Bundesrepublik Deutschland als Träger der Finanzmarktstabilisierungsanstalt, die den SoFFin verwaltet, einen Anteil von 25% an der COMMERZBANK. Dieser gewährt der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit, einen maßgeblichen Einfluss auf die COMMERZBANK auszuüben. Demnach zählen die Bundesrepublik Deutschland sowie die der Kontrolle der Bundesrepublik Deutschland unterstehenden Unternehmen zum Kreis der nahestehenden Unternehmen und Personen nach IAS 24.

Die Gesellschaft unterhält mit zahlreichen nahestehenden Unternehmen im Konzern Geschäfts- und Vertragsbeziehungen. Darunter fallen die Gewährung von Krediten und die Erbringung vielfältiger Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Vermögensverwaltung sowie Kapitalmarkt- und Leasingtransaktionen. Sie unterhält ferner Geschäfts- und Vertragsbeziehungen zu nahestehenden Personen. Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen werden im Rahmen des üblichen Geschäftsverlaufs ausgeführt, wobei grundsätzlich die gleichen Bedingungen wie für vergleichbare Geschäfte mit Dritten gelten.

Nähere Informationen und quantitative Angaben zu den Geschäfts- und Rechtsbeziehungen der COMMERZBANK zu nahestehenden Unternehmen und Personen finden sich für das Geschäftsjahr 2012 in Note 95 des im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckten Anhangs (Notes) zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012 und für den Konzernzwischenabschluss zum 31. März 2013 in Note 33 der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckten Anhangs (ausgewählte Notes) zum Konzernzwischenabschluss für den am 31. März 2013 endenden Dreimonatszeitraum. Für die Geschäftsjahre 2011 und 2010 finden sich derartige Angaben jeweils in Note 99 der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckten Anhangs (Notes) der jeweiligen Konzernabschlüsse. Zum Zeitpunkt dieses Registrierungsformulars bestehen darüber hinaus keine weiteren wesentlichen Geschäfts- und Rechtsbeziehungen der Gesellschaft zu nahestehenden Unternehmen und Personen.

ANGABEN ÜBER DAS KAPITAL DER COMMERZBANK UND ANWENDBARE VORSCHRIFTEN

Grundkapital und Aktien

Das Grundkapital der COMMERZBANK beträgt zum Datum dieses Registrierungsformulars EUR 582.951.385,00 und ist eingeteilt in 582.951.385 Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00 je Stückaktie. Sämtliche Aktien sind voll eingezahlt und für den Zeitraum ab dem 1. Januar 2013 voll gewinnanteilsberechtigend. Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung der Gesellschaft eine Stimme.

Die bestehenden Aktien der COMMERZBANK sind zum Handel im regulierten Markt an den Wertpapierbörsen Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart sowie zum Teilbereich des regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen. Darüber hinaus sind sie an der London Stock Exchange und an der SIX Swiss Exchange, Zürich, zugelassen.

Die Aktien der COMMERZBANK sind gemäß der Satzung der Gesellschaft in einer oder mehreren Globalurkunden verbrieft, die bei der Clearstream Banking Aktiengesellschaft, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn, hinterlegt sind. Gemäß § 5 Absatz 2 der Satzung der Gesellschaft ist der Anspruch des Aktionärs auf Verbriefung seines Anteils ausgeschlossen, soweit nicht eine Verbriefung nach den Regeln erforderlich ist, die an einer Börse gelten, an der die Aktien zugelassen sind.

Sämtliche von der COMMERZBANK ausgegebenen Aktien sind mit gleichen Rechten ausgestattet. Die Aktien der Gesellschaft sind frei übertragbar.

Entwicklung des Grundkapitals seit dem 1. Januar 2010

Zum 1. Januar 2010 betrug das eingetragene Grundkapital der Gesellschaft EUR 3.071.517.607,60 und war eingeteilt in 1.181.352.926 auf den Inhaber lautende Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 2,60 je Stückaktie. Wie nachfolgend beschrieben, wurden seit dem 1. Januar 2010 mehr als 10% des Grundkapitals gegen Sacheinlage ausgegeben. Seit dem 1. Januar 2010 hat sich das eingetragene Grundkapital der Gesellschaft wie folgt entwickelt:

Sachkapitalerhöhung im Zusammenhang mit der Verbesserung der Kernkapitalstruktur und Verwässerungsschutz des SoFFin

Zu Beginn des Jahres 2011 führte die COMMERZBANK eine Transaktion zur Verbesserung der Kernkapitalstruktur des Konzerns durch. Im Zuge dessen wurden hybride Eigenkapitalinstrumente, die von Konzerngesellschaften der COMMERZBANK begeben wurden, von einer an der Transaktion beteiligten Bank im Wege eines öffentlichen Angebots am Markt erworben und anschließend gegen Sacheinlage in die COMMERZBANK eingebracht. Zu diesem Zweck beschloss der Vorstand der COMMERZBANK am 12./21. Januar 2011 mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom jeweils gleichen Tage, das Grundkapital der Gesellschaft von EUR 3.071.517.607,60 um EUR 307.151.756,60 auf EUR 3.378.669.364,20 durch Ausgabe von insgesamt 118.135.291 neuen auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 2,60 je Aktie gegen Sacheinlage zu erhöhen.

Infolgedessen wurde die Beteiligung aller bestehenden Aktionäre der COMMERZBANK verwässert. Um seine Beteiligung wieder auf den vorherigen Anteil in Höhe von 25% plus eine Aktie aufzustocken, machte der SoFFin von dem im Beteiligungsvertrag 2 vorgesehenen Umtauschrecht Gebrauch und gab dazu am 25. Januar 2011 eine Umtauscherklärung für 39.378.430 neue auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 2,60 je Aktie ab. Die neuen Aktien wurden am 27. Januar 2011 ausgegeben und anschließend auf Antrag der Gesellschaft zum Handel an der Börse zugelassen. Durch Ausgabe der neuen Aktien erhöhte sich das Grundkapital der Gesellschaft von EUR 3.378.669.364,20 auf EUR 3.481.053.282,20.

Kapitalmaßnahmen zur weitgehenden Rückführung der stillen Einlagen des SoFFin

Die COMMERZBANK führte im zweiten Quartal 2011 die stillen Einlagen des SoFFin in Höhe von EUR 16,2 Mrd. um rund 90% zurück. Der Rückführungsbetrag in Höhe von EUR 14,3 Mrd. stammte zu EUR 11 Mrd. aus Kapitalerhöhungen sowie im Umfang von EUR 3,27 Mrd. aus freiem regulatorischen Kapital. Bei den Kapitalerhöhungen wurden rund EUR 8,25 Mrd. über den Kapitalmarkt generiert, zusätzlich wandelte der SoFFin zur Aufrechterhaltung seines Anteils von 25% plus 1 Aktie am Grundkapital der COMMERZBANK rund EUR 2,75 Mrd. stille Einlagen in COMMERZBANK-Aktien um. Darüber hinaus erhielt der SoFFin im Zusammenhang mit der Rückführung der stillen Einlagen eine Einmalzahlung in Höhe von EUR 1,03 Mrd.

Die Kapitalerhöhungen wurden in zwei Schritten durchgeführt: In einem ersten Schritt wurden ab dem 6. April 2011 1.004.149.984 CoMEN (unverzinsliche bedingte Pflichtumtauschanleihen, die mit der

Verpflichtung ausgestattet waren, sie beim Eintritt bestimmter Bedingungen in Stückaktien der Gesellschaft umzutauschen) begeben. Aktionären, die am 6. April 2011 zum Börsenschluss Aktien der Gesellschaft hielten, wurden im Rahmen des Angebots der CoMEN Erwerbsrechte zugeteilt, das heißt sie konnten für je eine COMMERZBANK-Aktie einen CoMEN erwerben.

Die ordentliche Hauptversammlung der COMMERZBANK vom 6. Mai 2011 beschloss daraufhin zunächst, das Grundkapital der Gesellschaft von EUR 3.481.053.282,20, eingeteilt in 1.338.866.647 auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von je EUR 2,60, nach den Vorschriften über die ordentliche Kapitalherabsetzung nach §§ 222 ff. AktG i.V.m. § 7 Absatz 6 des FMStBG zum Zwecke der Einstellung eines Teils des Grundkapitals in die Kapitalrücklage der Gesellschaft um EUR 2.142.186.635,20 auf EUR 1.338.866.647,00 in der Weise herabzusetzen, dass die Grundkapitalziffer und damit einhergehend der anteilige Betrag des Grundkapitals der Aktien von EUR 2,60 je Stückaktie auf EUR 1,00 je Stückaktie herabgesetzt würde. Der Herabsetzungsbetrag von EUR 2.142.186.635,20 wurde in die Kapitalrücklage der Gesellschaft nach § 266 Absatz 3 A II Handelsgesetzbuch eingestellt. Die Durchführung der Kapitalherabsetzung wurde am 9. Mai 2011 in das Handelsregister eingetragen.

Die ordentliche Hauptversammlung der COMMERZBANK vom 6. Mai 2011 beschloss ferner, das Grundkapital der Gesellschaft gemäß § 7a FMStBG um bis zu EUR 1.338.866.647,00 bedingt zu erhöhen und gewährte dem SoFFin in diesem Zusammenhang ein Umtauschrecht für dessen Stille Einlage II (Bedingtes Kapital 2011/I). Das bedingte Kapital wurde am 9. Mai 2011 in das Handelsregister eingetragen. Der SoFFin machte von seinem Umtauschrecht mehrmals zum Erwerbspreis von jeweils EUR 4,25 je Aktie bis zum 12. Mai 2011 für insgesamt 1.338.866.645 neu zu schaffende Aktien Gebrauch. Der Vorstand der Gesellschaft gab daraufhin bis zum 12. Mai 2011 insgesamt 1.338.866.645 Aktien, jeweils mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00 je Stückaktie und Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2011 aus. Das Grundkapital der Gesellschaft erhöhte sich daraufhin von EUR 1.338.866.647,00 auf EUR 2.677.733.292,00.

In einem zweiten Schritt beschloss die Hauptversammlung der COMMERZBANK vom 6. Mai 2011 weiterhin, das Grundkapital der Gesellschaft gemäß § 7 FMStBG um bis zu EUR 10 Mrd. gegen Bareinlagen und die teilweise Einbringung der vom SoFFin eingegangenen stillen Einlage durch Ausgabe von bis zu 10 Mrd. neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00 je Stückaktie und Gewinnberechtigung ab dem 1. Januar 2011 zu erhöhen. Der Vorstand wurde ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den Bezugspreis unter Berücksichtigung der damaligen Marktsituation und eines Risikoabschlags festzusetzen. Die endgültige Anzahl der neu auszugebenden Aktien war nach dem Beschluss der Hauptversammlung auf diejenige Höchstzahl von Aktien beschränkt, die sich aus der Division des angestrebten Bruttoemissionserlöses in Höhe von EUR 11 Mrd., nach Abzug des im Zusammenhang mit der Ausnutzung des Bedingten Kapital 2011/I eingebrachten Betrags der Stillen Einlage II des SoFFin, geteilt durch den vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats endgültig festgelegten Bezugspreis ergab. Nachdem der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats den Bezugspreis auf EUR 2,18 festgesetzt hatte, wurde das Grundkapital der Gesellschaft um EUR 2.435.695.761,00 durch die Ausgabe von 2.435.695.761 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00 je Stückaktie und Gewinnberechtigung ab dem 1. Januar 2011 erhöht. Die Durchführung der Kapitalerhöhung wurde am 6. Juni 2011 in das Handelsregister eingetragen. Das Grundkapital der COMMERZBANK erhöhte sich daraufhin auf EUR 5.113.429.053,00.

Sachkapitalerhöhung 2012 im Zusammenhang mit der Verbesserung der Kernkapitalstruktur und Verwässerungsschutz des SoFFin

Im März 2012 führte die COMMERZBANK erneut eine Transaktion zur Verbesserung der Kernkapitalstruktur des Konzerns durch. Im Zuge dessen wurden hybride Eigenkapitalinstrumente, nachrangige Finanzinstrumente sowie andere Wertpapiere, die teilweise von der COMMERZBANK bzw. von Konzerngesellschaften der COMMERZBANK, teilweise von konzernfremden, an der COMMERZBANK in Form einer stillen Beteiligung bzw. eines Genussrechts beteiligten Gesellschaften begeben worden waren, von einer an der Transaktion beteiligten Bank im Wege eines öffentlichen Angebots am Markt erworben und anschließend gegen Sacheinlage in die COMMERZBANK eingebracht. Zu diesem Zweck beschloss der Vorstand der COMMERZBANK am 20. Februar 2012 bzw. 2. März 2012 mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom 22. Februar 2012 bzw. 2. März 2012, das Grundkapital der Gesellschaft unter teilweiser Ausnutzung des von der Hauptversammlung 2011 geschaffenen Genehmigten Kapitals von EUR 5.113.429.053,00 um EUR 360.509.967,00 auf EUR 5.473.939.020,00 durch Ausgabe von insgesamt 360.509.967 neuen auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00 je Aktie gegen Sacheinlage zu erhöhen.

Infolgedessen wurde die Beteiligung aller bestehenden Aktionäre der COMMERZBANK verwässert. Um seine Beteiligung wieder auf den vorherigen Anteil in Höhe von 25% plus eine Aktie aufzustocken, machte der SoFFin von dem im Beteiligungsvertrag 1 vorgesehenen Umtauschrecht Gebrauch und gab dazu am

7. März 2012 eine Umtauscherklärung für 120.169.989 neue auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00 je Aktie ab. Die neuen Aktien aus dem von der Hauptversammlung 2011 geschaffenen Bedingten Kapital 2011/III wurden am 7. März 2012 gegen teilweise Umwandlung der Stillen Einlage I in Höhe von EUR 230.762.429,88 ausgegeben und anschließend auf Antrag der Gesellschaft zum Handel an der Börse zugelassen. Durch Ausgabe dieser neuen Aktien erhöhte sich das Grundkapital der Gesellschaft von EUR 5.473.939.020,00 auf EUR 5.594.109.009,00.

Sachkapitalerhöhung 2012 im Rahmen der Auszahlung der variablen Vergütung in Aktien und Verwässerungsschutz des SoFFin

Im Juni 2012 erfüllte die COMMERZBANK EUR 213,8 Mio. der individuellen variablen Vergütungsansprüche ihrer außertariflichen Mitarbeiter für das Jahr 2011 in Aktien der COMMERZBANK. Die Aktien wurden im Wege einer Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage neu geschaffen. Die in Aktien umzuwandelnden Ansprüche der Mitarbeiter wurden an einen Intermediär abgetreten, der den Wert der gesammelten abgetretenen Vergütungsansprüche im Gesamtnennwert von EUR 213.801.660,30 in die COMMERZBANK als Sacheinlage einbrachte. Das Grundkapital der Commerzbank wurde von EUR 5.594.109.009,00 um EUR 176.553.636,00 auf EUR 5.770.662.645,00 durch Ausgabe von 176.553.636 neuen Aktien unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre aus Genehmigtem Kapital gegen Sacheinlage erhöht.

Infolgedessen wurde die Beteiligung aller bestehenden Aktionäre der COMMERZBANK verwässert. Um seine Beteiligung wieder auf den vorherigen Anteil in Höhe von 25% plus eine Aktie aufzustocken, machte der SoFFin von dem im Beteiligungsvertrag 1 vorgesehenen Umtauschrecht Gebrauch und gab dazu am 29. Juni 2012 eine Umtauscherklärung für 58.851.212 neue auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00 je Aktie ab. Die neuen Aktien aus dem von der Hauptversammlung 2011 geschaffenen Bedingten Kapital 2011/III wurden am 29. Juni 2012 gegen teilweise Umwandlung der Stillen Einlage I in Höhe von EUR 80.114.154,90 ausgegeben und anschließend auf Antrag der Gesellschaft zum Handel an der Börse zugelassen. Durch Ausgabe dieser neuen Aktien erhöhte sich das Grundkapital der Gesellschaft von EUR 5.770.662.645,00 auf EUR 5.829.513.857,00.

Beschlüsse der ordentlichen Hauptversammlung vom 19. April 2013 im Zusammenhang mit der geplanten vollständigen Rückführung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz

Die ordentliche Hauptversammlung der COMMERZBANK vom 19. April 2013 beschloss zunächst, das Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von EUR 5.829.513.857,00, eingeteilt in 5.829.513.857 auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00 je Stückaktie, um EUR 7,00 auf EUR 5.829.513.850,00 im Wege der Kapitalherabsetzung durch Einziehung von Aktien nach § 237 Absatz 1 Satz 1 2. Fall i.V.m. Absatz 3 Nr. 1 AktG i.V.m. § 7 Absatz 6 FMStBG herabzusetzen. Diese Herabsetzung wurde durch die Einziehung von 7 Stückaktien vorgenommen, auf die der Ausgabebetrag voll geleistet war und die der Gesellschaft von einem Aktionär unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurden. Der auf die eingezogenen Aktien entfallende Betrag des Grundkapitals in Höhe von insgesamt EUR 7,00 wurde in die Kapitalrücklage der Gesellschaft nach § 266 Absatz 3 A II HGB eingestellt. Die Durchführung dieser Kapitalherabsetzung wurde am 22. April 2013 in das Handelsregister eingetragen. Durch die Kapitalherabsetzung verringerte sich das Grundkapital der Gesellschaft von EUR 5.829.513.857,00 auf EUR 5.829.513.850,00.

Die ordentliche Hauptversammlung der COMMERZBANK vom 19. April 2013 beschloss ferner, das Grundkapital der Gesellschaft von EUR 5.829.513.850,00, eingeteilt in 5.829.513.850 auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00 je Stückaktie, nach den Vorschriften über die ordentliche Kapitalherabsetzung nach §§ 222 ff. AktG i.V.m. § 7 Absatz 6 FMStBG zum Zwecke der Einstellung eines Teils des Grundkapitals in die Kapitalrücklage der Gesellschaft um EUR 5.246.562.465,00 auf EUR 582.951.385,00 in der Weise herabzusetzen, dass zehn Stückaktien der Gesellschaft zu je einer Stückaktie zusammengelegt werden. Der Herabsetzungsbetrag von EUR 5.246.562.465,00 wurde in die Kapitalrücklage der Gesellschaft nach § 266 Absatz 3 A II HGB eingestellt. Die Durchführung dieser Kapitalherabsetzung wurde ebenfalls am 22. April 2013 in das Handelsregister eingetragen. Durch diese Kapitalherabsetzung verringerte sich das Grundkapital der Gesellschaft von EUR 5.829.513.850,00 auf EUR 582.951.385,00. Für die Aktionäre, deren Aktienanzahl zum Zeitpunkt der Zusammenlegung nicht durch 10 teilbar war, war ein so genannter „Spitzenausgleich“ vorgesehen. Diese Aktionäre konnten individuell entscheiden, ob sie bei Vorliegen von Aktienspitzen Aktien der COMMERZBANK hinzukaufen oder abgeben wollten. Sofern der jeweilige Aktionär seiner Depotbank nicht bis zum 6. Mai 2013 einen entsprechenden Auftrag zur Auf- oder Abrundung erteilte, wurden die Aktienspitzen automatisch veräußert und die Erlöse dem Aktionär gutgeschrieben.

Schließlich beschloss die ordentliche Hauptversammlung der COMMERZBANK vom 19. April 2013, das Grundkapital der Gesellschaft gemäß § 7 FMStBG gegen Bareinlagen und die teilweise Einbringung der stillen Einlage aus der von dem SoFFin eingegangenen stillen Gesellschaft um bis zu EUR 2.272.727.272,00 durch Ausgabe von bis zu 2.272.727.272 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00 je Stückaktie auf bis zu EUR 2.855.678.657 zu erhöhen. Dieser Kapitalerhöhungsbeschluss wurde am 22. April 2013 in das Handelsregister eingetragen. Zu den Einzelheiten des Kapitalerhöhungsbeschlusses siehe „Das Angebot—Gegenstand des Angebots“ in der Wertpapierbeschreibung der Gesellschaft vom 14. Mai 2013. Am 14. Mai 2013 hat der Vorstand nach Maßgabe des Kapitalerhöhungsbeschlusses und mit Zustimmung des vom Aufsichtsrat dazu ermächtigten Präsidialausschusses vom gleichen Tag unter anderem festgesetzt, dass die Gesamtzahl der neuen Aktien 555.555.556 beträgt. Die neuen Aktien sollen den Aktionären der Gesellschaft in der Zeit vom 15. Mai bis zum 28. Mai 2013 zum Bezug angeboten werden. Nach Eintragung der Durchführung dieser Kapitalerhöhung in das Handelsregister, die voraussichtlich um den 28. Mai 2013 erfolgen soll, wird das Grundkapital der Gesellschaft EUR 1.138.506.941,00 betragen und in 1.138.506.941 auf den Inhaber lautende Stückaktien eingeteilt sein. Die Kapitalerhöhung hat zum Ziel, die stillen Einlagen des SoFFin und der Allianz vorzeitig vollständig zurückzuführen, siehe „Beschreibung der Geschäftstätigkeit des COMMERZBANK-Konzerns—Jüngste Entwicklung und Ausblick—Jüngste Entwicklung“.

Genehmigtes Kapital

Genehmigtes Kapital 2011

Die ordentliche Hauptversammlung der COMMERZBANK vom 6. Mai 2011 beschloss die Aufhebung des bis dahin vorhandenen genehmigten Kapitals in § 4 Abs. 3 der Satzung verbunden mit der Schaffung eines neuen genehmigten Kapitals („**Genehmigtes Kapital 2011**“), das am 6. Juli 2011 in das Handelsregister eingetragen wurde. Nach teilweiser Ausnutzung des Genehmigten Kapitals 2011 in Höhe von EUR 360.509.967,00 im März 2012 und in Höhe von EUR 176.553.636,00 im Juni 2012 lautet § 4 Absatz 3 der Satzung wie folgt:

„(3) Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 5. Mai 2016 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um Euro 1.462.936.397,00 zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2011). Dabei ist den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen; das gesetzliche Bezugsrecht kann auch in der Weise eingeräumt werden, dass die neuen Aktien von einem Kreditinstitut oder einem Konsortium von Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären der Commerzbank Aktiengesellschaft zum Bezug anzubieten. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht in folgenden Fällen auszuschließen:

- um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht auszunehmen;
- um in dem Umfang, in dem es erforderlich ist, Inhabern von durch die Commerzbank Aktiengesellschaft oder durch unmittelbare oder mittelbare Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der Commerzbank Aktiengesellschaft (Konzernunternehmen i.S.v. § 18 Absatz 1 Aktiengesetz) ausgegebenen oder noch auszugebenden Wandlungs- oder Optionsrechten ein Bezugsrecht einzuräumen, wie es ihnen nach Ausübung des Wandlungs- oder Optionsrechts oder nach Erfüllung einer entsprechenden Wandlungs- oder Optionspflicht zustehen würde;
- um in Höhe von bis zu Euro 20.000.000,00 Belegschaftsaktien an Mitarbeiter der Commerzbank Aktiengesellschaft und unmittelbarer oder mittelbarer Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der Commerzbank Aktiengesellschaft (Konzernunternehmen i.S.v. § 18 Absatz 1 Aktiengesetz) auszugeben;
- um das Grundkapital gegen Sacheinlagen zu erhöhen;
- bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis für Aktien der Gesellschaft gleicher Ausstattung im Zeitpunkt der Festlegung des Ausgabebetrags nicht wesentlich unterschreitet. Die unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß §§ 203 Absatz 1, 186 Absatz 3 Satz 4 Aktiengesetz aufgrund dieser Ermächtigung ausgegebenen Aktien dürfen insgesamt 10% des Grundkapitals der Gesellschaft im Zeitpunkt des Wirksamwerdens oder – falls dieser Wert geringer ist – im Zeitpunkt der Ausübung der vorliegenden Ermächtigung nicht überschreiten. Die Höchstgrenze von 10% des Grundkapitals vermindert sich um den anteiligen Betrag des Grundkapitals, der auf diejenigen eigenen Aktien der Gesellschaft entfällt, die während der Laufzeit des Genehmigten Kapitals 2011 unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre gemäß §§ 71 Absatz 1 Nr. 8 Satz 5, 186 Absatz 3 Satz 4 Aktiengesetz veräußert werden. Die Höchstgrenze vermindert sich ferner um den anteiligen Betrag des Grundkapitals, der auf diejenigen Aktien entfällt, die zur Bedienung von Options- oder Wandelschuldverschreibungen mit Options- oder Wandlungsrecht oder mit Options- oder Wandlungspflicht auszugeben sind, sofern die Schuldverschreibungen während der Laufzeit des Genehmigten Kapitals 2011 unter Ausschluss des Bezugsrechts in entsprechender Anwendung von § 186 Absatz 3 Satz 4 Aktiengesetz ausgegeben werden.

Der Vorstand ist ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.“

Der Vorstand der COMMERZBANK hat in der Begründung der Beschlussvorschläge in der ordentlichen Hauptversammlung 2013 erklärt, dass er von der Ermächtigung des Genehmigten Kapitals 2011 mit Zustimmung des Aufsichtsrats nur in Höhe von maximal 50% des nach der Durchführung der unter „—Entwicklung des Grundkapitals seit dem 1. Januar 2010—Beschlüsse der ordentlichen Hauptversammlung vom 19. April 2013 im Zusammenhang mit der geplanten vollständigen Rückführung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz“ beschriebenen Kapitalmaßnahmen bestehenden Grundkapitals Gebrauch machen wird. Außerdem hat der Vorstand der COMMERZBANK erklärt, dass er die ihm erteilten Ermächtigungen zu Kapitalmaßnahmen unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre insgesamt nur zu einer Erhöhung des Grundkapitals in Höhe von maximal 20% des nach der Durchführung der unter „—Entwicklung des Grundkapitals seit dem 1. Januar 2010—Beschlüsse der ordentlichen Hauptversammlung vom 19. April 2013 im Zusammenhang mit der geplanten vollständigen Rückführung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz“ beschriebenen Kapitalmaßnahmen bestehenden Grundkapitals nutzen wird. Die vorgenannten Beschränkungen für die Ausnutzung entfallen nur, wenn die Hauptversammlung dem zustimmt.

Genehmigtes Kapital 2012/I

Die ordentliche Hauptversammlung der COMMERZBANK vom 23. Mai 2012 beschloss die Schaffung eines neuen genehmigten Kapitals („**Genehmigtes Kapital 2012/I**“), das am 19. Juli 2012 in das Handelsregister eingetragen wurde. § 4 Absatz 6 der Satzung lautet wie folgt:

„(6) Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 22. Mai 2017 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um Euro 1.150.000.000,00 zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2012/I). Dabei ist den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen; das gesetzliche Bezugsrecht kann auch in der Weise eingeräumt werden, dass die neuen Aktien von einem Kreditinstitut oder einem Konsortium von Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären der Commerzbank Aktiengesellschaft zum Bezug anzubieten. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht in folgenden Fällen auszuschließen:

- um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht auszunehmen;
- um in dem Umfang, in dem es erforderlich ist, Inhabern von durch die Commerzbank Aktiengesellschaft oder durch unmittelbare oder mittelbare Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der Commerzbank Aktiengesellschaft (Konzernunternehmen i.S.v. § 18 Absatz 1 Aktiengesetz) ausgegebenen oder noch auszugebenden Wandlungs- oder Optionsrechten ein Bezugsrecht einzuräumen, wie es ihnen nach Ausübung des Wandlungs- oder Optionsrechts oder nach Erfüllung einer entsprechenden Wandlungs- oder Optionspflicht zustehen würde;
- um Aktien an Vorstandsmitglieder, Mitglieder der Geschäftsführung oder Mitarbeiter der Commerzbank Aktiengesellschaft und unmittelbarer oder mittelbarer Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der Commerzbank Aktiengesellschaft (Konzernunternehmen i.S.v. § 18 Absatz 1 Aktiengesetz) gegen Sacheinlagen durch Einbringung von Ansprüchen auf variable Vergütungsbestandteile, Gratifikationen oder ähnlichen Forderungen gegen die Gesellschaft oder Konzernunternehmen auszugeben;
- um das Grundkapital gegen Sacheinlagen zu erhöhen.

Der Vorstand ist ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.“

Der Vorstand der COMMERZBANK hat in der Begründung der Beschlussvorschläge in der ordentlichen Hauptversammlung 2013 erklärt, dass er von der Ermächtigung des Genehmigten Kapitals 2012/I mit Zustimmung des Aufsichtsrats nur in Höhe von maximal 50% des nach der Durchführung der unter „—Entwicklung des Grundkapitals seit dem 1. Januar 2010—Beschlüsse der ordentlichen Hauptversammlung vom 19. April 2013 im Zusammenhang mit der geplanten vollständigen Rückführung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz“ beschriebenen Kapitalmaßnahmen bestehenden Grundkapitals Gebrauch machen wird. Außerdem hat der Vorstand der COMMERZBANK erklärt, dass er die ihm erteilten Ermächtigungen zu Kapitalmaßnahmen unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre insgesamt nur zu einer Erhöhung des Grundkapitals in Höhe von maximal 20% des nach der Durchführung der unter „—Entwicklung des Grundkapitals seit dem 1. Januar 2010—Beschlüsse der ordentlichen Hauptversammlung vom 19. April 2013 im Zusammenhang mit der geplanten vollständigen Rückführung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz“ beschriebenen Kapitalmaßnahmen bestehenden Grundkapitals nutzen wird. Die vorgenannten Beschränkungen für die Ausnutzung entfallen nur, wenn die Hauptversammlung dem zustimmt.

Genehmigtes Kapital 2012/II

Das von der ordentlichen Hauptversammlung der COMMERZBANK am 23. Mai 2012 beschlossene und am 19. Juli 2012 in das Handelsregister eingetragene genehmigte Kapital (§ 4 Absatz 7 der Satzung der Gesellschaft) wurde mit Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung der COMMERZBANK vom 19. April 2013 aufgehoben. Die Aufhebung wird erst mit Eintragung der Satzungsänderung im Handelsregister wirksam. In dem Aufhebungsbeschluss der Hauptversammlung wurde der Vorstand der COMMERZBANK angewiesen, die entsprechende Satzungsänderung so zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden, dass sie erst nach Eintragung der unter „—Entwicklung des Grundkapitals seit dem 1. Januar 2010—Beschlüsse der ordentlichen Hauptversammlung vom 19. April 2013 im Zusammenhang mit der geplanten vollständigen Rückführung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz“ beschriebenen Kapitalmaßnahmen wirksam wird.

§ 4 Absatz 7 der Satzung lautet zum Datum des Registrierungsformulars wie folgt:

„(7) Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 22. Mai 2017 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bareinlage und/oder teilweise oder vollständige Einbringung der stillen Einlagen aus von der AZ-Arges Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH und dem Finanzmarktstabilisierungsfonds eingegangenen stillen Gesellschaften einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um Euro 2.455.000.000,00 zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2012/II). Von der Ermächtigung zur Ausgabe von Aktien gegen Bareinlagen darf der Vorstand nur Gebrauch machen, um die dadurch der Gesellschaft zufließenden Geldmittel nach Abzug der Emissionskosten zur vollständigen oder teilweisen Rückzahlung der bestehenden stillen Einlagen zu verwenden. Dabei sind die aus einer Kapitalerhöhung der Gesellschaft zufließenden Geldmittel stets überwiegend für die Rückzahlung der bestehenden stillen Einlagen des Finanzmarktstabilisierungsfonds zu verwenden. Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen; das gesetzliche Bezugsrecht kann auch in der Weise eingeräumt werden, dass die neuen Aktien von einem Kreditinstitut oder einem Konsortium von Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären der Commerzbank Aktiengesellschaft zum Bezug anzubieten. Der AZ-Arges Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH und dem Finanzmarktstabilisierungsfonds, vertreten durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, kann das Recht eingeräumt werden, bei Ausübung ihrer Bezugsrechte zur Leistung des Bezugspreises für jede bezogene Aktie an Stelle einer Bareinlage stille Einlagen aus von der AZ-Arges Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH bzw. dem Finanzmarktstabilisierungsfonds eingegangenen stillen Gesellschaften in entsprechender Höhe einzubringen. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre in folgenden Fällen auszuschließen:

- um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht auszunehmen;
- um ausschließlich die AZ-Arges Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH und/oder den Finanzmarktstabilisierungsfonds, vertreten durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, zur Zeichnung gegen teilweise oder vollständige Einbringung der stillen Einlagen aus den von der AZ-Arges Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH bzw. dem Finanzmarktstabilisierungsfonds eingegangenen stillen Gesellschaften zuzulassen.

Der Vorstand wird ermächtigt, die Einzelheiten der Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzusetzen.“

Bedingtes Kapital

Bedingtes Kapital 2011/III

Das von der ordentlichen Hauptversammlung am 6. Mai 2011 beschlossene und am 6. Juli 2011 in das Handelsregister eingetragene bedingte Kapital (§ 4 Absatz 5 der Satzung der Gesellschaft) wurde mit Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung der COMMERZBANK vom 19. April 2013 aufgehoben. Die Aufhebung wird erst mit Eintragung der Satzungsänderung im Handelsregister wirksam. In dem Aufhebungsbeschluss der Hauptversammlung wurde der Vorstand der COMMERZBANK angewiesen, die entsprechende Satzungsänderung so zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden, dass sie erst nach Eintragung der unter „—Entwicklung des Grundkapitals seit dem 1. Januar 2010—Beschlüsse der ordentlichen Hauptversammlung vom 19. April 2013 im Zusammenhang mit der geplanten vollständigen Rückführung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz“ beschriebenen Kapitalmaßnahmen wirksam wird.

§ 4 Absatz 5 der Satzung lautet zum Datum des Registrierungsformulars wie folgt:

„(5) Das Grundkapital der Gesellschaft ist aufgrund des Beschlusses der ordentlichen Hauptversammlung vom 6. Mai 2011 um bis zu Euro 709.312.132,00, eingeteilt in bis zu 709.312.132 auf den Inhaber lautende Stückaktien, bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2011/III). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Aktien bei Ausübung von Umtauschrechten, die dem nach dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichteten Finanzmarktstabilisierungsfonds, vertreten durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung,

als stillem Gesellschafter der Gesellschaft gewährt wurden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie der Finanzmarktstabilisierungsfonds von dem Umtauschrecht Gebrauch macht.“

Bedingtes Kapital 2012/I

Die Hauptversammlung vom 23. Mai 2012 beschloss die Aufhebung des Bedingten Kapitals 2011/II verbunden mit der Schaffung eines neuen bedingten Kapitals („**Bedingtes Kapital 2012/I**“), das am 19. Juli 2012 in das Handelsregister eingetragen wurde. § 4 Absatz 4 der Satzung lautet wie folgt:

„(4) Das Grundkapital der Gesellschaft ist aufgrund des Beschlusses der Hauptversammlung vom 23. Mai 2012 um bis zu Euro 2.750.000.000,00, eingeteilt in bis zu 2.750.000.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien, bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2012/I). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen oder Wandelgenussrechten oder von Optionsscheinen aus Optionsschuldverschreibungen oder Optionsgenussrechten, die von der Commerzbank Aktiengesellschaft oder unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der Commerzbank Aktiengesellschaft (Konzernunternehmen i.S.v. § 18 Absatz 1 Aktiengesetz) auf der Grundlage des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung vom 23. Mai 2012 (Ermächtigung 2012) bis zum 22. Mai 2017 ausgegeben oder garantiert werden, von ihren Wandlungs- oder Optionsrechten Gebrauch machen oder ihre entsprechenden Wandlungs- oder Optionspflichten erfüllen und nicht andere Erfüllungsformen gewählt werden.“

Der Vorstand der COMMERZBANK hat in der Begründung der Beschlussvorschläge in der ordentlichen Hauptversammlung 2013 erklärt, dass er von dem Bedingten Kapital 2012/I nur in Höhe von maximal 50% des nach der Durchführung der unter „—Entwicklung des Grundkapitals seit dem 1. Januar 2010—Beschlüsse der ordentlichen Hauptversammlung vom 19. April 2013 im Zusammenhang mit der geplanten vollständigen Rückführung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz“ beschriebenen Kapitalmaßnahmen bestehenden Grundkapitals Gebrauch machen wird. Außerdem hat der Vorstand der COMMERZBANK dort erklärt, dass er Kapitalmaßnahmen unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre insgesamt nur zu einer Erhöhung des Grundkapitals in Höhe von maximal 20% des nach der Durchführung der unter „—Entwicklung des Grundkapitals seit dem 1. Januar 2010—Beschlüsse der ordentlichen Hauptversammlung vom 19. April 2013 im Zusammenhang mit der geplanten vollständigen Rückführung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz“ beschriebenen Kapitalmaßnahmen bestehenden Grundkapitals durchführen wird. Die vorgenannten Beschränkungen für die Ausnutzung entfallen nur, wenn die Hauptversammlung dem zustimmt.

Bedingtes Kapital 2012/II

Das von der ordentlichen Hauptversammlung am 23. Mai 2012 beschlossene und am 19. Juli 2012 in das Handelsregister eingetragene bedingte Kapital (§ 4 Absatz 8 der Satzung der Gesellschaft) wurde mit Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung der COMMERZBANK vom 19. April 2013 aufgehoben. Die Aufhebung wird erst mit Eintragung der Satzungsänderung im Handelsregister wirksam. In dem Aufhebungsbeschluss der Hauptversammlung wurde der Vorstand der COMMERZBANK angewiesen, die entsprechende Satzungsänderung so zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden, dass sie erst nach Eintragung der unter „—Entwicklung des Grundkapitals seit dem 1. Januar 2010—Beschlüsse der ordentlichen Hauptversammlung vom 19. April 2013 im Zusammenhang mit der geplanten vollständigen Rückführung der stillen Einlagen von SoFFin und Allianz“ beschriebenen Kapitalmaßnahmen wirksam wird.

§ 4 Absatz 8 der Satzung lautet zum Datum des Registrierungsformulars wie folgt:

„(8) Das Grundkapital der Gesellschaft ist aufgrund des Beschlusses der ordentlichen Hauptversammlung vom 23. Mai 2012 um bis zu Euro 935.000.000,00, eingeteilt in bis zu 935.000.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien, bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2012/II). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Aktien bei Ausübung von Umtauschrechten, die dem nach dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichteten Finanzmarktstabilisierungsfonds, vertreten durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, als stillem Gesellschafter der Gesellschaft gewährt wurden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie der Finanzmarktstabilisierungsfonds von dem Umtauschrecht Gebrauch macht.“

Genussrechtskapital

Zum 31. Dezember 2012 betrug die Summe der Nominalbeträge des Genussrechtskapitals der COMMERZBANK insgesamt EUR 842 Mio. und setzte sich wie folgt zusammen:

	Nennbetrag in Mio. EUR	Zinssatz	Laufzeitende 31.12.
Genussschein	662	5,386%	2015
WKN DR2U70			
Namensgenussschein	50	7,53%	2014
WKN 422785			
Namensgenussschein	25	7,56%	2014
WKN 422720			
Namensgenussschein (ehemals DSB)	50	4,70%	2020
WKN A0D4TQ9			
Namensgenussschein (ehemals DSB)	30	4,70%	2020
WKN A0HGNA3			
Namensgenussschein (ehemals DSB)	10	5,38%	2017
Namensgenussschein (ehemals DSB)	10	5,38%	2017
Namensgenussschein (ehemals DSB)	5	5,37%	2017
(Gesamt per 31. Dezember 2012)	842		

Zum 31. März 2013 blieben die vorstehenden Werte unverändert.

Ermächtigung zur Ausgabe von Wandel-, Optionsschuldverschreibungen und/oder Genussrechten

Ermächtigung zur Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen, Optionsschuldverschreibungen und/oder Genussrechten (diese mit oder ohne Wandlungs- oder Optionsrecht) mit der Möglichkeit zum Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre (Ermächtigung 2012).

Die ordentliche Hauptversammlung der COMMERZBANK vom 23. Mai 2012 beschloss die Aufhebung der von der Hauptversammlung am 6. Mai 2011 erteilten Ermächtigung zur Ausgabe von Wandel-, Optionsschuldverschreibungen und/oder Genussrechten („**Ermächtigung 2011**“) und ersetzte sie durch eine neue Ermächtigung („**Ermächtigung 2012**“). Die Ermächtigung 2012 lautet wie folgt:

„1. Ermächtigungszeitraum; Nennbetrag; Aktienzahl; Laufzeit; Verzinsung

Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 22. Mai 2017 einmalig oder mehrmals Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen oder Genussrechte (mit oder ohne Wandlungs- oder Optionsrecht) mit oder ohne Laufzeitbegrenzung gegen Bar- oder Sachleistung im Gesamtnennbetrag von bis zu Euro 8.400.000.000,00 auszugeben. Die Wandel- und Optionsschuldverschreibungen und Genussrechte (nachfolgend auch „Finanzinstrumente“) können auf den Inhaber oder auf den Namen lauten. Den Inhabern bzw. Gläubigern der Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen sind, den Inhabern bzw. Gläubigern (nachfolgend zusammen „Inhaber“) der Genussrechte können nach näherer Maßgabe der Bedingungen der Finanzinstrumente Wandlungs- oder Optionsrechte gewährt werden, die zum Bezug von Stückaktien der Commerzbank Aktiengesellschaft in einer Gesamtzahl von bis zu 2.750.000.000 Stück und mit einem Anteil am Grundkapital von insgesamt höchstens Euro 2.750.000.000,00 berechtigen. Die jeweilige Laufzeit der Wandlungs- oder Optionsrechte darf die Laufzeit der jeweiligen Finanzinstrumente nicht übersteigen. Die Verzinsung der Finanzinstrumente kann variabel ausgestaltet werden; sie kann auch vollständig oder teilweise von Gewinnkennzahlen der Commerzbank Aktiengesellschaft oder des Commerzbank-Konzerns (unter Einschluss des Bilanzgewinns oder der durch Gewinnverwendungsbeschlüsse festgesetzten Dividende für Commerzbank-Aktien) abhängig sein. Ferner können die Bedingungen der Finanzinstrumente eine Nachzahlung für in Vorjahren ausgefallene Leistungen vorsehen.

2. Währung; Ausgabe durch Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften; Zurechnung zum haftenden Eigenkapital

a) Die Finanzinstrumente können außer in Euro auch – unter Begrenzung auf den entsprechenden Euro-Gegenwert – in der gesetzlichen Währung eines anderen OECD-Landes ausgegeben werden.

b) Sie können ferner durch unmittelbare oder mittelbare Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der Commerzbank Aktiengesellschaft (Konzernunternehmen i.S.v. § 18 Absatz 1 Aktiengesetz) ausgegeben werden. Für den Fall der Ausgabe der Finanzinstrumente durch Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften wird der Vorstand ermächtigt, für die Commerzbank Aktiengesellschaft die Garantie für die Finanzinstrumente abzugeben und den Inhabern solcher Finanzinstrumente Wandlungs- oder Optionsrechte auf Commerzbank-Aktien einzuräumen oder zu garantieren.

c) Die Finanzinstrumente können so ausgestaltet werden, dass die für deren Begebung zu erbringende Gegenleistung die Voraussetzungen des Gesetzes über das Kreditwesen für die Zurechnung zum haftenden Eigenkapital erfüllt.

3. Wandlungs- und Optionsrecht

- a) Im Falle der Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen erhalten die Inhaber einer einzelnen Schuldverschreibung (nachfolgend auch „Teilschuldverschreibung“ genannt) das Recht, nach Maßgabe der Wandelanleihebedingungen ihre Teilschuldverschreibung(en) in Commerzbank-Aktien umzutauschen. Das Umtauschverhältnis ergibt sich aus der Division des Nennbetrags oder des unter dem Nennbetrag liegenden Ausgabebetrags einer Teilschuldverschreibung durch den festgesetzten Wandlungspreis für eine Commerzbank-Aktie. Daraus resultierende rechnerische Bruchteile von Aktien werden in Geld ausgeglichen. Der anteilige Betrag des Grundkapitals der bei der Wandlung auszugebenden Aktien darf den Nennbetrag bzw. den unter dem Nennbetrag liegenden Ausgabebetrag der Teilschuldverschreibung nicht übersteigen.
- b) Im Falle der Ausgabe von Optionsschuldverschreibungen werden jeder Teilschuldverschreibung ein oder mehrere Optionsscheine beigelegt, die den Inhabern der Teilschuldverschreibung(en) das Recht einräumen, nach Maßgabe der Optionsbedingungen Commerzbank-Aktien gegen Leistung einer Bar- oder Sacheinlage zu beziehen. Die Optionsbedingungen können vorsehen, dass der Optionspreis ganz oder teilweise auch durch Übertragung von Teilschuldverschreibungen erfüllt werden kann. Das Bezugsverhältnis ergibt sich aus der Division des Nennbetrages einer Teilschuldverschreibung durch den festgesetzten Optionspreis für eine Aktie der Commerzbank Aktiengesellschaft. Aus dem Bezugsverhältnis resultierende rechnerische Bruchteile von Aktien werden in Geld ausgeglichen. Der anteilige Betrag des Grundkapitals der bei Optionsausübung zu beziehenden Aktien darf den Nennbetrag bzw. den unter dem Nennbetrag liegenden Ausgabebetrag der Teilschuldverschreibung nicht übersteigen.
- c) Für den Fall der Ausgabe von Genussrechten mit Wandlungsrechten gilt Ziffer 3 lit. a), für den Fall der Ausgabe von Genussrechten mit Optionsrechten gilt Ziffer 3 lit. b) entsprechend.

4. Wandlungs- oder Optionspflicht; Gewährung neuer oder bestehender Aktien; Geldzahlung

- a) Die Bedingungen der Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen bzw. der Genussrechte mit Wandlungs- oder Optionsrechten können auch die Verpflichtung begründen, die Wandlungs- oder Optionsrechte zum Ende der Laufzeit oder zu einem anderen Zeitpunkt (jeweils auch „Endfälligkeit“ genannt) auszuüben. Die vorgenannten Bedingungen können ferner das Recht der Commerzbank Aktiengesellschaft begründen, den Gläubigern der Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen bzw. der Genussrechte mit Wandlungs- oder Optionsrechten bei Endfälligkeit ganz oder teilweise an Stelle der Zahlung des fälligen Geldbetrags Commerzbank-Aktien zu gewähren. Der anteilige Betrag des Grundkapitals der bei Endfälligkeit auszugebenden Aktien darf auch in diesen Fällen den Nennbetrag oder einen geringeren Ausgabebetrag der Finanzinstrumente nicht übersteigen.
- b) Die Commerzbank Aktiengesellschaft ist berechtigt, im Fall der Wandlung (auch bei Wandlung im Fall einer entsprechenden Wandlungspflicht) oder Optionsausübung (auch bei Optionsausübung im Fall einer entsprechenden Optionspflicht) nach ihrer Wahl entweder neue Aktien aus bedingtem Kapital oder bereits bestehende Aktien zu gewähren. Die Bedingungen der Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen bzw. der Genussrechte mit Wandlungs- oder Optionsrechten können auch das Recht der Gesellschaft vorsehen, im Fall der Wandlung oder Optionsausübung bzw. bei Erfüllung der Wandlungs- oder Optionspflichten nicht Aktien der Gesellschaft zu gewähren, sondern den Gegenwert in Geld zu zahlen.

5. Wandlungs- und Optionspreis; wertwahrende Anpassung des Wandlungs- und Optionspreises

- a) Der jeweils festzusetzende Wandlungs- oder Optionspreis muss
 - aa) mindestens 60% des durchschnittlichen Schlusskurses der Aktien der Commerzbank Aktiengesellschaft im XETRA-Handel der Frankfurter Wertpapierbörse oder in einem entsprechenden Nachfolgesystem an den letzten zehn Börsentagen vor dem Tag der Beschlussfassung durch den Vorstand über die Ausgabe der Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen oder Genussrechte mit Wandlungs- oder Optionsrecht betragen,oder
 - bb) für den Fall der Einräumung eines Bezugsrechts mindestens 60% des durchschnittlichen Schlusskurses der Aktien der Commerzbank Aktiengesellschaft im XETRA-Handel der Frankfurter Wertpapierbörse oder in einem entsprechenden Nachfolgesystem in dem Zeitraum vom Beginn der Bezugsfrist bis einschließlich des Tages vor der Bekanntmachung der endgültigen Festlegung der Konditionen gemäß § 186 Absatz 2 Aktiengesetz betragen,oder
 - cc) für den Fall der Emission von Optionsschuldverschreibungen unter Ausschluss des Bezugsrechts zu dem unter lit. 6b) ee) beschriebenen Zweck dem durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie der

Commerzbank Aktiengesellschaft im XETRA-Handel der Frankfurter Wertpapierbörse oder in einem entsprechenden Nachfolgesystem an sämtlichen Börsenhandelstagen in Frankfurt am Main in dem Referenzzeitraum von Dezember eines Geschäftsjahres bis einschließlich Februar des Folgejahres, in dem der Vorstand die Ausgabe der Optionsschuldverschreibungen beschließt, entsprechen.

Abweichend hiervon kann der Wandlungs- bzw. Optionspreis in den Fällen einer Wandlungs- oder Optionspflicht (Ziffer 4) dem durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie der Commerzbank Aktiengesellschaft im XETRA-Handel der Frankfurter Wertpapierbörse oder in einem entsprechenden Nachfolgesystem während der zehn Börsentage vor oder nach dem Tag der Endfälligkeit der Finanzinstrumente entsprechen, auch wenn dieser Durchschnittskurs unterhalb des oben genannten Mindestwandlungs- oder Optionspreises (60%) liegt.

§ 9 Absatz 1 Aktiengesetz bleibt unberührt.

Sofern während der Laufzeit von Finanzinstrumenten, die ein Wandlungs- oder Optionsrecht bzw. eine Wandlungs- oder Optionspflicht gewähren bzw. bestimmen, Verwässerungen des wirtschaftlichen Werts der bestehenden Wandlungs- oder Optionsrechte eintreten, können die Wandlungs- oder Optionsrechte – unbeschadet § 9 Absatz 1 Aktiengesetz – wertwahrend angepasst werden, soweit die Anpassung nicht bereits durch Gesetz zwingend geregelt ist.

Anstelle der wertwahrenden Anpassung des Wandlungs- oder Optionspreises kann nach näherer Bestimmung in den Bedingungen der Finanzinstrumente in allen vorgenannten Fällen auch die Zahlung eines entsprechenden Betrages in Geld durch die Gesellschaft bei Ausübung der Wandlungs- oder Optionsrechte bzw. bei Erfüllung entsprechender Wandlungs- oder Optionspflichten vorgesehen oder den Inhabern der Finanzinstrumente Bezugsrechte als Kompensation eingeräumt werden.

6. Bezugsrecht; Bezugsrechtsausschluss

- a) Die Finanzinstrumente sind den Aktionären der Commerzbank Aktiengesellschaft grundsätzlich zum Bezug anzubieten. Das gesetzliche Bezugsrecht kann auch in der Weise eingeräumt werden, dass die Finanzinstrumente von einem Kreditinstitut oder einem Konsortium von Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären der Commerzbank Aktiengesellschaft zum Bezug anzubieten. Werden die Finanzinstrumente von einer unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbeteiligungsgesellschaft der Commerzbank Aktiengesellschaft übernommen, so hat die Commerzbank Aktiengesellschaft das Bezugsrecht der Aktionäre entsprechend sicherzustellen.
- b) Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Finanzinstrumente auszuschließen,
 - aa) für Spitzenbeträge;
 - bb) soweit der Bezugsrechtsausschluss erforderlich ist, um den Inhabern von zu einem früheren Zeitpunkt ausgegebenen Finanzinstrumenten (mit Wandlungsrechten oder -pflichten oder Optionsrechten oder -pflichten) in dem Umfang ein Bezugsrecht zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Wandlungs- oder Optionsrechts (bzw. nach Erfüllung einer entsprechenden Wandlungs- oder Optionspflicht) zustehen würde;
 - cc) wenn die Finanzinstrumente so ausgestaltet werden, dass ihr Ausgabebetrag ihren nach anerkannten, insbesondere finanzmathematischen Methoden ermittelten theoretischen Marktwert nicht wesentlich unterschreitet. Der Umfang dieser Ermächtigung zum Bezugsrechtsausschluss ist jedoch auf die Ausgabe von Finanzinstrumenten beschränkt, die Wandlungsrechte oder Wandlungspflichten bzw. Optionsrechte oder Optionspflichten auf Commerzbank-Aktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von nicht mehr als 10% des Grundkapitals der Commerzbank Aktiengesellschaft im Zeitpunkt des Wirksamwerdens oder – falls dieser Wert geringer ist – im Zeitpunkt der Ausübung der vorliegenden Ermächtigung gewähren. Dieser Höchstbetrag vermindert sich um den anteiligen Betrag des Grundkapitals, der auf diejenigen Aktien entfällt, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung auf der Grundlage anderer Ermächtigungen zur Veräußerung oder zur Ausgabe von Commerzbank-Aktien oder von Finanzinstrumenten mit dem Recht zum Bezug solcher Aktien unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre gemäß oder entsprechend § 186 Absatz 3 Satz 4 Aktiengesetz veräußert oder ausgegeben worden sind. Die gemäß dem vorstehenden Satz verminderte Höchstgrenze wird mit Wirksamwerden einer nach der Verminderung von der Hauptversammlung beschlossenen neuen Ermächtigung zur Veräußerung oder Ausgabe von Commerzbank-Aktien oder zur Ausgabe von Finanzinstrumenten mit dem Recht zum Bezug solcher Aktien unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre gemäß oder entsprechend § 186 Absatz 3 Satz 4 Aktiengesetz wieder erhöht, soweit die neue Ermächtigung reicht, höchstens aber bis zu 10 Prozent des Grundkapitals nach den oben dargestellten Vorgaben;
 - dd) soweit die Finanzinstrumente gegen Sachleistung ausgegeben werden;

- ee) soweit Optionsschuldverschreibungen mit Optionsrechten zum Bezug von Aktien gegen Leistung einer Sacheinlage durch Einbringung von Ansprüchen auf variable Vergütungsbestandteile, Gratifikationen oder ähnlichen Forderungen von Vorstandsmitgliedern, Mitgliedern der Geschäftsführung oder Mitarbeitern der Commerzbank Aktiengesellschaft und unmittelbarer oder mittelbarer Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der Commerzbank Aktiengesellschaft (Konzernunternehmen i.S.v. § 18 Absatz 1 Aktiengesetz) ausgegeben werden;
- ff) im Fall der Ausgabe von Genussrechten ohne Wandlungs- oder Optionsrechte oder -pflichten, soweit diese obligationsähnlich ausgestaltet sind, d.h. keine Mitgliedschaftsrechte in der Commerzbank Aktiengesellschaft begründen, keine Beteiligung am Liquidationserlös der Commerzbank Aktiengesellschaft gewähren und die Höhe der Verzinsung nicht auf der Grundlage der Höhe des Jahresüberschusses, des Bilanzgewinns oder der Dividende der Commerzbank Aktiengesellschaft berechnet wird. Außerdem müssen in diesem Fall die Verzinsung und der Ausgabebetrag der Genussrechte den zum Zeitpunkt der Begebung aktuellen Marktkonditionen entsprechen.

7. Ermächtigung zur Festlegung weiterer Einzelheiten der Finanzinstrumente

Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats im vorgenannten Rahmen die weiteren Einzelheiten der Ausgabe und Ausstattung der Finanzinstrumente, insbesondere Zinssatz, Art der Verzinsung, Ausgabebetrag, mögliche Variabilität des Umtauschverhältnisses, Laufzeit und Stückelung sowie Wandlungs- und Optionszeitraum – im Fall der Ausgabe der Finanzinstrumente durch Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der Commerzbank Aktiengesellschaft mit der Zustimmung ihrer Organe – festzulegen.“

Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien

Die COMMERZBANK ist auf Grund des Beschlusses der ordentlichen Hauptversammlung vom 19. Mai 2010 bis zum 18. Mai 2015 ermächtigt, zum Zweck des Wertpapierhandels eigene Aktien zu erwerben und zu veräußern. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf am Ende eines jeden Tages 5% des Grundkapitals der COMMERZBANK nicht übersteigen. Zusammen mit den aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der COMMERZBANK befinden oder ihr nach §§ 71d f. AktG zuzurechnen sind, dürfen die auf Grund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10% des Grundkapitals der COMMERZBANK übersteigen. Der niedrigste Preis, zu dem jeweils eine eigene Aktie erworben werden darf, darf den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise bzw. vergleichbare Nachfolgepreise der COMMERZBANK-Aktie im Xetra-Handel bzw. in einem dem Xetra-System vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den drei dem jeweiligen Tag des Erwerbs vorangehenden Börsentagen um nicht mehr als 10% unterschreiten, der höchste Preis, zu dem jeweils eine eigene Aktie erworben werden darf, darf diesen Wert um nicht mehr als 10% überschreiten.

Der Erwerb eigener Aktien ist nach § 71 Abs. 2 S. 2 AktG insbesondere nur dann zulässig, wenn zum Zeitpunkt des Erwerbs freie Eigenkapitalbestandteile in Höhe der Aufwendungen für den Erwerb verfügbar sind. Freie Eigenkapitalbestandteile sind aktienrechtlich zur Auszahlung an die Aktionäre verwendbare Rücklagen sowie ein Jahresergebnis oder ein Gewinnvortrag. Die freien Eigenkapitalbestandteile dürfen zudem nicht der Ausschüttungssperre des § 268 Abs. 8 HGB unterliegen. Zur Ausschüttungssperre der COMMERZBANK zum 31. Dezember 2012 siehe „*Anteiliges Ergebnis und Dividendenpolitik*“.

Zum 31. März 2013 befanden sich 2.256.263 eigene Aktien mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 2.256.263 im Bestand der COMMERZBANK. Dieser Bestand ergab sich aus einer Saldierung der von der COMMERZBANK erworbenen Aktien und vereinbarten Aktienverkäufen. Die eigenen Aktien hatten zum 31. März 2013 einen rechnerischen Buchwert von EUR 0,8 Mio., dieser Buchwert ergibt sich aus einer Saldierung der Anschaffungskosten für die erworbenen Aktien und der vereinbarten Preise für die Aktienverkäufe.

Allgemeine Regelungen zur Gewinnverwendung und zu Dividendenzahlungen

Die Anteile der Aktionäre am Gewinn bestimmen sich nach ihren Anteilen am Grundkapital der Gesellschaft. Nach der Satzung der Gesellschaft kann bei Kapitalerhöhungen die Gewinnbeteiligung der neuen Aktien hiervon abweichend geregelt werden.

Die Beschlussfassung über die Ausschüttung von Dividenden auf Aktien der Gesellschaft für ein Geschäftsjahr obliegt der ordentlichen Hauptversammlung des darauf folgenden Geschäftsjahres, die auf Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat entscheidet.

Nach deutschem Recht kann eine Beschlussfassung über eine Dividende sowie deren Ausschüttung nur auf Grund eines im Jahresabschluss der Gesellschaft ausgewiesenen Bilanzgewinns erfolgen. Bei der Ermittlung des zur Ausschüttung zur Verfügung stehenden Bilanzgewinns ist das Periodenergebnis um Gewinn-/Verlustvorträge des Vorjahres sowie um Entnahmen bzw. Einstellungen in Rücklagen zu korrigieren. Bestimmte Rücklagen sind kraft Gesetzes zu bilden und müssen bei der Berechnung des zur Ausschüttung verfügbaren Bilanzgewinns abgezogen werden.

Nach deutschem Recht können Vorstand und Aufsichtsrat bei der Feststellung des Jahresabschlusses den Jahresüberschuss, der nach Abzug der in die gesetzliche Rücklage einzustellenden Beträge und gegebenenfalls eines Verlustvortrags verbleibt, bis zur Hälfte des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einstellen. Die Hauptversammlung kann im Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns weitere Beträge in Gewinnrücklagen einstellen oder als Gewinn vortragen.

Von der Hauptversammlung beschlossene Dividenden werden jährlich kurz nach der Hauptversammlung in Übereinstimmung mit den Regeln des jeweiligen Clearing-Systems ausgezahlt. Dividendenansprüche unterliegen der dreijährigen Regelverjährung. Einzelheiten über etwaige von der Hauptversammlung beschlossene Dividenden und die von der Gesellschaft jeweils benannten Zahlstellen werden im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Allgemeine Bestimmungen zu einer Liquidation der Gesellschaft

Neben dem Fall der Auflösung auf Grund eines Insolvenzverfahrens kann die Gesellschaft nur durch einen Beschluss der Hauptversammlung aufgelöst werden. Zur Beschlussfassung über die Auflösung der Gesellschaft ist eine Mehrheit von vier Fünfteln der abgegebenen Stimmen erforderlich; diese Mehrheit muss mindestens drei Vierteln des Grundkapitals entsprechen. In diesem Fall wird das nach Abzug sämtlicher Verbindlichkeiten der Gesellschaft verbleibende Vermögen entsprechend den Vorgaben des AktG unter den Aktionären nach ihrem Anteil am Grundkapital verteilt. Dabei sind insbesondere bestimmte Vorschriften des Gläubigerschutzes zu beachten.

Allgemeine Bestimmungen zu einer Veränderung des Grundkapitals

Nach dem AktG kann das Grundkapital einer Aktiengesellschaft durch einen Beschluss der Hauptversammlung erhöht werden, der mit einer Mehrheit von mindestens 75% des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst wird. Außerdem können die Aktionäre genehmigtes Kapital schaffen. Die Schaffung eines genehmigten Kapitals erfordert einen Beschluss mit einer Mehrheit von 75% des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals, durch den der Vorstand ermächtigt wird, innerhalb eines Zeitraumes von nicht mehr als fünf Jahren Aktien zu einem bestimmten Betrag auszugeben. Der Nennbetrag darf die Hälfte des Grundkapitals, das zur Zeit der Ermächtigung vorhanden ist, nicht übersteigen.

Weiterhin können die Aktionäre zum Zweck der Ausgabe (i) von Aktien an Inhaber von Wandelschuldverschreibungen oder sonstigen Wertpapieren, die ein Recht zum Bezug von Aktien einräumen, (ii) von Aktien, die als Gegenleistung bei einem Zusammenschluss mit einem anderen Unternehmen dienen, oder (iii) von Aktien, die Führungskräften und Arbeitnehmern angeboten wurden, bedingtes Kapital schaffen, wobei jeweils ein Beschluss mit einer Mehrheit von 75% des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals erforderlich ist. Der Nennbetrag des bedingten Kapitals darf für den Fall, dass das bedingte Kapital zum Zwecke der Ausgabe von Aktien an Führungskräfte und Arbeitnehmer geschaffen wird, 10%, in den übrigen Fällen die Hälfte des Grundkapitals, das zur Zeit der Beschlussfassung vorhanden ist, nicht übersteigen. Ein Beschluss zur Herabsetzung des Grundkapitals erfordert eine Mehrheit von 75% des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals.

Ist es durch die Veränderung des Grundkapitals zu einer Zu- oder Abnahme von Stimmrechten gekommen, muss gem. § 26a WpHG die Gesamtzahl der Stimmrechte am Ende des Monats, in dem die Veränderung erfolgt ist, durch die Gesellschaft veröffentlicht und die BaFin darüber informiert werden.

Zu Besonderheiten unter dem FMStBG siehe *„Regulatorisches Umfeld—Bankaufsicht in Deutschland—Finanzmarktstabilisierungsgesetze—Stabilisierungsmaßnahmen“*.

Allgemeine Bestimmungen zu Bezugsrechten

Nach dem AktG stehen jedem Aktionär grundsätzlich Bezugsrechte auf die im Rahmen einer Kapitalerhöhung neu auszugebenden Aktien zu. Entsprechendes gilt für Wandelschuldverschreibungen, Optionsanleihen, Genussrechte und Gewinnschuldverschreibungen. Bezugsrechte sind frei übertragbar, und es kann während eines festgelegten Zeitraums vor Ablauf der Bezugsfrist einen Handel der Bezugsrechte an den deutschen Wertpapierbörsen geben. Die Hauptversammlung kann mit einer Mehrheit von mindestens 75% des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals die Bezugsrechte ausschließen. Für einen Bezugsrechtsausschluss ist darüber hinaus ein Bericht des Vorstands erforderlich, der zur Begründung des Bezugsrechtsausschlusses darlegen muss, dass das Interesse der Gesellschaft am Ausschluss des Bezugsrechts das Interesse der Aktionäre an der Einräumung des Bezugsrechts überwiegt. Der Bezugsrechtsausschluss bei Ausgabe neuer Aktien ist insbesondere zulässig, wenn

- die Gesellschaft das Grundkapital gegen Bareinlagen erhöht,
- der Betrag der Kapitalerhöhung 10% des bestehenden Grundkapitals nicht übersteigt und

- der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet.

Zu Besonderheiten unter dem FMStBG siehe „*Regulatorisches Umfeld—Bankaufsicht in Deutschland—Finanzmarktstabilisierungsgesetze—Stabilisierungsmaßnahmen*“.

Ausschluss von Minderheitsaktionären

Nach den Vorschriften der §§ 327a ff. AktG zum sog. „aktienrechtlichen Squeeze-Out“ kann die Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft auf Verlangen eines Aktionärs, dem 95% des stimmberechtigten Grundkapitals gehören (der „**Hauptaktionär**“), die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf den Hauptaktionär gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung beschließen. Der Hauptaktionär ist von der Beschlussfassung nicht ausgeschlossen. Die Höhe der den Minderheitsaktionären zu gewährenden Barabfindung muss dabei „die Verhältnisse der Gesellschaft“ im Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung berücksichtigen. Maßgeblich für die Abfindungshöhe ist der volle Wert des Unternehmens, der in der Regel im Wege der Ertragswertmethode festgestellt wird. Außerdem darf die Abfindung grundsätzlich nicht unter dem durchschnittlichen Börsenpreis der Aktien während der letzten drei Monate vor Bekanntmachung des geplanten Squeeze-Out liegen.

Nach dem sog. „übernahmerechtlichen Squeeze-Out“ gemäß §§ 39a und 39b des WpÜG kann ein Bieter, der nach einem öffentlichen Übernahme- oder Pflichtangebot mindestens 95% des stimmberechtigten Grundkapitals einer Zielgesellschaft im Sinne des WpÜG hält, grundsätzlich innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Annahmefrist beim Landgericht Frankfurt am Main einen Antrag auf Übertragung der übrigen stimmberechtigten Aktien gegen Gewährung einer angemessenen Abfindung durch gerichtlichen Beschluss stellen. Ein Hauptversammlungsbeschluss ist nicht notwendig. Die Art der Abfindung hat der Gegenleistung des Übernahme- oder Pflichtangebots zu entsprechen; eine Geldleistung ist stets wahlweise anzubieten. Dabei ist die im Rahmen des Übernahme- oder Pflichtangebots gewährte Gegenleistung als angemessene Abfindung anzusehen, wenn der Bieter aufgrund des Angebots Aktien in Höhe von mindestens 90% des vom Angebot betroffenen Grundkapitals erworben hat. Ferner können nach einem Übernahme- oder Pflichtangebot die Aktionäre einer Zielgesellschaft, die das Angebot nicht angenommen haben, dieses innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Annahmefrist annehmen, sofern der Bieter berechtigt ist, einen Antrag auf Übertragung der ausstehenden stimmberechtigten Aktien zu stellen. Während eines auf Antrag des Bieters eingeleiteten übernahmerechtlichen Ausschlussverfahrens finden die aktienrechtlichen Squeeze-Out-Vorschriften keine Anwendung und sind erst nach rechtskräftigem Abschluss des Ausschlussverfahrens anwendbar.

Zur Sicherung von Stabilisierungsmaßnahmen sieht das FMStBG vor, dass der Anteil am stimmberechtigten Grundkapital einer Gesellschaft, den der Bund benötigt, um nach den Vorschriften der §§ 327a ff. AktG bzw. §§ 39a und 39b des WpÜG einen Antrag auf Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung zu stellen, in Abweichung von den genannten gesetzlichen Bestimmungen nicht 95%, sondern 90% beträgt. Siehe hierzu auch „*Regulatorisches Umfeld—Bankaufsicht in Deutschland—Finanzmarktstabilisierungsgesetze—Sicherung der Effektivität von Stabilisierungsmaßnahmen*“.

Zudem kann nach § 62 Abs. 5 UmwG die Hauptversammlung einer übertragenden Aktiengesellschaft innerhalb von drei Monaten nach Abschluss eines Verschmelzungsvertrages einen Beschluss nach § 327a Abs. 1 Satz 1 AktG, d.h. einen Beschluss zur Übertragung der Aktien der übrigen Aktionäre (Minderheitsaktionäre) auf die übernehmende Gesellschaft (Hauptaktionär) gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung fassen, wenn dem Hauptaktionär Aktien in Höhe von 90% des Grundkapitals gehören. In der Folge dieses sog. „umwandlungsrechtlichen Squeeze-Out“ scheidet die Minderheitsaktionäre aus der übertragenden Gesellschaft aus. Der Abfindungsanspruch der Minderheitsaktionäre richtet sich nach den in den §§ 327a ff. AktG enthaltenen Bestimmungen.

Nach den Vorschriften der §§ 319 ff. AktG über die sog. Eingliederung kann die Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft die Eingliederung in eine andere Aktiengesellschaft mit Sitz im Inland beschließen, wenn die künftige Hauptgesellschaft 95% der Aktien der einzugliedernden Gesellschaft hält. Mit Eintragung der Eingliederung in das Handelsregister gehen alle Aktien, die sich nicht in der Hand der Hauptgesellschaft befinden, auf diese über. Die ausgeschiedenen Aktionäre der eingegliederten Gesellschaft haben Anspruch auf eine angemessene Abfindung, die grundsätzlich in eigenen Aktien der Hauptgesellschaft zu gewähren ist. Werden als Abfindung Aktien der Hauptgesellschaft gewährt, so ist die Abfindung als angemessen anzusehen, wenn die Aktien in dem Verhältnis gewährt werden, in dem bei einer Verschmelzung auf eine Aktie der Gesellschaft Aktien der Hauptgesellschaft zu gewähren wären, wobei Spitzenbeträge durch bare Zuzahlungen ausgeglichen werden können.

Melde- und Anzeigepflichten für Anteilsbesitz

Die COMMERZBANK unterliegt als börsennotierte Gesellschaft den Bestimmungen des WpHG über Anzeigepflichten für Anteilsbesitz. Das WpHG bestimmt, dass jeder Aktionär, der durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise bestimmte Schwellenwerte der Stimmrechte an einer börsennotierten Gesellschaft erreicht, über- oder unterschreitet, der entsprechenden Gesellschaft und der BaFin dies unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von vier Handelstagen, schriftlich mitzuteilen hat. Die Schwellenwerte betragen 3%, 5%, 10%, 15%, 20%, 25%, 30%, 50% und 75% der Stimmrechte an einer Gesellschaft. Die COMMERZBANK hat diese Mitteilung unverzüglich, spätestens jedoch drei Handelstage nach Zugang der Mitteilung in Medien zu veröffentlichen, einschließlich solcher, bei denen davon ausgegangen werden kann, dass sie die Information in der gesamten EU und den übrigen Vertragsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums verbreiten. Die Gesellschaft hat die Veröffentlichung der BaFin mitzuteilen und die in der Mitteilung enthaltenen Informationen dem Unternehmensregister zur Speicherung zu übermitteln. Die Gesellschaft hat die Gesamtzahl der Stimmrechte am Ende eines jeden Kalendermonats, in dem es zu einer Zu- oder Abnahme von Stimmrechten gekommen ist, in gleicher Weise zu veröffentlichen, dem Unternehmensregister zu übermitteln und der BaFin die Veröffentlichung mitzuteilen. Das WpHG enthält verschiedene Regeln, nach denen einem Meldepflichtigen Stimmrechte aus Aktien zugerechnet werden, wenn dieser die Aktien zwar nicht direkt hält, jedoch Einfluss auf die mit den Aktien verbundenen Stimmrechte hat oder bei abstrakter Betrachtung haben kann. Zum Beispiel werden einem Unternehmen Aktien, die einem dritten Unternehmen gehören, zugerechnet, wenn das eine Unternehmen das andere kontrolliert, ebenso Aktien, die von einem dritten Unternehmen für Rechnung des ersten oder einem von diesem kontrollierten Unternehmen gehalten werden. Unterbleibt die Mitteilung, ist der Aktionär für die Dauer des Versäumnisses von der Ausübung der mit diesen Aktien verbundenen Rechte ausgeschlossen (einschließlich Stimmrecht und dem Recht zum Bezug von Dividenden; hinsichtlich des Bezugs von Dividenden jedoch nur, wenn die Mitteilung vorsätzlich unterlassen und nicht nachgeholt wurde). Sofern die Höhe des Stimmrechtsanteils betroffen ist, kann sich diese Frist bei vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Verletzung der Mitteilungspflichten um sechs Monate verlängern. Außerdem kann bei Nichteinhaltung der Mitteilungspflicht eine Geldbuße verhängt werden.

Mitteilungspflicht beim Halten von Finanzinstrumenten und sonstigen Instrumenten

Wer unmittelbar oder mittelbar Finanzinstrumente hält, die ihrem Inhaber das Recht verleihen, einseitig im Rahmen einer rechtlich bindenden Vereinbarung mit Stimmrechten verbundene und bereits ausgegebene Aktien eines Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, zu erwerben, hat dies bei Erreichen, Überschreiten oder Unterschreiten der Schwellen von 3%, 5%, 10%, 15%, 20%, 25%, 30%, 50% oder 75% der Stimmrechte unverzüglich dem Emittenten und gleichzeitig der BaFin mitzuteilen. Durch die am 1. Februar 2012 in Kraft getretenen Bestimmungen des Gesetzes zur Stärkung des Anlegerschutzes und Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Kapitalmarkts (AnsFuG) wurde die Anzeigepflicht auf andere Instrumente erweitert.

Seit Inkrafttreten des AnsFuG treffen die Anzeigepflichten bei Erreichen, Überschreiten oder Unterschreiten dieser Schwellenwerte auch denjenigen, der unmittelbar oder mittelbar andere Instrumente hält, wenn diese die faktische oder wirtschaftliche Möglichkeit gewähren, Wertpapiere des Emittenten zu erwerben. Auf das Bestehen eines durchsetzbaren Erwerbsrechts an den Stimmrechten kommt es hierbei nicht an. Erfasst sind insbesondere Fälle, in denen die Gegenseite des Inhabers ihre Risiken aus diesen Instrumenten durch das Halten von Aktien ausschließen oder vermindern könnte oder die Finanzinstrumente oder sonstigen Instrumente ein Recht zum Erwerb von Aktien einräumen oder eine Erwerbspflicht in Bezug auf solche Aktien begründen. Die Anzeige hat unverzüglich, spätestens innerhalb von vier Handelstagen, an den Emittenten und die BaFin zu erfolgen.

Eine Zusammenrechnung mit den Beteiligungen, die im Rahmen von Stimmrechtsmitteilungen angegeben werden müssen, findet jeweils statt. Die erweiterten Anzeigepflichten nach dem AnsFuG gelten auch für die Personen, die bereits am 1. Februar 2012 solche Finanzinstrumente oder sonstige Instrumente hielten, die es ihrem Inhaber ermöglichen, 5% oder mehr der mit Stimmrechten verbundenen und bereits ausgegebenen Aktien eines Emittenten zu erwerben. In diesem Fall hat der Aktionär dem Emittenten und gleichzeitig der BaFin unverzüglich, spätestens innerhalb von dreißig Handelstagen, die Höhe seines Stimmrechtsanteils anzuzeigen.

Mitteilung von Geschäften von Personen mit Führungsaufgaben

Personen, die bei einem Emittenten von Aktien „Führungsaufgaben“ im Sinne des WpHG wahrnehmen, haben eigene Geschäfte mit Aktien des Emittenten oder sich darauf beziehende Finanzinstrumente, insbesondere Derivate, dem Emittenten und der Bundesanstalt innerhalb von fünf Werktagen mitzuteilen. Die Verpflichtung obliegt auch Personen, die mit einer solchen Person im Sinne des WpHG in einer engen Beziehung stehen.

Mitteilungspflichten für Inhaber wesentlicher Beteiligungen

Aktionäre müssen, sobald sie 10% (oder einen höheren Schwellenwert) der Stimmrechte an einer börsennotierten Gesellschaft erreichen oder überschreiten, die mit dem Erwerb der Stimmrechte verfolgten Ziele und die Herkunft der für den Erwerb verwendeten Mittel innerhalb von 20 Handelstagen nach Erreichen oder Überschreiten dieser Schwellen der Gesellschaft mitteilen. Eine Änderung der Ziele ist innerhalb von 20 Handelstagen mitzuteilen. Diese Regelung kann durch eine Satzungsänderung der Gesellschaft abbedungen werden. Sie trat am 31. Mai 2009 in Kraft, findet jedoch auf den SoFFin gemäß § 11 FMStBG keine Anwendung.

Veröffentlichung der Kontrollerlangung und Pflichtangebot

Des Weiteren ist nach dem WpÜG jeder, dessen Stimmrechtsanteil 30% der stimmberechtigten Aktien der COMMERZBANK erreicht oder übersteigt, verpflichtet, diese Tatsache, einschließlich des Prozentsatzes seiner Stimmrechte, unverzüglich, spätestens innerhalb von sieben Kalendertagen im Internet sowie mittels eines elektronisch betriebenen Informationsverbreitungssystems für Finanzinformationen zu veröffentlichen und anschließend, sofern keine Befreiung von dieser Verpflichtung erteilt wurde, ein an alle Inhaber von Stückaktien der COMMERZBANK gerichtetes öffentliches Pflichtangebot zu unterbreiten.

Nach dem FMStBG befreit die BaFin den Bund, den SoFFin und ihre jeweiligen Tochtergesellschaften jedoch von der Verpflichtung zur Abgabe und Veröffentlichung eines Pflichtangebots nach dem WpÜG im Falle des Erreichens oder Überschreitens eines Stimmrechtsanteils in Höhe von 30% des stimmberechtigten Grundkapitals einer Gesellschaft.

EU-Leerverkaufsverordnung (Verbot ungedeckter Leerverkäufe)

Mit Wirkung zum 1. November 2012 trat die Verordnung (EU) Nr. 236/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Credit Default Swaps (im Folgenden als „**EU-Leerverkaufsverordnung**“ bezeichnet) in Kraft. Die EU-Leerverkaufsverordnung, die zu ihrer Konkretisierung von der EU-Kommission erlassenen Verordnungen sowie das deutsche EU-Leerverkaufs-Ausführungsgesetz vom 15. November 2012 gelten seit ihrem Inkrafttreten an Stelle des in Deutschland bisher bundesgesetzlich geregelten Verbots ungedeckter Leerverkäufe in Aktien und bestimmten Schuldtiteln. Leerverkäufe in Aktien sind nach der EU-Leerverkaufsverordnung nur unter bestimmten Voraussetzungen zulässig. Nach der EU-Leerverkaufsverordnung müssen signifikante Netto-Leerverkaufspositionen in Aktien der BaFin gemeldet und bei Überschreitung eines bestimmten Prozentsatzes auch veröffentlicht werden. Die Netto-Leerverkaufspositionen werden durch Saldierung der Short-Positionen, die eine natürliche oder juristische Person im ausgegebenen Aktienkapital des betreffenden Unternehmens hält, mit den von dieser Person gehaltenen Long-Positionen in diesem Kapital ermittelt. Die Einzelheiten sind in der EU-Leerverkaufsverordnung und den zu ihrer Konkretisierung erlassenen weiteren Verordnungen der Europäischen Kommission über Leerverkäufe geregelt. In bestimmten, in der EU-Leerverkaufsverordnung näher beschriebenen Situationen, darf die BaFin Leerverkäufe und mit ihnen vergleichbare Transaktionen beschränken.

Erwerbsbeschränkungen nach dem Außenwirtschaftsgesetz

Die Gesellschaft und ihre gebietsansässigen Tochtergesellschaften unterliegen den Bestimmungen des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) und der Außenwirtschaftsverordnung (AWV), § 7 Abs. 2 Nr. 6 AWG, § 53 AWV. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie kann danach den Erwerb eines gebietsansässigen Unternehmens (Unternehmen mit Sitz oder Leitung im Geltungsbereich des deutschen Außenwirtschaftsgesetzes nach § 4 Abs. 1 Nr. 5 AWG) oder einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einem solchen Unternehmen durch einen Gemeinschaftsfremden (nicht in den Europäischen Gemeinschaften ansässige Personen nach § 4 Abs. 1 Nr. 8 AWG, Art. 4 Nr. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92) innerhalb von drei Monaten, seit dem Abschluss des schuldrechtlichen Vertrages über den Erwerb der Stimmrechte, darauf prüfen, ob der Erwerb die öffentliche Ordnung oder Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet. Im Fall eines öffentlichen Angebots beginnt die Frist mit der Veröffentlichung der Entscheidung zur Abgabe des Angebots oder der Veröffentlichung der Kontrollerlangung. Innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der vollständigen Unterlagen des Erwerbers über den Erwerb kann das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie den Erwerb untersagen oder Anordnungen erlassen, soweit dies erforderlich ist, um die öffentliche Ordnung oder Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten. Erwerber aus den Mitgliedsstaaten der europäischen Freihandelsassoziation (Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz) stehen gemeinschaftsansässigen Erwerbern gleich. Zweigniederlassungen und Betriebsstätten des Erwerbers gelten nicht als gemeinschaftsansässig. Für die Untersagung oder den Erlass von Anordnungen ist die Zustimmung der Bundesregierung erforderlich. Bis zum Ablauf des Verfahrens steht der Erwerb unter der auflösenden Bedingung der Untersagung. Zur Durchsetzung einer Untersagung kann das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die hierzu erforderlichen Maßnahmen anordnen.

Voraussetzung hierfür ist grundsätzlich, dass der unmittelbare oder mittelbare Stimmrechtsanteil des gemeinschaftsfremden Erwerbers an dem betreffenden Unternehmen nach dem Erwerb der Beteiligung mindestens 25% der Stimmrechte erreicht. Bei der Berechnung des Stimmrechtsanteils des gemeinschaftsfremden Erwerbers sind diesem die Anteile anderer Unternehmen an dem zu erwerbenden Unternehmen zuzurechnen, wenn der Erwerber 25% oder mehr der Stimmrechte an dem anderen Unternehmen hält. Die Stimmrechte Dritter, mit denen der gemeinschaftsfremde Erwerber eine Vereinbarung über die gemeinsame Ausübung von Stimmrechten abgeschlossen hat, sind dem Erwerber unter Umständen ebenfalls zuzurechnen. Bei Anzeichen für eine missbräuchliche Gestaltung oder ein Umgehungsgeschäft kann auch der Erwerb durch ein gemeinschaftsansässiges Unternehmen, an dem ein Gemeinschaftsfremder mindestens 25% der Stimmrechte hält, untersagt werden. Die Eingriffsmöglichkeiten des Außenwirtschaftsrechtes sind nicht auf Unternehmen in sicherheitsrelevanten Branchen beschränkt. Der Erwerb von Stimmrechten der COMMERZBANK oder einer ihrer deutschen Tochtergesellschaften kann daher davon betroffen sein.

ANGABEN ÜBER DIE ORGANE DER COMMERZBANK

Allgemeine Angaben

Organe der Gesellschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung. Die Kompetenzen dieser Organe sind im AktG, der Satzung sowie in den Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat geregelt.

Der Vorstand führt die Geschäfte der Gesellschaft in eigener Verantwortung nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung der Gesellschaft und der Geschäftsordnung für den Vorstand. Er vertritt die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich.

Der Vorstand hat zu gewährleisten, dass innerhalb des COMMERZBANK-Konzerns ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling eingerichtet ist, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen frühzeitig erkannt werden. Der Vorstand ist ferner verpflichtet, dem Aufsichtsrat regelmäßig, mindestens vierteljährlich, über den Gang der Geschäfte, insbesondere den Umsatz und die Lage der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften, sowie in der letzten Aufsichtsratssitzung eines Geschäftsjahres über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung zu berichten. Zudem ist der Vorstand verpflichtet, dem Aufsichtsrat so rechtzeitig über Geschäfte zu berichten, die für die Rentabilität oder Liquidität der Gesellschaft von erheblicher Bedeutung sein können, dass der Aufsichtsrat vor Vornahme der Geschäfte Gelegenheit hat, dazu Stellung zu nehmen. Bei wichtigen Anlässen ist der Vorstand verpflichtet, (unverzüglich) an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats zu berichten. Als wichtiger Anlass ist auch ein dem Vorstand bekannt gewordener Vorgang bei einem verbundenen Unternehmen anzusehen, der auf die Lage der Gesellschaft von erheblichem Einfluss sein kann. Weitere Berichtspflichten des Vorstands an den Aufsichtsrat sind in der Geschäftsordnung des Vorstands geregelt. Die gleichzeitige Funktionsausübung in Vorstand und Aufsichtsrat ist bei einer Aktiengesellschaft deutschen Rechts nicht zulässig, eine gleichzeitige Mitgliedschaft, begrenzt auf höchstens ein Jahr, im Ausnahmefall durch Entsendung eines Aufsichtsratsmitglieds in den Vorstand jedoch möglich. Während dieses Zeitraums übt das entsandte Mitglied keine Tätigkeit im Aufsichtsrat aus.

Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstands auf Zeit (höchstens fünf Jahre) und ist berechtigt, diese aus wichtigem Grund abzurufen. Der Aufsichtsrat berät den Vorstand bei der Leitung der Gesellschaft und überwacht dessen Geschäftsführung. Nach dem AktG ist der Aufsichtsrat nicht zur Geschäftsführung berechtigt. Die Hauptversammlung kann dem Vorstand keine Weisungen erteilen.

Nach der Geschäftsordnung des Vorstands bedarf der Vorstand in den folgenden Fällen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrats:

- Erwerb und Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sowie Errichtung, Umbau und Einrichtung von Gebäuden, wenn im Einzelfall der Wert des Geschäfts 1% des haftenden Eigenkapitals der COMMERZBANK übersteigt,
- Anmietung von Grundbesitz und Gebäuden sowie Abschluss von Leasingverträgen, wenn die Gesamtverpflichtung der Gesellschaft aus dem jeweiligen Vertrag jährlich 0,25% des haftenden Eigenkapitals der COMMERZBANK übersteigt, und
- Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen (sofern die Erwerbs- und Veräußerungsgeschäfte nicht mit Unternehmen des COMMERZBANK-Konzerns abgeschlossen werden) sowie Errichtung und Erwerb anderer Unternehmen, wenn der Wert des Geschäfts im Einzelfall 1% des haftenden Eigenkapitals der COMMERZBANK übersteigt.

Des Weiteren bedürfen die Mitglieder des Vorstands zur Ausübung von Nebentätigkeiten, insbesondere zur Übernahme von Aufsichtsrats-, Beirats- und ähnlichen Mandaten sowie zum Eintritt in die Geschäftsleitung eines anderen Unternehmens, der Zustimmung des Aufsichtsrats. Den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats obliegen Treue- und Sorgfaltspflichten gegenüber der Gesellschaft. Dabei ist von den Mitgliedern dieser Organe ein weites Spektrum von Interessen, insbesondere der Gesellschaft, ihrer Aktionäre, ihrer Mitarbeiter und ihrer Gläubiger zu beachten. Der Vorstand muss zudem das Recht der Aktionäre auf Gleichbehandlung und gleichmäßige Information berücksichtigen. Verstoßen die Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats gegen ihre Pflichten, so haften sie gegenüber der Gesellschaft gesamtschuldnerisch auf Schadensersatz. Für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der COMMERZBANK besteht bis zu einer gewissen Deckungsgrenze Versicherungsschutz über eine D&O-Versicherung (mit bestimmten Selbstbehaltsgrenzen jeweils für Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats) gegen Inanspruchnahme aus ihrer Organtätigkeit. Die Kosten dieser Versicherung trägt die Gesellschaft.

Haben Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats ihre Pflichten gegenüber der Gesellschaft verletzt und ist infolgedessen der Gesellschaft ein Schaden entstanden, können zunächst

Schadensersatzansprüche gegen die Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats durch die Gesellschaft selbst geltend gemacht werden, wobei diese bei Ansprüchen gegen Aufsichtsratsmitglieder durch den Vorstand und bei Ansprüchen gegen Vorstandsmitglieder durch den Aufsichtsrat vertreten wird. Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs ist der Aufsichtsrat verpflichtet, voraussichtlich durchsetzbare Schadensersatzansprüche gegen den Vorstand auch tatsächlich geltend zu machen, es sei denn, gewichtige Gründe des Gesellschaftswohls sprechen gegen eine Geltendmachung und diese Gründe überwiegen oder sind zumindest gleichwertig mit den Gründen, die für eine Geltendmachung sprechen. Entscheidet sich das jeweilige vertretungsberechtigte Organ gegen eine Anspruchsverfolgung, müssen Ersatzansprüche der Gesellschaft gegen Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats geltend gemacht werden, wenn die Hauptversammlung dies mit einfacher Stimmenmehrheit beschließt, wobei die Hauptversammlung zur Geltendmachung der Ansprüche einen besonderen Vertreter bestellen kann.

Aktionäre, deren Anteile zusammen 10% des Grundkapitals oder den anteiligen Betrag von EUR 1.000.000 erreichen, können auch die gerichtliche Bestellung eines Vertreters zur Geltendmachung der Ersatzansprüche beantragen. Darüber hinaus können Aktionäre, deren Anteile im Zeitpunkt der Antragstellung zusammen 1% des Grundkapitals oder einen anteiligen Betrag von EUR 100.000 erreichen, die Zulassung einer Klage beim Landgericht am Sitz der Gesellschaft zur Geltendmachung der Ersatzansprüche der Gesellschaft im eigenen Namen beantragen. Voraussetzung der Klagezulassung ist u.a., dass die Aktionäre die Gesellschaft unter Setzung einer angemessenen Frist vergeblich aufgefordert haben, selbst Klage zu erheben, und Tatsachen vorliegen, die den Verdacht rechtfertigen, dass der Gesellschaft durch Unredlichkeit oder grobe Verletzung des Gesetzes oder der Satzung ein Schaden entstanden ist. Die Gesellschaft ist jederzeit berechtigt, ihren Ersatzanspruch selbst geltend zu machen; mit Klageerhebung durch die Gesellschaft wird ein anhängiges Zulassungs- oder Klageverfahren der Aktionäre unzulässig. Die Gesellschaft kann erst drei Jahre nach der Entstehung eines Anspruchs und nur dann auf Ersatzansprüche gegen Organmitglieder verzichten oder sich über sie vergleichen, wenn die Aktionäre dies in der Hauptversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit beschließen und nicht eine Minderheit von Aktionären, deren Anteile zusammen 10% des Grundkapitals erreichen, Widerspruch zur Niederschrift erhebt.

Nach deutschem Recht ist es den einzelnen Aktionären (wie jeder anderen Person) untersagt, ihren Einfluss auf die Gesellschaft dazu zu benutzen, ein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats, einen Prokuristen oder einen Handlungsbevollmächtigten zu einer für die Gesellschaft schädlichen Handlung zu bestimmen. Aktionäre mit einem beherrschenden Einfluss dürfen ihren Einfluss nicht dazu nutzen, die Gesellschaft zu veranlassen, gegen deren Interessen zu verstoßen, es sei denn, die daraus entstehenden Nachteile werden ausgeglichen. Wer unter Verwendung seines Einflusses ein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats, einen Prokuristen oder einen Handlungsbevollmächtigten dazu veranlasst, zum Schaden der Gesellschaft oder von deren Aktionären zu handeln, ist der Gesellschaft und den Aktionären (soweit diese, abgesehen von einem Schaden, der ihnen durch die Schädigung der Gesellschaft zugefügt worden ist, geschädigt worden sind) zum Ersatz des ihnen daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Daneben haften in diesem Fall die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats gesamtschuldnerisch, wenn sie unter Verletzung ihrer Pflichten gehandelt haben.

Vorstand

Der Vorstand der Gesellschaft besteht derzeit aus neun Mitgliedern. Der Aufsichtsrat bestimmt die Größe des Vorstands, der satzungsgemäß aus mindestens zwei Mitgliedern besteht. Der Aufsichtsrat kann ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden ernennen und stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen. Die Mitglieder des Vorstands werden vom Aufsichtsrat für eine Amtszeit von höchstens fünf Jahren bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Eine Wiederbestellung von Vorstandsmitgliedern kann frühestens ein Jahr vor dem Ende der bisherigen Amtszeit beschlossen werden. Der Aufsichtsrat kann die Bestellung eines Vorstandsmitglieds vor Ablauf der Amtszeit widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, etwa bei grober Pflichtverletzung oder wenn die Hauptversammlung dem Vorstandsmitglied das Vertrauen entzieht. Der Aufsichtsrat ist außerdem für den Abschluss, die Änderung und die Kündigung der Dienstverträge mit den Vorstandsmitgliedern zuständig.

Nach der Satzung der Gesellschaft gibt sich der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats eine Geschäftsordnung. Die aktuelle Fassung der Geschäftsordnung wurde am 25. Februar 2013 beschlossen. Der Aufsichtsrat hat am 13. März 2013 zugestimmt.

Gemäß der Satzung wird die Gesellschaft gesetzlich durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten. Stellvertretende Vorstandsmitglieder stehen hinsichtlich der Vertretungsbefugnis ordentlichen Vorstandsmitgliedern gleich.

Die Beschlüsse des Vorstands werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht im Gesetz, der Satzung oder der Geschäftsordnung andere Mehrheiten vorgeschrieben sind. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden des Vorstands den Ausschlag.

Mitglieder des Vorstands

Die folgende Übersicht zeigt die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft sowie die Dauer ihrer Amtszugehörigkeit und Zuständigkeiten:

Name (Geburtsjahr)	Mitglied seit	Bestellt bis	Zuständigkeit
Martin Blessing (1963) Vorsitzender des Vorstands	1. November 2001	31. Oktober 2016	Group Management: Group Communications, Group Development & Strategy, Group Legal; Segment Central & Eastern Europe: CEE Holding, BRE Bank
Frank Annuscheit (1962)	1. Januar 2008	31. Dezember 2015	Group Services: Group Information Technology, Group Organisation, Group Banking Operations, Group Markets Operations, Group Security, Group Services Commerzbank Exzellenz, Group Support
Markus Beumer (1964)	1. Januar 2008	31. Dezember 2015	Segment Mittelstandsbank: Corporate Banking, Strategie und Projekte, Vertrieb Mittelstand, Vertrieb Großkunden, Vertrieb Corporates International, Financial Institutions
Stephan Engels (1962)	1. April 2012	31. März 2015	Group Management: Group Audit, Group Compliance, Group Finance, Group Finance Operations, Group Investor Relations, Koordination und Tracking Office
Jochen Klösges (1964)	1. Juni 2009	31. Mai 2017	Segment Non-Core Assets: Public Finance, Deutsche Schiffsbank
Michael Reuther (1959)	1. Oktober 2006	30. September 2014	Group Management: Group Treasury; Segment Corporates & Markets: Corporate Finance, Equity Markets & Commodities, Fixed Income & Currencies Trading, Fixed Income & Currencies Sales, Credit Portfolio Management, Client Relationship Management, Research, London, New York, COO
Dr. Stefan Schmittmann (1956)	1. November 2008	31. Oktober 2016	Group Management: Group Credit Risk Management Core, Group Credit Risk Management Non-Core, Group Risk Controlling & Capital Management, Group Market Risk Management, Group Intensive Care
Ulrich Sieber (1965)	1. Juni 2009	31. Mai 2017	Group Management: Group Human Resources, Group Management Commerzbank Exzellenz; Segment Non-Core Assets: CRE Inland, CRE Ausland, COO
Martin Zielke (1963)	5. November 2010	3. November 2018	Segment Privatkunden: Private Kunden, Vertrieb Privat- und Geschäftskunden, Vertrieb Wealth Management, Direct Banking, Commerz Real

- *Martin Blessing* ist seit dem 1. November 2001 Mitglied des Vorstands der COMMERZBANK und seit dem 7. Mai 2009 Vorstandsvorsitzender. Vor seinem Eintritt in die Gesellschaft war Herr Blessing von 1989 bis 1996 Berater bzw. Partner bei der Unternehmensberatung McKinsey in Frankfurt am Main und New York. Von 1997 bis 2000 war er als einer der mitverantwortlichen Leiter des Geschäftsbereichs Private Kunden bei der Dresdner Bank in Frankfurt am Main beschäftigt. Danach wechselte Herr Blessing zur Advance Bank AG, München, wo er das Amt des Vorstandssprechers bis zum Jahr 2001 inne hatte.
- *Frank Annuscheit* ist seit dem 1. Januar 2008 Mitglied des Vorstands der COMMERZBANK. Nach seinem Studium war Herr Annuscheit von 1989 bis 1991 Berater bei Andersen Consulting in Frankfurt am Main und von 1991 bis 1993 Senior Berater bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, Frankfurt am Main. Von 1993 bis 2003 übte er verschiedene Positionen im Deutsche Bank-Konzern aus. Von 2001 bis 2003 war Herr Annuscheit Mitglied des Vorstands der european transaction bank AG, Frankfurt am Main. Im Jahr 2003 trat er in die COMMERZBANK ein und war bis zu seiner Bestellung in den Vorstand als Chief Information Officer bzw. Group Chief Operating Officer tätig.
- *Markus Beumer* ist seit dem 1. Januar 2008 Mitglied des Vorstands der COMMERZBANK. Nach seinem Studium war Herr Beumer zunächst in den Jahren 1991 bis 1994 als Trainee und im Privaten Anlagemanagement der Deutsche Bank AG in Essen tätig. Von 1994 bis 2000 hatte er verschiedene Positionen innerhalb der Dresdner Bank, Frankfurt am Main, inne, zunächst im Geschäftsbereich Privat-/Vermögensberatungskunden sowie die Leitung Vertriebssteuerung. Von 2000 bis 2005 war Herr Beumer im HypoVereinsbank-Konzern bei der Westfalenbank AG, Bochum, zunächst als Generalbevollmächtigter und ab 2001 als Mitglied des Vorstands tätig. 2002 übernahm er die Zentralleitung des Privatkundengeschäfts der HypoVereinsbank AG München und 2004 die Leitung des Private Banking für Deutschland. Im Jahr 2005 trat Herr Beumer in den COMMERZBANK-Konzern ein, zunächst übernahm er die Leitung des Firmenkundengeschäfts der Gebietsfiliale Frankfurt und von April 2006 bis Dezember 2007 die Konzernleitung des Corporate Banking.
- *Stephan Engels* ist seit dem 1. April 2012 Mitglied des Vorstands der COMMERZBANK. Nach seinem Studium übte Herr Engels zwischen 1988 und 2012 verschiedene Positionen im Daimler-Konzern schwerpunktmäßig im Bereich Revision, Financial Services sowie Finanzen und Controlling aus. Er war unter anderem Vorstand der DaimlerChrysler Bank AG bzw. der DaimlerChrysler Services AG. Von 2007 bis 2012 war er Mitglied des Executive Committee der Mercedes-Benz Car Group, verantwortlich für Finanzen und Controlling. Ab 2008 übernahm Herr Engels zudem die Leitung des Konzerncontrollings der Daimler AG.
- *Jochen Klösches* ist seit 1. Juni 2009 Mitglied des Vorstands der COMMERZBANK. Nach seiner Banklehre bekleidete Herr Klösches von 1987 bis 2001 verschiedene Positionen in der Dresdner Bank, insbesondere in der Firmenkundenbetreuung sowie im Risikomanagement. Parallel dazu absolvierte er ein Studium zum Bankbetriebswirt. Von 1998 bis 2001 war Herr Klösches Assistent des Vorstands der Dresdner Bank, bevor er Bereichsleiter Vertrieb Firmenkunden bei der Deutsche Hypo Deutsche Hypothekenbank Frankfurt-Hamburg AG wurde. Mit Gründung der Eurohypo war er bis zum Jahr 2003 dort als Bereichsleiter Corporate Center Risikomanagement, Credit Risk Management tätig. Anfang 2004 wurde er zum Mitglied des Vorstands der Eurohypo ernannt. Herr Klösches war nach Übernahme der Eurohypo durch die COMMERZBANK ab 2006 als Konzernleiter für den zentralen Stab „Retail Kredite“ im Segment Privat- und Geschäftskunden verantwortlich. Von 2007 bis zu seiner Ernennung in den Vorstand der COMMERZBANK leitete Herr Klösches den Unternehmensbereich Konzernentwicklung.
- *Michael Reuther* ist seit 1. Oktober 2006 Mitglied des Vorstands der COMMERZBANK. Er ist verantwortlich für die Bereiche Investment Banking und Treasury. Seine berufliche Laufbahn begann er bei der Deutschen Bank AG in Frankfurt am Main, New York und London, wo er zuletzt als Konzernleiter Liquiditätsmanagement und Leiter Treasury Europe tätig war. Er studierte Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft an den Universitäten Göttingen und Freiburg und unternahm anschließend Studien an der New York University Leonard Stern School of Business sowie an der Harvard Business School.
- *Dr. Stefan Schmittmann* ist seit 1. November 2008 Mitglied des Vorstands der COMMERZBANK. Herr Dr. Schmittmann begann nach seinem Studium und seiner Promotion zum Dr. oec. im Jahr 1986 seine Karriere bei der Bayerischen Vereinsbank AG (ab 1998 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG), München. Bis zum Jahr 2003 war Herr Dr. Schmittmann in verschiedenen Bereichen wie Kundenberatung, Filialleitung, Abteilungsleitung Kredit, Abteilungsleitung Operatives Controlling, Bereichsleitung Risikomanagement sowie Bereichsvorstand Firmenkunden und als Chief Credit Risk Officer tätig. Von 2004 bis 2005 war Herr Dr. Schmittmann Sprecher des Vorstands der Vereins- und Westbank AG, Hamburg, und im Jahr 2005 wurde er zum Mitglied des Bereichsvorstands der Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, München, bestellt. Von 2006 bis April 2008 war Herr

Dr. Schmittmann Mitglied des Vorstands der Bayerische Hypo-und Vereinsbank AG, München, zuständig für die Division Firmenkunden und Kommerzielle Immobilienkunden sowie Member of the Executive Committee UniCredit Corporate Division.

- *Ulrich Sieber* ist seit dem 1. Juni 2009 Mitglied des Vorstands der COMMERZBANK. Herr Sieber war nach seiner Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Bayerische Vereinsbank AG (jetzt Bayerische Hypo-und Vereinsbank AG) von 1986 bis 1991 als Kreditsachbearbeiter und Personalreferent tätig. Im Jahr 1991 wechselte er zur Credit Suisse Deutschland AG, wo er bis 1996 als Kreditreferent und als Leiter der Personalentwicklung tätig war. Von 1996 bis 2001 war Herr Sieber bei JP Morgan GmbH Deutschland Chief Administration Officer und Chief Operating Officer im Investment Banking. Danach wechselte er im Jahr 2001 zur Dresdner Bank, wo er die Leitung des Unternehmensbereichs Corporate Banking inne hatte und neben seiner Verantwortung als Chief Operating Officer Corporates & Markets Germany der Dresdner Kleinwort Projektleiter verschiedener Projekte war. Anfang des Jahres 2006 wechselte Herr Sieber zur COMMERZBANK und leitete bis zu seinem Eintritt in den Vorstand den Konzernbereich Human Resources.
- *Martin Zielke* ist seit dem 5. November 2010 Mitglied des Vorstands der COMMERZBANK und verantwortlich für das Privatkundensegment. Nach verschiedenen Stationen im Privatkundengeschäft in der Dresdner Bank sowie als Bereichsleiter Vermögensanlage in der Deutschen Bank 24 übernahm Martin Zielke 2001 den Bereich Finanzierung Private Kunden bei der Deutschen Hyp. Im Jahr 2002 trat Martin Zielke zuerst als Konzernleiter Private Kunden in die COMMERZBANK ein und übernahm Anfang 2005 die Führung des Firmenkundenbereichs. Im April 2006 wechselte Martin Zielke als Chief Financial Officer in den Vorstand der Eurohypo. Nach Wiedereintritt in die COMMERZBANK Anfang 2008 leitete er den Bereich Group Finance bis zur Berufung in den Vorstand.

Die folgende Übersicht listet, sofern einschlägig, die Namen sämtlicher Unternehmen und Gesellschaften außerhalb des COMMERZBANK-Konzerns auf, bei denen das genannte Vorstandsmitglied während der letzten fünf Jahre Mitglied der Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgane bzw. Partner ist bzw. war.

Name	Konzernexterne Mandate
Martin Blessing <i>Vorsitzender des Vorstands</i>	<u>Fortbestehend:</u> Keine. <u>Vormals:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Mitglied des Aufsichtsrats der Evonik Industries AG (bis November 2008) • Mitglied des Aufsichtsrats der Heidelberger Druckmaschinen AG (bis 18.7.2008) • Mitglied des Aufsichtsrats der ThyssenKrupp Services AG, Düsseldorf (bis 31.5.2008)
Frank Annuscheit	<u>Fortbestehend:</u> Keine. <u>Vormals:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Mitglied im Börsenrat der Eurex Deutschland, Eschborn (bis 11/2010)
Markus Beumer	<u>Fortbestehend:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Mitglied des Aufsichtsrats der ABB Deutschland AG • Mitglied des Beirats der Deutsche Amphibolin-Werke von Robert Murjahn Stiftung & Co KG <u>Vormals:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Mitglied des Aufsichtsrats der ThyssenKrupp Services AG, Düsseldorf (bis 30.9.2009)
Stephan Engels	<u>Fortbestehend:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Mitglied des Beirats der SdB – Sicherungseinrichtungsgesellschaft deutscher Banken mbH • Mitglied des Vorstands des Deutschen Aktieninstitut e.V.

Name**Konzernexterne Mandate**

Name	Konzernexterne Mandate
	<u>Vormals:</u> <ul style="list-style-type: none">• Mitglied des Beirats der Daimler Group Services Berlin GmbH (bis 28.10.2008)• Mitglied des Aufsichtsrats der MBtech Group GmbH & Co. KGaA (bis 12.11.2009)• Mitglied des Beirats der MBtech Verwaltungs-GmbH (bis 29.2.2012)• Mitglied des Beirats der Mercedes-Benz Accessories GmbH (bis 15.9.2008)• Mitglied des Verwaltungsrats der Mercedes-Benz Belgium Luxembourg S.A. (bis 16.2.2009)• Mitglied des Verwaltungsrats der Mercedes-Benz Danmark AS (bis 31.10.2008)• Mitglied des Aufsichtsrats der Mercedes-Benz France S.A.S. (bis 31.10.2008)• Mitglied des Verwaltungsrats der Mercedes-Benz Hellas S.A. (bis 6.10.2008)• Mitglied des Board of Directors der Mercedes-Benz India Private Limited (bis 21.9.2008)• Mitglied des Beirats der Mercedes-Benz Museum GmbH (bis 29.2.2012)• Mitglied des Verwaltungsrats der Mercedes-Benz Portugal, S.A. (bis 31.10.2008)• Mitglied des Board of Directors der Mercedes-Benz South Africa (Pty) Ltd (bis 6.6.2008)• Mitglied des Verwaltungsrats der Mercedes-Benz Sverige AB (bis 1.11.2008)• Mitglied des Board of Directors der Mercedes-Benz USA, LLC (bis 29.2.2012)• Mitglied des Beirats der Toll Collect GmbH (bis 27.1.2008)
Jochen Klösges	<u>Fortbestehend:</u> <p>Keine.</p> <u>Vormals:</u> <p>Keine.</p>
Michael Reuther	<u>Fortbestehend:</u> <ul style="list-style-type: none">• Mitglied des Aufsichtsrats der RWE Power AG• Mitglied des Beirats der Verlagsbeteiligungs- und Verlagsgesellschaft mit beschränkter Haftung• Mitglied des Börsenrats der Frankfurter Wertpapierbörse, Frankfurt am Main• Mitglied des Börsenrats der EUREX Deutschland, Eschborn• Board Member der American Chamber of Commerce <u>Vormals:</u> <p>Keine.</p>
Dr. Stefan Schmittmann ...	<u>Fortbestehend:</u> <ul style="list-style-type: none">• Mitglied des Aufsichtsrats der Schaltbau Holding AG, München• Mitglied des Aufsichtsrats der Verlagsgruppe Weltbild GmbH, Augsburg <u>Vormals:</u> <ul style="list-style-type: none">• Vorsitzender des Verwaltungsrats der KGAL GmbH & Co. KG, Grünwald (bis 8.9.2011)• Mitglied des Board of Directors der i-Faber S.p.A., Mailand (bis 19.6.2008)• Mitglied des Verwaltungsrats der HVB Leasing GmbH/HVB Investitionsbank GmbH, Hamburg (bis 31.5.2008)

<u>Name</u>	<u>Konzernexterne Mandate</u>
Ulrich Sieber	<p><u>Fortbestehend:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG, Berlin • Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin • Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats des BVV Versicherungsvereins des Bankgewerbes a.G., Berlin • Vorsitzender des Vorstands des Arbeitgeberverbands des privaten Bankgewerbes e.V., Berlin • Mitglied des Vorstands und des Präsidiums der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Berlin • Mitglied des Präsidiums des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Berlin <p><u>Vormals:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Mitglied des Vorstands und des Präsidiums von Frankfurt Main Finance e.V., Frankfurt (bis 31.12.2011) • Mitglied des Stiftungsrats der SWAB Stiftung der Deutschen Wirtschaft für Arbeit und Beschäftigung GmbH (bis August 2011)
Martin Zielke	<p><u>Fortbestehend:</u></p> <p>Keine.</p> <p><u>Vormals:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Mitglied des Aufsichtsrats der Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main (bis 31.8.2012) • Mitglied des Aufsichtsrats der Allianz Global Investors Deutschland GmbH (bis 22.3.2011)

Die Mitglieder des Vorstands sind unter der Geschäftsadresse der Gesellschaft, Kaiserstraße 16 (Kaiserplatz), 60311 Frankfurt am Main, Deutschland, erreichbar.

Vergütung der Vorstandsmitglieder

Grundzüge des Vergütungssystems

Kernbestandteile des seit dem 1. Januar 2010 gültigen Vergütungssystems für den Vorstand sind ein festes Jahresgrundgehalt sowie ein Short Term Incentive (STI) und ein Long Term Incentive (LTI) als variable Vergütungskomponenten.

Am 9. August 2011 hat der Aufsichtsrat eine Anpassung dieses Systems an die Erfordernisse der Instituts-Vergütungsverordnung beschlossen, die anschließend vertraglich umgesetzt wurde. Ferner hat der Aufsichtsrat in seinen Sitzungen am 3. November 2011, 2. Dezember 2011 und 22. Februar 2012 beschlossen, die Altersversorgung der Vorstandsmitglieder zu ändern, und die entsprechenden Musterverträge verabschiedet. Die Neuregelung beinhaltet insbesondere eine beitragsorientierte Leistungszusage. Zudem knüpft die Altersversorgung nunmehr in der Regel an die Vollendung des 65. Lebensjahres an und nicht mehr an die Vollendung des 62. Lebensjahres an. Die neuen Pensionsverträge wurden von allen Vorstandsmitgliedern unterzeichnet.

In Fortführung einer ursprünglich mit dem SoFFin für die Jahre 2008 und 2009 vereinbarten Begrenzung der monetären Vergütung von Vorstandsmitgliedern auf TEUR 500 brutto pro Jahr und Organmitglied im Hinblick auf die Tätigkeit im Konzern („**SoFFin-Cap**“) hatte der Aufsichtsrat für die Geschäftsjahre 2010 und 2011 beschlossen, dass der SoFFin-Cap gilt, falls die Festzinskomponente der Gewinnbeteiligung auf die stillen Einlagen des SoFFin nicht voll bezahlt wird. Eine rechtliche Pflicht zur Fortführung dieser Begrenzung gab es bereits nach Inkrafttreten des Restrukturierungsgesetz ab 2011 nicht mehr, da die COMMERZBANK mehr als die Hälfte der Rekapitalisierung (stille Einlage) zurückgezahlt hatte. Für das Geschäftsjahr 2012 galt kein SoFFin-Cap. Für nähere Angaben zu den durch das Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz (FMStFG) normierten gesetzlichen Vergütungsgrenzen siehe „*Regulatorisches Umfeld—Bankaufsicht in Deutschland*“.

Erfolgsunabhängige Vergütungsbestandteile (festes Jahresgrundgehalt)

Zu den erfolgsunabhängigen Vergütungsbestandteilen zählen das feste Jahresgrundgehalt und die Sachbezüge.

Das feste Jahresgrundgehalt, das in gleichen monatlichen Beträgen ausbezahlt wird, beträgt TEUR 750; für den Vorstandsvorsitzenden beträgt das feste Jahresgrundgehalt TEUR 1.312,5. Die Angemessenheit des festen Jahresgrundgehalts wird regelmäßig im Abstand von jeweils zwei Jahren überprüft. Da die Festzinskomponente der Gewinnbeteiligung auf die stillen Einlagen des SoFFin für 2011 nicht bezahlt wurde, war das Jahresgrundgehalt für das Jahr 2011 auf TEUR 500 per annum begrenzt.

Die Sachbezüge bestehen im Wesentlichen aus Dienstwagennutzung mit Fahrer, Sicherheitsmaßnahmen und Versicherungsbeiträgen sowie darauf entfallende Steuern und Sozialabgaben.

Erfolgsbezogene Vergütungsbestandteile (variable Vergütung)

Das Vergütungssystem sieht als erfolgsbezogene variable Vergütungskomponenten ein Short Term Incentive mit einem Gesamtzielwert von TEUR 400 pro Vorstandsmitglied und ein Long Term Incentive mit einem Gesamtzielwert von TEUR 600 pro Vorstandsmitglied vor. Der Zielwert der variablen Vergütungskomponenten für ein Vorstandsmitglied liegt damit insgesamt bei EUR 1 Mio. Die maximale Zielerreichung liegt bei 200%, was bei dem Short Term Incentive insgesamt TEUR 800 und bei dem Long Term Incentive TEUR 1.200 entspricht. Für den Vorstandsvorsitzenden liegen die Zielwerte beim 1,75-fachen der zuvor genannten Beträge. Die Mindest-Gesamtwerte betragen jeweils EUR 0.

Wegen des für das Jahr 2011 geltenden SoFFin-Caps für die monetäre Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder auf insgesamt TEUR 500 pro Jahr sind die erfolgsbezogenen variablen Vergütungskomponenten für das Geschäftsjahr 2011 entfallen.

Short Term Incentive (STI)

Der STI hat eine Laufzeit von einem Jahr. Er besteht aus zwei gleich gewichteten Komponenten, von denen eine die STI-Leistungskomponente ist und die andere an den Economic Value Added (EVA)¹ (STI-EVA-Komponente) anknüpft. Ein Anspruch auf Zahlung des STI entsteht aufschiebend bedingt nach Feststellung des Jahresabschlusses für das betreffende Jahr sowie der STI-Zielerreichung des Vorstandsmitglieds durch den Aufsichtsrat. Danach sind die Bezüge des STI zu 50% als Barbetrag fällig und zahlbar. Die verbleibenden 50% werden in Commerzbank-Aktien – oder aktienbasiert in bar – nach einer Wartezeit von weiteren 12 Monaten gewährt. Der Gesamtzielwert des STI für ein Vorstandsmitglied beträgt TEUR 400; für das Geschäftsjahr 2012 und folgende Geschäftsjahre liegt der Zielwert der einzelnen Komponenten bei jeweils TEUR 200. Die Zielerreichung kann grundsätzlich zwischen 0% und 200% liegen.

STI-EVA-Komponente

Für die STI-EVA-Komponente legt der Aufsichtsrat vor Beginn des Geschäftsjahres einen Zielwert für den Konzern-EVA nach Steuern fest, der einer Zielerreichung von 100% entspricht. Außerdem wird festgelegt, welcher EVA-Wert einer Zielerreichung von 0% und von 200% entsprechen. Als EVA-Berechnungsgrundlage wird grundsätzlich das Investorenkapital herangezogen.

STI-Leistungskomponente

Die individuelle Leistung jedes Vorstandsmitglieds wird auf Basis einer Gesamtbetrachtung von Kriterien beurteilt, die der Aufsichtsrat vor Beginn des jeweiligen Geschäftsjahres festlegt. Für das Geschäftsjahr 2012 betrug der Zielwert dieser Komponente TEUR 200 per annum.

Long Term Incentive (LTI)

Der LTI hat eine Laufzeit von vier Jahren. Er besteht aus zwei gleich gewichteten Komponenten, von denen eine an den Economic Value Added (EVA) anknüpft (LTI-EVA-Komponente) und die andere aktienbasiert ist (LTI-Aktienkomponente). Ein Anspruch auf Zahlung des LTI entsteht aufschiebend bedingt nach Feststellung des Jahresabschlusses für das letzte Geschäftsjahr der vierjährigen Laufzeit des jeweiligen LTI sowie nach Feststellung der LTI-Zielerreichung durch den Aufsichtsrat. Danach sind die Bezüge des LTI zu 50% als Barbetrag fällig und zahlbar. Die verbleibenden 50% werden in Commerzbank-Aktien – oder aktienbasiert in bar – nach einer Wartezeit von weiteren 12 Monaten gewährt. Der Gesamtzielwert des LTI beträgt TEUR 600, der Zielwert der einzelnen Komponenten jeweils TEUR 300. Die Zielerreichung kann insgesamt zwischen 0% und 200% liegen; jede der beiden Komponenten kann demzufolge zwischen

¹ EVA ist der Konzernüberschuss nach Steuern und Minderheitenanteilen abzüglich der Kapitalkosten der Gesellschaft (Produkt aus Investorenkapital ohne Fremdanteile und Kapitalkostensatz nach Steuern).

EUR 0 und TEUR 600 betragen. Der vorläufige LTI-Auszahlungsbetrag d.h. der Betrag, der sich aufgrund der Zielerreichung innerhalb der LTI-Aktienkomponente und der LTI-EVA-Komponente ergibt, wird dahingehend modifiziert, dass er sich jeweils um den hälftigen Prozentsatz erhöht oder reduziert, um den die Zielerreichung für den leistungsorientierten Teil des STI im ersten Jahr der vierjährigen LTI-Laufzeit 100% über- oder unterschreitet. Diese Anpassung kann +/-20% des ursprünglichen Zielwertes der LTI-Komponenten nicht überschreiten. Der LTI setzt ein dauerhaftes Eigeninvestment des Vorstandsmitglieds in COMMERZBANK-Aktien in Höhe von jeweils TEUR 350 voraus. Bis zum Erreichen des Eigeninvestments sind jeweils 50% der Nettoauszahlungen aus dem LTI in COMMERZBANK-Aktien zu investieren.

LTI-Aktienkomponente

Der vorläufige Auszahlungsbetrag der LTI-Aktienkomponente ergibt sich einerseits aus der relativen Total-Shareholder-Return (TSR) Performance der COMMERZBANK im Vergleich zur TSR-Performance der anderen Banken des Dow Jones EURO STOXX Banken und andererseits aus der absoluten Kursperformance der COMMERZBANK-Aktie. Der Aufsichtsrat legt vor Beginn der LTI-Laufzeit die Zahl der COMMERZBANK-Aktien fest, die das Vorstandsmitglied bei einer Zielerreichung von 100% nach dem Ende der vierjährigen LTI-Laufzeit gegebenenfalls erhält. Außerdem definiert er, welche TSR-bezogene Platzierung der COMMERZBANK im Vergleich zu den anderen relevanten Banken welchem Zielerreichungsgrad entspricht. Die relative TSR-Performance bestimmt also die Anzahl der virtuell zugeteilten Aktien; die absolute Kursentwicklung der COMMERZBANK-Aktie während der LTI-Laufzeit bestimmt deren Gegenwert, der statt einer Übertragung von Aktien in bar ausbezahlt werden kann.

LTI-EVA-Komponente

Die Zielwerte der EVA-basierten LTI-Komponente werden vom Aufsichtsrat vorab für die gesamte LTI-Laufzeit festgesetzt und können für die einzelnen Jahre der Laufzeit differieren. Der Aufsichtsrat definiert außerdem vorab, welcher EVA-Wert welchem Zielerreichungsgrad entspricht. Die Zielerreichung wird während der vierjährigen LTI-Laufzeit jährlich festgestellt, wobei die Zielerreichung der einzelnen Jahre ab 2012 grundsätzlich zwischen minus 100% und plus 200% liegen kann. Nach dem Ende der vierjährigen LTI-Laufzeit ermittelt der Aufsichtsrat die durchschnittliche Zielerreichung die zwischen 0% und 200% liegen kann, und den sich daraus ergebenden vorläufigen Auszahlungsbetrag.

Im Falle außerordentlicher Entwicklungen mit erheblichem Einfluss auf die Erreichbarkeit der Zielwerte von STI oder LTI kann der Aufsichtsrat diesen positiven oder negativen Einfluss durch Anpassung der Ziele neutralisieren.

Long-Term-Performance-Pläne

Die Mitglieder des Vorstands hatten, ebenso wie andere Führungskräfte und ausgewählte Mitarbeiter des Konzerns, in der Vergangenheit die Möglichkeit, sich an Long-Term-Performance-Plänen (LTP) zu beteiligen. Ein LTP wurde zuletzt im Jahr 2008 angeboten; die Vorstandsmitglieder hatten jedoch bereits im Februar 2009 ihre sämtlichen Aktien aus dem LTP 2008 abgemeldet. Der insoweit einzige im Jahr 2012 noch laufende Plan war der LTP 2007, der im Jahr 2012 ohne Auszahlung ausgelaufen ist.

Vergütung für die Übernahme von Organfunktionen bei konsolidierten Unternehmen

Die einem Vorstandsmitglied zufließende Vergütung aus der Wahrnehmung von Organfunktionen bei konsolidierten Unternehmen wird auf die Gesamtbezüge des Vorstandsmitglieds angerechnet. Diese Anrechnung erfolgt jeweils zum Auszahlungszeitpunkt nach der Hauptversammlung, die den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr entgegen nimmt, in welchem dem Vorstandsmitglied die Konzernbezüge zugeflossen sind.

Die in 2012 gewährten Vergütungen für Tätigkeiten in Organen von konsolidierten Unternehmen wurden in der Vergangenheit in voller Höhe auf den SoFFin-Cap des jeweiligen Vorjahres angerechnet. Daher werden diese Vergütungen in der Tabelle unten im Abschnitt „— Zusammenfassung“ dem Geschäftsjahr 2011 zugeordnet. Soweit diese Vergütungen für Tätigkeiten in Organen von konsolidierten Unternehmen bei einem Vorstandsmitglied zu einer monetären Gesamtvergütung von über TEUR 500 führten, wurden diese an die COMMERZBANK abgeführt.

Altersversorgung

Altersversorgung für amtierende Vorstandsmitglieder

Der Aufsichtsrat beschloss in seinen Sitzungen am 9. August und 3. November 2011 ein neues System der Altersversorgung der Vorstandsmitglieder; die neuen Regelungen beinhalten nunmehr eine leistungsorientierte Leistungs zusage.

Am 22. Februar 2012 verabschiedete der Aufsichtsrat den Muster-Pensionsvertrag zur Umsetzung dieser Neuregelung für die amtierenden Vorstandsmitglieder. Im neuen Pensionsvertrag wird die bestehende Zusage in eine beitragsorientierte Leistungszusage in Anlehnung an den COMMERZBANK-Bausteinplan zur betrieblichen Altersvorsorge (CBA) übergeleitet. Nach dem neuen Bausteinsystem wird jedem Vorstandsmitglied für die bis zum Überleitungsstichtag am 1. Januar 2011 abgeleistete Zeit als Vorstandsmitglied der Bank ein Initialbaustein auf einem so genannten Versorgungskonto gutgeschrieben. Der Initialbaustein wird in der Zeit zwischen dem Überleitungsstichtag und der Beendigung der Bestellung als Vorstandsmitglied der Bank dynamisiert. Für die Zeit ab dem Überleitungsstichtag bis zur Beendigung der Bestellung als Vorstandsmitglied der COMMERZBANK wird dem Versorgungskonto des Vorstandsmitglieds jährlich ein Versorgungsbaustein gutgeschrieben. Der Versorgungsbaustein eines Kalenderjahres ergibt sich durch Umwandlung des jeweiligen Jahresbeitrags in eine Anwartschaft auf Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenpension mittels einer Transformationstabelle.

Im Einzelnen hat ein Vorstandsmitglied nach Eintritt eines der folgenden Versorgungsfälle Anspruch auf Versorgungsleistungen in Form einer lebenslangen Pension:

- als Alterspension, wenn das Anstellungsverhältnis mit oder nach Vollendung des 65. Lebensjahres endet, oder
- als vorzeitige Alterspension, wenn das Anstellungsverhältnis mit oder nach Vollendung des 62. Lebensjahres endet oder nach mindestens 10-jähriger Zugehörigkeit zum Vorstand und Vollendung des 58. Lebensjahres oder nach mindestens 15-jähriger Zugehörigkeit zum Vorstand, oder
- als Invalidenpension, bei dauernder Dienstunfähigkeit.

Der Monatsbetrag der Alterspension errechnet sich als ein Zwölftel des Standes des Versorgungskontos bei Eintritt des Versorgungsfalles. Zur Ermittlung der vorzeitigen Alterspension wird die Pension im Hinblick auf den früheren Zahlungsbeginn gekürzt. Bei Eintritt des Versorgungsfalles wegen Invalidität vor Vollendung des 55. Lebensjahres wird der Monatsbetrag der Invalidenpension um einen Zurechnungsbetrag aufgestockt.

Jedes Vorstandsmitglied kann anstatt einer laufenden Pension eine Einmalzahlung oder eine Auszahlung in neun Jahresraten wählen, für den Fall, dass es nach Vollendung des 62. Lebensjahres ausscheidet. Dabei errechnet sich der Auszahlungsbetrag nach einem Kapitalisierungsfaktor in Abhängigkeit vom Alter des Vorstandsmitglieds.

Den Vorstandsmitgliedern wird für die Dauer von sechs Monaten anstelle der Pension das anteilige Grundgehalt als Übergangsgeld fortbezahlt, wenn sie mit oder nach Vollendung des 62. Lebensjahres oder aufgrund dauernder Dienstunfähigkeit aus dem Vorstand ausscheiden. Sofern ein Vorstandsmitglied eine vorzeitige Alterspension erhält und noch nicht das 62. Lebensjahr vollendet hat, werden erzielte Einkünfte aus anderen Tätigkeiten bis zu diesem Alter zur Hälfte auf die Pensionsansprüche angerechnet.

Die Witwenpension beträgt 66 2/3% der Pensionsansprüche des Vorstandsmitglieds. Falls keine Witwenpension gezahlt wird, haben die minderjährigen oder in der Ausbildung befindlichen Kinder einen Anspruch auf eine Waisenrente in Höhe von jeweils 25% der Pensionsansprüche des Vorstandsmitglieds, insgesamt jedoch maximal in Höhe der Witwenpension.

Altersversorgung für neu eintretende Vorstandsmitglieder

Der systembedingt abweichende Pensionsvertrag für neu eintretende Vorstandsmitglieder wurde vom Aufsichtsrat am 2. Dezember 2011 verabschiedet. Eine Altersversorgung in Form einer Kapitalleistung wird danach gezahlt, wenn ein Vorstandsmitglied bei Ausscheiden aus der Bank

- das 65. Lebensjahr vollendet oder vollendet hat (Alterskapital),
- das 62. Lebensjahr vollendet oder vollendet hat (vorzeitiges Alterskapital) oder
- vor Vollendung des 62. Lebensjahres dauerhaft dienstunfähig ist.

Für jedes Kalenderjahr während des bestehenden Anstellungsverhältnisses bis zum Eintritt des Versorgungsfalles wird jedem Vorstandsmitglied ein Jahresbaustein gutgeschrieben, der 40% des festen Jahresgrundgehalts (Jahresbeitrag) multipliziert mit einem altersabhängigen Transformationsfaktor beträgt. Die Jahresbausteine werden bis zum Ausscheiden des Vorstandsmitglieds aus der Bank auf einem Versorgungskonto geführt. Nach Vollendung des 61. Lebensjahres wird dem Vorstandsmitglied bis zum Eintritt des Versorgungsfalles jährlich ein Zuschlag von 2,5% des am jeweils vorangegangenen 31. Dezember erreichten Stands des Versorgungskontos gutgeschrieben. Ein in Abhängigkeit vom Alter des Vorstandsmitglieds zu bestimmender Anteil des Jahresbeitrags wird in Investmentfonds angelegt und auf ein virtuelles Depot des Vorstandsmitglieds eingebracht. Die Höhe des Alterskapitals bzw. des vorzeitigen Alterskapitals entspricht dem Stand des virtuellen Depots, mindestens jedoch dem Stand des Versorgungskontos bei Eintritt des Versorgungsfalles.

Für die ersten beiden Monate nach Eintritt des Versorgungsfalls erhält das Vorstandsmitglied ein Übergangsgeld in Höhe von monatlich einem Zwölftel des festen Jahresgrundgehalts.

Falls ein Vorstandsmitglied vor Eintritt eines Versorgungsfalls stirbt, haben die Hinterbliebenen Anspruch auf die Auszahlung des Hinterbliebenenkapitals, das dem Stand des virtuellen Depots am Wertstellungsstichtag entspricht, mindestens jedoch der Summe aus dem Stand des Versorgungskontos und einem etwaigen Zurechnungsbetrag. Der Zurechnungsbetrag wird gewährt, sofern das Vorstandsmitglied bei Eintritt des Versorgungsfalls wegen Dienstunfähigkeit bzw. bei Tod mindestens fünf Jahre ununterbrochen als Vorstandsmitglied der Bank bestellt war und noch nicht das 55. Lebensjahr vollendet hat. Dadurch wird eine Versorgung sichergestellt, wie sie mit Erreichen des 55. Lebensjahres gegeben wäre.

Stand der Pensionsansprüche

In der nachstehenden Tabelle sind die Pensionsansprüche der am 31. Dezember 2012 aktiven Vorstandsmitglieder aufgeführt:

(in TEUR)	Erreichte Pensionsanwartschaft auf Altersrente mit Vollendung des 62. Lebensjahres (Stand 31.12.2012)	Barwert der erreichten Pensionsanwartschaften (Stand 31.12.2012)
Martin Blessing	240	4.407
Frank Annuscheit	107	1.872
Markus Beumer	99	1.678
Stephan Engels	18 ¹⁾	244
Jochen Klösger	83	1.346
Michael Reuther	140	2.677
Dr. Stefan Schmittmann	135	2.586
Ulrich Sieber	79	1.275
Martin Zielke	67	1.061
Summe		17.146

¹⁾ Kapitalleistung verrentet.

Die Pensionsansprüche der Mitglieder des Vorstands fallen nicht unter den SoFFin-Cap.

Die zur Absicherung dieser Pensionsverpflichtungen dienenden Vermögenswerte wurden mittels eines so genannten Contractual Trust Arrangement auf den COMMERZBANK Pension-Trust e.V. übertragen.

Zum 31. Dezember 2012 belaufen sich die Pensionsverpflichtungen (defined benefit obligations) für zum Stichtag aktive Vorstandsmitglieder der COMMERZBANK auf insgesamt EUR 17,1 Mio. (Vorjahr: EUR 11,8 Mio.). Nach Abzug der übertragenen Vermögenswerte (Plan Assets) und unter Berücksichtigung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste waren zum 31. Dezember 2012 keine Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen für aktive Vorstandsmitglieder auszuweisen (Rückstellung im Vorjahr: EUR 0,2 Mio.). Der durch den Abzug entstandene Aktivüberhang betrug EUR 0,1 Mio.

Change of Control

Die Anstellungsverträge mit den amtierenden Vorstandsmitgliedern enthalten keine Change-of-Control-Regelungen.

Sonstige Regelungen

Falls die Bestellung zum Mitglied des Vorstands vorzeitig endet, endet der Anstellungsvertrag grundsätzlich mit Ablauf von sechs Monaten seit dem Ende der Bestellung (Koppelungsklausel). Dem Vorstandsmitglied werden in diesem Fall das feste Jahresgrundgehalt, STIs und LTIs – vorbehaltlich § 615 Satz 2 BGB – bis zum Ende der ursprünglichen Bestellungsperiode weiter gewährt.

Wird der Anstellungsvertrag zum Ablauf der jeweiligen Bestellungsperiode nicht verlängert, ohne dass ein wichtiger Grund gemäß § 626 BGB vorliegt, oder endet der Anstellungsvertrag nach der beschriebenen Koppelungsklausel, erhält das Vorstandsmitglied zudem für die Dauer von sechs Monaten nach Ablauf der ursprünglichen Bestellungsperiode das feste Grundgehalt als Übergangsgeld. Diese Gehaltsfortzahlung endet, sobald das Vorstandsmitglied Pensionszahlungen erhält.

Endet der Anstellungsvertrag aus anderen Gründen als nach der oben beschriebenen Koppelungsklausel wird das feste Jahresgrundgehalt ggf. zeitanteilig bis zur Beendigung des Anstellungsvertrages bezahlt. Die für Geschäftsjahre vor Beendigung des Anstellungsvertrages zugesagten STI und LTI bleiben unberührt. Der am Ende der Laufzeit festgestellte Auszahlungsbetrag für STI und LTI des Beendigungsjahres wird anteilig reduziert.

Beendet die COMMERZBANK die Organstellung vorzeitig oder verlängert sie diese bei Ablauf der Bestellungsperiode nicht aufgrund von Umständen, die die Voraussetzungen des § 626 BGB erfüllen, gibt es keine Ansprüche aus den für das Geschäftsjahr der Beendigung der Organstellung zugesagten STI und LTI.

Bezüge für die Zeit nach wirksamer Beendigung der Organstellung werden höchstens bis zu einem Gesamtbetrag in Höhe von zwei Jahresvergütungen gezahlt (Cap). Auszahlungen auf den im Geschäftsjahr der Beendigung der Organstellung zugesagten STI und LTI unterliegen dem Cap anteilig.

Im Geschäftsjahr 2012 hat kein Mitglied des Vorstands Leistungen oder entsprechende Zusagen von einem Dritten in Bezug auf seine Tätigkeit als Vorstandsmitglied erhalten; Gleiches gilt auch für Leistungen und Zusagen von Unternehmen, mit denen der COMMERZBANK-Konzern bedeutende geschäftliche Beziehungen unterhält.

Zusammenfassung

Im Folgenden werden die Gesamtbezüge der einzelnen Mitglieder des Vorstands für das Jahr 2012 (und zum Vergleich für das Jahr 2011) dargestellt.

(in TEUR)		Erfolgsunabhängige Komponenten				Erfolgsabhängige Komponenten mit kurzfristiger Anreizwirkung (STI)			
		Grund- gehalt	Vergütung für die Übernahme von Organ- funktionen ²⁾	Verrech- nung von Vergütun- gen aus der Wahrneh- mung von Konzern- mandaten im Folgejahr ²⁾	Sonsti- ges ³⁾	Variable Vergütung in bar ⁴⁾		Variable Vergütung mit Ausgleich in Aktien ⁵⁾	
						Abhängig von EVA- Ziel- erreichung	Abhängig von der Erreichung individu- eller Ziele	Abhängig von EVA- Ziel- erreichung	Abhängig von der Erreichung individu- eller Ziele
Martin Blessing	2012	1.313	—	—	79	—	—	—	—
	2011	500	—	—	69	—	—	—	—
Frank Annuscheit	2012	750	—	—	47	—	50	—	100
	2011	500	—	—	50	—	—	—	—
Markus Beumer	2012	750	—	—	39	—	65	—	100
	2011	500	—	—	59	—	—	—	—
Stephan Engels	2012 ¹⁾	563	32	-32	1.515	—	41	—	75
	2011 ⁸⁾	—	—	—	—	—	—	—	—
Dr. Achim Kassow ¹⁰⁾	2012	—	—	—	—	—	—	—	—
	2011 ¹⁾	292	—	—	44	—	—	—	—
Jochen Klösges	2012	750	—	—	36	—	40	—	100
	2011	500	—	—	39	—	—	—	—
Michael Reuther	2012	750	—	—	69	—	50	—	100
	2011	500	—	—	69	—	—	—	—
Dr. Stefan Schmittmann	2012	750	—	—	49	—	45	—	100
	2011	500	—	—	46	—	—	—	—
Ulrich Sieber	2012	750	50	-50	59	—	50	—	100
	2011	500	—	—	68	—	—	—	—
Dr. Eric Strutz ⁹⁾	2012 ¹⁾	187	10	-10	15	—	13	—	25
	2011	500	—	—	33	—	—	—	—
Martin Zielke	2012	750	—	—	62	—	45	—	100
	2011	500	—	—	74	—	—	—	—
Gesamt	2012	7.313	92	-92	1.970	—	399	—	800
Gesamt	2011	4.792	—	—	551	—	—	—	—

Erfolgsabhängige Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung (LTI)

		Variable Vergütung ⁵⁾				
		Variable Vergütung in bar ⁶⁾	Aktienbasierte Vergütung mit Barausgleich Abhängig von Aktienkurs- und TSR-Performance im 4-Jahres-Zeitraum	Mit Ausgleich in Aktien		Gesamt ⁷⁾
				Abhängig von EVA-Zielerreichung im 4-Jahres-Zeitraum	Abhängig von EVA-Zielerreichung im 4-Jahres-Zeitraum	
(in TEUR)						
Martin Blessing	2012	—	—	—	—	1.392
	2011	—	—	—	—	569
Frank Annuscheit	2012	—	150	—	150	1.247
	2011	—	—	—	—	550
Markus Beumer	2012	—	150	—	150	1.254
	2011	—	—	—	—	559
Stephan Engels	2012 ¹⁾	—	113	—	113	2.420
	2011 ⁸⁾	—	—	—	—	—
Dr. Achim Kassow ¹⁰⁾	2012	—	—	—	—	—
	2011 ¹⁾	—	—	—	—	336
Jochen Klösge	2012	—	150	—	150	1.226
	2011	—	—	—	—	539
Michael Reuther	2012	—	150	—	150	1.269
	2011	—	—	—	—	569
Dr. Stefan Schmittmann	2012	—	150	—	150	1.244
	2011	—	—	—	—	546
Ulrich Sieber	2012	—	150	—	150	1.259
	2011	—	—	—	—	568
Dr. Eric Strutz ⁹⁾	2012 ¹⁾	—	37	—	37	314
	2011	—	—	—	—	533
Martin Zielke	2012	—	150	—	150	1.257
	2011	—	—	—	—	574
Gesamt	2012	—	1.200	—	1.200	12.882
Gesamt	2011	—	—	—	—	5.343

¹⁾ Pro rata temporis für den Zeitraum ab Bestellung bzw. bis zum Tag des Ausscheidens.

²⁾ Die erhaltenen Vergütungen aus der Wahrnehmung von Konzernmandaten werden im Folgejahr auf die Gesamtbezüge der Vorstandsmitglieder angerechnet. Die Verrechnung im Jahr 2013 ist daher bereits 2012 dargestellt. Aufgrund des SoFFin-Caps wurden diese Vergütungen bis einschließlich 2011 dem jeweiligen Vorjahr zugeordnet.

³⁾ Unter Sonstiges sind die im Geschäftsjahr gewährten Sachbezüge, auf Sachbezüge entfallende Steuern sowie Arbeitgeberanteile zum BVV ausgewiesen. Ferner werden hier die an Herrn Engels gezahlte Entschädigung für den Verlust seiner Daimler-Phantom-Shares infolge des Wechsels zur COMMERZBANK (TEUR 1.266) gezeigt.

⁴⁾ Jeweils auszahlfähig im Folgejahr nach Feststellung des Jahresabschlusses für das abgelaufene Geschäftsjahr. „EVA-Zielerreichung“ beschreibt die Erreichung des für den COMMERZBANK-Konzern im Jahr 2011 geplanten Economic Value Added (EVA) für das Geschäftsjahr 2012.

⁵⁾ Die aktienbasierten Vergütungen werden zunächst als vorläufige Auszahlungsbeträge ermittelt. Anschließend errechnet sich außer beim Barausgleich die Anzahl der zu gewährenden Aktien durch Division durch einen zukünftigen durchschnittlichen Aktienkurs. Nach DRS 17 erfolgt die Darstellung dieser Vergütungskomponenten zum Teil ungeachtet ihrer tatsächlichen Wertentwicklung mit der ursprünglich erwarteten Zielerreichung von 100%.

⁶⁾ Die Auszahlungen sind insbesondere von der Entwicklung des Economic Value Added (EVA) eines 4-Jahres-Zeitraums abhängig und erfolgen vorbehaltlich der Feststellung des Jahresabschlusses des letzten Jahres dieses 4-Jahres-Zeitraums im darauffolgenden Jahr, erstmals somit im Jahr 2016 für die Geschäftsjahre 2012 bis 2015. Die Bandbreiten der möglichen Auszahlungen für das Geschäftsjahr 2012 liegen für ein Vorstandsmitglied zwischen EUR 0 und TEUR 300 und für den Vorstandsvorsitzenden zwischen EUR 0 und TEUR 525; für den im Geschäftsjahr 2012 ausgeschiedenen Herrn Dr. Strutz gilt dies ebenfalls – entsprechend pro rata temporis. Tatsächlich werden für die Geschäftsjahre 2012 bis 2015 keine Auszahlungen erfolgen.

⁷⁾ Die Gesamtbezüge gemäß DRS 17 beinhalten die aktienbasierten Vergütungsbestandteile zum Teil mit einer bei Gewährung erwarteten Zielerreichung von 100%. Die Gesamtbezüge gemäß DRS 17 beinhalten dagegen nicht die mögliche langfristige variable Vergütung, sondern lediglich tatsächlich erhaltene Zahlungen (siehe Fußnote 6).

⁸⁾ Keine Angaben für 2011, da Stephan Engels erst seit dem 1. April 2012 Vorstandsmitglied der COMMERZBANK ist.

⁹⁾ Dr. Eric Strutz ist zum 31. März 2012 aus dem Vorstand der COMMERZBANK ausgeschieden.

¹⁰⁾ Dr. Achim Kassow ist zum 12. Juli 2011 aus dem Vorstand der COMMERZBANK ausgeschieden.

Kredite an Mitglieder des Vorstands

Per Stand zum 31. Dezember 2012 wurden Barkredite an Vorstandsmitglieder mit Laufzeiten von bis auf Weiteres bis zur Fälligkeit im Jahr 2042 sowie zu Zinssätzen zwischen 2,1% und 7,6% bei Überziehungen in Einzelfällen bis zu 13,2% gewährt. Die Kredite sind im marktüblichen Rahmen, soweit erforderlich, mit Grundschulden und Pfandrechten besichert.

Zum 31. Dezember 2012 betragen die an Mitglieder des Vorstands gewährten Kredite TEUR 4.008 und zum 31. Dezember 2011 TEUR 1.773. Die Vorstandsmitglieder standen im Geschäftsjahr 2012 und im ersten Quartal 2013 mit Ausnahme von Mietavalen in keinen Haftungsverhältnissen zu den Gesellschaften des COMMERZBANK-Konzerns.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gemäß der Satzung der Gesellschaft aus zwanzig Mitgliedern. Davon werden zehn Mitglieder von der Hauptversammlung nach den Bestimmungen des AktG und zehn Mitglieder von den Arbeitnehmern nach Maßgabe des Mitbestimmungsgesetzes gewählt.

Die Gesellschaft hat sich verpflichtet, auf Wunsch der FMSA und im Hinblick auf die Kapitalbeteiligung des SoFFin im Rahmen des rechtlich Möglichen alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um zwei von der FMSA benannte Personen zu Mitgliedern des Aufsichtsrats der Gesellschaft und bei deren Ausscheiden von der FMSA benannte Nachfolger bestellen zu lassen. Sollte die Kapitalbeteiligung des SoFFin unter 10% fallen, beschränken sich die vorgenannten Rechte des SoFFin auf ein Mitglied des Aufsichtsrats. Die Aufsichtsratsmitglieder Dr. Nikolaus von Bomhard und Dr. Markus Kerber sind auf Anregung des SoFFin, vertreten durch die FMSA, von der ordentlichen Hauptversammlung am 19. April 2013 in den Aufsichtsrat gewählt worden.

Die Aufsichtsratsmitglieder werden satzungsgemäß für die Zeit bis zur Beendigung derjenigen Hauptversammlung bestellt, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das vierte Geschäftsjahr nach Beginn der Amtszeit beschließt, soweit die Hauptversammlung bei der Wahl nicht einen kürzeren Zeitraum beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Wahl erfolgt, wird dabei nicht mitgerechnet. Eine Wiederwahl ist möglich. Wird ein Aufsichtsratsmitglied anstelle eines ausscheidenden Mitglieds gewählt, so besteht sein Amt für den Rest der Amtsdauer des ausscheidenden Mitglieds.

Die Hauptversammlung kann Ersatzmitglieder für die Aufsichtsratsmitglieder bestimmen, die im Einklang mit bestimmten Festlegungen der Hauptversammlung Mitglieder des Aufsichtsrats werden können, sollte eines der Aufsichtsratsmitglieder vor Ablauf seiner Amtszeit ausscheiden. Das Amt des nachgerückten Ersatzmitglieds endet, sofern in der nächsten oder übernächsten Hauptversammlung ein Nachfolger gewählt wird, mit Beendigung dieser Hauptversammlung, andernfalls mit Ablauf der Amtszeit des ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieds.

Die Aufsichtsratsmitglieder, die von der Hauptversammlung ohne Bindung an einen Wahlvorschlag gewählt wurden, können durch Beschluss der Hauptversammlung, der mit einer Mehrheit von 75% der abgegebenen Stimmen gefasst werden muss, vor Ablauf ihrer Amtszeit jederzeit abberufen werden. Nach der Satzung kann jedes Mitglied und Ersatzmitglied des Aufsichtsrats sein Amt jederzeit, auch ohne wichtigen Grund durch Erklärung in Textform gegenüber dem Vorstand unter Benachrichtigung des Vorsitzenden des Aufsichtsrats unter Einhaltung einer Frist von einem Monat niederlegen.

Der Aufsichtsrat wählt für seine Amtszeit unmittelbar nach der Hauptversammlung, die alle Mitglieder der Anteilseigner neu gewählt hat, aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen oder mehrere Stellvertreter. Scheidet der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter vor dem Ende der Amtszeit aus seinem Amt aus, so hat der Aufsichtsrat unverzüglich eine Neuwahl für die restliche Amtszeit des Ausgeschiedenen vorzunehmen.

Nach den Vorschriften der Satzung ist der Aufsichtsrat beschlussfähig, wenn mindestens zehn seiner Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Die Beschlüsse des Aufsichtsrats werden, soweit keine abweichende zwingende gesetzliche Bestimmung besteht, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmgleichheit muss gemäß der Satzung der Gesellschaft unmittelbar im Anschluss an die erste Abstimmung erneut über denselben Gegenstand abgestimmt werden, wenn dies ein Aufsichtsratsmitglied beantragt. Ergibt auch diese Abstimmung Stimmgleichheit, so hat der Vorsitzende des Aufsichtsrats zwei Stimmen.

Der Aufsichtsrat hat sich gemäß § 14 Absatz 8 der Satzung eine Geschäftsordnung gegeben. Die aktuelle Fassung der Geschäftsordnung wurde am 19. April 2013 beschlossen.

Der Aufsichtsrat tritt mindestens fünfmal im Jahr zusammen.

Mitglieder des Aufsichtsrats

Die folgende Übersicht zeigt die Mitglieder des Aufsichtsrats der Gesellschaft sowie, sofern einschlägig, ihre weiteren Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsratsmandate und Mandate bei vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien bzw. die Stellung als Partner in Unternehmen und Gesellschaften außerhalb des COMMERZBANK-Konzerns während der letzten fünf Jahre:

<u>Name (Geburtsjahr)</u>	<u>Haupttätigkeit</u>	<u>Sonstige Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsratsmandate bzw. Partnerschaften bei in- und ausländischen Kontrollgremien</u>
Klaus-Peter Müller (1944)	Vorsitzender des Aufsichtsrats der COMMERZBANK	<p><u>Fortbestehend:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> – Mitglied des Aufsichtsrats der Fresenius SE & Co. KGaA (vormals Fresenius SE) – Mitglied des Aufsichtsrats der Fresenius Management SE – Mitglied des Aufsichtsrats der Linde AG – Mitglied des Verwaltungsrats der Landwirtschaftliche Rentenbank Anstalt des öffentlichen Rechts – Mitglied des Aufsichtsrats der Parker Hannifin Corporation <p><u>Vormals:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> – Mitglied des Aufsichtsrats der Fraport AG – Mitglied des Aufsichtsrats der Assicurazioni Generali S.p.A. – Mitglied des Aufsichtsrats der Steigenberger Hotels AG – Mitglied des Verwaltungsrats der KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau – Mitglied des Aufsichtsrats der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH – Mitglied des Aufsichtsrats der MaschmeyerRürup AG
Uwe Tschäge (1967)	Angestellter der COMMERZBANK (freigestelltes Betriebsratsmitglied) und Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der COMMERZBANK Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	<p><u>Fortbestehend:</u> Keine.</p> <p><u>Vormals:</u> Keine.</p>
Hans-Hermann Altenschmidt (1961)	Angestellter der COMMERZBANK (freigestelltes Betriebsratsmitglied)	<p><u>Fortbestehend:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> – Mitglied des Aufsichtsrats des BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG – Mitglied des Aufsichtsrats des BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. – Mitglied des Aufsichtsrats der BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V. <p><u>Vormals:</u> Keine.</p>

<u>Name (Geburtsjahr)</u>	<u>Haupttätigkeit</u>	<u>Sonstige Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsratsmandate bzw. Partnerschaften bei in- und ausländischen Kontrollgremien</u>
Dr. Nikolaus von Bomhard (1956)	Vorsitzender des Vorstands der Münchener Rückversicherungs- Gesellschaft Aktiengesellschaft	<u>Fortbestehend:</u> – Vorsitzender des Aufsichtsrats der ERGO Versicherungsgruppe AG – Vorsitzender des Aufsichtsrats der Munich Health Holding AG (vormals DKV International Health Holding AG) – Chairman of the Board der International Association for the Study of Insurance Economics (AIEEA, „Genfer Vereinigung“) – Geschäftsführer der Munich Financial Group GmbH <u>Vormals:</u> – Mitglied des Board of Directors der UniCredit S.p.A.
Gunnar de Buhr (1967)	Angestellter der COMMERZBANK (freigestelltes Betriebsratsmitglied)	<u>Fortbestehend:</u> Keine. <u>Vormals:</u> Mitglied des Aufsichtsrats der Dresdner Bank AG (bis Mai 2009)
Stefan Burghardt (1959)	Vorsitzender der Geschäftsleitung Mittelstandsbank Bremen der COMMERZBANK	<u>Fortbestehend:</u> Keine. <u>Vormals:</u> Keine.
Karl-Heinz Flöther (1952)	Selbstständiger Unternehmensberater	<u>Fortbestehend:</u> Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Börse AG <u>Vormals:</u> – International Chairman von Accenture plc (bis Januar 2012) – Board Member der Avanade Inc. (bis August 2011)
Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Hans-Peter Keitel (1947)	Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V.	<u>Fortbestehend:</u> – Mitglied des Aufsichtsrats der National-Bank AG – Mitglied des Investment Committee der EQT Infrastructure Ltd. – Mitglied des Aufsichtsrats der ThyssenKrupp AG – Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Messe AG – Mitglied des Beirats der Heitkamp & Thumann Group – Mitglied des Gesellschafterausschusses und des Aufsichtsrats der Voith GmbH – Mitglied des Aufsichtsrats der EADS Deutschland GmbH

Name (Geburtsjahr)	Haupttätigkeit	Sonstige Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsratsmandate bzw. Partnerschaften bei in- und ausländischen Kontrollgremien
		<ul style="list-style-type: none"> – Mitglied des Board of Directors der EADS N.V. – Mitglied des Aufsichtsrats der RWE AG <p>Vormals:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Mitglied des Kuratoriums der RAG Stiftung (bis 16.10.2012) – Mitglied des Aufsichtsrats der HOCHTIEF AG – Mitglied des Verwaltungsrats der KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau – Vorsitzender des Vorstands der HOCHTIEF AG – Vorsitzender des Aufsichtsrats der HOCHTIEF Construction AG – Mitglied des Verwaltungsrats der SGS S.A. – Mitglied des Boards der HOCHTIEF Australia Ltd. – Deputy Chairman der Leighton Holdings Ltd. – Deputy Chairman der The Turner Corporation – Mitglied des Aufsichtsrats der Iveco Magirus AG – Mitglied des Aufsichtsrats der Viterra AG
Dr. Markus Kerber (1963)	Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie	<p>Fortbestehend:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Mitglied des Verwaltungsrats der KfW-Bankengruppe (die Ausübung des Mandats ruht bis auf weiteres) – Non-Executive Director der Computershare Limited, Melbourne <p>Vormals:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Mitglied des Aufsichtsrats der GFT Technologies AG (bis November 2009) – Mitglied des Aufsichtsrats der Hypo Real Estate Holding AG (bis Juni 2011)
Alexandra Krieger (1970)	Ressortleiterin Betriebswirtschaft/Unternehmensstrategien Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie	<p>Fortbestehend:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Mitglied des Aufsichtsrats der ABBVIE Komplementär GmbH <p>Vormals: Keine.</p>
Oliver Leiberich (1957)	Angestellter der COMMERZBANK (freigestelltes Betriebsratsmitglied)	<p>Fortbestehend: Keine.</p> <p>Vormals: Keine.</p>

<u>Name (Geburtsjahr)</u>	<u>Haupttätigkeit</u>	<u>Sonstige Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsratsmandate bzw. Partnerschaften bei in- und ausländischen Kontrollgremien</u>
Beate Mensch (1962)	Mitglied des Bundesvorstands der ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft	<p><u>Fortbestehend:</u> Keine.</p> <p><u>Vormals:</u> – Mitglied des Aufsichtsrats der UniCredit Bank AG (bis September 2010)</p>
Prof. h.c. (CHN) Dr. rer. oec. Ulrich Middelman (1945)	Ehemaliger stellv. Vorsitzender des Vorstands der ThyssenKrupp AG; Berater	<p><u>Fortbestehend:</u> – Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Telekom AG – Mitglied des Aufsichtsrats der LANXESS AG – Mitglied des Aufsichtsrats der LANXESS Deutschland GmbH – Vorsitzender des Beirats der Hoberg & Driesch GmbH</p> <p><u>Vormals:</u> – Mitglied des Aufsichtsrats der ThyssenKrupp Materials International GmbH – Mitglied des Aufsichtsrats der ThyssenKrupp Steel Europe AG (vormals ThyssenKrupp Steel AG; vormals ThyssenKrupp Stahl AG) – Mitglied des Aufsichtsrats der E.ON Ruhrgas AG – Vorsitzender des Aufsichtsrats der ThyssenKrupp Nirosta GmbH (vormals ThyssenKrupp Stainless AG) – Mitglied des Verwaltungsrats der ThyssenKrupp Acciai Speciali Terni S.p.A. – Mitglied des Board of Directors der ThyssenKrupp (China) Ltd. – Mitglied des Aufsichtsrats der ThyssenKrupp Marine Systems AG – Vorsitzender des Aufsichtsrats der ThyssenKrupp Reinsurance AG – Vorsitzender des Aufsichtsrats der ThyssenKrupp Elevator AG – Mitglied des Aufsichtsrats der Evonik Industries AG (vormals RAG Beteiligungs AG) – Mitglied des Aufsichtsrats der RAG AG – Vorsitzender des Aufsichtsrats der ThyssenKrupp Technologies AG – Mitglied des Aufsichtsrats der ThyssenKrupp Automotive AG – Vorsitzender des Aufsichtsrats der Eisen- und Hüttenwerke AG – Vorsitzender des Aufsichtsrats der Edelstahl Witten-Krefeld GmbH</p>

Name (Geburtsjahr)	Haupttätigkeit	Sonstige Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsratsmandate bzw. Partnerschaften bei in- und ausländischen Kontrollgremien
Dr. Helmut Perlet (1947)	Vorsitzender des Aufsichtsrats der Allianz SE	<ul style="list-style-type: none"> - Mitglied des Verwaltungsrats der Grupo ThyssenKrupp S.A. - Mitglied des Board of Directors der ThyssenKrupp Budd Company - Vorsitzender des Beirats der ThyssenKrupp Risk and Insurance Services GmbH <p><u>Fortbestehend:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Mitglied des Aufsichtsrats der GEA Group AG <p><u>Vormals:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Mitglied des Aufsichtsrats der Allianz Deutschland AG - Mitglied des Board of Directors/ Chairman of Audit Committee der Allianz Life Insurance Company of North America - Mitglied des Board of Directors/ Chairman of Audit Committee der Allianz of America Inc. - Mitglied des Verwaltungsrats der Allianz S.p.A. - Mitglied des Verwaltungsrats der Allianz France - Mitglied des Board of Directors/ Chairman of Audit Committee der Fireman's Fund Insurance Company - Mitglied des Board of Directors/ Chairman of Audit Committee der Allianz Mexico, S.A. - Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Allianz Investment Management SE - Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Allianz Global Corporates & Speciality AG - Mitglied des Aufsichtsrats der Allianz Global Investors AG - Mitglied des Aufsichtsrats der Allianz Life Insurance Company S.A. - Mitglied des Aufsichtsrats der International Reinsurance Company S.A. - Mitglied des Board of Directors der Allianz Dresdner Mutual Fund Management Co. - Mitglied des Aufsichtsrats der Allianz General Insurance Co. - Mitglied des Aufsichtsrats der Allianz Global Risks Rückversicherungs-AG - Mitglied des Aufsichtsrats/Deputy Chairman der Allianz Marine & Aviation Versicherungs-AG

<u>Name (Geburtsjahr)</u>	<u>Haupttätigkeit</u>	<u>Sonstige Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsratsmandate bzw. Partnerschaften bei in- und ausländischen Kontrollgremien</u>
		<ul style="list-style-type: none"> – Mitglied des Verwaltungsrats der Lloyd Adriatico Holding S.p.A. – Mitglied des Verwaltungsrats der Riunione Adriatico di Sicurtá S.p.A. – Vorsitzender des Prüfungsausschusses/Mitglied des Aufsichtsrats der Dresdner Bank AG
Barbara Priester (1958)	Angestellte der Commerzbank	<u>Fortbestehend:</u> Keine. <u>Vormals:</u> Keine.
Mark Roach (1955)	Gewerkschaftssekretär, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di-Bundesverwaltung	<u>Fortbestehend:</u> <ul style="list-style-type: none"> – Mitglied des Aufsichtsrats der Fiducia IT AG <u>Vormals:</u> <ul style="list-style-type: none"> – Mitglied des Aufsichtsrats DZ Bank
Petra Schadeberg-Herrmann (1967)	Geschäftsführende Gesellschafterin bzw. Geschäftsführerin diverser Unternehmen innerhalb des Family Office Schadeberg und der Krombacher Unternehmensgruppe	<u>Fortbestehend:</u> <ul style="list-style-type: none"> – Mitglied des Aufsichtsrats der Krones AG – Mitglied des Verwaltungsrats der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG <u>Vormals:</u> Keine.
Margit Schoffer (1956)	Angestellte der COMMERZBANK (freigestelltes Betriebsratsmitglied)	<u>Fortbestehend:</u> Keine. <u>Vormals:</u> <ul style="list-style-type: none"> – Mitglied des Aufsichtsrats der Dresdner Bank AG (bis Mai 2009) – Mitglied des Aufsichtsrats der Allianz SE (bis Mai 2007)
Dr. Marcus Schenck (1965)	Mitglied des Vorstands der E.ON SE	<u>Fortbestehend:</u> <ul style="list-style-type: none"> – Mitglied des Aufsichtsrats der E.ON IT GmbH – Mitglied des Aufsichtsrats der E.ON Energy Trading SE – Mitglied des Verwaltungsrats der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG – Mitglied des Board of Directors der AXA S.A. <u>Vormals:</u> <ul style="list-style-type: none"> – Mitglied des Aufsichtsrats der E.ON Ruhrgas AG (bis 21.8.2012) – Vorsitzender des Beirats der Aviga GmbH – Vorsitzender des Aufsichtsrats der E.ON Risk Consulting GmbH – Mitglied des Board of Directors der OAO OGK 4

Name (Geburtsjahr)	Haupttätigkeit	Sonstige Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsratsmandate bzw. Partnerschaften bei in- und ausländischen Kontrollgremien
Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell (1952) ...	Ehemaliges Mitglied des Direktoriums der EZB	<ul style="list-style-type: none"> – Vorsitzender des Aufsichtsrats der E.ON Audit Services GmbH – Mitglied des Aufsichtsrats der SMS GmbH – Vorsitzender des Aufsichtsrats der NFK Finanzkontor GmbH <p><u>Fortbestehend:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> – Mitglied des Universitätsrats der Universität Wien – Vorsitzende des Aufsichtsrats der Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH – Mitglied des Aufsichtsrats der Österreichische Bundesbahnen Holding AG – Mitglied des Aufsichtsrats der Finanzmarkteteiligung Aktiengesellschaft des Bundes – Mitglied des Aufsichtsrats der Wien Holding GmbH – Mitglied des Aufsichtsrats des Vereins zur Förderung der BBRZ Gruppe – Mitglied des Aufsichtsrats der Vienna Insurance Group <p><u>Vormals:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> – Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank

- *Klaus-Peter Müller* ist seit dem 15. Mai 2008 Vorsitzender des Aufsichtsrats der COMMERZBANK. Nach seiner Ausbildung zum Bankkaufmann beim Bankhaus Friedrich Simon KGaA in Düsseldorf trat Herr Müller 1966 in die COMMERZBANK ein. Bis 1990 war er in verschiedenen Bereichen des Konzerns tätig, unter anderem in der Direktion der Filiale Düsseldorf; als Mitleiter der Filiale New York, als Generalbevollmächtigter Leiter der Zentralen Abteilung für Firmenkunden und als Leiter der Zentralen Abteilung „Aufbau Ost“. Von November 1990 bis Mai 2008 gehörte er dem Vorstand der COMMERZBANK an, dessen Sprecher er ab Mai 2001 bis zu seinem Wechsel in den Aufsichtsrat war.
- *Uwe Tschäge* ist gelernter Bankkaufmann und seit August 1983 für die COMMERZBANK tätig. Als freigestelltes Mitglied des Betriebsrats ist er seit Mai 2002 Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der COMMERZBANK. Dem Aufsichtsrat der COMMERZBANK gehört er seit dem 30. Mai 2003 an.
- *Hans-Hermann Altenschmidt* ist gelernter Bankkaufmann und seit August 1980 für die COMMERZBANK tätig. Er ist derzeit freigestelltes Mitglied des Betriebsrats und seit 30. Mai 2003 Mitglied des Aufsichtsrats der COMMERZBANK.
- *Dr. Nikolaus von Bomhard* studierte Rechtswissenschaften in München und Regensburg. Dem Aufsichtsrat der COMMERZBANK gehört er seit dem 16. Mai 2009 an. Seit Januar 2004 ist er Vorsitzender des Vorstands der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG.
- *Gunnar de Buhr* ist gelernter Bankkaufmann und seit August 1983 für die COMMERZBANK tätig. Als freigestelltes Mitglied des Betriebsrates ist er seit Juli 2003 Vorsitzender des Betriebsrates Hamburg und Mitglied des Gesamtbetriebsrates. Von März 2008 bis Mai 2009 war er Mitglied des Aufsichtsrates der ehemaligen Dresdner Bank AG. Dem Aufsichtsrat der COMMERZBANK gehört er seit dem 19. April 2013 an.
- *Stefan Burghardt* ist seit Mai 2009 Vorsitzender der Geschäftsleitung der Mittelstandsbank Bremen der COMMERZBANK. Nach seiner Ausbildung zum Sparkassenkaufmann und dem Studium der Rechtswissenschaften in Würzburg und Freiburg i.Br. arbeitete er im Zeitraum von August 1991 bis Februar 1997 bei der Stadtparkasse Goslar, davon ab Februar 1994 als Vorstandsvertreter.

Anschließend war er bis April 1998 kaufmännischer Leiter eines mittelständischen Handelsunternehmens. Ab Mai 1998 hat er verschiedene Aufgaben im Firmenkundengeschäft der ehemaligen Dresdner Bank AG ausgeübt. Dem Aufsichtsrat der COMMERZBANK gehört er seit dem 19. April 2013 an.

- *Karl-Heinz Flöther* ist selbständiger Unternehmensberater und hat an der Universität Hamburg schwerpunktmäßig Revision und Treuhand, Industriebetriebslehre und EDV studiert und den Titel „Diplom-Kaufmann“ erworben. Von März 1979 bis Januar 2012 war Herr Flöther in verschiedenen Funktionen der Accenture Gruppe tätig, zuletzt als International Chairman der Accenture plc. Dem Aufsichtsrat der COMMERZBANK gehört er seit dem 19. April 2013 an.
- *Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Hans-Peter Keitel* studierte an der Universität Stuttgart Bauingenieurwesen sowie Arbeits- und Wirtschaftswissenschaften an der Technischen Universität München. Er war zwischen Juli 1992 und März 2007 Vorsitzender des Vorstands der Hochtief AG und wechselte danach in den Aufsichtsrat der Hochtief AG. Seit dem 15. Mai 2008 gehört er dem Aufsichtsrat der COMMERZBANK an.
- *Dr. Markus Kerber* studierte Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Hohenheim und University of California, Los Angeles. Er ist seit Juli 2011 Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums des Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI). Dem Aufsichtsrat der COMMERZBANK gehört er seit dem 19. April 2013 an.
- *Alexandra Krieger* ist gelernte Bankkauffrau und Fachredakteurin für Finanzdienstleistungen. Sie studierte Betriebswirtschaftslehre in Göttingen und Hagen. Seit Januar 2004 arbeitet sie für die Hans-Böckler-Stiftung und leitet dort das Referat Wirtschaft I. Seit dem 15. Mai 2008 gehört sie dem Aufsichtsrat der COMMERZBANK an.
- *Oliver Leiberich* ist gelernter Bankkaufmann und seit 1975 Mitarbeiter der COMMERZBANK (früher Mitarbeiter der ehemaligen Dresdner Bank AG). Bis 2002 war er in verschiedenen Führungspositionen sowohl im internen Bereich als auch im Kreditgeschäft und im Anlagebereich tätig. Seit 2002 ist er freigestellter Betriebsrat und seit 2006 Vorsitzender des Betriebsrats. Dem Aufsichtsrat der COMMERZBANK gehört er seit dem 19. April 2013 an.
- *Beate Mensch* studierte Diplom-Pädagogik in Köln und Bonn und ist seit September 2011 Mitglied des Bundesvorstands der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft und Bundesfachbereichsleiterin für Finanzdienstleistungen. Von 1999 bis 2005 war sie Mitglied im Aufsichtsrat der SPAR Handels AG in Hamburg, von 2004 bis 2006 Mitglied im Aufsichtsrat der Gerling Versicherung (GKB) AG in Köln und von 2008 bis 2010 im Aufsichtsrat der UniCredit Bank AG in München. Dem Aufsichtsrat der COMMERZBANK gehört sie seit dem 19. April 2013 an.
- *Prof. h.c. (CHN) Dr. rer. oec. Ulrich Middelman* studierte Maschinenbau an der Technischen Hochschule Darmstadt und Betriebswirtschaftslehre an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen. Zwischen Oktober 2001 und Januar 2010 gehörte er dem Vorstand der ThyssenKrupp AG als dessen stellvertretender Vorsitzender an. Seit dem 1. April 2006 ist er Mitglied des Aufsichtsrats der COMMERZBANK.
- *Dr. Helmut Perlet* studierte Betriebswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität in München und promovierte an der Freien Universität Hamburg. Er war vom Jahr 1997 bis August 2009 Mitglied des Vorstands der Allianz SE und übte die Funktion eines CFO aus. Seit dem 16. Mai 2009 ist er Mitglied des Aufsichtsrats der COMMERZBANK.
- *Barbara Priester* ist ausgebildete Bankkauffrau und seit August 1977 Mitarbeiterin der COMMERZBANK. Seit einer internen Traineeausbildung von 1979 bis 1980 ist sie als Spezialistin im Bereich Informationstechnologie tätig. Dem Aufsichtsrat der COMMERZBANK gehört sie seit dem 15. Mai 2008 an.
- *Mark Roach* ist ausgebildeter Industriekaufmann und derzeit Sekretär der ver.di Bundesverwaltung in der Fachgruppe Banken. Seit dem 2001 ist er Mitglied des Aufsichtsrats der FIDUCIA IT AG. Zwischen Juni 2005 und Mai 2010 war er Mitglied des Aufsichtsrats der DZ Bank. Dem Aufsichtsrat der COMMERZBANK gehörte er bereits vom Mai 2001 bis zum Mai 2002 an und wurde im Januar 2011 wieder bestellt.
- *Petra Schadeberg-Herrmann* ist geschäftsführende Gesellschafterin bzw. Geschäftsführerin diverser Unternehmen innerhalb des Family Office Schadeberg und der Krombacher Unternehmensgruppe. Sie hat an der European Business School in Oestrich-Winkel, London und Paris studiert und ihr Studium mit dem Titel „Diplom-Betriebswirtin“ abgeschlossen. 1991 war sie bei der IC Immobilien Consulting GmbH tätig. Seit 1992 hat sie verschiedene Funktionen innerhalb der Unternehmensgruppe Krombacher Brauerei Bernhard Schadeberg GmbH & Co. KG und Diversum Holding GmbH & Co. KG übernommen sowie den Aufbau und die Leitung des eigenen Family Offices. Dem Aufsichtsrat der COMMERZBANK gehört sie seit dem 19. April 2013 an.

- *Dr. Marcus Schenck* studierte Volkswirtschaftslehre in Bonn sowie Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Köln. Seit Dezember 2006 ist er Mitglied des Vorstands der E.ON SE. Davor war er von Februar 1997 bis November 2006 als Managing Director für Goldman Sachs tätig. Dem Aufsichtsrat der COMMERZBANK gehört er seit dem 15. Mai 2008 an.
- *Margit Schoffer* ist gelernte Bankkauffrau und seit Juni 1975 Mitarbeiterin der COMMERZBANK (ehemals Dresdner Bank AG). Dem Aufsichtsrat der COMMERZBANK gehört sie seit dem 19. April 2013 an.
- *Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell* studierte Volkswirtschaftslehre in Wien. Zwischen 2003 und 2011 war sie Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank. Davor war sie ab 1975 für die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) tätig. Von 1985 bis 2003 hatte sie in der OeNB verschiedene Leitungsfunktionen inne. 1997 wurde sie Mitglied des Direktoriums (Volkswirtschaft und Finanzmärkte), 1998 Vize-Gouverneurin der OeNB sowie stellvertretende Gouverneurin Österreichs beim Internationalen Währungsfonds. Zu dieser Zeit war sie in mehreren internationalen Gremien vertreten (u.a. Mitglied des Wirtschafts- und Finanzausschusses der Europäischen Union, Vorsitzende des Beratenden Bankenausschusses der Europäischen Union, Mitglied des Ausschusses für internationale Beziehungen der EZB). Dem Aufsichtsrat der COMMERZBANK gehört sie seit dem 1. Juni 2012 an.

Die Amtsperiode der derzeitigen Aufsichtsratsmitglieder endet mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2018.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind unter der Geschäftsadresse der Gesellschaft, Kaiserstraße 16 (Kaiserplatz), 60311 Frankfurt am Main, Deutschland, erreichbar.

Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder

Grundzüge des Vergütungssystems und Vergütung für das Geschäftsjahr 2012

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 15 der Satzung geregelt. Danach erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats für das jeweilige Geschäftsjahr neben dem Ersatz ihrer Auslagen eine Grundvergütung, die sich zusammensetzt aus:

- einer festen Vergütung von TEUR 40 pro Jahr und
- einer variablen Vergütung von TEUR 3 pro Jahr je EUR 0,05 Dividende, die über einer Dividende von EUR 0,10 je Stückaktie für das abgelaufene Geschäftsjahr an die Aktionäre ausgeschüttet wird.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das Dreifache, sein Stellvertreter das Doppelte der dargestellten Grundvergütung. Für die Mitgliedschaft in einem Aufsichtsratsausschuss, der mindestens zweimal im Kalenderjahr tagt, erhält der Ausschussvorsitzende eine zusätzliche Vergütung in Höhe der Grundvergütung und jedes Ausschussmitglied in Höhe der halben Grundvergütung. Die zusätzliche Vergütung wird für maximal drei Ausschussmandate oder, wenn das Aufsichtsratsmitglied das Amt des Aufsichtsratsvorsitzenden oder seines Stellvertreters innehat, für dieses Amt und zwei weitere Ausschussmandate gezahlt. Darüber hinaus erhält jedes Aufsichtsratsmitglied je Teilnahme an einer Sitzung des Aufsichtsrats oder eines Ausschusses ein Sitzungsgeld von TEUR 1,5. Feste Vergütung und Sitzungsgeld sind jeweils zum Ende des Geschäftsjahres, die variable Vergütung ist nach Ablauf der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das betreffende Geschäftsjahr beschließt, zahlbar. Die auf die Vergütung zu zahlende Umsatzsteuer wird von der COMMERZBANK erstattet.

Da die COMMERZBANK für das Geschäftsjahr 2012 keine Dividende zahlt, entfällt die variable Vergütung für das Jahr 2012. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für das Geschäftsjahr 2012 eine Vergütung von netto insgesamt TEUR 1.640 (Vorjahr: TEUR 1.619). Davon entfallen auf die Grund- und Ausschussvergütung TEUR 1.251 (Vorjahr: TEUR 1.199) und auf das Sitzungsgeld TEUR 389 (Vorjahr: TEUR 420). Die auf die Vergütungen der Aufsichtsratsmitglieder zu zahlende Umsatzsteuer (zurzeit 19%) für Aufsichtsratsmitglieder mit Wohnsitz in Deutschland wird von der COMMERZBANK erstattet. Die Vergütung für das Geschäftsjahr 2012 verteilt sich auf die einzelnen Mitglieder wie folgt:

in TEUR	Feste Vergütung	Variable Vergütung	Sitzungs-geld	Summe
Klaus-Peter Müller	200	—	37,5	237,5
Uwe Tschäge	100	—	27,0	127,0
Hans-Hermann Altenschmidt	80	—	36,0	116,0
Dott. Sergio Balbinot ¹⁾	0	—	0,0	0,0
Dr.-Ing Burckhard Bergmann ²⁾	40	—	13,5	53,5
Dr. Nikolaus von Bomhard	40	—	12,0	52,0
Karin van Brummelen ³⁾	60	—	25,5	85,5
Astrid Evers ⁴⁾	40	—	13,5	53,5
Uwe Foullong ⁵⁾	40	—	12,0	52,0
Daniel Hampel ⁶⁾	40	—	13,5	53,5
Dr.-Ing. Otto Happel ⁷⁾	60	—	13,5	73,5
Beate Hoffmann ⁸⁾	40	—	10,5	50,5
Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Hans-Peter Keitel	60	—	22,5	82,5
Alexandra Krieger	40	—	13,5	53,5
Dr. h.c. Edgar Meister ⁹⁾	80	—	33,0	113,0
Prof. h.c.(CHN) Dr. rer.oec. Ulrich Middelman	60	—	22,5	82,5
Dr. Helmut Perlet	100	—	28,5	128,5
Barbara Priester	40	—	13,5	53,5
Mark Roach	40	—	12,0	52,0
Dr. Marcus Schenck	60	—	18,0	78,0
Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell ¹⁰⁾	31	—	10,5	41,5
Gesamt 2012	1.251	—	388,5	1.639,5
Gesamt 2011	1.199	—	420,0	1.619,0

1) Dott. Sergio Balbinot hat in den Geschäftsjahren 2011 und 2012 auf seine Vergütung verzichtet. Er war bis zum 23. Mai 2012 Mitglied im Aufsichtsrat der COMMERZBANK.

2) Dr.-Ing Burckhard Bergmann war bis zum 19. April 2013 Mitglied im Aufsichtsrat der COMMERZBANK.

3) Karin van Brummelen war bis zum 19. April 2013 Mitglied im Aufsichtsrat der COMMERZBANK.

4) Astrid Evers war bis zum 19. April 2013 Mitglied im Aufsichtsrat der COMMERZBANK.

5) Uwe Foullong war bis zum 19. April 2013 Mitglied im Aufsichtsrat der COMMERZBANK.

6) Daniel Hampel war bis zum 19. April 2013 Mitglied im Aufsichtsrat der COMMERZBANK.

7) Dr.-Ing. Otto Happel war bis zum 19. April 2013 Mitglied im Aufsichtsrat der COMMERZBANK.

8) Beate Hoffmann war bis zum 19. April 2013 Mitglied im Aufsichtsrat der COMMERZBANK.

9) Dr. h.c. Edgar Meister war bis zum 19. April 2013 Mitglied im Aufsichtsrat der COMMERZBANK.

10) Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell ist seit dem 1. Juni 2012 Mitglied im Aufsichtsrat der COMMERZBANK.

Beratungs- und Vermittlungsleistungen sowie andere persönliche Leistungen wurden durch Mitglieder des Aufsichtsrats auch im Jahr 2012 nicht erbracht. Entsprechend wurden keine zusätzlichen Vergütungen gewährt.

Kredite an Mitglieder des Aufsichtsrats

Barkredite an Mitglieder des Aufsichtsrats wurden mit Laufzeiten von bis auf Weiteres und letzter Fälligkeit im Jahr 2038 sowie zu Zinssätzen zwischen 2,5% und 6,3%, bei Überziehungen in Einzelfällen bis zu 10,1%, herausgelegt. Die Besicherung erfolgte zu marktüblichen Bedingungen soweit erforderlich mit Grundschulden oder Pfandrechten.

Zum 31. Dezember 2012 betragen die an Mitglieder des Aufsichtsrats gewährten Kredite insgesamt TEUR 605 (Vorjahr: TEUR 322). Die Mitglieder des Aufsichtsrats standen im Jahr 2012 nicht in einem Haftungsverhältnis zu der COMMERZBANK.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat kann – neben dem gemäß § 27 Absatz 3 Mitbestimmungsgesetz zu bildenden Vermittlungsausschuss – aus seiner Mitte weitere Ausschüsse bilden, deren Aufgaben festlegen und ihnen, soweit gesetzlich zulässig, auch Entscheidungsbefugnisse übertragen.

Der Aufsichtsrat hat einen Präsidialausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Risikoausschuss, einen Nominierungsausschuss, einen Sozialausschuss und einen Vermittlungsausschuss gebildet.

Die Gesellschaft hat sich verpflichtet, auf Wunsch der FMSA im Rahmen des rechtlich Möglichen dafür Sorge zu tragen, dass mindestens ein von der FMSA vorgeschlagenes Mitglied des Aufsichtsrats jeweils im Präsidial-, Prüfungs- und im Nominierungsausschuss des Aufsichtsrats (und bei Errichtung weiterer Ausschüsse in jedem weiteren Ausschuss) vertreten ist.

Der **Präsidialausschuss** besteht aus dem Aufsichtsratsvorsitzenden, seinem Stellvertreter sowie je einem weiteren Mitglied der Anteilseigner- und Arbeitnehmervertreter. Gegenwärtig sind dies die folgenden Mitglieder: Klaus-Peter Müller (Vorsitzender), Hans-Herrmann Altenschmidt, Dr. Markus Kerber und Uwe Tschäge. Der Präsidialausschuss ist auf Basis der vom Aufsichtsratsplenium festgesetzten Gesamtvergütung für die einzelnen Vorstandsmitglieder für den Abschluss und die Änderung der Anstellungsverträge mit den Mitgliedern des Vorstands im Rahmen der vom Aufsichtsrat beschlossenen Struktur des Vergütungssystems zuständig. Der Präsidialausschuss ist auch für die Beendigung der Anstellungsverträge zuständig. Der Zustimmung des Präsidialausschusses bedürfen gemäß der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats bestimmte Kredite, die nach dem Gesetz über das Kreditwesen nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats gewährt werden dürfen, sowie bestimmte in der Geschäftsordnung des Vorstands genannte Geschäfte, für die ein Zustimmungsvorbehalt des Aufsichtsrats besteht. Er überwacht die Einhaltung der Geschäftsordnung des Vorstands.

Der **Prüfungsausschuss** besteht aus drei Mitgliedern der Anteilseigner- und zwei Mitgliedern der Arbeitnehmervertreter. Gegenwärtig sind dies die folgenden Mitglieder: Dr. Helmut Perlet (Vorsitzender), Hans-Herrmann Altenschmidt, Prof. h.c. Dr. rer. oec. Ulrich Middelmann, Margit Schoffer und Frau Dr. Gertrude Tumpel-Gugereil. Der Prüfungsausschuss ist insbesondere zuständig für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems und des internen Revisionsystems, der Compliance sowie der Abschlussprüfung. Ferner ist der Prüfungsausschuss zuständig für die Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, die Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und die Honorarvereinbarung mit dem Abschlussprüfer.

Der **Risikoausschuss** besteht aus dem Aufsichtsratsvorsitzenden und mindestens vier weiteren Aufsichtsratsmitgliedern. Gegenwärtig sind dies die folgenden Mitglieder: Klaus-Peter Müller (Vorsitzender), Gunnar de Buhr, Karl-Heinz Flöther, Dr. Markus Kerber, Dr. Helmut Perlet und Dr. Marcus Schenck. Zu seinem Aufgabengebiet gehören insbesondere die Überwachung des Risikomanagementsystems sowie die Behandlung von Risiken wie Markt-, Kredit- und operationelle Risiken als auch Reputationsrisiken. Der Risikoausschuss berät den Aufsichtsrat zur aktuellen und künftigen Gesamtrisikobereitschaft und -strategie der Gesellschaft und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der Umsetzung dieser Strategie durch den Vorstand. Der Zustimmung des Risikoausschusses bedürfen gemäß der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats bestimmte Finanz- und Kreditgeschäfte, die nach dem Gesetz über das Kreditwesen nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vorgenommen werden dürfen, sowie bestimmte in der Geschäftsordnung des Vorstands genannte Geschäfte, für die ein Zustimmungsvorbehalt des Aufsichtsrats besteht.

Der **Nominierungsausschuss** besteht aus dem Aufsichtsratsvorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern der Anteilseignervertreter. Gegenwärtig sind dies die folgenden Mitglieder: Klaus-Peter Müller (Vorsitzender), Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Hans-Peter Keitel und Petra Schadeberg-Herrmann. Der Nominierungsausschuss hat die Aufgabe, dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorzuschlagen.

Der **Sozialausschuss** besteht aus je drei Mitgliedern der Anteilseigner- und der Arbeitnehmervertreter. Gegenwärtig sind dies die folgenden Mitglieder: Klaus-Peter Müller (Vorsitzender), Dr. Nikolaus von Bomhard, Gunnar de Buhr, Stefan Burghardt, Karl-Heinz Flöther und Uwe Tschäge. Der Sozialausschuss ist zuständig für alle die Mitarbeiter generell betreffenden personellen und sozialen Belange.

Der **Vermittlungsausschuss** besteht aus dem Aufsichtsratsvorsitzenden, seinem Stellvertreter sowie je einem von den Aufsichtsratsmitgliedern der Arbeitnehmer und von den Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner gewählten Mitglied. Gegenwärtig sind dies die folgenden Mitglieder: Klaus-Peter Müller (Vorsitzender), Hans-Herrmann Altenschmidt, Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Hans-Peter Keitel und Uwe Tschäge. Der Vermittlungsausschuss hat dem Aufsichtsrat einen Vorschlag für die Bestellung der Mitglieder des zur gesetzlichen Vertretung der Gesellschaft befugten Organs zu unterbreiten, sofern eine Bestellung nach § 31 Absatz 2 Mitbestimmungsgesetz nicht zustande kommt.

Weitere Informationen über Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat

Für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats besteht eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung („**D&O-Versicherung**“). Die Prämien für die D&O-Versicherung trägt die COMMERZBANK. Für Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder beträgt der Selbstbehalt jeweils 10% des Schadens, für alle Versicherungsfälle in einem Jahr, höchstens jedoch das Eineinhalbfache der festen jährlichen Vergütung.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats waren weder direkt noch indirekt an wesentlichen Geschäften der Gesellschaft außerhalb der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft oder an anderen der Form oder der Sache nach ungewöhnlichen wesentlichen Geschäften der Gesellschaft während des laufenden und des Geschäftsjahres 2011 oder an derartigen ungewöhnlichen Geschäften in weiter zurückliegenden Geschäftsjahren, die noch nicht endgültig abgeschlossen sind, beteiligt.

In den letzten fünf Jahren ist kein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats einer betrügerischen Straftat schuldig gesprochen worden. In den letzten fünf Jahren war kein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats im Rahmen einer Tätigkeit als Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans oder als Mitglied des oberen Managements von Insolvenzen, Insolvenzverwaltungen oder Liquidationen betroffen. Ebenso wenig kam es zu öffentlichen Anschuldigungen und/oder Sanktionen in Bezug auf Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats von Seiten der gesetzlichen Behörden oder der Regulierungsbehörden (einschließlich Berufsverbänden). Kein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats ist jemals von einem Gericht für die Mitgliedschaft in einem Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgan eines Emittenten (oder einer sonstigen Gesellschaft) oder für die Tätigkeit im Management oder die Führung der Geschäfte eines Emittenten (oder einer sonstigen Gesellschaft) als untauglich angesehen worden.

Es gibt keine Dienstleistungsverträge zwischen einzelnen Vorstands- und/oder Aufsichtsratsmitgliedern und Gesellschaften des COMMERZBANK-Konzerns, die bei Beendigung des Dienstleistungsverhältnisses Vergünstigungen vorsehen.

Zwischen den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats bestehen weder untereinander noch im Verhältnis zu den Mitgliedern des jeweils anderen Organs verwandtschaftliche Beziehungen.

Hinsichtlich potenzieller Interessenkonflikte zwischen den Verpflichtungen der Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats gegenüber der Gesellschaft und ihren privaten Interessen oder anderweitigen Verpflichtungen ist darauf hinzuweisen, dass Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder derzeit Aktien der Gesellschaft halten. Diese Aktien machen insgesamt einen Anteil von weniger als 1% der von der COMMERZBANK ausgegebenen Aktien aus.

Im Rahmen der Teilnahmebedingungen für die noch laufenden Long Term Performance-Pläne (LTP) gibt es eine Veräußerungsbeschränkung für die von den Mitgliedern des Vorstands gehaltenen Aktien der Gesellschaft in der Hinsicht, dass eine Verminderung der Zahl der bereitgestellten Aktien auf eine durch 50 dividierbare Zahl bis auf die für den Vorstand vorgesehene Mindestanzahl von 1.000 Aktien pro LTP-Planjahr jederzeit möglich ist, eine Wiederaufstockung jedoch nicht. Bei einer Unterschreitung der Mindestanzahl scheidet das jeweilige Vorstandsmitglied aus dem LTP des Jahres aus.

Darüber hinaus gibt es keine Interessenskonflikte oder potenzielle Interessenkonflikte zwischen den Verpflichtungen der Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats gegenüber der Gesellschaft einerseits und ihren privaten Interessen oder anderweitigen Verpflichtungen andererseits.

Erwerb oder Veräußerung von Aktien der Gesellschaft

Nach § 15a des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) besteht eine Mitteilungs- und Veröffentlichungspflicht für Geschäfte von Führungskräften börsennotierter Unternehmen und von deren Familienangehörigen. Danach sind Käufe und Verkäufe von Aktien sowie von sich auf die COMMERZBANK beziehenden Finanzinstrumenten ab einer Höhe von TEUR 5 per annum unverzüglich und für die Dauer von einem Monat anzuzeigen. Entsprechend den Empfehlungen des Emittentenleitfadens der BaFin bezieht die COMMERZBANK diese Meldepflicht auf Vorstand und Aufsichtsrat.

Im Jahr 2012 und bis zum 30. April 2013 haben die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat der COMMERZBANK die folgenden Geschäfte mit COMMERZBANK-Aktien oder darauf bezogenen Derivaten gemeldet (Directors' Dealings):

<u>Geschäfts- tag</u>	<u>Name des Meldepflichtigen</u>	<u>Ange- höri- ger</u>	<u>Teilneh- merkreis</u>	<u>Kauf/Verkauf</u>	<u>Stückzahl</u>	<u>Stückpreis (in EUR)</u>	<u>Geschäfts- volumen (in EUR)</u>
2.7.2012	Hans-Hermann Altenschmidt		AR	Kauf	6370,0	1,211	7714,32
2.7.2012	Silke Tschäge (wegen Uwe Tschäge)	x	AR	Kauf	4469,0	1,211	5412,14
2.7.2012	Silke Tschäge (wegen Uwe Tschäge)	x	AR	Verkauf	4469,0	1,26	5633,09
2.7.2012	Astrid Evers ¹⁾		AR	Kauf	5568,0	1,211	6743,07
2.7.2012	Astrid Evers ¹⁾		AR	Verkauf	5568,0	1,26	7018,35
2.7.2012	Karin van Brummelen ¹⁾		AR	Kauf	4955,0	1,211	6000,70
2.7.2012	Daniel Hampel ¹⁾		AR	Kauf	1744,0	1,211	2112,05
2.7.2012	Beate Hoffmann ¹⁾		AR	Kauf	2180,0	1,211	2640,07
2.7.2012	Uwe Tschäge		AR	Kauf	13328,0	1,211	16140,74
2.7.2012	Uwe Tschäge		AR	Verkauf	13328,0	1,26	16799,68
28.8.2012	Daniel Hampel ¹⁾		AR	Kauf	5256,0	1,269	6669,86
21.11.2012	Daniel Hampel ¹⁾		AR	Kauf	3000,0	1,289	3867,00
13.03.2013	Stephan Engels		VS	Kauf	20000,0	1,295	25900,00
14.03.2013	Martin Blessing		VS	Kauf	100000,0	1,209	120900,00
18.03.2013	Daniel Hampel ¹⁾		AR	Kauf	2000,0	1,189	2378,00
19.03.2013	Jochen Klösger		VS	Kauf	44310,0	1,218	53969,58

¹⁾ Bis zum 19. April 2013 Mitglied des Aufsichtsrats der COMMERZBANK.

Insgesamt besaßen Vorstand und Aufsichtsrat zum 31. Dezember 2012 nicht mehr als 1% der ausgegebenen Aktien und Optionsrechte der COMMERZBANK.

Im Einzelnen halten die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats zum Datum des Registrierungsformulars (d.h. nach der am 22. April 2013 wirksam gewordenen Aktienzusammenlegung) die folgende Anzahl an Aktien:

<u>Name</u>	<u>Aktienanzahl</u>
Vorstand:	
Martin Blessing (Vorstandsvorsitzender)	39.664
Frank Annuscheit	2.643
Markus Beumer	1.800
Stephan Engels	2.000
Jochen Klösger	10.120
Michael Reuther	2.000
Dr. Stefan Schmittmann	0
Ulrich Sieber	4.007
Martin Zielke	4.962
Vorstand (Gesamt)	67.196
Aufsichtsrat:	
Müller, Klaus-Peter	27.491
Tschäge, Uwe	279
Altenschmidt, Hans-Hermann	1.592
Bomhard, Dr. Nikolaus von	0
de Buhr, Gunnar	0
Burghardt, Stefan	190
Flöther, Karl-Heinz	8.000
Keitel, Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Hans-Peter	0
Kerber, Dr. Markus	2.000
Krieger, Alexandra	0
Leiberich, Oliver	756
Mensch, Beate	0
Middelmann, Prof. h.c. (CHN) Dr. rer. oec. Ulrich	0
Perlet, Dr. Helmut	0
Priester, Barbara	51
Roach, Mark	0
Schadeberg-Herrmann, Petra	0
Schenck, Dr. Marcus	0
Schoffer, Margit	545
Tumpel-Gugerell, Dr. Gertrude	0
Aufsichtsrat (Gesamt)	40.904

Kein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats hält zum Datum dieses Registrierungsformulars Optionen auf Aktien der Gesellschaft.

Hauptversammlung

Die Hauptversammlung der COMMERZBANK soll nach Maßgabe der Satzung am Sitz der Gesellschaft, an einem anderen deutschen Börsenplatz oder in einer deutschen Großstadt mit mehr als 250.000 Einwohnern stattfinden. Zur Teilnahme an und Stimmrechtsausübung in der Hauptversammlung müssen sich die Aktionäre bei der Gesellschaft in deutscher oder englischer Sprache anmelden. Die Anmeldung muss der Gesellschaft unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse unter Nachweis des Anteilsbesitzes mindestens sechs Tage vor der Hauptversammlung zugehen. Der Nachweis des Anteilsbesitzes ist durch eine Bestätigung des depotführenden Instituts zu erbringen und hat sich auf den Beginn des 21. Tages vor der Hauptversammlung (Record Date) zu beziehen. Die Anmeldung und der Nachweis über den Anteilsbesitz bedürfen der Textform und müssen in deutscher oder englischer Sprache abgefasst sein. Jede Stückaktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Das Stimmrecht beginnt mit der vollständigen Leistung der Einlage. Es kann durch Bevollmächtigte ausgeübt werden.

Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit eine Kapitalmehrheit vorgeschrieben ist, mit einfacher Mehrheit des bei Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst, soweit nicht nach zwingenden gesetzlichen Vorschriften eine größere Mehrheit erforderlich ist.

Nach dem derzeit geltenden AktG erfordern Beschlüsse von grundlegender Bedeutung neben der Mehrheit der abgegebenen Stimmen auch eine Mehrheit von grundsätzlich mindestens 75% des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Zu diesen Beschlüssen mit grundlegender Bedeutung gehören insbesondere:

- Kapitalherabsetzungen;
- die Schaffung von genehmigtem oder bedingtem Kapital;
- der Ausschluss des Bezugsrechts;
- die Auf- oder Abspaltung sowie die Übertragung des gesamten Vermögens der Gesellschaft;
- der Abschluss, die Änderung und die Aufhebung von Unternehmensverträgen (wie z.B. Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge);
- der Wechsel der Rechtsform der Gesellschaft; sowie
- die Auflösung der Gesellschaft.

Die Einberufung der Hauptversammlung kann durch den Vorstand, in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen durch den Aufsichtsrat oder, unter bestimmten Umständen, durch Aktionäre, deren Anteile zusammen 5% des Grundkapitals erreichen, veranlasst werden. Sofern das Wohl der Gesellschaft es erfordert, hat der Aufsichtsrat eine Hauptversammlung einzuberufen. Die jährliche ordentliche Hauptversammlung findet innerhalb der ersten acht Monate jedes Geschäftsjahres statt.

Sofern das Gesetz keine abweichende Frist vorsieht, muss die Hauptversammlung mindestens 36 Tage vor der Hauptversammlung einberufen werden. Der Tag der Einberufung und der Tag der Hauptversammlung sind nicht mitzurechnen.

Weder das deutsche Recht noch die Satzung der Gesellschaft beschränken das Recht von nicht in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen oder ausländischen Inhabern von Aktien, die Aktien zu halten oder die mit ihnen verbundenen Stimmrechte auszuüben.

Gemäß der Satzung kann der Vorsitzende der Hauptversammlung das Rede- und Fragerecht der Aktionäre in der Hauptversammlung zeitlich angemessen beschränken.

Wird im Zusammenhang mit einer Rekapitalisierung nach § 7 Finanzmarktstabilisierungsbeschleunigungsgesetz eine Hauptversammlung zur Beschlussfassung über eine Kapitalerhöhung gegen Einlagen einberufen, so kann diese Hauptversammlung mit einer verkürzten Einberufungsfrist von mindestens 21 Tagen einberufen werden. Der Record Date ist in diesem Fall der 18. Tag vor der Hauptversammlung und die Anmeldefrist beträgt höchstens vier Tage vor der Hauptversammlung. Für einzelne Beschlussgegenstände einer Hauptversammlung im Zusammenhang mit einer Rekapitalisierung nach § 7 Finanzmarktstabilisierungsbeschleunigungsgesetz ist zudem das Mehrheitserfordernis reduziert, siehe „Regulatorisches Umfeld—Bankaufsicht in Deutschland—Finanzmarktstabilisierungsgesetze—Stabilisierungsmaßnahmen“.

Corporate Governance

Der im Februar 2002 verabschiedete Kodex in der derzeit geltenden Fassung vom 15. Mai 2012 beinhaltet Empfehlungen und Anregungen zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften in Bezug auf Aktionäre und Hauptversammlung, Vorstand und Aufsichtsrat, Transparenz, Rechnungslegung und Abschlussprüfung. Das deutsche Aktienrecht verpflichtet den Vorstand und Aufsichtsrat einer börsennotierten Gesellschaft, jährlich zu erklären, welche Empfehlungen nicht angewendet wurden oder werden. Von den im Kodex enthaltenen Anregungen kann dagegen ohne Offenlegung abgewichen werden.

Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft haben zuletzt am 7. November 2012 eine Erklärung gemäß § 161 AktG zu den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex abgegeben. Die abgegebene Erklärung bezog sich auf die Fassung des Kodex vom 15. Mai 2012 und enthält die Aussage, dass den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ mit Ausnahme der nachstehenden Empfehlungen entsprochen wurde und wird:

- Abweichung von Ziffer 4.2.1 des Kodex: Ziff. 4.2.1 des Kodex empfiehlt, dass eine Geschäftsordnung die Arbeit des Vorstands inklusive der Ressortverteilung der Vorstandsmitglieder regeln soll. Der Vorstand hat sich mit Zustimmung des Aufsichtsrats eine Geschäftsordnung gegeben. Die Ressortverteilung legt der Vorstand allerdings selbst außerhalb der Geschäftsordnung fest. Auf diese Weise wird die erforderliche Flexibilität bei notwendigen Änderungen und damit eine effiziente Arbeitsteilung sichergestellt. Der Aufsichtsrat wird über alle Änderungen informiert und so in die Ressortverteilung eingebunden. Die Geschäftsordnung des Vorstands einschließlich der Ressortzuständigkeit der einzelnen Vorstandsmitglieder ist auf der Internetseite der COMMERZBANK veröffentlicht.
- Abweichung von Ziffer 4.2.3 Abs. 3 Satz 3 des Kodex: In Bezug auf die Vorstandsvergütung soll gemäß Ziff. 4.2.3 Abs. 3 Satz 3 eine nachträgliche Änderung der Erfolgsziele oder der Vergleichsparameter variabler Vergütungsteile ausgeschlossen sein. In Umsetzung rechtlicher Vorgaben, wonach für außerordentliche Entwicklungen das Verwaltungs- oder Aufsichtsratsorgan eine Begrenzungsmöglichkeit in Bezug auf die variable Vergütung vereinbaren soll, ist der Aufsichtsrat der COMMERZBANK berechtigt, bei außerordentlichen Entwicklungen die Zielwerte und sonstige Parameter der variablen Vergütungsteile anzupassen, um positive wie negative Auswirkungen auf die Erreichbarkeit der Zielwerte in angemessener Weise zu neutralisieren. Im Rahmen der Feststellung der Zielerreichung ist eine Begrenzungsmöglichkeit im Sinne der rechtlichen Vorgaben bei der COMMERZBANK nicht umsetzbar, weil die überwiegend mathematische Verknüpfung eine Anpassung weitgehend ausschließt. Da zudem der Bemessungszeitraum der variablen Vorstandsvergütung bis zu vier Jahre beträgt und die Ziele für diesen Zeitraum vorab festzulegen sind, ist die vorgesehene Anpassungsmöglichkeit für die Zielwerte durch den Aufsichtsrat sachgerecht.
- Abweichung von Ziffer 4.2.3 Abs. 5 des Kodex: Der Kodex empfiehlt, dass eine Zusage für Leistungen aus Anlass der vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit infolge eines Kontrollwechsels (Change-of-Control) nicht 150% eines Abfindungs-Caps (Wert von zwei Jahresvergütungen einschließlich Nebenleistungen) übersteigen soll, Ziffer 4.2.3. Der Anstellungsvertrag eines Vorstandsmitglieds enthielt noch eine Change-of-Control-Klausel; diese beinhaltet keinen Abfindungs-Cap im Sinne der Ziffer 4.2.3 Abs. 5. Diese Change-of-Control-Klausel entfiel mit Ablauf der Bestellungsperiode des Vorstandsmitglieds am 31. März 2012.
- Abweichung von Ziffer 5.4.6 Abs. 2 Satz 2 des Kodex: Nach Ziff. 5.4.6 Abs. 2 Satz 2 des Kodex soll, sofern den Aufsichtsratsmitgliedern eine erfolgsorientierte Vergütung zugesagt wird, diese auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet sein. Die Mitglieder des Aufsichtsrats der COMMERZBANK erhalten neben einer festen Vergütung eine variable Vergütung von EUR 3.000,00 je EUR 0,05 Dividende, die über eine Dividende von EUR 0,10 je Stückaktie für das abgelaufene Geschäftsjahr ausgeschüttet wird. Für die Geschäftsjahre 2008 bis einschließlich 2011 wurde keine Dividende an die Aktionäre und damit auch keine erfolgsorientierte Vergütung an die Aufsichtsratsmitglieder gezahlt. In 2013 sollen die Vergütungsregelungen der Organe umfassend geprüft und gegebenenfalls überarbeitet werden. Dies gilt auch für die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder.

Der Inhalt der Entsprechenserklärung vom 7. November 2012 trifft auch zum Datum dieses Registrierungsformulars zu.

FINANZTEIL

KONZERNZWISCHENABSCHLUSS DER COMMERZBANK AKTIENGESELLSCHAFT ZUM 31. MÄRZ 2013	F-3
Gesamtergebnisrechnung	F-4
Bilanz	F-7
Eigenkapitalveränderungsrechnung	F-8
Kapitalflussrechnung	F-11
Anhang (ausgewählte Notes)	F-12
Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht	F-49
KONZERNABSCHLUSS DER COMMERZBANK AKTIENGESELLSCHAFT ZUM 31. DEZEMBER 2012	F-51
Gesamtergebnisrechnung	F-52
Bilanz	F-54
Eigenkapitalveränderungsrechnung	F-55
Kapitalflussrechnung	F-57
Anhang (Notes)	F-59
Bestätigungsvermerk des Konzernabschlussprüfers	F-187
KONZERNABSCHLUSS DER COMMERZBANK AKTIENGESELLSCHAFT ZUM 31. DEZEMBER 2011	F-189
Gesamtergebnisrechnung	F-190
Bilanz	F-192
Eigenkapitalveränderungsrechnung	F-193
Kapitalflussrechnung	F-195
Anhang (Notes)	F-197
Bestätigungsvermerk des Konzernabschlussprüfers	F-320
KONZERNABSCHLUSS DER COMMERZBANK AKTIENGESELLSCHAFT ZUM 31. DEZEMBER 2010	F-323
Gesamtergebnisrechnung	F-324
Bilanz	F-328
Eigenkapitalveränderungsrechnung	F-329
Kapitalflussrechnung	F-330
Anhang (Notes)	F-332
Bestätigungsvermerk des Konzernabschlussprüfers	F-467
JAHRESABSCHLUSS DER COMMERZBANK AKTIENGESELLSCHAFT ZUM 31. DEZEMBER 2012	F-469
Gewinn- und Verlustrechnung	F-470
Jahresbilanz	F-471
Anhang	F-473
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	F-508

(Diese Seite bleibt absichtlich frei.)

**KONZERNZWISCHENABSCHLUSS DER COMMERZBANK AKTIENGESELLSCHAFT ZUM
31. MÄRZ 2013**

Gesamtergebnisrechnung
Gewinn-und-Verlust-Rechnung

	<u>Notes</u>	<u>1.1.-31.3.2013</u>	<u>1.1.-31.3.2012¹</u>	<u>Veränd. in %</u>
			Mio. €	
Zinserträge		3.292	4.403	-25,2
Zinsaufwendungen		1.936	2.709	-28,5
Zinsüberschuss	(1)	1.356	1.694	-20,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(2)	-267	-212	25,9
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		1.089	1.482	-26,5
Provisionserträge		984	984	0,0
Provisionsaufwendungen		137	120	14,2
Provisionsüberschuss	(3)	847	864	-2,0
Handelsergebnis	(4)	276	171	61,4
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen		41	-7	.
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen		317	164	93,3
Ergebnis aus Finanzanlagen	(5)	-6	-176	-96,6
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen		8	11	-27,3
Sonstiges Ergebnis	(6)	-62	21	.
Verwaltungsaufwendungen	(7)	1.724	1.790	-3,7
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen		—	—	.
Restrukturierungsaufwendungen	(8)	493	34	.
Ergebnis aus dem Verkauf von Veräußerungsgruppen		—	—	.
Ergebnis vor Steuern		-24	542	.
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(9)	45	159	-71,7
Konzernergebnis		-69	383	.
den Minderheitenanteilen zurechenbares Konzernergebnis		25	28	-10,7
den Commerzbank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis		-94	355	.

¹ Anpassung Vorjahr aufgrund der Erstanwendung des geänderten IAS 19 sowie weiterer Ausweisänderungen (siehe Seite 65 ff.).

<u>Ergebnis je Aktie</u>	<u>1.1.-31.3.2013</u>	<u>1.1.-31.3.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
		€	
Ergebnis je Aktie	-0,02	0,06	.

Das gemäß IAS 33 errechnete Ergebnis je Aktie basiert auf dem den Commerzbank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnis. Im laufenden Geschäftsjahr sowie im vergleichbaren Vorjahreszeitraum waren keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf. Das verwässerte Ergebnis war daher mit dem unverwässerten identisch.

Zusammengefasste Gesamtergebnisrechnung

	<u>1.1.-31.3.2013</u>	<u>1.1.-31.3.2012¹</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Konzernergebnis	-69	383	.
Erfolgsneutrale Veränderung der versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste	150	-153	.
Nicht in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umbuchbare Posten	150	-153	.
Veränderung der Neubewertungsrücklage			
Umbuchung in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung	-32	8	.
Erfolgsneutrale Wertänderung	145	717	-79,8
Veränderung der Rücklage aus Cash Flow Hedges			
Umbuchung in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung	47	47	0,0
Erfolgsneutrale Wertänderung	5	13	-61,5
Veränderung der Rücklage aus der Währungsumrechnung			
Umbuchung in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung	—	22	-100,0
Erfolgsneutrale Wertänderung	-58	67	.
Veränderung bei at-Equity-bewerteten Unternehmen	1	—	.
In die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umbuchbare Posten	108	874	-87,6
Sonstiges Periodenergebnis	258	721	-64,2
Gesamtergebnis	189	1.104	-82,9
den Minderheitenanteilen zurechenbares Gesamtergebnis	5	80	-93,8
den Commerzbank-Aktionären zurechenbares Gesamtergebnis	184	1.024	-82,0

¹ Anpassung Vorjahr aufgrund der Erstanwendung des geänderten IAS 19 sowie weiterer Ausweisänderungen (siehe Seite 65 ff.).

	<u>1.1.-31.3.2013</u>			<u>1.1.-31.3.2012¹</u>		
	<u>Vor Steuern</u>	<u>Steuern</u>	<u>Nach Steuern</u>	<u>Vor Steuern</u>	<u>Steuern</u>	<u>Nach Steuern</u>
	Mio. €					
Veränderung der versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste	200	-50	150	-211	58	-153
Veränderung der Neubewertungsrücklage	153	-40	113	986	-261	725
Veränderung der Rücklage aus Cash Flow Hedges	73	-21	52	81	-21	60
Veränderung der Rücklage aus der Währungsumrechnung	-58	—	-58	89	—	89
Veränderung bei at-Equity-bewerteten Unternehmen ...	1	—	1	—	—	—
Sonstiges Periodenergebnis	369	-111	258	945	-224	721

¹ Anpassung Vorjahr aufgrund der Erstanwendung des geänderten IAS 19 sowie weiterer Ausweisänderungen (siehe Seite 65 ff.).

Gewinn-und-Verlust-Rechnung (Quartalsaufteilung)

	2013		2012 ¹		
	1. Quartal	4. Quartal	3. Quartal	2. Quartal	1. Quartal
			Mio. €		
Zinsüberschuss	1.356	1.728	1.281	1.784	1.694
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-267	-614	-430	-404	-212
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.089	1.114	851	1.380	1.482
Provisionsüberschuss	847	764	852	769	864
Handelsergebnis	276	-411	218	103	171
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	41	28	6	-19	-7
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	317	-383	224	84	164
Ergebnis aus Finanzanlagen	-6	250	30	-23	-176
Laufendes Ergebnis aus at-Equity- bewerteten Unternehmen	8	12	16	7	11
Sonstiges Ergebnis	-62	-22	-33	-43	21
Verwaltungsaufwendungen	1.724	1.775	1.732	1.732	1.790
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen	—	—	—	—	—
Restrukturierungsaufwendungen	493	—	—	9	34
Ergebnis aus dem Verkauf von Veräußerungsgruppen	—	-185	3	-86	—
Ergebnis vor Steuern	-24	-225	211	347	542
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	45	477	118	52	159
Konzernergebnis	-69	-702	93	295	383
den Minderheitenanteilen zurechenbares Konzernergebnis ..	25	24	26	25	28
den Commerzbank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis ..	-94	-726	67	270	355

¹ Anpassung Vorjahr aufgrund der Erstanwendung des geänderten IAS 19 sowie weiterer Ausweisänderungen (siehe Seite 65 ff.).

Bilanz

<u>Aktiva</u>	<u>Notes</u>	<u>31.3.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>	<u>1.1.2012¹</u>
			Mio. €		
Barreserve		11.051	15.755	-29,9	6.075
Forderungen an Kreditinstitute	(11,13,14)	102.622	88.028	16,6	87.790
darunter: als Sicherheit übertragen		47	45	4,4	77
Forderungen an Kunden	(12,13,14)	280.136	278.546	0,6	296.586
darunter: als Sicherheit übertragen		—	—	.	—
Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges		182	202	-9,9	147
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten		5.222	6.057	-13,8	5.132
Handelsaktiva	(15)	144.091	144.144	0,0	155.700
darunter: als Sicherheit übertragen		28.382	12.680	.	16.025
Finanzanlagen	(16)	89.133	89.142	0,0	94.523
darunter: als Sicherheit übertragen		2.807	2.495	12,5	3.062
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen		738	744	-0,8	694
Immaterielle Anlagewerte	(17)	3.054	3.051	0,1	3.038
Sachanlagen	(18)	1.737	1.372	26,6	1.399
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien		727	637	14,1	808
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen		793	757	4,8	1.759
Tatsächliche Ertragsteueransprüche		810	790	2,5	716
Latente Ertragsteueransprüche		3.304	3.216	2,7	4.229
Sonstige Aktiva	(19)	3.700	3.571	3,6	3.242
Gesamt		647.300	636.012	1,8	661.838

¹ Der 1. Januar 2012 entspricht dem 31. Dezember 2011 nach Anpassung aufgrund der Erstanwendung des geänderten IAS 19 sowie Anpassungen des Eigenkapitalausweises (siehe Seite 65 ff.).

<u>Passiva</u>	<u>Notes</u>	<u>31.3.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>	<u>1.1.2012¹</u>
			Mio. €		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(20)	128.547	110.242	16,6	98.481
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(21)	272.946	265.842	2,7	255.344
Verbriefte Verbindlichkeiten	(22)	72.994	79.332	-8,0	105.673
Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges		1.188	1.467	-19,0	938
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten		10.580	11.739	-9,9	11.427
Handelspassiva	(23)	110.001	116.111	-5,3	137.847
Rückstellungen	(24)	4.250	4.099	3,7	4.107
Tatsächliche Ertragsteuerschulden		286	324	-11,7	680
Latente Ertragsteuerschulden		248	91	.	189
Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen		2	2	0,0	592
Sonstige Passiva	(25)	6.385	6.523	-2,1	6.568
Nachrangkapital	(26)	11.814	12.316	-4,1	13.285
Hybridkapital	(27)	1.610	1.597	0,8	2.175
Eigenkapital		26.449	26.327	0,5	24.532
Gezeichnetes Kapital		5.827	5.828	0,0	5.113
Kapitalrücklage		8.732	8.730	0,0	8.232
Gewinnrücklagen		10.854	10.860	-0,1	11.477
Stille Einlagen		2.376	2.376	0,0	2.687
Andere Rücklagen		-2.225	-2.353	-5,4	-3.676
Gesamt vor Minderheitenanteilen		25.564	25.441	0,5	23.833
Minderheitenanteile		885	886	-0,1	699
Gesamt		647.300	636.012	1,8	661.838

¹ Der 1. Januar 2012 entspricht dem 31. Dezember 2011 nach Anpassung aufgrund der Erstanwendung des geänderten IAS 19 sowie Anpassungen des Eigenkapitalausweises (siehe Seite 65 ff.).

Eigenkapitalveränderungsrechnung

	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Stille Einlagen	Andere Rücklagen			Gesamt vor Minderheitenanteilen	Minderheitenanteile	Eigenkapital
					Neubewertungsrücklage	Rücklage aus Cash Flow Hedges	Rücklage aus der Währungsumrechnung			
	Mio. €									
Eigenkapital zum 31.12.2011 ...	5.113	11.158	8.822	2.687	-2.511	-810	-355	24.104	699	24.803
Veränderung aufgrund retrospektiver Anpassungen ...		-2.926	2.655					-271		-271
Eigenkapital zum 1.1.2012	5.113	8.232	11.477	2.687	-2.511	-810	-355	23.833	699	24.532
Gesamtergebnis	—	—	-422	—	813	194	142	727	206	933
Konzernergebnis			-34					-34	103	69
Veränderung der versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste			-388					-388	-1	-389
Veränderung der Neubewertungsrücklage					813			813	51	864
Veränderung der Rücklage aus Cash Flow Hedges						194		194		194
Veränderung der Rücklage aus der Währungsumrechnung							137	137	53	190
Veränderung bei at-Equity-bewerteten Unternehmen							5	5		5
Ausschüttung Stille Einlagen			-221					-221		-221
Dividendenausschüttung								—	-16	-16
Kapitalerhöhungen	717	498						1.215	-2	1.213
Entnahme aus den Gewinnrücklagen								—		—
Verminderung Stille Einlagen				-311				-311		-311
Veränderungen im Anteilsbesitz			-5					-5	-2	-7
Sonstige Veränderungen ¹	-2	—	31		-1		175	203	1	204
Eigenkapital zum 31.12.2012 ...	5.828	8.730	10.860	2.376	-1.699	-616	-38	25.441	886	26.327

¹ Einschließlich Veränderung eigene Aktien, Veränderung Derivate auf eigene Eigenkapitalinstrumente und Veränderungen im Konsolidierungskreis.

	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Stille Einlagen	Andere Rücklagen			Gesamt vor Minderheitenanteilen	Minderheitenanteile	Eigenkapital
					Neubewertungsrücklage	Rücklage aus Cash Flow Hedges	Rücklage aus der Währungsumrechnung			
	Mio. €									
Eigenkapital zum 31.12.2012 ...	5.828	8.730	10.860	2.376	-1.699	-616	-38	25.441	886	26.327
Gesamtergebnis	—	—	56	—	115	52	-39	184	5	189
Konzernergebnis			-94					-94	25	-69
Veränderung der versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste			150					150	—	150
Veränderung der Neubewertungsrücklage					115			115	-2	113
Veränderung der Rücklage aus Cash Flow Hedges						52		52	—	52
Veränderung der Rücklage aus der Währungsumrechnung							-40	-40	-18	-58
Veränderung bei at-Equity-bewerteten Unternehmen							1	1		1
Ausschüttung Stille Einlagen								—		—
Dividendenausschüttung								—		—
Nennwertumstellung								—		—
Kapitalerhöhungen								—		—
Entnahme aus den Gewinnrücklagen								—		—
Verminderung Stille Einlagen								—		—
Veränderungen im Anteilsbesitz			—					—	—	—
Sonstige Veränderungen ¹	-1	2	-62					-61	-6	-67
Eigenkapital zum 31.3.2013	5.827	8.732	10.854	2.376	-1.584	-564	-77	25.564	885	26.449

¹ Einschließlich Veränderung eigene Aktien, Veränderung Derivate auf eigene Eigenkapitalinstrumente und Veränderungen im Konsolidierungskreis.

Die Anpassung der Gewinnrücklagen zum 1. Januar 2012 resultierte zum einen aus der retrospektiven Anwendung des geänderten IAS 19. Zum anderen wurden die Gewinnrücklagen und die Kapitalrücklage durch die geänderte Bilanzierung bestimmter Sachverhalte innerhalb des Eigenkapitals geändert (siehe Seite 65 ff.).

Zum 31. März 2013 betrug das Gezeichnete Kapital der Commerzbank Aktiengesellschaft gemäß Satzung 5.830 Mio. Euro und war in 5.829.513.857 Stückaktien eingeteilt (rechnerischer Wert pro Aktie 1,00 Euro). Die durchschnittliche Anzahl ausgegebener Stammaktien betrug 5.827.510.114 Stück (31. März 2012: 5.232.551.891 Stück).

Auf die anderen Rücklagen entfielen zum 31. März 2013 keine Effekte aus zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten und Vermögenswerten aus Veräußerungsgruppen.

In den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres 2013 ergaben sich keine Veränderungen im Anteilsbesitz, da weder ein Abgang von Anteilen weiterhin konsolidierter Gesellschaften noch ein Erwerb von weiteren Anteilen bereits konsolidierter Gesellschaften stattgefunden hat.

Nachrichtlich: Eigenkapitalveränderungsrechnung vom 1. Januar bis 31. März 2012

	Andere Rücklagen									Eigenkapital
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Stille Einlagen	Neubewertungsrücklage	Rücklage aus Cash Flow Hedges	Rücklage aus der Währungsumrechnung	Gesamt vor Minderheitenanteilen	Minderheitenanteile	
Eigenkapital zum 31.12.2011	5.113	11.158	8.822	2.687	-2.511	-810	-355	24.104	699	24.803
Veränderung aufgrund retrospektiver Anpassungen ¹		-2.926	2.655					-271		-271
Eigenkapital zum 1.1.2012	5.113	8.232	11.477	2.687	-2.511	-810	-355	23.833	699	24.532
Gesamtergebnis	—	—	203	—	713	60	48	1.024	80	1.104
Konzernergebnis			355					355	28	383
Veränderung der versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste			-152					-152	-1	-153
Veränderung der Neubewertungsrücklage					713			713	12	725
Veränderung der Rücklage aus Cash Flow Hedges						60		60		60
Veränderung der Rücklage aus der Währungsumrechnung							48	48	41	89
Veränderung bei at-Equity-bewerteten Unternehmen							—	—	—	—
Ausschüttung Stille Einlagen								—	—	—
Dividendenausschüttung								—	—	—
Nennwertumstellung								—	—	—
Kapitalerhöhungen	481	440						921		921
Entnahme aus den Gewinnrücklagen ..								—	—	—
Verminderung Stille Einlagen				-231				-231		-231
Veränderungen im Anteilsbesitz			—					—	1	1
Sonstige Veränderungen ^{1,2}	-1	—	68					67	2	69
Eigenkapital zum 31.3.2012	5.593	8.672	11.748	2.456	-1.798	-750	-307	25.614	782	26.396

¹ Nach Anpassung aufgrund der Erstanwendung des geänderten IAS 19 sowie weiterer Anpassungen des Eigenkapitalausweises (siehe Seite 65 ff.).

² Einschließlich Veränderung eigene Aktien, Veränderung Derivate auf eigene Eigenkapitalinstrumente und Veränderungen im Konsolidierungskreis.

Kapitalflussrechnung (verkürzte Darstellung)

	2013	2012¹
	Mio. €	
Zahlungsmittelbestand zum 1.1.	15.755	6.075
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	– 3.407	– 3.066
Cashflow aus Investitionstätigkeit	– 902	2.648
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	– 488	86
Cashflow insgesamt	– 4.797	– 332
Effekte aus Wechselkursänderungen	118	– 71
Effekte aus Minderheitenanteilen	– 25	– 29
Zahlungsmittelbestand zum 31.3.	11.051	5.643

¹ Anpassung Vorjahr aufgrund der Erstanwendung des geänderten IAS 19 sowie weiterer Ausweisänderungen (siehe Seite 65 ff.).

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderungen des Zahlungsmittelbestands im Commerzbank-Konzern. Dieser entspricht dem Bilanzposten Barreserve und setzt sich zusammen aus dem Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken, Schuldtiteln öffentlicher Stellen und Wechseln, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind.

Für den Commerzbank-Konzern ist die Aussagefähigkeit der Kapitalflussrechnung als gering anzusehen. Die Kapitalflussrechnung ersetzt für uns weder die Liquiditäts- beziehungsweise Finanzplanung noch wird sie als Steuerungsinstrument eingesetzt.

Anhang (ausgewählte Notes)

Allgemeine Angaben

Rechnungslegungsgrundsätze

Der Zwischenabschluss des Commerzbank-Konzerns zum 31. März 2013 wurde in Einklang mit § 315 a Absatz 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 (IAS-Verordnung) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 aufgestellt. Ebenso kamen weitere Verordnungen zur Übernahme bestimmter internationaler Rechnungslegungsstandards auf der Grundlage der vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten und veröffentlichten International Financial Reporting Standards (IFRS) und deren Auslegungen durch das International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) zur Anwendung. Er berücksichtigt insbesondere auch die Anforderungen des IAS 34 an die Zwischenberichterstattung.

Die Rechnungslegung im Commerzbank-Konzern erfolgt nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Für die Vollkonsolidierung sowie für die At-Equity-Bewertung verwenden wir im Wesentlichen zum 31. März 2013 erstellte Abschlüsse. Berichtswährung des Konzernabschlusses ist der Euro. Alle Beträge sind, sofern nicht gesondert darauf hingewiesen wird, in Mio. Euro dargestellt. In der Gesamtergebnisrechnung, der Bilanz, der Eigenkapitalveränderungsrechnung und der verkürzten Kapitalflussrechnung werden Beträge unter 500.000,00 Euro als 0 Mio. Euro dargestellt; sofern ein Posten 0,00 Euro beträgt, wird dieser mit einem Strich gekennzeichnet. In allen weiteren Notes werden sowohl auf 0 Mio. Euro gerundete Beträge als auch Posten mit einem Nullsaldo mit einem Strich dargestellt.

Anwendung neuer und geänderter Standards sowie Anpassung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Wir haben in diesem Abschluss die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie in unserem Konzernabschluss zum 31. Dezember 2012 angewendet (vergleiche Geschäftsbericht 2012 Seite 190 ff.). Standards und Interpretationen, die ab dem 1. Januar 2013 in der EU verpflichtend anzuwenden sind, wurden in diesem Abschluss berücksichtigt.

Die neuen Standards IFRS 10, 11, und 12 sowie die geänderten Standards IAS 27 und 28 wurden im laufenden Geschäftsjahr erstmalig freiwillig, der neue Standard IFRS 13 und die geänderten Standards IAS 1 und 19 sowie IFRS 7 verpflichtend angewendet. Sofern eine retrospektive Anwendung aus den neuen beziehungsweise geänderten Standards gefordert ist, haben wir die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst und eine Vergleichbarkeit zum Vorjahr beziehungsweise zum Vergleichszeitraum hergestellt. Daneben haben wir einige Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden vorgenommen. Die Vorjahreszahlen wurden, sofern erforderlich, entsprechend angepasst. Wesentliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr stellen wir im Folgenden dar.

Auswirkungen aus neuen und geänderten Standards

Aufgrund der Anwendung des geänderten IAS 1 wurde die Gesamtergebnisrechnung um Angaben zur erfolgswirksamen Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung (sogenanntes Recycling) entsprechend erweitert.

Der neue Standard IFRS 10 (Konzernabschlüsse) enthält Vorschriften für die Konsolidierung von Unternehmen und löst den bisherigen Standard IAS 27 und die Interpretation SIC 12 ab. Die wesentlichste Änderung resultiert aus der neuen Definition des Begriffs Kontrolle (Control) im Rahmen des Mutter-Tochter-Verhältnisses. Nach IFRS 10 liegt Kontrolle vor, wenn das Unternehmen

- die Entscheidungsmacht besitzt, die Aktivitäten des anderen Unternehmens zu steuern,
- ein Anrecht auf oder die Verfügungsgewalt über die signifikanten variablen Rückflüsse hat, und
- die Fähigkeit besitzt, seine Entscheidungsmacht zu nutzen, um die Höhe der signifikanten variablen Rückflüsse zu beeinflussen.

Dieser Grundsatz ist ebenfalls auf Zweckgesellschaften anzuwenden. Für die aus der erstmaligen Anwendung dieses Standards resultierenden Erst- und Entkonsolidierungen verweisen wir auf die Angaben zum Konsolidierungskreis (Seite 69 f.).

Der neue Standard IFRS 11 (Bilanzierung von Joint Arrangements) regelt die Bilanzierung von Gemeinschaftsunternehmen oder gemeinschaftlichen Tätigkeiten, wenn mindestens zwei Unternehmen die gemeinschaftliche Führung ausüben. Der bisherige Standard IAS 31 und die Interpretation SIC 13 werden somit ersetzt. Aufgrund der durch IFRS 11 geänderten Definitionen gibt es nunmehr zwei Arten gemeinschaftlicher Vereinbarungen:

- Gemeinschaftsunternehmen und
- gemeinschaftliche Tätigkeiten.

Die wesentlichste Änderung resultiert aus dem Wegfall der Quotenkonsolidierung. Partnerunternehmen eines Gemeinschaftsunternehmens haben nun verpflichtend die At-Equity-Bewertung anzuwenden.

Unternehmen, die an gemeinschaftlichen Tätigkeiten beteiligt sind, unterliegen Regelungen, die mit den bisher geltenden Bilanzierungsvorschriften für gemeinschaftliche Vermögenswerte oder gemeinschaftliche Tätigkeiten vergleichbar sind (anteilige Einbeziehung der Vermögenswerte, Schulden, Aufwendungen und Erträge).

Aus der erstmaligen Anwendung des Standards ergab sich kein Anpassungsbedarf für den Kreis der at-Equity-bewerteten Unternehmen.

Der neue Standard IFRS 12 (Angaben zu Beteiligungen an anderen Unternehmen) umfasst die Offenlegungspflichten für IFRS 10 und IFRS 11, die vollumfänglich erst zum 31. Dezember 2013 anzuwenden sind.

Die Standards IFRS 10, 11 und 12 werden erstmalig und prospektiv im aktuellen Geschäftsjahr angewendet. Die Anpassung in den Gewinnrücklagen betrug –69 Mio. Euro und resultierte ausschließlich aus den Konsolidierungskreisänderungen. Die Erst- und Entkonsolidierungen wirkten sich saldiert mit 0,2 Mrd. Euro erhöhend auf die Bilanzsumme aus.

Durch den neuen, prospektiv anzuwendenden Standard IFRS 13 wurden die Regelungen zur Bemessung der beizulegenden Zeitwerte vereinheitlicht, die bislang in verschiedenen Standards zu finden waren. Zudem wurden die entsprechenden Anhangangaben harmonisiert und erweitert (siehe Note 31).

Der beizulegende Zeitwert ist nunmehr definiert als Veräußerungspreis; dabei handelt es sich um den Preis für ein Finanzinstrument, den Marktteilnehmer im Rahmen einer gewöhnlichen Geschäftsabwicklung beim Verkauf erhalten beziehungsweise bei der Übertragung einer Schuld zahlen würden. Für die Bewertung ist wie bisher auch die 3-stufige Fair-Value-Hierarchie nach IFRS 7 anzuwenden. Für die Bewertung von Schulden sind zudem die Berücksichtigung des Ausfallrisikos sowie die Anwendung eines abgestuften Bewertungsverfahrens verpflichtend vorgeschrieben. Wenn die Bewertung einer Schuld anhand von notierten Marktpreisen nicht möglich ist, kann für die Bewertung stattdessen auf ein identisches Instrument, welches von einem Dritten als Vermögenswert gehalten wird, zurückgegriffen werden. Sollte auch dies nicht möglich sein, ist eine geeignete Bewertungsmethode zu verwenden. Daneben wird unter bestimmten Voraussetzungen eine Gruppenbewertung für finanzielle Vermögenswerte und Schulden ermöglicht, die hinsichtlich des Markt- und Kreditrisikos auf Nettobasis gesteuert werden. Aus der erstmaligen Anwendung des Standards ergaben sich im Vergleich zu den bisherigen Regelungen (siehe auch Geschäftsbericht 2012 Seite 274 ff.) keine nennenswerten Effekte auf die Gesamtergebnisrechnung und die Bilanz.

Die Anwendung des geänderten IAS 19 (Leistungen an Arbeitnehmer) führt insbesondere zur geänderten Behandlung von versicherungsmathematischen Gewinnen oder Verlusten.

Wie bisher auch sind Pensionsverpflichtungen auf der Basis verschiedener Parameter (unter anderem Pensionierungsalter, Lebenserwartung, Fluktuation) zu bewerten. Der Unterschied aufgrund der Neubewertung der Verpflichtung zum Bilanzstichtag im Vergleich zu dem am Jahresanfang prognostizierten Wert wird als versicherungsmathematischer Gewinn oder Verlust bezeichnet. Die bisher im Commerzbank-Konzern genutzte Option der Korridormethode für die Bilanzierung der versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste entfällt. Stattdessen sind diese sofort im Eigenkapital in den Gewinnrücklagen zu erfassen.

Daneben ist ein nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand aufgrund von rückwirkenden Planänderungen sofort und vollständig erfolgswirksam zu erfassen. Bislang konnte dieser bis zum Eintritt der Unverfallbarkeit der Ansprüche linear verteilt werden. Zudem werden Alterteilzeitaufstockungszahlungen linear bis zum Ende der Aktivphase angesammelt statt wie bisher zum Zusagezeitpunkt in voller Höhe erfasst.

Die Saldierung von Pensionsverpflichtungen und Planvermögen führt unter Berücksichtigung der Erfassung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste zur Bilanzierung der tatsächlichen Nettopensionsverpflichtung.

Zudem sind nach dem geänderten IAS 19 im Fall der Deckung der Pensionsverpflichtungen durch Planvermögen Nettozinskosten zu ermitteln. Hierbei handelt es sich um eine Verzinsung der Nettoschuld beziehungsweise des Nettovermögens (leistungsorientierte Verpflichtung abzüglich beizulegender Zeitwert des Planvermögens) unter Nutzung eines einheitlichen Zinssatzes. Im bisherigen Standard wichen die Vorschriften für die Ermittlung des Zinssatzes zur Diskontierung der Verpflichtung und für die Ermittlung des erwarteten Ertrags aus dem Planvermögen ab.

Mit vorstehend beschriebenen Änderungen sind bestimmte Vorgaben für den Ausweis in der Gesamtergebnisrechnung verbunden. Der nachzuerrechnende Dienstzeitaufwand und die Nettozinsen

sind zwingend erfolgswirksam in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu erfassen. Dagegen ist der Effekt aus der Neubewertung (versicherungsmathematischer Gewinn oder Verlust) zwingend erfolgsneutral im sonstigen Periodenergebnis auszuweisen.

Die retrospektiven Anpassungen aufgrund der Erstanwendung des geänderten IAS 19 betrafen im ersten Quartal 2012 die Zinsaufwendungen mit 5 Mio. Euro, die Verwaltungsaufwendungen mit 3 Mio. Euro sowie die Steuern von Einkommen und Ertrag mit 6 Mio. Euro und führten zu einer Reduzierung des Konzernüberschusses zum 31. März 2012 von 369 Mio. Euro um – 14 Mio. Euro auf 355 Mio. Euro; für die weiteren Quartale des Geschäftsjahres 2012 stellte sich die retrospektive Anpassung des den Commerzbank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses wie folgt dar:

	Veröffent- lichter Konzern- abschluss	Anpassung	Ange- passter Konzern- abschluss
		Mio. €	
1.1.-31.3.2012	369	– 14	355
1.4.-30.6.2012	275	– 5	270
1.7.-30.9.2012	78	– 11	67
1.10.-31.12.2012	– 716	– 10	– 726

Für das Geschäftsjahr 2012 ergab sich ein Gewinn je Aktie von – 0,05 Euro gegenüber dem im Vorjahr ausgewiesenen Gewinn je Aktie von – 0,04 Euro; für das erste Quartal 2012 belief sich das Ergebnis je Aktie unverändert auf 0,06 Euro. Die Gewinnrücklagen verminderten sich um 271 Mio. Euro zum 1. Januar 2012 und um 705 Mio. Euro zum 31. Dezember 2012. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erhöhten sich saldiert um 346 Mio. Euro zum 1. Januar 2012 (davon – 7 Mio. Euro für Altersteilzeitrückstellungen) und um 840 Mio. Euro zum 31. Dezember 2012 (davon – 2 Mio. Euro für Altersteilzeitrückstellungen). Daneben haben sich zum 31. Dezember 2012 die Sonstige Aktiva um 67 Mio. Euro und die Minderheitenanteile um 2 Mio. Euro vermindert. Die Latenten Ertragsteueransprüche haben sich um 201 Mio. Euro (+75 Mio. Euro zum 1. Januar 2012) und die Latenten Ertragsteuerschulden um 1 Mio. Euro zum 31. Dezember 2012 erhöht.

Die Anpassungen betrafen die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Segmentberichterstattung und weitere Notes.

Aus den Ergänzungen des Standard IFRS 7 ergeben sich zusätzliche Anhangangaben zur Saldierung von Finanzinstrumenten für das Geschäftsjahr 2013 und für das Vorjahr. Anzugeben sind Brutto- und Nettobeträge für finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus der Verrechnung sowie Beträge für bestehende Saldierungsrechte, welche nicht den bilanziellen Saldierungskriterien genügen (siehe Note 34). Hierdurch wird eine erhöhte Vergleichbarkeit bei der Saldierung von Finanzinstrumenten gegenüber US-GAAP-Anwendern hergestellt.

Anpassung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

In den IFRS gibt es weder spezielle Vorschriften für die Gliederung des Eigenkapitals noch eine eindeutige Bestimmung für die Zuordnung bestimmter Sachverhalte. Zu diesen Sachverhalten zählen die Berücksichtigung von Transaktionskosten im Rahmen von Kapitalmaßnahmen, die Bilanzierung aktienbasierter Vergütungstransaktionen mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente sowie Entnahmen aus den Kapitalrücklagen zum Ausgleich des Jahresfehlbetrags im Einzelabschluss der Commerzbank Aktiengesellschaft nach den deutschen Rechnungslegungsvorschriften.

Für die Gliederung des Eigenkapitals im Commerzbank-Konzern haben wir eine in unserem Rechtskreis übliche Gliederung gewählt. Für die Kapitalbestandteile mit gesellschaftsrechtlicher Haftungsfunktion (Gezeichnetes Kapital und Kapitalrücklage) verwenden wir im Konzern nun analog zum Einzelabschluss nach HGB die Definition gemäß § 272 Abs. 1 und 2 HGB. Die Transaktionskosten im Zusammenhang mit Kapitalmaßnahmen, die gemäß IAS 32.35 als Abzug vom Eigenkapital zu bilanzieren sind, kürzen wir daher seit dem 1. Januar 2013 von den Gewinnrücklagen statt wie bisher von der Kapitalrücklage.

Gemäß IFRS 2.10 sind die beizulegenden Zeitwerte von aktienbasierten Vergütungstransaktionen mit Ausgleich in Eigenkapitalinstrumenten ab dem Zusagezeitpunkt im Eigenkapital zu berücksichtigen. Auch diese Instrumente bilanzieren wir seit dem 1. Januar 2013 in den Gewinnrücklagen statt wie bisher in der Kapitalrücklage. Die Berücksichtigung im Gezeichneten Kapital und in der Kapitalrücklage erfolgt erst, wie auch nach HGB, mit der endgültigen Inanspruchnahme durch die Berechtigten.

Sofern nach den deutschen Rechnungslegungsvorschriften ein Jahresfehlbetrag entstanden ist und dieser teilweise oder in voller Höhe aus der Kapitalrücklage entnommen wird, erfolgt eine Entnahme des entsprechenden Betrags auch aus der Kapitalrücklage im Konzernabschluss (IFRS) und eine spiegelbildliche Zuführung in die Gewinnrücklagen des Konzerns.

Damit stehen Gezeichnetes Kapital und Kapitalrücklage im Einklang mit der Definition des deutschen Aktien- und Handelsgesetzes und erhöhen die Transparenz.

Die Vorjahreswerte haben wir in der Bilanz und der Eigenkapitalveränderungsrechnung entsprechend angepasst. Die Umgliederung von der Kapitalrücklage in die Gewinnrücklagen belief sich zum 1. Januar 2012 auf 2.926 Mio. Euro und zum 1. Januar 2013 auf 2.951 Mio. Euro. Durch die Anpassungen ergaben sich für die Geschäftsjahre 2011 und 2012 jedoch keine Auswirkungen auf das Konzernergebnis und auf das Ergebnis je Aktie.

Im Geschäftsjahr 2013 haben wir die Bildung von Counterparty Default Adjustments (CDA), die den erwarteten Verlust aus einem möglichen Ausfall des Kontrahenten insbesondere bei OTC-Derivaten berücksichtigen, verfeinert. Seit dem 1. Januar 2013 wird das Ausfallrisiko der Kontrahenten durch Bildung von Credit Valuation Adjustments (CVA) für positive Derivatepositionen beziehungsweise Debit Value Adjustments (DVA) für negative Derivatepositionen berücksichtigt. Aus dieser Umstellung resultierte im laufenden Geschäftsjahr ein Ertrag von 41 Mio. Euro im Handelsergebnis.

IAS 1.82 fordert den gesonderten Ausweis von Finanzierungsaufwendungen. Bis zum 31. Dezember 2012 haben wir diese Aufwendungen im Zinsüberschuss beziehungsweise im Handelsergebnis als Zinsaufwendungen erfasst. Mittlerweile werden Zinsen aus Handelsaktivitäten aber marktüblich als Bestandteil des Zinsüberschusses gezeigt. Um Zinseffekte im Commerzbank-Konzern einheitlich darzustellen, haben wir uns daher entschieden, sowohl Zinsen des Bankbuchs wie auch des Handelsbuchs ab dem 1. Januar 2013 im Zinsüberschuss auszuweisen.

Dabei werden nur solche laufenden Erträge und Aufwendungen aus Handelsgeschäften den Zinserträgen und -aufwendungen zugeordnet, die zweifelsfrei Zinscharakter haben und nicht in das Bewertungsergebnis des Instrumentes eingehen. Dies betrifft auch Zinseffekte aus dem Kauf oder Verkauf von Finanzinstrumenten der Handelsgeschäfte, die im weiteren Sinne in Zusammenhang mit der Kapitalüberlassung stehen.

Um im Handelsergebnis nur noch Bewertungs- und Realisierungsergebnisse aus Handelsgeschäften auszuweisen, haben wir ebenfalls beschlossen, auch im Handelsergebnis erfasste Provisionserträge aus dem Syndizierungsgeschäft in den Provisionsüberschuss umzugliedern.

Für das erste Quartal 2012 beliefen sich die Umgliederungen von 293 Mio. Euro aus dem Handelsergebnis in den Zinsüberschuss auf 272 Mio. Euro (Saldo aus 452 Mio. Euro Zinserträgen und 180 Mio. Euro Zinsaufwendungen) und in den Provisionsüberschuss auf 21 Mio. Euro. Durch die Anpassungen ergaben sich jedoch keine Auswirkungen auf das Konzernergebnis, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung und das Ergebnis je Aktie.

Für die einheitliche Darstellung von Zinserträgen und -aufwendungen haben wir daneben entschieden, auch die Zinskomponenten des IAS 19 (Nettozins) ab dem 1. Januar 2013 im Zinsüberschuss statt wie bisher in den Verwaltungsaufwendungen auszuweisen. Die Umgliederung für das erste Quartal 2012 betrug 2 Mio. Euro und erhöhte die Zinsaufwendungen. Die Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich entsprechend. Durch die Anpassungen ergaben sich jedoch keine Auswirkungen auf das Konzernergebnis, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung und das Ergebnis je Aktie.

Darüber hinaus weisen wir seit dem 1. Januar 2013 alle Effekte aus der Dedesignation des Hedge Accountings in den sonstigen Zinsaufwendungen aus. Das betrifft zum einen die Amortisationen der Effekte aus Grundgeschäften und die Auflösung von Sicherungsgeschäften aus beendetem Fair Value Hedge Accounting. Zum anderen werden auch die Rücklage aus Cash Flow Hedges und die zugehörigen Sicherungsinstrumente aus dem im Geschäftsjahr 2009 beendeten Cash Flow Hedge Accounting verrechnet. Die Effekte aus beendetem Hedge Accounting werden je nach Saldo in den sonstigen Zinserträgen oder in den sonstigen Zinsaufwendungen erfasst. Für das erste Quartal 2012 betrug der Saldo in den Sonstigen Zinsaufwendungen insgesamt 5 Mio. Euro. Bislang wurden davon 89 Mio. Euro als Zinserträge der Kategorie Kredite und Forderungen und 68 Mio. Euro als sonstige Zinsaufwendungen ausgewiesen. Weitere –26 Mio. Euro wurden mit Zinserträgen aus zur Veräußerung verfügbaren Finanzinstrumenten verrechnet. Durch diese Anpassungen ergaben sich jedoch keine Auswirkungen auf das Konzernergebnis, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung und das Ergebnis je Aktie.

Des Weiteren bilanzieren wir seit dem 1. Januar 2013 Provisionserträge aus Electronic Banking in den Provisionen für Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft statt wie bisher in den übrigen Provisionen. Die Umgliederung für das erste Quartal 2012 betrug 16 Mio. Euro. Zudem weisen wir Provisionen aus Syndizierungen und ähnlichen Transaktionen seit dem 1. Januar 2013 konzerneinheitlich im Provisionsergebnis aus Syndizierungen aus. Die Umgliederung aus den Vermittlungsprovisionen für das erste Quartal 2012 belief sich auf 9 Mio. Euro. Durch diese Anpassungen ergaben sich jedoch keine Auswirkungen auf das Konzernergebnis, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung und das Ergebnis je Aktie.

In nachfolgender Tabelle stellen wir die wesentlichen Anpassungen für das Gesamtjahr 2012 (aufgeteilt auf die Quartale 2012) einschließlich der Effekte aus der Anwendung des geänderten IAS 19 auf die Gewinn- und-Verlust-Rechnung dar:

	Veröffent- lichter Konzern- abschluss	Anpassung				Ange- passter Konzern- abschluss	
	1.1.-31.12.2012	1.1.-31.3.2012	1.4.-30.6.2012	1.7.-30.9.2012	1.10.-31.12.2012	1.1.-31.12.2012	1.1.-31.12.2012
				Mio. €			
Zinsüberschuss	5.539	265	451	-98	330	948	6.487
Zinserträge	14.559	389	711	174	547	1.821	16.380
Zinsaufwendungen	9.020	124	260	272	217	873	9.893
Provisionsüberschuss ¹	3.191	21	12	12	13	58	3.249
Handelsergebnis	1.113	-293	-471	78	-346	-1.032	81
Verwaltungsaufwendungen ..	7.025	1	1	—	2	4	7.029
Ergebnis vor Steuern	905	-8	-9	-8	-5	-30	875
Steuern vom Einkommen und Ertrag	796	6	-4	3	5	10	806
Konzernergebnis	109	-14	-5	-11	-10	-40	69
den Commerzbank- Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	6	-14	-5	-11	-10	-40	-34

¹ Betrifft nur Provisionserträge.

Die Vorjahreswerte für die vorstehend genannten Anpassungen im Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und in den Verwaltungsaufwendungen haben wir in der Gewinn- und-Verlust-Rechnung, den betroffenen Notes und der Segmentberichterstattung angepasst.

Konsolidierungskreis

Folgende Gesellschaften wurden bis zum 31. März 2013 neu in den Konsolidierungskreis einbezogen:

Gesellschaften	Kapitalanteil und	Anschaffungs-	Vermögenswerte	Schulden
	Stimmrechte	kosten		
	%	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Aspiro S.A., Lodz, Polen	69,7	12,4	37,2	5,0
BRE Centrum Operacji Sp. z o.o., Aleksandrów Łódzki, Polen	69,7	7,5	13,9	3,1
BRE Wealth Management S.A., Warschau, Polen	69,7	2,9	6,8	0,8
ComStage ETF S&P SMIT 40 Index TRN, Luxemburg	77,6	0,0	30,3	30,3
Dr. Gubelt Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Alpha Objekt Hauptverwaltung Frankfurt KG, Düsseldorf1	0,0	0,0	218,9	218,9
Dr. Gubelt Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Beta Objekt Hauptverwaltung Frankfurt KG, Düsseldorf1	0,0	0,0	219,0	219,0
Dr. Gubelt Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Frankfurt Neue Mainzer Straße KG, Düsseldorf1	0,0	0,0	113,9	191,0
Dr. Gubelt Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Halle am Markt KG, Düsseldorf1	0,0	0,0	7,5	10,9
Dr. Gubelt Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Erfurt KG, Düsseldorf1	0,0	0,0	20,1	22,8
Dr. Gubelt Grundstücks- Vermietungsges. mbH & Co. Objekt Schwabing KG, Düsseldorf1	0,0	0,0	37,3	39,4
Dr. Gubelt Grundstücks- Vermietungsges. mbH & Co. Objekt Essen, Linden KG, Düsseldorf1	0,0	0,0	11,6	17,6
Garbary Sp. z o.o., Poznan, Polen	69,7	13,6	11,1	2,1
GRAMOLINDA Vermietungsgesellschaft mbH, Grünwald1	50,0	0,0	0,0	0,0
GRAMOLINDA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Frankfurt KG, Grünwald1,2	97,0	0,0	80,3	80,4
MOLARIS Verwaltungs- und Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf1	0,0	0,0	12,6	12,4
Number X Bologna S.r.l., Mailand, Italien	100,0	7,5	11,3	4,3
SME Commerz SCB GmbH, Frankfurt am Main	100,0	0,0	605,4	605,2

¹ Aus der Erstanwendung IFRS 10.

² Abweichende Stimmrechte 70,0%.

Bei den in der Übersicht aufgeführten Gesellschaften handelt es sich, neben der Konsolidierung aufgrund der Erstanwendung des IFRS 10, um Neugründungen oder Zukäufe unter anderem im Rahmen strukturierter Finanzierungen.

Aus den Erstkonsolidierungen resultierten keine als Geschäfts- oder Firmenwerte zu aktivierenden Unterschiedsbeträge.

Die nachstehenden Gesellschaften wurden liquidiert, haben unsere Wesentlichkeitsgrenze für die Konsolidierung dauerhaft unterschritten oder werden aufgrund der Erstanwendung des IFRS 10 nicht mehr konsolidiert:

- Asset Securitisation Programme for Insured Receivables Ltd. (ASPIRE), Dublin, Irland¹
- Classic I (Netherlands) BV 2008– 1, Amsterdam, Niederlande
- EH MoLu IV, LLC, Dover, Delaware, USA²
- FAF Inc., George Town, Grand Cayman¹
- Idilias SPC Inc., George Town, Grand Cayman¹
- Loxodrome Inc., George Town, Grand Cayman¹
- MORE Global Inc., George Town, Grand Cayman¹
- Semper Finance 2006–1 Ltd., St. Helier, Jersey¹
- Semper Finance 2007–1 GmbH, Frankfurt am Main¹
- Steel Finance Inc., George Town, Grand Cayman¹
- Truckman Inc, George Town, Grand Cayman¹

Aus dem Kreis der at-Equity-bewerteten Unternehmen ist die Gesellschaft Captain Holdings S.à.r.l., Luxemburg, ausgeschieden. Darüber hinaus gab es keine Veränderungen.

Die Gesellschaften

- CG New Venture 2 Verwaltungsgesellschaft mbH, Wiesbaden und
- GO German Office GmbH, Wiesbaden³,

werden gemäß IFRS 5 als zur Veräußerung gehalten ausgewiesen, da eine Verkaufsabsicht besteht und sie mit hoher Wahrscheinlichkeit innerhalb eines Jahres veräußert werden.

In den Segmenten Non-Core Assets und Privatkunden werden zudem Forderungen und Fondsanteile und im Segment Sonstige und Konsolidierung ein Bürokomplex zur Veräußerung gehalten.

Bis zur endgültigen Übertragung der Anteile bewerten wir die zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen sowie Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen in Übereinstimmung mit IFRS 5 und weisen diese in den entsprechenden Bilanzposten und in der Eigenkapitalveränderungsrechnung separat aus.

¹ Entkonsolidierung aufgrund der Erstanwendung IFRS 10.

² Unterschreitung der Wesentlichkeitsgrenzen.

³ Die Gesellschaft CG New Venture 4 GmbH & Co. KG, Wiesbaden, wurde auf die Gesellschaft GO German Office GmbH, Wiesbaden verschmolzen.

Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

(1) Zinsüberschuss

	<u>1.1.-31.3.2013</u>	<u>1.1.-31.3.2012¹</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Zinserträge	3.292	4.403	- 25,2
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus dem Wertpapierbestand (zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte)	255	261	- 2,3
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus dem Wertpapierbestand (Kredite und Forderungen)	2.689	3.537	- 24,0
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus dem Wertpapierbestand (aus der Anwendung der Fair Value Option)	67	208	- 67,8
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus dem Wertpapierbestand (zu Handelszwecken gehalten)	120	23	.
Vorfälligkeitsentschädigungen	33	26	26,9
Gewinne aus der Veräußerung von Forderungen und Krediten sowie aus dem Rückkauf von Verbindlichkeiten	70	59	18,6
Dividenden aus Wertpapieren	9	18	- 50,0
Laufendes Ergebnis aus Beteiligungen und nicht konsolidierten Tochterunternehmen	8	3	.
Laufende Erträge aus zur Veräußerung und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	16	20	- 20,0
Sonstige Zinserträge	25	248	- 89,9
Zinsaufwendungen	1.936	2.709	- 28,5
Zinsaufwendungen für Nachrang- und Hybridkapital sowie Verbriefte und sonstige Verbindlichkeiten ...	1.763	2.462	- 28,4
Zinsaufwendungen aus der Anwendung der Fair Value Option	100	176	- 43,2
Zinsaufwendungen für zu Handelszwecken gehaltene verbriefte Verbindlichkeiten	26	27	- 3,7
Verluste aus der Veräußerung von Forderungen und Krediten sowie aus dem Rückkauf von Verbindlichkeiten	15	17	- 11,8
Laufende Aufwendungen aus zur Veräußerung und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	14	12	16,7
Sonstige Zinsaufwendungen	18	15	20,0
Gesamt	<u>1.356</u>	<u>1.694</u>	<u>- 20,0</u>

¹ Anpassung Vorjahr (siehe Seite 65 ff.). Vor Anpassung betragen die Zinserträge 4.014 Mio. Euro, die Zinsaufwendungen 2.585 Mio. Euro und der Zinsüberschuss 1.429 Mio. Euro.

Der sogenannte Unwinding-Effekt belief sich vom 1. Januar bis 31. März 2013 auf 37 Mio. Euro (Vorjahr: 50 Mio. Euro).

Die sonstigen Zinsaufwendungen enthalten unter anderem die Nettozinsaufwendungen für Pensionen. Die saldierten Zinsen aus Derivaten (Bank- und Handelsbuch) werden je nach Saldo in den sonstigen Zinserträgen oder in den sonstigen Zinsaufwendungen erfasst.

(2) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge stellte sich in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns wie folgt dar:

	<u>1.1.-31.3.2013</u>	<u>1.1.-31.3.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Zuführung zur Risikovorsorge ¹	-871	-855	1,9
Auflösung von Risikovorsorge ¹	617	658	-6,2
Saldo Direktabschreibungen, Zuschreibungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	-13	-15	-13,3
Gesamt	<u>-267</u>	<u>-212</u>	<u>25,9</u>

¹ Bruttodarstellung (unter anderem werden Wanderungen zwischen einzelnen Risikovorsorgearten nicht saldiert).

(3) Provisionsüberschuss

	<u>1.1.-31.3.2013</u>	<u>1.1.-31.3.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Wertpapiergeschäft	260	228	14,0
Vermögensverwaltung	48	40	20,0
Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft ¹	308	328	-6,1
Immobilienkreditgeschäft	21	36	-41,7
Bürgschaften	47	44	6,8
Ergebnis aus Syndizierungen ¹	68	73	-6,8
Vermittlungsgeschäft ¹	44	58	-24,1
Treuhandgeschäfte	1	1	0,0
Übrige ¹	50	56	-10,7
Gesamt²	<u>847</u>	<u>864</u>	<u>-2,0</u>

¹ Anpassung Vorjahr (siehe Seite 65 ff.). Vor Anpassung betragen die Provisionserträge 963 Mio. Euro und der Provisionsüberschuss 843 Mio. Euro.

² Davon Provisionsaufwendungen: 137 Mio. Euro (Vorjahr: 120 Mio. Euro).

(4) Handelsergebnis

Das Handelsergebnis haben wir in zwei Komponenten aufgeteilt:

- Ergebnis aus dem Handel (dazu gehören der Handel mit Wertpapieren, Schuldscheindarlehen, Edelmetallen und derivativen Instrumenten sowie das Ergebnis aus der Bewertung derivativer Finanzinstrumente, die sich nicht für das Hedge Accounting qualifizieren),
- Ergebnis aus der Anwendung der Fair Value Option (einschließlich Wertänderungen der dazugehörigen Derivate).

Alle Finanzinstrumente des Handelsbestands werden mit dem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet. Für die Bewertung kommen sowohl Börsenkurse als auch interne Preismodelle (insbesondere Barwert- und Optionspreismodelle) zum Einsatz. Die Bewertung von Zins- und Zinswährungsderivaten erfolgt unter Berücksichtigung der jeweiligen Fixing-Frequenz für variable Zahlungen.

	<u>1.1.-31.3.2013</u>	<u>1.1.-31.3.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Ergebnis aus dem Handel ^{1,2}	247	262	-5,7
Ergebnis aus der Anwendung der Fair Value Option ...	29	-91	.
Gesamt	<u>276</u>	<u>171</u>	<u>61,4</u>

¹ Einschließlich Ergebnis aus der Bewertung derivativer Finanzinstrumente.

² Anpassung Vorjahr (siehe Seite 65 ff.). Vor Anpassung betragen das Ergebnis aus dem Handel 555 Mio. Euro und das gesamte Handelsergebnis 464 Mio. Euro.

(5) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen weisen wir Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren der Kategorien Kredite und Forderungen sowie zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte, aus Beteiligungen sowie aus Anteilen an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Tochterunternehmen aus.

	<u>1.1.-31.3.2013</u>	<u>1.1.-31.3.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Ergebnis aus zinstragendem Geschäft	- 6	- 160	- 96,3
der Kategorie zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte	- 4	15	.
Veräußerungsgewinne (einschließlich Umbuchung aus der Neubewertungsrücklage) ¹	30	94	- 68,1
Veräußerungsverluste (einschließlich Umbuchung aus der Neubewertungsrücklage) ¹	- 26	- 81	- 67,9
Bewertungsergebnis ¹	- 8	2	.
der Kategorie Kredite und Forderungen	- 2	- 175	- 98,9
Veräußerungsgewinne	1	12	- 91,7
Veräußerungsverluste	- 3	- 185	- 98,4
Bewertungsergebnis ²	-	- 2	- 100,0
Ergebnis aus Eigenkapitalinstrumenten	-	- 16	- 100,0
der Kategorie zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte	7	6	16,7
Veräußerungsgewinne (einschließlich Umbuchung aus der Neubewertungsrücklage) ¹	7	6	16,7
Veräußerungsverluste (einschließlich Umbuchung aus der Neubewertungsrücklage) ¹	-	-	.
der Kategorie zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte, die zu Anschaffungskosten bewertet wurden	17	-	.
Bewertungsergebnis ¹	- 1	-	.
Veräußerungs- und Bewertungsergebnis aus at- Equity- bewerteten Unternehmen	- 23	- 22	4,5
Gesamt	- 6	- 176	- 96,6

¹ Hierin sind Umbuchungen aus im Geschäftsjahr 2013 entstandener Neubewertungsrücklage saldiert in Höhe von - 6 Mio. Euro (Vorjahr: 53 Mio. Euro) enthalten.

² Hierin sind Auflösungen von Portfoliowertberichtigungen von 2 Mio. Euro (Vorjahr: Zuführung 2 Mio. Euro) für umkategorisierte Wertpapiere enthalten.

(6) Sonstiges Ergebnis

	<u>1.1.-31.3.2013</u>	<u>1.1.-31.3.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Wesentliche sonstige Aufwendungen	158	104	51,9
Aufwendungen aus Operating-Leasing-Verträgen ...	33	43	- 23,3
Zuführungen zu Rückstellungen	125	61	.
Wesentliche sonstige Erträge	69	110	- 37,3
Erträge aus Operating-Leasing-Verträgen	40	65	- 38,5
Auflösungen von Rückstellungen	29	45	- 35,6
Übrige sonstige Erträge und Aufwendungen (saldiert)	27	15	80,0
Gesamt	- 62	21	.

Von dem Anstieg der Zuführungen zu Rückstellungen im ersten Quartal 2013 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entfiel der Großteil auf Änderungen unserer Verlusteinschätzung im Zusammenhang mit Prozessrisiken.

(7) Verwaltungsaufwendungen

	<u>1.1.-31.3.2013</u>	<u>1.1.-31.3.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Personalaufwendungen ¹	1.022	1.046	-2,3
Sachaufwendungen	611	646	-5,4
Abschreibungen auf Sachanlagen und sonstige immaterielle Anlagewerte	91	98	-7,1
Gesamt	1.724	1.790	-3,7

¹ Anpassung Vorjahr (siehe Seite 65 ff.). Vor Anpassung betragen die Personalaufwendungen 1.045 Mio. Euro und die gesamten Verwaltungsaufwendungen 1.789 Mio. Euro.

(8) Restrukturierungsaufwendungen

	<u>1.1.-31.3.2013</u>	<u>1.1.-31.3.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Aufwendungen für eingeleitete Restrukturierungsmaßnahmen	493	34	.
Gesamt	493	34	.

Die Restrukturierungsaufwendungen in den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres 2013 entstanden aufgrund der neuen Strategie der Commerzbank und der damit verbundenen geplanten Anpassung der Personalkapazitäten. Die Aufwendungen im Vorjahr resultierten aus der Neuausrichtung des Konzerns im Zusammenhang mit der Abwicklungsaufgabe der Europäischen Kommission für die Hypothekenbank Frankfurt (vormals Eurohypo).

(9) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Zum 31. März 2013 belief sich der Konzernsteueraufwand auf 45 Mio. Euro. Unter Berücksichtigung des Ergebnisses vor Steuern von -24 Mio. Euro ergab sich eine Konzernsteuerquote von -187,5 % (Konzernertragsteuersatz: 31,23 %). Die Steueraufwendungen des ersten Quartals 2013 resultierten im Wesentlichen aus laufenden Steueraufwendungen der BRE Bank und der Commerzbank Aktiengesellschaft in Luxemburg.

(10) Segmentberichterstattung

In der Segmentberichterstattung spiegeln sich die Resultate der im Commerzbank-Konzern eingebundenen operativen Geschäftssegmente wider. Als Grundlage für die nachfolgenden Segmentinformationen dient IFRS 8 Operating Segments, der dem sogenannten Managementansatz folgt: Die Segmentinformationen werden auf Basis des internen Berichtswesens bestimmt, das dem Chief Operating Decision Maker dazu dient, die Leistung der Segmente zu beurteilen und Entscheidungen über die Allokation von Ressourcen auf die Segmente zu treffen. Im Commerzbank-Konzern übt die Funktion des Chief Operating Decision Makers der Vorstand aus.

In unserer Segmentberichterstattung berichten wir über fünf berichtspflichtige Segmente sowie über den Bereich Sonstige und Konsolidierung. Die per 1. Juli 2012 eingestellte Portfolio Restructuring Unit (PRU) wird mit ihrem Vorjahresergebnis separat ausgewiesen. Dieses Vorgehen folgt der Organisationsstruktur des Commerzbank-Konzerns und ist Grundlage der internen Managementberichterstattung. Die Aufteilung der Geschäftssegmente orientiert sich an der Unterschiedlichkeit der Produkte und Dienstleistungen beziehungsweise an den Kundenzielgruppen. In 2013 wurde die Segmentierung der Aktiva weiter verfeinert. Geringfügige Anpassungen der Geschäftsmodelle der Segmente führten zu kleinen Änderungen der Geschäftsverantwortlichkeiten. Die Vergleichswerte des Vorjahres wurden jeweils entsprechend angepasst. In 2013 wurden im Commerzbank-Konzern verschiedene neue IFRS-Anforderungen umgesetzt (siehe Seite 65 ff.), deren Wirkungen sich auch in der Segmentberichterstattung widerspiegeln.

- Das Segment Privatkunden umfasst die Aktivitäten der Konzernbereiche Private Kunden, Direct Banking sowie Commerz Real. Im Konzernbereich Private Kunden ist das klassische Filialgeschäft mit Privat-, Private-Banking- und Geschäftskunden gebündelt. Basierend auf einer flächendeckenden Filialpräsenz vor Ort umfasst das Leistungsspektrum ein Vollbankangebot aus Kredit-, Einlagen-, Wertpapier-, Zahlungsverkehrs- sowie Vorsorgeprodukten. Im Wealth Management werden vermögende Kunden im In- und Ausland betreut, ebenso ist hier die Vermögensverwaltung angesiedelt. Angebote wie Wertpapiermanagement/Vermögensverwaltung, Kreditmanagement und Finanzierungen sowie Immobilienmanagement stehen im Vordergrund. Hinzu kommen die Betreuung in Stiftungs- und Nachlassangelegenheiten sowie die Beratung bei unternehmerischen Beteiligungen. Dem Konzernbereich ist ferner die Commerz Directservice GmbH zugeordnet, die Callcenterleistungen für Commerzbank-Kunden erbringt. Das Joint Venture Commerz Finanz (insbesondere Vertrieb von

Ratenkredit) wird aus dem Konzernbereich Private Kunden heraus zentral gesteuert und auch ergebnismäßig dort abgebildet. Seit dem 1. Juli 2012 zählt das Teilportfolio „Private Immobilien“ des Privatkunden-Portfolios der Hypothekbank Frankfurt Aktiengesellschaft (ehemals Eurohypo Aktiengesellschaft) zum Konzernbereich Private Kunden. Der Konzernbereich Direct Banking umfasst die Aktivitäten der comdirect-Gruppe. Das dort konzentrierte B2B- (ebase) beziehungsweise B2C-Business (comdirect) ist charakterisiert durch standardisierte, primär über das Internet verfügbare Beratungs- und Serviceangebote für die Kunden. Commerz Real ist seit Juli 2012 als Konzernbereich in das Segment Privatkunden integriert (mit Ausnahme des Leistungsbereichs Warehouse). Die Produktpalette umfasst offene Immobilienfonds (hausinvest), unternehmerische Beteiligungen (geschlossene Fonds) in Immobilien, Flugzeugen, Schiffen und regenerativen Energien, institutionelle Anlageprodukte und Structured Investments sowie Mobilienleasing.

- Das Segment Mittelstandsbank gliedert sich in die drei Konzernbereiche Mittelstand Inland, Großkunden & International und Financial Institutions. Im Konzernbereich Mittelstand Inland ist das Geschäft mit mittelständischen Kunden, dem öffentlichen Sektor und institutionellen Kunden gebündelt. Unser umfassendes Leistungsangebot beinhaltet den Zahlungsverkehr sowie Cash-Management-Lösungen, flexible Finanzierungslösungen, Produkte zum Zins- und Währungsmanagement, professionelle Anlageberatung sowie innovative Investmentbanking-Lösungen. Im Konzernbereich Großkunden & International konzentrieren wir uns auf die Betreuung von Firmenkundenzentren mit einem Umsatzvolumen von mehr als 500 Mio. Euro (sofern sie nicht als Multinational Corporate im Rahmen des Client-Relationship-Managements im Segment Corporates & Markets betreut werden). Kleinere Konzerne mit hoher Kapitalmarktaffinität sowie solche mit wesentlichen ausländischen Aktivitäten werden hier ebenfalls betreut. Für unsere Kunden sind wir durch unsere ausländischen Niederlassungen der strategische Partner – sowohl für internationale Aktivitäten deutscher Firmenkunden als auch für internationale Unternehmen mit Geschäftsaktivitäten in unserem deutschen Heimatmarkt. Des Weiteren ist das Kompetenzzentrum für Kunden aus dem Sektor Erneuerbare Energien in diesem Konzernbereich angesiedelt. Der Konzernbereich Financial Institutions verantwortet die Beziehung zu in- und ausländischen Banken und Finanzinstituten sowie Zentralbanken. Der strategische Schwerpunkt liegt dabei auf der bevorzugten Einschaltung der Commerzbank in die finanzielle Abwicklung des Außenhandels. Durch ein weltweites Korrespondenzbankennetzwerk sowie Geschäftsverbindungen mit Schwellenländern fördert Financial Institutions die Finanzierung und Abwicklung der weltweiten Außenhandelsaktivitäten aller Kunden des Commerzbank-Konzerns und unterstützt damit auch andere Konzernbereiche in deren internationalen Strategien.
- Das Segment Central & Eastern Europe umfasst im Berichtsjahr die Aktivitäten im Universalbankgeschäft und im Direct Banking in dieser Region. Hierzu gehört insbesondere die polnische Tochter BRE Bank. Diese bietet einerseits Bankprodukte für Firmenkunden und andererseits unter den Marken mBank und MultiBank Finanzdienstleistungen für Privatkunden in Polen, in Tschechien und in der Slowakei. Zum Segment CEE gehört zudem noch eine Beteiligung an einer Mikrofinanzbank, deren Veräußerung noch nicht erfolgt ist.
- Corporates & Markets umfasst vier wesentliche Säulen: Equity Markets & Commodities beinhaltet den Handel und den Vertrieb von aktien- und rohstoffbezogenen Finanzprodukten. Fixed Income & Currencies umfasst die Handels- und Vertriebsaktivitäten von Zins-, Kredit- und Währungsinstrumenten. Corporate Finance erstreckt sich auf Arrangierungs- und Beratungsleistungen mit Blick auf Eigenkapital-, Hybridkapital- und Fremdkapitalinstrumente, Verbriefungslösungen sowie Fusionen und Übernahmen. Das Credit-Portfolio-Management verantwortet die global einheitliche Steuerung und das aktive Management des Kreditrisikos für Corporates & Markets. Hier werden auch die aus der Portfolio Restructuring Unit übertragenen Bestände wertschonend abgebaut. Zusätzlich gehört das Client-Relationship-Management zu Corporates & Markets, dessen Aufgabe in der Betreuung deutscher multinationaler Industrieunternehmen, deutscher und internationaler Versicherungsunternehmen, Finanzinvestoren (Private-Equity-Investoren), Sovereign Wealth Funds und Kunden der öffentlichen Hand besteht.
- Das Abbausegment Non-Core Assets (NCA) wurde zum 1. Juli 2012 neu gebildet. Im Segment NCA werden die Ergebnisse aus den Konzernbereichen Commercial Real Estate (CRE) Inland, Commercial Real Estate (CRE) Ausland, Public Finance (inklusive Private Finance Initiatives, die zum 1. Juli 2012 aus der PRU übertragen wurden) sowie dem Konzernbereich Deutsche Schiffsbank (DSB) zusammengefasst. Dabei liegen CRE Inland, CRE Ausland sowie Public Finance nahezu vollständig bei der Commerzbank-Tochter Hypothekbank Frankfurt Aktiengesellschaft. Der Bereich DSB umfasst die Schiffsfinanzierungen der Commerzbank-Gruppe. Darin enthalten sind auch sämtliche Ship-Finance-Aktivitäten der ehemaligen Deutschen Schiffsbank Aktiengesellschaft sowie die Warehouse-Assets der Commerz Real Aktiengesellschaft.
- Das Segment Portfolio Restructuring Unit wurde zum 1. Juli 2012 aufgelöst. Die verbleibenden Bestände wurden in das Segment Corporates & Markets beziehungsweise in das Segment Non-Core

Assets (NCA) übertragen. Das Segment Portfolio Restructuring Unit war verantwortlich für die Rückführung von Aktiva, die im Zusammenhang mit den im Jahr 2009 eingestellten Eigenhandels- und Investmentaktivitäten standen und nicht mehr in die kundenorientierte Strategie der Commerzbank passten. Die Zielsetzung des Segments bestand in der kapitaloptimierenden Rückführung des Portfolios. Die Positionen, die durch dieses Segment verwaltet wurden, beinhalteten zu Beginn nicht staatlich gesicherte Asset-backed Securities (ABS), weitere strukturierte Kreditprodukte, Eigenhandelspositionen in Firmen- und Finanzanleihen sowie exotische Kreditderivate. Diese Positionen wurden primär aus den Segmenten Corporates & Markets sowie ehemals Commercial Real Estate auf die Portfolio Restructuring Unit übertragen.

- Im Bereich Sonstige und Konsolidierung werden Erträge und Aufwendungen eingestellt, die nicht in die Verantwortungsbereiche der operativen Geschäftssegmente fallen. Unter Sonstige werden unter anderem Beteiligungen, die nicht den operativen Segmenten zugeordnet sind und die Group Treasury ausgewiesen. Ferner sind hier die Kosten der Serviceeinheiten abgebildet, die – mit Ausnahme der Integrations- und Restrukturierungskosten – vollständig auf die Segmente verrechnet werden. Die Restrukturierungsaufwendungen für die Umsetzung der strategischen Agenda bis 2016 werden unter Sonstige berichtet. Unter Konsolidierung fallen Aufwendungen und Erträge, die von den in der Segmentberichterstattung dargestellten Ergebnisgrößen der internen Managementberichterstattung auf den Konzernabschluss nach IFRS überleiten. Ferner sind hier die Kosten der Konzernsteuerungseinheiten abgebildet, die – mit Ausnahme der Integrations- und Restrukturierungskosten – ebenfalls vollständig auf die Segmente verrechnet werden.

Der Erfolg jedes einzelnen Segments wird anhand des Operativen Ergebnisses und des Ergebnisses vor Steuern sowie der Kennziffern Eigenkapitalrendite und Aufwandsquote gemessen. Das Operative Ergebnis ist definiert als die Summe aus Zinsüberschuss nach Risikovorsorge, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis einschließlich Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus Finanzanlagen, Laufendem Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen und Sonstigem Ergebnis abzüglich der Verwaltungsaufwendungen. Durch den Ausweis von Vorsteuerergebnissen sind sowohl im Ergebnis als auch im durchschnittlich gebundenen Eigenkapital die Anteile Dritter enthalten. Alle Erträge, für die ein Segment verantwortlich ist, sind somit im Ergebnis vor Steuern berücksichtigt.

Die Eigenkapitalrendite errechnet sich aus dem Verhältnis des Ergebnisses (operativ und vor Steuern) zum durchschnittlich gebundenen Eigenkapital. Sie gibt an, wie sich das im Segment eingesetzte Kapital verzinst. Die Aufwandsquote im operativen Geschäft spiegelt die Kosteneffizienz der Segmente wider; sie errechnet sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwendungen zu Erträgen vor Risikovorsorge.

Erträge und Aufwendungen werden verursachungsgerecht zu Marktpreisen und im Zinsbereich nach der Marktzinsmethode bei den Segmenten ausgewiesen. Im Zinsüberschuss werden die tatsächlichen Refinanzierungsaufwendungen für die den jeweiligen Segmenten zugeordneten geschäftsspezifischen Beteiligungen gezeigt. Der im Konzern erwirtschaftete Anlagenutzen aus dem Eigenkapital wird im Verhältnis des durchschnittlich gebundenen Eigenkapitals dem Zinsüberschuss der jeweiligen Segmente zugeordnet. Der Zinssatz entspricht dem Zinssatz einer risikofreien Anlage auf dem langfristigen Kapitalmarkt. Die Ermittlung des durchschnittlich gebundenen Eigenkapitals erfolgte nach Basel-II-Systematik auf Basis der ermittelten durchschnittlichen Risikoaktiva und der Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen (Risikoaktiva-Äquivalente). Auf Konzernebene wird das Investorenkapital gezeigt, das der Berechnung der Eigenkapitalrendite dient. Die für die Segmentberichterstattung unterstellte Kapitalunterlegung der Risikoaktiva beträgt 9 %. Die durch die EBA geforderte Kapitalunterlegung von Risiken aus Staatsanleihen von EU-Ländern wird im Segment NCA abgebildet.

Die Segmentberichterstattung des Commerzbank-Konzerns zeigt die Vorsteuerergebnisse der Segmente. Um den betriebswirtschaftlichen Ergebniseffekt aus spezifischen steuerlich induzierten Transaktionen des Segments Corporates & Markets in dieser Berichterstattung abzubilden, enthält der Zinsüberschuss des Segments Corporates & Markets deshalb ein dem Nachsteuerergebnis dieser Transaktionen entsprechendes Vorsteueräquivalent. Bei der Überleitung der Segmentberichterstattung auf die Zahlen der externen Rechnungslegung wird dieses Vorsteueräquivalent im Bereich Sonstige und Konsolidierung eliminiert.

Die im Operativen Ergebnis ausgewiesenen Verwaltungsaufwendungen beinhalten die Personalaufwendungen, die Sachaufwendungen sowie die Abschreibungen auf Sachanlagen und Sonstige immaterielle Anlagewerte. Restrukturierungsaufwendungen und Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen werden unterhalb des Operativen Ergebnisses im Ergebnis vor Steuern ausgewiesen. Die Zuordnung der Verwaltungsaufwendungen zu den einzelnen Segmenten erfolgt nach dem Verursachungsprinzip. Die sich aus den internen Leistungen ergebenden indirekten Aufwendungen werden dem Leistungsempfänger in Rechnung gestellt beziehungsweise führen beim Leistungserbringer zu einer entsprechenden Entlastung. Die Bewertung dieser internen Leistungsbeziehungen erfolgt zu Marktpreisen oder Vollkosten.

Die Buchwerte der at-Equity-bewerteten Unternehmen in Höhe von 738 Mio. Euro (Vorjahr: 694 Mio. Euro) verteilen sich auf die Segmente Privatkunden mit 362 Mio. Euro (Vorjahr: 285 Mio. Euro), Mittelstandsbank mit 95 Mio. Euro (Vorjahr: 94 Mio. Euro), Corporates & Markets mit 92 Mio. Euro (Vorjahr: 89 Mio. Euro), Non-Core Assets mit 105 Mio. Euro (Vorjahr: 145 Mio. Euro) sowie Sonstige und Konsolidierung mit 84 Mio. Euro (Vorjahr: 81 Mio. Euro).

Für das aufgelöste Segment Portfolio Restructuring Unit entfallen per Stichtag 31. März 2013 Bilanzwerte in Höhe von 7,2 Mrd. Euro auf Corporates & Markets sowie 917 Mio. Euro auf Non-Core Assets. Die wesentlichen Ergebnistreiber gliedern sich dabei wie folgt: Auf das Segment Corporates & Markets entfallen 48 Mio. Euro Handelsergebnis, –4,5 Mio. Euro Risikovorsorge sowie 39 Mio. Euro Ergebnis vor Steuern. Auf das Segment NCA entfallen –48 Mio. Euro Handelsergebnis und –49 Mio. Euro Ergebnis vor Steuern.

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten per 31. März 2013 sowie zu den Vergleichswerten des Vorjahres.

1.1.–31.3.2013	Privat- kunden	Mittel- stands- bank	Central & Eastern Europe	Corporates & Markets	Non- Core Assets	Sonstige und Konso- lidierung	Konzern
	Mio. €						
Zinsüberschuss	431	457	103	196	169	—	1.356
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–35	–78	–6	26	–175	1	–267
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	396	379	97	222	–6	1	1.089
Provisionsüberschuss	427	280	47	82	19	–8	847
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	1	1	23	307	–43	28	317
Ergebnis aus Finanzanlagen	5	–12	—	–6	8	–1	–6
Laufendes Ergebnis aus at-Equity- bewerteten Unternehmen	9	—	—	2	–2	–1	8
Sonstiges Ergebnis	–15	2	12	2	20	–83	–62
<i>Erträge vor Risikovorsorge</i>	<i>858</i>	<i>728</i>	<i>185</i>	<i>583</i>	<i>171</i>	<i>–65</i>	<i>2.460</i>
<i>Erträge nach Risikovorsorge</i>	<i>823</i>	<i>650</i>	<i>179</i>	<i>609</i>	<i>–4</i>	<i>–64</i>	<i>2.193</i>
Verwaltungsaufwendungen	753	325	104	338	83	121	1.724
Operatives Ergebnis	70	325	75	271	–87	–185	469
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen	—	—	—	—	—	—	—
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	—	—	493	493
Ergebnis aus dem Verkauf von Veräußerungsgruppen	—	—	—	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	70	325	75	271	–87	–678	–24
Aktiva	67.663	78.110	24.620	232.151	158.749	86.007	647.300
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital	4.002	5.829	1.717	3.254	10.058	3.814	28.674
Operative Eigenkapitalrendite¹ (%)	7,0	22,3	17,5	33,3	–3,5		6,5
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%)	87,8	44,6	56,2	58,0	48,5		70,1
Eigenkapitalrendite des Ergebnisses vor Steuern¹ (%)	7,0	22,3	17,5	33,3	–3,5		–0,3
Mitarbeiterdurchschnitt	16.846	5.417	7.727	1.871	667	17.984	50.512

¹ Auf das Jahr hochgerechnet.

1.1.-31.3.2012 ¹	Privat- kunden	Mittel- stands- bank	Central & Eastern Europe	Corporates & Markets	Non- Core Assets	Portfolio Restruc- turing Unit ²	Sonstige und Konso- lidierung	Konzern
	Mio. €							
Zinsüberschuss	471	542	124	295	185	36	41	1.694
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-8	35	-18	-27	-178	-16	—	-212
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	463	577	106	268	7	20	41	1.482
Provisionsüberschuss	416	270	50	104	30	—	-6	864
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	1	-12	34	-2	-215	138	220	164
Ergebnis aus Finanzanlagen	2	-1	1	3	-203	17	5	-176
Laufendes Ergebnis aus at-Equity- bewerteten Unternehmen	7	—	—	6	-1	—	-1	11
Sonstiges Ergebnis	8	-9	11	-8	26	1	-8	21
<i>Erträge vor Risikovorsorge</i>	<i>905</i>	<i>790</i>	<i>220</i>	<i>398</i>	<i>-178</i>	<i>192</i>	<i>251</i>	<i>2.578</i>
<i>Erträge nach Risikovorsorge</i>	<i>897</i>	<i>825</i>	<i>202</i>	<i>371</i>	<i>-356</i>	<i>176</i>	<i>251</i>	<i>2.366</i>
Verwaltungsaufwendungen	760	339	115	341	98	12	125	1.790
Operatives Ergebnis	137	486	87	30	-454	164	126	576
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen	—	—	—	—	—	—	—	—
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	—	34	—	—	34
Ergebnis aus dem Verkauf von Veräußerungsgruppen	—	—	—	—	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	137	486	87	30	-488	164	126	542
Aktiva	68.283	85.954	23.365	224.480	182.433	12.175	94.449	691.139
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital	3.976	5.974	1.893	3.244	10.226	1.704	1.236	28.253
Operative Eigenkapitalrendite³ (%)	13,8	32,5	18,4	3,7	-17,8			8,2
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%)	84,0	42,9	52,3	85,7				69,4
Eigenkapitalrendite des Ergebnisses vor Steuern³ (%)	13,8	32,5	18,4	3,7	-19,1			7,7
Mitarbeiterdurchschnitt	17.330	5.554	9.100	1.861	768	24	19.048	53.685

¹ Anpassung Vorjahr aufgrund der Erstanwendung des geänderten IAS 19 sowie weiterer Ausweisänderungen (siehe Seite 65 ff.).

² Die Bestände des Segments Portfolio Restructuring Unit (PRU) wurden zum 1. Juli 2012 in das Segment Corporates & Markets beziehungsweise in das Segment Non-Core Assets (NCA) übertragen. Das bis dahin erzielte Ergebnis wird weiterhin berichtet.

³ Auf das Jahr hochgerechnet.

Detailangaben Sonstige und Konsolidierung:

	1.1.-31.3.2013			1.1.-31.3.2012 ¹		
	Sonstige	Konsolidierung	Sonstige und Konsolidierung	Sonstige	Konsolidierung	Sonstige und Konsolidierung
	Mio. €					
Zinsüberschuss	13	-13	—	66	-25	41
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1	—	1	—	—	—
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	14	-13	1	66	-25	41
Provisionsüberschuss	-8	—	-8	-6	—	-6
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	22	6	28	214	6	220
Ergebnis aus Finanzanlagen	1	-2	-1	2	3	5
Laufendes Ergebnis aus at-Equity- bewerteten Unternehmen	-1	—	-1	-1	—	-1
Sonstiges Ergebnis	-79	-4	-83	-8	—	-8
<i>Erträge vor Risikovorsorge</i>	-52	-13	-65	267	-16	251
<i>Erträge nach Risikovorsorge</i>	-51	-13	-64	267	-16	251
Verwaltungsaufwendungen	129	-8	121	129	-4	125
Operatives Ergebnis	-180	-5	-185	138	-12	126
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen	—	—	—	—	—	—
Restrukturierungsaufwendungen	493	—	493	—	—	—
Ergebnis aus dem Verkauf von Veräußerungsgruppen	—	—	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	-673	-5	-678	138	-12	126
Aktiva	86.007	—	86.007	94.449	—	94.449

¹ Anpassung Vorjahr aufgrund der Erstanwendung des geänderten IAS 19 sowie weiterer Ausweisänderungen (siehe Seite 65 ff.).

Unter Konsolidierung berichten wir über Konsolidierungs- und Überleitungssachverhalte vom Ergebnis der Segmente und des Bereichs Sonstige auf den Konzernabschluss. Unter anderem werden dort folgende Sachverhalte abgebildet:

- Bewertungseffekte aus der Anwendung des Hedge Accountings gemäß IAS 39 auf bankübergreifende Transaktionen werden in Konsolidierung gezeigt.
- Das dem Segment Corporates & Markets aus steuerlich induzierten Transaktionen im Zinsüberschuss zugeordnete Vorsteueräquivalent wird unter Konsolidierung wieder eliminiert.
- In den Segmenten angefallene Bewertungsergebnisse für eigene Schuldverschreibungen und eigene Aktien werden unter Konsolidierung eliminiert.
- Über sonstige Konsolidierungseffekte für konzerninterne Sachverhalte wird ebenfalls hier berichtet.
- Integrations- und Restrukturierungskosten der Konzernsteuerungseinheiten werden unter Konsolidierung ausgewiesen.

Die Zuordnung zu den Segmenten nach dem jeweiligen Sitz der Filiale oder des Konzernunternehmens (geografische Märkte) ergab nachfolgende Verteilung:

1.1.-31.3.2013	Deutschland	Europa ohne Deutschland	Amerika	Asien	Sonstige	Gesamt
			Mio. €			
Zinsüberschuss	953	371	17	15	—	1.356
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	– 225	– 56	16	– 2	—	– 267
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	728	315	33	13	—	1.089
Provisionsüberschuss	711	107	12	17	—	847
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	– 1	287	15	16	—	317
Ergebnis aus Finanzanlagen	11	– 17	—	—	—	– 6
Laufendes Ergebnis aus at-Equity- bewerteten Unternehmen	9	– 2	1	—	—	8
Sonstiges Ergebnis	– 81	19	—	—	—	– 62
<i>Erträge vor Risikovorsorge</i>	<i>1.602</i>	<i>765</i>	<i>45</i>	<i>48</i>	<i>—</i>	<i>2.460</i>
<i>Erträge nach Risikovorsorge</i>	<i>1.377</i>	<i>709</i>	<i>61</i>	<i>46</i>	<i>—</i>	<i>2.193</i>
Verwaltungsaufwendungen	1.363	305	32	24	—	1.724
Operatives Ergebnis	14	404	29	22	—	469
Risikoaktiva für Kreditrisiken	113.097	55.559	3.670	3.323	—	175.649

Im Vorjahreszeitraum erzielten wir in den geografischen Märkten folgende Ergebnisse:

1.1.-31.3.2012¹	Deutschland	Europa ohne Deutschland	Amerika	Asien	Sonstige	Gesamt
			Mio. €			
Zinsüberschuss	1.191	445	36	22	—	1.694
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	– 89	– 112	6	– 17	—	– 212
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.102	333	42	5	—	1.482
Provisionsüberschuss	740	103	12	9	—	864
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	15	128	24	– 3	—	164
Ergebnis aus Finanzanlagen	– 199	23	—	—	—	– 176
Laufendes Ergebnis aus at-Equity- bewerteten Unternehmen	6	4	1	—	—	11
Sonstiges Ergebnis	– 104	126	1	– 2	—	21
<i>Erträge vor Risikovorsorge</i>	<i>1.649</i>	<i>829</i>	<i>74</i>	<i>26</i>	<i>—</i>	<i>2.578</i>
<i>Erträge nach Risikovorsorge</i>	<i>1.560</i>	<i>717</i>	<i>80</i>	<i>9</i>	<i>—</i>	<i>2.366</i>
Verwaltungsaufwendungen	1.387	339	38	26	—	1.790
Operatives Ergebnis	173	378	42	– 17	—	576
Risikoaktiva für Kreditrisiken	112.442	55.431	6.238	3.418	—	177.529

¹ Anpassung Vorjahr aufgrund der Erstanwendung des geänderten IAS 19 sowie weiterer Ausweisänderungen (siehe Seite 65 ff.).

Statt der langfristigen Vermögenswerte weisen wir die Risikoaktiva für Kreditrisiken aus. In Übereinstimmung mit IFRS 8.32 hat die Commerzbank entschieden, auf eine Aufgliederung des Gesamtbetrags der Erträge des Commerzbank-Konzerns nach Produkten und Dienstleistungen zu verzichten. Diese Informationen liegen weder der internen Steuerung noch dem Managementreporting zugrunde.

Erläuterungen zur Bilanz

(11) Forderungen an Kreditinstitute

	31.3.2013	31.12.2012	Veränd. in %
		Mio. €	
Täglich fällig	39.914	34.492	15,7
Mit einer Restlaufzeit	62.804	53.642	17,1
bis drei Monate	42.703	34.180	24,9
mehr als drei Monate bis ein Jahr	11.511	10.597	8,6
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	8.089	8.125	-0,4
mehr als fünf Jahre	501	740	-32,3
Gesamt	102.718	88.134	16,5
darunter: Reverse Repos und Cash Collaterals	68.323	55.861	22,3
darunter entfallen auf die Kategorie:			
Kredite und Forderungen	54.910	53.453	2,7
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ...	—	—	.
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (Fair Value Option)	47.808	34.681	37,9

Die Forderungen an Kreditinstitute beliefen sich nach Abzug der Risikovorsorge auf 102.622 Mio. Euro (Vorjahr: 88.028 Mio. Euro).

(12) Forderungen an Kunden

	31.3.2013	31.12.2012	Veränd. in %
		Mio. €	
Mit unbestimmter Restlaufzeit	31.409	29.308	7,2
Mit einer Restlaufzeit	256.160	256.892	-0,3
bis drei Monate	43.270	45.564	-5,0
mehr als drei Monate bis ein Jahr	42.422	37.340	13,6
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	83.808	84.913	-1,3
mehr als fünf Jahre	86.660	89.075	-2,7
Gesamt	287.569	286.200	0,5
darunter: Reverse Repos und Cash Collaterals	43.067	33.924	27,0
darunter entfallen auf die Kategorie:			
Kredite und Forderungen	246.441	255.157	-3,4
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ...	—	—	.
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (Fair Value Option)	41.128	31.043	32,5

Die Forderungen an Kunden beliefen sich nach Abzug der Risikovorsorge auf 280.136 Mio. Euro (Vorjahr: 278.546 Mio. Euro).

(13) Kreditvolumen

	31.3.2013	31.12.2012	Veränd. in %
		Mio. €	
Kredite an Kreditinstitute	21.746	21.041	3,4
Kredite an Kunden	244.506	251.807	-2,9
Gesamt	266.252	272.848	-2,4

Kredite grenzen wir gegenüber den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden dahingehend ab, dass als Kredite nur solche Forderungen gezeigt werden, für die besondere Kreditvereinbarungen mit den Kreditnehmern geschlossen wurden. Damit werden zum Beispiel Geldhandelsgeschäfte mit Banken und Reverse-Repo-Geschäfte nicht als Kredite ausgewiesen. In den Krediten an Kunden sind auch Wechselkredite enthalten.

(14) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird nach konzerneinheitlichen Regeln gebildet und deckt alle erkannten Bonitätsrisiken ab. Für eingetretene, aber noch nicht bekannt gewordene Ausfälle wurden Portfoliowertberichtigungen anhand der aus der Basel-II-Systematik abgeleiteten Verfahren ermittelt.

<u>Entwicklung der Risikovorsorge</u>	<u>2013</u>	<u>2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Stand am 1.1.	8.092	8.663	– 6,6
Zuführungen	871	855	1,9
Abgänge	1.084	1.038	4,4
Inanspruchnahmen	467	380	22,9
Auflösungen	617	658	– 6,2
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	6	– 100,0
Wechselkursänderungen/Umbuchungen/Unwinding	– 37	– 11	.
Stand am 31.3.	7.842	8.475	– 7,5

Die ergebniswirksamen Zuführungen und Auflösungen führten unter Berücksichtigung von Direktabschreibungen, Zuschreibungen und Eingängen auf abgeschriebene Forderungen zu Risikovorsorgeaufwendungen von 267 Mio. Euro (31. März 2012: 212 Mio. Euro) (siehe Note 2).

<u>Bestand der Risikovorsorge</u>	<u>31.3.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Einzelwertberichtigungen	6.771	6.993	– 3,2
Portfoliowertberichtigungen	758	767	– 1,2
Risikovorsorge für bilanzwirksame Risiken im Kreditgeschäft	7.529	7.760	– 3,0
Rückstellungen im Kreditgeschäft (Einzelrisiken)	192	212	– 9,4
Rückstellungen im Kreditgeschäft (Portfoliorisiken)	121	120	0,8
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken im Kreditgeschäft	313	332	– 5,7
Gesamt	7.842	8.092	– 3,1

Für Forderungen an Kreditinstitute belief sich der Bestand der Risikovorsorge auf 96 Mio. Euro (Vorjahr: 106 Mio. Euro), für Forderungen an Kunden auf 7.433 Mio. Euro (Vorjahr: 7.654 Mio. Euro).

(15) Handelsaktiva

Die Handelsaktivitäten des Konzerns umfassen den Handel mit

- Schuldverschreibungen und anderen zinsbezogenen Wertpapieren,
- Aktien und anderen eigenkapitalbezogenen Wertpapieren sowie Anteilen an Investmentfonds,
- Schuldscheindarlehen und sonstigen Forderungen,
- Devisen und Edelmetallen,
- derivativen Finanzinstrumenten und
- Sonstigen Handelsaktiva.

Der Posten Sonstige Handelsaktiva setzt sich aus positiven Marktwerten von zu syndizierenden Krediten, Emissionsrechten sowie Krediten und Geldhandelsgeschäften zusammen.

Alle Handelsbestände werden zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bilanziert.

In den Positiven Marktwerten sind auch derivative Finanzinstrumente enthalten, die nicht als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings eingesetzt werden können.

	31.3.2013	31.12.2012	Veränd. in %
		Mio. €	
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Wertpapiere	20.222	18.381	10,0
Schuldscheindarlehen	1.507	1.366	10,3
Aktien, andere eigenkapitalbezogene Wertpapiere und Anteile an Investmentfonds	24.784	17.759	39,6
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	97.333	106.400	- 8,5
Währungsbezogene derivative Geschäfte	12.278	12.939	- 5,1
Zinsbezogene derivative Geschäfte	80.150	89.139	- 10,1
Übrige derivative Geschäfte	4.905	4.322	13,5
Sonstige Handelsaktiva	245	238	2,9
Gesamt	144.091	144.144	0,0

Die Übrigen Geschäfte mit positivem Marktwert aus derivativen Finanzinstrumenten setzten sich überwiegend aus 2.100 Mio. Euro (Vorjahr: 1.917 Mio. Euro) Aktienderivaten und 2.461 Mio. Euro (Vorjahr: 2.104 Mio. Euro) Kreditderivaten zusammen.

(16) Finanzanlagen

Die Finanzanlagen umfassen Finanzinstrumente, die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden. Sie setzen sich zusammen aus den nicht Handelszwecken dienenden Schuldverschreibungen und anderen zinsbezogenen Wertpapieren, Aktien und anderen eigenkapitalbezogenen Wertpapieren sowie Anteilen an Investmentfonds, den Beteiligungen (einschließlich nicht at-Equity-bewerteter Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen) und den Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

	31.3.2013	31.12.2012	Veränd. in %
		Mio. €	
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Wertpapiere ¹	87.689	87.548	0,2
Aktien, andere eigenkapitalbezogene Wertpapiere und Anteile an Investmentfonds	1.181	1.299	- 9,1
Beteiligungen	128	138	- 7,2
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	135	157	- 14,0
Gesamt	89.133	89.142	0,0
darunter entfallen auf die Kategorie:			
Kredite und Forderungen ¹	51.106	52.427	- 2,5
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ...	35.402	34.268	3,3
darunter: mit Anschaffungskosten bewertet	254	423	- 40,0
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (Fair Value Option)	2.625	2.447	7,3

¹ Gekürzt um Portfoliowertberichtigungen für umkategorisierte Wertpapiere von 147 Mio. Euro (Vorjahr: 149 Mio. Euro).

In seiner Mitteilung vom 13. Oktober 2008 hat das IASB Änderungen des IAS 39 hinsichtlich der Umkategorisierung von Finanzinstrumenten verabschiedet. Danach wurden in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 Wertpapiere des Public-Finance-Bestands, die keinen aktiven Markt aufwiesen, aus der IAS-39-Kategorie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in die IAS-39-Kategorie Kredite und Forderungen umkategorisiert. Der beizulegende Zeitwert zu den Umkategorisierungszeitpunkten wurde als neuer Buchwert der Wertpapierbestände angesetzt.

Die Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern belief sich für alle umkategorisierten Wertpapiere der Geschäftsjahre 2008 und 2009 zum 31. März 2013 auf -0,7 Mrd. Euro (Vorjahr: -0,7 Mrd. Euro). Ohne die durchgeführten Umkategorisierungen hätte sich für diese Bestände zum 31. März 2013 eine Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern von -3,6 Mrd. Euro (Vorjahr: -4,2 Mrd. Euro) ergeben; der Buchwert dieser Bestände zum Bilanzstichtag betrug 48,6 Mrd. Euro (Vorjahr: 50,0 Mrd. Euro), der Fair Value belief sich auf 44,4 Mrd. Euro (Vorjahr: 45,0 Mrd. Euro).

(17) Immaterielle Anlagewerte

	<u>31.3.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Geschäfts- oder Firmenwerte	2.080	2.080	0,0
Sonstige immaterielle Anlagewerte	974	971	0,3
Kundenbeziehungen	426	438	-2,7
Markennamen	—	—	.
Selbst erstellte Software	368	349	5,4
Übrige	180	184	-2,2
Gesamt	<u>3.054</u>	<u>3.051</u>	<u>0,1</u>

(18) Sachanlagen

	<u>31.3.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Grundstücke und Gebäude	1.238	851	45,5
Betriebs- und Geschäftsausstattung	499	521	-4,2
Gesamt	<u>1.737</u>	<u>1.372</u>	<u>26,6</u>

(19) Sonstige Aktiva

	<u>31.3.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Einzugspapiere	13	311	-95,8
Edelmetalle	685	666	2,9
Leasinggegenstände	857	851	0,7
Rechnungsabgrenzungsposten	461	256	80,1
Forderungen aus Ausgleichszahlungen für Börsentermingeschäfte	307	296	3,7
Übrige Aktiva ¹	1.377	1.191	15,6
Gesamt	<u>3.700</u>	<u>3.571</u>	<u>3,6</u>

1 Anpassung Vorjahr aufgrund der Erstanwendung des geänderten IAS 19 (siehe Seite 65 ff.).

(20) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	<u>31.3.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Täglich fällig	59.303	43.089	37,6
Mit einer Restlaufzeit	69.244	67.153	3,1
bis drei Monate	37.234	21.670	71,8
mehr als drei Monate bis ein Jahr	7.597	5.382	41,2
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	13.201	27.396	-51,8
mehr als fünf Jahre	11.212	12.705	-11,8
Gesamt	<u>128.547</u>	<u>110.242</u>	<u>16,6</u>
darunter: Repos und Cash Collaterals	47.313	23.850	98,4
darunter entfallen auf die Kategorie:			
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten	84.610	90.206	-6,2
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (Fair Value Option)	43.937	20.036	.

(21) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	<u>31.3.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Spareinlagen	6.130	12.960	- 52,7
Mit vereinbarter Kündigungsfrist von			
drei Monaten	6.020	10.807	- 44,3
mehr als drei Monaten	110	2.153	- 94,9
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	266.816	252.882	5,5
Täglich fällig	149.956	142.377	5,3
Mit einer Restlaufzeit	116.860	110.505	5,8
bis drei Monate	54.831	50.556	8,5
mehr als drei Monate bis ein Jahr	18.694	14.610	28,0
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	15.641	16.049	- 2,5
mehr als fünf Jahre	27.694	29.290	- 5,4
Gesamt	<u>272.946</u>	<u>265.842</u>	<u>2,7</u>
darunter: Repos und Cash Collaterals	39.954	31.997	24,9
darunter entfallen auf die Kategorie:			
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete			
Verbindlichkeiten	224.156	228.643	- 2,0
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (Fair			
Value Option)	48.790	37.199	31,2

(22) Verbriefte Verbindlichkeiten

Als Verbriefte Verbindlichkeiten werden Schuldverschreibungen, einschließlich Hypothekenpfandbriefe und öffentlicher Pfandbriefe, Geldmarktpapiere (zum Beispiel Certificates of Deposit, Euro-Notes, Commercial Papers), Indexzertifikate, eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf ausgewiesen.

	<u>31.3.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Begebene Schuldverschreibungen	71.125	78.855	- 9,8
darunter: Hypothekenpfandbriefe	20.632	21.530	- 4,2
Öffentliche Pfandbriefe	21.907	27.758	- 21,1
Begebene Geldmarktpapiere	1.862	466	.
Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	7	11	- 36,4
Gesamt	<u>72.994</u>	<u>79.332</u>	<u>- 8,0</u>
darunter entfallen auf die Kategorie:			
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete			
Verbindlichkeiten	69.760	75.903	- 8,1
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (Fair			
Value Option)	3.234	3.429	- 5,7

Restlaufzeiten der Verbrieften Verbindlichkeiten

	<u>31.3.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Täglich fällig	—	—	.
Mit einer Restlaufzeit	72.994	79.332	- 8,0
bis drei Monate	4.408	8.301	- 46,9
mehr als drei Monate bis ein Jahr	12.406	9.662	28,4
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	42.918	47.302	- 9,3
mehr als fünf Jahre	13.262	14.067	- 5,7
Gesamt	<u>72.994</u>	<u>79.332</u>	<u>- 8,0</u>

In den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres 2013 wurden wesentliche neue Emissionen mit einem Volumen von 3,6 Mrd. Euro begeben. Im gleichen Zeitraum belief sich das Volumen der Rückzahlungen/ Rückkäufe auf 0,5 Mrd. Euro und der fälligen Emissionen auf 9,5 Mrd. Euro.

(23) Handelspassiva

In den Handelspassiva werden die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die nicht als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings eingesetzt sind, sowie Kreditzusagen mit negativem Marktwert ausgewiesen. Außerdem sind eigene Emissionen des Handelsbuchs und Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen in den Handelspassiva enthalten.

	<u>31.3.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Währungsbezogene derivative Geschäfte	14.243	13.959	2,0
Zinsbezogene derivative Geschäfte	76.814	85.503	- 10,2
Übrige derivative Geschäfte	6.154	5.672	8,5
Zertifikate und andere eigene Emissionen	5.452	5.201	4,8
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen, negative Marktwerte von Kreditzusagen und Sonstige Handelspassiva	<u>7.338</u>	<u>5.776</u>	<u>27,0</u>
Gesamt	<u>110.001</u>	<u>116.111</u>	<u>- 5,3</u>

Die Übrigen derivativen Geschäfte setzten sich im Wesentlichen aus 3.566 Mio. Euro (Vorjahr: 3.220 Mio. Euro) Aktienderivaten und 2.291 Mio. Euro (Vorjahr: 2.183 Mio. Euro) Kreditderivaten zusammen.

(24) Rückstellungen

	<u>31.3.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ¹	810	1.050	- 22,9
Sonstige Rückstellungen	<u>3.440</u>	<u>3.049</u>	<u>12,8</u>
Gesamt	<u>4.250</u>	<u>4.099</u>	<u>3,7</u>

¹ Anpassung Vorjahr aufgrund der Erstanwendung des geänderten IAS 19 (siehe Seite 65 ff.).

Nach Anpassung aufgrund retrospektiver Anwendung des geänderten IAS 19 beliefen sich die Rückstellungen auf 4.107 Mio. Euro zum 31. Dezember 2011 beziehungsweise zum 1. Januar 2012.

(25) Sonstige Passiva

	<u>31.3.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Verbindlichkeiten für Filmfonds	1.906	1.915	- 0,5
Fremdkapital aus Minderheiten	2.562	2.441	5,0
Rechnungsabgrenzungsposten	571	439	30,1
Verbindlichkeiten aus Ausgleichszahlungen für Börsentermingeschäfte	161	162	- 0,6
Übrige Passiva	<u>1.185</u>	<u>1.566</u>	<u>- 24,3</u>
Gesamt	<u>6.385</u>	<u>6.523</u>	<u>- 2,1</u>

(26) Nachrangkapital

	<u>31.3.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Nachrangige Verbindlichkeiten	10.801	11.186	- 3,4
Genussrechtskapital	865	865	0,0
Zinsabgrenzungen einschließlich Disagien	- 260	- 161	61,5
Bewertungseffekte	<u>408</u>	<u>426</u>	<u>- 4,2</u>
Gesamt	<u>11.814</u>	<u>12.316</u>	<u>- 4,1</u>

darunter entfallen auf die Kategorie:

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten	11.805	12.308	- 4,1
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (Fair Value Option)	9	8	12,5

In den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres 2013 waren Nachrangige Verbindlichkeiten von 0,3 Mrd. Euro fällig. Weitere wesentliche Veränderungen waren nicht zu verzeichnen.

(27) Hybridkapital

	<u>31.3.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Hybridkapital	2.079	2.057	1,1
Zinsabgrenzungen einschließlich Disagien	- 943	- 969	- 2,7
Bewertungseffekte	474	509	- 6,9
Gesamt	<u>1.610</u>	<u>1.597</u>	<u>0,8</u>
darunter entfallen auf die Kategorie:			
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten	1.610	1.597	0,8
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (Fair Value Option)	—	—	.

In den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres 2013 waren keine wesentliche Veränderungen zu verzeichnen.

Sonstige Erläuterungen

(28) Eigenmittelanforderungen und Kapitalquoten

	<u>31.3.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Hartes Kernkapital (Core Tier I)	24.166	24.986	- 3,3
Hybrides Kapital	2.284	2.259	1,1
Gesamtsumme Kernkapital (Tier I)	<u>26.450</u>	<u>27.245</u>	<u>- 2,9</u>
Ergänzungskapital (Tier II)	9.657	9.878	- 2,2
Gesamtkapital (Total Capital)	<u>36.107</u>	<u>37.123</u>	<u>- 2,7</u>

	Eigenmittelanforderungen		Gewichtete Risikoaktiva¹		
	<u>31.3.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>31.3.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
			Mio. €		
Kreditrisiko	14.052	13.967	175.649	174.584	0,6
Marktrisiko	924	880	11.554	10.999	5,0
Operationelles Risiko	1.807	1.804	22.593	22.552	0,2
Eigenmittelanforderung gesamt	<u>16.783</u>	<u>16.651</u>	<u>209.796</u>	<u>208.135</u>	<u>0,8</u>
Hartes Kernkapital (Core Tier I)	24.166	24.986			
Kernkapital (Tier I)	26.450	27.245			
Gesamtkapital (Total Capital)	36.107	37.123			
Harte Kernkapitalquote (%) ...	11,5	12,0			
Kernkapitalquote (%)	12,6	13,1			
Gesamtkapitalquote (%)	17,2	17,8			

¹ Die gewichteten Risikoaktiva errechnen sich aus dem Betrag der Eigenmittelanforderungen multipliziert mit 12,5.

(29) Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen

	<u>31.3.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Eventualverbindlichkeiten	35.565	35.837	- 0,8
aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	5	5	0,0
aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	35.511	35.783	- 0,8
aus sonstigen Verpflichtungen	49	49	0,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	50.669	49.747	1,9

Die Risikovorsorge für Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen wurde von den entsprechenden Posten gekürzt.

(30) Derivative Geschäfte

Aus dem Geschäft mit Derivaten ergaben sich folgende Nominalbeträge und Marktwerte nach Berücksichtigung der Saldierung der Derivatemarktwerte und darauf entfallender Ausgleichszahlungen.

Das Nettingvolumen zum 31. März 2013 betrug insgesamt 140.286 Mio. Euro (Vorjahr: 162.271 Mio. Euro). Auf der Aktivseite entfielen davon auf positive Marktwerte 136.517 Mio. Euro und 3.769 Mio. Euro auf Forderungen aus Ausgleichszahlungen. Das passivische Netting betraf negative Marktwerte mit 140.137 Mio. Euro und Verbindlichkeiten aus Ausgleichszahlungen mit 149 Mio. Euro.

	Nominalbetrag nach Restlaufzeiten					Summe	Marktwerte	
	täglich fällig	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		positiv	negativ
31.3.2013								
								Mio. €
Fremdwährungsabhängige Termingeschäfte	65	298.655	166.098	177.785	121.059	763.662	12.833	14.393
Zinsabhängige Termingeschäfte	19	451.693	2.414.183	1.994.932	1.681.248	6.542.075	221.300	227.348
Sonstige Termingeschäfte	1.262	70.790	64.159	132.542	22.603	291.356	4.939	6.187
Gesamt	1.346	821.138	2.644.440	2.305.259	1.824.910	7.597.093	239.072	247.928
darunter: börsengehandelt	—	41.168	64.577	25.397	12.229	143.371		
Nettoausweis in der Bilanz							102.555	107.791

	Nominalbetrag nach Restlaufzeiten					Summe	Marktwerte	
	täglich fällig	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		positiv	negativ
31.12.2012								
								Mio. €
Fremdwährungsabhängige Termingeschäfte	6	283.437	159.023	170.519	118.569	731.554	13.592	14.119
Zinsabhängige Termingeschäfte	16	525.624	2.092.073	2.024.487	1.739.143	6.381.343	253.072	259.183
Sonstige Termingeschäfte	1.013	44.994	76.422	129.138	17.155	268.722	4.354	5.704
Gesamt	1.035	854.055	2.327.518	2.324.144	1.874.867	7.381.619	271.018	279.006
darunter: börsengehandelt	—	30.304	112.507	22.591	11.174	176.576		
Nettoausweis in der Bilanz							112.457	116.873

(31) Marktwerte (Fair Value) und Bewertungshierarchien von Finanzinstrumenten

Nach IAS 39 sind alle Finanzinstrumente beim erstmaligen Ansatz zu ihrem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) zu bewerten, im Falle eines Finanzinstruments, das nicht als erfolgswirksam zum Fair Value zu bewerten klassifiziert ist, unter Einschluss bestimmter Transaktionskosten. Die Folgebewertung der Finanzinstrumente, die als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten klassifiziert sind, oder von jederzeit veräußerbaren finanziellen Vermögenswerten erfolgt laufend zum beizulegenden Zeitwert. In diesem Sinne beinhalten erfolgswirksam zum Fair Value zu bewertende Finanzinstrumente Derivate, zu Handelszwecken gehaltene Instrumente sowie Instrumente, die als zum Fair Value zu bewerten designed wurden.

Der beizulegende Zeitwert eines Vermögenswertes ist nach IFRS 13 der Betrag, zu dem dieser zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern verkauft werden könnte. Der beizulegende Zeitwert entspricht somit einem Veräußerungspreis. Für Verbindlichkeiten ist der beizulegende Zeitwert definiert als der Preis, zu dem die Schuld im Rahmen einer gewöhnlichen Transaktion an einen Dritten übertragen werden könnte. Für die Bewertung von Schulden ist zudem das eigene Ausfallrisiko zu berücksichtigen. Sofern Sicherheiten von Dritten für unsere Verbindlichkeiten gestellt werden (zum Beispiel Garantien), sind diese bei der Bewertung grundsätzlich nicht zu berücksichtigen, da die Rückzahlungsverpflichtung seitens der Bank weiterhin bestehen bleibt.

Der am besten geeignete Maßstab für den Fair Value ist der notierte Marktpreis für ein identisches Instrument an einem aktiven Markt (Bewertungshierarchie Level I). Wenn notierte Preise vorhanden sind, sind diese daher auch grundsätzlich zu verwenden. Der relevante Markt für die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts ist grundsätzlich der Markt mit der höchsten Aktivität (sogenannter Hauptmarkt). Um den Preis wiederzugeben, zu dem ein Vermögenswert getauscht oder eine Verbindlichkeit beglichen werden könnte, werden Vermögenswerte zum Geldkurs und Verbindlichkeiten zum Briefkurs bewertet.

Wenn keine notierten Preise verfügbar sind, erfolgt die Bewertung anhand von notierten Preisen ähnlicher Instrumente an aktiven Märkten. Sind keine notierten Preise für identische oder ähnliche Finanzinstrumente

verfügbar, wird der Fair Value unter Anwendung eines geeigneten Bewertungsmodells ermittelt, bei dem die einfließenden Daten soweit möglich aus überprüfbareren Marktquellen stammen (Bewertungshierarchie Level II).

Während sich die meisten Bewertungsmethoden auf Daten aus überprüfbareren Marktquellen stützen, werden bestimmte Finanzinstrumente unter Einsatz von Bewertungsmodellen bewertet, die andere Eingangswerte heranziehen, für die nicht ausreichend aktuelle überprüfbare Marktdaten vorhanden sind. Als mögliche Bewertungsmethoden unterscheidet IFRS 13 den marktbasierten Ansatz (Market Approach), den einkommensbasierten Ansatz (Income Approach) und den kostenbasierten Ansatz (Cost Approach). Der Market Approach umfasst Bewertungsmethoden, die auf Informationen über identische oder vergleichbare Vermögenswerte und Schulden zurückgreifen. Der einkommensbasierte Ansatz spiegelt die heutigen Erwartungen über zukünftige Zahlungsströme, Aufwendungen oder Erträge wider. Zum Income Approach zählen auch Optionspreismodelle. Im Rahmen des Cost Approachs (nur für Nicht-Finanzinstrumente zulässig) entspricht der Fair Value den aktuellen Wiederbeschaffungskosten unter Berücksichtigung des Zustands des Vermögenswertes. Diese Bewertungsmethoden unterliegen naturgemäß in höherem Maße den Einschätzungen des Managements. Diese nicht beobachtbaren Eingangswerte können Daten enthalten, die extrapoliert oder interpoliert oder in Form von Näherungswerten aus korrelierten oder historischen Daten ermittelt werden. Allerdings werden hierbei in größtmöglichem Umfang Marktdaten oder Daten Dritter und so wenig wie möglich unternehmensspezifische Eingangswerte herangezogen (Bewertungshierarchie Level III).

Die realisierbaren Fair Values, die zu einem späteren Zeitpunkt erzielbar sind, können von den geschätzten Fair Values abweichen.

Bewertungsmodelle müssen anerkannten betriebswirtschaftlichen Methoden zur Bewertung von Finanzinstrumenten entsprechen und alle Faktoren berücksichtigen, die Marktteilnehmer bei der Festlegung eines Preises als angemessen betrachten würden. Alle beizulegenden Zeitwerte unterliegen den internen Kontrollen und Verfahren des Commerzbank-Konzerns, in denen die Standards für deren unabhängige Prüfung oder Validierung festgelegt sind. Diese Kontrollen und Verfahren werden von der Independent Price Verification Group (IPV) innerhalb der Finanzfunktion durchgeführt beziehungsweise koordiniert. Die Modelle, die einfließenden Daten und die daraus resultierenden Fair Values werden regelmäßig vom Senior-Management und der Risikofunktion überprüft.

Hierarchie der Fair Values

Nach IFRS 7 werden zum Fair Value ausgewiesene Finanzinstrumente wie folgt in die dreistufige Bewertungshierarchie zum Fair Value eingestuft (vergleiche auch Bewertung von Finanzinstrumenten):

- Level I: Finanzinstrumente, deren Fair Value auf Basis von notierten Preisen für identische Finanzinstrumente an aktiven Märkten ermittelt wird.
- Level II: Finanzinstrumente, für die keine notierten Preise für identische Instrumente an einem aktiven Markt verfügbar sind und deren Fair Value unter Einsatz von Bewertungsmethoden ermittelt wird.
- Level III: Finanzinstrumente, die unter Anwendung von Bewertungsmethoden bewertet werden, für deren Eingangswerte nicht ausreichend beobachtbare Marktdaten vorhanden sind und bei denen diese Eingangswerte den Fair Value nicht nur unwesentlich beeinflussen.

Die Zuordnung bestimmter Finanzinstrumente zu den Level-Kategorien erfordert eine systematische Beurteilung durch das Management, insbesondere wenn die Bewertung sowohl auf beobachtbaren als auch nicht am Markt beobachtbaren Parametern beruht. Auch unter Berücksichtigung von Änderungen der Marktliquidität und damit der Preistransparenz, kann sich die Klassifizierung eines Instruments im Zeitablauf ändern.

Die in der Bilanz zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente werden in den nachfolgenden Tabellen nach Bilanzposten und Kategorien gruppiert dargestellt. Dabei wird unterschieden, ob der Bewertung notierte Marktpreise zugrunde liegen (Level I), ob die Bewertungsmodelle auf beobachtbaren Marktdaten (Level II) oder auf nicht am Markt beobachtbaren Parametern (Level III) basieren.

Finanzielle Vermögenswerte	31.3.2013				31.12.2012			
	Level I	Level II	Level III	Gesamt	Level I	Level II	Level III	Gesamt
	Mrd. €							
Forderungen an Kreditinstitute								
Forderungen an Kunden								
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten								
Handelsaktiva								
darunter: Positive Marktwerte aus Derivaten								
Finanzanlagen								
Gesamt	76,9	196,1	3,2	276,2	67,6	181,8	3,2	252,6

Finanzielle Verbindlichkeiten	31.3.2013				31.12.2012			
	Level I	Level II	Level III	Gesamt	Level I	Level II	Level III	Gesamt
	Mrd. €							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten								
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden								
Verbriefte Verbindlichkeiten								
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten								
Handelsspassiva								
darunter: Negative Marktwerte aus Derivaten								
Nachrangkapital								
Gesamt	15,8	199,8	0,9	216,5	14,2	173,4	0,8	188,4

Im ersten Quartal 2013 wurden 0,4 Mrd. Euro zur Veräußerung verfügbare Anleihen und Geldmarktgeschäfte sowie 1,4 Mrd. Euro zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere von Level I nach Level II umgliedert, da keine notierten Marktpreise verfügbar waren. Die Umgliederungen wurden auf Basis der Endbestände zum 31. Dezember 2012 ermittelt. Darüber hinaus gab es keine nennenswerten Umgliederungen zwischen Level I, Level II und Level III.

Die dem Level III zugeordneten Finanzinstrumente entwickelten sich wie folgt:

Finanzielle Vermögenswerte	Forderungen an Kunden Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Handelsaktiva Zu Handelszwecken gehalten	darunter: Positive Marktwerte aus	Finanzanlagen		Gesamt
			Derivaten Zu Handelszwecken gehalten	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	
Mio. €						
Fair Value zum 1.1.2012	192	4.224	2.536	163	827	5.406
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—	—	—	—	—
Erfolgswirksam erfasste Gewinne/Verluste der Periode	-6	-60	-48	8	—	-58
In der Neubewertungsrücklage erfasste Gewinne/Verluste ..	—	—	—	—	—	—
Käufe	—	98	3	—	—	98
Verkäufe	—	-1.232	-760	-18	-164	-1.414
Emissionen	—	—	—	—	—	—
Rückzahlungen	—	-61	-1	-96	-8	-165
Umbuchungen	116	-794	-776	-4	-10	-692
Fair Value zum 31.12.2012 ...	302	2.175	954	53	645	3.175
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—	—	—	—	—
Erfolgswirksam erfasste Gewinne/Verluste der Periode	-14	-53	-31	-19	42	-44
darunter: aus unrealisierten Gewinnen/Verlusten	-1	142	107	1	41	183
In der Neubewertungsrücklage erfasste Gewinne/Verluste ..	—	—	—	—	—	—
Käufe	—	82	—	—	—	82
Verkäufe	—	—	—	—	—	—
Emissionen	—	—	—	—	—	—
Rückzahlungen	—	—	—	—	—	—
Umbuchung in Level III	—	31	—	—	—	31
Umbuchungen aus Level III	—	-60	—	—	-32	-92
Fair Value zum 31.3.2013	288	2.175	923	34	655	3.152

Die unrealisierten Gewinne oder Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten (Handelsaktiva und Derivate) sind Bestandteil des Ergebnisses aus dem Handel. Die unrealisierten Gewinne oder Verluste aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Forderungen und Finanzanlagen werden im Ergebnis aus der Anwendung der Fair Value Option ausgewiesen.

Finanzielle Verbindlichkeiten	Handelspassiva Zu Handelszwecken gehalten	darunter: Negative Marktwerte aus Derivaten Zu Handelszwecken gehalten	Gesamt
		Mio. €	
Fair Value zum 1.1.2012	1.403	1.162	1.403
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—	—
Erfolgswirksam erfasste Gewinne/Verluste der Periode	-48	-48	-48
Käufe	89	89	89
Verkäufe	2	2	2
Emissionen	—	—	—
Rückzahlungen	-47	-47	-47
Umbuchungen	-559	-476	-559
Fair Value zum 31.12.2012	840	682	840
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—	—
Erfolgswirksam erfasste Gewinne/Verluste der Periode	-42	-42	-42
darunter: aus unrealisierten Gewinnen/Verlusten	-33	-33	-33
Käufe	105	6	105
Verkäufe	—	—	—
Emissionen	—	—	—
Rückzahlungen	-5	-5	-5
Umbuchung in Level III	63	63	63
Umbuchungen aus Level III	-91	-91	-91
Fair Value zum 31.3.2013	870	613	870

Die unrealisierten Gewinne oder Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten (Handelspassiva und Derivate) sind Bestandteil des Ergebnisses aus dem Handel.

Sensitivitätsanalyse

Basiert der Wert von Finanzinstrumenten auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern (Level III), kann der genaue Wert dieser Parameter zum Bilanzstichtag aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen abgeleitet werden, die im Ermessen des Managements liegen. Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses werden für diese nicht beobachtbaren Eingangsparameter angemessene Werte ausgewählt, die den herrschenden Marktgegebenheiten und dem Bewertungskontrollansatz des Konzerns entsprechen.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen darstellen, die aus der relativen Unsicherheit in den Fair Values von Finanzinstrumenten resultieren, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern basiert (Level III). Dabei liegen diese Parameter an den äußeren Enden der Bandbreiten von angemessenen möglichen Alternativen. In der Praxis ist es unwahrscheinlich, dass alle nicht beobachtbaren Parameter gleichzeitig am jeweils äußeren Ende ihrer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen liegen. Aus diesem Grund dürften die angegebenen Schätzwerte die tatsächliche Unsicherheit in den Fair Values dieser Instrumente übertreffen. Die vorliegenden Angaben dienen nicht der Schätzung oder Vorhersage der künftigen Veränderungen des Fair Values. Die am Markt nicht beobachtbaren Parameter wurden hierfür entweder von unabhängigen Bewertungsexperten je nach betroffenem Produkt zwischen 1 und 10 % angepasst oder es wurde ein Standardabweichungsmaß zugrunde gelegt.

In der folgenden Tabelle werden für Bestände der Bewertungshierarchie Level III die Auswirkungen auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung dargestellt, die sich aus der Anwendung ebenfalls vertretbarer Parameterschätzungen jeweils an den Rändern dieser Bandbreiten ergeben. Die Aufgliederung der Sensitivitätsanalyse für Finanzinstrumente der Fair-Value-Hierarchie Level III erfolgt nach Arten von Instrumenten:

	2013		Geänderte Parameter
	Positive erfolgswirksame Effekte	Negative erfolgswirksame Effekte	
		Mio. €	
Derivate	74	- 76	
Aktienbezogene Geschäfte ...	—	—	Cashflow
Kreditderivate	54	-56	Korrelation, Diskontierungssatz
Zinsbezogene Geschäfte	20	-20	Mean Reversion, Korrelation
Übrige Geschäfte	—	—	
Wertpapiere	101	- 70	
Zinsbezogene Geschäfte	101	-70	Credit Spread, Diskontierungssatz
davon: ABS	59	-29	Diskontierungssatz, Wiedergewinnungsfaktor, Credit Spread
Aktienbezogene Geschäfte ...	—	—	
Kredite	—	—	

Day-One Profit or Loss

Der Commerzbank-Konzern hat Transaktionen getätigt, bei denen der Fair Value zum Transaktionszeitpunkt anhand eines Bewertungsmodells ermittelt wurde und nicht alle wesentlichen Inputparameter auf beobachtbaren Marktparametern basieren. Der Bilanzansatz solcher Transaktionen erfolgt zum Transaktionspreis. Die Differenz zwischen dem Transaktionspreis und dem Fair Value des Bewertungsmodells wird als Day-One Profit or Loss bezeichnet. Der Day-One Profit or Loss wird nicht sofort, sondern über die Laufzeit der Transaktion in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Sobald sich für die Transaktion ein Referenzkurs auf einem aktiven Markt ermitteln lässt oder die wesentlichen Inputparameter auf beobachtbaren Marktdaten basieren, wird der abgegrenzte Day-One Profit or Loss unmittelbar erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst. Eine aggregierte Differenz zwischen Transaktionspreis und Modellwert wird für die Level-III-Posten aller Kategorien ermittelt.

Wesentliche Effekte ergeben sich aber nur aus zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten; die Beträge entwickelten sich wie folgt:

	Day-One Profit or Loss		
	Handelsaktiva	Handelsspassiva	Gesamt
		Mio. €	
Bestand zum 1.1.2012	—	3	3
Erfolgsneutrale Zuführungen	—	1	1
Erfolgswirksame Auflösungen	—	2	2
Bestand zum 31.12.2012	—	2	2
Erfolgsneutrale Zuführungen	—	-1	-1
Erfolgswirksame Auflösungen	—	—	—
Bestand zum 31.3.2013	—	1	1

Im Folgenden gehen wir auf die Ermittlung von beizulegenden Zeitwerten (Fair Values) von Finanzinstrumenten ein, die in der Bilanz nicht zum Fair Value anzusetzen sind, für die aber zusätzlich ein Fair Value anzugeben ist. Für die in der Bilanz zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente sind die Bestimmungsmethoden im Abschnitt zu den Bewertungshierarchien dargelegt.

Der Nominalwert von täglich fälligen Finanzinstrumenten wird als deren Fair Value angesehen. Zu diesen Instrumenten zählen die Barreserve sowie Kontokorrentkredite beziehungsweise Sichteinlagen der Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Kunden beziehungsweise Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden.

Für Kredite und Einlagen stehen keine unmittelbaren Marktpreise zur Verfügung, da es für diese Finanzinstrumente keine organisierten Märkte gibt, an denen sie gehandelt werden. Die Ermittlung des Fair Values für diese Instrumente erfolgt unter Anwendung finanzmathematisch anerkannter Bewertungsverfahren mit aktuellen Marktparametern.

Bei Krediten kommt ein Discounted-Cash-Flow-Modell zur Anwendung, dessen Parameter auf einer risikolosen Zinsstrukturkurve (Swapkurve), Risikoaufschlägen und einem laufzeitbasierten Aufschlag zur Abdeckung von Liquiditätsspreads sowie pauschalen Aufschlägen für Verwaltungs- und Eigenkapitalkosten beruhen.

Bei Verbindlichkeiten wird für die Fair-Value-Ermittlung ebenfalls eine risikolose Zinsstrukturkurve herangezogen, wobei das eigene Kreditrisiko (Own Credit Spread) der Commerzbank Aktiengesellschaft sowie ein Zuschlag für Verwaltungsaufwendungen gesondert berücksichtigt werden. Daneben werden die marktconformen Risikoaufschläge für Hypothekendarlehen, für öffentliche Pfandbriefe und für aufgenommene Darlehen herangezogen.

Den Fair Value für Verbriefte Verbindlichkeiten, Nachrang- und Hybridkapital ermitteln wir auf der Basis verfügbarer Marktpreise. Bei der Bewertung werden verschiedene Faktoren, unter anderem die aktuellen Marktzinsen und das Kreditrating, berücksichtigt. Sind keine Preise erhältlich, werden die Fair Values durch finanzmathematische Bewertungsmodelle (Discounted-Cash-Flow-Modell, Optionspreismodelle) ermittelt, die wiederum auf Zinskurven, Volatilitäten, Kreditrating der Commerzbank etc. aufsetzen. Insbesondere in Fällen, bei denen die Bank strukturierte Schuldverschreibungen, die zum Fair Value bewertet werden, emittiert hat, wird im Fair Value das eigene Kreditrisiko berücksichtigt.

In der nachfolgenden Tabelle stellen wir die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) der Bilanzposten ihren Buchwerten gegenüber:

	Marktwert (Fair Value)		Buchwert		Differenz	
	31.3.2013	31.12.2012	31.3.2013	31.12.2012	31.3.2013	31.12.2012
	Mrd. €					
Aktiva						
Barreserve	11,1	15,8	11,1	15,8	—	—
Forderungen an Kreditinstitute	102,7	87,9	102,6	88,0	0,1	-0,1
Forderungen an Kunden	282,6	281,5	280,1	278,5	2,5	3,0
Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges ¹	0,0	0,0	0,2	0,2	-0,2	-0,2
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	5,2	6,1	5,2	6,1	—	—
Handelsaktiva	144,1	144,1	144,1	144,1	—	—
Finanzanlagen	84,9	84,3	89,1	89,1	-4,2	-4,8
Sonstige Aktivposten ²	14,9	14,1	14,9	14,1	—	—
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	128,6	110,3	128,5	110,2	0,1	0,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	272,8	266,1	272,9	265,8	-0,1	0,3
Verbrieftete Verbindlichkeiten	76,5	83,0	73,0	79,3	3,5	3,7
Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges ¹	0,0	0,0	1,2	1,5	-1,2	-1,5
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	10,6	11,7	10,6	11,7	—	—
Handelspassiva	110,0	116,1	110,0	116,1	—	—
Nachrang- und Hybridkapital	13,2	13,2	13,4	13,9	-0,2	-0,7
Sonstige Passivposten ²	11,2	11,0	11,2	11,0	—	—

¹ Die Fair-Value-Anpassungen aus Portfolio Fair Value Hedges sind in den jeweiligen Bilanzposten der abgesicherten Finanzinstrumente enthalten.

² Anpassung Vorjahr aufgrund der Erstanwendung des geänderten IAS 19 (siehe Seite 65 f.)

(32) Eigene Aktien

	<u>Anzahl Aktien Stück</u>	<u>Rechnerischer Wert¹ in Tsd. €</u>	<u>Anteil am Grundkapital in %</u>
Bestand am 31.3.2013	2.256.263	2.256	0,04
Höchster erworbener Bestand im laufenden Geschäftsjahr	5.368.055	5.368	0,09
Von der Kundschaft verpfändeter Bestand am 31.3.2013	34.582.455	34.582	0,59
Im laufenden Geschäftsjahr erworbene Aktien	60.727.705	60.728	
Im laufenden Geschäftsjahr veräußerte Aktien	59.664.795	59.665	

¹ Rechnerischer Wert je Aktie 1,00 Euro.

(33) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit kommt es im Commerzbank-Konzern zu Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen. Hierzu gehören beherrschte, aber aus Gründen der Wesentlichkeit nicht konsolidierte Tochterunternehmen, at-Equity-bewertete Unternehmen, Beteiligungen, unternehmensexterne Versorgungsträger zur betrieblichen Altersversorgung der Mitarbeiter der Commerzbank Aktiengesellschaft, Personen in Schlüsselpositionen und deren Angehörige sowie von diesem Personenkreis beherrschte Unternehmen. Zu den Personen in Schlüsselpositionen zählen ausschließlich die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Commerzbank Aktiengesellschaft.

Der Anteilsbesitz von 25 % plus 1 Aktie gewährt dem Bund als Träger der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA), die den Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) verwaltet, die Möglichkeit eines maßgeblichen Einflusses auf die Commerzbank Aktiengesellschaft. Demnach zählen der Bund sowie der Kontrolle der Bundesrepublik Deutschland unterstehende Unternehmen (Bundesunternehmen) zum Kreis der nahestehenden Unternehmen und Personen nach IAS 24. Die Beziehungen zu Bundesunternehmen zeigen wir im Folgenden getrennt von den Beziehungen zu den übrigen nahestehenden Unternehmen und Personen.

Aktiva und Passiva sowie außerbilanzielle Posten in Verbindung mit nahestehenden Unternehmen und Personen (ohne Bundesunternehmen) stellten sich folgendermaßen dar:

	<u>31.3.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Forderungen an Kreditinstitute	144	172	- 16,3
Forderungen an Kunden	1.839	1.569	17,2
Handelsaktiva	36	37	- 2,7
Finanzanlagen	12	188	- 93,6
Sonstige Aktiva	227	271	- 16,2
Gesamt	2.258	2.237	0,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	—	—	.
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.158	1.145	1,1
Handelspassiva	2	—	.
Nachrangkapital	627	620	1,1
Sonstige Passiva	31	21	47,6
Gesamt	1.818	1.786	1,8
Außerbilanzielle Posten			
Gewährte Garantien und Sicherheiten	102	109	- 6,4
Erhaltene Garantien und Sicherheiten	1	8	- 87,5

Aus Kreditverträgen und Einlagen sowie erbrachten Dienstleistungen in Verbindung mit nahestehenden Unternehmen und Personen (ohne Bundesunternehmen) ergaben sich folgende Aufwendungen und Erträge:

	<u>1.1.-31.3.2013</u>	<u>1.1.-31.3.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
	Mio. €		
Erträge			
Zinsen ¹	28	28	0,0
Provisionen	5	4	25,0
Lieferungen und Leistungen	1	1	0,0
Aufwendungen			
Zinsen	12	14	- 14,3
Provisionen	—	9	- 100,0
Verwaltungsaufwendungen	4	2	.
Lieferungen und Leistungen	12	7	71,4
Abschreibungen/Wertminderungen	23	22	4,5

¹ Vorjahr angepasst.

Der Commerzbank-Konzern wickelt Geschäfte mit Bundesunternehmen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit grundsätzlich zu marktgerechten Bedingungen und Konditionen ab. Aktiva und Passiva sowie außerbilanzielle Posten in Verbindung mit Bundesunternehmen haben sich folgendermaßen entwickelt:

	<u>31.3.2013</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
	Mio. €		
Barreserve	1.960	5.637	- 65,2
Forderungen an Kreditinstitute	128	129	- 0,8
Forderungen an Kunden	2.100	2.114	- 0,7
Handelsaktiva	2.968	2.761	7,5
Finanzanlagen	4.136	4.066	1,7
Gesamt	11.292	14.707	- 23,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16.186	14.866	8,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	97	382	- 74,6
Handelspassiva	2.040	1.312	55,5
Stille Einlage	1.626	1.626	0,0
Gesamt	19.949	18.186	9,7
Außerbilanzielle Posten			
Gewährte Garantien und Sicherheiten	331	333	- 0,6
Erhaltene Garantien und Sicherheiten	—	—	.

Die auf Geschäfte mit Bundesunternehmen entfallenden Aufwendungen und Erträge stellten sich wie folgt dar:

	<u>1.1.-31.3.2013</u>	<u>1.1.-31.3.2012</u>	<u>Veränd. in %</u>
	Mio. €		
Erträge			
Zinsen	98	135	- 27,4
Provisionen	2	2	0,0
Lieferungen und Leistungen	—	1	- 100,0
Aufwendungen			
Zinsen	14	12	16,7
Provisionen	—	2	- 100,0
Lieferungen und Leistungen	—	—	.
Abschreibungen/Wertminderungen	—	—	.

(34) Angaben zur Saldierung von Finanzinstrumenten

Nachfolgend stellen wir die Überleitung der Bruttobeträge vor Saldierung zu den Nettobeträgen nach Saldierung sowie die Beträge für bestehende Saldierungsrechte, welche nicht den bilanziellen Saldierungskriterien genügen, getrennt für alle bilanzierten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten dar, die

- gemäß IAS 32.42 bereits saldiert werden (Finanzinstrumente I.), und

- die einer durchsetzbaren zweiseitigen Aufrechnungsvereinbarung (Master Netting Agreement) oder einer ähnlichen Vereinbarung unterliegen, jedoch nicht bilanziell verrechnet werden (Finanzinstrumente II.).

Für die Aufrechnungsvereinbarungen schließen wir Rahmenverträge mit unseren Geschäftspartnern ab (wie beispielsweise 1992 ISDA Master Agreement Multicurrency Cross Border; deutscher Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte). Durch den Abschluss derartiger Aufrechnungsvereinbarungen können die positiven und negativen Marktwerte der unter einem Rahmenvertrag einbezogenen derivativen Kontrakte miteinander verrechnet werden. Im Rahmen dieses Nettingprozesses reduziert sich das Kreditrisiko auf eine einzige Nettoforderung gegenüber dem Vertragspartner (Close-out-Netting).

Saldierungen nehmen wir für Forderungen und Verbindlichkeiten aus echten Pensionsgeschäften (Reverse Repos und Repos) sowie für positive und negative Marktwerte aus Derivaten vor. Die bilanziellen Saldierungen betreffen Transaktionen mit zentralen Kontrahenten.

Aktiva	31.3.2013		31.12.2012	
	Reverse Repos	Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	Reverse Repos	Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten
	Mio. €			
Bruttobetrag der Finanzinstrumente	89.801	239.072	71.208	271.018
Nicht nettingfähige Buchwerte	4.652	8.039	4.606	9.244
a) Bruttobetrag der Finanzinstrumente I. & II.	85.149	231.033	66.602	261.774
b) Bilanziell genetteter Betrag für Finanzinstrumente I.	15.520	136.517	13.323	158.561
c) Nettobetrag der Finanzinstrumente I. & II. = a) – b)	69.629	94.516	53.279	103.213
d) Master Agreements, die nicht bereits in b) berücksichtigt sind Betrag der Finanzinstrumente II., die die Kriterien nach IAS 32.42 nicht oder nur zum Teil erfüllen ¹	9.922	76.036	4.595	82.974
Fair Value der auf Finanzinstrumente I. & II. entfallenden finanziellen Sicherheiten, die nicht bereits in b) enthalten sind ² Unbare Sicherheiten ³	38.760	1.118	30.891	1.260
Barsicherheiten	69	9.685	23	10.678
e) Nettobetrag der Finanzinstrumente I. & II. = c) – d)	20.878	7.677	17.770	8.301

¹ Kleinerer Betrag aus Vermögenswerten und Verbindlichkeiten.

² Ohne Rückgabeverpflichtungen oder -rechten aus der Übertragung von Sicherheiten.

³ Einschließlich nicht bilanzierter Finanzinstrumente (zum Beispiel Wertpapiersicherheiten aus Repos).

Passiva	31.3.2013		31.12.2012	
	Repos	Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	Repos	Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten
		Mio. €		
Bruttobetrag der Finanzinstrumente	75.410	247.928	50.185	279.006
Nicht nettingfähige Buchwerte	3.668	5.910	2.843	6.439
a) Bruttobetrag der Finanzinstrumente I. & II.	71.742	242.018	47.342	272.567
b) Bilanzuell genetteter Betrag für Finanzinstrumente I.	15.520	140.137	13.323	162.133
c) Nettobetrag der Finanzinstrumente I. & II. = a) – b)	56.222	101.881	34.019	110.434
d) Master Agreements, die nicht bereits in b) berücksichtigt sind Betrag der Finanzinstrumente II., die die Kriterien nach IAS 32.42 nicht oder nur zum Teil erfüllen ¹	9.922	76.036	4.595	82.974
Fair Value der auf Finanzinstrumente I. & II. entfallenden finanziellen Sicherheiten, die nicht bereits in b) enthalten sind ²				
Unbare Sicherheiten ³	28.754	1.497	13.280	1.876
Barsicherheiten	4	21.508	1	22.366
e) Nettobetrag der Finanzinstrumente I. & II. = c) – d)	17.542	2.840	16.143	3.218

¹ Kleinerer Betrag aus Vermögenswerten und Verbindlichkeiten.

² Ohne Rückgabeverpflichtungen oder -rechten aus der Übertragung von Sicherheiten.

³ Einschließlich nicht bilanzierter Finanzinstrumente (zum Beispiel Wertpapiersicherheiten aus Repos).

Die ausgewiesenen Nettobeträge der Finanzinstrumente resultieren nahezu komplett aus aktivischen und passivischen Pensionsgeschäften mit zentralen Kontrahenten und sind vollständig durch Sicherheiten gedeckt.

Frankfurt am Main, 29. April 2013
Der Vorstand



Martin Blessing



Frank Annuscheit



Markus Beumer



Stephan Engels



Jochen Klösges



Michael Reuther



Stefan Schmittmann



Ulrich Sieber



Martin Zielke

Organe der Commerzbank Aktiengesellschaft

Aufsichtsrat

Klaus-Peter Müller
Vorsitzender

Uwe Tschäge¹
stellv. Vorsitzender

Hans-Hermann Altenschmidt¹

Dr.-Ing. Burckhard Bergmann
(bis 19.4.2013)

Dr. Nikolaus von Bomhard

Karin van Brummelen¹
(bis 19.4.2013)

Gunnar de Buhr¹
(seit 19.4.2013)

Stefan Burghardt¹
(seit 19.4.2013)

Astrid Evers¹
(bis 19.4.2013)

Karl-Heinz Flöther
(seit 19.4.2013)

Uwe Foullong¹
(bis 19.4.2013)

Daniel Hampel¹
(bis 19.4.2013)

Dr.-Ing. Otto Happel
(bis 19.4.2013)

Beate Hoffmann¹
(bis 19.4.2013)

**Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h.
Hans-Peter Keitel**

Dr. Markus Kerber
(seit 19.4.2013)

Alexandra Krieger¹

Oliver Leiberich¹
(seit 19.4.2013)

Beate Mensch¹
(seit 19.4.2013)

Dr. h.c. Edgar Meister
(bis 19.4.2013)

**Prof. h.c. (CHN) Dr. rer. oec.
Ulrich Middelmann**

Dr. Helmut Perlet

Barbara Priester¹

Mark Roach¹

Petra Schadeberg-Herrmann
(seit 19.4.2013)

Dr. Marcus Schenck

Margit Schoffer¹
(seit 19.4.2013)

Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell

Dr. Walter Seipp
Ehrenvorsitzender

¹ Von den Arbeitnehmern gewählt.

Vorstand

Martin Blessing
Vorsitzender

Frank Annuscheit

Markus Beumer

Stephan Engels

Jochen Klösges

Michael Reuther

Dr. Stefan Schmittmann

Ulrich Sieber

Martin Zielke

Die folgende in Übereinstimmung mit den Vorschriften des deutschen Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) erteilte Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht bezieht sich auf den verkürzten Konzernzwischenabschluss sowie den Konzernzwischenlagebericht der COMMERZBANK Aktiengesellschaft für den Zeitraum 1. Januar 2013 bis zum 31. März 2013, die Bestandteile des Quartalsfinanzberichts nach § 37x WpHG sind. Der Konzernzwischenlagebericht ist weder in diesem Registrierungsformular abgedruckt, noch kraft Verweises einbezogen.

Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht

An die COMMERZBANK Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Wir haben den verkürzten Konzernzwischenabschluss – bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, verkürzter Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung sowie ausgewählten erläuternden Anhangangaben – und den Konzernzwischenlagebericht der COMMERZBANK Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. März 2013, die Bestandteile des Quartalsfinanzberichts nach § 37 x Absatz 3 WpHG sind, einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Aufstellung des verkürzten Konzernzwischenabschlusses nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und des Konzernzwischenlageberichts nach den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, eine Bescheinigung zu dem verkürzten Konzernzwischenabschluss und dem Konzernzwischenlagebericht auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht abzugeben.

Wir haben die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses und des Konzernzwischenlageberichts unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen vorgenommen. Danach ist die prüferische Durchsicht so zu planen und durchzuführen, dass wir bei kritischer Würdigung mit einer gewissen Sicherheit ausschließen können, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden sind. Eine prüferische Durchsicht beschränkt sich in erster Linie auf Befragungen von Mitarbeitern der Gesellschaft und auf analytische Beurteilungen und bietet deshalb nicht die durch eine Abschlussprüfung erreichbare Sicherheit. Da wir auftragsgemäß keine Abschlussprüfung vorgenommen haben, können wir einen Bestätigungsvermerk nicht erteilen.

Auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, oder dass der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden sind.

Frankfurt am Main, 30. April 2013

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Goldschmidt
Wirtschaftsprüfer

Caroline Gass
Wirtschaftsprüferin

(Diese Seite bleibt absichtlich frei.)

KONZERNABSCHLUSS DER COMMERZBANK AKTIENGESELLSCHAFT ZUM 31. DEZEMBER 2012

Gesamtergebnisrechnung
Gewinn-und-Verlust-Rechnung

	Notes	1.1.-31.12.2012	1.1.-31.12.2011	Veränd. in %
			Mio. €	
Zinserträge	(31)	14.559	17.343	- 16,1
Zinsaufwendungen	(31)	9.020	10.619	- 15,1
Zinsüberschuss	(31)	5.539	6.724	- 17,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(32)	- 1.660	- 1.390	19,4
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		3.879	5.334	- 27,3
Provisionserträge	(33)	3.711	4.055	- 8,5
Provisionsaufwendungen	(33)	520	560	- 7,1
Provisionsüberschuss	(33)	3.191	3.495	- 8,7
Handelsergebnis	(34)	1.113	2.109	- 47,2
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	(35)	8	- 123	.
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	(34, 35)	1.121	1.986	- 43,6
Ergebnis aus Finanzanlagen	(36)	81	- 3.611	.
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	(37)	46	42	9,5
Sonstiges Ergebnis	(38)	- 77	1.253	.
Verwaltungsaufwendungen	(39)	7.025	7.992	- 12,1
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen		—	—	.
Restrukturierungsaufwendungen	(40)	43	—	.
Ergebnis aus dem Verkauf von Veräußerungsgruppen		- 268	—	.
Ergebnis vor Steuern		905	507	78,5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(41)	796	- 240	.
Konzernergebnis		109	747	- 85,4
den Minderheitenanteilen zurechenbares Konzernergebnis		103	109	- 5,5
den Commerzbank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis		6	638	- 99,1
Ergebnis je Aktie		1.1.-31.12.2012	1.1.-31.12.2011	Veränd. in %
			€	
Ergebnis je Aktie	(43)	- 0,04	0,18	.

Das nach IAS 33 errechnete Ergebnis je Aktie basiert auf dem den Commerzbank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnis abzüglich der Ausschüttung auf die Stillen Einlagen. Im laufenden Geschäftsjahr sowie im Vorjahr waren keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf. Das verwässerte Ergebnis je Aktie war daher mit dem unverwässerten identisch.

Zusammengefasste Gesamtergebnisrechnung

	Notes	1.1.-31.12.2012	1.1.-31.12.2011 Mio. €	Veränd. in %
Konzernergebnis		109	747	- 85,4
Veränderung der Neubewertungsrücklage	(74)			
Umbuchung in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung		- 232	696	.
Erfolgsneutrale Wertänderung		1.096	- 1.477	.
Veränderung der Rücklage aus Cash Flow Hedges	(74)			
Umbuchung in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung		184	213	- 13,6
Erfolgsneutrale Wertänderung		10	- 18	.
Veränderung der Rücklage aus der Währungsumrechnung	(74)			
Umbuchung in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung		- 175	14	.
Erfolgsneutrale Wertänderung		545	- 166	.
Veränderung bei at-Equity-bewerteten Unternehmen		5	- 1	.
Sonstiges Periodenergebnis		1.433	- 739	.
Gesamtergebnis		1.542	8	.
den Minderheitenanteilen zurechenbares Periodenergebnis		212	47	.
den Commerzbank-Aktionären zurechenbares Periodenergebnis		1.330	- 39	.

Für das Geschäftsjahr 2012 stellte sich das Sonstige Periodenergebnis wie folgt dar:

<u>Sonstiges Periodenergebnis</u>	1.1.-31.12.2012		
	Vor Steuern	Steuern Mio. €	Nach Steuern
Veränderung der Neubewertungsrücklage	1.173	- 309	864
Veränderung der Rücklage aus Cash Flow Hedges	277	- 83	194
Veränderung der Rücklage aus der Währungsumrechnung	370	—	370
Veränderung bei at-Equity-bewerteten Unternehmen	5	—	5
Sonstiges Periodenergebnis	1.825	-392	1.433

Im Vorjahr entwickelte sich das Sonstige Periodenergebnis folgendermaßen:

<u>Sonstiges Periodenergebnis</u>	1.1.-31.12.2011		
	Vor Steuern	Steuern Mio. €	Nach Steuern
Veränderung der Neubewertungsrücklage	- 1.007	226	- 781
Veränderung der Rücklage aus Cash Flow Hedges	289	- 94	195
Veränderung der Rücklage aus der Währungsumrechnung	- 152	—	- 152
Veränderung bei at-Equity-bewerteten Unternehmen	- 1	—	- 1
Sonstiges Periodenergebnis	- 871	132	- 739

Bilanz

Aktiva	Notes	31.12.2012	31.12.2011	Veränd. in %
		Mio. €		
Barreserve	(7, 46)	15.755	6.075	.
Forderungen an Kreditinstitute	(8, 9, 10, 47, 49, 50, 80)	88.028	87.790	0,3
darunter: als Sicherheit übertragen	(79)	45	77	-41,6
Forderungen an Kunden	(8, 9, 10, 48, 49, 50, 80)	278.546	296.586	-6,1
darunter: als Sicherheit übertragen	(79)	—	—	.
Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges	(11, 51)	202	147	37,4
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	(12, 52)	6.057	5.132	18,0
Handelsaktiva	(13, 53, 80)	144.144	155.700	-7,4
darunter: als Sicherheit übertragen	(79)	12.680	16.025	-20,9
Finanzanlagen	(14, 54, 80)	89.142	94.523	-5,7
darunter: als Sicherheit übertragen	(79)	2.495	3.062	-18,5
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen	(4, 55)	744	694	7,2
Immaterielle Anlagewerte	(15, 56)	3.051	3.038	0,4
Sachanlagen	(16, 57)	1.372	1.399	-1,9
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(18, 59)	637	808	-21,2
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen	(19, 60)	757	1.759	-57,0
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	(26, 58)	790	716	10,3
Latente Ertragsteueransprüche	(26, 58)	3.015	4.154	-27,4
Sonstige Aktiva	(17, 61)	3.638	3.242	12,2
Gesamt		635.878	661.763	-3,9
Passiva	Notes	31.12.2012	31.12.2011	Veränd. in %
		Mio. €		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(10, 20, 62, 80)	110.242	98.481	11,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(10, 20, 63, 80)	265.842	255.344	4,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	(20, 64, 80)	79.332	105.673	-24,9
Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges	(11, 65)	1.467	938	56,4
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	(21, 66)	11.739	11.427	2,7
Handelsspassiva	(22, 67, 80)	116.111	137.847	-15,8
Rückstellungen	(23, 24, 68)	3.259	3.761	-13,3
Tatsächliche Ertragsteuerschulden	(26, 69)	324	680	-52,4
Latente Ertragsteuerschulden	(26, 69)	90	189	-52,4
Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen	(19, 70)	2	592	-99,7
Sonstige Passiva	(71)	6.523	6.568	-0,7
Nachrangkapital	(27, 72, 80)	12.316	13.285	-7,3
Hybridkapital	(27, 73, 80)	1.597	2.175	-26,6
Eigenkapital	(30, 74, 75, 76)	27.034	24.803	9,0
Gezeichnetes Kapital	(74)	5.828	5.113	14,0
Kapitalrücklage	(74)	11.681	11.158	4,7
Gewinnrücklagen	(74)	8.614	8.822	-2,4
Stille Einlagen	(74)	2.376	2.687	-11,6
Andere Rücklagen	(5, 6, 14, 74)	-2.353	-3.676	-36,0
Gesamt vor Minderheitenanteilen		26.146	24.104	8,5
Minderheitenanteile	(74)	888	699	27,0
Gesamt		635.878	661.763	-3,9

Eigenkapitalveränderungsrechnung

	Andere Rücklagen									
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Stille Einlagen	Neubewertungsrücklage	Rücklage aus	Rücklage aus der	Gesamt vor		Eigenkapital
						Cash Flow Hedges	Währungsumrechnung	Minderheitenanteilen	Minderheitenanteile	
Mio. €										
Eigenkapital zum 1.1.2011	3.047	1.507	9.140	17.178	-1.731	-1.005	-263	27.873	785	28.658
Gesamtergebnis	—	—	638	—	-780	195	-92	-39	47	8
Konzernergebnis			638					638	109	747
Veränderung der Neubewertungsrücklage					-780			-780	-1	-781
Veränderung der Rücklage aus Cash Flow Hedges						195		195		195
Veränderung der Rücklage aus der Währungsumrechnung							-91	-91	-61	-152
Veränderung bei at-Equity-bewerteten Unternehmen							-1	-1		-1
Ausschüttung Stille Einlagen										
Dividendenausschüttung									-26	-26
Nennwertumstellung	-2.142	2.142								
Kapitalerhöhungen	4.184	7.470						11.654		11.654
Entnahme aus den Gewinnrücklagen			-873					-873		-873
Verminderung Stille Einlagen				-14.491				-14.491		-14.491
Veränderungen im Anteilsbesitz			38					38	-57	-19
Sonstige Veränderungen ¹	24	39	-121					-58	-50	-108
Eigenkapital zum 31.12.2011	5.113	11.158	8.822	2.687	-2.511	-810	-355	24.104	699	24.803
Gesamtergebnis	—	—	6	—	813	194	142	1.155	207	1.362
Konzernergebnis			6					6	103	109
Veränderung der Neubewertungsrücklage					813			813	51	864
Veränderung der Rücklage aus Cash Flow Hedges						194		194		194
Veränderung der Rücklage aus der Währungsumrechnung							137	137	53	190
Veränderung bei at-Equity-bewerteten Unternehmen							5	5		5
Ausschüttung Stille Einlagen			-221					-221		-221
Dividendenausschüttung									-16	-16
Kapitalerhöhungen	717	498						1.215	-2	1.213
Entnahme aus den Gewinnrücklagen										
Verminderung Stille Einlagen				-311				-311		-311
Veränderungen im Anteilsbesitz			-5					-5	-2	-7
Sonstige Veränderungen ¹	-2	25	12		-1		175	209	2	211
Eigenkapital zum 31.12.2012	5.828	11.681	8.614	2.376	-1.699	-616	-38	26.146	888	27.034

¹ Einschließlich Veränderung des Bestands eigener Aktien, Veränderung von Derivaten auf eigene Eigenkapitalinstrumente und Veränderungen im Konsolidierungskreis.

Im März 2012 haben wir unser Grundkapital um 7 % (360.509.967 Aktien) aus Genehmigtem Kapital gegen Sacheinlagen unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre erhöht. Die neuen Aktien wurden vollständig gegen Einbringung von hybriden, nachrangigen und anderen Finanzinstrumenten gezeichnet, die von der Commerzbank Aktiengesellschaft und von Gesellschaften des Commerzbank-Konzerns begeben wurden. Der Nominalbetrag der zurückgegebenen Finanzinstrumente belief sich auf 1,0 Mrd. Euro und wirkte sich einmalig mit einem Ertrag von 0,1 Mrd. Euro auf das Konzernergebnis aus. Das Gezeichnete Kapital erhöhte sich um 0,4 Mrd. Euro und die Kapitalrücklage um 0,3 Mrd. Euro. Für die Kapitalerhöhung sind Aufwendungen von 11 Mio. Euro angefallen, die in der Kapitalrücklage erfasst wurden.

Der Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) hat in der Folge einen Teil seiner Stillen Einlagen in Aktien gewandelt, um seine Beteiligungsquote an der Commerzbank (25 % plus 1 Aktie) aufrechtzuerhalten. Damit wurden Stille Einlagen im Nominalbetrag von 0,2 Mrd. Euro in 120.169.989 Aktien aus dem Bedingten Kapital gewandelt.

Im Januar 2012 hat die Commerzbank ein Maßnahmenpaket zur Erfüllung der erhöhten Eigenkapitalanforderungen der European Banking Authority (EBA) zum 30. Juni 2012 beschlossen, das unter anderem die Erfüllung der individuellen variablen Vergütungsansprüche außertariflicher Mitarbeiter für das Jahr 2011 durch Commerzbank-Aktien vorsah. Im Juni 2012 erfolgte die Vergütung durch die Ausgabe von 176.553.636 Aktien aus Genehmigtem Kapital und führte zu einer Erhöhung des Gezeichneten Kapitals um 177 Mio. Euro und einer Erhöhung der Kapitalrücklage um 37 Mio. Euro.

Der Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) hat in der Folge einen Teil seiner Stillen Einlagen in Aktien gewandelt, um seine Beteiligungsquote an der Commerzbank (25 % plus 1 Aktie) aufrechtzuerhalten. Damit wurden Stille Einlagen im Nominalbetrag von 80 Mio. Euro in 58.851.212 Aktien aus dem Bedingten Kapital gewandelt.

Das Gezeichnete Kapital der Commerzbank Aktiengesellschaft betrug somit zum 31. Dezember 2012 gemäß Satzung 5.830 Mio. Euro und war in 5.829.513.857 Stückaktien eingeteilt (rechnerischer Wert pro Aktie 1,00 Euro). Nach Abzug der zum 31. Dezember 2012 im Bestand befindlichen 1.193.353 Aktien betrug das Gezeichnete Kapital 5.828 Mio. Euro.

Von der Ermächtigung der Hauptversammlung am 23. Mai 2012 zum Erwerb eigener Aktien für Zwecke des Wertpapierhandels nach § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG wurde Gebrauch gemacht. Gewinne und Verluste aus dem Handel mit eigenen Aktien wurden erfolgsneutral behandelt.

In den Anderen Rücklagen sind keine Effekte aus zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten und Vermögenswerten aus Veräußerungsgruppen enthalten.

In den Sonstigen Veränderungen in der Eigenkapitalveränderungsrechnung ist auch die Umbuchung der Rücklage aus der Währungsumrechnung in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung von 175 Mio. Euro enthalten, die insbesondere aus dem Verkauf der Bank Forum im Geschäftsjahr 2012 resultierte.

Die Veränderungen im Anteilsbesitz von –5 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2012 resultierten mit –3 Mio. Euro aus dem Erwerb von weiteren Anteilen bereits konsolidierter Gesellschaften. Der Effekt aus dem Abgang von Anteilen weiterhin konsolidierter Tochterunternehmen betrug –2 Mio. Euro.

Für das Geschäftsjahr 2012 erfolgt keine Dividendenzahlung, da die Gewinnrücklagen einschließlich des Bilanzgewinns der Commerzbank Aktiengesellschaft in ihrem Einzelabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) die Ausschüttungssperre (§ 268 Abs. 8 HGB) nicht übersteigen.

Eine Bedienung auf die im Eigenkapital ausgewiesenen Stillen Einlagen von 221 Mio. Euro ist dagegen gemäß vertraglicher Vereinbarung vorzunehmen, da die Zahlung nicht zu einem Bilanzverlust der Commerzbank Aktiengesellschaft führt.

Weitere Details zum Eigenkapital sind in den Notes 74, 75 und 76 enthalten.

Kapitalflussrechnung

	Notes	2012	2011
		Mio. €	
Konzernergebnis		109	747
Im Konzernergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Sachanlagen und Vermögenswerte, Veränderungen der Rückstellungen sowie Bewertungsveränderungen aus Hedge Accounting		- 21	4.006
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		- 3.628	- 12.194
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Vermögenswerten	(36)	- 147	343
Ergebnis aus der Veräußerung von Sachanlagen	(38)	—	—
Sonstige Anpassungen	(31)	- 6.247	- 7.373
Zwischensumme		- 9.934	- 14.471
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:			
Forderungen an Kreditinstitute	(47)	- 557	22.924
Forderungen an Kunden	(48)	18.258	32.373
Wertpapiere des Handelsbestands	(53)	- 4.300	12.393
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	(54-57, 59-61)	- 121	1.906
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(62)	11.723	- 39.144
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(63)	10.534	- 7.483
Verbriefte Verbindlichkeiten	(64)	- 26.186	- 25.683
Mittelveränderung aus Zahlungen in das Planvermögen	(68)	- 412	- 438
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	(65-71)	- 26	- 4.502
Erhaltene Zinsen	(31)	11.997	14.294
Erhaltene Dividenden	(31)	221	115
Gezahlte Zinsen	(31)	- 5.971	- 7.036
Ertragsteuerzahlungen	(41)	271	- 29
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		5.497	- 14.781
Einzahlungen aus der Veräußerung von:			
Finanzanlagen und Anteilen an at-Equity-bewerteten Unternehmen	(36, 37, 54, 55)	5.503	17.783
Sachanlagevermögen	(38, 57)	63	74
Auszahlungen für den Erwerb von:			
Finanzanlagen und Anteilen an at-Equity-bewerteten Unternehmen	(36, 37, 54, 55)	- 157	- 335
Sachanlagevermögen	(38, 57)	- 457	- 296
Effekte aus Veränderungen des Konsolidierungskreises			
Cashflow aus dem Erwerb abzüglich erworbener Zahlungsmittel	(46)	—	—
Cashflow aus der Veräußerung abzüglich veräußerter Zahlungsmittel	(46)	—	83
Cashflow aus Investitionstätigkeit		4.952	17.309
Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen	(74)	927	- 2.774
Dividendenzahlungen	(74)	—	—
Mittelveränderung aus Veränderung im Anteilsbesitz an vollkonsolidierten Unternehmen		- 7	- 58
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Nachrangkapital)	(72, 73)	- 1.546	- 1.632
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		- 626	- 4.464
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode		6.075	8.053
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		5.497	- 14.781
Cashflow aus Investitionstätigkeit		4.952	17.309
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		- 626	- 4.464
Effekte aus Wechselkursänderungen		- 40	67
Effekte aus Minderheitenanteilen		- 103	- 109
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	(46)	15.755	6.075

Der Zahlungsmittelbestand setzte sich wie folgt zusammen:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränd. in %
	Mio. €		
Kassenbestand	1.687	1.572	7,3
Guthaben bei Zentralnotenbanken	13.678	3.998	.
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	390	505	- 22,8

Im Zahlungsmittelbestand zum 31. Dezember 2012 waren keine Zugänge aus erstkonsolidierten Gesellschaften enthalten (Vorjahr: —). Aus Entkonsolidierungen im Jahr 2012 ergaben sich ebenfalls keine Effekte (Vorjahr: – 2 Mio. Euro) auf den Zahlungsmittelbestand.

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Zusammensetzung und die Veränderungen des Zahlungsmittelbestands des Geschäftsjahres. Sie ist in die Positionen operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit aufgeteilt.

Als Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit werden Zahlungsvorgänge (Zu- und Abflüsse) aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie aus Wertpapieren der Handelsaktiva und anderen Aktiva ausgewiesen. Zu- und Abgänge aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus Verbrieften Verbindlichkeiten und anderen Passiva gehören ebenfalls zur operativen Geschäftstätigkeit. Auch die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen finden sich im Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit wieder.

Die Veränderungen des Cashflows aus operativer Geschäftstätigkeit resultieren unter anderem aus der Veräußerung von konsolidierten Gesellschaften. Die anderen Aktiva und Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit enthalten dabei auch Abgänge von Gesellschaften, die als zur Veräußerung gehalten klassifiziert waren und im Berichtsjahr veräußert wurden. Die nachstehenden Tabellen geben einen Überblick über die Vermögenswerte und Schulden zu den Abgangzeitpunkten.

<u>Aktiva</u>	31.12.2012
	Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	439
Forderungen an Kunden	10
Handelsaktiva	280
Finanzanlagen	466
Sachanlagen	—
Sonstige Aktivposten	863
<u>Passiva</u>	31.12.2012
	Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	—
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	—
Verbriefte Verbindlichkeiten	258
Handelspassiva	13
Sonstige Passivposten	625

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt Zahlungsvorgänge für die Finanzanlagen, die Immateriellen Vermögenswerte sowie für die Sachanlagen. Darüber hinaus werden hier die Cashflows im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Veräußerung von Tochterunternehmen gezeigt. Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit umfasst Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen sowie Ein- und Auszahlungen für Nachrang- und Hybridkapital. Auch ausgeschüttete Dividenden weisen wir hier aus.

Der Zahlungsmittelbestand umfasst die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, die unmittelbar in liquide Mittel umgewandelt werden können und nur einem unwesentlichen Wertänderungsrisiko unterliegen. Wir fassen darunter den Posten Barreserve, der sich aus Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken sowie Schuldtiteln öffentlicher Stellen und Wechseln, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind, zusammensetzt (vergleiche Note 46). Nicht einbezogen werden täglich fällige Forderungen an Kreditinstitute.

Für den Commerzbank-Konzern ist die Aussagefähigkeit der Kapitalflussrechnung als gering anzusehen. Die Kapitalflussrechnung ersetzt für uns weder die Liquiditäts- beziehungsweise Finanzplanung noch wird sie als Steuerungsinstrument eingesetzt.

ANHANG (NOTES)

Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Unser Konzernabschluss zum 31. Dezember 2012 wurde nach § 315 a Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 (IAS-Verordnung) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 aufgestellt. Ebenso kamen weitere Verordnungen zur Übernahme bestimmter internationaler Rechnungslegungsstandards auf der Grundlage der vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten und veröffentlichten International Financial Reporting Standards (IFRS) und deren Auslegungen durch das International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) zur Anwendung. Alle für das Geschäftsjahr 2012 in der EU verpflichtend anzuwendenden Standards und Interpretationen wurden berücksichtigt.

Von der vorzeitigen Anwendung von Standards und Interpretationen, die erst ab dem Geschäftsjahr 2013 oder später umzusetzen sind (IFRS 9, 10, 11, 12 und 13, überarbeitete IAS 19, 27, 28 und 32 sowie IFRS 7; Änderungen aus dem jährlichen Verbesserungsprozess des IASB) haben wir zulässigerweise abgesehen. Durch IFRS 9, der erst teilweise durch das IASB veröffentlicht und noch nicht durch die EU verabschiedet wurde, könnten sich signifikante Effekte auf die Bilanzierung und Bewertung ergeben. Aufgrund der noch ausstehenden Anerkennung durch die EU sowie wesentlicher noch nicht verabschiedeter Teilbereiche ist keine verlässliche Quantifizierung der Effekte möglich. Die aus der erstmaligen Anwendung des überarbeiteten Standards IAS 19 für das Geschäftsjahr 2013 erwarteten Änderungen und Effekte stellen wir auf Seite 208 dar. Aus den bereits verabschiedeten, aber noch nicht anzuwendenden Standards IFRS 10, 11 und 12 erwarten wir keine wesentlichen Änderungen des Konsolidierungskreises sowie keine nennenswerten Effekte auf die Gewinnrücklagen. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bilanzsumme des Konzern gehen wir von einem Anstieg um rund 0,5 % im Vergleich zum 31. Dezember 2012 aus. Auch aus den anderen derzeit noch nicht anzuwendenden Standards und Interpretationen erwarten wir keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Die im Geschäftsjahr 2012 erstmals anzuwendenden überarbeiteten Standards und Interpretationen (überarbeiteter IAS 12, IFRS 1 und 7; Änderungen aus dem jährlichen Verbesserungsprozess des IASB) hatten keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neben der Gesamtergebnisrechnung und der Bilanz beinhaltet der Konzernabschluss als weitere Komponenten die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung und den Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung erfolgt innerhalb des Anhangs (Note 45).

Der Konzernlagebericht einschließlich des separaten Berichts über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht) gemäß § 315 HGB ist auf den Seiten 61 bis 178 unseres Geschäftsberichts abgedruckt.

Berichtswährung des Konzernabschlusses ist der Euro. Alle Beträge sind, sofern nicht gesondert darauf hingewiesen wird, in Mio. Euro dargestellt. In der Gesamtergebnisrechnung, der Bilanz, der Eigenkapitalveränderungsrechnung und der Kapitalflussrechnung werden Beträge unter 500.000,00 Euro als 0 Mio. Euro dargestellt; sofern ein Posten 0,00 Euro beträgt, wird dieser mit einem Strich gekennzeichnet. In allen weiteren Notes werden sowohl auf 0 Mio. Euro gerundete Beträge wie auch Posten mit einem Nullsaldo mit einem Strich dargestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Grundsätze

Der Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (Going Concern). Die Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten, es sei denn die IFRS verlangen eine andere Bewertung. Davon betroffen sind insbesondere bestimmte Finanzinstrumente nach IAS 39, als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien und zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte.

Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam erfasst, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind. Zinsen weisen wir unter Berücksichtigung aller vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit den finanziellen Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten periodengerecht im Zinsüberschuss oder, sofern sie aus Handelsgeschäften einschließlich deren Refinanzierung resultieren, im Handelsergebnis aus. Dividendenerträge werden erst vereinnahmt, wenn ein entsprechender Rechtsanspruch vorliegt. Provisionserträge und -aufwendungen im Provisionsüberschuss erfassen wir zum einen nach der Bilanzierungsmethode für zugehörige Finanzinstrumente, zum anderen nach der Zweckbestimmung. Provisionen für Leistungen, die über einen bestimmten Zeitraum erbracht werden, werden über die Periode der Leistungserbringung erfasst. Gebühren, die mit der vollständigen Erbringung einer bestimmten Dienstleistung verbunden sind, werden zum Zeitpunkt der vollständig

erbrachten Dienstleistung vereinnahmt. Die Berücksichtigung von leistungsabhängigen Provisionen erfolgt, wenn die Leistungskriterien erfüllt werden. Provisionen aus Handelsgeschäften weisen wir im Handelsergebnis aus.

Fremdkapitalkosten, die direkt im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Bau oder der Herstellung eines wesentlichen, materiellen oder immateriellen Vermögenswertes stehen, werden grundsätzlich aktiviert. Voraussetzung ist, dass der Zeitraum für die Herstellung der Nutzbarkeit des Vermögenswertes mindestens 12 Monate beträgt.

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegenüber dem gleichen Geschäftspartner werden gegeneinander aufgerechnet und entsprechend saldiert in der Bilanz ausgewiesen, sofern ein einklagbares Recht zur Aufrechnung der Beträge besteht und die Erfüllung der Geschäfte auf Nettobasis oder die Realisierung des Vermögenswertes gleichzeitig mit Begleichung der Verbindlichkeit erfolgt. Neben der Aufrechnung positiver und negativer Marktwerte aus Derivaten und darauf entfallender Ausgleichszahlungen betrifft dies auch die Aufrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten aus Reverse Repos und Repos (Wertpapierpensionsgeschäfte).

Für die Vollkonsolidierung sowie für die At-Equity-Bewertung im Konzernabschluss verwenden wir im Wesentlichen zum 31. Dezember 2012 erstellte Abschlüsse. Für at-Equity-bewertete Unternehmen greifen wir in einzelnen Fällen auch auf den letzten verfügbaren und geprüften Jahresabschluss zurück, falls der aktuelle Jahresabschluss des Unternehmens zum Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses für das laufende Geschäftsjahr noch nicht vorliegt.

Tochtergesellschaften und at-Equity-bewertete Unternehmen, für die eine Verkaufsabsicht besteht und die mit hoher Wahrscheinlichkeit innerhalb eines Jahres veräußert werden, werden bis zur endgültigen Übertragung der Anteile in Übereinstimmung mit IFRS 5 in den entsprechenden Bilanzposten und Notes (siehe Notes 60 und 70) sowie in der Eigenkapitalveränderungsrechnung separat ausgewiesen.

Eine Einschätzung zur Kurz- und Langfristigkeit aller Bilanzposten nehmen wir in Note 80 vor. Die Angabe von Restlaufzeiten erfolgt im Commerzbank-Konzern zudem für alle Finanzinstrumente, für die vertragliche Fälligkeiten vorliegen (siehe Notes 78 und 80).

Der Konzernabschluss enthält Werte, die wir zulässigerweise unter Verwendung von Schätzungen und Annahmen ermittelt haben. Die verwendeten Schätzungen und Annahmen basieren auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren wie Planungen und – nach heutigem Ermessen – wahrscheinlichen Erwartungen und Prognosen zukünftiger Ereignisse. Die Schätzungen und Beurteilungen selbst sowie die zugrunde liegenden Beurteilungsfaktoren und Schätzverfahren werden regelmäßig überprüft und mit den tatsächlich eingetretenen Ereignissen abgeglichen. Nach unserer Ansicht sind die verwendeten Parameter sachgerecht und vertretbar. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich unter anderem bei der Ermittlung der Pensionsverpflichtungen, des Geschäfts- oder Firmenwertes und der Marktwerte von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien.

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen beruht auf dem Anwartschaftsbarwertverfahren für leistungsorientierte Altersversorgungspläne. Bei der Bewertung dieser Verpflichtungen sind insbesondere Annahmen über den langfristigen Gehalts- und Rentenentwicklungstrend sowie die durchschnittliche Lebenserwartung zu treffen. Veränderungen der Schätzannahmen von Jahr zu Jahr sowie Abweichungen zu den tatsächlichen Jahreseffekten sind in den versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten abgebildet (bezüglich der Auswirkungen von Parameteränderungen siehe Note 68 Rückstellungen).

Der Werthaltigkeitstest für Geschäfts- oder Firmenwerte, der mindestens jährlich vorzunehmen ist, basiert auf der anerkannten Ertragswertmethode. Dabei werden die zukünftig zu erwartenden Überschüsse aus der jüngsten Managementplanung zugrunde gelegt. Eine Analyse der Schätzungsunsicherheiten bei der Bestimmung des Geschäfts- oder Firmenwertes beziehungsweise des beizulegenden Zeitwertes (Fair Values) von Finanzinstrumenten befinden sich in der Note 15 beziehungsweise Note 82.

Für Schätzungsunsicherheiten hinsichtlich der Marktwerte von Immobilien, die als Finanzinvestition gehalten werden, nehmen wir Analysen auf Basis der Parameter Liegenschaftszins beziehungsweise Bodenwert vor (vergleiche Note 59).

Weiterhin bestehen Schätzungsunsicherheiten im Wesentlichen bei aktiven latenten Steuern, der Risikovorsorge im Kreditgeschäft und der auf Bewertungsmodellen beruhenden Fair-Value-Ermittlung von Finanzinstrumenten.

Für den Bereich Risikovorsorge verweisen wir auf den Risikobericht im Konzernlagebericht.

Die den vorzunehmenden Schätzungen zugrunde liegenden Annahmen und Parameter basieren auf einer sachgerechten Ausübung von Ermessensspielräumen durch das Management. Dies betrifft insbesondere die angemessene Auswahl und Anwendung von Parametern, Annahmen und Modellierungstechniken bei

der Bewertung solcher Finanzinstrumente, für die keine Marktpreise oder am Markt beobachtbare Vergleichsparameter vorliegen. Soweit unterschiedliche Bewertungsmodelle zu einer Bandbreite von verschiedenen potenziellen Wertansätzen führt, liegt die Auswahl des anzuwendenden Modells im Ermessen des Managements.

Des Weiteren lassen sich folgende wesentliche Sachverhalte zusammenfassen, die der Beurteilung durch das Management unterliegen:

- Die Umgliederung bestimmter finanzieller Vermögenswerte aus der Kategorie zur Veräußerung verfügbarer Finanzinstrumente in die Kategorie Forderungen und Kredite (siehe Note 5).
- Die Wertminderung von Krediten und die Bildung von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft (hier insbesondere die Auswahl von Entscheidungskriterien oder die Beurteilung der Werthaltigkeit von Sicherheiten; siehe Note 9).
- Die Werthaltigkeitsprüfung sonstiger finanzieller Vermögenswerte wie nach der Equity-Methode bilanzierte sowie zur Veräußerung gehaltene Finanzinstrumente (hier insbesondere die Auswahl der Kriterien, nach denen eine Wertminderung festgestellt wird; siehe Note 19).
- Die Werthaltigkeitsprüfung bei nicht finanziellen Vermögenswerten wie bei Firmen- oder Geschäftswerten und anderen immateriellen Vermögenswerten (hier insbesondere die Festlegung der Kriterien zur Bestimmung des erzielbaren Betrags; siehe Note 15).
- Die Werthaltigkeitsprüfung der latenten Ertragsteueransprüche nach IAS 12.24 ff. (hier insbesondere das Festlegen einer Methodik, nach der die Steuerplanung abgeleitet und die Eintrittswahrscheinlichkeit der voraussichtlichen zukünftigen steuerlichen Ergebnisse beurteilt werden kann; siehe Note 26).
- Die Bildung von Rückstellungen für ungewisse Verpflichtungen (siehe Note 23).

Die Rechnungslegung im Commerzbank-Konzern erfolgt nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, die in den folgenden Notes erläutert werden.

(2) Anpassung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Wir haben die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Vergleich zum Konzernabschluss 31. Dezember 2011 grundsätzlich beibehalten.

Die in der Rücklage aus der Währungsumrechnung ausgewiesenen Umrechnungsgewinne und -verluste aus der Kapitalkonsolidierung wurden bisher erst bei Veräußerung und der damit verbundenen Entkonsolidierung von in Fremdwährung aufgestellten Gesellschaften ergebniswirksam erfasst.

Zur sachgerechten Abbildung der Rücklage aus der Währungsumrechnung im Commerzbank-Konzern wird die Rücklage aus der Währungsumrechnung seit dem 1. April 2012 auch bei Teilveräußerungen von in Fremdwährung aufgestellten Gesellschaften berücksichtigt. Auch bei Teilrückführungen von Kapital in Fremdwährung, die nicht zu einer Entkonsolidierung führen, wird der anteilige Effekt auf die Rücklage aus der Währungsumrechnung bereits ergebniswirksam erfasst. Die Berücksichtigung erfolgt grundsätzlich im Ergebnis aus Finanzanlagen. Für das Vorjahr ergab sich jedoch kein Anpassungsbedarf, da bislang keine entsprechenden Sachverhalte (Teilveräußerungen oder Teilrückführungen von Kapital) zu verzeichnen waren.

Mit der Umsetzung der Vorschriften des Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) 17 für den Vergütungsbericht zum 31. Dezember 2012 haben wir entschieden, die Darstellung nach IAS 24 anzupassen. In der Note 95 stellen wir die Überleitung der aufwandsbasierten Gesamtvergütung nach IAS 24.17 zu den Gesamtbezügen gemäß DRS 17 dar. Eine individualisierte Darstellung der Angaben erfolgt im Vergütungsbericht. Das Vorjahr wurde entsprechend angepasst.

Darüber hinaus haben wir im Geschäftsjahr 2012 eine Schätzungsänderung von Bewertungsparametern für eine strukturierte Emission vorgenommen. Der Bewertungseffekt von 35 Mio. Euro wirkte sich positiv auf das Handelsergebnis aus. Wir haben ebenfalls unsere Bewertungsverfahren für besicherte Derivate im Einklang mit den veränderten Marktusancen zur Diskontierung weiterentwickelt. Daraus ergab sich im laufenden Geschäftsjahr ein Aufwand im Handelsergebnis von 119 Mio. Euro.

(3) Konsolidierungskreis

In unseren Konzernabschluss werden alle wesentlichen Tochterunternehmen einbezogen, an denen die Commerzbank Aktiengesellschaft direkt oder indirekt mehr als 50 % der Stimmrechte hält oder anderweitig einen beherrschenden Einfluss ausübt. Hierzu zählen auch wesentliche Zweckgesellschaften und Fonds, die im Sinne von SIC 12 beherrscht werden. Wesentliche assoziierte Unternehmen und wesentliche Gemeinschaftsunternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet.

Tochterunternehmen, assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen mit untergeordneter Bedeutung für den Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns wurden nicht vollkonsolidiert beziehungsweise nicht at-Equity-bewertet, sondern als Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen oder Beteiligungen unter den Finanzanlagen bilanziert. Die addierten Bilanzsummen der nicht wesentlichen Tochterunternehmen machen, bezogen auf die Bilanzsumme der Summenbilanz des Konzerns, weniger als 0,1 % (Vorjahr: 0,1 %) aus.

Eine vollständige Aufzählung des Anteilsbesitzes des Commerzbank-Konzerns ist der Note 102 zu entnehmen. Die folgenden wesentlichen Gesellschaften wurden im Geschäftsjahr 2012 erstkonsolidiert:

Gesellschaften	Kapital- und Stimmrechte	Anschaffungskosten	Vermögenswerte	Schulden
	%		Mio. €	
ASBERGIA Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	100,0	0,0	70,7	70,7
Bosphorus Investments Ltd., Dublin	0,0	0,0	101,9	101,9
BRE Agent Ubezpieczeniowy, Warschau	100,0	0,0	1,5	0,0
Brussels Urban Invest S.A., Brüssel	100,0	7,7	26,5	20,1
CFS Commerz Funds Solutions S.A., Luxemburg	100,0	5,0	12,3	4,7
Coco Finance II – 1 Ltd., Dublin	0,0	0,0	156,8	156,8
Commerz Pearl Limited, London	100,0	0,0	0,0	0,0
Commerz Property GmbH, Frankfurt am Main ...	100,0	70,5	70,5	0,0
Commerz Transaction Services Ost GmbH, Halle (Saale)	100,0	0,1	0,1	0,0
ComStage ETF MSCI Emerging Markets Leveraged 2x Daily TRN, Luxemburg	0,0	10,3	10,5	1,3
COSMO Finance II – 2 Ltd., Dublin	0,0	0,0	193,1	193,1
Loxodrome Inc., George Town, Grand Cayman	0,0	0,0	43,2	43,2
Number X Real Estate GmbH, Eschborn	100,0	8,8	8,8	0,0
Olympic Investment Fund II, Luxemburg	100,0	120,4	105,8	0,0
Property Invest Ferdinando di Savoia S.r.l., Mailand	100,0	3,1	12,4	8,2
Property Invest Roma S.r.l., Mailand	100,0	2,1	1,5	0,8
Riverbank Trustees Limited, London	100,0	0,2	0,2	0,0
Sterling Energy II LLC, New York	100,0	42,6	42,6	0,0
Zelos Belgium I SA, Forest, Belgien	100,0	0,0	12,2	12,7
Zelos Belgium II SA, Forest, Belgien	100,0	0,0	11,0	11,3
Zelos Belgium III SA, Forest, Belgien	100,0	0,0	10,8	10,9
Zelos Belgium IV SA, Forest, Belgien	100,0	0,0	12,0	12,3
Zelos Luxembourg S.C.S., Luxemburg	100,0	0,0	0,0	0,0

Aus den Erstkonsolidierungen resultierten keine als Geschäfts- oder Firmenwerte zu aktivierenden Unterschiedsbeträge. Negative Unterschiedsbeträge wurden zum Erwerbszeitpunkt in Übereinstimmung mit IFRS 3.34 in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Die Erstkonsolidierungen betrafen Unternehmen, die unsere Wesentlichkeitsgrenzen für die Konsolidierung überschritten haben, sowie Zukäufe oder Neugründungen unter anderem im Rahmen strukturierter Finanzierungen.

Aus der Folgebewertung der im Jahr 2009 im Rahmen des Dresdner-Bank-Erwerbs aufgedeckten Reserven und Lasten ergaben sich in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des laufenden Geschäftsjahres Aufwendungen von 388 Mio. Euro vor Steuern beziehungsweise 232 Mio. Euro nach Steuern. Die wesentlichen Effekte resultierten aus der Aufzinsung des Nachrang- und Hybridkapitals.

Die nachstehenden Gesellschaften wurden veräußert oder liquidiert und wurden daher nicht mehr konsolidiert:

- Veräußerung
 - Commerzbank Europe Finance (Ireland) plc, Dublin
 - Dresdner Kleinwort Pfandbriefe Investments II, Inc., Wilmington/Delaware
 - Dresdner Kleinwort Wasserstein (Argentina) S.A., Buenos Aires

- FM LeasingPartner GmbH, Bissendorf
- Limited Liability Company „ABRIO“, Kiew, Ukraine
- Limited Liability Company „ACUS“, Kiew, Ukraine
- Limited Liability Company „CLIOS“, Kiew, Ukraine
- Limited Liability Company „FESTLAND“, Kiew, Ukraine
- Limited Liability Company „MERUS“, Kiew, Ukraine
- Limited Liability Company „MODUS CAPITAL“, Kiew, Ukraine
- Limited Liability Company „RIDOS“, Kiew, Ukraine
- Limited Liability Company „SANTOS CAPITAL“, Kiew, Ukraine
- Limited Liability Company „VALIDUS“, Kiew, Ukraine
- Olympic Investment Fund, Luxemburg
- PUBLIC JOINT STOCK COMPANY „BANK FORUM“, Kiew, Ukraine

Die Veräußerungserlöse für die veräußerten Gesellschaften betragen rund 0,9 Mrd. Euro. Diese wurden komplett in Zahlungsmitteln vergütet. Das Veräußerungsergebnis belief sich auf –269 Mio. Euro und war nahezu komplett dem Ergebnis aus dem Verkauf von Veräußerungsgruppen (–268 Mio. Euro) zuzuordnen.

- Liquidation (einschließlich Gesellschaften, die die operative Geschäftstätigkeit eingestellt haben, unsere Wesentlichkeitsgrenzen für die Konsolidierung dauerhaft unterschritten haben oder nicht mehr konsolidierungspflichtig sind)
 - BRE Gold Fund, Warschau
 - CBK SICAV, Hesperange, Luxemburg
 - Commerzbank Leasing December (7) Limited, Edinburgh
 - Commerzbank Leasing (Guernsey) Limited, St. Peter Port, Guernsey
 - Commerzbank Leasing September (6) Limited, London
 - Commerzbank (South East Asia) Ltd., Singapur
 - CoSMO Finance 2007 – 1 Ltd., Dublin
 - CoSMO Finance 2008 – 1 Ltd., Dublin
 - GIE Dresdner Kleinwort France i.L., Paris¹
 - Gresham Bond, Luxemburg
 - Grundbesitzgesellschaft Berlin Rungestr. 22–24 mbH, Eschborn
 - Langham Nominees Ltd, St. Peter Port, Guernsey
 - Marlyna Ltd, London
 - Messestadt Riem „Office am See“ I GmbH, Eschborn¹
 - Messestadt Riem „Office am See“ III GmbH, Eschborn¹
 - Millstone II LLC, Dover/Delaware
 - RCL Securitisation GmbH, Frankfurt am Main
 - Silver Tower 125 Inc., George Town, Grand Cayman
 - TARA Immobiliengesellschaft mbH, Eschborn¹
 - TIGNATO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KölnTurm MediaPark KG, Eschborn¹
 - Victoria Capital (Ireland) Public Limited Company, Luxemburg
 - Victoria Capital Holdings S.A., Luxemburg
 - Victoria Capital S.A., Luxemburg

¹ Unterschreitung der Wesentlichkeitsgrenzen.

Folgende Gesellschaften wurden im laufenden Geschäftsjahr auf eine im Commerzbank-Konzern konsolidierte Gesellschaft verschmolzen:

- Commerz Real Baumanagement GmbH, Düsseldorf
- Commerz Real Mietkauf GmbH, Düsseldorf

- Deutsche Schiffsbank Aktiengesellschaft, Hamburg/Bremen
- Forum Immobiliengesellschaft mbH, Eschborn
- Futura Hochhausprojektgesellschaft mbH, Eschborn
- Hibernia Beta Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main
- Hibernia Sigma Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main
- Messestadt Riem „Office am See“ II GmbH, Eschborn
- Süddeutsche Industrie-Beteiligungs-GmbH, Frankfurt am Main
- Unica Immobiliengesellschaft mbH, Eschborn

In den Kreis der at-Equity-bewerteten Unternehmen wurden im Geschäftsjahr 2012 keine Unternehmen aufgenommen.

Aus dem Kreis der at-Equity-bewerteten Unternehmen sind folgende Gesellschaften ausgeschieden und werden daher nicht mehr nach der Equity-Methode bewertet:

- 36th Street CO-INVESTMENT, L.P., Wilmington, Delaware
- GIE Céline Bail, Paris
- GIE Morgane Bail, Paris
- MM Cogène 2, Paris
- RECAP Alta Phoenix Lofts Investment, L.P., New York
- RECAP/Commerz Greenwich Park Investment, L.P, New York
- Servicing Advisors Deutschland GmbH, Frankfurt am Main
- Southwestern Co-Investment, L.P., New York

Im August 2012 wurde unser Tochterunternehmen Eurohypo Aktiengesellschaft in Hypothekenbank Frankfurt Aktiengesellschaft umfirmiert. Die Aufgabe des Markennamens stand im Zusammenhang mit der im März 2012 von der Europäischen Kommission geänderten Verkaufsaufgabe in eine Abwicklungsaufgabe für die Eurohypo.

(4) Konsolidierungsgrundsätze

Tochterunternehmen sind Gesellschaften, an denen die Commerzbank Aktiengesellschaft direkt oder indirekt die Stimmrechtsmehrheit hält oder anderweitig die Finanz- und Geschäftspolitik bestimmt und somit einen beherrschenden Einfluss ausüben kann, um aus deren Tätigkeiten Nutzen zu ziehen. Die Konsolidierung erfolgt ab dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Stimmrechtsmehrheit oder einen beherrschenden Einfluss erlangt.

Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung bewerten wir Vermögenswerte und Verpflichtungen von Tochterunternehmen unabhängig von der Anteilsquote zum Zeitpunkt des Erwerbs vollständig neu. Die neu zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Vermögenswerte und Schulden werden unter Berücksichtigung latenter Steuern in die Konzernbilanz übernommen, die aufgedeckten stillen Reserven und Lasten in den Folgeperioden entsprechend den anzuwendenden Standards behandelt. Verbleibt nach der Neubewertung ein aktiver Unterschiedsbetrag, wird dieser als Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert.

Assoziierte Unternehmen sind Gesellschaften, bei denen die Commerzbank Aktiengesellschaft direkt oder indirekt über einen maßgeblichen Einfluss verfügt. Ein maßgeblicher Einfluss wird bei Stimmrechtsanteilen zwischen 20 und 50 % vermutet. Weitere Kriterien für einen maßgeblichen Einfluss sind beispielsweise wesentliche Geschäftsvorfälle mit dem Beteiligungsunternehmen, die Mitgliedschaft in einem Leitungs- oder Aufsichtsgremium oder die Mitwirkung bei der Geschäftspolitik des Beteiligungsunternehmens.

Gemeinschaftsunternehmen sind Gesellschaften, bei denen wir über die gemeinsame Kontrolle mit anderen Unternehmen verfügen. Die gemeinsame Kontrolle kann sich aus Stimmrechtsgleichheit oder vertraglichen Vereinbarungen ergeben.

Assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen bewerten wir grundsätzlich nach der Equity-Methode und weisen sie als Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen aus.

Die Anschaffungskosten dieser Beteiligungen einschließlich darin enthaltener Geschäfts- oder Firmenwerte werden zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss bestimmt. Dabei wenden wir sinngemäß die gleichen Regeln wie bei Tochtergesellschaften an. Für die wesentlichen assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen nehmen wir eine Fortschreibung des Equity-Buchwertes vor.

Anteile an Tochterunternehmen, die wegen untergeordneter Bedeutung nicht konsolidiert werden, und Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die wegen untergeordneter Bedeutung nicht nach der Equity-Methode bewertet werden, sind zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) oder, sofern dieser nicht zuverlässig ermittelbar ist, zu Anschaffungskosten in den Finanzanlagen ausgewiesen.

Die Konsolidierung von Tochterunternehmen endet zu dem Zeitpunkt, an dem die Bank den beherrschenden Einfluss verliert. Die Bewertung nach der Equity-Methode von Anteilen an assoziierten Unternehmen endet zu dem Zeitpunkt, an dem die Stimmrechtsanteile kleiner als 20 % sind oder die sonstigen maßgeblichen Einflussmöglichkeiten auf das assoziierte Unternehmen wegfallen. Die Equity-Bewertung von Gemeinschaftsunternehmen endet mit der Aufgabe der gemeinschaftlichen Führung.

Die Verpflichtung, unter bestimmten Voraussetzungen Zweckgesellschaften (Special Purpose Entities) zu konsolidieren, ergibt sich aus SIC 12. Eine Konsolidierung ist erforderlich, sofern eine Beherrschung der Zweckgesellschaft vorliegt. Dies kann der Fall sein, wenn bei wirtschaftlicher Betrachtung

- die Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft zugunsten des Unternehmens entsprechend seiner besonderen Geschäftsbedürfnisse beziehungsweise auf seine Veranlassung hin geführt wird, sodass das Unternehmen Nutzen aus der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft ziehen kann;
- das Unternehmen über die Entscheidungsmacht verfügt, die Mehrheit des Nutzens aus der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft zu ziehen oder durch die Einrichtung eines sogenannten Autopiloten diese Entscheidungsmacht delegiert;
- das Unternehmen das Recht hat, die Mehrheit des Nutzens aus der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft zu ziehen und sich deshalb Risiken aussetzt, die mit der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft verbunden sind;
- das Unternehmen die Mehrheit der mit der Zweckgesellschaft verbundenen Residual- oder Eigentumsrisiken behält, um Nutzen aus der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft zu ziehen.

Im Commerzbank-Konzern wird die Verpflichtung zur Konsolidierung von Zweckgesellschaften im Rahmen eines Prozesses geprüft, der Transaktionen umfasst, bei denen eine Zweckgesellschaft durch uns mit oder ohne Beteiligung dritter Parteien gegründet wird, sowie Transaktionen, bei denen wir mit oder ohne Beteiligung dritter Parteien in vertragliche Beziehungen zu einer bereits bestehenden Zweckgesellschaft treten. Die Konsolidierungsentscheidungen unterziehen wir einer regelmäßigen Überprüfung. Die Auflistung aller konsolidierten Zweckgesellschaften sowie der aus Unwesentlichkeit nicht einbezogenen Zweckgesellschaften ist Bestandteil der Note 102.

Beschränkungen in der Fähigkeit von Zweckgesellschaften zum Transfer von finanziellen Mitteln wie zum Beispiel Bardividenden aus Eigenkapitalinstrumenten oder Zins- und Tilgungszahlungen aus Fremdkapitalinstrumenten an die Commerzbank bestehen grundsätzlich nicht. Dies gilt zum einen für Zweckgesellschaften, bei denen die Commerzbank über gesellschaftsrechtlich begründete Anteile mit Stimmrechten verfügt, die eine Kontrolle aller operativen Entscheidungen einschließlich des Finanzmitteltransfers ermöglichen. Zum anderen gibt es auch keine Beschränkungen hinsichtlich der Zweckgesellschaften, bei denen die Commerzbank ohne gesellschaftsrechtlich begründete Anteile ihre Ansprüche auf Finanzmitteltransfers aus entsprechenden schuldrechtlichen Verträgen mit der Zweckgesellschaft begründet.

Auf Geschäftsbeziehungen von Unternehmen innerhalb des Konzerns basierende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträge eliminieren wir im Rahmen der Schulden- sowie der Aufwands- und Ertragskonsolidierung. Im Konzern angefallene Zwischenergebnisse werden herausgerechnet, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

(5) Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung (IAS 39)

Gemäß IAS 39 sind alle finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, zu denen auch derivative Finanzinstrumente zählen, grundsätzlich in der Bilanz anzusetzen. Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der gleichzeitig bei dem einen Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei dem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führt. Beim erstmaligen Ansatz sind Finanzinstrumente mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten; das entspricht in der Regel dem Transaktionspreis zum Zugangszeitpunkt.

In der Folgebewertung werden Finanzinstrumente in Abhängigkeit der jeweiligen Kategorie entweder zu (fortgeführten) Anschaffungskosten oder zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) in der Bilanz angesetzt. Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, zu dem am Bilanzstichtag zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern ein Vermögenswert getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte. Der beizulegende Zeitwert wird durch den an einem aktiven Markt festgestellten Preis des Finanzinstruments bestimmt (Mark-to-Market; Bewertungshierarchie Level I). Sofern keine Marktpreise verfügbar sind, erfolgt die Bewertung anhand von notierten Preisen ähnlicher Instrumente an aktiven Märkten. Sind keine notierten Preise für identische oder ähnliche Finanzinstrumente verfügbar, setzen wir zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes Bewertungsmodelle ein (Mark-to-Model), die im größtmöglichen Umfang Marktdaten als Parameter verwenden (Bewertungshierarchie Level II). Wenn für die Bewertung mit Bewertungsmodellen nicht ausreichend aktuelle überprüfbare Marktdaten vorliegen, werden auch nicht am Markt beobachtbare Parameter herangezogen. Diese Eingangsparameter können Daten enthalten, die in Form von Näherungswerten unter anderem aus historischen Daten ermittelt werden (Bewertungshierarchie Level III). Für die detaillierte Darstellung der Bewertungshierarchien verweisen wir auf Note 82.

Die nachstehenden Erläuterungen geben eine Übersicht darüber, wie die Regelungen des IAS 39 in der derzeit gültigen Fassung in unserem Konzern umgesetzt wurden:

a) Zugang und Abgang von Finanzinstrumenten

Der Bilanzansatz eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verpflichtung erfolgt grundsätzlich, wenn der Konzern Vertragspartei bezüglich der vertraglichen Regelungen des Finanzinstruments wird. Bei regulären Kassakäufen oder -verkäufen von finanziellen Vermögenswerten fallen Handels- und Erfüllungstag im Allgemeinen auseinander. Für diese regulären Kassakäufe oder -verkäufe besteht ein Wahlrecht der Bilanzierung zum Handelstag (Trade Date Accounting) oder zum Erfüllungstag (Settlement Date Accounting). Im Konzern erfolgt für alle Regular-Way-Käufe und -Verkäufe finanzieller Vermögenswerte bei Ansatz und Abgang die Bilanzierung zum Handelstag.

Die Abgangsvorschriften des IAS 39 richten sich sowohl nach dem Konzept der Chancen und Risiken als auch nach der Verfügungsmacht bei der Prüfung von Ausbuchungsvorgängen. Die Bewertung der Chancen und Risiken aus dem Eigentum hat dabei Vorrang vor der Beurteilung der Übertragung der Verfügungsmacht.

Bei einer nur teilweisen Übertragung der Chancen und Risiken und der Zurückbehaltung von Verfügungsmacht kommt der Ansatz für fortdauernde Engagements zur Anwendung. Der finanzielle Vermögenswert wird dabei unter Berücksichtigung bestimmter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden in dem Umfang erfasst, der seinem fortdauernden Engagement (Continuing Involvement) entspricht. Die Höhe des fortdauernden Engagements bestimmt sich aus dem Umfang, in dem der Konzern weiterhin das Risiko von Wertänderungen des übertragenen Vermögenswertes trägt. Eine finanzielle Verpflichtung (oder ein Teil einer finanziellen Verpflichtung) wird ausgebucht, wenn sie erloschen ist, das heißt, wenn die im Vertrag genannten Verpflichtungen beglichen, aufgehoben oder ausgelaufen sind. Auch der Rückerwerb eigener Schuldtitel fällt unter die Ausbuchung finanzieller Verpflichtungen. Unterschiedsbeträge beim Rückkauf zwischen dem Buchwert der Verpflichtung (einschließlich Agien und Disagien) und dem Kaufpreis werden erfolgswirksam erfasst; bei Wiederveräußerung zu einem späteren Zeitpunkt entsteht eine neue finanzielle Verpflichtung, deren Anschaffungskosten dem Veräußerungserlös entsprechen. Unterschiedsbeträge zwischen diesen neuen Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag werden nach der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit des Schuldtitels verteilt.

b) Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten und ihre Bewertung

Die nachfolgenden Erläuterungen geben einen Überblick über die Kategorien gemäß IAS 39. Das betrifft die Kategorien Kredite und Forderungen (Loans and Receivables), bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte (Held-to-Maturity), erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale) sowie sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (Other Financial Liabilities).

– Kredite und Forderungen (Loans and Receivables):

Dieser Kategorie ordnen wir nicht derivative Finanzinstrumente mit festen oder bestimmbareren Zahlungsansprüchen zu, für die kein aktiver Markt besteht. Dies gilt unabhängig davon, ob die Finanzinstrumente originär begründet oder im Sekundärmarkt erworben wurden. Ein aktiver Markt ist dann gegeben, wenn notierte Preise regelmäßig zum Beispiel von einer Börse oder einem Broker zur Verfügung gestellt werden und diese Preise repräsentativ für aktuelle Transaktionen zwischen fremden Dritten sind. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Bei Vorliegen einer

Wertminderung wird diese bei der Ermittlung der fortgeführten Anschaffungskosten erfolgswirksam berücksichtigt. Agien beziehungsweise Disagien werden über die Laufzeit verteilt und erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

Für die in den Finanzanlagen enthaltenen umkategorisierten Wertpapierbestände der Kategorie Kredite und Forderungen wird der jeweilige beizulegende Zeitwert zum Umkategorisierungszeitpunkt als neuer Buchwert angesetzt. Die zu diesem Zeitpunkt bestehende Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern verbleibt in den Anderen Rücklagen im Eigenkapital und wird über die Restlaufzeit der umkategorisierten Wertpapiere aufgelöst.

Für Finanzanlagen der Kategorie Kredite und Forderungen wird eine Wertminderung nach analogen Maßstäben wie für das Kreditgeschäft gebildet (vergleiche Note 9). Die Wertminderungen für diese Finanzinstrumente werden im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst und direkt von den Finanzanlagen gekürzt. Sollten die Indikatoren für eine Wertminderung von einzelnen Wertpapieren nicht mehr gegeben sein beziehungsweise nicht mehr auf eine Wertminderung hindeuten, so müssen diese bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten erfolgswirksam zugeschrieben werden. Ebenso kann ein verbessertes Risikoumfeld zur Auflösung einer zuvor gebildeten Wertminderung auf Portfolioebene führen.

- Bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte (Held-to-Maturity):

Dieser Kategorie dürfen nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen sowie festgelegter Laufzeit dann zugeordnet werden, wenn die Absicht sowie die Fähigkeit besteht, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Bei Vorliegen einer Wertminderung wird dieses bei der Ermittlung der fortgeführten Anschaffungskosten erfolgswirksam berücksichtigt. Agien beziehungsweise Disagien werden über die Laufzeit verteilt und erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt. Der Commerzbank-Konzern verwendete die Kategorie bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte auch im Geschäftsjahr 2012 nicht.

- Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten (Financial Assets or Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss); für die Zuordnung ist eine der folgenden Bedingungen zu erfüllen:

- Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten (Held for Trading): Diese Kategorie umfasst die finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten, die zu Handelszwecken gehalten werden (Handelsaktiva und -passiva).

Derivative Finanzinstrumente, die als Sicherungsinstrumente eingesetzt werden, sind nur dann in den Handelsaktiva beziehungsweise Handelspassiva enthalten, wenn diese die Bedingungen für die Anwendung des Hedge Accountings (vergleiche unten in dieser Note) nicht erfüllen. Ansonsten werden sie als Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten ausgewiesen.

Handelsaktiva und Handelspassiva werden zu jedem Bilanzstichtag zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bilanziert.

Kann der beizulegende Zeitwert nicht einem aktiven Markt entnommen werden, bewerten wir die Bestände grundsätzlich anhand von Vergleichspreisen, indikativen Preisen von Preisagenturen beziehungsweise anderen Kreditinstituten (Lead-Managern) oder interner Bewertungsverfahren (Barwert- oder Optionspreismodellen). Die Bewertung von Zins- und Zinswährungsderivaten erfolgt unter Berücksichtigung der jeweiligen Fixing-Frequenz für variable Zahlungen. Bei Derivatepositionen können zudem bei Ausfall der Kontrahenten Wiedereindeckungskosten entstehen, wenn nach Berücksichtigung von Aufrechnungsvereinbarungen und Sicherheitsabreden ein positiver Marktwert verbleibt. Diese potenziellen Wiedereindeckungskosten sind bei der Fair-Value-Ermittlung von Handelspositionen zu berücksichtigen. Der Commerzbank-Konzern bildet in diesem Fall sogenannte Counterparty Default Adjustments (CDA), die den erwarteten Verlust aus einem möglichen Ausfall des Kontrahenten berücksichtigen.

Die Bewertungs- sowie Veräußerungsergebnisse werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Handelsergebnis erfasst. Daneben weisen wir auch die Zins- und Dividendenerträge sowie Refinanzierungsaufwendungen, die aus Handelsgeschäften resultieren, im Handelsergebnis aus.

- Zum beizulegenden Zeitwert designierte Finanzinstrumente (Designated at Fair Value through Profit or Loss): Gemäß der sogenannten Fair Value Option ist es zulässig, jedes Finanzinstrument freiwillig einer Bewertung zum Fair Value mit Erfassung der Bewertungsergebnisse in der

Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu unterwerfen. Die Entscheidung zur Nutzung der Fair Value Option ist für ein Finanzinstrument zum Zeitpunkt des Zugangs unwiderruflich zu treffen. Voraussetzung für die Anwendung der Fair Value Option für ein Finanzinstrument ist, dass

- eine Ansatz- oder Bewertungsinkongruenz (Accounting Mismatch) vermieden oder erheblich reduziert wird oder
- das Management und die Performancemessung eines Portfolios aus Finanzinstrumenten auf Fair-Value-Basis erfolgt oder
- das Finanzinstrument ein oder mehrere trennungspflichtige eingebettete Derivate enthält.

Finanzinstrumente, für die die Fair Value Option angewendet wird, verbleiben in ihrem jeweiligen Bilanzposten. Die Bewertungsergebnisse erfassen wir in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Posten Handelsergebnis, Zinserträge und -aufwendungen weisen wir im Zinsergebnis aus. Weitere Ausführungen zu Art und Umfang der Anwendung der Fair Value Option im Commerzbank-Konzern finden sich in Note 83.

- Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale):

Diese Kategorie umfasst alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte, die keiner der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden oder für die eine Designation als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte erfolgte. Dabei handelt es sich insbesondere um verzinsliche Wertpapiere, Aktien und Beteiligungen. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Kann der beizulegende Zeitwert keinem aktiven Markt entnommen werden, bewerten wir die Bestände grundsätzlich anhand von Vergleichspreisen, indikativen Preisen von Preisagenturen beziehungsweise anderen Kreditinstituten (Lead-Managern) oder interner Bewertungsverfahren (Barwert- oder Optionspreismodellen). Ist der beizulegende Zeitwert bei Eigenkapitalinstrumenten ausnahmsweise nicht verlässlich ermittelbar, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten abzüglich erforderlicher Wertminderungen. Das Ergebnis aus der Bewertung weisen wir – nach Berücksichtigung latenter Steuern – erfolgsneutral in einem gesonderten Posten der Anderen Rücklagen (Neubewertungsrücklage) innerhalb des Eigenkapitals aus. Agien oder Disagien bei Fremdkapitalinstrumenten werden erfolgswirksam über die Laufzeit verteilt und im Zinsüberschuss vereinnahmt. Zinserträge, Dividendenzahlungen und laufende Beteiligungsergebnisse aus Vermögenswerten, die dieser Kategorie zuzuordnen sind, werden ebenfalls im Zinsüberschuss gezeigt. Bei einer Veräußerung der finanziellen Vermögenswerte lösen wir das bislang in der Neubewertungsrücklage erfolgsneutral bilanzierte kumulierte Bewertungsergebnis auf und erfassen es erfolgswirksam in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung.

Für die Finanzinstrumente dieser Kategorie ist zu prüfen, ob objektive Hinweise gemäß IAS 39.59 (zum Beispiel Vertragsbruch, Schadensfall, erhöhte Wahrscheinlichkeit für Sanierungsverfahren oder Insolvenz) auf einen nach dem Zugangszeitpunkt eingetretenen Verlust vorliegen, die zu einer Minderung der hieraus erwarteten Zahlungsströme führen. Eine Wertminderung besteht, wenn der Barwert der erwarteten Zahlungsströme geringer als die fortgeführten Anschaffungskosten des betreffenden Finanzinstruments ist. Im Falle einer Wertminderung ist das Bewertungsergebnis nicht mehr erfolgsneutral in den Anderen Rücklagen (Neubewertungsrücklage) im Eigenkapital, sondern als Wertminderungsaufwand in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Ergebnis aus Finanzanlagen zu erfassen.

Im Commerzbank-Konzern werden Eigenkapitalinstrumente des Available-for-Sale-Bestandes abgeschrieben, wenn der beizulegende Zeitwert entweder signifikant ($\geq 20\%$) oder dauerhaft (mindestens neun Monate) unter den Anschaffungskosten liegt. Neben diesen quantitativen Hinweisen (Trigger-Events) werden zur Prüfung auch die qualitativen Trigger-Events des IAS 39.59 herangezogen. Wertaufholungen dürfen bei Eigenkapitalinstrumenten der Kategorie zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte nicht erfolgswirksam erfasst werden; vielmehr sind sie ergebnisneutral über die Neubewertungsrücklage zu buchen. Bei nicht notierten Eigenkapitalinstrumenten, für die ein verlässlicher beizulegender Zeitwert nicht regelmäßig ermittelt werden kann und die deshalb zu Anschaffungskosten abzüglich erforderlicher Wertminderungen bewertet sind, darf überhaupt keine Wertaufholung vorgenommen werden.

Fremdkapitalinstrumente werden einzeln auf einen Wertminderungsbedarf untersucht, wenn qualitative Trigger-Events (IAS 39.59) vorliegen. Zur Operationalisierung der qualitativen Trigger-Events wurden im Commerzbank-Konzern zusätzliche Indikatoren für eine Abschreibung entwickelt. So sind zum Beispiel Fremdkapitalinstrumente dieser Kategorie grundsätzlich abzuschreiben, wenn das Rating des Schuldners CCC oder schlechter aufweist (siehe Commerzbank-Masterskala im Risikobericht) und der Fair Value unter den fortgeführten Anschaffungskosten liegt.

Fallen die Gründe für eine Wertminderung von Fremdkapitalinstrumenten weg, ist eine Wertaufholung erfolgswirksam bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten vorzunehmen. Der über die Anschaffungskosten hinausgehende Betrag ist in der Neubewertungsrücklage zu erfassen.

- Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (Other financial liabilities):

Alle finanziellen Verbindlichkeiten, die nicht als zu Handelszwecken gehalten kategorisiert wurden und für die nicht die Fair Value Option angewendet wurde, fallen unter die Kategorie sonstige finanzielle Verbindlichkeiten. Zu dieser Kategorie zählen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieftete Verbindlichkeiten. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien beziehungsweise Disagien werden über die Laufzeit verteilt erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

c) Nettoerfolge

Die Nettoerfolge umfassen erfolgswirksame Fair-Value-Bewertungen, Wertminderungen, Zuschreibungen, realisierte Abgangserfolge und nachträgliche Eingänge aus abgeschriebenen Finanzinstrumenten der jeweiligen Kategorie gemäß IAS 39. Die Bestandteile werden in den Notes Zinsüberschuss, Risikoversorge im Kreditgeschäft, Handelsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen nach den Kategorien gemäß IAS 39 dargestellt.

d) Finanzgarantien (Financial Guarantee Contracts)

Eine Finanzgarantie ist gemäß IAS 39 ein Vertrag, bei dem der Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet ist, die den Garantiennehmer für einen Verlust entschädigen, der ihm entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den ursprünglichen oder geänderten Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgemäß nachkommt. Darunter können zum Beispiel Bankgarantien und Bürgschaften fallen (vergleiche Note 88). Ist der Commerzbank-Konzern Garantiennehmer, wird die Finanzgarantie bilanziell nicht erfasst und nur bei der Ermittlung der Wertminderung eines besicherten Vermögenswertes berücksichtigt. Als Garantiegeber erfasst der Commerzbank-Konzern die Verpflichtung aus einer Finanzgarantie bei Vertragsabschluss. Die Erstbewertung erfolgt mit dem beizulegenden Zeitwert zum Erfassungszeitpunkt. Insgesamt betrachtet ist der beizulegende Zeitwert einer Finanzgarantie bei Vertragsabschluss null, denn der Wert der vereinbarten Prämie wird bei marktgerechten Verträgen regelmäßig dem Wert der Garantieverpflichtung entsprechen (sogenannte Nettomethode). Die Folgebewertung erfolgt zum höheren Betrag aus fortgeführten Anschaffungskosten oder dem Rückstellungsbetrag, der gemäß IAS 37 in Verbindung mit IAS 39 im Falle einer drohenden Inanspruchnahme zu bilden ist.

Sofern eine Finanzgarantie Bestandteil einer Finanzierungszusage ist, für die eine Handelsabsicht besteht, ist auch die Finanzgarantie als zu Handelszwecken gehalten zu kategorisieren. Die Behandlung solcher Finanzgarantien erfolgt dann abweichend zu der vorhergehenden Beschreibung gemäß den Vorgaben der Kategorie zu Handelszwecken gehalten (vergleiche Note 5 b).

e) Eingebettete Derivate (Embedded Derivatives)

IAS 39 regelt auch die bilanzielle Behandlung von Derivaten, die in originäre Finanzinstrumente eingebettet sind (Embedded Derivatives). Dabei handelt es sich zum Beispiel um Aktienanleihen (Anleihen mit Rückzahlungsrecht in Aktien) oder Anleihen mit indexbezogener Verzinsung. Gemäß IAS 39 ist das eingebettete Derivat unter bestimmten Bedingungen getrennt vom originären Trägerinstrument wie ein freistehendes Derivat zu bilanzieren.

Eine solche bilanzielle Trennungspflicht ist dann gegeben, wenn die drei folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- Die Charakteristika und Risiken des eingebetteten Derivats sind nicht eng mit denen des originären Trägerinstruments verbunden,
- ein eigenständiges Derivat mit den gleichen Bedingungen wie das eingebettete Derivat erfüllt die Definition eines Derivats nach IAS 39, und
- das originäre Finanzinstrument wird nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

In diesem Fall ist das zu trennende eingebettete Derivat als Teil des Handelsbestandes anzusehen und zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) zu bilanzieren. Bewertungsänderungen sind erfolgswirksam im Handelsergebnis zu erfassen. Die Bilanzierung und Bewertung des Basisvertrages folgt hingegen den Vorschriften der zugewiesenen Kategorie des Finanzinstruments.

Wenn die vorstehend genannten drei Bedingungen nicht erfüllt sind, wird das eingebettete Derivat nicht getrennt bilanziert und das hybride Finanzinstrument (strukturiertes Produkt) insgesamt nach den allgemeinen Vorschriften der Kategorie bewertet, der das Finanzinstrument zugeordnet wurde.

f) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

IAS 39 beinhaltet umfassende Regelungen für die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen, sofern die Sicherungsinstrumente (insbesondere Derivate) nachweislich zur Absicherung von Risiken aus Nichthandelsgeschäften (Grundgeschäften) eingesetzt werden.

Dabei werden vorwiegend zwei Formen des Hedge Accountings angewendet:

– Fair Value Hedge Accounting:

IAS 39 sieht die Anwendung des Hedge Accountings zur Vermeidung des Accounting Mismatches für Derivate vor, die der Absicherung des beizulegenden Zeitwertes bilanzierter Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten gegen ein oder mehrere festgelegte Risiken dienen. Einem Marktzinsrisiko beziehungsweise Zinsänderungsrisiko unterliegen insbesondere die Emissions- und Kreditgeschäfte des Konzerns und die Wertpapierbestände der Liquiditätssteuerung, sofern es sich um festverzinsliche Papiere handelt. Zur Absicherung dieser Risiken werden vor allem Zinsswaps verwendet.

Gemäß den Regelungen des Fair Value Hedge Accountings werden die zur Absicherung eingesetzten derivativen Finanzinstrumente zum Fair Value als Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten bilanziert. Für den gesicherten Vermögenswert beziehungsweise die gesicherte Verbindlichkeit sind die aus dem gesicherten Risiko resultierenden gegenläufigen Fair-Value-Änderungen ebenfalls bilanziell zu erfassen. Die gegenläufigen Bewertungsänderungen aus den Sicherungsinstrumenten sowie aus den gesicherten Grundgeschäften werden erfolgswirksam in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst. Der Teil der Zeitwertänderungen, der nicht dem abgesicherten Risiko zuzurechnen ist, wird entsprechend den Regeln der zugehörigen Bewertungskategorie behandelt. Fair Value Hedge Accounting kann entweder als Mikro Fair Value Hedge oder als Portfolio Fair Value Hedge für Zinsrisiken ausgestaltet werden:

– Beim Micro Fair Value Hedge Accounting wird ein Grundgeschäft mit einem oder mehreren Sicherungsgeschäften in einer Sicherungsbeziehung verknüpft. Die Buchwerte der Grundgeschäfte werden im Falle von Fair-Value-Änderungen, die dem abgesicherten Risiko zuzuordnen sind, erfolgswirksam angepasst.

– Beim Portfolio Fair Value Hedge wird die Absicherung von Zinsrisiken auf Portfolioebene abgebildet. Abgesichert werden nicht einzelne Geschäfte oder Gruppen von Geschäften mit ähnlicher Risikostruktur, sondern ein Betrag von Grundgeschäften gegliedert nach Laufzeitbändern entsprechend den erwarteten Rückzahlungs- und Zinsanpassungsterminen in einem Portfolio. Portfolios können nur Aktiva, nur Passiva oder beides enthalten. Bei dieser bilanziellen Abbildung von Sicherungszusammenhängen werden die Wertänderungen der Grundgeschäfte als separater Aktiv- beziehungsweise Passivposten in der Bilanz erfasst. Der abgesicherte Betrag der Grund- geschäfte wird im Konzernabschluss ohne Sicht- oder Spareinlagen bestimmt (die Regelungen des EU-Carve-outs werden damit nicht in Anspruch genommen).

– Cash Flow Hedge Accounting:

IAS 39 sieht die Anwendung des Cash Flow Hedge Accountings zur Vermeidung des Accounting Mismatches für Derivate vor, die der Absicherung gegen das Risiko einer Veränderung künftiger Zahlungsströme dienen. Im Rahmen des Cash Flow Hedge Accountings eingesetzte Derivate werden zum Fair Value bilanziert. Das Bewertungsergebnis wird, sofern effektiv, erfolgsneutral nach Berücksichtigung latenter Steuern in der Rücklage aus Cash Flow Hedges im Eigenkapital erfasst. Der ineffektive Teil wird hingegen ergebniswirksam als Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen ausgewiesen. Für die den gesicherten Zahlungsströmen zugrunde liegenden Geschäfte ändern sich die oben beschriebenen allgemeinen Bilanzierungsregeln nicht.

Die Anwendung der Regeln des Hedge Accountings ist an eine Reihe von Bedingungen gebunden. Diese beziehen sich insbesondere auf die Dokumentation des Sicherungszusammenhangs sowie auf die Wirksamkeit der Absicherungsmaßnahme.

Die Sicherungsbeziehung muss ab dem Zeitpunkt ihrer Begründung dokumentiert werden. Die Dokumentation umfasst insbesondere die Identifikation des Sicherungsinstruments und des gesicherten Grundgeschäfts sowie die Kennzeichnung des gesicherten Risikos und der Methodik zur Bestimmung der Effektivität des Sicherungszusammenhangs. Neben der Dokumentation verlangt IAS 39 für die Anwendung

der Regelungen des Hedge Accountings den Nachweis eines effektiven Sicherungszusammenhangs während des gesamten Zeitraums der Sicherungsbeziehung. Unter Effektivität wird in diesem Zusammenhang das Verhältnis der aus dem gesicherten Grundgeschäft resultierenden Änderungen des beizulegenden Zeitwertes (Fair Value) beziehungsweise des Zahlungsstroms zur gegenläufigen Änderung des beizulegenden Zeitwertes beziehungsweise des Zahlungsstroms aus dem Sicherungsinstrument verstanden. Wenn sich diese Änderungen fast vollständig ausgleichen, liegt eine hohe Effektivität vor. Der Effektivitätsnachweis verlangt einerseits, dass für eine Sicherungsbeziehung künftig eine hohe Effektivität erwartet werden kann (prospektive Effektivität). Andererseits ist während des Bestehens der Sicherungsbeziehung regelmäßig nachzuweisen, dass diese während der Berichtsperiode hoch effektiv war (retrospektive Effektivität). Die Effektivität muss sowohl prospektiv als auch retrospektiv innerhalb einer Bandbreite zwischen 0,8 und 1,25 liegen.

Die Commerzbank wendet für die Effektivitätsmessung für Mikro Fair Value Hedge Accounting das statistische Verfahren der Regressionsanalyse an, wobei die Wertänderungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument für den prospektiven Effektivitätstest durch historische Simulationen ermittelt werden. Retrospektiv werden die tatsächlichen Wertveränderungen genutzt. Auch für Portfolio Fair Value Hedge Accounting kommt für den prospektiven Effektivitätstest die Regressionsanalyse zur Anwendung, während für den retrospektiven Effektivitätstest die Dollar-Offset-Methode zur Anwendung kommt.

(6) Währungsumrechnung

Monetäre Vermögenswerte und Schulden, die auf Fremdwährung lauten, und schwebende Fremdwährungskassageschäfte werden zum Kassamittelkurs des Bilanzstichtages, Devisentermingeschäfte zum Terminkurs des Bilanzstichtages umgerechnet. Realisierte Aufwendungen und Erträge rechnen wir grundsätzlich mit dem zum Zeitpunkt der Realisierung gültigen Kassakurs um.

Zur Umrechnung von Aufwendungen und Erträgen können auch Durchschnittskurse verwendet werden, sofern diese keine bedeutenden Schwankungen aufweisen. Kursgesicherte Aufwendungen und Erträge rechnen wir zum Sicherungskurs um. Die aus der Umrechnung von Bilanzposten resultierenden Aufwendungen und Erträge werden grundsätzlich erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Nicht monetäre Posten, zum Beispiel Beteiligungen, werden grundsätzlich mit historischen Kursen umgerechnet, wenn sie zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden. Wir nutzen für die Umrechnung den Stichtagskurs, wenn sie zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Ergebnisse aus der Umrechnung von Gewinnen oder Verlusten aus nicht monetären Posten weisen wir entsprechend der Erfassung der Gewinne oder Verluste entweder ergebnisneutral im Eigenkapital oder ergebniswirksam in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung aus.

Die Umrechnung von in Fremdwährung aufgestellten Abschlüssen von konsolidierten Tochterunternehmen und at-Equity-bewerteten Unternehmen erfolgt für Erträge und Aufwendungen grundsätzlich zum Wechselkurs am Tag des Geschäftsvorfalles. Vereinfachend kann bei der Umrechnung auch ein Kurs verwendet werden, der einen Näherungswert für den Umrechnungskurs am Tag des Geschäftsvorfalles darstellt, beispielsweise der Durchschnittskurs einer Periode. Alle sich aus der Umrechnung ergebenden Differenzen sind als separater Bestandteil des Eigenkapitals in der Rücklage aus der Währungsumrechnung erfolgsneutral anzusetzen. Umrechnungsgewinne und -verluste aus der Kapitalkonsolidierung weisen wir ebenfalls erfolgsneutral in der Rücklage aus der Währungsumrechnung im Eigenkapital aus. Zum Zeitpunkt der Veräußerung oder Teilveräußerung der in Fremdwährung aufgestellten Gesellschaften werden die Umrechnungsdifferenzen erfolgswirksam grundsätzlich im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Auch bei Teilrückführungen von Kapital in Fremdwährung, die nicht zu einer Ent-konsolidierung der Gesellschaften führen, wird der anteilige Effekt auf die Rücklage aus der Währungsumrechnung ergebniswirksam erfasst (vergleiche Note 2).

(7) Barreserve

Die Barreserve umfasst den Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken, Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind. Mit Ausnahme der Schuldtitel öffentlicher Stellen, die wir zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bilanzieren, sind alle Bestände zum Nennwert ausgewiesen.

(8) Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden im Commerzbank-Konzern, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden und nicht an einem aktiven Markt notiert sind, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Agien oder Disagien werden erfolgswirksam über die Laufzeit verteilt im Zinsergebnis vereinnahmt. Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, die im Rahmen der Fair Value Option angesetzt werden, bilanzieren wir zum beizulegenden Zeitwert. Die Buchwerte von Forderungen,

für die Micro Fair Value Hedge Accounting angewendet wird, werden um die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Fair-Value-Änderungen angepasst. Bei Anwendung von Portfolio Fair Value Hedge Accounting werden die Fair-Value-Änderungen in dem aktivischen Bilanzposten Wertanpassung Portfolio Fair Value Hedges erfasst.

(9) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Den besonderen Risiken im bilanziellen und außerbilanziellen Kreditgeschäft, das der Kategorie Kredite und Forderungen zuzuordnen ist, tragen wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (Specific Loan Loss Provisions; SLLP), pauschalierten Einzelwertberichtigungen (Portfolio Loan Loss Provisions; PLLP) und Portfoliowertberichtigungen (General Loan Loss Provisions; GLLP) Rechnung.

Bei der Ermittlung der Risikovorsorge wird grundsätzlich nach ausgefallenen und nicht ausgefallenen Forderungen beziehungsweise nach nicht signifikanten (Volumen bis 1 Mio. Euro) und signifikanten Forderungen (Volumen größer als 1 Mio. Euro) unterschieden. Als ausgefallen beziehungsweise notleidend werden alle Forderungen bezeichnet, die gemäß Basel-II-Regularien als Ausfall (Default) identifiziert wurden. Für den Default eines Kunden können folgende Ereignisse ausschlaggebend sein:

- Drohende Zahlungsunfähigkeit (größer 90 Tage überfällig).
- Die Bank begleitet die Sanierung/Restrukturierung des Kunden mit und ohne Sanierungsbeiträgen.
- Die Bank kündigt die Forderungen.
- Der Kunde ist im Insolvenzverfahren.

Für signifikante ausgefallene Forderungen bilden wir nach konzerneinheitlichen Maßstäben Einzelwertberichtigungen. Sowohl für die Berechnung der Einzelrisikovorsorge als auch die der Rückstellung für Einzelrisiken (SLLP) werden die Barwerte der zukünftig erwarteten Zahlungsströme (Cashflows) herangezogen. In den Cashflows werden neben den erwarteten Zahlungen auch die Erlöse aus der Sicherheitenverwertung und sonstige erzielbare Cashflows berücksichtigt. Die Risikovorsorge entspricht also der Differenz zwischen dem Buchwert des Kredites und dem Barwert der gesamten erwarteten Rückflüsse. Unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes wird die Erhöhung des Barwerts durch den Zeitablauf als Zinsertrag (sogenanntes Unwinding) erfasst.

Für ausgefallene, aber nicht signifikante Forderungen wird auf Grundlage von internen Parametern eine pauschalierte Einzelwertberichtigung beziehungsweise Rückstellung (PLLP impaired) gebildet.

Für nicht ausgefallene Forderungen tragen wir den Kreditrisiken in Form von Portfoliowertberichtigungen (GLLP) Rechnung. Die Höhe der zu bildenden Portfoliowertberichtigung sowohl für das bilanzielle als auch das außerbilanzielle Geschäft, wird unter Verwendung von aus der Basel-II-Systematik abgeleiteten Parametern ermittelt.

Der Gesamtbetrag der Risikovorsorge kürzen wir, sofern er sich auf bilanzielle Forderungen bezieht, in der Bilanz von den entsprechenden Aktivposten. Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte (Eventualverbindlichkeiten, Kreditzusagen) wird hingegen als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft gezeigt.

Uneinbringliche Forderungen, für die keine Einzelwertberichtigungen bestanden, werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam in der Risikovorsorge erfasst. Wertgeminderte Forderungen werden unter Verbrauch von etwaigen bestehenden Einzelwertberichtigungen (teil-)abgeschrieben, wenn sich die teilweise oder vollständige Uneinbringlichkeit der Forderung herausstellt. Forderungsteile wertgeminderter Forderungen, die die bestehende Risikovorsorge übersteigen, schreiben wir im Falle der Uneinbringlichkeit ebenfalls direkt ab.

(10) Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihgeschäfte

Zu den echten Pensionsgeschäften zählen Repo- und Reverse-Repo-Geschäfte. Repos sind Kombinationen aus Kassakäufen oder -verkäufen von Wertpapieren mit gleichzeitigem Verkauf oder Rückkauf auf Termin mit demselben Kontrahenten. Die bei Repo-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassaverkauf) werden in der Konzernbilanz weiterhin als Wertpapierbestand jeweils entsprechend der zugrunde liegenden Kategorie bilanziert und bewertet. Eine Ausbuchung der Wertpapiere erfolgt nicht, da wir alle mit dem Eigentum am Pensionsgegenstand verbundenen Chancen und Risiken zurückbehalten. Für die übertragenen, aber nicht ausgebuchten finanziellen Vermögenswerte bestehen insofern die gleichen Risiken und Chancen wie für die nicht übertragenen finanziellen Vermögenswerte, die in Note 5 beschrieben sind.

Der Liquiditätszufluss aus dem Repo-Geschäft wird je nach Gegenpartei als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder gegenüber Kunden in der Bilanz ausgewiesen. Vereinbarte Zinszahlungen werden laufzeitgerecht als Zinsaufwendungen im Zinsergebnis erfasst.

Die bei Reverse Repos entstehenden Liquiditätsabflüsse werden als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Die Bewertung erfolgt entweder zum beizulegenden Zeitwert unter Anwendung der Fair Value Option oder zu fortgeführten Anschaffungskosten. Die dem Geldgeschäft zugrunde liegenden in Pension genommenen Wertpapiere (Kassakauf) werden nicht in der Bilanz ausgewiesen und folglich auch nicht bewertet. Vereinbarte Zinsen aus Reverse Repos werden laufzeitgerecht als Zinserträge im Zinsergebnis erfasst.

Wertpapierleihgeschäfte schließen wir mit Kreditinstituten und Kunden ab, um der Erfüllung von Lieferverpflichtungen nachzukommen oder Wertpapierpensionsgeschäfte tätigen zu können. Diese Geschäfte bilanzieren wir analog dem Ausweis von Wertpapieren aus echten Pensionsgeschäften. Dabei verbleiben verliehene Wertpapiere weiterhin in unserem Wertpapierbestand (Handelsaktiva oder Finanzanlagen) und werden nach den Regeln des IAS 39 bewertet. Entlehene Wertpapiere werden nicht bilanziert und auch nicht bewertet. Im Rahmen von Wertpapierleihgeschäften kann das Bonitätsrisiko des Kontrahenten durch die Stellung von Sicherheiten unter anderem in Form von Liquidität vermieden werden. Die Stellung von Sicherheiten für ein Leihgeschäft wird als „Cash Collateral Out“ (gezahlte Sicherheitsleistung) und der Erhalt von Sicherheiten als „Cash Collateral In“ (erhaltene Sicherheitsleistungen) bezeichnet. Darüber hinaus werden Cash Collateral Outs im Zusammenhang mit Derivaten als Sicherheiten hinterlegt. Durch uns gestellte Barsicherheiten für Wertpapierleihgeschäfte weisen wir als Forderungen, erhaltene Sicherheiten als Verbindlichkeiten aus. Erträge und Aufwendungen aus dem Wertpapierleihgeschäft werden laufzeitgerecht im Zinsergebnis erfasst.

(11) Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges

In diesen Posten erfassen wir aktivisch beziehungsweise passivisch die zinsinduzierten Wertänderungen der Grundgeschäfte, für die Portfolio Fair Value Hedge Accounting angewendet wird.

(12) Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Derivative Finanzinstrumente, die zur Absicherung eingesetzt sind und sich für das Hedge Accounting qualifizieren sowie einen positiven Marktwert aufweisen, werden in diesem Bilanzposten ausgewiesen. Die Bewertung der Sicherungsinstrumente erfolgt zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value).

(13) Handelsaktiva

Im Posten Handelsaktiva weisen wir zum einen originäre Finanzinstrumente aus, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Dazu gehören zins- und eigenkapitalbezogene Wertpapiere, Schuldscheindarlehen sowie Anteile an Investmentfonds. Zum anderen sind hier alle derivativen Finanzinstrumente ausgewiesen, die nicht als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings eingesetzt werden und einen positiven beizulegenden Zeitwert besitzen. Darüber hinaus werden dem Handelsbuch zugeordnete Kreditzusagen mit positivem Marktwert in diesem Posten bilanziert.

(14) Finanzanlagen

Die Finanzanlagen umfassen Finanzinstrumente, die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden. Als Finanzanlagen weisen wir alle nicht Handelszwecken dienenden Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Wertpapiere, Aktien und andere eigenkapitalbezogene Wertpapiere, sowie Anteile an Investmentfonds, Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen aus, es sei denn, sie sind als zur Veräußerung gehalten im Sinne von IFRS 5 zu behandeln. Die nicht at-Equity-bewerteten Anteile an assoziierten Unternehmen beziehungsweise Gemeinschaftsunternehmen weisen wir in den Finanzanlagen unter Beteiligungen aus.

In den Finanzanlagen enthaltene Finanzinstrumente der Kategorie Kredite und Forderungen sind zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Die Bilanzierung und Bewertung der Bestände, die der Kategorie zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte zugeordnet sind, erfolgt zum niedrigeren beizulegenden Zeitwert (Fair Value).

Agien oder Disagien werden erfolgswirksam über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis vereinnahmt. Ebenfalls im Zinsergebnis werden Zinserträge aus Schuldverschreibungen, Dividendenzahlungen aus Aktien und aus Anteilen an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen sowie laufende Beteiligungsergebnisse gezeigt.

Sofern für hier bilanzierte Finanzinstrumente eine effektive Sicherungsbeziehung im Rahmen eines Fair Value Hedges zu einem derivativen Finanzinstrument besteht, wird der Teil der Änderung des beizulegenden Zeitwertes, der auf das gesicherte Risiko entfällt, erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen ausgewiesen. Wertänderungen der beizulegenden Zeitwerte von Finanzanlagen, auf die die Fair Value Option angewendet wird, weisen wir im Ergebnis aus der Anwendung der Fair Value Option aus, das Bestandteil des Handelsergebnisses ist.

(15) Immaterielle Anlagewerte

Unter den Immateriellen Anlagewerten bilanzieren wir insbesondere Software, erworbene Markennamen, Kundenbeziehungen und Geschäfts- oder Firmenwerte. Die Bilanzierung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Software und Kundenbeziehungen schreiben wir aufgrund ihrer begrenzten Nutzungsdauer linear über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer ab. Für Marken beziehungsweise Markennamen erwarten wir, dass hieraus unbegrenzt Cashflows generiert werden können. Deshalb werden auch Markennamen ebenso wie Geschäfts- oder Firmenwerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer mindestens jährlich einem Werthaltigkeitstest (Impairmenttest) unterzogen.

Methode des Werthaltigkeitstests

Alle Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen werden zum Erwerbszeitpunkt auf die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (Cash Generating Units) allokiert. Die Commerzbank hat die Segmente nach IFRS 8 als zahlungsmittelgenerierende Einheiten definiert. Eine Beschreibung der Segmente erfolgt in Note 45. In der Folge werden diese Vermögenswerte mindestens jährlich zu jedem Bilanzstichtag auf ihren künftigen wirtschaftlichen Nutzen auf Basis der Cash Generating Units überprüft. Dabei wird der Buchwert des gebundenen Eigenkapitals eines Segments als Cash Generating Unit (einschließlich eines zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerts) mit deren erzielbarem Betrag verglichen. Der erzielbare Betrag wird als der höhere Betrag aus Nutzungswert (Value in Use) und Nettoveräußerungswert (Fair Value less Cost to Sell) ermittelt. Der Nutzungswert basiert auf den erwarteten Ergebnissen der Einheit sowie den Kapitaleffekten gemäß der vom Vorstand genehmigten Mehrjahresplanungen der einzelnen Segmente. Sofern der Nutzungswert den Buchwert unterschreitet, wird zusätzlich der Nettoveräußerungswert (Fair Value less Cost to Sell) ermittelt. Der höhere Wert wird angesetzt.

Annahmen im Werthaltigkeitstest

Die Ertragswertberechnungen beruhen auf der Mehrjahresplanung der Segmente. Diese besteht neben der Ergebnisplanung aus einer Planung der Risikoaktiva sowie des gebundenen Eigenkapitals. Wesentliche Werttreiber sind Forderungsvolumina, Zinsüberschuss nach Risikovorsorge sowie Provisionsüberschuss. Weitere sensibel reagierende Planungsparameter sind die Risikoaktiva. Die Planungen basieren auf Prognosen des Economic Research hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und anderer wesentlicher Parameter wie zum Beispiel der Entwicklung der Zinsen, Wechselkurse, Aktien- und Rentenmärkte.

Dabei finden ebenso Erfahrungen des Managements aus der Vergangenheit sowie eine Abwägung von Chancen und Risiken aus den Prognosen Eingang in die Planungen.

Die Mehrjahresplanung beinhaltet grundsätzlich vier Planjahre. Für den Werthaltigkeitstest wurde die Ergebnisplanung des letzten Planjahres bis 2019 fortgeschrieben, um die Auswirkungen von Basel III einschließlich der Übergangsregelungen auf das gebundene Kapital zu berücksichtigen.

Bei der Ertragswertberechnung haben wir durchschnittliche risikoadäquate Zinssätze (vor Steuern) zwischen 11,1 % (Vorjahr: 10,1 %) und 11,9 % (Vorjahr: 13,2 %) angewendet. Als nachhaltige Wachstumsrate für die Berechnung der ewigen Rente werden in allen Segmenten 2,0 % (Vorjahr: 2,0 %) angesetzt.

Sofern objektive Hinweise dafür vorliegen, dass der ursprünglich erkennbare Nutzen nicht mehr erzielt werden kann, ist zunächst eine Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit vorzunehmen; der Ausweis erfolgt in einem separaten Posten der Gewinn-und-Verlust-Rechnung. Ein etwaiger darüber hinausgehender Wertminderungsbedarf wird anteilig auf die übrigen Vermögenswerte der Einheit verteilt.

Erworbene Kundenbeziehungen werden über einen Zeitraum von zehn bis fünfzehn Jahren abgeschrieben.

Für den Posten Software nehmen wir eine lineare Abschreibung über die voraussichtliche wirtschaftliche Nutzungsdauer von üblicherweise zwei bis acht Jahren, teilweise auch bis sechzehn Jahre zulasten der Verwaltungsaufwendungen vor. Unter Software wird sowohl selbst erstellte als auch erworbene Software bilanziert. Sofern der Grund für eine in früheren Geschäftsjahren vorgenommene Wertminderung entfallen ist, werden die immateriellen Vermögenswerte bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten zugeschrieben. Für Geschäfts- oder Firmenwerte sind Zuschreibungen unzulässig.

(16) Sachanlagen

Die hierunter ausgewiesenen Grundstücke und Gebäude sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Wertminderungen nehmen wir in der Höhe vor, in der der Buchwert den höheren Wert aus beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und aus dem Nutzungswert des Vermögenswertes übersteigt.

Sofern der Grund für eine in früheren Geschäftsjahren vorgenommene Wertminderung entfallen ist, werden die Vermögenswerte bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten zugeschrieben.

Die Bestimmung der Nutzungsdauer nehmen wir unter Beachtung der voraussichtlichen physischen Abnutzung, der technischen Veralterung sowie rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen vor. Alle Sachanlagen werden linear im Wesentlichen über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Voraussichtliche Nutzungsdauer Jahre
Gebäude	25-50
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2-25

Anschaffungen geringwertiger Sachanlagen wurden aus Wesentlichkeitsgründen direkt als Verwaltungsaufwand erfasst. Gewinne aus der Veräußerung von Sachanlagen vereinnahmen wir in den Sonstigen Erträgen, Verluste weisen wir in den Sonstigen Aufwendungen aus.

(17) Leasinggeschäft

Nach IAS 17 wird ein Leasinggeschäft als Operating-Leasing-Verhältnis klassifiziert, wenn es nicht im Wesentlichen alle Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer überträgt. Demgegenüber gelten als Finanzierungsleasing solche Vertragsverhältnisse, in denen der Leasingnehmer alle wesentlichen Chancen und Risiken trägt. Maßgeblich für die Zuordnung der Chancen und Risiken ist grundsätzlich der Barwert der mit den Leasingverträgen verbundenen Zahlungsströme. Sofern der Barwert zumindest der Investitionssumme des Leasingobjekts entspricht, erfolgt eine Klassifizierung als Finanzierungsleasing. Zu den Leasingobjekten gehören insbesondere Immobilien und Kraftfahrzeuge.

– Operating Leasing

Soweit die wesentlichen Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand beim Leasinggeber verbleiben (Operating Leasing), wird dieser weiterhin bilanziert. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sonstigen Aktiva ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die über die wirtschaftliche Nutzungsdauer planmäßig erfolgenden Abschreibungen oder Wertminderungen. Die Leasingerlöse vereinnahmen wir, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit und weisen sie im Sonstigen Ergebnis aus.

– Finanzierungsleasing

Wenn nahezu alle Chancen und Risiken an dem Leasinggegenstand auf den Leasingnehmer übergehen (Finanzierungsleasing), weisen wir im Commerzbank-Konzern eine Forderung gegenüber dem Leasingnehmer aus. Der Ausweis der Forderung erfolgt in Höhe des Nettoinvestitionswertes zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses. Vereinnahmte Leasingraten werden in einen ertragswirksamen Zinsanteil und einen Tilgungsanteil aufgespalten. Die Erträge werden als Zinserträge auf der Basis einer periodengerechten Abgrenzung verteilt vereinnahmt.

Konzern als Leasinggeber

Die Leasingverträge für Immobilien besitzen eine unkündbare Grundmietzeit und sind in der Regel mit Ankaufrechten der Leasingnehmer ausgestattet. Berechnungsgrundlage für die Zahlungen des Leasingnehmers sind die Gesamtinvestitionskosten abzüglich der zu Beginn des Leasingvertrages festgelegten Restwerte der Leasingobjekte. Während der unkündbaren Grundmietzeit trägt der Leasingnehmer alle objektbezogenen Kosten sowie die Fremdkosten der Leasinggesellschaft. Die Gefahr des zufälligen oder teilweisen Untergangs des Leasinggegenstandes trägt der Leasinggeber.

Die Leasingverträge für Mobilien (Fahrzeuge, EDV-Ausstattung) sind dagegen als Teilamortisationsverträge mit Andienungsrechten und als kündbare Verträge ausgestaltet. Im Fall der Teilamortisationsverträge wird aufgrund der im Verhältnis zur betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer kürzeren Grundmietzeit nur ein Teil der Gesamtinvestitionskosten amortisiert.

Kündbare Leasingverträge besitzen keine feste Grundmietzeit. Im Fall einer Kündigung wird eine im Voraus vereinbarte Abschlusszahlung fällig, die die noch nicht amortisierten Gesamtinvestitionskosten deckt. Erfolgt keine Kündigung, verlängert sich das Mietverhältnis. Die Gefahr des zufälligen oder teilweisen Untergangs des Leasingobjektes trägt wieder der Leasinggeber.

Konzern als Leasingnehmer

Aufwendungen für Operating-Leasing-Verhältnisse werden grundsätzlich linear über die Laufzeit des Leasingvertrages erfasst und im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Finanzierungsleasingverträge, bei denen der Commerzbank-Konzern als Leasingnehmer auftritt, sind von untergeordneter Bedeutung.

(18) Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien (Investment Properties) sind solche Grundstücke und Gebäude zu verstehen, die zur Erzielung von Mieteinnahmen oder aus Gründen eines erwarteten Wertzuwachses gehalten werden. Der Commerzbank-Konzern weist unter anderem die im Rahmen der Sicherheitenverwertung als Finanzinvestition erworbenen Immobilien (Rettungserwerbe) aus.

Die Bewertung erfolgt zum Zugangszeitpunkt gemäß IAS 40 mit den Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten unter Einbeziehung der direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Für die Folgebewertung der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien wird das Modell des beizulegenden Zeitwertes (Fair Value) angewendet. Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes basiert im Wesentlichen auf jährlich aktualisierten Bewertungen von internen Sachverständigen sowie auf den bei der aktuellen Marktlage erzielbaren Marktpreisen. Die Bewertung gewerblich genutzter Objekte erfolgt in der Regel ertragswertorientiert; individuelle Wohnungsbauten werden üblicherweise sach- oder vergleichswertorientiert bewertet. Ein Gewinn beziehungsweise Verlust, der durch die Änderung des beizulegenden Zeitwertes entsteht, wird im Sonstigen Ergebnis der Periode erfolgswirksam berücksichtigt.

Laufende Erträge und Aufwendungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

(19) Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen

Langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen, die in ihrem gegenwärtigen Zustand veräußert werden können und deren Veräußerung höchstwahrscheinlich ist, sind als zur Veräußerung bestimmt zu klassifizieren. Die entsprechenden Vermögenswerte sind mit ihrem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten anzusetzen, sofern dieser niedriger als der Buchwert ist. Für verzinsliche und nicht verzinsliche Finanzinstrumente sowie für als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien erfolgt jedoch nur eine Ausweisänderung nach IFRS 5 und somit eine Umgliederung in die entsprechenden Bilanzposten. Die Bewertung erfolgt weiterhin nach IAS 39 beziehungsweise IAS 40.

Sollten aus der Bewertung gemäß IFRS 5 Wertminderungen resultieren, sind diese abhängig von der zugrunde liegenden Transaktion im entsprechenden Posten der Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu erfassen. Eine spätere Wertaufholung ist auf die Summe der vorher erfassten Wertminderungen begrenzt.

Nach abgeschlossenem Verkauf werden die Veräußerungsergebnisse für langfristige Vermögenswerte im Sonstigen Ergebnis, für Veräußerungsgruppen grundsätzlich im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

(20) Verbindlichkeiten

Finanzielle Verbindlichkeiten bilanzieren wir, sofern sie nicht Handelszwecken dienen, mit fortgeführten Anschaffungskosten. Die in den Verbindlichkeiten eingebetteten Derivate (Embedded Derivatives) werden, sofern trennungspflichtig, abgespalten und mit dem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet unter den Handelsaktiva oder -passiva ausgewiesen. Im Rahmen des Micro Fair Value Hedge Accountings werden gesicherte Verbindlichkeiten um die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Fair-Value-Änderungen angepasst. Bei Anwendung von Portfolio Fair Value Hedge Accounting werden die Fair-Value-Änderungen in dem passivischen Bilanzposten Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges erfasst. Verbindlichkeiten, für die die Fair Value Option angewendet wird, sind mit ihrem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bilanziert.

(21) Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

In diesem Posten werden derivative Finanzinstrumente ausgewiesen, die zur Absicherung eingesetzt werden und sich für das Hedge Accounting qualifizieren, sofern sie einen negativen Marktwert haben. Die Bewertung der Sicherungsinstrumente erfolgt zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value).

(22) Handelspassiva

Derivative Finanzinstrumente, die nicht als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings eingesetzt werden, sowie Kreditzusagen des Handelsbuchs, die einen negativen Marktwert besitzen, werden unter den Handelspassiva ausgewiesen. Darüber hinaus bilanzieren wir auch eigene Emissionen des Handelsbuchs und Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen in diesem Posten. Die Bewertung der Handelspassiva erfolgt ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value).

(23) Rückstellungen

Eine Rückstellung ist anzusetzen, wenn zum Bilanzstichtag aus einem Ereignis der Vergangenheit eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung entstand, der Abfluss von Ressourcen zur Erfüllung dieser Verpflichtung wahrscheinlich und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Rückstellungen bilden wir daher für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahmen.

Die Zuführung zu den unterschiedlichen Rückstellungsarten erfolgt über verschiedene Posten der Gewinn- und Verlust-Rechnung. Rückstellungen im Kreditgeschäft werden dem Risikovorsorgeaufwand, Restrukturierungsrückstellungen den Restrukturierungsaufwendungen und Rückstellungen für Rechtsrisiken dem Sonstigen Ergebnis belastet. Die übrigen Rückstellungen werden grundsätzlich zulasten der Verwaltungsaufwendungen gebildet.

Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen werden dann angesetzt, wenn der Commerzbank-Konzern einen detaillierten formellen Plan für die Restrukturierungsmaßnahmen besitzt und bereits begonnen hat, diesen zu verwirklichen, oder die wesentlichen Details der Restrukturierung bekannt gemacht hat. Der detaillierte Plan umfasst die betroffenen Geschäftsbereiche, die ungefähre Anzahl der Mitarbeiter, deren Stellen im Rahmen der Restrukturierungsmaßnahmen betroffen sind, die damit verbundenen Kosten und den Zeitraum, in dem die Restrukturierungsmaßnahme durchgeführt werden soll. Der detaillierte Plan muss in einer Art und Weise kommuniziert werden, dass die Betroffenen mit seiner Verwirklichung rechnen können. Der Posten Restrukturierungsaufwendungen in der Gewinn- und Verlust-Rechnung enthält weitere im Zusammenhang mit Restrukturierungsmaßnahmen stehende Aufwendungen, die unmittelbar angefallen und nicht in der Restrukturierungsrückstellung enthalten sind.

Abzinsung

Der für eine Rückstellung angesetzte Betrag stellt die bestmögliche Schätzung der Ausgabe dar, die zur Erfüllung der gegenwärtigen Verpflichtung zum Abschlussstichtag erforderlich ist. Risiken und Unsicherheiten sind bei der Schätzung berücksichtigt. Langfristige Rückstellungen sind mit ihrem Barwert angesetzt.

(24) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die betriebliche Altersversorgung für die aktiven und ehemaligen Mitarbeiter und Hinterbliebenen der Commerzbank Aktiengesellschaft sowie einiger inländischer und ausländischer Tochterunternehmen richtet sich nach verschiedenen Versorgungssystemen (beitrags- und leistungsorientierte Pläne).

Zum einen erwerben die Mitarbeiter eine Anwartschaft auf Versorgungsansprüche aufgrund von Zusagen über externe Versorgungswerke, an denen mehrere konzernfremde Unternehmen beteiligt sind. Zur Finanzierung leistet der Konzern unter Beteiligung der aktiven Mitarbeiter einen festgelegten Beitrag an den externen Versorgungsträger (unter anderem BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G.), Berlin, BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e. V., Berlin). Die Höhe der gegenwärtigen und künftigen Pensionsleistungen wird hier durch die gezahlten Beiträge und die damit verbundenen Vermögenserträge bestimmt. Für diese mittelbaren Systeme werden die Rechnungslegungsvorschriften gemäß IAS 19 wie für einen beitragsorientierten Plan (Defined Contribution Plan) angewendet, das heißt die Beiträge an die externen Versorgungsträger im Personalaufwand erfasst. Rückstellungen werden nicht gebildet, da die Inanspruchnahme aus einer gesetzlichen Subsidiärhaftung als unwahrscheinlich angesehen wird.

Zum anderen bestehen Verpflichtungen aus Versorgungsanwartschaften und laufenden Leistungen aufgrund einer unmittelbaren Versorgungszusage der Commerzbank, bei der die Höhe der Versorgungsleistung festgelegt und von Faktoren wie Alter, Vergütung und Betriebszugehörigkeit abhängig ist. Für diese Versorgungssysteme werden die Rechnungslegungsvorschriften gemäß IAS 19 für einen leistungsorientierten Plan angewendet (Defined Benefit Plan), daher werden Rückstellungen gebildet.

Für versorgungsberechtigte Mitarbeiter, die bis zum 31. Dezember 2004 in die Dienste der Commerzbank Aktiengesellschaft oder einiger anderer konsolidierter Gesellschaften eingetreten sind, richten sich die unmittelbaren Versorgungsansprüche überwiegend nach den Regelungen des Commerzbank-Bausteinplans zur betrieblichen Altersvorsorge (CBA). Die Leistungen nach dem CBA setzen sich der Höhe nach aus einem Initialbaustein für die Zeit bis zum 31. Dezember 2004 und aus einem Versorgungsbaustein – gegebenenfalls zuzüglich eines Dynamikbausteins – für jedes beitragsfähige Kalenderjahr ab dem Jahr

2005 zusammen. Seit dem 1. Januar 2005 eingetretene Mitarbeiter erhalten eine Zusage nach dem Commerzbank-Kapitalplan zur betrieblichen Altersvorsorge (CKA). Der CKA sieht eine garantierte Mindestleistung nach dem Bausteinprinzip vor, eröffnet aber zusätzlich Chancen auf höhere Versorgungsleistungen aus der Anlage von Vermögenswerten in Investmentfonds.

Die unmittelbare betriebliche Altersversorgung für die Mitarbeiter der ehemaligen Dresdner Bank Aktiengesellschaft wird seit dem 1. Januar 2010 ebenfalls nach den Regelungen des Commerzbank-Bausteinplans zur betrieblichen Altersvorsorge (CBA) durchgeführt.

Darüber hinaus bestehen beitrags- und leistungsorientierte Versorgungspläne bei ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen, vornehmlich in Großbritannien und den USA.

Zur Erfüllung der unmittelbaren Versorgungsverpflichtungen in Deutschland wurden Deckungsmittel an einen rechtlich unabhängigen Treuhänder, den Commerzbank Pension-Trust e. V. (CPT), übertragen. Das vom CPT gehaltene Treuhandvermögen sowie entsprechende Deckungsmittel für Pensionsverpflichtungen bei Auslandseinheiten sind als Planvermögen im Sinne von IAS 19.7 qualifiziert. Gemäß IAS 19.54 ist der Zeitwert des Planvermögens mit dem Barwert der Verpflichtungen (DBO) zu saldieren, woraus eine entsprechende Reduzierung der Pensionsrückstellungen im Konzern resultiert.

Über die oben beschriebene betriebliche Altersversorgung hinaus gibt es in Großbritannien einen intern finanzierten Gesundheitsfürsorgeplan, nach dem den Berechtigten in der Rentenphase medizinische Aufwendungen erstattet werden beziehungsweise ein Zuschuss zur privaten Krankenversicherung gewährt wird. Die daraus resultierenden Verpflichtungen sind gemäß IAS 19 nach den Regeln für leistungsorientierte Pensionspläne zu bilanzieren.

Der im Personalaufwand zu erfassende Pensionsaufwand für die unmittelbaren Versorgungszusagen setzt sich aus mehreren Komponenten zusammen: zum einen aus dem Dienstzeitaufwand (Service Cost), der die von den Anwärtern im Geschäftsjahr verdienten Ansprüche repräsentiert, zum anderen aus den Zinsaufwendungen (Interest Cost) auf den Barwert der Pensionsverpflichtungen, da der Zeitpunkt der Erfüllung der Pensionsverpflichtungen eine Periode vorangeschritten ist. Dagegen mindern die erwarteten Nettoerträge aus dem Planvermögen den Pensionsaufwand. Weiterhin wird der Pensionsaufwand durch die Tilgung bisher nicht erfolgswirksam erfasster versicherungsmathematischer Gewinne beziehungsweise Verluste in seiner Höhe beeinflusst. Wurden die unmittelbaren Versorgungszusagen geändert und ergibt sich hieraus eine Änderung der Leistungsverpflichtung, ist ein nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand beziehungsweise -ertrag zu erfassen.

Die Höhe der Rückstellung berechnet sich gemäß IAS 19.54 folgendermaßen:

Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung für Direktzusagen (DBO)
abzüglich des beizulegenden Zeitwertes des Planvermögens
ab-/zuzüglich nicht erfasster versicherungsmathematischer Verluste/Gewinne
ab-/zuzüglich eines gegebenenfalls bisher noch nicht erfassten, nachzuerrechnenden Dienstzeitaufwandes/-ertrages
= Höhe der Pensionsrückstellung

Bei leistungsorientierten Plänen bewertet ein unabhängiger Versicherungsmathematiker die Pensionsverpflichtungen und ähnliche Verpflichtungen (Altersteilzeit, Vorruhestand, Jubiläen) jährlich nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method). Dabei zieht dieser neben biometrischen Annahmen (zum Beispiel Heubeck-Richttafeln 2005G) insbesondere einen aktuellen Abzinsungssatz auf Basis der Renditen für langfristige und hochwertige Unternehmensanleihen, Fluktuation und Karrieretrends sowie künftig zu erwartende Gehalts- oder Rentensteigerungsraten in die Berechnung ein. Für die inländischen Pensionsverpflichtungen wird der Abzinsungsfaktor anhand eines Commerzbank-eigenen Modells bestimmt, abgeleitet aus fristenkongruenten Eurozonen-Swapsätzen adjustiert um einen Spread-Aufschlag hochwertiger Unternehmensanleihen.

Etwaige, noch nicht getilgte versicherungsmathematische Gewinne und Verluste brauchen nach IAS 19.92 ff. erst in der Berichtsperiode erfasst zu werden, an deren Anfang sie den Korridor von 10 % des Maximums aus DBO und des beizulegenden Zeitwertes des Planvermögens übersteigen.

Die Commerzbank hat sich dafür entschieden, noch nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne und Verluste schneller als nach der Regelamortisation in IAS 19 zu erfassen. Dazu werden ab einer Signifikanzgrenze von 75 % des 10%-Korridors 20 % der innerhalb des Korridors liegenden Gewinne und Verluste amortisiert.

Mit dem ab dem 1. Januar 2013 anzuwendenden geänderten Standard IAS 19 entfällt die Korridormethode. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden dann sofort erfolgsneutral und in voller Höhe unmittelbar im Eigenkapital erfasst. Auf Basis des Zinsniveaus Ende 2012 erwarten wir daraus eine

Nettobelastung des Eigenkapitals von rund 0,7 Mrd. Euro sowie eine gegenläufige Erhöhung der Pensionsrückstellungen um rund 0,9 Mrd. Euro. Daneben ist der nachzuverrechnende Dienstzeitaufwand aufgrund rückwirkender Planänderungen sofort und vollständig erfolgswirksam zu erfassen. Daraus ergibt sich jedoch kein Mehraufwand im Commerzbank-Konzern, da es bislang keinen nachzuverrechnenden, nicht erfassten Dienstzeitaufwand gab. Aufgrund dieser Änderungen führt die Saldierung von Pensionsverpflichtung und Planvermögen zur Bilanzierung der vollständigen Nettopensionsverpflichtung. Ein weiterer unwesentlicher Effekt von –2 Mio. Euro ergibt sich aus der Tatsache, dass Altersteilzeitaufstockungszahlungen linear bis zum Ende der Aktivphase anzusammeln statt wie bisher zum Zusagezeitpunkt in voller Höhe zu erfassen sind. Zudem sind im Fall der Finanzierung der Pensionsverpflichtungen durch Planvermögen nach dem geänderten IAS 19 Nettozinskosten zu ermitteln. Hierbei handelt es sich um eine Verzinsung der Nettoschuld beziehungsweise des Nettovermögens (leistungsorientierte Verpflichtung abzüglich beizulegender Zeitwert des Planvermögens) unter Nutzung eines einheitlichen Zinssatzes. Für das Geschäftsjahr 2012 würde sich im Vergleich zur bisherigen Nutzung von unterschiedlichen Zinssätzen für Zinsaufwendungen und Erträge aus dem Planvermögen ein Mehraufwand in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung von rund 20 Mio. Euro ergeben.

(25) Mitarbeitervergütungspläne

1. Beschreibung der wesentlichen Vergütungspläne

a) Commerzbank-Incentive-Plan (CIP)

Im Jahr 2011 wurde der Commerzbank-Incentive-Plan (CIP) aufgelegt, durch den die Begünstigten neben einer Barkomponente auch eine bestimmte Anzahl an Commerzbank-Aktien erhalten. Der Geltungsbereich des CIP umfasst den gesamten Commerzbank-Konzern.

Der Mechanismus des neuen Vergütungsmodells zur variablen Vergütung umfasst je nach Ausgestaltungsstufe eine kurzfristige Komponente (Short Term Incentive, STI) und eine langfristige Komponente (Long Term Incentive, LTI). Die STI-Komponente gilt als Entlohnung für das abgelaufene Geschäftsjahr. Die LTI-Komponente gilt als Entlohnung für einen Erdienungszeitraum von vier Jahren.

Der in Form von Aktien gewährte Anteil an der variablen Vergütung richtet sich nach der sogenannten Risk-Taker-Gruppe.

- Risk-Taker I (Executives, Mitglieder einer Geschäftsleitung).
- Risk-Taker II (Vorsitzende von wichtigen Ausschüssen, Funktionen mit wesentlichem Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil).
- Non-Risk-Taker (übrige Mitarbeiter, deren variable Vergütung einen bestimmten Sockelbetrag überschreitet).

Hinsichtlich der Vergütungskomponenten unterscheiden sich Risk-Taker I und II in der Gewichtung der Kurz- und der Langfristkomponente. Bei beiden wird jeweils die Hälfte der kurz- beziehungsweise langfristigen Komponente in Form von Aktien vergütet. Bei der Gruppe der Non-Risk-Taker wird die Hälfte des Betrages der langfristigen Komponente, der den Sockelbetrag (Freibetrag) übersteigt, in Aktien gewährt.

Auf Basis von Planrechnungen werden im Geschäftsjahr die jeweiligen Vergütungsbestandteile geschätzt und aufwandswirksam gebucht. Die Höhe der variablen Vergütung und damit des auf Aktien entfallenden Teils je Mitarbeiter wird im Rahmen des jährlichen sogenannten Zielerreichungsgesprächs (Performance-Bewertung I) in den ersten drei Monaten des Folgejahres endgültig festgelegt. Dieser Betrag repräsentiert die Obergrenze der variablen Vergütung der gesamten 4-jährigen Erdienungsperiode. Er kann in der Folgezeit als Ergebnis jährlicher Zielerreichungsgespräche nur aufgrund quantitativer konzernspezifischer sowie individueller qualitativer Erfüllungsmerkmale gemindert werden. Die zu gewährende Anzahl von Aktien wird bestimmt, indem der auf Aktien entfallende Teil der variablen Vergütung durch den durchschnittlichen Xetra-Schlusskurs der Commerzbank-Aktie der Monate Januar und Februar sowie dem des Dezembers des Vorjahres geteilt wird.

Die endgültige Verfügbarkeit der Aktien unterliegt beim STI einer 6-monatigen Sperrfrist. Beim LTI entsteht der Erwerbsanspruch nach der Performancebewertung II im Anschluss an den Erdienungszeitraum von vier Jahren (einschließlich des abgelaufenen Geschäftsjahres), also drei Jahre nach Bestimmung der zugrunde gelegten Aktienzahl. Auch hier gilt eine 6-monatige Sperrfrist nach dem Zeitpunkt des Anspruchserwerbs.

Hat die Commerzbank während der Laufzeit des CIPs Dividenden gezahlt, wird bei Fälligkeit zusätzlich ein Barbetrag in Höhe der Dividende ausgeschüttet.

Für Mitarbeiter an Standorten im Ausland, an denen ein Ausgleich in Eigenkapitalinstrumenten rechtlich nicht zulässig ist oder grundsätzlich zwar möglich wäre, aber durch administrative Hürden für die Mitarbeiter ungünstig ist, erfolgt ein Barausgleich.

b) Share Awards

Share Awards sind eine Komponente der variablen Vergütung für außertariflich bezahlte Mitarbeiter der Commerzbank Aktiengesellschaft, bei der es sich um eine aufgeschobene Vergütung durch die Zuteilung virtueller Commerzbank-Aktien handelt. Sie berechtigen nach Ablauf der Wartefrist ausschließlich zum Bezug des Brutto-Cash-Gegenwertes der zum Zeitpunkt der Zusage festgelegten Anzahl an Aktien. Die Höhe der Rückstellung für die variable Vergütung und damit der in Share Awards umzuwandelnde Teil der variablen Vergütung wird in Abhängigkeit vom Erfolg der Bank erst im Frühjahr des auf das Geschäftsjahr folgenden Jahres festgelegt. Die Anzahl der Share Awards wird zum Zuteilungszeitpunkt bestimmt, indem der umzuwandelnde variable Vergütungsbetrag durch den durchschnittlichen Xetra-Schlusskurs der Monate Januar und Februar des Zuteilungsjahres sowie dem des Dezembers des Vorjahres geteilt wird.

Auch für die Ermittlung des Auszahlungsbetrags wird der durchschnittliche Xetra-Schlusskurs der Commerzbank-Aktie der Monate Januar und Februar des Auszahlungsjahres sowie der des Monats Dezember des Vorjahres herangezogen. Der grundsätzlich drei Jahre nach dem Zuteilungszeitpunkt auszuzahlende Betrag errechnet sich dann durch die Multiplikation dieses Durchschnittskurses mit der zum Zuteilungszeitpunkt festgelegten Anzahl von Share Awards. Hat die Commerzbank während der Laufzeit der Share Awards Dividenden gezahlt, wird zusätzlich zu dem Brutto-Cash-Gegenwert ein Barbetrag in Höhe der Dividende multipliziert mit den zugeteilten Share Awards ausgeschüttet.

Aufgrund der im Oktober 2010 in Kraft getretenen Instituts-Vergütungsverordnung (InstitutsVergV), wurde der Commerzbank-Incentive-Plan (CIP) eingeführt. Für die Geschäftsjahre ab 2011 kommen Share Awards daher nur noch für ausgewählte Mitarbeiter zur Anwendung.

c) Long-Term-Performance-Pläne (LTP)

Für Führungskräfte und ausgewählte weitere Mitarbeiter hatte die Commerzbank bis zum Geschäftsjahr 2008 Long-Term-Performance-Pläne (LTP) aufgelegt. Dabei handelte es sich um eine am Kurs der Commerzbank-Aktie orientierte variable Vergütung mit einer Laufzeit von drei bis fünf Jahren, für die ein Eigeninvestment in Commerzbank-Aktien erforderlich war. Für die Auszahlung sind bestimmte Performancekriterien unserer Aktie maßgeblich. Seit dem Geschäftsjahr 2009 und bis auf Weiteres wird kein neuer LTP mehr angeboten. Der noch laufende LTP 2008 ermöglicht theoretisch eine an der Aktien-/Indekursentwicklung orientierte Vergütung bis zum Ablauf des Jahres 2013. In den Geschäftsjahren 2011 und 2012 wurden keine LTP vergütet. Für das Jahr 2013 erwarten wir, dass die Ausübungskriterien ebenfalls nicht zum Tragen kommen.

Der LTP ist als aktienbasierte Vergütungstransaktion mit Barausgleich bilanziert.

d) BRE Bank S.A.

In 2008 hatte die BRE Bank SA für deren Vorstandsmitglieder zwei aktienbasierte Vergütungspläne aufgelegt. Die Vorstandsmitglieder unserer Tochtergesellschaft konnten in den Jahren 2009 bis 2011 teilnehmen. Das erste Programm sah den Bezug von BRE-Bank-Aktien vor. Das zweite Programm (angepasst in 2010) ermöglicht den Bezug einer Barkomponente im Gegenwert von Commerzbank-Aktien. Die letztmalige Auszahlung erfolgt in 2015. In 2012 wurde ein neues aktienbasiertes Programm aufgelegt, an dem die Vorstandsmitglieder bis 2016 teilnehmen können. Es ist dabei zum einen eine kurzfristige Komponente (Barauszahlung), zum anderen eine langfristige Komponente vorgesehen, die zum ratierlichen Bezug von BRE-Bank-Aktien über drei Jahre berechtigt. Diese werden – wie auch für das erste Programm aus dem Jahr 2008 – jährlich in einem festgelegten Volumen emittiert und können von den Berechtigten zu einem festgelegten Preis unter dem rechnerischen Wert erworben werden. Für alle Programme ist die Teilnahme mindestens an die Eigenkapitalrendite des BRE-Bank-Teilkonzerns geknüpft. Die langfristige Komponente des neuen Programms ist zusätzlich an die Performancebewertung der Vorstandsmitglieder gekoppelt.

Beide Programme, die zum Bezug von BRE-Bank-Aktien berechtigen (aus dem Jahr 2008 und 2012) sind als aktienbasierte Vergütungstransaktionen mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente einzustufen. Das zweite Programm aus dem Jahr 2008 ist als aktienbasierte Vergütungstransaktion mit Barausgleich bilanziert.

2. Bilanzierung und Bewertung

Die Bilanzierung der hier beschriebenen Mitarbeitervergütungspläne erfolgt nach den Vorschriften des IFRS 2 Aktienbasierte Vergütung (Share-based Payment). IFRS 2 unterscheidet aktienbasierte

Vergütungstransaktionen mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente und mit Barausgleich. Für beide Formen gilt jedoch, dass die Gewährung von aktienbasierten Vergütungen zum beizulegenden Zeitwert im Jahresabschluss zu erfassen ist.

– Aktienbasierte Vergütungstransaktionen mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente

Der beizulegende Zeitwert von aktienbasierten Vergütungstransaktionen mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente ist als Personalaufwand mit einer entsprechenden Berücksichtigung im Eigenkapital (Kapitalrücklage) zu erfassen. Der beizulegende Zeitwert für die STI-Komponente wird zum Zeitpunkt der Gewährung der Rechte ermittelt. Der beizulegende Zeitwert für die LTI-Komponente wird einmalig zum Zeitpunkt der Performancebewertung I (März n+1) ermittelt, als Durchschnittswert der Xetra-Schlusskurse der Monate Januar und Februar sowie Dezember des Vorjahres und aufwandswirksam linear über die Laufzeit des Erdienungszeitraums verteilt. Der als Aufwand erfasste Betrag wird nur insoweit angepasst als sich unsere Schätzungen über die Anzahl der endgültig zu gewährenden Eigenkapitalinstrumente ändern.

Sofern Rechte infolge des Ausbleibens von Ausübungsbedingungen (zum Beispiel Nichterreichen einer Leistungsvorgabe) nicht endgültig ausgeübt werden können, erfolgt keine Änderung der bisher im Eigenkapital erfassten Beträge.

– Aktienbasierte Vergütungstransaktionen mit Barausgleich

Der Anteil des beizulegenden Zeitwertes von aktienbasierten Vergütungen mit Barausgleich, der auf bis zum Bewertungsstichtag geleistete Dienste entfällt, wird als Personalaufwand mit einem gleichzeitigen Ausweis als Rückstellung erfasst. Der beizulegende Zeitwert wird an jedem Bilanzstichtag und bis einschließlich des Auszahlungstages neu ermittelt. Jede Änderung des beizulegenden Zeitwertes der Verpflichtung ist aufwandswirksam zu berücksichtigen. Somit muss die Rückstellung am Auszahlungstag möglichst dem Betrag entsprechen, der als Zahlung an die begünstigten Mitarbeiter geleistet wird. Für Share Awards wird zum Zeitpunkt der Zuteilung der auf Share Awards entfallende Teil der Rückstellungen für den Personalbereich in die Rückstellung für Share Awards umgebucht. Der Betrag errechnet sich als Produkt aus der Zahl zugeteilter Rechte und dem durchschnittlichen Xetra-Schlusskurs der Monate Januar und Februar des Zuteilungsjahres sowie Dezember des Vorjahres. Zu den folgenden Bilanzstichtagen schwanken die Rückstellungen parallel zur Entwicklung des Aktienkurses der Commerzbank Aktiengesellschaft. Fluktuationsabschläge werden nicht vorgenommen, da die Share Awards auch bei Kündigung oder Tod nicht verfallen. Sofern die Commerzbank Aktiengesellschaft während der Wartefrist Dividendenzahlungen leistet, wird zum Auszahlungszeitpunkt je Share Award zusätzlich zum Auszahlungswert der Share Awards eine Barzahlung in Höhe der Dividende geleistet, für die gegebenenfalls Rückstellungen zu bilden sind.

– Bewertung

Für die Bewertung der Rückstellung der Share Awards wurde der Schlusskurs der Commerzbank-Aktie am 31. Dezember 2012 zugrunde gelegt.

Zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes für den in der Commerzbank-Gruppe bestehenden Mitarbeitervergütungsplan LTP wird ein Monte-Carlo-Modell genutzt, das kurssteigernde Änderungen der zukünftigen Aktienkurse simuliert. Das Modell basiert auf der Annahme, dass die Aktienrenditen um einen Mittelwert, der einer risikofreien Zinsanlage entspricht, statistisch normal verteilt sind.

Für die Berechnung des Gegenwertes der Commerzbank-Aktien für das zweite Programm der BRE Bank aus dem Jahr 2008 werden durchschnittliche Marktpreise der Commerzbank-Aktie zum Gewährungszeitpunkt herangezogen.

(26) Ertragsteuern

Tatsächliche Ertragsteueransprüche und -schulden werden anhand der steuerlichen Bestimmungen der jeweiligen Länder mit den aktuell gültigen Steuersätzen in der Höhe ermittelt, in der die Erstattung von der beziehungsweise die Zahlung an die jeweilige Steuerbehörde erwartet wird.

Aktive und passive latente Steuern werden für Differenzen zwischen den IFRS-Buchwerten der Vermögenswerte oder Schulden und deren steuerlichen Wertansätzen gebildet, soweit hieraus voraussichtlich zukünftige Ertragsteuerentlastungs- oder -belastungseffekte resultieren (temporäre Unterschiede) und kein Ansatzverbot besteht. Darüber hinaus werden aktive latente Steuern auch für steuerliche Verlustvorträge sowie für noch nicht genutzte Steuergutschriften gebildet. Für die Bewertung der latenten Steuern sind die zum 31. Dezember 2012 bereits beschlossenen, bei Realisierung der Unterschiede anwendbaren Ertragsteuersätze maßgebend.

Aktive latente Steuern auf steuerentlastende temporäre Differenzen, auf noch nicht genutzte steuerliche Verluste sowie auf noch nicht genutzte Steuergutschriften werden nur in dem Umfang bilanziert, in dem es wahrscheinlich ist, dass in absehbarer Zukunft steuerliche Ergebnisse des gleichen Steuersubjektes und in Bezug auf die gleiche Steuerbehörde anfallen.

Die Bildung und Fortführung aktiver und passiver latenter Steuern erfolgt – in Abhängigkeit von der Behandlung des zugrunde liegenden Sachverhaltes – entweder erfolgswirksam in den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag oder erfolgsneutral in der entsprechenden Eigenkapitalposition.

Den Ertragsteueraufwand beziehungsweise -ertrag weisen wir in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns als Steuern vom Einkommen und vom Ertrag aus.

Latente Ertragsteueransprüche und -schulden wurden saldiert, soweit ein Recht zur Aufrechnung tatsächlicher Ertragsteuern besteht und sich die aktiven und passiven latenten Steuern auf Ertragsteuern beziehen, die von der gleichen Steuerbehörde für das gleiche Steuersubjekt erhoben werden.

Die zu versteuernden temporären Differenzen im Zusammenhang mit Anteilen an Commerzbank-Konzerngesellschaften, für die keine latenten Ertragsteuerschulden passiviert wurden, betragen 115 Mio. Euro (Vorjahr: 113 Mio. Euro).

Eine Unterscheidung zwischen tatsächlichen und latenten Ertragsteueransprüchen sowie zwischen tatsächlichen und latenten Ertragsteuerschulden erfolgt in der Bilanz sowie in den Notes 58 und 69.

(27) Nachrang- und Hybridkapital

Als Nachrang- und Hybridkapital bilanzieren wir Genussrechtsemissionen, verbriefte und unbrieftete nachrangige Verbindlichkeiten sowie hybride Kapitalinstrumente. Die Bilanzierung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit verteilt erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

Die Buchwerte des Nachrang- und Hybridkapitals, für das Micro Fair Value Hedge Accounting angewendet wird, werden um die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Fair-Value-Änderungen angepasst. Bei Anwendung von Portfolio Fair Value Hedge Accounting werden die Fair-Value-Änderungen in dem passivischen Bilanzposten Wertanpassung Portfolio Fair Value Hedges erfasst. Nachrang- und Hybridkapital, für das die Fair Value Option angewendet wird, bilanzieren wir mit dem beizulegenden Zeitwert (Fair Value).

(28) Treuhandgeschäfte

Treuhandgeschäfte, die eine Verwaltung oder Platzierung von Vermögenswerten für fremde Rechnung zur Basis haben, werden in der Bilanz nicht ausgewiesen. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften sind in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Provisionsüberschuss enthalten.

(29) Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen

Hier weisen wir im Wesentlichen Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sowie Unwiderrufliche Kreditzusagen zum Nominalwert aus.

Als Bürgschaften sind Sachverhalte auszuweisen, bei denen die meldende Gesellschaft als Bürge gegenüber dem Gläubiger eines Dritten für die Erfüllung der Verbindlichkeit des Dritten einsteht. Unter Gewährleistungen fallen vertragliche Verpflichtungen, die das Entstehen für einen bestimmten Erfolg oder eine Leistung beinhalten.

Als Unwiderrufliche Kreditzusagen sind hier Verpflichtungen auszuweisen, aus denen ein Kreditrisiko entstehen kann. Dazu gehören Verpflichtungen, Darlehen zu gewähren (zum Beispiel dem Kunden bekannt gegebene Linien), Wertpapiere zu kaufen oder Garantien und Akzente bereitzustellen. Kreditzusagen, die dem Handelsbuch zuzuordnen sind, werden dagegen in den Handelsaktiva oder -passiva bilanziert.

Die Risikovorsorge für Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen wird als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft gezeigt.

Die Erträge aus Bürgschaften werden im Provisionsüberschuss erfasst; deren Höhe wird durch Anwendung vereinbarter Sätze auf den Nominalbetrag der Bürgschaften bestimmt.

(30) Eigene Aktien

Die von der Commerzbank Aktiengesellschaft zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen eigenen Aktien werden direkt vom Eigenkapital abgesetzt. Die Gewinne oder Verluste aus eigenen Aktien bilanzieren wir ergebnisneutral.

Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise

Im Rahmen des Eurosondergipfels am 21. Juli 2011 stimmten die Banken und Versicherungen zu, einen Beitrag zur Unterstützung Griechenlands zu leisten. Die privaten Gläubiger haben nach Abschluss der Verhandlungen am 21. Februar 2012 und Einigung mit der Troika am 24. Februar 2012 ein Angebot von Griechenland zum Tausch von griechischen Anleihen erhalten. Im Rahmen des Private Sector Involvements (PSI) war auf bestehende griechische Anleihen von je 1.000 Euro Nominalwert auf je 535 Euro Nominalwert zu verzichten. Für den verbleibenden Nominalwert von je 465 Euro wurden folgende Anleihen zum Tausch angeboten:

- Neue griechische Staatsanleihen mit verbundenen, aber abtrennbaren GDP-Warrants¹ mit je 315 Euro Nominalwert (Laufzeit von 11 bis 30 Jahre),
- EFSF-Anleihen mit je 150 Euro Nominalwert (Laufzeit hälftig 1 und 2 Jahren) und
- EFSF-Anleihen für aufgelaufene Stückzinsen (Laufzeit 6 Monate).

Der Commerzbank-Konzern hat im März 2012 am Umtausch teilgenommen und die im Zuge des Umtauschs erhaltenen neuen griechischen Anleihen einschließlich der GDP-Warrants in der Folge komplett veräußert. Aus dem Umtausch und dem Verkauf resultierte im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2012 ein Verlust von 69 Mio. Euro.

¹ Optionsscheine, die bei Erfüllung definierter Wachstumskriterien durch Griechenland ab 2015 zu einer zusätzlichen Zahlung von 1 % des Nennwertes führen.

Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

(31) Zinsüberschuss

	<u>2012</u>	<u>2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Zinserträge	14.559	17.343	- 16,1
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus dem Wertpapierbestand (zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte)	876	1.232	- 28,9
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus dem Wertpapierbestand (Kredite und Forderungen)	12.856	15.456	- 16,8
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus dem Wertpapierbestand (aus der Anwendung der Fair Value Option)	101	119	- 15,1
Vorfälligkeitsentschädigungen	139	87	59,8
Gewinne aus der Veräußerung von Forderungen und Krediten sowie aus dem Rückkauf von Verbindlichkeiten ¹	264	166	59,0
Dividenden aus Wertpapieren	221	115	92,2
Laufendes Ergebnis aus Beteiligungen und nicht konsolidierten Tochterunternehmen	21	41	- 48,8
Laufende Erträge aus zur Veräußerung und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	69	127	- 45,7
Sonstige Zinserträge	12	—	.
Zinsaufwendungen	9.020	10.619	- 15,1
Zinsaufwendungen für Nachrang- und Hybridkapital	891	940	- 5,2
Zinsaufwendungen für Verbriefte Verbindlichkeiten	2.733	3.584	- 23,7
Zinsaufwendungen für sonstige Verbindlichkeiten	4.922	5.256	- 6,4
Zinsaufwendungen aus der Anwendung der Fair Value Option ²	50	36	38,9
Verluste aus der Veräußerung von Forderungen und Krediten sowie aus dem Rückkauf von Verbindlichkeiten ¹	103	73	41,1
Laufende Aufwendungen aus zur Veräußerung und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	54	78	- 30,8
Sonstige Zinsaufwendungen	267	652	- 59,0
Gesamt	<u>5.539</u>	<u>6.724</u>	<u>- 17,6</u>

¹ Darunter: 195 Mio. Euro Gewinne und 30 Mio. Euro Verluste aus dem Rückkauf von Verbindlichkeiten im laufenden Geschäftsjahr (Vorjahr: 112 Mio. Euro Gewinne und 10 Mio. Euro Verluste).

² Darunter: — für Nachrang- und Hybridkapital (Vorjahr: 1 Mio. Euro).

Für gekündigte Engagements und für wertberichtigte gewerbliche Immobilienfinanzierungen ergab sich ein Unwinding in Höhe von 157 Mio. Euro (Vorjahr 195 Mio. Euro).

Aus derivativen Finanzinstrumenten, die nicht dem Handelsbuch zugehören, waren 12 Mio. Euro (Vorjahr: - 342 Mio. Euro) im Zinsüberschuss enthalten.

Die laufenden Erträge und Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien setzten sich wie folgt zusammen:

	<u>2012</u>	<u>2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Mieteinnahmen	58	61	- 4,9
Sonstige Erträge	—	—	.
Summe Erträge	58	61	- 4,9
Gebäude- und Raumkosten für vermietete Objekte	29	27	7,4
Sonstige Aufwendungen	24	33	- 27,3
Summe Aufwendungen	<u>53</u>	<u>60</u>	<u>- 11,7</u>

(32) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge stellte sich in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns wie folgt dar:

	<u>2012</u>	<u>2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Zuführung zur Risikovorsorge ¹	-3.133	-3.467	-9,6
Auflösung von Risikovorsorge ¹	1.709	2.489	-31,3
Direktabschreibungen	-456	-594	-23,2
Zuschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	<u>220</u>	<u>182</u>	<u>20,9</u>
Gesamt	<u>-1.660</u>	<u>-1.390</u>	<u>19,4</u>

¹ Bruttodarstellung (unter anderem werden Wanderungen zwischen einzelnen Risikovorsorgearten nicht saldiert).

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft des Konzerns belief sich im Geschäftsjahr 2012 auf 1.660 Mio. Euro. In diesem Betrag ist ein einmaliger Effekt aus der Überprüfung und Aktualisierung von Parametern in Höhe von netto 69 Mio. Euro enthalten.

Insgesamt lag die Risikovorsorge im Geschäftsjahr 2012 um 270 Mio. Euro über dem Vorjahreswert. Der Nettoaufwand aus Zuführung und Auflösung gliederte sich wie folgt:

	<u>2012</u>	<u>2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Einzelrisiken	-1.482	-1.349	9,9
Forderungen an Kreditinstitute	69	24	.
Forderungen an Kunden	-1.688	-1.376	22,7
Außerbilanzielle Geschäfte	137	3	.
Portfoliorisiken	58	371	-84,4
Forderungen an Kreditinstitute	17	-20	.
Forderungen an Kunden	2	320	-99,4
Außerbilanzielle Geschäfte	39	71	-45,1
Direktabschreibungen, Zuschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	<u>-236</u>	<u>-412</u>	<u>-42,7</u>
Gesamt	<u>-1.660</u>	<u>-1.390</u>	<u>19,4</u>

(33) Provisionsüberschuss

	<u>2012</u>	<u>2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Provisionserträge	3.711	4.055	- 8,5
Wertpapiergeschäft	1.019	1.221	- 16,5
Vermögensverwaltung	176	161	9,3
Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft	1.365	1.303	4,8
Immobilienkreditgeschäft	152	193	- 21,2
Bürgschaften	238	230	3,5
Ergebnis aus Syndizierungen	152	272	- 44,1
Vermittlungsgeschäft	303	325	- 6,8
Treuhandgeschäfte	8	8	0,0
Übrige Erträge	298	342	- 12,9
Provisionsaufwendungen	520	560	- 7,1
Wertpapiergeschäft	170	181	- 6,1
Vermögensverwaltung	34	22	54,5
Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft	131	131	0,0
Immobilienkreditgeschäft	37	36	2,8
Bürgschaften	69	86	- 19,8
Ergebnis aus Syndizierungen	1	4	- 75,0
Vermittlungsgeschäft	67	67	0,0
Treuhandgeschäfte	3	3	0,0
Übrige Aufwendungen	8	30	- 73,3
Provisionsüberschuss			
Wertpapiergeschäft	849	1.040	- 18,4
Vermögensverwaltung	142	139	2,2
Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft	1.234	1.172	5,3
Immobilienkreditgeschäft	115	157	- 26,8
Bürgschaften	169	144	17,4
Ergebnis aus Syndizierungen	151	268	- 43,7
Vermittlungsgeschäft	236	258	- 8,5
Treuhandgeschäfte	5	5	0,0
Übrige	<u>290</u>	<u>312</u>	<u>- 7,1</u>
Gesamt	<u>3.191</u>	<u>3.495</u>	<u>- 8,7</u>

In den Provisionserträgen waren 937 Mio. Euro (Vorjahr: 882 Mio. Euro) und in den Provisionsaufwendungen 139 Mio. Euro (Vorjahr: 133 Mio. Euro) enthalten, die aus Geschäften mit Finanzinstrumenten resultierten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet wurden.

(34) Handelsergebnis

Das Handelsergebnis setzt sich aus drei Komponenten zusammen:

- Ergebnis aus dem Handel (dazu gehören der Handel mit Wertpapieren, Schuldscheindarlehen, Edelmetallen und derivativen Instrumenten sowie das Ergebnis aus der Bewertung derivativer Finanzinstrumente, die sich nicht für das Hedge Accounting qualifizieren),
- Zinsergebnis und
- Ergebnis aus der Anwendung der Fair Value Option.

Im Ergebnis aus der Anwendung der Fair Value Option werden auch die Wertänderungen der dazugehörigen Derivate ausgewiesen.

	<u>2012</u>	<u>2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Ergebnis aus dem Handel ¹	473	703	- 32,7
Zinsergebnis	974	1.114	- 12,6
Ergebnis aus der Anwendung der Fair Value Option	- 334	292	.
Gesamt	<u>1.113</u>	<u>2.109</u>	<u>- 47,2</u>

¹ Einschließlich Ergebnis aus der Bewertung derivativer Finanzinstrumente.

Das Zinsergebnis aus dem Handel setzte sich aus 2.224 Mio. Euro Zinserträgen (Vorjahr: 3.694 Mio. Euro) und 1.250 Mio. Euro Zinsaufwendungen (Vorjahr: 2.580 Mio. Euro) für die Refinanzierung von Handelsgeschäften zusammen. Das Zinsergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten ist in den Zinserträgen berücksichtigt und betrug im Geschäftsjahr 631 Mio. Euro (Vorjahr: 102 Mio. Euro).

(35) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen beinhaltet zum einen die Bewertungsergebnisse aus effektiven Sicherungszusammenhängen im Rahmen des Hedge Accountings (Fair Value Hedge). Zum anderen enthält das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen den ineffektiven Teil aus effektiven Cash Flow Hedges. Es setzte sich wie folgt zusammen:

	<u>2012</u>	<u>2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Fair Value Hedges			
Fair-Value-Änderungen aus Sicherungsgeschäften	- 155	- 3.215	- 95,2
Micro Fair Value Hedges	- 1.063	- 3.721	- 71,4
Portfolio Fair Value Hedges	908	506	79,4
Fair-Value-Änderungen aus Grundgeschäften	163	3.092	- 94,7
Micro Fair Value Hedges	1.103	3.967	- 72,2
Portfolio Fair Value Hedges	- 940	- 875	7,4
Cash Flow Hedges			
Ergebnis aus effektiv gesicherten Cash Flow Hedges (nur ineffektiver Teil)	—	—	.
Gesamt	<u>8</u>	<u>- 123</u>	<u>.</u>

(36) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen weisen wir Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren der Kategorien Kredite und Forderungen sowie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, aus Beteiligungen sowie aus Anteilen an at-Equity-bewerteten Unternehmen und an Tochterunternehmen aus.

	2012	2011	Veränd. in %
		Mio. €	
Ergebnis aus zinstragendem Geschäft	- 150	- 3.520	- 95,7
der Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	125	- 343	.
Veräußerungsgewinne (einschließlich Umbuchung aus der Neubewertungsrücklage) ¹	391	555	- 29,5
Veräußerungsverluste (einschließlich Umbuchung aus der Neubewertungsrücklage) ¹	- 263	- 576	- 54,3
Bewertungsergebnis ¹	- 3	- 322	- 99,1
der Kategorie Kredite und Forderungen	- 275	- 3.177	- 91,3
Veräußerungsgewinne	11	3	.
Veräußerungsverluste	- 226	- 283	- 20,1
Bewertungsergebnis ²	- 60	- 2.897	- 97,9
Ergebnis aus Eigenkapitalinstrumenten	231	- 91	.
der Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	141	88	60,2
Veräußerungsgewinne (einschließlich Umbuchung aus der Neubewertungsrücklage) ¹	141	99	42,4
Veräußerungsverluste (einschließlich Umbuchung aus der Neubewertungsrücklage) ¹	-	- 11	.
der Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, die zu Anschaffungskosten bewertet wurden	157	53	.
Bewertungsergebnis ¹	- 27	- 77	- 64,9
Veräußerungs- und Bewertungsergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	- 40	- 155	- 74,2
Gesamt	81	- 3.611	.

¹ Hierin waren Umbuchungen aus im Geschäftsjahr 2012 entstandener Neubewertungsrücklage in Höhe von 229 Mio. Euro (Vorjahr: 88 Mio. Euro) enthalten.

² Hierin waren Portfoliowertberichtigungen von 58 Mio. Euro (Vorjahr: 40 Mio. Euro) für umkategorisierte Wertpapiere enthalten.

(37) Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen

Das Laufende Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen betrug 46 Mio. Euro (Vorjahr: 42 Mio. Euro). Einschließlich des im Ergebnis aus Finanzanlagen enthaltenen Veräußerungs- und Bewertungsergebnisses aus at-Equity-bewerteten Unternehmen von -40 Mio. Euro (Vorjahr: -155 Mio. Euro) belief sich das Gesamtergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen auf 6 Mio. Euro (Vorjahr: -113 Mio. Euro).

(38) Sonstiges Ergebnis

Im Sonstigen Ergebnis sind vor allem Zuführungen und Auflösungen von Rückstellungen, Aufwendungen und Erträge aus Operating-Leasing-Verträgen sowie Zwischenmietforderungen und -erträge aus Mietkaufvereinbarungen enthalten. Aufwendungen und Erträge aus Bau- und Architektengebühren fallen im Rahmen des Baumanagements unseres Teilkonzerns Commerz Real an. Auch die Sonstigen Steuern sind in diesem Posten enthalten.

	2012	2011	Veränd. in %
		Mio. €	
Wesentliche Sonstige Aufwendungen	607	436	39,2
Zuführungen zu Rückstellungen	347	300	15,7
Aufwendungen aus Operating-Leasing-Verträgen	213	91	.
Aufwendungen aus Bau- und Architektenleistungen	6	11	-45,5
Mietkaufaufwand und Zwischenmietaufwand	41	34	20,6
Wesentliche Sonstige Erträge	522	547	-4,6
Auflösungen von Rückstellungen	232	375	-38,1
Erträge aus Operating-Leasing-Verträgen	232	116	.
Erträge aus Bau- und Architektenleistungen	11	12	-8,3
Mietkaufenerlös und Zwischenmietertrag	40	34	17,6
Erträge aus der Veräußerung von Sachanlagen	7	10	-30,0
Übrige sonstige Aufwendungen/Erträge (saldiert) ¹	8	1.142	-99,3
Sonstiges Ergebnis	-77	1.253	.

¹ Darunter: 39 Mio. Euro (Vorjahr: -9 Mio. Euro) aus Wechselkursveränderungen.

Die Auflösungen beziehungsweise Zuführungen zu Rückstellungen im Sonstigen Ergebnis wurden im laufenden Geschäftsjahr auch durch Änderungen unserer Verlusteinschätzungen im Zusammenhang mit Prozessrisiken beeinflusst.

(39) Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen von 7.025 Mio. Euro (Vorjahr: 7.992 Mio. Euro) im Konzern setzten sich zusammen aus Personalaufwand von 3.956 Mio. Euro (Vorjahr: 4.178 Mio. Euro), Sachaufwand von 2.664 Mio. Euro (Vorjahr: 3.340 Mio. Euro) und Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien und Sonstige immaterielle Anlagewerte von 405 Mio. Euro (Vorjahr: 474 Mio. Euro). Die Aufwendungen gliederten sich wie folgt:

Personalaufwand

	2012	2011	Veränd. in %
		Mio. €	
Löhne und Gehälter	3.729	3.797	-1,8
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	227	381	-40,4
Gesamt	3.956	4.178	-5,3

Im Personalaufwand waren 488 Mio. Euro Aufwendungen für soziale Abgaben enthalten (Vorjahr: 483 Mio. Euro).

Sachaufwand

	2012	2011	Veränd. in %
		Mio. €	
Raumaufwendungen	818	817	0,1
EDV-Aufwendungen	473	926	-48,9
Arbeitsplatz- und Informationsaufwendungen	280	321	-12,8
Pflichtbeiträge	169	164	3,0
Beratungs-, Prüfungs- und gesellschaftsrechtliche Aufwendungen	293	364	-19,5
Reise-, Repräsentations- und Werbungskosten	274	343	-20,1
Personalinduzierter Sachaufwand	111	154	-27,9
Übriger Sachaufwand	246	251	-2,0
Gesamt	2.664	3.340	-20,2

Die im Geschäftsjahr für den Konzernabschlussprüfer (PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft, Frankfurt, Deutschland) als Aufwand erfassten Honorare (exklusive Umsatzsteuer) betragen 26,0 Mio. Euro für das Geschäftsjahr 2012. Davon entfielen 251 Tsd. Euro auf Leistungen, die bereits im Geschäftsjahr 2011 erbracht wurden.

Honorare des Abschlussprüfers	2012	2011	Veränd. in %
		Tsd. €	
Abschlussprüfung	15.945	17.876	- 10,8
Andere Bestätigungsleistungen	5.211	8.763	- 40,5
Steuerberatungsleistungen	3.247	2.090	55,4
Sonstige Leistungen	1.641	6.528	- 74,9
Gesamt	26.044	35.257	- 26,1

Die Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien und Sonstige immaterielle Anlagewerte stellten sich wie folgt dar:

	2012	2011	Veränd. in %
		Mio. €	
Betriebs- und Geschäftsausstattung	172	192	- 10,4
Immobilien	55	43	27,9
Sonstige immaterielle Anlagewerte	178	239	- 25,5
Gesamt	405	474	- 14,6

In den Abschreibungen auf Sonstige immaterielle Anlagewerte waren Wertminderungen von 1 Mio. Euro (Vorjahr: 30 Mio. Euro) enthalten, für Immobilien wurden Wertminderungen von 17 Mio. Euro (Vorjahr: 5 Mio. Euro) erfasst.

(40) Restrukturierungsaufwendungen

	2012	2011	Veränd. in %
		Mio. €	
Aufwendungen für eingeleitete Restrukturierungsmaßnahmen	43	—	.
Gesamt	43	—	.

Die Restrukturierungsaufwendungen des Geschäftsjahres 2012 resultierten aus der Neuausrichtung des Konzerns im Zusammenhang mit der Abwicklungsaufgabe der Europäischen Kommission für die Hypothekenbank Frankfurt (vormals Eurohypo) sowie der Entscheidung, die Schiffsfinanzierung und die gewerbliche Immobilienfinanzierung einzustellen. Sie entfielen vorwiegend auf den Personalbereich.

(41) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Ertragsteueraufwendungen setzten sich wie folgt zusammen:

	2012	2011	Veränd. in %
		Mio. €	
Tatsächliche Ertragsteuern	127	29	.
Steueraufwand/-ertrag für das laufende Jahr	207	197	5,1
Steueraufwand/-ertrag Vorjahre	- 80	- 168	- 52,4
Latente Ertragsteuern	669	- 269	.
Steueraufwand/-ertrag aufgrund der Veränderung von temporären Differenzen und Verlustvorträgen	157	56	.
Steuersatzdifferenzen	- 4	5	.
Steueraufwand aufgrund von Abschreibungen auf bisher gebildete latente Steuern auf Verlustvorträge	516	170	.
Steuerertrag aus bisher nicht berücksichtigten steuerlichen Verlustvorträgen	—	- 500	.
Gesamt	796	- 240	.

Der für die Commerzbank Aktiengesellschaft und den inländischen Organkreis geltende tarifliche kombinierte Ertragsteuersatz beträgt 31,2 %.

Die nachfolgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem Jahresergebnis vor Ertragsteuern nach IFRS sowie den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag im Geschäftsjahr.

Der als Basis für die Überleitungsrechnung gewählte, anzuwendende Konzernertragsteuersatz setzt sich zusammen aus dem in Deutschland geltenden Körperschaftsteuersatz von 15,0 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % und einem durchschnittlichen Steuersatz für die Gewerbesteuer von 15,3 %. Es ergibt sich somit ein inländischer Ertragsteuersatz von 31,2 % (Vorjahr: 31,2 %).

Ertragsteuereffekte ergeben sich aufgrund unterschiedlicher Steuersätze bei ausländischen Einheiten. Die Steuersätze im Ausland betragen zwischen 0 % (Dubai) und 46 % (New York).

Zum 31. Dezember 2012 betrug die Konzernsteuerquote 88 % (Vorjahr: –47,3 %). Der Steueraufwand des Gesamtjahres resultierte im Wesentlichen aus der Wertberichtigung latenter Steueransprüche des inländischen Organkreises, der Filiale London, der Filiale New York und der Hypothekenbank Frankfurt (673 Mio. Euro). Im Gegenzug hat sich der Verbrauch von Verlustvorträgen, für die in Vorjahren keine latenten Steueransprüche gebildet wurden (–130 Mio. Euro), und periodenfremde Steuern (–40 Mio. Euro) positiv auf die Konzernsteuerquote ausgewirkt.

	2012	2011
	Mio. €	
Jahresergebnis vor Ertragsteuern nach IFRS	905	507
Konzernertragsteuersatz (%)	31,2	31,2
Rechnerischer Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr	282	158
Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze und Steuersatzänderungen beierfolgswirksamen Steuerabgrenzungen	–4	5
Auswirkungen aus dem Ansatz von latenten Steuern auf Verlustvorträge	673	–500
Auswirkungen von nicht abzehbaren Betriebsausgaben und steuerfreien Erträgen	62	–24
Nicht angesetzte latente Steuern	–42	683
Verbrauch von steuerlichen Verlustvorträgen, auf die bislang keine latenten Steueransprüche gebildet wurden	–130	–254
Auswirkungen von Hinzurechnungen und Kürzungen für Gewerbesteuer	–29	12
Periodenfremde tatsächliche Steuern	–40	–267
Sonstige Auswirkungen	24	–53
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	796	–240

Nachfolgende Tabelle zeigt den Bestand der tatsächlichen und latenten Steuern, die aus Posten resultieren, die direkt im Eigenkapital gutgeschrieben beziehungsweise belastet wurden:

Erfolgsneutral bilanzierte Ertragsteuern	31.12.2012	31.12.2011	Veränd. in %
	Mio. €		
Tatsächliche Ertragsteuern	—	—	.
Latente Ertragsteuern	1.184	1.559	–24,1
Bewertungsunterschiede aus Cash Flow Hedges	233	298	–21,8
Neubewertungsrücklage	713	1.044	–31,7
Verlustvorträge	238	217	9,7
Sonstiges	—	—	.
Gesamt	1.184	1.559	–24,1

(42) Nettoergebnis

Die Nettoerfolge setzen sich zusammen aus Fair-Value-Bewertungen, Wertminderungen, Zuschreibungen, realisierten Abgangserfolgen und nachträglichen Eingängen aus abgeschriebenen Finanzinstrumenten (siehe Note 5 c). Im Zinsergebnis werden die Zinsbestandteile aus den Notes Zinsüberschuss und Handelsergebnis nach den Kategorien gemäß IAS 39 dargestellt.

	2012	2011	Veränd. in %
	Mio. €		
Nettoerfolge aus			
Handelsaktiva und -passiva	481	580	–17,1
Anwendung der Fair Value Option	–334	292	.
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten sowie			
Anteilen an at-Equity-bewerteten Unternehmen	356	–434	.
Kredit und Forderungen	–1.935	–4.567	–57,6
Anderen finanziellen Verbindlichkeiten	—	—	.

	<u>2012</u>	<u>2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Zinsergebnis aus			
Zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten	343	1.012	- 66,1
Anwendung der Fair Value Option	51	83	- 38,6
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	876	1.232	- 28,9
Kredit und Forderungen	12.856	15.456	- 16,8
Anderen finanziellen Verbindlichkeiten	- 8.546	- 9.780	- 12,6

(43) Ergebnis je Aktie

	<u>2012</u>	<u>2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
Operatives Ergebnis (Mio. €)	1.216	507	.
Den Commerzbank-Aktionären zurechenbarer Konzernüberschuss (Mio. €)	6	638	.
Durchschnittliche Anzahl ausgegebener Stammaktien (Stück)	5.608.746.850	3.459.978.549	62,1
Operatives Ergebnis je Aktie (€)	0,18	0,15	20,0
Ergebnis je Aktie (€)	- 0,04	0,18	.

Der gemäß IAS 33 errechnete Gewinn je Aktie basiert auf dem den Commerzbank-Aktionären zurechenbaren Konzernüberschuss abzüglich der Ausschüttung auf die Stillen Einlagen und wird als Quotient aus dem angepassten Konzernüberschuss und dem gewichteten Durchschnitt der während des Geschäftsjahres in Umlauf befindlichen Aktienzahl ermittelt. Im laufenden Geschäftsjahr sowie im Vorjahr waren keine Wandel- und Optionsrechte im Umlauf. Das verwässerte Ergebnis je Aktie war daher mit dem unverwässerten identisch. Die Zusammensetzung des Operativen Ergebnisses ist in der Segmentberichterstattung (Note 45) definiert.

(44) Aufwandsquote

	<u>2012</u>	<u>2011</u>	<u>Veränd. in Prozentpunkten</u>
			%
Aufwandsquote im operativen Geschäft	71,0	80,8	- 9,8

Die Aufwandsquote gibt das Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen zu den Erträgen vor Risikovorsorge wieder.

(45) Segmentberichterstattung

In der Segmentberichterstattung spiegeln sich die Resultate der im Commerzbank-Konzern eingebundenen operativen Geschäftssegmente wider. Als Grundlage für die nachfolgenden Segmentinformationen dient IFRS 8 Operating Segments, der dem sogenannten Managementansatz folgt: Die Segmentinformationen werden auf Basis des internen Berichtswesens bestimmt, das dem Chief Operating Decision Maker dazu dient, die Leistung der Segmente zu beurteilen und Entscheidungen über die Allokation von Ressourcen auf die Segmente zu treffen. Im Commerzbank-Konzern übt die Funktion des Chief Operating Decision Makers der Vorstand aus.

In unserer Segmentberichterstattung berichten wir über fünf berichtspflichtige Segmente sowie über den Bereich Sonstige und Konsolidierung. Die per 1. Juli 2012 eingestellte Portfolio Restructuring Unit (PRU) wird mit ihrem Halbjahresergebnis separat ausgewiesen. Dieses Vorgehen folgt der Organisationsstruktur des Commerzbank-Konzerns und ist Grundlage der internen Managementberichterstattung. Die Aufteilung der Geschäftssegmente orientiert sich an der Unterschiedlichkeit der Produkte und Dienstleistungen beziehungsweise an den Kundenzielgruppen. Der Commerzbank-Konzern hat sich zum dritten Quartal 2012 in einigen Segmenten neu ausgerichtet. Die vorgenommenen strukturellen Veränderungen sind den Segmentbeschreibungen zu entnehmen. Die Vergleichswerte des Vorjahres wurden, mit Ausnahme der an Corporates & Markets und Non-Core Assets übergebenen geringfügigen Restaktivitäten des eingestellten Segments PRU, jeweils entsprechend angepasst.

- Das Segment Privatkunden wurde im dritten Quartal 2012 in einigen Bereichen neu ausgerichtet. Es umfasst die Aktivitäten der Konzernbereiche Private Kunden, Direct Banking sowie Commerz Real (ehemals AML). Im Konzernbereich Private Kunden ist das klassische Filialgeschäft mit Privat-, Private-

Banking- und Geschäftskunden gebündelt. Basierend auf einer flächendeckenden Filialpräsenz vor Ort umfasst das Leistungsspektrum ein Vollbankangebot aus Kredit-, Einlagen-, Wertpapier-, Zahlungsverkehrs- sowie Vorsorgeprodukten. Im Wealth Management werden vermögende Kunden im In- und Ausland betreut, ebenso ist hier die Vermögensverwaltung angesiedelt. Angebote wie Wertpapiermanagement/Vermögensverwaltung, Kreditmanagement und Finanzierungen sowie Immobilienmanagement stehen im Vordergrund. Hinzu kommen die Betreuung in Stiftungs- und Nachlassangelegenheiten sowie die Beratung bei unternehmerischen Beteiligungen. Dem Konzernbereich ist ferner die Commerz Directservice GmbH zugeordnet, die Callcenterleistungen für Commerzbank-Kunden erbringt. Das Joint Venture Commerz Finanz (insbesondere Vertrieb von Ratenkrediten) wird aus dem Konzernbereich Private Kunden heraus zentral gesteuert und auch ergebnismäßig dort abgebildet. Seit dem 1. Juli 2012 zählt das Teilportfolio „Private Immobilien“ des Privatkunden-Portfolios der Hypothekbank Frankfurt Aktiengesellschaft (ehemals Eurohypo Aktiengesellschaft) zum Konzernbereich Private Kunden. Der Konzernbereich Direct Banking umfasst die Aktivitäten der comdirect-Gruppe. Das dort konzentrierte B2B- (ebase) beziehungsweise B2C-Business (comdirect) ist charakterisiert durch standardisierte, primär über das Internet verfügbare Beratungs- und Serviceangebote für die Kunden. Commerz Real ist seit Juli 2012 als Konzernbereich in das Segment Privatkunden integriert (mit Ausnahme des Leistungsbereichs Warehouse). Die Produktpalette umfasst offene Immobilienfonds (hausinvest), unternehmerische Beteiligungen (geschlossene Fonds) in Immobilien, Flugzeugen, Schiffen und regenerativen Energien, institutionelle Anlageprodukte und Structured Investments sowie Mobilienleasing.

- Das Segment Mittelstandsbank gliedert sich in die drei Konzernbereiche Mittelstand Inland, Großkunden & International und Financial Institutions. Im Konzernbereich Mittelstand Inland ist das Geschäft mit mittelständischen Kunden, dem öffentlichen Sektor und institutionellen Kunden gebündelt. Unser umfassendes Leistungsangebot beinhaltet den Zahlungsverkehr sowie Cash-Management-Lösungen, flexible Finanzierungslösungen, Produkte zum Zins- und Währungsmanagement, professionelle Anlageberatung sowie innovative Investmentbanking-Lösungen. Im Konzernbereich Großkunden & International konzentrieren wir uns auf die Betreuung von Firmenkundenzentren mit einem Umsatzvolumen von mehr als 500 Mio. Euro (sofern sie nicht als Multinational Corporate im Rahmen des Client-Relationship-Managements im Segment Corporates & Markets betreut werden). Kleinere Konzerne mit hoher Kapitalmarktaffinität sowie solche mit wesentlichen ausländischen Aktivitäten werden hier ebenfalls betreut. Für unsere Kunden sind wir durch unsere ausländischen Niederlassungen der strategische Partner – sowohl für internationale Aktivitäten deutscher Firmenkunden als auch für internationale Unternehmen mit Geschäftsaktivitäten in unserem deutschen Heimatmarkt. Des Weiteren ist das Kompetenzzentrum für Kunden aus dem Sektor Erneuerbare Energien in diesem Konzernbereich angesiedelt. Zum 1. Januar 2012 wurde das Firmenkundengeschäft der Filialen Tschechien und Slowakei, die Commerzbank (Eurasija) SAO in Russland sowie die ungarische Commerzbank Zrt. vom Segment Central & Eastern Europe in den Konzernbereich übergeleitet. Die Vergleichszahlen des Vorjahres wurden entsprechend angepasst. Der Konzernbereich Financial Institutions verantwortet die Beziehung zu in- und ausländischen Banken und Finanzinstituten sowie Zentralbanken. Der strategische Schwerpunkt liegt dabei auf der bevorzugten Einschaltung der Commerzbank in die finanzielle Abwicklung des Außenhandels. Durch ein Netz von über 7.000 Korrespondenzbanken sowie Geschäftsverbindungen mit Schwellenländern fördert Financial Institutions die Finanzierung und Abwicklung der weltweiten Außenhandelsaktivitäten aller Kunden des Commerzbank-Konzerns und unterstützt damit auch andere Konzernbereiche in deren internationalen Strategien.
- Das Segment Central & Eastern Europe umfasst im Berichtsjahr die Aktivitäten im Universalbankgeschäft und im Direct Banking in dieser Region. Hierzu gehört insbesondere die polnische Tochter BRE Bank. Diese bietet einerseits Bankprodukte für Firmenkunden und andererseits unter den Marken mBank und MultiBank Finanzdienstleistungen für Privatkunden in Polen, in Tschechien und in der Slowakei. Zum Segment CEE gehörten zudem Beteiligungen an Mikrofinanzbanken, deren Veräußerung im Berichtsjahr mit Ausnahme einer Beteiligung bereits erfolgt ist. Zugleich wurde der Verkauf der Bank Forum an die ukrainische Smart Group im vierten Quartal abgeschlossen. Der daraus resultierende Bewertungseffekt wird im Ergebnis aus dem Verkauf von Veräußerungsgruppen abgebildet.
- Corporates & Markets umfasst vier wesentliche Säulen: Equity Markets & Commodities beinhaltet den Handel und den Vertrieb von aktien- und rohstoffbezogenen Finanzprodukten. Fixed Income & Currencies umfasst die Handels- und Vertriebsaktivitäten von Zins-, Kredit- und Währungsinstrumenten. Corporate Finance erstreckt sich auf Arrangierungs- und Beratungsleistungen mit Blick auf Eigenkapital-, Hybridkapital- und Fremdkapitalinstrumente, Verbriefungslösungen sowie Fusionen und Übernahmen. Das Credit-Portfolio-Management verantwortet die global einheitliche Steuerung und das aktive Management des Kreditrisikos für Corporates & Markets. Hier werden auch die aus der Portfolio

Restructuring Unit übertragenen Bestände wertschonend abgebaut. Zusätzlich gehört das Client-Relationship-Management zu Corporates & Markets, dessen Aufgabe in der Betreuung deutscher multinationaler Industrieunternehmen, deutscher und internationaler Versicherungsunternehmen, Finanzinvestoren (Private-Equity-Investoren), Sovereign Wealth Funds und Kunden der öffentlichen Hand besteht.

- Das Abbausegment Non-Core Assets (NCA) wurde zum 1. Juli 2012 neu gebildet. Im Segment NCA werden die Ergebnisse aus den Konzernbereichen Commercial Real Estate (CRE), CRE Inland, CRE Ausland, Public Finance (inklusive Private Finance Initiatives, die zum 1. Juli 2012 aus der PRU übertragen wurden) sowie Deutsche Schiffsbank (DSB NCA) zusammengefasst. Dabei liegen CRE Inland, CRE Ausland sowie Public Finance nahezu vollständig bei der Commerzbank-Tochter Hypothekbank Frankfurt Aktiengesellschaft (vormals Eurohypo Aktiengesellschaft). Der Bereich DSB NCA umfasst die Schiffsfinanzierungen der Commerzbank-Gruppe. Darin enthalten sind auch sämtliche Ship-Finance-Aktivitäten der ehemaligen Deutschen Schiffsbank Aktiengesellschaft, die im Mai 2012 auf die Commerzbank Aktiengesellschaft verschmolzen wurde, sowie die Warehouse-Assets der Commerz Real Aktiengesellschaft.
- Das Segment Portfolio Restructuring Unit wurde zum 1. Juli 2012 aufgelöst. Die verbleibenden Bestände wurden in das Segment Corporates & Markets beziehungsweise in das Segment Non-Core Assets (NCA) übertragen. Bis zum Jahresende 2012 wird das zum Halbjahr 2012 erzielte Ergebnis weiterhin berichtet. Das Segment Portfolio Restructuring Unit war verantwortlich für die Rückführung von Aktiva, die im Zusammenhang mit den im Jahr 2009 eingestellten Eigenhandels- und Investmentaktivitäten standen und nicht mehr in die kundenorientierte Strategie der Commerzbank passten. Die Zielsetzung des Segments bestand in der kapitaloptimierenden Rückführung des Portfolios. Die Positionen, die durch dieses Segment verwaltet wurden, beinhalteten zu Beginn nicht staatlich gesicherte Asset-backed Securities (ABS), weitere strukturierte Kreditprodukte, Eigenhandelspositionen in Firmen- und Finanzanleihen sowie exotische Kreditderivate. Diese Positionen wurden primär aus den Segmenten Corporates & Markets sowie ehemals Commercial Real Estate auf die Portfolio Restructuring Unit übertragen.
- Im Bereich Sonstige und Konsolidierung werden Erträge und Aufwendungen eingestellt, die nicht in die Verantwortungsbereiche der operativen Geschäftssegmente fallen. Unter Sonstige werden unter anderem Beteiligungen, die nicht den operativen Segmenten zugeordnet sind und die Group Treasury ausgewiesen. Ferner sind hier die Kosten der Serviceeinheiten abgebildet, die – mit Ausnahme der Integrations- und Restrukturierungskosten – vollständig auf die Segmente verrechnet werden. Unter Konsolidierung fallen Aufwendungen und Erträge, die von den in der Segmentberichterstattung dargestellten Ergebnisgrößen der internen Managementberichterstattung auf den Konzernabschluss nach IFRS überleiten. Ferner sind hier die Kosten der Konzernsteuerungseinheiten abgebildet, die – mit Ausnahme der Integrations- und Restrukturierungskosten – ebenfalls vollständig auf die Segmente verrechnet werden.

Der Erfolg jedes einzelnen Segments wird anhand des Operativen Ergebnisses und des Ergebnisses vor Steuern sowie der Kennziffern Eigenkapitalrendite und Aufwandsquote gemessen. Das Operative Ergebnis ist definiert als die Summe aus Zinsüberschuss nach Risikovorsorge, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis einschließlich Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus Finanzanlagen, Laufendem Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen und Sonstigem Ergebnis abzüglich der Verwaltungsaufwendungen. Durch den Ausweis von Vorsteuerergebnissen sind sowohl im Ergebnis als auch im durchschnittlich gebundenen Eigenkapital die Anteile Dritter enthalten. Alle Erträge, für die ein Segment verantwortlich ist, sind somit im Ergebnis vor Steuern berücksichtigt.

Die Eigenkapitalrendite errechnet sich aus dem Verhältnis des Ergebnisses (operativ und vor Steuern) zum durchschnittlich gebundenen Eigenkapital. Sie gibt an, wie sich das im Segment eingesetzte Kapital verzinst. Die Aufwandsquote im operativen Geschäft spiegelt die Kosteneffizienz der Segmente wider; sie errechnet sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zu Erträgen vor Risikovorsorge.

Erträge und Aufwendungen werden verursachungsgerecht zu Marktpreisen und im Zinsbereich nach der Marktzinismethode bei den Segmenten ausgewiesen. Im Zinsüberschuss werden die tatsächlichen Refinanzierungsaufwendungen für die den jeweiligen Segmenten zugeordneten geschäftsspezifischen Beteiligungen gezeigt. Der im Konzern erwirtschaftete Anlagenutzen aus dem Eigenkapital wird im Verhältnis des durchschnittlich gebundenen Eigenkapitals dem Zinsüberschuss der jeweiligen Segmente zugeordnet. Der Zinssatz entspricht dem Zinssatz einer risikofreien Anlage auf dem langfristigen Kapitalmarkt. Die Ermittlung des durchschnittlich gebundenen Eigenkapitals erfolgte nach Basel-II-Systematik auf Basis der ermittelten durchschnittlichen Risikoaktiva und der Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen (Risikoaktiva-Äquivalente). Auf Konzernebene wird das Investorenkapital gezeigt, das der Berechnung der Eigenkapitalrendite dient. Die für die Segmentberichterstattung unterstellte Kapitalunterlegung der Risikoaktiva beträgt ab 2012 vor dem Hintergrund erhöhter

Kapitalunterlegungsanforderungen 9 %. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst. Die durch die EBA geforderte Kapitalunterlegung von Risiken aus Staatsanleihen von EU-Ländern wird im Segment NCA abgebildet.

Die Segmentberichterstattung des Commerzbank-Konzerns zeigt die Vorsteuerergebnisse der Segmente. Um den betriebswirtschaftlichen Ergebniseffekt aus spezifischen steuerlich induzierten Transaktionen des Segments Corporates & Markets in dieser Berichterstattung abzubilden, enthält der Zinsüberschuss des Segments Corporates & Markets deshalb ein dem Nachsteuerergebnis dieser Transaktionen entsprechendes Vorsteueräquivalent. Bei der Überleitung der Segmentberichterstattung auf die Zahlen der externen Rechnungslegung wird dieses Vorsteueräquivalent im Bereich Sonstige und Konsolidierung eliminiert.

Der im Operativen Ergebnis ausgewiesene Verwaltungsaufwand beinhaltet den Personalaufwand, den Sachaufwand sowie die Abschreibungen auf Sachanlagen und Sonstige immaterielle Anlagewerte. Restrukturierungsaufwendungen werden unterhalb des Operativen Ergebnisses im Ergebnis vor Steuern ausgewiesen. Die Zuordnung des Verwaltungsaufwands zu den einzelnen Segmenten erfolgt nach dem Verursachungsprinzip. Die sich aus den internen Leistungen ergebenden indirekten Aufwendungen werden dem Leistungsempfänger in Rechnung gestellt beziehungsweise führen beim Leistungserbringer zu einer entsprechenden Entlastung. Die Bewertung dieser internen Leistungsbeziehungen erfolgt zu Marktpreisen oder Vollkosten.

Die Buchwerte der at-Equity-bewerteten Unternehmen in Höhe von 744 Mio. Euro (Vorjahr: 694 Mio. Euro) verteilen sich auf die Segmente Privatkunden mit 335 Mio. Euro (Vorjahr: 278 Mio. Euro), Mittelstandsbank mit 98 Mio. Euro (Vorjahr: 96 Mio. Euro), Corporates & Markets mit 88 Mio. Euro (Vorjahr: 85 Mio. Euro), Non-Core Assets mit 139 Mio. Euro (Vorjahr: 154 Mio. Euro) sowie Sonstige und Konsolidierung mit 84 Mio. Euro (Vorjahr: 81 Mio. Euro).

Für das aufgelöste Segment Portfolio Restructuring Unit entfallen per Stichtag 31. Dezember 2012 Bilanzwerte in Höhe von 7,5 Mrd. Euro auf Corporates & Markets sowie 920 Mio. Euro auf Non-Core Assets. Die wesentlichen Ergebnistreiber gliedern sich dabei wie folgt: Auf das Segment Corporates & Markets entfallen 60 Mio. Euro Handelsergebnis, 37 Mio. Euro Risikovorsorge sowie 84 Mio. Euro Ergebnis vor Steuern. Auf das Segment NCA entfallen 37 Mio. Euro Handelsergebnis und 30 Mio. Euro Ergebnis vor Steuern.

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten für die Geschäftsjahre 2012 und 2011.

2012	Privat- kunden	Mittel- stands- bank	Central & Eastern Europe	Corporates & Markets ¹	Non- Core Assets ^{1,2}	Portfolio Restruc- turing Unit ³	Sonstige und Konso- lidierung	Konzern
	Mio. €							
Zinsüberschuss	1.835	1.954	482	546	689	42	-9	5.539
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-95	-30	-105	-52	-1.374	-3	-1	-1.660
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.740	1.924	377	494	-685	39	-10	3.879
Provisionsüberschuss	1.546	1.061	188	319	104	—	-27	3.191
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	3	-22	103	534	-244	146	601	1.121
Ergebnis aus Finanzanlagen	-4	31	9	208	-323	28	132	81
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	27	6	—	12	-2	—	3	46
Sonstiges Ergebnis	-57	-14	36	-23	1	—	-20	-77
<i>Erträge vor Risikovorsorge</i>	<i>3.350</i>	<i>3.016</i>	<i>818</i>	<i>1.596</i>	<i>225</i>	<i>216</i>	<i>680</i>	<i>9.901</i>
<i>Erträge nach Risikovorsorge</i>	<i>3.255</i>	<i>2.986</i>	<i>713</i>	<i>1.544</i>	<i>-1.149</i>	<i>213</i>	<i>679</i>	<i>8.241</i>
Verwaltungsaufwendungen	3.010	1.337	473	1.347	376	29	453	7.025
Operatives Ergebnis	245	1.649	240	197	-1.525	184	226	1.216
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen	—	—	—	—	—	—	—	—
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	—	43	—	—	43
Ergebnis aus dem Verkauf von Veräußerungsgruppen	—	—	-268	—	—	—	—	-268
Ergebnis vor Steuern	245	1.649	-28	197	-1.568	184	226	905
Aktiva	65.511	80.747	24.825	213.781	172.158	—	78.856	635.878
Durchschnittlich gebundenes								
Eigenkapital	3.919	5.771	1.763	3.211	10.003	1.378	3.399	29.444
Operative Eigenkapitalrendite (%)	6,3	28,6	13,6	6,1	-15,2			4,1
Aufwandsquote im operativen								
Geschäft (%)	89,9	44,3	57,8	84,4	167,1			71,0
Eigenkapitalrendite des Ergebnisses vor Steuern (%)	6,3	28,6	-1,6	6,1	-15,7			3,1
Mitarbeiterdurchschnitt	17.597	5.836	8.444	2.017	760	25	19.119	53.798

¹ Die verbliebenen Bestände des aufgelösten Segments Portfolio Restructuring Unit (PRU) wurden zum 1. Juli 2012 in das Segment Corporates & Markets beziehungsweise in das Segment Non-Core Assets (NCA) übertragen.

² Das Segment Non-Core Assets (NCA) ist aus dem ehemaligen Segment Asset Based Finance hervorgegangen (Details hierzu siehe in der Beschreibung zur Segmentberichterstattung).

³ Das Segment Portfolio Restructuring Unit (PRU) wurde zum 1. Juli 2012 aufgelöst. Bis zum Jahresende 2012 wird das zum Halbjahr 2012 erzielte Ergebnis weiterhin berichtet.

2011	Privat- kunden	Mittel- stands- bank	Central & Eastern Europe	Corporates & Markets ¹	Non- Core Assets ^{1,2}	Portfolio Restruc- turing Unit ³	Sonstige und Konso- lidierung	Konzern
	Mio. €							
Zinsüberschuss	2.107	2.254	573	832	941	49	-32	6.724
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-61	-190	-86	-146	-903	-5	1	-1.390
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	2.046	2.064	487	686	38	44	-31	5.334
Provisionsüberschuss	1.880	1.116	187	300	134	—	-122	3.495
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	—	-39	247	1.069	123	-108	694	1.986
Ergebnis aus Finanzanlagen	-5	-45	1	30	-3.796	4	200	-3.611
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	20	11	—	15	-9	—	5	42
Sonstiges Ergebnis	63	-4	36	-12	-70	-7	1.247	1.253
<i>Erträge vor Risikovorsorge</i>	<i>4.065</i>	<i>3.293</i>	<i>1.044</i>	<i>2.234</i>	<i>-2.677</i>	<i>-62</i>	<i>1.992</i>	<i>9.889</i>
<i>Erträge nach Risikovorsorge</i>	<i>4.004</i>	<i>3.103</i>	<i>958</i>	<i>2.088</i>	<i>-3.580</i>	<i>-67</i>	<i>1.993</i>	<i>8.499</i>
Verwaltungsaufwendungen	3.528	1.515	531	1.505	438	63	412	7.992
Operatives Ergebnis	476	1.588	427	583	-4.018	-130	1.581	507
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen	—	—	—	—	—	—	—	—
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	—	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	476	1.588	427	583	-4.018	-130	1.581	507
Aktiva	68.293	88.406	23.035	204.921	196.809	15.768	64.531	661.763
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital	4.155	6.958	1.812	3.807	7.641	1.200	4.661	30.234
Operative Eigenkapitalrendite (%)	11,5	22,8	23,6	15,3	-52,6			1,7
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%) ..	86,8	46,0	50,9	67,4				80,8
Eigenkapitalrendite des Ergebnisses vor Steuern (%)	11,5	22,8	23,6	15,3	-52,6			1,7
Mitarbeiterdurchschnitt	18.179	5.900	9.206	1.991	826	32	19.783	55.917

¹ Das Segment Non-Core Assets (NCA) ist aus dem ehemaligen Segment Asset Based Finance hervorgegangen (Details hierzu siehe in der Beschreibung zur Segmentberichterstattung).

Detailangaben Sonstige und Konsolidierung:

	2012			2011		
	Sonstige	Konsolidierung	Sonstige und Konsolidierung	Sonstige	Konsolidierung	Sonstige und Konsolidierung
	Mio. €					
Zinsüberschuss	62	-71	-9	-49	17	-32
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-1	—	-1	1	—	1
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	61	-71	-10	-48	17	-31
Provisionsüberschuss	-26	-1	-27	-119	-3	-122
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen ..	576	25	601	643	51	694
Ergebnis aus Finanzanlagen	144	-12	132	201	-1	200
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	3	—	3	5	—	5
Sonstiges Ergebnis	-21	1	-20	1.242	5	1.247
<i>Erträge vor Risikovorsorge</i>	<i>738</i>	<i>-58</i>	<i>680</i>	<i>1.923</i>	<i>69</i>	<i>1.992</i>
<i>Erträge nach Risikovorsorge</i>	<i>737</i>	<i>-58</i>	<i>679</i>	<i>1.924</i>	<i>69</i>	<i>1.993</i>
Verwaltungsaufwendungen	461	-8	453	425	-13	412
Operatives Ergebnis	276	-50	226	1.499	82	1.581
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen	—	—	—	—	—	—
Restrukturierungsaufwendungen ..	—	—	—	—	—	—
Ergebnis aus dem Verkauf von	—	—	—	—	—	—
Veräußerungsgruppen	—	—	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	276	-50	226	1.499	82	1.581
Aktiva	78.856	—	78.856	64.531	—	64.531

Unter Konsolidierung berichten wir über Konsolidierungs- und Überleitungssachverhalte vom Ergebnis der Segmente und des Bereichs Sonstige auf den Konzernabschluss. Unter anderem werden dort folgende Sachverhalte abgebildet:

- Bewertungseffekte aus der Anwendung des Hedge Accountings gemäß IAS 39 auf bankübergreifende Transaktionen werden in Konsolidierung gezeigt.
- Das dem Segment Corporates & Markets aus steuerlich induzierten Transaktionen im Zinsüberschuss zugeordnete Vorsteueräquivalent wird unter Konsolidierung wieder eliminiert.
- In den Segmenten angefallene Bewertungsergebnisse für eigene Schuldverschreibungen und eigene Aktien werden unter Konsolidierung eliminiert.
- Sonstige Konsolidierungseffekte für konzerninterne Sachverhalte werden ebenfalls hier berichtet.
- Integrations- und Restrukturierungsaufwendungen der Konzernsteuerungseinheiten werden unter Konsolidierung ausgewiesen.

Die Zuordnung in die Segmente nach dem jeweiligen Sitz der Filiale oder des Konzernunternehmens ergab nachfolgende Verteilung:

Geschäftsjahr 2012	Deutschland	Europa ohne Deutschland			Sonstige	Gesamt
		Deutschland	Amerika	Asien		
			Mio. €			
Zinsüberschuss	3.596	1.766	92	85	—	5.539
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	– 899	– 769	63	– 55	—	– 1.660
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	2.697	997	155	30	—	3.879
Provisionsüberschuss	2.679	434	43	35	—	3.191
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	859	187	45	30	—	1.121
Ergebnis aus Finanzanlagen	– 72	143	1	9	—	81
Laufendes Ergebnis aus at-Equity- bewerteten Unternehmen	31	10	5	—	—	46
Sonstiges Ergebnis	– 135	39	– 9	28	—	– 77
<i>Erträge vor Risikovorsorge</i>	<i>6.958</i>	<i>2.579</i>	<i>177</i>	<i>187</i>	—	<i>9.901</i>
<i>Erträge nach Risikovorsorge</i>	<i>6.059</i>	<i>1.810</i>	<i>240</i>	<i>132</i>	—	<i>8.241</i>
Verwaltungsaufwendungen	5.460	1.327	132	106	—	7.025
Operatives Ergebnis	599	483	108	26	—	1.216
Risikoaktiva für Kreditrisiken	114.945	52.256	4.043	3.340	—	174.584

Im Vorjahr erzielten wir in den geografischen Märkten folgende Ergebnisse:

Geschäftsjahr 2011	Deutschland	Europa ohne Deutschland			Sonstige	Gesamt
		Deutschland	Amerika	Asien		
			Mio. €			
Zinsüberschuss	4.377	2.055	197	95	—	6.724
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	– 618	– 955	182	1	—	– 1.390
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	3.759	1.100	379	96	—	5.334
Provisionsüberschuss	2.999	401	54	41	—	3.495
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	1.374	545	48	19	—	1.986
Ergebnis aus Finanzanlagen	– 3.179	– 438	7	– 1	—	– 3.611
Laufendes Ergebnis aus at-Equity- bewerteten Unternehmen	33	9	—	—	—	42
Sonstiges Ergebnis	1.211	35	– 3	10	—	1.253
<i>Erträge vor Risikovorsorge</i>	<i>6.815</i>	<i>2.607</i>	<i>303</i>	<i>164</i>	—	<i>9.889</i>
<i>Erträge nach Risikovorsorge</i>	<i>6.197</i>	<i>1.652</i>	<i>485</i>	<i>165</i>	—	<i>8.499</i>
Verwaltungsaufwendungen	6.236	1.482	165	109	—	7.992
Operatives Ergebnis	– 39	170	320	56	—	507
Risikoaktiva für Kreditrisiken	122.556	55.850	7.385	3.978	—	189.769

Von den Erträgen vor Risikovorsorge in Europa entfielen rund 34 % auf unsere Einheiten in Großbritannien (Vorjahr: 43 %), 35 % auf unsere Einheiten in Polen (Vorjahr: 34 %) und 15 % auf unsere Einheiten in Luxemburg (Vorjahr: 7 %). Statt der langfristigen Vermögenswerte weisen wir die Risikoaktiva für Kreditrisiken aus.

In Übereinstimmung mit IFRS 8.32 hat die Commerzbank entschieden, auf eine Aufgliederung des Gesamtbetrages der Erträge des Commerzbank-Konzerns nach Produkten und Dienstleistungen zu verzichten. Diese Informationen liegen weder der internen Steuerung noch dem Managementreporting zugrunde.

Erläuterungen zur Bilanz

(46) Barreserve

Als Barreserve fassen wir folgende Posten zusammen:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	Veränd. in %
		Mio. €	
Kassenbestand	1.687	1.572	7,3
Guthaben bei Zentralnotenbanken	13.678	3.998	.
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	<u>390</u>	<u>505</u>	<u>- 22,8</u>
Gesamt	<u>15.755</u>	<u>6.075</u>	<u>.</u>

Im Guthaben bei Zentralnotenbanken waren Forderungen in Höhe von 5.637 Mio. Euro (Vorjahr: 1.179 Mio. Euro) an die Deutsche Bundesbank enthalten. Das im Durchschnitt vorzuhaltende Mindestreservesoll betrug 2.550 Mio. Euro (Vorjahr: 2.205 Mio. Euro) für die Erfüllungsperiode Dezember 2012 bis Januar 2013. Da sich die Erfüllung der Mindestreservepflicht nach den durchschnittlichen Guthaben bemisst, gibt es keine Verfügungsbeschränkungen für Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

(47) Forderungen an Kreditinstitute

	<u>Gesamt</u>			<u>Täglich fällig</u>		<u>Andere Forderungen</u>	
	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	Veränd. in %	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
				Mio. €			
Kreditinstitute in Deutschland	25.685	26.721	- 3,9	10.388	10.961	15.297	15.760
Kreditinstitute außerhalb Deutschlands	<u>62.449</u>	<u>61.311</u>	<u>1,9</u>	<u>24.104</u>	<u>24.906</u>	<u>38.345</u>	<u>36.405</u>
Gesamt	<u>88.134</u>	<u>88.032</u>	<u>0,1</u>	<u>34.492</u>	<u>35.867</u>	<u>53.642</u>	<u>52.165</u>
darunter entfallen auf die Kategorie:							
Kredite und Forderungen	53.453	64.253	- 16,8				
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	—	—	.				
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (Fair Value Option) ...	34.681	23.779	45,8				

Die Forderungen an Kreditinstitute beliefen sich nach Abzug der Risikovorsorge auf 88.028 Mio. Euro (Vorjahr: 87.790 Mio. Euro).

Die nachfolgende Tabelle stellt die Forderungen an Kreditinstitute nach wesentlichen Geschäftsarten dar:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	Veränd. in %
		Mio. €	
Reverse Repos und Cash Collaterals	55.861	51.606	8,2
Forderungen aus dem Geldhandel	2.938	2.789	5,3
Schuldscheindarlehen	6.641	8.491	- 21,8
Übrige Forderungen	<u>22.694</u>	<u>25.146</u>	<u>- 9,8</u>
Gesamt	<u>88.134</u>	<u>88.032</u>	<u>0,1</u>

In den Schuldscheindarlehen und den Übrigen Forderungen an Kreditinstitute waren 4.961 Mio. Euro (Vorjahr: 8.205 Mio. Euro) Kommunalkredite enthalten.

(48) Forderungen an Kunden

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	Veränd. in %
		Mio. €	
Forderungen an Kunden in Deutschland	175.234	192.645	-9,0
Forderungen an Kunden außerhalb Deutschlands	110.966	111.854	-0,8
Gesamt	286.200	304.499	-6,0
darunter entfallen auf die Kategorie:			
Kredite und Forderungen	255.157	280.636	-9,1
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ...	—	—	.
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (Fair Value Option)	31.043	23.863	30,1

Die Forderungen an Kunden beliefen sich nach Abzug der Risikovorsorge auf 278.546 Mio. Euro (Vorjahr: 296.586 Mio. Euro). Die nachfolgende Tabelle stellt die Forderungen an Kunden nach wesentlichen Geschäftsarten dar:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	Veränd. in %
		Mio. €	
Reverse Repos und Cash Collaterals	33.924	26.042	30,3
Forderungen aus dem Geldhandel	7.292	8.022	-9,1
Schuldscheindarlehen	20.208	21.601	-6,4
Hypotheken- und dinglich besicherte Forderungen	100.863	117.952	-14,5
Übrige Forderungen	123.913	130.882	-5,3
Gesamt	286.200	304.499	-6,0

In den Schuldscheindarlehen und den Übrigen Forderungen an Kunden waren Kommunalkredite in Höhe von 21.396 Mio. Euro (Vorjahr: 27.690 Mio. Euro) enthalten.

(49) Kreditvolumen

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	Veränd. in %
		Mio. €	
Kredite an Kreditinstitute	21.041	26.082	-19,3
Kredite an Kunden	251.807	277.831	-9,4
Gesamt	272.848	303.913	-10,2

Kredite grenzen wir gegenüber den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden dahingehend ab, dass als Kredite nur solche Forderungen gezeigt werden, für die besondere Kreditvereinbarungen mit den Kreditnehmern geschlossen wurden. Damit werden zum Beispiel Geldhandelsgeschäfte mit Banken und Reverse-Repo-Geschäfte nicht als Kredite ausgewiesen. In den Krediten an Kunden sind auch Wechselkredite enthalten.

(50) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird nach konzern einheitlichen Regeln gebildet und deckt alle erkennbaren Bonitätsrisiken ab. Für eingetretene, aber noch nicht bekannt gewordene Ausfälle haben wir Portfoliowertberichtigungen anhand der aus der Basel-II-Systematik abgeleiteten Verfahren ermittelt. Insgesamt entwickelte sich die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wie folgt:

	<u>Stand</u>	<u>Zuführungen</u>	<u>Auflösungen</u>	<u>Verbrauch</u>	<u>Veränderungen im</u>	<u>Wechselkursänderungen/</u>	<u>Stand</u>
	<u>1.1.2012</u>				<u>Konsolidierungskreis</u>	<u>Umbuchungen</u>	<u>31.12.2012</u>
					Mio. €		
Risikovorsorge für bilanzwirksame Risiken im Kreditgeschäft	8.155	2.993	1.393	1.479	-406	-110	7.760
Forderungen an Kreditinstitute ..	242	11	97	80	3	27	106
Forderungen an Kunden	7.913	2.982	1.296	1.399	-409	-137	7.654
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken im Kreditgeschäft	508	140	316	—	—	—	332
Gesamt	8.663	3.133	1.709	1.479	-406	-110	8.092

Die erfolgswirksamen Zuführungen und Auflösungen führten unter Berücksichtigung von Direktabschreibungen, Zuschreibungen und Eingängen auf abgeschriebene Forderungen zu einem Risikovorsorgeaufwand von 1.660 Mio. Euro (Vorjahr: 1.390 Mio. Euro).

	Wertberichtigungen für Einzelrisiken		Wertberichtigungen für Portfoliorisiken		Wertberichtigungen gesamt		Veränd. in %
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	
	Mio. €						
Stand 1.1.	7.366	8.361	789	1.096	8.155	9.457	- 13,8
Zuführungen	2.685	2.893	308	162	2.993	3.055	- 2,0
Abgänge	2.545	3.669	327	463	2.872	4.132	- 30,5
darunter:							
Inanspruchnahmen	1.479	2.129	—	—	1.479	2.129	- 30,5
darunter: Auflösungen	1.066	1.540	327	463	1.393	2.003	- 30,5
Veränderungen im Konsolidierungskreis	- 401	- 53	- 5	- 1	- 406	- 54	.
Wechselkursänderungen/ Umbuchungen	- 112	- 166	2	- 5	- 110	- 171	- 35,7
Stand 31.12.	6.993	7.366	767	789	7.760	8.155	- 4,8
	Rückstellungen für Einzelrisiken		Rückstellungen für Portfoliorisiken		Rückstellungen im Kreditgeschäft		Veränd. in %
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	
	Mio. €						
Stand 1.1.	349	384	159	231	508	615	- 17,4
Zuführungen	107	357	33	55	140	412	- 66,0
Abgänge	244	368	72	125	316	493	- 35,9
darunter:							
Inanspruchnahmen	—	7	—	—	—	7	.
darunter: Auflösungen	244	361	72	125	316	486	- 35,0
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—	—	—	—	—	.
Wechselkursänderungen/ Umbuchungen	—	- 24	—	- 2	—	- 26	.
Stand 31.12.	212	349	120	159	332	508	- 34,6

Die Aufgliederung der Risikovorsorge für Adressenausfallrisiken nach Kundengruppen zum 31. Dezember 2012 stellte sich wie folgt dar:

	Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen für das Kreditgeschäft	Kreditausfälle¹ im Jahr 2012	Nettozuführung² zu den Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft
	Mio. €		
Kunden in Deutschland	3.285	1.092	616
Firmenkunden	2.638	605	495
Verarbeitendes Gewerbe	781	184	-17
Baugewerbe	48	12	7
Handel	205	75	19
Dienstleistungen und Übrige	1.604	334	486
Privatkunden	647	487	121
Kunden außerhalb Deutschlands	3.851	744	935
Firmenkunden und Privatkunden	3.849	744	933
Öffentliche Haushalte	2	—	2
Risikovorsorge Kunden	7.136	1.836	1.551
Kreditinstitute in Deutschland	—	—	-58
Kreditinstitute außerhalb Deutschlands	69	99	-11
Risikovorsorge Kreditinstitute	69	99	-69
Gesamt	7.205	1.935	1.482

¹ Direktabschreibungen, Verbrauch von Wertberichtigungen und Verbrauch von Rückstellungen im Kreditgeschäft.

² Zuführung abzüglich Auflösung.

Den Kreditausfällen und der Nettozuführung zur Risikovorsorge standen Erträge aus Zuschreibungen von 1 Mio. Euro (Vorjahr: 1 Mio. Euro) und Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen von 219 Mio. Euro (Vorjahr: 181 Mio. Euro) gegenüber. Die folgende Aufstellung enthält die Kennziffern zur Kreditrisikovorsorge:

	2012	2011
	%	
Zuführungsquote ¹	0,57	0,44
Ausfallquote ²	0,59	0,81
Bestandsquote ³	2,79	2,74

¹ Nettorisikovorsorge (Neubildung abzüglich Auflösung von Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft zuzüglich des Saldos aus Direktabschreibungen, Zuschreibungen und Eingängen auf bereits abgeschriebene Forderungen) in Relation zum Kreditvolumen.

² Kreditausfälle (Verbrauch von Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft zuzüglich des Saldos aus Direktabschreibungen, Zuschreibungen und Eingängen auf bereits abgeschriebene Forderungen) in Relation zum Kreditvolumen.

³ Risikovorsorgebestand (Bestand an Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft) in Relation zum Kreditvolumen; Kreditvolumen = Forderungen aus besonderen Kreditvereinbarungen mit Kreditnehmern (Note 49).

(51) Aktive Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges

Der Wertanpassungsbetrag von gegen Zinsänderungsrisiken gesicherten Grundgeschäften betrug 202 Mio. Euro (Vorjahr: 147 Mio. Euro). Ein ökonomisch gegenläufiger Betrag der Sicherungsgeschäfte wird auf der Passivseite unter dem Posten Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten ausgewiesen.

(52) Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

In diesem Posten werden die positiven Marktwerte von Derivaten ausgewiesen, die zur Absicherung von Grundgeschäften gegen das Zinsänderungsrisiko eingesetzt wurden.

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Positive Marktwerte Micro Fair Value Hedge Accounting	5.663	4.989	13,5
Positive Marktwerte Portfolio Fair Value Hedge Accounting ...	394	143	.
Gesamt	<u>6.057</u>	<u>5.132</u>	<u>18,0</u>

(53) Handelsaktiva

Die Handelsaktivitäten des Konzerns umfassen den Handel mit

- Schuldverschreibungen und anderen zinsbezogenen Wertpapieren,
- Aktien, anderen eigenkapitalbezogenen Wertpapieren und Anteilen an Investmentfonds,
- Schuldscheindarlehen,
- Devisen und Edelmetallen,
- derivativen Finanzinstrumenten und
- Sonstigen Handelsaktiva.

Der Posten Sonstige Handelsaktiva setzt sich aus positiven Marktwerten von zu syndizierenden Krediten, Kreditzusagen, Emissionsrechten sowie Krediten und Geldhandelsgeschäften zusammen.

In den Positiven Marktwerten sind auch derivative Finanzinstrumente enthalten, die nicht als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings eingesetzt werden können.

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Wertpapiere	18.381	20.903	– 12,1
Geldmarktpapiere	3.020	2.731	10,6
von öffentlichen Emittenten	2.170	2.334	– 7,0
von anderen Emittenten	850	397	.
Anleihen und Schuldverschreibungen	15.361	18.172	– 15,5
von öffentlichen Emittenten	5.328	6.607	– 19,4
von anderen Emittenten	10.033	11.565	– 13,2
Schuldscheindarlehen	1.366	1.063	28,5
Aktien, andere eigenkapitalbezogene Wertpapiere und Anteile an Investmentfonds	17.759	9.703	83,0
Aktien	13.357	4.205	.
Anteile an Investmentfonds	4.338	5.464	– 20,6
Sonstige eigenkapitalbezogene Wertpapiere	64	34	88,2
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	106.400	123.607	– 13,9
Währungsbezogene derivative Geschäfte	12.939	17.515	– 26,1
Zinsbezogene derivative Geschäfte	89.139	98.365	– 9,4
Übrige derivative Geschäfte	4.322	7.727	– 44,1
Sonstige Handelsaktiva	238	424	– 43,9
Gesamt	<u>144.144</u>	<u>155.700</u>	<u>– 7,4</u>

Von den Schuldverschreibungen und anderen zinsbezogenen Wertpapieren sowie Aktien, anderen eigenkapitalbezogenen Wertpapieren und Anteilen an Investmentfonds waren 28.084 Mio. Euro (Vorjahr: 20.470 Mio. Euro) börsennotiert. Die übrigen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten setzten sich hauptsächlich aus 1.917 Mio. Euro Aktienderivaten (Vorjahr: 3.303 Mio. Euro) und 2.104 Mio. Euro Kreditderivaten (Vorjahr: 4.060 Mio. Euro) zusammen.

(54) Finanzanlagen

Die Finanzanlagen umfassen Finanzinstrumente, die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden. Sie setzen sich zusammen aus den nicht Handelszwecken dienenden Schuldverschreibungen und anderen zinsbezogenen Wertpapieren, Aktien und anderen eigenkapitalbezogenen Wertpapieren sowie Anteilen an Investmentfonds, den Beteiligungen (einschließlich nicht at-Equity-bewerteten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen) sowie den Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Wertpapiere ¹	87.548	92.526	- 5,4
Geldmarktpapiere	2.504	2.084	20,2
von öffentlichen Emittenten	479	364	31,6
von anderen Emittenten	2.025	1.720	17,7
Anleihen und Schuldverschreibungen	85.044	90.442	- 6,0
von öffentlichen Emittenten	43.061	42.831	0,5
von anderen Emittenten	41.983	47.611	- 11,8
Aktien, andere eigenkapitalbezogene Wertpapiere und Anteile an Investmentfonds	1.299	1.506	- 13,7
Aktien	175	289	- 39,4
Anteile an Investmentfonds	956	1.125	- 15,0
Sonstige eigenkapitalbezogene Wertpapiere	168	92	82,6
Beteiligungen	138	347	- 60,2
darunter: an Kreditinstituten	29	64	- 54,7
Anteile an Tochterunternehmen	157	144	9,0
darunter: an Kreditinstituten	—	—	.
Gesamt	<u>89.142</u>	<u>94.523</u>	<u>- 5,7</u>
darunter entfallen auf die Kategorie:			
Krediten und Forderungen	52.427	60.618	- 13,5
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ...	34.268	30.587	12,0
darunter: mit Anschaffungskosten bewertet	423	456	- 7,2
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (Fair Value Option)	2.447	3.318	- 26,3

¹ Gekürzt um Portfoliowertberichtigungen für umkategorisierte Wertpapiere von 149 Mio. Euro (Vorjahr: 91 Mio. Euro).

In den Finanzanlagen zum 31. Dezember 2012 waren 423 Mio. Euro (Vorjahr: 456 Mio. Euro) eigenkapitalbezogene Wertpapiere enthalten, die im Wesentlichen nicht börsennotiert sind (unter anderem GmbH-Anteile) und zu Anschaffungskosten bilanziert wurden, da uns keine verlässlichen Angaben zur Berechnung von Marktwerten vorlagen.

In der folgenden Tabelle sind die in den Finanzanlagen enthaltenen börsennotierten Bestände dargestellt. Die zur Veräußerung verfügbaren Finanzanlagen und Finanzanlagen, auf die die Fair Value Option angewendet wird, sind dabei mit ihren Marktwerten aufgeführt. Die Finanzanlagen der Kategorie Kredite und Forderungen sind zu fortgeführten Anschaffungskosten gezeigt.

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Wertpapiere	76.109	79.040	- 3,7
Aktien, andere eigenkapitalbezogene Wertpapiere und Anteile an Investmentfonds	680	894	- 23,9
Beteiligungen	3	10	- 70,0
Gesamt	<u>76.792</u>	<u>79.944</u>	<u>- 3,9</u>

In seiner Mitteilung vom 13. Oktober 2008 hat das IASB Änderungen des IAS 39 hinsichtlich der Umkategorisierung von Finanzinstrumenten verabschiedet. Danach wurden in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 Wertpapiere des Public-Finance-Bestandes, die keinen aktiven Markt aufwiesen, aus der Kategorie Zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte in die Kategorie Kredite und Forderungen umkategorisiert. Für die umkategorisierten Bestände hatten wir zum jeweiligen Umkategorisierungszeitpunkt die Absicht und die Fähigkeit, die Wertpapiere für die vorhersehbare Zukunft beziehungsweise bis zur Fälligkeit zu halten. Im Wesentlichen handelte es sich dabei um Wertpapiere öffentlicher Schuldner (unter anderem europäische und nordamerikanische Gebietskörperschaften, öffentlich garantierte Asset-backed Securities) sowie von Finanzunternehmen.

Die Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern belief sich für alle umkategorisierten Wertpapiere der Geschäftsjahre 2008 und 2009 zum 31. Dezember 2012 auf –0,7 Mrd. Euro (Vorjahr: –0,8 Mrd. Euro). Dieser negative Bestand wird über die Restlaufzeit der umkategorisierten Wertpapiere aufgelöst. Ohne die durchgeführten Umkategorisierungen in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 hätte sich eine Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern für den umkategorisierten Bestand von –4,2 Mrd. Euro zum 31. Dezember 2012 ergeben (Vorjahr: –4,3 Mrd. Euro); die Veränderung zum Vorjahr betrug somit 0,1 Mrd. Euro (Veränderung 31. Dezember 2011 zum 31. Dezember 2010: –1,5 Mrd. Euro).

Neben den auf Portfoliobasis ermittelten Wertberichtigungen von 58 Mio. Euro (Vorjahr: 40 Mio. Euro) wurden für die umkategorisierten Bestände im laufenden Geschäftsjahr saldiert 1,1 Mrd. Euro (Vorjahr: 1,5 Mrd. Euro sowie –1,9 Mrd. Euro Wertminderungen auf umkategorisierte griechische Staatsanleihen) in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst.

Zum 31. Dezember 2012 betrug der Buchwert der umkategorisierten Bestände 50,0 Mrd. Euro (Vorjahr: 57,6 Mrd. Euro), der beizulegende Zeitwert belief sich auf 45,0 Mrd. Euro (Vorjahr: 52,6 Mrd. Euro) und der Bestand der Portfoliowertberichtigungen betrug kumuliert 149 Mio. Euro (Vorjahr: 91 Mio. Euro). Die Geschäfte wiesen durchschnittliche Effektivzinssätze zwischen 0,4 % und 13,1 % (Vorjahr: zwischen 0,5 % und 14,3 %) auf und wir erwarten daraus ein Zahlungsmittelzufluss von 58,2 Mrd. Euro (Vorjahr: 70,2 Mrd. Euro).

Entwicklung der Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen:

	Beteiligungen		Anteile an Tochterunternehmen	
	2012	2011	2012	2011
	Mio. €			
Beizulegender Zeitwert zum 1.1.	347	807	144	124
Anschaffungskosten zum 1.1.	518	878	608	343
Wechselkursveränderungen	1	1	10	–1
Zugänge	23	163	29	21
Abgänge	270	229	7	26
Umbuchungen in die Zur Veräußerung gehaltenenlangfristigen Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen	—	–294	—	—
Sonstige Umbuchungen/Veränderungen Konsolidierungskreis	—	–1	–45	271
Anschaffungskosten zum 31.12.	<u>272</u>	<u>518</u>	<u>595</u>	<u>608</u>
Zuschreibungen	—	—	—	—
Kumulierte Abschreibungen zum 1.1.	272	326	464	219
Wechselkursveränderungen	1	1	7	—
Zugänge	11	8	12	4
Abgänge	151	2	4	18
Umbuchungen in die Zur Veräußerung gehaltenenlangfristigen Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen	—	–61	—	—
Sonstige Umbuchungen/Veränderungen Konsolidierungskreis	—	—	–41	259
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.	<u>133</u>	<u>272</u>	<u>438</u>	<u>464</u>
Kumulierte Veränderungen aus der Bewertung zumbeizulegenden Zeitwert	–1	101	—	—
Beizulegender Zeitwert zum 31.12.	<u>138</u>	<u>347</u>	<u>157</u>	<u>144</u>

(55) Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen

	<u>2012</u>	<u>2011</u>
	Mio. €	
Beizulegender Zeitwert zum 1.1.	694	737
Anschaffungskosten zum 1.1.	933	821
Wechselkursveränderungen	- 1	—
Zugänge	69	125
Abgänge	65	27
Umbuchungen in die Zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen	—	—
Sonstige Umbuchungen/Veränderungen Konsolidierungskreis	—	14
Anschaffungskosten zum 31.12.	<u>936</u>	<u>933</u>
Zuschreibungen	<u>23</u>	<u>—</u>
Kumulierte Abschreibungen zum 1.1.	304	156
Wechselkursveränderungen	—	—
Zugänge	64	158
Abgänge	49	10
Umbuchungen in die Zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen	—	—
Sonstige Umbuchungen/Veränderungen Konsolidierungskreis	—	—
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.	<u>319</u>	<u>304</u>
Kumulierte Veränderungen aus der at-Equity-Bewertung	104	65
Beizulegender Zeitwert zum 31.12.	<u>744</u>	<u>694</u>
darunter: Anteile an Kreditinstituten	398	339

In den beizulegenden Zeitwerten sind 59 Mio. Euro (Vorjahr: 106 Mio. Euro) aus börsennotierten at-Equity-bewerteten Unternehmen enthalten; der korrespondierende Marktwert zum 31. Dezember 2012 belief sich auf 69 Mio. Euro (Vorjahr: 103 Mio. Euro).

Im Commerzbank-Konzern werden zurechenbare Verluste der at-Equity-bewerteten Unternehmen nur bis zur Höhe des Equity-Buchwertes berücksichtigt. In drei Fällen (Vorjahr: sieben) beläuft sich der Equity-Buchwert auf null. Übersteigende Verluste wurden nicht erfasst, da keine Verpflichtung besteht, die übersteigenden Verluste auszugleichen. Zukünftige Gewinne werden zunächst mit den nicht erfassten Verlusten verrechnet.

Sofern Verpflichtungen aus Eventualverbindlichkeiten gegenüber oder aufgegebene Geschäftsbereiche bei at-Equity-bewerteten Unternehmen bestehen, ist der Commerzbank-Konzern in Höhe des jeweiligen Anteilsbesitzes daran beteiligt. Unsere Anteile an der Gesamtsumme aller Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sowie Erträge und Aufwendungen unserer at-Equity-bewerteten Unternehmen sind nachstehend aufgelistet:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
	Mio. €		
Vermögenswerte	5.335	4.603	15,9
Verbindlichkeiten	4.350	3.860	12,7
Erträge	423	413	2,4
Aufwendungen	368	547	- 32,7
Eventualverbindlichkeiten	378	403	- 6,2

Es gab keine aufgegebenen Geschäftsbereiche bei at-Equity-bewerteten Unternehmen.

Unsere Anteile an der Gesamtsumme aller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie Erträge und Aufwendungen unserer untergeordneten assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen stellten sich wie folgt dar:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränd. in %
		Mio. €	
Vermögenswerte	477	542	- 12,0
Verbindlichkeiten	508	588	- 13,6
Erträge	74	134	- 44,8
Aufwendungen	65	129	- 49,6

(56) Immaterielle Anlagewerte

	31.12.2012	31.12.2011	Veränd. in %
		Mio. €	
Geschäfts- oder Firmenwerte	2.080	2.088	- 0,4
Sonstige immaterielle Anlagewerte	971	950	2,2
Kundenbeziehungen	438	495	- 11,5
Markennamen	—	9	.
Selbst erstellte Software	349	243	43,6
Übrige	184	203	- 9,4
Gesamt	3.051	3.038	0,4

Von den Übrigen entfielen 181 Mio. Euro (Vorjahr: 198 Mio. Euro) auf erworbene Software.

	Geschäfts- oder Firmenwerte		Markennamen	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
			Mio. €	
Privatkunden	1.079	1.079	—	—
Mittelstandsbank ¹	633	569	—	—
Central & Eastern Europe ¹	227	299	—	9
Corporates & Markets	138	138	—	—
Non-Core Assets	—	—	—	—
Portfolio Restructuring Unit	—	—	—	—
Sonstige und Konsolidierung	3	3	—	—
Gesamt	2.080	2.088	—	9

¹ Aufgrund der teilweisen Neuausrichtung der Segmente im Geschäftsjahr 2012 erfolgte eine Umgliederung von 64 Mio. Euro aus dem Segment Central & Eastern Europe in das Segment Mittelstandsbank (vergleiche Note 45 Segmentberichterstattung).

Im Rahmen des Werthaltigkeitstests für Geschäfts- oder Firmenwerte ergab sich für das Geschäftsjahr 2012 kein Wertminderungsbedarf. Bei der Bewertung wurden Betafaktoren für die Detailplanungsphase, wie in nachstehender Tabelle aufgeführt, angesetzt.

	Privat- kunden	Mittelstands- bank	Corporates & Markets	Central & Eastern Europe
Angesetzte Betafaktoren	1,50	1,50	1,50	1,50

Bei der Variation der Betafaktoren auf 1,0 beziehungsweise 2,0 in der Detailplanungsphase ergaben sich die nachfolgenden Verhältnisse zwischen Über- beziehungsweise Unterdeckung und Buchwert:

		Privat- kunden	Mittelstands- bank	Corporates & Markets	Central & Eastern Europe
Realistischer Wert	angesetzter Betafaktor	18,0 %	120,7 %	37,0 %	63,8 %
Sensitivierung	Beta 1,00	29,7 %	143,2 %	49,1 %	84,5 %
	Beta 2,00	7,8 %	101,0 %	26,3 %	45,7 %

Innerhalb der Sensitivitäten ergaben sich keine Auswirkungen auf die Geschäfts- oder Firmenwerte. Die Immateriellen Anlagewerte haben sich folgendermaßen entwickelt:

	Geschäfts- oder Firmenwerte		Selbst erstellte Software		Markennamen und Kunden- beziehungen		Sonstige immaterielle Anlagewerte	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Buchwert zum 1.1.	2.088	2.081	243	219	504	555	203	246
Anschaffungs-/ Herstellungskosten zum 1.1.	2.856	2.850	773	825	989	987	1.543	1.797
Wechselkursveränderungen	-2	7	6	-7	—	—	17	-21
Zugänge	—	—	152	120	—	—	69	79
Abgänge	—	1	94	179	—	—	48	290
Umbuchungen/ Veränderungen Konsolidierungskreis ...	-6	—	—	14	-24	2	-5	-22
Anschaffungs-/ Herstellungskosten zum 31.12.	<u>2.848</u>	<u>2.856</u>	<u>837</u>	<u>773</u>	<u>965</u>	<u>989</u>	<u>1.576</u>	<u>1.543</u>
Zuschreibungen	—	—	—	—	—	—	—	—
Kumulierte Abschreibungen zum 1.1.	768	769	530	606	485	432	1.340	1.551
Wechselkursveränderungen	—	—	6	-6	—	—	11	-11
Zugänge	—	—	46	89	50	51	82	100
darunter:								
außerplanmäßig	—	—	—	27	—	1	1	1
Abgänge	—	1	94	172	—	—	40	279
Umbuchungen/ Veränderungen Konsolidierungskreis ...	—	—	—	13	-8	2	-1	-21
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.	<u>768</u>	<u>768</u>	<u>488</u>	<u>530</u>	<u>527</u>	<u>485</u>	<u>1.392</u>	<u>1.340</u>
Buchwert zum 31.12.	<u>2.080</u>	<u>2.088</u>	<u>349</u>	<u>243</u>	<u>438</u>	<u>504</u>	<u>184</u>	<u>203</u>
Im laufenden Geschäftsjahr aktivierte								
Fremdkapitalzinsen	—	—	—	—	—	—	—	—
Bandbreite angewendete Zinssätze (%)	—	—	—	—	—	—	—	—

(57) Sachanlagen

	Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsaus- stattung	
	2012	2011	2012	2011
	Mio. €			
Buchwert zum 1.1.	794	874	605	716
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 1.1.	1.262	1.329	2.815	3.488
Wechselkursveränderungen	13	-16	19	-18
Zugänge	156	29	118	125
Abgänge	34	27	339	693
Umbuchungen in die Zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen	—	-7	—	128
Sonstige Umbuchungen/Veränderungen Konsolidierungskreis	-49	-46	-15	-215
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.	<u>1.348</u>	<u>1.262</u>	<u>2.598</u>	<u>2.815</u>
Zuschreibungen	—	—	—	—
Kumulierte Abschreibungen zum 1.1.	468	455	2.210	2.772
Wechselkursveränderungen	5	-6	14	-10
Zugänge	55	43	172	192
darunter: außerplanmäßig	17	5	2	—
Abgänge	18	10	300	653
Umbuchungen in die Zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen	-4	—	—	33
Sonstige Umbuchungen/Veränderungen Konsolidierungskreis	-9	-14	-19	-124
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.	<u>497</u>	<u>468</u>	<u>2.077</u>	<u>2.210</u>
Buchwert zum 31.12.	851	794	521	605
Im laufenden Geschäftsjahr aktivierte Fremdkapitalzinsen	—	—	—	—
Bandbreite angewendete Zinssätze (%)	—	—	—	—

Die Sachanlagen im Commerzbank-Konzern betragen insgesamt 1.372 Mio. Euro (Vorjahr: 1.399 Mio. Euro), davon wurden keine Bestände (Vorjahr: 0,1 Mio. Euro) als Sicherheit verpfändet. Darüber hinaus gab es keinerlei Beschränkungen hinsichtlich der Verfügungsrechte an unseren Sachanlagen.

(58) Ertragsteueransprüche

	31.12.2012	31.12.2011	Veränd. in %
	Mio. €		
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	790	716	10,3
in Deutschland	742	620	19,7
außerhalb Deutschlands	48	96	-50,0
Latente Ertragsteueransprüche	3.015	4.154	-27,4
erfolgswirksame Ertragsteueransprüche	1.803	2.583	-30,2
erfolgsneutrale Ertragsteueransprüche	<u>1.212</u>	<u>1.571</u>	<u>-22,9</u>
Gesamt	3.805	4.870	-21,9

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus temporären Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Schulden in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen sowie zukünftige Ertragsteuerentlastungen aus steuerlichen Verlustvorträgen und noch nicht genutzten Steuergutschriften ab. Im Berichtsjahr erfolgte eine Verfeinerung der Methode bei der Einschätzung zukünftiger Ertragsteuerentlastungen aus steuerlichen Verlustvorträgen, die zu Minderabschreibungen aktiver latenter Steuern von 75 Mio. Euro führte.

Für folgende steuerliche Verlustvorträge wurden zum 31. Dezember 2012 aufgrund des zeitlich beschränkten Planungshorizonts und der dadurch bedingten nicht ausreichenden Wahrscheinlichkeit der Nutzung keine latenten Ertragsteueransprüche aktiviert beziehungsweise bestehende latente Ertragsteueransprüche wertberichtigt.

Steuerliche Verlustvorträge	31.12.2012	31.12.2011	Veränd. in %
		Mio. €	
Körperschaftsteuer/Corporation Tax/Federal Tax	11.485	11.680	- 1,7
Unbegrenzt vortragsfähig	10.002	10.417	- 4,0
Begrenzt vortragsfähig ¹	1.483	1.263	17,4
darunter: Verfall in der Folgeperiode	—	—	.
Gewerbesteuer/Lokale Steuer	4.929	4.628	6,5
Unbegrenzt vortragsfähig	4.171	3.966	5,2
Begrenzt vortragsfähig ¹	758	662	14,5
darunter: Verfall in der Folgeperiode	—	—	.

¹ Verfall nach zehn Jahren.

Latente Ertragsteueransprüche werden im Wesentlichen für den inländischen Organkreis, die Filiale London und britische Tochtergesellschaften gebildet. Sie wurden in Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränd. in %
		Mio. €	
Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	558	819	- 31,9
Handelsaktiva und -passiva	414	714	- 42,0
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	30	35	- 14,3
Finanzanlagen	96	140	- 31,4
Rückstellungen	18	45	- 60,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	91	109	- 16,5
Übrige Bilanzposten	136	259	- 47,5
Steuerliche Verlustvorträge	1.672	2.033	- 17,8
Gesamt	3.015	4.154	- 27,4

(59) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien im Gegenwert von 637 Mio. Euro (Vorjahr: 808 Mio. Euro) entwickelten sich wie folgt:

	2012	2011
	Mio. €	
Buchwert zum 1.1.	808	1.192
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 1.1.	1.217	1.470
Wechselkursveränderungen	- 1	—
Zugänge	56	—
Abgänge	180	115
Veränderungen Konsolidierungskreis	- 98	4
Umbuchungen	54	- 142
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.	1.048	1.217
Kumulierte Veränderungen aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert	- 411	- 409
Buchwert zum 31.12.	637	808
Im laufenden Geschäftsjahr aktivierte Fremdkapitalzinsen	—	—
Bandbreite angewendete Zinssätze (%)	—	—

Von den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wurden 116 Mio. Euro (Vorjahr: 170 Mio. Euro) rettungshalber erworben. In den Zugängen des Berichtszeitraums waren keine nachträglichen Anschaffungskosten (Vorjahr: 4 Mio. Euro) für wesentliche Objekte enthalten. In diesem Bilanzposten sind keine Immobilien aus Operating-Leasing-Vereinbarungen enthalten. Zudem liegen weder Beschränkungen hinsichtlich der Weiterveräußerung vor noch gibt es Ankaufsverpflichtungen für Immobilien, die hier auszuweisen wären.

Im Rahmen von Sensitivitätsanalysen unterstellen wir für Renditeobjekte eine Änderung des Liegenschaftszinses von +50 Basispunkten beziehungsweise -50 Basispunkten und für Baugrundstücke eine Änderung des Bodenwertes von +20 % beziehungsweise -20 %. Für die wesentlichen Renditeobjekte würde sich daraus eine Marktwertänderung von rund -51 Mio. Euro beziehungsweise +58 Mio. Euro ergeben. Wesentliche Baugrundstücke waren im Geschäftsjahr 2012 nicht vorhanden, daher wurde keine Sensitivitätsanalyse vorgenommen.

(60) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen

Der Bilanzposten Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte von Veräußerungsgruppen setzte sich wie folgt zusammen:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Forderungen an Kreditinstitute	—	10	.
Forderungen an Kunden	495	158	.
Finanzanlagen	212	378	– 43,9
Sachanlagen	29	65	– 55,4
Sonstige Aktivposten	21	1.148	– 98,2
Gesamt	<u>757</u>	<u>1.759</u>	<u>– 57,0</u>

Für die zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen wurden in allen Fällen Verkaufsverträge entweder bereits abgeschlossen oder ein Abschluss steht bevor. Die Erfüllung der Verträge soll voraussichtlich während des Geschäftsjahres 2013 erfolgen. Folgende Tochtergesellschaften im Segment Non-Core Assets sind betroffen:

- CG New Venture 2 Verwaltungsgesellschaft mbH, Wiesbaden
- CG New Venture 4 GmbH & Co. KG, Wiesbaden
- GO German Office GmbH, Wiesbaden

In den Segmenten Non-Core Assets und Privatkunden werden zudem Forderungen und Fondsanteile zur Veräußerung gehalten.

Die Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen stellen wir in Note 70 dar.

Aufgrund der globalen Krise am Schiffsmarkt im Geschäftsjahr 2012 war ein Verkauf der Objektgesellschaften

- MS „CPO Alicante“ Offen Reederei GmbH & Co.KG, Hamburg,
- MS „CPO Ancona“ Offen Reederei GmbH & Co.KG, Hamburg,
- MS „CPO Bilbao“ Offen Reederei GmbH & Co.KG, Hamburg,
- MS „CPO Marseille“ Offen Reederei GmbH & Co.KG, Hamburg,
- MS „CPO Palermo“ Offen Reederei GmbH & Co.KG, Hamburg,
- MS „CPO Toulon“ Offen Reederei GmbH & Co.KG, Hamburg, sowie
- MS „CPO Valencia“ Offen Reederei GmbH & Co.KG, Hamburg

innerhalb der 12-Monats-Frist nicht mehr wahrscheinlich. Daher werden die zugrunde liegenden Schiffe seit dem 1. Januar 2012 in den Sonstigen Aktiva als Leasinggegenstände ausgewiesen und nach IAS 17 zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Zugehörige Verbindlichkeiten werden seitdem größtenteils in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen. Auch für die Immobiliengesellschaft Property Invest Italy Srl, Mailand, sowie für Forderungen im Segment Mittelstandsbank wird ein Verkauf in absehbarer Zeit nicht mehr erwartet. Deshalb werden die zugrunde liegenden Immobilien seit Dezember 2012 als Finanzinvestition gehaltene Immobilien zum beizulegenden Zeitwert bilanziert, die Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Forderungen an Kunden ausgewiesen.

Von den im Vorjahr zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen haben wir eine Gesellschaft im Geschäftsjahr planmäßig veräußert.

(61) Sonstige Aktiva

Die Sonstigen Aktiva setzten sich im Wesentlichen aus folgenden Posten zusammen:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	Veränd. in %
		Mio. €	
Einzugspapiere	311	253	22,9
Edelmetalle	666	882	-24,5
Leasinggegenstände	851	209	.
Rechnungsabgrenzungsposten	256	304	-15,8
Forderungen aus Ausgleichszahlungen für Börsentermingeschäfte	296	270	9,6
Übrige Aktiva	<u>1.258</u>	<u>1.324</u>	<u>-5,0</u>
Gesamt	<u>3.638</u>	<u>3.242</u>	<u>12,2</u>

Die Leasinggegenstände innerhalb der Sonstigen Aktiva haben sich wie folgt entwickelt:

	<u>2012</u>	<u>2011</u>
	Mio. €	Mio. €
Buchwert zum 1.1.	<u>209</u>	<u>221</u>
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 1.1.	377	364
Wechselkursveränderungen	6	-6
Zugänge	55	62
Abgänge	12	43
Veränderungen Konsolidierungskreis	1	—
Umbuchungen	790	—
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.	1.217	377
Kumulierte Abschreibungen zum 1.1.	168	143
Wechselkursveränderungen	2	-2
Zugänge	108	41
darunter: außerplanmäßig	47	—
Abgänge	8	14
Veränderungen Konsolidierungskreis	—	—
Umbuchungen	96	—
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.	366	168
Kumulierte Veränderungen aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert	—	—
Buchwert zum 31.12.	<u>851</u>	<u>209</u>

(62) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	Gesamt		Veränd. in %
	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	
		Mio. €	
Kreditinstitute in Deutschland	42.613	45.302	-5,9
Kreditinstitute außerhalb Deutschlands	<u>67.629</u>	<u>53.179</u>	<u>27,2</u>
Gesamt	<u>110.242</u>	<u>98.481</u>	<u>11,9</u>

darunter entfallen auf die Kategorie:

Zu fortgeführten Anschaffungskostenbewertete Verbindlichkeiten	90.206	85.451	5,6
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (Fair Value Option)	20.036	13.030	53,8

davon:

	Täglich fällig		Andere Verbindlichkeiten	
	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
			Mio. €	
Kreditinstitute in Deutschland	7.746	8.358	34.867	36.944
Kreditinstitute außerhalb Deutschlands	<u>35.343</u>	<u>25.483</u>	<u>32.286</u>	<u>27.696</u>
Gesamt	<u>43.089</u>	<u>33.841</u>	<u>67.153</u>	<u>64.640</u>

Die nachfolgende Tabelle stellt die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nach wesentlichen Geschäftsarten dar:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränd. in %
	Mio. €		
Repos und Cash Collaterals	23.850	18.985	25,6
Verbindlichkeiten aus dem Geldhandel	41.062	25.286	62,4
Übrige Verbindlichkeiten	45.330	54.210	- 16,4
Gesamt	110.242	98.481	11,9

(63) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich aus Spareinlagen, täglich fälligen Geldern und Termineinlagen einschließlich Sparbriefen zusammen.

	Gesamt		Veränd. in %
	31.12.2012	31.12.2011	
	Mio. €		
Kunden in Deutschland	204.882	202.725	1,1
Firmenkunden	120.153	127.277	- 5,6
Privatkunden und Übrige	74.214	66.946	10,9
Öffentliche Haushalte	10.515	8.502	23,7
Kunden außerhalb Deutschlands	60.960	52.619	15,9
Firmen- und Privatkunden	55.276	47.517	16,3
Öffentliche Haushalte	5.684	5.102	11,4
Gesamt	265.842	255.344	4,1

darunter entfallen auf die Kategorie:

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten	228.643	223.491	2,3
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (Fair Value Option)	37.199	31.853	16,8

	Andere Verbindlichkeiten					
	Spareinlagen		täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
	Mio. €					
Kunden in Deutschland	9.673	4.390	108.439	102.552	86.770	95.783
Firmenkunden	90	42	48.522	47.971	71.541	79.264
Privatkunden und Übrige ...	9.583	4.348	57.266	53.071	7.365	9.527
Öffentliche Haushalte	—	—	2.651	1.510	7.864	6.992
Kunden außerhalb Deutschlands	3.287	2.472	33.938	27.179	23.735	22.968
Firmen- und Privatkunden	3.286	2.471	32.022	23.715	19.968	2.331
Öffentliche Haushalte	1	1	1.916	3.464	3.767	1.637
Gesamt	12.960	6.862	142.377	129.731	110.505	118.751

Die Spareinlagen waren wie folgt unterteilt:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränd. in %
	Mio. €		
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	10.807	6.155	75,6
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	2.153	707	.
Gesamt	12.960	6.862	88,9

Die nachfolgende Tabelle stellt die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nach wesentlichen Geschäftsarten dar:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränd. in %
		Mio. €	
Repos und Cash Collaterals	31.997	28.209	13,4
Verbindlichkeiten aus dem Geldhandel	42.620	44.232	- 3,6
Übrige Verbindlichkeiten	191.225	182.903	4,5
Gesamt	265.842	255.344	4,1

(64) Verbriefte Verbindlichkeiten

Als Verbriefte Verbindlichkeiten werden Schuldverschreibungen, einschließlich Hypothekendarlehen und öffentliche Pfandbriefe, Geldmarktpapiere (zum Beispiel Certificates of Deposit, Euro Notes, Commercial Papers), Indexzertifikate, Eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf ausgewiesen.

In den Verbrieften Verbindlichkeiten waren Hypothekendarlehen in Höhe von 21.530 Mio. Euro (Vorjahr: 29.353 Mio. Euro) sowie öffentliche Pfandbriefe in Höhe von 27.758 Mio. Euro (Vorjahr: 34.990 Mio. Euro) enthalten.

	31.12.2012	31.12.2011	Veränd. in %
		Mio. €	
Begebene Schuldverschreibungen	78.855	100.311	- 21,4
Begebene Geldmarktpapiere	466	5.224	- 91,1
Eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf	11	138	- 92,0
Gesamt	79.332	105.673	- 24,9

darunter entfallen auf die Kategorie:

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten	75.903	102.593	- 26,0
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (Fair Value Option)	3.429	3.080	11,3

Im Geschäftsjahr 2012 wurden neue Emissionen mit einem Volumen von 19,2 Mrd. Euro begeben. Im gleichen Zeitraum belief sich das Volumen der fälligen Emissionen auf 41,3 Mrd. Euro und der Rückzahlungen auf 4,3 Mrd. Euro. Die folgende Aufstellung enthält die wesentlichen im Geschäftsjahr 2012 begebenen Schuldverschreibungen:

Gegenwert	Währung	Emittent	Zinssatz %	Fälligkeit
Mio. €				
1.000	EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	3,625	2017
500	EUR	BRE Corporate Finance France S.A.	2,750	2015

(65) Passivische Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges

Der Wertanpassungsbetrag von gegen Zinsänderungsrisiken gesicherten Grundgeschäften betrug 1.467 Mio. Euro (Vorjahr: 938 Mio. Euro). Einen ökonomisch gegenläufigen Betrag der Sicherungsgeschäfte weisen wir auf der Aktivseite unter dem Posten Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten aus.

(66) Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

In diesem Posten werden die Negativen Marktwerte von Derivaten ausgewiesen, die zur Absicherung von Grundgeschäften gegen das Zinsänderungsrisiko eingesetzt werden.

	31.12.2012	31.12.2011	Veränd. in %
		Mio. €	
Negative Marktwerte Micro Fair Value Hedge Accounting	11.604	11.378	2,0
Negative Marktwerte Portfolio Fair Value Hedge Accounting	31	26	19,2
Negative Marktwerte Cash Flow Hedge Accounting	104	23	.
Gesamt	11.739	11.427	2,7

(67) Handelspassiva

In den Handelspassiva werden die Negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die nicht als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings eingesetzt sind, sowie Kreditzusagen mit negativen Marktwerten, ausgewiesen. Außerdem sind eigene Emissionen des Handelsbereichs und Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen in den Handelspassiva enthalten.

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Währungsbezogene derivative Geschäfte	13.959	20.762	- 32,8
Zinsbezogene derivative Geschäfte	85.503	96.736	- 11,6
Übrige derivative Geschäfte	5.672	8.433	- 32,7
Zertifikate und andere eigene Emissionen	5.201	5.789	- 10,2
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen, negative Marktwerte von Kreditzusagen und sonstige Handelspassiva	5.776	6.127	- 5,7
Gesamt	<u>116.111</u>	<u>137.847</u>	<u>- 15,8</u>

Die Übrigen derivativen Geschäfte setzten sich im Wesentlichen aus 3.220 Mio. Euro Aktienderivaten (Vorjahr: 3.714 Mio. Euro) und 2.183 Mio. Euro Kreditderivaten (Vorjahr: 4.305 Mio. Euro) zusammen.

(68) Rückstellungen

Die Rückstellungen gliederten sich wie folgt:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	210	437	- 51,9
Sonstige Rückstellungen	3.049	3.324	- 8,3
Gesamt	<u>3.259</u>	<u>3.761</u>	<u>- 13,3</u>

a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Im Jahr 2012 haben sich die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen folgendermaßen entwickelt:

	<u>Stand</u> <u>1.1.2012</u>	<u>Pensions-</u> <u>leistungen</u>	<u>Zuführungen</u>	<u>Dotierung des</u> <u>Planvermögens</u> ¹	<u>Umbuchungen/</u> <u>Wechselkurs-</u> <u>änderungen</u>	<u>Änderung</u> <u>Konsolidie-</u> <u>rungskreis</u>	<u>Stand</u> <u>31.12.2012</u>
				Mio. €			
Anwartschaften der aktiven und ausgeschiedenen Mitarbeiter sowie Pensionsansprüche der Pensionäre	287	244	57	92	73	- 1	80
Vorruhestand	66	24	16	—	—	—	58
Altersteilzeit	84	51	40	1	—	—	72
Gesamt	<u>437</u>	<u>319</u>	<u>113</u>	<u>93</u>	<u>73</u>	<u>- 1</u>	<u>210</u>

¹ Soweit im Rahmen der Rückstellungsermittlung berücksichtigt.

b) Pensionsverpflichtungen

Die Pensionsverpflichtungen sowie der Pensionsaufwand werden jährlich von unabhängigen Aktuaren nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) ermittelt. Die zugrunde liegenden versicherungsmathematischen Parameter richten sich dabei nach den Verhältnissen des Landes, in dem der Pensionsplan begründet wurde. Die Darstellung der Parameter außerhalb Deutschlands erfolgt auf der Basis von gewichteten Durchschnitten unter Berücksichtigung der jeweils relevanten Pensionspläne.

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
	%	
Parameter der Pensionspläne in Deutschland		
für die Ermittlung der Pensionsverpflichtung am Jahresende		
Diskontierungszinssatz	3,8	4,8
Gehaltsentwicklung	2,5	2,5
Rentenanpassung	1,8	1,8
für die Ermittlung des Pensionsaufwands im Geschäftsjahr		
Diskontierungszinssatz	4,8	4,9
Gehaltsentwicklung	2,5	2,5
Rentenanpassung	1,8	1,8
Erwartete Rendite des Planvermögens	5,4	5,5
Parameter der Pensionspläne außerhalb Deutschlands		
für die Ermittlung der Pensionsverpflichtung am Jahresende		
Diskontierungszinssatz	4,3	4,8
Gehaltsentwicklung	2,8	3,0
Rentenanpassung	2,8	2,9
für die Ermittlung des Pensionsaufwands im Geschäftsjahr		
Diskontierungszinssatz	4,8	5,3
Gehaltsentwicklung	3,0	3,2
Rentenanpassung	2,9	3,2
Erwartete Rendite des Planvermögens	4,4	5,3
Parameter des Gesundheitsfürsorgeplans		
für die Ermittlung der Verpflichtung am Jahresende		
Diskontierungszinssatz	4,4	4,8
Gesundheitskostensteigerungsrate	5,5	5,7
für die Ermittlung des Aufwands im Geschäftsjahr		
Diskontierungszinssatz	4,8	5,4
Gesundheitskostensteigerungsrate	5,7	6,0

Die Pensionsverpflichtungen haben sich folgendermaßen entwickelt:

	<u>2012</u>	<u>2011</u>
	Mio. €	
Pensionsverpflichtungen zum 1. Januar	6.242	6.073
Dienstzeitaufwand	65	68
Zinsaufwand	293	295
Pensionsleistungen	-281	-283
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	936	36
Erfahrungsbedingte Anpassungen	-4	-62
Sonstige Anpassungen	940	98
Veränderungen Konsolidierungskreis	-1	-4
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	1	—
Plankürzungen/Abgeltungen	—	—
Wechselkursänderungen	18	31
Sonstige Veränderungen	—	26
Pensionsverpflichtungen zum 31. Dezember	7.273	6.242
darunter vollständig oder teilweise durch Planvermögen finanziert	7.133	6.064
darunter nicht durch Planvermögen finanziert	140	178

Die Pensionsverpflichtungen waren folgenden Regionen zuzuordnen:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
	Mio. €	
Deutschland	6.067	5.157
Europa (ohne Deutschland)	1.110	989
Amerika	93	94
Asien und Sonstige	3	2
Gesamt	<u>7.273</u>	<u>6.242</u>

Eine Änderung des Diskontierungszinssatzes beziehungsweise der Gesundheitskostensteigerungsrate zum 31. Dezember 2012 würde sich wie folgt auswirken:

	<u>Verpflichtung zum 31.12.2012</u>	<u>Aufwendungen im Jahr 2013</u>
	Mio. €	
Zinssensitivität		
Diskontierungszinssatz +50 Basispunkte	- 548	2
Diskontierungszinssatz - 50 Basispunkte	623	- 3
Sensitivität in Bezug auf die Gesundheitskostensteigerungsrate		
Gesundheitskostensteigerungsrate +100 Basispunkte	2	—
Gesundheitskostensteigerungsrate - 100 Basispunkte	- 2	—

Die Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung setzten sich aus folgenden Komponenten zusammen:

	<u>2012</u>	<u>2011</u>
	Mio. €	
Dienstzeitaufwand	65	68
Zinsaufwand	293	295
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	- 297	- 284
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	1	—
Plankürzungen/Abgeltungen	—	—
Amortisation versicherungsmathematischer Gewinne (-)/Verluste (+)	- 5	107
Sonstiges	—	—
Aufwendungen für leistungsorientierte Pläne	57	186
Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne	89	88
Andere Altersversorgung (Altersteilzeit und Vorruhestand)	56	87
Sonstiger pensionsnaher Aufwand	25	19
Wechselkursveränderungen	—	—
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	<u>227</u>	<u>380</u>

Daneben haben wir im Personalaufwand 242 Mio. Euro (Vorjahr: 235 Mio. Euro) als Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung erfasst.

Der erwartete Ertrag aus dem Planvermögen orientiert sich im Fall von festverzinslichen Wertpapieren an den langfristigen Renditen des Kapitalmarktes am Abschlussstichtag und im Fall anderer Kapitalanlagen an den in der Vergangenheit beobachteten Kapitalmarktentwicklungen. Das Planvermögen hat sich folgendermaßen entwickelt:

	<u>2012</u>	<u>2011</u>
	Mio. €	
Beizulegender Zeitwert zum 1.1.	5.730	5.194
Veränderung Konsolidierungskreis	—	—
Einstellung Planvermögen (Arbeitgeberbeiträge)	92	73
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	297	284
Pensionsleistungen	- 37	- 38
Umbuchungen	—	33
Wechselkursänderungen	22	29
Versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	385	155
Beizulegender Zeitwert zum 31.12.	6.489	5.730
Tatsächliche Erträge aus dem Planvermögen	682	439

Für das Geschäftsjahr 2013 erwarten wir im Konzern für leistungsorientierte Pensionspläne Arbeitgeberbeiträge zum Planvermögen von 55 Mio. Euro sowie Pensionsleistungen von 249 Mio. Euro.

Die Zusammensetzung des Planvermögens stellte sich wie folgt dar:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
	%	
Festverzinsliche Wertpapiere	77,5	67,3
Aktien	11,6	12,8
Fondsanteile	0,1	8,8
Liquide Mittel	1,7	2,8
Sonstige	9,1	8,3

Zusammenfassende Übersicht wesentlicher Komponenten leistungsorientierter Pensionspläne:

	<u>2012</u>	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>2009</u>	<u>2008</u>
	Mio. €				
Pensionsverpflichtung (Anwartschaftsbarwert)	7.273	6.242	6.073	5.699	2.118
Fair Value des Planvermögens	6.489	5.730	5.194	4.764	2.039
Finanzierungsstatus	784	512	879	935	79
Nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	-908	-353	-576	-416	33
Nachzuverrechnender Dienstzeitertrag (+)/-aufwand (-)	—	—	—	—	—
Aktiviertes Planvermögen	<u>204</u>	<u>128</u>	<u>53</u>	<u>33</u>	<u>—</u>
Pensionsrückstellung	<u>80</u>	<u>287</u>	<u>356</u>	<u>552</u>	<u>112</u>
Erfahrungsbedingte Anpassungen (Gewinne (+)/ Verluste (-)) im Berichtsjahr für:					
Pensionsverpflichtung	4	62	5	-3	-1
Planvermögen	385	155	149	98	-181

c) Sonstige Rückstellungen

Entwicklung der Sonstigen Rückstellungen:

	<u>Stand</u>				<u>Umbuchung/Änderung</u>	<u>Stand</u>
	<u>1.1.2012</u>	<u>Zuführungen</u>	<u>Verbrauch</u>	<u>Auflösungen</u>	<u>Konsolidierungskreis</u>	<u>31.12.2012</u>
	Mio. €					
Personalbereich	679	386	451	27	2	589
Restrukturierungsmaßnahmen .	627	46	195	13	3	468
Einzelrisiken aus dem Kreditgeschäft	349	107	—	244	—	212
Portfoliorisiken aus dem Kreditgeschäft	159	33	—	72	—	120
Bonifikation für Sondersparformen	31	92	12	—	-1	110
Prozesse und Regresse	822	355	142	113	60	982
Übrige	657	365	256	146	-52	568
Gesamt	<u>3.324</u>	<u>1.384</u>	<u>1.056</u>	<u>615</u>	<u>12</u>	<u>3.049</u>

Die Rückstellungen für den Personalbereich sind überwiegend kurzfristiger Natur, umfassen unter anderem aber auch Jubiläumsrückstellungen, die aufgrund ihres Charakters langfristig sind und in nachfolgenden Perioden sukzessive verbraucht werden. Daneben sind auch Rückstellungen für die langfristige Barkomponente des Commerzbank-Incentive-Plans enthalten, die nach Ablauf des 4-jährigen Erdienungszeitraums verbraucht werden.

Die durchschnittliche Restlaufzeit der Rückstellungen im Kreditgeschäft orientiert sich an den in Note 88 angegebenen Restlaufzeiten der Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen. Bei Rechtsstreitigkeiten kann weder die Dauer des Verfahrens noch die Höhe des Betrages zum Zeitpunkt der Rückstellungsbildung abschließend vorhergesagt werden. Die unter Übrige ausgewiesenen Rückstellungen weisen im Wesentlichen eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr auf.

Die gebildeten Restrukturierungsrückstellungen resultieren überwiegend aus Maßnahmen im Zusammenhang mit der Integration des Dresdner-Bank-Konzerns sowie aus der Neuausrichtung des Konzern im Zusammenhang mit der Abwicklungsaufgabe der Hypothekbank Frankfurt Aktiengesellschaft

(vormals Eurohypo Aktiengesellschaft). Sie entfallen vorwiegend auf den Personalbereich sowie auf den Bereich Organisation und verteilen sich im Wesentlichen über eine Laufzeit von bis zu drei Jahren, wobei der größte Teil voraussichtlich bis Ende 2013 in Anspruch genommen wird.

(69) Ertragsteuerschulden

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Tatsächliche Ertragsteuerschulden	324	680	- 52,4
Verbindlichkeiten gegenüber Steuerbehörden aus Ertragsteuern	4	5	- 20,0
Rückstellungen für Ertragsteuern	320	675	- 52,6
Latente Ertragsteuerschulden	90	189	- 52,4
Erfolgswirksame Ertragsteuerschulden	62	176	- 64,8
Erfolgsneutrale Ertragsteuerschulden	28	13	.
Gesamt	414	869	- 52,4

Rückstellungen für Ertragsteuern sind potenzielle Steuerverpflichtungen, für die noch keine rechtskräftigen Steuerbescheide ergangen sind, beziehungsweise für Risiken im Rahmen von Betriebsprüfungen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Finanzämtern beinhalten Zahlungsverpflichtungen aus laufenden Ertragsteuern gegenüber inländischen und ausländischen Steuerbehörden.

Passive latente Steuern stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus temporären Unterschieden zwischen Wertansätzen der Vermögenswerte und Schulden in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen dar. Sie wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Handelsaktiva und -passiva	16	38	- 57,9
Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	32	56	- 42,9
Finanzanlagen	12	25	- 52,0
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	6	12	- 50,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	1	19	- 94,7
Übrige Bilanzposten	23	39	- 41,0
Gesamt	90	189	- 52,4

(70) Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen

Die Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen setzten sich wie folgt zusammen:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	—	484	.
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2	11	- 81,8
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	—	97	.
Gesamt	2	592	- 99,7

(71) Sonstige Passiva

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Verbindlichkeiten für Filmfonds	1.915	1.952	- 1,9
Fremdkapital aus Minderheiten	2.441	2.576	- 5,2
Rechnungsabgrenzungsposten	439	484	- 9,3
Verbindlichkeiten aus Ausgleichszahlungen für Börsentermingeschäfte	162	108	50,0
Übrige Passiva	1.566	1.448	8,1
Gesamt	6.523	6.568	- 0,7

(72) Nachrangkapital

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten und die Genussrechte sind Eigenmittel im Sinne der §§ 10 Abs. 5 und 5 a KWG in der neuen Fassung und teilten sich wie folgt auf:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Nachrangige Verbindlichkeiten	11.186	12.094	- 7,5
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	1.629	1.701	- 4,2
Genussrechtskapital	865	975	- 11,3
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	12	36	- 66,7
Zinsabgrenzungen einschließlich Disagien ¹	- 161	- 165	- 2,4
Bewertungseffekte	426	381	11,8
Gesamt	12.316	13.285	- 7,3
darunter entfallen auf die Kategorie:			
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten	12.308	13.261	- 7,2
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (Fair Value Option)	8	24	- 66,7

¹ Einschließlich Effekten aus der Anpassung der Zeitwerte des Nachrangkapitals zum Erwerbszeitpunkt der Dresdner Bank.

Im Geschäftsjahr 2012 belief sich das Volumen der fälligen Nachrangigen Verbindlichkeiten auf 1,1 Mrd. Euro, der Rückzahlungen auf 0,1 Mrd. Euro und der Neuemissionen auf 0,3 Mrd. Euro. Bei den Genussrechten wurden Rückzahlungen von 0,1 Mrd. Euro vorgenommen.

Ansprüche von Gläubigern auf Rückzahlung dieser Verbindlichkeiten sind gegenüber anderen Gläubigern nachrangig. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Im Falle einer Insolvenz oder Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Im Berichtsjahr fiel im Konzern ein Zinsaufwand für Nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von 663 Mio. Euro (Vorjahr: 682 Mio. Euro) an. Zinsabgrenzungen für noch nicht gezahlte Zinsen wurden in Höhe von 312 Mio. Euro (Vorjahr: 321 Mio. Euro) ausgewiesen.

Ende 2012 waren folgende wesentliche Nachrangige Verbindlichkeiten im Umlauf:

<u>Laufzeitbeginn</u>	<u>Mio. €</u>	<u>Mio. Währung</u>	<u>Emittent</u>	<u>Zinssatz %</u>	<u>Fälligkeit</u>
2011	1.254	1.254 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	6,375	2019
2011	1.250	1.250 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	7,750	2021
2007	600	600 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	1 120 ¹	2017
2008	500	500 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	6,250	2014
2006	492	492 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	1,081 ¹	2016
2009	379	500 USD	Commerzbank Aktiengesellschaft	7,250	2015
2011	322	322 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	5,000	2018
2011	300	300 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	5,000	2018
2003	250	250 EUR	Hypothekenbank Frankfurt Aktiengesellschaft ²	5,000	2016
2009	250	250 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	5,000	2017
2006	228	300 CAD	Commerzbank Aktiengesellschaft	2,159 ¹	2016
2003	220	220 EUR	Hypothekenbank Frankfurt Aktiengesellschaft ²	5,000	2014
2007	196	196 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	2,039	2017
1999	184	150 GBP	Commerzbank Aktiengesellschaft	6,625	2019
2012	177	177 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	10,000	2017
2012	170	170 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	9,500	2019

¹ Variabel verzinslich.

² Vormalig Eurohypo Aktiengesellschaft.

Das Genussrechtskapital des Commerzbank-Konzerns nimmt teilweise bis zur vollen Höhe am Verlust teil. Zinszahlungen erfolgen nur im Rahmen eines vorhandenen Bilanzgewinns der emittierenden Gesellschaft. Die Ansprüche der Genussrechtsinhaber auf Rückzahlung des Kapitals sind gegenüber den Ansprüchen der anderen Gläubiger nachrangig.

Auf das Genussrechtskapital für das Geschäftsjahr 2012 fielen zu zahlende Zinsen in Höhe von 102 Mio. Euro (Vorjahr: 107 Mio. Euro) an, beziehungsweise wurden abgegrenzt. Zinsabgrenzungen für noch nicht gezahlte Zinsen wurden in Höhe von 221 Mio. Euro (Vorjahr: 194 Mio. Euro) ausgewiesen.

Ende 2012 war folgendes wesentliches Genussrecht im Umlauf:

<u>Laufzeitbeginn</u>	<u>Mio. €</u>	<u>Mio. Währung</u>	<u>Emittent</u>	<u>Zinssatz %</u>	<u>Fälligkeit</u>
2006	662	662 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	5,386	2015

(73) Hybridkapital

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Hybridkapital	2.057	2.830	- 27,3
Zinsabgrenzungen einschließlich Disagien ¹	- 969	- 1.131	- 14,3
Bewertungseffekte	509	476	6,9
Gesamt	1.597	2.175	- 26,6
darunter entfallen auf die Kategorie:			
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten	1.597	2.175	- 26,6
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (Fair Value Option)	—	—	.

¹ Einschließlich Effekten aus der Anpassung der Zeitwerte des Hybridkapitals zum Erwerbszeitpunkt der Dresdner Bank.

Folgende wesentliche hybride Kapitalinstrumente waren Ende 2012 im Umlauf:

<u>Laufzeitbeginn</u>	<u>Mio. €</u>	<u>Mio. Währung</u>	<u>Emittent</u>	<u>Zinssatz %</u>	<u>Fälligkeit</u>
1999	758	1.000 USD	Dresdner Capital LLC I	8,151	2031
2006	416	416 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	5,386	unbefristet
2006	186	186 EUR	Commerzbank Capital Funding Trust III	2,524	unbefristet
2005	152	152 EUR	Eurohypo Capital Funding Trust II	3,486	unbefristet
2006	148	148 EUR	Commerzbank Capital Funding Trust I	5,012	unbefristet
2003	119	119 EUR	Eurohypo Capital Funding Trust I	6,445	unbefristet
2006	114	93 GBP	Commerzbank Capital Funding Trust II	5,905	unbefristet

Für das Geschäftsjahr 2012 fielen auf das Hybridkapital zu zahlende Zinsen in Hohede von 126 Mio. Euro (Vorjahr: 152 Mio. Euro) an. Das Hybridkapital ist Bestandteil des haftenden Eigenkapitals. Zinszahlungen erfolgen nach Maßgabe der maßgeblichen Emissionsbedingungen. Die Ansprüche der Inhaber hybrider Instrumente auf Rückzahlung des Kapitals sind nachrangig gegenüber den Ansprüchen der Gläubiger der unter Nachrangigen Verbindlichkeiten und Genussrechtskapital ausgewiesenen Verbindlichkeiten.

Im März 2012 wurden Teile der Trust-preferred Securities (TruPS) der Commerzbank Capital Funding Trust I und II und der Eurohypo Capital Funding Trust I zuruckerwonnen. Es erfolgte eine Einbringung der TruPS im Nominalvolumen von 1,0 Mrd. Euro als Sacheinlagen gegen Vergütung in Aktien (siehe Seite 187). Durch die Rücknahme erhöhete sich unser hartes Kernkapital um 0,8 Mrd. Euro. Darüber hinaus gab es keine nennenswerten Veränderungen.

(74) Zusammensetzung des Eigenkapitals

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
a) Gezeichnetes Kapital	5.828	5.113	14,0
b) Kapitalrücklage	11.681	11.158	4,7
c) Gewinnrücklagen	8.614	8.822	- 2,4
d) Stille Einlagen	2.376	2.687	- 11,6
Andere Rücklagen	- 2.353	- 3.676	- 36,0
e) Neubewertungsrücklage	- 1.699	- 2.511	- 32,3
f) Rücklage aus Cash Flow Hedges	- 616	- 810	- 24,0
g) Rücklage aus der Währungsumrechnung	- 38	- 355	- 89,3
Gesamt vor Minderheitenanteilen	26.146	24.104	8,5
Minderheitenanteile	888	699	27,0
Eigenkapital	27.034	24.803	9,0

a) Gezeichnetes Kapital

Das Gezeichnete Kapital (Grundkapital) der Commerzbank Aktiengesellschaft besteht aus nennwertlosen Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von 1,00 Euro. Die Aktien lauten auf den Inhaber. Käufe und Verkäufe von eigenen Aktien werden mit dem rechnerischen Wert von 1,00 Euro mit dem Gezeichneten Kapital verrechnet.

	<u>Stückzahl</u>
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien am 1.1.2012	5.112.566.043
zuzüglich: Eigene Aktien im Bestand am 31.12. des Vorjahres	863.010
Ausgabe neuer Aktien	716.084.804
Anzahl der ausgegebenen Aktien am 31.12.2012	5.829.513.857
abzüglich: Eigene Aktien im Bestand am Bilanzstichtag	1.193.353
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien am 31.12.2012	5.828.320.504

Vor Verrechnung der im Eigenbestand befindlichen eigenen Aktien belief sich das Gezeichnete Kapital auf 5.830 Mio. Euro. Vorzugsrechte oder Beschränkungen in Bezug auf die Ausschüttung von Dividenden liegen bei der Commerzbank Aktiengesellschaft nicht vor. Alle ausgegebenen Aktien sind voll eingezahlt. Der Wert der ausgegebenen, im Umlauf befindlichen und genehmigten Aktien ergab sich wie folgt:

	<u>31.12.2012</u>		<u>31.12.2011</u>	
	Mio. €	Stückzahl Tsd.	Mio. €	Stückzahl Tsd.
Ausgegebene Aktien	5.829,5	5.829.514	5.113,4	5.113.429
./. Eigene Aktien im Bestand	1,2	1.193	0,9	863
= im Umlauf befindliche Aktien	5.828,3	5.828.321	5.112,6	5.112.566
noch nicht ausgegebene Aktien aus Genehmigtem Kapital	5.068,0	5.068.000	2.000,0	2.000.000
Gesamt	10.896,3	10.896.321	7.112,6	7.112.566

Die Anzahl der autorisierten Aktien betrug 10.897.514 Tsd. Stück (Vorjahr: 7.113.429 Tsd. Stück). Der rechnerische Wert der autorisierten Aktien belief sich auf 10.897,5 Mio. Euro (Vorjahr: 7.113,5 Mio. Euro). Wir hatten zum 31. Dezember 2012 im Konzern 32.223 Tsd. Stück Aktien (Vorjahr: 30.306 Tsd. Stück Aktien) als Pfand genommen. Dies entspricht 0,6 % (Vorjahr: 0,6 %) der am Bilanzstichtag im Umlauf befindlichen Aktien.

Die Wertpapierhandelsgeschäfte in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG stellten sich wie folgt dar:

	<u>Anzahl Aktien Stück</u>	<u>Rechnerischer Wert¹ Tsd. €</u>	<u>Anteil am Grundkapital %</u>
Bestand am 31.12.2012	1.193.353	1.193	0,02
Höchster erworbener Bestand im Geschäftsjahr	38.917.378	38.917	0,67
Von der Kundschaft verpfändeter Bestand am 31.12.2012	32.223.091	32.223	0,55
Im Geschäftsjahr erworbene Aktien	860.165.799	860.166	—
Im Geschäftsjahr veräußerte Aktien	859.835.456	859.835	—

¹ Rechnerischer Wert je Aktie 1,00 Euro.

Die Bank hat sich gegenüber dem Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung (SoFFin), vertreten durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA), verpflichtet, keine Aktien oder sonstigen Bestandteile der haftenden Eigenmittel der Bank (außer im Rahmen des § 71 Abs. 1 Nr. 2 und Nr. 4 (Einkaufskommission), 7 oder 8 AktG) selbst oder durch verbundene Unternehmen zurückzukaufen.

b) Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage werden neben Agiobeträgen aus der Ausgabe von Aktien auch beizulegende Zeitwerte von aktienbasierten Vergütungstransaktionen ausgewiesen, für die ein Ausgleich in Eigenkapitalinstrumenten erfolgt, die aber noch nicht ausgeübt wurden. Sofern eine Ausgabe von Schuldverschreibungen für Wandlungs- und Optionsrechte zum Erwerb von Anteilen erfolgt ist, werden hierbei erzielte Beträge in der Kapitalrücklage berücksichtigt.

Darüber hinaus werden Kosten, die im Zusammenhang mit Kapitalerhöhungen anfallen und die gemäß IAS 32.35 als Abzug vom Eigenkapital zu bilanzieren sind, von der Kapitalrücklage gekürzt.

Bei der Wiederveräußerung von eigenen Aktien wird der Differenzbetrag zwischen dem rechnerischen Wert und dem Kurswert in der Kapitalrücklage erfasst, wenn dieser über den ursprünglichen Anschaffungskosten dieser Anteile liegt.

c) Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen untergliedern sich in die gesetzliche Rücklage und andere Rücklagen. In der gesetzlichen Rücklage sind nach nationalem Recht zwingend zu bildende Rücklagen erfasst; die hier eingestellten Beträge unterliegen im Einzelabschluss einem Ausschüttungsverbot. Der Gesamtbetrag der in der Bilanz ausgewiesenen Gewinnrücklagen resultierte aus anderen Gewinnrücklagen von 8.614 Mio. Euro (Vorjahr: 8.822 Mio. Euro). Gesetzliche Rücklagen waren weder zum 31. Dezember 2012 noch zum 31. Dezember 2011 vorhanden.

Beim Erwerb eigener Anteile wird der Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem rechnerischen Wert mit den Gewinnrücklagen verrechnet. Eine Wiederveräußerung eigener Anteile wird spiegelbildlich zum Erwerb eigener Anteile abgebildet.

d) Stille Einlagen

Die Einlagen des SoFFin, vertreten durch die FMSA, wurden im Geschäftsjahr im Rahmen verschiedener Kapitalmaßnahmen von 1,9 Mrd. Euro um 0,3 Mrd. Euro auf 1,6 Mrd. Euro reduziert (siehe Seite 187). Grundlage der verbleibenden Stillen Einlagen bilden weiterhin der zuletzt am 29. Juni 2012 geänderte Vertrag vom 19. Dezember 2008 sowie die Ergänzungsvereinbarung vom 3. Juni 2009 über die Errichtung einer Stillen Gesellschaft zwischen dem SoFFin, vertreten durch die FMSA, und der Commerzbank Aktiengesellschaft. Die Stillen Einlagen werden mit 9 % jährlich verzinst und zu 100 % als Kernkapital (Tier I) angerechnet. Eine Rückzahlung der Stillen Einlagen wird zum Nominalwert erfolgen. In Jahren mit Dividendenzahlungen steigt der Zinssatz der Stillen Einlagen. Der dann zu zahlende Zinsaufschlag ergibt sich aus der Gesamthöhe der ausgeschütteten Bardividende. Für je rund 5,9 Mio. Euro Bardividende erhöht sich der Zinssatz so um 0,01 Prozentpunkte.

An einem Bilanzverlust nimmt der SoFFin im Verhältnis des Buchwertes der Stillen Einlage zum Gesamtbuchwert aller am Bilanzverlust teilnehmenden Haftkapitalanteile (§ 10 Abs. 2 a, 4 und 5 KWG) der Gesellschaft teil. Nach einer Herabsetzung wird die Stille Einlage in den der Herabsetzung folgenden Geschäftsjahren bis zur vollständigen Höhe des Einlagennennbetrags wieder zugeschrieben, soweit hierdurch kein Bilanzverlust entstehen oder dieser erhöht würde.

Darüber hinaus schlossen die Commerzbank Aktiengesellschaft und die Allianz SE am 3. Juni 2009 einen Vertrag über die Errichtung einer Stillen Gesellschaft, auf dessen Basis die Allianz mittels einer Tochtergesellschaft eine Stille Einlage in Höhe von 750 Mio. Euro in die Commerzbank Aktiengesellschaft einbrachte. Die Stille Einlage ist mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet, die zum einen aus einer auf den Einlagennennbetrag bezogenen Festverzinsung in Höhe von 9 % pro anno und zum anderen aus einer dividendenabhängigen Zusatzvergütung in Höhe von 0,01 % pro anno für je rund 5,9 Mio. Euro Dividendensumme besteht.

Die Stillen Einlagen sind nach IFRS innerhalb des Eigenkapitals gesondert zu bilanzieren, die Vergütung der Stillen Einlagen wird ohne Berührung der Gewinn- und Verlust-Rechnung direkt mit dem Eigenkapital verrechnet. Die Vergütung erfolgt nur, wenn ein Bilanzgewinn im Einzelabschluss der Commerzbank Aktiengesellschaft (nach HGB) vorliegt. Für 2012 wurden die Voraussetzungen für eine Vergütung erfüllt. Die Ausschüttungshöhe beläuft sich auf 221 Mio. Euro (Vorjahr: —).

e) Neubewertungsrücklage

In die Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung der Finanzanlagen zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) nach Berücksichtigung latenter Steuern eingestellt. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert beziehungsweise wertgemindert worden ist.

f) Rücklage aus Cash Flow Hedges

Die aus Sicherungsinstrumenten im Rahmen von Cash Flow Hedges ermittelten Bewertungsergebnisse aus dem effektiven Teil der Absicherungen sind nach Berücksichtigung latenter Steuern in diesem Eigenkapitalposten ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2009 haben wir bis auf geringfügige Ausnahmen das Cash Flow Hedge Accounting beendet und nutzen für das Zinsrisikomanagement seitdem Micro Hedge Accounting und Portfolio Fair Value Hedge Accounting. Ab dem Umstellungszeitpunkt werden die im Eigenkapital ausgewiesene Rücklage aus Cash Flow Hedges sowie die zugehörigen Sicherungsgeschäfte über die Restlaufzeit der Sicherungsgeschäfte im Zinsüberschuss amortisiert. Ein Ergebniseffekt entsteht dabei nicht.

g) Rücklage aus der Währungsumrechnung

Die Rücklage aus der Währungsumrechnung beinhaltet Umrechnungsgewinne und -verluste, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind. Einbezogen wurden dabei Wechselkursdifferenzen aus der Konsolidierung von Tochterunternehmen und at-Equity-bewerteten Unternehmen.

(75) Bedingtes Kapital

Das Bedingte Kapital ist für die Ausgabe von Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen sowie Genussrechten mit Wandlungs- oder Optionsrechten vorgesehen. Die Entwicklung des Bedingten Kapitals stellt sich wie folgt dar:

	Bedingtes Kapital 1.1.2012	Zugänge	Verfall/ Verbrauch	Aufhebung gemäß Satzung	Bedingtes Kapital ¹ 31.12.2012	darunter:	
						belegtes Bedingtes Kapital	noch verfü- bares Beding- tes Kapital
	Mio. €						
Wandel-/Optionsanleihen/ Genussrechte	1.553	3.685	179	665	4.394	—	4.394
Gesamt	1.553	3.685	179	665	4.394	—	4.394

¹ Das Bedingte Kapital dient in Höhe von 1.644 Mio. Euro der Gewährung von Aktien bei Ausübung von Umtauschrechten, die dem nach dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichteten Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung, vertreten durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, als stillem Gesellschafter der Gesellschaft gewährt wurden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als der Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung von dem Umtauschrecht Gebrauch macht.

Das Grundkapital der Gesellschaft ist aufgrund des Beschlusses der Hauptversammlung vom 23. Mai 2012 um bis zu 2.750.000.000,00 Euro eingeteilt in 2.750.000.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien, bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2012/I gemäß § 4 Abs. 4 der Satzung). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber beziehungsweise Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen oder Wandelgenussrechten oder von Optionsscheinen aus Optionsschuldverschreibungen oder Optionsgenusrechten, die von der Commerzbank Aktiengesellschaft oder unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der Commerzbank Aktiengesellschaft (Konzernunternehmen im Sinne von § 18 Abs. 1 AktG) auf der Grundlage des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung vom 23. Mai 2012 (Ermächtigung 2012) bis zum 22. Mai 2017 ausgegeben oder garantiert werden, von ihren Wandlungs- oder Optionsrechten Gebrauch machen oder ihre entsprechenden Wandlungs- oder Optionspflichten erfüllen und nicht andere Erfüllungsformen gewählt werden.

Das Grundkapital der Gesellschaft ist aufgrund des Beschlusses der ordentlichen Hauptversammlung vom 23. Mai 2012 um bis zu Euro 935.000.000,00, eingeteilt in bis zu 935.000.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien, bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2012/II gemäß § 4 Abs. 8 der Satzung). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Aktien bei Ausübung von Umtauschrechten, die dem nach dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichteten Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung, vertreten durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, als stillem Gesellschafter der Gesellschaft gewährt wurden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie der Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung von dem Umtauschrecht Gebrauch macht.

Das Grundkapital der Gesellschaft ist aufgrund des Beschlusses der ordentlichen Hauptversammlung vom 6. Mai 2011 um bis zu 709.312.132,00 Euro, eingeteilt in bis zu 709.312.132 auf den Inhaber lautende Stückaktien, bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2011/III gemäß § 4 Abs. 5 der Satzung). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Aktien bei Ausübung von Umtauschrechten, die dem nach dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichteten Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung, vertreten durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, als stillem Gesellschafter der Gesellschaft gewährt wurden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie der Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung von dem Umtauschrecht Gebrauch macht.

(76) Genehmigtes Kapital

Datum der Beschlussfassung	Ursprünglicher Betrag	In Vorjahren für Kapitalerhöhungen verbraucht	2012 für Kapitalerhöhungen verbraucht	Aufhebung gemäß Satzung	Verbleibender Betrag	Befristung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	
6.5.2011	2.000	—	537	—	1.463	5.5.2016
23.5.2012	1.150	—	—	—	1.150	22.5.2017
23.5.2012	2.455	—	—	—	2.455	22.5.2017
Gesamt	5.605	—	537	—	5.068	

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 5. Mai 2016 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um 1.462.936.397,00 Euro zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2011 gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung). Dabei ist den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen; das gesetzliche Bezugsrecht kann auch in der Weise eingeräumt werden, dass die neuen Aktien von einem Kreditinstitut oder einem Konsortium von Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären der Commerzbank Aktiengesellschaft zum Bezug anzubieten. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht in folgenden Fällen auszuschließen:

- um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht auszunehmen;
- um in dem Umfang, in dem es erforderlich ist, Inhabern von durch die Commerzbank Aktiengesellschaft oder durch unmittelbare oder mittelbare Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der Commerzbank Aktiengesellschaft (Konzernunternehmen im Sinne von § 18 Abs. 1 AktG) ausgegebenen oder noch auszugebenden Wandlungs- oder Optionsrechten ein Bezugsrecht einzuräumen, wie es ihnen nach Ausübung des Wandlungs- oder Optionsrechts oder nach Erfüllung einer entsprechenden Wandlungs- oder Optionspflicht zustehen würde;
- um in Höhe von bis zu 20.000.000,00 Euro Belegschaftsaktien an Mitarbeiter der Commerzbank Aktiengesellschaft und unmittelbarer oder mittelbarer Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der Commerzbank Aktiengesellschaft (Konzernunternehmen im Sinne von § 18 Abs. 1 AktG) auszugeben;
- um das Grundkapital gegen Sacheinlagen zu erhöhen;
- bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis für Aktien der Gesellschaft gleicher Ausstattung im Zeitpunkt der Festlegung des Ausgabebetrags nicht wesentlich unterschreitet. Die unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß §§ 203 Abs. 1, 186 Abs. 3 Satz 4 AktG aufgrund dieser Ermächtigung ausgegebenen Aktien dürfen insgesamt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft im Zeitpunkt des Wirksamwerdens oder – falls dieser Wert geringer ist – im Zeitpunkt der Ausübung der vorliegenden Ermächtigung nicht überschreiten. Die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals vermindert sich um den anteiligen Betrag des Grundkapitals, der auf diejenigen eigenen Aktien der Gesellschaft entfällt, die während der Laufzeit des Genehmigten Kapitals 2011 unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre gemäß §§ 71 Abs. 1 Nr. 8 Satz 5, 186 Abs. 3 Satz 4 AktG veräußert werden. Die Höchstgrenze vermindert sich ferner um den anteiligen Betrag des Grundkapitals, der auf diejenigen Aktien entfällt, die zur Bedienung von Options- oder Wandelschuldverschreibungen mit Options- oder Wandlungsrecht oder mit Options- oder Wandlungspflicht auszugeben sind, sofern die Schuldverschreibungen während der Laufzeit des Genehmigten Kapitals 2011 unter Ausschluss des Bezugsrechts in entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG auszugeben werden.

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 22. Mai 2017 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um 1.150.000.000,00 Euro zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2012/I gemäß § 4 Absatz 6 der Satzung). Dabei ist den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen; das gesetzliche Bezugsrecht kann auch in der Weise eingeräumt werden, dass die neuen Aktien von einem Kreditinstitut oder einem Konsortium von Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären der Commerzbank Aktiengesellschaft zum Bezug anzubieten. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht in folgenden Fällen auszuschließen:

- um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht auszunehmen;
- um in dem Umfang, in dem es erforderlich ist, Inhabern von durch die Commerzbank Aktiengesellschaft oder durch unmittelbare oder mittelbare Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der Commerzbank Aktiengesellschaft (Konzernunternehmen im Sinne von §18 Abs. 1 AktG) ausgegebenen oder noch auszugebenden Wandlungs- oder Optionsrechten ein Bezugsrecht einzuräumen, wie es ihnen nach Ausübung des Wandlungs- oder Optionsrechts oder nach Erfüllung eines entsprechenden Wandlungs- oder Optionspflicht zustehen würde;

- um Aktien an Vorstandsmitglieder, Mitglieder der Geschäftsführung oder Mitarbeiter der Commerzbank Aktiengesellschaft und unmittelbarer oder mittelbarer Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der Commerzbank Aktiengesellschaft (Konzernunternehmen im Sinne von § 18 Abs. 1 AktG) gegen Sacheinlagen durch Einbringung von Ansprüchen auf variable Vergütungsbestandteile, Gratifikationen oder ähnlichen Forderungen gegen die Gesellschaft oder Konzernunternehmen auszugeben.

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 22. Mai 2017 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bareinlage und/oder teilweise oder vollständige Einbringung der stillen Einlagen aus von der AZ-Arges Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH und dem Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung eingegangenen stillen Gesellschaften einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um 2.455.000.000,00 Euro zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2012/II gemäß § 4 Abs. 7 der Satzung). Von der Ermächtigung zur Ausgabe von Aktien gegen Bareinlagen darf der Vorstand nur Gebrauch machen, um die dadurch der Gesellschaft zufließenden Geldmittel nach Abzug der Emissionskosten zur vollständigen oder teilweisen Rückzahlung der bestehenden stillen Einlagen zu verwenden. Dabei sind die aus einer Kapitalerhöhung der Gesellschaft zufließenden Geldmittel stets überwiegend für die Rückzahlung der bestehenden stillen Einlage des Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung zu verwenden. Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen; das gesetzliche Bezugsrecht kann auch in der Weise eingeräumt werden, dass die neuen Aktien von einem Kreditinstitut oder einem Konsortium von Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären der Commerzbank Aktiengesellschaft zum Bezug anzubieten. Der AZ-Arges Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH und dem Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung, vertreten durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, kann das Recht eingeräumt werden, bei Ausübung ihrer Bezugsrechte zur Leistung des Bezugspreises für jede bezogene Aktie anstelle einer Bareinlage stille Einlagen aus von der AZ-Arges Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH beziehungsweise dem Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung eingegangenen stillen Gesellschaften in entsprechender Höhe einzubringen. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre in folgenden Fällen auszuschließen:

- um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht auszunehmen;
- um ausschließlich die AZ-Arges Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH und/oder den Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung, vertreten durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, zur Zeichnung gegen teilweise oder vollständige Einbringung der stillen Einlagen aus den von der AZ-Arges Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH beziehungsweise dem Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung eingegangenen stillen Gesellschaften zuzulassen.

Der Vorstand ist ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhungen und ihrer Durchführung festzulegen.

(77) Fremdwährungsvolumina

Zum 31. Dezember 2012 wurden im Konzern folgende Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (ohne Marktwerte aus Derivaten) in fremder Währung bilanziert:

	31.12.2012			31.12.2011			Veränd. in %
	USD	PLN	GBP	Andere	Gesamt	Gesamt	
	Mio. €						
Barreserve	6.064	914	67	1.512	8.557	3.768	.
Forderungen an Kreditinstitute	18.143	431	2.150	2.620	23.344	27.151	– 14,0
Forderungen an Kunden	33.308	8.364	14.448	16.569	72.689	81.917	– 11,3
Handelsaktiva	12.250	325	2.243	1.983	16.801	22.149	– 24,1
Finanzanlagen	16.224	4.809	1.921	2.462	25.416	28.678	– 11,4
Andere Bilanzposten	1.317	726	438	220	2.701	1.689	59,9
Fremdwährungsvermögen	87.306	15.569	21.267	25.366	149.508	165.352	– 9,6
Verbindlichkeiten gegenüber							
Kreditinstituten	26.870	634	3.704	4.345	35.553	33.891	4,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	15.222	11.153	3.563	4.263	34.201	37.755	– 9,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	6.592	692	445	7.838	15.567	19.349	– 19,5
Handelspassiva	1.172	32	562	1.103	2.869	3.297	– 13,0
Andere Bilanzposten	1.800	442	659	898	3.799	3.759	1,1
Fremdwährungsverbindlichkeiten	51.656	12.953	8.933	18.447	91.989	98.051	– 6,2

Den offenen Bilanzposten außerhalb des Handelsbereichs standen entsprechende laufzeitkongruente Devisentermingeschäfte oder Währungsswaps gegenüber.

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

(78) Derivative Geschäfte

Der Commerzbank-Konzern schließt Geschäfte mit derivativen Finanzinstrumenten ab, die nachfolgend erläutert werden.

Bei einem Derivat handelt es sich um ein Finanzinstrument, dessen Wert von einem sogenannten Basiswert abhängt. Dieser Basiswert kann beispielsweise ein Zinssatz, ein Warenpreis, ein Aktien-, Währungs- oder Anleihekurs sein. Dabei erfordert das Finanzinstrument keine oder, im Vergleich zu anderen Vertragsformen mit ähnlicher Reaktion auf Marktbedingungsänderungen, nur geringe Anschaffungskosten. Der Ausgleich erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Bei dem größten Teil der Derivatetransaktionen handelt es sich um OTC-Derivate, bei denen Nominalbetrag, Laufzeit und Preis jeweils individuell zwischen der Bank und ihren Gegenparteien ausgehandelt werden. Die Bank schließt Derivate jedoch auch an regulierten Börsen ab. Es handelt sich hier um standardisierte Kontrakte mit standardisierten Nominalbeträgen und Erfüllungsterminen.

Dabei gibt der Nominalbetrag das von der Bank gehandelte Geschäftsvolumen an. Die in den Tabellen aufgeführten positiven beziehungsweise negativen Marktwerte sind dagegen die Aufwendungen, die der Bank beziehungsweise der Gegenpartei für den Ersatz der ursprünglich geschlossenen Kontrakte durch wirtschaftlich gleichwertige Geschäfte entstehen würden. Ein positiver Marktwert gibt damit aus Sicht der Bank das maximale potenzielle kontrahentenbezogene Adressenausfallrisiko an, das am Bilanzstichtag aus derivativen Geschäften bestanden hat.

Zur Minimierung (Reduzierung) sowohl des ökonomischen als auch des regulatorischen Kreditrisikos aus diesen Instrumenten schließen wir Rahmenverträge (zweiseitige Aufrechnungsvereinbarungen) mit unseren Geschäftspartnern ab (wie beispielsweise 1992 ISDA Master Agreement Multicurrency Cross Border; deutscher Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte). Durch den Abschluss derartiger zweiseitiger Aufrechnungsvereinbarungen können die positiven und negativen Marktwerte der unter einem Rahmenvertrag einbezogenen derivativen Kontrakte miteinander verrechnet sowie die regulatorischen Zuschläge für zukünftige Risiken (Add-ons) dieser Produkte verringert werden. Im Rahmen dieses Nettingprozesses reduziert sich das Kreditrisiko auf eine einzige Nettoforderung gegenüber dem Vertragspartner (Close-out-Netting).

Sowohl für die regulatorischen Meldungen als auch für die interne Messung und Überwachung unserer Kreditengagements setzen wir derartige risikoreduzierende Techniken nur dann ein, wenn wir sie bei Insolvenz des Geschäftspartners in der jeweiligen Jurisdiktion auch für durchsetzbar halten. Zur Prüfung der Durchsetzbarkeit nutzen wir die von verschiedenen internationalen Kanzleien hierfür erstellten Rechtsgutachten.

Analog zu den Rahmenverträgen gehen wir mit unseren Geschäftspartnern auch Sicherheitenvereinbarungen ein (zum Beispiel Besicherungsanhang für Finanztermingeschäfte; Credit Support Annex), um die sich nach Netting ergebende Nettoforderung/-verbindlichkeit abzusichern (Erhalt oder Stellung von Sicherheiten). Dieses Sicherheitenmanagement führt in der Regel zur Kreditrisikominderung durch zeitnahe (meist tägliche oder wöchentliche) Bewertung und Anpassung der Kundenengagements.

Die folgende Übersicht zeigt neben den Nominalbeträgen und Marktwerten des Derivategeschäfts, die nach zinsabhängigen, währungsabhängigen und von sonstigen Preisrisiken abhängigen Kontrakten aufgegliedert sind, auch die Laufzeitstruktur dieser Geschäfte. Als Marktwerte sind die Summen der positiven und negativen Beträge pro Kontrakt zunächst ohne Kürzung von Sicherheiten und ohne Berücksichtigung etwaiger Nettingvereinbarungen angegeben, da diese produktübergreifend wirken. Bei verkauften Optionen ergeben sich definitionsgemäß keine positiven Marktwerte. Der Nominalbetrag stellt das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Die aufgeführte Fristengliederung der Geschäfte beruht dabei auf den Restlaufzeiten, wobei auf die Kontraktlaufzeit und nicht auf die Laufzeit des Underlyings abgestellt wird. Darüber hinaus zeigt die folgende Übersicht aber auch die sich aus dem in Note 1 beschriebenen saldierten Ausweis in der Bilanz ergebenden Marktwerte der Derivate und darauf entfallender Ausgleichszahlungen. Das Nettingvolumen zum 31. Dezember 2012 betrug insgesamt 162.271 Mio. Euro (Vorjahr: 194.925 Mio. Euro). Auf der Aktivseite entfielen davon auf positive Marktwerte 158.561 Mio. Euro (Vorjahr: 193.561 Mio. Euro) und 3.710 Mio. Euro auf Forderungen aus Ausgleichszahlungen (Vorjahr: 1.364 Mio. Euro). Das passivische Netting betraf negative Marktwerte mit 162.133 Mio. Euro (Vorjahr: 194.753 Mio. Euro) und Verbindlichkeiten aus Ausgleichszahlungen mit 138 Mio. Euro (Vorjahr: 172 Mio. Euro).

31.12.2012	Nominalbetrag Restlaufzeiten					Summe	Marktwert	
	täglich fällig	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		positiv	negativ
	Mio. €							
Fremdwährungsabhängige Termingeschäfte								
OTC-Produkte	6	282.388	158.932	170.518	118.569	730.413	13.592	14.119
Devisenkassa und -termingeschäfte	—	223.807	77.333	21.506	616	323.262	4.444	4.516
Zins-/Währungsswaps	—	21.531	44.708	134.440	111.055	311.734	7.535	7.999
Devisenoptionen – Käufe	—	16.710	15.865	6.633	3.305	42.513	1.417	—
Devisenoptionen – Verkäufe	—	19.780	19.809	7.183	2.985	49.757	—	1.391
Sonstige Devisenkontrakte	6	560	1.217	756	608	3.147	196	213
Börsengehandelte Produkte	—	1.049	91	1	—	1.141	—	—
Devisenfutures	—	1.033	91	—	—	1.124	—	—
Devisenoptionen	—	16	—	1	—	17	—	—
Gesamt	6	283.437	159.023	170.519	118.569	731.554	13.592	14.119
Zinsabhängige Termingeschäfte								
OTC-Produkte	16	523.252	2.004.294	2.019.132	1.728.384	6.275.078	253.072	259.183
Forward Rate Agreements	—	157.479	1.341.339	7.059	—	1.505.877	501	440
Zinsswaps	—	362.127	615.895	1.892.321	1.536.202	4.406.545	240.282	246.267
Zinsoptionen – Käufe	—	1.525	26.685	58.753	84.749	171.712	9.799	—
Zinsoptionen – Verkäufe	—	1.438	16.921	56.885	100.475	175.719	—	10.790
Sonstige Zinskontrakte	16	683	3.454	4.114	6.958	15.225	2.490	1.686
Börsengehandelte Produkte	—	2.372	87.779	5.355	10.759	106.265	—	—
Zinsfutures	—	1.479	32.940	3.980	8.781	47.180	—	—
Zinsoptionen	—	893	54.839	1.375	1.978	59.085	—	—
Gesamt	16	525.624	2.092.073	2.024.487	1.739.143	6.381.343	253.072	259.183
Sonstige Termingeschäfte								
OTC-Produkte	1.013	18.111	51.785	111.903	16.740	199.552	4.354	5.704
Strukturierte Aktien/ Indexprodukte	1.010	8.213	7.403	14.025	1.422	32.073	1.020	1.923
Aktienoptionen – Käufe	—	1.313	6.230	5.438	144	13.125	896	—
Aktienoptionen – Verkäufe	—	1.373	6.395	8.256	1.140	17.164	—	1.297
Kreditderivate	—	5.929	30.475	81.987	13.991	132.382	2.137	2.215
Edelmetallgeschafte	2	723	585	668	—	1.978	59	87
Sonstige Geschäfte	1	560	697	1.529	43	2.830	242	182
Börsengehandelte Produkte	—	26.883	24.637	17.235	415	69.170	—	—
Aktienfutures	—	12.034	261	23	—	12.318	—	—
Aktienoptionen	—	11.533	17.042	14.795	415	43.785	—	—
Sonstige Futures	—	1.805	2.032	1.008	—	4.845	—	—
Sonstige Optionen	—	1.511	5.302	1.409	—	8.222	—	—
Gesamt	1.013	44.994	76.422	129.138	17.155	268.722	4.354	5.704
Summe aller schwebenden Termingeschäfte								
OTC-Produkte	1.035	823.751	2.215.011	2.301.553	1.863.693	7.205.043	271.018	279.006
Börsengehandelte Produkte	—	30.304	112.507	22.591	11.174	176.576	—	—
Gesamt	1.035	854.055	2.327.518	2.324.144	1.874.867	7.381.619	271.018	279.006
Nettoausweis in der Bilanz							112.457	116.873

31.12.2011	Nominalbetrag Restlaufzeiten						Marktwert	
	täglich fällig	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	Summe	positiv	negativ
	Mio. €							
Fremdwährungsabhängige Termingeschäfte								
OTC-Produkte	5	367.938	192.056	169.590	104.667	834.256	17.891	20.805
Devisenkassa und -termingeschäfte	—	304.435	102.508	26.620	683	434.246	7.621	8.250
Zins-/Währungsswaps	—	21.507	49.745	125.972	96.200	293.424	7.881	10.306
Devisenoptionen – Käufe	—	19.580	17.747	7.881	3.814	49.022	2.065	—
Devisenoptionen – Verkäufe	—	22.002	20.255	8.263	3.370	53.890	—	2.078
Sonstige Devisenkontrakte	5	414	1.801	854	600	3.674	324	171
Börsengehandelte Produkte	—	547	63	3	—	613	—	—
Devisenfutures	—	544	63	1	—	608	—	—
Devisenoptionen	—	3	—	2	—	5	—	—
Gesamt	5	368.485	192.119	169.593	104.667	834.869	17.891	20.805
Zinsabhängige Termingeschäfte								
OTC-Produkte	7	656.015	2.013.079	2.805.060	2.406.901	7.881.062	296.597	302.788
Forward Rate Agreements	—	84.028	1.017.256	4.886	—	1.106.170	314	318
Zinsswaps	—	565.961	946.942	2.671.066	2.225.766	6.409.735	283.700	289.933
Zinsoptionen – Käufe	—	2.587	25.838	63.043	77.493	168.961	9.824	—
Zinsoptionen – Verkäufe	—	2.818	19.028	58.601	95.768	176.215	—	10.442
Sonstige Zinskontrakte	7	621	4.015	7.464	7.874	19.981	2.759	2.095
Börsengehandelte Produkte	—	1.406	33.716	2.452	3.902	41.476	—	—
Zinsfutures	—	1.314	25.602	2.438	3.888	33.242	—	—
Zinsoptionen	—	92	8.114	14	14	8.234	—	—
Gesamt	7	657.421	2.046.795	2.807.512	2.410.803	7.922.538	296.597	302.788
Sonstige Termingeschäfte								
OTC-Produkte	698	24.887	44.681	161.952	21.124	253.342	7.812	8.518
Strukturierte Aktien/ Indexprodukte	693	12.766	8.976	15.165	1.432	39.032	2.059	1.604
Aktienoptionen – Käufe	—	4.032	6.450	6.029	98	16.609	1.244	—
Aktienoptionen – Verkäufe	—	3.850	7.882	9.913	1.348	22.993	—	2.109
Kreditderivate	—	3.077	19.585	129.066	18.194	169.922	4.145	4.390
Edelmetallgeschafte	3	788	1.001	413	—	2.205	92	121
Sonstige Geschäfte	2	374	787	1.366	52	2.581	272	294
Börsengehandelte Produkte	—	27.241	30.358	19.179	232	77.010	—	—
Aktienfutures	—	6.740	638	3	—	7.381	—	—
Aktienoptionen	—	14.754	20.539	14.740	232	50.265	—	—
Sonstige Futures	—	1.500	1.730	1.060	—	4.290	—	—
Sonstige Optionen	—	4.247	7.451	3.376	—	15.074	—	—
Gesamt	698	52.128	75.039	181.131	21.356	330.352	7.812	8.518
Summe aller schwebenden Termingeschäfte								
OTC-Produkte	710	1.048.840	2.249.816	3.136.602	2.532.692	8.968.660	322.300	332.111
Börsengehandelte Produkte	—	29.194	64.137	21.634	4.134	119.099	—	—
Gesamt	710	1.078.034	2.313.953	3.158.236	2.536.826	9.087.759	322.300	332.111
Nettoausweis in der Bilanz							128.739	137.358

Kreditgruppengliederung im derivativen Geschäft:

Die folgende Tabelle weist die positiven und negativen Marktwerte der derivativen Geschäfte des Commerzbank-Konzerns nach den jeweiligen Kontrahenten aufgegliedert auf. Der Commerzbank-Konzern betreibt derivative Geschäfte überwiegend mit Kontrahenten einwandfreier Bonität. Der überwiegende Teil der Marktwerte konzentriert sich auf Kredit- und Finanzinstitute mit Sitz in einem OECD-Land.

	31.12.2012		31.12.2011	
	<u>positiver Marktwert</u>	<u>negativer Marktwert</u>	<u>positiver Marktwert</u>	<u>negativer Marktwert</u>
	Mio. €			
OECD-Zentralregierungen	4.238	3.597	2.957	2.723
OECD-Banken	95.171	103.702	117.508	132.843
OECD-Finanzinstitute	161.583	165.678	190.712	190.841
Sonstige Unternehmen, Privatpersonen	9.169	3.488	10.020	3.375
Nicht-OECD-Banken	<u>857</u>	<u>2.541</u>	<u>1.103</u>	<u>2.329</u>
Gesamt	<u>271.018</u>	<u>279.006</u>	<u>322.300</u>	<u>332.111</u>

Das Volumen bei dem der Commerzbank-Konzern als Sicherungsnehmer (Käufer) beziehungsweise als Sicherungsgeber (Verkäufer) auftritt, belief sich zum Bilanzstichtag auf 68.634 Mio. Euro (Vorjahr: 89.804 Mio. Euro) beziehungsweise 63.748 Mio. Euro (Vorjahr: 80.118 Mio. Euro). Diese dem Transfer von Kreditrisiken dienenden Produkte werden von uns sowohl im Handelsbereich zur Arbitrage als auch im Anlagebereich zur Diversifikation unserer Kreditportfolios eingesetzt. Die nachfolgende Tabelle veranschaulicht dabei unsere Risikostruktur bezogen auf die jeweils abgesicherten Risikoaktiva.

	31.12.2012		31.12.2011	
	<u>Nominale Sicherungsnehmer</u>	<u>Nominale Sicherungsgeber</u>	<u>Nominale Sicherungsnehmer</u>	<u>Nominale Sicherungsgeber</u>
	Mio. €			
OECD-Zentralregierungen ...	6.565	6.248	7.731	6.277
OECD-Banken	6.967	7.135	8.094	8.108
OECD-Finanzinstitute	4.474	4.479	7.883	9.174
Sonstige Unternehmen, Privatpersonen ¹	49.074	45.131	64.831	55.630
Nicht-OECD-Banken	<u>1.554</u>	<u>755</u>	<u>1.265</u>	<u>929</u>
Gesamt	<u>68.634</u>	<u>63.748</u>	<u>89.804</u>	<u>80.118</u>

¹ Vorjahr angepasst.

Angaben zu Derivaten des Cash Flow Hedge Accountings:

Die Nominalwerte der Derivate, die bis zur Beendigung des Cash Flow Hedge Accountings im Jahr 2009 (vergleiche Note 74) eingesetzt wurden, beliefen sich zum 31. Dezember 2012 auf 184 Mrd. Euro (Vorjahr: 233 Mrd. Euro). Nachstehende Tabelle zeigt die Berichtszeiträume, in denen diese voraussichtlich fällig werden.

	31.12.2012	31.12.2011
	Mrd. €	
Bis drei Monate	6	17
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	27	31
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	135	160
Mehr als fünf Jahre	16	25

Je Laufzeitband lagen Grundgeschäfte mit Nominalwerten in mindestens dieser Höhe vor.

(79) Übertragene finanzielle Vermögenswerte

a) Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte (Eigen- und Fremdbestand)

Für folgende finanzielle Verbindlichkeiten wurden finanzielle Vermögenswerte als Sicherheit übertragen:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	Veränd. in %
		Mio. €	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	54.625	41.834	30,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	43.485	29.148	49,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	—	—	.
Sonstige Passiva	17	—	.
Gesamt	<u>98.127</u>	<u>70.982</u>	<u>38,2</u>

Nachstehende finanzielle Vermögenswerte (Eigen- und Fremdbestand) waren als Sicherheiten für die vorgenannten Verbindlichkeiten, die nach Netting dargestellt werden, übertragen. Weiterhin wurden zurückgekaufte eigene besicherte Anleihen von 5.526 Mio. Euro als Sicherheiten für finanzielle Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten übertragen.

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	Veränd. in %
		Mio. €	
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	23.691	24.031	– 1,4
Handelsaktiva sowie Finanzanlagen	72.300	60.371	19,8
Sonstige Aktiva	17	—	.
Gesamt	<u>96.008</u>	<u>84.402</u>	<u>13,8</u>

Von den finanziellen Vermögenswerten des Commerzbank-Konzerns konnten vom Empfänger aufgrund vertrags- oder gewohnheitsmäßiger Rechte weiterveräußert oder verpfändet werden:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	Veränd. in %
		Mio. €	
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	45	77	– 41,6
Handelsaktiva sowie Finanzanlagen	15.175	19.087	– 20,5
Sonstige Aktiva	—	—	.
Gesamt	<u>15.220</u>	<u>19.164</u>	<u>– 20,6</u>

Die Sicherheitenstellung erfolgte für Geldaufnahmen im Rahmen echter Pensionsgeschäfte (Repos). Darüber hinaus wurden Sicherheiten für zweckgebundene Refinanzierungsmittel und Wertpapierleihgeschäfte gestellt. Die Transaktionen wurden unter den handelsüblichen und gebräuchlichen Bedingungen für Wertpapierleih- und Pensionsgeschäfte ausgeführt.

b) Übertragene, aber nicht ausgebuchte finanzielle Vermögenswerte (Eigenbestand)

Im Rahmen von echten Pensions- und Leihgeschäften wurden Wertpapiere aus Eigenbeständen als Sicherheiten übertragen. Eine Ausbuchung dieser Wertpapiere erfolgte nicht, da alle mit dem Eigentum dieser Wertpapiere verbundenen Chancen und Risiken im Commerzbank-Konzern zurückbehalten wurden. Daneben wurden für Verbindlichkeiten gegenüber Zentralbanken auch zurückgekaufte eigene besicherte Anleihen von 5.526 Mio. Euro als Sicherheiten übertragen. Die zum 31. Dezember 2012 aus dem Eigenbestand übertragenen Wertpapiere und die zugehörigen Verbindlichkeiten (vor Netting) stellten sich wie folgt dar:

	Handelsaktiva Zu Handelszwecken gehalten	Finanzanlagen		
		Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Kredite und Forderungen
		Mio. €		
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsgeber (Repo-Agreements)				
Buchwerte der übertragenen Wertpapiere	10.609	—	231	2.228
Buchwerte der zugehörigen Verbindlichkeiten	11.247	—	239	2.067
Verliehene Wertpapiere aus Leihgeschäften				
Buchwerte der übertragenen Wertpapiere	2.071	—	809	—
Buchwerte der zugehörigen Verbindlichkeiten	2.204	—	37	—
An Zentralbanken übertragene Vermögenswerte (ohne Repo- Agreements)				
Buchwerte der übertragenen Wertpapiere	—	—	—	10.023
Buchwerte der zugehörigen Verbindlichkeiten	—	—	—	13.822

Die beizulegenden Zeitwerte für Transaktionen, bei denen ein Rückgriff des Kontrahenten (Sicherungsnehmer) nur auf die übertragenen Vermögenswerte erfolgt, stellten sich zum 31. Dezember 2012 folgendermaßen dar:

	Handelsaktiva Zu Handelszwecken gehalten	Finanzanlagen		
		Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Kredite und Forderungen
		Mio. €		
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsgeber (Repo-Agreements)				
Beizulegender Zeitwert der übertragenen Wertpapiere	10.609	—	231	2.154
Beizulegender Zeitwert der zugehörigen Verbindlichkeiten	11.247	—	239	2.067
Nettoposition	– 638	—	– 8	87
Verliehene Wertpapiere aus Leihgeschäften				
Beizulegender Zeitwert der übertragenen Wertpapiere	2.071	—	809	—
Beizulegender Zeitwert der zugehörigen Verbindlichkeiten	2.204	—	37	—
Nettoposition	– 133	—	772	—
An Zentralbanken übertragene Vermögenswerte (ohne Repo- Agreements)				
Beizulegender Zeitwert der übertragenen Wertpapiere	—	—	—	9.963
Beizulegender Zeitwert der zugehörigen Verbindlichkeiten	—	—	—	13.819
Nettoposition	—	—	—	– 3.856

c) Übertragene, ausgebuchte finanzielle Vermögenswerte mit anhaltendem Engagement

Ein anhaltendes Engagement (Continuing Involvement) ist gegeben, wenn bei einer Übertragung von Vermögenswerten die vertraglichen Rechte und Pflichten, die sich auf den übertragenen Vermögenswert beziehen, weiterhin im Commerzbank-Konzern verbleiben. Ein anhaltendes Engagement kann sich außerdem aus der Übernahme von neuen Rechten und Pflichten im Zusammenhang mit den übertragenen Vermögenswerten ergeben. Im Commerzbank-Konzern wurden keine nennenswerten Transaktionen abgeschlossen, die trotz anhaltendem Engagement zu einer Ausbuchung der Vermögenswerte führten.

(80) Fristigkeiten der Vermögenswerte und Schulden

Nachfolgend nehmen wir die Einordnung aller Vermögenswerte und Schulden (mit Ausnahme positiver und negativer Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten) in kurzfristig und langfristig vor. Für die Aufgliederung der Derivate verweisen wir auf Note 78. Als kurzfristig definieren wir die Restlaufzeit beziehungsweise den Zeitpunkt der voraussichtlichen Realisierung oder Erfüllung, wenn zwischen dem Abschlussstichtag und dem Fälligkeitstermin weniger als ein Jahr liegt. Finanzinstrumente in den Handelsaktiva und -passiva ohne vertragliche Fälligkeiten, der Posten Barreserve, Vermögenswerte und Schulden, die zur Veräußerung gehalten werden, sowie tatsächliche Ertragsteuern stufen wir grundsätzlich als kurzfristig ein. Die Bilanzposten Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen, Immaterielle Anlagewerte, Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Vermögenswerte und latente Ertragsteuern ordnen wir dagegen grundsätzlich als langfristig ein. Für die Aufgliederung der Sonstigen Aktiva und Passiva nehmen wir eine Einschätzung für die wesentlichen Posten vor. Für die Einordnung der Fälligkeiten der wesentlichen Arten von Rückstellungen verweisen wir auf unsere Ausführungen in Note 68.

	Kurzfristig	Langfristig
	Mio. €	
Barreserve	15.755	—
Forderungen an Kreditinstitute	79.174	8.854
Forderungen an Kunden	105.328	173.218
Handelsaktiva	24.640	13.104
Finanzanlagen	9.740	79.402
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen	—	744
Immaterielle Anlagewerte	—	3.051
Sachanlagen	—	1.372
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	—	637
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen	757	—
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	790	—
Latente Ertragsteueransprüche	—	3.015
Sonstige Aktivposten	2.323	1.517
Gesamt	238.507	284.914
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	70.141	40.101
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	220.352	45.490
Verbriefte Verbindlichkeiten	17.963	61.369
Handelspassiva	8.609	2.368
Rückstellungen	2.633	626
Tatsächliche Ertragsteuerschulden	324	—
Latente Ertragsteuerschulden	—	90
Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen	2	—
Sonstige Passiva	3.634	4.356
Nachrang- und Hybridkapital	564	13.349
Gesamt	324.222	167.749

In der Restlaufzeitengliederung stellen wir die Restlaufzeiten für Finanzinstrumente dar, für die vertragliche Laufzeiten vorliegen. Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und der vertraglichen Fälligkeit der Finanzinstrumente angesehen. Bei Finanzinstrumenten, die in Teilbeträgen gezahlt werden, ist die Restlaufzeit für jeden einzelnen Teilbetrag angesetzt worden.

31.12.2012	Restlaufzeiten				
	täglich fällig und unbefristet	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre
			Mio. €		
Forderungen an Kreditinstitute	34.492	34.180	10.597	8.125	740
Forderungen an Kunden	29.308	45.564	37.340	84.913	89.075
Schuldverschreibungen und anderezinsbezogene Wertpapiere sowie Schuldscheindarlehen der Handelsaktiva	100	2.835	3.708	6.312	6.792
Schuldverschreibungen und anderezinsbezogene Wertpapiere der Finanzanlagen	—	5.130	4.610	33.576	44.232
Gesamt	63.900	87.709	56.255	132.926	140.839
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ...	43.089	21.670	5.382	27.396	12.705
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	142.377	61.999	15.976	16.129	29.361
Verbriefte Verbindlichkeiten	—	8.301	9.662	47.302	14.067
Handelspassiva	4	843	1.986	1.173	1.195
Nachrang- und Hybridkapital ¹	—	375	197	5.052	8.484
Gesamt	185.470	93.188	33.203	97.052	65.812

¹ Ohne Zinsabgrenzungen und Disagien (– 1.130 Mio. Euro) sowie Bewertungseffekte (935 Mio. Euro).

31.12.2011	Restlaufzeiten				
	täglich fällig und unbefristet	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre
			Mio. €		
Forderungen an Kreditinstitute	35.867	30.236	11.475	8.858	1.596
Forderungen an Kunden	24.716	49.752	34.677	98.002	97.352
Schuldverschreibungen und anderezinsbezogene Wertpapiere sowie Schuldscheindarlehen der Handelsaktiva	42	3.617	3.649	6.208	8.450
Schuldverschreibungen und anderezinsbezogene Wertpapiere der Finanzanlagen	4	4.407	5.886	33.092	49.137
Gesamt	60.629	88.012	55.687	146.160	156.535
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ...	33.841	23.526	5.023	22.456	13.635
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	129.731	62.481	16.543	12.119	34.470
Verbriefte Verbindlichkeiten	—	17.727	10.433	58.921	18.592
Handelspassiva	1.180	1.132	1.940	1.489	48
Nachrang- und Hybridkapital ¹	—	—	1.175	3.919	10.805
Gesamt	164.752	104.866	35.114	98.904	77.550

¹ Ohne Zinsabgrenzungen und Disagien (– 1.296 Mio. Euro) sowie Bewertungseffekte (857 Mio. Euro).

(81) Marktwert (Fair Value) von Finanzinstrumenten

Ermittlung des Fair Values

Im Folgenden gehen wir auf die Ermittlung von beizulegenden Zeitwerten (Fair Values) von Finanzinstrumenten ein, die in der Bilanz nicht zum Fair Value anzusetzen sind, für die aber gemäß IFRS 7 zusätzlich ein Fair Value anzugeben ist. Für die in der Bilanz zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente sind die Bestimmungsmethoden in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes 2 bis 30) sowie in den Abschnitten der Note 82 zur Bewertung von Finanzinstrumenten und zur Fair-Value-Hierarchie dargelegt.

Der Nominalwert von täglich fälligen Finanzinstrumenten wird als deren Fair Value angesehen. Zu diesen Instrumenten zählen die Barreserve sowie Kontokorrentkredite beziehungsweise Sichteinlagen der Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Kunden beziehungsweise Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden.

Für Kredite und Einlagen stehen keine unmittelbaren Marktpreise zur Verfügung, da es für diese Finanzinstrumente keine organisierten Märkte gibt, an denen sie gehandelt werden. Die Ermittlung des Fair Values für diese Instrumente erfolgt unter Anwendung finanzmathematisch anerkannter Bewertungsverfahren mit aktuellen Marktparametern. Bei Krediten kommt ein Discounted-Cash-Flow-Modell zur Anwendung, dessen Parameter auf einer marktgängigen Zinsstrukturkurve (Swap-Kurve), einem geschäftsbezogenen Risikoaufschlag sowie weiteren Aufschlägen zur Berücksichtigung der Liquiditäts-, Verwaltungs- und Eigenkapitalkosten beruhen. Bei Verbindlichkeiten wird für die Fair-Value-Ermittlung dieselbe Zinskurve herangezogen, wobei zusätzlich das eigene Kreditrisiko (Own Credit Spread) der Commerzbank Aktiengesellschaft sowie ein Zuschlag für Verwaltungsaufwendungen berücksichtigt werden. Daneben werden je nach Produktkategorie marktkonforme Risikoaufschläge für Hypothekenpfandbriefe, öffentliche Pfandbriefe und aufgenommene Darlehen herangezogen.

Den Fair Value für Verbriefte Verbindlichkeiten, Nachrang- und Hybridkapital ermitteln wir soweit möglich auf Basis von Marktpreisen. Sind keine Preise verfügbar, werden die Fair Values durch finanzmathematische Bewertungsmodelle (Discounted-Cash-Flow-Modell, Optionspreismodelle) ermittelt, die wiederum auf am Markt verfügbaren Parametern wie unter anderem Zinskurven, Volatilitäten und Own Credit Spread der Commerzbank aufsetzen. In Fällen, bei denen die Bank strukturierte Schuldverschreibungen emittiert hat, die in der Fair Value Option designiert sind, wird das eigene Kreditrisiko in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigt.

In den nachfolgenden Tabellen stellen wir die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) der Bilanzposten ihren Buchwerten gegenüber:

	Marktwert (Fair Value)		Buchwert		Differenz	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
	Mrd. €					
Aktiva						
Barreserve	15,8	6,1	15,8	6,1	—	—
Forderungen an Kreditinstitute	87,9	87,6	88,0	87,8	-0,1	-0,2
Reverse Repos und Cash Collaterals	55,9	51,6	55,9	51,6		
Forderungen aus dem Geldhandel	2,9	2,8	2,9	2,8		
Schuldscheindarlehen	6,5	8,3	6,6	8,5	-0,1	-0,2
Übrige Forderungen	22,7	25,1	22,7	25,1	0,0	0,0
Risikovorsorge	-0,1	-0,2	-0,1	-0,2		
Forderungen an Kunden	281,5	292,9	278,5	296,6	3,0	-3,7
Reverse Repos und Cash Collaterals	33,9	26,0	33,9	26,0		
Forderungen aus dem Geldhandel	7,3	8,0	7,3	8,0		
Schuldscheindarlehen	19,9	21,1	20,2	21,6	-0,3	-0,5
Hypotheken- und dinglich besicherte Forderungen	100,8	115,2	100,9	118,0	-0,1	-2,8
Übrige Forderungen	127,3	130,5	123,9	130,9	3,4	-0,4
Risikovorsorge	-7,7	-7,9	-7,7	-7,9		
Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges ¹	0,0	0,0	0,2	0,1	-0,2	-0,1
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	6,1	5,1	6,1	5,1	—	—
Handelsaktiva	144,1	155,7	144,1	155,7	—	—
Finanzanlagen	84,3	89,4	89,1	94,5	-4,8	-5,1
Forderungen und Kredite	47,6	55,5	52,4	60,6	-4,8	-5,1
Zur Veräußerung verfügbar	33,9	30,1	33,9	30,1		
Nicht börsennotierte Anteile an Unternehmen	0,4	0,5	0,4	0,5		
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwertbewertet	2,4	3,3	2,4	3,3		
Sonstige Aktivposten	14,0	15,8	14,0	15,8	—	—

¹ Die Fair-Value-Anpassungen aus Portfolio Fair Value Hedges sind in den jeweiligen Bilanzposten der abgesicherten Finanzinstrumente enthalten.

	Marktwert (Fair Value)		Buchwert		Differenz	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
	Mrd. €					
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber						
Kreditinstituten	110,3	98,3	110,2	98,5	0,1	-0,2
Repos und Cash Collaterals	23,8	19,0	23,8	19,0		
Verbindlichkeiten aus dem Geldhandel...	41,1	25,3	41,1	25,3		
Übrige Verbindlichkeiten	45,4	54,0	45,3	54,2	0,1	-0,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	266,1	255,1	265,8	255,3	0,3	-0,2
Repos und Cash Collaterals	32,0	28,2	32,0	28,2		
Verbindlichkeiten aus dem Geldhandel...	42,6	44,2	42,6	44,2		
Übrige Verbindlichkeiten	191,5	182,7	191,2	182,9	0,3	-0,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	83,0	104,6	79,3	105,7	3,7	-1,1
Zu fortgeführten Anschaffungskosten						
bewertet	79,6	101,5	75,9	102,6	3,7	-1,1
Erfolgswirksam zum beizulegenden						
Zeitwert bewertet	3,4	3,1	3,4	3,1		
Wertanpassung aus Portfolio Fair Value						
Hedges ¹	0,0	0,0	1,5	0,9	-1,5	-0,9
Negative Marktwerte aus derivativen						
Sicherungsinstrumenten	11,7	11,4	11,7	11,4	—	—
Handlspassiva	116,1	137,8	116,1	137,8	—	—
Nachrang- und Hybridkapital	13,2	11,8	13,9	15,5	-0,7	-3,7
Sonstige Passivposten	10,2	11,8	10,2	11,8	—	—

¹ Die Fair-Value-Anpassungen aus Portfolio Fair Value Hedges sind in den jeweiligen Bilanzposten der abgesicherten Finanzinstrumente enthalten.

(82) Angaben zu den Bewertungshierarchien von Finanzinstrumenten

Bewertung von Finanzinstrumenten

Nach IAS 39 sind alle Finanzinstrumente beim erstmaligen Ansatz zu ihrem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) zu bewerten, im Falle eines Finanzinstruments, das nicht als erfolgswirksam zum Fair Value zu bewerten klassifiziert ist, unter Einschluss bestimmter Transaktionskosten. Die Folgebewertung der Finanzinstrumente, die als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten klassifiziert sind, oder von jederzeit veräußerbaren finanziellen Vermögenswerten erfolgt laufend zum beizulegenden Zeitwert. In diesem Sinne beinhalten erfolgswirksam zum Fair Value zu bewertende Finanzinstrumente Derivate, zu Handelszwecken gehaltene Instrumente sowie Instrumente, die als zum Fair Value zu bewerten designiert wurden.

Der beizulegende Zeitwert eines Finanzinstruments ist der Betrag, zu dem dieses zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht werden könnte. Der am besten geeignete Maßstab für den Fair Value ist der notierte Marktpreis für ein identisches Instrument an einem aktiven Markt (Bewertungshierarchie Level I). Wenn keine notierten Preise verfügbar sind, erfolgt die Bewertung anhand von notierten Preisen ähnlicher Instrumente an aktiven Märkten. Um den Preis wiederzugeben, zu dem ein Vermögenswert getauscht oder eine Verbindlichkeit beglichen werden könnte, werden Vermögenswerte zum Geldkurs und Verbindlichkeiten zum Briefkurs bewertet. Sind keine notierten Preise für identische oder ähnliche Finanzinstrumente verfügbar, wird der Fair Value unter Anwendung eines geeigneten Bewertungsmodells ermittelt, bei dem die einfließenden Daten soweit möglich aus überprüfbar Marktquellen stammen (Bewertungshierarchie Level II).

Während sich die meisten Bewertungsmethoden auf Daten aus überprüfbar Marktquellen stützen, werden bestimmte Finanzinstrumente unter Einsatz von Bewertungsmodellen bewertet, die andere Eingangswerte heranziehen, für die nicht ausreichend aktuelle überprüfbare Marktdaten vorhanden sind. Diese Bewertungen unterliegen naturgemäß in höherem Maße den Einschätzungen des Managements. Diese nicht beobachtbaren Eingangswerte können Daten enthalten, die extrapoliert oder interpoliert oder in Form von Näherungswerten aus korrelierten oder historischen Daten ermittelt werden. Allerdings werden hierbei in größtmöglichem Umfang Marktdaten oder Daten Dritter und so wenig wie möglich unternehmensspezifische Eingangswerte herangezogen (Bewertungshierarchie Level III).

Die realisierbaren Fair Values, die zu einem späteren Zeitpunkt erzielbar sind, können von den geschätzten Fair Values abweichen. Bewertungsmodelle müssen anerkannten betriebswirtschaftlichen Methoden zur Bewertung von Finanzinstrumenten entsprechen und alle Faktoren berücksichtigen, die Marktteilnehmer bei der Festlegung eines Preises als angemessen betrachten würden. Alle beizulegenden Zeitwerte unterliegen den internen Kontrollen und Verfahren des Commerzbank-Konzerns, in denen die Standards für

deren unabhängige Prüfung oder Validierung festgelegt sind. Diese Kontrollen und Verfahren werden von der Independent Price Verification Group (IPV) innerhalb der Finanzfunktion durchgeführt beziehungsweise koordiniert. Die Modelle, die einfließenden Daten und die daraus resultierenden Fair Values werden regelmäßig vom Senior-Management und der Risikofunktion überprüft.

Hierarchie der Fair Values

Nach IFRS 7 werden zum Fair Value ausgewiesene Finanzinstrumente wie folgt in die dreistufige Bewertungshierarchie zum Fair Value eingestuft (vergleiche auch Bewertung von Finanzinstrumenten):

Level I: Finanzinstrumente, deren Fair Value auf Basis von notierten Preisen für identische Finanzinstrumente an aktiven Märkten ermittelt wird;

Level II: Finanzinstrumente, für die keine notierten Preise für identische Instrumente an einem aktiven Markt verfügbar sind und deren Fair Value unter Einsatz von Bewertungsmethoden ermittelt wird;

Level III: Finanzinstrumente, die unter Anwendung von Bewertungsmethoden bewertet werden, für deren Eingangswerte nicht ausreichend beobachtbare Marktdaten vorhanden sind und bei denen diese Eingangswerte den Fair Value nicht nur unwesentlich beeinflussen.

Die Zuordnung bestimmter Finanzinstrumente zu den Level-Kategorien erfordert eine systematische Beurteilung durch das Management, insbesondere wenn die Bewertung sowohl auf beobachtbaren als auch nicht am Markt beobachtbaren Parametern beruht. Auch unter Berücksichtigung von Änderungen der Marktliquidität und damit der Preistransparenz, kann sich die Klassifizierung eines Instruments im Zeitablauf ändern.

Die in der Bilanz zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente werden in nachfolgenden Übersichten nach Bilanzposten gruppiert sowie nach Bewertungsgrundlagen gegliedert dargestellt. Dabei wird unterschieden, ob der Bewertung notierte Marktpreise zugrunde liegen (Level I), ob die Bewertungsmodelle auf beobachtbaren Marktdaten (Level II) oder auf nicht am Markt beobachtbaren Parametern (Level III) basieren.

Finanzielle Vermögenswerte	31.12.2012				31.12.2011			
	Level I	Level II	Level III	Gesamt	Level I	Level II	Level III	Gesamt
	Mrd. €							
Forderungen an Kreditinstitute								
Forderungen an Kunden								
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten								
Handelsaktiva								
darunter: Positive Marktwerte aus Derivaten								
Finanzanlagen								
Gesamt	67,6	181,8	3,2	252,6	60,5	176,5	5,4	242,4

Finanzielle Verbindlichkeiten		31.12.2012				31.12.2011			
		Level I	Level II	Level III	Gesamt	Level I	Level II	Level III	Gesamt
		Mrd. €							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	0,0	20,0	—	20,0	0,1	12,9	—	13,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	0,0	37,2	—	37,2	1,5	30,4	—	31,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	3,4	—	—	3,4	3,1	—	—	3,1
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	Hedge Accounting	—	11,7	—	11,7	—	11,4	—	11,4
Handelsspassiva	Zu Handelszwecken gehalten	10,8	104,5	0,8	116,1	11,6	124,8	1,4	137,8
	darunter: Negative Marktwerte aus Derivaten	—	104,5	0,7	105,2	—	124,7	1,2	125,9
Nachrangkapital	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	—	—	—	—	—	—	—	—
Gesamt		14,2	173,4	0,8	188,4	16,3	179,5	1,4	197,2

Im Geschäftsjahr 2012 haben wir für zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere eine Umgliederung von 0,7 Mrd. Euro von Level I nach Level II vorgenommen, da keine notierten Marktpreise vorlagen. Für zu Handelszwecken gehaltene verzinsliche Wertpapiere sowie für zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere erfolgten gegenläufig Umgliederungen von 0,7 Mrd. Euro beziehungsweise 0,4 Mrd. Euro von Level II nach Level I, da wieder notierte Marktpreise verfügbar waren. Eine weitere Umgliederung von Level III nach Level II betraf – aufgrund verbesserter Verfügbarkeit und Beobachtbarkeit von entsprechenden Marktdaten – mit 0,8 Mrd. Euro positive Marktwerte aus Derivaten und mit 0,5 Mrd. Euro negative Marktwerte aus Derivaten. Gegenläufig waren für eine strukturierte Transaktion keine Marktdaten mehr beobachtbar, daher erfolgte eine Umgliederung von 0,1 Mrd. Euro von Level II nach Level III. Darüber hinaus erfolgten keine nennenswerten Umgliederungen zwischen Level I, Level II und Level III.

Die dem Level III zugeordneten Finanzinstrumente entwickelten sich im Geschäftsjahr wie folgt:

Finanzielle Vermögenswerte	Forderungen an Kunden	Handels-aktiva Zu Handels- zwecken gehalten	darunter: Positive Marktwerte aus Derivaten	Finanzanlagen		Gesamt
	Erfolgswirksam zum beizu- legenden Zeitwert bewertet		Zu Handels- zwecken gehalten	Erfolgswirksam zum beizu- legenden Zeitwert bewertet	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	
			Mio. €			
Fair Value zum 1.1.2011	214	4.004	693	432	1.294	5.944
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—	—	—	—	—
Erfolgswirksam erfasste Gewinne/Verluste der Periode	—	166	-7	—	—	166
Im Eigenkapital erfasste Gewinne/Verluste	—	—	—	—	-11	-11
Käufe	—	234	154	—	456	690
Verkäufe	—	-976	-113	—	-20	-996
Emissionen	—	—	—	—	—	—
Rückzahlungen	—	-253	-59	—	-622	-875
Umbuchungen	-22	1.049	1.868	-269	-270	488
Fair Value zum 31.12.2011 ..	192	4.224	2.536	163	827	5.406
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—	—	—	—	—
Erfolgswirksam erfasste Gewinne/Verluste der Periode	-2	129	139	—	—	127
Im Eigenkapital erfasste Gewinne/Verluste	-4	-189	-187	8	—	-185
Käufe	—	98	3	—	—	98
Verkäufe	—	-1.232	-760	-18	-164	-1.414
Emissionen	—	—	—	—	—	—
Rückzahlungen	—	-61	-1	-96	-8	-165
Umbuchungen	116	-794	-776	-4	-10	-692
Fair Value zum 31.12.2012 ..	302	2.175	954	53	645	3.175

Finanzielle Verbindlichkeiten	Handelspassiva	darunter: Negative Marktwerte aus Derivaten	Gesamt
	Zu Handelszwecken gehalten	Zu Handelszwecken gehalten	
		Mio. €	
Fair Value zum 1.1.2011	1.291	20	1.291
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—	—
Erfolgswirksam erfasste Gewinne/Verluste der Periode	– 32	– 24	– 32
Im Eigenkapital erfasste Gewinne/Verluste	—	—	—
Käufe	32	—	32
Verkäufe	– 63	– 63	– 63
Emissionen	59	59	59
Rückzahlungen	– 216	– 216	– 216
Umbuchungen	332	1.386	332
Fair Value zum 31.12.2011	1.403	1.162	1.403
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—	—
Erfolgswirksam erfasste Gewinne/Verluste der Periode	—	—	—
Im Eigenkapital erfasste Gewinne/Verluste	– 48	– 48	– 48
Käufe	89	89	89
Verkäufe	2	2	2
Emissionen	—	—	—
Rückzahlungen	– 47	– 47	– 47
Umbuchungen	– 559	– 476	– 559
Fair Value zum 31.12.2012	840	682	840

Sensitivitätsanalyse

Basiert der Wert von Finanzinstrumenten auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern, kann der genaue Wert dieser Parameter zum Bilanzstichtag aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen abgeleitet werden, die im Ermessen des Managements liegen. Beim Erstellen des Konzernabschlusses werden für diese nicht beobachtbaren Eingangsparameter angemessene Werte ausgewählt, die den herrschenden Marktgegebenheiten und dem Bewertungskontrollansatz des Konzerns entsprechen.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen darstellen, die aus der relativen Unsicherheit in den Fair Values von Finanzinstrumenten resultieren, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern basiert. Dabei liegen diese Parameter an den äußeren Enden der Bandbreiten von angemessenen möglichen Alternativen. In der Praxis ist es unwahrscheinlich, dass alle nicht beobachtbaren Parameter gleichzeitig am jeweils äußeren Ende ihrer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen liegen. Aus diesem Grund dürften die angegebenen Schätzwerte die tatsächliche Unsicherheit in den Fair Values dieser Instrumente übertreffen. Die vorliegenden Angaben dienen nicht der Schätzung oder Vorhersage der künftigen Veränderungen des Fair Values. Die am Markt nicht beobachtbaren Parameter wurden hierfür entweder von unabhängigen Bewertungsexperten je nach betroffenem Produkt zwischen 1 und 10 % angepasst oder es wurde ein Standardabweichungsmaß zugrunde gelegt.

Die nachfolgende Tabelle enthält eine Aufgliederung der Sensitivitätsanalyse nach Arten von Instrumenten:

	2012		Geänderte Parameter
	Positive erfolgswirksame Effekte	Negative erfolgswirksame Effekte	
		Mio. €	
Derivate	93	-93	
Aktienbezogene Geschäfte	—	—	Cashflow
Kreditderivate	66	-66	Korrelation, Diskontierungssatz
Zinsbezogene Geschäfte	27	-27	Mean Reversion, Korrelation
Übrige Geschäfte	—	—	
Wertpapiere	105	-73	
Zinsbezogene Geschäfte	105	-73	Credit Spread, Diskontierungssatz
davon: ABS	62	-31	Diskontierungssatz, Wiedergewinnungsfaktor, Credit Spread
Aktienbezogene Geschäfte	—	—	
Kredite	—	—	

Day-One Profit or Loss

Der Commerzbank-Konzern hat Transaktionen getätigt, bei denen der Fair Value zum Transaktionszeitpunkt anhand eines Bewertungsmodells ermittelt wurde und nicht alle wesentlichen Inputparameter auf beobachtbaren Marktparametern basieren. Der Bilanzansatz solcher Transaktionen erfolgt zum Transaktionspreis. Die Differenz zwischen dem Transaktionspreis und dem Fair Value des Bewertungsmodells wird als Day-One Profit or Loss bezeichnet. Der Day-One Profit or Loss wird nicht sofort, sondern über die Laufzeit der Transaktion in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Sobald sich für die Transaktion ein Referenzkurs auf einem aktiven Markt ermitteln lässt oder die wesentlichen Inputparameter auf beobachtbaren Marktdaten basieren, wird der abgegrenzte Day-One Profit or Loss unmittelbar erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst. Eine aggregierte Differenz zwischen Transaktionspreis und Modellwert wird für die Level-III-Posten aller Kategorien ermittelt. Wesentliche Effekte ergeben sich aber nur aus zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten; die Beträge entwickelten sich wie folgt:

Day-One Profit or Loss	2012			2011		
	Handelsaktiva	Handelsspassiva	Gesamt	Handelsaktiva	Handelsspassiva	Gesamt
			Mio. €			
Bestand zum 1.1.	—	3	3	1	1	2
Erfolgsneutrale Zuführungen	—	1	1	—	3	3
Erfolgswirksame Auflösungen	—	2	2	1	1	2
Bestand zum 31.12.	—	2	2	—	3	3

(83) Angaben zu finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten, für die die Fair Value Option angewendet wurde

Im Commerzbank-Konzern wenden wir die Fair Value Option im Wesentlichen zur Vermeidung oder signifikanten Verringerung von Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen (Accounting Mismatch) aus Wertpapieren und Krediten, die mit Zins- beziehungsweise Kreditderivaten gesichert sind, an. Das gilt gleichermaßen bei begebenen strukturierten Schuldverschreibungen, die mit Zins- und Fremdwährungsderivaten gesichert sind.

Darüber hinaus wird die Fair Value Option für Finanzinstrumente genutzt, deren Management und Performancemessung auf Fair-Value-Basis erfolgt beziehungsweise für Finanzinstrumente mit eingebetteten Derivaten genutzt.

Das Ergebnis aus der Anwendung der Fair Value Option belief sich insgesamt auf – 334 Mio. Euro (Vorjahr: 292 Mio. Euro) (vergleiche Note 34).

Aus der Anwendung der Fair Value Option zur Vermeidung von Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen sowie für Finanzinstrumente mit eingebetteten Derivaten ergaben sich in den einzelnen Bilanzposten folgende Wertansätze:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränd. in %
		Mio. €	
Forderungen an Kreditinstitute	—	—	.
Forderungen an Kunden	521	619	– 15,8
Finanzanlagen	2.237	2.597	– 13,9
Aktiva Gesamt	2.758	3.216	– 14,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	171	34	.
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.791	1.497	19,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.429	3.080	11,3
Nachrang- und Hybridkapital	8	24	– 66,7
Passiva Gesamt	5.399	4.635	16,5

Für die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Forderungen von 521 Mio. Euro wurden 209 Mio. Euro (Vorjahr: 266 Mio. Euro) durch Kreditderivate gesichert. Die Höhe der Änderungen des beizulegenden Zeitwertes der Forderungen, die auf Änderungen des Ausfallrisikos zurückzuführen ist, betrug im Geschäftsjahr – 5 Mio. Euro (Vorjahr: 24 Mio. Euro) und kumuliert – 153 Mio. Euro (Vorjahr: – 148 Mio. Euro).

Die Änderung der beizulegenden Zeitwerte der zugehörigen, risikobegrenzenden Kreditderivate belief sich im Geschäftsjahr auf 40 Mio. Euro (Vorjahr: 30 Mio. Euro) und kumuliert auf 38 Mio. Euro (Vorjahr: – 2 Mio. Euro).

Für Verbindlichkeiten, auf die die Fair Value Option angewendet wurde, betrug die im Geschäftsjahr 2012 eingetretene kreditrisikobedingte Änderung der beizulegenden Zeitwerte 332 Mio. Euro (Vorjahr: – 293 Mio. Euro). Kumuliert belief sich die Veränderung auf – 27 Mio. Euro (Vorjahr: – 359 Mio. Euro). Der Rückzahlungsbetrag für die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten betrug 5.593 Mio. Euro (Vorjahr: 4.501 Mio. Euro).

Die kreditrisikobedingten Änderungen der beizulegenden Zeitwerte der Forderungen und Verbindlichkeiten wurden im Wesentlichen als Änderungen der beizulegenden Zeitwerte abzüglich der aus Marktkonditionen resultierenden Wertänderungen ermittelt.

Darüber hinaus wurde die Fair Value Option für Finanzinstrumente genutzt, deren Management und Performancemessung auf Fair-Value-Basis erfolgt. Das betraf im Wesentlichen echte Pensionsgeschäfte, Geldmarktgeschäfte sowie erhaltene und gezahlte Sicherheitsleistungen. Hiervon waren folgende Bilanzposten betroffen:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränd. in %
		Mio. €	
Forderungen an Kreditinstitute	34.681	23.779	45,8
Forderungen an Kunden	30.522	23.244	31,3
Finanzanlagen	210	721	– 70,9
Aktiva Gesamt	65.413	47.744	37,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	19.865	12.996	52,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	35.408	30.356	16,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	—	—	.
Nachrang- und Hybridkapital	—	—	.
Passiva Gesamt	55.273	43.352	27,5

Es ergaben sich keine nennenswerten Änderungen der beizulegenden Zeitwerte für Forderungen und Verbindlichkeiten aus dem Ausfallrisiko, da es sich zum einen um kurzfristige Geldmarktgeschäfte und Sicherheitsleistungen im Wertpapierleihgeschäft handelt. Zum anderen haben wir für 57.142 Mio. Euro der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Forderungen (Reverse Repos nach Netting; Vorjahr: 40.535 Mio. Euro) zur Reduzierung des Kontrahentenrisikos 70.796 Mio. Euro (Vorjahr: 48.642 Mio. Euro) Wertpapiere als Sicherheiten erhalten.

Der Rückzahlungsbetrag für die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten betrug 61.916 Mio. Euro (Vorjahr: 43.284 Mio. Euro).

Sonstige Erläuterungen

(84) Kreditrisikokonzentration

Konzentrationen von Ausfallrisiken (Kreditrisikokonzentrationen) können durch Geschäftsbeziehungen mit einzelnen Schuldern oder Schuldnergruppen entstehen, die eine Reihe gemeinsamer Merkmale aufweisen und deren Fähigkeit zur Schuldentilgung gleichermaßen von der Veränderung bestimmter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen abhängt. Neben dem Einholen von Sicherheiten und der Anwendung einer einheitlichen Kreditvergabepolitik ist die Bank zur Minimierung von Kreditrisiken eine Reihe von Master Netting Agreements eingegangen. Diese stellen das Recht zur Verrechnung von Ansprüchen und Verpflichtungen mit einem Kunden im Falle des Ausfalls oder der Insolvenz des Kunden sicher. Die Kreditrisiken im Bereich der Forderungen an Kunden stellten sich nach Buchwerten zum 31. Dezember 2012 wie folgt dar:

	Forderungen	
	31.12.2012	31.12.2011
	Mio. €	
Kunden in Deutschland	175.234	192.645
Firmenkunden	87.532	98.876
Verarbeitendes Gewerbe	24.037	20.833
Baugewerbe	1.165	2.264
Handel	7.745	8.706
Dienstleistungen und Übrige	54.585	67.073
Öffentliche Haushalte	23.795	25.707
Privatkunden	63.907	68.062
Kunden außerhalb Deutschlands	110.966	111.854
Firmen- und Privatkunden	102.990	103.059
Öffentliche Haushalte	7.976	8.795
Zwischensumme	286.200	304.499
abzüglich Wertberichtigungen	-7.654	-7.913
Gesamt	278.546	296.586

Die Kreditrisiken im Bereich der Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen stellten sich nach Buchwerten zum 31. Dezember 2012 wie folgt dar:

	Eventualverbindlichkeiten, unwiderrufliche Kreditzusagen	
	31.12.2012	31.12.2011
	Mio. €	
Kunden und Kreditinstitute in Deutschland	39.398	43.288
Kreditinstitute	459	749
Firmenkunden	34.981	39.769
Verarbeitendes Gewerbe	21.365	10.939
Baugewerbe	1.796	1.091
Handel	4.509	4.217
Dienstleistungen und Übrige	7.311	23.522
Öffentliche Haushalte	79	67
Privatkunden	3.879	2.703
Kunden und Kreditinstitute außerhalb Deutschlands	46.474	48.291
Kreditinstitute	10.873	9.906
Firmen- und Privatkunden	35.370	37.691
Öffentliche Haushalte	231	694
Zwischensumme	85.872	91.579
abzüglich Rückstellungen	-288	-451
Gesamt	85.584	91.128

Die in den obigen Tabellen aufgeführten Buchwerte zur Kreditrisikokonzentration im Bereich der Forderungen sowie im Bereich der Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen sind nicht Gegenstand der internen Risikosteuerung, da das Management von Kreditrisiken auch Sicherheiten, Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie andere ökonomische Faktoren berücksichtigt. Insofern sind die Beträge nicht repräsentativ für die tatsächliche Einschätzung der Kreditrisikokonzentration in der Bank.

(85) Maximales Kreditrisiko

Die maximale Kreditrisikoeexposition gemäß IFRS 7 – ohne Berücksichtigung von Sicherheiten oder sonstigen Kreditverbesserungen – entspricht den Buchwerten der betreffenden bilanziellen Vermögenswerte je Klasse, bei unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten den Nominalwerten. In nachfolgender Tabelle sind die Buch- beziehungsweise Nominalwerte der mit einem potenziellen Ausfallrisiko behafteten Finanzinstrumente zusammengefasst:

<u>Maximales Kreditrisiko</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Wertpapiere unter	107.295	114.492	-6,3
Handelsaktiva	19.747	21.966	-10,1
Finanzanlagen	87.548	92.526	-5,4
Forderungen an Kreditinstitute	88.134	88.032	0,1
Forderungen an Kunden	286.200	304.499	-6,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	112.457	128.739	-12,6
Handelsaktiva	106.400	123.607	-13,9
Sicherungsinstrumente gemäß IAS 39	6.057	5.132	18,0
Sonstige Handelsaktiva	238	424	-43,9
Unwiderrufliche Kreditzusagen	49.747	53.911	-7,7
Eventualverbindlichkeiten	35.837	37.217	-3,7

Die in vorstehender Tabelle aufgeführten Beträge zum maximalen Kreditrisikovolumen sind nicht Gegenstand der internen Risikosteuerung, da das Management von Kreditrisiken auch Sicherheiten, Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie andere ökonomische Faktoren berücksichtigt (siehe Kapital Adressenausfallrisiken im Risikobericht). Insofern sind die Beträge nicht repräsentativ für die tatsächliche Risikoeinschätzung durch die Bank.

(86) Liquiditätskennzahl der Commerzbank Aktiengesellschaft

Die Liquidität eines Instituts gilt als ausreichend, wenn die zu ermittelnde Liquiditätskennzahl den Wert 1 nicht unterschreitet. Die Liquiditätskennzahl gibt das Verhältnis zwischen den ab Meldestichtag bis zum Ende des folgenden Monats (Laufzeitband 1) zur Verfügung stehenden Zahlungsmitteln und den während dieses Zeitraums zu erwartenden Zahlungsabflüssen an. In der Commerzbank Aktiengesellschaft wurde 2012 das als Standardansatz umgesetzte Konzept der Liquiditätsverordnung angewendet.

Zum 31. Dezember 2012 betrug die von der Commerzbank Aktiengesellschaft ermittelte Liquiditätskennzahl 1,38 (Vorjahr: 1,17). Der Liquiditätsüberhang aus dem Laufzeitband 1 erreichte 68,4 Mrd. Euro (Vorjahr: 29,0 Mrd. Euro). Die Liquiditätskennzahlen der Commerzbank Aktiengesellschaft im Jahr 2012 stellten sich wie folgt dar:

	<u>Stand am</u> <u>Monatsende</u>		<u>Stand am</u> <u>Monatsende</u>
Januar	1,13	Juli	1,37
Februar	1,23	August	1,32
März	1,29	September	1,30
April	1,31	Oktober	1,34
Mai	1,31	November	1,33
Juni	1,38	Dezember	1,38

(87) Nachrangige Vermögenswerte

In den Bilanzaktiva waren folgende Nachrangige Vermögenswerte enthalten:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Forderungen an Kreditinstitute	50	56	-10,7
Forderungen an Kunden	510	564	-9,6
Handelsaktiva	188	147	27,9
Finanzanlagen	466	519	-10,2
Gesamt	1.214	1.286	-5,6
darunter: an Kreditinstitute, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—	—	.

Als nachrangig sind Vermögenswerte anzusehen, wenn sie als Forderungen im Fall der Liquidation oder der Insolvenz des Emittenten erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen.

(88) Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen

Der Commerzbank-Konzern ermöglicht seinen Kunden durch Kreditfazilitäten schnellen Zugriff auf Gelder, die von den Kunden zur Erfüllung ihrer kurzfristigen Verpflichtungen sowie der langfristigen Finanzierungsbedürfnisse benötigt werden. Die Kreditfazilitäten können in unterschiedlicher Form bereitgestellt werden, die wir nachstehend beispielhaft aufführen:

- Bürgschaften, mit denen der Konzern die Rückzahlung eines von einem Kunden bei einem Dritten aufgenommenen Kredits garantiert,
- Stand-by Letters of Credit, die die Kreditwürdigkeit des Kunden erhöhen und seine Außenhandelsfinanzierung zu niedrigeren Kosten erleichtern,
- Dokumentenakkreditive für Zahlungen im Außenhandel, die im Namen eines Kunden erfolgen und dem Konzern später erstattet werden,
- Stand-by-Fazilitäten für kurzfristige Schuldtitel und auf revolvingender Basis begebene Schuldtitel, mit denen Kunden bei Bedarf Geldmarktpapiere oder mittelfristige Schuldtitel begeben können, ohne jedes Mal das übliche Emissionsprozedere zu durchlaufen.

Gegebenenfalls dienen Sicherheiten für das Gesamtbligo von Kunden aus Krediten und Avalen. Daneben gibt es Unterbeteiligungen Dritter zu unwiderruflichen Kreditzusagen und Avalen.

Die in der folgenden Tabelle genannten Zahlen wären nur im Falle der vollständigen Ausnutzung der Fazilitäten durch sämtliche Kunden und den darauf folgenden Zahlungsverzug aller – unter der Voraussetzung, dass keine Sicherheiten vorhanden sind – abzuschreiben. Tatsächlich verfällt jedoch der weitaus größte Teil dieser Verpflichtungen, ohne in Anspruch genommen zu werden. Insofern sind diese Beträge nicht repräsentativ für die Risikoeinschätzung, das tatsächliche künftige Kreditengagement oder daraus erwachsende Liquiditätserfordernisse. Weitere Informationen zum Kreditrisiko aus Finanzgarantien beziehungsweise unwiderruflichen Kreditzusagen sowie zu Liquiditätsrisiken und deren Steuerung und Überwachung enthält der Risikobericht.

	31.12.2012	31.12.2011	Veränd. in %
		Mio. €	
Eventualverbindlichkeiten	35.837	37.217	– 3,7
aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	5	1	.
aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	35.783	37.160	– 3,7
Kreditbürgschaften	2.148	3.085	– 30,4
Sonstige Bürgschaften	25.169	26.368	– 4,5
Akkreditive	8.051	7.274	10,7
Garantien für ABS-Verbriefungen	—	—	.
Sonstige Gewährleistungen	415	433	– 4,2
Sonstige Verpflichtungen	49	56	– 12,5
Unwiderrufliche Kreditzusagen	49.747	53.911	– 7,7
Buchkredite an Kreditinstitute	1.369	1.332	2,8
Buchkredite an Kunden	47.119	51.121	– 7,8
Avalkredite	1.025	1.429	– 28,3
Akkreditive	234	29	.
Gesamt	85.584	91.128	– 6,1

Die Restlaufzeiten der Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen insgesamt stellten sich wie folgt dar:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränd. in %
		Mio. €	
Täglich fällig	749	2.284	– 67,2
Bis drei Monate	30.771	30.925	– 0,5
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	16.761	20.254	– 17,2
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	34.209	34.617	– 1,2
Mehr als fünf Jahre	3.094	3.048	1,5
Gesamt	85.584	91.128	– 6,1

Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen wurde in diesen Aufstellungen von den entsprechenden Posten gekürzt.

(89) Echte Pensionsgeschäfte (Repo- und Reverse-Repo-Geschäfte), Wertpapierleihgeschäfte sowie erhaltene oder gezahlte Sicherheitsleistungen (Cash Collaterals)

Im Rahmen echter Pensionsgeschäfte verkauft beziehungsweise kauft der Commerzbank-Konzern Wertpapiere mit einer Rücknahmeverpflichtung beziehungsweise Rückgabeverpflichtung. Die erhaltenen Gegenwerte aus Pensionsgeschäften, bei denen wir Pensionsgeber sind (Rücknahmeverpflichtung der Wertpapiere), werden als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder Kunden bilanziert. Die an den Pensionsnehmer gelieferten Wertpapiere bilanzieren wir weiterhin in unserer Bilanz entsprechend der jeweiligen Kategorie. Als Pensionsnehmer aktiviert der Commerzbank-Konzern eine Forderung gegenüber dem Pensionsgeber in Höhe der gezahlten Sicherheitsleistung. Die als Sicherheit dienenden Wertpapiere nehmen wir in Verwahrung. Wertpapierleihgeschäfte werden mit Kreditinstituten und Kunden getätigt, um dem Bedarf zur Erfüllung von Lieferverpflichtungen nachzukommen oder am Geldmarkt Wertpapierpensionsgeschäfte tätigen zu können. Die verliehenen Wertpapiere weisen wir in unserer Bilanz im Handelsbestand oder in den Finanzanlagen aus, während entliehene Wertpapiere nicht bilanziert werden. Durch uns gestellte Barsicherheiten (Cash Collaterals Out) weisen wir als Forderungen, erhaltene Sicherheiten (Cash Collaterals In) als Verbindlichkeiten aus. Cash Collaterals Outs werden auch im Zusammenhang mit Derivaten als Sicherheiten hinterlegt.

Die zum Bilanzstichtag abgeschlossenen echten Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihgeschäfte sowie die erhaltenen oder gezahlten Sicherheitsleistungen (Cash Collaterals) stellten sich wie folgt dar:

	31.12.2012	31.12.2011	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsgeber (Repo-Agreements)			
Buchwerte der übertragenen Wertpapiere	49.134	37.697	30,3
Erhaltene Sicherheitsleistungen			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.147	9.164	- 0,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	27.715	20.529	35,0
Verliehene Wertpapiere aus Leihgeschäften			
Buchwerte der übertragenen Wertpapiere	18.424	12.699	45,1
Erhaltene Sicherheitsleistungen			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14.703	9.821	49,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.282	7.680	- 44,2
Summe der Buchwerte der übertragenen Wertpapiere	67.558	50.396	34,1
Summe der erhaltenen Sicherheiten	55.847	47.194	18,3
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsnehmer (Reverse-Repo-Agreements)			
Marktwerte der erhaltenen Wertpapiere	71.510	50.002	43,0
Gezahlte Sicherheitsleistungen			
Forderungen an Kreditinstitute	31.956	24.082	32,7
Forderungen an Kunden	25.929	17.922	44,7
Entliehene Wertpapiere aus Leihgeschäften			
Marktwerte der erhaltenen Wertpapiere	17.681	12.491	41,5
Gezahlte Sicherheitsleistungen ¹			
Forderungen an Kreditinstitute	23.905	27.524	- 13,1
Forderungen an Kunden	7.995	8.120	- 1,5
Summe der Marktwerte der erhaltenen Wertpapiere	89.191	62.493	42,7
Summe der geleisteten Sicherheiten	89.785	77.648	15,6

¹ Einschließlich gezahlten Sicherheitsleistungen im Zusammenhang mit Derivaten.

Den Buchwerten der verliehenen Wertpapiere in Höhe von 18.424 Mio. Euro (Vorjahr 12.699 Mio. Euro) standen neben den zugehörigen Verbindlichkeiten von 18.985 Mio. Euro (Vorjahr: 17.501 Mio. Euro) auch 4.924 Mio. Euro Wertpapiere (Vorjahr: 583 Mio. Euro) als Sicherheiten gegenüber. Die Forderungen und Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften werden nach Netting dargestellt.

(90) Erhaltene Sicherheiten

Die beizulegenden Zeitwerte der erhaltenen Sicherheiten, für die das Recht besteht, diese ohne Ausfall des Sicherungsgebers weiterzueräußern oder -zuverpfänden, stellten sich wie folgt dar:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Gesamtbetrag der erhaltenen Sicherheiten	89.191	93.218	- 4,3
darunter:			
weiterveräußert oder weiterverpfändet	46.686	30.726	51,9
darunter:			
mit Rückgabeverpflichtung	—	—	.

Die Transaktionen wurden unter den handelsüblichen und gebräuchlichen Bedingungen für Wertpapierleih- und -pensionsgeschäfte sowie Darlehensgeschäfte ausgeführt.

(91) Treuhandgeschäfte

Die in der Bilanz nicht auszuweisenden Treuhandgeschäfte hatten am Bilanzstichtag folgenden Umfang:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Forderungen an Kreditinstitute	49	53	- 7,5
Forderungen an Kunden	650	728	- 10,7
Sonstige Vermögenswerte	485	492	- 1,4
Treuhandvermögen	<u>1.184</u>	<u>1.273</u>	<u>- 7,0</u>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	58	66	- 12,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.126	1.207	- 6,7
Treuhandverbindlichkeiten	<u>1.184</u>	<u>1.273</u>	<u>- 7,0</u>

(92) Eigenmittelanforderungen und Kapitalquoten

Das Kreditwesengesetz und die Solvabilitätsverordnung als nationale Umsetzung von Basel II verpflichten die deutschen Institute zur Einhaltung von Mindestkapitalquoten. Danach müssen Kreditinstitute ihre gewichteten Risikoaktiva mit mindestens 8 % Eigenmitteln unterlegen (Eigenmittelquote). Für die Unterlegung der Risikoaktiva mit Kernkapital (Tier I) wird durchgängig eine Quote von mindestens 4 % verlangt (Kernkapitalquote).

Die Eigenmittel setzen sich aus Kern- und Ergänzungskapital zuzüglich Drittrangmitteln zusammen. Das sogenannte „harte Kernkapital“ (Core Tier I) besteht im Wesentlichen aus Gezeichnetem Kapital zuzüglich Rücklagen, den Anteilen in Fremdbesitz und den Stillen Einlagen des Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung (SoFFin). Hiervon abgezogen werden unter anderem Positionen wie Geschäfts- oder Firmenwerte, Beteiligungen und immaterielle Vermögenswerte. Unter Hinzurechnung von Hybridkapitalien errechnet sich das Kernkapital (Tier I). Zum Ergänzungskapital gehören Genussrechtskapital und langfristige nachrangige Verbindlichkeiten.

Daneben hatte die European Banking Authority (EBA) in ihrer europaweiten Analyse wesentlicher Banken eine neue Kapitalanforderung implementiert: Banken mussten unter Berücksichtigung von stillen Lasten aus ihren Forderungspositionen gegenüber europäischen Staaten zum 30. Juni 2012 eine harte Kernkapitalquote von 9 % erfüllen. Der Commerzbank-Konzern hatte am 30. Juni 2012 eine harte Kernkapitalquote von 12,2 % (10,3 % nach stillen Lasten) ausgewiesen. Das harte Kernkapital überstieg die Kapitalanforderung der EBA somit um 2,8 Mrd. Euro.

Das Kapitalmanagement der Commerzbank dient den folgenden Zielen:

- Einhaltung der gesetzlichen Mindestkapitalanforderungen auf Konzernbasis sowie in allen Konzerngesellschaften der aufsichtsrechtlichen Gruppe,
- Sicherstellung der Erreichung der geplanten Kapitalquoten unter Beachtung der neuen Anforderungen durch die EBA,
- Bereitstellung von ausreichend Puffer zur Sicherstellung der jederzeitigen Handlungsfähigkeit der Bank,
- strategische Zuordnung von Kernkapital auf Segmente und Geschäftsfelder zur Nutzung von Wachstumschancen.

Im Zuge der Finanzmarktkrise ist die Bedeutung eines angemessenen Kernkapitals für Banken immer stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Für die Commerzbank hat das Kernkapital schon immer eine wesentliche Steuerungsgröße dargestellt. Dabei gehen die Ansprüche der Bank an die Kapitalquoten weit über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus. Bei der Festlegung der angestrebten internen Kapitalquoten spielen neben der Risikotragfähigkeit der Bank auch Markterwartungen eine wichtige Rolle. Aus diesem Grund hat die Commerzbank Mindestquoten für das regulatorische Kapital definiert; diese liegen für das harte Kernkapital aktuell bei > 9 %, der für das Kernkapital bei > 10 %.

Die Allokation des Kernkapitals erfolgt in einem regelmäßig wiederkehrenden Prozess, in dem die strategische Ausrichtung der Bank, profitable Neugeschäftsmöglichkeiten im Kerngeschäft der einzelnen Geschäftsfelder sowie Risikotragfähigkeitsaspekte Eingang finden.

Alle Kapitalmaßnahmen werden im Rahmen der von der Hauptversammlung erteilten Ermächtigungen vom zentralen Asset Liability Committee der Bank vorgeschlagen und vom Gesamtvorstand beschlossen.

Im vergangenen Jahr hat die Commerzbank die an sie gestellten gesetzlichen Mindestkapitalanforderungen, die deutlich strengeren Anforderungen des SoFFin sowie die Anforderungen der EBA zum 30. Juni 2012 jederzeit eingehalten. Die Zusammensetzung der Eigenmittel im Commerzbank-Konzern zeigte folgendes Bild:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränd. in %
		Mio. €	
Hartes Kernkapital (Core Tier I)			
Gezeichnetes Kapital	5.828	5.113	14,0
Rücklagen, Fremdanteile, eigene Aktien	18.188	17.430	4,3
Stille Einlagen	1.626	1.937	- 16,1
Sonstiges	- 656	- 1.037	- 36,7
Gesamtsumme Hartes Kernkapital (Core Tier I)	24.986	23.443	6,6
Hybrides Kapital	2.259	2.746	- 17,7
Gesamtsumme Kernkapital (Tier I)	27.245	26.189	4,0
Ergänzungskapital (Tier II)			
Hybrides Kapital	—	—	.
Genussrechte	731	726	0,7
Reserven in Wertpapieren (Ansatz 45 %)	25	61	- 59,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	9.777	10.533	- 7,2
Sonstiges	- 655	- 949	- 31,0
Gesamtsumme Ergänzungskapital (Tier II)	9.878	10.371	- 4,8
Gesamtkapital (Total Capital)	37.123	36.560	1,5

Die Veränderungen im Kernkapital resultieren im Wesentlichen aus den Kapitalerhöhungen im Geschäftsjahr 2012. Hierbei wurden auch Teile der Stillen Einlage des SoFFin zurückgeführt.

	Eigenmittelanforderungen		Gewichtete Risikoaktiva¹		Veränd. in %
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	
			Mio. €		
Kreditrisiko	13.967	15.182	174.584	189.769	- 8,0
Marktrisiko	880	1.640	10.999	20.500	- 46,3
Operationelles Risiko	1.804	2.106	22.552	26.325	- 14,3
Gesamt	16.651	18.928	208.135	236.594	- 12,0
Hartes Kernkapital (Core Tier I) ...	24.986	23.443			
Kernkapital (Tier I)	27.245	26.189			
Gesamtkapital (Total Capital)	37.123	36.560			
Harte Kernkapitalquote (%)	12,0	9,9			
Kernkapitalquote (%)	13,1	11,1			
Gesamtkapitalquote (%)	17,8	15,5			

¹ Die gewichteten Risikoaktiva errechnen sich aus dem Betrag der Eigenmittelanforderungen multipliziert mit 12,5.

Die Überleitungsrechnung vom ausgewiesenen Konzernkapital zu dem regulatorisch ausgewiesenen Kapital stellte sich folgendermaßen dar:

31.12.2012	Hartes Kernkapital (Core Tier I)	Hybrides Kapital	Gesamtsumme Kernkapital (Tier I)	Ergänzungs- kapital (Tier II)	Gesamt kapital (Total Capital)
			Mio. €		
Bilanziell ausgewiesen	27.034	—	27.034	12.316	39.350
Neubewertungsrücklage	1.699		1.699		1.699
Rücklage aus Cash Flow Hedges ...	616		616		616
Nicht im Kernkapital auszuweisende Anteile im Fremdbesitz (unter anderem Neubewertungsrücklage, Rücklage aus Cash Flow Hedges), Unterschiede im Konsolidierungskreis und Firmenwerte	-1.961		-1.961		-1.961
Immaterielle Vermögensgegenstände	-969		-969		-969
Sonstiges Kapital mit 15 % Anrechnungsgrenze		889	889		889
Sonstiges Kapital mit 35 % Anrechnungsgrenze		1.370	1.370		1.370
Umgliederung von den Stillen Einlagen zum Sonstigen Kapital ..	-750	—	-750		-750
Nicht anrechenbare Teile des Nachrangkapitals wegen Restlaufzeitbeschränkung				-1.146	-1.146
Latente Neubewertungsrücklagen für Wertpapiere	—		—	25	25
Sonstiges	-683		-683	-1.317	-2.000
Regulatorisch ausgewiesenes Kapital	24.986	2.259	27.245	9.878	37.123

Da die Überleitungsrechnung für das Hybride Kapital nur aus regulatorischer Sicht vorgenommen wird, erfolgt keine Darstellung des bilanziellen Ausweises.

(93) Absicherung von Krediten

Durch den Einsatz von Kreditderivaten (zum Beispiel Credit Default Swaps, Total Return Swaps, Credit-linked Notes) kann die Risikoanrechnung eines Kreditportfolios verringert werden. Dabei kann sich die Sicherungswirkung eines Kreditderivats sowohl auf einzelne Kredite oder Wertpapiere als auch auf Kredit- oder Wertpapierportfolios beziehen. Die Sicherheitenstellung erfolgt in der Regel im Rahmen einer synthetischen Verbriefung durch Credit Default Swap (CDS) und/oder durch Credit-linked Notes (CLN). Hiermit können drei wesentliche Ziele erreicht werden:

- Risikodiversifikation (Reduzierung von Kreditrisiken im Portfolio, insbesondere Klumpenrisiken),
- Eigenkapitalentlastung (durch Übertragung der Kreditrisiken auf Investoren wird eine Reduzierung der regulatorischen Eigenkapitalanforderungen nach Solvabilitätsverordnung erreicht) und
- Refinanzierung (Nutzung von Verbriefungen als alternatives Kapitalbeschaffungsinstrument zu ungedeckten Inhaberschuldverschreibungen).

Zum Ende des Geschäftsjahres 2012 hatte der Commerzbank-Konzern (Commerzbank Aktiengesellschaft und eine Tochtergesellschaft) sechs Verbriefungstransaktionen als Sicherungsnehmer aufgelegt.

Die vertragliche Laufzeit (Legal Maturity Date) liegt zwischen 9 und 76 Jahren. Insgesamt waren Ende Dezember 2012 Kundenkredite in Höhe von 6,0 Mrd. Euro abgesichert. Die Entlastung der gewichteten Risikoaktiva betrug 2,6 Mrd. Euro.

Name der Transaktion	Sicherungsnehmer	Jahr des Abschlusses	Laufzeit der Transaktion Jahre	Forderungsart	Kreditvolumen Mio. €	Entlastung der gewichteten Risikoaktiva
						Mio. €
CoSMO Finance II-1 Limited	Commerzbank Aktiengesellschaft	2011	9	Mittelstandskunden	985	338
COSMO Finance II-2 Limited	Commerzbank Aktiengesellschaft	2011	10	Mittelstandskunden	1.965	906
CoCo Finance II-1 Limited	Commerzbank Aktiengesellschaft	2012	10	Großkunden	1.958	1.111
Provide GEMS 2002-1 PLC	Hypothekenbank Frankfurt Aktiengesellschaft (vormals Eurohypo Aktiengesellschaft)	2002	45	wohnungswirtschaftliches Portfolio	180	29
Semper Finance 2006-1	Hypothekenbank Frankfurt Aktiengesellschaft (vormals Eurohypo Aktiengesellschaft)	2006	76	Project Castle – gewerbliches Portfolio	559	107
Semper Finance 2007-1	Hypothekenbank Frankfurt Aktiengesellschaft (vormals Eurohypo Aktiengesellschaft)	2007	36	gewerbliches Portfolio	316	63
					5.963	2.554

(94) Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter

	2012			2011		
	Gesamt	männlich	weiblich	Gesamt	männlich	weiblich
Im Konzern	53.798	26.240	27.558	55.917	27.097	28.820
in Deutschland	41.171	20.091	21.080	42.377	20.977	21.400
außerhalb Deutschlands	12.627	6.149	6.478	13.540	6.120	7.420

Die obigen Zahlen enthalten sowohl Vollzeit- als auch Teilzeitkräfte. In der Zahl der Arbeitnehmer sind die im Konzern durchschnittlich in Ausbildung befindlich gewesenen Arbeitnehmer nicht enthalten. Die durchschnittliche Arbeitszeit der Teilzeitkräfte betrug 62 % (Vorjahr: 62 %) der Normalarbeitszeit.

	2012			2011		
	Gesamt	männlich	weiblich	Gesamt	männlich	weiblich
Auszubildende	2.298	1.121	1.177	2.503	1.227	1.276

(95) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

a) Geschäftsbeziehungen

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit kommt es zwischen der Commerzbank Aktiengesellschaft und/oder deren konsolidierten Gesellschaften zu Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen. Hierzu gehören beherrschte, aber aus Gründen der Wesentlichkeit nicht konsolidierte Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen, at-Equity-bewertete assoziierte Unternehmen, Beteiligungen, unternehmensexterne Versorgungsträger zur betrieblichen Altersversorgung der Mitarbeiter der Commerzbank Aktiengesellschaft, Personen in Schlüsselpositionen und deren Angehörige sowie von diesem Personenkreis beherrschte Unternehmen. Zu den Personen in Schlüsselpositionen zählen ausschließlich die im Geschäftsjahr aktiven Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Commerzbank Aktiengesellschaft.

Der Anteilsbesitz von 25 % plus 1 Aktie gewährt dem Bund als Träger der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA), die den Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) verwaltet, die Möglichkeit, einen maßgeblichen Einfluss auf die Commerzbank Aktiengesellschaft auszuüben. Demnach zählen der Bund sowie der Kontrolle der Bundesrepublik Deutschland unterstehende Unternehmen (Bundesunternehmen) zum Kreis der nahestehenden Unternehmen und Personen nach IAS 24. Die Beziehungen zu Bundesunternehmen zeigen wir im Folgenden getrennt von den Beziehungen zu den

übrigen nahestehenden Unternehmen und Personen. Aktiva, Passiva und außerbilanzielle Posten in Verbindung mit nahestehenden Unternehmen (ohne Bundesunternehmen) und Personen stellten sich im Berichtsjahr folgendermaßen dar:

Aktiva	31.12.2012	31.12.2011	Veränd. in %
		Mio. €	
Forderungen an Kreditinstitute	172	343	- 49,9
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	—	—	.
Gemeinschaftsunternehmen ¹	—	341	- 100,0
Anteile an at-Equity-bewerteten assoziierten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht ¹	172	2	.
Forderungen an Kunden	1.569	1.876	- 16,4
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	249	600	- 58,5
Gemeinschaftsunternehmen ¹	14	14	0,0
Anteile an at-Equity-bewerteten assoziierten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht ¹	1.294	1.256	3,0
Personen in Schlüsselpositionen	5	2	.
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen	7	4	75,0
Handelsaktiva	37	1	.
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	24	—	.
Gemeinschaftsunternehmen ¹	—	—	.
Anteile an at-Equity-bewerteten assoziierten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht ¹	11	1	.
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen	2	—	.
Finanzanlagen	188	105	79,0
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	39	64	- 39,1
Gemeinschaftsunternehmen ¹	—	—	.
Anteile an at-Equity-bewerteten assoziierten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht ¹	3	5	- 40,0
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen	146	36	.
Sonstige Aktiva	271	426	- 36,4
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	—	—	.
Gemeinschaftsunternehmen ¹	—	—	.
Anteile an at-Equity-bewerteten assoziierten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht ¹	271	426	- 36,4
Gesamt	2.237	2.751	- 18,7

¹ Anpassung Vorjahr aufgrund getrennter Darstellung von Gemeinschaftsunternehmen und Anteilen an at-Equity-bewerteten assoziierten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Passiva	31.12.2012	31.12.2011	Veränd. in %
		Mio. €	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	—	2	— 100,0
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	—	—	.
Gemeinschaftsunternehmen ¹	—	1	— 100,0
Anteile an at-Equity-bewerteten assoziierten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht ¹	—	1	— 100,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.145	1.236	— 7,4
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	105	106	— 0,9
Gemeinschaftsunternehmen ¹	4	3	33,3
Anteile an at-Equity-bewerteten assoziierten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht ¹	570	368	54,9
Personen in Schlüsselpositionen	11	8	37,5
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen	455	751	— 39,4
Handelsspassiva	—	8	— 100,0
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	—	—	.
Gemeinschaftsunternehmen ¹	—	—	.
Anteile an at-Equity-bewerteten assoziierten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht ¹	—	8	— 100,0
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen	—	—	.
Nachrangkapital	620	622	— 0,3
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	—	—	.
Gemeinschaftsunternehmen ¹	—	—	.
Anteile an at-Equity-bewerteten assoziierten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht ¹	—	—	.
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen	620	622	— 0,3
Sonstige Passiva	21	23	— 8,7
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	18	19	— 5,3
Gemeinschaftsunternehmen ¹	—	—	.
Anteile an at-Equity-bewerteten assoziierten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht ¹	3	4	— 25,0
Gesamt	1.786	1.891	— 5,6

¹ Anpassung Vorjahr aufgrund getrennter Darstellung von Gemeinschaftsunternehmen und Anteilen an at-Equity-bewerteten assoziierten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

In den gesamten Verbindlichkeiten gegenüber Sonstigen nahestehenden Unternehmen sind 0,9 Mrd. Euro (Vorjahr: 1,2 Mrd. Euro) für unternehmensexterne Versorgungsträger enthalten.

Außerbilanzielle Posten	31.12.2012	31.12.2011	Veränd. in %
		Mio. €	
Garantien und Sicherheiten gewährt an	109	146	— 25,3
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	22	41	— 46,3
Gemeinschaftsunternehmen ¹	—	48	— 100,0
At-Equity-bewertete assoziierte Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht ¹	87	57	52,6
Personen in Schlüsselpositionen	—	—	.
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen	—	—	.
Garantien und Sicherheiten erhalten von	8	7	14,3
Nicht konsolidierten Tochterunternehmen	8	7	14,3
Gemeinschaftsunternehmen ¹	—	—	.
At-Equity-bewerteten assoziierten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht ¹	—	—	.
Personen in Schlüsselpositionen	—	—	.
Sonstigen nahestehenden Unternehmen/Personen	—	—	.

¹ Anpassung Vorjahr aufgrund getrennter Darstellung von Gemeinschaftsunternehmen und Anteilen an at-Equity-bewerteten assoziierten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Aus Kreditverträgen und Einlagen sowie erbrachten Dienstleistungen in Verbindung mit nahestehenden Unternehmen und Personen (ohne Bundesunternehmen) ergaben sich folgende Erträge:

Erträge	1.1.–31.12.2012	1.1.–31.12.2011	Veränd. in %
		Mio. €	
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen			
Zinsen	13	44	– 70,5
Provisionen	12	8	50,0
Lieferungen und Leistungen	3	—	.
Gemeinschaftsunternehmen¹			
Zinsen	—	34	– 100,0
Provisionen	—	—	.
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	–6	19	.
Lieferungen und Leistungen	—	—	.
Anteile an at-Equity-bewerteten assoziierten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht¹			
Zinsen	46	37	24,3
Provisionen	18	9	100,0
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	52	23	.
Lieferungen und Leistungen	—	—	.
Personen in Schlüsselpositionen			
Zinsen	—	—	.
Provisionen	—	—	.
Lieferungen und Leistungen	—	—	.
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen			
Zinsen	5	2	.
Provisionen	—	—	.
Lieferungen und Leistungen	—	—	.
Summen			
Zinsen	64	117	– 45,3
Provisionen	30	17	76,5
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	46	42	9,5
Lieferungen und Leistungen	3	—	.

¹ Anpassung Vorjahr aufgrund getrennter Darstellung von Gemeinschaftsunternehmen und Anteilen an at-Equity-bewerteten assoziierten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Die Aufwendungen aus Kreditverträgen und Einlagen sowie erbrachten Dienstleistungen in Verbindung mit nahestehenden Unternehmen und Personen (ohne Bundesunternehmen) werden in nachstehender Tabelle dargestellt.

Die Verwaltungsaufwendungen unter den Personen in Schlüsselpositionen betreffen als Personalaufwand ausgewiesene Vergütungen der Vorstandsmitglieder sowie Gehälter der im Commerzbank-Konzern angestellten Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat. Darüber hinaus enthalten sie die Vergütung an die Mitglieder des Aufsichtsrats. Die Position Steuern betrifft die den Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern erstattete Umsatzsteuer.

Aufwendungen	1.1.–31.12.2012	1.1.–31.12.2011	Veränd. in %
		Mio. €	
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen			
Zinsen	2	1	100,0
Provisionen	27	30	- 10,0
Lieferungen und Leistungen	20	14	42,9
Abschreibungen/Wertminderungen	34	—	.
Gemeinschaftsunternehmen¹			
Zinsen	—	—	.
Provisionen	—	11	- 100,0
Lieferungen und Leistungen	—	—	.
Abschreibungen/Wertminderungen	—	—	.
Anteile an at-Equity-bewerteten assoziierten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht¹			
Zinsen	3	8	- 62,5
Provisionen	8	5	60,0
Lieferungen und Leistungen	12	12	0,0
Abschreibungen/Wertminderungen ²	43	155	- 72,3
Personen in Schlüsselpositionen			
Zinsen	—	—	.
Provisionen	—	—	.
Verwaltungsaufwendungen	15	8	87,5
Lieferungen und Leistungen	—	—	.
Abschreibungen/Wertminderungen	—	—	.
Steuern	—	—	.
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen			
Zinsen	49	54	- 9,3
Provisionen	—	—	.
Lieferungen und Leistungen	—	—	.
Abschreibungen/Wertminderungen	—	—	.
Summen			
Zinsen	54	63	- 14,3
Provisionen	35	46	- 23,9
Verwaltungsaufwendungen	15	8	87,5
Lieferungen und Leistungen	32	26	23,1
Abschreibungen/Wertminderungen	77	155	- 50,3
Steuern	—	—	.

¹ Anpassung Vorjahr aufgrund getrennter Darstellung von Gemeinschaftsunternehmen und Anteilen an at-Equity-bewerteten assoziierten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

² Vorjahr angepasst.

Die Forderungen an Personen in Schlüsselpositionen stellten sich wie folgt dar:

	31.12.2012		31.12.2011	
	Vorstand	Aufsichtsrat	Vorstand	Aufsichtsrat
Forderungen (Tsd. €)	4.008	605	1.773	322
Letzte Fälligkeit ¹	2.042	2.038	2.042	2.037
Bandbreite angewandeter Zinssätze (%) ²	2,09–7,56	2,45–6,3	3,2–8,3	2,6–6,3

¹ Neben endfälligen Krediten wurden auch Kredite mit der Laufzeit „bis auf Weiteres“ gewährt.

² In Einzelfällen bei Überziehungen bis zu 13,2 %.

Die Besicherung der Barkredite an Vorstandsmitglieder und Mitglieder des Aufsichtsrats erfolgte zu marktüblichen Bedingungen, soweit erforderlich mit Grundschulden oder Pfandrechten.

Die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat standen im Berichtsjahr, mit Ausnahme von Mietavalen, nicht in einem Haftungsverhältnis mit den Gesellschaften des Commerzbank-Konzerns.

Die mit nahestehenden Unternehmen und Personen getätigten Bankgeschäfte wurden zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen.

Geschäfte mit Bundesunternehmen

Der Commerzbank-Konzern wickelt Geschäfte mit Bundesunternehmen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit grundsätzlich zu marktgerechten Bedingungen und Konditionen ab. Einzelheiten der Beziehungen zum SoFFin sind in der Note 74 angegeben. Nachstehende Tabelle enthält die am 31. Dezember 2012 bestehenden Vermögenswerte und Verpflichtungen aus Geschäften mit Bundesunternehmen:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Barreserve	5.637	1.179	.
Forderungen an Kreditinstitute	129	286	- 54,9
Forderungen an Kunden	2.114	3.349	- 36,9
Handelsaktiva	2.761	3.576	- 22,8
Finanzanlagen	4.066	3.865	5,2
Gesamt	14.707	12.255	20,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14.866	13.390	11,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	382	256	49,2
Handelspassiva	1.312	299	.
Stille Einlagen	1.626	1.937	- 16,1
Gesamt	18.186	15.882	14,5
Garantien und Sicherheiten			
gewährt	333	24	.
erhalten	—	5.000	- 100,0

Bei den unter Handelsaktiva beziehungsweise Finanzanlagen ausgewiesenen Finanzinstrumenten handelt es sich um Fremdkapitalinstrumente.

Die auf Geschäfte mit Bundesunternehmen entfallenden Aufwendungen und Erträge stellten sich wie folgt dar:

	<u>1.1.–31.12.2012</u>	<u>1.1.–31.12.2011</u>	<u>Veränd. in %</u>
		Mio. €	
Erträge			
Zinsen	352	320	10,0
Provisionen	5	—	.
Lieferungen und Leistungen	2	8	- 75,0
Aufwendungen			
Zinsen	59	82	- 28,0
Provisionen	2	48	- 95,8
Lieferungen und Leistungen	—	—	.
Abschreibungen/Wertminderungen	—	—	.

b) Vergütungen für Personen in Schlüsselpositionen

Eine detaillierte Beschreibung der Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats wird im Vergütungsbericht (Seiten 35 ff.) wiedergegeben.

Vorstand. In der folgenden Tabelle wird die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder sowohl gemäß IAS 24.17 als auch nach DRS 17 (vergleiche Vergütungsbericht) dargestellt. Der Aufwand nach IAS 24 wurde periodengerecht und gemäß den Vorschriften der zugrunde liegende Standards (IAS 19 und IFRS 2) erfasst.

Die kurzfristig fälligen Leistungen beinhalten auch die sonstigen Bezüge. Darunter fallen unter anderem die im üblichen Rahmen gewährten Sachbezüge (im Wesentlichen Dienstwagennutzung, Versicherungen, auf Sachbezüge entfallende Steuern sowie Arbeitgeberbeiträge zur betrieblichen Altersversorgung (BVV)).

Die Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses beinhalten den in der Berechnung der Pensionsrückstellungen berücksichtigten Dienstzeitaufwand.

Eine individualisierte Darstellung nach den Vorschriften des DRS 17 ist im Vergütungsbericht (Seite 42 f.) enthalten.

	<u>2012</u>	<u>2011</u>
	Tsd. €	
Kurzfristig fällige Leistungen	9.682	5.371
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	3.186	2.743
Andere langfristig fällige Leistungen	—	—
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	625	—
Anteilsbasierte Vergütung	<u>2.991</u>	<u>—</u>
Gesamtvergütung gemäß IAS 24.17	<u>16.484</u>	<u>8.114</u>
abzüglich		
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	-3.186	2.743
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	-625	—
Bewertungs- und sonstige Unterschiede ¹	<u>209</u>	<u>28</u>
Gesamtbezüge gemäß Vergütungsbericht²	<u>12.882</u>	<u>5.343</u>

¹ Hierunter fällt unter anderem der Unterschied aus der Bewertung zum Gewährungszeitpunkt (DRS 17) und zum Bilanzstichtag (IFRS 2).

² Die gesetzliche Grundlage ist § 314 Abs. 1 Nr. 6 Buchstabe a Satz 1 HGB.

Für Vorstandsmitglieder und ehemalige Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene sieht die Bank eine Altersversorgung vor, deren zur Absicherung dienende Vermögenswerte insgesamt im Wege eines Contractual Trust Arrangements auf den Commerzbank Pensions-Trust e. V. übertragen wurden.

Der Barwert der Pensionsanswartschaften für die aktiven Vorstandsmitglieder betrug 17.146 Tsd. Euro zum 31. Dezember 2012 (Vorjahr: 11.848 Tsd. Euro). Die in die Berechnung der Pensionsrückstellungen einfließenden Dienstzeitaufwendungen beliefen sich im Geschäftsjahr auf 3.186 Tsd. Euro (Vorjahr: 2.723 Tsd. Euro). Die Beträge berücksichtigen die aktuelle Bestellungsperiode der einzelnen Vorstandsmitglieder und gehen im Übrigen davon aus, dass die Pensionszahlung außer bei Dienstunfähigkeit grundsätzlich erst nach Vollendung des 65. Lebensjahres beginnt und die Vorstandstätigkeit bis zum Pensionsbeginn fortgeführt wird. Eine individualisierte Darstellung der Pensionsanswartschaften und des Dienstzeitaufwands ist im Vergütungsbericht (Seite 40) enthalten.

Nach Abzug der übertragenen Vermögenswerte (Plan Assets) und unter Berücksichtigung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste waren zum 31. Dezember 2012 keine Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen für aktive Vorstandsmitglieder auszuweisen (Rückstellung im Vorjahr: 0,2 Mio. Euro). Der durch den Abzug entstandene Aktivüberhang betrug 0,1 Mio. Euro.

Die Bezüge der ehemaligen Mitglieder des Vorstands der Commerzbank Aktiengesellschaft und ihrer Hinterbliebenen betragen im Geschäftsjahr 6.100 Tsd. Euro (Vorjahr: 8.275 Tsd. Euro). Die Pensionsverpflichtungen für diese Personengruppe beliefen sich auf 82,5 Mio. Euro (Vorjahr: 74,4 Mio. Euro).

Aufsichtsrat. Die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats wird in § 15 der Satzung der Commerzbank Aktiengesellschaft geregelt. Aufsichtsratsmitglieder erhielten für das Geschäftsjahr 2012 eine gesamte Vergütung von netto 1.640 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.619 Tsd. Euro). Davon entfielen auf die Grund- und Ausschussvergütung 1.251 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.199 Tsd. Euro) und auf das Sitzungsgeld 389 Tsd. Euro (Vorjahr: 420 Tsd. Euro). Das Sitzungsgeld wird für die Teilnahme an den Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner sechs im Berichtsjahr tagenden Ausschüsse (Präsidial-, Prüfungs-, Risiko-, Nominierungs-, Vermittlungs- und Sozialausschuss) gewährt. Die Gesamtvergütung von 1.640 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.619 Tsd. Euro) wird gemäß IAS 24.17 als kurzfristig fällige Leistung kategorisiert.

Die auf die Vergütungen der Aufsichtsratsmitglieder zu zahlende Umsatzsteuer (zurzeit 19 %) für Aufsichtsratsmitglieder mit Wohnsitz in Deutschland wurde von der Bank erstattet, wird aber nicht als Vergütungsbestandteil angerechnet. Für Aufsichtsratsmitglieder mit Wohnsitz außerhalb Deutschlands wird keine Umsatzsteuer fällig.

Vorstand und Aufsichtsrat besaßen am 31. Dezember 2012 insgesamt nicht mehr als 1 % (Vorjahr: unter 1 %) der ausgegebenen Aktien und Optionsrechte der Commerzbank Aktiengesellschaft.

(96) Aktienbasierte Vergütungspläne

Aufgrund bereits erbrachter Leistungen der Mitarbeiter (einschließlich Vorstand) fielen auch im Geschäftsjahr 2012 Aufwendungen im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungen an. Diese

wurden durch den Verzicht des Vorstands auf die vom Economic Value Added (EVA) abhängigen STI- und LTI-Komponenten sowie den darüber hinausgehenden Verzicht des Vorstandsvorsitzenden auf die erfolgsabhängige Vergütung für 2012 geringfügig reduziert. Weitere Details und Bedingungen zu den aktienbasierten Vergütungsplänen sind der Note 25 zu entnehmen. Der aktienbasierte Vergütungsaufwand setzte sich wie folgt zusammen:

	2012	2011
	Mio. €	
Pläne mit Barausgleich	1	4
darunter:		
LTP	—	—
Share Awards	—	—
CIP	—	2
Pläne mit Ausgleich in Eigenkapitalinstrumenten	23	17
darunter:		
CIP	20	15
Gesamt	<u>24</u>	<u>21</u>

Die Rückstellungen für die Pläne mit Barausgleich sowie die Rücklagen im Eigenkapital für Pläne mit Ausgleich in Eigenkapitalinstrumenten stellten sich wie folgt dar:

	31.12.2012	31.12.2011
	Mio. €	
Rückstellungen	17	12
darunter:		
LTP	—	—
Share Awards	13	8
CIP	2	2
Rücklagen im Eigenkapital	31	20
darunter:		
CIP	23	15

Share Awards. Der Bestand an Erwerbsrechten aus den Share-Award-Programmen entwickelte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr wie folgt:

	Anzahl der Rechte	
	2012	2011
	Stück	
Bestand zum 1.1.	6.390.804	—
Im Jahresverlauf gewährt	864.685	6.842.932
Im Jahresverlauf verwirkt	78.363	174.882
Im Jahresverlauf ausgeübt	578.014	277.246
Im Jahresverlauf verfallen	36.694	—
Bestand zum 31.12.	<u>6.562.418</u>	<u>6.390.804</u>

Commerzbank Incentive Plan. Wie in Note 25 dargelegt, wird die Aktienzahl der auf den jeweils gültigen Commerzbank Incentive Plan (CIP) entfallenden Aktienerwerbsansprüche erst im Folgejahr festgestellt. Dem gebuchten Aufwand von 20 Mio. Euro steht eine Zuführung zur Kapitalrücklage von 8 Mio. Euro sowie eine Barauszahlung von 12 Mio. Euro gegenüber. Rückstellungen für Pläne mit Barausgleich wurden nicht gebildet.

	Anzahl der Rechte	
	2012	2011
	Stück	
Bestand zum 1.1.	—	—
Im Jahresverlauf gewährt	18.082.133	—
Im Jahresverlauf verwirkt	—	—
Im Jahresverlauf ausgeübt	7.424.718	—
Im Jahresverlauf verfallen	—	—
Bestand zum 31.12.	<u>10.657.415</u>	<u>—</u>

Long-Term-Performance-Plan (LTP). Aufgrund der in Note 25 erläuterten Ausübungskriterien für LTP-Pläne erwarten wir, dass diese bis zum Ablauf des letzten Plans im Jahr 2013 nicht mehr zum Tragen kommen. Folglich war der beizulegende Zeitwert für die ausstehenden Rechte nicht mehr zu ermitteln. Eine Rückstellung für LTP-Pläne war im Geschäftsjahr 2012 nicht mehr vorhanden. Der Bestand an LTP-Rechten entwickelte sich wie folgt:

	Anzahl der Rechte	
	2012	2011
	Stück	
Bestand zum 1.1.	678.950	947.850
Im Jahresverlauf gewährt	—	—
Im Jahresverlauf verwirkt	42.000	6.300
Im Jahresverlauf ausgeübt	—	—
Im Jahresverlauf verfallen	290.900	262.600
Bestand zum 31.12.	346.050	678.950

(97) Sonstige Verpflichtungen

Einzahlungsverpflichtungen gegenüber konzernfremden und nicht konsolidierten Gesellschaften auf nicht voll eingezahlte Gesellschaftsanteile bestanden in Höhe von 22,9 Mio. Euro (Vorjahr: 56,3 Mio. Euro).

Für die Liquiditäts-Konsortialbank (Liko) GmbH, Frankfurt am Main, bestand eine Nachschusspflicht von bis zu 96 Mio. Euro (Vorjahr: 96 Mio. Euro). Auch die einzelnen Bankenverbände haben Nachschussverpflichtungen gegenüber der Liko erklärt. Für die Erfüllung dieser Verbindlichkeiten haben sich Konzernunternehmen zugunsten ihres jeweiligen Verbandes selbstschuldnerisch gegenüber der Liko verbürgt.

Nach § 5 Abs. 10 der Statuten des Einlagensicherungsfonds haben wir uns verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e. V., Berlin, von Verlusten freizustellen, die diesem durch eine Hilfeleistung zugunsten von im Mehrheitsbesitz der Commerzbank stehenden Kreditinstituten entstehen.

Für Verpflichtungen an Terminbörsen und bei Clearingstellen wurden Wertpapiere mit einem Buchwert von 7.519 Mio. Euro (Vorjahr: 7.381 Mio. Euro) als Sicherheit hinterlegt.

(98) Angaben als Leasinggeber und Leasingnehmer

Angaben als Leasinggeber – Operating Leasing

Die Commerzbank ist Leasinggeber in Zusammenhang mit Operating-Leasing-Verhältnissen. Diese Leasingverträge umfassen zum Stichtag insbesondere vermietete Immobilien und Fahrzeuge.

Aus den gewährten Operating-Leasing-Verhältnissen werden dem Commerzbank-Konzern in den folgenden Jahren folgende Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Verträgen zufließen:

Fälligkeit	31.12.2012	31.12.2011
	Mio. €	
in bis zu einem Jahr	140	196
in einem bis fünf Jahren	358	508
in mehr als fünf Jahren	3	69
Gesamt	501	773

In den Leasingverträgen sind keine bedingten Leasingraten vereinbart.

Angaben als Leasinggeber – Finanzierungsleasing

Die Commerzbank ist Leasinggeber in Zusammenhang mit Finanzierungsleasingverhältnissen. Diese Leasingverträge umfassen zum Stichtag insbesondere vermietete Immobilien und Geschäftsausstattung (zum Beispiel Kraftfahrzeuge und Kopierer). Das Verhältnis zwischen Bruttoinvestitionen und Barwert der Mindestleasingzahlungen stellte sich wie folgt dar:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
	Mio. €	
Ausstehende Leasingzahlungen	1.506	2.042
+ Garantierte Restwerte	108	114
= Mindestleasingzahlungen	1.614	2.156
+ Nicht garantierte Restwerte	9	9
= Bruttoinvestitionen	1.623	2.165
– Nicht realisierter Finanzertrag	185	260
= Nettoinvestitionen	1.438	1.905
– Barwert der nicht garantierten Restwerte	7	6
= Barwert der Mindestleasingzahlungen	<u>1.431</u>	<u>1.899</u>

Die Mindestleasingzahlungen umfassen die vom Leasingnehmer insgesamt aus dem Leasingvertrag zu zahlenden Leasingraten zuzüglich garantiertem Restwert. Der nicht garantierte Restwert wird zu Beginn des Leasingverhältnisses geschätzt und regelmäßig zum Stichtag überprüft. Der unrealisierte Finanzertrag entspricht der impliziten Verzinsung des Leasingverhältnisses zwischen Stichtag und Vertragsende. Die Fristigkeit der Bruttoinvestitionen und der Barwerte der Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Finanzierungsleasingverhältnissen gliederten sich folgendermaßen:

	<u>Bruttoinvestitionen</u>		<u>Barwert der Mindestleasingzahlungen</u>	
	<u>2012</u>	<u>2011</u>	<u>2012</u>	<u>2011</u>
<u>Restlaufzeiten zum 31.12.</u>	Mio. €			
von bis zu einem Jahr	496	782	432	677
von einem bis zu fünf Jahren	864	989	769	878
von mehr als fünf Jahren	263	394	230	344
Gesamt	<u>1.623</u>	<u>2.165</u>	<u>1.431</u>	<u>1.899</u>

Angaben als Leasingnehmer – Operating Leasing

Die im Konzern bestehenden Verpflichtungen aus Operating Leasing betreffen Miet- und Leasingverträge für Gebäude und Geschäftsausstattung und führten im Geschäftsjahr 2012 zu Aufwendungen in Höhe von 609 Mio. Euro (Vorjahr: 618 Mio. Euro). Der Aufwand setzte sich wie folgt zusammen:

	<u>2012</u>
	Mio. €
Mindestleasingzahlungen	279
Zahlungen für kündbare Verträge	13
Bedingte Zahlungen	325
– Erträge aus Untermietverhältnissen	8
Gesamt	<u>609</u>

Für unkündbare Miet- und Leasingverträge ist in künftigen Geschäftsjahren mit folgenden Aufwendungen zu rechnen:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
	Mio. €	
Fälligkeit		
in bis zu einem Jahr	457	547
in einem bis fünf Jahren	1.333	1.483
in mehr als fünf Jahren	1.044	1.236
Gesamt	<u>2.834</u>	<u>3.266</u>

Für Immobilienobjekte wurden im Wesentlichen Mietverträge, vereinzelt aber auch Leasingverträge abgeschlossen. Mietverträge sind in der Regel mit Laufzeiten zwischen 1 und 30 Jahren sowie mit bis zu drei Verlängerungsoptionen um jeweils 3 bis 5 Jahre, in Einzelfällen bis 6 Jahre ausgestattet. Preisanpassungsklauseln existieren in verschiedenen Varianten wie zum Beispiel Staffelmieten oder Indexklauseln. Leasingverträge sind auch mit Kaufoptionen ausgestattet. Im Commerzbank-Konzern wurden für nicht mehr genutzte Gebäude Untermietverträge abgeschlossen. Diese Verträge besitzen eine unkündbare Vertragslaufzeit. Hieraus fließen dem Commerzbank-Konzern in den kommenden Jahren folgende Erträge zu:

Fälligkeit	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
	Mio. €	
in bis zu einem Jahr	41	39
in einem bis fünf Jahren	54	86
in mehr als fünf Jahren	<u>12</u>	<u>11</u>
Gesamt	<u>107</u>	<u>136</u>

Die Leasingverträge enthalten wie im Vorjahr keine Vereinbarungen über bedingte Mietzahlungen.

(99) Zeitpunkt der Freigabe zur Veröffentlichung

Der vorliegende Konzernabschluss wurde vom Vorstand am 25. Februar 2013 zur Weitergabe an den Aufsichtsrat freigegeben. Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Konzernabschluss zu prüfen und zu erklären, ob er den Konzernabschluss billigt. Vorläufige Eckzahlen des Jahresabschlusses 2012 wurden vom Vorstand am 12. Februar 2013 zur Veröffentlichung freigegeben.

(100) Corporate Governance Kodex

Unsere jährliche Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG haben wir abgegeben und unseren Aktionären im Internet (www.commerzbank.de) dauerhaft zugänglich gemacht. Für die comdirect bank Aktiengesellschaft wurde ebenfalls die jährliche Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG abgegeben und im Internet (www.comdirect.de) dauerhaft zugänglich gemacht.

(101) Patronatserklärung

Für die nachfolgend aufgeführten, in den Konzernabschluss unserer Bank einbezogenen Tochterunternehmen tragen wir, abgesehen von politischen Risiken, dafür Sorge, dass diese ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen.

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>
AFÖG GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
comdirect bank Aktiengesellschaft	Quickborn
Commerzbank (Eurasija) SAO	Moskau
Commerzbank Inlandsbanken Holding GmbH	Frankfurt am Main
Commerzbank International S.A.	Luxemburg
CommerzTrust GmbH	Frankfurt am Main
Commerz Markets LLC	New York
Erste Europäische Pfandbrief- und Kommunalkreditbank Aktiengesellschaft in Luxemburg	Luxemburg
Hypothekenbank Frankfurt Aktiengesellschaft (vormals Eurohypo Aktiengesellschaft)	Eschborn

(102) Anteilsbesitz

Die nachstehenden Angaben nehmen wir gemäß § 313 Abs. 2 HGB zum Konzernabschluss vor. Fußnoten und Anmerkungen zu nachfolgenden Tabellen sind am Ende dieser Note zusammengefasst.

1. Verbundene Unternehmen

a) In den Konzernabschluss einbezogene verbundene Unternehmen

Name	Sitz	Kapitalanteil % insg.	Abweichende Stimmrechte %	Währung	Eigenkapital Tsd.	Jahresergebnis Tsd.
ABORONUM Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin KG	Düsseldorf	0,0	85,0	EUR	0	4
ADMERA Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0		EUR	23	-3
AFÖG GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,0		EUR	78.367	-6.717
AGV Allgemeine Grundstücksverwaltungs- und verwertungsgesellschaft mit beschränkter Haftung	Eschborn	100,0		EUR	47	— ^{b)}
AJUNTA Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0		EUR	-5.906	-998
ALDUNA Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0		EUR	-10.176	221
ALTEREGO Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0		EUR	173	-786
ASBERGIA Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0		EUR	22	0 ^{a)}
ASCARA Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0		EUR	-1.069	-381
ASTUTIA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0		EUR	3.788	— ^{b)}
Atlas Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0		EUR	243.239	— ^{b)}
BERGA Grundstücks- Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	Grünwald	100,0	19,0	EUR	-1.372	58
Brafero-Sociedade Imobiliária, S.A.	Lissabon, Portugal	100,0		EUR	25.378	3.600
BRE Agent Ubezpieczeniowy Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0		PLN	10.798	10.748 ^{a)}
BRE Bank Hipoteczny S.A.	Warschau, Polen	100,0		PLN	498.213	8.718
BRE Bank SA	Warschau, Polen	69,7		PLN	9.163.858	1.199.485
BRE Faktoring S.A.	Warschau, Polen	100,0		PLN	66.690	14.114
BRE Finance France S.A.	Levallois Perret, Frankreich	100,0		EUR	138	-2
BRE Holding Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0		PLN	537.212	26.471
BRE Leasing Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0		PLN	168.632	39.673
BRE Ubezpieczenia Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0		PLN	62.888	17.222
BRE Ubezpieczenia Towarzystwo Ubezpieczen i Reasekuracji S.A.	Warschau, Polen	100,0		PLN	83.878	16.775
BRE.locum S.A.	Lodz, Polen	80,0		PLN	122.394	2.906
Bridge Re Limited	Hamilton, Bermuda	100,0		USD	571	5
Brussels Urban Invest S.A.	Brüssel, Belgien	100,0		EUR	7.650	-8.380 ^{a)}
CB Building Kirchberg GmbH	Düsseldorf	100,0		EUR	4.082	978
CBG Commerz Beteiligungsgesellschaft Holding mbH	Frankfurt am Main	100,0		EUR	6.137	— ^{b)}
CBG Commerz Beteiligungskapital GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,0		EUR	45.976	6.353
CFB-Fonds Transfair GmbH	Düsseldorf	100,0		EUR	26	— ^{b)}
CG New Venture 2 Verwaltungsgesellschaft mbH	Wiesbaden	100,0		EUR	86	2
CG NL Holding B.V.	Amsterdam, Niederlande	100,0		EUR	68	-35
CG Real Estate Master FCP-SIF S.A.R.L.	Luxemburg, Luxemburg	55,4		EUR	146.658	-56.585
CGM Lux 1 S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		EUR	-151.110	-153.664
CGM Lux 2 S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		EUR	-61.077	-60.733
CGM Lux 3 S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		EUR	-92.597	92.031
Coba Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0		EUR	26	— ^{b)}
comdirect bank Aktiengesellschaft	Quickborn	81,1		EUR	467.641	71.053
Commerz (East Asia) Limited	Hongkong, Hongkong	100,0		EUR	2.402	58
Commerz Asset Management Asia Pacific Pte Ltd	Singapur, Singapur	100,0		SGD	28.049	-1.433
Commerz Bankenholding Nova GmbH	Frankfurt am Main	100,0		EUR	1.566.644	— ^{1) b)}

Name	Sitz	Kapitalanteil % insg.	Abweichende Stimmrechte %	Währung	Eigenkapital Tsd.	Jahresergebnis Tsd.
Commerz Business Consulting GmbH	Frankfurt am Main	100,0		EUR	84	— ^{b)}
Commerz Direktservice GmbH	Duisburg	100,0		EUR	1.178	— ^{b)}
Commerz Europe (Ireland)	Dublin, Irland	100,0		EUR	347.903	– 9.071 ²⁾
Commerz Funds Solutions S.A.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		EUR	8.441	2.969 ^{a)}
Commerz Grundbesitz Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	Frankfurt am Main	90,0		EUR	14.387	1.185
Commerz Japan Real Estate Finance Corporation	Tokio, Japan	100,0		JPY	4.428.164	540.322 ³⁾
Commerz Markets LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	429.625	5.518
Commerz Pearl Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0 ^{a)}
Commerz Property GmbH & Co. Hamburg KG	Frankfurt am Main	100,0		EUR	70.513	461
Commerz Real AG	Eschborn	100,0		EUR	408.394	— ^{b)}
Commerz Real Asset Verwaltungsgesellschaft mbH	Grünwald	100,0		EUR	25	— ^{b)}
Commerz Real Baumanagement GmbH	Düsseldorf	100,0		EUR	4.238	— ⁴⁾ ^{b)}
Commerz Real Fonds Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0		EUR	151	— ^{b)}
Commerz Real Immobilien GmbH	Düsseldorf	100,0		EUR	12.936	— ^{b)}
Commerz Real Investmentgesellschaft mbH	Wiesbaden	100,0		EUR	21.968	— ^{b)}
Commerz Real IT-Leasing GmbH	Düsseldorf	100,0		EUR	1.954	— ^{b)}
Commerz Real Mobilienleasing GmbH	Düsseldorf	100,0		EUR	– 2.662	— ^{b)}
Commerz Real Spezialfondsgesellschaft mbH	Wiesbaden	100,0		EUR	5.948	— ^{b)}
Commerz Real Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0		EUR	26	— ^{b)}
Commerz Securities Hong Kong Limited	Hongkong, Hongkong	100,0		EUR	20.170	1.459
Commerz Services Holding GmbH	Frankfurt am Main	100,0		EUR	14.114	— ^{b)}
Commerz Systems GmbH	Frankfurt am Main	100,0		EUR	6.464	— ^{b)}
Commerz Transaction Services Mitte GmbH	Erfurt	100,0		EUR	2.913	— ^{b)}
Commerz Transaction Services Nord GmbH	Magdeburg	100,0		EUR	1.614	— ^{b)}
Commerz Transaction Services Ost GmbH	Halle (Saale)	100,0		EUR	1.550	— ^{a)} ^{b)}
Commerz Transaction Services West GmbH	Hamm	100,0		EUR	1.402	— ^{b)}
Commerzbank (Eurasija) SAO	Moskau, Russland	100,0		RUB	12.165.512	1.165.019
Commerzbank Asset Management Asia Ltd.	Singapur, Singapur	100,0		SGD	2.028	766
Commerzbank Auslandsbanken Holding AG	Frankfurt am Main	100,0		EUR	1.492.196	— ^{b)}
Commerzbank Capital Funding LLC I	Wilmington, Delaware, USA	100,0		EUR	2	0
Commerzbank Capital Funding LLC II	Wilmington, Delaware, USA	100,0		GBP	2	0
Commerzbank Capital Funding LLC III	Wilmington, Delaware, USA	100,0		EUR	2	0
Commerzbank Capital Funding Trust I	Newark, Delaware, USA	100,0		EUR	1	0
Commerzbank Capital Funding Trust II	Newark, Delaware, USA	100,0		GBP	1	0
Commerzbank Capital Funding Trust III	Newark, Delaware, USA	100,0		EUR	1	0
Commerzbank Capital Investment Company Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Commerzbank Finance 2 S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		EUR	367	– 18
Commerzbank Finance 3 S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		EUR	649	7
Commerzbank Finance BV	Amsterdam, Niederlande	100,0		EUR	1.343	– 150
Commerzbank Holdings (UK) Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	502.383	18.426
Commerzbank Holdings France	Paris, Frankreich	100,0		EUR	80.674	0
Commerzbank Immobilien- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0		EUR	462.597	— ^{b)}
Commerzbank Inlandsbanken Holding GmbH	Frankfurt am Main	100,0		EUR	1.598.385	— ^{b)}

Name	Sitz	Kapitalanteil % insg.	Abweichende Stimmrechte %	Währung	Eigenkapital Tsd.	Jahresergebnis Tsd.
Commerzbank International S.A.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		EUR	558.321	96.187
Commerzbank Investments (UK) Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	112.712	82.941
Commerzbank Leasing 1 S.Å.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		GBP	210	29
Commerzbank Leasing 2 S.Å.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		GBP	32.445	24
Commerzbank Leasing 4 S.Å.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		GBP	4.973	–8
Commerzbank Leasing 5 S.Å.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		GBP	10.202	63
Commerzbank Leasing 6 S.Å.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		GBP	93	26
Commerzbank Leasing December (1) Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	333	1.353
Commerzbank Leasing December (10)	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Commerzbank Leasing December (11)	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Commerzbank Leasing December (12) Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	356	494
Commerzbank Leasing December (13) Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Commerzbank Leasing December (15)	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Commerzbank Leasing December (17) Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	–4.291
Commerzbank Leasing December (19) Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	–12.741
Commerzbank Leasing December (20) Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	–300
Commerzbank Leasing December (21) Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Commerzbank Leasing December (22) Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Commerzbank Leasing December (23) Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	–60
Commerzbank Leasing December (24) Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Commerzbank Leasing December(26) Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	–240
Commerzbank Leasing December (3) Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	476	327
Commerzbank Leasing December (4) Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Commerzbank Leasing December (8) Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Commerzbank Leasing December (9) Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Commerzbank Leasing Holdings Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	2.137	–1.298
Commerzbank Leasing Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	962	–1.776
Commerzbank Leasing March (3) Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	9	5
Commerzbank Leasing September (5) Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	17	9
Commerzbank Online Ventures Limited	London, Großbritannien	100,0		EUR	0	0
Commerzbank Overseas Holdings Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Commerzbank Property Management & Services Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Commerzbank Securities Ltd	London, Großbritannien	100,0		GBP	10	0
Commerzbank Securities Nominees Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Commerzbank U.S. Finance, Inc. ...	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	606	–68
Commerzbank Zrt.	Budapest, Ungarn	100,0		HUF	24.941.022	792.495
CommerzFactoring GmbH	Mainz	50,1		EUR	1.099	— ^{b)}
CR KaiserKarree Holding S.Å.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		EUR	–41.365	–40.175
CSA COMMERZ SOUTH AFRICA (PROPRIETARY) LIMITED	Johannesburg, Sdafrika	100,0		ZAR	3.601	–1.675
Dom Inwestycyjny BRE Banku S.A.	Warschau, Polen	100,0		PLN	89.646	16.886
Dresdner Capital LLC I	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	1.707	42
Dresdner Capital LLC IV	Wilmington, Delaware, USA	100,0		JPY	18.594	136
Dresdner Kleinwort – Grantchester, Inc.	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	27.845	–1

Name	Sitz	Kapitalanteil % insg.	Abweichende Stimmrechte %	Währung	Eigenkapital Tsd.	Jahresergebnis Tsd.
Dresdner Kleinwort & Co. Holdings, Inc.	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	231.580	-639
Dresdner Kleinwort Capital Inc.	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	4.527	3.706
Dresdner Kleinwort do Brasil Limitada	Rio de Janeiro, Brasilien	100,0		BRL	-16.382	3
Dresdner Kleinwort EIV Manager, Inc.	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	-18	0
Dresdner Kleinwort Finance Inc.	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	2.652	704
Dresdner Kleinwort Flags Inc.	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	140.479	0
Dresdner Kleinwort Group Holdings, LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	170.917	-1
Dresdner Kleinwort Group LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	394.779	-57
Dresdner Kleinwort Holdings II, Inc.	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	83.147	633
Dresdner Kleinwort Holdings LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	376.641	51
Dresdner Kleinwort Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	11.647	11.283
Dresdner Kleinwort LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	34.165	-2
Dresdner Kleinwort Luminary Inc. ...	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	790.566	-15.577
Dresdner Kleinwort Moon LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	24.210	-4.634
Dresdner Kleinwort Services (Guernsey) Limited	St. Peter Port, Guernsey	100,0		GBP	2	0
Dresdner Kleinwort Wasserstein Securities (India) Private Limited	Mumbai, Indien	75,0		INR	49.229	-33.670
Dresdner Lateinamerika Aktiengesellschaft	Hamburg	100,0		EUR	32.109	- ^{b)}
Dresdner UK Investments 2 B.V. ...	Amsterdam, Niederlande	100,0		EUR	966	0
Dresdner UK Investments N.V.	Amsterdam, Niederlande	100,0		EUR	1.738	1
DSB Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0		EUR	25	- ^{b)}
EH MoLu IV, LLC	Dover, Delaware, USA	100,0		USD	1.677	-1.445
EHY Real Estate Fund I, LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	-3.758	231
Elco Leasing Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Erste Europäische Pfandbrief- und Kommunalkreditbank Aktiengesellschaft in Luxemburg	Luxemburg, Luxemburg	100,0		EUR	445.132	77.900
Espacio Leon Propco S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0		EUR	-18.417	-1.878
Eurohypo Capital Funding LLC I	Wilmington, Delaware, USA	100,0		EUR	1	0
Eurohypo Capital Funding LLC II ...	Wilmington, Delaware, USA	100,0		EUR	3	0
Eurohypo Capital Funding Trust I ...	Wilmington, Delaware, USA	100,0		EUR	1	0
Eurohypo Capital Funding Trust II ...	Wilmington, Delaware, USA	100,0		EUR	1	0
European Bank for Fund Services Gesellschaft mit beschränkter Haftung (ebase)	Aschheim	100,0		EUR	26.981	3.999
European Venture Partners (Holdings) Ltd	St. Helier, Jersey	85,0		GBP	0	0
European Venture Partners Ltd	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
FABA Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	95,0	75,0	EUR	25	- ^{b)}
Felix (CI) Limited	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	100,0		GBP	26	0
FHB – Immobilienprojekte GmbH ...	Eschborn	100,0		EUR	52	- ^{b)}
Film Library Holdings LLC	Wilmington, Delaware, USA	51,0		USD	21.455	-2.828
Forum Almada, Gestao de Centro Comercial, Sociedade Unipessoal Lda. II & Comandita	Lissabon, Portugal	100,0		EUR	32.216	9.544
Forum Almada-Gestao de Centro Commercial, Sociedade Unipessoal, Lda.	Lissabon, Portugal	100,0		EUR	-65.480	-28.974
Forum Montijo, Gestao de Centro Comercial Sociedade Unipessoal, Lda	Lissabon, Portugal	100,0		EUR	-50.419	-25.343
Frankfurter Gesellschaft für Vermögensanlagen mit beschränkter Haftung	Eschborn	100,0		EUR	5.952	- ^{b)}
General Leasing (No. 16) Limited ...	London, Großbritannien	100,0		GBP	546	249
G-G-B Gebäude- und Grundbesitz GmbH	Eschborn	100,0		EUR	256	- ^{b)}
GO German Office GmbH	Wiesbaden	100,0		EUR	-12.431	- ^{b)}
gr Grundstücks GmbH Objekt Corvus	Frankfurt am Main	100,0		EUR	43	-5

Name	Sitz	Kapitalanteil % insg.	Abweichende Stimmrechte %	Währung	Eigenkapital Tsd.	Jahresergebnis Tsd.
gr Grundstücks GmbH Objekt Corvus & Co. Sossenheim KG	Frankfurt am Main	100,0		EUR	97	-97
Gresham Leasing March (1) Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	-965
Gresham Leasing March (2) Limited	London, Großbritannien	25,0	100,0	GBP	2.392	219
Herradura Ltd	London, Großbritannien	100,0		GBP	5	0
HF Estate Management GmbH	Eschborn	100,0		EUR	3.280	— ⁵⁾ b)
Hibernia Eta Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main	85,0		EUR	31.058	-8
Hibernia Gamma Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main	60,6		EUR	102.634	-1
Hurley Investments No. 3 Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	66
Hypothekenbank Frankfurt AG ...	Eschborn	100,0		EUR	5.661.992	— ⁶⁾ b)
Hypothekenbank Frankfurt International S.A.	Senningerberg, Luxemburg	100,0		EUR	166.016	-30.047 ⁷⁾
IVV – Immobilien – Verwaltungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	Eschborn	100,0		EUR	26	— ^{b)}
KENSTONE GmbH	Eschborn	100,0		EUR	26	— ^{b)}
Kommanditgesellschaft MS „CPO ALICANTE“ Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	90,0	90,0	EUR	3.636	-14.785
Kommanditgesellschaft MS „CPO ANCONA“ Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	77,3	77,3	EUR	19.134	-18.594
Kommanditgesellschaft MS „CPO BILBAO“ Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	90,0	90,0	EUR	1.901	-16.425
Kommanditgesellschaft MS „CPO MARSEILLE“ Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	77,3	77,2	EUR	18.078	-18.559
Kommanditgesellschaft MS „CPO PALERMO“ Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	73,9	73,9	EUR	20.370	-17.381
Kommanditgesellschaft MS „CPO TOULON“ Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	90,0	90,0	EUR	16.305	-19.748
Kommanditgesellschaft MS „CPO VALENCIA“ Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	90,0	90,0	EUR	11.685	-9.739
LAUREA MOLARIS Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin Anthropolis KG i.L.	Ludwigshafen	94,5	94,4	EUR	-4.874	1.883 ⁸⁾
LAUREA MOLARIS Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin Grindelwaldweg KG i.L.	Düsseldorf	94,5	94,6	EUR	-6.644	4.385 ⁹⁾
LUGO Photovoltaik Beteiligungs- gesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0		EUR	-11.892	120
Marylebone Commercial Finance (2)	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	-47
Marylebone Commercial Finance Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	-571
Max Lease S.à.r.l. & Cie. Secs ...	Luxemburg, Luxemburg	100,0		EUR	4.491	786
MERKUR Grundstücks GmbH	Frankfurt am Main	100,0		EUR	44.594	— ^{b)}
MLV 35 Sp. z o.o. SKA	Warschau, Polen	100,0		PLN	289.962	-50
Morris (S.P.) Holdings Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
NAVALIS Schiffsbetriebsgesellschaft mbH & Co. MS „NEDLLOYD JULIANA“ KG	Hamburg	93,6	92,8	EUR	17.641	1.202
NAVIPOS Schiffsbeteiligungs- gesellschaft mbH	Hamburg	100,0		EUR	231	-671
NORA Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lampertheim KG	Düsseldorf	100,0		EUR	0	184

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>	<u>Währung</u>	<u>Eigenkapital Tsd.</u>	<u>Jahresergebnis Tsd.</u>
NORA Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekte Plön und Preetz KG	Düsseldorf	90,0	65,0	EUR	-436	90
Nordboden Immobilien- und Handelsgesellschaft mbH	Eschborn	100,0		EUR	315	— ^{b)}
NOVELLA Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0		EUR	11.176	— ^{b)}
Number X Real Estate GmbH	Eschborn	100,0		EUR	8.773	-8.364 ^{a)}
OLEANDRA Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Jupiter KG	Grünwald	100,0	51,0	EUR	27.552	2.096
OLEANDRA Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Luna KG	Grünwald	100,0	51,0	EUR	1.491	336
OLEANDRA Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Neptun KG	Grünwald	100,0	51,0	EUR	18.045	1.589
OLEANDRA Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Pluto KG	Grünwald	100,0	51,0	EUR	30.701	3.533
OLEANDRA Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Uranus KG	Grünwald	100,0	51,0	EUR	44.181	309
OLEANDRA Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Venus KG ..	Grünwald	100,0	51,0	EUR	25.046	1.769
Pisces Nominees Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Property Invest Ferdinando di Savoia S.r.l.	Mailand, Italien	100,0		EUR	13.601	-1.143 ^{a)}
Property Invest GmbH	Eschborn	100,0		EUR	36.220	-11.349
Property Invest Italy S.r.l.	Mailand, Italien	100,0		EUR	47.169	-9.797
Property Invest Roma S.r.l.	Mailand, Italien	100,0		EUR	1.372	-156 ^{a)}
Real Estate Holdings Limited	Hamilton, Bermuda	100,0		BMD	19.887	-440
Real Estate TOP TEGEL Drei GmbH	Eschborn	94,0		EUR	60	— ^{b)}
Real Estate TOP TEGEL Eins GmbH	Eschborn	94,0		EUR	421	— ^{b)}
Real Estate TOP TEGEL Sechs GmbH	Eschborn	94,0		EUR	129	— ^{b)}
Real Estate TOP TEGEL Vier GmbH	Eschborn	94,0		EUR	60	— ^{b)}
Real Estate TOP TEGEL Zwei GmbH	Eschborn	94,0		EUR	60	— ^{b)}
REFUGIUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Grünwald	100,0		EUR	8.508	-337
Riverbank Trustees Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	-35 ^{a)}
Rood Nominees Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Rook Finance LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	77.467	152
SB-Bauträger GmbH & Co. Urbis Hochhaus-KG	Frankfurt am Main	100,0		EUR	201	0
SECUNDO Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0		EUR	5.811	— ^{b)}
Service-Center Inkasso GmbH Düsseldorf	Düsseldorf	100,0		EUR	153	— ^{b)}
South East Asia Properties Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	22.537	-9.607
Space Park GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	90,0		EUR	-93.027	2.029
Sterling Energy Holdings Inc.	Wilmington, Delaware, USA	76,2	100,0	USD	46.271	298
Sterling Energy II LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	57.862	4.173 ^{a)}
Sterling Energy LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	134.457	205
TARA Immobilienprojekte GmbH	Eschborn	100,0		EUR	25	— ^{b)}
Thurlaston Finance Limited	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	100,0		GBP	0	0

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>	<u>Währung</u>	<u>Eigenkapital Tsd.</u>	<u>Jahresergebnis Tsd.</u>
TOMO Vermögensverwaltungs- gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0		EUR	22.778	— ^{b)}
Transfinance a.s.	Prag, Tschechien	100,0		CZK	280.210	10.752
Twins Financing LLC	Dover, Delaware, USA	60,0		USD	18.312	1.804
U.S. Residential Investment I, L.P.	Wilmington, Delaware, USA	90,0		USD	19.891	–9.062
Watling Leasing March (1)	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	–46
WebTek Software Private Limited	Bangalore, Indien	100,0		INR	204.864	–27.336
WESTBODEN – Bau- und Verwaltungsgesellschaft mit beschränkter Haftung	Eschborn	100,0		EUR	55	— ^{b)}
Westend Grundstücksgesellschaft mbH	Eschborn	100,0		EUR	260	— ^{b)}
Wohnbau-Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn	90,0		EUR	291	–3
Yarra Finance Limited	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	100,0		GBP	0	0
Zelos Luxembourg S.C.S.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		EUR	10	–314 ^{a)}

b) Wegen untergeordneter Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezogene verbundene Unternehmen^{c)}

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>
1. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
10. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
11. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
12. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
13. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
14. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
14. CR Immobilien-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin Lindencorso KG	Düsseldorf	80,8	80,8
14. CR Immobilien-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt ENEX-Babelsberg KG	Düsseldorf	76,1	76,2
2. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
3. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
4. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
5. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
6. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
7. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
8. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
9. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ABANTITIM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ABANTUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ABELASSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ABENITA Photovoltaik Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ABESTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ABORONUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ABOTORIUM Finanz- und Verwaltungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ACARINA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ACCESSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ACINA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ACOLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ACREDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ACRONA Photovoltaik-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
Actium Leasobjekt Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	b)
ACTOSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ADAMANTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ADELIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ADELIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin Teltow KG	Düsseldorf	92,4	92,1
ADELKA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ADENARA Flugzeug-Leasinggesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ADUKKA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ADURAMA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
AFINA, Bufete de Socios Financieros, S.A.	Madrid, Spanien	98,7	99,3
AFÖG Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	94,2	
AGALINA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AGARBA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AGASILA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AGREGATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Haan	100,0	
AJOLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AKERA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
AKUSTIA Verwaltung und Treuhand GmbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ALACRITAS Verwaltungs- und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
ALBELLA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
ALBOLA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
ALCARDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ALDANZA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>
ALDINGA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
ALDULA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
ALEMANTA Photovoltaik Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ALEMONA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
ALFRIDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ALFUTURA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ALIBORA Verwaltung- und Treuhand GmbH i. L.	Düsseldorf	100,0	
ALICANTE NOVA Shipping Limited	Monrovia, Liberia	100,0	
ALIDA Photovoltaik-Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ALIVERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ALKANTA Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ALMARENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ALMONDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ALMURUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ALONGA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ALSANTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ALSANTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekte RiCö KG	Düsseldorf	0,0	85,0
ALSENNA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ALSTRUCTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
Alternative Asset Management S.A.	Luxemburg, Luxemburg	100,0	
ALUBRA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
ALUDANTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ALVENTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ALVINA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ALZOLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AMALIA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
AMENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AMERA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
AMITEA Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
AMITICULA Photovoltaik Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
AMONEUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AMTERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AMUNDA Verwaltung und Treuhand GmbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ANBANA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ANCAVA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ANCONA NOVA Shipping Limited	Monrovia, Liberia	100,0	
ANDROMEDA Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ANEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ANSELMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ARAFINA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ARBITRIA Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AREBA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
Ariondaz SAS	Paris, Frankreich	100,0	
ARMANDA Flugzeug-Leasinggesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AROSA Flugzeug-Leasinggesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ARVINA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
ASCETO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ASERTUNA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ASILUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ASISTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ASKANZA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ASKANZA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lüdenscheid KG	Düsseldorf	94,4	86,0
ASKIBA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ASPERGA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
Aspiro net Sp. z.o.o. w likwidacji	Lodz, Polen	100,0	

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>
Aspiro S.A.	Lodz, Polen	100,0	
ASSANDRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ASSENTO Photovoltaik-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ASSERTA Flugzeug-Leasinggesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ASTRELLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Berlin	100,0	
ASTRIFA Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ATERNA Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Berlin	100,0	
Atlas-Alpha GmbH	Frankfurt am Main	100,0	b)
ATUNO Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
AURESTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AVANCIA Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AVARICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AVENDO Beteiligungsgesellschaft mbH	Stuttgart	100,0	
AVERTUM Flugzeug-Leasinggesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AVERTUM Flugzeug-Leasinggesellschaft mbH & Co. Zweite Legacy 600 KG	Düsseldorf	100,0	
BACUL Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn	100,0	
Bankowy Dom Hipoteczny Sp. z o.o.	Warschau, Polen	100,0	
Belus Immobilien- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn	100,0	b)
Beteiligungsgesellschaft für Industrie und Handel mbH	Frankfurt am Main	100,0	
BILBAO NOVA Shipping Limited	Monrovia, Liberia	100,0	
Blue Amber Fund Management S.A.	Luxemburg, Luxemburg	100,0	
BONITAS Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Neustadt-Schwaig KG	Grünwald	85,5	86,0
BRE Centrum Operacji Sp. z o.o.	Aleksandrów Łódzki, Polen	100,0	10)
BRE Corporate Finance S.A.	Warschau, Polen	100,0	
BRE Property Partner Sp. z o.o.	Warschau, Polen	100,0	
BRE Wealth Management S.A.	Warschau, Polen	100,0	
BREL-AN Sp. z.o.o. w likwidacji	Warschau, Polen	100,0	
BREL-COM Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0	
BREL-ESTATE Sp. z.o.o. w likwidacji	Warschau, Polen	100,0	11)
BREL-FIN Sp. z.o.o. w likwidacji	Warschau, Polen	100,0	12)
BREL-IMMO Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0	
BREL-PRO Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0	
Call Center Poland S.A.	Warschau, Polen	100,0	
CB Euregio GmbH	Frankfurt am Main	100,0	
CB Lux Kirchberg GmbH	Frankfurt am Main	100,0	
CBG Commerz Beteiligungskapital Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,0	
CCR Courtagé i.L.	Paris, Frankreich	100,0	
CERI International Sp. z o.o.	Lodz, Polen	100,0	13)
CG Japan GmbH	Wiesbaden	100,0	
CG Real Estate Luxembourg S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0	
CGG Canada Grundbesitz GmbH	Wiesbaden	100,0	
CGI Stadtgalerie Schweinfurt Verwaltungs-GmbH	Wiesbaden	100,0	
CGI Victoria Square Limited	London, Großbritannien	100,0	
CGI Victoria Square Nominees Limited	London, Großbritannien	100,0	
CIV GmbH Beta	Frankfurt am Main	100,0	
COLLEGIUM GLASHÜTTEN Zentrum für Kommunikation Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Glashütten	100,0	b)
Commerz Building and Management GmbH	Essen	100,0	b)
Commerz Grundbesitz Gestao de Centros Comerciais, Sociedade Unipessoal, Lda.	Lissabon, Portugal	100,0	
Commerz Keyes Avenue Properties (Proprietary) Ltd.	Johannesburg, Südafrika	100,0	
Commerz Management Services Limited	Dublin, Irland	100,0	
Commerz Nominees Limited	London, Großbritannien	100,0	
Commerz Property GmbH	Frankfurt am Main	100,0	14) a) b)
Commerz Real Autoservice GmbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
Commerz Real CZ s.r.o.	Prag, Tschechien	100,0	

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>
Commerz Real Direkt GmbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
Commerz Real Finanzierungsleasing GmbH	Düsseldorf	100,0	b)
Commerz Real Nederland B. V.	Capelle a/d IJssel, Niederlande	100,0	
Commerz Real Partner Süd GmbH	Düsseldorf	100,0	
Commerz Real Projektconsult GmbH	Düsseldorf	100,0	b)
Commerz Real Southern Europe GmbH	Wiesbaden	100,0	
Commerz Real Vertrieb GmbH	Düsseldorf	100,0	
Commerz Real Western Europe GmbH	Wiesbaden	100,0	
Commerz Trade Services Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur, Malaysia	100,0	
Commerz U.S. Financial Corporation	Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Commerzbank Capital Management Unternehmens- beteiligungs GmbH	Frankfurt am Main	100,0	b)
Commerzbank International (Jersey) Limited	St. Helier, Jersey	100,0	
Commerzbank Leasing December (25) Limited	London, Großbritannien	70,0	
Commerzbank Leasing December (6) Limited	London, Großbritannien	100,0	
Commerzbank Pension Trustees Limited	London, Großbritannien	100,0	
Commerzbank Representative Office Nigeria Limited	Lagos, Nigeria	100,0	
Commerzbank Representative Office Panama, S.A.	Panama City, Panama	100,0	
Commerzbank Sao Paulo Servicos Ltda.	Sao Paulo, Brasilien	100,0	
Commerzbank Sponsoring GmbH	Frankfurt am Main	100,0	b)
CommerzKommunalbau GmbH	Düsseldorf	100,0	
CommerzLeasing GmbH	Düsseldorf	100,0	
CommerzStiftungsTreuhand GmbH	Frankfurt am Main	100,0	
CommerzTrust GmbH	Frankfurt am Main	100,0	
Communication One Consulting Sp. z o.o.	Warschau, Polen	100,0	
ContactPoint Sp. z o.o.	Warschau, Polen	100,0	
CR Station General Partner Inc.	Toronto, Kanada	100,0	
Crédito Germánico S.A.	Montevideo, Uruguay	100,0	
CRI Erste Beteiligungsgesellschaft mbH	Wiesbaden	100,0	
CRI Zweite Beteiligungsgesellschaft mbH	Wiesbaden	100,0	
CSK Sp. z.o.o.	Lodz, Polen	100,0	
Czwarty Polski Fundusz Rozwoju Sp. z.o.o.	Lodz, Polen	100,0	
Delphi I Eurohypo LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0	
DFI S.p.A. in liquidazione	Mailand, Italien	100,0	
Dr. Gubelt Immobilien Vermietungs-Gesellschaft mbH & Co. Objekt Chemnitz KG	Düsseldorf	100,0	98,8
Dresdner Kleinwort Derivative Investments Limited	London, Großbritannien	100,0	
Dresdner Private Placement GmbH	Bad Vilbel	100,0	
EHNY Montelucia Manager, LLC	Dover, Delaware, USA	100,0	
Elfte Umbra Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	b)
EP Euro-Projektentwicklungs-Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,0	
EuREAM GmbH	Wiesbaden	100,0	
Eurohypo Investment Banking Limited	London, Großbritannien	100,0	
Eurohypo Nominees 1 Limited	London, Großbritannien	100,0	
Eurologistik 1 Leasehold General Partner BVBA	Brüssel, Belgien	100,0	
Fernwärmenetz Leipzig GmbH	Leipzig	100,0	
Forum Algarve – Gestao de Centro comercial, Sociedade Unipessoal, Lda.	Lissabon, Portugal	100,0	
Frega Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	
Galbraith Investments Limited	London, Großbritannien	100,0	
Garbary Sp. z.o.o.	Poznan, Polen	100,0	
Gesellschaft für Kreditsicherung mbH	Berlin	63,3	
GIE Dresdner Kleinwort France i.L.	Paris, Frankreich	100,0	
GIE Victoria Aéronautique	Paris, Frankreich	100,0	
GRANADA Investment GmbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
Grundbesitzgesellschaft Berlin Rungestr. 22 – 24 mbH i.L.	Eschborn	100,0	15)
Grundstücks- und Vermögensverwaltungsgesellschaft Geretsried mbH i.L.	Düsseldorf	51,1	51,0 ¹⁶⁾
Grupa PINO Sp. z o.o. w likwidacji	Warschau, Polen	100,0	
H 47 GmbH & Co. KG	Düsseldorf	100,0	
H 47 Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	94,4	94,0
Hamudi S.A.	Madrid, Spanien	100,0	

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>
Haus am Kai 2 O.O.O.	Moskau, Russland	100,0	
HDW Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	
Histel Beteiligungs GmbH	Frankfurt am Main	100,0	b)
HVI Handels- und Verwertungsgesellschaft für Immobilien mbH	Düsseldorf	94,0	
Immobilien-gesellschaft Ost Hägle, spol. s.r.o.	Prag, Tschechien	100,0	
Immobilien-Vermietungsgesellschaft Reeder & Co. Objekt Airport Bürocenter Dresden KG	Dresden	87,2	86,6
Immobilienverwaltungsgesellschaft Grammophon Büro-park mbH	Berlin	100,0	
Immobilienverwaltungsgesellschaft Schlachthof Offenbach mbH	Eschborn	100,0	
IMMOFIDUCIA Sp. z. o.o.	Warschau, Polen	100,0	
IWP International West Pictures GmbH & Co. Erste Produktions KG	Köln	95,0	
IWP International West Pictures Verwaltungs GmbH	Köln	100,0	
KTC Kommunikations- und Trainings-Center Königstein GmbH ...	Königstein	100,0	
LAUREA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Ludwigshafen	94,0	
LOFRA GmbH & Co.KG	Frankfurt am Main	99,9	100,0
LOFRA Verwaltungs-Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	
Lufthansa Leasing GmbH & Co. Echo-Oscar KG i. L.	Grünwald	100,0	99,6
Mandas Receivables No. 1 Limited	St. Helier, Jersey	100,0	
Mandas Receivables No. 2 Limited	St. Helier, Jersey	100,0	
Marseille Shipping Limited	Monrovia, Liberia	100,0	
Max Lease Sàrl.	Luxemburg, Luxemburg	100,0	
Messestadt Riem „Office am See“ I GmbH i.L.	Eschborn	100,0	17) b)
Messestadt Riem „Office am See“ III GmbH i.L.	Eschborn	100,0	18) b)
MLV 35 Sp. z o.o.	Warschau, Polen	100,0	
MOLBINA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Düsseldorf Ludwig-Erhard-Allee KG	Düsseldorf	94,3	91,2
MOLMELFI Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Burghausen KG	Düsseldorf	100,0	51,0
MOLRATUS Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
MONEA Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
Montitail – Gestao de Retail Park, Sociedade Unipessoal Lda. ...	Lissabon, Portugal	100,0	
NACOLO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NACONA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NACONE Schiffsbetriebsgesellschaft mbH i.L.	Hamburg	100,0	
NACONGA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NACORINO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH i.L.	Hamburg	100,0	
NACORONA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH i.L.	Hamburg	100,0	
NACOTA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH i.L.	Hamburg	100,0	
NAFARI Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAFIRINA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAMINO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH i.L.	Hamburg	100,0	
NAROLA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH i.L.	Hamburg	100,0	
NASIRO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NASTO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAUCULA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAULUMO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAUMOSA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH i.L.	Hamburg	100,0	
NAUPEUS Schiffsbetriebsgesellschaft mbH i.L.	Hamburg	100,0	
NAURANTO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAURATA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAUSOLA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAUTARO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAUTESSA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAUTIS Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAUTLUS Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>
NAUTO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAUTORIA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAUTUGO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVALIS Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVALIS Shipping Limited	Monrovia, Liberia	100,0	
NAVIBOLA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVIBOTO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVIFIORI Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVIGA Schiffsbeteiligung GmbH	Hamburg	100,0	
NAVIGATO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVIGOLO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVILLO Vermietungsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVINA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVIRENA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVIROSSA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVISTA Verwaltung und Treuhand GmbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
NAVITA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVITARIA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVITONI Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVITOSA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVITURA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NEB Shipping Co.	Monrovia, Liberia	100,0	
NEPTANA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NEPTILA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NEPTORA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NEPTUGA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NEPTUNO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NESTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
NESTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hamme KG	Düsseldorf	100,0	
NESTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Landau KG	Düsseldorf	5,0	55,0
NESTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Wiemelhausen KG	Düsseldorf	100,0	
NORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
NOSCO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Mainz	100,0	
NOTITIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
NOVITAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
Nr. X Real Estate Hungary Kft.	Budapest, Ungarn	100,0	
Number X Bologna S.r.l.	Mailand, Italien	100,0	
NUMERIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
NURUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	b)
Octopus Investment Sp. z o.o.	Warschau, Polen	100,0	
OSKAR Medienbeteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
PALERMO Shipping Limited	Monrovia, Liberia	100,0	
PAREO Kraftwerk-Beteiligungsgesellschaft mbH	Leipzig	100,0	
Property Invest Spain, S.L.	Barcelona, Spanien	100,0	
PRUNA Betreiber GmbH	Grünwald	51,0	
RAMONIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
RAPIDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
RAVENNA Kraków Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0	
Receivable Partners Inc.	Wilmington, Delaware, USA	66,0	
RECURSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	
RESIDO Flugzeug-Leasinggesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
RIMA Medien-Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
RIPA Medien-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Baden-Airpark KG	Düsseldorf	50,0	65,0
ROSATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ROSINTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ROSOLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ROSOLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Heddernheim KG	Düsseldorf	94,0	65,0
ROTUNDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
SB-Bauträger Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Eschborn	100,0	b)
Schiffahrtsgesellschaft HANSA mbH	Hamburg	100,0	
Solar Cuever del Negro 1, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 10, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 11, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 12, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 13, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 14, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 15, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 16, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 17, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 18, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 2, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 3, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 4, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 5, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 6, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 7, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 8, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 9, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 1, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 10, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 11, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 12, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 13, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 14, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 15, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 16, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 17, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 18, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 2, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 3, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 4, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 5, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 6, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 7, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 8, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 9, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
SOLTRX Transaction Services GmbH	Düsseldorf	100,0	b)
Space Park Erste Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,0	
TARA Immobilien-Besitz GmbH	Eschborn	100,0	b)
TARA Immobiliengesellschaft mbH	Eschborn	100,0	b)
TARA Immobilien-Verwaltungs-GmbH	Eschborn	100,0	
TARA Property-Management GmbH	Eschborn	100,0	
Tele-Tech Investment Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0	
TIGNARIS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Ostfildern KG	Düsseldorf	94,9	97,0
TIGNARIS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Streubesitz KG	Düsseldorf	94,8	

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>
TIGNATO Beteiligungsgesellschaft mbH	Essen	100,0	
TIGNATO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KölnTurm MediaPark KG	Eschborn	100,0	
TOULON NOVA Shipping Limited	Monrovia, Liberia	100,0	
TRANSFERIA Managementgesellschaft mbH i.L.	Dortmund	100,0	
VALENCIA NOVA Shipping Limited	Monrovia, Liberia	100,0	
Wall Street Technology Managers LP	New York, New York, USA	90,0	
Webtel Sp. z o.o. w likwidacji	Warschau, Polen	100,0	
Wijkertunnel Beheer III B.V.	Amsterdam, Niederlande	100,0	
WST-Broker-GmbH i.L.	Frankfurt am Main	90,0	

2. Assoziierte Unternehmen

a) In der Konzernbilanz at-Equity-bewertete assoziierte Unternehmen

Name	Sitz	Kapitalanteil % insg.	Abweichende Stimmrechte %	Währung	Eigenkapital Tsd.	Jahresergebnis Tsd.
AKA Ausfuhrkredit- Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	31,6		EUR	176.547	16.775
Argor-Heraeus S.A.	Mendrisio, Schweiz	31,2		CHF	89.002	34.873
Capital Investment Trust Corporation	Taipei, Taiwan	24,0		TWD	- 3.106.323	- 514.217
Captain Holdings S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	46,0		GBP	3.852	71
Commerz Finanz GmbH	München	49,9		EUR	402.038	- 11.424
Commerz Unternehmens- beteiligungs- Aktiengesellschaft ...	Frankfurt am Main	40,0		EUR	92.297	5.106
COMUNITHY Immobilien GmbH	Düsseldorf	49,9		EUR	- 7.978	920
DTE Energy Center, LLC	Wilmington, Delaware, USA	49,5	50,0	USD	91.830	6.223
Exploitatiemaatschappij Wijkertunnel C.V.	Amsterdam, Niederlande	33,3		EUR	14.523	7.451
GIE Fleur de Canne	Paris, Frankreich	10,0		EUR	22.380	343
GIE Northbail	Puteaux, Frankreich	25,0		EUR	0	7
HAJOBANTA GmbH & Co. Asia Opportunity I KG	Düsseldorf	20,8	20,8	EUR	116.626	13.962
ILV Immobilien-Leasing Verwaltungs- gesellschaft Düsseldorf mbH	Düsseldorf	50,0		EUR	19.501	1.964
Inmobiliaria Colonial, S.A.	Barcelona, Spanien	18,7		EUR	2.221.241	109.782
KGAL GmbH & Co. KG	Grünwald	40,5		EUR	97.648	5.047
KGAL Verwaltungs- GmbH	Grünwald	45,0		EUR	8.688	325
MFG Flughafen- Grundstücks- verwaltungsgesellschaft mbH & Co. BETA KG	Grünwald	29,4	29,0	EUR	- 63.291	3.008
RECAP/Commerz AMW Investment, L. P.	New York, New York, USA	50,0		USD	8.688	- 1.311
Reederei MS "E.R. INDIA" Beteiligungsgesellschaft mbH & Co.KG	Hamburg	26,1		EUR	6.653	2.425

b) Wegen untergeordneter Bedeutung in der Konzernbilanz nicht at-Equity-bewertete assoziierte Unternehmen

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>
36th Street CO-INVESTMENT, L.P.	Wilmington, Delaware, USA	49,0	50,0
4239466 Canada Inc.	Toronto, Kanada	50,0	
ACTIUM Leasobjekt GmbH & Co. Objekt Bietigheim OHG	Düsseldorf	100,0	50,0
ACTIUM Leasobjekt GmbH & Co. Objekte Amberg und Landshut KG	Düsseldorf	50,0	
ADAMANTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Elbphilharmonie KG	Düsseldorf	50,0	
AF Eigenkapitalfonds für deutschen Mittelstand GmbH & Co. KG	München	47,5	47,5
AGASILA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Düsseldorf KG	Düsseldorf	23,4	25,0
ALIVERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Düsseldorf-Lichtenbroich KG	Düsseldorf	5,2	23,0
Ampton B.V.	Amsterdam, Niederlande	50,0	
ASTIRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
BAF Berlin Animation Film GmbH	Berlin	49,0	
Banco Comercial S. A.	Montevideo, Uruguay	33,3	
BONUS Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	30,0	
Commerz GOA Realty Associates LLC	New York, New York, USA	49,0	
COMMERZ GOA REALTY Management, LLC	Atlanta, Georgia, USA	49,0	
Commerz Realty Associates GP V, LLC	Wilmington, Delaware, USA	49,0	
DRABELA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DREBACUSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DREBANTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DREBENDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DREBOSTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DRECORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DREDOLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DREFLORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DREFUMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DREHERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	50,0	
DREKONTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DRELARA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DRELOBA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DRELOSINA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DREMARA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	50,0	
DRENITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DRESANA Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DRETERUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DREVERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
Düsseldorfer Börsenhaus GmbH	Düsseldorf	20,0	
FERO Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	26,0	
FORNAX Kraftwerk-Beteiligungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
FOSSUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	24,8	25,0
FUNGOR Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	43,6	
GIE Cinquieme Lease	Puteaux, Frankreich	33,3	
GIE Go Lease	Puteaux, Frankreich	50,0	
GIE Hu Lease	Puteaux, Frankreich	50,0	
GIE Quatrieme Lease	Puteaux, Frankreich	33,3	
GMF German Mittelstand Fund GmbH i. L.	Frankfurt am Main	23,5	
GOPA Gesellschaft für Organisation, Planung und Ausbildung mbH	Bad Homburg v. d. Höhe	24,8	28,8
GRAMEDA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GRAMINA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GRAMOLINDA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>
GRAMOLINDA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Frankfurt KG	Grünwald	94,0	40,0
GRASSANO Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GRATNOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GRENADO Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GRETANA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GRISLEVA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GRONDOLA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GROSINA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GROTEGA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GRUMENTO Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GRUMONA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GRUMOSA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GRUNATA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GZ Verwaltungsgesellschaft für Transportmittel mbH i.L.	München	50,0	
HAJOTARA Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Solarkraftwerke KG	Düsseldorf	6,0	30,0
Immobilien-Vermietungsgesellschaft Dr. Rühl GmbH & Co. Objekt Stutensee KG	Düsseldorf	3,5	25,0
Industriedruck Krefeld Kurt Janßen GmbH & Co KG	Krefeld	25,7	
Irving Place Co-Investment, L.P.	New York, New York, USA	37,7	50,0
Kapelaansdijk I BV	Amsterdam, Niederlande	25,0	
Koppelenweg I BV	Hoevelaken, Niederlande	33,3	
La Tasca Holdings Limited	Luton, Großbritannien	39,2	
Lerchesberg Grundstücks-Gesellschaft mbH i.L.	Frankfurt am Main	49,0	
LOUISENA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
MAECENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Dortmund KG	Düsseldorf	5,0	33,3
MANICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Neutraubling KG	Düsseldorf	5,0	50,0
MARBANA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hallenbad Flensburg KG	Flensburg	40,0	
MARBREVA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt AOK Bayern KG	Düsseldorf	100,0	50,0
MARBREVA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt AOK Rheinland-Pfalz KG	Düsseldorf	100,0	50,0
Marie Lease S.à r.l.	Luxemburg, Luxemburg	49,0	
MARIUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hannover KG	Düsseldorf	21,0	40,0
MAROLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Essen KG	Düsseldorf	0,1	50,0
MINERVA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Radolfzell KG	Düsseldorf	21,0	
MITEC engine.tec gmbh & Co. Objekt Krauthausen KG	Eisenach	0,5	45,0
MOLANCONA Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
MOLARIS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kurhaus KG	Düsseldorf	100,0	49,0
Molathina Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Rostock KG	Düsseldorf	0,1	50,0
MOLBARVA Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
MOLBERA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Aalen KG	Düsseldorf	0,1	50,0
MOLBERNO Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
MOLBONA Vermietungsgesellschaft mbH	Berlin	50,0	
MOLCASA Vermietungsgesellschaft Objekt Smart mbH i.L. ...	Grünwald	50,0	
MOLDOMA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Augsburg KG	Düsseldorf	100,0	50,0
MOLFRIEDA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Wesel KG	Düsseldorf	0,1	50,0

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>
MOLGRADO Vermietungsgesellschaft Objekt Göttingen und Oldenburg mbH	Grünwald	50,0	
MOLKIRA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hertel KG	Düsseldorf	0,1	50,0
MOLKRIMA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Triptis KG	Düsseldorf	0,1	50,0
MOLPIKA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Tuttlingen KG	Düsseldorf	0,1	50,0
MOLPIREAS Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
MOLSOLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Aquarius KG	Düsseldorf	98,5	49,0
MOLSOLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Aries KG	Düsseldorf	98,5	49,0
MOLSOLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Düsseldorf Hohe Straße KG	Düsseldorf	98,5	49,0
MOLSOLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Geminus KG	Düsseldorf	98,5	49,0
MOLSOLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Halle			
Markt 11 KG	Düsseldorf	98,5	49,0
MOLSOLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Halle Riegel KG	Düsseldorf	98,5	49,0
MOLSOLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Pforzheim KG	Düsseldorf	98,5	49,0
MOLSOLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Taurus KG	Düsseldorf	98,5	49,0
MOLSTINA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Stuttgart KG	Düsseldorf	0,1	50,0
MOLSURA Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
MOLWANKUM Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Landkreis Hildburghausen KG	Düsseldorf	6,0	29,0
MOLWARGA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Aue KG	Düsseldorf	4,6	25,0
MS „Meta“ Stefan Patjens GmbH & Co. KG	Drochtersen	30,5	
NESTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Erlangen KG	Düsseldorf	10,0	50,0
NOSSIA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	Pöcking	2,5	25,0
ORBITA Kraftwerk-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
ORNATUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld (Dahme-Spreewald)	50,0	
OSCA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	Grünwald	26,0	
Pinova GmbH & Co. Erste Beteiligungs KG	München	41,8	
RECAP Alta Phoenix Lofts Investment, L.P.	New York, New York, USA	50,0	
RECAP/Commerz Greenwich Park Investment, L.P.	New York, New York, USA	50,0	
Rendite Partner Gesellschaft für Vermögensverwaltung mbH i. L.	Frankfurt am Main	33,3	
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Logistikobjekt Schweinfurt KG	Düsseldorf	2,5	35,0
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Pforzheim KG	Düsseldorf	0,5	50,0
SCI L Argentiere	Grenoble, Frankreich	30,0	
SITA ImmoBilia GmbH & Co. KG	Köln	5,1	50,0
Southwestern Co-Investment, L.P.	New York, New York, USA	50,0	
TAMOLDINA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
TAMOLTEMPA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
TAMOLTESSA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
The World Markets Company GmbH i. L.	Frankfurt am Main	25,2	
U.S. Residential I GP, LLC	Wilmington, Delaware, USA	49,0	50,0

3. Gemeinschaftsunternehmen

a) In der Konzernbilanz at-Equity-bewertete Gemeinschaftsunternehmen

Name	Sitz	Kapitalanteil % insg.	Abweichende Stimmrechte %	Währung	Eigenkapital Tsd.	Jahresergebnis Tsd.
Carbon Trade & Finance SICAR S.A.	Senningerberg, Luxemburg	50,0		EUR	4.751	- 4.416
Delphi I LLC	Wilmington, Delaware, USA	33,3	33,3	EUR	- 380.981	- 23.032
FV Holding S.A.	Brüssel, Belgien	60,0		EUR	10.892	2.190
Kaiserkarree S.a.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	50,0		EUR	44.620	- 18.894

b) Wegen untergeordneter Bedeutung in der Konzernbilanz nicht at-Equity-bewertete Gemeinschaftsunternehmen

Name	Sitz/Sitz der Verwaltungsgesellschaft	Kapitalanteil % insg.	Abweichende Stimmrechte %
Bonitos GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	50,0	
Bonitos Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	50,0	
NULUX NUKEM LUXEMBURG GmbH	Luxemburg, Luxemburg	49,5	

4. Zweckgesellschaften

a) In den Konzernabschluss gemäß IAS 27/SIC 12 einbezogene Zweckgesellschaften

Name	Sitz	Kapitalanteil % insg.	Abweichende Stimmrechte %	Währung	Eigenkapital Tsd.
Asset Securitisation Programme for Insured Receivables Ltd. (ASPIRE)	Dublin, Irland	0,0		EUR	2
Barrington II LLC	Dover, Delaware, USA	0,0		USD	0
Barrington II CDO Ltd.	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	0,0		USD	0
Beethoven Funding Inc	Dover, Delaware, USA	0,0		USD	3
Borromeo Finance S.r.l.	Mailand, Italien	0,0		EUR	21.153
Bosphorus Capital Ltd.	Dublin, Irland	0,0		EUR	212
Bosphorus Investments Limited	Dublin, Irland	0,0		EUR	2.675 ^{a)}
CB MezzCAP Limited Partnership	St. Helier, Jersey	0,0		EUR	346
Classic I (Netherlands) BV 2008-1	Amsterdam, Niederlande	0,0		EUR	0
Coco Finance II-1 Ltd.	Dublin, Irland	0,0		EUR	1 ^{a)}
COSMO Finance II-2 Ltd.	Dublin, Irland	0,0		EUR	1 ^{a)}
CoSMO II-1 Ltd.	Dublin, Irland	0,0		EUR	1
Danube Delta PLC	Delaware, USA	0,0		USD	- 28.143
Dock 100 GmbH & Co. KG	Berlin	0,0		EUR	- 31.095
FAF Inc.	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	0,0		EUR	146
Global One Funding III LLC	Wilmington, Delaware, USA	0,0		USD	0
Greenway Infrastructure Fund	St. Helier, Jersey	0,0		GBP	0
HFR MF iQArts Master Trust	Hamilton, Bermuda	0,0		USD	0
Honeywell Grundbesitzverwaltungs-GmbH & Co. Vermietungs-KG	Grünwald	100,0	19,0	EUR	- 14.860 ^{d)}
Idilias SPC Inc.	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	0,0		USD	230
Justine Capital SRL	Mailand, Italien	0,0		EUR	1.875
Kalmus Grundstücks Gesellschaft Objekt Erfurt KG	Grünwald	0,0		EUR	- 1.093 ¹⁹⁾
LAMINA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Leipzig KG	Grünwald	100,0	16,7	EUR	- 8.180
Liffey (Emerald) Limited	Dublin, Irland	0,0		EUR	0
Livingstone Mortgages Limited	London, Großbritannien	0,0		GBP	25.196
Loxodrome Inc.	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	0,0		USD	0 ⁹⁾

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>	<u>Währung</u>	<u>Eigenkapital Tsd.</u>
Merkur Grundstücks Gesellschaft Objekt Berlin Lange Strasse KG	Grünwald	4,0		EUR	- 889
Metrofinanciera Warehousing Trust 2007	Delaware, USA	0,0		USD	- 67
MORE Global Inc.	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	0,0		EUR	117
Pantheon Master Fund	Delaware, USA	0,0		USD	- 28.143
Plymouth Capital Limited	St. Helier, Jersey	0,0		EUR	1.637
Rügen I GmbH	Frankfurt am Main	0,0		EUR	25
Semper Finance 2006-1 Ltd.	St. Helier, Jersey	0,0		GBP	- 9
Semper Finance 2007-1 GmbH	Frankfurt am Main	0,0		EUR	405
Steel Finance Inc.	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	0,0		USD	7
Symphony No. 2 Llc	Wilmington, Delaware, USA	0,0		USD	29
Symphony No. 4 Llc	Dover, Delaware, USA	0,0		USD	0
Thames SPC	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	0,0		EUR	0
Truckman Inc	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	0,0		EUR	- 3
TS Co. mit One GmbH	Frankfurt am Main	0,0		EUR	25
TS Lago One GmbH	Frankfurt am Main	0,0		EUR	26
Viaduct Invest FCP – SIF	Luxemburg, Luxemburg	0,0		EUR	1.300
Zelos Belgium I SA	Forest, Belgien	100,0		EUR	141 ^{a)}
Zelos Belgium II SA	Forest, Belgien	100,0		EUR	146 ^{a)}
Zelos Belgium III SA	Forest, Belgien	100,0		EUR	135 ^{a)}
Zelos Belgium IV SA	Brüssel, Belgien	100,0		EUR	138 ^{a)}

b) Wegen untergeordneter Bedeutung nicht gemäß IAS 27/SIC 12 in den Konzernabschluss einbezogene Zweckgesellschaften

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>
Dock 100 Logistik GmbH	Berlin	0,0	
Feather Leasing Stichting	Luxemburg, Luxemburg	0,0	
Gangrey Ltd	London, Großbritannien	0,0	
Goldman Sachs Multi-Strategy Portfolio (Class B/E)	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	0,0	
Opera France One FCC	Paris, Frankreich	0,0	
Opera Germany No. 2 plc.	Dublin, Irland	0,0	
Opera Germany No. 3 Ltd.	Dublin, Irland	0,0	
Ryder Square Limited	St. Helier, Jersey	0,0	
Star Global Multi Strategy	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	0,0	
Viking Capital Ltd.	Jersey	0,0	

5. Spezialfonds

a) In den Konzernabschluss gemäß IAS 27/SIC 12 einbezogene Spezialfonds

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Anteil des Investors am Fonds %</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>	<u>Währung</u>	<u>Fondsvolumen Tsd.</u>
CBK SICAV	Hesperange, Luxemburg	61,4		EUR	25.072
CDBS-Cofonds	Frankfurt am Main	100,0		EUR	109.180
CDBS-Cofonds II	Frankfurt am Main	100,0		EUR	94.074
CDBS-Cofonds III	Frankfurt am Main	100,0		EUR	105.908
CDBS-Cofonds IV	Frankfurt am Main	100,0		EUR	106.459
ComStage ETF SICAV	Luxemburg, Luxemburg	59,4		EUR	4.877.766 ^{a)}
Olympic Investment Fund II	Luxemburg, Luxemburg	100,0		EUR	2.430.400 ^{a)}
OP-Fonds CDBS V	Luxemburg, Luxemburg	100,0		EUR	97.857
Premium Management Immobilien-Anlagen	Frankfurt am Main	93,5		EUR	495.232
VFM Mutual Fund AG & Co. KG	Vaduz, Liechtenstein	85,4		USD	337.317

b) Wegen untergeordneter Bedeutung nicht gemäß IAS 27/SIC 12 in den Konzernabschluss einbezogene Spezialfonds

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Anteil des Investors am Fonds %</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>
ALLIANZ BULGARIA PENSION FUND	Paris, Frankreich	100,0	
HQ Trust Kensington Ltd.	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	100,0	
HSC Life Policy Pooling S.A.R.L.	Luxemburg, Luxemburg	100,0	
LIFE PLUS FUNDS FCP-SIF	Luxemburg, Luxemburg	100,0	
Protect Global Winner 2014	Luxemburg, Luxemburg	100,0	

6. Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>
ConCardis Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Eschborn	13,9	
EURO Kartensysteme Gesellschaft mit beschränkter Haftung ...	Frankfurt am Main	13,9	
GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen	Bremen	7,1	

Fußnoten

- 1) Umfirmiert: von Commerzbank Auslandsbanken Holding Nova GmbH nach Commerz Bankenholding Nova GmbH
- 2) Umfirmiert: von Commerzbank Europe (Ireland) nach Commerz Europe (Ireland)
- 3) Umfirmiert: von Eurohypo (Japan) Corporation nach Commerz Japan Real Estate Finance Corporation
- 4) Umfirmiert: von Commerz Real Baucontract GmbH nach Commerz Real Baumanagement GmbH
- 5) Umfirmiert: von EH Estate Management GmbH nach HF Estate Management GmbH
- 6) Umfirmiert: von Eurohypo Aktiengesellschaft nach Hypothekenbank Frankfurt AG
- 7) Umfirmiert: von EUROHYPO Europäische Hypothekenbank S.A. nach Hypothekenbank Frankfurt International S.A.
- 8) Umfirmiert: von LAUREA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin Anthropolis KG nach LAUREA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin Anthropolis KG i.L.
- 9) Umfirmiert: von LAUREA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin Grindelwaldweg KG nach LAUREA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin Grindelwaldweg KG i.L.
- 10) Umfirmiert: von Centrum Rozliczen i Informacji CERI Sp. z.o.o. nach BRE Centrum Operacji Sp. z o.o.
- 11) Umfirmiert: von BREL-ESTATE Sp. z.o.o. nach BREL-ESTATE Sp. z.o.o. w likwidacji
- 12) Umfirmiert: von BREL-FIN Sp. z.o.o. nach BREL-FIN Sp. z.o.o. w likwidacji
- 13) Umfirmiert: von BRE Systems Sp. z.o.o. nach CERI International Sp. z o.o.
- 14) Umfirmiert: von CIV GmbH Alpha nach Commerz Property GmbH
- 15) Umfirmiert: von Grundbesitzgesellschaft Berlin Rungestr. 22 – 24 mbH nach Grundbesitzgesellschaft Berlin Rungestr. 22 – 24 mbH i.L.
- 16) Umfirmiert: von Grundstücks- und Vermögensverwaltungsgesellschaft Geretsried mbH nach Grundstücks- und Vermögensverwaltungsgesellschaft Geretsried mbH i.L.
- 17) Umfirmiert: von Messestadt Riem „Office am See“ I GmbH nach Messestadt Riem „Office am See“ I GmbH i.L.
- 18) Umfirmiert: von Messestadt Riem „Office am See“ III GmbH nach Messestadt Riem „Office am See“ III GmbH i.L.
- 19) Umfirmiert: von Kalmus Grundstücks Gesellschaft Objekt KG nach Kalmus Grundstücks Gesellschaft Objekt Erfurt KG

Anmerkungen und Erläuterungen

- a) Im Geschäftsjahr erstmals in den Konzernabschluss einbezogen.
- b) Ergebnisabführungsvertrag.
- c) Die Angaben gemäß § 285 Nr. 11a HGB sind wegen untergeordneter Bedeutung nach § 286 Abs. 3 Nr. 1 HGB unterblieben.
- d) Nach SIC 12 konsolidiert, da Stimmrechtsanteil 19 %.

Devisenkurse für 1 Euro zum 31.12.2012

Albanien	ALL	139,7400
Bermuda	BMD	1,3194
Brasilien	BRL	2,7036
Bulgarien	BGN	1,9558
Chile	CLP	631,3217
Großbritannien	GBP	0,8161
Indien	INR	72,5600
Japan	JPY	113,6100
Kanada	CAD	1,3137
Polen	PLN	4,0740
Russland	RUB	40,3295
Schweiz	CHF	1,2072
Singapur	SGD	1,6111
Südafrika	ZAR	11,1727
Taiwan	TWD	38,3026
Tschechische Republik	CZK	25,1510
Ukraine	UAH	10,6143
Ungarn	HUF	292,3000
USA	USD	1,3194

Organe der Commerzbank Aktiengesellschaft

Aufsichtsrat

Klaus-Peter Müller
Vorsitzender

Uwe Tschäge¹
stellv. Vorsitzender
Bankangestellter
Commerzbank Aktiengesellschaft

Hans-Hermann Altenschmidt¹
Bankangestellter
Commerzbank Aktiengesellschaft

Dott. Sergio Balbinot
(bis 23.5.2012)
Managing Director
Assicurazioni Generali S. p. A.

Dr.-Ing. Burckhard Bergmann
Ehemaliger Vorsitzender
des Vorstands
E.ON Ruhrgas AG

Dr. Nikolaus von Bomhard
Vorsitzender des Vorstands
Münchener Rückversicherungs-
Gesellschaft AG

Karin van Brummelen¹
Bankangestellte
Commerzbank Aktiengesellschaft

Astrid Evers¹
Bankangestellte
Commerzbank Aktiengesellschaft

¹ Von den Arbeitnehmern gewählt.

Vorstand

Martin Blessing
Vorsitzender

Frank Annuscheit

Markus Beumer

Uwe Foullong¹
Gewerkschaftssekretär
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di

Daniel Hampel¹
Bankangestellter
Commerzbank Aktiengesellschaft

Dr.-Ing. Otto Happel
Unternehmer
Luserve AG

Beate Hoffmann¹
Bankangestellte
Commerzbank Aktiengesellschaft

**Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h.
Hans-Peter Keitel**
Vizepräsident des Bundesverbandes der
Deutschen Industrie

Alexandra Krieger¹
Ressortleiterin Betriebswirtschaft/
Unternehmensstrategien
Industriegewerkschaft Bergbau,
Chemie, Energie

Dr. h. c. Edgar Meister
Rechtsanwalt
Mitglied des Vorstands
der Deutschen Bundesbank a.D.

Stephan Engels
(seit 1.4.2012)

Jochen Klösge

Michael Reuther

Dr. Stefan Schmittmann

**Prof. h. c. (CHN) Dr. rer. oec.
Ulrich Middelmann**
Ehemaliger stellv. Vorsitzender
des Vorstands
ThyssenKrupp AG

Dr. Helmut Perlet
Vorsitzender des Aufsichtsrats
Allianz SE

Barbara Priester¹
Bankangestellte
Commerzbank Aktiengesellschaft

Mark Roach¹
Gewerkschaftssekretär
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di-Bundesverwaltung

Dr. Marcus Schenck
Mitglied des Vorstands
E.ON AG

Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell
(seit 1.6.2012)
Ehemaliges Mitglied des Direktoriums
der Europäischen Zentralbank

Dr. Walter Seipp
Ehrenvorsitzender

Ulrich Sieber

Dr. Eric Strutz
(bis 31.3.2012)

Martin Zielke

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt wird, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, 25. Februar 2013
Der Vorstand



Martin Blessing



Frank Annuscheit



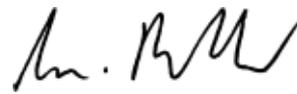
Markus Beumer



Stephan Engels



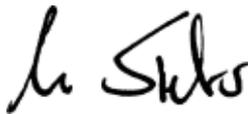
Jochen Klösges



Michael Reuther



Stefan Schmittmann



Ulrich Sieber



Martin Zielke

Der folgende in Übereinstimmung mit § 322 Handelsgesetzbuch erteilte Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den Konzernabschluss sowie den Konzernlagebericht der COMMERZBANK Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2012. Der Konzernlagebericht ist weder in diesem Registrierungsformular abgedruckt, noch kraft Verweises einbezogen.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Vermerk zum Konzernabschluss

Wir haben den beigefügten Konzernabschluss der COMMERZBANK Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, und ihrer Tochtergesellschaften – bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012 – geprüft.

Verantwortung des Vorstands für den Konzernabschluss

Der Vorstand der COMMERZBANK Aktiengesellschaft ist verantwortlich für die Aufstellung dieses Konzernabschlusses. Diese Verantwortung umfasst, dass dieser Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften aufgestellt wird und unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Der Vorstand ist auch verantwortlich für die internen Kontrollen, die er als notwendig erachtet, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Verantwortung des Abschlussprüfers

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Urteil zu diesem Konzernabschluss abzugeben. Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie unter ergänzender Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) durchgeführt. Danach haben wir die Berufspflichten einzuhalten und die Abschlussprüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen falschen Darstellungen ist.

Eine Abschlussprüfung umfasst die Durchführung von Prüfungshandlungen, um Prüfungsnachweise für die im Konzernabschluss enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben zu erlangen. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers. Dies schließt die Beurteilung der Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, das relevant ist für die Aufstellung eines Konzernabschlusses, der ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt. Ziel hierbei ist es, Prüfungshandlungen zu planen und durchzuführen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems des Konzerns abzugeben. Eine Abschlussprüfung umfasst auch die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden und der Vertretbarkeit der von dem Vorstand ermittelten geschätzten Werte in der Rechnungslegung sowie die Beurteilung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Prüfungsurteil

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Konzernabschlusses zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2012 sowie der Ertragslage für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr.

Vermerk zum Konzernlagebericht

Wir haben den beigefügten Konzernlagebericht der COMMERZBANK Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Der Vorstand der COMMERZBANK

Aktiengesellschaft ist verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 2 HGB und unter Beachtung der für die Prüfung des Konzernlageberichts vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Danach ist die Prüfung des Konzernlageberichts so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernlagebericht mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Konzernlageberichts zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung des Konzernabschlusses und Konzernlageberichts gewonnenen Erkenntnisse steht der Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 26. Februar 2013

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Clemens Koch
(Wirtschaftsprüfer)

Peter Goldschmidt
(Wirtschaftsprüfer)

KONZERNABSCHLUSS DER COMMERZBANK AKTIENGESELLSCHAFT ZUM 31. DEZEMBER 2011

Gesamtergebnisrechnung
Gewinn-und-Verlust-Rechnung

	Notes	1.1.-31.12.2011	1.1.-31.12.2010	Veränderung in %
			Mio. €	
Zinserträge	(31)	17.343	18.306	- 5,3
Zinsaufwendungen	(31)	10.619	11.252	- 5,6
Zinsüberschuss	(31)	6.724	7.054	- 4,7
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(32)	- 1.390	- 2.499	- 44,4
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		5.334	4.555	17,1
Provisionserträge	(33)	4.055	4.237	- 4,3
Provisionsaufwendungen	(33)	560	590	- 5,1
Provisionsüberschuss	(33)	3.495	3.647	- 4,2
Handelsergebnis	(34)	2.109	2.052	2,8
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	(35)	- 123	- 94	30,9
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	(34, 35)	1.986	1.958	1,4
Ergebnis aus Finanzanlagen	(36)	- 3.611	108	.
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	(37)	42	35	20,0
Sonstiges Ergebnis	(38)	1.253	- 131	.
Verwaltungsaufwendungen	(39)	7.992	8.786	- 9,0
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen		—	—	.
Restrukturierungsaufwendungen		—	33	- 100,0
Ergebnis vor Steuern		507	1.353	- 62,5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(40)	- 240	- 136	76,5
Konzernergebnis		747	1.489	- 49,8
den Minderheitenanteilen zurechenbares Konzernergebnis		109	59	84,7
den Commerzbank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis		638	1.430	- 55,4
Ergebnis je Aktie		1.1.-31.12.2011	1.1.-31.12.2010	Veränderung in %
			€	
Ergebnis je Aktie	(42)	0,18	1,21	- 85,1

Das nach IAS 33 errechnete Ergebnis je Aktie basiert auf dem den Commerzbank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnis. Im laufenden Geschäftsjahr sowie im Vorjahr waren keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf. Das verwässerte Ergebnis je Aktie war daher mit dem unverwässerten identisch.

Zusammengefasste Gesamtergebnisrechnung

	Notes	<u>1.1.-31.12.2011</u>	<u>1.1.-31.12.2010</u>	Veränderung in %
			Mio. €	
Konzernergebnis		747	1.489	- 49,8
Veränderung der Neubewertungsrücklage	(73)			
Umbuchung in die				
Gewinn-und-Verlust-Rechnung		696	- 352	.
Erfolgsneutrale Wertänderung		- 1.477	394	.
Veränderung der Rücklage aus Cash Flow				
Hedges	(73)			
Umbuchung in die				
Gewinn-und-Verlust-Rechnung		213	283	- 24,7
Erfolgsneutrale Wertänderung		- 18	- 53	- 66,0
Veränderung der Rücklage aus der				
Währungsumrechnung	(73)			
Umbuchung in die				
Gewinn-und-Verlust-Rechnung		14	41	- 65,9
Erfolgsneutrale Wertänderung		- 166	209	.
Veränderung bei at-Equity-bewerteten				
Unternehmen		- 1	2	.
Sonstiges Periodenergebnis		- 739	524	.
Gesamtergebnis		8	2.013	- 99,6
den Minderheitenanteilen zurechenbares				
Periodenergebnis		47	127	- 63,0
den Commerzbank-Aktionären zurechenbares				
Periodenergebnis		- 39	1.886	.

<u>Sonstiges Periodenergebnis</u>	<u>1.1.-31.12.2011</u>			<u>1.1.-31.12.2010</u>		
	<u>Vor Steuern</u>	<u>Steuern</u>	<u>Nach Steuern</u>	<u>Vor Steuern</u>	<u>Steuern</u>	<u>Nach Steuern</u>
	Mio. €					
Veränderung der						
Neubewertungsrücklage	- 1.007	226	- 781	89	- 47	42
Veränderung der Rücklage aus Cash						
Flow Hedges	289	- 94	195	346	- 116	230
Veränderung der Rücklage aus der						
Währungsumrechnung	- 152	—	- 152	250	—	250
Veränderung bei at-Equity-bewerteten						
Unternehmen	- 1	—	- 1	2	—	2
Sonstiges Periodenergebnis	- 871	132	- 739	687	- 163	524

Bilanz

Aktiva	Notes	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %	1.1.2010 ¹
		Mio. €			
Barreserve	(7, 45)	6.075	8.053	-24,6	10.329
Forderungen an Kreditinstitute	(8, 9, 10, 46, 48, 49, 79)	87.790	110.616	-20,6	106.689
darunter: als Sicherheit übertragen ..	(78)	77	94	-18,1	—
Forderungen an Kunden	(8, 9, 10, 47, 48, 49, 79)	296.586	327.755	-9,5	352.194
darunter: als Sicherheit übertragen ..	(78)	—	—	.	—
Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges	(11, 50)	147	113	30,1	-16
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	(12, 51)	5.132	4.961	3,4	6.352
Handelsaktiva	(13, 52, 79)	155.700	167.825	-7,2	218.708
darunter: als Sicherheit übertragen ..	(78)	16.025	19.397	-17,4	41.838
Finanzanlagen	(14, 53, 79)	94.523	115.708	-18,3	130.914
darunter: als Sicherheit übertragen ..	(78)	3.062	22.374	-86,3	13.293
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen	(4, 54)	694	737	-5,8	378
Immaterielle Anlagewerte	(15, 55)	3.038	3.101	-2,0	3.209
Sachanlagen	(16, 56)	1.399	1.590	-12,0	1.779
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(18, 58)	808	1.192	-32,2	1.279
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen	(19, 59)	1.759	1.082	62,6	2.868
Tatsächliche Ertragsteueransprüche ...	(26, 57)	716	650	10,2	1.267
Latente Ertragsteueransprüche	(26, 57)	4.154	3.567	16,5	4.370
Sonstige Aktiva	(17, 60)	3.242	7.349	-55,9	3.783
Gesamt		661.763	754.299	-12,3	844.103

¹ Der 1. Januar 2010 entspricht dem 31. Dezember 2009 nach Ausweisänderung eigener Aktien (siehe Note 2).

Passiva	Notes	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %	1.1.2010 ¹
		Mio. €			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(10, 20, 61, 79)	98.481	137.626	-28,4	140.634
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(10, 20, 62, 79)	255.344	262.827	-2,8	264.618
Verbriefte Verbindlichkeiten	(20, 63, 79)	105.673	131.356	-19,6	161.779
Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges	(11, 64)	938	121	.	-16
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	(21, 65)	11.427	9.369	22,0	11.345
Handelsspassiva	(22, 66, 79)	137.847	152.393	-9,5	202.595
Rückstellungen	(23, 24, 67)	3.761	4.778	-21,3	5.115
Tatsächliche Ertragsteuerschulden	(26, 68)	680	1.072	-36,6	1.346
Latente Ertragsteuerschulden	(26, 68)	189	222	-14,9	1.240
Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen	(19, 69)	592	650	-8,9	2.839
Sonstige Passiva	(70)	6.568	8.136	-19,3	6.103
Nachrangkapital	(27, 71, 79)	13.285	12.910	2,9	15.850
Hybridkapital	(27, 72, 79)	2.175	4.181	-48,0	4.079
Eigenkapital	(30, 73, 74, 75)	24.803	28.658	-13,5	26.576
Gezeichnetes Kapital	(73)	5.113	3.047	67,8	3.071
Kapitalrücklage	(73)	11.158	1.507	.	1.471
Gewinnrücklagen	(73)	8.822	9.140	-3,5	7.741
Stille Einlagen	(73)	2.687	17.178	-84,4	17.178
Andere Rücklagen	(5, 6, 14, 73)	-3.676	-2.999	22,6	-3.455
Gesamt vor Minderheitenanteilen		24.104	27.873	-13,5	26.006
Minderheitenanteile	(73)	699	785	-11,0	570
Gesamt		661.763	754.299	-12,3	844.103

¹ Der 1. Januar 2010 entspricht dem 31. Dezember 2009 nach Ausweisänderung eigener Aktien (siehe Note 2).

Eigenkapitalveränderungsrechnung

	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Stille Einlagen	Andere Rücklagen			Gesamt vor Minderheitenanteilen	Minderheitenanteile	Eigenkapital
					Neubewertungsrücklage	Rücklage aus Cash Flow Hedges	Rücklage aus der Währungsumrechnung			
	Mio. €									
Eigenkapital zum 31.12.2009	3.071	1.334	7.878	17.178	- 1.755	- 1.223	- 477	26.006	570	26.576
Veränderung aufgrund retrospektiver Anpassungen		137	- 137							
Eigenkapital zum 1.1.2010	3.071	1.471	7.741	17.178	- 1.755	- 1.223	- 477	26.006	570	26.576
Gesamtergebnis	—	—	1.430	—	24	218	214	1.886	127	2.013
Konzernergebnis			1.430					1.430	59	1.489
Veränderung der Neubewertungsrücklage					24			24	18	42
Veränderung der Rücklage aus Cash Flow Hedges						218		218	12	230
Veränderung der Rücklage aus der Währungsumrechnung							212	212	38	250
Veränderung bei at-Equity-bewerteten Unternehmen							2	2		2
Ausschüttung Stille Einlagen										
Dividendenausschüttung									- 12	- 12
Kapitalerhöhungen									173	173
Veränderungen im Anteilsbesitz			5					5		5
Veränderung aufgrund retrospektiver Anpassungen		68	- 68							
Sonstige Veränderungen ¹	- 24	- 32	32					- 24	- 73	- 97
Eigenkapital zum 31.12.2010	3.047	1.507	9.140	17.178	- 1.731	- 1.005	- 263	27.873	785	28.658
Gesamtergebnis	—	—	638	—	- 780	195	- 92	- 39	47	8
Konzernergebnis			638					638	109	747
Veränderung der Neubewertungsrücklage					- 780			- 780	- 1	- 781
Veränderung der Rücklage aus Cash Flow Hedges						195		195		195
Veränderung der Rücklage aus der Währungsumrechnung							- 91	- 91	- 61	- 152
Veränderung bei at-Equity-bewerteten Unternehmen							- 1	- 1		- 1
Ausschüttung Stille Einlagen										
Dividendenausschüttung									- 26	- 26
Nennwertumstellung	- 2.142	2.142								
Kapitalerhöhungen	4.184	7.470						11.654		11.654
Entnahme aus den Gewinnrücklagen			- 873					- 873		- 873
Verminderung Stille Einlagen				- 14.491				- 14.491		- 14.491
Veränderungen im Anteilsbesitz			38					38	- 57	- 19
Sonstige Veränderungen ¹	24	39	- 121					- 58	- 50	- 108
Eigenkapital zum 31.12.2011	5.113	11.158	8.822	2.687	- 2.511	- 810	- 355	24.104	699	24.803

¹ Einschließlich Veränderung des Bestands eigener Aktien, Veränderung Derivate auf eigene Eigenkapitalinstrumente und Veränderungen im Konsolidierungskreis.

Zum 31. Dezember 2011 entfielen auf zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen - 110 Mio. Euro der Rücklage aus Cash Flow Hedges und 8 Mio. Euro der Rücklage aus der Währungsumrechnung.

Die Veränderungen im Anteilsbesitz von 38 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2011 resultierten komplett aus dem Erwerb von weiteren Anteilen bereits konsolidierter Gesellschaften. Ein Effekt aus dem Abgang von Anteilen weiterhin konsolidierter Tochterunternehmen ist nicht entstanden.

Im Januar 2011 haben wir unser Grundkapital um 10 % minus 1 Aktie (118.135.291 Aktien) aus Genehmigtem Kapital unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre gegen Sacheinlage erhöht. Die neuen Aktien wurden vollständig gegen Einbringung von hybriden Eigenkapitalinstrumenten (Trust Preferred Securities) gezeichnet, die von Gesellschaften des Commerzbank-Konzerns begeben wurden. Der Nominalbetrag des zurückgegebenen Hybridkapitals belief sich auf 0,9 Mrd. Euro und wirkte sich einmalig mit einem Ertrag von 0,3 Mrd. Euro auf das Ergebnis vor Steuern im Konzern aus. Das Gezeichnete Kapital und die Kapitalrücklage erhöhten sich jeweils um 0,3 Mrd. Euro.

Der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) hat in der Folge einen Teil seiner Stillen Einlagen in Aktien gewandelt, um seine Beteiligungsquote an der Commerzbank (25 % plus 1 Aktie) aufrechtzuerhalten. Damit wurden Stille Einlagen im Nominalbetrag von 0,2 Mrd. Euro in 39 378 430 Aktien aus dem in der Hauptversammlung 2009 geschaffenen Bedingten Kapital gewandelt.

Die am 6. April 2011 per Ad-hoc-Mitteilung angekündigten und am 6. Mai 2011 von der Hauptversammlung der Commerzbank Aktiengesellschaft genehmigten Kapitalmaßnahmen wurden wie folgt durchgeführt:

- Vom 6. bis 13. April 2011 wurden im Wege eines Bookbuilding-Verfahrens bedingte Pflichtumtauschanleihen (Conditional Mandatory Exchangeable Notes, CoMEN) platziert. Commerzbank-Aktionäre mit Ausnahme des SoFFin erhielten hierfür Erwerbsrechte. Alle angebotenen 1.004.149.984 CoMEN wurden mit einem Erwerbspreis von je 4,25 Euro im Gesamtvolumen von 4,3 Mrd. Euro erfolgreich platziert und am 12. Mai 2011 automatisch in Commerzbank-Aktien umgetauscht. Der SoFFin hat in der Folge zur Beibehaltung seines Anteils (25 % plus 1 Aktie) Stille Einlagen mit einem Volumen von 1,4 Mrd. Euro in 334.716.661 Stückaktien gewandelt.
- Im Juni 2011 wurde eine Kapitalerhöhung mit Bezugsrecht durchgeführt und 1.826.771.821 Stückaktien aus Genehmigtem Kapital zu einem Kurs von je 2,18 Euro ausgegeben, wobei die aus dem ersten Schritt durch den Umtausch entstandenen Aktien bezugsberechtigt waren. Das Gesamtvolumen dieser Kapitalerhöhung betrug 4,0 Mrd. Euro. Die neuen Aktien wurden erstmals am 7. Juni 2011 in den Börsenhandel einbezogen. Zur Beibehaltung seines Anteils (25 % plus 1 Aktie) wandelte der SoFFin einen weiteren Teil der Stillen Einlagen von 1,3 Mrd. Euro in 608.923.940 Stückaktien.

Neben der Rückzahlung von 11,0 Mrd. Euro aus den Kapitalmaßnahmen wurden im Juni 2011 zudem Stille Einlagen von 3,27 Mrd. Euro aus freiem regulatorischen Kapital an den SoFFin zurückgezahlt.

Im Zusammenhang mit den Kapitalmaßnahmen wurde eine Ausgleichszahlung für die vorzeitige Rückführung der Stillen Einlagen von 1,03 Mrd. Euro mit dem SoFFin vereinbart. Diese wird erfolgsneutral nach Abzug der sich daraus ergebenden Steuereffekte von 157 Mio. Euro als Entnahme aus den Gewinnrücklagen ausgewiesen. Für die Kapitalerhöhungen sind Kosten von 181 Mio. Euro (nach Berücksichtigung der Steuereffekte von 39 Mio. Euro) angefallen, die direkt von der Kapitalrücklage gekürzt wurden.

Bei der Hauptversammlung am 6. Mai 2011 wurde beschlossen, den rechnerischen Wert von 2,60 Euro auf 1,00 Euro umzustellen. Das Gezeichnete Kapital der Commerzbank Aktiengesellschaft betrug somit zum 31. Dezember 2011 gemäß Satzung 5.113 Mio. Euro und war in 5.113.429.053 Stückaktien eingeteilt (rechnerischer Wert pro Aktie 1,00 Euro). Nach Abzug der zum 31. Dezember 2011 im Bestand befindlichen 863.010 Aktien betrug das Gezeichnete Kapital 5.113 Mio. Euro.

Von der Ermächtigung der Hauptversammlung am 6. Mai 2011 zum Erwerb eigener Aktien für Zwecke des Wertpapierhandels nach § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG wurde Gebrauch gemacht. Gewinne und Verluste aus dem Handel mit eigenen Aktien wurden erfolgsneutral behandelt.

Für das Geschäftsjahr 2011 erfolgt keine Dividendenzahlung, da die Commerzbank Aktiengesellschaft in ihrem Einzelabschluss nach den Vorschriften des HGB keinen Bilanzgewinn erzielt hat.

Eine Ausschüttung auf die im Eigenkapital ausgewiesenen Stillen Einlagen wird ebenfalls nicht erfolgen, da die Zahlung gemäß vertraglicher Vereinbarung nicht zu einem Bilanzverlust der Commerzbank Aktiengesellschaft führen oder diesen erhöhen darf.

Weitere Details zum Eigenkapital sind in den Notes 73, 74 und 75 enthalten.

Kapitalflussrechnung

	Notes	2011	2010
		Mio. €	
Konzernergebnis		747	1.489
Im Konzernergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Sachanlagen und Vermögenswerte, Veränderungen der Rückstellungen sowie Bewertungsveränderungen aus Hedge Accounting		4.006	4.101
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		- 12.194	2.952
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Vermögenswerten	(36)	343	- 108
Ergebnis aus der Veräußerung von Sachanlagen	(38)	—	—
Sonstige Anpassungen	(31)	- 7.373	- 7.466
Zwischensumme		- 14.471	968
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:			
Forderungen an Kreditinstitute	(46)	22.924	- 3.747
Forderungen an Kunden	(47)	32.373	24.611
Wertpapiere des Handelsbestands	(52)	12.393	- 4.323
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	(53-56, 58-60)	1.906	- 3.231
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(61)	- 39.144	- 3.008
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(62)	- 7.483	- 1.791
Verbriefte Verbindlichkeiten	(63)	- 25.683	- 30.423
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	(64-70)	- 4.940	- 470
Erhaltene Zinsen	(31)	14.294	14.956
Erhaltene Dividenden	(31)	115	53
Gezahlte Zinsen	(31)	- 7.036	- 7.543
Ertragsteuerzahlungen	(40)	- 29	- 218
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		- 14.781	- 14.166
Einzahlungen aus der Veräußerung von:			
Finanzanlagen und Anteilen an at-Equity-bewerteten Unternehmen	(36, 37, 53, 54)	17.783	15.274
Sachanlagevermögen	(38, 56)	74	187
Auszahlungen für den Erwerb von:			
Finanzanlagen und Anteilen an at-Equity-bewerteten Unternehmen	(36, 37, 53, 54)	- 335	- 504
Sachanlagevermögen	(38, 56)	- 296	- 492
Effekte aus Veränderungen des Konsolidierungskreises			
Cashflow aus dem Erwerb abzüglich erworbener Zahlungsmittel	(45)	—	—
Cashflow aus der Veräußerung abzüglich veräußerter Zahlungsmittel	(45)	83	298
Cashflow aus Investitionstätigkeit		17.309	14.763
Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen	(73)	- 2.774	- 56
Dividendenzahlungen	(73)	—	—
Mittelveränderung aus Veränderung im Anteilsbesitz an vollkonsolidierten Unternehmen		- 58	- 36
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Nachrangkapital)	(71, 72)	- 1.632	- 2.838
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		- 4.464	- 2.930
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode		8.053	10.329
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		- 14.781	- 14.166
Cashflow aus Investitionstätigkeit		17.309	14.763
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		- 4.464	- 2.930
Effekte aus Wechselkursänderungen		67	116
Effekte aus Minderheitenanteilen		- 109	- 59
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	(45)	6.075	8.053

Der Zahlungsmittelbestand setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
		Mio. €	
Kassenbestand	1.572	1.388	13,3
Guthaben bei Zentralnotenbanken	3.998	6.386	- 37,4
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	505	279	81,0

Im Zahlungsmittelbestand zum 31. Dezember 2011 waren keine Zugänge aus erstkonsolidierten Gesellschaften enthalten (Vorjahr: —). Aus Entkonsolidierungen im Jahr 2011 ergab sich ein Effekt von –2 Mio. Euro auf den Zahlungsmittelbestand.

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Zusammensetzung und die Veränderungen des Zahlungsmittelbestands des Geschäftsjahres. Sie ist in die Positionen operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit aufgeteilt.

Als Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit werden Zahlungsvorgänge (Zu- und Abflüsse) aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie aus Wertpapieren der Handelsaktiva und anderen Aktiva ausgewiesen. Zu- und Abgänge aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus Verbrieften Verbindlichkeiten und anderen Passiva gehören ebenfalls zur operativen Geschäftstätigkeit. Auch die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen finden sich im Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit wieder.

Die Veränderungen des Cashflows aus operativer Geschäftstätigkeit resultieren unter anderem aus der Veräußerung von konsolidierten Gesellschaften. Die anderen Aktiva und Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit enthalten dabei auch Abgänge von Gesellschaften, die zum 31. Dezember 2010 als zur Veräußerung gehalten klassifiziert waren und im Berichtsjahr veräußert wurden. Die nachstehenden Tabellen geben einen Überblick über die Vermögenswerte und Schulden zu den Abgangszeitpunkten.

<u>Aktiva</u>	<u>31.12.2011</u>
	Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	28
Forderungen an Kunden	1.189
Handelsaktiva	124
Finanzanlagen	144
Sachanlagen	1
Sonstige Aktivposten	531
<u>Passiva</u>	<u>31.12.2011</u>
	Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	179
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	11
Verbriefte Verbindlichkeiten	520
Handelspassiva	—
Sonstige Passivposten	428

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt Zahlungsvorgänge für die Finanzanlagen, die Immateriellen Vermögenswerte sowie für die Sachanlagen. Darüber hinaus werden hier die Cashflows im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Veräußerung von Tochterunternehmen gezeigt. Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit umfasst Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen sowie Ein- und Auszahlungen für Nachrang- und Hybridkapital. Auch ausgeschüttete Dividenden weisen wir hier aus.

Der Zahlungsmittelbestand umfasst die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, die unmittelbar in liquide Mittel umgewandelt werden können und nur einem unwesentlichen Wertänderungsrisiko unterliegen. Wir fassen darunter den Posten Barreserve, der sich aus Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken sowie Schuldtiteln öffentlicher Stellen und Wechseln, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind, zusammensetzt (vergleiche Note 45). Nicht einbezogen werden täglich fällige Forderungen an Kreditinstitute.

Für den Commerzbank-Konzern ist die Aussagefähigkeit der Kapitalflussrechnung als gering anzusehen. Die Kapitalflussrechnung ersetzt für uns weder die Liquiditäts- beziehungsweise Finanzplanung noch wird sie als Steuerungsinstrument eingesetzt.

ANHANG (NOTES)

Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Unser Konzernabschluss zum 31. Dezember 2011 wurde nach § 315a Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 (IAS-Verordnung) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 aufgestellt. Ebenso kamen weitere Verordnungen zur Übernahme bestimmter internationaler Rechnungslegungsstandards auf der Grundlage der vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten und veröffentlichten International Financial Reporting Standards (IFRS) und deren Auslegungen durch das International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) zur Anwendung. Alle für das Geschäftsjahr 2011 in der EU verpflichtend anzuwendenden Standards und Interpretationen wurden berücksichtigt.

Von der vorzeitigen Anwendung von Standards und Interpretationen, die erst ab dem Geschäftsjahr 2012 oder später umzusetzen sind (IFRS 9, 10, 11, 12 und 13, überarbeitete IAS 1, 12 und 19 sowie IFRS 1 und 7; Änderungen aus dem jährlichen Verbesserungsprozess des IASB) haben wir zulässigerweise abgesehen. Durch IFRS 9, der erst teilweise durch das IASB veröffentlicht und noch nicht durch die EU verabschiedet wurde, könnten sich signifikante Effekte auf die Bilanzierung und Bewertung ergeben. Aufgrund der noch ausstehenden Anerkennung durch die EU sowie wesentlicher noch nicht verabschiedeter Teilbereiche ist keine verlässliche Quantifizierung der Effekte möglich. Das gilt auch für die Standards IAS 19 sowie IFRS 10, 11 und 12. Aus den anderen derzeit noch nicht anzuwendenden Standards und Interpretationen erwarten wir jedoch keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Die im Geschäftsjahr 2011 erstmals anzuwendenden überarbeiteten Standards und Interpretationen (überarbeiteter IAS 24 sowie überarbeitete IFRIC 14 und 19; Änderungen aus dem jährlichen Verbesserungsprozess des IASB) hatten keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neben der Gesamtergebnisrechnung und der Bilanz beinhaltet der Konzernabschluss als weitere Komponenten die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung und den Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung und die Berichterstattung über das Risikomanagement erfolgen innerhalb des Anhangs (Note 44 beziehungsweise Notes 83 bis 90).

Der Konzernlagebericht einschließlich des separaten Berichts über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht) gemäß § 315 HGB ist auf den Seiten 69 bis 196 unseres Geschäftsberichts abgedruckt.

Berichtswährung des Konzernabschlusses ist der Euro. Alle Beträge sind, sofern nicht gesondert darauf hingewiesen wird, in Mio. Euro dargestellt. In der Gesamtergebnisrechnung, der Bilanz, der Eigenkapitalveränderungsrechnung und der Kapitalflussrechnung werden Beträge unter 500.000,00 Euro als 0 Mio. Euro dargestellt; sofern ein Posten 0,00 Euro beträgt, wird dieser mit einem Strich gekennzeichnet. In allen weiteren Notes werden sowohl auf 0 Mio. Euro gerundete Beträge wie auch Posten mit einem Nullsaldo mit einem Strich dargestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Grundsätze

Der Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (Going Concern). Die Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten, es sei denn die IFRS verlangen eine andere Bewertung. Davon betroffen sind insbesondere bestimmte Finanzinstrumente nach IAS 39, als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien und zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte.

Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam erfasst, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind. Zinsen weisen wir unter Berücksichtigung aller vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit den finanziellen Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten periodengerecht im Zinsüberschuss oder, sofern sie aus Handelsgeschäften einschließlich deren Refinanzierung resultieren, im Handelsergebnis aus. Dividendenerträge werden erst vereinnahmt, wenn ein entsprechender Rechtsanspruch vorliegt. Provisionserträge und -aufwendungen im Provisionsüberschuss erfassen wir zum einen nach der Bilanzierungsmethode für zugehörige Finanzinstrumente, zum anderen nach der Zweckbestimmung. Provisionen für Leistungen, die über einen bestimmten Zeitraum erbracht werden, werden über die Periode der Leistungserbringung erfasst. Gebühren, die mit der vollständigen Erbringung einer bestimmten Dienstleistung verbunden sind, werden zum Zeitpunkt der vollständig erbrachten Dienstleistung vereinnahmt. Die Berücksichtigung von leistungsabhängigen Provisionen erfolgt, wenn die Leistungskriterien erfüllt werden. Provisionen aus Handelsgeschäften weisen wir im Handelsergebnis aus.

Fremdkapitalkosten, die direkt im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Bau oder der Herstellung eines wesentlichen, materiellen oder immateriellen Vermögenswertes stehen, werden grundsätzlich aktiviert.

Voraussetzung ist, dass der Zeitraum für die Herstellung der Nutzbarkeit des Vermögenswertes mindestens 12 Monate beträgt.

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegenüber dem gleichen Geschäftspartner werden gegeneinander aufgerechnet und entsprechend saldiert in der Bilanz ausgewiesen, sofern ein einklagbares Recht zur Aufrechnung der Beträge besteht und die Erfüllung der Geschäfte auf Nettobasis oder die Realisierung des Vermögenswertes gleichzeitig mit Begleichung der Verbindlichkeit erfolgt. Neben der Aufrechnung positiver und negativer Marktwerte aus Derivaten und darauf entfallender Ausgleichszahlungen betrifft dies auch die Aufrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten aus Reverse Repos und Repos (Wertpapierpensionsgeschäfte).

Die Rechnungslegung im Commerzbank-Konzern erfolgt nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, die in den folgenden Notes erläutert werden.

Für die Vollkonsolidierung sowie für die At-Equity-Bewertung im Konzernabschluss verwenden wir im Wesentlichen zum 31. Dezember 2011 erstellte Abschlüsse. Für at-Equity-bewertete Unternehmen greifen wir in einzelnen Fällen auch auf den letzten verfügbaren und geprüften Jahresabschluss zurück, falls der aktuelle Jahresabschluss des Unternehmens zum Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses für das laufende Geschäftsjahr noch nicht vorliegt.

Tochtergesellschaften und at-Equity-bewertete Unternehmen, für die eine Verkaufsabsicht besteht und die mit hoher Wahrscheinlichkeit innerhalb eines Jahres veräußert werden, werden bis zur endgültigen Übertragung der Anteile in Übereinstimmung mit IFRS 5 in den entsprechenden Bilanzposten und Notes (siehe Notes 59 und 69) sowie in der Eigenkapitalveränderungsrechnung separat ausgewiesen.

Eine Einschätzung zur Kurz- und Langfristigkeit aller Bilanzposten nehmen wir in Note 79 vor. Die Angabe von Restlaufzeiten erfolgt im Commerzbank-Konzern zudem für alle Finanzinstrumente, für die vertragliche Fälligkeiten vorliegen (siehe Notes 77 und 79).

Der Konzernabschluss enthält Werte, die wir zulässigerweise unter Verwendung von Schätzungen und Annahmen ermittelt haben. Die verwendeten Schätzungen und Annahmen basieren auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren wie Planungen und – nach heutigem Ermessen – wahrscheinlichen Erwartungen und Prognosen zukünftiger Ereignisse.

Die Schätzungen und Beurteilungen selbst sowie die zugrunde liegenden Beurteilungsfaktoren und Schätzverfahren werden regelmäßig überprüft und mit den tatsächlich eingetretenen Ereignissen abgeglichen. Nach unserer Ansicht sind die verwendeten Parameter sachgerecht und vertretbar. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich unter anderen bei der Ermittlung der Pensionsverpflichtungen, des Geschäfts- oder Firmenwertes und der Marktwerte von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien.

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen beruht auf dem Anwartschaftsbarwertverfahren für leistungsorientierte Altersversorgungspläne. Bei der Bewertung dieser Verpflichtungen sind insbesondere Annahmen über den langfristigen Gehalts- und Rentenentwicklungstrend sowie die durchschnittliche Lebenserwartung zu treffen. Veränderungen der Schätzannahmen von Jahr zu Jahr sowie Abweichungen zu den tatsächlichen Jahreseffekten sind in den versicherungsmathematischen Gewinnen/ Verlusten abgebildet (bezüglich der Auswirkungen von Parameteränderungen siehe Note 67 Rückstellungen).

Der Werthaltigkeitstest für Geschäfts- oder Firmenwerte, der mindestens jährlich vorzunehmen ist, basiert auf der anerkannten Ertragswertmethode. Dabei werden die zukünftig zu erwartenden Überschüsse aus der jüngsten Managementplanung zugrunde gelegt. Eine Analyse der Schätzungsunsicherheiten bei der Bestimmung des Geschäfts- oder Firmenwertes beziehungsweise des beizulegenden Zeitwertes (Fair Values) von Finanzinstrumenten befinden sich in der Note 15 beziehungsweise Note 81.

Für Schätzungsunsicherheiten hinsichtlich der Marktwerte von Immobilien, die als Finanzinvestition gehalten werden, nehmen wir Analysen auf Basis der Parameter Liegenschaftszins beziehungsweise Bodenwert vor (vergleiche Note 58).

Weiterhin bestehen Schätzungsunsicherheiten im Wesentlichen bei aktiven latenten Steuern, der Risikovorsorge im Kreditgeschäft und der auf Bewertungsmodellen beruhenden Fair-Value-Ermittlung von Finanzinstrumenten.

Für den Bereich Risikovorsorge verweisen wir auf den Risikobericht im Konzernlagebericht.

Die den vorzunehmenden Schätzungen zugrunde liegenden Annahmen und Parameter basieren auf einer sachgerechten Ausübung von Ermessensspielräumen durch das Management. Dies betrifft insbesondere die angemessene Auswahl und Anwendung von Parametern, Annahmen und Modellierungstechniken bei der Bewertung solcher Finanzinstrumente, für die keine Marktpreise oder am Markt beobachtbare Vergleichsparameter vorliegen. Soweit unterschiedliche Bewertungsmodelle zu einer Bandbreite von verschiedenen potenziellen Wertansätzen führt, liegt die Auswahl des anzuwendenden Modells im Ermessen des Managements.

Des Weiteren lassen sich folgende wesentliche Sachverhalte zusammenfassen, die der Beurteilung durch das Management unterliegen:

- Die Umgliederung bestimmter finanzieller Vermögenswerte aus der Kategorie zur Veräußerung verfügbarer Finanzinstrumente in die Kategorie Forderungen und Kredite (siehe Note 5).
- Die Wertminderung von Krediten und die Bildung von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft (hier insbesondere die Auswahl von Entscheidungskriterien oder die Beurteilung der Werthaltigkeit von Sicherheiten, siehe Note 9).
- Die Werthaltigkeitsprüfung sonstiger finanzieller Vermögenswerte wie nach der Equity-Methode bilanzierte sowie zur Veräußerung verfügbare Finanzinstrumente (hier insbesondere die Auswahl der Kriterien, nach denen eine Wertminderung festgestellt wird; siehe Note 19).
- Die Werthaltigkeitsprüfung bei nicht finanziellen Vermögenswerten wie bei Firmen- oder Geschäftswerten und anderen immateriellen Vermögenswerten (hier insbesondere die Festlegung der Kriterien zur Bestimmung des erzielbaren Betrags, siehe Note 15).
- Die Werthaltigkeitsprüfung der latenten Ertragsteueransprüche nach IAS 12.24 ff. (hier insbesondere das Festlegen einer Methodik, nach der die Steuerplanung abgeleitet und die Eintrittswahrscheinlichkeit der voraussichtlichen zukünftigen steuerlichen Ergebnisse beurteilt werden kann; siehe Note 25).
- Die Bildung von Rückstellungen für ungewisse Verpflichtungen (siehe Note 23).

(2) Anpassung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Wir haben die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Vergleich zum Konzernabschluss 31. Dezember 2010 grundsätzlich beibehalten.

Gemäß IAS 32.33 sind eigene Anteile (Commerzbank-Aktien) im Bestand ohne Ergebnisauswirkung vom Eigenkapital zu kürzen. Bislang wurden Effekte aus Käufen und Verkäufen von eigenen Aktien daher in Höhe des rechnerischen Wertes mit dem Gezeichneten Kapital und in Höhe des Differenzbetrages zum Kurswert der Aktie mit der Kapitalrücklage verrechnet.

Zur Ermöglichung einer differenzierten Darstellung der Eigenkapitaleffekte aus dem Erwerb und der Wiederveräußerung eigener Anteile, die sich insbesondere aus dem Handelsgeschäft ergeben, haben wir im Geschäftsjahr 2011 die Bilanzierungsmethode für eigene Anteile angepasst.

Beim Erwerb eigener Anteile wird der rechnerische Wert vom Gezeichneten Kapital abgesetzt und der Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem rechnerischen Wert wird mit den Gewinnrücklagen verrechnet. Eine Wiederveräußerung eigener Anteile ist faktisch eine Kapitalerhöhung und die Abbildung erfolgt spiegelbildlich zum Erwerb eigener Anteile. Wird bei der Wiederveräußerung eigener Anteile ein Erlös erzielt, der über den ursprünglichen Anschaffungskosten dieser Anteile liegt, weisen wir den Unterschiedsbetrag in der Kapitalrücklage aus.

Zur weiteren Erhöhung der Transparenz weisen wir seit dem 31. Dezember 2011 die Provisionen aus dem Vermittlungsgeschäft, die bislang in den übrigen Provisionserträgen und -aufwendungen enthalten waren, separat aus. Die Umgliederungen für das Vorjahr betragen 330 Mio. Euro für die Provisionserträge und 72 Mio. Euro für die Provisionsaufwendungen (vergleiche Note 33). Zudem wurde eine Ausweisänderung in der Note zum Handelsergebnis zur Erhöhung der Darstellungsklarheit vorgenommen. Das Handelsergebnis wird seit dem 31. Dezember 2011 nunmehr in Ergebnis aus dem Handel, Zinsergebnis und Ergebnis aus der Anwendung der Fair Value Option unterschieden (vergleiche Note 34).

Die Vorjahreswerte haben wir in der Bilanz, der Eigenkapitalveränderungsrechnung und in den betroffenen Notes entsprechend angepasst. Durch die Anpassungen ergaben sich für die Geschäftsjahre 2010 und 2011 jedoch keine Auswirkungen auf das Konzernergebnis und auf das Ergebnis je Aktie.

(3) Konsolidierungskreis

In unseren Konzernabschluss werden alle wesentlichen Tochterunternehmen einbezogen, an denen die Commerzbank Aktiengesellschaft direkt oder indirekt mehr als 50 % der Stimmrechte hält oder anderweitig einen beherrschenden Einfluss ausübt. Hierzu zählen auch wesentliche Zweckgesellschaften und Fonds, die im Sinne von SIC 12 beherrscht werden. Wesentliche assoziierte Unternehmen und wesentliche Gemeinschaftsunternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet.

Tochterunternehmen, assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen mit untergeordneter Bedeutung für den Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns wurden nicht vollkonsolidiert beziehungsweise nicht at-Equity-bewertet, sondern als Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen oder Beteiligungen unter den Finanzanlagen bilanziert. Bezogen auf die Summenbilanz des Konzerns machen die nicht wesentlichen Tochterunternehmen weniger als 0,1 % (Vorjahr: 0,3 %) aus. Eine vollständige Aufzählung des Anteilsbesitzes des Commerzbank-Konzerns ist der

Note 106 zu entnehmen. Die folgenden wesentlichen Gesellschaften wurden im Geschäftsjahr 2011 erstkonsolidiert:

Gesellschaften	Kapital- und Stimmrechte	Anschaffungskosten	Vermögenswerte	Schulden
	in %		Mio. €	
CoSMO Finance II – 1 Limited, Dublin	0,0	0,0	66,7	66,7
CR KaiserKarree Holding S.a.r.l., Luxemburg	100,0	0,0	18,3	19,5
DOCK 100 GmbH & Co. KG, Berlin	90,0	0,0	75,2	75,2
DSB Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,0	0,0	325,0	325,0
Hurley Investments No. 3 Limited, London	100,0	0,0	1.300,4	410,3
Limited Liability Company „ABRIO“, Kiew, Ukraine	100,0	7,6	7,8	0,0
Limited Liability Company „ACUS“, Kiew, Ukraine	100,0	16,7	7,8	0,0
Limited Liability Company „CLIOS“, Kiew, Ukraine	100,0	10,9	3,4	0,0
Limited Liability Company „MERUS“, Kiew, Ukraine	100,0	3,4	1,4	0,0
Limited Liability Company „MODUS CAPITAL“, Kiew, Ukraine	100,0	34,7	14,8	0,0
Limited Liability Company „RIDOS“, Kiew, Ukraine	100,0	8,8	1,4	0,0
Limited Liability Company „SANTOS CAPITAL“, Kiew, Ukraine	100,0	0,0	0,0	0,0
Limited Liability Company „VALIDUS“, Kiew, Ukraine	100,0	42,6	14,0	0,0
Mandas Receivables No. 1 Limited, Jersey	100,0	0,1	0,1	0,0
Mantilla Investments Limited, London	100,0	865,3	1.579,5	279,4
Olympic Investment Fund, Luxemburg	100,0	325,0	325,0	0,0
Premium Management Immobilien-Anlagen, Frankfurt am Main	93,4	1.105,3	1.187,7	3,5
Sterling Energy Holdings Inc., Wilmington/Delaware	76,2	136,8	136,8	0,0
Sterling Energy LLC, Wilmington/Delaware	100,0	10,5	447,8	436,5
Tee One Inc., Cayman Islands	0,0	0,0	137,8	137,8
Viaduct Invest FCP – SIF, Luxemburg	100,0	68,0	475,6	408,1

Im Geschäftsjahr 2011 wurden zudem alle aktiven ComStage ETF-Fonds und SICAV-Fonds in den Konzernabschluss einbezogen. Das betraf sowohl neu aufgelegte Fonds wie auch Fonds, die bisher aus Wesentlichkeitsgründen nicht berücksichtigt wurden. Somit wurden 89 weitere Fonds mit Kapitalanteilen von 18,2 % bis 100,0 % in den Konsolidierungskreis aufgenommen. Die Vermögenswerte betragen insgesamt 2.956 Mio. Euro, die Schulden beliefen sich auf insgesamt 15 Mio. Euro.

Aus den Erstkonsolidierungen resultierten keine als Geschäfts- oder Firmenwerte zu aktivierenden Unterschiedsbeträge. Es handelt sich um Unternehmen, die unsere Wesentlichkeitsgrenzen für die Konsolidierung überschritten haben sowie um Zukäufe oder Neugründungen im Rahmen strukturierter Finanzierungen oder vertraglicher Vereinbarungen.

Aus der Folgebewertung der im Jahr 2009 im Rahmen des Dresdner-Bank-Erwerbs aufgedeckten Reserven und Lasten ergaben sich in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des laufenden Geschäftsjahres Aufwendungen von 321 Mio. Euro vor Steuern beziehungsweise 232 Mio. Euro nach Steuern. Die wesentlichen Effekte resultierten aus der Aufzinsung des Nachrang- und Hybridkapitals.

Die nachstehenden Gesellschaften wurden veräußert oder liquidiert und wurden daher nicht mehr konsolidiert:

- Veräußerung
 - Commerz Real Autoleasing GmbH, Hamburg
 - Commerz Real LeasingService GmbH & Co. KG, Hamburg
 - Dresdner Bank Brasil S.A. Banco Múltiplo, São Paulo
 - Intermarket Bank AG, Wien
 - Magyar Factor Zrt., Budapest

- Mantilla Investments Limited, London
- MS „CPO Barcelona“ Offen Reederei GmbH & Co. KG, Hamburg
- MS „CPO Cadiz“ Offen Reederei GmbH & Co. KG, Hamburg
- MS „CPO Vigo“ Offen Reederei GmbH & Co. KG, Hamburg
- New Asian Land Funds Holdings Limited, Hamilton/Bermuda
- The New Asian Property Fund Ltd., Bermuda
- Vendome Lease S.A., Paris

Die Veräußerungserlöse für die veräußerten Gesellschaften betragen rund 0,2 Mrd. Euro. Diese wurden komplett in Zahlungsmitteln vergütet. Das Veräußerungsergebnis von 64 Mio. Euro wurde im Ergebnis aus Finanzanlagen mit 50 Mio. Euro und im Sonstigen Ergebnis mit 14 Mio. Euro erfasst.

- Liquidation (einschließlich Gesellschaften, die die operative Geschäftstätigkeit eingestellt haben, unsere Wesentlichkeitsgrenzen für die Konsolidierung dauerhaft unterschritten haben oder nicht mehr konsolidierungspflichtig sind)
 - ALEPPA Funding I LLC, Dover, Delaware
 - ALEPPA Funding II LLC, Dover, Delaware
 - ALMURUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf
 - BACUL Beteiligungsgesellschaft mbH, Eschborn
 - Classic Finance BV, Amsterdam
 - CoCo Finance 2006-1 plc, Dublin
 - Commerz Real Partner Hannover GmbH, Düsseldorf
 - Commerz Real Partner Nord GmbH, Düsseldorf
 - Commerz Real Partner Süd GmbH, Düsseldorf
 - Commerzbank Capital Ventures Management Limited, London
 - Commerzbank Leasing December (6) Limited, London²
 - Commerzbank Leasing December (25) Limited, London²
 - Dresdner Capital LLC III, Wilmington/Delaware
 - Dresdner Kleinwort Capital Investment Trust Limited, London
 - Dresdner Kleinwort Services LLC, New York
 - Dresdner Kleinwort Servicios y Asesorias Ltda., Santiago de Chile/Chile
 - Dresdner Kleinwort Stripes LLC, Wilmington/Delaware
 - EH NY IV, LLC, Dover, USA
 - EHENY Ashland, LLC, Dover, USA
 - EHY Sub Asset LLC, Wilmington/Delaware
 - Galbraith Investments Limited, London²
 - GS Fund Europe Balanced Premia, Luxemburg
 - GS Fund Europe Long Short, Luxemburg
 - GS Fund UK Balanced Premia, Luxemburg
 - GS Fund UK Long Short, Luxemburg
 - GVG Gesellschaft zur Verwertung von Grundbesitz mit beschränkter Haftung, Eschborn
 - Idilias SPC (Silo II), George Town/Cayman Island
 - Inversiones Dresdner Kleinwort Chile Ltda., Santiago de Chile/Chile
 - Kaiserplatz Funding LLC, Wilmington/Delaware¹
 - Kaiserplatz Holdings Ltd., St. Helier/Jersey¹

(Teilkonzern einschließlich Teilkonzerntöchter)

- Kleinwort Benson (Canada) Limited, Toronto
- Mandas Receivables No. 1 Limited, St. Helier, Jersey²
- Mandas Receivables No. 2 Limited, St. Helier, Jersey²
- Mole Finance Inc., George Town/Cayman Island
- Parc Continental Ltd., London
- Portland Capital Ltd., St. Helier/Jersey
- SB-Bauträger Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Eschborn
- Shannon Capital plc., Dublin
- Southwark Bridge Investments Ltd., London
- Valorem LLC, New York
- Wisley Inc., George Town/Cayman Island²

¹ Konsolidierungspflicht besteht nicht mehr.

² Unterschreitung der Wesentlichkeitsgrenzen.

Folgende Gesellschaften wurde im laufenden Geschäftsjahr auf eine im Commerzbank-Konzern konsolidierte Gesellschaft verschmolzen:

- Bishop Finance Inc., Wilmington/Delaware
- Chess Finance LLC, New York
- Dresdner Kleinwort Leasing Inc., New York
- FI Pro-City Immobilien GmbH, Eschborn
- GBG Verwaltungs- und Verwertungsgesellschaft für Grundbesitz mbH, Eschborn
- SB-Bauträger GmbH & Co. Urbis Verwaltungs-KG, Frankfurt am Main

In den Kreis der at-Equity-bewerteten Unternehmen wurden im Geschäftsjahr 2011 folgende Unternehmen aufgenommen:

- KGAL GmbH & Co. KG, Grünwald
- KGAL Verwaltungs GmbH, Grünwald
- DTE Energy Center LLC, Wilmington/Delaware

Aus dem Kreis der at-Equity-bewerteten Unternehmen sind folgende Gesellschaften ausgeschieden und werden daher nicht mehr nach der Equity-Methode bewertet:

- GIE Vulcaine Energie, Paris
- IGS Aerosols GmbH, Wehr/Baden
- Irving Place Co-Investment, L.P., New York
- Linde Leasing GmbH, Wiesbaden
- Urbanitas Grundbesitzgesellschaft mbH, Berlin

(4) Konsolidierungsgrundsätze

Tochterunternehmen sind Gesellschaften, an denen die Commerzbank Aktiengesellschaft direkt oder indirekt die Stimmrechtsmehrheit hält oder anderweitig die Finanz- und Geschäftspolitik bestimmt und somit einen beherrschenden Einfluss ausüben kann, um aus deren Tätigkeiten Nutzen zu ziehen. Die Konsolidierung erfolgt ab dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Stimmrechtsmehrheit oder einen beherrschenden Einfluss erlangt.

Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung bewerten wir Vermögenswerte und Verpflichtungen von Tochterunternehmen unabhängig von der Anteilsquote zum Zeitpunkt des Erwerbs vollständig neu. Die neu zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Vermögenswerte und Schulden werden unter Berücksichtigung latenter Steuern in die Konzernbilanz übernommen, die aufgedeckten stillen Reserven und Lasten in den Folgeperioden entsprechend den anzuwendenden Standards behandelt. Verbleibt nach der Neubewertung ein aktiver Unterschiedsbetrag, wird dieser als Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert.

Assoziierte Unternehmen sind Gesellschaften, bei denen die Commerzbank Aktiengesellschaft direkt oder indirekt über einen maßgeblichen Einfluss verfügt. Ein maßgeblicher Einfluss wird bei Stimmrechtsanteilen zwischen 20 % und 50 % vermutet. Weitere Kriterien für einen maßgeblichen Einfluss sind beispielsweise wesentliche Geschäftsvorfälle mit dem Beteiligungsunternehmen, die Mitgliedschaft in einem Leitungs- oder Aufsichtsgremium oder die Mitwirkung bei der Geschäftspolitik des Beteiligungsunternehmens.

Gemeinschaftsunternehmen sind Gesellschaften, bei denen wir über die gemeinsame Kontrolle mit anderen Unternehmen verfügen. Die gemeinsame Kontrolle kann sich aus Stimmrechtsgleichheit oder vertraglichen Vereinbarungen ergeben.

Assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen bewerten wir grundsätzlich nach der Equity-Methode und weisen sie als Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen aus.

Die Anschaffungskosten dieser Beteiligungen einschließlich darin enthaltener Geschäfts- oder Firmenwerte werden zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss bestimmt. Dabei wenden wir sinngemäß die gleichen Regeln wie bei Tochtergesellschaften an. Für die wesentlichen assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen nehmen wir eine Fortschreibung des Equity-Buchwertes vor.

Anteile an Tochterunternehmen, die wegen untergeordneter Bedeutung nicht konsolidiert werden, und Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die wegen untergeordneter Bedeutung nicht nach der Equity-Methode bewertet werden, sind zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) oder, sofern dieser nicht zuverlässig ermittelbar ist, zu Anschaffungskosten in den Finanzanlagen ausgewiesen.

Die Konsolidierung von Tochterunternehmen endet zu dem Zeitpunkt, an dem die Bank den beherrschenden Einfluss verliert. Die Bewertung nach der Equity-Methode von Anteilen an assoziierten Unternehmen endet zu dem Zeitpunkt, an dem die Stimmrechtsanteile kleiner als 20 % sind oder die sonstigen maßgeblichen Einflussmöglichkeiten auf das assoziierte Unternehmen wegfallen. Die Equity-Bewertung von Gemeinschaftsunternehmen endet mit der Aufgabe der gemeinschaftlichen Führung.

Die Verpflichtung, unter bestimmten Voraussetzungen Zweckgesellschaften (Special Purpose Entities) zu konsolidieren, ergibt sich aus SIC 12. Eine Konsolidierung ist erforderlich, sofern eine Beherrschung der Zweckgesellschaft vorliegt. Dies kann der Fall sein, wenn bei wirtschaftlicher Betrachtung

- die Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft zugunsten des Unternehmens entsprechend seiner besonderen Geschäftsbedürfnisse beziehungsweise auf seine Veranlassung hin geführt wird, sodass das Unternehmen Nutzen aus der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft ziehen kann;
- das Unternehmen über die Entscheidungsmacht verfügt, die Mehrheit des Nutzens aus der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft zu ziehen oder durch die Einrichtung eines sogenannten Autopiloten diese Entscheidungsmacht delegiert;
- das Unternehmen das Recht hat, die Mehrheit des Nutzens aus der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft zu ziehen und sich deshalb Risiken aussetzt, die mit der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft verbunden sind;
- das Unternehmen die Mehrheit der mit der Zweckgesellschaft verbundenen Residual- oder Eigentumsrisiken behält, um Nutzen aus der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft zu ziehen.

Im Commerzbank-Konzern wird die Verpflichtung zur Konsolidierung von Zweckgesellschaften im Rahmen eines Prozesses geprüft, der Transaktionen umfasst, bei denen eine Zweckgesellschaft durch uns mit oder ohne Beteiligung dritter Parteien gegründet wird, sowie Transaktionen, bei denen wir mit oder ohne Beteiligung dritter Parteien in vertragliche Beziehungen zu einer bereits bestehenden Zweckgesellschaft treten. Die Konsolidierungsentscheidungen unterziehen wir einer regelmäßigen Überprüfung. Die Auflistung aller konsolidierten Zweckgesellschaften sowie der aus Unwesentlichkeit nicht einbezogenen Zweckgesellschaften ist Bestandteil der Note 106.

Beschränkungen in der Fähigkeit von Zweckgesellschaften zum Transfer von finanziellen Mitteln wie zum Beispiel Bardividenden aus Eigenkapitalinstrumenten oder Zins- und Tilgungszahlungen aus Fremdkapitalinstrumenten an die Commerzbank bestehen grundsätzlich nicht. Dies gilt zum einen für Zweckgesellschaften, bei denen die Commerzbank über gesellschaftsrechtlich begründete Anteile mit Stimmrechten verfügt, die eine Kontrolle aller operativen Entscheidungen einschließlich des Finanzmitteltransfers ermöglichen. Zum anderen gibt es auch keine Beschränkungen hinsichtlich der Zweckgesellschaften, bei denen die Commerzbank ohne gesellschaftsrechtlich begründete Anteile ihre Ansprüche auf Finanzmitteltransfers aus entsprechenden schuldrechtlichen Verträgen mit der Zweckgesellschaft begründet.

Auf Geschäftsbeziehungen von Unternehmen innerhalb des Konzerns basierende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträge eliminieren wir im Rahmen der Schulden- sowie der Aufwands- und Ertragskonsolidierung. Im Konzern angefallene Zwischenergebnisse werden herausgerechnet, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

(5) Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung (IAS 39)

Gemäß IAS 39 sind alle finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, zu denen auch derivative Finanzinstrumente zählen, grundsätzlich in der Bilanz anzusetzen. Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der gleichzeitig bei dem einen Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei dem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führt. Beim erstmaligen Ansatz sind Finanzinstrumente mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten; das entspricht in der Regel dem Transaktionspreis zum Zugangszeitpunkt.

In der Folgebewertung werden Finanzinstrumente in Abhängigkeit der jeweiligen Kategorie entweder zu (fortgeführten) Anschaffungskosten oder zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) in der Bilanz angesetzt. Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, zu dem am Bilanzstichtag zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern ein Vermögenswert getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte. Der beizulegende Zeitwert wird durch den an einem aktiven Markt festgestellten Preis des Finanzinstruments bestimmt (Mark-to-Market; Bewertungshierarchie Level I). Sofern keine Marktpreise verfügbar sind, erfolgt die Bewertung anhand von notierten Preisen ähnlicher Instrumente an aktiven Märkten. Sind keine notierten Preise für identische oder ähnliche Finanzinstrumente verfügbar, setzen wir zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes Bewertungsmodelle ein (Mark-to-Model), die im größtmöglichen Umfang Marktdaten als Parameter verwenden (Bewertungshierarchie Level II). Wenn für die Bewertung mit Bewertungsmodellen nicht ausreichend aktuelle überprüfbare Marktdaten vorliegen, werden auch nicht am Markt beobachtbare Parameter herangezogen. Diese Eingangsparameter können Daten enthalten, die in Form von Näherungswerten unter anderem aus historischen Daten ermittelt werden (Bewertungshierarchie Level III). Für die detaillierte Darstellung der Bewertungshierarchien verweisen wir auf Note 81.

Die nachstehenden Erläuterungen geben eine Übersicht, wie die Regelungen des IAS 39 in der derzeit gültigen Fassung in unserem Konzern umgesetzt wurden:

a) Zugang und Abgang von Finanzinstrumenten

Der Bilanzansatz eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verpflichtung erfolgt grundsätzlich, wenn der Konzern Vertragspartei zu den vertraglichen Regelungen des Finanzinstruments wird. Bei regulären Kassakäufen oder -verkäufen von finanziellen Vermögenswerten fallen Handels- und Erfüllungstag im Allgemeinen auseinander. Für diese regulären Kassakäufe oder -verkäufe besteht ein Wahlrecht der Bilanzierung zum Handelstag (Trade Date Accounting) oder zum Erfüllungstag (Settlement Date Accounting). Im Konzern erfolgt für alle Regular-Way-Käufe und -Verkäufe finanzieller Vermögenswerte bei Ansatz und Abgang die Bilanzierung zum Handelstag.

Die Abgangsvorschriften des IAS 39 richten sich sowohl nach dem Konzept der Chancen und Risiken als auch nach der Verfügungsmacht bei der Prüfung von Ausbuchungsvorgängen. Die Bewertung der Chancen und Risiken aus dem Eigentum hat dabei Vorrang vor der Beurteilung der Übertragung der Verfügungsmacht.

Bei einer nur teilweisen Übertragung der Chancen und Risiken und der Zurückbehaltung von Verfügungsmacht kommt der Ansatz für fortdauernde Engagements zur Anwendung. Der finanzielle Vermögenswert wird dabei unter Berücksichtigung bestimmter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden in dem Umfang erfasst, der seinem fortdauernden Engagement (Continuing Involvement) entspricht. Die Höhe des fortdauernden Engagements bestimmt sich aus dem Umfang, in dem der Konzern weiterhin das Risiko von Wertänderungen des übertragenen Vermögenswertes trägt. Eine finanzielle Verpflichtung (oder ein Teil einer finanziellen Verpflichtung) wird ausgebucht, wenn sie erloschen ist, das heißt wenn die im Vertrag genannten Verpflichtungen beglichen, aufgehoben oder ausgelaufen sind. Auch der Rückwerb eigener Schuldtitel fällt unter die Ausbuchung finanzieller Verpflichtungen. Unterschiedsbeträge beim Rückkauf zwischen dem Buchwert der Verpflichtung (einschließlich Agien und Disagien) und dem Kaufpreis werden erfolgswirksam erfasst; bei Wiederveräußerung zu einem späteren Zeitpunkt entsteht eine neue finanzielle Verpflichtung, deren Anschaffungskosten dem Veräußerungserlös entsprechen. Unterschiedsbeträge zwischen diesen neuen Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag werden nach der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit des Schuldtitels verteilt.

b) Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten und ihre Bewertung

Die nachfolgenden Erläuterungen geben einen Überblick über die Kategorien gemäß IAS 39. Das betrifft die Kategorien Kredite und Forderungen (Loans and Receivables), bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte (Held-to-Maturity), erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale) sowie sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (Other Financial Liabilities).

– Kredite und Forderungen (Loans and Receivables):

Dieser Kategorie ordnen wir nicht derivative Finanzinstrumente mit festen oder bestimmbareren Zahlungsansprüchen zu, für die kein aktiver Markt besteht. Dies gilt unabhängig davon, ob die

Finanzinstrumente originär begründet oder im Sekundärmarkt erworben wurden. Ein aktiver Markt ist dann gegeben, wenn notierte Preise regelmäßig zum Beispiel von einer Börse oder einem Broker zur Verfügung gestellt werden und diese Preise repräsentativ für aktuelle Transaktionen zwischen fremden Dritten sind. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Bei Vorliegen einer Wertminderung wird diese bei der Ermittlung der fortgeführten Anschaffungskosten erfolgswirksam berücksichtigt. Agien beziehungsweise Disagien werden über die Laufzeit verteilt und erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

Für die in den Finanzanlagen enthaltenen umkategorisierten Wertpapierbestände der Kategorie Kredite und Forderungen wird der jeweilige beizulegende Zeitwert zum Umkategorisierungszeitpunkt als neuer Buchwert angesetzt. Die zu diesem Zeitpunkt bestehende Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern verbleibt in den Anderen Rücklagen im Eigenkapital und wird über die Restlaufzeit der umkategorisierten Wertpapiere aufgelöst.

Für Finanzanlagen der Kategorie Kredite und Forderungen wird eine Wertminderung nach analogen Maßstäben wie für das Kreditgeschäft gebildet (vergleiche Note 9). Die Wertminderungen für diese Finanzinstrumente werden im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst und direkt von den Finanzanlagen gekürzt. Sollten die Indikatoren für eine Wertminderung von einzelnen Wertpapieren nicht mehr gegeben sein beziehungsweise nicht mehr auf eine Wertminderung hindeuten, so müssen diese bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten erfolgswirksam zugeschrieben werden. Ebenso kann ein verbessertes Risikoumfeld zur Auflösung einer zuvor gebildeten Wertminderung auf Portfolioebene führen.

- Bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte (Held-to-Maturity):

Dieser Kategorie dürfen nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen sowie festgelegter Laufzeit dann zugeordnet werden, wenn die Absicht sowie die Fähigkeit besteht, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Bei Vorliegen einer Wertminderung wird dieses bei der Ermittlung der fortgeführten Anschaffungskosten erfolgswirksam berücksichtigt. Agien beziehungsweise Disagien werden über die Laufzeit verteilt und erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt. Der Commerzbank-Konzern verwendete die Kategorie bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte auch im Geschäftsjahr 2011 nicht.

- Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten (Financial Assets or Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss); für die Zuordnung ist eine der folgenden Bedingungen zu erfüllen:

- Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten (Held for Trading):

Diese Kategorie umfasst die finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten, die zu Handelszwecken gehalten werden (Handelsaktiva und -passiva).

Derivative Finanzinstrumente, die als Sicherungsinstrumente eingesetzt werden, sind nur dann in den Handelsaktiva beziehungsweise Handelspassiva enthalten, wenn diese die Bedingungen für die Anwendung des Hedge Accountings (vergleiche unten in dieser Note) nicht erfüllen. Ansonsten werden sie als Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten ausgewiesen.

Handelsaktiva und Handelspassiva werden zu jedem Bilanzstichtag zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bilanziert.

Kann der beizulegende Zeitwert nicht einem aktiven Markt entnommen werden, bewerten wir die Bestände grundsätzlich anhand von Vergleichspreisen, indikativen Preisen von Preisagenturen beziehungsweise anderen Kreditinstituten (Lead-Managern) oder interner Bewertungsverfahren (Barwert- oder Optionspreismodellen). Die Bewertung von Zins- und Zinswährungsderivaten erfolgt gemäß den Marktusancen unter Berücksichtigung der jeweiligen Fixing-Frequenz für variable Zahlungen. Bei Derivatepositionen können zudem bei Ausfall der Kontrahenten Wiedereindeckungskosten entstehen, wenn nach Berücksichtigung von Aufrechnungsvereinbarungen und Sicherheitsabreden ein positiver Marktwert verbleibt. Diese potenziellen Wiedereindeckungskosten sind bei der Fair-Value-Ermittlung von Handelspositionen zu berücksichtigen. Der Commerzbank-Konzern bildet in diesem Fall sogenannte Counterparty Default Adjustments (CDA), die den erwarteten Verlust aus einem möglichen Ausfall des Kontrahenten berücksichtigen.

Die Bewertungs- sowie Veräußerungsergebnisse werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Handelsergebnis erfasst. Neben den realisierten und unrealisierten Ergebnissen weisen wir auch die Zins- und Dividendenerträge sowie Refinanzierungsaufwendungen, die aus Handelsgeschäften resultieren, im Handelsergebnis aus.

- Zum beizulegenden Zeitwert designierte Finanzinstrumente (Designated at Fair Value through Profit or Loss):

Gemäß der sogenannten Fair Value Option ist es zulässig, jedes Finanzinstrument freiwillig einer Bewertung zum Fair Value mit Erfassung der Bewertungsergebnisse in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu unterwerfen. Die Entscheidung zur Nutzung der Fair Value Option ist für ein Finanzinstrument zum Zeitpunkt des Zugangs unwiderruflich zu treffen. Voraussetzung für die Anwendung der Fair Value Option für ein Finanzinstrument ist, dass

- eine Ansatz- oder Bewertungsinkongruenz (Accounting Mismatch) vermieden oder erheblich reduziert wird oder
- das Management und die Performancemessung eines Portfolios aus Finanzinstrumenten auf Fair-Value-Basis erfolgt oder
- das Finanzinstrument ein oder mehrere trennungspflichtige eingebettete Derivate enthält.

Finanzinstrumente, für die die Fair Value Option angewendet wird, verbleiben in ihrem jeweiligen Bilanzposten. Die Bewertungsergebnisse erfassen wir in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Posten Handelsergebnis, Zinserträge und -aufwendungen weisen wir im Zinsergebnis aus. Weitere Ausführungen zu Art und Umfang der Anwendung der Fair Value Option im Commerzbank-Konzern finden sich in Note 82.

- Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale):

Diese Kategorie umfasst alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte, die keiner der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden oder für die eine Designation als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte erfolgte. Dabei handelt es sich insbesondere um verzinsliche Wertpapiere, Aktien und Beteiligungen. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Kann der beizulegende Zeitwert keinem aktiven Markt entnommen werden, bewerten wir die Bestände grundsätzlich anhand von Vergleichspreisen, indikativen Preisen von Preisagenturen beziehungsweise anderen Kreditinstituten (Lead-Managern) oder interner Bewertungsverfahren (Barwert- oder Optionspreismodellen). Ist der beizulegende Zeitwert bei Eigenkapitalinstrumenten ausnahmsweise nicht verlässlich ermittelbar, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten abzüglich erforderlicher Wertminderungen. Das Ergebnis aus der Bewertung weisen wir – nach Berücksichtigung latenter Steuern – erfolgsneutral in einem gesonderten Posten der Anderen Rücklagen (Neubewertungsrücklage) innerhalb des Eigenkapitals aus. Agien oder Disagien bei Fremdkapitalinstrumenten werden erfolgswirksam über die Laufzeit verteilt und im Zinsüberschuss vereinnahmt. Zinserträge, Dividendenzahlungen und laufende Beteiligungsergebnisse aus Vermögenswerten, die dieser Kategorie zuzuordnen sind, werden ebenfalls im Zinsüberschuss gezeigt. Bei einer Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts lösen wir das bislang in der Neubewertungsrücklage erfolgsneutral bilanzierte kumulierte Bewertungsergebnis auf und erfassen es erfolgswirksam in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung.

Für die Finanzinstrumente dieser Kategorie ist zu prüfen, ob objektive Hinweise gemäß IAS 39.59 (zum Beispiel Vertragsbruch, Schadensfall, erhöhte Wahrscheinlichkeit für Sanierungsverfahren oder Insolvenz) auf einen nach dem Zugangszeitpunkt eingetretenen Verlust vorliegen, die zu einer Minderung der hieraus erwarteten Zahlungsströme führen. Eine Wertminderung besteht, wenn der Barwert der erwarteten Zahlungsströme geringer als die fortgeführten Anschaffungskosten des betreffenden Finanzinstrumentes ist. Im Falle einer Wertminderung ist das Bewertungsergebnis nicht mehr erfolgsneutral in den Anderen Rücklagen (Neubewertungsrücklage) im Eigenkapital, sondern als Wertminderungsaufwand in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Ergebnis aus Finanzanlagen zu erfassen.

Im Commerzbank-Konzern werden Eigenkapitalinstrumente des Available-for-Sale-Bestandes abgeschrieben, wenn der beizulegende Zeitwert entweder signifikant ($\geq 20\%$) oder dauerhaft (mindestens neun Monate) unter den Anschaffungskosten liegt. Neben diesen quantitativen Hinweisen (Trigger-Events) werden zur Prüfung auch die qualitativen Trigger-Events des IAS 39.59 herangezogen. Wertaufholungen dürfen bei Eigenkapitalinstrumenten der Kategorie zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte nicht erfolgswirksam erfasst werden; vielmehr sind sie ergebnisneutral über die Neubewertungsrücklage zu buchen. Bei nicht notierten Eigenkapitalinstrumenten, für die ein verlässlicher beizulegender Zeitwert nicht regelmäßig ermittelt werden kann und die deshalb zu Anschaffungskosten abzüglich erforderlicher Wertminderungen bewertet sind, darf überhaupt keine Wertaufholung vorgenommen werden.

Fremdkapitalinstrumente werden einzeln auf einen Wertminderungsbedarf untersucht, wenn qualitative Trigger Events (IAS 39.59) vorliegen. Zur Operationalisierung der qualitativen Trigger-Events wurden im Commerzbank-Konzern zusätzliche Indikatoren für eine Abschreibung entwickelt. So sind zum Beispiel Fremdkapitalinstrumente dieser Kategorie grundsätzlich abzuschreiben, wenn das Rating des Schuldners CCC oder schlechter aufweist (siehe Note 84; S&P-Rating) und der Fair Value unter den fortgeführten Anschaffungskosten liegt.

Fallen die Gründe für eine Wertminderung von Fremdkapitalinstrumenten weg, ist eine Wertaufholung erfolgswirksam bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten vorzunehmen. Der über die Anschaffungskosten hinausgehende Betrag ist in der Neubewertungsrücklage zu erfassen.

- Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (Other financial liabilities):

Alle finanziellen Verbindlichkeiten, die nicht als zu Handelszwecken gehalten kategorisiert wurden und für die nicht die Fair Value Option angewendet wurde, fallen unter die Kategorie sonstige finanzielle Verbindlichkeiten. Zu dieser Kategorie zählen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie Verbriefte Verbindlichkeiten. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien beziehungsweise Disagien werden über die Laufzeit verteilt erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

c) Nettoerfolge

Die Nettoerfolge umfassen erfolgswirksame Fair-Value-Bewertungen, Wertminderungen, Zuschreibungen, realisierte Abgangserfolge und nachträgliche Eingänge aus abgedruckten Finanzinstrumenten der jeweiligen Kategorie gemäß IAS 39. Die Bestandteile werden in den Notes Zinsüberschuss, Risikovorsorge im Kreditgeschäft, Handelsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen nach den Kategorien gemäß IAS 39 dargestellt.

d) Finanzgarantien (Financial Guarantee Contracts)

Eine Finanzgarantie ist gemäß IAS 39 ein Vertrag, bei dem der Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet ist, die den Garantiennehmer für einen Verlust entschädigen, der ihm entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den ursprünglichen oder geänderten Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgemäß nachkommt. Darunter können zum Beispiel Bankgarantien und -bürgschaften fallen (vergleiche Note 92). Ist der Commerzbank-Konzern Garantiennehmer, wird die Finanzgarantie bilanziell nicht erfasst und nur bei der Ermittlung der Wertminderung eines besicherten Vermögenswertes berücksichtigt. Als Garantiegeber erfasst der Commerzbank-Konzern die Verpflichtung aus einer Finanzgarantie bei Vertragsabschluss. Die Erstbewertung erfolgt mit dem beizulegenden Zeitwert zum Erfassungszeitpunkt. Insgesamt betrachtet ist der beizulegende Zeitwert einer Finanzgarantie bei Vertragsabschluss null, denn der Wert der vereinbarten Prämie wird bei marktgerechten Verträgen regelmäßig dem Wert der Garantieverpflichtung entsprechen (sogenannte Nettomethode). Die Folgebewertung erfolgt zum höheren Betrag aus fortgeführten Anschaffungskosten oder dem Rückstellungsbetrag, der gemäß IAS 37 in Verbindung mit IAS 39 im Falle einer drohenden Inanspruchnahme zu bilden ist.

Sofern eine Finanzgarantie Bestandteil einer Finanzierungszusage ist, für die eine Handelsabsicht besteht, ist auch die Finanzgarantie als zu Handelszwecken gehalten zu kategorisieren. Die Behandlung solcher Finanzgarantien erfolgt dann abweichend zu der vorhergehenden Beschreibung gemäß den Vorgaben der Kategorie zu Handelszwecken gehalten (vergleiche Note 5 b).

e) Eingebettete Derivate (Embedded Derivatives)

IAS 39 regelt auch die bilanzielle Behandlung von Derivaten, die in originäre Finanzinstrumente eingebettet sind (Embedded Derivatives). Dabei handelt es sich zum Beispiel um Aktienanleihen (Anleihen mit Rückzahlungsrecht in Aktien) oder Anleihen mit indexbezogener Verzinsung. Gemäß IAS 39 ist das eingebettete Derivat unter bestimmten Bedingungen getrennt vom originären Trägerinstrument wie ein freistehendes Derivat zu bilanzieren.

Eine solche bilanzielle Trennungspflicht ist dann gegeben, wenn die drei folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- Die Charakteristika und Risiken des eingebetteten Derivats sind nicht eng mit denen des originären Trägerinstrumentes verbunden,
- ein eigenständiges Derivat mit den gleichen Bedingungen wie das eingebettete Derivat erfüllt die Definition eines Derivats nach IAS 39, und
- das originäre Finanzinstrument wird nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

In diesem Fall ist das zu trennende eingebettete Derivat als Teil des Handelsbestands anzusehen und zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) zu bilanzieren. Bewertungsänderungen sind erfolgswirksam im Handelsergebnis zu erfassen. Die Bilanzierung und Bewertung des Basisvertrages folgt hingegen den Vorschriften der zugewiesenen Kategorie des Finanzinstruments.

Wenn die vorstehend genannten drei Bedingungen nicht erfüllt sind, wird das eingebettete Derivat nicht getrennt bilanziert und das hybride Finanzinstrument (strukturiertes Produkt) insgesamt nach den allgemeinen Vorschriften der Kategorie bewertet, der das Finanzinstrument zugeordnet wurde.

f) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

IAS 39 beinhaltet umfassende Regelungen für die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen, sofern die Sicherungsinstrumente (insbesondere Derivate) nachweislich zur Absicherung von Risiken aus Nichthandelsgeschäften (Grundgeschäften) eingesetzt werden.

Dabei werden vorwiegend zwei Formen des Hedge Accountings angewendet:

– Fair Value Hedge Accounting:

IAS 39 sieht die Anwendung des Hedge Accountings für Derivate vor, die der Absicherung des beizulegenden Zeitwertes bilanzierter Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten gegen ein oder mehrere festgelegte Risiken dienen. Einem Marktzinsrisiko beziehungsweise Zinsänderungsrisiko unterliegen insbesondere die Emissions- und Kreditgeschäfte des Konzerns und die Wertpapierbestände der Liquiditätssteuerung, sofern es sich um festverzinsliche Papiere handelt. Zur Absicherung dieser Risiken werden vor allem Zinsswaps verwendet.

Gemäß den Regelungen des Fair Value Hedge Accountings werden die zur Absicherung eingesetzten derivativen Finanzinstrumente zum Fair Value als Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten bilanziert. Für den gesicherten Vermögenswert beziehungsweise die gesicherte Verbindlichkeit sind die aus dem gesicherten Risiko resultierenden gegenläufigen Fair-Value-Änderungen ebenfalls bilanziell zu erfassen. Die gegenläufigen Bewertungsänderungen aus den Sicherungsinstrumenten sowie aus den gesicherten Grundgeschäften werden erfolgswirksam in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst. Der Teil der Zeitwertänderungen, der nicht dem abgesicherten Risiko zuzurechnen ist, wird entsprechend den Regeln der zugehörigen Bewertungskategorie behandelt. Fair Value Hedge Accounting kann entweder als Mikro Fair Value Hedge oder als Portfolio Fair Value Hedge für Zinsrisiken ausgestaltet werden:

– Beim Micro Fair Value Hedge Accounting wird ein Grundgeschäft mit einem oder mehreren Sicherungsgeschäften in einer Sicherungsbeziehung verknüpft. Die Buchwerte der Grundgeschäfte werden im Falle von Fair-Value-Änderungen, die dem abgesicherten Risiko zuzuordnen sind, erfolgswirksam angepasst.

– Beim Portfolio Fair Value Hedge wird die Absicherung von Zinsrisiken auf Portfolioebene abgebildet. Abgesichert werden nicht einzelne Geschäfte oder Gruppen von Geschäften mit ähnlicher Risikostruktur, sondern ein Betrag von Grundgeschäften gegliedert nach Laufzeitbändern entsprechend den erwarteten Rückzahlungs- und Zinsanpassungsterminen in einem Portfolio. Portfolios können nur Aktiva, nur Passiva oder beides enthalten. Bei dieser bilanziellen Abbildung von Sicherungszusammenhängen werden die Wertänderungen der Grundgeschäfte als separater Aktiv- beziehungsweise Passivposten in der Bilanz erfasst. Der abgesicherte Betrag der Grundgeschäfte wird im Konzernabschluss ohne Sicht- oder Spareinlagen bestimmt (die Regelungen des EU-Carve-outs werden damit nicht in Anspruch genommen).

– Cash Flow Hedge Accounting:

IAS 39 sieht die Anwendung des Cash Flow Hedge Accountings für Derivate vor, die der Absicherung gegen das Risiko einer Veränderung künftiger Zahlungsströme dienen. Im Rahmen des Cash Flow Hedge Accountings eingesetzte Derivate werden zum Fair Value bilanziert. Das Bewertungsergebnis wird, sofern effektiv, erfolgsneutral nach Berücksichtigung latenter Steuern in der Rücklage aus Cash Flow Hedges im Eigenkapital erfasst. Der ineffektive Teil wird hingegen ergebniswirksam als Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen ausgewiesen. Für die den gesicherten Zahlungsströmen zugrunde liegenden Geschäfte ändern sich die oben beschriebenen allgemeinen Bilanzierungsregeln nicht.

Die Anwendung der Regeln des Hedge Accountings ist an eine Reihe von Bedingungen gebunden. Diese beziehen sich insbesondere auf die Dokumentation des Sicherungszusammenhangs sowie auf die Wirksamkeit der Absicherungsmaßnahme.

Die Sicherungsbeziehung muss ab dem Zeitpunkt ihrer Begründung dokumentiert werden. Die Dokumentation umfasst insbesondere die Identifikation des Sicherungsinstruments und des gesicherten Grundgeschäfts sowie die Kennzeichnung des gesicherten Risikos und der Methodik zur Bestimmung der Effektivität des Sicherungszusammenhangs. Neben der Dokumentation verlangt IAS 39 für die Anwendung der Regelungen des Hedge Accountings den Nachweis eines effektiven Sicherungszusammenhangs während des gesamten Zeitraums der Sicherungsbeziehung. Unter Effektivität wird in diesem Zusammenhang das Verhältnis der aus dem gesicherten Grundgeschäft resultierenden Änderungen des beizulegenden Zeitwertes (Fair Value) beziehungsweise des Zahlungsstroms zur gegenläufigen Änderung des beizulegenden Zeitwertes beziehungsweise des Zahlungsstroms aus dem Sicherungsinstrument verstanden. Wenn sich diese Änderungen fast vollständig ausgleichen, liegt eine hohe Effektivität vor. Der Effektivitätsnachweis verlangt einerseits, dass für eine Sicherungsbeziehung künftig eine hohe Effektivität erwartet werden kann (prospektive Effektivität). Andererseits ist während des Bestehens der Sicherungsbeziehung regelmäßig nachzuweisen,

dass diese während der Berichtsperiode hoch effektiv war (retrospektive Effektivität). Die Effektivität muss sowohl prospektiv als auch retrospektiv innerhalb einer Bandbreite zwischen 0,8 und 1,25 liegen.

Die Commerzbank wendet für die Effektivitätsmessung für Mikro Fair Value Hedge Accounting das statistische Verfahren der Regressionsanalyse an, wobei die Wertänderungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument für den prospektiven Effektivitätstest durch historische Simulationen ermittelt werden. Retrospektiv werden die tatsächlichen Wertveränderungen genutzt. Auch für Portfolio Fair Value Hedge Accounting kommt für den prospektiven Effektivitätstest die Regressionsanalyse zur Anwendung, während für den retrospektiven Effektivitätstest die Dollar-Offset-Methode zur Anwendung kommt.

(6) Währungsumrechnung

Monetäre Vermögenswerte und Schulden, die auf Fremdwährung lauten, und schwebende Fremdwährungskassageschäfte werden zum Kassamittelkurs des Bilanzstichtages, Devisentermingeschäfte zum Terminkurs des Bilanzstichtages umgerechnet. Realisierte Aufwendungen und Erträge rechnen wir grundsätzlich mit dem zum Zeitpunkt der Realisierung gültigen Kassakurs um. Zur Umrechnung von Aufwendungen und Erträgen können auch Durchschnittskurse verwendet werden, sofern diese keine bedeutenden Schwankungen aufweisen. Kursgesicherte Aufwendungen und Erträge rechnen wir zum Sicherungskurs um. Die aus der Umrechnung von Bilanzposten resultierenden Aufwendungen und Erträge werden grundsätzlich erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Nicht monetäre Posten, zum Beispiel Beteiligungen, werden grundsätzlich mit historischen Kursen umgerechnet, wenn sie zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden. Wir nutzen für die Umrechnung den Stichtagskurs, wenn sie zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Ergebnisse aus der Umrechnung von Gewinnen oder Verlusten aus nicht monetären Posten weisen wir entsprechend der Erfassung der Gewinne oder Verluste entweder ergebnisneutral im Eigenkapital oder ergebniswirksam in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung aus.

Die Umrechnung von in Fremdwährung aufgestellten Abschlüssen von konsolidierten Tochterunternehmen und at-Equity-bewerteten Unternehmen erfolgt für Erträge und Aufwendungen grundsätzlich zum Wechselkurs am Tag des Geschäftsvorfalles. Vereinfachend kann bei der Umrechnung auch ein Kurs verwendet werden, der einen Näherungswert für den Umrechnungskurs am Tag des Geschäftsvorfalles darstellt, beispielsweise der Durchschnittskurs einer Periode. Alle sich aus der Umrechnung ergebenden Differenzen sind als separater Bestandteil des Eigenkapitals in der Rücklage aus der Währungsumrechnung erfolgsneutral anzusetzen. Umrechnungsgewinne und -verluste aus der Kapitalkonsolidierung weisen wir ebenfalls erfolgsneutral in der Rücklage aus der Währungsumrechnung im Eigenkapital aus. Zum Zeitpunkt der Veräußerung dieser Vermögenswerte werden die Umrechnungsdifferenzen erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

(7) Barreserve

Die Barreserve umfasst den Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken, Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind. Mit Ausnahme der Schuldtitel öffentlicher Stellen, die wir zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bilanzieren, sind alle Bestände zum Nennwert ausgewiesen.

(8) Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden im Commerzbank-Konzern, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden und nicht an einem aktiven Markt notiert sind, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Agien oder Disagien werden erfolgswirksam über die Laufzeit verteilt im Zinsergebnis vereinnahmt. Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, die im Rahmen der Fair Value Option angesetzt werden, bilanzieren wir zum beizulegenden Zeitwert. Die Buchwerte von Forderungen, für die Micro Fair Value Hedge Accounting angewendet wird, werden um die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Fair-Value-Änderungen angepasst. Bei Anwendung von Portfolio Fair Value Hedge Accounting werden die Fair-Value-Änderungen in dem aktivischen Bilanzposten Wertanpassung Portfolio Fair Value Hedges erfasst.

(9) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Den besonderen Risiken im bilanziellen und außerbilanziellen Kreditgeschäft, das der Kategorie Kredite und Forderungen zuzuordnen ist, tragen wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (Specific Loan Loss Provisions; SLLP), pauschalierten Einzelwertberichtigungen (Portfolio Loan Loss Provisions; PLLP) und Portfoliowertberichtigungen (General Loan Loss Provisions; GLLP) Rechnung.

Bei der Ermittlung der Risikovorsorge wird grundsätzlich nach ausgefallenen und nicht ausgefallenen Forderungen beziehungsweise nach nicht signifikanten (Volumen bis 1 Mio. Euro) und signifikanten Forderungen (Volumen größer als 1 Mio. Euro) unterschieden. Als ausgefallen beziehungsweise notleidend

werden alle Forderungen bezeichnet, die gemäß Basel-II-Regularien als Ausfall (Default) identifiziert wurden. Für den Default eines Kunden können folgende Ereignisse ausschlaggebend sein:

- Drohende Zahlungsunfähigkeit (größer 90 Tage überfällig).
- Die Bank begleitet die Sanierung/Restrukturierung des Kunden mit und ohne Sanierungsbeiträgen.
- Die Bank kündigt die Forderungen.
- Der Kunde ist im Insolvenzverfahren.

Für signifikante ausgefallene Forderungen bilden wir nach konzerneinheitlichen Maßstäben Einzelwertberichtigungen. Sowohl für die Berechnung der Einzelrisikovorsorge als auch die der Rückstellung für Einzelrisiken (SLLP) werden die Barwerte der zukünftig erwarteten Zahlungsströme (Cashflows) herangezogen. In den Cashflows werden neben den erwarteten Zahlungen auch die Erlöse aus der Sicherheitenverwertung und sonstige erzielbare Cashflows berücksichtigt. Die Risikovorsorge entspricht also der Differenz zwischen dem Buchwert des Kredites und dem Barwert der gesamten erwarteten Rückflüsse. Unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes wird die Erhöhung des Barwerts durch den Zeitablauf als Zinsertrag (sogenanntes Unwinding) erfasst.

Für ausgefallene, aber nicht signifikante Forderungen wird auf Grundlage von internen Parametern eine pauschalierte Einzelwertberichtigung beziehungsweise Rückstellung (PLLP impaired) gebildet.

Für nicht ausgefallene Forderungen tragen wir den Kreditrisiken in Form von Portfoliowertberichtigungen (GLLP) Rechnung. Die Höhe der zu bildenden Portfoliowertberichtigung sowohl für das bilanzielle wie auch das außerbilanzielle Geschäft, wird unter Verwendung von aus der Basel-II-Systematik abgeleiteten Parametern ermittelt.

Der Gesamtbetrag der Risikovorsorge kürzen wir, sofern er sich auf bilanzielle Forderungen bezieht, in der Bilanz von den entsprechenden Aktivposten. Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte (Eventualverbindlichkeiten, Kreditzusagen) wird hingegen als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft gezeigt.

Uneinbringliche Forderungen, für die keine Einzelwertberichtigungen bestanden, werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam in der Risikovorsorge erfasst. Wertgeminderte Forderungen werden unter Verbrauch von etwaigen bestehenden Einzelwertberichtigungen (teil-)abgeschrieben, wenn sich die teilweise oder vollständige Uneinbringlichkeit der Forderung herausstellt. Forderungsteile wertgeminderter Forderungen, die die bestehende Risikovorsorge übersteigen, schreiben wir im Falle der Uneinbringlichkeit ebenfalls direkt ab.

(10) Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihgeschäfte

Repo-Geschäfte sind Kombinationen aus Kassakäufen oder -verkäufen von Wertpapieren mit gleichzeitigem Verkauf oder Rückkauf auf Termin mit demselben Kontrahenten. Die bei Repo-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassaverkauf) werden in der Konzernbilanz weiterhin als Wertpapierbestand jeweils entsprechend der zugrunde liegenden Kategorie bilanziert und bewertet. Eine Ausbuchung der Wertpapiere erfolgt nicht, da wir alle mit dem Eigentum am Pensionsgegenstand verbundenen Chancen und Risiken zurückbehalten. Für die übertragenen, aber nicht ausgebuchten finanziellen Vermögenswerte bestehen insofern die gleichen Risiken und Chancen wie für die nicht übertragenen finanziellen Vermögenswerte, die in Note 5 beschrieben sind.

Der Liquiditätszufluss aus dem Repo-Geschäft wird je nach Gegenpartei als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder gegenüber Kunden in der Bilanz ausgewiesen. Vereinbarte Zinszahlungen werden laufzeitgerecht als Zinsaufwendungen im Zinsergebnis erfasst.

Die bei Reverse Repos entstehenden Liquiditätsabflüsse werden als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Die Bewertung erfolgt entweder zum beizulegenden Zeitwert unter Anwendung der Fair Value Option oder zu fortgeführten Anschaffungskosten. Die dem Geldgeschäft zugrunde liegenden in Pension genommenen Wertpapiere (Kassakauf) werden nicht in der Bilanz ausgewiesen und folglich auch nicht bewertet. Vereinbarte Zinsen aus Reverse Repos werden laufzeitgerecht als Zinserträge im Zinsergebnis erfasst.

Wertpapierleihgeschäfte schließen wir mit Kreditinstituten und Kunden ab, um der Erfüllung von Lieferverpflichtungen nachzukommen oder Wertpapierpensionsgeschäfte tätigen zu können. Diese Geschäfte bilanzieren wir analog dem Ausweis von Wertpapieren aus echten Pensionsgeschäften. Dabei verbleiben verliehene Wertpapiere weiterhin in unserem Wertpapierbestand (Handelsaktiva oder Finanzanlagen) und werden nach den Regeln des IAS 39 bewertet. Entlehene Wertpapiere werden nicht bilanziert und auch nicht bewertet. Im Rahmen von Wertpapierleihgeschäften kann das Bonitätsrisiko des Kontrahenten durch die Stellung von Sicherheiten unter anderem in Form von Liquidität vermieden werden. Die Stellung von Sicherheiten für ein Leihgeschäft wird als „Cash Collateral Out“ (gezahlte Sicherheitsleistung) und der Erhalt von Sicherheiten als „Cash Collateral In“ (erhaltene

Sicherheitsleistungen) bezeichnet. Darüber hinaus werden Cash Collateral Outs im Zusammenhang mit Derivaten als Sicherheiten hinterlegt. Durch uns gestellte Barsicherheiten für Wertpapierleihgeschäfte weisen wir als Forderungen, erhaltene Sicherheiten als Verbindlichkeiten aus. Erträge und Aufwendungen aus dem Wertpapierleihgeschäfte werden laufzeitgerecht im Zinsergebnis erfasst.

(11) Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges

In diesen Posten erfassen wir aktivisch beziehungsweise passivisch die zinsinduzierten Wertänderungen der Grundgeschäfte, für die Portfolio Fair Value Hedge Accounting angewendet wird.

(12) Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Derivative Finanzinstrumente, die zur Absicherung eingesetzt sind und sich für das Hedge Accounting qualifizieren sowie einen positiven Marktwert aufweisen, werden in diesem Bilanzposten ausgewiesen. Die Bewertung der Sicherungsinstrumente erfolgt zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value).

(13) Handelsaktiva

Im Posten Handelsaktiva weisen wir zum einen originäre Finanzinstrumente aus, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Dazu gehören zins- und eigenkapitalbezogene Wertpapiere, Schuldscheindarlehen sowie Anteile an Investmentfonds. Zum anderen sind hier alle derivativen Finanzinstrumente ausgewiesen, die nicht als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings eingesetzt werden und einen positiven beizulegenden Zeitwert besitzen. Darüber hinaus werden dem Handelsbuch zugeordnete Kreditzusagen mit positivem Marktwert in diesem Posten bilanziert.

(14) Finanzanlagen

Die Finanzanlagen umfassen Finanzinstrumente, die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden. Als Finanzanlagen weisen wir alle nicht Handelszwecken dienenden Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Wertpapiere, Aktien und andere eigenkapitalbezogene Wertpapiere, sowie Anteile an Investmentfonds, Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen aus, es sei denn, sie sind als zur Veräußerung gehalten im Sinne von IFRS 5 zu behandeln. Die nicht at-Equity-bewerteten Anteile an assoziierten Unternehmen beziehungsweise Gemeinschaftsunternehmen weisen wir in den Finanzanlagen unter Beteiligungen aus.

In den Finanzanlagen enthaltene Finanzinstrumente der Kategorie Kredite und Forderungen sind zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Die Bilanzierung und Bewertung der Bestände, die der Kategorie zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte zugeordnet sind, erfolgt zum niedrigeren beizulegenden Zeitwert (Fair Value).

Agien oder Disagien werden erfolgswirksam über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis vereinnahmt. Ebenfalls im Zinsergebnis werden Zinserträge aus Schuldverschreibungen, Dividendenzahlungen aus Aktien und aus Anteilen an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen sowie laufende Beteiligungsergebnisse gezeigt.

Sofern für hier bilanzierte Finanzinstrumente eine effektive Sicherungsbeziehung im Rahmen eines Fair Value Hedges zu einem derivativen Finanzinstrument besteht, wird der Teil der Änderung des beizulegenden Zeitwertes, der auf das gesicherte Risiko entfällt, erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen ausgewiesen. Wertänderungen der beizulegenden Zeitwerte von Finanzanlagen, auf die die Fair Value Option angewendet wird, weisen wir im Ergebnis aus der Anwendung der Fair Value Option aus, das Bestandteil des Handelsergebnisses ist.

(15) Immaterielle Anlagewerte

Unter den Immateriellen Anlagewerten bilanzieren wir insbesondere Software, erworbene Markennamen, Kundenbeziehungen und Geschäfts- oder Firmenwerte. Die Bilanzierung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Software und Kundenbeziehungen schreiben wir aufgrund ihrer begrenzten Nutzungsdauer linear über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer ab. Für Marken beziehungsweise Markennamen erwarten wir, dass hieraus unbegrenzt Cashflows generiert werden können. Deshalb werden auch Markennamen ebenso wie Geschäfts- oder Firmenwerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer mindestens jährlich einem Werthaltigkeitstest (Impairmenttest) unterzogen.

Methode des Werthaltigkeitstests

Alle Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen werden zum Erwerbszeitpunkt auf die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (Cash Generating Units) allokiert. Die Commerzbank hat die

Segmente nach IFRS 8 als zahlungsmittelgenerierende Einheiten definiert. Eine Beschreibung der Segmente erfolgt in Note 44. In der Folge werden diese Vermögenswerte mindestens jährlich zu jedem Bilanzstichtag auf ihren künftigen wirtschaftlichen Nutzen auf Basis der Cash Generating Units überprüft.

Dabei wird der Buchwert des gebundenen Eigenkapitals eines Segments als Cash Generating Unit (einschließlich eines zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerts) mit deren erzielbarem Betrag verglichen. Der erzielbare Betrag wird als der höhere Betrag aus Nutzungswert (Value in Use) und Nettoveräußerungswert (Fair Value less Cost to Sell) ermittelt. Der Nutzungswert basiert auf den erwarteten Ergebnissen der Einheit sowie den Kapitaleffekten gemäß der vom Vorstand genehmigten Mehrjahresplanungen der einzelnen Segmente. Sofern der Nutzungswert den Buchwert unterschreitet, wird zusätzlich der Nettoveräußerungswert (Fair Value less Cost to Sell) ermittelt. Der höhere Wert wird angesetzt.

Annahmen im Werthaltigkeitstest

Die Ertragswertberechnungen beruhen auf der Mehrjahresplanung der Segmente. Diese besteht neben der Ergebnisplanung aus einer Planung der Risikoaktiva sowie des gebundenen Eigenkapitals. Wesentliche Werttreiber sind Forderungsvolumina, Zinsüberschuss nach Risikovorsorge sowie Provisionsüberschuss. Weitere sensibel reagierende Planungsparameter sind die Risikoaktiva. Die Planungen basieren auf Prognosen des Economic Research hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und anderer wesentlicher Parameter wie zum Beispiel der Entwicklung der Zinsen, Wechselkurse, Aktien- und Rentenmärkte. Dabei finden ebenso Erfahrungen des Managements aus der Vergangenheit sowie eine Abwägung von Chancen und Risiken aus den Prognosen Eingang in die Planungen.

Die Mehrjahresplanung beinhaltet grundsätzlich vier Planjahre. Für den Werthaltigkeitstest wurde die Ergebnisplanung des letzten Planjahres bis 2019 fortgeschrieben, um die Auswirkungen von Basel III einschließlich der Übergangsregelungen auf das gebundene Kapital zu berücksichtigen.

Bei der Ertragswertberechnung haben wir durchschnittliche risikoadäquate Zinssätze zwischen 10,1 % (Vorjahr: 11,1 %) und 13,2 % (Vorjahr: 12,2 %) angewendet. Als nachhaltige Wachstumsrate für die Berechnung der ewigen Rente wird in allen Segmenten 2 % (Vorjahr: 2 %) angesetzt.

Sofern objektive Hinweise dafür vorliegen, dass der ursprünglich erkennbare Nutzen nicht mehr erzielt werden kann, ist zunächst eine Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit vorzunehmen; der Ausweis erfolgt in einem separaten Posten der Gewinn-und-Verlust-Rechnung. Ein etwaiger darüber hinausgehender Wertminderungsbedarf wird anteilig auf die übrigen Vermögenswerte der Einheit verteilt.

Erworbene Kundenbeziehungen werden über einen Zeitraum von sieben bis fünfzehn Jahren abgeschrieben.

Für den Posten Software nehmen wir eine lineare Abschreibung über die voraussichtliche wirtschaftliche Nutzungsdauer von zwei bis zehn Jahren zulasten der Verwaltungsaufwendungen vor. Unter Software wird sowohl selbst erstellte als auch erworbene Software bilanziert. Sofern der Grund für eine in früheren Geschäftsjahren vorgenommene Wertminderung entfallen ist, werden die immateriellen Vermögenswerte bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten zugeschrieben. Für Geschäfts- oder Firmenwerte sind Zuschreibungen unzulässig.

(16) Sachanlagen

Die hierunter ausgewiesenen Grundstücke und Gebäude sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Wertminderungen nehmen wir in der Höhe vor, in der der Buchwert den höheren Wert aus beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und aus dem Nutzungswert des Vermögenswertes übersteigt.

Sofern der Grund für eine in früheren Geschäftsjahren vorgenommene Wertminderung entfallen ist, werden die Vermögenswerte bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten zugeschrieben.

Die Bestimmung der Nutzungsdauer nehmen wir unter Beachtung der voraussichtlichen physischen Abnutzung, der technischen Veralterung sowie rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen vor. Alle Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Voraussichtliche Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	25-50
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2-23

Anschaffungen geringwertiger Sachanlagen wurden aus Wesentlichkeitsgründen direkt als Verwaltungsaufwand erfasst. Gewinne aus der Veräußerung von Sachanlagen vereinnahmen wir in den Sonstigen Erträgen, Verluste weisen wir in den Sonstigen Aufwendungen aus.

(17) Leasinggeschäft

Nach IAS 17 wird ein Leasinggeschäft als Operating-Leasing-Verhältnis klassifiziert, wenn es nicht im Wesentlichen alle Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer überträgt. Demgegenüber gelten als Finanzierungsleasing solche Vertragsverhältnisse, in denen der Leasingnehmer alle wesentlichen Chancen und Risiken trägt. Maßgeblich für die Zuordnung der Chancen und Risiken ist grundsätzlich der Barwert der mit den Leasingverträgen verbundenen Zahlungsströme. Sofern der Barwert zumindest der Investitionssumme des Leasingobjekts entspricht, erfolgt eine Klassifizierung als Finanzierungsleasing. Zu den Leasingobjekten gehören insbesondere Immobilien und Kraftfahrzeuge.

Konzern als Leasinggeber

– Operating Leasing

Soweit die wesentlichen Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand beim Leasinggeber verbleiben (Operating Leasing), wird dieser weiterhin bilanziert. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sonstigen Aktiva ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die über die wirtschaftliche Nutzungsdauer planmäßig erfolgenden Abschreibungen oder Wertminderungen. Die Leasingerlöse vereinnahmen wir, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit und weisen sie im Sonstigen Ergebnis aus.

– Finanzierungsleasing

Wenn nahezu alle Chancen und Risiken an dem Leasinggegenstand auf den Leasingnehmer übergehen (Finanzierungsleasing), weisen wir im Commerzbank-Konzern eine Forderung gegenüber dem Leasingnehmer aus. Der Ausweis der Forderung erfolgt in Höhe des Nettoinvestitionswertes zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses. Vereinnahmte Leasingraten werden in einen ertragswirksamen Zinsanteil und einen Tilgungsanteil aufgespalten. Die Erträge werden als Zinserträge auf der Basis einer periodengerechten Abgrenzung verteilt vereinnahmt.

Die Leasingverträge für Immobilien besitzen eine unkündbare Grundmietzeit und sind in der Regel mit Ankaufsrechten der Leasingnehmer ausgestattet. Berechnungsgrundlage für die Zahlungen des Leasingnehmers sind die Gesamtinvestitionskosten abzüglich der zu Beginn des Leasingvertrages festgelegten Restwerte der Leasingobjekte. Während der unkündbaren Grundmietzeit trägt der Leasingnehmer alle objektbezogenen Kosten sowie die Fremdkosten der Leasinggesellschaft. Die Gefahr des zufälligen oder teilweisen Untergangs des Leasinggegenstandes trägt der Leasinggeber.

Die Leasingverträge für Mobilien (Fahrzeuge, EDV-Ausstattung) sind dagegen als Teilamortisationsverträge mit Andienungsrechten und als kündbare Verträge ausgestaltet. Im Fall der Teilamortisationsverträge wird aufgrund der im Verhältnis zur betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer kürzeren Grundmietzeit nur ein Teil der Gesamtinvestitionskosten amortisiert.

Kündbare Leasingverträge besitzen keine feste Grundmietzeit. Im Fall einer Kündigung wird eine im Voraus vereinbarte Abschlusszahlung fällig, die die noch nicht amortisierten Gesamtinvestitionskosten deckt. Erfolgt keine Kündigung, verlängert sich das Mietverhältnis. Die Gefahr des zufälligen oder teilweisen Untergangs des Leasingobjektes trägt wieder der Leasinggeber.

Konzern als Leasingnehmer

Aufwendungen für Operating-Leasing-Verhältnisse werden grundsätzlich linear über die Laufzeit des Leasingvertrages erfasst und im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Finanzierungsleasingverträge, bei denen der Commerzbank-Konzern als Leasingnehmer auftritt, sind von untergeordneter Bedeutung.

(18) Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien (Investment Properties) sind solche Grundstücke und Gebäude zu verstehen, die zur Erzielung von Mieteinnahmen oder aus Gründen eines erwarteten Wertzuwachses gehalten werden. Der Commerzbank-Konzern weist unter anderem die im Rahmen der Sicherheitenverwertung als Finanzinvestition erworbenen Immobilien (Rettungserwerbe) aus.

Die Bewertung erfolgt zum Zugangszeitpunkt gemäß IAS 40 mit den Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten unter Einbeziehung der direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Für die Folgebewertung der als Finanzinvestitionengehaltenen Immobilien wird das Modell des beizulegenden Zeitwertes (Fair Value) angewendet. Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes basiert im Wesentlichen auf jährlich aktualisierten Bewertungen von internen Sachverständigen sowie auf den bei der aktuellen Marktlage erzielbaren Marktpreisen. Die Bewertung gewerblich genutzter Objekte erfolgt in der Regel ertragswertorientiert; individuelle Wohnungsbauten werden üblicherweise sach- oder

vergleichswertorientiert bewertet. Ein Gewinn beziehungsweise Verlust, der durch die Änderung des beizulegenden Zeitwertes entsteht, wird im Sonstigen Ergebnis der Periode erfolgswirksam berücksichtigt. Laufende Erträge und Aufwendungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

(19) Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen

Langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen, die in ihrem gegenwärtigen Zustand veräußert werden können und deren Veräußerung höchstwahrscheinlich ist, sind als zur Veräußerung bestimmt zu klassifizieren. Die entsprechenden Vermögenswerte sind mit ihrem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten anzusetzen, sofern dieser niedriger als der Buchwert ist. Für verzinsliche und nicht verzinsliche Finanzinstrumente sowie für als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien erfolgt jedoch nur eine Ausweisänderung nach IFRS 5 und somit eine Umgliederung in die entsprechenden Bilanzposten. Die Bewertung erfolgt weiterhin nach IAS 39 beziehungsweise IAS 40.

Sollten aus der Bewertung gemäß IFRS 5 Wertminderungen resultieren, sind diese für Veräußerungsgruppen erfolgswirksam grundsätzlich im Ergebnis aus Finanzanlagen, für langfristige Vermögenswerte grundsätzlich im Sonstigen Ergebnis zu erfassen. Eine spätere Wertaufholung ist auf die Summe der vorher erfassten Wertminderungen begrenzt.

Nach abgeschlossenem Verkauf werden die Veräußerungsergebnisse für langfristige Vermögenswerte im Sonstigen Ergebnis, für Veräußerungsgruppen grundsätzlich im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

(20) Verbindlichkeiten

Finanzielle Verbindlichkeiten bilanzieren wir, sofern sie nicht Handelszwecken dienen, mit fortgeführten Anschaffungskosten. Die in den Verbindlichkeiten eingebetteten Derivate (Embedded Derivatives) werden, sofern trennungspflichtig, abgespalten und mit dem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet unter den Handelsaktiva oder -passiva ausgewiesen. Im Rahmen des Micro Fair Value Hedge Accountings werden gesicherte Verbindlichkeiten um die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Fair-Value-Änderungen angepasst. Bei Anwendung von Portfolio Fair Value Hedge Accounting werden die Fair-Value-Änderungen in dem passivischen Bilanzposten Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges erfasst. Verbindlichkeiten, für die die Fair Value Option angewendet wird, sind mit ihrem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bilanziert.

(21) Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

In diesem Posten werden derivative Finanzinstrumente ausgewiesen, die zur Absicherung eingesetzt werden und sich für das Hedge Accounting qualifizieren, sofern sie einen negativen Marktwert haben. Die Bewertung der Sicherungsinstrumente erfolgt zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value).

(22) Handelspassiva

Derivative Finanzinstrumente, die nicht als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings eingesetzt werden sowie Kreditzusagen des Handelsbuchs, die einen negativen Marktwert besitzen, werden unter den Handelspassiva ausgewiesen. Darüber hinaus bilanzieren wir auch eigene Emissionen des Handelsbuchs und Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen in diesem Posten. Die Bewertung der Handelspassiva erfolgt ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value).

(23) Rückstellungen

Eine Rückstellung ist anzusetzen, wenn zum Bilanzstichtag aus einem Ereignis der Vergangenheit eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung entstanden, der Abfluss von Ressourcen zur Erfüllung dieser Verpflichtung wahrscheinlich und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Rückstellungen bilden wir daher für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahmen.

Die Zuführung zu den unterschiedlichen Rückstellungsarten erfolgt über verschiedene Posten der Gewinn- und Verlust-Rechnung. Rückstellungen im Kreditgeschäft werden dem Risikovorsorgeaufwand, Restrukturierungsrückstellungen den Restrukturierungsaufwendungen und Rückstellungen für Rechtsrisiken dem Sonstigen Ergebnis belastet. Die übrigen Rückstellungen werden grundsätzlich zulasten der Verwaltungsaufwendungen gebildet.

Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen werden dann angesetzt, wenn der Commerzbank-Konzern einen detaillierten formellen Plan für die Restrukturierungsmaßnahmen besitzt und bereits begonnen hat, diesen zu verwirklichen, oder die wesentlichen Details der Restrukturierung bekannt gemacht hat. Der detaillierte Plan umfasst die betroffenen Geschäftsbereiche, die ungefähre Anzahl der Mitarbeiter, deren Stellen im Rahmen der Restrukturierungsmaßnahmen betroffen sind, die damit verbundenen Kosten und den Zeitraum, in dem die Restrukturierungsmaßnahme durchgeführt werden soll. Der detaillierte Plan muss in einer Art und Weise kommuniziert werden, dass die Betroffenen mit seiner

Verwirklichung rechnen können. Der Posten Restrukturierungsaufwendungen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung enthält weitere im Zusammenhang mit Restrukturierungsmaßnahmen stehende Aufwendungen, die unmittelbar angefallen und nicht in der Restrukturierungsrückstellung enthalten sind.

Abzinsung

Der für eine Rückstellung angesetzte Betrag stellt die bestmögliche Schätzung der Ausgabe dar, die zur Erfüllung der gegenwärtigen Verpflichtung zum Abschlussstichtag erforderlich ist. Risiken und Unsicherheiten sind bei der Schätzung berücksichtigt. Langfristige Rückstellungen sind mit ihrem Barwert angesetzt.

(24) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die betriebliche Altersversorgung für die aktiven und ehemaligen Mitarbeiter und Hinterbliebenen der Commerzbank Aktiengesellschaft sowie einiger inländischer Tochterunternehmen richtet sich nach verschiedenen Versorgungssystemen (beitrags- und leistungsorientierte Pläne).

Zum einen erwerben die Mitarbeiter eine Anwartschaft auf Versorgungsansprüche aufgrund einer beitragsorientierten Zusage über ein externes Versorgungswerk. Zur Finanzierung leistet der Konzern unter Beteiligung der aktiven Mitarbeiter einen festgelegten Beitrag an externe Versorgungsträger (unter anderem Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G. (BVV), Berlin, Versorgungskasse des Bankgewerbes e. V., Berlin).

Die Höhe der gegenwärtigen und künftigen Pensionsleistungen wird hier durch die gezahlten Beiträge und die damit verbundenen Vermögenserträge bestimmt. Für diese mittelbaren Systeme werden die Rechnungslegungsvorschriften gemäß IAS 19 für einen beitragsorientierten Plan (Defined Contribution Plan) angewendet, das heißt die Beiträge an die externen Versorgungsträger im Personalaufwand erfasst. Rückstellungen werden nicht gebildet.

Zum anderen bestehen Verpflichtungen aus Versorgungsanwartschaften und laufenden Leistungen aufgrund einer unmittelbaren Versorgungszusage der Commerzbank, bei der die Höhe der Versorgungsleistung festgelegt und von Faktoren wie Alter, Vergütung und Betriebszugehörigkeit abhängig ist. Für diese Versorgungssysteme werden die Rechnungslegungsvorschriften gemäß IAS 19 für einen leistungsorientierten Plan angewendet (Defined Benefit Plan), das heißt, es werden Rückstellungen gebildet.

Für versorgungsberechtigte Mitarbeiter, die bis zum 31. Dezember 2004 in die Dienste der Commerzbank Aktiengesellschaft oder einigen anderen konsolidierten Gesellschaften eingetreten sind, richten sich die unmittelbaren Versorgungsansprüche überwiegend nach den Regelungen des Commerzbank-Bausteinplans zur Altersvorsorge (CBA). Die Leistungen nach dem CBA setzen sich der Höhe nach aus einem Initialbaustein für die Zeit bis zum 31. Dezember 2004 und aus einem Versorgungsbaustein – gegebenenfalls zuzüglich eines Dynamikbausteins – für jedes beitragsfähige Kalenderjahr ab dem Jahr 2005 zusammen. Seit dem 1. Januar 2005 eingetretene Mitarbeiter erhalten eine Zusage nach dem Commerzbank-Kapitalplan zur betrieblichen Altersvorsorge (CKA). Die Leistungen nach dem CKA setzen sich der Höhe nach aus einer beitragsorientierten Garantieleistung für jedes beitragsfähige Kalenderjahr ab dem Jahr 2005 zuzüglich einer performanceabhängigen Komponente zusammen. Die Performancemessung erstreckt sich über den Zeitraum der Beitragszahlung bis zum Eintritt des Versorgungsfalles.

Die unmittelbare betriebliche Altersversorgung für die Mitarbeiter der ehemaligen Dresdner Bank Aktiengesellschaft wird seit dem 1. Januar 2010 ebenfalls nach den Regelungen des Commerzbank-Bausteinplans zur Altersvorsorge (CBA) durchgeführt.

Zur Erfüllung der unmittelbaren Versorgungsverpflichtungen in Deutschland wurden Deckungsmittel an einen rechtlich unabhängigen Treuhänder, den Commerzbank Pension-Trust e. V. (CPT), übertragen. Das vom CPT gehaltene Treuhandvermögen sowie entsprechende Deckungsmittel für Pensionsverpflichtungen bei Auslandseinheiten sind als Planvermögen im Sinne von IAS 19.7 qualifiziert. Gemäß IAS 19.54 sind diese Vermögenswerte mit dem Barwert der Verpflichtungen (DBO) zu saldieren, woraus eine entsprechende Reduzierung der Pensionsrückstellungen im Konzern resultiert.

Über die oben beschriebene Altersversorgung hinaus gibt es in Großbritannien einen intern finanzierten Gesundheitsfürsorgeplan, nach dem den Berechtigten in der Rentenphase medizinische Aufwendungen erstattet werden beziehungsweise ein Zuschuss zur privaten Krankenversicherung gewährt wird. Die daraus resultierenden Verpflichtungen sind gemäß IAS 19 nach den Regeln für leistungsorientierte Pensionspläne zu bilanzieren.

Der im Personalaufwand zu erfassende Pensionsaufwand für die unmittelbaren Versorgungszusagen setzt sich aus mehreren Komponenten zusammen: zum einen aus dem Dienstzeitaufwand (Service Cost), der die von den Anwärtern im Geschäftsjahr verdienten Ansprüche repräsentiert, zum anderen aus den Zinsaufwendungen (Interest Cost) auf den Barwert der Pensionsverpflichtungen, da der Zeitpunkt der Erfüllung der Pensionsverpflichtungen eine Periode vorangeschritten ist. Dagegen mindern die erwarteten Nettoerträge aus dem Planvermögen den Pensionsaufwand. Weiterhin wird der Pensionsaufwand durch

die Tilgung bisher nicht erfolgswirksam erfasster versicherungsmathematischer Gewinne beziehungsweise Verluste in seiner Höhe beeinflusst. Wurden die unmittelbaren Versorgungszusagen geändert und ergibt sich hieraus eine Änderung der Leistungsverpflichtung, ist ein nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand beziehungsweise -ertrag zu erfassen.

Die Höhe der Rückstellung berechnet sich gemäß IAS 19.54 folgendermaßen:

Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung für Direktzusagen (DBO)
abzüglich des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens
ab-/zuzüglich nicht erfasster versicherungsmathematischer Verluste/Gewinne
ab-/zuzüglich eines gegebenenfalls bisher noch nicht erfassten, nachzuerrechnenden Dienstzeitaufwandes/-ertrages
= Höhe der Pensionsrückstellung

Bei leistungsorientierten Plänen bewertet ein unabhängiger Versicherungsmathematiker die Pensionsverpflichtungen und ähnliche Verpflichtungen (Altersteilzeit, Vorruhestand, Jubiläen) jährlich nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method). Dabei zieht dieser neben biometrischen Annahmen (zum Beispiel Heubeck-Richttafeln 2005G) insbesondere einen aktuellen Marktzins für langfristige, festverzinsliche Industrieanleihen höchster Bonität, Fluktuation und Karrieretrends sowie künftig zu erwartende Gehalts- oder Rentensteigerungsraten in die Berechnung ein.

Etwaige, noch nicht getilgte versicherungsmathematische Gewinne und Verluste brauchen nach IAS 19.92 ff. erst in der Berichtsperiode erfasst zu werden, an deren Anfang sie den Korridor von 10 % des Maximums aus DBO und des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens übersteigen.

Die Commerzbank hat sich dafür entschieden, noch nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne und Verluste schneller als nach der Regelmortisation in IAS 19 zu erfassen. Dazu werden ab einer Signifikanzgrenze von 75 % des 10%-Korridors 20 % der innerhalb des Korridors liegenden Gewinne und Verluste amortisiert.

(25) Mitarbeitervergütungspläne

1. Beschreibung der wesentlichen Vergütungspläne

a) Long-Term-Performance-Pläne (LTP) der Commerzbank Aktiengesellschaft

Für Führungskräfte und ausgewählte weitere Mitarbeiter hatte die Commerzbank bis zum Geschäftsjahr 2008 Long-Term-Performance-Pläne (LTP) aufgelegt. Seit dem Geschäftsjahr 2009 und bis auf Weiteres wird kein neuer LTP mehr angeboten.

Teilnahmeberechtigt waren Führungskräfte und Mitarbeiter in der Commerzbank Aktiengesellschaft, verschiedenen inländischen Tochtergesellschaften sowie ausgewählten operativen Auslandseinheiten. Die Teilnahme an den LTP war mit einer Eigenbeteiligung der Berechtigten an Commerzbank-Aktien verbunden.

Die Auszahlung der LTP ist an die Bedingung geknüpft, dass die Commerzbank Aktiengesellschaft eine Dividende im Geschäftsjahr der Auszahlung ausschüttet. Der Berechtigte erhält maximal 100 Euro pro Aktie, die bar ausgezahlt werden. Für die Auszahlung nach drei Jahren werden die Basiswerte, die im Ausgabejahr bestimmt wurden, mit den Daten des ersten Quartals des Berichtsjahres verglichen. Bei einer Outperformance von mindestens 1 Prozentpunkt gegenüber dem Dow-Jones-EURO-STOXX (für 50 % der als Eigenbeteiligung eingebrachten Aktien) und/oder einer Kurssteigerung der Commerzbank-Aktie von mindestens 25 % im Vergleich zum Basiswert (für 50 % der als Eigenbeteiligung eingebrachten Aktien), erfolgt die Auszahlung. Sollte nach drei Jahren keines der Ausübungskriterien erfüllt worden sein, wird der Abgleich jeweils im Jahresabstand wiederholt. Vergleichsbasis bleiben die Daten des Ausgabejahres. Wird nach einer Laufzeit von fünf Jahren keine der Erfolgshürden übersprungen, wird der Plan beendet.

Die noch laufenden Pläne LTP 2007 bis 2008 ermöglichen theoretisch eine an der Aktien-/Indekskursentwicklung orientierte Vergütung bis zum Ablauf des Jahres 2012 beziehungsweise 2013. In den Geschäftsjahren 2010 und 2011 wurden keine LTP vergütet. Für die Folgejahre bis 2013 erwarten wir, dass die Ausübungskriterien ebenfalls nicht zum Tragen kommen.

Die LTP sind als aktienbasierte Vergütungstransaktionen mit Barausgleich bilanziert.

b) Share Awards

Im Januar 2010 wurden Share Awards im Rahmen neuer Vergütungsmodelle für außertariflich bezahlte Mitarbeiter der Commerzbank Aktiengesellschaft eingeführt. Im Grundsatz sind Share Awards eine Komponente der variablen Vergütung, bei der es sich um eine aufgeschobene Vergütung durch die Zuteilung virtueller Commerzbank-Aktien handelt. Sie gelten als Teil der variablen Entlohnung für das abgelaufene Jahr und berechtigen nach Ablauf der Wartefrist ausschließlich zum Bezug des Brutto-Cash-Gegenwertes der zum Zeitpunkt der Zusage festgelegten Anzahl an Aktien. Der in Share Awards umzuwandelnde Teil des individuell festzulegenden variablen Vergütungsbetrags wird in Abhängigkeit vom

Erfolg der Bank erst im Frühjahr des auf das Geschäftsjahr folgenden Jahres festgelegt. Die Anzahl der Aktien wird zum Zuteilungszeitpunkt bestimmt, indem der umzuwandelnde variable Vergütungsbetrag durch den durchschnittlichen Xetra-Schlusskurs der Monate Januar und Februar des Zuteilungsjahres sowie dem des Dezembers des Vorjahres geteilt wird. Die Auszahlung erfolgt grundsätzlich drei Jahre nach dem Zuteilungszeitpunkt.

Auch für die Ermittlung des Auszahlungsbetrags wird der durchschnittliche Xetra-Schlusskurs der Commerzbank-Aktien der Monate Januar und Februar des Auszahlungsjahres sowie der des Monats Dezember des Vorjahres herangezogen. Der auszuzahlende Betrag errechnet sich dann durch die Multiplikation dieses Durchschnittskurses mit der zum Zuteilungszeitpunkt festgelegten Anzahl von Aktien.

Hat die Commerzbank während der Laufzeit der Share Awards Dividenden gezahlt, wird zusätzlich zu dem Brutto-Cash-Gegenwert ein Barbetrag in Höhe der Dividende ausgeschüttet.

Die Zuteilung der Share Awards für das Geschäftsjahr 2010 und damit die Festlegung der Höhe der Rückstellung erfolgte 2011. Aufgrund der im Oktober 2010 in Kraft getretenen Instituts-Vergütungsverordnung (InstitutsVergV), war jedoch eine Anpassung der Vergütungssysteme zur variablen Vergütung ab dem Geschäftsjahr 2011 erforderlich. Hierfür wurde der Commerzbank Incentive Plan (CIP) eingeführt. Die Zusagen für das Modell des Geschäftsjahres 2010 werden somit über die kommenden drei Jahre auslaufen.

c) Commerzbank Incentive Plan (CIP)

Als Nachfolgemodell für das Modell des Geschäftsjahres 2010 (Share Awards) wurde der Commerzbank Incentive Plan (CIP) aufgelegt, durch den die Begünstigten neben einer Barkomponente auch eine bestimmte Anzahl an Commerzbank-Aktien erhalten.

Der Mechanismus des neuen Vergütungsmodells zur variablen Vergütung umfasst je nach Ausgestaltungsstufe eine kurzfristige Komponente (Short Term Incentive, STI) und eine langfristige Komponente (Long Term Incentive, LTI). Die STI-Komponente gilt als Entlohnung für das abgelaufene Geschäftsjahr. Die LTI-Komponente gilt als Entlohnung für einen Erdienungszeitraum von vier Jahren.

Der in Form von Aktien gewährte Anteil an der variablen Vergütung richtet sich nach der sogenannten Risk-Taker-Gruppe.

- Risk-Taker I (Executives, Mitglieder einer Geschäftsleitung).
- Risk-Taker II (Vorsitzende von wichtigen Ausschüssen, Funktionen mit wesentlichem Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil).
- Non-Risk-Taker (übrige Mitarbeiter, deren variable Vergütung einen bestimmten Sockelbetrag überschreitet).

Hinsichtlich der Vergütungskomponenten unterscheiden sich Risk-Taker I und II in der Gewichtung der Kurz- und der Langfristkomponente. Bei beiden wird jeweils die Hälfte der kurz- beziehungsweise langfristigen Komponente in Form von Aktien vergütet. Bei der Gruppe der Non-Risk-Taker wird die Hälfte des Betrages, der den Sockelbetrag (Freibetrag) übersteigt, in Aktien gewährt.

Auf Basis von Planrechnungen werden im Geschäftsjahr die jeweiligen Vergütungsbestandteile geschätzt und aufwandswirksam gebucht. Die Höhe der variablen Vergütung und damit des auf Aktien entfallenden Teils wird im Rahmen des jährlichen sogenannten Zielerreichungsgesprächs (Performance-Bewertung I) in den ersten drei Monaten des Folgejahres endgültig festgelegt. Dieser Betrag repräsentiert die Obergrenze der variablen Vergütung der gesamten 4-jährigen Erdienungsperiode und kann in der Folgezeit als Ergebnis jährlicher Zielerreichungsgespräche nur gemindert werden aufgrund von quantitativer konzernspezifischer sowie individueller qualitativer Erfüllungsmerkmale. Die zu gewährende Anzahl an Aktien wird bestimmt, indem der auf Aktien entfallende Teil der variablen Vergütung durch den durchschnittlichen Xetra-Schlusskurs der Commerzbank-Aktie der Monate Januar und Februar sowie dem des Dezembers des Vorjahres geteilt wird.

Die endgültige Verfügbarkeit der Aktien unterliegt beim STI einer 6-monatigen Sperrfrist. Beim LTI entsteht der Erwerbsanspruch nach der Performancebewertung II im Anschluss an den Erdienungszeitraum von vier Jahren (einschließlich des abgelaufenen Geschäftsjahres), also drei Jahre nach Bestimmung der zugrunde gelegten Aktienzahl. Auch hier gilt eine 6-monatige Sperrfrist nach dem Zeitpunkt des Anspruchserwerbs.

Hat die Commerzbank während der Laufzeit des CIPs Dividenden gezahlt, wird bei Fälligkeit zusätzlich ein Barbetrag in Höhe der Dividende ausgeschüttet.

Der Geltungsbereich des CIP umfasst ab dem Geschäftsjahr 2011 den gesamten Commerzbank-Konzern. Für Mitarbeiter an Standorten, an denen ein Ausgleich in Eigenkapitalinstrumenten rechtlich nicht zulässig ist oder grundsätzlich zwar möglich wäre, aber durch administrative Hürden für die Mitarbeiter ungünstig ist, erfolgt ein Barausgleich.

d) BRE Bank S.A.

Im März 2008 hat die BRE Bank S.A. für deren Vorstandsmitglieder zwei aktienbasierte Vergütungspläne aufgelegt. Während das erste Programm den Bezug von BRE-Bank-Aktien vorsieht, ermöglicht das zweite Programm den Bezug von Commerzbank-Aktien. Die Vorstandsmitglieder können in den Jahren 2009 bis 2018 an diesen Programmen teilnehmen. Die Teilnahme ist jedoch an verschiedene Bedingungen geknüpft, wie zum Beispiel die Eigenkapitalrendite oder den Jahresüberschuss der BRE Bank.

Während das Programm zum Bezug der BRE-Bank-Aktien jedes Jahr die gleichen Bedingungen aufweist, ist der Bezug von Commerzbank-Aktien jedes Jahr von deren Preis innerhalb der letzten 30 Tage vor dem jeweiligen Bezugstag maßgebend. Beide Programme sind als aktienbasierte Vergütungstransaktionen mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente einzustufen.

e) Sonstige konsolidierte Gesellschaften

Darüber hinaus besteht bei weiteren konsolidierten Unternehmen (zum Beispiel comdirect bank Aktiengesellschaft) für ausgewählte Mitarbeiter die Möglichkeit, im Rahmen von Beteiligungsmodellen an der typisierten Wertentwicklung der jeweiligen Gesellschaft zu partizipieren. Eine Vergütung ist dabei vom Erreichungsgrad vereinbarter Ziele abhängig. Zu diesen Modellen zählt auch die direkte Beteiligung an Aktien der entsprechenden Gesellschaft. Häufig werden diese zu vergünstigten Preisen und/oder in Kombination mit Call- beziehungsweise Put-Optionen angeboten. Darüber hinaus werden Optionsscheine und Bezugsrechte zum Aktienerwerb begeben. Auch Prämien werden gewährt, die entweder zur Aktienzeichnung verwendet oder in bar vergütet werden können. Die Einhaltung von Sperrfristen sowie spätere Rückkaufsvereinbarungen bedingen den Erhalt zusätzlicher Erträge.

2. Bilanzierung und Bewertung

Die Bilanzierung der hier beschriebenen Mitarbeitervergütungspläne erfolgt nach den Vorschriften des IFRS 2 Aktienbasierte Vergütung (Share-based Payment). IFRS 2 unterscheidet aktienbasierte Vergütungstransaktionen mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente und mit Barausgleich. Für beide Formen gilt jedoch, dass die Gewährung von aktienbasierten Vergütungen zum beizulegenden Zeitwert im Jahresabschluss zu erfassen ist.

– Aktienbasierte Vergütungstransaktionen mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente

Der beizulegende Zeitwert von aktienbasierten Vergütungstransaktionen mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente ist als Personalaufwand mit einer entsprechenden Berücksichtigung im Eigenkapital (Kapitalrücklage) zu erfassen. Der beizulegende Zeitwert für die STI-Komponente wird zum Zeitpunkt der Gewährung der Rechte ermittelt. Der beizulegende Zeitwert für die LTI-Komponente wird einmalig zum Zeitpunkt der Performancebewertung I (März n+1) ermittelt, als Durchschnittswert der Xetra-Schlusskurse der Monate Januar und Februar sowie Dezember des Vorjahres und aufwandswirksam linear über die Laufzeit des Erdienungszeitraums verteilt. Der als Aufwand erfasste Betrag wird nur insoweit angepasst, als sich die von dem Bilanzierenden gemachten Schätzungen über die Anzahl der endgültig zu gewährenden Eigenkapitalinstrumente ändern.

Sofern Rechte infolge des Ausbleibens von Ausübungsbedingungen (zum Beispiel Nichterreichen einer Leistungsvorgabe) nicht endgültig ausgeübt werden können, erfolgt keine Änderung der bisher im Eigenkapital erfassten Beträge.

– Aktienbasierte Vergütungstransaktionen mit Barausgleich

Der Anteil des beizulegenden Zeitwertes von aktienbasierten Vergütungen mit Barausgleich, der auf bis zum Bewertungsstichtag geleistete Dienste entfällt, wird als Personalaufwand mit einem gleichzeitigen Ausweis als Rückstellung erfasst. Der beizulegende Zeitwert wird an jedem Bilanzstichtag und bis einschließlich des Auszahlungstages neu ermittelt. Jede Änderung des beizulegenden Zeitwertes der Verpflichtung ist aufwandswirksam zu berücksichtigen. Somit muss die Rückstellung am Auszahlungstag möglichst dem Betrag entsprechen, der als Zahlung an die begünstigten Mitarbeiter geleistet wird. Für Share Awards wird zum Zeitpunkt der Zuteilung der auf Share Awards entfallende Teil der Rückstellungen für den Personalbereich in die Rückstellung für Share Awards umgebucht. Der Betrag errechnet sich als Produkt aus der Zahl zugeteilter Rechte und dem durchschnittlichen Xetra-Schlusskurs der Monate Januar und Februar des Zuteilungsjahres sowie Dezember des Vorjahres. Zu den folgenden Bilanzstichtagen schwanken die Rückstellungen parallel zur Entwicklung des Aktienkurses der Commerzbank Aktiengesellschaft. Fluktuationsabschläge werden nicht vorgenommen, da die Share Awards auch bei Kündigung oder Tod nicht verfallen. Sofern die Commerzbank Aktiengesellschaft während der Wartefrist Dividendenzahlungen leistet, wird zum Auszahlungszeitpunkt je Share Award zusätzlich zum Auszahlungswert der Share Awards eine Barzahlung in Höhe der Dividende geleistet, für die gegebenenfalls Rückstellungen zu bilden sind.

– Bewertungsmodelle

Für die Bewertung der Rückstellung der Share Awards wurde der Schlusskurs der Commerzbank Aktie am 30. Dezember 2011 zugrunde gelegt.

Die Schätzung des Volumens variabler Vergütung im Rahmen des CIP basiert auf der Planrechnung des Bemessungsjahrs, im konkreten Fall 2011.

Zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes für den in der Commerzbank-Gruppe bestehenden Mitarbeitervergütungsplan LTP haben wir externe Aktuarien beauftragt. Für die Bestimmung der nach den LTP eingeräumten Rechte wird ein Monte-Carlo-Modell genutzt, das kurssteigernde Änderungen der zukünftigen Aktienkurse simuliert. Das Modell basiert auf der Annahme, dass die Aktienrenditen um einen Mittelwert, der einer risikofreien Zinsanlage entspricht, statistisch normalverteilt sind.

Für die Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes durch externe Aktuarien der in den übrigen konsolidierten Gesellschaften bestehenden Optionen aus den Mitarbeitervergütungsplänen wird in der Regel ein versicherungsmathematisches Binominal-Modell verwendet. Dieses berücksichtigt die Bedingungen und Konditionen, mit denen diese Rechte eingeräumt wurden. Der Aktienpreis zu jedem Bewertungsstichtag und der Ausübungspreis werden auf der Basis der in den Plänen enthaltenen spezifizierten Bedingungen und Formeln, die an den Nachsteuergewinn der jeweiligen Gesellschaft geknüpft sind, berechnet.

(26) Ertragsteuern

Tatsächliche Ertragsteueransprüche und -schulden werden anhand der steuerlichen Bestimmungen der jeweiligen Länder mit den aktuell gültigen Steuersätzen in der Höhe ermittelt, in der die Erstattung von der beziehungsweise die Zahlung an die jeweilige Steuerbehörde erwartet wird.

Aktive und passive latente Steuern werden für Differenzen zwischen den IFRS-Buchwerten der Vermögenswerte oder Schulden und deren steuerlichen Wertansätzen gebildet, soweit hieraus voraussichtlich zukünftige Ertragsteuerentlastungs- oder -belastungseffekte resultieren (temporäre Unterschiede) und kein Ansatzverbot besteht. Darüber hinaus werden aktive latente Steuern auch für steuerliche Verlustvorträge sowie für noch nicht genutzte Steuergutschriften gebildet. Für die Bewertung der latenten Steuern sind die zum 31. Dezember 2011 bereits beschlossenen, bei Realisierung der Unterschiede anwendbaren Ertragsteuersätze maßgebend.

Aktive latente Steuern auf steuerentlastende temporäre Differenzen, auf noch nicht genutzte steuerliche Verluste sowie auf noch nicht genutzte Steuergutschriften werden nur in dem Umfang bilanziert, in dem es wahrscheinlich ist, dass in absehbarer Zukunft steuerliche Ergebnisse des gleichen Steuersubjekts und in Bezug auf die gleiche Steuerbehörde anfallen.

Die Bildung und Fortführung aktiver und passiver latenter Steuern erfolgt – in Abhängigkeit von der Behandlung des zugrunde liegenden Sachverhaltes – entweder erfolgswirksam in den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag oder erfolgsneutral in der entsprechenden Eigenkapitalposition.

Den Ertragsteueraufwand beziehungsweise -ertrag weisen wir in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns als Steuern vom Einkommen und vom Ertrag aus.

Latente Ertragsteueransprüche und -schulden wurden saldiert, soweit ein Recht zur Aufrechnung tatsächlicher Ertragsteuern besteht und sich die aktiven und passiven latenten Steuern auf Ertragsteuern beziehen, die von der gleichen Steuerbehörde für das gleiche Steuersubjekt erhoben werden.

Die zu versteuernden temporären Differenzen im Zusammenhang mit Anteilen an Commerzbank-Konzerngesellschaften, für die keine latenten Ertragsteuerschulden passiviert wurden, betragen 113 Mio. Euro (Vorjahr: 95 Mio. Euro).

Eine Unterscheidung zwischen tatsächlichen und latenten Ertragsteueransprüchen sowie zwischen tatsächlichen und latenten Ertragsteuerschulden erfolgt in der Bilanz sowie in den Notes 57 und 68.

(27) Nachrang- und Hybridkapital

Als Nachrang- und Hybridkapital bilanzieren wir Genussrechtsemissionen, verbriefte und unbefristete nachrangige Verbindlichkeiten sowie hybride Kapitalinstrumente. Die Bilanzierung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit verteilt erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

Die Buchwerte des Nachrang- und Hybridkapitals, für das Micro Fair Value Hedge Accounting angewendet wird, werden um die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Fair-Value-Änderungen angepasst. Bei Anwendung von Portfolio Fair Value Hedge Accounting werden die Fair-Value-Änderungen in dem

passivischen Bilanzposten Wertanpassung Portfolio Fair Value Hedges erfasst. Nachrang- und Hybridkapital, für das die Fair Value Option angewendet wird, bilanzieren wir mit dem beizulegenden Zeitwert (Fair Value).

(28) Treuhandgeschäfte

Treuhandgeschäfte, die eine Verwaltung oder Platzierung von Vermögenswerten für fremde Rechnung zur Basis haben, werden in der Bilanz nicht ausgewiesen. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften sind in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Provisionsüberschuss enthalten.

(29) Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen

Hier weisen wir im Wesentlichen Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sowie Unwiderrufliche Kreditzusagen zum Nominalwert aus.

Als Bürgschaften sind Sachverhalte auszuweisen, bei denen die meldende Gesellschaft als Bürge gegenüber dem Gläubiger eines Dritten für die Erfüllung der Verbindlichkeit des Dritten einsteht. Unter Gewährleistungen fallen vertragliche Verpflichtungen, die das Entstehen für einen bestimmten Erfolg oder eine Leistung beinhalten.

Als Unwiderrufliche Kreditzusagen sind hier Verpflichtungen auszuweisen, aus denen ein Kreditrisiko entstehen kann. Dazu gehören Verpflichtungen, Darlehen zu gewähren (zum Beispiel dem Kunden bekannt gegebene Linien), Wertpapiere zu kaufen oder Garantien und Akzente bereitzustellen. Kreditzusagen, die dem Handelsbuch zuzuordnen sind, werden dagegen in den Handelsaktiva oder -passiva bilanziert.

Die Risikovorsorge für Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen wird als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft gezeigt.

Die Erträge aus Bürgschaften werden im Provisionsüberschuss erfasst; deren Höhe wird durch Anwendung vereinbarter Sätze auf den Nominalbetrag der Bürgschaften bestimmt.

(30) Eigene Aktien

Die von der Commerzbank Aktiengesellschaft zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen eigenen Aktien werden direkt vom Eigenkapital abgesetzt. Die Gewinne oder Verluste aus eigenen Aktien bilanzieren wir ergebnisneutral.

Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise

Im Rahmen des Eurosondergipfels am 21. Juli 2011 stimmten die Banken und Versicherungen zu, einen Beitrag zur Unterstützung Griechenlands zu leisten. Der vereinbarte Anleihtausch führte nach Berechnungen des IIF (Institute of International Finance) zu diesem Zeitpunkt zu einem Abwertungsbedarf von 21 % für Instrumente mit Endfälligkeiten bis 2020. Auf dem Krisengipfel am 26. Oktober 2011 haben sich die Staats- und Regierungschefs auf einen Schuldenschnitt von 50 % für griechische Anleihen geeinigt. Neben dem anteiligen Forderungsverzicht wurde damals ein Umtausch alter in neue Anleihen geplant. Am 21. Februar 2012 wurden die Verhandlungen beendet. Zum einen sieht das Verhandlungsergebnis nun einen Forderungsverzicht von 53,5 % der privaten Gläubiger vor. Zum anderen werden die verbleibenden Forderungen aus den Anleihen gegen neue Wertpapiere mit niedrigerer Verzinsung und längerer Laufzeit getauscht. Da der für die Bewertung der neuen Anleihen erforderliche Diskontsatz noch nicht final bestimmbar ist, haben wir entschieden, einen marktüblichen Diskontsatz vergleichbarer Anleihen zu verwenden.

Somit haben wir zum 31. Dezember 2011 auf unsere griechischen Staatsanleihen der Kategorie Kredite und Forderungen (Loans and Receivables) eine Abwertung von 73 % vorgenommen und die zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere (Available-for-Sale) auf den Marktwert abgeschrieben. Nach der Wertminderung bilanzieren wir die Anleihen im Durchschnitt mit 26,4 % bezogen auf das Nominalvolumen.

Wir haben damit für die derzeit erkennbaren Ausfallrisiken im Zusammenhang mit der europäischen Schuldenkrise adäquat Vorsorge getroffen. Aufgrund der weiterhin bestehenden Unsicherheiten in der Eurozone sowie der damit verbundenen möglichen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und die Finanzmärkte, können sich aber auch künftig weitere Effekte auf den Commerzbank-Konzern ergeben.

Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

(31) Zinsüberschuss

	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
			Mio. €
Zinserträge	17.343	18.306	- 5,3
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus dem Wertpapierbestand (zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte)	1.232	1.225	0,6
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus dem Wertpapierbestand (Kredite und Forderungen)	15.456	15.949	- 3,1
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus dem Wertpapierbestand (aus der Anwendung der Fair Value Option)	119	130	- 8,5
Vorfälligkeitsentschädigungen	87	132	- 34,1
Gewinne aus der Veräußerung von Forderungen und Krediten sowie aus dem Rückkauf von Verbindlichkeiten ¹	166	26	.
Dividenden aus Wertpapieren	115	53	.
Laufendes Ergebnis aus Beteiligungen und nicht konsolidierten Tochterunternehmen	41	77	- 46,8
Laufende Erträge aus zur Veräußerung und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	127	106	19,8
Sonstige Zinserträge	—	608	- 100,0
Zinsaufwendungen	10.619	11.252	- 5,6
Zinsaufwendungen für Nachrang- und Hybridkapital	940	1.030	- 8,7
Zinsaufwendungen für Verbriefte Verbindlichkeiten	3.584	4.494	- 20,2
Zinsaufwendungen für sonstige Verbindlichkeiten	5.256	5.055	4,0
Zinsaufwendungen aus der Anwendung der Fair Value Option ² ...	36	94	- 61,7
Verluste aus der Veräußerung von Forderungen und Krediten sowie aus dem Rückkauf von Verbindlichkeiten ¹	73	102	- 28,4
Laufende Aufwendungen aus zur Veräußerung und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	78	85	- 8,2
Sonstige Zinsaufwendungen	652	392	66,3
Gesamt	<u>6.724</u>	<u>7.054</u>	<u>- 4,7</u>

¹ Darunter: 112 Mio. Euro Gewinne und 10 Mio. Euro Verluste aus dem Rückkauf von Verbindlichkeiten im laufenden Geschäftsjahr (Vorjahr: 23 Mio. Euro Gewinne und 33 Mio. Euro Verluste).

² Darunter: 1 Mio. Euro für Nachrang- und Hybridkapital (Vorjahr: 1 Mio. Euro).

Für gekündigte Engagements und für wertberichtigte gewerbliche Immobilienfinanzierungen ergab sich ein Unwinding in Höhe von 195 Mio. Euro (Vorjahr 223 Mio. Euro).

Aus derivativen Finanzinstrumenten, die nicht dem Handelsbuch zugehören, waren -342 Mio. Euro (Vorjahr: 608 Mio. Euro) im Zinsüberschuss enthalten.

Die laufenden Erträge und Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien setzten sich wie folgt zusammen:

	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
			Mio. €
Mieteinnahmen	61	94	- 35,1
Sonstige Erträge	—	—	.
Summe Erträge	61	94	- 35,1
Gebäude- und Raumkosten für vermietete Objekte	27	27	0,0
Sonstige Aufwendungen	33	55	- 40,0
Summe Aufwendungen	<u>60</u>	<u>82</u>	<u>- 26,8</u>

(32) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge stellte sich in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns wie folgt dar:

	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Zuführung zur Risikovorsorge	-3.467	-4.440	-21,9
Auflösung von Risikovorsorge	2.489	2.207	12,8
Direktabschreibungen	-594	-459	29,4
Zuschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	<u>182</u>	<u>193</u>	<u>-5,7</u>
Gesamt	<u>-1.390</u>	<u>-2.499</u>	<u>-44,4</u>

Der Nettoaufwand aus Zuführung und Auflösung gliederte sich wie folgt:

	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Einzelrisiken	-1.349	-2.685	-49,8
Forderungen an Kreditinstitute	24	19	26,3
Forderungen an Kunden	-1.376	-2.656	-48,2
Außerbilanzielle Geschäfte	3	-48	.
Portfoliorisiken	371	452	-17,9
Forderungen an Kreditinstitute	-20	7	.
Forderungen an Kunden	320	399	-19,8
Außerbilanzielle Geschäfte	71	46	54,3
Direktabschreibungen, Zuschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	<u>-412</u>	<u>-266</u>	<u>54,9</u>
Gesamt	<u>-1.390</u>	<u>-2.499</u>	<u>-44,4</u>

(33) Provisionsüberschuss

	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
			Mio. €
Provisionserträge	4.055	4.237	-4,3
Wertpapiergeschäft	1.221	1.403	-13,0
Vermögensverwaltung	161	175	-8,0
Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft	1.303	1.290	1,0
Immobilienkreditgeschäft	193	226	-14,6
Bürgschaften	230	238	-3,4
Ergebnis aus Syndizierungen	272	241	12,9
Vermittlungsgeschäft ¹	325	330	-1,5
Treuhandgeschäfte	8	8	0,0
Übrige Erträge	342	326	4,9
Provisionsaufwendungen	560	590	-5,1
Wertpapiergeschäft	181	182	-0,5
Vermögensverwaltung	22	17	29,4
Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft	131	158	-17,1
Immobilienkreditgeschäft	36	40	-10,0
Bürgschaften	86	80	7,5
Ergebnis aus Syndizierungen	4	2	100,0
Vermittlungsgeschäft ¹	67	72	-6,9
Treuhandgeschäfte	3	4	-25,0
Übrige Aufwendungen	30	35	-14,3
Provisionsüberschuss			
Wertpapiergeschäft	1.040	1.221	-14,8
Vermögensverwaltung	139	158	-12,0
Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft	1.172	1.132	3,5
Immobilienkreditgeschäft	157	186	-15,6
Bürgschaften	144	158	-8,9
Ergebnis aus Syndizierungen	268	239	12,1
Vermittlungsgeschäft ¹	258	258	0,0
Treuhandgeschäfte	5	4	25,0
Übrige	<u>312</u>	<u>291</u>	<u>7,2</u>
Gesamt	<u>3.495</u>	<u>3.647</u>	<u>-4,2</u>

¹ Umgliederung aus Übrige Provisionen; das Vorjahr wurde angepasst.

In den Provisionserträgen waren 882 Mio. Euro (Vorjahr: 792 Mio. Euro) und in den Provisionsaufwendungen 133 Mio. Euro (Vorjahr: 100 Mio. Euro) enthalten, die aus Geschäften mit Finanzinstrumenten resultieren, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

(34) Handelsergebnis

Das Handelsergebnis haben wir in drei Komponenten aufgeteilt:

- Ergebnis aus dem Handel (dazu gehören der Handel mit Wertpapieren, Schuldscheindarlehen, Edelmetallen und derivativen Instrumenten sowie das Ergebnis aus der Bewertung derivativer Finanzinstrumente, die sich nicht für das Hedge Accounting qualifizieren)
- Zinsergebnis
- Ergebnis aus der Anwendung der Fair Value Option

Im Ergebnis aus der Anwendung der Fair Value Option werden auch die Wertänderungen der dazugehörigen Derivate ausgewiesen.

	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
	Mio. €		
Ergebnis aus dem Handel ¹	703	1.504	- 53,3
Zinsergebnis	1.114	417	.
Ergebnis aus der Anwendung der Fair Value Option	<u>292</u>	<u>131</u>	.
Gesamt	<u>2.109</u>	<u>2.052</u>	<u>2,8</u>

¹ Einschließlich Ergebnis aus der Bewertung derivativer Finanzinstrumente.

Das Zinsergebnis aus dem Handel setzte sich aus 3.694 Mio. Euro Zinserträgen (Vorjahr: 3.437 Mio. Euro) und 2.580 Mio. Euro Zinsaufwendungen (Vorjahr: 3.020 Mio. Euro) für die Refinanzierung von Handelsgeschäften zusammen. Das Zinsergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten ist in den Zinserträgen berücksichtigt und betrug im Geschäftsjahr 102 Mio. Euro (Vorjahr: -281 Mio. Euro).

(35) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen beinhaltet zum einen die Bewertungsergebnisse aus effektiven Sicherungszusammenhängen im Rahmen des Hedge Accountings (Fair Value Hedge). Zum anderen enthält das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen den ineffektiven Teil aus effektiven Cash Flow Hedges. Es setzte sich wie folgt zusammen:

	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
	Mio. €		
Fair Value Hedges			
Fair-Value-Änderungen aus Sicherungsgeschäften	-3.215	-1.363	.
Micro Fair Value Hedges	-3.721	-1.278	.
Portfolio Fair Value Hedges	506	-85	.
Fair-Value-Änderungen aus Grundgeschäften	3.092	1.269	.
Micro Fair Value Hedges	3.967	1.317	.
Portfolio Fair Value Hedges	-875	-48	.
Cash Flow Hedges			
Ergebnis aus effektiv gesicherten Cash Flow Hedges (nur ineffektiver Teil)	<u>—</u>	<u>—</u>	.
Gesamt	<u>- 123</u>	<u>- 94</u>	<u>30,9</u>

(36) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen weisen wir Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren der Kategorien Kredite und Forderungen sowie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, aus Beteiligungen sowie aus Anteilen an at-Equity-bewerteten Unternehmen und an Tochterunternehmen aus.

	2011	2010	Veränderung in %
		Mio. €	
Ergebnis aus zinstragendem Geschäft	-3.520	67	.
der Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	-343	191	.
Veräußerungsgewinne (einschließlich Umbuchung aus der Neubewertungsrücklage) ¹	555	245	.
Veräußerungsverluste (einschließlich Umbuchung aus der Neubewertungsrücklage) ¹	-576	-377	52,8
Bewertungsergebnis ¹	-322	323	.
der Kategorie Kredite und Forderungen	-3.177	-124	.
Veräußerungsgewinne	3	6	-50,0
Veräußerungsverluste	-283	-126	.
Bewertungsergebnis ²	-2.897	-4	.
Ergebnis aus Eigenkapitalinstrumenten	-91	41	.
der Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	88	180	-51,1
Veräußerungsgewinne (einschließlich Umbuchung aus der Neubewertungsrücklage) ¹	99	184	-46,2
Veräußerungsverluste (einschließlich Umbuchung aus der Neubewertungsrücklage) ¹	-11	-4	.
der Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, die zu Anschaffungskosten bewertet wurden	53	11	.
Bewertungsergebnis ¹	-77	-39	97,4
Veräußerungs- und Bewertungsergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	<u>-155</u>	<u>-111</u>	<u>39,6</u>
Gesamt	<u>-3.611</u>	<u>108</u>	<u>.</u>

¹ Hierin waren Umbuchungen aus im Geschäftsjahr 2011 entstandener Neubewertungsrücklage in Höhe von 88 Mio. Euro (Vorjahr: 361 Mio. Euro) enthalten.

² Hierin waren Portfoliowertberichtigungen von 40 Mio. Euro (Vorjahr: 1 Mio. Euro) für umkategorisierte Wertpapiere enthalten.

(37) Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen

Das Laufende Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen betrug 42 Mio. Euro (Vorjahr: 35 Mio. Euro). Einschließlich des im Ergebnis aus Finanzanlagen enthaltenen Veräußerungs- und Bewertungsergebnisses aus at-Equity-bewerteten Unternehmen von -155 Mio. Euro (Vorjahr: -111 Mio. Euro) belief sich das Gesamtergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen auf -113 Mio. Euro (Vorjahr: -76 Mio. Euro).

(38) Sonstiges Ergebnis

Im Sonstigen Ergebnis sind vor allem Zuführungen und Auflösungen von Rückstellungen, Aufwendungen und Erträge aus Operating-Leasing-Verträgen sowie Zwischenmietforderungen und -erträge aus Mietkaufvereinbarungen enthalten. Aufwendungen und Erträge aus Bau- und Architektengebühren fallen im Rahmen des Baumanagements unseres Teilkonzerns Commerz Real an. Auch die Sonstigen Steuern sind in diesem Posten enthalten.

	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
			Mio. €
Wesentliche Sonstige Aufwendungen	436	549	- 20,6
Zuführungen zu Rückstellungen	300	275	9,1
Aufwendungen aus Operating-Leasing-Verträgen	91	181	- 49,7
Aufwendungen aus Bau- und Architektenleistungen	11	15	- 26,7
Mietkaufaufwand und Zwischenmietaufwand	34	78	- 56,4
Wesentliche Sonstige Erträge	547	546	0,2
Auflösungen von Rückstellungen	375	272	37,9
Erträge aus Operating-Leasing-Verträgen	116	187	- 38,0
Erträge aus Bau- und Architektenleistungen	12	24	- 50,0
Mietkaufenerlös und Zwischenmietertrag	34	35	- 2,9
Erträge aus der Veräußerung von Sachanlagen	10	28	- 64,3
Übrige sonstige Aufwendungen/Erträge (saldiert) ¹	1.142	- 128	.
Sonstiges Ergebnis	1.253	- 131	.

¹ Darunter: - 9 Mio. Euro (Vorjahr: - 72 Mio. Euro) aus Wechselkursveränderungen.

Im Sonstigen Ergebnis wurden im Geschäftsjahr 2011 einmalige Erträge von insgesamt 1,0 Mrd. Euro vereinnahmt. Davon resultieren 0,3 Mrd. Euro aus der Sachkapitalerhöhung im Januar 2011 (siehe Seite 207) sowie 0,7 Mrd. Euro aus der Maßnahme zur Stärkung des Kapitals im Dezember 2011 (siehe Note 72).

(39) Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen von 7.992 Mio. Euro (Vorjahr: 8.786 Mio. Euro) im Konzern setzten sich zusammen aus Personalaufwand von 4.178 Mio. Euro (Vorjahr: 4.418 Mio. Euro), Sachaufwand von 3.340 Mio. Euro (Vorjahr: 3.768 Mio. Euro) und Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien und Sonstige immaterielle Anlagewerte von 474 Mio. Euro (Vorjahr: 600 Mio. Euro). Die Aufwendungen gliederten sich wie folgt:

Personalaufwand

	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
			Mio. €
Löhne und Gehälter	3.797	4.101	- 7,4
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	381	317	20,2
Gesamt	4.178	4.418	- 5,4

Im Personalaufwand waren 483 Mio. Euro Aufwendungen für soziale Abgaben enthalten (Vorjahr: 507 Mio. Euro).

Sachaufwand

	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
			Mio. €
Raumaufwendungen	817	831	- 1,7
EDV-Aufwendungen	926	1.217	- 23,9
Arbeitsplatz- und Informationsaufwendungen	321	357	- 10,1
Pflichtbeiträge	164	148	10,8
Beratungs-, Prüfungs- und gesellschaftsrechtliche Aufwendungen	364	437	- 16,7
Reise-, Repräsentations- und Werbungskosten	343	341	0,6
Personalinduzierter Sachaufwand	154	158	- 2,5
Übriger Sachaufwand	251	279	- 10,0
Gesamt	3.340	3.768	- 11,4

Die im Geschäftsjahr in Deutschland als Aufwand erfassten Honorare (exklusive Umsatzsteuer) für den Abschlussprüfer betragen 35,3 Mio. Euro für das Geschäftsjahr 2011. Davon entfielen 1.966 Tsd. Euro auf Leistungen, die bereits im Geschäftsjahr 2010 erbracht wurden.

Honorare des Abschlussprüfers

	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
			Tsd. €
Abschlussprüfung	17.876	19.344	- 7,6
Andere Bestätigungsleistungen	8.763	5.358	63,5
Steuerberatungsleistungen	2.090	905	.
Sonstige Leistungen	6.528	10.649	- 38,7
Gesamt	<u>35.257</u>	<u>36.256</u>	<u>- 2,8</u>

Die Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien und Sonstige immaterielle Anlagewerte stellten sich wie folgt dar:

	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
			Mio. €
Betriebs- und Geschäftsausstattung	192	203	- 5,4
Immobilien	43	81	- 46,9
Sonstige immaterielle Anlagewerte	239	316	- 24,4
Gesamt	<u>474</u>	<u>600</u>	<u>- 21,0</u>

In den Abschreibungen auf Sonstige immaterielle Anlagewerte waren Wertminderungen von 30 Mio. Euro (Vorjahr: 42 Mio. Euro) enthalten, für Immobilien wurden Wertminderungen von 5 Mio. Euro (Vorjahr: 41 Mio. Euro) erfasst.

(40) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Ertragsteueraufwendungen setzten sich wie folgt zusammen:

	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
			Mio. €
Tatsächliche Ertragsteuern	29	220	- 86,8
Steueraufwand/-ertrag für das laufende Jahr	197	224	- 12,1
Steueraufwand/-ertrag Vorjahre	- 168	- 4	.
Latente Ertragsteuern	- 269	- 356	- 24,4
Steueraufwand/-ertrag aufgrund der Veränderung von temporären Differenzen und Verlustvorträgen	56	- 23	.
Steuersatzdifferenzen	5	- 89	.
Steueraufwand aufgrund von Abschreibungen auf bisher gebildete latente Steuern auf Verlustvorträge	170	—	.
Steuerertrag aus bisher nicht berücksichtigten steuerlichen Verlustvorträgen	- 500	- 244	.
Gesamt	<u>- 240</u>	<u>- 136</u>	<u>76,5</u>

Der für die Commerzbank Aktiengesellschaft und den inländischen Organkreis geltende tarifliche kombinierte Ertragsteuersatz beträgt 31,2 %.

Die nachfolgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem Jahresergebnis vor Ertragsteuern nach IFRS sowie den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag im Geschäftsjahr.

Der als Basis für die Überleitungsrechnung gewählte, anzuwendende Konzernertragsteuersatz setzt sich zusammen aus dem in Deutschland geltenden Körperschaftsteuersatz von 15,0 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % und einem durchschnittlichen Steuersatz für die Gewerbesteuer von 15,3 %. Es ergibt sich somit ein inländischer Ertragsteuersatz von 31,2 %.

Ertragsteuereffekte ergeben sich aufgrund unterschiedlicher Steuersätze bei ausländischen Einheiten. Die Steuersätze im Ausland betragen zwischen 0 % (Dubai) und 46 % (New York).

Zum 31. Dezember 2011 betrug die Konzernsteuerquote -47,3 % (Vorjahr: -10,1 %). Der Steuerertrag des Gesamtjahres resultierte im Wesentlichen aus der Nachaktivierung latenter Steueransprüche auf steuerliche Verlustvorträge der Filiale London und der Filiale New York (-368 Mio. Euro). Zusätzlich hat sich der Verbrauch von Verlustvorträgen, für die in Vorjahren keine latenten Steueransprüche gebildet wurden (-254 Mio. Euro) und periodenfremde tatsächliche Steuern (-267 Mio. Euro) positiv auf die Konzernsteuerquote ausgewirkt. Hingegen konnten wir bei einigen Gesellschaften keine latenten Ertragsteueransprüche auf neu entstandene steuerliche Verluste bilanzieren beziehungsweise mussten eine Wertberichtigung auf bereits bilanzierte latente Ertragsteueransprüche bilden (683 Mio. Euro).

	<u>2011</u>	<u>2010</u>
	Mio. €	
Jahresergebnis vor Ertragsteuern nach IFRS	507	1.353
Konzernertragsteuersatz (%)	31,2	30,9
Rechnerischer Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr	158	417
Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze und Steuersatzänderungen bei erfolgswirksamen Steuerabgrenzungen	5	- 89
Auswirkungen aus dem Ansatz von latenten Steuern auf Verlustvorträge	- 500	- 244
Auswirkungen von nicht abziehbaren Betriebsausgaben und steuerfreien Erträgen	- 24	- 104
Nicht angesetzte latente Steuern	683	123
Verbrauch von steuerlichen Verlustvorträgen, auf die bislang keine latenten Steueransprüche gebildet wurden	- 254	- 211
Auswirkungen von Hinzurechnungen und Kürzungen für Gewerbesteuer	12	13
Periodenfremde tatsächliche Steuern	- 267	—
Sonstige Auswirkungen	- 53	- 41
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 240	- 136

Nachfolgende Tabelle zeigt den Bestand der tatsächlichen und latenten Steuern, die aus Posten resultieren, die direkt im Eigenkapital gutgeschrieben beziehungsweise belastet wurden:

Erfolgsneutral bilanzierte Ertragsteuern	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
	Mio. €		
Tatsächliche Ertragsteuern	—	—	.
Latente Ertragsteuern	1.559	1.238	25,9
Bewertungsunterschiede aus Cash Flow Hedges	298	389	- 23,4
Neubewertungsrücklage	1.044	827	26,2
Verlustvorträge	217	22	.
Sonstiges	—	—	.
Gesamt	1.559	1.238	25,9

(41) Nettoergebnis

Die Nettoerfolge setzen sich zusammen aus Fair-Value-Bewertungen, Wertminderungen/Zuschreibungen, realisierten Abgangserfolgen und nachträglichen Eingängen aus abgeschriebenen Finanzinstrumenten (siehe Note 5 c). Im Zinsergebnis werden die Zinsbestandteile aus den Notes Zinsüberschuss und Handelsergebnis nach den Kategorien gemäß IAS 39 dargestellt.

	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
	Mio. €		
Nettoerfolge aus			
Handelsaktiva und -passiva	580	1.410	- 58,9
Anwendung der Fair Value Option	292	131	.
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten sowie Anteilen an at-Equity-bewerteten Unternehmen	- 434	232	.
Kreditoren und Forderungen	- 4.567	- 2.623	74,1
Anderen finanziellen Verbindlichkeiten	—	—	.
	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
	Mio. €		
Zinsergebnis aus			
Handelsaktiva und -passiva	1.012	698	45,0
Anwendung der Fair Value Option	83	36	.
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ...	1.232	1.225	0,6
Kreditoren und Forderungen	15.456	15.949	- 3,1
Anderen finanziellen Verbindlichkeiten	- 9.780	- 10.579	- 7,6

(42) Ergebnis je Aktie

	<u>2011</u>	<u>2010</u>	Veränderung in %
Operatives Ergebnis (Mio. €)	507	1.386	– 63,4
Den Commerzbank-Aktionären zurechenbarer Konzernüberschuss (Mio. €)	638	1.430	.
Durchschnittliche Anzahl ausgegebener Stammaktien (Stück)	3.459.978.549	1.178.599.388	.
Operatives Ergebnis je Aktie (€)	0,15	1,18	– 87,3
Ergebnis je Aktie (€)	0,18	1,21	.

Der gemäß IAS 33 errechnete Gewinn je Aktie basiert auf dem den Commerzbank-Aktionären zurechenbaren Konzernüberschuss und wird als Quotient aus dem angepassten Konzernüberschuss und dem gewichteten Durchschnitt der während des Geschäftsjahres in Umlauf befindlichen Aktienzahl ermittelt. Im laufenden Geschäftsjahr sowie im Vorjahr waren keine Wandel- und Optionsrechte im Umlauf. Das verwässerte Ergebnis je Aktie war daher mit dem unverwässerten identisch. Die Zusammensetzung des Operativen Ergebnisses ist in der Segmentberichterstattung (Note 44) definiert.

(43) Aufwandsquote

	<u>2011</u>	<u>2010</u>	Veränderung in Prozentpunkten
Aufwandsquote im operativen Geschäft	80,8	69,3	11,5

Die Aufwandsquote gibt das Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen zu den Erträgen vor Risikovorsorge wieder.

(44) Segmentberichterstattung

In der Segmentberichterstattung spiegeln sich die Resultate der im Commerzbank-Konzern eingebundenen operativen Geschäftssegmente wider. Als Grundlage für die nachfolgenden Segmentinformationen dient IFRS 8 Operating Segments, der dem sogenannten Managementansatz folgt: Die Segmentinformationen werden auf Basis des internen Berichtswesens bestimmt, das dem Chief Operating Decision Maker dazu dient, die Leistung der Segmente zu beurteilen und Entscheidungen über die Allokation von Ressourcen auf die Segmente zu treffen. Im Commerzbank-Konzern übt die Funktion des Chief Operating Decision Makers der Vorstand aus.

In unserer Segmentberichterstattung berichten wir über sechs operative Segmente sowie über den Bereich Sonstige und Konsolidierung. Dieses Vorgehen folgt der Organisationsstruktur des Commerzbank-Konzerns und ist Grundlage der internen Managementberichterstattung. Die Aufteilung der Geschäftssegmente orientiert sich an der Unterschiedlichkeit der Produkte und Dienstleistungen beziehungsweise an den Kundenzielgruppen. Im Zuge der weiteren Verfeinerung der Geschäftsmodelle der Segmente wurden die Geschäftsverantwortlichkeiten geringfügig angepasst. Die Segmentierung der Aktiva wurde im Jahr 2011 an dieser verfeinerten Kundenzuordnung ausgerichtet. Die Vergleichswerte des Vorjahres wurden jeweils entsprechend angepasst.

- Das Segment Privatkunden hat sich im Jahr 2011 in den Stabsabteilungen neu organisiert und umfasst die Konzernbereiche Private Kunden, Direct Banking und Kredit: Der Konzernbereich Private Kunden besteht aus dem klassischen Filialgeschäft, über das standardisierte und auf die typischen Bedürfnisse der Kunden ausgerichtete Bank- und Finanzdienstleistungen angeboten werden, sowie dem Wealth Management, das neben der Vermögensverwaltung die Betreuung von vermögenden Kunden im In- und Ausland umfasst. Ergänzt wird dies durch die Commerz Direct Service GmbH, welche Callcenter-Leistungen für die Privat-, Geschäfts- und Wealth-Management-Kunden erbringt. Direct Banking umfasst die Aktivitäten der comdirect bank Aktiengesellschaft und der ebase GmbH (zusammen die comdirect-Gruppe) – eine Direktbank, die ihre Dienstleistungen primär über das Internet anbietet. Im Konzernbereich Kredit sind die Kreditbearbeitungszentren für die Commerzbank Aktiengesellschaft im Inland zusammengefasst.
- Das Segment Mittelstandsbank gliedert sich in die drei Konzernbereiche Mittelstand Inland, Großkunden & International und Financial Institutions. Im Konzernbereich Mittelstand Inland ist das Geschäft mit mittelständischen Kunden, dem öffentlichen Sektor und institutionellen Kunden gebündelt. Unser umfassendes Leistungsangebot beinhaltet den Zahlungsverkehr, flexible Finanzierungslösungen, Produkte zum Zins- und Währungsmanagement, professionelle Anlageberatung sowie innovative Investmentbanking-Lösungen. Im Konzernbereich Großkunden & International konzentrieren wir uns auf die Betreuung von Firmenkundenzentren mit einem Umsatzvolumen von mehr als 500 Mio. Euro. Kleinere Konzerne mit hoher Kapitalmarktaffinität sowie solche mit wesentlichen ausländischen Aktivitäten werden hier ebenfalls

betreut. Des Weiteren ist das Kompetenzzentrum für Kunden aus dem Sektor Erneuerbare Energien in diesem Konzernbereich angesiedelt. Durch unsere ausländischen Niederlassungen sind wir für Kunden der strategische Partner sowohl für internationale Aktivitäten deutscher Firmenkunden als auch für internationale Unternehmen mit Geschäftsaktivitäten in unserem deutschen Heimatmarkt. Der Konzernbereich Financial Institutions verantwortet die Beziehung zu in- und ausländischen Banken und Finanzinstituten sowie Zentralbanken. Der strategische Schwerpunkt liegt dabei auf der bevorzugten Einschaltung der Commerzbank in die finanzielle Abwicklung des Außenhandels. Durch ein Netz von über 7.000 Korrespondenzbanken sowie Geschäftsverbindungen mit Schwellenländern fördert Financial Institutions die Finanzierung und Abwicklung der weltweiten Außenhandelsaktivitäten aller Kunden des Commerzbank-Konzerns und unterstützt damit auch andere Konzernbereiche in deren internationalen Strategien.

- Das Segment Central & Eastern Europe umfasst die Aktivitäten der polnischen Tochter BRE Bank, der ukrainischen Bank Forum, der russischen Commerzbank Eurasija, der ungarischen Commerzbank Zrt., unserer Filialen in Tschechien und in der Slowakei sowie Beteiligungen an sieben Mikrofinanzbanken und der russischen Promsvyazbank. Diese sind unter dem Dach einer Managementholding zusammengefasst. Die Holding ist Center of Competence und Schnittstelle von und zu den Konzerneinheiten. Sie setzt und überwacht Konzernziele in Central & Eastern Europe auf Markt- und Risikoseite, realisiert operative Exzellenz und entwickelt Wachstumsinitiativen in der Region. Der strategische Fokus im Segment Central & Eastern Europe wurde im Berichtsjahr weiter auf das Universalbankgeschäft und das Direct Banking ausgerichtet. Vor diesem Hintergrund wird das Firmenkundengeschäft der russischen Commerzbank Eurasija, der Filialen in Tschechien und der Slowakei sowie der Commerzbank Zrt. in Ungarn mit Wirkung vom 1. Januar 2012 in die Zuständigkeit der Mittelstandsbank übergeleitet.
- Corporates & Markets umfasst drei wesentliche Säulen. Equity Markets & Commodities beinhaltet den Handel und den Vertrieb von aktien- und rohstoffbezogenen Finanzprodukten. Fixed Income & Currencies umfasst die Handels- und Vertriebsaktivitäten von Zins-, Kredit- und Währungsinstrumenten. Corporate Finance erstreckt sich auf Arrangierungs- und Beratungsleistungen mit Blick auf Eigenkapital-, Hybridkapital- und Fremdkapitalinstrumente, Verbriefungslösungen sowie Fusionen und Übernahmen. Zudem ist hier das zentrale Kreditportfoliomanagement des Segments Corporates & Markets angesiedelt. Zusätzlich gehört das Client-Relationship-Management zu Corporates & Markets, dessen Aufgabe in der Betreuung deutscher multinationaler Industrieunternehmen, internationaler Versicherungsunternehmen, Finanzinvestoren (Private-Equity-Investoren) und Kunden der öffentlichen Hand besteht.
- Im Segment Asset Based Finance werden die Ergebnisse aus den Konzernbereichen Commercial Real Estate (CRE) Germany, CRE International, Public Finance, Real Estate Asset Management sowie Ship Finance zusammengefasst. Dabei liegen CRE Germany, CRE International sowie Public Finance nahezu vollständig bei der Commerzbank-Tochter Eurohypo Aktiengesellschaft, ebenso wie der Retail-Bestand der Eurohypo. Der Bereich Real Estate Asset Management beinhaltet vorrangig die Aktivitäten unserer Tochtergesellschaft Commerz Real Aktiengesellschaft. Schließlich beinhaltet der Bereich Ship Finance die Schiffsfinanzierungen der Commerzbank-Gruppe, die sich im Wesentlichen in unserer Tochtergesellschaft Deutsche Schiffsbank Aktiengesellschaft befinden.
- Das Segment Portfolio Restructuring Unit (PRU) ist verantwortlich für die Zurückführung von Aktiva, die im Zusammenhang mit den im Jahr 2009 eingestellten Eigenhandels- und Investment-Aktivitäten stehen, die nicht mehr in die kundenorientierte Strategie der Commerzbank passen. Die Zielsetzung des Segments besteht in der kapitaloptimierenden Zurückführung des Portfolios. Die Positionen, die durch dieses Segment verwaltet werden, haben zu Beginn nicht staatlich gesicherte Asset-backed Securities (ABS), weitere strukturierte Kreditprodukte, Eigenhandelspositionen in Firmen- und Finanzanleihen sowie exotische Kreditderivate beinhaltet. Diese Positionen wurden primär aus den Segmenten Corporates & Markets sowie ehemals Commercial Real Estate auf die Portfolio Restructuring Unit übertragen.
- Im Bereich Sonstige und Konsolidierung werden Erträge und Aufwendungen eingestellt, die nicht in die Verantwortungsbereiche der operativen Geschäftssegmente fallen. Unter Sonstige werden unter anderem Beteiligungen, die nicht den operativen Segmenten zugeordnet sind und die Group Treasury ausgewiesen. Ferner sind hier die Kosten der Serviceeinheiten abgebildet, die – mit Ausnahme der Integrations- und Restrukturierungskosten – vollständig auf die Segmente verrechnet werden. Unter Konsolidierung fallen Aufwendungen und Erträge, die von den in der Segmentberichterstattung dargestellten Ergebnisgrößen der internen Managementberichterstattung auf den Konzernabschluss nach IFRS überleiten. Ferner sind hier die Kosten der Konzernsteuerungseinheiten abgebildet, die – mit Ausnahme der Integrations- und Restrukturierungskosten – ebenfalls vollständig auf die Segmente verrechnet werden.

Der Erfolg jedes einzelnen Segments wird anhand des Operativen Ergebnisses und des Ergebnisses vor Steuern sowie der Kennziffern Eigenkapitalrendite und Aufwandsquote gemessen. Das Operative Ergebnis ist definiert als die Summe aus Zinsüberschuss nach Risikovorsorge, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis einschließlich Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus Finanzanlagen, Laufendem Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen und Sonstigem Ergebnis abzüglich der Verwaltungsaufwendungen.

Durch den Ausweis von Vorsteuerergebnissen sind sowohl im Ergebnis als auch im durchschnittlich gebundenen Eigenkapital die Anteile Dritter enthalten. Alle Erträge, für die ein Segment verantwortlich ist, sind somit im Ergebnis vor Steuern berücksichtigt.

Die Eigenkapitalrendite errechnet sich aus dem Verhältnis des Ergebnisses (operativ und vor Steuern) zum durchschnittlich gebundenen Eigenkapital. Sie gibt an, wie sich das im Segment eingesetzte Kapital verzinst. Die Aufwandsquote im operativen Geschäft spiegelt die Kosteneffizienz der Segmente wider; sie errechnet sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zu Erträgen vor Risikovorsorge.

Erträge und Aufwendungen werden verursachungsgerecht zu Marktpreisen und im Zinsbereich nach der Marktzinsmethode bei den Segmenten ausgewiesen. Im Zinsüberschuss werden die tatsächlichen Refinanzierungsaufwendungen für die den jeweiligen Segmenten zugeordneten geschäftsspezifischen Beteiligungen gezeigt. Der im Konzern erwirtschaftete Anlagenutzen aus dem Eigenkapital wird im Verhältnis des durchschnittlich gebundenen Eigenkapitals dem Zinsüberschuss der jeweiligen Segmente zugeordnet. Der Zinssatz entspricht dem Zinssatz einer risikofreien Anlage auf dem langfristigen Kapitalmarkt. Die Ermittlung des durchschnittlich gebundenen Eigenkapitals erfolgte nach Basel-II-Systematik auf Basis der ermittelten durchschnittlichen Risikoaktiva und der Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen (Risikoaktiva-Äquivalente). Auf Konzernebene wird das Investorenkapital gezeigt, das der Berechnung der Eigenkapitalrendite dient. Die für die Segmentberichterstattung unterstellte Kapitalunterlegung der Risikoaktiva beträgt 7 %.

Die Segmentberichterstattung des Commerzbank-Konzerns zeigt die Vorsteuerergebnisse der Segmente. Um den betriebswirtschaftlichen Ergebniseffekt aus spezifischen steuerlich induzierten Transaktionen des Segments Corporates & Markets in dieser Berichterstattung abzubilden, enthält der Zinsüberschuss des Segments Corporates & Markets deshalb ein dem Nachsteuerergebnis dieser Transaktionen entsprechendes Vorsteueräquivalent. Bei der Überleitung der Segmentberichterstattung auf die Zahlen der externen Rechnungslegung wird dieses Vorsteueräquivalent im Bereich Sonstige und Konsolidierung eliminiert.

Die Buchwerte der at-Equity-bewerteten Unternehmen in Höhe von 694 Mio. Euro (Vorjahr: 737 Mio. Euro) verteilen sich auf die Segmente Privatkunden mit 278 Mio. Euro (Vorjahr: 224 Mio. Euro), Mittelstandsbank mit 96 Mio. Euro (Vorjahr: 95 Mio. Euro), Corporates & Markets mit 85 Mio. Euro (Vorjahr: 33 Mio. Euro), Asset Based Finance mit 154 Mio. Euro (Vorjahr: 320 Mio. Euro) sowie Sonstige und Konsolidierung mit 81 Mio. Euro (Vorjahr: 65 Mio. Euro).

Der im Operativen Ergebnis ausgewiesene Verwaltungsaufwand beinhaltet den Personalaufwand, den Sachaufwand sowie die Abschreibungen auf Sachanlagen und Sonstige immaterielle Anlagewerte. Restrukturierungsaufwendungen werden unterhalb des Operativen Ergebnisses im Ergebnis vor Steuern ausgewiesen. Die Zuordnung des Verwaltungsaufwands zu den einzelnen Segmenten erfolgt nach dem Verursachungsprinzip. Die sich aus den internen Leistungen ergebenden indirekten Aufwendungen werden dem Leistungsempfänger in Rechnung gestellt beziehungsweise führen beim Leistungserbringer zu einer entsprechenden Entlastung. Die Bewertung dieser internen Leistungsbeziehungen erfolgt zu Marktpreisen oder Vollkosten.

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten für die Geschäftsjahre 2011 und 2010.

2011	Privat- kunden	Mittel- stands- bank	Central & Eastern Europe	Corporates & Markets	Asset Based Finance	Portfolio Restruc- turing Unit	Sonstige und Konso- lidierung	Konzern
	Mio. €							
Zinsüberschuss	2.027	2.174	648	832	1.021	49	-27	6.724
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-57	-188	-89	-146	-907	-5	2	-1.390
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.970	1.986	559	686	114	44	-25	5.334
Provisionsüberschuss	1.754	1.086	217	300	260	—	-122	3.495
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	—	-42	251	1.069	123	-108	693	1.986
Ergebnis aus Finanzanlagen	-2	-51	7	30	-3.799	4	200	-3.611
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	19	11	—	15	-8	—	5	42
Sonstiges Ergebnis	22	-2	34	-12	-29	-7	1.247	1.253
<i>Erträge vor Risikovorsorge</i>	<i>3.820</i>	<i>3.176</i>	<i>1.157</i>	<i>2.234</i>	<i>-2.432</i>	<i>-62</i>	<i>1.996</i>	<i>9.889</i>
<i>Erträge nach Risikovorsorge</i>	<i>3.763</i>	<i>2.988</i>	<i>1.068</i>	<i>2.088</i>	<i>-3.339</i>	<i>-67</i>	<i>1.998</i>	<i>8.499</i>
Verwaltungsaufwendungen	3.388	1.461	585	1.505	572	63	418	7.992
Operatives Ergebnis	375	1.527	483	583	-3.911	-130	1.580	507
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen	—	—	—	—	—	—	—	—
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	—	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	375	1.527	483	583	-3.911	-130	1.580	507
Aktiva	57.979	85.099	26.406	203.985	207.349	15.274	65.671	661.763
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital ...	3.375	5.378	1.723	3.026	5.398	1.002	10.332	30.234
Operative Eigenkapitalrendite (%)	11,1	28,4	28,0	19,3	-72,5			1,7
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%)	88,7	46,0	50,6	67,4				80,8
Eigenkapitalrendite des Ergebnisses vor Steuern (%)	11,1	28,4	28,0	19,3	-72,5			1,7
Mitarbeiterdurchschnitt	18.957	5.498	9.608	1.989	1.717	32	18.116	55.917
2010	Privat- kunden	Mittel- stands- bank	Central & Eastern Europe	Corporates & Markets	Asset Based Finance	Portfolio Restruc- turing Unit	Sonstige und Konso- lidierung	Konzern
	Mio. €							
Zinsüberschuss	1.982	2.081	674	767	1.162	82	306	7.054
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-246	-279	-361	27	-1.584	-62	6	-2.499
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.736	1.802	313	794	-422	20	312	4.555
Provisionsüberschuss	1.941	983	208	254	327	—	-66	3.647
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	1	24	73	1.160	-78	787	-9	1.958
Ergebnis aus Finanzanlagen	31	188	-4	220	-352	-29	54	108
Laufendes Ergebnis aus at-Equity- bewerteten Unternehmen	10	30	—	11	-20	—	4	35
Sonstiges Ergebnis	-120	13	28	-20	-114	3	79	-131
<i>Erträge vor Risikovorsorge</i>	<i>3.845</i>	<i>3.319</i>	<i>979</i>	<i>2.392</i>	<i>925</i>	<i>843</i>	<i>368</i>	<i>12.671</i>
<i>Erträge nach Risikovorsorge</i>	<i>3.599</i>	<i>3.040</i>	<i>618</i>	<i>2.419</i>	<i>-659</i>	<i>781</i>	<i>374</i>	<i>10.172</i>
Verwaltungsaufwendungen	3.552	1.442	565	1.633	609	106	879	8.786
Operatives Ergebnis	47	1.598	53	786	-1.268	675	-505	1.386
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen	—	—	—	—	—	—	—	—
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	—	33	—	—	33
Ergebnis vor Steuern	47	1.598	53	786	-1.301	675	-505	1.353
Aktiva	60.565	83.877	27.436	243.336	236.264	16.548	86.273	754.299
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital	3.494	5.545	1.628	3.854	6.276	1.212	8.972	30.981
Operative Eigenkapitalrendite (%)	1,3	28,8	3,3	20,4	-20,2			4,5
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%)	92,4	43,4	57,7	68,3	65,8			69,3
Eigenkapitalrendite des Ergebnisses vor Steuern (%)	1,3	28,8	3,3	20,4	-20,7			4,4
Mitarbeiterdurchschnitt	20.007	5.367	9.733	1.991	1.875	52	18.651	57.676

Detailangaben Sonstige und Konsolidierung:

	2011			2010		
	Sonstige	Konsolidierung	Sonstige und Konsolidierung	Sonstige	Konsolidierung	Sonstige und Konsolidierung
	Mio. €					
Zinsüberschuss	-44	17	-27	331	-25	306
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2	—	2	6	—	6
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	-42	17	-25	337	-25	312
Provisionsüberschuss	-119	-3	-122	-65	-1	-66
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	642	51	693	10	-19	-9
Ergebnis aus Finanzanlagen	201	-1	200	55	-1	54
Laufendes Ergebnis aus at-Equity- bewerteten Unternehmen	5	—	5	4	—	4
Sonstiges Ergebnis	1.242	5	1.247	101	-22	79
<i>Erträge vor Risikovorsorge</i>	<i>1.927</i>	<i>69</i>	<i>1.996</i>	<i>436</i>	<i>-68</i>	<i>368</i>
<i>Erträge nach Risikovorsorge</i>	<i>1.929</i>	<i>69</i>	<i>1.998</i>	<i>442</i>	<i>-68</i>	<i>374</i>
Verwaltungsaufwendungen	431	-13	418	892	-13	879
Operatives Ergebnis	1.498	82	1.580	-450	-55	-505
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen ..	—	—	—	—	—	—
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	1.498	82	1.580	-450	-55	-505
Aktiva	65.671	—	65.671	86.273	—	86.273

Unter Konsolidierung berichten wir über Konsolidierungs- und Überleitungssachverhalte vom Ergebnis der Segmente und des Bereichs Sonstige auf den Konzernabschluss. Unter anderem werden dort folgende Sachverhalte abgebildet:

- Bewertungseffekte aus der Anwendung des Hedge Accountings gemäß IAS 39 auf bankübergreifende Transaktionen werden in Konsolidierung gezeigt.
- Das dem Segment Corporates & Markets aus steuerlich induzierten Transaktionen im Zinsüberschuss zugeordnete Vorsteueräquivalent wird unter Konsolidierung wieder eliminiert.
- In den Segmenten angefallene Bewertungsergebnisse für eigene Schuldverschreibungen und eigene Aktien werden unter Konsolidierung eliminiert.
- Sonstige Konsolidierungseffekte für konzerninterne Sachverhalte werden ebenfalls hier berichtet.
- Integrations- und Restrukturierungsaufwendungen der Konzernsteuerungseinheiten werden unter Konsolidierung ausgewiesen.

Die Zuordnung in die Segmente nach dem jeweiligen Sitz der Filiale oder des Konzernunternehmens ergab nachfolgende Verteilung:

Geschäftsjahr 2011	Europa ohne					Gesamt
	Deutschland	Deutschland	Amerika	Asien	Sonstige	
	Mio. €					
Zinsüberschuss	4.377	2.055	197	95	—	6.724
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-618	-955	182	1	—	-1.390
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	3.759	1.100	379	96	—	5.334
Provisionsüberschuss	2.999	401	54	41	—	3.495
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	1.374	545	48	19	—	1.986
Ergebnis aus Finanzanlagen	-3.179	-438	7	-1	—	-3.611
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	33	9	—	—	—	42
Sonstiges Ergebnis	1.211	35	-3	10	—	1.253
<i>Erträge vor Risikovorsorge</i>	<i>6.815</i>	<i>2.607</i>	<i>303</i>	<i>164</i>	<i>—</i>	<i>9.889</i>
<i>Erträge nach Risikovorsorge</i>	<i>6.197</i>	<i>1.652</i>	<i>485</i>	<i>165</i>	<i>—</i>	<i>8.499</i>
Verwaltungsaufwendungen	6.236	1.482	165	109	—	7.992
Operatives Ergebnis	-39	170	320	56	—	507
Risikoaktiva für Kreditrisiken	122.556	55.850	7.385	3.978	—	189.769

Im Vorjahr erzielten wir in den geografischen Märkten folgende Ergebnisse:

Geschäftsjahr 2010	Europa ohne Deutschland		Amerika	Asien	Sonstige	Gesamt
	Deutschland	Deutschland				
			Mio. €			
Zinsüberschuss	4.497	2.170	263	123	1	7.054
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 873	- 1.302	- 302	- 22	—	- 2.499
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	3.624	868	- 39	101	1	4.555
Provisionsüberschuss	3.189	360	70	28	—	3.647
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	381	1.496	72	9	—	1.958
Ergebnis aus Finanzanlagen	57	1	44	6	—	108
Laufendes Ergebnis aus at-Equity- bewerteten Unternehmen	40	- 5	—	—	—	35
Sonstiges Ergebnis	- 130	- 11	8	2	—	- 131
<i>Erträge vor Risikovorsorge</i>	<i>8.034</i>	<i>4.011</i>	<i>457</i>	<i>168</i>	<i>1</i>	<i>12.671</i>
<i>Erträge nach Risikovorsorge</i>	<i>7.161</i>	<i>2.709</i>	<i>155</i>	<i>146</i>	<i>1</i>	<i>10.172</i>
Verwaltungsaufwendungen	7.011	1.465	201	109	—	8.786
Operatives Ergebnis	150	1.244	- 46	37	1	1.386
Risikoaktiva für Kreditrisiken	150.837	66.138	10.742	4.672	49	232.438

Von den Erträgen vor Risikovorsorge in Europa entfielen rund 43 % auf unsere Einheiten in Großbritannien (Vorjahr: 55 %), 34 % auf unsere Einheiten in Polen (Vorjahr: 18 %) und 7 % auf unseren Einheiten in Luxemburg (Vorjahr: 12 %). Statt der langfristigen Vermögenswerte weisen wir die Risikoaktiva für Kreditrisiken aus. Eine Aufgliederung des Gesamtbetrags der Erträge des Commerzbank-Konzerns nach Produkten und Dienstleistungen wird bedingt durch die Übernahme der Dresdner Bank erst erfolgen, wenn die geforderten Informationen einschließlich der Vorjahreswerte in einheitlicher Definition vorliegen.

Erläuterungen zur Bilanz

(45) Barreserve

Als Barreserve fassen wir folgende Posten zusammen:

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
		Mio. €	
Kassenbestand	1.572	1.388	13,3
Guthaben bei Zentralnotenbanken	3.998	6.386	- 37,4
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	505	279	81,0
Gesamt	6.075	8.053	- 24,6

Im Guthaben bei Zentralnotenbanken waren Forderungen in Höhe von 1.179 Mio. Euro (Vorjahr: 1.111 Mio. Euro) an die Deutsche Bundesbank enthalten. Das im Durchschnitt vorzuhaltende Mindestreserve-Soll betrug 2.205 Mio. Euro (Vorjahr: 4.593 Mio. Euro) für die Erfüllungsperiode Dezember 2011 bis Januar 2012. Da sich die Erfüllung der Mindestreservepflicht nach den durchschnittlichen Guthaben bemisst, gibt es keine Verfügungsbeschränkungen für Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

(46) Forderungen an Kreditinstitute

	Gesamt		Veränd. in %	Täglich fällig		Andere Forderungen	
	31.12.2011	31.12.2010		31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
				Mio. €			
Kreditinstitute in Deutschland	26.721	33.403	- 20,0	10.961	16.628	15.760	16.775
Kreditinstitute außerhalb Deutschlands	61.311	77.553	- 20,9	24.906	28.723	36.405	48.830
Gesamt	88.032	110.956	- 20,7	35.867	45.351	52.165	65.605
darunter entfallen auf die Kategorie:							
Kredite und Forderungen	64.253	62.883	2,2				
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ...	—	—	.				
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (Fair Value Option) ...	23.779	48.073	- 50,5				

Die Forderungen an Kreditinstitute beliefen sich nach Abzug der Risikovorsorge auf 87.790 Mio. Euro (Vorjahr: 110.616 Mio. Euro). Die nachfolgende Tabelle stellt die Forderungen an Kreditinstitute nach wesentlichen Geschäftsarten dar:

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	Veränderung in %
		Mio. €	
Reverse Repos und Cash Collaterals	51.606	68.687	- 24,9
Forderungen aus dem Geldhandel	2.789	6.765	- 58,8
Schuldscheindarlehen	8.491	9.893	- 14,2
Übrige Forderungen	<u>25.146</u>	<u>25.611</u>	<u>- 1,8</u>
Gesamt	<u>88.032</u>	<u>110.956</u>	<u>- 20,7</u>

In den Schuldscheindarlehen und den Übrigen Forderungen an Kreditinstitute waren 8.205 Mio. Euro (Vorjahr: 9.572 Mio. Euro) Kommunalkredite enthalten.

(47) Forderungen an Kunden

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	Veränderung in %
		Mio. €	
Forderungen an Kunden in Deutschland	192.645	207.690	- 7,2
Forderungen an Kunden außerhalb Deutschlands	<u>111.854</u>	<u>129.182</u>	<u>- 13,4</u>
Gesamt	<u>304.499</u>	<u>336.872</u>	<u>- 9,6</u>
darunter entfallen auf die Kategorie:			
Kredite und Forderungen	280.636	308.456	- 9,0
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	—	—	
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (Fair Value Option)	23.863	28.416	- 16,0

Die Forderungen an Kunden beliefen sich nach Abzug der Risikovorsorge auf 296.586 Mio. Euro (Vorjahr: 327.755 Mio. Euro). Die nachfolgende Tabelle stellt die Forderungen an Kunden nach wesentlichen Geschäftsarten dar:

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	Veränderung in %
		Mio. €	
Reverse Repos und Cash Collaterals	26.042	29.963	- 13,1
Forderungen aus dem Geldhandel	8.022	8.996	- 10,8
Schuldscheindarlehen	21.601	26.599	- 18,8
Hypotheken- und dinglich besicherte Forderungen	117.952	134.321	- 12,2
Übrige Forderungen	<u>130.882</u>	<u>136.993</u>	<u>- 4,5</u>
Gesamt	<u>304.499</u>	<u>336.872</u>	<u>- 9,6</u>

In den Schuldscheindarlehen und den Übrigen Forderungen an Kunden waren Kommunalkredite in Höhe von 27.690 Mio. Euro (Vorjahr: 34.041 Mio. Euro) enthalten.

(48) Kreditvolumen

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	Veränderung in %
		Mio. €	
Kredite an Kreditinstitute	26.082	23.404	11,4
Kredite an Kunden	<u>277.831</u>	<u>306.912</u>	<u>- 9,5</u>
Gesamt	<u>303.913</u>	<u>330.316</u>	<u>- 8,0</u>

Kredite grenzen wir gegenüber den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden dahingehend ab, dass als Kredite nur solche Forderungen gezeigt werden, für die besondere Kreditvereinbarungen mit den Kreditnehmern geschlossen wurden. Damit werden zum Beispiel Geldhandelsgeschäfte mit Banken und Reverse-Repo-Geschäfte nicht als Kredite ausgewiesen. In den Krediten an Kunden sind auch Wechselkredite enthalten.

(49) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird nach konzerneinheitlichen Regeln gebildet und deckt alle erkennbaren Bonitätsrisiken ab. Für eingetretene, aber noch nicht bekannt gewordene Ausfälle haben wir

Portfoliowertberichtigungen anhand der aus der Basel-II-Systematik abgeleiteten Verfahren ermittelt. Insgesamt entwickelte sich die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wie folgt:

	<u>Stand</u> <u>1.1.2011</u>	<u>Zuführung</u>	<u>Auflösungen</u>	<u>Verbrauch</u>	<u>Veränderungen im</u> <u>Konsolidierungskreis</u>	<u>Wechselkursänderungen/</u> <u>Umbuchung</u>	<u>Stand</u> <u>31.12.2011</u>
	Mio. €						
Risikovorsorge für bilanzwirksame Risiken im Kreditgeschäft	9.457	3.055	2.003	2.129	-54	-171	8.155
Forderungen an Kreditinstitute ..	340	47	51	53	—	-41	242
Forderungen an Kunden	9.117	3.008	1.952	2.076	-54	-130	7.913
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken im Kreditgeschäft	615	412	486	7	—	-26	508
Gesamt	10.072	3.467	2.489	2.136	-54	-197	8.663

Die erfolgswirksamen Zuführungen und Auflösungen führten unter Berücksichtigung von Direktabschreibungen, Zuschreibungen und Eingängen auf abgeschriebene Forderungen zu einem Risikovorsorgeaufwand von 1.390 Mio. Euro (Vorjahr: 2.499 Mio. Euro).

	<u>Wertberichtigungen für Einzelrisiken</u>		<u>Wertberichtigungen für Portfoliorisiken</u>		<u>Wertberichtigungen gesamt</u>		<u>Veränd. in %</u>
	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>2011</u>	<u>2010</u>	
	Mio. €						
Stand 1.1.	8.361	8.345	1.096	1.464	9.457	9.809	-3,6
Zuführungen	2.893	3.894	162	243	3.055	4.137	-26,2
Abgänge	3.669	3.888	463	649	4.132	4.537	-8,9
darunter: Inanspruchnahmen	2.129	2.631	—	—	2.129	2.631	-19,1
darunter: Auflösungen	1.540	1.257	463	649	2.003	1.906	5,1
Veränderungen im Konsolidierungskreis	-53	—	-1	—	-54	—	.
Wechselkursänderungen/ Umbuchungen	-166	10	-5	38	-171	48	.
Stand 31.12.	7.366	8.361	789	1.096	8.155	9.457	-13,8

	<u>Rückstellungen für Einzelrisiken</u>		<u>Rückstellungen für Portfoliorisiken</u>		<u>Rückstellungen im Kreditgeschäft</u>		<u>Veränd. in %</u>
	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>2011</u>	<u>2010</u>	
	Mio. €						
Stand 1.1.	384	364	231	278	615	642	-4,2
Zuführungen	357	207	55	96	412	303	36,0
Abgänge	368	166	125	142	493	308	60,1
darunter: Inanspruchnahmen ...	7	7	—	—	7	7	0,0
darunter: Auflösungen	361	159	125	142	486	301	61,5
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—	—	—	—	—	.
Wechselkursänderungen/ Umbuchungen	-24	-21	-2	-1	-26	-22	18,2
Stand 31.12.	349	384	159	231	508	615	-17,4

Die Aufgliederung der Risikovorsorge für Adressenausfallrisiken nach Kundengruppen zum 31. Dezember 2011 stellte sich wie folgt dar:

	Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen für das Kreditgeschäft	Kreditausfälle¹ im Jahr 2011	Nettozuführung² zu den Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft
		Mio. €	
Kunden in Deutschland	3.613	1.652	667
Firmenkunden	2.733	889	523
Verarbeitendes Gewerbe	844	239	109
Baugewerbe	48	75	-6
Handel	245	101	74
Dienstleistungen und Übrige	1.596	474	346
Privatkunden	880	763	144
Kunden außerhalb Deutschlands	4.033	1.011	832
Firmenkunden und Privatkunden	4.019	1.011	831
Öffentliche Haushalte	14	—	1
Risikovorsorge Kunden	7.646	2.663	1.499
Kreditinstitute in Deutschland	-37	—	-126
Kreditinstitute außerhalb Deutschlands	106	60	-24
Risikovorsorge Kreditinstitute	69	60	-150
Gesamt	7.715	2.723	1.349

¹ Direktabschreibungen, Verbrauch von Wertberichtigungen und Verbrauch von Rückstellungen im Kreditgeschäft.

² Zuführung abzüglich Auflösung.

Den Kreditausfällen und der Nettozuführung zur Risikovorsorge standen Erträge aus Zuschreibungen von 1 Mio. Euro (Vorjahr: 9 Mio. Euro) und Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen von 181 Mio. Euro (Vorjahr: 184 Mio. Euro) gegenüber. Die folgende Aufstellung enthält die Kennziffern zur Kreditrisikovorsorge:

	2011	2010
	in %	
Zuführungsquote ¹	0,44	0,71
Ausfallquote ²	0,81	0,82
Bestandsquote ³	2,74	2,85

¹ Nettorisikovorsorge (Neubildung abzüglich Auflösung von Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft zuzüglich des Saldos aus Direktabschreibungen, Zuschreibungen und Eingängen auf bereits abgeschriebene Forderungen) in Relation zum Kreditvolumen.

² Kreditausfälle (Verbrauch von Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft zuzüglich des Saldos aus Direktabschreibungen, Zuschreibungen und Eingängen auf bereits abgeschriebene Forderungen) in Relation zum Kreditvolumen.

³ Risikovorsorgebestand (Bestand an Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft) in Relation zum Kreditvolumen; Kreditvolumen = Forderungen aus besonderen Kreditvereinbarungen mit Kreditnehmern (Note 48).

(50) Aktive Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges

Der Wertanpassungsbetrag von gegen Zinsänderungsrisiken gesicherten Grundgeschäften betrug 147 Mio. Euro (Vorjahr: 113 Mio. Euro). Ein ökonomisch gegenläufiger Betrag der Sicherungsgeschäfte wird auf der Passivseite unter dem Posten Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten ausgewiesen.

(51) Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

In diesem Posten werden die positiven Marktwerte von Derivaten ausgewiesen, die zur Absicherung von Grundgeschäften gegen das Zinsänderungsrisiko eingesetzt wurden.

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
		Mio €	
Positive Marktwerte Micro Fair Value Hedge Accounting	4.989	4.455	12,0
Positive Marktwerte Portfolio Fair Value Hedge Accounting	143	506	-71,7
Gesamt	5.132	4.961	3,4

(52) Handelsaktiva

Die Handelsaktivitäten des Konzerns umfassen den Handel mit

- Schuldverschreibungen und anderen zinsbezogenen Wertpapieren,
- Aktien, anderen eigenkapitalbezogenen Wertpapieren und Anteilen an Investmentfonds,
- Schuldscheindarlehen,
- Devisen und Edelmetallen,
- derivativen Finanzinstrumenten und
- Sonstigen Handelsaktiva.

Der Posten Sonstige Handelsaktiva setzt sich aus positiven Marktwerten von zu syndizierenden Krediten, Kreditzusagen, Emissionsrechten sowie Krediten und Geldhandelsgeschäften zusammen.

In den Positiven Marktwerten sind auch derivative Finanzinstrumente enthalten, die nicht als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings eingesetzt werden können.

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Wertpapiere	20.903	30.305	– 31,0
Geldmarktpapiere	2.731	2.927	– 6,7
von öffentlichen Emittenten	2.334	1.938	20,4
von anderen Emittenten	397	989	– 59,9
Anleihen und Schuldverschreibungen	18.172	27.378	– 33,6
von öffentlichen Emittenten	6.607	12.198	– 45,8
von anderen Emittenten	11.565	15.180	– 23,8
Schuldscheindarlehen	1.063	1.810	– 41,3
Aktien, andere eigenkapitalbezogene Wertpapiere und Anteile an Investmentfonds	9.703	11.704	– 17,1
Aktien	4.205	3.008	39,8
Anteile an Investmentfonds	5.464	8.674	– 37,0
Sonstige eigenkapitalbezogene Wertpapiere	34	22	54,5
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	123.607	123.743	– 0,1
Währungsbezogene derivative Geschäfte	17.515	18.345	– 4,5
Zinsbezogene derivative Geschäfte	98.365	97.012	1,4
Übrige derivative Geschäfte	7.727	8.386	– 7,9
Sonstige Handelsaktiva	424	263	61,2
Gesamt	<u>155.700</u>	<u>167.825</u>	<u>– 7,2</u>

Von den Schuldverschreibungen und anderen zinsbezogenen Wertpapieren sowie Aktien, anderen eigenkapitalbezogenen Wertpapieren und Anteilen an Investmentfonds waren 20.470 Mio. Euro (Vorjahr: 30.690 Mio. Euro) börsennotiert. Die übrigen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten setzten sich hauptsächlich aus 3.303 Mio. Euro Aktienderivaten (Vorjahr: 4.125 Mio. Euro) und 4.060 Mio. Euro Kreditderivaten (Vorjahr: 3.565 Mio. Euro) zusammen.

(53) Finanzanlagen

Die Finanzanlagen umfassen Finanzinstrumente, die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden. Sie setzen sich zusammen aus den nicht Handelszwecken dienenden Schuldverschreibungen und anderen zinsbezogenen Wertpapieren, Aktien und anderen eigenkapitalbezogenen Wertpapieren sowie Anteilen an Investmentfonds, den Beteiligungen (einschließlich nicht at-Equity-bewerteten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen) sowie den Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Wertpapiere ¹	92.526	113.493	- 18,5
Geldmarktpapiere	2.084	5.036	- 58,6
von öffentlichen Emittenten	364	2.874	.
von anderen Emittenten	1.720	2.162	- 20,4
Anleihen und Schuldverschreibungen	90.442	108.457	- 16,6
von öffentlichen Emittenten	42.831	53.148	- 19,4
von anderen Emittenten	47.611	55.309	- 13,9
Aktien, andere eigenkapitalbezogene Wertpapiere und Anteile an Investmentfonds	1.506	1.284	17,3
Aktien	289	448	- 35,5
Anteile an Investmentfonds	1.125	766	46,9
Sonstige eigenkapitalbezogene Wertpapiere	92	70	31,4
Beteiligungen	347	807	- 57,0
darunter: an Kreditinstituten	64	410	- 84,4
Anteile an Tochterunternehmen	144	124	16,1
darunter: an Kreditinstituten	—	—	.
Gesamt	94.523	115.708	- 18,3
darunter entfallen auf die Kategorie:			
Krediten und Forderungen	60.618	70.435	- 13,9
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	30.587	41.764	- 26,8
darunter: mit Anschaffungskosten bewertet	456	372	22,6
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (Fair Value Option)	3.318	3.509	- 5,4

¹ Gekürzt um Portfoliowertberichtigungen für umkategorisierte Wertpapiere von 91 Mio. Euro (Vorjahr: 51 Mio. Euro).

In den Finanzanlagen zum 31. Dezember 2011 waren 456 Mio. Euro (Vorjahr: 372 Mio. Euro) eigenkapitalbezogene Wertpapiere enthalten, die im Wesentlichen nicht börsennotiert sind (unter anderem GmbH-Anteile) und zu Anschaffungskosten bilanziert wurden, da uns keine verlässlichen Angaben zur Berechnung von Marktwerten vorlagen.

In der folgenden Tabelle sind die in den Finanzanlagen enthaltenen börsennotierten Bestände dargestellt. Die zur Veräußerung verfügbaren Finanzanlagen und Finanzanlagen, auf die die Fair Value Option angewendet wird, sind dabei mit ihren Marktwerten aufgeführt. Die Finanzanlagen der Kategorie Kredite und Forderungen sind zu fortgeführten Anschaffungskosten gezeigt.

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Wertpapiere	79.040	95.793	- 17,5
Aktien, andere eigenkapitalbezogene Wertpapiere und Anteile an Investmentfonds	894	581	53,9
Beteiligungen	10	300	- 96,7
Gesamt	79.944	96.674	- 17,3

In seiner Mitteilung vom 13. Oktober 2008 hat das IASB Änderungen des IAS 39 hinsichtlich der Umkategorisierung von Finanzinstrumenten verabschiedet. Danach wurden in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 Wertpapiere des Public-Finance-Bestandes, die keinen aktiven Markt aufwiesen, aus der Kategorie Zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte in die Kategorie Kredite und Forderungen umkategorisiert. Für die umkategorisierten Bestände bestand zum jeweiligen Umkategorisierungszeitpunkt die Absicht und die Fähigkeit, die Wertpapiere für die vorhersehbare Zukunft beziehungsweise bis zur Fälligkeit zu halten. Im Wesentlichen handelte es sich dabei um Wertpapiere öffentlicher Schuldner (unter anderem europäische und nordamerikanische Gebietskörperschaften, öffentlich garantierte Asset-backed Securities) sowie von Finanzunternehmen.

Die Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern belief sich für alle umkategorisierten Wertpapiere der Geschäftsjahre 2008 und 2009 zum 31. Dezember 2011 auf -0,8 Mrd. Euro (Vorjahr: -1,0 Mrd. Euro). Dieser negative Bestand wird über die Restlaufzeit der umkategorisierten Wertpapiere aufgelöst. Ohne die durchgeführten Umkategorisierungen in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 hätte sich eine

Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern für den gesamten Bestand von –4,3 Mrd. Euro zum 31. Dezember 2011 ergeben (Vorjahr: –2,8 Mrd. Euro); die Veränderung zum Vorjahr betrug somit –1,5 Mrd. Euro (Veränderung 31. Dezember 2010 zum 31. Dezember 2009: –1,4 Mrd. Euro).

Neben den auf Portfoliobasis ermittelten Wertberichtigungen von 40 Mio. Euro (Vorjahr: 1 Mio. Euro) und den Wertminderungen auf die umkategorisierten griechischen Staatsanleihen (1,9 Mrd. Euro), wurden für die umkategorisierten Bestände im laufenden Geschäftsjahr saldiert 1,5 Mrd. Euro (Vorjahr: 1,8 Mrd. Euro) in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst.

Zum 31. Dezember 2011 betrug der Buchwert der umkategorisierten Bestände 57,6 Mrd. Euro (Vorjahr: 67,1 Mrd. Euro), der beizulegende Zeitwert belief sich auf 52,6 Mrd. Euro (Vorjahr: 64,6 Mrd. Euro) und der Bestand der Portfoliowertberichtigungen betrug kumuliert 91 Mio. Euro (Vorjahr: 51 Mio. Euro). Die Geschäfte wiesen durchschnittliche Effektivzinssätze zwischen 0,5 % und 14,3 % (Vorjahr: zwischen 0,8 % und 16,2 %) auf und wir erwarten daraus ein Zahlungsmittelzufluss von 70,2 Mrd. Euro (Vorjahr: 84,3 Mrd. Euro).

Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise

Im Commerzbank-Konzern beliefen sich die Anschaffungskosten zum 31. Dezember 2011 für griechische Staatsanleihen vor Berücksichtigung des gesamten Abwertungsbedarfs von rund 74 % auf 3.018 Mio. Euro (einschließlich aufgelaufener Zinsen). Davon entfielen 359 Mio. Euro auf die zur Veräußerung verfügbaren Anleihen und 2.659 Mio. Euro auf 2008 und 2009 in die Kategorie Kredite und Forderungen umkategorisierte Wertpapiere. Die zum 31. Dezember 2011 darauf vorgenommenen Wertminderungen betragen insgesamt 2.226 Mio. Euro.

Auf Basis unseres Bewertungsansatzes erfolgte eine Abwertung in Höhe von 1.938 Mio. Euro für Wertpapiere der Kategorie Kredite und Forderungen. Der Bilanzwert zum 31. Dezember 2011 betrug somit 721 Mio. Euro. Die gemäß IAS 39.67 vorgenommene Wertminderung der in der Kategorie Zur Veräußerung verfügbar verbliebenen Anleihen auf den niedrigeren, beizulegenden Zeitwert (Marktwert zum 31. Dezember 2011), führte zu einem Aufwand im laufenden Geschäftsjahr von 288 Mio. Euro und zu einem Bilanzwert von 71 Mio. Euro zum 31. Dezember 2011.

Darüber hinaus haben wir im Zusammenhang mit unserem Portfolio Transaktionen zur Absicherung von Zinsrisiken sowie zum Ausgleich von Inflationsschwankungen vorgenommen. Die Bewertung und Bilanzierung hierfür nehmen wir gemäß IAS 39.85 ff. vor. Die Bewertungseffekte resultierten zum einen aus der Abwicklung der Finanzinstrumente zur Zinsabsicherung. Zum anderen wurden die Finanzinstrumente zum Ausgleich von Inflationsschwankungen korrespondierend zu den Anleihen wertgemindert; der neue Bilanzwert betrug 58 Mio. Euro. Der gesamte Wertminderungseffekt für diese Transaktionen belief sich für das Geschäftsjahr 2011 auf 962 Mio. Euro.

Entwicklung der Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen:

	Beteiligungen		Anteile an Tochterunternehmen	
	2011	2010	2011	2010
	Mio. €			
Beizulegender Zeitwert zum 1.1.	807	1.194	124	158
Anschaffungskosten zum 1.1.	878	1.569	343	320
Wechselkursveränderungen	1	8	-1	6
Zugänge	163	39	21	16
Abgänge	229	691	26	53
Umbuchungen in die Zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen	-294	—	—	—
Sonstige Umbuchungen/Veränderungen Konsolidierungskreis	-1	-47	271	54
Anschaffungskosten zum 31.12.	<u>518</u>	<u>878</u>	<u>608</u>	<u>343</u>
Zuschreibungen	—	—	—	—
Kumulierte Abschreibungen zum 1.1.	326	613	219	162
Wechselkursveränderungen	1	6	—	—
Zugänge	8	14	4	11
Abgänge	2	297	18	19
Umbuchungen in die Zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen	-61	—	—	—
Sonstige Umbuchungen/Veränderungen Konsolidierungskreis	—	-10	259	65
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.	<u>272</u>	<u>326</u>	<u>464</u>	<u>219</u>
Kumulierte Veränderungen aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert	101	255	—	—
Beizulegender Zeitwert zum 31.12.	<u>347</u>	<u>807</u>	<u>144</u>	<u>124</u>

(54) Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen

	2011	2010
	Mio. €	
Beizulegender Zeitwert zum 1.1.	737	378
Anschaffungskosten zum 1.1.	821	410
Wechselkursveränderungen	—	—
Zugänge	125	425
Abgänge	27	—
Umbuchungen in die Zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen	—	—
Sonstige Umbuchungen/Veränderungen Konsolidierungskreis	14	-14
Anschaffungskosten zum 31.12.	<u>933</u>	<u>821</u>
Zuschreibungen	—	—
Kumulierte Abschreibungen zum 1.1.	156	45
Wechselkursveränderungen	—	—
Zugänge	158	111
Abgänge	10	—
Umbuchungen in die Zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen	—	—
Sonstige Umbuchungen/Veränderungen Konsolidierungskreis	—	—
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.	<u>304</u>	<u>156</u>
Kumulierte Veränderungen aus der at-Equity-Bewertung	65	72
Beizulegender Zeitwert zum 31.12.	<u>694</u>	<u>737</u>
darunter: Anteile an Kreditinstituten	339	279

In den beizulegenden Zeitwerten sind 106 Mio. Euro aus börsennotierten at-Equity-bewerteten Unternehmen enthalten; der korrespondierende Marktwert zum 31. Dezember 2011 belief sich auf 103 Mio. Euro.

Im Commerzbank-Konzern werden zurechenbare Verluste der at-Equity-bewerteten Unternehmen nur bis zur Höhe des Equity-Buchwertes berücksichtigt. In sieben Fällen beläuft sich der Equity-Buchwert auf null.

Übersteigende Verluste wurden nicht erfasst, da keine Verpflichtung besteht, die übersteigenden Verluste auszugleichen. Zukünftige Gewinne werden zunächst mit den nicht erfassten Verlusten verrechnet.

Sofern Verpflichtungen aus Eventualverbindlichkeiten gegenüber oder aufgegebene Geschäftsbereiche bei at-Equity-bewerteten Unternehmen bestehen, ist der Commerzbank-Konzern in Höhe des jeweiligen Anteilsbesitzes daran beteiligt. Unsere Anteile an der Gesamtsumme aller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie Erträge und Aufwendungen unserer at-Equity-bewerteten Unternehmen sind nachstehend aufgelistet:

	31.12.2011	31.12.2010¹	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Vermögenswerte	4.603	4.682	- 1,7
Verbindlichkeiten	3.860	4.228	- 8,7
Erträge	413	349	18,3
Aufwendungen	547	446	22,6

¹ Vorjahr angepasst.

Gegenüber at-Equity-bewerteten Unternehmen bestanden zum 31. Dezember 2011 Verpflichtungen aus Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 403 Mio. Euro. Es gab keine aufgegebenen Geschäftsbereiche bei at-Equity-bewerteten Unternehmen.

Unsere Anteile an der Gesamtsumme aller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie Erträge und Aufwendungen unserer untergeordneten assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, stellten sich wie folgt dar:

	31.12.2011
	Mio. €
Vermögenswerte	542
Verbindlichkeiten	588
Erträge	134
Aufwendungen	129

(55) Immaterielle Anlagewerte

	31.12.2011	31.12.2010	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Geschäfts- oder Firmenwerte	2.088	2.081	0,3
Sonstige immaterielle Anlagewerte	950	1.020	- 6,9
Kundenbeziehungen	495	546	- 9,3
Markennamen	9	9	0,0
Selbst erstellte Software	243	219	11,0
Übrige	203	246	- 17,5
Gesamt	3.038	3.101	- 2,0

Von den Übrigen entfielen 198 Mio. Euro (Vorjahr: 240 Mio. Euro) auf erworbene Software.

	Geschäfts- oder Firmenwerte		Markennamen	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
		Mio. €		
Privatkunden	1.079	1.079	—	—
Mittelstandsbank	569	569	—	—
Central & Eastern Europe	299	292	9	9
Corporates & Markets	138	138	—	—
Asset Based Finance	—	—	—	—
Portfolio Restructuring Unit	—	—	—	—
Sonstige und Konsolidierung	3	3	—	—
Gesamt	2.088	2.081	9	9

Im Rahmen des Werthaltigkeitstests für Geschäfts- oder Firmenwerte ergab sich für das Geschäftsjahr 2011 kein Wertminderungs – bedarf. Bei der Bewertung wurden Betafaktoren für die Detailplanungsphase, wie in nachstehender Tabelle aufgeführt, angesetzt.

	Privat- kunden	Mittelstands- bank	Corporates & Markets	Central & Eastern Europe
Angesetzte Betafaktoren	1,31	1,45	1,71	1,24

Bei der Variation der Betafaktoren auf 1,0 beziehungsweise 2,0 in der Detailplanungsphase ergaben sich die nachfolgenden Verhältnisse zwischen Über- beziehungsweise Unterdeckung und Buchwert:

	Privat- kunden	Mittelstands- bank	Corporates & Markets	Central & Eastern Europe
Realistischer Wert .. angesetzter Betafaktor	143,7 %	128,8 %	0,7 %	5,5 %
Sensitivierung	Beta 1,00	151,7 %	140,0 %	10,8 %
	Beta 2,00	127,5 %	116,0 %	-3,2 %
			-3,2 %	-3,1 %

Innerhalb der Sensitivitäten ergab sich eine mögliche Unterdeckung auf den Geschäfts- oder Firmenwert bei einer Sensitivität von 2,0 in den Cash Generating Units Corporates & Markets (-126 Mio. Euro) und Central & Eastern Europe (-74 Mio. Euro). Unter Verwendung der angesetzten Betafaktoren von 1,71 beziehungsweise 1,24 belief sich die Überdeckung auf +27 Mio. Euro beziehungsweise +131 Mio. Euro. Bei einem Betafaktor von 1,756 beziehungsweise 1,714 entspricht der Nutzungswert dem Buchwert.

Die Immateriellen Anlagewerte haben sich folgendermaßen entwickelt:

	Geschäfts- oder Firmenwerte		Selbst erstellte Software		Markennamen und Kunden- beziehungen		Sonstige immaterielle Anlagewerte	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
	Mio. €							
Buchwert zum 1.1.	2.081	2.061	219	235	555	664	246	249
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 1.1.	2.850	2.830	825	895	987	983	1.797	1.683
Wechselkursveränderungen	7	20	-7	14	—	4	-21	13
Zugänge	—	—	120	162	—	—	79	114
Abgänge	1	—	179	238	—	—	290	29
Umbuchungen/Veränderungen Konsolidierungskreis	—	—	14	-8	2	—	-22	16
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.	<u>2.856</u>	<u>2.850</u>	<u>773</u>	<u>825</u>	<u>989</u>	<u>987</u>	<u>1.543</u>	<u>1.797</u>
Zuschreibungen	—	—	—	—	—	—	—	—
Kumulierte Abschreibungen zum 1.1.	769	769	606	660	432	319	1.551	1.434
Wechselkursveränderungen	—	—	-6	14	—	—	-11	9
Zugänge	—	—	89	118	51	93	100	105
darunter: außerplanmäßig	—	—	27	41	1	1	1	—
Abgänge	1	—	172	177	—	—	279	13
Umbuchungen/Veränderungen Konsolidierungskreis	—	—	13	-9	2	20	-21	16
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.	<u>768</u>	<u>769</u>	<u>530</u>	<u>606</u>	<u>485</u>	<u>432</u>	<u>1.340</u>	<u>1.551</u>
Buchwert zum 31.12.	<u>2.088</u>	<u>2.081</u>	<u>243</u>	<u>219</u>	<u>504</u>	<u>555</u>	<u>203</u>	<u>246</u>
Im laufenden Geschäftsjahr aktivierte Fremdkapitalzinsen ...	—	—	—	—	—	—	—	—
Bandbreite angewendete Zinssätze (in %)	—	—	—	—	—	—	—	—

(56) Sachanlagen

	Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsaus- stattung	
	2011	2010	2011	2010
	Mio. €			
Buchwert zum 1.1.	874	1.018	716	761
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 1.1.	1.329	1.506	3.488	3.403
Wechselkursveränderungen	-16	11	-18	59
Zugänge	29	25	125	170
Abgänge	27	185	693	218
Umbuchungen in die Zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen	-7	—	128	—
Sonstige Umbuchungen/Veränderungen Konsolidierungskreis	-46	-28	-215	74
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.	<u>1.262</u>	<u>1.329</u>	<u>2.815</u>	<u>3.488</u>
Zuschreibungen	—	—	—	—
Kumulierte Abschreibungen zum 1.1.	455	488	2.772	2.642
Wechselkursveränderungen	-6	4	-10	52
Zugänge	43	81	192	203
darunter: außerplanmäßig	5	41	—	—
Abgänge	10	102	653	192
Umbuchungen in die Zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen	—	—	33	—
Sonstige Umbuchungen/Veränderungen Konsolidierungskreis	-14	-16	-124	67
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.	<u>468</u>	<u>455</u>	<u>2.210</u>	<u>2.772</u>
Buchwert zum 31.12.	<u>794</u>	<u>874</u>	<u>605</u>	<u>716</u>
Im laufenden Geschäftsjahr aktivierte Fremdkapitalzinsen	—	—	—	—
Bandbreite angewendete Zinssätze (in %)	—	—	—	—

Die Sachanlagen im Commerzbank-Konzern betragen insgesamt 1.399 Mio. Euro (Vorjahr: 1.590 Mio. Euro), davon wurden 0,1 Mio. Euro als Sicherheit verpfändet. Darüber hinaus gab es keinerlei Beschränkungen hinsichtlich der Verfügungsrechte an unseren Sachanlagen.

(57) Ertragsteueransprüche

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
	Mio. €		
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	716	650	10,2
in Deutschland	620	532	16,5
außerhalb Deutschlands	96	118	-18,6
Latente Ertragsteueransprüche	4.154	3.567	16,5
erfolgswirksame Ertragsteueransprüche	2.583	2.329	10,9
erfolgsneutrale Ertragsteueransprüche	1.571	1.238	26,9
Gesamt	<u>4.870</u>	<u>4.217</u>	<u>15,5</u>

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus temporären Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Schulden in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen sowie zukünftige Ertragsteuerentlastungen aus steuerlichen Verlustvorträgen und noch nicht genutzten Steuergutschriften ab.

Für folgende steuerliche Verlustvorträge wurden zum 31. Dezember 2011 aufgrund des zeitlich beschränkten Planungshorizonts und der dadurch bedingten nicht ausreichenden Wahrscheinlichkeit der Nutzung keine latenten Ertragsteueransprüche aktiviert beziehungsweise bestehende latente Ertragsteueransprüche wertberichtigt.

Steuerliche Verlustvorträge	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
		Mio. €	
Körperschaftsteuer/Corporation Tax/Federal Tax	11.680	10.620	10,0
Unbegrenzt vortragsfähig	10.417	10.302	1,1
Begrenzt vortragsfähig	1.263	318	.
darunter: Verfall in der Folgeperiode	—	—	.
Gewerbesteuer/Lokale Steuer	4.628	4.029	14,9
Unbegrenzt vortragsfähig	3.966	3.793	4,6
Begrenzt vortragsfähig	662	236	.
darunter: Verfall in der Folgeperiode	—	—	.

Latente Ertragsteueransprüche auf steuerliche Verlustvorträge werden im Wesentlichen für den inländischen Organkreis, die Filiale London und britische Tochtergesellschaften gebildet. Sie wurden in Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet:

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
		Mio. €	
Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	819	275	.
Handelsaktiva und -passiva	714	941	– 24,1
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	35	13	.
Finanzanlagen	140	80	75,0
Rückstellungen	45	60	– 25,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	109	59	84,7
Übrige Bilanzposten	259	463	– 44,1
Steuerliche Verlustvorträge	2.033	1.676	21,3
Gesamt	4.154	3.567	16,5

(58) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien von 808 Mio. Euro (Vorjahr: 1.192 Mio. Euro) entwickelten sich wie folgt:

	2011	2010
	Mio. €	
Buchwert zum 1.1.	1.192	1.279
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 1.1.	1.470	1.455
Wechselkursveränderungen	—	—
Zugänge	—	83
Abgänge	115	70
Veränderungen Konsolidierungskreis	4	—
Umbuchungen	– 142	2
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.	1.217	1.470
Kumulierte Veränderungen aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert	– 409	– 278
Buchwert zum 31.12.	808	1.192
Im laufenden Geschäftsjahr aktivierte Fremdkapitalzinsen	—	—
Bandbreite angewendete Zinssätze (in %)	—	—

Von den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wurden 170 Mio. Euro (Vorjahr: 268 Mio. Euro) rettungshalber erworben. In den Zugängen des Berichtszeitraums waren 4 Mio. Euro (Vorjahr: 49 Mio. Euro) nachträgliche Anschaffungskosten für wesentliche Objekte enthalten. In diesem Bilanzposten sind keine Immobilien aus Operating-Leasing-Vereinbarungen enthalten. Zudem liegen weder Beschränkungen hinsichtlich der Weiterveräußerung vor noch gibt es Ankaufsverpflichtungen für Immobilien, die hier auszuweisen wären.

Im Rahmen von Sensitivitätsanalysen unterstellen wir für Renditeobjekte eine Änderung des Liegenschaftszinses von +50 Basispunkten beziehungsweise – 50 Basispunkten und für Baugrundstücke eine Änderung des Bodenwertes von +20 % beziehungsweise – 20 %. Für die wesentlichen Renditeobjekte würde sich daraus eine Marktwertänderung von rund – 59 Mio. Euro beziehungsweise +70 Mio. Euro ergeben. Für Baugrundstücke würde sich der Marktwert um 1 Mio. Euro erhöhen beziehungsweise um 1 Mio. Euro vermindern.

(59) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen

Der Bilanzposten Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte von Veräußerungsgruppen setzte sich wie folgt zusammen:

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Forderungen an Kreditinstitute	10	10	0,0
Forderungen an Kunden	158	128	23,4
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	—	108	.
Handelsaktiva	—	82	.
Finanzanlagen	378	71	.
Sachanlagen	65	196	-66,8
Sonstige Aktivposten	1.148	487	.
Gesamt	<u>1.759</u>	<u>1.082</u>	<u>62,6</u>

Für die zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen wurden in allen Fällen Verkaufsverträge entweder bereits abgeschlossen oder ein Abschluss steht bevor. Die Erfüllung der Verträge soll voraussichtlich während des Geschäftsjahres 2012 erfolgen. Folgende Tochtergesellschaften, die alle dem Segment Asset Based Finance zugeordnet werden, sind betroffen:

- CG New Venture 2 Verwaltungsgesellschaft mbH, Wiesbaden
- CG New Venture 4 GmbH & Co. KG, Wiesbaden
- FM LeasingPartner GmbH, Bissendorf Kr Osnabrück
- GO German Office GmbH, Wiesbaden
- MS „CPO Alicante“ Offen Reederei GmbH & Co.KG, Hamburg
- MS „CPO Ancona“ Offen Reederei GmbH & Co.KG, Hamburg
- MS „CPO Bilbao“ Offen Reederei GmbH & Co.KG, Hamburg
- MS „CPO Marseille“ Offen Reederei GmbH & Co.KG, Hamburg
- MS „CPO Palermo“ Offen Reederei GmbH & Co.KG, Hamburg
- MS „CPO Toulon“ Offen Reederei GmbH & Co.KG, Hamburg
- MS „CPO Valencia“ Offen Reederei GmbH & Co.KG, Hamburg
- Property Invest Italy Srl, Mailand

Die Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen stellen wir in Note 69 dar.

Im laufenden Geschäftsjahr wurde auch ein Bürokomplex von den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien in die zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte umgegliedert. Der Verkauf wurde im Januar 2012 abgeschlossen.

Zudem werden Forderungen im Segment Mittelstandsbank, Fondsanteile im Segment Privatkunden und Beteiligungen (Segmente Central & Eastern Europe sowie Sonstige und Konsolidierung) zur Veräußerung gehalten.

Für die Gesellschaft KGAL GmbH & Co. KG, Grünwald (München) dagegen haben wir die Vertragsverhandlungen mit potenziellen Käufern eingestellt und ein Verkauf in absehbarer Zeit wird nicht mehr erwartet. Die Gesellschaft wird daher seit dem 30. September 2011 als at-Equity-bewertetes Unternehmen bilanziert.

Von den im Vorjahr zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen haben wir vier Gesellschaften im Geschäftsjahr planmäßig veräußert.

(60) Sonstige Aktiva

Die Sonstigen Aktiva setzten sich im Wesentlichen aus folgenden Posten zusammen:

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	Veränderung in %
		Mio. €	
Einzugspapiere	253	612	-58,7
Edelmetalle	882	671	31,4
Leasinggegenstände	209	221	-5,4
Rechnungsabgrenzungsposten	304	340	-10,6
Forderungen aus Ausgleichszahlungen für Börsentermingeschäfte	270	2.636	-89,8
Übrige Aktiva	<u>1.324</u>	<u>2.869</u>	<u>-53,9</u>
Gesamt	<u>3.242</u>	<u>7.349</u>	<u>-55,9</u>

Die Leasinggegenstände innerhalb der Sonstigen Aktiva haben sich wie folgt entwickelt:

	<u>2011</u>	<u>2010</u>
	Mio. €	Mio. €
Buchwert zum 1.1.	<u>221</u>	<u>554</u>
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 1.1.	364	788
Wechselkursveränderungen	-6	1
Zugänge	62	206
Abgänge	43	97
Veränderungen Konsolidierungskreis	—	—
Umbuchungen	—	-534
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.	377	364
Kumulierte Abschreibungen zum 1.1.	143	234
Wechselkursveränderungen	-2	—
Zugänge	41	68
darunter: außerplanmäßig	—	—
Abgänge	14	18
Veränderungen Konsolidierungskreis	—	—
Umbuchungen	—	-141
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.	168	143
Kumulierte Veränderungen aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert	—	—
Buchwert zum 31.12.	<u>209</u>	<u>221</u>

(61) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	Gesamt		Veränderung in %
	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	
		Mio. €	
Kreditinstitute in Deutschland	45.302	45.475	-0,4
Kreditinstitute außerhalb Deutschlands	<u>53.179</u>	<u>92.151</u>	<u>-42,3</u>
Gesamt	<u>98.481</u>	<u>137.626</u>	<u>-28,4</u>

darunter entfallen auf die Kategorie:

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten	85.451	95.154	-10,2
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (Fair Value Option)	13.030	42.472	-69,3

	Täglich fällig		Andere Verbindlichkeiten	
davon:	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>
		Mio. €		
Kreditinstitute in Deutschland	8.358	17.097	36.944	28.378
Kreditinstitute außerhalb Deutschlands	<u>25.483</u>	<u>33.082</u>	<u>27.696</u>	<u>59.069</u>
Gesamt	<u>33.841</u>	<u>50.179</u>	<u>64.640</u>	<u>87.447</u>

Die nachfolgende Tabelle stellt die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nach wesentlichen Geschäftsarten dar:

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Repos und Cash Collaterals	18.985	44.016	- 56,9
Verbindlichkeiten aus dem Geldhandel	25.286	35.166	- 28,1
Übrige Verbindlichkeiten	54.210	58.444	- 7,2
Gesamt	<u>98.481</u>	<u>137.626</u>	<u>- 28,4</u>

(62) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich aus Spareinlagen, täglich fälligen Geldern und Termineinlagen einschließlich Sparbriefen zusammen.

	Gesamt		<u>Veränderung in %</u>
	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	
		Mio. €	
Kunden in Deutschland	202.725	195.561	3,7
Firmenkunden	127.277	122.544	3,9
Privatkunden und Übrige	66.946	66.144	1,2
Öffentliche Haushalte	8.502	6.873	23,7
Kunden außerhalb Deutschlands	52.619	67.266	- 21,8
Firmen- und Privatkunden	47.517	61.293	- 22,5
Öffentliche Haushalte	5.102	5.973	- 14,6
Gesamt	<u>255.344</u>	<u>262.827</u>	<u>- 2,8</u>

darunter entfallen auf die Kategorie:

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten	223.491	243.177	- 8,1
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (Fair Value Option)	31.853	19.650	62,1

	Andere Verbindlichkeiten					
	Spareinlagen		täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	
	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>
			Mio. €			
Kunden in Deutschland	4.390	3.970	102.552	106.097	95.783	85.494
Firmenkunden	42	43	47.971	49.365	79.264	73.136
Privatkunden und Übrige ...	4.348	3.926	53.071	54.658	9.527	7.560
Öffentliche Haushalte	—	1	1.510	2.074	6.992	4.798
Kunden außerhalb Deutschlands	2.472	2.586	27.179	37.710	22.968	26.970
Firmen- und Privatkunden	2.471	2.585	23.715	32.864	21.331	25.844
Öffentliche Haushalte	1	1	3.464	4.846	1.637	1.126
Gesamt	<u>6.862</u>	<u>6.556</u>	<u>129.731</u>	<u>143.807</u>	<u>118.751</u>	<u>112.464</u>

Die Spareinlagen waren wie folgt unterteilt:

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	6.155	5.700	8,0
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	707	856	- 17,4
Gesamt	<u>6.862</u>	<u>6.556</u>	<u>4,7</u>

Die nachfolgende Tabelle stellt die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nach wesentlichen Geschäftsarten dar:

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Repos und Cash Collaterals	28.209	18.106	55,8
Verbindlichkeiten aus dem Geldhandel	44.232	46.339	-4,5
Übrige Verbindlichkeiten	<u>182.903</u>	<u>198.382</u>	-7,8
Gesamt	<u>255.344</u>	<u>262.827</u>	<u>-2,8</u>

(63) Verbriefte Verbindlichkeiten

Als Verbriefte Verbindlichkeiten werden Schuldverschreibungen, einschließlich Hypothekendarlehen und öffentliche Pfandbriefe, Geldmarktpapiere (zum Beispiel Certificates of Deposit, Euro Notes, Commercial Papers), Indexzertifikate, Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf ausgewiesen.

Die Geldmarktpapiere wurden nominell zu Zinssätzen zwischen 0,002 % und 6,55 % (Vorjahr: 0,02 % bis 5,45 %) verzinst; Schuldverschreibungen zu 0,003 % bis 20,05 % (Vorjahr: 0,03 % bis 12,00 %). In den Verbrieften Verbindlichkeiten waren Hypothekendarlehen in Höhe von 29.353 Mio. Euro (Vorjahr: 28.744 Mio. Euro) sowie öffentliche Pfandbriefe in Höhe von 34.990 Mio. Euro (Vorjahr: 48.495 Mio. Euro) enthalten.

	<u>Gesamt</u>		<u>Darunter: begeben von Hypothekendarlehen</u>	
	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>
			Mio. €	
Begebene Schuldverschreibungen	100.311	116.270	65.386	80.284
Begebene Geldmarktpapiere	5.224	15.024	—	—
Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	<u>138</u>	<u>62</u>	<u>25</u>	<u>55</u>
Gesamt	<u>105.673</u>	<u>131.356</u>	<u>65.411</u>	<u>80.339</u>

darunter entfallen auf die Kategorie:

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten	102.593	128.150	65.411	80.339
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (Fair Value Option)	3.080	3.206	—	—

Im Geschäftsjahr 2011 wurden neue Emissionen mit einem Volumen von 68,7 Mrd. Euro begeben. Im gleichen Zeitraum belief sich das Volumen der fälligen Emissionen auf 93,2 Mrd. Euro und der Rückzahlungen auf 4,0 Mrd. Euro. Die folgende Aufstellung enthält die wesentlichen im Geschäftsjahr 2011 begebenen Schuldverschreibungen:

<u>Gegenwert</u>	<u>Währung</u>	<u>Emittent</u>	<u>Zinssatz in %</u>	<u>Fälligkeit</u>
Mio. €				
1.500	EUR	Eurohypo Aktiengesellschaft	2,750	2014
1.250	EUR	Eurohypo Aktiengesellschaft	2,875	2016
1.000	EUR	Eurohypo Aktiengesellschaft	1,875	2013
800	EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	<u>3,085¹</u>	<u>2013</u>
500	EUR	Eurohypo Aktiengesellschaft	<u>4,125</u>	<u>2021</u>

¹ Variabel verzinslich.

(64) Passivische Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges

Der Wertanpassungsbetrag von gegen Zinsänderungsrisiken gesicherten Grundgeschäften betrug 938 Mio. Euro (Vorjahr: 121 Mio. Euro). Einen ökonomisch gegenläufigen Betrag der Sicherungsgeschäfte weisen wir auf der Aktivseite unter dem Posten Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten aus.

(65) Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

In diesem Posten werden die Negativen Marktwerte von Derivaten ausgewiesen, die zur Absicherung von Grundgeschäften gegen das Zinsänderungsrisiko eingesetzt werden.

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	Veränderung in %
		Mio. €	
Negative Marktwerte Micro Fair Value Hedge Accounting	11.378	9.312	22,2
Negative Marktwerte Portfolio Fair Value Hedge Accounting ...	26	40	- 35,0
Negative Marktwerte Cash Flow Hedge Accounting	23	17	35,3
Gesamt	<u>11.427</u>	<u>9.369</u>	<u>22,0</u>

(66) Handelspassiva

In den Handelspassiva werden die Negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die nicht als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings eingesetzt sind, sowie Kreditzusagen mit negativen Marktwerten, ausgewiesen. Außerdem sind eigene Emissionen des Handelsbereichs und Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen in den Handelspassiva enthalten.

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	Veränderung in %
		Mio. €	
Währungsbezogene derivative Geschäfte	20.762	19.368	7,2
Zinsbezogene derivative Geschäfte	96.736	100.479	- 3,7
Übrige derivative Geschäfte	8.433	10.248	- 17,7
Zertifikate und andere eigene Emissionen	5.789	9.070	- 36,2
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen, negative Marktwerte von Kreditzusagen und sonstige Handelspassiva	6.127	13.228	- 53,7
Gesamt	<u>137.847</u>	<u>152.393</u>	<u>- 9,5</u>

Die Übrigen derivativen Geschäfte setzten sich im Wesentlichen aus 3.714 Mio. Euro Aktienderivaten (Vorjahr: 5.803 Mio. Euro) und 4.305 Mio. Euro Kreditderivaten (Vorjahr: 3.782 Mio. Euro) zusammen.

(67) Rückstellungen

Die Rückstellungen gliederten sich wie folgt:

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	Veränderung in %
		Mio. €	
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	437	539	- 18,9
Sonstige Rückstellungen	3.324	4.239	- 21,6
Gesamt	<u>3.761</u>	<u>4.778</u>	<u>- 21,3</u>

a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Im Jahr 2011 haben sich die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen folgendermaßen entwickelt:

	<u>Stand 1.1.2011</u>	<u>Pensions- leistungen</u>	<u>Zuführungen</u>	<u>Dotierung des Planvermögens¹</u>	<u>Umbuchungen/ Wechselkurs- änderungen</u>	<u>Änderung Konsolidier- ungskreis</u>	<u>Stand 31.12.2011</u>
	Mio. €						
Anwartschaften der aktiven und ausgeschiedenen Mitarbeiter sowie Pensionsansprüche der Pensionäre	356	245	186	73	67	- 4	287
Vorruhestand	82	28	12	—	—	—	66
Altersteilzeit	101	38	75	54	—	—	84
Gesamt	<u>539</u>	<u>311</u>	<u>273</u>	<u>127</u>	<u>67</u>	<u>- 4</u>	<u>437</u>

¹ Soweit im Rahmen der Rückstellungsermittlung berücksichtigt.

b) Pensionsverpflichtungen

Die Pensionsverpflichtungen sowie der Pensionsaufwand werden jährlich von unabhängigen Aktuaren nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) ermittelt. Die zugrundeliegenden versicherungsmathematischen Parameter richten sich dabei nach den Verhältnissen des Landes, in dem der Pensionsplan begründet wurde. Die Darstellung der Parameter außerhalb Deutschlands erfolgt auf der Basis von gewichteten Durchschnitten unter Berücksichtigung der jeweils relevanten Pensionspläne.

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>
	in %	
Parameter der Pensionspläne in Deutschland		
für die Ermittlung der Pensionsverpflichtung am Jahresende		
Diskontierungszinssatz	4,8	4,9
Gehaltsentwicklung	2,5	2,5
Rentenanpassung	1,8	1,8
für die Ermittlung des Pensionsaufwands im Geschäftsjahr		
Diskontierungszinssatz	4,9	5,3
Gehaltsentwicklung	2,5	2,5
Rentenanpassung	1,8	1,8
Erwartete Rendite des Planvermögens	5,5	5,7
Parameter der Pensionspläne außerhalb Deutschlands		
für die Ermittlung der Pensionsverpflichtung am Jahresende		
Diskontierungszinssatz	4,8	5,3
Gehaltsentwicklung	3,0	3,2
Rentenanpassung	2,9	3,2
für die Ermittlung des Pensionsaufwands im Geschäftsjahr		
Diskontierungszinssatz	5,3	5,5
Gehaltsentwicklung	3,2	3,6
Rentenanpassung	3,2	3,1
Erwartete Rendite des Planvermögens	5,3	5,2
Parameter des Gesundheitsfürsorgeplans		
für die Ermittlung der Verpflichtung am Jahresende		
Diskontierungszinssatz	4,8	5,4
Gesundheitskostensteigerungsrate	5,7	6,0
für die Ermittlung des Aufwands im Geschäftsjahr		
Diskontierungszinssatz	5,4	5,5
Gesundheitskostensteigerungsrate	6,0	5,9

Die Pensionsverpflichtungen haben sich folgendermaßen entwickelt:

	<u>2011</u>	<u>2010</u>
	Mio. €	
Pensionsverpflichtungen zum 1. Januar	6.073	5.699
Dienstzeitaufwand	68	61
Zinsaufwand	295	295
Pensionsleistungen	-283	-277
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	36	314
Erfahrungsbedingte Anpassungen	-62	-5
Sonstige Anpassungen	98	319
Veränderungen Konsolidierungskreis	-4	-54
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	—	-1
Plankürzungen/Abgeltungen	—	-6
Wechselkursänderungen	31	33
Sonstige Veränderungen	26	9
Pensionsverpflichtungen zum 31. Dezember	6.242	6.073
darunter vollständig oder teilweise durch Planvermögen finanziert	6.064	5.884
darunter nicht durch Planvermögen finanziert	178	189

Die Pensionsverpflichtungen waren folgenden Regionen zuzuordnen:

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>
	Mio. €	
Deutschland	5.157	5.032
Europa (ohne Deutschland)	989	952
Amerika	94	87
Asien und Sonstige	<u>2</u>	<u>2</u>
Gesamt	<u>6.242</u>	<u>6.073</u>

Eine Änderung des Diskontierungszinssatzes beziehungsweise der Gesundheitskostensteigerungsrate zum 31. Dezember 2011 würde sich wie folgt auswirken:

	<u>Verpflichtung zum 31.12.2011</u>	<u>Aufwendungen im Jahr 2012</u>
	Mio. €	
Zinssensitivität		
Diskontierungszinssatz +50 Basispunkte	-437	—
Diskontierungszinssatz -50 Basispunkte	491	-1
Sensitivität in Bezug auf die Gesundheitskostensteigerungsrate		
Gesundheitskostensteigerungsrate +100 Basispunkte	2	—
Gesundheitskostensteigerungsrate -100 Basispunkte	-2	—

Die Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung setzten sich aus folgenden Komponenten zusammen:

	<u>2011</u>	<u>2010</u>
	Mio. €	
Dienstzeitaufwand	68	61
Zinsaufwand	295	295
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	-284	-267
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	—	-1
Plankürzungen/Abgeltungen	—	-5
Amortisation versicherungsmathematischer Gewinne (-)/Verluste (+)	107	9
Sonstiges	<u>—</u>	<u>3</u>
Aufwendungen für leistungsorientierte Pläne	<u>186</u>	<u>95</u>
Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne	88	98
Andere Altersversorgung (Altersteilzeit und Vorruhestand)	87	104
Sonstiger pensionsnaher Aufwand	19	20
Wechselkursveränderungen	<u>—</u>	<u>—</u>
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	<u>380</u>	<u>317</u>

Daneben haben wir im Personalaufwand 235 Mio. Euro (Vorjahr: 228 Mio. Euro) als Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung erfasst.

Der erwartete Ertrag aus dem Planvermögen orientiert sich im Fall von festverzinslichen Wertpapieren an den langfristigen Renditen des Kapitalmarktes am Abschlussstichtag und im Fall anderer Kapitalanlagen an den in der Vergangenheit beobachteten Kapitalmarktentwicklungen. Das Planvermögen hat sich folgendermaßen entwickelt:

	<u>2011</u>	<u>2010</u>
	Mio. €	
Beizulegender Zeitwert zum 1.1.	5.194	4.764
Veränderung Konsolidierungskreis	—	-28
Einstellung Planvermögen (Arbeitgeberbeiträge)	73	52
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	284	267
Pensionsleistungen	-38	-34
Umbuchungen	33	-3
Wechselkursänderungen	29	27
Versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	155	149
Beizulegender Zeitwert zum 31.12.	5.730	5.194
Tatsächliche Erträge aus dem Planvermögen	439	416

Für das Geschäftsjahr 2012 erwarten wir im Konzern für leistungsorientierte Pensionspläne Arbeitgeberbeiträge zum Planvermögen von 54 Mio. Euro, sowie Pensionsleistungen von 255 Mio. Euro.

Die Zusammensetzung des Planvermögens stellte sich wie folgt dar:

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>
	in %	
Festverzinsliche Wertpapiere	67,3	69,3
Aktien	12,8	15,6
Fondsanteile	8,8	9,2
Liquide Mittel	2,8	2,4
Sonstige	8,2	3,5

Zusammenfassende Übersicht wesentlicher Komponenten leistungsorientierter Pensionspläne:

	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>2009</u>	<u>2008</u>	<u>2007</u>
	Mio. €				
Pensionsverpflichtung (Anwartschaftsbarwert)	6.242	6.073	5.699	2.118	2.202
Fair Value des Planvermögens	5.730	5.194	4.764	2.039	1.831
Finanzierungsstatus	512	879	935	79	371
Nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	-353	-576	-416	33	71
Nachzuverrechnender Dienstzeitertrag (+)/-aufwand (-)	—	—	—	—	—
Aktiviertes Planvermögen	128	53	33	—	—
Pensionsrückstellung	287	356	552	112	442

c) Sonstige Rückstellungen

Entwicklung der Sonstigen Rückstellungen:

	<u>Stand</u>				<u>Umbuchung/Änderung</u>	<u>Stand</u>
	<u>1.1.2011</u>	<u>Zuführungen</u>	<u>Verbrauch</u>	<u>Auflösungen</u>	<u>Konsolidierungskreis</u>	<u>31.12.2011</u>
	Mio. €					
Personalbereich	819	484	543	80	-1	679
Restrukturierungsmaßnahmen	923	30	227	102	3	627
Einzelrisiken aus dem Kreditgeschäft	384	358	7	361	-25	349
Portfoliorisiken aus dem Kreditgeschäft	231	55	—	125	-2	159
Bonifikation für Sondersparformen	30	7	15	—	9	31
Prozesse und Regresse	808	277	90	118	-55	822
Übrige	1.044	361	535	173	-40	657
Gesamt	4.239	1.572	1.417	959	-111	3.324

Die Rückstellungen für den Personalbereich sind überwiegend kurzfristiger Natur, beinhalten unter anderem aber auch Jubiläumsrückstellungen, die aufgrund ihres Charakters langfristig sind und in nachfolgenden Perioden sukzessive verbraucht werden.

Die durchschnittliche Restlaufzeit der Rückstellungen im Kreditgeschäft orientiert sich an den in Note 92 angegebenen Restlaufzeiten der Eventualverbindlichkeiten und unwider-ruflichen Kreditzusagen. Bei Rechtsstreitigkeiten kann weder die Dauer des Verfahrens noch die Höhe des Betrags zum Zeitpunkt der Rückstellungsbildung abschließend vorhergesagt werden. Die unter Übrige ausgewiesenen Rückstellungen weisen im Wesentlichen eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr auf.

Die gebildeten Restrukturierungsrückstellungen resultieren überwiegend aus Maßnahmen im Zusammenhang mit der Integration des Dresdner-Bank-Konzerns und entfallen vorwiegend auf den Personalbereich sowie auf die Bereiche Organisation und IT. Die Rückstellungen verteilen sich im Wesentlichen über eine Laufzeit von bis zu vier Jahren, wobei der größte Teil voraussichtlich bis Ende 2012 in Anspruch genommen werden wird.

(68) Ertragsteuerschulden

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Tatsächliche Ertragsteuerschulden	680	1.072	- 36,6
Verbindlichkeiten gegenüber Steuerbehörden aus Ertragsteuern	5	4	25,0
Rückstellungen für Ertragsteuern	675	1.068	- 36,8
Latente Ertragsteuerschulden	189	222	- 14,9
Erfolgswirksame Ertragsteuerschulden	176	222	- 20,7
Erfolgsneutrale Ertragsteuerschulden	13	—	.
Gesamt	869	1.294	- 32,8

Rückstellungen für Ertragsteuern sind potenzielle Steuerverpflichtungen, für die noch keine rechtskräftigen Steuerbescheide ergangen sind, beziehungsweise für Risiken im Rahmen von Betriebsprüfungen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Finanzämtern beinhalten Zahlungsverpflichtungen aus laufenden Ertragsteuern gegenüber inländischen und ausländischen Steuerbehörden.

Passive latente Steuern stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus temporären Unterschieden zwischen Wertansätzen der Vermögenswerte und Schulden in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen dar. Sie wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet:

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Handelsaktiva und -passiva	38	53	- 28,3
Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	56	52	7,7
Finanzanlagen	25	29	- 13,8
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	12	38	- 68,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	19	2	.
Übrige Bilanzposten	39	48	- 18,8
Gesamt	189	222	- 14,9

(69) Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen

Die Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen setzten sich wie folgt zusammen:

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	484	199	.
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	11	214	- 94,9
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	97	181	- 46,4
Rückstellungen	—	56	.
Gesamt	592	650	- 8,9

(70) Sonstige Passiva

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Verbindlichkeiten für Filmfonds	1.952	2.197	- 11,2
Fremdkapital aus Minderheiten	2.576	2.290	12,5
Rechnungsabgrenzungsposten	484	559	- 13,4
Verbindlichkeiten aus Ausgleichszahlungen für Börsentermingeschäfte	108	295	- 63,4
Übrige Passiva	1.448	2.795	- 48,2
Gesamt	6.568	8.136	- 19,3

(71) Nachrangkapital

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten und die Genussrechte sind Eigenmittel im Sinne der §§ 10 Abs. 5 und 5a KWG in der neuen Fassung und teilten sich wie folgt auf:

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Nachrangige Verbindlichkeiten	12.094	11.256	7,4
darunter: Dritrangmittel i. S. des § 10 Abs. 7 KWG ...	—	—	.
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	1.701	2.175	– 21,8
Genussrechtskapital	975	1.259	– 22,6
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig ¹	36	420	– 91,4
Zinsabgrenzungen einschließlich Disagien ²	– 165	– 187	– 11,8
Bewertungseffekte	381	582	– 34,5
Gesamt	13.285	12.910	2,9
darunter entfallen auf die Kategorie:			
Zu fortgeführten Anschaffungs- kosten bewertete Verbindlichkeiten	13.261	12.886	2,9
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (Fair Value Option)	24	24	0,0

¹ Vorjahr angepasst.

² Einschließlich Effekten aus der Anpassung der Zeitwerte des Nachrangkapitals zum Erwerbszeitpunkt der Dresdner Bank.

Ansprüche von Gläubigern auf Rückzahlung dieser Verbindlichkeiten sind gegenüber anderen Gläubigern nachrangig. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Im Falle einer Insolvenz oder Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Im Geschäftsjahr 2011 belief sich das Volumen der fälligen Nachrangigen Verbindlichkeiten auf 0,9 Mrd. Euro, der Rückzahlungen auf 1,3 Mrd. Euro und der Neuemissionen auf 3,1 Mrd. Euro. Bei den Genussrechten wurden Emissionen von 0,3 Mrd. Euro fällig. Darüber hinaus gab es keine nennenswerten Veränderungen im Geschäftsjahr.

Ende 2011 waren folgende wesentliche Nachrangige Verbindlichkeiten im Umlauf:

<u>Laufzeitbeginn</u>	<u>Mio. €</u>	<u>Mio. Währung</u>	<u>Emittent</u>	<u>Zinssatz</u>	<u>Fälligkeit</u>
2011	1.254	1.254 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	6,375	2019
2011	1.250	1.250 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	7,750	2021
2007	600	600 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	1,815 ¹	2017
2006	502	502 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	2,337 ¹	2016
2008	500	500 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	6,250	2014
2009	386	500 USD	Commerzbank Aktiengesellschaft	7,250	2015
2007	273	273 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	5,625	2017
2011	322	322 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	5,000	2018
2011	300	300 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	5,000	2018
2003	250	250 EUR	Eurohypo Aktiengesellschaft	5,000	2016
2009	250	250 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	5,000	2017
2003	220	220 EUR	Eurohypo Aktiengesellschaft	5,000	2014
2006	227	300 CAD	Commerzbank Aktiengesellschaft	2,159	2016
1999	180	150 GBP	Commerzbank Aktiengesellschaft	6,625	2019
2002	150	150 EUR	Eurohypo Aktiengesellschaft	5,750	2012

¹ Variabel verzinslich.

Im Berichtsjahr fiel im Konzern ein Zinsaufwand für Nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von 682 Mio. Euro (Vorjahr: 713 Mio. Euro) an. Zinsabgrenzungen für noch nicht gezahlte Zinsen wurden in Höhe von 321 Mio. Euro (Vorjahr: 275 Mio. Euro) ausgewiesen. Das Genussrechtskapital des Commerzbank-Konzerns nimmt teilweise bis zur vollen Höhe am Verlust teil. Zinszahlungen erfolgen nur im Rahmen eines vorhandenen Bilanzgewinns der emittierenden Gesellschaft. Die Ansprüche der Genussrechtsinhaber auf Rückzahlung des Kapitals sind gegenüber den Ansprüchen der anderen Gläubiger nachrangig. Ende 2011 war folgendes wesentliches Genussrecht im Umlauf:

<u>Laufzeitbeginn</u>	<u>Mio. €</u>	<u>Mio. Währung</u>	<u>Emittent</u>	<u>Zinssatz</u>	<u>Fälligkeit</u>
2006	750	750 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	5,386	2015

Auf das Genussrechtskapital für das Geschäftsjahr 2011 entfielen zu zahlende Zinsen in Höhe von 107 Mio. Euro (Vorjahr: 162 Mio. Euro) an beziehungsweise wurden abgegrenzt. Zinsabgrenzungen für noch nicht gezahlte Zinsen wurden in Höhe von 194 Mio. Euro (Vorjahr: 130 Mio. Euro) ausgewiesen.

(72) Hybridkapital

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	Veränderung in %
		Mio. €	
Hybridkapital	2.830	5.005	-43,5
Zinsabgrenzungen einschließlich Disagien ¹	-1.131	-1.084	4,3
Bewertungseffekte	476	260	83,1
Gesamt	2.175	4.181	-48,0
darunter entfallen auf die Kategorie:			
Zu fortgeführten Anschaffungs- kosten bewertete Verbindlichkeiten	2.175	4.181	-48,0
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (Fair Value Option)	—	—	.

¹ Einschließlich Effekten aus der Anpassung der Zeitwerte des Hybridkapitals zum Erwerbszeitpunkt der Dresdner Bank.

Folgende wesentliche hybride Kapitalinstrumente waren Ende 2011 im Umlauf:

<u>Laufzeitbeginn</u>	<u>Mio. €</u>	<u>Mio. Währung</u>	<u>Emittent</u>	<u>Zinssatz</u>	<u>Fälligkeit</u>
2006	1.000	1.000 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	6,932	unbefristet
1999	773	1.000 USD	Dresdner Capital LLC I	8,151	2031
2003	306	306 EUR	Eurohypo Capital Funding Trust I	6,445	unbefristet
2006	190	190 EUR	Commerzbank Capital Funding Trust I	5,012	unbefristet
2006	186	186 EUR	Commerzbank Capital Funding Trust III	2,524	unbefristet
2005	152	152 EUR	Eurohypo Capital Funding Trust II	3,486	unbefristet
2006	138	116 GBP	Commerzbank Capital Funding Trust II	5,905	unbefristet

Für das Geschäftsjahr 2011 fielen auf das Hybridkapital zu zahlende Zinsen in Höhe von 152 Mio. Euro (Vorjahr: 155 Mio. Euro) an. Das Hybridkapital ist Bestandteil des haftenden Eigenkapitals. Zinszahlungen erfolgen nach Maßgabe der maßgeblichen Emissionsbedingungen. Die Ansprüche der Inhaber hybrider Instrumente auf Rückzahlung des Kapitals sind nachrangig gegenüber den Ansprüchen der Gläubiger der unter Nachrangigen Verbindlichkeiten und Genussrechtskapital ausgewiesenen Verbindlichkeiten. Im Geschäftsjahr 2011 wurden Teile der Trust Preferred Securities (TruPS) der Commerzbank Capital Funding Trust I bis III und der Eurohypo Capital Funding Trust I bis II zurückerworben. Im Januar 2011 erfolgte eine Einbringung der TruPS im Nominalvolumen von 0,9 Mrd. Euro als Sacheinlagen gegen Vergütung in Aktien (siehe Seite 207) und führte zu einem Ertrag von 0,3 Mrd. Euro. Im Dezember 2011 haben wir TruPS im Nominalvolumen von 1,3 Mrd. Euro zurückgekauft. Hieraus resultierte ein Ertrag von 0,7 Mrd. Euro. Durch die Rücknahme erhöhte sich unser hartes Kernkapital. Beide Maßnahmen führten zu einem Rückgang des Hybridkapitals im Geschäftsjahr 2011 um 2,2 Mrd. Euro. Darüber hinaus gab es keine nennenswerten Veränderungen.

(73) Zusammensetzung des Eigenkapitals

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	Veränderung in %
		Mio. €	
a) Gezeichnetes Kapital	5.113	3.047	67,8
b) Kapitalrücklage ¹	11.158	1.507	.
c) Gewinnrücklagen ¹	8.822	9.140	-3,5
d) Stille Einlagen	2.687	17.178	-84,4
Andere Rücklagen	-3.676	-2.999	22,6
e) Neubewertungsrücklage	-2.511	-1.731	45,1
f) Rücklage aus Cash Flow Hedges	-810	-1.005	-19,4
g) Rücklage aus der Währungsumrechnung	-355	-263	35,0
Gesamt vor Minderheitenanteilen	24.104	27.873	-13,5
Minderheitenanteile	699	785	-11,0
Eigenkapital	24.803	28.658	-13,5

¹ Anpassung Vorjahr aufgrund Ausweisänderung eigener Aktien (siehe Note 2).

a) Gezeichnetes Kapital

Das Gezeichnete Kapital (Grundkapital) der Commerzbank Aktiengesellschaft besteht aus nennwertlosen Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von 1,00 Euro. Die Aktien lauten auf den Inhaber. Käufe und Verkäufe von eigenen Aktien werden mit dem rechnerischen Wert von 1,00 Euro mit dem Gezeichneten Kapital verrechnet.

	Stückzahl
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien am 1.1.2011	1.172.037.591
zuzüglich: Eigene Aktien im Bestand am 31.12. des Vorjahres	9.315.335
Ausgabe neuer Aktien	3.932.076.127
Anzahl der ausgegebenen Aktien am 31.12.2011	5.113.429.053
abzüglich: Eigene Aktien im Bestand am Bilanzstichtag	863.010
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien am 31.12.2011	5.112.566.043

Vor Verrechnung der im Eigenbestand befindlichen eigenen Aktien belief sich das Gezeichnete Kapital auf 5.113 Mio. Euro. Vorzugsrechte oder Beschränkungen in Bezug auf die Ausschüttung von Dividenden liegen bei der Commerzbank Aktiengesellschaft nicht vor. Alle ausgegebenen Aktien sind voll eingezahlt. Der Wert der ausgegebenen, im Umlauf befindlichen und genehmigten Aktien ergab sich wie folgt:

	31.12.2011		31.12.2010	
	Mio. €	Stückzahl Tsd.	Mio. €	Stückzahl Tsd.
Ausgegebene Aktien	5.113,4	5.113.429	3.071,5	1.181.353
./. Eigene Aktien im Bestand	0,9	863	24,2	9.315
= im Umlauf befindliche Aktien	5.112,6	5.112.566	3.047,3	1.172.038
noch nicht ausgegebene Aktien aus Genehmigtem Kapital	2.000,0	2.000.000	1.535,0	590.385
Gesamt	7.112,6	7.112.566	4.582,3	1.762.423

Die Anzahl der autorisierten Aktien betrug 7.113.429 Tsd. Stück (Vorjahr: 1.771.738 Tsd. Stück). Der rechnerische Wert der autorisierten Aktien belief sich auf 7.113,5 Mio. Euro (Vorjahr: 4.606,5 Mio. Euro). Wir hatten zum 31. Dezember 2011 im Konzern 30.306 Tsd. Stück Aktien (Vorjahr: 10.774 Tsd. Stück Aktien) als Pfand genommen. Dies entspricht 0,6 % (Vorjahr: 0,9 %) der am Bilanzstichtag im Umlauf befindlichen Aktien.

Die Wertpapierhandelsgeschäfte in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 stellten sich wie folgt dar:

	Anzahl Aktien Stück	Rechnerischer¹ Wert in Tsd. €	Anteil am Grund- kapital in %
Bestand am 31.12.2011	863.010	863	0,02
Höchster erworbener Bestand im Geschäftsjahr ..	33.123.677	33.124	0,65
Von der Kundschaft verpfändeter Bestand am 31.12.2011	30.305.845	30.306	0,59
Im Geschäftsjahr erworbene Aktien	1.194.554.038	1.194.554	—
Im Geschäftsjahr veräußerte Aktien	1.203.006.363	1.203.006	—

¹ Rechnerischer Wert je Aktie 1,00 Euro.

Die Bank hat sich gegenüber dem Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung (SoFFin), vertreten durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA), verpflichtet, keine Aktien oder sonstigen Bestandteile der haftenden Eigenmittel der Bank (außer im Rahmen des § 71 Abs. 1 Nr. 2 und Nr. 4 (Einkaufskommission), 7 oder 8 AktG) selbst oder durch verbundene Unternehmen zurückzukaufen.

Zur Erfüllung der erhöhten Eigenkapitalanforderungen der European Banking Authority (EBA), die zum Stichtag 30. Juni 2012 in Kraft treten, hat die Commerzbank Aktiengesellschaft im Januar 2012 ein Maßnahmenpaket zur Stärkung des Eigenkapitals beschlossen. Als Teil dieser Maßnahmen planen wir, die individuellen variablen Vergütungsansprüche für das Jahr 2011 in Aktien der Commerzbank Aktiengesellschaft zu erfüllen. Das betrifft einen Großteil unserer außertariflich beschäftigten Mitarbeiter und je nach Beteiligung der Mitarbeiter kann dies zu einer Erhöhung des Eigenkapitals um rund 250 Mio. Euro führen.

b) Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage werden neben Agiobeträgen aus der Ausgabe von Aktien auch beizulegende Zeitwerte von aktienbasierten Vergütungsansprüchen ausgewiesen, für die ein Ausgleich in Eigenkapitalinstrumenten erfolgt, die aber noch nicht ausgeübt wurden. Sofern eine Ausgabe von Schuldverschreibungen für Wandlungs- und Optionsrechte zum Erwerb von Anteilen erfolgt ist, werden hierbei erzielte Beträge in der Kapitalrücklage berücksichtigt.

Darüber hinaus werden Kosten, die im Zusammenhang mit Kapitalerhöhungen anfallen, und die gemäß IAS 32.35 als Abzug vom Eigenkapital zu bilanzieren sind, von der Kapitalrücklage gekürzt.

Bei der Wiederveräußerung von eigenen Aktien wird der Differenzbetrag zwischen dem rechnerischen Nennwert und dem Kurswert in der Kapitalrücklage erfasst, wenn dieser über den ursprünglichen Anschaffungskosten dieser Anteile liegt.

c) Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen untergliedern sich in die gesetzliche Rücklage und andere Rücklagen. In der gesetzlichen Rücklage sind nach nationalem Recht zwingend zu bildende Rücklagen erfasst; die hier eingestellten Beträge unterliegen im Einzelabschluss einem Ausschüttungsverbot. Der Gesamtbetrag der in der Bilanz ausgewiesenen Gewinnrücklagen resultierte aus anderen Gewinnrücklagen von 8.822 Mio. Euro (Vorjahr: 9.140 Mio. Euro). Gesetzliche Rücklagen waren weder zum 31. Dezember 2011 noch zum 31. Dezember 2010 vorhanden.

Beim Erwerb eigener Anteile wird der Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem rechnerischen Wert mit den Gewinnrücklagen verrechnet. Eine Wiederveräußerung eigener Anteile wird spiegelbildlich zum Erwerb eigener Anteile abgebildet.

d) Stille Einlagen

Die Einlagen des SoFFin, vertreten durch die FMSA, wurden im Geschäftsjahr im Rahmen verschiedener Kapitalmaßnahmen von 16,4 Mrd. Euro um 14,5 Mrd. Euro auf 1,9 Mrd. Euro reduziert (siehe Seite 207). Grundlage der verbleibenden Stillen Einlagen bildet weiterhin der Vertrag vom 19. Dezember 2008 sowie die Ergänzungsvereinbarung vom 3. Juni 2009 über die Errichtung einer Stillen Gesellschaft zwischen dem SoFFin, vertreten durch die FMSA, und der Commerzbank Aktiengesellschaft. Die Stillen Einlagen werden mit 9 % jährlich verzinst und zu 100 % als Kernkapital (Tier 1) angerechnet. Eine Rückzahlung der Stillen Einlagen wird zum Nominalwert erfolgen. In Jahren mit Dividendenzahlungen steigt der Zinssatz der Stillen Einlagen. Der dann zu zahlende Zinsaufschlag ergibt sich aus der Gesamthöhe der ausgeschütteten Bardividende. Für je rund 5,9 Mio. Euro Bardividende erhöht sich der Zinssatz so um 0,01 Prozentpunkte.

An einem Bilanzverlust nimmt der SoFFin im Verhältnis des Buchwerts der Stillen Einlage zum Gesamtbuchwert aller am Bilanzverlust teilnehmenden Haftkapitalanteile (§ 10 Abs. 2a, 4 und 5 KWG) der Gesellschaft teil. Nach einer Herabsetzung wird die Stille Einlage in den der Herabsetzung folgenden Geschäftsjahren bis zur vollständigen Höhe des Einlagennennbetrags wieder zugeschrieben, soweit hierdurch kein Bilanzverlust entstehen oder dieser erhöht würde.

Darüber hinaus schlossen die Commerzbank Aktiengesellschaft und die Allianz SE am 3. Juni 2009 einen Vertrag über die Errichtung einer Stillen Gesellschaft, auf dessen Basis die Allianz mittels einer Tochtergesellschaft eine Stille Einlage in Höhe von 750 Mio. Euro in die Commerzbank Aktiengesellschaft einbrachte. Die Stille Einlage ist mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet, die zum einen aus einer auf den Einlagennennbetrag bezogenen Festverzinsung in Höhe von 9 % pro anno und zum anderen aus einer dividendenabhängigen Zusatzvergütung in Höhe von 0,01 % pro anno für je rund 5,9 Mio. Euro Dividendensumme besteht.

Die Stillen Einlagen sind nach IFRS innerhalb des Eigenkapitals gesondert zu bilanzieren, die Vergütung der Stillen Einlagen wird ohne Berührung der Gewinn- und Verlust-Rechnung direkt mit dem Eigenkapital verrechnet. Die Vergütung erfolgt nur, wenn ein Bilanzgewinn im Einzelabschluss der Commerzbank Aktiengesellschaft (nach HGB) vorliegt. Für 2011 wurden die Voraussetzungen für eine Vergütung nicht erfüllt und somit war keine Vergütung zu zahlen (Vorjahr: —).

e) Neubewertungsrücklage

In die Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung der Finanzanlagen zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) nach Berücksichtigung latenter Steuern eingestellt. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert beziehungsweise wertgemindert worden ist.

f) Rücklage aus Cash Flow Hedges

Die aus Sicherungsinstrumenten im Rahmen von Cash Flow Hedges ermittelten Bewertungsergebnisse aus dem effektiven Teil der Absicherungen sind nach Berücksichtigung latenter Steuern in diesem Eigenkapitalposten ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2009 haben wir bis auf geringfügige Ausnahmen das Cash Flow Hedge Accounting beendet und nutzen für das Zinsrisikomanagement seitdem Micro Hedge Accounting und Portfolio Fair Value Hedge Accounting. Ab dem Umstellungszeitpunkt werden die im Eigenkapital ausgewiesene Rücklage aus Cash Flow Hedges sowie die zugehörigen Sicherungsgeschäfte

über die Restlaufzeit der Sicherungsgeschäfte im Zinsüberschuss amortisiert. Ein Ergebniseffekt entsteht dabei nicht.

g) Rücklage aus der Währungsumrechnung

Die Rücklage aus der Währungsumrechnung beinhaltet Umrechnungsgewinne und -verluste, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind. Einbezogen wurden dabei Wechselkursdifferenzen aus der Konsolidierung von Tochterunternehmen und at-Equity-bewerteten Unternehmen.

(74) Bedingtes Kapital

Das Bedingte Kapital ist für die Ausgabe von Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen sowie Genussrechten mit Wandlungs- oder Optionsrechten vorgesehen. Die Entwicklung des Bedingten Kapitals stellt sich wie folgt dar:

	Bedingtes Kapital 1.1.2011	Zugänge	Verfall/ Verbrauch	Aufhebung gemäß Satzung Mio. €	Bedingtes Kapital ¹ 31.12.2011	darunter:	
						belegtes Bedingtes Kapital	freie Linien
Wandel-/Optionsanleihen/ Genussrechte	1.448	2.892	1.441	1.346	1.553	—	1.553
Gesamt	1.448	2.892	1.441	1.346	1.553	—	1.553

¹ Das Bedingte Kapital dient in Höhe von 888 Mio. Euro der Gewährung von Aktien bei Ausübung von Umtauschrechten, die dem nach dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichteten Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung, vertreten durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, als stillem Gesellschafter der Gesellschaft gewährt wurden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als der Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung von dem Umtauschrecht Gebrauch macht.

Das Grundkapital der Gesellschaft ist aufgrund des Beschlusses der Hauptversammlung vom 6. Mai 2011 um bis zu 665.000.000,00 Euro eingeteilt in 665.000.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien, bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2011/II). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber beziehungsweise Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen oder Wandelgenussrechten oder von Optionsscheinen aus Optionsschuldverschreibungen oder Optionsgenussrechten, die von der Commerzbank Aktiengesellschaft oder unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der Commerzbank Aktiengesellschaft (Konzernunternehmen im Sinne von § 18 Absatz 1 AktG) auf der Grundlage des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung vom 6. Mai 2011 (Ermächtigung 2011) bis zum 5. Mai 2016 ausgegeben oder garantiert werden, von ihren Wandlungs- oder Optionsrechten Gebrauch machen oder ihre entsprechenden Wandlungs- oder Optionspflichten erfüllen und nicht andere Erfüllungsformen gewählt werden.

Das Grundkapital der Gesellschaft ist aufgrund des Beschlusses der ordentlichen Hauptversammlung im Mai 2009 um bis zu 888.333.333,00 Euro, eingeteilt in bis zu 888.333.333 auf den Inhaber lautende Stückaktien, bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2011/III). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Aktien bei Ausübung von Umtauschrechten, die dem nach dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichteten Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung, vertreten durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, als stillem Gesellschafter der Gesellschaft gewährt wurden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie der Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung von dem Umtauschrecht Gebrauch macht.

Der letztjährige § 4 Absätze 4, 5 und 6 der Satzung wurde auf Beschluss der Hauptversammlung vom 6. Mai 2011 zum Zwecke der Schaffung einer einheitlichen neuen Ermächtigung gestrichen.

(75) Genehmigtes Kapital

Datum der Beschluss- fassung	Ursprünglicher Betrag Mio. €	In Vorjahren für Kapitalerhöhungen verbraucht Mio. €	2011 für Kapi- talerhöhungen verbraucht Mio. €	Aufhebung gemäß Satzung Mio. €	verbleibender Betrag Mio. €	Befristung
18.5.2010 ..	1.535	—	307	1.228	—	18.5.2015
6.5.2011	2.000	—	—	—	2.000	5.5.2016
Gesamt	3.535	—	307	1.228	2.000	

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 5. Mai 2016 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um 2.000.000.000,00 Euro zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2011). Dabei ist den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen; das gesetzliche Bezugsrecht kann auch in der

Weise eingeräumt werden, dass die neuen Aktien von einem Kreditinstitut oder einem Konsortium von Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären der Commerzbank Aktiengesellschaft zum Bezug anzubieten. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht in folgenden Fällen auszuschließen:

- um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht auszunehmen;
- um in dem Umfang, in dem es erforderlich ist, Inhabern von durch die Commerzbank Aktiengesellschaft oder durch unmittelbare oder mittelbare Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der Commerzbank Aktiengesellschaft (Konzernunternehmen im Sinne von § 18 Absatz 1 AktG) ausgegebenen oder noch auszugebenden Wandlungs- oder Optionsrechten ein Bezugsrecht einzuräumen, wie es ihnen nach Ausübung des Wandlungs- oder Optionsrechts oder nach Erfüllung einer entsprechenden Wandlungs- oder Optionspflicht zustehen würde;
- um in Höhe von bis zu 22.000.000,00 Euro Belegschaftsaktien an Mitarbeiter der Commerzbank Aktiengesellschaft und unmittelbarer oder mittelbarer Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der Commerzbank Aktiengesellschaft (Konzernunternehmen im Sinne von § 18 Absatz 1 AktG) auszugeben;
- um das Grundkapital gegen Sacheinlagen zu erhöhen;
- bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis für Aktien der Gesellschaft gleicher Ausstattung im Zeitpunkt der Festlegung des Ausgabebetrags nicht wesentlich unterschreitet. Die unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß §§ 203 Absatz 1, 186 Absatz 3 Satz 4 AktG aufgrund dieser Ermächtigung ausgegebenen Aktien dürfen insgesamt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft im Zeitpunkt des Wirksamwerdens oder – falls dieser Wert geringer ist – im Zeitpunkt der Ausübung der vorliegenden Ermächtigung nicht überschreiten. Die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals vermindert sich um den anteiligen Betrag des Grundkapitals, der auf diejenigen eigenen Aktien der Gesellschaft entfällt, die während der Laufzeit des Genehmigten Kapitals 2011 unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre gemäß §§ 71 Absatz 1 Nr. 8 Satz 5, 186 Absatz 3 Satz 4 AktG veräußert werden. Die Höchstgrenze vermindert sich ferner um den anteiligen Betrag des Grundkapitals, der auf diejenigen Aktien entfällt, die zur Bedienung von Options- oder Wandelschuldverschreibungen mit Options- oder Wandlungsrecht oder mit Options- oder Wandlungspflicht auszugeben sind, sofern die Schuldverschreibungen während der Laufzeit des Genehmigten Kapitals 2011 unter Ausschluss des Bezugsrechts in entsprechender Anwendung von § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden.

Der Vorstand ist ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen. Der letztjährige § 4 Absatz 3 der Satzung wurde auf Beschluss der Hauptversammlung vom 6. Mai 2011 zum Zwecke der Schaffung einer einheitlichen neuen Ermächtigung gestrichen.

(76) Fremdwährungsvolumina

Zum 31. Dezember 2011 wurden im Konzern folgende Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (ohne Marktwerte aus Derivaten) in fremder Währung bilanziert:

	31.12.2011			31.12.2010			Veränderung in %
	USD	PLN	GBP	Andere	Gesamt	Gesamt	
	Mio. €						
Barreserve	2.391	211	39	1.127	3.768	5.767	– 34,7
Forderungen an Kreditinstitute	22.439	323	1.164	3.225	27.151	32.651	– 16,8
Forderungen an Kunden	41.832	6.492	14.847	18.746	81.917	89.898	– 8,9
Handelsaktiva	14.538	362	1.391	5.858	22.149	10.121	.
Finanzanlagen	18.669	4.499	2.220	3.290	28.678	31.179	– 8,0
Andere Bilanzposten	362	528	553	246	1.689	2.295	– 26,4
Fremdwährungsvermögen	100.231	12.415	20.214	32.492	165.352	171.911	– 3,8
Verbindlichkeiten gegenüber							
Kreditinstituten	25.583	412	3.779	4.117	33.891	53.054	– 36,1
Verbindlichkeiten gegenüber							
Kunden	20.937	9.789	2.414	4.615	37.755	48.279	– 21,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	9.666	377	437	8.869	19.349	30.510	– 36,6
Handelspassiva	2.616	21	153	507	3.297	7.236	– 54,4
Andere Bilanzposten	1.725	383	623	1.028	3.759	4.346	– 13,5
Fremdwährungsverbindlichkeiten ..	60.527	10.982	7.406	19.136	98.051	143.425	– 31,6

Den offenen Bilanzposten außerhalb des Handelsbereichs standen entsprechende laufzeitkongruente Devisentermingeschäfte oder Währungsswaps gegenüber.

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

(77) Derivative Geschäfte

Der Commerzbank-Konzern schließt Geschäfte mit derivativen Finanzinstrumenten ab, die nachfolgend erläutert werden.

Bei einem Derivat handelt es sich um ein Finanzinstrument, dessen Wert von einem sogenannten Basiswert abhängt. Dieser Basiswert kann beispielsweise ein Zinssatz, ein Warenpreis, ein Aktien-, Währungs- oder Anleihekurs sein. Dabei erfordert das Finanzinstrument keine oder, im Vergleich zu anderen Vertragsformen mit ähnlicher Reaktion auf Marktbedingungsänderungen, nur geringe Anschaffungskosten. Der Ausgleich erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Bei dem größten Teil der Derivatetransaktionen handelt es sich um OTC-Derivate, bei denen Nominalbetrag, Laufzeit und Preis jeweils individuell zwischen der Bank und ihren Gegenparteien ausgehandelt werden. Die Bank schließt Derivate jedoch auch an regulierten Börsen ab. Es handelt sich hier um standardisierte Kontrakte mit standardisierten Nominalbeträgen und Erfüllungsterminen.

Dabei gibt der Nominalbetrag das von der Bank gehandelte Geschäftsvolumen an. Die in den Tabellen aufgeführten positiven beziehungsweise negativen Marktwerte sind dagegen die Aufwendungen, die der Bank beziehungsweise der Gegenpartei für den Ersatz der ursprünglich geschlossenen Kontrakte durch wirtschaftlich gleichwertige Geschäfte entstehen würden. Ein positiver Marktwert gibt damit aus Sicht der Bank das maximale potenzielle kontrahentenbezogene Adressenausfallrisiko an, das am Bilanzstichtag aus derivativen Geschäften bestanden hat.

Zur Minimierung (Reduzierung) sowohl des ökonomischen als auch des regulatorischen Kreditrisikos aus diesen Instrumenten schließen wir Rahmenverträge (zweiseitige Aufrechnungsvereinbarungen) mit unseren Geschäftspartnern ab (wie beispielsweise 1992 ISDA Master Agreement Multicurrency Cross Border; deutscher Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte). Durch den Abschluss derartiger zweiseitiger Aufrechnungsvereinbarungen können die positiven und negativen Marktwerte der unter einem Rahmenvertrag einbezogenen derivativen Kontrakte miteinander verrechnet sowie die regulatorischen Zuschläge für zukünftige Risiken (Add-ons) dieser Produkte verringert werden. Im Rahmen dieses Nettingprozesses reduziert sich das Kreditrisiko auf eine einzige Nettoforderung gegenüber dem Vertragspartner (Close-out-Netting).

Sowohl für die regulatorischen Meldungen als auch für die interne Messung und Überwachung unserer Kreditengagements setzen wir derartige risikoreduzierende Techniken nur dann ein, wenn wir sie bei Insolvenz des Geschäftspartners in der jeweiligen Jurisdiktion auch für durchsetzbar halten. Zur Prüfung der Durchsetzbarkeit nutzen wir die von verschiedenen internationalen Kanzleien hierfür erstellten Rechtsgutachten.

Analog zu den Rahmenverträgen gehen wir mit unseren Geschäftspartnern auch Sicherheitenvereinbarungen ein (zum Beispiel Besicherungsanhang für Finanztermingeschäfte; Credit Support Annex), um die sich nach Netting ergebende Nettoforderung/-verbindlichkeit abzusichern (Erhalt oder Stellung von Sicherheiten). Dieses Sicherheitenmanagement führt in der Regel zur Kreditrisikominderung durch zeitnahe (meist tägliche oder wöchentliche) Bewertung und Anpassung der Kundenengagements.

Die folgende Übersicht zeigt neben den Nominalbeträgen und Marktwerten des Derivategeschäftes, die nach zinsabhängigen, währungsabhängigen und von sonstigen Preisrisiken abhängigen Kontrakten aufgegliedert sind, auch die Laufzeitstruktur dieser Geschäfte. Als Marktwerte sind die Summen der positiven und negativen Beträge pro Kontrakt zunächst ohne Kürzung von Sicherheiten und ohne Berücksichtigung etwaiger Nettingvereinbarungen angegeben, da diese produktübergreifend wirken. Bei verkauften Optionen ergeben sich definitionsgemäß keine positiven Marktwerte. Der Nominalbetrag stellt das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Die aufgeführte Fristengliederung der Geschäfte beruht dabei auf den Restlaufzeiten, wobei auf die Kontraktlaufzeit und nicht auf die Laufzeit des Underlyings abgestellt wird. Darüber hinaus zeigt die folgende Übersicht aber auch die sich aus dem in Note 1 beschriebenen saldierten Ausweis in der Bilanz ergebenden Marktwerte der Derivate und darauf entfallender Ausgleichszahlungen. Das Nettingvolumen zum 31. Dezember 2011 betrug insgesamt 194.925 Mio. Euro (Vorjahr: 207.088 Mio. Euro). Auf der Aktivseite entfielen davon auf positive Marktwerte 193.561 Mio. Euro und 1.364 Mio. Euro auf Forderungen aus Ausgleichszahlungen. Das passivische Netting betraf negative Marktwerte mit 194.753 Mio. Euro und Verbindlichkeiten aus Ausgleichszahlungen mit 172 Mio. Euro.

31.12.2011	Nominalbetrag Restlaufzeiten					Summe	Marktwert	
	täglich fällig	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		positiv	negativ
	Mio. €							
Fremdwährungsabhängige Termingeschäfte								
OTC-Produkte	5	367.938	192.056	169.590	104.667	834.256	17.891	20.805
Devisenkassa und -termingeschäfte	—	304.435	102.508	26.620	683	434.246	7.621	8.250
Zins-/Währungsswaps	—	21.507	49.745	125.972	96.200	293.424	7.881	10.306
Devisenoptionen – Käufe	—	19.580	17.747	7.881	3.814	49.022	2.065	—
Devisenoptionen – Verkäufe	—	22.002	20.255	8.263	3.370	53.890	—	2.078
Sonstige Devisenkontrakte ...	5	414	1.801	854	600	3.674	324	171
Börsengehandelte Produkte	—	547	63	3	—	613	—	—
Devisenfutures	—	544	63	1	—	608	—	—
Devisenoptionen	—	3	—	2	—	5	—	—
Gesamt	5	368.485	192.119	169.593	104.667	834.869	17.891	20.805
Zinsabhängige Termingeschäfte								
OTC-Produkte	7	656.015	2.013.079	2.805.060	2.406.901	7.881.062	296.597	302.788
Forward Rate Agreements ...	—	84.028	1.017.256	4.886	—	1.106.170	314	318
Zinsswaps	—	565.961	946.942	2.671.066	2.225.766	6.409.735	283.700	289.933
Zinsoptionen – Käufe	—	2.587	25.838	63.043	77.493	168.961	9.824	—
Zinsoptionen – Verkäufe	—	2.818	19.028	58.601	95.768	176.215	—	10.442
Sonstige Zinskontrakte	7	621	4.015	7.464	7.874	19.981	2.759	2.095
Börsengehandelte Produkte	—	1.406	33.716	2.452	3.902	41.476	—	—
Zinsfutures	—	1.314	25.602	2.438	3.888	33.242	—	—
Zinsoptionen	—	92	8.114	14	14	8.234	—	—
Gesamt	7	657.421	2.046.795	2.807.512	2.410.803	7.922.538	296.597	302.788
Sonstige Termingeschäfte								
OTC-Produkte	698	24.887	44.681	161.952	21.124	253.342	7.812	8.518
Strukturierte Aktien-/ Indexprodukte	693	12.766	8.976	15.165	1.432	39.032	2.059	1.604
Aktienoptionen – Käufe	—	4.032	6.450	6.029	98	16.609	1.244	—
Aktienoptionen – Verkäufe ...	—	3.850	7.882	9.913	1.348	22.993	—	2.109
Kreditderivate	—	3.077	19.585	129.066	18.194	169.922	4.145	4.390
Edelmetallgeschafte	3	788	1.001	413	—	2.205	92	121
Sonstige Geschäfte	2	374	787	1.366	52	2.581	272	294
Börsengehandelte Produkte	—	27.241	30.358	19.179	232	77.010	—	—
Aktienfutures	—	6.740	638	3	—	7.381	—	—
Aktienoptionen	—	14.754	20.539	14.740	232	50.265	—	—
Sonstige Futures	—	1.500	1.730	1.060	—	4.290	—	—
Sonstige Optionen	—	4.247	7.451	3.376	—	15.074	—	—
Gesamt	698	52.128	75.039	181.131	21.356	330.352	7.812	8.518
Summe aller schwebenden Termingeschäfte								
OTC-Produkte	710	1.048.840	2.249.816	3.136.602	2.532.692	8.968.660	322.300	332.111
Börsengehandelte Produkte	—	29.194	64.137	21.634	4.134	119.099	—	—
Gesamt	710	1.078.034	2.313.953	3.158.236	2.536.826	9.087.759	322.300	332.111
Nettoausweis in der Bilanz ...							128.739	137.358

31.12.2010	Nominalbetrag Restlaufzeiten						Marktwert	
	täglich fällig	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	Summe	positiv	negativ
	Mio. €							
Fremdwährungsabhängige Termingeschäfte								
OTC-Produkte	4	556.439	269.677	229.003	128.309	1.183.432	18.960	19.716
Devisenkassa und -termingeschäfte	—	459.796	124.259	35.974	1.011	621.040	7.760	7.471
Zins-/Währungsswaps	—	20.690	56.431	153.471	114.166	344.758	8.391	9.481
Devisenoptionen – Käufe	—	34.420	41.393	18.545	6.735	101.093	2.560	—
Devisenoptionen – Verkäufe ..	—	40.779	46.507	19.363	5.328	111.977	—	2.586
Sonstige Devisenkontrakte	4	754	1.087	1.650	1.069	4.564	249	178
Börsengehandelte Produkte	—	2.943	189	—	—	3.132	—	—
Devisenfutures	—	2.943	189	—	—	3.132	—	—
Devisenoptionen	—	—	—	—	—	—	—	—
Gesamt	4	559.382	269.866	229.003	128.309	1.186.564	18.960	19.716
Zinsabhängige Termingeschäfte								
OTC-Produkte	23	935.289	1.659.611	3.783.989	3.560.026	9.938.938	308.399	316.541
Forward Rate Agreements	—	115.631	492.410	3.108	—	611.149	261	295
Zinsswaps	—	809.751	1.119.744	3.657.641	3.383.598	8.970.734	298.659	306.996
Zinsoptionen – Käufe	—	2.357	26.445	58.615	74.552	161.969	6.820	—
Zinsoptionen – Verkäufe	—	3.335	18.794	56.266	93.894	172.289	—	7.052
Sonstige Zinskontrakte	23	4.215	2.218	8.359	7.982	22.797	2.659	2.198
Börsengehandelte Produkte	—	1.415	125.290	6.650	4.128	137.483	—	—
Zinsfutures	—	582	73.385	6.489	4.128	84.584	—	—
Zinsoptionen	—	833	51.905	161	—	52.899	—	—
Gesamt	23	936.704	1.784.901	3.790.639	3.564.154	10.076.421	308.399	316.541
Sonstige Termingeschäfte								
OTC-Produkte	1.436	22.923	51.038	167.423	24.788	267.608	8.433	10.295
Strukturierte Aktien/ Indexprodukte	1.433	9.930	12.237	14.146	1.837	39.583	1.977	2.645
Aktienoptionen – Käufe	—	2.064	9.756	8.823	349	20.992	2.148	—
Aktienoptionen – Verkäufe	—	2.820	12.754	11.947	993	28.514	—	3.158
Kreditderivate	—	3.534	13.800	129.526	21.503	168.363	3.612	3.830
Edelmetallgeschafte	3	4.087	1.412	1.121	—	6.623	308	125
Sonstige Geschäfte	—	488	1.079	1.860	106	3.533	388	537
Börsengehandelte Produkte	—	27.731	50.086	38.616	1.467	117.900	—	—
Aktienfutures	—	7.043	451	15	12	7.521	—	—
Aktienoptionen	—	16.314	43.640	36.483	1.455	97.892	—	—
Sonstige Futures	—	2.350	1.970	840	—	5.160	—	—
Sonstige Optionen	—	2.024	4.025	1.278	—	7.327	—	—
Gesamt	1.436	50.654	101.124	206.039	26.255	385.508	8.433	10.295
Summe aller schwebenden Termingeschäfte								
OTC-Produkte	1.463	1.514.651	1.980.326	4.180.415	3.713.123	11.389.978	335.792	346.552
Börsengehandelte Produkte	—	32.089	175.565	45.266	5.595	258.515	—	—
Gesamt	1.463	1.546.740	2.155.891	4.225.681	3.718.718	11.648.493	335.792	346.552
Nettoausweis in der Bilanz							128.704	139.464

Kreditgruppengliederung im derivativen Geschäft:

Die folgende Tabelle weist die positiven und negativen Marktwerte der derivativen Geschäfte des Commerzbank-Konzerns nach den jeweiligen Kontrahenten aufgegliedert auf. Der Commerzbank-Konzern betreibt derivative Geschäfte überwiegend mit Kontrahenten einwandfreier Bonität. Der überwiegende Teil der Marktwerte konzentriert sich auf Kredit- und Finanzinstitute mit Sitz in einem OECD-Land.

	31.12.2011		31.12.2010	
	Marktwert		Marktwert	
	positiv	negativ	positiv	negativ
	Mio. €			
OECD-Zentralregierungen	2.957	2.723	1.442	1.515
OECD-Banken	117.508	132.843	113.015	125.386
OECD-Finanzinstitute	190.712	190.841	210.674	213.304
Sonstige Unternehmen, Privatpersonen	10.020	3.375	9.437	4.642
Nicht-OECD-Banken	1.103	2.329	1.224	1.705
Gesamt	322.300	332.111	335.792	346.552

Das Volumen bei dem der Commerzbank-Konzern als Sicherungsnehmer (Käufer) beziehungsweise als Sicherungsgeber (Verkäufer) auftritt, belief sich zum Bilanzstichtag auf 87.796 Mio. Euro (Vorjahr: 89.106 Mio. Euro) beziehungsweise 82.126 Mio. Euro (Vorjahr: 79.257 Mio. Euro). Diese dem Transfer von Kreditrisiken dienenden Produkte werden von uns sowohl im Handelsbereich zur Arbitrage als auch im Anlagebereich zur Diversifikation unserer Kreditportfolios eingesetzt. Die nachfolgende Tabelle veranschaulicht dabei unsere Risikostruktur bezogen auf die jeweils abgesicherten Risikoaktiva.

	31.12.2011		31.12.2010	
	Nominale		Nominale	
	Sicherungsnehmer	Sicherungsgeber	Sicherungsnehmer	Sicherungsgeber
	Mio. €			
OECD-Zentralregierungen ...	7.731	6.277	8.126	7.122
OECD-Banken	8.094	8.108	6.851	7.224
OECD-Finanzinstitute	7.883	9.174	7.301	6.002
Sonstige Unternehmen, Privatpersonen	62.823	57.638	65.756	58.051
Nicht-OECD-Banken	1.265	929	1.072	858
Gesamt	87.796	82.126	89.106	79.257

Angaben zu Derivaten des Cash Flow Hedge Accountings:

Die Nominalwerte der Derivate, die bis zur Beendigung des Cash Flow Hedge Accountings im Jahr 2009 (vergleiche Note 73) eingesetzt wurden, beliefen sich zum 31. Dezember 2011 auf 233 Mrd. Euro (Vorjahr: 335 Mrd. Euro). Nachstehende Tabelle zeigt die Berichtszeiträume, in denen diese voraussichtlich fällig werden.

	31.12.2011	31.12.2010
	Mio. €	
Bis drei Monate	17	17
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	31	85
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	160	176
Mehr als fünf Jahre	25	57

Je Laufzeitband lagen Grundgeschäfte mit Nominalwerten in mindestens dieser Höhe vor.

(78) Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte

Für folgende finanzielle Verbindlichkeiten wurden finanzielle Vermögenswerte als Sicherheit übertragen:

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	41.834	60.504	- 30,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	29.148	19.330	50,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	—	—	.
Sonstige Passiva	—	—	.
Gesamt	<u>70.982</u>	<u>79.834</u>	<u>- 11,1</u>

Nachstehende finanzielle Vermögenswerte (Eigen- und Fremdbestand) waren insgesamt als Sicherheiten für die vorgenannten Verbindlichkeiten, die nach Netting dargestellt werden, übertragen:

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	24.031	23.911	0,5
Handelsaktiva sowie Finanzanlagen	60.371	66.602	- 9,4
Sonstige Aktiva	—	—	.
Gesamt	<u>84.402</u>	<u>90.513</u>	<u>- 6,8</u>

Von den finanziellen Vermögenswerten des Commerzbank-Konzerns konnten vom Empfänger aufgrund vertrags- oder gewohnheitsmäßiger Rechte weiterveräußert oder verpfändet werden:

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	77	94	- 18,1
Handelsaktiva sowie Finanzanlagen	19.087	41.771	- 54,3
Sonstige Aktiva	—	—	.
Gesamt	<u>19.164</u>	<u>41.865</u>	<u>- 54,2</u>

Die Sicherheitenstellung erfolgte für Geldaufnahmen im Rahmen echter Pensionsgeschäfte (Repos). Im Geschäftsjahr 2011 wurden verstärkt Wertpapiere aus dem Fremdbestand als Sicherheiten übertragen. Darüber hinaus wurden Sicherheiten für zweckgebundene Refinanzierungsmittel und Wertpapierleihgeschäfte gestellt. Die Transaktionen wurden unter den handelsüblichen und gebräuchlichen Bedingungen für Wertpapierleih- und -Pensionsgeschäfte ausgeführt.

(79) Fristigkeiten der Vermögenswerte und Schulden

Nachfolgend nehmen wir die Einordnung aller Vermögenswerte und Schulden (mit Ausnahme positiver und negativer Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten) in kurzfristig und langfristig vor. Für die Aufgliederung der Derivate verweisen wir auf Note 77.

Als kurzfristig definieren wir die Restlaufzeit beziehungsweise den Zeitpunkt der voraussichtlichen Realisierung oder Erfüllung, wenn zwischen dem Abschlussstichtag und dem Fälligkeitstermin weniger als ein Jahr liegt.

Finanzinstrumente in den Handelaktiva und -passiva ohne vertragliche Fälligkeiten, der Posten Barreserve, Vermögenswerte und Schulden, die zur Veräußerung gehalten werden, sowie tatsächliche Ertragsteuern stufen wir grundsätzlich als kurzfristig ein. Die Bilanzposten Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen, Immaterielle Anlagewerte, Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Vermögenswerte und latente Ertragsteuern ordnen wir dagegen grundsätzlich als langfristig ein. Für die Aufgliederung der sonstigen Aktiva und Passiva nehmen wir eine Einschätzung für die wesentlichen Posten vor. Für die Einordnung der Fälligkeiten der wesentlichen Arten von Rückstellungen verweisen wir auf unsere Ausführungen in Note 67.

	Kurzfristig	Langfristig
	Mio. €	
Barreserve	6.075	—
Forderungen an Kreditinstitute	77.365	10.425
Forderungen an Kunden	102.172	194.414
Handelsaktiva	17.435	14.658
Finanzanlagen	10.297	84.226
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen	—	694
Immaterielle Anlagewerte	—	3.038
Sachanlagen	—	1.399
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	—	808
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen	1.759	—
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	716	—
Latente Ertragsteueransprüche	—	4.154
Sonstige Aktivposten	2.298	1.091
Gesamt	218.116	314.908
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	62.390	36.091
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	208.755	46.589
Verbriefte Verbindlichkeiten	28.160	77.513
Handelspassiva	10.379	1.537
Rückstellungen	3.083	678
Tatsächliche Ertragsteuerschulden	680	—
Latente Ertragsteuerschulden	—	189
Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen	592	—
Sonstige Passiva	2.978	4.528
Nachrang- und Hybridkapital	1.143	14.317
Gesamt	318.160	181.442

In der Restlaufzeitengliederung stellen wir die Restlaufzeiten für Finanzinstrumente dar, für die vertragliche Laufzeiten vorliegen. Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und der vertraglichen Fälligkeit der Finanzinstrumente angesehen. Bei Finanzinstrumenten, die in Teilbeträgen gezahlt werden, ist die Restlaufzeit für jeden einzelnen Teilbetrag angesetzt worden.

	Restlaufzeiten				
	täglich fällig und unbefristet	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre
31.12.2010	Mio. €				
Forderungen an Kreditinstitute	35.867	30.236	11.475	8.858	1.596
Forderungen an Kunden	24.716	49.752	34.677	98.002	97.352
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Wertpapiere sowie Schuldscheindarlehen der Handelsaktiva	42	3.617	3.649	6.208	8.450
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Wertpapiere der Finanzanlagen	4	4.407	5.886	33.092	49.137
Gesamt	60.629	88.012	55.687	146.160	156.535
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ..	33.841	23.526	5.023	22.456	13.635
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	129.731	62.481	16.543	12.119	34.470
Verbriefte Verbindlichkeiten	—	17.727	10.433	58.921	18.592
Handelspassiva	1.180	1.132	1.940	1.489	48
Nachrang- und Hybridkapital ¹	—	—	1.175	3.919	10.805
Gesamt	164.752	104.866	35.114	98.904	77.550

¹ Ohne Zinsabgrenzungen und Disagien (–1.296 Mio. Euro) sowie Bewertungseffekte (857 Mio. Euro).

31.12.2010	Restlaufzeiten				
	täglich fällig und unbefristet	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre
			Mio. €		
Forderungen an Kreditinstitute	45.351	45.557	7.044	10.928	2.076
Forderungen an Kunden	21.098	59.879	40.818	110.558	104.519
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Wertpapiere sowie Schuldscheindarlehen der Handelsaktiva	222	5.685	3.894	12.114	10.200
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Wertpapiere der Finanzanlagen	16	5.366	10.324	37.682	60.105
Gesamt	66.687	116.487	62.080	171.282	176.900
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ..	50.179	56.284	4.634	13.315	13.214
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	143.807	54.520	15.898	13.158	35.444
Verbriefte Verbindlichkeiten	62	23.679	18.011	66.248	23.356
Handelspassiva ¹	1.371	304	3.886	3.061	448
Nachrang- und Hybridkapital ²	—	55	1.741	3.341	12.383
Gesamt	195.419	134.842	44.170	99.123	84.845

¹ Angepasst.

² Ohne Zinsabgrenzungen und Disagien (– 1.271 Mio. Euro) sowie Bewertungseffekte (842 Mio. Euro).

(80) Marktwert (Fair Value) von Finanzinstrumenten

Ermittlung des Fair Values

Im Folgenden gehen wir auf die Ermittlung von beizulegenden Zeitwerten (Fair Values) von Finanzinstrumenten ein, die in der Bilanz nicht zum Fair Value anzusetzen sind, für die aber gemäß IFRS 7 zusätzlich ein Fair Value anzugeben ist. Für die in der Bilanz zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente sind die Bestimmungsmethoden in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes 2 bis 30) sowie in den Abschnitten der Note 81 zur Bewertung von Finanzinstrumenten und zur Fair-Value-Hierarchie dargelegt.

Der Nominalwert von täglich fälligen Finanzinstrumenten wird als deren Fair Value angesehen. Zu diesen Instrumenten zählen die Barreserve sowie Kontokorrentkredite beziehungsweise Sichteinlagen der Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Kunden beziehungsweise Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden.

Für Kredite und Einlagen stehen keine unmittelbaren Marktpreise zur Verfügung, da es für diese Finanzinstrumente keine organisierten Märkte gibt, an denen sie gehandelt werden. Die Ermittlung des Fair Values für diese Instrumente erfolgt unter Anwendung finanzmathematisch anerkannter Bewertungsverfahren mit aktuellen Marktparametern. Bei Krediten kommt ein Discounted-Cash-Flow-Modell zur Anwendung, dessen Parameter auf einer risikolosen Zinsstrukturkurve, Risikoaufschlägen sowie einem pauschalen Aufschlag zur Abdeckung von Liquiditätsspreads, Verwaltungs- und Eigenkapitalkosten beruhen. Bei Verbindlichkeiten wird für die Fair-Value-Ermittlung ebenfalls eine risikolose Zinsstrukturkurve herangezogen, wobei das eigene Kreditrisiko (Own Credit Spread) der Commerzbank Aktiengesellschaft sowie ein Zuschlag für Verwaltungsaufwendungen gesondert berücksichtigt werden. Daneben werden die marktkonformen Risikoaufschläge für Hypothekendarlehen, für übliche Pfandbriefe und für aufgenommene Darlehen herangezogen.

Den Fair Value für Verbriefte Verbindlichkeiten, Nachrang- und Hybridkapital ermitteln wir auf der Basis verfügbarer Marktpreise. Bei der Bewertung werden verschiedene Faktoren, unter anderem die aktuellen Marktzinsen und das Kreditrating, berücksichtigt. Sind keine Preise erhältlich, werden die Fair Values durch finanzmathematische Bewertungsmodelle (Discounted-Cash-Flow-Modell, Optionspreismodelle) ermittelt, die wiederum auf Zinskurven, Volatilitäten, Kreditrating der Commerzbank etc. aufsetzen. Insbesondere in Fällen, bei denen die Bank strukturierte Schuldverschreibungen, die zum Fair Value bewertet werden, emittiert hat, wird im Fair Value das eigene Kreditrisiko berücksichtigt.

In den nachfolgenden Tabellen stellen wir die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) der Bilanzposten ihren Buchwerten gegenüber:

	Marktwert (Fair Value)		Buchwert		Differenz	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
	Mrd. €					
Aktiva						
Barreserve	6,1	8,1	6,1	8,1	—	—
Forderungen an Kreditinstitute	87,6	110,5	87,8	110,6	-0,2	-0,1
Reverse Repos und Cash Collaterals	51,6	68,7	51,6	68,7		
Forderungen aus dem Geldhandel	2,8	6,8	2,8	6,8		
Schuldscheindarlehen	8,3	9,7	8,5	9,9	-0,2	-0,2
Übrige Forderungen	25,1	25,6	25,1	25,5	0,0	0,1
Risikovorsorge	-0,2	-0,3	-0,2	-0,3		
Forderungen an Kunden	292,9	327,3	296,6	327,8	-3,7	-0,5
Reverse Repos und Cash Collaterals	26,0	30,0	26,0	30,0		
Forderungen aus dem Geldhandel	8,0	9,0	8,0	9,0		
Schuldscheindarlehen	21,1	26,2	21,6	26,6	-0,5	-0,4
Hypotheken- und dinglich besicherte Forderungen	115,2	133,5	118,0	134,3	-2,8	-0,8
Übrige Forderungen	130,5	137,7	130,9	137,0	-0,4	0,7
Risikovorsorge	-7,9	-9,1	-7,9	-9,1		
Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges ¹	0,0	0,0	0,1	0,1	-0,1	-0,1
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	5,1	5,0	5,1	5,0	—	—
Handelsaktiva	155,7	167,8	155,7	167,8	—	—
Finanzanlagen	89,4	113,1	94,5	115,7	-5,1	-2,6
Forderungen und Kredite	55,5	67,8	60,6	70,4	-5,1	-2,6
Zur Veräußerung verfügbar	30,1	41,4	30,1	41,4		
nicht börsennotierte Anteile an Unternehmen	0,5	0,4	0,5	0,4		
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	3,3	3,5	3,3	3,5		
Sonstige Aktivposten	15,8	19,2	15,8	19,2	—	—

¹ Die Fair-Value-Anpassungen aus Portfolio Fair Value Hedges sind in den jeweiligen Bilanzposten der abgesicherten Finanzinstrumente enthalten.

	Marktwert (Fair Value)		Buchwert		Differenz	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
	Mrd. €					
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	98,3	137,7	98,5	137,6	-0,2	0,1
Repos und Cash Collaterals	19,0	44,0	19,0	44,0		
Verbindlichkeiten aus dem Geldhandel	25,3	35,2	25,3	35,2		
Übrige Verbindlichkeiten	54,0	58,5	54,2	58,4	-0,2	0,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	255,1	262,6	255,3	262,8	-0,2	-0,2
Repos und Cash Collaterals	28,2	18,1	28,2	18,1		
Verbindlichkeiten aus dem Geldhandel	44,2	46,3	44,2	46,3		
Übrige Verbindlichkeiten	182,7	198,2	182,9	198,4	-0,2	-0,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	104,6	130,3	105,7	131,4	-1,1	-1,1
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	101,5	127,1	102,6	128,2	-1,1	-1,1
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	3,1	3,2	3,1	3,2		
Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges ¹	0,0	0,0	0,9	0,1	-0,9	-0,1
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	11,4	9,4	11,4	9,4	—	—
Handelspassiva	137,8	152,4	137,8	152,4	—	—
Nachrang- und Hybridkapital	11,8	14,5	15,5	17,1	-3,7	-2,6
Sonstige Passivposten	11,8	14,9	11,8	14,9	—	—

¹ Die Fair-Value-Anpassungen aus Portfolio Fair Value Hedges sind in den jeweiligen Bilanzposten der abgesicherten Finanzinstrumente enthalten.

(81) Angaben zu den Bewertungshierarchien von Finanzinstrumenten

Bewertung von Finanzinstrumenten

Nach IAS 39 sind alle Finanzinstrumente beim erstmaligen

Ansatz zu ihrem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) zu bewerten, im Falle eines Finanzinstruments, das nicht als erfolgswirksam zum Fair Value zu bewerten klassifiziert ist, unter Einschluss bestimmter Transaktionskosten. Die Folgebewertung der Finanzinstrumente, die als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten klassifiziert sind, oder von jederzeit veräußerbaren finanziellen Vermögenswerten erfolgt laufend zum beizulegenden Zeitwert. In diesem Sinne beinhalten erfolgswirksam zum Fair Value zu bewertende Finanzinstrumente Derivate, zu Handelszwecken gehaltene Instrumente sowie Instrumente, die als zum Fair Value zu bewerten designiert wurden.

Der beizulegende Zeitwert eines Finanzinstruments ist der Betrag, zu dem dieses zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht werden könnte. Der am besten geeignete Maßstab für den Fair Value ist der notierte Marktpreis für ein identisches Instrument an einem aktiven Markt (Bewertungshierarchie Level I). Wenn keine notierten Preise verfügbar sind, erfolgt die Bewertung anhand von notierten Preisen ähnlicher Instrumente an aktiven Märkten. Um den Preis wiederzugeben, zu dem ein Vermögenswert getauscht oder eine Verbindlichkeit beglichen werden könnte, werden Vermögenswerte zum Geldkurs und Verbindlichkeiten zum Briefkurs bewertet. Sind keine notierten Preise für identische oder ähnliche Finanzinstrumente verfügbar, wird der Fair Value unter Anwendung eines geeigneten Bewertungsmodells ermittelt, bei dem die einfließenden Daten soweit möglich aus überprüfbaren Marktquellen stammen (Bewertungshierarchie Level II).

Während sich die meisten Bewertungsmethoden auf Daten aus überprüfbaren Marktquellen stützen, werden bestimmte Finanzinstrumente unter Einsatz von Bewertungsmodellen bewertet, die andere Eingangswerte heranziehen, für die nicht ausreichend aktuelle überprüfbare Marktdaten vorhanden sind. Diese Bewertungen unterliegen naturgemäß in höherem Maße den Einschätzungen des Managements. Diese nicht beobachtbaren Eingangswerte können Daten enthalten, die extrapoliert oder interpoliert oder in Form von Näherungswerten aus korrelierten oder historischen Daten ermittelt werden. Allerdings werden hierbei in größtmöglichem Umfang Marktdaten oder Daten Dritter und so wenig wie möglich unternehmensspezifische Eingangswerte herangezogen (Bewertungshierarchie Level III).

Die realisierbaren Fair Values, die zu einem späteren Zeitpunkt erzielbar sind, können von den geschätzten Fair Values abweichen.

Bewertungsmodelle müssen anerkannten betriebswirtschaftlichen Methoden zur Bewertung von Finanzinstrumenten entsprechen und alle Faktoren berücksichtigen, die Marktteilnehmer bei der Festlegung eines Preises als angemessen betrachten würden. Alle beizulegenden Zeitwerte unterliegen den internen Kontrollen und Verfahren des Commerzbank-Konzerns, in denen die Standards für deren unabhängige Prüfung oder Validierung festgelegt sind. Diese Kontrollen und Verfahren werden von der Independent Price Verification Group (IPV) innerhalb der Finanzfunktion verwaltet. Die Modelle, die einfließenden Daten und die daraus resultierenden Fair Values werden regelmäßig vom Senior-Management und der Risikofunktion überprüft.

Hierarchie der Fair Values

Nach IFRS 7 werden zum Fair Value ausgewiesene Finanzinstrumente wie folgt in die dreistufige Bewertungshierarchie zum Fair Value eingestuft (vergleiche Bewertung von Finanzinstrumenten):

Level I: Finanzinstrumente, deren Fair Value auf Basis von notierten Preisen für identische Finanzinstrumente an aktiven Märkten ermittelt wird.

Level II: Finanzinstrumente, für die keine notierten Preise für identische Instrumente an einem aktiven Markt verfügbar sind und deren Fair Value unter Einsatz von Bewertungsmethoden ermittelt wird.

Level III: Finanzinstrumente, die unter Anwendung von Bewertungsmethoden bewertet werden, für deren Eingangswerte nicht ausreichend beobachtbare Marktdaten vorhanden sind und bei denen diese Eingangswerte den Fair Value nicht nur unwesentlich beeinflussen.

Die Zuordnung bestimmter Finanzinstrumente zu den Level-Kategorien erfordert eine Beurteilung durch das Management, insbesondere wenn die Bewertung sowohl auf beobachtbaren als auch nicht am Markt beobachtbaren Parametern beruht. Auch unter Berücksichtigung von Änderungen der Marktliquidität und damit der Preistransparenz, kann sich die Klassifizierung eines Instruments im Zeitablauf ändern.

Die in der Bilanz zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente werden in nachfolgenden Übersichten nach Bilanzposten gruppiert sowie nach Bewertungsgrundlagen gegliedert dargestellt. Dabei wird unterschieden, ob der Bewertung notierte Marktpreise zugrunde liegen (Level I), ob die Bewertungsmodelle auf beobachtbaren Marktdaten (Level II) oder auf nicht am Markt beobachtbaren Parametern (Level III) basieren.

Finanzielle Vermögenswerte	31.12.2011				31.12.2010			
	Level I	Level II	Level III	Gesamt	Level I ¹	Level II ¹	Level III	Gesamt
	Mrd. €							
Forderungen an Kreditinstitute								
Forderungen an Kunden								
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten								
Handelsaktiva								
darunter: Positive Marktwerte aus Derivaten								
Finanzanlagen								
Gesamt	60,5	176,5	5,4	242,4	82,1	206,6	5,9	294,6

¹ Vorjahreswerte angepasst (betrifft ausschließlich zur Veräußerung verfügbare Finanzanlagen).

Finanzielle Verbindlichkeiten	31.12.2011				31.12.2010			
	Level I	Level II	Level III	Gesamt	Level I ¹	Level II ¹	Level III	Gesamt
	Mrd. €							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten								
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden								
Verbriefte Verbindlichkeiten								
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten								
Handelspassiva								
darunter: Negative Marktwerte aus Derivaten								
Nachrangkapital								
Gesamt	16,3	179,5	1,4	197,2	26,1	199,8	1,3	227,2

¹ Vorjahreswerte angepasst (betrifft ausschließlich Handelspassiva).

Im Geschäftsjahr 2011 haben wir eine Umgliederung von 0,6 Mrd. Euro für positive Marktwerten und 0,2 Mrd. Euro für negative Marktwerte bestimmter derivater Produkte von Level II nach Level III vorgenommen, da für die Bewertung dieser Produkte keine am Markt beobachtbaren Parameter vorlagen.

Darüber hinaus erfolgten keine nennenswerten Umgliederungen zwischen Level I, Level II und Level III. Die dem Level III zugeordneten Finanzinstrumente entwickelten sich im Geschäftsjahr wie folgt:

<u>Finanzielle Vermögenswerte</u>	<u>Handelsaktiva</u>	<u>Positive Marktwerte aus Derivaten¹</u>	<u>Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet²</u>	<u>Zur Veräußerung verfügbare Finanzanlagen</u>	<u>Gesamt</u>
			Mio. €		
Fair Value zum 1.1.2010	1.290	3.799	972	1.229	7.290
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—	—	—	—
Erfolgswirksam erfasste Gewinne/Verluste der Periode	537	—	-419	—	118
Im Eigenkapital erfasste Gewinne/Verluste	—	—	—	453	453
Käufe	37	—	—	205	242
Verkäufe	—	—	—	-67	-67
Emissionen	—	—	—	—	—
Rückzahlungen	—	—	—	-170	-170
Umbuchungen	1.447	-3.106	93	-356	-1.922
Fair Value zum 31.12.2010	3.311	693	646	1.294	5.944
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—	—	—	—
Erfolgswirksam erfasste Gewinne/Verluste der Periode	173	-7	—	—	166
Im Eigenkapital erfasste Gewinne/Verluste	—	—	—	-11	-11
Käufe	80	154	—	456	690
Verkäufe	-863	-113	—	-20	-996
Emissionen	—	—	—	—	—
Rückzahlungen	-194	-59	—	-622	-875
Umbuchungen	-819	1.868	-291	-270	488
Fair Value zum 31.12.2011	1.688	2.536	355	827	5.406

¹ Einschließlich Sicherungsinstrumenten.

² Ohne Handelsaktiva und Positive Marktwerte aus Derivaten.

<u>Finanzielle Verbindlichkeiten</u>	<u>Handelspassiva</u>	<u>Negative Marktwerte aus Derivaten¹</u>	<u>Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet²</u>	<u>Gesamt</u>
			Mio. €	
Fair Value zum 1.1.2010	27	2.391	29	2.447
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—	—	—
Erfolgswirksam erfasste Gewinne/Verluste der Periode	4	—	—	4
Im Eigenkapital erfasste Gewinne/Verluste	—	—	—	—
Käufe	—	—	—	—
Verkäufe	—	—	—	—
Emissionen	—	—	—	—
Rückzahlungen	—	—	—	—
Umbuchungen	1.240	-2.371	-29	-1.160
Fair Value zum 31.12.2010	1.271	20	—	1.291
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—	—	—
Erfolgswirksam erfasste Gewinne/Verluste der Periode	-8	-24	—	-32
Im Eigenkapital erfasste Gewinne/Verluste	—	—	—	—
Käufe	32	—	—	32
Verkäufe	—	-63	—	-63
Emissionen	—	59	—	59
Rückzahlungen	—	-216	—	-216
Umbuchungen	-1.054	1.386	—	332
Fair Value zum 31.12.2011	241	1.162	—	1.403

¹ Einschließlich Sicherungsinstrumenten.

² Ohne Handelspassiva und Negative Marktwerte aus Derivaten.

Sensitivitätsanalyse

Basiert der Wert von Finanzinstrumenten auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern, kann der genaue Wert dieser Parameter zum Bilanzstichtag aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen abgeleitet werden, die im Ermessen des Managements liegen. Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses werden für diese nicht beobachtbaren Eingangsparameter angemessene Werte ausgewählt, die den herrschenden Marktgegebenheiten und dem Bewertungskontrollansatz des Konzerns entsprechen.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen darstellen, die aus der relativen Unsicherheit in den Fair Values von Finanzinstrumenten resultieren, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern basiert. Dabei liegen diese Parameter an den äußeren Enden der Bandbreiten von angemessenen möglichen Alternativen. In der Praxis ist es unwahrscheinlich, dass alle nicht beobachtbaren Parameter gleichzeitig am jeweils äußeren Ende ihrer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen liegen. Aus diesem Grund dürften die angegebenen Schätzwerte die tatsächliche Unsicherheit in den Fair Values dieser Instrumente übertreffen. Die vorliegenden Angaben dienen nicht der Schätzung oder Vorhersage der künftigen Veränderungen des Fair Values. Die am Markt nicht beobachtbaren Parameter wurden hierfür entweder von unabhängigen Bewertungsexperten je nach betroffenem Produkt zwischen 1 und 10 % angepasst oder es wurde ein Standardabweichungsmaß zugrunde gelegt.

Die nachfolgende Tabelle enthält eine Aufgliederung der Sensitivitätsanalyse nach Arten von Instrumenten:

2011			
	Positive erfolgs- wirksame Effekte	Negative erfolgs- wirksame Effekte	geänderte Parameter
		Mio. €	
Derivate	121	-145	
Aktienbezogene Geschäfte	13	-37	Cashflow
Kreditderivate	40	-40	Korrelation, Diskontierungssatz
Zinsbezogene Geschäfte	68	-68	Mean Reversion, Korrelation
Übrige Geschäfte	—	—	
Wertpapiere	169	-162	
Zinsbezogene Geschäfte	169	-162	Credit Spread, Diskontierungssatz
davon: ABS	131	-126	Diskontierungssatz, Wiedergewinnungsfaktor, Credit Spread
Aktienbezogene Geschäfte	—	—	
Kredite	5	-5	

Day-One-P-&-L

Der Commerzbank-Konzern hat Transaktionen getätigt, bei denen der Fair Value im Transaktionszeitpunkt anhand eines Bewertungsmodells ermittelt wurde und nicht alle wesentlichen Inputparameter auf beobachtbaren Marktparametern basieren. Der Bilanzansatz solcher Transaktionen erfolgt zum Transaktionspreis. Die Differenz zwischen dem Transaktionspreis und dem Fair Value des Bewertungsmodells wird als Day-One Profit or Loss bezeichnet. Der Day-One Profit or Loss wird nicht sofort, sondern über die Laufzeit der Transaktion in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Sobald sich für die Transaktion ein Referenzkurs auf einem aktiven Markt ermitteln lässt oder die wesentlichen Inputparameter auf beobachtbaren Marktdaten basieren, wird der abgegrenzte Day-One Profit or Loss unmittelbar erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst. Eine aggregierte Differenz zwischen Transaktionspreis und Modellwert wird für die Level-III-Posten aller Kategorien ermittelt. Wesentliche Effekte ergeben sich aber nur aus zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten; die Beträge entwickelten sich wie folgt:

Day-One-P-&-L	2011			2010		
	Handelsaktiva	Handelspassiva	Gesamt	Handelsaktiva	Handelspassiva	Gesamt
			Mio. €			
Bestand zum 1.1.	1	1	2	11	5	16
Erfolgsneutrale						
Zuführungen		3	3	2	—	2
Erfolgswirksame						
Auflösungen	1	1	2	12	4	16
Bestand zum 31.12.	—	3	3	1	1	2

(82) Angaben zu finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten, für die die Fair Value Option angewendet wurde

Im Commerzbank-Konzern wenden wir die Fair Value Option im Wesentlichen zur Vermeidung oder signifikanten Verringerung von Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen (Accounting Mismatch) aus

Wertpapieren und Krediten, die mit Zins- beziehungsweise Kreditderivaten gesichert sind, an. Das gilt gleichermaßen bei begebenen strukturierten Schuldverschreibungen, die mit Zins- und Fremdwährungsderivaten gesichert sind.

Darüber hinaus wird die Fair Value Option für Finanzinstrumente genutzt, deren Management und Performancemessung auf Fair-Value-Basis erfolgt beziehungsweise für Finanzinstrumente mit eingebetteten Derivaten genutzt.

Das Ergebnis aus der Anwendung der Fair Value Option belief sich insgesamt auf 292 Mio. Euro (Vorjahr: 131 Mio. Euro) (vergleiche Note 34).

Aus der Anwendung der Fair Value Option zur Vermeidung von Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen sowie für Finanzinstrumente mit eingebetteten Derivaten ergaben sich in den einzelnen Bilanzposten folgende Wertansätze:

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
	Mio. €		
Forderungen an Kreditinstitute	—	—	.
Forderungen an Kunden	619	805	– 23,1
Finanzanlagen	2.597	2.048	26,8
Aktiva Gesamt	3.216	2.853	12,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34	591	– 94,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.497	1.292	15,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.080	3.206	– 3,9
Nachrang- und Hybridkapital	24	24	—
Passiva Gesamt	4.635	5.113	– 9,3

Für die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Forderungen von 619 Mio. Euro wurden 266 Mio. Euro (Vorjahr: 159 Mio. Euro) durch Kreditderivate gesichert. Die Höhe der Änderungen des beizulegenden Zeitwertes der Forderungen, die auf Änderungen des Ausfallrisikos zurückzuführen ist, betrug im Geschäftsjahr 24 Mio. Euro (Vorjahr: – 130 Mio. Euro) und kumuliert – 148 Mio. Euro (Vorjahr: – 166 Mio. Euro).

Die Änderung der beizulegenden Zeitwerte der zugehörigen, risikobegrenzenden Kreditderivate belief sich im Geschäftsjahr auf 30 Mio. Euro (Vorjahr: 28 Mio. Euro) und kumuliert auf – 2 Mio. Euro (Vorjahr: – 22 Mio. Euro).

Für Verbindlichkeiten, auf die die Fair Value Option angewendet wurde, betrug die im Geschäftsjahr 2011 eingetretene kreditrisikobedingte Änderung der beizulegenden Zeitwerte – 293 Mio. Euro (Vorjahr: – 89 Mio. Euro). Kumuliert belief sich die Veränderung auf – 359 Mio. Euro (Vorjahr: – 138 Mio. Euro). Der Rückzahlungsbetrag für die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten betrug 4.501 Mio. Euro (Vorjahr: 8.625 Mio. Euro).

Die kreditrisikobedingten Änderungen der beizulegenden Zeitwerte der Forderungen und Verbindlichkeiten wurden im Wesentlichen als Änderungen der beizulegenden Zeitwerte abzüglich der aus Marktkonditionen resultierenden Wertänderungen ermittelt. Darüber hinaus wurde die Fair Value Option für Finanzinstrumente genutzt, deren Management und Performancemessung auf Fair-Value-Basis erfolgt. Das betraf im Wesentlichen echte Pensionsgeschäfte, Geldmarktgeschäfte sowie erhaltene und gezahlte Sicherheitsleistungen. Hiervon waren folgende Bilanzposten betroffen:

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
	Mio. €		
Forderungen an Kreditinstitute	23.779	48.073	– 50,5
Forderungen an Kunden	23.244	27.611	– 15,8
Finanzanlagen	721	1.461	– 50,7
Aktiva Gesamt	47.744	77.145	– 38,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.996	41.882	– 69,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	30.356	18.358	65,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	—	—	.
Nachrang- und Hybridkapital	—	—	.
Passiva Gesamt	43.352	60.240	– 28,0

Es ergaben sich keine nennenswerten Änderungen der beizulegenden Zeitwerte für Forderungen und Verbindlichkeiten aus dem Ausfallrisiko, da es sich zum einen um kurzfristige Geldmarktgeschäfte und Sicherheitsleistungen im Wertpapierleihgeschäft handelt. Zum anderen haben wir für 40.535 Mio. Euro der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Forderungen (Reverse Repos nach Netting; Vorjahr: 64.554 Mio. Euro) zur Reduzierung des Kontrahentenrisikos 48.642 Mio. Euro (Vorjahr: 78.988 Mio. Euro) Wertpapiere als Sicherheiten erhalten.

Der Rückzahlungsbetrag für die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten betrug 43.284 Mio. Euro (Vorjahr: 60.260 Mio. Euro).

Risikomanagement

(83) Risikosteuerung

Die Risikosteuerung ist ein elementarer Bestandteil aller Geschäftsprozesse der Commerzbank und darauf ausgerichtet, die Unternehmenssteuerung zu unterstützen. Risiken werden identifiziert, gemessen und entsprechend der Risikoneigung der Bank gesteuert und überwacht.

Als Risiko bezeichnet die Commerzbank die Gefahr möglicher Verluste oder entgangener Gewinne aufgrund interner oder externer Faktoren. Die Risikosteuerung unterscheidet grundsätzlich zwischen quantifizierbaren – also üblicherweise im Jahresabschluss oder in der Kapitalbindung bewertbaren – und nicht quantifizierbaren Risikoarten, wie zum Beispiel Reputations- und Compliancerisiken.

Der Chief Risk Officer (CRO) der Bank ist für die Umsetzung der vom Gesamtvorstand für die quantifizierbaren Risiken festgelegten risikopolitischen Leitlinien im Konzern verantwortlich. Der CRO berichtet im Gesamtvorstand und dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats regelmäßig über die Gesamtrisikolage des Konzerns.

Die Risikomanagementaktivitäten sind auf die Bereiche Kreditrisikomanagement, Marktrisikomanagement, Intensive Care sowie Risikocontrolling und Kapitalmanagement verteilt – alle vier mit konzernweiter Ausrichtung und direkter Berichtslinie an den CRO. Gemeinsam mit den vier Bereichsvorständen bildet der CRO innerhalb der Konzernsteuerung das Risk Management Board.

Das Controlling der Risiken der geschäftsstrategischen Ausrichtung und der Reputationsrisiken liegt im Verantwortungsbereich des Vorstandsvorsitzenden (CEO). Für das Controlling der Compliancerisiken, insbesondere im Hinblick auf Anlegerschutz, Insiderrichtlinien und Geldwäsche, zeichnet der Finanzvorstand (CFO) verantwortlich. Art und Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, werden im Risikobericht beschrieben.

(84) Adressenausfallrisiken

Grundlage der Messung der Adressenausfallrisiken sind die Rating- und Scoring-Verfahren der Commerzbank, die für alle wesentlichen Kreditportfolios im Einsatz sind. Sowohl die Kalibrierung der Ausfallwahrscheinlichkeiten, die den einzelnen Adressen oder Finanzierungen zugewiesen werden als auch die Bewertung der Sicherheiten beruhen dabei auf der Analyse historischer Daten aus dem Commerzbank-Portfolio. Die Erfahrungen des laufenden Jahres sind die Basis für die jährliche Rekalibrierung der Verfahren.

Ratingverteilung

Das Ratingverfahren der Commerzbank umfasst 25 Ratingstufen für nicht ausgefallene Kredite (1,0 bis 5,8) und 5 Default-Klassen (6,1 bis 6,5). Die Commerzbank-Masterskala weist jeder Ratingklasse genau eine zeitstabile, überlappungsfreie Spannweite von Ausfallwahrscheinlichkeiten zu. Die Ratingverfahren unterliegen einer jährlich durchzuführenden Validierung und Rekalibrierung, so dass sie vor dem Hintergrund aller tatsächlich beobachteten Ausfälle die jeweils aktuellste Einschätzung widerspiegeln.

Commerzbank-Masterskala

Rating Commerzbank AG	PD- und EL-Midpoint in %	PD- und EL-Bereich in %	S&P		
1.0	0	0			
1.2	0,01	0–0,02]	AAA]
1.4	0,02	0,02–0,03		AA+	
1.6	0,04	0,03–0,05		AA, AA–]
1.8	0,07	0,05–0,08		A+, A	
2.0	0,11	0,08–0,13		A–]
2.2	0,17	0,13–0,21		BBB+	
2.4	0,26	0,21–0,31]	BBB]
2.6	0,39	0,31–0,47		BBB–	
2.8	0,57	0,47–0,68		BB+	
3.0	0,81	0,68–0,96		BB]
3.2	1,14	0,96–1,34]	BB	
3.4	1,56	1,34–1,81		BB–	
3.6	2,10	1,81–2,40		B+	
3.8	2,74	2,40–3,10]	B+	
4.0	3,50	3,10–3,90		B]
4.2	4,35	3,90–4,86]	B	
4.4	5,42	4,86–6,04		B–	
4.6	6,74	6,04–7,52]	B–	
4.8	8,39	7,52–9,35		CCC+]
5.0	10,43	9,35–11,64]	CCC+	
5.2	12,98	11,64–14,48		CCC–CC–]
5.4	16,15	14,48–18,01]	CCC–CC–	
5.6	20,09	18,01–22,41			
5.8	47,34	22,41–99,99]		
6.1		Überziehung > 90 Tage			
6.2		Drohende Zahlungsunfähigkeit			
6.3	100	Sanierung mit Sanierungsbeiträgen		C, D-I, D-II	Default
6.4		Kündigung ohne Insolvenz			
6.5		Insolvenz			

Entsprechend dem Ansatz der Masterskala bleiben zum Zwecke der Vergleichbarkeit bei der Commerzbank-Masterskala die den Ratings zugeordneten Ausfallbänder unverändert (zeit- und portfoliostabil). Zur Orientierung sind externe Ratings gegenüber- gestellt. Da bei externen Ratings für verschiedene Portfolien auch unterschiedliche, von Jahr zu Jahr schwankende Ausfallraten beobachtet werden, ist eine direkte Überleitung aber nicht möglich.

Die Kreditkompetenzen einzelner Mitarbeiter wie auch die Kompetenzen der Komitees (Gesamtvorstand, Kreditkomitee, Sub-Kreditkomitees) sind nach Engagementgrößen sowie Ratingklassen gestaffelt. Wichtigste Steuerungsgröße für das Kreditausfallrisiko sind die aus den Ratings abgeleiteten erwarteten Verluste (EL). Die Kreditrisikostategie gibt Zielwerte für einzelne Portfolioteile vor. Dadurch wird gewährleistet, dass die zu erwartende Risikovorsorge im Einklang mit der strategischen Ausrichtung der Bank, wie zum Beispiel dem Zielrating der Ratingagenturen oder der angestrebten Portfolioqualität und -zusammensetzung, gehalten wird.

(85) Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken drücken die Gefahr möglicher ökonomischer Wertverluste aus, die durch die Veränderung von Marktpreisen (Zinsen, Rohwaren, Credit Spreads, Devisen- und Aktienkursen) oder sonstiger preisbeeinflussender Parameter (Volatilitäten, Korrelationen) entstehen. Die Wertverluste können unmittelbar erfolgswirksam werden, zum Beispiel bei Handelsbuchpositionen, oder sie können, im Fall von Bankbuchpositionen, in der Neubewertungsrücklage beziehungsweise in den Stillen Lasten/Reserven Berücksichtigung finden. Zusätzlich betrachten wir das Marktliquiditätsrisiko, das Fälle abdeckt, in denen es aufgrund unzureichender Marktliquidität nicht möglich ist, risikobehaftete Positionen zeitgerecht im gewünschten Umfang und zu vertretbaren Konditionen zu liquidieren oder abzusichern.

Die Marktrisikosteuerung beruht auf einem ausgereiften Limitsystem in Verbindung mit bewährten und optimierten Risikomess- und Überwachungsmethoden. Die Commerzbank legt ihre Marktrisikolimits unter Berücksichtigung des ökonomischen Kapitalverbrauches (Risikotragfähigkeit) und der Geschäftserwartungen

fest, wodurch eine risiko- und ertragsorientierte Steuerung des Marktpreisrisikos vorgenommen wird. Die Auslastung der Limite wird zusammen mit den relevanten Ergebniseffekten täglich an den Vorstand und die zuständigen Bereichsvorstände berichtet.

Zur täglichen Quantifizierung und Überwachung der Marktpreisrisiken werden mathematisch-statistische Ansätze zur Berechnung der Value-at-Risk-(VaR-)Werte herangezogen. Die zugrunde liegenden statistischen Parameter basieren für die regulatorischen Eigenmittelanforderungen auf einer Beobachtungsperiode der letzten 254 Handelstage, einer 10-tägigen Haltedauer und einem Konfidenzniveau von 99 %. Für die interne Marktrisikosteuerung wird, bei gleicher Beobachtungsperiode, eine 1-tägige Haltedauer bei einem Konfidenzniveau von 97,5 % quantifiziert. Die VaR-Modelle werden kontinuierlich dem sich wandelnden Umfeld angepasst.

Bedingt durch die Übernahme der Dresdner Bank verwendete die Commerzbank für die ersten drei Quartale 2011 in Abstimmung mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) interimistisch zwei parallele, jeweils durch die Aufsicht zertifizierte Marktrisikomodelle zur Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen. Für die Positionen der alten Commerzbank erfolgte die Berechnung des allgemeinen Marktrisikos auf Basis einer historischen Simulation, während das spezifische Zinsrisiko (spezifisches Marktrisiko) mittels Varianz-Kovarianz-Ansatz berechnet wurde. Für die Positionen der ehemaligen Dresdner Bank wurde im VaR-Modell aufgrund historischer Beobachtungen ein stochastisches Verhalten entsprechend der Gauß'schen Normalverteilung angenommen. Ende Dezember 2011 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) der Commerzbank die Genehmigung erteilt, das neu entwickelte interne VaR-Modell auf Basis einer historischen Simulation für die Berechnung sowohl des allgemeinen Markt- als auch des spezifischen Zinsrisikos zu verwenden. Dieses Modell setzt die Commerzbank seit dem vierten Quartal 2011 zur Berechnung der beschriebenen Marktrisiken und der Eigenmittelanforderungen ein und implementierte hiermit Methoden und Prozesse zur Berechnung von zusätzlichen Marktrisikoindikatoren (Stressed VaR, Equity Event VaR und Incremental Risk Charge), um die neuen regulatorischen Anforderungen nach Basel 2.5 per 31. Dezember 2011 zu erfüllen.

Für die interne Steuerung setzt die Commerzbank nun das gleiche Marktpreisrisikomodell ein wie für die regulatorische Eigenkapitalermittlung, basierend auf einer historischen Simulation. Dies gewährleistet eine konsistente Risikomessung im Gesamtkonzern und wird darüber hinaus den zukünftigen Anforderungen nach Basel III gerecht.

Durch die Anwendung von Backtestingverfahren wird die Zuverlässigkeit des zum jeweiligen Zeitpunkt verwendeten internen Modells regelmäßig einer Überprüfung unterzogen. Ziel ist neben der Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen die Beurteilung und kontinuierliche Verbesserung der Prognosegüte. Die Anzahl der signifikanten Abweichungen bildet auch die Grundlage für die Bewertung der internen Risikomodelle durch die Aufsichtsbehörden.

In der folgenden Tabelle ist das konzernweite regulatorische Marktrisiko des Handelsbestands inklusive der Währungsrisiken des Bankbuches dargestellt, so wie es auch im Rahmen der Berechnungen zur Eigenkapitalunterlegung Verwendung findet. Als VaR werden Verlustpotenziale ausgewiesen, die mit einem Wahrscheinlichkeitsgrad von 99 % bei einer Haltedauer von zehn Tagen nicht überschritten werden:

<u>Konzern</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>
	Mio. €	
Minimum	119,3	165,2
Median	210,1	236,1
Maximum	323,2	320,8
Jahresendziffer	186,9	250,4

Da das VaR-Konzept eine Prognose für die möglichen Verluste unter normalen Marktbedingungen liefert, wird es in der Commerzbank zur Berücksichtigung möglicher extremer Szenarien durch die Berechnung von Stresstests ergänzt. Die Zielsetzung von Stresstests besteht darin, die Wirkung von Krisen und extremen Marktsituationen zu simulieren.

Portfolioübergreifende Stresstests simulieren die Auswirkungen historischer und zukünftig denkbarer Krisenszenarien auf den Gesamtkonzern. Das Gesamtbild wird durch monatliche spezifische Szenarioanalysen je Anlageklasse (zum Beispiel hypothetische Zins-, Aktien-, Währungs- und Credit-Spread-Szenarien) abgerundet.

Darüber hinaus werden Stresstests verwendet, die je Geschäftsbereich individuell auf die Risikofaktoren der einzelnen Portfolios abgestimmt sind.

(86) Zinsänderungsrisiken

Die Zinsänderungsrisiken des Commerzbank-Konzerns resultieren sowohl aus den Positionen des Handelsbuchs als auch des Bankbuchs. Im Bankbuch ergeben sich Zinsänderungsrisiken hauptsächlich aus

Laufzeitinkongruenzen zwischen den zinstragenden Aktiva und Passiva der Bank, zum Beispiel aus der kurzfristigen Refinanzierung langlaufender Kredite. In die Messung der Zinsänderungsrisiken werden dabei die bilanziellen Zinspositionen sowie die zu ihrer Steuerung eingesetzten derivativen Finanzinstrumente einbezogen.

Die Zinsänderungsrisiken auf Konzernebene werden derzeit auf der Grundlage eines Barwertkonzepts gemessen.

Für die Bankbücher des Konzerns werden zudem nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben monatlich die Auswirkungen von Zinsänderungsschocks auf den ökonomischen Wert simuliert. Entsprechend der Bankenrichtlinie hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) eine für alle Institute einheitliche plötzliche und unerwartete Zinsänderung vorgegeben und lässt sich über die Ergebnisse vierteljährlich unterrichten.

Die anzuwendende Zinsänderung hat die Aufsicht zum Jahresende 2011 auf +200 Basispunkte und –200 Basispunkte umgestellt. Als Ergebnis des Szenarios +200 Basispunkte wurde ein potenzieller Verlust von 2.052 Mio. Euro und im Szenario –200 Basispunkte ein potenzieller Gewinn von 1.829 Mio. Euro ermittelt. In diesen Zahlen sind die Positionen der Commerzbank Aktiengesellschaft sowie der Konzerntöchter Eurohypo Aktiengesellschaft und comdirect bank Aktiengesellschaft enthalten. Der definierte Grenzwert für einen potenziellen Rückgang des haftenden Eigenkapitals (20 % für sogenannte Ausreißerbanken) wurde deutlich unterschritten.

(87) Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko (OpRisk) ist in der Commerzbank in Anlehnung an die Solvabilitätsverordnung (SolV) definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition beinhaltet Rechtsrisiken; Reputations- und strategische Risiken sind nicht berücksichtigt.

Über die Risikosituation wird das Operational Risk Committee regelmäßig informiert. Es befasst sich insbesondere mit der Steuerung der operationellen Risiken im Konzern. Ziel ist es, den Erwarteten Verlust aus OpRisk unter Kosten-Nutzen-Überlegungen zu optimieren sowie das Schadenspotenzial aus dem Unerwarteten Verlust zu minimieren. Hierbei verfolgt das Operational Risk Committee eine End-to-end-Sicht auf die Prozesse in der Bank, mit dem Ziel der Risikofrüherkennung. Das Operational Risk Committee befasst sich ferner mit allen Themen, die in Zusammenhang mit der AMA-Umsetzung im Konzern stehen beziehungsweise sich aus den MaRisk zu OpRisk ergeben. Das Operational Risk Committee ist insbesondere für die Umsetzung der Grundsätze gemäß § 280 SolV verantwortlich, die operativ in den Aufgabenbereich des Group Risk Control & Capital Managements (GRM-CC) fallen.

Das Operational-Risk-Profil des Konzerns, ausgedrückt über die eingetretenen Ereignisse (Verluste und Rückstellungen) pro Ereigniskategorie gemäß § 287 SolV, zeigt, dass rund 92 % der Schäden in der Ereigniskategorie Produktbezogene Schäden eingetreten sind. GRM-CC führt regelmäßige Benchmarks der Werte im Vergleich zu Daten der Operational Riskdata eXchange, ORX, sowie zu öffentlichen Daten durch; diese bestätigen den hohen Anteil an produktbezogenen Schäden am Markt.

OpRisk-Ereignisse	31.12.2011		31.12.2010	
	Mio. €	in %	Mio. €	in %
Interner Betrug	2,9	1,2	9,9	3,6
Externer Betrug	8,9	3,6	8,6	3,1
Sachschäden und Systemausfälle	0,6	0,2	1,6	0,6
Produktbezogene Schäden	230,7	92,2	195,8	71,4
Prozessuale Fehler	6,5	2,6	56,2	20,5
Das Arbeitsverhältnis betreffende Fehler	0,7	0,3	2,3	0,8
Konzern	250,3	100,0	274,4	100,0

(88) Kreditrisikokonzentration

Konzentrationen von Ausfallrisiken (Kreditrisikokonzentrationen) können durch Geschäftsbeziehungen mit einzelnen Schuldner oder Schuldnergruppen entstehen, die eine Reihe gemeinsamer Merkmale aufweisen und deren Fähigkeit zur Schuldentilgung gleichermaßen von der Veränderung bestimmter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen abhängt. Neben dem Einholen von Sicherheiten und der Anwendung einer einheitlichen Kreditvergabe politik ist die Bank zur Minimierung von Kreditrisiken eine Reihe von Master Netting Agreements eingegangen. Diese stellen das Recht zur Verrechnung von Ansprüchen und Verpflichtungen mit einem Kunden im Falle des Ausfalls oder der Insolvenz des Kunden sicher. Die

Kreditrisiken im Bereich der Forderungen an Kunden stellten sich nach Buchwerten zum 31. Dezember 2011 wie folgt dar:

	Forderungen	
	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>
	Mio. €	
Kunden in Deutschland	192.645	207.690
Firmenkunden	98.876	97.316
Verarbeitendes Gewerbe	20.833	22.291
Baugewerbe	2.264	2.489
Handel	8.706	8.845
Dienstleistungen und Übrige	67.073	63.691
Öffentliche Haushalte	25.707	35.574
Privatkunden	68.062	74.800
Kunden außerhalb Deutschlands	111.854	129.182
Firmen- und Privatkunden	103.059	120.285
Öffentliche Haushalte	8.795	8.897
Zwischensumme	304.499	336.872
abzüglich Wertberichtigungen	- 7.913	- 9.117
Gesamt	296.586	327.755

Die Kreditrisiken im Bereich der Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen stellten sich nach Buchwerten zum 31. Dezember 2011 wie folgt dar:

	Eventualverbindlichkeiten, unwiderrufliche Kreditzusagen	
	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>
	Mio. €	
Kunden und Kreditinstitute in Deutschland	43.288	46.424
Kreditinstitute	749	1.374
Firmenkunden	39.769	42.811
Verarbeitendes Gewerbe	10.939	15.082
Baugewerbe	1.091	1.769
Handel	4.217	3.239
Dienstleistungen und Übrige	23.522	22.721
Öffentliche Haushalte	67	379
Privatkunden	2.703	1.860
Kunden und Kreditinstitute außerhalb Deutschlands	48.291	52.794
Kreditinstitute	9.906	9.102
Firmen- und Privatkunden	37.691	43.051
Öffentliche Haushalte	694	641
Zwischensumme	91.579	99.218
abzüglich Rückstellungen	- 451	- 556
Gesamt	91.128	98.662

Die in den obigen Tabellen aufgeführten Buchwerte zur Kreditrisikokonzentration im Bereich der Forderungen sowie im Bereich der Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen sind nicht Gegenstand der internen Risikosteuerung, da das Management von Kreditrisiken auch Sicherheiten, Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie andere ökonomische Faktoren berücksichtigt. Insofern sind die Beträge nicht repräsentativ für die tatsächliche Einschätzung der Kreditrisikokonzentration in der Bank.

(89) Maximales Kreditrisiko

Die maximale Kreditrisikoexposition gemäß IFRS – ohne Berücksichtigung von Sicherheiten oder sonstigen Kreditverbesserungen- entspricht den Buchwerten der betreffenden bilanziellen Vermögenswerte je Klasse; bei unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten den Nominalwerten. In nachfolgender

Tabelle sind die Buch- beziehungsweise Nominalwerte der mit einem potenziellen Ausfallrisiko behafteten Finanzinstrumente zusammengefasst:

Maximales Kreditrisiko	31.12.2011	31.12.2010	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene			
Wertpapiere unter	114.492	145.608	- 21,4
Handelsaktiva	21.966	32.115	- 31,6
Finanzanlagen	92.526	113.493	- 18,5
Forderungen an Kreditinstitute	88.032	110.956	- 20,7
Forderungen an Kunden	304.499	336.872	- 9,6
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten ...	128.739	128.704	0,0
Handelsaktiva	123.607	123.743	- 0,1
Sicherungsinstrumente gemäß IAS 39	5.132	4.961	3,4
Sonstige Handelsaktiva	424	263	61,2
Unwiderrufliche Kreditzusagen	53.911	60.566	- 11,0
Eventualverbindlichkeiten	37.217	38.096	- 2,3

Die in vorstehender Tabelle aufgeführten Beträge zum maximalen Kreditrisikovolumen sind nicht Gegenstand der internen Risikosteuerung, da das Management von Kreditrisiken auch Sicherheiten, Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie andere ökonomische Faktoren berücksichtigt. Insofern sind die Beträge nicht repräsentativ für die tatsächliche Risikoeinschätzung durch die Bank.

Die im Rahmen des Risikomanagements berücksichtigten Sicherheiten für die Positionen im Weiß- und Graubuch liegen überwiegend in der Commerzbank AG, der Eurohypo Aktiengesellschaft und der BRE Bank und belaufen sich auf rund 116 Mrd. Euro. Bei den Sicherheiten handelt es sich dabei im Segment Privatkunden überwiegend um Grundschulden auf eigen- und fremdgenutztes Wohneigentum. In der Mittelstandsbank ist die Besicherung auf diverse Sicherheitenarten verteilt. Im Wesentlichen handelt es dabei um Grundpfandrechte auf gewerblichen Objekte sowie Garantien und Ausfallbürgschaften. Für das Mittel- und Osteuropaportfolio im Segment Central & Eastern Europe dienen sowohl im gewerblichen als auch im Retailbereich vorwiegend Grundpfandrechte als Sicherheit. Die Besicherung des Corporates-& Markets-Portfolios setzt sich überwiegend aus Sicherungsübereignungen sowie aus Verpfändungen zusammen. Im Segment Asset Based Finance entfallen die Sicherheitenwerte überwiegend auf gewerbliche Grundschulden und außerdem auf Grundschulden bei eigen- und fremdgenutztem Wohneigentum.

Weitere Sicherheiten haften für die Positionen der Deutschen Schiffsbank Aktiengesellschaft vor allem in Form von Schiffshypotheken.

(90) Liquiditätskennzahl der Commerzbank Aktiengesellschaft

Die Liquidität eines Instituts gilt als ausreichend, wenn die zu ermittelnde Liquiditätskennzahl den Wert 1 nicht unterschreitet. Die Liquiditätskennzahl gibt das Verhältnis zwischen den ab Meldestichtag bis zum Ende des folgenden Monats (Laufzeitband 1) zur Verfügung stehenden Zahlungsmitteln und den während dieses Zeitraums zu erwartenden Zahlungsabflüssen an. In der Commerzbank Aktiengesellschaft wurde 2011 das als Standardansatz umgesetzte Konzept der Liquiditätsverordnung angewendet.

Zum 31. Dezember 2011 betrug die von der Commerzbank Aktiengesellschaft ermittelte Liquiditätskennzahl 1,17 (Vorjahr: 1,08). Der Liquiditätsüberhang aus dem Laufzeitband 1 erreichte 29,0 Mrd. Euro (Vorjahr: 20,4 Mrd. Euro). Die Liquiditätskennzahlen der Commerzbank Aktiengesellschaft im Jahr 2011 stellten sich wie folgt dar:

	Stand am Monatsende		Stand am Monatsende
Januar	1,09	Juli	1,05
Februar	1,08	August	1,07
März	1,15	September	1,10
April	1,10	Oktober	1,12
Mai	1,10	November	1,10
Juni	1,07	Dezember	1,17

Sonstige Erläuterungen

(91) Nachrangige Vermögenswerte

In den Bilanzaktiva waren folgende Nachrangige Vermögenswerte enthalten:

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	Veränderung in %
		Mio. €	
Forderungen an Kreditinstitute	56	66	- 15,2
Forderungen an Kunden	564	529	6,6
Handelsaktiva	147	222	- 33,8
Finanzanlagen	519	41	.
Gesamt	<u>1.286</u>	<u>858</u>	<u>49,9</u>
darunter: an Kreditinstitute, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—	1	- 100,0

Als nachrangig sind Vermögenswerte anzusehen, wenn sie als Forderungen im Fall der Liquidation oder der Insolvenz des Emittenten erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen.

(92) Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen

Der Commerzbank-Konzern ermöglicht seinen Kunden durch Kreditfazilitäten schnellen Zugriff auf Gelder, die von den Kunden zur Erfüllung ihrer kurzfristigen Verpflichtungen sowie der langfristigen Finanzierungsbedürfnisse benötigt werden. Die Kreditfazilitäten können in unterschiedlicher Form bereitgestellt werden, die wir nachstehend beispielhaft aufzählen:

- Bürgschaften, mit denen der Konzern die Rückzahlung eines von einem Kunden bei einem Dritten aufgenommenen Kredits garantiert,
- Stand-by Letters of Credit, die die Kreditwürdigkeit des Kunden erhöhen und seine Außenhandelsfinanzierung zu niedrigeren Kosten erleichtern,
- Dokumentenakkreditive für Zahlungen im Außenhandel, die im Namen eines Kunden erfolgen und dem Konzern später erstattet werden,
- Stand-by-Fazilitäten für kurzfristige Schuldtitel und auf revolving-Basis begebene Schuldtitel, mit denen Kunden bei Bedarf Geldmarktpapiere oder mittelfristige Schuldtitel begeben können, ohne jedes Mal das übliche Emissionsprozedere zu durchlaufen.

Gegebenenfalls dienen Sicherheiten für das Gesamtbligo von Kunden aus Krediten und Avalen. Daneben gibt es Unterbeteiligungen Dritter zu unwiderruflichen Kreditzusagen und Avalen.

Die in der folgenden Tabelle genannten Zahlen wären nur im Falle der vollständigen Ausnutzung der Fazilitäten durch sämtliche Kunden und den darauf folgenden Zahlungsverzug aller – unter der Voraussetzung, dass keine Sicherheiten vorhanden sind – abzuschreiben. Tatsächlich verfällt jedoch der weitaus größte Teil dieser Verpflichtungen, ohne in Anspruch genommen zu werden. Insofern sind diese Beträge nicht repräsentativ für die Risikoeinschätzung, das tatsächliche künftige Kreditengagement oder daraus erwachsende Liquiditätserfordernisse. Weitere Informationen zum Kreditrisiko aus Finanzgarantien beziehungsweise unwiderruflichen Kreditzusagen sowie zu Liquiditätsrisiken und deren Steuerung und Überwachung enthält der Risikobericht.

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	Veränderung in %
		Mio. €	
Eventualverbindlichkeiten	37.217	38.096	- 2,3
aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	1	3	- 66,7
aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	37.160	38.087	- 2,4
Kreditbürgschaften	3.085	3.632	- 15,1
Sonstige Bürgschaften	26.368	27.256	- 3,3
Akkreditive	7.274	6.939	4,8
Garantien für ABS-Verbriefungen	—	—	.
Sonstige Gewährleistungen	433	260	66,5
Sonstige Verpflichtungen	56	6	.
Unwiderrufliche Kreditzusagen	53.911	60.566	- 11,0
Buchkredite an Kreditinstitute	1.332	1.442	- 7,6
Buchkredite an Kunden	51.121	56.058	- 8,8
Avalkredite	1.429	3.016	- 52,6
Akkreditive	29	50	- 42,0
Gesamt	<u>91.128</u>	<u>98.662</u>	<u>- 7,6</u>

Die Restlaufzeiten der Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen insgesamt stellten sich wie folgt dar:

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Täglich fällig	2.284	2.307	- 1,0
Bis drei Monate	30.925	29.641	4,3
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	20.254	20.729	- 2,3
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	34.617	41.322	- 16,2
Mehr als fünf Jahre	<u>3.048</u>	<u>4.663</u>	<u>- 34,6</u>
Gesamt	<u>91.128</u>	<u>98.662</u>	<u>- 7,6</u>

Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen wurde in diesen Aufstellungen von den entsprechenden Posten gekürzt.

(93) Echte Pensionsgeschäfte (Repo- und Reverse-Repo-Geschäfte), Wertpapierleihgeschäfte sowie erhaltene oder gezahlte Sicherheitsleistungen (Cash Collaterals)

Im Rahmen echter Pensionsgeschäfte verkauft beziehungsweise kauft der Commerzbank-Konzern Wertpapiere mit einer Rücknahmeverpflichtung beziehungsweise Rückgabeverpflichtung. Die erhaltenen Gegenwerte aus Pensionsgeschäften, bei denen wir Pensionsgeber sind (Rücknahmeverpflichtung der Wertpapiere), werden als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder Kunden bilanziert. Die an den Pensionsnehmer gelieferten Wertpapiere bilanzieren wir weiterhin in unserer Bilanz entsprechend der jeweiligen Kategorie. Als Pensionsnehmer aktiviert der Commerzbank-Konzern eine Forderung gegenüber dem Pensionsgeber in Höhe der gezahlten Sicherheitsleistung. Die als Sicherheit dienenden Wertpapiere nehmen wir in Verwahrung.

Wertpapierleihgeschäfte werden mit Kreditinstituten und Kunden getätigt, um dem Bedarf zur Erfüllung von Lieferverpflichtungen nachzukommen oder am Geldmarkt Wertpapierpensionsgeschäfte tätigen zu können. Die verliehenen Wertpapiere weisen wir in unserer Bilanz im Handelsbestand oder in den Finanzanlagen aus, während entlehene Wertpapiere nicht bilanziert werden. Durch uns gestellte Barsicherheiten (Cash Collateral Out) weisen wir als Forderungen, erhaltene Sicherheiten (Cash Collateral In) als Verbindlichkeiten aus. Cash Collateral Outs werden auch im Zusammenhang mit Derivaten als Sicherheiten hinterlegt.

Die zum Bilanzstichtag abgeschlossenen echten Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihgeschäfte sowie die erhaltenen oder gezahlten Sicherheitsleistungen (Cash Collaterals) stellten sich wie folgt dar:

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsgeber (Repo-Agreements)			
Buchwerte der übertragenen Wertpapiere	37.697	57.166	- 34,1
Erhaltene Sicherheitsleistungen			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.164	28.481	- 67,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	<u>20.529</u>	<u>13.923</u>	<u>47,4</u>
Verliehene Wertpapiere aus Leihgeschäften			
Buchwerte der übertragenen Wertpapiere	12.699	14.005	- 9,3
Erhaltene Sicherheitsleistungen			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.821	15.535	- 36,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	<u>7.680</u>	<u>4.183</u>	<u>83,6</u>
Summe der Buchwerte der übertragenen Wertpapiere	<u>50.396</u>	<u>71.171</u>	<u>- 29,2</u>
Summe der erhaltenen Sicherheiten	<u>47.194</u>	<u>62.122</u>	<u>- 24,0</u>
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsnehmer (Reverse-Repo-Agreements)			
Marktwerte der erhaltenen Wertpapiere	50.002	81.478	- 38,6
Gezahlte Sicherheitsleistungen			
Forderungen an Kreditinstitute	24.082	40.528	- 40,6
Forderungen an Kunden	<u>17.922</u>	<u>25.148</u>	<u>- 28,7</u>

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Entliehene Wertpapiere aus Leihgeschäften			
Marktwerte der erhaltenen Wertpapiere	12.491	28.914	- 56,8
Gezahlte Sicherheitsleistungen ¹			
Forderungen an Kreditinstitute	27.524	28.159	- 2,3
Forderungen an Kunden	8.120	4.815	68,6
Summe der Marktwerte der erhaltenen Wertpapiere	<u>62.493</u>	<u>110.392</u>	<u>- 43,4</u>
Summe der geleisteten Sicherheiten	<u>77.648</u>	<u>98.650</u>	<u>- 21,3</u>

¹ Einschließlich gezahlten Sicherheitsleistungen im Zusammenhang mit Derivaten.

Den Buchwerten der verliehenen Wertpapiere in Höhe von 12.699 Mio. Euro (Vorjahr 14.005 Mio. Euro) standen neben den zugehörigen Verbindlichkeiten von 17.501 Mio. Euro (Vorjahr: 19.718 Mio. Euro) auch 583 Mio. Euro Wertpapiere (Vorjahr: 1.721 Mio. Euro) als Sicherheiten gegenüber. Die Forderungen und Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften werden nach Netting dargestellt.

(94) Erhaltene Sicherheiten

Die beizulegenden Zeitwerte der erhaltenen Sicherheiten, für die das Recht besteht, diese ohne Ausfall des Sicherungsgebers weiterzueräußern oder -zuverpfänden, stellten sich wie folgt dar:

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Gesamtbetrag der erhaltenen Sicherheiten	93.218	135.068	- 31,0
darunter:			
weiterveräußert oder weiterverpfändet	30.726	24.676	24,5
darunter:			
mit Rückgabeverpflichtung	—	—	.

Die Transaktionen wurden unter den handelsüblichen und gebräuchlichen Bedingungen für Wertpapierleih- und -pensionsgeschäfte sowie Darlehensgeschäfte ausgeführt.

(95) Treuhandgeschäfte

Die in der Bilanz nicht auszuweisenden Treuhandgeschäfte hatten am Bilanzstichtag folgenden Umfang:

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Forderungen an Kreditinstitute	53	303	- 82,5
Forderungen an Kunden	728	838	- 13,1
Sonstige Vermögenswerte	492	495	- 0,6
Treuhandvermögen	<u>1.273</u>	<u>1.636</u>	<u>- 22,2</u>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	66	67	- 1,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.207	1.569	- 23,1
Treuhandverbindlichkeiten	<u>1.273</u>	<u>1.636</u>	<u>- 22,2</u>

(96) Eigenmittelanforderungen und Kapitalquoten

Das novellierte Kreditwesengesetz und die Solvabilitätsverordnung als nationale Umsetzung von Basel II verpflichten die deutschen Institute zur Einhaltung von Mindestkapitalquoten. Danach müssen Kreditinstitute ihre gewichteten Risikoaktiva mit mindestens 8 % Eigenmitteln unterlegen (Eigenmittelquote). Für die Unterlegung der Risikoaktiva mit Kernkapital (Tier I) wird durchgängig eine Quote von mindestens 4 % verlangt (Kernkapitalquote).

Die Eigenmittel setzen sich aus Kern- und Ergänzungskapital zuzüglich Drittrangmitteln zusammen. Das sogenannte „harte“ Kernkapital (Core Tier I) besteht im Wesentlichen aus Gezeichnetem Kapital zuzüglich Rücklagen, den Anteilen in Fremdbesitz und den Stillen Einlagen des SoFFin. Hiervon abgezogen werden unter anderem Positionen wie Geschäfts- oder Firmenwerte, Beteiligungen und immaterielle Vermögenswerte. Unter Hinzurechnung von Hybridkapitalien errechnet sich das Kernkapital (Tier I). Zum Ergänzungskapital gehören Genussrechtskapital und langfristige nachrangige Verbindlichkeiten. Aufgrund der Änderungen des KWG und der Solvabilitätsverordnung durch die CRD III haben sich hierbei weitere Verschärfungen in der regulatorischen Berücksichtigung von Kapitalabzugspositionen sowie in der Anrechnung der Risikoaktiva ergeben.

Daneben hat die European Banking Authority (EBA) in ihrer europaweiten Analyse wesentlicher Banken eine neue Kapitalanforderung implementiert: Banken müssen unter Berücksichtigung von stillen Lasten aus ihren Forderungspositionen gegenüber europäischen Staaten in der Lage sein, bis zum 30. Juni 2012 eine harte Kernkapitalquote von 9 % zu erfüllen.

Das Kapitalmanagement der Commerzbank dient den folgenden Zielen:

- Einhaltung der gesetzlichen Mindestkapitalanforderungen auf Konzernbasis sowie in allen Konzerngesellschaften der aufsichtsrechtlichen Gruppe,
- Sicherstellung der Erreichung der geplanten Kapitalquoten unter Beachtung der neuen Anforderungen durch die EBA
- Bereitstellung von ausreichend Puffer zur Sicherstellung der jederzeitigen Handlungsfähigkeit der Bank,
- strategische Zuordnung von Kernkapital auf Segmente und Geschäftsfelder zur Nutzung von Wachstumschancen.

Im Zuge der Finanzmarktkrise ist die Bedeutung eines angemessenen Kernkapitals für Banken immer stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Für die Commerzbank hat das Kernkapital schon immer eine wesentliche Steuerungsgröße dargestellt. Dabei gehen die Ansprüche der Bank an die Kapitalquoten weit über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus. Bei der Festlegung der angestrebten internen Kapitalquoten spielen neben der Risikotragfähigkeit der Bank auch Markterwartungen eine wichtige Rolle. Aus diesem Grund hat die Commerzbank einen Zielkorridor für das regulatorische Kapital definiert; dieser liegt für das Kernkapital aktuell bei rund 9 bis 10 %, der für die Eigenmittel zwischen 10,5 und 12,5 %. Allerdings plant die Commerzbank darüber hinausgehend, die von der EBA und BaFin geforderte zweitweise erhöhte Anforderung an die Ausstattung mit hartem Kernkapital per 30. Juni 2012 zu erfüllen.

Die Allokation des Kernkapitals erfolgt in einem regelmäßig wiederkehrenden Prozess, in dem die strategische Ausrichtung der Bank, profitable Neugeschäftsmöglichkeiten im Kerngeschäft der einzelnen Geschäftsfelder sowie Risikotragfähigkeitsaspekte Eingang finden.

Alle Kapitalmaßnahmen – sowohl die Emission von Eigenkapital als auch ein potenzieller Aktienrückkauf – werden im Rahmen der von der Hauptversammlung erteilten Ermächtigungen vom zentralen Asset Liability Committee der Bank vorgeschlagen und vom Gesamtvorstand beschlossen.

Im vergangenen Jahr hat die Commerzbank die an sie gestellten gesetzlichen Mindestkapitalanforderungen ebenso wie die deutlich strengeren Anforderungen des SoFFin jederzeit eingehalten. Die Zusammensetzung der Eigenmittel im Commerzbank-Konzern zeigt folgendes Bild:

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
	Mio. €		
Kernkapital (Tier I)			
Gezeichnetes Kapital	5.113	3.047	67,8
Rücklagen, Fremdanteile, eigene Aktien	17.430	8.276	.
Stille Einlagen	1.937	16.428	-88,2
Hybrides Kapital	2.746	4.999	-45,1
Sonstiges	-1.037	-1.023	1,4
Gesamt	<u>26.189</u>	<u>31.727</u>	<u>-17,5</u>
Ergänzungskapital (Tier II)			
Hybrides Kapital	—	—	.
Genussrechte	726	674	7,7
Reserven in Wertpapieren (Ansatz 45 %)	61	148	-58,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	10.533	9.328	12,9
Sonstiges	-949	-1.020	-7,0
Gesamt	<u>10.371</u>	<u>9.130</u>	<u>13,6</u>
Drittangmittel	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>.</u>
Anrechenbare Eigenmittel	<u>36.560</u>	<u>40.857</u>	<u>-10,5</u>

Die Veränderungen im Kernkapital beruhen überwiegend auf einer im abgelaufenen Jahr durchgeführten Kapitalerhöhung. Hierbei wurden wesentliche Teile der stillen Einlage des SoFFin zurückgeführt. Daneben wurde Hybrides Kapital zurückgekauft und Nachrangige Verbindlichkeiten neu aufgenommen.

Der Rückgang der Risikoaktiva im Kreditrisiko beruht im Wesentlichen auf der Reduktion von nicht strategischem Geschäft. Aufgrund der Änderungen durch die CRD III per 31. Dezember 2011 sind die Eigenmittelanforderungen insbesondere im Marktrisiko erheblich angestiegen.

	Eigenmittelanforderungen		gewichtete Risikoaktiva ¹		Veränderung in %
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	
			Mio. €		
Kreditrisiko	15.182	18.595	189.769	232.438	- 18,4
Marktrisiko	1.640	1.059	20.500	13.238	54,9
Operationelles Risiko	2.106	1.746	26.325	21.825	20,6
Gesamt	18.928	21.400	236.594	267.500	- 11,6
Anrechenbare Eigenmittel	36.560	40.857			- 10,5
Kernkapitalquote (%)	11,1	11,9			
Eigenmittelquote (%)	15,5	15,3			

¹ Die gewichteten Risikoaktiva errechnen sich aus dem Betrag der Eigenmittelanforderungen multipliziert mit 12,5.

Die Überleitungsrechnung vom ausgewiesenen Konzernkapital zu den anrechenbaren Eigenmitteln stellte sich folgendermaßen dar:

31.12.2011	Kernkapital/ Eigenkapital	Ergänzungs-/ Nachrangkapital Mio. €	Gesamt
Bilanziell ausgewiesen	24.803	13.285	38.088
Neubewertungsrücklage	2.511		2.511
Rücklage aus Cash Flow Hedges	810		810
Nicht im Kernkapital auszuweisende Anteile im Fremdbesitz (unter anderem Neubewertungsrücklage, Rücklage aus Cash Flow Hedges), Unterschiede im Konsolidierungskreis und Firmenwerte	- 1.686		- 1.686
Sonstiges Kapital mit 15 % Anrechnungsgrenze	1.114		1.114
Sonstiges Kapital mit 35 % Anrechnungsgrenze	1.632		1.632
Umgliederung von den Stillen Einlagen zum Sonstigen Kapital	- 750		- 750
Nicht anrechenbare Teile des Nachrangkapitals wegen Restlaufzeitbeschränkung		- 1.210	- 1.210
Latente Neubewertungsrücklagen für Wertpapiere		61	61
Sonstiges	- 2.245	- 1.765	- 4.010
Anrechenbare Eigenmittel	26.189	10.371	36.560

(97) Absicherung von Krediten

Durch den Einsatz von Kreditderivaten (zum Beispiel Credit Default Swaps, Total Return Swaps, Credit-linked Notes) kann die Risikoanrechnung eines Kreditportfolios verringert werden. Dabei kann sich die Sicherungswirkung eines Kreditderivates sowohl auf einzelne Kredite oder Wertpapiere als auch auf Kredit- oder Wertpapierportfolios beziehen. Die Sicherheitenstellung erfolgt in der Regel im Rahmen einer synthetischen Verbriefung durch Credit Default Swap (CDS) und/oder durch Credit-linked Notes (CLN). Hiermit können drei wesentliche Ziele erreicht werden:

- Risikodiversifikation (Reduzierung von Kreditrisiken im Portfolio, insbesondere Klumpenrisiken),
- Eigenkapitalentlastung (durch Übertragung der Kreditrisiken auf Investoren wird eine Reduzierung der regulatorischen Eigenkapitalanforderungen nach Solvabilitätsverordnung erreicht) und
- Refinanzierung (Nutzung von Verbriefungen als alternatives Kapitalbeschaffungsinstrument zu ungedeckten Inhaberschuldverschreibungen).

Zum Ende des Geschäftsjahres 2011 hatte der Commerzbank-Konzern (Commerzbank Aktiengesellschaft und eine Tochtergesellschaft) sechs Verbriefungstransaktionen als Sicherungsnehmer aufgelegt.

Die vertragliche Laufzeit (Legal Maturity Date) liegt zwischen 9 und 76 Jahren. Insgesamt waren Ende Dezember 2011 Kundenkredite in Höhe von 5,6 Mrd. Euro abgesichert. Die Entlastung der gewichteten Risikoaktiva betrug 1,7 Mrd. Euro.

Name der Transaktion	Sicherungsnehmer	Jahr des Abschlusses	Laufzeit der Transaktion in Jahren	Forderungsart	Kreditvolumen Mio €	Entlastung der gewichteten Risikoaktiva
						Mio €
Cosmo Finance 2007-1	Commerzbank Aktiengesellschaft	2007	20	Mittelstandskunden	1.951	490
Cosmo Finance 2008-1	Commerzbank Aktiengesellschaft	2008	14	Mittelstandskunden	1.498	552
Cosmo II-1 Ltd.	Commerzbank Aktiengesellschaft	2011	9	Mittelstandskunden	990	347
Provide GEMS 2002-1 PLC	Eurohypo Aktiengesellschaft	2002	45	wohnungswirt- schaftliches Portfolio	170	39
Semper Finance 2006-1	Eurohypo Aktiengesellschaft	2006	76	Project Castle – gewerbliches Portfolio	645	154
Semper Finance 2007-1	Eurohypo Aktiengesellschaft	2007	36	gewerbliches Portfolio	385	89
					<u>5.639</u>	<u>1.671</u>

(98) Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter

	2011			2010		
	Gesamt	männlich	weiblich	Gesamt	männlich	weiblich
Im Konzern	55.917	27.097	28.820	57.676	31.141	26.535
in Deutschland	42.377	20.977	21.400	43.378	21.776	21.602
außerhalb Deutschlands	13.540	6.120	7.420	14.298	9.365	4.933

Die obigen Zahlen enthalten sowohl Vollzeit- als auch Teilzeitkräfte. In der Zahl der Arbeitnehmer sind die im Konzern durchschnittlich in Ausbildung befindlich gewesenen Arbeitnehmer nicht enthalten. Die durchschnittliche Arbeitszeit der Teilzeitkräfte betrug 62 % (Vorjahr: 59 %) der Normalarbeitszeit.

	2011			2010		
	Gesamt	männlich	weiblich	Gesamt	männlich	weiblich
Auszubildende	2.503	1.227	1.276	2.616	1.313	1.303

(99) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

a) Geschäftsbeziehungen

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit kommt es zwischen der Commerzbank Aktiengesellschaft und/oder deren konsolidierten Gesellschaften zu Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen. Hierzu gehören beherrschte, aber aus Gründen der Wesentlichkeit nicht konsolidierte Gesellschaften, at-Equity-bewertete Unternehmen, Beteiligungen, unternehmensexterne Versorgungsträger zur betrieblichen Altersversorgung der Mitarbeiter der Commerzbank Aktiengesellschaft, Personen in Schlüsselpositionen und deren Angehörige sowie von diesem Personenkreis beherrschte Unternehmen. Zu den Personen in Schlüsselpositionen zählen ausschließlich die im Geschäftsjahr aktiven Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Commerzbank Aktiengesellschaft.

Der Anteilsbesitz von 25 % plus 1 Aktie gewährt dem Bund als Träger der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA), die den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) verwaltet, die Möglichkeit, einen maßgeblichen Einfluss auf die Commerzbank Aktiengesellschaft auszuüben. Demnach zählen der Bund sowie der Kontrolle der Bundesrepublik Deutschland unterstehende Unternehmen (Bundesunternehmen) zum Kreis der nahestehenden Unternehmen und Personen nach IAS 24. Die Beziehungen zu Bundesunternehmen zeigen wir im Folgenden getrennt von den Beziehungen zu den übrigen nahestehenden Unternehmen und Personen. Aktiva, Passiva und außerbilanzielle Posten in

Verbindung mit nahestehenden Unternehmen (ohne Bundesunternehmen) und Personen stellten sich im Berichtsjahr folgendermaßen dar:

<u>Aktiva</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Forderungen an Kreditinstitute	343	617	-44,4
Tochterunternehmen	—	—	.
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	343	617	-44,4
Forderungen an Kunden	1.876	1.359	38,0
Tochterunternehmen	600	321	86,9
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.270	1.032	23,1
Personen in Schlüsselpositionen	2	3	-33,3
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen	4	3	33,3
Handelsaktiva	1	1.285	-99,9
Tochterunternehmen	—	1.285	-100,0
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1	—	.
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen	—	—	.
Finanzanlagen	105	82	28,0
Tochterunternehmen	64	69	-7,2
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5	9	-44,4
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen	36	4	.
Sonstige Aktiva	426	298	43,0
Tochterunternehmen	—	—	.
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	426	298	43,0
Gesamt	2.751	3.641	-24,4
<u>Passiva</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2	5	-60,0
Tochterunternehmen	—	—	.
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2	5	-60,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.236	983	25,7
Tochterunternehmen	106	208	-49,0
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	371	117	.
Personen in Schlüsselpositionen	8	10	-20,0
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen ¹	751	648	15,9
Handelspassiva	8	2.021	-99,6
Tochterunternehmen	—	2.021	-100,0
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	8	—	.
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen	—	—	.
Nachrangkapital	622	624	-0,3
Tochterunternehmen	—	—	.
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—	—	.
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen ¹	622	624	-0,3
Sonstige Passiva	23	16	43,8
Tochterunternehmen	19	9	.
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4	7	-42,9
Gesamt	1.891	3.649	-48,2

¹ Anpassung Vorjahr.

In den gesamten Verbindlichkeiten gegenüber Sonstigen nahestehenden Unternehmen sind 1,2 Mrd. Euro (Vorjahr: 1,3 Mrd. Euro) für unternehmensexterne Versorgungsträger enthalten.

<u>Außerbilanzielle Posten</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Garantien und Sicherheiten gewährt an	146	590	-75,3
Tochterunternehmen	41	36	13,9
at-Equity-bewertete Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	105	554	-81,0
Personen in Schlüsselpositionen	—	—	.
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen	—	—	.

Außerbilanzielle Posten	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
		Mio. €	
Garantien und Sicherheiten erhalten von	7	7	0,0
Tochterunternehmen	7	7	0,0
at-Equity-bewertete Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—	—	.
Personen in Schlüsselpositionen	—	—	.
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen	—	—	.

Aus Kreditverträgen und Einlagen sowie erbrachten Dienstleistungen in Verbindung mit nahestehenden Unternehmen und Personen (ohne Bundesunternehmen) ergaben sich folgende Erträge:

Erträge	1.1.-31.12.2011	1.1.-31.12.2010	Veränderung in %
		Mio. €	
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen			
Zinsen	44	60	-26,7
Provisionen	8	2	.
Lieferungen und Leistungen	—	—	.
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht			
Zinsen	113	114	-0,9
Provisionen	9	12	-25,0
Lieferungen und Leistungen	—	—	.
Personen in Schlüsselpositionen			
Zinsen	—	—	.
Provisionen	—	—	.
Lieferungen und Leistungen	—	—	.
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen			
Zinsen	2	—	.
Provisionen	—	—	.
Lieferungen und Leistungen	—	—	.
Summen			
Zinsen	159	174	-8,6
Provisionen	17	14	21,4
Lieferungen und Leistungen	—	—	.

Die Aufwendungen aus Kreditverträgen und Einlagen sowie erbrachten Dienstleistungen in Verbindung mit nahestehenden Unternehmen und Personen (ohne Bundesunternehmen) werden in nachstehender Tabelle dargestellt.

Die Verwaltungsaufwendungen unter den Personen in Schlüsselpositionen betreffen als Personalaufwand ausgewiesene Vergütungen der Vorstandsmitglieder sowie Gehälter der im Commerzbank-Konzern angestellten Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat. Darüber hinaus enthalten sie die Vergütung an die Mitglieder des Aufsichtsrats. Die Position Steuern betrifft die den Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern erstattete Umsatzsteuer.

Aufwendungen	1.1.-31.12.2011	1.1.-31.12.2010	Veränderung in %
		Mio. €	
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen			
Zinsen	1	—	.
Provisionsaufwendungen	30	33	-9,1
Lieferungen und Leistungen	14	48	-70,8
Abschreibungen/Wertminderungen	—	—	.
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht			
Zinsen	8	—	.
Provisionsaufwendungen	16	—	.
Lieferungen und Leistungen	12	9	33,3
Abschreibungen/Wertminderungen	—	—	.

Aufwendungen	1.1.-31.12.2011	1.1.-31.12.2010	Veränderung in %
		Mio. €	
Personen in Schlüsselpositionen			
Zinsen	—	—	.
Provisionsaufwendungen	—	—	.
Verwaltungsaufwendungen	8	7	14,3
Lieferungen und Leistungen	—	—	.
Abschreibungen/Wertminderungen	—	—	.
Steuern	—	—	.
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen			
Zinsen	54	56	– 3,6
Provisionsaufwendungen	—	—	.
Lieferungen und Leistungen	—	—	.
Abschreibungen/Wertminderungen	—	—	.
Summen			
Zinsen	63	56	12,5
Provisionsaufwendungen	46	33	39,4
Verwaltungsaufwendungen	8	7	14,3
Lieferungen und Leistungen	26	57	– 54,4
Abschreibungen/Wertminderungen	—	—	.
Steuern	—	—	.

Die Forderungen an Personen in Schlüsselpositionen stellten sich wie folgt dar:

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
		Tsd. €	
Vorstand	1.773	2.647	– 33,0
Aufsichtsrat	322	484	– 33,5
Summe	2.095	3.131	– 33,1

Barkredite an Vorstandsmitglieder wurden mit Laufzeiten von „bis auf Weiteres“ und letzter Fälligkeit im Jahr 2042 sowie zu Zinssätzen zwischen 3,2 und 8,3 %, bei Überziehungen in Einzelfällen bis zu 10,9 % gewährt. Die Besicherung erfolgte zu marktüblichen Bedingungen, soweit erforderlich mit Grundschulden oder Pfandrechten.

Barkredite an Mitglieder des Aufsichtsrates wurden mit Laufzeiten von „bis auf Weiteres“ und letzter Fälligkeit im Jahr 2037 sowie zu Zinssätzen zwischen 2,6 und 6,3 %, bei Überziehungen in Einzelfällen bis zu 10,9 % herausgelegt. Die Besicherung erfolgte zu marktüblichen Bedingungen, soweit erforderlich mit Grundschulden oder Pfandrechten.

Die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat standen im Berichtsjahr, mit Ausnahme von Mietavalen, nicht in einem Haftungsverhältnis mit den Gesellschaften des Commerzbank-Konzerns.

Die mit nahestehenden Unternehmen und Personen getätigten Bankgeschäfte wurden zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen.

Geschäfte mit Bundesunternehmen

Der Commerzbank-Konzern wickelt Geschäfte mit Bundesunternehmen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit grundsätzlich zu marktgerechten Bedingungen und Konditionen ab. Einzelheiten der Beziehungen zum SoFFin sind in der Note 73 angegeben. Nachstehende Tabelle enthält die am 31. Dezember 2011 bestehenden Vermögenswerte und Verpflichtungen aus Geschäften mit Bundesunternehmen:

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung in %
		Mio. €	
Barreserve	1.179	1.111	6,1
Forderungen an Kreditinstitute	286	726	– 60,6
Forderungen an Kunden	3.349	2.991	12,0
Handelsaktiva	3.576	5.040	– 29,0
Finanzanlagen	3.865	7.079	– 45,4
Gesamt	12.255	16.947	– 27,7

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13.390	15.262	- 12,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	256	88	.
Handelspassiva	299	1.951	- 84,7
Nachrangkapital	1.937	16.428	- 88,2
Gesamt	<u>15.882</u>	<u>33.729</u>	<u>- 52,9</u>
Garantien und Sicherheiten			
gewährt	24	298	- 91,9
erhalten	5.000	5.000	0,0

Bei den unter Handelsaktiva beziehungsweise Finanzanlagen ausgewiesenen Finanzinstrumenten handelt es sich um Fremdkapitalinstrumente.

Die auf Geschäfte mit Bundesunternehmen entfallenden Aufwendungen und Erträge stellten sich wie folgt dar:

	<u>1.1.-31.12.2011</u>	<u>1.1.-31.12.2010</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio. €	
Erträge			
Zinsen	320	163	96,3
Provisionen	—	—	.
Lieferungen und Leistungen	8	8	0,0
Aufwendungen			
Zinsen	82	27	.
Provisionen	48	48	0,0
Lieferungen und Leistungen	—	—	.
Abschreibungen/Wertminderungen	—	—	.

b) Vergütungen für Personen in Schlüsselpositionen

Eine detaillierte Beschreibung der Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats wird im Vergütungsbericht (Seiten 43 ff.) wiedergegeben. Ohne Berücksichtigung des in der Berechnung der Pensionsverpflichtungen berücksichtigten Dienstzeitaufwands für die Mitglieder des Vorstands belief sich die gesamte Vergütung für die Organmitglieder auf:

	<u>2011</u>	<u>2010</u>
		Tsd. €
Vorstand	5.343	5.260 ¹
Aufsichtsrat	1.619	1.563 ²
Gesamt	<u>6.962</u>	<u>6.823</u>

¹ Vorjahr angepasst (einschließlich Arbeitgeberanteilen am BVV).

² Vorjahr angepasst (ohne Erstattung zu entrichtender Umsatzsteuer).

In der Vergütung für den Vorstand sind unter anderem die im üblichen Rahmen gewährten Sachbezüge (im Wesentlichen Dienstwagennutzung, Versicherungen, auf Sachbezüge entfallende Steuern sowie Arbeitgeberbeiträge zur betrieblichen Altersversorgung (BVV)) enthalten.

Vorstand. In der folgenden Tabelle werden die mit der Vergütung der Vorstandsmitglieder als Geschäftsvorfälle verbundenen Zahlungen dargestellt:

		Vergütung für die Übernahme von Organ- funktionen ³								
		Grund- gehalt	Variable Vergütung ²	Rückführung gemäß SoFFin-Cap ³	Aktienbasierte Vergütungs- pläne	Monetäre Gesamt- vergütung	Sonstiges ⁴	Gesamt		
		Tsd. €								
Martin Blessing	2011	500	—	—	—	500	69	569		
	2010	500	—	—	—	500	115	615		
Frank Annuschein	2011	500	—	—	—	500	50	550		
	2010	500	—	23	-23	500	102	602		
Markus Beumer	2011	500	—	—	—	500	59	559		
	2010	500	—	10	-10	500	46	546		
Dr. Achim Kassow	2011 ¹	292	—	—	—	292	44	336		
	2010	500	—	113	-113	500	72	572		
Jochen Klösches	2011	500	—	—	—	500	39	539		
	2010	500	—	—	—	500	65	565		
Michael Reuther	2011	500	—	—	—	500	69	569		
	2010	500	—	—	—	500	73	573		
Dr. Stefan	2011	500	—	—	—	500	46	546		
Schmittmann	2010	500	—	—	—	500	52	552		
Ulrich Sieber	2011	500	—	—	—	500	68	568		
	2010	500	—	22	-22	500	62	562		
Dr. Eric Strutz	2011	500	—	—	—	500	33	533		
	2010	500	—	36	-36	500	91	591		
Martin Zielke	2011	500	—	—	—	500	74	574		
	2010 ¹	78	—	14	-14	78	4	82		
Gesamt	2011	4.792	—	—	—	4.792	551	5.343		
	2010	4.578	—	218	-218	4.578	682	5.260		

¹ Pro rata temporis für den Zeitraum ab Bestellung beziehungsweise bis zum Tag des Ausscheidens.

² Auszahlbar im Folgejahr vorbehaltlich der Feststellung des Jahresabschlusses; für die Geschäftsjahre 2011 und 2010 wurde keine variable Vergütung gewährt.

³ Die in den Geschäftsjahren 2011 und 2010 gewährten Bezüge für die Tätigkeiten in Organen von Konzerngesellschaften werden in voller Höhe auf den SoFFin-Cap des jeweiligen Vorjahres angerechnet und deshalb in der Tabelle dem Vorjahr zugeordnet (vergleiche Vergütungsbericht).

⁴ Unter Sonstiges sind die im Berichtsjahr gewährten Sachbezüge, auf Sachbezüge entfallende Steuern sowie Arbeitgeberanteile am BVV ausgewiesen.

In nachfolgender Tabelle weisen wir die Vergütung der Vorstandsmitglieder insgesamt nach den Kategorien des IAS 24.17 unter dem Gesichtspunkt eines periodengerecht erfassten Aufwands aus. Die Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses beinhalten sowohl den in der Berechnung der Pensionsrückstellungen berücksichtigten Dienstzeitaufwand als auch den Arbeitgeberanteil zum BVV. Insofern weicht die Gesamtsumme in nachfolgender Darstellung von der in der vorhergehenden Tabelle ab.

	2011	2010
	Tsd. €	
Kurzfristig fällige Leistungen	5.371	5.353
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	2.743	2.323
Andere langfristig fällige Leistungen	—	—
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	—	—
Anteilsbasierte Vergütung	—	—
Gesamt	8.114	7.676

Für Vorstandsmitglieder und ehemalige Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene sieht die Bank eine Altersversorgung vor, deren zur Absicherung dienende Vermögenswerte insgesamt im Wege eines Contractual Trust Arrangements auf den Commerzbank Pensions-Trust e. V. übertragen wurden.

Zum 31. Dezember 2011 beliefen sich die Pensionsverpflichtungen für aktive Vorstandsmitglieder auf 11,8 Mio. Euro (Vorjahr: 10,3 Mio. Euro).

Nach Abzug der übertragenen Vermögenswerte (Plan Assets) und unter Berücksichtigung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste entfielen zum 31. Dezember 2011 auf die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen für aktive Vorstandsmitglieder 0,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,5 Mio. Euro).

In nachfolgender Tabelle haben wir die Bemessungsgröße zum 31. Dezember 2011 der jährlichen Pensionsanwartschaft bei Eintritt des Pensionsfalls im Alter von 62 Jahren dem Barwert der Pensionsanwartschaft gegenübergestellt sowie die in die Berechnung der Pensionsrückstellungen einfließenden Dienstzeitaufwendungen aufgeführt. Die Beträge berücksichtigen die aktuelle Beststellungsperiode der einzelnen Vorstandsmitglieder und gehen im Übrigen davon aus, dass die Pensionszahlung außer bei Dienstunfähigkeit erst nach Vollendung des 62. Lebensjahres beginnt und die Vorstandstätigkeit bis zum Pensionsbeginn fortgeführt wird.

	Pensionsanwartschaft		Dienstzeitaufwand
	Jahresbezug bei Eintritt des Pensionsfalls im Alter von 62	Barwert	
2011		Tsd. €	
Martin Blessing	456	3.030	301
Frank Annuscheit	288	1.107	282
Markus Beumer	288	935	238
Jochen Klösges	288	674	283
Michael Reuther	288	1.801	350
Dr. Stefan Schmittmann	288	1.511	489
Ulrich Sieber	288	623	247
Dr. Eric Strutz	288	1.774	175
Martin Zielke	288	393	358
Gesamt		11.848	2.723

Die Bezüge der ehemaligen Mitglieder des Vorstands der Commerzbank Aktiengesellschaft und ihrer Hinterbliebenen betragen im Geschäftsjahr 8.275 Tsd. Euro (Vorjahr: 6.519 Tsd. Euro). Die Pensionsverpflichtungen für diese Personengruppe beliefen sich auf 74,4 Mio. Euro (Vorjahr: 70,9 Mio. Euro).

Die aktiven Vorstandsmitglieder hatten und haben sich an den in Note 25 erläuterten Long-Term-Performance-Plänen (LTP), die eine aktienbasierte Vergütungsform darstellen, beteiligt. Um an den einzelnen Plänen teilzunehmen, haben die Vorstandsmitglieder nach individueller Entscheidung eine Eigenbeteiligung von bis zu 2.500 Aktien, der Vorstandsvorsitzende bis zu 5.000 Aktien der Commerzbank Aktiengesellschaft je Plan zu den jeweils geltenden Tageskursen erbracht.

In der folgenden Tabelle sind die Daten zu den am 31. Dezember 2011 bestehenden Long-Term-Performance-Plänen der aktiven Vorstandsmitglieder, die sie in ihrer Eigenschaft als aktive Vorstandsmitglieder erworben haben, dargestellt. Im Februar 2009 hatten die Vorstandsmitglieder sämtliche Aktien aus dem LTP 2008 abgemeldet, weshalb sie aus diesem Plan keine Zahlungen erhalten. Der beizulegende Zeitwert für den Plan 2007 war zum 31. Dezember 2011 null. Rückstellungen wurden bereits im Vorjahr vollständig aufgelöst.

	LTP	Anzahl der eingebrachten Aktien in Stück	Beizulegender Zeitwert bei Gewährung in Tsd. €	Beizulegender Zeitwert am 31.12.2011 in Tsd. €	Ratierlich gebildete Rückstellung am 31.12.2011 in Tsd. €
Martin Blessing	2008	—	—	—	—
	2007	2.500	79	—	—
Michael Reuther	2008	—	—	—	—
	2007	2.500	79	—	—
Dr. Eric Strutz	2008	—	—	—	—
	2007	2.500	79	—	—
Summen	2008	—	—	—	—
	2007	7.500	237	—	—
Gesamt 2011		7.500	237	—	—
Gesamt 2010		18.700	619	—	—

Sofern in obiger Tabelle Mitglieder des Vorstands namentlich nicht aufgeführt sind, hielten sie am 31. Dezember 2011 keine LTP, die sie als aktiver Vorstand erworben haben. Da den Vorstandsmitgliedern für das Geschäftsjahr 2011 aufgrund des fortbestehenden SoFFin-Caps keine variable Vergütung zustand, entfiel ebenso die Zusage aufschiebend bedingter aktienbezogener Vergütungskomponenten nach Maßgabe der Short Term Incentives wie auch der Long Term Incentives (Einzelheiten siehe Vergütungsbericht).

Aufsichtsrat. Die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats wird in § 15 der Satzung der Commerzbank Aktiengesellschaft geregelt. Aufsichtsratsmitglieder erhielten für das Geschäftsjahr 2011 eine gesamte Vergütung von netto 1.619 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.563 Tsd. Euro). Davon entfielen auf die Grund- und Ausschussvergütung 1.199 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.240 Tsd. Euro) und auf das Sitzungsgeld 420 Tsd. Euro

(Vorjahr: 323 Tsd. Euro). Das Sitzungsgeld wird für die Teilnahme an den Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner sechs im Berichtsjahr tagenden Ausschüsse (Präsidial-, Prüfungs-, Risiko-, Nominierungs-, Vermittlungs- und Sozialausschuss) gewährt. Die auf die Vergütungen der Aufsichtsratsmitglieder zu zahlende Umsatzsteuer (zurzeit 19 %) für Aufsichtsratsmitglieder mit Wohnsitz in Deutschland wurde von der Bank erstattet. Entgegen der Darstellung im Vorjahr gilt der Erstattungsbetrag nicht als Vergütungsbestandteil. Für Aufsichtsratsmitglieder mit Wohnsitz außerhalb Deutschlands wird keine Umsatzsteuer fällig.

Die Gesamtvergütung von 1.619 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.563 Tsd. Euro) wird gemäß IAS 24.17 als kurzfristig fällige Leistung kategorisiert.

Vorstand und Aufsichtsrat besaßen am 31. Dezember 2011 insgesamt nicht mehr als 1 % (Vorjahr: unter 1 %) der ausgegebenen Aktien und Optionsrechte der Commerzbank Aktiengesellschaft.

(100) Aktienbasierte Vergütungspläne

Aufgrund bereits erbrachter Leistungen der Mitarbeiter fielen auch im Geschäftsjahr 2011 Aufwendungen im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungen an. Weitere Details und Bedingungen zu den aktienbasierten Vergütungsplänen sind der Note 25 zu entnehmen. Der aktienbasierte Vergütungsaufwand setzte sich wie folgt zusammen:

	2011	2010
	Mio. €	
Pläne mit Barausgleich	4	3
darunter: LTP	—	1
Share Awards	—	—
CIP	2	—
Pläne mit Ausgleich in Eigenkapitalinstrumenten	17	2
darunter: CIP	15	—
Gesamt	21	5

Die Rückstellungen für die Pläne mit Barausgleich sowie die Rücklagen im Eigenkapital für Pläne mit Ausgleich in Eigenkapitalinstrumenten stellten sich wie folgt dar:

	31.12.2011	31.12.2010
	Mio. €	
Rückstellungen	12	8
darunter: LTP	—	2
Share Awards	8	—
CIP	2	—
Rücklagen im Eigenkapital	20	3
darunter: CIP	15	—

Share Awards. Für die Share Awards des Vorjahres erfolgte am 31. Dezember 2010 der Ausweis in den Rückstellungen für den Personalbereich. Die Höhe der Rückstellungen, die davon auf aktienbasierte Vergütungen entfielen, konnte erst im März 2011 nach endgültiger Festlegung der individuellen variablen Auszahlungsbeträge ermittelt werden. Im Geschäftsjahr 2011 wurde der auf Share Awards entfallende Rückstellungsbetrag umgebucht. Der Bestand an Erwerbsrechten aus den Share-Award-Programmen entwickelte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr wie folgt:

	Anzahl der Rechte 2011
	(Stück)
Bestand zum 1.1	—
Im Jahresverlauf gewährt	6.842.932
Im Jahresverlauf verwirkt	174.882
Im Jahresverlauf ausgeübt	277.246
Im Jahresverlauf verfallen	—
Bestand zum 31.12	6.390.804

Commerzbank Incentive Plan. Wie in Note 25 dargelegt, wird die Aktienzahl der auf den seit dem Geschäftsjahr 2011 gültigen Commerzbank Incentive Plan (CIP) entfallenden Aktienerwerbsansprüche erst im Folgejahr festgestellt. Dem gebuchten Aufwand von 17 Mio. Euro steht eine Rückstellungsbildung von 2 Mio. Euro für Pläne mit Barausgleich und eine Zuführung zur Kapitalrücklage von 15 Mio. Euro gegenüber.

Long-Term-Performance-Plan (LTP). Aufgrund der in Note 25 erläuterten Ausübungskriterien für LTP-Pläne erwarten wir, dass diese bis zum Ablauf des letzten Plans im Jahr 2013 nicht mehr zum Tragen kommen. Folglich war der beizulegende Zeitwert für die ausstehenden Rechte nicht mehr zu ermitteln. Die für LTP-Pläne verbliebene Rückstellung in Höhe von rund 1 Mio. Euro wurde aufgelöst. Der Bestand an LTP-Rechten entwickelte sich wie folgt:

	Anzahl der Rechte	
	2011	2010
	Stück	
Bestand zum 1.1.	947.850	988.400
Im Jahresverlauf gewährt	—	—
Im Jahresverlauf verwirkt	6.300	40.550
Im Jahresverlauf ausgeübt	—	—
Im Jahresverlauf verfallen	262.600	—
Bestand zum 31.12.	678.950	947.850

(101) Sonstige Verpflichtungen

Einzahlungsverpflichtungen gegenüber konzernfremden und nicht konsolidierten Gesellschaften auf nicht voll eingezahlte Gesellschaftsanteile bestanden in Höhe von 56,3 Mio. Euro (Vorjahr: 67,8 Mio. Euro).

Für die Liquiditäts-Konsortialbank (Liko) GmbH, Frankfurt am Main, bestand eine Nachschusspflicht von bis zu 96 Mio. Euro (Vorjahr: 96 Mio. Euro). Auch die einzelnen Bankenverbände haben Nachschussverpflichtungen gegenüber der Liko erklärt. Für die Erfüllung dieser Verbindlichkeiten haben sich Konzernunternehmen zugunsten ihres jeweiligen Verbandes selbstschuldnerisch gegenüber der Liko verbürgt.

Nach § 5 Abs. 10 der Statuten des Einlagensicherungsfonds haben wir uns verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e. V., Berlin, von Verlusten freizustellen, die diesem durch eine Hilfeleistung zugunsten von im Mehrheitsbesitz der Commerzbank stehenden Kreditinstituten entstehen.

Für Verpflichtungen an Terminbörsen und bei Clearingstellen wurden Wertpapiere mit einem Buchwert von 7.381 Mio. Euro (Vorjahr: 7.501 Mio. Euro) als Sicherheit hinterlegt.

(102) Angaben als Leasinggeber und Leasingnehmer

Angaben als Leasinggeber – Operating Leasing

Die Commerzbank ist Leasinggeber in Zusammenhang mit Operating-Leasing-Verhältnissen. Diese Leasingverträge umfassen zum Stichtag insbesondere vermietete Immobilien und Fahrzeuge.

Aus den gewährten Operating-Leasing-Verhältnissen werden dem Commerzbank-Konzern in den folgenden Jahren folgende Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Verträgen zufließen:

Fälligkeit	31.12.2011	31.12.2010
	Mio. €	
in bis zu einem Jahr	196	184
in einem bis fünf Jahren	508	572
in mehr als fünf Jahren	69	160
Gesamt	773	916

In den Leasingverträgen sind keine bedingten Leasingraten vereinbart.

Angaben als Leasinggeber – Finanzierungsleasing

Die Commerzbank ist Leasinggeber in Zusammenhang mit Finanzierungsleasingverhältnissen. Diese Leasingverträge umfassen zum Stichtag insbesondere vermietete Immobilien und Geschäftsausstattung (zum Beispiel Kraftfahrzeuge und Kopierer). Das Verhältnis zwischen Bruttoinvestitionen und Barwert der Mindestleasingzahlungen stellte sich wie folgt dar:

	31.12.2011	31.12.2010
	Mio. €	
Ausstehende Leasingzahlungen	2.042	3.392
+ Garantierte Restwerte	114	129
= Mindestleasingzahlungen	2.156	3.521
+ Nicht garantierte Restwerte	9	9
= Bruttoinvestitionen	2.165	3.530
– Nicht realisierter Finanzertrag	260	464
= Nettoinvestitionen	1.905	3.066
– Barwert der nicht garantierten Restwerte	6	6
= Barwert der Mindestleasingzahlungen	1.899	3.060

Die Mindestleasingzahlungen umfassen die vom Leasingnehmer insgesamt aus dem Leasingvertrag zu zahlenden Leasingraten zuzüglich garantiertem Restwert. Der nicht garantierte Restwert wird zu Beginn des Leasingverhältnisses geschätzt und regelmäßig zum Stichtag überprüft. Der unrealisierte Finanzertrag entspricht der impliziten Verzinsung des Leasingverhältnisses zwischen Stichtag und Vertragsende. Die Fristigkeit der Bruttoinvestitionen und der Barwerte der Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Finanzierungsleasingverhältnissen gliederten sich folgendermaßen:

Restlaufzeiten zum 31.12.	Bruttoinvestitionen		Barwert der Mindestleasingzahlungen	
	2011	2010	2011	2010
			Mio. €	
von bis zu einem Jahr	782	1.012	677	881
von einem bis zu fünf Jahren	989	1.645	878	1.384
von mehr als fünf Jahren	394	873	344	795
Gesamt	<u>2.165</u>	<u>3.530</u>	<u>1.899</u>	<u>3.060</u>

Angaben als Leasingnehmer – Operating Leasing

Die im Konzern bestehenden Verpflichtungen aus Operating Leasing betreffen Miet- und Leasingverträge für Gebäude und Geschäftsausstattung und führten im Geschäftsjahr 2011 zu Aufwendungen in Höhe von 618 Mio. Euro (Vorjahr: 562 Mio. Euro). Der Aufwand setzte sich wie folgt zusammen:

	2011
	Mio. €
Mindestleasingzahlungen	28
Zahlungen für kündbare Verträge	260
Bedingte Zahlungen	351
./ Erträge aus Untermietverhältnissen	21
Gesamt	<u>618</u>

Für unkündbare Miet- und Leasingverträge ist in künftigen Geschäftsjahren mit folgenden Aufwendungen zu rechnen:

Fälligkeit	31.12.2011	31.12.2010
	Mio. €	
in bis zu einem Jahr	547	549
in einem bis fünf Jahren	1.483	1.625
in mehr als fünf Jahren	1.236	1.355
Gesamt	<u>3.266</u>	<u>3.529</u>

Die Mietverträge für Immobilienobjekte sind in der Regel mit Laufzeiten zwischen 1 und 30 Jahren sowie mit bis zu drei Verlängerungsoptionen um jeweils 3 bis 5 Jahre ausgestattet. Preisanpassungsklauseln existieren in verschiedenen Varianten wie zum Beispiel Staffelmieten oder Indexklauseln. Im Commerzbank-Konzern wurden für nicht mehr genutzte Gebäude Untermietverträge abgeschlossen. Diese Verträge besitzen eine unkündbare Vertragslaufzeit. Hieraus fließen dem Commerzbank-Konzern in den kommenden Jahren folgende Erträge zu:

Fälligkeit	31.12.2011	31.12.2010
	Mio. €	
in bis zu einem Jahr	39	54
in einem bis fünf Jahren	86	136
in mehr als fünf Jahren	11	103
Gesamt	<u>136</u>	<u>293</u>

Die Leasingverträge enthalten wie im Vorjahr keine Vereinbarungen über bedingte Mietzahlungen.

(103) Zeitpunkt der Freigabe zur Veröffentlichung

Der vorliegende Konzernabschluss wurde vom Vorstand am 27. Februar 2012 zur Weitergabe an den Aufsichtsrat freigegeben. Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Konzernabschluss zu prüfen und zu erklären, ob er den Konzernabschluss billigt. Vorläufige Eckzahlen des Jahresabschlusses 2011 wurden vom Vorstand am 20. Februar 2012 zur Veröffentlichung freigegeben.

(104) Corporate Governance Kodex

Unsere jährliche Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG haben wir abgegeben und unseren Aktionären im Internet (www.commerzbank.de) dauerhaft zugänglich gemacht. Für die comdirect bank Aktiengesellschaft wurde ebenfalls die jährliche Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG abgegeben und im Internet (www.comdirect.de) dauerhaft zugänglich gemacht.

(105) Patronatserklärung

Für die nachfolgend aufgeführten, in den Konzernabschluss unserer Bank einbezogenen Tochterunternehmen tragen wir, abgesehen von politischen Risiken, dafür Sorge, dass diese ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen.

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>
AFÖG GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
comdirect bank Aktiengesellschaft	Quickborn
Commerz (East Asia) Ltd.	Hongkong
Commerzbank (Eurasija) SAO	Moskau
Commerzbank Europe (Ireland)	Dublin
Commerzbank Europe Finance (Ireland) plc.	Dublin
Commerzbank Inlandsbanken Holding GmbH	Frankfurt am Main
Commerzbank International S.A.	Luxemburg
CommerzTrust GmbH	Frankfurt am Main
Commerz Markets LLC	New York
Erste Europäische Pfandbrief- und Kommunalkreditbank Aktiengesellschaft in Luxemburg	Luxemburg
Eurohypo Aktiengesellschaft	Eschborn

(106) Anteilsbesitz

Die nachstehenden Angaben nehmen wir gemäß § 313 Abs. 2 HGB zum Konzernabschluss einschließlich der Angaben nach § 285 Nr. 11a HGB vor. Fußnoten und Anmerkungen zu nachfolgenden Tabellen sind am Ende dieser Note zusammengefasst.

1. Verbundene Unternehmen

a) In den Konzernabschluss einbezogene verbundene Unternehmen

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>	<u>Währung</u>	<u>Eigenkapital Tsd.</u>	<u>Jahresergebnis Tsd.</u>
ABORONUM Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin KG	Düsseldorf	0,0	85,0	EUR	35	4
ADMERA Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0		EUR	25	2
AFÖG GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,0		EUR	78.866	-72.359
AGV Allgemeine Grundstücksverwaltungs- und -verwertungsgesellschaft mit beschränkter Haftung	Eschborn	100,0		EUR	40	— ^{b)}
AJUNTA Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0		EUR	-4.908	-1.582
ALDUNA Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0		EUR	-10.397	-3.378
ALTEREGO Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0		EUR	959	-6.721
ASCARA Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0		EUR	-689	-488
ASTUTIA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0		EUR	3.788	— ^{b)}
Atlas-Vermögensverwaltungs- Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main	100,0		EUR	235.563	— ^{b)}
BERGA Grundstücks-Verwaltungs- gesellschaft mbH & Co. KG	Grünwald	100,0	19,0	EUR	-1.286	55
Brafero-Sociedade Imobiliária, S.A.	Lissabon, Portugal	100,0		EUR	24.189	2.410
BRE Bank Hipoteczny S.A.	Warschau, Polen	100,0		PLN	389.186	20.878
BRE Bank S.A.	Warschau, Polen	69,7		PLN	7.610.906	1.066.012
BRE Faktoring S.A.	Warschau, Polen	100,0		PLN	61.503	15.077 ¹⁾
BRE Finance France S.A.	Levallois Perret, Frankreich	100,0		EUR	618	-94

Name	Sitz	Kapitalanteil % insg.	Abweichende Stimmrechte %	Währung	Eigenkapital Tsd.	Jahresergebnis Tsd.
BRE Holding Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0		PLN	465.904	14.374
BRE Leasing Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0		PLN	151.354	37.828
BRE Ubezpieczenia Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0		PLN	45.001	31.956
BRE Ubezpieczenia Towarzystwo Ubezpieczeni Reasekuracji S.A.	Warschau, Polen	100,0		PLN	67.783	8.396
BRE.Iocum S.A.	Lodz, Polen	80,0		PLN	119.488	10.303
Bridge Re Limited	Hamilton, Bermuda	100,0		USD	411	30
CB Building Kirchberg GmbH	Düsseldorf	100,0		EUR	3.104	888
CBG Commerz Beteiligungsgesellschaft Holding mbH	Frankfurt am Main	100,0		EUR	6.137	— ^{b)}
CBG Commerz Beteiligungskapital GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,0		EUR	44.208	10.381
CFB-Fonds Transfair GmbH	Düsseldorf	100,0		EUR	26	— ^{b)}
CG New Venture 2 Verwaltungs- gesellschaft mbH	Wiesbaden	100,0		EUR	20.315	5
CG New Venture 4 GmbH & Co. KG	Wiesbaden	99,9	99,0	EUR	20.315	-4.353
CG NL Holding B.V.	Amsterdam, Niederlande	100,0		EUR	3	-29
CG Real Estate Master FCP-SIF S.A.R.L.	Luxemburg, Luxemburg	55,4		EUR	203.243	8.468
CGM Lux 1 S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		EUR	639	143
CGM Lux 2 S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		EUR	344	7.298
CGM Lux 3 S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		EUR	1.074	11.504
Coba Holdings I, LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	376.590	-33.189
Coba Vermögensverwaltungsgesell- schaft, mbH	Düsseldorf	100,0		EUR	26	— ^{b)}
comdirect bank Aktiengesellschaft	Quickborn	80,5		EUR	475.671	116.340
Commerz (East Asia) Limited	Hongkong, Hongkong	100,0		EUR	2.161	98
Commerz Asset Management Asia Pacific Pte Ltd	Singapur, Singapur	100,0		SGD	29.482	382
Commerz Business Consulting GmbH	Frankfurt am Main	100,0		EUR	76	— ^{b)}
Commerz Direktservice GmbH	Duisburg	100,0		EUR	1.178	— ^{b)}
Commerz Grundbesitz Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	Frankfurt am Main	90,0		EUR	13.325	1.211
Commerz Markets LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	417.417	12.120
Commerz Real Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0		EUR	26	— ^{b)}
Commerz Real AG	Eschborn	100,0		EUR	408.394	— ^{b)}
Commerz Real Asset Verwaltungs- gesellschaft mbH	Grünwald	100,0		EUR	25	— ^{b)}
Commerz Real Baucontract GmbH	Düsseldorf	100,0		EUR	4.238	— ^{b)}
Commerz Real Baumanagement GmbH	Düsseldorf	100,0		EUR	52	— ^{b)}
Commerz Real Fonds Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0		EUR	151	— ^{b)}
Commerz Real Immobilien GmbH	Düsseldorf	100,0		EUR	12.936	— ^{b)}
Commerz Real Investmentgesellschaft mbH	Wiesbaden	100,0		EUR	21.968	— ^{b)}
Commerz Real IT-Leasing GmbH	Düsseldorf	100,0		EUR	1.954	— ^{b)}
Commerz Real Mietkauf GmbH	Düsseldorf	100,0		EUR	26	— ^{b)}
Commerz Real Mobilenleasing GmbH	Düsseldorf	100,0		EUR	-3.395	— ^{b)}
Commerz Real Spezialfondsgesellschaft mbH	Wiesbaden	100,0		EUR	5.948	— ^{b)}
Commerz Securities Hong Kong Limited	Hongkong, Hongkong	100,0		JPY	2.167.176	-82.956 ²⁾
Commerz Services Holding GmbH	Frankfurt am Main	100,0		EUR	12.564	— ^{b)}
Commerz Systems GmbH	Frankfurt am Main	100,0		EUR	6.214	1.568
Commerz Transaction Services Mitte GmbH	Erfurt	100,0		EUR	2.849	— ^{b)}

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>	<u>Währung</u>	<u>Eigenkapital Tsd.</u>	<u>Jahresergebnis Tsd.</u>
Commerz Transaction Services Nord GmbH	Magdeburg	100,0		EUR	1.557	— ^{b)}
Commerz Transaction Services West GmbH	Hamm	100,0		EUR	1.346	— ^{b)}
Commerzbank (Eurasija) SAO	Moskau, Russland	100,0		RUB	11.045.218	141.941
Commerzbank (South East Asia) Ltd.	Singapur, Singapur	100,0		EUR	16.898	– 565
Commerzbank Asset Management Asia Ltd.	Singapur, Singapur	100,0		SGD	1.263	– 1.576
Commerzbank Auslandsbanken Holding AG	Frankfurt am Main	100,0		EUR	1.792.196	— ^{b)}
Commerzbank Auslandsbanken Holding Nova GmbH	Frankfurt am Main	100,0		EUR	675.040	— ^{b)}
Commerzbank Capital Funding LLC I	Wilmington, Delaware, USA	100,0		EUR	2	0
Commerzbank Capital Funding LLC II	Wilmington, Delaware, USA	100,0		GBP	2	0
Commerzbank Capital Funding LLC III	Wilmington, Delaware, USA	100,0		EUR	2	0
Commerzbank Capital Funding Trust I	Newark, Delaware, USA	100,0		EUR	1	0
Commerzbank Capital Funding Trust II	Newark, Delaware, USA	100,0		GBP	1	0
Commerzbank Capital Funding Trust III	Newark, Delaware, USA	100,0		EUR	1	0
Commerzbank Capital Investment Company Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Commerzbank Europe (Ireland)	Dublin, Irland	100,0		EUR	358.011	– 10.426
Commerzbank Europe Finance (Ireland) plc	Dublin, Irland	100,0		EUR	55	2
Commerzbank Finance 2 S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		EUR	967	– 29
Commerzbank Finance 3 S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		EUR	470	3.487
Commerzbank Finance BV	Amsterdam, Niederlande	100,0		EUR	1.493	– 562
Commerzbank Holdings (UK) Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	484.339	23.658
Commerzbank Holdings France	Paris, Frankreich	100,0		EUR	87.638	0
Commerzbank Immobilien- und Vermögensverwaltungsgesell- schaft mbH	Frankfurt am Main	100,0		EUR	462.597	— ^{b)}
Commerzbank Inlandsbanken Holding GmbH	Frankfurt am Main	100,0		EUR	4.459.000	— ^{b)}
Commerzbank International S.A.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		EUR	482.586	59.047
Commerzbank Investments (UK) Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	726.809	– 16.659
Commerzbank Leasing (Guernsey) Limited	St. Peter Port, Guernsey	100,0		EUR	8	0
Commerzbank Leasing 1 S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		GBP	410	164
Commerzbank Leasing 2 S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		GBP	32.467	– 30.331
Commerzbank Leasing 4 S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		GBP	– 91	– 15
Commerzbank Leasing 5 S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		GBP	97	– 12
Commerzbank Leasing 6 S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		GBP	91	– 24
Commerzbank Leasing December – 1 Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	– 1.020	– 2.507
Commerzbank Leasing December – 10	London, Großbritannien	100,0		GBP	32	0
Commerzbank Leasing December – 11	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Commerzbank Leasing December – 12 Limited	London, Großbritannien	100,0		USD	– 137	– 391
Commerzbank Leasing December – 13 Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Commerzbank Leasing December – 15	London, Großbritannien	100,0		GBP	– 271	0
Commerzbank Leasing December – 17 Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	4.291	4.084
Commerzbank Leasing December – 19 Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	12.741	– 42.186
Commerzbank Leasing December – 20 Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	300	300

Name	Sitz	Kapitalanteil % insg.	Abweichende Stimmrechte %	Währung	Eigenkapital Tsd.	Jahresergebnis Tsd.
Commerzbank Leasing December – 21 Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Commerzbank Leasing December – 22 Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	– 22
Commerzbank Leasing December – 23 Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	60	35
Commerzbank Leasing December – 24 Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	– 737
Commerzbank Leasing December – 26 Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	240	– 1.105
Commerzbank Leasing December – 3 Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	150	– 277
Commerzbank Leasing December-4 Limited	London, Großbritannien	74,0		GBP	20	0
Commerzbank Leasing December-7 Limited	Edinburgh, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Commerzbank Leasing December-8 Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Commerzbank Leasing December-9 Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Commerzbank Leasing Holdings Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	3.435	56
Commerzbank Leasing Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	2.738	629
Commerzbank Leasing March-3 Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	4	– 1
Commerzbank Leasing September-5 Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	8	13
Commerzbank Leasing September-6 Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Commerzbank Online Ventures Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Commerzbank Overseas Holdings Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	8.500	– 539
Commerzbank Property Management & Services Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Commerzbank Securities Ltd	London, Großbritannien	100,0		GBP	10	0
Commerzbank Securities Nominees Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Commerzbank U.S. Finance, Inc.	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	673	17
Commerzbank Zrt.	Budapest, Ungarn	100,0		HUF	23.465.000	1.210.935
CommerzFactoring GmbH	Mainz	50,1		EUR	1.099	— ^{b)}
CR KaiserKarree Holding S.a.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0		EUR	– 1.191	– 180
CSA COMMERZ SOUTH AFRICA (PROPRIETARY) LIMITED	Johannesburg, Südafrika	100,0		ZAR	5.276	– 557
Deutsche Schiffsbank Aktiengesellschaft	Hamburg/Bremen	100,0		EUR	911.722	0
Dom Inwestycyjny BRE Banku S.A.	Warschau, Polen	100,0		PLN	79.449	26.824
Dresdner Capital LLC I	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	1.624	42
Dresdner Capital LLC IV	Wilmington, Delaware, USA	100,0		JPY	18.333	124
Dresdner Kleinwort – Grantchester, Inc.	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	27.846	0
Dresdner Kleinwort & Co. Holdings, Inc.	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	232.235	7.539
Dresdner Kleinwort Capital Inc.	New York, New York, USA	100,0		USD	1.338	– 2.287
Dresdner Kleinwort do Brasil Limitada	Rio de Janeiro, Brasilien	100,0		BRL	– 14.120	– 18
Dresdner Kleinwort EIV Manager, Inc.	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	– 18	0
Dresdner Kleinwort Finance Inc.	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	2.367	266
Dresdner Kleinwort Flags Inc.	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	140.479	0
Dresdner Kleinwort Group Holdings, LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	170.918	1
Dresdner Kleinwort Holdings LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	40.162	– 25.227
Dresdner Kleinwort LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	34.167	145
Dresdner Kleinwort Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	38.614	74.370
Dresdner Kleinwort Luminary Inc.	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	806.144	316

Name	Sitz	Kapitalanteil % insg.	Abweichende Stimmrechte %	Währung	Eigenkapital Tsd.	Jahresergebnis Tsd.
Dresdner Kleinwort Moon LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	28.845	- 6.221
Dresdner Kleinwort Pfandbriefe Investments II, Inc.	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	650.792	- 18.028
Dresdner Kleinwort Services (Guernsey) Limited	St. Peter Port, Guernsey	100,0		GBP	2	0
Dresdner Kleinwort Wasserstein (Argentina) S.A.	Buenos Aires, Argentinien	100,0		BRL	112	- 28
Dresdner Kleinwort Wasserstein Securities (India) Private Limited	Mumbai, Indien	75,0		INR	78.388	993
Dresdner Lateinamerika Aktiengesellschaft	Hamburg	100,0		EUR	50.109	— ^{b)}
Dresdner UK Investments 2 B.V.	Amsterdam, Niederlande	100,0		EUR	929	9
Dresdner UK Investments N.V.	Amsterdam, Niederlande	100,0		EUR	1.693	9
DSB Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0		EUR	25	- 580 ^{a)}
EH Estate Management GmbH	Eschborn	100,0		EUR	3.280	— ^{b)}
EHNY MoLu IV, LLC	Dover, Delaware, USA	100,0		USD	75	9.675
EHY Real Estate Fund I, LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	- 3.864	- 22
Elco Leasing Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	- 4
Erste Europäische Pfandbrief- und Kommunalkreditbank Aktiengesellschaft in Luxemburg	Luxemburg, Luxemburg	100,0		EUR	507.765	21.832
Espacio Leon Propco S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0		EUR	- 16.539	601
Eurohypo (Japan) Corporation	Tokio, Japan	100,0		JPY	2.477.632	- 1.479.654
Eurohypo Aktiengesellschaft	Eschborn	100,0		EUR	5.661.992	— ^{b)}
Eurohypo Capital Funding LLC I	Wilmington, Delaware, USA	100,0		EUR	1	0
Eurohypo Capital Funding LLC II	Wilmington, Delaware, USA	100,0		EUR	3	0
Eurohypo Capital Funding Trust I	Wilmington, Delaware, USA	100,0		EUR	1	0
Eurohypo Capital Funding Trust II	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	1	0
EUROHYPO Europäische Hypothekenbank S.A.	Senningerberg, Luxemburg	100,0		EUR	337.160	- 223.725
European Bank for Fund Services Gesellschaft mit beschränkter Haftung (ebase)	Aschheim	100,0		EUR	20.256	5.451
European Venture Partners (Holdings) Ltd	St. Helier, Jersey	85,0		GBP	0	0
European Venture Partners Ltd	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
FABA Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	95,0	75,0	EUR	26	294
Felix (CI) Limited	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	100,0		GBP	26	0
FHB – Immobilienprojekte GmbH	Eschborn	100,0		EUR	26	— ^{b)}
Film Library Holdings LLC	Melville, New York, USA	51,0		USD	28.678	- 318
FM LeasingPartner GmbH	Bissendorf	50,4		EUR	827	268
Forum Almada, Gestao de Centro Comercial, Sociedade Unipessoal Lda. II & Comandita	Lissabon, Portugal	100,0		EUR	- 36.505	699
Forum Almada-Gestao de Centro Commercial, Sociedade Unipessoal, Lda	Lissabon, Portugal	100,0		EUR	30.044	6.433
Forum Immobiliengesellschaft mbH	Eschborn	100,0		EUR	1.861	— ^{b)}
Forum Montijo, Gestao de Centro Comercial Sociedade Unipessoal, Lda	Lissabon, Portugal	100,0		EUR	- 25.076	- 5.848
Frankfurter Gesellschaft für Vermögensanlagen mit beschränkter Haftung	Eschborn	100,0		EUR	5.952	— ^{b)}
Futura Hochhausprojektgesellschaft mbH	Eschborn	100,0		EUR	2.421	— ^{b)}
General Leasing (No.16) Limited	London, Großbritannien	43,8	100,0	GBP	343	640
G-G-B Gebäude- und Grundbesitz GmbH	Eschborn	100,0		EUR	256	— ^{b)}
GIE Dresdner Kleinwort France i.L	Paris, Frankreich	100,0		EUR	0	0

Name	Sitz	Kapitalanteil % insg.	Abweichende Stimmrechte %	Währung	Eigenkapital Tsd.	Jahresergebnis Tsd.
GO German Office GmbH	Wiesbaden	100,0		EUR	28.508	— ^{b)}
gr Grundstücks GmbH Objekt Corvus	Frankfurt am Main	100,0		EUR	50	– 7
gr Grundstücks GmbH Objekt Corvus & Co. Sossenheim KG	Frankfurt am Main	100,0		EUR	228	– 131
Gresham Leasing March-1 Limited	London, Großbritannien	25,0	100,0	GBP	1.065	0
Gresham Leasing March-2 Limited	London, Großbritannien	25,0	100,0	EUR	2.171	– 240
Grundbesitzgesellschaft Berlin Rungestr. 22–24 mbH	Eschborn	100,0		EUR	258	– 29
Herradura Ltd	London, Großbritannien	100,0		EUR	5	0
Hibernia Beta Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main	100,0		EUR	59.953	– 16.469
Hibernia Eta Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main	85,0		EUR	42.823	– 11.767
Hibernia Gamma Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main	60,6		EUR	102.633	– 36.453
Hibernia Sigma Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main	100,0		EUR	42.827	– 11.766
Hurley Investments No. 3 Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	1.943	– 801.350
IVV – Immobilien – Verwaltungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	Eschborn	100,0		EUR	26	— ^{b)}
KENSTONE GmbH	Eschborn	100,0		EUR	26	— ^{b)}
Kommanditgesellschaft MS „CPO ALICANTE“ Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	90,0	90,0	EUR	20.290	– 1.434
Kommanditgesellschaft MS „CPO ANCONA“ Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	77,2	77,2	EUR	39.557	– 231
Kommanditgesellschaft MS „CPO BILBAO“ Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	90,0	90,0	EUR	20.755	954
Kommanditgesellschaft MS „CPO MARSEILLE“ Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	77,2	77,2	EUR	36.950	– 951
Kommanditgesellschaft MS „CPO PALERMO“ Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	73,9	73,9	EUR	39.460	– 477
Kommanditgesellschaft MS „CPO TOULON“ Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	90,0	90,0	EUR	38.213	– 5.864
Kommanditgesellschaft MS „CPO VALENCIA“ Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	90,0	90,0	EUR	21.424	– 667
Langham Nominees Ltd	St. Peter Port, Guernsey	100,0		GBP	0	0
LAUREA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesell- schaft mbH & Co. Objekt Berlin Anthropolis KG	Ludwigshafen	94,5	94,4	EUR	– 4.883	1.836
LAUREA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesell- schaft mbH & Co. Objekt Berlin Grindelwaldweg KG	Düsseldorf	94,5	94,6	EUR	– 7.355	3.949
Limited Liability Company „ABRIO“	Kiew, Ukraine	100,0		UAH	83.899	– 13.255 ^{a)}
Limited Liability Company „ACUS“	Kiew, Ukraine	100,0		UAH	183.507	– 94.429 ^{a)}
Limited Liability Company „CLIOS“	Kiew, Ukraine	100,0		UAH	119.369	– 100.864 ^{a)}
Limited Liability Company „FESTLAND“	Kiew, Ukraine	100,0		UAH	465.385	0 ^{a)}
Limited Liability Company „MERUS“	Kiew, Ukraine	100,0		UAH	37.704	– 24.388 ^{a)}
Limited Liability Company „MODUS CAPITAL“	Kiew, Ukraine	100,0		UAH	381.168	– 228.291 ^{a)}
Limited Liability Company „RIDOS“	Kiew, Ukraine	100,0		UAH	96.288	– 83.611 ^{a)}

Name	Sitz	Kapitalanteil % insg.	Abweichende Stimmrechte %	Währung	Eigenkapital Tsd.	Jahresergebnis Tsd.
Limited Liability Company „SANTOS CAPITAL“	Kiew, Ukraine	100,0		UAH	169.736	– 70.545 ^{a)}
Limited Liability Company „VALIDUS“	Kiew, Ukraine	100,0		UAH	468.567	– 312.527 ^{a)}
LUGO Photovoltaik Beteiligungs gesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0		EUR	– 12.012	– 12.420
Marlyna Ltd	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Marylebone Commercial Finance – 2	London, Großbritannien	25,0	100,0	GBP	7.047	32
Marylebone Commercial Finance Limited	London, Großbritannien	25,0	87,0	EUR	571	0
Max Lease S.à.r.l. & Cie. Secs	Luxemburg, Luxemburg	100,0		EUR	3.711	799
MERKUR Grundstücks GmbH	Frankfurt am Main	100,0		EUR	7.594	— ^{b)}
Messestadt Riem „Office am See“ I GmbH	Eschborn	94,0		EUR	– 134	— ^{b)}
Messestadt Riem „Office am See“ II GmbH	Eschborn	94,0		EUR	459	— ^{b)}
Messestadt Riem „Office am See“ III GmbH	Eschborn	94,0		EUR	19	— ^{b)}
Morris (S.P.) Holdings Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
NAVALIS Schiffsbetriebsgesellschaft mbH & Co. MS „NEDLLOYD JULIANA“ KG	Hamburg	93,6	92,8	EUR	17.771	1.477
NAVIPOS Schiffsbeteiligungsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0		EUR	902	443
NORA Grundstücks-Vermietungsgesell- schaft mbH & Co. Objekt Lampertheim KG	Düsseldorf	100,0		EUR	20	166
NORA Grundstücks-Vermietungsgesell- schaft mbH & Co. Objekte Plön und Preetz KG	Düsseldorf	90,0	65,0	EUR	– 526	82
Nordboden Immobilien- und Handelsgesellschaft mbH	Eschborn	100,0		EUR	315	— ^{b)}
NOVELLA Grundstücks-Vermietungsgesell- schaft mbH	Düsseldorf	100,0		EUR	10.804	— ^{b)}
OLEANDRA Grundstücks-Vermietungsgesell- schaft mbH & Co. Objekt Jupiter KG	Grünwald	100,0	51,0	EUR	25.466	2.096
OLEANDRA Grundstücks-Vermietungsgesell- schaft mbH & Co. Objekt Luna KG	Grünwald	100,0	51,0	EUR	2.825	336
OLEANDRA Grundstücks-Vermietungsgesell- schaft mbH & Co. Objekt Neptun KG	Grünwald	100,0	51,0	EUR	16.467	1.645
OLEANDRA Grundstücks-Vermietungsgesell- schaft mbH & Co. Objekt Pluto KG	Grünwald	100,0	51,0	EUR	27.178	2.383
OLEANDRA Grundstücks-Vermietungsgesell- schaft mbH & Co. Objekt Uranus KG	Grünwald	100,0	51,0	EUR	43.882	1.728
OLEANDRA Grundstücks-Vermietungsgesell- schaft mbH & Co. Objekt Venus KG	Grünwald	100,0	51,0	EUR	23.288	1.769
Pisces Nominees Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	76.844	– 74.154
Property Invest GmbH	Eschborn	100,0		EUR	21.337	– 70
Property Invest Italy S.r.l.	Mailand, Italien	100,0		EUR	47.262	– 96
PUBLIC JOINT STOCK COMPANY „BANK FORUM“	Kiew, Ukraine	96,1		UAH	1.491.141	– 777.209
Real Estate Holdings Limited	Hamilton, Bermuda	100,0		BMD	20.148	– 9.237
Real Estate TOP TEGEL Drei GmbH	Eschborn	94,0		EUR	60	— ^{b)}
Real Estate TOP TEGEL Eins GmbH	Eschborn	94,0		EUR	421	— ^{b)}

Name	Sitz	Kapitalanteil % insg.	Abweichende Stimmrechte %	Währung	Eigenkapital Tsd.	Jahresergebnis Tsd.
Real Estate TOP TEGEL Sechs GmbH	Eschborn	94,0		EUR	129	— ^{b)}
Real Estate TOP TEGEL Vier GmbH	Eschborn	94,0		EUR	60	— ^{b)}
Real Estate TOP TEGEL Zwei GmbH	Eschborn	94,0		EUR	60	— ^{b)}
REFUGIUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Grünwald	100,0		EUR	8.846	5.701
Rood Nominees Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	0	0
Rook Finance LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	77.315	–453
SB-Bauträger GmbH & Co. Urbis Hochhaus-KG	Frankfurt am Main	100,0		EUR	199	0
SECUNDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0		EUR	5.811	— ^{b)}
Service-Center Inkasso GmbH Düsseldorf	Düsseldorf	100,0		EUR	130	— ^{b)}
South East Asia Properties Limited	London, Großbritannien	100,0		GBP	31.874	10.355
Space Park GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	90,0		EUR	–95.092	–54
Sterling Energy Holdings Inc.	Wilmington, Delaware, USA	76,2	100,0	USD	45.973	–44 ^{a)}
Sterling Energy LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0		USD	132.338	–1.816 ^{a)}
Süddeutsche Industrie-Beteiligungs-GmbH	Frankfurt am Main	100,0		EUR	6.676	— ^{b)}
TARA Immobiliengesellschaft mbH	Eschborn	100,0		EUR	25	— ^{b)}
TARA Immobilienprojekte GmbH	Eschborn	100,0		EUR	25	— ^{b)}
Thurlaston Finance Limited	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	100,0		GBP	2	0
TIGNATO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KölnTurm MediaPark KG	Eschborn	100,0		EUR	1.293	9.457
TOMO Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0		EUR	22.778	— ^{b)}
Transfinance a.s.	Prag, Tschechien	100,0		CZK	269.458	16.932
Twins Financing LLC	Dover, Delaware, USA	60,0		USD	25.511	–23.074
U.S. Residential Investment I, L.P.	Wilmington, Delaware, USA	90,0		USD	23.827	3.555
Unica Immobiliengesellschaft mbH	Eschborn	100,0		EUR	43	— ^{b)}
Watling Leasing March-1	London, Großbritannien	25,0	100,0	GBP	11.146	–28
WebTek Software Private Limited	Bangalore, Indien	100,0		INR	219.976	0
WESTBODEN – Bau- und Verwaltungsgesellschaft mit beschränkter Haftung	Eschborn	100,0		EUR	55	— ^{b)}
Westend Grundstücksgesellschaft mbH	Eschborn	100,0		EUR	260	— ^{b)}
Wohnbau-Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn	90,0		EUR	299	–8
Yarra Finance Limited	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	100,0		GBP	55	0

b) Wegen untergeordneter Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezogene verbundene Unternehmen^{c)}

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>
1. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
10. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH.....	Düsseldorf	100,0	
11. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH.....	Düsseldorf	100,0	
12. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH.....	Düsseldorf	100,0	
13. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH.....	Düsseldorf	100,0	
14. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH.....	Düsseldorf	100,0	
2. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
3. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
4. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
5. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
6. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
7. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
8. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
9. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ABANTITIM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ABANTUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ABELASSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH.....	Düsseldorf	100,0	
ABENITA Photovoltaik Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ABESTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ABORONUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH.....	Düsseldorf	100,0	
ABOTORIUM Finanz- und Verwaltungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ACARINA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ACCESSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ACINA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ACOLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ACREDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ACRONA Photovoltaik-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ACTOSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ADAMANTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ADELIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ADELIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin Teltow KG	Düsseldorf	92,4	92,1
ADELKA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ADENARA Flugzeug-Leasinggesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ADUKKA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ADURAMA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
AFINA, Bufete de Socios Financieros, S.A.	Madrid, Spanien	98,7	99,3
AFÖG Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	94,2	
AGALINA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AGARBA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AGASILA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AGREGATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Haan	100,0	
AJOLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AKERA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
AKUSTIA Verwaltung und Treuhand GmbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ALACRITAS Verwaltungs- und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
ALBELLA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
ALBOLA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
ALCARDIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ALDANZA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ALDINGA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
ALDULA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
ALEMANTA Photovoltaik Beteiligungsgesellschaft mbH.....	Düsseldorf	100,0	
ALEMONA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
ALFRIDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % Insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>
ALFUTURA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ALIBORA Verwaltung- und Treuhand GmbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ALICANTE NOVA Shipping Limited	Monrovia, Liberia	100,0	
ALIDA Photovoltaik-Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ALIVERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ALKANTA Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ALMARENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ALMONDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ALMURUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ALONGA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ALSANTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekte RiCö KG	Düsseldorf	0,0	85,0
ALSANTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ALSENNA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ALSTRUCTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
Alternative Asset Management S.A.	Luxemburg, Luxemburg	100,0	
ALUBRA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
ALUDANTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ALVENTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ALVINA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AMALIA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
AMBRESA Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0	
AMENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AMERA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
AMITEA Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
AMITICULA Photovoltaik Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
AMONEUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AMTERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AMUNDA Verwaltung und Treuhand GmbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ANBANA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ANCAVA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ANCONA NOVA Shipping Limited	Monrovia, Liberia	100,0	
ANDROMEDA Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ANEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ANSELMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ARAFINA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AREBA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
Ariondaz SAS	Paris, Frankreich	100,0	
ARISA Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ARMANDA Flugzeug-Leasinggesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AROSA Flugzeug-Leasinggesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ARQUATUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ARVINA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
ASCETO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ASERTUNA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ASILUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ASISTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
ASKANZA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ASKANZA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lüdenscheid KG	Düsseldorf	94,4	86,0
ASKIBA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ASPERGA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
Aspiro S.A.	Lodz, Polen	100,0	
ASSANDRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ASSENTO Photovoltaik-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ASSERTA Flugzeug-Leasinggesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ASTRELLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Berlin	100,0	

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>
ASTRIFA Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	b)
ATERNA Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Berlin	100,0	
Atlas-Alpha GmbH	Frankfurt am Main	100,0	b)
ATUNO Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	
AURESTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AVANCIA Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AVARICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AVARICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Münchberg KG	Düsseldorf	93,2	93,6
AVENDO Beteiligungsgesellschaft mbH	Stuttgart	100,0	
AVERTUM Flugzeug-Leasinggesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
AVERTUM Flugzeug-Leasinggesellschaft mbH & Co. Zweite Legacy 600 KG	Düsseldorf	100,0	
BACUL Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn	100,0	
Bankowy Dom Hipoteczny Sp. z. o.o.	Warschau, Polen	100,0	
Belus Immobilien- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn	100,0	
Beteiligungsgesellschaft für Industrie und Handel mbH	Frankfurt am Main	100,0	
BFC Berliner Film Companie Beteiligungsgesellschaft mbH	Berlin	100,0	
BILBAO NOVA Shipping Limited	Monrovia, Liberia	100,0	
BONITAS Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Friedrichshafen KG	Düsseldorf	0,0	51,0
BONITAS Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Neustadt-Schwaig KG	Grünwald	85,5	86,0
BRE Corporate Finance S.A.	Warschau, Polen	100,0	
BRE Property Partner Sp. z o.o.	Warschau, Polen	100,0	
BRE Systems Sp. z.o.o.	Lodz, Polen	100,0	
BRE Wealth Management S.A.	Warschau, Polen	100,0	
BREL-APEX Sp. z o.o.	Warschau, Polen	100,0	
BREL-BAT Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0	
BREL-COM Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0	
BREL-ESTATE Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0	
BREL-FIN Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0	
BREL-FORCA Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0	
BREL-HAN Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0	
BRELINVEST Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0	
BREL-MAR Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0	
BREL-Property Management Sp.z.o.o.	Warschau, Polen	100,0	
BREL-STAR Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0	
Caduceus Investment S.A.	Luxemburg, Luxemburg	100,0	
CAP Kiel Betriebs-GmbH i.L.	Kiel	51,0	
CB Euregio GmbH	Frankfurt am Main	100,0	
CB Lux Kirchberg GmbH	Frankfurt am Main	100,0	
CBG Commerz Beteiligungskapital Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,0	
CCR Courtage i.L.	Paris, Frankreich	100,0	
Centrum Rozliczen i Informacji CERI Sp. z.o.o.	Aleksandrów Łódzki, Polen	100,0	
CG Japan GmbH	Wiesbaden	100,0	
CG Real Estate Luxemburg S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0	
CGG Canada Grundbesitz GmbH	Wiesbaden	100,0	
CGI Stadtgalerie Schweinfurt Verwaltungs- GmbH	Wiesbaden	100,0	
CGI Victoria Square Limited	London, Großbritannien	100,0	
CGI Victoria Square Nominees Limited	London, Großbritannien	100,0	
CIV GmbH Alpha	Frankfurt am Main	100,0	
CIV GmbH Beta	Frankfurt am Main	100,0	
COLLEGIUM GLASHÜTTEN Zentrum für Kommunikation Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Glashütten	100,0	b)
Commerz (Niederland) N.V.	Amsterdam, Niederlande	100,0	
Commerz Building and Management GmbH	Essen	100,0	b)
Commerz Funds Solutions S.A.	Luxemburg, Luxemburg	100,0	

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>
Commerz Grundbesitz Gestao de Centros Comerciais, Sociedade Unipessoal, Lda.	Lissabon, Portugal	100,0	
Commerz Keyes Avenue Properties (Proprietary) Ltd.	Johannesburg, Südafrika	100,0	
Commerz Management Services Limited	Dublin, Irland	100,0	
Commerz Nominees Limited	London, Großbritannien	100,0	
Commerz Overseas Services Ltd.	London, Großbritannien	100,0	
Commerz Real Autoservice GmbH i.L.	Düsseldorf	100,0	b)
Commerz Real CZ s.r.o.	Prag, Tschechien	100,0	
Commerz Real Direkt GmbH i.L.	Düsseldorf	100,0	b)
Commerz Real Finanzierungsleasing GmbH	Düsseldorf	100,0	b)
Commerz Real Nederland B. V.	Capelle a/d IJssel, Niederlande	100,0	
Commerz Real Partner Hannover GmbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
Commerz Real Partner Nord GmbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
Commerz Real Partner Süd GmbH	Düsseldorf	100,0	
Commerz Real Projektconsult GmbH	Düsseldorf	100,0	b)
Commerz Real Southern Europe GmbH	Wiesbaden	100,0	
Commerz Real Vertrieb GmbH	Düsseldorf	100,0	
Commerz Real Western Europe GmbH	Wiesbaden	100,0	
Commerz Transaction Services Ost GmbH	Halle (Saale)	100,0	
Commerzbank Capital Management Unternehmensbeteiligungs GmbH	Frankfurt am Main	100,0	b)
Commerzbank International (Jersey) Limited	St. Helier, Jersey	100,0	
Commerzbank Leasing December – 25 Limited	London, Großbritannien	70,0	
Commerzbank Leasing December – 6 Limited	London, Großbritannien	100,0	
Commerzbank Representative Office Nigeria Limited	Lagos, Nigeria	100,0	
Commerzbank Representative Office Panama, S.A.	City of Panama, Panama	100,0	
Commerzbank Sao Paulo Servicos Ltda.	Sao Paulo, Brasilien	100,0	
Commerzbank Sponsoring GmbH	Frankfurt am Main	100,0	b)
CommerzKommunalbau GmbH	Düsseldorf	100,0	
CommerzLeasing GmbH	Düsseldorf	100,0	
CommerzStiftungsTreuhand GmbH	Frankfurt am Main	100,0	
CommerzTrust GmbH	Frankfurt am Main	100,0	
CR Station General Partner Inc.	Toronto, Kanada	100,0	
Crédito Germánico S.A.	Montevideo, Uruguay	100,0	
CRI Erste Beteiligungsgesellschaft mbH	Wiesbaden	100,0	
CRI Zweite Beteiligungsgesellschaft mbH	Wiesbaden	100,0	
CSK Sp. z.o.o.	Lodz, Polen	100,0	
Czwarty Polski Fundusz Rozwoju Sp. z.o.o.	Lodz, Polen	100,0	
Delphi I Eurohypo LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0	
DFI S.p.A. in liquidazione	Mailand, Italien	100,0	
Dr. Gubelt Immobilien Vermietungs-Gesellschaft mbH & Co. Objekt Chemnitz KG	Düsseldorf	98,8	98,8
Dresdner Kleinwort Derivative Investments Limited	London, Großbritannien	100,0	
Dresdner Kleinwort Group LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Dresdner Kleinwort Holdings II, Inc.	Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Dresdner Kleinwort Servicios y Asesorias Ltda.	Santiago de Chile, Chile	100,0	
Dresdner Private Placement GmbH	Bad Vilbel	100,0	
EHY Sub Asset LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0	
EHNY Montelucia Manager, LLC	Dover, Delaware, USA	100,0	
Einunddreißigste DRESIB Beteiligungs-Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	
Elfte Umbra Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	b)
EP Euro-Projektentwicklungs GmbH & Co. Objekt 1 KG	Frankfurt am Main	100,0	
EP Euro-Projektentwicklungs-Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,0	
Erste DRESIB Beteiligungs-Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	
EuREAM GmbH	Wiesbaden	100,0	
Eurohypo Investment Banking Limited	London, Großbritannien	100,0	
Eurohypo Nominees 1 Limited	London, Großbritannien	100,0	

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % Insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>
Eurohypo Representacoes Ltda.	Sao Paulo, Brasilien	100,0	
Eurologistik 1 Leasehold General Partner BVBA	Brüssel, Belgien	100,0	
Fernwärmenetz Leipzig GmbH	Leipzig	100,0	
Finanztrust AG in Liquidation	Glarus, Schweiz	100,0	
Forum Algarve – Gestao de Centro comercial, Sociedade Unipessoal, Lda.	Lissabon, Portugal	100,0	
Frega Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	
Galbraith Investments Limited	London, Großbritannien	100,0	
Garbary Sp. z.o.o.	Poznan, Polen	100,0	
Gesellschaft für Kreditsicherung mbH	Berlin	63,3	
GIE Victoria Aéronautique	Paris, Frankreich	100,0	
GRANADA Investment GmbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
Grundstücks- und Vermögensverwaltungsgesellschaft Geretsried mbH	Düsseldorf	51,1	51,0
GVG Gesellschaft zur Verwertung von Grundbesitz mit beschränkter Haftung	Eschborn	100,0	b)
H 47 GmbH & Co. KG	Düsseldorf	100,0	
H 47 Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	94,4	94,0
Haus am Kai 2 O.O.O.	Moskau, Russland	100,0	
HDW Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	
Histel Beteiligungs GmbH	Frankfurt am Main	100,0	b)
HVI Handels- und Verwertungsgesellschaft für Immobilien mbH	Düsseldorf	94,0	
Immobilien-Gesellschaft Ost Hägle, spol. s.r.o.	Prag, Tschechien	100,0	
Immobilien-Vermietungsgesellschaft Reeder & Co. Objekt Airport Bürocenter Dresden KG	Dresden	87,2	86,6
Immobilienverwaltungs- und Vertriebsgesellschaft Villen am Glienicker Horn mbH	Berlin	100,0	
Immobilienverwaltungsgesellschaft Grammophon Büroпарк mbH	Berlin	100,0	
Immobilienverwaltungsgesellschaft Kampffmeyer Villa mbH	Berlin	100,0	
Immobilienverwaltungsgesellschaft Schlachthof Offenbach mbH	Eschborn	100,0	
IMMOFIDUCIA Sp. z. o.o.	Warschau, Polen	100,0	
Inversiones Dresdner Kleinwort Chile Ltda.	Santiago de Chile, Chile	100,0	
IWP International West Pictures GmbH & Co. Erste Produktions KG	Köln	94,9	
IWP International West Pictures Verwaltungs GmbH	Köln	100,0	
KTC Kommunikations- und Trainings-Center Königstein GmbH ...	Königstein	100,0	
L.I.A. Leasinggesellschaft für Immobilien- und Anlagegüter mbH	Düsseldorf	100,0	
LAUREA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Ludwigshafen	94,0	
LOFRA GmbH & Co.KG	Frankfurt am Main	99,9	100,0
LOFRA Verwaltungs-Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	
Lufthansa Leasing GmbH & Co. Echo-Oscar KG i. L.	Grünwald	100,0	99,6
Lufthansa Leasing GmbH & Co. Echo-Papa KG i. L.	Grünwald	71,2	71,0
LUGO Photovoltaik-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt El Baldio 1 KG	Düsseldorf	100,0	
Mandas Receivables No. 1 Limited	St. Helier, Jersey	100,0	
Mandas Receivables No. 2 Limited	St. Helier, Jersey	100,0	
Marseille Shipping Limited	Monrovia, Liberia	100,0	
Max Lease Sàrl.	Luxemburg, Luxemburg	100,0	
MOLBINA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Düsseldorf Ludwig-Erhard-Allee KG	Düsseldorf	94,3	91,2
MOLMELFI Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Burghausen KG	Düsseldorf	100,0	51,0
MOLRATUS Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
MOLRATUS Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Loxstedt KG	Düsseldorf	0,0	85,0
MONEA Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
Montitail – Gestao de Retail Park, Sociedade Unipessoal Lda. ...	Lissabon, Portugal	100,0	
NACOLO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>
NACONA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NACONEO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH i.L.	Hamburg	100,0	
NACONGA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NACORINO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH i.L.	Hamburg	100,0	
NACORONA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH i.L.	Hamburg	100,0	
NACOTA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH i.L.	Hamburg	100,0	
NAFARI Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAFIRINA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAMINO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH i.L.	Hamburg	100,0	
NAROLA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH i.L.	Hamburg	100,0	
NASIRO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NASTO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAUCULA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAULUMO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAUMOSA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH i.L.	Hamburg	100,0	
NAUPEUS Schiffsbetriebsgesellschaft mbH i.L.	Hamburg	100,0	
NAURANTO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAURATA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAUSOLA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAUTARO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAUTESSA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAUTIS Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAUTLUS Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAUTO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAUTORIA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAUTUGO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVALIS Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVALIS Shipping Limited	Monrovia, Liberia	100,0	
NAVIBOLA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVIBOTO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVIFIORI Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVIGA Schiffsbeteiligung GmbH	Hamburg	100,0	
NAVIGATO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVIGOLO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVILO Vermietungsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVINA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVIRENA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVIROSSA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVISTA Verwaltungund Treuhand GmbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
NAVITA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVITARIA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVITONI Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVITOSA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NAVITURA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NEB Shipping Co.	Monrovia, Liberia	100,0	
NEPTANA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NEPTILA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NEPTORA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NEPTUGA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NEPTUNO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
NESTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
NESTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hamme KG	Düsseldorf	100,0	
NESTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Landau KG	Düsseldorf	5,0	55,0
NESTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Wiemelhausen KG	Düsseldorf	100,0	

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>
Neuma Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	
Neunzehnte FraMü Beteiligungs GmbH	Frankfurt am Main	100,0	
NORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
NOSCO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Mainz	100,0	
NOTITIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
NOVITAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
Number X Real Estate Hungary Kft.	Budapest, Ungarn	100,0	
NUMBER X Real Estate GmbH	Eschborn	100,0	
NUMERIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
NURUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	b)
OSKAR Medienbeteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
PALERMO Shipping Limited	Monrovia, Liberia	100,0	
PAREO Kraftwerk-Beteiligungsgesellschaft mbH	Leipzig	100,0	
Property Invest Spain, S.L.	Barcelona, Spanien	100,0	
PRUNA Betreiber GmbH	Grünwald	51,0	
RAMONIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
RAPIDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
RAVENNA Kraków Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0	
Receivable Partners Inc.	Wilmington, Delaware, USA	66,0	
RECURSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Frankfurt	100,0	
RESIDO Flugzeug-Leasinggesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
RIMA Medien-Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	100,0	
RIPA Medien-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Baden-Airpark KG	Düsseldorf	50,0	65,0
ROSATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ROSINTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ROSOLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
ROTUNDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	
SB-Bauträger Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Eschborn	100,0	
Schunk GmbH	Willich	51,0	
Solar Cuever del Negro 1, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 10, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 11, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 12, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 13, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 14, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 15, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 16, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 17, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 18, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 2, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 3, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 4, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 5, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 6, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 7, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 8, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Cuever del Negro 9, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 1, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 10, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 11, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 12, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 13, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 14, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>
Solar Los Arroyos de Escuzar 15, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 16, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 17, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 18, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 2, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 3, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 4, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 5, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 6, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 7, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 8, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
Solar Los Arroyos de Escuzar 9, S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	
SOLTRX Transaction Services GmbH	Düsseldorf	100,0	b)
Space Park Erste Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,0	
TARA Immobilien-Besitz GmbH	Eschborn	100,0	b)
TARA Immobilien-Verwaltungs-GmbH	Eschborn	100,0	
TARA Property-Management GmbH	Eschborn	100,0	
Tele-Tech Investment Sp. z.o.o	Warschau, Polen	100,0	
TIGNARIS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Ostfildern KG	Düsseldorf	94,9	97,0
TIGNARIS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Streubesitz KG	Düsseldorf	94,8	
TIGNATO Beteiligungsgesellschaft mbH	Essen	100,0	
TOULON NOVA Shipping Limited	Monrovia, Liberia	100,0	
TRANSFERIA Managementgesellschaft mbH i.L.	Dortmund	100,0	
VALENCIA NOVA Shipping Limited	Monrovia, Liberia	100,0	
Wijkertunnel Beheer III B.V.	Amsterdam, Niederlande	100,0	
WST-Broker-GmbH i.L.	Frankfurt am Main	90,0	

2. Assoziierte Unternehmen

a) In der Konzernbilanz at-Equity-bewertete assoziierte Unternehmen

Name	Sitz	Kapitalanteil % insg.	Abweichende		Währung	Eigenkapital Tsd.	Jahresergebnis Tsd.
			Stimmrechte %				
36th Street CO-INVESTMENT, L.P. ...	Wilmington, Delaware, USA	49,0	50,0		USD	14.497	242
AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	31,6			EUR	161.822	8.605
Argor-Heraeus S.A.	Mendrisio, Schweiz	31,2			CHF	6.369	28.324
Capital Investment Trust Corporation	Taipei, Taiwan	24,0			TWD	54.852	12.361
Captain Holdings S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	46,0			GBP	3.853	-1
Commerz Unternehmensbeteiligungs- Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main	40,0			EUR	30.000	4.822
COMUNITHY Immobilien GmbH	Düsseldorf	49,9			EUR	-8.143	747
DTE Energy Center, LLC	Wilmington, Delaware, USA	49,5			USD	104.300	0 ^{a)}
Exploitiemaatschappij Wijkertunnel C.V.	Amsterdam, Niederlande	33,3			EUR	10.607	0
GIE Céline Bail	Paris, Frankreich	40,0			EUR	0	4.213
GIE Morgane Bail	Paris, Frankreich	40,0			EUR	0	3.581
GIE Northbail	Puteaux, Frankreich	25,0			EUR	0	7
HAJOBANTA GmbH & Co. Asia Opportunity I KG	Düsseldorf	20,8	20,7		EUR	149.041	-1.127
ILV Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH	Düsseldorf	50,0			EUR	43.779	5.967
Inmobiliaria Colonial, S.A.	Barcelona, Spanien	19,8			EUR	1.958.335	-711.026
KGAL GmbH & Co. KG	Grünwald	40,5			EUR	97.648	3.684
KGAL Verwaltungs-GmbH	Grünwald	45,0			EUR	8.362	396
MFG Flughafen- Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. BETA KG	Grünwald	29,4	29,0		EUR	-63.291	3.024
MM Cogène 2	Paris, Frankreich	49,8			EUR	0	2.476
RECAP Alta Phoenix Lofts Investment, L.P.	New York, New York, USA	50,0			USD	16.158	0
RECAP/Commerz AMW Investment, L.P.	New York, New York, USA	50,0			USD	15.480	0
RECAP/Commerz Greenwich Park Investment, L.P.	New York, New York, USA	50,0			USD	10.870	0
Reederei MS „E.R. INDIA“ Beteiligungsgesellschaft mbH & Co.KG	Hamburg	26,1			EUR	9.224	2.166
Southwestern Co-Investment, L.P. ...	New York, New York, USA	50,0			USD	13.196	0

b) Wegen untergeordneter Bedeutung in der Konzernbilanz nicht at-Equity-bewertete assoziierte Unternehmen

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>
4239431 Canada Inc.	Toronto, Ontario, Kanada	50,0	
4239440 Canada Inc. General Partner	Toronto, Ontario, Kanada	50,0	
4239466 Canada Inc.	Toronto, Ontario, Kanada	50,0	
4239474 Canada Inc.	Toronto, Ontario, Kanada	50,0	
ACTIUM Leasobjekt GmbH & Co. Objekte Amberg und Landshut KG	Düsseldorf	50,0	
ADAMANTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Elbphilharmonie KG	Düsseldorf	50,0	
AF Eigenkapitalfonds für deutschen Mittelstand GmbH & Co. KG	München	47,9	
AGASILA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Düsseldorf KG	Düsseldorf	23,4	25,0
Ampton B.V.	Amsterdam, Niederlande	50,0	
ASTIRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
BAF Berlin Animation Film GmbH	Berlin	49,0	
Banco Comercial S. A.	Montevideo, Uruguay	33,3	
Bonitos GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	50,0	
Bonitos Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	50,0	
BONUS Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	30,0	
CETERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Weinheim KG	Düsseldorf	5,0	33,3
CHRISTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Rottweil KG i.L.	Düsseldorf	2,0	33,3
COMMERZ GOA REALTY Management, LLC	Atlanta, Georgia, USA	49,0	
Commerz GOA Realty Associates LLC	New York, New York, USA	49,0	
Commerz Realty Associates GP V, LLC	Wilmington, Delaware, USA	49,0	
DRABELA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DREBACUSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DREBANTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DREBENDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DREBOSTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DRECORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DREDOLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DREFLORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DREFUMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DREHERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	50,0	
DREKANDIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DREKONTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DRELARA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DRELOBA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DRELOSINA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DRELUTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DREMARA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	50,0	
DRENITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DRESANA Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DRETERUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DRETUNA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
DREVERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
Düsseldorfer Börsenhaus GmbH	Düsseldorf	20,0	
EP Euro-Projektentwicklungs GmbH & Co. Objekt Köln-Porz KG i.L.	Frankfurt am Main	50,0	
FERO Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	26,0	
FORNAX Kraftwerk-Beteiligungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
FOSSUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	24,8	25,0
FUNGOR Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	43,6	
GIE Cinquieme Lease	Puteaux, Frankreich	33,3	

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>
GIE Go Lease	Puteaux, Frankreich	50,0	
GIE Hu Lease	Puteaux, Frankreich	50,0	
GIE Quatrieme Lease	Puteaux, Frankreich	33,3	
GMF German Mittelstand Fund GmbH i. L.	Frankfurt am Main	23,5	
GOPA Gesellschaft für Organisation, Planung und Ausbildung mbH	Bad Homburg v. d. Höhe	24,8	28,8
GRAMEDA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GRAMINA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GRAMOLINDA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GRAMOLINDA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Frankfurt KG	Grünwald	94,0	40,0
GRASSANO Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GRATNOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GRENADO Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GRETANA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GRISLEVA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GRONDOLA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GROSINA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GROTEGA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GRUMENTO Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GRUMONA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GRUMOSA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GRUNATA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
GZ Verwaltungsgesellschaft für Transportmittel mbH i.L.	München	50,0	
Industriedruck Krefeld Kurt Janßen GmbH & Co KG	Krefeld	25,7	
Irving Place Co-Investment, L.P.	New York, New York, USA	37,7	50,0
Ivanhoe Rive Nord Inc.	Toronto, Ontario, Kanada	50,0	
Ivanhoe Ste-Foy Inc.	Toronto, Ontario, Kanada	50,0	
La Tasca Holdings Limited	Luton, Großbritannien	39,2	
Lerchesberg Grundstücks-Gesellschaft mbH i.L.	Frankfurt am Main	49,0	
LOUISENA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
Lufthansa Leasing GmbH & Co. Echo-November KG i. L.	Grünwald	30,6	30,5
MAECENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Dortmund KG	Düsseldorf	5,0	33,3
MANICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Neutraubling KG	Düsseldorf	5,0	50,0
MARBANA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hallenbad Flensburg KG	Flensburg	40,0	
MARBREVA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt AOK Bayern KG	Düsseldorf	100,0	50,0
MARBREVA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt AOK Rheinland-Pfalz KG	Düsseldorf	100,0	50,0
Marie Lease S.à r.l.	Luxemburg, Luxemburg	49,0	
MARIUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hannover KG	Düsseldorf	21,0	40,0
MERLAN Mobilien-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Projekt Nr. 15 KG i. L.	Grünwald	32,0	31,1
MINERVA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Radolfzell KG	Düsseldorf	21,0	
MOLANCONA Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
MOLARIS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kurhaus KG	Düsseldorf	100,0	49,0
MOLBARVA Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
MOLBERNO Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
MOLBONA Vermietungsgesellschaft mbH	Berlin	50,0	
MOLCASA Vermietungsgesellschaft Objekt Smart mbH i.L.	Grünwald	50,0	
MOLDOMA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Augsburg KG	Düsseldorf	100,0	50,0

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte %</u>
MOLGRADO Vermietungsgesellschaft Objekt Göttingen und Oldenburg mbH	Grünwald	50,0	
MOLPIREAS Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
MOLSOLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Aquarius KG	Düsseldorf	98,5	49,0
MOLSOLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Aries KG	Düsseldorf	98,5	49,0
MOLSOLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Düsseldorf Hohe Straße KG	Düsseldorf	98,5	49,0
MOLSOLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Geminus KG	Düsseldorf	98,5	49,0
MOLSOLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Halle Markt 11 KG	Düsseldorf	98,5	49,0
MOLSOLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Halle Riegel KG	Düsseldorf	98,5	49,0
MOLSOLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Pforzheim KG	Düsseldorf	98,5	49,0
MOLSOLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Taurus KG	Düsseldorf	98,5	49,0
MOLSURA Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
MS "Meta" Stefan Patjens GmbH & Co. KG	Drochtersen	30,5	
NOSSIA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	Grünwald	2,5	25,0
NULUX NUKEM LUXEMBURG GmbH	Luxemburg, Luxemburg	49,5	
ORBITA Kraftwerk-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	
ORNATUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld (Dahme-Spreewald)	50,0	
OSCA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	Grünwald	26,0	
Pinova GmbH & Co. Erste Beteiligungs KG	München	41,8	
ProCredit Bank Sh.A.	Tirana, Albanien	20,0	
Rendite Partner Gesellschaft für Vermögensverwaltung mbH i. L.	Frankfurt am Main	33,3	
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt ISF Sindlingen KG	Düsseldorf	0,0	50,0
SCI L Argentiere	Grenoble, Frankreich	30,0	
TAMOLDINA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
TAMOLTEMPA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
TAMOLTESSA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald	50,0	
The World Markets Company GmbH i. L.	Frankfurt am Main	25,2	
U.S. Residential I GP, LLC	Wilmington, Delaware, USA	49,0	50,0

3. In der Konzernbilanz at-Equity-bewertete Gemeinschaftsunternehmen

<u>Name</u>	<u>Sitz/Sitz der Verwaltungsgesellschaft</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Abweichende Stimmrechte</u>		<u>Währung</u>	<u>Eigenkapital Tsd.</u>	<u>Jahresergebnis Tsd.</u>
			<u>%</u>	<u>%</u>			
Carbon Trade & Finance SICAR S.A.	Senningerberg, Luxemburg	50,0			EUR	9.167	1.039
Commerz Finanz GmbH	München	49,9			EUR	346.158	-23.441
Delphi I LLC	Wilmington, Delaware, USA	33,3	33,3		USD	-420.910	-13.679
FV Holding S.A.	Brüssel, Belgien	60,0			EUR	30.283	-19.390
Kaiserkarree S.a.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	50,0			EUR	-71.611	-48.630
Servicing Advisors Deutschland GmbH ..	Frankfurt am Main	50,0			EUR	3.038	-677

4. Zweckgesellschaften und Spezialfonds

a) In den Konzernabschluss gemäß IAS 27/SIC 12 einbezogene Zweckgesellschaften

Name	Sitz/Sitz der Verwaltungs- gesellschaft	Kapitalanteil % insg.	Abweichende Stimmrechte %	Währung	Eigenkapital Tsd.
Asset Securitisation Programme for Insured Receivables Ltd. (ASPIRE)	Dublin, Irland	0,0		EUR	2 ^{a)}
Barrington II LLC	Dover, Delaware, USA	0,0		USD	0
Barrington II Ltd.	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	0,0		USD	7.896
Beethoven Funding Inc	Dover, Delaware, USA	0,0		USD	3 ³⁾
Borromeo Finance S.r.l.	Mailand, Italien	0,0		EUR	58.252
Bosphorus Capital Ltd	Dublin, Irland	0,0		EUR	- 715
CB MezzCAP Limited Partnership	St. Helier, Jersey	0,0		EUR	346
Classic I (Netherlands) BV 2008-1	Amsterdam, Niederlande	0,0		EUR	43.205
CoSMO Finance 2007-1 Ltd.	Dublin, Irland	0,0		EUR	0
CoSMO Finance 2008-1 Ltd.	Dublin, Irland	0,0		EUR	0
CoSMO II-1 Ltd.	Dublin, Irland	0,0		EUR	10 ^{a)}
Danube Delta PLC	Delaware, USA	0,0		USD	- 44.120
Dock 100 GmbH & Co. KG	Berlin	0,0		GBP	- 27.795 ^{a)}
FAF Inc.	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	0,0		EUR	167
Global One Funding III LLC	Wilmington, Delaware, USA	0,0		USD	0 ^{a)}
Greenway Infrastructure Capital Plc	St. Helier, Jersey	0,0		EUR	176.023
Greenway Infrastructure Fund	St. Helier, Jersey	0,0		EUR	0
Honeywell Grundbesitzverwaltungs-GmbH & Co Vermietungs KG	Grünwald	100,0	19,0	EUR	- 13.215 ^{d)}
Idilias SPC (Silo IV)	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	0,0		USD	237
Idilias SPC Inc.	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	0,0		EUR	230
Justine Capital SRL	Mailand, Italien	0,0		EUR	226
Kalmus Grundstücks Gesellschaft Objekt KG	Grünwald	0,0		EUR	- 897
Lamina Grundstücks- Verwaltungsgesellschaft mbH & Co Objekt Leipzig KP, Grünwald	Grünwald	0,0		EUR	5.697
Liffey Emerald Ltd.	Dublin, Irland	0,0		EUR	618.427
Livingstone Mortgages Limited	London, Großbritannien	0,0		GBP	4.555
MERKUR Grundstücks-Gesellschaft Objekt Berlin Lange Straße mbH & Co. KG	Grünwald	0,0		EUR	44.002
Millstone II LLC	Dover, Delaware, USA	0,0		USD	148.617
Millstone II Ltd.	Dover, Delaware, USA	0,0		USD	0
More Global Inc.	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	0,0		EUR	86
Pantheon Master Fund	Delaware, USA	0,0		USD	- 44.120
Plymouth Capital Ltd.	St. Helier, Jersey	0,0		EUR	1.637
RCL Securitisation GmbH	Frankfurt am Main	0,0		EUR	36
Rügen I GmbH	Frankfurt am Main	0,0		EUR	25
Semper Finance 2006-1 Ltd.	St. Helier, Jersey	0,0		GBP	1
Semper Finance 2007-1 GmbH	Frankfurt am Main	0,0		EUR	- 259
Silver Tower 125 Inc.	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	0,0		EUR	1.414
Symphony No. 2 LLC	Wilmington, Delaware, USA	0,0		USD	- 32
Symphony No. 4 LLC	Dover, Delaware, USA	0,0		USD	- 8
Tee One Inc.	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	0,0		EUR	- 14 ^{a)}
Thames SPC	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	0,0		EUR	0
Truckman Inc	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	0,0		EUR	- 3
TS Co. mit One GmbH	Frankfurt am Main	0,0		EUR	25
TS Lago One GmbH	Frankfurt am Main	0,0		EUR	26
Viaduct Invest FCP - SIF	Luxemburg, Luxemburg	0,0		EUR	1.282 ^{a)}
Victoria Capital (Ireland) Public Limited Company	Luxemburg, Luxemburg	0,0		EUR	59
Victoria Capital Holdings S.A.	Luxemburg, Luxemburg	0,0		EUR	- 269
Victoria Capital S.A.	Luxemburg, Luxemburg	0,0		RUB	34

b) Wegen untergeordneter Bedeutung nicht gemäß IAS 27/SIC 12 in den Konzernabschluss einbezogene Zweckgesellschaften

Name	Sitz/Sitz der Verwaltungsgesellschaft	Kapitalanteil % insg.	Abweichende Stimmrechte %
Alexandria Capital Plc	Dublin, Irland	0,0	
Dock 100 Logistik GmbH	Berlin	0,0	
Feather Leasing Stichting	Luxemburg, Luxemburg	0,0	
Gangrey Ltd	London, Großbritannien	0,0	
Goldman Sachs Multi-Strategy Portfolio (Class B/E)	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	0,0	
Life Management S.A.r.l	Luxemburg, Luxemburg	0,0	
Opera France One FCC	Paris, Frankreich	0,0	
Opera Germany No. 1 GmbH	Frankfurt am Main	0,0	
Opera Germany No. 2 plc	Dublin, Irland	0,0	
Opera Germany No. 3 Ltd.	Dublin, Irland	0,0	
Ryder Square Ltd.	St. Helier, Jersey	0,0	
Star Global Multi Strategy	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	0,0	
Viking Capital Ltd.	Jersey	0,0	

5. Spezialfonds

a) In den Konzernabschluss gemäß IAS 27/SIC 12 einbezogene Spezialfonds

Name	Sitz/Sitz der Verwaltungsgesellschaft	Anteil des Investors am Fonds %	Abweichende Stimmrechte %	Währung	Fondsvolumen Tsd.
BRE Gold Fund	Warschau, Polen	100,0		PLN	235.267
CBK SICAV	Hesperange, Luxemburg	54,9		EUR	342.170
CDBS Cofonds	Frankfurt am Main	100,0		EUR	100.937
CDBS Cofonds II	Frankfurt am Main	100,0		EUR	92.454
CDBS Cofonds III	Frankfurt am Main	100,0		EUR	98.657
CDBS Cofonds IV	Frankfurt am Main	100,0		EUR	99.845
ComStage ETF SICAV	Luxemburg, Luxemburg	66,2		EUR	5.515.000 ^{a)}
Gresham Bond	Luxemburg, Luxemburg	99,7		GBP	1.009
VFM Mutual Fund AG & Co. KG	Vaduz, Liechtenstein	85,4		CHF	337.058 ^{d)}
Olympic Investment Fund	Luxemburg, Luxemburg	100,0		EUR	325.000 ^{a)}
OP-Fonds CDBS V	Frankfurt am Main	100,0		EUR	91.402
Premium Management Immobilien - Anlagen	Frankfurt am Main	93,5		EUR	635.532 ^{a)}

b) Wegen untergeordneter Bedeutung nicht gemäß IAS 27/SIC 12 in den Konzernabschluss einbezogene Spezialfonds

Name	Sitz/Sitz der Verwaltungsgesellschaft	Anteil des Investors am Fonds %	Abweichende Stimmrechte %
ALLIANZ BULGARIA PENSION FUND	Paris, Frankreich	100,0	
CBAS Global Hedge	Luxemburg, Luxemburg	100,0	
Garantie Plus 2012	Luxemburg, Luxemburg	14,0	
HQ Trust Kensington Ltd.	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	100,0	
HSC Life Policy Pooling S.A.r.l	Luxemburg, Luxemburg	100,0	
LIFE PLUS FUNDS FCP-SIF	Luxemburg, Luxemburg	100,0	
Priamos Limited	London, Großbritannien	100,0	
Protect Global Winner 2014	Luxemburg, Luxemburg	100,0	

6. Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet

Name	Sitz	Kapitalanteil % insg.	Abweichende Stimmrechte %
ConCardis Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main	13,9	
EURO Kartensysteme Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main	13,9	
GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen	Bremen	7,1	
Open Joint-Stock Company Promsvyazbank	Moskau, Russland	14,4	

Fußnoten

- 1) Umfirmiert: von Polfactor S.A. nach BRE Faktoring S.A.
- 2) Umfirmiert: von Dresdner Kleinwort (Japan) Limited nach Commerz Securities Hong Kong Limited
- 3) Umfirmiert: von Beethoven Funding Corporation nach Beethoven Funding Inc
- 4) Umfirmiert: von ILSP Mutual Fund AG & Co. KG nach VFM Mutual Fund AG & Co. KG

Anmerkungen und Erläuterungen

- a) Im Geschäftsjahr erstmals in den Konzernabschluss einbezogen.
- b) Ergebnisabführungsvertrag.
- c) Die Angaben gemäß § 285 Nr.11a HGB sind wegen untergeordneter Bedeutung nach § 286 Abs. 3 Nr.1 HGB unterblieben.
- d) Nach SIC 12 konsolidiert, da Stimmrechtsanteil 19 %.

Devisenkurse für 1 Euro zum 31.12.2011

Albanien	ALL	138,8900
Bermuda	BMD	1,2939
Brasilien	BRL	2,4159
Bulgarien	BGN	1,9558
Chile	CLP	671,8831
Großbritannien	GBP	0,8353
Indien	INR	68,7130
Japan	JPY	100,2000
Kanada	CAD	1,3215
Polen	PLN	4,4580
Russland	RUB	41,7650
Schweiz	CHF	1,2156
Singapur	SGD	1,6819
Südafrika	ZAR	10,4830
Taiwan	TWD	39,1797
Tschechische Republik	CZK	25,7870
Ukraine	UAH	10,3625
Ungarn	HUF	314,5800
USA	USD	1,2939

Organe der Commerzbank Aktiengesellschaft

Aufsichtsrat

Klaus-Peter Müller

Vorsitzender

Uwe Tschäge¹

stellv. Vorsitzender
Bankangestellter
Commerzbank Aktiengesellschaft

Hans-Hermann Altenschmidt¹

Bankangestellter
Commerzbank Aktiengesellschaft

Dott. Sergio Balbinot

Managing Director
Assicurazioni Generali S. p. A.

Dr.-Ing. Burckhard Bergmann

Ehemaliger Vorsitzender
des Vorstands
E.ON Ruhrgas AG

Dr. Nikolaus von Bomhard

Vorsitzender des Vorstands
Münchener Rückversicherungs-
Gesellschaft AG

Karin van Brummelen¹

Bankangestellte
Commerzbank Aktiengesellschaft

Astrid Evers¹

Bankangestellte
Commerzbank Aktiengesellschaft

Uwe Foullong¹

Gewerkschaftssekretär
Mitglied des ver.di-Bundesvorstands
(bis September 2011)

Daniel Hampel¹

Bankangestellter
Commerzbank Aktiengesellschaft

Dr.-Ing. Otto Happel

Unternehmer
Luverse AG

Beate Hoffmann¹

(seit 6. Mai 2011)
Bankangestellte
Commerzbank Aktiengesellschaft

Sonja Kasischke¹

(bis 6. Mai 2011)
Bankangestellte
Commerzbank Aktiengesellschaft

Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h.

Hans-Peter Keitel
Präsident des Bundesverbandes
der Deutschen Industrie

Alexandra Krieger¹

Dipl.-Kauffrau
Leiterin Referat Wirtschaft I
Mitbestimmungsförderung
Hans-Böckler-Stiftung

Dr. h.c. Edgar Meister

Rechtsanwalt
Mitglied des Vorstands
der Deutschen Bundesbank a.D.

Prof. h.c. (CHN) Dr. rer. oec.

Ulrich Middelman
Ehemaliger stellv. Vorsitzender
des Vorstands
ThyssenKrupp AG

Dr. Helmut Perlet

Ehemaliges Mitglied des Vorstands
Allianz SE

Barbara Priester¹

Bankangestellte
Commerzbank Aktiengesellschaft

Mark Roach¹

(seit 10. Januar 2011)
Gewerkschaftssekretär
ver.di Bundesverwaltung

Dr. Marcus Schenck

Mitglied des Vorstands
E.ON AG

Dr. Walter Seipp

Ehrevorsitzender

¹ Von den Arbeitnehmern gewählt.

Vorstand

Martin Blessing

Vorsitzender

Frank Annuscheit**Markus Beumer****Dr. Achim Kassow**

(bis 12. Juli 2011)

Jochen Klösges**Michael Reuther****Dr. Stefan Schmittmann****Ulrich Sieber****Dr. Eric Strutz****Martin Zielke**

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt wird, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, 27. Februar 2012
Der Vorstand



Martin Blessing



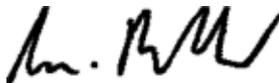
Frank Annuscheit



Markus Beumer



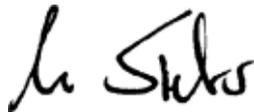
Jochen Klösges



Michael Reuther



Stefan Schmittmann



Ulrich Sieber



Eric Strutz



Martin Zielke

Der folgende in Übereinstimmung mit § 322 Handelsgesetzbuch erteilte Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den Konzernabschluss sowie den Konzernlagebericht der COMMERZBANK Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2011. Der Konzernlagebericht ist weder in diesem Registrierungsformular abgedruckt, noch kraft Verweises einbezogen.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Vermerk zum Konzernabschluss

Wir haben den beigefügten Konzernabschluss der COMMERZBANK Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, und ihrer Tochtergesellschaften – bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 - geprüft.

Verantwortung des Vorstands für den Konzernabschluss

Der Vorstand der COMMERZBANK Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, ist verantwortlich für die Aufstellung dieses Konzernabschlusses. Diese Verantwortung umfasst, dass dieser Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften aufgestellt wird und unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Der Vorstand ist auch verantwortlich für die internen Kontrollen, die er als notwendig erachtet, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Verantwortung des Abschlussprüfers

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Urteil zu diesem Konzernabschluss abzugeben. Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie unter ergänzender Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) durchgeführt. Danach haben wir die Berufspflichten einzuhalten und die Abschlussprüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen falschen Darstellungen ist.

Eine Abschlussprüfung umfasst die Durchführung von Prüfungshandlungen, um Prüfungsnachweise für die im Konzernabschluss enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben zu erlangen. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers. Dies schließt die Beurteilung der Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, das relevant ist für die Aufstellung eines Konzernabschlusses, der ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt. Ziel hierbei ist es, Prüfungshandlungen zu planen und durchzuführen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems des Konzerns abzugeben. Eine Abschlussprüfung umfasst auch die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden und der Vertretbarkeit der von dem Vorstand ermittelten geschätzten Werte in der Rechnungslegung sowie die Beurteilung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Prüfungsurteil

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Konzernabschlusses zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2011 sowie der Ertragslage für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr.

Vermerk zum Konzernlagebericht

Wir haben den beigefügten Konzernlagebericht der COMMERZBANK Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Der Vorstand der COMMERZBANK Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, ist verantwortlich für die Aufstellung des

Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 2 HGB und unter Beachtung der für die Prüfung des Konzernlageberichts vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Danach ist die Prüfung des Konzernlageberichts so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernlagebericht mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Konzernlageberichts zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung des Konzernabschlusses und Konzernlageberichts gewonnenen Erkenntnisse steht der Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 1. März 2012

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Lothar Schreiber
(Wirtschaftsprüfer)

Peter Goldschmidt
(Wirtschaftsprüfer)

(Diese Seite bleibt absichtlich frei.)

**KONZERNABSCHLUSS DER COMMERZBANK AKTIENGESELLSCHAFT
ZUM 31. DEZEMBER 2010**

Gesamtergebnisrechnung
Gewinn- und Verlustrechnung

	Notes	1.1.-31.12.2010	1.1.-31.12.2009	Veränderung in %
			Mio €	
Zinserträge	(31)	18.306	20.338	- 10,0
Zinsaufwendungen	(31)	11.252	13.164	- 14,5
Zinsüberschuss	(31)	7.054	7.174	- 1,7
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(32)	- 2.499	- 4.214	- 40,7
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	(33)	4.555	2.960	53,9
Provisionserträge ¹		4.237	4.562	- 7,1
Provisionsaufwendungen	(33)	590	789	- 25,2
Provisionsüberschuss ¹	(33)	3.647	3.773	- 3,3
Handelsergebnis ¹	(34)	2.052	- 510	.
Ergebnis aus				
Sicherungszusammenhängen	(35)	- 94	101	.
Handelsergebnis und Ergebnis aus	(34, 35)	1.958	- 409	.
Sicherungszusammenhängen				
Ergebnis aus Finanzanlagen	(36)	108	417	- 74,1
Laufendes Ergebnis aus at-Equity- bewerteten Unternehmen	(37)	35	15	.
Sonstiges Ergebnis	(38)	- 131	- 22	.
Verwaltungsaufwendungen	(39)	8.786	9.004	- 2,4
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen		—	768	.
Restrukturierungsaufwendungen	(40)	33	1.621	- 98,0
Ergebnis vor Steuern		1.353	- 4.659	.
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ..	(41)	- 136	- 26	.
Konzernergebnis		1.489	- 4.633	.
den Minderheitenanteilen zurechenbares Konzernergebnis		59	- 96	.
den Commerzbank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis		1.430	- 4.537	.

¹ Anpassung Vorjahr aufgrund Vereinheitlichung der Ausweisstruktur (siehe Note 2).

Ergebnis je Aktie		2010	2009	Veränderung in %
			€	
Ergebnis je Aktie	(43)	1,21	- 4,40	.

Das nach IAS 33 errechnete Ergebnis je Aktie basiert auf dem den Commerzbank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnis. Im laufenden Geschäftsjahr sowie im Vorjahr waren keine Wandel oder Optionsrechte im Umlauf. Das verwässerte Ergebnis war daher mit dem unverwässerten identisch.

Zusammengefasste Gesamtergebnisrechnung

	Notes	<u>1.1.-31.12.2010</u>	<u>1.1.-31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
			Mio €	
Konzernergebnis		1.489	- 4.633	.
Veränderung der Neubewertungsrücklage	(74)			
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung		- 352	59	.
Erfolgsneutrale Wertänderung		394	537	- 26,6
Veränderung der Rücklage aus Cash Flow Hedges	(74)			
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung		283	9	.
Erfolgsneutrale Wertänderung		- 53	- 361	- 85,3
Veränderung der Rücklage aus der Währungsumrechnung	(74)			
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung		41	- 7	.
Erfolgsneutrale Wertänderung		209	- 210	.
Veränderung bei at-Equity-bewerteten Unternehmen		2	42	- 95,2
Sonstiges Periodenergebnis		524	69	.
Gesamtergebnis		2.013	- 4.564	.
den Minderheitenanteilen zurechenbares Periodenergebnis ...		127	75	69,3
den Commerzbank-Aktionären zurechenbares Periodenergebnis ...		1.886	- 4.639	.
4. Quartal		<u>1.10.-31.12.2010</u>	<u>1.10.-31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
			Mio €	
Konzernergebnis		277	- 1.911	.
Veränderung der Neubewertungsrücklage				
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung		- 286	129	.
Erfolgsneutrale Wertänderung		498	- 73	.
Veränderung der Rücklage aus Cash Flow Hedges				
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung		71	9	.
Erfolgsneutrale Wertänderung		8	42	- 81,0
Veränderung der Rücklage aus der Währungsumrechnung				
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung		20	- 7	.
Erfolgsneutrale Wertänderung		44	67	- 34,3
Veränderung bei at-Equity-bewerteten Unternehmen		1	—	.
Sonstiges Periodenergebnis		356	167	.
Gesamtergebnis		633	- 1.744	.
den Minderheitenanteilen zurechenbares Periodenergebnis ...		15	43	- 65,1
den Commerzbank-Aktionären zurechenbares Periodenergebnis ...		618	- 1.787	.

Sonstiges Periodenergebnis	1.1.-31.12.2010			1.1.-31.12.2009		
	<u>Vor Steuern</u>	<u>Steuern</u>	<u>Nach Steuern</u>	<u>Vor Steuern</u>	<u>Steuern</u>	<u>Nach Steuern</u>
	Mio €					
Veränderung der Neubewertungsrücklage	89	- 47	42	987	- 391	596
Veränderung der Rücklage aus Cash Flow Hedges	346	- 116	230	- 490	138	- 352
Veränderung der Rücklage aus der Währungsumrechnung	250	—	250	- 217	—	- 217
Veränderung bei at-Equity-bewerteten Unternehmen	2	—	2	42	—	42
Sonstiges Periodenergebnis	687	- 163	524	322	- 253	69

Für das vierte Quartal 2010 stellte sich das Sonstige Periodenergebnis wie folgt dar:

Sonstiges Periodenergebnis	1.10.-31.12.2010			1.10.-31.12.2009		
	<u>Vor Steuern</u>	<u>Steuern</u>	<u>Nach Steuern</u>	<u>Vor Steuern</u>	<u>Steuern</u>	<u>Nach Steuern</u>
	Mio €					
Veränderung der Neubewertungsrücklage	329	- 117	212	135	- 79	56
Veränderung der Rücklage aus Cash Flow Hedges	127	- 48	79	72	- 21	51
Veränderung der Rücklage aus der Währungsumrechnung	64	—	64	60	—	60
Veränderung bei at-Equity-bewerteten Unternehmen	1	—	1	—	—	—
Sonstiges Periodenergebnis	521	- 165	356	267	- 100	167

Gewinn- und Verlustrechnung (Quartalsaufteilung)

<u>2010</u>	<u>4. Quartal</u>	<u>3. Quartal</u>	<u>2. Quartal</u>	<u>1. Quartal</u>
	Mio €			
Zinsüberschuss	1.682	1.633	1.853	1.886
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-595	-621	-639	-644
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.087	1.012	1.214	1.242
Provisionsüberschuss ¹	875	870	905	997
Handelsergebnis ¹	384	445	358	865
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	—	-23	-42	-29
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	384	422	316	836
Ergebnis aus Finanzanlagen	191	-24	60	-119
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	32	-5	6	2
Sonstiges Ergebnis	-149	26	-30	22
Verwaltungsaufwendungen	2.164	2.185	2.228	2.209
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen	—	—	—	—
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	33	—
Ergebnis vor Steuern	256	116	210	771
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-21	-19	-151	55
Konzernergebnis	277	135	361	716
den Minderheitenanteilen zurechenbares Konzernergebnis	20	22	9	8
den Commerzbank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	257	113	352	708

¹ Anpassung erstes und zweites Quartal aufgrund Vereinheitlichung der Ausweisstruktur (siehe Note 2).

<u>2009</u>	<u>4. Quartal</u>	<u>3. Quartal</u>	<u>2. Quartal</u> ¹	<u>1. Quartal</u> ¹
	Mio €			
Zinsüberschuss	1.882	1.765	1.838	1.689
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-1.324	-1.053	-993	-844
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	558	712	845	845
Provisionsüberschuss ²	985	965	960	863
Handelsergebnis ²	-638	607	101	-580
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	64	40	-43	40
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-574	647	58	-540
Ergebnis aus Finanzanlagen	-87	-54	172	386
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	8	4	—	3
Sonstiges Ergebnis	-68	112	5	-71
Verwaltungsaufwendungen	2.396	2.264	2.263	2.081
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen	52	646	70	—
Restrukturierungsaufwendungen	212	904	216	289
Ergebnis vor Steuern	-1.838	-1.428	-509	-884
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	73	-375	269	7
Konzernergebnis	-1.911	-1.053	-778	-891
den Minderheitenanteilen zurechenbares Konzernergebnis	-54	2	-17	-27
den Commerzbank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	-1.857	-1.055	-761	-864

¹ Nach Anpassung Counterparty Default Adjustments.

² Anpassung aufgrund Vereinheitlichung der Ausweisstruktur (siehe Note 2).

Bilanz

Aktiva	Notes	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %	1.1.2009¹
		Mio €			
Barreserve	(7,46)	8.053	10.329	-22,0	6.566
Forderungen an Kreditinstitute	(8, 9, 10, 47, 49, 50, 80)	110.616	106.689	3,7	62.969
darunter: als Sicherheit übertragen ...	(79)	94	—	.	83
Forderungen an Kunden	(8, 9, 10, 48, 49, 50, 80)	327.755	352.194	-6,9	284.815
darunter: als Sicherheit übertragen ...	(79)	—	—	.	—
Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges	(11, 51)	113	-16	.	—
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	(12, 52)	4.961	6.352	-21,9	10.528
Handelsaktiva	(13, 53, 80)	167.825	218.708	-23,3	118.569
darunter: als Sicherheit übertragen ...	(79)	19.397	41.838	-53,6	17.272
Finanzanlagen	(14, 54, 80)	115.708	130.914	-11,6	127.154
darunter: als Sicherheit übertragen	(79)	22.374	13.293	68,3	17.724
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen	(4, 55)	737	378	95,0	296
Immaterielle Anlagewerte	(15,56)	3.101	3.209	-3,4	1.336
Sachanlagen	(16, 57)	1.590	1.779	-10,6	1.240
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(18, 59)	1.192	1.279	-6,8	909
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen	(19, 60)	1.082	2.868	-62,3	684
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	(26, 58)	650	1.267	-48,7	684
Latente Ertragsteueransprüche	(26, 58)	3.567	4.370	-18,4	6.042
Sonstige Aktiva	(17, 61)	7.349	3.783	94,3	3.432
Gesamt		754.299	844.103	-10,6	625.224

¹ Der 1. Januar 2009 entspricht dem 31. Dezember 2008 nach Anpassung der Bilanzstruktur (siehe Note 2).

Passiva	Notes	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %	1.1.2009¹
		Mio €			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(10, 20, 62, 80)	137.626	140.634	-2,1	128.492
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(10, 20, 63, 80)	262.827	264.618	-0,7	170.203
Verbriefte Verbindlichkeiten	(20, 64, 80)	131.356	161.779	-18,8	157.957
Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges	(11, 65)	121	-16	.	—
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	(21, 66)	9.369	11.345	-17,4	21.463
Handelsspassiva	(22, 67, 80)	152.393	202.595	-24,8	104.168
Rückstellungen	(23, 24, 68)	4.778	5.115	-6,6	2.030
Tatsächliche Ertragsteuerschulden	(26, 69)	1.072	1.346	-20,4	627
Latente Ertragsteuerschulden	(26, 69)	222	1.240	-82,1	2.534
Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen	(19, 70)	650	2.839	-77,1	329
Sonstige Passiva	(71)	8.136	6.103	33,3	2.585
Nachrangkapital	(27, 72, 80)	12.910	15.850	-18,5	11.836
Hybridkapital	(27, 73, 80)	4.181	4.079	2,5	3.158
Eigenkapital	(30, 74, 75, 76)	28.658	26.576	7,8	19.842
Gezeichnetes Kapital	(74)	3.047	3.071	-0,8	1.877
Kapitalrücklage	(74)	1.302	1.334	-2,4	6.619
Gewinnrücklagen	(74)	9.345	7.878	18,6	5.842
Stille Einlagen	(74)	17.178	17.178	0,0	8.200
Anderer Rücklagen	(5, 6, 14, 74)	-2.999	-3.455	-13,2	-3.353
Gesamt vor Minderheitenanteilen		27.873	26.006	7,2	19.185
Minderheitenanteile	(74)	785	570	37,7	657
Gesamt		754.299	844.103	-10,6	625.224

¹ Der 1. Januar 2009 entspricht dem 31. Dezember 2008 nach Anpassung der Bilanzstruktur (siehe Note 2).

Eigenkapitalveränderungsrechnung

	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Stille Einlagen	Andere Rücklagen			Gesamt vor Minderheitenanteilen	Minderheiten-Anteile	Eigenkapital
					Neubewertungsrücklage	Rücklage aus Cash Flow Hedges	Rücklage aus der Währungs-Umrechnung			
Mio €										
Eigenkapital zum 31.12.2008	1.877	6.619	5.904	8.200	-2.221	-872	-260	19.247	657	19.904
Veränderung aufgrund retrospektiver Anpassungen			-62					-62		-62
Eigenkapital zum 1.1.2009	1.877	6.619	5.842	8.200	-2.221	-872	-260	19.185	657	19.842
Gesamtergebnis	—	-6.619	2.082	—	466	-351	-217	-4.639	75	-4.564
Konzernergebnis		-6.619	2.082					-4.537	-96	-4.633
Veränderung der Neubewertungsrücklage					424			424	172	596
Veränderung der Rücklage aus Cash Flow Hedges						-351		-351	-1	-352
Veränderung der Rücklage aus der Währungsumrechnung							-217	-217		-217
Veränderung bei at-Equity-bewerteten Unternehmen					42			42		42
Ausschüttung Stille Einlagen								—	—	—
Dividendenausschüttung								—	-12	-12
Kapitalerhöhungen	1.193	1.320						2.513		2.513
Veränderungen im Anteilsbesitz			-50					-50		-50
Sonstige Veränderungen ¹	1	14	4	8.978				8.997	-150	8.847
Eigenkapital zum 31.12.2009	3.071	1.334	7.878	17.178	-1.755	-1.223	-477	26.006	570	26.576
Gesamtergebnis	—	—	1.430	—	24	218	214	1.886	127	2.013
Konzernergebnis			1.430					1.430	59	1.489
Veränderung der Neubewertungsrücklage					24			24	18	42
Veränderung der Rücklage aus Cash Flow Hedges						218		218	12	230
Veränderung der Rücklage aus der Währungsumrechnung							212	212	38	250
Veränderung bei at-Equity-bewerteten Unternehmen							2	2		2
Ausschüttung Stille Einlagen								—	—	—
Dividendenausschüttung								—	-12	-12
Kapitalerhöhungen								—	173	173
Veränderungen im Anteilsbesitz			5					5		5
Sonstige Veränderungen ¹	-24	-32	32					-24	-73	-97
Eigenkapital zum 31.12.2010	3.047	1.302	9.345	17.178	-1.731	-1.005	-263	27.873	785	28.658

¹ Einschließlich Veränderung des Bestands eigener Aktien, Veränderung Derivate auf eigene Eigenkapitalinstrumente und Einzahlung Stille Einlagen.

Zum 31. Dezember 2010 entfielen auf zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen –94 Mio Euro der Rücklage aus Cash Flow Hedges und 45 Mio Euro der Rücklage aus der Währungsumrechnung.

Das Gezeichnete Kapital der Commerzbank Aktiengesellschaft betrug zum 31. Dezember 2010 gemäß Satzung 3.072 Mio Euro und war in 1.181.352.926 Stückaktien eingeteilt (rechnerischer Wert pro Aktie 2,60 Euro).

Nach Abzug der zum 31. Dezember 2010 im Bestand befindlichen 9.315.335 Aktien betrug das Gezeichnete Kapital 3.047 Mio Euro.

Von der Ermächtigung der Hauptversammlung am 19. Mai 2010 zum Erwerb eigener Aktien für Zwecke des Wertpapierhandels nach § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG wurde Gebrauch gemacht. Gewinne und Verluste aus dem Handel mit eigenen Aktien wurden erfolgsneutral behandelt.

Für das Geschäftsjahr 2010 erfolgt keine Dividendenzahlung, da die Commerzbank Aktiengesellschaft in ihrem Einzelabschluss nach den Vorschriften des HGB keinen Bilanzgewinn erzielt hat. Eine Ausschüttung auf die im Eigenkapital ausgewiesenen Stillen Einlagen wird ebenfalls nicht erfolgen, da die Zahlung gemäß vertraglicher Vereinbarung nicht zu einem Bilanzverlust der Commerzbank Aktiengesellschaft führen oder diesen erhöhen darf.

Weitere Details zum Eigenkapital sind in den Notes 74, 75 und 76 enthalten.

Kapitalflussrechnung

	Notes	2010	2009
		Mio €	
Konzernergebnis		1.489	- 4.633
Im Konzernergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Sachanlagen und Vermögenswerte, Veränderungen der Rückstellungen sowie Bewertungsveränderungen aus Hedge Accounting		4.101	1.511
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		2.952	6.470
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Vermögenswerten	(36)	- 108	- 417
Ergebnis aus der Veräußerung von Sachanlagen	(38)	—	16
Sonstige Anpassungen (Zinsüberschuss)	(31)	- 7.054	- 7.174
Zwischensumme		1.380	- 4.227
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:			
Forderungen an Kreditinstitute	(47)	- 3.747	- 43.974
Forderungen an Kunden	(48)	24.611	- 71.335
Wertpapiere des Handelsbestands	(53)	- 4.323	- 15.664
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	(54-57, 59-61)	- 3.231	- 6.305
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(62)	- 3.008	12.142
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(63)	- 1.791	94.415
Verbriefte Verbindlichkeiten	(64)	- 30.423	5.543
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	(65-71)	- 470	15.464
Erhaltene Zinsen	(31)	18.253	20.280
Erhaltene Dividenden	(31)	53	58
Gezahlte Zinsen	(31)	- 11.252	- 13.164
Ertragsteuerzahlungen	(41)	- 218	- 199
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		- 14.166	- 6.966
Einzahlungen aus der Veräußerung von:			
Finanzanlagen und Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen	(36, 37, 54, 55)	15.274	858
Sachanlagevermögen	(38, 57)	187	663
Auszahlungen für den Erwerb von:			
Finanzanlagen und Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen	(36, 37, 54, 55)	- 504	- 5.240
Sachanlagevermögen	(38, 57)	- 492	- 4.426
Effekte aus Veränderungen des Konsolidierungskreises			
Cashflow aus dem Erwerb abzüglich erworbene Zahlungsmittel	(46)	—	2.083
Cashflow aus der Veräußerung abzüglich veräußerte Zahlungsmittel	(46)	298	370
Cashflow aus Investitionstätigkeit		14.763	- 5.692
Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen	(74)	- 56	2.528
Dividendenzahlungen	(74)	—	—
Mittelveränderung aus Veränderung im Anteilsbesitz an vollkonsolidierten Unternehmen		- 36	- 111
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Nachrangkapital)	(72, 73)	- 2.838	13.913
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		- 2.930	16.330
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode		10.329	6.566
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		- 14.166	- 6.966
Cashflow aus Investitionstätigkeit		14.763	- 5.692
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		- 2.930	16.330
Effekte aus Wechselkursänderungen		116	- 5
Effekte aus Minderheitenanteilen		- 59	96
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	(46)	8.053	10.329

Der Zahlungsmittelbestand setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
		Mio €	
Kassenbestand	1.388	1.338	3,7
Guthaben bei Zentralnotenbanken	6.386	7.842	- 18,6
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	279	1.149	- 75,7

Im Zahlungsmittelbestand zum 31. Dezember 2010 waren keine Zugänge aus erstkonsolidierten Gesellschaften enthalten (Vorjahr: 615 Mio Euro).

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Zusammensetzung und die Veränderungen des Zahlungsmittelbestands des Geschäftsjahres. Sie ist in die Positionen operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit aufgeteilt.

Als Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit werden Zahlungsvorgänge (Zu- und Abflüsse) aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie Wertpapieren des Handelsbestands und anderen Aktiva ausgewiesen. Zu- und Abgänge aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus Verbrieften Verbindlichkeiten und anderen Passiva gehören ebenfalls zur operativen Geschäftstätigkeit. Auch die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen finden sich im Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit wieder.

Die Veränderungen des Cashflows aus operativer Geschäftstätigkeit resultieren unter anderem aus der Veräußerung von konsolidierten Gesellschaften. Die anderen Aktiva und Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit enthalten dabei auch Abgängen von Gesellschaften, die zum 31. Dezember 2009 als zur Veräußerung gehalten klassifiziert waren und im Berichtsjahr veräußert wurden. Die nachstehenden Tabellen geben einen Überblick über die Vermögenswerte und Schulden zu den Abgangszeitpunkten.

<u>Aktiva</u>	<u>31.12.2010</u>
	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	2.218
Forderungen an Kunden	2.271
Handelsaktiva	3
Finanzanlagen	3.172
Sachanlagen	16
Sonstige Aktivposten	1.330
<u>Passiva</u>	<u>31.12.2010</u>
	Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	238
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5.286
Verbriefte Verbindlichkeiten	—
Handelspassiva	2
Sonstige Passivposten	309

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt Zahlungsvorgänge für die Finanzanlagen, die Immateriellen Vermögenswerte sowie für die Sachanlagen. Darüber hinaus werden hier die Cashflows im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Veräußerung von Tochterunternehmen gezeigt. Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit umfasst Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen sowie Ein- und Auszahlungen für Nachrang- und Hybridkapital. Auch ausgeschüttete Dividenden weisen wir hier aus.

Der Zahlungsmittelbestand umfasst die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, die unmittelbar in liquide Mittel umgewandelt werden können und nur einem unwesentlichen Wertänderungsrisiko unterliegen. Wir fassen darunter den Posten Barreserve, der sich aus Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken sowie Schuldtiteln öffentlicher Stellen und Wechseln, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind, zusammensetzt (vergleiche Note 46). Nicht einbezogen werden täglich fällige Forderungen an Kreditinstitute.

Für den Commerzbank-Konzern ist die Aussagefähigkeit der Kapitalflussrechnung als gering anzusehen. Die Kapitalflussrechnung ersetzt für uns weder die Liquiditäts- beziehungsweise Finanzplanung noch wird sie als Steuerungsinstrument eingesetzt.

ANHANG (NOTES)

Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Unser Konzernabschluss zum 31. Dezember 2010 wurde in Einklang mit § 315a Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 (IAS-Verordnung) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 aufgestellt. Ebenso kamen weitere Verordnungen zur Übernahme bestimmter internationaler Rechnungslegungsstandards auf der Grundlage der vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten und veröffentlichten International Financial Reporting Standards (IFRS) und deren Auslegungen durch das International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) zur Anwendung. Alle für das Geschäftsjahr 2010 in der EU verpflichtend anzuwendenden Standards und Interpretationen wurden berücksichtigt.

Von der vorzeitigen Anwendung von Standards und Interpretationen, die erst ab dem Geschäftsjahr 2011 oder später umzusetzen sind (IFRS 9, überarbeiteter IAS 24 sowie überarbeiteter IFRIC 14 und 19; Änderungen aus dem jährlichen Verbesserungsprozess des IASB) haben wir zulässigerweise abgesehen. Durch IFRS 9, der erst teilweise durch das IASB veröffentlicht und noch nicht durch die EU verabschiedet wurde, könnten sich signifikante Effekte auf die Bilanzierung und Bewertung ergeben. Aufgrund der noch ausstehenden Anerkennung durch die EU sowie wesentlicher noch nicht verabschiedeter Teilbereiche ist keine verlässliche Quantifizierung der Effekte möglich. Aus den anderen derzeit noch nicht anzuwendenden Standards und Interpretationen erwarten wir jedoch keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Die im Geschäftsjahr 2010 erstmals anzuwendenden überarbeiteten Standards und Interpretationen (IFRS 1, 2, 3 und IAS 27, 32, 39 sowie IFRIC 12, 15, 16, 17 und 18; Änderungen aus dem jährlichen Verbesserungsprozess des IASB) hatten keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neben der Gesamtergebnisrechnung und der Bilanz beinhaltet der Konzernabschluss als weitere Komponenten die Eigenkapitalveränderungsrechnung, eine Kapitalflussrechnung und den Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung und die Berichterstattung über das Risikomanagement erfolgen innerhalb des Anhangs (Note 45 beziehungsweise Notes 83 bis 90).

Der Konzernlagebericht einschließlich des separaten Berichts über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht) gemäß § 315 HGB ist auf den Seiten 73 bis 198 unseres Geschäftsberichts abgedruckt.

Berichtswährung des Konzernabschlusses ist Euro. Alle Beträge sind, sofern nicht gesondert darauf hingewiesen wird, in Mio Euro dargestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1) Grundsätze

Der Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (Going Concern). Die Bewertung von Vermögenswerten erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten. Davon ausgenommen sind bestimmte Finanzinstrumente, als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien und zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte.

Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam erfasst, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind. Zinsen weisen wir unter Berücksichtigung aller vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit den finanziellen Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten periodengerecht im Zinsüberschuss oder, sofern sie aus Handelsgeschäften einschließlich deren Refinanzierung resultieren, im Handelsergebnis aus. Dividendenerträge werden erst vereinnahmt, wenn ein entsprechender Rechtsanspruch vorliegt.

Provisionserträge und -aufwendungen im Provisionsüberschuss erfassen wir zum einen nach der Bilanzierungsmethode für zugehörige Finanzinstrumente, zum anderen nach der Zweckbestimmung. Provisionen für Leistungen, die über einen bestimmten Zeitraum erbracht werden, werden über die Periode der Leistungserbringung erfasst. Gebühren, die mit der vollständigen Erbringung einer bestimmten Dienstleistung verbunden sind, werden zum Zeitpunkt der vollständig erbrachten Dienstleistung vereinnahmt. Die Berücksichtigung von leistungsabhängigen Provisionen erfolgt, wenn die Leistungskriterien erfüllt werden. Provisionen aus Handelsgeschäften weisen wir im Handelsergebnis aus.

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegenüber dem gleichen Geschäftspartner werden gegeneinander aufgerechnet und entsprechend saldiert in der Bilanz ausgewiesen, sofern ein einklagbares Recht zur Aufrechnung der Beträge besteht und die Erfüllung der Geschäfte auf Nettobasis oder die Realisierung des Vermögenswertes gleichzeitig mit Begleichung der Verbindlichkeit erfolgt. Neben der Aufrechnung positiver und negativer Marktwerte aus Derivaten betrifft dies auch die Aufrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten aus Reverse Repos und Repos (Wertpapierpensionsgeschäfte).

Die Rechnungslegung im Commerzbank-Konzern erfolgt nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, die in den folgenden Notes erläutert werden.

Für die Vollkonsolidierung sowie für die at-Equity-Bewertung im Konzernabschluss verwenden wir im Wesentlichen zum 31. Dezember 2010 erstellte Abschlüsse.

Die Angabe von Restlaufzeiten erfolgt im Commerzbank-Konzern grundsätzlich für alle Finanzinstrumente, für die vertragliche Fälligkeiten vorliegen (siehe Notes 78 und 80). Als kurzfristig definieren wir die Restlaufzeit, wenn diese zwischen dem Abschlussstichtag und dem Fälligkeitstermin weniger als ein Jahr beträgt. Für die wesentlichen Arten von Rückstellungen nehmen wir eine entsprechende Unterscheidung in Note 68 vor. Finanzinstrumente in den Handelaktiva und -passiva ohne vertragliche Fälligkeiten, der Posten Barreserve sowie die Vermögenswerte und Schulden, die zur Veräußerung gehalten werden, sind grundsätzlich als kurzfristig einzustufen. Die Bilanzposten Immaterielle Anlagewerte, Sachanlagen und Als Finanzinvestition gehaltene Vermögenswerte dagegen sind grundsätzlich als langfristig einzuordnen.

Der Konzernabschluss enthält Werte, die wir zulässigerweise unter Verwendung von Schätzungen und Annahmen ermittelt haben. Die verwendeten Schätzungen und Annahmen basieren auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren wie Planungen und – nach heutigem Ermessen – wahrscheinlichen Erwartungen und Prognosen zukünftiger Ereignisse. Die Schätzungen und Beurteilungen selbst sowie die zugrunde liegenden Beurteilungsfaktoren und Schätzverfahren werden regelmäßig überprüft und mit den tatsächlich eingetretenen Ereignissen abgeglichen. Nach unserer Ansicht sind die verwendeten Parameter sachgerecht und vertretbar. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich bei der Ermittlung der Pensionsverpflichtungen und des Geschäfts- oder Firmenwertes. Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen beruht auf dem Anwartschaftsbarwertverfahren für leistungsorientierte Altersversorgungspläne. Bei der Bewertung dieser Verpflichtungen sind insbesondere Annahmen über den langfristigen Gehalts- und Rentenentwicklungstrend sowie die durchschnittliche Lebenserwartung zu treffen. Veränderungen der Schätzannahmen von Jahr zu Jahr sowie Abweichungen zu den tatsächlichen Jahreseffekten sind in den versicherungsmathematischen Gewinnen/Verlusten abgebildet (bezüglich der Auswirkungen von Parameteränderungen siehe Note 68 Rückstellungen). Der Werthaltigkeitstest für Geschäfts- oder Firmenwerte, der jährlich vorzunehmen ist, basiert auf der anerkannten Ertragswertmethode. Dabei werden die zukünftig zu erwartenden Überschüsse aus der jüngsten Managementplanung zugrunde gelegt. Eine Analyse der Schätzungsunsicherheiten bei der Bestimmung des Geschäfts- oder Firmenwertes beziehungsweise des beizulegenden Zeitwertes (Fair Values) von Finanzinstrumenten befinden sich in der Note 15 beziehungsweise Note 81. Für Schätzungsunsicherheiten hinsichtlich der Marktwerte von Immobilien, die als Finanzinvestition gehalten werden, nehmen wir Analysen auf Basis der Parameter Liegenschaftszins beziehungsweise Bodenwert vor (vergleiche Note 59). Weiterhin bestehen Schätzungsunsicherheiten im Wesentlichen bei aktiven latenten Steuern, der Risikovorsorge im Kreditgeschäft und der auf Bewertungsmodellen beruhenden Fair-Value-Ermittlung sowie bei der Bewertung insbesondere von Finanzinstrumenten. Für den Bereich Risikovorsorge verweisen wir auf den Risikobericht im Konzernlagebericht.

(2) Anpassung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Wir haben die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Vergleich zum Konzernabschluss 31. Dezember 2009 grundsätzlich beibehalten.

Zum 31. Dezember 2010 haben wir eine Anpassung der Struktur der Gewinn- und Verlustrechnung und der Bilanz gemäß IAS 1.82 beziehungsweise IAS 1.54 vorgenommen. Die Posten

- Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen,
- Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen,
- Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen,
- Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien,
- Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen beziehungsweise Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen,
- Tatsächliche Ertragsteueransprüche beziehungsweise -schulden sowie
- Latente Ertragsteueransprüche beziehungsweise -schulden

weisen wir nun in der Gewinn- und Verlustrechnung beziehungsweise in der Bilanz gesondert aus. Weiterhin wurden die Eigenkapitalbestandteile Neubewertungsrücklage, Rücklage aus Cash Flow Hedges und Rücklage aus der Währungsumrechnung in der Bilanz zusammengefasst und als Andere Rücklagen dargestellt. Das Konzernergebnis ist nunmehr Teil der Gewinnrücklagen. In der Eigenkapitalveränderungsrechnung wurde zudem die Darstellung des Sonstigen Periodenergebnisses weiter auf gegliedert. Außerdem weisen wir in der Gesamtergebnisrechnung die Veränderungen des

Sonstigen Periodenergebnisses getrennt nach erfolgswirksamen und erfolgsneutralen Veränderungen sowie auf at-Equity-bewertete Unternehmen aus. Die Vorjahreswerte haben wir entsprechend angepasst.

Zudem haben wir die Darstellung der Restlaufzeiten vereinheitlicht und weisen nun auch für die Nominalwerte der derivativen Geschäfte des laufenden Geschäftsjahres in der Note 78 die Restlaufzeiten wie folgt aus:

- täglich fällig
- bis drei Monate
- drei Monate bis ein Jahr
- ein bis fünf Jahre
- über fünf Jahre

Zur weiteren Erhöhung der Transparenz und Vereinheitlichung des Ausweises, haben wir die nachstehenden Anpassungen vorgenommen.

In den Notes 47, 48, 54, 62 bis 64 sowie 72 und 73 haben wir eine Änderung der Angaben zu den Kategorien gemäß IAS 39.9 vorgenommen. Die bisherige Angabe der Finanzinstrumente, für die die Fair Value Option angewendet wird, haben wir ersetzt durch die Angabe aller Finanzinstrumente, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. In diesen Angaben zeigen wir im Wesentlichen auch die echten Pensionsgeschäfte (Reverse Repos und Repos), die unverändert zum Vorjahr zum beizulegenden Zeitwert in den Forderungen an Kreditinstituten beziehungsweise Kunden und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden ausgewiesen werden. Die beizulegenden Zeitwerte sind der Bewertungshierarchie Level II (Note 81) zuzuordnen. Die Angaben zu den Finanzinstrumenten, für die die Fair Value Option angewendet wird, sind in Note 82 enthalten.

Darüber hinaus wurde der Detaillierungsgrad des Sachaufwands in der Note 39 Verwaltungsaufwendungen erhöht.

Außerdem weisen wir eigene Emissionen des Handelsbereichs gesondert in den Handelspassiva statt wie bisher in den Verbrieften Verbindlichkeiten aus und haben in Note 99 die Darstellung der Vorstandsbezüge präzisiert.

Die Vorjahreswerte haben wir in der Bilanz, der Eigenkapitalveränderungsrechnung und in den betroffenen Notes entsprechend angepasst. Durch die Anpassungen ergeben sich für die Geschäftsjahre 2009 und 2010 jedoch keine Auswirkung auf das Konzernergebnis und auf das Ergebnis je Aktie.

Weiterhin wurden im Zusammenhang mit der Integration der ehemaligen Dresdner Bank unterschiedliche Ausweisstrukturen innerhalb des Zinsüberschusses vereinheitlicht. Die Anpassungen in den Vorperioden betreffen sowohl die Zinserträge als auch die Zinsaufwendungen. Die Umgliederungen wurden für das Geschäftsjahr 2009 und für das erste Quartal 2010 innerhalb der Zinserträge von der Kategorie zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte in die Kategorie Kredite und Forderungen und innerhalb der Zinsaufwendungen von der Kategorie aus der Anwendung der Fair Value Option in die Zinsaufwendungen für Nachrangkapital (zu Anschaffungskosten bewertet) vorgenommen.

Eine weitere Anpassung für das Geschäftsjahr 2009 betrifft die Zinsen aus derivativen Finanzinstrumenten, die nicht dem Handelsbuch zuzuordnen sind. Die Umgliederung erfolgte von den Zinserträgen der Kategorie zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte in die Sonstigen Zinserträge.

Darüber hinaus sind Devisenkommissionsgewinne der ehemaligen Dresdner Bank nun Teil des Provisionsüberschusses und nicht mehr des Handelsergebnisses. Die Umgliederung für das Geschäftsjahr 2009 beträgt 51 Mio Euro und betrifft die Provisionen aus dem Zahlungsverkehr und dem Auslandsgeschäft. Die Vorjahreswerte haben wir entsprechend angepasst.

Für das Geschäftsjahr 2009 sowie für die ersten beiden Quartale 2010 haben wir eine Anpassung vorgenommen. Durch die Anpassungen ergeben sich für die Geschäftsjahre 2009 und 2010 jedoch keine Auswirkung auf das Konzernergebnis, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung sowie auf das Ergebnis je Aktie.

Die Anpassungen in der Note Zinsüberschuss sowie in der Gewinn- und Verlustrechnung werden in den nachfolgenden Tabellen dargestellt.

Anpassungen im Zinsüberschuss:

	veröffentlichter Konzern- abschluss	Anpassung	angepasster Konzern- abschluss
		Mio €	
Zinsüberschuss 1.1.-31.12.2009			
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus dem Wertpapierbestand (zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte)	2.905	– 817	2.088
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus dem Wertpapierbestand (Kredite und Forderungen)	16.439	444	16.883
Sonstige Zinserträge	289	373	662
Zinserträge gesamt ¹	20.353	– 15	20.338
Zinsaufwendungen für Nachrang- und Hybridkapital	981	115	1.096
Zinsaufwendungen aus der Anwendung der Fair Value Option	332	– 115	217
Zinsaufwendungen gesamt	13.164	—	13.164

¹ Nach Umgliederung des Laufenden Ergebnisses aus at-Equity-bewerteten Unternehmen von 15 Mio Euro.

Effekte aus der Umgliederung der Devisenkommissionsgewinne:

	veröffentlichter Konzern- abschluss	Anpassung	angepasster Konzern- abschluss
		Mio €	
Gewinn- und Verlustrechnung 1.1.-31.12.2009 ¹			
Provisionsüberschuss	3.722	51	3.773
Handelsergebnis ²	– 358	– 51	– 409

¹ Von dem Anpassungsbetrag 2009 entfielen 13 Mio Euro auf das erste, 13 Mio Euro auf das zweite, 12 Mio Euro auf das dritte und 13 Mio Euro auf das vierte Quartal.

² Einschließlich Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen.

Im Rahmen der Bewertung von Derivaten werden für die Commerzbank Aktiengesellschaft seit dem 30. September 2009 auch die Ausfallrisiken von Kontrahenten durch sogenannte Counterparty Default Adjustments (CDA) berücksichtigt. Für die Vorquartale des Geschäftsjahres 2009 hatten wir bereits im dritten Quartal 2009 eine Anpassung gemäß IAS 8.41 vorgenommen. Dadurch wurde der Konzernüberschuss im ersten Quartal 2009 um 3 Mio Euro und im zweiten Quartal 2009 um 15 Mio Euro reduziert. Die Vorjahreswerte der betroffenen Posten in der Quartalsentwicklung wurden entsprechend angepasst.

(3) Konsolidierungskreis

In unseren Konzernabschluss werden alle wesentlichen Tochterunternehmen einbezogen, an denen die Commerzbank Aktiengesellschaft direkt oder indirekt mehr als 50 % der Stimmrechte hält oder anderweitig einen beherrschenden Einfluss ausübt. Hierzu zählen auch wesentliche Zweckgesellschaften und Fonds, die im Sinne von SIC 12 beherrscht werden. Wesentliche assoziierte Unternehmen und wesentliche Gemeinschaftsunternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet.

Tochterunternehmen, assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen mit untergeordneter Bedeutung für den Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns wurden nicht vollkonsolidiert beziehungsweise nicht at-Equity-bewertet, sondern als Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen oder Beteiligungen unter den Finanzanlagen bilanziert. Bezogen auf die Summenbilanz des Konzerns machen die nicht wesentlichen Tochterunternehmen weniger als 0,3 % (Vorjahr: 0,2 %) aus.

Eine vollständige Aufzählung des Anteilsbesitzes des Commerzbank-Konzerns ist der Note 106 zu entnehmen.

Die folgenden wesentlichen Tochtergesellschaften, Zweckgesellschaften und Fonds wurden im Geschäftsjahr 2010 erstkonsolidiert:

Gesellschaften	Kapital- und Stimmrechte	Anschaffungskosten	Vermögenswerte	Schulden
	in %		Mio €	
BRE.locum S.A., Lodz	80,0	5,4	73,8	47,7
BRE Ubezpieczenia Towarzystwo Ubezpieczen i Reasekuracji S.A., Warschau	100,0	6,4	37,6	27,5
BRE Ubezpieczenia Sp.z o.o., Warschau	100,0	1,5	8,2	5,3
BRE Holding Sp. z o.o., Warschau	100,0	41,3	44,9	0,0
Commerzbank Finance 3 S.à.r.l., Luxemburg ...	100,0	132,1	132,2	0,1
Commerzbank Leasing December (17) Limited, London	100,0	13,8	138,9	138,9
Commerzbank Leasing December (19) Limited, London	100,0	28,0	311,3	311,2
Commerzbank Leasing December (20) Limited, London	100,0	—	163,5	163,5
Commerzbank Leasing December (21) Limited, London	100,0	—	41,4	41,4
Commerzbank Leasing December (22) Limited, London	100,0	—	49,5	49,1
Commerzbank Leasing December (23) Limited, London	100,0	—	188,0	188,0
Commerzbank Leasing December (24) Limited, London	100,0	0,1	62,5	62,5
Commerzbank Leasing December (25) Limited, London	70,0	18,6	187,1	172,1
Commerzbank Leasing December (26) Limited, London	100,0	1,2	160,0	160,0
ComStage ETF Nikkei 225®, Luxemburg	26,5	125,8	125,9	0,1
ComStage ETF MSCI USA TRN, Luxemburg	65,4	154,2	155,5	1,3
ComStage ETF iBoxx € Liquid Sovereigns Diversified 3m-1 TR, Luxemburg	13,9	99,8	99,8	—
COMSTAGE ETF-IBOXX EUR. L.SOV.DIV. 5-7 TR, Luxemburg	75,0	101,4	103,5	2,1
ComStage ETF iBoxx € Sovereigns Germany Capped 3m-2 TR, Luxemburg	94,8	10,0	10,0	—
GS SICAV – UK Premia, Luxemburg	86,6	198,7	198,9	0,2
EH MoLu IV, LLC, Dover/Delaware	100,0	4,1	19,6	15,5
Film Library Holding LLC, Wilmington/Delaware	100,0	29,4	57,6	28,3
Galbraith Investments Ltd, London	100,0	—	170,5	170,5
Kommanditgesellschaft MS “CPO Toulon” Offen Reederei GmbH & Co. KG, Hamburg ...	90,0	45,3	37,9	11,0
Pisces Nominees Limited, London	100,0	65,8	2.110,1	2.018,0
Property Invest Italy Srl, Mailand	100,0	60,3	109,2	48,9
Truckman Inc., Cayman Island	—	—	68,1	68,1

Wesentliche Änderungen im Kreis der at-Equity-bewerteten Unternehmen ergaben sich durch die Wandlung von Schuldtiteln im Zusammenhang mit der Restrukturierung des Kreditengagements Immobiliaria Colonial S.A., Barcelona. In diesem Zusammenhang hat die Bank Aktien der Kreditnehmerin erhalten. Die Wandlung erfolgte in zwei Stufen. Im Rahmen der ersten Stufe wurde die Wandelanleihe in Eigenkapital und im Rahmen der zweiten Stufe der Kredit in Eigenkapital gewandelt.

Aus den Erstkonsolidierungen sowie aus der erstmaligen at-Equity-Bewertung resultierten keine als Geschäfts- oder Firmenwerte zu aktivierenden Unterschiedsbeträge. Es handelt sich um Unternehmen, die unsere Wesentlichkeitsgrenzen für die Konsolidierung beziehungsweise at-Equity-Bewertung überschritten haben oder um Neugründungen im Rahmen von strukturierten Finanzierungen.

Aus der Folgebewertung der im Jahr 2009 im Rahmen des Dresdner-Bank-Erwerbs aufgedeckten Reserven und Lasten ergaben sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des laufenden Geschäftsjahres Aufwendungen von 278 Mio Euro vor Steuern beziehungsweise 167 Mio Euro nach Steuern. Die wesentlichen Effekte resultierten aus der Aufzinsung des Nachrang- und Hybridkapitals sowie aus den Abschreibungen von Kundenstamm und Markennamen.

Die nachstehenden Tochtergesellschaften, Zweckgesellschaften und Fonds wurden veräußert beziehungsweise teilveräußert oder liquidiert und wurden daher nicht mehr konsolidiert beziehungsweise auch nicht nach der Equity-Methode bewertet:

- Veräußerung
 - ADENARA Flugzeug-Leasinggesellschaft mbH & Co. Erste A319 KG, Karlsruhe
 - Allianz Dresdner Bauspar AG, Bad Vilbel
 - ASSERTA Flugzeug-Leasinggesellschaft mbH & Co. Zweite A319 KG, Karlsruhe
 - BONITAS Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bötzingen KG, Grünwald (München)
 - Commerz Real Beteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf
 - dbi-BSK Rentenfonds, Frankfurt am Main
 - dbi-BSK Rentenfonds Plus, Frankfurt am Main
 - Dresdner Bank Monaco S.A.M., Monaco
 - Dresdner Van Moers Courtens S.A., Brüssel
 - Dresdner VPV N.V., Gouda
 - Kleinwort Benson Channel Island Holdings Limited, St. Peter Port (Teilkonzern einschließlich vollkonsolidierter Teilkonzerntöchter)
 - Kleinwort Benson Private Bank Limited Group, London (Teilkonzern einschließlich vollkonsolidierter Teilkonzerntöchter)
 - Commerzbank Leasing December (2) Limited, London
 - Dresdner Kleinwort Leasing December (16) Limited, London
 - Privatinvest Bank AG, Salzburg
 - TASKABANA erste Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Marl KG, Grünwald (München)

Die Veräußerungserlöse für die veräußerten Gesellschaften betragen rund 0,5 Mrd Euro.

- Liquidation (einschließlich Gesellschaften, die die operative Geschäftstätigkeit eingestellt haben oder unsere Wesentlichkeitgrenzen für die Konsolidierung dauerhaft unterschritten haben)
 - AGI Global Selection Balance, Luxemburg
 - ALLIANZ BULGARIA PENSION FUND, Paris
 - Alexandria Capital plc, Dublin¹
 - Alternative Holding Partenaire, London¹
 - CB Mezzanine Capital Limited Partnership, St. Helier/Jersey
 - Classic I (Cayman) Limited, George Town/Cayman Island¹
 - Commerzbank December Leasing (18) Limited, London
 - DIT-Garantie Plus 2012, Luxemburg¹
 - DIT-Protect Global Winner 2014, Luxemburg¹
 - DKNA Phoenix LLC, Wilmington/Delaware
 - Dresdner Bank (DIFC) Limited, Dubai
 - Dresdner Finanziaria S.p.A., Mailand
 - Dresdner Kleinwort (Drc) Limited, London
 - Dresdner Kleinwort (China) Ltd., East Hong Kong
 - Dresdner Kleinwort (Hong Kong) Ltd., East Hong Kong
 - Dresdner Kleinwort (Lbdp) Holdings Limited, London
 - Dresdner Kleinwort (Services) Inc, Panama City
 - Dresdner Kleinwort Derivative Investments Limited, London¹
 - Dresdner Kleinwort Equipment LLC, Wilmington/ Delaware

- Dresdner Kleinwort Finance EURL, Paris
- Dresdner Kleinwort France SAS, Paris
- Dresdner Kleinwort Metals Limited, London
- Dresdner Kleinwort Overseas Employees Limited, London
- Dresdner Kleinwort Securities (Asia) Holdings Ltd., East Hong Kong
- Dresdner Kleinwort Securities France S. A., Paris
- Dresdner Leasing 7 S.à.r.l., Luxemburg
- Dresdner Leasing 8 S.à.r.l., Luxemburg
- Eurohypo Representacoes Ltd., Sao Paulo¹
- H 47 GmbH & Co. KG, Düsseldorf
- HQ Trust Kensington Ltd., George Town/Cayman Island¹
- Kaiserplatz Holdings Incorporated, Wilmington/Delaware
- Kaiserplatz Purchaser No. 8 Limited, St. Helier/Jersey
- Idilias SPC (Silo VI), George Town/Cayman Island
- KBEMF (GP) Limited, London
- KP Avalon Limited, Dublin
- Kreativ 1 Limited, St. Helier/Jersey
- Priamos Limited, Tortola¹
- Ryder Square Limited, St. Helier/Jersey¹
- Sigma-1 CLO 2007, Dublin
- Symphony No. 1 LIC, Wilmington/Delaware
- Symphony No. 3 LIC, Dover/Delaware
- The Riverbank Trust, London
- Thebes Capital Plc, Dublin
- Thebes Plc, Dublin

¹ Unterschreitung der Wesentlichkeitsgrenzen.

Folgende Gesellschaften wurden im laufenden Geschäftsjahr auf die Commerzbank Aktiengesellschaft oder konsolidierte Gesellschaften verschmolzen:

- CBG Commerz Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main
- CG New Venture 2 GmbH & Co. KG, Wiesbaden
- CG New Venture 3 GmbH & Co. KG, Wiesbaden
- comdirect private finance AG, Quickborn
- Commerz Asset Management Holding GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main
- Commerzbank Capital Markets Corporation, New York
- DreCo Erste Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main
- Dreiundzwanzigste DRESIB Beteiligungs-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main
- Dresdner Bank Luxembourg S.A., Luxemburg
- Dresdner Bank ZAO, St. Petersburg
- Dresdner Mezzanine GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main
- GENUJO LOK Beteiligungs GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main
- Genujo Vierte Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main
- Zenon Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main

Folgende Tochtergesellschaften und at-Equity-bewertete Unternehmen wurden gemäß IFRS 5 als zur Veräußerung gehalten ausgewiesen, da eine Verkaufsabsicht besteht und sie mit hoher Wahrscheinlichkeit innerhalb eines Jahres veräußert werden:

- Gesellschaften, die dem Segment Asset Based Finance zugeordnet sind:
 - Commerz Real Autoleasing GmbH, Hamburg
 - MS „CPO Alicante“ Offen Reederei GmbH & Co.KG, Hamburg
 - MS „CPO Ancona“ Offen Reederei GmbH & Co.KG, Hamburg
 - MS „CPO Barcelona“ Offen Reederei GmbH & Co.KG, Hamburg
 - MS „CPO Bilbao“ Offen Reederei GmbH & Co.KG, Hamburg
 - MS „CPO Cadiz“ Offen Reederei GmbH & Co.KG, Hamburg
 - MS „CPO Marseille“ Offen Reederei GmbH & Co.KG, Hamburg
 - MS „CPO Palermo“ Offen Reederei GmbH & Co.KG, Hamburg
 - MS „CPO Toulon“ Offen Reederei GmbH & Co.KG, Hamburg
 - MS „CPO Valencia“ Offen Reederei GmbH & Co.KG, Hamburg
 - MS „CPO Vigo“ Offen Reederei GmbH & Co.KG, Hamburg

Die Ergebnisse der Dresdner Bank Brasil S.A. Banco Multiplo São Paulo, werden hauptsächlich in dem Segment Corporates & Markets ausgewiesen. Die at-Equity-bewertete KGAL GmbH & Co. KG, Grünwald (München) ist in dem Segment Sonstige und Konsolidierung enthalten. Bis zur endgültigen Übertragung der Anteile bewerten wir die Veräußerungsgruppen in Übereinstimmung mit IFRS 5 und weisen deren Vermögenswerte und Schulden in den entsprechenden Bilanzposten und Notes sowie in der Eigenkapitalveränderungsrechnung separat aus.

(4) Konsolidierungsgrundsätze

Tochterunternehmen sind Gesellschaften, an denen die Commerzbank Aktiengesellschaft direkt oder indirekt die Stimmrechtsmehrheit hält oder anderweitig die Finanz- und Geschäftspolitik bestimmen und somit einen beherrschenden Einfluss ausüben kann, um aus deren Tätigkeiten Nutzen zu ziehen. Die Konsolidierung erfolgt ab dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Stimmrechtsmehrheit oder einen beherrschenden Einfluss erlangt.

Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung bewerten wir Vermögenswerte und Verpflichtungen von Tochterunternehmen unabhängig von der Anteilsquote zum Zeitpunkt des Erwerbs vollständig neu. Die neu bewerteten Vermögenswerte und Schulden werden unter Berücksichtigung latenter Steuern in die Konzernbilanz übernommen, die aufgedeckten stillen Reserven und Lasten in den Folgeperioden entsprechend den anzuwendenden Standards behandelt. Verbleibt nach der Neubewertung ein aktiver Unterschiedsbetrag, wird dieser als Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert.

Assoziierte Unternehmen sind Gesellschaften, bei denen die Commerzbank Aktiengesellschaft direkt oder indirekt über einen maßgeblichen Einfluss verfügt. Ein maßgeblicher Einfluss wird bei Stimmrechtsanteilen zwischen 20 % und 50 % vermutet. Weitere Kriterien für einen maßgeblichen Einfluss sind beispielsweise wesentliche Geschäftsvorfälle mit dem Beteiligungsunternehmen, die Mitgliedschaft in einem Leitungs- oder Aufsichtsgremium oder die Mitwirkung bei der Geschäftspolitik des Beteiligungsunternehmens.

Gemeinschaftsunternehmen sind Gesellschaften, bei denen wir über die gemeinsame Kontrolle mit anderen Unternehmen verfügen. Die gemeinsame Kontrolle kann sich aus Stimmrechtsgleichheit oder vertraglichen Vereinbarungen ergeben.

Assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen bewerten wir grundsätzlich nach der Equity-Methode und weisen sie als Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen aus.

Die Anschaffungskosten dieser Beteiligungen einschließlich darin enthaltener Geschäfts- oder Firmenwerte werden zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss bestimmt. Dabei wenden wir sinngemäß die gleichen Regeln wie bei Tochtergesellschaften an. Für die wesentlichen assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen nehmen wir eine Fortschreibung des Equity-Buchwertes vor.

Anteile an Tochterunternehmen, die wegen untergeordneter Bedeutung nicht konsolidiert werden, und Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die wegen untergeordneter Bedeutung nicht nach der Equity-Methode bewertet werden, sind zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) oder, sofern dieser nicht zuverlässig ermittelbar ist, zu Anschaffungskosten in den Finanzanlagen ausgewiesen.

Die Konsolidierung von Tochterunternehmen endet zu dem Zeitpunkt, an dem die Bank den beherrschenden Einfluss verliert. Die Bewertung nach der Equity-Methode von Anteilen an assoziierten

Unternehmen endet zu dem Zeitpunkt, an dem die Stimmrechtsanteile kleiner als 20 % sind oder die sonstigen maßgeblichen Einflussmöglichkeiten auf das assoziierte Unternehmen wegfallen. Die Equity-Bewertung von Gemeinschaftsunternehmen endet mit der Aufgabe der gemeinschaftlichen Führung.

Die Verpflichtung, unter bestimmten Voraussetzungen Zweckgesellschaften (Special Purpose Entities) zu konsolidieren, ergibt sich aus SIC 12. Eine Konsolidierung ist erforderlich, wenn bei wirtschaftlicher Betrachtung

- die Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft zugunsten des Unternehmens entsprechend seiner besonderen Geschäftsbedürfnisse beziehungsweise auf seine Veranlassung hin geführt wird, sodass das Unternehmen Nutzen aus der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft ziehen kann;
- das Unternehmen über die Entscheidungsmacht verfügt, die Mehrheit des Nutzens aus der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft zu ziehen oder durch die Einrichtung eines sogenannten Autopiloten diese Entscheidungsmacht delegiert;
- das Unternehmen das Recht hat, die Mehrheit des Nutzens aus der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft zu ziehen und sich deshalb Risiken aussetzt, die mit der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft verbunden sind;
- das Unternehmen die Mehrheit der mit der Zweckgesellschaft verbundenen Residual- oder Eigentumsrisiken behält, um Nutzen aus der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft zu ziehen.

Im Commerzbank-Konzern wird die Verpflichtung zur Konsolidierung von Zweckgesellschaften im Rahmen eines Prozesses geprüft, der zum einen Transaktionen umfasst, bei denen eine Zweckgesellschaft durch uns mit oder ohne Beteiligung dritter Parteien gegründet wird, sowie Transaktionen, bei denen wir mit oder ohne Beteiligung dritter Parteien in vertragliche Beziehungen zu einer bereits bestehenden Zweckgesellschaft treten. Die Konsolidierungsentscheidungen unterziehen wir einer regelmäßigen Überprüfung. Die Auflistung aller konsolidierten Zweckgesellschaften ist Bestandteil der Note 106.

Beschränkungen in der Fähigkeit von Zweckgesellschaften zum Transfer von finanziellen Mitteln wie zum Beispiel Bardividenden aus Eigenkapitalinstrumenten oder Zins- und Tilgungszahlungen aus Fremdkapitalinstrumenten an die Commerzbank bestehen grundsätzlich nicht. Dies gilt zum einen für Zweckgesellschaften, bei denen die Commerzbank über gesellschaftsrechtlich begründete Anteile mit Stimmrechten verfügt, die eine Kontrolle aller operativen Entscheidungen einschließlich des Finanzmitteltransfers ermöglichen. Zum anderen gibt es auch keine Beschränkungen hinsichtlich der Zweckgesellschaften, bei denen die Commerzbank ohne gesellschaftsrechtlich begründete Anteile ihre Ansprüche auf Finanzmitteltransfers aus entsprechenden schuldrechtlichen Verträgen mit der Zweckgesellschaft begründet.

Auf Geschäftsbeziehungen von Unternehmen innerhalb des Konzerns basierende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträge eliminieren wir im Rahmen der Schulden- sowie der Aufwands- und Ertragskonsolidierung. Im Konzern angefallene Zwischenergebnisse werden herausgerechnet, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

(5) Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung (IAS 39)

Gemäß IAS 39 sind alle finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, zu denen auch derivative Finanzinstrumente zählen, grundsätzlich in der Bilanz anzusetzen. Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der gleichzeitig bei dem einen Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei dem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führt. Beim erstmaligen Ansatz sind Finanzinstrumente mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten; das entspricht in der Regel den Anschaffungskosten zum Zugangszeitpunkt.

In der Folgebewertung werden Finanzinstrumente in Abhängigkeit der jeweiligen Kategorie entweder zu (fortgeführten) Anschaffungskosten oder zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) in der Bilanz angesetzt. Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, zu dem am Bilanzstichtag zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern ein Vermögenswert getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte. Der beizulegende Zeitwert wird durch den an einem aktiven Markt festgestellten Preis des Finanzinstruments bestimmt (mark-to-market). Sofern keine Marktpreise verfügbar sind, setzen wir zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes Bewertungsmodelle ein (mark-to-model), die im größtmöglichen Umfang Marktdaten als Parameter verwenden.

Die nachstehenden Erläuterungen geben eine Übersicht, wie die Regelungen des IAS 39 in der derzeit gültigen Fassung in unserem Konzern umgesetzt wurden:

a) Zugang und Abgang von Finanzinstrumenten

Der Bilanzansatz eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verpflichtung erfolgt grundsätzlich, wenn der Konzern Vertragspartei zu den vertraglichen Regelungen des Finanzinstruments

wird. Bei regulären Kassakäufen oder-verkaufen von finanziellen Vermögenswerten fallen Handelsund Erfüllungstag im Allgemeinen auseinander. Für diese regulären Kassakäufe oder -verkäufe besteht ein Wahlrecht der Bilanzierung zum Handelstag (Trade Date Accounting) oder zum Erfüllungstag (Settlement Date Accounting). Im Konzern erfolgt für alle Regular-Way-Käufe und -Verkäufe finanzieller Vermögenswerte bei Ansatz und Abgang die Bilanzierung zum Handelstag.

Die Abgangsvorschriften des IAS 39 richten sich sowohl nach dem Konzept der Chancen und Risiken als auch nach der Verfügungsmacht bei der Prüfung von Ausbuchungsvorgängen. Die Bewertung der Chancen und Risiken aus dem Eigentum hat dabei Vorrang vor der Bewertung der Übertragung der Verfügungsmacht.

Bei einer nur teilweisen Übertragung der Chancen und Risiken und der Zurückbehaltung von Verfügungsmacht kommt der Ansatz für fortdauernde Engagements zur Anwendung. Der finanzielle Vermögenswert wird dabei unter Berücksichtigung bestimmter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden in dem Umfang erfasst, der seinem fortdauernden Engagement (Continuing Involvement) entspricht. Die Höhe des fortdauernden Engagements bestimmt sich aus dem Umfang, in dem der Konzern weiterhin das Risiko von Wertänderungen des übertragenen Vermögenswertes trägt. Eine finanzielle Verpflichtung (oder ein Teil einer finanziellen Verpflichtung) wird ausgebucht, wenn sie erloschen ist, das heißt wenn die im Vertrag genannten Verpflichtungen beglichen, aufgehoben oder ausgelaufen sind. Auch der Rückerwerb eigener Schuldtitel fällt unter die Ausbuchung finanzieller Verpflichtungen. Unterschiedsbeträge beim Rückkauf zwischen dem Buchwert der Verpflichtung (einschließlich Agien und Disagien) und dem Kaufpreis werden erfolgswirksam erfasst; bei Wiederveräußerung zu einem späteren Zeitpunkt entsteht eine neue finanzielle Verpflichtung, deren Anschaffungskosten dem Veräußerungserlös entsprechen. Unterschiedsbeträge zwischen diesen neuen Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag werden nach der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit des Schuldtitels verteilt.

b) Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten und ihre Bewertung

- Kredite und Forderungen (Loans and Receivables):

Dieser Kategorie ordnen wir nicht derivative Finanzinstrumente mit festen oder bestimmbareren Zahlungsansprüchen zu, für die kein aktiver Markt besteht. Dies gilt unabhängig davon, ob die Finanzinstrumente originär begründet oder im Sekundärmarkt erworben wurden. Ein aktiver Markt ist dann gegeben, wenn notierte Preise regelmäßig zum Beispiel von einer Börse oder einem Broker zur Verfügung gestellt werden und diese Preise repräsentativ für aktuelle Transaktionen zwischen fremden Dritten sind. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Bei Vorliegen einer Wertminderung wird diese bei der Ermittlung der fortgeführten Anschaffungskosten erfolgswirksam berücksichtigt. Agien beziehungsweise Disagien werden über die Laufzeit verteilt und erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

- Bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte (Held-to-Maturity):

Dieser Kategorie dürfen nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen sowie festgelegter Laufzeit dann zugeordnet werden, wenn die Absicht sowie die Fähigkeit besteht, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Bei Vorliegen einer Wertminderung wird dieses bei der Ermittlung der fortgeführten Anschaffungskosten erfolgswirksam berücksichtigt. Agien beziehungsweise Disagien werden über die Laufzeit verteilt und erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt. Der Commerzbank-Konzern verwendet die Kategorie bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte auch im Geschäftsjahr 2010 nicht.

- Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten (Financial Assets or Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss); diese Kategorie umfasst zwei Unterkategorien:

- Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten (Held for Trading):

Diese Kategorie umfasst die finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten, die zu Handelszwecken gehalten werden (Handelsaktiva und -passiva). Zu den Handelsaktiva zählen originäre Finanzinstrumente (insbesondere verzinsliche Wertpapiere, Aktien und Schuldscheindarlehen), Edelmetalle sowie derivative Finanzinstrumente mit positivem beizulegendem Zeitwert. Die Handelsspassiva umfassen insbesondere derivative Finanzinstrumente mit einem negativen beizulegenden Zeitwert, eigene Emissionen des Handelsbuchs sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen.

Derivative Finanzinstrumente, die als Sicherungsinstrumente eingesetzt werden, sind nur dann in den Handelsaktiva beziehungsweise Handelsspassiva enthalten, wenn diese die Bedingungen für die Anwendung des Hedge Accountings (vergleiche unten in dieser Note) nicht erfüllen. Ansonsten werden sie als Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten ausgewiesen.

Handelsaktiva und Handelspassiva werden zu jedem Bilanzstichtag zum Fair Value bilanziert. Die Bewertungs- sowie Veräußerungsergebnisse werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Handelsergebnis erfasst.

Der Commerzbank-Konzern hat Transaktionen getätigt, bei denen der Fair Value anhand eines Bewertungsmodells ermittelt wurde, bei der nicht alle wesentlichen Inputparameter auf beobachtbaren Marktparametern basieren. Der Bilanzansatz solcher Transaktionen erfolgt zum Transaktionspreis. Die Differenz zwischen dem Transaktionspreis und dem Fair Value des Bewertungsmodells wird als Day-One Profit or Loss bezeichnet. Der Day-One Profit or Loss wird nicht sofort, sondern über die Laufzeit der Transaktion in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Sofern sich für die Transaktion ein Referenzkurs auf einem aktiven Markt ermitteln lässt oder die wesentlichen Inputparameter auf beobachtbaren Marktdaten basieren, wird der abgegrenzte Day-One Profit or Loss unmittelbar erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

- Zum beizulegenden Zeitwert designierte Finanzinstrumente (Designated at Fair Value through Profit or Loss):

Gemäß der sogenannten Fair Value Option ist es zulässig, jedes Finanzinstrument freiwillig einer Bewertung zum Fair Value mit Erfassung der Bewertungsergebnisse in der Gewinn- und Verlustrechnung zu unterwerfen. Die Entscheidung zur Nutzung der Fair Value Option ist für ein Finanzinstrument zum Zeitpunkt des Zugangs unwiderruflich zu treffen.

Voraussetzung für die Anwendung der Fair Value Option für ein Finanzinstrument ist, dass

- eine Ansatz- oder Bewertungskongruenz (Accounting Mismatch) vermieden oder erheblich reduziert wird oder
- das Management und die Performancemessung eines Portfolios aus Finanzinstrumenten auf Fair-Value-Basis erfolgt oder
- das Finanzinstrument ein oder mehrere trennungspflichtige eingebettete Derivate enthält.

Finanzinstrumente, für die die Fair Value Option angewendet wird, verbleiben in ihrem jeweiligen Bilanzposten. Die Bewertungsergebnisse erfassen wir in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten Handelsergebnis, Zinserträge und -aufwendungen weisen wir im Zinsüberschuss aus. Weitere Ausführungen zu Art und Umfang der Anwendung der Fair Value Option im Commerzbank-Konzern finden sich in Note 82.

- Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale):

Diese Kategorie umfasst alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte, die keiner der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden oder für die eine Designation als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte erfolgte. Dabei handelt es sich insbesondere um verzinsliche Wertpapiere, Aktien und Beteiligungen. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Ist der beizulegende Zeitwert bei Eigenkapitalinstrumenten ausnahmsweise nicht verlässlich ermittelbar, erfolgt die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten. Das Ergebnis aus der Bewertung weisen wir -nach Berücksichtigung latenter Steuern – erfolgsneutral in einem gesonderten Posten der Anderen Rücklagen (Neubewertungsrücklage) innerhalb des Eigenkapitals aus. Agien oder Disagien bei Fremdkapitalinstrumenten werden erfolgswirksam über die Laufzeit im Zinsergebnis vereinnahmt. Bei einer Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts lösen wir das in der Neubewertungsrücklage bilanzierte kumulierte Bewertungsergebnis auf und erfassen es in der Gewinn- und Verlustrechnung. Im Falle einer Wertminderung ist die Neubewertungsrücklage um den Wertminderungsbetrag anzupassen und der Betrag in der Gewinn- und Verlustrechnung zu berücksichtigen. Bei einer Wertaufholung unterscheiden wir zwischen Eigen- und Fremdkapitalinstrumenten. Während Wertaufholungen für Eigenkapitalinstrumente erfolgsneutral durchgeführt werden, sind Wertaufholungen für Fremdkapitalinstrumente bei Wegfall des Wertminderungsgrundes erfolgswirksam maximal in Höhe der Wertminderung zu erfassen.

- Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten:

Alle finanziellen Verbindlichkeiten, die nicht als zu Handelszwecken gehalten kategorisiert wurden und für die nicht die Fair Value Option angewendet wurde, fallen unter die Kategorie sonstige finanzielle Verbindlichkeiten. Zu dieser Kategorie zählen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie Verbriefte Verbindlichkeiten. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien beziehungsweise Disagien werden über die Laufzeit verteilt erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

Die Nettoerfolge umfassen erfolgswirksame Fair-Value-Bewertungen, Wertminderungen, Zuschreibungen, realisierte Abgangserfolge und nachträgliche Eingänge aus abgeschriebenem Finanzinstrumenten der jeweiligen Kategorie gemäß IAS 39. Die Bestandteile werden in den Notes

Zinsüberschuss, Risikovorsorge im Kreditgeschäft, Handelsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen nach den Kategorien gemäß IAS 39 dargestellt.

c) Finanzgarantien (Financial Guarantee Contracts)

Eine Finanzgarantie ist gemäß IAS 39 ein Vertrag, bei dem der Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet ist, die den Garantiennehmer für einen Verlust entschädigen, der ihm entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den ursprünglichen oder geänderten Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgemäß nachkommt. Ist der Commerzbank-Konzern Garantiennehmer, wird die Finanzgarantie bilanziell nicht erfasst und nur bei der Ermittlung der Wertminderung eines besicherten Vermögenswertes berücksichtigt. Als Garantiegeber erfasst der Commerzbank-Konzern die Verpflichtung aus einer Finanzgarantie bei Vertragsabschluss. Die Erstbewertung erfolgt mit dem beizulegenden Zeitwert zum Erfassungszeitpunkt. Insgesamt betrachtet ist der beizulegende Zeitwert einer Finanzgarantie bei Vertragsabschluss null, denn der Wert der vereinbarten Prämie wird bei marktgerechten Verträgen regelmäßig dem Wert der Garantieverpflichtung entsprechen. Im Rahmen der Folgebewertung wird geprüft, ob eine Risikovorsorge erforderlich ist.

Sofern eine Finanzgarantie Bestandteil einer Finanzierungszusage ist, für die eine Handelsabsicht besteht, ist auch die Finanzgarantie als zu Handelszwecken gehalten zu kategorisieren. Die Behandlung solcher Finanzgarantien erfolgt dann abweichend zu der vorhergehenden Beschreibung gemäß den Vorgaben der Kategorie zu Handelszwecken gehalten (vergleiche Note 5 b).

d) Eingebettete Derivate (Embedded Derivatives)

IAS 39 regelt auch die bilanzielle Behandlung von Derivaten, die in originäre Finanzinstrumente eingebettet sind (Embedded Derivatives). Dabei handelt es sich zum Beispiel um Aktienanleihen (Anleihen mit Rückzahlungsrecht in Aktien) oder Anleihen mit indexbezogener Verzinsung. Gemäß IAS 39 ist das eingebettete Derivat unter bestimmten Bedingungen getrennt vom originären Trägerinstrument wie ein freistehendes Derivat zu bilanzieren.

Eine solche bilanzielle Trennungspflicht ist dann gegeben, wenn die drei folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- Die Charakteristika und Risiken des eingebetteten Derivats sind nicht eng mit denen des originären Trägerinstrumentes verbunden,
- ein eigenständiges Derivat mit den gleichen Bedingungen wie das eingebettete Derivat erfüllt die Definition eines Derivats nach IAS 39, und
- das originäre Finanzinstrument wird nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

In diesem Fall ist das zu trennende eingebettete Derivat als Teil des Handelsbestands anzusehen und zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) zu bilanzieren. Bewertungsänderungen sind erfolgswirksam im Ergebnis aus der Bewertung von derivativen Finanzinstrumenten innerhalb des Handelsergebnisses zu erfassen. Die Bilanzierung und Bewertung des Basisvertrages folgt hingegen den Vorschriften der zugewiesenen Kategorie des Finanzinstruments.

Wenn die oben genannten drei Bedingungen nicht erfüllt sind, wird das eingebettete Derivat nicht getrennt bilanziert und das hybride Finanzinstrument (strukturiertes Produkt) insgesamt nach den allgemeinen Vorschriften der Kategorie bewertet, der das Finanzinstrument zugeordnet wurde.

e) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

IAS 39 beinhaltet umfassende Regelungen für die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen, das heißt der Bilanzierung von Sicherungsinstrumenten (insbesondere Derivate) und den durch sie abgesicherten Grundgeschäften.

Nach den allgemeinen Regelungen werden Derivate als Handelsaktiva oder Handelspassiva klassifiziert und zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet. Das Bewertungsergebnis wird im Handelsergebnis ausgewiesen.

Werden Derivate nachweislich zur Absicherung von Risiken aus Nichthandelsgeschäften eingesetzt, lässt IAS 39 unter bestimmten Bedingungen die Anwendung des Hedge Accountings (Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen) zu. Dabei werden vorwiegend zwei Formen des Hedge Accountings angewendet:

- Fair Value Hedge Accounting:

IAS 39 sieht die Anwendung des Hedge Accountings für Derivate vor, die der Absicherung des beizulegenden Zeitwertes bilanzierter Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten dienen. Einem solchen Marktwertisiko unterliegen insbesondere die Emissions- und Kreditgeschäfte des Konzerns und die

Wertpapierbestände der Liquiditätssteuerung, sofern es sich um festverzinsliche Papiere handelt. Zur Absicherung dieser Risiken werden vor allem Zinsswaps verwendet.

Gemäß den Regelungen des Fair Value Hedge Accountings werden die zur Absicherung eingesetzten derivativen Finanzinstrumente zum Fair Value als Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten bilanziert. Die Bewertungsänderungen werden erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung als Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst. Für den gesicherten Vermögenswert beziehungsweise die gesicherte Verbindlichkeit sind die aus dem gesicherten Risiko resultierenden gegenläufigen Fair-Value-Änderungen bilanziell zu erfassen und ebenfalls erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung als Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen zu vereinnahmen.

Fair Value Hedge Accounting kann entweder als Mikro Fair Value Hedge oder als Portfolio Fair Value Hedge für Zinsrisiken ausgestaltet werden:

- Beim Micro Fair Value Hedge Accounting wird ein Grundgeschäft mit einem oder mehreren Sicherungsgeschäften in einer Sicherungsbeziehung verknüpft. Die Buchwerte der Grundgeschäfte werden im Falle von Fair-Value-Änderungen, die dem abgesicherten Risiko zuzuordnen sind, erfolgswirksam angepasst.
- Beim Portfolio Fair Value Hedge wird die Absicherung von Zinsrisiken auf Portfolioebene abgebildet. Abgesichert werden nicht einzelne Geschäfte oder Gruppen von Geschäften mit ähnlicher Risikostruktur, sondern ein Betrag von Grundgeschäften gegliedert nach Laufzeitbändern entsprechend den erwarteten Rückzahlungs- und Zinsanpassungsterminen in einem Portfolio. Portfolios können nur Aktiva, nur Passiva oder beides enthalten. Bei dieser bilanziellen Abbildung von Sicherungszusammenhängen werden die Wertänderungen der Grundgeschäfte als separater Aktiv- beziehungsweise Passivposten in der Bilanz erfasst. Der abgesicherte Betrag der Grundgeschäfte wird im Konzernabschluss ohne Sicht- oder Spareinlagen bestimmt (die Regelungen des EU-Carve-out werden damit nicht in Anspruch genommen).
- Cash Flow Hedge Accounting:

IAS 39 sieht die Anwendung des Cash Flow Hedge Accountings für Derivate vor, die der Absicherung gegen das Risiko einer Veränderung künftiger Zahlungsströme dienen. Im Rahmen des Cash Flow Hedge Accountings eingesetzte Derivate werden zum Fair Value bilanziert. Das Bewertungsergebnis wird, sofern effektiv, erfolgsneutral nach Berücksichtigung latenter Steuern in der Rücklage aus Cash Flow Hedges im Eigenkapital erfasst. Der ineffektive Teil wird hingegen ergebniswirksam als Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen ausgewiesen. Für die den gesicherten Zahlungsströmen zugrunde liegenden Geschäfte ändern sich die oben beschriebenen allgemeinen Bilanzierungsregeln nicht.

Die Anwendung der Regeln des Hedge Accountings ist an eine Reihe von Bedingungen gebunden. Diese beziehen sich insbesondere auf die Dokumentation des Sicherungszusammenhangs sowie auf die Wirksamkeit der Absicherungsmaßnahme.

Die Sicherungsbeziehung muss ab dem Zeitpunkt ihrer Begründung dokumentiert werden. Die Dokumentation umfasst insbesondere die Identifikation des Sicherungsinstruments und des gesicherten Grundgeschäfts sowie die Kennzeichnung des gesicherten Risikos und der Methodik zur Bestimmung der Effektivität des Sicherungszusammenhangs. Neben der Dokumentation verlangt IAS 39 für die Anwendung der Regelungen des Hedge Accountings den Nachweis eines effektiven Sicherungszusammenhangs. Unter Effektivität wird in diesem Zusammenhang das Verhältnis der aus dem gesicherten Grundgeschäft resultierenden Änderung des beizulegenden Zeitwertes (Fair Value) beziehungsweise des Zahlungsstroms zur Änderung des beizulegenden Zeitwertes beziehungsweise des Zahlungsstroms aus dem Sicherungsgeschäft verstanden. Wenn sich diese Änderungen fast vollständig ausgleichen, liegt eine hohe Effektivität vor. Der Effektivitätsnachweis verlangt einerseits, dass für eine Sicherungsbeziehung künftig eine hohe Effektivität erwartet werden kann (prospektive Effektivität). Andererseits ist während des Bestehens der Sicherungsbeziehung regelmäßig nachzuweisen, dass diese während der Berichtsperiode hoch effektiv war (retrospektive Effektivität). Eine hohe retrospektive Effektivität ist gegeben, wenn das Verhältnis der Änderungen der beizulegenden Zeitwerte beziehungsweise der Zahlungsströme zwischen 0,8 und 1,25 liegt.

Die Commerzbank wendet für die Effektivitätsmessung für Mikro Fair Value Hedge Accounting das statistische Verfahren der Regressionsanalyse an, wobei die Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft für den prospektiven Effektivitätstest durch historische Simulationen ermittelt werden. Retrospektiv werden die tatsächlichen Wertveränderungen genutzt. Auch für Portfolio Fair Value Hedge Accounting kommt für den prospektiven Effektivitätstest die Regressionsanalyse zur Anwendung, während für den retrospektiven Effektivitätstest die Dollar-Offset-Methode zur Anwendung kommt.

(6) Währungsumrechnung

Monetäre Vermögenswerte und Schulden, die auf Fremdwährung lauten, und schwebende Fremdwährungskassageschäfte werden zum Kassamittelkurs des Bilanzstichtages,

Devisentermingeschäfte zum Terminkurs des Bilanzstichtages umgerechnet. Realisierte Aufwendungen und Erträge rechnen wir grundsätzlich mit dem zum Zeitpunkt der Realisierung gültigen Kassakurs um. Zur Umrechnung von Aufwendungen und Erträgen können auch Durchschnittskurse verwendet werden, sofern diese keine bedeutenden Schwankungen aufweisen. Kursgesicherte Aufwendungen und Erträge rechnen wir zum Sicherungskurs um. Die aus der Umrechnung von Bilanzposten resultierenden Aufwendungen und Erträge werden grundsätzlich erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Nicht monetäre Posten, zum Beispiel Beteiligungen, werden grundsätzlich mit historischen Kursen umgerechnet, wenn sie zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden. Wir nutzen für die Umrechnung den Stichtagskurs, wenn sie zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Ergebnisse aus der Umrechnung von Gewinnen oder Verlusten aus nichtmonetären Posten weisen wir entsprechend der Erfassung der Gewinne oder Verluste entweder ergebnisneutral im Eigenkapital oder ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung aus.

Die Umrechnung von in Fremdwährung aufgestellten Abschlüsse von konsolidierten Tochterunternehmen und at-Equity-bewerteten Unternehmen erfolgt für Erträge und Aufwendungen grundsätzlich zum Wechselkurs am Tag des Geschäftsvorfalles. Vereinfachend kann bei der Umrechnung auch ein Kurs verwendet werden, der einen Näherungswert für den Umrechnungskurs am Tag des Geschäftsvorfalles darstellt, beispielsweise der Durchschnittskurs einer Periode. Alle sich aus der Umrechnung ergebenden Differenzen sind als separater Bestandteil des Eigenkapitals in der Rücklage aus der Währungsumrechnung erfolgsneutral anzusetzen. Umrechnungsgewinne und -Verluste aus der Kapitalkonsolidierung weisen wir ebenfalls erfolgsneutral in der Rücklage aus der Währungsumrechnung im Eigenkapital aus. Zum Zeitpunkt der Veräußerung dieser Vermögenswerte werden die Umrechnungsdifferenzen erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

(7) Barreserve

Die Barreserve umfasst den Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken, Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind. Mit Ausnahme der Schuldtitel öffentlicher Stellen, die wir zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bilanzieren, sind alle Bestände zum Nennwert ausgewiesen.

(8) Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden im Commerzbank-Konzern, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden und nicht an einem aktiven Markt notiert sind, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Agien oder Disagien werden erfolgswirksam über die Laufzeit verteilt im Zinsergebnis vereinnahmt. Die Buchwerte von Forderungen, für die Micro Fair Value Hedge Accounting angewendet wird, werden um die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Fair-Value-Änderungen angepasst. Forderungen, die im Rahmen der Fair Value Option angesetzt werden, sind mit ihrem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bilanziert worden. Bei Anwendung von Portfolio Fair Value Accounting werden die Fair-Value-Änderungen in dem aktivischen Bilanzposten Wertanpassung Portfolio Fair Value Hedges erfasst.

(9) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Den besonderen Adressenausfallrisiken im Kreditbereich tragen wir durch die Bildung von Einzel- und Portfoliowertberichtigungen Rechnung.

Für die bei Kunden- und Bankenforderungen vorhandenen Bonitätsrisiken haben wir nach konzerneinheitlichen Maßstäben Einzelwertberichtigungen gebildet. Die Wertberichtigung eines Kredites ist notwendig, wenn es aufgrund beobachtbarer Kriterien wahrscheinlich ist, dass nicht alle Zins- und Tilgungsverpflichtungen vertragsmäßig geleistet werden können. Die Höhe der Wertberichtigung entspricht der Differenz zwischen dem Buchwert des Kredites abzüglich des Barwertes erwarteter Rückflüsse.

Weiterhin tragen wir Kreditrisiken in Form von Portfoliowertberichtigungen Rechnung. Die Höhe der zu bildenden Portfoliowertberichtigungen wird unter Verwendung von aus der Basel-II-Systematik abgeleiteten Parametern ermittelt.

Der Gesamtbetrag der Risikovorsorge wird, sofern er sich auf bilanzielle Forderungen bezieht, in der Bilanz von den entsprechenden Aktivposten gekürzt. Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte (Avale, Indossamentsverbindlichkeiten, Kreditzusagen) wird hingegen als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft gezeigt.

Uneinbringliche Forderungen, für die keine Einzelwertberichtigungen bestanden, werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam in der Risikovorsorge erfasst. Wertgeminderte Forderungen werden unter Verbrauch von etwaigen bestehenden Einzelwertberichtigungen (teil-)abgeschrieben, wenn sich die teilweise oder vollständige Uneinbringlichkeit

der Forderung herausstellt. Forderungsteile wertgeminderter Forderungen, die die bestehende Risikovorsorge übersteigen, werden im Falle der Uneinbringlichkeit ebenfalls direkt abgeschrieben.

(10) Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihgeschäfte

Repo-Geschäfte sind Kombinationen aus Kassakäufen oder -verkaufen von Wertpapieren mit gleichzeitigem Verkauf oder Rückkauf auf Termin mit demselben Kontrahenten. Die bei Repo-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassaverkauf) werden in der Konzernbilanz weiterhin als Wertpapierbestand bilanziert und bewertet. Der Liquiditätszufluss aus dem Repo-Geschäft wird je nach Gegenpartei als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder Kunden in der Bilanz ausgewiesen. Vereinbarte Zinszahlungen werden laufzeitgerecht als Zinsaufwendungen im Handelsergebnis und, sofern sie nicht aus Handelsgeschäften resultieren, im Zinsüberschuss erfasst.

Die bei Reverse Repos entstehenden Liquiditätsabflüsse werden als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert und, sofern diese dem Bankbuch zuzuordnen sind, zu den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Reverse Repos aus Handelsgeschäften bewerten wir zum beizulegenden Zeitwert. Die dem Geldgeschäft zugrunde liegenden in Pension genommenen Wertpapiere (Kassakauf) werden nicht in der Bilanz ausgewiesen und folglich auch nicht bewertet. Vereinbarte Zinsen aus Reverse Repos werden laufzeitgerecht als Zinserträge im Handelsergebnis und, sofern sie nicht aus Handelsgeschäften resultieren, im Zinsüberschuss erfasst.

Wertpapierleihgeschäfte bilanzieren wir analog dem Ausweis von Wertpapieren aus echten Pensionsgeschäften. Dabei verbleiben verliehene Wertpapiere weiterhin in unserem Wertpapierbestand und werden nach den Regeln des IAS 39 bewertet. Entliehene Wertpapiere werden nicht bilanziert und auch nicht bewertet. Durch uns gestellte Barsicherheiten für Wertpapierleihgeschäfte weisen wir als Forderungen, erhaltene Sicherheiten als Verbindlichkeiten aus.

Insofern bestehen für die übertragenen, aber nicht ausgebuchten finanziellen Vermögenswerte die gleichen Risiken und Chancen wie für die nicht übertragenen finanziellen Vermögenswerte, die in Note 5 beschrieben sind.

(11) Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges

In diesen Posten erfassen wir die aktivischen beziehungsweise passivischen Wertänderungen der Grundgeschäfte, für die Portfolio Fair Value Hedge Accounting angewendet wird.

(12) Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Derivative Finanzinstrumente, die zur Absicherung eingesetzt sind und sich für das Hedge Accounting qualifizieren sowie einen positiven Marktwert aufweisen, werden in diesem Bilanzposten ausgewiesen. Die Bewertung der Sicherungsinstrumente erfolgt zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value).

Börsennotierte Sicherungsinstrumente werden mit Börsenkursen bewertet; bei den nicht börsennotierten erfolgt die Bewertung anhand von Vergleichspreisen und interner Bewertungsverfahren (Barwert- oder Optionspreismodelle). Die im Rahmen des Hedge Accountings für Fair Value Hedges ermittelten Bewertungsergebnisse werden im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen sind ebenfalls ineffektive Teile der Wertänderungen aus Cash Flow Hedges enthalten; effektive Teile der Wertänderungen hingegen werden ergebnisneutral in den Anderen Rücklagen (Rücklage aus Cash Flow Hedges) im Eigenkapital gezeigt.

(13) Handelsaktiva

Handelszwecken dienende Finanzinstrumente bewerten wir in der Bilanz zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) am Bilanzstichtag. Ebenfalls zum beizulegenden Zeitwert sind hier alle derivativen Finanzinstrumente ausgewiesen, die nicht als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings eingesetzt werden und einen positiven beizulegenden Zeitwert besitzen. Darüber hinaus werden Kreditzusagen mit positivem Marktwert und Edelmetalltransaktionen in diesem Posten bilanziert.

Bei börsennotierten Produkten verwenden wir Börsenkurse; für nicht börsennotierte Produkte nutzen wir Vergleichspreise, indikative Preise von Preisagenturen beziehungsweise anderen Kreditinstituten (Lead Manager) oder interne Bewertungsverfahren (Barwert- oder Optionspreismodelle).

Alle realisierten Gewinne und Verluste sowie nicht realisierte Bewertungsergebnisse sind Teil des Handelsergebnisses in der Gewinn- und Verlustrechnung. Ebenfalls im Handelsergebnis werden Zins- und Dividendenerträge aus Handelsbeständen sowie zugehörige Refinanzierungsaufwendungen ausgewiesen.

(14) Finanzanlagen

Die Finanzanlagen umfassen Finanzinstrumente, die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden. Als Finanzanlagen weisen wir alle nicht Handelszwecken dienenden Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Wertpapiere, Aktien und andere eigenkapitalbezogene Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen aus, es sei denn, sie sind als zur Veräußerung gehalten im Sinne von IFRS 5 zu behandeln. Die nicht at-Equity-bewerteten Anteile an assoziierten Unternehmen beziehungsweise Gemeinschaftsunternehmen weisen wir in den Finanzanlagen unter Beteiligungen aus.

In den Finanzanlagen enthaltene Finanzinstrumente der Kategorie Kredite und Forderungen sind zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Bei umkategorisierten Beständen setzen wir den beizulegenden Zeitwert zum Umkategorisierungszeitpunkt als neuen Buchwert der Wertpapierbestände an. Die zu diesem Zeitpunkt bestehende Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern verbleibt in den Anderen Rücklagen im Eigenkapital und wird über die Restlaufzeit der umkategorisierten Wertpapiere aufgelöst.

Die Bilanzierung und Bewertung der Bestände, die der Kategorie zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte zugeordnet sind, erfolgt zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value). Kann der beizulegende Zeitwert nicht einem aktiven Markt entnommen werden, bewerten wir die Bestände grundsätzlich anhand von Vergleichspreisen, indikativen Preisen von Preisagenturen beziehungsweise anderen Kreditinstituten (Lead Managern) oder interner Bewertungsverfahren (Barwert- oder Optionspreismodellen). Sofern der beizulegende Zeitwert für Eigenkapitalinstrumente ausnahmsweise nicht zuverlässig bestimmt werden kann, erfolgt der Ansatz zu Anschaffungskosten abzüglich erforderlicher Wertminderungen.

Bewertungsergebnisse werden bei Beständen der Kategorie zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte – nach Berücksichtigung latenter Steuern – innerhalb des Eigenkapitals in die Anderen Rücklagen (Neubewertungsrücklage) eingestellt. Eine erfolgswirksame Realisierung von Gewinnen oder Verlusten findet erst bei Verkauf oder im Falle einer Wertminderung im Ergebnis aus Finanzanlagen statt.

Agien oder Disagien werden erfolgswirksam über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis vereinnahmt. Ebenfalls im Zinsergebnis werden Zinserträge aus Schuldverschreibungen, Dividendenzahlungen aus Aktien und aus Anteilen an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen sowie laufende Beteiligungsergebnisse gezeigt.

Sofern für hier bilanzierte Finanzinstrumente eine effektive Sicherungsbeziehung im Rahmen eines Fair Value Hedges zu einem derivativen Finanzinstrument besteht, wird der Teil der Änderung des beizulegenden Zeitwertes, der auf das gesicherte Risiko entfällt, erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen ausgewiesen. Wertänderungen der beizulegenden Zeitwerte von Finanzanlagen, auf die die Fair Value Option angewendet wird, weisen wir im Ergebnis aus der Anwendung der Fair Value Option aus, das Bestandteil des Handelsergebnisses ist.

Für die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Finanzinstrumente ist zu prüfen, ob objektive Hinweise gemäß IAS 39.59 (zum Beispiel Vertragsbruch, Schadensfall, erhöhte Wahrscheinlichkeit für Sanierungsverfahren oder Insolvenz) auf einen nach dem Zugangszeitpunkt eingetretenen Verlust vorliegen, die zu einer Minderung der hieraus erwarteten Zahlungsströme führen. Eine Wertminderung besteht, wenn der Barwert der erwarteten Zahlungsströme geringer als der Buchwert des betreffenden Finanzinstrumentes ist. Im Falle einer Wertminderung ist das Bewertungsergebnis nicht mehr erfolgsneutral in den Anderen Rücklagen (Neubewertungsrücklage) im Eigenkapital, sondern als Wertminderungsaufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus Finanzanlagen zu erfassen.

Bei Eigenkapitalinstrumenten liegt eine Wertminderung unter anderem vor, wenn der beizulegende Zeitwert entweder signifikant oder länger anhaltend unter den Anschaffungskosten liegt.

Im Commerzbank-Konzern werden Eigenkapitalinstrumente des Available-for-Sale-Bestandes abgeschrieben, wenn der beizulegende Zeitwert entweder signifikant ($\geq 20\%$) oder dauerhaft (mindestens neun Monate) unter den Anschaffungskosten liegt. Neben diesen quantitativen Hinweisen (Trigger Events) werden zur Prüfung auch die qualitativen Trigger Events des IAS 39.59 herangezogen.

Wertaufholungen dürfen bei Eigenkapitalinstrumenten der Kategorie zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte nicht erfolgswirksam erfasst werden; vielmehr sind sie ergebnisneutral über die Neubewertungsrücklage zu buchen. Insofern ergeben sich ergebniswirksame Effekte hier nur bei Wertminderung oder Veräußerung. Bei nicht notierten Eigenkapitalinstrumenten, für die ein verlässlicher beizulegender Zeitwert nicht regelmäßig ermittelt werden kann und die deshalb zu Anschaffungskosten abzüglich erforderlicher Wertminderungen bewertet sind, darf überhaupt keine Wertaufholung vorgenommen werden.

Liegen qualitative Trigger Events (IAS 39.59) vor, werden Fremdkapitalinstrumente der Kategorie zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte einzeln auf einen Wertminderungsbedarf untersucht und sofern erforderlich wertberichtet. Zur Operationalisierung der qualitativen Trigger Events wurden im Commerzbank-Konzern zusätzliche Indikatoren für eine Abschreibung entwickelt. So sind zum Beispiel

Fremdkapitalinstrumente des Available-for-Sale-Bestandes grundsätzlich abzuschreiben, wenn das Rating des Schuldners CCC oder schlechter aufweist (siehe Note 84; S&P Rating) und der Fair Value unter den fortgeführten Anschaffungskosten liegt.

Fallen die Gründe für eine Wertminderung von Fremdkapitalinstrumenten der Kategorie zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte weg, ist eine Wertaufholung erfolgswirksam bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten vorzunehmen. Der über die Anschaffungskosten hinausgehende Betrag ist in der Neubewertungsrücklage zu erfassen.

Für Finanzinstrumente der Kategorie Kredite und Forderungen wird eine Wertminderung nach analogen Maßstäben wie für das Kreditgeschäft (vergleiche Note 5) gebildet. Die Wertminderungen werden im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Sollten die Indikatoren für eine Wertminderung von einzelnen Wertpapieren nicht mehr gegeben sein beziehungsweise nicht mehr auf eine Wertminderung hindeuten, so müssen diese bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten erfolgswirksam zugeschrieben werden. Ebenso kann ein verbessertes Risikoumfeld zur Auflösung einer zuvor gebildeten Wertminderung auf Portfolioebene führen.

(15) Immaterielle Anlagewerte

Unter den Immateriellen Anlagewerten bilanzieren wir insbesondere Software, erworbene Markennamen, Kundenbeziehungen und Geschäfts- oder Firmenwerte. Die Bilanzierung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Software und Kundenbeziehungen schreiben wir aufgrund ihrer begrenzten Nutzungsdauer linear ab. Für die übrigen Marken sowie die Geschäfts- oder Firmenwerte werden mindestens jährliche Werthaltigkeitstests (Impairmenttests) durchgeführt.

Methode des Werthaltigkeitstests

Alle Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen werden zum Erwerbszeitpunkt auf die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (Cash Generating Units) allokiert. Die Commerzbank hat die Segmente nach IFRS 8 als zahlungsmittelgenerierende Einheiten definiert. Eine Beschreibung der Segmente erfolgt in Note 45. In der Folge werden diese Vermögenswerte mindestens jährlich zu jedem Bilanzstichtag auf ihren künftigen wirtschaftlichen Nutzen auf Basis der Cash Generating Units überprüft. Dabei wird der Buchwert des gebundenen Eigenkapitals eines Segments als Cash Generating Unit (einschließlich eines zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerts) mit deren erzielbarem Betrag verglichen. Der erzielbare Betrag wird als der höhere Betrag aus Nutzungswert (Value in Use) und Nettoveräußerungswert (Fair Value less Cost to Sell) ermittelt. Der Nutzungswert basiert auf den erwarteten Ergebnissen der Einheit sowie den Kapitaleffekten gemäß der vom Vorstand genehmigten Mehrjahresplanungen der einzelnen Segmente. Sofern der Nutzungswert den Buchwert unterschreitet, wird zusätzlich der Nettoveräußerungswert (Fair Value less Cost to Sell) ermittelt. Der höhere Wert wird angesetzt.

Annahmen im Werthaltigkeitstest

Die Ertragswertberechnungen beruhen auf der Mehrjahresplanung der Segmente. Diese besteht neben der Ergebnisplanung aus einer Planung der Risikoaktiva sowie des gebundenen Eigenkapitals. Wesentliche Werttreiber sind Forderungsvolumina, Zinsüberschuss nach Risikovorsorge sowie Provisionsüberschuss. Weitere sensibel reagierende Planungsparameter sind die Risikoaktiva. Die Planungen basieren auf Prognosen des Economic Research hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und anderer wesentlicher Parameter wie zum Beispiel der Entwicklung der Zinsen, Wechselkurse, Aktien- und Rentenmärkte. Dabei finden ebenso Erfahrungen des Managements aus der Vergangenheit sowie eine Abwägung von Chancen und Risiken aus den Prognosen Eingang in die Planungen.

Die Mehrjahresplanung beinhaltet grundsätzlich vier (bisher drei) Planjahre. Für den Werthaltigkeitstest wurde die Ergebnisplanung des letzten Planjahres bis 2019 fortgeschrieben, um die Auswirkungen von Basel III einschließlich der Übergangrechnungen auf das gebundene Kapital zu berücksichtigen.

Bei der Ertragswertberechnung haben wir durchschnittliche risikoadäquate Zinssätze zwischen 11,1 % (Vorjahr: 12,1 %) und 12,2 % (Vorjahr: 13,4 %) angewendet. Als nachhaltige Wachstumsrate für die Berechnung der ewigen Rente wird in allen Segmenten 2 % (Vorjahr: 2 %) angesetzt.

Sofern objektive Hinweise dafür vorliegen, dass der ursprünglich erkennbare Nutzen nicht mehr erzielt werden kann, ist zunächst eine Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit vorzunehmen; der Ausweis erfolgt in einem separaten Posten der Gewinn- und Verlustrechnung. Ein etwaiger darüber hinausgehender Wertminderungsbedarf wird anteilig auf die übrigen Vermögenswerte der Einheit verteilt.

Die erworbenen Rechte an der Marke Dresdner Bank wurden im Jahr 2010 voll abgeschrieben. Die Nutzung dieser Marke erfolgt dann nur noch in einer Filiale in Dresden.

Erworbene Kundenbeziehungen werden über einen Zeitraum von sieben bis fünfzehn Jahren abgeschrieben.

Für den Posten Software nehmen wir eine lineare Abschreibung über die voraussichtliche wirtschaftliche Nutzungsdauer von zwei bis zehn Jahren zulasten der Verwaltungsaufwendungen vor. Unter Software wird sowohl selbst erstellte als auch erworbene Software bilanziert. Mit dem Kauf der Dresdner Bank erworbene Software wird linear bis zum Zeitpunkt der Migration abgeschrieben, sofern sie hiernach nicht weiterverwendet wird.

Sofern der Grund für eine in früheren Geschäftsjahren vorgenommene Wertminderung entfallen ist, werden die immateriellen Vermögenswerte bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten zugeschrieben. Für Geschäftsoder Firmenwerte sind Zuschreibungen unzulässig.

(16) Sachanlagen

Die hierunter ausgewiesenen Grundstücke und Gebäude sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Wertminderungen nehmen wir in der Höhe vor, in der der Buchwert den höheren Wert aus beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und aus dem Nutzungswert des Vermögenswertes übersteigt.

Sofern der Grund für eine in früheren Geschäftsjahren vorgenommene Wertminderung entfallen ist, werden die Vermögenswerte bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten zugeschrieben.

Die Bestimmung der Nutzungsdauer nehmen wir unter Beachtung der voraussichtlichen physischen Abnutzung, der technischen Veralterung sowie rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen vor. Alle Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Voraussichtliche Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	30-50
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2-23

Mit dem Kauf der Dresdner Bank erworbene Betriebs- und Geschäftsausstattung wie zum Beispiel IT-Hardware, Inneneinrichtungen und Filialausstattungen wird linear bis zum Zeitpunkt der Migration abgeschrieben, sofern sie hiernach nicht weiter verwendet wird, ansonsten erfolgt die Abschreibung über die zu erwartende Nutzungsdauer.

Anschaffungen geringwertiger Sachanlagen wurden aus Wesentlichkeitsgründen direkt als Verwaltungsaufwand erfasst. Gewinne aus der Veräußerung von Sachanlagen vereinnahmen wir in den Sonstigen Erträgen, Verluste weisen wir in den Sonstigen Aufwendungen aus.

(17) Leasinggeschäft

Nach IAS 17 wird ein Leasinggeschäft als Operating-Leasing-Verhältnis klassifiziert, wenn es nicht im Wesentlichen alle Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer überträgt. Demgegenüber gelten als Finanzierungsleasing solche Vertragsverhältnisse, in denen der Leasingnehmer alle wesentlichen Chancen und Risiken trägt. Maßgeblich für die Zuordnung der Chancen und Risiken ist grundsätzlich der Barwert der mit den Leasingverträgen verbundenen Zahlungsströme. Sofern der Barwert zumindest der Investitionssumme des Leasingobjekts entspricht, erfolgt eine Klassifizierung als Finanzierungsleasing. Zu den Leasingobjekten gehören insbesondere Immobilien und Kraftfahrzeuge.

Konzern als Leasinggeber

– Operating Leasing

Soweit die wesentlichen Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand beim Leasinggeber verbleiben (Operating Leasing), wird dieser weiterhin bilanziert. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sonstigen Aktiva ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die über die wirtschaftliche Nutzungsdauer planmäßig erfolgenden Abschreibungen oder Wertminderungen. Die Leasingerlöse vereinnahmen wir, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit und weisen sie im Sonstigen Ergebnis aus.

– Finanzierungsleasing

Wenn nahezu alle Chancen und Risiken an dem Leasinggegenstand auf den Leasingnehmer übergehen (Finanzierungsleasing), weisen wir im Commerzbank-Konzern eine Forderung gegenüber dem Leasingnehmer aus. Der Ausweis der Forderung erfolgt in Höhe des Nettoinvestitionswertes zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses. Vereinnahmte Leasingraten werden in einen ertragswirksamen Zinsanteil und einen Tilgungsanteil aufgespalten. Die Erträge werden als Zinserträge auf der Basis einer periodengerechten Abgrenzung verteilt vereinnahmt.

Die Leasingverträge für Immobilien besitzen eine unkündbare Grundmietzeit und sind in der Regel mit Ankaufsrechten der Leasingnehmer ausgestattet. Berechnungsgrundlage für die Zahlungen des Leasingnehmers sind die Gesamtinvestitionskosten abzüglich der zu Beginn des Leasingvertrages festgelegten Restwerte der Leasingobjekte. Während der unkündbaren Grundmietzeit trägt der Leasingnehmer alle objektbezogenen Kosten sowie die Fremdkosten der Leasinggesellschaft. Die Gefahr des zufälligen oder teilweisen Untergangs des Leasinggegenstandes trägt der Leasinggeber.

Die Leasingverträge für Mobilien (Fahrzeuge, EDV Ausstattung) sind dagegen als Teilamortisationsverträge mit Andienungsrechten und als kündbare Verträge ausgestaltet. Im Fall der Teilamortisationsverträge wird aufgrund der im Verhältnis zur betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer kürzeren Grundmietzeit nur ein Teil der Gesamtinvestitionskosten amortisiert.

Kündbare Leasingverträge besitzen keine feste Grundmietzeit. Im Fall einer Kündigung wird eine im Voraus vereinbarte Abschlusszahlung fällig, die die noch nicht amortisierten Gesamtinvestitionskosten deckt. Erfolgt keine Kündigung, verlängert sich das Mietverhältnis. Die Gefahr des zufälligen oder teilweisen Untergangs des Leasingobjektes trägt wieder der Leasinggeber.

Konzern als Leasingnehmer

Aufwendungen für Operating-Leasing-Verhältnisse werden grundsätzlich linear über die Laufzeit des Leasingvertrages erfasst und im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Finanzierungsleasingverträge, bei denen der CommerzbankKonzern als Leasingnehmer auftritt, sind von untergeordneter Bedeutung.

(18) Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien (Investment Properties) sind solche Grundstücke und Gebäude zu verstehen, die zur Erzielung von Mieteinnahmen oder aus Gründen eines erwarteten Wertzuwachses gehalten werden. Der CommerzbankKonzern weist unter anderem die im Rahmen der Sicherheitenverwertung als Finanzinvestition erworbenen Immobilien (Rettungserwerbe) aus.

Die Bewertung erfolgt zum Zugangszeitpunkt gemäß IAS 40 mit den Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten unter Einbeziehung der direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Für die Folgebewertung der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien wird das Modell des beizulegenden Zeitwertes (Fair Value) angewendet. Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes basiert im Wesentlichen auf jährlich aktualisierten Bewertungen von internen Sachverständigen sowie auf den bei der aktuellen Marktlage erzielbaren Marktpreisen. Die Bewertung gewerblich genutzter Objekte erfolgt in der Regel ertragswert-orientiert; individuelle Wohnungsbauten werden üblicherweise sach- oder vergleichswertorientiert bewertet. Ein Gewinn beziehungsweise Verlust, der durch die Änderung des beizulegenden Zeitwertes entsteht, wird im Sonstigen Ergebnis der Periode erfolgswirksam berücksichtigt.

Laufende Erträge und Aufwendungen werden entsprechend im Zinsüberschuss ausgewiesen.

(19) Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen

Langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen, die in ihrem gegenwärtigen Zustand veräußert werden können und deren Veräußerung höchstwahrscheinlich ist, sind als zur Veräußerung bestimmt zu klassifizieren. Die entsprechenden Vermögenswerte sind mit ihrem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten anzusetzen, sofern dieser niedriger als der Buchwert ist. Im Falle daraus resultierender Wertminderungen sind diese für Veräußerungsgruppen erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen, für langfristige Vermögenswerte im Sonstigen Ergebnis zu erfassen. Eine spätere Wertaufholung ist auf die Summe der vorher erfassten Wertminderungen begrenzt.

(20) Verbindlichkeiten

Finanzielle Verbindlichkeiten bilanzieren wir, sofern sie dem Bankbuch zuzuordnen sind, mit fortgeführten Anschaffungskosten. Die in den Verbindlichkeiten eingebetteten Derivate (Em-bedded Derivatives) werden, sofern trennungspflichtig, abgespalten und mit dem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet unter den Handelsaktiva oder -passiva ausgewiesen. Im Rahmen des Micro Fair Value Hedge Accountings werden gesicherte Verbindlichkeiten um die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Fair-Value-Änderungen angepasst. Bei Anwendung von Portfolio Fair Value Hedge Accounting werden die Fair-Value-Änderungen in dem passivischen Bilanzposten Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges erfasst. Verbindlichkeiten, für die die Fair Value Option angewendet wird, sind mit ihrem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bilanziert.

(21) Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

In diesem Posten werden derivative Finanzinstrumente ausgewiesen, die zur Absicherung eingesetzt werden und sich für das Hedge Accounting qualifizieren, sofern sie einen negativen Marktwert haben. Die Bewertung der Sicherungsinstrumente erfolgt zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value).

Börsennotierte Sicherungsinstrumente werden mit Börsenkursen bewertet; bei den nicht börsennotierten erfolgt die Bewertung anhand von Vergleichspreisen und interner Bewertungsverfahren (Barwert- oder Optionspreismodelle). Im Rahmen von Fair Value Hedges werden Änderungen des beizulegenden Zeitwertes der Sicherungsinstrumente im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Effektive Teile der Wertänderungen aus Cash Flow Hedges werden hingegen in der Rücklage aus Cash Flow Hedges im Eigenkapital gezeigt.

(22) Handelspassiva

Derivative Finanzinstrumente, die nicht als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings eingesetzt werden sowie Kreditzusagen des Handelsbuchs, die einen negativen Marktwert besitzen, werden unter den Handelspassiva ausgewiesen. Darüber hinaus bilanzieren wir auch eigene Emissionen des Handelsbuchs und Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen in diesem Posten. Die Bewertung der Handelspassiva erfolgt ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value). Bei börsennotierten Finanzinstrumenten werden Börsenkurse verwendet; für nicht börsennotierte Produkte werden Vergleichspreise oder interne Bewertungsverfahren (Barwert- oder Optionspreismodelle) genutzt. Alle realisierten Gewinne und Verluste sowie nicht realisierte Bewertungsergebnisse sind Teil des Handelsergebnisses in der Gewinn- und Verlustrechnung.

(23) Rückstellungen

Eine Rückstellung ist anzusetzen, wenn zum Bilanzstichtag aus einem Ereignis der Vergangenheit eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung entstanden, der Abfluss von Ressourcen zur Erfüllung dieser Verpflichtung wahrscheinlich und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Rückstellungen bilden wir daher für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahmen.

Die Zuführung zu den unterschiedlichen Rückstellungsarten erfolgt über verschiedene Posten der Gewinn- und Verlustrechnung. Rückstellungen im Kreditgeschäft werden dem Risikovorsorgeaufwand, Restrukturierungsrückstellungen den Restrukturierungsaufwendungen und Rückstellungen für Rechtsrisiken dem Sonstigen Ergebnis belastet. Die übrigen Rückstellungen werden grundsätzlich zulasten der Verwaltungs-aufwendungen gebildet.

Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen werden dann angesetzt, wenn der Commerzbank-Konzern einen detaillierten formellen Plan für die Restrukturierungsmaßnahmen besitzt und bereits begonnen hat, diesen zu verwirklichen, oder die wesentlichen Details der Restrukturierung bekannt gemacht hat. Der detaillierte Plan umfasst die betroffenen Geschäftsbereiche, die ungefähre Anzahl der Mitarbeiter, deren Stellen im Rahmen der Restrukturierungsmaßnahmen betroffen sind, die damit verbundenen Kosten und den Zeitraum, in dem die Restrukturierungsmaßnahme durchgeführt werden soll. Der detaillierte Plan muss in einer Art und Weise kommuniziert werden, dass die Betroffenen mit seiner Verwirklichung rechnen können. Der Posten Restrukturierungsaufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthält weitere im Zusammenhang mit Restrukturierungsmaßnahmen stehende Aufwendungen, die unmittelbar angefallen und nicht in der Restrukturierungsrückstellung enthalten sind.

Abzinsung

Der für eine Rückstellung angesetzte Betrag stellt die bestmögliche Schätzung der Ausgabe dar, die zur Erfüllung der gegenwärtigen Verpflichtung zum Abschlussstichtag erforderlich ist. Risiken und Unsicherheiten sind bei der Schätzung berücksichtigt. Langfristige Rückstellungen sind mit ihrem Barwert angesetzt.

(24) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die betriebliche Altersversorgung für die aktiven und ehemaligen Mitarbeiter und Hinterbliebenen der Commerzbank Aktiengesellschaft sowie einiger inländischer Tochterunternehmen richtet sich nach verschiedenen Versorgungssystemen (beitrags- und leistungsorientierte Pläne).

Zum einen erwerben die Mitarbeiter eine Anwartschaft auf Versorgungsansprüche aufgrund einer beitragsorientierten Zusage über ein externes Versorgungswerk (Defined Contribution Plan). Zur Finanzierung leistet der Konzern unter Beteiligung der aktiven Mitarbeiter einen festgelegten Beitrag an externe Versorgungsträger (unter anderem Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G. (BVV), Berlin, Versorgungskasse des Bankgewerbes e. V., Berlin).

Die Höhe der gegenwärtigen und künftigen Pensionsleistungen wird hier durch die gezahlten Beiträge und die damit verbundenen Vermögenserträge bestimmt. Für diese mittelbaren Systeme werden die Rechnungslegungsvorschriften gemäß IAS 19 für einen beitragsorientierten Plan (Defined Contribution Plan) angewendet, das heißt die Beiträge an die externen Versorgungsträger im Personalaufwand erfasst. Rückstellungen werden nicht gebildet.

Zum anderen bestehen Verpflichtungen aus Versorgungsanwartschaften und laufenden Leistungen aufgrund einer unmittelbaren Versorgungszusage der Commerzbank, bei der die Höhe der Versorgungsleistung festgelegt und von Faktoren wie Alter, Vergütung und Betriebszugehörigkeit abhängig ist (Defined Benefit Plan). Für diese Versorgungssysteme werden die Rechnungslegungsvorschriften gemäß IAS 19 für einen leistungsorientierten Plan angewendet, das heißt, es werden Rückstellungen gebildet.

Für versorgungsberechtigte Mitarbeiter, die bis zum 31. Dezember 2004 in die Dienste der Commerzbank Aktiengesellschaft oder einigen anderen konsolidierten Gesellschaften eingetreten sind, richten sich die unmittelbaren Versorgungsansprüche überwiegend nach den Regelungen des Commerzbank-Bausteinplans zur Altersvorsorge (CBA). Die Leistungen nach dem CBA setzen sich der Höhe nach aus einem Initialbaustein für die Zeit bis zum 31. Dezember 2004 und aus einem Versorgungsbaustein – gegebenenfalls zuzüglich eines Dynamikbausteins – für jedes beitragsfähige Kalenderjahr ab dem Jahr 2005 zusammen. Seit dem 1. Januar 2005 eingetretene Mitarbeiter erhalten eine Zusage nach dem Commerzbank-Kapitalplan zur betrieblichen Altersvorsorge (CKA). Die Leistungen nach dem CKA setzen sich der Höhe nach aus einer beitragsorientierten Garantieleistung für jedes beitragsfähige Kalenderjahr ab dem Jahr 2005 zuzüglich einer performanceabhängigen Zulage zusammen. Die Performancemessung erstreckt sich über den Zeitraum der Beitragszahlung bis zum Eintritt des Versorgungsfalles.

Die unmittelbare betriebliche Altersversorgung für die Mitarbeiter der ehemaligen Dresdner Bank Aktiengesellschaft wird seit dem 1. Januar 2010 ebenfalls nach den Regelungen des Commerzbank-Bausteinplans zur Altersvorsorge (CBA) durchgeführt. Die Überleitung der Mitarbeiter in den CBA zum 1. Januar 2010 war dabei an das Vorgehen angelehnt, das die Commerzbank im Jahre 2004 bei der Neuordnung der betrieblichen Altersversorgung für ihre damaligen Mitarbeiter angewendet hat.

Zur Erfüllung der unmittelbaren Versorgungsverpflichtungen wurden Deckungsmittel an einen rechtlich unabhängigen Treuhänder, den Commerzbank Pension-Trust e. V. (CPT), übertragen. Das vom CPT gehaltene Treuhandvermögen ist als Planvermögen im Sinne von IAS 19.7 qualifiziert. Gemäß IAS 19.54 sind die übertragenen Vermögenswerte mit dem Barwert der Verpflichtungen (DBO) zu saldieren, woraus eine entsprechende Reduzierung der Pensionsrückstellungen im Konzern resultiert.

Über die oben beschriebene Altersversorgung hinaus gibt es in Großbritannien einen intern finanzierten Gesundheitsfürsorgeplan, nach dem den Berechtigten in der Rentenphase medizinische Aufwendungen erstattet werden beziehungsweise ein Zuschuss zur privaten Krankenversicherung gewährt wird. Die daraus resultierenden Verpflichtungen sind gemäß IAS 19 nach den Regeln für leistungsorientierte Pensionspläne zu bilanzieren.

Der im Personalaufwand zu erfassende Pensionsaufwand für die unmittelbaren Versorgungszusagen setzt sich aus mehreren Komponenten zusammen: zum einen aus dem Dienstzeitaufwand (Service Cost), der die von den Anwärtern im Geschäftsjahr erdienten Ansprüche repräsentiert, zum anderen aus den Zinsaufwendungen (Interest Cost) auf den Barwert der Pensionsverpflichtungen, da der Zeitpunkt der Erfüllung der Pensionsverpflichtungen eine Periode vorangeschritten ist. Dagegen mindern die erwarteten Nettoerträge aus dem Planvermögen den Pensionsaufwand. Weiterhin wird der Pensionsaufwand durch die Tilgung bisher nicht erfolgswirksam erfasster versicherungsmathematischer Gewinne beziehungsweise Verluste in seiner Höhe beeinflusst. Wurden die unmittelbaren Versorgungszusagen geändert und ergibt sich hieraus eine Änderung der Leistungsverpflichtung, ist ein nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand beziehungsweise -ertrag zu erfassen.

Die Höhe der Rückstellung berechnet sich gemäß IAS 19.54 folgendermaßen:

Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung für Direktzusagen (DBO)
abzüglich beizulegendem Zeitwert des Planvermögens
ab-/zuzüglich nicht erfasster versicherungsmathematischer Verluste oder Gewinne
ab-/zuzüglich eines gegebenenfalls bisher noch nicht erfassten, nachzuerrechnenden Dienstzeitaufwandes oder -ertrages
= Höhe der Pensionsrückstellung

Bei leistungsorientierten Plänen ermittelt ein unabhängiger Versicherungsmathematiker die Pensionsverpflichtungen und ähnliche Verpflichtungen (Altersteilzeit, Vorruhestand, Jubiläen) jährlich nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method). Dabei zieht dieser neben biometrischen Annahmen (zum Beispiel Heubeck-Richttafeln 2005G) insbesondere einen aktuellen Marktzins für langfristige, festverzinsliche Industrieanleihen höchster Bonität, Fluktuation und Karrieretrends sowie künftig zu erwartende Gehalts- oder Rentensteigerungsraten in die Berechnung ein.

Etwaige, noch nicht getilgte versicherungsmathematische Gewinne und Verluste brauchen nach IAS 19.92 ff. erst in der Berichtsperiode erfasst zu werden, an deren Anfang sie den Korridor von 10 % des Maximums aus DBO und dem beizulegenden Zeitwert des Planvermögens übersteigen. Die Commerzbank hat sich dafür entschieden, noch nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne oder Verluste schneller als die Regelmortisation in IAS 19 zu erfassen. Dazu werden ab einer Signifikanzgrenze von 75 % des 10 % Korridors 20 % der innerhalb des Korridors liegenden Gewinne oder Verluste amortisiert.

(25) Mitarbeitervergütungspläne

1. Beschreibung der wesentlichen Vergütungspläne

a) Commerzbank Aktiengesellschaft Long-Term-Performance-Pläne (LTP)

Für Führungskräfte und ausgewählte weitere Mitarbeiter hatte die Commerzbank jährlich Long-Term-Performance-Pläne (LTP) aufgelegt. Seit dem Geschäftsjahr 2009 und bis auf Weiteres wird kein neuer LTP mehr angeboten.

Teilnahmeberechtigt waren Führungskräfte und Mitarbeiter in der Commerzbank Aktiengesellschaft, verschiedenen inländischen Tochtergesellschaften sowie ausgewählten operativen Auslandseinheiten. Die Teilnahme an den LTP war mit einer Eigenbeteiligung der Berechtigten an Commerzbank-Aktien verbunden.

Die Auszahlung der LTP ist an die Bedingung geknüpft, dass die Commerzbank Aktiengesellschaft eine Dividende im Geschäftsjahr der Auszahlung ausschüttet. Der Berechtigte erhält maximal 100 Euro pro Aktie, die bar ausgezahlt werden. Für die Auszahlung nach drei Jahren werden die Basiswerte, die im Ausgabejahr bestimmt wurden, mit den Daten des ersten Quartals des Berichtsjahres verglichen. Bei einer Outperformance von mindestens 1 Prozentpunkt gegenüber dem Dow-Jones-Euro-Stoxx (für 50 % der als Eigenbeteiligung eingebrachten Aktien) und/oder einer Kurssteigerung der Commerzbank-Aktie von mindestens 25 % im Vergleich zum Basiswert (für 50 % der als Eigenbeteiligung eingebrachten Aktien), erfolgt die Auszahlung. Sollte nach drei Jahren keines der Ausübungskriterien erfüllt worden sein, wird der Abgleich jeweils im Jahresabstand wiederholt. Vergleichsbasis bleiben die Daten des Ausgabejahres. Wird nach einer Laufzeit von fünf Jahren keine der Erfolgshürden übersprungen, wird der Plan beendet.

In den Geschäftsjahren 2010 und 2009 wurden keine LTP vergütet. Die noch laufenden Pläne LTP 2006 bis 2008 ermöglichen unverändert eine an der Aktien-/Indexkursentwicklung orientierte Vergütung. Die LTP sind als aktienbasierte Vergütungstransaktionen mit Barausgleich bilanziert.

Share Awards

Im Januar 2010 wurden Share Awards im Rahmen neuer Vergütungsmodelle für außertariflich bezahlte Mitarbeiter der Commerzbank Aktiengesellschaft eingeführt. Im Grundsatz sind Share Awards eine Komponente der variablen Vergütung bei der es sich um eine aufgeschobene Vergütung durch die Zuteilung virtueller Commerzbank-Aktien handelt. Sie gelten als Teil der variablen Entlohnung für das abgelaufene Jahr und berechtigen nach Ablauf der Wartezeit ausschließlich zum Bezug des Brutto-Cash-Gegenwertes der zum Zeitpunkt der Zusage festgelegten Anzahl an Aktien. Der in Share Awards umzuwandelnde Teil des individuell festzulegenden variablen Vergütungsbetrags wird in Abhängigkeit vom Erfolg der Bank erst im Frühjahr des auf das Geschäftsjahr folgenden Jahres festgelegt. Die Anzahl der Aktien wird zum Zuteilungszeitpunkt bestimmt, indem der umzuwandelnde variable Vergütungsbetrag durch den durchschnittlichen Xetra-Schlusskurs der Monate Januar und Februar des Zuteilungsjahres sowie dem des Dezembers des Vorjahres geteilt wird. Die Auszahlung erfolgt grundsätzlich drei Jahre nach dem Zuteilungszeitpunkt, die Auszahlung ist an bestimmte Bedingungen geknüpft.

Auch für die Ermittlung des Auszahlungsbetrags wird der durchschnittliche Xetra-Schlusskurs der Commerzbank-Aktien der Monate Januar und Februar des Auszahlungsjahres sowie der des Monats Dezember des Vorjahres herangezogen. Der auszuzahlende Betrag errechnet sich dann durch die Multiplikation dieses Durchschnittskurses mit der zum Zuteilungszeitpunkt festgelegten Anzahl von Aktien.

Hat die Commerzbank während der Laufzeit der Share Awards Dividenden gezahlt, wird zusätzlich zu dem Brutto-Cash-Gegenwert ein Barbetrag in Höhe der Dividende ausgeschüttet.

Für das Geschäftsjahr 2010 werden keine Rückstellungen für für aktienbasierte Vergütungen hinsichtlich der neuen Share Awards ausgewiesen, da die Zuteilung und damit Festlegung der Höhe der Rückstellung erstmals im Frühjahr 2011 erfolgt. Der auf Share Awards entfallende Teil der variablen Vergütung, der im Jahr 2010 aufwandswirksam erfasst wurde, ist bis zum Zuteilungszeitpunkt in den Rückstellungen für den Personalbereich enthalten.

b) BRE Bank S.A.

Im März 2008 hat die BRE Bank S.A. für deren Vorstandsmitglieder zwei neue aktienbasierte Vergütungspläne aufgelegt. Während das erste Programm den Bezug von BRE-Bank-Aktien vorsieht, ermöglicht das zweite Programm den Bezug von Commerzbank-Aktien. Die Vorstandsmitglieder können in den Jahren 2009 bis 2018 an diesen Programmen teilnehmen. Die Teilnahme ist jedoch an verschiedene Bedingungen geknüpft, wie zum Beispiel die Eigenkapitalrendite oder den Jahresüberschuss der BRE Bank.

Während das Programm zum Bezug der BRE-Bank-Aktien jedes Jahr die gleichen Bedingungen aufweist, ist der Bezug von Commerzbank-Aktien jedes Jahr von deren Preis innerhalb der letzten 30 Tage vor dem jeweiligen Bezugstag maßgebend. Beide Programme sind als aktienbasierte Vergütungstransaktionen mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente einzustufen.

c) Sonstige konsolidierte Gesellschaften

Darüber hinaus besteht bei weiteren konsolidierten Unternehmen (zum Beispiel comdirect bank Aktiengesellschaft) für ausgewählte Mitarbeiter die Möglichkeit, im Rahmen von Beteiligungsmodellen an der typisierten Wertentwicklung der jeweiligen Gesellschaft zu partizipieren. Eine Vergütung ist dabei vom Erreichungsgrad vereinbarter Ziele abhängig. Zu diesen Modellen zählt auch die direkte Beteiligung an Aktien der entsprechenden Gesellschaft. Häufig werden diese zu vergünstigten Preisen und/oder in Kombination mit Call- beziehungsweise Put-Optionen angeboten. Darüber hinaus werden Optionsscheine und Bezugsrechte zum Aktienerwerb begeben. Auch Prämien werden gewährt, die entweder zur Aktienzeichnung verwendet oder in bar vergütet werden können. Die Einhaltung von Sperrfristen sowie spätere Rückkaufsvereinbarungen bedingen den Erhalt zusätzlicher Erträge.

2. Bilanzierung und Bewertung

Die Bilanzierung der hier beschriebenen Mitarbeitervergütungspläne erfolgt nach den Vorschriften des IFRS 2 Aktienbasierte Vergütung (Share-based Payment). IFRS 2 unterscheidet aktienbasierte Vergütungstransaktionen mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente und mit Barausgleich. Für beide Formen gilt jedoch, dass die Gewährung von aktienbasierten Vergütungen zum beizulegenden Zeitwert im Jahresabschluss zu erfassen ist. Die Mehrzahl der beschriebenen Mitarbeitervergütungspläne wird als Vergütungstransaktionen mit Barausgleich eingestuft und bilanziert.

– Aktienbasierte Vergütungstransaktionen mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente

Der beizulegende Zeitwert von aktienbasierten Vergütungstransaktionen mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente ist als Personalaufwand mit einer entsprechenden Berücksichtigung im Eigenkapital (Kapitalrücklage) zu erfassen. Der beizulegende Zeitwert (ausgenommen der Effekt nicht marktbasierter Ausübungsbedingungen) ist zum Zeitpunkt der Gewährung der Rechte zu ermitteln und aufwandswirksam linear über die Laufzeit zu verteilen, in der der Mitarbeiter unwiderruflich Ansprüche auf die Rechte erwirbt. Der als Aufwand erfasste Betrag wird nur insoweit angepasst, als sich die von dem Bilanzierenden gemachten Schätzungen über die Anzahl der endgültig zu gewährenden Eigenkapitalinstrumente ändern.

Sofern Rechte infolge des Ausbleibens von Ausübungsbedingungen (zum Beispiel Nichterreichen einer Leistungsvorgabe) nicht endgültig ausgeübt werden können, erfolgt keine Änderung der bisher im Eigenkapital erfassten Beträge.

– Aktienbasierte Vergütungstransaktionen mit Barausgleich

Der Anteil des beizulegenden Zeitwertes von aktienbasierten Vergütungen mit Barausgleich, der auf bis zum Bewertungsstichtag geleistete Dienste entfällt, wird als Personalaufwand mit einem gleichzeitigen Ausweis als Rückstellung erfasst. Der beizulegende Zeitwert wird an jedem Bilanzstichtag und bis einschließlich des Auszahlungstages neu ermittelt. Jede Änderung des beizulegenden Zeitwertes der Verpflichtung ist aufwandswirksam zu berücksichtigen. Somit muss die Rückstellung am Auszahlungstag möglichst dem Betrag entsprechen, der als Zahlung an die begünstigten Mitarbeiter geleistet wird. Für Share Awards wird zum Zeitpunkt der Zuteilung der auf Share Awards entfallende Teil der Rückstellungen für den Personalbereich in die Rückstellung für Share Awards umbucht. Der Betrag errechnet sich als Produkt aus der Zahl zugeteilter Rechte und dem durchschnittlichen Xetra-Schlusskurs der Monate Januar und Februar des Zuteilungsjahres sowie dem des Dezembers des Vorjahres. Zu den folgenden Bilanzstichtagen schwanken die Rückstellungen parallel zur Entwicklung des Aktienkurses der Commerzbank Aktiengesellschaft. Fluktuationsabschläge werden nicht vorgenommen, da die Share Awards auch bei Kündigung oder Tod nicht verfallen. Sofern die Commerzbank Aktiengesellschaft während der Wartefrist Dividendenzahlungen leistet, wird zum Auszahlungszeitpunkt je Share Award zusätzlich zum Auszahlungswert der Share Awards eine Barzahlung in Höhe der Dividende geleistet, für die gegebenenfalls Rückstellungen zu bilden sind.

– Bewertungsmodelle

Zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte für die in der Commerzbank-Gruppe bestehenden Mitarbeitervergütungspläne mit Ausnahme der Share Awards haben wir externe Aktuarien beauftragt. Zur Bewertung werden entweder ein Monte-Carlo-Modell oder ein Binominal-Modell verwendet.

Für die Bewertung der nach den LTP eingeräumten Rechte wird ein Monte-Carlo-Modell genutzt, das kurssteigernde Änderungen der zukünftigen Aktienkurse simuliert. Das Modell basiert auf der Annahme, dass die Aktienrenditen um einen Mittelwert, der einer risikofreien Zinsanlage entspricht, statistisch normalverteilt sind.

Für die Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes der in den übrigen konsolidierten Gesellschaften bestehenden Optionen aus den Mitarbeitervergütungsplänen wird in der Regel ein versicherungsmathematisches Binominal-Modell verwendet. Dieses berücksichtigt die Bedingungen und Konditionen, mit denen diese Rechte eingeräumt wurden. Der Aktienpreis zu jedem Bewertungsstichtag und der Ausübungspreis werden auf der Basis der in den Plänen enthaltenen spezifizierten Bedingungen und Formeln, die an den Nachsteuergewinn der jeweiligen Gesellschaft geknüpft sind, berechnet.

(26) Ertragsteuern

Tatsächliche Ertragsteueransprüche und -schulden werden anhand der steuerlichen Bestimmungen der jeweiligen Länder mit den aktuell gültigen Steuersätzen in der Höhe ermittelt, in der die Erstattung von der beziehungsweise die Zahlung an die jeweilige Steuerbehörde erwartet wird.

Aktive und passive latente Steuern werden für Differenzen zwischen den IFRS-Buchwerten der Vermögenswerte oder Schulden und deren steuerlichen Wertansätzen gebildet, soweit hieraus voraussichtlich zukünftige Ertragsteuerentlastungs- oder -belastungseffekte resultieren (temporäre Unterschiede) und kein Ansatzverbot besteht. Darüber hinaus werden aktive latente Steuern auch für steuerliche Verlustvorträge sowie für noch nicht genutzte Steuergutschriften gebildet. Für die Bewertung der latenten Steuern sind die zum 31. Dezember 2010 bereits beschlossenen, bei Realisierung der Unterschiede anwendbaren Ertragsteuersätze maßgebend.

Aktive latente Steuern auf steuerentlastende temporäre Differenzen, auf noch nicht genutzte steuerliche Verluste sowie auf noch nicht genutzte Steuergutschriften werden nur in dem Umfang bilanziert, in dem es wahrscheinlich ist, dass in absehbarer Zukunft steuerliche Ergebnisse des gleichen Steuersubjekts und in Bezug auf die gleiche Steuerbehörde anfallen.

Die Bildung und Fortführung aktiver und passiver latenter Steuern erfolgt – in Abhängigkeit von der Behandlung des zugrunde liegenden Sachverhaltes – entweder erfolgswirksam in den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag oder erfolgsneutral in der entsprechenden Eigenkapitalposition.

Den Ertragsteueraufwand beziehungsweise -ertrag weisen wir in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns als Steuern vom Einkommen und vom Ertrag aus.

Latente Ertragsteueransprüche und -schulden wurden saldiert, soweit ein Recht zur Aufrechnung tatsächlicher Ertragsteuern besteht und sich die aktiven und passiven latenten Steuern auf Ertragsteuern beziehen, die von der gleichen Steuerbehörde für das gleiche Steuersubjekt erhoben werden.

Die zu versteuernden temporären Differenzen im Zusammenhang mit Anteilen an Commerzbank-Konzerngesellschaften, für die keine latenten Ertragsteuerschulden passiviert wurden, betragen 95 Mio Euro (Vorjahr: 93 Mio Euro).

Eine Unterscheidung zwischen tatsächlichen und latenten Ertragsteueransprüchen sowie zwischen tatsächlichen und latenten Ertragsteuerschulden erfolgt in der Bilanz sowie in den Notes 58 und 69.

(27) Nachrang- und Hybridkapital

Als Nachrang- und Hybridkapital bilanzieren wir Genussrechtsemissionen, verbriefte und unverbiefte nachrangige Verbindlichkeiten sowie hybride Kapitalinstrumente. Die Bilanzierung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit verteilt erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

(28) Treuhandgeschäfte

Treuhandgeschäfte, die eine Verwaltung oder Platzierung von Vermögenswerten für fremde Rechnung zur Basis haben, werden in der Bilanz nicht ausgewiesen. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Provisionsüberschuss enthalten.

(29) Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen

Hier weisen wir im Wesentlichen Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sowie Unwiderrufliche Kreditzusagen zum Nominalwert aus.

Als Bürgschaften sind Sachverhalte auszuweisen, bei denen die meldende Gesellschaft als Bürge gegenüber dem Gläubiger eines Dritten für die Erfüllung der Verbindlichkeit des Dritten einsteht. Unter Gewährleistungen fallen vertragliche Verpflichtungen, die das Entstehen für einen bestimmten Erfolg oder eine Leistung beinhalten.

Als Unwiderrufliche Kreditzusagen sind Verpflichtungen auszuweisen, aus denen ein Kreditrisiko entstehen kann, sofern sie nicht zu Handelszwecken gehalten werden. Dazu gehören Verpflichtungen, Darlehen zu gewähren (zum Beispiel extern dem Kunden bekannt gegebene Linien), Wertpapiere zu kaufen oder Garantien und Akzente bereitzustellen.

Die Risikovorsorge für Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen wird als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft gezeigt.

Die Erträge aus Bürgschaften werden im Provisionsüberschuss erfasst; deren Höhe wird durch Anwendung vereinbarter Sätze auf den Nominalbetrag der Bürgschaften bestimmt.

(30) Eigene Aktien

Die von der Commerzbank Aktiengesellschaft zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen eigenen Aktien werden direkt vom Eigenkapital abgesetzt. Aus eigenen Aktien resultierende Gewinne oder Verluste haben wir ergebnisneutral verrechnet.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(31) Zinsüberschuss

	<u>2010</u>	<u>2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
			Mio €
Zinserträge	18.306	20.338	– 10,0
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus dem Wertpapierbestand (zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte) ¹	1.225	2.088	– 41,3
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus dem Wertpapierbestand (Kredite und Forderungen) ¹	15.949	16.883	– 5,5
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus dem Wertpapierbestand (aus der Anwendung der Fair Value Option)	130	305	– 57,4
Vorfälligkeitsentschädigungen	132	74	78,4
Gewinne aus der Veräußerung von Forderungen und Krediten sowie aus dem Rückkauf von Verbindlichkeiten ²	26	78	– 66,7
Dividenden aus Wertpapieren	53	58	– 8,6
Laufendes Ergebnis aus Beteiligungen und nicht konsolidierten Tochterunternehmen	77	92	– 16,3
Laufende Erträge aus zur Veräußerung und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	106	98	8,2
Sonstige Zinserträge ¹	608	662	– 8,2
Zinsaufwendungen	11.252	13.164	– 14,5
Zinsaufwendungen für Nachrang- und Hybridkapital ¹	1.030	1.096	– 6,0
Zinsaufwendungen für Verbriefte Verbindlichkeiten	4.494	5.757	– 21,9
Zinsaufwendungen für sonstige Verbindlichkeiten	5.055	5.950	– 15,0
Zinsaufwendungen aus der Anwendung der Fair Value Option ^{1,3}	94	217	– 56,7
Verluste aus der Veräußerung von Forderungen und Krediten sowie aus dem Rückkauf von Verbindlichkeiten ²	102	72	41,7
Laufende Aufwendungen aus zur Veräußerung und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	85	53	60,4
Sonstige Zinsaufwendungen ¹	392	19	.
Gesamt	<u>7.054</u>	<u>7.174</u>	<u>– 1,7</u>

¹ Anpassung Vorjahr aufgrund Änderung der Ausweisstruktur einschließlich Umgliederung zwischen Zinserträgen und Zinsaufwendungen (siehe Note 2).

² Darunter: 23 Mio Euro Gewinne und 33 Mio Euro Verluste aus dem Rückkauf von Verbindlichkeiten im laufenden Geschäftsjahr (Vorjahr: 31 Mio Euro Gewinne und 6 Mio Euro Verluste).

³ Darunter: 1 Mio Euro für Nachrang- und Hybridkapital (Vorjahr: 17 Mio Euro).

Für gekündigte Engagements und für wertberichtigte gewerbliche Immobilienfinanzierungen ergab sich ein Unwinding in Höhe von 223 Mio Euro (Vorjahr 192 Mio Euro).

Aus derivativen Finanzinstrumenten, die nicht dem Handelsbuch zugehören, waren 608 Mio Euro (Vorjahr: 662 Mio Euro) im Zinsüberschuss enthalten.

Die laufenden Erträge und Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien setzten sich wie folgt zusammen:

	<u>2010</u>	<u>2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
	Mio €		
Mieteinnahmen	94	73	28,8
Sonstige Erträge	—	—	.
Summe Erträge	94	73	28,8
Gebäude- und Raumkosten für vermietete Objekte	27	32	- 15,6
Sonstige Aufwendungen	55	7	.
Summe Aufwendungen	82	39	.

(32) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge stellt sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns wie folgt dar:

	<u>2010</u>	<u>2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
	Mio €		
Zuführung zur Risikovorsorge	- 4.440	- 5.305	- 16,3
Auflösung von Risikovorsorge	2.207	1.315	67,8
Direktabschreibungen	- 459	- 402	14,2
Zuschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen ...	193	178	8,4
Gesamt	- 2.499	- 4.214	- 40,7

Der Nettoaufwand aus Zuführung und Auflösung gliedert sich wie folgt:

	<u>2010</u>	<u>2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
	Mio €		
Einzelrisiken	- 2.685	- 3.711	- 27,6
Forderungen an Kreditinstitute	19	- 185	.
Forderungen an Kunden	- 2.656	- 3.496	- 24,0
Außerbilanzielle Geschäfte	- 48	- 30	60,0
Portfoliorisiken	452	- 279	.
Forderungen an Kreditinstitute	7	19	- 63,2
Forderungen an Kunden	399	- 334	.
Außerbilanzielle Geschäfte	46	36	27,8
Direktabschreibungen, Zuschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	- 266	- 224	18,8
Gesamt	- 2.499	- 4.214	- 40,7

(33) Provisionsüberschuss

	<u>2010</u>	<u>2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
			Mio €
Provisionserträge	4.237	4.562	-7,1
Wertpapiergeschäft ¹	1.403	1.521	-7,8
Vermögensverwaltung ¹	175	218	-19,7
Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft ¹	1.290	1.164	10,8
Immobilienkreditgeschäft	226	247	-8,5
Bürgschaften ¹	238	385	-38,2
Ergebnis aus Syndizierungen ¹	241	254	-5,1
Treuhandgeschäfte	8	4	.
Übrige Erträge ¹	656	769	-14,7
Provisionsaufwendungen	590	789	-25,2
Wertpapiergeschäft ¹	182	194	-6,2
Vermögensverwaltung ¹	17	20	-15,0
Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft ¹	158	88	79,5
Immobilienkreditgeschäft	40	43	-7,0
Bürgschaften ¹	80	211	-62,1
Ergebnis aus Syndizierungen	2	5	-60,0
Treuhandgeschäfte	4	—	.
Übrige Aufwendungen	107	228	-53,1
Provisionsüberschuss			
Wertpapiergeschäft ¹	1.221	1.327	-8,0
Vermögensverwaltung ¹	158	198	-20,2
Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft ¹	1.132	1.076	5,2
Immobilienkreditgeschäft	186	204	-8,8
Bürgschaften ¹	158	174	-9,2
Ergebnis aus Syndizierungen ¹	239	249	-4,0
Treuhandgeschäfte	4	4	0,0
Übrige ¹	549	541	1,5
Gesamt	3.647	3.773	-3,3

¹ Umgliederung der Devisenkommissionsgewinne aus dem Ergebnis aus dem Handel in den Posten Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft (siehe Note 2) sowie weitere Anpassungen aufgrund Vereinheitlichung der Ausweisstruktur.

In den Provisionserträgen waren 792 Mio Euro (Vorjahr: 911 Mio Euro) und in den Provisionsaufwendungen sind 100 Mio Euro (Vorjahr: 121 Mio Euro) enthalten, die aus Geschäften mit Finanzinstrumenten resultieren, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

(34) Handelsergebnis

Das Handelsergebnis haben wir in drei Komponenten aufgeteilt:

- Ergebnis aus dem Handel mit Wertpapieren, Schuldscheindarlehen, Edelmetallen und derivativen Instrumenten
- Ergebnis aus der Bewertung derivativer Finanzinstrumente, die sich nicht für das Hedge Accounting qualifizieren
- Ergebnis aus der Anwendung der Fair Value Option

Alle Finanzinstrumente des Handelsbestands werden mit dem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet (vergleiche Note 13). Im Handelsergebnis sind, neben den realisierten und unrealisierten Ergebnissen, auch die auf Handelszwecken dienenden Geschäfte entfallenden Zins- und Dividendenerträge sowie Refinanzierungsaufwendungen enthalten.

	2010	2009	Veränderung in %
	Mio €		
Ergebnis aus dem Handel ¹	1.718	- 1.296	.
Realisierungen ¹	115	- 75	.
Bewertungsergebnis	1.186	- 1.861	.
Zinsergebnis	417	640	- 34,8
Ergebnis aus der Bewertung von derivativen Finanzinstrumenten	203	- 53	.
Ergebnis aus der Anwendung der Fair Value Option	131	839	- 84,4
Realisierungen	- 119	1.032	.
Bewertungsergebnis	250	- 193	.
Gesamt	2.052	- 510	.

¹ Anpassung Vorjahr aufgrund Umgliederung der Devisenkommissionsgewinne in die Provisionserträge (siehe Note 2).

Das Zinsergebnis aus dem Handel setzte sich aus 3.437 Mio Euro Zinserträgen (Vorjahr: 4.882 Mio Euro) und 3.020 Mio Euro Zinsaufwendungen (Vorjahr: 4.242 Mio Euro) für die Refinanzierung von Handelsgeschäften zusammen. Das Zinsergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten ist in den Zinsaufwendungen berücksichtigt und betrug im Geschäftsjahr -281 Mio Euro (Vorjahr: -416 Mio Euro).

Im Ergebnis aus der Anwendung der Fair Value Option werden auch die Wertänderungen der dazugehörigen Derivate ausgewiesen.

(35) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen beinhaltet zum einen die Bewertungsergebnisse aus effektiven Sicherungszusammenhängen im Rahmen des Hedge Accountings (Fair Value Hedge). Zum anderen enthält das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen den ineffektiven Teil aus Cash Flow Hedges. Es setzte sich wie folgt zusammen:

	2010	2009	Veränderung in %
	Mio €		
Fair Value Hedges			
Fair-Value-Änderungen aus Sicherungsgeschäften	- 1.363	2.719	.
Micro Fair Value Hedges	- 1.278	2.717	.
Portfolio Fair Value Hedges	- 85	2	.
Fair-Value-Änderungen aus Grundgeschäften	1.269	- 2.613	.
Micro Fair Value Hedges	1.317	- 2.612	.
Portfolio Fair Value Hedges	- 48	- 1	.
Cash Flow Hedges			
Ergebnis aus effektiv gesicherten Cash-Flow-Hedges (nur ineffektiver Teil)	—	- 5	.
Gesamt	- 94	101	.

(36) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen weisen wir Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse (Wertminderungen) aus Wertpapieren der Kategorien Kredite und Forderungen sowie zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte, aus Beteiligungen sowie aus Anteilen an at-Equity-bewerteten Unternehmen und an Tochterunternehmen aus.

	<u>2010</u>	<u>2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
			Mio €
Ergebnis aus zinstragendem Geschäft	67	- 610	.
der Kategorie zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte	191	- 588	.
Veräußerungsgewinne (einschließlich Umbuchung aus der Neubewertungsrücklage) ¹	245	271	- 9,6
Veräußerungsverluste (einschließlich Umbuchung aus der Neubewertungsrücklage) ¹	- 377	- 355	6,2
Bewertungsergebnis ¹	323	- 504	.
der Kategorie Kredite und Forderungen	- 124	- 22	.
Veräußerungsgewinne	6	5	20,0
Veräußerungsverluste	- 126	—	.
Bewertungsergebnis ²	- 4	- 27	- 85,2
Ergebnis aus Eigenkapitalinstrumenten	41	1.027	- 96,0
der Kategorie zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte	180	738	- 75,6
Veräußerungsgewinne (einschließlich Umbuchung aus der Neubewertungsrücklage) ¹	184	886	- 79,2
Veräußerungsverluste (einschließlich Umbuchung aus der Neubewertungsrücklage) ¹	- 4	- 148	- 97,3
der Kategorie zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte, die zu Anschaffungskosten bewertet wurden	11	542	- 98,0
Bewertungsergebnis ¹	- 39	- 209	- 81,3
Veräußerungs- und Bewertungsergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	- 111	- 44	.
Gesamt	108	417	- 74,1

¹ Hierin waren Umbuchungen aus im Geschäftsjahr 2010 entstandener Neubewertungsrücklage in Höhe von 361 Mio Euro (Vorjahr: 399 Mio Euro) enthalten.

² Hierin waren Portfoliowertberichtigungen von 1 Mio Euro (Vorjahr: 25 Mio Euro) für umgewidmete Wertpapiere enthalten.

(37) Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen

Das Laufende Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen betrug 35 Mio Euro (Vorjahr: 15 Mio Euro). Einschließlich des im Ergebnis aus Finanzanlagen enthaltenen Veräußerungs- und Bewertungsergebnisses aus at-Equity-bewerteten Unternehmen von -111 Mio Euro (Vorjahr: -44 Mio Euro) belief sich das Gesamtergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen auf -76 Mio Euro (Vorjahr: -29 Mio Euro).

(38) Sonstiges Ergebnis

Im Sonstigen Ergebnis sind vor allem Zuführungen und Auflösungen von Rückstellungen, Aufwendungen und Erträge aus Operating-Leasing-Verträgen sowie Zwischenmietforderungen und -erträge aus Mietkaufvereinbarungen enthalten. Aufwendungen und Erträge aus Bau- und Architektengebühren fallen im Rahmen des Baumanagements unseres Teilkonzerns Commerz Real an. Auch die Sonstigen Steuern sind in diesem Posten enthalten.

	<u>2010</u>	<u>2009</u>	Veränderung in % Mio €
Wesentliche sonstige Aufwendungen	549	507	8,3
Zuführungen zu Rückstellungen	275	257	7,0
Aufwendungen aus Operating-Leasing-Verträgen	181	151	19,9
Aufwendungen aus Bau- und Architektenleistungen	15	58	-74,1
Mietkaufaufwand und Zwischenmietaufwand	78	41	90,2
Wesentliche sonstige Erträge	546	461	18,4
Auflösungen von Rückstellungen	272	190	43,2
Erträge aus Operating-Leasing-Verträgen	187	163	14,7
Erträge aus Bau- und Architektenleistungen	24	63	-61,9
Mietkaufenerlös und Zwischenmietertrag	35	38	-7,9
Erträge aus der Veräußerung von Sachanlagen	28	7	.
Übrige sonstige Aufwendungen/Erträge (saldiert) ¹	-128	24	.
Sonstiges Ergebnis	-131	-22	.

¹ Darunter: -72 Mio Euro (Vorjahr: -10 Mio Euro) aus Wechselkursveränderungen.

(39) Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen von 8.786 Mio Euro im Konzern setzen sich zusammen aus Personalaufwand (4.418 Mio Euro), Sachaufwand (3.768 Mio Euro) und Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien und Sonstige immaterielle Anlagewerte (600 Mio Euro). Die Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

Personalaufwand

	<u>2010</u>	<u>2009</u>	Veränderung in % Mio €
Löhne und Gehälter	4.101	4.341	-5,5
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	317	357	-11,2
Gesamt	4.418	4.698	-6,0

Im Personalaufwand waren 507 Mio Euro Aufwendungen für soziale Abgaben enthalten (Vorjahr: 501 Mio Euro).

Sachaufwand

	<u>2010</u>	<u>2009</u>	Veränderung in % Mio €
Raumaufwendungen	831	867	-4,2
EDV-Aufwendungen	1.217	1.190	2,3
Arbeitsplatz- und Informationsaufwendungen	357	380	-6,1
Pflichtbeiträge	148	169	-12,4
Beratungs-, Prüfungs- und gesellschaftsrechtliche Aufwendungen	437	445	-1,8
Reise-, Repräsentations- und Werbungskosten	341	327	4,3
Personalinduzierter Sachaufwand	158	149	6,0
Übriger Sachaufwand	279	241	15,8
Gesamt	3.768	3.768	0,0

Die im Geschäftsjahr in Deutschland als Aufwand erfassten Honorare (exklusive Umsatzsteuer) für den Abschlussprüfer betragen 36,3 Mio Euro für das Geschäftsjahr 2010. Davon entfielen 954 Tsd Euro auf Leistungen, die bereits im Geschäftsjahr 2009 erbracht wurden.

Honorare des Abschlussprüfers

	<u>2010</u>	<u>2009</u>	Veränderung in %
			Tsd €
Abschlussprüfung	19.344	17.358	11,4
Andere Bestätigungsleistungen	5.358	5.394	-0,7
Steuerberatungsleistungen	905	913	-0,9
Sonstige Leistungen	<u>10.649</u>	<u>12.608</u>	-15,5
Gesamt	<u>36.256</u>	<u>36.273</u>	0,0

Die Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien und Sonstige immaterielle Anlagewerte stellten sich wie folgt dar:

	<u>2010</u>	<u>2009</u>	Veränderung in %
			Mio €
Betriebs- und Geschäftsausstattung	203	206	-1,5
Immobilien	81	38	.
Sonstige immaterielle Anlagewerte	316	<u>294</u>	7,5
Gesamt	<u>600</u>	<u>538</u>	11,5

In den Abschreibungen auf Sonstige immaterielle Anlagewerte waren Wertminderungen von 42 Mio Euro (Vorjahr: 25 Mio Euro) enthalten, für Immobilien wurden Wertminderungen von 41 Mio Euro (Vorjahr: 1 Mio Euro) erfasst.

(40) Restrukturierungsaufwendungen

	<u>2010</u>	<u>2009</u>	Veränderung in %
			Mio €
Aufwendungen für eingeleitete Restrukturierungsmaßnahmen	33	<u>1.621</u>	-98,0
Gesamt	<u>33</u>	<u>1.621</u>	-98,0

Im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Commerz Real Aktiengesellschaft sind im Personalbereich Restrukturierungsaufwendungen von 33 Mio Euro angefallen. Im Vorjahr resultierten die Restrukturierungsaufwendungen von 1.621 Mio Euro im Wesentlichen aus der Integration des DresdnerBank-Konzerns.

(41) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Ertragsteueraufwendungen setzten sich wie folgt zusammen:

	<u>2010</u>	<u>2009</u>	Veränderung in %
			Mio €
Tatsächliche Ertragsteuern	220	199	10,6
Steueraufwand/-ertrag für das laufende Jahr	224	314	-28,7
Steueraufwand/-ertrag Vorjahre	-4	-115	-96,5
Latente Ertragsteuern	-356	-225	58,2
Steueraufwand/-ertrag aufgrund der Veränderung von temporären Differenzen und Verlustvorträgen	-23	-628	-96,3
Steuersatzdifferenzen	-89	54	.
Steueraufwand aufgrund von Abschreibungen auf bisher gebildete latente Steuern auf Verlustvorträge	—	349	.
Steuerertrag aus bisher nicht berücksichtigten steuerlichen Verlustvorträgen	-244	—	.
Gesamt	<u>-136</u>	<u>-26</u>	.

Der für die Commerzbank Aktiengesellschaft und den inländischen Organkreis geltende tarifliche kombinierte Ertragsteuersatz beträgt 30,9 %.

Die nachfolgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem Jahresergebnis vor Ertragsteuern nach IFRS sowie den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag im Geschäftsjahr.

Der als Basis für die Überleitungsrechnung gewählte, anzuwendende Konzernertragsteuersatz setzt sich zusammen aus dem in Deutschland geltenden Körperschaftsteuersatz von 15,0 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % und einem durchschnittlichen Steuersatz für die Gewerbesteuer von 15,0 %. Es ergibt sich somit ein inländischer Ertragsteuersatz von 30,9 %.

Ertragsteuereffekte ergeben sich aufgrund unterschiedlicher Steuersätze bei ausländischen Einheiten. Die Steuersätze im Ausland betragen zwischen 0 % (Dubai) und 46 % (New York).

Zum 31. Dezember 2010 betrug die Konzernsteuerquote – 10,1 % (Vorjahr: 0,6 %). Der Steuerertrag des Gesamtjahres resultierte im Wesentlichen aus der Nachaktivierung latenter Steueransprüche auf steuerliche Verlustvorträge der Filiale London und britischer Tochtergesellschaften (– 244 Mio Euro). Zusätzlich hat sich der Verbrauch von Verlustvorträgen, für die in Vorjahren keine latenten Steueransprüche gebildet wurden (– 211 Mio Euro) positiv auf die Konzernsteuerquote ausgewirkt. Hingegen konnten wir bei einigen Gesellschaften keine latenten Ertragsteueransprüche auf neu entstandene steuerliche Verluste bilanzieren (123 Mio Euro).

	<u>2010</u>	<u>2009</u>
	Mio €	
Jahresergebnis vor Ertragsteuern nach IFRS	1.353	– 4.659
Konzernertragsteuersatz	30,9	30,9
Rechnerischer Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr	417	– 1.437
Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze und Steuersatzänderungen bei erfolgswirksamen Steuerabgrenzungen	– 89	54
Auswirkungen aus dem Ansatz von latenten Steuern auf Verlustvorträge	– 244	—
Auswirkungen von nicht abziesbaren Betriebsausgaben und steuerfreien Erträgen	– 104	– 62
Nicht angesetzte latente Steuern	123	1.506
Verbrauch von steuerlichen Verlustvorträgen, auf die bislang keine latenten Steueransprüche gebildet wurden	– 211	—
Auswirkungen von Hinzurechnungen und Kürzungen für Gewerbesteuer	13	9
Sonstige Auswirkungen	– 41	– 96
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	– 136	– 26

Nachfolgende Tabelle zeigt den Bestand der tatsächlichen und latenten Steuern, die aus Posten resultieren, die direkt im Eigenkapital gutgeschrieben beziehungsweise belastet wurden:

Erfolgsneutral bilanzierte Ertragsteuern	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
	Mio €		
Tatsächliche Ertragsteuern	—	—	.
Latente Ertragsteuern	1.238	1.347	– 8,1
Bewertungsunterschiede aus Cash Flow Hedges	389	526	– 26,0
Neubewertungsrücklage	827	756	9,4
Verlustvorträge	22	100	– 78,0
Sonstiges	—	– 35	.
Gesamt	1.238	1.347	– 8,1

(42) Nettoergebnis

Die Nettoerfolge setzen sich zusammen aus Fair-Value-Bewertungen, Wertminderungen/Zuschreibungen, realisierten Abgangserfolgen und nachträglichen Eingängen aus abgeschriebenen Finanzinstrumenten (siehe Note 5). Im Zinsergebnis werden die Zinsbestandteile aus den Notes Zinsüberschuss und Handelsergebnis nach den Kategorien gemäß IAS 39 dargestellt.

	<u>2010</u>	<u>2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
	Mio €		
Nettoerfolge aus			
Handelsaktiva und -passiva ¹	1.410	– 1.888	
Anwendung der Fair Value Option	131	839	– 84,4
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten sowie Anteilen an at-Equity-bewerteten Unternehmen	232	439	– 47,2
Kredite und Forderungen	– 2.623	– 4.236	– 38,1
Anderen finanziellen Verbindlichkeiten	—	—	.

¹ Umgliederung der Devisenkommissionsgewinne im Vorjahr.

	<u>2010</u>	<u>2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio €	
Zinsergebnis aus			
Handelsaktiva und -passiva	698	1.056	- 33,9
Anwendung der Fair Value Option ¹	36	88	- 59,1
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ¹	1.225	2.088	- 41,3
Kredite und Forderungen ¹	15.949	16.883	- 5,5
Anderen finanziellen Verbindlichkeiten ¹	- 10.579	- 12.803	- 17,4

¹ Anpassungen aufgrund Vereinheitlichung der Ausweisstruktur im Vorjahr.

(43) Ergebnis je Aktie

	<u>2010</u>	<u>2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
Operatives Ergebnis (Mio €)	1.386	- 2.270	.
Den Commerzbank-Aktionären zurechenbarer Konzernüberschuss (Mio €)	1.430	- 4.537	.
Durchschnittliche Anzahl ausgegebener Stammaktien (Stück)	1.178.599.388	1.031.871.714	14,2
Operatives Ergebnis je Aktie (€)	1,18	- 2,20	.
Ergebnis je Aktie (€)	1,21	- 4,40	.

Der gemäß IAS 33 errechnete Gewinn je Aktie basiert auf dem den Commerzbank-Aktionären zurechenbaren Konzernüberschuss. Im laufenden Geschäftsjahr sowie im Vorjahr waren keine Wandel- und Optionsrechte im Umlauf. Das verwässerte Ergebnis je Aktie war daher mit dem unverwässerten identisch. Die Zusammensetzung des Operativen Ergebnisses ist in der Segmentberichterstattung (Note 45) definiert.

(44) Aufwandsquote

	<u>2010</u>	<u>2009</u>	<u>Veränderung in Prozentpunkten</u>
		in %	
Aufwandsquote vor Restrukturierungsaufwendungen	69,3	82,2	- 12,9

Die Aufwandsquote gibt das Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen zu den Erträgen vor Risikovorsorge wieder.

(45) Segmentberichterstattung

In der Segmentberichterstattung spiegeln sich die Resultate der im Commerzbank-Konzern eingebundenen operativen Geschäftssegmente wider. Als Grundlage für die nachfolgenden Segmentinformationen dient IFRS 8 Operating Segments, der dem sogenannten Managementansatz folgt: Die Segmentinformationen werden auf Basis des internen Berichtswesens bestimmt, das dem Chief Operating Decision Maker dazu dient, die Leistung der Segmente zu beurteilen und Entscheidungen über die Allokation von Ressourcen auf die Segmente zu treffen. Im Commerzbank-Konzern übt die Funktion des Chief Operating Decision Maker der Vorstand aus.

In unserer Segmentberichterstattung berichten wir über sechs operative Segmente sowie über den Bereich Sonstige und Konsolidierung. Dieses Vorgehen folgt der Organisationsstruktur des Commerzbank-Konzerns und ist Grundlage der internen Managementberichterstattung. Die Aufteilung der Geschäftssegmente orientiert sich an der Unterschiedlichkeit der Produkte und Dienstleistungen beziehungsweise an den Kundenzielgruppen. Im Zuge der weiteren Verfeinerung der Geschäftsmodelle der Segmente wurden die Geschäftsverantwortlichkeiten geringfügig angepasst.

Im Jahr 2010 erfolgte eine weitere Harmonisierung der Ergebnispositionen im Zusammenhang mit der Integration der Dresdner Bank. Diese betrifft zum einen die einheitliche Abbildung der Beteiligungsrefinanzierung und der Eigenkapitalanlageerträge für konsolidierte Töchter. Darüber hinaus wird das Laufende Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen gesondert sowie das Devisenkommissionsgeschäft der ehemaligen Dresdner Bank im Provisionsüberschuss ausgewiesen. Die Vergleichswerte des Vorjahres wurden jeweils entsprechend angepasst.

- Das Segment Privatkunden besteht aus den vier Konzernbereichen Privat- und Geschäftskunden, Wealth Management, Direct Banking und Kredit. Das klassische Filialgeschäft ist im Konzernbereich Privat- und Geschäftskunden gebündelt. Im Wealth Management betreuen wir vermögende Kunden im In- und Ausland, ebenso ist hier die Vermögensverwaltung angesiedelt. Das Direct Banking umfasst die

Aktivitäten der comdirect-bank-Gruppe und alle Callcenter-Leistungen für unsere Kunden. Im Konzernbereich Kredit ist das Kreditgeschäft mit den vorgenannten Kundengruppen zentral zusammengefasst.

- Das Segment Mittelstandsbank umfasst die Konzernbereiche Corporate Banking und Financial Institutions. Im Konzernbereich Corporate Banking liegen die beiden Schwerpunkte auf der Betreuung von Mittelstandskunden sowie von Großkunden und internationalen Kunden. Des Weiteren ist hier das Kompetenzzentrum für Kunden aus dem Bereich Renewable Energies angesiedelt. Zudem betreut der Konzernbereich den öffentlichen Sektor sowie institutionelle Kunden. Unser umfassendes Leistungsangebot beinhaltet den Zahlungsverkehr, flexible Finanzierungslösungen, Produkte zum Zins- und Währungsmanagement, professionelle Anlageberatung sowie innovative Investmentbanking-Lösungen. Durch unsere ausländischen Niederlassungen sind wir der strategische Partner sowohl für internationale Aktivitäten unserer deutschen Firmenkunden als auch für internationale Unternehmen mit Geschäftsaktivitäten in unserem Heimatmarkt. Der Konzernbereich Financial Institutions verantwortet die Beziehung zu in- und ausländischen Banken und Finanzinstituten sowie Zentralbanken. Er bietet unseren Kunden eine umfassende Betreuung und Beratung an, der strategische Schwerpunkt ist die bevorzugte Einschaltung in die finanzielle Abwicklung des Außenhandels. Durch ein Netz von über 7 000 Korrespondenzbanken sowie Geschäftsverbindungen mit Schwellenländern fördert Financial Institutions die Finanzierung und Abwicklung der weltweiten Außenhandelsaktivitäten aller Kunden des Commerzbank-Konzerns und unterstützt damit auch andere Konzernbereiche in deren internationalen Strategien.
- Das Segment Central & Eastern Europe umfasst die Aktivitäten von Tochtergesellschaften, Filialen und Beteiligungen in Mittel- und Osteuropa (zum Beispiel die der polnischen BRE Bank, der Bank Forum in der Ukraine oder der Commerzbank Eurasija in Russland). Diese sind unter dem Dach einer Holding zusammengefasst. Diese Managementholding agiert als Center of Competence, operative Steuerungseinheit und Schnittstelle zwischen den lokalen Einheiten und den inländischen Zentralabteilungen sowie als strategischer Entscheider. Geschäftsschwerpunkte im Segment Central & Eastern Europe liegen im Privat- und Firmenkundengeschäft sowie im kundenbezogenen Investmentbanking. In unseren Auslandseinheiten und Tochtergesellschaften werden nationale und internationale Kunden betreut, die sowohl lokales Geschäft in der Region haben als auch grenzüberschreitende Cross-Border-Geschäfte tätigen.
- Corporates & Markets umfasst drei wesentliche Säulen. In Equity Markets & Commodities sind der Handel mit Aktien, Aktienderivaten und Rohstoffprodukten sowie die entsprechenden Vertriebskapazitäten zusammengefasst. Fixed Income & Currencies umfasst Handel und Vertrieb von Zins- und Währungsinstrumenten sowie entsprechender Derivate. Corporate Finance umfasst Finanzierungs- und Beratungsleistungen für Eigen- und Fremdkapitalinstrumente und das zentrale Kreditportfoliomanagement des Segments Corporates & Markets. Zusätzlich ist in Corporates & Markets das Client Relationship Management mit Fokus auf die 100 größten deutschen Firmenkunden sowie ausländische und ausgewählte inländische Versicherungen angesiedelt.
- Im Segment Asset Based Finance werden die Ergebnisse aus den Konzernbereichen Commercial Real Estate (CRE) Germany, CRE International, Public Finance, Asset Management and Leasing sowie Ship Finance zusammengefasst. Dabei liegen CRE Germany, CRE International sowie Public Finance nahezu vollständig bei der Commerzbank-Tochter Eurohypo Aktiengesellschaft, ebenso wie der Retail-Bestand der Eurohypo. Der Bereich Asset Management and Leasing beinhaltet vorrangig die Aktivitäten unserer Tochtergesellschaft Commerz Real Aktiengesellschaft. Schließlich führt der Bereich Ship Finance die Schiffsfinanzierungen der Commerzbank-Gruppe in unserer Tochtergesellschaft Deutsche Schiffsbank Aktiengesellschaft zusammen.
- Das Segment Portfolio Restructuring Unit (PRU) ist verantwortlich für die Zurückführung von Aktiva, die im Zusammenhang mit eingestellten Eigenhandels- und Investmentaktivitäten stehen, die nicht mehr in die kundenorientierte Strategie der Commerzbank Aktiengesellschaft passen. Die Zielsetzung des Segmentes besteht in der wertmaximierenden Zurückführung des Portfolios. Die Positionen, die durch dieses Segment verwaltet werden, beinhalten nicht staatlich gesicherte Asset-backed Securities (ABS), weitere strukturierte Kreditprodukte, Eigenhandelspositionen in Firmen- und Finanzanleihen sowie exotische Kreditderivate. Diese Positionen wurden primär aus den Segmenten Corporates & Markets sowie ehemals Commercial Real Estate auf die Portfolio Restructuring Unit übertragen.
- Im Bereich Sonstige und Konsolidierung werden Erträge und Aufwendungen eingestellt, die nicht in die Verantwortungsbereiche der operativen Geschäftssegmente fallen. Unter Sonstige werden unter anderem Beteiligungen, die nicht den operativen Segmenten zugeordnet sind und das Group Treasury ausgewiesen. Ferner sind hier die Kosten der Serviceeinheiten abgebildet, die – mit Ausnahme der Integrations- und Restrukturierungskosten – vollständig auf die Segmente verrechnet werden. Unter Konsolidierung fallen Aufwendungen und Erträge, die von den in der Segmentberichterstattung dargestellten Ergebnisgrößen der internen Managementberichterstattung auf den Konzernabschluss

nach IFRS überleiten. Ferner sind hier die Kosten der Konzernsteuerungseinheiten abgebildet, die – mit Ausnahme der Integrations- und Restrukturierungskosten – ebenfalls vollständig auf die Segmente verrechnet werden.

Der Erfolg jedes einzelnen Segments wird anhand des Operativen Ergebnisses und des Ergebnisses vor Steuern sowie der Kennziffern Eigenkapitalrendite und Aufwandsquote gemessen. Das Operative Ergebnis ist definiert als die Summe aus Zinsüberschuss nach Risikovorsorge, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis einschließlich Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus Finanzanlagen, Laufendem Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen und Sonstigem Ergebnis abzüglich der Verwaltungsaufwendungen. Durch den Ausweis von Vorsteuerergebnissen sind sowohl im Ergebnis als auch im durchschnittlich gebundenen Eigenkapital die Anteile Dritter enthalten. Alle Erträge, für die ein Segment verantwortlich ist, sind somit im Ergebnis vor Steuern berücksichtigt.

Die Eigenkapitalrendite errechnet sich aus dem Verhältnis des Ergebnisses (operativ und vor Steuern) zum durchschnittlich gebundenen Eigenkapital. Sie gibt an, wie sich das im Segment eingesetzte Kapital verzinst. Die Aufwandsquote im operativen Geschäft spiegelt die Kosteneffizienz der Segmente wider; sie errechnet sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zu Erträgen vor Risikovorsorge.

Erträge und Aufwendungen weisen wir verursachungsgerecht zu Marktpreisen und im Zinsbereich nach der Marktzinsmethode bei den Segmenten aus. Im Zinsüberschuss werden die tatsächlichen Refinanzierungsaufwendungen für die den jeweiligen Segmenten zugeordneten geschäftsspezifischen Beteiligungen gezeigt. Der im Konzern erwirtschaftete Anlagenutzen aus dem Eigenkapital wird im Verhältnis des durchschnittlich gebundenen Eigenkapitals dem Zinsüberschuss der jeweiligen Segmente zugeordnet. Der Zinssatz entspricht dem Zinssatz einer risikofreien Anlage auf dem langfristigen Kapitalmarkt. Die Ermittlung des durchschnittlich gebundenen Eigenkapitals erfolgte im Jahr 2010 nach Basel-II-Systematik auf Basis der ermittelten durchschnittlichen Risikoaktiva und der Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen (Risikoaktiva-Äquivalente). Auf Konzernebene wird das Investorenkapital gezeigt, das der Berechnung der Eigenkapitalrendite dient. Die für die Segmentberichterstattung unterstellte Kapitalunterlegung der Risikoaktiva beträgt 7 %.

Die Segmentberichterstattung des Commerzbank-Konzerns zeigt die Vorsteuerergebnisse der Segmente. Um den betriebswirtschaftlichen Ergebniseffekt aus spezifischen steuerlich induzierten Transaktionen des Segments Corporates & Markets in dieser Berichterstattung abzubilden, enthält der Zinsüberschuss des Segments Corporates & Markets deshalb ein dem Nachsteuerergebnis dieser Transaktionen entsprechendes Vorsteueräquivalent. Bei der Überleitung der Segmentberichterstattung auf die Zahlen der externen Rechnungslegung wird dieses Vorsteueräquivalent im Bereich Sonstige und Konsolidierung eliminiert.

Die Buchwerte der at-Equity-bewerteten Unternehmen in Höhe von 737 Mio Euro (Vorjahr: 378 Mio Euro) verteilen sich auf die Segmente Privatkunden mit 236 Mio Euro (Vorjahr: 174 Mio Euro), Mittelstandsbank mit 95 Mio Euro (Vorjahr: 40 Mio Euro), Corporates & Markets mit 20 Mio Euro (Vorjahr: 19 Mio Euro), Asset Based Finance mit 320 Mio Euro (Vorjahr: 71 Mio Euro) sowie Sonstige und Konsolidierung mit 66 Mio Euro (Vorjahr: 74 Mio Euro).

Der im Operativen Ergebnis ausgewiesene Verwaltungsaufwand beinhaltet den Personalaufwand, den Sachaufwand sowie die Abschreibungen auf Sachanlagen und Sonstige immaterielle Anlagewerte. Restrukturierungsaufwendungen und Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen werden unterhalb des Operativen Ergebnisses im Ergebnis vor Steuern ausgewiesen. Die Zuordnung des Verwaltungsaufwands zu den einzelnen Segmenten erfolgt nach dem Verursachungsprinzip. Die sich aus den internen Leistungen ergebenden indirekten Aufwendungen werden dem Leistungsempfänger in Rechnung gestellt beziehungsweise führen beim Leistungserbringer zu einer entsprechenden Entlastung. Die Bewertung dieser internen Leistungsbeziehungen erfolgt zu Marktpreisen oder Vollkosten.

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten für die Geschäftsjahre 2010 und 2009.

Aufteilung nach Segmenten:

Geschäftsjahr 2010	Privat- kunden	Mittel- stands- bank	Central & Eastern Europe	Corporates & Markets	Asset Based Finance	Portfolio Restruc- turing Unit	Sonstige und Konso- lidierung	Konzern
	Mio €							
Zinsüberschuss	1.983	2.081	674	767	1.160	82	307	7.054
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-246	-279	-361	27	-1.584	-62	6	-2.499
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.737	1.802	313	794	-424	20	313	4.555
Provisionsüberschuss	1.941	983	208	254	327	—	-66	3.647
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	1	24	73	1.160	-78	787	-9	1.958
Ergebnis aus Finanzanlagen	31	188	-4	220	-352	-29	54	108
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	10	30	—	11	-20	—	4	35
Sonstiges Ergebnis	-120	14	28	-20	-114	3	78	-131
<i>Erträge vor Risikovorsorge</i>	<i>3.846</i>	<i>3.320</i>	<i>979</i>	<i>2.392</i>	<i>923</i>	<i>843</i>	<i>368</i>	<i>12.671</i>
<i>Erträge nach Risikovorsorge</i>	<i>3.600</i>	<i>3.041</i>	<i>618</i>	<i>2.419</i>	<i>-661</i>	<i>781</i>	<i>374</i>	<i>10.172</i>
Verwaltungsaufwendungen	3.552	1.443	565	1.633	609	106	878	8.786
Operatives Ergebnis	48	1.598	53	786	-1.270	675	-504	1.386
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen	—	—	—	—	—	—	—	—
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	—	33	—	—	33
Ergebnis vor Steuern	48	1.598	53	786	-1.303	675	-504	1.353
Aktiva	60.330	80.026	29.424	255.925	238.013	16.980	73.601	754.299
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital	3.397	5.550	1.627	3.855	6.166	1.211	9.175	30.981
Operative Eigenkapitalrendite (%)	1,4	28,8	3,3	20,4	-20,6			4,5
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%)	92,4	43,5	57,7	68,3	66,0			69,3
Eigenkapitalrendite des Ergebnisses vor Steuern (%)	1,4	28,8	3,3	20,4	-21,1			4,4
Mitarbeiterdurchschnitt	20.007	5.367	9.733	1.991	1.875	52	18.651	57.676
	Mio €							
Geschäftsjahr 2009	Privat- kunden	Mittel- stands- bank	Central & Eastern Europe	Corporates & Markets	Asset Based Finance	Portfolio Restruc- turing Unit	Sonstige und Konso- lidierung	Konzern
Zinsüberschuss	2.139	2.156	665	780	1.101	252	81	7.174
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-246	-954	-812	-289	-1.588	-327	2	-4.214
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.893	1.202	-147	491	-487	-75	83	2.960
Provisionsüberschuss ¹	2.163	924	170	352	297	11	-144	3.773
Handelsergebnis ¹ und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-1	-129	79	681	197	-812	-424	-409
Ergebnis aus Finanzanlagen	-4	1	-14	27	-87	-432	926	417
Laufendes Ergebnis aus at-Equity- bewerteten Unternehmen	11	4	—	—	—	—	—	15
Sonstiges Ergebnis	-99	-69	5	5	-64	4	196	-22
<i>Erträge vor Risikovorsorge</i>	<i>4.209</i>	<i>2.887</i>	<i>905</i>	<i>1.845</i>	<i>1.444</i>	<i>-977</i>	<i>635</i>	<i>10.948</i>
<i>Erträge nach Risikovorsorge</i>	<i>3.963</i>	<i>1.933</i>	<i>93</i>	<i>1.556</i>	<i>-144</i>	<i>-1.304</i>	<i>637</i>	<i>6.734</i>
Verwaltungsaufwendungen	3.821	1.331	486	1.976	669	148	573	9.004
Operatives Ergebnis	142	602	-393	-420	-813	-1.452	64	-2.270
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen	—	—	—	23	745	—	—	768
Restrukturierungsaufwendungen	338	74	5	128	67	2	1.007	1.621
Ergebnis vor Steuern	-196	528	-398	-571	-1.625	-1.454	-943	-4.659
Aktiva	69.220	85.235	25.761	300.211	261.455	26.002	76.219	844.103
Durchschnittlich gebundenes Eigenkapital	3.256	5.393	1.605	4.421	6.821	1.740	5.116	28.352
Operative Eigenkapitalrendite (%)	4,4	11,2	-24,5	-9,5	-11,9			-8,0
Aufwandsquote im operativen Geschäft (%)	90,8	46,1	53,7	107,1	46,3			82,2
Eigenkapitalrendite des Ergebnisses vor Steuern (%)	-6,0	9,8	-24,8	-12,9	-23,8			-16,4
Mitarbeiterdurchschnitt	22.789	5.638	10.511	2.755	2.089	53	19.432	63.267

¹ Anpassung aufgrund Vereinheitlichung der Ausweisstruktur (siehe Note 2).

Detailangaben Sonstige und Konsolidierung:

	2010			2009		
	Sonstige	Konsolidierung	Sonstige und Konsolidierung	Sonstige	Konsolidierung	Sonstige und Konsolidierung
	Mio €					
Zinsüberschuss	332	-25	307	72	9	81
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	6	—	6	2	—	2
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	338	-25	313	74	9	83
Provisionsüberschuss ¹	-65	-1	-66	-12	-132	-144
Handelsergebnis ¹ und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	10	-19	-9	-200	-224	-424
Ergebnis aus Finanzanlagen	55	-1	54	930	-4	926
Laufendes Ergebnis aus	4	—	4	—	—	—
at-Equity-bewerteten Unternehmen						
Sonstiges Ergebnis	100	-22	78	124	72	196
<i>Erträge vor Risikovorsorge</i>	<i>436</i>	<i>-68</i>	<i>368</i>	<i>914</i>	<i>-279</i>	<i>635</i>
<i>Erträge nach Risikovorsorge</i>	<i>442</i>	<i>-68</i>	<i>374</i>	<i>916</i>	<i>-279</i>	<i>637</i>
Verwaltungsaufwendungen	891	-13	878	558	15	573
Operatives Ergebnis	-449	-55	-504	358	-294	64
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Markennamen	—	—	—	—	—	—
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	676	331	1.007
Ergebnis vor Steuern	-449	-55	-504	-318	-625	-943
Aktiva	73.601	—	73.601	76.219	—	76.219

¹ Anpassung im Vorjahr aufgrund Vereinheitlichung der Ausweisstruktur (siehe Note 2).

In den Vorjahreswerten ist für den Bereich Sonstige und Konsolidierung zu beachten, dass die Ergebnisse der Marktsegmente aus Gründen der besseren Vergleichbarkeit den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2009 beinhalten. Die Differenz zum Konzernergebnis – das für die Dresdner Bank nur den Zeitraum 13. Januar bis 31. Dezember 2009 beinhaltet – wird im Bereich Sonstige ausgewiesen.

Unter Konsolidierung berichten wir Konsolidierungs- und Überleitungssachverhalte vom Ergebnis der Segmente und des Bereichs Sonstige auf den Konzernabschluss. Unter anderem werden dort folgende Sachverhalte abgebildet:

- Bewertungseffekte aus der Anwendung des Hedge Accountings gemäß IAS 39 auf bankübergreifende Transaktionen werden in Konsolidierung gezeigt.
- Das dem Segment Corporates & Markets aus steuerlich induzierten Transaktionen im Zinsüberschuss zugeordnete Vorsteueräquivalent wird unter Konsolidierung wieder eliminiert.
- In den Segmenten angefallene Bewertungsergebnisse für eigene Schuldverschreibungen werden unter Konsolidierung eliminiert.
- Sonstige Konsolidierungseffekte für konzerninterne Sachverhalte werden ebenfalls hier berichtet.
- Integrations- und Restrukturierungsaufwendungen der Konzernsteuerungseinheiten werden unter Konsolidierung ausgewiesen.

Quartalsergebnisse nach Segmenten:

1. Quartal 2010	Privat- kunden	Mittel- stands- bank	Central & Eastern Europe	Corpo- rates & Markets	Asset Based Finance	Portfolio Restruc- turing Unit	Sonstige und Konso- lidierung	Konzern
Mio €								
Zinsüberschuss	489	523	159	208	298	23	186	1.886
Risikovorsorge im Kreditgeschäft ...	-66	-161	-94	19	-325	-22	5	-644
Zinsüberschuss nach								
Risikovorsorge	423	362	65	227	-27	1	191	1.242
Provisionsüberschuss ¹	547	271	47	75	88	-3	-28	997
Handelsergebnis ¹ und	1	-4	18	448	-4	282	95	836
Ergebnis aus								
Sicherungszusammenhängen								
Ergebnis aus Finanzanlagen	9	-3	-1	-14	-2	-94	-14	-119
Laufendes Ergebnis aus at-Equity- bewerteten Unternehmen	4	—	—	—	-2	—	—	2
Sonstiges Ergebnis	-49	45	3	8	14	—	1	22
<i>Erträge vor Risikovorsorge</i>	<i>1.001</i>	<i>832</i>	<i>226</i>	<i>725</i>	<i>392</i>	<i>208</i>	<i>240</i>	<i>3.624</i>
<i>Erträge nach Risikovorsorge</i>	<i>935</i>	<i>671</i>	<i>132</i>	<i>744</i>	<i>67</i>	<i>186</i>	<i>245</i>	<i>2.980</i>
Verwaltungsaufwendungen	912	358	126	410	152	25	226	2.209
Operatives Ergebnis	23	313	6	334	-85	161	19	771
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie								
Markennamen	—	—	—	—	—	—	—	—
Restrukturierungsaufwendungen ...	—	—	—	—	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	23	313	6	334	-85	161	19	771

¹ Anpassung aufgrund Vereinheitlichung der Ausweisstruktur (siehe Note 2).

2. Quartal 2010	Privat- kunden	Mittel- stands- bank	Central & Eastern Europe	Corpo- rates & Markets	Asset Based Finance	Portfolio Restruc- turing Unit	Sonstige und Konso- lidierung	Konzern
Mio €								
Zinsüberschuss	486	554	161	198	319	10	125	1.853
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-70	-94	-92	—	-354	-28	-1	-639
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge ..	416	460	69	198	-35	-18	124	1.214
Provisionsüberschuss ¹	497	222	53	64	80	7	-18	905
Handelsergebnis ¹ und Ergebnis aus								
Sicherungszusammenhängen	1	50	20	187	30	56	-28	316
Ergebnis aus Finanzanlagen	5	15	4	43	-158	70	81	60
Laufendes Ergebnis aus at-Equity- bewerteten Unternehmen	3	—	—	—	2	—	1	6
Sonstiges Ergebnis	6	-11	9	11	-21	7	-31	-30
<i>Erträge vor Risikovorsorge</i>	<i>998</i>	<i>830</i>	<i>247</i>	<i>503</i>	<i>252</i>	<i>150</i>	<i>130</i>	<i>3.110</i>
<i>Erträge nach Risikovorsorge</i>	<i>928</i>	<i>736</i>	<i>155</i>	<i>503</i>	<i>-102</i>	<i>122</i>	<i>729</i>	<i>2.471</i>
Verwaltungsaufwendungen	914	349	148	394	147	27	249	2.228
Operatives Ergebnis	14	387	7	109	-249	95	-120	243
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sowie								
Markennamen	—	—	—	—	—	—	—	—
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	—	33	—	—	33
Ergebnis vor Steuern	14	387	7	109	-282	95	-120	210

¹ Anpassung aufgrund Vereinheitlichung der Ausweisstruktur (siehe Note 2).

3. Quartal 2010	Privat- kunden	Mittel- stands- bank	Central & Eastern Europe	Corpo- rates & Markets	Asset Based Finance	Portfolio Restruc- turing Unit	Sonstige und Konso- lidierung	Konzern
					Mio €			
Zinsüberschuss	501	482	164	141	283	29	33	1.633
Risikoversorge im Kreditgeschäft	-64	69	-127	-6	-493	-2	2	-621
Zinsüberschuss nach Risikoversorge	437	551	37	135	-210	27	35	1.012
Provisionsüberschuss	458	239	53	55	83	2	-20	870
Handelsergebnis und Ergebnis aus								
Sicherungszusammenhängen .	2	-14	19	313	-49	328	-177	422
Ergebnis aus Finanzanlagen	4	29	4	31	-51	-9	-32	-24
Laufendes Ergebnis aus at- Equity-bewerteten Unternehmen	4	—	—	1	-9	—	-1	-5
Sonstiges Ergebnis	-6	-9	9	25	-24	-3	34	26
<i>Erträge vor Risikoversorge</i>	<i>963</i>	<i>727</i>	<i>249</i>	<i>566</i>	<i>233</i>	<i>347</i>	<i>-163</i>	<i>2.922</i>
<i>Erträge nach Risikoversorge</i>	<i>899</i>	<i>796</i>	<i>122</i>	<i>560</i>	<i>-260</i>	<i>345</i>	<i>-161</i>	<i>2.301</i>
Verwaltungsaufwendungen	875	367	153	438	144	31	177	2.185
Operatives Ergebnis	24	429	-31	122	-404	314	-338	116
Wertminderungen auf Geschäftsoder Firmenwerte sowie Markennamen	—	—	—	—	—	—	—	—
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	—	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	24	429	-31	122	-404	314	-338	116
					Mio €			
4. Quartal 2010								
Zinsüberschuss	507	522	190	220	260	20	-37	1.682
Risikoversorge im Kreditgeschäft	-46	-93	-48	14	-412	-10	—	-595
Zinsüberschuss nach Risikoversorge	461	429	142	234	-152	10	-37	1.087
Provisionsüberschuss	439	251	55	60	76	-6	—	875
Handelsergebnis und Ergebnis aus								
Sicherungszusammenhängen .	-3	-8	16	212	-55	121	101	384
Ergebnis aus Finanzanlagen	13	147	-11	160	-141	4	19	191
Laufendes Ergebnis aus at- Equity-bewerteten Unternehmen	-1	30	—	10	-11	—	4	32
Sonstiges Ergebnis	-71	-11	7	-64	-83	-1	74	-149
<i>Erträge vor Risikoversorge</i>	<i>884</i>	<i>931</i>	<i>257</i>	<i>598</i>	<i>46</i>	<i>138</i>	<i>161</i>	<i>3.015</i>
<i>Erträge nach Risikoversorge</i>	<i>838</i>	<i>838</i>	<i>209</i>	<i>612</i>	<i>-366</i>	<i>128</i>	<i>161</i>	<i>2.420</i>
Verwaltungsaufwendungen	851	369	138	391	166	23	226	2.164
Operatives Ergebnis	-13	469	71	221	-532	105	-65	256
Wertminderungen auf Geschäftsoder Firmenwerte sowie Markennamen	—	—	—	—	—	—	—	—
Restrukturierungsaufwendungen	—	—	—	—	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	-13	469	71	221	-532	105	-65	256

Die Zuordnung in die Segmente nach dem jeweiligen Sitz der Filiale oder des Konzernunternehmens ergab nachfolgende Verteilung:

Geschäftsjahr 2010	Europa ohne Deutschland					Gesamt
	Deutschland	Deutschland	Amerika	Asien	Sonstige	
			Mio €			
Zinsüberschuss	4.497	2.170	263	123	1	7.054
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 873	- 1.302	- 302	- 22	—	- 2.499
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	3.624	868	- 39	101	1	4.555
Provisionsüberschuss	3.189	360	70	28	—	3.647
Handelsergebnis und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	381	1.496	72	9	—	1.958
Ergebnis aus Finanzanlagen	57	1	44	6	—	108
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	40	- 5	—	—	—	35
Sonstiges Ergebnis	- 130	- 11	8	2	—	- 131
<i>Erträge vor Risikovorsorge</i>	<i>8.034</i>	<i>4.011</i>	<i>457</i>	<i>168</i>	<i>1</i>	<i>12.671</i>
<i>Erträge nach Risikovorsorge</i>	<i>7.161</i>	<i>2.709</i>	<i>155</i>	<i>146</i>	<i>1</i>	<i>10.172</i>
Verwaltungsaufwendungen	7.011	1.465	201	109	—	8.786
Operatives Ergebnis	150	1.244	- 46	37	1	1.386
Risikoaktiva für Kreditrisiken	150.837	66.138	10.742	4.672	49	232.438

Im Vorjahr erzielten wir in den geografischen Märkten folgende Ergebnisse:

Geschäftsjahr 2009	Europa ohne Deutschland					Gesamt
	Deutschland	Deutschland	Amerika	Asien	Sonstige	
			Mio €			
Zinsüberschuss	4.631	2.107	334	101	1	7.174
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 1.915	- 1.767	- 512	- 21	1	- 4.214
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	2.716	340	- 178	80	2	2.960
Provisionsüberschuss ¹	3.182	495	64	32	—	3.773
Handelsergebnis ¹ und Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	739	- 910	- 155	- 83	—	- 409
Ergebnis aus Finanzanlagen	691	- 118	- 170	14	—	417
Laufendes Ergebnis aus at-Equity-bewerteten Unternehmen	13	2	—	—	—	15
Sonstiges Ergebnis	- 72	- 6	78	- 24	2	- 22
<i>Erträge vor Risikovorsorge</i>	<i>9.184</i>	<i>1.570</i>	<i>151</i>	<i>40</i>	<i>3</i>	<i>10.948</i>
<i>Erträge nach Risikovorsorge</i>	<i>7.269</i>	<i>- 197</i>	<i>- 361</i>	<i>19</i>	<i>4</i>	<i>6.734</i>
Verwaltungsaufwendungen	6.908	1.698	271	124	3	9.004
Operatives Ergebnis	361	- 1.895	- 632	- 105	1	- 2.270
Risikoaktiva für Kreditrisiken	147.472	77.899	16.558	4.294	90	246.313

¹ Anpassung aufgrund Vereinheitlichung der Ausweisstruktur (siehe Note 2).

Von den Erträgen vor Risikovorsorge in Europa entfielen rund 55 % auf unsere Einheiten in Großbritannien (Vorjahr: -34 %), 18 % auf unsere Einheiten in Polen (Vorjahr: 40 %) und 12 % auf unseren Einheiten in Luxemburg (Vorjahr: 28 %). Statt der langfristigen Vermögenswerte weisen wir die Risikoaktiva für Kreditrisiken aus. Eine Aufgliederung des Gesamtbetrags der Erträge des Commerzbank-Konzerns nach Produkten und Dienstleistungen wird bedingt durch die Übernahme der Dresdner Bank erst erfolgen, wenn die Produkt- und Dienstleistungsdefinitionen und die Informationssysteme im neuen Commerzbank-Konzern vereinheitlicht sind.

Erläuterungen zur Bilanz

(46) Barreserve

Als Barreserve fassen wir folgende Posten zusammen:

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
		Mio €	
Kassenbestand	1.388	1.338	3,7
Guthaben bei Zentralnotenbanken	6.386	7.842	- 18,6
Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	279	1.149	- 75,7
Gesamt	8.053	10.329	- 22,0

Im Guthaben bei Zentralnotenbanken waren Forderungen in Höhe von 1 111 Mio Euro (Vorjahr: 3.633 Mio Euro) an die Deutsche Bundesbank enthalten. Das im Durchschnitt vorzuhaltende Mindestreserve-Soll betrug 4.593 Mio Euro (Vorjahr: 4.349 Mio Euro) für die Erfüllungsperiode Dezember 2010 bis Januar 2011. Da sich die Erfüllung der Mindestreservepflicht nach den durchschnittlichen Guthaben bemisst, gibt es keine Verfügungsbeschränkungen für Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

(47) Forderungen an Kreditinstitute

	Gesamt		Veränd. in %	Täglich fällig		Andere Forderungen	
	31.12.2010	31.12.2009		31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
				Mio €			
Kreditinstitute in Deutschland	33.403	32.331	3,3	16.628	13.568	16.775	18.763
Kreditinstitute außerhalb Deutschlands	77.553	74.878	3,6	28.723	22.996	48.830	51.882
Gesamt	110.956	107.209	3,5	45.351	36.564	65.605	70.645
darunter entfallen auf die Kategorie:							
Kredite und Forderungen	62.883	52.347	20,1				
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ..	—	—					
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	48.073	54.862	-12,4				

Die Forderungen an Kreditinstitute beliefen sich nach Abzug der Risikovorsorge auf 110.616 Mio Euro (Vorjahr: 106.689 Mio Euro). Die nachfolgende Tabelle stellt die Forderungen an Kreditinstitute nach wesentlichen Geschäftsarten dar:

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
	Mio €		
Reverse Repos und Cash Collaterals	68.687	58.863	16,7
Forderungen aus dem Geldhandel	6.765	16.312	-58,5
Schuldscheindarlehen	9.893	12.831	-22,9
Übrige Forderungen	25.611	19.203	33,4
Gesamt	110.956	107.209	3,5

In den Schuldscheindarlehen und den Übrigen Forderungen an Kreditinstitute waren 9.572 Mio Euro (Vorjahr: 10.080 Mio Euro) Kommunalkredite enthalten.

(48) Forderungen an Kunden

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
	Mio €		
Forderungen an Kunden in Deutschland	207.690	217.987	-4,7
Forderungen an Kunden außerhalb Deutschlands	129.182	143.496	-10,0
Gesamt	336.872	361.483	-6,8
darunter entfallen auf die Kategorie:			
Kredite und Forderungen	308.456	336.995	-8,5
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	—	—	
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet ...	28.416	24.488	16,0

Die Forderungen an Kunden beliefen sich nach Abzug der Risikovorsorge auf 327.755 Mio Euro (Vorjahr: 352.194 Mio Euro). Die nachfolgende Tabelle stellt die Forderungen an Kunden nach wesentlichen Geschäftsarten dar:

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
	Mio €		
Reverse Repos und Cash Collaterals	29.963	22.362	34,0
Forderungen aus dem Geldhandel	8.996	17.025	-47,2
Schuldscheindarlehen	26.599	36.836	-27,8
Hypotheken- und dinglich besicherte Forderungen	134.321	139.904	-4,0
Übrige Forderungen	136.993	145.356	-5,8
Gesamt	336.872	361.483	-6,8

In den Schuldscheindarlehen und den Übrigen Forderungen an Kunden waren Kommunalkredite in Höhe von 34.041 Mio Euro (Vorjahr: 38.456 Mio Euro) enthalten.

(49) Kreditvolumen

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
		Mio €	
Kredite an Kreditinstitute	23.404	25.011	- 6,4
Kredite an Kunden	<u>306.912</u>	<u>343.390</u>	<u>- 10,6</u>
Gesamt	<u>330.316</u>	<u>368.401</u>	<u>- 10,3</u>

Kredite grenzen wir gegenüber den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden dahingehend ab, dass als Kredite nur solche Forderungen gezeigt werden, für die besondere Kreditvereinbarungen mit den Kreditnehmern geschlossen wurden. Damit werden zum Beispiel Geldhandelsgeschäfte mit Banken und Reverse-Repo-Geschäfte nicht als Kredite ausgewiesen. In den Krediten an Kunden sind auch Wechselkredite enthalten.

(50) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird nach konzerneinheitlichen Regeln gebildet und deckt alle erkennbaren Bonitätsrisiken ab. Für eingetretene, aber noch nicht bekannt gewordene Ausfälle haben wir Portfoliowertberichtigungen anhand der aus der Basel-II-Systematik abgeleiteten Verfahren ermittelt. Insgesamt entwickelte sich die Risikovorsorge im Kreditgeschäft nach Kategorien wie folgt:

	Stand 1.1.2010	Zuführung	Auflösungen	Verbrauch	Veränderungen im Konsolidierungskreis Mio €	Wechselkursänderungen/ Umbuchung	Stand 31.12.2010
Risikovorsorge für bilanzwirksame Risiken im Kreditgeschäft	9.809	4.137	1.906	2.631	—	48	9.457
Forderungen an Kreditinstitute	520	41	67	310	—	156	340
Forderungen an Kunden ...	9.289	4.096	1.839	2.321	—	- 108	9.117
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken im Kreditgeschäft	642	303	301	7	—	- 22	615
Gesamt	<u>10.451</u>	<u>4.440</u>	<u>2.207</u>	<u>2.638</u>	—	<u>26</u>	<u>10.072</u>

Die erfolgswirksamen Zuführungen und Auflösungen führten unter Berücksichtigung von Direktabschreibungen, Zuschreibungen und Eingängen auf abgeschriebene Forderungen zu einem Risikovorsorgeaufwand von 2.499 Mio Euro (Vorjahr: 4.214 Mio Euro).

	Wertberichtigungen für Einzelrisiken		Wertberichtigungen für Portfoliorisiken		Wertberichtigungen gesamt		Veränd. in %
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	
	Mio €						
Stand 1.1.	8.345	4.779	1.464	820	9.809	5.599	75,2
Zuführungen	3.894	4.542	243	497	4.137	5.039	- 17,9
Abgänge	3.888	3.004	649	182	4.537	3.186	42,4
darunter: Inanspruchnahmen	2.631	2.143	—	—	2.631	2.143	22,8
darunter: Auflösungen	1.257	861	649	182	1.906	1.043	82,7
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	2.126	—	376	—	2.502	.
Wechselkursänderungen/ Umbuchungen ...	10	- 98	38	- 47	48	- 145	.
Stand 31.12.	<u>8.361</u>	<u>8.345</u>	<u>1.096</u>	<u>1.464</u>	<u>9.457</u>	<u>9.809</u>	<u>- 3,6</u>

	Rückstellungen für Einzelrisiken		Rückstellungen für Portfolio Risiken		Rückstellungen im Kreditgeschäft		Veränd. in %
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	
	Mio €						
Stand 1.1.	364	232	278	214	642	446	43,9
Zuführungen	207	209	96	57	303	266	13,9
Abgänge	166	180	142	93	308	273	12,8
darunter: Inanspruchnahmen	7	1	—	—	7	1	.
darunter: Auflösungen	159	179	142	93	301	272	10,7
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	107	—	94	—	201	.
Wechselkursänderungen/ Umbuchungen	-21	-4	-1	6	-22	2	.
Stand 31.12.	384	364	231	278	615	642	-4,2

Die Aufgliederung der Risikovorsorge für Adressenausfallrisiken nach Kundengruppen stellte sich wie folgt dar:

	Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen für das Kreditgeschäft	Kreditausfälle ¹ im Jahr 2010	Nettozuführung ² zu den Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft
	Mio €		
Kunden in Deutschland	4.194	1.479	1.090
Firmenkunden	2.889	752	686
Verarbeitendes Gewerbe	901	221	69
Baugewerbe	113	76	-6
Handel	249	104	82
Dienstleistungen und Übrige	1.626	351	541
Privatkunden	1.305	727	404
Kunden außerhalb Deutschlands	4.243	1.295	1.614
Firmenkunden und Privatkunden	4.235	1.295	1.607
Öffentliche Haushalte	8	—	7
Risikovorsorge Kunden	8.437	2.774	2.704
Kreditinstitute in Deutschland	82	76	-1
Kreditinstitute außerhalb Deutschlands	226	247	-18
Risikovorsorge Kreditinstitute	308	323	-19
Gesamt	8.745	3.097	2.685

¹ Direktabschreibungen, Verbrauch von Wertberichtigungen und Verbrauch von Rückstellungen im Kreditgeschäft.

² Zuführung abzüglich Auflösung.

Den Kreditausfällen und der Nettozuführung zur Risikovorsorge standen Erträge aus Zuschreibungen von 9 Mio Euro (Vorjahr: 7 Mio Euro) und Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen von 184 Mio Euro (Vorjahr: 171 Mio Euro) gegenüber.

Kennziffern zur Kreditrisikovorsorge:

	2010	2009
	in %	
Zuführungsquote ¹	0,71	1,13
Ausfallquote ²	0,82	0,63
Bestandsquote ³	2,85	2,80

¹ Nettorisikovorsorge (Neubildung abzüglich Auflösung von Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft zuzüglich des Saldos aus Direktabschreibungen, Zuschreibungen und Eingängen auf bereits abgeschriebene Forderungen) in Relation zum Kreditvolumen.

² Kreditausfälle (Verbrauch von Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft zuzüglich des Saldos aus Direktabschreibungen, Zuschreibungen und Eingängen auf bereits abgeschriebene Forderungen) in Relation zum Kreditvolumen.

³ Risikovorsorgebestand (Bestand an Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft) in Relation zum Kreditvolumen; Kreditvolumen = Forderungen aus besonderen Kreditvereinbarungen mit Kreditnehmern (Note 49).

(51) Aktive Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges

Der Wertanpassungsbetrag von gegen Zinsänderungsrisiken gesicherten Grundgeschäften betrug 113 Mio Euro (Vorjahr: -16 Mio Euro). Ein ökonomisch gegenläufiger Betrag der Sicherungsgeschäfte wird auf der Passivseite unter dem Posten Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten ausgewiesen.

(52) Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

In diesem Posten werden die positiven Marktwerte von Derivaten ausgewiesen, die zur Absicherung von Grundgeschäften gegen das Zinsänderungsrisiko eingesetzt wurden.

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio €	
Positive Marktwerte Micro Fair Value Hedge Accounting	4.455	5.566	- 20,0
Positive Marktwerte Portfolio Fair Value Hedge Accounting	506	786	- 35,6
Gesamt	<u>4.961</u>	<u>6.352</u>	<u>- 21,9</u>

(53) Handelsaktiva

Die Handelsaktivitäten des Konzerns umfassen den Handel mit

- Schuldverschreibungen und anderen zinsbezogenen Wertpapieren,
- Aktien, anderen eigenkapitalbezogenen Wertpapieren und Anteilen an Investmentfonds,
- Schuldscheindarlehen und sonstigen Forderungen,
- Devisen und Edelmetallen,
- derivativen Finanzinstrumenten und
- Sonstigen Handelsaktiva.

Der Posten Sonstige Handelsaktiva setzt sich aus positiven Marktwerten von zu syndizierenden Krediten, Kreditzusagen, Emissionsrechten sowie Krediten und Geldhandelsgeschäften zusammen.

Alle Handelsbestände werden zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bilanziert.

In den Positiven Marktwerten sind auch derivative Finanzinstrumente enthalten, die nicht als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings eingesetzt werden können.

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio €	
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Wertpapiere	30.305	28.898	4,9
Geldmarktpapiere	2.927	1.331	.
von öffentlichen Emittenten	1.938	55	.
von anderen Emittenten	989	1.276	- 22,5
Anleihen und Schuldverschreibungen	27.378	27.567	- 0,7
von öffentlichen Emittenten	12.198	9.152	33,3
von anderen Emittenten	15.180	18.415	- 17,6
Schuldscheindarlehen	1.810	850	.
Aktien, andere eigenkapitalbezogene Wertpapiere und Anteile an Investmentfonds	11.704	8.982	30,3
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	123.743	177.307	- 30,2
Währungsbezogene derivative Geschäfte	18.345	17.653	3,9
Zinsbezogene derivative Geschäfte	97.012	146.487	- 33,8
Übrige derivate Geschäfte	8.386	13.167	- 36,3
Sonstige Handelsaktiva ¹	263	2.671	- 90,2
Gesamt	<u>167.825</u>	<u>218.708</u>	<u>- 23,3</u>

¹ Einschließlich sonstiger Forderungen aus Handelsaktivitäten.

Von den Schuldverschreibungen und anderen zinsbezogenen Wertpapieren sowie Aktien, anderen eigenkapitalbezogenen Wertpapieren und Anteilen an Investmentfonds waren 30.690 Mio Euro (Vorjahr: 31.745 Mio Euro) börsennotiert. Die übrigen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten setzten sich hauptsächlich aus 4.125 Mio Euro Aktienderivaten (Vorjahr: 6.963 Mio Euro) und 3.565 Mio Euro Kreditderivaten (Vorjahr: 5.331 Mio Euro) zusammen.

(54) Finanzanlagen

Die Finanzanlagen umfassen Finanzinstrumente, die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden. Sie setzen sich zusammen aus den nicht Handelszwecken dienenden Schuldverschreibungen und anderen

zinsbezogenen Wertpapieren, Aktien und anderen eigenkapitalbezogenen Wertpapieren sowie Anteilen an Investmentfonds, den Beteiligungen (einschließlich nicht at-Equity-bewerteten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen) sowie den Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

	31.12.2010	31.12.2009	<u>Veränderung in %</u>
	Mio €		
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Wertpapiere ¹	113.493	128.032	- 11,4
Geldmarktpapiere	5.036	6.452	- 21,9
von öffentlichen Emittenten	2.874	510	.
von anderen Emittenten	2.162	5.942	- 63,6
Anleihen und Schuldverschreibungen	108.457	121.580	- 10,8
von öffentlichen Emittenten	53.148	53.410	- 0,5
von anderen Emittenten	55.309	68.170	- 18,9
Aktien, andere eigenkapitalbezogene Wertpapiere und Anteile an Investmentfonds	1.284	1.530	- 16,1
Beteiligungen	807	1.194	- 32,4
darunter: an Kreditinstituten	410	358	14,5
Anteile an Tochterunternehmen	124	158	- 21,5
darunter: an Kreditinstituten	—	3	.
Gesamt	115.708	130.914	- 11,6
darunter entfallen auf die Kategorie:			
Kredite und Forderungen	70.435	79.194	- 11,1
zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	41.764	44.998	- 7,2
darunter: mit Anschaffungskosten bewertet	372	492	- 24,4
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet ...	3.509	6.722	- 47,8

¹ Gekürzt um Portfoliowertberichtigungen für umgewidmete Wertpapiere von 51 Mio Euro (Vorjahr: 50 Mio Euro).

Nach der Anpassung der Bilanzstruktur (siehe Note 2) beliefen sich die Finanzanlagen ohne Berücksichtigung der Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen (296 Mio Euro) zum 31. Dezember 2008 beziehungsweise zum 1. Januar 2009 auf 127.154 Mio Euro.

In den Finanzanlagen zum 31. Dezember 2010 waren 372 Mio Euro (Vorjahr: 492 Mio Euro) eigenkapitalbezogene Wertpapiere enthalten, die im Wesentlichen nicht börsennotiert sind (unter anderem GmbH-Anteile) und zu Anschaffungskosten bilanziert wurden, da uns keine verlässlichen Angaben zur Berechnung von Marktwerten vorlagen.

In der folgenden Tabelle sind die in den Finanzanlagen enthaltenen börsennotierten Bestände dargestellt. Die zur Veräußerung verfügbaren Finanzanlagen und Finanzanlagen, auf die die Fair Value Option angewendet wird, sind dabei mit ihren Marktwerten aufgeführt. Die Finanzanlagen der Kategorie Kredite und Forderungen sind zu fortgeführten Anschaffungskosten gezeigt:

	31.12.2010	31.12.2009	<u>Veränderung in %</u>
	Mio €		
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Wertpapiere ...	95.793	109.012	- 12,1
Aktien, andere eigenkapitalbezogene Wertpapiere und Anteile an Investmentfonds	581	772	- 24,7
Beteiligungen	300	752	- 60,1
Gesamt	96.674	110.536	- 12,5

In seiner Mitteilung vom 13. Oktober 2008 hat das IASB Änderungen des IAS 39 hinsichtlich der Umkategorisierung von Finanzinstrumenten verabschiedet. Danach wurden in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 Wertpapiere des Public-Finance-Bestandes, die keinen aktiven Markt aufwiesen, aus der Kategorie zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte in die Kategorie Kredite und Forderungen umkategorisiert. Für die umkategorisierten Bestände bestand zum jeweiligen Umkategorisierungszeitpunkt die Absicht und die Fähigkeit, die Wertpapiere für die vorhersehbare Zukunft beziehungsweise bis zur Fälligkeit zu halten. Der jeweilige beizulegende Zeitwert zum Umkategorisierungszeitpunkt wurde als neuer Buchwert der Wertpapierbestände angesetzt. Im Wesentlichen handelte es sich dabei um Wertpapiere öffentlicher Schuldner (unter anderem europäische und nordamerikanische Gebietskörperschaften, öffentlich garantierte Asset-backed Securities) sowie von Finanzunternehmen.

Die Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern belief sich für alle umkategorisierten Wertpapiere der Geschäftsjahre 2008 und 2009 zum 31. Dezember 2010 auf – 1,0 Mrd Euro (Vorjahr: – 1,2 Mrd Euro). Dieser negative Bestand wird über die Restlaufzeit der umkategorisierten Wertpapiere aufgelöst. Ohne die durchgeführten Umkategorisierungen in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 hätte sich eine Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern für den gesamten Bestand von – 2,8 Mrd Euro zum 31. Dezember 2010 ergeben (Vorjahr: – 1,4 Mrd Euro); die Veränderung zum Vorjahr betrug somit – 1,4 Mrd Euro (Veränderung 31.12.2009 zum 31.12.2008: – 0,1 Mrd Euro).

Neben den auf Portfoliobasis ermittelten Wertberichtigungen von 1 Mio Euro (Vorjahr: 25 Mio Euro), wurden für die umkategorisierten Bestände im laufenden Geschäftsjahr saldiert 1,8 Mrd Euro (Vorjahr: 2,5 Mrd Euro) in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Zum 31. Dezember 2010 betrug der Buchwert der umkategorisierten Bestände 67,1 Mrd Euro (Vorjahr: 74,9 Mrd Euro), der beizulegende Zeitwert belief sich auf 64,6 Mrd Euro (Vorjahr: 74,6 Mrd Euro) und der Bestand der Portfoliowertberichtigungen betrug kumuliert 51 Mio Euro (Vorjahr: 50 Mio Euro). Die Geschäfte wiesen durchschnittliche Effektivzinssätze zwischen 0,8 % und 16,2 % (Vorjahr: zwischen 1,2 % und 16,2 %) auf und wir erwarten daraus ein Zahlungsmittelzufluss von 84,3 Mrd Euro (Vorjahr: 94,6 Mrd Euro).

Entwicklung der Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen:

	Beteiligungen		Anteile an Tochterunternehmen	
	2010	2009	2010	2009
	Mio €			
Beizulegender Zeitwert zum 1.1.	1.194	1.093	158	124
Anschaffungskosten zum 1.1.	1.569	1.479	320	248
Wechselkursveränderungen	8	– 1	6	4
Zugänge	39	297	16	19
Abgänge	691	254	53	61
Umbuchungen/Veränderungen Konsolidierungskreis	– 47	48	54	110
Anschaffungskosten zum 31.12.	<u>878</u>	<u>1.569</u>	<u>343</u>	<u>320</u>
Zuschreibungen	—	—	—	—
Kumulierte Abschreibungen zum 1.1.	613	519	162	125
Wechselkursveränderungen	6	—	—	—
Zugänge	14	128	11	—
Abgänge	297	27	19	27
Umbuchungen/Veränderungen Konsolidierungskreis	– 10	– 7	65	64
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.	<u>326</u>	<u>613</u>	<u>219</u>	<u>162</u>
Kumulierte Veränderungen aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert	<u>255</u>	<u>238</u>	—	—
Beizulegender Zeitwert zum 31.12.	<u>807</u>	<u>1.194</u>	<u>124</u>	<u>158</u>

(55) Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen

	<u>2010</u>	<u>2009</u>
	Mio €	
Beizulegender Zeitwert zum 1.1.	378	296
Anschaffungskosten zum 1.1.	410	160
Wechselkursveränderungen	—	—
Zugänge	425	560
Abgänge	—	3
Umbuchungen/Veränderungen Konsolidierungskreis	- 14	- 307
Anschaffungskosten zum 31.12.	<u>821</u>	<u>410</u>
Zuschreibungen	—	—
Kumulierte Abschreibungen zum 1.1.	45	—
Wechselkursveränderungen	—	—
Zugänge	111	45
Abgänge	—	—
Umbuchungen/Veränderungen Konsolidierungskreis	—	—
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.	<u>156</u>	<u>45</u>
Kumulierte Veränderungen aus der at-Equity-Bewertung	72	13
Beizulegender Zeitwert zum 31.12.	<u>737</u>	<u>378</u>
darunter: Anteile an Kreditinstituten	<u>224</u>	<u>174</u>

Nach der Anpassung der Bilanzstruktur (siehe Note 2) beliefen sich die Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen zum 31. Dezember 2008 beziehungsweise zum 1. Januar 2009 auf 296 Mio Euro.

Unsere Anteile an der Gesamtsumme aller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie Erträge und Aufwendungen unserer at-Equity-bewerteten Unternehmen sind nachstehend aufgelistet:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	Veränderung in %
	Mio €		
Vermögenswerte	6.161	4.370	41,0
Verbindlichkeiten	5.502	3.732	47,4
Erträge	472	444	6,3
Aufwendungen	566	340	66,5

Der Commerzbank-Konzern war keinen signifikanten Verpflichtungen aus Eventualverbindlichkeiten gegenüber at-Equity-bewerteten Unternehmen ausgesetzt.

(56) Immaterielle Anlagewerte

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	Veränderung in %
	Mio €		
Geschäfts- oder Firmenwerte	2.081	2.061	1,0
Sonstige immaterielle Anlagewerte	1.020	1.148	- 11,1
Kundenbeziehungen	546	613	- 10,9
Markennamen	9	51	- 82,4
Selbst erstellte Software	219	235	- 6,8
Übrige	246	249	- 1,2
Gesamt	<u>3.101</u>	<u>3.209</u>	<u>- 3,4</u>

Von den Übrigen entfielen 240 Mio Euro (Vorjahr: 243 Mio Euro) auf Software.

	Geschäfts- oder Firmenwerte		Markennamen	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
	Mio €			
Privatkunden	1.079	1.079	—	31
Mittelstandsbank	569	569	—	12
Central & Eastern Europe	292	272	9	8
Corporates & Markets	138	138	—	—
Asset Based Finance	—	—	—	—
Portfolio Restructuring Unit	—	—	—	—
Sonstige und Konsolidierung	3	3	—	—
Gesamt	2.081	2.061	9	51

Im Rahmen des Werthaltigkeitstests für Geschäfts- oder Firmenwerte ergab sich für das Geschäftsjahr 2010 kein Wertminderungsbedarf. Bei der Bewertung wurden Beta-Faktoren für die Detailplanungsphase, wie in nachstehender Tabelle aufgeführt, angesetzt.

	Privat- kunden	Mittelstands- bank	Corporates & Markets	Central & Eastern Europe
Angesetzte Beta-Faktoren	1,20	1,47	1,64	1,19

Bei der Variation der Beta-Faktoren auf 1,0 beziehungsweise 2,0 ergaben sich die nachfolgenden Verhältnisse zwischen Überdeckung und Buchwert:

	Privat- kunden	Mittelstands- bank	Corporates & Markets	Central & Eastern Europe	
Realistischer Wert	angesetzter Beta-Faktor	200,8 %	132,4 %	60,0 %	73,0 %
Sensitivierung	Beta 1,00	206,7 %	143,4 %	63,1 %	76,3 %
	Beta 2,00	178,3 %	120,6 %	48,5 %	60,4 %

Innerhalb der Sensitivitäten ergaben sich keine Auswirkungen auf die Geschäfts- oder Firmenwerte.

Entwicklung der immateriellen Anlagewerte:

	Geschäfts- oder Firmenwerte		Selbst erstellte Software		Markennamen und Kunden- beziehungen		Sonstige immaterielle Anlagewerte	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
	Mio €							
Buchwert zum 1.1.	2.061	1.006	235	55	664	120	249	155
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 1.1.	2.830	1.086	895	259	983	207	1.683	1.240
Wechselkursveränderungen	20	-20	14	45	4	-2	13	6
Zugänge	—	1.765	162	128	—	—	114	155
Abgänge	—	1	238	56	—	—	29	92
Umbuchungen/Veränderungen Konsolidierungskreis	—	—	-8	519	—	778	16	374
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.	<u>2.850</u>	<u>2.830</u>	<u>825</u>	<u>895</u>	<u>987</u>	<u>983</u>	<u>1.797</u>	<u>1.683</u>
Zuschreibungen	—	—	—	—	—	—	—	—
Kumulierte Abschreibungen zum 1.1.	769	79	660	204	319	87	1.434	1.085
Wechselkursveränderungen	—	—	14	21	—	—	9	3
Zugänge	—	690	118	95	93	232	105	54
darunter: außerplanmäßig	—	690	41	25	1	78	—	—
Abgänge	—	—	177	39	—	—	13	52
Umbuchungen/Veränderungen Konsolidierungskreis	—	—	-9	379	20	—	16	344
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.	<u>769</u>	<u>769</u>	<u>606</u>	<u>660</u>	<u>432</u>	<u>319</u>	<u>1.551</u>	<u>1.434</u>
Buchwert zum 31.12.	<u>2.081</u>	<u>2.061</u>	<u>219</u>	<u>235</u>	<u>555</u>	<u>664</u>	<u>246</u>	<u>249</u>
Im laufenden Geschäftsjahr aktivierte Fremdkapitalzinsen	—	—	—	—	—	—	—	—
Bandbreite angewendete Zinssätze (in %)	—	—	—	—	—	—	—	—

(57) Sachanlagen

	Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsaus- stattung	
	2010	2009	2010	2009
	Mio €			
Buchwert zum 1.1.	1.018	786	761	454
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 1.1.	1.506	1.211	3.403	2.181
Wechselkursveränderungen	11	17	59	19
Zugänge	25	15	170	184
Abgänge	185	152	218	378
Umbuchungen/Veränderungen Konsolidierungskreis	-28	415	74	1.397
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.	<u>1.329</u>	<u>1.506</u>	<u>3.488</u>	<u>3.403</u>
Zuschreibungen	—	—	—	—
Kumulierte Abschreibungen zum 1.1.	488	425	2.642	1.727
Wechselkursveränderungen	4	14	52	7
Zugänge	81	37	203	227
darunter: außerplanmäßig	41	1	—	7
Abgänge	102	110	192	352
Umbuchungen/Veränderungen Konsolidierungskreis	-16	122	67	1.033
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.	<u>455</u>	<u>488</u>	<u>2.772</u>	<u>2.642</u>
Buchwert zum 31.12.	<u>874</u>	<u>1.018</u>	<u>716</u>	<u>761</u>
Im laufenden Geschäftsjahr aktivierte Fremdkapitalzinsen	—	—	—	—
Bandbreite angewendete Zinssätze (in %)	—	—	—	—

Die Sachanlagen im Commerzbank-Konzern betragen insgesamt 1.590 Mio Euro (Vorjahr: 1.779 Mio Euro). Im laufenden Geschäftsjahr gab es keine Umgliederungen in den Bilanzposten Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen.

(58) Ertragsteueransprüche

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio €	
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	650	1.267	- 48,7
in Deutschland	532	1.035	- 48,6
außerhalb Deutschlands	118	232	- 49,1
Latente Ertragsteueransprüche	3.567	4.370	- 18,4
erfolgswirksame Ertragsteueransprüche	2.329	2.950	- 21,1
erfolgsneutrale Ertragsteueransprüche	1.238	1.420	- 12,8
Gesamt	4.217	5.637	- 25,2

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus temporären Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Schulden in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen sowie zukünftige Ertragsteuerentlastungen aus steuerlichen Verlustvorträgen und noch nicht genutzten Steuergutschriften ab.

Für folgende steuerliche Verlustvorträge wurden zum 31. Dezember 2010 aufgrund des zeitlich beschränkten Planungshorizonts und der dadurch bedingten nicht ausreichenden Wahrscheinlichkeit der Nutzung keine latenten Ertragsteueransprüche aktiviert beziehungsweise bestehende latente Ertragsteueransprüche wertberichtigt.

Steuerliche Verlustvorträge	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio €	
Körperschaftsteuer/Corporation Tax/Federal Tax	10.620	12.560	- 15,4
Unbegrenzt vortragsfähig	10.302	11.550	- 10,8
Begrenzt vortragsfähig	318	1.010	.
darunter: Verfall in der Folgeperiode	—	117	.
Gewerbesteuer/Lokale Steuer	4.029	2.935	37,3
Unbegrenzt vortragsfähig	3.793	1.948	94,7
Begrenzt vortragsfähig	236	987	.
darunter: Verfall in der Folgeperiode	—	—	.

Latente Ertragsteueransprüche auf steuerliche Verlustvorträge werden im Wesentlichen für den inländischen Organkreis, die Filiale London und britische Tochtergesellschaften gebildet. Sie wurden in Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio €	
Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	275	774	- 64,5
Handelsaktiva und -passiva	941	698	34,8
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	13	144	- 91,0
Finanzanlagen	80	48	66,7
Rückstellungen	60	343	- 82,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	59	90	- 34,4
Übrige Bilanzposten	463	1.071	- 56,8
Steuerliche Verlustvorträge	1.676	1.202	39,4
Gesamt	3.567	4.370	- 18,4

(59) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien von 1.192 Mio Euro (Vorjahr: 1.279 Mio Euro) entwickelten sich wie folgt:

	<u>2010</u>	<u>2009</u>
	Mio €	
Buchwert zum 1.1.	1.279	909
Anschaffungskosten/Herstellungskosten zum 1.1.	1.455	997
Wechselkursveränderungen	—	—
Zugänge	83	278
Abgänge	70	7
Veränderungen Konsolidierungskreis	—	40
Umbuchungen	2	147
Anschaffungskosten/Herstellungskosten zum 31.12.	<u>1.470</u>	<u>1.455</u>
Kumulierte Veränderungen aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert	-278	-176
Buchwert zum 31.12.	<u>1.192</u>	<u>1.279</u>
Im laufenden Geschäftsjahr aktivierte Fremdkapitalzinsen	—	—
Bandbreite angewendete Zinssätze (in %)	—	—

Von den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wurden 268 Mio Euro (Vorjahr: 385 Mio Euro) rettungshalber erworben. In den Zugängen des Berichtszeitraums waren 49 Mio Euro (Vorjahr: 14 Mio Euro) nachträgliche Anschaffungskosten für wesentliche Objekte enthalten.

Im Rahmen von Sensitivitätsanalysen unterstellen wir für Renditeobjekte eine Änderung des Liegenschaftszinses von +50 Basispunkten beziehungsweise -50 Basispunkten und für Baugrundstücke eine Änderung des Bodenwertes von +20 % beziehungsweise -20 %. Für die wesentlichen Renditeobjekte würde sich daraus eine Marktwertänderung von rund -74 Mio Euro beziehungsweise +86 Mio Euro ergeben. Für Baugrundstücke würde sich der Marktwert um 12 Mio Euro erhöhen beziehungsweise um 12 Mio Euro vermindern.

(60) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Vermögenswerte aus Veräußerungsgruppen

Die zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte und Vermögenswerte von Veräußerungsgruppen setzten sich wie folgt zusammen:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	Veränderung in %
	Mio €		
Forderungen an Kreditinstitute	10	764	-98,7
Forderungen an Kunden	128	782	-83,6
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	108	96	12,5
Handelsaktiva	82	834	-90,2
Finanzanlagen	71	51	39,2
Sachanlagen	196	271	-27,7
Sonstige Aktivposten	487	70	.
Gesamt	<u>1.082</u>	<u>2.868</u>	<u>-62,3</u>

Der Gesamtwert verteilt sich auf die in Note 3 genannten vollkonsolidierten Tochtergesellschaften, die jeweils als Veräußerungsgruppe eingestuft wurden. In allen Fällen sind die Verkaufsverträge entweder bereits abgeschlossen oder ein Abschluss steht bevor. Die Erfüllung der Verträge soll voraussichtlich während des Geschäftsjahres 2011 erfolgen.

(61) Sonstige Aktiva

Die Sonstigen Aktiva setzten sich im Wesentlichen aus folgenden Posten zusammen:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio €	
Einzugspapiere	612	632	-3,2
Edelmetalle	671	811	-17,3
Leasinggegenstände	221	554	-60,1
Rechnungsabgrenzungsposten	340	380	-10,5
Übrige Aktiva	5.505	1.406	
Gesamt	<u>7.349</u>	<u>3.783</u>	<u>94,3</u>

Nach Anpassung der Bilanzstruktur (siehe Note 2) betragen die Sonstigen Aktiva 3.432 Mio Euro zum 31. Dezember 2008 beziehungsweise zum 1. Januar 2009 ohne Berücksichtigung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien (909 Mio Euro) sowie der zur Veräußerung gehaltenen Vermögenwerte und der Vermögenwerte von Veräußerungsgruppen (684 Mio Euro). Die Leasinggegenstände innerhalb der Sonstigen Aktiva haben sich wie folgt entwickelt:

	<u>2010</u>	<u>2009</u>
	Mio €	
Buchwert zum 1.1.	<u>554</u>	<u>358</u>
Anschaffungskosten/Herstellungskosten zum 1.1.	788	504
Wechselkursveränderungen	1	-2
Zugänge	206	97
Abgänge	97	46
Veränderungen Konsolidierungskreis	—	235
Umbuchungen	-534	—
Anschaffungskosten/Herstellungskosten zum 31.12.	<u>364</u>	<u>788</u>
Kumulierte Abschreibungen zum 1.1.	234	146
Wechselkursveränderungen	—	—
Zugänge	68	120
darunter: außerplanmäßig	—	44
Abgänge	18	31
Veränderungen Konsolidierungskreis	—	—
Umbuchungen	-141	-1
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.	<u>143</u>	<u>234</u>
Kumulierte Veränderungen aus der	—	—
Bewertung zum beizulegenden Zeitwert	—	—
Buchwert zum 31.12.	<u>221</u>	<u>554</u>

(62) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	<u>Gesamt</u>		<u>Veränderung in %</u>
	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	
		Mio €	
Kreditinstitute in Deutschland	45.475	54.188	-16,1
Kreditinstitute außerhalb Deutschlands	92.151	86.446	6,6
Gesamt	<u>137.626</u>	<u>140.634</u>	<u>-2,1</u>
darunter entfallen auf die Kategorie:			
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete			
Verbindlichkeiten	95.154	91.897	3,5
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert			
bewertet	42.472	48.737	-12,9

davon:	Täglich fällig		Andere Verbindlichkeiten	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
	Mio €			
Kreditinstitute in Deutschland	17.097	11.989	28.378	42.199
Kreditinstitute außerhalb Deutschlands	33.082	35.521	59.069	50.925
Gesamt	50.179	47.510	87.447	93.124

Die nachfolgende Tabelle stellt die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nach wesentlichen Geschäftsarten dar:

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
	Mio €		
Repos und Cash Collaterals	44.016	31.556	39,5
Verbindlichkeiten aus dem Geldhandel	35.166	51.785	- 32,1
Übrige Verbindlichkeiten	58.444	57.293	2,0
Gesamt	137.626	140.634	- 2,1

(63) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich aus Spareinlagen, täglich fälligen Geldern und Termineinlagen einschließlich Sparbriefen zusammen.

	Gesamt		Veränderung in %
	31.12.2010	31.12.2009	
	Mio €		
Kunden in Deutschland	195.561	206.123	- 5,1
Firmenkunden	122.544	139.908	- 12,4
Privatkunden und Übrige	66.144	57.809	14,4
Öffentliche Haushalte	6.873	8.406	- 18,2
Kunden außerhalb Deutschlands	67.266	58.495	15,0
Firmen- und Privatkunden	61.293	54.808	11,8
Öffentliche Haushalte	5.973	3.687	62,0
Gesamt	262.827	264.618	- 0,7

darunter entfallen auf die Kategorie:

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten	243.177	246.020	- 1,2
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	19.650	18.598	5,7

	Andere Verbindlichkeiten					
	Spareinlagen		täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
	Mio €					
Kunden in Deutschland	3.970	5.242	106.097	105.155	85.494	95.726
Firmenkunden	43	40	49.365	77.424	73.136	62.444
Privatkunden und Übrige	3.926	5.202	54.658	26.768	7.560	25.839
Öffentliche Haushalte	1	—	2.074	963	4.798	7.443
Kunden außerhalb Deutschlands	2.586	2.187	37.710	26.618	26.970	29.690
Firmen- und Privatkunden	2.585	2.186	32.864	25.241	25.844	27.381
Öffentliche Haushalte	1	1	4.846	1.377	1.126	2.309
Gesamt	6.556	7.429	143.807	131.773	112.464	125.416

Die Spareinlagen waren wie folgt unterteilt:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio €	
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	5.700	6.095	- 6,5
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	856	1.334	- 35,8
Gesamt	<u>6.556</u>	<u>7.429</u>	<u>- 11,8</u>

Die nachfolgende Tabelle stellt die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nach wesentlichen Geschäftsarten dar:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio €	
Repos und Cash Collaterals	18.106	17.619	2,8
Verbindlichkeiten aus dem Geldhandel	46.339	48.791	- 5,0
Übrige Verbindlichkeiten	198.382	198.208	0,1
Gesamt	<u>262.827</u>	<u>264.618</u>	<u>- 0,7</u>

(64) Verbriefte Verbindlichkeiten

Als Verbriefte Verbindlichkeiten werden Schuldverschreibungen, einschließlich Hypothekenpfandbriefe und öffentliche Pfandbriefe, Geldmarktpapiere (zum Beispiel Certificates of Deposit, Euro Notes, Commercial Papers), Indexzertifikate, Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf ausgewiesen.

Die Geldmarktpapiere wurden nominell zu Zinssätzen zwischen 0,02 % und 5,45 % (Vorjahr: 0,19 % bis 6,91 %) verzinst; Schuldverschreibungen zu 0,03 % bis 12,00 % (Vorjahr: 0,03 % bis 16,73 %). In den Verbrieften Verbindlichkeiten waren Hypothekenpfandbriefe in Höhe von 28.744 Mio Euro (Vorjahr: 33.506 Mio Euro) sowie öffentliche Pfandbriefe in Höhe von 48.495 Mio Euro (Vorjahr: 63.885 Mio Euro) enthalten.

	Gesamt		Darunter: begeben von Hypothekenbanken	
	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009¹</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>
			Mio €	
Begebene Schuldverschreibungen	116.270	139.079	80.284	103.333
Begebene Geldmarktpapiere	15.024	22.612	—	—
Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf ...	62	88	55	75
Gesamt	<u>131.356</u>	<u>161.779</u>	<u>80.339</u>	<u>103.408</u>
darunter entfallen auf die Kategorie:				
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten	128.150	158.276	80.339	103.408
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	3.206	3.503	—	—

¹ Nach Umgliederung in die Handelspassiva (siehe Note 2).

Im Geschäftsjahr 2010 wurden neue Emissionen mit einem Volumen von 44,4 Mrd Euro begeben. Im gleichen Zeitraum belief sich das Volumen der fälligen Emissionen auf 76,9 Mrd Euro. Die folgende Aufstellung enthält die wesentlichen im Geschäftsjahr 2010 begebenen Schuldverschreibungen:

<u>Gegenwert</u>	<u>Währung</u>	<u>Emittent</u>	<u>Zinssatz in %</u>	<u>Fälligkeit</u>
Mio €				
1.500	EUR	Eurohypo Aktiengesellschaft	2,000	2013
1.250	EUR	Eurohypo Aktiengesellschaft	2,250	2015
1.000	EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	3,880	2017
1.000	EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	4,000	2020
750	EUR	EUROHYPO Europäische Hypothekenbank S.A.	2,250	2013
500	EUR	Eurohypo Aktiengesellschaft	2,000	2014
500	EUR	Eurohypo Aktiengesellschaft	1,136 ¹	2014

¹ Variabel verzinslich.

(65) Passivische Wertanpassung aus Portfolio Fair Value Hedges

Der Wertanpassungsbetrag von gegen Zinsänderungsrisiken gesicherten Grundgeschäften betrug 121 Mio Euro (Vorjahr: –16 Mio Euro). Einen ökonomisch gegenläufigen Betrag der Sicherungsgeschäfte weisen wir auf der Aktivseite unter dem Posten Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten aus.

(66) Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

In diesem Posten werden die Negativen Marktwerte von Derivaten ausgewiesen, die zur Absicherung von Grundgeschäften gegen das Zinsänderungsrisiko eingesetzt werden.

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio €	
Negative Marktwerte Micro Fair Value Hedge Accounting	9.312	10.844	– 14,1
Negative Marktwerte Portfolio Fair Value Hedge Accounting ...	40	449	– 91,1
Negative Marktwerte Cash Flow Hedge Accounting	17	52	– 67,3
Gesamt	<u>9.369</u>	<u>11.345</u>	<u>– 17,4</u>

(67) Handelspassiva

In den Handelspassiva werden die Negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die nicht als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings eingesetzt sind, sowie Kreditzusagen mit negativen Marktwerten, ausgewiesen. Außerdem sind eigene Emissionen des Handelsbereichs und Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen in den Handelspassiva enthalten.

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio €	
Währungsbezogene derivative Geschäfte	19.368	16.999	13,9
Zinsbezogene derivative Geschäfte	100.479	145.764	– 31,1
Übrige derivate Geschäfte	10.248	15.609	– 34,3
Zertifikate und andere eigene Emissionen ¹	9.070	9.591	– 5,4
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen, negative Marktwerte von Kreditzusagen und sonstige Handelspassiva	13.228	14.632	– 9,6
Gesamt	<u>152.393</u>	<u>202.595</u>	<u>– 24,8</u>

¹ Nach Umgliederung aus den Verbrieften Verbindlichkeiten (siehe Note 2).

Die Übrigen derivativen Geschäfte setzten sich im Wesentlichen aus 5 803 Mio Euro Aktienderivaten (Vorjahr: 7.738 Mio Euro) und 3.782 Mio Euro Kreditderivaten (Vorjahr: 6.668 Mio Euro) zusammen.

(68) Rückstellungen

Die Rückstellungen gliederten sich wie folgt:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio €	
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	539	759	– 29,0
Sonstige Rückstellungen	4.239	4.356	– 2,7
Gesamt	<u>4.778</u>	<u>5.115</u>	<u>– 6,6</u>

a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Im Jahr 2010 haben sich die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen folgendermaßen entwickelt:

	<u>Stand 1.1.2010</u>	<u>Pensions leistungen</u>	<u>Zuführung</u>	<u>Dotierung des Planvermögens¹</u>	<u>Umbuchungen/ Wechselkurs- änderungen</u>	<u>Änderung Konsolidie- rungskreis</u>	<u>Stand 31.12.2010</u>
	Mio €						
Anwartschaften der aktiven und ausgeschiedenen Mitarbeiter sowie Pensionsansprüche der Pensionäre	552	244	95	52	26	-21	356
Vorruhestand	104	31	9	—	—	—	82
Altersteilzeit	103	38	95	60	2	-1	101
Gesamt	759	313	199	112	28	-22	539

(1) Soweit im Rahmen der Rückstellungsermittlung berücksichtigt.

b) Pensionsverpflichtungen

Die Pensionsverpflichtungen sowie der Pensionsaufwand werden jährlich von unabhängigen Aktuaren nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) ermittelt. Die zugrundeliegenden Prämissen richten sich dabei nach den Verhältnissen des Landes, in dem der Pensionsplan begründet wurde.

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>
	in %	
Parameter der Pensionspläne in Deutschland		
für die Ermittlung der Pensionsverpflichtung am Jahresende		
Diskontierungszinssatz	4,90	5,30
Gehaltsentwicklung	2,50	2,50
Rentenanpassung	1,80	1,80
für die Ermittlung des Pensionsaufwands im Geschäftsjahr		
Diskontierungszinssatz	5,30	6,00
Gehaltsentwicklung	2,50	2,50
Rentenanpassung	1,80	1,60
Erwartete Rendite des Planvermögens	5,70	6,00
Parameter der Pensionspläne außerhalb Deutschlands		
für die Ermittlung der Pensionsverpflichtung am Jahresende		
Diskontierungszinssatz	4,20-5,40	1,60-6,10
Gehaltsentwicklung	2,00-4,50	2,00-8,50
Rentenanpassung	1,50-3,70	0,40-3,75
für die Ermittlung des Pensionsaufwands im Geschäftsjahr		
Diskontierungszinssatz	1,60-6,10	6,00
Gehaltsentwicklung	2,00-8,50	2,50
Rentenanpassung	0,40-3,75	1,60
Erwartete Rendite des Planvermögens	4,40-8,50	5,00-8,50
Parameter des Gesundheitsfürsorgeplans		
für die Ermittlung der Verpflichtung am Jahresende		
Diskontierungszinssatz	5,40	5,50
Gesundheitskostensteigerungsrate	6,00	5,90
für die Ermittlung des Aufwands im Geschäftsjahr		
Diskontierungszinssatz	5,50	6,40
Gesundheitskostensteigerungsrate	5,90	5,50

Die Pensionsverpflichtungen haben sich folgendermaßen entwickelt:

	<u>2010</u>	<u>2009</u>
	Mio €	
Pensionsverpflichtungen zum 1. Januar	5.699	2.118
Dienstzeitaufwand	61	75
Zinsaufwand	295	289
Pensionsleistungen	-277	-277
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	314	541
Erfahrungsbedingte Anpassungen	-5	3
Sonstige Anpassungen	319	538
Veränderungen Konsolidierungskreis	-54	2.983
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-1	1
Plankürzungen	-6	-12
Wechselkursänderungen	33	4
Sonstige Veränderungen	9	-23
Pensionsverpflichtungen zum 31. Dezember	<u>6.073</u>	<u>5.699</u>
darunter vollständig oder teilweise durch Planvermögen finanziert	5.884	5.505
darunter nicht durch Planvermögen finanziert	189	194

Die Pensionsverpflichtungen waren folgenden Regionen zuzuordnen:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>
	Mio €	
Deutschland	5.032	4.721
Europa (ohne Deutschland)	952	894
Amerika	87	78
Asien und Sonstige	2	6
Gesamt	<u>6.073</u>	<u>5.699</u>

Eine Änderung des Diskontierungszinssatzes beziehungsweise der Gesundheitskostensteigerungsrate würde sich wie folgt auswirken:

	<u>Verpflichtung zum 31.12.2010</u>	<u>Aufwendungen im Jahr 2010</u>
	Mio €	
Zinssensitivität		
Diskontierungszinssatz +50 Basispunkte	-435	-
Diskontierungszinssatz -50 Basispunkte	489	-
Sensitivität in Bezug auf die		
Gesundheitskostensteigerungsrate		
Gesundheitskostensteigerungsrate +100 Basispunkte	2	-
Gesundheitskostensteigerungsrate -100 Basispunkte	-2	-

Die Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung setzten sich aus folgenden Komponenten zusammen:

	<u>2010</u>	<u>2009</u>
	Mio €	
Dienstzeitaufwand	61	75
Zinsaufwand	295	289
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	-267	-250
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-1	1
Plankürzungen	-5	-12
Amortisation versicherungsmathematischer Gewinne (-)/Verluste (+)	9	-
Sonstiges	3	-16
Aufwendungen für leistungsorientierte Pläne	95	87
Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne	98	102
Andere Altersversorgung (Altersteilzeit und Vorruhestand)	104	66
Sonstiger pensionsnaher Aufwand	20	102
Wechselkursveränderungen	-	-
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	<u>317</u>	<u>357</u>

Daneben haben wir im Personalaufwand 228 Mio Euro als Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung erfasst.

Der erwartete Ertrag aus dem Planvermögen orientiert sich im Fall von festverzinslichen Wertpapieren an den langfristigen Renditen des Kapitalmarktes am Abschlussstichtag und im Fall anderer Kapitalanlagen an den in der Vergangenheit beobachteten Kapitalmarktentwicklungen. Das Planvermögen hat sich folgendermaßen entwickelt:

	<u>2010</u>	<u>2009</u>
	Mio €	
Beizulegender Zeitwert zum 1. Januar	4.764	2.039
Veränderung Konsolidierungskreis	-28	2.354
Einstellung Planvermögen (Arbeitgeberbeiträge)	52	21
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	267	250
Pensionsleistungen	-34	—
Umbuchungen	-3	-4
Wechselkursänderungen	27	6
Versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	149	98
Beizulegender Zeitwert zum 31. Dezember	<u>5.194</u>	<u>4.764</u>
Tatsächliche Erträge aus dem Planvermögen	416	348

Für das Geschäftsjahr 2011 erwarten wir im Konzern für leistungsorientierte Pensionspläne Arbeitgeberbeiträge zum Planvermögen von 62 Mio Euro sowie Pensionsleistungen von 250 Mio Euro.

Die Zusammensetzung des Planvermögens stellte sich wie folgt dar:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>
	%	
Festverzinsliche Wertpapiere	69,3	73,7
Aktien	15,6	12,9
Fondsanteile	9,2	4,3
Liquide Mittel	2,4	4,1
Sonstige	3,5	5,0

Zusammenfassende Übersicht wesentlicher Komponenten leistungsorientierter Pensionspläne:

	<u>2010</u>	<u>2009</u>	<u>2008</u>	<u>2007</u>	<u>2006</u>
	Mio €				
Pensionsverpflichtung (Anwartschaftsbarwert)	6.073	5.699	2.118	2.202	2.410
Fair Value des Planvermögens	5.194	4.764	2.039	1.831	1.617
Finanzierungsstatus	879	935	79	371	793
Nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	-576	-416	33	71	-251
Nachzuerrechnender Dienstzeitertrag (+)/-aufwand (-)	—	—	—	—	—
Aktiviertes Planvermögen	53	33	—	—	—
Pensionsrückstellung	<u>356</u>	<u>552</u>	<u>112</u>	<u>442</u>	<u>542</u>

c) Sonstige Rückstellungen

Entwicklung der Sonstigen Rückstellungen:

	Stand	Zuführung	Verbrauch	Auflösung	Umbuchung/Änderung	Stand
	1.1.2010				Konsolidierungskreis	31.12.2010
	Mio €					
Personalbereich	723	640	361	132	-51	819
Restrukturierungsmaßnahmen ..	1.362	56	402	111	18	923
Einzelrisiken aus dem Kreditgeschäft	364	207	7	159	-21	384
Portfoliorisiken aus dem Kreditgeschäft	278	96	—	142	-1	231
Bonifikation für Sondersparformen	59	6	40	—	5	30
Prozesse und Regresse	625	205	108	83	169	808
Übrige	945	673	510	272	208	1.044
Gesamt	4.356	1.883	1.428	899	327	4.239

Die Rückstellungen für den Personalbereich sind überwiegend kurzfristiger Natur, beinhalten unter anderem aber auch Jubiläumsrückstellungen, die aufgrund ihres Charakters langfristig sind und in nachfolgenden Perioden sukzessive verbraucht werden.

Die durchschnittliche Restlaufzeit der Rückstellungen im Kreditgeschäft orientiert sich an den in Note 92 angegebenen Restlaufzeiten der Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen. Bei Rechtsstreitigkeiten kann weder die Dauer des Verfahrens noch die Höhe des Betrags zum Zeitpunkt der Rückstellungsbildung abschließend vorhergesagt werden. Die unter Übrige ausgewiesenen Rückstellungen weisen im Wesentlichen eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr auf.

Die gebildeten Restrukturierungsrückstellungen resultieren überwiegend aus Maßnahmen im Zusammenhang mit der Integration des Dresdner-Bank-Konzerns und entfallen vorwiegend auf den Personalbereich sowie auf die Bereiche Organisation und IT. Die Rückstellungen verteilen sich im Wesentlichen über eine Laufzeit von bis zu vier Jahren, wobei der größte Teil voraussichtlich bis Ende 2012 in Anspruch genommen werden wird.

(69) Ertragsteuerschulden

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
	Mio €		
Tatsächliche Ertragsteuerschulden	1.072	1.346	-20,4
Verbindlichkeiten gegenüber Steuerbehörden aus Ertragsteuern	4	111	-96,4
Rückstellungen für Ertragsteuern	1.068	1.235	-13,5
Latente Ertragsteuerschulden	222	1.240	-82,1
Erfolgswirksame Ertragsteuerschulden	222	1.167	-81,0
Erfolgsneutrale Ertragsteuerschulden	—	73	—
Gesamt	1.294	2.586	-50,0

Rückstellungen für Ertragsteuern sind potenzielle Steuerverpflichtungen, für die noch keine rechtskräftigen Steuerbescheide ergangen sind beziehungsweise für Risiken im Rahmen von Betriebsprüfungen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Finanzämtern beinhalten Zahlungsverpflichtungen aus laufenden Ertragsteuern gegenüber inländischen und ausländischen Steuerbehörden.

Passive latente Steuern stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus temporären Unterschieden zwischen Wertansätzen der Vermögenswerte und Schulden in der Konzernbilanz nach IFRS und den

Steuerwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen dar. Sie wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio €	
Handelsaktiva und -passiva	53	261	- 79,7
Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	52	28	85,7
Finanzanlagen	29	326	- 91,1
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	38	123	- 69,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	2	236	- 99,2
Übrige Bilanzposten	48	266	- 82,0
Gesamt	<u>222</u>	<u>1.240</u>	<u>- 82,1</u>

(70) Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen

Die Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen setzten sich wie folgt zusammen:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio €	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	199	74	.
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	214	2.365	- 91,0
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	181	318	- 43,1
Rückstellungen	56	82	- 31,7
Gesamt	<u>650</u>	<u>2.839</u>	<u>- 77,1</u>

Nach Anpassung der Bilanzstruktur (siehe Note 2) beliefen sich Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen zum 31. Dezember 2008 beziehungsweise zum 1. Januar 2009 auf 329 Mio Euro.

(71) Sonstige Passiva

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio €	
Verbindlichkeiten für Filmfonds	2.197	2.219	- 1,0
Fremdkapital aus Minderheiten	2.290	1.985	15,4
Rechnungsabgrenzungsposten	559	506	10,5
Übrige Passiva	3.090	1.393	.
Gesamt	<u>8.136</u>	<u>6.103</u>	<u>33,3</u>

Aufgrund der Anpassung der Bilanzstruktur (siehe Note 2) beliefen sich die Sonstigen Passiva zum 31. Dezember 2008 beziehungsweise zum 1. Januar 2009 auf 2 585 Mio Euro ohne Berücksichtigung der Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen (329 Mio Euro).

(72) Nachrangkapital

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten und die Genußrechte sind Eigenmittel im Sinne der §§10 Abs. 5 und 5a KWG in der neuen Fassung und teilten sich wie folgt auf:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	Veränderung in %
		Mio €	
Nachrangige Verbindlichkeiten	11.256	12.215	- 7,9
darunter: Drittrangmittel i.S. des § 10 Abs. 7 KWG	—	24	
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	2.175	2.458	- 11,5
Genussrechtskapital	1.259	3.372	- 62,7
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	765	645	18,6
Zinsabgrenzungen einschließlich Disagien ¹	- 187	- 277	- 32,5
Bewertungseffekte	582	540	7,8
Gesamt	12.910	15.850	- 18,5
darunter entfallen auf die Kategorie:			
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten	12.886	15.821	- 18,6
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	24	29	- 17,2

¹ Einschließlich Effekte aus der Anpassung der Zeitwerte des Nachrangkapitals zum Erwerbszeitpunkt der Dresdner Bank.

Ansprüche von Gläubigern auf Rückzahlung dieser Verbindlichkeiten sind gegenüber anderen Gläubigern nachrangig. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Im Falle einer Insolvenz oder Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Im Geschäftsjahr 2010 belief sich das Volumen der fälligen Nachrangigen Verbindlichkeiten auf 1,0 Mrd Euro. Bei den Genussrechten wurden Rückzahlungen in Höhe von 2,4 Mio Euro getätigt. Darüber hinaus gab es keine nennenswerten Veränderungen im Geschäftsjahr.

Ende 2010 waren folgende wesentliche Nachrangige Verbindlichkeiten im Umlauf:

<u>Laufzeitbeginn</u>	<u>Mio €</u>	<u>Mio Währung</u>	<u>Emittent</u>	<u>Zinssatz</u>	<u>Fälligkeit</u>
2006	1.250	1.250 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	4,125	2016
2007	750	750 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	5,625	2017
2007	600	600 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	1,815 ¹	2017
2001	500	500 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	6,125	2011
2008	500	500 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	6,250	2014
2009	374	500 USD	Commerzbank Aktiengesellschaft	7,250	2015
2001	250	250 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	6,100	2011
2003	250	250 EUR	Eurohypo Aktiengesellschaft	5,000	2016
2009	250	250 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	5,000	2017
2003	220	220 EUR	Eurohypo Aktiengesellschaft	5,000	2014
2006	225	300 CAD	Commerzbank Aktiengesellschaft	4,500	2016
1999	174	150 GBP	Commerzbank Aktiengesellschaft	6,625	2019
2002	150	150 EUR	Eurohypo Aktiengesellschaft	5,750	2012

¹ Variabel verzinslich.

Im Berichtsjahr fiel im Konzern ein Zinsaufwand für Nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von 713 Mio Euro (Vorjahr: 760 Mio Euro) an. Zinsabgrenzungen für noch nicht gezahlte Zinsen wurden in Höhe von 275 Mio Euro (Vorjahr: 325 Mio Euro) ausgewiesen. Das Genussrechtskapital nimmt bis zur vollen Höhe am Verlust teil. Zinszahlungen erfolgen nur im Rahmen eines vorhandenen Bilanzgewinns der emittierenden Gesellschaft. Die Ansprüche der Genussrechtsinhaber auf Rückzahlung des Kapitals sind gegenüber den Ansprüchen der anderen Gläubiger nachrangig.

Ende 2010 waren folgende wesentliche Genussrechte im Umlauf:

<u>Laufzeitbeginn</u>	<u>Mio €</u>	<u>Mio Währung</u>	<u>Emittent</u>	<u>Zinssatz</u>	<u>Fälligkeit</u>
2006	750	750 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	5,386	2015
2000	320	320 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	6,375	2010 ¹

¹ Rückzahlung erfolgt 2011.

Zu zahlende Zinsen auf das Genussrechtskapital für das Geschäftsjahr 2010 fielen in Höhe von 162 Mio Euro (Vorjahr: 150 Mio Euro) an beziehungsweise wurden abgegrenzt. Zinsabgrenzungen für noch nicht gezahlte Zinsen wurden in Höhe von 130 Mio Euro (Vorjahr: 79 Mio Euro) ausgewiesen.

(73) Hybridkapital

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio €	
Hybridkapital	5.005	5.191	- 3,6
Zinsabgrenzungen einschließlich Disagien ¹	- 1.084	- 1.342	- 19,2
Bewertungseffekte	260	230	13,0
Gesamt	<u>4.181</u>	<u>4.079</u>	<u>2,5</u>
darunter entfallen auf die Kategorie:			
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten	4.181	4.079	2,5
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	—	—	.

¹ Einschließlich Effekte aus der Anpassung der Zeitwerte des Hybridkapitals zum Erwerbszeitpunkt der Dresdner Bank.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden keine Neuemissionen oder Rückkäufe getätigt, auch waren keine Emissionen fällig. Folgende wesentliche hybride Kapitalinstrumente waren Ende 2010 im Umlauf:

<u>Laufzeitbeginn</u>	<u>Mio €</u>	<u>Mio Währung</u>	<u>Emittent</u>	<u>Zinssatz</u>	<u>Fälligkeit</u>
2006	1.000	1.000 EUR	Commerzbank Capital Funding Trust I	5,012	unbefristet
2006	1.000	1.000 EUR	Commerzbank Aktiengesellschaft	6,932	unbefristet
2006	929	800 GBP	Commerzbank Capital Funding Trust II	5,905	unbefristet
1999	748	1.000 USD	Dresdner Capital LLC I	8,151	2031
2003	600	600 EUR	Eurohypo Capital Funding Trust I	6,445	unbefristet
2006	300	300 EUR	Commerzbank Capital Funding Trust III	2,524	unbefristet
2005	300	300 EUR	Eurohypo Capital Funding Trust II	3,486	unbefristet

Für das Geschäftsjahr 2010 fielen auf das Hybridkapital zu zahlende Zinsen in Höhe von 155 Mio Euro (Vorjahr: 203 Mio Euro) an. Das Hybridkapital ist Bestandteil des haftenden Eigenkapitals. Zinszahlungen erfolgen nach Maßgabe der maßgeblichen Emissionsbedingungen. Die Ansprüche der Inhaber hybrider Instrumente auf Rückzahlung des Kapitals sind nachrangig gegenüber den Ansprüchen der Gläubiger der unter Nachrangigen Verbindlichkeiten und Genussrechtskapital ausgewiesenen Verbindlichkeiten.

(74) Zusammensetzung des Eigenkapitals

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio €	
a) Gezeichnetes Kapital	3.047	3.071	- 0,8
b) Kapitalrücklage	1.302	1.334	- 2,4
c) Gewinnrücklagen	9.345	7.878	18,6
d) Stille Einlagen	17.178	17.178	0,0
Andere Rücklagen	- 2.999	- 3.455	- 13,2
e) Neubewertungsrücklage	- 1.731	- 1.755	- 1,4
f) Rücklage aus Cash Flow Hedges	- 1.005	- 1.223	- 17,8
g) Rücklage aus der Währungsumrechnung	- 263	- 477	- 44,9
Gesamt vor Minderheitenanteilen	<u>27.873</u>	<u>26.006</u>	<u>7,2</u>
Minderheitenanteile	785	570	37,7
Eigenkapital	<u>28.658</u>	<u>26.576</u>	<u>7,8</u>

a) Gezeichnetes Kapital

Das Gezeichnete Kapital (Grundkapital) der Commerzbank Aktiengesellschaft besteht aus nennwertlosen Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von 2,60 Euro. Die Aktien lauten auf den Inhaber.

	<u>Stückzahl</u>
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien am 1.1.2010	1.180.489.021
zuzüglich: Eigene Aktien im Bestand am 31.12. des Vorjahres	863.905
Kapitalerhöhung	—
Ausgabe neuer Aktien	—
Anzahl der ausgegebenen Aktien am 31.12.2010	1.181.352.926
abzüglich: Eigene Aktien im Bestand am Bilanzstichtag	9.315.335
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien am 31.12.2010	1.172.037.591

Vor Verrechnung der im Eigenbestand befindlichen eigenen Aktien belief sich das Gezeichnete Kapital auf 3.072 Mio Euro. Vorzugsrechte oder Beschränkungen in Bezug auf die Ausschüttung von Dividenden liegen bei der Commerzbank Aktiengesellschaft nicht vor. Alle ausgegebenen Aktien sind voll eingezahlt. Der Wert der ausgegebenen, im Umlauf befindlichen und genehmigten Aktien ergab sich wie folgt:

	<u>31.12.2010</u>		<u>31.12.2009</u>	
	Mio €	Stückzahl Tsd	Mio €	Stückzahl Tsd
Ausgegebene Aktien	3.071,5	1.181.353	3.071,5	1.181.353
./. Eigene Aktien im Bestand	24,2	9.315	2,2	864
= im Umlauf befindliche Aktien	3.047,3	1.172.038	3.069,3	1.180.489
noch nicht ausgegebene Aktien aus Genehmigtem Kapital	1.535,0	590.385	1.142,0	439.231
Gesamt	<u>4.582,3</u>	<u>1.762.423</u>	<u>4.211,3</u>	<u>1.619.720</u>

Die Anzahl der autorisierten Aktien betrug 1.771.738 Tsd Stück (Vorjahr: 1.620.584 Tsd Stück). Der rechnerische Wert der autorisierten Aktien belief sich auf 4.606,5 Mio Euro (Vorjahr: 4.213,5 Mio Euro).

Wir hatten zum 31. Dezember 2010 im Konzern 10.774 Tsd Stück Aktien (Vorjahr: 10.821 Tsd Stück Aktien) als Pfand genommen. Dies entspricht 0,9 % (Vorjahr: 0,9 %) der am Bilanzstichtag im Umlauf befindlichen Aktien.

Die Wertpapierhandelsgeschäfte in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 7 AktG stellten sich wie folgt dar:

	<u>Anzahl Aktien Stück</u>	<u>Rechnerischer¹ Wert in Tsd €</u>	<u>Anteil am Grund kapital in %</u>
Bestand am 31.12.2010	9.315.335	24.220	0,79
Höchster erworbener Bestand im Geschäftsjahr ...	9.782.622	25.435	0,83
Von der Kundschaft verpfändeter Bestand am 31.12.2010	10.773.955	28.012	0,92
Im Geschäftsjahr erworbene Aktien	216.017.380	561.645	—
Im Geschäftsjahr veräußerte Aktien	207.565.950	539.671	—

¹ Rechnerischer Wert je Aktie 2,60 Euro.

Die Bank hat sich gegenüber dem Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin), vertreten durch die Finanzmarktstabilisierungsanstalt, verpflichtet, keine Aktien oder sonstigen Bestandteile der haftenden Eigenmittel der Bank (außer im Rahmen des § 71 Abs. 1 Nrn. 2, 4 (Einkaufskommission), 7 oder 8 AktG) selbst oder durch verbundene Unternehmen zurückzukaufen.

Im Rahmen unseres Kapitalmanagements haben wir im Januar 2011 unser Grundkapital um 10 % minus eine Aktie (118.135.291 Aktien) aus Genehmigtem Kapital unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre gegen Sacheinlage erhöht. Die neuen Aktien wurden vollständig gegen Einbringung von hybriden Eigenkapitalinstrumenten (Trust Preferred Securities) gezeichnet, die von Gesellschaften des Commerzbank-Konzerns begeben wurden. Der Nominalbetrag des zurückgegebenen Hybridkapitals beläuft sich auf 0,9 Mrd Euro und wirkt sich einmalig mit einem Ertrag von 0,3 Mrd Euro auf das Ergebnis vor Steuern im Konzern aus. Das Gezeichnete Kapital und die Kapitalrücklage erhöhen sich jeweils um 0,3 Mrd Euro. Es ergeben sich keine spürbaren Auswirkungen auf die Kernkapitalquote.

Der SoFFin hat in der Folge einen Teil seiner Stillen Einlagen in Aktien gewandelt, um seine Beteiligungsquote an der Commerzbank (25 % plus eine Aktie) aufrecht zu erhalten. Damit werden Stille Einlagen im Nominalbetrag von 0,2 Mrd Euro in 39.378.430 Aktien aus dem in der Hauptversammlung 2009 geschaffenen Bedingten Kapital gewandelt.

Mit Durchführung der beiden Kapitalmaßnahmen im Jahr 2011 erhöht sich die Aktienanzahl der Commerzbank Aktiengesellschaft auf insgesamt 1.338.866.647 Aktien.

b) Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage werden neben Agiobeträgen aus der Ausgabe von Aktien auch beizulegende Zeitwerte von aktienbasierten Vergütungstransaktionen ausgewiesen, für die ein Ausgleich in Eigenkapitalinstrumenten erfolgt, die aber noch nicht ausgeübt wurden. Außerdem sind die Beträge, die bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen für Wandlungs- und Optionsrechte zum Erwerb von Anteilen erzielt wurden, in der Kapitalrücklage enthalten.

c) Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen untergliedern sich in die gesetzliche Rücklage und andere Rücklagen. In der gesetzlichen Rücklage sind nach nationalem Recht zwingend zu bildende Rücklagen erfasst; die hier eingestellten Beträge unterliegen im Einzelabschluss einem Ausschüttungsverbot. Der Gesamtbetrag der in der Bilanz ausgewiesenen Gewinnrücklagen resultierte aus anderen Gewinnrücklagen von 9.345 Mio Euro (Vorjahr: 7.878 Mio Euro). Gesetzliche Rücklagen waren weder zum 31. Dezember 2010 noch zum 31. Dezember 2009 vorhanden.

d) Stille Einlagen

Die Einlagen der Stillen Gesellschaft Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin), vertreten durch die Finanzmarktstabilisierungsanstalt, in Höhe von je 8,2 Mrd Euro wurden zum 31. Dezember 2008 und 4. Juni 2009 erbracht. Grundlage dieser Stillen Einlagen bildet der Vertrag vom 19. Dezember 2008 sowie die Ergänzungsvereinbarung vom 3. Juni 2009 über die Errichtung einer Stillen Gesellschaft zwischen dem Finanzmarktstabilisierungsfonds, vertreten durch die Finanzmarktstabilisierungsanstalt, und der Commerzbank Aktiengesellschaft. Die Commerzbank Aktiengesellschaft hat sich gegenüber dem SoFFin verpflichtet, im Geschäftsjahr vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2009 sowie im Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010 für das jeweilige vorangegangene Geschäftsjahr keine Dividende zu zahlen. Die Stillen Einlagen werden mit 9 % jährlich verzinst und zu 100 % als Kernkapital (Tier 1) angerechnet. Eine Rückzahlung der Stillen Einlagen wird zum Nominalwert erfolgen. In Jahren mit Dividendenzahlungen steigt der Zinssatz der Stillen Einlagen. Der dann zu zahlende Zinsaufschlag ergibt sich aus der Gesamthöhe der ausgeschütteten Bardividende. Für je rund 5,9 Mio Euro Bardividende erhöht sich der Zinssatz so um 0,01 Prozentpunkte.

An einem Bilanzverlust nimmt der SoFFin im Verhältnis des Buchwerts der Stillen Einlage zum Gesamtbuchwert aller am Bilanzverlust teilnehmenden Haftkapitalanteile (§ 10 Abs. 2a, 4 und 5 KWG) der Gesellschaft teil. Nach einer Herabsetzung wird die Stille Einlage in den der Herabsetzung folgenden Geschäftsjahren bis zur vollständigen Höhe des Einlagennennbetrags wieder zugeschrieben, soweit hierdurch kein Bilanzverlust entstehen oder erhöht würde.

Darüber hinaus schlossen die Commerzbank Aktiengesellschaft und die Allianz SE am 3. Juni 2009 einen Vertrag über die Errichtung einer Stillen Gesellschaft, auf dessen Basis die Allianz mittels einer Tochtergesellschaft eine Stille Einlage in Höhe von 750 Mio Euro in die Commerzbank Aktiengesellschaft einbrachte. Die Stille Einlage ist mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet, die zum einen aus einer auf den Einlagennennbetrag bezogenen Festverzinsung in Höhe von 9 % pro anno und zum anderen aus einer dividendenabhängigen Zusatzvergütung in Höhe von 0,01 % pro anno für je rund 5,9 Mio Euro Dividendensumme besteht.

Die Stillen Einlagen sind nach IFRS innerhalb des Eigenkapitals gesondert zu bilanzieren, die Vergütung der Stillen Einlagen wird ohne Berührung der Gewinn- und Verlustrechnung direkt mit dem Eigenkapital verrechnet. Die Vergütung erfolgt nur, wenn ein Bilanzgewinn im Einzelabschluss der Commerzbank Aktiengesellschaft (nach HGB) vorliegt. Für 2010 wurden die Voraussetzungen für eine Vergütung nicht erfüllt und somit war keine Vergütung zu zahlen (Vorjahr: —).

e) Neubewertungsrücklage

In die Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung der Finanzanlagen zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) nach Berücksichtigung latenter Steuern eingestellt. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert beziehungsweise wertgemindert worden ist.

f) Rücklage aus Cash Flow Hedges

Die aus Sicherungsinstrumenten im Rahmen von Cash Flow Hedges ermittelten Bewertungsergebnisse aus dem effektiven Teil der Absicherungen sind nach Berücksichtigung latenter Steuern in diesem Eigenkapitalposten ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2009 haben wir bis auf geringfügige Ausnahmen das Cash Flow Hedge Accounting beendet und nutzen für das Zinsrisikomanagement seitdem Micro und Portfolio Fair Value Hedge Accounting. Ab dem Umstellungszeitpunkt werden die im Eigenkapital ausgewiesene Rücklage aus Cash Flow Hedges sowie die zugehörigen Sicherungsgeschäfte über die Restlaufzeit der Sicherungsgeschäfte im Zinsüberschuss amortisiert. Ein Ergebniseffekt entsteht dabei nicht.

g) Rücklage aus der Währungsumrechnung

Die Rücklage aus der Währungsumrechnung beinhaltet Umrechnungsgewinne und -Verluste, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind. Einbezogen wurden dabei Wechselkursdifferenzen aus der Konsolidierung von Tochterunternehmen und at-Equity-bewerteten Unternehmen.

(75) Bedingtes Kapital

Das Bedingte Kapital ist für die Ausgabe von Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen sowie Genussrechten mit Wandlungs- oder Optionsrechten vorgesehen. Die Entwicklung des Bedingten Kapitals stellt sich wie folgt dar:

	Bedingtes Kapital 1.1.2010	Zugänge	Verfall/ Verbrauch	Bedingtes Kapital ¹ 31.12.2010	darunter:	
					belegtes Bedingtes Kapital	freie Linien
	Mio €					
Wandel-/Optionsanleihen/ Genussrechte	1.222	1.058	832	1.448	—	1.448
Gesamt	1.222	1.058	832	1.448	—	1.448

¹ Das Bedingte Kapital dient in Höhe von 746 MioEuro der Gewährung von Aktien bei Ausübung von Umtauschrechten, die dem nach dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichteten Finanzmarktstabilisierungsfonds, vertreten durch die Finanzmarktstabilisierungsanstalt, als stillem Gesellschafter der Gesellschaft gewährt wurden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als der Finanzmarktstabilisierungsfonds von dem Umtauschrecht Gebrauch macht.

Das Grundkapital der Gesellschaft ist aufgrund des Beschlusses der Hauptversammlung vom 19. Mai 2010 um bis zu 702.000.000,00 Euro eingeteilt in 270.000.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien, bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2010/I). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber beziehungsweise Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen oder Wandelgenussrechten oder von Optionsscheinen aus Optionsschuldverschreibungen oder Optionsgenussrechten, die von der Commerzbank Aktiengesellschaft oder unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der Commerzbank Aktiengesellschaft (Konzernunternehmen im Sinne von § 18 Absatz 1 AktG) auf der Grundlage des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung vom 19. Mai 2010 (Ermächtigung 2010) bis zum 18. Mai 2015 ausgegeben oder garantiert werden, von ihren Wandlungs- oder Optionsrechten Gebrauch machen oder ihre entsprechenden Wandlungs- oder Optionspflichten erfüllen und nicht andere Erfüllungsformen gewählt werden.

Das Grundkapital der Gesellschaft ist aufgrund des Beschlusses der ordentlichen Hauptversammlung im Mai 2009 um bis zu 390.000.000,00 Euro, eingeteilt in bis zu 150.000.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien, bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2009). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Aktien bei Ausübung von Umtauschrechten, die dem nach dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichteten Finanzmarktstabilisierungsfonds, vertreten durch die Finanzmarktstabilisierungsanstalt, als stillem Gesellschafter der Gesellschaft gewährt wurden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie der Finanzmarktstabilisierungsfonds von dem Umtauschrecht Gebrauch macht.

Das Grundkapital der Gesellschaft ist aufgrund der Beschlüsse der ordentlichen Hauptversammlung im Mai 2010 um bis zu 355.666.667,20 Euro eingeteilt in bis zu 136.794.872 auf den Inhaber lautende Stückaktien, bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2010/II). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Aktien bei Ausübung von Umtauschrechten, die dem nach dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichteten Finanzmarktstabilisierungsfonds, vertreten durch die Finanzmarktstabilisierungsanstalt, als stillem Gesellschafter der Gesellschaft gewährt wurden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie der Finanzmarktstabilisierungsfonds von dem Umtauschrecht Gebrauch macht.

(76) Genehmigtes Kapital

Datum der Beschluss- fassung	Ursprünglicher	In Vorjahren für	2010 für Kapi-	Aufhebung	verbleibender	Befristung
	Betrag	Kapitalerhöhungen	talerhöhungen	gemäß Satzung	Betrag	
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	
17.5.2006	12	—	—	12	—	30.4.2011
15./16.5.2009 ..	670	—	—	670	—	14.5.2014
15./16.5.2009 ..	460	—	—	460	—	14.5.2014
18.5.2010	1.535	—	—	—	1.535	18.5.2015
Gesamt	2.677	—	—	1.142	1.535	

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 18. Mai 2015 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um 1.535.000.000,00 Euro zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2010). Dabei ist den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen; das gesetzliche Bezugsrecht kann auch in der Weise eingeräumt werden, dass die neuen Aktien von einem Kreditinstitut oder einem Konsortium von Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären der Commerzbank Aktiengesellschaft zum Bezug anzubieten. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht in folgenden Fällen auszuschließen:

- um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht auszunehmen;
- um in dem Umfang, in dem es erforderlich ist, Inhabern von durch die Commerzbank Aktiengesellschaft oder durch unmittelbare oder mittelbare Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der Commerzbank Aktiengesellschaft (Konzernunternehmen im Sinne von § 18 Absatz 1 AktG) ausgegebenen oder noch auszugebenden Wandlungs- oder Optionsrechten ein Bezugsrecht einzuräumen, wie es ihnen nach Ausübung des Wandlungs- oder Optionsrechts oder nach Erfüllung einer entsprechenden Wandlungs- oder Optionspflicht zustehen würde;
- um in Höhe von bis zu 12.000.000,00 Euro Belegschaftsaktien an Mitarbeiter der Commerzbank Aktiengesellschaft und unmittelbarer oder mittelbarer Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der Commerzbank Aktiengesellschaft (Konzernunternehmen im Sinne von § 18 Absatz 1 AktG) auszugeben;
- um das Grundkapital gegen Sacheinlagen zu erhöhen;
- bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis für Aktien der Gesellschaft gleicher Ausstattung im Zeitpunkt der Festlegung des Ausgabebetrags nicht wesentlich unterschreitet. Die unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß §§ 203 Absatz 1, 186 Absatz 3 Satz 4 AktG aufgrund dieser Ermächtigung ausgegebenen Aktien dürfen insgesamt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft im Zeitpunkt des Wirksamwerdens oder – falls dieser Wert geringer ist – im Zeitpunkt der Ausübung der vorliegenden Ermächtigung nicht überschreiten. Die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals vermindert sich um den anteiligen Betrag des Grundkapitals, der auf diejenigen eigenen Aktien der Gesellschaft entfällt, die während der Laufzeit des Genehmigten Kapitals 2010 unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre gemäß §§ 71 Absatz 1 Nr. 8 Satz 5, 186 Absatz 3 Satz 4 AktG veräußert werden. Die Höchstgrenze vermindert sich ferner um den anteiligen Betrag des Grundkapitals, der auf diejenigen Aktien entfällt, die zur Bedienung von Options- oder Wandelschuldverschreibungen mit Options- oder Wandlungsrecht oder mit Options- oder Wandlungspflicht auszugeben sind, sofern die Schuldverschreibungen während der Laufzeit des Genehmigten Kapitals 2010 unter Ausschluss des Bezugsrechts in entsprechender Anwendung von § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden.

Der Vorstand ist ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen. Der letztjährige § 4 Absätze 3, 6 und 7 der Satzung wurde auf Beschluss der Hauptversammlung vom 19. Mai 2010 zum Zwecke der Schaffung einer einheitlichen neuen Ermächtigung gestrichen.

(77) Fremdwährungsvolumina

Zum 31. Dezember 2010 wurden im Konzern folgende Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (ohne Marktwerte aus Derivaten) in fremder Währung bilanziert:

	31.12.2010			31.12.2009 ¹			Veränderung in %
	USD	PLN	GBP	Andere	Gesamt	Gesamt	
				Mio €			
Barreserve	3.914	571	48	1.234	5.767	5.379	7,2
Forderungen an Kreditinstitute	15.336	333	1.894	15.088	32.651	21.663	50,7
Forderungen an Kunden	45.624	6.524	16.029	21.721	89.898	91.921	-2,2
Handelsaktiva	5.316	651	3.975	179	10.121	19.041	-46,8
Finanzanlagen	19.008	4.934	3.341	3.896	31.179	35.432	-12,0
Andere Bilanzposten	644	632	615	404	2.295	15.742	-85,4
Fremdwährungsvermögen	89.842	13.645	25.902	42.522	171.911	189.178	-9,1
Verbindlichkeiten gegenüber	37.846	992	7.860	6.356	53.054	42.799	24,0
Kreditinstituten							
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ...	29.096	9.891	3.864	5.428	48.279	30.009	60,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	20.030	423	2.024	8.033	30.510	42.170	-27,6
Handelspassiva	52	—	7.132	52	7.236	21.723	-66,7
Andere Bilanzposten	1.255	251	1.748	1.092	4.346	25.715	-83,1
Fremdwährungsverbindlichkeiten	88.279	11.557	22.628	20.961	143.425	162.416	-11,7

¹ Nach Umgliederung aus den Verbrieften Verbindlichkeiten in die Handelspassiva (siehe Note 2).

Den offenen Bilanzposten außerhalb des Handelsbereichs standen entsprechende laufzeitkongruente Devisentermingeschäfte oder Währungsswaps gegenüber.

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

(78) Derivative Geschäfte

Die nachstehenden Tabellen stellen das Geschäft des Commerzbank-Konzerns mit derivativen Finanzinstrumenten zum Bilanzstichtag dar.

Bei einem Derivat handelt es sich um ein Finanzinstrument, dessen Wert von einem sogenannten Basiswert abhängt. Dieser Basiswert kann beispielsweise ein Zinssatz, ein Warenpreis, ein Aktien-, Währungs- oder Anleihenkurs sein. Dabei erfordert das Finanzinstrument keine oder, im Vergleich zu anderen Vertragsformen mit ähnlicher Reaktion auf Marktbedingungsänderungen, nur geringe Anschaffungskosten. Der Ausgleich erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Bei dem größten Teil der Derivatetransaktionen handelt es sich um OTC-Derivate, bei denen Nominalbetrag, Laufzeit und Preis jeweils individuell zwischen der Bank und ihren Gegenparteien ausgehandelt werden. Die Bank schließt Derivate jedoch auch an regulierten Börsen ab. Es handelt sich hier um standardisierte Kontrakte mit standardisierten Nominalbeträgen und Erfüllungsterminen.

Dabei gibt der Nominalbetrag das von der Bank gehandelte Geschäftsvolumen an. Die in den Tabellen aufgeführten positiven beziehungsweise negativen Marktwerte sind dagegen die Aufwendungen, die der Bank beziehungsweise der Gegenpartei für den Ersatz der ursprünglich geschlossenen Kontrakte durch wirtschaftlich gleichwertige Geschäfte entstehen würden. Ein positiver Marktwert gibt damit aus Sicht der Bank das maximale, potenzielle kontrahentenbezogene Adressenausfallrisiko an, das am Bilanzstichtag aus derivativen Geschäften bestanden hat.

Zur Minimierung (Reduzierung) sowohl des ökonomischen als auch des regulatorischen Kreditrisikos aus diesen Instrumenten schließt unsere Rechtsabteilung Rahmenverträge (zweiseitige Aufrechnungsvereinbarungen) mit unseren Geschäftspartnern ab (wie beispielsweise 1992 ISDA Master Agreement Multicurrency Cross Border; deutscher Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte). Durch den Abschluss derartiger zweiseitiger Aufrechnungsvereinbarungen können die positiven und negativen Marktwerte der unter einem Rahmenvertrag einbezogenen derivativen Kontrakte miteinander verrechnet, sowie die regulatorischen Zuschläge für zukunfftige Risiken (Add-ons) dieser Produkte verringert werden. Im Rahmen dieses Nettingprozesses reduziert sich das Kreditrisiko auf eine einzige Nettoforderung gegenüber dem Vertragspartner (Close-out-Netting).

Sowohl für die regulatorischen Meldungen als auch für die interne Messung und Überwachung unserer Kreditengagements setzten wir derartige risikoreduzierenden Techniken nur dann ein, wenn wir sie bei

Insolvenz des Geschäftspartners in der jeweiligen Jurisdiktion auch für durchsetzbar halten. Zur Prüfung der Durchsetzbarkeit nutzen wir die von verschiedenen internationalen Kanzleien hierfür erstellten Rechtsgutachten.

Analog zu den Rahmenverträgen gehen wir mit unseren Geschäftspartnern auch Sicherheitenvereinbarungen ein (zum Beispiel Besicherungsanhang für Finanztermingeschäfte, Credit Support Annex), um die sich nach Netting ergebende Nettoforderung/-verbindlichkeit abzusichern (Erhalt oder Stellung von Sicherheiten). Dieses Sicherheitenmanagement führt in der Regel zur Kreditrisikominderung durch zeitnahe (meist tägliche oder wöchentliche) Bewertung und Anpassung der Kundenengagements.

Die folgende Übersicht zeigt neben den Nominalbeträgen und Marktwerten des Derivategeschäftes, die nach zinsabhängigen, währungsabhängigen und von sonstigen Preisrisiken abhängigen Kontrakten aufgliedert sind, auch die Laufzeitstruktur dieser Geschäfte. Als Marktwerte sind die Summen der positiven und negativen Beträge pro Kontrakt zunächst ohne Kürzung von Sicherheiten und ohne Berücksichtigung etwaiger Nettingvereinbarungen angegeben, da diese produktübergreifend wirken. Bei verkauften Optionen ergeben sich definitionsgemäß keine positiven Marktwerte. Der Nominalbetrag stellt das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Die aufgeführte Fristengliederung der Geschäfte beruht dabei auf den Restlaufzeiten, wobei auf die Kontraktlaufzeit und nicht auf die Laufzeit des Underlyings abgestellt wird. Darüber hinaus zeigt die folgende Übersicht aber auch die sich aus dem in Note 1 beschriebenen saldierten Ausweis in der Bilanz ergebenden Marktwerte der Derivate. Das Nettingvolumen zum 31. Dezember 2010 betrug 207.088 Mio Euro (Vorjahr: 136.763 Mio Euro).

31.12.2010	Nominalbetrag Restlaufzeiten					Summe	Marktwert	
	täglich fällig	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		positiv	negativ
	Mio €							
Fremdwährungsabhängige Termingeschäfte								
OTC-Produkte	4	556.439	269.677	229.003	128.309	1.183.432	18.960	19.716
Devisenkassa und -termingeschäfte	—	459.796	124.259	35.974	1.011	621.040	7.760	7.471
Zins-/ Währungsswaps	—	20.690	56.431	153.471	114.166	344.758	8.391	9.481
Devisenoptionen – Käufe	—	34.420	41.393	18.545	6.735	101.093	2.560	—
Devisenoptionen – Verkäufe	—	40.779	46.507	19.363	5.328	111.977	—	2.586
Sonstige Devisenkontrakte	4	754	1.087	1.650	1.069	4.564	249	178
Börsengehandelte Produkte	—	2.943	189	—	—	3.132	—	—
Devisenfutures	—	2.943	189	—	—	3.132	—	—
Devisenoptionen	—	—	—	—	—	—	—	—
Gesamt	4	559.382	269.866	229.003	128.309	1.186.564	18.960	19.716
Zinsabhängige Termingeschäfte								
OTC-Produkte	23	935.289	1.659.611	3.783.989	3.560.026	9.938.938	308.399	316.541
Forward Rate Agreements	—	115.631	492.410	3.108	—	611.149	261	295
Zinsswaps	—	809.751	1.119.744	3.657.641	3.383.598	8.970.734	298.659	306.996
Zinsoptionen – Käufe	—	2.357	26.445	58.615	74.552	161.969	6.820	—
Zinsoptionen – Verkäufe	—	3.335	18.794	56.266	93.894	172.289	—	7.052
Sonstige Zinskontrakte	23	4.215	2.218	8.359	7.982	22.797	2.659	2.198
Börsengehandelte Produkte	—	1.415	125.290	6.650	4.128	137.483	—	—
Zinsfutures	—	582	73.385	6.489	4.128	84.584	—	—
Zinsoptionen	—	833	51.905	161	—	52.899	—	—
Gesamt	23	936.704	1.784.901	3.790.639	3.564.154	10.076.421	308.399	316.541

31.12.2010	Nominalbetrag Restlaufzeiten					Summe	Marktwert	
	täglich fällig	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		positiv	negativ
	Mio €							
Sonstige Termingeschäfte								
OTC-Produkte	1.436	22.923	51.038	167.423	24.788	267.608	8.433	10.295
Strukturierte Aktien/ Index-Produkte	1.433	9.930	12.237	14.146	1.837	39.583	1.977	2.645
Aktienoptionen – Käufe	—	2.064	9.756	8.823	349	20.992	2.148	—
Aktienoptionen – Verkäufe	—	2.820	12.754	11.947	993	28.514	—	3.158
Kreditderivate	—	3.534	13.800	129.526	21.503	168.363	3.612	3.830
Edelmetallgeschafte	3	4.087	1.412	1.121	—	6.623	308	125
Sonstige Geschäfte	—	488	1.079	1.860	106	3.533	388	537
Börsengehandelte Produkte ...	—	27.731	50.086	38.616	1.467	117.900	—	—
Aktienfutures	—	7.043	451	15	12	7.521	—	—
Aktienoptionen	—	16.314	43.640	36.483	1.455	97.892	—	—
Sonstige Futures	—	2.350	1.970	840	—	5.160	—	—
Sonstige Optionen	—	2.024	4.025	1.278	—	7.327	—	—
Gesamt	1.436	50.654	101.124	206.039	26.255	385.508	8.433	10.295
Summe aller schwebenden Termingeschäfte								
OTC-Produkte	1.463	1.514.651	1.980.326	4.180.415	3.713.123	11.389.978	335.792	346.552
Börsengehandelte Produkte	—	32.089	175.565	45.266	5.595	258.515	—	—
Gesamt	1.463	1.546.740	2.155.891	4.225.681	3.718.718	11.648.493	335.792	346.552
Nettoausweis in der Bilanz							128.704	139.464

31.12.2009	Nominalbetrag Restlaufzeiten					
	täglich fällig, bis drei Monate sowie drei Monate bis ein Jahr	ein bis fünf Jahre	über fünf Jahre	Summe	Marktwert	
					positiv	negativ
	Mio €					
Fremdwährungsabhängige Termingeschäfte						
OTC-Produkte	569.568	210.591	94.331	874.490	18.121	17.357
Devisenkassa und -termingeschäfte	363.697	28.683	669	393.049	5.677	6.692
Zins-/ Währungsswaps	84.856	144.436	83.462	312.754	8.815	7.795
Devisenoptionen – Käufe	58.077	17.807	5.458	81.342	3.417	—
Devisenoptionen – Verkäufe	61.304	19.417	3.657	84.378	—	2.687
Sonstige Devisenkontrakte	1.634	248	1.085	2.967	212	183
Börsengehandelte Produkte	1.855	—	—	1.855	—	—
Devisenfutures	1.855	—	—	1.855	—	—
Devisenoptionen	—	—	—	—	—	—
Gesamt	571.423	210.591	94.331	876.345	18.121	17.357
Zinsabhängige Termingeschäfte						
OTC-Produkte	2.953.987	4.062.581	3.777.029	10.793.597	284.970	289.293
Forward Rate Agreements	770.675	1.894	—	772.569	398	399
Zinsswaps	2.105.395	3.921.755	3.638.619	9.665.769	279.452	281.937
Zinsoptionen – Käufe	34.156	62.963	55.171	152.290	4.844	—
Zinsoptionen – Verkäufe	42.526	69.708	80.447	192.681	—	6.334
Sonstige Zinskontrakte	1.235	6.261	2.792	10.288	276	623
Börsengehandelte Produkte	249.123	8.414	1.455	258.992	—	—
Zinsfutures	184.415	8.123	1.068	193.606	—	—
Zinsoptionen	64.708	291	387	65.386	—	—
Gesamt	3.203.110	4.070.995	3.778.484	11.052.589	284.970	289.293
Sonstige Termingeschäfte						
OTC-Produkte	170.164	447.984	71.942	690.090	17.331	19.830
Strukturierte Aktien-/Index-Produkte	15.003	14.074	2.610	31.687	929	2.093
Aktienoptionen – Käufe	28.049	11.795	1.637	41.481	6.035	—
Aktienoptionen – Verkäufe	32.024	18.081	2.485	52.590	—	5.650
Kreditderivate	88.225	400.473	65.150	553.848	9.494	10.883
Edelmetallgeschäfte	5.797	2.189	—	7.986	150	362
Sonstige Geschäfte	1.066	1.372	60	2.498	723	842
Börsengehandelte Produkte	104.748	59.050	2.141	165.939	—	—
Aktienfutures	6.300	—	—	6.300	—	—
Aktienoptionen	88.322	53.495	2.141	143.958	—	—
Sonstige Futures	3.795	1.306	—	5.101	—	—
Sonstige Optionen	6.331	4.249	—	10.580	—	—
Gesamt	274.912	507.034	74.083	856.029	17.331	19.830
Summe aller schwebenden Termingeschäfte						
OTC-Produkte	3.693.719	4.721.156	3.943.302	12.358.177	320.422	326.480
Börsengehandelte Produkte	355.726	67.464	3.596	426.786	—	—
Gesamt	4.049.445	4.788.620	3.946.898	12.784.963	320.422	326.480
Nettoausweis in der Bilanz					183.659	189.717

Kreditgruppengliederung im derivativen Geschäft:

Die folgende Tabelle weist die positiven und negativen Marktwerte der derivativen Geschäfte des Commerzbank-Konzerns nach den jeweiligen Kontrahenten aufgegliedert auf. Der Commerzbank-Konzern betreibt derivative Geschäfte überwiegend mit Kontrahenten einwandfreier Bonität. Der überwiegende Teil der Marktwerte konzentriert sich auf Kredit- und Finanzinstitute mit Sitz in einem OECD-Land.

	31.12.2010		31.12.2009	
	Marktwert		Marktwert	
	positiv	negativ	positiv	negativ
	Mio €			
OECD-Zentralregierungen	1.442	1.515	1.094	877
OECD-Banken	113.015	125.386	167.040	178.872
OECD-Finanzinstitute	210.674	213.304	140.706	140.637
Sonstige Unternehmen, Privatpersonen	9.437	4.642	8.880	3.942
Nicht-OECD-Banken	1.224	1.705	2.702	2.152
Gesamt	335.792	346.552	320.422	326.480

Das Volumen bei dem der Commerzbank-Konzern als Sicherungsnehmer (Käufer) beziehungsweise als Sicherungsgeber (Verkäufer) auftritt, belief sich zum Bilanzstichtag auf 89.106 Mio Euro (Vorjahr: 281 956 Mio Euro) beziehungsweise 79.257 Mio Euro (Vorjahr: 271.892 Mio Euro). Diese dem Transfer von Kreditrisiken dienenden Produkte werden von uns sowohl im Handelsbereich zum Arbitrieren als auch im Anlagebereich zum Diversifizieren unserer Kreditportfolios eingesetzt. Die nachfolgende Tabelle veranschaulicht dabei unsere Risikostruktur bezogen auf die jeweils abgesicherten Risikoaktiva.

Gliederung nach Referenzaktiva:

	31.12.2010		31.12.2009	
	Nominale		Nominale	
	Sicherungsnehmer	Sicherungsgeber	Sicherungsnehmer	Sicherungsgeber
	Mio €			
OECD-Zentralregierungen ...	8.126	7.122	8.292	7.936
OECD-Banken	6.851	7.224	16.295	17.089
OECD-Finanzinstitute	7.301	6.002	94.893	93.603
Sonstige Unternehmen, Privatpersonen	65.756	58.051	160.480	152.111
Nicht-OECD-Banken	1.072	858	1.996	1.153
Gesamt	89.106	79.257	281.956	271.892

Angaben zu Derivaten des Cash Flow Hedge Accountings:

Die Nominalwerte der Derivate, die bis zur Beendigung des Cash Flow Hedge Accountings in 2009 (vergleiche Note 74) eingesetzt wurden, beliefen sich zum 31. Dezember 2010 auf 335 Mrd Euro. Nachstehende Tabelle zeigt die Berichtszeiträume, in welchen diese voraussichtlich fällig werden.

	31.12.2010
	Mio €
Bis drei Monate	17
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	85
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	176
Mehr als fünf Jahre	57

Je Laufzeitband lagen Grundgeschäfte mit Nominalwerten in mindestens dieser Höhe vor.

(79) Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte

Für folgende Verbindlichkeiten wurden Vermögenswerte als Sicherheit übertragen:

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
	Mio €		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	60.504	58.627	3,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	19.330	35.948	- 46,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	—	144	.
Sonstige Passiva	—	3.096	.
Gesamt	79.834	97.815	- 18,4

Nachstehende Vermögenswerte waren insgesamt als Sicherheiten für die vorgenannten Verbindlichkeiten übertragen:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	Veränderung in %
		Mio €	
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	23.911	21.095	13,3
Handelsaktiva sowie Finanzanlagen	66.602	79.395	– 16,1
Sonstige Aktiva	—	—	.
Gesamt	<u>90.513</u>	<u>100.490</u>	<u>– 9,9</u>

Von den Vermögenswerten des Commerzbank-Konzerns konnten vom Empfänger aufgrund Vertrags- oder gewohnheitsmäßiger Rechte weiterveräußert oder verpfändet werden:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	Veränderung in %
		Mio €	
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	94	—	
Handelsaktiva sowie Finanzanlagen	41.771	55.131	– 24,2
Sonstige Aktiva	—	—	.
Gesamt	<u>41.865</u>	<u>55.131</u>	<u>– 24,1</u>

Die Sicherheitenstellung erfolgte für Geldaufnahmen im Rahmen echter Pensionsgeschäfte (Repos). Darüber hinaus wurden Sicherheiten für zweckgebundene Refinanzierungsmittel und Wertpapierleihgeschäfte gestellt. Die Transaktionen wurden unter den handelsüblichen und gebräuchlichen Bedingungen für Wertpapierleih- und -Pensionsgeschäfte ausgeführt.

(80) Restlaufzeitengliederung

	Restlaufzeiten				
	<u>täglich fällig und unbefristet</u>	<u>bis drei Monate</u>	<u>drei Monate bis ein Jahr</u>	<u>ein Jahr bis fünf Jahre</u>	<u>über fünf Jahre</u>
<u>31.12.2010</u>			Mio €		
Forderungen an Kreditinstitute	45.351	45.557	7.044	10.928	2.076
Forderungen an Kunden	21.098	59.879	40.818	110.558	104.519
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Wertpapiere sowie Schuldscheindarlehen der Handelsaktiva	222	5.685	3.894	12.114	10.200
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Wertpapiere der Finanzanlagen	16	5.366	10.324	37.682	60.105
Gesamt	<u>66.687</u>	<u>116.487</u>	<u>62.080</u>	<u>171.282</u>	<u>176.900</u>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	50.179	56.284	4.634	13.315	13.214
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	143.807	54.520	15.898	13.158	35.444
Verbriefte Verbindlichkeiten	62	23.679	18.011	66.248	23.356
Handelspassiva	—	304	3.886	3.061	1.819
Nachrang- und Hybridkapital ¹	—	55	1.741	3.341	12.383
Gesamt	<u>194.048</u>	<u>134.842</u>	<u>44.170</u>	<u>99.123</u>	<u>86.216</u>

¹ Ohne Zinsabgrenzungen und Disagien (– 1.271 Mio Euro) sowie Bewertungseffekte (842 Mio Euro).

31.12.2009	Restlaufzeiten				
	täglich fällig und unbefristet	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre
	Mio €				
Forderungen an Kreditinstitute	36.564	37.968	14.525	13.059	5.093
Forderungen an Kunden	23.047	68.766	34.830	122.114	112.726
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Wertpapiere sowie Schuldscheindarlehen der Handelsaktiva	—	2.822	2.986	11.575	12.365
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene Wertpapiere der Finanzanlagen	—	6.606	14.341	44.440	62.645
Gesamt	59.611	116.162	66.682	191.188	192.829
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47.510	44.485	19.580	14.216	14.843
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	131.773	64.249	15.736	17.045	35.815
Verbriefte Verbindlichkeiten ¹	92	25.854	32.414	74.327	29.092
Handelsspassiva ¹	—	1.464	2.801	3.174	2.152
Nachrang- und Hybridkapital ²	—	615	3.129	4.183	12.851
Gesamt	179.375	136.667	73.660	112.945	94.753

¹ Nach Umgliederung aus den Verbrieften Verbindlichkeiten in die Handelsspassiva (siehe Note 2).

² Ohne Zinsabgrenzungen und Disagien (-1.619 Mio Euro) sowie Bewertungseffekte (770 Mio Euro).

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und der vertraglichen Fälligkeit der Finanzinstrumente angesehen. Bei Finanzinstrumenten, die in Teilbeträgen gezahlt werden, ist die Restlaufzeit für jeden einzelnen Teilbetrag angesetzt worden.

(81) Marktwert (Fair Value) von Finanzinstrumenten

Ermittlung des Fair Values

Im Folgenden gehen wir insbesondere auf die Ermittlung von beizulegenden Zeitwerten (Fair Values) von Finanzinstrumenten ein, die in der Bilanz nicht zum Fair Value anzusetzen sind, für die aber gemäß IFRS 7 zusätzlich ein Fair Value anzugeben ist. Für die in der Bilanz zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente sind die Bestimmungsmethoden in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes 2 bis 30) sowie nachfolgend in den Abschnitten zur Bewertung von Finanzinstrumenten und zur Fair-Value-Hierarchie dargelegt.

Der Nominalwert von täglich fälligen Finanzinstrumenten wird als deren Fair Value angesehen. Zu diesen Instrumenten zählen die Barreserve, sowie Kontokorrentkredite beziehungsweise Sichteinlagen der Klassen Forderungen an Kreditinstitute und Kunden beziehungsweise Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden.

Für Kredite und Einlagen stehen keine unmittelbaren Marktpreise zur Verfügung, da es für diese Finanzinstrumente keine organisierten Märkte gibt, an denen sie gehandelt werden. Die Ermittlung des Fair Values für diese Instrumente erfolgt unter Anwendung finanzmathematisch anerkannter Bewertungsverfahren mit aktuellen Marktparametern. Bei Krediten kommt ein Discounted-Cash-Flow-Modell zur Anwendung, dessen Parameter auf einer risikolosen Zinstrukturkurve, Risikoaufschlägen sowie einem pauschalen Aufschlag zur Abdeckung von Liquiditätsspreads, Verwaltungs- und Eigenkapitalkosten beruhen. Bei Verbindlichkeiten wird für die Fair-Value-Ermittlung ebenfalls eine risikolose Zinstrukturkurve herangezogen, wobei das eigene Kreditrisiko (Own Credit Spread) der Commerzbank Aktiengesellschaft sowie ein Zuschlag für Verwaltungsaufwendungen gesondert berücksichtigt werden. Daneben werden die marktkonformen Risikoaufschläge für Hypothekendarlehen, für öffentliche Pfandbriefe und für aufgenommene Darlehen herangezogen.

Den Fair Value für Verbriefte Verbindlichkeiten, Nachrang- und Hybridkapital ermitteln wir auf der Basis verfügbarer Marktpreise. Bei der Bewertung werden verschiedene Faktoren, unter anderem die aktuellen Marktzinsen und das Kreditrating, berücksichtigt. Sind keine Preise erhältlich, werden die Fair Values durch finanzmathematische Bewertungsmodelle (Discounted-Cash-Flow-Modell, Optionspreismodelle) ermittelt, die wiederum auf Zinskurven, Volatilitäten, Kreditrating der Commerzbank etc. aufsetzen. Insbesondere in Fällen, bei denen die Bank strukturierte Schuldverschreibungen, die zum Fair Value bewertet werden, emittiert hat, wird im Fair Value das eigene Kreditrisiko (Own Credit Spread) berücksichtigt.

In den nachfolgenden Tabellen stellen wir die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) der Bilanzposten ihren Buchwerten gegenüber:

	Marktwert (Fair Value)		Buchwert		Differenz	
	31.12.2010	31.12.2009 ¹	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009 ¹
	Mrd €					
Aktiva						
Barreserve	8,1	10,3	8,1	10,3	—	—
Forderungen an Kreditinstitute	110,5	106,6	110,6	106,7	-0,1	-0,1
Reverse Repos und Cash Collaterals ...	68,7	58,9	68,7	58,9		
Forderungen aus dem Geldhandel	6,8	16,3	6,8	16,3		
Schuldscheindarlehen	9,7	12,3	9,9	12,8	-0,2	-0,5
Übrige Forderungen	25,6	19,6	25,5	19,2	0,1	0,4
Risikovorsorge	-0,3	-0,5	-0,3	-0,5		
Forderungen an Kunden	327,3	352,8	327,8	352,2	-0,5	0,6
Reverse Repos und Cash Collaterals ...	30,0	22,4	30,0	22,4		
Forderungen aus dem Geldhandel	9,0	17,0	9,0	17,0		
Schuldscheindarlehen	26,2	36,8	26,6	36,8	-0,4	0,0
Hypotheken- und dinglich besicherte						
Forderungen	133,5	139,6	134,3	139,9	-0,8	-0,3
Übrige Forderungen	137,7	146,3	137,0	145,4	0,7	0,9
Risikovorsorge	-9,1	-9,3	-9,1	-9,3		
Wertanpassung aus Portfolio Fair Value						
Hedges	0,0	0,0	0,1	0,0	-0,1	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen						
Sicherungsinstrumenten	5,0	6,4	5,0	6,4	—	—
Handelsaktiva	167,8	218,7	167,8	218,7	—	—
Finanzanlagen	113,1	130,6	115,7	130,9	-2,6	-0,3
Forderungen und Kredite	67,8	78,9	70,4	79,2	-2,6	-0,3
Zur Veräußerung verfügbar	41,4	44,5	41,4	44,5		
nicht börsennotierte Anteile an						
Unternehmen	0,4	0,5	0,4	0,5		
Erfolgswirksam zum beizulegenden						
Zeitwert bewertet	3,5	6,7	3,5	6,7		
Anteile an at-Equity-bewerteten						
Unternehmen	0,7	0,4	0,7	0,4	—	—

¹ Die Angaben zum 31.12.2009 wurden teilweise angepasst. Der saldierte Unterschied zwischen Buchwert und Marktwert reduzierte sich zum 31.12.2009 dadurch von insgesamt 4,0 Mrd Euro auf 3,3 Mrd Euro.

	Marktwert (Fair Value)		Buchwert		Differenz	
	31.12.2010	31.12.2009 ¹	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009 ¹
	Mrd €					
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber						
Kreditinstituten	137,7	140,5	137,6	140,6	0,1	-0,1
Repos und Cash Collaterals	44,0	31,6	44,0	31,6		
Verbindlichkeiten aus dem						
Geldhandel	35,2	51,8	35,2	51,8		
Übrige Verbindlichkeiten	58,5	57,1	58,4	57,2	0,1	-0,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	262,6	263,8	262,8	264,6	-0,2	-0,8
Repos und Cash Collaterals	18,1	17,6	18,1	17,6		
Verbindlichkeiten aus dem						
Geldhandel	46,3	48,8	46,3	48,8		
Übrige Verbindlichkeiten	198,2	197,4	198,4	198,2	-0,2	-0,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	130,3	161,4	131,4	161,8	-1,1	-0,4
Zu fortgeführten Anschaffungskosten						
bewertet	127,1	157,9	128,2	158,3	-1,1	-0,4
Erfolgswirksam zum beizulegenden						
Zeitwert bewertet	3,2	3,5	3,2	3,5		
Wertanpassung aus Portfolio Fair Value						
Hedges	0,0	0,0	0,1	0,0	-0,1	0,0
Negative Marktwerte aus derivativen						
Sicherungsinstrumenten	9,4	11,3	9,4	11,3	—	—
Handelspassiva	152,4	202,6	152,4	202,6	—	—
Nachrang- und Hybridkapital	14,5	18,1	17,1	19,9	-2,6	-1,8

¹ Die Angaben zum 31.12.2009 wurden teilweise angepasst. Der saldierte Unterschied zwischen Buchwert und Marktwert reduzierte sich zum 31.12.2009 dadurch von insgesamt 4,0 Mrd Euro auf 3,3 Mrd Euro.

Saldiert belief sich der Unterschied zwischen Buchwert und Marktwert (Fair Value) über alle Posten zum 31. Dezember 2010 auf 0,6 Mrd Euro (Vorjahr: 3,3 Mrd Euro).

Bewertung von Finanzinstrumenten

Nach IAS 39 sind alle Finanzinstrumente beim erstmaligen Ansatz zu ihrem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) zu bewerten, im Falle eines Finanzinstruments, das nicht als erfolgswirksam zum Fair Value zu bewerten klassifiziert ist, unter Einschluss bestimmter Transaktionskosten. Die Folgebewertung der Finanzinstrumente, die als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten klassifiziert sind, oder von jederzeit veräußerbaren finanziellen Vermögenswerten erfolgt laufend zum beizulegenden Zeitwert. In diesem Sinne beinhalten erfolgswirksam zum Fair Value zu bewertende Finanzinstrumente Derivate, zu Handelszwecken gehaltene Instrumente sowie Instrumente, die als zum Fair Value zu bewerten designiert wurden.

Der beizulegende Zeitwert eines Finanzinstruments ist der Betrag, zu dem dieses zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht werden könnte. Der am besten geeignete Maßstab für den Fair Value ist der notierte Marktpreis für ein identisches Instrument an einem aktiven Markt (Bewertungshierarchie Level I). Wenn keine notierten Preise verfügbar sind, erfolgt die Bewertung anhand von notierten Preisen ähnlicher Instrumente an aktiven Märkten. Um den Preis wiederzugeben, zu dem ein Vermögenswert getauscht oder eine Verbindlichkeit beglichen werden könnte, werden Vermögenswerte zum Geldkurs und Verbindlichkeiten zum Briefkurs bewertet (Bewertungshierarchie Level II).

Sind keine notierten Preise für identische oder ähnliche Finanzinstrumente verfügbar, wird der Fair Value unter Anwendung eines geeigneten Bewertungsmodells ermittelt, bei dem die einfließenden Daten soweit möglich aus überprüfbaren Marktquellen stammen. Während sich die meisten Bewertungsmethoden auf Daten aus überprüfbaren Marktquellen stützen, werden bestimmte Finanzinstrumente unter Einsatz von Bewertungsmodellen bewertet, die andere Eingangswerte heranziehen, für die nicht ausreichend aktuelle überprüfbare Marktdaten vorhanden sind. Diese Bewertungen unterliegen naturgemäß in höherem Maße den Einschätzungen des Managements. Diese nicht beobachtbaren Eingangswerte können Daten enthalten, die extrapoliert oder interpoliert oder in Form von Näherungswerten aus korrelierten oder historischen Daten ermittelt werden. Allerdings werden hierbei in größtmöglichem Umfang Marktdaten oder Daten Dritter und so wenig wie möglich unternehmensspezifische Eingangswerte herangezogen (Bewertungshierarchie Level III).

Bewertungsmodelle müssen anerkannten betriebswirtschaftlichen Methoden zur Bewertung von Finanzinstrumenten entsprechen und alle Faktoren berücksichtigen, die Marktteilnehmer bei der Festlegung eines Preises als angemessen betrachten würden. Alle beizulegenden Zeitwerte unterliegen den internen Kontrollen und Verfahren des Commerzbank-Konzerns, in denen die Standards für deren unabhängige Prüfung oder Validierung festgelegt sind. Diese Kontrollen und Verfahren werden von der Independent Price Verification Group (IPV) innerhalb der Finanzfunktion verwaltet. Die Modelle, die einfließenden Daten und die daraus resultierenden Fair Values werden regelmäßig vom Senior Management und der Risikofunktion überprüft.

Hierarchie der Fair Values

Nach IFRS 7 werden zum Fair Value ausgewiesene Finanzinstrumente wie folgt in die dreistufige Bewertungshierarchie zum Fair Value eingestuft (vergleiche Bewertung von Finanzinstrumenten):

Level I: Finanzinstrumente, deren Fair Value auf Basis von notierten Preisen für identische Finanzinstrumente an aktiven Märkten ermittelt wird.

Level II: Finanzinstrumente, für die keine notierten Preise für identische Instrumente an einem aktiven Markt verfügbar sind und deren Fair Value unter Einsatz von Bewertungsmethoden ermittelt wird.

Level III: Finanzinstrumente, die unter Anwendung von Bewertungsmethoden bewertet werden, für deren Eingangswerte nicht ausreichend beobachtbare Marktdaten vorhanden sind und bei denen diese Eingangswerte den Fair Value nicht nur unwesentlich beeinflussen.

Die in der Bilanz zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente werden in nachfolgenden Übersichten nach Kategorien gruppiert sowie nach Bewertungsgrundlagen gegliedert dargestellt. Dabei wird

unterschieden, ob der Bewertung notierte Marktpreise zugrunde liegen (Level I), ob die Bewertungsmodelle auf beobachtbaren Marktdaten (Level II) oder auf nicht am Markt beobachtbaren Parametern (Level III) basieren.

Finanzielle Vermögenswerte	31.12.2010				31.12.2009			
	Level I	Level II	Level III	Gesamt	Level I	Level II ¹	Level III	Gesamt
	Mrd €							
Forderungen an Kreditinstitute ...								
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	—	48,1	—	48,1	0,7	54,2	—	54,9
Forderungen an Kunden								
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	0,2	27,6	0,6	28,4	0,7	23,6	0,2	24,5
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten								
Hedge Accounting	—	5,0	—	5,0	—	6,4	—	6,4
Handelsaktiva								
Zu Handelszwecken gehalten	40,0	123,8	4,0	167,8	28,6	185,0	5,1	218,7
darunter: Positive Marktwerte aus Derivaten								
—	—	123,0	0,7	123,7	—	173,5	3,8	177,3
Finanzanlagen								
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	3,5	—	—	3,5	5,1	0,9	0,7	6,7
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	10,5	30,0	1,3	41,8	5,3	38,4	1,3	45,0
Gesamt	54,2	234,5	5,9	294,6	40,4	308,5	7,3	356,2

¹ Einschließlich echte Pensionsgeschäfte, Cash Collaterals und kurzfristige Geldmarktgeschäfte (siehe Note 2).

Finanzielle Verbindlichkeiten	31.12.2010				31.12.2009			
	Level I	Level II	Level III	Gesamt	Level I ¹	Level II ¹	Level III	Gesamt
	Mrd €							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten								
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	0,6	41,9	—	42,5	1,6	47,1	—	48,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden								
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	1,3	18,4	—	19,7	1,7	16,9	—	18,6
Verbriefte Verbindlichkeiten								
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	3,2	—	—	3,2	3,5	—	—	3,5
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten								
Hedge Accounting	—	9,4	—	9,4	—	11,3	—	11,3
Handelspassiva								
Zu Handelszwecken gehalten	16,1	135,0	1,3	152,4	12,3	187,8	2,4	202,5
darunter: Negative Marktwerte aus Derivaten								
—	—	130,1	—	130,1	—	176,0	2,4	178,4
Nachrangkapital								
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	—	—	—	—	—	—	—	—
Gesamt	21,2	204,7	1,3	227,2	19,1	263,1	2,4	284,6

¹ Einschließlich eigene Emissionen, echte Pensionsgeschäfte, Cash Collaterals und kurzfristige Geldmarktgeschäfte (siehe Note 2).

Im laufenden Geschäftsjahr wie auch im Vorjahr wurden keine signifikanten Umwidmungen zwischen Level I und Level II vorgenommen. Die dem Level III zugeordneten Finanzinstrumente entwickelten sich im Geschäftsjahr wie folgt:

Finanzielle Vermögenswerte	Handelsaktiva	Positive Marktwerte aus Derivaten¹	Erfolgs wirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet²	Available-for-Sale-Finanzanlagen	Gesamt
			Mio €		
Fair Value zum 1.1.2009	578	233	—	2.511	3.322
Veränderungen im Konsolidierungskreis	4.024	5.805	1.748	147	11.724
Erfolgswirksam erfasste Gewinne/Verluste der Periode	— 528	— 284	— 133	—	— 945
Im Eigenkapital erfasste Gewinne/Verluste	—	—	—	— 10	— 10
Käufe	448	—	2	184	634
Verkäufe	— 414	—	— 5	— 25	— 444
Emissionen	—	—	—	—	—
Rückzahlungen	—	—	—	—	—
Transfers	— 2.818	— 1.955	— 640	— 1.578	— 6.991
Fair Value zum 31.12.2009	1.290	3.799	972	1.229	7.290
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—	—	—	—
Erfolgswirksam erfasste Gewinne/Verluste der Periode	537	—	— 419	—	118
Im Eigenkapital erfasste Gewinne/Verluste	—	—	—	453	453
Käufe	37	—	—	205	242
Verkäufe	—	—	—	— 67	— 67
Emissionen	—	—	—	—	—
Rückzahlungen	—	—	—	— 170	— 170
Transfers	1.447	— 3.106	93	— 356	— 1.922
Fair Value zum 31.12.2010	3.311	693	646	1.294	5.944

¹ Einschließlich Sicherungsinstrumente.

² Ohne Handelsaktiva und Positive Marktwerte aus Derivaten.

Finanzielle Verbindlichkeiten	Handelspassiva	Negative Marktwerte aus Derivaten¹	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet²	Gesamt
			Mio €	
Fair Value zum 1.1.2009	2	16	—	18
Veränderungen im Konsolidierungskreis	271	3.520	—	3.791
Erfolgswirksam erfasste Gewinne/Verluste der Periode	4	582	—	586
Im Eigenkapital erfasste Gewinne/Verluste	—	—	—	—
Käufe	—	—	29	29
Verkäufe	—	—	—	—
Emissionen	25	13	—	38
Rückzahlungen	—	—	—	—
Transfers	— 275	— 1.740	—	— 2.015
Fair Value zum 31.12.2009	27	2.391	29	2.447
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—	—	—
Erfolgswirksam erfasste Gewinne/Verluste der Periode	4	—	—	4
Im Eigenkapital erfasste Gewinne/Verluste	—	—	—	—
Käufe	—	—	—	—
Verkäufe	—	—	—	—
Emissionen	—	—	—	—
Rückzahlungen	—	—	—	—
Transfers	1.240	— 2.371	— 29	— 1.160
Fair Value zum 31.12.2010	1.271	20	—	1.291

¹ Einschließlich Sicherungsinstrumente.

² Ohne Handelspassiva und Negative Marktwerte aus Derivaten.

Sensitivitätsanalyse

Basiert der Wert von Finanzinstrumenten auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern, kann der genaue Wert dieser Parameter zum Bilanzstichtag aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen abgeleitet werden. Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses werden für diese nicht beobachtbaren Eingangsparameter angemessene Werte ausgewählt, die den herrschenden Marktgegebenheiten und dem Bewertungskontrollansatz des Konzerns entsprechen.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen darstellen, die aus der relativen Unsicherheit in den Fair Values von Finanzinstrumenten resultieren, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern basiert. Dabei liegen diese Parameter an den äußeren Enden der Bandbreiten von angemessenen möglichen Alternativen. In der Praxis ist es unwahrscheinlich, dass alle nicht beobachtbaren Parameter gleichzeitig am jeweils äußeren Ende ihrer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen liegen. Aus diesem Grund dürften die angegebenen Schätzwerte die tatsächliche Unsicherheit in den Fair Values dieser Instrumente übertreffen. Die vorliegenden Angaben dienen nicht der Schätzung oder Vorhersage der künftigen Veränderungen des Fair Values.

Die nachfolgende Tabelle enthält eine Aufgliederung der Sensitivitätsanalyse nach Arten von Instrumenten:

	Positive erfolgswirksame Effekte	Negative erfolgswirksame Effekte
	Mio €	
Wertpapiere	262	263
ABS und MBS	224	225
Andere Schuldverschreibungen	38	38
Derivate	114	38
Kreditderivate	—	—
Zinsbezogene Geschäfte	—	—
Übrige Geschäfte	114	38

Day-One-P-&-L

Die aggregierte Differenz zwischen Transaktionspreis und Modellwert, der nicht ausschließlich auf beobachtbaren Marktdaten basiert (die sogenannte Day-One-P-&-L) betrifft alle Level-III-Posten; die Beträge entwickelten sich wie folgt:

Day-One-P-&-L	2010			2009		
	Handelsaktiva	Handelspassiva	Gesamt	Handelsaktiva	Handelspassiva	Gesamt
	Mio €					
Bestand zum 1.1.	11	5	16	—	4	4
Erfolgsneutrale Zuführungen	2	—	2	24	2	26
Erfolgswirksame Auflösungen	12	4	16	13	1	14
Bestand zum 31.12. ...	1	1	2	11	5	16

(82) Angaben zu finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten, für die die Fair Value Option angewendet wurde

Im Commerzbank-Konzern wenden wir die Fair Value Option im Wesentlichen zur Vermeidung oder signifikanten Verringerung von Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen (Accounting Mis-match) aus Wertpapieren und Krediten, die mit Zins- beziehungsweise Kreditderivaten gesichert sind, an. Das gilt gleichermaßen bei begebenen strukturierten Schuldverschreibungen, die mit Zins- und Fremdwährungsderivaten gesichert sind. Darüber hinaus wird die Fair Value Option für Finanzinstrumente genutzt, deren Management und Performancemessung auf Fair-Value-Basis erfolgt beziehungsweise für Finanzinstrumente mit eingebetteten Derivaten genutzt.

Aus der Anwendung der Fair Value Option ergaben sich in den einzelnen Bilanzposten folgende Wertansätze:

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
		Mio €	
Forderungen an Kreditinstitute	—	699	.
Forderungen an Kunden	805	3.136	– 74,3
Finanzanlagen	3.509	6.722	– 47,8
Aktiva Gesamt	4.314	10.557	– 59,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	591	1.551	– 61,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.292	1.658	– 22,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.206	3.503	– 8,5
Nachrang- und Hybridkapital	24	29	– 17,2
Passiva Gesamt	5.113	6.741	– 24,2

Das Ergebnis aus der Anwendung der Fair Value Option belief sich insgesamt auf 131 Mio Euro (Vorjahr: 839 Mio Euro) (vergleiche Note 34).

Für die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Forderungen von 805 Mio Euro wurden 159 Mio Euro (Vorjahr: 2.735 Mio Euro) durch Kreditderivate gesichert. Die Höhe der Änderungen des beizulegenden Zeitwertes der Forderungen, die auf Änderungen des Ausfallrisikos zurückzuführen ist, betrug im Geschäftsjahr – 130 Mio Euro (Vorjahr: 510 Mio Euro) und kumuliert – 166 Mio Euro (Vorjahr: – 36 Mio Euro).

Die Änderung der beizulegenden Zeitwerte der zugehörigen, risikobegrenzenden Kreditderivate belief sich im Geschäftsjahr auf 28 Mio Euro (Vorjahr: – 460 Mio Euro) und kumuliert auf – 22 Mio Euro (Vorjahr: – 50 Mio Euro).

Für Verbindlichkeiten, auf die die Fair Value Option angewendet wird, betrug die im Geschäftsjahr 2010 eingetretene kreditrisikobedingte Änderung der beizulegenden Zeitwerte – 89 Mio Euro (Vorjahr: 142 Mio Euro). Kumuliert belief sich die Veränderung auf – 138 Mio Euro (Vorjahr: – 49 Mio Euro). Der Rückzahlungsbetrag für die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten betrug 8.625 Mio Euro (Vorjahr: 7.161 Mio Euro).

Die kreditrisikobedingten Änderungen der beizulegenden Zeitwerte der Forderungen und Verbindlichkeiten wurden im Wesentlichen als Änderungen der beizulegenden Zeitwerte abzüglich der aus Marktkonditionen resultierenden Wertänderungen ermittelt.

Risikomanagement

(83) Risikosteuerung

Die Risikosteuerung ist ein elementarer Bestandteil aller Geschäftsprozesse der Commerzbank und darauf ausgerichtet, die Unternehmenssteuerung zu unterstützen. Risiken werden identifiziert, gemessen und entsprechend der Risikoneigung der Bank gesteuert und überwacht.

Als Risiko bezeichnet die Commerzbank die Gefahr möglicher Verluste oder entgangener Gewinne aufgrund interner oder externer Faktoren. Die Risikosteuerung unterscheidet grundsätzlich zwischen quantifizierbaren – also üblicherweise im Jahresabschluss oder in der Kapitalbindung bewertbaren – und nicht quantifizierbaren Risikoarten, wie zum Beispiel Reputations- und Compliancerisiken.

Der Chief Risk Officer (CRO) der Bank ist für die Umsetzung der vom Gesamtvorstand für die quantifizierbaren Risiken festgelegten risikopolitischen Leitlinien im Konzern verantwortlich. Der CRO berichtet dem Gesamtvorstand und dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats regelmäßig über die Gesamtrisikolage des Konzerns.

Die Risikomanagement-Aktivitäten sind auf die Bereiche Kreditrisikomanagement, Marktrisikomanagement, Intensive Care sowie Risikocontrolling und Kapitalmanagement verteilt – alle vier mit konzernweiter Ausrichtung und direkter Berichtslinie an den CRO. Gemeinsam mit den vier Bereichsvorständen bildet der CRO innerhalb der Konzernsteuerung das Risk Management Board.

Das Controlling der Risiken der geschäftsstrategischen Ausrichtung und der Reputationsrisiken liegt im Verantwortungsbereich des Vorstandsvorsitzenden (CEO). Für das Controlling der Compliance-Risiken, insbesondere im Hinblick auf Anlegerschutz, Insiderrichtlinien und Geldwäsche, zeichnet der Finanzvorstand (CFO) verantwortlich. Art und Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, werden im Risikobericht beschrieben.

(84) Adressenausfallrisiken

Grundlage der Messung der Adressenausfallrisiken sind die Rating- und Scoring-Verfahren der Commerzbank, die für alle wesentlichen Kreditportfolien im Einsatz sind. Sowohl die Kalibrierung der

Ausfallwahrscheinlichkeiten, die den einzelnen Adressen oder Finanzierungen zugewiesen werden, wie auch die Bewertung der Sicherheiten beruhen dabei auf der Analyse historischer Daten aus dem Commerzbank-Portfolio. Die Erfahrungen des laufenden Jahres sind die Basis für die jährliche Rekalibrierung der Verfahren.

Ratingverteilung

Das Ratingverfahren der Commerzbank umfasst 25 Ratingstufen für nicht ausgefallene Kredite (1,0 bis 5,8) und fünf Default-Klassen (6,1 bis 6,5). Die Commerzbank-Masterskala weist jeder Ratingklasse genau eine zeitstabile, überlappungsfreie Spannweite von Ausfallwahrscheinlichkeiten zu. Die Ratingverfahren unterliegen einer jährlich durchzuführenden Validierung und Rekalibrierung, so dass sie vor dem Hintergrund aller tatsächlich beobachteten Ausfälle die jeweils aktuellste Einschätzung widerspiegeln.

Masterskala

Rating Commerzbank AG	PD- und EL-Midpoint in %	PD- und EL-Bereich in %	S&P	
1.0	0	0		
1.2	0,01	0–0,02	AAA	AAA
1.4	0,02	0,02–0,03	AA+	AA
1.6	0,04	0,03–0,05	AA, AA–	
1.8	0,07	0,05–0,08	A+, A	A
2.0	0,11	0,08–0,13	A–	
2.2	0,17	0,13–0,21	BBB+	BBB
2.4	0,26	0,21–0,31	BBB	
2.6	0,39	0,31–0,47	BBB–	
2.8	0,57	0,47–0,68	BB+	
3.0	0,81	0,68–0,96		
3.2	1,14	0,96–1,34	BB	BB
3.4	1,56	1,34–1,81	BB–	
3.6	2,10	1,81–2,40		
3.8	2,74	2,40–3,10	B+	
4.0	3,50	3,10–3,90		
4.2	4,35	3,90–4,86		
4.4	5,42	4,86–6,04	B	B
4.6	6,74	6,04–7,52		
4.8	8,39	7,52–9,35	B–	
5.0	10,43	9,35–11,64		
5.2	12,98	11,64–14,48	CCC+	CCC
5.4	16,15	14,48–18,01		
5.6	20,09	18,01–22,41	CCC–CC–	
5.8	47,34	22,41–99,99		
6.1		Drohende Zahlungsunfähigkeit (>90 Tage überfällig)		
6.2	100	Sanierung/Restrukturierung		
6.3		Sanierung mit Sanierungsbeiträgen	C, D-I, D-II	Default
6.4		Kündigung ohne Insolvenz		
6.5		Insolvenz		

Entsprechend dem Ansatz der Masterskala bleiben zum Zwecke der Vergleichbarkeit bei der Commerzbank-Masterskala die den Ratings zugeordneten Ausfallbänder unverändert (zeit- und portfolio stabil). Zur Orientierung sind externe Ratings gegenübergestellt. Da bei externen Ratings die beobachteten Ausfallraten von Jahr zu Jahr und teilweise auch zwischen unterschiedlichen Portfolios schwanken, ist eine direkte Überleitung aber nicht möglich.

Die Kreditkompetenzen einzelner Mitarbeiter wie auch die Kompetenzen der Komitees (Gesamtvorstand, Kreditkomitee, Sub-Kreditkomitees) sind nach Ratingklassen gestaffelt. Wichtigste Steuerungsgröße für das Kreditausfallrisiko sind die aus den Ratings abgeleiteten erwarteten Verluste (EL). Die Kreditrisikostategie gibt Zielwerte für einzelne Portfolioteile vor. Dadurch wird gewährleistet, dass die zu erwartende Risikovorsorge im Einklang mit der strategischen Ausrichtung der Bank, wie zum Beispiel dem Zielrating der Ratingagenturen oder der angestrebten Portfolioqualität und -zusammensetzung, gehalten wird.

(85) Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken (Marktrisiken) umfassen die Gefahr von Verlusten durch die Veränderung von Marktpreisen (Zinsen, Spreads, Devisen-, Aktienkurse und Commodities) oder preisbeeinflussenden Parametern (Volatilitäten, Korrelationen). Auch Risiken aus Beteiligungen im Bankbuch und Aktieneventrisiken (Modellierung von Aktienrisiken, die über den VaR hinausgehen wie zum Beispiel Insolvenz des Emittenten) stellen nach Definition der Commerzbank Marktpreisrisiken dar. Des Weiteren berücksichtigen wir das Marktliquiditätsrisiko, das Fälle abdeckt, in denen es der Bank aufgrund unzureichender Marktliquidität nicht möglich ist, risikobehaftete Positionen zeitgerecht im gewünschten Umfang zu liquidieren oder abzusichern.

Die Marktrisikosteuerung beruht auf einem ausgereiften Limitsystem in Verbindung mit bewährten und optimierten Risikomess- und Überwachungsmethoden. Die Commerzbank legt ihre Marktrisikolimits unter Berücksichtigung des ökonomischen Kapitalverbrauches (Risikotragfähigkeit) und der Geschäftserwartungen fest, wodurch eine risiko- und ertragsorientierte Steuerung des Marktpreisrisikos vorgenommen wird. Die Auslastung der Limits wird zusammen mit den relevanten Ergebniseffekten täglich an den Vorstand und die zuständigen Bereichsvorstände berichtet.

Zur täglichen Quantifizierung und Überwachung der Marktpreisrisiken werden mathematisch-statistische Ansätze zur Berechnung der VaR-Werte herangezogen. Die zugrunde liegenden statistischen Parameter basieren auf einer Beobachtungsperiode der letzten 255 Handelstage, einer zehntägigen Haltedauer und einem Konfidenzniveau von 99 %. Die VaR-Modelle werden kontinuierlich dem sich wandelnden Umfeld angepasst.

Bedingt durch die Übernahme der Dresdner Bank verwendet die Commerzbank in Abstimmung mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) interimistisch zwei parallele, jeweils durch die Aufsicht zertifizierte Marktrisikomodelle zur Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen. Für die Positionen der alten Commerzbank erfolgt die Berechnung des allgemeinen Marktrisikos auf Basis einer historischen Simulation, während das spezifische Zinsrisiko (spezifisches Marktrisiko) mittels Varianz-Kovarianz-Ansatz berechnet wird. Für die Positionen der ehemaligen Dresdner Bank wird im VaR-Modell aufgrund historischer Beobachtungen ein stochastisches Verhalten entsprechend der Gauß'schen Normalverteilung angenommen. Per Ende Oktober 2010 wurde die interne Steuerung auf ein neues Marktpreisrisikomodell basierend auf einer historischen Simulation (HistSim-Modell) umgestellt, um eine konsistente Risikomessung im Gesamtkonzern zu gewährleisten und die zukünftigen Anforderungen nach Basel III erfüllen zu können. Mit der Abnahme des HistSim-Modells durch die Bundesbank zur Nutzung auch für regulatorische Zwecke rechnet die Commerzbank im Geschäftsjahr 2011.

Durch die Anwendung von Backtestingverfahren wird die Zuverlässigkeit beider interner Modelle regelmäßig einer Überprüfung unterzogen. Ziel ist neben der Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen die Beurteilung und kontinuierliche Verbesserung der Prognosegüte. Die Anzahl der signifikanten Abweichungen bildet auch die Grundlage für die von den Aufsichtsbehörden durchgeführte Bewertung der internen Risikomodelle.

In der folgenden Tabelle ist das konzernweite regulatorische Marktrisiko des Handelsbestands inklusive der Währungsrisiken des Bankbuches dargestellt, so wie es auch im Rahmen der Berechnungen zur Eigenkapitalunterlegung Verwendung findet. Als VaR werden Verlustpotenziale ausgewiesen, die mit einem Wahrscheinlichkeitsgrad von 99 % bei einer Haltedauer von zehn Tagen nicht überschritten werden:

<u>Konzern</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>
	Mio €	
Minimum	165,2	174,6
Median	236,1	270,6
Maximum	320,8	358,1
Jahresendziffer	250,4	199,8

Da das VaR-Konzept eine Prognose für die möglichen Verluste unter normalen Marktbedingungen liefert, wird es in der Commerzbank zur Berücksichtigung möglicher extremer Szenarien durch die Berechnung von Stresstests ergänzt. Die Zielsetzung von Stresstests besteht darin, die Wirkung von Krisen, extremen Marktsituationen und großen Veränderungen von Korrelationen und Volatilitäten zu simulieren.

Im Rahmen der täglichen Berichterstattung werden Stresstests angewendet, die je Geschäftsbereich individuell auf die Risikofaktoren der einzelnen Portfolios abgestimmt sind. Portfolioübergreifende Stresstests simulieren die Auswirkungen historischer und zukünftig denkbarer Krisenszenarien auf den Gesamtkonzern. Das Gesamtbild wird durch monatliche spezifische Szenario-Analysen je Anlageklasse (zum Beispiel hypothetische Zins-, Aktien-, Währungs- und Credit-Spread-Szenarien) abgerundet.

(86) Zinsänderungsrisiken

Die Zinsänderungsrisiken des Commerzbank-Konzerns resultieren sowohl aus den Positionen des Handelsbuchs als auch des Bankbuchs. Im Bankbuch ergeben sich Zinsänderungsrisiken hauptsächlich aus Laufzeitinkongruenzen zwischen den zinstragenden Aktiva und Passiva der Bank, zum Beispiel aus der kurzfristigen Refinanzierung langlaufender Kredite. In die Messung der Zinsänderungsrisiken werden dabei die bilanziellen Zinspositionen sowie die zu ihrer Steuerung eingesetzten derivativen Finanzinstrumente einbezogen.

Die Zinsänderungsrisiken auf Konzernebene werden derzeit auf der Grundlage eines Barwertkonzepts gemessen.

Die im Vorjahr verwendete Darstellung der Zinsrisiken anhand der VaR-Kennzahl ersetzen wir in diesem Jahr durch die Darstellung der Zinssensitivitäten. Hierdurch wird eine bessere Vergleichbarkeit der Zahlen gewährleistet, da das der Berichterstattung zugrunde liegende VaR-Modell im abgelaufenen Geschäftsjahr durch das HistSim-Modell abgelöst wurde.

Zinssensitivität +1 Bp	31.12.2010	31.12.2009
	Mio €	
Bankbuch	-0,1	-0,2
Handelsbuch	-1,4	0,1
Konzern	-1,5	-0,1

Für die Bankbücher des Konzerns werden zudem nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben monatlich die Auswirkungen von Zinsänderungsschocks auf den ökonomischen Wert simuliert. Entsprechend der Bankenrichtlinie hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) eine für alle Institute einheitliche plötzliche und unerwartete Zinsänderung vorgegeben.

Die anzuwendende Zinsänderung beträgt derzeit +130 Basispunkte und -190 Basispunkte. Zum Jahresende gab es in beiden Szenarien einen leichten Gewinn, so dass der definierte Grenzwert für einen potentiellen Rückgang des haftenden Eigenkapitals (20 % für so genannte Ausreißerbanken) klar unterschritten wurde.

(87) Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko ist gemäß Solvabilitätsverordnung (SolV) definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition beinhaltet auch rechtliche Risiken.

Über die Risikosituation wird das Operational Risk Committee regelmäßig informiert. Es befasst sich insbesondere mit der Steuerung der operationellen Risiken im Konzern. Ziel ist es, den Erwarteten Verlust aus OpRisk unter Kosten-Nutzen-Überlegungen zu optimieren sowie das Schadenspotenzial aus dem Unerwarteten Verlust zu minimieren. Hierbei verfolgt das Operational Risk Committee eine End-to-end-Sicht auf die Prozesse in der Bank, mit dem Ziel der Risikofrüherkennung. Das Operational Risk Committee befasst sich ferner mit allen Themen, die in Zusammenhang mit der AMA-Umsetzung im Konzern stehen beziehungsweise sich aus den MaRisk zu OpRisk ergeben. Das Operational Risk Committee ist insbesondere für die Umsetzung der Grundsätze gemäß § 280 SolV verantwortlich, die operativ in den Aufgabenbereich des Group Risk Control & Capital Management (GRM-CC) fallen.

Das Operational-Risk-Profil des Konzerns, ausgedrückt über die eingetretenen Ereignisse (Verluste und Rückstellungen) pro Ereigniskategorie gemäß § 287 SolV, zeigt, dass rund 91 % der Schäden (Vorjahr: 83 %) in den beiden Ereigniskategorien Produktbezogene Schäden sowie Prozessuale Fehler eingetreten sind. GRM-CC führt regelmäßige Benchmarks der Werte im Vergleich zu Daten der Operational Riskdata eXchange, ORX, sowie zu öffentlichen Daten durch; diese zeigen vergleichbare Verteilungen.

OpRisk-Ereignisse	31.12.2010		31.12.2009	
	Mio €	in %	Mio €	in %
Interner Betrug	9,9	3,6	16,3	6,0
Externer Betrug	8,6	3,1	29,3	10,7
Sachschäden und Systemausfälle	1,6	0,6	1,3	0,5
Produktbezogene Schäden	195,8	71,4	148,8	54,7
Prozessuale Fehler	56,2	20,5	76,3	28,0
Das Arbeitsverhältnis betreffende Fehler	2,3	0,8	0,2	0,1
Konzern	274,4	100,0	272,2	100,0

(88) Kreditrisikokonzentration

Konzentrationen von Ausfallrisiken (Kreditrisikokonzentrationen) können durch Geschäftsbeziehungen mit einzelnen Schuldern oder Schuldnergruppen entstehen, die eine Reihe gemeinsamer Merkmale aufweisen

und deren Fähigkeit zur Schuldentilgung gleichermaßen von der Veränderung bestimmter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen abhängt. Neben der Einholung von Sicherheiten und der Anwendung einer einheitlichen Kreditvergabepolitik ist die Bank zur Minimierung von Kreditrisiken eine Reihe von Master Netting Agreements eingegangen, die das Recht zur Verrechnung von Ansprüchen und Verpflichtungen mit einem Kunden im Falle des Ausfalls oder der Insolvenz des Kunden sicherstellen. Die Kreditrisiken im Bereich der Forderungen an Kunden stellten sich nach Buchwerten zum 31. Dezember 2010 wie folgt dar:

	Forderungen	
	31.12.2010	31.12.2009
	Mio €	
Kunden in Deutschland	207.690	217.987
Firmenkunden	97.316	98.150
Verarbeitendes Gewerbe	22.291	26.674
Baugewerbe	2.489	4.146
Handel	8.845	8.738
Dienstleistungen und Übrige	63.691	58.592
Öffentliche Haushalte	35.574	37.256
Privatkunden	74.800	82.581
Kunden außerhalb Deutschlands	129.182	143.496
Firmen- und Privatkunden	120.285	134.817
Öffentliche Haushalte	8.897	8.679
Zwischensumme	336.872	361.483
abzüglich Wertberichtigungen	-9.117	-9.289
Gesamt	327.755	352.194

Die Kreditrisiken im Bereich der Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen stellten sich nach Buchwerten zum 31. Dezember 2010 wie folgt dar:

	Eventualverbindlichkeiten, unwiderrufliche Kreditzusagen	
	31.12.2010	31.12.2009
	Mio €	
Kunden und Kreditinstitute in Deutschland	46.424	58.337
Kreditinstitute	1.374	1.166
Firmenkunden	42.811	55.319
Verarbeitendes Gewerbe	15.082	25.312
Baugewerbe	1.769	2.085
Handel	3.239	3.186
Dienstleistungen und Übrige	22.721	24.736
Öffentliche Haushalte	379	106
Privatkunden	1.860	1.746
Kunden und Kreditinstitute außerhalb Deutschlands	52.794	52.238
Kreditinstitute	9.102	7.827
Firmen- und Privatkunden	43.051	43.429
Öffentliche Haushalte	641	982
Zwischensumme	99.218	110.575
abzüglich Rückstellungen	-556	-539
Gesamt	98.662	110.036

Die in den obigen Tabellen aufgeführten Buchwerte zur Kreditrisikokonzentration im Bereich der Forderungen sowie im Bereich der Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen sind nicht Gegenstand der internen Risikosteuerung, da das Management von Kreditrisiken auch Sicherheiten, Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie andere ökonomische Faktoren berücksichtigt. Insofern sind die Beträge nicht repräsentativ für die tatsächliche Einschätzung der Kreditrisikokonzentration in der Bank.

(89) Maximales Kreditrisiko

Die maximale Kreditrisikoexposition gemäß IFRS 7 – ohne Berücksichtigung von Sicherheiten oder sonstigen Kreditverbesserungen- entspricht den Buchwerten der betreffenden bilanziellen Vermögenswerte je Klasse; bei unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten den

Nominalwerten. In nachfolgender Tabelle sind die Buch- beziehungsweise Nominalwerte der mit einem potenziellen Ausfallrisiko behafteten Finanzinstrumente zusammengefasst:

Maximales Kreditrisiko	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
		Mio €	
Schuldverschreibungen und andere zinsbezogene			
Wertpapiere unter	145.608	157.780	-7,7
Handelsaktiva	32.115	29.748	8,0
Finanzanlagen	113.493	128.032	-11,4
Forderungen an Kreditinstitute	110.956	107.209	3,5
Forderungen an Kunden	336.872	361.483	-6,8
Positive Marktwerte aus derivativen			
Finanzinstrumenten	128.704	183.659	-29,9
Handelsaktiva	123.743	177.307	-30,2
Sicherungsinstrumente gemäß IAS 39	4.961	6.352	-21,9
Sonstige Handelsaktiva	263	2.671	-90,2
Unwiderrufliche Kreditzusagen	60.566	69.281	-12,6
Eventualverbindlichkeiten	38.096	40.755	-6,5

Die in obiger Tabelle aufgeführten Beträge zum maximalen Kreditrisikovolumen sind nicht Gegenstand der internen Risikosteuerung, da das Management von Kreditrisiken auch Sicherheiten, Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie andere ökonomische Faktoren berücksichtigt. Insofern sind die Beträge nicht repräsentativ für die tatsächliche Risikoeinschätzung durch die Bank.

(90) Liquiditätskennzahl der Commerzbank Aktiengesellschaft

Die Liquidität eines Instituts gilt als ausreichend, wenn die zu ermittelnde Liquiditätskennzahl den Wert 1 nicht unterschreitet. Die Liquiditätskennzahl gibt das Verhältnis zwischen den ab Meldestichtag bis zum Ende des folgenden Monats (Laufzeitband 1) zur Verfügung stehenden Zahlungsmitteln und den während dieses Zeitraums zu erwartenden Zahlungsabflüssen an. In der Commerzbank Aktiengesellschaft wurde 2010 das als Standardansatz umgesetzte Konzept der Liquiditätsverordnung angewendet.

Zum 31. Dezember 2010 betrug die von der Commerzbank Aktiengesellschaft ermittelte Liquiditätskennzahl 1,08 (Vorjahr: 1,20). Der Liquiditätsüberhang aus dem Laufzeitband 1 erreichte 20,4 Mrd Euro (Vorjahr: 52,0 Mrd Euro). Die Liquiditätskennzahlen der Commerzbank Aktiengesellschaft im Jahr 2010 stellten sich wie folgt dar:

	Stand am Monatsende		Stand am Monatsende
Januar	1,18	Juli	1,12
Februar	1,19	August	1,12
März	1,19	September	1,11
April	1,15	Oktober	1,11
Mai	1,14	November	1,09
Juni	1,16	Dezember	1,08

Sonstige Erläuterungen

(91) Nachrangige Vermögenswerte

In den Bilanzaktiva waren folgende Nachrangige Vermögenswerte enthalten:

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
		Mio €	
Forderungen an Kreditinstitute	66	62	6,5
Forderungen an Kunden	529	214	.
Handelsaktiva	222	37	.
Finanzanlagen	41	101	-59,4
Gesamt	858	414	.

darunter: an Kreditinstitute, mit denen ein

Beteiligungsverhältnis besteht	1	—	.
--------------------------------------	---	---	---

Als nachrangig sind Vermögenswerte anzusehen, wenn sie als Forderungen im Fall der Liquidation oder der Insolvenz des Emittenten erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen.

(92) Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen

Der Commerzbank-Konzern ermöglicht seinen Kunden durch Kreditfazilitäten schnellen Zugriff auf Gelder, die von den Kunden zur Erfüllung ihrer kurzfristigen Verpflichtungen sowie der langfristigen Finanzierungsbedürfnisse benötigt werden. Die Kreditfazilitäten können in unterschiedlicher Form bereitgestellt werden, die wir nachstehend beispielhaft aufführen:

- Bürgschaften, mit denen der Konzern die Rückzahlung eines von einem Kunden bei einem Dritten aufgenommenen Kredits garantiert,
- Stand-by-Letters-of-Credit, die die Kreditwürdigkeit des Kunden erhöhen und seine Außenhandelsfinanzierung zu niedrigeren Kosten erleichtern,
- Dokumentenakkreditive für Zahlungen im Außenhandel, die im Namen eines Kunden erfolgen und dem Konzern später erstattet werden,
- Stand-by-Fazilitäten für kurzfristige Schuldtitel und auf revolvingender Basis begebene Schuldtitel, mit denen Kunden bei Bedarf Geldmarktpapiere oder mittelfristige Schuldtitel begeben können, ohne jedes Mal das übliche Emissionsprozedere zu durchlaufen.

Gegebenenfalls dienen Sicherheiten für das Gesamtbligo von Kunden aus Krediten und Avalen. Daneben gibt es Unterbeteiligungen Dritter zu unwiderruflichen Kreditzusagen und Avalen.

Die in der folgenden Tabelle genannten Zahlen wären nur im Falle der vollständigen Ausnutzung der Fazilitäten durch sämtliche Kunden und den darauf folgenden Zahlungsverzug aller -unter der Voraussetzung, dass keine Sicherheiten vorhanden sind – abzuschreiben. Tatsächlich verfällt jedoch der weitaus größte Teil dieser Verpflichtungen, ohne in Anspruch genommen zu werden. Insofern sind diese Beträge nicht repräsentativ für die Risikoeinschätzung, das tatsächliche künftige Kreditengagement oder daraus erwachsende Liquiditätserfordernisse. Weitere Informationen zum Kreditrisiko aus Finanzgarantien beziehungsweise unwiderruflichen Kreditzusagen sowie zu Liquiditätsrisiken und deren Steuerung und Überwachung enthält der Risikobericht.

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
	Mio €		
Eventualverbindlichkeiten	38.096	40.755	– 6,5
aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	3	3	0,0
aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	38.087	40.603	– 6,2
Kreditbürgschaften	3.632	6.031	– 39,8
Sonstige Bürgschaften	27.256	27.228	0,1
Akkreditive	6.939	7.036	– 1,4
Garantien für ABS Verbriefungen	—	13	.
Sonstige Gewährleistungen	260	295	– 11,9
Sonstige Verpflichtungen	6	149	– 96,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	60.566	69.281	– 12,6
Buchkredite an Kreditinstitute	1.442	899	60,4
Buchkredite an Kunden	56.058	65.101	– 13,9
Avalkredite	3.016	3.247	– 7,1
Akkreditive	50	34	47,1
Gesamt	98.662	110.036	– 10,3

Die Restlaufzeiten der Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen insgesamt stellten sich wie folgt dar:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
	Mio €		
Täglich fällig	2.307	1.773	30,1
Bis drei Monate	29.641	34.409	– 13,9
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	20.729	24.162	– 14,2
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	41.322	45.529	– 9,2
Mehr als fünf Jahre	4.663	4.163	12,0
Gesamt	98.662	110.036	– 10,3

Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen wurde in diesen Aufstellungen von den entsprechenden Posten gekürzt.

(93) Echte Pensionsgeschäfte (Repo- und Reverse-Repo-Geschäfte), Wertpapierleihgeschäfte und Cash Collaterals

Im Rahmen echter Pensionsgeschäfte verkauft beziehungsweise kauft der Commerzbank-Konzern Wertpapiere mit einer Rücknahmeverpflichtung beziehungsweise Rückgabeverpflichtung. Die erhaltenen Gegenwerte aus Pensionsgeschäften, bei denen der Commerzbank-Konzern Pensionsgeber ist (Rücknahmeverpflichtung der Wertpapiere), werden als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder Kunden bilanziert.

Wertpapierleihgeschäfte werden mit Kreditinstituten und Kunden getätigt, um dem Bedarf zur Erfüllung von Lieferverpflichtungen nachzukommen oder am Geldmarkt Wertpapierpensionsgeschäfte tätigen zu können. Die verliehenen Wertpapiere weisen wir in unserer Bilanz im Handelsbestand oder in den Finanzanlagen aus, während entliehene Wertpapiere nicht bilanziert werden. Die aus Wertpapierleihgeschäften resultierenden Aufwendungen und Erträge wurden, soweit sie das abgelaufene Geschäftsjahr betreffen, in der Gewinn- und Verlustrechnung laufzeitgerecht im Zinsergebnis berücksichtigt.

Im Rahmen von Wertpapierleihgeschäften kann das Bonitätsrisiko des Kontrahenten durch die Stellung von Sicherheiten unter anderem in Form von Liquidität vermieden werden. Die Stellung von Sicherheiten für ein Leihgeschäft wird als Cash Collateral Out (gezahlte Sicherheitsleistung) und der Erhalt von Sicherheiten als Cash Collateral In (erhaltene Sicherheitsleistungen) bezeichnet. Darüber hinaus werden Cash Collateral Outs im Zusammenhang mit Derivaten als Sicherheiten hinterlegt.

Die zum Bilanzstichtag abgeschlossenen echten Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihgeschäfte sowie die Cash Collaterals stellten sich wie folgt dar:

Pensions- und Leihgeschäfte	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
		Mio €	
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsgeber (Repo-Agreements)			
Buchwerte der übertragenen Wertpapiere	57.166	56.711	0,8
Erhaltene Sicherheitsleistungen			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	28.481	25.643	11,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13.923	15.423	-9,7
Verliehene Wertpapiere aus Leihgeschäften			
Buchwerte der übertragenen Wertpapiere	14.005	8.315	68,4
Erhaltene Sicherheitsleistungen			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15.535	5.913	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.183	2.196	90,5
Summe der Buchwerte der übertragenen Wertpapiere	71.171	65.026	9,5
Summe der erhaltenen Sicherheiten	62.122	49.175	26,3
Echte Pensionsgeschäfte als Pensionsnehmer (Reverse-Repo-Agreements)			
Marktwerte der erhaltenen Wertpapiere	81.478	73.198	11,3
Gezahlte Sicherheitsleistungen			
Forderungen an Kreditinstitute	40.528	42.336	-4,3
Forderungen an Kunden	25.148	18.099	38,9
Entliehene Wertpapiere aus Leihgeschäften			
Marktwerte der erhaltenen Wertpapiere	28.914	21.182	36,5
Gezahlte Sicherheitsleistungen			
Forderungen an Kreditinstitute	28.159	16.527	70,4
Forderungen an Kunden	4.815	4.263	12,9
Summe der Marktwerte der erhaltenen Wertpapiere	110.392	94.380	17,0
Summe der geleisteten Sicherheiten	98.650	81.225	21,5

Den Buchwerten der verliehenen Wertpapiere in Höhe von 14.005 Mio Euro (Vorjahr 8.315 Mio Euro) standen neben den zugehörigen Verbindlichkeiten von 19.718 Mio Euro (Vorjahr: 8.109 Mio Euro) auch 1.721 Mio Euro Wertpapiere (Vorjahr: 2.919 Mio Euro) als Sicherheiten gegenüber. Die Forderungen und Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften werden nach Netting dargestellt.

(94) Erhaltene Sicherheiten

Die beizulegenden Zeitwerte der erhaltenen Sicherheiten, für die das Recht besteht, diese ohne Ausfall des Sicherungsgebers weiter-zuveräußern oder -zuverpfänden, stellten sich wie folgt dar:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio €	
Gesamtbetrag der erhaltenen Sicherheiten	135.068	86.977	55,3
darunter:	24.676	17.735	39,1
weiterveräußert oder weiterverpfändet darunter: ... mit Rückgabeverpflichtung	—	—	.

Die Transaktionen wurden unter den handelsüblichen und gebräuchlichen Bedingungen für Wertpapierleih- und -pensionsgeschäfte sowie Darlehensgeschäfte ausgeführt.

(95) Treuhandgeschäfte

Die in der Bilanz nicht auszuweisenden Treuhandgeschäfte hatten am Bilanzstichtag folgenden Umfang:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio €	
Forderungen an Kreditinstitute	303	14	.
Forderungen an Kunden	838	530	58,1
Sonstige Vermögenswerte	495	777	-36,3
Treuhandvermögen	<u>1.636</u>	<u>1.321</u>	<u>23,8</u>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	67	32	.
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.569	1.289	21,7
Treuhandverbindlichkeiten	<u>1.636</u>	<u>1.321</u>	<u>23,8</u>

(96) Eigenmittelanforderungen und Kapitalquoten

Das novellierte Kreditwesengesetz und die Solvabilitätsverordnung als nationale Umsetzung von Basel II verpflichten die deutschen Institute zur Einhaltung von Mindestkapitalquoten. Danach müssen Kreditinstitute ihre gewichteten Risikoaktiva mit mindestens 8 % Eigenmitteln unterlegen (Eigenmittelquote). Für die Unterlegung der Risikoaktiva mit Kernkapital wird durchgängig eine Quote von mindestens 4 % verlangt (Kernkapitalquote).

Die Eigenmittel setzen sich aus Kern- und Ergänzungskapital zuzüglich Drittrangmitteln zusammen. Das Kernkapital besteht im Wesentlichen aus Gezeichnetem Kapital zuzüglich Rücklagen, den Stillen Einlagen, dem Hybridkapital sowie den Anteilen in Fremdbesitz, vermindert um Abzugsposten wie Geschäfts- oder Firmenwerte, Beteiligungen und immaterielle Vermögenswerte. Zum Ergänzungskapital gehören Genussrechtskapital und langfristige nachrangige Verbindlichkeiten. Unter den Drittrangmitteln werden kurzfristige nachrangige Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Das Kapitalmanagement der Commerzbank dient den folgenden Zielen:

- Einhaltung der gesetzlichen Mindestkapitalanforderungen auf Konzernbasis sowie in allen Konzerngesellschaften der aufsichtsrechtlichen Gruppe
- Bereitstellung von ausreichend Puffer zur Sicherstellung der jederzeitigen Handlungsfähigkeit der Bank
- strategische Zuordnung von Kernkapital auf Segmente und Geschäftsfelder zur Nutzung von Wachstumschancen

Im Zuge der Finanzmarktkrise ist die Bedeutung eines angemessenen Kernkapitals für Banken immer stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Für die Commerzbank hat das Kernkapital schon immer eine wesentliche Steuerungsgröße dargestellt. Dabei gehen die Ansprüche der Bank an die Kapitalquoten weit über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus. Bei der Festlegung der angestrebten internen Kapitalquoten spielen neben der Risikotragfähigkeit der Bank auch Markterwartungen eine wichtige Rolle. Aus diesem Grund hat die Commerzbank einen Zielkorridor für das regulatorische Kapital definiert; dieser liegt für das Kernkapital aktuell bei rund 9 % bis 10 %, der für die Eigenmittel zwischen 10,5 % und 12,5 %.

Die Allokation des Kernkapitals erfolgt in einem regelmäßig wiederkehrenden Prozess, in dem die strategische Ausrichtung der Bank, profitable Neugeschäftsmöglichkeiten im Kerngeschäft der einzelnen Geschäftsfelder sowie Risikotragfähigkeitsaspekte Eingang finden.

Alle Kapitalmaßnahmen – sowohl die Emission von Eigenkapital als auch ein potenzieller Aktienrückkauf – werden im Rahmen der von der Hauptversammlung erteilten Ermächtigungen vom zentralen Asset-Liability-Committee der Bank vorgeschlagen und vom Gesamtvorstand beschlossen. Im vergangenen Jahr hat die Commerzbank die an sie gestellten gesetzlichen Mindestkapitalanforderungen, ebenso wie die deutlich strengeren Anforderungen der SoFFin jederzeit eingehalten. Die Zusammensetzung der Eigenmittel im Commerzbank-Konzern zeigte folgendes Bild:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio €	
Kernkapital (TIER 1)			
Gezeichnetes Kapital	3.047	3.071	-0,8
Rücklagen, Fremdanteile, eigene Aktien	8.276	6.025	37,4
Stille Einlagen	16.428	17.604	-6,7
Hybrides Kapital	4.999	3.820	30,9
Sonstiges	-1.023	-1.000	2,3
Gesamt	<u>31.727</u>	<u>29.520</u>	<u>7,5</u>
Ergänzungskapital (TIER II)			
Hybrides Kapital	—	—	.
Genussrechte	674	2.405	-72,0
Reserven in Wertpapieren (Ansatz 45 %)	148	148	0,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	9.328	10.338	-9,8
Sonstiges	-1.020	-998	2,2
Gesamt	<u>9.130</u>	<u>11.893</u>	<u>-23,2</u>
Drittangemittel	<u>—</u>	<u>24</u>	<u>.</u>
Anrechenbare Eigenmittel	<u>40.857</u>	<u>41.437</u>	<u>-1,4</u>

Aufgrund der Änderungen des KWG durch die CRD II werden seit dem 31. Dezember 2010 nur noch die Stillen Einlagen des SoFFin als Stille Einlagen ausgewiesen. Die Stille Einlage der Allianz sowie die von der HT1 Funding GmbH gehaltene Stille Einlage werden regulatorisch seitdem als Hybridkapital im Kernkapital erfasst. Für den bilanziellen Ausweis ergaben sich hierdurch keine Änderungen. Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen und Kapitalquoten stellten sich wie folgt dar:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio €	
Eigenmittelanforderung Kreditrisiko	18.595	19.705	-5,6
Eigenmittelanforderung Marktrisiko	1.059	1.144	-7,4
Eigenmittelanforderung Operationelles Risiko	1.746	1.562	11,8
Eigenmittelanforderung gesamt	<u>21.400</u>	<u>22.411</u>	<u>-4,5</u>
Anrechenbare Eigenmittel	40.857	41.437	-1,4
Kernkapitalquote	11,9	10,5	
Eigenmittelquote	15,3	14,8	

Überleitungsrechnung vom ausgewiesenen Konzernkapital zu den anrechenbaren Eigenmitteln:

31.12.2010	<u>Kernkapital/ Eigenkapital</u>	<u>Ergänzungs-/ Nachrangkapital</u> Mio €	Gesamt
Bilanziell ausgewiesen	28.658	12.910	41.568
Neubewertungsrücklage	1.731		1.731
Bewertungsergebnis aus Cash Flow Hedges	1.005		1.005
Nicht im Kernkapital auszuweisende Anteile im Fremdbesitz (unter anderem Neubewertungsrücklage, Rücklage aus Cash Flow Hedges),			
Unterschiede im Konsolidierungskreis und Firmenwerte	- 1.775		- 1.775
Sonstiges Kapital mit 15 % Anrechnungsgrenze	3.158		3.158
Sonstiges Kapital mit 35 % Anrechnungsgrenze	1.841		1.841
Umgliederung von den stillen Einlagen zum sonstigen Kapital	- 750		- 750
Nicht anrechenbare Teile des Nachrang-kapitals wegen Restlaufzeitbeschränkung		- 1.918	- 1 918
Latente Neubewertungsrücklagen für Wertpapiere		148	148
Sonstiges	- 2.141	- 2.010	- 4 151
Anrechenbare Eigenmittel	<u>31.727</u>	<u>9.130</u>	<u>40.857</u>

(97) Absicherung von Krediten

Durch den Einsatz von Kreditderivaten (zum Beispiel Credit Default Swaps, Total Return Swaps, Credit Linked Notes) kann die Risikoanrechnung eines Kreditportfolios verringert werden. Dabei kann sich die Sicherungswirkung eines Kreditderivates sowohl auf einzelne Kredite oder Wertpapiere als auch auf Kreditoder Wertpapierportfolios beziehen. Die Sicherheitenstellung erfolgt in der Regel im Rahmen einer synthetischen Verbriefung durch Credit Default Swap (CDS) und/oder durch Credit Linked Notes (CLN). Hiermit können drei wesentliche Ziele erreicht werden:

- Risikodiversifikation (Reduzierung von Kreditrisiken im Portfolio, insbesondere Klumpenrisiken),
- Eigenkapitalentlastung (durch Übertragung der Kreditrisiken auf Investoren wird eine Reduzierung der regulatorischen Eigenkapitalanforderungen nach Solvabilitätsverordnung erreicht) und
- Refinanzierung (Nutzung von Verbriefungen als alternatives Kapitalbeschaffungsinstrument zu ungedeckten Inhaberschuldverschreibungen).

Zum Ende des Geschäftsjahres 2010 hatte der Commerzbank-Konzern (Commerzbank Aktiengesellschaft und drei Tochtergesellschaften) sechs Verbriefungs-Transaktionen als Sicherungsnehmer aufgelegt.

Die vertragliche Laufzeit (Legal Maturity Date) liegt zwischen 10 und 76 Jahren. Insgesamt waren Ende Dezember 2010 Kundenkredite in Höhe von 9,2 Mrd Euro abgesichert. Die Entlastung der gewichteten Risikoaktiva betrug 2,1 Mrd Euro.

Name der Transaktion	Sicherungsnehmer	Jahr des Abschlusses	Laufzeit der Transaktion in Jahren	Forderungsart	Entlastung der gewichteten Risikoaktiva	
					Kreditvolumen Mio €	Risikoaktiva Mio €
CoCo Finance 2006-1	Commerzbank Aktiengesellschaft, Commerzbank International S.A., Commerzbank (Eurasija) SAO	2006	10	nationale und internationale Großkunden	4.377	329
Cosmo Finance 2007-1	Commerzbank Aktiengesellschaft	2007	20	Mittelstandskunden	1.972	820
Cosmo Finance 2008-1	Commerzbank Aktiengesellschaft	2008	14	Mittelstandskunden	1.381	551
Provide GEMS 2002-1 PLC	Eurohypo Aktiengesellschaft	2002	45	wohnungswirtschaftliches Portfolio	238	59
Semper Finance 2006-1	Eurohypo Aktiengesellschaft	2006	76	Project Castle - gewerbliches Portfolio	707	206
Semper Finance 2007-1	Eurohypo Aktiengesellschaft	2007	36	gewerbliches Portfolio	525	167
					9.200	2.132

(98) Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter

	2010			2009		
	Gesamt	männlich	weiblich	Gesamt	männlich	weiblich
Im Konzern	57.676	31.141	26.535	63.267	34.680	28.587
In Deutschland	43.378	21.776	21.602	45.299	22.912	22.387
Außerhalb Deutschlands	14.298	9.365	4.933	17.968	11.768	6.200

Die obigen Zahlen enthalten sowohl Vollzeit- als auch Teilzeitkräfte. In der Zahl der Arbeitnehmer sind die im Konzern durchschnittlich in Ausbildung befindlich gewesenen Arbeitnehmer nicht enthalten. Die durchschnittliche Arbeitszeit der Teilzeitkräfte betrug 59 % (Vorjahr: 60 %) der Normalarbeitszeit.

	2010			2009		
	Gesamt	männlich	weiblich	Gesamt	männlich	weiblich
Auszubildende	2.616	1.313	1.303	2.282	1.021	1.261

(99) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

a) Geschäftsbeziehungen

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit kommt es zwischen der Commerzbank Aktiengesellschaft und/oder deren konsolidierten Gesellschaften zu Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen. Hierzu gehören beherrschte, aber aus Gründen der Wesentlichkeit nicht konsolidierte Gesellschaften, at-Equity-bewertete Unternehmen, Beteiligungen, unternehmensexterne Versorgungsträger zur betrieblichen Altersversorgung der Mitarbeiter der Commerzbank Aktiengesellschaft, Personen in Schlüsselpositionen und deren Angehörige sowie von diesem Personenkreis beherrschte Unternehmen. Zu den Personen in Schlüsselpositionen zählen ausschließlich die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Commerzbank Aktiengesellschaft.

Der Anteilsbesitz von 25 % plus einer Aktie gewährt dem Bund als Träger der Finanzmarktstabilisierungsanstalt, die den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) verwaltet, die Möglichkeit einen maßgeblichen Einfluss auf die Commerzbank Aktiengesellschaft auszuüben. Demnach zählen der Bund sowie der Kontrolle der Bundesrepublik Deutschland unterstehende Unternehmen (Bundesunternehmen) zum Kreis der nahestehenden Unternehmen und Personen nach IAS 24. Die Beziehungen zu Bundesunternehmen zeigen wir im Folgenden getrennt von den Beziehungen zu den übrigen nahestehenden Unternehmen und Personen.

Aktiva, Passiva und außerbilanzielle Posten in Verbindung mit nahestehenden Unternehmen (ohne Bundesunternehmen) und Personen stellten sich im Berichtsjahr folgendermaßen dar:

<u>Aktiva</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	Veränderung in %
		Mio €	
Forderungen an Kreditinstitute	617	923	-33,2
Tochterunternehmen	—	—	
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	617	923	-33,2
Forderungen an Kunden	1.359	1.042	30,4
Tochterunternehmen	321	289	11,1
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.032	750	37,6
Personen in Schlüsselpositionen	3	3	0,0
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen	3	—	.
Handelsaktiva	1.285	1.692	-24,1
Tochterunternehmen	1.285	1.692	-24,1
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—	—	.
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen	—	—	.
Finanzanlagen	82	39	.
Tochterunternehmen	69	38	81,6
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9	—	.
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen	4	1	.
Sonstige Aktiva	298	—	.
Tochterunternehmen	—	—	.
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	298	—	.
Gesamt	3.641	3.696	-1,5
<u>Passiva</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	Veränderung in %
		Mio €	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5	6	-16,7
Tochterunternehmen	—	—	.
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5	6	-16,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.607	1.512	6,3
Tochterunternehmen	208	102	.
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	117	197	-40,6
Personen in Schlüsselpositionen	10	11	-9,1
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen	1.272	1.202	5,8
Handelsspassiva	2.021	1.495	35,2
Tochterunternehmen	2.021	1.495	35,2
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—	—	.
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen	—	—	.
Sonstige Passiva	16	—	.
Tochterunternehmen	9	—	.
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7	—	.
Gesamt	3.649	3.013	21,1
<u>Außerbilanzielle Posten</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	Veränderung in %
		Mio €	
Garantien und Sicherheiten gewährt an	590	131	.
Tochterunternehmen	36	16	.
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	554	115	.
Personen in Schlüsselpositionen	—	—	.
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen	—	—	.
Garantien und Sicherheiten erhalten von	7	35	-80,0
Tochterunternehmen	7	20	-65,0
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—	15	.
Personen in Schlüsselpositionen	—	—	.
Sonstige nahestehende Unternehmen/Personen	—	—	.

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden waren unter den Sonstigen nahestehenden Unternehmen 1,3 Mrd Euro (Vorjahr: 1,2 Mrd Euro) für unternehmensexterne Versorgungsträger enthalten.

Aus Kreditverträgen und Einlagen sowie erbrachten Dienstleistungen in Verbindung mit nahestehenden Unternehmen und Personen (ohne Bundesunternehmen) ergaben sich folgende Aufwendungen und Erträge:

<u>Erträge</u>	<u>1.1.-31.12.2010</u>	<u>1.1.-31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio €	
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen			
Zinsen	60	12	.
Provisionen	2	16	- 87,5
Lieferungen und Leistungen	—	4	.
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht			
Zinsen	114	59	93,2
Provisionen	12	21	- 42,9
Lieferungen und Leistungen	—	5	.
Personen in Schlüsselpositionen			
Zinsen	—	—	.
Provisionen	—	—	.
Lieferungen und Leistungen	—	—	.
Sonstige nahestehende Unternehmen/ Personen			
Zinsen	—	—	.
Provisionen	—	—	.
Lieferungen und Leistungen	—	—	.
Summen			
Zinsen	174	71	.
Provisionen	14	37	- 62,2
Lieferungen und Leistungen	—	9	.
Aufwendungen			
	<u>1.1.-31.12.2010</u>	<u>1.1.-31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio €	
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen			
Zinsen	—	7	.
Provisionen	33	15	.
Lieferungen und Leistungen	48	14	.
Abschreibungen/Wertminderungen	—	—	.
Anteile an at-Equity-bewerteten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht			
Zinsen	—	10	.
Provisionen	—	—	.
Lieferungen und Leistungen	9	11	- 18,2
Abschreibungen/Wertminderungen	—	—	.
Personen in Schlüsselpositionen			
Zinsen	—	—	.
Provisionen	—	—	.
Lieferungen und Leistungen	—	—	.
Abschreibungen/Wertminderungen	—	—	.
Sonstige nahestehende Unternehmen/ Personen			
Zinsen	56	59	- 5,1
Provisionen	—	—	.
Lieferungen und Leistungen	—	—	.
Abschreibungen/Wertminderungen	—	—	.
Summen			
Zinsen	56	76	- 26,3
Provisionen	33	15	.
Lieferungen und Leistungen	57	25	.
Abschreibungen/Wertminderungen	—	—	.

Die Forderungen an Personen in Schlüsselpositionen stellten sich wie folgt dar:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Tsd €	
Vorstand	2.647	2.304	14,9
Aufsichtsrat	484	650	-25,5
Summe	<u>3.131</u>	<u>2.954</u>	<u>6,0</u>

Bankkredite an Vorstände wurden mit Laufzeiten von bis auf Weiteres und letzter Fälligkeit im Jahr 2038 sowie zu Zinssätzen zwischen 2,8 % und 5,5 %, bei Überziehungen in Einzelfällen bis zu 10,7 % gewährt. Die Besicherung erfolgte zu marktüblichen Bedingungen, soweit erforderlich mit Grundschulden oder Pfandrechten.

Die Kredite an Mitglieder des Aufsichtsrates wurden mit Laufzeiten von bis auf Weiteres und letzter Fälligkeit im Jahr 2040 sowie zu Zinssätzen zwischen 3,8 % und 7,7 %, bei Überziehungen in Einzelfällen bis zu 10,7 % herausgelegt. Die Besicherung erfolgte zu marktüblichen Bedingungen soweit erforderlich mit Grundschulden oder Pfandrechten.

Die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat standen im Berichtsjahr, mit Ausnahme von Mietavalen, nicht in einem Haftungsverhältnis mit den Gesellschaften des Commerzbank-Konzerns.

Die mit nahestehenden Unternehmen und Personen getätigten Bankgeschäfte wurden zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen.

Geschäfte mit Bundesunternehmen

Der Commerzbank-Konzern wickelt Geschäfte mit Bundesunternehmen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit grundsätzlich zu marktgerechten Bedingungen und Konditionen ab. Einzelheiten der Beziehungen zum SoFFin sind in der Note 74 angegeben. Nachstehende Tabelle enthält die am 31. Dezember 2010 bestehenden Vermögenswerte und Verpflichtungen aus Geschäften mit Bundesunternehmen:

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>	<u>Veränderung in %</u>
		Mio €	
Barreserve	1.111	3.633	-69,4
Forderungen an Kreditinstitute	726	213	.
Forderungen an Kunden	2.991	2.378	25,8
Handelsaktiva	5.040	2.628	91,8
Finanzanlagen	7.079	6.209	14,0
Gesamt	<u>16.947</u>	<u>15.061</u>	<u>12,5</u>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15.262	24.260	-37,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	88	90	-2,2
Nachrangkapital	16.428	16.428	0,0
Gesamt	<u>31.778</u>	<u>40.778</u>	<u>-22,1</u>
Garantien und Sicherheiten			
gewährt	298	3	.
erhalten	5.000	5.000	0,0

Bei den unter Handelsaktiva beziehungsweise Finanzanlagen ausgewiesenen Finanzinstrumenten handelt es sich um Fremdkapitalinstrumente. Die auf Geschäfte mit Bundesunternehmen entfallenden Aufwendungen und Erträge stellten sich wie folgt dar:

	<u>31.12.2010</u>	
	<u>Aufwendungen</u>	<u>Erträge</u>
	Mio €	
Zinsen	27	163
Provisionen	48	—
Lieferungen und Leistungen	—	8
Abschreibungen/Wertminderungen	—	—

b) Vergütungen für Personen in Schlüsselpositionen

Eine detaillierte Beschreibung der Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates wird im Vergütungsbericht (Seiten 51 ff.) wiedergegeben. Ohne Berücksichtigung des in

der Berechnung der Pensionsverpflichtungen berücksichtigten Dienstzeitaufwands sowie der Arbeitgeberanteile zum BVV und zur Rentenversicherung für die Mitglieder des Vorstands belief sich die gesamte Vergütung für die Organmitglieder auf:

	31.12.2010	31.12.2009
	in Tsd €	
Vorstand	5.275	5.865
Aufsichtsrat	1.841	1.974
Gesamt	7.116	7.839

Vorstand. In der folgenden Tabelle wird die Vergütung der Vorstandsmitglieder nach den in IAS 24 bestimmten Kategorien dargestellt:

		Leistungen aus Anlass der Beendigung des- Arbeits- verhältnisses	Auszahlung aktienbasierte- Vergütungs- pläne⁴	Gesamt- vergütung	Aufwand für Leistungen nach Beendigung des Arbeits- verhältnisses⁵
	Kurzfristig fällige Leistungen				
			Tsd €		
Martin Blessing	2010	617	—	617	283
	2009	572	—	572	216
Frank Annuscheit	2010	603	—	603	259
	2009	545	—	545	212
Markus Beumer	2010	547	—	547	218
	2009	602	—	602	176
Wolfgang Hartmann ..	2010 ²	—	—	—	—
	2009 ¹	232	—	232	130
Dr. Achim Kassow	2010	572	—	572	154
	2009	564	—	564	119
Jochen Klösger	2010	566	—	566	262
	2009 ¹	298	—	298	—
Bernd Knobloch	2010 ²	—	—	—	—
	2009 ^{2,3}	—	1.113	1.113	—
Michael Reuther	2010	575	—	575	336
	2009	575	—	575	269
Dr. Stefan	2010	555	—	555	454
Schmittmann	2009	535	—	535	405
Ulrich Sieber	2010	563	—	563	228
	2009 ¹	308	—	308	—
Dr. Eric Strutz	2010	595	—	595	168
	2009	521	—	521	124
Martin Zielke	2010 ¹	82	—	82	—
	2009 ²	—	—	—	—
Gesamt	2010	5.275	—	5.275	2.362
	2009	4.752	1.113	5.865	1.651

¹ Pro rata temporis für den Zeitraum ab Bestellung beziehungsweise bis zum Tag des Ausscheidens.

² Diese Herren waren in den angegebenen Jahren keine Vorstandsmitglieder.

³ Herr Knobloch erhielt 2009 einen Betrag von 1.113 Tsd Euro auf Basis einer mit ihm geschlossenen Aufhebungsvereinbarung.

⁴ Im Berichtsjahr 2010 wurde kein LTP ausgezahlt.

⁵ Dienstzeitaufwand sowie Arbeitgeberanteile zum BVV und zur Rentenversicherung; andere langfristig fällige Leistungen gemäß IAS 24 waren nicht zu verzeichnen.

Einschließlich des Aufwandes für Leistungen der Bank nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses lagen die Gesamtbezüge der Vorstandsmitglieder bei 7.637 Tsd Euro (Vorjahr: 7.516 Tsd Euro).

In nachfolgender Tabelle sind die Komponenten der kurzfristig fälligen Leistungen aufgeführt. Sie bestehen aus dem Grundgehalt, der variablen Vergütung, der Vergütungen für die Übernahme von Organfunktionen bei im Konzernabschluss der Commerzbank Aktiengesellschaft konsolidierten Unternehmen sowie aus den sonstigen Bezügen der einzelnen Mitglieder des Vorstands. Unter Sonstiges sind unter anderem die im üblichen Rahmen gewährten Sachbezüge (im Wesentlichen Dienstwagenutzungen, Versicherungen, auf die Sachbezüge entfallende Steuern sowie Sozialabgaben) enthalten.

Für die Geschäftsjahre 2010 und 2009 wurde keine variable Vergütung gewährt.

		Grund gehalt	variable Vergütung ³	Vergütung für die Übernahme von Organ- funktionen ⁴	Rückführung gemäß SoFFin- Cap ⁴	Monetäre Gesamt- vergütung	Sonstiges ⁵	Summe kurzfristig fällige Leistungen
Tsd €								
Martin Blessing	2010	500	—	—	—	500	117	617
	2009	500	—	—	—	500	72	572
Frank Annuscheit	2010	500	—	—	—	500	103	603
	2009	480	—	23	-3	500	45	545
Markus Beumer	2010	500	—	—	—	500	47	547
	2009	480	—	12	—	492	110	602
Wolfgang Hartmann	2010 ²	—	—	—	—	—	—	—
	2009 ¹	200	—	—	—	200	32	232
Dr. Achim Kassow	2010	500	—	—	—	500	72	572
	2009	480	—	124	-104	500	64	564
Jochen Klösges	2010	500	—	—	—	500	66	566
	2009 ¹	280	—	—	—	280	18	298
Bernd Knobloch	2010 ²	—	—	—	—	—	—	—
	2009 ²	—	—	—	—	—	—	—
Michael Reuther	2010	500	—	—	—	500	75	575
	2009	480	—	21	-1	500	75	575
Dr. Stefan Schmittmann	2010	500	—	—	—	500	55	555
	2009	480	—	—	—	480	55	535
Ulrich Sieber	2010	500	—	—	—	500	63	563
	2009 ¹	280	—	—	—	280	28	308
Dr. Eric Strutz	2010	500	—	—	—	500	95	595
	2009	480	—	2	—	482	39	521
Martin Zielke	2010 ¹	78	—	—	—	78	4	82
	2009 ²	—	—	—	—	—	—	—
Gesamt	2010	4.578	—	—	—	4.578	697	5.275
	2009	4.140	—	182	-108	4.214	538	4.752

¹ Pro rata temporis für den Zeitraum ab Bestellung beziehungsweise bis zum Tag des Ausscheidens.

² Diese Herren waren in den angegebenen Jahren keine Vorstandsmitglieder.

³ Auszahlbar im Folgejahr vorbehaltlich der Feststellung des Jahresabschlusses.

⁴ Die in den Geschäftsjahren 2009 und 2010 gewählten Bezüge für die Tätigkeiten in Organen von Konzerngesellschaften werden in voller Höhe auf den SoFFin-Cap des jeweiligen Vorjahres angerechnet und deshalb in der Tabelle dem Vorjahr zugeordnet (vergleiche Vergütungsbericht).

⁵ Unter Sonstiges sind die im Berichtsjahr gewählten Sachbezüge, Sozialversicherungsbeiträge sowie auf Sachbezüge entfallende Steuern ausgewiesen.

Zu den Regelungen bezüglich der Leistungen aus Anlass der Beendigung des Dienstverhältnisses für die aktiven Vorstandsmitglieder verweisen wir auf die Darstellung im Vergütungsbericht unter Sonstige Regelungen.

Für Vorstandsmitglieder und ehemalige Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene sieht die Bank eine Altersversorgung vor, deren zur Absicherung dienende Vermögenswerte insgesamt im Wege eines Contractual Trust Arrangements auf den Commerzbank Pensions-Trust e. V. übertragen wurden.

Zum 31. Dezember 2010 beliefen sich die Pensionsverpflichtungen für aktive Vorstandsmitglieder auf 10,3 Mio Euro (Vorjahr: 7,0 Mio Euro) und für ehemalige Mitglieder des Vorstands der Commerzbank Aktiengesellschaft oder deren Hinterbliebene auf 70,9 Mio Euro (Vorjahr: 75,7 Mio Euro).

Nach Abzug der übertragenen Vermögenswerte (Plan Assets) und unter Berücksichtigung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste betragen die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen zum 31. Dezember 2010 für aktive Vorstandsmitglieder 0,5 Mio Euro (Vorjahr: —).

Die Bezüge der ehemaligen Mitglieder des Vorstands der Commerzbank Aktiengesellschaft und ihrer Hinterbliebenen betragen im Geschäftsjahr 6.519 Tsd Euro (Vorjahr: 7.677 Tsd Euro).

Die aktiven Vorstandsmitglieder hatten und haben sich an den in Note 25 erläuterten Long-Term-Performance-Plänen (LTP), die eine aktienbasierte Vergütungsform darstellen, beteiligt. Um an den einzelnen Plänen teilzunehmen, haben die Vorstandsmitglieder nach individueller Entscheidung eine Eigenbeteiligung von bis zu 2.500 Aktien, der Vorstandsvorsitzender bis zu 5.000 Aktien der Commerzbank Aktiengesellschaft je Plan zu den jeweils geltenden Tageskursen erbracht.

In der folgenden Tabelle sind die Daten zu den am 31. Dezember 2010 bestehenden Long-Term-Performance-Plänen der aktiven Vorstandsmitglieder, die sie in ihrer Eigenschaft als aktive Vorstandsmitglieder erworben haben, dargestellt. Im Februar 2009 hatten die Vorstandsmitglieder sämtliche Aktien aus dem LTP 2008 abgemeldet, weshalb sie aus diesem Plan keine Zahlungen erhalten. Der beizulegende Zeitwert für die Pläne 2006 und 2007 war zum 31. Dezember 2010 jeweils null. Dies führte zur vollständigen Auflösung der bis dahin gebildeten Rückstellung von rund 10 Tsd Euro.

Laufende Long-Term-Performance-Pläne der aktiven Vorstandsmitglieder, die in der Eigenschaft als aktiver Vorstand erworben wurden:

	LTP	Anzahl der eingebrachten Aktien in Stück	beizulegender Zeitwert		ratierlich gebildete Rückstellung am 31.12.2010 in Tsd €
			bei Gewährung in Tsd €	am 31.12.2010 in Tsd €	
Martin Blessing	2008	—	—	—	—
	2007	2.500	79	—	—
	2006	2.500	87	—	—
Frank Annuscheit	2008	—	—	—	—
	2007	1.200	38	—	—
	2006	1.200	42	—	—
Dr. Achim Kassow	2008	—	—	—	—
	2007	2.500	79	—	—
	2006	2.500	87	—	—
Michael Reuther	2008	—	—	—	—
	2007	2.500	79	—	—
	2006	—	—	—	—
Dr. Eric Strutz	2008	—	—	—	—
	2007	2.500	79	—	—
	2006	2.500	87	—	—
Summen	2008	—	—	—	—
	2007	11.200	354	—	—
	2006	8.700	303	—	—
Gesamt 2010		19.900	657	—	—
Gesamt 2009		19.900	657	18	9,9

Sofern in obiger Tabelle Mitglieder des Vorstands namentlich nicht aufgeführt sind, hielten sie am 31. Dezember 2010 keine LTP, die sie als aktiver Vorstand erworben haben.

Aufsichtsrat. Die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates wird in § 15 der Satzung der Commerzbank Aktiengesellschaft geregelt. Aufsichtsratsmitglieder erhielten für das Geschäftsjahr 2010 eine gesamt Vergütung von netto 1.563 Tsd Euro (Vorjahr: 1.681 Tsd Euro). Davon entfielen auf die Grund- und Ausschussvergütung 1.240 Tsd Euro (Vorjahr: 1.240 Tsd Euro) und auf das Sitzungsgeld 323 Tsd Euro (Vorjahr: 441 Tsd Euro). Das Sitzungsgeld wird für die Teilnahme an den Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner sechs im Berichtsjahr tagenden Ausschüsse (Präsidial-, Prüfungs-, Risiko-, Nominierungs-, Vermittlungs- und Sozialausschuss) gewährt. Die auf die Vergütungen der Aufsichtsratsmitglieder zu zahlende Umsatzsteuer von 278 Tsd Euro (Vorjahr: 293 Tsd Euro) wird von der Commerzbank Aktiengesellschaft erstattet. Insgesamt betrug die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder somit 1.841 Tsd Euro (Vorjahr: 1.974 Tsd Euro).

Vorstand und Aufsichtsrat besaßen am 31. Dezember 2010 insgesamt nicht mehr als 1 % (Vorjahr: unter 1 %) der ausgegebenen Aktien und Optionsrechte der Commerzbank Aktiengesellschaft.

(100) Aktienbasierte Vergütungspläne

Aufgrund bereits erbrachter Leistungen der Mitarbeiter fielen auch im Geschäftsjahr 2010 Aufwendungen im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungen an. Der aktienbasierte Vergütungsaufwand setzte sich wie folgt zusammen:

	2010	2009
	Mio €	
Pläne mit Barausgleich	3	1
darunter: LTP	1	1
Pläne mit Ausgleich in Eigenkapitalinstrumenten	2	—
Gesamt	5	1

Die Rückstellungen für die Pläne mit Barausgleich sowie die Rücklagen im Eigenkapital für Pläne mit Ausgleich in Eigenkapitalinstrumenten stellten sich wie folgt dar:

	31.12.2010	31.12.2009
	Mio €	
Rückstellungen	8	2
darunter: LTP	2	1
Rücklagen im Eigenkapital	3	2

Weitere Details und Bedingungen zu den aktienbasierten Vergütungsplänen sind der Note 25 zu entnehmen. Für das im Geschäftsjahr 2010 neu aufgelegte Programm der Share Awards erfolgt der Ausweis in den Rückstellungen für den Personalbereich. Die Höhe der Rückstellungen, die davon auf aktienbasierte Vergütungen entfallen, kann erst im April 2011 nach endgültiger Festlegung der individuellen variablen Auszahlungsbeträge ermittelt werden. Auf Basis vorläufiger Informationen zum Abschlussstichtag schätzen wir die Höhe der möglichen Rückstellungen für die aktienbasierten Vergütungen aus diesem Programm auf 41,6 Mio Euro.

Die für die Berechnung der LTP verwendeten Parameter stellen wir in den nachfolgenden Tabellen dar:

Typ	Tag der Gewährung	Zeitwert pro Optionsrecht am	
		31.12.2010	31.12.2009
		in Euro	
2006	1. April 2006	—	—
2007	1. April 2007	—	1,76
2008	1. Mai 2008	4,84	4,60
		Anzahl der Rechte	
		2010	2009
		in Stück	
Bestand zum 1.1.		988.400	1.033.500
im Jahresverlauf gewährt		—	—
im Jahresverlauf verwirkt		40.550	45.100
im Jahresverlauf ausgeübt		—	—
im Jahresverlauf verfallen		—	—
Bestand zum 31.12.		947.850	988.400

Die erwartete Restlaufzeit der zum Jahresende bestehenden Rechte bewegt sich zwischen 3 und 28 Monaten (Vorjahr: zwischen 15 und 28 Monaten). Die beizulegenden Zeitwerte für die Rechte aus den LTP wurden mithilfe eines Monte-Carlo-Modells berechnet. Folgende Daten wurden herangezogen:

	31.12.2010	31.12.2009
Volatilität des Commerzbank-Aktienkurses	80 %	82 %-86 %
Volatilität des DJ-Euro-Stoxx-Banken-Index	47 %	46 %-48 %
Korrelation des Commerzbank-Aktienkurses zum Index	80 %	82 %
Dividendenrendite der Commerzbank-Aktie	1,3 %	1,3 %
Dividendenrendite des DJ-Euro-Stoxx-Banken-Index	2,8 %	2,0 %
Risikofreier Zinssatz	0,9 %	1,5 %-1,7 %
Mitarbeiterfluktuation	4,5 %	4,5 %

Die Volatilität basiert auf der historischen Volatilität des Commerzbank-Aktienkurses und des Dow-Jones-(DJ)-Euro-Stoxx-Banken-Index. Die Korrelation bezieht sich auf den Zeit- ablauf bis zum Bewertungsstichtag; die erwartete Restlaufzeit der Pläne wurde dabei berücksichtigt.

(101) Sonstige Verpflichtungen

Einzahlungsverpflichtungen gegenüber konzernfremden und nicht konsolidierten Gesellschaften auf nicht voll eingezahlte Gesellschaftsanteile bestanden in Höhe von 67,8 Mio Euro (Vorjahr: 4,9 Mio Euro).

Für die Liquiditäts-Konsortialbank (Liko) GmbH, Frankfurt/Main, bestand eine Nachschusspflicht von bis zu 96 Mio Euro (Vorjahr: 96 Mio Euro). Auch die einzelnen Bankenverbände haben Nachschussverpflichtungen gegenüber der Liko erklärt. Für die Erfüllung dieser Verbindlichkeiten haben sich Konzernunternehmen zugunsten ihres jeweiligen Verbandes selbstschuldnerisch gegenüber der Liko verbürgt.

Nach § 5 Abs. 10 der Statuten des Einlagensicherungsfonds haben wir uns verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e. V., Berlin, von Verlusten freizustellen, die diesem durch eine Hilfeleistung zugunsten von im Mehrheitsbesitz der Commerzbank stehenden Kreditinstituten entstehen.

Für Verpflichtungen an Terminbörsen und bei Clearingstellen wurden Wertpapiere mit einem Buchwert von 7.501 Mio € (Vorjahr: 6.979 Mio Euro) als Sicherheit hinterlegt.

(102) Angaben als Leasinggeber und Leasingnehmer

Angaben als Leasinggeber – Operating Leasing

Die Commerzbank ist Leasinggeber in Zusammenhang mit Operating-Leasing-Verhältnissen. Diese Leasingverträge umfassen zum Stichtag insbesondere vermietete Immobilien und Fahrzeuge.

Aus den gewährten Operating-Leasing-Verhältnissen werden dem Commerzbank-Konzern in den folgenden Jahren folgende Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Verträgen zufließen:

Fälligkeit	31.12.2010	31.12.2009
	Mio €	
in bis zu einem Jahr	184	251
in einem bis fünf Jahren	572	707
in mehr als fünf Jahren	160	292
Gesamt	916	1.250

In den Leasingverträgen sind keine bedingten Leasingraten vereinbart.

Angaben als Leasinggeber – Finanzierungsleasing

Die Commerzbank ist Leasinggeber in Zusammenhang mit Finanzierungsleasingverhältnissen. Diese Leasingverträge umfassen zum Stichtag insbesondere vermietete Immobilien und Geschäftsausstattung (zum Beispiel Kraftfahrzeuge und Kopierer). Das Verhältnis zwischen Bruttoinvestitionen und Barwert der Mindestleasingzahlungen stellte sich wie folgt dar:

	31.12.2010	31.12.2009
	Mio €	
Ausstehende Leasingzahlungen	3.392	2.142
+ Garantierte Restwerte	129	28
= Mindestleasingzahlungen	3.521	2.170
+ Nicht garantierte Restwerte	9	19
= Bruttoinvestitionen	3.530	2.189
– Nicht realisierter Finanzertrag	464	263
= Nettoinvestitionen	3.066	1.926
– Barwert der nicht garantierten Restwerte	6	14
= Barwert der Mindestleasingzahlungen	<u>3.060</u>	<u>1.912</u>

Die Mindestleasingzahlungen umfassen die vom Leasingnehmer insgesamt aus dem Leasingvertrag zu zahlenden Leasingraten zuzüglich garantiertem Restwert. Der nicht garantierte Restwert wird zu Beginn des Leasingverhältnisses geschätzt und regelmäßig zum Stichtag überprüft. Der unrealisierte Finanzertrag entspricht der impliziten Verzinsung des Leasingverhältnisses zwischen Stichtag und Vertragsende.

Die Fristigkeit der Bruttoinvestitionen und der Barwerte der Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Finanzierungsleasingverhältnissen gliederten sich folgendermaßen:

Restlaufzeiten zum 31.12.	Bruttoinvestitionen		Barwert der Mindestleasingzahlungen	
	2010	2009	2010	2009
	Mio €			
bis zu einem Jahr	1.012	736	881	648
ein bis fünf Jahre	1.645	1.153	1.384	1.013
mehr als fünf Jahre	873	300	795	251
Gesamt	3.530	2.189	3.060	1.912

Angaben als Leasingnehmer – Operating Leasing

Die im Konzern bestehenden Verpflichtungen aus Operating Leasing betreffen Miet- und Leasingverträge für Gebäude und Geschäftsausstattung und führten im Geschäftsjahr 2010 zu Aufwendungen in Höhe von 562 Mio Euro (Vorjahr: 700 Mio Euro). Davon entfiel auf kündbare Miet- und Leasingverträge ein Aufwand

von 21 Mio Euro (Vorjahr: 8 Mio Euro). Für unkündbare Miet- und Leasingverträge ist in künftigen Geschäftsjahren mit folgenden Aufwendungen zu rechnen:

Fälligkeit	31.12.2010	31.12.2009
	Mio €	
in bis zu einem Jahr	549	651
in einem bis fünf Jahren	1.625	1.863
in mehr als fünf Jahren	1.355	1.531
Gesamt	3.529	4.045

Die Mietverträge für Immobilienobjekte sind in der Regel mit Laufzeiten zwischen 1 und 30 Jahren sowie mit bis zu drei Verlängerungsoptionen um jeweils 3 bis 5 Jahre ausgestattet. Preisanpassungsklauseln existieren in verschiedenen Varianten wie zum Beispiel Staffelmieten oder Indexklauseln. Im Commerzbank-Konzern wurden für nicht mehr genutzte Gebäude Untermietverträge abgeschlossen. Diese Verträge besitzen eine unkündbare Vertragslaufzeit. Hieraus fließen dem Commerzbank-Konzern in den folgenden Jahren folgende Erträge zu:

Fälligkeit	31.12.2010	31.12.2009
	Mio €	
in bis zu einem Jahr	54	50
in einem bis fünf Jahren	136	178
in mehr als fünf Jahren	103	405
Gesamt	293	633

Die Leasingverträge enthalten wie im Vorjahr keine Vereinbarungen über bedingte Mietzahlungen.

(103) Zeitpunkt der Freigabe zur Veröffentlichung

Der vorliegende Konzernabschluss wurde vom Vorstand am 7. März 2011 zur Weitergabe an den Aufsichtsrat freigegeben. Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Konzernabschluss zu prüfen und zu erklären, ob er den Konzernabschluss billigt. Vorläufige Eckzahlen des Jahresabschlusses 2010 wurden vom Vorstand am 18. Februar 2011 zur Veröffentlichung freigegeben.

(104) Corporate-Governance-Kodex

Unsere jährliche Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate-Governance-Kodex gemäß § 161 AktG haben wir abgegeben und unseren Aktionären im Internet (www.commerzbank.de) dauerhaft zugänglich gemacht. Für die comdirect bank Aktiengesellschaft wurde ebenfalls die jährliche Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate-Governance-Kodex gemäß § 161 AktG abgegeben und im Internet (www.comdirect.de) dauerhaft zugänglich gemacht.

(105) Patronatserklärung

Für die nachfolgend aufgeführten, in den Konzernabschluss unserer Bank einbezogenen Tochterunternehmen tragen wir, abgesehen von politischen Risiken, dafür Sorge, dass diese ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen.

Name	Sitz
AFÖG GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
comdirect bank Aktiengesellschaft	Quickborn
Commerz (East Asia) Ltd.	Hongkong
Commerzbank (Eurasija) SAO	Moskau
Commerzbank Europe (Ireland)	Dublin
Commerzbank Europe Finance (Ireland) plc.	Dublin
Commerzbank Inlandsbanken Holding GmbH	Frankfurt am Main
Commerzbank International S.A.	Luxemburg
CommerzTrust GmbH	Frankfurt am Main
Commerz Markets LLC	New York
Erste Europäische Pfandbrief- und Kommunalkreditbank Aktiengesellschaft in Luxemburg	Luxemburg
Eurohypo Aktiengesellschaft	Eschborn

(106) Anteilsbesitz

Die nachstehenden Angaben nehmen wir gemäß § 313 Abs. 2 HGB zum Konzernabschluss einschließlich der Angaben nach § 285 Nr. 11a HGB vor.

1. Verbundene Unternehmen

a) In den Konzernabschluss einbezogene verbundene Unternehmen

Name	Sitz	Kapitalanteil in % insg.	Stimmanteil in % insg.	Währung	Eigenkapital Tsd	Jahresergebnis Tsd
ABORONUM Grundstücks-Vermietungs-gesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin KG	Düsseldorf	60,0	85,0	EUR	27	4
ADMERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0	EUR	26	2
AFÖG GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,0	100,0	EUR	151.071	-95.965
AGV Allgemeine Grundstücksverwaltungsund -Verwertungsgesellschaft mit beschränkter Haftung	Eschborn	100,0	100,0	EUR	40	— ^{b)}
AJUNTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0	EUR	-4.908	-1.582
ALDUNA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0	EUR	-10.397	-3.378
ALMURUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0	EUR	8.294	-951
ALTEREGO Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0	EUR	959	-6.721
ASCARA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0	EUR	-689	-488
ASTUTIA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0	EUR	3.788	— ^{b)}
Atlas-Vermögensverwaltungs- Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Bad Homburg v.d. Höhe	100,0	100,0	EUR	455.113	— ^{b)}
BACUL Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn	100,0	100,0	EUR	3	-7
BERGA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	Grünwald (München)	100,0	100,0	EUR	-1.253	400
Bishop Finance Inc.	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	GBP	569.985	-979
BRE Bank Hipoteczny S.A.	Warschau	100,0	100,0	PLN	368.373	30.861
BRE Bank SA	Warschau	69,8	69,8	PLN	6.923.121	655.907
BRE Finance France S.A.	Levallois Perret	100,0	100,0	EUR	163	-18
BRE Holding Sp. z.o.o.	Warschau	100,0	100,0	PLN	370.742	523 ^{a)}
BRE Leasing Sp. z o.o.	Warschau	100,0	100,0	PLN	121.358	27.437
BRE Ubezpieczenia Sp. z.o.o.	Warschau	100,0	100,0	PLN	13.051	7.051 ^{a)}
BRE Ubezpieczenia Towarzystwo Ubezpieczeni i Reasekuracji S.A.	Warschau	100,0	100,0	PLN	59.255	9.460 ^{a)}
BRE.locum S.A.	Lódz	80,0	80,0	PLN	109.185	6.207 ^{a)}
Bridge Re Limited	Hamilton, Bermuda	100,0	100,0	USD	411	0
CB Building Kirchberg GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0	EUR	2.216	785
CBG Commerz Beteiligungsgesellschaft Holding mbH	Bad Homburg v.d. Höhe	100,0	100,0	EUR	6.137	— ^{b)}
CBG Commerz Beteiligungskapital GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,0	100,0	EUR	33.745	6.783
CFB-Fonds Transfair GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0	EUR	26	— ^{b)}
CG New Venture 2 Verwaltungsgesellschaft mbH	Wiesbaden	100,0	100,0	EUR	83	0
CG New Venture 4 GmbH & Co. KG	Wiesbaden	99,9	99,0	EUR	20.315	0
CG Real Estate Master FCP-SIF	Luxemburg	58,0	58,0	EUR	203.243	8.464
Chess Finance LLC	New York	100,0	100,0	USD	17.161	-1.502
Coba Holdings 1, LLC ¹⁾	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	USD	409.779	15.611
Coba Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0	EUR	26	— ^{b)}
comdirect bank Aktiengesellschaft	Quickborn	80,5	80,5	EUR	418.644	52.983
Commerz (East Asia) Limited	Hong Kong	100,0	100,0	EUR	5.543	47
Commerz Asset Management Asia Pacific Pte Ltd.	Singapur	100,0	100,0	SGD	51.099	-7.609
Commerz Business Consulting GmbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0	EUR	73	— ^{b)}
Commerz Direktservice GmbH	Duisburg	100,0	100,0	EUR	1.178	— ^{b)}
Commerz Grundbesitz Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	Frankfurt am Main	90,0	90,0	EUR	13.433	1.179
Commerz Markets LLC ²⁾	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	USD	412.331	5.111

Name	Sitz	Kapitalanteil in % insg.	Stimmanteil in % insg.	Währung	Eigenkapital Tsd	Jahresergebnis Tsd
Commerz Real AG	Düsseldorf	100,0	100,0	EUR	408.394	— ^{b)}
Commerz Real Asset Verwaltungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	100,0	100,0	EUR	25	— ^{b)}
Commerz Real Autoleasing GmbH	Hamburg	100,0	100,0	EUR	7.553	— ^{b)}
Commerz Real Baucontract GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0	EUR	4.238	— ^{b)}
Commerz Real Baumanagement GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0	EUR	52	— ^{b)}
Commerz Real Fonds Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0	EUR	25	— ^{b)}
Commerz Real Immobilien GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0	EUR	12.936	— ^{b)}
Commerz Real Investmentgesellschaft mbH	Wiesbaden	100,0	100,0	EUR	21.968	— ^{b)}
Commerz Real IT-Leasing GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0	EUR	1.954	— ^{b)}
Commerz Real Leasingservice GmbH & Co. KG	Hamburg	100,0	100,0	EUR	–20	–103
Commerz Real Mietkauf GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0	EUR	26	— ^{b)}
Commerz Real Mobilienleasing GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0	EUR	–3.463	— ^{b)}
Commerz Real Partner Hannover GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0	EUR	–386	–205
Commerz Real Partner Nord GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0	EUR	1.163	–688
Commerz Real Partner Süd GmbH	Düsseldorf	65,0	65,0	EUR	1.098	793
Commerz Real Spezialfondsgesellschaft mbH	Wiesbaden	100,0	100,0	EUR	5.948	— ^{b)}
Commerz Real Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0	EUR	26	— ^{b)}
Commerz Services Holding GmbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0	EUR	12.564	— ^{b)}
Commerz Systems GmbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0	EUR	6.108	4.351
Commerz Transaction Services Mitte GmbH	Erfurt	100,0	100,0	EUR	2.715	— ^{b)}
Commerz Transaction Services Nord GmbH	Magdeburg	100,0	100,0	EUR	1.493	— ^{b)}
Commerz Transaction Services West GmbH	Hamm	100,0	100,0	EUR	1.256	— ^{b)}
Commerzbank (Eurasija) SAO	Moskau	100,0	100,0	RUB	10.922.008	1.333.058
Commerzbank (South EastAsia) Ltd.	Singapur	100,0	100,0	EUR	69.460	2.203
Commerzbank Asset Management Asia Ltd.	Singapur	100,0	100,0	SGD	2.839	–4.399
Commerzbank Auslandsbanken Holding AG	Frankfurt am Main	100,0	100,0	EUR	1.792.196	— ^{b)}
Commerzbank Auslandsbanken Holding Nova GmbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0	EUR	921.212	— ^{b)}
Commerzbank Capital Funding LLC I	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	EUR	2	0
Commerzbank Capital Funding LLC II	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	GBP	2	0
Commerzbank Capital Funding LLC III	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	EUR	2	0
Commerzbank Capital Funding Trust I	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	EUR	1	0
Commerzbank Capital Funding Trust II	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	GBP	1	0
Commerzbank Capital Funding Trust III	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	EUR	1	0
Commerzbank Capital Investment Company Limited ³⁾	London	100,0	100,0	GBP	0	0
Commerzbank Capital Ventures Management Limited ⁴⁾	London	100,0	100,0	GBP	0	0
Commerzbank Europe (Ireland)	Dublin, Irland	81,7	81,7	EUR	373.395	436
Commerzbank Europe Finance (Ireland) plc	Dublin, Irland	100,0	100,0	EUR	54	1
Commerzbank Finance 2 S.à.r.l. ⁵⁾	Luxemburg	100,0	100,0	EUR	1.005	–19
Commerzbank Finance 3 S.à.r.l.	Luxemburg	100,0	100,0	EUR	132.050	134 ⁹⁾
Commerzbank Finance BV ⁶⁾	Amsterdam, Niederlande	100,0	100,0	EUR	6.640	7.292
Commerzbank Holdings (UK) Limited ⁷⁾	London	100,0	100,0	GBP	495.330	80.100
Commerzbank Holdings France	Paris	100,0	100,0	EUR	80.638	2.447
Commerzbank Immobilien- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0	EUR	462.597	— ^{b)}
Commerzbank Inlandsbanken Holding GmbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0	EUR	6.359.838	— ^{b)}
Commerzbank International S.A.	Luxemburg	100,0	100,0	EUR	558.321	88.045
Commerzbank Investments (UK) Ltd. ⁸⁾	London	100,0	100,0	GBP	226.381	219.178
Commerzbank Leasing (Guernsey) Limited ⁹⁾	St. Peter Port, Guernsey	100,0	100,0	EUR	8	0
Commerzbank Leasing 1 S.à.r.l. ¹⁰⁾	Luxemburg	100,0	100,0	GBP	258	6
Commerzbank Leasing 2 S.à.r.l. ¹¹⁾	Luxemburg	100,0	100,0	GBP	63.200	–367

Name	Sitz	Kapitalanteil in % insg.	Stimmanteil in % insg.	Währung	Eigenkapital Tsd	Jahresergebnis Tsd
Commerzbank Leasing 4 S.à.r.l. ¹²⁾	Luxemburg	100,0	100,0	GBP	32	18
Commerzbank Leasing 5 S.à r.l. ¹³⁾	Luxemburg	100,0	100,0	GBP	-91	-44
Commerzbank Leasing 6 S.à.r.l. ¹⁴⁾	Luxemburg	100,0	100,0	GBP	111	-20
Commerzbank Leasing December (1) Limited ¹⁵⁾	London	100,0	100,0	GBP	1.486	365
Commerzbank Leasing December (10) ¹⁶⁾	London	100,0	100,0	GBP	32	0
Commerzbank Leasing December (11) ¹⁷⁾	London	100,0	100,0	GBP	0	0
Commerzbank Leasing December (12) Limited ¹⁸⁾	London	100,0	100,0	GBP	254	-163
Commerzbank Leasing December (13) Limited ¹⁹⁾	London	100,0	100,0	GBP	0	0
Commerzbank Leasing December (15) ²⁰⁾	London	100,0	100,0	USD	-283	12
Commerzbank Leasing December (17) Limited	London	100,0	100,0	GBP	207	617 ^{a)}
Commerzbank Leasing December (19) Limited	London	100,0	100,0	GBP	55.028	55.829 ^{a)}
Commerzbank Leasing December (20) Limited	London	100,0	100,0	GBP	0	0 ^{a)}
Commerzbank Leasing December (21) Limited	London	100,0	100,0	GBP	0	0 ^{a)}
Commerzbank Leasing December (22) Limited	London	100,0	100,0	GBP	22	-421 ^{a)}
Commerzbank Leasing December (23) Limited	London	100,0	100,0	GBP	25	-45 ^{a)}
Commerzbank Leasing December (24) Limited	London	100,0	100,0	GBP	737	712 ^{a)}
Commerzbank Leasing December (25) Limited	London	70,0	70,0	GBP	-14.991	0 ^{a)}
Commerzbank Leasing December (26) Limited	London	100,0	100,0	GBP	1.345	1.298 ^{a)}
Commerzbank Leasing December (3) Limited ²¹⁾	London	100,0	100,0	GBP	427	-25
Commerzbank Leasing December (4) Limited ²²⁾	London	74,0	74,0	GBP	20	0
Commerzbank Leasing December (7) Limited ²³⁾	Edinburgh	100,0	100,0	GBP	0	0
Commerzbank Leasing December (8) Limited ²⁴⁾	London	100,0	100,0	GBP	0	0
Commerzbank Leasing December (9) Limited ²⁵⁾	London	100,0	100,0	GBP	0	0
Commerzbank Leasing Holdings Limited ²⁶⁾	London	100,0	100,0	GBP	2.883	6.464
Commerzbank Leasing Limited ²⁷⁾	London	100,0	100,0	GBP	2.109	655
Commerzbank Leasing March (3) Limited ²⁸⁾	London	100,0	100,0	GBP	5	5
Commerzbank Leasing September (5) Limited ²⁹⁾	London	100,0	100,0	GBP	-5	-12
Commerzbank Leasing September (6) Limited ³⁰⁾	London	100,0	100,0	GBP	0	0
Commerzbank Online Ventures Limited ³¹⁾	London	100,0	100,0	EUR	0	0
Commerzbank Overseas Holdings Limited ³²⁾	London	100,0	100,0	GBP	10.039	1.254
Commerzbank Property Management & Services Limited ³³⁾	London	100,0	100,0	GBP	0	-945
Commerzbank Securities Ltd ³⁴⁾	London	100,0	100,0	GBP	475	10
Commerzbank Securities Nominees Limited ³⁵⁾	London	100,0	100,0	GBP	10	0
Commerzbank U.S. Finance, Inc.	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	USD	657	13
Commerzbank Zrt	Budapest	100,0	100,0	HUF	22.231.390	-153.461
CommerzFactoring GmbH	Mainz	50,1	50,1	EUR	1.099	— ^{b)}
CSA COMMERZ SOUTH AFRICA (PROPRIETARY) LIMITED	Johannesburg, Südafrika	100,0	100,0	ZRA	5.833	7.330
Deutsche Schiffsbank AG	Bremen/Hamburg	92,1	92,1	EUR	950.370	0
Dom Inwestycyjny BRE Banku S.A.	Warschau	100,0	100,0	PLN	72.474	29.849
Dresdner Bank Brasil S.A. Banco Múltiplo	São Paulo -SP, Brasilien	100,0	100,0	BRL	269.247	6.419
Dresdner Capital LLC I	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	USD	1.582	42

Name	Sitz	Kapitalanteil in % insg.	Stimmanteil in % insg.	Währung	Eigenkapital Tsd	Jahresergebnis Tsd
Dresdner Capital LLC III	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	EUR	303	10
Dresdner Capital LLC IV	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	JPY	18.333	452
Dresdner Kleinwort — Grantchester, Inc.	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	USD	27.846	16
Dresdner Kleinwort & Co. Holdings, Inc.	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	USD	224.695	18
Dresdner Kleinwort (Japan) Limited	Hong Kong	100,0	100,0	JPY	2.250.133	66.717
Dresdner Kleinwort Capital Inc	New York	100,0	100,0	USD	3.608	-1.331
Dresdner Kleinwort Capital Investment Trust Limited	London	100,0	100,0	GBP	0	0
Dresdner Kleinwort do Brasil Limitada	Rio de Janeiro, Brasilien	100,0	100,0	BRL	-13.339	-15
Dresdner Kleinwort EIV Manager, Inc.	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	USD	-18	0
Dresdner Kleinwort Finance Inc.	New York	100,0	100,0	USD	2.105	228
Dresdner Kleinwort Flags Inc.	Wilmington, Delaware	13,9	100,0	USD	140.479	0
Dresdner Kleinwort Group Holdings, LLC	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	USD	170.917	4
Dresdner Kleinwort Holdings LLC	New York	100,0	100,0	USD	65.386	-20.133
Dresdner Kleinwort Leasing Inc.	New York	100,0	100,0	USD	15.765	40
Dresdner Kleinwort Limited	London	100,0	100,0	GBP	317.053	71.594
Dresdner Kleinwort LLC	Wilmington, Delaware	14,8	100,0	USD	34.022	27
Dresdner Kleinwort Luminary Inc.	Wilmington, Delaware	13,9	76,1	USD	813.341	6.418
Dresdner Kleinwort Moon LLC	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	USD	83.755	6.039
Dresdner Kleinwort Pfandbriefe Investments II, Inc.	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	USD	12.959	1.490
Dresdner Kleinwort Services (Guernsey) Limited	St. Peter Port, Guernsey	100,0	100,0	GBP	2	0
Dresdner Kleinwort Services LLC	New York	100,0	100,0	USD	866	0
Dresdner Kleinwort Servicios y Asesorias Ltda.	Santiago de Chile, Chile	100,0	100,0	CLP	-40.713	1.024
Dresdner Kleinwort Stripes LLC	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	USD	193.213	158
Dresdner Kleinwort Wasserstein (Argentina) S.A.	Buenos Aires, Argentinien	100,0	100,0	USD	136	-45
Dresdner Kleinwort Wasserstein Securities (India) Private Limited	Mumbai, Indien	75,0	75,0	INR	474.867	75.318
Dresdner Lateinamerika Aktiengesellschaft	Hamburg	100,0	100,0	EUR	50.109	— ^{b)}
Dresdner UK Investments 2 B.V.	Amsterdam, Niederlande	100,0	100,0	EUR	957	5
Dresdner UK Investments N.V.	Amsterdam, Niederlande	100,0	100,0	EUR	1.723	4
EH Estate Management GmbH	Eschborn	100,0	100,0	EUR	11.026	— ^{b)}
EH MoLu IV, LLC	Dover, USA	100,0	100,0	USD	14.389	-161 ^{a)}
EH NY IV, LLC	Dover, USA	100,0	100,0	USD	-827	9.710
EHN Ashland, LLC	Dover, USA	100,0	100,0	USD	-827	9.710
EHY Real Estate Fund I, LLC	New York	100,0	100,0	USD	-3.511	-353
EHY Sub Asset LLC	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	USD	-7.901	84
Elco Leasing Limited	London	100,0	100,0	GBP	504	3
Erste Europäische Pfandbrief- und Kommunalkreditbank Aktiengesellschaft	Luxemburg	100,0	100,0	EUR	281.548	197
Eurohypo (Japan) Corporation	Tokyo, Japan	100,0	100,0	JPY	2.876.293	-398.662
Eurohypo Aktiengesellschaft	Eschborn	100,0	100,0	EUR	5.661.992	— ^{b)}
Eurohypo Capital Funding LLC I	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	EUR	1	0
Eurohypo Capital Funding LLC II	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	EUR	3	0
Eurohypo Capital Funding Trust I	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	EUR	1	0
Eurohypo Capital Funding Trust II	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	EUR	1	0
EUROHYPO Europäische Hypothekenbank S.A.	Senningerberg, Luxemburg	100,0	100,0	EUR	35.250	69.374
European Bank for Fund Services Gesellschaft mit beschränkter Haftung (ebase)	Haar bei München	80,5	100,0	EUR	29.575	6.036
European Venture Partners (Holdings) Ltd	St. Helier, Jersey	85,0	85,0	GBP	0	280
European Venture Partners Ltd	London	85,0	100,0	GBP	0	9.381
FABA Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	95,0	75,0	EUR	26	— ^{b)}
Felix (CI) Limited	George Town, Cayman Island	100,0	100,0	GBP	25	0
FHB – Immobilienprojekte GmbH	Eschborn	100,0	100,0	EUR	52	— ^{b)}
FI Pro-City Immobilien GmbH	Eschborn	100,0	100,0	EUR	26	— ^{b)}
Film Library Holdings LLC	Wilmington, Delaware	51,0	51,0	USD	32.321	-2.806 ^{a)}
FM LeasingPartner GmbH	Bissendorf, Kr Osnabrück	50,4	50,4	EUR	832	290

Name	Sitz	Kapitalanteil in % insg.	Stimmanteil in % insg.	Währung	Eigenkapital Tsd	Jahresergebnis Tsd
Forum Immobiliengesellschaft mbH	Eschborn	100,0	100,0	EUR	809	— ^{b)}
Frankfurter Gesellschaft für Vermögensanlagen mit beschränkter Haftung	Eschborn	100,0	100,0	EUR	5.952	— ^{b)}
Futura Hochhausprojektgesellschaft mbH	Eschborn	100,0	100,0	EUR	2.421	— ^{b)}
Galbraith Investments Limited	London	100,0	100,0	GBP	71	20 ^{a)}
GBG Verwaltungs- und Verwertungsgesellschaft für Grundbesitz mbH	Eschborn	100,0	100,0	EUR	312	— ^{b)}
General Leasing (No. 16) Limited	London	43,8	43,8	GBP	–343	–56
G-G-B Gebäude- und Grundbesitz GmbH	Eschborn	100,0	100,0	EUR	256	— ^{b)}
GIE Dresdner Kleinwort France	Paris	100,0	100,0	EUR	0	0
GO German Office GmbH	Wiesbaden	100,0	100,0	EUR	–31.818	— ^{b)}
gr Grundstücks GmbH Objekt Corvus	Frankfurt am Main	100,0	100,0	EUR	53	–3
gr Grundstücks GmbH Objekt Corvus & Co. Sossenheim KG	Frankfurt am Main	100,0	100,0	EUR	442	–213
Gresham Leasing March (1) Limited	London	25,0	100,0	GBP	1.065	0
Gresham Leasing March (2) Limited	London	25,0	100,0	GBP	2.411	288
Grundbesitzgesellschaft Berlin Rungestr. 22 – 24 mbH	Eschborn	94,0	94,0	EUR	1.159	–894
GVG Gesellschaft zur Verwertung von Grundbesitz mit beschränkter Haftung	Eschborn	100,0	100,0	EUR	26	— ^{b)}
Herradura Ltd	London	100,0	100,0	GBP	5	0
Hibernia Beta Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0	EUR	70.644	–10.691
Hibernia Eta Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	85,0	85,0	EUR	50.168	–7.344
Hibernia Gamma Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	60,6	60,6	EUR	139.087	–22.823
Hibernia Sigma Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0	EUR	50.194	–7.376
Intermarket Bank AG	Wien	56,2	56,2	EUR	37.042	1.425
Inversiones Dresdner Kleinwort Chile Ltda.	Santiago de Chile, Chile	100,0	100,0	CLP	–1.229.990	141.158
IVV – Immobilien – Verwaltungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	Eschborn	100,0	100,0	EUR	26	—
KENSTONE GmbH	Eschborn	100,0	100,0	EUR	26	— ^{b)}
Kleinwort Benson (Canada) Limited	Toronto, Kanada	100,0	100,0	CAD	0	0
Kommanditgesellschaft MS "CPO ALICANTE" Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	90,0	90,0	EUR	20.504	–1.219
Kommanditgesellschaft MS "CPO ANCONA" Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	77,2	77,2	EUR	39.585	–235
Kommanditgesellschaft MS "CPO BARCELONA" Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	90,0	90,0	EUR	20.543	–926
Kommanditgesellschaft MS "CPO BILBAO" Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	90,0	90,0	EUR	20.791	–765
Kommanditgesellschaft MS "CPO CADIZ" Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	90,0	90,0	EUR	20.819	–617
Kommanditgesellschaft MS "CPO MARSEILLE" Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	77,2	77,2	EUR	39.906	–970
Kommanditgesellschaft MS "CPO PALERMO" Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	73,9	73,9	EUR	39.504	–477
Kommanditgesellschaft MS "CPO TOULON" Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	90,0	90,0	EUR	38.633	–4.995 ^{a)}
Kommanditgesellschaft MS "CPO VALENCIA" Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	90,0	90,0	EUR	21.635	–455
Kommanditgesellschaft MS "CPO VIGO" Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	90,0	90,0	EUR	21.428	–369
Langham Nominees Ltd	St. Peter Port, Guernsey	100,0	100,0	GBP	0	0
LAUREA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin Anthropolis KG	Düsseldorf	94,5	94,4	EUR	–7.355	3.949

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil in % insg.</u>	<u>Stimmanteil in % insg.</u>	<u>Währung</u>	<u>Eigenkapital Tsd</u>	<u>Jahresergebnis Tsd</u>
LAUREA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin Grindelwaldweg KG	Düsseldorf	94,5	94,6	EUR	-4.883	1.836
LUGO Photovoltaik Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0	EUR	-12.012	-12.420
Magyar Factor Zrt	Budapest	100,0	100,0	HUF	1.912.721	143.383
Marlyna Ltd	London	100,0	100,0	GBP	25	0
Marylebone Commercial Finance (2)	London	25,0	25,0	GBP	7.014	-47
Marylebone Commercial Finance Limited	London	25,0	87,0	GBP	571	0
Max Lease S.à.r.l. & Cie. Secs	Luxemburg	100,0	100,0	EUR	3.030	771
MERKUR Grundstücks GmbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0	EUR	73.576	-530
Messestadt Riem "Office am See" I GmbH	Eschborn	94,0	94,0	EUR	-134	— ^{b)}
Messestadt Riem "Office am See" II GmbH	Eschborn	94,0	94,0	EUR	459	— ^{b)}
Messestadt Riem "Office am See" III GmbH	Eschborn	94,0	94,0	EUR	19	— ^{b)}
Morris (S.P.) Holdings Limited	London	100,0	100,0	GBP	11	0
NAVALIS Schiffsbetriebsgesellschaft mbH & Co. MS "NEDLLOYD JULIANA" KG	Hamburg	93,6	92,8	EUR	17.771	1.477
NAVIPOS Schiffsbeteiligungsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0	EUR	902	443
New Asian Land Fund Holdings Limited	Hamilton, Bermuda	100,0	100,0	BMD	34.733	-18.438
NORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lampertheim KG	Düsseldorf	95,0	95,0	EUR	32	166
NORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekte Plön und Preetz KG	Düsseldorf	90,0	65,0	EUR	-517	82
Nordboden Immobilien- und Handelsgesellschaft mbH	Eschborn	100,0	100,0	EUR	315	— ^{b)}
NOVELLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0	EUR	10.804	— ^{b)}
OLEANDRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Jupiter KG	Düsseldorf	100,0	51,0	EUR	21.259	2.110
OLEANDRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Luna KG	Düsseldorf	100,0	51,0	EUR	666	335
OLEANDRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Neptun KG	Düsseldorf	100,0	51,0	EUR	15.024	1.660
OLEANDRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Pluto KG	Düsseldorf	100,0	51,0	EUR	23.056	2.376
OLEANDRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Uranus KG	Düsseldorf	100,0	51,0	EUR	36.087	6.091
OLEANDRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Venus KG	Düsseldorf	100,0	51,0	EUR	19.797	1.719
Parc Continental Ltd.	London	100,0	100,0	GBP	0	0
Pisces Nominees Limited	London	100,0	100,0	GBP	76.844	-30.196 ^{a)}
Polfactor S.A.	Warschau	100,0	100,0	PLN	46.426	9.560
Property Invest GmbH	Eschborn	100,0	100,0	EUR	61.059	-30.332
Property Invest Italy S.r.l.	Mailand, Italien	100,0	100,0	EUR	60.280	-4.116 ^{a)}
PUBLIC JOINT STOCK COMPANY "BANK FORUM"	Kyiv, Ukraine	94,5	94,5	UAH	764.801	-3.282.345
Real Estate Holdings Limited	Hamilton, Bermuda	100,0	100,0	BMD	29.385	10.897
Real Estate TOP TEGEL Drei GmbH	Eschborn	94,0	94,0	EUR	60	— ^{b)}
Real Estate TOP TEGEL Eins GmbH	Eschborn	94,0	94,0	EUR	421	— ^{b)}
Real Estate TOP TEGEL Sechs GmbH	Eschborn	94,0	94,0	EUR	129	— ^{b)}
Real Estate TOP TEGEL Vier GmbH	Eschborn	94,0	94,0	EUR	60	— ^{b)}
Real Estate TOP TEGEL Zwei GmbH	Eschborn	94,0	94,0	EUR	60	— ^{b)}
REFUGIUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	100,0	100,0	EUR	10.714	5.701

Name	Sitz	Kapitalanteil in % insg.	Stimmanteil in % insg.	Währung	Eigenkapital Tsd	Jahresergebnis Tsd
Rood Nominees Limited	London	100,0	100,0	GBP	0	0
Rook Finance LLC	Wilmington, Delaware	100,0	100,0	USD	31.752	-314
SB-Bauträger Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Eschborn	100,0	100,0	EUR	55	— ^{b)}
SB-Bauträger GmbH & Co. Urbis Hochhaus-KG	Frankfurt am Main	100,0	100,0	EUR	232	0
SB-Bauträger GmbH & Co. Urbis Verwaltungs-KG	Frankfurt am Main	100,0	100,0	EUR	258	0
SECUNDO						
Grundstücks-Vermietungs-gesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0	EUR	5.811	— ^{b)}
Service-Center Inkasso GmbH Düsseldorf	Düsseldorf	100,0	100,0	EUR	128	— ^{b)}
South East Asia Properties Limited	London	100,0	100,0	GBP	13.702	0
Southwark Bridge Investments Ltd.	London	100,0	100,0	GBP	0	0
Space Park GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	90,0	90,0	EUR	-95.038	-39
Süddeutsche						
Industrie-Beteiligungs-GmbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0	EUR	6.676	— ^{b)}
TARA Immobiliengesellschaft mbH	Eschborn	100,0	100,0	EUR	25	— ^{b)}
TARA Immobilienprojekte GmbH	Eschborn	100,0	100,0	EUR	25	— ^{b)}
The New Asian Property Fund Ltd.	Bermuda	100,0	100,0	BMD	9.007	5.726
Thurlaston Finance Limited	George Town, Cayman Island	100,0	100,0	GBP	25	0
TIGNATO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KölnTurm Media Park KG	Eschborn	100,0	100,0	EUR	-1.329	-9.380
TOMO						
Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0	EUR	22.779	— ^{b)}
Transfinance a.s.	Prag	100,0	100,0	CZK	252.529	-41.508
U.S. Residential Investment I, L.P.	Wilmington, Delaware	90,0	90,0	USD	29.058	-5.267
Unica Immobiliengesellschaft mbH	Eschborn	100,0	100,0	EUR	43	— ^{b)}
Valorem LLC	New York	100,0	100,0	USD	1.048	-748
Vendome Lease S.A.	Paris	100,0	100,0	EUR	1	-484
Watling Leasing March (1)	London	25,0	25,0	GBP	11.174	-97
WebTek Software Private Limited i.L.	Bangalore, Indien	100,0	100,0	INR	230.933	14.286
WESTBODEN – Bau- und						
Verwaltungsgesellschaft mit beschränkter Haftung	Eschborn	100,0	100,0	EUR	55	— ^{b)}
Westend Grundstücksgesellschaft mbH	Eschborn	99,4	100,0	EUR	260	— ^{b)}
Wohnbau-Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn	90,0	90,0	EUR	307	-8
Yarra Finance Limited	George Town, Cayman Island	100,0	100,0	GBP	55	0

b) Wegen untergeordneter Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezogene verbundene Unternehmen^{c)}

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil in % insg.</u>	<u>Stimmanteil in % insg.</u>
1. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
10. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
11. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
12. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
13. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
14. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
2. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
3. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
4. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
4274563 CANADA INC	Toronto	100,0	100,0
5. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
6. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
7. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
8. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
9. CR Fonds-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ABANTITIM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ABANTUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ABELASSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ABENITA Photovoltaik Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ABESTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ABORONUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ABOTORIUM Finanz- und Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ACARINA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ACCESSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ACINA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ACOLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ACREDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ACRONA Photovoltaik-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ACTOSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ADAMANTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ADELIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ADELIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin Teltow KG	Düsseldorf	91,9	91,6
ADELKA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ADENARA Flugzeug-Leasinggesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ADUKKA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ADURAMA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0
AFINA, Bufete de Socios Financieros S.A.	Madrid	98,7	99,3
AFÖG Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	94,2	94,2
AGALINA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
AGARBA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
AGASILA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
AGREGATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Haan	100,0	100,0
AJOLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
AKERA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0
AKUSTIA Verwaltung und Treuhand GmbH i.L	Düsseldorf	100,0	100,0
ALACRITAS Verwaltungs- und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ALBELLA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ALBOLA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ALCARDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ALDANZA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ALDINGA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ALDULA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ALEMANTA Photovoltaik Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ALEMONA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0
Alexanderplatz D4 Erste Verwaltungsgesellschaft mbH	Berlin	90,0	90,0

Name	Sitz	Kapitalanteil in % insg.	Stimmanteil in % insg.
ALFRIDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ALFUTURA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0
ALI BORA Verwaltung- und Treuhand GmbH i.L	Düsseldorf	100,0	100,0
ALIDA Photovoltaik-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ALIVERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ALKANTA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ALMARENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ALMONDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ALONGA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ALSANTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ALSANTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekte RiCö KG	Düsseldorf	0,0	85,0
ALSENNA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ALSTRUCTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
Alternative Asset Management S.A.	Luxemburg	100,0	100,0
ALUBRA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ALUDANTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ALVENTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ALVINA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
AMALIA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0
AMBRESA Sp. z o.o	Warschau	100,0	100,0
AMENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
AMERA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0
AMITEA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
AMITICULA Photovoltaik Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
AMONEUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
AMTERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
AMUNDA Verwaltung und Treuhand GmbH i.L	Düsseldorf	100,0	100,0
ANBANA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ANCAVA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ANCAVA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Stuttgart KG	Düsseldorf	47,2	52,6
ANCAVA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Weilimdorf KG	Düsseldorf	47,2	52,6
ANEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ANSELMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L	Düsseldorf	100,0	100,0
ARAFINA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
AREBA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0
Ariondaz SAS	Paris	100,0	100,0
ARISA Vermietungsgesellschaft mbH i.L	Düsseldorf	100,0	100,0
ARMANDA Flugzeug-Leasinggesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
AROSA Flugzeug-Leasinggesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ARQUATUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L	Düsseldorf	100,0	100,0
ARVINA Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ASCETO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ASERTUNA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ASILUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L	Düsseldorf	100,0	100,0
ASISTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ASKANZA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ASKANZA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lüdenschied KG	Düsseldorf	94,4	86,0
ASKIBA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ASPERGA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
Aspiro S.A. ³⁶⁾	Lodz	100,0	100,0
ASSANDRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ASSENTO Photovoltaik-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ASSERTA Flugzeug-Leasinggesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ASTRELLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L	Berlin	100,0	100,0

Name	Sitz	Kapitalanteil in % insg.	Stimmanteil in % insg.
ASTRIFA Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ATERNA Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Berlin	100,0	100,0
ATLAS-ALPHA GmbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0 ^{b)}
ATUNO Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0
AURESTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
AVANCIA Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
AVARICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
AVARICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Münchberg KG	Düsseldorf	93,2	93,6
AVENDO Beteiligungsgesellschaft mbH	Stuttgart	100,0	100,0
AVERTUM Flugzeug-Leasinggesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
AVERTUM Flugzeug-Leasinggesellschaft mbH & Co. Zweite Legacy 600 KG	Düsseldorf	100,0	100,0
Bankowy Dom Hipoteczny Sp. z.o.o.	Warschau	100,0	100,0
Belus Immobilien- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn	100,0	100,0
Beteiligungsgesellschaft für Industrie und Handel mbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0
BFC Berliner Film Companie Beteiligungsgesellschaft mbH	Berlin	100,0	100,0
BFC Berliner Film Companie Productions GmbH i.L.....	Berlin	100,0	100,0
Brafero-Sociedade Imobiliária, S.A.	Lissabon	100,0	100,0
BRE Corporate Finance S.A.....	Warschau	100,0	100,0
BRE Property Partner Sp. z.o.o.	Warschau	100,0	100,0
BRE Systems Sp. z.o.o.	Warschau	100,0	100,0
BRE Wealth Management SA	Warschau	100,0	100,0
BREL-Property Management Sp. z o.o.	Warschau	100,0	100,0
BREL-AG Sp. z o.o.	Warschau	100,0	100,0
BREL-AN Sp. z o.o.	Warschau	100,0	100,0
BREL-APEX Sp. z o.o.	Warschau	100,0	100,0
BREL-BAT Sp. z o.o.....	Warschau	100,0	100,0
BREL-COM Sp. z o.o.	Warschau	100,0	100,0
BREL-ESTATE Sp. z o.o.	Warschau	100,0	100,0
BREL-FIN Sp. z o.o.	Warschau	100,0	100,0
BREL-FORCA Sp. z o.o.	Warschau	100,0	100,0
BREL-HAN Sp. z o.o.	Warschau	100,0	100,0
BREL-IMMO Sp.z o.o.	Warschau	100,0	100,0
BRELINVEST Sp. z o.o. Fly 2 Sp. Komandytowa	Warschau	100,0	100,0
BRELINVEST Sp.z o.o.	Warschau	100,0	100,0
BREL-MAR Sp. z o.o.	Warschau	100,0	100,0
BREL-MIG Sp. z.o.o. w likwidacji	Warschau	100,0	100,0
BREL-POLSp. z o.o.	Warschau	100,0	100,0
BREL-PRO Sp. z o.o.	Warschau	100,0	100,0
BREL-STAR Sp. z o.o.	Warschau	100,0	100,0
CAP Kiel Betriebs-GmbH	Kiel	51,0	51,0
CB Euregio GmbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0
CB Lux Kirchberg GmbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0
CBG Commerz Beteiligungskapital Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0
CCR Courtage i.L.	Paris	100,0	100,0
Centrum Rozliczeń i Informacji CERI Sp. z.o.o.	Lódz	100,0	100,0
CG Japan GmbH	Wiesbaden	100,0	100,0
CG NL Holding B.V	Amsterdam	100,0	100,0
CG Real Estate Luxemburg S.à.r.l. i.L.....	Luxemburg	100,0	100,0
CGG Canada Grundbesitz GmbH	Wiesbaden	100,0	100,0
CGI Stadtgalerie Schweinfurt Verwaltungs- GmbH	Wiesbaden	100,0	100,0
CGI Victoria Square Limited	London	100,0	100,0
CGI Victoria Square Nominees Limited	London	100,0	100,0
CGM Lux 1 S.à.r.l. i.L.....	Luxemburg	100,0	100,0
CGM Lux 2 S.à.r.l. i.L.....	Luxemburg	100,0	100,0
CGM Lux 3 S.à.r.l. i.L.....	Luxemburg	100,0	100,0
CIV GmbH Alpha	Frankfurt am Main	100,0	100,0

Name	Sitz	Kapitalanteil in % insg.	Stimmanteil in % insg.
CIV GmbH Beta	Frankfurt am Main	100,0	100,0
COLLEGIUM GLASHÜTTEN Zentrum für Kommunikation GmbH	Glashütten	100,0	100,0 ^{b)}
Commerz (Nederland) N.V.	Amsterdam	100,0	100,0
Commerz Building and Management GmbH	Essen	100,0	100,0 ^{b)}
Commerz Derivatives Funds Solutions S.A.	Luxemburg	100,0	100,0
Commerz Europe (Ireland), Inc.	Wilmington, Delaware	100,0	100,0
Commerz Grundbesitz Gestao de Centras Comerciais, Sociedade Unipessoal, Lda	Lissabon	100,0	100,0
Commerz Keyes Avenue Properties (Pty) Ltd.	Johannesburg	100,0	100,0
Commerz Nominees Ltd.	London	100,0	100,0
Commerz Overseas Services Ltd.	London	100,0	100,0
Commerz Real Autoservice GmbH ³⁷⁾	Düsseldorf	100,0	100,0
Commerz Real Benelux GmbH	Wiesbaden	100,0	100,0
Commerz Real CZ s.r.o.	Prag	100,0	100,0
Commerz Real Direkt GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0 ^{b)}
Commerz Real Finanzierungsleasing GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0
Commerz Real France GmbH	Wiesbaden	100,0	100,0
Commerz Real Nederland B. V.	Breda	100,0	100,0
Commerz Real Projektconsult GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0
Commerz Real Vertrieb GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0
Commerz U.S. Financial Corporation	Wilmington, Delaware	100,0	100,0
Commerz U.S. Holding, Inc.	Wilmington, Delaware	100,0	100,0
Commerzbank Capital Management Unternehmensbeteiligungs GmbH ³⁸⁾	Frankfurt am Main	100,0	100,0 ^{b)}
Commerzbank International Trust (Jersey) Ltd.	St. Helier, Jersey	100,0	100,0
Commerzbank Leasing December (6) Limited	London	100,0	100,0
Commerzbank Representative Office Nigeria Limited	Lagos	100,0	100,0
Commerzbank Representative Office Panama, S.A.	City of Panama	100,0	100,0
Commerzbank Sao Paulo Servicos Ltda.	São Paulo	100,0	100,0
Commerzbank Sponsoring GmbH ³⁹⁾	Frankfurt am Main	100,0	100,0
CommerzKommunalbau GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0
CommerzLeasing GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0
CommerzStiftungsTreuhand GmbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0
CommerzTrust GmbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0
CR KaiserKarree Holding S.a.r.l.	Luxemburg	100,0	100,0
CR Station General Partner Inc.	Toronto	100,0	100,0
CR Station Limited Partnership	Toronto	100,0	100,0
Credito Germánico S.A	Montevideo	100,0	100,0
CRI 1 Sp.zo.o	Warschau	100,0	100,0
CRI Erste Beteiligungsgesellschaft mbH	Wiesbaden	100,0	100,0
CRI Zweite Beteiligungsgesellschaft mbH	Wiesbaden	100,0	100,0
CSK Sp. z o.o.	Lodz	100,0	100,0
CTF Consulting 000	Moskau	100,0	100,0
Czwarty Polski Fundusz Rozwoju Sp. z o.o.	Lodz	100,0	100,0
Delphi I Eurohypo LLC	Wilmington	100,0	100,0
DFI S.p.A. in liquidazione ⁴⁰⁾	Mailand	100,0	100,0
DOMINO Projektentwicklungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Neue Mainzer Straße KG	Frankfurt am Main	100,0	100,0
dozent.it Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0
Dresdner Kleinwort Derivative Investments Limited	London	100,0	100,0
Dresdner Kleinwort Group LLC	Wilmington, Delaware	100,0	100,0
Dresdner Kleinwort Holdings II, Inc.	Wilmington, Delaware	100,0	100,0
Dresdner Kleinwort Securities (Asia) Limited	Hong Kong	100,0	100,0
Dresdner Private Placement GmbH	Bad Vilbel	100,0	100,0
Dresdner Structured Products S.A.	Luxemburg	100,0	100,0
Dresdner Versicherung GmbH	Dresden	100,0	100,0
Dritte SIB Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main	100,0	100,0

Name	Sitz	Kapitalanteil in % insg.	Stimmanteil in % insg.
EHNY Holdings, LLC	Dover, Delaware	100,0	100,0
EHNY Montelucia Manager, LLC	Dover, Delaware	100,0	100,0
Einunddreißigste DRESIB Beteiligungs-Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0
Elfte Umbra Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0 ^{b)}
EP Euro-Projektentwicklungs GmbH & Co. Objekt 1 KG	Frankfurt am Main	100,0	100,0
EP Euro-Projektentwicklungs-Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0
Erste Alexanderplatz 3 Betriebsvorrichtungen GmbH	Berlin	90,0	90,0
Erste DRESIB Beteiligungs-Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0
EuREAM GmbH	Wiesbaden	100,0	100,0
Eurohypo Investment Banking Limited	London	100,0	100,0
Eurohypo Nominees 1 Limited	London	100,0	100,0
Eurohypo Representacoes Ltda.	São Paulo	100,0	100,0
Eurologistik 1 Freehold BVBA	Brüssel	94,9	94,9
Eurologistik 1 Leasehold General Partner	Brüssel	94,9	94,9
Eurologistik 1 Leasehold Société en commandite simple	Brüssel	94,9	94,9
Fernw�rmenetz Leipzig GmbH	Leipzig	100,0	100,0
Finanztrust AG	Glarus	100,0	100,0
Forum Algarve – Gestao de Centro comercial, Sociedade Unipessoal, Lda. i.L.	Lissabon	100,0	100,0
Forum Almada – Gestao de Centro Comercial, Sociedade Unipessoal Lda. II & Comandita i.L.	Lissabon	100,0	100,0
Forum Almada – Gestao de Centro Commercial, Sociedade Unipessoal, Lda. i.L.	Lissabon	100,0	100,0
Forum Montijo, Gestao de Centro Comercial Sociedade Unipessoal, Lda i.L.	Lissabon	100,0	100,0
Frega Verm�gensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0
FV EURL	Paris	100,0	100,0
Garbary Sp. z. o.o.	Poznań	100,0	100,0
Gesellschaft für Kreditsicherung mbH	Berlin	63,3	63,3
GIE Victoria A�ronautique	Paris	100,0	100,0
GRAMOLINDA VermietungsGmbH & Co.Objekt Frankfurt KG	Grünwald (München)	97,0	70,0
GRANADA Investment GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0
Grundstücks- und Vermögensverwaltungsgesellschaft Geretsried mbH	Düsseldorf	51,1	51,0
H 47 GmbH & Co. KG	Düsseldorf	99,7	94,9
H 47 Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	94,4	94,0
Hamudi S.A.	Madrid	100,0	100,0
Hardy Beteiligungs-Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0
Haus am Kai 2 O.O.O.	Moskau	100,0	100,0
HDW Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0
Histel Beteiligungs GmbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0
HVI Handels- und Verwertungsgesellschaft für Immobilien mbH ...	Düsseldorf	94,0	94,0
Immobilien-gesellschaft Ost H�gle spol. s. r.o.	Prag	100,0	100,0
Immobilien-Vermietungsgesellschaft Reeder & Co. Objekt Airport B�rocenter Dresden KG i. L.	Dresden	88,2	87,5
Immobilien-Vermietungsgesellschaft Reeder & Co. Objekt Aschersleben KG	Düsseldorf	94,0	93,8
Immobilienverwaltungs- und Vertriebsgesellschaft Villen am Glienicke Horn mbH	Berlin	100,0	100,0
Immobilienverwaltungsgesellschaft Grammophon B�ropark mbH	Berlin	100,0	100,0
Immobilienverwaltungsgesellschaft Kampffmeyer Villa mbH	Berlin	100,0	100,0
Immobilienverwaltungsgesellschaft Schlachthof Offenbach mbH ...	Eschborn	100,0	100,0
IMMOFIDUCIA Sp. z. o.o	Warschau	100,0	100,0
IWP International West Pictures GmbH & Co. Erste Produktions KG	Köln	94,9	94,9
IWP International West Pictures Verwaltungs GmbH	Köln	100,0	100,0
KTC Kommunikations- und Trainings-Center Königstein GmbH	Königstein/Taunus	100,0	100,0

Name	Sitz	Kapitalanteil in % insg.	Stimmanteil in % insg.
L.I.A. Leasinggesellschaft für Immobilien und Anlagegüter mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
LAUREA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	94,0	94,0
LOFRA GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	99,9	100,0
LOFRA Verwaltungs-Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0
Lufthansa Leasing GmbH & Co. Echo-Oscar KG i. L	Grünwald (München)	100,0	99,6
Lufthansa Leasing GmbH & Co. Echo-Papa KG i. L	Grünwald (München)	71,2	71,0
LUGO Photovoltaik-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt El Baldio 1 KG	Düsseldorf	100,0	100,0
Max Lease S.ä.r.l	Luxemburg	100,0	100,0
MOLBINA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Düsseldorf Ludwig-Erhard-Allee KG	Düsseldorf	97,0	93,8
MOLBRIELA Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
MOLITA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Messe Hamburg KG	Hamburg	0,0	51,0
MOLMELFI Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Burghausen KG	Düsseldorf	100,0	51,0
MOLRATUS Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
MOLRATUS Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Loxstedt KG	Düsseldorf	0,0	85,0
MONEA Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
Montitail — Gestao de Retail Park, Sociedade Unipessoal Lda	Lissabon	94,9	94,9
NACOLO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NACONA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NACONEO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NACONGA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NACORINO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NACORONA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NACOTA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAFARI Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAFIRINA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAMINO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAROLA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NASIRO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NASTO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAUCULA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAULUMO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAUMARE Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAUMOSA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAUPEUS Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAURANTO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAURATA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAUSOLA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAUTARO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAUTESSA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAUTINO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAUTIRA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAUTIS Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAUTLUS Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAUTO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAUTORIA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAUTUGO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAVALIS Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAVIBOLA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAVIBOTO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAVIFIORI Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAVIGA Schiffsbeteiligung GmbH	Hamburg	100,0	100,0
NAVIGATO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0

Name	Sitz	Kapitalanteil in % insg.	Stimmanteil in % insg.
NAVIGOLO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAVILO Vermietungsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAVINA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAVIRENA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAVIROSSA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAVISTA Verwaltung und Treuhand GmbH i.L	Düsseldorf	100,0	100,0
NAVITA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAVITARIA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAVITONI Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAVITOSA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NAVITURA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NEB-Shipping Co.	Monrovia/Liberia	92,1	92,1
NEPTANA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NEPTILA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NEPTORA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NEPTUGA Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NEPTUNO Schiffsbetriebsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
NESTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
NESTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hamme KG	Düsseldorf	100,0	100,0
NESTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Wiemelhausen KG	Düsseldorf	100,0	100,0
Neuma Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	100,0
Neunzehnte FraMü Beteiligungs GmbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0
NORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
NOSCO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Mainz	100,0	100,0
NOTITIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Berlin	100,0	100,0
NOVITAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
Number X Real Estate GmbH	Eschborn	100,0	100,0
NUMERIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
NURUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
OSKAR Medienbeteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
PAREO Kraftwerk-Beteiligungsgesellschaft mbH	Leipzig	100,0	100,0
Property Invest Spain, S.L	Barcelona	100,0	100,0
PRUNA Betreiber GmbH	Grünwald (München)	51,0	51,0
RAMONIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
RAPIDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
RAVENNA Katowice Sp. z.o.o. w likwidacji	Warschau	100,0	100,0
RAVENNA Krakow Sp. z o.o.	Warschau	100,0	100,0
Receivable Partners Inc.	North Brook	66,0	66,0
RECURSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0
RESIDO Flugzeug-Leasinggesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
RIMA Medien-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
RIPA Medien-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Baden-Airpark KG	Düsseldorf	50,0	65,0
ROSATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ROSINTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ROSOLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
ROTUNDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	100,0
Schunk GmbH	Willich	51,0	51,0
Solar Cuever del Negro 1, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Cuever del Negro 10, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Cuever del Negro 11, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Cuever del Negro 12, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil in % insg.</u>	<u>Stimmanteil in % insg.</u>
Solar Cuever del Negro 13, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Cuever del Negro 14, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Cuever del Negro 15, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Cuever del Negro 16, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Cuever del Negro 17, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Cuever del Negro 18, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Cuever del Negro 2, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Cuever del Negro 3, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Cuever del Negro 4, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Cuever del Negro 5, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Cuever del Negro 6, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Cuever del Negro 7, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Cuever del Negro 8, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Cuever del Negro 9, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Los Arroyos de Escuzar 1, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Los Arroyos de Escuzar 10, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Los Arroyos de Escuzar 11, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Los Arroyos de Escuzar 12, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Los Arroyos de Escuzar 13, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Los Arroyos de Escuzar 14, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Los Arroyos de Escuzar 15, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Los Arroyos de Escuzar 16, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Los Arroyos de Escuzar 17, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Los Arroyos de Escuzar 18, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Los Arroyos de Escuzar 2, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Los Arroyos de Escuzar 3, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Los Arroyos de Escuzar 4, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Los Arroyos de Escuzar 5, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Los Arroyos de Escuzar 6, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Los Arroyos de Escuzar 7, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Los Arroyos de Escuzar 8, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
Solar Los Arroyos de Escuzar 9, S.L.U.	Madrid	100,0	100,0
SOLTRX Transaction Services GmbH	Düsseldorf	100,0	100,0 ^{b)}
Space Park Erste Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,0	100,0
TARA Immobilien-Besitz GmbH	Eschborn	100,0	100,0 ^{b)}
TARA Immobilien-Verwaltungs-GmbH	Eschborn	100,0	100,0
TARA Property-Management GmbH	Eschborn	100,0	100,0
Tele-Tech Investment Sp. z o.o.	Warschau	100,0	100,0
Theresiencenter Dienstleistungsgesellschaft mbH	Wiesbaden	94,9	94,9
TIGNARIS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Ostfildern KG	Düsseldorf	94,9	97,0
TIGNARIS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Streubesitz KG	Düsseldorf	94,8	94,8
TIGNATO Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn	100,0	100,0
Transfactor Slovakia a.s.	Bratislava	100,0	100,0
TRANSFERIA Managementgesellschaft mbH i.L.	Dortmund	100,0	100,0
Veer Palthe Voute (Antilles) N.V.	Curacao	100,0	100,0
Wall Street Technology Managers LP	New York	90,0	90,0
Wijkertunnel Beheer III B.V.	Amsterdam	100,0	100,0
WST-Broker-GmbH	Frankfurt am Main	90,0	90,0

2. Assoziierte Unternehmen

a) In der Konzernbilanz at-Equity-bewertete assoziierte Unternehmen

Name	Sitz	Kapitalanteil in % insg.	Stimmanteil in % insg.	Währung	Eigenkapital Tsd	Jahresergebnis Tsd
36th Street CO-INVESTMENT, L.P.	Wilmington, Delaware	48,0	49,0	USD	14.271	- 1.368
AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	31,6	31,6	EUR	20.500	8.360 ^{al}
Argor-Heraeus S.A.	Mendrisio	26,5	26,5	CHF	6.369	20.686 ^{al}
Capital Investment Trust Corporation	Taipei	24,0	24,0	TWD	495.022	609.583
Captain Holdings S.á.r.l.	Luxemburg	46,0	46,0	GBP	3.929	- 42
Commerz Unternehmensbeteiligungs- Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main	40,0	40,0	EUR	30.000	15
COMUNITHY Immobilien GmbH	Düsseldorf	49,9	49,9	EUR	- 8.143	747
Exploitiemaatschappij Wijkertunnel C.V.	Amsterdam	33,3	33,3	EUR	10.607	5.991
GIE Céline Bail	Paris	40,0	40,0	EUR	0	4.213
GIE Morgane Bail	Paris	40,0	40,0	EUR	0	3.581
GIE Northbail	Puteaux	25,0	25,0	EUR	0	7
GIE Vulcain Energie	Paris	21,0	21,0	EUR	0	23.082
HAJOBANTA GmbH & Co. Asia Opportunity 1 KG	Düsseldorf	20,7	20,7	EUR	150.168	- 31.856
IGS Aerosols GmbH	Wehr/Baden	100,0	0,0	EUR	3.208	23
ILV Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH	Düsseldorf	47,0	47,0	EUR	45.047	1.269
Inmobiliaria Colonial S.A.	Barcelona	20,1	20,1	EUR	1.699.600	- 474.000 ^{al}
Irving Place Co-Investment, L.P.	New York	33,9	45,0	USD	12.633	0
KGAL GmbH & Co. KG	Grünwald (München)	45,0	45,0	EUR	12.500	0
KGAL Verwaltungs-GmbH	Grünwald (München)	45,0	45,0	EUR	1.400	0
Linde Leasing GmbH	Wiesbaden	25,0	25,0	EUR	600	5.502
MFG Flughafen- Grundstücksverwaltungsge- sellschaft mbH & Co. BETA KG	Grünwald (München)	29,4	29,4	EUR	62.072	489
MM Cogene 2	Paris	49,8	49,8	EUR	0	2.476
RECAP/COMMERZ Alta Phoenix Lofts Investment, L.P.	New York	45,0	45,0	USD	16.158	0
RECAP/COMMERZ AMW Apartments Investment, L.P.	New York	45,0	45,0	USD	15.480	0
RECAP/COMMERZ Greenwich Park Investment, L.P.	New York	45,0	45,0	USD	10.870	0
Reederei MS "E.R. INDIA" Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	Hamburg	26,1	26,1	EUR	1.585	0
Southwestern Co-Investment, L.P.	New York	45,0	45,0	USD	13.196	0

b) Wegen untergeordneter Bedeutung in der Konzernbilanz nicht at-Equity-bewertete assoziierte Unternehmen

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil in % insg.</u>	<u>Stimmanteil in % insg.</u>
229 W. 36 th Street Partnership, L.P.	Wilmington, Delaware	47,6	49,0
4239431 Canada Inc.	Toronto	47,5	47,5
4239440 Canada Inc.	Toronto	47,5	47,5
4239440 Canada Inc. General Partner	Toronto	47,5	47,5
4239458 Canada Inc.	Toronto	47,5	47,5
4239466 Canada Inc.	Toronto	47,5	47,5
4239474 Canada Inc.	Toronto	47,5	47,5
4239482 Canada Inc.	Toronto	47,5	47,5
ABELASSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Witt Weiden KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ACOLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Düsseldorf Kasernenstraße KG	Düsseldorf	1,0	50,0
ACREDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Conow KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ACREDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt NESTLE KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ACTIUM Leasobjekt GmbH & Co. Objekte Amberg und Landshut KG	Düsseldorf	23,5	23,5
ACTOR Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
ADAMANTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Eibphilharmonie KG	Düsseldorf	50,0	50,0
ADMIRA Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
AERA Grundstücks-GmbH	Düsseldorf	44,2	44,2
AF Eigenkapitalfonds für deutschen Mittelstand GmbH & Co. KG	München	49,7	49,7
AGASILA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Düsseldorf KG	Düsseldorf	23,4	25,0
ALFUTURA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekte Hessen KG	Frankfurt am Main	0,0	50,0
ALIVERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Düsseldorf-Lichtenbroich KG	Düsseldorf	5,2	23,3
ALMARENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ALONGA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bayerstraße 33 KG	Düsseldorf	0,0	50,0
Ampton B.V.	Amsterdam	50,0	50,0
Arbeitsgemeinschaft Projekt Justizvollzugsanstalt Neustrelitz	Schwerin	100,0	50,0
ASERTUNA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Schülke-Mayr KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ASTIRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
ASTIRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Furth/Bogen KG	Düsseldorf	0,0	40,0
AV America Grundbesitzverwaltungsgesellschaft mbH i.L.	Eschborn	25,0	25,0
AVENDO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Fernwärmenetz Cottbus KG	Stuttgart	0,0	50,0
Babcock Borsig Grundstücksvermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Friedrichsfeld KG	Düsseldorf	2,9	37,3
Babcock Borsig Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Oberhausen KG	Düsseldorf	2,9	37,3
BAF Berlin Animation Film GmbH	Berlin	49,0	49,0
Banco Comercial S. A. i.L.	Montevideo	33,3	33,3
BONITAS Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Alzenau KG	Düsseldorf	0,0	37,6
BONITAS Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Neustadt-Schwaig KG	Grünwald (München)	16,9	45,1
BONITAS Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Peguform Weiden KG	Grünwald (München)	16,9	45,1
BONITAS Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Rastatt KG	Grünwald (München)	16,9	45,1
BONITAS Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Singen KG	Düsseldorf	0,0	37,6

Name	Sitz	Kapitalanteil in %	Stimmanteil in %
		insg.	insg.
Bonitos GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	50,0	50,0
Bonitos Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	50,0	50,0
BONUS Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	33,0	33,0
C & W Projektentwicklungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	49,9	49,9
C O M U N I T H Y Projektentwicklungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	49,9	49,9
CALMATO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	0,5	24,0
CANDOR Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
CANTICA Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	0,5	24,0
CANUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i. L.	Düsseldorf	47,0	47,0
CAPRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
CAPRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Walbeck KG i. L.	Düsseldorf	47,0	47,0
Captain North Sea Finance Limited	Luxemburg	46,0	46,0
CARBO Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
CARUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
CATINA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
CATINA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hamburg KG	Düsseldorf	2,8	23,5
CELEBRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i. L.	Düsseldorf	47,0	47,0
CENULA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	47,0	47,0
CEPA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
CERVA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
CERVA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Frankfurt KG	Düsseldorf	50,0	50,0
CERVISIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
CERVISIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Kommanditgesellschaft	Düsseldorf	47,0	47,0
CESSIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
CETERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
CETERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Oberhausen KG	Düsseldorf	47,0	47,0
CHRISTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
CHRISTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Döllken KG	Düsseldorf	47,0	47,0
CHRISTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Rottweil KG	Düsseldorf	46,1	34,8
CICADA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
CICONIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	47,0	47,0
CLANGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Haan KG	Düsseldorf	0,0	40,0
Commerz GOA Realty Associates LLC	New York	49,0	49,0
COMMERZ GOA REALTY Management, LLC	Atlanta	49,0	49,0
Commerz Realty Associates GP V, LLC	Wilmington, Delaware	49,0	49,0
COMPAT Immobilien GmbH	Düsseldorf	49,9	49,9
COMPOSITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
COMPRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
COMUNITHY Wohnimmobilien GmbH	Düsseldorf	49,9	49,9
CORVA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
DATIS Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
DAUNUS Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
DECIMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
DECIMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG	Düsseldorf	47,0	47,0
Deutsche Babcock Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	45,9	46,1
DIGITUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Gladbach KG	Schönefeld	2,6	42,3
DIGITUS Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
DILAP Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
DIO Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0

Name	Sitz	Kapitalanteil in %	Stimmanteil in %
		insg.	insg.
DONUM Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
Dr. Gubelt Immobilien Vermietungs-Gesellschaft mbH & Co. Objekt Bochum KG	Düsseldorf	0,0	50,0
DRABELA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DRABELA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Stade KG	Düsseldorf	0,0	42,5
DREBACUSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH ...	Düsseldorf	50,0	50,0
DREBACUSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Produktion Wolfen KG	Düsseldorf	0,0	42,5
DREBANTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DREBECUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DREBENDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Köln	50,0	50,0
DREBENDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt FTTB NetCologne KG	Köln	0,0	42,5
DREBOSTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DREBOSTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Schwerin KG	Düsseldorf	0,0	42,5
DRECORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DRECREDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DREDARA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DREDOLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DREDOLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin KG	Düsseldorf	0,0	42,5
DREFLORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Schwenningen KG	Düsseldorf	0,0	42,5
DREFLORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DREFUMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DREHERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DREKANDIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DREKONTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DRELARA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DRELARA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Freiburg KG	Düsseldorf	0,0	42,5
DRELOBA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DRELOBA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Gevelsberg KG	Düsseldorf	0,0	42,5
DRELOSINA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DRELOSINA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Ivenack KG	Düsseldorf	0,0	42,5
DRELUNA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DRELUTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DREMARA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DRENITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DRENITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Fertigung Dräger Medizintechnik KG	Düsseldorf	0,0	42,5
DRESANTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DRESEMPA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DRESIWA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DRETERUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DRETERUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt BBS Kiel Ravensberg KG	Düsseldorf	0,0	42,5
DRETUNA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DREVERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
DREVERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Greven KG	Düsseldorf	0,0	42,5
DURUS Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
Düsseldorfer Börsenhaus GmbH	Düsseldorf	20,0	20,0
ECLIPS Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
ECLIPS Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Göppingen Kommanditgesellschaft	Düsseldorf	2,8	40,0
edding AG & Co. Grundstücksverwaltung OHG	Düsseldorf	0,0	50,0

Name	Sitz	Kapitalanteil in % insg.	Stimmanteil in % insg.
EDITUS Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
EHNY Montelucia Holdings Trust	Wilmington, Delaware	30,8	26,7
EHNY Montelucia Resort, LLC	Dover, Delaware	30,8	26,7
EHNY Montelucia Villas, LLC	Dover, Delaware	30,8	26,7
ELEGANTIA Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
ELOTUS Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
EP Euro-Projektentwicklungs GmbH & Co. Objekt Köln-Porz KG i.L	Frankfurt am Main	50,0	50,0
FABIUS Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
FACO Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
FAGUS Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
FAR Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
FERO Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	34,8	34,8
FESTAR Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
FLOR Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
Flumen Vermietungsgesellschaft mbH i.L	Düsseldorf	47,0	47,0
FOLLIS Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
FORNAX Kraftwerk-Beteiligungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
FORNAX Kraftwerk-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Knapsack KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
FOSSUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	24,8	25,0
FOSSUM Vermietungsgesellschaft Brno s.r.o	Prag	24,8	25,0
FOSSUM Vermietungsgesellschaft Liberec s.r.o	Prag	24,8	25,0
FOSSUM Vermietungsgesellschaft Mladá Boleslav s.r.o	Prag	24,8	25,0
FOSSUM Vermietungsgesellschaft Ostrava s.r.o	Prag	24,8	25,0
FOSSUM Vermietungsgesellschaft PRAHA s.r.o	Prag	24,8	25,0
FOSSUM Vermietungsgesellschaft Tabor s.r.o	Prag	24,8	25,0
FRAGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
FREMITUS Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
FRENO Vermietungsgesellschaft mbH i.L	Düsseldorf	47,0	47,0
FRETUM Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
FRIGO Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
FUCATUS Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
FUCATUS Vermietungsgesellschaft mbH & Co, Objekt Mainz OHG	Düsseldorf	2,8	23,5
FUCATUS Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bad Rapp nau KG	Düsseldorf	47,0	47,0
FUCATUS Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Recklinghausen KG	Düsseldorf	47,0	47,0
FUCATUS Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Schwalbach KG	Düsseldorf	47,0	47,0
FUGA Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
FULGENS Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
FULGENS Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Ravensburg KG	Düsseldorf	47,0	47,0
FUNCTIO Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
FUNGOR Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	46,1	46,1
FUTAR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	47,0	47,0
GAIUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
GALBA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
Galleries Rive Nord Limited Partnership	Toronto	0,0	47,5
GALLO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
GAMMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
GAURO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i. L	Düsseldorf	47,0	47,0
GELAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
GENUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
GERAM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
GERO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L	Düsseldorf	47,0	47,0
GESTUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0

Name	Sitz	Kapitalanteil in % insg.	Stimmanteil in % insg.
GIE Cinquieme Lease	Puteaux	33,3	33,3
GIE Go Lease	Puteaux	50,0	50,0
GIE Hu Lease	Puteaux	50,0	50,0
GIE Quatrieme Lease	Puteaux	33,3	33,3
GILOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
GMF German Mittelstand Fund GmbH	Frankfurt am Main	23,5	23,5
GOPA Gesellschaft für Organisation, Planung und Ausbildung mbH	Bad Homburg	24,8	24,8
GRADUS Investitionsgüter-Vermietungsgesellschaft mbH ...	Karlsruhe	47,0	47,0
GRADUS Investitionsgüter-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Badenwerk KG	Karlsruhe	0,0	40,0
GRALANA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
GRAMEDA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
GRAMEN Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
GRAMINA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
GRAMINA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt München Triebstraße KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
GRAMOLINDA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
GRANA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
GRANOS Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
GRASSANO Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
GRATIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
GRATNOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
GRATNOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Itzehoe KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
GRAVIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
GRENADO Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
GRETANA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt D 19 KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
GRETANA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
GRETANA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lagerimmobilie KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
GRETANA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lagerlogistik KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
GREX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
GREZANA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
GRISLEVA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
GRONDALIS Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	47,0	47,0
GRONDOLA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
GROSINA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
GROSINA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin Marzahn KG	Grünwald (München)	0,0	38,0
GROSINA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin Weißensee KG	Grünwald (München)	0,0	38,0
GROSINA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Chemnitz KG	Grünwald (München)	0,0	38,0
GROSINA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Darmstadt KG	Grünwald (München)	0,0	38,0
GROSINA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Dreieich KG	Grünwald (München)	0,0	38,0
GROSINA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Dresden KG	Grünwald (München)	0,0	38,0
GROSINA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Essen KG	Grünwald (München)	0,0	38,0
GROSINA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hannover Hauptbetrieb KG	Grünwald (München)	0,0	38,0
GROSINA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Saarbrücken KG	Grünwald (München)	0,0	38,0
GROSINA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Saarlouis KG	Grünwald (München)	0,0	38,0
GROSINA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Stuttgart KG	Grünwald (München)	0,0	38,0

Name	Sitz	Kapitalanteil in %	Stimmanteil in %
		insg.	insg.
GROTEGA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
GRUMENTO Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
GRUMONA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
GRUMOSA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
GRUNATA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
GRUNATA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Knautnaundorf KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
GUSTO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
GZ Verwaltungsgesellschaft für Transportmittel mbH	München	50,0	50,0
HABILIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
HABILIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Kommanditgesellschaft	Düsseldorf	47,0	47,0
HABILIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Solingen KG	Düsseldorf	47,0	47,0
HAGIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	47,0	47,0
HALOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
HALOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Göttingen KG	Düsseldorf	47,0	47,0
HALOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Pforzheim KG	Düsseldorf	2,4	31,3
HALOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Varn Products KG	Düsseldorf	47,0	47,0
HAMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	47,0	47,0
HAMSUN Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
HAMSUN Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG	Düsseldorf	47,0	47,0
HANNO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
HARPEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
HARPEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bremen OHG	Grünwald (München)	0,0	40,0
HARPEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Gummersbach KG	Düsseldorf	38,5	38,5
HECATE Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
HELIUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
HENDRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
HEPHAISTOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH ...	Düsseldorf	47,0	47,0
HEPHAISTOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG	Düsseldorf	47,0	47,0
HERMUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
HERMUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Willich KG	Düsseldorf	47,0	47,0
HESTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
HESTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Frankfurt KG	Düsseldorf	47,0	47,0
HESTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Pirmasens KG i.L.	Düsseldorf	47,0	47,0
HIMUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
HONOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
HONOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Rostock KG	Düsseldorf	47,0	47,0
HORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
HORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hamburg Liebigstraße KG	Düsseldorf	47,0	47,0
HULDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
ILV Anlagen-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
ILV Asset Verwaltungsgesellschaft Grünwald mbH	Grünwald (München)	47,0	47,0
ILV Baubetreuungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
ILV DRITTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
ILV Finanzierungsleasing GmbH	Düsseldorf	47,0	47,0
ILV FÜNFTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
ILV Gesellschaft für Grundbesitzvermietung mbH	Düsseldorf	47,0	47,0

Name	Sitz	Kapitalanteil in %	Stimmanteil in %
		insg.	insg.
ILV Gesellschaft für Immobilien-Mietkauf mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
ILV Grundstücks-Leasing GmbH	Düsseldorf	47,0	47,0
ILV Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
ILV Immobilien Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
ILV Immobilien Vermietungsgesellschaft mbH 1987	Düsseldorf	47,0	47,0
ILV Immobilien Vermietungsgesellschaft mbH 1988	Düsseldorf	47,0	47,0
ILV Immobilien Vermietungsgesellschaft mbH Objekte 1990	Düsseldorf	47,0	47,0
ILV Immobilien-Vermietungsgesellschaft mbH Objekte 1990 & Co. Kommanditgesellschaft	Düsseldorf	47,0	47,0
ILV Leasinggesellschaft für Grundstücke mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
ILV Leasinggesellschaft für Immobilien mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
ILV Projektbaugesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
ILV VIERTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
ILV ZWEITE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
ILV-Achte Fonds Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
ILV-Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
ILV-Neunte Fonds Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
ILV-Sechste Fonds Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
ILV-Siebte Fonds Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
ILV-Siebte Immobilien-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hamburg KG	Düsseldorf	35,4	35,4
Immobilien Vermietungsgesellschaft Etzenhausen Dr. Rühl & Co. KG	Düsseldorf	47,2	46,6
Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Waltersdorf mbH	Schönefeld	47,0	47,0
Immobilien-Vermietungsgesellschaft Objekt Eindhoven B.V. ..	Breda	30,0	30,0
Industriedruck Krefeld Kurt Janßen GmbH & Co KG i.K.	Krefeld	25,7	25,7
Kapelaansdijk I BV	Amsterdam	25,0	25,0
Koppelenweg I BV	Hoevelaken	33,3	33,3
Küppersbusch Aktiengesellschaft & Co. Grundstücksgesellschaft OHG	Düsseldorf	2,4	24,0
LARIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
LARS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Augsburg	47,0	47,0
LARS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Augsburg OHG	Augsburg	0,0	40,0
LARS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hagen KG	Düsseldorf	44,7	40,0
LARS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Weishaupt OHG	Düsseldorf	0,0	40,0
LAUTUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
LAUTUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Arnsberg KG	Düsseldorf	47,0	47,0
LECTIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
LECTIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Passau KG	Düsseldorf	47,0	47,0
LECTIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Weimar KG	Düsseldorf	47,0	47,0
LEGALIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
LENIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
LENIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Attendorn KG	Düsseldorf	0,0	40,0
LENIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Essenbach KG	Düsseldorf	47,0	47,0
Lerchesberg Grundstücks-Gesellschaft mbH i.L.	Frankfurt am Main	49,0	49,0
LIBRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
Liegenschaft Hainstraße GbR	Frankfurt am Main	50,0	50,0
LIGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
LINDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
LIRIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
LIRIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG ..	Düsseldorf	47,0	47,0

Name	Sitz	Kapitalanteil in % insg.	Stimmanteil in % insg.
LOCO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
LOCO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Air Treads KG	Düsseldorf	47,0	47,0
LOCO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Rosental KG	Düsseldorf	47,0	47,0
LOCO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Selsten KG	Düsseldorf	47,0	47,0
LONGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
LONGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Krefeld KG	Düsseldorf	47,0	47,0
LONGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Wettenberg KG	Düsseldorf	47,0	47,0
LORATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
LORATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bonn KG	Düsseldorf	47,0	47,0
LORATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kosmedico KG	Düsseldorf	47,0	47,0
LORATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Rheine KG	Düsseldorf	47,0	47,0
LORICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
LORICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG	Düsseldorf	47,0	47,0
LOUISENA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
LOUISENA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Königstein KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
Lufthansa Leasing GmbH & Co. Echo-November KG i. L	Grünwald (München)	30,6	30,5
MADENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
MADENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG	Düsseldorf	47,0	47,0
MAECENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
MAECENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bremen KG	Düsseldorf	42,3	42,3
MAECENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Dortmund KG	Düsseldorf	44,7	31,3
MAGISTRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
MAGNA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Nürnberg OHG	Grünwald (München)	0,0	40,0
MAGNIFICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
MAHO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
MAIESTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Vreden	23,0	23,0
MAIORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
MALAXA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
MALEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
MALEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Gerwisch KG	Düsseldorf	47,0	47,0
MANDATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Dortmund KG	Düsseldorf	47,0	47,0
MANDATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt elho Sportbekleidung KG	Grünwald (München)	47,0	47,0
MANDATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hanau KG	Düsseldorf	47,0	47,0
MANDATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Ulm KG	Düsseldorf	47,0	47,0
MANICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
MANICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Neutraubling KG	Düsseldorf	44,7	23,5
MARBANA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hallenbad Flensburg KG	Flensburg	40,0	40,0
MARBREVA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt AOK Bayern KG	Düsseldorf	100,0	50,0
MARBREVA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt AOK Rheinland-Pfalz KG	Düsseldorf	100,0	50,0
Marie Lease S.ä r.l.	Luxemburg	49,0	49,0

Name	Sitz	Kapitalanteil in % insg.	Stimmanteil in % insg.
MARIUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
MARIUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Assamstadt KG	Düsseldorf	0,0	40,0
MARIUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hannover KG	Düsseldorf	21,0	40,0
MAROLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Essen KG	Düsseldorf	0,1	50,0
MARTINA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
MATERNA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
MATERNA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Reisholz KG	Düsseldorf	0,5	24,0
MATIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Haan	47,0	47,0
MATIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Gehe Objekte OHG	Haan	0,0	40,0
MAXIMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
Mayfair Shopping Centre Limited Partnership	Toronto	0,0	47,5
Mercedes Benz AG & Co. Grundstücksvermietung Objekt Franken KG	Schönefeld	0,5	40,0
MERCEDES BENZ AG & Co. Grundstücksvermietung Objekt Germersheim Betriebsvorrichtungen OHG	Düsseldorf	0,5	40,0
MERCEDES BENZ AG & Co. Grundstücksvermietung Objekt Germersheim KG	Düsseldorf	0,5	40,0
Mercedes-Benz AG & Co. Grundstücksvermietung Objekt Rhein-Main OHG	Schönefeld	0,5	40,0
MERCEDES-BENZ AG & Co. Grundstücksvermietung Objekt Südwest KG	Düsseldorf	0,5	40,0
Mercedes-Benz AG & Co. Grundstücksvermietung Objekte Leipzig und Magdeburg KG	Schönefeld	0,0	42,0
MERLAN Mobilien-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Projekt Nr. 15 KG i. L.	Grünwald (München)	32,0	31,1
Mic Mac Mall Limited Partnership	Toronto	0,0	47,5
MIDAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
MIDAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bumke OHG	Düsseldorf	0,0	40,0
MIDAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Langenhagen KG	Düsseldorf	44,7	44,7
MILES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
MILES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG	Düsseldorf	47,0	47,0
MILVUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
MILVUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Günzburg KG	Düsseldorf	0,0	40,0
MINERVA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
MINERVA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Herrmann KG	Grünwald (München)	0,0	40,0
MINERVA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Pfullendorf OHG	Grünwald (München)	0,0	40,0
MINERVA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Radolfzell KG	Düsseldorf	37,1	37,1
MINERVA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Sigmaringen KG	Düsseldorf	0,0	40,0
MIRABILIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
MIRABILIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berching KG	Düsseldorf	47,0	47,0
MIRATIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
MITEC engine.tec gmbh & Co. Objekt Krauthausen KG	Eisenach	0,5	45,0
MITIGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
MODESTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
MODICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	23,0	23,0
MOLA Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
MOLARIS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kurhaus KG	Düsseldorf	100,0	49,0
MOLBARVA Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0

Name	Sitz	Kapitalanteil in % insg.	Stimmanteil in % insg.
MOLBARVA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Augsburg KG	Düsseldorf	0,0	42,5
MOLBERNO Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
MOLBERNO Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Pirmasens KG	Grünwald (München)	0,0	25,0
MOLCASA Vermietungsgesellschaft Objekt Smart mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
MOLDOMA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Augsburg KG	Düsseldorf	100,0	50,0
MOLERSA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Altenkunstadt KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
MOLGRADO Vermietungsgesellschaft Objekt Göttingen und Oldenburg mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
MOLPIREAS Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
MOLPIREAS Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Heilbronn KG	Düsseldorf	0,0	42,5
MOLSOLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Aquarius KG	Düsseldorf	98,5	49,0
MOLSOLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Aries KG	Düsseldorf	98,5	49,0
MOLSOLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Düsseldorf Hohe Straße KG	Düsseldorf	98,5	49,0
MOLSOLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Geminus KG	Düsseldorf	98,5	49,0
MOLSOLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Halle Markt 11 KG	Düsseldorf	98,5	49,0
MOLSOLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Halle Riegel KG	Düsseldorf	98,5	49,0
MOLSOLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Pforzheim KG	Düsseldorf	98,5	49,0
MOLSOLA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Taurus KG	Düsseldorf	98,5	49,0
MOLSTINA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Stuttgart KG	Düsseldorf	0,1	50,0
MOLSURA Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
MOLWANKUM Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Landkreis Hildburghausen KG	Düsseldorf	6,0	29,0
MOLWARGA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Aue KG	Düsseldorf	4,6	25,0
MOTIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Singen (Hohentwiel)	47,0	47,0
MS "Meta" Stefan Patjens GmbH & Co. KG	Drochtersen	30,5	30,5
MUTUSCA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH ...	Düsseldorf	47,0	47,0
NESTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bergkamen KG	Düsseldorf	0,0	50,0
NESTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Erlangen KG	Düsseldorf	10,0	50,0
NESTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Landau KG	Düsseldorf	0,0	50,0
NESTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Villingen-Schwenningen KG	Düsseldorf	0,0	50,0
Neue Krausenhöfe Berlin Erste Grundstücksgesellschaft mbH	Teltow	47,4	47,4
Neue Krausenhöfe Berlin Zweite Grundstücksgesellschaft mbH	Teltow	47,4	47,4
NORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Castrop-Rauxel KG	Düsseldorf	0,0	50,0
NORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Ettlingen KG	Düsseldorf	0,0	50,0
NORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Gelsenkirchen KG	Düsseldorf	0,0	50,0
NORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Görlitz KG	Düsseldorf	0,0	50,0
NORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Groß-Kienitz OHG	Düsseldorf	0,0	50,0

Name	Sitz	Kapitalanteil in % insg.	Stimmanteil in % insg.
NORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Koblenz-Kesselheim KG	Düsseldorf	0,0	50,0
NORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Langenau KG	Düsseldorf	0,0	50,0
NORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lüdinghausen KG	Düsseldorf	0,0	50,0
NORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Singen KG	Düsseldorf	0,0	50,0
NORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Weingarten KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
NORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Weishaupt OHG	Düsseldorf	0,0	50,0
NOSCO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Alzey KG	Mainz	0,0	50,0
NOSSIA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	Grünwald (München)	2,5	25,0
NOTITIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Technologiepark Adlershof KG	Berlin	0,0	50,0
NULUX NUKEM LUXEMBURG GmbH	Luxemburg	49,5	49,5
OB Lagerhaus Betriebsgesellschaft mbH & Co. Objekt Glasstrasse KG	Düsseldorf	47,0	23,5
ORBITA Kraftwerk-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	50,0	50,0
ORBITA Kraftwerk-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kraftwerk Hessen KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
ORNATUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH ...	Schönefeld	50,0	50,0
OSCA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	Grünwald (München)	26,0	26,0
PACTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	47,0	47,0
PACTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin Mühlenstraße KG i.L.	Düsseldorf	47,0	47,0
Patella Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Fernwärmetrasse Lutherstadt Wittenberg KG ...	Berlin	94,0	37,6
Pinova GmbH & Co. Erste Beteiligungs KG	München	41,8	41,8
Place Ste-Foy Limited Partnership	Toronto	0,0	47,5
ProCredit Bank S.A., Romania	Bukarest	21,0	21,0
ProCredit Bank Sh.A.	Tirana	20,0	20,0
RAMONIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekte Kleinmachnow/Mölln KG	Düsseldorf	0,0	42,0
RAMONIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Friedrichshafen KG	Düsseldorf	0,0	50,0
RAMONIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kraichtal KG	Düsseldorf	0,0	50,0
RAMONIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lichtenau KG	Düsseldorf	0,0	50,0
RAMONIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt München KG	Düsseldorf	0,0	50,0
RAMONIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt München-Haar KG	Düsseldorf	0,0	50,0
RAMONIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Oberhausen KG	Düsseldorf	0,0	50,0
RAMONIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Stuttgart-Feuerbach KG	Düsseldorf	0,0	50,0
RAMONIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Vaihingen KG	Düsseldorf	0,0	50,0
RAVENNA KRAKOW Spolka z Ograniczona Odpowiedzialnoscia	Warschau	50,0	50,0
RAVENNA Szczecin Spolka Z Ograniczona Odpowiedzialnoscia	Warschau	50,0	50,0
Registra Securita Trust GmbH	Frankfurt am Main	33,3	33,3
Rendite Partner Gesellschaft für Vermögensverwaltung mbH i. L	Frankfurt am Main	33,3	33,3
Riverbank Trustees Limited	London	94,0	40,0
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Heilbronn KG	Düsseldorf	0,0	50,0

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil in % insg.</u>	<u>Stimmanteil in % insg.</u>
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Logistikobjekt Schweinfurt KG	Düsseldorf	2,5	35,0
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Garmisch-Partenkirchen KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bankakademie KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt CAP Kiel KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Ettlingen KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Fischerwerke KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Gerlingen KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Gutenbergstraße KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hamm KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Haßfurt KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Heimstetten KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Holzstraße KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kahl KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lechfeld KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lüdenscheid KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Mainz KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Maritim Stuttgart KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Moers KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Neckarkanal KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Oberhaching KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Pforzheim KG	Düsseldorf	0,5	50,0
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Recklinghausen KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Singen KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekte topwert KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Am Hammergarten KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bad Schönborn KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Dieselstraße KG	Grünwald (München)	0,0	35,0
ROSATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt FINOVA KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Fulda-West KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
ROSATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Garching KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kässbohrer KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kelsterbach KG	Düsseldorf	0,0	50,0

Name	Sitz	Kapitalanteil in % insg.	Stimmanteil in % insg.
ROSATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Logistik-Center Heilbronn KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Metzingen KG	Grünwald (München)	0,0	35,0
ROSATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Neustadt-Schwaig KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
ROSATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Offenbach KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Ostringen KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Saarbrücken KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bamberg KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Braunschweig KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt BURDA Medien Park KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt BURDA Offenburg KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Eckental KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Essen KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Ettlingen KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Fenepark Kempten KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Genshagen KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Gründau-Lieblös KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hannover-Stöcken KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hüttenheim KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt ISF Sindlingen KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Köngen KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Langenselbold KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Liesborn KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Maichingen KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Oelkinghausen KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Offenburg KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Ratingen KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Römerberg KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Schwalbach KG	Düsseldorf	6,6	50,0
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Schweinfurt KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Veldhoven KG	Düsseldorf	19,0	37,9
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Wustermark KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSEA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekte TANK & RAST KG	Düsseldorf	0,0	50,0

Name	Sitz	Kapitalanteil in % insg.	Stimmanteil in % insg.
ROSINTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin KG	Düsseldorf	0,5	50,0
ROSINTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Haus der Schifffahrt KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSINTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kürnach KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSINTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Möbel Wallach Celle KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSINTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Nürnberg KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSOLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Alzenau KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSOLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Düsseldorf KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSOLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hafenhause Lübeck KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSOLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hedderheim KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSOLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lünen/Soest KG	Düsseldorf	0,0	50,0
ROSOLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Peguform KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
Rudolph Beteiligungs GmbH	Halver	100,0	0,0
SCI l'Argentiere	Grenoble	30,0	30,0
S.E.A. Hotels Investment AB	Danderyd	50,0	50,0
S-Factoring druzba d.d.	Ljubljana	22,5	22,5
SITA ImmoBilia GmbH & Co. KG	Köln	5,1	50,0
Somentec Software GmbH	Langen	35,7	35,7
Southcentre Mall Limited Partnership	Toronto	0,0	47,5
Südkurier GmbH & Co. Objekt Konstanz OHG	Singen (Hohentwiel)	0,0	39,5
TAMOLDINA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
TAMOLTEMPA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
TAMOLTESSA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	50,0	50,0
TASKABANA dritte Immobilien-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Marl KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
TASKABANA dritte Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Tankanlage KG	Grünwald (München)	0,0	23,5
TASKABANA erste Immobilien-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Marl KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
TASKABANA erste Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Marl KG	Grünwald (München)	16,9	45,1
TASKABANA Vermietungsgesellschaft mbH	Grünwald (München)	47,0	47,0
TASKABANA zweite Immobilien-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Marl KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
TASKABANA zweite Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Tankanlage KG	Grünwald (München)	0,0	40,0
The World Markets Company GmbH i. L	Frankfurt am Main	25,2	25,2
TIGNARIS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Giershagen KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
TIGNARIS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Pfullendorf KG	Grünwald (München)	0,0	42,5
Vermietungsgesellschaft Objekt 12 m.b.H	Düsseldorf	46,5	46,5
WEKO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH Objekt Rosenheim KG	Grünwald (München)	0,0	42,5

3. In der Konzernbilanz at-Equity-bewertete Gemeinschaftsunternehmen

Name	Sitz/Sitz der Verwaltungsgesellschaft	Kapitalanteil in % insg.	Stimmanteil in % insg.	Währung	Eigenkapital Tsd	Jahresergebnis Tsd
Carbon Trade & Finance SICAR S.A.	Luxemburg	50,0	50,0	EUR	1.000	2.860
Delphi I LLC	Wilmington, Delaware	33,3	32,3	EUR	-299.141	-26.615
Commerz Finanz GmbH ⁴¹⁾	München	49,9	49,9	EUR	9.780	20.258
FV Holding S.A.	Brüssel	60,0	50,0	EUR	33.659	-5.051
CR Kaiserkarree S.a.r.l.	Luxemburg	50,0	50,0	EUR	-26.211	-14.509
Servicing Advisors Deutschland GmbH ...	Frankfurt am Main	50,0	50,0	EUR	2.665	1.731
Urbanitas Grundbesitzgesellschaft mbH ...	Berlin	50,0	50,0	EUR	-7.728	1.396

4. Zweckgesellschaften und Spezialfonds

a) In den Konzernabschluss gemäß IAS 27/SIC 12 einbezogene Zweckgesellschaften

Name	Sitz/Sitz der Verwaltungsgesellschaft	Kapitalanteil in %	Währung	Gezeichnetes Kapital Tsd
ALEPPA Funding I LLC	Dover, Delaware	0,0	USD	0
ALEPPA Funding II LLC	Dover, Delaware	0,0	USD	0
Asset Securitisation Programme for Insured Receivables Ltd. (ASPIRE)	Dublin	0,0	EUR	0
Barrington II CDO Ltd.	George Town, Cayman Island	0,0	EUR	0
Barrington II LLC	Dover, Delaware	0,0	USD	0
Beethoven Funding Corporation	Dover, Delaware	0,0	USD	3
Borromeo Finance S.r.l.	Mailand	0,0	EUR	0
Bosphorus Capital Ltd.	Dublin	0,0	EUR	0
CB MezzCAP Limited Partnership	St. Helier, Jersey	0,0	EUR	0
Classic Finance BV	Amsterdam	0,0	EUR	0
Classic I Netherlands Limited	Amsterdam	0,0	EUR	0
CoCo Finance 2006-1 plc	Dublin	0,0	EUR	-3.039
CoSMO Finance 2007-1 Ltd.	Dublin	0,0	EUR	3
CoSMO Finance 2008-1 Ltd.	Dublin	0,0	EUR	2
Danube Delta PLC	Dover, Delaware	0,0	USD	0
FAF Inc.	George Town, Cayman Island	0,0	EUR	164
Greenway Infrastructure Capital Plc	St. Helier, Jersey	0,0	EUR	0
Greenway Infrastructure Fund	St. Helier, Jersey	0,0	EUR	0
Honeywell Grundbesitzverwaltungs-GmbH & Co Vermietungs-KG	Grünwald (München)	100,0	EUR	-11.577 ^{d)}
Idilias SPC Inc.	George Town, Cayman Island	0,0	EUR	1.906
Idilias SPC (Silo II)	George Town, Cayman Island	0,0	EUR	0
Idilias SPC (Silo IV)	George Town, Cayman Island	0,0	EUR	0
Justine Capital SRL	Mailand	0,0	EUR	0
Kaiserplatz-Gesellschaften:				
Kaiserplatz Funding LLC	Wilmington, Delaware	0,0	EUR	0
Kaiserplatz Holdings Ltd.	St. Helier, Jersey	0,0	EUR	0
Kaiserplatz Funding Ltd.	St. Helier, Jersey	0,0	EUR	0
Kaiserplatz Sub-Holding Ltd.	St. Helier, Jersey	0,0	EUR	0
Kaiserplatz Purchaser No. 05 Ltd. ...	St. Helier, Jersey	0,0	EUR	0
Kaiserplatz Purchaser No. 06 Ltd. ...	St. Helier, Jersey	0,0	EUR	0
Kaiserplatz Purchaser No. 15 Ltd. ...	St. Helier, Jersey	0,0	EUR	0
Kaiserplatz Purchaser No. 16 Ltd. ...	St. Helier, Jersey	0,0	EUR	0
Kaiserplatz Purchaser No. 17 Ltd. ...	St. Helier, Jersey	0,0	EUR	0
MidCABS Ltd.	St. Helier, Jersey	0,0	EUR	0
Kalmus Grundstücks Gesellschaft Objekt KG	Grünwald (München)	0,0	EUR	0
Lamina Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co				
Objekt Leipzig KG	Grünwald (München)	0,0	EUR	0
Liffey (Emerald) Limited	Dublin	0,0	EUR	0
Livingstone Mortgages Limited	London	0,0	GBP	0
Mandas Receivables No. 2 Limited	St. Helier, Jersey	0,0	EUR	0
Merkur Grundstücks-Gesellschaft Objekt Berlin Lange Strasse mbH & Co. KG	Grünwald (München)	0,0	EUR	0
Millstone II LLC	Dover, Delaware	0,0	USD	0

Name	Sitz/Sitz der Verwaltungsgesellschaft	Kapitalanteil in %	Währung	Gezeichnetes Kapital Tsd
Millstone II Ltd.	Dover, Delaware	0,0	USD	0
Mole Finance Inc.	George Town, Cayman Island	0,0	EUR	176
More Global Inc.	George Town, Cayman Island	0,0	EUR	112
Pantheon Master Fund	Dover, Delaware	0,0	USD	0
Plymouth Capital Ltd.	St. Helier, Jersey	0,0	EUR	19.614
Portland Capital Ltd.	St. Helier, Jersey	0,0	EUR	7
RCL Securisation GmbH	Frankfurt am Main	0,0	EUR	64
Rügen 1 GmbH	Frankfurt am Main	0,0	EUR	0
Semper Finance 2006-1 Ltd.	St. Helier, Jersey	0,0	GBP	0
Semper Finance 2007-1 GmbH	Frankfurt am Main	0,0	EUR	0
Shannon Capital plc.	Dublin	0,0	EUR	1.394
Silver Tower 125 Inc.	George Town, Cayman Island	0,0	EUR	5.761
Symphony No. 2 Llc	Wilmington, Delaware	0,0	USD	-39
Symphony No. 4 Llc	Dover, Delaware	0,0	USD	8
Thames SPC	George Town, Cayman Island	0,0	EUR	0
Truckman Inc	Cayman Island	0,0	EUR	13 ^{al}
TS Co. mit One GmbH	Frankfurt am Main	0,0	EUR	25
TS Lago One GmbH	Frankfurt am Main	0,0	EUR	26
Twins Financing LLC	New York	0,0	USD	0
Victoria Capital (Ireland) Public Limited Company	Luxemburg	0,0	EUR	0
Victoria Capital Holdings S.A.	Luxemburg	0,0	EUR	0
Victoria Capital S.A.	Luxemburg	0,0	EUR	0
Wisley Inc.	George Town, Cayman Island	0,0	EUR	291

b) In den Konzernabschluss gemäß IAS 27/SIC 12 einbezogene Spezialfonds

Name	Sitz/ Sitz der Verwaltungsgesellschaft	Anteil des Investors am Fonds in %	Währung	Fondsvolumen Tsd
BRE Gold Fund	Luxemburg	100,0	PLN	242.569
CDBS Cofonds	Frankfurt am Main	100,0	EUR	101.121
CDBS Cofonds II	Frankfurt am Main	100,0	EUR	91.430
CDBS Cofonds III	Frankfurt am Main	100,0	EUR	96.183
CDBS Cofonds IV	Frankfurt am Main	100,0	EUR	98.086
ComStage ETF CB Commodity EW Index TR	Luxemburg	75,2	USD	616.631
ComStage ETF Commerzbank EONIA INDEX TR	Luxemburg	8,2	EUR	409.223
ComStage ETF DAX® TR	Luxemburg	22,6	EUR	599.251
ComStage ETF Dow Jones EURO STOXX 50® TR ...	Luxemburg	36,2	EUR	275.830
ComStage ETF Dow Jones EURO STOXX® Select Dividend 30 TR	Luxemburg	68,1	EUR	131.100
ComStage ETF Dow Jones INDUSTRIAL AVERAGE™	Luxemburg	66,9	USD	206.504
ComStage ETF Dow Jones STOXX® 600 TR	Luxemburg	77,7	EUR	344.948
ComStage ETF iBoxx € Liquid Sovereigns Diversified 1-3 TR	Luxemburg	34,7	EUR	284.500
ComStage ETF iBoxx € Liquid Sovereigns Diversified 3-5 TR	Luxemburg	44,2	EUR	330.901
ComStage ETF iBoxx € Liquid Sovereigns Diversified 3m-1 TR	Luxemburg	13,9	EUR	100.427 ^{al}
ComStage ETF iBoxx € Liquid Sovereigns Diversified 5-7 TR	Luxemburg	95,5	EUR	103.951 ^{al}
ComStage ETF iBoxx € Sovereigns Germany Capped 1-5 TR	Luxemburg	98,8	EUR	105.354
ComStage ETF iBoxx € Sovereigns Germany Capped 3m-2 TR	Luxemburg	94,8	EUR	10.173 ^{al}
ComStage ETF MSCI EMU TRN	Luxemburg	79,9	USD	500.018
ComStage ETF MSCI USA TRN	Luxemburg	78,2	USD	226.742 ^{al}
ComStage ETF MSCI World TRN	Luxemburg	64,3	USD	311.344
ComStage ETF NIKKEI 225	Luxemburg	47,8	JPY	14.668.438 ^{al}
Gresham Bond Fund	Wilmington/Delaware	99,7	GBP	137.795
GS SICAV - UK Premia	Luxemburg	86,6	GBP	171.180 ^{al}
ILSP Mutual Fund AG & Co. KG	Vaduz	85,4	USD	511.159
OP-Fonds CDBS V	Frankfurt am Main	100,0	EUR	89.029

5. Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet

Name	Sitz	Kapitalanteil in % insg.	Stimmanteil in % insg.
ARES Energie Aktiengesellschaft	Berlin	13,7	13,7
CarMeile AG	Wuppertal	10,0	10,0
ConCardis Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main	13,9	13,9
EURO Kartensysteme Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main	13,9	13,9
GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen	Bremen	7,1	7,1
Liquiditäts-Konsortialbank Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main	9,6	9,6
Open Joint-Stock Company Promsvyazbank	Moskau	15,3	15,3

Fußnoten

- 1) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Holdings I, Inc. wurde Coba Holdings I, LLC
- 2) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Securities LLC wurde Commerz Markets LLC
- 3) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Capital Investment Company Limited wurde Commerzbank Capital Investment Company Limited
- 4) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Capital Ventures Management Limited wurde Commerzbank Capital Ventures Management Limited
- 5) Umfirmiert: aus Dresdner Finance 2 S.ä.r.l. wurde Commerzbank Finance 2 S.ä.r.l.
- 6) Umfirmiert: aus Kleinwort Benson Finance BV wurde Commerzbank Finance BV
- 7) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Group Limited wurde Commerzbank Holdings (UK) Limited
- 8) Umfirmiert: aus Dresdner Investments (UK) Limited wurde Commerzbank Investments (UK) Ltd.
- 9) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Leasing (Guernsey) Ltd wurde Commerzbank Leasing (Guernsey) Limited
- 10) Umfirmiert: aus Dresdner Leasing 1 S.ä.r.l. wurde Commerzbank Leasing 1 S.ä.r.l.
- 11) Umfirmiert: aus Dresdner Leasing 2 S.ä.r.l. wurde Commerzbank Leasing 2 S.ä.r.l.
- 12) Umfirmiert: aus Dresdner Leasing 4 S.ä.r.l. wurde Commerzbank Leasing 4 S.ä.r.l.
- 13) Umfirmiert: aus Dresdner Leasing 5 S.ä.r.l. wurde Commerzbank Leasing 5 S.ä.r.l.
- 14) Umfirmiert: aus Dresdner Leasing 6 S.ä.r.l. wurde Commerzbank Leasing 6 S.ä.r.l.
- 15) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Leasing December (1) Limited wurde Commerzbank Leasing December (1) Limited
- 16) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Leasing December (10) wurde Commerzbank Leasing December (10)
- 17) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Leasing December (11) wurde Commerzbank Leasing December (11)
- 18) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Leasing December (12) Limited wurde Commerzbank Leasing December (12) Limited
- 19) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Leasing December (13) Limited wurde Commerzbank Leasing December (13) Limited
- 20) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Leasing December (15) Limited wurde Commerzbank Leasing December (15)
- 21) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Leasing December (3) Limited wurde Commerzbank Leasing December (3) Limited
- 22) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Leasing December (4) Limited wurde Commerzbank Leasing December (4) Limited
- 23) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Leasing December (7) Limited wurde Commerzbank Leasing December (7) Limited
- 24) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Leasing December (8) Limited wurde Commerzbank Leasing December (8) Limited
- 25) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Leasing December (9) Limited wurde Commerzbank Leasing December (9) Limited
- 26) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Leasing Holdings Limited wurde Commerzbank Leasing Holdings Limited
- 27) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Leasing Limited wurde Commerzbank Leasing Limited
- 28) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Leasing March (3) Limited wurde Commerzbank Leasing March (3) Limited
- 29) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Leasing September (5) Limited wurde Commerzbank Leasing September (5) Limited
- 30) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Leasing September (6) Limited wurde Commerzbank Leasing September (6) Limited
- 31) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Online Ventures Limited wurde Commerzbank Online Ventures Limited
- 32) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Overseas Holdings Limited wurde Commerzbank Overseas Holdings Limited
- 33) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Property Management & Services Limited wurde Commerzbank Property Management & Services Limited
- 34) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Securities Ltd wurde Commerzbank Securities Ltd
- 35) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Securities Nominees Limited wurde Commerzbank Securities Nominees Limited
- 36) Umfirmiert: aus Aspiro Sp.z.o.o. wurde Aspiro S.A.
- 37) Umfirmiert: aus Commerz Real Autoleasing GmbH wurde Commerz Real Autoservice GmbH
- 38) Umfirmiert: aus Commerzbank Capital Management GmbH wurde Commerzbank Capital Management Unternehmensbeteiligungs GmbH
- 39) Umfirmiert: aus Dresdner Kleinwort Sponsoring GmbH wurde Commerzbank Sponsoring GmbH
- 40) Umfirmiert: aus Dresdner Finanziaria S.p.A. wurde DFI S.p.A. in liquidazione
- 41) Umfirmiert: aus Dresdner-Cetelem Kreditbank GmbH wurde Commerz Finanz GmbH

Anmerkungen und Erläuterungen

- a) Im Geschäftsjahr erstmals in den Konzernabschluss einbezogen.
- b) Ergebnisabführungsvertrag.
- c) Die Angaben gemäß § 285 Nr.11a HGB sind wegen untergeordneter Bedeutung nach § 286 Abs. 3 Nr.1 HGB unterblieben.
- d) Nach SIC 12 konsolidiert, da Stimmrechtsanteil 19 %.

Devisenkurse für 1 Euro zum 31.12.2010:

Bermuda	BMD	1,33620
Brasilien	BRL	2,21770
Chile	CLP	626,28090
Großbritannien	GBP	0,86075
Indien	INR	59,75800
Japan	JPY	108,65000
Kanada	CAD	1,33220
Polen	PLN	3,97500
Russland	RUB	40,82000
Singapur	SGD	1,71360
Südafrika	ZAR	8,86250
Taiwan	TWD	38,99750
Tschechische Republik	CZK	25,06100
Ukraine	UAH	10,66330
Ungarn	HUF	277,95000
USA	USD	1,33620

Organe der Commerzbank Aktiengesellschaft

Aufsichtsrat

Klaus-Peter Müller

Vorsitzender

Uwe Tschäge¹

stellv. Vorsitzender
Bankangestellter
Commerzbank Aktiengesellschaft

Hans-Hermann Altenschmidt¹

Bankangestellter
Commerzbank Aktiengesellschaft

Dott. Sergio Balbinot

Managing Director
Assicurazioni Generali S. p. A.

Dr.-Ing. Burckhard Bergmann

Ehemaliger Vorsitzender
des Vorstands
E.ON Ruhrgas AG

Herbert Bludau-Hoffmann¹

(bis 31.12.2010)
Dipl.-Volkswirt
Gewerkschaft ver.di
Fachbereich Finanzdienstleistungen,
Unternehmensbetreuer
Commerzbank

Dr. Nikolaus von Bomhard

Vorsitzender des Vorstands
Münchener Rückversicherungs-
Gesellschaft AG

Karin van Brummelen¹

Bankangestellte
Commerzbank Aktiengesellschaft

Astrid Evers¹

Bankangestellte
Commerzbank Aktiengesellschaft

Uwe Foullong¹

Mitglied des ver.di-Bundesvorstands

Daniel Hampel¹

Bankangestellter
Commerzbank Aktiengesellschaft

Dr.-Ing. Otto Happel

Unternehmer
Luverse AG

Sonja Kasischke¹

Bankangestellte
Commerzbank Aktiengesellschaft

Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h.

Hans-Peter Keitel
Präsident des Bundesverbandes
der Deutschen Industrie

Alexandra Krieger¹

Dipl.-Kauffrau
Leiterin Referat Wirtschaft I
Mitbestimmungsförderung
Hans-Böckler-Stiftung

Dr. h.c. Edgar Meister

Rechtsanwalt
Mitglied des Vorstands
der Deutschen Bundesbank a.D.

Prof. h.c. (CHN) Dr. rer. oec.

Ulrich Middelmann
Ehemaliger stellv. Vorsitzender
des Vorstands
ThyssenKrupp AG

Dr. Helmut Perlet

Ehemaliges Mitglied des Vorstands
Allianz SE

Barbara Priester¹

Bankangestellte
Commerzbank Aktiengesellschaft

Mark Roach¹

(seit 10.1.2011)
Gewerkschaftssekretär
ver.di Bundesverwaltung

Dr. Marcus Schenck

Mitglied des Vorstands
E.ON AG

Dr. Walter Seipp

Ehrevorsitzender

¹ Von den Arbeitnehmern gewählt.

Vorstand

Martin Blessing

Vorsitzender

Frank Annuscheit**Markus Beumer****Dr. Achim Kassow****Jochen Klösger****Michael Reuther****Dr. Stefan Schmittmann****Ulrich Sieber****Dr. Eric Strutz****Martin Zielke**

(seit 5.11.2010)

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt wird, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, 7. März 2011
Der Vorstand



Martin Blessing



Frank Annuscheit



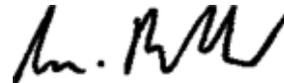
Markus Beumer



Achim Kassow



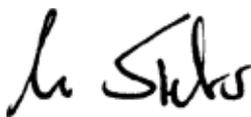
Jochen Klösges



Michael Reuther



Stefan Schmittmann



Ulrich Sieber



Eric Strutz



Martin Zielke

Der folgende in Übereinstimmung mit § 322 Handelsgesetzbuch erteilte Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den Konzernabschluss sowie den Konzernlagebericht der COMMERZBANK Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2010. Der Konzernlagebericht ist weder in diesem Registrierungsformular abgedruckt, noch kraft Verweises einbezogen.

Bestätigungsvermerk des Konzernabschlussprüfers

Wir haben den von der COMMERZBANK Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung unter ergänzender Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet. Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 8. März 2011

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Lothar Schreiber
(Wirtschaftsprüfer)

Peter Goldschmidt
(Wirtschaftsprüfer)

(Diese Seite bleibt absichtlich frei.)

JAHRESABSCHLUSS DER COMMERZBANK AKTIENGESELLSCHAFT ZUM 31. DEZEMBER 2012

Gewinn-und-Verlust-Rechnung der Commerzbank Aktiengesellschaft für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

		<u>2012</u>	<u>2011</u>
		Mio. €	
Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	9.020		10.688
b) Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	828		1.100
		9.848	11.788
Zinsaufwendungen		- 6.105	- 7.077
		<u>3.743</u>	<u>4.711</u>
Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		2	4
b) Beteiligungen		15	22
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		91	108
		<u>108</u>	<u>134</u>
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		<u>1.612</u>	<u>291</u>
Provisionserträge	3.079		3.359
Provisionsaufwendungen	- 487		- 544
		<u>2.592</u>	<u>2.815</u>
Nettoertrag des Handelsbestands		<u>1.460</u>	<u>869</u>
darunter: Zuführung gemäß § 340 e Abs. 4 HGB	- 162		- 97
Sonstige betriebliche Erträge		<u>2.300</u>	<u>716</u>
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	- 2.742		- 2.842
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	- 626		- 600
darunter: für Altersversorgung	- 214		- 194
		- 3.368	- 3.442
b) Andere Verwaltungsaufwendungen		- 2.249	- 3.140
		<u>- 5.617</u>	<u>- 6.582</u>
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		- 208	- 223
Aufwand aus der Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals		- 104	—
Sonstige betriebliche Aufwendungen		- 1.747	- 1.427
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		- 1.567	—
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		—	319
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		—	- 187
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren ..		181	—
Aufwendungen aus Verlustübernahme		- 29	- 5.607
Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken		45	—
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		<u>2.769</u>	<u>- 4.171</u>
Außerordentlicher Aufwand		- 148	- 45
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		- 2.516	557
darunter: Veränderung latenter Steuern	- 2.546		485
Sonstige Steuern		- 3	40
		<u>- 2.519</u>	<u>597</u>
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		<u>102</u>	<u>- 3.619</u>
Entnahmen aus der Kapitalrücklage		—	3.159
Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen		—	460
Einstellungen in die Kapitalrücklage		—	- 2.142
Einstellung in andere Gewinnrücklagen		- 17	—
Ertrag aus der Kapitalherabsetzung		—	2.142
Nettoverlust aus dem Handel mit eigenen Aktien		- 19	—
Wiederauffüllung von stillen Einlagen		- 66	—
Bilanzgewinn		<u>—</u>	<u>—</u>

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2012 der Commerzbank Aktiengesellschaft

<u>Aktivseite</u>			<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
			Mio. €	
Barreserve				
a) Kassenbestand			1.631	1.484
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			11.750	3.055
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	5.080			628
			<u>13.381</u>	<u>4.539</u>
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			390	370
			<u>390</u>	<u>370</u>
Forderungen an Kreditinstitute				
a) Täglich fällig			24.412	25.811
b) Andere Forderungen			96.053	107.849
darunter: Hypothekendarlehen			—	—
Kommunalkredite	188			—
			<u>120.465</u>	<u>133.660</u>
Forderungen an Kunden			<u>181.277</u>	<u>166.159</u>
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert (Hypothekendarlehen)			31.342	25.857
Kommunalkredite			5.054	4.868
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) Von öffentlichen Emittenten		474		251
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	474			251
ab) Von anderen Emittenten			474	259
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				—
				510
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) Von öffentlichen Emittenten		8.255		6.602
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	7.670			6.194
bb) Von anderen Emittenten		24.306	32.561	24.816
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	19.448			19.496
				31.418
c) Eigene Schuldverschreibungen			1.036	7
Nennbetrag 1.033 Mio. €				
			<u>34.071</u>	<u>31.935</u>
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			<u>829</u>	<u>1.295</u>
Handelsbestand			<u>159.403</u>	<u>169.185</u>
Beteiligungen			<u>435</u>	<u>616</u>
darunter: an Kreditinstituten		302		308
an Finanzdienstleistungsinstituten		2		4
Anteile an verbundenen Unternehmen			<u>10.267</u>	<u>11.530</u>
darunter: an Kreditinstituten		2.806		565
an Finanzdienstleistungsinstituten		495		495
Treuhandvermögen			<u>628</u>	<u>685</u>
darunter: Treuhandkredite		570		626
Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			278	149
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			64	82
			<u>342</u>	<u>231</u>
Sachanlagen			<u>600</u>	<u>1.032</u>
Sonstige Vermögensgegenstände			<u>4.196</u>	<u>3.220</u>
Rechnungsabgrenzungsposten				
a) Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			284	344
b) Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			282	344
			<u>566</u>	<u>688</u>
Aktive latente Steuern			—	2.547
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			<u>603</u>	<u>219</u>
Summe der Aktiva			<u>527.453</u>	<u>527.911</u>

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2012 der Commerzbank Aktiengesellschaft

<u>Passivseite</u>	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
	Mio. €	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
a) Täglich fällig	45.749	37.100
b) Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	62.773	56.882
darunter: begebene Namensschiffspfandbriefe	104	—
begebene öffentliche Namenspfandbriefe	—	—
	<u>108.522</u>	<u>93.982</u>
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
a) Spareinlagen		
aa) Mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	9.920	4.478
ab) Mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	128	173
	10.048	4.651
b) Andere Verbindlichkeiten		
ba) Täglich fällig	129.428	114.142
bb) Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	79.133	75.818
	208.561	189.960
darunter: begebene Namensschiffspfandbriefe	1.744	—
begebene öffentliche Namenspfandbriefe	886	—
	<u>218.609</u>	<u>194.611</u>
Verbriefte Verbindlichkeiten		
a) Begebene Schuldverschreibungen	33.919	39.648
aa) Schiffspfandbriefe	1.539	—
ab) Öffentliche Pfandbriefe	167	—
ac) Sonstige Schuldverschreibungen	32.213	—
b) Andere verbrieftete Verbindlichkeiten	289	4.563
ba) Geldmarktpapiere	279	4.552
bb) Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	10	11
	<u>34.208</u>	<u>44.211</u>
Handelsbestand	<u>118.512</u>	<u>140.497</u>
Treuhandverbindlichkeiten	<u>628</u>	<u>685</u>
darunter: Treuhandkredite	570	626
Sonstige Verbindlichkeiten	<u>14.272</u>	<u>19.905</u>
Rechnungsabgrenzungsposten		
a) Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	48	47
b) Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	364	386
	<u>412</u>	<u>433</u>
Passive latente Steuern	<u>—</u>	<u>—</u>
Rückstellungen		
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	141	156
b) Steuerrückstellungen	208	362
c) Andere Rückstellungen	2.612	3.013
	<u>2.961</u>	<u>3.531</u>
Nachrangige Verbindlichkeiten	<u>10.568</u>	<u>12.161</u>
Genussrechtskapital	<u>842</u>	<u>707</u>
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	—	—
Fonds für allgemeine Bankrisiken	<u>476</u>	<u>314</u>
Eigenkapital		
a) Gezeichnetes Kapital		
aa) Grundkapital	5.829	5.114
Eigene Anteile	—1	—1
(Bedingtes Kapital 4.394 Mio. €)	5.828	5.113
ab) Einlagen stiller Gesellschafter	2.868	3.529
	8.696	8.642
b) Kapitalrücklage	8.730	8.232
c) Gewinnrücklagen		
ca) Gesetzliche Rücklage	—	—
cb) Andere Gewinnrücklagen	17	—
	17	—
d) Bilanzgewinn	—	—
	<u>17.443</u>	<u>16.874</u>
Summe der Passiva	<u>527.453</u>	<u>527.911</u>
1. Eventualverbindlichkeiten		
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	5	1
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	34.868	35.968
	<u>34.873</u>	<u>35.969</u>
2. Andere Verpflichtungen		
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	—	—
b) Unwiderrufliche Kreditzusagen	47.759	53.479
	<u>47.759</u>	<u>53.479</u>

ANHANG

Allgemeine Angaben

(1) Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss der Commerzbank Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2012 ist in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) sowie unter Beachtung der aktienrechtlichen Regelungen (AktG) aufgestellt worden. Die Verschmelzung der Deutschen Schiffsbank Aktiengesellschaft mit der Commerzbank Aktiengesellschaft rückwirkend zum 1. Januar 2012 wurde zum 22. Mai 2012 vollzogen. Hierdurch sind erstmals zum 31. Dezember 2012 die Angaben gemäß Pfandbriefgesetz (PfandBG) berücksichtigt. Aufgrund der Verschmelzung mit der Deutschen Schiffsbank Aktiengesellschaft erhöht sich das Bilanzvolumen im Geschäftsjahr leicht um 2 %. Im Wesentlichen betrifft der Anstieg die Forderungen an Kunden sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden.

Neben dem Jahresabschluss – bestehend aus Gewinn-und-Verlust-Rechnung, Bilanz und Anhang – wurde nach § 289 HGB ein Lagebericht aufgestellt.

Alle Beträge sind, soweit nicht gesondert darauf hingewiesen wird, in Mio. Euro angegeben.

(2) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Barreserve ist zu Nennbeträgen bilanziert. Schuldtitel öffentlicher Stellen sind mit dem abgezinsten Wert angesetzt worden. Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden sind zu Nennwerten ausgewiesen, gebildete Wertberichtigungen wurden abgesetzt. Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Nennbeträgen, denen Zinscharakter zukommt, werden in die Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die Laufzeit ratierlich erfolgswirksam im Zinsergebnis berücksichtigt.

Die Risiken im Kreditgeschäft werden für alle bilanziellen Forderungsbestände und außerbilanziellen Geschäfte auf Einzelgeschäftsebene beziehungsweise Portfoliobasis unter Heranziehung interner Parameter und Modelle berechnet. Dabei wird zwischen signifikanten und nicht signifikanten Engagements unterschieden. Länderrisiken sind im Rahmen dieser Berechnungen abgedeckt. Die Höhe der Risikovorsorge für einzeln betrachtete Adressenausfallrisiken bemisst sich nach dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert der Forderung und dem nach der Discounted-Cash-Flow-Methode berechneten Barwert. Dieser wird aus den zu erwartenden zukünftigen Zahlungseingängen unter Berücksichtigung werthaltiger Sicherheiten auf diese Forderungen ermittelt; die Ermittlung von Pauschalwertberichtigungen erfolgt modellbasiert. Die regelmäßige Risikovorsorgeauflösung, die sich aus der Erhöhung des Barwertes ergibt, wird innerhalb der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Zinsertrag ausgewiesen.

In den Schiffshypothekendarlehen waren auch solche Bauzeitfinanzierungen enthalten, bei denen die Eintragung einer Schiffshypothek planmäßig zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen wird.

Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden – soweit sie nicht als Bewertungseinheit abgebildet werden – nach den Vorschriften für das Umlaufvermögen unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungskosten und beizulegendem Wert bilanziert. Wertpapiere des Anlagevermögens werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip behandelt.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind gemäß den für das Anlagevermögen geltenden Regelungen zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Bei voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Sofern die Gründe, die zu einer Abschreibung geführt haben, nicht mehr bestehen, erfolgt eine Zuschreibung bis maximal zur Höhe der Anschaffungskosten.

Abschreibungen und Wertberichtigungen werden saldiert mit Wertaufholungen ausgewiesen. Bei Wertpapieren der Liquiditätsreserve erfolgt der Ausweis in dem Posten Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft. Bei Wertpapieren des Anlagevermögens sind die Aufwendungen in dem Posten Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere ausgewiesen.

Die Bewertung des Handelsbestands erfolgt zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags gemäß § 340 e Abs. 3 HGB. Der Risikoabschlag wird auf Basis des aufsichtsrechtlichen Value at Risk für Marktpreisrisiken berechnet. Zeitwertänderungen des Handelsbestands werden saldiert im Nettoergebnis des Handelsbestands ausgewiesen. Zurückgekaufte eigene Emissionen des Handelsbestands sowie eigene Schuldverschreibungen sind saldiert ausgewiesen, soweit eine Schuld nicht mehr besteht.

Pensionsgeschäfte werden nach den geltenden Grundsätzen des § 340 b HGB ausgewiesen. Bei Wertpapierleihgeschäften werden verliehene Wertpapiere aufgrund des wirtschaftlichen Eigentums weiterhin bei der Commerzbank Aktiengesellschaft bilanziert.

Sachanlagen sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, und soweit abnutzbar, gemindert um planmäßige Abschreibungen ausgewiesen. Die zugrunde liegenden Nutzungsdauern orientieren sich an der wirtschaftlichen Nutzungsdauer. Bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung erfolgt eine außerplanmäßige Abschreibung.

Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden in Höhe der hierfür angefallenen Entwicklungskosten aktiviert. Geringwertige Wirtschaftsgüter sind nach den jeweiligen lokalen steuerrechtlichen Vereinfachungsregelungen bilanziert.

Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen ausgewiesen. Unterschiedsbeträge zwischen Rückzahlungs- und Auszahlungsbetrag werden als Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert und zeitanteilig erfolgswirksam aufgelöst. Langfristige, abgezinste Verbindlichkeiten (Zerobonds) werden mit dem Barwert angesetzt.

Pensionsrückstellungen werden jährlich von unabhängigen Aktuaren nach der Anwartschaftsbarwertmethode ermittelt. Die Parameter für die Berechnung sind in der Angabe zu den Rückstellungen beschrieben. Das Deckungsvermögen zur Sicherung der Pensions- und Altersteilzeitverpflichtungen wird mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet und gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den hierfür gebildeten Rückstellungen saldiert ausgewiesen. Gleiches gilt für die zugehörigen Aufwendungen und Erträge. Ergibt sich aus der Verrechnung von Deckungsvermögen mit den hierfür gebildeten Rückstellungen für Pensionen oder Altersteilzeit ein Aktivüberhang, wird dieser in der Position Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung ausgewiesen. Der erforderliche Zuführungsbetrag gemäß Artikel 67 Abs. 1 EGHGB wird bis spätestens 31. Dezember 2024 zugeführt.

Rückstellungen für Steuern und andere Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags, Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit ihrem Barwert angesetzt.

Derivative Finanzinstrumente werden sowohl zur Absicherung von Bilanzposten als auch für Handelszwecke eingesetzt und am Bilanzstichtag einzeln bewertet. Bewertungseinheiten werden unter Einbezug derivativer Sicherungsgeschäfte entsprechend den Vorschriften des § 254 HGB gebildet. Zur bilanziellen Abbildung der Mikro-Bewertungseinheiten der Liquiditätsreserve wird die sogenannte Durchbuchungsmethode angewendet. Die Grund- und Sicherungsgeschäfte in Mikro-Bewertungseinheiten der Passivseite werden nach der Festbewertungsmethode bilanziert. Die bilanzielle Abbildung von Portfolio-Bewertungseinheiten erfolgt mittels der sogenannten Einfrierungsmethode.

Die zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbuchs (im sogenannten Bankbuch) wurden in ihrer Gesamtheit auf einen Verpflichtungsüberschuss untersucht. Die Commerzbank Aktiengesellschaft hat hierzu einen barwertigen Ansatz genutzt. Die Bewertung ergab unverändert keine Notwendigkeit zur Bildung einer Drohverlustrückstellung. Forderungen und Verbindlichkeiten aus Ausgleichszahlungen für Börsentermingeschäfte werden innerhalb der Sonstigen Vermögensgegenstände und Sonstigen Verbindlichkeiten saldiert ausgewiesen. Die Berücksichtigung interner Geschäfte erfolgt im Rahmen des sogenannten Stellvertreterprinzips.

Latente Steuern werden für temporäre Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen der angesetzten Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und deren steuerlichen Wertansätzen sowie für steuerliche Verlustvorträge ermittelt. Die zugrunde liegenden temporären Differenzen beruhen im Wesentlichen auf unterschiedlichen Wertansätzen bei Wertpapieren, Handelsaktiva und -passiva sowie Rückstellungen und führen zu einer aktiven latenten Steuer. Ab dem Geschäftsjahr 2012 wird das Wahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB zur Aktivierung latenter Steuern nicht mehr ausgeübt.

(3) Währungsumrechnung

Die Umrechnung von fremden Währungen in Euro erfolgt nach den Vorschriften der §§ 256 a und 340 h HGB. Bilanzposten und Posten der Gewinn-und-Verlust-Rechnung, die auf fremde Währung lauten, sowie schwebende Kassageschäfte sind zum Kassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Dies gilt auch für die Umrechnung der Kapitaltauschbeträge von Cross-Currency-Swaps des Nichthandelsbestands. Fremdwährungsabhängige Termingeschäfte des Handelsbestands werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Aufgrund der besonderen Deckung in derselben Währung werden Gewinne und Verluste aus der Währungsumrechnung in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigt. Die Umrechnung der auf fremde Währung lautenden Abschlüsse unserer Auslandsfilialen in die Berichtswährung erfolgt zum Kassamittelkurs am Bilanzstichtag. Sortenbestände werden mit den zum Bilanzstichtag gültigen Kursen umgerechnet.

(4) Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Im Vergleich zum Vorjahr haben wir vom Wahlrecht nach § 274 Absatz 1 Satz 2 HGB keinen Gebrauch gemacht und die aktive latente Steuer nicht in der Bilanz angesetzt. Durch die im Vergleich zu den Vorjahren geänderte Ausübung des Ansatzwahlrechts wird die Vermögens- und Ertragslage sachgerechter dargestellt.

Durch die Verschmelzung der Deutschen Schiffsbank Aktiengesellschaft mit der Commerzbank Aktiengesellschaft wurden erstmals zum 31. Dezember 2012 erweiterte Angaben zu Forderungen, Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten in der Bilanz sowie Angaben gemäß § 28 Pfandbriefgesetz (PfandBG) aufgenommen.

Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

(5) Erträge nach geografischen Märkten

	<u>2012</u>	<u>2011</u>
	Mio. €	
Europa einschließlich Deutschland	16.368	16.303
Amerika	199	348
Asien	228	215
Afrika	—	—
Gesamt	<u>16.795</u>	<u>16.866</u>

Der Gesamtbetrag enthält die Posten Zinserträge, Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen, Provisionserträge, Nettoertrag des Handelsbestands und Sonstige betriebliche Erträge der Gewinn-und-Verlust-Rechnung.

(6) Abschlussprüferhonorar

Wir haben von dem Wahlrecht gemäß § 285 Nr. 17 HGB Gebrauch gemacht, das Abschlussprüferhonorar im Konzernabschluss auszuweisen.

(7) Sonstige betriebliche Erträge

In den Sonstigen betrieblichen Erträgen von 2.300 Mio. Euro (Vorjahr: 716 Mio. Euro) waren im Wesentlichen Erträge im Zusammenhang mit den im ersten Halbjahr durchgeführten Kapitalmaßnahmen von 1.702 Mio. Euro sowie aus der Auflösung von Rückstellungen von 218 Mio. Euro (Vorjahr: 355 Mio. Euro) enthalten.

(8) Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 1.747 Mio. Euro (Vorjahr: 1.427 Mio. Euro) waren 1.017 Mio. Euro Aufwendungen im Zusammenhang mit den im ersten Halbjahr durchgeführten Kapitalmaßnahmen enthalten. Darüber hinaus fielen Zuführungen und sonstiger Aufwand im Zusammenhang mit Rückstellungen für Prozess- und Regressrisiken von 345 Mio. Euro (Vorjahr: 225 Mio. Euro) an.

(9) Außerordentlicher Aufwand

Der Außerordentliche Aufwand von 148 Mio. Euro (Vorjahr: 45 Mio. Euro) enthält einen aus der Verschmelzung mit der Deutschen Schiffsbank Aktiengesellschaft entstandenen Verschmelzungsverlust von 100 Mio. Euro sowie die erforderliche Zuführung zu Pensionsrückstellungen von 46 Mio. Euro (Vorjahr: 45 Mio. Euro).

(10) Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Für Dritte wurden nachstehende wesentliche Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung erbracht:

- Depotverwaltung
- Vermittlung von Versicherungs- und Bausparverträgen
- Vermögensverwaltung
- Verwaltung von Treuhandvermögen
- Wertpapierkommissionsgeschäft

- Investmentgeschäft
- Abwicklung von Zahlungsverkehr
- Vermittlung von Hypothekendarlehen

Erläuterungen zur Bilanz

(11) Restlaufzeitengliederung der Forderungen und Verbindlichkeiten

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
	Mio. €	
Andere Forderungen an Kreditinstitute	96.053	107.849
mit einer Restlaufzeit von		
bis zu drei Monaten	51.116	54.942
mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	16.951	21.963
mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	23.016	23.646
mehr als fünf Jahren	4.970	7.298
Forderungen an Kunden	181.277	166.159
mit unbestimmter Laufzeit	21.125	17.059
mit einer Restlaufzeit von		
bis zu drei Monaten	35.421	32.979
mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	25.197	18.658
mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	45.115	45.010
mehr als fünf Jahren	54.419	52.453
	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
	Mio. €	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	62.773	56.882
mit einer Restlaufzeit von		
bis zu drei Monaten	21.445	22.125
mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	6.788	5.308
mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	21.481	15.157
mehr als fünf Jahren	13.059	14.292
Spareinlagen		
mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	128	173
mit einer Restlaufzeit von		
bis zu drei Monaten	22	31
mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	46	49
mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	49	79
mehr als fünf Jahren	11	14
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	79.133	75.818
mit einer Restlaufzeit von		
bis zu drei Monaten	48.327	50.402
mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	12.796	13.505
mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	8.831	4.580
mehr als fünf Jahren	9.179	7.331
Andere verbrieftete Verbindlichkeiten	289	4.563
mit einer Restlaufzeit von		
bis zu drei Monaten	191	3.735
mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr	98	828
mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	—	—
mehr als fünf Jahren	—	—

Von den Begebenen Schuldverschreibungen von 33.919 Mio. Euro (Vorjahr: 39.648 Mio. Euro) werden 5.916 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2013 fällig.

(12) Zur Deckung von Schiffspfandbriefen und Öffentlichen Pfandbriefen bestimmte Aktiva

	31.12.2012
	Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	195
Forderungen an Kunden	4.694
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	616
Gesamt	5.505

Aufgrund der Verschmelzung der Deutschen Schiffsbank Aktiengesellschaft auf die Commerzbank Aktiengesellschaft zum 1. Januar 2012 sind die Vorjahreswerte null.

(13) Wertpapiere

Zum 31. Dezember 2012 teilten sich die börsenfähigen Wertpapiere folgendermaßen auf:

	Börsennotiert		Nicht börsennotiert	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
	Mio. €			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	23.147	18.486	10.924	13.449
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ...	258	673	558	—
Beteiligungen	3	4	29	—
Anteile an verbundenen Unternehmen	2.377	—	—	—

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren von 34.071 Mio. Euro (Vorjahr: 31.935 Mio. Euro) werden 3.780 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2013 fällig.

(14) Handelsbestand

Zum 31. Dezember 2012 gliederte sich der Handelsbestand folgendermaßen:

	31.12.2012	31.12.2011
	Mio. €	
Handelsaktiva	159.403	169.185
Derivative Finanzinstrumente	111.214	126.864
Forderungen	2.718	3.128
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	25.072	26.450
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	20.488	12.941
Risikoabschlag Value at Risk	-89	-198
	31.12.2012	31.12.2011
	Mio. €	
Handelspassiva	118.512	140.497
Derivative Finanzinstrumente	108.523	128.622
Verbindlichkeiten	9.989	11.875

Für die Finanzinstrumente des Handelsbestands wird der beizulegende Zeitwert ermittelt. Nach § 255 Abs. 4 HGB entspricht der beizulegende Zeitwert dem Marktpreis. Dieser ist bei börsennotierten Produkten der Börsenpreis, für nicht börsennotierte Produkte werden Vergleichspreise und indikative Preise von Preisagenturen oder anderen Kreditinstituten herangezogen. Nicht derivative Finanzinstrumente, für die keine Börsenkurse vorliegen, werden mit marktüblichen Verfahren unter Anwendung instrumentenspezifischer Marktparameter bewertet. Zur Anwendung kommt dabei insbesondere die Barwertmethode. Lässt sich der beizulegende Zeitwert auf diese Weise nicht ermitteln, werden gemäß § 255 Abs. 4 HGB die Anschaffungskosten angesetzt. Zur Bewertung derivativer Finanzinstrumente des Handelsbestands verweisen wir auf die Ausführungen in der Angabe zu Termingeschäften.

Gemäß § 340 e Abs. 3 HGB wird bei der Bewertung des Handelsbestands ein Marktpreisrisikoabschlag auf Basis der risikoadjustierten Mark-to-Market-Betrachtung berücksichtigt. Der Marktpreisrisikoabschlag wird auf Basis des aufsichtsrechtlich ermittelten Value-at-Risk-Ansatzes berechnet und ist dabei so bemessen, dass ein zu erwartender maximaler Verlust aus diesen Handelsbüchern mit einem Wahrscheinlichkeitsgrad von 99 % bei einer Haltedauer von zehn Tagen nicht überschritten wird. Es wird ein historischer Beobachtungszeitraum von einem Jahr zugrunde gelegt. Der Value at Risk wird für den Gesamtbestand des Portfolios zentral ermittelt und in der Bilanz innerhalb der Handelsaktiva abgesetzt. Das Zins- und Dividendenergebnis des Handelsbestands ist im Nettoertrag des Handelsbestands ausgewiesen. Die Commerzbank Aktiengesellschaft verrechnet positive und negative Marktwerte einschließlich darauf entfallende Ausgleichszahlungen mit zentralen Kontrahenten.

Die institutsinternen festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand haben sich im Geschäftsjahr nicht geändert.

Dem Fonds für allgemeine Bankrisiken hat die Commerzbank Aktiengesellschaft im Berichtsjahr 2012 einen Betrag von 162 Mio. Euro (Vorjahr: 97 Mio. Euro) aus dem Nettoertrag des Handelsbestands zugeführt.

(15) Bewertungseinheiten

Zum Ausgleich gegenläufiger Wertänderungen werden Mikro- und Portfolio-Bewertungseinheiten zur Absicherung der hieraus bestehenden Risiken gebildet.

Für Wertpapiere der Liquiditätsreserve gebildete Mikro-Bewertungseinheiten sichern im Wesentlichen das allgemeine Zinsänderungsrisiko ab. Zinsinduzierte Wertänderungen der Wertpapiere werden durch die Wertänderung der zugehörigen Sicherungsgeschäfte nahezu vollständig ausgeglichen. Bei für eigene Emissionen des Nichthandelsbestands gebildeten Mikro-Bewertungseinheiten erfolgt eine vollständige Absicherung von Zinsänderungs-, Währungs- sowie sonstigen Preisrisiken. Bei beiden Absicherungen entsprechen die Konditionen der Sicherungsinstrumente jeweils nahezu vollständig den Konditionen der abgesicherten Bestände (beispielsweise Volumen, Laufzeit, Zahlungstermine).

Die Effektivität der Bewertungseinheiten für Wertpapiere der Liquiditätsreserve wird mit der Methode der Regressionsanalyse prospektiv und retrospektiv nachgewiesen. Die Restlaufzeit dieser Mikro-Bewertungseinheiten betrug durchschnittlich vier Jahre (Vorjahr: vier Jahre). Bei den Bewertungseinheiten für eigene Emissionen des Nichthandelsbestands wird die Effektivitätsmessung über einen vereinfachten Test auf Basis einer portfoliobasierten Sensitivitätsanalyse beziehungsweise einem qualitativen Vergleich der Ausgestaltungsmerkmale von Grund- und Sicherungsgeschäften durchgeführt. Diese Bewertungseinheiten wiesen im Durchschnitt eine Restlaufzeit von vier Jahren (Vorjahr: fünf Jahren) auf.

Portfolio-Bewertungseinheiten werden für die Absicherung von Zinsrisiken bei Wertpapieren der Liquiditätsreserve gebildet. Dies bedeutet, dass für in einem Portfolio zusammengefasste einzelne gleichartige Grundgeschäfte die Gesamtzinsposition des Portfolios abgesichert wird. Die Effektivität wird über die Analyse von Zinssensitivitäten nachgewiesen. Die durchschnittliche Restlaufzeit der gebildeten Portfolio-Bewertungseinheiten betrug zwei Jahre (Vorjahr: drei Jahre).

Der Buchwert der insgesamt mit Bewertungseinheiten abgesicherten Vermögensgegenstände betrug zum Abschlussstichtag 17.057 Mio. Euro (Vorjahr: 12.416 Mio. Euro), der Buchwert der abgesicherten Schulden 56.958 Mio. Euro (Vorjahr: 63.960 Mio. Euro). Das Nominalvolumen der Bewertungseinheiten der Aktivseite betrug zum Stichtag 16.770 Mio. Euro (Vorjahr: 12.174 Mio. Euro), für die Bewertungseinheiten der Passivseite 58.293 Mio. Euro (Vorjahr: 65.453 Mio. Euro).

(16) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

	Verbundene Unternehmen		Beteiligungen	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
	Mio. €			
Forderungen an Kreditinstitute	51.066	67.698	172	347
Forderungen an Kunden	9.723	7.628	620	298
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10.288	14.058	—	—
Handelsaktiva	2.724	2.717	28	—
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17.504	17.265	17	35
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	11.050	7.203	623	492
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.580	1.280	—	8
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.341	3.183	—	—

Geschäfte mit verbundenen Unternehmen werden zu marktüblichen Konditionen abgewickelt. Beziehungen zu nahestehenden Personen sind in der Angabe zu Bezügen und Krediten der Organe sowie im Vergütungsbericht wiedergegeben.

(17) Treuhandgeschäfte

	31.12.2012	31.12.2011
	Mio. €	
Forderungen an Kunden	570	626
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	—	—
Sonstiges Treuhandvermögen	—	—
Commerzbank-Stiftung	58	59
darunter: Bankguthaben – Laufende Konten	1	—
Wertpapiere	57	58
Sonstige Vermögensgegenstände	—	1
Treuhandvermögen	628	685
darunter: Treuhandkredite	570	626
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13	13
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	557	613
Commerzbank-Stiftung	58	59
darunter: Eigenkapital	57	57
Verbindlichkeiten	1	2
Stiftungsergebnis	—	—
Treuhandverbindlichkeiten	628	685
darunter: Treuhandkredite	570	626

(18) Entwicklung des Anlagevermögens

	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen	Wertpapiere Anlagebestand	Beteiligungen¹	Anteile an verbundenen Unternehmen¹
	Mio. €				
Anschaffungs-/Herstellungskosten					
1.1.2012	1.280	3.080	959		
Zugänge Geschäftsjahr	179	105	91		
Abgänge Geschäftsjahr	17	789	168		
Umbuchungen	9	12	—		
Wechselkursänderungen	1	—	12		
Anschaffungs-/Herstellungskosten					
31.12.2012	1.452	2.408	894		
Abschreibungen kumuliert	1.110	1.808	504		
darunter: Abschreibungen					
Geschäftsjahr	69	139	27		
Zuschreibungen					
Geschäftsjahr	—	—	—		
Restbuchwerte 31.12.2012	342	600	390	435	10.267
Restbuchwerte 31.12.2011	231	1.032	493	616	11.530

¹ Von der Zusammenfassungsmöglichkeit nach § 34 Abs. 3 RechKredV wurde Gebrauch gemacht.

Von den Grundstücken und Gebäuden mit einem Gesamtbuchwert von 190 Mio. Euro (Vorjahr: 567 Mio. Euro) entfielen 179 Mio. Euro (Vorjahr: 187 Mio. Euro) auf eigengenutzte. Die in den Sachanlagen enthaltene Betriebs- und Geschäftsausstattung betrug 410 Mio. Euro (Vorjahr: 465 Mio. Euro). Zum 31. Dezember 2012 wurden Entwicklungskosten für selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände von 278 Mio. Euro (Vorjahr: 149 Mio. Euro) aktiviert. Die Commerzbank Aktiengesellschaft betreibt keine Forschung im Rahmen von selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen.

(19) Sonstige Vermögensgegenstände

Die Sonstigen Vermögensgegenstände von 4.196 Mio. Euro (Vorjahr: 3.220 Mio. Euro) enthielten im Wesentlichen Forderungen aus Ergebnisabführungsverträgen von 1.612 Mio. Euro (Vorjahr: 293 Mio. Euro), Forderungen gegenüber Finanzämtern aus Ertragsteuern von 753 Mio. Euro (Vorjahr: 594 Mio. Euro), Edelmetalle des Nichthandelsbestands von 590 Mio. Euro (Vorjahr: 804 Mio. Euro) sowie Forderungen aus Ausgleichszahlungen für Börsentermingeschäfte von 296 Mio. Euro (Vorjahr: 269 Mio. Euro) und Zinsabgrenzungen aus Nichthandelsderivaten von 280 Mio. Euro (Vorjahr: 334 Mio. Euro).

(20) Nachrangige Vermögensgegenstände

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
	Mio. €	
Forderungen an Kreditinstitute	120.465	133.660
darunter: nachrangig	804	1.268
Forderungen an Kunden	181.277	166.159
darunter: nachrangig	527	573
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	34.071	31.935
a) Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	24.306	24.816
darunter: nachrangig	179	221
b) Eigene Schuldverschreibungen	1.036	7
darunter: nachrangig	—	7
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	829	1.295
darunter: nachrangig	257	654
Handelsaktiva ¹	159.403	169.185
darunter: nachrangig	236	149
Gesamt	<u>2.003</u>	<u>2.872</u>

¹ Zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

(21) Pensionsgeschäfte

Der Buchwert der in der Bilanz ausgewiesenen in Pension gegebenen Vermögensgegenstände betrug 10.683 Mio. Euro (Vorjahr: 14.677 Mio. Euro).

(22) Fremdwährungsvolumina

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände in fremder Währung beliefen sich am Stichtag auf 134.478 Mio. Euro (Vorjahr: 141.867 Mio. Euro). Auf fremde Währung lautende Verbindlichkeiten von 100.849 Mio. Euro (Vorjahr: 124.188 Mio. Euro) lagen am Stichtag vor. Aus der Verschmelzung der Deutschen Schiffsbank Aktiengesellschaft ist bei den Vermögensgegenständen in fremder Währung ein Betrag in Höhe von etwa 9 % des Vorjahres, bei den Verbindlichkeiten in fremder Währung ein Betrag in Höhe von etwa 7 % zugegangen.

(23) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
	Mio. €	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	50.126	49.429
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	37.158	27.047
Andere Verpflichtungen	9.159	10.292
Gesamt	<u>96.443</u>	<u>86.768</u>

Für die genannten Verbindlichkeiten waren Vermögensgegenstände als Sicherheiten in entsprechender Höhe übertragen. Die Sicherheitenstellung erfolgt für Geldaufnahmen im Rahmen echter Pensionsgeschäfte, für zweckgebundene Refinanzierungsmittel sowie im Rahmen von Offenmarktgeschäften des Eurosystems.

(24) Sonstige Verbindlichkeiten

Die Sonstigen Verbindlichkeiten von 14.272 Mio. Euro (Vorjahr: 19.905 Mio. Euro) enthielten Verbindlichkeiten aus Filmfonds von 1.915 Mio. Euro (Vorjahr: 1.952 Mio. Euro) und Verbindlichkeiten aus Verbriefungstransaktionen von 9.272 Mio. Euro (Vorjahr: 10.462 Mio. Euro).

(25) Rückstellungen

a) Altersversorgungsverpflichtungen

Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Verwendung eines von der Bundesbank festgelegten Rechnungszinsfußes von 5,05 % (Vorjahr: 5,14 %) nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren auf der Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005 G gebildet. Dabei gehen wir von einer erwarteten allgemeinen Lohn- und Gehaltssteigerung einschließlich eines angenommenen Karrieretrends von 2,50 % per annum (Vorjahr: 2,50 % per annum) aus; für die Rentendynamik legen wir

einen Zinssatz von 1,80 % per annum (Vorjahr: 1,80 % per annum) zugrunde. Die Dynamik der Beitragsbemessungsgrenze wird mit 2,00 % per annum (Vorjahr: 2,00 % per annum) angenommen. Der Fehlbetrag wegen nicht bilanzierter Versorgungsverpflichtungen im Sinne von Artikel 28 Abs. 2 EGHGB beläuft sich auf 19 Mio. Euro (Vorjahr: 27 Mio. Euro).

Die Commerzbank Aktiengesellschaft hat in Ausübung des Wahlrechts gemäß Artikel 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB den im Rahmen der geänderten Bewertung der Pensionen nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz zum 1. Januar 2010 entstandenen Unterschiedsbetrag anteilig zugeführt, sodass zum Jahresende eine Unterdeckung von 359 Mio. Euro (Vorjahr: 399 Mio. Euro) verbleibt. Die Zuführung wurde im außerordentlichen Aufwand erfasst.

Nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB wird das Deckungsvermögen zur Sicherung der Verpflichtungen aus Pensionen und Altersteilzeit mit den hierfür gebildeten Rückstellungen verrechnet.

Zum 31. Dezember 2012 ergaben sich vor Verrechnung folgende Werte:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
	Mio. €	
Beizulegender Zeitwert des Deckungsvermögens	5.021	4.439
Erfüllungsbetrag	4.841	4.696

Vor Verrechnung betrug der Aufzinsungsaufwand für gebildete Rückstellungen aus Pensionen und Altersteilzeit 236 Mio. Euro (Vorjahr: 232 Mio. Euro), denen ein Deckungsvermögen zur Sicherung gegenübersteht. Die Erträge aus dem Deckungsvermögen beliefen sich vor Verrechnung auf 547 Mio. Euro (Vorjahr: 304 Mio. Euro). Die historischen Anschaffungskosten des Deckungsvermögens betrugen 4.474 Mio. Euro (Vorjahr: 4.135 Mio. Euro).

Das Deckungsvermögen ist überwiegend in Spezialfonds angelegt, die insbesondere in festverzinslichen Wertpapieren sowie Aktien investieren. Darüber hinaus enthält es Anlagen in Kapitalbeteiligungsgesellschaften, Kapitalisierungsprodukten, Exchange Traded Funds und Guthaben auf Bankkonten. Für die Spezial- und Publikumsfonds liegen Rücknahmepreise der Kapitalanlagegesellschaften und anerkannte Börsen- oder Marktpreise vor. Für die Bewertung der Private Equity Investments greifen wir auf die vom jeweiligen Fonds ermittelten Werte zurück. Der Aktivwert des Kapitalisierungsproduktes wird von der Versicherung nach anerkannten Grundsätzen der Versicherungsmathematik berechnet und setzt sich aus den gezahlten Beiträgen, den bisher aufgelaufenen garantierten Zinsen und den zugeteilten Überschüssen abzüglich der Kosten zusammen. Guthaben auf Bankkonten werden mit dem Nominalwert angesetzt. Für die Bewertung der Derivate verweisen wir auf unsere Ausführungen in der Angabe zu Termingeschäften.

b) Andere Rückstellungen

Die Anderen Rückstellungen enthielten hauptsächlich Rückstellungen für Restrukturierung, Prozess- und Regressrisiken sowie dem Personalbereich zugeordnete Sachverhalte. Die Restrukturierungsrückstellungen betrugen 344 Mio. Euro (Vorjahr: 500 Mio. Euro). Der Aufwand aus der Aufzinsung von Anderen Rückstellungen betrug für das Geschäftsjahr 49 Mio. Euro (Vorjahr: 69 Mio. Euro) und wird gemäß § 277 Abs. 5 HGB im Zinsaufwand ausgewiesen.

(26) Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten von 10.568 Mio. Euro (Vorjahr: 12.161 Mio. Euro) dürfen im Fall einer Insolvenz oder einer Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Eine Rückzahlungsverpflichtung oder Ansprüche auf Zinszahlungen bestehen solange nicht.

Die Verpflichtungen aus den Teilschuldverschreibungen sind nachrangige Verpflichtungen der Emittentin, die gleichrangig mit allen anderen Nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin befriedigt werden. Die Kündigung der Teilschuldverschreibungen durch den Inhaber ist ausgeschlossen. Es gelten die Bedingungen für nachrangige Verpflichtungen. Eine Umwandlung in Kapital oder in eine andere Schuldform ist vertraglich nicht festgeschrieben.

Im Geschäftsjahr betrug der Zinsaufwand für Nachrangige Verbindlichkeiten 526 Mio. Euro (Vorjahr: 675 Mio. Euro). Zum 31. Dezember 2012 überstiegen folgende Mittelaufnahmen 10% des Gesamtbetrages dieses Postens:

<u>Kennnummer</u>	<u>Währung</u>	<u>Mio. €</u>	<u>Zinssatz</u>	<u>Fälligkeit</u>
WKN CB83CE	EUR	1.254	6,38	22.3.2019
WKN CB83CF	EUR	1.250	7,75	16.3.2021

(27) Genussrechtskapital

Von dem in der Bilanz ausgewiesenen Genussrechtskapital dienten 840 Mio. Euro (Vorjahr: 707 Mio. Euro) als haftendes Eigenkapital im Sinne von § 10 Abs. 5 KWG.

Gemäß den Genussscheinbedingungen ist die Bedienung der Zins- und Rückzahlungsansprüche der Genussrechte insbesondere an das Bilanzergebnis (und nicht an etwaige Dividendenzahlungen) der Bank geknüpft. Reicht der Bilanzgewinn zur Zahlung der Zinsen auf die Genussscheine nicht aus, so vermindert sich diese nach Maßgabe der jeweiligen Genussscheinbedingungen. Nach Maßgabe der Genussscheinbedingungen nehmen Genussscheine an einem Bilanzverlust durch Herabsetzung des Rückzahlungsbetrags teil. Wird nach einer Verlustteilnahme während der Laufzeit der Genussscheine ein entsprechender Bilanzgewinn erzielt, werden nach Maßgabe der Genussscheinbedingungen ausgefallene Zinszahlungen nachgezahlt und/oder herabgesetzte Rückzahlungsbeträge wiederaufgefüllt.

Im laufenden Geschäftsjahr wurden im Rahmen einer Optimierungsmaßnahme zur Stärkung der Kapitalstruktur Genussscheine (WKN DR2U70) zurückerworben und als Sacheinlage gegen Ausgabe von Commerzbank Aktien eingebracht. Zum Jahresende wurde dieses Genussrechtskapital, dessen Rückzahlungsbetrag herabgesetzt war, um 104 Mio. Euro wiederaufgefüllt. Das ausstehende Nominalvolumen der Genussscheinemission WKN DR2U70 betrug somit 662 Mio. Euro.

Die am 31. Dezember 2011 ausgelaufenen Genussrechte der Deutschen Schiffsbank Aktiengesellschaft in Höhe von 24,5 Mio. Euro wurden 2012 zurückbezahlt.

Im Insolvenzfall sind die Forderungen aus den Genussscheinen gegenüber allen nicht nachrangigen Gläubigern nachrangig, jedoch gegenüber Aktionären vorrangig. Die folgende Tabelle zeigt den Bestand des Genussrechtskapitals zum Geschäftsjahresende:

<u>Kennnummer</u>	<u>Währung</u>	<u>Mio. €</u>	<u>Zinssatz</u>	<u>Laufzeitende 31.12.</u>
Genussschein WKN DR2U70	EUR	662	5,39	2015
Genussschein WKN A0D4TQ9 ¹	EUR	50	4,70	2020
Genussschein WKN A0HGNA3 ¹	EUR	30	4,70	2020
Namensgenussschein WKN 422785	EUR	50	7,53	2014
Namensgenussschein WKN 422720	EUR	25	7,56	2014
Namensgenussschein WKN 901008000A ¹	EUR	10	5,38	2017
Namensgenussschein WKN 901008000B ¹	EUR	10	5,38	2017
Namensgenussschein WKN 901008100 ¹	EUR	5	5,37	2017
		842		

¹ Aus der Verschmelzung der Deutschen Schiffsbank Aktiengesellschaft.

(28) Eigenkapital

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
	€	
Eigenkapital	17.442.959.785,97	16.873.951.399,99
a) Gezeichnetes Kapital	8.695.866.839,47	8.642.077.788,27
Grundkapital	5.829.513.857,00	5.113.429.053,00
Einlagen stiller Gesellschafter	2.867.546.335,47	3.529.511.745,27
Abzüglich Eigene Anteile im Bestand	- 1.193.353,00	- 863.010,00
b) Kapitalrücklage	8.730.050.517,82	8.231.873.611,72
c) Gewinnrücklagen	17.042.428,68	—
Gesetzliche Rücklage	—	—
Satzungsmäßige Rücklagen	—	—
Andere Gewinnrücklagen	17.042.428,68	—
d) Bilanzgewinn	—	—

a) Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital der Commerzbank Aktiengesellschaft in Höhe von 5,8 Mrd. Euro war zum 31. Dezember 2012 eingeteilt in 5.829.513.857 nennwertlose auf den Inhaber lautende Stückaktien (rechnerischer Wert je Aktie 1,00 Euro). Die Aktienanzahl hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 716.084.804 Stück erhöht.

Im März 2012 hat die Commerzbank Aktiengesellschaft das Grundkapital um 360,5 Mio. Euro durch die Ausgabe von 360.509.967 neuen auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von 1,00 Euro je Aktie aus Genehmigtem Kapital 2011 gegen Sacheinlagen unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre erhöht. Die neuen Aktien wurden vollständig gegen Einbringung von hybriden, nachrangigen und anderen Finanzinstrumenten gezeichnet, die von der Commerzbank Aktiengesellschaft und von Gesellschaften des Commerzbank-Konzerns begeben wurden.

Grundlage für diese Kapitalmaßnahme waren die Beschlüsse des Vorstands vom 20. Februar und 2. März 2012 mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom 22. Februar 2012 und des Präsidialausschusses des Aufsichtsrats vom 2. März 2012 unter (teilweiser) Ausnutzung der Ermächtigung gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung. Die Durchführung der Kapitalerhöhung wurde am 7. März 2012 in das Handelsregister eingetragen.

Der Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) hat in der Folge zur Beibehaltung seines Anteils (25 % plus 1 Aktie) Stille Einlagen im Nominalbetrag von 230,8 Mio. Euro in 120.169.989 neue auf den Inhaber lautende nennwertlose Stückaktien aus dem Bedingten Kapital gewandelt. Die Ausgabe der Bezugsaktien wurde am 8. Mai 2012 in das Handelsregister eingetragen.

Im Januar 2012 hat die Commerzbank Aktiengesellschaft ein Maßnahmenpaket beschlossen, um den erhöhten Eigenkapitalanforderungen der European Banking Authority (EBA) zum 30. Juni 2012 zu entsprechen. Dieses sah unter anderem die Erfüllung der individuellen variablen Vergütungsansprüche außertariflicher Mitarbeiter für das Jahr 2011 durch Aktien der Commerzbank Aktiengesellschaft vor. Am 29. Juni 2012 hat die Commerzbank Aktiengesellschaft das Grundkapital um 176,6 Mio. Euro durch die Ausgabe von 176.553.636 neuen auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von 1,00 Euro je Aktie aus Genehmigtem Kapital 2011 gegen Sacheinlagen unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre erhöht. Die Sacheinlagen bestanden aus Forderungen der außertariflichen Mitarbeiter des Commerzbank-Konzerns aus der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2011. Grundlage für diese Kapitalmaßnahme waren die Beschlüsse des Vorstands vom 28. Juni 2012 mit Zustimmung des Präsidialausschusses des Aufsichtsrats am selben Tag unter (teilweiser) Ausnutzung der Ermächtigung gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung. Die Durchführung der Kapitalerhöhung wurde am 29. Juni 2012 in das Handelsregister eingetragen.

Der SoFFin hat zur Beibehaltung seines Anteils (25 % plus 1 Aktie) Stille Einlagen im Nominalbetrag von 80,1 Mio. Euro in 58.851.212 neue auf den Inhaber lautende nennwertlose Stückaktien aus dem Bedingten Kapital gewandelt. Die Ausgabe der Bezugsaktien wurde am 19. September 2012 in das Handelsregister eingetragen.

Grundlage der Stillen Einlagen sind der zuletzt am 29. Juni 2012 geänderte Vertrag vom 19. Dezember 2008 sowie die Ergänzungsvereinbarung vom 3. Juni 2009 über die Errichtung einer stillen Gesellschaft zwischen dem Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung, vertreten durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA), und der Commerzbank Aktiengesellschaft. Die Stillen Einlagen werden mit 9 % jährlich verzinst und zu 100 % als Kernkapital angerechnet. In Jahren mit Dividendenzahlungen steigt der Zinssatz der Stillen Einlagen. Der dann zu zahlende Zinsaufschlag ergibt sich aus der Gesamthöhe der ausgeschütteten Bardividende. Für jede volle 5.906.764 Euro Bardividende erhöht sich der Zinssatz so um 0,01 %. Die Einlagen stiller Gesellschafter sind innerhalb des Eigenkapitals gesondert bilanziert. Die Ausschüttung erfolgt nur, wenn und soweit ein Bilanzgewinn vorliegt. Für das Geschäftsjahr 2012 wurde die Voraussetzung für die Festverzinsung erfüllt und somit fiel ein Aufwand von 153,7 Mio. Euro (Vorjahr: —) an.

An einem Bilanzverlust nimmt der SoFFin im Verhältnis des Buchwerts der Stillen Einlage zum Gesamtbuchwert aller am Bilanzverlust teilnehmenden Haftkapitalanteile (§ 10 Abs. 2 a, 4 und 5 KWG) der Gesellschaft teil. Nach einer Herabsetzung wird die Stille Einlage in den der Herabsetzung folgenden Geschäftsjahren bis zur vollständigen Höhe des Einlagennennbetrags wieder zugeschrieben, soweit hierdurch kein Bilanzverlust entstehen oder dieser erhöht würde.

Die noch verbleibende Stille Einlage des SoFFin betrug 1.626.161.335,47 Euro.

Darüber hinaus schlossen die Commerzbank Aktiengesellschaft und die Allianz SE am 3. Juni 2009 einen Vertrag über die Errichtung einer stillen Gesellschaft, auf deren Basis die Allianz SE mittels einer Tochtergesellschaft eine Stille Einlage in Höhe von 750.000.000,00 Euro in die Commerzbank Aktiengesellschaft einbrachte. Die Stille Einlage ist mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet, die zum einen aus einer auf den Einlagennennbetrag bezogenen Festverzinsung in Höhe von 9 % pro anno und zum

anderen aus einer dividendenabhängigen Zusatzvergütung in Höhe von 0,01 % pro anno für jede volle 5.906.764 Euro Dividendensumme besteht. Für das Geschäftsjahr 2012 wurde die Voraussetzung für die Festverzinsung erfüllt und somit war eine Vergütung von 67,5 Mio. Euro (Vorjahr: —) zu zahlen.

Die bestehende Stille Einlage der HT1 Funding GmbH wurde zum Jahresende auf 415.885.000,00 Euro wiederaufgefüllt.

Ferner bestehen diverse Stille Einlagen von insgesamt 75.500.000,00 Euro, die mit der Verschmelzung der Deutschen Schiffsbank Aktiengesellschaft übernommen wurden. Am 31. Dezember 2011 ausgelaufene Stille Einlagen der Deutschen Schiffsbank Aktiengesellschaft von 12.500,00 Euro wurden im Geschäftsjahr zurückbezahlt.

b) Kapitalrücklage

	€
Stand 31.12.2011	8.231.873.611,72
Zuführungen	498.176.906,10
Entnahme	—
Stand 31.12.2012	<u>8.730.050.517,82</u>

In der Kapitalrücklage werden Agien aus der Ausgabe von Aktien der Commerzbank Aktiengesellschaft ausgewiesen. Daneben werden Zuzahlungen aus der Emission von Wandlungs- und Optionsrechten zum Erwerb von Anteilen der Commerzbank Aktiengesellschaft berücksichtigt.

c) Gewinnrücklagen

	Gesamt	Gesetzliche Rücklage	Andere Gewinnrücklagen
	€		
Stand 31.12.2011	—	—	—
Zuführung zu anderen Gewinnrücklagen	17.042.428,68	—	17.042.428,68
Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen	—	—	—
Stand 31.12.2012	<u>17.042.428,68</u>	<u>—</u>	<u>17.042.428,68</u>

(29) Genehmigtes Kapital

<u>Jahr der Beschlussfassung</u>	<u>Ursprüngliches Genehmigtes Kapital</u>	<u>Verbleibendes Genehmigtes Kapital</u>	<u>Befristung bis</u>	<u>Gemäß Satzung</u>
	Mio. €	€		
2011	2.000	1.462.936.397,00	5.5.2016	§ 4 Abs. 3 a. F.
2012	3.605	3.605.000.000,00	22.5.2017	§ 4 Abs. 6, 7 n. F.
Stand 31.12.2012	<u>5.605</u>	<u>5.067.936.397,00</u>		

Bedingungen für Kapitalerhöhungen aus Genehmigtem Kapital ergeben sich für die einzelnen Kapitalien zum 31. Dezember 2012 gemäß Satzung der Commerzbank Aktiengesellschaft, Stand 8. August 2012.

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 5. Mai 2016 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um 1.462.936.397,00 Euro zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2011 gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung). Dabei ist den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen; das gesetzliche Bezugsrecht kann auch in der Weise eingeräumt werden, dass die neuen Aktien von einem Kreditinstitut oder einem Konsortium von Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären der Commerzbank Aktiengesellschaft zum Bezug anzubieten. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht in folgenden Fällen auszuschließen:

- um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht auszunehmen;
- um in dem Umfang, in dem es erforderlich ist, Inhabern von durch die Commerzbank Aktiengesellschaft oder durch unmittelbare oder mittelbare Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der Commerzbank Aktiengesellschaft (Konzernunternehmen im Sinne von § 18 Abs. 1 AktG) ausgegebenen oder noch auszugebenden Wandlungs- oder Optionsrechten ein Bezugsrecht einzuräumen, wie es ihnen nach Ausübung des Wandlungs- oder Optionsrechts oder nach Erfüllung einer entsprechenden Wandlungs- oder Optionspflicht zustehen würde;

- um in Höhe von bis zu 20.000.000,00 Euro Belegschaftsaktien an Mitarbeiter der Commerzbank Aktiengesellschaft und unmittelbarer oder mittelbarer Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der Commerzbank Aktiengesellschaft (Konzernunternehmen im Sinne von § 18 Abs. 1 AktG) auszugeben;
- um das Grundkapital gegen Sacheinlagen zu erhöhen;
- bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis für Aktien der Gesellschaft gleicher Ausstattung zum Zeitpunkt der Festlegung des Ausgabebetrags nicht wesentlich unterschreitet. Die unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß §§ 203 Abs. 1, 186 Abs. 3 Satz 4 AktG aufgrund dieser Ermächtigung ausgegebenen Aktien dürfen insgesamt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens oder – falls dieser Wert geringer ist – zum Zeitpunkt der Ausübung der vorliegenden Ermächtigung nicht überschreiten. Die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals vermindert sich um den anteiligen Betrag des Grundkapitals, der auf diejenigen eigenen Aktien der Gesellschaft entfällt, die während der Laufzeit des Genehmigten Kapitals 2011 unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre gemäß §§ 71 Abs. 1 Nr. 8 Satz 5, 186 Abs. 3 Satz 4 AktG veräußert werden. Die Höchstgrenze vermindert sich ferner um den anteiligen Betrag des Grundkapitals, der auf diejenigen Aktien entfällt, die zur Bedienung von Options- oder Wandelschuldverschreibungen mit Options- oder Wandlungsrecht oder mit Options- oder Wandlungspflicht auszugeben sind, sofern die Schuldverschreibungen während der Laufzeit des Genehmigten Kapitals 2011 unter Ausschluss des Bezugsrechts in entsprechender Anwendung von § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden. Der Vorstand ist ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 22. Mai 2017 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um 1.150.000.000,00 Euro zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2012/I gemäß § 4 Abs. 6 der Satzung). Dabei ist den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen; das gesetzliche Bezugsrecht kann auch in der Weise eingeräumt werden, dass die neuen Aktien von einem Kreditinstitut oder einem Konsortium von Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären der Commerzbank Aktiengesellschaft zum Bezug anzubieten. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht in folgenden Fällen auszuschließen:

- um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht auszunehmen;
- um in dem Umfang, in dem es erforderlich ist, Inhabern von durch die Commerzbank Aktiengesellschaft oder durch unmittelbare oder mittelbare Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der Commerzbank Aktiengesellschaft (Konzernunternehmen im Sinne von §18 Abs. 1 AktG) ausgegebenen oder noch auszugebenden Wandlungs- oder Optionsrechten ein Bezugsrecht einzuräumen, wie es ihnen nach Ausübung des Wandlungs- oder Optionsrechts oder nach Erfüllung eines entsprechenden Wandlungs- oder Optionspflicht zustehen würde;
- um Aktien an Vorstandsmitglieder, Mitglieder der Geschäftsführung oder Mitarbeiter der Commerzbank Aktiengesellschaft und unmittelbarer oder mittelbarer Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der Commerzbank Aktiengesellschaft (Konzernunternehmen im Sinne von § 18 Abs. 1 AktG) gegen Sacheinlagen durch Einbringung von Ansprüchen auf variable Vergütungsbestandteile, Gratifikationen oder ähnlichen Forderungen gegen die Gesellschaft oder Konzernunternehmen auszugeben;
- um das Grundkapital gegen Sacheinlagen zu erhöhen.

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 22. Mai 2017 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bareinlage und/oder teilweise oder vollständige Einbringung der Stillen Einlagen aus von der AZ-Arges Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH und dem Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung eingegangenen stillen Gesellschaften einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um 2.455.000.000,00 Euro zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2012/II gemäß § 4 Absatz 7 der Satzung). Von der Ermächtigung zur Ausgabe von Aktien gegen Bareinlagen darf der Vorstand nur Gebrauch machen, um die dadurch der Gesellschaft zufließenden Geldmittel nach Abzug der Emissionskosten zur vollständigen oder teilweisen Rückzahlung der bestehenden Stillen Einlagen zu verwenden. Dabei sind die aus einer Kapitalerhöhung der Gesellschaft zufließenden Geldmittel stets überwiegend für die Rückzahlung der bestehenden Stillen Einlage des Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung zu verwenden. Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen; das gesetzliche Bezugsrecht kann auch in der Weise eingeräumt werden, dass die neuen Aktien von einem Kreditinstitut oder einem Konsortium von Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären der Commerzbank Aktiengesellschaft zum Bezug anzubieten. Der AZ-Arges Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH und dem Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung, vertreten durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, kann das Recht eingeräumt werden, bei Ausübung ihrer Bezugsrechte zur Leistung des Bezugspreises für jede bezogene Aktie anstelle einer Bareinlage Stille

Einlagen aus von der AZ-Arges Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH beziehungsweise dem Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung eingegangenen stillen Gesellschaften in entsprechender Höhe einzubringen. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre in folgenden Fällen auszuschließen:

- um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht auszunehmen;
- um ausschließlich die AZ-Arges Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH und/oder den Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung, vertreten durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, zur Zeichnung gegen teilweise oder vollständige Einbringung der stillen Einlagen aus den von der AZ-Arges Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH beziehungsweise dem Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung eingegangenen stillen Gesellschaften zuzulassen.

	Verbleibendes Genehmigtes Kapital 31.12.2011	Zugang Geschäftsjahr	Verbrauch Geschäftsjahr	Verfall Geschäftsjahr	Verbleibendes Genehmigtes Kapital 31.12.2012
			€		
Gesamt	2.000.000.000,00	3.605.000.000,00	537.063.603,00	—	5.067.936.397,00

(30) Bedingtes Kapital

	Bedingtes Kapital 31.12.2011	Zugang Geschäftsjahr	Verbrauch Geschäftsjahr	Verfall Geschäftsjahr	Bedingtes Kapital¹ 31.12.2012	darunter:	
						davon belegtes Bedingtes Kapital	noch verfügbar
				€			
Gesamt ...	1.553.333.333,00	3.685.000.000,00	179.021.201,00	665.000.000,00	4.394.312.132,00	—	4.394.312.132,00

¹ Von dem Bedingten Kapital dienen 1.644.312.132,00 Euro der Gewährung von Aktien bei Ausübung von Umtauschrechten, die dem nach dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichteten Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung, vertreten durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, als stillem Gesellschafter der Gesellschaft gewährt wurden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt als der Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung von dem Umtauschrecht Gebrauch macht.

Das Grundkapital der Gesellschaft ist aufgrund des Beschlusses der Hauptversammlung vom 23. Mai 2012 um bis zu 2.750.000.000,00 Euro, eingeteilt in bis zu 2.750.000.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien, bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2012/I gemäß § 4 Abs. 4 der Satzung). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt als die Inhaber beziehungsweise Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen oder Wandelgenussrechten oder von Optionsscheinen aus Optionsschuldverschreibungen oder Optionsgenussrechten, die von der Commerzbank Aktiengesellschaft oder unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der Commerzbank Aktiengesellschaft (Konzernunternehmen im Sinne von § 18 Abs. 1 AktG) auf der Grundlage des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung vom 23. Mai 2012 (Ermächtigung 2012) bis zum 22. Mai 2017 ausgegeben oder garantiert werden, von ihren Wandlungs- oder Optionsrechten Gebrauch machen oder ihre entsprechenden Wandlungs- oder Optionspflichten erfüllen und nicht andere Erfüllungsformen gewählt werden.

Das Grundkapital der Gesellschaft ist aufgrund des Beschlusses der ordentlichen Hauptversammlung vom 23. Mai 2012 um bis zu 935.000.000,00 Euro, eingeteilt in bis zu 935.000.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien, bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2012/II gemäß § 4 Abs. 8 der Satzung). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Aktien bei Ausübung von Umtauschrechten, die dem nach dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichteten Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung, vertreten durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, als stillem Gesellschafter der Gesellschaft gewährt wurden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt als der Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung von dem Umtauschrecht Gebrauch macht.

Der Vorstand ist ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Das Grundkapital der Gesellschaft ist aufgrund des Beschlusses der ordentlichen Hauptversammlung vom 6. Mai 2011 um bis zu 709.312.132,00 Euro, eingeteilt in bis zu 709.312.132 auf den Inhaber lautende Stückaktien, bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2011/III gemäß § 4 Abs. 5 der Satzung). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Aktien bei Ausübung von Umtauschrechten, die dem nach dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichteten Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung, vertreten durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, als stillem Gesellschafter der Gesellschaft gewährt wurden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt als der Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung von dem Umtauschrecht Gebrauch macht.

Der letztjährige § 4 Abs. 4 der Satzung wurde auf Beschluss der Hauptversammlung vom 23. Mai 2012 zum Zwecke der Schaffung einer neuen Ermächtigung gestrichen.

(31) Ausschüttungsgesperrte Beträge

Die folgende Tabelle zeigt die zum 31. Dezember 2012 ausschüttungsgesperrten Beträge.

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
	Mio. €	
Aktivierte selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	278	102
Unterschiedsbetrag aus der Aktivierung von Deckungsvermögen zum beizulegenden Zeitwert	547	203
Aktive latente Steuern	—	2.695
Gesperrter Betrag	825	3.000

Im Vergleich zum Vorjahr haben wir vom Wahlrecht nach § 274 Absatz 1 Satz 2 HGB keinen Gebrauch gemacht und die aktive latente Steuer nicht in der Bilanz angesetzt.

(32) Bedeutende Stimmrechtsanteile

Der Bank ist bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses folgende Mitteilung gemäß § 21 WpHG zugegangen:

<u>Meldepflichtiger</u>	<u>Ort</u>	<u>Direkt gehalten</u> <u>%</u>	<u>Mittelbar</u> <u>%</u>	<u>Gesamt</u> <u>%</u>	<u>Meldung vom</u>
Allianz SE	München	2,52	0,32	2,84	28.3.2012

(33) Eigene Aktien

	<u>Anzahl Aktien¹</u> Stück	<u>Rechnerischer Wert¹</u> Tsd. €	<u>Anteil am Grundkapital</u> %
Bestand am 31.12.2012	1.193.353	1.193	0,02
Höchster erworbener Bestand im Geschäftsjahr	38.917.378	38.917	0,67
Von der Kundschaft verpfändeter Bestand am 31.12.2012	32.223.091	32.223	0,55
Im Geschäftsjahr erworbene Aktien	860.165.799	860.166	—
Im Geschäftsjahr veräußerte Aktien	859.835.456	859.835	—

¹ Rechnerischer Wert je Aktie 1,00 Euro.

Die Hauptversammlung hat die Commerzbank Aktiengesellschaft am 19. Mai 2010 gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, zum Zweck des Wertpapierhandels Eigene Aktien zu erwerben und zu veräußern. Diese Ermächtigung gilt bis zum 18. Mai 2015. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf am Ende eines jeden Tages 5 % des Grundkapitals der Commerzbank Aktiengesellschaft nicht übersteigen. Zusammen mit den aus anderen Gründen erworbenen Eigenen Aktien, die sich im Besitz der Commerzbank Aktiengesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71 d f. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Commerzbank Aktiengesellschaft übersteigen. Der niedrigste Preis, zu dem jeweils eine Eigene Aktie erworben werden darf, darf den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise beziehungsweise vergleichbare Nachfolgepreise der Commerzbank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem dem Xetra-System vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den drei dem jeweiligen Tag des Erwerbs vorangehenden Börsentagen um nicht mehr als 10 % unterschreiten. Der höchste Preis, zu dem jeweils eine Eigene Aktie erworben werden darf, darf diesen Wert um nicht mehr als 10 % überschreiten.

Der durchschnittliche Ankaufspreis betrug im Geschäftsjahr 1,52 Euro (Vorjahr: 2,89 Euro), der durchschnittliche Verkaufspreis 1,50 Euro (Vorjahr: 2,82 Euro). Der rechnerische Wert von im Bestand gehaltenen zurückerworbenen Eigenen Anteilen wird von dem Gezeichneten Kapital abgesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem rechnerischen Wert und den Anschaffungskosten ist mit den anderen Gewinnrücklagen verrechnet worden. Der Nettoverlust wird in der Ergebnisverwendungsrechnung nach § 158 AktG ausgewiesen.

Die Bank hat sich gegenüber dem Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung, vertreten durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, verpflichtet, keine Aktien oder sonstigen Bestandteile der haftenden Eigenmittel der Bank (außer im Rahmen des § 71 Abs. 1 Nr. 2 und Nr. 4 (Einkaufskommission), Nr. 7 oder Nr. 8 AktG) selbst oder durch verbundene Unternehmen zurückzukaufen.

Sonstige Erläuterungen

(34) Außerbilanzielle Transaktionen

a) Eventualverbindlichkeiten

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
	Mio. €	
Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln ...	5	1
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	34.868	35.968
Kreditbürgschaften	2.450	3.137
Sonstige Bürgschaften	24.529	25.678
Akkreditive	<u>7.890</u>	<u>7.153</u>
Gesamt	<u>34.873</u>	<u>35.969</u>

Bei den Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen handelt es sich im Wesentlichen um originäres Bankgeschäft mit Kunden, aus dem Provisionserträge erzielt werden. Das Risiko besteht für die Commerzbank Aktiengesellschaft in einer Inanspruchnahme aus den vertraglichen Verpflichtungen aufgrund einer Bonitätsverschlechterung des Schuldners. Den Bonitätsrisiken wird bilanziell durch die Bildung von Rückstellungen Rechnung getragen. Die Einschätzung des Risikos der Inanspruchnahme aus Eventualverbindlichkeiten erfolgt auf Basis der gemäß Solvabilitätsverordnung umgesetzten Parameter der Kreditrisikosteuerung.

b) Andere Verpflichtungen

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
	Mio. €	
Unwiderrufliche Kreditzusagen	47.759	53.479
Buchkredite an Kunden	45.629	46.092
Buchkredite an Kreditinstitute	1.069	5.954
Bürgschaften/Avalkredite/Akkreditive	<u>1.061</u>	<u>1.433</u>
Gesamt	<u>47.759</u>	<u>53.479</u>

Unwiderrufliche Kreditzusagen sind Teil des Kreditgeschäfts der Commerzbank Aktiengesellschaft und werden unterhalb der Bilanz ausgewiesen. Risiken können sich aus der Verschlechterung der Bonität des Kunden ergeben, für die eine entsprechende Rückstellung in der Bilanz gebildet wird.

Die Commerzbank Aktiengesellschaft verbrieft über Zweckgesellschaften sowohl bankeigene Forderungen, als auch Forderungsportfolios von und für Kunden. Die Transaktionen dienen unter anderem der Liquiditätsbeschaffung oder der Erweiterung der Refinanzierungsmöglichkeiten für den Kunden oder die Commerzbank Aktiengesellschaft.

Die für solche Verbriefungsgesellschaften gestellten Liquiditätsfazilitäten/Back-up-Linien sind ebenfalls unter den Unwiderruflichen Kreditzusagen ausgewiesen. Zu einer Inanspruchnahme der Liquiditäts-/Back-up-Linien kann es kommen, wenn die Risiken aus den zugrunde liegenden Finanzinstrumenten steigen oder die Verbriefungswertpapiere nicht planmäßig am Markt platziert werden können.

c) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Im Rahmen von Operating-Leasing-Verträgen, bei denen die Commerzbank Aktiengesellschaft als Leasingnehmer auftritt, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum beim Leasinggeber, sodass das Leasingobjekt nicht in der Bilanz der Commerzbank Aktiengesellschaft ausgewiesen wird. Die Verpflichtungen der Commerzbank Aktiengesellschaft aus Operating Leasing betreffen im Wesentlichen Gebäude und Geschäftsausstattung. Die bestehenden Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen betragen am 31. Dezember 2012 für die Folgejahre insgesamt 3.346 Mio. Euro (Vorjahr: 3.705 Mio. Euro); hiervon gegenüber verbundenen Unternehmen 1.225 Mio. Euro (Vorjahr: 1.406 Mio. Euro).

Einzahlungsverpflichtungen für Aktien, GmbH-Anteile und sonstige Anteile beliefen sich am Stichtag auf 23 Mio. Euro (Vorjahr: 56 Mio. Euro). Aus unserer Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, bestand eine Nachschussverpflichtung gemäß § 26 GmbHG in Höhe von 96 Mio. Euro (Vorjahr: 96 Mio. Euro).

Die Commerzbank Aktiengesellschaft hat sich gegenüber der polnischen Aufsicht (Polish Financial Supervision Authority) verpflichtet, ihre verbundenden Unternehmen BRE Bank SA, Warschau, und BRE Bank Hipoteczny S.A., Warschau, derart mit Liquidität und Kapital auszustatten, dass diese jederzeit ihre finanziellen Verpflichtungen erfüllen können.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds haben wir uns verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e. V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten von in unserem Mehrheitsbesitz stehenden Kreditinstituten anfallen.

Mit der Restrukturierungsfonds-Verordnung (RstruktFV) ist die Commerzbank Aktiengesellschaft verpflichtet, eine Bankenabgabe zu leisten.

Für Verpflichtungen an Terminbörsen und bei Clearingstellen wurden Wertpapiere mit einem Buchwert von 7.519 Mio. Euro (Vorjahr: 7.381 Mio. Euro) als Sicherheit hinterlegt.

d) Wertpapierleihgeschäfte

Die Commerzbank Aktiengesellschaft tätigt Wertpapierleihgeschäfte mit dem Ziel, die Lieferfähigkeit des Wertpapierhandels sicherzustellen sowie bestehende Handelspositionen gegen Gebühr zu verleihen. Dabei werden die entliehenen Wertpapiere in der Bilanz nicht ausgewiesen, verliehene Wertpapiere werden aufgrund des wirtschaftlichen Eigentums weiterhin bilanziert. Die Risiken aus diesen Geschäften bestehen im Absicherungsrisiko. Es lässt sich als Unterschiedsbetrag zwischen dem beizulegenden Zeitwert der zugrunde liegenden Wertpapiere und den erhaltenen beziehungsweise gestellten Sicherheiten definieren. Vorteile ergeben sich für die Commerzbank Aktiengesellschaft aus den Zusatzerträgen der verliehenen Wertpapiere. Zum Bilanzstichtag waren Wertpapiere mit einem beizulegenden Zeitwert von 15.561 Mio. Euro (Vorjahr: 18.103 Mio. Euro) verliehen, der beizulegende Zeitwert entliehener Wertpapiere betrug 26.375 Mio. Euro (Vorjahr: 19.648 Mio. Euro). Im Rahmen dieser Wertpapierleihgeschäfte bestanden Sicherheiten für verliehene Wertpapiere von 17.292 Mio. Euro (Vorjahr: 18.501 Mio. Euro) und für entliehene Wertpapiere von 26.399 Mio. Euro (Vorjahr: 19.679 Mio. Euro).

e) Patronatserklärungen

Für die nachfolgend aufgeführten in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen trägt die Commerzbank Aktiengesellschaft, abgesehen von politischen Risiken, dafür Sorge, dass diese ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen.

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>
AFÖG GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
comdirect bank Aktiengesellschaft	Quickborn
Commerzbank (Eurasija) SAO	Moskau
Commerzbank Inlandsbanken Holding GmbH	Frankfurt am Main
Commerzbank International S.A.	Luxemburg
CommerzTrust GmbH	Frankfurt am Main
Commerz Markets LLC	New York
Erste Europäische Pfandbrief- und Kommunalkreditbank Aktiengesellschaft in Luxemburg	Luxemburg
Hypothekenbank Frankfurt Aktiengesellschaft (vormals Eurohypo Aktiengesellschaft)	Eschborn

(35) Termingeschäfte

31.12.2012	Nominalbetrag Restlaufzeiten					Beizulegender Zeitwert		
	täglich fällig	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	Summe	positiv	negativ
Mio. €								
Fremdwährungsabhängige Termingeschäfte								
OTC Produkte	3	284.090	158.916	171.325	117.516	731.850	12.730	13.100
Devisenkassa und -termingeschäfte	—	227.603	77.972	21.702	614	327.891	4.435	4.584
Zins-/Währungsswaps	—	19.696	44.372	135.082	109.603	308.753	6.566	6.945
Devisenoptionen – Käufe	—	16.573	15.691	6.621	3.305	42.190	1.414	—
Devisenoptionen – Verkäufe	—	19.627	19.655	7.164	2.985	49.431	—	1.389
Sonstige Devisenkontrakte	3	591	1.226	756	1.009	3.585	315	182
Börsengehandelte Produkte	—	1.049	91	1	—	1.141	—	—
Devisenfutures	—	1.033	91	—	—	1.124	—	—
Devisenoptionen	—	16	—	1	—	17	—	—
Gesamt	3	285.139	159.007	171.326	117.516	732.991	12.730	13.100
darunter: Handelsbestand	3	282.135	156.329	166.664	116.630	721.761	12.628	12.858
Zinsabhängige Termingeschäfte								
OTC Produkte	16	495.234	1.964.734	2.025.198	1.728.171	6.213.353	256.500	254.306
Forward Rate Agreements	—	129.298	1.309.830	248	—	1.439.376	416	393
Zinsswaps	—	362.451	607.948	1.906.053	1.531.489	4.407.941	243.295	240.355
Zinsoptionen – Käufe	—	1.513	26.657	58.103	87.911	174.184	10.298	12.083
Zinsoptionen – Verkäufe	—	1.377	16.818	56.448	101.769	176.412	—	1.475
Sonstige Zinskontrakte	16	595	3.481	4.346	7.002	15.440	2.491	—
Börsengehandelte Produkte	—	1.364	87.779	5.355	10.759	105.257	—	—
Zinsfutures	—	471	32.940	3.980	8.781	46.172	—	—
Zinsoptionen	—	893	54.839	1.375	1.978	59.085	—	—
Gesamt	16	496.598	2.052.513	2.030.553	1.738.930	6.318.610	256.500	254.306
darunter: Handelsbestand	15	484.618	2.020.863	1.929.856	1.672.104	6.107.456	253.134	252.514
Sonstige Termingeschäfte								
OTC Produkte	1.005	19.331	57.217	112.257	17.201	207.011	4.093	5.299
Strukturierte Aktien- und Indexprodukte	1.001	9.200	12.671	14.100	1.461	38.433	738	1.488
Aktienoptionen – Käufe	—	1.290	6.226	5.438	144	13.098	895	—
Aktienoptionen – Verkäufe	—	1.539	6.387	8.256	1.267	17.449	—	1.303
Kreditderivate	—	5.929	30.476	82.269	14.286	132.960	2.158	2.244
Edelmetallgeschafte	4	722	585	668	—	1.979	59	87
Sonstige Geschäfte	—	651	872	1.526	43	3.092	243	177
Börsengehandelte Produkte	—	26.883	24.637	17.235	415	69.170	—	—
Aktienfutures	—	12.034	261	23	—	12.318	—	—
Aktienoptionen	—	11.533	17.042	14.795	415	43.785	—	—
Sonstige Futures	—	1.805	2.032	1.008	—	4.845	—	—
Sonstige Optionen	—	1.511	5.302	1.409	—	8.222	—	—
Gesamt	1.005	46.214	81.854	129.492	17.616	276.181	4.093	5.299
darunter: Handelsbestand	1.005	37.631	78.939	125.890	17.423	260.888	3.972	5.252
Summe aller schwebenden Termingeschäfte								
OTC Produkte	1.024	798.655	2.180.867	2.308.780	1.862.888	7.152.214	273.323	272.705
Börsengehandelte Produkte	—	29.296	112.507	22.591	11.174	175.568	—	—
Gesamt	1.024	827.951	2.293.374	2.331.371	1.874.062	7.327.782	273.323	272.705

Die beizulegenden Zeitwerte der derivativen Finanzinstrumente werden wesentlich von der Wertentwicklung der zugrunde liegenden Basiswerte bestimmt. Basiswerte der Derivate sind insbesondere Aktien, Anleihen, Devisen, Edelmetalle und Rohstoffe sowie Indizes und Zinssätze. Darüber hinaus beeinflussen die zukünftig erwarteten Wertschwankungen des Basiswerts sowie die Restlaufzeit des Derivats selbst den beizulegenden Zeitwert.

Soweit vorhanden werden für die ausgewiesenen Derivate beizulegende Zeitwerte ermittelt, die sich aus von an aktiven Märkten bestimmten Preisen, insbesondere Börsenpreisen, ableiten.

Sofern keine Marktpreise aus einem aktiven Markt vorliegen, werden die beizulegenden Zeitwerte mittels unterschiedlicher Bewertungsmethoden einschließlich Bewertungsmodellen ermittelt. Sowohl die gewählten Bewertungsmethoden als auch die verwendeten Parameter sind vom einzelnen Produkt abhängig und entsprechen dem Marktstandard.

Beizulegende Zeitwerte für Termingeschäfte und Swaps werden mittels der Barwertmethode unter Berücksichtigung der Zinskurve der entsprechenden Handelswährung ermittelt.

Standard-Optionen und digitale Optionen werden grundsätzlich mit Black-Scholes-Modellen bewertet, während für komplexere Optionen als Bewertungsmethoden Baum- und Monte-Carlo-Verfahren Anwendung finden. Bei sonstigen strukturierten derivativen Geschäften werden ebenfalls Monte-Carlo-Simulationen genutzt.

Die erhaltenen und gezahlten Optionsprämien für derivative Finanzinstrumente des Nichthandelsbestands sind unter den Sonstigen Vermögensgegenständen und Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Für derivative Finanzinstrumente des Nichthandelsbestands wurde eine Drohverlustrückstellung von 140 Mio. Euro (Vorjahr: 107 Mio. Euro) gebildet.

(36) Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt hat die Commerzbank Aktiengesellschaft 39.770 (Vorjahr: 40.822) Mitarbeiter (MA) beschäftigt. Die unter Vollzeitkräften (VZK) erfassten Zahlen enthalten Teilzeitkräfte mit der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit.

	Gesamt		Männlich		Weiblich	
	VZK	MA	VZK	MA	VZK	MA
Inland						
2012	32.935	36.074	17.587	17.784	15.348	18.290
2011	33.952	37.040	18.130	18.446	15.822	18.594
Ausland						
2012	3.607	3.696	2.327	2.384	1.280	1.312
2011	3.678	3.782	2.292	2.356	1.386	1.426
Gesamt						
2012	36.542	39.770	19.914	20.168	16.628	19.602
2011	37.630	40.822	20.422	20.802	17.208	20.020

Die durchschnittliche Arbeitszeit der Teilzeitkräfte betrug 62 % (Vorjahr: 62 %). Bei den Mitarbeitern sind die Teilzeitkräfte voll berücksichtigt. In der Zahl der Arbeitnehmer sind die Auszubildenden nicht enthalten.

Auszubildende

	Gesamt	Männlich	Weiblich
2012	2.060	1.077	983
2011	2.147	1.078	1.069

(37) Bezüge und Kredite der Organe

Eine detaillierte Beschreibung der Grundzüge des Vergütungssystems und eine individualisierte Darstellung der Bezüge für die Mitglieder des Vorstands und die Mitglieder des Aufsichtsrats wird im Vergütungsbericht (Seiten 10 ff.) wiedergegeben. Ohne Berücksichtigung der in der Berechnung der Pensionsverpflichtungen enthaltenen zinsbereinigten Veränderung des Barwerts der Pensionsanswartschaften der Mitglieder des Vorstands beliefen sich die Gesamtbezüge gemäß § 285 Nr. 9 HGB für die Organmitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats auf:

	31.12.2012	31.12.2011
	Tsd. €	
Vorstand	12.882	5.343
Aufsichtsrat	1.640	1.619
Gesamt	14.522	6.962

In der Vergütung für den Vorstand waren unter anderem die im üblichen Rahmen gewährten Sachbezüge (im Wesentlichen Dienstwagennutzung, Versicherungen, auf Sachbezüge entfallende Steuern sowie Arbeitgeberbeiträge zur betrieblichen Altersversorgung (BVV)) enthalten.

Vorstand. Für Vorstandsmitglieder und ehemalige Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene sieht die Bank eine Altersversorgung vor, deren zur Absicherung dienende Vermögenswerte insgesamt im Wege eines Contractual Trust Arrangements auf den Commerzbank Pensions-Trust e. V. übertragen wurden.

Der Barwert der Pensionsanswartschaften für aktive Vorstandsmitglieder betrug 13,0 Mio. Euro (Vorjahr: 10,9 Mio. Euro). Die Beträge berücksichtigen die aktuelle Bestellungsperiode der einzelnen Vorstandsmitglieder und gehen im Übrigen davon aus, dass die Pensionszahlung außer bei Dienstunfähigkeit erst nach Vollendung des 65. Lebensjahres beginnt und die Vorstandstätigkeit bis zum Pensionsbeginn fortgeführt wird.

Die Bezüge der ehemaligen Mitglieder des Vorstands der Commerzbank Aktiengesellschaft und ihrer Hinterbliebenen betragen im Geschäftsjahr 6.100 Tsd. Euro (Vorjahr: 8.275 Tsd. Euro). Die Pensionsverpflichtungen für diese Personengruppe beliefen sich auf 73,2 Mio. Euro (Vorjahr: 72,1 Mio. Euro). Die Bezüge der ehemaligen Vorstandsmitglieder aus verschmolzenen Unternehmen sowie deren Hinterbliebenen lagen bei 14.731 Mio. Euro (Vorjahr: 11.567 Mio. Euro). Darüber hinaus bestanden Pensionsverpflichtungen für denselben Personenkreis in Höhe von 146,7 Mio. Euro (Vorjahr: 132,2 Mio. Euro). Für alle genannten Pensionsverpflichtungen hat die Commerzbank Aktiengesellschaft Rückstellungen gebildet.

Die aktiven Vorstandsmitglieder hatten sich in der Vergangenheit an Long-Term-Performance-Plänen (LTP), die eine aktienbasierte Vergütungsform darstellen, beteiligt. Um an den einzelnen Plänen teilzunehmen, hatten die Vorstandsmitglieder nach individueller Entscheidung eine Eigenbeteiligung von bis zu 2.500 Aktien, der Vorstandsvorsitzende bis zu 5.000 Aktien der Commerzbank Aktiengesellschaft je Plan zu den jeweils geltenden Tageskursen erbracht. Zum 31. Dezember 2012 bestanden keine Long-Term-Performance-Pläne mehr, da die Vorstandsmitglieder auch für den noch laufenden LTP 2008 sämtliche Aktien abgemeldet hatten. Rückstellungen für LTP wurden bereits im Jahr 2010 vollständig aufgelöst.

Aufsichtsrat. Die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats wird in § 15 der Satzung der Commerzbank Aktiengesellschaft geregelt. Aufsichtsratsmitglieder erhielten für das Geschäftsjahr 2012 eine gesamte Vergütung von netto 1.640 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.619 Tsd. Euro). Davon entfielen auf die Grund- und Ausschussvergütung 1.251 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.199 Tsd. Euro) und auf das Sitzungsgeld 389 Tsd. Euro (Vorjahr: 420 Tsd. Euro). Das Sitzungsgeld wurde für die Teilnahme an den Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner sechs im Berichtsjahr tagenden Ausschüsse (Präsidial-, Prüfungs-, Risiko-, Nominierungs-, Vermittlungs- und Sozialausschuss) gewährt. Die auf die Vergütungen der Aufsichtsratsmitglieder zu zahlende Umsatzsteuer (zurzeit 19 %) für Aufsichtsratsmitglieder mit Sitz in Deutschland wurde von der Bank erstattet. Für Aufsichtsratsmitglieder mit Wohnsitz außerhalb Deutschlands wird keine Umsatzsteuer fällig.

Vorstand und Aufsichtsrat besaßen am 31. Dezember 2012 insgesamt nicht mehr als 1 % (Vorjahr: unter 1 %) der ausgegebenen Aktien und Optionsrechte der Commerzbank Aktiengesellschaft.

Die Forderungen an Personen in Schlüsselpositionen stellten sich wie folgt dar:

	31.12.2012		31.12.2011	
	Vorstand	Aufsichtsrat	Vorstand	Aufsichtsrat
Forderungen (Tsd. €)	4.008	605	1.773	322
Letzte Fälligkeit ¹	2042	2038	2042	2037
Bandbreite angewandeter Zinssätze (%) ²	2,09 – 7,56	2,45 – 6,3	3,2 – 8,3	2,6 – 6,3

¹ Neben endfälligen Krediten wurden auch Kredite mit der Laufzeit „bis auf Weiteres“ gewährt.

² In Einzelfällen bei Überziehungen bis zu 13,2 % (Vorjahr: 10,9 %).

Die Besicherung der Barkredite an Vorstandsmitglieder und Mitglieder des Aufsichtsrats erfolgte zu marktüblichen Bedingungen, soweit erforderlich mit Grundschulden oder Pfandrechten.

(38) Corporate Governance Kodex

Unsere Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG haben wir abgegeben. Sie ist Bestandteil der Erklärung zur Unternehmensführung im Lagebericht und zudem im Internet veröffentlicht (www.commerzbank.de).

(39) Investmentfonds

Die angabepflichtigen Fondsanteile werden in der Liquiditätsreserve und im Handelsbestand geführt und zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Der beizulegende Zeitwert entspricht daher dem Buchwert. In Einzelfällen können Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe bestehen. Die folgende Tabelle zeigt die Werte der Investmentfonds je Kategorie zum 31. Dezember 2012, an denen die Commerzbank Aktiengesellschaft zu mehr als 10 % beteiligt ist:

	Beizulegender Zeitwert		Erfolgte Ausschüttungen	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
			Mio. €	
Indexfonds	3.245	5.118	3	22
Gemischte Fonds	854	754	—	1
Fonds auf Lebensversicherungen	—	210	—	—
Renten und rentenähnliche Fonds	79	111	3	5
Hedgefonds	9	82	—	—
Aktien und aktienähnliche Fonds	31	21	—	—
Sonstige	12	25	—	—
Gesamt	4.230	6.321	6	28

(40) Deckungsrechnung Pfandbriefe

	31.12.2012		
	Nennwert	Barwert	Risikobarwert
		Mio. €	
Schiffspfandbriefe			
Zu deckende Verbindlichkeiten	3.440,0	3.840,4	3.932,4
darunter: Pfandbriefumlauf	3.348,6	3.723,0	3.814,1
darunter: Derivate ¹	91,4	117,5	118,3
Deckungswerte	4.237,7	4.501,0	4.511,3
darunter: Deckungsdarlehen	4.031,7	4.271,4	4.277,4
darunter: Deckungswerte § 26 PfandBG	106,0	115,0	115,9
darunter: Derivate ¹	—	8,2	8,1
Risikobarwert nach Zinsstresstest			578,9
Fehlbetrag aus Währungsstresstest			– 58,0
Überdeckung	797,7	660,6	520,9
Öffentliche Pfandbriefe			
Pfandbriefumlauf	1.032,7	1.323,0	1.443,8
Deckungswerte	1.294,9	1.468,1	1.532,4
darunter: Deckungsdarlehen	847,6	990,7	1.045,6
darunter: Deckungswerte § 20 Abs. 2 PfandBG	100,0	103,9	104,2
darunter: Derivate	—	—	—
Überdeckung	262,2	145,1	88,6

¹ Ausschließlich zur Absicherung von Währungsrisiken.

Aufgrund der Verschmelzung der Deutschen Schiffsbank Aktiengesellschaft auf die Commerzbank Aktiengesellschaft zum 1. Januar 2012 sind die Vorjahreswerte null.

(41) Laufzeitstruktur Pfandbriefe

31.12.2012

Mio. €

Schiffspfandbriefe

Pfandbriefumlauf mit einer Restlaufzeit von	
bis zu einem Jahr	320,4
mehr als einem bis zu zwei Jahren	367,3
mehr als zwei bis zu drei Jahren	426,8
mehr als drei bis zu vier Jahren	1.028,6
mehr als vier bis zu fünf Jahren	398,6
mehr als fünf bis zu zehn Jahren	606,1
mehr als zehn Jahren	200,8

Gesamt **3.348,6**

Deckungswerte mit einer restlichen Zinsbindungsfrist von	
bis zu einem Jahr	4.064,7
mehr als einem bis zu zwei Jahren	47,8
mehr als zwei bis zu drei Jahren	58,1
mehr als drei bis zu vier Jahren	12,1
mehr als vier bis zu fünf Jahren	5,0
mehr als fünf bis zu zehn Jahren	50,0
mehr als zehn Jahren	—

Gesamt **4.237,7**

Öffentliche Pfandbriefe

Pfandbriefumlauf mit einer Restlaufzeit von	
bis zu einem Jahr	–3,6
mehr als einem bis zu zwei Jahren	28,3
mehr als zwei bis zu drei Jahren	121,1
mehr als drei bis zu vier Jahren	38,9
mehr als vier bis zu fünf Jahren	81,2
mehr als fünf bis zu zehn Jahren	198,3
mehr als zehn Jahren	568,5

Gesamt **1.032,7**

Deckungswerte mit einer restlichen Zinsbindungsfrist von	
bis zu einem Jahr	487,6
mehr als einem bis zu zwei Jahren	166,7
mehr als zwei bis zu drei Jahren	48,7
mehr als drei bis zu vier Jahren	54,8
mehr als vier bis zu fünf Jahren	75,6
mehr als fünf bis zu zehn Jahren	246,5
mehr als zehn Jahren	215,0

Gesamt **1.294,9**

Aufgrund der Verschmelzung der Deutschen Schiffsbank Aktiengesellschaft auf die Commerzbank Aktiengesellschaft zum 1. Januar 2012 sind die Vorjahreswerte null.

(42) Forderungen zur Deckung von Schiffspfandbriefen

<u>Größenklassen</u>	<u>31.12.2012</u>
	Mio. €
Bis zu 500 Tsd. €	4,9
Mehr als 500 Tsd. € bis zu 5 Mio. €	1.192,3
Mehr als 5 Mio. €	3.040,5
Gesamt	4.237,7

<u>Registerland der beliehenen Schiffe und Schiffsbauwerke</u>	<u>31.12.2012</u>
	Mio. €
Seeschiffe	4.031,7
Antigua und Barbuda	9,5
Bahamas	178,8
Chile	—
Deutschland	1.619,5
Gibraltar	1,8
Griechenland	402,1
Großbritannien	52,5
Hongkong	180,1
Insel Man	55,5
Italien	125,0
Kaimaninseln	—
Liberia	324,7
Malta	298,7
Marshallinseln	317,3
Niederlande	54,6
Norwegen	58,4
Panama	139,2
Singapur	34,5
Türkei	12,8
Zypern	166,7
Binnenschiffe	—
Gesamt	4.031,7

<u>Zwangsversteigerungen</u>	<u>2012</u>		
	<u>Binnenschiffe</u>	<u>Seeschiffe</u>	<u>Gesamt</u>
		Stück	
Durchgeführte Verfahren	—	8	8
Anhängige Verfahren	—	2	2

Aufgrund der Verschmelzung der Deutschen Schiffsbank Aktiengesellschaft auf die Commerzbank Aktiengesellschaft zum 1. Januar 2012 sind die Vorjahreswerte null.

Übernahmen von Schiffen oder Schiffsbauwerken

Die Commerzbank Aktiengesellschaft hat 2012 kein Schiff zur Verhütung von Verlusten übernommen. Aufgrund der Verschmelzung der Deutschen Schiffsbank Aktiengesellschaft auf die Commerzbank Aktiengesellschaft zum 1. Januar 2012 sind die Vorjahreswerte null.

Zinsrückstände

Rückstände auf die von Darlehensschuldern zu entrichtenden Zinsen (Fälligkeiten bis zum 30. September des Berichtsjahres) bestanden in Höhe von 0,8 Mio. Euro. Die Rückstände betreffen Seeschiffe. Aufgrund der Verschmelzung der Deutschen Schiffsbank Aktiengesellschaft auf die Commerzbank Aktiengesellschaft zum 1. Januar 2012 waren die Vorjahreswerte null.

(43) Forderungen zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen

<u>Sitz der Schuldner bzw. der gewährleistenden Stellen</u>	<u>31.12.2012</u>
	Mio. €
Staaten	—
Italien	—
Regionale Gebietskörperschaften	797,6
Deutschland	797,6
Spanien	—
Sonstige Schuldner mit Sitz in	497,3
Deutschland	339,6
Frankreich	20,0
Großbritannien	—
Japan	—
Luxemburg	26,0
Niederlande	10,0
Österreich	100,0
Slowenien	—
USA	1,7
Gesamt	1.294,9

Aufgrund der Verschmelzung der Deutschen Schiffsbank Aktiengesellschaft auf die Commerzbank Aktiengesellschaft zum 1. Januar 2012 sind die Vorjahreswerte null.

Rückständige Leistungen

Rückständige Leistungen lagen 2012 nicht vor. Aufgrund der Verschmelzung der Deutschen Schiffsbank Aktiengesellschaft auf die Commerzbank Aktiengesellschaft zum 1. Januar 2012 sind die Vorjahreswerte null.

(44) Anteilsbesitz

Die nachstehenden Angaben nehmen wir gemäß § 285 Nr. 11 und 11 a HGB vor. Fußnoten und Anmerkungen zu nachfolgenden Tabellen sind am Ende dieser Angabe zusammengefasst.

a) Verbundene Unternehmen

Name	Sitz	Kapitalanteil % insg.	Währung	Eigenkapital Tsd.	Jahresergebnis Tsd.
ADMERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	EUR	23	-3
AFÖG GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,0	EUR	78.367	-6.717
AGV Allgemeine Grundstücksverwaltungs- und -verwertungsgesellschaft mit beschränkter Haftung	Eschborn	100,0	EUR	47	—*)
AJUNTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	EUR	-5.906	-998
ALDUNA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	EUR	-10.176	221
ALTEREGO Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	EUR	173	-786
ASBERGIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	EUR	22	0
ASCARA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	EUR	-1.069	-381
ASTUTIA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	EUR	3.788	—*)
Atlas Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	EUR	243.239	—*)
BERGA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	Grünwald	100,0	EUR	-1.372	58
Brafero-Sociedade Imobiliária, S.A.	Lissabon, Portugal	100,0	EUR	25.378	3.600
BRE Agent Ubezpieczeniowy Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0	PLN	10.798	10.748
BRE Bank Hipoteczny S.A.	Warschau, Polen	100,0	PLN	498.213	8.718
BRE Bank SA	Warschau, Polen	69,7	PLN	9.163.858	1.199.485
BRE Faktoring S.A.	Warschau, Polen	100,0	PLN	66.690	14.114
BRE Finance France S.A.	Levallois Perret, Frankreich	100,0	EUR	138	-2
BRE Holding Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0	PLN	537.212	26.471
BRE Leasing Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0	PLN	168.632	39.673
BRE Ubezpieczenia Sp. z.o.o.	Warschau, Polen	100,0	PLN	62.888	17.222
BRE Ubezpieczenia Towarzystwo Ubezpieczen i Reasekuracji S.A.	Warschau, Polen	100,0	PLN	83.878	16.775
BRE.locum S.A.	Lodz, Polen	80,0	PLN	122.394	2.906
Bridge Re Limited	Hamilton, Bermuda	100,0	USD	571	5
Brussels Urban Invest S.A.	Brüssel, Belgien	100,0	EUR	7.650	-8.380
CB Building Kirchberg GmbH	Düsseldorf	100,0	EUR	4.082	978
CBG Commerz Beteiligungsgesellschaft Holding mbH	Frankfurt am Main	100,0	EUR	6.137	—*)
CBG Commerz Beteiligungskapital GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,0	EUR	45.976	6.353
CFB-Fonds Transfair GmbH	Düsseldorf	100,0	EUR	26	—*)
CG New Venture 2 Verwaltungsgesellschaft mbH	Wiesbaden	100,0	EUR	86	2
CG NL Holding B.V.	Amsterdam, Niederlande	100,0	EUR	68	-35
CG Real Estate Master FCP-SIF S.A.R.L.	Luxemburg, Luxemburg	55,4	EUR	146.658	-56.585
CGM Lux 1 S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0	EUR	-151.110	-153.664
CGM Lux 2 S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0	EUR	-61.077	-60.733
CGM Lux 3 S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0	EUR	-92.597	92.031
Coba Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	EUR	26	—*)
comdirect bank Aktiengesellschaft	Quickborn	81,1	EUR	467.641	71.053
Commerz (East Asia) Limited	Hongkong, Hongkong	100,0	EUR	2.402	58
Commerz Asset Management Asia Pacific Pte Ltd	Singapur, Singapur	100,0	SGD	28.049	-1.433
Commerz Bankenholding Nova GmbH	Frankfurt am Main	100,0	EUR	1.566.644	—1)*
Commerz Business Consulting GmbH	Frankfurt am Main	100,0	EUR	84	—*)
Commerz Direktservice GmbH	Duisburg	100,0	EUR	1.178	—*)
Commerz Europe (Ireland)	Dublin, Irland	100,0	EUR	347.903	-9.071 ²⁾
Commerz Funds Solutions S.A.	Luxemburg, Luxemburg	100,0	EUR	8.441	2.969
Commerz Grundbesitz Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	Frankfurt am Main	90,0	EUR	14.387	1.185
Commerz Japan Real Estate Finance Corporation	Tokio, Japan	100,0	JPY	4.428.164	540.322 ³⁾
Commerz Markets LLC	Wilmingon, Delaware, USA	100,0	USD	429.625	5.518
Commerz Pearl Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	0
Commerz Property GmbH & Co. Hamburg KG	Frankfurt am Main	100,0	EUR	70.513	461
Commerz Real AG	Eschborn	100,0	EUR	408.394	—*)
Commerz Real Asset Verwaltungsgesellschaft mbH	Grünwald	100,0	EUR	25	—*)
Commerz Real Baumanagement GmbH	Düsseldorf	100,0	EUR	4.238	—4)*
Commerz Real Fonds Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	EUR	151	—*)
Commerz Real Immobilien GmbH	Düsseldorf	100,0	EUR	12.936	—*)
Commerz Real Investmentgesellschaft mbH	Wiesbaden	100,0	EUR	21.968	—*)
Commerz Real IT-Leasing GmbH	Düsseldorf	100,0	EUR	1.954	—*)

Name	Sitz	Kapitalanteil % insg.	Währung	Eigenkapital Tsd.	Jahresergebnis Tsd.
Commerz Real Mobilienleasing GmbH	Düsseldorf	100,0	EUR	-2.662	—*)
Commerz Real Spezialfondsgesellschaft mbH	Wiesbaden	100,0	EUR	5.948	—*)
Commerz Real Verwaltung und Treuhand GmbH	Düsseldorf	100,0	EUR	26	—*)
Commerz Securities Hong Kong Limited	Hongkong, Hongkong	100,0	EUR	20.170	1.459
Commerz Services Holding GmbH	Frankfurt am Main	100,0	EUR	14.114	—*)
Commerz Systems GmbH	Frankfurt am Main	100,0	EUR	6.464	—*)
Commerz Transaction Services Mitte GmbH	Erfurt	100,0	EUR	2.913	—*)
Commerz Transaction Services Nord GmbH	Magdeburg	100,0	EUR	1.614	—*)
Commerz Transaction Services Ost GmbH	Halle (Saale)	100,0	EUR	1.550	—*)
Commerz Transaction Services West GmbH	Hamm	100,0	EUR	1.402	—*)
Commerzbank (Eurasija) SAO	Moskau, Russland	100,0	RUB	12.165.512	1.165.019
Commerzbank Asset Management Asia Ltd.	Singapur, Singapur	100,0	SGD	2.028	766
Commerzbank Auslandsbanken Holding AG	Frankfurt am Main	100,0	EUR	1.492.196	—*)
Commerzbank Capital Funding LLC I	Wilmington, Delaware, USA	100,0	EUR	2	0
Commerzbank Capital Funding LLC II	Wilmington, Delaware, USA	100,0	GBP	2	0
Commerzbank Capital Funding LLC III	Wilmington, Delaware, USA	100,0	EUR	2	0
Commerzbank Capital Funding Trust I	Newark, Delaware, USA	100,0	EUR	1	0
Commerzbank Capital Funding Trust II	Newark, Delaware, USA	100,0	GBP	1	0
Commerzbank Capital Funding Trust III	Newark, Delaware, USA	100,0	EUR	1	0
Commerzbank Capital Investment Company Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	0
Commerzbank Finance 2 S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0	EUR	367	-18
Commerzbank Finance 3 S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0	EUR	649	7
Commerzbank Finance BV	Amsterdam, Niederlande	100,0	EUR	1.343	-150
Commerzbank Holdings (UK) Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	502.383	18.426
Commerzbank Holdings France	Paris, Frankreich	100,0	EUR	80.674	0
Commerzbank Immobilien- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	EUR	462.597	—*)
Commerzbank Inlandsbanken Holding GmbH	Frankfurt am Main	100,0	EUR	1.598.385	—*)
Commerzbank International S.A.	Luxemburg, Luxemburg	100,0	EUR	558.321	96.187
Commerzbank Investments (UK) Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	112.712	82.941
Commerzbank Leasing 1 S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0	GBP	210	29
Commerzbank Leasing 2 S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0	GBP	32.445	24
Commerzbank Leasing 4 S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0	GBP	4.973	-8
Commerzbank Leasing 5 S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0	GBP	10.202	63
Commerzbank Leasing 6 S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0	GBP	93	26
Commerzbank Leasing December (1) Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	333	1.353
Commerzbank Leasing December (10)	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	0
Commerzbank Leasing December (11)	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	0
Commerzbank Leasing December (12) Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	356	494
Commerzbank Leasing December (13) Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	0
Commerzbank Leasing December (15)	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	0
Commerzbank Leasing December (17) Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	-4.291
Commerzbank Leasing December (19) Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	-12.741
Commerzbank Leasing December (20) Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	-300
Commerzbank Leasing December (21) Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	0
Commerzbank Leasing December (22) Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	0
Commerzbank Leasing December (23) Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	-60
Commerzbank Leasing December (24) Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	0
Commerzbank Leasing December (26) Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	-240
Commerzbank Leasing December (3) Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	476	327
Commerzbank Leasing December (4) Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	0
Commerzbank Leasing December (8) Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	0
Commerzbank Leasing December (9) Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	0
Commerzbank Leasing Holdings Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	2.137	-1.298
Commerzbank Leasing Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	962	-1.776
Commerzbank Leasing March (3) Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	9	5
Commerzbank Leasing September (5) Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	17	9
Commerzbank Online Ventures Limited	London, Großbritannien	100,0	EUR	0	0
Commerzbank Overseas Holdings Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	0
Commerzbank Property Management & Services Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	0
Commerzbank Securities Ltd	London, Großbritannien	100,0	GBP	10	0
Commerzbank Securities Nominees Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	0
Commerzbank U.S. Finance, Inc.	Wilmington, Delaware, USA	100,0	USD	606	-68
Commerzbank Zrt.	Budapest, Ungarn	100,0	HUF	24.941.022	792.495
CommerzFactoring GmbH	Mainz	50,1	EUR	1.099	—*)
CR KaiserKarree Holding S.a.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	100,0	EUR	-41.365	-40.175
CSA COMMERZ SOUTH AFRICA (PROPRIETARY) LIMITED	Johannesburg, Südafrika	100,0	ZAR	3.601	-1.675
Dom Inwestycyjny BRE Banku S.A.	Warschau, Polen	100,0	PLN	89.646	16.886
Dresdner Capital LLC I	Wilmington, Delaware, USA	100,0	USD	1.707	42
Dresdner Capital LLC IV	Wilmington, Delaware, USA	100,0	JPY	18.594	136
Dresdner Kleinwort – Grantchester, Inc.	Wilmington, Delaware, USA	100,0	USD	27.845	-1
Dresdner Kleinwort & Co. Holdings, Inc.	Wilmington, Delaware, USA	100,0	USD	231.580	-639

Name	Sitz	Kapitalanteil % insg.	Währung	Eigenkapital Tsd.	Jahresergebnis Tsd.
Dresdner Kleinwort Capital Inc.	Wilmington, Delaware, USA	100,0	USD	4.527	3.706
Dresdner Kleinwort do Brasil Limitada	Rio de Janeiro, Brasilien	100,0	BRL	-16.382	3
Dresdner Kleinwort EIV Manager, Inc.	Wilmington, Delaware, USA	100,0	USD	-18	0
Dresdner Kleinwort Finance Inc.	Wilmington, Delaware, USA	100,0	USD	2.652	704
Dresdner Kleinwort Flags Inc.	Wilmington, Delaware, USA	100,0	USD	140.479	0
Dresdner Kleinwort Group Holdings, LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0	USD	170.917	-1
Dresdner Kleinwort Group LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0	USD	394.779	-57
Dresdner Kleinwort Holdings II, Inc.	Wilmington, Delaware, USA	100,0	USD	83.147	633
Dresdner Kleinwort Holdings LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0	USD	376.641	51
Dresdner Kleinwort Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	11.647	11.283
Dresdner Kleinwort LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0	USD	34.165	-2
Dresdner Kleinwort Luminary Inc.	Wilmington, Delaware, USA	100,0	USD	790.566	-15.577
Dresdner Kleinwort Moon LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0	USD	24.210	-4.634
Dresdner Kleinwort Services (Guernsey) Limited	St. Peter Port, Guernsey	100,0	GBP	2	0
Dresdner Kleinwort Wasserstein Securities (India) Private Limited	Mumbai, Indien	75,0	INR	49.229	-33.670
Dresdner Lateinamerika Aktiengesellschaft	Hamburg	100,0	EUR	32.109	—*)
Dresdner UK Investments 2 B.V.	Amsterdam, Niederlande	100,0	EUR	966	0
Dresdner UK Investments N.V.	Amsterdam, Niederlande	100,0	EUR	1.738	1
DSB Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	EUR	25	—*)
EH MoLu IV, LLC	Dover, Delaware, USA	100,0	USD	1.677	-1.445
EHY Real Estate Fund I, LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0	USD	-3.758	231
Elco Leasing Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	0
Erste Europäische Pfandbrief- und Kommunalkreditbank Aktiengesellschaft in Luxemburg	Luxemburg, Luxemburg	100,0	EUR	445.132	77.900
Espacio Leon Propco S.L.U.	Madrid, Spanien	100,0	EUR	-18.417	-1.878
Eurohypo Capital Funding LLC I	Wilmington, Delaware, USA	100,0	EUR	1	0
Eurohypo Capital Funding LLC II	Wilmington, Delaware, USA	100,0	EUR	3	0
Eurohypo Capital Funding Trust I	Wilmington, Delaware, USA	100,0	EUR	1	0
Eurohypo Capital Funding Trust II	Wilmington, Delaware, USA	100,0	EUR	1	0
European Bank for Fund Services Gesellschaft mit beschränkter Haftung (ebase)	Aschheim	100,0	EUR	26.981	3.999
European Venture Partners (Holdings) Ltd	St. Helier, Jersey	85,0	GBP	0	0
European Venture Partners Ltd	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	0
FABA Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	95,0	EUR	25	—*)
Felix (CI) Limited	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	100,0	GBP	26	0
FHB – Immobilienprojekte GmbH	Eschborn	100,0	EUR	52	—*)
Film Library Holdings LLC	Wilmington, Delaware, USA	51,0	USD	21.455	-2.828
Forum Almada, Gestao de Centro Comercial, Sociedade Unipessoal Lda. II & Comandita	Lissabon, Portugal	100,0	EUR	32.216	9.544
Forum Almada-Gestao de Centro Commercial, Sociedade Unipessoal, Lda.	Lissabon, Portugal	100,0	EUR	-65.480	-28.974
Forum Montijo, Gestao de Centro Comercial, Sociedade Unipessoal, Lda	Lissabon, Portugal	100,0	EUR	-50.419	-25.343
Frankfurter Gesellschaft für Vermögensanlagen mit beschränkter Haftung	Eschborn	100,0	EUR	5.952	—*)
General Leasing (No.16) Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	546	249
G-G-B Gebäude- und Grundbesitz GmbH	Eschborn	100,0	EUR	256	—*)
GO German Office GmbH	Wiesbaden	100,0	EUR	-12.431	—*)
gr Grundstücks GmbH Objekt Corvus	Frankfurt am Main	100,0	EUR	43	-5
gr Grundstücks GmbH Objekt Corvus & Co. Sossenheim KG	Frankfurt am Main	100,0	EUR	97	-97
Gresham Leasing March (1) Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	-965
Gresham Leasing March (2) Limited	London, Großbritannien	25,0	GBP	2.392	219
Herradura Ltd	London, Großbritannien	100,0	GBP	5	0
HF Estate Management GmbH	Eschborn	100,0	EUR	3.280	— ⁵ *)
Hibernia Eta Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main	85,0	EUR	31.058	-8
Hibernia Gamma Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main	60,6	EUR	102.634	-1
Hurley Investments No.3 Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	66
Hypothekenbank Frankfurt AG	Eschborn	100,0	EUR	5.661.992	— ⁶ *)
Hypothekenbank Frankfurt International S.A.	Senningerberg, Luxemburg	100,0	EUR	166.016	-30.047 ⁷)
IVV – Immobilien – Verwaltungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	Eschborn	100,0	EUR	26	—*)
KENSTONE GmbH	Eschborn	100,0	EUR	26	—*)
Kommanditgesellschaft MS „CPO ALICANTE“ Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	90,0	EUR	3.636	-14.785

Name	Sitz	Kapitalanteil % insg.	Währung	Eigenkapital Tsd.	Jahresergebnis Tsd.
Kommanditgesellschaft MS „CPO ANCONA“ Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	77,3	EUR	19.134	- 18.594
Kommanditgesellschaft MS „CPO BILBAO“ Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	90,0	EUR	1.901	- 16.425
Kommanditgesellschaft MS „CPO MARSEILLE“ Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	77,3	EUR	18.078	- 18.559
Kommanditgesellschaft MS „CPO PALERMO“ Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	73,9	EUR	20.370	- 17.381
Kommanditgesellschaft MS „CPO TOULON“ Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	90,0	EUR	16.305	- 19.748
Kommanditgesellschaft MS „CPO VALENCIA“ Offen Reederei GmbH & Co.	Hamburg	90,0	EUR	11.685	- 9.739
LAUREA MOLARIS Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin Anthropolis KG i.L.	Ludwigshafen	94,5	EUR	- 4.874	1.883 ⁸⁾
LAUREA MOLARIS Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin Grindelwaldweg KG i.L.	Düsseldorf	94,5	EUR	- 6.644	4.385 ⁹⁾
LUGO Photovoltaik Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	EUR	- 11.892	120
Marylebone Commercial Finance (2)	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	- 47
Marylebone Commercial Finance Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	- 571
Max Lease S..r.l. & Cie. Secs	Luxemburg, Luxemburg	100,0	EUR	4.491	786
MERKUR Grundstücks GmbH	Frankfurt am Main	100,0	EUR	44.594	—*)
MLV 35 Sp. z o.o. SKA	Warschau, Polen	100,0	PLN	289.962	- 50
Morris (S.P.) Holdings Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	0
NAVALIS Schiffsbetriebsgesellschaft mbH & Co. MS „NEDLLOYD JULIANA“ KG	Hamburg	93,6	EUR	17.641	1.202
NAVIPOS Schiffsbeteiligungsgesellschaft mbH	Hamburg	100,0	EUR	231	- 671
NORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lampertheim KG	Düsseldorf	100,0	EUR	0	184
NORA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekte Plön und Preetz KG	Düsseldorf	90,0	EUR	- 436	90
Nordboden Immobilien- und Handelsgesellschaft mbH	Eschborn	100,0	EUR	315	—*)
NOVELLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	EUR	11.176	—*)
Number X Real Estate GmbH	Eschborn	100,0	EUR	8.773	- 8.364
OLEANDRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Jupiter KG	Grünwald	100,0	EUR	27.552	2.096
OLEANDRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Luna KG	Grünwald	100,0	EUR	1.491	336
OLEANDRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Neptun KG	Grünwald	100,0	EUR	18.045	1.589
OLEANDRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Pluto KG	Grünwald	100,0	EUR	30.701	3.533
OLEANDRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Uranus KG	Grünwald	100,0	EUR	44.181	309
OLEANDRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Venus KG	Grünwald	100,0	EUR	25.046	1.769
Pisces Nominees Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	0
Property Invest Ferdinando di Savoia S.r.l.	Mailand, Italien	100,0	EUR	13.601	- 1.143
Property Invest GmbH	Eschborn	100,0	EUR	36.220	- 11.349
Property Invest Italy S.r.l.	Mailand, Italien	100,0	EUR	47.169	- 9.797
Property Invest Roma S.r.l.	Mailand, Italien	100,0	EUR	1.372	- 156
Real Estate Holdings Limited	Hamilton, Bermuda	100,0	BMD	19.887	- 440
Real Estate TOP TEGEL Drei GmbH	Eschborn	94,0	EUR	60	—*)
Real Estate TOP TEGEL Eins GmbH	Eschborn	94,0	EUR	421	—*)
Real Estate TOP TEGEL Sechs GmbH	Eschborn	94,0	EUR	129	—*)
Real Estate TOP TEGEL Vier GmbH	Eschborn	94,0	EUR	60	—*)
Real Estate TOP TEGEL Zwei GmbH	Eschborn	94,0	EUR	60	—*)
REFUGIUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Grünwald	100,0	EUR	8.508	- 337
Riverbank Trustees Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	- 35
Rood Nominees Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	0
Rook Finance LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0	USD	77.467	152
SB-Bauträger GmbH & Co. Urbis Hochhaus-KG	Frankfurt am Main	100,0	EUR	201	0
SECUNDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	EUR	5.811	—*)
Service-Center Inkasso GmbH Düsseldorf	Düsseldorf	100,0	EUR	153	—*)
South East Asia Properties Limited	London, Großbritannien	100,0	GBP	22.537	- 9.607
Space Park GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	90,0	EUR	- 93.027	2.029
Sterling Energy Holdings Inc.	Wilmington, Delaware, USA	76,2	USD	46.271	298
Sterling Energy II LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0	USD	57.862	4.173
Sterling Energy LLC	Wilmington, Delaware, USA	100,0	USD	134.457	205
TARA Immobilienprojekte GmbH	Eschborn	100,0	EUR	25	—*)
Thurlaston Finance Limited	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	100,0	GBP	0	0

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Währung</u>	<u>Eigenkapital Tsd.</u>	<u>Jahresergebnis Tsd.</u>
TOMO Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,0	EUR	22.778	—*)
Transfinance a.s.	Prag, Tschechien	100,0	CZK	280.210	10.752
Twins Financing LLC	Dover, Delaware, USA	60,0	USD	18.312	1.804
U.S. Residential Investment I, L.P.	Wilmington, Delaware, USA	90,0	USD	19.891	–9.062
Watling Leasing March (1)	London, Großbritannien	100,0	GBP	0	–46
WebTek Software Private Limited	Bangalore, Indien	100,0	INR	204.864	–27.336
WESTBODEN – Bau- und Verwaltungsgesellschaft mit beschränkter Haftung	Eschborn	100,0	EUR	55	—*)
Westend Grundstücksgesellschaft mbH	Eschborn	100,0	EUR	260	—*)
Wohnbau-Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn	90,0	EUR	291	–3
Yarra Finance Limited	George Town, Grand Cayman, Cayman Islands	100,0	GBP	0	0
Zelos Luxembourg S.C.S.	Luxemburg, Luxemburg	100,0	EUR	10	–314

b) Assoziierte Unternehmen

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Währung</u>	<u>Eigenkapital Tsd.</u>	<u>Jahresergebnis Tsd.</u>
AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	31,6	EUR	176.547	16.775
Argor-Heraeus S.A.	Mendrisio, Schweiz	31,2	CHF	89.002	34.873
Capital Investment Trust Corporation	Taipei, Taiwan	24,0	TWD	–3.106.323	–514.217
Captain Holdings S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	46,0	GBP	3.852	71
Commerz Finanz GmbH	München	49,9	EUR	402.038	–11.424
Commerz Unternehmensbeteiligungs- Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main	40,0	EUR	92.297	5.106
COMUNITHY Immobilien GmbH	Düsseldorf	49,9	EUR	–7.978	920
DTE Energy Center, LLC	Wilmington, Delaware, USA	49,5	USD	91.830	6.223
Exploitiemaatschappij Wijkertunnel C.V.	Amsterdam, Niederlande	33,3	EUR	14.523	7.451
GIE Northbail	Puteaux, Frankreich	25,0	EUR	0	7
HAJOBANTA GmbH & Co. Asia Opportunity I KG	Düsseldorf	20,8	EUR	116.626	13.962
ILV Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH	Düsseldorf	50,0	EUR	19.501	1.964
KGAL GmbH & Co. KG	Grünwald	40,5	EUR	97.648	5.047
KGAL Verwaltungs-GmbH	Grünwald	45,0	EUR	8.688	325
MFG Flughafen-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. BETA KG	Grünwald	29,4	EUR	–63.291	3.008
RECAP/Commerz AMW Investment, L. P.	New York, New York, USA	50,0	USD	8.688	–1.311
Reederei MS „E.R. INDIA“ Beteiligungsgesellschaft mbH & Co.KG	Hamburg	26,1	EUR	6.653	2.425

c) Gemeinschaftsunternehmen

<u>Name</u>	<u>Sitz/Sitz der Verwaltungsgesellschaft</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Währung</u>	<u>Eigenkapital Tsd.</u>	<u>Jahresergebnis Tsd.</u>
Carbon Trade & Finance SICAR S.A.	Senningerberg, Luxemburg	50,0	EUR	4.751	–4.416
Delphi I LLC	Wilmington, Delaware, USA	33,3	EUR	–380.981	–23.032
FV Holding S.A.	Brüssel, Belgien	60,0	EUR	10.892	2.190
Kaiserkarree S.a.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	50,0	EUR	44.620	–18.894

d) Zweckgesellschaften

<u>Name</u>	<u>Sitz/Sitz der Verwaltungsgesellschaft</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Währung</u>	<u>Eigenkapital Tsd.</u>
Honeywell Grundbesitzverwaltungs-GmbH & Co. Vermietungs-KG	Grünwald	100,0	EUR	–14.860

e) Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet

<u>Name</u>	<u>Sitz</u>	<u>Kapitalanteil % insg.</u>	<u>Stimmanteil % insg.</u>
ConCardis Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Eschborn	13,9	13,9
EURO Kartensysteme Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main	13,9	13,9
GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen	Bremen	7,1	7,1

Fußnoten

- ¹⁾ Umfirmiert: von Commerzbank Auslandsbanken Holding Nova GmbH nach Commerz Bankenholding Nova GmbH
- ²⁾ Umfirmiert: von Commerzbank Europe (Ireland) nach Commerz Europe (Ireland)
- ³⁾ Umfirmiert: von Eurohypo (Japan) Corporation nach Commerz Japan Real Estate Finance Corporation
- ⁴⁾ Umfirmiert: von Commerz Real Baucontract GmbH nach Commerz Real Baumanagement GmbH
- ⁵⁾ Umfirmiert: von EH Estate Management GmbH nach HF Estate Management GmbH
- ⁶⁾ Umfirmiert: von Eurohypo Aktiengesellschaft nach Hypothekenbank Frankfurt AG
- ⁷⁾ Umfirmiert: von EUROHYPO Europäische Hypothekenbank S.A. nach Hypothekenbank Frankfurt International S.A.
- ⁸⁾ Umfirmiert: von LAUREA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin Anthropolis KG nach LAUREA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin Anthropolis KG i.L.
- ⁹⁾ Umfirmiert: von LAUREA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin Grindelwaldweg KG nach LAUREA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin Grindelwaldweg KG i.L.

Anmerkungen und Erläuterungen

^{*}) Ergebnisabführungsvertrag

Die Angaben gemäß § 285 Nr.11 a HGB sind wegen untergeordneter Bedeutung nach § 286 Abs. 3 Nr.1 HGB unterblieben.

Devisenkurse für 1 € zum 31.12.2012

Bermuda	BMD	1,3194
Brasilien	BRL	2,7036
Großbritannien	GBP	0,8161
Indien	INR	72,5600
Japan	JPY	113,6100
Polen	PLN	4,0740
Russland	RUB	40,3295
Schweiz	CHF	1,2072
Singapur	SGD	1,6111
Südafrika	ZAR	11,1727
Taiwan	TWD	38,3026
Tschechische Republik	CZK	25,1510
Ungarn	HUF	292,3000
USA	USD	1,3194

(45) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Mitglieder des Vorstands der Commerzbank Aktiengesellschaft

Angaben gemäß § 285 Ziffer 10 HGB

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien im Inland
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren Kontrollgremien

Martin Blessing

--

Frank Annuscheit

- a) comdirect bank Aktiengesellschaft¹ stellv. Vorsitzender

Markus Beumer

- a) ABB AG (seit 1.7.2012)

Commerz Real AG¹ (bis 19.6.2012)

Stephan Engels

(seit 1.4.2012)

- a) Commerzbank Auslandsbanken Holding AG¹ stellv. Vorsitzender (seit 1.4.2012)

Hypothenbank Frankfurt AG¹ (vormals Eurohypo Aktiengesellschaft) (seit 10.8.2012)
- b) BRE Bank SA¹ (seit 1.4.2012)

Commerz Bankenholding Nova GmbH¹ (vormals Commerzbank Auslandsbanken Holding Nova GmbH) Vorsitzender (bis 30.10.2012)

Commerzbank Inlandsbanken Holding GmbH¹ Vorsitzender (bis 1.11.2012)

SdB – Sicherungseinrichtungsgesellschaft deutscher Banken mbH (seit 1.4.2012)

Jochen Klösges

- a) Commerz Real AG¹ Vorsitzender (bis 13.8.2012)

Commerz Real Investmentgesellschaft mbH¹ Vorsitzender (bis 15.8.2012)

Deutsche Schiffsbank Aktiengesellschaft¹ Vorsitzender (bis 22.5.2012)

Hypothenbank Frankfurt AG¹ (vormals Eurohypo Aktiengesellschaft) (bis 9.8.2012)
- b) Commerzbank Inlandsbanken Holding GmbH¹ stellv. Vorsitzender (bis 1.11.2012)

Michael Reuther

- a) EUREX Deutschland AöR²

Frankfurter Wertpapierbörse AöR²

Hypothenbank Frankfurt AG¹ (vormals Eurohypo Aktiengesellschaft) (bis 30.6.2012)

RWE Power AG² (seit 1.7.2012)
- b) Verlagsbeteiligungs- und Verlagsgesellschaft mit beschränkter Haftung (seit 1.7.2012)

Dr. Stefan Schmittmann

- a) Commerz Real AG¹ stellv. Vorsitzender

Commerzbank Auslandsbanken Holding AG¹

Hypothenbank Frankfurt AG¹ (vormals Eurohypo Aktiengesellschaft) stellv. Vorsitzender

Schaltbau Holding AG²

Verlagsgruppe Weltbild GmbH

Ulrich Sieber

- a) BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG stellv. Vorsitzender

BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. stellv. Vorsitzender

Commerzbank Auslandsbanken Holding AG¹ Vorsitzender

Hypothenbank Frankfurt AG¹ (vormals Eurohypo Aktiengesellschaft) Vorsitzender (seit 1.7.2012)
- b) BRE Bank SA¹ stellv. Vorsitzender

BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V. stellv. Vorsitzender

Dr. Eric Strutz

(bis 31.3.2012)

- a) ABB AG (bis 30.6.2012)

Commerzbank Auslandsbanken Holding AG¹ stellv. Vorsitzender (bis 31.3.2012)

RWE Power AG² (bis 30.6.2012)
- b) BRE Bank SA¹ (bis 30.3.2012)

Commerz Bankenholding Nova GmbH¹ (vormals Commerzbank Auslandsbanken Holding Nova GmbH) Vorsitzender (bis 16.3.2012)

Commerzbank Inlandsbanken Holding GmbH¹ Vorsitzender (bis 16.3.2012)

Mediobanca Banca di Credito Finanziario S. p. A.²

Partners Group Holding AG²

SdB – Sicherungseinrichtungsgesellschaft deutscher Banken mbH (bis 31.3.2012)

Verlagsbeteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (bis 30.6.2012)

¹ Konzernmandat.

² Aufsichtsratsmandat in einer konzernexternen börsennotierten Gesellschaft oder in einem Aufsichtsratsgremium einer Gesellschaft mit vergleichbaren Anforderungen (gemäß Ziffer 5.4.5 des Deutschen Corporate-Governance-Kodex).

Martin Zielke

- a) Allianz Global Investors
Kapitalanlagegesellschaft mbH
(bis 31.8.2012)
- comdirect bank
Aktiengesellschaft¹
Vorsitzender
- Commerz Real AG¹
Vorsitzender
- Commerz Real
Investmentgesellschaft mbH¹
Vorsitzender

**Mitglieder des Aufsichtsrats der
Commerzbank
Aktiengesellschaft**

Angaben gemäß § 285 Ziffer 10
HGB

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu
bildenden Aufsichtsräten
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren
Kontrollgremien

Klaus-Peter Müller

- a) Fresenius Management SE
Fresenius SE & Co. KGaA Linde
Aktiengesellschaft
- b) Landwirtschaftliche Rentenbank
Parker Hannifin Corporation

Uwe Tschäge

--

Hans-Hermann Altenschmidt

- a) BVV Pensionsfonds des
Bankgewerbes AG BVV
Versicherungsverein des
Bankgewerbes a.G.
- b) BVV Versorgungskasse des
Bankgewerbes e.V.

Dott. Sergio Balbinot

(bis 31.5.2012)

- a) AachenMünchener
Lebensversicherung AG¹
- AachenMünchener
Versicherung AG¹
- Deutsche Vermögensberatung
AG
- Generali Deutschland Holding
AG¹
- b) Europ Assistance Holding¹
- Future Generali India Insurance
Co. Ltd.¹
- Future Generali India Life
Insurance Co. Ltd.¹
- Generali Asia N.V.¹
- Generali China Insurance
Company Ltd.¹
stellv. Vorsitzender
- Generali China Life Insurance
Co. Ltd.¹
stellv. Vorsitzender
- Generali España, Holding de
Entidades de Seguros, S.A.¹
stellv. Vorsitzender
- Generali España S.A. de
Seguros y Reaseguros¹
- Generali Finance B.V.¹
- Generali France S.A.¹
stellv. Vorsitzender
- Generali Holding Vienna AG¹
stellv. Vorsitzender
- Generali Investments SpA¹
- Generali PPF Holding BV¹
Vorsitzender
- Generali (Schweiz) Holding¹
stellv. Vorsitzender
- Migdal Insurance & Financial
Holdings Ltd.¹
- Participatie Maatschappij
Graafschap Holland N.V.¹
- Transocean Holding
Corporation¹

Dr.-Ing. Burckhard Bergmann

- a) Allianz Lebensversicherungs-AG
stellv. Vorsitzender
- E.ON Energie AG
- b) Accumulatorenwerke Hoppecke
Carl Zoellner & Sohn GmbH
- Jaeger Beteiligungsgesellschaft
mbH & Co. KG
Vorsitzender
- OAQ Novatek
- Telenor

Dr. Nikolaus von Bomhard

- a) ERGO Versicherungsgruppe
AG¹
Vorsitzender
- Munich Health Holding AG¹
Vorsitzender

Karin van Brummelen

--

Astrid Evers

--

Uwe Foullong

--

Daniel Hampel

--

Dr.-Ing. Otto Happel

--

Beate Hoffmann

--

**Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h.
Hans-Peter Keitel**

- a) Deutsche Messe AG
National-Bank AG
ThyssenKrupp AG
- b) Heitkamp & Thumann Group
RAG Stiftung
(bis 16.10.2012)

Alexandra Krieger

--

Dr. h. c. Edgar Meister

- b) DWS Investment GmbH
Standard & Poor's Credit
Market
Services Europe Limited

¹ Konzernmandat.

**Prof. h. c. (CHN) Dr. rer. oec.
Ulrich Middelmann**

- a) Deutsche Telekom AG
LANXESS AG
LANXESS Deutschland GmbH
- b) Hoberg & Driesch GmbH
Vorsitzender

Dr. Helmut Perlet

- a) Allianz SE
(seit 9.5.2012)

Allianz Deutschland AG
(bis 23.3.2012)

GEA GROUP AG
- b) Allianz France S.A.
(bis 14.3.2012)

Allianz Life Insurance Company
of North America
(bis 29.2.2012)

Allianz of America Inc.
(bis 29.2.2012)

Allianz S.p.A.
(bis 16.3.2012)

Fireman's Fund Ins.Co.
(bis 29.2.2012)

Barbara Priester

--

Mark Roach

- a) Fiducia IT AG

Dr. Marcus Schenck

- a) AXA S.A.
E.ON Ruhrgas AG¹
(bis 21.8.2012)
- b) E.ON Energy Trading SE¹
E.ON IT GmbH¹
SMS GmbH

Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell
(seit 1.6.2012)

- a) Vienna Insurance Group AG
(seit 4.5.2012)
- b) Finanzmarkteteiligung
Aktiengesellschaft des Bundes
Wien

Österreichische Bundesbahnen
Holding AG, Wien

Österreichische
Forschungsförderungsgesellschaft
mbH

Vorsitzende
(seit 29.6.2012)

Verein zur Förderung der BBRZ
Gruppe, Linz

Wien Holding GmbH, Wien

**Mitarbeiter der Commerzbank
Aktiengesellschaft**

Angaben gemäß § 340a Abs. 4
Ziffer 1 HGB

Michael Bonacker

Commerz Real AG¹

Commerz Real
Investmentgesellschaft
mbH¹
stellv. Vorsitzender

Hypothekenbank Frankfurt AG¹
(vormals Eurohypo
Aktiengesellschaft)

Manfred Breuer

Deutsche Edelstahlwerke GmbH

Gerold Fahr

Stadtwerke Ratingen GmbH

Martin Fishedick

Borgers AG

Commerz Real AG¹

Commerz Real
Investmentgesellschaft
mbH¹

Bernd Förster

SE Spezial Electronic
Aktiengesellschaft

Jörg van Geffen

Häfen und Güterverkehr Köln AG

NetCologne Gesellschaft für
Telekommunikation
mit beschränkter
Haftung

Sven Gohlke

Bombardier Transportation GmbH

Bernd Grossmann

Textilgruppe Hof AG

Detlef Hermann

Kaiser's Tengelmann GmbH
Ritzenhoff AG

Jochen H. Ihler

Hüttenwerke Krupp Mannesmann
GmbH

Werner Lubeley

TNT Express GmbH

Michael Mandel

Commerz Real AG¹

Commerz Real
Investmentgesellschaft
mbH¹

Schufa Holding AG

Annegret Oerder

BVW Pensionsfonds des
Bankgewerbes AG

Andreas Schmidt

Goodyear Dunlop Tires Germany
GmbH

Sabine Schmittroth

comdirect bank Aktiengesellschaft¹

Dirk Wilhelm Schuh

GEWOBA Aktiengesellschaft
Wohnen und Bauen

Dirk Schuster

Commerz Real
Investmentgesellschaft
mbH¹

Berthold Stahl

Maincor AG
stellv. Vorsitzender

Rupert Winter

Klinikum Burgenlandkreis GmbH

Christoph Wortig

Commerz Real AG¹

¹ Konzernmandat.

(46) Organe der Commerzbank Aktiengesellschaft

Aufsichtsrat

Klaus-Peter Müller

Vorsitzender

Uwe Tschäge¹

Stellv. Vorsitzender
Bankangestellter
Commerzbank Aktiengesellschaft

Hans-Hermann Altenschmidt¹

Bankangestellter
Commerzbank Aktiengesellschaft

Dott. Sergio Balbinot

(bis 23.5.2012)
Managing Director
Assicurazioni Generali S. p. A.

Dr.-Ing. Burckhard Bergmann

Ehemaliger Vorsitzender
des Vorstands
E.ON Ruhrgas AG

Dr. Nikolaus von Bomhard

Vorsitzender des Vorstands
Münchener Rückversicherungs-
Gesellschaft AG

Karin van Brummelen¹

Bankangestellte
Commerzbank Aktiengesellschaft

Astrid Evers¹

Bankangestellte
Commerzbank Aktiengesellschaft

Uwe Foullong¹

Gewerkschaftssekretär
Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di

Daniel Hampel¹

Bankangestellter
Commerzbank Aktiengesellschaft

Dr.-Ing. Otto Happel

Unternehmer
Luserve AG

Beate Hoffmann¹

Bankangestellte
Commerzbank Aktiengesellschaft

Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h.

Hans-Peter Keitel
Vizepräsident des Bundesverbandes
der Deutschen Industrie

Alexandra Krieger¹

Ressortleiterin
Betriebswirtschaft/
Unternehmensstrategien
Industriegewerkschaft Bergbau,
Chemie, Energie

Dr. h. c. Edgar Meister

Rechtsanwalt
Mitglied des Vorstands
der Deutschen Bundesbank a.D.

Prof. h. c. (CHN) Dr. rer. oec.**Ulrich Middelmann**

Ehemaliger stellv. Vorsitzender
des Vorstands
ThyssenKrupp AG

Dr. Helmut Perlet

Vorsitzender des Aufsichtsrats
Allianz SE

Barbara Priester¹

Bankangestellte
Commerzbank Aktiengesellschaft

Mark Roach¹

Gewerkschaftssekretär
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di-Bundesverwaltung

Dr. Marcus Schenck

Mitglied des Vorstands
E.ON AG

Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell

(seit 1.6.2012)
Ehemaliges Mitglied des Direktoriums
der Europäischen Zentralbank

Dr. Walter Seipp

Ehrenvorsitzender

¹ Von den Arbeitnehmern gewählt.

Vorstand

Martin Blessing

Vorsitzender

Frank Annuscheit**Markus Beumer****Stephan Engels**

(seit 1.4.2012)

Jochen Klösges**Michael Reuther****Dr. Stefan Schmittmann****Ulrich Sieber****Dr. Eric Strutz**

(bis 31.3.2012)

Martin Zielke

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Frankfurt am Main, 25. Februar 2013
Der Vorstand



Martin Blessing



Frank Annuscheit



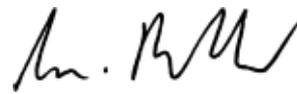
Markus Beumer



Stephan Engels



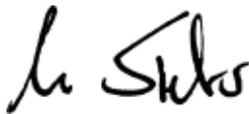
Jochen Klösges



Michael Reuther



Stefan Schmittmann



Ulrich Sieber



Martin Zieklke

Der folgende in Übereinstimmung mit § 322 Handelsgesetzbuch erteilte Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den Jahresabschluss sowie den Lagebericht der COMMERZBANK Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2012. Der Lagebericht ist weder in diesem Registrierungsformular abgedruckt, noch kraft Verweises einbezogen.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die COMMERZBANK Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Vermerk zum Jahresabschluss

Wir haben den beigegeführten Jahresabschluss der COMMERZBANK Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, – bestehend aus Bilanz, Gewinn-und-Verlust-Rechnung und Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012 geprüft.

Verantwortung des Vorstands für den Jahresabschluss

Der Vorstand der COMMERZBANK Aktiengesellschaft ist verantwortlich für die Buchführung und die Aufstellung dieses Jahresabschlusses. Diese Verantwortung umfasst, dass dieser Jahresabschluss in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt wird und unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Der Vorstand ist auch verantwortlich für die internen Kontrollen, die er als notwendig erachtet, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Verantwortung des Abschlussprüfers

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Urteil zu diesem Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben. Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie unter ergänzender Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) durchgeführt. Danach haben wir die Berufspflichten einzuhalten und die Abschlussprüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen falschen Darstellungen ist.

Eine Abschlussprüfung umfasst die Durchführung von Prüfungshandlungen, um Prüfungsnachweise für die im Jahresabschluss enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben zu erlangen. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers. Dies schließt die Beurteilung der Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, das relevant ist für die Aufstellung eines Jahresabschlusses, der ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt. Ziel hierbei ist es, Prüfungshandlungen zu planen und durchzuführen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben. Eine Abschlussprüfung umfasst auch die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden und der Vertretbarkeit der von dem Vorstand ermittelten geschätzten Werte in der Rechnungslegung sowie die Beurteilung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Prüfungsurteil

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Jahresabschlusses zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2012 sowie der Ertragslage für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr.

Vermerk zum Lagebericht

Wir haben den beigegeführten Lagebericht der COMMERZBANK Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Der Vorstand der COMMERZBANK Aktiengesellschaft ist

verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 2 HGB und unter Beachtung der für die Prüfung des Lageberichts vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Danach ist die Prüfung des Lageberichts so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Lageberichts zu keinen Einwendungen geführt hat. Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts gewonnenen Erkenntnisse steht der Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, 26. Februar 2013

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Clemens Koch
Wirtschaftsprüfer

Peter Goldschmidt
Wirtschaftsprüfer

(Diese Seite bleibt absichtlich frei.)

GLOSSAR

<i>Adressenausfallrisiko</i>	Adressenausfallrisiken (bzw. Kreditrisiken) umfassen das Risiko von Verlusten auf Grund von Ausfällen von Geschäftspartnern sowie die Veränderung dieses Risikos. Unter Adressenausfallrisiken subsumiert die COMMERZBANK neben den Kreditausfall- und Drittschuldnerisiken auch das Kontrahenten- und Emittentenrisiko sowie das Länder- bzw. Transferrisiko.
<i>Advanced Internal Ratings Based Approach (Advanced IRBA oder AIRBA)</i>	Eine Methode, die es einer Bank mit einem ausreichend entwickelten Verfahren für die interne Kapitalallokation (strenge Auflagen in Bezug auf Methodik und Offenlegung) gestattet, ihre internen Einschätzungen der Bonität eines Schuldners für die Beurteilung des Kreditrisikos in ihren Portfolios zu verwenden. Spezielle Analyseverfahren gibt es für verschiedene Arten von Kreditengagements, z.B. Kredite an Unternehmen und Privatkunden, deren Verlustmerkmale sich unterscheiden. Dabei wird nicht nur die Ausfallwahrscheinlichkeit der Schuldner auf Grund interner Methoden des Instituts bestimmt, sondern das Institut kann auch Verlustquoten, Verlustrisiken zum Ausfallzeitpunkt und Restlaufzeiten der Position als andere maßgebliche Parameter festlegen.
<i>Allianz-Beteiligungsvertrag</i>	Vertrag vom 3. Juni 2009 zwischen der COMMERZBANK und der AZ-Arges über die Errichtung einer stillen Gesellschaft.
<i>Allianz-Gesellschaften</i>	Allianz Finanzbeteiligungs GmbH, Allianz Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft und AZ-Asopos Vermögensverwaltungsgesellschaft oHG.
<i>Anlagebuch</i>	Bankenaufsichtsrechtlicher Begriff für Positionen in Finanzinstrumenten, die nicht dem Handelsbuch zugeordnet sind.
<i>Anlagebuch-Großkredite</i>	Begrenzung von Großkrediten, die das Anlagebuch betreffen.
<i>Asset-Backed Securities (ABS)</i>	Forderungsbesicherte Wertpapiere: Wertpapiere oder Schuldscheine, die Zahlungsansprüche gegen eine ausschließlich dem Zweck einer ABS-Transaktion dienende Zweckgesellschaft zum Gegenstand haben. Die Zahlungsansprüche werden durch einen Bestand unverbriefter Forderungen gedeckt, die auf die Zweckgesellschaft übertragen werden und im Wesentlichen den Inhabern der Asset-Backed Securities als Haftungsgrundlage zur Verfügung stehen.
<i>Assurbanking</i>	Frühere Vertriebskooperation zwischen der Allianz und der Dresdner Bank betreffend die Vermittlung von Anlage- und sonstigen Bankprodukten der Dresdner Bank über die Ausschließlichkeitsvertreter der Allianz Beratungs- und Vertriebs-AG. Die hierdurch der Dresdner Bank zugeführten Kunden (soweit sie der Übertragung zugestimmt haben) sowie alle im Rahmen der Kooperation Assurbanking eingesetzten sachlichen Mittel und Mitarbeiter (soweit diese nicht widersprochen haben) wurden im Wege der Einzelrechtsnachfolge auf eine Konzerngesellschaft der Allianz übertragen.
<i>Aufwandsquote</i>	Die Aufwandsquote (auch: cost/income ratio) im operativen Geschäft errechnet sich aus dem Verhältnis des Verwaltungsaufwands zu den Erträgen vor Risikovorsorge. Die Quote sagt aus, welcher Anteil der Erträge für Verwaltungskosten aufgewendet wird; je niedriger der Wert ist, desto effizienter arbeitet das Unternehmen.
<i>Ausfallrisiko</i>	Gefahr des teilweisen oder vollständigen Ausfalls einer Forderung.

<i>Ausfallwahrscheinlichkeit</i>	Erwartete durchschnittliche Wahrscheinlichkeit, dass ein Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, basierend auf statistischen Analysen der historischen Ausfälle.
<i>Available for Sale (AfS)</i>	Finanzielle Vermögenswerte, die dem Unternehmen zur Veräußerung zur Verfügung stehen, bei denen es sich nicht um Forderungen, zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente oder bis zur Endfälligkeit zu haltende (Held to Maturity (HtM)) Finanzinstrumente handelt. Zu den AfS-Finanzinstrumenten zählen vor allem festverzinsliche Wertpapiere, die nicht bis zur Endfälligkeit gehalten werden können bzw. sollen, sowie Eigenkapitalinstrumente, denen es an einer Endfälligkeit fehlt.
<i>Bank Forum</i>	Public Joint Stock Company „Bank Forum“, eine Bank, die ihren Sitz in Kiew, Ukraine hat.
<i>Basel II</i>	Basel II bezeichnet die Baseler Rahmenvereinbarung über die internationale Konvergenz der Kapitalmessung und Eigenkapitalanforderungen (einschließlich der späteren Ergänzungen) die vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht vorgeschlagen wurden. Die Regeln müssen gemäß den EU-Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG seit dem 1. Januar 2007 in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union für alle Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute angewendet werden. Die Umsetzung in deutsches Recht erfolgte durch das KWG, die MaRisk für die „zweite Säule“ von Basel II sowie die Solvabilitätsverordnung (SolvV) für die „erste“ und „dritte Säule“ von Basel II.
<i>Basel III</i>	Basel III bezeichnet die vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht beschlossenen und im Dezember 2010 veröffentlichten Regelungen, die angesichts der jüngsten Erfahrungen aus der Finanzmarktkrise eine Verschärfung der Eigenmittelanforderungen von Banken vorsehen. Unter dem Arbeitstitel „CRD IV“ wird auf EU-Ebene an einer Reform der regulatorischen Eigenmittelvorschriften gearbeitet, die auf eine Übernahme der verschärften Anforderungen von Basel III abzielt. Am 20. Juli 2011 hat die Europäische Kommission diesbezügliche Vorschläge für eine überarbeitete Bankenrichtlinie und eine Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen vorgelegt. Am 27. Februar 2013 wurde eine politische Einigung über die Inhalte der CRD IV erzielt, so dass die betreffenden Regeln in der Europäischen Union voraussichtlich zum 1. Januar 2014 in Kraft treten werden. Es sind jedoch Übergangsregelungen vorgesehen, so dass die Basel III-Regeln vollständig voraussichtlich erst ab 2019 gelten werden.
<i>Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht</i>	Besteht aus Vertretern der führenden Industrienationen (G 10) sowie Vertretern weiterer Länder. Seine Hauptaufgabe besteht in der Schaffung bzw. Einführung hoher und möglichst einheitlicher Standards in der Bankenaufsicht.
<i>Beteiligungsvertrag 1</i>	Vertrag vom 19. Dezember 2008 zwischen dem SoFFin und der COMMERZBANK über die Errichtung einer stillen Gesellschaft, zuletzt geändert durch Ergänzungsvereinbarung vom 22. Juni 2010.
<i>Beteiligungsvertrag 2</i>	Vertrag vom 3. Juni 2009 zwischen dem SoFFin und der COMMERZBANK über die Errichtung einer zweiten stillen Gesellschaft, zuletzt geändert durch Neufassung vom 25. Januar 2011.

<i>BRE Bank</i>	BRE Bank SA, eine Bank, die ihren Sitz in Warschau, Polen hat und an der die COMMERZBANK einen Anteil in Höhe von 69,7% hält.
<i>Bruttoinlandsprodukt (BIP)</i>	Das BIP gibt den Gesamtwert aller Güter (Waren und Dienstleistungen) an, die innerhalb eines Jahres innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft hergestellt wurden und dem Endverbrauch dienen.
<i>Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)</i>	Selbstständige Bundesanstalt mit Sitz in Bonn und Frankfurt am Main. Sie untersteht der Rechts- und Fachaufsicht des Bundesministeriums der Finanzen. Die BaFin beaufsichtigt und kontrolliert als Finanzmarktaufsichtsbehörde im Rahmen einer Allfinanzaufsicht alle Bereiche des Finanzwesens in Deutschland.
<i>B2B</i>	B2B ist die Abkürzung von Business-To-Business und bezeichnet Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen und im Direct Banking insbesondere Beziehungen zu institutionellen Partnern. Die Geschäftsprozesse im B2B-Bereich werden meist durch elektronische Kommunikationsmittel unterstützt.
<i>Capital Requirements Directive (CRD)</i>	Richtlinie über Eigenkapitalanforderungen. Darunter werden die beiden EU-Richtlinien 2006/48/EG (sog. Bankenrichtlinie) und 2006/49/EG (sog. Kapitaladäquanzrichtlinie) verstanden, durch die das Basel II Regelwerk in europäisches Recht überführt wird.
<i>Cash Flow Hedge</i>	Absicherung des Risikos zukünftiger Zinszahlungen aus einem variabel verzinslichen Bilanzgeschäft mit einem Swap.
<i>CEBS</i>	<p>Das CEBS (Committee of European Banking Supervisors) wurde durch Entscheidung der EU-Kommission Anfang 2004 eingerichtet. Als unabhängiger Ausschuss der europäischen Bankenaufsicher übernahm CEBS die folgenden Aufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beratung der EU-Kommission für Regulierungen im Bankenbereich. CEBS konnte die EU-Kommission in diesem Bereich sowohl auf Verlangen als auch aus eigenem Antrieb beraten. • Förderung einer konsistenten Umsetzung von EU-Richtlinien und der Konvergenz der Aufsichtspraxis in den Mitgliedstaaten. • Verbesserung der aufsichtlichen Kooperation einschließlich des vertraulichen Austausches von Informationen über beaufsichtigte Institute. <p>Das CEBS setzte sich aus hochrangigen Vertretern der nationalen Bankaufsichtsbehörden und Notenbanken der EU sowie der EZB zusammen. Vertreter aus Ländern des Europäischen Wirtschaftsraumes außerhalb der EU genossen den Status ständiger Beobachter. Auch die Europäische Kommission, der Vorsitzende des Banking Supervisory Committee der Europäischen Zentralbank und der Vorsitzende der Groupe de Contact, der Hauptarbeitsgruppe von CEBS, nahmen als ständige Beobachter teil. Die Bundesrepublik Deutschland wurde durch Repräsentanten der Deutschen Bundesbank und der BaFin vertreten.</p> <p>Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten des CEBS wurden zum 1. Januar 2011 von der EBA (siehe unter EBA) übernommen.</p>

<i>Clearing-System</i>	In einem Clearing-System erfolgt eine Verrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten aus eingelieferten Zahlungsaufträgen zwischen den Teilnehmern.
<i>CMBS</i>	Siehe Commercial Mortgage Backed Securities.
<i>Collateralized Debt Obligations (CDOs)</i>	Wertpapiere, die durch eine Anzahl verschiedener Vermögensgegenstände – zumeist Forderungen aus Darlehen oder Anleihen – besichert sind.
<i>Collateralized Loan Obligations (CLOs)</i>	Wertpapiere, die mit Forderungen aus Darlehen besichert sind.
<i>Collective Action Clauses</i>	Regelungen, die der qualifizierten Mehrheit der Gläubiger die Möglichkeit eröffnen, eine Fremdkapitalrestrukturierung zu beschließen, die rechtlich für alle Bondholder bindend ist, somit auch für diejenigen, die gegen die Restrukturierung stimmen.
<i>comdirect bank</i>	comdirect bank Aktiengesellschaft, eine Bank, die ihren Sitz in Quickborn hat und an der die COMMERZBANK über ihre hundertprozentige Tochtergesellschaft COMMERZBANK Inlandsbanken Holding GmbH einen Anteil in Höhe von 81,1% hält.
<i>cominvest-Gruppe</i>	Die cominvest Asset Management GmbH, die cominvest Asset Management S.A., die Münchener Kapitalanlage Aktiengesellschaft und die MK LUXINVEST S.A.
<i>Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS)</i>	Wertpapiere, die Kreditrisiken aus einem Portfolio von gewerblichen Immobilienfinanzierungen verbriefen.
<i>Commerz Real</i>	Die Commerz Real AG ist ein Tochterunternehmen der COMMERZBANK. REAL steht für Real Estate, Assets, Leasing. Die Commerz Real AG ist im September 2007 als Zusammenschluss der Tochterunternehmen Commerz Grundbesitz Gruppe (CGG) und Commerz Leasing und Immobilien AG (CLI) entstanden.
<i>COMMERZBANK</i>	COMMERZBANK Aktiengesellschaft, Kaiserstraße 16 (Kaiserplatz), 60311 Frankfurt am Main, Deutschland.
<i>COMMERZBANK-Konzern</i>	Die COMMERZBANK und ihre Tochtergesellschaften.
<i>Common Equity Tier 1</i>	Common Equity Tier 1, d.h. sogenanntes hartes Kernkapital, umfasst nach dem vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht veröffentlichten „Basel III“-Regelwerk und der derzeit auf Ebene der Europäischen Union unter dem Arbeitstitel „CRD IV“ erarbeiteten Reform der regulatorischen Eigenmittelvorschriften, die vornehmlich auf eine Übernahme der Anforderungen des „Basel III“ Regelwerks abzielt, bei Aktiengesellschaften im Wesentlichen nur noch Stammaktien und Gewinnrücklagen abzüglich bestimmter Abzugspositionen. Im Februar 2013 wurde auf europäischer Ebene eine politische Einigung über die Inhalte der CRD IV erzielt, jedoch sind die CRD IV und die nationalen Umsetzungsgesetze zum Datum des Registrierungsformulars noch nicht in Kraft getreten und die Abzugspositionen noch nicht final definiert. Insofern können zum Datum dieses Registrierungsformulars vorgenommene Berechnungen im Hinblick auf Common Equity Tier 1 von dem abweichen, was zukünftig verbindlich als Common Equity Tier 1 gelten wird.
<i>Conduits</i>	Spezielle Zweckgesellschaften (sog. Special Purpose Vehicles oder SPVs), deren alleiniger Unternehmensgegenstand in der Emission von Wertpapieren zum Ankauf von Forderungen im Rahmen einer Verbriefung von Forderungen (sog. Asset Securitisation) besteht.

<i>Corporate Governance</i>	Unter Corporate Governance wird der rechtliche und faktische Rahmen zur Leitung und Überwachung von Unternehmen verstanden. Die Empfehlungen des Corporate Governance-Kodex schaffen Transparenz und sollen das Vertrauen in eine gute und verantwortungsvolle Unternehmensführung stärken; sie dienen vor allem dem Schutz der Aktionäre.
<i>Counterparty Default Adjustments (CDAs)</i>	Anpassungen zur Berücksichtigung der Ausfallrisiken von Kontrahenten.
<i>Credit Default Swap (CDS)</i>	Finanzinstrumente zur Übertragung von Kreditrisiken aus einem Referenzaktivum, z.B. Wertpapier oder Kredit.
<i>Credit Derivate Product Companies (CDPCs)</i>	Unternehmen für Kreditderivate, deren Geschäftsmodell der Verkauf von Schutz auf Single-Name Credit Default Swaps (CDSs) sowie Senior-Tranchen von Collateralised Debt Obligations (CDOs) ist. Sie bauen dabei auf AAA-Ratings, die auf Grundlage der Stärke ihres von den Ratingagenturen genau überwachten Kapitalmodells vergeben werden, und geben dabei keine Sicherheiten.
<i>Credit Investment Related Conduits (CIRCS)</i>	Finanzierung eines Wertpapier-Portfolios, bei der die COMMERZBANK eine sogenannte Second Loss-Position innehat.
<i>Credit Spread</i>	Renditeabstand festverzinslicher Wertpapiere zu risikolosen Anlagen (Swapsatz). Der Credit Spread spiegelt also die Kreditwürdigkeit eines Emittenten bzw. eines Marktsegments wider.
<i>Credit Value-at-Risk (CVaR)</i>	Der CVaR stellt eine Abschätzung dar, um welchen Betrag die Verluste aus Kreditrisiken den erwarteten Verlust innerhalb eines Jahres potenziell übersteigen könnten. Diesem Ansatz liegt die Idee zugrunde, dass der erwartete Verlust lediglich den langfristigen Mittelwert der Kreditverluste darstellt, diese jedoch von den tatsächlichen Kreditausfällen des laufenden Geschäftsjahres (positiv oder negativ) abweichen können.
<i>D&O-Versicherung</i>	Pauschale Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung für die Mitglieder des Vorstands sowie des Aufsichtsrats.
<i>Debt Service Coverage Ratio (DSCR)</i>	Kennzahl, die den Schuldendienstdeckungsgrad beschreibt, d.h. die Fähigkeit eines Schuldners, Zins und Tilgung für aufgenommene Kredite zu zahlen.
<i>Debt-to-Equity Swap</i>	Bezeichnet eine Transaktion, bei der ein Gläubiger einer Gesellschaft auf seine Forderung verzichtet (aus Sicht der Gesellschaft eine Verbindlichkeit, d.h. Debt) und dafür Anteile an dieser Gesellschaft erwirbt (Eigenkapital, d.h. Equity).
<i>Deckungsmasse</i>	Die Sicherheit der durch Pfandbriefbanken ausgegebenen Hypothekendarlehen und öffentlichen Pfandbriefe soll durch Vorschriften über die Deckung dieser Pfandbriefe mit bestimmten Vermögenswerten gewährleistet werden.
<i>Derivative Finanzinstrumente/Derivate</i>	Finanzinstrumente, deren Preise sich nach den Kursschwankungen oder den Preiserwartungen anderer Investments richten. Derivate sind so konstruiert, dass sie die Schwankungen der Preise dieser Anlageobjekte (Basiswerte) nachvollziehen: dies kann überproportional (gehebelt), proportional (im Gleichgang zum Basiswert) oder unterproportional (abgesichert) sein. Daher lassen sie sich sowohl zur direkten Abbildung, zur Absicherung gegen Wertverluste als auch zur Spekulation auf Kursgewinne des Basiswerts verwenden. Zu den wichtigsten Derivaten zählen Zertifikate, Optionen, Futures und Swaps.
<i>Deutscher Corporate Governance Kodex (Kodex/DCGK)</i>	Der DCGK ist ein von einer Regierungskommission der Bundesrepublik Deutschland erarbeitetes Regelwerk, das vor

	<p>allem Vorschläge enthält, was eine gute Corporate Governance, also ethische Verhaltensweisen von Mitarbeitern und Führungen von Unternehmen und Organisationen, ausmacht.</p>
<i>DKIB</i>	Dresdner Kleinwort Investmentbank.
<i>Dresdner Bank</i>	Die Dresdner Bank AG war bis zum 10. Mai 2009 ein Kreditinstitut mit Sitz in Frankfurt am Main. Das Unternehmen war die drittgrößte Bank Deutschlands und ist seit 2009 eine Marke der COMMERZBANK.
<i>EBA</i>	Europäische Bankaufsichtsbehörde (European Banking Authority), die am 1. Januar 2011 ihre Arbeit aufgenommen und alle bestehenden und fortlaufenden Aufgaben und Verantwortlichkeiten ihres Vorläufers, des Committee of European Banking Supervisors (CEBS), übernommen hat.
<i>ebase</i>	<p>Die ebase (European Bank for Fund Services GmbH) ging 2002 aus den Fachgebieten Depotverwaltung und Informationstechnologie der damaligen ADIG Allgemeine Deutsche Investment GmbH, heutige cominvest Asset Management GmbH, hervor. Seit April 2009 ist sie eine 100%ige Tochtergesellschaft der comdirect bank AG. Das Unternehmen ist in Aschheim bei München ansässig und hat rund 250 Mitarbeiter.</p> <p>Als elektronische Plattform bietet das Unternehmen professionelle Depot- und Kontolösungen für Vermögensaufbau und Vermögensanlagen. Die ebase ist Partner von Finanzvertrieben, Versicherungen, Vermögensverwaltern sowie Investmentgesellschaften und steht für das B2B-Geschäft der comdirect Gruppe. Mehr als 63.000 Vermittler nutzen die ebase als Partner für Depot- und Kontoführung ihrer Kunden.</p>
<i>Eigenkapitalrendite des Ergebnisses vor Steuern</i>	Die Eigenkapitalrendite des Ergebnisses vor Steuern wird gebildet als Quotient aus dem Ergebnis vor Steuern und dem durchschnittlich gebundenen Eigenkapital.
<i>Einlagensicherungsfonds</i>	Freiwilliges Einlagensicherungssystem in der Rechtsform eines unselbstständigen Sondervermögens des Bundesverbands deutscher Banken e.V. für private deutsche Kreditinstitute. Der Einlagensicherungsfonds hat die Aufgabe, bei drohenden oder bestehenden finanziellen Schwierigkeiten von Kreditinstituten, insbesondere bei drohender Zahlungseinstellung, im Interesse der Einleger Hilfe zu leisten, um Beeinträchtigungen des Vertrauens in die privaten Kreditinstitute zu verhindern.
<i>Erste Europäische Pfandbrief- und Kommunalkreditbank Aktiengesellschaft (EEPK)</i>	Die EEPK ist ein internationaler Staatsfinanzierer. Seit März 2009 ist die COMMERZBANK alleinige Gesellschafterin der EEPK.
<i>Endfälligkeit</i>	Termin zur Rückzahlung einer Anleihe oder eines Darlehens.
<i>Eurohypo</i>	Siehe Hypothekenbank Frankfurt.
<i>Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)</i>	Die EFSF (European Financial Stability Facility) ist eine Zweckgesellschaft, die im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (Euro-Rettungsschirm) im Juni 2010 gegründet wurde und zu deren Gesellschafter die Mitgliedsländer der Eurozone gehören. Die EFSF wurde geschaffen, um finanziell in Not geratene Mitgliedsstaaten der Eurozone mit Krediten auszuweichen.
<i>Europäische Zentralbank (EZB)</i>	Die EZB mit Sitz in Frankfurt am Main ist die gemeinsame Währungsbehörde der Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion und bildet mit den nationalen Zentralbanken

	(NZB) der EU-Staaten das Europäische System der Zentralbanken (ESZB).
<i>Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)</i>	Der europäische Wirtschaftsraum besteht aus den EU-Mitgliedstaaten sowie Island, Liechtenstein und Norwegen.
<i>European Interbank Offered Rate (EURIBOR)</i>	Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit einer festgelegten Laufzeit von einer Woche sowie zwischen einem und zwölf Monaten verlangen. Er ist für variabel verzinsliche Euro-Anleihen der wichtigste Referenzzinssatz.
<i>Exchange Traded Fund (ETF)</i>	Börsengehandelter Indexfonds. ETF werden meist passiv verwaltet und werden im Normalfall nicht über die emittierende Investmentgesellschaft, sondern über die Börse am Sekundärmarkt erworben und veräußert.
<i>Exposure at Default (EaD)</i>	Erwarteter Forderungsbetrag unter Berücksichtigung einer potenziellen (Teil-)ziehung von offenen Linien und Eventualverbindlichkeiten, der die Risikotragfähigkeit bei Ausfall belasten wird (Weiß- und Graubuch). Nicht zu verwechseln mit Default-Volumen (= Volumen ausgefallener Kredite).
<i>Factoring</i>	Ankauf von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen durch ein Kreditinstitut oder ein spezielles Finanzierungsinstitut. Factoring dient als Finanzierungsform, durch die sich Unternehmen Liquidität beschaffen können.
<i>Fair Value Option</i>	Gemäß der sogenannten Fair Value Option ist es zulässig, ein Finanzinstrument freiwillig einer Bewertung zum Fair Value mit Erfassung der Bewertungsergebnisse in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu unterwerfen. Die Entscheidung zur Nutzung der Fair Value Option ist für ein Finanzinstrument zum Zeitpunkt des Zugangs unwiderruflich zu treffen. Voraussetzung für die Anwendung der Fair Value Option für ein Finanzinstrument ist, dass (i) eine Ansatz- oder Bewertungsinkongruenz (Accounting Mismatch) vermieden oder erheblich reduziert wird oder (ii) das Management und die Performancemessung eines Portfolios aus Finanzinstrumenten auf Fair-Value-Basis erfolgt oder (iii) das Finanzinstrument ein oder mehrere trennungspflichtige eingebettete Derivate enthält.
<i>Finanzinstrument</i>	Ein Finanzinstrument ist nach der Definition der International Accounting Standards (IAS) bzw. der International Financial Reporting Standards (IFRS) jeder Vertrag, der die finanziellen Vermögenswerte eines Rechtsträgers und im Gegenzug die finanziellen Verbindlichkeiten eines anderen erhöht.
<i>Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA)</i>	Eine unselbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts, die am 20. Oktober 2008 durch das FMStG und eine darauf basierende Rechtsverordnung gegründet wurde.
<i>Finanzmarktstabilisierungsbeschleunigungsgesetz (FMStBG)</i>	Gesetz zur Beschleunigung und Vereinfachung des Erwerbs von Anteilen an sowie Risikopositionen von Unternehmen des Finanzsektors durch den SoFFin.
<i>Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz (FMStErgG)</i>	Gesetz zur weiteren Stabilisierung des Finanzmarktes.
<i>Finanzmarktstabilisierungsfonds/ Sonderfonds zur Finanzmarktstabilisierung (SoFFin)</i>	Der SoFFin wurde am 17. Oktober 2008 durch das FMStG zur Stabilisierung des Finanzmarktes errichtet. Er hat ein Volumen von EUR 480 Mrd. und unterliegt als Sondervermögen des Bundes den Regeln der Haushaltsplanung. Der SoFFin wird durch die FMSA verwaltet. 65% der Kosten werden vom Bund und 35%, maximal aber EUR 7,7 Mrd., von den Bundesländern getragen. Der Fonds konnte neue Stabilisierungsmaßnahmen bis zum 31. Dezember 2010 gewähren.

<i>Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz (FMStFG)</i>	Gesetz zur Errichtung eines Finanzmarktstabilisierungsfonds.
<i>Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG)</i>	Gesetz zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes.
<i>Flat Fee-Modell</i>	Modell für den Brokerage-Bereich, bei dem keine transaktionsorientierten Kosten anfallen, sondern das sich nur am Umfang der gehaltenen Depotpositionen orientiert.
<i>Garantievertrag</i>	Vertrag vom 30. Dezember 2008 zwischen dem SoFFin und der COMMERZBANK über die Übernahme von Garantien durch den SoFFin mit einem Garantiekreditrahmen von EUR 15 Mrd. wovon EUR 10 Mrd. ungenutzt zurückgegeben wurden.
<i>Geldmarkt</i>	Markt für kurzfristige Geldgeschäfte (i.d.R. bis zwölf Monate) der Kreditinstitute unter einander und der Kreditinstitute mit den Zentralbanken.
<i>Gesamt-Überschreitungsposition</i>	Obergrenze von 25% (bzw. 20%) der Eigenmittel.
<i>Graubuch</i>	Kreditengagements, die aufgrund der Risikoeinschätzung und damit verbundener Abgrenzungskriterien der Intensivbetreuung ((Group) Intensive Care) zuzuordnen sind.
<i>Handelsbuch</i>	Bankenaufsichtsrechtlicher Begriff für Positionen in Finanzinstrumenten, die von einem Kreditinstitut zum Zwecke des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preis- und Zinsschwankungen gehalten werden. Darunter fallen auch eng mit Handelsbuchpositionen verbundene Geschäfte (z.B. zur Absicherung). Nicht zum Handelsbuch gehörige risikotragende Positionen werden dem Anlagebuch zugeordnet.
<i>Hedge Accounting</i>	Darstellung gegensätzlicher Wertentwicklungen eines Sicherungsgeschäfts (z.B. eines Zinsswaps) und eines Grundgeschäfts (z.B. eines Kredits). Ziel des Hedge Accounting ist es, den Einfluss der erfolgswirksamen Bewertung und Erfassung der Bewertungsergebnisse aus derivativen Geschäften auf die Gewinn- und Verlust-Rechnung zu minimieren.
<i>Hypothekendarlehen</i>	Hypothekarisch oder durch Grundschulden besicherte Darlehen.
<i>Hypothekenbank Frankfurt</i>	Hypothekenbank Frankfurt AG (ehemals Eurohypo Aktiengesellschaft), eine Bank, die ihren Sitz in Eschborn hat und an der die COMMERZBANK mittelbar einen Anteil in Höhe von 100% hält.
<i>Inhaberkontrollverordnung (InhkontrollV)</i>	Verordnung über die Anzeigen nach § 2c KWG und § 104 des Versicherungsaufsichtsgesetzes vom 20. März 2009.
<i>(Group) Intensive Care</i>	(Group) Intensive Care bezeichnet die Intensivbetreuung (Graubuch) und die Behandlung von Problemkrediten (Schwarzbuch) im Sinne der MaRisk. Für die Zuordnung zum Intensive Care bestehen Überleitungs- und Rückgabekriterien. Die Bearbeitung von Intensive Care-Fällen abgesehen von wenigen Spezialfällen Group Intensive Care. Hier kommen drei Kernprozesse zur Anwendung: Restructuring, Workout und Inkasso.
<i>Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP)</i>	Prozess, der gewährleistet, dass die Banken über ausreichend Kapital zur Abdeckung aller wesentlichen Risiken verfügen.
<i>Internal Ratings Based Approaches (IRBAs)</i>	Methoden zur Bestimmung von Adressenausfallrisiken, deren Bonitätsgewichtungen über schuldnerbezogene Risikoparameter bestimmt werden, die grundsätzlich auf institutseigenen Ratingverfahren basieren. Je nach Umfang der Heranziehung von internen Ratingverfahren unterscheidet man zwischen dem Basis-IRBA und dem AIRBA.

<i>International Financial Reporting Standards (IFRS)/ International Accounting Standards (IAS)</i>	Zum einen Oberbegriff aller vom International Accounting Standards Committee veröffentlichten Rechnungslegungsvorschriften. Zum anderen vom International Accounting Standards Board (IASB) seit 2003 neu verabschiedete Rechnungslegungsvorschriften. Die bis 2002 verabschiedeten Vorschriften werden weiterhin unter der Bezeichnung International Accounting Standards (IAS) veröffentlicht. Nur bei grundlegenden Änderungen der Vorschriften bereits vorhandener Standards werden die IAS in IFRS umbenannt.
<i>International Securities Identification Number (ISIN)</i>	Zwölfstellige Buchstaben-Zahlen-Kombination die eine Identifikation für ein Wertpapier darstellt, das an der Börse gehandelt wird.
<i>Kapitalrichtlinie</i>	Zweite Richtlinie 77/91/EWG des Rates vom 13. Dezember 1976 zur Koordinierung der Schutzbestimmungen, die in den Mitgliedstaaten den Gesellschaften im Sinne des Art. 58 Absatz 2 des Vertrags im Interesse der Gesellschafter sowie Dritter für die Gründung der Aktiengesellschaft sowie für die Erhaltung und Änderung ihres Kapitals vorgeschrieben sind, um diese Bestimmungen gleichwertig zu gestalten.
<i>Klumpenrisiko</i>	Kumulative Häufung von Ausfallrisiken von ähnlicher oder identischer Struktur (z.B. nach Kreditnehmer, Branche, Regionen), die die Risikotragfähigkeit der Kreditinstitute erreichen oder übersteigen.
<i>Kommunaldarlehen</i>	Darlehen an Gemeinden und kommunale Unternehmen zur langfristigen Finanzierung, insbesondere von Infrastrukturmaßnahmen, wie Schulen, Krankenhäuser, Wasserversorgungsanlagen, usw.
<i>Konfidenzniveau</i>	Die Wahrscheinlichkeit, mit der ein potenzieller Verlust innerhalb des Intervalls liegt, das durch den Value-at-Risk angegeben wird.
<i>Korrekturposten</i>	Abzug vom Kernkapital des Kreditinstituts, den die BaFin vor allem im Hinblick auf nicht realisierte Verluste eines Kreditinstituts verlangen kann.
<i>Kreditersatzgeschäft</i>	Geschäft mit strukturierten Kreditprodukten.
<i>Kreditportfoliomanagement</i>	Zielbezogene Gestaltung eines Kreditportfolios, um das Portfolio unter Ertrags- und Risikogesichtspunkten zu optimieren.
<i>Kreditrisiko</i>	Risiko aus möglichen Wertverlusten, die durch Bonitätsveränderungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (z.B. durch Insolvenz) verursacht werden können, auch Adressenausfallrisiken genannt.
<i>Kreditrisiko-Standardansatz (KSA)</i>	Methode zur Bestimmung von Adressenausfallrisiken, deren Bonitätsgewichtungen grundsätzlich an externe Ratings anknüpfen; der KSA ist von den IRBAs zu unterscheiden.
<i>Leasing</i>	Vermietung bzw. Verpachtung beweglicher oder unbeweglicher Güter durch ein Finanzierungsinstitut, das Leasing-Gesellschaft genannt wird, oder durch den Hersteller der jeweiligen Güter. Leasing ist eine Sonderform der Finanzierung. Anstelle des Kaufs mit Eigen-, Fremd- oder Mischfinanzierung tritt Miete oder Pacht.
<i>Leveraged Buyout (LBO)</i>	Fremdfinanzierte Unternehmensübernahme über (teils) hohe Kredite bei nur geringem Einsatz von Eigenkapital. Die Rückzahlung der Kredite und der fälligen Zinsen erfolgt über den Cash-Flow der Zielgesellschaft bzw. des bei einem Exit generierten Veräußerungserlöses.

<i>Leveraged Finance</i>	Finanzierung eines Unternehmenskaufs durch außenstehende Investoren, wobei die Finanzierung, die ausschließlich durch den zukünftigen Cash-Flow des übernommenen Unternehmens bedient und durch die Aktiva dieses Unternehmens gesichert wird, durch hohe Fremdverschuldung erfolgt.
<i>LIP-Faktoren</i>	LIP = Loss Identification Period, definiert als durchschnittliche Zeitspanne zwischen Verlustereignis (Loss Event) und Identifizierung durch die Bank. Durch den LIP-Faktor erfolgt die Transformation des einjährigen Expected Loss (EL) in den nach IFRS geforderten eingetretenen Verlust (Incurred Loss) im Rahmen der Ermittlung der Portfoliorisikoversorge für nicht ausgefallene Kredite.
<i>Liquiditätsfazilität/Back-up-Linie</i>	Vertraglicher Anspruch gegen eine Partei, kurzfristig liquide Mittel zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen einer Verbriefung eine in ihrer Höhe entsprechend bemessene Position. Sie soll die zeitgerechte, reibungslose Weiterleitung der Zahlungen der Ursprungsforderungen an den Originator (die originierende Bank), von diesem an die Zweckgesellschaft und von dieser an die Anleger der einzelnen Tranchen gewährleisten. Falls es zu Zahlungsstörungen kommen sollte, federt die Liquiditätsfazilität das Risiko ab, denn die in der Regel schwach kapitalisierte Zweckgesellschaft ist dazu allein häufig nicht in der Lage.
<i>Liquiditätsrisiko/Refinanzierungsrisiko</i>	Als Refinanzierungsrisiko definiert der Konzern das Risiko, dass ein Kreditinstitut seinen gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht fristgerecht nachkommen kann.
<i>Liquiditätsverordnung</i>	Die Verordnung über die Liquidität der Kreditinstitute ist eine Verordnung des Bundesministeriums der Finanzen, die auf § 11 KWG beruht. Sie erlegt Kreditinstituten und Finanzdienstleistungsinstituten bestimmte Verpflichtungen auf, mit denen deren jederzeitige Zahlungsfähigkeit (Liquidität) sichergestellt werden soll.
<i>Loans and Receivables (LaR)</i>	Oberbegriff für Kredite und Forderungen.
<i>Long-Term Performance-Plan (LTP)</i>	Ein Programm zur Schaffung langfristiger Leistungsanreize für Führungskräfte und ausgewählte Mitarbeiter des Konzerns. Teilnahmeberechtigt sind Mitarbeiter der COMMERZBANK, verschiedener inländischer Tochtergesellschaften sowie ausgewählter operativer Auslandseinheiten.
<i>Longer-Term Refinancing Operations (LTRO)</i>	Längerfristige Refinanzierungsoperationen der Europäischen Zentralbank, mit denen diese den Marktteilnehmern über langfristige Wertpapierpensionsgeschäfte Liquidität zur Verfügung stellt.
<i>Loss at Default (LaD)</i>	Betrag, der beim Eintritt eines Ausfalls als wahrscheinlicher Verlust von der Bank voraussichtlich wertberichtigt werden muss. Er errechnet sich als Anteil des EaD.
<i>Mark Down-Ratio</i>	Abschreibungsquote, die den Anteil des Nominalwerts angibt, um den die Produkte zum jeweiligen Zeitpunkt abgeschrieben sind. Die Quote errechnet sich durch die Formel Mark Down-Ratio = (1 – Risikowerte/Nominalwerte).
<i>Marktrisiko</i>	Risiko möglicher Verluste, die bei Finanztransaktionen durch Veränderungen von Zinsen, Spreads, Rohwarenpreisen, Volatilitäten, Fremdwährungs- und Aktienkursen ausgelöst werden können.
<i>Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)</i>	Vorgaben von Mindestanforderungen an das Risikomanagement von Kreditinstituten durch die BaFin, mit denen die „zweite Säule“ von Basel II umgesetzt wurde.

<i>Monoline-Versicherer</i>	Versicherer, die ausschließlich Kreditversicherungen für Emittenten von Schuldverschreibungen und andere Marktteilnehmer anbieten.
<i>Neubewertungsrücklage</i>	In der Neubewertungsrücklage werden Marktwertänderungen von Wertpapieren und Beteiligungen im Finanzanlagebestand erfolgsneutral erfasst. Der Ausweis in der Bilanz erfolgt nach Berücksichtigung latenter Steuern.
<i>Operationelles Risiko</i>	Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge von externen Ereignissen eintreten. Der Begriff schließt Rechtsrisiken ein.
<i>Operative Eigenkapitalrendite</i>	Die operative Eigenkapitalrendite wird gebildet als Quotient aus dem operativen Ergebnis und dem durchschnittlich gebundenen Eigenkapital.
<i>Option</i>	Recht, nicht aber Verpflichtung, eine bestimmte Menge eines Basiswertes (z.B. Aktien, Anleihen u.a.) zu einem vorab festgelegten Preis zu kaufen (<i>Call Option</i>) oder zu verkaufen (<i>Put Option</i>).
<i>Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)</i>	Eine internationale Organisation mit 30 Mitgliedsländern, die sich Demokratie und Marktwirtschaft verpflichtet fühlen. Der Sitz der Organisation ist Paris.
<i>OTC-Derivate</i>	Derivate, die nicht an einer Börse, sondern direkt „über den Schalter“ gehandelt werden und nicht standardisiert sind.
<i>PRDC-Portfolio</i>	Portfolio bestehend aus sogenannten Power Reverse Dual Currency (PRDC) Anleihen. Eine PRDC Anleihe ist ein strukturiertes Finanzinstrument mit langer Laufzeit (in der Regel 20-30 Jahre). Der Käufer des Produkts erhält einen strukturierten variablen Kupon, der durch die Entwicklung des Wechselkurses zwischen seiner Heimat- und Fremdwährung beeinflusst wird. Der Kupon wird zum entsprechenden Auszahlungstag (meist mit 10 Tagen Vorlauf) festgelegt und steigt bei Abwertung der Heimatwährung gegenüber der Fremdwährung. PRDCs werden in der Regel von internationalen Banken und supranationalen Instituten (z.B. Weltbank, etc.) mit guter Bonität begeben. Die enthaltenen, mehrfachen Optionalitäten führen zu einer hohen Komplexität der PRDCs, die gesteigerte Anforderungen an das Risikomanagement dieser Positionen stellen.
<i>Public Private Partnership (PPP)</i>	Als Public Private Partnership wird die Mobilisierung privaten Kapitals und Fachwissens zur Erfüllung staatlicher Aufgaben bezeichnet. Im weiteren Sinn steht der Begriff auch für andere Arten des kooperativen Zusammenwirkens von Hoheitsträgern mit privaten Wirtschaftssubjekten.
<i>Rahmenvertrag</i>	Rahmenvertrag vom 19. Dezember 2008 zwischen dem SoFFin, vertreten durch die FMSA, und der COMMERZBANK, zur Gewährung von Stabilisierungsmaßnahmen in Umsetzung der Eckpunktevereinbarung vom 3. November 2008.
<i>Reduziertes Mehrheitserfordernis</i>	Das FMStErgG sieht vor, dass abweichend vom AktG im Zusammenhang mit einer Rekapitalisierung für eine Kapitalerhöhung gegen Einlagen, eine bedingte Kapitalerhöhung oder ein genehmigtes Kapital lediglich der Mehrheit der abgegebenen Stimmen in der Hauptversammlung bedarf. Abweichende Satzungsbestimmungen sind unbeachtlich und der jeweilige Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zugunsten des SoFFin bedarf lediglich einer Mehrheit, die mindestens zwei Drittel der abgegebenen Stimmen oder des vertretenen Grundkapitals umfasst oder der einfachen Mehrheit, wenn die Hälfte des Grundkapitals vertreten ist.

<i>Repo-Geschäfte</i>	Repo-Geschäfte sind Kombinationen aus Kassa-Käufen oder -Verkäufen von Wertpapieren mit gleichzeitigem Verkauf oder Rückkauf der Wertpapiere auf Termin mit demselben Kontrahenten. Während diese Art von Geschäften aus Käufersicht als Repo-Geschäfte bezeichnet werden, stellen sie auf der Verkäuferseite sogenannte Reverse-Repo-Geschäfte dar.
<i>Repurchase (Repo)-Markt</i>	Markt, auf dem kurzfristige Liquidität gegen Sicherheiten gehandelt wird.
<i>Residential Mortgage Backed Securities (RMBS)</i>	Wertpapiere, die Kreditrisiken aus einem Portfolio von Wohnimmobilienfinanzierungen verbriefen.
<i>Rettungsübernahmegesetz</i>	Gesetz zur Rettung von Unternehmen zur Stabilisierung des Finanzmarktes.
<i>Risikobegrenzungs-gesetz</i>	Gesetz zur Begrenzung der mit Finanzinvestitionen verbundenen Risiken.
<i>Risikodichte</i>	Risikodichte = Verhältnis von Expected Loss zum EaD (in Basispunkten).
<i>Risikogewichtete Aktiva (RWA)</i>	Kredite oder Forderungen, die eine Bank herauslegt, haben ein höchst unterschiedliches Risikoprofil. Ausschlaggebend für das Risikoprofil ist vor allem das Rating des Kreditnehmers. Je besser das Rating desto geringer das Risikogewicht. Dem Risikoprofil ist bei der Ermittlung der mit Eigenmitteln zu unterlegenden risikogewichteten Aktiva Rechnung zu tragen. Für die Berechnung wird daher das jeweilige Risikogewicht eines Geschäfts mit dem zu berücksichtigenden Forderungsbetrag dieses Geschäfts multipliziert. Die Gesamtsumme der risikogewichteten Aktiva ergibt sich aus der Summe der einzelnen risikogewichteten Aktiva über alle Geschäfte.
<i>Risikosteuerungs- und -controllingprozesse</i>	Aufbau- und Ablauforganisation und Prozesse zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung sowie Kommunikation der Risiken.
<i>Risk-Return</i>	Betrifft das Verhältnis zwischen dem eingegangenen Risiko und dem erwirtschafteten Gewinn.
<i>RMBS</i>	Siehe Residential Mortgage Backed Securities.
<i>Sacheinlagevertrag</i>	Vertrag vom 9. Januar 2009 zwischen der COMMERZBANK und den Allianz-Gesellschaften über die Erbringung von Sacheinlagen.
<i>Schwarzbuch</i>	Kreditfälle, die sich im Default befinden und daher als Problemkredite eingestuft sind. Entsprechend werden diese Fälle zwingend in (Group) Intensive Care behandelt. Unterschieden wird nach ungekündigten und gekündigten Fällen.
<i>SIC</i>	Standing Interpretations Committee.
<i>Single Euro Payment Area (SEPA)</i>	Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum; bezeichnet im Bankwesen das Projekt eines europaweit einheitlichen Zahlungsraums für Transaktionen in Euro. In diesem Zahlungsraum sollen für Kunden keine Unterschiede mehr zwischen nationalen und grenzüberschreitenden Zahlungen erkennbar sein.
<i>SolvV</i>	Solvabilitätsverordnung.
<i>Sonderplafonds</i>	Sonderkreditprogramm.
<i>Special Investment Vehicles (SIVs)</i>	Zweckgesellschaften, über die Banken Risiken aus (im Regelfall variabel verzinslichen) Subprime-Hypothekendarlehen an den internationalen Kapitalmärkten platzieren.

<i>Spread</i>	Differenz zwischen zwei Preisen oder Zinssätzen, zum Beispiel Spanne zwischen An- und Verkaufskurs von Wertpapieren oder bonitätsbedingter Aufschlag auf einen Marktzinssatz.
<i>Swap</i>	Austausch von Zahlungsströmen: z.B. Tausch von festen und variablen Zinszahlungsströmen gleicher Währung (= Zinsswap) bzw. Tausch von Zahlungsströmen in unterschiedlichen Währungen (= Währungsswap).
<i>Syndizierung</i>	Instrument zur Übertragung von Krediten bzw. Kreditausfallrisiken. Die Syndizierung von Krediten erfolgt durch gemeinschaftliche Kreditvergabe durch mehrere Kreditgeber (Konsortialkreditgeschäfte).
<i>Teilschuldverschreibung</i>	Verbrieftes Recht auf einen der Anlagesumme entsprechenden Teil der Emission einer Schuldverschreibung.
<i>Trust Preferred Securities</i>	Wertpapiere, die Merkmale von Eigenkapital und Fremdkapital aufweisen. Sie zählen daher auch zu hybriden Finanzinstrumenten.
<i>Group Treasury</i>	Geschäftsfeld der COMMERZBANK, in dem die Aufgabenbereiche Refinanzierung und Liquiditätssteuerung, Aktiv/Passiv-Steuerung, Market- und Credit-Treasury zusammengefasst sind.
<i>Value at Risk (VaR)</i>	Definiert als maximaler Wertverlust eines Portfolios bei einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) während einer bestimmten Haltedauer und bei unveränderter Zusammensetzung des Portfolios.
<i>Verbriefung</i>	Umwandlung von Kreditforderungen oder anderen Zahlungsströmen in handelbare Wertpapiere.
<i>Volatilität</i>	Ausmaß der Schwankung von Finanzmarktparametern wie Zinsen, Aktien oder Währungskursen. Oftmals wird sie als Standardabweichung der Veränderungen aus der Kurshistorie berechnet bzw. implizit aus einer Preissetzungsformel. Je höher die Volatilität, desto risikoreicher ist das Halten der Anlage.
<i>Weißbuch</i>	Kreditengagements, die aufgrund der Risikoeinschätzung und damit verbundener Abgrenzungskriterien nicht der (Group) Intensive Care, also der Intensivbetreuung oder der Problemkreditbehandlung zuzuordnen sind.
<i>Weitere Deckung</i>	Die Deckung von Hypothekenpfandbriefen darf grundsätzlich – innerhalb gewisser Grenzen – in weiteren bestimmten Werten erfolgen, namentlich bis zu 10% des Gesamtbetrages der umlaufenden Hypothekenpfandbriefe in Einlagen bei bestimmten Kreditinstituten und bestimmten Staatspapieren.

(Diese Seite bleibt absichtlich frei.)

UNTERSCHRIFTEN

Frankfurt am Main, im Mai 2013

COMMERZBANK Aktiengesellschaft

gez. Karl-Heinz Raschtuttis

gez. Günter Hugger

(Diese Seite bleibt absichtlich frei.)